BIBLIOTHEK
553-P

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Oesterreichischer Beobachter

auf

das Jahr

1839.

Erster Band.

Jänner bis Ende Juni.

60553-C.

Wien, 1839.

Gedruckt und im Verlage bei A. Strauß's sel. Witwe.

60553-D
1839
1

Digitized by Google

Digitized by Google

№ 1

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 1. Jänner 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 30. December.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	28.001	28Z.	9L. 4P.	+ 0,8	NW.	still.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.992	28	9 2	+ 2,4	NW.	——	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.953	28	8 8	— 0.7	OSO.	mittel.	heiter.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Durch das Dampfboot „Liverpool" hatte man in England am 22. December die Botschaft erhalten, mit welcher die Session des Congresses der vereinigten Staaten von dem Präsidenten eröffnet worden war. Das Document ist, wie gewöhnlich, von bedeutender Länge, so daß Galignani's Messenger erklärt, er müsse sich, da es schon spät sei, in Eile auf folgende Skizze seines Inhalts beschränken: Die Botschaft spricht in lobenden Ausdrücken von den Institutionen und dem wachsenden Wohlstande der vereinigten Staaten. — Zur Schlichtung der Gränzfrage (im Staate Maine) sei bis jetzt nichts Entscheidendes geschehen; man habe der brittischen Regierung eine gemischte Commission zur Ausgleichung dieser Frage vorgeschlagen. — Ueber den Aufruhr in Canada spricht der Präsident sehr weitläuftig. „Ich hatte gehofft," sagte er, „daß die Achtung vor den Gesetzen und die Rücksicht für den Frieden und die Ehre ihres Vaterlandes, wodurch sich die Bürger der vereinigten Staaten stets auszeichneten, sie von Schritten abhalten würden, welche geeignet sind, die Insurrection auf dem Gebiete einer Macht zu befördern, mit der wir im Frieden sind, und mit welcher die vereinigten Staaten die freundschaftlichsten Verhältnisse aufrecht zu erhalten wünschen. Ich bedauere jedoch sehr, Ihnen sagen zu müssen, daß dieß leider nicht geschehen ist. Ich habe aus ämtlichen und andern Quellen erfahren, daß viele Bürger der vereinigten Staaten sich vereinigt haben, um feindliche Einfälle von unserm Gebiete nach Canada zu unternehmen, und der dortigen Insurrection mit Verletzung der Verpflichtungen und der Gesetze der vereinigten Staaten, und mit offenbarer Hintansetzung ihrer Pflichten als Bürger, Schutz und Unterstützung angedeihen zu lassen." — Der Präsident schloß diesen Theil seiner Botschaft mit folgenden Betrachtungen: „Handlungen dieser Art haben, außer der verbrecherischen Eigenschaft, als Uebertretungen der Landesgesetze, die directe Tendenz, die zahllosen Uebel eines auswärtigen Krieges über unsere Bürger herbeizuziehen und Treue und Glauben unsers Landes beleidigenden Imputationen preiszugeben. Als solche müssen sie schnell und energisch unterdrückt werden. Ich hege die feste Zuversicht, daß ich in dieser Beziehung auf die vollkommene und herzliche Beistimmung unserer Mitbürger rechnen darf." — Die finanziellen Angelegenheiten der Union werden trotz der Handelsverlegenheiten des verflossenen Jahres in blühendem Zustande geschildert. Der Präsident benützt diesen Anlaß, um die Banken als die Haupturſache der neuerlichen Finanzverlegenheiten zu bezeichnen.

Spanien.

Ein Schreiben aus Bayonne vom 19. December gibt folgende Uebersicht der letzten Kriegsereignisse: „Durch die eingelaufenen officiellen Berichte kann man sich einen deutlicheren Begriff von den letzthin vorgefallenen Gefechten machen. — Diego Leon schreibt aus Mendavia, daß er am 3. von Carcar und Andosilla nach Arcos marschiren wollte, vermuthlich um wie gewöhnlich Vorräthe von dort zu holen, und die Stellungen und Vorbereitungen der Feinde auszukundschaften; er fand aber auf seinem Wege die Feinde im Anmarsch gegen die Höhen von Arroniz, wodurch er genöthigt wurde, sein Vorhaben aufzugeben, und selbst Stellung zu nehmen. Die Carlisten sandten ihre sämmtliche Cavallerie, acht Escadrons, in seinen Rücken, er aber, nachdem er seine Artillerie vortheilhaft aufgestellt hatte, um seine Infanterie zu decken, vereinigte ebenfalls seine Cavallerie, welche nur drei Escadrons und die Escorte seines Generalstabs betrug, und griff die feindliche Cavallerie mit solchem Nachdruck an, daß sie nach einer zweimaligen Charge das Feld mit Verlust von 120 Todten und 20 Gefangenen räumte. Die Christinos verloren nur wenige Todte, darunter einen Obersten. Die Carlistische Infanterie hatte keinen Theil an dem Gefechte genommen. Ihre Cavallerie scheint wegen Verdruß über die Mißhelligkeiten mit ihrem Anführer Balmaseda nicht ihre Schuldigkeit gethan zu haben, dieß war aber auch mit einigen Christinischen Offizieren der Fall, welche Leon auf dem Schlachtfelde selbst bestrafte. Maroto zog sich in die Borunda zurück. Man glaubt, es ist auf einen Angriff gegen Muñagorri und O'Donnell angesehen. Die Nachricht aus Sos von der Gefangennehmung Maroto's ist demnach bloß eine übertriebene Auslegung von dem Gefechte von Sesma gewesen. — In Valencia ist es nicht Cabrera gewesen, der durch das Gefecht von

Digitized by Google

Cheste abgeschnitten wurde; Cabrera war bei der Hauptcolonne und brachte vor allem seine Beute in Sicherheit, aber Arnau, der mit etwa 1500 Mann bis in das Gebirge von Enguera jenseits des Xucar vorgedrungen war, mußte mit einem beträchtlichen Raube an Vieh, Getreide, Tuch u. s. w., den er zusammengebrocht hatte, einen Ausweg nach der Mancha und Cuenca suchen; er ging bei Torres über den Xucar zurück; wir finden ihn hierauf bei Jniesta. Narciso Lopez, der mit einer in Valencia aus Nationalgarden u. s. w. zusammengebrachten Colonne der Division Borso gefolgt war, und während des Gefechtes von Cheste die linke Flanke des Feindes bedroht hatte, nahm nach diesem Gefechte Maaßregeln, der abgeschnittenen Colonne Arnau's den Rückweg zu versperren, aber obgleich er sich mit dem Commandanten von Cuenca vereinigt hatte, so konnte er bei seiner geringen Truppenzahl und Mangel an Cavallerie seinen Zweck nicht erfüllen, doch erreichte er den Feind bei Jniesta, und nahm ihm seinen reichen Transport größtentheils ab. Arnau scheint sich über Cañavate (nordöstlich von San Clemente) in das nördliche Cuenca geflüchtet zu haben, um von da in seine Schlupfwinkel zurückzukehren. Da Borso bei Torrente Stellung genommen hat, und van Halen selbst am 6. oder 7. mit einigen Truppen aus Teruel ausgerückt ist — Borso war am 8. in Almansa, van Halen in Segorbe, Arnau hatte sich bei Utiel mit Forcadell vereinigt, Lopez in Requeña — so könnten wohl noch andere Gefechte Statt finden. Cabrera hat unterdessen, wie es aus dem Eco de Aragon urkundlich erhellt, dem General van Halen sagen lassen, er gebe seit dem 2. d. M. keinen Pardon mehr, worauf ihm dieser geantwortet hat, er werde in Folge dieser Anzeige die zweihundert in dem Gefechte von Cheste am 2. December gemachten Gefangenen erschießen lassen. Die Annäherung Arnau's hatte in der Mancha Allarm verbreitet. Die Nationalgarde von Manzanares ersuchte den General Cordova, der sich am 4. noch dort aufhielt, das Commando zu übernehmen, er antwortete aber, er werde sie als Freiwilliger begleiten. — Espartero nennt in seiner letzten Vorstellung die Ereignisse von der Granja „deplorabel;" er hat freilich Recht sie so zu nennen, wenn er die Summe seiner eigenen Heldenthaten seit jener Zeit berechnet, denn ob er gleich bei Bilbao, Madrid und Peñacerrada die Oberhand behalten, so hat er doch keinen dieser Vortheile zu benützen gewußt, und die Sachen stehen so schlimm als jemals. Uebrigens muß das nächste Frühjahr über das neue von den vorzüglichsten Armeechefs angenommene System entscheiden, demzufolge sie, ohne erst die Berathschlagungen der Cortes und der Regierung abzuwarten, in ihren Militärbezirken die Jugend, welche sonst ohne sie den Carlisten in die Hände fallen würde, ausheben, und zugleich die Finanzverwaltung auf ihre eigene Faust nehmen. Van Halen und Espartero sammeln die waffenfähige Jugend hie und da in Depots, Meer aber scheint die Mobilisation eines Theils der Nationalgarde vorzuziehen. Was diese letztere betrifft, so sind den officiellen Urkunden zufolge gegen 600,000 Nationalgarden eingeschrieben, und davon 168,000, worunter über 7000 zu Pferd, bewaffnet; allein dieß ist offenbar übertrieben, und wenn man den wirklich dienstfähigen Theil der Nationalgarde berechnet, so dürfte er nicht den zehnten Theil der eingeschriebenen Zahl betragen, so sehr hat man diesen Zweig vernachlässigt."

Der Sentinelle des Pyrénées zufolge soll O'Donnell durch Ezpeleta im Commando von San Sebastian ersetzt und als Chef des Generalstabs bei Espartero angestellt werden. Tena, der bisherige Chef des Generalstabs, ist auf Espartero's Vorschlag zum Marechal de Camp erhoben worden.

Nachrichten von der catalonischen Gränze vom 14. und 15. December zufolge scheint Baron de Meer in den ersten Tagen des gedachten Monats active Operationen gegen die unter dem Grafen d'España im Priorate Puigreig concentrirten Streitkräfte der Carlisten unternommen zu haben. Letzterer habe sich in Folge dessen nach mehreren Gefechten gegen das Thal von Andorra (an der französischen Gränze) zurückgezogen, und Baron de Meer war am 15. mit einem Theile seiner Truppen in Esterry eingerückt; es hieß, er wolle im Aranthale den neuen Gouverneur (der frühere wurde bekanntlich unlängst von seinen eigenen Leuten ermordet) installiren. Der Carlistenchef Ros d'Eroles, der bei Annäherung der Christinos jenes Thal verließ, mußte wegen der großen Menge Schnees, welcher den Paß von la Bouffigne versperrt, sein Geschütz im Stiche lassen.

Großbritannien und Irland.

Newyorker Blätter bis zum 1. December bringen neuere Nachrichten aus Canada. Eines dieser Blätter, das den Präsidenten heftig bekämpft, behauptet, aus den Aussagen, der bei Prescott gefangenen Amerikaner gehe hervor, daß sie von einflußreichen Männern unter dem Versprechen von 30 Dollars monatlich und 100 Acres guten Landes angeworben worden, und daß Personen, welche in dem Vertrauen van Burens hoch stehen, bei der Sache betheiligt seien. Es geht jedoch aus Thatsachen hervor, daß es der Regierung der vereinigten Staaten Ernst ist mit der Aufrechterhaltung der Neutralität. Der Montreal-Herald führt folgende Thatsache an: Am Abende des 10. November erhielt der die Truppen der vereinigten Staaten in Fort Covington befehligende Offizier die Nachricht, daß eine Bande von Insurgentenfreunden (sympathisers) über die Gränze zu gehen und Dundee, in Abwesenheit der dortigen Freiwilligen, niederzubrennen beabsichtige. Alsbald ließ er den Weg nach Dundee besetzen, und verhinderte dadurch diesen feigen Völkerrechtsbruch. Daß übrigens in der Union, namentlich im Staate Newyork, große Theilnahme an dem Loos der bei Prescott von den Königlichen gefangengenommenen Landsleute herrscht, ist begreiflich. Das Oswego-Bulletin trauerte über ihre Niederlage mit einer schwarzen Einfassung. Zu Fort Henry in Obercanada sitzen 162 Personen wegen Theilnahme an dem Aufstande gefangen. Im Gefängnisse zu Montreal in Niedercanada sitzen nicht weniger als 573. Eine Ordonnanz bestimmt übrigens, daß kein Angeschuldigter, des-

Digitized by Google

sen Verbrechen vor dem 1. November begangen worden, wegen Hochverraths prozessirt werden dürfe. Daß es mit den Prozessen dießmal Ernst ist, geht daraus hervor, daß durch Expressen bereits der Henker von Quebec nach Montreal berufen worden ist, da sich in Montreal kein Beamter dieser Art befindet. — Die National-Gazette enthält mehrere Ordonnanzen des Gouverneurs Sir J. Colborne. Die eine verfügt Einziehung der Güter gegen alle von Kriegsgerichten zum Tode Verurtheilten, jedoch unbeschadet der Rechte der Gläubiger. Eine zweite erklärt der Felonie schuldig Alle, welche Andere durch Schwüre zur Theilnahme an verrätherischen Handlungen verbindlich machen, oder welche sich nach Erlaß gegenwärtiger Ordonnanz in Geheimverbindungen einlassen; ausgenommen hiervon sind bloß die Freimaurerlogen, welche in Folge eines Erlasses des Großmeisters einer Loge in Großbritannien oder Irland gehörig constituirt sind. Ehe übrigens das Gericht gegen die Hochverräther beginnt, scheint eine Säuberung der Gerichte, unter deren Mitglieder manche Gonner der Insurgenten sind, nöthig zu seyn. Das Gericht in Montreal erklärte erst vor kurzem die Verhaftung zweier Hochverräther für ungesetzlich. Die zwei Richter, welche in dem Gerichte saßen, Bedard und Panet, dem Namen nach französischen Ursprungs und bekannt als Anhänger der anti-englischen Partei, sollen bereits suspendirt seyn. Die Insurgenten selbst scheinen übrigens sehr entmuthigt zu seyn. Papineau sogar hat sich mißbilligend über die letzte Bewegung ausgesprochen und unterhandelt mit dem Gouvernement um Erlaubniß zur Rückkehr in die Colonie. — Sir John Colborne hat auf den 7. December einen allgemeinen Bettag ausgeschrieben. Es soll an diesem Tage der Allmächtige um Schutz für die Provinz gegen neue Einfälle und um Sieg für die loyalen Einwohner angefleht werden.

Am 21. December hatte man beim Colonialamte in London Depeschen aus Ostindien bis zum 31. October erhalten. Die Londoner Blätter vom 22. enthalten ein wichtiges Document, in welchem der Generalgouverneur von Indien, Lord Auckland, durch das Organ des Hrn. Macnaghten, die Gründe, die es ihm zur gebieterischen Pflicht machten, bei den Zwistigkeiten der Afghanen-Häuptlinge einzuschreiten, auseinandersetzt und zu gleicher Zeit die Beschaffenheit der Operationen schildert, zu welchen die brittische Armee, die nach dem Indus hin in Marsch gesetzt wurde, verwendet werden soll.

Das Packetboot „Lord Melville" hat Journale aus Jamaica bis zum 15. November mitgebracht. Sie enthalten die wichtige Nachricht, daß der Gouverneur Sir Lionel Smith das Assemblyhaus in diesem Jahre so störrig fand, wie im vorigen, und sich daher genöthigt sah, dasselbe gleich am ersten Tage der Session (6. November) wieder aufzulösen, da es, obwohl zugebend, wie dringend nothwendig es unter den gegebenen Umständen sei, die Polizeigesetze, besonders gegen das Vagabundiren, zu erneuern, die Verhältnisse zwischen den Pflanzern und ihren Arbeitern zu ordnen, die Einsammlung der öffentlichen Steuern zu regeln u. s. w., dennoch hartnäckig bei seinen im vorigen Jahre gefaßten Beschlüssen verharrte, weil, wie die Adresse sich ausdrückte, „die legislativen Rechte der Assembly angetastet seien." Der Sun bemerkt dazu: „Sir Lionel hat eine schwere Aufgabe vor sich, da unglücklicherweise derjenige Theil der Einwohner, von dem er angebetet wird, in der Legislatur des Landes keine Stimme hat. Die Pflanzer wissen und fühlen, daß die der farbigen Race gewährte Freiheit noch unvollkommen ist, und daß aus der Anerkennung ihrer socialen Gleichheit mit Ihrer Majestät übrigen Unterthanen von Seite des Reichsparlaments nothwendig für die Neger auch das Recht der Theilnahme an den Wahlen für die Assembly folgt; daher lassen sie kein Mittel unversucht, um die Zugeständnisse des Parlaments und die wohlwollenden Absichten der Regierung zu vereiteln. Der Gouverneur hat durch die Auflösung der Assembly abermals an die Wähler von Jamaica appellirt; diese sind aber eine zu beengte und selbstsüchtige Körperschaft, als daß sehr auf sie zu bauen wäre. Entsprechen sie jener Berufung wieder nicht, so wird es die Pflicht des Reichsparlaments seyn, eine Colonialverfassung zu modificiren, welche die Emancipation der Neger thatsächlich veraltet und unwirksam gemacht hat. Also der Sun, welcher die Forderungen der Chartisten im Mutterlande unterstützt, will den emancipirten Negern das (wenigstens active) Wahlrecht für die Colonialgesetzgebungen eingeräumt haben. Viel gefordert! Wenn man bedenkt, daß die Zahl der Besitzenden unter den Negern noch äußerst gering ist, so erscheint das Verlangen der billigeren Radicalen, allen Hausbesitzern (householders) in Großbritannien und Irland das parlamentarische Wahlrecht einzuräumen, vergleichsweise sehr gemäßigt.

Der Western-Luminary erzählt einen sonderbaren Vorfall. Als bei Lord Durhams neulicher Anwesenheit in Exeter ihm von den Liberalen dieser Stadt, den Mayor an der Spitze, eine Glückwünschungsadresse votirt worden, ergriff der Wortführer der Deputation, welche die Adresse überreichte, diese Gelegenheit, dem Grafen zu sagen, der Gemeinderath der Stadt Exeter wünsche, er möge diese Adresse nicht als einen Tadel gegen das Ministerium betrachten, und derselbe bitte ihn, dem Viscount Melbourne seine Unterstützung nicht zu entziehen. Lord Durham machte große Augen, und antwortete dann, „er verstehe zwar nicht so recht, was die Herren eigentlich meinten, die Adresse indeß laute unzweideutig, und diese wolle er in der Tasche behalten. Was Lord Melbourne betreffe, so habe er mit Sr. Lordschaft ein großes Bein abzunagen, und er wolle dafür sorgen, daß es sauber abgenagt werde." Darauf gab er der Deputation mit einer stolzen Verbeugung zu verstehen, daß sie abtreten könnte. Die Wahrheit dieser Anekdote steht natürlich dahin; wenigstens ist die Ausdrucksweise nicht die des Grafen Durham.

Am 18. December feierte die loyale und constitutionelle d. h. „conservative Association" von Birmingham (die der „politischen Union" gegenüber errichtet worden) ihren vierten Jahrestag im dortigen Stadthaus mit einem Festmahl von 400 Gedecken. Das Parlamentsmitglied W. S. Dugdale führte den Vorsitz, und sprach bei dem Toaste auf Sir R. Peel die Hoffnung aus, den sehr ehrenwerthen Baronet, welcher an der Spitze der stärksten Opposition stehe, von der man je in England gehört habe, in kurzer Zeit wieder am Staatsruder zu sehen. Der Hauptredner des Festes war der dazu geladene Sir Francis Burdett.

Feargus O'Connor hat in einer „Chartistenversammlung" in Lancashire öffentlich verkündigt, daß er sich um die königliche Proclamation gegen die Meetings bei Fackelschein nichts bekümmern werde. „Ich bin," sprach er, „im Begriff, Mylord Melbourne im nächsten Monat etwas zu schaffen zu machen; wir werden im Jänner einen hübschen Neumond haben, und wir wollen sehen, ob Mylord den Mond auslöschen kann. (Großer Beifallsruf.) Lasset uns sehen, ob Daniel O'Connell und sein Präcursorenstab ihm zu Hülfe kommen und zum Mann im Monde hinaufspazieren werden u. s. w." Wir wissen nicht, bemerkt dazu die Morning-Chronicle, ob die Liberalen in Lancashire hinlänglich mondsüchtig sind,

dieſem Rathe zu folgen, aber hier in London betrachtet man ihn als baaren Mondſchein."

Eine Deputation von Inhabern ſpaniſcher Renten hatte Audienz bei Lord Melbourne, um ihm die Nothwendigkeit einer baldigen Beendigung des ſpaniſchen Bürgerkrieges oder wenigſtens einer Milderung ſeines Characters auseinanderzuſetzen. Lord Melbourne führte aus, was die Regierung bisher gethan habe, ſprach aber kein Wort von neuen Schritten, welche ſie beabſichtige.

Edward Jones, der im Buckingham-Pallaſte verhaftete Schneidersſohn, hat jetzt ausgeſagt, er ſei aus Neugier in den Pallaſt gegangen, und habe ſich dann dort aufgehalten, bis man ihn feſtgenommen habe, d. h. etwa acht Tage. Die von ihm geſtohlenen Gegenſtände haben einen Werth von 2 Pf. St. Er wird vor die Aſſiſen von Weſtminſter geſtellt werden.

Conſols am 22. December 93¼, ⅞.

Braſilien.

Am 20. October hat der Regent, Pedro de Araujo Lima, die erſte Seſſion der vierten Legislatur mittelſt nachſtehender Rede geſchloſſen: „Erhabene und würdige Abgeordnete der Nation! Ich wünſche mir mit Ihnen Glück zu dem Wohlbefinden Sr. Majeſtät des Kaiſers und ſeiner erhabenen Schweſtern. Unſere Verhältniſſe zu den auswärtigen Mächten ſind unverändert geblieben. Der Friede iſt in der Provinz Para hergeſtellt; gleicher Wohlthat wird, wie ich hoffe, mittelſt göttlicher Hülfe Rio Grande do Sul bald theilhaftig ſeyn. Im Namen des Kaiſers komme ich, zu meiner innigſten Befriedigung, Ihnen die kaiſerliche Dankbarkeit für die unabläſſigen Bemühungen und für die unerſchöpfliche Sorgfalt darzubringen, womit Sie der Unterdrückung der Anarchie, der Conſolidirung unſerer Inſtitutionen und der Beförderung des vaterländiſchen Wohlſtandes obgelegen haben. Nach ſo langen und mühſeligen Arbeiten iſt Ruhe vonnöthen; indem Sie aber in der Zurückgezogenheit des häuslichen Lebens fortwährend Ihr ganzes Sinnen auf das Wohl des Vaterlandes gerichtet halten, werden Sie, bei dem Wiederantritte Ihrer hohen Functionen, ſich auch künftig durch Ihre thätigen Leiſtungen um daſſelbe verdient machen. Zur Unterſtützung Ihres patriotiſchen und ruhmwürdigen Beſtrebens wird die Regierung es ſich angelegen ſeyn laſſen, der loyalen und aufrichtigen Mitwirkung zu entſprechen, die Sie ihr haben angedeihen laſſen, und welche die Stabilität unſerer Inſtitutionen eben ſo ſehr ſichert, als ſie eine erfreuliche Zukunft hoffen läßt. Die Seſſion iſt geſchloſſen."

Centralamerika.

Nach Briefen aus Balize vom 27. October war in den vereinigten Staaten von Centralamerika eine neue Revolution ausgebrochen. Der Inſurgentenanführer Carrera hatte zum zweiten Male die Waffen ergriffen, mit 1000 Mann ſich der Stadt Guatemala bemächtigt und dieſelbe geplündert. Nach einigen Tagen wurde er jedoch von den Regierungstruppen vor den Mauern der Stadt geſchlagen; er verlor 200 Mann in dieſem Treffen. Der Präſident Morazan war mit 300 Mann in Verfolgung der Rebellen begriffen.

Rußland.

Die feierliche Verlobung Ihrer kaiſ. Hoheit der Großfürſtinn Maria und Sr. Durchlaucht des Herzogs von Leuchtenberg hat, dem Programme gemäß, am Sonntag den 16. December Statt gefunden. Abends war die Stadt auf das prachtvollſte erleuchtet.

Durch ein von Sr. Majeſtät dem Kaiſer beſtätigtes Gutachten iſt feſtgeſetzt worden, daß im Jahre 1839 bei allen öffentlichen Caſſen der Goldrubel zu 3 Rubel 65 Kopeken Silber und der Silberrubel zu 3 Rubel 60 Kopeken Bankaſſignationen angenommen werden ſoll.

In Poltawa verſtarb am 10. November der als Dichter in der kleinruſſiſchen Sprache rühmlichſt genannte Major Kotliarewsky. Er hatte unter Anderm die Aeneide in kleinruſſiſcher Sprache bearbeitet und iſt der Verfaſſer mehrerer Theaterſtücke. Der Verſtorbene war zu Poltawa im Jahre 1769 geboren.

Frankreich.

Das Journal des Debats vom 24. December freut ſich, daß die Miniſter trotz der Minorität, in der ſie in der Adreſſe-Commiſſion geblieben, den Entſchluß gefaßt haben, ihren Poſten nicht zu verlaſſen und die Diſcuſſion der Adreſſe abzuwarten. „Wir wollen," ſagt gedachtes Journal, „keineswegs mit einer Zuverſicht prahlen, die einen ſo ſtarken Stoß erlitten hat, und wir wiſſen, daß auch das Miniſterium die Wichtigkeit des Schlages fühlt, der ihm verſetzt worden iſt. Seine Handlungen dem Urtheil ſeiner Feinde preisgeben, heißt faſt eben ſo viel, als ſie verdammen. Aber die Richter nöthigen, das Verdammungsurtheil zu formuliren, iſt fortan das einzige Mittel, welches dem Miniſterium übrig bleibt, ihm zu entgehen. Es iſt übrigens der ehrenvollſte, der würdigſte, der der Wahrheit der Repräſentativregierung angemeſſenſte Weg. Wenn das Miniſterium vom 15. April fallen muß, ſo wird ſein Sturz wenigſtens kein Zufall ohne Erklärung, keine Wirkung ohne Urſache, kein monſtröſer Unſinn ſeyn. Eine neue, rein ausgeſprochene, offen vertheidigte Politik wird an die Stelle derjenigen treten, die ſeit zwei Jahren in den Conſeils der Krone vorherrſchte. Die Kammer wird wiſſen, wem ſie ſich hingibt, Frankreich wird wiſſen, wohin man es führt. Es wird erfahren, unter welchen Bedingungen man ihm die Freiheit wieder geben will, welche das Miniſterium vom 15. April gefährdet hat, die Ordnung, welche es nicht aufrecht zu erhalten, die Unverletzbarkeit des Königs, welche es nicht zu ſchützen wußte, die Septembergeſetze, welche es verjähren ließ, die Nationalunabhängigkeit, die [illegible] in der Schweiz, in Italien, in Merico, bei der Londoner Conferenz, im Cabinete Chriſtinens verrathen hat. Frankreich wird nach der feierlichen Diſcuſſion, die ſich vorbereitet, wiſſen, welches Mittel die Coalition gegen ſo viele Uebel in Bereitſchaft hat. Hätte ſich das Miniſterium unmittelbar nach Ernennung der Adreſſe-Commiſſäre zurückgezogen, ſo würden ſeine Nachfolger, da ſie nicht nöthig gehabt hätten, ſich deutlicher auszuſprechen,

vielleicht am einfachſten und bequemſten gefunden haben, in aller Stille die Politik des 15. April fortzuſetzen. Nach der Discuſſion werden ſie dieß nicht mehr thun können, ohne geradezu zu geſtehen, daß ſie ſeit zwei Jahren nichts weiter als die traurigen Helfershelfer einer erbärmlichen Portefeuille-Conſpiration geweſen ſind."

Die neueſten Pariſer Blätter melden: „Ihre Majeſtäten haben von der Frau Herzoginn Marie von Würtemberg einen langen Brief erhalten, in welchem Ihre königl. Hoheit Ihre am 14. December erfolgte Ankunft in Piſa meldet. Die Geſundheit der Herzoginn hat ſich bedeutend gebeſſert und alle beunruhigenden Krankheitsanzeichen ſind gänzlich verſchwunden."

Die Angabe einiger Pariſer Journale, als ſei die Königinn vor kurzem in der Hofkirche St. Roch gröblich geſchmäht worden, wird dahin berichtigt, daß in dieſer Kirche ein Mann wegen aufrühreriſchen Aeußerungen, übrigens nicht in der Nähe Ihrer Majeſtät, feſtgenommen worden iſt. Vor den Polizeicommiſſär gebracht, konnte er vor Betrunkenheit keine einzige Frage beantworten. Er iſt Drucker bei Firmin Didot und entſchuldigte ſeine Aeußerungen mit dem Zuſtande, in welchem er geweſen ſei.

Am 21. December ſtarb zu Paris der berühmte Reiſende Pouqueville, an der Bruſtwaſſerſucht im 68ſten Lebensjahre. Pouqueville hatte als Mitglied der wiſſenſchaftlichen Commiſſion Bonaparte's ägyptiſche Expedition mitgemacht. Aus Geſundheitsrückſichten wollte er nach Frankreich zurückkehren, wurde aber von einem tripolitaniſchen Corſaren an den calabriſchen Küſte gefangen. Als Sclave in Navarin verkauft, kam er nach Konſtantinopel, wo ſeine mediciniſchen Kenntniſſe ihm Erleichterung ſeines Looſes verſchafften. Dieſem Schickſale verdankte man die intereſſanteſten Werke, welche Pouqueville ſpäter über Griechenland und die Türkei herausgab. Durch das erſte derſelben — Voyage en Morée, à Constantinople et en Albanie, Paris 1805 — aufmerkſam gemacht, ernannte ihn Napoleon noch in demſelben Jahre zum franzöſiſchen Generalconſul in Janina, welche Stelle er bis 1815 bekleidete. Später kam er in derſelben Eigenſchaft nach Patras. Im Jahre 1820 kehrte er nach Paris zurück, wo er die bekannten Werke über Griechenland und ſeine Wiedergeburt herausgab. Pouqueville war Doctor der Medicin, Mitglied des Inſtituts, der Akademie der Inſchriften und der ſchönen Wiſſenſchaften.

Am 23. December 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 109 Fr. 50. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 65. — Am 24. December um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 20. 3Percents ——.

Niederlande.

Se. königl. Hoheit der Prinz von Oranien iſt am 19. December Früh nach dem Hauptquartier in Nordbrabant abgereist. Da Se. königl. Hoheit um dieſe Jahreszeit nur ſelten dahin abzugehen pflegt, ſo werden mit dieſer Reiſe Anordnungen in Verbindung gebracht, die vermuthlich wegen der fortwährenden Kriegsrüſtungen der Belgier nothwendig geworden ſind. — Der Herzog Bernhard von Sachſen-Weimar iſt ebenfalls nach dem Hauptquartier in Nordbrabant abgereist.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalſtaaten vom 20. December wurde die Discuſſion über die volle Zinszahlung der Staatsſchuld, ſo wie über den außerordentlichen Credit für das Kriegsdepartement im Jahr 1839 fortgeſetzt. In Bezug auf den erſten Gegenſtand waren die Stimmen getheilt, indem einige Mitglieder der Meinung waren, die Regierung hätte die belgiſche Schuld von den übrigen Ausgaben, die man gern bewillige, ganz trennen ſollen; die erſtere fortwährend zu entrichten, liege ganz außerhalb der Verpflichtung des Landes. Es werde immer unwahrſcheinlicher, daß das Land dieſe Auslagen jemals zurückerhalte, und darum ſei es weggeworfenes Geld, ſie auch heute noch zu votiren. Der Finanzminiſter erklärte, warum dieſe beiden Credite nothwendig zuſammengehörten. Vor allem gelte es jetzt, die Regierung in der Behauptung ihrer Rechte, Belgien gegenüber, kräftig zu unterſtützen und den öffentlichen Credit aufrecht zu erhalten. Niederland wünſche zwar den Frieden, zur Erreichung dieſes Zweckes habe die Regierung jedoch Kraft nöthig. Der Geſetzentwurf wurde am Ende von 50 gegen 4 Stimmen angenommen.

Dem Handelsblad zufolge iſt der Termin zur Räumung der von den Belgiern abzutretenden Theile des Limburgiſchen und Luxemburgiſchen von der Londoner Conferenz auf den 1. Februar feſtgeſetzt. Auch verſichert der Brüſſeler Correſpondent desſelben Blattes wiederholt, daß das belgiſche Cabinet eine Note von Seiten des britiſchen erhalten habe, worin dem erſtern angekündigt werde, daß England jede bewaffnete Widerſetzlichkeit im Limburgiſchen und Luxemburgiſchen als eine direct gegen Großbritannien ausgeübte feindſelige Handlung anſehen würde.

Belgien.

Im Budget des Kriegsminiſteriums ſind durch den Chef dieſes Departements verſchiedene Amendements vorgeſchlagen worden; ſie ſind beſtimmt: 1) Die Offizier- und Unteroffizier-Cadres der 9 Reſerveregimenter zu ergänzen; 2) das vereinigte Grenadier- und Voltigeurregiment definitiv zu organiſiren; 3) die Elitecompagnien der 4 Linienregimenter wiederherzuſtellen (dieſe Compagnien dienten zur Bildung des Grenadier- und Voltigeurregiments); 4) zwei neue Schwadronen zu organiſiren, was die Stärke dieſer Waffe auf 16 Schwadronen bringen würde; 5) die 3 Compagnien der Feldſpitäler zu verſtärken, indem man jeder derſelben eine Section hinzufügt; 6) für die bei Vermehrung von 1600 Trainpferden und 1721 Cavalleriepferden nöthige Fourrage zu ſorgen, und alle übrigen Ausgaben zu decken, welche die oben erwähnten Maaßregeln nach ſich ziehen werden.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer

vom 22. December hat der Finanzminister folgende Erklärung übergeben: „Der König hat mich beauftragt, Ihnen ein Project vorzulegen, durch welches die Regierung in Stand gesetzt wird, der belgischen Bank zu Hülfe zu kommen. Die Lage derselben ist der Art, daß sie auf Handel und Industrie Einfluß haben muß; man muß also die Wirkungen ihrer Zahlungsunfähigkeit vermindern, wenn sie auch nicht mit der Regierung verbunden ist. Es ist unnöthig, in die Ursachen des gegenwärtigen Zustandes dieses Etablissement einzugehen; ich lese Ihnen auch nicht die Bilanzen vor, die nur von einer Commission geprüft werden können, der Sie dieß Project überweisen werden. Es genügt, daß mit Hülfe der bezeichneten Summen die Bank wieder ihre Zahlungen vornehmen kann. Art. 1. Der Regierung ist ein Credit von 2,400,000 Fr. eröffnet, der dazu dienen soll, der Bank ihre Zahlungen zu erleichtern. Diese Summe wird nach und nach der Bank als Anleihe, theils in Schatzbillets, theils in Geld, zu 5 Percent Zinsen vorgestreckt werden. Art. 2. Der Regierung wird ferner ein Credit von 1,600,000 Fr. eröffnet, damit sie auf Rechnung und Garantie der Bank die Summen auszahlen kann, welche von denen reclamirt werden, die Geld in die Sparcassen eingeschossen haben, welche die Bank creirt hat. Diese zweite Anleihe wird ebenfalls mit 5 Percent verzinst. Art. 3. Die Regierung wird die Bedingungen zur besten Verwendung dieser Summen, so wie die Zeit und die nöthige Garantie zur Rückzahlung bestimmen. Art. 4. Um diese Credite zu decken, ist die Regierung ermächtigt, Schatzbillets bis zum Betrag von 4 Millionen, nach dem Gesetz vom 16. Februar 1833, auszugeben. Ich hoffe, daß die Commission sich unverzüglich mit diesem Projecte beschäftige." Der Gesetzantrag wird an eine Commisson verwiesen. Die Kammer hat darauf das Kriegsbudget angenommen, nachdem die HH. Simons, Hofffschmidt ꝛc. nochmals sich weitläuftig für Erhaltung Limburgs und Luxemburgs aussprachen. Der Kriegsminister erklärte, man könne ruhig seyn. Das Budget reiche hin, für die Besoldung einer Armee von 50,000 Mann und zur Anschaffung des Materials und der Cadres von 110,000 Mann.

Des Grafen Duval de Beaulieu kühnes Auftreten im Senat zu Gunsten des Friedens und des Rechtes hat eine gewisse Sensation erregt. Am Schlusse der Sitzung, in welcher der Graf seine Friedensrede gehalten, verfügte sich der Präsident des Senats zu ihm, mit den Worten: „Mein werther Graf, Sie sind nicht kriegerisch gesinnt, Sie haben aber mehr Muth gezeigt, als Alle zusammen."

Briefen aus Brüssel vom 21. December zufolge betragen die Passiva der belgischen Bank 47 Millionen Fr., die theilweise einzubringen sind, wenn die Regierung den Gesellschaften, die der Bank schulden, zu Hülfe kommt. Cockerill soll von der Regierung die unverzügliche Bewilligung eines Credits verlangt haben, widrigenfalls er seine Werkstätten schließen würde. Er schuldet eine Million an die Bank und 4 Millionen an den König der Niederlande für Ankauf von Hammerwerken ꝛc.

Teutschland.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums Hessen vom 17. d. M. hatte die Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Glaubrech, die Wiederherstellung der durch Patent vom 1. November 1837 aufgehobenen Verfassung des Königreichs Hannover betreffend, Statt. Mit 21 gegen 20 Stimmen wurde von der Kammer die folgendermaaßen entworfene Frage bejaht: „Soll die Staatsregierung, nach dem Antrage des Abgeordneten Glaubrech, ersucht werden, durch alle Ihr zu Gebot stehende Mittel bei einem hohen teutschen Bunde fortwährend dahin zu wirken, daß die durch Patent vom 1. November 1837 aufgehobene und vorher in anerkannter Wirksamkeit bestandene Verfassung des Königreichs Hannover baldmöglichst wieder hergestellt werde?" Die Abstimmung über eine zweite, eventuell vorgelegte Frage unterblieb. — In derselben Sitzung beschloß die Kammer, die von dem Abgeordneten Krug und Knorr in Antrag gebrachte Errichtung eines Landgerichtes zu Butzbach genau prüfen, und, falls sich die Nothwendigkeit ergäbe, alsbald ein solches errichten zu lassen. — Mit 37 gegen 4 Stimmen trat sie auch dem Antrage des Ausschusses in Betreff der Sache der im Großherzogthume Hessen noch lebenden Besitzer des Ordens der französischen Ehrenlegion bei, wonach dieselben vom 1. Jänner an auf den Pensionsfond lebenslänglich und so lange angewiesen sind, bis es der Staatsregierung gelingen wird, die Krone Frankreichs zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten zu vermögen.

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben, dd. Wien den 21. December v. J., dem Baron Esnon de St. Ceran, ehemaligen Unterpräfecten im Arrondissement Montreuil sur Mer, in Anerkennung der Verdienste, welche er in den Jahren 1813 und 1814 erkrankten und verwundeten österreichischen Kriegsgefangenen geleistet hat, das Ritterkreuz des österreichisch-kaiserlichen Leopoldordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Nach der heute erschienenen Uebersicht der Satzungspreise für den Monat Jänner 1839 ist die Mundsemmel zu 1 kr. um ¼ Loth; ordinäre Semmel zu ½ kr. um ¼ Loth, detto zu 1 kr. um ½ Loth; pohlenes Brot zu 1 kr. um ½ Loth, detto zu 3 kr. um ¼ Loth, detto zu 6 kr. um 1½ Loth leichter auszubacken; die übrigen Brot- und Semmelgattungen sind im vorigen Gewichte verblieben. — Das Pfund Rindfleisch kostet 9 kr. C. M.

Am 31. December war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107 11/20
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100 2/20
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80 1/3
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	676 1/4
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	65 1/8
Bankactien pr. Stück ——		in CM.	

(Dem heutigen Blatte des Beobachters liegt die Chronologische Uebersicht ꝛc. für den Monat October 1838 bei.)

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№. 2

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 2. Jänner 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 31. December.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.846	283. 7 L. 5 P.	0.0	S.	schwach.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.791	28 6 8	+ 0.9	W.	mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.802	28 7 7	— 0.3	NW.	stark.	Schnee.

Großbritannien und Irland.

Die (in unserm gestrigen Blatte erwähnte) Erklärung des Generalgouverneurs von Indien ist in einer außerordentlichen Beilage zum Agra Ukhbar vom 11. October abgedruckt, und vom 1. gedachten Monats aus Simla datirt. Sie kündigt an, daß ein Tripel-Defensiv- und Offensiv-Allianztractat zwischen dem indischen Generalgouvernement, dem Beherrscher von Punschab (Rundschit-Sing) und Schah Schudschah abgeschlossen worden sei, um letztern wieder auf den Thron von Kabul zu setzen und den Dost Mohammed Khan, der diesen Thron usurpire, zu vertreiben. Schah Schudschah soll von seinen eigenen Truppen umgeben und von der brittischen Armee unterstützt, in Afghanistan einziehen. Der Generalgouverneur hofft zuversichtlich, daß der Schah von seinen eigenen Unterthanen und Anhängern unterstützt, seinen Thron bald wieder besteigen werde; ist seine Macht einmal befestigt und die Unabhängigkeit und Integrität des afghanischen Gebiets gesichert, dann soll die brittische Armee das Land wieder verlassen. — Hr. W. H. Macnaghten, Secretär des indischen Gouvernements, ist bestimmt, als Gesandter und bevollmächtigter Minister dieses Gouvernements am Hofe des Schah Schudschah in Kabul zu residiren.

Die Morning-Chronicle äußert sich in einer ihrer neuesten Nummern folgendermaaßen über die belgischen Angelegenheiten: „In Bezug auf Belgien scheint eine große Unruhe obzuwalten; wenn aber alle großen Mächte über die Bedingungen der Uebereinkunft zwischen Belgien und Holland einig sind, wie dieß wirklich der Fall ist, so wäre es eine so große Thorheit von Seite Belgiens, etwas zu thun, was einem Widerstande gleichsähe, daß wir nicht glauben, daß es wirklich die Absicht habe, Widerstand zu leisten. Alle großen Mächte sind über die Bedingungen einverstanden, und sie werden selbe in den ersten Tagen des nächsten Monats beiden Parteien mittheilen. Wir glauben, daß Belgien wenig Ursache hat, mit den vorzuschlagenden Bedingungen unzufrieden zu seyn. Die Hartnäckigkeit des Königs von Holland ist für Belgien sehr vortheilhaft gewesen. — Was Luxemburg und Limburg betrifft, auf deren Besitz Belgien besteht, so ist es ganz unvernünftig zu glauben, daß man ihm dieß einräumen werde. Luxemburg z. B. gehört zum teutschen Bunde und der König von Holland hat ein Recht auf den Besitz dieses Gebietstheiles, nicht als Souverain von Holland oder Belgien, sondern in seiner besondern und davon ganz unabhängigen Eigenschaft eines der Mitglieder des Bundes. Die Dänen könnten mit gleichem Rechte Holstein vom Bunde loszureißen trachten, wie die Belgier Luxemburg, aus dem alleinigen Grunde, weil Belgien und Luxemburg eine Zeit lang einem und demselben Souverain unterworfen waren. Nehmen wir an, daß bei dem Tode Wilhelms IV. das Volk von England sich in den Kopf gesetzt hätte, Hannover zu reclamiren, weil während der Lebenszeit dieses Monarchen die beiden Kronen Englands und Hannovers auf demselben Haupte vereinigt waren, so würde die Zustimmung des hannover'schen Volkes (und wir zweifeln nicht, daß es leicht gewesen wären, sie zu erhalten) die Frage auf keine Weise geändert haben. Die übrigen Bundesstaaten haben Rechte, welche mehr gelten, als jene der Einwohner von Hannover und von Luxemburg; sie sind vollkommen berechtigt, der Zerstückelung des Bundes sich zu widersetzen. — Diese Betrachtungen sind so vernünftig, daß die französischen Liberalen, wiewohl sie in Bezug auf Belgien extravagante Ideen haben, doch nicht so weit gehen werden, den Rath zu geben, den Frieden von Europa zu stören und die Tractate zu verletzen, weil der teutsche Bund sich nicht eines seiner Staaten berauben lassen will. Luxemburg hat niemals Belgien gehört, und wie geneigt die großen Mächte auch seyn dürften, dem Wunsche der Belgier zu willfahren, so könnten sie es doch nicht auf Kosten des teutschen Bundes thun. Wir glauben demnach, daß kein beträchtlicher Theil der französischen Kammern von der Linie des Benehmens abweichen wird, die ihnen von der Gerechtigkeit und dem gesunden Menschenverstande vorgezeichnet ist."

Am 20. December Abends fand in der Hall of Society, auf der Commercial-Place in London, eine zahlreiche Versammlung des „Arbeitervereins" zur Unterstützung des „Nationalconvents," resp. der Volkscharte, Statt. Auch hier war Feargus O'Connor wieder der Hauptredner. Er begann damit, daß er alle seine Gegner, die Minister, Whigs und „Whig-Radicale" gräulich heruntterschimpfte, sie Esel, Hansnarren (tomfools) u. s. w. nannte, besonders aber O'Connell lächerlich zu machen suchte, dessen Stimme, Manieren und Ausdrucksweise er, zum großen Ergötzen der Versammlung, mit vielem mimischen Talent nachahmte. Zugleich erklärte er es für baare Verläumdung, wenn O'Connell und die ministerielle Presse ihm nachsagten, daß er zur Anwendung physischer Gewalt aufgefordert habe; vielmehr hoffe auch er Alles von der moralischen Kraft; nur sei es gut, gewissen unverbesserlichen Leuten auch das „letzte Argument" im Hintergrunde zu zeigen. O'Connor klagte ferner über die Apathie der untern Volksclassen in London, welche sich mit den Brosamen, die ihnen, auf dem Wege des Kramhandels, der Handwerke und sonstiger Dienstleistungen, von den Tischen der Aristokratie abfielen, nur allzu gern beschwichtigen ließen, und über ihrem eigenen armseligen Comfort die gemeinsamen Interessen des unterdrückten Volks zu vergessen geneigt seien. Nach O'Connor er-

griff Hr. Lovett das Wort, und ſuchte der Verſammlung Vernunft und Mäßigung anzuempfehlen. Er tadelte Hrn. Stephens, welcher Reden im Munde geführt habe, die ihrer guten Sache offenbar ſchaden müßten, und vertheidigte das neue engliſche Armengeſetz gegen O'Connor; aber ſeine gutgemeinten Worte wurden mit Ziſchen und Gelächter aufgenommen, und zuletzt entſtand ein ſolcher Tumult, daß er ſich zurückziehen mußte. Dagegen wurde Hrn. O'Connor mit betäubendem Jubelrufe gedankt, als er eine zweite Standrede mit den Worten ſchloß: „Ich will nicht jedes Wort rechtfertigen, das Hr. Stephens geſprochen hat; aber Hr. Stephens iſt ein menſchlich denkender Mann, und ein ächter Volksfreund. Ich bin ein Mann des Friedens, aber lieber als ich es ſehen will, wie man Mann und Weib in ihren alten Tagen auseinander reißt, und die Jungen in ſchändliche Baſtillen einſchließt, ziehe ich einen rothen Rock an, und fechte den guten Kampf für die gute Sache. Ich war vordem ein Ultra-Tory; aber nun ich das ſchandvolle Treiben der Tories, der Whigs und ſelbſt eines Theils der Radicalen kenne, nehme ich keinen Anſtand zu erklären, daß meine Anſichten ſehr nahe an Republikanismus ſtreifen.“ Mehrere Reſolutionen für die Volkscharte wurden mit einhelligem Zuruf angenommen.

Nach Briefen aus Malta vom 15. December ſind die Linienſchiffe „Rodney,“ „Pembroke“ und die Corvette „Dido,“ von der Mündung der Dardanellen kommend, in Malta eingetroffen. Am 7. December überfiel ſie, fünf Meilen von dieſer Inſel, ein fürchterliches Unwetter. Der Blitz ſchlug in den „Rodney,“ und zündete nahe bei der Pulverkammer. Indeſſen würde man nach einer Viertelſtunde des Feuers Meiſter. — Seit der Anweſenheit der Königinn-Witwe von England folgen auf jener Inſel die Feſte faſt ohne Unterbrechung. Ihre Majeſtät wohnt dort regelmäßig den Vorſtellungen der Oper bei.

Newyorker Blätter vom 6. December bringen Neueres über die Verhältniſſe in Canada. Sir J. Colborne hat dem Specialrathe eine Bill zu temporärer Suspenſion des Verfahrens durch die Jury vorgelegt. Bill Johnſon, der Pirat der „Tauſend Inſeln,“ und der Inſurgentengeneral Birge, welche von den Behörden der vereinigten Staaten wegen Neutralitätsbruches verhaftet worden waren, ſollen aus dem Gefängniſſe entkommen ſeyn.

Der Durchſchnittspreis des Weizens hat in der zweiten Decemberwoche den ſogenannten Hungersnothpreis, bei welchem erſt die Einfuhr fremden Getreides Statt findet, ſchon um 5 Shilling überſtiegen, und man fürchtet, daß es in den nächſten ſechs Monaten an dem nöthigen Bedarf fehlen wird, denn obgleich die Häfen jetzt für die Einfuhr offen ſind, und es, wie man glaubt, noch einige Monate bleiben dürften, ſo iſt doch die Zufuhr von außerhalb nur ſehr gering und reicht für die Bedürfniſſe nicht hin. Das Brot hat bereits einen ſehr hohen Preis erreicht, und wird vermuthlich noch immer mehr aufſchlagen. Es wird daher die öffentliche Wohlthätigkeit ſchon zu Gunſten der nothleidenden Armen in Anſpruch genommen.

In Irland regt jetzt ein Hr. Quin das Volk gegen den von einer Regierungscommiſſion erſtatteten Eiſenbahnbericht auf, weil man ſich eine größere Unterſtützung der Eiſenbahnen von Seiten der Regierung verſprochen hatte. Indeß wird von miniſteriellen Blättern die angebliche Aeußerung des Secretärs für Irland, Lord Morpeth, daß die Regierung auch nicht einen Heller zu Gunſten der irländiſchen Eiſenbahnen vorſchießen werde, für ungegründet erklärt.

Auch an der Londoner Börſe hat die Nachricht von der Zahlungseinſtellung der belgiſchen Bank einigen Schrecken verurſacht, da man glaubt, daß mehrere engliſche Capitaliſten ſehr darunter leiden dürften.

Frankreich.

Die Adreſſe-Commiſſion der Deputirtenkammer verſammelte ſich am 24. December im Cabinet des Präſidenten. Die Sitzung war ausſchließend den auswärtigen Angelegenheiten gewidmet. Am 25. ſollte (wegen des Weihnachtsfeſtes) keine Sitzung Statt finden, und dann am folgenden Tage über die innern Angelegenheiten debattirt werden. Erſt nach dieſen Sitzungen werden die Miniſter eingeladen werden, in der Mitte der Commiſſion zu erſcheinen und ihre Erklärungen zu geben. Man glaubte, Hr. Etienne werde zum Berichterſtatter der Adreſſe-Commiſſion ernannt werden. — Von Seite der Pairskammer war der Adreßentwurf, den Graf von Portalis angefertigt hatte, bereits in den ſieben Bureaux, in welche ſich dieſe Kammer theilt, erörtert worden. Am 26. December ſollte gedachter Entwurf in öffentlicher Sitzung vorgeleſen und die Debatte darüber eröffnet werden. Nach dem, was die Pariſer Journale vom 25. darüber berichten, ſcheint die Adreſſe der Pairskammer ganz im Sinne der Regierung verfaßt zu ſeyn; mehrere von der Oppoſition bei den Bureaux-Debatten vorgeſchlagenen Aenderungen, z. B. der von dem Grafen von Montalembert unterſtützte Vorſchlag des Hrn. von Schonen, ſtatt den Worten: „die Unabhängigkeit Belgiens“ zu ſetzen: „die Integrität Belgiens,“ waren verworfen worden.

Ueber die Verhandlungen, welche in den Bureaux der Deputirtenkammer bei der Wahl der Adreſſe-Commiſſion am 22. December Statt fanden, finden wir in Pariſer Blättern folgende Notizen: Die HH. Sauzet, Meynard, Larabit ſprachen im vierten und fünften Bureau zu Gunſten Belgiens. Gegen Hrn. Larabit, welcher eine Zerſtückelung Belgiens als den Intereſſen und der Ehre Frankreichs entgegen betrachtete, behauptete der Miniſter des öffentlichen Unterrichts: der im Anfange von Frankreich unterzeichnete und von Belgien angenommene 24 Artikeltractat verbinde den einen, wie den andern dieſer Staaten, wie ſpät auch die Zuſtimmung König Wilhelms Statt gefunden habe; die anfängliche Weigerung des letztern annullire nicht den Vertrag, da er die Bedingung ſei, welche die großen Mächte Belgien für deſſen Aufnahme in die Zahl der europäiſchen Staaten geſtellt hätten; Belgien habe ſieben Jahre die Provinzen Luxemburg und Limburg im Beſitze gehabt und die Steuern dort erhoben, es habe demnach Nutzen aus den Stipulationen gezogen, welche ihm den proviſoriſchen Genuß der beſtrittenen Provinzen, im Falle einer Weigerung von Seiten Hollands, ſicherten. Der Miniſter betheuerte: das franzöſiſche Cabinet habe alles Mögliche gethan, und mache noch Anſtrengungen, um die den Nachbarn auferlegten Opfer zu erleichtern; er verbreitete ſich ausführlich über die den Verträgen ſchuldige Treue, und über die Nothwendigkeit, die Allianz Englands, welches ſich für die Ausführung der 24 Artikel erkläre, aufrecht zu erhalten; am Schluſſe fragte er, ob Jemand wohl dem Cabinet den Rath habe geben können, den Krieg für eine Sache zu wagen, die nicht gerecht ſei? Hr. Etienne ſtellte die Frage an Hrn. Salvandy: wie es habe geſchehen können, daß im Augenblicke, wo eine ſo ſchwierige Unterhandlung im Gange geweſen, aus der eine Kriegsfrage entſpringen könne, das Cabinet ſich ſo plötzlich zu einer Räumung Ancona's entſchieden habe? warum es nicht zum wenigſten das Ende der belgiſchen Angelegenheit abgewartet habe, um ein ſo köſtliches Pfand aus der Hand zu geben, deſſen Beſitz mehr Einfluß und Stärke in der Conferenz hätte geben müſſen? Der Mi-

nister erwiederte: Ancona's Räumung sei die Folge eines Vertrags; die Oesterreicher hätten die päpstlichen Staaten geräumt; Frankreich hätte also das Gleiche zu thun nicht verweigern können, ohne die Verträge zu verletzen. Hr. Etienne entgegnete, dieser Vertrag habe seit sieben Jahren schon bestanden, schon zweimal sei seine Ausführung verlangt worden; jetzt hätte man auch durch Unterhandlungen seine Erfüllung noch verzögern sollen. Im sechsten Bureau brachten die HH. Thiers und Odilon-Barrot die belgische Angelegenheit zur Sprache; sie meinten, die von einem der streitenden Theile acht Jahre lang geschehene Weigerung, sich dem 24 Artikeltractat zu unterwerfen, erlaube nicht mehr, den andern Theil als durch diesen Tractat gebunden zu betrachten. Hr. Bignon vertheidigte hier das Ministerium. Im dritten Bureau sprach sich, wie man versichert, Hr. Guizot gegen die Leitung der auswärtigen Politik aus, und tadelte insbesondere die Ungeschicklichkeit, welche bei dem Zwiste Frankreichs mit der Schweiz zu beklagen gewesen sei."

Dem Journal des Debats zufolge hatten sich am 24. December Abends 8 Uhr 150 Mitglieder der Deputirtenkammer in der Wohnung des Generals Jacqueminot versammelt, um über die Mittel zu berathen, die Anstrengungen der Coalition zum Sturze des Ministeriums zu vereiteln und einen Sammelpunct für alle diejenigen Deputirten zu bilden, welche, wie das obgedachte Journal sich ausdrückt, lieber den Grundsätzen der Ordnung und wahren Freiheit treu bleiben, als sich in ehrgeizige Combinationen einlassen wollen. — Der Presse, einem andern Ministerialblatte zufolge, wurde Hr. Cunin-Gridaine (einer der Vicepräsidenten der Kammer) in dieser Versammlung zum Vorsitze berufen und die HH. Bignon (von der Niederloire) und Boissy d'Anglas zu Secretären ernannt. Die vorzüglichsten Redner waren die HH. Amilhau, Fulchiron, Delessert und Sauveur-Lachapelle.

Auf den Antrag des Handelsministers wird eine umfassende Reorganisation des Conservatoriums der Künste und Gewerbe vorgenommen. Die Sammlungen der Anstalt sollen in Verhältniß zu den neueren Fortschritten in den Gewerben und der Mechanik gebracht, das Publicum soll zu denselben und in die Bibliothek, so weit es mit ihrer Erhaltung vereinbar ist, zugelassen, auch die Bibliothek Abends für Arbeiter geöffnet werden. Es wird eine öffentliche unentgeldliche Vorlesung über Maschinenzeichnen Statt finden. Die in dem Amphitheater des Instituts zu haltenden Vorlesungen erstrecken sich über angewandte Geometrie, angewandte Mechanik, mechanische Technologie, beschreibende Geometrie, angewandte unorganische und organische Chemie, angewandte Physik, Landwirthschaft, gewerbliche Oekonomie, Gewerbegesetzgebung. Mit dem Conservatorium wird eine Vorbereitungsschule für 400 Knaben von 10 bis 14 Jahren verbunden.

Marschall Cleuzel ist am 23. December in Paris angekommen. Marschall Soult wird am 25. erwartet.

Am 24. December 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 50. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 40.

Spanien.

Aus Madrid hatte man nun wieder seit zwei Tagen keine Briefe und Zeitungen in Paris erhalten. — Vom Kriegsschauplatze ist die Nachricht in Bayonne eingegangen, Espartero habe mit 8000 Mann einen Angriff auf la Poblacion (auf der Straße von Logroño nach Vitoria) versucht, sei aber von den Carlistischen Truppen von der Linie von Alava mit Verlust zurückgeschlagen worden."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

In den Neworleans-Zeitungen vom 21. November findet sich die angeblich von dem Lieutenant Clouet, Befehlshaber des in Havannah zur Ausbesserung befindlichen französischen Kriegsbriggs „Laurier," brieflich mitgetheilte Nachricht, daß die französische Escadre das Bombardement von San Juan de Ulloa begonnen, und 3000 Mann zum Angriff auf Veracruz gelandet habe. Die Newyorker Blätter halten diese Nachricht aber für wenig glaubwürdig, und der Correspondent der Morning-Chronicle in Philadelphia meint, es walte gewiß ein Irrthum dabei vor, da früher gemeldet worden, daß der französische Admiral einen Boten mit dem Ultimatum nach der Hauptstadt Merico abgeschickt habe, und da dieser, vor dessen Rückkehr doch wohl die militärischen Operationen nicht eröffnet werden dürften, noch nicht so schnell hätte zurück seyn können, daß man am 21. November in Neworleans schon Nachricht davon gehabt haben sollte.

Vereinigte Provinzen des Rio de la Plata.

Ueber Liverpool hat man Privatnachrichten aus Montevideo erhalten, die bis zum 20. October reichen. Zu jener Zeit wurde die Blockade von Buenosayres noch mit größter Strenge gehandhabt. Dreizehn französische Kriegsschiffe lagen im Rio de la Plata. Ueber den Erfolg des französischen Ultimatums, das am 2. October beantwortet seyn sollte, wird nichts gesagt. Montevideo selbst war noch immer durch Rivera hart bedrängt.

Schweden und Norwegen.

Ueber die Reise Sr. Majestät des Königs sind Nachrichten bis zum 13. December aus Stjernsund eingetroffen. In Motala ertheilte der König den Directoren des Göthacanals eine Audienz. Sr. Majestät besichtigte daselbst die große mechanische Werkstätte und erkundigte sich nach allen Einzelnheiten des großartigen Unternehmens. Alle Orte, die der König des Abends passirt, sind festlich beleuchtet, und überall gibt sich fortwährend die aufrichtigste Theilnahme kund. Der König befindet sich im erwünschtesten Wohlseyn und empfindet die Anstrengungen der Reise nur sehr wenig.

Die Universität Upsala wird gegenwärtig von 1433 Studierenden besucht. Im letzten halben Jahre wurden 129 Studierende eingeschrieben und 131 entlassen.

Niederlande.

Die erste Kammer der Generalstaaten ist am 20. und 21. December versammelt gewesen und hat die Budgetgesetze ebenfalls angenommen. Dem Vernehmen nach hat die niederländische Regierung die in London versammelten Bevollmächtigten der fünf Höfe auf die vielfachen Rüstungen aufmerksam gemacht, die in Belgien Statt finden, und die, wegen der Sicherheit der niederländischen Gränzen, auch dießseits einige Vorsichtsmaaßregeln nöthig machen möchten. Die Antwort, welche die Conferenz unlängst darauf ertheilt hat, soll von sehr friedlicher Art seyn. Wenigstens heißt es, dieselbe habe der niederländischen Regierung die Versicherung gegeben, daß jene Rüstungen zu nichts führen würden, und daß Belgien schon verhindert werden soll, seine Kriegspläne durchzusetzen.

Der Marinemaler Schotel ist seiner Krankheit erlegen und am 20. zu Dordrecht im 52sten Jahre seines Alters mit Tode abgegangen. Seine Werke sind in Holland und nicht minder im Auslande sehr geschätzt und werden schon jetzt hoch bezahlt.

In Amsterdam ist der dasige Oberrabbiner, Hr. Sa-

muel Berenstein, ein allgemein geschätzten Mann, 66 Jahre alt, mit Tod abgegangen.

Belgien.

Am 21. December Vormittags wurde wieder ein Ministerrath in Brüssel gehalten, in welchem man sich lange über die Bankangelegenheiten berieth. Zunächst scheint man übereingekommen zu seyn, diejenigen Fabriken unterstützen zu wollen, welche eine große Anzahl von Menschen mit Arbeit versehen und jetzt durch die belgische Bank in Verlegenheit gesetzt werden. Hr. von Rothschild in Paris soll zu diesem Behufe seine Mitwirkung angeboten haben.

Am Tage, bevor der Finanzminister der Repräsentantenkammer den (in unserm gestrigen Blatte mitgetheilten) Gesetzentwurf behufs der Unterstützung der belgischen Bank vorlegte, las man im Observateur Belge folgenden Nothruf: „Drei angstvolle Tage sind verflossen, und das Ministerium zögert noch immer, einen Beschluß zu fassen, um die Folgen der Banksuspendirung minder empfindlich zu machen. Die Directoren der angesehensten industriellen Etablissements sind in Brüssel angekommen. Sie bestürmen die Regierung, um von ihr Hülfe zu erlangen. Handel und Gewerbfleiß sehen sich bedroht; will die Regierung allein den Rand des Abgrunds nicht erkennen, an welchem wir uns befinden? Die Bank von Belgien war eine Nationalbank, vermöge der Dienste, welche sie allen unsern Capitalisten, allen Industriellen leistete. Die Suspendirung ihrer Zahlungen ist eine öffentliche Calamität, ein Stoß, der unsern Gewerbfleiß bis in seine Grundfesten erschüttert, und der selbst unsere politische Lage benachtheiligen kann. Nach zweitägiger Berathschlagung hat man nichts gefunden, um diese Calamität zu mindern; wie viele Zeit will das Gouvernement haben, um endlich die Augen zu öffnen, um die Vorschläge anzuhören, die ihr von so vielen Seiten gemacht werden? Die Quelle, aus welcher zahlreiche Bankiers, Fabrikanten und Handelsleute schopften, darf nicht verstopft werden. Die Bilanz der Bank gibt den Zustand ihrer Angelegenheiten kund, und dieser ist von der Art, daß ohne das Ereigniß von voriger Woche in keinem Jahre, seit der Begründung dieses Institutes, der Gewinn desselben so groß gewesen seyn würde, wie in diesem. Noch vor fünf Tagen hätte die Bank weiter nichts nöthig gehabt, als die Stütze einer mächtigen Hand; auch heute ist es noch nicht zu spät, ihr zu Hülfe zu kommen. Um des Vaterlandes, um des allgemeinen Besten willen mögen die Minister an Mittel denken, um unsern Handel und unsere Industrie zu retten. — Die Repräsentantenkammer, sagt man, ist in der günstigsten Stimmung, um ihr Beistand zu leihen, falls er nothig seyn sollte. Die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, zur Bewilligung eines Credits, würde bald die Furcht und Unruhe stillen, welche die ganze Nation beherrschen."

Aus Lüttich hat man beunruhigende Berichte erhalten; es sind dort in Folge der Zahlungseinstellung der belgischen Bank bereits die ersten Unordnungen in den Vorstädten ausgebrochen. Am 22. December Morgens ist dem Cavalleriecommandanten von Löwen Befehl gesandt worden, ein halbes Regiment nach Lüttich marschiren zu lassen; zur nämlichen Zeit wird eine Escadron von dem auf den Vorposten zu Turnhout stationirten ersten berittenen Jägerregiment nach Lüttich zurückgekehrt seyn, wo man ernstlichen Ereignissen entgegensieht. Hr. Cockerill, der in großem Verkehr mit der belgischen Bank (die ihm eine Million schuldet), und auch mit andern Bankiers steht, hat der Regierung rund heraus gedroht, die ganze Provinz Lüttich in Bewegung zu bringen, wenn man ihm nicht in sehr kurzer Zeit zu Hülfe komme. Die Regierung hat am 21. 250,000 Fr. an Hrn. Cockerill gesandt und ihm für den folgenden Tag noch 150,000 Fr. versprochen.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Schweizer Blätter melden aus dem Walliser Lande: „Die Revolution in Wallis, deren Drohen vor einiger Zeit in die Schweiz hineinbrummte, ist ausgebrochen und befindet sich, wenn die neuesten Nachrichten sich bestätigen, schon auf dem Wege der Entscheidung. Seit dem Ende des vorigen Monats rathschlagte die wallisische Tagsatzung in stürmischen Sitzungen über das Begehren einer Reform in der Repräsentation. Die Abgeordneten des untern Wallis erklärten, wenn nicht entsprochen würde, die Versammlung verlassen zu wollen. Oberwallis wies auf die Verfassung, die von den 56 Stimmen der Tagsatzung 39 zur Bedingung einer Aenderung macht. Unterdessen waren in Martinach an 1000 Mann aus den reformistischen Gemeinden versammelt, militärisch gerüstet und mit 2 Kanonen versehen. Drei Kuriere brachten ihnen täglich die Zeitung von dem wechselnden Kampfe in der Tagsatzung. Kämen die Deputirten unverrichteter Sache nach Hause, so wollten die 1000 Mann statt ihrer hinziehen. Nun scheint der unvermuthete Beitritt Sittens zur Sache der Reform, da er vom Bürgermeister und zehn Räthen ausgegangen, dem Reformbegehren eine günstige Wendung gegeben zu haben. In der Sitzung der Tagsatzung vom 11. December fand die Abstimmung Statt; 27 Stimmen gegen die Reform, 29 Stimmen, die zwar absolute, aber nicht constitutionnelle Mehrheit, für die Reform. Die erste Botschaft, die jetzt nach Martinach eilte, ließ erwarten, nun die Deputirten des Volkes zurückkehren zu sehen; der Aufstand rüstete sich; doch zweifelten die Boten noch, daß es zum Ausbruche kommen dürfte. Und wirklich erfuhr man folgenden Tage, daß die Abstimmung in der Tagsatzung selbst für einen Sieg der Reformsache gelte, und daß die Versammlung bereits auf die Vertheilung der einzelnen Stimmen eingetreten sei. Noch sind die einzelnen Umstände nicht bekannt, unter denen die Bevorrechteten ihre feste Stellung verlassen haben. In Martinach feierte man den 12. December mit Freudenschüssen. Ein Comité wurde schnell gebildet, das sich unter dem Vorsitz des Hrn. Torrent für permanent erklärte, und sogleich durch eine Abordnung dem Staatsrath den Wunsch der in Martinach versammelten Deputationen erklären ließ, daß die Tagsatzung aufgelöst und unverzüglich die Zehnden (Dixains) einberufen werden möchten, um nach dem neuen System eine Versammlung zu wählen, welche sofort die Revision der ganzen Verfassung an die Hand nähme. — Ueber Sitten, auf welches man nicht zu zählen gewagt hatte, jubelt man in Unterwallis."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des Oesterreichischen Beobachters ist erschienen: Gemeinnütziger und erheiternder Hauskalender für das österreichische Kaiserthum, auf das gemeine Jahr (von 365 Tagen) 1839. Redigirt von Jos. Ritter von Seyfried. Titelkupfer: Der Markt Ischl im Salzkammergut. Kostet in geschmackvollem Umschlag, worauf der kais. Adler mit allen österr. Ritterorden abgebildet ist, auf Druckpapier 3 fl. 30 kr., auf Schreibpapier 4 fl. 30 kr. W. W.

№ 3

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 3. Jänner 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 1. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.			Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.876	28	3.	72. 9P.	— 0.5	W.	stark.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.825	28	7	1	+ 1.5	W.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.703	28	5	8	+ 0.6	W.	stark.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Nachstehendes ist der vollständige Inhalt des (in unsern Blättern erwähnten) Manifestes, welches der Generalgouverneur von Indien, Lord Auckland, über die Gründe der brittischen Expedition nach Afghanistan erlassen hat: „Simla, den 1. October 1838. Der sehr ehrenwerthe Generalgouverneur von Indien hält es, da er in Uebereinstimmung mit dem obersten Rath die Zusammenziehung brittischer Streitkräfte längs dem Indus angeordnet, für geziemend, folgende Auseinandersetzung der Beweggründe zu dieser wichtigen Maaßregel zu veröffentlichen: Es ist bekannt, daß die von dem brittischen Gouvernement im Jahre 1832 mit den Emirs von Sind, dem Nabob von Bahawalpore und dem Maharadscha Rundschit Sing abgeschlossenen Verträge zum Zwecke hatten, durch die Oeffnung der Schifffahrt auf dem Indus die Ausdehnung des Handels zu erleichtern und für die brittische Nation in Mittelasien den rechtmäßigen Einfluß zu gewinnen, welchen ein Austausch von Vortheilen natürlich herbeiführen würde. — Um die Mitwirkung der factischen Herrscher von Afghanistan zu den Maaßregeln, welche zur gänzlichen Vollziehung dieser Verträge erforderlich waren, zu gewinnen, wurde Capitän Burnes gegen das Ende des Jahres 1836 zu Dost Mohammed Khan, dem Herscher von Kabul, abgeordnet. Die ursprünglichen Gegenstände der Sendung dieses Offiziers waren rein commerzieller Natur. Während jedoch Capitän Burnes auf der Reise nach Kabul begriffen war, erhielt der Generalgouverneur die Nachricht, daß die Truppen Dost Mohammed Khans einen plötzlichen, durch nichts veranlaßten Angriff auf die unseres alten Verbündeten, des Maharadscha Rundschit Singh, gemacht haben. Es war natürlich zu erwarten, daß Sr. Hoheit der Maharadscha nicht zögern werde, für diesen Angriff Rache zu nehmen, und es stand zu befürchten, daß, wenn die Kriegsflammen einmal eben in der Gegend, in welcher wir unsern Handel auszubreiten suchten, angefacht wären, die friedlichen und wohlthätigen Vorschläge der brittischen Regierung durchaus vergeblich seyn werden. Um ein so unglückliches Ereigniß abzuwenden, beschloß der Generalgouverneur, durch Capitän Burnes an Dost Mohammed Khan die Erklärung zu erlassen, daß, wenn er geneigt sei, zu einer gerechten und billigen Ausgleichung mit dem Maharadscha zu gelangen, Sr. Lordschaft sich bei Sr. Hoheit um die Wiederherstellung freundschaftlicher Verhältnisse zwischen beiden Mächten bemühen werde. Der Maharadscha willigte mit dem eigenthümlichen Zutrauen, das er überall in die Redlichkeit und Freundschaft der brittischen Nation setzte, alsbald in den Vorschlag des Generalgouverneurs, in der Art, daß zugleich von seiner Seite die Feindseligkeiten eingestellt werden sollten. Es kam später zur Kenntniß des Generalgouverneurs, daß eine persische Armee Herat belagere, daß in Afghanistan eifrig Ränke gesponnen werden, um den persischen Einfluß und die persische Macht bis zu den Ufern des Indus und noch über dieselben hinaus zu verbreiten; daß endlich der persische Hof nicht nur gegen die Mitglieder der Gesandtschaft Ihrer Majestät auf persischem Gebiete ein beleidigendes, höhnendes Betragen angenommen, sondern auch offenkundig in Pläne sich eingelassen habe, welche durchaus den Grundsätzen und Zwecken seines Bündnisses mit Großbritannien widersprechen. — Nachdem Capitän Burnes viele Zeit mit fruchtlosen Unterhandlungen in Kabul verschwendet, war es offenbar, daß Dost Mohammed Khan, hauptsächlich in Folge seines Vertrauens auf persische Ermuthigung und Unterstützung, hinsichtlich seines Mißverständnisses mit den Seikhs hartnäckig auf den unvernünftigsten Ansprüchen bestand, welche der Generalgouverneur, gemäß der Gerechtigkeit und seiner Rücksicht auf die Freundschaft des Maharadscha Rundschit Singh, nicht an Sr. Hoheit übermachen konnte; daß er mit ehrgeizigen Vergrößerungsplänen umging, welche für die Sicherheit und den Frieden auf den Gränzen Indiens nachtheilig waren; daß er offen drohte, zur Förderung dieser Pläne jede fremde Hülfe, über welche er verfügen könne, zum Beistand zu rufen. Endlich unterstützte er unverhüllt Persiens Pläne in Afghanistan, deren unfreundliche, benachtheiligende Tendenz gegen die brittische Macht in Indien er wohl kannte, und nöthigte durch die äußerste Mißachtung der Pläne und Interessen der brittischen Regierung den Capitän Burnes, Kabul zu verlassen, ohne daß er einen der Zwe-

de seiner Sendung hätte erfüllen können. Es war nun klar, daß das brittische Gouvernement keinen weitern Schritt thun konnte, um ein gutes Einverständniß zwischen dem Herrscher der Seikhs und Dost Mohammed Khan herbeizuführen, und die feindselige Politik des letztern zeigte zu deutlich, daß wir, so lange Kabul unter seiner Herrschaft bliebe, nie Sicherheit für die Ruhe unserer Nachbarschaft oder Unverletzlichkeit für die Interessen unseres indischen Reiches erwarten dürfte. — Der Generalgouverneur hält es für nöthig, auf die Belagerung von Herat und das Benehmen der persischen Nation zurückzukommen. Die Belagerung dieser Stadt wird jetzt seit mehreren Monaten von der persischen Armee fortgesetzt *); der Angriff auf sie war ein sehr unentschuldbarer und grausamer Schritt, der gethan und fortgesetzt wurde, trotz den feierlichen, wiederholten Remonstrationen des brittischen Gesandten am persischen Hofe und nachdem jedes gerechte und geziemende Anerbieten zu einem Vergleiche gemacht und verworfen worden war. Die Belagerten haben sich mit einer der Gerechtigkeit ihrer Sache würdigen Tapferkeit benommen, und der Generalgouverneur gibt sich der Hoffnung hin, daß ihr Heldenmuth sie in Stand setzen wird, sich mit Erfolg zu vertheidigen, bis ihnen aus Brittisch-Indien Hülfe zukommt. Zugleich haben sich Persiens weitere Pläne in Betreff der Interessen Großbritanniens mehr und mehr geoffenbart. Der Generalgouverneur hat neuerlich durch eine ämtliche Botschaft von Hrn. M'Neill, Ihre Majestät Gesandten, erfahren, daß Se. Excellenz durch die Verweigerung seiner gerechten Forderungen und die von der persischen Regierung ihm bewiesene systematische Mißachtung genöthigt wurde, den Hof des Schah zu verlassen und die Abbrechung aller Verbindungen zwischen beiden Regierungen öffentlich zu erklären. Die Nothwendigkeit, in der sich Großbritannien befindet, gegenwärtiges Vorrücken der persischen Armee nach Afghanistan als einen Act der Feindseligkeit gegen sich zu betrachten, ist auch dem Schah auf ausdrücklichen Befehl der Regierung Ihrer Majestät ämtlich mitgetheilt worden **). Die Häuptlinge von Kandahar (Brüder Dost Mohammed Khans von Kabul) haben ihre Anhänglichkeit an die persische Politik, ebenfalls mit voller Kenntniß ihres Widerstrebens gegen die Rechte und Interessen der brittischen Nation in Indien, ausgesprochen und ganz offen zu den Operationen gegen Herat mitgewirkt. In der auf die Abreise unseres Gesandten von Kabul folgenden Krise sah der Generalgouverneur ein, wie wichtig es war, daß alsbald Maaßregeln ergriffen würden, um den schnellen Fortschritten fremder Ränke und Angriffe gegen unser Gebiet Einhalt zu thun. — Seine Aufmerksamkeit wendete sich unter diesen Umständen natürlich auf die Stellung und die Ansprüche des Schah Schudschah ul Mulk, eines Monarchen, der, so lange er an der Regierung war, den Maaßregeln vereinten Widerstands gegen auswärtige Feindschaft, welche damals von der brittischen Regierung für nöthig erachtet wurden, von Herzen beigetreten war, und, als sein Reich von seinem gegenwärtigen Herrscher geraubt wurde, eine ehrenvolle Zufluchtsstätte auf brittischem Gebiet fand. Aus den von den verschiedenen Männern, welche Afghanistan besucht haben, gesammelten Nachrichten geht es klar hervor, daß die Häuptlinge aus dem Stamme der Barukzyen durch ihre Uneinigkeit und Impopularität unter allen Umständen schlecht geeignet sind, der brittischen Regierung als nützliche Verbündete zu dienen und uns in unsern gerechten und nothwendigen Maaßregeln zur Nationalvertheidigung zu unterstützen. So lange sie jedoch Schritte zu thun sich enthielten, welche unsere Sicherheit und unsere Interessen gefährdeten, erkannte die brittische Regierung ihre Herrschaft an und achtete sie. Jetzt aber ist eine andere Politik mehr als gerechtfertigt durch das Benehmen dieser Häuptlinge und für unsere Sicherheit unumgänglich nothwendig. Die Wohlfahrt unserer Besitzungen im Orient erfordert, daß wir einen Verbündeten, der durch sein Interesse angetrieben wird, einem Angriffe zu widerstehen und die Ruhe zu erhalten, auf unserer Westgränze haben, an der Stelle von Häuptlingen, die sich knechtisch unter eine feindliche Macht fügen und Eroberungs- und Vergrößerungspläne zu fördern suchen. — Nach ernstlicher und reiflicher Erwägung war der Generalgouverneur überzeugt, daß dringende Nothwendigkeit, so wie Politik und Gerechtigkeit uns berechtigen, die Sache des Schah Schudschah ul Mulk zur unserigen zu machen, dessen Beliebtheit in ganz Afghanistan Sr. Lordschaft durch das nachdrückliche, einmüthige Zeugniß der besten Autoritäten bewiesen worden ist. Zu diesem Entschlusse gelangt, war der Generalgouverneur ferner der Ansicht, es sei, sowohl wegen der Stellung des Maharadscha Rundschit Singh, als wegen seiner unwandelbaren Freundschaft gegen die brittische Regierung, recht und billig, daß Se. Hoheit zur Mitwirkung bei den beabsichtigten Operationen eingeladen würde. Demgemäß wurde Hr. Macnaghten im vorigen Juni an den Hof Sr. Hoheit abgeordnet, und der Erfolg seiner Sendung war die Abschließung eines Tripeltractats zwischen dem brittischen Gouvernement, dem Maharadscha und

*) Lord Auckland wußte, als seine letzten Depeschen abgingen, daß der Schah in seinem Sturm auf Herat zurückgeschlagen worden war; noch wußte er aber nicht, daß derselbe die Belagerung aufgehoben und den Rückzug angetreten hatte. (Anmerk. der Morning-Chronicle.)

**) Nach neueren, auf directem Wege eingetroffenen Nachrichten, welche der Generalgouverneur von Indien zur Zeit des Erlassens gegenwärtiger Erklärung noch nicht kennen konnte, kehrte Hr. M'Neill nach Teheran zurück, nachdem die Belagerung von Herat aufgegeben und für die Beleidigung eines Mitgliedes der englischen Gesandtschaft Genugthuung erfolgt ist.

dem Schah Schudschah ul Mulk, durch welchen Sr. Hoheit seine gegenwärtigen Besitzungen verbürgt werden und er sich verpflichtet, zur Wiedereinsetzung des Schah auf den Thron seiner Vorfahren mitzuwirken. Die Freunde und Feinde eines der contrahirenden Theile sind für die Freunde und Feinde Aller erklärt worden. Verschiedene Puncte wurden beigelegt, welche Gegenstand des Streites zwischen dem brittischen Gouvernement und Sr. Hoheit dem Maharadscha gewesen waren. Daß die Interessen des Maharadscha identisch sind mit denen der ehrenwerthen Compagnie, ist jetzt allen umliegenden Staaten offenbar geworden. Den Emir von Sind wird eine garantirte Unabhängigkeit unter günstigen Bedingungen gesichert und die Integrität von Herat, im Besitze seines gegenwärtigen Herrschers (Kamram) wird vollkommen respectirt werden; während zugleich, bei den ausgeführten oder in der Ausführung begriffenen Maaßregeln vernünftigerweise gehofft werden darf, daß die allgemeine Freiheit und Sicherheit des Handels gefördert, der Name und der gerechte Einfluß des brittischen Gouvernements die gebührende Stellung unter den Nationen Mittelasiens einnehmen, die Ruhe auf der wichtigsten Gränze Indiens befestigt und eine dauernde Schranke errichtet werden wird gegen feindliche Ränke und Eingriffe. Se. Majestät der Schah Schudschah ul Mulk wird inmitten seiner eigenen Truppen in Afghanistan einrücken und durch eine brittische Armee gegen fremde Einmischung und Parteiwiderstand unterstützt werden. Der Generalgouverneur hofft zuversichtlich, daß der Schah in Bälde von seinen eigenen Unterthanen und Anhängern wieder auf den Thron gesetzt werden wird. Sobald er im Besitze der Herrscher sicher und die Unabhängigkeit und Integrität von Afghanistan befestigt ist, wird die brittische Armee zurückgezogen. Der Generalgouverneur ist zu diesen Maaßregeln geführt worden durch die ihm aufliegende Pflicht, für die Sicherheit der Besitzungen der brittischen Krone zu sorgen; es freut ihn aber auch, daß er in der Erfüllung dieser Pflicht in den Stand gesetzt wird, dem Volke der Afghanen Einheit und Glück wieder zu geben. Bei den bevorstehenden Operationen wird sorgfältig der brittische Einfluß dazu angewendet werden, um jede gemeinnützige Maaßregel zu fördern. Zwistigkeiten auszugleichen, Vergessenheit der Beleidigungen herbeizuführen und den Verschleuderungen ein Ende zu machen, welche seit so manchen Jahren die Wohlfahrt und das Glück der Afghanen schwächten. Selbst den Häuptlingen, deren feindliche Schritte dem brittischen Gouvernement gerechten Anlaß zu Beschwerden gaben, wird es gütige, ehrenvolle Behandlung zu sichern suchen, wenn sie sich frühzeitig unterwerfen und ihren Widerstand gegen den Fortgang der für das allgemeine Wohl ihres Landes als förderlich erachteten Maaßregeln aufgeben. Auf Befehl des sehr ehrenwerthen Generalgouverneurs von Indien. W. H. Macnaghten, Secretär des Gouvernements von Indien, mit dem Generalgouverneur." — Dieser Erklärung ist folgende Kundmachung angehängt: „Mit Bezug auf obige Erklärung wurden folgende Ernennungen vorgenommen: Hr. W. H. Macnaghten, Gouvernementssecretär, zum Gesandten und Minister des indischen Gouvernements am Hofe des Schah Schudschah ul Mulk. Ihm assistiren: Capitän Alexander Burnes (der berühmte Reisende), von der Bombayarmee, als Gesandter bei dem Herrscher von Kelat (in Beludschistan) und andern Staaten, unter Hrn. Macnaghtens Leitung; Lieutenant F. d'Arcy Todd, von der bengalischen Artillerie, als politischer Assistent und militärischer Secretär des Gesandten; Lieutenant E. Poltinger, von der Bombayartillerie; Lieutenant R. Leach, von den Bombay-Ingenieurs; P. B. Lord, Militärarzt; Lieutenant Conolly: befehligt die Bedeckung des Gesandten; G. J. Berwick, Chirurg." — Die Bombay-Gazette vom 29. October schreibt: „Wie wir hören, wird der größere Theil der zum Dienste in Afghanistan bestimmten Truppen aus unserer Präsidentschaft, wo nicht alle, am 15. December sich in Bewegung setzen. Der Oberbefehlshaber, Sir H. Fane, wird im nächsten Monat, und zwar wahrscheinlich an Bord des Dampfbootes „Atalanta," abgehen. An der Spitze des Generalstabs wird Generallieutenant Sir J. Keane stehen.

In London ging das Gerücht, daß das Ministerium seine Politik gegen O'Connell ändern und geradezu mit ihm brechen wolle, was bei den jetzigen conservativen Tendenzen des Cabinets nicht unglaublich scheint, und als Vorbote eines Coalitionsministeriums gedeutet werden könnte. Besonders soll es sich darum handeln, den von O'Connell begründeten sogenannten Vorläuferverein directen Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Verein, durch welchen er bekanntlich einen Versuch machen will, dem Parlamente die von ihm geforderten Zugeständnisse zu Gunsten Irlands abzudringen, ist nun, nachdem die von O'Connell entworfene Verfassung desselben in einer Versammlung zu Dublin einstimmig genehmigt worden, völlig organisirt. Da aber der jetzige Lordlieutenant von Irland, Marquis von Normanby, sich zu nachgiebig gegen O'Connell und dessen Partei gezeigt hat, als daß er füglich auf seinem Posten verbleiben könnte, wenn das Ministerium in dieser Hinsicht eine andere Politik einschlagen wollte, so heißt es, er werde nicht nach Irland zurückkehren, sondern an Lord Minto's Stelle erster Lord der Admiralität werden und den Grafen Radnor zu seinem Nachfolger in Irland erhalten. Man will wissen, daß die Veröffentlichung eines Briefes von Hrn. John Ponsonby, dem Sohne Lord Duncannons, der als Unterhändler in dem zwischen O'Connell und dem Melbourne'schen Ministerium zu Stande gebrachten Uebereinkommens diente, viel dazu beigetragen habe, das gute Vernehmen zwischen beiden Parteien zu erschüttern.

Spanien.

Die Madrider Post war nun seit vier Tagen in Paris ausgeblieben, weil Cabrera den Weg von Calatayud nach Saragossa versperrt hatte. — Briefen aus Bayonne vom 24. December zufolge hatte General Maroto die Linie von Andoain inspicirt und war dann wieder ins Hauptquartier des Don Carlos nach Azcoytia zurückgekehrt. Die vor einigen Tagen ausgestreuten Gerüchte, daß Maroto seines Commando's entsetzt worden sei, haben sich als gänzlich ungegründet erwiesen; sein Credit bei Don Carlos scheint vielmehr seit seiner Anwesenheit im Hoflager dieses Fürsten befestiget worden zu seyn.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nachstehendes ist in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse, der wesentliche Inhalt der (in unserm vorgestrigen Blatte erwähnten) Botschaft des Präsidenten bei Eröffnung des Congresses. Sie beginnt folgendermaaßen: „Mitbürger des Senats und des Hauses der Repräsentanten! Ich wünsche Ihnen Glück dazu, daß Sie sich unter so glücklichen Umständen wieder zur Erfüllung Ihrer officiellen Pflichten versammelt haben. Obgleich die Ernte nicht überall den Erwartungen entsprochen hat, so sind doch im Ganzen die Arbeiten des Ackerbauers reichlich belohnt worden; die verschiedenen Industriezweige blühen; überall in den verschiedenen Klimaten unseres Landes herrscht Gesundheit; nichts bedroht unsern Frieden nach außen, und nichts hat im Innern die brüderlichen und häuslichen Bande geschwächt, welche die einzige Garante sind für die Fortdauer unserer glücklichen Union, die in der Stunde der Gefahr entstanden, bisher durch alle Wechselfälle in unseren Nationalangelegenheiten ehrenvoll aufrecht erhalten worden ist. Diese Segnungen der Vorsehung müssen wir mit Ehrfurcht und Dank anerkennen. Mit dem gegenwärtigen Jahre schließt das erste halbe Jahrhundert unserer Förderativverfassung, die, während sie sich in der anerkannten, practischen und unbegränzten Wirksamkeit der Volkssouverainetät von allen andern unterscheidet, sich durch die Erfahrung vollkommen bewährt hat." — Der Präsident schildert hier sehr ausführlich den glücklichen Einfluß, den die Verfassung der vereinigten Staaten auf die Wohlfahrt des ganzen Landes wie des einzelnen Bürgess gehabt habe, und geht dann zu den auswärtigen Verhältnissen über. Er bemerkt zuvorerst, daß die vereinigten Staaten mit allen auswärtigen Mächten im Frieden lebten, und er freue sich, dem Congreß anzeigen zu können, daß bereits Schritte gethan seien, um die freundschaftlichen Verhältnisse mit Mexico wiederherzustellen. Die in dieser Beziehung eröffneten Unterhandlungen hätten zur Abschließung eines noch nicht ratificirten Tractats zwischen den beiden Regierungen geführt, nach welchem die Entscheidung aller streitigen Puncte einer befreundeten Macht übertragen werden solle. — In Bezug auf die nordöstliche Gränze der vereinigten Staaten bemerkt er, daß seit der letzten Mittheilung an den Congreß, kurz vor dem Schlusse der letzten Session, keine officielle Correspondenz mit der brittischen Regierung Statt gefunden habe. Es sei jedoch zu hoffen, daß die brittische Regierung das Anerbieten, eine gemeinschaftliche Commission zur Regulirung dieser Angelegenheit zu ernennen, annehmen und demgemäß den brittischen Gesandten in Washington unverzüglich instruiren werde. — Ueber die canadischen Angelegenheiten äußert sich der Präsident folgendermaaßen: „Ich hatte gehofft, daß die Achtung vor den Gesetzen und die Rücksicht auf den Frieden und die Ehre des Vaterlandes, welche die Bürger der vereinigten Staaten stets characterisirten, einen Theil derselben abgehalten haben würden, die Insurrection in dem Gebiete einer Macht zu unterstützen, mit der wir im Frieden leben und mit der die vereinigten Staaten in den freundschaftlichsten Verhältnissen zu bleiben wünschen. Zu meinem tiefen Bedauern muß ich Ihnen jedoch anzeigen, daß dieß nicht der Fall ist. Ich bin auf officielle und andere Weise davon unterrichtet worden, daß viele Bürger der vereinigten Staaten sich verbunden haben, um von unserm Gebiete aus feindliche Einfälle in Canada zu machen, und die Insurrection zu unterstützen, wodurch sie die Verpflichtungen und Gesetze der vereinigten Staaten und ihre eigenen Pflichten als Bürger verletzten. Dieß ist zum Theil schon dadurch bestätigt worden, daß Bürger der vereinigten Staaten, in Verbindung mit Canadiern und Andern, sich des Eigenthums unserer Mitbürger bemächtigt, einen feindlichen Einfall in Canada unternommen, und militärische Operationen gegen die Behörden und das Volk von Canada ausgeführt haben. Das Resultat dieses verbrecherischen Angriffs auf den Frieden und die Ordnung eines benachbarten Landes ist, wie zu erwarten stand, verderblich für die Verführten oder Getäuschten, welche daran Theil nahmen, und zum Nachtheil derer ausgefallen, zu deren Besten das Ganze angeblich unternommen wurde. Auf die Nachricht von diesen Bewegungen unter unsern Mitbürgern haben die canadischen Behörden die Miliz bewaffnet und überhaupt alle Vorkehrungen getroffen, um die Colonie gegen einen Angriff von Seiten der vereinigten Staaten zu schützen. Es herrscht demnach zu beiden Seiten der Gränze eine Stimmung, die ein schnelles und kräftiges Einschreiten erfordert. Bei einer Insurrection in Canada würden die vereinigten Staaten bei den freundschaftlichen Gesinnungen, welche sie gegen Großbritannien hegen, und in Berücksichtigung der Pflichten gegen sich selbst, eine strenge Neutralität beobachten und ihre Bürger verhindern, die Gesetze zu verletzen. Aber die Regierung hält es für eine noch höhere Verpflichtung, alle Versuche von Seiten unserer Mitbürger, den Frieden eines Landes zu stören, in welchem Ordnung herrscht, oder wiederhergestellt worden ist, zu vereiteln. Zu allen Zeiten haben die Regierung und das Volk von Nordamerika den größten Abscheu gefühlt, eine Nation, mit der sie im Frieden leben, zu berauben, oder Verbindungen zu diesem Zweck zu schließen. Feindliche Einfälle von Seiten unserer Mitbürger in befreundete Länder und dort verübte Gewaltthätigkeiten sind stets für eben so strafbar gehalten worden, wie ähnliche Störungen der öffentlichen Ruhe in unserm eigenen Lande. Nirgends und von Niemanden sind diese unschätzbaren Grundsätze des Völkerrechts so heilig gehalten worden, als von jenen großen und guten Männern, die zuerst die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes erklärten und endlich sie befestigten. Sie verkündigten und behaupteten dieselben in einer frühen und schwierigen Periode unserer Geschichte, und sie wurden später in die Strafgesetze aufgenommen, deren getreue Ausführung stets als eine mit der Aufrechthaltung unserer Nationalehre unzertrennlich verbundene Pflicht betrachtet worden ist, und, wie ich hoffe, betrachtet werden wird. Daß das Volk der vereinigten Staaten sich für die Verbreitung so freier, politischen Institutionen, wie die unserigen sind, interessirt, ist wohl sehr natürlich; auch können die guten Wünsche für alle diejenigen, welche jetzt für die Erlangung derselben kämpfen, unseren Bürgern nicht zum Verbrechen gemacht werden,

und die Regierung hat weder das Recht, noch auch hoffentlich die Neigung, sich einzumischen. Ob aber die Interessen und die Ehre der vereinigten Staaten eine Theilnahme an einem solchen Kampfe verlangen, ist eine Frage, deren Beantwortung dem Congreß anheim fällt. Das Gesetz macht es unsern Bürgern zum Verbrechen, wenn sie jene Entscheidung durch eigenmächtige militärische Operationen zu erschweren suchen. Vergehen dieser Art haben außerdem, daß sie die bestehenden Gesetze verletzen, noch die Tendenz, unsere Bürger den vielfachen Uebeln eines Krieges auszusetzen und die Rechtlichkeit und Ehre des Landes bloßzustellen. Sie müssen daher schnell und mit Energie unterdrückt werden, und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich dabei auf die herzliche und allgemeine Mitwirkung unserer Mitbürger rechne. Die bestehenden Gesetze sollen wie bisher treu ausgeführt werden, ob sie aber bei dem gegenwärtigen Zustande der Dinge an der canadischen Gränze hinreichend sind, wird der Congreß entscheiden." — Der Präsident bemerkt sodann, daß Rußland nicht geneigt sei, den 4. Artikel des im April 1814 mit den vereinigten Staaten abgeschlossenen Tractats zu erneuern, worin festgesetzt werde, daß weder ein Bürger der vereinigten Staaten, noch ein russischer Unterthan an der Nordwestküste von Nordamerika oder auf den anliegenden Inseln, nördlich vom 50° 40′ N. B., eine Niederlassung gründen dürfe, und daß die dortigen Gewässer von den Schiffen beider Nationen gleichmäßig befahren werden können. Der Präsident spricht sodann sein Bedauern darüber aus, daß die Blockirung der mexicanischen Häfen durch französische Schiffe fortdauere, doch erkenne er es auch an, daß von Seiten Frankreichs alles gethan werde, um den Handel der neutralen Nationen so wenig wie möglich zu belästigen. — In Bezug auf Texas bemerkt er, daß die Gränze zwischen dieser Republik und den vereinigten Staaten durch einen Tractat festgestellt, das frühere Gesuch um Aufnahme in die Union aber förmlich zurückgenommen worden sei. — Der Präsident geht nun, nachdem er noch die Abschließung von Handelstractaten mit Griechenland und der peru-bolivischen Conföderation erwähnt, zu den innern Angelegenheiten über.

Vereinigte Provinzen des Rio de la Plata.

Die Hamburger Börsenliste enthält folgendes Schreiben aus Buenosayres vom 15. October: „Die Feindseligkeiten von Seiten der französischen Flotte haben jetzt ihren Anfang genommen. Auf das am 28. v. M. eingereichte Ultimatum des Admirals le Blanc ist, obgleich man noch immer darauf hoffte, keine Antwort erfolgt; heute kam nun die Nachricht hier an, daß am 11. v. M. von der französischen Flotte die am Eingang des Uruguay gelegene Insel Martin Garcia mit Sturm genommen worden, nach einer guten Vertheidigung der dortigen Besatzung, welche 12 Todte und 19 Verwundete hatte. Die überlebende Mannschaft wurde heute hier ans Land gebracht. Von französischer Seite sollen 40 Mann getödtet und verwundet seyn. Bei diesem Sturm haben drei Schiffe, die zur Partei von Don Fructuoso Rivera gehören, der bekanntlich Montevideo eingeschlossen hält, mitgewirkt, und die Insel ist 24 Stunden, nachdem sie genommen war, von dem französischen Commandaten an sie übergeben worden. Der französische Admiral beschützt demnach nun öffentlich die Partei von Don Fructuoso Rivera, der in kurzem gewiß im Besitz der Städte Montevideo und Peysanda seyn wird, welches die einzigen Plätze sind, worin sich die legitime Regierung bis jetzt hielt. In Montevideo wird nun wohl der Bürgerkrieg bald beendigt seyn, was dann einen großen Einfluß auf die hiesigen Angelegenheiten ausüben wird. Der Gouverneur von Santa Fé soll von dem Bruder des Gouverneurs Lopez, der gegen ihn die Waffen ergriff, geschlagen worden seyn, was indeß noch der Bestätigung bedarf. Bekommt nun Fructuoso Rivera, wie es wahrscheinlich ist, in der Banda Oriental die Oberhand, so wird sich gewiß eine starke Coalition gegen Rosas bilden, der dieser wohl nicht lange im Stande seyn wird zu widerstehen, nämlich: Banda Oriental, Corrientes, Entrerios und Santa Fé, zu denen dann die große Anzahl seit 1829 von hier verbannter und entflohener Individuen, alle unter dem Namen Unitatios bezeichnet, treten werden. Die Sachen in den beiden Republiken des Rio de la Plata sind jetzt so verwickelt als möglich, und wann und wie sie sich entwickeln werden, darüber ist es schwer, ein Urtheil zu fällen."

Frankreich.

Die Pariser Blätter vom 26. December sind mit der gewöhnlichen Post gestern hier nicht eingetroffen. — Durch außerordentliche Gelegenheit erhalten wir so eben am Schlusse unseres Blattes Galignani's Messenger vom 27. December. — In der Sitzung der Pairskammer vom 26. wurde der Entwurf der Antwortsadresse auf die Thronrede von dem Grafen Portalis vorgelesen. Sie ist so ziemlich ein Echo der Thronrede. Bei den Debatten, die sich über den Adreßentwurf im Allgemeinen entspannen, sprach der Graf von Montalembert gegen die Adresse und namentlich gegen den Paragraphen derselben, der sich auf Belgien bezieht; ihm antwortete der Präsident des Conseils Graf Molé, und vertheidigte das Benehmen der Regierung in der belgischen Frage, die sehr ernster Art sei, und Krieg oder Frieden in ihrem Schooße berge. — Die allgemeine Discussion wurde in dieser Sitzung geschlossen, und dann zur Debatte über die einzelnen Paragraphen übergegangen, die auch am folgenden Tage fortgesetzt wurde.

Die Adreßcommission der Deputirtenkammer hatte sich auch am Weihnachtstage im Cabinete des Präsidenten versammelt; ein Gleiches geschah am folgenden Tage, wo der Präsident des Conseils in der Sitzung erschien. Die auswärtige Politik war ausschließlich der Gegenstand der Verhandlungen in den bisherigen Sitzungen der Commission.

Marschall Soult war am 25. December in Paris eingetroffen.

Der Presse zufolge hat sich die Zahl der Deputirten, die sich bei dem General Jacqueminot versammeln, bereits auf 185 vermehrt. Die Gesammtzahl der Mitglieder der Deputirtenkammer beläuft sich bekanntlich auf 459, die aber nie alle in Paris anwesend sind.

Am 26. December 5Percents 109 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 70. 3Percents 78 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 65. — Am 27. December 5Percents 109 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 50. 3Percents 78 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 60.

Päpstliche Staaten.

Das Diario di Roma enthält die Anzeige, daß Sr. Heiligkeit den Marchese de S. Giuseppe als Geschäftsträger der Republik vom Ecuador beim heiligen Stuhle anerkannt haben. Bis zur Ankunft des gedachten Marchese wird der Capitän Lorenzana in obgedachter Eigenschaft fungiren.

Großherzogthum Toscana.

Se. königl. Hoheit der Herzog von Nemours ist am 23. December in Pisa eingetroffen, wo sich seine Schwester, die Prinzessinn Marie, Gemahlinn des Herzogs Alexander von Würtemberg, seit mehreren Tagen befindet.

Belgien.

Ueber die Zahlungssuspension der belgischen Bank heißt es in einem Schreiben vom Main vom 26. December: „Das Ereigniß der Zahlungseinstellung von Seiten der belgischen Bank hat einen mächtigen Eindruck gemacht, und dürfte vielen Capitalisten in der gesammten Handelswelt doch endlich die Augen öffnen. Wenn man auch zugesteht, daß man dieses Ereigniß vom Standpuncte der gegenwärtigen kritischen Verhältnisse Belgiens aus betrachten muß, so wird wenigstens der Industrie jedenfalls dadurch ein Stoß versetzt; denn man wird nicht so leicht mehr solchen Unternehmungen, die durchaus nicht vom Staate gehörig überwacht werden, also einer gewissenlosen Verschleuderung unterliegen können, sein Vermögen preisgeben. Sollten die Capitalien der Actionnäre bei diesem Ereigniß sehr gefährdet seyn (was, wenn man den heutigen Stand der Kurse in Erwägung zieht, kaum einigem Zweifel unterliegt), so möchte die Sache für mehr als für einen bloßen Mißbrauch des Vertrauens betrachtet werden. Was wäre natürlicher, als daß eine solche Verwaltung, bei dem Eintritt des geringsten Deficits, ihre Committenten alsbald ins Klare setzte? Wie war es möglich, daß bei einer vernünftigen Verfahrungsart noch ganz vor kurzem so erkünsteltes Agio hatte Statt finden können, während heute von einer, dem Bankerotte ähnlichen Suspension der Zahlungen die Rede ist? Das sind Fragen, auf welche die Verwaltung der belgischen Bank der industriellen Welt eine Antwort schuldig ist. Leider hat die neuere Zeit zu viele Beispiele aufzuweisen, wo die reichen Projectenmacher aller Gattung die leichtgläubige Handelswelt ausplünderten, und es ist wirklich Zeit, daß in allen Staaten solche Privatunternehmungen einer ernsten Revision unterworfen werden, und daß neue Entrepriſen nicht so ohne weiteres eindringen, bevor sie nicht auf sicheren Grundlagen basirt sind. Man denke nur an die unheilvollen Verluste, die durch die zahllosen Eisenbahnprojecte, die alle keine Realität und keine Aussicht auf Erfolg hatten, herbeigeführt worden sind! Die Industrie und die Gewerbe haben es schmerzlich empfinden müssen, die Börsenmänner aber sind reich dabei geworden!"

Im Commerce Belge liest man: „Wir wissen aus guter Quelle, daß die Führer der kriegssüchtigen Partei Demonstrationen in ihrem Sinne beabsichtigen, von welchen sie sich viel versprechen. An einem bestimmten Tage, sobald die Regierung Miene macht, sich einer energischen Protestation gegen die Bestimmungen der Conferenz zu entziehen, sollen die Studierenden der freien Universität zu Brüssel, so wie der Landesuniversitäten zu Gent und Lüttich, auf den Ruf ihrer bereits bezeichneten Häupter, wie Ein Mann sich erheben, die Straßen dieser drei großen Städte, patriotische Lieder anstimmend, durchziehen, eine Art von Kriegsgesetz proclamiren, und dabei erklären, daß sie sich in die ersten Reihen der Freiwilligen stellen, welche den Feind zurückweisen wollen. Die Studierenden der freien Universität zu Brüssel sollen unter der Anführung eines Luxemburgers, die von Gent unter der eines Polen, und die von Lüttich unter der eines Mannes der belgischen Revolution sich befinden. Alles ist verabredet, die Rollen sind vertheilt und vollständig einstudiert."

Man schreibt aus Löwen vom 20. December: „Am Sonntage hatte sich ein zahlreiches Publicum in das Theater begeben. Nach dem ersten Stücke verlangte man mit allgemeinem Geschrei die Brabançonne. Der Director zeigte an, daß für den Augenblick Niemand von der Gesellschaft dieselbe singen könne. Gleich erbot sich ein Grenadier unserer Garnison, die Brabançonne zu singen; sein Antrag ward mit donnerndem Beifall angenommen. Abends durchzogen Gruppen junger Leute von Löwen, mit Studenten vermischt, die Straßen unter Absingung patriotischer Lieder."

Wien.

Die k. k. vereinigte Hofkanzlei hat eine in Steiermark in Erledigung gekommene Kreiscommissärsstelle erster Classe dem zweiten Kreiscommissär, Franz von Segenschmid, die hierdurch offene Kreiscommissärsstelle zweiter Classe dem dritten Kreiscommissär, Vincenz Schimann, und die hierdurch erledigte Kreiscommissärsstelle dritter Classe dem Gubernialconcipisten Eduard Listneder verliehen.

Am 2. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 7/8
detto	detto	zu 4 pC.	in CM.	100 1/8
detto	detto	zu 3 pC.	in CM.	80 7/8
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	156 1/4
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	677 1/2
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC.	in CM.	65 1/8
Bankactien pr. Stück ——		in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 4

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 4. Jänner 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 2. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.244	28 3. 08. 0 P.	+ 2.3	W.	Sturm.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.125	27 10 6	+ 1.7	W.	mittel.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27.143	27 10 9	+ 1.6	W.	stark.	Wolken.

Spanien.

Ueber den neuen Sieg, welchen die Carlisten von Alava am 17. December bei la Poblacion über den an Zahl bei weitem überlegenen Feind erfochten haben *), enthält das Boletin del Cuartel Real vom folgenden Tage den Bericht des Brigadiers Don Joaquin Julian Alzaa. — Espartero selbst war an der Spitze von 6 bis 7000 Mann in drei Colonnen gegen das Centrum der Carlistischen Linie vorgerückt, wurde aber von den Carlisten, nach einem hartnäckigen Kampfe, mit einem bedeutenden Verlust an Todten und Verwundeten zurückgeschlagen und zu einem schimpflichen Rückzuge nach Logroño genöthigt. — Obgedachtes Boletin vom 20. December enthält einen Bericht des Carlistischen Generalcommandanten von Biscaya, Don Juan Antonio de Goiri, über einen Ausfall, den die Besatzung von Bilbao am 19. December mit 3000 Mann in der Richtung gegen Galdacano unternommen hatte; auch hier wurde der Feind mit beträchtlichem Verluste an Todten, Verwundeten und Gefangenen in den Platz zurückgeworfen.

Don Carlos hat den Grafen von Negri zum zweiten Chef des Generalstabs an die Stelle des Generals Carmona ernannt, welcher zu seinem Commando in der Division von Navarra zurückkehrt.

Portugal.

Durch das Dampfboot „Braganza" hatte man in Falmouth Nachrichten aus Lissabon bis zum 17. December erhalten. — Die Session der Cortes war am 9. gedachten Monats von der Königinn in Person eröffnet worden. Auf dem Wege nach dem Pallaste war eine unermeßliche Menschenmenge versammelt, die Zurufe jedoch waren weder zahlreich noch lebhaft. Die Königinn wurde durch ihren Gemahl in den Cortessaal begleitet, wo Beide unter dem Klange der Nationalhymne, welche von der Musik ausgeführt wurde, auf dem Throne Platz nahmen. Die Königinn hielt, obwohl noch durch ihre Entbindung geschwächt, mit fester Stimme folgende Thronrede an die Senatoren und Deputirten: „Meine Herren! Mit großem Vergnügen sehe ich die Nationalrepräsentation zum ersten Male in Gemäßheit der neuen Constitution der Monarchie versammelt. — Ich wünsche mir mit Ihnen Glück zu der Gnade, welche die göttliche Vorsehung mir und dem Königreiche erwies, indem sie uns einen königlichen Infanten schenkte, und in ihm ein neues Band für die Thronfolge und Portugals Ruhe. Der Infant Dom Luis hat den Titel eines Herzogs von Oporto empfangen, gemäß dem Wunsche meines erhabenen Vaters betrauerten Andenkens, zum Beweise der Hochachtung, welche die in dieser unbesiegten Stadt verrichteten Heldenthaten verdienen — ein unschätzbares Vermächtniß, dessen ehrenvolle Bedeutung, wie ich zu Gott hoffe, mein Sohn zu würdigen wissen wird. — Ich erhalte fortwährend Zusicherungen der Freundschaft von den fremden Mächten, mit welchen Portugal in Verbindung steht. Der König von Griechenland hat einen Gesandten an meinen Hof geschickt. Es sind hierdurch diplomatische Verbindungen mit diesem Königreiche angeknüpft. — Ich hege die Zuversicht, daß die Zeit nicht ferne seyn werde, in welcher, vermittelst der gegenwärtig obschwebenden Unterhandlungen, mit dem päpstlichen Stuhle die freundschaftliche Verbindung, die seit so manchen Jahrhunderten zwischen meinen erhabenen Vorfahren und dem sichtbaren Oberhaupte der Kirche bestand, wieder angeknüpft seyn wird; eine Verbindung, welche immer die Rechte der Krone und die Würde der Nation mit ihren religiösen Bedürfnissen in Einklang brachte; und wenn auch in diesen Zeiten politischer Schwankungen der Fanatismus die Unbedachtsamen zu verführen suchte, so wurde doch die Reinheit des katholischen Glaubens immer aufrecht erhalten unter dem portugiesischen Volke. — Ich kann Ihnen nicht, wie ich wünschte, den Abschluß eines Vertrags mit Großbritannien zu Unterdrückung des Sclavenhandels ankündigen. Ich hoffe jedoch, der Tag werde nicht fern seyn, an welchem eine definitive Uebereinkunft abgeschlossen werden wird. Die Interessen der Monarchie erfordern die gänzliche Unterdrückung dieses unmenschlichen Handels, der in unsern afrikanischen Besitzungen die Fortschritte der Gesittung hemmt, und die Verbreitung des Evangeliums hindert. Alle Seemächte sollten einander in dieser Handlung der Gerechtigkeit und Politik beistehen. Verträge, durch welche dieser Handel wirksam unterdrückt wird, abschließen und zugleich die Freiheit des

*) Vergl. unser vorgestriges Blatt.

Handels und die der Unabhängigkeit der contrahirenden Nationen schuldige Achtung sichern. — Wir haben die Fortdauer des Bürgerkrieges, der Spanien verwüstet, zu bedauern. Die Sache der katholischen Königinn, welche so innig verbunden ist mit der Sache der Freiheit des spanischen Volkes, erregt in mir die lebhafteste Theilnahme. — Unser Land genießt Ruhe; in einigen Theilen des Königreichs jedoch ist der Stand der öffentlichen Sicherheit nicht befriedigend. Die zwei südlichen Bezirke werden fortwährend von kleinen Rebellenbanden durchzogen, die jedoch, wenn man auf sie traf, unfehlbar von den tapfern Truppen, die sie verfolgen, geschlagen oder zerstreut worden sind. Die Erfahrung hat bewiesen, daß einige unserer Gesetze, administrativer, fiscaler und gerichtlicher Natur, Verbesserung erfordern, und ich bin gewiß, daß die Erfahrung gleichfalls Sie in den nöthigen Reformen, welche der Zustand des Königreichs laut verlängt, leiten wird. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die Gesetzentwürfe, welche zu diesem Zwecke Ihnen von meinen Ministern werden vorgelegt werden. Unsere überseeischen Provinzen erfordern ebenfalls Ihre Sorgfalt. Ich werde in Betreff derselben Ihnen einige Anträge vorlegen lassen. — Aus den Ihnen vorzulegenden Actenstücken werden Sie ersehen, was seit dem Schlusse der letzte Cortes geschehen, und wie nothwendig die baldige Ergreifung von Maaßregeln zur Deckung der Bedürfnisse des Landes ist. Der Finanzminister wird Ihnen den Stand der Staatseinkünfte und den Voranschlag der Ausgaben vorlegen. Es freut mich, Ihnen mittheilen zu können, daß der Stand der Einkünfte erfreuliche Aussichten für die Zukunft gewährt, welche die Staatsgläubiger mit Vertrauen erfüllen müssen. Der größere Theil der Verpfändungen der wichtigsten Einkommenszweige ist abgelöst, und wenn nicht die Nothwendigkeit uns zwingt, neue Opfer zu bringen, so hoffe ich, daß vor dem Ende des Jahres 1839 keine solche Bürde mehr auf uns lasten wird. — Die Erfüllung der zur Freimachung jener Einkommensquellen eingegangenen Verbindlichkeiten und die Vollziehung anderer klugen Maaßregeln, die wir dem Eifer und der Vaterlandsliebe der constituirenden Cortes verdanken, haben meine besondere Aufmerksamkeit auf sich gezogen, und ich kann Sie versichern, daß, so weit der allgemeine Nothstand es gestattete, meine Regierung um die Erhaltung des Nationalcredits sorgfältig bemüht war. Durch die Vermehrung der jährlich der Creditverwaltung bewilligten Summe ist dieses Departement in den Stand gesetzt worden, die meisten seiner Verbindlichkeiten zu erfüllen, und es steht zu hoffen, daß es bald im Stande seyn wird, nicht bloß die pünctliche Zahlung der Zinsen aus der innern capitalisirten Schuld zu sichern, sondern auch zugleich meiner Regierung umfassende Mittel zur Anknüpfung weiterer Finanzoperationen zu gewähren, durch welche den Rechten der andern Staatsgläubiger der Gerechtigkeit gemäß genügt werden kann. Die in fremden Ländern aufgenommene Schuld, deren Dividenden für 1837 nicht ausbezahlt werden konnten, ist ein höchst wichtiger Gegenstand, und von ihm hängt die Nationalehre und der Credit der Regierung ab. Ein besonderes Comité ist beauftragt worden, mir die passendsten Mittel zur Deckung dieser Verbindlichkeit vorzulegen, und das Ergebniß seiner Arbeiten, welches ich Ihrer ernstlichsten Erwägung empfehle, soll Ihnen in Bälde vorgelegt werden. Die Einziehung und Verwendung des Staatseinkommens für das nächste Jahr erfordert Ihre Genehmigung. — Diese überwiegende Rücksicht bestimmte mich, Sie vor dem durch das Grundgesetz bestimmten Tage einzuberufen. Die außerordentliche Sitzung der allgemeinen Cortes der portugiesischen Nation ist eröffnet." — Der Vizconde Simodaens (General Acevedo, ein Cartist) ist zum Präsidenten des Senats, und der Bischof Conde (Pater Francisco de San Luis, gemäßigter Cartist) zum Präsidenten der Deputirtenkammer ernannt worden.

Der Redacteur des revolutionnären Blattes Procurador dos Povos, welcher auf Ansuchen des Lord Howard de Walden wegen Beleidigungen gegen die brittische Regierung vor Gericht gestellt worden war, ist von der Jury vollständig freigesprochen worden.

Die Regierungszeitung sucht gegenwärtig auf jede Weise die Auswanderung nach der Insel Timor (einer der südlichsten ostindischen Inseln, zum kleinern Theile den Niederlanden, zum größern Portugal gehörig, der letzte Ueberrest des mächtigen portugiesischen Reiches in jenen Gewässern) zu befördern. Der Minister Sa da Bandeira interessirt sich sehr für diesen Colonisationsplan. Es sind einige Truppen nach dieser Insel abgegangen.

Rußland.

In Bezug auf die Verlobung der Großfürstinn Maria ist folgendes kaiserliche Manifest erschienen: „Von Gottes Gnaden Wir Nikolaus der Erste, Kaiser und Selbstherrscher aller Reußen u. s. w. u. s. w. u. s. w. Thun kund und zu wissen allen Unseren getreuen Unterthanen: Unter Anrufung des göttlichen Segens haben Wir mit Einstimmung Unserer vielgeliebten Gemahlinn, Ihrer Majestät der Kaiserinn Alexandra Feodorowna, in die Vermählung Unserer geliebten Tochter, der Großfürstinn Maria Nikolajewna, mit S^r. Durchlaucht dem Herzog Maximilian von Leuchtenberg gewilligt und Sie am 4. (16.) d. M. nach den Gebräuchen Unserer rechtgläubigen griechisch-russischen Kirche verlobt. Wir sind überzeugt, daß alle unsere getreuen Unterthanen an diesem Unserm Vaterherzen erfreulichen Ereigniß Theil nehmen und ihre Gebete zu dem Höchsten emporsenden werden, auf daß er mit Seinem Segen die Neuverlobten beschirme. Gegeben in S^t. Petersburg am 4. (16.) December, im Jahre eintausend achthundert achtunddreißig nach Christi Geburt, Unserer Regierung im vierzehnten. (Gez.) Nikolaus."

Die Verlobung selbst gibt den S^t. Petersburger Zeitungen zu folgenden Betrachtungen und Berichten Anlaß: „Der vergangene Sonntag war der erwünschte feierliche Tag, an welchem unser Kaiser und Seine erhabene Gemahlinn unter dem Segen des Höchsten die un-

beschreibliche Freude älterlicher Zärtlichkeit genossen, Ihre erstgeborne Tochter mit dem von Ihnen und Ihr, nach der Eingebung wahrhafter Achtung und dem Zuge des Herzens, nicht aber nach Berechnungen der Politik und zeitlicher Rücksichten, Erwählten zu verloben. Unserem Kaiser, der bei Seiner Thronbesteigung ein in der Geschichte einzig dastehendes Beispiel hochherziger Selbstverläugnung gegeben hat, ist durch die Gnade des Herrn die Möglichkeit gewährt, bei der ersten Vermählung seiner Kinder die jedem seiner Unterthanen zustehenden Rechte in Ausübung zu bringen, nämlich auf die Stimme der Liebe und die Neigung des Herzens zu achten, was wenigen gekrönten Häuptern vergönnt ist. Rußland ist groß, reich und mächtig, es bedarf keiner neuen Erwerbungen; es hat nur einen Wunsch — das Glück seines Monarchen und Seiner erhabenen Familie, Ihn von Gott belohnt zu sehen für die Wohlthaten, die Er Seinen Ihm lieben und getreuen Unterthanen täglich, stündlich spendet, und dieser Wunsch ist jetzt in vollem Maaße in Erfüllung gegangen. Der jugendliche Herzog von Leuchtenberg erhält die Hand der Czarentochter und wird zugleich ein Sohn des russischen Czars und Rußlands, dem Er von nun an Sein Leben, Sein Herz und Seine Thätigkeit weiht, indem Er hier im Dienste Seines kaiserlichen Vaters bleibt und die zärtliche Tochter, die sich nicht entschließen konnte, das theure Vaterland und die geliebten Aeltern zu verlassen, nicht von denselben trennt. — Der Kanonendonner von der St. Petersburgischen Festung verkündete uns die glücklich vollbrachte Verlobung. Kaum fing es an zu dämmern, so flammte die ganze Stadt in glänzender Erleuchtung, und Volkshaufen erfüllten die erhellten Straßen. Se. Majestät geruhten, an diesem Tage das große Theater zu besuchen, damit auch der Theil des Petersburgischen Publicums, der keinen Zutritt bei Hofe hat, Gelegenheit habe, sich am Anschauen des hohen verlobten Paares an diesem Tage der Feier und des allgemeinen Jubels zu erfreuen. Alle Plätze des Theaters waren angefüllt mit prachtvoll und reich gekleideten Damen und mit Männern in glänzenden Staatsuniformen. Aller Blicke waren mit Ungeduld auf die große kaiserliche Loge gerichtet. Um acht Uhr verkündete die allgemeine Bewegung unter den Zuschauern die Ankunft der kaiserlichen Familie. In die Loge traten ein: Ihre Majestät die Kaiserinn, Se. Majestät der Kaiser, die Großfürstinn Maria Nikolajewna mit ihrem Bräutigam, die Großfürstinn Helena Pawlowna und der Großfürst Michael Pawlowitsch. Alle Zuschauer erhoben sich von ihren Plätzen und der Saal erbebte von den herzlichen Freudensbezeigungen. Auf allgemeines Verlangen spielte das Orchester die Volkshymne, während welcher die freudestrahlenden Blicke aller Anwesenden auf die Reihe der Rußland so theuren Personen des hohen Herrscherhauses gerichtet waren und in Ihren Augen das allgemeine Glück lasen. Wir alle feierten das Familienfest, theilten die Freude unsers gemeinsamen Vaters und flehten aus tiefstem Herzen um den göttlichen Segen zu dem Glücke der Seinigen für das Glück, womit er auch die Unserigen überhäuft. Die Vorstellung begann, aber an diesem Tage wurde das herrliche Schauspiel und selbst Terpsichorens Tanz zur Nebensache. Die Zuschauer erwarteten die Zwischenacte, um ihre Blicke und Herzen dem Kaiser und Seiner Familie zuzuwenden, um sich mit eigenen Augen von Seinem Glücke und Seinem Vergnügen zu überzeugen. Wie durch stillschweigende Uebereinkunft hörte an diesem Tage die sonst in den Zwischenacten Statt findende Bewegung und Unordnung auf; gerade jetzt begann erst Stille und Aufmerksamkeit. Nach Beendigung des Schauspiels beglückten die hohen Personen das Publicum mit huldvollem Gruße und verließen das Theater unter lauten Bezeigungen des einstimmigen Entzückens."

Der Herzog von Leuchtenberg ist am 19. December nach München abgereist. (Er ist am 26. December durch Breslau passirt.)

Se. Majestät der Kaiser haben befohlen, daß vom Jahre 1839 an, die Besoldungen der Generalität, der Stabs- und Oberoffiziere der Landmacht erhöht werden sollen. Von demselben Zeitraum an sollen auch die Gehalte der Directoren der Militärlehranstalten, so wie der bei denselben angestellten Stabs- und Oberoffizieren, nach den neuen Etats, zur Hälfte und um das Doppelte erhöht werden, je nachdem sie längere oder kürzere Zeit bei diesen Anstalten fungiren.

Die Rechtsunterschiede, die bisher zwischen den Edelleuten und den Fürsten in Gruften Statt gefunden, sind von Se. Majestät dem Kaiser für aufgehoben erklärt worden. Erstere sollen von den letztern nicht mehr abhängig seyn und die Kategorie der sogenannten „fürstlichen Edelleute" soll nicht mehr existiren. Namentlich bei der „Adelswahl" zu Aemtern soll stets die Tüchtigkeit und nicht, wie bisher, der bloße Rang berücksichtigt werden.

Zu Moskau wurden im vorigen Jahre (1837) 9552 Kinder geboren; es starben 7967 Personen; getraut wurden 1420 Paare. Unter den Verstorbenen hat Einer das Alter von 110 und ein Anderer das Alter von 117 Jahren erreicht.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der (gestern erwähnte) Paragraph der Botschaft des Präsidenten, worin von dem mit Rußland abgeschlossenen Tractat in Bezug auf die Nordwestküste von Amerika die Rede ist, lautet folgendermaaßen: „Aus der beiliegenden Correspondenz ergibt sich, daß die russische Regierung nicht geneigt ist, den 4. Artikel der Convention, welche im April 1824 zwischen den vereinigten Staaten und Se. kaiserlichen Majestät abgeschlossen wurde, zu erneuern. Es heißt nämlich in dem 3. Artikel dieser Convention: „„Es darf weder von den Bürgern der vereinigten Staaten, noch von russischen Unterthanen, oder unter der Autorität der beiderseitigen Regierungen an der Nordwestküste von Amerika oder auf den benachbarten Inseln, nördlich vom 50° 40′ N. B. eine Niederlassung gegründet werden."" Und der 4. Artikel lautet: „„Während einer Zeit von zehn Jahren, von dem Tage der Unterzeichnung dieser Convention an, dürfen die den beiden

Mächten, oder den Bürgern und Unterthanen derſelben gehörenden Schiffe ohne irgend ein Hinderniß die Binnenſeen, die Meerbuſen, Häfen und Flüſſe der im vorigen Artikel erwähnten Küſte befahren, um dort Fiſchfang und mit den Eingebornen des Landes Handel zu treiben.“ Als Grund für die Weigerung, die Beſtimmungen dieſes Artikels zu erneuern, gibt die ruſſiſche Regierung an, daß die Bürger der vereinigten Staaten das durch den obigen Artikel ihnen geſicherte Privilegium nur dazu benutzt hätten, die Indianer mit Branntwein, Munition und Feuerwaffen zu verſehen, daß dieſe Gegenſtände von dem ruſſiſchen Handel ausgeſchloſſen ſeien und indem dieſer Handel den an der Nordweſtküſte befindlichen ruſſiſchen Niederlaſſungen nachtheilig ſei und leicht zu Beſchwerden Anlaß geben könne, ſo glaube Sr. kaiſerliche Majeſtät, daß es für die Intereſſen beider Länder am beſten ſei, dem von der amerikaniſchen Regierung gemachten Vorſchlage, den 4. Artikel zu erneuern, nicht beizutreten. Aus der beiliegenden Correſpondenz ergibt ſich, aus welchen Gründen wir behaupten, daß die Bürger der vereinigten Staaten, unabhängig von den Beſtimmungen der Convention von 1824, das Recht haben, an den noch unbeſetzten Puncten der in Rede ſtehenden Küſte mit den Eingebornen Handel zu treiben, ein Recht, das jedoch erliſcht, ſobald die Ruſſen an einem ſolchen Puncte eine Niederlaſſung gründen. Die ruſſiſche Regierung beſtreitet jedoch jenes Recht. Der von unſern Mitbürgern dort in den letzten Jahren betriebene Handel iſt zwar nur unbedeutend, doch dürfte dieſe Angelegenheit wohl in anderer Beziehung die Aufmerkſamkeit des Congreſſes verdienen.“ — Der Präſident geht nunmehr auf die Geldverhältniſſe des Landes über. Der disponible Ueberſchuß im Schatze am 1. Jänner 1839 wird auf 2,765,342 Dollars geſchätzt. Die Einnahme von Zöllen und Verkauf von Ländereien wird wahrſcheinlich 20,615,593 Dollars betragen. In Bezug auf die Indianer-Angelegenheiten bemerkte der Präſident, daß die Tſchirokis ſämmtlich und die Krihks bis auf Wenige, die zu den Seminolen in Florida geflohen, ohne Widerſtreben in die ihnen weſtlich vom Miſſiſſippi angewieſenen Wohnſitze gewandert ſind. Die mit den Tſchickaſahs, Tſchocktas, Pottawatamis, Ottawas und Tſchippewäs in dieſer Beziehung eingeleiteten Unterhandlungen nähern ſich ebenfalls ihrem Ende. Nur die Seminolen vereiteln bis jetzt alle Bemühungen der Regierung, ſie zum Auswandern zu bewegen. Im Jahre 1836 wanderten etwa 400 und in den Jahren 1836 und 1837 etwa 1500 Indianer dieſes Namens aus; etwa 2000 blieben zurück und verüben ſeitdem die abſcheulichſten Grauſamkeiten, indem ſie die Anſiedlungen überfallen und alles, ohne Unterſchied des Alters und Geſchlechts, ermorden, die Leuchtthürme zerſtören und dann die Paſſagiere der dort geſcheiterten Schiffe auf das grauſamſte mißhandeln. Der Präſident empfiehlt der Aufmerkſamkeit des Congreſſes die in dem Bericht des Kriegsſecretärs vorgeſchlagenen Maaßregeln zur Abhülfe dieſer Uebel, wohin unter andern die beſtändige militäriſche Beſetzung des von den Indianern geſäuberten Theiles von Florida gehört. — Die Einnahme des Poſtdepartements iſt in dieſem Jahre um 417,923 Dollars geringer geweſen, als die Ausgaben, doch iſt dieſer Ausfall durch den vorhandenen Ueberſchuß vom vorigen Jahre gedeckt worden.

Großbritannien und Irland.

Seitdem O'Connell die Statuten ſeines Präcurſorenvereins in der angegebenen Art modificirt und namentlich die eventuelle Anhänglichkeit an den Repealgrundſatz für unweſentlich erklärt hat, ſcheint dieſer Verein von der Regierung günſtiger angeſehen zu werden, als bisher. Am 20. December gab Lord Morpeth, der Generalſecretär für Irland, welcher ſich dermalen in Dublin befindet, ein Diner, zu welchem er, ſo zu ſagen, eine erleſene Committee des Vereins eingeladen hatte: Hrn. O'Connell, den Vater desſelben, Hrn. Purcell, deſſen Vorſitzer, den katholiſchen Geiſtlichen Fore, einen der Capläne der Präcurſoren, mehrere jüngere O'Connells, Hrn. Fitzſimon u. ſ. w. Alle Perſonen der Tafel waren Mitglieder der Geſellſchaft, bis auf Lord Morpeth ſelbſt und Hrn. Drummond, den Unterſtaatsſecretär für Irland.

Wenn man das Gerücht von einer bereits bewerkſtelligten Landung der Franzoſen bei Veracruz in England auch nicht für ganz unglaublich hält, ſo glaubt man doch, daß die angebliche Zahl der Landungstruppen, 3000 Mann, ſehr übertrieben ſei, da nur ein einziges Kriegsſchiff zum Transport der Truppen verwendet worden, und dieſes unmöglich eine ſolche Anzahl hätte faſſen können, wenn man auch annimmt, daß es mit Hinzuziehung der in den franzöſiſchen Colonien Weſtindiens disponiblen Truppen möglich geweſen wäre, ſo viel zuſammenzubringen. Auch weiß man nicht, was den Franzoſen eine Landung helfen ſollte. Das Caſtell von San Juan d'Ulloa iſt von Felſenriffen umgeben, überaus ſtark befeſtigt und gilt für unnehmbar. Zwar könnten die Truppen in einiger Entfernung von dem Caſtell gelandet werden und in die Wälle, welche die Stadt Veracruz umgeben, Breſche zu ſchießen verſuchen, aber jedes ſpaniſche Haus iſt vermöge ſeines maſſiven Baues und flachen Daches eine kleine Feſtung, ſo daß eine Einnahme dieſer Stadt gewiß große Opfer koſten würde. Und wenn ſie nun genommen wäre, dürfte die Beſatzung durch die Wirkungen des ungeſunden Klimas noch mehr zu leiden haben, als am Bord der Schiffe, da Veracruz von peſtilenzialiſchen Sümpfen umringt iſt, und die mexicaniſchen Truppen wohl leicht im Stande ſeyn möchten, dem Ort alle Communication mit dem übrigen Lande abzuſchneiden; man iſt daher hier immer noch der Meinung, daß die Franzoſen ſich nur auf eine bloße Blockade beſchränken werden, weil ſie dadurch Mexico mehr Schaden zufügen könnten, als durch eine Beſetzung von Veracruz.

Nach Berichten aus Guayaquil vom 13. October

hatte man dort aus Lima die Nachricht erhalten, daß die in Peru gelandeten chilischen Truppen in einer Schlacht, die 14 Leguas nördlich von Lima geliefert worden, eine vollkommene Niederlage erlitten. Die peruanischen Generäle Miller und Moran commandirten in dieser Schlacht. Der chilische General soll auf dem Platze geblieben seyn.

Frankreich.

Der Eingang des von dem Grafen Portalis in der Sitzung der Pairskammer vom 26. December vorgelesenen Adreßentwurfs schließt sich ganz der Thronrede an. Bei den auswärtigen Angelegenheiten heißt es: „Mäßigung, mit Kraft gepaart, sichert einem großen Reich die Achtung und den Rang, die ihm gebühren. Frankreich, daß die Verträge treulich beobachtet, darf erwarten, daß sie allenthalben in gleichem Maaße respectirt werden....." Hinsichtlich Belgiens wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die französische Regierung nichts verabsäumen werde, um das zu vereinigen, was Frankreichs Würde, die Interessen einer befreundeten Nation, und die Achtung für das gegebene Wort erheischen. „Die Unabhängigkeit Belgiens, und sein politischer Rang, in der großen europäischen Familie einstimmig anerkannt, werden ein neues Unterpfand des Weltfriedens seyn." — Die Räumung Ancona's wird gebilligt, bei Spanien das Bedauern über die fortwährenden Leiden dieses Landes, „die durch einen unseligen Austausch von Verbrechen gegen die Menschheit noch erhöht werden," ausgedrückt. Der übrige Inhalt der Adresse enthält wenig Bemerkenswerthes; nur die Schlußstelle verdient bei der jetzigen parlamentärischen Krisis Beachtung. Sie lautet: „Die Pairskammer beeifert sich, Ihnen die Zusicherung ihrer redlichen und getreuen Mitwirkung zu erneuern. Während nichts die freie und regelmäßige Wirksamkeit unserer Institutionen hemmt oder bedroht, wird die Eintracht, die unsere Stärke bildet, nicht gestört werden. Die Oscillationen, diese natürliche Folge der Theilung der Staatsgewalten, werden ihrer Uebereinstimmung keinen Eintrag thun." — Die allgemeine Discussion wurde nun eröffnet. Graf Montalembert tritt als erster Redner gegen die Adresse auf. Er verbreitet sich weitläuftig über die belgische Frage, und behauptet, der 24 Artikelvertrag sei nicht mehr gültig, weil die Umstände, unter denen er abgefaßt worden, sich geändert hätten. Europa, welches im Jahre 1830 keinen Krieg geführt habe, um seine Lieblingsschöpfung, das Königreich der Niederlande, zu retten, werde auch jetzt keinen Krieg wegen zweier elenden Provinzen anfangen. Diese Provinzen hätten gegen ihre Losreißung von Belgien kräftigst protestirt; die belgische Nation könne sie nicht der holländischen Reaction preisgeben. Dergleichen Dinge seien im neunzehnten Jahrhundert nicht möglich; so etwas habe nur geschehen können, so lange Frankreich gedemüthigt und überwältigt war. Frankreich werde nicht den feigen Grundsatz annehmen: „Jeder für sich, und bei sich zu Hause." — Graf Molé erwiederte: mit dem Grundsatz, daß Verträge von Umständen abhängen, und daß sie ungültig werden, sobald die Völker oder Länder, auf die sie anwendbar sind, nichts mehr davon wissen wollen, würde es bald nur noch ein Gesetz in der Welt geben, das Gesetz des Stärkern. Eine solche Politik würde Krieg und Verwüstung zum Gefolge haben; die Politik der civilisirten Völker stütze sich auf Verträge und ihre getreue Vollziehung. Der Minister weist nun nach, daß die 24 Artikel auf Belgiens eigenes Verlangen im Jahre 1831 in einen Vertrag unter Garantie der fünf Mächte verwandelt worden seien; daß Belgien bis zum Jahre 1834 diesen Vertrag als die Grundlage seines Staatsrechts betrachtet habe, und daß seitdem die Umstände sich nicht verändert hätten. Frankreich habe zwar bei der Conferenz beständig für Belgien günstige Bedingungen zu erlangen gesucht; allein es habe sich dem Vollzug des einmal abgeschlossenen Vertrags nicht entziehen können. Man habe behauptet, Frankreich sei von England in dieser Frage im Stich gelassen worden, weil England von Frankreich in andern Fragen verlassen worden sei. Dieß, bemerkte der Minister, sei ein abgedroschenes Argument der Opposition. England habe Belgien in dieser Frage verlassen, weil es nach den Tractaten nicht anders handeln konnte, und in seinem Interesse so handeln mußte; denn in England liegt jedem Engländer das Interesse seines Landes zunächst am Herzen,. Zu wünschen wäre, daß man dasselbe von jedem Franzosen in Frankreich sagen könnte. — Zum Schluß erklärte der Minister, daß die belgische Fruge die ernsthaftesten Folgen nach sich ziehen könne; kurz, sie sei eine Frage des Krieges oder Friedens. Es handle sich darum zu entscheiden, ob Frankreich sich in Europa isoliren, oder die Bande der Einigkeit mit seinen besten Alliirten enger knüpfen wolle. — Graf d'Alton-Shee tadelte das Stillschweigen der Thronrede über die Schweizer Angelegenheiten und mißbilligte die Räumung von Ancona. — Nachdem hierauf noch der Baron de Morogues für und der Baron Pelet (de la Lozère) gegen den Adreßentwurf gesprochen hatten, wurde die allgemeine Discussion geschlossen und zur Debatte über die einzelnen Paragraphen der Adresse übergegangen.

Briefe aus Bona vom 9. December sprechen von großer Sterblichkeit unter den Truppen; bei einem afrikanischen Jägercorps von 500 Mann sind nur 50 Mann dienstauglich. Dieß soll daher rühren, daß die Truppen noch immer in den vor sieben Jahren errichteten hölzerne Barracken wohnen müssen.

Ein Falliment, das in der commerciellen und politischen Welt große Sensation macht, ist das des Hrn. Ameth, des bedeutendsten Wechselagenten von Paris, der in dem Falliment eines der Commissäre der belgischen Bank betheiligt ist, die ihm 2000 Actien in Händen läßt, an welchen mehr als zwei Millionen verloren werden.

Preußen.

Der Westphälische Merkur enthält folgende

Erklärung: „Die Nummer 288 des Hamburger unparteiischen Correspondenten, welcher erst heute durch Zufall mir zur Gesicht kommt, enthält in einem der Leipziger Allgemeinen Zeitung entlehnten Artikel aus Belgien vom 24. November Andeutungen über meine letzte Amtsthätigkeit in jenem Lande, deren gehässige Tendenz mich empören muß. Ungern würdige ich die darin gegen mich ausgesprochenen Verläumdungen einer Antwort, aber da ich befürchte, daß mein gänzliches Stillschweigen mißdeutet werden könnte, so halte ich für Pflicht, den Inhalt jenes Artikels, wie hiermit geschieht, für unwahr und erlogen zu erklären. Herten, 20. December 1838. Ferdinand Graf von Galen, königl. preußischer Kammerherr und Legationsrath."

Belgien.

Die Verwalter der unter dem Patronat der belgischen Bank gestifteten Gesellschaften und Etablissements wurden am 23. December vom Könige empfangen. Hr. Berger richtete an den König in ihrem Namen folgende Rede: „Sire! Wir nähern uns dem Throne, um die Unterstützung Ew. Majestät zu Gunsten der leidenden Industrie zu erflehen, und schon ist Ihre väterliche Sorgfalt dem Ausdrucke unserer Wünsche zuvorgekommen. Die Unterstützung, welche Ew. Majestät der belgischen Bank geleistet hat, gibt den zahlreichen unter ihrem Patronat gebildeten Etablissements neues Leben. Heute, Sire, können wir, indem wir den Beschluß der Kammer voraussehen, Ew. Majestät die Versicherung geben, daß diese Etablissements im Gange bleiben, und daß ihre Tausende Arbeiter während der strengen Jahreszeit Beschäftigung finden werden. Vielleicht, Sire, hatte die Industrie ihren Kräften zu viel getraut; die allzustarke Concurrenz in verschiedenen industriellen Zweigen, die Uebertreibung der Erzeugung und des Arbeitslohnes konnten diese oder jene Etablissements in einer mehr oder minder entfernten Zukunft bedrohen; aber die Lehre, welche aus der gegenwärtigen Krisis hervorgeht, ist schrecklich, ihrerseits werden die Verwalter der Gesellschaften alle ihre Anstrengungen machen, um jedes, selbst theilweise Unglück zu beseitigen. Ueberzeugt, wie sie sind, daß sie nicht besser Ew. Majestät ihre tiefe Dankbarkeit bezeigen können, übernehmen sie dafür die förmliche Verpflichtung gegen Sie, Sire, und gegen das Land." — Der König empfing die Deputation mit vielem Wohlwollen. Seine Antwort athmete eine lebhafte Sympathie für die Industrie und für das Loos der Arbeiter. Er beklagte den, den Credit in den fremden Ländern, wo er so gut begründet war, verursachten Nachtheil. Er drückte die Hoffnung aus, daß die jetzige Krisis keine neuen Unfälle verursachen werde. — Das Amsterdamer Handelsblad verbreitet die sonderbare Nachricht, die Suspension der belgischen Bank sei eine zwischen den Königen von Frankreich und Belgien abgekartete Sache gewesen, um sich wegen der Vollziehung des Tractats der 24 Artikel aus der Verlegenheit zu ziehen. „Hier," sagt ein Brüsseler Blatt, „hat man darüber, wie natürlich, nur gelacht, und die Maaßregeln, welche die Regierung den Kammern vorgeschlagen, um der gesunkenen Bank zu Hülfe zu kommen, würden, wenn es nöthig wäre, schon allein zur Widerlegung jener Behauptung hinreichend seyn."

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben in dem am 30. December v. J. abgehaltenen Capitel des Ordens vom goldenen Vließ Se. kais. Hoheit den Herrn Erzherzog Friedrich zum Ritter des besagten Ordens zu proclamiren geruht.

Bei der am 2. d. M. in Folge des allerhöchsten Patentes vom 21. März 1818 vorgenommenen 122sten Verlosung der älteren Staatsschuld ist die Serie Nr. 287 gezogen worden.

Diese Serie enthält Hofkammer-Obligationen, aus dem zu Mailand aufgenommenen Anlehen entsprungen, zu 4½ Percent, von Nr. 3264 bis einschließig Nr. 4070, im Capitalsbetrage von 1,111,469 fl. 55 kr. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 25,008 fl. 4¼ kr.

Die in dieser Serie enthaltenen einzelnen Obligationsnummern werden in einem eigenen Verzeichniss nachträglich bekannt gemacht werden.

Am 3. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	107⅞.
detto	detto zu 4 pC.	in C.M.	100⅝.
detto	detto zu 3 pC.	in C.M.	89¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in C.M.	—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl.	in C.M.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl.	in C.M.	677½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in C.M.	65½.
Bankactien pr. Stück ——		in C.M.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des Oesterreichischen Beobachters ist erschienen: Gemeinnütziger und erheiternder Hauskalender für das österreichische Kaiserthum, auf das gemeine Jahr (von 365 Tagen) 1839. Redigirt von Jos. Ritter von Seyfried. Titelkupfer: Der Markt Ischl im Salzkammergut. Kostet in geschmackvollem Umschlag, worauf der kais. Adler mit allen österr. Ritterorden abgebildet ist, auf Druckpapier 3 fl. 30 kr., auf Schreibpapier 4 fl. 30 kr. W. W.

№ 5

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 5. Jänner 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 3. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.271	283. 02. 49.	+ 0.2	W. stark.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.306	28 0 9	+ 1.5	W. mittel.	—
	10 Uhr Abends.	27.501	28 3 2	+ 2.3	W. schwach.	trüb.

Spanien.

Ueber die letzten Vorfälle in Catalonien gibt ein Schreiben von der catalonischen Gränze (in der Quotidienne) folgende Aufschlüsse: „Ich habe Ihnen seit einiger Zeit nichts über die politischen und militärischen Ereignisse in Catalonien gemeldet, weil seit der Rückkehr des Baron de Meer von Solsona (nach Barcelona) nichts von Bedeutung vorgefallen ist. Die Generäle der Königinn waren ausschließlich damit beschäftigt, sich in Barcelona gegen die Versuche der Exaltirten zu vertheidigen. — Nachdem jedoch der Aufstand der Bewohner des Aranthales zu Gunsten des Don Carlos den Grafen d'España bewogen hatte, mit seinem Armeecorps nach diesem Thale aufzubrechen, und dessen Hauptort Viella, wohin sich die Christinos geworfen hatten, mit Sturm genommen worden war, sah sich der Baron de Meer genöthigt, mit allen disponiblen Truppen in dieser Richtung aufzubrechen. — Es lag nicht in der Absicht des Grafen d'España, sich im Aranthale zu behaupten; deßhalb räumte er es auch am 9. und zog sich, nachdem er einen beträchtlichen Transport Salpeter und andern Kriegsbedarf aus Frankreich erhalten hatte, längs dem Andorrathale nach Berga zurück. — Am 10. wollte der Baron de Meer ihn auf seinem Rückmarsche beunruhigen. Graf d'España empfing ihn festen Fußes, und bestand das Gefecht, welches von den Christinos als ein großer Sieg ausposaunt wurde, im Grunde aber gar kein Resultat hatte, indem Baron de Meer seinen Marsch nach Viella, und Graf d'España nach Berga fortsetzte, wo letzterer, wie man sagt, am 17. eingetroffen ist. — Die militärischen Angelegenheiten stehen demnach heute gerade auf demselben Puncte, wie vor dieser Expedition. — Schlechtes Wetter und Schnee erschweren in dieser Jahreszeit die Verbindungen zwischen Berga und der Gränze, weßhalb wir oft sehr spät erfahren, was im Innern des Landes vorgeht. — Uebrigens ist zu bemerken, daß die Gefangenen, die bei der letzten Expedition gegenseitig gemacht wurden, respectirt worden sind und daß Catalonien der einzige Punct von Spanien ist, wo der Elliot'sche Vertrag noch beobachtet wird."

In einem von dem General Cabrera aus Anlaß der von den Christinos in letzterer Zeit verübten Gräuelthaten erlassenen Manifeste befindet sich folgende Stelle aus einem aufgefangenen Briefe des bekannten Generals Seoane an den (unlängst zum Marineminister ernannten) Hrn. Chacon: „Auch wünsche ich, daß der General van Halen daraus ersehe (nämlich aus einem von Seoane an einen gewissen Don Geronimo gerichteten Schreiben, in welchem die scheußlichsten Regierungsmaaßregeln vorgeschlagen werden), „daß ich seine Gesinnungen ganz „oder doch großen Theils billige; er möge daher dem „Grafen von Luchana nach Belieben schreiben, um so„dann mit ihm in Uebereinstimmung handeln zu können. „Ich werde es von Madrid aus thun, sobald ich das dor„tige Terrain recognoscirt habe. Nur einer sehr kräftigen „Regierung, welche heuken läßt, ohne ein Wort zu verlie„ren (que ahorque sin escribir una letra), wird im Stan„de seyn, den Krieg fortzusetzen; nur eine Regierung, die „alles umstürzt, die Nationalgarde nicht ausgenommen, „mit Einem Worte: eine Dictatur mit Guillotinen!" — Man kann nicht deutlicher reden (fügt das Boletin hinzu); das ist die Revolution mit allen ihren Theorien und Verheißungen!

Großbritannien und Irland.

Die Handelskammer zu Manchester hat beschlossen, eine Bittschrift an das Parlament um Aufhebung der Korngesetze zu erlassen. In der Versammlung, in welcher dieser Beschluß gefaßt wurde, bemerkte Alderman Cobden, der große teutsche Zollverein habe ursprünglich keine feindselige Tendenz gegen die brittischen Handelsinteressen, sondern erhalte sie erst durch das englische Korngesetzsystem; die Zölle des Vereins werden auf die Hälfte sinken, wenn die englischen Korngesetze aufgehoben werden. R. H. Greg, der größte Baumwollenfabrikant in England, welcher ein Hundertheil der in Großbritannien eingeführten Baumwolle verarbeitet, erklärte, sein Haus sei entschlossen, seine Etablissements in England nicht zu vermehren, sondern im Auslande, in Teutschland, Amerika, neue zu gründen. Auch er drückte die Ansicht aus, daß bloß durch die Aufhebung der Korngesetze Rettung möglich sei. Der Globe schließt sei-

nen Bericht hierüber mit folgender Bemerkung: „Wir sind mit dem Spectator der Ansicht, daß das Land jetzt in der Lage sei, vor welcher Hr. Huskisson im Hause der Gemeinen warnte, indem er sagte, wenn nicht Maaßregeln ergriffen werden, um den Handel von Prohibitivzöllen zu befreien, so werde bald der furchtbarste Zustand, der sich unter einer populären Constitution ergeben könne, eintreten: vermehrte politische Einsicht und Thätigkeit, zusammentreffend mit physischem Elend unter der Masse des Volkes."

Bei einem Festmahle, welches die Directoren der ostindischen Compagnie dem zum Gouverneur von Bombay ernannten Sir J. Carnac gaben, erklärte der erste Lord der Admiralität, Graf Minto, dankend auf den Toast zu Ehren der Seemacht, bei genauer Untersuchung werde sich ergeben, daß die brittische Seemacht seit vielen Jahren nicht in so tüchtigem Zustande, wie gegenwärtig, und so wohl gerüstet gegen einen auswärtigen Feind gewesen sei.

Vor dem Schatzkammergerichte zu Dublin ist gegenwärtig eine Klage, erhoben von einem Wahlagenten gegen die in der Grafschaft Dublin zu Parlamentsmitgliedern gewählten Obersten Talbot und White, anhängig. Der Kläger verlangt für die Vertheidigung der angefochtenen Wahl von der Wahlcommittee 3000 Pfund, und führt unter den einzelnen Posten folgenden auf: Für die Entwendung gewisser schriftlicher Zeugenaussagen in der Urschrift aus einer eisernen Kiste in dem Hause des Gegencandidaten, durch welche Entwendung der Angriff auf die Wahl zu nichte gemacht wurde.

Am 24. December wurde die London-Greenwich Eisenbahn, welche bis jetzt bloß bis Deptford vollendet gewesen war, in ihrer ganzen Länge eröffnet.

In einer Kohlengrube bei Newcastle sind neuerlich sämmtliche Arbeiter, 11 an der Zahl, durch eine Explosion umgekommen.

Frankreich.

Das Generalconseil der französischen Bank hat die Dividende des zweiten Semesters von 1838 für ihre Actien auf 62 Fr. festgesetzt.

Längs der belgischen Gränze sind, mit Ausnahme der zum Festungsdienst erforderlichen Mannschaft, 28,875 Mann französische Truppen nebst zehn bespannten Batterien mit 60 Pièces aufgestellt. Es fehlt diesen Truppen nur die Eintheilung in Brigaden und Divisionen, um sogleich ins Feld rücken zu können.

Von den 221 Deputirten, welche die berühmte Adresse gegen das Ministerium Polignac annahmen, sitzen bloß noch 58 in der gegenwärtigen Deputirtenkammer; 42 sind jetzt Pairs, 50 gestorben und 71 in das Privatleben zurückgekehrt.

Am 26. December starb zu St. Valère der in der französischen Revolutionsgeschichte bekannte Merlin von Douai, geboren 1754. Er war Mitglied der Generalstände, später des Convents, der ihn 1794 zum Präsidenten wählte, und stimmte für den Tod Ludwigs XVI., war aber ein Gegner der Jakobiner, zu deren Sturz er beitrug. Von 1797 bis 1799 war er Mitglied des Directoriums. Unter dem Kaiserreich wurde er Generalprocurator, Staatsrath, Graf, Großoffizier der Ehrenlegion. Nach der zweiten Restauration wurde er als Königsmörder verbannt. Er war einer der Redacteure des Code Civil.

Zu Tonneins, im Departement Lot et Garonne, wurde kürzlich ein junger Mann lebendig begraben. Kaum waren einige Schaufeln mit Erde auf den Sarg geschüttet, als es in diesem sich regte. Der erschrockene Todtengräber floh, um Hülfe herbeizuholen, und es war einige Zeit verflossen, ehe er zurückkehrte. Als man den Sarg geöffnet hatte, sah man deutlich, daß der Begrabene noch im Sarge gelebt, und einen furchtbaren Kampf bestanden hatte, um sich zu befreien; das Gesicht war krampfhaft verzerrt und die Arme aus dem Leichentuche losgewunden. Als man aber eine Ader öffnete, floß kein Blut; die Hülfe war zu spät gekommen.

Preußen.

Die Preußische Staatszeitung vom 31. December enthält unter der Aufschrift: „Aemtliche Nachrichten. Chronik des Tages" folgenden Artikel:

„Die königliche Regierung hat aus der päpstlichen Allocution vom 13. September d. J. Sich überzeugen müssen, wie sehr der römische Hof noch immer abgeneigt ist, auf dem Wege einer versöhnlichen und befriedigenden Verständigung die Irrungen auszugleichen, die in den Beziehungen der katholischen Landesbischöfe zum Oberhaupte des Staates unlängst entstanden sind."

„Das in teutscher Uebersetzung (unter A) hier beigefügte Document, welches durch den päpstlichen Stuhl nicht allein den fremden Gesandtschaften zu Rom ämtlich mitgetheilt, sondern auch gleichzeitig mit besonderer Eile durch die öffentlichen Blätter des Auslandes verbreitet worden ist, enthält über neuere, durch die Allocution vom 10. December 1837 hauptsächlich hervorgerufene Vorgänge in der Erzdiöcese Posen und Gnesen, eine Reihe von Angaben und Beschuldigungen, welche theils eine unrichtige, die Kenntniß der gesetzlichen Landesverfassung verläugnende Darstellung der Thatsachen, theils neben dem geflissentlichen Schweigen über die dem dortigen Erzbischofe bewiesene königliche Milde und Langmuth, das offene Bestreben zum Grunde liegt, die kirchliche Gewalt auf eine mit den Rechten des Landesherrn unvereinbare Weise auszudehnen."

„Seit dem Erscheinen dieser neuen Allocution ist der öffentlichen Meinung hinreichende Zeit verblieben, über die Anklagen des päpstlichen Stuhles und über ihre Bedeutsamkeit sich ein Urtheil zu bilden."

„Die königliche Regierung hat bis hierher mit einer öffentlichen Widerlegung in dieser höchst wichtigen Sache zögern zu müssen geglaubt, da ihr nicht alle Aussicht benommen war, sie auf anderem Wege zu beseitigen, weßhalb ihr die hierüber von neuem kundgethane unveränderte Mäßigung ihres Verfahrens nur zum Vortheil ausgelegt werden kann. Da indeß jene Aussicht unerfüllt geblieben ist, so kann sie sich jetzt im Bewußtseyn ihres entschiedenen Rechtes und der Versöhnlichkeit ihrer Gesinnungen um so freier über die Vorfälle aussprechen, aus welchen der römische Hof einen neuen Anlaß genommen hat, die unerfreuliche Spaltung zwischen dem Staat und der Kirche zu erweitern."

„Die in der Beilage (unter B) enthaltene actenmäßige Darstellung der, durch ein gesetzwidriges Beginnen des Erzbischofs von Posen und Gnesen entstandenen Mißverhältnisse wird genügen, um alle Freunde der Mäßigung, des Friedens und der bürgerlichen Ordnung, Alle, die der Stimme der Wahrheit zugänglich sind, in der Ueberzeugung zu befestigen, daß die königliche Regierung in Ihrem Verfahren gegen einen Prälaten, der sich bald bis zur äußersten Gränze eines sträflichen Trotzes verirrt, bald eine verzagte Wankelmüthigkeit zur Schau trägt, nicht aus den Schranken Ihrer gesetz- und verfassungsmäßigen, den Majestätsrechten des Landesherrn inhärirenden Befugnisse gewichen ist, daß Sie dem ungebührlichen Trotze nur schonende Milde, dem Ungehorsam und der Anmaaßung nur die äußerste Langmuth, dem beharrlichen Irrthume nur zurechtweisende Nachsicht entgegengestellt hat, und daß Sie nicht von den Vorwürfen betroffen wird, die gesetz- und herkömmliche Wirksamkeit der Geistlichkeit zu beschränken, das Verderben der Kirche zu bezwecken, und die katholische Bevölkerung der Monarchie von dem Mittelpuncte ihrer kirchlichen Einheit zu trennen: — Vorwürfe der Allocution, die auch der Ungestüm einer leidenschaftlichen Sprache nicht entschuldigen darf. Die darin angedeuteten Grundsätze des römischen Hofes weiter zu erörtern und zu widerlegen, würde eine überflüssige Beschäftigung seyn. Sollte derselbe jemals die practische Anwendung solcher Principien versuchen, sollte er die Grundlagen erschüttern wollen, auf welchen seit Jahrhunderten der Friede und die Eintracht zwischen dem Staat und der Kirche beruhen, so würde ihm das vereinigte Recht und die vereinigte Kraft aller gleichbetheiligten Regierungen entgegentreten."

„Weit entfernt, Aehnliches zu besorgen, hält die königliche Regierung an der Hoffnung fest, daß die Zeit nicht entfernt seyn könne, den Oberhirten der katholischen Kirche für die Stimme der Versöhnung und der Weisheit zu gewinnen. Sie will, Sie mag nicht glauben, daß der römische Hof entschlossen sei, den theuer erworbenen Rechten der teutschen Staaten das Anerkenntniß und die Würdigung, die sie von ihm zu fordern berechtigt sind, zu versagen; Sie will, Sie mag nicht glauben, er werde jemals stillschweigend geschehen lassen oder gar billigen, daß die, in den kirchlichen Angelegenheiten ihm untergeordneten Bischöfe und Priester die Fackel der Zwietracht am Altare anzünden, die Unterthanen zur Empörung anreizen, den Gesetzen Hohn sprechen, dem Landesherrn den gelobten Gehorsam verweigern und auf solchen Wegen das eigene, früh oder spät eintretende Verderben der Kirche vorbereiten."

„So geneigt aber die königliche Regierung ist, der Weisheit und der Erfahrung des römischen Hofes zu vertrauen, so bereitwillig sie stets zu jeder friedfertigen Verständigung die Hand bieten wird, sowahrhaft sie bedauert, daß es Ihr bisher nicht gelungen ist, ihn von der Grundlosigkeit seiner Beschuldigungen, von der Unzulässigkeit seiner Forderungen zu überzeugen, so kann und wird Sie doch niemals auf Eines Ihrer Rechte, auf Einen der Ansprüche verzichten, die der landesherrlichen Autorität in Bezug auf die Geistlichkeit der katholischen Kirche zustehen. Sie ist fern und wird immer fern bleiben jeder feindlichen oder übelwollenden Absicht gegen eine Kirche, deren Glauben sie ehrt, deren Freiheit sie anerkennt und schützt, so lange eine mißverstandene Ausdehnung dieser Freiheit den Gesetzen und Einrichtungen des Staates nicht gefährlich zu werden droht. Gewissenhaft darf Sich die königliche Regierung auf das unbestochene Zeugniß der Vergangenheit berufen. Wiewohl die Irrungen betrauernd, welche die wohlthätigen Formen einer Ordnung gefährden, worin die Kirche selbst die Gewährleistung ihres Bestehens und ihres Gedeihens findet; wiewohl in gerechtem Unwillen über die Mißdeutung Ihrer Absichten, über die Verdächtigung Ihrer Gesinnungen, über die Entstellung Ihres Verfahrens, wird Sie dennoch die bisher betretene Bahn der Mäßigung nicht verlassen; Sie wird Gerechtigkeit mit Milde vereinigen, dem Irrenden Nachsicht, dem Reumüthigen Verzeihung gewähren, und nur gegen den, der hartnäckig in der Widersetzlichkeit verharrt, die obrigkeitliche Macht und die Strenge des Gesetzes walten lassen. In der friedsamen Beschäftigung mit dem Glücke der Unterthanen ist die königliche Regierung auch in den gegenwärtigen Irrungen Sich Ihrer aufrichtigsten Geneigtheit bewußt, kein mit der Ehre, der Unabhängigkeit und der Wohlfahrt des Staates vereinbares Mittel zur Herstellung eines friedlichen und freundschaftlichen Verhältnisses mit dem römischen Hofe unversucht zu lassen. Aber keine Macht auf Erden vermag es, an der Behauptung Ihres Ansehens und Ihrer von Gott verliehenen Rechte Sie zu hindern."

„Indem Sie mit unerschütterlicher Zuversicht auf die Gerechtigkeit Ihrer Sache, unter dem erflehten Beistande der göttlichen Vorsehung Sich des Erfolges Ihrer ernstlichen Bestrebungen zur Herstellung und Erhaltung eines friedlichen und gesetzmäßigen Zustandes in den Angelegen-

W 1 K ZEITUNG 1839

heiten der katholischen Kirche versichert hält, erinnert Sie die dieser Kirche angehörigen Unterthanen des Staates, namentlich in den neu- und wiedererworbenen Provinzen, an die Wohlthaten, die ihrer Kirche durch die Gnade und das unermüdete Wohlwollen ihres Landesherrn erwiesen sind, an den Unterschied des ehemaligen, unter den Stürmen der Zeit verwahrlosten, und des gegenwärtigen, durch die Segnungen einer christlichen Regierung herbeigeführten Zustandes ihrer Kirche."

„Um so mehr erwartet Sie mit Vertrauen auf die Dankbarkeit und die Treue Ihrer katholischen Unterthanen, daß sie, unverblendet und ungetäuscht von irrthümlichen, auf entstellten Thatsachen beruhenden Anklagen, den väterlichen Gesinnungen und den reifen Beschlüssen ihres Landesherrn die Erledigung der obwaltenden Mißhelligkeiten in Gehorsam anheimgeben, und, Seiner Gerechtigkeit und Seiner versöhnlichen Neigung gewiß, der Herstellung eines friedfertigen Verhältnisses ruhig entgegensehen werden."

Nun folgt (unter A) eine Uebersetzung der (in unsern Blättern bereits mitgetheilten) päpstlichen Allocution vom 13. September v. J.; dann die Beilage B über die Verhältnisse in der Erzdiöcese Gnesen und Posen folgenden Inhalts:

„In den östlichen Provinzen des preußischen Staates, welche von evangelischen und katholischen Glaubensgenossen bewohnt werden, wurden gemischte Ehen von den katholischen Geistlichen kirchlich eingesegnet, ohne den Verlobten das Versprechen der künftigen Erziehung der Kinder in dem katholischen Glauben abzufordern. Dieß ist namentlich für die Erzdiöcese Gnesen und Posen nicht allein von den verstorbenen Erzbischöfen ꝛc. Gorczensky und ꝛc. Wolicky anerkannt und befolgt, sondern auch von dem dermaligen Erzbischofe von Dunin, in seiner Eigenschaft als ehemaliger Capitularverweser, mittelst einer urkundlichen Versicherung vom 29. Jänner 1830 bezeugt worden. Da es nun weder ein Landesgesetz gegeben hat, welches der Geistlichkeit den Zwang zur kirchlichen Trauung einer gemischten Ehe auferlegt hätte, noch vorausgesetzt werden kann, daß einem Verfahren, welches der Clerus einer ganzen Erzdiöcese beobachtete, Gleichgültigkeit gegen die Vorschriften der Kirche zum Grunde liege, so läßt sich nur annehmen, daß die Geistlichkeit, in genauer Kenntniß und weiser Erwägung aller in jenen Ländern von gemischter Bevölkerung Statt findenden Lebensverhältnisse, das Seelenheil der zunächst Betheiligten und das Wohl der katholischen Kirche am besten zu fördern glaubte, wenn sie sich des Verlangens einer solchen Zusage von Seiten der Verlobten enthielt. Auf diese Weise bildete sich durch freie Uebung eine Gewohnheit, die zu allen Zeiten und in allen Ländern ins Mittel getreten ist, wo die abstracte Allgemeinheit des Gebots mit einem besondern widerstrebenden Bedürfnisse oder Zustande des Volkslebens auszugleichen war."

„Der königlichen Regierung mußte es daher ganz unerwartet seyn, als der Erzbischof von Dunin, welcher früher das Zeugniß über das Bestehen dieser Gewohnheit ohne die mindeste Aeußerung eines Zweifels an ihrer kirchlichen Zulässigkeit ausgestellt hatte, im Anfange des Jahres 1837 plötzlich mit Bedenken dagegen auftrat, und bei dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten die Erlaubniß nachsuchte, entweder das Breve Pius VIII. vom 25. März 1830 seiner Diöcesangeistlichkeit publiciren oder seine wegen der gemischten Ehen entstandenen Gewissensscrupel dem päpstlichen Stuhle zur Entscheidung vorlegen zu dürfen. Das Ministerium konnte weder den einen noch den andern Antrag gewähren; den ersten nicht, weil das Breve nur für die westlichen Provinzen der Monarchie erlassen worden war, und so wenig es in der Absicht des Papstes lag, einzelne mildernde Vorschriften desselben für alle Länder der katholischen Christenheit ohne Unterschied zu ertheilen, so wenig konnte es der königlichen Regierung angemessen erscheinen, die Publication des Breve auf bloßes Verlangen eines Bischofs für eine Provinz zuzulassen, in welcher bis jetzt überhaupt keine Veranlassung zu einer Einwirkung der höchsten geistlichen Autorität in dieser Angelegenheit vorhanden gewesen war; dem zweiten Antrage stand aber entgegen, daß schon bei Gelegenheit der im Jahr 1828 in Rom begonnenen, dem Breve vorhergegangenen Unterhandlungen, die obenerwähnte, in den östlichen Provinzen bestehende Praxis zur Sprache gekommen war, ohne daß der päpstliche Hof hiervon Veranlassung genommen hatte, das Fortbestehen derselben in Frage zu stellen. Ja, als später der Erzbischof von Köln, Graf von Spiegel, in einem unterm 13. October 1834 erlassenen Hirtenbriefe, durch welchen er dieß Breve den Bischöfen seiner Erzdiöcese zufertigte, sich ausdrücklich auf die in den östlichen Provinzen bestehende Praxis bezog, hatte der päpstliche Hof, nach erlangter Kenntniß des Hirtenbriefes, nicht das Mindeste gegen diese Praxis eingewendet. Von der einen Seite konnte daher dessen stillschweigende Zulassung derselben nicht in Zweifel gezogen werden, und von der andern war vorauszusehen, daß, im Falle einer förmlichen Anfrage, wie sie der Erzbischof von Dunin beabsichtigte, der päpstliche Stuhl als Centrum der Einheit der katholischen Kirche sich für verpflichtet halten würde, die abstracte Allgemeinheit der kirchlichen Regeln und Satzungen in Erinnerung zu bringen."

„Auf den ablehnenden Bescheid des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten richtete der Erzbischof von Dunin, statt seinen Antrag auf die Publication des Breve von 1830 zu wiederholen, am 26. October 1837 ein Gesuch an S^r. Majestät den König, in welchem er um die Genehmigung bat, nach den Bestimmungen und

Grundsätzen der an die Erzbischöfe und Bischöfe des vormaligen Königreichs Polen im Jahre 1748 erlassenen Bulle Papstes Benedict XIV. „magnae nobis admirationis" verfahren zu dürfen. Dieses neue Gesuch konnte noch weniger bewilligt werden, weil, abgesehen davon, daß die angeführte Bulle durch die Beschlüsse des polnischen Reichstages bereits in den Jahren 1767 bis 68 außer Kraft gesetzt worden war, ihr Inhalt, wie der Erzbischof selbst in seiner Vorstellung anerkannte, in Widerspruch mit den Landesgesetzen steht, weßhalb Se. Majestät unter Bestätigung des Ministerialbescheides den Antrag des Erzbischofs zurückwiesen, der jedoch, statt dem königlichen Befehle gebührend nachzuleben, dreist gemacht und aufgeregt durch die päpstliche Allocution vom 10. December 1837, an die Geistlichkeit seiner Diöcese am 27. Februar 1838 einen Hirtenbrief erließ, worin er sie auf die Befolgung der vorerwähnten Bulle des Papstes Benedict XIV. verweist, die in derselben vorgeschriebenen Versprechen der Verlobten als unerläßliche Bedingung der Zulassung der kirchlichen Trauung einer gemischten Ehe mit Bezugnahme auf das Breve des Papstes Pius VIII. (obschon dasselbe diese nicht verordnet) bezeichnet, und die Geistlichen, welche sich nicht genau darnach richten würden, mit der Suspension von jeder Würde, jedem Amte und jeder Stelle bedroht."

„Zuvor noch, am 30. Jänner 1838, hatte der Erzbischof ein von ihm in polnischer Sprache verfaßtes Umlaufsschreiben an die Geistlichen erlassen, worin er seine bisherigen Verhandlungen mit der königlichen Regierung, unter gänzlicher Hintansetzung der der Obrigkeit schuldigen Ehrerbietung, in höchst aufgeregter Sprache erzählt, und indem er sich mit dem von der Hand des polnischen Königs Boleslaus II. getödteten, als Märtyrer verehrten Bischofe Stanislaus vergleicht, zuletzt mit folgender Aufforderung schließt:

„Mit diesem meinem Briefe, als der Stimme des Hirten, macht auch Eure Schäflein bekannt; ermuntert besonders die katholischen Mütter und Töchter, eben so wie alle Gläubigen, daß sie mit eben dieser Treue und Anhänglichkeit in dem Glauben dieser heiligen Kirche beharren, und jedes lebenslängliche Bündniß mit den Abtrünnigen von derselben vermeiden."

„Auch in einem spätern Schreiben an das Domcapitel zu Gnesen vom 16. März d. J. stellt er sich als Märtyrer dar und gibt dieser geistlichen Behörde anheim, ob nicht „wegen seiner Verfolgung die Musik in den Kirchen und das Läuten der Glocken einzustellen sei."

„Diese Folgereihe gesetzwidriger Schritte machten der königlichen Regierung ein ernstliches Einschreiten zur unausweichlichen Pflicht."

„Kein Bischof darf, nach den Landesgesetzen, in Religions- und Kirchenangelegenheiten ohne Erlaubniß des Staates neue Verordnungen machen. (Allgem. Landrecht Th. II. Tit. XI. §. 117.) Der Erzbischof von Dunin hatte, nachdem ihm diese Erlaubniß versagt worden war, gegen den ausdrücklichen königlichen Willen den Hirtenbrief vom 27. Februar d. J., worin er die Geistlichkeit seiner Diöcese zur wesentlichsten Abweichung von dem bestehenden Rechtszustande anweiset, erlassen."

„Nach den Landesgesetzen, indem diese keinem Geistlichen einen Zwang zur kirchlichen Trauung gemischter Ehen auflegen, darf aber auch kein vorläufiges Versprechen der Verlobten wegen der Kindererziehung von den Geistlichen gefordert werden (cfr. den allerh. Erlaß vom 17. August 1825. Gesetzsamml. 221); im Widerspruch mit diesen Bestimmungen und der von ihm selbst bezeugten Praxis hatte der Erzbischof den Geistlichen seiner Diöcese die Abnahme dieses Versprechens zur Pflicht gemacht."

„Nach den Landesvorschriften kann kein Bischof eigenmächtig einen Geistlichen von Amt und Würde entsetzen (§§. 121 u. f. Tit. XI. Th. II. Allg. L. R.); der Erzbischof hatte sich eine seine Befugnisse weit überschreitende, ungesetzliche Jurisdiction angemaaßt, in der Absicht, seine Diöcesangeistlichen zur Uebertretung des Landesgesetze zu verleiten. Die Landesgesetze bestimmen (Allg. Landr. Th. II. Tit. XX. §. 151): „Wer durch frechen, unehrerbietigen Tadel oder Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate, Mißvergnügen und Unzufriedenheit der Bürger gegen die Regierung veranlaßt, der hat Gefängniß- oder Festungsstrafe auf 6 Monate bis 2 Jahre verwirkt;" und (§. 152): „in je größerem Ansehen derjenige steht, welcher dergleichen Unfug vornimmt, desto strenger muß derselbe bestraft werden." Der Erzbischof hatte seine Diöcesangeistlichen aufgefordert, die Gläubigen mit dem Inhalte seines, die Ehrerbietung gegen die Obrigkeit schwer verletzenden Schreibens bekannt zu machen."

„In jedem Staate von gemischter Bevölkerung ist die Aufreizung der Religionsparteien gegen einander besonders strafwürdig; in Gemäßheit des Umlaufsschreibens des Erzbischofs sollten die Gläubigen ermuntert werden, jedes lebenslängliche Bündniß mit den „Abtrünnigen" zu vermeiden. So viele in dem Verfahren des Erzbischofs sich vereinigende schwere Uebertretungen durften nicht ungerügt bleiben."

„Die erste von den Provinzialbehörden gegen seine gesetzwidrigen Handlungen ergriffene Maaßregel war nunmehr die an die Landdecane gerichtete Aufforderung, sämmtliche Exemplare des vorerwähnten erzbischöflichen Umlaufsschreibens vom 30. Jänner c. abzuliefern, und das gleichzeitige Verbot der Verkündigung desselben von der Kanzel. Die Verbreitung dieses die Aufregung der Gemüther bezweckenden Schreibens mußte schlechterdings verhindert werden. Wer sich daher nicht geradezu der Theilnahme an dem Verbrechen des Erzbischofs schuldig machen wollte, war verpflichtet, den deßfallsigen Verfügungen der königlichen Behörden ungesäumt Folge

zu leisten. Da gleichwohl einige Geistliche und Pfarrverweser sich nicht abhalten ließen, dem ausdrücklichen Verbote zum Trotz, das mehrerwähnte erzbischöfliche Schreiben von der Kanzel oder während des öffentlichen Gottesdienstes zu verkündigen, so that die Regierung zu Posen ihre Pflicht, indem sie durch eine Verfügung vom 21. April c. eine Nachweisung jener Geistlichen verlangte, um nach Umständen das gesetzliche Verfahren gegen dieselben einzuleiten."

„In Beziehung auf den Erzbischof selbst lag bereits ein klarer Thatbestand zur Eröffnung einer förmlichen Untersuchung vor. Hierauf trugen auch die Ministerien an. Des Königs Majestät wollten jedoch in Allerhöchstihrer Langmuth dem Prälaten Zeit gönnen, sein Unrecht einzusehen und dasselbe durch freie Zurücknahme seines Umlaufsschreibens wieder gut zu machen. Unter gleichzeitigem Erlaß eines väterlichen Zurufs S^r. Majestät des Königs an die katholischen Unterthanen des Großherzogthums Posen vom 12. April d. J. (Staatszeitung vom 23. April 1838 Nr. 112) erhielt der Oberpräsident der Provinz den Auftrag, den Erzbischof mit dem Beschlusse der gegen ihn zu eröffnenden Untersuchung bekannt zu machen, dabei aber demselben zu erklären:

„S^r. Majestät wollten sein Vergehen noch als eine bloß irrthümliche Verkennung seines Standpunctes betrachten, wenn er seine Handlungsweise selbst als eine solche anzuerkennen und demgemäß unter Aufhebung der von ihm an die Geistlichen gerichteten Verfügungen die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen bereit sei; jede Beschränkung der Gewissensfreiheit Allerhöchstihrer katholischen Unterthanen in dieser, wie in jeder andern kirchlichen Angelegenheit sei dem Allerhöchsten Willen Seiner königlichen Majestät ganz entgegen. Keinem Geistlichen solle Zwang angethan werden zur kirchlichen Einsegnung einer gemischten Ehe; wogegen aber auch S^r. Majestät, jenem Grundsatze getreu, eben so wenig jemals dulden, oder einem Bischofe gestatten würden, seinerseits einen Gewissenszwang durch Androhung von Strafen gegen diejenigen Geistlichen, welche dergleichen Ehen ohne vorhergegangene Versprechen der Verlobten in Betreff der Kindererziehung, durch kirchliche Einsegnung vollziehen — einzuführen, und eine solche gesetzwidrige Ueberschreitung der ihm zustehenden Kirchenzucht bis zu jener Anmaaßung, deren sich der Erzbischof in seiner Verordnung vom 27. Februar d. J. schuldig gemacht habe, auszudehnen."

„Diese am 19. April d. J. dem Erzbischofe durch den Oberpräsidenten gemachte Mittheilung schien den beabsichtigten Eindruck nicht verfehlt zu haben. Er versprach am folgenden Tage, mittelst Erlasses eines neuen Hirtenbriefes, unter Aufhebung seines Umlaufsschreibens vom 30. Jänner und des darauf folgenden Erlasses vom 27. Februar, der Diöcesangeistlichkeit eine andere Belehrung über ihr zu beobachtendes Verhalten bei der kirchlichen Einsegnung gemischter Ehen zu ertheilen, und Abschrift desselben, mit Anrufung der königlichen Gnade, S^r. Majestät zu überreichen. Als er späterhin den Wunsch äußerte, sich in Beziehung auf die älteren Umlaufsschreiben des Ausdrucks: „Abänderung" statt „Aufhebung" bedienen zu dürfen, weil er sonst besorgen müsse, sich vor den Augen seiner Geistlichkeit herabzusetzen, nahm der Oberpräsident keinen Anstand, ihm die Hoffnung zu geben, daß auch dieser Wunsch bei S^r. Majestät dem Könige Eingang finden werde."

„Plötzlich ward er wieder anderes Sinnes und versuchte in einer Immediat-Eingabe vom 24. April d. J. dem Zurufe S^r. Majestät die Deutung zu geben, daß durch denselben sein Recht zur Erlassung der Circularschreiben und zu den darin enthaltenen Anweisungen bestätigt sei."

„So leer und nichtsbedeutend diese Ausflucht erscheint, ermüdete die Milde und Langmuth S^r. Majestät des Königs dennoch nicht. Der Chefpräsident des Oberappellationsgerichts in Posen ward beauftragt, ihm unmittelbar und persönlich auseinanderzusetzen, in welcher ernsten Lage er sich befinde, und ihm mit specieller Hinweisung auf die Landesgesetze, an welchen er seine Verschuldung und deren Folgen zu ermessen habe, zur Zurücknahme seiner Erlasse vom 30. Jänner und 27. Februar c., mit dem Anheimstellen einer hierbei von ihm zu wählenden, seine Person und Würde schonend berücksichtigenden Form und Fassung zu ermögen."

„Als inzwischen in einem Notenwechsel mit dem päpstlichen Stuhle von demselben erklärt wurde, daß die Allocution vom 10. December v. J. nichts Weiteres habe seyn sollen, als eine öffentliche Protestation gegen eine öffentliche Handlung, wonach also der Papst kein Gebot, am wenigsten ein solches für die Bischöfe der östlichen Provinzen des preußischen Staates, beabsichtige, ward auch dieses dem Erzbischofe mitgetheilt: allein weder dieses, noch die eindringlichsten Vorstellungen und Warnungen hatten den Erfolg, ihn in die gesetzliche Bahn zurückzuführen."

„Da sonach der letzte Versuch der Güte an dem hartnäckigen Trotze des Erzbischofs gescheitert war, blieb nur das Einschreiten der obrigkeitlichen Gewalt übrig. Durch eine Ministerialverfügung vom 25. Juni v. J. wurden, unter königlicher Autorisation, die Verfügungen und Anweisungen des Erzbischofs, als gesetzwidrig und die öffentliche Ordnung störend, außer Kraft gesetzt. Die königliche Regierung übte hiermit ein Recht aus, welches kein Staat der Christenheit sich streitig machen läßt. Sie hob auf, was ungesetzlich war; sie warnte vor der Befolgung gesetzwidriger Anweisungen und verhieß Schutz denjenigen Geistlichen, welche in ihrem Verfahren fernerhin den Landesgesetzen gehorchen würden."

„Gegen den Erzbischof selbst wurde dem bis dahin ausgesetzten gerichtlichen Verfahren freier Lauf gelassen."

Der Artikel ſchließt folgendermaaßen:

„Nächſt den Vorgängen in der Erzdiöceſe Gneſen und Poſen entnimmt die Allocution vom 13. September d. J. aus der Cabinetsordre vom 9. April 1838 (Geſetzſammlung S. 240) einen Anlaß zur Klage. Die königliche Regierung ſieht ſich hierdurch aufgefordert, Thatſachen zu beleuchten, welche ſie, im Geiſte des Friedens und der Verſöhnung, am liebſten der Vergeſſenheit überliefert hätte."

„In den chriſtlichen europäiſchen Staaten beſteht die aus dem Majeſtätsrecht entſpringende Einrichtung, nach welcher die Regierung bei den Communicationen zwiſchen dem katholiſchen Landesclerus und dem römiſchen Stuhle vermittelnd eintritt. Denn da der Papſt keinen Act der Geſetzgebung in einem fremden Staate ausüben darf, ſo hat die Landesregierung vermöge ihrer legislatoriſchen Gewalt zu beſtimmen, ob einer päpſtlichen Verordnung die Anwendung zu geſtatten ſei oder nicht, ſo wie ſie bei den Meldungen und Communicationen der Geiſtlichen nach Rom vermittelnd eintritt. Nur in Belgien, ſo viel bekannt, iſt durch die Conſtitution von 1831 eine abweichende Einrichtung angeordnet."

„Ganz von dieſem Standpuncte aus iſt auch bis jetzt der Verkehr zwiſchen dem päpſtlichen Stuhle und den Organen der katholiſchen Kirche in Preußen durch die königliche Regierung vermittelt worden. Wenn dieſe in einzelnen Fällen ihre Vermittlung verſagte, ſo geſchah ſolches nur in ſtrenger folgerechter Berückſichtigung des oben bezeichneten Zweckes. Dieß gilt namentlich von dem in der Allocution berührten Falle, in welchem die Regierung gerechten Anſtand nahm, die Unterwerfungsacte einiger Profeſſoren unter das in Bezug auf die Hermes'ſchen Schriften ergangene Breve vom 26. September 1835 nach Rom zu befördern. Eine ſolche perſönliche Unterwerfungsacte hatte der päpſtliche Stuhl von Niemanden gefordert, und die königliche Regierung konnte ſich um ſo weniger bewogen finden, dieſelbe nach Rom zu befördern, als ſie das Breve vom 26. September 1835 ignorirend, auf keine Weiſe dazu beitragen durfte und wollte, das Parteiweſen über eine Frage, welche der päpſtliche Hof ſelbſt als erledigt zu betrachten wünſcht, wieder aufzuregen."

„Bis auf die neueſte Zeit hat die königliche Regierung faſt niemals Veranlaſſung gehabt, die Verletzung der beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften über den Verkehr mit Rom zu rügen. Sie iſt vielmehr dem Clerus des Landes das Zeugniß ſchuldig, daß er die Reinheit ihrer Abſichten gewürdigt und die betreffenden Vorſchriften ſtets beobachtet hat."

„Dieſer Zuſtand alter Ordnung wurde plötzlich durch eine bis dahin unerhörte, die Gemüther in die höchſte Aufregung verſetzende Thatſache geſtört."

„Gegen Ende März d. J. wurde in der preußiſchen Rheinprovinz unter dem Namen des damaligen Geſchäftsträgers der päpſtlichen Nuntiatur zu Brüſſel, Aloyſius Spinelli, ein vom 14. März datirter Erlaß an einen dießſeitigen katholiſchen Geiſtlichen, theils in ſchriftlichen, theils in gedruckten Exemplaren, heimlich verbreitet, worin die Wahl des Dechanten Dr. Hüsgen zum Capitularverweſer der Erzdiöceſe Köln als uncanoniſch bezeichnet, ein von ihm ausgegangenes Faſtenmandat für nichtig erklärt und in Betreff der damaligen Faſtenzeit beſtimmt wird, daß die Gläubigen von derſelben Dispenſation Gebrauch machen könnten, welche der Erzbiſchof im Jahre vorher ertheilt habe."

„Die Aechtheit des Documents wurde durch das Geſtändniß des Spinelli außer Zweifel geſtellt. Ob der päpſtliche Stuhl ſeinen Geſchäftsträger zu dieſem Erlaſſe ermächtigt habe, wie in demſelben verſichert wurde, war nicht ſofort zu ermitteln. Da indeß zu beſorgen ſtand, daß der Verſicherung des Spinelli, die Ermächtigung des Papſtes zu beſitzen, von der katholiſchen Bevölkerung Glauben werde beigemeſſen werden, da einem Schritte dieſer Art noch andere folgen, und ernſte Aufregungen in der Provinz herbeigeführt werden konnten, ſo erließen Se. Majeſtät der König die Ordre vom 9. April d. J., welche die gegen die Verbreitung der Erlaſſe „auswärtiger geiſtlicher Obern" über religiöſe und kirchliche Verhältniſſe zu ergreifenden Maaßregeln den beſtehenden Geſetzen und Einrichtungen gemäß vorſchreibt."

„Der römiſche Hof hat ſpäterhin das Verfahren des Spinelli auf eine deßhalb geführte Beſchwerde förmlich gemißbilligt. Der allerhöchſte Erlaß vom 9. April v. J. bleibt jedoch um ſo mehr in voller Kraft, als der Papſt in dem das pflichtwidrige, der richterlichen Strafe unterliegende Verfahren des Erzbiſchofs von Poſen betreffenden Theile der Allocution dieſes als „unüberwundene Seelenſtärke" preiſt und allen katholiſchen Biſchöfen der preußiſchen Monarchie daſſelbe, die Pflichten gegen ihren Souverain und ihren Eid verletzende, die Landesverfaſſung untergrabende Verfahren zumuthet."

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 26. December ſtellte der Graf von Merode den Antrag, „daß für den Fall, wenn eine fremde Macht mit „zu beträchtlichen Streitkräften ſich des belgiſchen Gebiets „bemächtigen und die Bewohner Luxemburgs und Limburgs einem Joche, welches ſie von ſich ſtoßen, unterwerfen „wollte, die Regierung, unabhängig von den ihr zu Gebote ſtehenden Widerſtandsmitteln, ermächtigt werden „ſolle, der franzöſiſchen Armee die Feſtungen unſerer Südgränze zu überliefern." — Hr. Dumortier bemerkte, daß ein neues Geſetz hierüber unnöthig ſei, weil bereits im Jahre 1831 ein Geſetz votirt worden iſt, um die Regierung zu ermächtigen, die Dazwiſchenkunft fremder Armeen während der Dauer des Krieges zu reclamiren. — Der Graf von Merode verſtand ſich in Folge dieſer Erklärung dazu, ſeinem Antrag für jetzt keine Folge zu geben, und es wurde auf den Antrag des Miniſters des In-

nern zu den Gegenständen der Tagesordnung übergegangen. — Hr. Devaux legte in dieser Sitzung den Bericht der Commission vor, welcher mit Prüfung des Gesetzentwurfs hinsichtlich der der belgischen Bank zu leistenden Unterstützung beauftragt war. Nach diesem Berichte geht aus der von den Administratoren der Bank vorgelegten und von den Mandataren der Gläubiger verificirten Bilanz, so wie aus den von den Repräsentanten der Gläubiger und den Administratoren der Bank auf die von der Commission gestellten Fragen ertheilten Antworten hervor, daß die Bank, in der ihr bewilligten Frist, im Stande seyn dürfte, alle ihre Gläubiger zu befriedigen, und alle ihre Noten einzulösen, ohne daß sie nöthig hat, von den industriellen Etablissements der Bank Restitutionen zu fordern, die selbe in Verlegenheit setzen könnten. Es wurde demnach auf Annahme des oben erwähnten Gesetzentwurfs mit einigen Rectificationen in den Ziffern und in der Redaction angetragen. — Die Kammer beschäftigte sich sofort im geheimen Ausschusse mit der Discussion des Gesetzentwurfs. Um 6¼ Uhr wurde die Sitzung wieder öffentlich und der Gesetzentwurf mit 56 Stimmen einstimmig angenommen.

Die Société générale zeigt an, daß sie für die von ihr zu dem Preise von 13 Millionen veräußerten Güter als Zahlung fortwährend die Obligationen der belgischen 5percentigen Anleihe pari, und künftig ebenfalls als Zahlung dafür die 4percentige Anleihe zu 92, und die 3percentige zur ursprünglichen Höhe von 72½ annehme. Doch dauern die letzten Vergünstigungen nur bis zum 1. März.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Ueber die gegenwärtigen Zustände der Schweiz heißt es in einem Schreiben von der Aar vom 24. December: „Nach der erkünstelten Aufregung, welche die französische Note wegen Louis Bonaparte hervorgerufen hatte, ist eine Art Winterschlaf im Lande eingetreten. Merkwürdigerweise hat der damalige quasi-vulcanische Zustand gar keine Folgen nach sich gezogen; namentlich ist das Lieblingsproject der Schweizer Radicalen, die größere Centralisirung der Bundeseinrichtung, um keinen Schritt vorwärts gekommen; doch ist im gegenwärtigen Augenblicke keineswegs Stillstand. In einem von revolutionnären Parteien durchwühlten Lande ist derselbe unmöglich. Vorzüglich drei Thatsachen dürften gerade jetzt einiger Beachtung werth scheinen: Die erste ist das Begehren des bernerischen Jura nach Wiederherstellung der französischen Gesetzgebung in diesem ganz französischen Gebietstheile. Ohne auf die Frage einzugehen, inwiefern dieses Begehren begründet seyn dürfte, kann man als sicher annehmen, daß, wenn der Jura es durchsetzen sollte, dieses Ereigniß der revolutionnären Herrschaft dadurch einen Schlag versetzen würde, daß die Centralisation, dieses Grundübel jeder revolutionnären Herrschaft, einen gewaltigen Stoß erleiden müßte. — Die zweite im jetzigen Momente obschwebende Thatsache ist die Unzufriedenheit und Gährung unter dem Volke von Aargau; dieser Canton birgt die meisten revolutionnären Elemente in seinem Schooße. Der heillose Grundsatz der Staats-Omnipotenz wird daselbst mit fanatischer Hartnäckigkeit und einer schamlosen Consequenz festgehalten, und durchgeführt; eine Folge davon ist die planmäßige Unterjochung der katholischen Kirche und eine nie stillstehende Gesetzes-Fabrikation, aus welcher mit jedem neuen Gesetze ein Privatrecht zertreten, ein Riß in das Eigenthum gemacht wird. Durch die Eingriffe in die katholischen Kircheneinrichtungen war unter dem katholischen Volke längst schon Unzufriedenheit entstanden, die aber wenig beachtet wurde; nun ist dieselbe in Folge von Gesetzen, welche die Rechte der Gemeinden und die Gewohnheiten und Sitten des Volkes überhaupt verletzen, auch unter den reformirten Theil der Bevölkerung gedrungen, und es ist wahrscheinlich, daß die Regierung mehrere dieser Gesetze wird zurücknehmen müssen. — Eine dritte, am wenigsten erfreuliche Thatsache ist die Gährung in Wallis. Durch die Acte des Wiener Congresses wurde das Walliserland, das im November 1810 von Napoleon unter dem Namen des „Departements vom Simplon" dem französischen Kaiserreiche einverleibt worden war, als ein neuer Canton mit der Schweiz wieder vereinigt und in die Eidgenossenschaft aufgenommen. Der ganze Canton, aus Ober- und Unterwallis bestehend, ist in dreizehn Zehnten eingetheilt, deren jeder aus einigen Gemeinden besteht. Die höchste gesetzgebende Gewalt hat der Landrath, zu welcher jeder Zehnte und außerdem der Bischof vier Abgeordnete schicken. Alljährlich versammelt sich in Sitten die Walliser Tagsatzung, gebildet von Deputirten der Zehnten, von welchen jeder gleiches Stimmrecht hat. Auch hat der Bischof, als Rest seiner Souverainetät, die er im Mittelalter besessen, wie oben erwähnt, vier Stimmen. Da nun das Oberwallis mehr Stimmen in der Walliser Tagsatzung besitzt, als das Unterwallis, während die Bevölkerung des letzteren zahlreicher ist, so ist dieser politische Zustand nicht auf das revolutionnäre Princip der Kopfzahl gegründet, und seit Jahren versuchten die waadtländischen und andern Revolutionnärs, das Unterwallis zur Empörung zu reizen. Mehrere derartige Versuche seit dem Jahre 1830 sind von der Regierung unterdrückt worden, und die Zehnten des Oberwallis widersetzten sich bis jetzt hartnäckig jedem Beginnen für Abänderung der Verfassung. Nun aber soll nach den neuesten Nachrichten die Walliser Tagsatzung selbst eine Revision der Verfassung beschlossen haben."

Teutschland.

Se. Durchlaucht der Herzog Max von Leuchtenberg, der bekanntlich am 19. December St. Petersburg verlassen hatte, ist am 29. Abends um halb 10 Uhr in München eingetroffen.

Wien.

Am 4. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 11/12.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80 7/8.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM. —.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM. —.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	—.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1.K. ZEITUNG 1839

№ 6

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 6. Jänner 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 4. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.496	28. 3 L. 1 P.	+ 3.2	W. schwach.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.417	28 2 1	+ 6.1	W. ——	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.423	28 2 2	+ 2.8	W. still.	Wolken.

Spanien.

Aus Madrid hatte man in Paris am 28. noch immer keine neuern Nachrichten, als bis zum 16. December. Die Communicationen scheinen fortwährend durch Cabrera, dessen Truppen unter Llangostera, dem Eco de l'Aragon zufolge, am 20. bis an die Thore von Saragossa vorgerückt waren, unterbrochen zu werden. — Die Berichte aus dem Hauptquartier des Don Carlos, das sich am 22. December fortwährend in Azcoytia befand, sprechen mit Enthusiasmus von der glänzenden Affaire, welche am 17. December auf der Linie von Alava zwischen den Truppen Espartero's, deren Stärke sich auf 6 bis 7000 Mann belief, und ungefähr 400 Carlisten, unter Commando des Obersten Don Isidro Ruiz Eguilaz, Statt gefunden hat. Letztere waren in einigen Häusern verschanzt und vertheidigten sich mit solcher Tapferkeit, daß es ihnen am Ende gelang, den Feind mit einem Verlust von 800 Mann zum schimpflichen Rückzug zu nöthigen. Die Gazette de France bemerkt aus Anlaß dieses Gefechts: „Wir hatten uns darauf beschränkt, von dem Factum und von 800 Mann, die der Feind in diesem Gefechte verloren hat, zu sprechen. Was die Zahl der bei diesem denkwürdigen Kampfe engagirten Carlisten betrifft, so glaubten wir, man habe sich geirrt, indem sie nur auf 400 Mann angegeben wurde. Aber sämmtliche Briefe aus dem königlichen Hauptquartier geben diese Ziffer an und die Richtigkeit derselben unterliegt nunmehr keinem Zweifel. Dieses Gefecht ist gewiß eine der schönsten Waffenthaten dieses Feldzuges und schließt ruhmvoll die Reihe der im Laufe dieses Jahres von der königlichen Sache errungenen Successe."

Von der Pyrenäengränze wird berichtet, daß Don Carlos den General Villareal, einen der baskischen Anführer, die so lange in Ungnade gewesen waren, zum Generalcommandanten der Provinz Alava ernannt habe.

Die in Oñate erscheinende Carlistische Hofzeitung enthält nachstehenden königlichen Befehl: „Da sich die Zeit nahet, in welcher zur Ernennung der Ayuntamientos in allen Städten des Königreichs Navarra, der baskischen Provinzen und des Gebietes von Castilien, die von der revolutionnären Herrschaft frei geblieben sind, geschritten werden muß, und die Erfahrung den Erfolg bewährt hat, welchen verhoffend Se. Majestät in Seinem landesherrlichen Decret vom 1. December 1836 die Regeln, unter welchen dieses Verfahren ins Leben treten sollte, dictirt haben, so ist von Sr. Majestät für genehm befunden worden, zu beschließen, daß in dem einverleibten Königreiche von Navarra und den baskischen Provinzen die Erwählung der Justicias für das nächstkommende Jahr 1839 mit gänzlicher Unterwerfung unter die vorläufigen Anordnungen geschehen soll, welche in dem angegebenen königlichen Decrete enthalten sind. Se. Majestät der König haben sich mit innerem Widerwillen in die Nothwendigkeit versetzt gesehen, im Laufe dieses Jahres verschiedene Individuen an verschiedenen Ayuntamientos von ihren resp. Stellen zu entfernen, in einigen Fällen in Folge ihrer bewiesenen Lieblosigkeit gegen die gerechte Sache, in andern wegen Uebertretungen mannigfacher Art, und Sie haben zu befehlen geruht, daß — weil Sie in Zukunft nicht wünschen, es möchten sich Gelegenheiten, ähnliche Acte der Gerechtigkeit zu vollziehen, bieten — den Deputationen unter der äußersten persönlichen Verbindlichkeit für die sie bildenden Individuen nicht allein die gewissenhafte Beachtung des 11ten Artikels in mehrerwähntem königlichen Decret zur Gewissenspflicht gemacht werde, welcher des Rechts der Wählbarkeit und selbst der Ernennung der Justicias diejenigen beraubt, die wegen ihres Mangels an Eifer für die gerechte Sache bezeichnet werden — sondern auch die Suspension der Approbation der zur Verwaltung solcher Aemter Erwählten, bis sie unwiderlegliche Beweise der Legalität in jeder Rücksicht auf die Wahlen erlangt haben. — Se. Majestät wollen, daß die Wahlen der Ayuntamientos in den Städten der Provinz Santander und den Merindades von Castilien nach der Weise vor sich gehen sollen, die vor den von der usurpatorischen Herrschaft eingeführten Neuerungen festgesetzt war, und unter denselben Grundsätzen des angeführten Decrets, mit Ausnahme von dem auf die Gesetze und gerichtliche Praxis des Königreichs Navarra und der baskischen Provinzen bezüglichen Theile, indem jene für besagte Städte nicht passen. Es ist schließlich der königliche Wille, daß die Approbation der Wahlen der Ayuntamientos für die in der Provinz Santander geschehenen, ausgesprochen werden soll durch die in eben derselben befindliche königliche verwaltende Specialjunta, und in den Ausdrücken, welche in dem, bezugs der Deputationen von Navarra und der baskischen Provinzen erwähnten Gesetze angegeben sind. Se. Majestät behalten sich die Wahl unter den für die Verwaltung bezeichneten Individuen vor, deren Vorschläge an Se. Majestät den König durch das Staatssecretariat zu machen seyn werden; eine Anzeige erfolgt am Ende durch den Commissionsrichter in den Merindades, mit Beachtung der Instructionen, die ihm separat mitgetheilt werden. Auf königlichen Befehl melde ich solches Ew. Excellenz, indem ich Ihrer Einsicht und pünctlichen Erfüllung in dem betreffenden Falle zugleich zur gehörigen Zeit die Beachtung der Verordnung im Artikel 6 des erwähnten Decrets hingebe, welche die Form, in der dem Staatssecretariat die geschehenen Wahlen und die Verhältnisse der erwählten Personen zu notificiren sind, vorschreibt. Oñate, den 16. November 1838. Joaquim, Bischof von Leon."

Großbritannien und Irland.

Durch das Packetschiff „Independence," welches am 21. in Liverpool eingelaufen ist, hatte man Briefe und Zeitungen aus Newyork bis zum 7. gedachten Monats, also einen Tag später, als die durch den „Liverpool" überbrachten Nachrichten, erhalten. — Der russische Consul in Boston, Hr. Kitchen, wurde, als er mit Frau und Tochter zu Montreal in Niedercanada seine zwei, in einer dortigen Erziehungsanstalt befindlichen, Kinder besuchte, am 25. November von Major Cecil, der mit einem durch den Attorneygeneral ausgestellten Verhaftsbefehle versehen war, festgenommen. Sein Gepäck wurde zu dem Generalgouverneur Sir J. Colborne gebracht, der ihn sofort verhörte. Alle seine Papiere waren durchgesehen worden. Sir J. Colborne behandelte ihn höflich, fragte ihn nach dem Zweck seiner Reise, nach seiner Stellung in Boston und setzte ihn hierauf alsbald in Freiheit. Es wurde ihm außerdem versprochen, daß der Attorneygeneral sein Verfahren schriftlich entschuldigen solle. Die Verhaftung war, wie man hört, auf die Angabe eines Barons Frattelin hin vorgenommen worden, der den Consul eines Einverständnisses mit den canadischen Rebellen beschuldigt hatte. — Vom Staate Michigan aus wurde ein neuer Angriff auf Obercanada beabsichtigt; General Brady jedoch, von der Armee der vereinigten Staaten, der hier mit Handhabung der Neutralität beauftragt ist, nahm in der Nähe von Gibraltar einen mit Waffen ꝛc. für die Insurgenten beladenen Schooner und brachte ihn nach Detroit. Hier wollten die Insurgenten vermittelst einer Civilklage den Besitz des Schooners und der Waffen wieder erlangen, und gingen den Sheriff an, Beschlag darauf zu legen. Der General jedoch stellte eine Kanone und bewaffnete Mannschaft vor den Schooner und bedrohte den Sheriff und jeden, der Hand an denselben legen wolle. Durch dieses ehrenwerthe entschlossene Benehmen bewirkte der General, daß die Waffen in dem Regierungsarsenal geborgen werden konnten. Der Schooner wurde in den Grund gebohrt. — Das Dampfboot „Constitution," Capitän Appleby (derselbe, der die „Caroline" befehligte, als sie im Niagara von den Engländern zerstört wurde), hat, mit 300 Insurgenten am Bord, Detroit verlassen; letztere sollen eine Landung am Erie-See bezwecken.

Am 18. December hatten die Eigenthümer der ostindischen Compagnie ihre vierteljährige Versammlung. In derselben stellte Hr. Montgomery Martin einen Antrag gegen die in Ostindien bestehende äußerst drückende Grundsteuer, welcher er das häufige Eintreten von Hungersnoth, insbesondere auch die von 1837 und 1838, durch welche nahezu 500,000 Personen umgekommen seien, Schuld gab. Er berechnete, daß eine Handvoll Engländer von Ostindien binnen 60 Jahren nicht weniger als 1000 Millionen Pf. St. erpreßt habe. Allerdings sei Ordnung und Sicherheit in Indien befestigt worden, dafür sei aber das Volk ein Volk von Bettlern. Ein Eingeborner habe richtig bemerkt, England sauge das Blut der Indier aus; die Engländer seien Engel in der Theorie, aber Teufel in der Praxis. Die Zunahme des Elends gehe daraus hervor, daß die Grundsteuer fortwährend in der Abnahme sei. Die Auflagen auf die Erzeugung von Baumwolle, Zucker, Indigo seien so groß, daß diese Industriezweige wesentlich dadurch benachtheiligt werden. Wie konnte ein Land gedeihen, wo das ganze Erzeugniß des Bodens weggenommen werde? Er sei überzeugt, daß der Ausbruch der Cholera, des Erzeugnisses der indischen Sümpfe, in England eine Strafe Gottes sei für die schlechte Verwaltung in Indien. Der Boden sei an manchen Orten zu 100 Percent besteuert; dem Namen nach betrage die Steuer die Hälfte, in der Wirklichkeit ebenfalls zwei Drittheile des Ertrags. Dazu kommt noch die Zugrunderichtung der indischen Industrie einerseits durch die Begünstigung der Einfuhr englischer Waaren in Indien, andererseits durch die Belastung der indischen Erzeugnisse. In England seien Indiens Baumwollen- und Seidenwaaren mit 30, sein Zucker mit 100, sein Rum mit 200, sein Pfeffer mit 500, sein Tabak mit 1000 Percent besteuert. Die Folge davon sei das tiefste Elend. Hr. Martin beantragte schließlich die Vorlegung gewisser, die Einkünfte der Compagnie in Indien betreffender Actenstücke. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit verworfen, nachdem ihm eingewendet worden war, die Hungerjahre in Indien haben andere Ursachen, als die Grundsteuer, und für das Geld, das den Eingebornen abgenommen werde, erhalten sie die Segnungen einer guten Regierung und der Sicherheit für ihre persönlichen Besitzungen.

Die neulich gemeldete Auflösung des Assemblyhouses von Jamaica an demselben Tage, wo es versammelt worden war, geschah in Folge nachstehender von dieser Körperschaft gefaßten Beschlüsse: 1) die Acte des brittischen Parlaments, betitelt: „eine Acte zur bessern Verwaltung der Gefängnisse in Westindien" (ein Theil der durch Brougham veranlaßten Bill) ist eine Verletzung unserer inhärenten Rechte als brittischer Unterthanen; 2) das Haus sah mit tiefstem Bedauern die gegen die Einwohner dieser Insel ergangene unverdiente Rüge, das gegen sie in Großbritannien, dessen öffentliche Meinung man vergiftet hat, erregte Vorurtheil, den Mangel alles Vertrauens auf Jamaica's einheimische Legislatur, die rücksichtslose Art, wie die von derselben ergangenen Gesetze annullirt worden sind, und überhaupt das gegen die Colonien angenommene Gesetzgebungssystem, wodurch die Macht unsers Assemblyhouses gefesselt und nutzlos gemacht ist; 3) unter solchen Umständen halten wir uns für verpflichtet, uns der Ausübung aller legislativen Functionen zu enthalten, ausgenommen insoweit als nothwendig seyn mag, um den öffentlichen Credit der Insel zu wahren, bis wir erfahren, ob es Ihrer Majestät Wille ist, daß ihre Unterthanen in Jamaica, die jetzt glücklicherweise alle frei sind, als Unterthanen behandelt werden, und ihr bisheriges Recht, die Gesetze für ihre Verwaltung selbst zu geben, fortgenießen, oder ob sie wie eine eroberte Colonie behandelt und durch die Legislation des brittischen Parlaments, durch Geheimrathsbefehle, oder, wie es bei der letzten amendirten Abolitionsacte geschehen ist, dadurch regiert werden sollen, daß man den Gouverneur der Insel mit der Willkürgewalt bekleidet, Proclamationen mit Gesetzkraft über Leben und Eigenthum des Volkes zu erlassen." Zugleich verlangt die Oppositionspartei, wie ihr Organ, die Jamaica-Dispatch, zu verstehen gibt: „ein legislatives Conseil (erste Kammer), worin die Interessen der Krone und der Aristokratie voll und gleichmäßig repräsentirt seien;" ferner die Errichtung „eines Privatconseils, das für die Handlungen des Gouverneurs verantwortlich sei." — Die Nachrichten aus den übrigen westindischen Colonien, namentlich aus Demarara, lauten in Betreff der Neger ziemlich günstig. Sie waren, mit wenigen Ausnahmen, zur Arbeit zurückgekehrt.

Blätter vom Vorgebirge der guten Hoffnung stellen den Zustand der innern Bezirke dieser Colonie, in Folge der räuberischen Gewohnheiten der Eingebornen, als sehr zerrüttet dar. „Anarchie und Landläufere," sagt eine dieser Zeitungen, „sind dort an der Tagesordnung, und bringen Leben und Eigenthum der Landbewohner beständig in Gefahr. In den östlichen Provinzen sind die Straßen unsicher gemacht durch Fingoes,

Kaffern, Mantatees und Hottentotten, die mit Flinten und Assagais bewaffnet sind, keine bestimmte Heimath und meist keine regelmäßigen Pässe haben. Unter dem Vorwande Arbeit zu suchen, streifen sie umher, und leben von der Plünderung der Landwirthe. Gewöhnlich führen sie ihre Hütten und ihr einfaches Hausgeräthe auf ein paar Ochsen gepackt mit sich, und ihr Quartier schlagen sie meist auf dem Eigenthum solcher Pächter auf, deren fette Schaafe oder Rinder ihren Appetit reizen. Eine Menge Fingoes und Kaffern sind wegen Viehdiebstahls vor Gericht gestellt. Man beklagt vor Allem den Mangel an Gesetzen gegen das Vagabundiren, und die Saumseligkeit der Colonialregierung wird in dieser Beziehung sehr getadelt."

Der Lordmayor von Dublin hat die dortige Corporation benachrichtigt, daß Maaßregeln von größter Wichtigkeit für die irischen Protestanten im Allgemeinen im Werke seien. Ein Briefwechsel zwischen Mitgliedern der Corporation und den Häuptern der conservativen Partei, dem Herzoge von Wellington, Sir R. Peel, Lord Winchilsea ꝛc., soll der Corporation vorgelegt werden.

Der Sohn des Herzogs von Buckingham, Marquis Chandos, der eifrigste Verfechter der „Ackerbau-Interessen" im Hause der Gemeinen, hat sich neuerdings, trotz der Korntheurung, entschieden für die Aufrechthaltung der Korngesetze ausgesprochen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

In Havre sind Briefe und Blätter aus Newyork bis zum 8. December eingetroffen. Die Newyorker Journale beschäftigen sich zumeist mit der plötzlichen Abreise des Bezirks-Attorney Hrn. Price nach England, in dessen Rechnungen sich bedeutende Ausfälle finden sollen. — Die Vorgänge im Congreß beschränkten sich bis dahin fast ausschließend auf Präliminarien; doch hatte die erste Probe zwischen beiden Parteien Statt gefunden bei der Wahl eines Clerk im Repräsentantenhause. Der Candidat der Regierungspartei wurde gegen den whiggischen mit 106 gegen 104 Stimmen gewählt. — Hr. Adams brachte die zwischen Hrn. Stevenson, dem brittischen Gesandten in London, und Hr. O'Connell vor einiger Zeit Statt gehabte Correspondenz zur Sprache, in welcher der genannte Botschafter den irischen Agitator hart wegen der „Schmähungen" anließ, die sich dieser gegen das Volk der vereinigten Staaten wegen der Negersclaverei erlaubt hatte. Hrn. Stevensons Benehmen wurde mit 140 gegen 57 Stimmen gutgeheißen.

In der Legislatur des Staates Pennsylvanien zu Harrisburgh ist es in Folge bestrittener Wahlen zu tumultuarischen Auftritten gekommen. Der Präsident des Senats sah sich genöthigt, zum Fenster hinauszuspringen. Die Miliz weigerte sich, unter die Waffen zu treten. Der Pöbel machte Miene das Arsenal anzugreifen, zog sich aber, als man ihm versprach, die Waffen nicht gegen ihn anzuwenden, in eine benachbarte Taverne zurück, um zu trinken. Schon vorher war der Vorschlag gemacht worden, den Sprecher des Repräsentantenhauses zu betheeren und zu befedern; ob der Vorschlag ausgeführt wurde, wird nicht erzählt. — Durch das Zerspringen einer Röhre auf dem Mississippi-Dampfboote „General Brown" sind 33 Personen umgekommen.

Frankreich.

Im weitern Verlauf der Sitzung der Pairskammer vom 26. December erhob sich Hr. Pelet (de la Lozère) gegen die gesammte äußere und innere Politik der Regierung. Er sieht nur Zwietracht und Entsittlichung; die Regierung habe die materiellen Interessen zur höchsten Norm erhoben; daher die Bestechlichkeit, die schimpflichen Speculationen, die Vorgänge in Afrika ꝛc. Dem Regierungssystem fehle aller moralische Character ꝛc. Hr. Cousin findet es auffallend, daß man, nach achtjährigen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens, beinahe am Vorabend des Krieges stehe. Am meisten beunruhigt ihn aber das Wiederaufleben der geistlichen Herrschaft. Die Julirevolution habe alles gethan, um die Religion in ihre Rechte wieder einzusetzen, und ihr den gebührenden Einfluß auf die Volkserziehung zurückzugeben; auch der Clerus habe sich seitdem bescheiden auf seine geistlichen Verrichtungen zurückgezogen und im Geiste der Milde gehandelt. Seit kurzem aber werde die öffentliche Ruhe neuerdings durch die Rückkehr einer intoleranten Herrschaft gestört, die ihr Haupt erhebe, und alle wahren Freunde der Religion und der Julirevolution mit Besorgniß erfülle. Der Redner verweist hier auf die Vorfälle in Clermont, wo dem Grafen Montlosier das kirchliche Begräbniß verweigert worden sei, ferner in Rheims, Lyon u. s. w. Die Regierung habe jene heilsamen Schranken, welche selbst das Kaiserreich den Eingriffen der Geistlichkeit in den Volksunterricht entgegenstellte, überschreiten lassen. (Hr. Cousin ist Mitglied des Universitäts-Rathes.) Mit Bedauern habe er gesehen, daß durch eine, ohne Vernehmung des Unterrichtsrathes erlassene königliche Ordonnanz die Gesetze über die Organisation der Universität abgeändert wurden, und zwar gerade in den Puncten, welche für die Zulassung zum theologischen Lehramt bei den Facultäten weise Bedingungen aufstellten. Sog. B. habe ein, mit Zuziehung der frömmsten und gelehrtesten Geistlichen Frankreichs erlassenes Decret von 1808 vorgeschrieben, daß die Candidaten zum theologischen Lehramte Graduirte seyn müssen, und zwar deßhalb, weil Niemand akademische Grade erlangen kann, ohne vorher den Freiheiten der gallicanischen Kirche förmlich beigetreten zu seyn. Auch die Vorschrift, daß die Zöglinge der geistlichen Seminarien die theologischen Kurse der Universität hören müssen, falle, ganz in Vergessenheit. Dem Gerücht, nach erhebe St. Acheul sein Haupt wieder aus der Asche, und selbst in Paris bilde sich eine Jesuitenanstalt, ohne daß die Gesetze einschreiten. Der Redner wünscht schließlich, daß sein Aufruf an die Gerechtigkeit und Festigkeit der Regierung Gehör finden, daß eine schleunige Rückkehr zu den wahren Staatsmarimen, so wie ein unparteiischer Vollzug der bestehenden Gesetze die aufgereizten Gemüther beruhigen, und die Besorgnisse der Freunde der Religion und der Ordnung zerstreuen möge. — Der Justizminister, Hr. Barthe, erwiederte hierauf: seit der Julirevolution habe die Regierung beständig den Grundsatz festgehalten, daß die geistliche Gewalt keinen Zwang ausüben, aber auch innerhalb der Gränzen ihrer Rechte keinem Zwang unterliegen dürfe. Allerdings gebe es indessen Fälle, wo man sie für die Ausübung ihrer Befugnisse verantwortlich werden könne. Verweigerungen des kirchlichen Begräbnisses oder der Sacramente seien zu jeder Zeit vorgekommen; so oft dieselben zu öffentlichem Scandal Anlaß gäben, oder auf Irrthum zu beruhen scheinen, halte es die Regierung für Pflicht, sie dem Staatsrath zur Untersuchung zuzuweisen; durch eine feierliche Rüge werde alsdann den Mißbräuchen Einhalt gethan, und das Volk beruhigt. Auch der Fall mit dem Grafen Montlosier liege dem Staatsrath vor. Der Minister äußert über diesen Fall sein tiefes Bedauern; er glaubt, daß die Forderung, ein Sterbender solle öffentlich Abbitte leisten, zu den unseligsten Folgen führen könnte. Die Vorfälle zu Rheims seien bloß dadurch entstanden, daß die unvorsichtige Aeußerung eines Geistlichen auf die gehässigste Art entstellt, und dadurch das Volk zu Gewaltthätigkeiten verleitet wurde; in Lyon endlich habe sich gar nichts Erhebliches ereignet. In St. Acheul habe man allerdings eine

Anstalt für höhere geistliche Studien vorgefunden; da sie aber den Staatsgesetzen widerstritt, so habe man sie, jedoch mit aller möglichen Schonung, schließen lassen. Uebrigens seien über die angeblichen Eingriffe der Geistlichkeit allzu viele übertriebene Gerüchte in Umlauf; der Clerus selbst sei durch Erfahrung belehrt, das Volk wisse die Religion von ihren Dienern zu scheiden, und die Regierung werde die Geistlichkeit in ihren Schranken zu halten wissen. — H^r. Villemain findet die Erklärung des Ministers nicht genügend, und zweifelt, ob eine Rüge von Seite des Staatsraths die gehörige Wirkung hervorbringen werde. — Graf Montalembert erklärt, die Grundsätze der HH. Cousin und Villemain würden nichts Geringeres als die Knechtschaft der katholischen Kirche bezwecken. An dem Tage, wo die Julirevolution die religiöse Freiheit antasten würde, ginge sie ihres schönsten Ruhmes verlustig. — Hiergegen bemerkte H^r. Villemain: die Gesetze, auf die er sich berufe, seien schon im siebzehnten Jahrhundert erlassen, und von einem Bossuet vertheidigt worden. — Nach einer kurzen Rede des Ministers des öffentlichen Unterrichts, H^rn. von Salvandy, wurde die Debatte vertagt.

In der Sitzung der Pairskammer vom 27. December kam die Discussion über die Adresse noch nicht zu Ende. Die Fragen der Schweiz, Krakau's, Belgiens und Ancona's füllten die ganze Sitzung. Graf Molé trug, wie das Journal des Debats sich ausdrückt, die ganze Last der Debatte gegen Gegner aller Meinungen, da die HH. von Dubouchage, Tascher, Villemain, Montalembert, selbst endlich der Duc de Broglie, die Politik der Regierung ihrem Tadel unterwarfen. Am längsten dauerte die Debatte über Belgien. H^r. Villemain unterstützte dabei die Opposition des Grafen Montalembert. Graf Molé antwortete, über die belgische Gebietsfrage gedrängt, den finanziellen Theil des Vertrages der 24 Artikel habe man einer Revision unterwerfen können, nicht aber den des Gebietes. Dieß sei Niemand, selbst nicht dem belgischen Cabinet eingefallen, bis zur Eröffnung der belgischen Kammern und den darauf gefolgten Demonstrationen. Eben weil er (Graf Molé) günstig gesinnt sei für die Existenz Belgiens, wünsche er, daß Belgien sich den Verträgen unterwerfe. — Graf Montalembert wiederholte die Frage: „Hat Frankreich Belgien in der Territorialfrage unterstützt, ja oder nein?" Graf Molé: „Die Unterhandlungen sind noch nicht geschlossen, und antwortete ich auf diese Frage, so riskirte ich, Interessen bloßzustellen, welche H^rn. von Montalembert theuer sind." Jetzt ward der Paragraph angenommen. Der folgende Paragraph betrifft Ancona. Ueber diesen ergriff der Duc de Broglie das Wort. Das Journal des Debats äußert darüber: „H^r. von Broglie gehört nicht der Coalition an; er will, sagte er, dem Unbestand der Parteien und der Bewegung der Geschäfte fremd bleiben. Der berühmte Redner that noch mehr. Auf die Aufforderung des H^rn. Villemain, sich über die Politik zu erklären, welche das Cabinet vom 11. October hinsichtlich der Occupation Ancona's befolgt habe, weigerte er sich geradezu und erklärte, daß er weder einem Interesse der Neugier noch einem Parteiinteresse fröhnen werde. Er drückte in edler Sprache das Gefühl der Schicklichkeit aus, welches ihm eine absolute Zurückhaltung über die Geheimnisse auferlege, mit denen das königliche Vertrauen und die Functionen, die er bekleidet habe, ihn bekannt gemacht. Nicht jeder kann einer solchen Zurückhaltung und Delicatesse sich rühmen. H^r. von Broglie gab zu, daß die Räumung Ancona's nothwendig und ganz dem Buchstaben der Verträge gemäß war. Nur hat er bei aller Billigung der Maaßregel die Form derselben getadelt. Er fürchtet die Folgen einer absoluten Räumung ohne Vorbehalt, ohne Hoffnung der Rückkehr. Zufrieden mit der Gegenwart, die ihm unbewölkt scheint, ist er besorgt um die Zukunft, die ihm als sturmdrohend vorkommt. Hat die französische Regierung, indem sie Ancona räumte, einen Vorbehalt und die nöthigen Garantien ausbedungen, um die Ruhe Italiens und den Frieden Europa's zu sichern? Wenn neue Unruhen eine bewaffnete Intervention Oesterreichs nach den römischen Staaten riefen, welches wäre dann das Benehmen und die Rechte der französischen Regierung? Dieß sind die Fragen, welche H^r. von Broglie an das Cabinet richtete. Das Ende der Sitzung erlaubte dem Ministerium nicht, auf die Einwürfe des Redners zu antworten. Wir glauben jedoch, daß der Präsident des Conseils über alle Puncte eine befriedigende Antwort zu geben im Stande sei."

Die Adreßcommission der Deputirtenkammer hat am 27. December keine Sitzung gehalten, weil die Minister bei den Debatten über die Adresse in der Pairskammer beschäftigt waren. Wahrscheinlich werden die Arbeiten der Deputirtencommission nicht eher fortgesetzt werden, als bis die Adresse der Pairs votirt ist.

Der Staatsrath, dem der Fall wegen Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses des Grafen Montlosier deferirt worden war, hat erklärt, daß von Seiten des Bischofs von Clermont hierbei ein Mißbrauch der Amtsgewalt Statt gefunden habe.

Der Reisewagen des Marschalls Soult wurde auf dem Wege nach Paris von vier Straßenräubern angefallen, die aber durch den Muth und die Tapferkeit der Dienerschaft des Marschalls in die Flucht geschlagen wurden. Der Marschall war während der ganzen Affaire in tiefen Schlaf versunken und erfuhr erst bei der Ankunft auf der nächsten Poststation, was vorgefallen war.

Am 28. December um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 109 Fr. 40. 3 Percents ——.

Königreich beider Sicilien.

Ihre Majestäten der König und die Königinn beider Sicilien sind am 22. December Abends 8 Uhr am Bord des Dampfboots „Ferdinand II." aus Palermo im erwünschtesten Wohlseyn in Neapel eingetroffen.

Wien.

S^r. k. k. apost. Majestät haben mit allerhöchstem Handschreiben vom 22. December v. J. den Ludwig Freiherrn von Bedekovich, k. k. wirkl. geh. Rath und Kämmerer, Beisitzer der königl. Septemviraltafel und Obergespan des Kreutzer Comitats, zum zweiten Vicekanzler bei der königl. ungarischen Hofkanzlei allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 5. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 7/8.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100 4/5.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	689 7/8.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pC. in CM.			65 7/8.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr., fl. 100 G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1512 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 7

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 7. Jänner 1839.

W 1. K. ZEITUNG 839

Meteorologische Beobachtungen vom 5. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.483	28. 2 11 p.	+ 5.8	W. still.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.498	28 3 1	+ 5.9	W. schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.402	28 1 11	+ 2.1	S. still.	Wolken.

Spanien.

Nach einer Unterbrechung von mehreren Tagen hatte man am 29. December in Paris Briefe und Zeitungen aus Madrid bis zum 22. gedachten Monats erhalten. — Der Chef des neuen Cabinets, Hr. Perez de Castro, war noch nicht von Lissabon, wohin ihm seine Ernennung notificirt worden war, eingetroffen, ja man wußte nicht einmal, ob er die ihm zugedachte Ehre annehmen würde. — Die vom 23. October (auf den Vorschlag des damals in hoher Gunst stehenden Generals Narvaez) decretirte Reservearmee von 40,000 Mann, deren Bildung jedoch bisher nur geringe Fortschritte gemacht hatte, ist auf Befehl der Regentinn vom 11. December aufgelöst worden. — Die letzten Sitzungen der Cortes waren etwas stürmisch. In der Sitzung vom 21. wurde der Kriegsminister von Hr. Martinez de la Rosa über den Stand der Dinge in Valencia und die Straflosigkeit der Mörder des dortigen Generalcapitäns Mendez-Vigo zur Rede gestellt. General Alair erwiederte, die Regierung sei damit beschäftiget, die Herrschaft der Gesetze in dieser Provinz wieder herzustellen und das Verbrechen, dessen Hr. Martinez de la Rosa erwähnt habe, zu bestrafen. — Uebrigens waren in Arragonien und Valencia neue Gräuelthaten von den Christinos verübt worden. General van Halen hatte in Folge der von Cabrera ausgesprochenen Drohung, daß er, falls die Christinos neue Mordthaten an Carlistischen Gefangenen verüben sollten, fernerhin keinen Pardon mehr geben werde, die am 2. December gemachten Gefangenen, trotz der Weigerung Borso's, diesen Befehl zu vollziehen, erschießen lassen. — Die Allgemeine Zeitung enthält hierüber folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Madrid vom 19. und 22. December: „Madrid, 19. December. Die Nachrichten aus Valencia lauten keineswegs erfreulich. Am 11. rückte der General Narciso Lopez mit den Truppen und Nationalmilizen, die ihn auf seinem militärischen Spaziergange begleitet hatten, wieder dort ein. Der Erfolg seines Feldzuges, den er stets in der gehörigen Entfernung vom Feinde führte, bestand darin, daß Arnau, Cova und Llangostera unangefochten die am Xucar gemachte Beute in Sicherheit bringen konnten; am 13. hatten sie bereits Chelva erreicht. Van Halen traf am 12. in Valencia ein, wo am selben Tage auch Borso mit seiner von Xativa kommenden Division einrückte. Da sich das Gerücht verbreitete, der General Lopez sei von der Regierung des Commando's entsetzt und nach Madrid berufen worden, so bildeten sich Abends Gruppen, und man verlangte mit lautem Geschrei, Lopez solle in Valencia bleiben. In Folge dieses Auflaufs erließ er am 13. eine Proclamation, in der er den Einwohnern dankte, und sie aufforderte, sich ruhig zu verhalten. Am 14. marschirte Borso mit seiner Division von Valencia nach Liria zu, ab, und am 15. verließ auch van Halen jene Stadt, um sich nach Arragonien zu begeben. Vor seiner Abreise berief er das Offizierscorps zu sich, und erklärte ihm, daß zufolge der ihm von Cabrera gemachten Anzeige seit dem 2. kein Pardon mehr gegeben würde. Auch gab van Halen den Befehl, die am 2. gemachten zweihundert Gefangenen in Carrairet zu erschießen. Ob dieser Befehl vollzogen sei, scheint indessen noch zweifelhaft zu seyn. (Der zweite Brief zeigt, daß er vollzogen wurde!) Borso protestirte dagegen. Die letzten Nachrichten melden, daß man am 13. in Valencia einige Gefangene erschossen habe. Zur Wiederherstellung der Ordnung in Valencia that van Halen während seiner dortigen Anwesenheit nicht das Geringste; er ließ vielmehr den von der Regierung abberufenen General Lopez ungestört dort zurück. Es gibt einen traurigen Begriff von der Macht der Regierung, wenn man sieht, daß sie ruhig zusehen muß, wie Valencia und Arragonien sich von ihr losreißen, und die dort commandirenden Generäle den Verfügungen der Minister und der Cortes Hohn sprechen, und dagegen die Generäle Cordova und Narvaez, die sich doch nur zweideutig betrugen, mit großem Geräusch vor Gericht gestellt werden. — Der General Cordova hat den Befehl erhalten, sich in Offuna einzustellen; dem General Narvaez ist San Lucar als Aufenthaltsort angewiesen worden." — „Madrid, 22. December. Von Camarillas aus hat Cabrera am 24. November an den General van Halen ein Schreiben gerichtet, an dessen Schluß es heißt: „Ich habe verfügt, den Krieg ohne Pardon zu führen; wenn ich erfahre, daß neue an Gefangenen (Ihrerseits) verübte Mordthaten vorgefallen sind oder vorfallen, so werde ich die Gefangenen, welche ich von früher her habe, niedermachen, indem ich die schlimmsten unter ihnen aussuche." Van Halen erwiederte ihm darauf aus Perales den 5. d. M. nach einer langen Einleitung: „Ich gebe den Befehl, alle in dem Treffen vom 2. bei Cheste gemachten Gefangenen, und die, welche in Folge der Versprengung Llangostera's und Forcadells in unsere Hände fielen, zu erschießen. Wenn Sie die Gefangenen, welche Sie haben, erschießen, so wissen Sie, daß gegen 10,000 jeden Ranges dafür verantwortlich seyn werden." — Am 15. marschirte van Halen mit der Reservedivision von Valencia nach Murviedro. Am 16. Morgens zehn Uhr stellte er dort seine Truppen in Linie auf, hielt eine Anrede an sie, und ließ darauf sämmtliche im Treffen vom 2. gemachte Gefangene, denen General Borso die Erhaltung des Lebens versprochen hatte, erschießen. Diese neuen vor dem Throne der unschuldigen Isabelle niedergelegten Schlachtopfer werden die schrecklichste Rache auf die in Cabrera's Gewalt befindlichen Gefangenen herabrufen. Von nun an vollzieht dieser die Repressalien, und van Halen

hat sie hervorgerufen. Warum wartete er nicht ab, ob Cabrera die in seinem Schreiben ausgestoßene Drohung vollziehen würde? Blieb nicht eine hinlängliche Anzahl von Gefangenen in seinen Händen, um sich alsdann zu rächen? Ich fürchtete, Ihre Leser zu beleidigen, wenn ich noch ein einziges an ihr Gefühl gerichtetes Wort hinzufügen wollte. Wie ich vernehme, und keinen Augenblick bezweifle, hat der englische Gesandte, wiewohl vergebens, keine Bemühungen unterlassen, um jenem Blutbade vorzubeugen. — Der Congreß hat bereits die von der Regierung verlangte Requisition von 6000 Pferden genehmigt. — Der Graf Luchana hat das Generalcommando über das sämmtliche Gardecorps ausgeschlagen, und diese Würde ist nun dem Generalcapitän von Galicien, Don Geronimo Valdes, übertragen worden. — Unsere Verbindung mit Saragossa ist seit vier Tagen unterbrochen. Ein Corps von 1500 Carlisten hat die Landstraße jenseits Guadalajara besetzt, um einen von hier nach Arragonien abgegangenen Convoi aufzufangen. Dieser ist deßhalb in Guadalajara geblieben, wohin sich auch die vereinzelten Detaschements zurückgezogen haben. 40 Mann, die in Alrolea del Pinar standen, sind jedoch den Carlisten in die Hände gefallen. — Nachschrift. Diesen Abend sind drei der fehlenden Posten angekommen."

Die Sentinelle des Pyrénées meldet von der navarresischen Gränze, daß Espartero, wüthend über die schimpfliche Niederlage, die seine Waffen in dem Gefechte am 17. v. M. bei la Poblacion erlitten haben, um diese Schmach zu rächen, Willens sei, einen neuen Angriff gegen die Stellung der Carlisten zu versuchen und zu gleicher Zeit los Arcos durch Don Diego Leon angreifen zu lassen. General Maroto hatte auf die Kunde hiervon Azcoytia verlassen und war am 22. in Estella angelangt, um die Pläne des Feindes zu vereiteln.

Paraguay.

Der Tod des Dictators von Paraguay, Dr. Francia, wird durch ein brasilianisches Blatt außer Zweifel gesetzt. Das zu Rio de Janeiro in französischer Sprache erscheinende Echo Français bespricht in seiner Nummer vom 19. October, die wahrscheinlichen Folgen dieses Ereignisses; es drückt die Vermuthung aus, daß Francia's Nachfolger, wer er auch sei, das von diesem so streng durchgeführte Absonderungssystem auf die Länge nicht beibehalten könne.

Großbritannien und Irland.

Ueber Marseille sind in England Zeitungen aus Calcutta bis zum 20. October, und aus Bombay bis zum 1. November angekommen. Sie enthalten die nach aller Wahrscheinlichkeit falsche Nachricht, daß Herat endlich (wann? ist nicht angegeben) in die Hände der Perser gefallen sei. Der Calcutta-Englishman vom 20. October schreibt ferner: „Unsere Angelegenheiten mit Birma haben ein ziemlich friedliches Aussehen. Der Erbprinz von Ava, den man zur Zeit der Usurpation durch Tharawaddy ermordet glaubte, ist wieder zum Vorschein gekommen. Die Leute, die ihn hinrichten sollten, ermordeten statt seiner einen andern Knaben und haben jetzt „le veritable Amphitrion" wieder in die Scene gesetzt, oder drohen wenigstens dem Usurpator damit. Das „divide et impera" wird sich in der gegenwärtigen Conjunctur wohl sehr wirksam erweisen, und wenn der junge Prinz seine Rolle gut spielt, wird er genug daheim zu thun finden, um den König von Birma von der Theilnahme an den Intriguen der Gurkahs und auswärtigen Machinationen zurückzuhalten." An die Gränze von Nepal war, wie es scheint, eine starke Streitmacht beordert, da die Gurkahs sich auf allen Puncten rüsteten. Dieselbe sollte von General Oglander befehligt werden. — Der Generalgouverneur wollte den Hügel von Simla am 20. November verlassen, um am 28. desselben Monats bei Ferospore zur Armee zu stoßen, wohin die verschiedenen Corps aus Bengalen im Marsche waren. Rundschit Singh wird daselbst mit Lord Auckland zusammentreffen, und General Fane wird vermuthlich das ganze Heer vor dem Maharadschah manövriren lassen. Doch wird dann Lord Auckland nicht, wie man erwartet hatte, Rundschit Singh nach Lahore begleiten, sondern, nach ihrer Zusammenkunft, nach Hansi und Deeg reisen, und dann nach Simla zurückkehren. Man zweifelte nicht im geringsten, daß in dieser Zusammenkunft Rundschid Singh seine Einwilligung zum Durchzuge des gegen Kabul bestimmten Heeres über Lahore und Attock geben würde — ein Zugeständniß, das für die Erleichterung der Kriegsoperationen von höchster Wichtigkeit seyn wird. — Den Blättern von Bombay zufolge sollte Sir John Keane alsbald nach Kutsch abgehen, um das Commando des dort sich concentrirenden Heeres zu übernehmen, das, wie man glaubte, mit der bengalischen Armee zusammenzuwirken bestimmt ist. Das Dampfboot „Semiramis" sollte mit Anfang Octobers nach Bingorla abgehen, um das an der Expedition theilnehmende Regiment königlicher Truppen nach Kutsch abzuholen. Auch zu Madras zog sich eine große Streitmacht zusammen, doch wußte man nicht, zu welchem Zweck. Folgendes sind Auszüge aus dem Agra Ukbar vom 10. October: „Es ist im Plane, sämmtliche europäische Corps zu Sekunderhabad, Dschaulnah und Nagpore, Artillerie und Cavallerie mit eingeschlossen, für den activen Dienst mobil zu machen. Zugleich finden unter den Regimentern viele Dislocirungen Statt." Das europäische Regiment zu Agra brach am 8. October nach dem großen Sammelplatze Kurnal auf. Die Nepalesen hatten sich dazu verstanden, ihre an die Gränzen vorgeschobenen Vorposten zurückzuziehen, und versprochen, sie nicht wieder vorrücken zu lassen. Dieß geschah in Folge einer energischen Remonstration des brittischen Gouvernements, unterstützt von der Erklärung, die letzten Maaßregeln des Hofes von Nepal kämen einem offenen Bruche nahe, und würden sie nicht alsbald zurückgenommen und die alten Verhältnisse zwischen beiden Regierungen unversehrt gewahrt, so werde das brittische Gouvernement sogleich zum Kriege schreiten. Das Gerücht ging, erwies sich jedoch als falsch, der englische Resident zu Catmando, Hr. Hodgson, habe Nepal verlassen. — Zu Agra wurden in Eile große Kriegsmagazine für die gegen Kabul beorderten Truppen angelegt. — Die Bombay-Blätter fahren fort, über die Bewegungen der Truppen vom Indus her, die an der Expedition nach Kabul Theil nehmen sollen, zu berichten. Capitän Burnes war nach Mithunkote abgegangen, um dort eine Schiffbrücke über den Fluß zu bauen, und ein Commissariatsoffizier von Kurnaul hatte sich nach Schikarpore begeben, um daselbst Zufuhr für die Armee anzuordnen. Schah Schudschah's Regimenter sollten den englischen Truppen nach Schikarpore vorausgehen und dort die Ankunft der Truppen Sir Henry Fane's erwarten. — Hr. Roß hat seine Stelle als Vicegouverneur von Indien niedergelegt und den Obersten Morrison zum Nachfolger erhalten. Hr. Roß wollte sich alsbald nach Europa einschiffen. Oberst Lowe, der brittische Resident zu Lucknow, wollte zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach dem Vorgebirge der guten Hoffnung gehen.

Die Nachrichten aus China mit der letzten indischen

Post gehen bis zum 15. August. Capitän Elliots Besuch in Canton war dadurch veranlaßt worden, daß ein Mandarinenboot auf den englischen Schooner „Bombay" feuerte, um ihn zur Annäherung zu bewegen; da der Schooner nicht gehorchte, eröffneten die Forts der Bocca zu gleicher Zeit ihr Feuer auf das englische Schiff. Als die Chinesen fanden, daß keine englischen Offiziere an Bord waren, ließen sie es passiren. Ein neues kaiserliches Edict war ergangen, wonach es Fremden nur an gewissen Tagen erlaubt ist, die Hauptstadt zu besuchen. Capitän Elliot hatte Canton verlassen, um sich mit dem Admiral Sir F. Maitland zu berathen.

Consols am 27. December 94¼.

Rußland.

St. Petersburger Blätter enthalten folgendes allerhöchste Reſcript vom 5. (17.) December 1838 an den Geheimrath, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der ottomanischen Pforte, Buteniess: „Ihre Obliegenheiten, welche Ihnen aufs neue Unser Vertrauen auferlegte, machten es Ihnen jederzeit zur ersten Pflicht, für Aufrechthaltung der mit der ottomanischen Pforte bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse zu sorgen, sowohl zum Besten Rußlands, und wegen der Heiligkeit jener, auf feierliche Verträge basirten Rechte, als zur Erhaltung der allgemeinen Ruhe des Orients. Sie erfüllen diese Obliegenheiten fortwährend mit wahrem Eifer und vollkommenem Erfolge. Die Ausdauer und Uneigennützigkeit, welche alle Unsere Anstrengungen zur Aufrechthaltung des Friedens und der Ruhe in der benachbarten und mit Uns verbündeten Türkei bezeichnen, flößt der ottomanischen Pforte mit Recht Vertrauen zu Uns ein, und dient als sichere Bürgschaft für die Beobachtung beiderseitiger Verbindlichkeiten. Um Ihnen Unsere kaiserliche Anerkennung Ihrer so nützlichen Anstrengungen und Bemühungen für die Befestigung dieser freundschaftlichen Verhältnisse und des gegenseitigen Vertrauens zu bezeugen, ernennen Wir Sie allergnädigst zum Ritter Unseres weißen Adlerordens, deren hier beifolgende Insignien Wir Ihnen befehlen anzulegen und nach Vorschrift zu tragen. — Wir verbleiben mit Unserer kaiserlichen Gnade Ihnen wohlgewogen. — Nikolaus."

Einem Befehle der Regierung zufolge soll bei Bezahlung der Abgaben im Jahre 1839 der Rubel in Gold zu 365 und der Rubel in Silber zu 360 Kopeken Kupfer gerechnet von den betreffenden Behörden angenommen werden.

Die Handelszeitung enthält eine vergleichende Tabelle des Rigaer Handels bis zum 1. November 1837 und 1838. Im letztgenannten Jahre wurde im Ganzen für 49,653,588 Rubel B. A. Waare exportirt, während im Jahre 1837 die Ausfuhr nur 40,663,045 Rubel betrug. Die Einfuhr belief sich im Jahre 1838 auf 12,907,875 und 1837 auf 13,109,179 Rubel.

Die landwirthschaftliche Zeitung enthält eine Uebersicht der Ernte im Jahre 1838, in welcher es am Schlusse heißt: „Es kann mit Wahrscheinlichkeit der Schluß gezogen werden, daß die, wiewohl mäßigen Ernte in Rußland die Gutsbesitzer und im Allgemeinen die Bevölkerung Rußlands zufriedenstellen werde; sie bietet der eigenen Consumtion und der Ausfuhr hinlängliche Vorräthe, und läßt Mittelpreise erwarten, die den Verkäufern Gewinn bringen, ohne den Käufern lästig zu fallen."

Frankreich.

Die Berathungen über die Antwortsadresse in der Pairskammer gewähren dießmal außergewöhnliches Interesse. Die Gallerien sind deßhalb auch immer dicht besetzt und die Adreßcommission der Deputirtenkammer wohnt den Sitzungen regelmäßig bei. — In der Sitzung vom 27. December hatte der Duc de Broglie, der einflußreichste Mann unter den Doctrinairs, der aber bestimmt seinen Entschluß erklärt hat, nicht mehr in die ministerielle Laufbahn einzutreten, von der Räumung Ancona's Anlaß genommen, entschieden gegen die Politik des Ministeriums in dieser Hinsicht aufzutreten. Am folgenden Tage antwortete Graf Molé. Er schilderte, wie folgt, den Hergang der Occupation: „Im Jahre 1831 brach ein Aufstand in den Marken und Legationen aus. Der heilige Stuhl verlangte von Oesterreich Hülfe und Truppen. Frankreich forderte Sicherheit dafür, daß die österreichische Occupation nicht bleibend seyn werde. Das Cabinet vom 13. März setzte sich ins Einvernehmen mit den übrigen Mächten. Oesterreich machte Vorschläge, welche Frankreich verwarf, weil sie nicht genügten. Frankreich forderte Institutionen für die Marken und Legationen. Jetzt bildete sich zu Rom eine Conferenz, welche dem heiligen Vater eine Reihe von Maaßregeln vorschlug. Durch päpstliche Edicte wurden Provinzialräthe, Tilgungscassen, Reformen im Gerichtswesen geschaffen. Aber durch diese Maaßregeln wurden die Gemüther nicht beruhigt; ein Aufstand brach aus, eine von dem heil. Stuhle unabhängige Regierung organisirte sich. Der Cardinal Albani rief die Oesterreicher zu Hülfe. Der damalige Präsident des Conseils verlangte von neuem Sicherheit. Man brachte zu Rom und zu Wien die Besetzung von Ancona in Anregung. Oesterreich erklärte, daß man sich deßhalb nach Rom wenden müsse. Ehe die definitive Antwort erfolgte, erhielten 1500 Mann den Befehl, Ancona zu besetzen. General Cubières war, falls die Expedition nicht zugelassen würde, angewiesen, in Civita-Vecchia zu landen. Inzwischen traf die Antwort des heil. Vaters ein; Frankreich konnte aber nicht mehr zurückgehen. Der französische Befehlshaber erschien vor Ancona und erzwang sich den Zugang. Von Seiten des heil. Stuhls erfolgte unmittelbar eine Protestation. Unser Botschafter hatte für das Bleiben der Truppen zu sprechen. Ein Vertrag kam zu Stande, des Inhalts, daß die französischen Truppen sich zurückziehen sollten, sobald der Papst ihre Gegenwart für unnöthig halte und ihre Zurückziehung verlange. Unter diesen Bedingungen hatten wir Ancona besetzt. Nie, auch unter dem Ministerium, dessen Mitglied der Duc de Broglie war, wurde als Bedingung, unter der die Truppen zurückgezogen würden, die Ertheilung freier Institutionen aufgestellt; die Besetzung Ancona's wurde immer als in Bezug auf die Anwesenheit der Oesterreicher in den Marken stehend, als durch diese herbeigeführt, und mit ihr endend, angesehen." Der Duc de Broglie wiederholte in seiner Antwort, es wäre wünschenswerth gewesen, daß man die Räumung nicht hätte eintreten lassen, ehe den Legationen freie Staatseinrichtungen ertheilt gewesen wären; Graf Molé jedoch erwiederte, damit hätte man einem schwachen Staate Zwang angethan. — Am Schlusse der Sitzung kam noch die spanische Angelegenheit zur Sprache. H. Cousin brachte eine Conferenz zwischen den Mächten der Quadrupelallianz in Anregung. Graf Molé erwiederte, er sehe nicht ab, zu was diese Conferenz dienen solle, da ja der Redner selbst nicht verlange, daß Frankreich Geld oder Truppen zur Unterstützung der Königinn von Spanien hergeben solle. Vielleicht könne einst eine Conferenz nöthig werden, für jetzt aber sei sie überflüssig. Im Uebrigen halte sich die Regierung genau an die Bestimmungen des Quadrupel-Allianzvertrags.

In der Sitzung der Pairskammer vom 29. December berührte Graf Tascher das Loos der aus spanischen Diensten entlassenen Fremdenlegion. Es wur-

de ihm erwiedert, daß Fürsorge für sie getroffen werden solle. Die Nichtfranzosen in derselben erhalten die für fremde Flüchtlinge ausgesetzten Unterstützungen. Schließlich wurde die ganze Antwortsadresse mit 102 gegen 14 Stimmen angenommen.

Pariser Blättern zufolge sollen die belgischen Abgeordneten (Graf d'Ansembourg und Metz), die sich Mandatare einiger Senatoren oder Mitglieder der Repräsentantenkammer nannten, die Weisung erhalten haben, Paris binnen 24 Stunden zu verlassen.

Großes Aufsehen in Paris macht das plötzliche Verschwinden der Herzoginn von Palmella, Gemahlinn des ehemaligen portugiesischen Ministers. Im Jahr 1836 hatte ihr Gemahl in Lissabon die junge Maria de Sampayo y Noronha, eine reiche Erbinn, als ein Kind von neun Jahren mit seinem ältesten Sohne, Marquis von Fayal, verheirathen lassen. Nach portugiesischem und canonischem Recht ist aber eine Ehe erst im zwölften Jahre der Frau gültig. Das Kind war der Herzoginn von Palmella anvertraut mit dem ausdrücklichen Festsetzen, daß sie in Paris leben, und das Kind frei mit seinen dortigen Verwandten umgehen lassen sollte. Die letztern klagten unterdeß in Lissabon um Nullität der zu frühzeitig geschlossenen Ehe, erhielten die Nullitätserklärung, und ließen dieß durch die Pariser Gerichte der Herzoginn notificiren. Diese, um die reiche Erbschaft ihrem Sohne zu retten, reiste augenblicklich ab, und die Befehle der Pariser Polizei, ihr das Einschiffen in Boulogne zu wehren, kamen dort zu spät an; die Herzoginn war schon abgefahren, man sagt, nach England.

Nicht minder großes Aufsehen machte in den letzten Tagen des verflossenen Jahres zu Paris der merkwürdige Diffamationsprozeß Hrn. Gisquets gegen den Messager. Die Verhandlung darüber hat am 28. December vor dem Assisenhofe der Seine begonnen. Das Pikante bei der Sache ist, daß unter den Beweisstücken des Messagers ein Brief von nicht weniger als eilf Seiten figurirt, den Hr. Gisquet, als er noch Polizeipräfect war, an eine Dame geschrieben hat, die er um die ganz eigene Gefälligkeit bat, sie möge ihm durch eine fingirte Liebe von einer wirklichen Geliebten helfen. Die wunderliche Epistel ist ihrer ganzen Länge nach in allen Pariser Journalen abgedruckt, selbst in dem Journal des Debats, welches der Generaladvocat Plougoulm bei der Verhandlung das bedeutendste Organ der Oeffentlichkeit nannte. Bei dem Prozeß Gisquet (der ein Gegenstück zum Prozeß Brossard) kommt eine Maxime des französischen Gerichtsgebrauches: **la vie privée doit être murée** — das Privatleben soll wie mit einer Mauer umgeben seyn — sehr ins Gedränge.

Am 29. December wurden die Ueberreste Lahaye's, die seit 1805 in dem Kirchhof Vaugirard ruhten, mit großer Feierlichkeit nach den Kirchhof Père Lachaise versetzt. Der Zug versammelte sich im Institutgebäude, und begab sich von da über die Brücke und den Carouselplatz, die Straße Richelieu, die Boulevards, den Bastilleplatz und die Straße la Roquette nach seiner Bestimmung.

Am 28. December rissen die Pferde am Wagen des Hrn. Laffitte in der Straße St. Antoine aus. Die Deichsel zerbrach, und Hr. Laffitte schwebte in der größten Gefahr. Die Arbeiter in der Straße warfen sich den Pferden entgegen, und es gelang ihnen endlich mit großer Mühe, sie anzuhalten.

Die Bank Laffitte (Caisse générale du Commerce et de l'Industrie) erklärt in den Pariser Blättern, daß die Gerüchte von Verlusten, die sie kürzlich erlitten, oder von Verlegenheiten, in denen sie sich befinde, gänzlich grundlos seien; sie könne jederzeit die von ihr in Umlauf gesetzten Noten baar bezahlen; das Resultat ihrer Operationen werde mit dem Jahresschlusse bekannt werden, so viel aber glaube sie schon vorläufig versichern zu können, daß die Dividende nicht unter 50 Fr. pr. Actie ausfallen werde. Besonders falsch sei übrigens das Gerücht, als habe die französische Bank (Banque de France) sich übelwollend gegen die Laffitte'sche Anstalt gezeigt, es seien im Gegentheil die Beziehungen letzterer zu der erstern nur die erfreulichsten.

Am 28. December 5Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 65. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 35.

Niederlande.

Unter der Ueberschrift „Endlich" enthält das Handelsblad einen Artikel, in welchem es darauf hinweist, daß man im Auslande endlich ebenfalls zu begreifen angefangen, daß in dem Streite zwischen Holland und Belgien letzteres nicht unbedingt und allein alles in Anspruch nehmen könne, was ihm gerade recht dünkt. Nicht bloß die beiden Organe des englischen und des französischen Ministeriums, die Morning-Chronicle und das Journal des Debats, haben bereits gegen Belgien ihre Stimme vernehmen lassen, sondern auch in Belgien selbst fangen einige Blätter, die keineswegs für orangistisch gelten, an, darzuthun, daß es keineswegs die Nationalehre verletzen würde, wenn man Holland das überlasse, was ihm die Conferenz zuerkannt.

Das Journal de la Haye widerspricht der namentlich vom Handelsblad verbreiteten Nachricht, daß Hr. John Cockerill in Seraing durch den Fall der belgischen Bank in Verlegenheiten gekommen sei. Das Handlungshaus desselben soll sogar seit einem Jahre gar nicht mehr mit der belgischen Bank in Verbindung gestanden haben.

Belgien.

Der Moniteur Belge enthält das Gesetz, welches das Contingent der Armee nach dem Kriegsfuß für 1839 auf 110,000 Mann und das Contingent der Aushebung von 1839 auf das Maximum von 12,000 Mann feststellt, welche der Regierung zur Verfügung gestellt werden.

In der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 28. December legte Hr. Doigton den Bericht der Commission über die den Vertrag der 24 Artikel betreffenden und gegen die sogenannte Gebietszerstückelung gerichteten Bittschriften vor. Er trug auf deren Ueberweisung an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und an das Bureau des Renseignements an. Dieser Antrag ward angenommen.

Einige Blätter hatten gemeldet, daß polnische Offiziere Anstellung in der belgischen Armee erhalten hätten. Hierauf erwiedert der Independant: „Wir können versichern, daß bis jetzt kein polnischer Offizier bei dieser Gelegenheit derselben einverleibt worden ist, und in ihrem eigenen Interesse glauben wir die polnischen Flüchtlinge, die sich theils in Belgien, theils im Auslande befinden, auffordern zu müssen, daß sie in der Stellung, die sie inne haben, bleiben und sich nicht der Gefahr aussetzen, sie dadurch zu verlieren, daß sie nach Brüssel kommen, um eine Anstellung nachzusuchen, deren Erlangung für sie mehr als problematisch seyn würde."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 8

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 8. Jänner 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologiſche Beobachtungen vom 6. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.403	28 Z. 12 L. 11 P.	+ 2.2	W. ſtill.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.313	28 0 10	+ 3	W. ſchwach.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.401	28 1 11	+ 1.0	W. mittel.	—

Spanien.

Von den (geſtern kurz erwähnten) Cortesverhandlungen über den Zuſtand des Landes gibt ein Correſpondent der Allgemeinen Zeitung in einem Schreiben aus Madrid vom 21. December folgende Schilderung: „Hr. Arguelles hatte ſeine Interpellationen über den Belagerungszuſtand von Cadix, Malaga und Barcelona in der Abſicht aufgeſtellt, die Anhänger der Ordnung und Mäßigung abermals zu demüthigen, und ſeinen bekannten Begriffen von zügelloſer Freiheit einen glänzenden Triumph zu verſchaffen. Der Ausgang der Discuſſion dient ihm zur bitterſten Strafe. Er wollte den Satz vertheidigen, daß es ein Leichtes ſei, dieſes Volk nach dem ſtrengen Buchſtaben der Conſtitution von 1837 zu regieren; gegen ſeinen Willen ergab ſich aus der Verhandlung der wahre grauenerregende Zuſtand des Landes, und die Nothwendigkeit, den Militärdeſpotismus an die Stelle der Conſtitution zu ſetzen, um ſich nicht nur vor den Carliſten, ſondern vor allgemeiner Auflöſung zu retten. Moderirte wie Exaltirte haben dieß, wenn auch nicht durch Worte, doch durch die That ſelbſt eingeſtanden. Jene haben Cadix, Malaga, Barcelona, dieſe ganz Arragonien, Valencia und Murcia in Belagerungszuſtand erklärt. Nur die Folgen waren weſentlich verſchieden. In Cadix, Malaga, Barcelona wurde die Anarchie unterdrückt und dem Geſetze Gehorſam verſchafft. In Arragonien und Valencia wurden Anarchie und Meuchelmord, Erpreſſung und der blutigſte Terrorismus als die Stützen der Conſtitution und des Thrones Iſabellens aufgeſtellt. Gerade deßhalb beſchränkte Arguelles ſeine Interpellation auf den Zuſtand von Cadix, Malaga und Barcelona. Drei Stunden lang unterhielt er vorgeſtern den Congreß mit ſeinen Declamationen über die Tyrannei, welche, ihm zufolge, die dortigen Generalcapitäne ausübten. Die Mordthaten, die Pöbelherrſchaft, welche den Belagerungszuſtand dort herbeigeführt hatten, ſchienen ihm unbedeutende, kaum der Erwähnung werthe Ereigniſſe zu ſeyn. Auch gegen den Gemeinderath von London ergoß er ſeine Wuth, weil dieſer es wagte, Lord Palmerſtons Verwendung zur Abhelfung der in Spanien herrſchenden Gräuel in Anſpruch zu nehmen. „Es iſt eine Schande „für uns, daß Ausländer uns darſtellen wollen, als ob „wir ſchlimmer wären als die Beduinen! Jene Adreſſe „der Stadt London iſt heuchleriſch, und ich fordere die „Regierung auf, gegen ihren Inhalt zu proteſtiren.“ Der Juſtizminiſter erklärte, das Miniſterium werde binnen kurzer Zeit, aber nach reiflicher Erwägung, einen Entſchluß darüber faſſen, ob der Belagerungszuſtand in jenen Städten aufzuheben ſei. Zu bemerken iſt, daß ſämmtliche Deputirte für Cadix, Malaga und Barcelona die Nothwendigkeit des Belagerungszuſtandes auf das heftigſte ausſprachen. Hierüber erbittert, und um ſich wegen der Demüthigung, die ihm bei der Bildung des neuen Miniſteriums widerfahren war, zu rächen, begann Hr. Olozaga einen wüthenden, auf die Volkstribune berechneten Vortrag, den ſich der Präſident durch ſchleunige Aufhebung der Sitzung zu unterbrechen veranlaßt ſah. Obgleich ſchon Dunkelheit eingetreten war, konnte man bemerken, daß es zu heftigen Thätlichkeiten unter den Deputirten kam, indem die einen auf die andern die Schuld des neuen Ausbruchs der Feindſeligkeiten werfen wollten. Geſtern brachte Hr. Olozaga ſeinen Vortrag, den ſchwächſten, welchen er je gehalten hat, zu Ende. Er, der 1836 auf die Errichtung revolutionnärer Tribunale antrug, welche verdächtige Perſonen binnen 24 Stunden zum Tode verurtheilen ſollten, erklärte jetzt die in einigen Städten eingeführten außerordentlichen Maaßregeln für verdammenswerthe Tyrannei. Nachdem noch Hr. Lopez eine ſchwülſtige, die Anarchie vertheidigende Rede gehalten hatte, erklärte der Congreß den Gegenſtand der Interpellation für erledigt. Heute aber zog Hr. Martinez de la Roſa unerſchrocken den Vorhang weg, welcher unter dem Vorwande der Freiheit das in Arragonien und Valencia herrſchende Schreckensſyſtem unſern Augen entziehen ſollte. „Ein einziger Mann,“ ſagte er, „hat in einem Augenblick, „durch ein einziges Wort acht Provinzen in Belagerungs„zuſtand erklärt. Warum haben die HH. Arguelles, „Lopez u. ſ. w. ihre Anklage nicht gegen dieſen ausge„dehnt?“ Er gab eine Schilderung Valencia ſeit den Vorfällen vom 23. October, wobei er vorzüglich darthat, daß die Mordthaten, die Junten, die Repreſſalien, die

Erpreſſungen nicht vom Volke ausgingen, ſondern nur von einer Anzahl blut- und habgieriger Perſonen veranſtaltet wurden, um unter dem Vorwande des exaltirten Patriotismus ihre Rachſucht zu befriedigen, ihre Caſſen zu füllen. Zu Allem lieferte er die ſchlagendſten Beweiſe. „Die Repreſſalienjunta richtete nicht feindliche Gefange„ne, nein, ſie ließ erſt willkürliche Verhaftungen vorneh„men, und dann die Verhafteten erſchießen, nicht die „Schuldigen, nein, deren Verwandte. In Liria erſchoß „man einen 72jährigen ehrwürdigen Greis, weil er einen „Sohn unter den Carliſten hatte. Zur ſelben Zeit ließ „man Mörder und Diebe unbeſtraft. Ein von allen „Gerichtshöfen verurtheilter Mörder wurde von der Jun„ta an die Spitze eines Streifcorps geſtellt, um von den „Gemeinden Geld zu erpreſſen. . . . . Und warum er„ſchallt über dieſen Zuſtand keine Klage? Weil das Ueber„maaß der Tyrannei die Klage erſtickt!" Er bedauerte dann, daß der General van Halen dieſem Zuſtande nicht abgeholfen habe, und zeigte, indem er ſich auf einen Artikel des Eco de Aragon berief, daß man ein unabhängiges Königreich Arragonien mit eigenen Cortes zu bilden beabſichtige. Dieſer Artikel beginnt ſo: „Die „Liga oder Conföderation der drei alten und mächtigen „Reiche, Arragonien, Valencia und Murcia, die in „der That ſchon beſtehe, läßt uns die glücklichſten „Erfolge ahnen, und vielleicht iſt der Tag nicht fern, wo „wir uns Glück wünſchen können, unſere ehrwürdigen „Geſetze vor dem ſie bedrohenden Schiffbruche gerettet zu „haben. . . . Man mußte eine Junta oder Generaldepu„tation einſetzen u. ſ. w." — Der Kriegsminiſter erhob ſich, und erklärte mit größtem Nachdruck, die Regierung werde ihre ganze Kraft aufbieten, wo und gegen wen es nöthig ſei; die Nation habe eine Armee und die Cortes, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. — Der lauteſte Beifall erſcholl von allen Seiten in Folge dieſer Zuſicherung. Allein es gilt bei den Exaltirten für Verbrechen, die Gräuel, in welche ſie dieſes Land geſtürzt haben, unverſchleiert darſtellen zu wollen. Arguelles erboſt ſich, weil die Bürger Londons ſich ob der Repreſſalien entſetzen. Wer iſt grauſamer, frage ich, Cabrera, der die Repreſſalien hervorruft, oder der Mann, welcher ſich ergrimmt, weil man ſie zu verdammen wagt? Wer iſt freiſinniger, der, welcher den Deſpotismus der Anarchie einführt, oder der, welcher vor ganz Europa die Früchte der Anarchie darlegt? Hr. Mendizabal, ſtets ſeiner ſelbſt würdig, erklärte, Hr. Martinez de la Roſa würde weiſer gehandelt haben, wenn er ein Gemälde der Grauſamkeiten Cabrera's entworfen hätte. „Dieſes allein reicht hin, uns vor den Augen Euro„pa's zu rechtfertigen." Als ob Europa zu dem Verfahren Cabrera's die Augen verſchloße? Hr. Lopez begann dann ſeine Rede mit folgenden Worten: „Die rö„miſche Jugend hörte mit Bewundern dem Carneades „zu, und der ſtrenge Cato . . ." Hier unterbrach ihn ein ſolches Gelächter, daß er ſich ſogleich zu dem eigentlichen Gegenſtande ſeines Zorns, Hrn. Martinez de la Roſa, herablaſſen mußte. Mit Verachtung konnte dieſer die neuen Beleidigungen, die gegen ihn ausgeſtoßen wurden, anhören. Endlich erklärte der Congreß den Gegenſtand für erledigt. Aus der ganzen Verhandlung, welcher die Miniſter mehrere koſtbare Tage aufopfern mußten, wird der unglücklichen Nation kein Nutzen entſpringen. Europa aber wird nunmehr begreifen, warum die ſpaniſchen „Patrioten" gar zu gern den wahren Erfolg ihrer Thätigkeit der Aufmerkſamkeit des unbefangenen Beobachters entziehen möchten."

Großbritannien und Irland.

Die Hauptpuncte des Planes, den Lord Durham in Bezug auf die künftige Regierungsform von Canada dem Parlamente vorlegen will, ſollen folgende ſeyn: 1) Der Name Canada wird abgeſchafft, da derſelbe zu ſehr an ſchlechte Verwaltung, Parteigeiſt und Parteienkampf erinnert; die beiden Provinzen Nieder- und Obercanada ſollen inskünftige in die Provinzen Quebec, Montreal, Kingſton und Toronto getheilt werden und mit den Provinzen Neubraunſchweig, Neuſchottland, Prinz-Eduards-Inſel und Neufundland einen Föderativſtaat unter dem Namen „brittiſches Nordamerika" bilden. Der Titel der Königinn würde dann ſeyn: „Königinn des vereinigten Königreichs Großbritannien, Irland und Brittiſch-Nordamerika." Das brittiſche Nordamerika würde einen eigenen Miniſter und ein Departement in Downing-Street haben, und wie Irland, von einem Vicekönig, jedoch mit dem Unterſchiede regiert werden, daß es eine eigene, von dem Mutterland faſt unabhängige Föderativ-Legislatur erhält. 2) Jede Provinz ſoll eine beſondere Legislatur für die Localangelegenheiten erhalten, und das ganze Land in Municipalräten, ähnlich den Townſhips in den vereinigten Staaten, getheilt werden, in denen das Volk ſelbſt die Beamten wählt. Das Volk wählt auch in jeder Municipalität Unterrichtscommiſſäre und Schulcuratoren, denen Inſpectoren mit dem Range von Unterrichtern vorgeſetzt ſind, die ihrerſeits wieder unter einem Oberaufſeher ſtehen, der den Rang eines Oberrichters hat, und nur wegen ſchlechten Betragens abgeſetzt werden kann, ſo daß der Unterricht vom Parteigeiſt unabhängig wird. Die Geiſtlichkeit behält die Jeſuitenländereien; alle Unterrichtsfonds ſollen dagegen in einen einzigen vereinigt, und an die Schulbezirke nach Verhältniß ihrer Bevölkerung vertheilt werden. Ein jeder dieſer Bezirke iſt geſetzlich verpflichtet, wenigſtens eine eben ſo große Summe aufzubringen, damit für jedes Kind im brittiſchen Nordamerika der Unterricht frei ſei. 3) Jede Provinz ſoll zwei bis drei Mitglieder ins Parlament nach London ſenden. Die Dampfſchifffahrt zwiſchen Großbritannien und dem brittiſchen Nordamerika ſoll in großem Maaßſtabe eingerichtet werden. Man glaubt, daß dieſer Plan einen um ſo beſſeren Erfolg haben dürfte, als darnach nur die Provinz Quebec eine franzöſiſch-canadiſche Majorität liefern würde, und ge-

rade dieſe Provinz an den letzten Unruhen keinen Theil genommen hat.

Dem Gerücht, daß der Marquis von Normanby ſeinen Poſten als Lordlieutenant von Irland aufgeben werde, widerſprechen miniſterielle Blätter jetzt aufs beſtimmteſte; er ſtehe im Begriff, ſagen ſie, dieſer Tage nach Dublin zurückzukehren. Hiervon möchte auch wohl das an jenes ſich knüpfende Gerücht von einer Aenderung des Verhältniſſes zwiſchen dem Miniſterium und O'Connell eben ſo ungegründet ſeyn. Letzterer hat bekanntlich auch kürzlich in einer Verſammlung zu Dublin von neuem erklärt, daß er die Miniſter in der nächſten Parlamentsſeſſion, wie früher, unterſtützen wolle, und er ſcheint abſichtlich, um ihnen keine Ungelegenheiten zu bereiten, aus ſeiner jetzigen Agitation in dem Vorläuferverein das Wort „Repeal" (Auflöſung der Union) ganz ausgeſchloſſen zu haben. In der Bekämpfung der ultraradicalen Umtriebe in England werden die Miniſter den irländiſchen Agitator ebenfalls auf ihrer Seite haben, denn er hat ſich fortwährend aufs entſchiedenſte gegen Fearguſ O'Connor und Conſorten ausgeſprochen.

Am 22. December ſtarb der Graf von Clarendon, Baron von Hyde von Hindon in der engliſchen Pairie, Oberrichter in Eyre, Protonotar der Pfalzgrafſchaft Lancaſter, auch Inhaber der preußiſchen Grafenwürde. Er hinterließ keine Kinder; Erbe ſeiner Titel und Güter iſt der gegenwärtige Botſchafter in Madrid, Sir George William Frederick Villiers, jetzt Graf Clarendon.

Lord Lorton beobachtet auf ſeinen Gütern in der iriſchen Grafſchaft Sligo das Syſtem, daß er, wenn Mordthaten und andere unmenſchliche Handlungen in einem Theile dieſer Güter begangen, und die Thäter bei den nächſten Aſſiſen nicht ausgemittelt werden, ſämmtliche Pächter in dieſem Theile bei dem Erlöſchen ihres Vertrags aus dem Pachte jagt.

Frankreich.

Nachrichten aus Toulon zufolge waren die von Ancona kommenden Schiffe mit der ehemaligen franzöſiſchen Beſatzung dieſes Platzes am Bord, nach einer ſehr langen Fahrt von 23 Tagen, am 27. December auf der Rhede von Toulon angekommen; am folgenden Tage wurde das 66ſte Linienregiment ans Land geſetzt.

Die Pariſer Journale vom 31. December ſind geſtern nicht in Wien eingetroffen. — Die Blätter vom 29. ſind, außer den Debatten über die Adreſſe der Pairskammer, großentheils mit dem ſcandaloſen Prozeſſe gefüllt, der gegenwärtig zwiſchen dem Meſſager und dem ehemaligen Polizeipräfecten Hrn. Gisquet vor den Aſſiſen des Seine-Departements verhandelt wird. — Der Hauptzeuge gegen Gisquet, durch welchen in der erſten Sitzung des Aſſiſenhofs, am 28. December, ſich die Redaction des Meſſager gegen den, von Gisquet ihr gemachten, Vorwurf der Verläumdung zu vertheidigen ſuchte, war Hr. Fouçaud, Hauptunternehmer der Pariſiennes. Er hatte, wie aus den Verhandlungen am 28. und 29. hervorgeht, die Conceſſion zu dieſer Omnibuslinie dadurch ausgewirkt, daß er an Fräulein von Pradel, auch Frau von Nieul genannt, die Maitreſſe, an Hrn. Hediard, den Privatſecretär, und Hrn. Nay, den Tochtermann des Polizeipräfecten Gisquet, je ein Viertheil der Actien, d. h. 25 im Werth von 30,000 Fr. zuſammen, abtrat; auch wurde erwieſen, daß Frau von Nieul für ihre Actien nie etwas eingezahlt hat. Jedes dieſer Individuen machte bei dieſem Geſchäfte einen Gewinn von 50,000 Fr. Nebenbei ergab ſich auch, daß Hr. Hediard einſt in einem Billet, in welchem er Hrn. Foucaud über den Stand der Sache ſchrieb, demſelben zugleich im Intereſſe einer Börſenſpeculation Nachrichten über die Abſicht des Cabinets hinſichtlich Spaniens, die ihm in ſeiner ämtlichen Stellung zugekommen waren, mittheilte. Bei einer andern Unternehmung, bei welcher Foucaud ebenfalls in das Spiel kam, machte dieſer den Beſchützer, und verkaufte ſeinen durch Frau von Nieul und ſeine Geſchenke an ſie vermittelten Einfluß auf Gisquet an einen Hrn. Feuillant. Foucaud behauptete, es ſeien bei dieſer Verhandlung 15,000 Fr. an Hrn. Gisquet ſelbſt und 10,000 an eine Perſon, welche derſelbe nicht habe nennen wollen, bezahlt worden. Dieß erklärte jedoch Hr. Gisquet nachdrücklich für eine Verläumdung. Einſt kam es auch zu einer Ausforderung Foucauds an Gisquet. General Palmart, der ſie überbrachte, ſagte aus, Hr. Gisquet ſei ſehr in Verwirrung gekommen, habe erklärt, er achte Hrn. Foucaud ſehr hoch; vielleicht ſei derſelbe in Verlegenheit, und wenn ihm mit 60,000 Fr. gedient ſei, ſo ſtehen ſie zu ſeiner Verfügung. Gisquet behauptete, die Ablehnung der Ausforderung und das Unterſtützungsanerbieten ſeien zu verſchiedenen Zeiten erfolgt. Der Zeuge beharrte jedoch auf ſeiner Ausſage. Das Schönſte aber von der ganzen ſchmutzigen Geſchichte iſt, daß ein Brief Hrn. Gisquets vom Juli 1838, nach allen Händeln zwiſchen ihm und Hrn. Foucaud geſchrieben, bei den Acten liegt, welcher alſo beginnt: „Ich ſchicke Ihnen hier Hrn. Foucaud, meinen beſten Freund." Hr. Gisquet erklärte dieſe Sinnesänderung dadurch, daß Foucaud zu ſeiner Erwählung zum Deputirten beigetragen und wieder in Gunſt bei ihm zu kommen geſucht habe. — Eine andere Omnibuslinie, „die Schwalben," unternahm Antoine Blanc, Bruder Edmond Blancs, des Generalſecretärs im Miniſterium des Innern, welch letzterer ebenfalls als Zeuge auftrat. Nach Beider Ausſagen erhielt Antoine Blanc die Conceſſion dieſer Linie dadurch, daß er an Charles Gisquet, den Bruder, und Hrn. Graſſal, Schulkameraden des Polizeipräfecten, Actien im Werthe von 30,000 Fr. für Jeden, ohne daß dieſe etwas einzuzahlen gehabt hätten, ſchenkte, wofür ſie ſich dann bei dem Polizeipräfecten verwendeten. In der Regel wird bei ſolchen Conceſſionsgeſuchen die Sache von dem Polizeipräfecten dem Diviſionschef zur Begutachtung überwieſen. Hr. Nicolas, Bureauchef bei der Polizeipräfectur, ſagte aus, daß dieß, ſo viel er ſich erinnern könne, in dieſem Falle nicht erfolgt ſei. Hr. Gisquet dagegen behauptete, es ſei, wie gewöhnlich, ein Bericht erſtattet worden. Der Präſident: „Wir wollen auf den Bureaux der Präfectur nachſuchen laſſen." Hr. Gisquet: „Es wäre ja aber möglich, daß dieſer Bericht verloren gegangen wäre; deßwegen wäre er aber doch erſtattet worden." Nach einiger Zeit kam ein Actenfascikel aus der Polizeipräfectur. Der Präſident: „Es geht aus dieſen Acten hervor, daß bei der erſten Conceſſion kein Bericht verlangt, die Conceſſion aber dennoch ertheilt wurde, und daß in der zweiten Angelegenheit ein Bericht erſtattet wurde, daß er gegen das Geſuch ausfiel, daß aber die Conceſſion dennoch erfolgte." — Am Schluß der Sitzung ſagte Hr. Siguier, Inhaber der „Dames-Françaiſes," aus, daß er Hrn. Perſien, Beamten der

Polizeipräfectur, der ihm zur Concession für diese Unternehmung geholfen, indem er ihn bei dem Polizeipräfecten eingeführt, achtzehn Actien gegeben habe, daß er ferner eine andere Omnibusunternehmung, „die Sylphiden," der Mad. von Pradel, Mutter der Maitresse Gisquets, um 100,000 Fr. abgekauft habe, noch ehe die Unternehmung ins Werk gesetzt gewesen sei. Der erste Termin war mit 5000 Fr. an Frau von Pradel ausbezahlt, als der Präfect die Concession für erloschen erklärte, weil die Eröffnung nicht zur rechten Zeit erfolgt sei. So hatte also der Zeuge die 5000 Fr. für nichts bezahlt und Frau von Pradel sie für nichts in die Tasche gesteckt.

Preußen.

Die Staatszeitung meldet die Ernennung des Regierungspräsidenten von Ruppenthal zum wirklichen geheimen Oberjustizrath und Director für die Abtheilung der rheinischen Justizverwaltung im Justizministerium.

Belgien.

Die Direction der belgischen Bank hat bekannt gemacht, daß sie, in Folge der momentanen Einstellung ihrer Zahlungen, auch den am 1. Jänner fälligen Zinscoupon ihrer Actien nicht einlösen werde.

Dem Vernehmen nach ist der von dem Grafen von Merode in der Repräsentantenkammer gemachte Vorschlag, die belgischen Festungen den französischen Truppen auszuliefern, auch von Sr. Majestät dem Könige sehr gemißbilligt worden.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 31. December enthält nachstehende Verordnung, die Anordnung der künftigen Domanial-Verwaltung betreffend: „Ernst August von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc. Da Wir aus bewegenden Gründen beschlossen haben, die im Jahre 1823 getroffenen Einrichtungen wegen Verwaltung der Domainen und Domanial-Einkünfte und die damals festgesetzte Vertheilung der Domanial-Geschäfte an verschiedene Landesbehörden nicht länger fortdauern zu lassen, so finden Wir Uns bewogen, über die künftige Domanial-Verwaltung Nachstehendes zu verordnen: §. 1. Die durch die Verordnung vom 18. April 1823 angeordnete Domainen-Kammer wird mit dem 3. Jänner künftigen Jahres hierdurch aufgehoben. — §. 2. Statt derselben soll für die Verwaltung der Domainen und Domanial-Einkünfte eine neue Domainen-Kammer errichtet werden, welche mit dem nämlichen Tage in Wirksamkeit treten wird. — §. 3. Die neue Domainen-Kammer hat die Verwaltung der Domainen und Domanial-Einkünfte vom 3. Jänner künftigen Jahres an in dem nämlichen Umfange zu führen, in welchem die jetzige Domainen-Kammer selbige nach dem Reglement über die Verwaltung und Verrechnung der Domanial-Einkünfte vom 18. April 1823 zu besorgen hat. Außerdem hat sie auch die Geschäfte zu übernehmen, welche durch das Reglement für die Landdrosteien, durch das Reglement über die Verwaltung und Verrechnung der Domanial-Einkünfte, so wie durch das Reglement für die Forstverwaltung vom 18. April 1823, den Landdrosteien in Beziehung auf die Domanial- und Forstverwaltung übertragen sind. — §. 4. Hiernach fällt die bisherige Theilnahme der Landdrosteien an der Domanial- und Forstverwaltung künftig weg, und nur bei den Domanial-Landbausachen tritt deren Einwirkung in dem bisherigen Maaße noch insofern ein, als die dabei in Frage kommenden Gebäude und Bauwerke zu Zwecken dienen, welche zum Wirkungskreise der Landdrosteien gehören. — §. 5. Dagegen verbleiben den Landdrosteien alle diejenigen Geschäfte der vormaligen Kammer, welche ihnen durch den §. 8 des Reglements für die Landdrosteien und durch den §. 6 des Reglements über die Verwaltung und Verrechnung der Domanial-Einkünfte unter den Ziffern 1 bis 9 übertragen sind. Indeß soll bei den darunter begriffenen Landescultur- und Höfe-Sachen die Ausübung der grund- und gutsherrlichen Rechte des Domanialguts an die Domainen-Kammer in Gemäßheit der zu treffenden Bestimmungen im Reglement übergehen und von dieser allein besorgt werden. Wegen etwaniger Uebertragung einiger anderer der oben bezeichneten Geschäfte an die Domainen-Kammer wird eine weitere Anordnung vorbehalten. — §. 6. Eben so wird eine weitere Bestimmung über die künftige Bearbeitung der Berg- und Salzwerks-, so wie der Domanial-Wasserbauangelegenheiten, vorbehalten. Bis zur Erlassung derselben soll die jetzt bestehende Einrichtung fortdauern. — §. 7. An den durch Unsere Cabinetsinstruction vom 20. Jänner d. J. angeordneten Conferenzen Unserer Staats- und Departementsminister soll die Domainen-Kammer durch ein von ihr abzusendendes Mitglied jedesmal Theil nehmen, wenn darin die Anstellung, Versetzung oder Beförderung der wirklichen Beamten bei Unseren Aemtern, oder die Bewilligung von Vergütungen für die einstweilige Verwaltung wirklicher Beamtenstellen zur Berathung kommt. — §. 8. Unser Finanzminister hat die Oberaufsicht über die Domainen-Kammer und deren nach Maaßgabe einer besonders zu ertheilenden Instruction ihr obliegenden Verwaltung zu führen, und vermöge der ihm zustehenden obern Leitung aller Domanial-Angelegenheiten auch über etwanige Beschwerden gegen das Verfahren und die Verfügungen der Domainen-Kammer zu entscheiden, insofern sie nicht die einstweilen dem Geschäftskreise Unseres Ministers des Innern beigelegten Landgestütssachen betreffen. — §. 9. Das zwischen der Domainen-Kammer und den Landdrosteien als Domanial-Deputationen bestehende Verhältniß hört künftig auf, und tritt die Domainen-Kammer mit den Landdrosteien völlig in das Verhältniß einer coordinirten Behörde. — §. 10. Die Aemter haben künftig die ihnen obliegenden Domanial-Angelegenheiten unmittelbar unter der Domainen-Kammer zu bearbeiten, mithin in allen Domanial- und Forstsachen künftig ihre Berichte

an die Domainen-Kammer zu richten, und von dieser die erforderlichen Anweisungen zu empfangen. Ueber die Verhältnisse der Rentmeister wird demnächst eine weitere Verfügung getroffen werden. — §. 11. Zur vollständigen Ausführung der dem Obigen gemäß von Uns verfügten Aenderungen in der Domanial-Verwaltung und zur Vorbereitung des Ueberganges der bisher von den Landdrosteien besorgten Domanial-Geschäfte an die künftige Domainen-Kammer wird eine Frist von zwei Monaten nach Errichtung dieser Behörde bestimmt. Während dieses Zeitraumes und spätestens bis zum 1. März künftigen Jahres werden die erforderlichen Reglements und Instructionen, bei denen besonders zum Besten Unserer getreuen Unterthanen und zur Verminderung und Vereinfachung der Geschäfte Unserer Behörden auf eine Erweiterung der Befugnisse der Aemter Bedacht genommen werden soll, erlassen werden. — Alle mit der gegenwärtigen Verordnung in Widerspruch stehenden Reglements und Instructionen über die Domanial-Verwaltung bleiben nur bis zu jenem Zeitpunete ferner in Kraft. — §. 12. Unser Finanzminister hat die zur Ausführung der vorstehenden Bestimmungen erforderlichen Verfügungen zu treffen, und ist diese Verordnung in die erste Abtheilung der Gesetzsammlung einzurücken. — Hannover, den 28. December 1838. — Ernst August. — G. Freiherr von Schele."

Obgedachte Zeitung enthält ferner nachstehende Officielle Berichtigung: „In einem Schreiben aus dem Hannover'schen vom 12. December, welches aus dem Fränkischen Merkur vom 17. December in mehrere andere teutsche Blätter übergegangen ist, wird erwähnt, daß in dem vor kurzem erschienenen Bande von Martens Recueil des traités et actes publics das von Sr. Majestät Wilhelm IV. erlassene Hausgesetz, dd. Brighton den 19. November 1836, aufgenommen sei, und hinzugefügt: „In diesem Hausgesetze, dem auch der jetzige König Ernst August von Hannover als Herzog von Cumberland und Agnat beigetreten ist, so wie in den Verhandlungen, welche dasselbe veranlaßt hat, wird sich auf die seit dem Jahre 1833 bestehende Staatsverfassung des Königreichs Hannover bezogen, und diese als allgemein für alle Glieder des königlichen Hauses verbindliches Grundgesetz betrachtet. — Aus den Acten königlichen Cabinetsministerii wird hiermit officiell versichert, daß Se. Majestät der jetzige König Ernst August von Hannover dieses Hausgesetz niemals, weder vor noch nach seiner Thronbesteigung, anerkannt hat, sondern solches zu thun wiederholt und ausdrücklich verweigerte, und zwar insbesondere auch aus dem Grunde, weil dieses Hausgesetz mit dem Staatsgrundgesetze von 1833 in Verbindung stehe."

Wien.

Nachstehendes ist der Vortrag, welchen der Gouverneur der privil. österreichischen Nationalbank, Hr. Carl Freiherr von Lederer, Sr. k. k. apost. Majestät wirkl. geheimer Rath ꝛc. ꝛc., an den löblichen Bankausschuß in seiner Versammlung am 7. Jänner d. J. gehalten hat:

„Ich erfülle eine angenehme Pflicht, indem ich der geehrten Versammlung die Ergebnisse der Geschäftsgebahrung der Nationalbank im Laufe des Jahres 1838 mittheile. — Sie sind in jeder Beziehung erfreulich, man mag dieselben aus dem Gesichtspuncte der sich herausstellenden Erträgnisse, oder aus dem Standpuncte der hohen Bestimmung beurtheilen, welcher zu entsprechen das nationelle Institut gleichzeitig berufen ist. — Die Bedürfnisse des Verkehrs haben stets eine, mit Umsicht geleitete schnelle Befriedigung gefunden; Alles ist in seinem geregelten Gange fortgeschritten, und es gereicht mir zum Vergnügen, dem löblichen Bankausschusse zugleich die Versicherung geben zu können, daß die Beamten des Instituts hierbei mit lobenswerthem Eifer mitgewirkt haben. — Bevor ich indessen zur Entwicklung der Resultate der einzelnen Geschäfte übergehe, glaube ich die geehrte Versammlung von einem Uebereinkommen in Kenntniß setzen zu sollen, welches die Bankdirection mit der hohen Staatsverwaltung abzuschließen im Falle war. — Se. k. k. Majestät fanden Sich in Allerhöchstihrer Huld und Milde bewogen, die Nationalbank auffordern zu lassen, den durch die unheilvolle Ueberschwemmung im Monat März 1838 verunglückten königl. ungarischen Städten Ofen, Pesth und Gran ein Gesammtdarlehen von drei Millionen Gulden C. M. gegen mäßige Verzinsung und auf eine den Bedürfnissen angemessene Frist von Jahren zu gewähren. — Ermächtigt durch diese allerhöchste Aufforderung, konnte die Bankdirection nicht zögern, sich von Seiten des Bankinstituts dem schönen Wetteifer anzuschließen, in dem alle Provinzen des Kaiserstaates sich vereinten, um mit schwesterlicher Theilnahme den verunglückten Städten hülfreiche Hand zu bieten. — Es geschah im Sinne der allerhöchsten Willensmeinung, aber auch im Geiste der Statuten, indem durch die dem Uebereinkommen mit der hohen Staatsverwaltung zu Grunde gelegten Bestimmungen alles erschöpft wurde, was in Absicht sowohl auf die Realsicherheit, als auf die Einbringlichkeit des Darlehens im Interesse der Bank die ausgedehnteste Vorsicht nur immer fordern konnte. — Die Bankdirection hat hierbei das mit der hohen Staatsverwaltung in Hinsicht der Kaufschillingsreste von veräußerten Staatsgütern in den Jahren 1819 und 1820 getroffene, und bereits vorlängst beendigte Uebereinkommen zum Vorbild genommen. Sie würde übrigens den schönen Zweck, um den es sich gehandelt, verkannt und verfehlt haben, wenn sie bei der Bedingung des Zinsfußes die Forderung höher als auf 2 Percent gestellt hätte. Indessen sind auf den Gesammtbetrag des Darlehens von 3 Millionen bis zum 31. December 1838 von dem zu diesem Zwecke von Sr. k. k. Maje-

stät ernannten Vertheilungscomité nur 1,783,660 fl. angewiesen und erfolgt worden.

Das Escomptegeschäft,

welches mit 31. December 1837 4299 Effecten, im Werthe von 41,251,627 fl. 41 kr. B. W. darstellte, erhob sich im letzten Jahre auf 48,181 Effecten, im Werth von 267,871,343 fl. 46 kr., und weist nach den Statt gefundenen Eincassirungen mit 31. December 1838 noch 10,017 Effecten, im Werthe von 61,059,962 fl. 55 kr., aus.

Indem ich mich hierbei verpflichtet fühle, den in der Beilage verzeichneten Herren Censoren den Dank der Bankdirection für ihre rastlose und umsichtige Verwendung in diesem mühsamen Geschäfte darzubringen, muß ich der geehrten Versammlung mittheilen, daß das Institut am 1. Juni 1838 drei falsche, in den Signaturen täuschend ähnliche Wechsel, im Gesammtbetrage von 11,803 fl. 33 kr. B. W. im Escompte übernommen habe. Dieser Betrag ist einstweilen bis zur Beendigung der im Zuge begriffenen Untersuchung in Abschreibung gebracht worden.

Das Leihgeschäft

wurde am 31. December 1837 mit 11,107,783 fl. 51 kr. an Pfändern, worauf ein Vorschuß von 5,666,900 fl. B. W. geliehen war, ausgewiesen.

Dieses Geschäft hat sich im Jahre 1838 um 37,205,385 fl. 28 kr. an Pfändern, gegen einen Vorschuß von 21,176,900 fl., vermehrt.

Mit letztem December 1838 beträgt dasselbe 13,682,921 fl. 8 kr. an erliegenden Pfändern, und der hierauf geliehene Vorschuß 7,534,500 fl.

Das reine Depositengeschäft

hat sich im Laufe des Jahres 1838 auf eine Höhe von 74,485,580 fl. 58 kr. in verschiedenen Werthen erhoben.

Die Papiergeldeinlösung

bestand am 31. December 1837 in . .	433,648,350 fl.
im Jahre 1838 wurden eingelöst . . .	1,336,475 fl.
daher Ende December 1838	434,984,825 fl.

eingelöst waren, und mit 1. Jänner 1839 nur mehr 14,728,013 fl. Wienerwährung im Umlaufe sind.

Die sämmtlichen Cassestände

bestanden am 31. December 1837 in	70,632,773 fl. 8¾ kr.
Im J. 1838 wurden empfangen	860,280,340 fl. 9 kr.
Die Einnahme steigerte sich daher auf	930,913,113 fl. 17¼ kr.
Die Ausgaben erhoben sich auf .	877,779,758 fl. 7¼ kr.
Daher mit 31. December 1838 in sämmtlichen Cassen verblieben	53,133,355 fl. 10¼ kr.

und sich hiernach im Jahre 1838 ein Gesammtverkehr von 1,738,060,098 fl. 16¼ kr. darstellt.

Die Erträgnisse des Instituts im Jahre 1838 waren folgende, und zwar:

	fl.	kr.
Durch das Escomptegeschäft . . .	1,783,762	49
Durch das Leihgeschäft	306,204	56
Durch die Zinsen des übrigen Stammvermögens der Bank	2,192,654	40
Durch das Anweisungsgeschäft . . .	35,459	14¼
Durch die Reservefonds-Zinsen . .	217,936	—
Die Einnahme stieg daher auf . .	4,536,017	39¼
Wenn hiervon die in das Jahr 1839 gehörigen . . . 224,624 fl. 35 kr.		
die Regie-Auslagen mit . . . . 357,931 fl. 46¼ kr.	582,556	21¼
abgezogen werden, so ergibt sich ein reines Erträgniß von	3,953,461	17¾

Dieser reine Gewinn stellt sich jenem des Jahres 1837 so ziemlich gleich; daher derselbe für 50,621 Actien ein Gesammterträgniß von 78 fl. 5$^{40}/_{50}$ kr. für jede Actie ausweist, und sonach, da 33 fl. für das erste Semester 1838 bereits bezahlt worden sind, einen Ueberschuß von 45 fl. 5$^{40}/_{50}$ kr. darstellt.

Nachdem die gütige Zustimmung der k. k. Finanzverwaltung vorläufig eingeholt wurde, schlägt Ihnen die Bankdirection vor, für das zweite Semester 1838 hiervon 43 fl. pr. Actie zu vertheilen, und den Rest von 2 fl. 5$^{40}/_{50}$ kr. pr. Actie in den Reservefond der Anstalt hinterlegen zu lassen.

Da der Reserve- und der Pensionsfond des Instituts vereint 4,108,400 fl. in 4percentigen — 812,000 fl. in 5percentigen — 695,000 fl. in 3percentigen Metalliques — 10,000 fl. in 5percentigen verlosten Obligationen — und 410 Stücke österreichische Bankactien besitzt, so dürfte die geehrte Versammlung die für das Jahr 1838 oben vorgeschlagene Quote, welche zusammen 106,265 fl. 17¼ kr. ausmacht, gewiß hinreichend erkennen.

Ich kann übrigens diesen ergebensten Vortrag nicht würdiger schließen, als daß ich den lobl. Bankausschuß geziemend ersuche, mich und die Bankdirection neuerlich ermächtigen zu wollen, den treugehorsamsten Dank des Instituts dem allergnädigsten Monarchen wieder wie in allen frühern Verwaltungsjahren unterthänigst ausdrücken zu dürfen.

Wien, am 7. Jänner 1839.

Dem Originalvortrage gleichlautend.
Joh. Wilh. Ritter von Mannagetta,
Generalsecretär."

Am 7. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen zu 5 pC. in CM.	108$^{1}/_{16}$
detto detto zu 4 pC. in CM.	101⅛
detto detto zu 3 pC. in CM.	80$^{9}/_{16}$
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	692$^{1}/_{16}$
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.	65⅛
Bankactien pr. Stück 1515 in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 9

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 9. Jänner 1839.

W 1·5· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 7. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.375	28. 12. 7 P.	+ 0.4	OSO. mittel.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.301	27 11 5	+ 2.6	S. schwach.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27.099	27 10 2	+ 1.3	S. still.	trüb.

Spanien.

Herr Perez de Castro hat nun doch die ihm übertragene Präsidentschaft des Conseils angenommen. — Der Madrider Correspondent der Allgemeinen Zeitung meldet hierüber: „Madrid, 24. December. Ein von Lissabon hier eingetroffener Kurier hat die Nachricht überbracht, daß Hr. Perez de Castro eingewilligt habe, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und den Vorsitz im Ministerrathe zu übernehmen. Der bisherige spanische Gesandte in London, Don Manuel de Aguilar, der sich seit einiger Zeit hier befindet, wird nun, um Hrn. Perez de Castro zu ersetzen, als Gesandter nach Lissabon gehen. Graf Campuzano soll sich um diesen Posten beworben haben, allein die Dienste, welche er früherhin der Sache Dom Miguels in Portugal leistete, dienen gegenwärtig nicht mehr zur Empfehlung. — Es fehlen uns abermals vier Posten von Saragossa. Zwei Carlistische Bataillons und zwei Schwadronen, zu Cabrera's Truppen gehörig, haben die zwischen Guadalarara und Medina-Celi liegenden Dörfer ausgeplündert. Vier nach Madrid bestimmte, mit Pariser Waaren beladene Wägen fielen in ihre Hände. Sie öffneten die Kisten, und die Offiziere behielten die vorgefundenen Uhren, Juwelen, Silberzeug für sich; Porcellan, Glaswaaren u. dgl. zertrümmerte man, Seifen, Pomade, Parfums wurden als unbrauchbar auf der Heerstraße zurückgelassen. — Der französische Botschafter gab gestern einen glänzenden Ball, zu welchem gegen vierhundert Personen eingeladen waren. Selbst die spanische Nationalität zollte bei dieser Gelegenheit der französischen Artigkeit nicht weniger als dem Kunstfleiße der französischen Küche ihre Anerkennung, und auch Graf Campuzano, der zugegen war, erschien ohne die drohende Miene, welche er, seiner Behauptung zufolge, dem Grafen Molé so oft gezeigt hat."

Ueber die letzten in Navarra und Alava vorgefallenen Gefechte heißt es in einem Schreiben aus Bayonne vom 25. December: „Den Carlistischen Berichten zufolge ist das Gefecht bei Sesma ein bloßes Scharmützel gewesen, in welchem die Carlisten bloß 25 oder 30 Mann verloren haben wollen, indessen herrscht ein Widerspruch in den zwei Berichten, welche das Bulletin von Oñate einrückt. Gewiß bleibt immer, daß die Carlistische Cavallerie für dießmal den Kürzern zog; allein seitdem ist ein neues Gefecht vorgefallen, welches vermuthen läßt, daß Espartero schon bei dem früheren Versuche gegen Arcos, welcher zu dem kleinen Treffen bei Sesma Anlaß gab, die Absicht gehabt habe, seine Linie bis Arcos vorwärts zu bringen, und so den Angriff gegen Estella im Frühjahre vorzubereiten. Wenn man die Sache aus diesem Gesichtspuncte nimmt, so muß man die Versuche Espartero's allerdings als mißlungen ansehen, aber auch gestehen, daß er wenige Ressourcen zur Erreichung seiner Absicht ins Spiel gebracht hat. In diesem zweiten Gefechte vom 17. wurde die Operation auf der Westseite von Arcos von Languardia und Logroño aus gegen das Defilée von dem Orte La Poblacion gerichtet, welches gerade zwischen Laguardia und Arcos liegt, und die Gränze zwischen Alava und Navarra macht. Diese Stellung war außer der Garnison des Forts von der Poblacion nur von 350 Mann unter dem Obersten Eguilaz besetzt, und wurde in drei Colonnen, jede von 2000 Mann, angegriffen, aber so hartnäckig vertheidigt, daß Espartero nach einem fünfstündigen Feuer sich mit einem Verluste von 60 Todten, 500 Verwundeten und einigen Gefangenen, worunter der Hauptmann Andriani (Sohn des Generals dieses Namens) zurückziehen mußte — so sagt wenigstens das Carlistische Bulletin, die einzige Quelle, aus der man bis jetzt Nachricht von diesem Gefechte erhalten hat. Die Carlistischen Streitkräfte in den Provinzen betragen übrigens nach einem neuerlichen Verzeichnisse zusammen 28,200 Mann Infanterie und Artillerie, und 1750 Mann zu Pferd, also im Ganzen ungefähr 30,000 Mann, was nach Abzug der castilianischen Truppen eine beträchtliche Verminderung gegen die sonstigen Streitkräfte darbietet, da vorher die Bataillons viel vollzähliger und bloß die baskischen Truppen 30 bis 32,000 Mann stark waren. Doch können im Nothfall die Bataillons aus der bewaffneten Volksmasse verstärkt werden. Muñagorri verliert einige Leute durch Desertion, gewinnt aber auf eben diesem Wege einen beträchtlichen Zuwachs; seine Stellung ist für die Carlisten unangreif-

bar, aber sein Einfluß ist nicht hinreichend, durch seine bloße Gegenwart eine mächtige Diversion zu machen."

Großbrittannien und Irland.

Am 21. December fand in Newcastle eine Radicalenversammlung Statt, an welcher wenigstens 70 bis 80,000 Personen Antheil nahmen. Auch die hibernische Gesellschaft hatte sich unter ihr grünes Banner gereiht, auf welchem neuerlich der Name O'Connells getilgt worden ist, da er ein Verräther sei und die Sache der arbeitenden Classe verlassen habe. Eines der Banner war dreifarbig. Andere trugen folgende Inschriften: „Laßt Jeden genießen, was er redlich verdient!" „Freiheit, oder ich mache meinen Pfeil trunken mit Blut und mein Schwert soll Fleisch fressen." „Möge der tapfere Soldat nie das Werkzeug der Gewalt seyn." „Wer kein Schwert hat, verkaufe sein Kleid und kaufe eines!" „Krieg in der Brust und Freiheit auf jeder Stirne." „Zu euern Zelten, Israel!" ꝛc. Auf der Spitze eines Spießes sah man einen Brotlaib mit der Inschrift: „Sechspencebrot," darunter eine Tafel mit folgenden Sprüchen: „Dieß ist es, was die Grundbesitzer über uns gebracht haben," und: „Es ist besser, mit dem Schwerte umzukommen, als Hungers zu sterben." Man wird durch diese Motto's ganz in die Zeiten der Independenten und Cromwells versetzt, wo auch die heilige Schrift, vornehmlich das alte Testament, die Losungsworte zur Bekämpfung des Königthums und der Royalisten mit Feuer und Schwert liefern mußte. Die überhandnehmende Frechheit der „Männer der Gewalt" hat von Seiten der Behörden Schritte zu ihrer Unterdrückung hervorgerufen. Am St. Johannistage, dem 27., wurde einer der Hauptfeuerbrände, der Independenten-Geistliche Stephens, auf einer Straße von Ashton-under-Lyne festgenommen und in einer Postchaise unter militärischer Bedeckung in das benachbarte Manchester gebracht. Der Verhaftbefehl war von den Friedensrichtern J. B. W. Sanderson und John Henworthy, Esqs., ausgestellt und stützte sich auf eine zu Gewaltthaten anreizende Rede, welche Stephens im vorigen November zu Leigh bei Worsley gehalten hatte. Der Verhaftete wurde einstweilen im Gefängnisse zu Manchester untergebracht, bis er nach Worsley zum Verhör geführt wird. Lord Francis Egerton, conservatives Parlamentsmitglied für Liverpool, scheint bei dieser Maaßregel sehr thätig gewesen zu seyn. Daß die Verhaftung von Stephens überall bei den Ultraradicalen große Aufregung zur Folge haben wird, ist natürlich. Die Radicalen von Manchester sind bereits zu einer Versammlung einberufen, in welcher ihnen ein Bericht über das Vorgefallene erstattet werden soll. Uebrigens sollen noch andere Verhaftungen vorgenommen werden. Der gemäßigt radicale Sun bemerkt, diese Schritte dienen allen Wohlgesinnten zur ungetheilten Befriedigung. — Die radicale Bewegung wird vermehrt durch das Steigen der Kornpreise; übrigens sind die Fabrikanten und Kaufleute, welche bloß für Abschaffung der Korngesetze agitiren, wohl zu unterscheiden von den ultraradicalen Männern der Volkscharte und der physischen Gewalt. Es wurde bereits erwähnt, daß sich zu Manchester ein Verein gebildet hat, der sich die Abschaffung der Korngesetze zum Ziele setzt. Es soll jetzt von demselben eine öffentliche Ausstellung von fremden Baumwollen-, Wollen-, Seiden-, Messerwaaren ꝛc., mit Bemerkung der Preise derselben, sowohl in England nach Bezahlung der Einfuhrzölle, als an den Orten, wo sie fabricirt wurden, und daneben von englischen Fabrikwaaren, welche das Gleiche kosteten, veranstaltet werden. Es ist ein für dieses Bestreben günstiger Umstand, daß nicht einmal die Pächter durchaus von den durch die Korngesetze künstlich gesteigerten Preisen Vortheil ziehen, indem z. B. der Herzog von Buccleuch von dem eingetretenen Steigen der Preise Anlaß genommen hat, die Pachtgelder auf seinen Gütern um wenigstens 20 bis 25 Percent zu erhöhen. So kann das jetzige Steigen der Preise zum Untergang der Pächter in minder günstigen Jahrgängen ausschlagen.

Die englischen Radicalen haben sich für ihre Bundesgenossen, die in Liverpool angekommenen und zur Deportation verurtheilten canadischen Insurgenten, verwendet. Die HH. Roebuck und Theobald haben writs of Habeas Corpus zu Gunsten derselben ausgewirkt. „Wer immer," schreibt Rüttiman in seiner Abhandlung über die englische Strafrechtspflege, „glaubt, daß er widerrechtlich gefangengehalten werde, der muß durch einen Advocaten bei einem der obersten Gerichtshöfe, oder während der Ferien bei einem der Richter, gemäß der Habeas-Corpusacte um Abhülfe bitten. Hierauf erläßt das Gericht, wenn nicht aus den eigenen Angaben des Petenten die Rechtmäßigkeit der Verhaftung klar ist, einen writ of Habeas Corpus, welcher dahin geht, daß der Verhaftete inner einer bestimmten kurzen Frist mit allen auf ihn sich beziehenden Acten vor den Gerichtshof gebracht werden solle. Das Gericht untersucht dann die Sache und verfügt die gänzliche Freilassung des Gefangenen oder dessen Freigebung gegen Bürgschaft oder die Bestätigung des Verhaftbefehls." Im vorliegenden Falle stellte Sir Joseph Littledale, Richter bei der Queensbench, den Habeas-Corpus-Befehl aus. Das Gesuch um denselben gründete sich darauf, daß die Gefangenen aussagten, theils habe gar kein gerichtliches Verfahren gegen sie Statt gefunden, theils seien sie von incompetenten Gerichten verurtheilt worden. In ersterem Falle erhebt sich die Frage, ob Jemand als Hochverräther aus England und durch die englische Regierung deportirt werden kann, ohne vor Gericht gestellt worden zu seyn.

Am 28. December Morgens war der Gerichtssaal von Westminster gedrängt voll Neugieriger, weil man wußte, daß der Fall mit dem unlängst im Buckingham-Pallaste verhafteten Knaben zur Verhandlung kommen sollte. Edwin Jones (sonst Edward Cotton genannt), 12 Jahre alt, war beschuldigt, in jenem Pallaste

einen Degen, das Eigenthum des ehrenwerthen Auguſtus Murray, drei Paar Beinkleider und ſonſtige Artikel, im Werthe von 42 Sh., letztere Hrn. Murray's Bedienten F. Blume gehörig, entwendet zu haben. Der Advocat Hr. Bodkin ſtellte die Klage auf Felonie, weil er dieſe Gegenſtände zwar nicht aus dem Gebäude entfernt, aber doch aus dem einen Zimmer in ein anderes gebracht habe. „Als," ſo plaidirte er, „der Gefangene entdeckt wurde, war er mit Ruß bedeckt, und nach dem Ausſehen mehrerer Betten war es augenſcheinlich, daß ein Gentleman in Schwarz (Gelächter) ihnen einen Beſuch abgeſtattet. Auch die Tapeten in andern Zimmern trugen die Spuren ſolchen Beſuchs. Als der Junge feſtgenommen wurde, gab er an, er ſei im Pallaſte geboren, und lebe da behaglich ſeit zwölf Jahren. (Gelächter.) Später modificirte er dieß auf zwölf Monate, und erzählte weiter das Märchen, er ſei hinter dem Stuhle der Königinn geſteckt, wenn Ihre Majeſtät Staatsrath gehalten, und andere abgeſchmackte Erdichtungen. Jetzt hat man dieſen angeblichen Kaminfegerjungen als einen Handlungslehrling bei Hrn. Griffiths in Coventry-Street erkannt. Die Jury hat hiernach die Frage zu erwägen: ging Gefangener in den Pallaſt, bloß um ſeine Neugierde zu befriedigen, oder um einen Diebſtahl zu verüben?" Nun folgte das Zeugenverhör. Der nächtliche Thorwart des Pallaſtes ſagte aus: „Am 14. December um 3 Uhr Morgens ſteckte ein Junge, der wie ein Kaminfeger ausſah, ſeinen Kopf durch meine Thüre. Ich fragte ihn, welchen Kamin er fegen wollte. Er antwortete nicht, ſondern lief davon. Ich verfolgte ihn, und endlich ward er durch die Schildwache verhaftet. An der Thüre des Oberportier lagen ein Degen und ein paar Kleidungsſtücke. Ein Polizeidiener nahm ſpäter dem Jungen zwei Tintenzeuge ab." Hr. Bodkin: „Sind ſie Eigenthum der Königinn?" Zeuge: „Ja." Hr. Prendergaſt (Vertheidiger des Angeſchuldigten), ein ſchlechtes Streuſandfaß emporhaltend: „Was, ein ſolches Ding das Eigenthum der Königinn?" (Gelächter.) Hr. Prendergaſt fragt den Zeugen weiter: „Saht Ihr geſtern nicht Hrn. Bodkin im Pallaſte?" Zeuge: „Nein, Herr!" Hr. Prendergaſt: „Ich beſchuldige meinen Freund keineswegs, daß er hingegangen ſei, um zu ſtehlen, ſondern er mag es wohl aus bloßer Neugierde gethan haben, wie der Gefangene! (Gelächter. Hr. Bodkin hatte nämlich örtlichen Augenſchein vorgenommen.) Ein anderer Zeuge, der Polizeidiener Stone, deponirt unter Anderm: „In F. Blume's Zimmer fand ich einen Topf mit Pomade, den Jemand mit rußigen Händen gebraucht zu haben ſchien. Der Kopf des Jungen ſtarrte ganz von Pomade. (Gelächter.) Als ich ihn packte, ſagte er mir, er kenne die Königinn und ihre Miniſter recht gut." Ein anderer Polizeidiener, William Luther Padcock mit Namen, hatte einige Münzen bei dem Gefangenen gefunden, ein Fünf- und ein Zehnſousſtück, die dem Bedienten Blume gehörten. Hr. Prendergaſt: „Und was iſt die dritte, Hr. Blume?" Blume: „Es war ehemals ein Sovereign, aber ich warf ihn ins Feuer, da verwandelte er ſich in einen Pfennig. (Gelächter.) Uebrigens behaupt' ich nicht, daß die Sousſtücke mir gehören." Hr. Prendergaſt begann nun die Vertheidigung des Angeſchuldigten. Er meinte, die ganze Sache müſſe als ein Scherz behandelt werden, und die junge Königinn werde gewiß der Neugier eines Knaben etwas nachſehen. „Der Knabe," ſagte er, „ſchlich ſich in den Pallaſt, und nach Knabenart taſtete er alle die kleinen Sachen an, die er da herumliegen ſah. Wahrſcheinlich lieſt mein Client gern die Erzählungen der Tauſend und Einen Nacht und Aehnliches, und dabei iſt ihm der Kopf toll geworden von ägyptiſchen Säulen, Moſaikboden, Jaſpis und goldenen Palläſten. Seine Kameraden haben ihn oft ſagen gehört, er wolle ſchon einmal, ſo oder ſo, in den Pallaſt kommen. Er ſchlüpfte in das Bett des Bedienten, und nahm den Degen mit; ohne Zweifel bildete er ſich ein, er liege auf einem königlichen Bette, und habe ein königliches Schwert an ſeiner Seite. In ähnlicher vornehmer Einbildung applicirte er wohl auch die Pomade. (Gelächter.) Als der Junge ſich entdeckt ſah, meinte er den Scherz nicht aufgeben zu dürfen, und ſagte alſo: „Oh, ich bin hier geboren und erzogen. Ich war in allen Zimmern des Pallaſtes, und weiß, was die Königinn und ihre Miniſter für Geſpräche führen." Man ſagt, Lord Melbourne bringe ſeine meiſte Zeit im Pallaſte zu, aber der Junge hat ſich, nach ſeiner eigenen Rechnung, noch länger darin aufgehalten, als Sr. Lordſchaft. (Gelächter.) Gewiß, hätte irgend ein Knabe der Etonſchule oder ſonſt ein Junge von vornehmer Verwandtſchaft dieſe Poſſe geſpielt, das Gericht von der grünen Tafel (d. h. das Hofmarſchallsgericht, das die Unterſuchung veranlaßt) würde einen köſtlichen luſtigen Streich darin geſehen haben. Es war abſurd, von der Sache ſo viel Aufſehens zu machen. Eine Zeit lang ſprach man in London von gar nichts Anderm; Canada, Indien und die Türkei waren darüber vergeſſen, und alle innere Politik drehte ſich um die Frage: „Hat man nichts Näheres gehört von dem Knaben im Pallaſte?" (Gelächter.) Der Sachwalter trug auf Losſprechung an. Mehrere Zeugen ſagten für den guten Leumund des Gefangenen aus, und nach kurzer Berathung ſprach die Jury: „Nicht ſchuldig." Der Gerichtshof entließ den äußerſt lebhaft und verſtändig ausſehenden Knaben mit einer Ermahnung.

Die Newyorker Blätter vom 9. December bringen neuere Nachrichten aus Canada bis zum 3. Zu Montreal haben die gerichtlichen Verhandlungen gegen die Inſurgenten begonnen. Die erſte Abtheilung, die vor Gericht geſtellt wurde, beſteht aus Zwölfen. Der Gang der Verhandlung war ſehr langſam; es wurde täglich bloß Ein Zeuge verhört. Im Ganzen ſitzen bereits 6 bis 700 in Niedercanada gefangen, wozu fortwährend Neue kommen, die entweder verhaftet werden, oder ſich ſelbſt ergeben. Auch das Kriegsgericht zu Kingston in Obercanada über die Gefangenen von der Prescott-Mühle hat ſich organiſirt. — Man ſprach von Inſurgenteneinfällen im äußerſten Weſten von Obercanada, am Detroit. — Eine von der Times angeblich nach einem Schreiben aus Halifax vom 13. December mitgetheilte Angabe, als wären zu Quebec Ruheſtörungen ausgebrochen, iſt ohne Zweifel grundlos.

Der hochw. George Spencer, Bruder des Grafen Spencer, der vor mehreren Jahren katholiſch und hierauf Prieſter geworden iſt, wurde nach einem zweimonatlichen Aufenthalte in Frankreich, wohin er ſich ſeiner Geſundheit wegen begeben, von ſeinen zahlreichen Freunden und Pfarrkindern, worunter ſich viele Perſonen aus den höhern Ständen befanden, mit ſehr großen Ehrenbezeugungen bei ſeiner Rückkunft nach England empfangen. Eine Deputation kam ihm in Birmingham entgegen und geleitete ihn bis zu ſeinem Wohnhauſe in Weſtbrom und von da in ſeine Capelle, woſelbſt eine zahlreiche Verſammlung dem feierlichen Gottesdienſte beiwohnte, der zur Dankſagung für die glückliche Wiederkehr des hochverehrten Seelenhirten veranſtaltet wurde. Einige Tage darauf, den 24. December, wurde ein Gaſtmahl von 100 Gedecken in einem öffentlichen Gaſthauſe veranſtaltet, wobei der hochwürdige M'Donnell präſidirte. Derſelbe brachte den Toaſt aus: „Sr. Heiligkeit dem Papſte Gregor dem

XVI. Möge die Bekehrung unſeres Vaterlandes, „der Inſel der Heiligen,“ ſein väterliches Herz erfreuen!“ „Unſerem ehrwürdigen Biſchofe, dem hochwürdigſten Hrn. Dr. Walſh.“ „Unſerm hochwürdigen Gaſte.“ Dieſer erhob ſich und hielt eine Dankſagungsrede, folgenden weſentlichen Inhalts: Es habe ihn gefreut, ſeines Aufenthalts in Frankreich von der „Times“ auf eine Weiſe erwähnt zu ſehen, wie die Katholiken es kaum von Seite dieſes Blattes hatten erwarten dürfen. — Wir, als Katholiken, ſtreiten nicht ſowohl für irdiſche Güter und Erlangung zeitlicher Vorrechte. Was wir von den Andersgläubigen verlangen, iſt nicht das, was ſie haben, ſondern ſie ſelbſt; ihre Herzen wollen wir gewinnen, und nimmer raſten, bis die katholiſche Religion wieder die Religion nicht nur eines Theiles von England, ſondern des ganzen Landes iſt. (Hört! Hört!) Ich weiß, daß jeder Katholik dieſen Wunſch mit mir theilen wird, eingedenk des alten Ruhmes unſerer Inſel, ihres Glaubens und ihrer Frömmigkeit wegen. Was ich in Frankreich geſehen, hat meine Hoffnung für die Bekehrung meines Vaterlandes wieder neu belebt. Sie wiſſen es, meine Freunde, daß ich Sie unter betrübten Umſtänden verlaſſen. Ich habe durch meine Abweſenheit mehr für Sie gewonnen, als ich, wenn ich hier geblieben, unter Ihnen hätte wirken können. Ich hatte keinen Begriff davon, als ich Sie verließ, was ich während eines zweiwöchentlichen Aufenthaltes in Paris erfahren würde. Bei meiner erſten Zuſammenkunft mit dem Erzbiſchof von Paris kam die Rede auf den religiöſen Zuſtand Englands. Ich erwähnte, wie ſehr wir der Fürbitte bedürften. Der Erzbiſchof veranſtaltete eine Verſammlung von 60 bis 80 Geiſtlichen von Paris in ſeinem Beiſeyn. Er ſtellte mich ihnen vor, erklärte die Urſache meiner Erſcheinung und ſchloß, indem er ſie aufforderte, jeden Donnerſtag für die Bekehrung von England zu beten. (Beifall.) Der Vorſchlag wurde ſehr freudig angenommen. Ich erhielt auch von dem Großvicar ein Eintrittscircular für die vornehmſten religiöſen Inſtitute in Paris, welche ebenfalls ihr Gebet mit denen der Geiſtlichkeit zu vereinigen und die Häuſer ihrer Orden in ganz Frankreich zu gleicher Fürbitte zu veranlaſſen verſprochen. Die Provinziale des Ordens der Lazariſten und der Jeſuiten verſprachen daſſelbe (großer Beifall). So habe ich unſere Glaubensbrüder in ganz Frankreich in Einem Gedanken fürbittender Liebe vereinigt. (Hört! Hört!) Sie würden Sich freuen über den Inhalt der Antworten, die ich auf meine Zuſchriften von verſchiedenen Seiten empfangen. So ſchreibt mir unter Anderm der Biſchof von Amiens: Boſſuet pflegte täglich Gott für die „Inſel der Heiligen,“ dieß hochbegabte England, zu bitten, auf daß es zurückkehren möge zu der Religion des heiligen Auguſtin, ſeines erſten Apoſtels. Dieſe Kirche zählt ſo viele heilige Martyrer, ſo viel edle Familien ſind daſelbſt dem Glauben ihrer Väter auf Koſten ihrer bürgerlichen Exiſtenz treu geblieben, ſo viele franzöſiſche Geiſtliche haben in den Tagen grauſamer Verfolgung eine Zuflucht dort gefunden, — all dieß läßt mich hoffen, daß dieſe große und edle Nation ſich zurechtfinden und wieder einlenken wird auf den Weg, den ihre Väter gegangen. — In Dieppe, wo mein Freund, Hr. Phillipps, und ich einen längern Aufenthalt nahmen, wurden wir von dem Geiſtlichen der Hauptkirche der Stadt mit beſonderer Auszeichnung empfangen. Er ſprach in der Kirche über unſere Anweſenheit; ich mußte den nächſten Sonntag der Verſammlung den feierlichen Segen ertheilen und in franzöſiſcher Sprache predigen. Der Erzbiſchof ließ die Rede drucken und unter die Geiſtlichkeit vertheilen, ſo daß jeder Biſchof und jeder Prieſter im ganzen Königreiche ſich unſerer Aſſociation anſchließen wird. Ich habe gegründete Hoffnung, daß auch andere Länder Theil an unſerer Angelegenheit nehmen werden. — Das war die Miſſion, die in Frankreich meiner harrte, und an welcher ich nun, hierher zurückgekehrt, jedem Engländer Theil zu nehmen vorſchlage. Kann er zweifeln, daß Gottes Segen für ſeines Vaterlandes Wohlfahrt weſentlich iſt? Kann er zweifeln, daß dieſer Segen nur durch gemeinſchaftliches, aufrichtiges Suchen der wahren Religion Jeſu Chriſti, und durch die genaue Erfüllung aller ihrer Vorſchriften gefunden werden kann? Und wenn es unmöglich iſt, ſie bei all' den vielen Secten zu finden, welche die Gemüther unſerer Landsleute zwieſpältig auseinander halten, ſo laßt ſie uns doch finden in der einfachen Rückkehr zu dem alten Glauben, dem Glauben, der uns zuerſt der Finſterniß des Heidenthums entriſſen.“

Conſols am 29. December 94⅛.

Rußland.

Die St. Petersburger Blätter enthalten folgendes kaiſerliche Reſcript an Ihre Majeſtät die Kaiſerinn: „Ew. kaiſerliche Majeſtät! Nachdem Ich Meine völlige Zuſtimmung zu dem, gemäß dem Beſchluſſe des Miniſtercomités erfolgten Vorſchlage Ew. kaiſ. Majeſtät zur Errichtung einer beſondern, aus einem Comité zu bildenden Curatel für Kinderbewahr-Anſtalten ertheilt, welche die hieſigen, unter dem wohlthätigen Schutze Ew. Majeſtät bereits beſtehenden Anſtalten der Art beaufſichtigend, auch auf die Errichtung ähnlicher Zufluchtsorte zur Fürſorge und Elementarbildung armer Kinder in den übrigen Städten des Reiches zu ſehen hätte, billige Ich auch die Vorſtellung Ew. kaiſ. Majeſtät in Betreff der Ernennung des Oberſchenks, wirkl. geh. Raths, Grafen Strogonoff, zum Präſidenten, und der wirkl. geh. Räthe, des Fürſten Golizyn und des Staatsſecretärs Willamoff, der geh. Räthe, des Miniſters des Innern, Bludoff, und des Staatsſecretärs Longinoff, ſo wie des ſtellvertretenden Stallmeiſters, wirkl. Staatsraths Tſchertkow, zu Mitgliedern jenes Comités, ſo daß dieſes Comité jetzt gleich ſeine Wirkſamkeit zu beginnen und zu dem Entwurfe eines Projects über Regeln, ſowohl zur Richtſchnur für ſich ſelbſt, als auch überhaupt für die Verwaltung der Zufluchtsorte, ungeſäumt zu ſchreiten und dieſes Project Mir zur Beſtätigung vorzulegen hat. — Indem Ich die übrigen Anordnungen, welche zum Erfolge dieſer ihrer Natur nach ſo nützlichen Sache für nöthig erkannt werden, dem Ermeſſen und der Entſcheidung Ew. kaiſ. Majeſtät anheimſtelle, hege Ich keinen Zweifel, daß dieſer neue Zweig der Wohlthätigkeit unter Ihrer milden Fürſorge und der Mitwirkung der von Ihnen erwählten Perſonen, die ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben haben, daran Theil zu nehmen, in kurzer Zeit ſich entwickeln und Meinem innigen Wunſche für das Wohlergehen der, der Fürſorge und des Schutzes Ew. kaiſ. Majeſtät gewürdigten Anſtalten, entſprechende Früchte tragen werde. St. Petersburg, den 7. (19.) November 1838. (Gez.) Nikolaus.“

Der kaiſerliche Leibarzt, geh. Rath Dr. Wylie, iſt, ſeiner Bitte gemäß, von dem Amte eines Präſidenten der

medico-chirurgiſchen Akademie in St. Petersburg entbunden worden und hat bei dieſer Gelegenheit von Sr. Majeſtät dem Kaiſer den Alexander-Newsky-Orden in Brillanten erhalten.

Einer in der St. Petersburgiſchen Zeitung enthaltenen Tabelle zufolge beläuft ſich der Ertrag der Goldausbeute in den ſämmtlichen ruſſiſchen Bergwerken vom Jahre 1823 bis zum Ende des Jahres 1838 auf 22,467,025 Ducaten.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Ueber die tumultuariſchen Auftritte, die in der Legislatur des Staats Pennſylvanien zu Harrisburgh in Folge beſtrittener Wahlen vorfielen, enthalten Newyorker Blätter nähere Details. Der Präſident des Senats, auf den man ſchoß, wie es ſcheint, als er ſeinen Sitz einnehmen wollte, ſah ſich genöthigt, zum Fenſter hinauszuſpringen. Die Miliz weigerte ſich, unter die Waffen zu treten. Der Pöbel machte Miene, das Arſenal anzugreifen, zog ſich aber, als man ihm verſprach; die Waffen nicht gegen ihn anzuwenden, in eine benachbarte Taverne zurück, um zu trinken. Schon vorher war der Vorſchlag gemacht worden, den Sprecher des Repräſentantenſaals zu betheeren und zu befedern; ob der Vorſchlag ausgeführt wurde, wird nicht erzählt. — Am 5. December Morgens, in einem dichten Nebel, ſtießen auf der Eiſenbahn zwiſchen Philadelphia und Baltimore zwei Wagenzüge auf einander, wobei der Ingenieur und ein Heizer auf dem Dampfwagen von Baltimore getödtet, und auf dem andern Train drei Menſchen ſchwer verletzt wurden. Maſchinen und Wägen wurden zerſchmettert, und man hörte den Stoß auf mehr als zwei Meilen Entfernung.

Newyorker Blätter bis zum 9. December berichten aus Harrisburgh bis zum 8., daß die Ruheſtörungen fortdauerten. Der Pöbel hielt das Arſenal beſetzt, und nöthigte die Legislatur, ihre Operationen einzuſtellen. Eben war ein Aufruf an das Militär zum Einſchreiten mit Waffengewalt erſchienen.

Frankreich.

Am 30. December Abends 9 Uhr empfing der König die große Deputation der Pairskammer, welche beauftragt war, Sr. Majeſtät die Antwortsadreſſe auf die Thronrede zu überreichen. Der König erwiederte: „Herren „Pairs! Ich bin ſehr gerührt von den Glückwünſchen, wel„che Sie Mir wegen der Geburt Meines Enkels darbrin„gen, und dieſer neue Beweis Ihrer Geſinnungen für Mei„ne Familie und für Mich iſt Meinem Herzen ſehr theuer. „— Ich empfange mit lebhafter Befriedigung die Zuſi„cherung der Fortdauer jenes Beiſtandes, welchen die Pairs„kammer Meiner Regierung ſtets geleiſtet, und der Mit„wirkung, welche ſie ihr mit ſo viel Ausdauer und Erfolg „gewährt hat. Dieſe Zuſicherung iſt zu gleicher Zeit ein „ſehr ſüßer Lohn für Meine Bemühungen und ein Unter„pfand der Dauer jener Eintracht der großen Staatsge„walten, welche die beſte und ſolideſte Garantie unſerer „conſtitutionnellen Inſtitutionen, ſowie der Ruhe und der „Wohlfahrt Frankreichs ausmacht.“

Die Adreßcommiſſion der Deputirtenkammer hat, nachdem ſie in ihrer Sitzung vom 30. December die Erläuterungen von Seite des Präſidenten des Conſeils, der in ihrer Mitte erſchienen war, vernommen, Hrn. Etienne mit ſechs Stimmen zum Redacteur des Adreßentwurfs ernannt. Hr. Debelleyme hatte drei Stimmen erhalten. Hr. Etienne hatte ſeine Stimme dem Hrn. Paſſy gegeben. Hr. Etienne hat verſprochen, ſeine Arbeit am Neujahrstage der Commiſſion zu unterlegen, ſo daß der Adreßentwurf wahrſcheinlich am 3. Jänner in der Kammer vorgeleſen werden konnte.

In der Sitzung des Pariſer Aſſiſenhofes am 30. December wurde die Verhandlung in dem Prozeſſe Gisquets gegen den Meſſager fortgeſetzt. Nach einem Kreuzverhöre gegen die Zeugen Foucaud und Hediard ſagte Hr. Moreau, Unternehmer einer Omnibuslinie, aus, er habe um die Conceſſion zu erlangen, Hrn. Nay, Generaleinnehmer in Troyes, Tochtermann Gisquets, 32 Actien im Nominalwerth von 32,000 und im wirklichen von 52,000 Fr. gegeben. Hr. Gisquet ſagte aus, er wiſſe kein Wort von dieſer Verhandlung, und Hr. Nay behauptete, er habe jenes Geſchenk als ein Zeichen alter Freundſchaft angeſehen, übrigens allerdings zu Gunſten der Conceſſion mit Rieublanc, Diviſionschef auf der Präfectur, der darüber ein Gutachten abzugeben hatte, geſprochen, und dieſer Verwendung ſei nach ſeiner Anſicht die Ertheilung der Conceſſion zu verdanken. Nun ſagte aber Hr. Rieublanc aus, er habe in ſeinem Gutachten auf Verwerfung des Conceſſionsgeſuchs angetragen, die Conceſſion ſei aber dennoch von dem Präfecten ertheilt worden. Hr. Mauguin, Vertheidiger des Angeklagten, deutete noch an, Hr. Nay habe ſeine Intereſſen ſo enge mit denen ſeines Schwiegervaters verbunden, daß er die Einkünfte ſeines General-Einnehmeramtes mit demſelben theile. Ein weiterer Zeuge war Hr. Viel, Unternehmer eines warmen Bades in der Seine, welcher für die Conceſſion dazu Hrn. Foucaud, der ſich dafür bei dem Präfecten verwendete, Actien im Werthe von 10,000 Fr. abtrat. Hr. Mauguin wollte nun noch die Behauptung des Meſſager, daß Hr. Gisquet bei dem berüchtigten Flintenhandel 427,000 Fr. gewonnen habe, beweiſen; der Präſident ließ jedoch dieſe Beweisführung nicht zu, weil ſie ſich auf eine außeramtliche Handlung Gisquets beziehe, eine ſolche aber nicht vor den Aſſiſenhof gehöre. Mauguin bemerkte, Hr. Gisquet werde ſelbſt geſtehen müſſen, daß er jene Summe gewonnen habe; dieſer aber antwortete entſchieden verneinend.

Am 29. December 5Percents Fin Courant geſchloſ-

len zu 109 Fr. 90. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 70.

Niederlande.

Das Handelsblad behauptet wiederholt gegen die Angaben der Morning-Post und des Avondbode, daß seine neuliche Mittheilung, England habe an Belgien eine vom Kriege ernst abmahnende Note gerichtet, der Wahrheit gemäß sei.

Belgien.

Die Repräsentantenkammer genehmigte am 28. December das Budget der Finanzen. Nach Erstattung des Commissionsberichts wurden die neuen Bittschriften, welche an die Kammer gegen die sogenannte Gebietszerstückelung gerichtet worden, ohne Discussion, wie die früheren, an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten gewiesen. — Der Senat genehmigte an demselben Tage die verschiedenen Artikel des Budgets des Innern. In seiner geheimen Sitzung vom 27. genehmigte er einstimmig den Gesetzentwurf zur Unterstützung der Bank von Belgien. — Der ministerielle Independant versichert, der Merode'sche Antrag, Frankreich eintretenden Falls zur Besetzung der belgischen Festungen aufzurufen, sei nicht, wie die Meinung einiger Leute wäre, mit Beistimmung der Regierung gestellt worden; Hr. von Merode habe sein Vorhaben Niemanden vorher mitgetheilt. Dieß sei dadurch schon bewiesen, daß die Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten sich beeilt haben, die Tagesordnung zu verlangen; und zudem würde gewiß nicht ein Staatsminister ohne Portefeuille und ohne Verantwortlichkeit beauftragt worden seyn, einen solchen Antrag zu stellen, sondern ein Portefeuille-Minister, im Namen des Königs und mit Zustimmung aller seiner Collegen redend. Ein Blatt spricht sogar davon, daß wegen dieses Antrags die Kammer aufgelöst werden solle. — In Antwerpen setzt man eifrig die Vertheidigungsarbeiten fort. Man ist thätig beschäftigt, die Batterien von Kattendyk an bis zum Nordthor wieder herzustellen. Die Thätigkeit der Arbeiter ist so groß, daß sie die Nacht hindurch fortgesetzt arbeiten.

In seiner Sitzung vom 29. December hat der Senat das Kriegsbudget ohne Widerrede einstimmig genehmigt. Mehrere Senatoren waren der Meinung, daß solches ohne Abänderung so angenommen werden müsse, wie es vorgelegt worden war, um den Kriegsminister in den Stand zu setzen, auf das Wohl und die Sicherheit des Landes zu wachen. Die HH. Duval und Quarré vertheidigten sich dabei gegen den Angriff, dem sie in der Presse ausgesetzt sind, und bemerkten, daß nichts sie abhalten werde, stets ihre Ueberzeugung auszusprechen.

Die Repräsentantenkammer hat am 29. December das Korngesetz genehmigt, und sich alsdann bis zum 15. Jänner vertagt.

Am 30. December interpellirte im Senat Hr. Dumon-Dumortier den Minister der auswärtigen Angelegenheiten über eine Stelle in der Rede des Grafen Molé bei der Debatte in der Pairskammersitzung vom 27. December. Graf Molé hatte nämlich geäußert: Die Territorialfrage sei bei der Conferenz zu London von Niemanden, selbst nicht von Belgien, angeregt worden. Diese Angabe wünschte Hr. Dumon-Dumortier ausgelegt zu bekommen. Der Minister antwortete so, daß man sieht, Graf Molé habe sich ganz richtig ausgedrückt. Die belgische Regierung hat vor November 1838 in London nur die Schuldfrage betrieben, gedachte aber, wenn diese geordnet sei, mit der Territorialfrage nachzurücken. Die kriegerische Adresse der Repräsentantenkammer brachte eine Aenderung in die diplomatischen Verhandlungen, so daß im Laufe des Decembers zumeist auf der Territorialfrage (Limburg und Luxemburg betreffend) bestanden wurde. Aus den Explicationen des Hrn. de Theux ergibt sich übrigens, daß Belgien noch nicht seine Zustimmung zur Regulirung der Schuld gegeben hat, obschon sein Antheil daran bedeutend vermindert worden ist.

Der Graf F. von Merode protestirt gegen die Deutung, welche man seiner letzten Rede in der Repräsentantenkammer gegeben hat. Er sagt, daß nur diejenigen, welche den Gegenstand mit minderer Aufmerksamkeit betrachten, als er, in seiner Proposition, die Festungen durch französische Truppen besetzen zu lassen, eine Unbesonnenheit seinerseits wahrnehmen können. Er ist der Meinung, obgleich es ein Uebelstand sei, wenn man einen Theil des Landes fremden Truppen anvertrauen müsse, so unterschiede er doch wohl den Freund von dem Feinde, und in dieser Hinsicht könne der zu gewährende Vorzug nicht zweifelhaft seyn.

Teutschland.

Aus Würzburg wird vom 31. December gemeldet, daß der Erbprinz des fürstl. Hauses Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Constantin, in der Nacht vom 26. auf den 27. in der Residenz zu Kleinheubach plötzlich am Schlagfluß gestorben ist. Er war geboren den 28. September 1802 und vermählte sich 1829 mit Agnes, Tochter des hochseligen Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, die ihm vor drei Jahren durch den Tod entrissen wurde. Er hinterläßt aus dieser Ehe zwei Kinder, die Fürstinn Adelheid, geboren 1831, und den Fürsten Carl Heinrich Ernst Franz, geboren 21. Mai 1833, nunmehrigen Erben des Hauses.

Wien.

Am 8. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	108⅛.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101¼.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	692½.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65⅝.

Bankactien pr. Stück 1483 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 10

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 10. Jänner 1839.

1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 8. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.179	27 3. 11 L. 2 P.	+ 4.1	W. mittel.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.292	28 0 7	+ 4.6	NW. schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.275	28 0 4	+ 1.8	NW. stark.	trüb.

Frankreich.

Am Neujahrstage empfing der König die Glückwünsche der großen Deputationen der Pairs- und der Deputirtenkammer, des Cassations- und des Rechnungshofes, des Staatsraths, des diplomatischen Corps u. s. w. zum Jahreswechsel. Der kais. österreichische Botschafter Graf Apponyi hielt im Namen des diplomatischen Corps folgende Anrede an den König: „Das diplomatische Corps hat die Ehre, Ew. Majestät aus Anlaß des Jahreswechsels seine Huldigungen und seine Wünsche darzubringen. — Die Eintracht, die unter den Cabineten in dem eben abgelaufenen Jahre geherrscht hat, ist ein Unterpfand derjenigen, die sie fortwährend verbinden wird, und für Europa eine Bürgschaft der Aufrechthaltung des Friedens und der Prosperität. Zu diesen Wohlthaten, welche Frankreich durch die Sorgfalt und die Bemühungen Ew. Majestät, deren Erfolg unser Vertrauen befestigt, zu Theil geworden sind, hat der Himmel die Geburt eines Prinzen hinzugefügt, der ein Gegenstand von Wünschen und Hoffnungen ist, die eine von uns noch ferne Zukunft erfüllen wird. Dieses glückliche, dem Herzen Ew. Majestät in so vielen Beziehungen theure Ereigniß erheischt unsere aufrichtigen Glückwünsche; und wir bitten Sie, Sire, selbe so wie unsere ehrfurchtsvollen Wünsche für das Glück Ew. Majestät und Ihrer erlauchten Familie zu genehmigen." — Der König erwiederte: „Ich danke dem diplomatischen „Corps für die Wünsche, die Sie Mir in seinem Namen „ausdrücken. Ich wünsche Mir Glück mit Ihnen, daß die „Vorsehung Meine Bemühungen, Frankreich die Fortdauer der Ruhe und des Friedens, deren es sich jetzt erfreut, zu sichern, gesegnet hat. Ich hege das Vertrauen, „das beginnende Jahr, nicht minder glücklich, als die „verflossenen, werde jene Eintracht aller Regierungen zur „Befestigung des allgemeinen Friedens und zur Bewahrung der Nationen vor der Wiederkehr der Uebel, durch „die sie so viel gelitten haben, immer mehr und mehr befestiget sehen. — Ich bin sehr dankbar für die Glückwünsche, die Sie Mir aus Anlaß der Geburt Meines Enkels darbringen, und sehr gerührt von allen den Gesinnungen, die Sie Mir für Meine Familie und Mich an „den Tag legen."

Folgendes ist die Rede, welche der Präsident der Deputirtenkammer, Hr. Dupin, an den König hielt: „Sire! Die Deputirtenkammer, stets treu und gewogen (affectionnée), erneuert Ew. Majestät die Wünsche, welche sie nie aufhört, für das Glück des Königs und aller Glieder seiner erlauchten Familie zu hegen. Mit lebhaftem Vergnügen haben wir gesehen, wie sie einen Zuwachs erhalten hat durch die Geburt eines Sohnes des Thronerben, des Grafen von Paris, — der, durch Ihre Sorge und nach dem Beispiele seines Vaters — dieses tapfern, loyalen, edel-uneigennützigen Prinzen — erzogen werden wird in der Achtung vor den constitutionnellen Institutionen, deren Eroberung Frankreich so viele Opfer gekostet hat, und deren aufrichtige Uebung von Seiten aller Gewalten — jede innerhalb der Gränzen ihrer Rechte — allein die öffentlichen Freiheiten, die zu vertheidigen wir berufen sind, zu schützen, und die Sicherheit des Thrones, denwir mit unserer Liebe und unserem Beistand umringen, zu verbürgen vermag." — Der König erwiederte auf diese Anrede: „Ich bin sehr gerührt von den Wünschen, welche Sie Mir im Namen der Deputirtenkammer darbringen; die Kammer weiß, wie glücklich es Mich „stets macht, den Ausdruck ihrer Gesinnungen, ihrer „Mitwirkung und ihrer zu dem Gange der Regierung, „dem Wohle Frankreichs, und der Erhaltung seiner Freiheiten so nothwendigen Unterstützung, zu vernehmen. „Es ist die Eintracht aller Staatsgewalten, welche die „Stärke einer jeden macht; die Stärke der Könige, wie die der Nationen, beruht auf ihrem gegenseitigen Vertrauen. Dieses Vertrauen hat Mich zum Throne „berufen, und Mein ganzes Leben ist eine Bürgschaft des „Werthes, welchen Ich darauf lege, es Mir zu bewahren. Mein Enkel wird in diesen Gesinnungen erzogen „werden; er wird von seinem Vater und von Mir lernen, wie es seine erste Pflicht ist, die Rechte Aller zu achten, und sein erstes Interesse, der Nation jenes heilsame Vertrauen einzuflößen, der constitutionnelle Thron „sei der wahre Schutzwall der öffentlichen Freiheiten, und „könne allein Frankreich die Behauptung seiner Ehre, im „Innern und nach außen, und den Genuß der Vortheile sichern, welche, wie der Präsident der Kammer so eben „gesagt hat, uns so theuern Preis gekostet haben. Wir „ernten jetzt die Früchte dieser Vortheile: Unser gemeinsames Streben muß darauf gehen, sie zu bewahren, und „dieses Ziel, wir werden wissen es zu erreichen, trotz der „Hemmnisse aller Art, denen wir auf unserm Wege begegnen. Daß es so kommen werde, dafür bürgt Mir „das Vertrauen der Nation, Ihre Unterstützung, Ihre „Wohlgeneigtheit. Es macht Mich glücklich, Ihnen die „Meinige bezeugen zu können, und Sie so zahlreich um „Mich her versammelt zu sehen."

Das Journal des Debats vom 1. d. M. gibt einen scharfen Artikel über das scheinbare Einbeugen der Coalition. „Hr. Etienne," heißt es, „ist zum Berichterstatter der Adressecommission ernannt worden. Diese Ernennung hätte vor acht Tagen allgemeines Erstaunen erregt; heute wundert sich Niemand darüber. Vor acht Tagen, als die Kammer die Häupter der Coalition in die Commission wählte, konnte man glauben, diese Demonstration habe einen Sinn; man durfte annehmen, es sei die Absicht der Kammer, die seit sechs Monaten gegen die Minister um-

laufenden Anklagen in klaren Worten aussprechen zu lassen. Die Nothwendigkeit einer offenen Fassung des Adresse-Entwurfs vertrug sich nicht mit dem Talent für parlamentarische Zweideutigkeit (Amphibologie — auf Schrauben gestellte Redensarten), das Hr. Etienne besitzt. Es schien unmöglich, daß eben er zum Organ so leidenschaftlichen Hasses, so entschiedener Ehrsucht, als welchen die Kammer freie Bahn gegeben, ausersehen werden könnte. Heute hat man aber das Geheimniß des Kunststücks, durch welches die Chefs der Coalition, die präsumtiven Nachfolger der Minister vom 15. April, und zwei ihrer vertrauten Rathgeber, in die Commission gekommen sind. Die Coalition hoffte, das Cabinet würde vor einer so furchtbaren Demonstration zusammenbrechen. Dann bot die Adressecommission ganz natürlich die Elemente zu einem neuen Ministerium an. Man hegte große Erwartungen von dem glücklichen Zufall, der Hrn. Guizot mit Hrn. Thiers, Hrn. Duvergier de Hauranne mit Hrn. Mathieu de la Redorte, zusammengebracht hatte. In Mitte dieser lachenden Hoffnungen war es erlaubt, nicht an Hrn. Etienne zu denken. Der Plan ist inzwischen verunglückt. Die Minister vom 15. April sind nicht gewichen. Die alte Majorität hat sich neu constituirt; sie bietet dem erschütterten Cabinet eine kräftige Stütze dar. Der Conseilspräsident hat durch würdige Stellung und großes Talent die Pairskammer für sich gewonnen. Unter diesen Umständen mußte wohl die Coalition auf einen Rückzug denken. Die Häupter wollten sich nicht compromittiren. Die Ehrgeizigen, denen nicht mit Volksgunst allein gedient ist, sind nicht eben willens Oppositionsprogramme zu formuliren, die sehr unbequem werden für Staatsmänner am Ruder. Da ist man denn — aus der Noth eine Tugend machend — auf Hrn. Etienne verfallen, der schon einmal eine doppelsinnige Adresse entworfen hat, die den HH. Guizot und Thiers, als sie zum Cabinet vom 11. October gehörten, so viel zu schaffen gemacht. Er soll nun ein Project von gleichem Kaliber zur Qual der Minister vom 15. April aufsetzen. So ist es gekommen, daß Hr. Etienne Berichterstatter der Commission wurde. Eine Commission, worin Thiers, Guizot, Duvergier de Hauranne sitzen, worin diese ausgezeichneten Männer über eine entschiedene Majorität verfügen, hat Hrn. Etienne zum Berichterstatter ernannt!"

In einem zweiten Artikel provocirt das Journal des Debats die Coalition, bei der Berathung über die Adresse endlich aufrichtig zur Sprache zu bringen, in welcher Weise der König regieren soll, und wie er es anzufangen hat, um auch wieder nicht zu regieren; mit andern Worten: Die Coalition soll die Kammer nöthigen, den Satz: **le Roi règne, mais ne gouverne pas** authentisch zu interpretiren.

In der Sitzung des Assisenhofes vom 31. December wurde das Verhör in der Sache Gisquets gegen den Messager beendigt. Hr. Gisquet selbst sprach noch; er beharrte darauf, daß er überall ohne Nebenrücksichten im öffentlichen Interesse gehandelt habe. Hinsichtlich der von dem Omnibusunternehmer Moreau an den Tochtermann Gisquets, Hrn. Nay, abgetretenen 25 Actien stellte sich heraus, daß diese nicht direct ein Geschenk waren, indem Hr. Nay den Nominalwerth, 25,000 Fr., dafür bezahlte; indirect war diese Abtretung al pari aber doch ein Geschenk, indem diese Actien damals nach dem Börsenkurs 50,000 Fr. werth waren. Am Schlusse der Sitzung hielt der Advocat Parquin seine Rede im Namen des Klägers. Er suchte auszuführen, daß alles Vorgebrachte Verläumdung sei, was schon daraus hervorgehe, daß alle diese angeblichen Thatsachen auf die Zeit von vier bis fünf Monaten sich zusammendrängen, während aus der übrigen Amtsdauer Hrn. Gisquets, die doch fünf Jahre betragen habe, nichts Nachtheiliges angeführt werde. Ueber den Hauptzeugen gegen seinen Clienten, Hrn. Foucaud, behauptete Hr. Parquin, dessen Angriffe gehen aus persönlicher Gereiztheit hervor, indem derselbe sich durch den von ihm aufgefangenen Brief Gisquets an seine (Foucauds) Gattinn, in welchem diese von dem Polizeipräfecten gebeten worden war, die Frau von Rieul eifersüchtig zu machen, sich beleidigt glaube. — Die Wähler von St. Denis, welche Hrn. Gisquet zum Deputirten gewählt haben, sollen beabsichtigen, in einer Bittschrift bei der Kammer auf seine Ausschließung anzutragen. — Auch heißt es, Hr. Gisquet solle aus der Liste der Staatsräthe gestrichen werden.

Man gibt die Verluste, welche die Pariser Börse im verflossenen Jahre an industriellen Actien und fremden Staatspapieren erlitten hat, auf mehr als 100 Millionen an.

Am 31. December 5 Percents 109 Fr. 70. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 80. 3 Percents 78 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 50. — Am 2. Jänner 5 Percents 110 Fr. 5. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 40. 3 Percents 78 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 85.

Spanien.

Aus Madrid sind auf gewöhnlichem Wege bis zum 2. Jänner keine neueren Nachrichten eingelaufen, als bis zum 24. December. In einem Schreiben des Madrider Correspondenten der Allgemeinen Zeitung von diesem Datum heißt es: „Hr. Campuzano hat so eben eine neue Flugschrift unter dem Titel: „Anhang zu meiner Wahrheit (**Apendice á mi verdad**), von D. J. Fr. Campuzano" herausgegeben. Diese Flugschrift möchte in der That wohl der einzige Anhang seyn, welchen jene „Wahrheit" gefunden hat. Das bescheidene Motto lautet: **qui non est mecum contra me est!** S. 9 gibt Hr. Campuzano der Königinn-Regentinn folgenden Rath: „Wenn Ihre Majestät (den „Sieg des Don Carlos) vermeiden wollen, so folgen Sie „dem Beispiel ihres erlauchten Oheims, der sich 1830 mit „einer drohenden Revolution und mit einer Million, „durch den Marschall Soult organisirter Nationalgarden „zur Seite, von den absolutistischen Regierungen anerkennen ließ; so und nicht durch wohlklingende Worte „oder fremde Vermittlungen wird Ihre Majestät bald das „Vergnügen haben, Ihre geliebte Tochter Isabelle auf „dem Throne befestigt zu sehen." Gewiß wird Ihre Majestät nicht anstehen, diesen tiefsinnigen Rath zur Ausführung zu bringen, vor dessen bloßer Ankündigung der Prätendent die Flucht ergreifen muß! — Die Regierung hat den General Seoane zum Generalcapitän von Galicien ernannt. Er selbst hatte gewünscht, nach Malaga geschickt zu werden, um Palarea abzulösen, und ich bezweifle um so mehr, daß er jene Ernennung annehmen werde, da er es vorziehen wird, in Madrid zu bleiben, um im Congresse seine angekündigte Anklage gegen Toreno durchfechten zu können. — Gestern begann im Congresse die Discussion des Commissionsgutachtens, welches darauf anträgt, die Regierung zu ermächtigen, die Generäle Cordova und Narvaez vor Gericht zu stellen. Bei dieser Gelegenheit hielt der vertraute Freund des letzteren, Hr. Borrego (Redacteur des Correo Nacional), einen langen Vortrag, in welchem er, zum Theil auf ämtliche Documente gestützt, das Benehmen des Generals Narvaez, sowohl wegen der Vorfälle in Madrid vom 28. October, als auch wegen seiner Theilnahme an den Ereignissen in Sevilla, zu rechtfertigen suchte. In der That haben selbst der General Sanjuanena und der Graf Clonard die Dienste, welche

Narvaez zur Unterdrückung der Insurrection von Sevilla leistete, rühmend anerkannt. Desto mehr aber verliert er in den Augen der Exaltirten. Cordova's Benehmen zu entschuldigen, hat sich übrigens noch Niemand unterfangen."

Die Pariser Journale vom 3. Jänner, die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, bringen Nachrichten aus Madrid vom 25. und 26. December. — Die Deputirtenkammer hatte in ihrer Sitzung vom 24. die Regierung ermächtigt, die Generäle Cordova und Narvaez vor Gericht zu stellen. — Briefen aus Madrid vom 25. December zufolge hatten General Borso di Carminati und der Oberst Pezuela vom vierten leichten Cavallerieregimente ihre Entlassung eingeschickt, weil van Halen die zweihundert Carlistischen Gefangenen, denen sie die Erhaltung des Lebens versprochen hatten, erschießen ließ. Ueber die Wortbrüchigkeit und Barbarei jenes Chefs empört, wollen sie nichts mehr mit einer Sache zu schaffen haben, die sich durch so gräuliche Excesse schändet. Dieselben Briefe machen die Bemerkung, daß General van Halen, während er so grausam gegen die Carlisten verfährt, in Valencia die Mörder seines Collegen Mendez-Vigo, der unlängst bei einer von der ultra-revolutionnären Partei angezettelten Emeute erschossen wurde, unbestraft läßt. General van Halen zittert vor jener Partei, und seine Schwäche in dieser Beziehung ist so groß, daß der Xefe politico und der Intendant von Valencia ihre Posten verlassen haben, da sie nicht mehr den nöthigen Schutz bei ihm finden konnten.

Ueber die letzten Vorfälle in Valencia, Arragonien und Cataloien meldet ein Schreiben aus Bayonne vom 26. December: „In Valencia und Arragonien ist es immer die alte Geschichte. Die Carlisten, wenn sie auch einige Leute von der Arrieregarde verlieren, bringen ihren Raub größtentheils in Sicherheit, und dringen immer wieder durch Gegenden vor, von welchen sie völlig abgeschnitten zu seyn scheinen. Während van Halen von Teruel nach Segorbe marschirte, um aus dem Gefecht von Cheste Nutzen zu ziehen, zog Cabrera, der durch die Stellung van Halens von dem Innern des Landes ausgeschlossen zu seyn schien, bei der rechten Flanke van Halens vorbei nach Calamocha (am 11.), ergoß sich in zwei Colonnen, jede von 2500 bis 3000 Mann, über das ganze Mittelarragonien bis Epila und la Muela hin, und kehrte mit Beute beladen längs dem Ebro wieder in das Innere nach Albalate und Lezera zurück. Die Division Mir war zu schwach, um etwas Anderes zu thun, als irgend ein isolirtes Detaschement zu überfallen; van Halen eilte zu spät wieder zurück, und war am 17. in Teruel angekommen. In Folge dieses Streifzugs war die Communication mit Madrid fünf Tage unterbrochen. Die Bewaffnung des Landes hat bis jetzt bloß in den Umgebungen von Saragossa Fortgang; man hat schon 3 Bataillons versammelt, und auch Offiziere ernannt, aber noch nicht Waffen und Kleidung übergeben, da bis jetzt Alles provisorisch ist. Denn van Halen hat noch nicht das von der Junta von Saragossa ausgearbeitete Reglement gebilligt, und scheint sich überhaupt bloß auf die Kriegsoperationen zu beschränken, von denen er auch keinen großen positiven Vortheil zieht. — Der Baron Meer hat unterdessen einen Vortheil über die Carlisten erfochten. In dem Thale Aran an der Gränze von Frankreich hatte die kleine Besatzung von Viella aus Unzufriedenheit den Gouverneur ermordet, und sofort zweien Compagnien, die aus Lerida dahin marschirten, den Eingang in das Fort verweigert. Ein Theil der Einwohner rief die Carlisten zu Hülfe; mehrere Häuptlinge mit ungefähr 1600 Mann marschirten dahin, und zwangen sowohl die Aufrührer als die erwähnten 2 Compagnien, jene im Fort, diese in der Ortschaft Viella sich einzusperren; der Graf d'España selbst hielt die Stellung am obern Segre, welche den Eingang in das Thal bedeckt, besetzt; aber der Baron Meer combinirte sich mit der Division von Lerida, und griff die Carlisten am 11. und 12. an, welche zuerst aus Estavon, und dann aus Tirbia geworfen wurden, wobei ihnen eine Compagnie abgeschnitten ward. Ihr ganzer Verlust soll gegen 400 Mann betragen; die in das Thal Aran eingedrungenen Carlisten hatten es bereits verlassen, um sich mit dem Grafen zu vereinigen."

Großbritannien und Irland.

Die von der Times gegebene, von andern Londoner Journalen bezweifelte Nachricht, daß in Quebec Ruhestörungen vorgefallen seien, wobei sich die Miliz geweigert habe, auszurücken, weil ihre Soldrückstände noch nicht berichtigt seien, scheint sich zu bestätigen. Der Standard will wissen, Sir John Colborne habe durch den „Herkules," der obige Nachricht überbracht haben soll, eine Verstärkung von wenigstens 10,000 Mann begehrt.

Die Morning-Post will aus guter Quelle erfahren haben, daß Rundschit Singh sich trotz des Tripelallianzvertrags bestimmt geweigert habe, den brittischen Truppen den Durchzug durch das Pendschab zu gestatten und daß demzufolge Commodore Burnes den Auftrag erhalten habe, zu untersuchen, ob nicht eine Schiffbrücke über den Indus außerhalb des Gebiets „dieses treuen Alliirten des edlen Generalgouverneurs" geschlagen werden könne.

Der Sun versichert, die Directoren der ostindischen Compagnie hätten sich an den Herzog von Wellington gewendet, um seine Meinung über die beabsichtigte Expedition nach Kabul zu vernehmen. Die Antwort, welche der Herzog gegeben, sei von der Art gewesen, daß die Directoren sich bewogen gefunden hätten, die Weisung zu ertheilen, sämmtliche Truppen zurückzurufen und den Krieg gegen Herat und Kabul nicht weiter zu verfolgen.

Zwischen Sir Francis Head, vormaligen Gouverneur von Obercanada, und Lord Melbourne ist es zu einem scharfen Briefwechsel gekommen. Ersterer verlangt von der Regierung, daß es ihm gestattet sei, sein eigenes Verfahren in Canada durch die Oeffentlichkeit zu rechtfertigen; letzterer erklärt, ihn nicht daran hindern, aber als Staatsbeamter einen so ungewöhnlichen Schritt nicht gutheißen zu können. Unter diesen Umständen hat es ersterer für gerathen gefunden, wenigstens nur seine Correspondenz mit dem Premierminister, nicht auch seine Depeschen an die Regierung, der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Ein an alle Werber der Armee gerichtetes Circular verbietet denselben, Leute mittelst falscher Versprechungen von Beförderung und Geldbelohnung zum Eintritte in den Dienst zu verlocken. In diesem Circular wird auch erklärt, daß jede Person, welche in trunkenem Zustande oder sonst durch List verleitet worden wäre, sich anwerben zu lassen, sogleich, wenn sie es nachher fordere, wieder entlassen werden solle.

Consols am 30. December und 1. Jänner 94¼.

Preußen.

In dem durch die Preußische Staatszeitung publicirten Landtagsabschied für die Kur- und Neumark Brandenburg, datirt vom 14. October, heißt es unter Anderm: „Die Ausführung des Vorschlags wegen Deportation unverbesserlicher Verbrecher in überseeische fremde Länder unter-

liegt großen Schwierigkeiten. Es sind bereits deßhalb mit auswärtigen Regierungen Verhandlungen gepflogen worden, die aber zu keinem Resultat geführt haben, da sich bisher kein Staat zur Uebernahme schwerer Verbrecher hat verstehen wollen, und dieselben auch in den vereinigten Staaten von Nordamerika nicht mehr zugelassen werden. Gleichwohl haben wir unserm Staatsministerium aufgetragen, diese Angelegenheit noch weiter zu verfolgen."

Am 28. December wurde die vierte Generalversammlung der Actionäre der Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahn, unter dem Vorsitze des Grafen von Spee, gehalten. In derselben wurde zuvörderst der Jahresbericht der Direction über den Standpunct des Unternehmens vorgetragen, die seitherige Rechnung über Einnahme und Ausgabe vorgelegt und zur Prüfung und Decharge eine Commission aus der Mitte der Actionäre angeordnet. Unter den gefaßten Beschlüssen ist derjenige besonders bemerkenswerth, daß der Endpunct der Eisenbahn vorläufig vor Elberfeld, an der sogenannten Steinbeck, festgesetzt ist. Dieser von den früheren Bestimmungen abweichende Beschluß ist durch die veränderte Lage der Dinge herbeigeführt, besonders dadurch, daß sich die Gesellschaft der Rhein-Weser-Eisenbahn neuerdings aufgelöst hat, wodurch der früher normirte Anschlußpunct beim Schlachthause in Elberfeld zwecklos geworden ist.

Niederlande.

Im Journal de la Haye vom 30. December liest man: „Als wir vor einigen Tagen aus dem „Handelsblad" den Artikel aufnahmen, welcher eine von Lord Palmerston an die belgische Regierung gerichtete Note betraf, fügten wir hinzu, daß wir gute Gründe hätten, diese Nachricht für wahr zu halten. Unser Beweggrund, zur Verbreitung derselben so viel als möglich mitzuwirken, wird gewiß von Niemand getadelt werden; er bestand nämlich darin, sowohl den irregeleiteten Belgiern, als denjenigen, welche dieselben in ihren ungerechten und unverständigen Forderungen unterstützen, baldmöglichst zu zeigen, welchen Abgrund sie vor sich haben, wenn sie auf dem eingeschlagenen Wege bleiben. Gegenwärtig will nun der „Avondbode" glauben machen, daß die Nachrichten des „Handelsblads" erdichtet seien, und daß das Publicum solchen Berichten kein Vertrauen schenken sollte. Da dieser Angriff indirect auch uns betrifft, indem wir den Artikel des „Handelsblads" bestätigten, so fragen wir den „Avondbode," seit wann wir ihm das Recht gegeben haben, uns so leichtfertig der Verbreitung falscher Gerüchte zu beschuldigen. Freilich haben wir die Note selbst nicht gesehen, wir wissen sogar nicht einmal genau, in welchen Worten sie abgefaßt ist; aber wir wiederholen gleichwohl, daß wir gute Gründe haben, anzunehmen, das „Handelsblad" sei, was die Hauptsache betrifft, vollkommen gut unterrichtet gewesen."

Belgien.

Der Moniteur Belge enthält eine königliche Verordnung, wonach bei jeder der drei Divisionen der Armee ein für das Jahr 1839 permanenter Feldkriegsrath ernannt wird.

Im Commerce Belge liest man: „Im Laufe dieser Woche hat die Regierung, wie man vernimmt, eine neue Note mehrerer bei der Londoner Conferenz vertretenen Mächte erhalten, worin gegen die militärischen Bewegungen und Maaßregeln, welche seit kurzem in Belgien Statt gefunden, auf das kräftigste protestirt wird. Es scheint, daß der Kriegsminister in Folge der in dieser Note enthaltenen Verwarnungen bis zum 15. März den Wiedereintritt der Milizen von 1837 verschoben hat. Dieß findet auch seine Bestätigung in der Langsamkeit, mit der jetzt die nach dem Luxemburgischen gerichteten Truppenbewegungen Statt finden, ferner in der Zusammenziehung einer Heeresabtheilung im Lager von Beverloo, so wie in der den Administrationschef ertheilten Ordre, keinen neuen Armeeofficianten anzustellen und selbst die kürzlich Angestellten nur auf dem Disponibilitätsfuß zu erhalten. Die Meinung, den Frieden nicht gestört zu sehen, gewinnt überall mehr Raum, denn ein hochstehender Beamter, der, vermöge seiner Stellung, das Kriegshandwerk liebt, versichert heute, daß sich die Majorität der Kammern und der Nation für die Ausführung der 24 Artikel aussprechen würde, falls man ihnen die Frage unentstellt vorlegte. Dem französischen Ministerium schrieb er diesen unerwarteten Meinungswechsel der Männer seiner Partei zu; ja er bezweifelte sogar die vielgerühmte Festigkeit der HH. de Theux, Ernst und von Huart, welche, um ihr Portefeuille zu behalten, gewiß auch am Ende den Entscheidungen der Conferenz beitreten würden."

Der Senat hat in seiner Sitzung vom 31. December das Budget angenommen. Bei der Gelegenheit des die Staatscasse betreffenden Artikels hat H. Dumon-Dumortier die Aufmerksamkeit des Finanzministers auf die Nothwendigkeit geleitet, die Mittel anzugeben, die Staatscasse aus den Händen der Société générale zurückzuziehen, da das Ereigniß der Suspension der belgischen Bank gezeigt habe, daß eine schlechte Administration in einigen Jahren die bestgerichteten Gesellschaften compromittiren könne.

Verschiedene Mitglieder der Repräsentantenkammer haben sich am 30. December zu dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten begeben, um mit ihm von der Stellung Belgiens gegen die fremden Mächte zu sprechen. H. de Theux hat, wie man sagt, ihren Interpellationen mit außerordentlicher Zurückhaltung geantwortet. Er hat ihnen gesagt, daß es noch nicht Zeit sei, den Gang, den die Unterhandlungen bis jetzt genommen hätten, bekannt zu machen.

Wien.

Durch außerordentliche Gelegenheit ist aus Florenz die traurige Nachricht hier eingegangen, daß Ihre königl. Hoheit die Prinzessinn Marie, Gemahlinn des Herzogs Alexander von Würtemberg, zu Pisa, wohin sie sich zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit begeben hatte, am 2. Jänner Abends 10 Uhr ihren Leiden unterlegen ist.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 1. d. M. und J., dem k. k. Botschaftsrath und Agenten für die geistlichen Angelegenheiten zu Rom, Freiherrn Carl von Binder-Kriegelstein, den Character eines k. k. Hofrathes, mit Belassung in seiner gegenwärtigen Anstellung, allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 9. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	108¾.
detto detto	zu 4 pC.	in C.M.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC.	in C.M.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820	für 100 fl.	in C.M.	284.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in C.M.	156½.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in C.M.	692½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in C.M.	65¼.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr., fl. 100¼ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1480 in C.M.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 11

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 11. Jänner 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 9. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.312	283. 02. 10p.	— 0.8	SO. schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.101	27 10 2	+ 2.7	SO. —	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.236	27 11 10	+ 0.2	W. stark.	—

Großbritannien und Irland.

Die Morning-Chronicle vom 31. December äußert sich in Bezug auf die belgische Frage folgendermaaßen: „Die Geschichte bietet wenige Beispiele einer undankbarern und widersinnigern Faction dar, als die ist, welche gegenwärtig in Belgien versucht, Frankreich gegen England und England gegen Frankreich, und beide gegen die östlichen Mächte zu hetzen, welche die französischen Kammern und das französische Volk in den Gränzstädten zu Demonstrationen anstachelt, die den Brand des Krieges in Europa entzünden und den Tractat der 24 Artikel, sammt allen Ansprüchen Belgiens, ein unabhängiges Königreich zu bilden, verzehren konnten. Graf Felix von Merode, einer der Koryphäen der Partei, beschuldigt England, daß es sich um Freiheit nur zu Hause kümmere, anderwärts aber als Feind derselben auftrete, während Frankreich sich in Spanien und in Belgien bei weitem bereitwilliger zu Opfern für die Freiheit der Nationen außerhalb seiner Gränzen bewiesen habe. Ein entschlossenerer Verächter der Wahrheit und des Factums, als Graf Felix von Merode, dürfte wohl schwerlich gefunden werden, und sein Sinn für Klugheit und Gerechtigkeit zeigt sich ungefähr in gleichem Verhältnisse, wenn er in der belgischen Kammer vorschlägt, daß die Franzosen ersucht werden sollen, die belgischen Festungen zu besetzen. Die Sympathie, die man für die Belgier hat, dürfte Einem wohl vergehen, wenn man ihre Staatsmänner und Deputirten eine solche Sprache führen hört. Die Erläuterungen, welche Graf Molé in der Pairskammer gegeben hat, sind jedoch ganz geeignet, den eitlen Hoffnungen und der Aufregung, die durch derlei Reden geschaffen werden konnten, ein Ziel zu setzen, und beiden Theilen, den Belgiern und den Franzosen, die Sache in ihrem wahren Lichte darzustellen. Wenn irgend eine Macht Interesse bei Aufrechthaltung des Tractats der 24 Artikel hat, so ist es vor Allem Belgien und dann Frankreich. „Die Frage einer Territorialrevision des Tractats," sagte Graf Molé, „ist von „Belgien selbst nicht eher in Anregung gebracht worden, „als nach Eröffnung seiner Kammern, und der Aufwallung, die darauf folgte. Während der Negociation wurde „nicht ein Wort über diesen Gegenstand gesagt." — Dieß ist hinreichend, um zu zeigen, daß der gegenwärtige Widerstand, der nur von einer kriegslustigen, für die Unabhängigkeit Belgiens feindlich gesinnten Partei herrührt, rein ein späterer Einfall ist. Wir müssen der französischen Opposition in der Pairskammer die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie sich keiner Unvorsichtigkeit oder strafbaren Aufregung schuldig gemacht hat."

Man glaubt, daß in den Staatseinkünften für das demnächst zu Ende gehende Finanzjahr sich ein Ausfall ergeben werde. Der Herald vermuthet, dieser Ausfall, verbunden mit den durch die canadischen Angelegenheiten erwachsenden Kosten, werde ein neues Staatsanlehen nöthig machen.

Der verhaftete Independenten-Geistliche Stephens wurde am 28. December von den Friedensrichtern verhört und am 29. gegen Bürgschaft entlassen, wobei ihm bemerkt wurde, daß er demnächst noch ein weiteres Verhör zu bestehen habe. Als er nach seiner Entlassung das Gefängnißthor erreicht hatte, wurde er von einer zahlreichen Volksmenge mit donnernden Hurrahs begrüßt. In London hat seine Verhaftung wenig Eindruck gemacht; kaum sprechen die Blätter davon.

In der neuesten Versammlung des Dubliner Versorgungsvereins beantragte O'Connell die Aufnahme von 148 patriotischen Frauenzimmern aus Limerick. Dieselben nennen sich in ihrer Adresse „die Damen des verletzten Vertrags" und drücken den Wunsch aus, mit O'Connell an der Wiedergeburt der Insel zu arbeiten, so wie den Thron der jungfräulichen Königinn zu stützen, und ihn gegen die Macht des Selbstherrschers aller Reußen zu vertheidigen! Die Adresse ist auf Atlas gedruckt, der mit grünen Stickereien eingefaßt ist.

Es hat sich von neuem das Gerücht verbreitet, daß Lord John Russell, wenigstens auf einige Zeit, von dem politischen Schauplatz abtreten wolle. Ein neuer Verlust, der seines jüngsten Kindes, welches die Mutter nur kurze Zeit überlebte, soll ihn sehr niedergebeugt haben. Doch ist zu bemerken, daß dieß Gerücht von Torryblättern ausgeht, die vielleicht ihren Wunsch dem Minister als dessen Absicht unterschieben, da der Opposition nichts gelegener kommen könnte, als ein solcher Entschluß von Seiten des bedeutendsten Vorkämpfers der jetzigen Verwaltung; denn kein anderer Minister im Unterhause dürfte dem Führer der Conservativen, Sir R. Peel, in dem Maaße gewachsen seyn, wie Lord J. Russell, und die Opposition würde, wenn sie es mit letzterem nicht mehr zu thun hätte, weit leichtere Arbeit haben in ihren Bemühungen, wieder ein Cabinet aus ihrer Mitte ans Ruder zu bringen.

Spanien.

Das Freibataillon von Granada, das die Besatzung von Alhucemas, einem der spanischen Presidios (Deportationsorte) auf der nordafrikanischen Küste, bildet, hat sich empört, seinen Anführer ermordet, den Don Carlos proclamirt, die dort befindlichen Carlistischen Gefangenen befreit, und sich an Bord zweier Fahrzeuge, die eben im Hafen lagen, eingeschifft. Eines dieser Schiffe ist nach Oran, im französischen Nordafrika, verschlagen worden; das Schicksal des andern kennt man nicht. Ein englischer Kriegsbrigg, der im Hafen von Malaga lag, war auf die Bitte des Generals Palarea ausgelaufen, um längs der Küste von Valencia zu kreuzen.

Dem Commerce zufolge sind zwei mit Päßen von ihrer Regierung versehene conservative Parlamentsmitglieder, die HH. Borthwick und Fector, in Bayonne

angelangt, um ſich in die baskiſchen Provinzen und nach Navarra zu begeben und den Stand der Dinge daſelbſt kennen zu lernen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Mit dem Packetſchiff „Toronto" hat man in England Briefe und Zeitungen aus Newyork bis zum 10. December erhalten. Beide Häuſer des Congreſſes in Waſhington hatten bis zum 6., wo ſie ſich bis zum 10. vertagten, nur wenig Geſchäfte vorgenommen. Im Senat kündigte Hr. King, der zeitliche Präſident dieſes Hauſes, dieſelben ſtehenden Committees wie in der vorigen Seſſion an. Da die Finanzcommittee ebenfalls unverändert blieb, ſo ließ ſich von ihr demnächſt ein Bericht über den Sub-Treaſury-Plan im Sinne van Burens und Hrn. Woodbury's erwarten. Der unermüdliche Hr. Adams hat es durchgeſetzt, die Aufmerkſamkeit beider Häuſer auf das Duellweſen zu lenken. Namentlich iſt er nun auch mit ſeiner neulich erwähnten Reſolution gegen Andrew Stevenſon, dem Geſandten in London, durchgedrungen, indem er ſie in einer andern Form wieder vorbrachte, nämlich als einen Aufruf an den Präſidenten der vereinigten Staaten, Erkundigung einzuziehen, ob Stevenſon und Matthew Perry, Capitän auf der amerikaniſchen Flotte, unlängſt nicht conſpirirt hätten, dem Daniel O'Connell in England „das Lebenslicht auszublaſen (to stop the wind of . . .)." — Zu Harrisburgh war alles noch wie zwei Tage zuvor. Die Parteien ſtanden ſich kampfgerüſtet gegenüber. Der Pöbel der Locofocos hielt fortwährend das Capitol beſetzt und drohte, den Gouvernementscandidaten dieſer Partei, Hrn. Porter, bis zum 18. mit Gewalt zu inſtalliren. Hr. Brown aus der Philadelphia-County richtete an die Zuſammengerotteten die Frage, ob ſie Bürgerblut vergießen wollten, um ihren Zweck zu erreichen. Sie antworteten: „Ja, Whigblut wie Waſſer, wenn wir nicht anders zu unſern Rechten kommen können. Aber Whigblut iſt nicht das beſte im Staat." Joſeph Rittner (der bisherige Gouverneur von der Bankpartei) erließ eine Proclamation, worin er behauptet, ein Regierungsbeamter aus Philadelphia habe die Zuſammenrottung geleitet, was von der Gegenſeite widerſprochen wird. Die Sitzungen der Legislatur waren unter ſolchen Umſtänden fortwährend ſuspendirt. Einige Rädelsführer wurden auf Geheiß des Richters Blythe verhaftet, was aber nichts fruchtete. In Philadelphia fanden am 7. Abends zwei gemeinſame Verſammlungen von Whigs und Locofocos Statt; letztere ernannten einen Ausſchuß, um mit den Whigs über Maaßregeln zu conferiren, wie die Abſendung von Truppen aus Philadelphia nach Harrisburgh zu verhüten ſei. Die Whigs verſchoben die Conferenz bis zum nächſten Morgen, und vereitelten ſie auf dieſe Weiſe; denn am 8. December um 9 Uhr Vormittags gingen 1000 Mann von den Freiwilligen-Compagnien auf der Eiſenbahn nach Harrisburgh ab, um den Ruheſtörungen im Nothfalle mit Waffengewalt ein Ende zu machen. „Das wird," ſagt der Newyork-Morning-Herald, „das Feuer nur ſchüren, und wahrſcheinlich wird es nun zum Blutvergießen kommen. Die Miliz des Bezirks hätte man auf der Stelle aufbieten und nicht Truppen aus der Ferne herbeiführen ſollen. Es iſt eine unkluge und gefährliche Maaßregel." — Durch die Indianer in Florida ſind neuerdings wieder mehrere Weiße ermordet worden.

Ueber den mehrfach erwähnten Parteikampf in Harrisburgh enthält ein Schreiben aus Philadelphia vom 7. December folgende Details: „Die letzten Wahlen in Pennſylvanien haben beide Parteien, die Whigs ſowohl als die Locofocos, gleich überraſcht. Der Whigcandidat für das Gouverneuramt, Joſeph Rittner, wurde nicht wieder gewählt; dagegen wurde die veränderte Conſtitution des Staates angenommen, durch die dem Locofoco-Candidaten, David Rittenhouſe Porter, faſt alle Gewalt aus den Händen genommen, und dafür der Senat und das Haus der Repräſentanten damit bekleidet wurde. Dieß war das Reſultat eines Wahlſtreites, der an Erbitterung, an zahlreichen Unterſchleifen beider Parteien ſeinesgleichen in der Geſchichte der Union noch nicht gehabt hat. Mehr als 25,000 falſche Stimmen wurden abgegeben, mehr als eine halbe Million Thaler wurde zu Beſtechungen verwendet, mehr als dreißigtauſend Meineide warden geſchworen, und beide Parteien haben ſich mit dieſen Freveln befleckt, beide Parteien haben unſere Nationalehre beſchmutzt, beide haben ſich jedmöglicher Schändlichkeit bedient, und keine kann auch nur vorſchützen, daß ſie das, was ſie gethan, zum Beſten des Staates thun wollte. In verſchiedenen Counties wurden mehrere Hundert Stimmen, in einigen ſogar über tauſend Stimmen mehr abgegeben, als ſtimmfähige Bürger darin leben. Hauptſächlich gilt dieß von teutſchen Counties, deren Mehrzahl ultra-demokratiſch, d. i. Locofoco, iſt. Die Bürger dieſer Counties, meiſt ungebildete Leute, ließen ſich von Harangueurs blenden, ja ſogar verleiten, gegen den teutſchen Gouverneurs-Candidaten, und für den „eiriſchen" (Irish nennen die teutſchen Pennſylvanier alles Nichtteutſche) Candidaten zu ſtimmen. In den andern Counties, hauptſächlich im County von Philadelphia, blieben durch die Stupidität der Locofocos und die Kniffe des Whigs die letztern Sieger, während die Locofocos die eigentliche Mehrheit von Stimmen hatten. Dieß geſchah dadurch, daß der Locofoco-Bezirk Kenſington ſeinen Wahlrapport nicht zur geſetzlichen Zeit abſtattete, und ſomit nach den Geſetzen ſeinen Wahlanſpruch verlor. Das County von Philadelphia hatte aber ſo viele Repräſentanten (nebſt einem Senator) zu wählen, daß durch den Erfolg, den hier die Whigs davontrugen, in beiden Häuſern der Geſetzgebung eine Whig-Mehrheit geſichert wurde. Dieß konnten die Locofocos nicht ertragen. Am 3. December, an dem Tage, an welchem ſich die beiden geſetzgebenden Körper in Harrisburgh conſtituiren ſollten, trafen von Philadelphia-County ſowohl die rechtmäßig erwählten Mitglieder ein, als auch die uſurpirende Partei. Letztere, mit einer „Schweizergarde," wie ſich unſere Zeitungen ausdrücken, von 300 Mann, war feſt entſchloſſen, ihren Sitz in der Geſetzgebung, ſei's in Frieden oder mit Gewalt, durchzuſetzen. Um 11 Uhr traten die Glieder des Hauſes der Repräſentanten zuſammen. Hr. Hull von Weſtmoreland-County eröffnete als eines der älteſten Mitglieder die Sitzung, und beantragte, daß der frühere Secretär die verſchiedenen Wahlberichte verleſen ſollte. Der Secretär fing mit dem Berichte der Stadt Philadelphia an, und ging ſofort zu dem County von Philadelphia über. Da erhob ſich Hr. Pray von Philadelphia-County, und erklärte die Berichte für falſch. Er behändigte dem Secretär die Locofoco-Wahlberichte. Der Secretär fragte, ob er beide Berichte verleſen ſolle, worauf die Gallerie und die van Buren-Mitglieder der Geſetzgebung Ja riefen. F. Smith (Whigmitglied von Philadelphia) ſprach dagegen. Hr. Hopkins drückte den Wunſch aus, daß beide Berichte verleſen werden möchten. Das Haus bejahte dieß. Thaddäus Stevens ſchlug vor, daß das Haus zur Wahl eines Sprechers ſchreite, und daß die Stimmenzähler nur die Namen von denjenigen neuerwählten Mitgliedern ausrufen ſollten, die durch den Staatsſecretär dem Hauſe als ſolche bezeichnet wären, ſollte es ſich ja ereignen, daß auf dieſe Art zwei Sprecher gewählt würden, ſo hoffe er, daß die Höflichkeit beide Herren auf der Plattform dulde. Auf Thaddäus Stevens's Vorſchlag wurden die HH. Watts und Ziegler als Zähler ernannt. Sie erklärten, daß Cunningham mit

52 Stimmen erwählt worden. Dieser nahm sofort seinen Sitz, wurde von Hrn. Smith eingeschworen, und ließ auch die Mitglieder ihren Eid auf die Constitution der vereinigten Staaten und Pennsylvaniens ablegen. — Mr. Elwie (Locofoco) machte den Vorschlag, daß auch die Glieder seiner Partei einen Sprecher wählen sollten. Bei dieser Wahl wurde Hopkins (Locofoco) zum Sprecher mit 56 Stimmen gewählt, da die 8 Prätendenten von Philadelphia-County auch mitgestimmt hatten. Hopkins leistete den Eid, und ließ seine Freunde dasselbe thun. Die Whigs erwählten eine Committee, um dem Senat und dem Gouverneur anzuzeigen, daß sich das Haus organisirt habe. Hierauf vertagten sie sich auf Mittwoch Mittags. Die van Buren-Mitglieder thaten in beiden Fällen wie die Whigs. So hatte Pennsylvanien denn plötzlich zwei Häuser der Repräsentanten. Der Senat hatte sich um 3 Uhr versammelt. Penrose, der Sprecher, eröffnete die Sitzung. Die Wahlberichte wurden verlesen. Senator Rogers (Locofoco) legte dem Senat den Wahlbericht vor, den ihm Chrs. Brown von Philadelphia übergeben hatte. Dieser Bericht wurde aber mit Stimmenmehrheit verworfen, nachdem Senator Pearson in einer kraftvollen Rede gezeigt hatte, daß vor der Hand nur die vom Staatssecretär accreditirten Berichte gültig seien. Sofort schritt der Senat zur Wahl eines Sprechers, als welcher Penrose mit einer absoluten Mehrheit von sechs Stimmen wieder erwählt wurde. Nachdem die Eide abgelegt waren, verlangte Hr. Brown, den Senat anreden zu dürfen. Als ihm der Sprecher dieß verweigerte, geschah es, daß mehrere Individuen von der Gallerie: **Hear him! Hear him!** riefen. Ermuthigt beharrte Brown auf seinem Rechte der Rede. Sofort ersuchte der Sprecher den Senator Rogers, den Stuhl einzunehmen, in der Hoffnung, daß ihm, als Locofoco, es gelingen werde, die Ordnung herzustellen. Als aber Brown in seiner Rede sagte, „wir sind in einer offenen Revolution," da brüllte die Gallerie nach: Hurrah Revolution! Hurrah Revolution! An Ordnung war nicht mehr zu denken. Ein Theil der Senatoren flüchtete sich durch die Fenster. Brown selbst suchte einzulenken, und endlich vertagte sich der Senat bis auf den 5. — Mc. Kahen, ein Mensch von schlechtem Character aus Philadelphia-County, der Secretär des Berichterstatters von Philadelphia-County, eben der, welcher auf den Gallerien am lautesten gebrüllt hatte, trat nun im Saale des Senats auf, um eine Rede zu halten. Drohungen gegen Stevens und den Staatssecretär machten den Hauptinhalt seiner Rede aus. Blut und Revolution wiederholten sich in seinen Worten zu dutzendmalen. Endlich verlief sich der Pöbel, der sofort in den Wirthshäusern neue Begeisterung holte und die ganze Nacht hindurch auf den Straßen der Stadt lärmte und tobte. — Am 5. um 10 Uhr versammelten sich die Locofoco-Glieder des Hauses der Repräsentanten, um als Plenum die Arbeiten zu beginnen. Der Senat konnte seine Arbeiten nicht beginnen, weil sich die Whig-Glieder (die mit Recht für ihr Leben fürchteten) nicht einstellten. Ein alter Senator mit weißen Haaren, James Fullerton, bat in wenigen, aber rührenden Worten die Anwesenden, den Frieden nicht zu brechen, und das schöne Werk der Gründer unserer Freiheit nicht zu vernichten. Mc. Kahen und seine Bande lagerten sich sofort vor dem Capitol, und brüllten neue Verwünschungen und Drohungen gegen ihre politischen Gegner in die Luft. Nachmittags 3 Uhr wollte sich das Haus der Repräsentanten versammeln. Ein wilder Haufen drang mit Geschrei hinein. Ein Theil der Mitglieder flüchtete sich durch die Fenster, ein anderer drängte so sehr gegen die Thüre, daß diese gesprengt wurde. Nun kam es, wie am vorhergehenden Tage, wieder zu Lärm und Unfug. Am Donnerstag hatte der Pöbel vollkommenen Besitz vom Capitol genommen. An Geschäfte der beiden Häuser war nicht mehr zu denken. Schon wurden Drohungen ausgestoßen, das Staatsarsenal zu stürmen. Der Gouverneur sandte in später Nacht einen Kurier nach Philadelphia, um die erste Division von Pennsylvanien mit Kriegsbedarf nach Harrisburgh zu berufen. — Heute ist unsere Stadt in Aufregung. Die Soldaten werden in wenigen Stunden nach Harrisburgh abgehen. Wahrscheinlich wird in kurzer Zeit das legitime Haus der Repräsentanten und der Senat hierher kommen, um unter dem Schutze unserer Bürger hier ihre Arbeiten zu beginnen. Eben eingetroffenen Nachrichten zufolge erwartet man einen Sturm auf das Arsenal, das von entschlossenen aber wenigen Männern vertheidigt wird. Gott weiß, wie und wo das enden wird. Die Verzagten unter uns sehen bereits eine Schreckensherrschaft des Pöbels herankommen. Die Entschlossenen hoffen auf eine zweckmäßige Demonstration von Seite der Miliz. Die Weiterdenkenden aber fürchten, daß zwar jetzt nur ein kleines Steinchen aus dem Gewölbe unseres Staatenbaues gefallen sei, dem aber bald, vielleicht noch bei unsern Lebzeiten, der ganze Dom folgen wird. — Nachschrift. Schon hatte ich den Brief geschlossen, da höre ich, daß die Locofocos unserer Stadt eine Oppositionsmacht von 1000 Mann morgen Früh nach Harrisburgh senden werden. Jetzt kommt es gewiß zu einem schnellen Resultat, über das ich Ihnen mit nächstem Packetschiffe berichten werde."

Schweden und Norwegen.

Nachrichten aus Christiania vom 24. December melden, daß Se. Majestät der König am 21. unter allgemeinem Jubel und großen Freudenbezeigungen dort eingetroffen ist.

Frankreich.

Nach einem Schreiben aus Algier vom 22. December scheint der Plan, zu Lande einen Weg von Algier nach Constantine zu bahnen, für jetzt aufgegeben zu seyn. Das Corps, das von Algier abgehen sollte, konnte wegen der Regen den Marsch nicht antreten; das Corps, das unter General Galbois, um jenen entgegenzugehen, von Constantine aufgebrochen, war, einer telegraphischen Depesche zufolge, am 15. December ohne Schwertstreich, da die Eingebornen es überall freundlich empfingen, bis Setif vorgedrungen. General Galbois war jedoch, nachdem er den Kalifa in Medschana eingesetzt, nach Milah zurückgekehrt.

Preußen.

In Nr. 1 der Gesetzsammlung sind nachstehende allerhöchste Cabinetsordre's enthalten:

Allerhöchste Cabinetsordre vom 24. October 1838, betreffend den Verlust des Gnadengehalts der Militärinvaliden.

Mit Bezug auf Meine an Sie ergangene Ordre vom 6. October v. J., den Verlust des Gnadengehalts der im Civildienste angestellten Militärinvaliden betreffend, setze Ich, nach Ihrem Antrage, fest, daß die Bestimmung dieser Ordre auch auf alle nicht im Civildienst angestellten Militär-Gnadengehalts-Empfänger angewendet, von den Gerichten daher, in Straferkenntnissen gegen solche Militärinvaliden, auch der etwanige Verlust des Gnadengehalts oder des Anspruchs auf dasselbe ausgesprochen werden, und im Unterlassungsfalle der Abtheilung des Kriegsministeriums für das Invalidenwesen die Befugniß zustehen soll, auf die Abfassung eines nachträglichen Erkenntnisses hierüber anzutragen. Sämmtliche Gerichtsbehörden im ganzen Umfange der Monarchie sind demnach verpflichtet, in Untersuchungen gegen einen Militärinvaliden von der betreffenden Regierung Erkundigung einzuziehen, ob der Inculpat zu den Empfängern des Gnaden-

gehalts gehöre, auch von allen Erkenntnissen, durch welche ein Militärinvalide des Gnadengehalts verlustig erklärt wird, der Regierung Mittheilung zu machen, damit sie die Zahlung sistire. Sollte es für solche Fälle noch einer Anweisung der Regierungen bedürfen, so haben Sie, der Kriegsminister, das Erforderliche zu veranlassen. Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen. Friedrich Wilhelm.

Berlin, den 24. October 1838.

An die Minister der Justiz und den Kriegsminister.

Allerhöchste Cabinetsordre vom 17. December 1838, die Uebertragung der obersten Leitung der Verwaltung der Justizangelegenheiten für die Rheinprovinz an den Staats- und Justizminister Mühler betreffend.

Ich habe dem Staats- und Justizminister von Kamptz auf sein Ansuchen von der obersten Leitung der Verwaltung der Justizangelegenheiten für die Rheinprovinz nach der abschriftlichen Anlage entbunden, solche dem Staats- und Justizminister Mühler übertragen und dem Staatsministerium dieß hiermit bekannt machen wollen. Friedrich Wilhelm.

Berlin, den 17. December 1838.

An das Staatsministerium.

Da der zunehmende Umfang der Arbeiten für die Gesetzrevision und besonders die Zusammenstellung und Ordnung der Provinzialrechte Ihnen, wie Ich aus Ihrer Anzeige vom 6. d. M. ersehe, nicht gestattet, sich ferner der obersten Leitung der Verwaltung der Justizangelegenheiten für die Rheinprovinz zu unterziehen, so habe Ich Sie, Ihrem Wunsche gemäß, von derselben entbunden und solche dem Justizminister Mühler übertragen, indem es Mir angenehm ist, daß Sie die bisher bewiesene angestrengte Thätigkeit, worüber Ich Ihnen Meine Zufriedenheit bezeige, fortan dem wichtigen Geschäfte der Gesetzrevision ausschließlich widmen. In Folge dieser Veränderung werden die Vorschläge zur Besetzung der Justizstellen, welche einer von Mir vollzogenen Bestallung oder Meiner unmittelbaren Genehmigung bedürfen, oder mit denen Sitz und Stimme in einem Provinzial-Obergerichte verbunden ist, künftig von dem Justizminister Mühler allein ausgehen, auch die Conduitenlisten, deren Einsicht Ihnen jedoch vorbehalten bleibt, unmittelbar an denselben gelangen. Dagegen verbleibt Ihnen, außer den legislativen Geschäften der Gesetzrevision, die Concurrenz bei der Ausarbeitung und Berathung einzelner, durch das practische Bedürfniß der currenten Verwaltung hervorgerufener Gesetze, welche auch bei neuen Organisationen und sonstigen wichtigen Veränderungen in der Justizverfassung, so wie bei veränderter Organisation der Gerichte und Gerichtssprengel, eintritt. Die bisherige gegenseitige Vertretung der Justizminister in den Geschäften ist fernerhin nicht mehr ausführbar, daher Sie in Krankheits- oder sonstigen Behinderungsfällen zu Ihrer Stellvertretung die geeigneten Vorschläge zu machen haben. Im Uebrigen verbleibt es bei den Bestimmungen Meiner Ordre vom 9. Februar 1832. An den Justizminister Mühler habe Ich hiernach verfügt. Friedrich Wilhelm.

Berlin, den 17. December 1838.

An den Staats- und Justizminister von Kamptz.

Belgien.

Nachstehendes ist der vollständige Inhalt der Erklärung, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in der Sitzung des Senats am 30. December auf die (vorgestern erwähnte) Interpellation des Hrn. Dumon-Dumortier ertheilte: „Ich bedauere sehr, mich nicht vollständig über die Unterhandlungen seit dem Tage ihrer Eroffnung erklären zu können; denn ich glaube, daß die Versammlung mit dem Gange, der ihnen gegeben wurde, völlig zufrieden seyn würde. Als König Wilhelm dem 24 Artikeltractat beitrat, zögerten wir nicht, unsern Agenten Instructionen zu ertheilen, auf daß sie nichts anerkennen sollten, was zum Nachtheile Belgiens wäre; wir stellten das Princip eines neuen Vertrags auf, dessen Ausgangspunct die Convention vom 21. Mai seyn sollte. Die Unterhandlungen, welche, wie es anfangs schien, von der Londoner Conferenz officiell geführt werden sollten, wie sie früher geführt worden waren, gestalteten sich, in Folge von Umständen, die anzugeben unnöthig wäre, in bloß mündliche Unterhandlungen um. Wir hatten eine doppelte Stellung zu nehmen. Eines Theils hatten wir die bestehenden vorgefaßten Meinungen gegen die Reclamationen zu zerstreuen, die wir in Hinsicht der Territorialbestimmung vorzubringen hatten; andern Theils hatten wir die Einwendungen Belgiens gegen die Schuldtheilung geltend zu machen. Es gab noch mehrere andere Puncte, über die unterhandelt werden mußte; doch waren jene beiden die bedeutendsten; sie machten den beständigen und besondern Gegenstand der Sorgfalt der Regierung aus. Wir hielten dafür, daß es passend wäre, vor allem den definitiven Antheil zu bestimmen, den Belgien von der Schuld zu tragen haben würde. Bei den, ich wiederhole es, mündlichen und officiösen Unterhandlungen, welche Statt fangen, suchten wir die Mächte zu einer billigen Entscheidung über unsere Belastung zu bringen. In Bezug auf diesen Gegenstand hat die Unterhandlung einen großen Fortschritt gemacht; inzwischen ist bis jetzt noch nicht alles geschehen; wir haben demnach zu der in Vorschlag gebrachten Summe noch nicht beigestimmt. Was die Gebietsabgränzung anbetrifft, so wurden unsern Agenten die genauesten Instructionen von dem Tage an gegeben, wo wir Kenntniß hatten von der Ratification des Königs Wilhelm. Später glaubten die Kammern, ebenfalls ihre Meinung in feierlich votirten Adressen an den König ausdrücken zu müssen. Seitdem, wie vorher, hatten unsere Instructionen zur Absicht, die Mächte den rechtmäßigen Wünschen, den gerechten Ansprüchen des Landes günstig zu machen. Graf Molé hatte also offenbar die officiellen Unterhandlungen im Auge, welche in der Londoner Conferenz Statt gehabt haben. Officielle Unterhandlungen, im Sinne, den man mit diesem Ausdrucke verbindet, hatten über keinen Punct des Vertrags Statt gefunden, außer über den der Schuld. Die Territorialfrage war zu der von dem Grafen Molé angeführten Zeit noch nicht behandelt worden, da wir meinten, daß die Interessen des Landes forderten, zuvor das, was auf die Schuld Bezug habe, zu regeln." — Nach dieser Erklärung des Ministers bemerkte ein Mitglied des Senats, die Aeußerung des Grafen Molé sei nach Allem doch ganz richtig gewesen.

Wien.

Am 10. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	108⅛.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65¼.
Bankactien pr. Stück 1484,	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1·K·
ZEITUNG
1839

№ 12

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 12. Jänner 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 10. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.468	28 2 9	— 0.7	NW. schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.609	28 4 6	+ 0.0	NW. stark.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.767	28 6 5	— 1.5	NW. ——	trüb.

Türkei.

Berichte aus Konstantinopel vom 27. December melden: „Der an einige europäische Höfe abgesendete außerordentliche persische Botschafter Hußein Chan ist am 20. d. M. auf dem Dampfboote des österreichischen Lloyd „Mahmudie" von hier abgereist, um sich, über Syra, nach Triest zu begeben. — Der bekannte türkische Gelehrte Ismael Ferruch Efendi, welcher schon vor vierzig Jahren Botschafter in London gewesen war, ist vor kurzem in Orta Köj in einem sehr hohen Alter mit Tod abgegangen. — Gestern um die Mittagsstunde ist in dem für die dritte Tochter des Sultans, Prinzessinn Alie, bestimmten, noch im Bau begriffenen Pallaste oberhalb Defterdar Burnu, dem Vernehmen nach durch Unvorsichtigkeit eines Taglöhners, Feuer ausgebrochen. Bei dem starken Nordwinde verbreiteten sich die Flammen schnell in alle Theile des Gebäudes, von welchem nach einer Stunde nichts als rauchende Trümmer übrig waren. — Der öffentliche Gesundheitszustand ist hier fortwährend befriedigend."

Spanien.

Die Pariser Journale vom 4. Jänner sind gestern wieder in Wien nicht angekommen, wie dieß leider seit einiger Zeit häufig zu geschehen pflegt; — es fehlt uns daher an neuern Nachrichten aus Madrid und vom Kriegsschauplatze. — Der Correspondent der Allgemeinen Zeitung meldet in einem Schreiben aus Madrid vom 26. December: „Ein hiesiges Blatt versichert, die zwei Carlistische Offiziere, welche sich von Saragossa aus in das Hauptquartier des Prätendenten begaben, um von diesem zu erwirken, daß er Cabrera befehle, die Gefangenen zu schonen und auszuwechseln, seien am 19., auf der Rückreise begriffen, durch Tudela gekommen, und hätten von Don Carlos die gewünschten Befehle ausgewirkt. Cabrera hatte sich, wie Ihnen bereits bekannt seyn muß, mit einigen Bataillons der Hauptstadt Arragoniens bis auf eine Stunde genähert, war längs des Canals bis Alagon hinaufgegangen, und marschirte dann mit einem Transporte von 20,000 Stück Schlachtvieh nach Niederarragonien zurück, ohne auf einen Feind zu stoßen. Wo blieb unterdessen das allgemeine Aufgebot Arragoniens, wo die Bewaffnung in Masse, der heldenmüthige Aufschwung der Conföderation? — Vorgestern ging im Congreß der Antrag, der Regierung die Ermächtigung zu ertheilen, die Generäle Cordova und Narvaez vor Gericht zu stellen, mit großer Stimmenmehrheit durch. — Van Halen und Alair sind zu Generallieutenants ernannt worden. Der Graf Luchana hatte dieß verlangt." — In einem andern Schreiben aus Madrid vom obgedachten Tage heißt es: „Die französische Thronrede wird hier nicht günstig beurtheilt; man will sie in Bezug auf Spanien sehr kalt finden. Ganz übereinstimmend mit der Sprache des Cabinets ist das Verfahren eines französischen Kriegsschiffes, das, unter dem Vorwand der Neutralität, den spanischen Behörden seinen Beistand zur Herstellung der Ruhe auf der Insel Alhucemas verweigert. Man erfährt nun, daß der Aufstand auf dieser Insel durch die Carlisten, im Verein mit den politischen Gefangenen, angestiftet wurde, und daß man mit Ermordung des Commandanten Amat den Anfang machte. Nachdem sie sich in Excessen aller Art erschöpft hatten, schifften sich die Empörer mit vier Kanonen, vieler Munition und andern Kriegsvorräthen auf zwei Fahrzeugen nach Valencia ein, um zu Cabrera zu stoßen. Das eine Schiff ist, nachdem es seine Mannschaft an der afrikanischen Küste ausgesetzt hatte, in Malaga eingelaufen; von dem andern hat man keine Spur. Die Regierung fürchtet für Ceuta; das unbewehrte Fort von Alhucemas ist wahrscheinlich von den Mauren besetzt worden."

Rußland.

Nachdem der dirigirende Senat die Frage in Erwägung gezogen, ob Israeliten, welche Mitglieder von Magistratsversammlungen und Gerichtsbehörden sind, an der Berathung und Entscheidung von Angelegenheiten der griechischen Kirche Theil nehmen können, haben jetzt S. Majestät der Kaiser die Ansicht des Senats und des Reichsrathes dahin bestätigt, daß Juden an solchen Berathungen und Entscheidungen nicht Theil nehmen können. In Betracht des Artikels 327 im neunten Bande des Swod, wonach Stadtbewohner in allen Civil- und Criminalsachen in erster Instanz durch ihr eigenes, ausschließlich aus Personen desselben Standes bestehendes Gericht vernom-

men und gerichtet werden sollen, ist ferner dahin entschieden worden, daß, falls es in einem solchen Gerichte an der zur Entscheidung einer Sache gesetzlich nöthigen Anzahl christlicher Mitglieder fehlt, die jüdischen Mitglieder in allen obgedachten Fällen durch Personen aus der Zahl christlicher Einwohner ersetzt werden sollen.

In S^t. Petersburg sind, einer jetzt erschienenen Tabelle zufolge, im Jahre 1837 unter den Bewohnern griechischer Confession 11,120 Kinder, worunter 2707 uneheliche und sechs Findlinge sich befanden, geboren worden. Die Zahl der Gestorbenen belief sich auf 11,711, worunter nur 4489 weibliche Personen. Getraut wurden 1962 Paare.

Um die Kronbauern mit Ländereien zu versehen, ist festgesetzt worden, daß jeder Bauer in solchen Gouvernements, wo Ueberfluß an Ländereien, 15 Deßjätinen, wo jedoch Mangel an Land ist, 8 Deßjätinen erhalten soll.

In Tobolsk war es in den Tagen vom 17. bis zum 19. November schon so kalt, daß 13 Männer und 2 Frauen, die sich auf ihre Felder begeben hatten, erfroren sind.

In Bezug auf einen der Redaction der (Hamburger) Börsenhalle früher aus S^t. Petersburg mitgetheilten Aufsatz über das russische Geldwesen enthält die neueste Nummer des gedachten Blattes vom 3. d. M. nachstehende Erwiederung: „S^t. Petersburg, im December 1838. In N^r. 8213 der Börsenhalle befindet sich ein aus S^t. Petersburg eingesandter Aufsatz über die Verhältnisse des russischen Geldwesens, aus dem sich ergibt, daß es dem Verfasser an einer klaren Ansicht der jetzigen Lage der Dinge mangelt. — Ohne uns über den früheren Gang des russischen Papiergeldes zu verbreiten, fangen wir mit der neuesten Epoche an, nämlich der, wo alle weitere Vermehrung des Papiergeldes eingestellt, und dieß Versprechen aufs genaueste gehalten worden. Seit der Zeit haben sich folgende Veränderungen zugetragen: Der Kurs der Assignationen hat sich gegen die Silbereinheit — den Speciesrubel — wie der Börsenkurs beweist, allmählig gehoben; die klingende Münze ist wieder erschienen, und ihre Masse hat sich durch den großen Bergwerksertrag, durch eine günstige Handelsbilanz, durch Contributionen und durch andere Umstände so außerordentlich vermehrt, daß die bedeutenden Kosten der geführten Kriege, wodurch ein Theil der klingenden Münze über die Gränze gegangen, und das Ausgehen eines Theils der edlen Metalle nach Asien dieser Vermehrung nicht wesentlich geschadet haben. Zu gleicher Zeit hat sich noch eine große Zunahme der Production, der Industrie, des Wohlstandes und der Capitalien im Innern ereignet. So ist es gekommen, daß in etwa 20 Jahren der Werth des Silberrubels in Papier in runden Zahlen von etwa 380 Kop. auf beinahe 350 Kop. sich gebessert hat, und statt, daß vor jener Epoche im Innern des Reichs nichts für Silber zu haben war, ist die klingende Münze im gemeinen Leben wieder Hauptzahlmittel geworden. Da nun hierdurch für die große Masse des Volkes Kursberechnungen des klingenden Geldes gegen Assignationen nothwendig wurden, so hat sich daraus ein ganz sonderbarer Zustand gebildet, nämlich die Aufkäufer und Kleinhändler im Lande suchten, ihres Gewinnes wegen, bei zu machenden Zahlungen den Kurs des Silbers und mithin auch des Goldes, um etwas zu gewinnen, fictiv zu erhöhen, und es entstanden viele Wechselbuden, die dieses zum Agiotiren benutzten. Durch diese eingebildete Erhöhung des Silberagios fand man bald nöthig, durch ein eingebildetes Agio auf die Assignationen in Percenten zu legen, auch wurde für die kleine Münze aus ähnlichen Ursachen wieder ein anderer Kurs angenommen, und alles dieß auf verschiedene Weise in mehreren Theilen des Reichs, während es in andern nicht Statt hatte. Allmählig wurden auch die größeren Händler dahin gebracht, diesen phantastischen Kursen zu folgen, und so ist es gekommen, daß in allen großen Handelsgeschäften der Börsenkurs gilt, im Detailhandel aber und beim Aufkaufen nach dem Volkskurs gerechnet wird, z. B. in Petersburg der Silberrubel zu 3 R. 75 Kop. mit Aufschlag von 6⅔ à 7 Percent auf die Assignationen; in Moskau der Silberrubel zu 4 R. 25 Kop. mit Aufschlag von 20 Percent auf die Assignationen. Berechnet man nun den doppelten Aufschlag aller der verschiedenen Volkskurse, so ergibt sich, daß solche — die Unterschiede der Abrundung abgerechnet — einem mittlern Börsenkurs fast gleichkommen. Dieses allein zeigt also den wahren Credit des Papiergeldes. — Jene sonderbare Berechnungsart mag nun verdrießlich seyn, und zu Vervortheilungen des Landmannes Anlaß geben, allein sie enthält durchaus nichts Wesentliches; Alles liegt in den Preisen der Dinge, und was einen Speciesrubel werth ist, dafür erhält man eine oder die entsprechende Zahl von Banknoten, wenn man auch auf beide noch so viel aufschlüge. — Die Regierung nimmt in Zahlung der Abgaben den Silberrubel schon seit längerer Zeit zu 3 R. 60 Kop. an, und hat vor mehreren Jahren gesetzlich verfügt, daß schriftliche Verhandlungen, nur rein in Silber und Assignationen abgeschlossen, Kraft haben, auch einige andere Schutzverfügungen getroffen; doch hat sie sich noch nicht entschlossen, bei dem mündlichen Verkehr Pönalverfügungen gegen die Volkskurse zu erlassen. — Jeder, der richtige Einsicht in das Geldwesen hat, wird nun einsehen, daß die vom Verfasser vorgeschlagenen großen Veränderungen im Geldwesen gegen obigen Mißstand gar nichts wirken würden, weil er seinen Grund nicht in einem wesentlichen Mangel des Geldwesens, sondern in Unkenntniß und Gewinnsucht hat. Es kann vortheilhaft seyn, die jetzigen Banknoten gegen neue wohlfondirte Silbernoten umzuwechseln. Eine große und schwere Operation, die Vorbereitung und wohlbedachte Ausführung fordert. — Allein nichts bürgt dafür, daß eben die Motive, welche jetzt so heterogene Wirkungen hervorbringen, auch alsdann — neue Sonderbarkeiten erzeugen, wenn man es nicht für dienlich hält, zu Verboten und Strafen zu schreiten."

Schweden und Norwegen.

Bei der Ankunft S^r. Maj. des Königs in Christiania hielt der Gemeindevorstand eine Anrede, worin er auch für die neu verliehene Gemeindeverfassung dankte. Der König erwiederte unter Anderm: „Für einen Fürsten, der das von ihm regierte Volk liebt, gibt es keine persönlichen Opfer, zumal wenn seine Gedanken und Handlungen nur auf die Uebereinstimmung der allgemeinen und besondern Interessen gerichtet sind. Seit mehr denn einem Viertel Jahrhundert habe Ich die Gefühle der Norweger nach dem Meinigen beurtheilt, und wiederhole jetzt, was Ich Ihnen so oft bei wichtigen Verhältnissen gesagt: ihre individuellen Freiheiten sind Mir theuer, aber Ich habe stets erkannt, daß die Liebe zur Freiheit mit der Liebe zum Vaterlande im Einklang stehen und Hand in Hand gehen müsse. Die erste kann zu großen Verirrungen führen,

die letztere weiß, indem sie dem Enthusiasmus eine verständige Form gibt, die manchmal daraus entspringenden Fehlgriffe zu verhindern. Die erstere vernichtet, und hat selten die Kraft und das Glück zu schaffen. Die Nationen, meine Herren, haben eine Zukunft, die Individuen nur eine vorübergehende Existenz. — Stets war Ich der Ansicht, die Gemeinden müßten ihren innern Angelegenheiten obliegen, damit es der Regierung, die auf die höheren finanziellen, legislativen, administrativen und politischen Gesichtspuncte hingewiesen ist, leichter werde, dem Lande zu nützen, als dieß bei der Zerstreuung durch kleinliche Einzelnheiten möglich wäre, an denen die gründlichste Einsicht, der entschiedenste Muth und die geübteste Erfahrung oft scheitern müssen."

Großbritannien und Irland.

Die Verhaftung des Volksaufwieglers Stephens (der bekanntlich seitdem gegen Caution wieder frei gelassen wurde) ist, wie ministerielle Blätter jetzt erklären, nicht in Folge eines vom Ministerium des Innern oder von dem Londoner Hauptpolizeiamt in Bow-Street ausgefertigten Befehls geschehen. Der Pfarrer Stephens wurde auf einen von zwei Friedensrichtern ausgefertigten Befehl verhaftet, auf Grund der leidenschaftlichen und aufreizenden Sprache, deren er sich bei einer im November zu Leigh gehaltenen Versammlung bedient hatte. Er leistete übrigens dem Verhaftsbefehle keinen Widerstand. Man verhaftete ihn auf der Straße zu Ashton-under-Line und brachte ihn in einer Postchaise nach Manchester, von wo er nach Worsley zum Verhör abgeführt wurde. Die Nachricht davon verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und Oberst Wemyß, der commandirende Offizier des Districts, hielt es für angemessen, eine Abtheilung Militär zur Escortirung der Kutsche, in welcher der Gefangene sich befand, zu beordern. Stephens war guten Muthes und schien die Sache sehr leicht zu nehmen. Nach seiner Verhaftung ließ Lord Francis Egerton seine Arbeiter an den Orten zur Bewachung aufstellen, wo man Gefahr für das Eigenthum befürchtete. Es sollen auch noch mehrere andere Verhaftsbefehle gegen Individuen in der Umgegend von Todmorden ausgefertigt seyn. Die Gutgesinnten sind sehr erfreut über dieß Verfahren; die Radicalen aber wollen eine Versammlung in Manchester veranstalten, um über die von ihrer Seite zu ergreifenden Maaßregeln zu berathschlagen.

Das Gerücht, daß Lord John Russell auch sein jüngstes Kind verloren habe, erweist sich als eine bloße Verwechslung mit den Verluste seiner Gemahlinn, die bekanntlich vor kurzem gestorben ist. Hiernach fällt die an jenes Gerücht geknüpfte Vermuthung, daß dieser Minister sein Amt niederlegen dürfte, von selbst hinweg.

Allem Anschein nach, wird der von Hrn. Rowland Hill vorgeschlagene Plan, in Bezug auf die Herabsetzung der Briefporto's, wenn auch vielleicht mit einigen Modificationen, in der nächsten Parlamentssession durchgehen, denn der Bericht der Commission, welche mit Untersuchung dieses Vorschlags beauftragt wurde, ist sehr zu Gunsten desselben ausgefallen. Bekanntlich geht der Plan dahin, für alle Briefe auf den Kursen des Inlandes, ohne Rücksicht auf die Meilenzahl, nur ein Porto von einem Penny für das Stück zu erheben, und zwar in der Weise, daß jeder Brief in ein gestämpeltes Couvert, welches einen Penny kostet, eingeschlossen seyn müßte. Vielleicht dürfte indeß dieser Satz doch zu niedrig erscheinen, und wenigstens auf zwei Penny erhöht werden. Einige besorgten auch, daß solche gestämpelte Couverts leicht nachgemacht werden könnten; indeß, einerseits glaubt Hr. Rowland Hill in einem neuerfundenen Papier dagegen hinreichende Bürgschaft zu bieten, andererseits glaubt man auch, daß, um eines so geringen Gewinns willen, wie ihn dergleichen Stämpel gewähren würden, Niemand sich der Gefahr der Deportation aussetzen dürfte. Was auch die Regierung veranlassen möchte, auf den vorgeschlagenen Plan einzugehen, insofern nur der Staat dabei nichts zusetzen müßte, ist, abgesehen von der großen Erleichterung für das Publicum, besonders der Umstand, daß die Post bei dem jetzigen hohen Briefporto durch eine völlig organisirte Defraudation sehr beeinträchtigt wird. Es fragt sich nur, ob solche ungesetzliche Unternehmung der Briefbeförderung nicht auch, nach der beabsichtigten Herabsetzung des Porto's, die Concurrenz mit der Post noch aushalten können, und ob die Absendung von Briefen durch die Post sich wirklich in dem veranschlagten Maaße vermehren wird.

Man schreibt aus Manchester vom 28. December: „Vorgestern brachte das Dampfschiff „Liverpool" die Nachricht aus Amerika, daß die dießjährige Baumwollenernte entschieden kleiner ausgefallen sei, als die des vorigen Jahres. Diese Nachricht fand so viel Anklang, daß in Liverpool die rohe Baumwolle und hier die Garne um 2 bis 2¼ Pence pr. Pfund höher gingen, und es nicht abzusehen ist, wie weit die Speculation diesen Artikel wieder steigern wird. Es wurden hierauf 25,000 Ballen Baumwolle an Einem Tage verkauft; die Annalen in Liverpool haben seit 1825 kein so großes Geschäft aufzuweisen."

Frankreich.

Bei der Neujahrsgratulation in den Tuilerien war das Costume der Deputation wieder eine sehr wichtige Staatsangelegenheit: gestickte Uniform oder schwarzer Frack, das war die Frage. Das gestickte Kleid ist definitiv in Ungnade; bloß Guizot und Fould erschienen in der Uniform mit Silberstickerei, die Uebrigen alle in schwarzem Frack, so auch Hr. Dupin selbst, der außerdem noch den Degen an der Seite und das große Band der Ehrenlegion über dem Fracke trug.

Hr. von Lascases hat der Deputirtenkammer eine Bittschrift von 687 Colonisten auf der Insel Guadeloupe vorgelegt, worin sie die Begünstigung des Runkelrübenzuckers als einen Eingriff in das Monopol des Zuckerbaues erklären, welches ihnen von Frankreich als Vergü-

tung für das den Colonien auferlegte Handelsmonopol eingeräumt worden sei. Sie verlangen, daß ihnen gestattet werde, ihren Zucker zu derselben Taxe, wie sie der Runkelrübenzucker bezahlt, in Frankreich einführen, und mit allen fremden Häfen freien Handel treiben zu dürfen.

Die Revue des deux Mondes untersucht in ihrer neuesten politischen Uebersicht die Stellung des Ministeriums gegenüber der Coalition, wobei sie sich aufs neue gegen die Territorialansprüche der Belgier erklärt. „Man will (sagt sie), daß Frankreich den Krieg gegen Europa führe, um mit offener Gewalt Belgien zwei Provinzen zu geben, die ihm der bestehende Tractat nicht zugesteht! Wir haben 1830 keinen Krieg geführt, um die Tractate von 1815 zu zerreißen, die unter den Bayonneten des verbündeten Europa's unterzeichnet worden waren, und wir werden ihn 1838 nicht erklären, um den Tractat der 24 Artikel zu vernichten, den wir, auf die Bitte derer selbst, die ihn jetzt zurückstoßen, unterzeichnet und in bester Absicht für Belgien garantirt haben. Es ließe sich hören, wenn es sich davon handelte, Courtray, Tournay, Mons, Charleroi, Philippeville wieder zu nehmen. Europa aber in Brand setzen, um Belgien einen kleinen Theil der Provinz Limburg und einige Enclaven des Herzogthums Luxemburg zu bewahren, dieß heißt zu viel auf die Uneigennützigkeit und den ritterlichen Geist Frankreichs rechnen, so wie es zugleich dessen Redlichkeit und dessen Festhalten an seinen Verpflichtungen schlecht würdigen heißt!" — Dann geht die Revue auf die von der Deputirtenkammer zu erwartende Adresse über, und sucht, gleich dem Journal des Debats, die Adresse-Commission aufzustacheln, mit allen Klagen herauszurücken. Die Doctrinairs erinnert sie, daß ihnen der Vorwurf der Corruption zurückgegeben werden könnte, wenn man an ihre Verwaltung erinnerte: „Die Erörterung der Adresse wird Alles klar machen. Wir werden sehen, ob Hr. Duvergier de Hauranne und dessen Freunde, denen wir, wenn sie es verlangen, die genaue Liste, von ihnen vergebenen aller ihren Wählern und ihren Freunden der Presse gewährten Stellen und Gunstbezeugungen vorlegen wollen, darin den Vorwurf der Bestechung hervorheben lassen werden; wir wollen sehen, ob die Kammer der Ansicht der Coalition über Belgien und über Ancona seyn wird. Die gemäßigte Adresse betreffend, die man uns, seit Hr. Etienne zum Verfasser des Entwurfs ernannt wurde, ankündigt, so können wir nicht daran glauben. Ein gemäßigter Entwurf, aus einer heftigen Opposition hervorgegangen, die nur Beleidigungen im Munde führt! Wie! ihr hättet das Land aufgerührt, alle Gemüther beunruhigt, die Sicherheit, die ihm Gedeihen verschaffte, gestört, um so gut als nichts zu sagen? Ihr hättet Alles angegriffen, um Alles an seiner Stelle zu lassen? Ihr hättet seit neun Monaten über alle Berge hineingeschrien, daß eure Bemühungen eine sociale Veränderung gebären werden, und ihr solltet mit einer magern und unbedeutenden Ministerveränderung niederkommen? Nein, es soll nicht gesagt werden, daß ihr euch in dem entscheidenden Augenblick, den ihr so ungeduldig herbeigerufen, aus dem Staube macht! Wenn ihr für die Intervention, für den Bruch des Tractats der 24 Artikel, für die Wahlreform, für die Abschaffung der Septembergesetze seid, so werdet ihr es sagen, sonst, wenn euer Adreßentwurf blaß, schüchtern, farblos ist, werden wir erklären, daß ihr Furcht vor einander selbst habt; und dieß sagen wir schon seit langer Zeit."

In der Sitzung des Assisenhofes vom 2. Jänner hielt Hr. Mauguin das Plaidoyer für den angeklagten Herausgeber des Messager. Nachdem er alle, durch Zeugenaussagen sowohl, als Hrn. Gisquets eigene Angaben erwiesenen Thatsachen zusammengestellt, an seine Vermögenslosigkeit bei seinem Eintritt in die Geschäfte, an den Gewinn von 400,000 Fr. beim Flintenhandel u. s. w. erinnert, und nachgewiesen hatte, daß die von ihm an Freunde, Verwandte ꝛc. ertheilten Concessionen nahe an eine Million Franken betragen, kam er auf dessen, ebenfalls eingestandene Verhältnisse mit Frau von Nieul und das öffentliche Scandal seines Privatlebens zu sprechen, hielt dem Kläger ein nichts weniger als geschmeicheltes Bild seines ämtlichen und außerämtlichen Lebenswandels vor, und schloß mit folgender Anrede an die Geschwornen: „Wenn Sie den Messager verdammten, würden Sie die öffentlichen Beamten ermächtigen, der Bestechung nachzugeben, und sich den verwerflichsten Scandalen zu überlassen. Nehmen Sie die große und edle Aufgabe auf sich, den öffentlichen Beamten zu sagen: Ihr seid das Beispiel der Achtung gegen die Gesetze, der strengsten Redlichkeit und des reinsten sittlichen Privatlebens schuldig. Wenn Ihr Euch aber so weit vergeßt, ein unseliges Beispiel zu geben, so tretet nicht vor die Gerichte; sie werden Euch durch ihr Schweigen verurtheilen; denn sie verdammen den Beamten, der seine Macht dazu anwendet, seinen Angehörigen oder vielleicht sich selbst Vortheile zuzuwenden." Hierauf nahm Hr. Gisquet selbst das Wort. Er beginnt mit der Versicherung, daß auch er Scandale des Privatlebens aufdecken, und die Biographie gewisser Sittenprediger liefern könnte. Hier wird er durch Murren der Zuhörer und die Mahnung des Präsidenten unterbrochen; Hr. Mauguin erklärt, er gebe im voraus seine Persönlichkeit jedem Angriff Preis. Hr. Gisquet behauptet, er habe an seiner Fabrik jährlich 200,000 Fr. verdient, und dadurch werde sein großer Aufwand erklärlich; der Flintenhandel habe ihm nichts eingetragen. Nie seien die Hände eines Beamten reiner gewesen, als die seinigen; keiner habe jemals stolzer das Haupt vor seinen Mitbürgern erheben können, nachdem er fünf Jahre lang eine große Stadt verwaltet und die öffentliche Ordnung vertheidigt habe. Man habe mit der größten Mühe nichts

gegen ihn beweisen können, als eine unselige Schwäche, von welcher wenig Menschen frei seien. Das Ganze sei eine Intrigue des ihm übelwollenden Messager und des Hrn. Foucaud. Die Verleihungen von Omnibus u. dgl. seien im öffentlichen Interesse geschehen, und wenn er sie vorzugsweise an treugediente Beamte und andere achtbare Personen verlieh, so sei er in seinem Rechte gewesen. Der Staatsanwalt wendete hier ein: ob denn die Concessionen an Frau von Nieul und ihre Mutter auch in diese Kathegorie gehörten. Hr. Gisquet erwiederte: das seien keine neuen, sondern Uebertragungen alter Concessionen gewesen. Hr. Parquin nahm noch einmal das Wort für Gisquet, dem nach seiner Behauptung nichts vorzuwerfen sei, als eine Schwäche, deren die populärsten Könige Frankreichs sich schuldig machten. Er verlangt die Verurtheilung des Messager, um Staatsbeamte gegen Verläumdungen zu schützen. Am folgenden Tage sollte der Generalprocurator sprechen.

Am 3. Jänner war der Prozeß des Hrn. Gisquet, wie wir aus der Allgemeinen Zeitung, welche Pariser Blätter vom 4. erhalten haben muß, ersehen, noch nicht beendigt. Man erwartete den Spruch der Jury auf den 4. Jänner, wo die Vertheidiger noch einmal das Wort nehmen sollten. Der Generaladvocat hatte in der Sitzung vom 3. in einer sehr merkwürdigen Rede, worin er Hrn. Gisquet harte Wahrheiten sagte, auf die Lossprechung des Messager hinsichtlich des ersten Anklagepunctes: Verläumdung gegen einen öffentlichen Beamten; dagegen auf die Verurtheilung dieses Journals hinsichtlich des zweiten Anklagepunctes: „Verläumdung gegen einen Privatmann" angetragen, da in letzterer Beziehung es sich, wie bei dem englischen Gesetz, bloß darum handelt, ob der angeschuldigte Artikel ein Libell ist, nicht, ob Wahrheit demselben zum Grunde liegt.

Während des Jahres 1838 sind bei dem Handelsgericht in Paris 443 Fallimente in einem Gesammtbetrag von 25 Millionen Franken angemeldet worden. Im Jahre 1837 hatte sich die Zahl auf 510, mit 27 Millionen Deficit, belaufen.

Im Laufe des Jahres 1838 wurden zu Paris gedruckt: 6603 Bücher, 976 Stahl- und Kupferstiche und Lithographien, 173 geographische Tafeln und Karten und 1000 musikalische Werke.

Belgien.

Am Neujahrstage empfingen der König und die Königinn nach und nach die Minister, das diplomatische Corps, die großen Staatskörper. Der Vicepräsident des Senats, Graf d'Aerschot, hielt an Ihre Majestäten folgende Anrede: „Sire! Der Senat ergreift stets mit neuem Vergnügen jede Gelegenheit, Ew. Majestät seine Achtung und seine Ergebenheit zu zollen. Er erfüllt heute eine sehr süße Pflicht, indem er Ew. Majestät seine Wünsche und Glückwünsche darbringt. Der Senat, Sire, vertrauend in die beständige Sorgfalt Ew. Majestät, sieht mit Ruhe dem Resultate Ihrer Anstrengungen, um jenen ehrenvollen Frieden, den die Nation wünscht, jenen Frieden, dessen Billigkeit allein dessen Dauer sichern kann, zu erlangen. Indem derselbe für die Interessen des Landes stets schmerzlichen Besorgnissen ein Ziel setzt, wird er für Ew. Majestät ein Anspruch mehr auf die Liebe der Belgier seyn; sie werden darin ein neues Pfand der Stabilität für unsere Institutionen und für Ihre erlauchte Dynastie finden. Ein unvorhergesehenes Ereigniß hat übertriebene Besorgnisse verbreitet, welche die durch die Regierung Ew. Majestät vorgeschlagenen Maaßregeln ohne Zweifel bald zerstreuen werden. Der Senat hat sich bei dieser Gelegenheit beeilt, einstimmig kundzugeben, daß er die ganze Wichtigkeit des Handels und der Industrie, dieser fruchtbaren Quellen der Nationalwohlfahrt, begreift. Es wird ihm stets daran gelegen seyn, Ew. Majestät durch seine loyale Mitwirkung die Aufrichtigkeit der Gesinnungen und Wünsche, die er die Ehre hat, Ihnen heute auszudrücken, zu beweisen. — Madame, jedes ablaufende Jahr gibt Ew. Majestät neue Ansprüche auf die Liebe und Dankbarkeit der Nation. Gebildet unter Ihren Augen in der Schule aller Tugenden, werden die kostbaren Pfänder, die Sie der Stabilität unserer Dynastie gegeben haben, eines Tages unsern Nachkömmlingen das Glück sichern, welches wir selbst genießen; möchte die Fürsehung alle ihre Segnungen über Sie, Madame, und alle jene, die Ihnen theuer sind, verbreiten! Unsere heißesten Wünsche werden erfüllt werden, wenn sie, in ihrer Güte, geruht, Ew. Majestät das ganze Glück, dessen Sie würdig sind, zu verleihen." — Die Anrede des Präsidenten der Repräsentantenkammer, Hrn. Raikem, lautet: „Sire! Die Erneuerung des Jahres ist für die Repräsentantenkammer eine neue Gelegenheit, Ew. Majestät den Zoll ihrer tiefsten Achtung und Ausdrücke ihrer Wünsche darzubringen; diese Wünsche, Sire, sind Ihnen bekannt; aber welch süßes Vergnügen muß der Chef der großen belgischen Familie an einem zur Zahl der Familienfeste gerechneten Tage fühlen, indem er die Eintracht der Mitglieder, woraus sie besteht, indem er ihren heißen Wunsch, vereint zu bleiben, und von keinem ihrer Brüder, woran sie so viele und so starke Bande knüpfen, getrennt zu werden, sieht. Unter dem Bilde eines Familienvaters stellen wir uns gern einen Prinzen vor, welcher der Zuneigung eines Volkes, dessen Schicksale er sich so edelmüthig gewidmet hat, so würdig ist. Aber auch wir wünschen uns Glück, sagen zu können, daß die stete Sorgfalt Ew. Majestät für alle Interessen des Landes durch die Mitwirkung der großen Staatskörper unterstützt worden ist. Die Repräsentantenkammer hat sich, obgleich sie nicht vor der gewöhnlichen Zeit der Session versammelt war, beeilt, die öffentlichen Dienste durch die Votirung der Gesetze, deren Initiative ihr übertragen ist, sicher zu stellen. Diese Bereitwilligkeit, Sire, ist ein Beweis unsers aufrichtigsten

Willens, durch unsere beständigen Anstrengungen Alles zu unterstützen, was zum Wohl des Vaterlandes wird beitragen können. Aber, Sire, indem wir Ew. Majestät an diesem zur Aeußerung der Gesinnungen, die sie einflößen, bestimmten Tage Glück wünschen, wünschen wir uns selbst Glück, unter einer geliebten und verehrten Regierung zu leben. Alle wünschen wir, ihre Wohlthaten lange zu genießen, und möchten wir in den Jahren, welche die Zukunft vor uns abrollt, ferner kommen, im Namen aller Belgier Ihnen den Ausdruck einer unerschütterlichen Anhänglichkeit an Ihre erlauchte Person darzubringen! — Madame, erlauben Sie uns, Ihnen ebenfalls die Wünsche, die wir nicht aufhören für das Glück Ew. Majestät und für jenes der Prinzen, in welche die Nation ihre theuersten Hoffnungen setzt, darzubringen. Die durch die allgemeinen Freudenbezeugungen, womit Ihre Gegenwart in Belgien begrüßt wurde, ausgedrückten Gesinnungen sind seitdem nur noch stärker geworden, und unsere Worte sind nur ein schwacher Ausdruck derselben. Wir bitten Ew. Majestäten, sie mit jenem Wohlwollen, das Ihnen eigen ist, aufzunehmen." — Der König antwortete im Wesentlichen: „Ich danke der Kammer für die so wohlwollenden und so zuneigungsvollen Glückwünsche; der belgische Staat könnte wirklich mit einer großen Familie verglichen werden; bei keiner Nation findet man mehr Einigkeit unter den Classen der Gesellschaft, noch mehr Eintracht unter den großen Staatsgewalten. Als Oberhaupt des Staates habe ich seit acht Jahren im Interesse der großen Familie Alles gethan, was menschlicherweise möglich war; in allen meinen Verhältnissen habe ich meine persönlichen Interessen und jene meiner Familie aus den Augen verloren, um mich nur mit den Interessen des Landes zu beschäftigen. Ich kann das Nämliche im Namen der Königinn sagen, die bei allen Gelegenheiten Beweise von der größten Ergebenheit für ihr Adoptiv-Vaterland gegeben hat, dem sie aufrichtig zugethan ist. Während dieser acht Jahre meiner Regierung, und eine Regierung von acht Jahren muß schon für etwas zählen, hatten wir sehr schwierige Augenblicke zu bestehen, und stets war das Interesse des Landes der einzige Gedanke, der mich beschäftigte." — Am Schlusse wiederholte der König, wie sehr gerührt er von den wiederholten und unveränderlichen Beweisen, die er von den Repräsentanten der Nation empfangen, sei, und fügte hinzu, daß er sie seinerseits stets im Herzen getragen habe.

An der Brüsseler Börse ist folgende Uebersicht angeschlagen worden: „Société des actions réunies (Banque de Belgique). Stand der verschiedenen Actien, die zu ihrem Guthaben gehören: 190 Actien der belgischen Bank zu 1000 Fr.; 416 von S^t. Leonard, 369 von Vennes, 1820 von Ouzuler Eisen, 450 der Kohlen und Hochöfen von Ougree, 450 der Glasfabrik von Charleroi, 673 der Esperance, 289 von Monceaur, 368 von Borinage (sämmtlich zu 1000 Fr.); zwei Actien von Terre plastique, zu 25,000 Fr.; 359 auf Zink, vieille Montagne, 295 Industrie Luxemburgoise, 210 der Kohlengruben von Herve (sämmtlich zu 1000 Fr.); 61 von Bray, Maurage und Boussoit zu 500 Fr.; 300 der Société linière St. Léonard, zu 1000 Fr.; 400 der Bois de Hamaudes, zu 580 Fr.; 250 der Linière Cantoise, zu 1000 Fr.; 50 der Société générale, zu 700 Fr.; 30 idem Promessen, zu 1500 Fr.; 20 auf Militärbetten, zu 3000 Fr.; 171 der rheinischen Eisenbahngesellschaft zu 1948 Fr.; 411 Actien, 3percentige Schuld. Brüssel, den 1. Jänner 1839. Der Präsident, von Brouckere." — Diese Uebersicht bietet gegen die vom vorigen Monat folgende Veränderungen: Weniger sind 110 Actien der belgischen Bank, 92 von Bois des Hamandes, 15 Promessen der Société générale Pariser Ausgabe; mehr sind 51 Promessen auf die rheinische Eisenbahn.

Kraft der von der Regierung zur Unterstützung der belgischen Bank getroffenen Maaßregeln ist die Zahlung der Billets im Betrage von täglich 100,000 Fr. wieder hergestellt. Die Billets über 100 Fr. werden nur im Betrage von dreien zugleich in den Händen eines und desselben Inhabers und alle andern bei offenem Burau bezahlt. In gleicher Weise wird es mit den Obligationen gehalten. Die Sparcassebüchelchen sollen durch die Commissäre der Regierung gezeichnet, und in Mandaten auf den Schatz ausgetauscht werden.

Teutschland.

Die Allgemeine Zeitung meldet aus München vom 4. Jänner: „Ich habe Ihnen schon vor drei Tagen gemeldet, daß H^r. Professor (und zeitl. Ephorus) Görres am Neujahrstage aus der Hand S^r. Majestät des Königs das Ritterkreuz des Verdienstordens der baierischen Krone erhielt. Als H^r. von Görres Tags darauf in seinem Hörsaal erschien, der schon lange vor Beginnen des Collegs gedrückt voll war, wurde er von seinen Zuhörern mit lautem Jubel begrüßt, und sie drängten sich um den verdienten Lehrer, ihm noch persönlich ihre Hochachtung und Freude auszudrücken. — Sie wissen, daß an demselben Tage Hofrath Professor Thiersch und Professor Bayer mit dem Michaelsorden begnadigt wurden, welcher, gestiftet zur Anerkennung jeglichen Verdienstes, dießmal auch einem der um die einheimische Industrie verdientesten Männer, dem Fabrikherrn Carl Forster in Augsburg, zuerkannt wurde. Der Staatsminister des Innern, H^r. von Abel, wurde zum Commandeur des Civilverdienstordens ernannt, dessen Ritterkreuz unter Andern dem Director der Oberhof- und Staatsbibliothek Lichtenthaler ertheilt wurde."

Wien.

S^r. k. k. apost. Majestät haben mittelst Allerhöchst-eigenhändig unterzeichneten Diploms die Witwe des Generalmajors Carl Enhuber, dann seine vier Söhne Carl, Ludwig, Friedrich und Albert, und seine Tochter Anna, in den Adelsstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Ehrenwort „Edler" allergnädigst zu erheben geruht.

Am 11. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	108⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	695⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65¼.
Bankactien pr. Stück 1492 in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

W 1·K ZEITUNG 1839

№ 13

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 13. Jänner 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 11. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.911	28 8 2	— 1.6	NW. schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.916	28 8 3	+ 1.2	NW. —	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.923	28 8 4	+ 0.5	NW. —	trüb.

Frankreich.

Der lange erwartete Adresse-Entwurf der Deputirtenkammer ist nun zu Tage gefördert. Er wurde in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 4. d. M. von dem Präsidenten (H^rn. Dupin) vorgelesen und lautet folgendermaaßen: „Sire! Die Deputirtenkammer wünscht sich mit Ihnen zu dem Wohlstande des Landes Glück. Dieser Wohlstand entwickelt sich je mehr und mehr im Schooße des Friedens, den wir aufrecht erhalten haben, und dessen Fortdauer nur durch eine kluge und feste Politik verbürgt werden kann. — Unter einer Regierung, die unsere Würde eifersüchtig wahrt, unsere Allianzen getreulich beobachtet, wird Frankreich stets in der Welt und in der Achtung der Völker den Rang einnehmen, der ihm gebührt und von dem es nicht herabsinken will. — Ew. Majestät hofft, daß die in London wieder aufgenommenen Conferenzen der Ruhe Europas und der Unabhängigkeit Belgiens ein neues Unterpfand gewähren werden. Wir hegen aufrichtige Wünsche für ein Volk, mit welchem Gleichheit der Grundsätze und Interessen uns innig verbindet. Die Kammer erwartet den Ausgang der Unterhandlungen. — Sie kündigen uns an, Sire! daß in Folge eingegangener Verpflichtungen gegen den heiligen Stuhl unsere Truppen Ancona verlassen haben. Wir haben eclatante Beweise unserer Achtung für die Verträge gegeben; allein wir bedauern, daß diese Räumung nicht unter geeigneteren Zeitumständen und mit den Garantien bewerkstelligt wurde, welche eine weise und vorsichtige Politik hätte stipuliren sollen. — Eine Mißhelligkeit ist zwischen Ihrer Regierung und der Schweiz ausgebrochen; wir wünschen, sie möge die Beziehungen langjähriger Freundschaft nicht gestört haben, welche zwischen beiden Ländern bestehen, und die durch die politischen Ereignisse von 1830 noch enger geknüpft worden waren. — Mit innigem Schmerz sehen wir Spanien sich in den Schrecknissen des Bürgerkrieges aufzehren. Wir wünschen sehnlichst, daß die Regierung Ew. Majestät, indem sie fortfährt, der Regierung der Königinn Isabelle II. den Beistand zu leisten, welchen die Interessen Frankreichs zulassen, in Gemeinschaft mit ihren Alliirten allen ihren Einfluß aufbieten werde, um so bedauernswerthen Excessen ein Ziel zu setzen — Die Kammer, lebhaft gerührt durch Polens Leiden, erneuert ihre beharrlichen Wünsche für ein Volk, dessen alte Nationalität unter den Schutz der Verträge gestellt ist. — Die Beschimpfungen und Spoliationen, die unsere Landsleute in Mexico erlitten, erheischten eine eclatante Genugthuung; Ew. Majestät Regierung mußte darauf dringen. Die Kammer hofft, sie werde zu ihrer Erlangung rasche und entscheidende Maaßregeln ergriffen haben. — Wir wünschen uns mit Ew. Majestät Glück zu dem befriedigenden Zustand unserer afrikanischen Besitzungen. Wir hegen das feste Vertrauen, daß diese Lage sich täglich verbessern wird, Dank sei es der Mannszucht der Armee, der geregelten Verwaltung und der wohlthätigen Einwirkung einer erleuchteten Religion. — Ew. Majestät hatte uns in einer der frühern Sessionen angekündigt, daß ein Gesetzentwurf in Betreff der Heimzahlung der Staatsschuld uns vorgelegt werden solle, sobald der Zustand der Finanzen es gestatten würde. Der immer günstigere Stand des öffentlichen Einkommens berechtigt uns zu der Hoffnung, daß die Mitwirkung Ihrer Regierung dieser wichtigen Maaßregel nicht lange entstehen wird. — Die Bedürfnisse unserer Colonien und unserer Schifffahrt werden der Gegenstand unserer ganzen Sorgfalt seyn; wir werden uns bemühen, sie mit den Interessen unseres Ackerbaues, dessen Entwicklung für die Landeswohlfahrt von großer Wichtigkeit ist, in Einklang zu bringen. — Die Kammer wird mit gleicher Sorgfalt die Gesetzentwürfe prüfen, welche bestimmt sind, die Zusagen der Charte zu verwirklichen, und neue Verbesserungen in der allgemeinen Gesetzgebung, so wie in den verschiedenen Verwaltungszweigen einzuführen. Auch der Gesetzentwurf über die Organisation des Generalstabs der Armee ist der Gegenstand unserer Wünsche. — Wir empfinden, Sire! Ihre Hoffnungen und Besorgnisse, Ihre Freuden und Schmerzen lebhaft mit. Ganz Frankreich hat mit seinem Freudenruf die Geburt des Grafen von Paris begrüßt. Gebe der Himmel, daß so süße Regungen durch nichts getrübt werden. Wir umgeben mit unsern Huldigungen die Wiege dieses jungen Prinzen, der Ihrem Herzen und den theuersten Wünschen des Vaterlandes geschenkt wurde. Gleich seinem Vater in der Achtung unserer Institutionen auferzogen, wird er den glorreichen Ursprung der Dynastie, deren Oberhaupt Sie sind, kennen lernen, und nie vergessen, daß der Thron, den er einst besteigen soll, sich auf die Allgewalt des Nationalwunsches stützt. — Wir, wie alle Franzosen, schließen uns den frommen Familiengefühlen an, die dieses glückliche Ereigniß Ihnen als Vater und König einflößt. — Wir sind davon überzeugt, Sire! die innige Eintracht der Gewalten, in ihren constitutionnellen Schranken gehalten, vermag allein die Sicherheit des Landes und die Kraft Ihrer Regierung zu begründen. Eine feste und geschickte Verwaltung, die sich auf die hochherzigen Gesinnungen stützt, die nach Außen der Würde Ihres Thrones Achtung verschafft, und ihn im Innern mit ihrer Verantwortlichkeit deckt, ist das sicherste Unterpfand jener Mitwirkung, die wir so sehnlich Ihnen zu gewähren wünschen. — Vertrauen wir, Sire! der Kraft unserer Institutionen; sie werden — zweifeln Sie nicht daran — Ihre Rechte und die unserigen sicher stellen; denn wir nehmen als ausgemacht an, daß die constitutionnelle Monarchie zugleich

die Freiheit der Völker und jene Stabilität verbürgt, welche die Größe der Staaten ausmacht." — Nach der Verlesung des Adreßentwurfs beschloß man, die Berathung desselben auf Montag den 7. festzusetzen. Um 2¼ Uhr ging die Kammer unter lebhafter Aufregung auseinander.

Der Constitutionnel legt großes Gewicht auf das Votum, welches Hr. Dupin, der Präsident der Deputirtenkammer, in der Adressecommission abgegeben hat, und gegen den bisherigen parlamentarischen Gebrauch, wörtlich in obgedachtem Blatte abdrucken ließ. Es lautet folgendermaaßen: „Ich glaube, daß das Ministerium seit geraumer Zeit seine Composition stark hätte modificiren sollen. Ich habe zu wiederholtenmalen meinen dießfallsigen Wunsch geäußert. — Ich glaube, daß das Ministerium, da diese Modification nicht zur gehörigen Zeit Statt gefunden hat, nachdem es die Erläuterungen gegeben, die es ein Recht hat darzulegen, und die man von ihm erwartet, abtreten muß, um der Krone das Geschäft zu überlassen, ein neues Cabinet zu reconstituiren. — Meine, in dieser Hinsicht feststehende Meinung geht nicht aus beleidigenden Motiven für die Person der Minister hervor, die ich für rechtschaffene und loyalgesinnte Männer halte. Aber sie stützt sich darauf, daß, in Berücksichtigung des Standes der Kammer, des Standes der öffentlichen Meinung und der gegenwärtigen Aspecten im Allgemeinen, die Composition der jetzigen Administration unzulänglich ist, um den Forderungen der Lage zu genügen. — Nach meiner Meinung bedarf man einer kräftigeren Administration: 1) Um die Krone gegen die Angriffe, deren Zielscheibe sie gewesen ist, zu schützen; 2) um eine Majorität in der Kammer zusammenzubringen, die heute unglücklicherweise in zwei gleiche Hälften gespalten und gleichsam in zwei feindliche Lager getheilt ist; 3) endlich, um den Angelegenheiten eine entschiedenere Richtung zu geben und die Administration in den Augen des Landes wieder zu heben. — Da die Redaction der Adresse in mehreren ihrer Paragraphen meinen Ansichten nicht genau entspricht, namentlich in den auswärtigen Angelegenheiten (z. B. für die Schweiz, von der man nach meinem Wunsche nicht hätte sprechen sollen, und für Ancona, wo man eine vollendete Thatsache brandmarken will, indem man Resultate, die durch die Handlungen der vorhergegangenen Ministerien vorbereitet und unvermeidlich gemacht worden waren, ausschließend dem gegenwärtigen Cabinete zur Last gelegt), so beschränke ich mich darauf, meine persönliche Meinung in Gegenwart der Majorität, welche diese Redaction annimmt, und der Minorität, welche sie verwirft, dergestalt zu motiviren. — Die Kammer wird hören und entscheiden." — Das Journal des Debats tadelt Hrn. Dupins Benehmen in hohem Grade.

In der Sitzung des Assisenhofes vom 3. Jänner hielt der Generalprocurator Plougoulm sein Requisitorium. Nach seiner Darstellung hat Hr. Gisquet zwar als öffentlicher Beamter sich nicht geradezu der Erpressung und Veruntreuung schuldig gemacht; allein er hat durch sein Verfahren bei den Omnibus-Concessionen ꝛc. seine öffentlichen Pflichten hintangesetzt, und seine Creaturen zu bereichern gesucht. In allen Handlungen des Ex-Polizeipräfecten findet der Staatsanwalt den Beweis, daß es ihm an dem richtigen „moralischen Sinn" gebricht. Auch sein Verhältniß zur Frau von Nieul, und der Umstand, daß Gisquet sogar seinen eigenen Schwiegersohn mit dieser seiner Maitresse in Geschäftsverbindung brachte, wird mit beißender Rüge hervorgehoben. Was den Herausgeber des Messager betrifft, so könne er, so weit sein Artikel den öffentlichen Beamten betreffe, nicht verurtheilt werden; er habe vielmehr der öffentlichen Moral einen großen Dienst geleistet; höchstens sei er im Ausdruck zu weit gegangen. Gisquet habe sich allerdings keiner Veruntreuung schuldig gemacht; man könne nicht sagen, daß er Geld in die Tasche gesteckt; allein durch seine Leidenschaften habe er sich zu Handlungen hinreißen lassen, die den Grundsätzen einer weisen, reinen und rechtlichen Verwaltung entgegen seien. Was den zweiten Theil des Artikels betreffe, worin unter Andern gesagt wird, Gisquet habe sich vor einer Ausforderung eines beleidigten Gatten (Foucaud) verkrochen und ihm 150,000 Fr. Entschädigung geboten, so sei dieß ein Eingriff in das Privatleben, und der Messager in dieser Hinsicht strafbar, da durch das Gesetz Anschuldigungen dieser Art verpönt seien, selbst wenn der Beweis dafür geliefert werden könne. Man möge aber ja nicht glauben, daß es sich hier von einer Schadloshaltung für Hrn. Gisquet handle. Wenn der Messager über den ersten Punct freigesprochen werde, so dürfte Hr. Gisquet einen sehr schwachen Ersatz in einer Verurtheilung finden, die nur in Folge der strengen Vorschriften des Gesetzes ausgesprochen würde. Die Absicht des Messager bei Abfassung jenes Artikels sei eine schlechte gewesen; aber der Zweck habe die Absicht gereinigt, und das gerechtfertigt, was man „die Nützlichkeit des Scandals" nannte. — Hierauf nahm Hr. Gisquet selbst das Wort. Er findet es seltsam, daß der Staatsanwalt anerkennt, er habe keine Unterschlagung oder Veruntreuung begangen, und dennoch den Messager, der ihn dieser Verbrechen beschuldigte, losgesprochen wissen will. Für den Messager handle es sich nur um einige Monate Einsperrung und eine Geldstrafe; für ihn (Gisquet) aber um seine Ehre, das Brot seiner Kinder, seine ganze Zukunft. Schon sei die Rede davon, ihm den Ehrentitel eines Staatsraths zu entziehen, der ihm nur deßhalb werth sei, weil er ihn von Hrn. Casimir Perier erhalten habe. — Hr. Mauguin wundert sich, wie der Staatsanwalt den angeklagten Herausgeber des Messager eines Eingriffs in das Privatleben beschuldigen könne, nachdem er selbst von einer Concession an eine bezahlte Concubine gesprochen habe. — Nach geschlossener Verhandlung zog sich die Jury in das Berathungszimmer zurück; nach 1¼ Stunden (um 7¼ Uhr Abends) kam sie mit dem Spruch wieder, daß der Angeklagte Brindeau, Herausgeber des Messager, der Ehrenkränkung gegen einen öffentlichen Beamten schuldig, der Ehrenkränkung in Bezug auf das Privatleben aber nicht schuldig sei. (Allgemeine Ueberraschung.) — Der Gerichtshof verurtheilte ihn hierauf zu 100 Fr. Geldstrafe, dem Minimum der Strafe.

Durch königliche Ordonnanz vom 3. Jänner (also noch am Tage der Verurtheilung erlassen) wird Hr. Gisquet aus der Liste der Staatsräthe gestrichen, und sein Schwiegersohn, Hr. Nay, seiner Stelle als Generaleinnehmer im Aube-Departement entsetzt.

La Rochelle war in den beiden ersten Tagen dieses Jahres der Schauplatz ernsthafter Unordnungen, die durch das Einschiffen von Getreide veranlaßt worden waren, welchem sich der Pöbel widersetzte, und hierbei von Bauern, die vom Lande hereingekommen waren, unterstützt wurde. Die Häuser der HH. Cormerais, Conide und Martin, Fraignand, A. Seignette, Lévêque Sohn und Comp., Gon, Adjuncten des Maire, sind von dem Pöbel geplündert worden, der nur durch das Einschreiten der Linientruppen von weitern Excessen zurückgehalten werden konnte. Man sah sich genöthigt, Feuer zu geben, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Es hieß, La Rochelle sollte in Belagerungszustand erklärt werden, um das fernere Eindringen der Landleute zu verhindern.

Am 4. Jänner 5Percents 109 Fr. 70. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 90. 3Percents 78 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75.— Am 5. Jänner um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 85. 3Percents 78 Fr. 60.

Spanien.

Die neuesten in Paris eingelaufenen Nachrichten aus Madrid reichen bis 28. December. Diesen Nachrichten zufolge war ein Kurier mit Depeschen an den Marquis von Miraflores nach Paris abgeschickt worden, um von der französischen Regierung in Bezug auf das Ereigniß vor Malaga (siehe unten) kategorische Erklärungen über die den Befehlshabern ihrer Kriegsschiffe an der spanischen Küste ertheilten Weisungen zu verlangen.— Die Deputirtenkammer hatte in ihrer Sitzung vom 27. dem Baron de Meer und seiner Armee, wegen der letzten in Catalonien (im Aranthale) errungenen Vortheile, den Dank der Kammer votirt. — Von dem Gesetzentwurf hinsichtlich der außerordentlichen Kriegssteuer waren die vier ersten Artikel von der Kammer angenommen worden. — Der Marquis von Montevirgen drang in der Sitzung vom 28. darauf, daß der zur Prüfung des Quecksilbervertrags von Almaden niedergesetzten Commission die erforderlichen Documente von der Regierung geliefert werden möchten, ohne die sie nicht im Stande sei, ihre Arbeit zu Stande zu bringen.

Ueber die (in unserm Blatte gemeldete) Empörung der Besatzung von Alhucemas (an der afrikanischen Küste) enthält ein Schreiben aus Madrid vom 26. December folgende Details: „Don Carlos hat nun sogar in Afrika Anhänger gefunden. In Alhucemas, einem Malaga gegenüber an der afrikanischen Küste liegenden befestigten Puncte, in welchem Spanien seine schwersten Verbrecher aufbewahrt, hat sich am 15. v. M. die Besatzung empört. Diese gehörte zu einem Freicorps der Provinz Granada, und war, wie alle spanischen Freicorps, aus dem Auswurf der Bevölkerung gebildet. Die Soldaten ermordeten den Capitän, stellten einen gefangenen Carlistischen Oberlieutenant an ihre Spitze, setzten die übrigen gefangenen Carlisten und sämmtliche Galeerensclaven in Freiheit, und riefen Carl V. aus. Nachdem sie sich sämmtlicher Vorräthe an Lebensmitteln und Pulver bemächtigt hatten, schifften sie sich am 7. d. M. damit, und mit sechs kleinen Kanonen auf zwei Fahrzeugen ein, in der muthmaaßlichen Absicht, an der Küste von Valencia zu landen, um Cabrera's Schaaren zu verstärken. Das eine dieser Fahrzeuge, in welchem sich 62 der Aufrührer einschifften, wurde durch den Sturm an die amerikanische Küste unweit Oran verschlagen; die Mannschaft rettete sich an das Land, und der Capitän benutzte diesen Umstand, um schleunigst wieder in die See zu stechen und nach Malaga zu segeln, wo er am 17. d. M. ankam. Das Schicksal des größern Fahrzeugs, auf welchem sich 200 Mann befanden, kennt man noch nicht. In Alhucemas waren 30 Invaliden zurückgeblieben, und der Generalcapitän Palarea schickte sogleich eine Compagnie zur Verstärkung hinüber, um diesen Platz vor einem Handstreiche der Marokkaner zu retten. Einer im Hafen von Malaga stationirter englischer Kriegsbrigg ging, auf Palarea's Veranlassung, sogleich unter Segel, um das andere Fahrzeug aufzusuchen und dessen Landung zu verhindern. Auch ersuchte Palarea den Capitän einer vor Malaga kreuzenden französischen Corvette, nach Oran zu segeln, um Vorkehrungen wegen der in jener Gegend ausgeschifften Rebellen zu treffen. Der Capitän aber weigerte sich, indem er erklärte, er habe die Vorschrift, sich zwischen beiden Parteien streng neutral zu verhalten. Darauf erwiederte der General Palarea, er könne nicht zugeben, daß man die Vertheidiger Isabellens II. eine Partei nenne, und werde über diese Aeußerung an seine Regierung berichten."

Einem Schreiben aus Bayonne vom 31. December zufolge sind die beiden conservativen Parlamentsmitglieder, Borthwick und Fector, die eine Reise nach Spanien unternehmen wollen, dem brittischen Consul in Bayonne, Hrn. Harvey, ganz besonders anempfohlen worden, und sollen Willens seyn, nicht bloß das Hauptquartier des Don Carlos, sondern auch das Hauptquartier Espartero's und Lord John Hay auf ihrer Tour durch die baskischen Provinzen zu besuchen. — General Espeleta hatte am 30. December das Commando von San Sebastian übernommen, und General O'Donnell, den er ablöst, wurde auf seinem Wege zu Espartero, als dessen Chef des Generalstabs er angestellt ist, unverzüglich in Bayonne erwartet.

Dem Eco de l'Aragon zufolge hatte General van Halen am 29. December neuerdings 66 Carlistische Gefangene, worunter zwei Offiziere, in Murviedro erschießen lassen.

Großbritannien und Irland.

Durch das Packetschiff „Virginian" hatte man in Liverpool Zeitungen aus Newyork bis zum 14. und aus Canada bis zum 10. December erhalten.— Harrisburgh befand sich bei Abgang der letzten Nachrichten in demselben revolutionnirten Zustande, wie bisher; eine ansehnliche Truppenmacht war jedoch auf dem Marsche, um, wie sich der Courier ausdrückt, die widerspänstigen Republikaner zur Raison zu bringen. — Die Nachrichten aus Niedercanada lauten befriedigend, und es ist nun erwiesen, daß die angeblich durch den „Herkules" gebrachte Nachricht von der Widerspänstigkeit der Miliz in Quebec rein erdichtet war. — Dagegen soll, Newyorker Blättern zufolge, eine Bande von Piraten, deren Stärke verschiedentlich, auf 900, 300 und 200 Köpfe angegeben wird, von Detroit aus einen Einfall in Obercanda gemacht, sich der Ortschaften Windsor und Sandwich bemächtigt, und das brittische Dampfboot „Thames" auf ihrem Zuge zerstört haben. Da das ganze Gerücht jedoch bloß auf den Aussagen der Passagiere am Bord des am 8. zu Buffalo eingelaufenen amerikanischen Dampfbootes „Wisconsin" beruht, so zweifeln die Londoner Blätter an der Wahrheit desselben, oder halten wenigstens die Erzählung für übertrieben.

Der Staatssecretär des Kriegsdepartements hat unterm 14. December mittelst Circular bekannt gemacht, daß die Abzüge, denen die Infanterie-Offiziere gewisser Rangstufen unterworfen waren, wenn sie Stabs- oder Garnisonsdienst thaten, mit dem 1. Jänner 1839 aufhören sollen.

Die Angelegenheit des verhafteten Geistlichen Stephens unterhält fortwährend in Manchester nicht geringe Aufregung. Stephens ist etwa 32 Jahre alt, verheirathet und Vater mehrerer Kinder. Er war früher Prediger bei den Wesleyanischen Methodisten, wurde aber von dieser Secte, welche größtentheils mit der Hochkirche befreundet ist, wegen seiner Reden gegen die Verbindung zwischen Staat und Kirche ausgestoßen. Die gegen ihn gerichtlich angebrachten Aussagen gehen dahin, er habe am 13. November auf dem Marktplatze zu Leigh mit einer großen Anzahl übelgesinnter Personen auf tumultuarische Weise, mit Bannern, Flaggen und Sinnbildern eine Versammlung gehalten, bei welcher durch lautes Geschrei und Abfeuern von Schießgewehren die Einwohner in Schrecken gesetzt worden seien, auch durch heftige entzündende Reden die Versammelten zu Gewaltthaten gegen gewisse Personen in Leigh und der Nachbarschaft

und ihr Eigenthum aufzureizen versucht. Feargus O'Connor, Oastler und andere Meinungsgenossen eilten auf die Nachricht von der Verhaftung ihres Bundesbruders sogleich nach Manchester, um zum Rechten zu sehen, und vornehmlich um ihre Partei von Demonstrationen und Excessen, die dem Verhafteten nur schaden könnten, zurückzuhalten. Die Behörden ergriffen alle Anstalten, um Ruhestörungen zu verhüten; 700 Specialconstables wurden in Ashton und der Nachbarschaft beeidigt; Reiterei- und Infanteriepatrouillen durchzogen die Straßen von Manchester. O'Connor wußte jedoch seine Schaaren zusammenzuhalten; er warnte sie, nicht in die Falle zu gehen, indem die Whigs nichts mehr wünschen würden, als eine Ruhestörung, um dann die Habeas-Corpusacte suspendiren zu können. „Ich hoffe und vertraue," fuhr er fort, „daß das Volk am Gerichtstage zu H^en. Stephens stehen wird ohne Waffen und kriegerische Werkzeuge, auch ohne Banner und Musik, aber fest, eng geschlossen und einig. Es soll eine permanente Committee erwählt werden, um Adressen an alle radicalen Vereine im Königreiche zu erlassen und ihnen eine solche Organisation zu geben, daß sie alle bereit sind, die ihnen ertheilten Verhaltungsbefehle zu erfüllen. Wenn nicht H^r. Stephens in Schutz genommen wird, so fällt er als Opfer. Wird das Land die Einkerkerung des H^rn. Stephens dulden? Nein, es wird sich versammeln zu Tausenden und Zehntausenden, mag auch Lord Melbourne Proclamationen gegen Versammlungen bei Fackellicht erlassen; wir haben ja, Gott sei Dank, noch den Mond; und wenn der Mond uns sein Licht verweigert, so bleibt uns die Finsterniß, die ganz gut paßt für die, so unter der Tyrannei der Tories und dem Verrathe der Whigs leiden." — Trotz dem ergangenen Verbote hat kürzlich zu Dalston bei Carlisle eine Fackellicht-Versammlung Statt gefunden, in welcher Schießgewehre abgefeuert wurden.

Die Agitation gegen die Korngesetze dauert fort, und die ministeriellen Blätter ermuntern täglich das englische Volk zu den angestrengtesten Bemühungen zur Organisirung von Vereinen und Entwerfung von Petitionen zu Gunsten einer Aenderung der Gesetze, weil sich, ohne aufs stärkste dazu gedrängt zu werden, die Minister in keinem Falle dazu entschließen würden, dem Parlamente einen solchen Vorschlag zu machen. Einzelne Mitglieder des Cabinets sollen zwar dazu geneigt seyn, sie haben aber die Mehrzahl gegen sich, und selbst diejenigen, welche dem Premierminister zumuthen, er solle das vom Grafen Grey bei Gelegenheit der Reformbill gegebene Beispiel nachahmen und das Parlament auflösen, wenn es den Forderungen der Nation in Betreff der Korngesetze widerstrebe, geben doch zu, daß ein solcher Schritt von Seiten Lord Melbourne's eben nur dann von Nutzen seyn könne, wenn die Minister auf den kräftigsten Beistand des Volkes rechnen dürften, weil sie sonst durch Einbringung einer Bill gegen die Korngesetze nur ihren eigenen Sturz herbeiführen würden; es müssen daher die Wählerschaften des Reiches erst so organisirt und gestimmt seyn, daß bei einer Auflösung des Parlaments wenigstens mit einiger Gewißheit in dem neuen Unterhause eine den Korngesetzen feindliche Majorität zu erwarten wäre, denn, daß man mit dem jetzigen Unterhause etwas gegen diese Gesetze durchführen könne, daran sei gar nicht zu denken.

Die Marquise von Breadalbane ist an Lady Durham's Stelle zur Ehrendame Ihrer Majestät ernannt worden.

Die bekannte Dichterinn Mistreß Maclean (vormals Miß L. E. Landon) starb am 15. October zu Cape Coast-Castle, wohin sie ihrem Gemahl G. M'Lean Esq., Gouverneur jener Niederlassung auf Guinea's Goldküste, gefolgt war, eines traurigen Todes. Man fand sie in ihrem Schlafzimmer umgesunken, ein Fläschchen mit diluirter Blausäure in der Hand, von der sie, wie die Leichenöffnung zeigte, genommen hatte. Sie litt während ihres Lebens an heftigen Magenkrämpfen, welches Uebel sich unter jenem für Europäer ohnehin so verderblichen Klima gesteigert hatte. Wahrscheinlich wollte sie, wohin sich auch die aus Kaufleuten der Stadt gebildete Coroners-Jury aussprach, einige Tropfen jener gefährlichen Arznei nehmen, nahm aber zu viel. Erst vor einigen Tagen war ein in heiterer Stimmung geschriebener Brief von ihr, von zwei zum Druck bestimmten Manuscripten begleitet, in England eingetroffen. Indessen theilt die Morning-Chronicle eines ihrer letzten Lieder mit, das von tiefem Heimweh durchdrungen ist. — Ein Oheim der Dichterinn, der Dechant von Exeter, D^r. Landon, vormals viele Jahre lang Provost des Worcester-College zu Oxford, folgte ihr vor zwei Tagen im Tode nach.

Die Gemahlinn des Prinzen von Capua ist zu Salt-Hill, in der Nähe von Windsor, gefährlich erkrankt.

Der seit einigen Jahren außer Activität gestandene Capitän Napier (Admiral in portugiesischem Dienste) ist zum Commandanten des Linienschiffs „Powerful," 84 Kanonen, das in Portsmouth zum Dienste im Mittelmeere ausgerüstet wird, ernannt worden.

In Liverpool ist wieder ein Schiff, die „Sarah," von Bahia angekommen, welches am 8. November von dort absegelte. Es herrschte zu jener Zeit die vollkommenste Ordnung und Ruhe in der ganzen Provinz, und der Handel war in befriedigendem Zustande. Von Montevideo ist ebenfalls ein Schiff, der „Reindeer," angekommen, bringt aber nichts Neues.

Consols am 3. December 94¼.

Wien.

Am 12. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	——
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	——.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	157.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.

Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM. 65¼.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100¼. Uso 2 M.
Bankactien pr. Stück 1486½ in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

Im Comptoir des österreichischen Beobachters ist erschienen das eilfte Heft der militärischen Zeitschrift 1838. Inhalt I. Des Obersten Baron Geismar Streifzug in Belgien und Frankreich; im Februar und März 1814. II. Der Insurrectionskrieg in Spanien 1822 und 1823. Mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse in Catalonien. (Schluß des ersten Abschnittes.) III. Der Feldzug im Jahre 1745 in Italien. IV. Nekrolog des großherzoglich badenschen Generalmajors Heinrich von Porbeck. V. Literatur. VI. Neueste Militärveränderungen. VII. Miszellen und Notizen N^r. 11 bis 16. In diesem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1839 der militärischen Zeitschrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

W 1. K. ZEITUNG 1839

№ 14

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 14. Jänner 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 12. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.819	28 7 4 P.	+ 1.0	SW. still.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.721	28 6 10	+ 2.6	W. stark.	Schnee.
	10 Uhr Abends.	27.674	28 6 3	+ 2.5	W. schwach.	trüb.

Mexico.

Durch das Dampfboot „Meteore," welches am 7. December Abends in 60 Stunden von Veracruz in Neworleans eingelaufen war, hat man die wichtige Nachricht von der Einnahme des Schlosses San Juan d'Ulloa (der Citadelle von Veracruz) durch die französische Escadre, nach einem fünfstündigen Bombardement, erhalten. — Die Escadre hat nur vier Mann verloren, während der Verlust der Mexicaner 4 bis 500 Mann an Todten beträgt. — Das Journal Commercial von Neworleans vom 8. December gibt folgende Details über diese glänzende Affaire: „Am 27. November schickte der Admiral Baudin einen Parlamentär an den General Rincon ab, um ihm anzukündigen, daß es seine Absicht sei, San Juan d'Ulloa anzugreifen. Um 2 Uhr an demselben Tage warfen die drei französischen Fregatten, eine Corvette und zwei Bombarden, auf Kanonenschußweite vom Fort, Anker, und begannen ein so gut unterhaltenes Feuer von Bomben und schwerem Geschütz, daß sie in Zeit von vier Stunden das Feuer von 160 Stücken der feindlichen Citadelle zum Schweigen brachten, indem sie alle Werke des Platzes und die berühmte Redoute del Caballero demolirten, und 600 Mann von der mexicanischen Besatzung theils tödteten, theils verwundeten. — Gegen 6 Uhr Abends steckte der Commandant des Schlosses ein Signal auf, um dem Feuer ein Ende zu machen, und bat den Admiral, ihm einen Waffenstillstand zu gewähren, um die Verwundeten wegzuschaffen. Der Admiral Baudin antwortete, daß er hierzu nicht einwilligen könne, daß er aber den Mexicanern freien Abzug aus dem Fort gestatten wolle, wenn sie capitulirten. Der mexicanische Commandant nahm diesen Antrag an, und das Fort wurde hierauf von den französischen Seesoldaten besetzt. — Die mexicanische Armee bei Veracruz war 5000 Mann stark; aber die mexicanischen Offiziere glaubten nicht, daß diese Streitkräfte hinreichen würden, die durch das Geschütz des Schlosses beherrschte Stadt zu vertheidigen. — Der Admiral Baudin hat tausend mexicanischen Soldaten gestattet, in der Stadt zu bleiben, um über die Aufrechthaltung der Ruhe zu wachen." — Ein Privatschreiben fügt zu diesen Details hinzu: „Der französische Admiral hat an die Consuln der verschiedenen Nationen ein Rundschreiben gerichtet, welches sie in Kenntniß setzt, daß der Hafen von Veracruz von nun allen Flaggen geöffnet sei. — Die französische Escadre, heißt es, hat 5000 und das Schloß von Ulloa 1700 Kanonenschüsse abgefeuert. Nach fünfstündigem Bombardement hat sich die Festung der französischen Escadre ergeben." — Obige Nachrichten sind durch das Schiff „Rhone" von Newyork nach Havre gebracht worden.

Frankreich.

Der National ist mit dem (in unserm gestrigen Blatte mitgetheilten) Adresse-Entwurf der Deputirtenkammer keineswegs zufrieden; er äußert sich mit großer Schärfe darüber folgendermaaßen: „Der heute in der Deputirtenkammer vorgelesene Adresse-Entwurf war von den Oppositionsjournalen seit einer Woche als die kühnste Manifestation, die bis jetzt unter der Regierung der jüngeren Branche Statt gefunden hat, angekündigt worden. Sie sollte, nach ihren Aeußerungen, die Adresse der 221 noch übertreffen. Wir müssen bekennen — und vielleicht sind jene anticipirten Lobeserhebungen Schuld daran — daß uns trotz dem bei verschiedenen Stellen absichtlich markirten Vortrage des Hrn. Dupin, die Arbeit des Hrn. Etienne die im Namen der Commission gemachten Verheißungen keineswegs erfüllt zu haben scheint. Vielleicht sind wir auch, durch die traurige Lage, in der wir uns befinden, und durch den Gedanken an Alles, was man einer Administration, wie die, welche uns regiert, hätte sagen können, befangen, zu streng gegen ein Werk gewesen, das am Ende doch bestimmt ist, bei Hofe zu erscheinen, und dort die Meinungen einer so vielen Ursachen der Unzuverlässigkeit und Schwäche unterworfenen Kammer auszudrücken. Wenn wir in Erwägung zogen, wie sehr unsere Interessen nach Außen gefährdet sind, welchem Verderbniß unsere Gesellschaft im Innern preisgegeben ist, und man uns dann von einer energischen Adresse vorredete, so schien es uns, daß wir berechtiget waren, etwas zu erwarten, das beinahe einer Anklageacte gleichkäme und nicht bloße parlamentarische Phrasen, wobei sich der Tadel furchtsam hinter den ehrfurchtsvollsten Formen versteckt. — Aber selbst wenn wir die reellen Schwierigkeiten, welche die Kammer umringen, die geringe Kraft, die aus dem Wahlsystem, dessen Ausfluß sie ist, für sie hervorgeht, in Anschlag bringen, so scheint es uns doch noch, daß sich die Adresse über Fragen, von denen die Sicherheit und die Ehre Frankreichs abhängen, kräftiger hätte aussprechen sollen. So hat die Commission wohl strenge Worte gefunden, um die Politik, welche Ancona aufgegeben hat, zu brandmarken, aber warum zeigt man nicht die nämliche Festigkeit, indem man von Belgien spricht? Die Räumung Italiens bedauern, das ist gut, das ist national. — Dasselbe sagen wir von dem Paragraphen, der sich auf Polen bezieht; allein der Rückzug von Ancona und Polens Fall sind vor der Hand vollendete Thatsachen und Niemand kann, wenigstens unmittelbar, daran denken, Warschau zu befreien, oder uns neuerdings auf einem Puncte der Romagna festzusetzen. Dagegen ist die belgische Frage noch ganz. Hier ist es also noch möglich, mit Frucht zu reden, und ein einziges Wort, das Wort Integrität des belgischen Gebiets, in die Adresse eingeschaltet, würde mit Einem Schlage unserem politischen System eine bessere Richtung gegeben haben. — Warum ist

dieſes Wort nicht ausgeſprochen worden? Aus dem ganz einfachen Grunde, weil die einflußreichen Männer der Coalition vor Allem darauf bedacht ſind, Miniſter zu werden; weil dann, wenn ſie ans Ruder gelangt ſind, ſich Niemand auf eine ſentimentale Phraſe ſtützen wird, um von ihnen die Befreiung der Weichſel zu verlangen, während ein Wort über die Integrität des belgiſchen Gebiets eine formelle Verpflichtung ſeyn würde, bei einer Frage zu interveniren, die 80 Lieues von Paris verhandelt wird, und in Zeit von vierzehn Tagen entſchieden werden kann. Wieder Miniſter werden, und deßhalb auf das gegenwärtige Miniſterium da, wo es verwundbar iſt, losſchlagen, ohne ſich dadurch Verpflichtungen zu ſchaffen, die mit dem hohen Willen, der bei Verleihung der Portefeuille's den Vorſitz führt, unvereinbar ſind, dieß ſcheint uns der Gedanke zu ſeyn, der bei der Redaction der Adreſſe vorgewaltet hat, und den wir vor Allem an der Stelle, die ſich auf Belgien bezieht, bemerken. — Nachdem wir nun der Kritik, die leider den empfindlichſten Theil unſerer auswärtigen Politik trifft, ihr Recht gegeben haben, müſſen wir anerkennen, daß die Arbeit der Commiſſion nichtsdeſtoweniger in vielen Puncten hoher ſteht, als ſämmtliche Stücke dieſer Gattung, die wir bis auf dieſen Tag gehört haben. Es iſt dieß ein reeller Fortſchritt, den wir gerne einräumen, und welcher beweist, daß ſelbſt die Kammer der Bewegung der Geiſter nicht fremd geblieben iſt. Die Adreſſe iſt ſolchergeſtalt nicht mehr jene unfruchtbare Paraphraſe der königlichen Worte, wovon die Pairskammer uns neuerlich noch ein Beiſpiel gegeben hat. — Die Puncte, welche die Thronrede vergeſſen, oder gefliſſentlich ausgelaſſen hatte, werden in der Adreſſe, mitunter ſogar mit Feſtigkeit, berührt. Man ſpricht darin, wenn gleich in etwas ſchüchternen Worten, von der falſchen Politik, die man hinſichtlich der Schweiz befolgt hat; man weist auf die Nothwendigkeit der Heimzahlung der Staatsſchuld hin, indem man ſich hierbei auf jenen finanziellen Wohlſtand ſtützt, von dem die Regierung ein ſo vortheilhaftes Bild entworfen hat; man erinnert an jenes Geſetz über den Generalſtab, welches im verfloſſenen Jahre durch eine Coalition der Pairie und der Krone verworfen worden; man legt endlich einige Sorgfalt für die Induſtrie des einheimiſchen Zuckers, als weſentlich mit den Intereſſen unſers Ackerbaues verbunden, an den Tag; lauter Dinge, welche die königliche Rede mit Stillſchweigen übergehen zu dürfen glaubte. — Man erkennt hierin wenigſtens einen halben Willen, die ſogenannte parlamentariſche Prärogative der königlichen Omnipotenz gegenüber aufrecht zu erhalten. Dieſe Intention iſt noch formeller in dem letzten Paragraphe der Adreſſe angedeutet. Der König hatte geſagt: der blühende Zuſtand des Landes iſt dem Beiſtande, welchen die Kammern Mir ſeit acht Jahren geleiſtet haben, zu verdanken; er hatte dann zu verſtehen gegeben, daß unſere conſtitutionnelle Regierung ein Experiment ſei, um zu ſehen, ob die Freiheit mit der monarchiſchen Stabilität, der einzigen nothwendigen Grundlage des Staates, ſich verträgt. Die Commiſſion ſchlägt vor, zu erwiedern, unter welchen Bedingungen jener Beiſtand möglich iſt, und dieſe Bedingungen ſind, daß die Adminiſtration ſich auf hochherzige Geſinnungen ſtütze; daß die Regierung ſich Achtung nach Außen verſchaffe und im Innern durch verantwortliche Miniſter handle. — Sie ſcheint nur die Allmacht des Nationalwunſches, als die einzige Quelle aller Regierungsgewalt, für nothwendig zu halten. Es dürfte, unſers Erachtens, ſchwer ſeyn, mittelſt parlamentariſcher Phraſen den Zwieſpalt klarer zu bezeichnen, der zwiſchen den beiden Prärogativen obwaltet; wird aber die Kammer im Stande ſeyn, die ihrige zu behaupten? Wird ſie dieß im Stande ſeyn, getrennt, wie dieß in der Wirklichkeit der Fall iſt, durch das Wahlgeſetz von jener Nationalkraft, die man ſie zu Hülfe rufen läßt? Es wäre Leichtſinn, dieß zu glauben."

Das Journal des Debats enthält folgenden Artikel über Hrn. Dupins auffallendes Benehmen beim Adreſſe-Entwurf der Deputirtenkammer: „Vor vierzehn Tagen war Hr. Dupin, von der Coalition vollſtändig verlaſſen, froh, die Stimmen der Freunde des Miniſteriums zu erhalten, um zum Präſidentenſtuhl zu gelangen. Durch dieſe Unterſtützung zum Präſidenten ernannt, empfing Hr. Dupin die Glückwünſche der Miniſter; er machte ihnen Gegenbeſuche; er ermahnte ſie, bei einem Widerſtande zu beharren, den er ohne Rückhalt zu billigen ſchien. Noch ganz neuerlich rühmte er das Talent, welches Hr. Molé bei der Discuſſion der Adreſſe in der Pairskammer entwickelt hatte. Kurz, diejenigen, welche glauben, daß Worte noch einen Werth haben, dachten, daß der Hr. Präſident Dupin, wenn er auch nicht als Vertheidiger des Cabinets bei den bevorſtehenden Debatten der Deputirtenkammer auftreten ſollte, ſich wenigſtens eine ſtrenge und unparteiiſche Neutralität zum Geſetz machen würde. — Wie hat ſich der Wind gedreht? Wie hat ſich Hr. Dupin, nach der feindſeligſten Adreſſe, die je gegen ein Miniſterium entworfen worden iſt, für ermächtiget gehalten, dem bedrohten Cabinet den Rücken zu kehren? Durch welchen Groll hat er ſich zu der unerklärbaren Handlung verleiten laſſen, mit Vorbedacht eine geſchriebene Rede feierlich vor der Commiſſion zu halten und ſie dann durch den Berichterſtatter derſelben in die Journale einrücken zu laſſen? Welche Hoffnung hat ihn neuerdings an das Schickſal der Doctrinairs geknüpft, die er noch Tags zuvor mit ſeinen Verwünſchungen, mit ſeinem Zorn verfolgte? Woher die haſtige Eile, ein Cabinet zu verdammen, während die Adreſſe-Commiſſion, ſo ſtreng ſie auch ſeyn mag, nur anklagt? Woher dieſer plötzliche Abfall, der, in dem Augenblicke eines ſo heftigen Angriffs gegen das Miniſterium eintretend, einer Deſertion am Tage der Schlacht gleicht? — Wir müſſen es Andern überlaſſen, einen ſo ſeltſamen Widerſinn zu erklären, ein ſolches Benehmen zu rechtfertigen! Hr. Dupin hatte uns an die Bizarrerien ſeiner Laune gewöhnt; aber verdient der Zwiſchenfall, der die letzte Sitzung der Adreſſe-Commiſſion bezeichnete, nicht einen andern Namen? Warten, um ſich auszuſprechen, bis die Majorität der Commiſſion ſich erklärt hat, und um die Miniſter anzugreifen, bis man ſie nicht mehr im Angeſichte hat, iſt ein Verfahren, das nicht bloß von Mangel an Character zeugt; und die Parteien, die heute von der Defection des Hrn. Dupins Vortheil ziehen — wenn Hrn. Dupins Beitritt irgend Jemanden Vortheil bringen kann — dieſe Parteien urtheilen ohne Zweifel ſtrenger über ihn, als wir. — Hr. Dupin hat nichts mehr von der höhniſchen Gleichgültigkeit ſeiner heutigen Bundesgenoſſen, noch von dem gerechten Unmuth ſeiner geſtrigen Freunde zu fürchten. Er iſt Präſident. Er iſt es trotz den Ambitionen, denen er jetzt ſchmeichelt, und Dank der patriotiſchen Ergebenheit der Männer, die er im Stich gelaſſen hat. Dieſe Stellung würde für jeden Andern, als für Hrn. Dupin, ſchrecklich ſeyn. Für ihn iſt ſie ein Beweis, daß er gut manövrirt hat, weil er durch den Einfluß des Miniſteriums, welches er verurtheilt, ernannt, ſich nichtsdeſtoweniger das Miniſterium, welches er ans Ruder bringen möchte, zu großem Dank verpflichtet hat. Eine ſolche Tactik hat etwas Beſchämendes und Niederſchlagendes für diejenigen, die ſtets einem Manne von unbeſtreitbarem Talent, und der einſt den Lockungen einer thörichten Popularität zu widerſtehen wußte, ihre Theilnahme gewidmet hatten. Für Hrn. Dupin hat ſie ein großes Verdienſt, das, wie es ſcheint, alle andern Rückſichten überwiegt; ſie gelingt. — Einige Journale haben

den Muth, H^rn. Dupins Benehmen durch die Voraussetzung zu erklären, daß er bei seiner Handlungsweise den Rathschlägen einer erlauchten Person, die ihm ihr Vertrauen schenkt, gefolgt sei. Dieses abgeschmackte Mährchen verdient nicht einmal einer Widerlegung. Wenn das Interesse H^rn. Dupin zu einer solchen Handlung treibt, hat er Niemanden um Rath zu fragen. Ach! Er folgt nur seinen eigenen Inspirationen!"

Der Presse zufolge hatte der Adresse-Entwurf der Deputirtenkammer anfangs an der Pariser Börse einen üblen Eindruck erzeugt, der jedoch bald der bessern Ueberzeugung Platz machte, daß es den Freunden des Ministeriums in der Kammer (den Deputirten von der Réunion Jacqueminot) gelingen werde, die verderblichen Plane der Coalition zu vereiteln.

Die Pariser Journale vom 6. d. M. enthalten die Liste der Redner, die sich für und wider den Adresse-Entwurf der Deputirtenkammer, worüber die Debatte Montag den 7. Jänner beginnen sollte, haben einschreiben lassen: Für den Entwurf, die HH. Guizot, Villault, Duvergier de Hauranne, Havin, Montepin, Corne, Desjean, Salveton, Janvier, Mauguin, Passy, Glais-Bizoin, Larabit, Remusat, Portalis, Sapey, Michel, Durand de Romorantin, Ganneron, de Tracy, Jsambert, Malleville, Auguis, Desjobert, Chair-d'Est-Ange, Boirot, Marschall Clausel, Marquis de Mornay, Boudet (Paul), Chapuy-Montlaville und Mathieu (de Saone et Loire). Gegen den Entwurf: die HH. Liadière, Roul, de Lagrange, Beudin, Jars, Meilherat, Pagès (Arriège), Las-Cases, Baude, Quenaut, Meynard, Enouf.

Der Moniteur vom 6. Jänner erklärt die vom Courrier Français gegebene Nachricht von einem Besuche, den der Herzog von Orleans H^rn. Dupin gemacht haben soll, für durchaus ungegründet.

Dem Moniteur vom obgedachten Tage zufolge war, nach einer telegraphischen Depesche aus Bordeaux vom 5. Morgens, die Ruhe in la Rochelle vollkommen wieder hergestellt.

Am 5. Jänner 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75.

Spanien.

Nachrichten aus Madrid vom 29. December (in Pariser Blättern) zufolge haben mehrere Mitglieder des Senats in einer bei dem Grafen Montejo gehaltenen Versammlung beschlossen, in einer Adresse an die Regentinn den Abscheu vor den Grausamkeiten, durch welche Spanien in den Augen Europa's entehrt werde, auszudrücken. Man glaubte, daß auch die Deputirtenkammer sich diesem Schritte anschließen werde. Von Seite Englands sollen schon vor längerer Zeit Vorstellungen in gleichem Sinne gemacht worden seyn.

Der Bayonner Phare spricht von einem Kriegsrathe, der in Estella gehalten worden sei, um einen Carlistischen Chef zu richten, der angeklagt war, daß er einige seiner Gefangenen habe erschießen lassen. Gedachter Chef sei in Contumaciam, da er sich durch die Flucht der Strafe entzogen, zum Tode verurtheilt worden. Die Gazette de France, die obige Nachricht aus dem Phare mittheilt, sagt, sie wolle den Namen des Carlistischen Chefs, der im Phare genannt sei, nicht nennen, da ihr Correspondent aus dem Carlistischen Hauptquartier nichts von der Sache melde.

Das Eco de l'Aragon enthält eine Proclamation, welche der Oberst der (bekanntlich von der Madrider Regierung ihres Dienstes in Spanien entlassenen) Fremdenlegion, H^r. Abel Galant, vor seinem Abgange aus Saragossa an die Einwohner dieser Stadt unterm 28. December zum Abschied erlassen hat. — Ueber die Behandlung der schwachen Ueberreste dieser Legion von Seite der Christinischen Regierung heißt es in einem Schreiben aus Bayonne am 29. December: „Von der Gerechtigkeit der constitutionnellen Regierung gegen Fremde liefert das letzte Decret zur Auflösung der Reste der französischen Legion (200 Mann von 7000, die sie waren) einen schlagenden Beweis. Man erlaubt den Offizieren aller Grade (also etwa auch dem Obersten Ferrari, den man wegen seiner unbequemen Reclamationen so eben aus Madrid fortgeschafft hat), als Unterlieutenants in die spanische Armee einzutreten; doch dürften sie die Zeichen ihres Grades in der Legion tragen. Statt eines Jahressolds, den man der Legion schuldig ist, verspricht man ihr großmüthig eine dreimonatliche Gratification (einer meiner Bekannten hatte wohl Recht, als er mir sagte, in Spanien müsse man immer gracia und nie justicia begehren); endlich erlaubt man ihnen die unentbehrlichen Kleidungsstücke mitzunehmen, behält sich aber vor, ihre Magazine, die aus dem Effectendepot des hiesigen 20sten Regiments versehen worden sind, auszuplündern, wie es schon ehemals Espartero gethan hat. Wird noch ein Fremder Lust haben, spanische Dienste zu nehmen?"

Belgien.

Der in Brüssel erscheinende Independant, der für ein Organ des Ministeriums gilt, zieht in seinem Blatte vom 4. d. M. gegen die Volksbewegungen zu Gunsten der sogenannten Integrität Belgiens zu Felde. Er nennt diese Versammlungen mindestens unnütz, manchmal unheilbringend, immer Unruhe erregend. Er theilt darauf zunächst die folgenden Actenstücke mit:

Centralcomité von Brüssel.

Brüssel, 31. December 1838.

Mein Herr! In einer Versammlung, welche den 25. d. M. Statt fand und der verschiedene Mitglieder der Repräsentantenkammer und andere Notablen der Stadt beiwohnten, ist beschlossen worden, daß ein Comité delegirt werden soll, um sich mit den Patrioten in Verbindung zu setzen und sich mit ihnen über die Mittel zu berathen, wie die Integrität des Gebiets und die Ehre der Nation zu garantiren und zu erhalten sei. Die Mitglieder dieses Comités, welche in jener Versammlung gewählt wurden, scheuen es nicht, sich an Sie, mein Herr, zu wenden, an Sie, dessen Antecedenzien und Patriotismus bekannt sind, um Sie zu bitten, ihnen bei der Mission beizustehen, womit sie beauftragt worden sind. Die hier beigelegte Copie des Constitutionsactes des Centralcomités von Brüssel wird Ihnen hinlänglich das Ziel, welches wir uns vorstecken, so wie auch die Mittel, die wir anwenden müssen, um es zu erreichen, bezeichnen. Wenn, woran wir nicht zweifeln, dieses Ziel und diese Mittel Ihren Beifall erlangen, brauchen Sie nur die Patrioten von Ihrem Orte zu versammeln, um daraus ein Comité zu bilden, das sich mit dem von Brüssel in Verbindung setzen könnte. Sobald dieses Comité gebildet seyn wird, wäre es für das allgemeine Interesse wünschenswerth, daß Sie uns unverzüglich davon benachrichtigten, indem Sie uns die Namen der Mitglieder desselben mittheilten. Wir warten nur auf die Constitution des correspondirenden Comités, um ihre Delegirten in Brüssel zusammenzurufen, damit wir mit aller Uebereinstimmung einen Plan im Ganzen entwerfen und unsern Arbeiten und Anstrengungen die Einheit und Harmonie geben, die ihren Erfolg sichern sollen.

Wollen Sie gefälligst, mein Herr, uns den Empfang dieses Circulars anzeigen, welches wir auch dem Advocaten H^rn. Pernell zugeschickt haben, mit dem Sie, wie wir glauben, keinen Anstand nehmen werden, sich berathen zu wollen.

Noch müſſen wir Ihnen mittheilen, daß die Verſammlung, die uns conſtituirt hat, es für gut befunden hat, uns anzuempfehlen, für jetzt die Preſſe noch nicht mit unſern Arbeiten zu beſchäftigen und vor dem Publicum eine Art von Zurückhaltung über die projectirte Organiſation zu beobachten. Dieß verhindert, die Namen der Perſonen zu publiciren, welche der Verſammlung vom 25. beigewohnt haben; doch werden wir ſtets bereit ſeyn, uns wegen unſers Mandats vor Jedermann zu rechtfertigen, welchem dieſe Vorſichtsmaaßregel nöthig ſcheint.

Wir bitten Sie, mein Herr, die Verſicherung unſerer innigſten Hochachtung anzunehmen.

Der Präſident, E. Ducpetiaux,
52, Rue de la Montagne.
Der Secretär,
E. le Hardy von Beaulieu Advocat.

Conſtitutionsacte des Centralcomités von Brüſſel.

In Erwägung, daß es in den ſchweren Umſtänden, worin ſich Belgien befindet, von der größten Wichtigkeit iſt, alle guten Bürger zu demſelben Zweck und in derſelben Abſicht zu vereinigen;

In Erwägung, daß die Unterſtützung der Meinung und die Mitwirkung aller individuellen Kräfte der Regierung und den Kammern unentbehrlich ſind, wenn ſie die patriotiſche Miſſion erfüllen wollen, womit ſie beauftragt ſind;

In Erwägung, daß die Zeit gekommen iſt, um den bedrohten Provinzen ein Zeichen lebhafter Sympathie zu geben, und ihnen zu beweiſen, daß die ganze Nation entſchloſſen iſt, ſie nicht zu verlaſſen, und ſich mit allen Kräften der Zerſtückelung und dem fremden Einfall zu widerſetzen;

In Erwägung endlich, daß die Erhaltung der Unabhängigkeit, der Nationalität und der Ehre der Belgier eines auffallenden Zeichens bedürfe, welches keinen Zweifel über unſern feſten Entſchluß ließe, unſere heiligſten Rechte zu erhalten, und weder den Verführungen, noch den Drohungen, noch dem Zwange zu weichen:

Art. 1. Hat ſich in Brüſſel ein Comité gebildet, welches beauftragt iſt, die Maaßregeln vorzubearbeiten, die angewendet werden ſollen, um eine Integrität des Gebiets und die Ehre der Nation zu erhalten.

Art. 2. Das Comité wird zu dieſem Zwecke correſpondirende Comités in allen Provinzen und bedeutenden Städten Belgiens und Frankreichs ſtiften; man wird ſich mit denjenigen Aſſociationen dieſer Art in Verbindung ſetzen, welche ſich vielleicht ſchon gebildet haben.

Art. 3. Das Brüſſeler Comité wird der Centralpunct ſeyn, und zum Verbindungsmittel für die Einheit der Ausführung alles Vorhergegangenen dienen.

Art. 4. Das Comité wird in Uebereinſtimmung mit den correſpondirenden Comités ſich unverzüglich mit allen Bürgern oder Vereinen in Verbindung ſetzen, um ihre Anſtrengungen zu einer Colleete von Fonds vermittelſt Unterſchriften oder Schenkungen, Waffen ꝛc. und zu dem Engagement von Volontairs zu vereinigen, welche dazu beſtimmt ſind, zu der Vertheidigung des Vaterlandes mitzuwirken.

Art. 4. Das Centralcomité, aus einem Präſidenten, einem Schatzmeiſter, einem Secretär und zwei andern Mitgliedern beſtehend, wird durch die Bürgerverſammlung gewählt, die ſich zu dieſem Zweck am 25. December 1838 in Brüſſel verſammelt.

Art. 6. Das Comité wird bei dem Eintritt in ſeine Functionen folgenden Schwur in die Hände des Präſidenten ablegen: Ich ſchwöre als Mitglied des Comités, alle mir zu Gebote ſtehenden Mittel anzuwenden, um die Zerſtückelung des Gebiets, die Wiederkehr der Raſſauer und die Entehrung der Nation zu verhindern. Ich ſchwöre, von Niemanden, wer es auch ſeyn möge, weder Geſchenke noch Ehrenbezeugungen anzunehmen, welche zur Vernachläſſigung der Pflichten meiner neuen Functionen führen könnten, und mich aus allen Kräften allen Maaßregeln zu widmen, welche zu dem in Rede ſtehenden Zwecke angenommen werden könnten. So helfe mir Gott!

Art. 7. Das Centralcomité wird in Uebereinſtimmung mit den correſpondirenden Comités und mit Zuziehung der zu dieſem Ende beſonders einberufenen Stifter, wenn es ſtatthaft iſt, und nach dem Drange der Umſtände die Bildung einer Nationalaſſociation veranlaſſen, die alle Bürger aufnehmen ſoll, welche ſich verpflichten, aus allen Kräften das Princip der Nationalunabhängigkeit und der Integrität des Gebietes zu erhalten.

Brüſſel, den 25. December 1838.

Eine ſolche Aſſociation, ſetzt der Independant hinzu, iſt gegen das Geſetz und verletzt allen Anſtand gegen die Regierung. Und wie geſagt, das alles iſt unnütz. Das Land hat ſich jetzt ausgeſprochen, und die Colleeten und die Freiwilligen können wenig helfen. Europa kennt unſere Wünſche; glaubt man den Mächten Furcht einzujagen, wenn man die Anarchie organiſirt? Belgien iſt nicht Frankreich und Exceſſe werden uns nur ſchaden. Ueberdieß beſtraft das Geſetz das Anwerben von Freiwilligen mit dem Tode, und die Conſtitution verbietet, Jemanden einen Eid anders als nach dem Geſetze aufzudrängen. Wir fordern daher alle Bürger auf, ſich nicht in dieſer Schlinge fangen zu laſſen, denn die Regierung wird nicht dulden, daß man unter dem Mantel des Patriotismus das Geſetz mit Füßen trete.

Der Independant theilt außerdem die Antwort des Hrn. Chantrell, eines Rheders von Brügge, an das Comité mit, das ihn zum Beitritt eingeladen hatte. Er ſagt darin: „Wenn ich auch das Miniſterium tadle, das durch einen ſchlechten Handelsvertrag mit Frankreich unſere Marine vernichtet hat, ſo glaube ich doch, daß man nicht in den Gang der Regierung eingreifen muß, wenn man nicht gerade unſerer Nationalität compromittiren will. Das Land will den Frieden; ohne Frieden keine Zukunft für uns. Eine eitle Demonſtration kann den Stand unſerer Angelegenheiten nicht ändern; wir ſind nichts in der Waagſchale Europa's, das den Frieden will. Wenn wir uns auch ſträuben, es bringt uns ſchon zum Nachgeben. Wir empfinden es jetzt ſchon, unſere Schiffe können nicht mehr verſichert werden, als abgeſehen von dem Falle einer Blockade oder eines Krieges. Frankreich wird uns zu Lande, England zu Waſſer blockiren. Setzen wir unſere Nationalität keiner Gefahr aus. Der Handel will Ruhe und Frieden, er hat genug gelitten und ſchaudert vor einer Erneuerung der Anarchie. Wir in Weſtflandern ſind froh mit dem, was wir erlangt haben, und vertrauen auf den König."

In mehreren Exemplaren des geſtrigen Blattes iſt S. 67 Sp. 1 Z. 21 von unten „afrikaniſche" ſtatt „amerikaniſche" zu leſen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Wittwe, Dorotheergaſſe Nr. 1108.

№ 15

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 15. Jänner 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 13. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.756	28 3. 6 L. 3 p.	+ 3.1	WNW. schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.706	28 5 8	+ 4.5	W. ——	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.545	28 3 8	+ 5.3	W. stark.	trüb.

Frankreich.

Die Vorlage des Gesetzentwurfs über literarisches Eigenthum wurde von dem Unterrichtsminister Hrn. von Salvandy in der Pairskammer am 5. Jänner durch einen Vortrag eingeleitet, der mit den Worten beginnt: „Meine Herren! Der König hat uns befohlen, Ihrer Berathung einen Gesetzentwurf über literarisches Eigenthum vorzulegen, die Frucht der reiflichsten Erwägung zahlreicher Commissionen, des Staatsraths und der Regierung des Königs. Diese Huldigung gegen die Rechte des Gedankens geziemt einem Zeitpuncte, wo geistige Bestrebungen so große Macht üben, und einer Regierung, deren Grundsatz es ist, diese Macht anzuerkennen und zu ehren." Der Minister untersucht sodann vor Allem die Frage: ob es ein literarisches Eigenthum gebe, und worin es bestehe? So ungerecht und empörend es auch sei, daß häufig Männer, die ihrer Zeit und ihrem Lande zum Ruhm gereichen, und der Nachwelt unermeßliche Schätze hinterlassen, arm sterben, und ihren Nachkommen nur Dürftigkeit vermachen, während der Verkauf ihrer Werke Andere bereichert, so ungerecht wäre es wieder gegen die Staatsgesellschaft, deren Gemeingut alle großen Gedanken und Erfindungen seien, ein unbedingtes literarisches Eigenthum in der Art anzuerkennen, daß es z. B. einem glücklichen Erben oder bevorzugten Gläubiger mittelst des Rechts des Gebrauchs, des Mißbrauchs oder Nichtgebrauchs, das dem Eigenthum anklebt, freistehen würde, plötzlich einen Descartes, Pascal oder Montesquieu der Welt wieder zu entreißen. Die Rechte der Staatsgesellschaft und des Einzelnen in billigen Einklang zu bringen, müsse demnach die Aufgabe eines Gesetzes über literarisches Eigenthum seyn. Der Vortrag geht nun die frühere Gesetzgebung Frankreichs über diese Materie, so wie die verschiedenen Gesetze fremder Staaten durch, um zu zeigen, daß keiner derselben ein Eigenthum der Autoren auf ewige Zeiten anerkennt, und in keinem die Eigenthumsrechte sich auf so lange Zeit erstrecken, als in dem jetzt zur Vorlage kommenden französischen Gesetzentwurf. Nach Art. 1 wird dem Verfasser das ausschließliche Recht auf seine Werke während seiner Lebenszeit, und seiner Witwe, seinen Erben und andern Stellvertretern bis auf dreißig Jahre nach seinem Tode zuerkannt. Dramatische Werke können bei Lebzeiten nur mit Genehmigung des Verfassers, und dreißig Jahre lang nach seinem Tode nur gegen Entrichtung der nämlichen Entschädigung, die ihm gebührte, an seine Erben, zur Aufführung kommen. In den Abschnitten 3 und 4 werden dieselben Grundsätze auch auf Kunstwerke (Zeichnungen, Gemälde und Statuen), auch auf Musikalien ausgedehnt. Abschnitt 5 bestimmt, daß wenn ein Werk, in Ermanglung von Erben, keinen Eigenthümer mehr hat, dasselbe (mit Vorbehalt der Rechte der Gläubiger) Gemeingut wird, und nie dem Schatze zufallen kann. Von jedem literarischen oder Kunstwerk müssen künftig fünf (bisher zwei) Exemplare für das Ministerium, die königliche Bibliothek ꝛc. hinterlegt werden. Tit. VII betrifft den Nachdruck, der mit Geldstrafe und im Wiederholungsfalle mit Gefängniß bestraft wird. Die Ein- oder Durchfuhr im Auslande gedruckter französischer Bücher unterliegt besonderer Aufsicht. Dieß ist der Hauptinhalt des aus 22 Artikeln bestehenden Gesetzentwurfs, durch welchen, wie der Minister schließlich äußert, die Regierung allen mit dem literarischen Eigenthum verbundenen Interessen Genüge zu thun, und den Autoren und ihren Erben sowohl als der Staatsgesellschaft die erforderlichen Garantien darzubieten hofft. Zur Prüfung desselben wird die Pairskammer nächster Tage eine Commission ernennen.

Ueber die in la Rochelle wegen Getreideausfuhr Statt gefundenen Aufstände meldet der Moniteur vom 6. Jänner: „Ernste Unordnungen haben drei Tage hindurch Verwirrung in die Stadt la Rochelle geworfen aus Anlaß einiger Getreideladungen, welche von Kaufleuten des Stadt ausgeführt werden sollten. Am 31. December bildete sich eine ziemlich beträchtliche Zusammenrottung aus Sackträgern und Arbeitern von verschiedenen Professionen um mehrere mit Getreide beladene Wägen. Die Municipalbehörde schritt ein, aber mit Milde; sie setzte sogar für die Sackträger eine Erhöhung des Lohnes durch, was aber nur für den Augenblick wirkte. Am 1. Jänner wurde die Ankunft mehrerer mit Getreide und Mehl beladener Wägen, die auf ein ausländisches Fahrzeug geladen werden sollten, das Zeichen zu ernstern Auftritten. Das zusammengerottete Volk hielt die

Abfahrt des Zuges an, und drohte jede Getreideausfuhr zu verhindern. Die Civil- und Militärbehörden traten sogleich dagegen ein, stießen aber dießmal auf lebhaftern Widerstand, wobei zwei oder drei Personen leicht verwundet wurden. Das Municipalconseil beschloß einen Aufschub der Einschiffung, worein die Kaufleute selbst willigten, obgleich sie dadurch in ihren Interessen und in ihren Rechten litten. Darauf schien es ruhig zu werden. Den 2. Jänner brachen aber die Unordnungen auf mehreren Puncten aus. Man versuchte das Haus eines Getreidehändlers anzuzünden; drei Häuser von andern Kaufleuten, die man für Kornhändler hielt, wurden geplündert. Noch andere Einwohner, obgleich diesem Handelszweig fremd, wurden der Gegenstand ähnlicher Gewaltthätigkeiten. Das Haus des Adjuncten des Maire's ward ausgeplündert. Der Haufe zog vor das Haus des Hrn. Rasteau, Maire's der Stadt, der als Deputirter abwesend war, als Nationalgarden und Linientruppen auftraten. Bei deren Anblick zogen sich die Ruhestörer etwas zurück; der Maireadjunct sprach ihnen zu, und machte ihnen selbst einige versöhnende Vorschläge, die aber verworfen wurden. Darauf folgten die durch das Gesetz vorgeschriebenen dreimaligen Aufforderungen, in deren Folge die Waffen gebraucht wurden. Die Zusammenrottungen entflohen, nachdem sie durch einige Gewehrsalven zerstreut waren, und die etwa 12 bis 1500 betragenden Landleute der Umgegend, welche sich dem Pöbel von la Rochelle angeschlossen hätten, drangen durch die Thore hinaus. Eine Frau wurde getödtet; überhaupt seien zwei oder drei Opfer gefallen. Eine diesen Morgen (5.) eingetroffene telegraphische Depesche bestätigt die Herstellung der Ruhe, und meldet, daß die Behörde überall die Oberhand habe. Man hat sogleich von den der Stadt la Rochelle nächst gelegenen militärischen Puncten Truppen dahin beordert." — Das Journal des Debats enthält ein Schreiben aus la Rochelle vom 3. Jänner, welches über diese Unruhen noch folgende Details gibt: „Etwa 1200 Bauern aus der Gemeinde von Danpiers drangen gestern um 11 Uhr Morgens durch die Porte royale. Sie gingen zuerst nach der Mairie, wo sie verlangten, daß kein Getreide mehr eingeschifft und der Preis des Brotes herabgesetzt werde. Hr. Gon, Adjunct der Mairie, suchte sie vergebens zu beschwichtigen. Sie begaben sich von dort nach der Präfectur, wo sie ihre Forderung wiederholten. Eine große Pöbelmasse der Stadt hatte sich zu ihnen gesellt. Von der Präfectur aus gingen sie nach dem Wohngebäude des Kaufmanns Fraignand, wo sie Alles zerstörten, eben so ging es mit den Wohnungen der HH. Gon und Castel. Die herbeigeeilten Truppen waren genöthigt Feuer zu geben; es gab von beiden Seiten Verwundete, doch mehr unter den Truppen, als unter den Aufrührern. Als die Bauern endlich die Stadt verließen, zerstörten sie noch die Porte royale. Aus Rochefort war ein Bataillon und eine Verstärkung an Gendarmerie eingetroffen."

Die Pariser Zeitungen vom 7. Jänner sind gestern nicht in Wien eingetroffen.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 30. December enthält ein Decret der Regentinn, durch welches, um der für die inländische Landwirthschaft höchst nachtheiligen Einschmuggelung französischen Viehs Schranken zu setzen, der bisherige übermäßige Eingangszoll auf dasselbe vermindert wird.

Der Senat hat in seiner Sitzung vom 29. December das von den Deputirten bereits genehmigte Gesetz über die Aushebung von 40,000 Mann mit 66 gegen 12 Stimmen ebenfalls angenommen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Durch das Packetschiff „Virginian" sind, wie bereits erwähnt, Newyorker Blätter bis zum 14. December in England eingelaufen. — Unter den ersten Petitionen, die dem Congreß in Washington vorgelegt wurden, war eine aus New-Hampshire, die Hr. Atherton überreichte, zu Gunsten der Negersclaverei. Ihr Petitum lautete: Jeder Versuch von Seite des Congresses, die Sclaverei in dem Bezirke Columbia (wo Washington, die Hauptstadt des Freistaats, liegt!) oder den (noch nicht zu Staaten erhobenen) Territorien abzuschaffen, oder die Versetzung von Sclaven aus einem Staat in den andern zu verbieten, oder zu solchen Zwecken zwischen den Verfassungen eines Theils der Conföderation und einem andern Unterschiede aufzustellen, ist als eine Verletzung der constitutionnellen Principien, auf denen die Union dieser Staaten beruht, und als eine Ueberschreitung der Competenz des Congresses zu betrachten; jede Petition, Denkschrift, Resolution, jeder Vorschlag, überhaupt jedes Papier, das irgendwie, mehr oder weniger, die Abolitionsfrage berührt, soll in dem Augenblicke, wo dergleichen im Congreß übergeben wird, ohne Weiteres darüber auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden, ohne Druck, Lesung, Debatte darüber oder irgend eine Bezugnahme darauf." Es entspann sich eine lange und hitzige Verhandlung, in deren Verlauf mehrere Anträge auf Vertagung des Hauses mit kleinen Majoritäten verworfen wurden. Endlich wurde die erste Resolution mit 198 gegen 6 Stimmen angenommen. — Aus Harrisburgh wird vom 10. December berichtet: „Die Truppen aus Philadelphia rückten gestern Abends in die Stadt ein, und besetzten das Arsenal. Die Stadt ist in beträchtlicher Aufregung. Einem Tagsbefehle zufolge darf sich kein Soldat innerhalb des Capitolhofs zeigen. Die Locofoco-Partei versammelte sich heute Morgens im Repräsentantenhaus, und ernannte eine Deputation, die den Gouverneur fragen soll, zu welchem Zweck und auf wessen Kosten Militär herbeigezogen worden sei. Einige neue Verhaftungen haben Statt gefunden. Zu einem gütlichen Vergleich zwischen beiden Parteien ist keine Aussicht vorhanden."

Vereinigte Provinzen des Rio de la Plata.

Die Nachrichten aus Buenosayres reichen bis zum 17., aus Montevideo bis zum 28. October. Don Fructuoso Rivera hat sich, mit Hülfe der Franzosen, der kleinen Insel Martin Garcia am Eingange des la Platastroms bemächtigt, jedoch erst nach einem heftigen Widerstande der Truppen von Buenosayres. Die Blockade dauerte fort, doch hoffte man noch auf eine gütliche Ausgleichung. Zu Montevideo ward am 24. October ein Friedensvertrag geschlossen zwischen dem Rebellenanführer Don Fructuoso Rivera und dem Präsiden-

ten Oribe. Letzterer verband ſich darin, alsbald ſein Amt niederzulegen; der Vicepräſident ſoll noch bis zum 1. März bleiben, wo die allgemeinen Wahlen Statt finden werden, und Rivera mittlerweile den Oberbefehl der Truppen im Lande behalten. Der Expräſident hatte ſich ſofort an Bord eines engliſchen Briggs nach Buenosayres eingeſchifft. Villademoros, General Manoel Gomez und gegen 200 ſeiner Anhänger begleiteten ihn. Manche glaubten, Oribe werde ſich nach Payſander werfen, um dort den Krieg fortzuſetzen.

Braſilien.

Die letzten in England eingelaufenen Nachrichten aus Rio de Janeiro reichen bis zum 11. November. Eine neue Truppenſendung ſollte nach der Provinz Rio Grande do Sul abgehen, wo die Inſurgenten förmlich eine „Republik Rio-Grande (oder Peratinim)" proclamirt haben. Der Präſident dieſer neuen Republik, Bento Gonçalves, hat zugleich bekannt gemacht, er werde Kaperbriefe gegen die braſilianiſche Flagge ausgeben. — Die braſilianiſche Regierung hat eingewilligt, Großbritannien das Durchſuchungsrecht aller ſolchen braſilianiſchen Schiffe zu bewilligen, die als des Sclavenhandels verdächtig erſchienen. Dieß iſt ein ſehr wichtiger Schritt zur gänzlichen Unterdrückung dieſes ſchändlichen Handels.

Großbritannien und Irland.

Ihre Majeſtät die Königinn, die Herzoginn von Kent und der Hof wollten, dem Vernehmen nach, am 8. d. M. Brighton verlaſſen und von da an wieder zu London im Buckingham-Pallaſte reſidiren. Nur die Prinzeſſinn Auguſte wird noch etwas länger in Brighton verweilen. Der Herzog von Cambridge hält ſich abwechſelnd in London und in Kew auf. Der Herzog von Suſſex hat die Feiertage in Kinmelpark, auf dem Landſitze des Lord Dinorben, zugebracht.

Sir G. Arthur, der Gouverneur von Obercanada, hat eine Proclamation erlaſſen, in welcher er der Miliz für ihr tapferes Benehmen dankt und den Witwen und Waiſen der Gefallenen den Schutz des Staates zuſagt.

Die in der Prescottmühle, an der Oſtgränze von Obercanada, von den königlichen Truppen gefangengenommenen Eindringlinge beſtehen nach ihrer Herkunft aus 131 Amerikanern, 9 Teutſchen, Polen und Franzoſen, 8 Niedercanadiern franzöſiſcher Abkunft, 1 Schotten, 4 Obercanadiern, 3 Irländern und 1 Engländer. Ihr Anführer, der ſich General S. von Schultz nennt, ein geborner Pole, Sohn eines Majors in einem Krakau'ſchen Regiment, 31 Jahre alt und im Jahre 1836 nach den vereinigten Staaten ausgewandert zu ſeyn vorgibt, iſt in Kingston zum Tode verurtheilt worden, und das Urtheil ſoll unverweilt vollzogen werden.

Der Toronto-Patriot, ein obercanadiſches Blatt, vom 23. November ſchreibt: „Wir melden mit Vergnügen, daß die Indianerhäuptlinge in dem Dorfe Credit und anderwärts auf die Nachricht von dem Einfalle in die Gegend von Prescott ſich beeilt haben, den Behörden Ihrer Majeſtät ihre Dienſte als Krieger anzubieten. Es wird bemerkt, daß die gerechte, menſchliche Behandlung, welche England den Indianern widerfahren läßt, ſeinen Namen bei den Rothhäuten Nordamerikas beliebt macht, während die Amerikaner von ihnen gehaßt und gefürchtet werden."

Die Friedensrichter von Mancheſter haben beſchloſſen, den Geiſtlichen Stephens vor die Aſſiſen zu ſtellen. Unter der unermeßlichen Volksmenge, die ſich an dem Tage der Entſcheidung im Gerichtsſaale und um denſelben verſammelt hatte, ließ ſich, als dieſelbe bekannt wurde, kein Widerſpruch, kein Laut des Mißfallens vernehmen. Kurz vorher hatte Stephens in dem benachbarten Aſhton von einem Wagen herab eine ſeiner wüthendſten Reden gehalten. Er predigte offen thätigen Widerſtand gegen das neue Armengeſetz und ſchloß mit folgenden Verwünſchungen: „Möge die furchtbarſte Rache des Himmels laſten auf dem Haupte derer, die keinen Widerſtand leiſten! Möge ſie ſich erſtrecken auf ihre Kinder bis ins dritte Glied! Möge der erſte Getreidekern, den ſie in Geſtalt des Brotes genießen, um ihren Hunger zu ſtillen, ſie erſticken, und der erſte Waſſertropfen, den ſie trinken, um ihren Durſt zu löſchen, in ihren Eingeweiden ein verzehrendes Feuer entzünden!"

Der Graf Norbury wurde vor kurzem in der Nähe ſeines Schloſſes Dunow in der Königsgrafſchaft in Irland meuchleriſch durch einen Piſtolenſchuß verwundet. Der Mörder entkam.

Zu Exeter, einer der Hauptburgen des Conſervatismus, wurde dem Rechtsgelehrten und Parlamentsmitgliede Sir W. Follett, Attorneygeneral unter Sir R. Peels Cabinet, ein Feſtmahl gegeben. In ſeiner Rede nach dem Mahle führte Sir William aus, daß das Miniſterium keine Partei in England für ſich habe und ſich einzig durch die Prädurſoren Irlands ſtütze, daß deßwegen die Zeit nicht mehr fern ſeyn dürfte, in welcher die conſervativen Grundſätze die Oberhand gewinnen werden. In Betreff des Plans der Miniſter für die bevorſtehende Parlamentsſitzung bemerkte er, die Miniſter werden wahrſcheinlich ihren Freunden Conceſſionen machen, welche jedoch die Kirchenfrage nicht berühren dürften. Am eheſten werden ſie den Radicalen hinſichtlich der geheimen Abſtimmung nachgeben.

Dr. Lardner hat neuerlich durch mehrere auf der Liverpool-Mancheſter-Eiſenbahn angeſtellte Verſuche gefunden, daß die Atmoſphäre ein weit bedeutenderes Hinderniß der Geſchwindigkeit der Bewegung auf Eiſenbahnen iſt, als man gewöhnlich annimmt. Er behauptet, daß bei einer Geſchwindigkeit von 32 engliſchen Meilen in einer Stunde der Widerſtand der Atmoſphäre 80 Percent von allem Widerſtande beträgt, den die Dampfkraft zu überwinden hat, und daß derſelbe in einem unermeßlich größeren Verhältniſſe zunimmt, als die Geſchwindigkeit, ſo daß es unmöglich iſt, zu einer ſolchen Geſchwindigkeit der Bewegung zu gelangen, als Manche geglaubt haben. Er meint, daß ſelbſt eine Geſchwindigkeit von 40 engliſchen Meilen in einer Stunde nicht zu erreichen ſei, außer mit einem Koſtenaufwande, der die Sache practiſch unausführbar mache.

Rußland.

Durch eine kaiſerliche Verordnung vom 3. December ſind dem Generallieutenant Reibniz, den Generalmajors Suchoſanet, Liſiezki und Paton und den Oberſten Pawloff, Selwan, Tſchaplygie, Fiedjajeff, Kruſenſtern und Fürſt Teniſcheff verſchiedene im Königreiche Polen gelegene Güter, Wolborz, Kopſodzie, Riokitno, Kirsna, Mykanow, Ryczywol, Sobotka, Mielejewo, Nowſiolkio, Adlig-Kozlow, als erbliches Eigenthum verliehen worden.

Mit dem 1. Jänner d. J. iſt nach Preußen, Oeſterreich und der freien Stadt Krakau hin eine zweite Gränzlinie, eine Meile nach dem Innern zu von der eigentlichen Gränze entfernt, angeordnet worden, und ſoll fortan die Gränzaufſicht nicht nur an der Demarcationslinie, die das Königreich Polen von jenen Ländern ſcheidet, ſondern innerhalb des ganzen zwiſchen beiden Linien liegenden Raumes, dem der Name „Gränzgürtel" beigelegt iſt, geführt werden.

Dem Journal de Francfort iſt auf einen früher von demſelben mitgetheilten Artikel aus Warſchau vom 12. November unterm 28. December von Seiten der Warſchauer Theaterdirection eine Berichtigung zugegangen, durch welche die in jenem Artikel enthaltenen Nachrichten, namentlich die, daß in Warſchau ein jüdiſches Theater und 19 Liebhabertheater beſtänden, für reine Erdichtungen erklärt werden.

Großherzogthum Toscana.

Nachrichten aus Piſa vom 6. Jänner, in der Gazzetta di Firenze zufolge, waren die feierlichen Exequien für Ihre königl. Hoheit die Herzoginn Marie von Würtemberg, geb. Prinzeſſinn von Orleans, Tags zuvor in der dortigen Primatialkirche gehalten worden. — Am Abend desſelben Tages reiste Se. königl. Hoheit der Herzog von Nemours, Bruder der Verblichenen, nach Livorno ab, um ſich mit Sr. Durchl. dem Herzog von Würtemberg, welcher Piſa bereits am 4. Abends verlaſſen hatte, nach Frankreich einzuſchiffen.

Preußen.

Se. königl. Hoheit der Kronprinz und Ihre königl. Hoheiten die Prinzen Wilhelm, Carl, Albrecht und Auguſt von Preußen ſind am 6. Jänner Abends in Magdeburg angekommen. Se. Majeſtät der König von Hannover iſt ebenfalls am nämlichen Abend daſelbſt eingetroffen. Sämmtliche höchſte Herrſchaften ſind, mit Ausnahme des Prinzen Auguſt, königl. Hoheit, Höchſtwelcher Sein Abſteigquartier in der Stadt London genommen hat, im Gebäude des königlichen Generalcommandos abgeſtiegen.

Das Amtsblatt von Liegnitz enthält nachſtehende Bekanntmachung: „Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Bauconducteur Guſtav Adolph Frey und der Maurermeiſter Carl Theodor Chriſtmann zu Hirſchberg in Folge des Einſturzes des Kirchthurms zu Erdmannsdorf durch richterliches Erkenntniß des Rechtes zum Betriebe ihrer Kunſt und reſp. ihres Gewerbes für verluſtig erklärt worden ſind. Liegnitz, den 19. December 1838."

In Nr. 1 der Geſetzſammlung iſt enthalten ein Reglement, die Einrichtung des Sparcaſſenweſens betreffend: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wiſſen. Da die Bildung von Sparcaſſen ſich als eine nützliche Einrichtung bewährt und eine immer weitere Ausdehnung gewonnen hat, dabei aber Bedenken zur Sprache gekommen ſind, welche einer geſetzlichen Erledigung bedürfen, ſo haben Wir zur Beſeitigung derſelben, um auf der einen Seite die an manchen Orten deshalb eingetretenen Schwierigkeiten wegzuräumen, auf der andern Seite aber zur Sicherſtellung ſowohl derer, welche den Anſtalten ihre Erſparniſſe anvertrauen, als auch der Gemeinden, welche dieſelben unter ihrer Vertretung errichten, und zu Vermeidung von Mißbräuchen, die Aufſtellung eines allgemeinen Reglements nöthig befunden, und verordnen zu dieſem Ende hierdurch Folgendes: 1. Wenn eine Gemeinde eine Sparcaſſe einzurichten beabſichtigt, ſo hat ſie deßhalb ſich an die vorgeſetzte Regierung zu wenden und dieſer wegen der zu treffenden Einrichtung Vorſchläge zu thun. Eine unerläßliche Bedingung iſt hierbei, daß die Stadtverordnetenverſammlung oder die ſonſtige Communalrepräſentation zu der zu treffenden Einrichtung, inſonderheit zu der in allen Fällen von der Geſammtheit der Commune zu übernehmenden Vertretung ihre Zuſtimmung ertheile. Etwanige Zweifel und Widerſprüche der Communal-Verwaltungsbehörde dagegen können durch die Entſcheidungen der Staatsbehörde beſeitigt werden. 2. Die Regierung hat nach gehöriger Vorbereitung der Sache und Entwerfung des Statuts an den vorgeſetzten Oberpräſidenten zu berichten, welchem die Genehmigung der Einrichtung und der Beſtätigung des Statuts oder die Verweigerung desſelben zuſteht und obliegt. Hierbei ſind folgende Grundſätze zu beobachten: 3. Die Genehmigung zur Errichtung ſolcher Einrichtungen ſoll keiner Gemeinde verſagt werden, welche deßhalb zweckmäßige Vorſchläge thut und nach ihrer Lage und dem geordneten Zuſtande ihres Haushaltes den Einlegern Sicherheit zu leiſten im Stande iſt. 4. Bei Prüfung der Vorſchläge iſt darauf zu ſehen, daß a) die Einlagen gehörig ſichergeſtellt werden; b) daß der Communalhaushalt dadurch nicht in Gefahr der Störung und Zerrüttung komme und c) daß die Einrichtung ſelbſt hauptſächlich auf das Bedürfniß der ärmeren Claſſe, welcher Gelegenheit zur Anlegung kleiner Erſparniſſe gegeben werden ſoll, berechnet und der Veranlaſſung zur Ausartung der Anſtalten vorgebeugt werde. 5. Um den unter 4. a) angegebenen Zweck zu erreichen, muß vor der Beſtätigung nachgewieſen werden, auf welche Weiſe die durch die einzelnen Einlagen ſich bildenden Capitalien ſicher angelegt werden ſollen. Es iſt den Communen erlaubt, dieſe Capitalien nicht nur auf erſte Hypotheken (ſolche, denen keine Hypothek eines Andern vorſteht), inländiſche Staatspapiere und Pfandbriefe und auf andere völlig ſichere Art anzulegen, ſondern auch damit ihre eigenen Schuldobligationen einzulöſen, oder die Gelder zu Dotirung ſtädtiſcher nach der Verordnung vom 28. Juni 1826 eingerichteten Leihanſtalten zu verwenden. Wenn aber der Oberpräſident zu den Verwendungen der letztern Art ſeine Zuſtimmung ertheilen will, hat derſelbe nicht nur zuvörderſt zu prüfen, ob auch das ſtädtiſche Schuldenweſen gehörig geordnet und die Verzinſung und Tilgung geſichert ſei, nicht minder ob die wegen der Leihanſtalten getroffene oder zu treffende Einrichtung der gedachten Verordnung entſpreche und ſonſt zweckmäßig ſei,

sondern er hat auch ferner diese Angelegenheiten im Auge zu behalten und dafür zu sorgen, daß nicht durch unordentliche Verwaltung die Sicherheit der Einlagen gefährdet werde. 6. Zu Erreichung desselben Zweckes muß die Sparcasse einen besondern, von andern Cassen der Stadtverwaltung unvermischt zu erhaltenden Fonds bilden. Diejenigen Documente, welche für die Einlagecapitalien erlangt werden, wozu auch die Stadtobligationen und die Schulddocumente der Leihcassen gehören, müssen abgesondert verwahrt und die davon eingehenden Zinsen lediglich beim Fonds der Sparcasse wieder verrechnet werden. 7. Insoweit die Zinsen, welche aus den Capitalien erlangt werden, gegen diejenigen, welche den Einlegern zu gewähren sind, einen Ueberschuß ergeben, muß der letztere so lange der Sparcasse verbleiben und zinsbar wieder angelegt werden, bis sich ein hinreichendes Capital gebildet hat, um etwanige Verluste des Fonds zu decken und die Verpflichtungen gegen die Einleger zu erfüllen, ohne daß es nöthig ist, deßhalb die allgemeine Vertretung der Stadtgemeinden in Anspruch zu nehmen. Dafern dieser Ueberschuß eine höhere Summe erreicht hat, als für den angegebenen Zweck erforderlich scheint, und die Commune über einen Theil desselben zu andern öffentlichen Zwecken zu disponiren beabsichtigt, so soll sie hierzu die Genehmigung des Oberpräsidenten einholen, welcher solche nur dann zu ertheilen hat, wenn nach Abzug der zu verwendenden Summe ein angemessener Reservefonds übrig bleibt. 8. Deßgleichen sollen die Communen zu neuen Bedürfnissen nur unter Genehmigung des Oberpräsidenten Darlehen aus den Sparcassenfonds entnehmen dürfen. Diese Genehmigung ist aber nur dann zu ertheilen, wenn die Verzinsung und Tilgung eines solchen Darlehens im voraus vollständig gesichert ist. Die darüber auszustellenden Obligationen werden dann in der unter Nr. 6 angegebenen Art Eigenthum des abgesonderten Sparcassenfonds, zu welchem auch die davon zu entrichtenden Zinsen zu zahlen sind. 9. Durch die oben Nr. 5, 6, 7 und 8 ertheilten Vorschriften ist zugleich für Erreichung des unter Nr. 4. b) angegebenen Zweckes Vorsehung getroffen und dafür gesorgt, daß die allgemeine Vertretungsverbindlichkeit der Communen nur in den seltensten Fällen in Anspruch zu nehmen seyn wird. Um aber auch sonst für die Sicherung der Haushaltsverhältnisse der Communen zu sorgen, muß der dem Einleger zu gewährende Zins und Zinseszins so bestimmt werden, daß er nicht nur durch die Zinsen von den Capitalien der Sparcasse vollständig gedeckt wird, sondern daß auch ein Ueberschuß bleibt, um die Kosten der Verwaltung und den Zinsverlust an den zu sofortigen Auszahlungen bereit zu haltenden Geldern zu decken und nach und nach das, §. 7 erwähnte Reservecapital zu bilden, aus welchem etwanige Capital- oder Zinsenverluste übertragen werden können. 10. Nicht minder ist es erforderlich, zu bestimmen, welche Beträge bei den Sparcassen sofort, und welche nach vorgängiger Kündigung zu erheben sind, damit die Communen nicht durch eine zu große bereit zu haltende Summe in zu bedeutenden Zinsverlust gebracht, eben so wenig durch zufälligen augenblicklichen Andrang zur Suspension der Baarzahlungen oder zu kostspieligen Operationen wegen Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel genöthigt werden. Hierbei wird überall darauf zu sehen seyn, daß kleinere Einlagen, welche zur Beseitigung augenblicklichen Nothstandes erforderlich sind, sofort baar zurückgezahlt werden, dagegen bei größeren Einlagen, welche schon als kleine Capitale gelten können, eine nach Verhältniß der Summe längere oder kürzere Kündigungsfrist vorbehalten bleibe. 11. Behufs der Erreichung des Zweckes unter 4. c) ist der geringste Betrag, welcher in einer Sparcasse angenommen werden soll, so niedrig, als nach den Verhältnissen der Verwaltung irgend möglich ist, zu bestimmen, damit der ärmsten Classe die Gelegenheit dargeboten werde, jede auch noch so geringe Ersparniß sogleich sicher anzulegen, und sich dadurch der Versuchung zu überheben, sie ohne ein dringendes Bedürfniß zu verwenden. Auch muß dafür gesorgt werden, daß die Verzinsung mit so geringen Beträgen anfange, als ohne zu große Verwicklung des Rechnungswesens thunlich ist."

(Fortsetzung folgt.)

Belgien.

In Bezug auf den neuen Geschäftsbeginn der belgischen Bank ist nachstehende Bekanntmachung erschienen: „Der Administrationsrath der Bank von Belgien beehrt sich, das Publicum zu benachrichtigen, daß mit Genehmigung der Commissarien sowohl der Regierung, als der Gläubiger, die Bank vom 4. d. M. an ihre Zahlungen in nachstehender Weise wieder beginnen werde: die Auszahlungen der Sparcasse werden ihren gewöhnlichen Lauf wieder nehmen; die Bankbillets von 40 und von 100 Fr. sollen stets eingelöst werden; bis dahin, daß zur Einlösung der Billets von 500 und von 1000 Fr. Maaßregeln getroffen sind, sollen dieselben für Handelsgegenstände bis zur Hälfte des Werthes der letztern, eben so wie bei der Tilgung oder Verringerung der Schuld, die für industrielle Actien an die Bank noch abzutragen ist, an Zahlungsstatt genommen werden. Die Inhaber der gedachten Billets haben außerdem die Befugniß, sich eine laufende Rechnung eröffnen zu lassen; gegen Einlieferung der Billets wird ihnen alsdann ein Anspruch verliehen, vermittelst dessen sie an den spätern Dividenden Theil haben. Sowohl in Brüssel als bei den Filialinstituten zu Antwerpen und Lüttich können die Gläubiger, welche laufende Rechnung haben, sofort 20 Percent, insofern diese liquid sind, erheben. — Brüssel, 2. Jänner 1839. Der Director der Bank, C. von Bronckere."

Es wird als eine merkwürdige Thatsache angeführt, daß, trotz der Handelsstockungen, die durch die Suspension der belgischen Bank eingetreten, doch alle am 31. December fälligen Wechsel, die sich in den Händen der Société générale befanden, bezahlt worden seien: nur 4 oder 5 sind im Rückstande geblieben, jedoch mit Versprechen, die Zahlung am 2. Jänner zu leisten.

Die belgische Bank hat an ihrem ersten Zahlungstage 202,000 Fr. für laufende Rechnungen und 119,000 Fr. für kleine Noten ausbezahlt. Von der Sparcasse hat man 215,000 Fr. verlangt. Billets zu 1000 Fr. und 500 Fr. sind nur für 14,500 Fr. präsentirt worden, um 20 Percent zu erheben und laufende Rechnung für den Rest zu erhalten.

Der Independant widerspricht der von andern Blättern verbreiteten Nachricht, daß die HH. Lehon und van de Weyer von ihren Gesandtschaftsposten von Paris und London zurückberufen worden seien.

Die Industrie enthält nachstehenden Artikel, welcher als Erwiederung auf die vielen Rodomontaden der

kriegslustigen belgischen Blätter angesehen werden kann: „Hört man auf gewisse Zeitungen von Frankreich, England und Teutschland, so befindet sich Belgien in Feuer und Flamme; diese drohen Europa zu verzehren, denn hier gibt es keinen Bürger, der nicht bereit wäre, sein Blut zu vergießen, und zwar nicht bloß zur Erhaltung der belgischen Nationalität, sondern auch zur Vertheidigung der Gebietstheile, die man uns zu entreißen droht. Woher stammt eigentlich dieser übersprudelnde Patriotismus, den man den Belgiern so freigebig verleiht? Den Artikeln verdanken wir ihn, welche einige Agenten des Brüsseler Cabinets fast täglich in Pariser und Londoner Blätter, so wie in die Augsburger Allgemeine Zeitung, einrücken lassen. Diese seit langer Zeit schon beobachtete Tactik wird im gegenwärtigen Augenblicke mit verdoppelter Thätigkeit fortgesetzt, weil die Regierung die Nothwendigkeit empfindet, im Auslande die Meinung zu verbreiten, daß sie im Stande wäre, den Angriffen, die man gegen sie versuchen möchte, einen energischen Widerstand zu leisten. Je mehr sie von dem Gefühle ihrer Schwäche durchdrungen ist, um so nothwendiger hält sie es, die Zahl der Streitkräfte, die ihr zu Gebote stehen, zu übertreiben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie in diplomatischer Beziehung abermals die Rolle spielt, die sie im Jahre 1832 versuchte, wo sie, mit den Mächten unterhandelnd, die Zahl ihrer zu jedem Feldzuge bereiten Bürgergarden, unabhängig von den Linientruppen, auf 344,000 Mann angab. Gegenwärtig geht sie noch weiter; sie rühmt sich nämlich, außer jenen Hülfsmitteln auch noch zahlreiche Freiwillige zu haben, und einen Aufstand in Masse bewirken zu können, falls die Umstände es erheischen sollten. Wozu können jedoch die täglich wiederholten Prahlereien führen? Allerdings täuscht man dadurch das Ausland über die wahren Gesinnungen der Belgier, aber worin besteht der Nutzen einer solchen Täuschung? Glaubt man, daß die Engländer, Franzosen und Teutschen den Enthusiasmus, der uns vorgeblich beseelt, nunmehr theilen und zur Vertheidigung unserer Sache herbeieilen werden? Noch unvernünftiger würde es seyn, zu erwarten, daß die zur Entscheidung über das Schicksal Belgiens berufenen Mächte, sich durch die Polemik von Zeitungen werden imponiren lassen, die sich zu den Sachwaltern unserer Revolution aufgeworfen. Mit Ausnahme Rußlands haben diese Mächte ihre diplomatischen Agenten in Brüssel, welche sie regelmäßig von Allem unterrichten, was in Belgien vorgeht. Glaubt man, daß diese Agenten sich durch das Blendwerk, welches unter ihren Augen aufgeführt wird, täuschen lassen? Sie wissen eben so gut, als wir, daß in den Gemüthern keinerlei Exaltation herrscht, daß sich in dieser Beziehung alles auf einige interessirte Persönlichkeiten beschränkt, welche mehr geneigt sind, Andere aufzuregen, als sich selbst für das Wohl des Vaterlandes aufzuopfern. Und wie will man den Ausländern den wahren Zustand verbergen, wenn die Einwohner selbst sich über die lächerliche Uebertreibung lustig machen, die man in der Herzählung der Landesvertheidigungsmittel darlegt. Wir können versichern, daß, je mehr wir uns der Erledigung der politischen Frage nähern, die Bevölkerung, namentlich auch des Luxemburgischen und Limburgischen, um so gleichgültiger gegen das Resultat wird. Ein einziges Ding beschäftigt sie in diesem Augenblicke, und dieß in die Besorgniß vor einem allgemeinen Kriege, dessen Kosten sie zu tragen haben würden. — Seit 14 Tagen hat man großen Lärm von dem gemacht, was man die patriotische Hingebung der belgischen Studierenden nennt; man hat ihren kriegerischen Muth bis zu den Wolken erhoben, man sprach nur von dem Einflusse, den ihr Heroismus auf die ganze Jugend des Landes üben würde; kurz, man sah schon Leonidas und die Thermopylen vor sich. Nun wohlan, wünscht man zu wissen, welchen Erfolg die emphatisch angekündigte Brüsseler Gesandtschaft, die in allen Zeitungen abgedruckten Proclamationen und die großen Aufregungen gehabt haben? Sieben Studierende haben sich in Lüttich als Freiwillige einschreiben lassen. Ja, die Universität Lüttich, deren glühenden Patriotismus man nicht genug zu rühmen wußte, wird das Contingent von Sieben Mann zur belgischen Armee liefern. Ist dieß nicht der Berg, der eine Maus gebärt? Wenn ein gleicher Eifer auch die andern Universitäten beseelt, so wird der Staat nöthigenfalls auf einen Beistand von 28 bis 30 Mann zählen können, vorausgesetzt nämlich, daß im Augenblicke der Gefahr Alle ihrer Zusage nachkommen, — eine Voraussetzung, die vielleicht unzulässig ist, über welche wir uns jedoch nicht weiter herumstreiten wollen."

Gegen die HH. Ducpetiaux, Mancel und Hardy de Beaulieu soll wegen der Nationalassociation Untersuchung eingeleitet worden seyn.

Wien.

Auf allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre königl. Hoheit Marie, Herzoginn von Würtemberg, geborne Prinzessinn von Orleans, die Hoftrauer heute, den 14. Jänner, angezogen, und durch sechzehn Tage mit einer Abwechslung, nämlich die ersten acht Tage, d. i. vom 14. bis einschließig 21. Jänner, die tiefe, dann die letzten acht Tage, d. i. vom 22. bis einschließig 29. Jänner, die mindere Trauer getragen werden.

Am 14. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	108.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	157.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	701¼.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	65¼.

Bankactien pr. Stück 1486 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1·K ZEITUNG 1839

№. 16

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 16. Jänner 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 14. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.467	28. 2 9	+ 5.7	W.	stark.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.360	28 1 6	+ 6.9	W.	Sturm.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.314	28 0 10	+ 6.4	W.	mittel.	Regen.

Frankreich.

Wir haben gestern nur die Pariser Journale vom 7. Jänner erhalten. — Der Moniteur von diesem Tage bringt den officiellen Bericht des französischen Consuls de la Foreſt aus Newyork vom 16. December an den Grafen Molé, Präsidenten des Conseils, über die (bereits in unserm vorzestrigen Blatte gemeldete) Einnahme des festen Schlosses San Juan d'Ulloa, der im Wesentlichen gleichen Inhalts mit der im Journal Commercial von Neworleans enthaltenen Nachricht ist, auch die Erklärung von Veracruz zum Freihafen bestätigt, und mit den Worten schließt: „Gott beschützt Frankreich. Was Allen für unmöglich gilt, ist für seine Waffen nicht einmal schwierig. Die Wirkung dieses Erfolges auf die öffentliche Meinung in der neuen Welt wird unermeßlich seyn; unsere Landsleute sind freudetrunken." — Sodann folgen Auszüge aus den Zeitungen von Neworleans. Es war H^r. Doret, Chef vom Stab des Admirals Baudin, der zuerst auf dem Dampfschiffe „Meteor" mit der Siegesnachricht in Neworleans anlangte, um sich nach Frankreich zu begeben. Folgendes ist der nähere Hergang: „Nach der Ankunft des Admirals Baudin an der mexicanischen Küste wurde der Schiffscapitän Leroy mit dem Ultimatum Frankreichs nach Mexico geschickt. Er kam ohne befriedigende Antwort zurück. Am andern Tag wurde der Admiral schriftlich ersucht, sich in Jalapa zur Besprechung mit den Bevollmächtigten einzufinden, und einen Theil seiner Streitkräfte zu entfernen, damit Mexico nicht der Gewalt nachzugeben scheine. Der Admiral genehmigte die erstere Forderung, verwarf aber die letztere, und wurde in Veracruz mit 19 Kanonenschüssen begrüßt. Bei seiner Rückkehr erklärte er, die Bevollmächtigten hätten alle Bedingungen Frankreichs angenommen, mit Ausnahme jener, die den Detailhandel der Franzosen in Mexico gestattet; er habe ihnen zur Berathung mit ihrer Regierung vier Tage Frist bewilligt, nach deren Ablauf die Feindseligkeiten sogleich beginnen würden. Am 27. Morgens wurden die Bombarden „Cyklop" und „Vulkan" von Dampfschiffen ins Schlepptau genommen, und legten bei den Felsenriffen an, welche die Küste umgeben. Die „Nereide," welche den Admiral führte, die „Gloire" und „Iphigenie" faßten ebenfalls Posto. Unterdessen kamen mexicanische Abgesandte zum Admiral, um Aufschub zu verlangen. Um 2 Uhr 25 Minuten stießen sie wieder vom Admiralschiff ab; das Signal, sich schlagfertig zu halten, wurde aufgezogen; um 2 Uhr 28 Minuten begann das Feuer, und dauerte vier Stunden ohne Unterbrechung fort. Während des Gefechts näherte sich die vom Prinzen von Joinville angeführte Corvette „Creole," die sich unter Segel befand, dem Fort, und richtete ein wohlgenährtes Feuer auf dasselbe. Die Artillerie richtete im Fort furchtbare Verheerungen an. Man kannte die Lage der Pulvermagazine, und schleuderte die Bomben gewandt nach diesem Puncte. Drei Magazine sprangen in die Luft, und die Explosion war so stark, daß Steine aus dem Fort auf die mehr als eine Meile weit entfernten französischen Schiffe fielen. Der Cavalier, einer der stärksten Thürme des Forts, sprang um 5 Uhr in die Luft. Der von den Fregatten bestrichene Theil war in einem schrecklichen Zustande; die Werke waren zerstört, die Geschütze demontirt, und das Feuer fast erloschen. Die Fregatte „Gloire" wurde durch das Dampfboot „Meteor" aus dem Feuer zurückgeführt. Die beiden andern feuerten bis Eintritt der Nacht; alsdann wurde nur noch aus den Bombardierschaluppen geschossen. Als eben das Admiralschiff die Anker lichten wollte, kam ein Fahrzeug vom Fort und verlangte Waffenstillstand, um die Todten und Verwundeten aus den Trümmern hervorzuschaffen. Der Admiral verweigerte den Waffenstillstand, sandte aber den Entwurf einer Capitulation, die bis 6 Uhr Früh (am 28. November) unterzeichnet seyn müsse, widrigenfalls das Feuer gegen das Fort und die Stadt wieder beginnen würde. Die Capitulation wurde angenommen, und bei Tagesanbruch alle Boote des Geschwaders abgesendet, um den Rest der Garnison abzuführen; zugleich wurden die Schiffswundärzte den feindlichen Blessirten zu Hülfe geschickt, die man später nach Veracruz brachte. In diesem vierstündigen Kampfe wurden 8000 Kugeln und 320 Bomben auf das Fort geschleudert. Die Fregatte „Iphigenie" hat 160 Kugeln erhalten; auch die „Creole" empfing deren einige. Die Franzosen hatten 5 Todte und 33 Verwundete, darunter 2 Offiziere. Eine Landung von 500 Matrosen und 300 Kanonieren war bereit, das Fort zu erstürmen, und die Dampfschiffe waren mit Bri-

den verſehen, die auf die Mauern herabgelaſſen werden ſollten, falls der Angriff mißlungen wäre. Die Mexicaner haben ſtark gelitten; die Leichen lagen am Ufer herum, und die Sterbenden erfüllten die Luft mit ihren Wehklagen. Admiral Baudin hat ſich bewunderswerth benommen. Er weigerte ſich fortwährend, auf die Stadt zu ſchießen; auch wollte er den Angriff nicht bei der Nacht unternehmen, obgleich dieß für ihn vortheilhaft geweſen wäre. Der engliſche Conſul ſoll ihn gebeten haben, ſein Haus zu verſchonen; der Admiral verſprach es lachend, aber zum Unglück fiel die einzige Bombe, die in die Stadt drang, auf jenes Haus, und nahm einen Theil der Bedachung davon weg." — Ein Privatſchreiben aus Neworleans vom 7. December fügt Folgendes hinzu: „Admiral Baudin hatte mit ſeltener Selbſtverläugnung ſich dazu verſtanden, 30 Stunden ins Innere (nach Jalapa) zu gehen, um ſich mit dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Cuevas, zu verſtändigen. Die Unterredung war fruchtlos, und am Schluß derſelben erklärte der Admiral, wenn er nicht binnen vier Tagen eine befriedigendere Antwort erhalte, werde er den Kampf beginnen. Am 27., dem Tage des Treffens, war das Wetter herrlich, und es herrſchte beinahe völlige Windſtille. Die Seeleute hatten Mühe, ihre Freude im Zaum zu halten. „Wir werden endlich," riefen ſie, „ſo viele unſerer Kameraden rächen, die das gelbe Fieber weggerafft hat." Die Mexicaner ließen die franzöſiſchen Schiffe auf Kanonenſchußweite herankommen; ſie ſtanden unbeweglich mit brennenden Lunten an ihren Kanonen, anſtatt daß ſie den Angriff begonnen hätten; dieſer unverzeihliche Fehler beſchleunigte ihr Verderben. Admiral Baudin hatte nur fünf Schiffe zum Treffen beſtimmt, und die ſiebzehn andern für den nächſten Tag in Reſerve geſtellt. Unter dieſen war auch die „Creole;" allein der Prinz von Joinville bat den Admiral Baudin ſo inſtändig und verzweiflungsvoll, daß dieſer ihm endlich die Erlaubniß gab, am Kampfe Theil zu nehmen, und da in der Schlachtlinie kein Platz war, ſo lavirte die „Creole" tirailleurmäßig um das Fort herum. Schon früher war der Prinz mit dem ſchwierigen Auftrag nach der Havannah geſchickt worden, von dem ſpaniſchen Gouverneur die Pläne des Forts San Juan d'Ulloa zu verlangen. Er ſchlug ſie ab. „Wohlan!" rief der Prinz bei ſeiner Abfahrt, „ich werde ſie ihm mitbringen, dieſe Pläne, aber an Ort und Stelle aufgenommen!" Das Feuer begann unter dem Ruf! „Es lebe der König!" Die Kampfbegier der Seeleute war ſo groß, daß der Admiral dreimal vergebens ſuchte, das Treffen einzuſtellen, um die Pointirung zu berichtigen. Nach vier Stunden war das Fort ein Schutthaufen. Die „Iphigenie" hatte mit ihren 30 Kanonen 3400 Schüſſe gethan, d. h. mehr als 4 Schüſſe in der Minute. Das Feuer der Mexicaner war wohlgenährt, aber nicht ſehr mörderiſch. Eine Kugel, die neben dem Admiral Baudin niederfiel, hätte beinahe ihn und ſeinen Stab hingeſtreckt. Die „Creole" demontirte eine Batterie; eine feindliche Kugel fiel in das Zimmer des Prinzen und zertrümmerte ſein Silberſervice. Er lachte und grüßte die Mexicaner mit dem Hute. Sein Schiff war das einzige, auf welches die Batterien der Stadt feuerten, von welcher die andern Fahrzeuge durch das Fort getrennt waren. Die Capitulation wurde vom General Rincon erſt im letzten Augenblick (um 8½ Uhr Früh) unterzeichnet. Nach derſelben wird das Fort mit allen Vorräthen den Franzoſen überliefert; die Garniſon zieht mit Waffen und Gepäck und aller Kriegsehre ab, verpflichtet ſich aber, acht Monate lang nicht gegen Frankreich zu dienen. Veracruz bleibt von Rincon beſetzt, die Garniſon wird aber von 4000 auf 1000 Mann reducirt, die Blockade aufgehoben, und die freie Verbindung hergeſtellt. Rincon liefert der franzöſiſchen Beſatzung Proviant, und entſchädigt die Franzoſen, welche während des Treffens aus der Stadt wanderten, für erlittene Verluſte und Plünderungen. Dagegen verpflichtet ſich Admiral Baudin, die Citadelle nebſt Material zurückzugeben, ſobald ein Friedensſchluß Statt gefunden haben wird. Um 2 Uhr wurde demzufolge das Fort von den Franzoſen beſetzt, und die dreifarbige Fahne, von 21 Kanonenſchüſſen der Flotte begrüßt, dort aufgezogen. Man fand 600 Todte oder Verwundete, und 195 Geſchütze, darunter 4 mit der Inſchrift: Ludwig XIV. dem Herzog von Anjou (ſpäter Philipp V. von Spanien); Admiral Baudin ließ ſie Bord der „Creole" bringen. Das Fort hat ſo ſtark gelitten, daß die Artilleriſten ſelbſt an ihr wunderbares Werk nicht glauben wollten. Die Beſatzung war 12 bis 1500 Mann ſtark. Als ſie ſich ergab, hatte Santa Ana die Citadelle beſichtigt und gerufen: „Es ſind nur noch Ruinen!" Seine Anſicht bewog den Commandanten Gaona zur Capitulation. Sieben bis acht Schiffe unter verſchiedener Flagge waren Zeugen der glänzenden Waffenthat der Franzoſen. San Juan d'Ulloa war eines der Meiſterwerke ſpaniſcher Feſtungsbaukunde, das Bergen op Zoom, das St. Jean d'Acre der neuen Welt, die jungfräuliche Königinn der Wogen. Die Mexicaner gehen in ihrer Verblendung ſo weit, daß ihre Zeitungen behaupten, die Beſatzung von San Juan d'Ulloa ſei überrumpelt worden; ſie hielten aber von nun an das Loos der Franzoſen in ihrer Hand! In Newyork waren mehrere Tage lang Gerüchte von einer Niederlage in Umlauf; deſto größer die Freude, als die Siegesbotſchaft kam. Die Artillerie der Nationalmiliz ſalutirte das franzöſiſche Dampfboot; es folgten Feſte auf Feſte. Capitän Doret war der beſtändige Kriegsgefährte des Admirals Baudin; er fiel mit ihm unter der Reſtauration in Ungnade, weil er 1815 ſich gegen Napoleon erboten hatte, ihn durch die engliſche Flotte hindurch nach Amerika zu führen."

Das Journal des Debats ſagt: „Die dreifarbige Fahne weht auf San Juan d'Ulloa. Ein für unnehmbar gehaltenes, von 160 Feuerſchlünden vertheidigtes Fort iſt in vier Stunden bezwungen worden.

Frankreich ist im Stande, die im Interesse seiner Landsleute und für die Ehre seiner glorreichen Fahne verlangte Genugthuung schnell zu erhalten. Vor einem Jahre führte ein Sohn des Königs die Bestürmung von Constantine an, dießmal hat wieder ein Prinz der Julidynastie, ein Bruder des Herzogs von Nemours, mit unsern Seeleuten und Soldaten gekämpft, und die Feuertaufe erhalten. Die Parteien beschuldigen das Ministerium vom 15. April, Frankreich nach Außen zu erniedrigen. Das Ministerium beantwortete diese Vorwürfe voriges Jahr mit der Einnahme von Constantine, dieses Jahr durch die, dem englischen Handel zum Trotze unternommene Blockade von Mexico und die Eroberung von San Juan d'Ulloa. Mögen die Verfasser des revolutionnären Adresse-Entwurfs sich keine Mühe geben, den betreffenden Paragraphen zu ändern. Die französische Marine hat es auf sich genommen, das Amendement zu redigiren."— Der National meint dagegen, die Einnahme von San Juan d'Ulloa sei ein längst vorausgesehenes Ereigniß gewesen, und wenn man sie Ende November mit 6 Schiffen, und mit Verlust von vier Mann ausführen konnte, so hätte es eben so gut vor 6 Monaten geschehen können, statt in einer kostspieligen und langwierigen Blockade die französischen Seeleute durch Fieber aufreiben zu lassen. Allein man habe wieder einen „Sohn von Frankreich" ins Spiel bringen, und bei den Kammern Effect machen wollen. Vergebens würde das Ministerium sich Hoffnung machen, durch die Einnahme von Veracruz für die Aufgebung von Ancona und Luxemburg Verzeihung zu erhalten. Uebrigens freut sich der National, daß englische und amerikanische Schiffe bei der Einnahme zugegen waren; die amerikanischen werden gesehen haben, daß Frankreichs Eisen noch schwerer wiegt als sein Gold, und England wir sich überzeugen, daß sein ältester Nebenbuhler sich noch nicht in eine untergeordnete Rolle zur See gefügt habe.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 7. Jänner begann vor dicht besetzten Gallerien die Berathung über die Antwortsadresse auf die Thronrede, an deren Ausgang die Existenz des Ministeriums geknüpft seyn dürfte. Die Berathung wurde von Seite der ministeriellen Partei von Hrn. von Liadière, Adjutanten des Königs, eröffnet. Er nannte den Adreßentwurf revolutionnär und wendete sich dann mit heftigen Ausfällen gegen die Doctriniars, denen er Wankelmuth vorwarf, während doch Hr. Guizot selbst erst vor kurzem geäußert habe, daß der Wankelmuth der Staatsmänner der moralischen Kraft des Landes den größten Eintrag thue. „Als," fuhr er fort, „das Ministerium des 15. Aprils freiwillig die Amnestie ertheilte, als es an die Wähler appellirte, nannten es die Oppositionsblätter ein vergütendes Ministerium; es scheint jedoch, man wollte das Ministerium nur unter der Bedingung rühmen, daß es sich selbst den Tod gebe, so daß die ihm ertheilte Lobrede zur Leichenrede geworden wäre. Als man sah, daß es entschlossen war, im Amt zu bleiben, nannte man es ein Ministerium des Rückschritts, ja sogar doctrinair; denn damals hatte dieses Wort im Wörterbuche der Opposition noch keine andere Bedeutung erhalten; es galt damals für eine tödtliche Beleidigung. Ein Mitglied der Opposition (Hr. Havin) sagte damals, die Doctrinairs haben viele Aehnlichkeit mit einem gewissen Orden, der jedes Mittel wähle, um seinen Zweck zu erreichen. Dießmal erhielt derselbe Deputirte die Stimmen der Coalition, welcher die Doctrinairs angehören, für eine Secretärsstelle. Die Coalition wollte bei der Wahl des Bureaus alles ihr Entgegenstehende umstürzen. Sie schwur Hrn. Dupin den Untergang, und er wäre erlegen, wenn wir ihn nicht unterstützt hätten. Haben wir gut daran gethan? Vielleicht hätte man uns schon vor dem Kampfe sagen sollen, was man uns erst nach dem Siege gesagt hat. Man sagt, das gegenwärtige Cabinet sei nicht parlamentarisch, weil es nicht die hervorragenden Männer der parlamentarischen Laufbahn umfasse. Meine Herren! nie war ein Cabinet parlamentarisch für die, welche sich an seine Stelle setzen wollten. Wenn das jetzige Ministerium abtritt, so werden seine Nachfolger das System nicht ändern. Bemerken Sie wohl, wie die Adresse nur für die Vergangenheit unerbittlich ist, für die Zukunft aber wahrhaft evangelische Duldsamkeit hegt. Die Linke spielt hier die Rolle des Gefoppten. Ich weiß nicht, ob das Ministerium abtreten wird; tritt es aber ab, so geschieht es mit Ehre, nach Wiederherstellung des Friedens in Frankreich, nach Verherrlichung des Vaterlandes vor Constantine und unter dem Kanonendonner von San Juan d'Ulloa, und ihm folgen alle Jene, die sich nur coalisiren, wenn es das Vaterland gilt und sein Wohl. Ich stimme gegen die Adresse." — Hr. Guizot bestieg nun die Rednerbühne. Tiefes Schweigen. „Niemand," sprach er, „wird sich wundern, daß ich im Anfange der Verhandlungen das Wort nehme. Seit einiger Zeit spricht man von einer Coalition; dieses Wort schallt ohne Unterlaß in unsere Ohren. Wenn man darunter gemeinsame Angriffe gegen das Ministerium, das für das Land und den Thron unseligste (le plus funeste au pays et au trône), versteht, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Wenn man aber glaubt, wir haben, indem wir der Coalition beitraten, andere Ansichten und Grundsätze angenommen, so weise ich das Wort zurück. Ich gehöre noch immer zu der richtigen Mitte und ich bekämpfe das Ministerium, weil es die richtige Mitte entstellt hat. Das Ministerium hat selbst das Beispiel einer Coalition gegeben; als es zur Gewalt gelangte, vereinigte es sich mit der Linken und gab seine alten, seine wahren Verbündeten auf. Die Coalitionen sind ein wesentlicher Bestandtheil des Repräsentativsystems; man erinnere sich an die Coalition, durch welche die Adresse der 221 und die Julirevolution herbeigeführt wurde. Glauben Sie, es habe damals keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns und der Opposition, mit der wir stimmten, obgewaltet? Und doch machten wir eine Revolution, die wir nicht bedauern, weil sie uns mehr gegeben hat, als sie uns nahm. Durch das Ministerium ist die Anarchie herbeigeführt worden, Auflösung der Ordnung in der Verwaltung, in den Wahlen, in dieser Kammer, aus der sie nur mit dem Abtreten des Ministeriums scheiden wird. Lange zögerten wir, uns von euch zu trennen. Ihr lostet die Kammer auf; wir wurden wieder gewählt. Wir hätten damals Beschwerden gegen euch erheben können; wir standen noch an, es zu thun. Was thatet ihr seither? Ihr habt uns eine Stellung angewiesen, die wir nicht annehmen konnen; ihr wolltet Ultras aus uns machen und alles Unpopuläre, was im Lande vorginge, auf unsere Schultern laden, wie man der Linken alles auflud, was wie Gesetzlosigkeit aussah. Wir nahmen jene Stellung nicht an, wir sind keine Ultras, Ultras der Julirevolution so wenig, als wir Ultras der Restauration waren. Man klagte mich an, ich liebe die Freiheit nicht, dann wieder, ich zerstöre die Staatsgewalt. Diese Verläumdungen gehen an mir vorüber, ohne meine Seelenruhe zu stören; ich bin ein Freund der gesetzlichen Freiheit, ich bin ein Freund der gesetzlichen Gewalt. Man beschuldigt mich der Ehrsucht. Will man damit sagen, ich strebe nach dem Siege meiner Grundsätze, gut, dann hege ich Ehrsucht; spricht man aber von jener böswilligen Op-

position, welche darauf beruht, daß man sich selbst an die Stelle eines Andern setzen will — sicherlich wird mir Niemand in dieser Kammer solches vorwerfen. Die solche Vorwürfe gegen mich erheben, können wohl schwerlich beweisen, daß sie ihren Grundsätzen treuer geblieben seien, als ich. Die Angelegenheiten des Landes werden schlecht geleitet nach Innen und nach Außen. Die vorhandenen Uebel steigen immer höher. An der Kammer ist es, um würdig und unabhängig zu Werke zu gehen, um die Staatsgewalt zu kräftigen. Ich stimme für die Adresse." — Nach Hrn. Guizot nahm Graf Molé das Wort.

Der Presse zufolge hat am 6. Abends eine Versammlung von Deputirten des Centrums in den Salons des Hrn. Benjamin Delessert Statt gefunden. Zweihundert und vier Mitglieder waren anwesend; die Liste der Mitglieder dieser Reunion zählt bereits 227 Namen; bei der Versammlung am 6. waren also bloß 23 nicht zugegen. Die Presse versichert, es habe die vollkommenste Eintracht in dieser Versammlung obgewaltet und sämmtliche Amendements, welche die ministerielle Partei zu dem Adresse-Entwurf vorschlagen wolle, seien einstimmig genehmigt worden. — Das Journal des Debats, welches ebenfalls von dieser Versammlung spricht, fügt hinzu: „Die feste und gemäßigte Attitüde der Versammlung berechtigt zu der Hoffnung, daß diese Amendements von der „Kammer werden angenommen werden."

Die Revue de Paris enthält in ihrem neuesten politischen Bulletin folgende Bemerkungen, in denen es eine Modification des Ministeriums, mit Beibehaltung des Grafen Molé, in Aussicht stellt: „In der Deputirtenkammer haben sich große Illustrationen erhoben, die Männer aber, die am thätigsten an ihren Arbeiten Theil genommen haben, möchten sich jetzt das Monopol aller künftigen Kammern anmaaßen, und sich als Universalerben aller früheren Kammern aufstellen. Darin liegt das Uebel unserer Lage. Die Deputirtenkammer hatte bisher durch ihre verständige und gemäßigte Majorität geherrscht, jetzt will man sie durch entgegengesetzte Grundsätze dominiren. Man spricht unaufhörlich vom 11. October; das Cabinet vom 11. October gehorchte dem Geiste der Kammer, d. h. des ganzen Frankreichs. Die Minister, welche darin figurirten, haben sich gleich anfangs getrennt, sie haben die einen diese, die andern andere Principien aufgepflanzt, sie haben sich offen bekämpft, und jetzt, wo es ihnen gefällt, sich wieder zu verbünden, ohne daß sie angäben, im Namen welchen Princips dieß geschieht, möchten sie die Kammer unter ihren Willen beugen. Wenn die Kammer ihre Rolle versteht, so wird der 11. October mit dem gegenwärtigen Ministerium wieder auftauchen, vielleicht modificirt, hauptsächlich mit dem Grafen Molé, der schon alle Bedingungen dazu dadurch erfüllt hat, daß er in edler Weise allen Ideen der Unordnung und der Anarchie, woher sie auch immer kommen mochten, Widerstand leistete, und der, wenn er die Staatsgewalt einer deloyalen Coalition gegenüber abgeben muß, noch bis zum letzten Augenblick die erhaltenden Grundsätze, worauf seit acht Jahren die Stärke und die Wohlfahrt Frankreichs ruhen, aussprechen wird. Wir sehen eine Kammer, die noch so gut als nichts gethan hat, ein Cabinet umstürzen, ohne zu wissen, wem sie die Staatsgewalt geben soll, und ohne daß einer von denen, die nach dieser Staatsgewalt trachten, ihr auch nur gesagt hätte, was er machen wolle. Wir sehen eine Deputirtenkammer sorglosen Sinnes, unter dem Durcheinanderwerfen aller Grundsätze, in eine Krise eingehen, und Frankreich in einen Zustand endloser Verwirrung stürzen. Dringenden Fragen, wie die belgische, gegenüber wird Frankreich sich plötzlich ohne Regierung sehen, oder was noch schlimmer ist, mit einer Regierung, die ihm leicht den Krieg herbeiführen könnte, obgleich Ehre und Loyalität die Aufrechthaltung des Friedens gebieten! Man wird uns antworten, die Coalition werde bei der Erörterung der Adresse sprechen. So spreche sie denn und fordere nicht das Ministerium auf, vor der Discussion abzutreten! Die Portefeuilles, nach welchen Hr. Thiers und Hr. Guizot streben, liegen auf der Rednerbühne. Dort mögen sie dieselben suchen! Nur mögen sie uns, bevor sie sich ihrer bemächtigen, sagen, was sie damit zu machen im Sinne haben. Wir möchten zum Beispiel wissen, ob der Tractat der vierundzwanzig Artikel schon seit einem Jahre vollzogen seyn sollte, wie die Doctrinairs sagten, oder ob es kein Vertrag mehr ist, wie der Constitutionnel sagt. Wir legen besondern Nachdruck auf diese Frage, weil die Doctrinairs, um ans Ruder zu kommen, auf diese Frage rechnen, und weil sie durch dieselbe das linke Centrum zu zwingen hoffen, sich freiwillig von der Staatsgewalt loszusagen. Warum machte denn sonst das Organ der Doctrinairs so eifrig die Bemerkung, daß Hr. Guizot eben so wenig das Journal général als Hr. Thiers den Constitutionnel desavouire?"

Dem Journal des Debats zufolge beabsichtigt der Kriegsminister, den Kammern nächstens einen Gesetzentwurf, der bedeutende Vergünstigungen für die Armee, namentlich eine Solderhöhung für die Lieutenants und Unterlieutenants, enthalten soll, vorzulegen.

Ihre Majestät die Königinn der Belgier ist am 6. Morgens in Paris eingetroffen.

In der Nähe von la Rochelle ist es noch immer unruhig. Das Landvolk hält die Getreideladungen auf, und hat alle Maires und Befehlshaber der Nationalgarde abgesetzt. Von la Rochelle ist ein halbes Bataillon mit zwei Kanonen ausgerükt.

Man sagt, Hr. Gisquet werde Memoiren herausgeben, die sehr pikant seyn sollen.

Am 7. Jänner um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 1M Fr. 5. 3Percents 78 Fr. 90.

Spanien.

Nachrichten aus Madrid vom 31. December zufolge hat Narvaez von San Lucar aus, wo er sich gegenwärtig aufhält, unterm 21. öffentlich seinen Entschluß angekündigt, vor den Gerichten sich zu verantworten. Die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen schreibt er der Eifersucht Espartero's zu. Die Regierung fährt übrigens mit ihren Maaßregeln gegen die Theilnehmer an dem „Possenspiel" von Sevilla fort. Erst neulich sind der Intendant und der Postverwalter von Sevilla, welche dabei betheiligt waren, abgesetzt worden. — Man hatte befürchtet, in Folge des Abzugs der meuterischen Besatzung werden sich die Mauren des Presidio Alhucemas auf der nordafrikanischen Küste bemächtigen; es war aber noch kein Angriff erfolgt, als die Compagnie vom Regiment des Königs, welche mit dem neuen Gouverneur aus Malaga abgeschickt wurde, daselbst ankam. Drei Artilleristen, welche trotz der Drohung mit dem Tode und trotz schweren Mißhandlungen sich weigerten, sich der Meuterei zu Gunsten Carls V. anzuschließen, haben das Kreuz Isabellens II. nebst einer Pension erhalten.

Das Hauptquartier des Don Carlos befand sich am 31. December fortwährend in Azcoytia. Der zweite Chef des Generalstabs, Graf von Negri, war nach Estella zurückgekehrt. Man sprach von einer allgemeinen Auswechslung der Gefangenen, die im Werke sei, und glaubte, die Reise des Grafen Negri ins Hoflager des Don Carlos sei damit in Verbindung gestanden.

An die Christinischen Generäle, die an der Gränze befehligen, und an den Consul in Bayonne ist der Befehl zur Auflösung der Muñagorristischen Junta in Bayonne, welche, wie es scheint, bisher von Madrid aus Unterstützung erhielt, ergangen; Hr. Arnao, der den Vorsitz in derselben führte, ist nach Madrid zurückberufen worden.

Großbritannien und Irland.

Am 3. Jänner fand das Schlußverhör des Geistlichen Stephens vor dem Friedensrichter zu Manchester Statt. Die Mittelclassen kümmerten sich wenig um die Sache; man hörte unter ihnen sagen: „Wir haben in Manchester zu viel zu thun, als daß wir Zeit hätten, an Hrn. Stephens zu denken." Dagegen drängten sich die untern Classen eifrig zu der Verhandlung herbei, und Stephens wurde, als er vor Gericht erschien, mit lautem Jubel begrüßt. Es begleiteten ihn seine Meinungsgenossen Feargus O'Connor und Oastler. Letzterer wird als ein Mann von 50 bis 60 Jahren, geisterbleich mit grauen starren Augen ohne viel Ausdruck und mit gemeinen Zügen, wie ein Handwerker in Sonntagskleidern aussehend, beschrieben. Als Beistände von Stephens fungirten die HH. Law und R. Cobbett. Da auch in dieser Sitzung wieder Zeugnisse sich dafür ergaben, daß Hr. Stephens sich der Aufreizung zu Gewaltthaten schuldig gemacht, so wurde, obwohl derselbe von einem Lügengewebe sprach, von den Friedensrichtern, unter welchen Hr. Kenworthy den Vorsitz führte, beschlossen, ihn in das Grafschaftsgefängniß nach Liverpool zu senden, um dort vor die nächsten Assisen gestellt zu werden. Dieser Ausspruch wurde jedoch, da die Zeugnisse nicht direct und glaubwürdig genug zu seyn schienen, dahin abgeändert, daß der Angeklagte gegen Bürgschaft freigelassen wurde, in der Art, daß er für sich Bürgschaft im Betrag von 1000 Pf. und zwei Bürgen mit je 500 Pf. stellte. Diese Bürgschaft wird als sehr hoch bezeichnet, weil das Einkommen von Stephens bloß 200, höchstens 300 Pf. jährlich betrage. Nach seiner Entlassung reiste Stephens alsbald in seine Heimath ab. Noch an demselben Abend fand zu Manchester eine von O'Connor und Oastler veranstaltete Radicalenversammlung Statt. Stephens wohnte ihr nicht bei, aus Furcht, dadurch seine Bürgschaft zu verwirken, indem er hatte versprechen müssen, nicht nur vor den Assisen zu erscheinen, sondern auch Frieden zu halten. O'Connor äußerte in der Versammlung unter Anderm: „Der Hauptzweck der Presse und der Regierung ist, das Volk daran zu hindern, daß es Sitz und Stimme in der Nationalvertretung erlangt. Lord Melbourne macht die Cour, Lord Normanby ist in der Messe, Lord Brougham liegt in Angst, O'Connell ist verwirrt und das Volk schmachtet in den Bastillen. Ich aber werde nie aufhören zu agitiren, und wenn das Armengesetz morgen abgeschafft wird, so werde ich so laut wie immer schreien nach dem allgemeinen Stimmrechte. Es ist abgeschmackt, einseitig die Aufhebung der Armengesetze zu verlangen. Entscheidend ist nur Eine Maaßregel, die, welche euch eine Stimme in der Volksvertretung ertheilt. Unser Wahlspruch ist: Keine Ergebung!"

Dem Globe zufolge sind die Staatseinkünfte in dem letztverflossenen Vierteljahre günstig ausgefallen. Der Mehrertrag beläuft sich auf 150,000 bis 200,000 Pf. St.

Dem Morning-Herald zufolge sind seit einiger Zeit eine bedeutende Ausfuhr von Gold- und vorzüglich Silberbarren aus den englischen Häfen nach dem Continente Statt.

Briefe aus Newyork vom 16. December, welche über Havre eingelaufen sind, bringen neuere Nachrichten aus Canada. „Ein Blatt von Detroit im Staate Michigan vom 5. bestätigt die Angabe, daß von dort eine neue Expedition nach der äußersten Westgränze von Obercanada abgegangen sei, sich der Dörfer Windsor und Sandwich und des Dampfschiffes „Thames" bemächtigt und den königlichen Truppen 15 Mann getödtet habe. Auch jetzt noch bedürfen diese Angaben übrigens der Bestätigung, da sie aus einer entschieden antienglischen Quelle kommen. — Das Todesurtheil gegen den Insurgentenanführer von Schultz, einen Polen, der in dem Treffen bei der Windmühle vor Prescott gefangengenommen und vor ein Kriegsgericht gestellt wurde, ist unverweilt vollzogen worden. Er wurde am 8. December Morgens zu Kingston in Obercanada gehenkt. Dasselbe Schicksal werden am 12. Oberst Abbey und ein Hr. George haben. — Der „Pirat der tausend Inseln," Bill Johnson, welcher wegen Verletzung des Neutralitätsgesetzes gegen die canadische Regierung von den Behörden der vereinigten Staaten festgenommen worden, aber bald nach der Verhaftung wieder entkommen war, ist jetzt wieder beigebracht und dem Marschall der vereinigten Staaten in Gewahrsam gegeben worden.

Consols am 5. Jänner 94¼.

Niederlande.

Holländische Blätter machen darauf aufmerksam, wie unbegreiflich es sei, daß der belgische Minister der auswärtigen Angelegenheiten jetzt in der Repräsentantenkammer erkläre, daß Belgien das Recht der schiedsrichterlichen Entscheidung, welches die Londoner Conferenz in Anspruch nehme, keineswegs anerkenne. „Wie können diejenigen," heißt es im Handelsblad, „welche seit acht Jahren bei allen Differenzen die Intervention der Londoner Conferenz verlangten, die im August 1831 von einem der Mitglieder der Conferenz ein Kriegsheer zu Hülfe riefen, die

von dieſer Conferenz die Räumung der Antwerpener Citadelle ſich bewirken ließen, die ihn Sachen der Scheldeſchifffahrt, ſo wie in Angelegenheiten des H^rn. Thorn ſich jedesmal an die Conferenz wandten — wie können dieſe im Jahre 1839 es wohl wagen, mit der Erklärung hervorzutreten, daß ſie in der Londoner Conferenz nicht als Schiedsrichterinn in ihren politiſchen Zwiſten mit Holland anerkennen?"

Dem Handelsblad wird aus Brüſſel geſchrieben, daß die dortige Regierung nicht, wie es geheißen, Waffen nach dem Luxemburgiſchen geſchickt hat, um das Volk zu bewaffnen, ſondern im Gegentheile zu dem Beſchluß gekommen iſt, keinen Schritt, der einer Offenſive ähnlich wäre, zu unternehmen; ſie wiſſe nicht einmal recht, ob ſie ſich noch weiter zur Vertheidigung rüſten ſolle; ſie werde jedenfalls nicht dulden, daß, auf eine oder die andere Weiſe, durch Luxemburg und Limburg ein Conflict veranlaßt werde; allen Generälen, die an der Gränze ihr Commando haben, ſei der förmliche Befehl gegeben worden, daß ſie unter keinem Vorwande, wie er auch heiße, irgend einer Schaar von Freiwilligen geſtatten, die Gränze des Grundgebiets zu überſchreiten, welches nach dem 24 Artikeltractat abgetreten iſt.

Belgien.

Die Königinn iſt plötzlich nach Paris abgereist, und zwar, wie man vernimmt, in Folge der ungünſtigen Nachrichten, die über das Befinden der Herzoginn von Würtemberg in Brüſſel eingegangen waren.

Einer Bekanntmachung des Finanzminiſters zufolge iſt der Zinsfuß der neu auszugebenden Schatzſcheine erhöht worden, und zwar der auf ſechs Monate ausgeſtellten auf 4 Percent, und der auf ein Jahr ausgeſtellten auf 4½ Percent. Man glaubt nicht bemerkt der Commerce Belge, daß dieſe Zinſenerhöhung, die in der kaufmänniſchen Welt großes Aufſehen gemacht hat, ein beſonderes Anlockungsmittel ſeyn werde. Denn abgeſehen davon, daß die politiſche Lage des Landes noch immer nicht beruhigend ſei, iſt auch, wie man vernimmt, der gegenwärtige Zuſtand der belgiſchen Finanzen keineswegs ſehr glänzend.

Deutſchland.

Die Hannoverſche Zeitung vom 8. d. M. enthält unter der Aufſchrift: „Aemtliche Nachrichten," Folgendes: „Nachdem die in Folge königlichen Reſcripts vom 27. Juni v. J. vertagte allgemeine Ständeverſammlung des Königreichs auf Befehl S^r. Majeſtät des Königs auf den 15. künftigen Monats wieder berufen iſt, ſo wird ſolches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht und erwartet, daß ſämmtliche Mitglieder beider Kammern am gedachten Tage hierſelbſt erſcheinen. Hannover, am 7. Jänner 1839. Cabinet S^r. Majeſtät des Königs. Der Staats- und Cabinetsminiſter, G. Freiherr von Schele."

Die Großherzoglich Heſſiſche Zeitung vom 10. Jäner enthält ein unterm 7. d. M. von dem Miniſterium des Innern und der Juſtiz an das Hofgericht der Provinz Oberheſſen erlaſſenes Reſcript; daſſelbe lautet wie folgt: „S^r. königl. Hoheit der Großherzog vermögen weder in der Art noch in der Größe der von Ihnen erkannten Strafen den mindeſten Grund zur Strafverwandlung oder zur Strafminderung im Wege der Gnade zu finden. Auch die erfreuliche Erſcheinung, daß das frevenkliche Streben, ein biederes Volk gegen ſeinen angeſtammten Fürſten und deſſen Behörden aufzuwiegeln, machtlos an der alten heſſiſchen Treue ſcheiterte, eine Erſcheinung, welche dieſes Volk noch höher in der Liebe ſeines Fürſten ſtellt, entſchuldigt jene nicht, die an Fürſt und Volk ſich vergangen haben. Allein es iſt von S^r. königl. Hoheit in landesväterliche Erwägung gezogen worden, welch hoher Grad von Verführung in der Mitte lag, und daß gerade diejenigen Perſonen, welche die Unerfahrenheit, Characterſchwäche oder Eitelkeit der auserſehenen Werkzeuge zu mißbrauchen verſtanden und die weit ſtrafbarer erſcheinen als viele der Verurtheilten, dem Arm der Gerechtigkeit, ehe er ſie erreichen konnte, ſich entzogen haben. Nicht minder iſt S^r. königl. Hoheit die Offenheit und die Vollſtändigkeit, mit der, obwohl zum Theil nach mancher Zögerung, die Bekenntniß erfolgt ſind, nicht entgangen, ſo wie die an den Tag gelegte Reue. S^r. königl. Hoheit wollen nicht glauben, daß zu den vielen und ſchweren Vergehen, auch noch das verächtliche der Heuchelei hinzugefügt worden ſei, wollen vielmehr in den vielfältigen Verſicherungen innerer Zerknirſchung und bitterer Reue, welche die Unterſuchungsacten enthalten, die Bürgſchaft moraliſcher Beſſerung erblicken. In Berückſichtigung dieſer Verhältniſſe haben S^r. königl. Hoheit der Großherzog geruht, den Verurtheilten die ihnen zuerkannten Freiheitsſtrafen, ſo weit ſie dieſelben nach dem Erkenntniß noch zu verbüßen haben würden, aus allerhöchſter Gnade zu erlaſſen. (Rückſichtlich des Carl Zeuner von Bußbach erlaſſen wir unterm Heutigen beſondere Verfügung an Sie.) *) Wir beauftragen Sie nunmehr, dieſe allerhöchſte Entſchließung, ſo wie die gegenwärtige Verfügung den Betreffenden zu eröffnen. Diejenigen, welche ihr Urtheil haben in Rechtskraft übergehen laſſen und noch detinirt werden, ſind ſofort in Freiheit zu ſetzen; diejenigen aber, welche Rechtsmittel angezeigt haben, ſind zu bedeuten, daß ihnen die Fortſetzung derſelben unbenommen ſei, was, wie ſich von ſelbſt verſtehe, die Folge habe, daß rückſichtlich ihrer, die Begnadigung als nicht geſchehen betrachtet und dem Recht ſein Lauf gelaſſen werde. Dem Pfarrer Flick und dem Schulrector Heß iſt insbeſondere zu bemerken, daß in Gemäßheit der allerhöchſten Intention S^r. königl. Hoheit des Großherzogs dieſer Begnadigung nicht die Deutung gegeben werden darf, als ſollten ſie in die von ihnen bis zu ihrer Suspenſion bekleideten Aemter wieder eingeſetzt werden; und ſämmtlichen Begnadigten iſt bekannt zu machen, daß ihr künftiges Verhalten von Staatspolizeiwegen genau überwacht, und wenn ſie dazu Veranlaſſung geben ſollten, Stellung unter Polizeiaufſicht gegen ſie verhängt werden wird, welche Beſtimmungen einen integrirenden Beſtandtheil der großherzoglichen Begnadigung bilden. Du Thil."

Wien.

S^r. k. k. Majeſtät haben mit allerhöchſter Entſchließung vom 9. Jänner dem Feldmarſchall Grafen von Radetzky und dem Generalmajor Freiherrn von Puchner die Annahme und das Tragen des ihnen von S^r. Heiligkeit verliehenen Großkreuzes des Ordens des heiligen Gregor des Großen allergnädigſt zu geſtatten geruht.

Am 15. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen		zu 5 pC. in CM.	108.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80⅞.
Darl. mit Verlof. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		157.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		698¾.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65⅛.
Bankactien pr. Stück —— in CM.			

*) So viel wir haben erfahren können, iſt dem obengenannten Carl Zeuner eine Begnadigung nur für den Fall zugeſagt, daß er ſich zur Auswanderung nach Amerika verſtehe. (Anm. der Redaction der Großherzoglich Heſſiſchen Zeitung.)

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe, Dorotheergaſſe N^r. 1108.

№ 17

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 17. Jänner 1839.

W. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 15. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	26.999	27. 8 Z. 11 L.	+ 6.3	W.	stark.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.097	27 10 2	+ 2.5	W.	—	Regen und Schnee.
	10 Uhr Abends.	27.162	27 10 11	+ 0.5	W.	mittel.	Wolken.

Frankreich.

Der Moniteur vom 9. d. M. enthält die Nachricht von dem am 2. Abends erfolgten Ableben Ihrer königl. Hoheit der Frau Herzoginn von Würtemberg in Pisa und die Anzeige, daß der König zweimonatliche Trauer, vom 9. Jänner bis 8. März, wegen dieses Todesfalles anlegen werde.

Eine telegraphische Depesche meldet die am 8. Morgens erfolgte Rückkehr des Herzogs von Nemours von Pisa nach Toulon.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 7. Jänner, in welcher die Berathung über die Antwortadresse eröffnet wurde, schloß Hr. Guizot mit folgenden Worten: „Tacitus sagte von Höflingen: **O mnia serviliter pro dominatione**, in Allem knechtisch, um zur Gewalt zu gelangen. Seien wir gerade das Gegentheil; handeln wir überall unabhängig, würdig, damit die Krone gut bedient sei! Gegenwärtig ist sie nach meiner Ansicht schlecht bedient; die Adresse sagt dieß deutlich, darum stimme ich für dieselbe.“ Nach Guizot nahm der Präsident des Conseils, Graf Molé, das Wort, nachdem er vorher in der Bibliothek die oben citirte Stelle aus Tacitus nachgeschlagen hatte. Er sprach: „Nicht von Höflingen sprach Tacitus, sondern von Ehrgeizigen. (Hr. Guizot, an den diese Worte gerichtet sind, lacht.) Mehr sage ich nicht über dieses Citat. Man nannte das Cabinet und sein System verderblich, man machte uns Alles, was man selbst gethan, zum Vorwurf. Man warf uns unsere Bündnisse vor, beschuldigte uns, das Repräsentativsystem in dieser Kammer zu verfälschen. Die Frage ist, was haben wir seit unserm Amtsantritt gethan? In welchem Zustand trafen wir das Land, in welchem ist es jetzt? Am 15. April 1837 herrschte überall Unruhe, beständige Besorgniß für die Sicherheit des Monarchen. Die Amnestie erschien. Man warf uns wegen ihrer fehlerhafte Concessionen vor, weissagte nachtheilige Folgen; schon damals nannte man das verderblich. Was geschah? Nach einer Revolution, wie die unsere, folgt eine langwierige Erschütterung; die Politik des Widerstandes hat ihre Zeit. Dann kommt aber auch der Zeitpunct, da alle Parteien, dieser furchtbaren Kämpfe müde, nur einen ehrenwerthen Vorwand zur Entwaffnung suchen. (Beifall.) Diesen Zeitpunct muß der politische Tact ausfinden. Wir hatten ihn gefunden, als wir die Amnestie ertheilten. Ich beklage mit dem Redner vor mir das vorhandene Uebel dieses Uebel ist unermeßlich; sein Inbegriff ist aber die Adresse, wie sie vorliegt. Ist es kein Uebel, wenn Staatsmänner, wie ich sie bezeichnete, ihren ewigen Feinden die Hand reichen? Noch vor einem Jahre hörte ich Hr. Guizot seine Zustimmung zu den von mir entwickelten Ansichten geben, und selbst auf das Wort verzichten, mit der Bemerkung, er werde es nur ergreifen, wenn sein wahrer Gegner (Odilon-Barrot) auf der Rednerbühne erscheine. Cicero sagte, es gebe keine schlimmere Verderbniß, als die Verderbniß der Gesinnung. Wie sollen die Gemüther nicht zweifelhaft werden, wie soll nicht eine Art von Anarchie sich Aller bemächtigen, wenn die bedeutendsten Männer, die, welche an der Spitze standen, ihre Stimmen mit denen der entschiedensten Gegner vereinigen, die Meinungen liebkosen, gegen welche sie lange gekämpft hatten? dem Lande, das so ruhig, so friedlich ist, das seit der letzten Kammersitzung kein Zeichen von Aufregung gab, sagt man, sein Glück sei nichts, und es sei nichts als Besorgniß gesäet worden. Ihr wollet Conservative seyn, aber welches sind gegenwärtig die Gegenstände, bei welchen ein conservatives Streben nothwendig ist? Ihr wollet nur zerstören, sonst nichts, ihr sehet aber nicht, daß ihr zuerst euch selbst zerstört! Uns macht man groß durch den Kampf gegen uns. Welches Cabinet sah je gegen sich mehr parlamentarische Mächte sich vereinigen? Ich, meine Herren, ich gebe mich nicht für Einen der Fürsten des Wortes aus. Ich sage nicht von mir: die Fähigkeit bin ich! das parlamentarische Ministerium bin ich! Ich bin nichts, meine Herren! als ein alter Diener des Landes, meinem Lande ergeben, seit meinen jüngsten Jahren. (Begeisterter Beifall im Centrum.) Wissen Sie, warum die Mehrheit für uns war? Nicht wir haben sie errungen; es handelte sich nicht um uns; es galt dem Lande, der Vernunft, der Gerechtigkeit und Wahrheit! (Bravo, im Centrum.) Auf sie setzen wir noch jetzt all unser Vertrauen. Im Angesichte des Landes, über dessen Lage ich Sie alle zu Zeugen nehme, scheue ich mich nicht, es auszusprechen: Die besten Zeiten Frankreichs seit acht Jahren sind die unter dem Cabinet des 15. April. Man wollte bei Ihnen Besorgnisse um Ihre parlamentarischen Vorrechte wecken. Ihre Adresse enthält verwegene Versuche zur Wiedererweckung dessen, was Sie nie verloren haben, dessen Besitz Ihnen nie bestritten worden ist. Den Vorrechten der Krone droht kein Angriff. Diese ehrenwerthe Kammer, in welcher so viel Patriotismus, so viel Uneigennützigkeit sich findet, weiß es wohl, daß auf der freien Wirksamkeit aller Factoren, aller Staatseinrichtungen die heilsame Gewalt beruht, die Alles lenkt, und die Ruhe, die sich unter ihrem schützenden Einflusse befestigt, und der Wohlstand, den wir genießen.“ — Nach dem Grafen Molé trat Hr. Thiers auf. Er sprach für sich das Verdienst an, dessen jener sich gerühmt, den rechten Zeitpunct zur Erlassung der Amnestie aufgefunden zu haben, erklärte den Vorwurf der Intrigue um persönlicher Zwecke willen, den man ihm machte, für ungegründet, indem er nicht in der Kammer, nicht erst, seit er den Besitz der Staatsgewalt verloren, sondern im Rathe der Krone zu opponiren angefangen habe, auch schon am 15. April wieder ans Ruder hätte kommen können, wenn es ihm nicht um seine Grundsätze

zu thun gewesen wäre, und fuhr dann fort: „Ich war überzeugt, daß eine Politik, welche nach Außen darin besteht, daß man alle Schwierigkeiten verschiebt, zurückweicht, wenn sie sich geltend machen, die Augen schließt, statt sie zu öffnen, um das Verwirrte aufzulösen, daß eine solche Politik nur die Fehler, die Unglücksfälle, um uns häufen könne. Ich war überzeugt, daß eine auswärtige Politik, welche darin besteht, daß man bald Spanien aufgibt, bald England vernachlässigt, bald, wenn es uns vorschlägt, gemeinsam mit ihm zu Werke zu gehen, ihm sagt, es sei zu thätig, wolle zu viel auf einmal, am Ende erkalten müsse. Ich war gewiß, daß nach Innen dieses Laviren mit den Männern, diese Kunst, bald auf die Rechte, bald auf die Linke sich zu stützen, nicht lange Mehrheiten geben werde. Die Mehrheit beherrscht nur ein fester Wille, die Kraft, seine Freunde und Feinde zu unterscheiden, den Einen zu sagen: Ich kann nicht mit euch gehen; den Andern: Ich habe den Wunsch, mit euch zu gehen." Im weitern Verlaufe der Sitzung sprachen noch Graf Montalivet, welcher behauptete, das gegenwärtige Cabinet vereinige in seinem System die Systeme des Widerstandes und der Versöhnung, und seine Politik bestehe darin, daß es sich nach den Umständen zu richten wisse; es sei eine Politik der Ereignisse; ferner Hr. Passy für die Adresse, welcher die verschiedenen äußern und innern Verhältnisse durchging, übrigens gegen die Wahlreform sich aussprach; endlich noch Hr. Roul gegen die Adresse.

Die Sitzung der Deputirtenkammer vom 8. Jänner war eben so zahlreich, wie den Tag zuvor, besucht. Auf den Gallerien sah man besonders viele Notabilitäten der Diplomatie und der Pairskammer. Hr. Billault betrat zuerst die Tribune für den Entwurf. Er sagte, die gestrige Erörterung habe sich auf dem Boden der Persönlichkeiten bewegt, er wolle die Frage auf die Grundsätze zurückführen. Das Ministerium befinde sich, seiner Ansicht nach, in einer sehr schwierigen Lage. „Ein Mann, welchen die Revolution groß gefunden und noch größer gemacht hat, ein Mann, der den Instinct der Majoritäten besitzt (man lacht), hat erklärt, daß seiner Ansicht nach das Ministerium nicht nur unzureichend, sondern auch unmöglich sei." (Hr. Dupin macht ein verneinendes Zeichen. Lange Gährung.) Der Redner sieht in diesem Umstande einen entscheidenden Grund gegen das Ministerium. Er bezweifelt die guten Absichten und den Patriotismus der Männer, die es zusammensetzen, keineswegs; dieß sei aber nicht hinreichend, und die Lage der Dinge zu ernst, als daß sich das Land mit guten Absichten begnügen könnte. Die allgemeine Ansicht der Kammer sei, daß das Ministerium nicht genüge. Es lasse die Staatsgewalt schwächen, und in diesem Augenblick brauche die Staatsgewalt eine feste Leitung. Der Redner spricht dann gegen die Sollicitanten. Das Sollicitiren sei die Plage der Repräsentativregierungen. Die Sollicitanten verderben die Wähler, die Minister und das ganze Land. Die auswärtige Politik betreffend, so tadelt der Redner das Betragen des Ministeriums in Bezug auf Krakau, Spanien und Belgien, und drückt mit großem Nachdruck aus, daß die Adresse in dieser Hinsicht das Zeichen zu einer Aenderung der Politik seyn müsse. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Handels (Hr. Martin du Nord) bat dann ums Wort. Die Sitzung ward suspendirt, Hr. Dupin verließ den Präsidentenstuhl einem Augenblick, und es knüpften sich Gespräche auf allen Bänken an. Der genannte Minister bestieg nach dieser Pause die Tribune. „Ich bin," sagte er, „mit gewissenhafter Aufmerksamkeit den Details der gestrigen Sitzung gefolgt, und habe mich immer mehr überzeugt, daß man die Personen bei Seite lassen muß; die Personen verdecken aber die Dinge. Die Coalition will nicht nur die Personen ändern, ihre Grundansicht ist eine Aenderung des Systems, und doch haben nicht Alle dasselbe Ziel." Der Minister erklärt, in den politischen Verhältnissen lasse sich nichts ändern, ohne die Würde Frankreichs zu compromittiren. Die Herren Guizot und Thiers würden sich darüber, besonders über Spanien, nicht einmal verständigen können. Der letztere werfe dem Ministerium vor, das politische System geändert, der erstere, es preisgegeben zu haben. Das Ministerium sei aber mit Besonnenheit und Klugheit verfahren. Es stoße den doppelten Vorwurf der Neigung und Bestechung und der Verletzung der parlamentarischen Prärogative zurück. Es rufe laut die Unabhängigkeit eines jeden Mitglieds aus. Die Amnestie gereiche dem Ministerium, welches sie gegeben, zur Ehre. Der Handel gedeihe, und die glückliche Lage des Landes beweise, daß es keine Besorgnisse hege. — Hr. Duvergier de Hauranne dankt dem Minister für das Anerkenntniß, daß es sich nicht um Personen, sondern um Systemwechsel handle. Es handle sich in der That um die Wahrheit der Repräsentativregierung, und die Coalition sei eine gerechte und natürliche Sache. Er will eine aufrichtige und keine scheinbar constitutionnelle Regierung, ein Ministerium, das der Ausdruck der Deputirtenkammer sei; er will zwar die Regierung nicht in die Kammer verlegen; aber die Regierung soll so seyn, wie sie unter Casimir Perier war. Der Redner mustert dann die auswärtige Politik, und behauptet, durch seine Unentschlossenheit und Verzagtheit habe das Ministerium eine der schwierigsten Lagen geschaffen, die man seit 1830 erlebte. Hr. Duvergier de Hauranne wurde im Verlauf seiner Rede sehr bitter gegen den Präsidenten des Conseils, dem er den Vorwurf machte, daß er ganz geneigt seyn dürfte, seine Collegen im Stiche zu lassen, wenn nur er sich am Ruder behaupten könne. Der Präsident des Conseils verabscheue die Coalitionen nur insofern, als er nicht selbst dazu gehöre, und eine Coalition, die ihn zu ihrem Haupte wählen wollte, würde in seinen Augen vollkommen moralisch und patriotisch erscheinen. — In Folge dieses persönlichen Angriffs entschlüpfte dem Grafen Molé der Ausruf: „Das ist ein schlechtes Pamphlet!" der einen gräulichen Tumult bei den antiministeriellen Mitgliedern der Kammer erregte, welcher nur dadurch beschwichtiget wurde, daß Hr. Dupin das von dem Grafen Molé gebrauchte Wort mißbilligte. — Graf Molé selbst sprach nur wenige Worte zu seiner Entschuldigung, daß ihm in der Hitze das von dem Präsidenten gerügte Wort entfahren sei, erklärte übrigens, daß er auf eine solche Rede, wie die des Hrn. Duvergier de Hauranne, gar nicht antworten wolle. — Der letzte Redner in dieser Sitzung war Hr. Odilon-Barrot. Er ließ den Talenten und dem achtbaren Character der Mitglieder der gegenwärtigen Administration volle Gerechtigkeit widerfahren, behauptete aber, daß sie weder in der Kammer noch im Lande eine Majorität für sich hätten. Die Coalition habe keine Verpflichtungen übernommen und keinen Grundsatz aufgeopfert. Die Harmonie unter ihren Mitgliedern sei freiwillig und ihr Ursprung ganz den Gesetzen des Repräsentativsystems gemäß. Die Männer, aus denen sie bestehe, seien den Institutionen des Landes ergeben und hätten sich nur mit Leidwesen von der Regierung getrennt, mit deren Politik ihre Meinungen lange Zeit identisch gewesen. Nur die ernste Lage, in der sich das Land befinde, habe solche Männer bewegen können, in Opposition gegen die Regierung zu treten. Das gegenwärtige Mini-

sterium müsse abtreten; aber seine Nachfolger würden noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, denn die Repräsentativregierung müsse in Frankreich erst noch consolidirt werden. Er billigte die Adresse im Ganzen und glaubte, daß sie ohne Amendement angenommen werden müsse; nur eines müsse er sich an der geeigneten Stelle vorbehalten, nämlich zu Gunsten der tapfern französischen Marine, die über diese traurige Debatte einen Strahl des Ruhmes verbreitet habe. — Der Präsident erklärte, die Commission sei dem Wunsche des Redners zuvorgekommen und habe bereits ein solches Amendement redigirt, welches eben gedruckt werde und morgen an die Kammer vertheilt werden solle. — Die Kammer erklärte hierauf, auf Befragen des Präsidenten, die allgemeine Discussion für geschlossen und die Sitzung wurde um 6 Uhr aufgehoben.

Die meisten Blätter der Coalition waren nicht sehr zufrieden mit dem Beginn der Kammerverhandlungen über die Adresse. Die Reden der HH. Guizot und Thiers erscheinen ihnen als farblos und nichtssagend. Es sei dieß, wird bemerkt, auch kein Wunder, da es sich nicht um Grundsätze, sondern um Personen handle, und da jene Redner, weil sie wieder ans Ruder kommen wollen, in Betreff gewisser Puncte, die aber gerade die wichtigsten seien, große Zurückhaltung haben beobachten müssen, um nicht höheren Orts anzustoßen. Uebrigens war der Eifer des Hrn. Guizot, um zuerst das Wort zu erhalten, so groß, daß er schon Samstag Morgens um 5 sich in die Kammer begab, um sich als Redner einzuschreiben. Auch der Zudrang des Publicums zu der Kammer ist sehr groß. Am Tage der Eröffnung der Adresseverhandlungen hatten lange vor Tagesanbruch vor dem Palais Bourbon die Eifrigsten Queue gebildet, um sich die besten Plätze zu sichern. — Der National schreibt über die Kammersitzung vom 7. Jänner: „Ihr seid getäuscht, Ehrsüchtige," sagte Hr. Liadières, „und wollt sie nur stürzen, um selbst an ihre Stelle zu gelangen." „Ihr selbst seid Ehrsüchtige," antwortete Hr. Guizot. Und darüber entspann sich dann eine Ausführung im Style einer Homilie über die ehrenhafte und nicht ehrenhafte Ehrsucht. „Sie treiben sich in einer Intriguen-Atmosphäre herum," sagte man dem Hrn. Thiers, und Hr. Thiers wies den Vorwurf fast auf dieselbe Weise zurück, wie vorhin seine Mitbrüder von der Coalition. Dann klagten Beide, man habe ihnen ihre Politik gestohlen und verstehe nicht, sich derselben zu bedienen. Sie beschuldigten das Ministerium vom 15. April, es bringe die Staatsgewalt in Mißachtung. Hr. Guizot sagte dem Ministerium, es sei verderblich, Hr. Thiers, es fehle ihm an Tact. Hr. Montalivet, ins Leben getroffen, behauptete im Gegentheil, das Cabinet vom 15. April besitze vollendeten Tact. Sofort sprachen sie von Coalition, von parlamentarischer Anarchie, von Ehrfurcht, die man der Freiheit und der Krone schuldig sei, warfen sich die Erinnerungen an die Trennungs- und Deportationsgesetze an die Köpfe, rühmten sich des Antheils, den sie, die einen an den Heldenthaten von Lyon, die andern an den Ereignissen in der Straße Transnonain genommen. Hr. Passy mischte in dieses Gemengsel die Königinn Anna und die Jacobiten, und Hr. Montalivet den Prozeß der Minister Carls X. und die Cholera — all' das accompagnirt von dem Murren und Lachen der Kammer, welche, mit Ausnahme der äußersten Linken, nicht zu begreifen schien, wie sie durch solche Verhandlungen in Frankreichs Achtung herabgesetzt wird. Für uns ist diese Sitzung eine wichtige Thatsache und erfüllt uns in gewisser Hinsicht mit Hoffnung. Wir haben gesehen, wie alle Factionen der Partei, durch welche die Julirevolution erstickt worden ist, sich gleich unmächtig zeigten und, eine unter der andern Streichen, fielen. Möge Graf Molé bleiben oder abtreten, die Coalition wird ihre Früchte getragen haben. Frankreich weiß jetzt, daß die Doctrinairs nicht auf ihre Einschüchterungspolitik verzichten, daß der Tiers parti, wie Hr. Passy erklärte, die Wahlreform nicht will, und daß Hr. Thiers nur den Vertrag der Quadrupelallianz „fortsetzen" will. Es weiß, daß alle diese Männer, welche voraussichtlich an die Spitze der Verwaltung kommen könnten, einzig mit ihren persönlichen Händeln beschäftigt sind, und sich um seine Gesinnungen und Interessen nichts kümmern. Wäre doch ganz Frankreich bei diesen Verhandlungen zugegen gewesen! Es hätte gesehen, wie diese Staatsmänner, um zur Staatsgewalt zu gelangen oder dieselbe sich zu erhalten, alle an eine geheimnißvolle abwesende Person sich wendeten, vor welcher sie sich ihre unheilbare Schwäche als Verdienst anrechnen, dadurch verrathend, daß sie die Commis des 7. Augusts, nicht aber die Minister Frankreichs zu spielen verstehen." Das Journal des Debats ist voll Jubels. „Das Ministerium," schreibt es, „kann guten Muthes seyn. Die Wahrheit ist ans Licht getreten: Das Ministerium wird aus diesem furchtbaren Kampfe mit Ehre hervorgehen!"

Außer den Pariser Journalen vom 8. und 9. Jänner, welche gestern mit der gewöhnlichen Post hier eingetroffen sind, haben wir durch außerordentliche Gelegenheit Pariser Zeitungen vom 10. d. M. erhalten. — Sie bringen noch kein entscheidendes Votum über die Adresse. — Vor Eröffnung der Sitzung der Deputirtenkammer vom 9. wurde das von dem Präsidenten in der vorigen Sitzung angekündigte Amendement oder vielmehr die neue Redaction des auf die mexicanischen Angelegenheiten sich beziehenden Paragraphen unter die Mitglieder vertheilt. Der in Frage stehende Paragraph lautet nun folgendermaaßen: „Die Verunglimpfungen und Spoliationen, „welche unsere Landsleute in Mexico erlitten haben, erheischten eine eclatante Genugthuung. Ihre Regierung „mußte sie fordern, und die glänzende Waffenthat von „San Juan d'Ulloa, indem sie unsere Armee mit „neuem Ruhm bedeckt, ist für Frankreich eine gerechte Ursache des Stolzes. Es hat mit Freuden, Sire, gesehen, „wie einer Ihrer Söhne an den Gefahren und an den „Successen unserer unerschrockenen Seeleute Theil genommen hat." — Es wurde ferner ein im Sinne des Ministeriums verfaßtes Amendement des Hrn. Amilhau oder vielmehr eine ganz veränderte Redaction der beiden ersten Paragraphen der Adresse unter die Mitglieder der Kammer vertheilt. — Nachdem die Sitzung um halb 2 Uhr eröffnet worden war, erklärte der Präsident, daß sich die Adresse-Commission heute versammelt habe, um in einem eigenen Paragraphen der Adresse dem Könige den Schmerz auszudrücken, den die Kammer über den Verlust empfinde, den die königliche Familie durch den Tod der Frau Herzoginn Marie von Würtemberg erlitten habe. Er (der Präsident) glaube den Wünschen der Kammer zuvorzukommen, wenn er vorschlage, daß sie sich in Masse zum Könige verfügen solle, um Sr. Majestät ihre Gefühle an den Tag zu legen. — Dieser Vorschlag wurde einstimmig genehmigt, und sogleich ausgeführt, weßhalb die Sitzung bis zur Rückkehr der Deputirten aus den Tuilerien, wohin sie sich zu Fuß durch den Garten verfügten, suspendirt wurde. — Bei Wiederaufnahme desselben um ¼ auf 3 Uhr wurde die Debatte über die einzelnen Paragraphen der Adresse eröffnet. Allein gleich beim ersten Paragraphen *) schweifte die Discussion wieder

*) Er lautet nach dem Adresse-Entwurf folgendermaaße: „Sire! Die Deputirtenkammer wünscht sich mit

ins Allgemeine hinüber und führte zu keinem Resultate. Die Sitzung wurde zu wiederholten Malen äußerst stürmisch. H. Garnier-Pagès, der Siegelbewahrer, H. Guizot, der Präsident des Conseils, H. Thiers, der Minister des Innern, Graf Montalivet, nahmen das Wort. Letzterer schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Meine Herren! Wir sind bereit, das Verdict, welches Sie aussprechen werden, insoweit es verfassungsmäßig, für die Krone anständig ist, anzunehmen. Wenn wir die Gewalt niederlegen, wenn wir sie in die Hände der Krone zurückgeben müssen, so werden wir in unsere Zurückgezogenheit wenigstens die Befriedigung, die innige Ueberzeugung mitnehmen (und ich wünsche, daß meine Nachfolger dereinst von sich dasselbe sagen könne), daß wir unserm Vaterlande aufrichtig, vollkommen ergeben waren, daß wir seine Constitution ganz und nichts anders als seine Constitution unumwunden gewollt haben. Mögen unsere ehrenwerthen Gegner, wenn sie ihrerseits von der Krone ins Cabinet berufen werden sollten, fortfahren, die Grundsätze zu vertheidigen, die wir vertheidigt haben, und wir werden ihre Plätze in der Coalition keineswegs einnehmen." (Lebhafter Beifall.) — Die Discussion wurde auf den folgenden Tag ajournirt, nachdem der Präsident angekündigt hatte, daß zuerst über das Amendement des Hrn. Amilhau abgestimmt werden solle. Dieses Amendement, an dessen Annahme oder Verwerfung das Schicksal des Ministeriums geknüpft seyn dürfte, umfaßt die beiden ersten Paragraphen und lautet folgendermaaßen: „Sire! Die Deputirtenkammer „wünscht sich mit Ihnen Glück zur Prosperität des Lan„des; diese Prosperität konnte nur Zuwachs „erhalten im Schooße der Ruhe, welche „Frankreich der Regierung Ew. Majestät, „und der regelmäßigen Mitwirkung der „Staatsgewalten verdankt." — „Unter dieser „Regierung, die unsere Würde aufrichtig wahrt, unsere Al„lianzen treulich hütet, behauptet Frankreich stets „in der Welt und in der Achtung der Völker den Rang, „der ihm gebührt, und von dem es nicht herabsinken kann."

Die brieflichen Nachrichten aus Paris vom 10. reichen bis 4 Uhr Nachmittags. Bis zu dieser Stunde war über das Amendement Amilhau noch nichts entschieden.

Die Pairskammer ernannte in der Sitzung vom 8. Jänner die Commissionen zu den in der vorigen Sitzung von den Ministern eingebrachten Gesetzentwürfen. Für die Commission des literarischen Eigenthums wurden ernannt die HH. Bertin-Devaux, Duc de Broglie, Cousin, Carl Dupin, Kératry, Baron Thenard und Villemain.

Der Marschall Soult hat am 8. d. M. ein großes Diner gegeben, zu welchem die HH. Thiers, Dupin und Passy geladen waren.

Zu Toulouse ist an die Stelle des verstorbenen Duc de Fitzjames der Duc de Valmy, Sohn des Marschalls Kellermann, Legitimist, mit 234 Stimmen zum Deputirten gewählt worden. Weitere Stimmen erhielten: H. de Basthoul, ministerieller Bewerber, 209; Oberst Baudrey (bekannt durch den Straßburger Aufstand) eine.

Am 7. Jänner 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 20. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 95. — Am 8. Jänner 5Percents 110 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 45. 3Percents 79 Fr. 20. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 25. — Am 9. Jänner 5Percents 110 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 35. 3Percents 79 Fr. 5. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 25. — Am 10. Jänner 5Percents 110 Fr. 50. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 40. 3Percents 79 Fr. 20. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 10.

Spanien.

Die Pariser Journale bis zum 10. Jänner bringen weder aus Madrid, von wo man Briefe bis zum 3. erhalten hatte, noch vom Kriegsschauplatze, irgend etwas Neues von Bedeutung. Das Wichtigste, in Verbindung mit der bereits gestern mitgetheilten Nachricht von Vorschlägen zu einer allgemeinen Auswechslung der Gefangenen, ist die Nachricht, welche die Gazette de France vom 10. mittheilt, daß Don Carlos an alle seine Generäle die gemessensten Befehle erlassen habe, sich aller jener Füsilladen nach dem Kampfe, zu denen sie durch das von den Christinos gegebene Beispiel verleitet werden konnten, zu enthalten, da derlei Handlungen in seinen Augen auch die schönsten Siege mit einem Trauerflor umhüllen.

Den Cortes liegt gegenwärtig ein Antrag auf Einziehung der Pensionen abgetretener Minister vor. Bisher erhielt jeder Minister bei seinem Abtreten eine lebenslängliche Pension von 30,000 Realen jährlich, was, da seit Ferdinans VII. Tode nicht weniger als 91 Minister über die Bühne gingen, jetzt schon eine hübsche Summe ausmacht.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Durch das Packetschiff „Oxford" hatte man in Liverpool Briefe und Zeitungen aus Newyork bis zum 19. December erhalten. Die Besetzung von Veracruz durch die Franzosen war daselbst bekannt. — In Harrisburgh war endlich die Ruhe wieder hergestellt.

Großbritannien und Irland.

Der bekannte Rechtsgelehrte Sir Charles Wetherell, einst ein Vorkämpfer der Torypartei, aber seit seiner Vertheidigung der englischen Corporationen vor den Schranken des Parlaments in stiller Zurückgezogenheit lebend, hat sich kürzlich zum dritten Male vermählt. Seine Gattinn hat ihm eine Mitgift von 60,000 Pf. zugebracht.

Der Sohn des Präsidenten der vereinigten Staaten, H. John van Buren, bereist jetzt Schottland und nimmt durch seine ausgezeichnete Bildung und sein freundliches Wesen überall für sich ein.

Consols am 7. Jänner 94¼, ⅛.

Wien.

Am 16. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	108⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	698½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	65⅝.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100⅛, G. Uso. 2 M.

Bankactien pr. Stück 1483¾ in CM.

„Ihnen Glück zur Prosperität des Landes. Diese Pro„sperität wird sich immer mehr im Schooße des Frie„dens entwickeln, den wir aufrecht erhalten haben, und „dessen Dauer nur eine kluge und feste Politik uns „verbürgen kann."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№. 18

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Freitag, den 18. Jänner 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologiſche Beobachtungen vom 16. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.193	27Z. 11L. 4P.	+ 1.1	W. ſark.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.215	27 11 7	+ 2.0	W. mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.244	28 0 0	+ 0.4	NW. Sturm.	heiter.

Türkei.

Briefe aus Konſtantinopel vom 2. Jänner melden: „In Folge des Brandes des für die dritte Tochter des Sultans, Prinzeſſinn Alie, in Deſterdar-Burnu neu gebauten Pallaſtes ſoll Sr. Hoheit den von der verſtorbenen Sultaninn Mihrimah, Gemahlinn des Seriaskers Said Paſcha, bewohnten Pallaſt von Bebek für die Prinzeſſinn Alie beſtimmt haben. — Der Staatsrath des Innern, Scherif Bey, iſt vor einigen Tagen mit Tod abgegangen und an ſeine Stelle der bisherige Botſchafter in London, Sarim Efendi, ernannt worden. — Am 20. v. M. hat der Sultan die in der Kaſerne von Kuleli neu errichtete Quarantäneanſtalt in Augenſchein genommen und Seine Zufriedenheit über deren zweckmäßige Einrichtung ſowohl gegen den Contumazdirector Dr. Minas, als gegen die bei dieſem Anlaſſe anweſenden k. k. Oberfeldärzte Dr. Reuner und Dr. Bernard geäußert. — Die Oberaufſicht über die Polizei von Pera und Galata iſt abermals, wie in frühern Zeiten, dem Kapudan-Paſcha übertragen worden, welcher demzufolge ſeinen Kiaja, den Kapidſchi-Baſchi Ahmed Aga, als Naſir über Galata aufſtellte. — Der Reichshiſtoriograph und vormalige Herausgeber der türkiſchen Zeitung, Eſad Efendi, hat den Grad eines Rumeli-Kaziaskeri erhalten. — Der bisherige Oberrabbiner iſt ſeines Amtes enthoben und durch den Rabbiner Maiſe Fresco erſetzt worden. — Der öffentliche Geſundheitszuſtand in dieſer Hauptſtadt und deren Umgebungen erhält ſich fortwährend befriedigend.“

Spanien.

Die Sentinelle des Pyrénées verſichert, der Spruch des Kriegsraths, welcher beauftragt worden war, das Benehmen der Generäle Elio, Gomez und Zariategui zu unterſuchen, ſei zu Gunſten dieſer Generäle ausgefallen, weßhalb man glaubte, daß ſie unverzüglich wieder Commandos erhalten würden. — Demſelben Journal zufolge ging im Hauptquartier des Don Carlos das Gerücht, daß der Prinz von Aſturien den Oberbefehl der Armee erhalten, der Infant Don Sebaſtian zum Majorgeneral und General Maroto zum Chef des Generalſtabes ernannt werden ſollen. Es hieß auch, daß der Erzbiſchof von Cuba, P. Cyrillo, an die Spitze des Conſeils geſtellt werden ſolle. — Siebentauſend Chriſtinos unter Caſtañeda's Befehlen haben ſich auf der Linie von Caſtro Urdiales nach Laredo aufgeſtellt. Sie ſcheinen die Abſicht zu haben, das Fort von Ramales und die Linie von Biscaya anzugreifen.

General O'Donnell hat, den Befehlen Eſparteros gemäß, unterm 19. December folgende Verordnung erlaſſen: „Alle Väter und Mütter, welche Söhne im Dienſte des Don Carlos haben, werden aus allen von Chriſtiniſchen Truppen beſetzten Puncten der Provinz Guipuzcoa vertrieben. Alle ihre Güter und Effecten werden mit Beſchlag belegt; nur die Kleider, die ſie für ſich brauchen, dürfen ſie mitnehmen. Das Uebrige wird verkauft. Die Behörden, welche Jemand, der in dieſe Kategorie fällt, ſchonen, werden um 500 Reälen um jedes geſchonte Individuum geſtraft. Keiner der Vertriebenen darf an einen von den Chriſtinos beſetzten Punct zurückkehren, ohne ſeinen Sohn, der bei Don Carlos diente, mitzubringen. In letzterem Falle erhält er die mit Beſchlag belegten Güter und Effecten zurück, wenn ſie noch nicht verkauft ſind. Die Gouverneure und Commandanten haben binnen 48 Stunden über den Vollzug dieſes Befehls zu berichten. — Die Quotidienne bemerkt hierzu: „Wenn Don Carlos oder Cabrera dieſes barbariſche Decret mit einem ähnlichen erwiedern wollten, würde der Liberalismus nicht ermangeln, ihnen die Initiative ſolcher Grauſamkeiten zur Laſt zu legen.“

Die bereits mehrfach erwähnte Antwort Cabrera's auf die von dem Generallieutenant van Halen an ihn gerichtete Aufforderung, das Erſchießen der Gefangenen einzuſtellen, lautet folgendermaaßen: „Ich weiß nicht, was ich in Ihrem Schreiben vom 19. December mehr verachten ſoll, die ſchändlichen Verbrechen, mit denen Sie meinen Character und mein Benehmen verläumden, oder die Unverſchämtheit, mit der Sie es wagen, mit Siegen zu prahlen, die nur in Ihren Bulletins exiſtiren. Ich werde mich mit meiner Antwort kurz faſſen; meine Gründe ſind Thatſachen und ich werde Ihre hochtrabenden und lächerlichen Phraſen mit der verdienten Verachtung behandeln. Was hat der Elliot'ſche Vertrag genützt? Sie haben ſich ſeiner zum Schilde bedient, ſo oft Sie

den Kürzeren zogen und die Redlichkeit derjenigen unter uns getäuscht, die leichtgläubig genug waren, dem Vertrag zu trauen. Was hat es O'Donnell, Torres, Ituralde und vielen Andern, die Sie ermordet haben, genützt, daß sie in den Elliot'schen Tractat mit einbegriffen waren? Diesen Vorwurf kann man mir nicht machen, denn ich habe mir stets nur Ihr Benehmen zur Richtschnur genommen; Sie sind daher für so viel vergossenes Blut verantwortlich. Wenn ich dieselben Mittel zur Aufbewahrung meiner Gefangenen besäße, wie Sie; wenn Sie meine Depots respectirt hätten, statt sie zu überfallen; wenn Sie bei der Auswechslung der Gefangenen mit der erforderlichen Redlichkeit zu Werke gegangen wären, so würden durch die Behandlung der Gefangenen von meiner Seite wahrlich niemals diejenigen Ereigniſſe herbeigeführt worden seyn, die Sie hervorgerufen haben, und noch heute hervorrufen, da Sie noch nicht Befehl ertheilt haben, mir die 103 Gefangenen zurückzugeben, die mir noch ausgeliefert werden müssen. Meine Geduld ist endlich erschöpft, und ich bin fest entschlossen, daß, wenn Sie fortfahren, die in den Festungen befindlichen Gefangenen auf barbarische Weise und mit kaltem Blute zu ermorden, friedliche Familien zu verbannen und jene verhaßten Decrete auszuführen, die unsere unglückliche Nation in stetem Schrecken erhalten, ich einen Krieg auf Leben und Tod führen und zwar nicht wehrlose Feinde, wohl aber Alle, die man mit den Waffen in der Hand trifft, werde erschießen lassen. Ich habe zuweilen strenge Maaßregeln anwenden müssen, um Ihren Grausamkeiten dadurch Einhalt zu thun, allein ich würde mich schämen, einen Brief zu schreiben, wie Sie ihn an ihren Unterbefehlshaber San Miguel gerichtet haben und der von mir aufgefangen worden ist. Ich wiederhole noch einmal, aber zum letzten Male, daß alle Gefangenen, die sich in meinen Depots befinden, mir mit ihrem Leben für diejenigen Soldaten büßen sollen, die Sie noch auf feige Weise hinrichten lassen. Hauptquartier Camarillas. Ramon Cabrera." — Als Antwort auf dieß Schreiben hat van Halen diejenigen Gefangenen erschießen lassen, denen der General Borso di Carminati das Leben versprochen hat, und zugleich gedroht, daß die 10,000 Carlisten, die sich noch in den Gefängnissen der Königinn befänden, ebenfalls über die Klinge springen sollten. Der General Borso di Carminati hat bekanntlich seine Entlassung genommen, weil er das den Gefangenen gegebene Versprechen nicht zu erfüllen im Stande war.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilung ihres Corr espondenten aus Madrid vom 2. Jänner: „Die spanische Regierung hat durch einen außerordentlichen Kurier eine Note nach Paris geschickt, in welcher über das Benehmen des Capitäns des im Hafen von Malaga stationirten französischen Kriegsbriggs „l'Aigle" in den stärksten Ausdrücken Beschwerde geführt wird. Ich habe Ihnen bereits gemeldet, daß dieser Capitän sich weigerte, dem Ansuchen des Generals Palarea, nach Alhucemas zu segeln, Folge zu leisten, und daß er sogar erklärte, er habe von seiner Regierung die Vorschrift erhalten, die strengste Neutralität gegen beide kriegführende „Parteien" zu beobachten. Das spanische Ministerium läßt nunmehr in Paris anfragen, ob der König der Franzosen den Theil der spanischen Nation, welcher die Tochter Ferdinands als Königinn von Spanien anerkenne, in der That als eine „Partei" betrachte und auf eine Linie mit den Carlisten stelle. Der Platz Alhucemas ist übrigens bereits wieder durch eine von Malaga hinübergeschickte Compagnie besetzt worden. — Palillos, der sich Generalcommandant der Mancha im Namen Carls V. nennt, hat in Castillo am 20. December folgendes Decret erlassen: „Art. 1. Alle Väter, Mütter, Brüder, Verwandten bis zum vierten Grade solcher Personen, die sich in den Reihen der Rebellen befinden, sollen, wenn sie meinen Truppen in die Hände fallen, niedergemacht werden. In diesen Artikel werden einbegriffen alle Peseteros, sogenannte Nationalmilizen, und Alle, welche Waffen gegen unsern Souverain Carl V. und seine unverjährbaren Rechte führen. Art. 2. Verfügt, daß alle auf den Feldern befindlichen Früchte weggenommen, und alle Bauern, die sich mit der Ernte beschäftigen würden, erschossen werden sollen. Art. 3. Wenn die Carlistischen Truppen beim Eindringen in eine Ortschaft auf Widerstand stoßen, so soll der ganze Ort angezündet werden." Um der Vollziehung dieses Decrets vorzubeugen, ließ der Generalcommandant von Ciudad-Real eine Menge Familien, welche Angehörige in den Reihen der Carlisten zählen, verhaften, und machte bekannt, daß er an ihnen die strengsten Repressalien vollziehen würde. Diese Maaßregel that ihre Wirkung. Palillos erklärte, er werde die mit der Ernte beschäftigten Bauern in Ruhe lassen, und mehrere Weiber, die er weggeschleppt hatte, wieder in Freiheit setzen. Der Generalcommandant von Ciudad-Real machte darauf am 27. v. M. bekannt, daß wenn Palillos sein Versprechen halte, auch er die verhafteten, als Geiseln dienenden Familien freigeben werde. — Bei dem Carlistenchef Calvente, der neulich unsern Ciudad-Rodrigo gefangengenommen wurde, hat man wichtige Papiere gefunden, aus denen sich ergibt, daß er in Portugal Verbindungen hatte, und auf Befehl des Prätendenten einen Streifzug in jenes Land zu unternehmen beabsichtigte. — Van Halen war am 26. in Daroca. Mir in Cariñena, und der General Ayerbe war nach Molina marschirt, um den von hier aus nach Aragonien abgegangenen Transport von 14,000 Kleidungsstücken, den der Marquis de las Amarillas mit einer Brigade escortirte, entgegenzunehmen. — Am letzten Abend des vergangenen Jahres gab der englische Gesandte einen glänzenden Ball, auf welchem die Spanier Gelegenheit hatten, den feinen Geschmack, den Aufwand und die liebenswürdige Zuvorkommenheit ihres Wirthes zu bewundern. So sehr war dieser um seine Befriedigung der Gäste bemüht, daß er von zehn Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens nicht einmal einen Sitz einnahm."

Großbritannien und Irland.

Bei der unlängst Statt gefundenen Wahl der städtischen Beamten für Birmingham weigerten sich einige der neu ernannten Stadträthe, die vorgeschriebene Erklärung zu leisten, „daß sie in ihrer Amtsgewalt nichts thun wollten, wodurch die herrschende Kirche beeinträchtigt werden könnte." Ein Quäker, Hr. Sturge, erklärte, er sei so entschieden gegen eine vom Staate begünstigte Kirche eingenommen, daß er Alles thun werde, was er

auf rechtlichem," gesetzmäßigem Wege thun könne, um hierin eine Aenderung zu bewirken, und daß er daher mit gutem Gewissen jene Erklärung nicht unterschreiben dürfe; denn die Unterscheidung, daß er als städtischer Beamter anders wie als Privatmann handeln könne, sei für seinen einfachen Verstand zu fein.

O'Connell hat sich in der letzten Versammlung des Vorläufervereins sehr zu Gunsten Lord Durham's ausgesprochen. „Graf Durham," sagte er, „ist jetzt das politische Haupt der Radicalen der drei Königreiche, und obgleich ich für das Princip des allgemeinen Wahlrechts, obgleich ich ein entschiedener Vertheidiger desselben bin, so ist dieß doch nur meine persönliche politische Ansicht, und ich will diesen Verein nicht dazu verpflichten; vielmehr beuge ich mich vor Lord Durham, als dem Führer der Radicalen, der das Wahlrecht nur auf alle Hauswirthe ausgedehnt sehen will; ich pflichte seinem Plane gern bei, und erbiete mich, ihn in politischer Hinsicht aufs herzlichste und ergebenste zu unterstützen."

Frankreich.

Da man in Frankreich die verschiedenen Ministerien, die seit der Julirevolution am Ruder waren, gewöhnlich kurzweg durch das Datum ihrer Ernennung, z. B. „der 13. März," „der 11. October," „der 22. Februar" ꝛc. zu bezeichnen pflegt, so glauben wir, bei dem häufigen Wechsel dieser Ministerien, unsern Lesern durch Mittheilung einer vollständigen Uebersicht derselben einen Dienst zu erweisen:

Ministerium ohne Präsidentschaft. — 11. August 1830.

Inneres	HH. Guizot.
Auswärtige Angelegenheiten	Molé.
Oeffentlicher Unterricht u. Cultus	Broglie.
Justiz	Dupont (de l'Eure).
Krieg	Gerard.
Finanzen	Louis.
Marine	Sebastiani.
Minister ohne Portefeuille	Laffitte. Perier. Dupin. Bignon.

Dieses Ministerium dauert nur drei Monate.

Ministerium Laffitte. — 2. November 1830.

Präsidentschaft und Finanzen	HH. Laffitte.
Inneres	Montalivet.
Auswärtige Angelegenheiten	Sebastiani.
Oeffentlicher Unterricht u. Cultus	Merilhou.
Krieg	Soult.
Marine	d'Argout.
Justiz	Dupont (de l'Eure).

Modification. — 27. December 1830.

Justiz. — Hr. Dupont (de l'Eure) durch Hrn. Merilhou ersetzt. — Oeffentlicher Unterricht. — Hr. Merilhou durch Hrn. Barthe ersetzt.

Die Emeute vom 13. Februar, von der Plünderung der Kirche Saint-Germain-l'Auxerrois und des erzbischöflichen Pallastes begleitet, stürzt die HH. Laffitte, Dupont (de l'Eure) und Merilhou.

Ministerium Perier, vom 13. März 1831.

Präsidentschaft und Inneres	HH. Perier.
Finanzen	Louis.
Krieg	Soult.
Auswärtige Angelegenheiten	Sebastiani.
Justiz	Barthe.
Oeffentlicher Unterricht u. Cultus	Montalivet.
Handel und öffentliche Arbeiten	d'Argout.
Marine	Rigny.

Hier wird das Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten creirt, um Hrn. Perier diesen Theil seines Departements abzunehmen, damit er sich ganz dem politischen Theile widmen könne.

Erste Modification. — April 1832.

27. April. — Inneres. Hr. Perier, krank, wird durch Hrn. Montalivet ersetzt.

30. April. — Oeffentlicher Unterricht. Hr. von Montalivet wird durch Hrn. Girod (de l'Ain) ersetzt.

Unter diesem Ministerium haben die Novembertage in Lyon, die Expedition nach Ancona und das erste Einrücken der Franzosen in Belgien Statt gefunden.

Zweite Modification. — Belagerungsstand.

Hr. Perier stirbt am 16. Mai 1832. Das Ministerium bleibt bis zum 11. October ohne Präsidenten. Mittlerweile finden die Junitage Statt.

Ministerium Soult, vom 11. October 1832, oder vielmehr Coalition **Thiers-Guizot.**

Präsidentschaft und Krieg	HH. Soult.
Auswärtige Angelegenheiten	Broglie.
Inneres	Thiers.
Oeffentlicher Unterricht	Guizot.
Justiz und Cultus	Barthe.
Handel und öffentliche Arbeiten	d'Argout.
Finanzen	Humann.
Marine	Rigny.

Der Cultus wird hier vom öffentlichen Unterricht getrennt, weil Hr. Guizot Protestant ist.

Bald darauf verlangt Hr. Thiers, daß man dem Departement des Innern seine frühern Attribute wieder gebe. Hr. d'Argout widersetzt sich dem, und erbietet sich, das Innere in seiner jetzigen Gestalt nebst dem Cultus zu übernehmen. Dieß kommt zu Stande.

Erste Modification. — 25. December 1832.

Inneres und Cultus: Hr. Thiers durch Hr. d'Argout ersetzt. — Handel und öffentliche Arbeiten: Hr. d'Argout durch Hrn. Thiers ersetzt.

Gegen das Ende von 1832 findet das zweite Einrücken in Belgien und die Belagerung von Antwerpen Statt.

Zweite Modification. — 4. April 1834.

Auswärtige Angelegenheiten. Hr. von Broglie tritt nach Verwerfung des Entschädigungsgesetzes für die ver-

einigten Staaten ab und wird durch H^rn. von Rigny erſetzt.

Inneres (mit den öffentlichen Arbeiten). H^r. Thiers.

Marine. H^r. Rouſſin, der nicht annimmt; dann H^r. Jacob.

Juſtiz und Cultus. H^r. Perſil.

Handel und Ackerbau. H^r. Duchatel.

H^r. d'Argout und H^r. Barthe treten bei dieſem Arrangement aus. Der eine wird zum Bankgouverneur ernannt, der andere erſetzt erſteren, als erſter Präſident des Rechnungshofes.

Wenige Tage nachher brechen die Aprilereigniſſe zu Lyon und Paris los.

Dritte Modification. — 18. Juli 1834.

Präſidentſchaft und Krieg. H^r. Marſchall Soult, wird auf Begehren der HH. Guizot und Thiers durch den Marſchall Gerard erſetzt.

Miniſterial-Kriſis. — 27. October 1834.

Der Marſchall Gerard, der die Amneſtie wollte, nimmt ſeinen Abſchied. — Man kann ſich über ſeinen Nachfolger nicht vereinigen. — Erſte Rivalität zwiſchen den HH. Thiers und Guizot. — Sämmtliche Miniſter geben ihre Dimiſſion.

Miniſterium Baſſano, das dreitägige. — 10. November 1834.

Präſidentſchaft und Inneres	HH. Baſſano.
Auswärtige Angelegenheiten	Breſſon.
Finanzen	Paſſy.
Handel und Ackerbau	Teſte.
Marine	Charles Dupin.
Krieg	Bernard.
Juſtiz	Perſil.
Oeffentlicher Unterricht	Sauzet.

Dieſes Miniſterium, welches, mit Ausnahme des H^rn. Perſil, nach drei Tagen zurücktritt, bildet nur eine kurze Suspenſion des Miniſteriums vom 11. October.

Vierte Modification. — 18. November 1834.

Rückkehr des Miniſteriums vom October, mit einer einzigen Aenderung, nämlich:

Präſidentſchaft und Krieg, Marſchall Mortier.

Miniſterielle Kriſis. — Februar 1835.

Dimiſſion des Marſchalls Mortier. — Neue Verlegenheit ihn zu erſetzen. — Zweite Rivalität zwiſchen den HH. Thiers und Guizot.

Fünfte Modification. — 12. März 1835.

Präſidentſchaft, anſtatt des Marſchalls Mortier und bei den auswärtigen Angelegenheiten, anſtatt des H^rn. von Rigny, H^r. von Broglie.

Krieg, anſtatt des Marſchalls Mortier, der Marſchall Maiſon.

Marine, anſtatt des Admirals Jacob, der Admiral Duperré.

Man verſuchte bei dieſer Kriſis mehrere Miniſterien: ein Miniſterium Soult, ein Miniſterium Molé, ein rein doctrinaires Miniſterium. Man glaubte, daß ſich ein ſolches nicht werde halten können. H^r. Thiers willigt endlich in Folge eines von der Reunion Fulchiron bei ihm gethanen Schrittes ein, mit H^rn. von Broglie, als Präſidenten, im Miniſterium zu bleiben.

Sechste Modification. — 5. Februar 1836.

Bericht des H^rn. Humann über die Rentenconverſion, in Folge deſſen er abtritt und durch H^rn. d'Argout erſetzt wird. — Votum der Deputirtenkammer zu Gunſten der Converſion, und Dimiſſion der Miniſter.

Miniſterium Thiers allein, vom 22. Februar 1836.

Präſidentſchaft und auswärtige Angelegenheiten	HH. Thiers.
Inneres	Montalivet.
Finanzen	d'Argout.
Handel und öffentliche Arbeiten	Paſſy.
Juſtiz	Sauzet.
Oeffentlicher Unterricht	Pelet (de la Lozère).
Krieg	Maiſon.
Marine	Duperré.

25. Auguſt. — Dimiſſion der Miniſter wegen der ſpaniſchen Frage.

Miniſterium Molé-Guizot. — 6. September 1836.

Präſidentſchaft und auswärtige Angelegenheiten	HH. Molé.
Inneres	Gasparin.
Finanzen	Duchatel.
Handel und öffentliche Arbeiten	Martin.
Juſtiz	Perſil.
Oeffentlicher Unterricht	Guizot.
Krieg	Bernard.
Marine	Roſamel.

Miniſterium Molé-Montalivet. — 15. April 1837.

Präſidentſchaft und auswärtige Angelegenheiten	HH. Molé.
Juſtiz	Barthe.
Inneres	Montalivet.
Handel und öffentliche Arbeiten.	Martin.
Oeffentlicher Unterricht	Salvandy.
Krieg	Bernard.
Marine	Roſamel.
Finanzen	Lacave-Laplagne.

Preußen.

Nachſtehendes iſt der weitere Verfolg des (in unſerm letzten Dinſtagsblatte abgebrochenen) Reglements, die Einrichtung des Sparcaſſeweſens betreffend: „12. Wir wollen es zwar dem Ermeſſen der Gemeinden überlaſſen, ob ſie nach den beſondern Verhältniſſen des Ortes ein Maximum der einzelnen Einlagen ſowohl, als des Geſammtbetrages, welcher von jedem einzelnen Einleger angenommen werden ſoll, beſtimmen wollen oder nicht, und nur dem Oberpräſidenten das Recht vorbehalten, eine Aenderung zu verlangen, und nach Befinden ſelbſt feſtzuſetzen, wenn die Erfahrung zeigt, daß aus der et-

wanigen Beſtimmung oder dem Mangel derſelben Nachtheile für die Inſtitute oder für die Communen oder auch für den allgemeinen Verkehr hervorgehen; da indeſſen die baare Zurückzahlung größerer Summen, auch wenn die vorbehaltene Kündigung Statt gefunden hätte, unter manchen Conjuncturen den Communen Nachtheil bringen, und ſelbſt nicht ausführbar ſeyn dürfte, ſo iſt, wenn nicht ſchon die Einlagen ſelbſt auf ein angemeſſenes Maximum beſchränkt ſind, in jedem Statute eine gewiſſe Summe zu beſtimmen, bis zu welcher die Zurückzahlung der Einlagen und der davon aufgewachſenen Zinſen in baarem Gelde erfolgen ſoll. Wenn dieſer Betrag durch fernere Einlagen oder durch Zinszuwachs überſtiegen wird, dann ſoll für Rechnung des Intereſſenten ohne weitere Rückſprache mit demſelben ein öffentliches, pupillariſche Sicherheit gewährendes Papier eingekauft, ſolches nach Gattung, Letter und Nummer bei ſeinem Conto vermerkt, und dabei der dafür bezahlte Kurspreis ſammt etwanigen Auslagen verrechnet werden. Der Einleger wird dadurch Eigenthümer des eingekauften Papiers, daher er den durch etwaniges Steigen oder Sinken des Kurſes oder durch Ausloosung dieſes Papieres entſtehenden Nachtheil oder Vortheil zu tragen oder zu genießen hat. An Zinſen werden ihm jedoch nur die gewöhnlichen Sparcaſſen-Zinſen verrechnet, indem der Ueberſchuß dem Inſtitute zu Gute geht. Die auf ſolche Weiſe erworbenen öffentlichen Papiere ſind bei dem nach §. 6 zu bildenden beſondern Fonds als Specialdepoſita aufzubewahren. Es iſt jedoch, wenn die nöthigen Papiere in den erforderlichen Apoints zu haben ſind, der Verwaltungsbehörde erlaubt, nach dem wechſelnden Bedürfniſſe Austauſchungen von Papieren gleicher Art aus ihren Beſtänden vorzunehmen. Der Vorſchlag wegen der Summe, von welcher dieſe Belegung und Verrechnung anfangen ſoll, bleibt den Gemeinden überlaſſen, jedoch iſt den Oberpräſidenten die Feſtſetzung vorbehalten, wobei dieſelben in gleichem Maaße darauf Rückſicht zu nehmen haben, daß weder durch eine zu niedrige Summe der eigentliche Zweck der Sparcaſſe, die ärmere Claſſe zur Sparſamkeit anzureizen, beeinträchtigt, noch auch durch die Gewißheit der Einleger, auch große Beträge ſofort oder nach kurzer Kündigung in baarem Gelde zurückzuerhalten, eine Ausartung der Inſtitute zur Bequemlichkeit der Wohlhabenden behufs augenblicklicher zinsbarer Belegung großer Summen, und für die Gemeinden eine große Verwickelung herbeigeführt werde. 13. Den Büchern, welche die Sparcaſſen ausſtellen, ſoll überall das Statut, imgleichen eine Tabelle beigedruckt werden, aus welcher zu erſehen iſt, welchen Ertrag jede Einlage von dem zu verzinſenden Minderbetrage an bis zur Höhe von Einhundert Reichsthalern, oder, inſofern ein niedrigeres Maximum beſtimmt wäre, bis zu dieſem, in jedem der nächſtfolgenden zehn Jahre unter Zurechnung der Zinſen und Zinſeszinſen gewähren wird. Die weitere Ausdehnung der Tabellen auf größere Summen und längere Zeit bleibt den Communen anheimgeſtellt. 14. Die Sparcaſſenbücher ſind unter fortlaufenden Nummern auszuſtellen, dergeſtalt, daß die Bücher der Caſſe hinſichtlich der Nummer und des Einlagebetrags den den Einlegern ausgehändigten Sparcaſſenbüchern ſelbſt entſprechen. In beiden iſt der Name des Einlegers einzutragen. Da jedoch, wenn bei der Zurücknahme der Einlagen der Inhaber ſich wegen der Identität der Perſon und wegen ſeiner Empfangsberechtigung legitimiren müßte, dieß, beſonders in großen Städten und bei Erbfällen, ſtets mit Weitläuftigkeiten und zum Theil mit Koſten verbunden ſeyn würde, welche den Betrag vieler Einlagen leicht überſteigen könnten, hierdurch aber die Communen, wegen der für ſie damit verbundenen Verwicklung und Vertretungsverbindlichkeit, von der Errichtung von Sparcaſſen, und die Einleger von der Einlage ihrer nur mit Schwierigkeit und Koſten wieder zu erlangenden Erſparniſſe abgeſchreckt werden würden, ſo ſollen die Communen berechtigt ſeyn, in den zu errichtenden Statuten die Beſtimmung aufzunehmen, daß jedem Inhaber des Sparcaſſenbuchs der Betrag ohne weitere Legitimation werde ausgezahlt werden, und die Commune nach Einlöſung desſelben dem Einzahler oder deſſen Erben keine weitere Gewähr leiſte, dafern nicht vor der Auszahlung ein Proteſt dagegen eingelegt worden ſei. 15. Damit aber auch der Inhaber jedes Sparcaſſenbuchs ſich beim Verluſte desſelben möglich ſicherſtellen könne, ſetzen Wir Folgendes feſt: a) Derjenige, welchem durch Zufall ein Sparcaſſenbuch gänzlich vernichtet oder verlorengegangen iſt, muß, wenn er an deſſen Stelle ein anderes wieder zu erhalten wünſcht, den Verluſt ſofort nach deſſen Entdeckung der Caſſenbehörde anzeigen, welche denſelben, ohne ſich um die Legitimation des Inhabers zu bekümmern, in ihren Büchern vermerkt. b) Vermag derſelbe die gänzliche Vernichtung des Buches auf eine nach dem Ermeſſen der Caſſenbehörde überzeugende Art darzuthun, ſo wird ihm von derſelben ohne Weiteres ein neues Buch auf Grund der Caſſenbücher ausgefertigt. In allen übrigen Fällen muß das verlorengegangene Buch gerichtlich aufgeboten und amortiſiet werden. c) Vor Einleitung dieſes letzteren Verfahrens aber iſt ſowohl der Ablauf desjenigen Kalenderquartals, in welchem die Anzeige des Verluſtes bei der Caſſe gemacht worden iſt, als auch der des folgenden Kalenderquartals abzuwarten. Wird innerhalb dieſes Zeitraumes das verlorne Buch durch einen Andern als den Anzeiger des Verluſtes bei der Caſſe präſentirt, ſo hält ſolche dasſelbe an, überſendet es dem Ortsgerichte und verweiſet ſowohl den Präſentanten, als denjenigen, der den Verluſt angezeigt hat, an dieſes Gericht zur rechtlichen Erörterung ihrer Anſprüche an das Eigenthum des Buches. d) Iſt aber die bei c gedachte Friſt verſtrichen, ohne daß das Buch zum Vorſchein gekommen, ſo ertheilt die Caſſe dem angeblichen Verlierer hierüber eine Beſcheinigung und eine aus ihren Caſſenbüchern zu fertigende

Abschrift des Conto's des verlorenen Buches, — beides gegen bloße Erlegung der Copialien. Unter Einreichung dieser Abschriften und unter dem Erbieten, sein Eigenthum an dem Buche und dessen Verlust eidlich bestärken zu wollen, kann demnächst der Verlierer das öffentliche Aufgebot und die Amortisation bei dem Ortsgericht nachsuchen. e) Letztere hat den Verlust des Buchs unter Angabe: aa) der Nummer desselben; bb) der Namen, sowohl dessen, auf welchen dasselbe ursprünglich ausgestellt ist, als des angeblichen Verlierers; cc) des Betrages der Summe, über welche dasselbe zur Zeit des angeblich geschehenen Verlustes lautete; durch das am meisten gelesene der an dem Orte erscheinenden öffentlichen Blätter — oder falls es deren dort nicht gibt, durch das Amtsblatt des Regierungsbezirks mit der Aufforderung bekannt zu machen: „daß ein Jeder, der an dem verlorenen Sparcassenbuche irgend ein Anrecht zu haben vermeine, sich bei dem Gerichte, und zwar spätestens in dem (näher zu bezeichnenden) Termine melden und sein Recht näher nachweisen möge, widrigenfalls das Buch für erloschen erklärt, und dem Verlierer ein neues an dessen Stelle ausgefertigt werden solle." Beläuft sich der Betrag des Sparcassenbuchs auf weniger als 50 Rthlr., so wird der Ediktaltermin auf 4 Wochen hinaus, vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet, angesetzt, und letztere einmal in jenes öffentliche Blatt inserirt. Bei Beträgen zwischen 50 und 100 Rthlr. ist eine achtwöchentliche Edictalfrist und eine zweimalige Insertion, bei Beträgen von 100 Rthlr. oder darüber aber eine Edictalfrist von 3 Monaten und eine dreimalige Insertion erforderlich. f) Meldet sich bis zu dem Edictaltermine in demselben Niemand, der auf das Buch Anspruch macht, und leistet der angebliche Verlierer demnächst folgenden Eid ab: daß er das Buch besessen und daß ihm solches verloren gegangen sei, so faßt alsdann das Gericht das Präclusions- und Amortisations-Erkenntniß ab, welches dem Verlierer zu publiciren und 14 Tage lang an der Gerichtsstelle auszuhängen ist. g) Sobald das Erkenntniß rechtskräftig geworden ist, hat die Sparkasse auf Grund desselben dem Verlierer ein neues Buch unentgeltlich auszufertigen. h) Die Kosten des gerichtlichen Verfahrens trägt der Verlierer; doch sind ihm, wenn der Gegenstand 100 Rthlr. und darüber beträgt, außer den Insertionskosten, dem Porto und den Stämpeln, nur Copialien, bei kleineren Summen dagegen nur Porto und Copialien, Insertionsgebühren aber nur dann in Ansatz zu bringen, wenn das Blatt, in welches die Bekanntmachung aufgenommen worden, für Rechnung von Privatpersonen herausgegeben wird, indem Wir für solche Fälle die Stämpelabgabe erlassen und, insofern die Insertion in einem für Rechnung des Staats gedruckten Blatte erfolgt, solche unentgeltlich bewirken lassen wollen." (Schluß folgt.)

Belgien.

Durch einen Tagsbefehl wird zur Kenntniß der Armee gebracht, daß der Divisionsgeneral Daine zum ersten Commandanten der Festung Venloo ernannt sei. Der bisherige Commandant dieser Stadt, Oberst Dufresnell, begibt sich nach Maldeghem, um die in den beiden Flandern aufgestellten Vorposten zu befehligen. General Daine hat am 6. eine Audienz bei dem Könige gehabt.

Einer Verordnung des Kriegsministers zufolge sollen die Besatzungen aller Plätze militärische Promenaden und Evolutionen vornehmen, ganz so als ob sie sich im Angesichte des Feindes befänden.

Dem Brüsseler Correspondenten des Handelsblads zufolge ist der 15. Jänner der Tag, an welchem sich Frankreich darüber zu erklären hat, ob es den Beschlüssen der Londoner Conferenz beitritt oder nicht. Die Regierung will zu diesem Behufe natürlich erst den Ausgang der Debatten über die Adresse abwarten.

In dem Verhöre, welches H^r. Ducpetiaux bei dem Instructionsrichter gehabt, erklärte derselbe, daß bereits 3000 Freiwillige seiner sogenannten Nationalassociation beigetreten seien und daß er Verbindungen nicht bloß in Frankreich, sondern auch in andern Theilen des benachbarten Auslandes zu diesem Behufe angeknüpft. Gegen die Regierung habe er durchaus nicht handeln wollen; vielmehr sei es seine bestimmte Absicht gewesen, dieselbe zu unterstützen. Dagegen soll H^r. Ducpetiaux gar nicht verhehlt haben, daß ein Hauptzweck seiner Association darin bestehe, ausländische Bevölkerungen gegen ihre Regierungen aufzuwiegeln.

Wien.

S^r. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 14. d. M. dem k. k. Kämmerer und bisherigen Gesandten zu Hannover, Franz Grafen von Kuefstein, die erledigte Stelle eines k. k. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers an den kurfürstlich hessischen und herzoglich braunschweigischen Höfen zu übertragen, und dafür den k. k. Kämmerer, Hofrath und bevollmächtigten Minister an den großherzoglichen Höfen von Mecklenburg und Oldenburg und bei den freien Bundes- und Hansestädten Bremen, Hamburg und Lübeck, Friedrich Freiherrn von Kreß, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königl. hannoverschen Hofe zu ernennen geruht.

S^r. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 9. d. M. dem k. k. Regierungsrathe und Schloßhauptmann in Schönbrunn und Laxenburg, Riedl von Leuenstern, die Annahme und das Tragen des ihm von Ihrer Majestät der Frau Erzherzoginn Herzoginn von Parma verliehenen Ritterkreuzes des Constantinischen S^t. Georgordens, dem k. k. Leibwundarzte, D^r. Jacob Semlitsch aber jene der Ernennung zum Cavaliere dieses Ordens allergnädigst zu gestatten geruht.

Am 17. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	108¾.
detto	detto zu 4 pC.	in C.M.	100 11/16.
detto	detto zu 3 pC.	in C.M.	80⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in C.M.	——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl.	in C.M.	——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl.	in C.M.	700 15/16.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in C.M.	65⅝.
Bankactien pr. Stück ——		in C.M.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 19

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Sonnabend, den 19. Jänner 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologiſche Beobachtungen vom 17. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.22⅛	27 8. 11 L. 9 P.	+ 0.3	W.	ſchwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.166	27 11 0	+ 0.4	NW.	ſtark.	Schnee.
	10 Uhr Abends.	27.163	28 0 2	— 2.1	NW.	mittel.	trüb.

Frankreich.

Die Pariſer Journale vom 11. Jänner bringen die Entſcheidung der Deputirtenkammer über das von H^rn. Amilhau vorgeſchlagene Amendement, welches eine ganz im Sinne des Miniſteriums veränderte Redaction der beiden erſten Paragraphen der Adreſſe in ſich ſchließt *). Die Entſcheidung iſt zu Gunſten des Miniſteriums ausgefallen, indem der erſte Abſatz des erwähnten Amendements, nach äußerſt ſtürmiſchen Debatten, am Schluß der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. d. M. mit 216 gegen 209 Stimmen angenommen wurde. H^r. de Lamartine ſprach in dieſer Sitzung für das Miniſterium. — Der Moniteur Pariſien ſagt: „Die Kammer hat heute mit einer Mehrheit von 216 gegen 209 Stimmen das Amendement des H^rn. Amilhau, wodurch der erſte Paragraph der Adreſſe modificirt wird, angenommen. — Das Werk der Commiſſion hat alſo, trotz dem Eifer, ja man darf wohl ſagen der Erbitterung, der Häupter der Coalition, einen erſten Schlag erlitten! — Alle Oppoſitionen und alle Defectionen vereint, die Legitimiſten, die Republikaner, die Linke, die Freunde des H^rn. Thiers, die Ueberläufer vom rechten Centrum, waren nicht im Stande, der Zahl der Freunde des Miniſteriums das Gleichgewicht zu halten.“ — Die Preſſe äußert ſich über das oben erwähnte Reſultat der Abſtimmung folgendermaaßen: „Die Kammer hat heute ein Amendement des H^rn. Amilhau angenommen, das in den klarſten Worten die Beiſtimmung der Kammer zur Politik des Miniſteriums ausſpricht. Die politiſche Moralität hat demnach den Sieg über alle coaliſirten Leidenſchaften und Ambitionen davongetragen. Eine der furchtbarſten Intriguen, gegen die ein Miniſterium je zu kämpfen hatte, iſt an einer Mehrheit von 216 gegen 209 Stimmen geſcheitert. Wenn wir hier bloß die Ziffer dieſer Mehrheit berückſichtigen wollten, ſo dürften wir vielleicht über die Zukunft des Cabinets nicht ganz beruhigt ſeyn. Aber es handelt ſich nicht bloß um Zahlen. Die moraliſche Kraft, die Kraft, die aus treuer Anhänglichkeit an ihre Grundſätze, aus Gleichförmigkeit der Anſichten, aus gegenſeitiger Achtung, hervorgeht, dieſe Kraft iſt ganz auf Seite der Majorität, welche das Amendement des H^rn. Amilhau votirt hat. — Die Frage iſt übrigens von den Gegnern des Miniſteriums ſelbſt klar hingeſtellt worden. H^r. Guizot hat es ſich angelegen ſeyn laſſen, die ganze Wichtigkeit des Amendements hervorzuheben. Er hat im Augenblick des Scrutiniums der Kammer feierlich angekündigt, daß die Commiſſion dieſes Amendement verwerfe, weil es eine förmliche Beiſtimmung zur Politik des Miniſteriums ausdrücke, während der Entwurf der Commiſſion dieſe Politik im Gegentheile tadelte und ihr die Mitwirkung der Kammer verweigerte. Es wird daher nicht möglich ſeyn, auf die Intentionen der Majorität, die es angenommen hat, ein zweideutiges Licht zu werfen. Wenn man an alle die Mittel, die in Bewegung geſetzt, an alle die Leidenſchaften denkt, welche aufgereizt wurden, um der Coalition den Sieg zu verſchaffen, ſo muß man noch ſtaunen, daß die Vernunft und das gute Recht über ſo viele Intriguen den Triumph errungen haben. Es iſt daher erlaubt zu hoffen, daß die Majorität, die ſich heute gezeigt hat, Dank der Gleichförmigkeit der Intentionen und Grundſätze derer, die ſie ausmachen, nicht bloß einig bleiben, ſondern daß ſie auch noch Zuwachs erhalten werde. Die Leidenſchaften der Häupter der Coalition, durch die Hinderniſſe, auf die ſie ſtoßen, gereizt, werden ſich täglich nackter zeigen, und die Menſchen, die ſich durch das Andenken an ehemals geleiſtete Dienſte noch täuſchen laſſen konnten, werden nicht ſäumen, die Augen zu öffnen und zu ſehen, wohin man ſie führen will. Sie werden ſich nicht lange mehr hergeben, als Werkzeug für Ehrſüchtige zu dienen, die ſich nur deßhalb auf ihre Antecedentien berufen, um ihren Leidenſchaften deſto gewiſſer den Sieg zu bereiten, und die, weil ſie ehemals die Sache der Ordnung vertheidigt haben, ein Recht erworben zu haben glauben, alles umzuſtürzen, um eine Gewalt, die ſie verloren haben, wieder zu erobern.“

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 11. d. M. ſollte über den zweiten Abſatz des Amendements Amilhau abgeſtimmt werden. — Außer dieſem Amendement wurden der Kammer in ihrer Sitzung vom 10. noch folgende zwei Amendements mitgetheilt: Zum §. 4. von den HH. L. de Juſſieu, Debelleyme und de la Pinſonniere *): „Sie kündigen uns an, Sire, daß

*) Vergl. unſer vorgeſtriges Blatt.

*) Bekanntlich die drei miniſteriellen Mitglieder der

„die öſterreichiſchen Truppen die Romagna verlaſſen ha„ben, und daß die unſerigen aus Ancona weggezogen „ſind. Frankreich hat, nachdem es durch ſeine Anweſen„heit das Ende der fremden Intervention in den Staa„ten des heiligen Stuhles, deſſen Unabhängigkeit uns in „ſo hohem Grade intereſſirt, beſchleunigt hat, einen „neuen Beweis von ſeiner Achtung für die Tractate und „von der Rechtlichkeit gegeben, die einer großen Nation „ziemt." — Zum §. 13. Von Hrn. Jollivet. Nach den Worten: „Gleich ſeinem Vater, in der Achtung für unſere Inſtitutionen erzogen," hinzuzufügen: „wird er für „Frankreich jene Hingebung beweiſen, wovon ihm Ew. „Majeſtät und Ihre Familie ein ſo edles Beiſpiel geben." Durch Annahme dieſes Amendements würden die von der Commiſſion angeregten Erinnerungen an den Urſprung der gegenwärtigen Dynaſtie und an die Volksſouverainetät beſeitigt werden.

Als die Mitglieder der Deputirtenkammer am 9. Jänner in Maſſe in den Tuilerien erſchienen, um dem König ihr Beileid über das Ableben ſeiner Tochter, der Prinzeſſinn Marie, zu bezeigen, war derſelbe nur wenige Minuten vorher davon benachrichtigt worden, und eilte in den Thronſaal, wo der König und die Königinn der Belgier und die königliche Familie ihn umgab. Der König hatte nicht Zeit gehabt, eine Uniform anzuziehen, und erſchien im ſchwarzen Frack; die Prinzeſſinnen waren in tiefer Trauer. „Sire! hier iſt die Kammer, die ganze Kammer!" ſprach Hr. Dupin; mehr konnte er vor Rührung nicht ſagen. Der König antwortete mit einigen abgebrochenen, aber innigen Worten, und ſchien durch dieſen Beweis von Theilnahme tief gerührt; die Königinn weinte. Die ſogenannte conſtitutionnelle Oppoſition hatte ſich vollſtändig eingefunden; Hr. Royer-Collard erſchien zum erſten Male ſeit der Julirevolution in den Tuilerien. Die Deputirten gingen einzeln vor Ihren Majeſtäten vorüber; Hr. Mauguin war der letzte. „Ich danke Ihnen für dieſen Schritt," ſprach der König, indem er ihn zurückhielt; „ich bin innig gerührt darüber; ſagen Sie es der Kammer." — Auch die Pairskammer brachte am 10. Jänner dem König ihre Beileidsbezeigung.

Eine telegraphiſche Depeſche meldet die Ankunft des Briggs „le Voltigeur," commandirt von Hrn. Ollivier, am 8. d. M. zu Breſt. Dieſes Fahrzeug bringt aus Haity zwei Abgeſandte der Regierung und 350.000 Piaſter auf Abſchlag der Schuld.

Im Departement der Nieder-Charente ſind neuerdings Unruhen wegen der hohen Getreidepreiſe ausgebrochen. Dießmal war Saint-Jean-d'Angely der Schauplatz der Unordnungen. Auch hier, wie früher in la Rochelle, überließ ſich der Pöbel am 5. d. M. ſtrafbaren Exceſſen, denen nur durch das Einſchreiten der bewaffneten Macht geſteuert werden konnte.

Die Rathskammer des Seinetribunals hat in der Sache des **Almanac populaire de France pour 1839** ſich am 9. Jänner dahin ausgeſprochen, daß die HH. Roquemaure und Friedrich Degeorge, als der Herausgabe dieſes kleinen Buchs ſchuldig, und die Witwe Portmann, weil ſie den Druck desſelben beſorgt habe, vor die Anklagekammer geſtellt werden ſollen.

Der Bon Sens, ein republikaniſches Blatt, hat aufgehört täglich zu erſcheinen, und wird in Zukunft nur Einmal in der Woche ausgegeben werden.

Am 11. Jänner um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 25. 3Percents —.

Spanien.

Am 2. d. M. hat man von Madrid die Nachricht erhalten, daß General Narvaez, um ſich dem gegen ihn eingeleiteten Prozeſſe zu entziehen, Spanien verlaſſen und, wie es heißt, vorläufig nach Gibraltar begeben hat. Ein Schreiben aus Madrid vom 3. Jänner gibt hierüber folgende Details: „Geſtern Abends wurden wir durch die Nachricht überraſcht, daß der General Narvaez die Stadt Sanlucar, die ihm als Aufenthaltsort angewieſen war, und Spanien verlaſſen hat, um in der Fremde eine Zuflucht zu ſuchen. Bei ſeiner Entfernung ließ er ein Schreiben an ſeinen Freund und Secretär, den Oberſten D. Joſe Saavedra y Tenorio, zurück, in welchem er ſeinen Entſchluß und die Gründe, die ihn dazu bewogen, angibt. „Die Gerechtigkeit," ſagt er, „und das Geſetz reichen in Spanien nicht hin, um „mich gegen die ungerechte Verfolgung meiner Feinde zu „vertheidigen.... Die ſpitzigen Dolche der Meuchelmör„der, welche ſich gegen mein Leben verſchwören, die Be„drängniſſe, die ſie mir Tag und Nacht bereiten, Alles „kündigt mir ein trauriges Ende an, und, wenn die Auf„opferung meines Lebens nicht zur Wohlfahrt des Vater„landes dient, ſo muß ich es aufſparen.... Gegenwär„tig gibt es in Spanien keine Art von Regierung; die „öffentlichen Gewalten, die Inſtitutionen, alle Befug„niſſe der geſetzgebenden und vollziehenden Gewalt, ver„tritt ein ehrgeiziger, ungerechter und rachſüchtiger Mann, „der von vielen andern, denen die geſelligen Pflichten „für nichts gelten, umgeben und verfochten wird.... In „einem freien Lande, wo die Geſetze Kraft haben, wo „Gerechtigkeit und Regierung vorhanden und die Freiheit „keine Lüge iſt, werde ich meine Stimme erheben, mich „rechtfertigen und, wenn jemals die Wahrheit in Spa„nien Kraft hat, wird meine Rechtlichkeit triumphiren. „Unterdeſſen vermeide ich es, unter der abſoluten Be„fugniß des ungerechten und wenig ritterlich geſinnten „Grafen Clonard zu ſtehen.... Schicken Sie dieſen „Brief gefälligſt an den Directeur des Correo Nacional, „denn ich wünſche, daß er bekannt werde, und die ganze „Welt die Urſachen meiner Entfernung aus Spanien er-

---

Adreſſecommiſſion. — Der Adreſſe-Entwurf der Commiſſion iſt in unſerm Blatte vom 13. d. M. mitgetheilt worden.

„fahre, indem meine Bruſt von Schmerz über ſo viel erlittenen Undank erfüllt iſt.“ — Narvaez ſcheint von einem böſen Verhängniß dazu beſtimmt zu ſeyn, ſtets ſeinen Feinden die Waffen gegen ſich in die Hände zu geben. Unfehlbar wird nun Luchana eine neue Denkſchrift an die Königinn richten, um ihr darzulegen, daß ſeine früheren Behauptungen nun als gerechtfertigt erſcheinen, da Narvaez durch ſeine Flucht ſeine Schuld eingeſtehe, und ſich der verdienten Strafe zu entziehen ſuche. Auch zeugt es nicht von edlen Geſinnungen, daß Narvaez noch bei ſeiner Flucht den Grafen Clonard, der ihn mit den größten Rückſichten behandelte, mit Schmähungen überhäuft. Die hieſigen Parteigänger des Narvaez ſind über den von ihm gethanen Schritt in nicht geringer Beſtürzung. Seltſam iſt das Schickſal, welches die beiden Generäle, die in der Mancha das Schreckensſyſtem einführten, betroffen hat. Flinter entleibte ſich mit eigener Hand, und Narvaez irrt, nicht mit unbeflecktem Rufe, in der Fremde umher. — Die Frage, ob der Congreß ſeine Mißbilligung darüber ausſprechen ſolle, daß der Graf Clonard den Deputirten Alvarez erhaftet habe, wurde geſtern dahin entſchieden, daß ſich 91 Stimmen dagegen, und 47 dafür erklärten. Dieſe Abſtimmung beweist, daß die moderirte Majorität noch immer ſehr bedeutend iſt, aufs neue feſt zuſammenhält, und die Grundſätze der Ordnung und Vernunft gegen die wüthenden Angriffe der Anarchiſten zu vertheidigen weiß. Zugleich zeigt ſie, daß das Miniſterium auf dieſe Majorität ſelbſt bei einer Frage rechnen konnte, bei der es ſich um nichts weniger handelte, als um die Rechtfertigung eines Beamten, der ohne die vorgängige Erlaubniß des Congreſſes, einen Deputirten verhaftet hatte. — Der Finanzminiſter legte geſtern die Budgets für 1839 vor. — Von Valencia ſind wir ohne Nachrichten, da die letzte von dorther kommende Poſt bei Requeña von Carliſten aufgefangen wurde.“

Das Eco del Comercio enthält eine Ueberſicht von dem Kriegsmaterial, welches die Königinn von Spanien in Folge des Quadrupeltractats bis jetzt von der brittiſchen Regierung erhalten hat. Die reguläre ſpaniſche Armee hat hiernach für 468,878 Pf. St., die brittiſche Legion für 68,200 Pf., zuſammen für 537,078 Pf. St. Kriegsmaterial erhalten. An Marinematerial für die Kriegsfahrzeuge der brittiſchen Legion und anderer Truppen im Dienſte der Königinn wurden 1732 Pf., und im September 1835 und im November und December 1836 für 572 Pf. Arzneien ꝛc. geliefert. Dieß gibt eine Summe von 529,382 Pf. St., welche die ſpaniſche Regierung an England ſchuldet.

Der Bayonner Correſpondent des Meſſager ſchreibt unterm 6. d. M., daß Muñagorri's Corps ſich gänzlich aufgelöst hat und ein Befehl aus Madrid eingetroffen iſt, welchem zufolge ſämmtliche Offiziere und Soldaten dieſes Corps, die den baskiſchen Provinzen angehören, mit Abſchied auf unbeſtimmte Zeit nach Frankreich zurückkehren ſollen; aus den Chapelgorris, die ſich bei den Muñagorriſten befunden hatten, ſoll in Irun ein Freicorps gebildet werden. Die Gazette de France beſtätigt obige Nachricht mit dem Beifügen, daß Muñagorri ſelbſt über die Gränze nach Frankreich gegangen ſei.

Der Sentinelle des Pyrénées zufolge waren die beiden Parlamentsmitglieder Fector und Borthwick am 3. d. M. im Hoflager des Don Carlos in Azcoytia eingetroffen und daſelbſt aufs freundlichſte empfangen worden.

Portugal.

Engliſche Blätter melden aus Liſſabon vom 31. December: „In Folge eingetretener Todesfälle, Doppelwahlen und Austritte hält es ſchwer, den Senat vollzählig zuſammenzubringen. In der Deputirtenkammer hat die Legitimationscommiſſion ihren Bericht erſtattet. Obwohl ſie in den meiſten Bezirken große Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen rügt, ſo trägt ſie doch um des Wohles des Landes willen auf Genehmigung aller an, mit Ausnahme der für Braga, welche für ungültig erklärt werden ſoll, weil dort die Ordnungswidrigkeiten alles Maaß überſtiegen. — Ueber einige Guerrillas haben die Regierungstruppen Vortheile erfochten.“ — Franzöſiſche Blätter ſchreiben aus Liſſabon vom 24. December (über Madrid): „Generalmajor Baron Alcobaça iſt für den Grafen das Antas zum Gouverneur von Oporto ernannt worden und hat dieſes Amt bereits angetreten. — Francisco Soares-Caldeira, vor kurzem noch Civilgouverneur von Liſſabon, iſt geſtorben.“

Schweden und Norwegen.

Die Staats-Tidning enthält einen ausführlichen Artikel über die Entſtehung, Geſchichte, Beſchaffenheit des Sundzolles, und publicirt dabei nachſtehenden Erlaß der Regierung an das Commerzcollegium. „Wir Carl Johann u. ſ. w. Auf Anlaß der Vorſtellungen in Betreff der Abgaben für Benutzung der Fahrt durch den Sund, oder den ſogenannten Sund-Zoll, welche in dem beifolgenden, von verſchiedenen Kaufleuten der Hauptſtadt Uns eingereichten unterthänigen Geſuch enthalten ſind, wollen Wir hiermit Euch in Gnaden anbefohlen haben, nach Einziehung beneth̃igter Aufklärungen in der Sache, mit unterthänigem Berichte einzukommen, betreffend ſowohl die Beſchaffenheit und den Belauf vorbemeldeter Abgaben, wie ſolche vom Anfange an, laut mit dem Königreiche Dänemark abgeſchloſſenen Uebereinkünften und Verträgen, entſtanden, als die Weiſe der Erhebung derſelben und die Aenderungen, welche ſolche Abgaben in ſpäteren Zeiten erlitten haben möchten; indem Wir danach in gnädige Erwägung nehmen wollen, ob und welche Maaßregeln zum Behuf von Erleichterung für den ſchwediſchen Handel in vorgedachter Hinſicht von Uns vorgenommen werden möchten. Wir u. ſ. w. Stockholms Schloß, den 19. December 1838. Während Sr. Majeſtät Unſers allergnädigſten Königs und Herrn Abweſenheit, die von

Ihnen verordnete Regierung: (Gez.) Oscar. M. Rosenblad. C. A. Löwenhielm. G. A. Stjernald. Alb. Ihre. S. A. Munthe."

Großbritannien und Irland.

Der Ertrag der Staatseinkünfte in der mit dem 5. Jänner zu Ende gegangenen Finanzperiode ist über Erwartung günstig ausgefallen. Der Mehrertrag des Jahres, gegenüber dem vorangegangenen Jahre, war 1,075,205, und der des Vierteljahres, das mit dem 5. Jänner zu Ende gegangen war, gegenüber dem in der entsprechenden Periode des vorigen Jahres, belief sich auf 547,331 Pf. St. Der Zweig, in welchem sich für das Vierteljahr vornehmlich ein Mehrbetrag herausstellte, waren die Accisen; er belief sich hier auf 36,326 Pf.

Dubliner Blättern zufolge ist der Graf Norbury an der durch einen meuchelmörderischen Schuß erhaltenen Wunde gestorben. Auf die Entdeckung der Mörder sind Preise ausgesetzt worden.

Durch das Segel-Packetboot „Orford," welches die Fahrt von Newyork nach Liverpool in 18 Tagen machte, hat man, wie bereits erwähnt, Newyorker Blätter bis zum 19. December in England erhalten. Sie melden das gänzliche Scheitern des Einfalls von Detroit aus auf die Westgränze von Obercanada. Die 250 „Patrioten," denen sich trotz einer prunkenden Proclamation seit ihrem Einfalle nicht Ein Canadier angeschlossen hatte, wurden von 70 brittischen Milizen und 6 Regulären geschlagen und zerstreut. Die „Patrioten" hatten 12, die Loyalen 8 Todte. Erstere flohen zum Theil auf eine Insel im Detroitflusse, zum Theil in die Wälder, wohin sie ein Theil der Miliz verfolgte; bereits sind 11 von ihnen gefangen. Von den auf die Insel Geflohenen entkamen 40 oder 50, und 10 oder 12 wurden von der Mannschaft des Dampfschiffs der vereinigten Staaten „Erie," das mit den Dampfschiffen „Illinois" und „Macomb" kreuzte, um den Insurgenten jeden Zuzug von Verstärkungen abzuschneiden, festgenommen, und werden jetzt wegen Neutralitätsbruchs prozessirt. Unter ihnen ist der Insurgentengeneral Theller. Die Insurgenten nannten sich „patriotische Maurer und Jäger." Ihre Anwerbung war durch geheime Verbindungen erfolgt.

Nachrichten aus Jamaica bis zum 31. December zufolge waren die Wahlen, welche in Folge der Auflösung der Legislatur Statt gefunden hatten, ganz im Sinne der bisherigen Mehrheit ausgefallen, ja die Opposition, durch deren Hartnäckigkeit die Auflösung herbeigeführt wurde, ist noch verstärkt worden. Manche Pflanzer haben begonnen, ihre Schwarzen auszutreiben, weil sie die Miethe für ihre Häuschen nicht zahlen wollten, oder sie zahlten, aber nicht auf der Pflanzung arbeiteten, sondern anderwärts zu höhern Löhnen Arbeit suchten. Uebrigens sollen die Schwarzen geneigt seyn, sich der Entscheidung der Polizeirichter zu fügen. Es regt sich bereits unter ihnen ein Streben nach Ausdehnung ihrer politischen Rechte und nach Gleichstellung mit den Weißen. Sie wollen zu diesem Behufe eine Bittschrift an das Parlament eingeben.

Man berichtet aus Sydney in Australien, daß von dort eine aus drei Schiffen bestehende Expedition zum Behufe der Anlegung einer Colonie nach Port-Essington, auf der Nordküste von Australien, abgehen soll. Den Oberbefehl hat Sir Gordon Brewer. Die neue Colonie könnte eine Menge Baumwolle erzeugen, wenn sie mit Chinesen und Einwohnern des indischen Archipels bevölkert würde, und hätte auch an diesem Archipel einen reichen Markt. Außerdem ist der zu besetzende Punct auch militärisch wichtig. Eines der Schiffe wird zum Schutze der jungen Colonie 18 Monate lang dort bleiben.

Consols am 8. Jänner 94 1/8 1/4.

Preußen.

In Köln wurde am 8. Jänner dem als Director der rheinischen Justizangelegenheiten in das Justizministerium berufenen Regierungspräsidenten Dr. Ruppenthal ein Festmahl gegeben. Die dabei ausgebrachten Toaste und gehaltenen Reden sind in der Kölner Zeitung vollständig abgedruckt. Unter Anderm sprach der Stadtrath von Wittgenstein: „Fragen wir uns, worin die Vorliebe für unsere Rechtsinstitutionen beruht, so wollen wir nicht übersehen, daß wir unter denselben aufgewachsen sind, daß die Zustände der Familie und des geselligen Verbandes sich danach gemodelt, daß seit langen Jahren alle Verhältnisse des bürgerlichen und gewerblichen Lebens sich danach geordnet haben, und insofern wollen wir gern zugeben, daß auch hierin, wie in allen menschlichen Dingen, die Macht der Gewohnheit sich geltend gemacht hat; aber wir müssen es auch behaupten und laut aussprechen, daß diese Vorliebe, diese Anhänglichkeit zunächst in einer festbegründeten, im Laufe der Zeit und im Wechsel der Verhältnisse ungeschwächt gebliebenen Ueberzeugung von dem innern Werthe der Rechtsinstitutionen und der Formen, unter welchen sie ins Leben treten, wurzelt; wir müssen es aussprechen, daß eine vollkommene Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze; die feste Begründung der Familie und der Rechte ihrer Mitglieder unter dem unmittelbaren Einflusse und unter Aufsicht der Staatsgewalt; die gleiche Zulassung aller Kinder, so wie zum Herzen, so auch zum Gute ihrer Aeltern; die Freiheit in der Disposition über das Eigenthum und in der Ausübung der Gewerbe, die Theilbarkeit des Grundeigenthums, bei welcher es auch dem Geringsten vergönnt wird, eine Scholle Erde seyn zu nennen, und in ihrer Pflege die Liebe zum großen Vaterlande zu nähren und zu steigern, — beneidenswerthe Güter sind, in deren Besitz uns unsere Rechtsverfassung gesetzt und erhalten hat; wir müssen und wollen es aussprechen, daß uns eine Form lieb geworden, welche, wenn sie auch zunächst aus der Fremde zu uns gekommen, doch auf germanischem Boden entsprossen ist; welche Klarheit, Gründlichkeit und Schnelligkeit vereinigt; welche in der mündlichen Rechtsausführung vor allen zur Feststellung des Rechts berufenen Richtern in der Oeffentlichkeit des Verfahrens Bürgschaften für das eigene Recht und für das Wohl und Wehe der Mitbürger gewährt, welche den Sühneversuch dem prozessualischen Verfahren voranschickt; welche den eines Verbrechens Angeklagten dem Spruche seiner Mitbürger unterwirft, die das Menschliche menschlich prüfen und gewissenhaft beurtheilen; welche für die Bedürfnisse des Handelsverkehrs und einer vorgeschrittenen Industrie eine angemessene Beschleunigung des Verfahrens zuläßt, und Männern die Rechtsfindung überläßt, die mit Sachkunde die und der Eigenthümlichkeit des industriellen Verkehrs

hervorgehenden Fragen zu lösen wissen. Je höhern Werth aber die Provinz auf das Wesen und die Form ihres Rechtes legt, um so mehr konnten sie in ihren Besorgnissen gerechtfertigt erscheinen, so lange die Erhaltung so theuren Gutes nur als eine provisorische bezeichnet war, und somit auf eine endliche Umgestaltung der Dinge hingedeutet blieb. Dank und Segensfülle dem König, dem Vater seines Volks, diese Besorgnisse sind heute verschwunden. Durch die Ernennung eines Mannes, welcher, unter uns und in unserer Gesetzgebung aufgebildet, stets ihr einsichtsvollster und kräftigster Stimmführer war, zur obern Leitung der rheinischen Justizangelegenheiten haben des Königs Majestät Ihre treuen Rheinländer über das Fortbestehen ihres Rechtes nicht nur beruhigt, sondern sie auch zu der Hoffnung berechtigt, daß dasselbe nicht als ein losgerissener Zweig des fremden Stammes dahinwelke, sondern auf heimischem Boden verpflanzt, in eigener Kraft wachsen, und sich selbstständig fortbilden werde. Und so gilt also mein Trinkspruch unserm theuren, unserm heiligen Rechte, seinem Fortbestehen, seiner Fortbildung, seiner Zeit, und sachgemäßen Entwickelung. Es lebe hoch — dreimal hoch!"

Nachstehendes ist der Schluß des (in unserm gestrigen Blatte abgebrochenen) Reglements, die Einrichtung des Sparcassenwesens betreffend: „16. Wenn ein Interessent sich von der letzten Präsentation seines Sparcassenbuchs an binnen 30 Jahren nicht bei der Casse meldet, so soll von dieser Zeit an alle weitere Verzinsung seines Guthabens aufhören. 17. Unter Beobachtung der in diesem Reglement aufgestellten Grundsätze soll für jede Sparcasse ein vollständiges Statut errichtet, in solches auch aus obigen Bestimmungen dasjenige, was des Zusammenhanges wegen erforderlich ist, aufgenommen, und mit der Bestätigung des Oberpräsidenten jedem Sparcassenbuche vorgedruckt werden. Sollte wegen besonderer Ortsverhältnisse eine diesem Reglement zuwiderlaufende Bestimmung für nothwendig angesehen, so kann solche nur durch unsere unmittelbare Genehmigung Gültigkeit erhalten. Die dießfalls erlassene Ordre ist dann ebenfalls beizudrucken. 18. In jedem Statute ist auch wegen der Verwaltung der Sparcasse, wegen der dabei zu beschäftigenden Personen, ihrer Anstellung und der von ihnen zu leistenden Cautionen, wegen des Ortes, an welchem die Sparcasse sich befindet, und wegen der Tage und Stunden, an welchen die Ein- und Zurückzahlung Statt findet, die erforderliche Bestimmung aufzunehmen. Nicht minder ist darin beizudrucken, wie etwanige spätere Aenderungen des Statuts, welche unter Genehmigung des Oberpräsidenten, oder auch, bei veränderten Umständen und bemerkten Mißbräuchen, auf dessen Anordnung erfolgen können, endlich wie eventuell die Aufhebung der ganzen Anstalt zur Kenntniß der Interessenten zu bringen sei. Wenn in Folge einer solchen in Gemäßheit des Statuts öffentlich bekannt gemachen Aenderung die Einleger aufgefordert worden sind, ihre Einlagen nach Ablauf der Kündigungszeit zurückzunehmen, Falls sie die neu aufgestellten Bedingungen sich nicht gefallen lassen, so soll in Rücksicht derjenigen, welche sich nicht melden, angenommen werde, daß sie bei ihren Einlagen bei der Sparcasse unter den neuen Bedingungen verbleiben wollen. 19. Was die Aufsicht des Staates über die Sparcassen anlangt, so soll es zwar im Allgemeinen bei demjenigen bewenden, was die Gesetzgebung hinsichtlich der Staatsaufsicht über andere Communalinstitute vorschreibt. Die Oberpräsidenten und Regierungen sollen aber verpflichtet seyn, diesen Instituten eine fortwährende besondere Aufmerksamkeit zu widmen, sich von der Zweckmäßigkeit und Ordnung des Betriebes zu überzeugen, außerordentliche Cassenrevisionen vorzunehmen und anzuordnen, und wo sie Unordnungen und Mißbräuche bemerken, mit Ernst auf deren Abstellung zu dringen. 20. Ferner haben die Oberpräsidenten sich jährlich Nachweisungen über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der Sparcassen einreichen zu lassen, solche in eine, die ganze Provinz umfassende Hauptnachweisung nach einem vom Minister des Innern und der Polizei allgemein vorzuschreibenden Schema zusammenstellen zu lassen, und letztere dem genannten Minister vorzulegen. Auch ist jede Sparcassenverwaltung verbunden, die an den Oberpräsidenten eingereichte Nachweisung über ihren Betrieb durch das im Orte oder im Kreise erscheinende Anzeigeblatt, oder, wenn ein solches nicht erscheint, durch das Amtsblatt öffentlich bekannt zu machen. 21. Wenn von größeren Landestheilen, z. B. Kreisen und ständischen Verbänden, Sparcassen errichtet werden sollen, so ist das Statut zu unserer Genehmigung einzureichen. Hierbei sind ebenfalls die vorstehenden Grundsätze zu beobachten. 22. Was die schon bestehenden Sparcassen anlangt, so sollen zwar, wenn sie seither nach Grundsätzen verwaltet worden sind, welche mit den obigen Bestimmungen im Widerspruch stehen, dieselben noch sechs Monate nach Publication gegenwärtigen Reglements nach den zeitherigen Grundsätzen fortverwaltet werden können. Nach Ablauf dieser Zeit aber ist hinsichtlich neuer Einlagen lediglich nach einem dem gegenwärtigen Reglement angemessenen neu zu entwerfenden Statut zu verfahren. Diejenigen Sparcassenbücher, welche gegenwärtig auf jeden Inhaber ausgestellt sind, behalten fortwährend ihre Gültigkeit. Neue Sparcassenbücher dagegen sind nach Ablauf der gedachten Frist lediglich in der unter Nr. 13 vorgeschriebenen Form auszustellen. Gegenwärtiges Reglement hat das Staatsministerium durch die Gesetzsammlung bekannt machen zu lassen. — Gegeben Berlin, den 12. December 1838. — (L. S.) Friedrich Wilhelm. — Friedrich Wilhelm, Kronprinz. — Freiherr von Altenstein. — von Kamptz. — Mühler. — von Rochow. — von Nagler. — Graf von Alvensleben. — Freiherr von Werther. — von Stülpnagel für den Kriegsminister."

Belgien.

Der Independant enthält einen langen Artikel, worin er die Unnützlichkeit der Corps der Freiwilligen zu beweisen sucht. Hierauf sagt er: „Wir vernehmen aus sicherer Quelle, daß der Kriegsminister alle Civil- und Militärautoritäten, welche die Sache betrifft, in Kenntniß gesetzt hat, daß die Commandanten der Infanterie-, Cavallerie- und Artillerieregimenter und der Truppen vom Geniecorps ermächtigt worden sind, in die Corps unter ihren Befehlen alle jungen Leute aufzunehmen, die sich als Freiwillige für die Zeit eines Jahres oder nur für die Dauer des Krieges melden werden. Diese Maaßregel läßt keinen Zweifel über die Absichten der Regierung in Betreff der Vertheidigung des Landes übrig. Aber die Regierung will nicht, daß die Privatehrsucht die Umstände, worin wir uns befinden, benutze; sie will nicht, daß die Schwierigkeiten jeder Art, welche die Freicorps ihr verursacht haben, sich wieder erneuern. Sie will eine starke, eine so zahlreich als möglich, aber regelmäßig gebildete Armee." Das nämliche Blatt läugnet die Folgerung, die man aus dem vor dem Instructionsrichter durch die Stifter der Nationalassociation bestandenen Verhöre gezogen hat. „Dieser Anfang einiger Instructionen," sagt dasselbe, „beweist nur etwas, nämlich: daß es sich noch von einem Plane handelt, der keine Handlung zur Folge hatte; daß folglich die Justiz nichts zu unterdrücken hat. Wir sagen und glauben fortwährend, daß es anders seyn würde, wenn Ereignisse eintreten, um dem constitutiven Acte des Centralcomités Leben zu geben."

In einem belgischen Blatte liest man: „Die Kriegspartei in Belgien ist aus dem Sattel gehoben; sie rechnete auf ein heftiges patriotisches Manifest von Seite der französischen Adressecommission; sie sah Frankreich sich bei dem Schalle der durch die Opposition angesetzten Trompete in Bewegung setzen. Sie sah einer sehr kraftvollen Protestation zu Gunsten der Gebietsintegrität entgegen. Allein dieses Wort ist nicht ausgesprochen worden. Die Phrase in Betreff Belgiens ist höchst unbedeutsam; ihre Gleichgültigkeit ist eiskalt, und das Characteristische dabei ist, daß alle Parteien sie gutheißen. Dieser Paragraph wird ohne Schwierigkeit angenommen werden; alle Abgesandten Belgiens werden demselben kein Comma hinzusetzen."

Teutschland.

Die Börsenhalle meldet aus Hamburg vom 9. Jänner: „Nachdem wir seit mehreren Tagen schon stürmisches Wetter gehabt und gestern Morgens die Fluth bis auf 14 Fuß gestiegen war, setzte gestern Nachmittags ein Sturm bei umlaufenden Winden von S.W. zu W.N.W. ein, der mit immer zunehmender Heftigkeit bis gegen 11 Uhr Abends wüthete, wo er mäßiger wurde. Die hohe Fluth, welche eintrat und fast eine Stunde über die gewöhnliche Zeit dauerte, erreichte die beträchtliche Höhe von über 18 Fuß, und setzte die niedrigen Gegenden der Altstadt unter Wasser, wodurch viel Schaden angerichtet wurde. Den betrübtesten Anblick bietet aber unser Hafen dar, welcher sammt den darin befindlichen Schiffen viel gelitten hat. Fast alle Hafenpfähle im Westergatt, sogenannten Duc d'Alben, sind durch die gewaltigen Eismassen, welche sich durch Sturm und Fluth in Bewegung gesetzt hatten, fortgerissen, und mehrere Schiffe sind bis dicht unter Johannis-Bollwerk auf den Grund gesetzt. Das Schiff „Hektor," Capitän Simonsen, nach Port-au-Prince bestimmt, ist bis an den neuen Damm getrieben, und liegt eingeklemmt zwischen einem englischen Brigg und dem Hamburger Brigg „Triton;" letzterer liegt so schief, daß er leicht auf den „Hektor" fallen kann. An kleinen Fahrzeugen, als Jollen, Schuten und Evern, ist der Schaden ebenfalls sehr groß. — Heute haben wir ruhiges Wetter."

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 5. Jänner d. J. eine bei der k. k. vereinigten Hofkanzlei erledigte Hofsecretärsstelle dem k. k. Tyroler Gubernialsecretär, Caspar von Neupauer, allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 18. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	108⅞.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100¼.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	80⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	700⅞.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65⅛.
Bankactien pr. Stück ——	in CM.	

Vermischte Nachrichten.

Privatnachrichten aus der Nähe des Wurm- oder Starnbergersee's (südlich von München) melden, daß in der Nacht vom 24. auf den 25. December v. J. dieser gewöhnlich so ruhige See bei überdieß stiller Witterung so sehr zu stürmen und zu toben anfing, wie man ihn selbst bei dem stärksten Hochgewitter nie in solchem Grade aufgeregt sah. Die am Ufer befestigten Fischerkähne waren alle mit Wasser angefüllt. Dieses Toben dauerte von etwa 10 Uhr Nachts bis Morgens gegen 3 Uhr, und man erinnert sich seit Menschengedenkens keines ähnlichen Beispiels. — Vergleicht man hiermit die Berichte aus England, nach welchen am 23. December in der Grafschaft Leicester ein Erdstoß verspürt wurde, sodann die Nachrichten aus Frankreich, welche ebenfalls von Erderschütterungen auf mehreren Puncten des Departements der Unter-Charente in der Nacht vom 23. auf den 24. December sprechen, so treffen diese Erscheinungen gerade mit jenen Tagen zusammen, an welchen auf dem Observatorium in Augsburg durch den Hrn. Domcapitular Stark sehr auffallende Oscillationen am Elkysmometer beobachtet wurden.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 20

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 20. Jänner 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 18. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.431	28 3 2	— 5.1	W.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.523	28 3 5	— 2.6	W.	mittel.	Schnee.
	10 Uhr Abends.	27.579	28 4 1	— 3.4	NW.	schwach.	trüb.

Frankreich.

Zu Anfang der Sitzung der Deputirtenkammer vom 11. Jänner sollte über den zweiten Absatz des Amendements Amilhau, der sich auf die auswärtigen Verhältnisse bezieht, abgestimmt werden; auf Verlangen des Antragstellers selbst wurde jedoch das Votum über diesen Absatz bis nach Erörterung aller Fragen der auswärtigen Politik suspendirt. — Man kam nun an den dritten Paragraphen des Adresse-Entwurfs, welcher Belgien betrifft und folgendermaaßen lautet: „Ew. Majestät hofft, daß die in London wieder aufgenommenen „Conferenzen der Ruhe Europa's und der Unabhängigkeit Belgiens neue Unterpfänder geben werden. Wir hegen aufrichtige Wünsche für ein Volk, mit welchem „Gleichförmigkeit der Grundsätze und der Interessen uns „eng verbindet. Die Kammer wartet den Ausgang der „Unterhandlungen ab." — Hr. Lanyer schlägt vor, den Schlußsatz dieses Paragraphen folgendermaaßen zu fassen: „Die Kammer wartet mit Vertrauen den Ausgang der Unterhandlungen ab." — Dieses Amendement wurde, nachdem mehrere Redner für und wider, namentlich Hr. Mauguin sehr heftig gegen die Politik des Ministeriums, welches Spanien in die Hände des Don Carlos liefere, Belgien preisgebe, gesprochen hatten, bei der Abstimmung mit 216 gegen 212 Stimmen angenommen. Ueber den Paragraph selbst sollte in der Sitzung des folgenden Tages abgestimmt werden. — Die Presse äußert sich hierüber folgendermaaßen: „Die Kammer sollte heute den zweiten Absatz des Amendements des Hrn. Amilhau, welcher der Art und Weise, wie das Cabinet die auswärtigen Angelegenheiten geleitet hat, unbedingten Beifall zollt, votiren. Auf den Vorschlag des Proponenten des Amendements selbst, ist das Votum hierüber bis nach der Erörterung der Paragraphen, die sich auf die auswärtigen Angelegenheiten beziehen, verschoben worden. Das Ministerium wollte nicht, daß man ihm zur Last legen könne, es habe der Kammer ein billigendes Votum zu Gunsten des von ihm in den diplomatischen Verhältnissen befolgten Ganges durch Ueberraschung entlockt. Es wollte, daß jede der großen Maaßregeln, die es ergriffen, einer gründlichen Erörterung unterzogen, daß ihren Gegnern voller Spielraum zur Kritik gelassen werde, und daß ein specielles Votum, nach reiflicher Prüfung, über jede dieser Maaßregeln die Meinung der Kammer an den Tag lege. Nach einer viertägigen Discussion, wobei das Ministerium mit Beschuldigungen der Unfähigkeit, der Unzulänglichkeit überhäuft wurde, ohne sich vertheidigen zu können, welche, da derlei Anklagen, die kein bestimmtes Factum aussprechen, schwer peremtorisch zu beantworten sind, mußte es dem Ministerium willkommen seyn, daß seine Gegner endlich einmal ein practisches Feld betraten. Hier standen der Opposition in der That bestimmte Thatsachen gegenüber. Auf jeden Klagepunct konnte das Ministerium antworten und seine Politik rechtfertigen. — Die belgische Frage hat die ganze heutige Sitzung ausgefüllt. Hr. Lanyer hat vorgeschlagen, anstatt der Worte: „die Kammer wartet den Ausgang der Unterhandlungen ab," zu setzen: „die Kammer wartet mit Vertrauen den Ausgang der Unterhandlungen ab." Die Commission wollte Argwohn gegen das Ministerium durchblicken lassen. Das Amendement dagegen erklärt, daß die Kammer Vertrauen in die Art und Weise setzt, wie die Unterhandlungen in Bezug auf Belgien geführt worden sind. Dieses Amendement gab Anlaß zu einer gründlichen Erörterung der belgischen Frage und des Tractats der 24 Artikel. Hr. Mauguin, seiner Prophetenrolle, die er doch bisher so schlecht gespielt hat, getreu, hat uns mit Krieg gedroht, wenn wir den Tractat der 24 Artikel gegen Belgien vollziehen lassen würden. Aber der eigentliche Kampf entspann sich zwischen Hrn. Thiers und dem Hrn. Präsidenten des Conseils. Hr. Thiers hat die Existenz und die verbindliche Kraft des Tractats vom November 1831 nicht bestritten. Seine ganze Argumentation hat sich auf die Behauptung beschränkt, daß er (Thiers) getrachtet haben würde, von der Conferenz eine Modification des Tractats zu erwirken. Hr. Thiers würde demnach nichts anders gethan haben, als was Hr. Molé gethan hat; denn Hr. Molé hat unterhandelt, um eine Modification zu Gunsten Belgiens zu erwirken. Alles reducirt sich daher darauf, zu wissen, ob Hr. Thiers die Unterhandlungen geschickter geführt haben würde, als Hr. Molé. Ueber diesen Punct muß es wohl erlaubt seyn, die gute Meinung, welche Hr. Thiers von sich selbst hegt, nicht unbedingt zu theilen."

Die Presse behauptet, die drei Stimmen mehr, welche die Coalition in der Sitzung vom 11. erhalten hat, rührten von den legitimistischen Deputirten, unter Andern von dem Duc de Valmy her, der unlängst in Toulouse statt des Duc de Fitzjames zum Deputirten gewählt worden ist.

Die Pairskammer hielt am 10. Jänner eine kurze Sitzung, worin einige unbedeutende Petitionen verhandelt wurden.

Der Herzog von Nemours ist am 11. Jänner Morgens in den Tuilerien angekommen.

Der Erzbischof von Paris hat sich nach Ankunft der Nachricht von dem Hinscheiden der Herzoginn von Würtemberg sogleich zu Ihren Majestäten begeben, und seine Condolenz bezeugt.

Der Gerant des Charivari, welcher wegen Beleidigung des Königs zu 18 Monaten Gefängniß und 8000 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden war, hat sich nun vor

den Assisen gestellt, welche das Urtheil auf 8 Monate Gefängniß und 6000 Fr. Geldbuße reducirten. Nach dem Septembergesetz muß das Journal jetzt einen andern Geranten und frische Caution stellen.

Der in den Hubert'schen Prozeß verwickelt gewesene schweizerische Mechaniker Steuble, welcher die Höllenmaschine hätte anfertigen sollen, hat sich in Mont St. Michel, wo er gefangen saß, kurz nach Empfang eines Briefes von seiner Mutter, der ihn tief ergriff, mit einem Rasiermesser den Hals abgeschnitten. Er starb sogleich, mit Hinterlassung eines Schreibens, in welchem er Hubert sein Verderben Schuld gab, dagegen große Anhänglichkeit an Mlle. Grouvelle ausdrückte.

Hr. Arago hat in der Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften am 7. Jänner über die merkwürdige Entdeckung des Hrn. Daguerre — die Fixation der Bilder in der **Camera obscura** — berichtet, wovon die Welt, die Künstler und die Gelehrten sich seit einiger Zeit mit Interesse unterhalten. Diese Entdeckung, sagt Hr. Arago, ward in unrichtigen Ausdrücken angekündigt, die der Erfinder selbst nicht genehmigen kann. Es dürfte deßwegen zweckmäßig seyn, der Akademie genaue Details über diese wunderbare Erfindung zu geben. Jedermann kennt die Wirkungen der **Camera obscura**, und die Pünctlichkeit, womit sich die äußern Objecte am gehörigen Orte mittelst einer Linse darstellen. Man kann nun von der Entdeckung des Hrn. Daguerre keine richtigere Idee geben, als wenn man sagt, daß es ihm gelungen ist, diese so wahre Zeichnung, diese so treue Darstellung der Objecte der Natur oder der Künste mit allen Farbenabstufungen, der Zartheit der Linien und der strengen Genauigkeit der Formen, der Perspective und den verschiedenen Lichtschattirungen auf dem Papier zu fixiren. Wie groß auch das Gemälde seyn mag, so bedarf er zu dessen Reproduction nur 10 Minuten oder eine Viertelstunde, je nach der Helle des Tages. Da das Licht selbst das wirkende Agens bei dieser wunderbaren Darstellung ist, so wirkt es, je nach seiner Intensität, mehr oder minder schnell. Auf diese Art war Hr. Daguerre, auf dem Pont des Saints-Pères stehend, im Stande, die unermeßliche Gallerie des Louvre mit allen ihren Details zu fixiren, so wie von dem Pont de l'Archevêché die Notredame-Kirche aufzunehmen. Kein Gegenstand, kein Anblick der Natur und der Dinge entgehen diesem Verfahren: der Morgen mit seiner Frische, eben so wie das glänzende Tageslicht und die düstere Abendschattirung oder die melancholische Trübe einer Regenzeit, reproduciren sich. Bei dieser sonderbaren Darstellung sind die Farben durch die Nuancen der Schatten und eine unmerkliche Abstufung wie bei der Aquatinta angezeigt. Welches ist nun das scharfsinnige von Hrn. Daguerre zur Verwirklichung dieser Art von Wunder angewandte Mittel? Das Angeführte muß wohl die Neugierde reizen. Wir kennen dieses Verfahren nicht, und Hr. Arago konnte eben so wenig das Geheimniß des Erfinders ergründen. Man kann aber leicht eine Idee davon geben, um begreiflich zu machen, was im ersten Augenblick unbegreiflich erscheint. Die neuere Chemie besitzt gewisse Substanzen, welche die Eigenschaft haben, bei Berührung des Lichtes die Farbe zu ändern, und eine Silberverbindung, die man **Chlorure d'argent** nennt, befindet sich in diesem Fall. Wenn daher ein mit dieser Materie präparirtes Papier in einigen seiner Puncte dem Lichte ausgesetzt wird, und die andern verdeckt bleiben, so ist klar, daß man mittelst der verschiedenen Schattirungen, welche die beleuchteten und die dem Einfluß des Tageslichts entzogenen Theile annehmen werden, irgend eine Zeichnung hervorbringen wird. Auf dieses Princip scheint Hr. Daguerre seit vielen Jahren mit einer Ausdauer und Intelligenz gearbeitet zu haben, die ihn endlich zu dem von zahlreichen Schwierigkeiten umgebenen Ziele führten; und jetzt, wo das Resultat errungen ist, jetzt, wo es ihm gelungen ist, jene durch das Licht hervorgebrachte Wirkung unauswischbar zu machen, erscheint dieses Verfahren des Hrn. Daguerre als so einfach, so für Jedermann zugänglich, daß er der Gefahr ausgesetzt ist, bei der Ausdeutung seiner Entdeckung die Frucht seiner Studien und seiner Bemühungen nicht zu finden. Ein Erfindungspatent würde nicht vermögend seyn, ihm das Eigenthum einer Idee zu garantiren, die Jeder, so wie sie einmal bekannt ist, selbst ausführen kann. Hr. Arago hat sonach im Sinne, den Minister zu bitten, Hrn. Daguerre seine Verfahrungsweise um eine gebührende Belohnung abzukaufen. Wahrscheinlich wird dieses Gesuch Gehör finden, wenn alle Details der Vollziehung den erhaltenen Wirkungen entsprechen, die der Prüfung des Hrn. Arago unterlegt wurden. Hr. Biot drückte dieselbe Bewunderung für diese Erfindung aus, deren Verdienst er dadurch bezeichnet, daß er sie mit einer Art von physischer Retina, die eben so empfindlich sei, wie die Retina unseres Auges, vergleicht.

Am 11. Jänner 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. — Am 12. Jänner um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 20. 3Percents 78 Fr. 85.

Spanien.

Nach Briefen aus Madrid vom 4. d. M. war daselbst das unverbürgte Gerücht verbreitet, daß Cordova das Beispiel des Narvaez nachgeahmt und Spanien gleichfalls verlassen habe; beide sollen sich in Gibraltar befinden. Der Deputirte Alvarez, gegen den der Prozeß wegen seiner Theilnahme an dem Aufstande in Sevilla vor den gewöhnlichen Gerichten eingeleitet werden soll, befindet sich in Haft.

Dem General Narvaez war vor seiner Abreise aus Spanien von den Einwohnern von San Lucar de Barrameda und Xerez eine Serenade gegeben worden. General Clonard hat sogleich befohlen, gegen die Urheber dieser Demonstrationen zu Gunsten des Narvaez den Prozeß einzuleiten.

Großbritannien und Irland.

Die Londoner Journale sind mit den traurigsten Details über die Verheerungen der Stürme angefüllt, welche, in der Nacht vom 6. Jänner beginnend, bis zum 7. Mittags mit fast beispielloser Wuth an der Ost- und Westküste von Großbritannien und Irland wütheten, und ihre Zerstörungen tief ins innere Land, bis Birmingham u. s. w. erstreckten. Das nordamerikanische Dampfboot „Pennsylvania," das am 6. von Liverpool ausgelaufen war, ging zu Grunde, und von den darauf befindlichen 30 Menschen wurde wahrscheinlich nur Einer gerettet; die sehr werthvolle Ladung ist ganz verloren. Für die übrigen Schiffe, die an diesem Tage von Liverpool abfuhren, fast sechzig an der Zahl, fürchtet man das Schlimmste. Das Schiff „Brighton" aus Bombay scheiterte auf seinem Ankerplatz. Die breite Mündung des Mersey bot in dem Aufruhr der Elemente ein zugleich furchtbares und interessantes Schauspiel dar. In der Stadt Liverpool und der Umgegend wurden eine Unzahl der hohen Schornsteine, ein Stück von dem Kirchthurm der Kirche zu Johannes dem Täufer und mehrere ganze Gebäude eingestürzt, wobei gegen zwanzig Menschen das Leben verloren. Aehnliches wird aus Manchester, Chester, Birmingham, Lincoln, Hull u. s. w. berichtet, wo ungeheurer Schaden an Eigenthum angerichtet ist. Am fürchterlichsten hauste jedoch das Unwetter in Dublin. Hier sind in ganzen Straßen die Häuser ab-

gedeckt und alle Fensterscheiben zertrümmert, Häuser liegen in Schutt, und in dem schönen Phönixpark sind mindestens tausend Bäume entwurzelt. Mitten im Orkan brach eine Feuersbrunst aus, welche, unaufhaltsam um sich greifend, eine Reihe von öffentlichen und Privatgebäuden verzehrte. Mehrere Fabriken sind schwer beschädigt; wie viele Menschen den Tod gefunden, weiß man noch nicht.

Der Marquis und die Marquise von Normanby haben sich am 4. Jänner von Liverpool aus wieder nach Dublin eingeschifft, womit thatsächlich das Gerücht widerlegt wird, daß der jetzige Lordstatthalter von Irland eine andere Bestimmung erhalten werde.

Die Gemahlinn des Prinzen von Capua ist in der Genesung begriffen, so daß sie keiner ärztlichen Hülfe mehr bedarf.

Am Dreikönigstage brachte Hr. Martin vom Lordkämmererамte im Namen Ihrer Majestät in der königlichen Capelle von St. James das übliche Opfer von Gold, Weihrauch und Myrrhen dar. — Hierbei gedenken Londoner Blätter eines eigentlichen Weihnachtsgebrauchs, der in dem Queens-College zu Oxford besteht. Am Christtage wird daselbst ein mit Stechpalmen gekrönter Bärenkopf ausgestellt. Dieser Bärenkopf wird prozessionsweise in den Straßen herumgetragen und bei dieser Ceremonie eine alte Ballade gesungen. Das Publicum drängt sich in Menge um dieses Siegeszeichen, dessen Ursprung die Volkssage also erklärt: Ein Mitglied des Collegiums der Königinn ging in dem Sothower Walde spazieren und las den Aristoteles mit größter Aufmerksamkeit, als er von einem Bären angegriffen wurde. Der unerschrockene Collegiat erwartete das Thier, stieß ihm das Buch in den Rachen, und erstickte es, indem er ausrief: Graecum est! Friß, es ist Griechisch!

Der Baron von Thierry, der sich Beherrscher von Neuseeland nennt, befindet sich gegenwärtig in London und hatte kürzlich Unterredungen mit dem Colonialminister. Auf Neuseeland hat sich ein Verein zur Beschützung der Europäer und der civilisirten Eingebornen gebildet. An der Nordküste von Neuseeland, unter 11 Grad S. B., soll eine neue Colonie gegründet werden, zu welchem Behuf das Kriegsschiff „Alligator" unterwegs ist. Sie wird den Namen „Port Essington" führen und verspricht durch Anbau von Baumwolle und anderer tropischen Producte bald dieselbe Bedeutung zu erlangen, wie Singapore. Das Schiff „Alligator" ist in aller Eile ausgesandt worden, um den Franzosen zuvorzukommen, da man eine Fregatte dieser Nation an der dortigen Küste gesehen haben will.

Die Times sucht fortwährend darzuthun, daß es den vereinigten Staaten mit ihrer Neutralität in den canadischen Unruhen nicht Ernst sei; schon Präsident Jackson, sagt dieses Blatt, habe zu verstehen gegeben, daß Canada sich doch über kurz oder lang an die vereinigten Staaten anschließen müsse. Dasselbe Blatt will aus guter Quelle erfahren haben, die canadischen Abenteurer hätten aus Nordamerika 10 Kanonen und 10.000 Gewehre erhalten, und das Ganze sei mit van Buren abgekartet, um die brittischen Provinzen auf eine anständige Weise in die Hände der vereinigten Staaten zu bringen. Den Ministern wird vorgeworfen, durch ihr ohnmächtiges und wankelmüthiges Verfahren diese Intriguen befördert zu haben, und die Times spricht die Ueberzeugung aus, daß ein unabhängiges Parlamentsmitglied gleich zu Anfang der nächsten Session die Vorlegung sämmtlicher auf diese Verletzung des Völkerrechts bezüglicher Correspondenzen beantragen werde.

Nach Berichten aus Rio de Janeiro vom 19. November nahm auf dem Wege von Valparaiso bis dahin das brittische Kriegsschiff „Electra" die aus Afrika kommende portugiesische Brigantine „Diligenti" mit 302 Sclaven und brachte sie nach Rio de Janeiro. Der Kriegsbrigg „Termagunt" brachte ein genommenes Schiff mit 328 Sclaven nach Sierra Leone. Die „Fair Rosamond" brachte einen prächtigen Schooner, die „Constituçao," unter portugiesischer Flagge segelnd und mit spanischen Papieren, der offenbar für den Sclavenhandel ausgerüstet war, auf.

Consols am 10. Jänner 94⅞, ¼.

Dänemark.

Die Preußische Staatszeitung meldet aus Kopenhagen vom 8. Jänner: „Die letzte Roeskilder Ständezeitung vom 24. December bringt die Rede des königlichen Commissärs, so wie die des Präsidenten, gehalten in der Schlußsitzung vom nämlichen Tage. Nach Beendigung der letztern erhob sich der königliche Commissär, und gab im Namen des Königs zu erkennen: „daß die gegenwärtige Versammlung der Provinzialstände aufgelost sei." Die Versammlung ging hierauf mit dem Ausrufe: Lange lebe der König! auseinander. — Folgendes ist der Hauptinhalt der Rede des Commissärs: Die Mitglieder der Ständeversammlung, heißt es im Eingange, hätten während der gegenwärtigen Session das bereits erworbene Vertrauen zu ihrer Tüchtigkeit und ihrem Eifer im Dienste des Königs und des Vaterlandes, befestigt; auch würden ihre Forschungen über die ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe gewiß willig und genau benutzt werden. Außerdem hätten sie noch Zeit erübrigt, eine Menge zum Theile sehr wichtige Privatvorschläge durchzuarbeiten, die theils aus ihrer eigenen Mitte, theils von außen gekommen wären. Die Bitten, welche als eine Folge hiervon sich dem Throne nahten, würden unfehlbar des Königs landesväterliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen; doch habe er (der Commissär) den Auftrag, ihnen zu erkennen zu geben, daß die Bitten, welche sich auf Veränderung in den Provinzialständen selbst bezogen, nicht bewilligt werden könnten; gewiß würden sie erkennen, daß der König wichtige Gründe haben müsse, keine Veränderung in der Institution zu machen, die ja auch überdieß, so wie sie aus des Gebers Hand gekommen, dem Volke von so großem Nutzen sei. Hierauf ging der Redner zu dem Resultate der gegenwärtigen Session über, welche abermals den Grundgedanken der ganzen Institution bewährt habe, nämlich daß der König sich dadurch neue Kräfte schaffen wollte, das Beste seines geliebten Volkes zu befördern. Das Volk würde sich auch durch die Bekanntmachung der Verhandlungen selbst von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugen, und nicht nur das schon bewirkte Gute, sondern noch mehr, die Hoffnung auf das durch die größere Entwickelung der Institution zu bewirkende müsse für alle verständige und brave Mitbürger befriedigend seyn. Der Vortrag schloß mit der Darlegung der persönlichen Gefühle des Commissärs über das ihm abermals von der Versammlung bewiesene Wohlwollen und mit dem Danke dafür, wobei er auch zuletzt der von den Mitgliedern der Stände ihm bereiteten Feier seines Geburtstages mit Rührung erwähnte. Er fand in den durch diesen Tag hervorgerufenen Betrachtungen eine neue Aufforderung, so lange es noch Tag sei, seine Kräfte zu brauchen, um etwas von der Schuld gegen seinen König und seine Mitbürger abzutragen, konnte sich aber auch nicht verhehlen, daß die Zeit vielleicht nicht mehr fern sei, wo die Kräfte, die er bisher dem Dienste seines Königs und seiner Mitbürger gewidmet habe, so gesunken seyn würden, daß er zu dem Werke, das ihm bisher anvertraut worden, nicht länger tauglich befunden werde. — Der Präsident nahm

hierauf das Wort und äußerte: Ueber den Werth der Leistungen der Abgeordneten könnten ihre jetzigen und künftigen Mitbürger am besten urtheilen, er fühle sich am Ende der Session nur gedrungen, darauf zurückzuschauen. Die Arbeit sei nicht geringer wie in der vorigen und doch in weniger Zeit vollendet worden. In der ganzen gegenwärtigen Session sei weniger Geneigtheit gewesen, neue Einrichtungen hervorzurufen, als zu ordnen und auszubilden, denn es sei eines guten Baumeisters Pflicht, für feste Mauern zu sorgen, bevor er weiter in die Höhe baue. Der aufmerksame Beobachter würde ohne Zweifel mehrere Verschiedenheiten zwischen den zwei ersten Roeskilder Versammlungen entdecken; aber dieselben Grundtöne wären in dieser wie in der vorigen Versammlung vernommen worden, nämlich: Liebe zum Vaterlande, Ehrfurcht gegen den König, würdevolle Freimüthigkeit, tiefe Achtung für die Rechte der Bürger, Geneigtheit, die ungehinderte Wirksamkeit der Kräfte in der bürgerlichen Gesellschaft zu befördern. Und diese Grundtöne würden hoffentlich allezeit in den Ständeversammlungen vernommen werden. Schließlich dankte er der Versammlung für den ihm bewiesenen Beistand."

Niederlande.

Dem Handelsblad wird aus dem Haag vom 9. Jänner geschrieben: „Die außergewöhnlichen Bewegungen, welche bei der belgischen Armee Statt haben, konnten bei unserer Regierung nicht unbemerkt bleiben, und forderten gebieterisch die Ergreifung von Vorsorgemaaßregeln zur Vertheidigung des vaterländischen Bodens gegen jeden Anfall. Zu diesem Ende ist an alle Infanteriebataillons, so wie an das Corps Grenadiere, welche dieserseits in den Flußgarnisonsplätzen stehen, der Befehl gegeben, nach der Provinz Nordbrabant zu marschiren. Diesen Vorkehrungen, welche von des Königs Sorge für das Interesse seiner Unterthanen zeugen, werden, sofern die Umstände es erheischen würden, noch kräftigere Maaßregeln folgen, weßhalb man mit Ruhe den Ereignissen, welche sich vorbereiten, entgegensehen kann." — In einem zweiten Schreiben aus dem Haag an das nämliche Blatt wird mitgetheilt, daß die dort garnisonirenden zwei Bataillons Grenadiere ehester Tage diese Residenz verlassen werden, um sich nach der Gränze zu begeben; auch ein Detaschement Jäger werde am nächsten Freitag nach Nordbrabant abmarschiren; von dem Kriegsdepartement sind die nöthigen Maaßregeln getroffen worden, um nöthigenfalls die mobilen Schutterijen (Milizen) binnen einer sehr kurzen Zeit auf die Beine zu bringen. — In einer Nachschrift berichtet das Handelsblad, daß bloß die Garnison von Amsterdam nicht in obiger Maaßregel mit einbegriffen sei.

Die Nachricht, daß von holländischer Seite nun auch einige militärische Maaßregeln getroffen werden, wirkte anfangs auf der Amsterdamer Borse ungünstig auf die Fonds. Nachdem aber bedeutende Einkäufe Statt fanden — und zwar, wie der Avondbode meldet, auf höhere Kurse von London vom 7. d. M. — nahm die Börse eine günstigere Wendung.

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben, dd. Wien den 5. Jänner d. J., dem gewesenen Podestà von Bologna, Conte Vincenzo Brunetti, das Ritterkreuz des österreichisch-kaiserlichen Leopoldordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 18. December 1838 den Gubernialrath bei dem illyrischen Gubernium, Leopold Grafen Welsersheimb, zum Kreishauptmann in Klagenfurt, und den Gubernialrath bei demselben Gubernium, Ludwig Freiherrn von Mac-Neven, zum Kreishauptmann in Laibach allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 29. December 1838 den Landrichter in Lana, Martin Unterkircher, zum Rathe bei dem k. k. Collegialgerichte in Trient allergnädigst zu ernennen geruht.

Nachdem die in die Verlosung gefallenen, von dem Staatsschulden-Tilgungsfonde eingelosten, und von dem Schuldenstande abgeschriebenen Capitalien der ältern Staatsschuld wieder eine Summe von 1,512,086 fl. 25 kr. auf 2½ Percent reducirt, erreicht haben, so ist nach den Bestimmungen des allerhöchsten Patents vom 21. März 1818 §. 9 abermals eine Ergänzungsverlosung vorzunehmen.

Diese Verlosung wird am 1. Februar 1839 um 10 Uhr Vormittags in dem hierzu bestimmten Locale in der Singerstraße, im Franciscaner-Klostergebäude, unter Beobachtung der bei der Verlosung der älteren Staatsschuld vorgeschriebenen Maaßregeln Statt finden.

Unmittelbar nach dieser Ziehung wird die vierte Verlosung der Serien des im Jahre 1834 abgeschlossenen Staatsanlehens von 25,000,000 fl. C. M. vorgenommen werden.

Diese Verlosung wird nach den Bestimmungen des zur allgemeinen Kenntniß gelangten Ziehungsplans, und mit Beobachtung der am 2. Jänner 1836 kundgemachten Verlosungsmodalitäten Statt finden.

Bei beiden Verlosungen werden, als k. k. Hofcommissäre, der Hofrath der k. k. allgemeinen Hofkammer, Anton Ritter von Schwarzhuber, und der Director des Tilgungsfonds, und zur Evidenzhaltung der verzinslichen Staatsschuld, Hofrath Johann Bapt. Ritter von Scharff, dann ein Mitglied der Direction der privilegirten österreichischen Nationalbank, gegenwärtig seyn.

Das Resultat dieser Verlosungen wird durch den Druck bekannt gemacht werden, und die Verlosung der in den gezogenen Serien des Anlehens vom Jahre 1834 enthaltenen Staatsschuldverschreibungs-Nummern wird am 1. Mai d. J. vorgenommen werden.

Am 19. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	108¾.
dette	detto	zu 4 pC. in CM.	100¾.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	700.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65¼.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr., fl. 100¼ Br. Uso.			2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1103.

Im Comptoir des Oesterreichischen Beobachters ist erschienen: Gemeinnütziger und erheiternder Hauskalender für das österreichische Kaiserthum, auf das gemeine Jahr (von 365 Tagen) 1839. Redigirt von Jos. Ritter von Seyfried. Titelkupfer: Der Markt Ischl im Salzkammergut. Kostet in geschmackvollem Umschlag, worauf der kais. Adler mit allen österr. Ritterorden abgebildet ist, auf Druckpapier 3 fl. 30 kr., auf Schreibpapier 4 fl. 30 kr. W. W.

№ 21

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 21. Jänner 1834.

W 1·K ZEITUNG 1830

Meteorologische Beobachtungen vom 19. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.673	28 3. 5 L. 3 P.	— 6.7	W.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.586	28 4 2	— 1.8	SW.	schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.389	28 1 9	— 1.3	S.	still.	—

Frankreich.

Der Moniteur erklärt, daß nach dem letzten Berichte des Marschalls Valée die Expedition gegen Setif allerdings durch üble Witterung erschwert worden sei, daß aber die Truppen alle Hindernisse besiegt hätten, und daß von Unfällen, wie mehrere Journale sie erwähnten, nichts bekannt sei.

In der, in unserm gestrigen Blatte erwähnten, Rede, welche Hr. Mauguin bei der Debatte über den Paragraphen der Adresse, der sich auf Belgien bezieht, gehalten hat, ließ sich derselbe über den Stand der politischen Verhältnisse im Allgemeinen aus; er gewahrte an dem politischen Horizonte Wetterzeichen, welche die Nähe einer Zeit der Verwirrung und des Sturmes voraussagen. Er stellte nun die Frage auf, was das Ministerium unter diesen Umständen thue, welche Frage, fügte er bei, er ganz unbefangen, rein im Interesse des Landes beantworten könne, da er der Coalition nicht angehöre, und nach keinem Portefeuille strebe. In der Antwort auf diese Frage nun behauptete er, die Regierung habe die vortheilhafte Stellung, die sie im Jahre 1830 inne gehabt, unbenützt gelassen, habe die natürlichen Verbündeten Frankreichs im Stiche gelassen, Polen, Teutschland, Italien dem Absolutismus, die Schweiz dem österreichischen Einflusse, Spanien dem Don Carlos, Belgien dem teutschen Bunde preisgegeben, denn Belgiens Schicksal sei besiegelt, die Unterhandlungen seien abgeschlossen. Hierauf suchte er auszuführen, daß Belgien jetzt nicht mehr verpflichtet sei, dem Vertrag der 24 Artikel, den Holland anfangs abgelehnt, auszuführen und Luxemburg und Limburg, in deren Besitz es sich befestigt habe, aufzugeben; auch wolle nicht einmal Holland ernstlich den Vollzug des Vertrags, sondern habe sich durch seine Einwilligung in denselben nur aus einer ungünstigen Stellung den Generalstaaten gegenüber herausziehen wollen. In den Unterhandlungen habe die Regierung den Fehler gemacht, daß sie mit allen drei nordischen Mächten zugleich und nicht mit einzelnen abgesondert unterhandelt habe. Er ist überzeugt, daß die Belgier Widerstand leisten und daß, wenn sie etwa auf französisches Gebiet kämen, und hinter ihnen eine feindliche Armee, mit Hohn und Drohung und den Erinnerungen an Waterloo im Munde, an die Gränze rückte, die Bevölkerung der Gränzdepartements und die französischen Regimenter sicherlich nicht gleichgültig und stumm bleiben würden. „Die Thaten des Ministeriums," so schloß er, „sind folgende: Es hat Teutschland geopfert, Ancona verlassen, die Schweiz den Oesterreichern hingegeben, es will Spanien dem Don Carlos und Belgien den Holländern ausliefern. Solche Minister sollten vor der Kammer nicht als Minister, sondern als Angeklagte erscheinen!" — Graf Molé verwahrte sich zuvörderst im Namen der Armee gegen die von Hrn. Mauguin in Betreff ihrer ausgesprochenen Vermuthung; die Armee, entgegnete er, sei getreu und werde gehorchen; sodann führte er, wie schon bei der Berathung in der Pairskammer, aus, daß der Vertrag der 24 Artikel für Belgien noch bindend sei. In Betreff der Conferenz erklärte er, wenn die Regierung nicht Hrn. Mauguins System sich anschließen, nicht mit ihm habe erklären wollen, Frankreichs Einfluß in Europa müsse sich auf die Propaganda und den Krieg stützen, so habe sie sich in Einverständniß mit Europa über die niederländische Angelegenheit setzen müssen. Der Zweck der 24 Artikel sei die Erhaltung des Friedens. Am 14. November 1831 aber haben die belgischen Bevollmächtigten in London verlangt, daß dieser Vertrag, der für Holland, wie für Belgien zugleich hätte in Kraft treten sollen, als Separatvertrag zwischen Belgien und den übrigen Mächten gelten solle. Holland sei zurückgewiesen worden, als es seine Ansprüche auf Belgien habe weiter verfolgen wollen; als es aber sich erboten habe, darauf zu verzichten, seien die Unterhandlungen wieder angeknüpft worden. Noch bis in den Mai habe Belgien gegen die 24 Artikel nichts eingewendet, deren Geltung auch in allen Unterhandlungen seit ihrer Festsetzung vorausgesetzt worden sei. Es gebe aber nur zwei Systeme: Aufrechthaltung der Verträge, Heilighaltung der Eidschwüre, oder das Gesetz des Stärkeren. Ersterem Systeme verdanke man die Aufrechterhaltung des Friedens. Wo die Organe der belgischen Regierung sich offentlich über die 24 Artikel zu äußern Gelegenheit hatten, haben sie solche immer als Grundlage ihres Staatsrechts anerkannt; nur in Betreff der Finanzfrage sei durch das 48ste Protocoll die Entscheidung vorbehalten worden. Entschieden, so schloß er, sei noch nichts, die Unterhandlungen seien noch schwebend. — Hr. Thiers suchte sofort gegen den Präsidenten des Conseils zu beweisen, daß die 24 Artikel nicht mehr bindend seien. Er stützte diese Ausführung auf folgenden Satz: „Die Belgier hatten sich entschlossen, Luxemburg und Limburg aufzugeben, Holland weigerte sich jedoch, die 24 Artikel anzunehmen; nun aber, nachdem sich die Luxemburger und Belgier gewohnt haben, zusammenzuleben, wollt ihr sie gewaltsam trennen!" Der Regierung warf er vor, sie sei in dieser Sache unentschieden gewesen und habe dadurch Belgien in Verlegenheit gebracht; sie habe nicht gewagt offen zu Werke zu gehen, entweder England und den andern Mächten zu sagen: „Ich werde den König der Belgier vertheidigen und die Abänderung der Verträge verlangen," oder den Belgiern: „Eure Gesinnung ist ehrenwerth, Ihr wäret aber unsinnig, wenn Ihr euch ihr hingebet; ich kann euch nicht unterstützen." — Graf Molé erwiederte, die Regierung sei nie unentschieden gewesen. — Endlich wurde zur Abstimmung geschritten und das bekannte Amendement des Hrn.

Lanyer zu Gunsten des Ministeriums mit 216 gegen 212 Stimmen angenommen.

Die Rede, welche Hrn. de Lamartine bei den Debatten über die Adresse in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. d. M. gehalten hat, ist besonders deßhalb bemerkenswerth, weil sie durch einen Ausfall des Hrn. Thiers in der Sitzung des frühern Tages gegen diejenigen Deputirten, die den Debatten zuhoren, ohne sich hineinzumischen, hervorgerufen wurde. „Noch gestern," sprach Hr. de Lamartine, „war ich entschlossen, an der allgemeinen Debatte über die Adresse nicht Theil zu nehmen, und höchstens über einzelne Materien, z. B. über Ancona und die Schweiz, das Wort zu nehmen; ich forschte nach in meinem Innern, auf welche Seite hin ich durch mein einfaches Votum die Wagschale neigen sollte, worin weit mehr als das Schicksal eines Cabinets, worin die nächste Zukunft des Landes gewogen wird. Eine Herausforderung des ehemaligen Conseilspräsidenten des Cabinets vom 22. Februar hat mich genöthigt, der Würde des Schweigens zu entsagen. Ich folge seinem Rufe, ich werde ihm mit Offenheit begegnen. Zwar ist mir wohlbekannt, wie das Hrn. Thiers nicht kümmert; hat er ja gestern vor vierhundert Deputirten gesagt, auf seiner Seite sei das überwiegende Talent und auf unserer Seite nur die Zahl. Das wollen wir, ich und meine Freunde, nicht zugeben. Wir drängen uns freilich nicht zur Rednerbühne; wir spielen nicht ohne Unterlaß neue und glänzende Rollen; wir verbringen unsere Zeit nicht mit Uebung oder Streitigmachung der Gewalt; wir erlauben uns keinen Anspruch auf Ministerstellen; wir würden fürchten, unsere Unabhängigkeit dabei einzubüßen; wir bewahren unsere ganze Sorge den Interessen unserer Committenten. Nun denn, die Deputirten, auf welche diese Schilderung paßt, — sie werden gezählt, nicht genannt! Wozu sind sie hier? Es wird ein Tag kommen — was sage ich? er ist schon da, an welchem wir euch zwingen werden, uns auch gelten zu lassen. Wir erheben uns endlich, um euch zu sagen: Wir lassen nicht länger die Staatsgewalt vergeuden, die Rednerbühne erniedrigen, die repräsentative Verfassung herabwürdigen. Wir wollen eure Adresse nicht ratificiren, weil es eure Adresse ist, nicht die des Landes. Nein! Wir werden nicht für eure Adresse stimmen. Und warum nicht? Weil sie unconstitutionnell ist, und ein Ministerium stürzt, das zu ersetzen Ihr in diesem Augenblick am wenigsten im Stande seid. Deputirte Frankreichs, ohne Haß und ohne Liebe, ohne Partei zu nehmen für die Einen oder für die Andern, ist es unsere Pflicht, dem leidenschaftlichen Hinreißen zu widerstehen, weil es ein Hohn und ein Spott wäre, eine Majorität zu proclamiren inmitten der Anarchie, in welche sich die Kammer seit zwei Tagen versetzt sieht. Die Kammer erwartet nicht von mir, daß ich mich zum Vertheidiger eines Cabinets aufwerfe. Ich sehe nicht auf die Personen; ich sehe nur eine Krise ohne Lösung, ohne Endpunct. Nicht ein Cabinet, sondern die Lage des Landes will ich vertheidigen. Wie könnte ich Alles, was vorgeht, vortrefflich finden? Wie würde es mir ziemen, der Corruption das Wort zu reden — diesem schmählichen Regierungsmittel, diesem Gift, diesem Opium, das man in die Adern des Socialkörpers bringt und wodurch das Uebel, das man momentan betäubt, nur schlimmer wird. Ich sehe die Dinge massenweise an und sage dann: In der vor unsern Augen entstandenen parlamentarischen Anarchie, in welcher nur ein einziger Mann (Odilon-Barrot) eine starke und feste Stellung genommen hat, kann nicht ein Wort eurer Adresse votirt werden, das nicht neue Trümmer zu denen fügte, die uns umringen; das Cabinet ist vielleicht der Gewalt der Umstände nicht gewachsen, aber es ist doch euch mehr gewachsen, als Ihr vorzugeben wagt, und hat, um Frankreich vor Europa mit seiner Verantwortlichkeit zu decken, eine so würdige Brust, als immerhin die ist, welche Ihr dazu anbietet. Ja, das Cabinet vom 15. April hat sich euch überlegen gezeigt. Seine Politik läßt sich unter drei Gesichtspuncten auffassen: Amnestie, Auflösung der Kammer, Afrika. Laßt uns vergleichen! Die Amnestie! Wir begehrten sie jahrelang; ihr erklärtet, sie sei unmöglich, gefährlich für die öffentliche Ruhe, gefährlich für des Königs Leben. Das Cabinet vom 15. April hat sie dennoch gegeben. Ist der Friede im Lande dadurch gestört worden? Wurde das Leben des Königs gefährdet! Nein! Die Amnestie hat den besten Erfolg gehabt; das Cabinet wird stets nach der Amnestie benannt werden. Die Auflösung der Kammer! Ihr warntet davor; sie schien euch verderblich; ihr zogt euch zurück, um nicht Theil an der Maaßregel zu nehmen. Muth und Uneigennützigkeit gehörten dazu, bei solchen Umständen vor dem Volke sich zu zeigen. Das Cabinet vom 15. April hat neue Wahlen nicht gescheut. Ich frage euch, heißt das, sich herabsetzen in der Meinung? — Und Algier! Wie stand es unter eurer Verwaltung in Afrika? Ihr wußtet weder Krieg zu führen, noch Frieden zu halten. Das Ministerium Molé hat den Vertrag an der Tafna abgeschlossen, der sich nützlicher erwiesen hat, als zehn eurer Expeditionen; es hat Constantine erobert und unseren Besitzungen in Afrika eine Administration verliehen, die selbst von denen bewundert wird, die sie für unerreichbar hielten." — So weit die erste Hälfte der Lamartine'schen Rede; die zweite ist einer tief eingehenden Erörterung der constitutionnellen Lehre von der Natur der Prärogative, d. h. von dem Antheil des Königs an der Ausübung der Staatsgewalt, gewidmet. Die Kammer hat nach Hrn. de Lamartine's Meinung keinen Mißbrauch der königlichen Prärogative zu besorgen. „Es gibt nichts gegen euch, als im äußersten Fall einen Staatsstreich, d. h. ein Verbrechen, das, wie ihr wisset, nicht drei Tage unbestraft bleibt. Für die Autorität der Kammer ist nichts zu wünschen übrig; was aber fehlt der Krone? Ich will es sagen — es fehlt ihr eine Majorität. Setzt euch in Gedanken an die Stelle des Königs, folget ihm im Geist bei dem ernsten Forschen nach den Symptomen eines festen Willens unter uns, die ihn leiten könnten in der Wahl eines Cabinets, das auch nur einige Monate auf eure Unterstützung zählen dürfe. Wie ist es möglich, daß die Krone bei der Ebbe und Fluth widersprechender Meinungen sich unter uns zurechtfinde? Wo soll sie uns greifen, da wir selbst nicht wissen, auf welchem Puncte wir stehen? Könnte sich das Königthum nicht zu uns wenden, mit erhobener Stimme uns fragend? Wen soll ich in meinen Rath rufen? Ihr waret ein Cabinet müde, das uns in der Schweiz compromittirt hatte und zu einem Krieg in Spanien verleiten wollte; das Cabinet (Thiers) wurde aufgelöst; am 6. September 1836 neigtet ihr zu Versöhnung und Frieden; ich nahm die Männer, welche das conservatorische Princip personificirten; ihr warft ihnen ihre (doctrinaire) Vergangenheit vor und schient ihren unbeugsamen Widerstand (den Abglanz des Einschüchterungssystems) zu fürchten; sie zogen sich zurück; ich wählte darauf neutrale Staatsmänner, die eine Aere verzeihender Politik beginnen sollten; sie haben die Amnestie gegeben und neue Wahlen angeordnet; das Alles habt ihr schon vergessen; heute aber vereinen sich lange getrennte Parteien, um die Minister vom 15. April zu erdrücken; ich bin bereit, andere zu berufen; werden sie aber, da ihr Ziel so verschieden ist, gemeinsam voranschreiten

wollen? werden sie nicht morgen von denen verlassen werden, die ihnen heute folgen? werde ich nicht den Parteien ihre Häupter nehmen, um sie als Minister zu verbrauchen? Republik und Monarchie, Bewegung und Widerstand, Krieg und Frieden, Revolution und Conservation, — wie soll ich das Alles verschmelzen in einem aus der Coalition genommenen Cabinet? Hieße das nicht, das Chaos organisiren, um mit dem Sturme zu regieren?" — Am Schlusse richtete der Redner folgende Apostrophe an die HH. Thiers und Guizot: „Mit Stolz sprecht ihr nur immer von dem Ungeschick eurer Gegner; ihr findet, das Steuer des Staats sei allzu schwachen Händen anvertraut; ihr wollt es mit Gewalt an euch reißen. Habt ihr es etwa festgehalten vom 11. October, vom 22. Februar, vom 6. September an? Ist es euch nicht dreimal entwichen? Und doch waret ihr damals noch ganze Männer aus Einem Stück; ihr waret Männer von Grundsätzen, treu im Bunde mit einer compacten Majorität; ihr hattet noch nicht eure glorreiche Unpopularität vertauscht gegen die Liebkosungen der Leute, die ihr eure ewigen Feinde nanntet, die euch heute nur schmeicheln, weil sie euch haben. Es hielt euch zu jener Zeit die Gewalt der Umstände. Jetzt sind die Umstände so geworden, daß sich kein Cabinet auf sie stützen kann. Zittert, euch zu schwach zu finden vor euch selbst, nachdem ihr euch gespalten habt; verlaßt euch nicht auf eure Talente, — nicht die Talente, die Charactere sind es, welche die Reiche halten. Was mich angeht, ich erkläre, ehe ich, wenn euch der Sieg werden sollte, zu euch überginge, würde ich unter Odilon-Barrots Fahne mich begeben, unter die Fahne der Freimüthigkeit und Mäßigung, die er gestern aufgepflanzt hat."

Zu Anfang der Sitzung der Deputirtenkammer vom 12. Jänner erklärte der Präsident, es sei ein Gesuch um Erlaubniß, den Deputirten Mauguin vor dem Zuchtpolizeigerichte zu verfolgen, eingelaufen. Hr. Mauguin drückte den Wunsch aus, daß die Sache sobald als möglich erledigt werde. Dieselbe verhalte sich wie folgt: Ein gewisser Predaval habe eine Actiengesellschaft zur Ausbeutung eines Erfindungspatents errichtet und habe jetzt gegen acht Personen, worunter auch er selbst, eine Klage anhängig gemacht. Wie er verwickelt sei, das könne er nicht begreifen; er sei bloß als Rechtsbeistand thätig gewesen. Seine Ehre erfordere nun, daß, so abgeschmackt der Angriff sei, die Sache gerichtlich entschieden werde; er wünsche deßwegen, daß die Kammer das Gesuch möglichst bald erledige. Predaval sei übrigens ein Mensch ohne Unterhaltsmittel, der in den Tag hineinlebe. — Es wurde beschlossen, daß eine Commission zur Prüfung des Gesuchs ernannt werden solle. — Die Kammer ging sofort, nachdem der dritte Paragraph in Bezug auf Belgien mit dem bekannten Amendement angenommen worden war, zu dem Paragraphen über, in welchem die Räumung Ancona's gemißbilligt wird. Die Minorität der Adresscommission (die HH. de Jussieu, Debelleyme und de la Pinsonniere) hatte bekanntlich eine veränderte Redaction dieses Paragraphen vorgeschlagen, deren Text wir in unserm vorgestrigen Blatte mitgetheilt haben. Hr. de Jussieu entwickelte umständlich die Gründe des von ihm und seinen beiden Collegen vorgeschlagenen Amendements. Nachdem mehrere Mitglieder für und wider das Amendement gesprochen, und der Präsident des Conseils, Graf Molé, die Frage über Ancona umständlich erörtert hatte, wurde die Discussion auf Montag den 14. d. M. ajournirt.

Die Presse enthält interessante Notizen über die verstorbene Herzoginn von Würtemberg. „Die Prinzessinn," heißt es darin, „hinterläßt außer der Johanna d'Arc in Versailles noch einen sterbenden Bayard und eine zweite Johanna d'Arc, deren poetische Auffassung noch vorzüglicher ist, als jene der ersten. Die Zeichnungen zu den Glasgemälden auf den Capellenfenstern des heiligen Saturninus in Fontainebleau sind ebenfalls von der Hand der Prinzessinn. Sie stellen die Schutzheilige ihrer Mutter, die heilige Amalia, vor, und werden sehr geschätzt. Auch die Kirche von Eu besitzt verschiedene Glasmalereien nach den Zeichnungen Ihrer königl. Hoheit. Die Aerzte hatten der Prinzessinn gerathen, ihre, in Folge des Schloßbrandes von Gotha und der Entbindung leidende Gesundheit in einem wärmeren Klima wieder herzustellen; sie sehnte sich aber immer nach Teutschland, besonders dem Lustschlosse ihres Gemahls, der Phantasie, von dem sie sogar in ihren letzten Augenblicken noch sprach. — Der ganze Hof von Toscana hatte sich nach Pisa begeben, um der Prinzessinn den dortigen Aufenthalt angenehmer zu machen; sie fühlte sich jedoch zu krank, um dessen Anwesenheit genießen zu können. Sie war sich ihres hoffnungslosen Zustandes wohlbewußt, und verlangte daher nach den heiligen Sterbsacramenten, die sie mit großer Andacht empfing. Wenig Tage vor ihrem Tode, während sie Nachts durch Schmerzen am Schlafe gehindert wurde, verlangte sie Licht, und zeichnete mehrere Stunden lang. So sprachen sich auch in Weber's „letzten Gedanken" und in Gilberts berühmtem Gedicht: au banquet de la vie infortuné convive ꝛc. das letzte Bedürfniß des sterbenden Künstlers aus. — Vergangenen Sonntag (6.) befand sich die königliche Familie von Frankreich gerade beim Frühstück — es war still, und eine traurige Ahnung schien die Herzen zu beklemmen; — lange waren keine Nachrichten von der Prinzessinn Marie angelangt, noch von dem Prinzen Joinville, der mit der Escadre vor San Juan d'Ulloa lag. Plötzlich wurde dem König gemeldet, daß der Marineminister in großer Eile in den Pallast gekommen und um eine Privataudienz bitte. Sr. Majestät gingen hinaus, die Königinn erblaßte; sie befürchtete Unheil. Bald aber trat der König mit den Depeschen in der Hand wieder ein, und sagte, die Königinn umarmend: „Ulloa ist genommen, Joinville ist gesund und wohl." Wenige Minuten darauf wurde dem Herzog von Orleans ein Brief seines Bruders aus Pisa gebracht. Die ganze Familie erhob sich, und bildete eine Gruppe um den Kronprinzen her, den Inhalt des Schreibens zu hören. Er zeigte den Tod der Herzoginn von Würtemberg nicht ausdrücklich an, aber setzte ihn außer allen Zweifel. Die Königinn fiel auf die Knie und rief aus: „O mein Gott! Ich habe eine Tochter weniger; doch Du einen Engel mehr im Himmel!" Ihre Majestät vermochten es nicht aufzustehen, und wurden in Ihre Appartements gebracht."

Das Journal des Debats antwortet auf die Vermuthung englischer Blätter (siehe unten), als wäre San Juan d'Ulloa mit Dublonen erobert worden: „Dank sei dem Himmel, die französische Marine bedarf solcher Mittel nicht. Die furchtbare Zerstörung, welche unsere Kanonen in den gerühmten Werken dieser, von Spanien und Mexico für uneinnehmbar erklärten Citadelle anrichteten, erklärt, denken wir, hinlänglich, warum der Gouverneur des Platzes sich nicht länger halten zu können glaubte."

Nachrichten aus Algier zufolge war der Bischof Dupuch am 31. December v. J. daselbst angelangt. Er wurde, als er ans Land stieg, von der Geistlichkeit, einem Adjutanten des Generalgouverneurs und dem Platzcommandanten empfangen.

Die französische Fregatte „Herminie," auf welcher der Capitän Bazoche, vor der Ankunft des Contreadmirals Baudin Befehlshaber des Blockadegeschwaders an der mexicanischen Küste, die Ueberfahrt nach Frankreich machen wollte, ist am 3. December an der Bank von Baha-

ma gescheitert. Die ganze Mannschaft, bestehend aus 500 Mann, wurde gerettet, die Fregatte dagegen ist versunken.

Am 12. Jänner 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 20. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75.

Spanien.

Nachrichten aus Madrid vom 5. Jänner bestätigen, daß sich Narvaez bei seiner Flucht aus Spanien nach Gibraltar begeben habe. Das Gerücht, daß auch Cordova aus Spanien entwichen sei, bestätigt sich nicht; er befand sich fortwährend in Offuña, wo er die Instruction seines Prozesses erwartet. — Am 3. d. M. wurden im Congresse verschiedene Documente verlesen, die auf Narvaez Bezug hatten, und von dem Grafen Clonard eingesandt waren, damit die Cortes beurtheilen könnten, wer von beiden die Pflichten der Gerechtigkeit, Großmuth, Klugheit und der Treue gegen Regierung und Verfassung erfüllt habe. Zu bemerken ist, daß Narvaez sich in San Lucar auf Ehrenwort befand, und bei seiner Flucht also dieses verletzte. Er scheint seinen Weg über Ronda genommen zu haben; der Graf Clonard ertheilte Befehle, ihn zu verfolgen. Niemand bedauert ihn hier, selbst sein vertrautester Freund und Rathgeber, der Directeur des Correo Nacional, erklärt, daß er ihm nunmehr seinen Beistand entziehe. — Graf Clonard hat, in Folge der ihm vom Kriegsminister ertheilten Befehle, den Kriegszustand der Provinzen Cordova, Huelva und Cadix aufgehoben, nur in der Stadt Cadix, auf der Insel San Fernando und in Sevilla bleibt derselbe noch beibehalten. — Van Halen war noch am 25. in Daroca, den von Madrid kommenden Transport erwartend. Cabrera schien am 29. mit vier Bataillons und vier Kanonen bei Mora auf das linke Ebrouser übergehen zu wollen. Seine Leute befestigen Alpuente (Provinz Castellon), welches den Eingang in die Provinz Cuenca sichert; sie legen dort ein Hospital an. Von Repressalien hat man aus jenen Gegenden nichts weiter erfahren. Palillos ist mit 300 Mann in Estremadura eingedrungen, und hat am 20. den Flecken Castilblanco ausgeplündert und verbrannt. — H^r. Perez de Castro wird erst zu Ende dieses Monats in Madrid erwartet.

General Borso di Carminati, der bekanntlich wegen der von van Halen an den Carlistischen Gefangenen verübten Grausamkeiten seinen Abschied genommen hatte, ist mit seiner Gemahlinn, der Schwester des Generals Oraa, in Alicante eingetroffen.

Nachrichten aus Catalonien zufolge war Baron de Meer von seinem Streifzuge nach dem Norden, am 3. Jänner mit seiner Division wieder nach Barcelona zurückgekehrt; während seiner Abwesenheit streiften die Carlisten bis vor die Thore von Barcelona und führten unter Andern aus zwei Ortschaften, dicht bei der Stadt, die Behörden weg.

Die Gazette de France spricht, ohne Angabe des Datums, von einem siegreichen Gefechte, welches die Carlisten unter Castor Andechaga gegen die Christinos, die unter Castañeda's Befehlen von Laredo gegen Biscaya vordringen wollten, bei Ampuero (im östlichsten Theile der Provinz Santander) bestanden haben. Die Christinos sollen in dieser Affaire gegen 700 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen verloren haben.

Großbritannien und Irland.

Die Hofzeitung meldet nunmehr officiell die Ernennung der Marquise von Breadalbane zur Ehrendame Ihrer Majestät an die Stelle der Gräfinn Durham. Auch enthält dieses Blatt die Anzeige von der Ernennung des H^rn. James Stuart zum Oberrichter der Provinz Niedercanada, des H^rn. Michael O'Sullivan zum Oberrichter des Districts von Montreal und des H^rn. Andrew Stuart zum Generalprocurator der Provinz Niedercanada.

Graf Durham ist bekanntlich von dem Stadtrath und den Einwohnern der Stadt Hull zu einem Diner eingeladen und aufgefordert worden, den ihm gelegenen Tag selbst zu bestimmen. Hierauf hat nun der Lord geantwortet, daß es ihm vor der Eröffnung des Parlaments unmöglich seyn würde, sich von London zu entfernen, da er zu sehr mit den Vorbereitungen zu demjenigen, was er dem Parlamente hinsichtlich Canada's vorzutragen habe, beschäftigt sei; er fertige nämlich einen ausführlichen Bericht über den Zustand der brittisch-nordamerikanischen Colonien, über die Ursachen der unglücklichen Lage einiger derselben und über die ihm am besten scheinende künftige Regierungsweise jener Colonien an.

Trotz der Verhaftung von Stephens dauern in Nord-England die aufrührerischen Reden fort. So erlaubte sich kürzlich ein gewisser George Julian Harney, der sich „Vertreter des Londoner demokratischen Vereins, der tapferen Männer von Bristol, der schönen Weiber und tapfern Männer in Norwich und der Grafschaft Norfolk, und endlich der schönen Weiber und tapfern Männer von Northumberland" nennt, zu Carlisle folgende strafwürdige Aeußerung: „So nützlich und nöthig Waffen zu unserem Schutze sind, so sage ich doch unseren Tyrannen, daß sie nicht unsere einzigen Mittel sind. Wir haben ein weit wirksameres Werkzeug zur Hand, ein Werkzeug, das Keiner zerbrechen kann; dieses Instrument ist der Feuerbrand!"

Die Einnahme von Veracruz durch die Franzosen wird in England mit sehr scheelen Blicken angesehen. Die Oppositionsblätter lassen es dabei an neuen Vorwürfen gegen das Ministerium über die Vernachlässigung der brittischen Interessen nicht fehlen. Die Times sagt, es sei nicht einmal ein brittisches Kriegsschiff dort gewesen, um den in Veracruz wohnenden Engländern Schutz zu gewähren, und diese hätten sich an Bord des brittischen Packetbootes flüchten müssen, welches zufällig dort gelegen habe. Der Courier bemerkt ganz kurz, das Ereigniß sei nur zu bedauern, wenn man es auch habe voraussehen können, und die Morning-Chronicle meint, wenn man die Dauer der Belagerung, die außerordentliche Stärke des Forts San Juan d'Ulloa, den unbedeutenden Verlust der Belagerer und den zum Sprichwort gewordenen Character spanischer Gouverneure und Generäle in Betracht zieht, so müsse man fast argwohnen, daß das Castell eher durch eine volle Ladung von Dublonen als von Kanonenkugeln genommen worden, wozu noch komme, daß die Capitulation von dem mexicanischen General an Bord eines französischen Kriegsschiffes unterzeichnet worden sei.

Belgien.

Die belgische Bank zeigt an, daß am 14. d. M. auch die Noten von 500 Fr. eingelöst werden. Die zu 1000 Fr. werden ferner in Zahlungen für die Hälfte des Betrages angenommen. Die Gläubiger in laufenden Rechnungen können in Brüssel und bei den Succursalen von Lüttich und Antwerpen 40 Percent statt 20 erheben.

In der Nacht vom 6. auf den 7. d. M. ist zu Gent durch den Sturm eine Baumwollenfabrik zerstört worden. Es wurde Niemand beschädigt, der Verlust jedoch ist bedeutend.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 22

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 22. Jänner 1839.

W. 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologiſche Beobachtungen vom 20. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.395	28 3. 12. 10 p.	+ 1.9	W.	mittel.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.537	28 3 7	+ 3.8	W.	ſchwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.597	28 4 4	+ 2.1	W.	ſtark.	trüb.

Mexico.

Die Newyorker Blätter vom 20. December geben den vollſtändigen, vom 28. November aus Veracruz datirten Vertrag zwiſchen dem franzöſiſchen Contreadmiral Charles Baudin und dem mexicaniſchen, in Veracruz das Commando führenden General Manuel Rincon. Dieſer Vertrag lautet folgendermaaßen: „Art. 1. Die Stadt Veracruz wird eine Beſatzung von 1000 Mann behalten; alle jene Zahl überſteigenden mexicaniſchen Truppen werden dieſelbe innerhalb zweier Tage verlaſſen und ſich ihr bis auf zehn Leguas nicht nahen. General Rincon behält die höchſte Autorität in der Stadt und verpflichtet ſich auf ſein Ehrenwort, daß die Garniſon nicht mehr als 1000 Mann betragen ſoll, bevor nicht die Differenzen zwiſchen Frankreich und Mexico vollkommen beigelegt ſind. Art. 2. Unmittelbar nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Tractats durch beide Parteien wird der Hafen von Veracruz allen Flaggen eröffnet und die Blockade auf acht Monate ſuspendirt, in der Erwartung, daß bis dahin eine gütliche Vereinbarung zwiſchen Frankreich und Mexico Statt gefunden hat. Art. 3. Der Commandant der Stadt Veracruz wird ſtreng darauf halten, daß die franzöſiſche Beſatzung des Forts von San Juan d'Ulloa nicht darin behindert wird, ſich von der Stadt aus mit friſchen Lebensmitteln zu verſehen. Art. 4. Der Contreadmiral Baudin verpflichtet ſich, die Räumung des Forts von San Juan d'Ulloa durch die franzöſiſchen Truppen und die Rückgabe derſelben an die Regierung der Republik, ſammt allen in Beſitz genommenen Kriegsbedürfniſſen nebſt dem dazu gehörigen Inventar, zu veranlaſſen, ſobald die gegenwärtigen Differenzen mit Frankreich beſeitigt ſind. Art. 5. Die franzöſiſchen Unterthanen, welche in Folge der Feindſeligkeiten genöthigt geweſen ſind, Veracruz zu verlaſſen, erhalten vollkommene Freiheit, dahin zurückzukehren. Ihre Perſonen und ihr Eigenthum ſollen reſpectirt, auch jeder Schaden, den das letztere während ihrer Abweſenheit etwa erlitten hat, durch geeignete Entſchädigung von Seiten des mexicaniſchen Volkes und der Behörden erſetzt werden; dieſe den franzöſiſchen Unterthanen gebührenden Entſchädigungen werden nach den Entſcheidungen der Gerichtshöfe der Republik geregelt werden. Der gegenwärtige Tractat iſt doppelt ausgefertigt; einmal in franzöſiſcher Sprache für den Admiral Baudin, und einmal in ſpaniſcher Sprache für den General Don Manuel Rincon; nachdem er von den contrahirenden Parteien geleſen, iſt er am Bord der königlichen Fregatte „Nereide" unterzeichnet worden."

Das in Neworleans erſcheinende Commercial-Bulletin, vom 8. December, dem auch die franzöſiſchen Blätter ihre Nachrichten entnommen haben, bemerkt zu dem Berichte von dem Siege der Franzoſen und zu dem Tractate Folgendes: „Letzterer trägt einen merkwürdigen Character an ſich und iſt ein neuer Beweis der Schwäche der mexicaniſchen Regierung und der Unzulänglichkeit ihrer Militärmacht. Es bedurfte nicht der Zerſtörung des Forts von San Juan d'Ulloa, um uns von der großen Fertigkeit der franzöſiſchen Artilleriſten zu überzeugen, aber es müſſen uns andere Beweiſe beigebracht werden, bevor wir glauben können, daß die hölzernen Wände der Kriegsſchiffe beſſer geeignet ſind, den Wirkungen der Kugeln zu trotzen, als die Erd- oder Steinwälle einer Feſtung. Wären die Kanonen des Forts durch franzöſiſche Artilleriſten bedient worden, ſo vermuthen wir, daß das Reſultat ganz anders ausgefallen wäre." Aus dem Berichte eines Offiziers von dem amerikaniſchen Kriegskutter „Woodbury," welcher während des Gefechts auf Piſtolenſchußweite von der franzöſiſchen Flotte entfernt kreuzte, welchen Bericht ebenfalls das „Commercial-Bulletin" mittheilt, ſcheint nun auch allerdings hervorzugehen, daß die Mexicaner unbeſonnenerweiſe die Franzoſen ganz ungeſtört eine bequeme Poſition einnehmen ließen, bevor ſie ihr Feuer eröffneten. Der Offizier erzählt unter Anderm: „Am Morgen des 27. November kam die letzte Botſchaft von den mexicaniſchen Behörden an den franzöſiſchen Admiral. Sie ſoll gelautet haben: Krieg bis zum Meſſer (guerra à cuchillo) und vom Meſſer zum Griff. Darauf ging bei ſehr ſchönem und ruhigem Wetter eine franzöſiſche Flottenabtheilung, beſtehend aus drei zweideckigen Fregatten, vier Kriegsſloops, eben ſo vielen Briggs und Bombenſchiffen unter Segel und nahm dann eine engliſche Meile davon ihre Stellung quer vor dem Fort, ohne dabei auf irgend eine

Weiſe beunruhigt zu werden. Um 2½ Uhr begann das Bombardement von Seiten der franzöſiſchen Schiffe; in demſelben Augenblicke wurde die mexicaniſche Flagge auf dem Fort aufgezogen und das Feuer raſch erwiedert. Zwiſchen 4 und 5 Uhr thaten die franzöſiſchen Bomben ihre Wirkung, zwei heftige Exploſionen fanden Statt, und das Fort war momentan durch den Rauch gänzlich verhüllt. Als ſich derſelbe verzog, ſah man, daß eines Theils das Obſervatorium auf der höchſten Batterie, welches das Feuer am kräftigſten unterhalten hatte, vollkommen zertrümmert war. Die andere Exploſion hatte in einer niedriger gelegenen Batterie Statt gehabt, 200 Mann unter den Trümmern begraben und auf einmal 170 Geſchütze demontirt, wie man in der Stadt wiſſen wollte. Deſſenungeachtet dauerte das Feuern bis 8 Uhr fort, zu welcher Zeit daſſelbe vom Fort eingeſtellt wurde; 400 Mann von der Beſatzung ſind getödtet oder verwundet, darunter 35 Offiziere; der Oberſt Cela vom Bataillon Aldama, der Zweite im Commando, iſt geblieben. Von dem franzöſiſchen Geſchwader fehlen die officiellen Berichte über den erlittenen Verluſt, indeß iſt, wie der Befehlshaber der amerikaniſchen Kriegsſloop „Erie" berichtet, der dem Admiral Baudin am Morgen nach dem Gefechte einen Beſuch abſtattete, die Fregatte „Iphigenie" allein durch 100 Kugeln getroffen worden. Am 28. November um 2 Uhr wurde die dreifarbige Fahne auf dem Fort aufgezogen und von allen franzöſiſchen Kriegsſchiffen, 27 an der Zahl, mit Salutſchüſſen begrüßt." Das Commercial-Bulletin zeigt noch an, daß die franzöſiſche Fregatte „Hermione," mit dem Commodore Bazoche am Bord, welcher bekanntlich bis zur Ankunft des Admirals Baudin das Blockadegeſchwader befehligte und bei dem Angriff nicht zugegen war, auf der Höhe von Bermuda verunglückt ſei. Was die nächſten von den Franzoſen, nach der Einnahme von San Juan d'Ulloa zu thuenden Schritte betrifft, ſo ſcheint es, daß ſie allen Ernſtes eine gütliche Vereinbarung bezwecken. Wenigſtens wird berichtet, daß Admiral Baudin unmittelbar nach der Beſetzung des Forts einen neuen Abgeordneten nach Mexico abgeſchickt habe, um mit der mexicaniſchen Regierung ſelbſt zu unterhandeln.

Das brittiſche Packetboot „Sheldrake," ſchreibt der Globe, iſt mit Nachrichten aus Veracruz bis zum 10. November in Falmouth eingelaufen (die Einnahme des Schloſſes San Juan d'Ulloa erfolgte bekanntlich erſt am 27. November). Die ganze Republik Mexico war in großer Aufregung, indem die Gräuel des Bürgerkrieges noch zu den andern Schwierigkeiten hinzugekommen, mit denen die Regierung zu kämpfen hatte. Oberſt Montenegro hatte die Fahne der Unabhängigkeit in Tampico aufgepflanzt, und den Ort befeſtigt; er verweigerte dem „Sheldrake" jeden Verkehr mit der Küſte, geſtattete jedoch die Einſchiffung der Briefpoſt. Eine Conducta mit 900,000 Dollars, die auf dem Wege nach Tampico war, verzögerte unter dieſen Umſtänden ihre Reiſe, da man glaubte, der Hauptzweck des tapfern Oberſten ſei, durch die Wegnahme von einer oder zwei Conductas Beute zu gewinnen. Auf Weiſung der brittiſchen Kaufleute machte daher die Conducta in Santa Barbara Halt. Der „Sheldrake" hat daher nur 100,000 Dollars mitgebracht, und das nächſte Packetboot wird wohl gar keine Species an Bord haben. Im Hafen von Tampico lagen übrigens keine Kriegsſchiffe.

Ein Schreiben aus Havannah vom 10. December, im Standard, ſpricht von einer Verletzung der brittiſchen Flagge durch das franzöſiſche Geſchwader an der Küſte von Mexico, indem auf das Packetboot „Sheldrake," ungeachtet die Flagge offen auf ihm geweht habe, geſchoſſen worden ſei. Eine engliſche Fregatte, der „Madagascar" von 46 Kanonen, war von der Havannah nach Veracruz abgegangen.

Braſilien.

Der Londoner Globe ſchreibt aus Rio de Janeiro vom 20. November: „Von dem Richter des Bezirks Vaſſouras iſt ein Bericht vom 15. eingelaufen über eine von ihm und dem Oberſtlieutenant Lima, welcher den Nationalgardiſten zu Hülfe kam, unternommene Expedition zur Unterdrückung eines gefährlichen Aufſtandes der Sclaven auf der Pflanzung des Capitäns Franciſco Xavier. Die Schwarzen hatten auf dem Wege, den ſie nahmen, von Stunde zu Stunde Verſchanzungen errichtet. Nach mehrſtündigem Marſche erreichte ſie die Expedition. Auf die Aufforderung zur Ergebung antworteten ſie mit Hohn und einer Flintenſalve. Als ſie jedoch mit Ernſt angegriffen wurden, zogen ſie ſich mit Zurücklaſſung 7 Todter und 23 Verwundeter zurück. Unter den Todten iſt der Schwarze, den ſie Vicekönig nannten; unter den Verwundeten, die von den kaiſerlichen Truppen gefangengenommen wurden, befindet ſich Einer, den ſie den König nannten. Eine andere Abtheilung der empörten Schwarzen ſoll die Abſicht hegen, eine Pulvermühle anzugreifen und die übrigen Schwarzen in der Gegend zum Anſchluſſe an den Aufſtand zu bewegen."

Nach dem Despertador, einem Blatte von Rio de Janeiro, vom 21. November hat der neue Präſident von Uruguay, General Don Fructuoſo Rivera, den Don Andreas Lamas zum Staatsſecretär des Auswärtigen und den Don Leon Caſas zum Finanzminiſter ernannt, auch die von ſeinem Vorgänger Oribe organiſirte Miliz aufgelöst.

Portugal.

Es ſind Nachrichten aus Liſſabon bis zum 31. December in England eingegangen. Der ſpaniſche Botſchafter, Don Perez de Caſtro, welcher bekanntlich ſeine Ernennung zum Premierminiſter angenommen hat, wollte Liſſabon am 10. Jänner verlaſſen. In den Kammern war nichts von Wichtigkeit vorgekommen. Der Senat konnte in Folge von Todesfällen, Reſignationen und

doppelten Wahlen kaum die erforderliche Zahl ſeiner Mitglieder aufbringen. In der Deputirtenkammer war der Bericht der Commiſſion zur Verificirung der Vollmachten vorgelegt worden; derſelbe räumt ein, daß in den meiſten Diſtricten große Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen Statt gefunden hätten, jedoch nirgends ſo, wie in Braga, und die Commiſſion ſchlägt daher vor, die dortigen Wahlen für ungültig zu erklären und neue auszuſchreiben; dagegen iſt ſie in Bezug auf andere der Meinung, daß die Wohlfahrt von Portugal es erfordere, dieſelben für gültig zu erklären. Die Debatten über dieſen Bericht begannen am 29. und wurden am 31. fortgeſetzt. Man glaubte allgemein, die Kammer werde den Bericht annehmen. Die Commiſſionsmitglieder hatten erklärt, ſie würden ſich nicht die geringſte Aenderung gefallen laſſen. — Die Einſchiffung von Weizen nach England währte fort. — Ein Guerillaführer Namens Collas war gefangengenommen und ſein Trupp zerſtreut worden. Ueberhaupt hatten die Regierungstruppen in der letzten Zeit mehrere Vortheile über dieſe Banden errungen. — Der Graf das Antas, der ſich bisher geweigert hatte, ſeinen Poſten als Gouverneur von Oporto zu verlaſſen, war in Liſſabon angekommen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der in Liverpool eingelaufene „Pocohontas" hat Blätter aus Philadelphia mitgebracht, die um zwei Tage neuer ſind, als die mit dem letzten Packetboot eingelaufenen. Sie enthalten indeß nichts Neues, mit Ausnahme eines in der United-States-Gazette veröffentlichen Tagsbefehls aus Harrisburgh vom 19. December, welcher ſämmtliche dahin geſandte Truppen wieder nach Philadelphia zurückbeorderte, ſo daß man die Wahltumulte in Harrisburgh als beendigt anſehen darf.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 6. Jänner enthält ein Decret der Regentinn, durch welches eine aus einer Anzahl von Finanzmännern, Kaufleuten, Landwirthen ꝛc. beſtehende Commiſſion mit Vorbereitung einer Reviſion des Zolltariffs beauftragt wird. Sie ſoll unter Anderm über die Aufhebung der beſtehenden Einfuhrverbote, in der Art, daß dadurch der Schmuggel unterdrückt, zugleich aber auch die inländiſche Induſtrie gehörig beſchützt werde, Vorſchläge machen. Präſident der Commiſſion iſt Arguelles; unter ihren Mitgliedern befinden ſich die frühern Miniſter, Marquis von Valgornera und Alcala Galiano und der Bankier Ferrer.

Nachſtehendes iſt der Inhalt der (in unſern Blättern erwähnten) Adreſſe, welche der Senat gegen die in den Provinzen durch die Repreſſalien-Junten angeordneten Grauſamkeiten an die Regentinn richten will: „Der Senat würde ſeinen Pflichten nicht zu genügen glauben, wenn er es unterließe, jetzt, da die Leiden des Vaterlandes ſich auf eine unerwartete Art vermehren, ſie Ew. Majeſtät, von der er die geeignete Abhülfe erwartet, darzulegen. Der verheerende Krieg, der uns ſeit ſo langer Zeit betrübt, begann, und zwar nothwendigerweiſe, mit jenem Character der Erbitterung, der Kriegen dieſer Art eigen iſt. Dann nahm er in den Nordprovinzen zum Glück eine regelmäßige Form an, und in den öſtlichen Provinzen erſchien er factiſch ebenfalls in regelmäßiger Geſtalt; allein, als ob die ſchrecklichen Leiden, die ſtets einem Bürgerkrieg eigen ſind, nicht hinreichend wären, hat er ſeit einiger Zeit einen ſo grauſamen Character angenommen, daß Schandthaten begangen werden, vor denen die civiliſirte Welt ſich entſetzen muß. Die Unmenſchlichkeit, mit der die Feinde viele unſerer Soldaten hinopferten, nachdem ſie beſiegt waren, regte die Leidenſchaften auf, und die Leidenſchaften ließen die Stimme der Vernunft und Gerechtigkeit verſtummen. Der Senat mußte ſich entſetzen, als er erfuhr, daß es auch unter uns einige Behörden und ſogar neu errichtete Junten gab, die unter dem Vorwande von Repreſſalien friedfertige Menſchen und waffenloſe Gefangene, denen das Leben zugeſichert war, hinſchlachteten, und dadurch zu gleicher Zeit die Sache der Menſchheit und den hochherzigen Nationalcharacter entwürdigen. Wenn man nun einmal die unglückliche Nothwendigkeit der Strenge, um dem unmenſchlichen und barbariſchen Verfahren des Feindes, ſo lange er dabei beharrt, Zügel aufzulegen, nicht verkennen kann, ſo fordert doch die betrübte Menſchheit, daß man durch Mittel, die mit der Ehre der Nation und des Throns vereinbar ſind, ihn zu einer Aenderung ſeines Betragens zu bewegen, und dem verderblichen Kampfe ſo viel als möglich eine regelmäßige Geſtalt zu geben ſuche, damit ſich das Unheil desſelben vermindere, bis uns der Himmel den Sieg, den ohne Zweifel die gerechte Sache Ihrer erlauchten Tochter und der Freiheit verdient, und mit ihm den Frieden, nach welchem das Volk ſich ſehnt, verleihe. Und wenn ein ſo edler Zweck nicht erreicht werden könnte, weil die Feinde dabei beharren, die Stimme der Menſchlichkeit zu verkennen, und auf das frechſte die Grundſätze des Völkerrechts, und die von allen gebildeten Völkern beobachteten Geſetze des Krieges zu verletzen, ſo möge es doch nur den Obergenerälen obliegen, mit den nothwendigen Befugniſſen bekleidet, die zweckmäßigen Mittel heilſamer Strenge mit jener Klugheit und Umſicht, von denen wir bei verſchiedenen Gelegenheiten Beiſpiele geſehen haben, anzuordnen. Dieß ſind die Wünſche, welche der Senat für nöthig hält, zu Ew. Majeſtät zu erheben, in der feſten Ueberzeugung, daß die Frevel, welche er beklagt, Ew. Majeſtät mütterliches und fühlendes Herz nicht weniger erſchüttern. Auch iſt er überzeugt, daß Ew. Majeſtät in Ihrer Weisheit ſich zu beeilen beruhen werden, die ſchicklichſten Anordnungen zur Abſtellung derſelben zu ergreifen. Sollte eine geſetzgebende Maaßregel dazu er-

forderlich seyn, so werden Ew. Majestät den Senat stets bereit finden, so weit es seine Befugnisse erlauben, die wohlthätigen und heilsamen Absichten Ew. Majestät zu unterstützen. Madrid, 2. Jänner 1839. — Der Herzog von Bailen. — Der Herzog von Castrotorreño. — Der Graf von Vigo. — José Isla Fernandez. — Der Graf Ezpeleta." — Diese Adresse wurde am 2. Jänner im Senate verlesen, und es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß dieser seine Einwilligung zu Ueberreichung derselben an die Regentinn ertheilen werde.

Die Deputirtenkammer hat die Bestimmung des Gesetzes über die Requisition von Pferden und Maulthieren dahin abgeändert, daß statt der zu liefernden Maulthiere auch ein Surrogat von 2500 Realen für jedes bezahlt werden darf. Die Minister hatten diese Abänderung bekämpft.

Maroto, der Carlistische Obergeneral, ist, Nachrichten aus Navarra zufolge, an der Spitze imposanter Streitkräfte über die Arga gegangen. — Die Nachricht, der Carlistische General Balmaseda sei wegen der von ihm angeordneten Erschießung einiger Christinischen Offiziere abgesetzt und zum Tode verurtheilt worden, wird für grundlos erklärt.

Großbritannien und Irland.

Die Berichterstatter der ministeriellen Zeitungen versichern, daß in Manchester und der Umgegend durchaus nicht solche Aufregung herrsche, wie es von radicaler Seite behauptet werde, und daß nur ein sehr geringer Theil der arbeitenden Bevölkerung das wilde Treiben der Agitatoren Stephens, Oastler und Consorten billige.

Die Naval and Military-Gazette schreibt: „Die Recrutirung der Armee geht gut vorwärts, und von allen Seiten her hören wir, daß eine sehr gute Classe von Leuten ihre Dienste anbietet, hauptsächlich Leute, die ohne Beschäftigung sind, doch aber auch einige, welche in der Hoffnung zum Offizier aufzusteigen, eintreten. Niemals war diese Aussicht in gleichem Grade vorhanden, und wir hoffen, daß das jetzt befolgte System, demzufolge zwei Drittheile der erledigten Fähnrichs- (Unterlieutenants-) Stellen an Sergeutmajors, Quartiermeister und selbst an Sergenten vergeben werden, viele junge Leute von besserem Stand und Erziehung zum Eintritt in den Dienst bewegen wird. Erreichen auch wenige den Grad eines Offiziers, so gibt dieß doch einen guten Stock von Unteroffizieren, und diese nun schätzbare Classe muß bald einen bessern Sold und bessere gesellschaftliche Stellung erlangen. —Im verflossenen Monat sind über tausend Matrosen in den königlichen Dienst getreten, und die Zahl, welche für das laufende Jahr vom Parlamente verwilligt wurde, wird nun bald voll seyn. Es geht das Gerücht, daß die Admiralität zu Portsmouth, Plymouth, Sheerneß und Chatham die gewöhnliche Matrosenzahl (ordinary establishment) an Bord eines segelfertigen Schiffes vom ersten oder zweiten Range gehen lassen, und an Bord dieser und der Flaggenschiffe einige hundert verfügbare Supernumerarien halten wird, um nöthigenfalls eine Flotte von 8 oder 10 Linienschiffen augenblicklich auslaufen lassen zu können.

Nach Berichten aus Montreal in Niedercanada vom 14. December soll sich ergeben haben, daß Sir John Colborne bei Einsetzung des Kriegsgerichts seine Befugnisse überschritten habe, die Verhandlungen dieses Gerichts daher ungesetzlich seien. Der Vertheidiger der vor das Gericht gestellten Insurgenten, Hr. Hart, hat, dieser Ungesetzlichkeit wegen, Einspruch gethan, und die Sache ist deßhalb an den obersten Justizhof zur Entscheidung verwiesen worden. Zwei Richter von Quebec, die HH. Panet und Bedard, welche, dieser Ungesetzlichkeit wegen, einzuschreiten sich geweigert hatten und von Sir John Colborne abgesetzt wurden, sind nach England abgegangen, um sich Genugthuung zu verschaffen. Für das Schlimmste bei der Sache hält man den Umstand, daß, wenn das Kriegsgericht in Montreal ungesetzlich ist, das in Kingston ebenfalls ungesetzlich seyn würde, so daß an den bis jetzt auf den Grund der von demselben abgegebenen Urtheile hingerichteten Insurgenten ein Justizmord begangen wäre, dessen Verantwortlichkeit Sir John Colborne oder seine juristischen Rathgeber zu tragen hätten.

Schweden und Norwegen.

Am Neujahrstage fand in Stockholm die übliche Neujahrs-Assemblee im großen Börsensaale Statt, wo auch die Königinn, so wie der Kronprinz und die Kronprinzessinn, erschienen.

Von Sr. Majestät dem Könige sind Nachrichten aus Christiania bis zum 29. December eingegangen. An diesem Tage hatte eine von Drammen eingetroffene Deputation die Ehre, von Sr. Majestät empfangen zu werden.

Die Schwedische Staatszeitung enthält die Rede, welche bei Gelegenheit der letzten Reise Seiner Majestät des Königs von Norwegen von dem Landesgouverneur von Ostgothland, Freiherrn von Palmstjerna, zu Norrköping im Namen und Auftrag einer zahlreiche Deputation der vier Reichsstände dieser Provinz an Sr. Majestät gehalten wurde *): „Großmächtigster, Allergnädigster König! Es war jederzeit eine der vorzüglichsten Pflichten des Landeshauptmanns, die Anliegen des Volkes an dem Throne Ew. königl. Majestät niederzulegen. Diese Pflicht in Anspruch nehmend, haben die ausgezeichneten und achtungswerthen Einwohner dieser Provinz, denen hier das Glück zu Theil wird, Ew. Majestät

*) Die Antwort Sr. Majestät des Königs auf diese Anrede haben wir in unserm Blatte vom 30. December v. J. mitgetheilt.

aufzuwarten, mir aufgetragen, mich Ew. königl. Majeſtät als der Dolmetſch ihrer Geſinnungen, und als das Organ ihrer Gedanken ehrfurchtsvollſt zu nähern. Keine Pflicht kann wohl mit heitererm Muthe erfüllt werden. Wo es ſich darum handelt, unſere ehrerbietige Anhänglichkeit für den König und ſein geliebtes Haus zu bezeugen, vereinigen ſich auch unſere Meinungen, um die Freude, Ew. königl. Majeſtät wieder unter uns zu ſehen, auszuſprechen, und die Vorſehung zu preiſen, welche ihre ſchützende Hand über das Leben Ew. königl. Majeſtät ausgeſtreckt hat, als es vor kurzem in der augenſcheinlichſten Gefahr ſchwebte. — Der Oſtgothe iſt einfach und gerade; wir ſind nicht gewöhnt, unſere Gefühle in ſchmeichelnde Worte einzukleiden, wohl aber ſie mit Aufrichtigkeit auszudrücken und mit Offenheit unſere Meinungen auszuſprechen. Wir benützen hierzu die glückliche Gelegenheit, die uns durch die Ankunft Ew. königl. Majeſtät in unſerer Gegend geboten wird. Geruhen Ew. Majeſtät die Huldigungen gnädigſt aufzunehmen, die wir Ihnen hier mit wahrer und unterthänigſter Ehrfurcht darbringen. Mit dem tiefſten Gefühle von Erkenntlichkeit erinnern wir uns alles des Guten, was Ew. königl. Majeſtät dem Vaterlande gewährt haben, und mit aller Dankbarkeit erkennen wir die tägliche und unermüdliche Fürſorge Ew. königl. Majeſtät auch in jenen Angelegenheiten, wo Ihre allerhöchſten Wünſche, ſo wie die unſerigen, auf eine befriedigende Weiſe noch nicht haben erfüllt werden können. — Wir erinnern uns der erſten Ankunft Ew. königl. Majeſtät in unſerm Vaterlande und der ſchönen Hoffnungen, die ſich da an Ew. königl. Majeſtät Perſon geknüpft haben. Wir haben ſie Alle erfüllt geſehen, und jede ſchwediſche Bruſt iſt von Jubel und Dankbarkeit durchdrungen. Seit dieſer Zeit hat das ganze ſchwediſche Volk Verpflichtungen gegen Ew. königl. Majeſtät zu erfüllen, die kein Zeitraum in Vergeſſenheit bringen kann, und auf die alle unſere Gedanken gerichtet ſind. — Ein Vierteljahrhundert von Frieden und Sicherheit hat ſeitdem ſeine Fittige über Scandinavien ausgebreitet, und ein jüngeres Geſchlecht hat angefangen in das wirkſame Leben einzutreten. Wie es der Jugend oft geſchieht, ſowohl das geſuchte Ziel, als auch die Hinderniſſe, die es verbergen, zu überſpringen, ſo iſt es auch geſchehen, daß viele dieſer jüngern Leute mit ihrer Einbildungskraft mehr geſehen haben, als mit dem Ernſte des ruhigen Forſchers zu ſehen war, und in dieſen Ideen ausſchweifend, hat man auch das Wort jene Gränze überſchreiten laſſen, die Geſetze und Sitten, Vernunft und Schicklichkeit, vereint gegen die Thorheit und Dreiſtigkeit der Eigenliebe aufzuſtellen haben. Wir tadeln laut die Hintanſetzung allgemeiner Pflichten, wovon leider in Zeit- und Flugſchriften häufige Beiſpiele zu finden ſind, und obgleich wir ſelten Gründe finden, Meinungen zu äußern, die nicht auch zu Handlungen berechtigten, ſo ſtehen wir doch nicht an, in der That aufzutreten, wenn es nöthig wird, die Grundlagen unſerer Meinungen ſicherzuſtellen. In unſerm entfernten und ruhigeren Kreiſe darum aber nicht für das allgemeine Wohl gleichgültig, bitten wir Ew. königl. Majeſtät, uns huldvoll die Verſicherung zu geſtatten: daß, ſo gewiß jeder Gutgeſinnte Verbeſſerungen in unſerer Staatsverfaſſung wünſcht, wir eben ſo gewiß auch die Bitterkeit und Feindſeligkeit, ſo wie die Einmiſchung von Perſönlichkeiten verabſcheuen, die in den letztern Zeiten ſich ſo oft dargethan haben. Wir ſind in dem Glauben erzogen — und bleiben dabei, — daß der Gehorſam gegen die Geſetze nicht allein auf den Blättern der Urkunden ſtehen, ſondern auch durch die Handlungen bewährt werden muß, und daß die Ehrfurcht vor dem Oberhaupte des Staates eine Pflicht iſt, welche Jeder dem Andern ſchuldet, und ohne welche Ordnung, Einigkeit und Zuſammenhalten unſerer Staatsverfaſſung und unſerer Selbſtſtändigkeit den gedeihlichen Schutz zu geben, außer Stande ſeyn würden. — Wir haben niemals Jemanden ermächtiget, ſich über unſere Anliegen in Druckſchriften vor der Welt zum Organ vermeinter Beſchwerden aufzuwerfen. Wenn wir auch das Bedürfniß von Verbeſſerungen und Fortſchritten erkennen, ſo wiſſen wir doch auch, daß dieſe am ſicherſten erreicht werden, wenn wir auf grundſetzlichem Wege uns an Ew. königl. Majeſtät wenden. Sollten wir es wirklich nöthig finden, Wünſche oder Klagen der Beherzigung Ew. Majeſtät unterthänigſt vorzulegen, ſo brauchen wir hierzu keinen unberufenen Mittler. Nie war dem ſchwediſch-gothiſchen Volke der Weg zum Throne verſperrt, und am wenigſten wird ſeine Stimme von dem Könige verkannt werden, vor welchem wir hier zu ſtehen das Glück haben; Geſetz und Sitte bezeichnen dieſen Weg, und er iſt unſern Herzen nicht unbekannt. — Um ſo weniger können wir mit Gleichgültigkeit das kühne Spiel bemerken, wodurch die Schmähſucht das geſellſchaftliche Lebensprincip, das allgemeine Vertrauen zwiſchen Obrigkeit und Volk zu untergraben bemüht iſt. Lebhaft überzeugt, daß über dieſen hochwichtigen Gegenſtand die Geſinnungen aller Provinzen mit den unſerigen übereinſtimmen, wagen wir die unterthänigſte Bitte, daß dieſes unerläßliche gegenſeitige Vertrauen, bei uns ſo unerſchütterlich begründet, ſich in dem königlichen Gemüthe Ew. Majeſtät nie vermindern möge! Wir ſind gewiß, daß eine überwiegende Mehrzahl der Einwohner dieſes Reiches, obwohl, wie wir im Stillen und in Ruhe beſchäftigt, eigene Angelegenheiten zu beſorgen, ohne an dem Streite über die Fragen des Tages Antheil zu nehmen, bereit ſeyn wird, wenn die Umſtände bedenklich werden ſollten, die Forderungen der Zeit einzuſehen, und das einzelne Wohl dem Allgemeinen aufzuopfern. — Jeder Staat, der ſich einer freien Verfaſſung erfreut, hat auch die Uebertreibungen auf die Bahn der Beſonnenheit einlenken geſehen, und der Zeitpunct kann nicht mehr entfernt ſeyn, wo Ew. königl. Majeſtät die Befriedigung genießen werden, die Irrungen verſchwunden und vergeſſen, die verſchiedenen Arten der Beurtheilung

öffentlicher Geschäfte sich mit Achtung für entgegengesetzte Meinungen aussprechen und alle in dem Gefühle für die Ehre des Vaterlandes, für König und Könighaus vereinigt zu sehen. — Möge der Himmel Ew. königl. Majestät beschützen und mit Glück und Gesundheit Ihre Reise zum Brudervolke vollbringen lassen. — Gott erhalte den König!"

Frankreich.

Nachrichten aus Constantine vom 22. December enthalten genauere Berichte über die Expedition des Generals Galbois nach Setif. Anhaltender Regen hatten ihn einige Tage in Milah aufgehalten; um aber den Marschall Valée, den er auf der Straße nach Algier entgegengehen sollte, nicht warten zu lassen, marschirte er am 10. dennoch nach Setif ab. Die Wege waren bodenlos; die Colonne konnte täglich nicht über vier oder fünf Stunden zurücklegen. Die Eingebornen erwiesen sich jedoch auf dem ganzen Wege friedlich und brachten Gerste für die Pferde. Am 15. endlich kam Galbois mit etwa hundert Kranken in der Ambulance, zu Setif an. Am folgenden Tage erschien ein Bote mit der Nachricht aus Algier, daß der Marschall seinen Zug verschoben habe. Der General versammelte jetzt die Häuptlinge der Umgegend, um ihre Unterwerfung entgegenzunehmen, beschenkte sie mit rothen Burnus und ließ von ihnen den Sidi-Ahmed-Ben-Mohammed-Beu-el-Hadschi-Buzio-el-Mograni als Kalifa der Medschana anerkennen. Dieser kehrte jedoch mit den französischen Truppen nach Milah zurück, da ihm der General die von ihm verlangte Sicherheitswache von 1000 Mann nicht bewilligen konnte.

Auch zu Rouen hatte der Korntheuerung wegen ein Volksauflauf Statt. Das Volk bemächtigte sich des zur Einschiffung bestimmten Getreides. Die Gendarmerie jedoch und ein Theil der Nationalgarde stellten ohne Mühe die Ordnung wieder her.

Die Pariser Journale vom 14. Jänner sind gestern hier nicht eingetroffen.

Niederlande.

Berliner Blätter melden aus dem Haag vom 11. Jänner: „Sämmtliche Beurlaubte von der Infanterie haben die Weisung erhalten, sich sofort zu ihren Truppencorps zu begeben. In den Städten, wo der Abmarsch der Truppen einen Mangel an jeder militärischen Besatzung zur Folge hat, sollen die städtischen Bürgergarden einstweilen den Garnisonsdienst verrichten. — Der Prinz von Oranien hat sich gestern von hier nach dem Hauptquartier begeben."

Belgien.

Brüsseler Blätter geben über die gegenwärtige Vertheilung der belgischen Armee folgende Auskunft: Regiment der vereinigten Grenadiere und Voltigeurs, Generalstab in Löwen; 1stes Infanterieregiment, Generalstab in Beverloo, Depot in Philippeville; 2tes Infanterieregiment, Generalstab in Namur, Depot in Charleroi; 3tes Infanterieregiment, Generalstab in Namur, Depot in Ath; 4tes Infanterieregiment, Generalstab in Termonde, Depot in Ath; 5tes Infanterieregiment, Generalstab in Lüttich, Depot in Ypern; 6tes Infanterieregiment, Generalstab in Huy, Depot in Brügge; 7tes Infanterieregiment, Generalstab in Antwerpen, Depot in Brügge; 8tes Infanterieregiment, Generalstab in Antwerpen, Depot in Ypern; 9tes Infanterieregiment, Generalstab im Lager von Beverloo, Depot in Mons; 10tes Infanterieregiment, Generalstab in Brüssel, Depot in Audenarde; 11tes Infanterieregiment, Generalstab in Brüssel, Depot in Menin; 12tes Infanterieregiment, Generalstab in Namur, Depot in Tournai. — 1tes Jägerregiment zu Fuß, zu Löwen und Mons; 2tes Jägerregiment zu Mecheln und Menin; 3tes Jägerregiment zu Hasselt und Audenarde. — Garnisoncompagnien: Nr. 1 in Alost, Nr. 2 in Vilvorde, Nr. 3 in Gent. — Sappeur-Mineurs: Generalstab und Depot im Lager von Beverloo, mit den Compagnien Nr. 1, 3 und 5; Nr. 2 in Gent, Nr. 4 in Diest, Nr. 6 in Venloo, Nr. 7 und 8 in Lüttich. — Artillerieregimenter: Nr. 1 in Tournai, Nr. 2 in Antwerpen und Nr. 3 in Lüttich. Train-Escadron in Mons. — Handwerkercompagnie in Antwerpen. Garnisonartillerie-Compagnie in Charleroi; Pontonnier-Compagnie in Lüttich; Bataillon zur Deckung der Schelde in Beveren; Jäger zu Pferde: Nr. 1 in Mecheln und Ypern, Nr. 2 in Namur und Charleroi. — Uhlanen: Nr. 1 in Tournai, Nr. 2 in Löwen und Philippeville. Küraffiere: Nr. 1 in Gent, Nr. 2 in Brügge und Audenarde. — Guidenregiment in Brüssel. Ausländerdepot in Ypern. Strafcompagnien: Nr. 1 in Dinant und Nr. 2 in Bouillon. — Reserve: 13tes Infantrieregiment (Stab), in Antwerpen, 14tes in Vilvorde, 15tes in Gent, 16tes in Brügge, 17tes in Mons, 18tes und 19tes in Lüttich, 20stes und 21stes in Namur.

Der Oberst Bouthony ist zum Chef des Generalstabes in Venloo ernannt worden, wohin sich der General Daine am 10. Jänner begeben sollte. Der letztere hat den General Breuer zum ersten Adjutanten und seinen Sohn, den Guidenlieutenant Daine, zum Ordonnanzoffizier erhalten.

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben mittelst allerhöchst eigenhändig unterzeichneten Diploms den Rittmeister des 2ten Chevauxlegersregimentes Prinz Hohenzollern, Mathias Schiffert, in den Adelsstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Ehrenworte und Prädicate „Edler von Siegbrul" allergnädigst zu erheben geruht.

Am 21. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	108¼.
detto	detto	zu 4 pC.	in C.M.	—.
detto	detto	zu 3 pC.	in C.M.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in C.M.	283½.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in C.M.	157¼.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in C.M.	700½.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.			in C.M.	65½.

Bankactien pr. Stück 1489 in C.M.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 23

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 23. Jänner 1839.

K. K. ZEITUNGS 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 21. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.530	28Z. 3L. 6P.	+ 1.1	W. still.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.319	28 0 11	+ 2.3	SW. schwach.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27.265	28 0 3	+ 4.1	NW. stark.	Wolken.

Spanien.

Ueber das (in unserm Blatte erwähnte) für die Carlisten siegreiche Gefecht in der Provinz Santander gibt ein Schreiben aus Bayonne vom 11. Jänner folgende Details: „Ein ernstes Gefecht wurde zwischen den Truppen Castañeda's und den Carlisten der Linie des Gebirgs von Santander geliefert. Der Kampf fand am 2. in der Umgegend der Stadt Ampuero Statt. Die Christinos hatten den Vortheil der Stellung; sie hielten die Höhen von Pozozal, Tarago und San Roque besetzt; ihre Artillerie unterhielt von diesem letztern Punete aus ein sehr lebhaftes Feuer gegen den Brückenkopf von Udalla. Die Vertheidiger dieses Forts wurden gezwungen zu kapituliren. Indessen hatte der Carlistische Häuptling Goni einen Scheinangriff gegen San Roque durch die Division von Payia und gegen Tarago durch Castor ausführen lassen, während er selbst im Centrum operirte. Die Christinos wurden nacheinander aus ihren Stellungen geworfen, und zogen sich auf Ampuero zurück. Man schätzt den Verlust der Christinos auf 700 Mann an Todten und Verwundeten, die Carlisten verloren 100 Mann. Die Division Castor hat am meisten gelitten. — Man spricht auch von einem Vortheil, den Carrion bei Camporedondo erfochten habe."

Großbritannien und Irland.

Die Lords des Schatzes haben unterm 7. d. M. den Commissarien für die Reducirung der Nationalschuld die Anzeige gemacht, daß in dem ersten Quartal dieses Jahres keine Summe für den Tilgungsfonds disponibel sei, weil die Staatsausgaben des Finanzjahres, welches mit dem 10. October 1838 abschloß, 795,835 Pf. 19 Sh. 6¼ P. mehr betragen haben, als die Staatseinnahmen desselben Zeitraums. — Am 7. ist der Bericht über die Staatseinnahmen des mit dem 5. Jänner abschließenden Finanzjahres und Quartals veröffentlicht worden. Dieser ergibt, im Vergleich zu den entsprechenden Zeiträumen des vorhergehenden Finanzjahres, sowohl auf das ganze Jahr als auf das Quartal eine Zunahme der Einkünfte, die auf jenes 1,075,203, auf dieses 547,331 Pf. beträgt. Am bedeutendsten ist der Mehrertrag in den Zöllen gewesen, wo er sich auf 331,110 Pf. beläuft. Dagegen hat in den directen Steuern auf das ganze Jahr ein geringer Ausfall, auf das Vierteljahr aber wieder eine Zunahme Statt gefunden. In der Post waren die Einnahmen im ganzen Jahre höher, aber auf das letzte Vierteljahr ergaben sie einen Ausfall von 11,000 Pf. Dieß wird dem Umstande zugeschrieben, daß in dem entsprechenden Quartal von 1837 die Correspondenz durch die damaligen allgemeinen Wahlen sehr gesteigert wurde. Die Kronländereien figuriren in den Tabellen des letzten Jahres zum ersten Male als ein besonderer Einnahmezweig und liefern 170,000 Pf. zu der Vermehrung der Einnahmen. Im Ganzen wird das Resultat von den ministeriellen Blättern für günstig ausgegeben, wenigstens für weit günstiger, als es erwartet worden. Da die Zunahme hauptsächlich in den Zöllen und in der Accise Statt gefunden hat, so erblicken sie darin einen Beweis von einem wenigstens ziemlich gedeihlichen Zustande der brittischen Manufacturen, zu welchem, wie sie sagen, der neue Aufschwung des amerikanischen Handels wesentlich beigetragen habe. Wenn, fügen sie hinzu, ungeachtet des jetzigen hohen Preises der nöthigsten Lebensmittel, die Einkünfte hätten zunehmen können, so wäre eine außerordentliche Zunahme derselben zu erwarten, sobald erst die Korngesetze abgeschafft und dadurch den brittischen Manufacturen gleiche Vortheile, wie denen der begünstigtsten Nationen der Welt, gewährt würden. Die Oppositionsblätter dagegen meinen, es sei ein reiner Hokuspokus, wenn man sich einer Zunahme der Revenuen rühme, da man bedenken müsse, daß zu Ende des Jahres 1837, mit welchem man die Ergebnisse des letzten Jahres so triumphirend vergleiche, ein Ausfall von 1,900,000 Pf. Statt gefunden habe, so daß immer noch 825,000 Pf. nöthig wären, um die Staatseinnahme wieder auf einen einigermaaßen günstigen Stand zu bringen. Hiergegen wird von ministerieller Seite bemerkt, man solle doch noch ein Jahr weiter, nämlich bis auf 1836, zurückgehen; da werde man finden, daß sich damals ein Ueberschuß von 2,570,000 gegen das vorangegangene Jahr ergeben habe; wenn man nun im vorigen Finanzjahre einen Ausfall von 1,900,000 Pf., in dem letzten aber wieder einen Mehrertrag von 1,075,000 Pf. wahrnehme, so werde man doch wohl zugeben, daß sich die Einnahmen nicht um 825,000 Pf. vermindert, sondern wieder um 1,745,000 Pf. vermehrt hätten. Was die von der ministeriellen Presse als Resultat einer Aenderung der Korngesetze erwartete Mehreinnahme betrifft, so halten die „Morning-Post" und der „Morning-Herald," die beiden Hauptvertheidiger der Korngesetze, diese Voraussetzung für eine reine Chimäre, indem sie nicht glauben, daß das Ausland den brittischen Manufacturen in Folge davon mehr Waaren abnehmen würde, als jetzt. Ein anderes bedeutendes Organ der Tornpartei, die „Times," enthält sich auffallenderweise seit längerer Zeit aller Bemerkungen über die Korngesetze.

Die Verfügungen der canadischen Behörden gegen die gefangenen Insurgenten werden von allen Seiten angegriffen. Jetzt hat H. Roebuck für die zwölf in Liverpool angekommenen Gefangenen, welche nach Australien deportirt werden sollten, einen Befehl des Gerichtshofes der Queens-Bench ausgewirkt, demzufolge ihre Sache vor diesem Tribunal revidirt werden soll, weil sie, angeb, sich ohne daß ihnen der Prozeß gemacht worden, zur De,

portation verurtheilt ſind. Dieſe Leute ſind nun am 9. in London angelangt, und werden vorläufig in Newgate in Gewahrſam gehalten.

Auch zu Glasgow und Dundee in Schottland haben die Fabrikanten, dem Beiſpiele von Mancheſter folgend, Vereine gegen die Korngeſetze gebildet. In Glasgow wurde die Bemerkung gemacht, daß auch die toryſtiſchen Fabrikanten, welche ſonſt im Intereſſe ihrer Partei für die Korngeſetze geweſen waren, ſich jetzt der Bewegung gegen dieſelben entſchieden angeſchloſſen haben. Die toryſtiſche Handelskammer in Glasgow beſchloß auf den Antrag eines Tory, in einer Petition an das Haus der Gemeinen um Zulaſſung vor die Schranken des Hauſes zu Führung des Beweiſes von der verderblichen Natur der Korngeſetze und der Nothwendigkeit ihrer Abſchaffung zu bitten.

Am 30. November beſuchte der Prinz Georg von Cambridge, der ſich bekanntlich zu ſeiner militäriſchen Ausbildung in Gibraltar befindet, an Bord des Briggs „Waſp" die gegenüberliegende ſpaniſche Feſtung Ceuta. Obgleich Sr. königl. Hoheit incognito reiſte, ließ ihn doch der ſpaniſche Gouverneur mit allen möglichen Ehren empfangen, zeigte ihm das Innere der Feſtungswerke und geleitete ihn in das an der Gränze des mauriſchen Gebiets befindliche Lager. Am 2. December ſetzte der „Waſp" ſeine Fahrt an der Küſte von Marocco fort.

Man wirft jetzt der Mannſchaft des Dampfboots „Victoria," die während des letzten Sturmes bei Liverpool über 100 Menſchen gerettet hat, vor, ſie habe, nachdem ſie die Perſonen angenommen, das Wrack des „Lockwood," das wohl am Schlepptau nach Liverpool hätte gebracht werden können, im Stiche gelaſſen; auch ſei den Schiffbrüchigen gegenüber die Drohung erfolgt, ſie im Stiche zu laſſen, wenn ſie nicht gehörig zahlen. Außerdem erfährt man, daß auf dem „Lockwood," wie auf der „Pennſylvania," geplündert worden ſei. Die Zahl der durch den Orkan Umgekommenen beträgt in Irland mindeſtens 400. Unter ihnen iſt auch Lord Caſtlemaine. Als er, noch durch eine Krankheit geſchwächt, während des Orkans, am Sonntage Nacht, die Fenſter ſeines Gemachs ſchließen wollte, wurde er von einem Windſtoße mit ſolcher Gewalt zu Boden geſchleudert, daß er alsbald verſchied.

Conſols am 12. Jänner 94⅛ ⅛.

Frankreich.

Wir haben geſtern nur die Pariſer Journale vom 14. Jänner erhalten, die keine Kammerdebatten liefern, da am 13. wegen des Sonntags keine Sitzung gehalten wurde. — Augsburger und Stuttgarter Blätter geben den Anfang der Debatten in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 14. d. M., in welcher die Berathung über den (vierten) Paragraphen der Adreſſe in Betreff der Räumung Ancona's fortgeſetzt wurde. Bei Abgang der Poſt war noch immer kein Beſchluß gefaßt. Bis dahin hatten die HH. Batry, Guizot und Chair d'Eſtange für den Paragraphen des Entwurfs, durch welchen die Räumung gemißbilligt wird, und die HH. Baude und Thil für das Amendement zu Gunſten der miniſteriellen Maaßregel geſprochen.

Der Meſſager will wiſſen, daß das Miniſterium mit dem Gedanken umgehe, die Kammer aufzulöſen, und freut ſich dieſes Entſchluſſes. Hierauf erwiedert die miniſterielle Preſſe: „Der Meſſager erklärt dieſen Abend, daß er weit entfernt, eine Auflöſung der Kammer zu fürchten, ſie vielmehr ſehnlich wünſche. Nun denn! ſeine Wünſche werden erfüllt werden, wenn die Coalition das Cabinet ſtürzt und erſetzt." — In dem Schreiben eines Correſpondenten der Allgemeinen Zeitung aus Paris vom 14. Jänner heißt es hierüber: „Von beiden Seiten tritt man die angehende Woche mit gleich hartnäckigen Vorſätzen an. Die Chefs der Coalition haben nach dem letzten Majoritätsverluſt in dem belgiſchen Paragraphen in einer neuen Vereinigung beſchloſſen, den Kampf in gleicher Weiſe fortzuſetzen, jedes Amendement zurückzuweiſen und in ihren Angriffen täglich und ſtündlich fortzufahren. Das Miniſterium läßt ſeinerſeits durch die Revue de Paris verkünden, daß es nicht abtreten werde, ſobald es nur eine Stimme Majorität behalte, und daß die Miniſter es für einen entſcheidenderen Sieg, als alle früheren Cabinete erfochten, betrachten werden, wenn es ihnen gelänge eine Adreſſe zu entreißen, die von der Commiſſion feindlich abgefaßt, von den Amendements aber umgeſtaltet worden ſei. Man kann ſicher ſeyn, daß wenn das Miniſterium auch in einzelnen Paragraphen noch unterliegt, es die bisher errungenen Vortheile entweder für genügend erklären, oder, wie heute das Journal la Preſſe offen verkündet, die Kammer auflöſen werde. Der letzte Ausgang ſcheint jetzt immer mehr Leuten zur Gewißheit zu werden. Man gewinnt in dieſem Falle zwei Monate, um binnen dieſer Zeit wenigſtens die belgiſche Frage zu enden und ſie als ein unwiderrufliches fait accompli hinzuſtellen; zweitens wird man mit einer neuen Kammer freieres Feld gewinnen, wenn auch nicht der Bildung eines entſchiedeneren Miniſteriums zu entgehen, doch es aus nicht zur Coalition gehörigen und einzeln daſtehenden Individuen zu bilden, ſomit den Anſchein der Niederlage von dieſer verhaßten Coalition zu vermeiden."

Der Brüſſeler Independant, ein miniſterielles Organ, nimmt in ſeiner neueſten Nummer (vom 14. Jänner) aufs entſchiedenſte Partei gegen die Coalition und freut ſich, daß Hoffnung vorhanden, das Cabinet Molé erhalten zu ſehen. Am Schluſſe eines langen Artikels in dieſem Sinne heißt es: „Sollen wir unſere Wünſche nach der Linken hin richten, nach Odilon-Barrot, Mauguin und Garnier-Pagès zu? Was dieſe angeht, haben wir nur eine Betrachtung anzuſtellen, die nämlich, daß es Sympathien gibt, welchen Belgien nicht trauen ſoll, dieweil es Liebkoſungen gibt, welche verwunden, und Schutz, der tödtet — qu'il est des sympathies dont la Belgique doit se défier, car il est des caresses qui blessent et des protections qui tuent."

Das Journal de Paris will wiſſen, daß unmittelbar nach der Berathung der Adreſſe eine Modification des Miniſteriums Statt finden ſoll. Die HH. Molé und Montalivet würden bleiben, Hr. Barthe zum Präſidenten des Caſſationshofes, Hr. Lacave-Laplagne zum Generalprocurator am Rechnungshofe, Hr. Martin (du Nord) zum Caſſationsrath, Hr. von Salvandy zum Generaldirector der Archive, und General Bernard zum Gouverneur des Louvre ernannt werden. General Schramm würde Kriegsminiſter, Hr. de Lamartine Cultusminiſter, Hr. Amilhau Juſtizminiſter, Hr. St. Marc Girardin Unterrichtsminiſter, Hr. Cunin-Gridaine Handelsminiſter, und Admiral Mackau Marineminiſter werden. Man nennt dieß „die dritte Auflage des Miniſteriums Molé." Das Journal de Paris meint jedoch, daß, wenn ein ſolches Miniſterium auch nur acht Tage dauern könnte, man an der Zukunft der repräſentativen Regierung verzweifeln müßte. — Nach dem Conſtitutionnel ſoll Hr. Jacques Lefebvre an die Stelle des Hrn. Lacave-Laplagne treten. Seine bei der Angelegenheit von Ancona entwickelten Finanzkenntniſſe (fügt dieſes Blatt ſpottiſch hinzu) haben die Aufmerkſamkeit des Präſidenten des Conſeils auf ihn gelenkt. Der National will erfahren haben, Marſchall Soult habe den Auftrag, ein neues Miniſterium zu bilden; es ſei ihm je-

doch verboten worden, die Namen Thiers und Guizot zu nennen.

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung enthält folgende Betrachtungen über den gegenwärtigen Kampf der Parteien in Frankreich: „Die Pariser Blätter vom 14. Jänner enthalten nichts Neues von Bedeutung. Alle stellen Betrachtungen an über das trostlose Debattenschauspiel in der Deputirtenkammer. Die zweite Jännerwoche hat einen Blick eröffnet in das repräsentative Chaos, wie es sich in der neuesten seiner Wandlungen dem unmuthig erstaunten Auge der Nation darstellt. Das Princip der Julirevolution sollte längst im Sicherheitshafen geborgen ruhen, und siehe da, die Piloten selbst, die sich kaum noch gerühmt hatten, es so glücklich aus Stürmen gerettet zu haben, stoßen es wieder hinaus, den tosenden Wogen zum wilden Spiel. Wen erfreut dieser Wahnsinn am meisten? Die äußersten Parteien, die neue und starke Hoffnung schöpfen am Quell der allgemeinen Verwirrung. Der National nimmt einen prophetischen Ton an, indem er von der Frucht erzählt, die im Schooße der Coalition keimen dürfte, und die Gazette schüttet ein ganzes Füllhorn der giftigsten Sarcasmen hin. Es ist aus den Strafpredigten der Republikaner und der Legitimisten, die von dem Satze ausgehen: So ist es gekommen, so mußte es kommen, weil man uns nicht gefolgt hat; unverbesserliche Thoren, — euch hat die Erfahrung in ihre harte Schule genommen, und doch erkennt ihr noch heute nicht, was euch und dem Lande zum Heil dient; — mehr zu lernen, als aus dem eitlen Zorn der Ministeriellen über den Abfall der Doctrin und dem eben so leeren Siegestaumel der Coalition, die den Augenblick nahe sieht, wo das Cabinet Molé einstürzen wird. Wir geben darum einige Fragmente aus den Sonntagsandachten der genannten zwei Meinungsorgane. Der National ist überzeugt, Frankreich werde aus der schmählichen Epoche, die es jetzt durchmache, ein nützliches Ergebniß ernten; sie werde Spuren zurücklassen und die Erfahrung reifen; überdem sei gewiß, daß sie nicht lange mehr dauern könne. Der National ist nämlich des Glaubens, das Königthum und die Kammern, d. h. die 1830 organisirten Staatsgewalten, vermöchten weder Stetigkeit noch Freiheit zu verbürgen und die Volkssouverainetät müsse zuletzt einschreiten und die ganz verfehlte Einrichtung durch eine bessere ersetzen. Den Stand der Dinge bezeichnet er so: „Stille in der Nation, Unordnung in der Kammer, Ruhe auf den Straßen, Anarchie in den Gewalten; ein System, aufgenährt vom Raube besiegter oder zerstreuter Parteien; acht Jahre Frieden, eine ungeduldige und doch gehorsame Armee; zwölf Milliarden verwendet auf materielle Interessen, die dem System einen Boden zum Wurzeln geben sollten; ein Volk, müde der Täuschungen, jetzt noch Zuschauer, abwartend, daß es Richter werde; nach unerhörten Glücksfällen (es ging ja der Juliregierung Alles nach Wunsch!) ein allgemeiner Schrei, die Staatsgewalt löse sich auf, die Maschine stocke, die repräsentative Verfassung zerfalle in Stücke unter dem Zahn ehrsüchtiger Händelsucher." — „Fanatiker der Ruhe hatten Alles der Ordnung geopfert; jetzt haben sie, statt Ordnung, Anarchie! Fanatiker der Furcht hatten sich jede Erniedrigung gefallen lassen, um nur den Frieden zu erhalten; heute, wenn die Belgier nicht feige sind, klopft der Krieg an unsere Thüre. Da habt ihr das Ergebniß der acht Jahre; und weil die Gefahr groß ist, lehnt Jeder die Verantwortlichkeit von sich ab." — „Die Coalition ist keine Frucht des Zufalls; sie ist darum nicht minder schicksalsschwanger; schlagen wir die Blätter der Geschichte auf, — wir finden überall die gleiche Belehrung. Eine Coalition führte zu Cromwell's Protectorat; eine Coalition rief Wilhelm von Oranien nach England; aus der Coalition der Parlamente und des dritten Standes entspann sich die Revolution von 1789; aus der Coalition der Gironde mit dem Berg sproßte die Revolution von 1792; die Coalition der 500 mit dem General Bonaparte krönte der 18. Brumaire; Europa, coalisirt gegen Frankreich, brachte die Umwälzung von 1814; durch die Coalition der Rechten und der Linken ward Villele gestürzt und durch die Coalition der 221 Polignac, sammt der Restauration. Man wird zur Genüge einsehen, warum wir keine Feinde der Coalition sind." — Die Gazette kleidet ihren Spott in eine Epistel der Nachbarinn. „Wir sind weiter als je von den Flitterwochen der Julirevolution. Sonst gab es wohl auch mitunter Streit und Zank in dem ministeriellen und parlamentären Haushalt, indessen man vertrug sich doch zuletzt wieder; jetzt aber sind so harte Worte, ja Schmähungen, gefallen, daß keine Aussöhnung mehr möglich scheint. Die Leute sagen, das sei ein trauriges Schauspiel; ich aber finde es sehr unterhaltend. Seit dem Prozeß, den der Fuchs gegen den Wolf führte, ist mir nichts vorgekommen, was moralischer und belehrender wäre, als die Scenen, welche seit acht Tagen im Pallast Bourbon gespielt werden. „Könnte ich euch nur alle stumm machen!" sagte dieser Tage Dupin, als ihm der Lärm zu arg um die Ohren schwirrte. Dem Himmel sei Dank, daß der Herr Präsident kein Zauberer ist! Wie hätten wir sonst die schönen Wahrheiten erfahren, welche sich gewesene, gegenwärtige, künftige Minister gesagt haben? Redet nur, redet immer fort, ihr Herren vom 11. October, vom 15. April und allen andern Datums. Sprecht und schreit, so stark es euch eure Lungen erlauben; Frankreich hat Ohren, euch zu hören, und Verstand, euch zu begreifen. O Gott! wo ist die herrliche Zeit hin, wo Guizot der Busenfreund Molés war und Thiers mit Montalivet Hand in Hand ging? Seit acht Jahren haben sie Komödie gespielt vor unsern Augen und nun kommt die Moral, wie in Moliere's „Gelehrten Frauen;" die Philosophen und Schöngeister trachteten nur nach Henriettens Mitgabe und es heißt zuletzt:

Qu'ils ont bien découvert leur âme mercenaire!

Es wäre wirklich Schade, wenn ein so langer Zank keine Belehrung für die Nation darbote; wir dürfen uns aber nicht bange seyn lassen; Frankreich bekommt etwas für seine dreizehnhundert Millionen; Minister und Deputirte haben alle Wahrheiten, die sie in der Hand hatten, losgelassen; das Land weiß jetzt, durch wen, wofür und wie es bald von den Einen, bald von den Andern ausgebeutet wird. Es wird wohl wie jener Richter verfahren, der nach Anhörung der Parteien sein Gewissen mit dem Spruch beruhigen mochte: Du kannst nicht fehl gehen, wenn du auch verurtheilst, er hat's verdient;

..... Qu'à tort comme à travers
On ne saurait faillir condemnant les pervers.

Verlangt euch nach einem Dialog zwischen Guizot und Molé? Guizot macht sich einen Keil aus den zwei Worten insuffisant und funeste (ungenügend und unheilbringend), treibt ihn ins Herz des Baumes, und schlägt dann noch dreimal mit aller Kraft darauf los, damit er tiefer dringe. Unzulänglich und unheilbringend! Was dünkt euch davon? Ist es nicht so viel als deplorabel? Wie sich alles im Kreise dreht! Der größte Staatsmann Frankreichs (Villele) war den HH. Molé und Montalivet deplorabel, und jetzt sind sie den HH. Guizot und Thiers insuffisant und funest. Doch dabei bleibt es nicht; es ist ja der Dialog noch zurück. Guizot schreit: „Das Cabinet regiert durch Anarchie; die Anarchie ist mit euch in die Kammer getreten;

ihr habt sie auf die Welt gesetzt; ich sehe Anarchie in allen Zweigen der Verwaltung, überall ist Anarchie versteckt, in den Dingen und in den Geistern." — Molé aber erhebt die Stimme: „Was heißt ihr Anarchie — ihr selbst seid die eingefleischte Anarchie; ihr seid ehrsüchtige Factionsmänner, Revolutionsfeuerbrände, und was es sonst noch Schlimmeres geben mag." Hört man zu, wie sich die Beiden die Anklagen zurückschleudern, so ist man nahe daran, zu glauben, der Eine möge wohl Recht haben und der Andere nicht Unrecht. Zuletzt hat Lamartine allein den Nagel auf den Kopf getroffen und das ganze Räthsel gelöst. „Mit Talenten ist's nicht gethan; Character bleibt die Hauptsache."

Die Unruhen in la Rochelle haben, wie vorauszusehen war, eine ganz andere Wirkung gehabt, als dabei beabsichtigt wurde. Die Getreidehändler haben jetzt ihre Vorräthe nach andern Gegenden gesendet, und anstatt daß das Getreide in la Rochelle wohlfeiler geworden wäre, ist gänzlicher Mangel zu fürchten, wenn die Regierung nicht ins Mittel tritt.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 15. Jänner d. J. den Hofrath der obersten Justizstelle bei dem lombardisch-venetianischen Senate, Bernhard Grafen von Ceccopieri, zum Vicepräsidenten des Civiltribunals erster Instanz in Mailand, zugleich Präsidenten des dortigen Mercantil- und Wechselgerichts allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 22. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	108.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	100¾.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	699¾.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	65¾.
Bankactien pr. Stück 1484,		in CM.	

Vermischte Nachrichten.

Aus Riga war in Berlin die Nachricht eingegangen, daß Frau von Holtei (geb. Holzbecher) an den Folgen der Entbindung von einem Zwillingspaar (einem Mädchen, welches am 3. Jänner geboren wurde und bald nach der Geburt starb, und einem Knaben, welcher drei Tage darauf geboren wurde, aber ebenfalls nur kurze Zeit lebte) am 10. d. M. gestorben ist. Die Theilnahme der Einwohner von Riga an diesem Trauerfall war allgemein.

Neueste Nachrichten.

So eben am Schlusse unseres Blattes erhalten wir durch außerordentliche Gelegenheit Pariser Zeitungen vom 15. und 16. Jänner. Das Ministerium Molé hat in den Sitzungen der Deputirtenkammer vom 14. und 15. d. M. in zwei Scrutinien, und dießmal mit bedeutenderer Stimmenmehrheit, den Sieg gegen die Coalition erfochten. — In der Sitzung vom 14. ist das von der Minorität der Adressecommission zum vierten Paragraphen der Adresse in Bezug auf die Räumung von Ancona vorgeschlagene Amendement*) mit 228 gegen 199 Stimmen angenommen, und in der Sitzung vom 15. der von der Majorität der Adressecommission eingeschaltete (fünfte) Paragraph in Betreff der Mißhelligkeiten mit der Schweiz*) mit 221 gegen 208 Stimmen verworfen worden. — Der Moniteur Parisien vom 15. äußert sich über das Resultat der Deputirtensitzung des vorhergehenden Tages folgendermaaßen: „Die Frage wegen Ancona ist in der gestrigen Sitzung nach einer Discussion, in welcher die geschicktesten Redner der Coalition gegen das Ministerium und seine Freunde Theil genommen hatten, entschieden worden. Bekanntlich hatte die Commission ihre Feindseligkeit ganz vorzüglich in dem Paragraphen, der sich auf die Räumung von Ancona bezieht, concentrirt. Diese Demonstration ist ihr schlecht gelungen, denn die Majorität zu Gunsten des Ministeriums ist unter dem Einfluß der Discussion nur angewachsen. — 228 Stimmen gegen 199 haben das Amendement der HH. de Juffieu, Debelleyme und de la Pinsonniere, welches die formellste Verdammung des Paragraphen der Commission ausspricht, votirt. — Dieses Resultat hat eine lebhafte Sensation auf die Kammer und auf das Publicum in den Tribunen erzeugt. Die Coalition hatte dieß keineswegs erwartet, auch konnte sie ihren Unmuth über die Vereitlung ihrer Erwartungen nicht verbergen. Was seit acht Tagen in der Kammer vorgeht, hat gar Vielen die Augen geöffnet, und dem Einfluß der Debatten selbst ist dieser merkwürdige Zuwachs der Stimmenmehrheit für das Ministerium zuzuschreiben. — Beim Hinausgehen aus der Kammer suchten einige Mitglieder der Commission dem Gerücht Glauben zu verschaffen, daß die legitimistischen Deputirten für das Amendement votirt hätten. Zum Unglück wehrten sich diese Deputirten selbst laut gegen diese Behauptung, und hätten sie es auch nicht gethan, ihre Organe in den Journalen hatten ja noch gestern Morgens angekündigt, daß sie der Fahne der Coalition treu bleiben würden, unter welcher, in der That, auch ihr Platz ist." — Ueber das Resultat der Deputirtensitzung vom 15. sagt der Moniteur Parisien vom folgenden Tage: „Abermals ein von der Coalition vorgeschlagener Paragraph der Adresse zu nichte gemacht! Man wird bemerken, daß es der Commission bisher nicht gelungen ist, einen einzigen durchzusetzen. — Gestern handelte es sich um die Schweizer Angelegenheit. Die Commission hatte durch das Organ ihrer bedeutendsten Mitglieder den von ihr in Vorschlag gebrachten Paragraphen zu verwässern gesucht, um ihn desto sicherer bei der Kammer durchzubringen. Aber die Kammer hat von diesen nachträglichen Commentaren, die man am folgenden Tage wahrscheinlich wieder anders gedeutet haben würde, keine Notiz genommen. — Hr. Moreau (de la Meurthe) hatte zu Anfang der Sitzung in Form eines Amendements vorgeschlagen, den ganzen Paragraphen (da in der Thronrede von der Schweiz nicht gesprochen wurde) wegzulassen, und die Mehrheit der Kammer, durch die lichtvollen Erläuterungen des Hrn. Präsidenten des Conseils vollkommen befriedigt, hat die Weglassung dieses Paragraphen votirt. — Bei diesem Scrutinium hat das Ministerium zu seinen Gunsten die denkwürdige Ziffer von 221 Stimmen erhalten."

Am 14. Jänner 5 Percents 110 Fr. 15. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 35. 3 Percents 78 Fr. 70. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75. — Am 15. Jänner 5 Percents 110 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 65. 3 Percents 78 Fr. 90. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 15.

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 19. d. M.

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 13. d. M.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 24

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 24. Jänner 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 22. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.278	28 0 5	+ 3.2	WNW.	still.	Nebelregen.
	2 Uhr Nachm.	27.299	28 0 8	+ 1.3	NNW.	schwach.	Schnee und Regen.
	10 Uhr Abends.	27.432	28 2 3	— 0.2	WNW.	—	Wolken.

Frankreich.

Mit der gewöhnlichen Post haben wir gestern nur die Pariser Journale vom 15. Jänner erhalten, so daß wir gegen die mit außerordentlicher Gelegenheit uns zugekommenen Blätter um einen Tag im Rückstande sind. — Die ministerielle Presse vom 15. äußert sich über den am vorhergehenden Tage bei der Abstimmung über den Paragraphen der Adresse in Bezug auf die Räumung von Ancona von dem Ministerium errungenen Sieg folgendermaaßen: „Das Ministerium hat gestern einen entscheidenden Vortheil errungen. Bekanntlich war die Anconitaner Frage das eigentliche Schlachtfeld der Adresse. Selbst wenn der Feuereifer, den die Chefs der Coalition in den beiden letzten Sitzungen entwickelten, nicht gezeigt hätte, welchen hohen Werth sie darauf setzten, das Ministerium auf diesem Boden zu überwinden, so würde der Text des Paragraphen in dem Adresse-Entwurf dieß sattsam beweisen. In diesem Paragraphen hatte die Coalition das ganze Gift ihrer Feindseligkeit, so zu sagen, condensirt, der Tadel war formell, unumwunden, ohne Rückhalt. Andererseits hatte das Ministerium seine Fahne nicht minder freimüthig aufgepflanzt. Das Amendement der HH. Jussieu, Debelleyme und de la Pinsonniere war schnurstracks das Gegentheil des Paragraphen der Commission. Die Frage war demnach sehr klar hingestellt und die Kammer durch die lange Discussion in den Stand gesetzt, mit vollkommener Sachkenntniß ihr Urtheil zu fällen. — Nun denn, die Kammer hat sich für das Ministerium ausgesprochen. Eine unzweideutige Majorität — denn dießmal ist sie von 29 Stimmen — eine Majorität, die sich unter dem Feuer der Discussion selbst bildete, hat der Politik des 15. April ihre eclatante Sanction gegeben. Wir sagen der Politik des 15. April, denn die Räumung von Ancona ist keine Episode, kein isolirtes Factum, kein zufälliger Umstand, es liegt darin eine ganze Richtung, ein ganzes System; es ist die Achtung für die Tractate, die treue Erfüllung eingegangener Verpflichtungen, die Rechtlichkeit im völkerrechtlichen Verkehr; lauter Dinge, die in diesem Augenblicke vielleicht einigen unserer Leser ganz einfach und gemein zu seyn scheinen, die man aber nichtsdestoweniger Schritt für Schritt erfechten, und der Coalition im heißen Kampfe abgewinnen mußte. Die Gegner des Cabinets dürfen weniger, als irgend Jemand, die hohe Bedeutsamkeit dieses Votums anstreiten, da sie es selbst waren, die im Laufe der Debatten darauf aufmerksam machten. Die Kammer war also bei dem Votum über diese Frage übereinkommen unterrichtet, daß sie nicht bloß eine vollendete Thatsache sanctionnire, sondern sich innig und ganz allgemein dem Gedanken beigselle, der alle unsere Verhältnisse mit den übrigen Völkern nach Außen leitet. — Wir nehmen keinen Anstand, zu behaupten, daß dieses Votum die Frage über die Adresse selbst entscheidet; die so stolze, so unlenksame, so hochmüthige Coalition hat noch nicht einen einzigen ihrer Paragraphen durchsetzen können. Sie hat die Demüthigung erlebt, das mühsam aufgerichtete Gebäude, in dem sich ihre Animosität verschanzt hatte, Schlag auf Schlag durch Amendements zerstört zu sehen. Allmählig aus allen ihren Stellungen verjagt, wohin wird sie sich flüchten? Die Mitwirkung der Staatsgewalten in den innern Verhältnissen hat die Kammer, indem sie den ersten Absatz des Amendements Amilhau votirte, constatirt. Das Vertrauen auf die auswärtige Politik des Cabinets hat die Kammer durch das Votum des Amendements über die belgische Frage erklärt, und noch ein feierlicheres Zeugniß dafür durch das Votum über die Räumung von Ancona abgelegt. Nun aber waren ja Mitwirkung und Vertrauen gerade die beiden Dinge, welche die Commission von der Kammer verweigert wissen wollte! Die Niederlage der Coalition ist demnach vollständig, unwiderruflich. Nicht bei der Schweizer Frage wird sie ihre Revanche nehmen *); eben so wenig bei jener spanischen Frage, welche Hr. Thiers mit so großer Selbstverläugnung, ohne Zweifel in der Hoffnung geopfert hat, sich bei andern Fragen, wobei er so eben geschlagen worden ist, dafür zu entschädigen. Es ist demnach eine ausgemachte Sache, — und man muß sie wohl constatiren, weil es für die Lage von Wichtigkeit ist — die Coalition hat überall, wo sie die Schlacht angeboten hat, nichts als Niederlagen erlitten!"

Den neuesten Nachrichten aus Paris vom 16. Jänner Abends zufolge waren in der Sitzung der Deputirtenkammer von diesem Tage die übrigen Paragraphen des Adresse-Entwurfs (6, 7 und 8), welche sich auf die auswärtigen Verhältnisse beziehen (Spanien, Polen und Mexico), zu denen keine Amendements von ministerieller Seite vorgeschlagen worden waren, fast ohne Discussion angenommen worden. Bei dem Paragraphen über Spanien **) machte Marschall Clauzel die Bemerkung, er scheine ihm ungenügend, da Frankreich durch den Quadrupeltractat zu wirksameren Hülfsleistungen für die Königinn von Spanien verpflichtet sei; nichtsdestoweniger wurde der Paragraph, unverändert, beinahe einstimmig angenommen. Ebenso der siebente Paragraph, der eine Erinnerung an Polen enthält, und der achte in Bezug auf Mexico, in der von der Commission selbst, in Folge der Einnahme von San Juan d'Ulloa, veränderten Gestalt ***). — Hierauf wurde zur Debatte über den zweiten Absatz des Amendements Amilhau ge-

*) Die Entscheidung darüber war damals der Presse noch nicht bekannt.

**) Vergl. den Adresse-Entwurf im Oesterr. Beob. vom 13. d. M.

***) Vergl. Oesterr. Beob. vom 17. d. M.

schritten, worüber bekanntlich das Votum auf Verlangen des Antragstellers selbst, bis nach Erörterung aller Fragen der auswärtigen Politik suspendirt worden war. Hr. Pagès (de l'Arriège) sprach gegen das Amendement, welches von Hrn. Cunin-Gridaine vertheidigt wurde. Nachdem hier Hr. Piscatory gegen und der Finanzminister für das Amendement gesprochen hatten, erhielt Hr. Berryer das Wort. Er sprach noch bei Abgang der Post.

Die Presse erklärt ihre (gestern erwähnte) Aeußerung hinsichtlich der Möglichkeit einer Auflösung der Kammer dahin, daß sie nicht gemeint habe, die Auflösung werde Statt finden, wenn das Cabinet gestürzt werden sollte, sondern daß die Auflösung für ein Coalitions-Ministerium ein gebieterisches Gesetz seiner Existenz seyn würde.

Der Moniteur vom 14. Jänner enthält folgenden Artikel: „Die Regierung hat Berichte vom Contreadmiral Leblanc vom 18., 27. und 30. October erhalten. In der letzten Zeit war die Lage unserer Angelegenheiten im Rio de la Plata sehr gut, und Alles ließ vermuthen, daß unsere Differenzen mit der argentinischen Republik bald eine völlig befriedigende Lösung erhalten dürften. — Nach fruchtlosen Versuchen, den General Rosas dahin zu bringen, Frankreich die Genugthuung zu geben, welche es mit Recht von ihm fordern kann, mußte sich Admiral Leblanc entschließen, die Feindseligkeiten zu beginnen, die jetzt unvermeidlich geworden waren. Es war sodann von Wichtigkeit, daß die Insel Martin Garcia, welche durch ihre Lage die Mündung des Uruguay in la Plata beherrscht, nicht in dem Besitze unserer Feinde bliebe. Diese von den Soldaten des Rosas vertheidigte Insel wurde am 11. October mit stürmender Hand genommen. Dieser glänzende Handstreich ward mit eben so viel Glück als Unerschrockenheit von 225 unter dem Befehle des Corvettencapitäns Daguenet ans Land gesetzten Seeleuten, die von Abtheilungen von der Armee des Generals Fructuoso Ribeira unterstützt waren, vollbracht. — Die Belagerten ergaben sich nach dreiviertelstündigem sehr lebhaftem Widerstande, und die französische Fahne ward statt der argentinischen auf dem Fort aufgepflanzt. — Der Contreadmiral Leblanc hat später die Bewachung seiner Eroberung den Truppen Fructuoso Ribeira's, welcher das Oberhaupt der Republik der Banda oriental geworden ist, und sich Montevideo's bemeistert hat, überlassen. — Die Revolution, welche die letztere Stadt in den Besitz dieses Generals gebracht hat, muß den glücklichsten Einfluß auf unsere Angelegenheiten üben. Da er Feind des Rosas ist, so sind seine Interessen mit den unserigen im Einklang, und seine Mitwirkung kann unserm Geschwader nur Vortheil gewähren. — Ueberdieß ist zu bemerken, daß wir unter der Regierung des Präsidenten Oribe nur sehr schwer auf die Neutralität von Montevideo rechnen konnten. Der im Dienste des Rosas als Admiral stehende Amerikaner Brown rüstete in diesem Hafen eine Flottille aus, die, unter dem Vorwande, sich den Fortschritten des Generals Fructuoso Ribeira zu widersetzen, in der That bestimmt war, gegen die Schiffe unsers Geschwaders zu agiren, welchen eine schwache Wasserströmung das Hinauffahren im la Plata in einiger Weite gestattete. — Der Präsident Oribe und Brown, die genöthigt wurden, sich nach Buenosayres zu flüchten, mußten Entwürfe aufgeben, die vielleicht schwer zu vereiteln gewesen wären, da sie den Schutz einer Regierung genossen, deren Perfidie sich mit der Maske einer verstellten Neutralität deckte. — Bei Abgang des letzten Berichts des Contreadmirals Leblanc herrschte fortwährend die beste Stimmung auf seinem Geschwader, und er gründete auf den bereits sehr günstigen Zustand der Dinge die Hoffnung, bald die Aufgabe vollbracht zu sehen, die ihm anvertraut ist und deren er sich mit einer Hingebung und Gewandtheit, welche die größten Lobsprüche verdienen, entledigt."

Hr. Doret, erster Adjutant des Admirals Baudin, ist von Newyork auf dem Packetboot „Herzoginn von Orleans" zu Havre, nach siebzehntägiger Ueberfahrt, angekommen und sogleich mit Post nach Paris abgereist.

Das Journal l'Armee macht den Generaletat der französischen Truppen auf dem Friedens- und auf dem Kriegsfuß nach officiellen Urkunden bekannt. Darnach wäre der Friedensfuß 211,489 Mann und 62,142 Pferde; der Kriegsfuß beträge 420,265 Mann und 121,892 Pferde.

Am 16. Jänner 5Percents 110 Fr. 65. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 35. 3Percents 79 Fr. 10. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 80.

Mexico.

Die Times sagt, es seien aus Veracruz Nachrichten vom 29. November, also zwei Tage nach dem Bombardement von San Juan d'Ulloa, eingegangen, denen zufolge Santana seine Unzufriedenheit über die vom General Rincon abgeschlossene Convention ausgesprochen haben soll, weßhalb man die Vermuthung hegt, dieselbe werde von der mexicanischen Regierung nicht ratificirt werden. Die Quelle, aus der diese Nachricht geflossen ist, wird nicht angegeben; es muß daher dahingestellt bleiben, welcher Werth ihr beizumessen ist. Das Packetschiff „Sheldrake," das am 8. in Falmouth angekommen ist, könnte allerdings den Brief mitgebracht haben, aus dem die obige Nachricht geschöpft seyn soll, da es, obgleich von Veracruz schon am 10. November abgegangen, erst nach Tampico und von dort am 26. November nach Havannah segelte, wo es bis zum 11. December blieb und die Nachricht von der Einnahme des Forts San Juan d'Ulloa erhielt. Indeß, wenn auch der Brief und der Inhalt desselben authentisch wären, ist es doch noch immer die Frage, ob der Einfluß Santana's auf die jetzige Regierung bedeutend genug ist, um sie in ihren Beschlüssen zu bestimmen. Daß vor der Beschießung von San Juan d'Ulloa die Regierung den äußersten Punct in ihren Concessionen gegen Frankreich erreicht zu haben glaubte, geht auch aus dem von dem „Sheldrake" mitgebrachten Berichte über die letzten Verhandlungen in Jalapa vor Eröffnung der Feindseligkeiten hervor. Mexicanischerseits wurden dieselben von dem Kriegsminister geleitet, und dieser erklärte nach kurzem Bedenken, als Admiral Baudin in keinem einzigen Punct nachgeben wollte, daß die unbedingte Annahme des Ultimatums den Character des Landes im Allgemeinen zu sehr demüthigen und herabsetzen und daß die Ehre der Republik durch Nachgiebigkeit ohne Weiteres geopfert werden würde, weßhalb er die Unterhandlungen abbrechen müsse. Außer dem Aufstande des Obersten Montenegro, der bekanntlich Tampico in Besitz hat, weßhalb auch eine nach Tampico für das Packetschiff „Sheldrake" bestimmte Conducta von 900,000 Dollars in Santa Barbara zurückgehalten wurde, war angeblich in der Hauptstadt Merico selbst eine Verschwörung gegen die Regierung eingeleitet gewesen, die jedoch kurz vor ihrem Ausbruche entdeckt wurde. Die Haupttheilnehmer derselben waren die Generäle Farias und Bazadre und ein Priester Alpache; sie sind nach Acalpuco verwiesen worden. Bei diesen fortwährenden Umwälzungsversuchen in Merico wird es übrigens für Frankreich sehr schwierig seyn, sich sichere Garantien für die Ausführung desjenigen, was es von der dortigen Regierung fordert, zu verschaffen, und es scheint fast, daß es die Aufgabe haben dürf-

te, erſt eine feſte, dauerhafte Ordnung der Dinge daſelbſt zu begründen, ehe es auf Erfüllung der an Mexico gerichteten Forderung rechnen kann. Die Times fährt unterdeſſen fort, dieſe Forderungen als ungerecht darzuſtellen und darüber zu klagen, daß die brittiſche Regierung dieſer Sache ſo ruhig zuſehe. „Ein allgemeines Gefühl des Mißvergnügens," ſagt dieſes Blatt unter Anderm, „herrſcht unter dem Kaufmannsſtande der City in Betreff der von Frankreich gegen Mexico ausgeübten Feindſeligkeiten, und um ſo mehr, da, wie es heißt, alle Differenzpuncte von den in Jalapa zuſammengetretenen Commiſſarien beſeitigt waren, mit alleiniger Ausnahme desjenigen, der über das Verlangen, den Franzoſen das Recht des Detailhandels in Mexico zu ertheilen, entſtanden war. Der Angriff des franzöſiſchen Befehlshabers auf das Fort von San Juan d'Ulloa ſoll durch dieſe einzige Weigerung veranlaßt worden ſeyn, und die Gewaltthat wäre dann um ſo größer, da Frankreich den Fremden dieſes Recht in allen ſeinen Städten nicht zugeſteht." Der miniſterielle Courier berichtigt dieſe letzte Behauptung, in Betreff des in Frankreich erlaubten Detailhandels, dahin, daß allerdings die Fremden dort Geſchäfte dieſer Art gegen Erlegung der üblichen ſtädtiſchen Abgaben betreiben dürften. Nichtsdeſtoweniger aber hält das miniſterielle Blatt es für tyranniſch und durch nichts zu rechtfertigen, daß die Franzoſen jetzt auf einer Conceſſion beſtänden, welche von den Mexicanern bis dahin verweigert worden war, und die urſprünglich das Haupthinderniß des Abſchluſſes eines Handelstractats zwiſchen Mexico und Frankreich bildete.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 7. December enthält ein Decret der Regentinn, nach welchem eine Commiſſion nach den Inſeln Cuba und Portorico zur Prüfung ihres Zuſtandes geſchickt werden ſoll. Unter ihren Mitgliedern nennt man den Unterſtaatsſecretär Villalba, den frühern Miniſterpräſidenten Calatrava, die HH. Martinez, Rodriguez und Cabrera de Nevarez. Dieſe Ernennung ſieht faſt aus, wie eine ehrenvolle Verbannung. Die Commiſſion ſoll ſich auf Cuba ſechs und auf Portorico drei Monate verweilen. Die Regierung hat den Geſetzentwurf über die Requiſition von Maulthieren zurückgenommen.

Aus allen Nachrichten von der Pyrenäengränze geht hervor, daß die von dem Meſſager und der Gazette gegebene Nachricht von der Auflöſung des Muñagorri'ſchen Corps voreilig war.

Großbritannien und Irland.

In der London and Weſtminſter Review, welche ſeit kurzem das Organ des Grafen Durham geworden iſt, wird nächſtens ein politiſches Manifeſt erwartet, welches die Tendenzen und Abſichten dieſes Staatsmannes ausſprechen ſoll. Der Redacteur jenes Journals, Hr. John Mill, iſt, dem Vernehmen nach, mit der Abfaſſung dieſer Schrift beauftragt, und Hr. Charles Buller, der mit Lord Durham als deſſen Privatſecretär in Canada war, ſoll ſie durchſehen. Dieſe beiden Herren ſind die Hauptvertheidiger des Grafen Durham; der erſtere, deſſen Journal er zufällig dadurch gewonnen, daß Charles Buller während ſeines Aufenthalts in Canada für daſſelbe Beiträge lieferte, woraus ſich allmählig eine engere politiſche Verbindung entſpann, wird die Sache des Lords in ſeiner Review, Hr. Charles Buller wird ſie im Unterhauſe vertreten, während im Oberhauſe Graf Durham ſelbſt für ſich ſprechen wird. Doch ſoll der letztere ſich vorgenommen haben, nur dann angriffsweiſe gegen die Miniſter zu verfahren, wenn ſie ihrerſeits ihn dazu herausforderten; von den Tories und von Lord Brougham will er ſich, wie es heißt, zu keinem ſolchen Angriff fortreißen laſſen. Er würde dann aber auch, ſo glaubt man, mit ſeinen beiden Freunden John Mills und Charles Buller ziemlich vereinſamt daſtehen, und, fürs erſte wenigſtens, über keine poliſche Fraction gebieten können. Sir William Molesworth, der ihn bei ſeiner Ankunft in England ſo freundlich begrüßte, ſcheint ſich auch ſchon wieder von ihm entfernt zu haben, und Lord Brougham ſoll, da er den Grafen Durham nicht geneigt gefunden, auf ſeine Pläne einzugehen, ſich mit den HH. Roebuck, Leader und Oberſten Thompſon zu einer Art von politiſchem Bunde vereinigen wollen. Dieſe Vier würden dann, wie verlautet, während der bevorſtehenden Parlamentsſeſſion ihre Anſichten und Grundſätze in wöchentlichen Pamphlets zur Kenntniß des Publicums bringen, eben ſo wie Hr. Roebuck für ſich allein dieß zu Anfang der vorigen Seſſion that, womit er jedoch wenig Glück machte. In welchem Geiſte dieſe Pamphlets redigirt ſeyn werden, dürfte aus dem erwähnten Briefe an die Königinn, der allgemein dem Lord Brougham zugeſchrieben wird, zu entnehmen ſeyn. Bekanntlich zielte jener Brief darauf hinaus, daß ohne allgemeines Stimmrecht die brittiſche Monarchie unrettbar verloren ſei, und ſich in eine Republik verwandeln würde, was freilich etwas paradox ſcheint. Es war aber damit hauptſächlich auf die Arbeiterclaſſen abgeſehen, da bei den Mittelclaſſen die radicalen Lehren nicht mehr recht anſchlagen wollen. Diejenigen nun, die Lord Brougham für den Verfaſſer des beſagten Schreibens halten, meinen, er habe es, da es ihm mit allen andern Parteien und Volksclaſſen nicht mehr glücken wolle, nun einmal mit der niedrigſten und ungebildetſten, mit den Taglöhnern, verſucht und es nicht verſchmäht, ſich zu deren Vorfechter aufzuwerfen, um ihnen zum Wahlrecht zu verhelfen. Ob Lord Durham ſeine jetzige einſame und zurückgezogene Stellung beizubehalten wünſcht, oder ob er in der Stille ehrgeizigere Pläne hegt, und nur den rechten Moment abwarten will, um damit hervorzutreten, darüber iſt man noch nicht im Klaren. So viel iſt gewiß, daß er mit den Miniſtern ganz gebrochen hat, denn es iſt nicht einmal ſeinem Schwager, dem Kriegsſecretär Lord Howick, möglich geweſen, ihn zur Verſöhnung zu bewegen. Unter den Journalen iſt, nächſt der London- and Weſtminſter-Review noch der von Hrn. Fonblanque redigirte Examiner dem Grafen Durham am meiſten zugethan; doch auch die miniſteriellen Blätter ſind in ihrem Ton gegen ihn noch immer ſehr freundlich.

Die Agitation gegen die Korngeſetze wird ſehr lebhaft betrieben. In Mancheſter reiht ſich Verſammlung an Verſammlung, und die gewichtigſten Fabrikanten, wie Hr. Greg, Hr. Holland Hoole, welcher allein 800 Arbeiter beſchäftigt, pflegen das Wort zu nehmen. In der letzten Verſammlung wurde beſonders eine Aeußerung des Marquis von Twedale hervorgehoben: daß die Landwirthe lernen müſſen, ohne die Korngeſetze fortzukommen. Zugleich wurde bemerkt, die ſchottiſchen Kornproducenten befinden ſich auch bei den niedrigſten Preiſen gut, weil ſie ihr Capital und ihre Geſchicklichkeit dazu verwendet haben, ihre Ländereien zu verbeſſern, während die engliſchen ſich auf den Schutz durch die Korngeſetze verließen. Das ehemalige Parlamentsmitglied Oberſt Thompſon hält in demſelben Sinne in einer Taverne zu London Vorleſungen. Am 11. ſollte eine Verſammlung der Einwohner von Biſhopsgate, einem Bezirke der City, zu gleichem Zwecke Statt finden; es fanden ſich jedoch von den 30,000, die der Bezirk zählt, bloß 15 ein.

Durch das amerikaniſche Packetſchiff „Ducheß of Orleans" hatte man in Havre Nachrichten aus Newyork

bis zum 24. December erhalten. Einem Schreiben aus dieser Stadt vom obgedachten Tage zufolge war daselbst das Gerücht verbreitet, daß Sir Allan Mac-Nab, Milizoberst und Sprecher des Versammlungshauses von Obercanada, welcher zum Lohne für seine Dienste gegen die Insurgenten auf Navy-Eiland zum Ritter erhoben worden war, mit geringer Bedeckung auf dem Marsche begriffen, von einem Manne, der sich hinter einem Baume versteckt gehalten habe und nach der That entkommen sei — wahrscheinlich einem der in den Wäldern versteckten Insurgenten-Marodeurs — meuchlings niedergeschossen worden sei. — Zwei weitere Gefangene von der Prescott-Mühle, Dorephus Abbey von Pamelia und Daniel George von Lyme, sind am 14. December zu Kingston in Obercanada gehenkt worden. Mehrere andere zum Tode Verurtheilte haben einen Strafaufschub erhalten. Ein Sergent und zwei Gemeine, welche den Insurgenten Theller und Dodge zur Flucht verholfen hatten, sind zu Quebec kriegsgerichtlich zur Erschießung verurtheilt worden.

Lord Cochrane, jetziger Graf Dundonald, hat seit einiger Zeit häufige Conferenzen mit den Directoren der ostindischen Compagnie. Er soll wieder allerlei Projecte im Schilde führen.

Die City of London Tavern, ein Local, welches bis jetzt meist zu Festgelagen diente, wird künftig ganz andern Zwecken gewidmet seyn. Die Wesley'schen Methodisten haben es für 15,000 Pf. St. an sich gekauft, um darin ihre Missions- und andern Anstalten zu errichten.

Preußen.

Die Preußische Staatszeitung meldet amtlich die Ernennung des Polizeipräsidenten Gerlach in Berlin zum Regierungspräsidenten in Köln, und des Landraths und ehemaligen Oberlandesgerichtsraths von Puttkammer zum Polizeipräsidenten in Berlin.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Der Waldstätter Bote vom 14. Jänner meldet aus Wallis: „Die Verfassungsrevision*) gibt hier viel zu thun; man ist darin in Wünschen und Ansichten zu verschieden. Die Einen wollen Vermehrung, die Anderen Verminderung der Repräsentation. Die fünf obern Zehnten wollen zwar verhältnißmäßige Repräsentation, aber nur auf je 3000 Seelen einen Deputirten, so daß die Tagsatzung oder der Landrath aus ungefähr 40 Mitgliedern bestünde; ferner Vertheilung der Abgaben nach Verhältniß der Bevölkerung, Garantie der Rechte der Klöster und des Clerus, Erhaltung der gegenwärtigen Collegien und vollkommene Handelsfreiheit. Unterwallis verlangt eine Repräsentation im Verhältniß von je einem Deputirten auf 1000 Seelen, also eine Tagsatzung von 76 Mitgliedern, Oeffentlichkeit der Sitzungen, Vereinfachung der Gerichtsordnung, Wahl des Staatsraths auf mehrere Jahre, und theilweise Erneuerung. In der Tagsatzung solle er nur eine Stimme haben u. s. w. Sierre will Beibehaltung des Alten. Ob es wohl letzterer nicht am besten meint? Wenn wir einen Blick auf alle regenerirten Cantone werfen, so sehen wir des aus den Neuerungen hervorgegangenen Guten sehr Weniges, und eben so wenig Lobens hört man von den Bewohnern dieser regenerirten Cantone von der neuen Ordnung; wohl hört man dagegen nur die Aeußerungen: „Viel Schönes hat man uns versprochen, aber Wenig oder gar Nichts gehalten."

*) Vergl. das Schreiben im Oesterr. Beob. vom 5. d. M.

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben dem Adolph Grafen von Husarzewsky die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

In dem verflossenen Jahre 1838 sind nach Ausweis der städtischen Protocolle in der k. k. Haupt- und Residenzstadt Wien und deren Vorstädten, mit Inbegriff sämmtlicher Krankenhäuser, verstorben, und zwar in den Monaten: Jänner 1135, Februar 1081, März 1387, April 1363, Mai 1314, Juni 1136, Juli 1301, August 1225, September 1041, October 1103, November 1059 und December 1194, zusammen 14,339 Personen, darunter 4143 Mannspersonen, 3574 Weibspersonen, 3460 Knaben und 3162 Mädchen unter 10 Jahren.

An Altersschwäche und Entkräftung starben 859, am Nerven- und Faulfieber 720, am Brand 464, am Schlag- und Stickfluß 504, an Verhärtungen 93, an der Wassersucht 1754, am Durchfall 334, an Lungenkrankheiten 3087, an der Auszehrung 1972, an der Halsentzündung und Bräune 175, an Blattern 160 und an unglücklichen Zufällen 139 Personen.

In dem erwähnten Jahre 1838 betrug die Zahl der Verstorbenen um 1241 weniger, als im vergangenen Jahre 1837. Unter denselben hatten 45 Personen ein Alter von 90 bis 100, die älteste Person 116 Jahre erreicht.

Geboren wurden im Jahre 1838 und in den sämmtlichen Pfarren der Stadt und der Vorstädte zur heiligen Taufe gebracht 16,146 Kinder, 8197 Knaben und 7949 Mädchen. Unter den Gebornen waren Augsburgischer Confession 205 Knaben und 26 Mädchen, Helvetischer Confession 36 Knaben und 13 Mädchen; in der Pfarre der nichtunirten Griechen 3 Knaben und 2 Mädchen. Israelitischen Bekenntnisses wurden geboren 144 Kinder, darunter 83 Knaben und 61 Mädchen. Im Ganzen betrug demnach die Zahl der Gebornen 16,295, darunter 8283 Knaben und 8012 Mädchen. Sie überstieg die Zahl der Gebornen im Jahre 1837 um 642. Getraut wurden im Jahre 1838 in Allem 3337 Paare, um 124 Paare weniger, als im Jahre 1837.

Die Generalversammlung der Actionäre der k. k. priv. ersten Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft wird am 11. Februar 1839, halb 10 Uhr Vormittags, im Bureau der Gesellschaft in Wien, am Bauernmarkt N^r. 581, gehalten werden.

Die P. T. Herren stimmfähigen Actionäre werden ersucht, Eintrittskarten zu dieser Versammlung in genanntem Bureau abholen zu lassen, wo auch das Programm über Gegenstände der Berathung drei Tage vor der Sitzung ausgetheilt werden wird.

Wien, am 24. Jänner 1839.

Am 23. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	108	/₁₀.
detto	detto zu 4 pC. in CM.	100	/₁₀.
detto	detto zu 3 pC. in CM.	81.	
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.	
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	157	/₁₆.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	698	/₁₀.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65	/₁₆.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr., fl. 100 G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1488½ in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 25

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 25. Jänner 1839.

W 1·K ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 23. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.597	28 3. 4 L. 4 P.	— 1.5	N.	mittel.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.701	28 5 8	— 1.6	NW.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.853	28 7 6	— 4.7	NW.	mittel.	heiter.

Spanien.

Nachrichten aus dem Hoflager des Don Carlos vom 10. Jänner zufolge hatten die gegenwärtig in Spanien reisenden Parlamentsmitglieder Fector und Borthwick bei Don Carlos die freundlichste Aufnahme gefunden. Don Carlos beauftragte den Obersten Alvarez de Toledo, Sohn des Herzogs von Infantado, Granden von Spanien, sie auf ihrer Reise durch die Provinzen zu begleiten; sie wollten am 11. Azcoytia verlassen und über Durango sich ins Hauptquartier des Generals Maroto begeben.

Das Carlistische Boletin del Cuartel Real enthält einen ausführlichen Bericht über das Treffen, das bei Ampuero zwischen der Division des Christinischen Generals Castañeda und den Truppen des Carlistischen Anführers Castor de Andechaya Statt gefunden hat. Die Christinos hatten die Höhen und das Fort San Roque besetzt, wurden aber mit einem Verluste von 700 Mann an Todten und Verwundeten zurückgetrieben.

Die Sentinelle des Pyrénées enthält, ohne Angabe des Datums, folgendes Schreiben aus Madrid: „Die wichtigsten Ereignisse bereiten sich in Spanien vor; die Einen erwarten hiervon eine günstige Wendung der Dinge; die Andern — und dieß ist die Mehrzahl — sehen der Zukunft, die sich daraus entwickeln dürfte, mit Angst entgegen. Alles zielt darauf hin, dem General Espartero den Militärdespotismus und die Dictatur in die Hände zu spielen. Dieß ist nicht etwa ein Hirngespinnst, sondern bittere Wahrheit, welche der Gang der Ereignisse nächstens bestätigen wird. — Ein weitverzweigtes Complott ist zwischen dem Ministerium und den verschiedenen Generalcapitäns, unter Inspiration des Grafen von Luchana, organisirt, um die Cortes zu beseitigen und militärisch zu regieren. Man will um jeden Preis die verschiedenen Coterien loswerden, die ihre Repräsentanten in der Kammer haben, als z. B. die Jovellanos, das junge Spanien ꝛc.; Gemäßigte und Patrioten sollen als unnützes Gepäck, das den Gang der Regierung nur hemmt, mitsammen über Bord geworfen werden. — Das Feldgeschrei der Faction, die nach der Oberherrschaft strebt, ist: Keine Advocaten, keine Schwätzer mehr! Diesem Beweggrunde und nichts Anderm ist die Flucht des Narvaez beizumessen. Dieser junge General merkte, daß sein Kopf auf dem Spiele stehe, daß sein Untergang beschlossen war, und er hat die Flucht ergriffen. Wenn Cordova nicht ein Gleiches gethan hat, so geschah es, weil er sich in einer ganz andern Lage befindet; er ist zu hoch gestellt, als daß man ihm zu Leibe gehen könnte. Uebrigens erfahre ich, zur Bestätigung des Obigen, in diesem Augenblicke, daß ein von Pita Pizarro und Alair abgeschickter Agent, der wegen seiner Theilnahme an allen politischen Unruhen im ganzen Umfange der Halbinsel bekannt ist, so eben Madrid verlassen hat. Er begibt sich nach San Sebastian, und obgleich über die Sendung, mit der er beauftragt ist, hier nichts verlautet hat, so bin ich doch bei dem bekannten Character dieses Agenten überzeugt, daß er die Seele irgend einer unterirdischen und finstern Intrigue ist."

Portugal.

Durch das Dampfboot „Tagus" hatte man in England Nachrichten aus Lissabon bis zum 6. Jänner erhalten. Die Verhandlungen in den Cortes waren bis dahin uninteressant, da sie nur die Wahlen und formelle Puncte betrafen. Sonst wird nichts Politisches gemeldet. Das Diario do Governo beschließt einen Ueberblick des vorigen Jahres mit den Worten: „Glücklicherweise haben wir noch Zeit; aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß unsere Lage eine unsichere ist, und daß die Uebel, an denen der Staatskörper leidet, keinen Aufschub in der Anwendung der Heilmittel mehr vertragen." Der Ausschuß zur Hebung des Weinbaues und Weinhandels von Estremadura hat seinen Bericht veröffentlicht, worin er die Bildung einer Staatscompagnie zu diesem Zwecke vorschlägt.

Die Herzoginn von Palmella ist am 28. December mit der jungen Marquise von Fayal — den Berichten französischer Journale zufolge — in Lissabon angekommen. Sie entführte die reiche zwölfjährige Braut ihres Sohnes glücklich über das Meer, ungeachtet der Telegraph von Paris aus auf die Reclamation des Vormundes der Marquise den Befehl nach allen Seehäfen gegeben hatte, die Herzoginn anzuhalten.

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 9. Jänner zufolge ist daselbst am 7. d. M. die Gemahlinn des königl. schwedischen Ministerresidenten, Baroninn von Troil, geborne Gräfinn von Gyldenstolpe, mit Tod abgegangen und am 9. um die Mittagsstunde auf den sogenannten großen Begräbnißfeldern feierlich zur Erde bestattet worden.

Am 3. d. M. ist bei Kaba-Tasch in der Vorstadt Fundukly Feuer ausgebrochen; es wurde jedoch bald gelöscht, so daß nur ein einziges Haus ein Raub der Flammen wurde.

Der öffentliche Gesundheitszustand in Konstantinopel war fortwährend befriedigend.

Einem zu Alexandria bekannt gemachten Bulletin über die Reise des Vicekönigs zufolge ist derselbe in 41 Tagen von Cairo nach Kartum gereist, und daselbst am 24. November oder 6. Ramasan, wie das Bulletin besagt, eingetroffen. Der Kurier, der diese Nachricht brachte, hat die bedeutende Distanz von Kartum bis Alexandria, ungefähr 470 teutsche Meilen, auf Dromedaren in 22 Tagen zurückgelegt. Der Pascha befand sich beim Abgang desselben sehr wohl, er erwartete nur die Ankunft seines Ge-

folges, das um einige Tagereisen zurückgeblieben war, um nach dem Fasokel aufzubrechen, wohin schon der bedeutendste Theil der Truppen abgegangen war. Er glaubte in zehn Tagen sich bei den Goldminen zu befinden und will von dort aus Unterhandlungen mit den abyssinischen Fürsten, den Gallas und Schankalles, einleiten. Von dort will sich der Pascha, Privatnachrichten zufolge, nach dem Kordofan begeben, dieses Land durch eigene Anschauung kennen lernen und sich in Verbindung mit dem Sultan von Darfur setzen, der bis dahin alle Anträge Mehmed Ali's abgelehnt hatte. Wann er wieder nach Aegypten zurückkehren wird, weiß man nicht bestimmt; man glaubt jedoch, er werde mit Ende Februar wieder in Cairo seyn.

Rußland.

Die Preußische Staatszeitung meldet aus St. Petersburg vom 5. Jänner: „Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königl. preußischen Hofe, wirkliche geheime Rath Hr. von Ribeaupierre, ist zum Mitglied des Reichsrathes ernannt worden. Der wirkliche geheime Rath, Mitglied des Reichsrathes, von Oseroff, hat den Alexander-Newsky-Orden erhalten. — Die Vormünder der Puschkin'schen Kinder hatten die Absicht, die Werke des verstorbenen Dichters in sechs Bänden herauszugeben; es fand sich aber so viel Stoff, daß acht Bände daraus wurden, die jedoch ohne weitere Entschädigung den Unterzeichnern auf die zuerst angekündigten sechs Bände, nebst Bildniß Puschkin's und dessen Facsimile, zugestellt worden; seine Biographie folgt später nach, so wie eine Ausgabe der nach seinem Tode vorgefundenen Handschriften. — Auf Veranlassung des Ministers der Volksaufklärung hat Se. Majestät der Kaiser erlaubt: 1) Jedem der Obergymnasien von Wilna, Grodno, Bjelostok und Minsk jährlich 1000 Rubel Silber verabfolgen zu lassen, um davon unbemittelten, fleißigen Zöglingen jährliche Stipendien, bis zur Beendigung ihres Kurses, und zwar nicht weniger als 25 und nicht mehr als 50 Rubel Silber, zu verabreichen; 2) auf den Universitäten Petersburg, Moskau, Charkoff und Kasan fünf Kronstellen zu bilden für die besten Schüler des westreußischen Lehrbezirks, die von der Regierung eine jährliche Unterstützung von 500 Rubel Banknoten erhalten. — Der Adel von Woronesch beschloß im Jahre 1834, die frühern Beiträge zur Gründung von Militärlehranstalten durch einen Zuschuß von 2 Rubel für die Seele zu vermehren und von dieser Summe in der Stadt Woronesch ein Cadetencorps zu errichten. Von patriotischem Eifer angetrieben, gab der zum genannten Adel gehörige General Tschertkoff zur Beschleunigung und kräftigen Ausführung dieses gemeinnützigen Planes 1½ Millionen Rubel baares Geld und tausend Bauern mit ihren Ländereien her. Se. Majestät der Kaiser, Höchstwelcher diese Darbringung auf den Altar des Vaterlandes mit gerechter Anerkennung aufnahm, ertheilte diesem Corps den Namen des Michailoffskischen, nach Sr. kaiserl. Hoheit dem Großfürsten Michael, Chef aller Militärlehranstalten, welcher in Folge dessen eigenhändig den Grundstein des Gebäudes legte. Dem General Tschertkoff ward von Seiten des Adels in öffentlicher Versammlung gedankt und von letzterem unter Aufnahme in das Protocoll beschlossen, dem General eine Adresse zu überreichen und dessen Bildniß mit einer passenden Inschrift verfertigen zu lassen, welcher Beschluß die allerhöchste Bestätigung erhielt. — Das hiesige Krankenhaus für Kinder hat seit seinem dreijährigen Bestehen über 10,000 Kinder beiderlei Geschlechts gepflegt und behandelt. An der Spitze dieser, so wie mehrerer anderer wohlthätigen Anstalten steht der Graf Alexander Benkendorff. — Im Jahre 1837 betrug am Zollamte in Radziwiloff die Einfuhr an Waaren und Geld 7,815,936 und die Ausfuhr 8,563,270 Rubel; im Jahre 1838 die Einfuhr 7,496,381 und die Ausfuhr 7,888,984 Rubel."

Großbritannien und Irland.

Der Staatssecretär des Innern, Lord J. Russell, hat an die ministeriellen Mitglieder des Hauses der Gemeinen das übliche Schreiben erlassen, durch welches er sie zur Eröffnung des Parlaments, welche am 4. Februar Statt findet, einladet. Hr. Edward Buller, Mitglied für North-Staffordshire, wird dießmal die Antwortsadresse beantragen, und Hr. G. W. Wood, Mitglied für Kendal sie unterstützen.

Am 14. Jänner Morgens war großer Zudrang von Neugierigen nach dem Gerichtshofe der Queensbench, weil man wußte, daß die zwölf canadischen Gefangenen vor denselben gestellt werden würden. Die Gefangenen heißen: Finley Malcolm, John Grant, G. Parker, R. Walker, Paul Bedford, Randal Wyon, Leonard Watson, W. Reynolds, Lynus Wilson Miller, James Brown, Ira Anderson und W. Alwes (wie es scheint, meist brittische Obercanadier). Hr. Roebuck und Dr. Hill waren als Rechtsbeistände für die Gefangenen erschienen. Der Kriegsminister Lord Howick, der Handelsminister, Hr. P. Thompson, und andere hohe Staatsbeamte waren im Gerichtssaal anwesend, deßgleichen Hr. Hume, der großes Interesse an der Procedur zu nehmen schien, die sich indeß heute ganz auf Präliminarfragen beschränkte. Der Attorneygeneral verfocht nämlich, vom Solicitorgeneral darin unterstützt, den Satz, kein einzelner Richter sei befugt, ein Habeas-Corpus-Whrit zu erlassen, wie dieß im vorliegenden Falle geschehen sei, sondern ein solches könne nur von dem Lordkanzler ausgehen. Lord-Oberrichter Denman sprach sich, vom Richter Littledale unterstützt, für die entgegengesetzte Ansicht aus, mit dem Bemerken, daß, selbst wenn das in diesem Falle erlassene Whrit annullirt werden sollte, die Gefangenen ohne Anstand ein anderes auf dem gewöhnlichen Wege erhalten würden. Die Sitzung wurde, ehe noch die Bank über diese Vorfrage entschieden hatte, vertagt, und die Gefangenen nach Newgate zurückgebracht.

Am Sonntage den 13. Jänner fand in dem Londoner Stadttheile Marylebone eine zahlreich besuchte Versammlung Statt, in welcher eine Bittschrift um alsbaldige und gänzliche Aufhebung der Korngesetze beschlossen wurde.

Das erledigte Bisthum Cashel und Waterford in Irland ist durch einen Brief der Königinn dem Dr. Sandes, bisherigem Bischof von Killaloe, verliehen. Es erträgt gegen 8000 Pf. St.

Vor kurzem soll bei dem Herzoge von Newcastle eine große Versammlung von Conservativen Statt gefunden haben, in welcher es, wie verlautet, zu einer Aussöhnung zwischen dem Herzoge, diesem Haupte der alten Tories, und Sir R. Peel gekommen wäre. Seit der Annahme der katholischen Emancipationsbill hatten sich diese beiden Männer nicht gesehen. Man schließt aus dieser Versöhnung, wenn die Sache nämlich gegründet ist, auf ein beabsichtigtes Of- und Defensivbündniß zwischen Sir R. Peel und den Ultratories gegen alle Reform. „Kommt es dahin," sagt ein radicales Blatt, „so ist es um eine Coalition der Whigs und Tories geschehen, nach der Stanley, Graham, Melbourne und Spring-Rice zu streben scheinen; in den Grundsätzen und Maaßregeln findet freilich eine solche Coalition schon längst Statt, die den antireformistischen Zwecken bessere Dienste

leiſtet, als ein Sturz des Melbourne'ſchen Cabinets es vermöchte. Wie lange dieſes Whig-Tory-Miniſterium noch dauern wird, iſt eine andere Frage; für jetzt aber kann jeder Tory, der nicht gerade nach einer Stelle geizt, ganz zufrieden ſeyn."

Der Morning-Poſt wird von ihrem Dubliner Correſpondenten gemeldet, es gehe in Irland das Gerücht, daß die dortige Regierung im Beſitz von Mittheilungen über eine Verſchwörung ſei, welche die Ermordung einer großen Anzahl von proteſtantiſchen Gutsbeſitzern Irlands zum Zweck habe, und man füge hinzu, daß der kürzlich erſchoſſene Lord Norbury das erſte Opfer dieſes Mordplanes geweſen.

Im Schooße des irländiſchen Vorläufervereins iſt Zwieſpalt ausgebrochen; Hr. Peter Purcell, bisher einer der eifrigſten Beförderer der Zwecke des Vereins, hat ſich von demſelben getrennt, weil er mit der Art und Weiſe, wie O'Connell die Fonds des Vereins unterbrachte, nicht einverſtanden war. Dieſer hat nämlich die eingegangenen Gelder in einer Zweigbank der irländiſchen Nationalbank für ſeinen Credit niedergelegt. Purcell wollte zwar nicht daran zweifeln, daß das Geld in O'Connell's Händen ſicher ſei, hielt es aber für nöthig, daß man bei den politiſchen Feinden des Vereins auch den leiſeſten Argwohn vermeide. O'Connell ſtellte ſich anfangs bereit, die Gelder anderswo unterzubringen, blieb aber am Ende doch dabei, daß die Niederlegung der Gelder in der beſagten Zweigbank von dem Vereine ſelbſt am 30. November beſchloſſen worden ſei, und in einer Verſammlung des letztern, am 7. Jänner, wußte er deſſen Zuſtimmung zur Beibehaltung der bisherigen Unterbringungsweiſe zu erlangen, wobei jedoch beſchloſſen wurde, daß die Rechnungen, welche die drei Schatzmeiſter des Vereins mit O'Connell gemeinſchaftlich geprüft hatten, Hrn. Purcell vorgelegt und veröffentlicht werden ſollten. Letzterer war früher zum Vorſitzer bei einem am 22. d. M. zu Ehren O'Connell's in Dublin zu veranſtaltenden Diner auserſehen; dieſe Ehre hat er nun auch abgelehnt, worauf die Committee ihm erwiederte, dieſe Erklärung komme um ſo erwünſchter, da man ſich ſonſt ſelbſt genöthigt geſehen hätte, ihm die zugedachte Ehre zu entziehen.

Die neueſten Nachrichten aus den weſtindiſchen Colonien, namentlich aus Jamaica, ſind, ſelbſt nach der Angabe miniſterieller Blätter, keineswegs befriedigend. Es iſt zwar keine Störung der Ruhe von Seiten der Neger erfolgt, aber ihre Abneigung gegen die Arbeit iſt faſt allgemein, während der Lohn, den ſie für die unterbrochene Arbeit fordern, von der Art iſt, daß die meiſten Pflanzungen veröden müſſen, da ſelbſt die gegenwärtigen hohen Preiſe des Zuckers, des Kaffehs und des Rums dem Eigenthümer die Koſten des Anbaus nicht decken. In vielen Gegenden ſind die Bedingungen, welche die Arbeiter, durch die Baptiſtenmiſſionäre gereizt, dem Landeigenthümer auferlegt haben, ſo hoch, daß ſie ohne große Anſtrengung täglich 6 Shilling gewinnen können. Auch ſollen die neuen Wahlen entſchieden feindlich gegen die Verwaltung des Gouverneurs, Sir Lionel Smith, ausgefallen ſeyn.

Conſols am 14. Jänner 94¼, ⅜.

Frankreich.

Die Verhandlungen der Deputirtenkammer über den Paragraphen der Antwortsadreſſe in Betreff der Verwicklung mit der Schweiz wegen Ludwig Bonaparte boten wenig Neues und Intereſſantes dar. Für den Paragraphen des Entwurfes ſprachen: die HH. Larabit, Paſſy, Dufaure, Odilon-Barrot und Guizot, für die Auslaſſung desſelben die HH. Moreau, de Lagrange, Baude, Graf Molé, d'Angeville und Debelleyme. Hr. Larabit, ein eifriger Bonapartiſt, pries den Prinzen Louis Bonaparte, weil er durch ſeine freiwillige Entfernung dem Streite ein Ende gemacht habe. Hr. Dupin fiel ihm jedoch in das Wort; er bemerkte, die Kammer könne unmöglich einer Lobrede auf ein Individuum Gehör geben, das durch Empörung ſich einer Hochverrathsklage ausgeſetzt habe — eine Klage, welche durchgeführt hätte werden müſſen, wenn die Sache ein geſetzmäßiges Ende nehmen ſollte. Hr. de Lagrange ging in ſeinen Angriffen gegen die eidgenöſſiſche Regierung ſo weit, daß er ſie ein „organiſirtes Syſtem politiſcher und diplomatiſcher Anarchie" nannte, welche Aeußerung Hr. Paſſy als unziemlich rügte. Hr. Dufaure warf der Regierung vor, ſie habe dem Prinzen Louis Bonaparte übermäßige Wichtigkeit verliehen, indem ſie ihn als Thronprätendenten dargeſtellt habe, während er bloß als einfacher Verſchwörer zu betrachten ſei. Dieſen Vorwurf wies Graf Molé zurück. Louis Napoleon, bemerkte er, ſei der Regierung nie im Ernſte als Thronprätendent erſchienen, ſondern ſie habe ihn als ein Individuum angeſehen, das einen bewaffneten Angriff auf das franzöſiſche Gebiet gemacht habe. Dann erinnerte er an die Undankbarkeit des Prinzen nach ſeiner Begnadigung, an die Laity'ſche Flugſchrift, die allerdings für die Regierung keineswegs gefährlich geweſen ſei, aber die Erneuerung von Intriguen dargethan habe, die in der Geburt haben erſtickt werden müſſen. Graf Molé beſchrieb nun den Verlauf der Unterhandlung und ſchloß mit dem Bemerken, die Sache ſei in der Thronrede unerwähnt geblieben, damit die in der Heilung begriffene Wunde nicht von neuem aufgeriſſen würde. Dieß Verſchweigen aber erklärte Odilon-Barrot für ein unpaſſendes Mittel, um Fehler wieder gut zu machen; ſeiner Anſicht nach würde der Paragraph des Entwurfs vielmehr zur Wiederbefeſtigung der Freundſchaft mit der Schweiz beitragen. Dabei machte er der Regierung zum Vorwurf, daß ſie der Schweiz gegenüber dem Syſteme der nordiſchen Mächte ſich angeſchloſſen habe. Hr. Guizot bemerkte, der Paragraph der Adreſſe bezwecke ſo wenig einen Tadel, als ein Lob. Bei der Abſtimmung wurde der Paragraph des Entwurfs, wie bereits erwähnt, mit 221 gegen 208, alſo mit einer Mehrheit von 13 Stimmen verworfen.

Die Preſſe behauptet, daß die Coalition, wenn ſie in dem Kampfe gegen das Miniſterium unterliegen ſollte, Willens ſei, unter dem Vorwande, den Wahlen ihre Reinheit wieder zu geben, eine neue Geſellſchaft nach dem Vorbilde des bekannten Vereins: Aide-toi, le ciel t'aidera, zu ſtiften.

Die Preſſe will wiſſen, daß die Coalition, falls es ihr gelingen ſollte, das Miniſterium zu ſtürzen, ſtatt acht, zehn Miniſterial-Departements creiren wolle, nämlich ein eigenes Departement für den Cultus und eines für das Poſtweſen.

Der Moniteur vom 16. Jänner publicirt folgende Depeſche: „Admiral Baudin an den Marine- und Colonienminiſter. Fregatte „Nereide." Ile-Verte, 1. December 1838. Statt Ew. Excellenz heute einen unvollſtändigen Bericht über die Einnahme der Feſtung San Juan d'Ulloa zu erſtatten, ſchicke ich das Schiff „Meteore" nach Neworleans, und verſchiebe bis übermorgen die Abſendung des Berichts über den Vorgang. Die „Najade," welche ich direct nach Breſt expedire, wird Ihnen denſelben überbringen. Wenn der Chef meines Stabs, Hr. Doret, früher nach Paris kommt, als die Depeſchen mit der „Najade," wird er die Ehre haben, Ihnen alle Einzelheiten der Waffenthat, bei welcher er

mir zur Seite war, mitzutheilen. Ch. Baudin." — Angehängt ist die Namensliste der am 27. November, bei dem Angriff auf San Juan d'Ulloa, getödteten oder verwundeten Franzosen; es sind deren nur 4 und resp. 30 aufgezählt. H^r. Doret ist am 15. in Paris angekommen; er war, wie in der Depesche des Admirals bemerkt ist, gleich nach der Eroberung von San Juan d'Ulloa von Veracruz nach Neworleans abgegangen, reiste von da über Washington nach Newyork, und schiffte sich dort am Bord des Packetboots „Herzoginn von Orleans" nach Havre ein.

Der Moniteur enthält eine vergleichende Uebersicht des Ertrags der indirecten Steuern und Auflagen im Jahre 1838, gegen die Jahre 1836 und 1837.

Im Jahre	1836	614,513,000	Fr.
» »	1837	630,205,000	Fr.
» »	1838	650,185,000	Fr.

hieraus ergibt sich gegen das Jahr 1836 ein Mehrertrag von 35,672,000 Fr. und gegen das Jahr 1837 von 19,890,000 Fr.

Am 11. Jänner sind die Trümmer der Fremdenlegion aus Spanien in Pau eingetroffen. 7000 Mann stark war das Corps ursprünglich. Jetzt sind 55 Offiziere und 157 Unteroffiziere und Soldaten zurückgekehrt; die Zahl der früher zu verschiedenen Zeiten Zurückgekommenen beträgt etwa 3000. Der Verlust der Fremdenlegion durch Krankheiten und auf dem Schlachtfelde beträgt also im Ganzen gegen 4000 Mann.

Am 11. Jänner hinderten die Einwohner von Marans in der Nieder-Charente von neuem die Einschiffung von Getreidevorräthen; die Ruhe wurde jedoch ohne Mühe wieder hergestellt.

Der Gerant des Charivari hat gegen das Erkenntniß des Assisenhofs, das ihn zu achtmonatlicher Haft und 6000 Fr. Geldbuße verurtheilte, appellirt.

Großherzogthum Toscana.

Briefe aus Livorno vom 14. Jänner melden: „Vorgestern kam die Leiche der verstorbenen Prinzessinn-Tochter des Königs der Franzosen hier durch. Der Zug ward an der Barriere von den Consuln Frankreichs und Würtembergs, so wie von den hier befindlichen französischen Seeoffizieren empfangen und begleitet. Bei der Kathedrale ward die Leiche von den barmherzigen Brüdern in die Kirche getragen und vom Bischof ein Seelenamt gehalten. Hierauf setzte sich der Zug wieder in Bewegung, und der Sarg ward am Bord eines königlichen Dampfschiffes eingeschifft. Das toscanische Militär gab das Geleite durch die Stadt und die toscanische Marine bis an Bord. — Das Dampfschiff ging noch denselben Tag nach Toulon ab."

Belgien.

Der König ist aus Laeken in Brüssel angekommen, um dem Vorsitz im Ministerrathe zu führen, welcher in Folge des Vorrückens der holländischen Armee einberufen worden ist. Eine Division schwerer Reiterei hat den Befehl erhalten, aus Flandern an die holländische Gränze vorzurücken. Die in Antwerpen liegenden Regimenter haben sich ebenfalls marschfertig zu machen.

Aus Brüssel stimmen alle Nachrichten darin überein, das die Aufstellung eines holländischen Observationscorps eine große Bewegung in der belgischen Armee verursacht und eine starke Streitmacht an der nördlichen Gränze Belgiens zusammengezogen werden soll. Man scheint in Belgien wirklich einen Einfall von Seiten Hollands zu besorgen. Ueber ein Vorposten- oder Patrouillenscharmützel, das zwischen holländischen und belgischen Truppen an der Gränze Statt gefunden haben soll, wird viel aus Brüssel geschrieben, allein holländische Berichte fehlen noch darüber. Wie man sagt, so soll das Hauptquartier des holländischen Lagers von Tilburg nach der Festung Herzogenbusch verlegt werden.

Im Widerspruche mit den kriegslustigen Blättern bemerkt die Industrie: „Wir wiederholen die Versicherung, daß das Limburgische und das Luxemburgische, weit davon entfernt, in dem Zustande der Gährung zu seyn, wie man sie fortwährend darstellt, den Anblick der vollkommensten Ruhe darbieten. Die Beamten und die Anstellungsuchenden allein sind es, bei denen einige Aufregung bemerkt wird. Diese Thatsachen werden uns neuerdings von zuverlässigen Leuten bestätigt, welche so eben aus jenen beiden Provinzen herkommen, und wir verbürgen uns für die Wahrheit des Gesagten."

Die Mitglieder der sogenannten patriotischen Association erklären durch ihr Organ, den Belge, daß Gefahr im Verzuge sei, wenn nicht sofort der belgische Theil des Luxemburgischen besetzt würde. Sämmtliche Patrioten werden aufgefordert, die Regierung hierzu zu bewegen, doch meint der Commerce Belge, daß sich das Land durch solche Agitationen wohl nicht von neuem werde beunruhigen lassen.

Teutschland.

Am 20. Jänner Morgens vor 6 Uhr hat S^r. königl. Hoheit der Kronprinz von Baiern seine Reise nach Italien angetreten.

Am 12. Jänner Morgens fand auf der Leipziger Eisenbahn ein Unfall Statt, der glücklicherweise von keinem großen Unglücke begleitet war. Zwischen Dahlen und Wurzen war nämlich ein mit Bauholz beladener Wagen, welcher während der Nacht mit Pferden auf der Bahn nach Leipzig gehen sollte, stehen gelassen worden, ohne daß die gehörige Anzeige davon gemacht worden wäre, und als Früh gegen 6 Uhr, noch vor Tagesanbruch, die Locomotive Blitz mit dem Personentransport von Oschatz aus bei jener Stelle eintraf, rannte dieselbe mit solcher Gewalt an jenen Holzwagen an, daß sie nebst den nächsten beiden glücklicherweise nur mit Gütern beladenen Wägen aus dem Geleise über den Damm hinuntergeworfen wurde. Die zwei auf der Locomotive befindlichen Personen wurden gegen 30 Fuß fortgeschleudert, und erhielten einige, jedoch nur leichte Beschädigungen; der übrige Wagenzug blieb auf der Bahn stehen, ohne daß Personen noch Wägen Schaden erlitten.

Wien.

S^r. k. k. apost. Majestät haben mittelst allerhöchstem Cabinetsschreiben, dd. Wien 14. Jänner d. J., dem k. k. Gesandten und bevollmächtigten Minister an den Höfen zu Kassel und Braunschweig, Franz Grafen von Kuefstein, das Commandeurkreuz des kais. österreichischen Leopoldordens taxfrei zu verleihen allergnädigst geruht.

Am 24. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	108⅜	
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	——
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——	
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——	
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	697½	
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65⅝	
Bankactien pr. Stück 1487 in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

W 1. K. ZEITUNG 1839

№ 26

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 26. Jänner 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 24. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.843	28 Z. 7 L. 4 P.	— 4.8	W.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.816	28 7 0	— 0.7	W.	still.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.763	28 6 4	— 2.2	W.	stark.	—

Frankreich.

Die Pariser Blätter vom 17. d. M., welche wir heute erhalten haben (die vom 18. sind noch im Rückstande), bringen den Schluß der Sitzung der Deputirtenkammer vom 16. Jänner *). — Der zweite Absatz des Amendements Amilhau, die unbedingte Billigung der auswärtigen Politik der Regierung aussprechend, ist mit 219 gegen 210 Stimmen verworfen worden. — Folgendes ist der nähere Hergang der Debatte: Hr. Berryer, der bei Abgang der Post am 16. die Rednerbühne bestiegen hatte, bedauert, daß die bisherige Debatte nicht dem entsprochen habe, was die Wahl der Adressecommission erwarten ließ. Die Erklärung findet er darin, daß die Debatte in Anwesenheit der Minister Statt fand, die nur ein System vorfanden, welches sie weiter verfolgen mußten. „Was mich betrifft," fährt er fort, „so habe ich den Vortheil in meiner Stellung, daß ich alle jetzt entzweiten Minister bekämpft habe. (Gelächter. Stimmen links: Sie werden noch andere Minister bekämpfen.) Ich habe alle Cabinete seit acht Jahren bekämpft, und bin entschlossen, in der großen Frage der Beziehungen Frankreichs zum Auslande mich mit vollkommener Offenheit und Unabhängigkeit auszusprechen. Mit den Verhältnissen Frankreichs zum Auslande kann es nie dieselbe Bewandtniß haben, wie mit Fragen, die uns im Innern spalten. Welche Meinungen, welches System auch im Lande obsiegen, welche Revolution auch vor sich gehen und welche Regierung auch immer sich im Lande festsetzen möge, so schwört man seine Nationalität ab, wenn man nicht dasselbe Gefühl für die Interessen Frankreichs bewahrt, wenn man nicht im Grunde des Herzens, freundlich oder feindlich gesinnt, Alles billigt, was der Würde, der Ehre und dem Uebergewichte Frankreichs nützt, so ist man kein Bürger, kein Franzose mehr; man hat sich selbst verläugnet. Ich wiederhole es, meine Herren! dieß sind die Pflichten jedes Bürgers zu jeder Zeit und unter jeder Regierung, aber jede Regierung hat auch eine unermeßliche Aufgabe, eine ungeheure Verantwortung, eine heilige Pflicht; sie muß in ihrem Princip, in den Bedingungen ihrer Lage alle mögliche Kraft schöpfen, um sie zu Frankreichs Nutzen anzuwenden, um das Uebergewicht und die Würde des Landes geltend zu machen. Ist diese Pflicht während der acht Jahre, wo ich Opposition machte, erfüllt worden? Ich untersuche die Frage." Die Julirevolution, sagt Hr. Berryer, sei ein furchtbares Ereigniß gewesen. (Links: Sagen Sie: Ein glorreiches Ereigniß.) In ganz Europa habe sie einen mächtigen Anklang gefunden; Polen, Spanien und Belgien seien auf ihren Ruf erstanden; das erstere Land habe man untergehen lassen, Spanien den Gräueln des Bürgerkrieges preisgegeben, und Belgien stehe im Begriff ebenfalls verlassen zu werden. Hr. Berryer gesteht, daß er entschlossen gewesen sei, gegen den Paragraph der Commission wegen Ancona's zu stimmen, da er in jener Expedition nur eine Bewegung zur Ausbreitung von Ideen, die nicht die seinigen seien, gesehen habe; allein Hrn. Molé's Rede habe ihm die wahre Beschaffenheit der Sache gezeigt, und er bedauere, daß der Paragraph nicht durchgegangen sei. Aus Allem scheine ihm hervorzugehen, daß man eine doppelte Politik habe, eine für Frankreich, für die Bedürfnisse und Convenienzen der Repräsentativregierung und für die Oeffentlichkeit, eine Politik und eine Sprache jenseits der Gränze. Die Expedition von Ancona habe man nur unternommen, um der, über den Einmarsch der Oesterreicher in die Legationen aufgeregten öffentlichen Meinung eine anscheinende Satisfaction zu geben, dem Ausland habe man dagegen eine wirkliche gegeben durch die Uebereinkunft vom 16. April (1832). „Als Sieger in Veracruz," ruft er den Ministern zu, „habt ihr dem mexicanischen General eine für ihn ehrenvollere Uebereinkunft bewilligt, als die, die ihr in Ancona für euch annahmt. In Spanien findet man dieselbe doppelte Politik wieder. Die Eintracht beider Länder, der Einfluß des französischen Cabinets auf das spanische ist das größte Bedürfniß unserer Politik, ein Bedürfniß, für welches zwei große Männer (Ludwig XIV. und Napoleon) die größten Opfer brachten. Man hat einen Quadrupelvertrag abgeschlossen, und behauptet, dieser Vertrag führe keine Verpflichtung mit sich. Die Stellung Frankreichs zu Spanien ist also nur eine scheinbare, eine wahre Fiction! Schande und immer Schande! Es hat

*) Vergl. unser vorgestriges Blatt.

keine Intervention Statt gefunden; ich ſagte es vor zwei und drei Jahren, ich wiederhole es, ihr opfert das franzöſiſche Intereſſe. Unterſtützt Don Carlos oder Chriſtine, aber habt doch eine Partei in Spanien! Die Gleichgültigkeit, der fingirte Vertrag, der erlogene Beiſtand, Alles dieß iſt der Würde und den Intereſſen Frankreichs entgegen. Die belgiſche Frage iſt nicht aus der Revolution von 1830 entſtanden; ſie iſt drei bis vier Jahrhunderte alt, von Ludwig XI. bis auf unſere Tage iſt dieß der Zielpunct aller franzöſiſchen Intereſſen, der Schauplatz aller Kämpfe, der Kampfplatz der beharrlichen und ſtets thätigen Eiferſucht Englands." Die Vereinigung Belgiens mit Holland, argumentirt Hr. Berryer weiter, ſei im Jahre 1814, trotz der offenbaren Unverträglichkeit Beider, bloß deßhalb beſchloſſen worden, weil England keinen Fuß breit belgiſchen Gebiets an Frankreich fallen ſehen wollte. Nach der Trennung im Jahre 1830 habe Belgien ſich Frankreich anſchließen wollen, und die Krone einem franzöſiſchen Prinzen angeboten; da habe England einen Vertrag durchgeſetzt, wonach die contrahirenden Mächte ſich verpflichten, daß keine von ihnen die belgiſche Krone annehmen ſolle. Die Krone ſei einem Prinzen zugefallen, der drei Nationen angehöre, ein Teutſcher von Geburt, und mit England und Frankreich verbunden. Die Neutralität und die ganze Exiſtenz Belgiens ſei gegen Frankreich gerichtet; nach ſiebenjährigem Beſitz habe man es nicht einmal ſo weit gebracht, Belgien zu ſchützen, und ſehe ſich jetzt durch Verpflichtungen gehemmt. „Ich durchgehe die Karte von Frankreich," ſo ſchließt Hr. Berryer, „und ſehe, daß ihr überall verlaſſen, iſolirt ſeid. So weit iſt es mit Frankreich gekommen! Meine Hand ſoll vertrocknen, ehe ich in dieſe Urne eine Kugel werfe, die ausſprechen wird, daß ein ſolches Miniſterium auf unſere Würde eiferſüchtig wacht, und unſere Allianzen bewahrt. Niemals! Niemals! Man wird mich nicht im Verdacht haben, die perſönlichen Geſinnungen des Miniſterpräſidenten vom 22. Februar (Thiers) zu theilen. Gegen ihn habe ich mehrere Jahre lang am heftigſten gekämpft, und wenn er ans Ruder zurückkehrt, wird dieſer Kampf über alle innern Fragen wieder beginnen; denn wir Beide haben, ich zweifle nicht daran, unſere Meinungen beibehalten. (Hr. Thiers: Ja!) Aber Sie haben, Ihren Grundſätzen und dem Syſtem der Julirevolution getreu, die Würde und die Allianzen Frankreichs aufrecht halten wollen; Sie wollten in Spanien interveniren und Ancona behalten; Sie haben zwei ehrenvolle Handlungen begangen, mein Herr! und wenn Sie wieder zur Gewalt gelangen, welche Kluft auch zwiſchen uns beſtehen mag, führen Sie für Frankreich etwas Nützliches, Großes und Ehrenvolles aus, und ich werde Ihnen Beifall zollen; denn ich bin in Frankreich geboren, und will ein Franzoſe bleiben!" (Anhaltende Bewegung.) — Graf Molé beginnt mit den Worten: „Meine Herren! Ich wünſche unſern Gegnern Glück zu der Kugel, die ihnen verſprochen iſt! Was uns betrifft, werden wir ſie weder erhalten noch verdienen. So oft man ein großes Talent benützt, um an Nationalgefühle zu appelliren, wird man Anklang finden; aber prüfen Sie, meine Herren, was man geſagt hat; blicken Sie hinter die Worte, und ſehen Sie, was man ſagen wollte." (Murren auf mehreren Bänken.) Der Präſident (Hr. Dupin): „Der Hr. Miniſterpräſident antwortet einem Redner der Oppoſition; Sie haben dieſen Redner mit einer Gefälligkeit angehört, die ſeine Stellung und ſein Talent erheiſchte; wie kommt es nun, daß derjenige, der die königliche Gewalt vorſtellt, kein Gehör finden kann? Das iſt wahrhaft betrübend. Die Kammer vergißt, daß die Miniſter eine der drei Staatsgewalten repräſentiren; es iſt ihre Pflicht, ſie zu hören." (Beifall.) Graf Molé erklärt, er wolle die Julirevolution vertheidigen; denn Hrn. Berryer's Rede habe keinen andern Zweck gehabt, als die Politik der letzten acht Jahre herabzuwürdigen. „Glauben Sie," fragt der Miniſter, „dieſe Anklage gegen die Politik der acht Jahre ſei von aufrichtiger Theilnahme für die Julirevolution eingegeben? Nein, meine Herren! Da, wo man vorgibt, ſie ſei ſchwach geweſen, hat ſie die Juliregierung durch Umſicht und Feſtigkeit aufrecht erhalten. (Beifall.) Ich begreife den Groll des Redners gegen dieſe Politik; er führt Krieg gegen das, was er nicht will. Ich werfe ihm nichts vor; aber wir ſchließen uns ihm nicht an. Wir wollen unſern Zwiſt unter uns ſchlichten, und wer nicht zu uns gehört, möge nicht dieſen Zwiſt zu ſeinem Vortheil ausbeuten wollen." (Beifall.) Hr. Odilon-Barrot dagegen glaubt an die Aufrichtigkeit des Hrn. Berryer. Nur ein edles Herz könne ſo edle Worte finden, und man brauche nicht eben die Julirevolution zu haſſen, um gegen den Vorſchlag zu ſeyn, die Politik des Cabinets als höchſt würdevoll zu erheben. Man könne in Einzelnheiten allerdings Stoff zur Ungewißheit finden; aber hier handle es ſich von der geſammten auswärtigen Politik, und wenn man ſage, daß es nur eine und dieſelbe Politik ſeit acht Jahren ſei, wenn man wieder mit dem unerſchütterlichen Gedanken (des Königs) komme, ſo fragt er, ob es dieſelbe Politik ſei, die in Ancona bleiben wollte, und die es ohne Garantie verließ; diejenige, die die belgiſche Gebietsfrage neuerdings ſtreitig machen wollte, und die ſie ohne Discuſſion preisgab; diejenige, die in Spanien interveniren wollte, und diejenige, die jenes verzweiflungsvolle Wort: Niemals! ausſprach, das im Moniteur weggelaſſen worden ſei, aber die Grundlage aller Syſteme bilde. (Bewegung.) „Nein, meine Herren! Es iſt eine große Veränderung, es ſind tiefe Spaltungen eingetreten, die wohl hinreichen, um anders als durch elenden Ehrgeiz die Spaltungen zu erklären, die ſich ſelbſt im Schooße der Mehrheit gezeigt haben. Wohin ich auch blicke, hat eure Politik nicht einmal das Verdienſt der Vorausſicht und Weisheit gehabt; eure Conceſſionen nützen dem Friedensſy-

stem nichts; Eure Politik ist allenthalben compromittirt; allenthalben gibt sie Frankreichs Geschick und die Grundsätze dem Zufall der Ereignisse Preis. Diese Politik kann ich für meinen Theil nicht verherrlichen. Seit 1830 glaubte man öfters der öffentlichen Meinung genug thun zu müssen; daher die Einnahme von Antwerpen und Ancona! Seitdem man die Julirevolution in ihren Grundsätzen erstickt zu haben glaubt, und sich für sie als Bürgen gegen Europa und die heilige Allianz stellte, hat man der öffentlichen Meinung, den edlen Gesinnungen der Julirevolution keine Genugthuung mehr zu geben. Es ist nicht mehr der Mühe werth; sie ist vernünftig geworden, beschäftigt sich nicht mehr mit äußerer Politik, und hat ihre Entlassung gegeben. Meine Herren! diese Lage ist gefährlicher als man glaubt. Es liegt eine große Gefahr in den demokratischen Gesinnungen; aber neben dieser Gefahr, die den Krieg wieder entzünden könnte, liegt die Gefahr einer allzu persönlichen Politik. Dieß ist es, was das Kaiserreich irre leitete, und ihm den großartigen Character der Nationalität entzog, den es in seinem Ursprung hatte. Diese Gefahr deute ich Ihnen an, meine Herren! Ihre standhafte und gemäßigte Dazwischenkunft kann allein ihr abhelfen. Und wenn das Resultat dieses großen Kampfes im Schooße der Nationalvertretung auch kein anderes wäre, als der parlamentarischen Gewalt den ihr gebührenden Einfluß auf die Leitung der Landesangelegenheiten zurückzugeben, so wäre dieß ein großes Glück, und Sie hätten die verlorne Zeit nicht zu bereuen." (Von mehreren Seiten wird zur Abstimmung gerufen.) H^r. Guizot nimmt nochmals das Wort, um (wie er selbst sagt) erschöpft, und mit erloschener Stimme im Namen der Ehre und der Interessen Frankreichs und seiner eigenen Ehre dagegen zu protestiren, als wäre die Politik, die nach der Julirevolution befolgt wurde, und der er stets treu bleiben werde, noch die Politik des jetzigen Cabinets. Frankreich habe damals in Belgien, in der Schweiz, in Ancona u. s. w. seinen Einfluß geltend gemacht; das jetzige Ministerium habe alle diese Stellungen aufgegeben. Der Justizminister erwiedert: H^r. Guizot selbst sei es, der seiner frühern Politik abtrünnig geworden sei. Er fragt dann, warum denn die Commission sich hinsichtlich Spaniens und Belgiens in der Adresse nicht gegen die Politik des Ministeriums erklärt, nicht auf Intervention und Annullirung der 24 Artikel gedrungen habe? Trotz der Ungeduld und Ermüdung der Kammer hat hierauf H^r. Thiers noch einmal um das Wort. Er wirft ebenfalls dem Ministerium vom 15. April vor, die Politik Periers und alle Allianzen Frankreichs preisgegeben zu haben. Es habe England in eine Reihe gemeinsamer Maaßregeln (Antwerpen ꝛc.) hineingezogen, es dann allein gelassen, und jene schöne Politik des Westens aufgegeben, die dem Einfluß der nordischen Mächte das Gegengewicht halten sollte. Darum sei auch von Seite Englands Kälte eingetreten, und diese könne noch weiter führen. Das französische Cabinet habe England in Spanien im Stiche gelassen; deßhalb habe dieses sich in der belgischen Sache von Frankreich losgesagt, und ohne dessen Zuziehung Verträge in Wien geschlossen; es wolle zuverlässigere, und in der Gefahr muthigere Verbündete haben. „Zweifeln Sie nicht daran, meine Herren" (so schließt H^r. Thiers), „der Horizont wird sich täglich düsterer umziehen, wenn nicht eine loyale und vorsichtige Kammer zwischen die Vergangenheit und Zukunft tritt." Von allen Seiten wird zur Abstimmung gerufen. Unter allgemeiner Spannung verkündigt der Präsident das Resultat: der zweite Theil des Amilhau'schen Amendements wird, wie oben erwähnt, mit 219 gegen 210 Stimmen verworfen. (Bestürzung auf den ministeriellen, Jubel auf den Oppositionsbänken.) Die Kammer geht um 7 Uhr unter beispielloser Aufregung auseinander.

Der Moniteur Parisien vom 17. sagt über das Resultat der obigen Sitzung der Deputirtenkammer: „Die zweite Abtheilung des Amendements des H^rn. Amilhau ist gestern beim geheimen Scrutinium mit einer Mehrheit von vier Stimmen *) verworfen worden. — Dieses Votum wurde beim Herausgehen aus der Sitzung auf verschiedene Weise erklärt. Man sagte, mehrere Mitglieder, welche bei allen bisher erledigten Fragen das Cabinet unterstützten, hätten gefunden, daß dieser Theil des Amendements ein zu unbedingtes Lob, so wie der Paragraph der Commission einen zu unbedingten Tadel ausspreche. Sie haben ersteren demnach verworfen, ohne deßhalb dem Paragraphen der Commission beizustimmen. — Ohne ein Gewicht auf diese Erklärung zu legen, bemerken wir bloß, daß die eigentliche Frage gestern nicht entschieden worden ist; sie wird erst in der heutigen Sitzung entschieden werden, wo der Paragraph der Commission gleich nach Eröffnung der Sitzung zur Abstimmung kommen wird. Wir fordern demnach alle Freunde der Regierung auf, sich bei Zeiten auf ihren Posten einzufinden." — Die Presse spricht in gleichem Sinne, und äußert die zuversichtliche Erwartung, daß der Paragraph der Commission gleichfalls werde verworfen werden. — So ist es auch geschehen, wie aus nachstehendem Schreiben aus Paris vom 17. Abends 5 Uhr (in der Allgemeinen Zeitung) erhellt: „Gestern wurde das Ministerium mit neun Stimmen geschlagen, heute hat es mit sieben Stimmen gesiegt. Gestern verwarf die Kammer das unbestimmte allgemeine Lob der auswärtigen Politik, welches in dem Amendement des H^rn. Amilhau enthalten war. Heute kam nun der ursprüngliche Paragraph des Adresse-Entwurfs, an dessen Stelle jenes Amendement treten sollte, zur Entscheidung. Fast alle Minister fanden sich ein. Dieser ursprüngliche Paragraph drückt einen indirecten allgemeinen Tadel über die auswärtige Politik aus. Da nun die Kammer in den einzelnen Beziehungen (Belgien, Ancona, Schweiz, Spanien) Amendements angenommen hatte, welche den in dem Adresse-Entwurf enthaltenen Tadel entfernten, so daß die Politik des Ministeriums, wenn auch nicht förmlich gelobt, doch stillschweigend zugelassen wurde, so hätte sie durch Annahme eines am Schlusse noch ausgesprochenen allgemeinen Tadels sich mit ihren frühern Voten in Widerspruch gesetzt. Dieß machten die Redner, die heute für das Ministerium auftraten, vor Allem geltend, zuerst H^r. Cunin-Gridaine. H^r. Vivien erwiederte

*) Die Zahl der Votanten betrug 429; die absolute Stimmenmehrheit also 215.

te, daß H^r. Thiers gestern bewiesen habe, wie das Ministerium wirklich in der Art, wie es in seinen Allianzen verfahren sei, einen allgemeinen Tadel verdiene. Graf Molé entgegnete: „Die Frage der Allianzen kann man nicht beurtheilen, als wenn man mitten in den Angelegenheiten steht. Unsere Allianz mit England hat keine Beeinträchtigung erfahren, wenigstens nicht durch uns, sondern eher durch eine frühere Verwaltung. (Reclamation des H^rn. Thiers.) Die orientalische Frage kann hier nicht erörtert werden. Wir theilen in dieser Beziehung die Besorgnisse einiger Redner nicht, aber wir sind in der Fassung, jedem Ereigniß die Stirne zu bieten. Sie haben unsere Politik im Einzelnen gut geheißen, Sie werden sie nicht in Masse verwerfen wollen. Man will, daß Sie selbst Ihre Urtheile zerreißen; ich kann nicht glauben, daß die Kammer sich dazu hergibt." H^r. Thiers, der Unermüdliche, antwortete: eine kleine Majorität habe dem Ministerium allerdings die Demüthigung ersparen wollen, bestimten Acten der Regierung einen bestimmten Vorwurf auf die Stirne zu drücken, aber Eines gehe aus der ganzen Discussion unwidersprechlich hervor, daß man die Würde Frankreichs nicht hinlänglich gewahrt glaube, und die Allianzen Frankreichs nicht mehr in dem befriedigenden Zustande wie sonst finde. Ich habe nicht gesagt, daß die Allianz mit England zerstört, sondern nur, daß sie nicht mehr dieselbe wie früher sei. Seit sechs Jahren sprach die Thronrede von unserer innigen Verbindung mit England. Dießmal schwieg sie, und wir wissen, was dieses Schweigen bedeutet. Warum erklärt uns das Ministerium nicht, was der Grund war, der es in Betreff Belgiens von dem englischen Cabinet trennte?" . . . Graf Molé bestieg augenblicklich wieder die Tribune: „Wir haben uns," sagte er, „mit England über die Grundlagen in allen großen Fragen verständigt, aber trotz der engsten Allianz gibt es Detailfragen, in welchen secundäre Interessen einzelne Differenzen erheben können. Man wird später sehen — unsere Nachfolger werden, wenn sie loyal sind, es Ihnen sagen, daß wir nie die Allianz mit Großbritannien geschwächt haben. Derselbe Fall ist es im Orient, dem Land der Wunder, der politischen wie der natürlichen." H^r. Piscatory eilt auf die Tribune und tritt diese H^rn. Thiers nicht ab, ungeachtet dieser bloß wünscht, eine Erläuterung zu geben. Er spricht für den Adresse-Entwurf, H^r. de Lamartine dagegen abermals für das Ministerium. Immer lauter verlangten die Centren Abstimmung. Es waren 433 Votanten anwesend. Diese gaben 213 weiße, und 220 schwarze Kugeln. Das Ministerium hat also eine Majorität von 7 Stimmen. Morgen wird es ein Amendement vorbringen, und wir wollen sehen, welches Schicksal diesem zu Theil wird. Schon die beiden bisherigen Paragraphen, der ministerielle, wie der Coalition, waren vag gehalten und auf Schrauben gestellt, daß es eine Aufgabe ist, eine noch unbestimmtere, farbloseere Fassung herauszubringen. Die farbloseste wird die Kammer annehmen."

Am 16. Jänner Abends, unmittelbar nach der Kammersitzung, wurde den in die Heimath zurückkehrenden belgischen Deputirten ein großes Gastmahl von 400 Gedecken, unter H^rn. Laffitte's Vorsitz und in Anwesenheit von 63 Mitgliedern der Deputirtenkammer, gegeben. H^r. Arago hielt an die Belgier eine Rede, und sprach unter Anderm: „In wenigen Tagen werden Sie sich unter Ihren Landsleuten befinden. Wir wissen nicht, was Sie ihnen ämtlich Ermuthigendes zu hinterbringen haben. Sagen Sie ihnen wenigstens, daß in Frankreich die verschiedenen Classen der Gesellschaft, viele Mitglieder der Nationalrepräsentation, Sie mit ihren heißen Wünschen umgeben haben; sagen Sie Ihren muthigen Landsleuten, daß wir, mit Geist und Herz mit ihnen vereinigt, mit ängstlicher Spannung die verschiedenen Phasen des Drama's verfolgen werden, das sich an unsern Gränzen, fast unter den Kanonen der Festungen Longwy, Thionville und Metz entfalten wird." H^r. d'Anfembourg antwortete im Namen der belgischen Deputirten.

Am 17. Jänner 5 Percents 110 Fr. 15. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 35. 3 Percents 78 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 70.

Spanien.

In Valencia scheint man nicht geneigt zu seyn, dem Befehle der Regierung, durch welchen die Repressalienjunten aufgelöst werden, zu gehorchen. Vielmehr hat die Repressalienjunta von Valencia und Murcia erst neuerdings strenge Maaßregeln angeordnet, insbesondere die Väter, Frauen, Kinder, Brüder für ihre bei Don Carlos dienenden Söhne, Männer, Väter und Brüder verantwortlich gemacht.

Der Madrider Castellano gibt folgende Details über den, für die Madrider Regierung nicht sehr schmeichelhaften, Empfang, welcher dem nach Gibraltar geflüchteten General Narvaez bei seiner Ankunft daselbst am 27. December zu Theil geworden ist: „Sobald sich in der Bay das Gerücht von der Ankunft des Generals verbreitete, gingen ihm der Platzgouverneur, die Offiziere der Besatzung, die Behörden der Stadt, und ein großer Theil der Einwohner entgegen, um den „Helden von Andalusien" zu bewillkommen. In dem Augenblicke, wo General Narvaez den Fuß ans Land setzte, wurden die Glocken geläutet; alle Häuser waren mit Flaggen geschmückt, und Abends die Stadt beleuchtet."

Großbritannien und Irland.

Das Parlament wird am 5. Februar (nicht am 4.) zusammentreten.

Die in sehr unziemlicher Sprache abgefaßten „Briefe eines Volksfreundes an die Königinn" sind nicht von Lord Brougham, wie man allgemein geglaubt hatte, sondern von dem Radicalen Roebuck, früherem Parlamentsmitgliede für Bath.

Dem Devonport-Telegraph zufolge beabsichtigt die Admiralität die Ausrüstung von zehn Linienschiffen, welche jederzeit bereit seyn sollen, auf das erste Signal activen Dienst zu thun.

Consols am 11. Jänner 94¾, ⅞.

Königreich beider Sicilien.

Am Neujahrstage ließ sich bei Tagesanbruch ein dumpfes Getöse vernehmen, welches die Thüren und Fenster im volkreichen Stadtviertel del Carmine zu Neapel erschütterte und das Signal zu einem so heftigen Ausbruch des Vesuvs gab, wie ein ähnlicher seit funfzehn Jahren nicht mehr Statt gefunden hatte. Die ausgeworfene Asche bedeckte die benachbarten Felder und flog sogar bis Neapel. Abends ergossen sich drei Lavaströme, einer gegen Santo Jorio, der zweite gegen Resina und der dritte auf der östlichen Seite von Mauro. Der Ausbruch dauerte am 2. und 3. fort und endigte erst am 4. Abends. In den Nächten vom 2. und 3. erblickte man eine ungeheure Feuersäule, die sich aus der ganzen Weite des Kraters zu großer Höhe erhob. Bis zur Eremitage herab flogen die ausgeworfenen Steine. Die gegen San Jorio und Resina geströmte Lava verursachte keinen Schaden; jene in der Richtung von Mauro aber zerstörte einige Grundstücke im Gebiete von Ottajano. Die spannenhoch gefallenen Schlacken zerschlugen alle Gewächse in den Gärten bei Castellamare und Maddalena. Viele Einwohner der herrlichen, an den Seiten des Ve-

uvs gelegenen Dörfer hatten sich geflüchtet; eine große Anzahl Neapolitaner und Fremder hingegen waren nach Resina gekommen. und so weit es nur immer das Fallen der Bimssteine, der Asche und der Schlacken erlaubte, vorgedrungen, um den Anblick des großartigen Schauspiels in der Nähe zu genießen.

Päpstliche Staaten.

Nachrichten aus Rom zufolge war daselbst der Fürst von Lieven, ehemaliger russischer Botschafter in London, gegenwärtig Oberstthofmeister Sr. kais. Hoheit des Großfürsten Thronfolgers von Rußland, am 10. d. M. nach einer kurzen Krankheit mit Tod abgegangen.

Niederlande.

Dem Handelsblad wird aus dem Haag vom 15. Jänner geschrieben: „Obschon Einige auf die Sendung der HH. von Merode und Gerlache nach London und Paris mit Unruhe hinblicken und besorgen, daß daraus wieder neue Schwierigkeiten und Verzögerungen entspringen würden, so theilen Andere jedoch diese Meinungen nicht, sondern halten sich überzeugt, daß dieser Schritt vom Fürsten Leopold nur unternommen wurde, um den Belgiern zu zeigen, daß er nichts unversucht lasse, eine Aenderung in dem, was, wie er gut wisse, unwiderruflich beschlossen worden, zu bewerkstelligen. Man sagt, daß die dieserhalb von Ludwig Philipp seinen Alliirten sowohl für sich selbst, wie für seinen Schwiegersohn gegebene Versicherung jedweden Zweifel über die Absichten des französischen Cabinets gehoben habe. Man würde sich in der That eine ganz falsche Vorstellung von der Urtheilskraft und der Einsicht des Königs der Franzosen machen, wenn man sich einbilden konnte, daß dieser Fürst, ohne dessen Zustimmung Leopold nicht einen einzigen Schritt thut, sowohl Teutschland, wie Holland für so ganz verblendet erachte, um zu glauben, daß sie für einige Millionen in die Abtretung eines Gebiets einwilligen würden, welches, vom militärischen Gesichtspunct, für die Sicherheit beider von so großer Bedeutung ist. Ich weiß nicht, ob man bei uns so allgemein, als es zu wünschen wäre, davon überzeugt ist, daß der Besitz des rechten Maasufers als höchst belangreich für die Vertheidigung der holländischen Gränzen betrachtet werden muß. Der Prinz von Oranien wird heute aus Tilburg in dieser Residenz zurückerwartet. — Wie man versichert, ist der Handelstractat mit Preußen von unserer Seite ratificirt und bereits nach Berlin abgeschickt worden. Man kann also hoffen, daß derselbe bald in Wirksamkeit treten wird."

Briefe aus Bergen-op-Zoom und Nimwegen vom 16., im Handelsblad, berichten von anhaltenden Truppenbewegungen nach den holländischen Gränzpuncten und Vorposten.

Die Amsterdamer Börse war am 16. d. M. in Erwartung weiterer Berichte aus Paris ohne besondere Variationen; die Preise aller inländischen Fonds blieben beinahe ganz wie am vorhergehenden Tage, waren jedoch fest; die Umsetzungen waren unbedeutend.

Belgien.

Der Courrier Belge enthält folgende telegraphische Depesche: „Antwerpen, 15. Jänner 2½ Uhr Nachmittags. Heute Morgens zwischen 9 und 10 Uhr stand eine Division der holländischen Armee in Schlachtordnung auf der äußersten Gränze zwischen Westwesel und Turnhout; sie wurde von zwei Escadrons des ersten Chasseurregiments beobachtet."

Ueber die in Brüssel verbreiteten Gerüchte von einem Zusammenstoßen der holländischen und belgischen Vorposten wird dem Handelsblad Folgendes aus jener Hauptstadt geschrieben: „Gestern (am 13.) begegnete ein Piket von 12 belgischen Reitern unter dem Befehle eines Unteroffiziers zwischen Westwesel und Turnhout einer holländischen Patrouille. Nach einigen unblutigen Explicationen wurde das belgische Piket gefangengenommen und ins Hauptquartier der holländischen Armee abgeführt. In Folge dieses Ereignisses hat der Kriegsminister Befehle gegeben, um die Gränze durch eine respectable Macht zu besetzen. (Das Handelsblad bemerkt hierzu, daß direct von der holländischen Gränze keinerlei Bericht über das Wegführen einer belgischen Patrouille hier eingegangen sei.) Was das Lager zu Beverloo betrifft, so hat in der vorletzten Nacht (vom 12. auf den 13.) ein Bataillon holländischer Truppen eine Recognoscirung nach der Gegend von Heersel (auf belgischem Gebiet und nur eine halbe Meile von dem Lager von Beverloo entfernt) unternommen; dadurch wurde einige Unruhe im Lager hervorgebracht und der General de Brias ließ seine Cavallerie und Artillerie ausrücken, als ob ein feindlicher Anfall abzuwehren sei. Auf der andern Seite hat General Daine ist Venloo um Verstärkung nachgesucht, und diese soll ihm aus den Garnisonen von Löwen und Thienen zugesandt werden. Die Garnison von Diest soll diesen Platz verlassen, um sich ins Lager von Beverloo zu begeben, und so eben kommt das erste Jägerregiment aus Alost in Brüssel an, das morgen Früh nach Diest abgehen soll. Das Regiment der Guiden und eine Batterie Artillerie, welche sich jetzt in Brüssel befinden, haben Befehl erhalten, auf den ersten Wink marschfertig zu seyn."

Der Courrier de la Meuse sagt in Bezug auf die in Brüssel verbreiteten Gerüchte von Feindseligkeiten zwischen Belgiern und Holländern: „Nach den uns zugekommenen Nachrichten können wir den Gerüchten von einem Gefecht, das angeblich bei dem Lager von Beverloo Statt gefunden haben soll, auf das Bestimmteste widersprechen. Man kann in Bezug auf solcherlei Gerüchte, die vielleicht nicht ohne böse Absicht verbreitet werden, nicht vorsichtig genug seyn."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung enthält unter der Aufschrift „Aemtliche Nachrichten" Folgendes: „Auf allerhöchsten Befehl Sr. königl. Majestät wird das nachstehende allerhöchste Rescript an den Magistrat zu Osnabrück vom 15. d. M., die Einforderung von Rechtsgutachten über die Verbindlichkeit der Obrigkeiten zur Beitreibung der Steuern betreffend, hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. — Hannover, 17. Jänner 1839. Cabinet Sr. Majestät des Königs. Der Staats- und Cabinetsminister, G. Freiherr von Schele. — Allerhöchstes Rescript. Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc. Unser Staats- und Cabinetsminister hat Uns denjenigen unterthänigsten Bericht des Magistrats zu Osnabrück vom 5. d. M. vorgelegt, womit zwei Rechtsgutachten über die Verbindlichkeit der Obrigkeiten zur Beitreibung der Steuern eingesandt worden sind. — Wir haben daraus, so wie aus der auf Unsern Befehl von Unserm Landdrosten Grafen von Wedel gegen die Mitglieder eures Collegii deßfalls geführten Untersuchung mit Befremden entnehmen müssen, daß von euch bei auswärtigen Rechtsgelehrten eine Belehrung darüber begehrt worden ist, „ob eine Obrigkeit im hiesigen Königreiche nach dem 1. d. M., falls eine Ständeversammlung nach dem von uns für erloschen erklärten Staatsgrundgesetze vom 26. September 1833 nicht berufen würde und die Steuern bewilligte, berechtigt und verpflichtet sei, die in den Steuergesetzen vorgeschriebene Hülfe zur Eintreibung sowohl der

directen als indirecten Steuern zu leisten.] „Es ist mithin ein Gutachten auswärtiger Rechtsgelehrten von euch darüber verlangt worden, „ob ihr den Gesetzen des Landes, „Unsern Anordnungen und den Vorschriften der höhern „Verwaltungsbehörden Folge zu leisten, verpflichtet wä„ret, und somit der Gehorsam in Zweifel und Frage ge„stellt, welchen ihr Uns als eurem Landes- und Dienstherrn „schuldig seid!" — Dieses mit nichts zu entschuldigende Verfahren erscheint aber um so pflichtwidriger, da — wie ihr selbst nicht verkennen möget — bei Leistung der in den Steuergesetzen vorgeschriebenen Hülfe zur Beitreibung sowohl der directen als indirecten Steuern nur eure Eigenschaft als Staatsdiener in Betracht kommt, und den letztern niemals die Befugniß eingeräumt werden kann, über den Umfang ihrer Dienstpflicht von unberufenen Ausländern sich Belehrung geben zu lassen, vielmehr bei eintretenden Zweifeln die Anweisung der anzugebenden vorgesetzten Dienstbehörde allein die Richtschnur für das zu beobachtende Verfahren ertheilen muß. — In dem vorliegenden Falle wird euer Verschulden noch dadurch erhöht, daß, wiewohl es genugsam zu Tage liegt, daß eine Veröffentlichung der von euch aufgestellten unbegründeten Zweifel zu pflichtwidrigen Steuerverweigerungen hätte Anlaß geben können, ihr euch nicht entsehen habt, diese Zweifel ohne vorherige Anfrage bei der Oberbehörde auswärtigen Rechtsgelehrten — selbst ohne diesen besondere Verschwiegenheit zur Pflicht zu machen — mitzutheilen. — In eurem Berichte vom 5. d. M. ist von euch darauf angetragen worden, daß ein ausdrücklicher, in gehöriger Form erlassener Befehl des Obersteuercollegii in Ansehung der Beitreibung der Steuern euch von der Verantwortung befreien und solche auf die befehlende Behörde übertragen möge. — Dieser Antrag erscheint durchaus unzulässig, indem — wie ihr selbst nicht verkennen möget — eure Pflicht hierunter völlig feststeht, und daneben die unter Erwähnung der ordnungsmäßigen Zustimmung der Ständeversammlung des Königreichs ergangene Bekanntmachung Unsers Finanzministerii vom 9. Juni v. J. die für das Jahr vom 1. Juli 1838 bis dahin 1839 zu erlegenden Steuern betreffend, euch zur unabweichlichen Norm gereichen muß. — Zugleich müssen Wir euch Unser gerechtes Mißfallen wegen eines Antrages zu erkennen geben, welcher bezweckt, Unsern Staats- und Cabinetsminister zu veranlassen, die Bestimmungen des §. 161 des von Uns für erloschen erklärten Staatsgrundgesetzes wieder in Anwendung zu bringen. — Ferner haben Wir zu Unserm größten Befremden aus eurem mehrerwähnten Berichte vom 5. d. M. ersehen müssen, daß ihr keine Scheu getragen, die Behauptung aufzustellen, der Rechtspunct rücksichtlich des Fortbestehens des von Uns für erloschen erklärten Staatsgrundgesetzes sei zu unzweifelhafter Gewißheit erhoben. — Diese Behauptung stützt sich auf die von euch eingelieferten Gutachten der Juristen-Facultäten zu Heidelberg und Jena. — Wenn nun die erwähnten Gutachten, ganz abgesehen von den übrigens unzutreffenden Deductionen, schon um deßwillen, insoweit sie sich über die Aufhebung des vormaligen Staatsgrundgesetzes verbreiten, keinen Werth haben, da sie lediglich auf den Grund einer von euch entworfenen, die unterliegenden factischen Verhältnisse mangelhaft und einseitig darstellenden species facti abgegeben sind und aus fehlerhaften Prämissen auch nur falsche, ohnehin größtentheils hypothetische Folgerungen gezogen werden könnten, so hätten Wir doch mit Zuversicht erwarten mögen, daß ihr, in pflichtmäßiger Unterordnung eures eigenen Urtheils unter eine ämtliche Stellung, es nicht würdet wagen können, es auszusprechen, „der nach eurer irrigen Ansicht festgestellte Rechtspunct sei zu unzweifelhafter Gewißheit erhoben? — Diese eure Aeußerung verletzt aber die Uns schuldige Ehrfurcht um so mehr, da euch nicht unbekannt ist, daß Wir nach langer sorgfältiger Prüfung aller Verhältnisse Uns bewogen gefunden haben, das Uns weder in formeller noch materieller Hinsicht bindende Staatsgrundgesetz für erloschen zu erklären. — Hiernach werdet ihr selbst ermessen, weßhalb Wir eure Vorstellung vom 18. Jänner v. J. einer Beantwortung nicht für werth haben halten können. — Endlich habt ihr, mit gänzlicher Nichtachtung der der königlichen Majestät schuldigen Ehrerbietung, eure schon erwähnte Ansicht über den Rechtspunct als eine so anerkannte Forderung des Rechts darzustellen euch nicht gescheut, daß ihr es als Verletzung der Unterthanentreue ansehet, wenn ihr einen Zweifel laut werden ließet, „als ob Wir Uns dem Rechte entziehen würden." — Unter dem Recht kann hier augenfällig nur die kurz vorher hervorgehobene angeblich anerkannte Forderung des Rechts gemeint, mithin auf die Wiederherstellung des erloschenen Staatsgrundgesetzes mit der Andeutung hingewiesen sein, „daß durch dessen Nichtwiederherstellung Wir Uns dem Rechte entziehen würden." — Wir geben euch über solch frevelhaftes Beginnen und solche Anmaaßung nicht allein Unsern gerechtesten Unwillen hiermit zu erkennen, sondern behalten uns auch wegen eures gesammten in dem Vorstehenden von Uns gerügten Verfahrens ausdrücklich vor, die den Umständen angemessenen Maaßregeln zu seiner Zeit zu treffen. — Hannover, den 15. Jänner 1839. — (Unterz.) Ernst August. — G. Freiherr v. Schele. — An den Magistrat in Osnabrück."

Nachrichten aus Coethen vom 11. Jänner melden: „S^r. Majestät der König von Hannover, S^r. königl. Hoheit der Kronprinz von Preußen, JJ. kk. HH. der Prinz Carl, der Prinz Albrecht und der Prinz August von Preußen, so wie S^r. Durchlaucht der Prinz von Solms, sind gestern Mittags und gegen Abend zum Besuche bei S^r. Aeltestregierenden herzoglichen Durchlaucht hier eingetroffen und in den für Allerhöchst- und Höchstdieselben in Bereitschaft gesetzten Zimmern des herzoglichen Residenzschlosses abgestiegen. S^r. königl. Hoheit der Kronprinz sind bereits gestern gegen Abend wieder über Dessau nach Berlin abgereist. S^r. königl. Hoheit der Prinz Friedrich von Preußen sind heute Morgens hier eingetroffen. Die allerhöchsten und höchsten Herrschaften nehmen heute an dem veranstalteten Treibjagen Theil."

Man liest im Journal de Luxembourg vom 16. Jänner: „S^r. Durchlaucht der regierende Landgraf von Hessen-Homburg wurde am 8. d. M. von einem schweren Unwohlseyn ergriffen, welches seitdem beunruhigende Fortschritte machte. Die Symptome sind indeß der Art, daß alle Hoffnung, das Leben des Prinzen zu erhalten, nicht verloren ist. Die ganze Bevölkerung Luxemburgs nimmt das lebhafteste Interesse an der Krankheit S^r. Durchlaucht und sieht mit sehnsüchtiger Erwartung seiner Wiederherstellung entgegen."

Wien.

Am 25. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	108⅛
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100¼
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	157.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	696⅞
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65⅛
Bankactien pr. Stück 1484½,	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 27

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 27. Jänner 1839.

W 1·K ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 25. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
			Zl.	Lp.			
	8 Uhr Morg.	27.433	28	1	— 1.5	W. stark.	Schneegestöber.
	2 Uhr Nachm.	27.417	28	1	+ 0.8	W. mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.389	28	1	9 — 0.6	W. still.	trüb.

Frankreich.

Nachdem in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 17. Jänner der von der Commission vorgeschlagene Paragraph des Adresse-Entwurfs mit 220 gegen 213 Stimmen verworfen worden war, wurde zu Berathung über den Paragraphen in Betreff der französischen Besitzungen in Nordafrika geschritten. Hr. Desjobert eröffnete dieselbe. Er tadelte das ganze System der Verwaltung in Afrika. Seiner Ansicht nach steht es gegenwärtig in Afrika schlechter als vor einem Jahre; die Folgen des Tafna-Vertrags mit Abd-el-Kader erscheinen ihm verderblich. Schließlich brachte er die Sprache auf das Geschenk, zu dessen Annahme General Bugeaud von dem Präsidenten des Conseils ermächtigt worden zu seyn behauptete. — Graf Molé erwiederte, die afrikanischen Angelegenheiten seien nie blühender gestanden als gegenwärtig, so daß die Regierung bald die Streitkräfte in der Colonie vermindern zu können hoffe. In Betreff der 100,000 Budschus, zu deren Annahme für die Verbesserung der Straßen im Bezirke Ercideuil er den General Bugeaud ermächtigt hatte, bemerkte Graf Molé, darin liege nichts Außerordentliches, und man habe deßwegen auch die Verwendungsart des Geschenks, wenn es Statt gefunden hätte, im Moniteur anzeigen wollen. General Bugeaud nahm das Wort. Sein Gewissen, behauptet er, spreche ihn von allen ihm gemachten Vorwürfen frei. Diese Vorwürfe bestehen in Folgendem: 1) Er habe einen für den öffentlichen Dienst verderblichen Contract, der nachher nicht genehmigt wurde, einem Unterintendanten aufgedrungen; 2) er habe für die Vicinalstraßen in seinem Departement von Abd-el-Kader ein Geschenk von 100,000 Budschus angenommen; 3) er habe aus einer Gewehrlieferung an Abd-el-Kader Gewinn ziehen wollen; 4) er habe endlich in einer andern, mit der Würde seines Amtes nicht vereinbaren Speculation einen Gewinn gemacht. Diese Vorwürfe suchte er weitläufig durch Actenstücke zu widerlegen und zu beweisen, daß er überall redlich gehandelt und immer die Billigung der Regierung erhalten habe, weßwegen ihm auch die Liebe seiner Division unwandelbar geblieben sei. Hr. Martin (von Straßburg) findet es denn doch außerordentlich, wenn in einem Vertrage mit Abd-el-Kader ein Beitrag für die Vicinalstraßen eines Departements stipulirt wird. Hr. Isambert nahm zuletzt das Wort, um sein Mißfallen über Errichtung eines Bisthums in Algier auszudrücken, indem dadurch nur der Einfluß der Geistlichkeit, welche ohnehin neuerdings tägliche Uebergriffe sich erlaube, erhöht werde.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 18. Jänner wurde die Berathung des Paragraphen der Adresse in Betreff Algiers fortgesetzt, nachdem zuvor der Justiz- und Cultminister Hr. Barthe dem von Hrn. Isambert der Regierung gemachten Vorwurfe, als werden von ihr die Uebergriffe der katholischen Geistlichkeit begünstigt und die Nichtkatholiken bedrückt, widersprochen hatte.

Die Presse bemerkt, daß, außer dem Paragraphen über Afrika, noch fünf Paragraphen zu votiren übrig bleiben. Zu den Paragraphen über die Heimzahlung der Staatsschuld, über die Bedürfnisse der Colonien, über die legislativen Versprechungen der Charte, über die Geburt des Grafen von Paris, dürften der Presse zufolge keine Amendements vorgeschlagen werden *); aber bei dem letzten Paragraphen, wo von den in ihren constitutionnellen Schranken gehaltenen Staatsgewalten — einer versteckten Anspielung auf das bekannte: Le Roi règne et ne gouverne pas — die Rede ist, werde der Kampf der Parteien sich erneuern. Die Presse hält es für nützlich, bei diesem Anlasse ganz einfach auf zwei Dinge: 1) auf die, wie es scheint, in Vergessenheit gerathenen Worte des Eides, den der König am 9. August 1830 geleistet, und 2) auf eine Definition des Königthums in den Repräsentativstaaten aufmerksam zu machen, welche Hr. Thiers in seiner „Geschichte der Revolution" aufgestellt hat.

Eid vom 9. August 1830.

„In Gegenwart Gottes schwöre Ich, die constitutionnelle Charte mit den in der Declaration ausgedrückten Modificationen, getreu zu beobachten; — nur durch die Gesetze und nach den Gesetzen zu herrschen (gouverner), einem Jeden nach seinem Rechte gute und strenge Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und in Allem aus dem alleinigen Gesichtspuncte des Interesses, des Glückes und des Ruhmes des französischen Volkes zu handeln."

Definition des constitutionnellen Königthums, von Herrn Thiers. (Histoire de la Révolution française, vol. 1. p. 143).

„Die reelle Monarchie, wie sie sogar in den für frei geltenden Staaten besteht, ist die Herrschaft eines Einzigen, der man mittelst der Mitwirkung der Nation Schranken setzt. Der Wille des Fürsten thut hierbei in der That beinahe Alles und der der Nation ist fast nur darauf beschränkt, das Böse dadurch zu verhindern, daß man entweder über die Abgaben streitet, oder zu einem Drittel an der

*) Früher hieß es, daß Hr. Jollivet zum §. 13, der von der Geburt des Grafen von Paris redet, vorgeschlagen habe, nach den Worten: „Gleich seinem Vater in der Achtung für unsere Institutionen erzogen," statt der im Adresse-Entwurf gewählten, an die Volkssouverainetät erinnernden, Ausdrücke (Vergl. Oesterr. Beob. vom 13. d. M.) zu setzen: „wird er für Frankreich jene Hingebung beweisen, wovon ihm Ew. Majestät und Ihre Familie ein so edles Beispiel geben."

Gesetzgebung Theil nimmt. Aber von dem Augenblick, wo die Nation alles befehlen kann, ist der König nichts weiter mehr, als eine Magistratsperson. Es ist eine Republik mit Einem Consul, anstatt mehrerer."

„Man sieht hieraus (fügt die Presse hinzu), der König, indem er herrscht (en gouvernant), hält nur den Eid, den er bei seiner Thronbesteigung geleistet hat; er hat nicht geschworen, zu regieren (régner), sondern zu herrschen (gouverner). In dieser Beziehung ist unsere Meinung ganz dieselbe, wie die des Hrn. Thiers, die wir oben wörtlich angeführt haben."

Anstatt des von der Commission vorgeschlagenen Schlußparagraphen der Adresse haben die HH. Debelleyme, de Jussieu und de la Pinsonniere (die Minorität der Commission) als Amendement folgende Redaction vorgeschlagen: „Wir sind überzeugt, Sire, die innige Eintracht der innerhalb ihrer constitutionnellen Schranken handelnden Gewalten vermag allein, die Sicherheit des Landes und die Kraft Ihrer Regierung aufrecht zu erhalten. Eine feste Administration, die sich auf die hochherzigen Gesinnungen stützt, und eben so eifersüchtig für die Würde Ihres Thrones, als für die Aufrechthaltung der öffentlichen Freiheiten wacht, ist das sicherste Unterpfand jener Mitwirkung, die wir Ihnen gerne gewähren. — Wir vertrauen, Sire, auf die Kraft unserer Institutionen; sie sichern Ihre Rechte und die unserigen; denn wir nehmen als ausgemacht an, daß die constitutionnelle Monarchie zugleich die Freiheit der Völker und die Größe der Staaten verbürgt."

Hr. Roul, Deputirter der Gironde, erklärt in den Pariser Zeitungen, daß er nur aus Versehen für den (in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 17. d. M. mit 220 gegen 213 Stimmen verworfenen) Paragraphen der Commission votirt habe; ohne dieses Versehen würde sich also wieder die Ziffer 221 für das Ministerium ergeben haben.

Auf der Gabarre „la Desirée," welche, wie schon erwähnt worden, bei Saint Martin mit der ganzen Mannschaft zu Grunde gegangen ist, befanden sich im Ganzen 60 Personen, worunter 20 Passagiere und 13 zur Zwangsarbeit verurtheilte Sträflinge. Die Leichname wurden fast sämmtlich von der Brandung ans Ufer gewälzt. Die Sträflinge waren ihrer Fesseln entledigt; wahrscheinlich wollte man ihnen dadurch die Möglichkeit geben, sich durch Schwimmen zu retten. Nach andern Vermuthungen soll der Schiffbruch durch eine Empörung der Sträflinge herbeigeführt worden seyn. Unter diesen befand sich ein berüchtigter Verbrecher, François, der Mitschuldige des fürchterlichen Lacenaire, der 1835 in Paris guillotinirt wurde.

Am 18. Jänner 5Percents 110 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 35. 3Percents 78 Fr. 85. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75.

Spanien.

Briefen aus Bayonne zufolge waren die HH. Fector und Borthwick am 11. von Azcoytia abgereist, um zuvörderst die Gewehrfabriken von Eybar, Plasencia ꝛc. zu besichtigen. — Maroto befand sich am 12. in Durango; seine Truppen hielten Alava besetzt. — Espartero hatte sich nach der Rioja in Marsch gesetzt. Die drei Corps, die er unter den Befehlen des Don Diego Leon in Navarra zurückgelassen hatte, hielten Pamplona, Tafalla und Peralta besetzt. — Man glaubte, Espartero beabsichtige durch seine Bewegung, die Aufmerksamkeit der Carlistischen Massen nach jenem Puncte hin zu lenken, während Diego Leon die bekannte Brücke vor Belascoain angreifen werde. — Der Carlistische General Balmaseda soll nach dem Schloß von Guevara abgeführt worden seyn.

Die Gaceta de Madrid theilt den von der Regierung den Cortes vorgelegten Gesetzentwurf über die Organisation des Staatsraths mit. Derselbe soll wenigstens 30 Mitglieder zählen, welche mindestens 40 Jahre alt sind und der Nation ausgezeichnete Dienste geleistet haben. Seine Geschäfte sind: Die Redaction von Gesetzen, Verordnungen, die Prüfung päpstlicher Bullen ꝛc.

Die España vom 8. d. M. enthält den Text eines von der Repressalienjunta von Valencia erlassenen, und von dem General van Halen genehmigten Decrets. Art. 1 verordnet die Confiscation des Vermögens der Carlisten. Art. 3 macht die Väter verantwortlich für die Handlungen ihrer Söhne. Art. 5 verordnet, daß die Frauen, Kinder und Brüder derjenigen, die sich in den Reihen der Carlisten befinden, so lange eingesperrt werden sollen, bis sich ihre Verwandten unterwerfen. Art. 7, der gräulichste unter allen, macht die der Junta verdächtigen Personen für den von den Carlisten verursachten Schaden verantwortlich und verhängt die Todesstrafe über sie. Das obgedachte Madrider Journal sagt, daß selbst im Jahre 1793 nichts einer civilisirten Nation Unwürdigeres erlebt worden sei, und brandmarkt dieses Verfahren in den kräftigsten Ausdrücken.

Portugal.

In England hatte man Nachrichten aus Lissabon bis zum 9. Jänner erhalten. Die portugiesischen Deputirten hatten, mit 55 gegen 32 Stimmen, den Bericht des Ausschusses über die Gültigkeit der Wahlen angenommen. Dieser Bericht, wie neulich erwähnt, räumt ein, daß bei den letzten Wahlen arge Unregelmäßigkeiten vorgefallen, besonders in dem Wahlbezirk von Braga. Die Wahlen dieses Bezirks sollen daher annullirt, die Gültigkeit der übrigen Wahlen jedoch anerkannt werden. Am 8. Jänner wurde Hr. Jose Caetano de Campos durch Kugelung wieder zum Präsidenten der zweiten Kammer gewählt. Gerüchte von einem Ministerwechsel waren im Umlauf, und mehrere Namen wurden in Bezug auf die allgemein erwartete neue Combination genannt. Die Verschiffungen von Getreide nach England dauerten fort.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Correspondent des Journal des Debats in Neworleans erzählt von einem Bankett, welches die Artillerie-Offiziere von Louisiana dort den französischen Marine-Offizieren in Folge des Sieges vor San Juan d'Ulloa gaben. Ein alter berühmter Krieger des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, der General Gaines, nahm daran Theil, ebenso die Civil- und Militärbehörden von Neworleans. Es wurden Toaste auf das Freundschaftsbündniß zwischen Frankreich und den vereinigten Staaten, auf die französische Marine, den König der Franzosen ꝛc. ausgebracht.

Im Congreß ist der Vorschlag gemacht worden, einen Gesandten der Union bei der hohen Pforte zu accreditiren.

Mexico.

Nach einem Schreiben aus Philadelphia in der Morning-Chronicle ist Admiral Baudin von dem mexicanischen Befehlshaber in Veracruz als bevollmächtigter Minister Frankreichs anerkannt worden, und man hofft auf friedliche Beilegung des Streites. Entschieden kann jedoch nichts werden, ehe die nach Mexico abgeschickter Kuriere zurückkehren. Admiral Baudin hat an die Mexicaner ganz dieselben Forderungen, wie vor der Einnahme von San Juan d'Ulloa, gestellt.

Türkei.

Das Journal des österreichischen Lloyd gibt über die (in unsern Blättern erwähnte) Reise des Vice-

königs von Aegypten folgende in Alexandria bekannt gemachte Mittheilung desselben an Boghos-Bey vom 6. Ramasan 1254 (24. November v. J.): „Mit dem Beistande Gottes kamen wir nach einer Reise von 41 Tagen in Kartum an. Funfzehn Tage verloren wir in den Städten, um uns mit dem nöthigen Bedarf zu versorgen. Unsere Reise dauerte daher nur 26 Tage, während welcher wir ohne Unterlaß Tag und Nacht vorwärts eilten. — Nachdem wir Montag den 26. Regeb 1254 Cairo verlassen hatten, war unser Dampfboot bei Atf. (Dorf in der Provinz Djèzè) aufgefahren. Wir mußten bis Donnerstag, also drei Tage, liegen bleiben, bis das Schiff wieder flott geworden. — Am 1. Tschaban kamen wir in Minié an, von wo wir nach zwei Tagen unsere Reise fortsetzten. Es war dieß wieder ein Montag. In der Nacht zwischen Dinstag und Mittwoch befanden wir uns im Girge, wo wir anhielten, um Kohlen einzunehmen. Am 6. Tschaban waren wir in Esnè, wo wir zwei Tage verweilten. Am 9. befanden wir uns am Cataract von Assuan, und in der Hoffnung, den Cataract mit dem Dampfboote durchschneiden zu können, blieben wir dort bis zum 12. Nachdem wir uns aber überzeugt hatten, daß unser Vorhaben nicht ausführbar sei, setzten wir unsere Fahrt auf einem Segelschiffe fort. — Am 24. Tschaban (in der Nacht zwischen Sonntag und Montag) kamen wir in Dongola an, wo wir zwei Tage blieben, um einen Theil unseres Gefolges zu erwarten. Am 26. zogen wir vorwärts, und am 27. befanden wir uns in Embegul. — Hier mußten wir drei Tage still halten, um die nöthigen Anordnungen zur Landreise zu treffen. — Sonntag, den letzten Tag des Tschaban, trafen wir sie an, und nach einem eintägigen Aufenthalte in Khor el Biuka kamen wir heute am 6. Ramasan in Kartum an. — Dem Himmel sei Dank! Die Cataracte haben unsere Reise nicht im geringsten aufgehalten, wir passirten sie theils vermittelst der Segel, theils dadurch, daß wir die Barken mit Seilen oder Stangen vorwärts brachten. — Unsere Dahabie war einmal auf den Grund gerathen, doch haben wir sie in demselben Augenblicke wieder in Gang gebracht. — Nachschrift. Als das Dampfboot aufgefahren war, begab ich mich nach Minié, wo ich den HH. Tossiza, Gaetani Bey und Lambert den Befehl ertheilte, eine Dahabie ausfindig zu machen, und sich dann zu mir zu begeben. Da man am Bord des Dampfschiffes nicht wußte, daß diese Herren in Minié waren, so passirte das Dampfboot an der genannten Stadt, ohne dieselben aufzunehmen. Ich ertheilte aber an den Cataracten Assuan und Wadi Halfi die nöthigen Befehle, damit sie ihre Reise fortsetzen könnten, und ich hoffe, daß sie bald bei mir seyn werden."

Großbritannien und Irland.

Newyorker Blätter bis zum 26. December bringen Nachrichten aus Canada bis zum 21. Die Nachricht von der Ermordung des obercanadischen Miliz-Obersten Sir Allan Mac-Nab erweist sich als grundlos. — Der Pole von Schultz, der zu Kingston gehenkt wurde, hatte vorher in einem Testament über sein Vermögen, im Betrage von 4000 Pf., verfügt. Er vermachte ein Viertheil davon seiner Braut, 100 Pf. der katholischen Erziehungsanstalt in Kingston und 400 den Witwen und Waisen der in Johnstown gefallenen brittischen Milizen. — Von den Amerikanern, welche von Detroit aus einen Einfall auf die Westgränze von Obercanada gemacht hatten, sind 21 getödtet und 4 gefangengenommen und erschossen worden. Nachher wurden noch 26 Gefangene gemacht. Auf Seiten der Canadier fielen fünf, mit Einschluß zweier, welche in der von dem Feinde angezündeten Kaserne verbrannten. Die meisten der Eindringlinge sollen betrunken gewesen seyn. Oberst Prince ist festgenommen worden, weil er mit kaltem Blute zwei Gefangene erschoß; dieß hat aber bei den Freiwilligen solche Erbitterung erregt, daß sie die Waffen niederlegten. — Auch das Kriegsgericht zu Montreal in Niedercanada hat jetzt gegen eine Anzahl Insurgenten einen Spruch gethan. Zwei wurden freigesprochen, zehn sind einfach zum Tode verurtheilt, sechs andere sind zu derselben Strafe verurtheilt, aber zur Begnadigung empfohlen worden. Vier der Verurtheilten wurden sogleich gehenkt.

Die indischen Zeitungen fahren fort, einzelne Nachrichten über den Fortgang der Rüstungen mitzutheilen. Capitän Alexander Burnes und J. Saortt, Commissariatsbeamte, sind Mitte Septembers von Ludianah nach Schikapur, jenseits des Indus, abgegangen, um dort die nöthigen Anstalten für das Unterkommen der englischen Truppen zu treffen. Nachrichten aus Bombay bis zum 2. November zufolge lagerte die ganze Truppenzahl, welche unter Sir J. Keane nach Schikarpur gehen sollte, auf der Esplanade von Bombay, und die Einschiffung soll am 15. November Statt finden. Ihr nächstes Ziel ist Karatschi, ein Hafen in Sind, von wo sie den Indus hinaufgehen sollen. Indeß ergibt sich hier eine neue Schwierigkeit. Die Unterhandlungen mit den Amirs von Sind, welche den Induslauf beherrschen, haben fehlgeschlagen. Oberst Pottinger, der sich dort als außerordentlicher brittischer Gesandter befindet, ward sehr unfreundlich behandelt und man glaubt allgemein, den Truppen von Bombay würde eine friedliche Fahrt auf dem Indus verweigert werden.

Am 15. Jänner erklärte der Gerichtshof der Queensbench die Habeas-Corpus-Whrits in Sachen der zwölf politischen Verurtheilten aus Canada für rechtsgültig erlassen. Hierauf begannen die Rechtsanwälte derselben, HH. Hill und Roebuck, ihr Plaidoyer, um zu beweisen, daß dieselben vom Gouverneur von Obercanada, Sir G. Arthur, ohne vorhergängige gerichtliche Procedur zur Deportation verurtheilt worden seien, sofort, nach brittischem Gesetz, diese Sentenz zu annulliren und eine förmliche Untersuchung gegen dieselben zu eröffnen sei. Indeß führten die bisherigen gerichtlichen Verhandlungen zu keinem Resultat.

Consols (ohne Dividende) am 16. Jänner 92⅞.

Preußen.

Die Feier des Krönungs- und Ordensfestes wurde auf allerhöchsten Befehl S^r. Majestät des Königs am 20. Jänner begangen. Zu diesem Feste versammelten sich Vormittags die in der Residenz anwesenden, seit dem 21. Jänner v. J. ernannten Ordensritter und Ehrenzeichen-Inhaber, so wie diejenigen, denen S^r. Majestät der König am 18. d. M. Orden und Ehrenzeichen zu verleihen geruht hatten, auf dem königlichen Schlosse. Die letzteren empfingen von der General-Ordenscommission, im allerhöchsten Auftrage, die für sie bestimmten Decorationen, und wurden darauf von derselben, mit den zuerst erwähnten Ordensrittern und Ehrenzeichen-Inhabern, in den Rittersaal geführt. Der Oberschenk und Kammerherr von Arnim verlas hier in Gegenwart S^r. königl. Hoheit des Kronprinzen, der königlichen Prinzen und der dazu eingeladenen Ritter die von S^r. Majestät vollzogene Liste der neuen Verleihungen. Zu der religiösen Feier des Festes begaben Sich S^r. Majestät der König und S^r. königl. Hoheit der Kronprinz, die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, wie auch die hier anwesenden hohen fürstlichen Personen, die Ritter des schwarzen Adlerordens, die Ritter des rothen Adlerordens erster Classe und die von der Gene-

ral-Ordenscommission geführten neuen Ritter und Inhaber nach der Schloßcapelle, wo der Bischof Dr. Eylert, unter Assistenz zweier Hof- und Domprediger, die Liturgie hielt. Nach dem Schlusse derselben, und nachdem der Segen gesprochen war, wurde das Tedeum angestimmt. Sr. Majestät der König verfügten Sich mit den Prinzen und Prinzessinnen, den hohen fürstlichen Personen und allen Anwesenden aus der Capelle nach dem Rittersaale, in welchem sämmtliche zu dem Feste eingeladene Ritter und Inhaber versammelt waren. Der Bischof Dr. Eylert hielt hier die der Feier des heutigen Tages gewidmete geistliche Rede. Nach Beendigung derselben wurden Sr. Majestät dem Könige von der General-Ordenscommission die seit dem vorjährigen Feste ernannten Ordensritter und Inhaber von Ehrenzeichen vorgestellt. Sr. Majestät geruhten, den ehrfurchtsvollen Dank derselben huldvoll anzunehmen. Allerhöchstdieselben, die Prinzen und Prinzessinen des königlichen Hauses und die hohen fürstlichen Personen, welchen die Versammlung folgte, begaben sich hierauf zur königlichen Tafel, welche in der Bildergallerie und im weißen Saal angeordnet war. In der ersteren und den anstoßenden Zimmern nahmen 400 und im weißen Saal 250 Personen daran Theil. Nach aufgehobener Tafel kehrten Sr. Majestät und Ihre königl. Hoheiten mit den Anwesenden in den Rittersaal zurück, wo die Versammlung von Sr. Majestät huldvoll entlassen wurde. Allgemein sprachen sich die innigsten Wünsche der Anwesenden für das Wohl Sr. Majestät und des königlichen Hauses aus. — Nach dem in Berliner Blättern enthaltenen Verzeichnisse der Ordensverleihungen erhielt: I. Den schwarzen Adlerorden: von Grolman, Generallieutenant, Commandeur des fünften Armeecorps. — II. Den rothen Adlerorden erster Classe mit (Eichenlaub): Graf zu Dohna, Generallieutenant, Commandeur der 16ten Division; von Rüchel-Kleist, Generallieutenant, Gouverneur von Danzig. — III. Den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Classe (mit Eichenlaub): von Colomb, Generalmajor, Commandeur der 15ten Division; von Diest, Generalmajor, Inspecteur der ersten Artillerie-Inspection. (Ohne Eichenlaub.): Graf Magnis, Wilhelm, Landesältester auf Ullersdorf, Kreis Glatz; Graf Schaffgotsch, Erblandhofmeister in Schlesien und freier Standesherr auf Kienast. — IV. Den rothen Adlerorden zweiter Classe mit Stern (ohne Eichenlaub): Faltz, königlich polnischer wirklicher Staatsrath. — Außerdem wurde V. der rothe Adlerorden zweiter Classe (mit Eichenlaub) an zehn, (ohne Eichenlaub) an fünf; — VI. die Schleife zum rothen Adlerorden dritter Classe an dreizehn; — VII. der rothe Adlerorden dritter Classe (mit der Schleife) an sechsundsiebzig; (ohne Schleife) an zehn; — VIII. der rothe Adlerorden vierter Classe an zweihundert drei; — IX. der St. Johanniterorden an einundvierzig; — X. das allgemeine Ehrenzeichen an hundert zweiundvierzig Personen verliehen.

Belgien.

Die Repräsentantenkammer sollte am 15. Jänner ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Es konnte jedoch keine Sitzung gehalten werden, da nur 39 Mitglieder sich eingefunden hatten und also die Kammer nicht in erforderlicher Zahl versammelt war.

Teutschland.

Zu Frankfurt ist am 21. Jänner die Trauernachricht von dem am 19. d. M. gegen 11 Uhr Vormittags zu Luxemburg erfolgten Ableben Sr. Durchl. des regierenden Landgrafen von Hessen-Homburg eingetroffen.

Illyrien.

Das Journal des österreichischen Lloyd vom 23. Jänner meldet Folgendes über die Ankunft des persischen Botschafters Hussein Chan in Triest: „Am 19. d. M. ist der persische Botschafter am englischen Hofe, Hussein Chan, mit einem Gefolge von sechzehn Personen auf dem Dampfboote „Graf Kolowrat" von Syra hier eingetroffen. Sr. Exc. wird die hiesige Quarantaine am 28. d. M. beenden und dann die Reise über Wien nach London fortsetzen. Die Fahrt von Konstantinopel nach Syra hat Sr. Exc. am Bord des „Mahmudie" zurückgelegt, und seine Zufriedenheit gegen die Mannschaft und den Capitän auf unzweideutige Weise dargethan. Der letztere wurde durch das Geschenk eines werthvollen Shawls, noch mehr aber durch die ehrende Erwähnung in folgendem Schreiben ausgezeichnet: Uebersetzung eines Briefes des persischen Botschafters Hussein Chan an Sr. Exc. den k. k. Internuntius Freiherrn von Stürmer: „Syra, am 8. Schewal 1254 (25. December 1838). Hochgeborner, hochgeehrter, würdevoller und treubewährter Freund! Unsere Anzeige ist in kurzem folgende: Wir haben uns von Konstantinopel am Bord des österreichischen Dampfbootes begeben, und sind, Gott sei Lob und Dank! glücklich in Syra angekommen. Da nun der Capitän sich ungemein gut und artig gegen uns benommen und uns vollkommen zufriedengestellt und erfreut hat, so haben wir es für nothig erachtet, zu dessen Empfehlung dieses zu Ew. Excellenz Kenntniß zu bringen. Ich überlasse mich der Hoffnung, daß Sie geneigt seyn werden, meine freundschaftlichen Gesinnungen auch in der Folge immer zu erwiedern. Uebrigens möge der Allmächtige Ihre Wünsche jederzeit erfüllen.""

Wien.

Am 26. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107⅞
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅞
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			— —
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		157.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		697½
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65⅝

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100 G. Uso. 2 Mt.
Bankactien pr. Stück 1483½ in CM.

Vermischte Nachrichten.

Nachrichten aus Rom zufolge ist daselbst am 10. d. M. der berühmte Maler Joseph Koch, ein geborner Tyroler, mit Tod abgegangen. Schon seit längerer Zeit in leidendem Zustande, war er am 31. December v. J. vom Schlage gerührt und von den Aerzten aufgegeben worden. Die Besinnung verlor er erst in den letzten Tagen vor seinem Tode. Nachmittags den 13. d. M. versammelten sich in der vierten Stunde die teutschen Künstler vor dem Trauerhause in Quattro Fontane, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Der Sarg war mit einem Lorberkranze, der sich um Pinsel und Palette schlang, geschmückt. Die Leidtragenden hielten Cypressen und Lorberzweige in den Händen. Der Zug geleitete die Leiche bis nach der Kirche San Vincenzio e Anastasio bei der Fontana di Trevi, wo sie die Nacht über blieb, um nach gehaltenem Todtenamt in dem Kirchhofe von S. Pietro beigesetzt zu werden. — Joseph Koch war 1768 zu Elbing-Alp in Tyrol geboren, und kam 1794 nach Rom, wo er von dort an, eine Reise nach Teutschland im Jahre 1814 abgerechnet, unausgesetzt blieb. Sein Name wird in der Kunstgeschichte unvergeßlich bleiben, und unter denen der teutschen Künstler jederzeit eine der ersten Stellen behaupten.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 28

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 28. Jänner 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 26. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.398	28	12. 10 p.	— 2.1	N.	still.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.497	28	3 1	— 0.5	NW.	——	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.623	28	4 8	— 6.7	N.	mittel.	Wolken.

Frankreich.

Wir haben gestern auf gewöhnlichem Wege Pariser Blätter vom 19. und 20. Jänner erhalten. Sie bringen den Schluß der langwierigen Debatten über die Antwortsadresse auf die Thronrede. — Nachdem in der Sitzung vom 18. der Paragraph über Afrika, dann der Paragraph über die Heimzahlung der Staatsschuld nach einigen Erörterungen (auf die wir weiter unten zurückkommen werden), ferner die Paragraphen über die Bedürfnisse der Colonien und die legislativen Versprechungen der Charte, unverändert nach dem Vorschlage der Commission angenommen worden waren, wurde in dieser Sitzung noch der Paragraph über die Geburt des Grafen von Paris mit der von Hrn. Jollivet vorgeschlagenen Abänderung*) und mit folgendem Zusatze votirt: „Sire! „Warum müssen wir in dem Augenblicke, wo unser Dank „zum Himmel sich erhebt, mit Ihnen den Verlust einer „geliebten Tochter, eines Musters aller Tugenden, zu be„klagen haben! Möge der Ausdruck der Gefühle der gan„zen Kammer dem Schmerz Ihrer erlauchten Familie ei„nige Linderung bringen."

Die Sitzung der Deputirtenkammer vom 19. December war ausschließend der Discussion über den letzten und wichtigsten Paragraphen der Adresse gewidmet. Nach langen Debatten, wobei der Minister des öffentlichen Unterrichts, Hr. von Salvandy, der Minister des Innern, Graf von Montalivet, und der Präsident des Conseils, Graf Molé, das Wort nahmen, wurde das von der ministeriellen Minorität der Commission (den HH. Debelleyme, de Juffieu und de la Pinsonniere, vorgeschlagene Amendement**) mit 222 gegen 213 Stimmen angenommen. — Hierauf wurde zum Scrutinium über den amendirten Adresse-Entwurf im Ganzen geschritten und selber mit 221 gegen 208 Stimmen angenommen. — Es war ein Viertel auf 9 Uhr Abends, als die Sitzung aufgehoben wurde.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 18. d. M. führte der Paragraph des Adresse-Entwurfs über die Rentenumwandlung eine längere Verhandlung herbei. Er lautet, wie folgt: „Ew. Majestät „hatten uns in einer der früheren Sitzungen angekündigt, „daß Vorschläge in Betreff der Heimzahlung der öffentlichen „Schuld uns vorgelegt werden sollen, sobald der Zustand „der Finanzen es gestatte. Die immer günstiger werden„de Lage des Staatseinkommens gewährt uns das Recht, „zu hoffen, daß die Mitwirkung Ihrer Regierung dieser „wichtigen Maaßregel nicht lange entstehen werde." Niemand verlangt das Wort gegen diesen Paragraphen. Der Finanzminister, Hr. Lacave-Laplagne, besteigt die Rednerbühne. Er rechnet dem Ministerium das Steigen der Staatseinkünfte, durch welches die Commission ihren Antrag begründe, zum Ruhme an. Die Zeiten der Ausfälle seien vorüber; alle außerordentlichen Unternehmungen werden für 1837 und 1838 durch die Ueberschüsse gedeckt, und es sei dasselbe für 1839 zu hoffen, wenn das (durch die ministerielle Krise gestörte) Vertrauen sich wieder befestige. „Die Erschütterung des öffentlichen Vertrauens," fuhr er fort, „fällt nicht uns zur Last, dem Ministerium des 15. April, dessen Mitglied ich zu seyn die Ehre habe, und dessen Mitglied gewesen zu seyn ich mir immer zur Ehre rechnen werde. (Aufregung. Eine Stimme: „Das ist ein Testament!") In den indirecten Abgaben ergab sich vom 1. Mai 1837 bis 31. December 1838 eine stetige Zunahme. Dieß ist das sicherste Zeichen des allgemeinen Wohlstandes. Sie werden wohl bemerken, daß unter diesen Einnahmen die Spiele und die Lotterie nicht mehr auftreten. Auch die Abgabe von Runkelrübenzucker habe ich nicht gerechnet. Kein Tarif wurde vermehrt; im Gegentheil fanden Verminderungen Statt, besonders im Schifffahrtstarif. Und doch haben die indirecten Einnahmen in den angegebenen 20 Monaten 83 Millionen mehr betragen, als in den vorangegangenen 20 Monaten. (Bewegung.) Es wird mir erlaubt seyn, zu erklären, daß man bei solchen Ergebnissen mit einigem Stolz das Andenken an seine Amtsführung seinen Kindern vermacht. (Neue Bewegung. Eine Stimme: „Gewiß, es ist ein Testament!" Eine andere: „Ehre dem unglücklichen Muthe!" (Gelächter). Sie sehen also, daß die Finanzverwaltung in vollkommen befriedigendem Stande ist, und die Forderungen von Zusatzcrediten werden diesen Stand nicht ändern. Das jedoch muß ich Ihnen gestehen, daß die afrikanische Frage wieder vorkommen und Hr. Desjobert (entschiedenem Gegner der Verwaltung in Algier) Gelegenheit zu neuen Bemerkungen geben wird. (Bewegung.) Ja, meine Herren! man wird von Ihnen für Algier Zusatzcredite verlangen! (Zur Linken: O! O!) Man wird von Ihnen die Summe von — 5000 Fr. für Druckkosten verlangen! (Anhaltende Heiterkeit.) Die erste Bedingung, die des guten Standes der Finanzen, ist also erfüllt; andere Umstände aber halten die Regierung ab, einen Gesetzentwurf über die Rentenumwandlung einzubringen. Es ist nach Allem zu hoffen, daß eine baldige Lösung zu erwarten ist. Eines aber ist noch zu untersuchen, was zwar die Operation nicht hindert, aber auf die Zeit derselben großen Einfluß üben muß. Die Bank kann der Regierung gegenwärtig nicht beistehen, da alle ihre Hülfsquellen dem Handel gewidmet sind." Lauter Ruf zur Abstimmung. Lange konnte kein Redner sich Gehör verschaffen, bis endlich Hr. Jacques Lefebvre, Gouverneur der Bank, zum Worte kam. „Nie," bemerkte er, „war die Lage der Bank blühender, als gegenwärtig; sie hat 40 Mil-

*) Vergl. unser gestriges Blatt.

**) Vergl. unser gestriges Blatt.

lionen mehr, als jemals, im Portefeuille; sie kann allen Forderungen genügen, kann dem Staate und dem Handel zugleich beistehen, und gegenwärtig ist es mehr als je Zeit zu der beantragten Maaßregel. Die Bank kann zu der Umwandlung mitwirken." Nach einer Bemerkung gegen die Bank, welche jetzt erst ihre Obliegenheiten zu erfüllen beginne, bemerkte Hr. Laffitte: „Nie war der Stand der Finanzen günstiger, ich weiß das; aber die Schwierigkeiten, die der Umwandlung entgegenstehen, gehen von der Stellung des Cabinets aus. Ist das Ministerium, ehe es eine Verbindlichkeit übernimmt, der Unterstützung durch die Kammer sicher? Dieß ist die Frage, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen glaube ich nicht, daß es sich zu dieser großen Maaßregel entschließen kann. Es ist heute nicht das erste Mal, daß sich die Minister des allgemeinen Wohlstandes rühmen. Sie sprachen immer so unter der Restauration und seit der Julirevolution. Aber nicht ihnen hat das Land seinen Wohlstand zu verdanken, sondern der Verständigkeit und den Anstrengungen der arbeitenden Classen. (Beifall.) Ich sage jetzt zu den Ministern, wie unter der Restauration: Dieser Wohlstand war vor euch und erhält sich trotz euch. Die Nationalindustrie verdankt ihren schönsten Aufschwung der kaiserlichen Regierung. Der Credit wurde unter der Restauration gegründet und steht nun fest. Die Elemente des Wohlstandes liegen in der Natur. Wenn Sie wirklich die Umwandlung wollen, so wird sie sich mit der größten Leichtigkeit bewerkstelligen lassen." Der Paragraph wurde einstimmig angenommen; auch die Minister stimmten dafür. — Es wurden nun noch alle übrigen Paragraphen, bis auf den letzten, genehmigt. Bei dem Paragraphen: „Wir wünschen auch die Einbringung des Gesetzentwurfes über die Organisation des Generalstabs der Landmacht," beantragte Marschall Clausel den Zusatz: „und die Organisation der Armee selbst," damit das System der Ordonnanzen und der Willkür seine Endschaft erreiche. Graf Molé bekämpfte diesen Antrag als zu unbestimmt, und Marschall Clausel nahm ihn zurück. — Die Oppositionsblätter folgern aus der Rede des Hrn. Lacave-Laplagne, daß das Ministerium wenigstens eine theilweise Reorganisation erleiden und jedenfalls Hr. Lacave-Laplagne abtreten werde. „Hr. Lacave-Laplagne," bemerkt der National, „hielt selbst über der Asche seines Portefeuilles die Trauerrede," und an einer andern Stelle: „Es läßt sich leicht schließen, daß Hr. Molé, als gewandter Steuermann, einen Theil seiner Mannschaft über Bord werfen werde, um die Uebrigen zu retten."

Hr. de Lamartine wohnte am 18. Jänner zum ersten Male einer Versammlung der ministeriellen Deputirten (bei Hr. Lefebvre) bei. Er fand es für nöthig, sogleich seine politischen Grundsätze mitzutheilen. Es sind folgende: 1) Die Principien der Julirevolution sind aufrecht zu erhalten; 2) die Unabhängigkeit der Krone ist zu sichern; 3) das von dem Ministerium mit Loyalität durchgeführte System muß beibehalten werden.

Der Herzog Alexander von Würtemberg und sein Sohn sind am 17. Jänner Abends in den Tuilerien angekommen. Das Dampfboot „Ramier" hat den Sarg mit den sterblichen Resten der Prinzessinn Marie, Herzoginn von Würtemberg, von Livorno nach Toulon gebracht, woselbst am 15. Jänner die kirchliche Ausstellung der Leiche unter großen Feierlichkeiten Statt fand.

Der Präfect der Nieder-Charente, Hr. E. de Pelet, hat die Nationalgarde von la Rochelle, weil sie bei den daselbst wegen der Getreideausfuhr vorgefallenen Unruhen ihre Schuldigkeit nicht gethan hatte, durch Beschluß vom 13. Jänner provisorisch suspendirt.

Die Armee in Nordafrika wird gegenwärtig bedeutend vermindert. Die zur Zeit der Expedition nach Constantine dahin geschickten dritten Bataillons kehren, mit Ausnahme der Freiwilligen, welche bleiben wollen, nach Frankreich zurück. Die in Afrika bleibenden zwei Bataillons von jedem Regimente werden dagegen auf vollkommenen Kriegsfuß gestellt.

Das Journal des Debats empfiehlt den Kammern sehr dringend die Unterstützung der großen Eisenbahnunternehmungen, entweder durch Vorschüsse oder durch eine Zinsengarantie von 3 bis 4 Percent, wofür der künftige Ertrag der Bahnen verpfändet werden soll. Auch der Versailler linken Bahn dürfte entweder ein Darlehen von 7 Millionen zu ihrer völligen Vollendung oder eine Zinsengarantie bewilligt werden.

Am 19. Jänner 5 Percents 110 Fr. 40. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 35. 3 Percents 79 Fr. 70. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75.

Spanien.

Die neuesten in Paris eingetroffenen Nachrichten aus Madrid bis zum 12. Jänner melden nichts von Bedeutung. — Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid von obgedachtem Tage: „Bei dem gänzlichen Mangel irgend erheblicher Vorfälle, der zum Theil auch in dem Ausbleiben der Posten von Saragossa und Valencia seinen Grund hat, weiß ich Ihnen heute kaum etwas Anderes zu melden, als daß die Gaceta gestern anzeigte, die Regierung hätte die ämtliche Nachricht von der Auflösung der Repressalienjunten von Saragossa und Valencia erhalten. Die von Valencia hatte noch am letzten Tage des vorigen Jahres die Frechheit, an die Deputirten der Nation eine Adresse einzuschicken, die zum Zweck hat, einen der unbescholtensten Männer Spaniens *), weil er den Muth hatte, vor den Augen der Nation den Schleier hinwegzuziehen, unter welchem jene Junta ihre Unthaten verbergen möchte, mit den bittersten Schmähungen zu überhäufen. Darin besteht die Achtung, welche man doch dem Volke vor seinen angeblichen Vertretern einzuflößen suchen sollte, daß man die Gesinnungen der Unabhängigkeit, ausgesprochen in der Mitte des Congresses, und durch einen Artikel der Constitution ausdrücklich gegen jede Verantwortlichkeit sichergestellt, zu einem Gegenstande der öffentlichen Anklage machen will. Und wer tritt als Ankläger auf? Eine von den Gesetzen nicht anerkannte, aus einem schmutzigen, mit Blut befleckten Volkstumulte hervorgegangene Behörde? Zu erwarten steht, daß, wenn der Congreß je einwilligen sollte, die Zuschrift, durch welche man ihn offenbar entwürdigt, anzuhören, er wenigstens unumwunden seine höchste Entrüstung über den Inhalt derselben aussprechen möge. Uebrigens beschäftigen sich die Deputirten gegenwärtig mit der Erörterung des Gesetzentwurfes über die beabsichtigte neue Einrichtung der Staatsschuldentilgungscasse. — Den General Narvaez verfolgt sein Unstern bis auf und über das Meer. Die Elemente haben sich nicht weniger gegen ihn verschworen, als die Menschen. Der Correo Nacional erzählt heute seine Irrfahrten auf eine fast komische Weise. Am 25. December um Mitternacht wußte Narvaez die Wachsamkeit der Zollbeamten zu täuschen, indem er sich an Bord einer englischen Goelette begab, deren Capitän ihm versprochen hatte, ihn nach Gibraltar zu bringen. Kaum aber hatte man die Anker gelichtet, als sich ein wüthender Sturm

*) Hr. Martinez de la Rosa, der in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 21. December die von den Christinos in Valencia verübten Gräuel enthüllte. (Vergl. Oesterr. Beob. vom 8. d. M.)

erhob, und die Mannschaft des Fahrzeuges erklärte, nach London und keineswegs nach Gibraltar fahren zu wollen. Es scheint, daß die bloße Person des Generals Narvaez die Keime des Aufruhrs überall hin tragen sollte. Das Schiff wurde endlich an die Küste von Portugal getrieben, und Narvaez durch einen edlen Unbekannten, der ihn wie ein Schutzgeist begleitete, und sich für einen Franzosen ausgab (gewiß war er ein geheimer Agent des Grafen Mole!), aus dem Wasser gezogen. Vor den Thoren des portugiesischen Hafens Lagos angekommen, konnte er keinen Zulaß finden, bis er die magischen Worte ausrief: „Ein spanischer General, der Schiffbruch gelitten hat!" Dann hatte er ein Verhör auszustehen, bei welchem man nicht wußte (so sagt der Correo Nacional), was mehr zu bewundern war, das würdevolle Benehmen des Spaniers, die Verwegenheit des Franzosen, oder die Grobheit des portugiesischen Gouverneurs. Endlich schiffte sich Narvaez dort auf einer portugiesischen Feluke ein und kam am 1. d. M. in Gibraltar an. Hier traf den verkannten Helden neues Mißgeschick. Der Gouverneur, General Woodford, weigerte sich nicht nur ihn zu empfangen, sondern ließ ihn sehr dringend auffordern, den Platz so bald wie möglich wieder zu verlassen *). — Der griechische Gesandte am dießseitigen Hofe, Staatsrath Metaxa, wurde heute, auf der Rückkehr von Lissabon, hier erwartet. — Der Congreß hat heute entschieden, daß der Graf Toreno einer neuen Wahl in seiner Provinz (Asturien) unterliege, um wieder als Deputirter in die Cortes einzutreten."

Großbritannien und Irland.

Am 16. Jänner Abends fand eine Versammlung der Westminster-Reformgesellschaft Statt, in welcher von der Weigerung Lord Durhams, auf die von der Gesellschaft ihm nach seiner Rückkunft aus Canada überreichte Adresse zu antworten, die Rede war. Lord Durham wollte nichts gemein haben mit diesen Radicalen, weil sie offen erklärt hatten, sie wollen ihn nur als Werkzeug benützen, als Schrittstein, welchen man in den Koth lege, um hindurchzukommen. Dr. Wade, welcher damals letztere Aeußerung gethan hatte, bemerkte, Lord Durham, wie jeder andere Mann, der im öffentlichen Leben auftrete, sollte sich als Diener des Volkes, nicht als Dictator betrachten; er sei aber wie ein Pferd, das ausschlage, und doch nicht vorwärts wolle. Hr. Johnson erklärte, er habe Großes von Lord Durham erwartet, jetzt aber sei er der Ansicht, daß es desto besser sei, je früher derselbe aus dem öffentlichen Leben sich zurückziehe. Hr. Prout wendete ein, es sei, nach der in der vorigen Versammlung von Dr. Wade und dem damaligen Vorsitzer gebrauchten Sprache — nachdem z. B. ersterer erklärt habe, er werde Seine Lordschaft in den Koth legen — kein Wunder, daß Lord Durham die Adresse nicht beantwortet habe. Dr. Wade erwiederte, er habe nicht beleidigen wollen; hätte er den Lord einen Jupiter genannt, so würde das demselben gefallen haben. Der Herald bemerkt, daß die Versammlung, in welcher dieses verhandelt wurde, aus neun Personen bestanden habe.

Am 15. Jänner fand zu Leeds eine von dem Mayor einberufene Versammlung von mehreren tausend Personen Statt, in welcher Feargus O'Connor und die „Männer der physischen Gewalt" auf das Haupt geschlagen wurden. Es handelte sich um die Abschaffung der Korngesetze, eine Agitation, welche die Radicalen auf die Seite gesetzt wissen wollen, um alle Anstrengungen und Bestrebungen auf ihr Ein und Alles, das allgemeine Wahlrecht, zu concentriren. „O'Connor," berichtet die Morning-Chronicle, „behauptet, er sei ein Gegner der Korngesetze, wolle aber kein fremdes Korn eingeführt wissen, bevor alle Oeden in England und Schottland angebaut sind, d. h. er will die Kornpreise steigen lassen, bis diejenigen einen Gewinn machen, welche die Wüsteneien von Dartmoor und die Abhänge des Ben-Nevis unter den Pflug bringen. Wir wissen nicht, ob er erröthen kann, aber sein rother Kopf hätte noch röther werden sollen, als ein Hr. Plint ihn überführte, daß er im Jahre 1834 gegen Joseph Hume's Antrag auf Abschaffung der Korngesetze stimmte, weil damals die Einwohner der Grafschaft Cork seine Committenten waren. In gegenwärtiger Versammlung wurde O'Connor, als er das Universalmittel des allgemeinen Stimmrechts dieser und andern practischen Reformen entgegenstellen wollte, mit drei gegen Einen hinausvotirt und sammt seinen Anhängern tüchtig ausgezischt." — Die Agitation gegen die Korngesetze greift im Allgemeinen immer weiter um sich. Die Minister sind geneigt, die Forderung der Gegner dieser Gesetze, vor den Schranken des Parlaments gehört zu werden, zu genehmigen. Jedenfalls wird die Angelegenheit schon zu Anfang der nächsten Parlamentssitzung zur Sprache kommen. Abhülfe wird immer dringlicher, da die Kornpreise fortwährend steigen. Der Durchschnittspreis des Quatters Weizen betrug, von der zweiten Jännerwoche gerechnet, 81 Sh., und von den letzten sechs Wochen 78 Sh. 8 P.

Die Morning-Chronicle nimmt zwar jetzt ihre hingeworfene Insinuation, daß das Fort San Juan d'Ulloa wohl mit Gold möchte genommen worden seyn, wieder zurück, da von andern Seiten bemerklich gemacht worden, daß einerseits jenes Fort sich in sehr schlechtem Zustande befunden, da man, seitdem die Spanier es im Jahre 1825 an die Mexicaner übergegeben hatten, keinen Dollar auf die Ausbesserung desselben verwendet habe, und daß andererseits die französische Artillerie außerordentlich gut, die mexicanische aber sehr schlecht bedient gewesen; aber das genannte Blatt kann doch nicht umhin, dabei zu erklären, daß die Franzosen sich nicht wundern könnten, wenn Englands Sympathie für sie abnehme und dagegen seine Eifersucht wachse, da Frankreich seit einiger Zeit, trotz seiner Freundschaftsversicherungen und Verträge, überall, wo es gelte, die Engländer eifersüchtig zu machen, mit der größten Energie zu Werke gehe, während es sich lau und lässig zeige, wo es darauf ankomme, in Uebereinstimmung mit Englands Interessen zu handeln.

Die öffentliche Sicherheit ist gegenwärtig in mehreren Theilen Irlands sehr gefährdet. Vor den nächsten Assisen der Grafschaft Tipperary werden 13 Mordthaten verhandelt. Besondere Aufregung hat unter den Grundbesitzern die Ermordung des Grafen Norbury erregt. Auf die Entdeckung des Mörders binnen sechs Monaten ist ein Preis von 2000 Pf., nebst einem Jahresgehalt von 100 Pf., ausgesetzt worden. Die Lords Ormantown (Lordlieutenant der Grafschaft), Downshire, Charleville und Roßmore haben je 200 Pf. von obiger Summe unterschrieben. Die Pächter auf dem Gute Durrow, wo der Mord vorfiel, geben dazu 155 Pf. Lord Norbury war ein wohlwollender Mann, scheint aber in der Wahl seiner Gutsverwalter nicht glücklich gewesen zu seyn, indem durch dieselben die Pächter in gewohnlicher Weise bedrückt und ausgesaugt wurden. In einer Versammlung der benachbarten Gutsbesitzer ließ besonders Lord Orman-

*) Wie reimt sich dieß alles zu der, von einem andern Madrider Blatte, dem Castillano, gegebenen Schilderung von dem glänzenden Empfange, welcher dem General Narvaez am 27. December zu Gibraltar zu Theil geworden seyn soll?

town harte Worte gegen das Volk hören, welche nur noch mehr aufreizen dürften. Auch in der Grafschaft Kilkenny schleicht eine Verschwörung gegen das Zehntenwesen im Dunkel. Drohbriefe, gegen die Gewohnheit orthographisch geschrieben und richtig stylisirt, gegen Alle, welche die Zehnten zahlen oder eintreiben, sind im Umlaufe.

Die Verhandlungen vor der Queensbench in Sachen der zwölf canadischen Gefangenen wurden am 16. d. M. geschlossen. Der Lord-Oberrichter (Denman) erklärte, der Gerichtshof werde wahrscheinlich bis zum nächsten Montag (21.) das Urtheil fällen können.

Prinz Friedrich von Sachsen-Weimar ist mit Gefolge über Rotterdam in England angekommen.

Zur Beruhigung für Alle, welche durch die Erzählungen von Unglücksfällen auf Eisenbahnen sich haben einschüchtern lassen, wird in Londoner Blättern aus officiellen Angaben nachgewiesen, daß von mehr als vierundvierzig Millionen Personen, welche seit der Einführung von Eisenbahnen auf denselben fuhren, bloß zehn umgekommen sind.

Nachrichten vom Vorgebirge der guten Hoffnung vom 18. November geben traurige Schilderungen über die Lage der in das Innere ausgewanderten Bauern; ihre Zahl schwindet durch Krankheiten, ihr Vieh und ihre Schafe vermindern sich täglich. Man hofft, daß sie der Einladung des Gouverneurs zur Rückkehr folgen werden.

Consols am 17. Jänner 92⅞, 93.

Belgien.

Der Belge enthält ein Rundschreiben, welches das Centralcomité des sogenannten Nationalvereins an die correspondirenden Comités richtet. Das Comité freut sich über die Beweise von Sympathie, die es in den Provinzen findet. Obgleich seine Constitutionsacte klar seine Mission bezeichnet, so hält der Verein doch für nützlich, keinen Zweifel über seine wahren Absichten bestehen zu lassen. Sein Einfluß, sagte er, wird großentheils von seiner Würde und seiner Mäßigung abhängen; die Mitglieder sind daher fest entschlossen, nicht von der Benehmensrichtschnur abzugehen, welche ihnen ihre Pflichten als Bürger und ihre Achtung für die Gesetzlichkeit vorschreiben. Er will die Regierung unterstützen, und nicht ihr Hindernisse erwecken; weit entfernt, ihre Wirksamkeit zu hindern, verlangt er nur, in Uebereinstimmung mit ihr zu handeln. Er will weder Freicorps ausheben, noch Waffendepots errichten, noch Arsenale verproviantiren; er will nur die Namen derjenigen einschreiben, die im eintretenden Falle dem Aufrufe der Nation, sei es als Freiwilliger oder durch ihre Gaben an Geld oder Waffen, entsprechen würden. Er läßt der Kammer die Controlle über die Beschlüsse der Regierung; die Comités müssen ihr Zutrauen in die Staatsgewalten setzen.

Das in Gent garnisonirende Kürassierregiment hat Befehl erhalten, unverzüglich zur Armee abzugehen; es nimmt, wie man sagt, seine Richtung nach Mecheln. — Eine Batterie des 1sten Artillerieregiments ist am 16. d. M. von Tournay nach der Gränze abgegangen. Mehrere Schwadronen des 1sten Lancierregiments haben am folgenden Tage die nämliche Richtung genommen. — Am 17. d. M. um 4 Uhr Nachmittags traf der Befehl zum Abmarsch bei dem in Brügge liegenden 2ten Kürassierregimente ein, und um 6 Uhr war das Regiment schon auf dem Marsch.

Zum ersten Male in Belgien hat man das Unglück der Explosion einer Locomotive zu beklagen. Am 18. Jänner um 3 Uhr, als der Wagenzug von Brüssel nach Gent abgehen sollte, sprang der Dampfkessel des Remorqueurs mit einem Knall, als ginge ein 48Pfünder los. Zwei Menschen — der Maschinist und der Heizer — blieben todt auf dem Platze; ein anderer vom Dienstpersonal wurde verwundet; von den Passagieren hat keiner Schaden gelitten. Die Dampfmaschine war aus der Stephenson'schen Werkstätte und wurde von Kennern als ein Meisterstück bewundert.

Die belgischen Eisenbahnen wurden während des Jahres 1838, in dem mehrere neue Linien eroffnet worden sind, von 2,193,316 Reisenden (808,740 mehr als 1837) befahren. Die Einnahmen betrugen 3,097,830 Fr., 1,680,843 mehr als das Jahr zuvor.

Teutschland.

Frankfurter Blätter enthalten nachstehende Bekanntmachung, die in Homburg vor der Höhe erschienen ist: „Der göttlichen Vorsehung hat es gefallen, weiland Se. hochfürstl. Durchlaucht den souverainen Landgrafen Ludwig Wilhelm zu Hessen ꝛc., unsern gnädigst regierenden Herrn, nach einem seit dem 6. d. M. angedauerten Krankenlager, durch einen sanften Tod am 19. d. M. ein Viertel nach eilf Uhr Mittags zu Luxemburg aus diesem Leben abzurufen. In Abwesenheit des höchsten Regierungsnachfolgers, Sr. hochfürstl. Durchlaucht des nun gnädigst regierenden souverainen Landgrafen Philipp August Friedrich ꝛc., wird dieser betrübende Trauerfall allen Unterthanen, Dienern und Angehörigen des landgräflichen Hauses durch die unterzeichnete Stelle hiermit bekannt gemacht, und werden dieselben einstweilen auf die getreue Fortsetzung ihrer aufhabenden Pflichten verwiesen. Das in solchen Fällen gewöhnliche Trauergeläute ist auf sechs Wochen und einen Tag von heute an angeordnet, und werden in der Folge den Behörden das Weitere wegen des Regierungsantritts Sr. hochfürstl. Durchlaucht des nun regierenden Herrn, so wie auch die näheren Vorschriften über die Landestrauer, nachdem die deßfallsigen höchsten Befehle eingekommen sind, zugehen. Homburg, den 21. Jänner 1839. Landgräflich hessischer Geheimrath. (Gez.) Henrich."

Vermischte Nachrichten.

Mit dem ersten Jänner d. J. sind die Göttingschen gelehrten Anzeigen in ihr zweites Jahrhundert getreten. Die Redaction derselben hat nach einigem Wechsel im Anfange Haller, 1747 bis 1753; Michaelis, 1753 bis 1770; Heyne, 1770 bis 1812; Eichhorn, 1812 bis 1827 geführt, und jetzt, seit 1827, der geh. Justizrath Heeren in Verbindung mit Hofrath und Bibliothekar Benecke.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des österreichischen Beobachters ist erschienen das zwölfte Heft der militärischen Zeitschrift 1838. Dieses enthält folgende Aufsätze: I. Ueber die Gliederzahl der Infanterie. II. Schluß des Feldzuges 1745 in Italien. Mit dem Plane des Treffens bei Bassignana. III. Schluß des Feldzuges in Sicilien 1734 bis 1735. IV. Neueste Militärveränderungen. V. Miszellen und Notizen. — In diesem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1839 der militärischen Zeitschrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

№ 29

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 29. Jänner 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 27. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.709	283. 52. 8p.	— 6.8	NW.	schwach.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.695	28 5 6	— 4.6	NW.	still.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.675	28 5 3	— 6.2	NW.	——	heiter.

Frankreich.

Die Pariser Zeitungen vom 21. Jänner sind gestern nicht in Wien eingetroffen. — Wir kommen auf die Sitzung der Deputirtenkammer vom 19. zurück, in welcher bekanntlich die Debatte über den Adresse-Entwurf zu Gunsten des Ministeriums beendigt wurde. H^r. Debelleyme entwickelte das von ihm und seinen beiden Collegen, HH. de Jussieu und de la Pinsonniere, vorgeschlagene Amendement zum letzten Paragraphen der Adresse. *) Er sah in dem Ausdrucke des Entwurfs: „in ihren verfassungsmäßigen Schranken gehalten" einen offenen Angriff auf die königliche Unverletzlichkeit. Die Stelle in Betreff der Deckung des Thrones durch die ministerielle Verantwortlichkeit fand er überflüssig, weil das Ministerium nirgends seine Verantwortlichkeit abgelehnt und die Kammer durch ihre Abstimmungen anerkannt habe, daß die ministerielle Verantwortlichkeit genügend und verfassungsmäßig sei. Dem Amendement zufolge „verleiht die Kammer der Regierung gerne ihre Mitwirkung," während sie nach dem Entwurfe bloß dazu „geneigt" ist, d. h. unter gewissen Bedingungen. „Wir," bemerkte H^r. Debelleyme, „waren der Ansicht, daß man keine Bedingungen machen dürfe, wenn von der dem Konige zu verleihenden Mitwirkung die Rede sei." — Auch H^r. de Lamartine sprach wieder für das Ministerium. Er begann mit der Erklärung, von Männern, welche seit vierzehn Tagen mit solchem Talent, mit solcher Kraft gegen coalisirte Meinungen sich vertheidigten, könne man nicht sagen, sie seien nicht würdig, die Unverletzlichkeit der Krone zu decken; nie sei es mit der ministeriellen Verantwortlichkeit so Ernst gewesen. Dabei wiederholte er seine Klage über die Zersplitterung der Kammer, bei welcher keine feste, starke Mehrheit möglich sei. Der Zweck der Adresse sei folgender: „Man will das Land in Aufregung bringen, es um seine Würde, seine Ehre besorgt machen, und hofft mit Hülfe dieser Gefühle, dieser Besorgnisse, die bei dem französischen Volke so leicht zu erwecken sind, der Staatsgewalt, die man sich aus den Händen schlüpfen ließ, wieder Meister zu werden." Gegen den vorliegenden Paragraphen sprach Lamartine schließlich: „Sie werden diesen Paragraphen streichen, diesen widersprechenden, verfassungswidrigen Paragraphen, welchen die Krone nicht annehmen könnte, diesen Paragraphen voll Wirren nach Innen, voll Drohungen nach Außen, den Europa nicht begreifen könnte; sie werden ihn zerreißen, den Partei- und Schwindelgeist dictirt haben!" — H^r. Guizot wies sofort den von Lamartine der Coalition gemachten Vorwurf, sie wolle aus Ehrsucht, um persönlicher Zwecke willen, das Land in Aufregung bringen und die Ruhe Europas gefährden, mit Unwillen zurück. „Wir wollten," sagte er, „in der Adresse nichts Anders sagen, als: Daß wir die Politik des Cabinets schlecht finden nach innen und nach außen, daß wir es für unsere Pflicht halten, dieß der Kammer, dem Lande, der Krone zu erklären. Dieß ist unser einziger Beweggrund; die Unterstellung eines andern ist eine Beleidigung, eine Verläumdung, eine Verletzung der Freiheit unserer Berathungen. Man kann also die Handlungen eines Cabinets nicht tadeln, ohne schändlicher Beweggründe beschuldigt, ohne angeklagt zu werden, man wolle das Land, ganz Europa in Verwirrung bringen, einzig und allein, um der Staatsgewalt wieder Herr zu werden! Dieß ist ein Todesstoß für die Freiheit, eine Gewaltthat gegen Sie, Gefahr drohend für Jedermann." H^r. Guizot hob hierauf hervor, daß die Majorität dem Ministerium weder geradezu Lob, noch geradezu Tadel ertheilen wolle, und ging dann auf Beleuchtung der einzelnen Puncte des Paragraphen über, als dessen klare Tendenz er angab, zu erklären, daß der Kammer das Ministerium nicht den Forderungen der Verfassung genügend erscheine; denn von dem Cabinet, nicht von der Krone sei die Rede; ihm müsse man auch Bedingungen stellen, ehe man ihm seine Mitwirkung verleihe. Die Stelle, in welcher von der Deckung des Thrones durch die ministerielle Verantwortlichkeit die Rede, sei ein Ausfluß der Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit der Krone, einer Ehrfurcht, die mit dem Fortschritte des Repräsentativsystems in den Gemüthern wachse. „Ich gebe," so schloß er, „unsern Gegnern ihre Vorwürfe zurück. Im Interesse der Unverletzlichkeit, der Ehre der Krone verlangen wir hier, daß das Repräsentativsystem mit allen seinen Folgen angenommen werde. Wir verlangen dieß, um der Ehre, um der Kraft der Krone willen, nicht aus erbärmlicher Ehrsucht. Dieß ist der einzige Sinn des Adresse-Entwurfs, sein ganzer Inhalt, ohne Ausnahme, ohne Beschränkung. Dieses Ziel verfolgen wir, verfolgen es standhaft, muthig; wir glauben dadurch der Krone, dem Lande zu dienen. Wir hegen aber auch tiefe Ehrfurcht vor der Krone und ihren Vorrechten: wir wollen, daß sie unverletzlich sei und stark und groß und geehrt von Allen!" — Graf Montalivet, Minister des Innern, warf der Coalition vor, sie habe durch ihren Paragraphen, indem sie das ganze Verhältniß zur Sprache gebracht, den Angriff auf die Unverletzlichkeit der Krone eröffnet. Der Angriff sei aber ganz unbestimmt gehalten, damit er allen den in der Coalition vereinigten Schattirungen gefalle; habe ja auch H^r. Garnier-Pagès gesagt, er stimme für die Adresse, weil sie der Ausdruck dessen sei, was er seit acht Jahren über die Staatsgewalt denke. Man erkläre, das Cabinet sei nicht parlamentarisch genug; er aber behaupte, daß es parlamentarisch in seinem Ursprung und während seiner ganzen Amtsführung gewesen, und die Kammer habe jetzt zu entscheiden, ob es noch parlamentarisch sei. — H^r. Thiers erwiederte, als

*) Vergl. unser gestriges Blatt.

lerdings komme es jetzt darauf an, ob das Ende des Cabinets parlamentarisch seyn werde — wenn überhaupt das Ende schon eintrete, denn sein Leben könne sich noch einmal erneuern. Die geringen Mehrheiten aber, die es erhalten, die Niederlage des Amilhau'schen Amendements beweisen nicht gerade, daß es noch parlamentarisch sei. H^r. Thiers ging nun auf den letzten Paragraphen der Adresse über und schloß: „Nehmen wir an, es sei ein ungenügendes Ministerium vorhanden; und Alles, was vor sich geht, scheint die Frage hinlänglich zu entscheiden. Nehmen wir an, die ministerielle Verantwortlichkeit — nicht die gesetzliche, denn diese kann niemals aufhören, sondern die moralische — habe aufgehört, sei gefährdet, und die Krone sei nicht moralisch gedeckt, die Männer, welche hier die Freiheit ausüben wollen, die sie der Charte, der „zur Wahrheit gewordenen" Charte verdanken, können es nicht thun, ohne sich bis auf einen gewissen Grad zu compromittiren — nehmen wir an, daß dieß der Fall wäre, so müßte in der Verfassung eine Abhülfe gegen das Uebel aufgefunden werden. Finden Sie mir aber ein anderes Mittel als eine Adresse an die Krone, in welcher dieß ehrfuchtsvoll auseinandergesetzt wird. Außerdem läßt sich kein Weg denken, als das Stillschweigen. Stillschweigen aber ist kein Mittel für eine Verfassung, um sich selbst durch sich Geltung zu verschaffen, ihr Recht wieder zu erlangen, wenn sie gefährdet ist. Vergessen Sie nicht die letzten Jahre der Restauration. Durch wen wurde die Restauration in das Verderben geführt? Durch diejenigen ihrer Freunde, welche den Muth hatten, ihr die Wahrheit zu sagen, oder durch die, welche schwiegen, als sie dem Abgrunde zueilte?" — Graf Molé erhob sich nun und sprach: „Man fragt uns, was wir erlangt haben? man antwortet: Zustimmung zu einzelnen Handlungen, und dazu, mit welcher Majorität! Ich frage, in welcher Stelle der Adresse, wie sie jetzt ist, findet sich der geringste Tadel gegen die Politik des Cabinets? Wo ist eine Mehrheit gegen uns? ist es nicht klar, daß man die Verwerfung unserer Politik bezweckte, diesen Zweck aber nicht erreicht hat? Man sagt: Euer Amendement (das Amilhau'sche) ging nicht durch. Ja, aber auch euer Paragraph wurde verworfen. Man fragt uns: Wo ist eure Majorität? Wir können euch fragen: Wo ist der eurige? Also für jetzt sind wir parlamentarischer als ihr! Es ist etwas Merkwürdiges in der parlamentarischen Geschichte um eine mit einer Mehrheit von sechs Stimmen unter neun entworfene Adresse, entworfen von ausgezeichneten Männern, von Meinungschefs, wie man sich ausdrückte, welche dann Stück für Stück von ungenügenden Ministern zertrümmert wird. Eure Aufgabe ist es nicht, zu zerstören. Ihr seid nicht die Männer, um ein Ministerium umzustürzen, ohne zu fragen, wer seine Nachfolger seyn werden. Wir seien nicht möglich, sagt man; aber ihr, seid ihr mehr? Ich frage euch, die ihr aus so verschiedenen Elementen besteht, die ihr euch einst so heftig bekämpft, jetzt aber die Hände gereicht habt: welches System wollt ihr verfechten? was wollt ihr? (Eine Stimme: „den letzten Paragraphen der Adresse.") Man antwortet mir: Den letzten Paragraphen der Adresse. Dieß ist eine köstliche Aeußerung; sie zeigt, daß die ganze Adresse in dem letzten Paragraphen liegt. Der Sinn dieses Paragraphen ist: Eine der Staatsgewalten sucht ihren Bereich zu überschreiten; dieß tadelt man. Man geht noch weiter. Man sagt derselben Staatsgewalt, daß man ihr seine Mitwirkung anbiete, unter der Bedingung, daß eine neue Verwaltung in das Leben trete; so lange aber diese nicht existirt, bleibt demnach die Krone bloßgestellt. Man suchte uns zu entkommen, indem man die moralische Verantwortlichkeit der reellen gegenüberstellte. In Wahrheit verhält es sich so: Ein Ministerium ist verantwortlich, wenn es für jede seiner Handlungen angeklagt oder gestürzt werden kann. Indem Sie sagen, das Ministerium genüge nicht, um die Krone zu decken, sagen Sie der Krone, sie theile die Verantwortlichkeit. Wenn man die Sache auf das Aeußerste triebe, müßte man sagen, nur das Ministerium sei parlamentarisch, in welchem sich diese oder jene Männer befinden." („Sehr gut!" in dem Centrum.) Schließlich nahm noch H^r. Odilon-Barrot das Wort. „Wenn ich," dieß war der Hauptpunct seiner Rede, „Minister sehe, welche eine Abstimmung, die ihnen ihre Billigung verweigert, durch alle möglichen Spitzfindigkeiten erklären, um von ihrem Haupte die moralische und positive Wirkung dieser Abstimmung abzulenken, während sie dieselbe hoch erhoben haben würden, wenn sie nur zwei oder drei Stimmen Majorität gehabt hätten, so bin ich gezwungen, zu erklären, daß ich meines Theils das Repräsentativsystem nicht so verstehe; nicht so wurde es uns gelehrt, nicht so ist es mit Ehren möglich. Das Amendement hat zum Zweck, das Ministerium zu stärken, während der Commissionsentwurf eine Aenderung des Ministeriums durch die parlamentarische Gewalt bezweckt. Darum handelt es sich. Ihr aber sagt, es handle sich nicht um euch, es handle sich um die Krone, die Kammer habe sich für oder gegen die Krone zu entscheiden. Ich sage, ich sage es mit der ganzen Ueberzeugung eines redlichen Mannes, der sein Vaterland über Alles hoch hält: das heißt eine ministerielle Verwaltung schlecht krönen!" (Beifall auf der Linken.) — Endlich wurde zur Abstimmung über das ministerielle Amendement geschritten. Es wurde, wie gestern gemeldet, mit 222 gegen 213, also mit einer Mehrheit von neun Stimmen angenommen. Es war 8 Uhr Abends, als zur Abstimmung über die ganze Adresse mit den im Laufe der Debatten genehmigten Amendements geschritten wurde. Zahl der Stimmenden 429. Absolute Mehrheit 215. Weiße Kugeln 221, schwarze Kugeln 208. Die im Sinne des Ministeriums amendirte Adresse wurde mit einer Mehrheit von dreizehn Stimmen angenommen.

Die französische Flotte bestand zu Ende des verflossenen Jahres aus 281 segelfertigen Schiffen, nämlich: aus 24 Linienschiffen, 37 Fregatten, 22 Kriegscorvetten, 8 Avisocorvetten, 49 Briggs, 74 kleinen Fahrzeugen, z. B. Goeletten, Kutters, Bombarden, Flottillefahrzeugen u. s. w., 15 Lastcorvetten, 24 Lastgabarren und 29 Dampfbooten. Ueberdieß sind im Bau 27 Linienschiffe und 26 Fregatten, ohne die Fahrzeuge niedern Ranges zu zählen. Ausgerüstet oder im Bau sonach 51 Linienschiffe, 63 Fregatten. Drei Fregatten befinden sich außerdem in Ausbesserung, die „Kalypso," die „Magicienne" und die „Atalante." Neun Dampfboote sind im Bau.

Das Dampfboot „Rhadamante," commandirt von dem Capitän Wakefield, hat am 17. Jänner, von Malta kommend, auf der Rhede von Toulon Anker geworfen. Es verließ Malta am 13., unmittelbar nach der Ankunft des Packetboots, welches Depeschen aus Ostindien brachte. H^r. Campbell, der sich an Bord befand, reiste unverzüglich mit den Depeschen nach London ab, wo er wahrscheinlich am 21. eintreffen wird. Man kann demnach in London jetzt Briefe aus Malta, welches 600 Lieues davon entfernt ist, in acht Tagen erhalten. Die Depeschen waren so voluminös, daß man einen eigenen Fourgon dafür miethen mußte. Die englischen Passagiere sprechen von wichtigen Bewegungen der Armee in Indien.

Ueber die Ankunft der Ueberreste der Fremdenlegion in Pau meldet das dort erscheinende Memorial des Pyrénées vom 12. Jänner: „Gestern haben wir die Ueberbleibsel der Fremdenlegion zu Pau

ankommen sehen: 55 Offiziere und 157 Unteroffiziere und Soldaten, dieß ist Alles, was von jenem glorreichen Corps, das bis 7000 Mann unter dem Gewehr gezählt hat, zu uns zurückgekommen ist. Die einzelnen Abtheilungen, die früher nach Frankreich zurückgekehrt und durch unsere Stadt gezogen sind, können auf etwa 3000 Mann geschätzt werden; die Zahl derer, die neben ihrem kühnen Obersten Conrad auf dem Schlachtfelde gefallen, oder durch Elend oder Krankheiten in den Hospitälern weggerafft worden sind, und den Boden nicht mehr sehen werden, von dem sie mit so kriegerischer Begeisterung abgezogen waren, mag sich also auf nahe an 4000 belaufen! Welch betrübte Betrachtungen muß dieser Gedanke bei denen erzeugt haben, die so eben Zeugen dieser Rückkehr waren! Die Haltung der Unteroffiziere und Soldaten ist ziemlich schön, und sie nähert sich derjenigen unserer Truppen. Ihre Kleidungsstücke sind neu; sie waren ihnen vor einem Monat aus Frankreich geschickt worden, und wurden ihnen erst ausgetheilt, als sie von Saragossa abzogen. Was die Offiziere betrift, denen nichts der Art geschickt worden ist, so sieht man wohl, wie viele Anstrengungen und Entbehrungen bei ihnen nöthig waren, und wie groß ihre Resignation muß gewesen seyn, um den Muth nicht zu verlieren auf jenem ungastlichen Boden, den sie von ihrem Blute noch naß jetzt verlassen haben! Was sie uns über ihre Leiden sagen, beweist uns, wie wahr wir gesprochen haben, so oft wir mit Entrüstung über den Undank der spanischen Regierung klagten."

Rußland.

Se. Majestät der König von Preußen haben dem Minister des kaiserlichen Hauses, Fürsten Peter Wolkonsky, einen mit Diamanten reich verzierten Säbel, begleitet von einem überaus huldvollen Handschreiben, zu übersenden geruht. Se. Majestät der König wünschen, daß dieser Säbel ein Erinnerungszeichen an die Zeit seyn möge, wo das preußische und das russische Heer den gemeinsamen Feind bekämpften, und wo der Fürst den hohen Posten bei der Person des verewigten Kaisers bekleidete, zu welchem ihn das Vertrauen desselben berufen hatte.

Am 13. d. M., als am russischen Neujahrstage, war nach dem feierlichen Gottesdienste in der Eremitage große Gratulationscour bei Ihren Majestäten, denen auch das diplomatische Corps seine Glückwünsche darbrachte.

Zur Unterstützung des russischen Tabakbaues ist, einem kaiserlichen Ukas vom 2. (14.) v. M. zufolge, der Eingangszoll auf fremde Tabake erhöht worden. Das Pfund geschnittenen türkischen Rauchtabak zahlt demnach 25 Kopeken, anderer ausländischer Rauchtabak 50 Kop., Schnupftabak 1 Rub. 10 Kop. bis 1 Rub. 35 Kop. und das Pfund Zigarren 1½ Rubel Silber Eingangszoll. Tabaksblätter sind keiner Erhöhung des Zolles unterworfen.

Schweden und Norwegen.

Se. Majestät der König haben auf der Reise nach Norwegen am 18. December in Blomsholm eine Deputation des Magistratsund der Bürgerschaft von Strömstad (der letzten Stadt Schwedens auf dieser Tour) empfangen und deren Anrede gnädig beantwortet, sich auch darauf sehr lange mit ihr über die Angelegenheiten dieser gerade sehr bedrängten Stadt unterhalten, mit dem Versprechen, Alles, was bei Ihnen stände, zur Aufhülfe derselben thun zu wollen, um so lieber (wie der König hinzufügte), da er es seinem Gefühl von Nationalstolz gemäß halte, daß die Gränzstädte des Königreichs in gutem Zustande seien, um nicht Ausländern, bei deren Ankunft im Lande, eine ungünstige Ansicht von demselben zu geben, indem es sich oft zutrage, daß ein Ausländer, so unvortheilhaft wie ungerecht, das Ganze nach dem mehr oder weniger üblen Eindruck, der sich ihm bei seinem Eintritt darbiete, beurtheile. Den Armen der Stadt ließen Se. Majestät 100 Rthlr. Banco zukommen.

Großbritannien und Irland.

Der Kanzler der Schatzkammer hat unlängst einer Deputation des Comité's der Gesellschaft zur Abschaffung der Kirchensteuern die Versicherung ertheilt, daß das Ministerium sein Möglichstes thun werde, um die Aufhebung dieser Abgabe recht bald zu bewerkstelligen. Bekanntlich hofft man den Ausfall durch eine bessere Verpachtungsweise der Kirchenländereien zu ersetzen; bisher hatten aber die Minister wegen des heftigen Widerstandes der Tories die Untersuchung dieser Sache nicht sehr eifrig betrieben; von den Dissenters gedrängt, wollen sie nun gleich zu Anfang der bevorstehenden Session die Erneuerung der betreffenden Untersuchungscommission vorschlagen.

Es geht das Gerücht, daß die Mehrzahl der Minister, mit Rücksicht auf die in allen bedeutenden Fabrikstädten Statt findenden Bewegungen gegen die Korngesetze sich entschlossen habe, dem Parlamente eine Bill zur Aenderung dieser Gesetze vorzulegen, in welcher der Vorschlag gemacht werden würde, das jetzige System der Durchschnittspreise und des darnach variirenden Zolles durch einen festen Zoll zu ersetzen. Man will zwar wissen, daß der Premierminister selbst noch schwanke, doch glaubt man, er werde wahrscheinlich auch am Ende nachgeben, besonders da Sir Robert Peel sich bereit erklärt haben soll, eine ähnliche Maaßregel vorzuschlagen, falls er wieder ans Staatsruder käme. Einige behaupten sogar, die Korngesetze würden schon in der Thronrede zur Sprache kommen, und die Bezeichnung des Hrn. Wood, als Unterstützer der Adresse, wird als eine Bestätigung dieses Gerüchts betrachtet, da dieses Parlamentsmitglied stets ein eifriger Verfechter des freien Getreidehandels gewesen ist. Von ministeriellen Blättern ist jedoch schon öfter bemerklich gemacht worden, daß von dem Unterhause in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ein Votum zu Gunsten der Abschaffung der Korngesetze schwerlich zu erwarten sei, und daß, wenn die Minister eine solche Maaßregel vorschlagen wollten, gewiß erst eine Auflösung des Parlaments würde Statt finden müssen. Nun hat aber in der That seit kurzem die Vermuthung bald auszuschreibender allgemeiner Wahlen sehr an Glauben gewonnen, und selbst ministerielle Blätter äußern in den letzten Tagen schon, daß man sich auf eine solche Maaßregel gefaßt zu machen habe.

Der Bericht des Parlamentsausschusses zur Untersuchung des von Hrn. Rowland Hill anempfohlenen Planes in Bezug auf das Briefporto schlägt vor, wie man jetzt erfährt, das Porto von Briefen, die nicht über eine halbe Unze wiegen, einstweilen auf 2 Pence für alle Kurse des Inlandes herabzusetzen, mit Vorbehalt einer künftigen weiteren Reduction auf einen Penny, wenn die Resultate des ersten Versuchs dieß gestatteten. Als finanzieller Vortheil des Hill'schen Planes wird besonders geltend gemacht, daß die Post dadurch der Erhebung und Berechnung einer Staatsrevenue überhoben sei, die dafür mit leichter Mühe und den geringen Kosten durch das Stämpelamt werde aufgebracht werden, indem bekanntlich zu jedem durch die Post zu versendenden Briefe künftig ein gestämpeltes Couvert von 2 Pence Werth genommen werden und die Post dann gar kein Porto mehr erheben soll.

Mit dem „Siddons," welcher am 26. December v. J. von Newyork abgegelte, hat man neuere Zeitungen von dort erhalten, in denen sich Nachrichten aus Canada

bis zum 21. December befinden. Der Mayor und Gemeinderath von Toronto hatten in Bezug auf die in der Jahresbotschaft des Präsidenten Hrn. van Buren enthaltene Aeußerung, daß in verschiedenen Theilen von Canada wieder Unruhen ausgebrochen seien, eine Adresse an den Gouverneur von Obercanada, Sir George Arthur, gerichtet, in welcher sie ihn um Aufschluß darüber ersuchten, wie es sich mit dieser Angabe verhalte. Der Gouverneur antwortete, es sei ihm nichts von solchen Unruhen bekannt, und er habe daher an den brittischen Gesandten in Washington geschrieben und ihn ersucht, den Präsidenten auf die Ungenauigkeit jener Aeußerung in seiner Botschaft aufmerksam zu machen.

Die Times kommt seit einiger Zeit wiederholt auf den Baumwollenhandel zurück und die alte Beschuldigung gegen Hrn. Biddle und die Vereinigte-Staaten-Bank, daß sie durch allerlei Mittel den Preis der Baumwolle in die Höhe zu treiben suchten, wird jetzt in größerm Umfange ausgesprochen, und nach dieser Angabe tritt nun die neu gebildete Unionbank of Mississippi nicht nur in die Fußstapfen Biddle's, sondern sogar als dessen Rival auf. Diese Bank wurde im vorigen Winter mit einem Capital von 15 Millionen Dollars gegründet, und vom Staate Mississippi Capital und Interessen garantirt. Der Zweck dieser Bank ist ganz offenbar, die Preise der Baumwolle in der Höhe zu halten, und dadurch England, das die amerikanische Baumwolle nicht mehr entbehren kann, gewissermaaßen tributär zu machen. Hrn. Biddle's ungeheure Baumwollenoperationen haben directe Veranlassung zur Errichtung dieser Bank gegeben, indem die Neworleans-Bee vom 29. November offen sagt: „Der Versuch der Vereinigten-Staaten-Bank hat Wirkungen hervorgebracht, die, wenn auch von uns nicht vorausgesehen, doch leicht sich erwarten ließen von Leuten, die mit dem Detail des Handels näher bekannt sind. Die Kaufleute von Mississippi, beunruhigt durch den Verlust ihrer Geschäfte, womit das Verfahren der Vereinigten-Staaten-Bank sie bedrohte, suchten natürlicherweise nach Mitteln, um das Unheil abzuwenden, und Niemand kann sich beklagen, daß sie die erste und einzige Abhülfe, die sich bot, ergriffen: sie gründeten ein eigenes Geldinstitut, um die gefährlichen Pläne eines noch kolossalern, aber ihnen fremden Instituts zu vereiteln: sie setzen ein Monopol gegen das andere.“ Die Unionbank of Mississippi hat nun ein Circular an alle Pflanzer erlassen, und verspricht ihnen auf jeden Ballen Baumwolle à 400 Pf. 60 Dollars vorzuschießen, damit sie nicht zum Verkauf genöthigt seien und zurückhalten können; die Bank will dann die Baumwolle verschiffen, in Europa verkaufen lassen, und dann mit den Pflanzern abrechnen. Dieß ist ganz die Art, wie Biddle in den letzten Jahren verfuhr, nur schraubte er die Pflanzer noch dadurch, daß er ihnen Papiere gab, die nur gegen einen ungeheuren Disconto in baares Geld umgesetzt werden konnten. — Der auffallende Umstand ist immer, daß die Actien der Mississippibank in London verkauft werden, und ebendaselbst auch Herr Biddle ein neues Anlehen von fünf Millionen Dollars erhebt, daß also hauptsächlich mit englischem Gelde diese Operationen ins Werk gesetzt werden, weßhalb die Times ganz richtig die Alternative stellt: entweder gelingen diese ungeheuren Operationen, dann müssen die englischen Baumwollenspinner die Baumwolle ungeheuer theuer bezahlen, oder sie mißlingen, dann sind die Dividenden der in Europa abgesetzten Actien, und vielleicht selbst ein Theil des Capitals, verloren. Also auf jeden Fall ist es England, das einen Verlust erleidet. Freilich handelt es sich dabei vorerst um die Frage: ist die letzte Baumwollenernte mangelhaft ausgefallen oder nicht? Die Baumwollenfabrikanten Amerika's suchen die erstere Meinung zu verbreiten, in England gewinnt aber die letztere Grund, und die Baumwollenspinner schränken nicht nur ihren Ankauf, sondern auch ihre Fabrikation aufs möglichste ein.

Niederlande.

Ein Correspondent aus dem Haag sagt im Handelsblad, daß wohl kaum zu glauben sei, die französische Regierung werde die Vorschläge, die Belgien jetzt zu einer Geldentschädigung für die abzutretenden Gebietstheile machen lasse, ernstlich unterstützen; denn unmöglich könne Frankreich die Teutschen und die Holländer für so verblendet halten, daß sie bereit seyn sollten, für einige Millionen in die Abtretung eines Gebiets zu willigen, welches, aus einem militärischen Gesichtspuncte betrachtet, für die Sicherheit der Einen wie der Andern so wichtig sei. Namentlich für die Vertheidigung der holländischen Gränze sei der Besitz des rechten Maasufers von unberechenbarer Wichtigkeit. Der Correspondent macht ferner auf eine Stelle in der Rede des französischen Deputirten von der äußersten Linken, Hrn. Mauguin, aufmerksam, welcher ganz offen erklärt habe, daß die Limburgischen und Luxemburgischen Gebietstheile für Belgien selbst allerdings weder in finanzieller noch politischer Hinsicht einen großen Werth hätten, daß jedoch Frankreich in seinem eigenen Interesse darauf halten müsse, daß diese Gegenden mit Belgien vereinigt bleiben. In diesem offenen Bekenntnisse lägen demnach für Teutschland und Holland Motive genug, sich durch keinerlei Geldentschädigung jene Gebietstheile entfremden zu lassen.

Belgien.

Die belgischen Blätter sind voll von Berichten über die Bewegungen der holländischen Armee. Jede kleine Veränderung, welche dieselbe an der Gränze vornimmt, wird mit der größten Aengstlichkeit bewacht und zu Protocoll genommen, gleichsam als besorgte man eine Wiederholung des Ueberfalles vom Jahre 1831. Besondere Wichtigkeit wird darauf gelegt, daß zwei Bataillons von den Kerntruppen, welche die Citadelle von Antwerpen so tapfer vertheidigten, wieder dicht an der belgischen Gränze, und zwar nicht weit von dem Lager von Beverloo, aufgestellt seien. Man will sogar bemerkt haben, daß die Holländer bereits ihre Lanzen, Säbel und Bayonnete scharf machen.

Das Hauptquartier des Generals Magnan, welcher die belgische Avantgarde commandirt, befindet sich jetzt in Beverloo. Die zweite, vom General Goethals befehligte Division soll sich nach der Campine begeben.

Wien.

Am 28. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	157⅞.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	698⅞.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65⅞.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 30

Oesterreichischer Beobachter

Mittwoch, den 30. Jänner 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 28. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
			Sz. Lz. Sp.				
	8 Uhr Morg.	27.629	28 3 8	— 9.4	W.	still.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.501	28 3 2	— 4.1	SO.	schwach.	heiter.
	10 Uhr Abends.	27.365	28 1 5	— 9.6	SO.	mittel.	Wolken.

Frankreich.

Am 20. Jänner Abends halb 9 Uhr empfing der König die große Deputation der Deputirtenkammer, welche beauftragt war, S^r. Majestät die Antwortsadresse auf die Thronrede zu überreichen. Eine große Zahl von Mitgliedern der Kammer hatte sich an die Deputation angeschlossen. Der Herzog von Orleans, der Herzog von Nemours und der Herzog von Aumale standen rechts und links vom Throne. — H^r. Dupin, Präsident der Deputirtenkammer, verlas die Adresse, welche, mit den im Sinne des Ministeriums angenommenen Amendements, folgendermaaßen lautet *): „Sire! Die Deputirtenkammer wünscht sich mit Ihnen Glück zu der Wohlfahrt des Landes; diese Wohlfahrt konnte sich nur vermehren im Schooße der Ruhe, welche Frankreich der Regierung Ew. Majestät und der regelmäßigen Mitwirkung der Staatsgewalten verdankt. — Ew. Majestät hofft, daß die zu London wieder aufgenommenen Conferenzen der Ruhe Europa's und der Unabhängigkeit Belgiens neue Bürgschaften gewähren werden. Wir hegen aufrichtige Wünsche für ein Volk, mit welchem wir durch die Gleichförmigkeit der Grundsätze und Interessen enge verbunden sind. Die Kammer erwartet den Ausgang der Unterhandlungen mit Vertrauen. — Sie kündigen uns an, Sire, daß die österreichischen Truppen die Romagna verlassen und die unserigen Ancona geräumt haben. Frankreich hat, nachdem es durch seine Anwesenheit das Ende der fremden Einschreitung in den Staaten des heil. Stuhles, deren Unabhängigkeit für uns so wichtig ist, beschleunigt hatte, einen neuen Beweis seiner Achtung vor den Verträgen und der einer großen Nation geziemenden Loyalität gegeben. — Mit tiefem Schmerze sehen wir Spanien sich in den Gräueln des Bürgerkrieges verzehren. Wir wünschen sehnlichst, daß die Regierung Ew. Majestät, indem sie fortwährend der Sache der Königinn Isabelle jene Unterstützung verleiht, welche Frankreichs Interessen gestatten, im Einverständnisse mit ihren Verbündeten allen ihren Einfluß anwenden möge, um so beklagenswerthen Ausschweifungen ein Ziel zu setzen. — Die Kammer, lebhaft gerührt durch Polens Leiden, erneuert ihre beharrlichen Wünsche für ein Volk, dessen alte Nationalität unter den Schutz der Tractate gestellt ist. — Die Gewaltthaten und Beraubungen, welche unsere Landsleute in Mexico erduldeten, erheischten eine eclatante Genugthuung. Es war Pflicht Ihrer Regierung, sie zu verlangen, und die glänzende Waffenthat von San Juan d'Ulloa hat unser Heer mit neuem Ruhme bedeckt und ist ein gerechter Gegenstand des Stolzes für Frankreich, das mit Freuden Einen Ihrer Söhne, Sire, die Gefahren und Erfolge unserer unerschrockenen Seeleute theilen sah. — Wir wünschen uns mit Ew. Majestät Glück zu dem befriedigenden Zustande unserer Besitzungen in Afrika. Wir hegen die feste Zuversicht, daß dieser Zustand sich von Tag zu Tag bessern wird, Dank der Kriegszucht der Armee, der Regelmäßigkeit in der Verwaltung und der wohlthätigen Wirksamkeit einer erleuchteten Religion. — Ew. Majestät hatte uns in einer der früheren Sitzungen angekündigt, daß Vorschläge in Betreff der Heimzahlung der öffentlichen Schuld uns vorgelegt werden sollen, sobald der Zustand der Finanzen es gestatten würde. Die immer günstigere Lage der Staatseinkünfte berechtigt uns zu der Hoffnung, daß dieser wichtigen Maaßregel die Mitwirkung Ihrer Regierung nicht lange entstehen werde. — Die Bedürfnisse unserer Colonien und unserer Schifffahrt werden Gegenstände unserer Sorgfalt seyn. Wir werden uns beeifern, sie mit den Interessen unsers Ackerbaues zu vereinbaren, dessen Entwicklung von hoher Wichtigkeit für das Landeswohl ist. — Mit derselben Sorgfalt wird die Kammer die Gesetzentwürfe prüfen, durch welche die Versprechungen der Charte erfüllt und in den verschiedenen Zweigen der öffentlichen Verwaltung neue Vervollkommnungen eingeführt werden sollen. Wir wünschen auch die Einbringung des Gesetzentwurfs über die Organisation des Generalstabs der Landmacht. — Sire! Ganz Frankreich begrüßte jubelnd die Geburt des Grafen von Paris. Wir umgeben mit unsern Huldigungen die Wiege des jungen Prinzen, der Ihrer Liebe und den Wünschen des Vaterlandes geschenkt worden. Wie sein Vater, erzogen in der Achtung vor unseren Institutionen, wird er für Frankreich die Ergebenheit hegen, von welcher Eure Majestät und Ihre Familie ihm so edle Beispiele geben; er wird den glorreichen Ursprung der Dynastie kennen lernen, deren Haupt Sie sind, und nie vergessen, daß der Thron, auf welchen er einst sich setzen wird, auf die Allmacht des Nationalwunsches gegründet ist. Wir, wie alle Franzosen, schließen uns den väterlichen und frommen Gefühlen an, welche dieses glückliche Ereigniß Ihnen als Vater und König einflößt. — Warum, Sire! sind wir, da eben unser Dank zum Himmel sich erhebt, berufen, mit Ihnen den Verlust einer geliebten Tochter, des Musters aller Tugenden, zu beklagen! Möge der Ausdruck der Gefühle der ganzen Kammer dem Schmerze Ihrer erhabenen Familie einigen Trost bringen! — Wir sind überzeugt, Sire, daß einzig die innige Einheit zwischen den in ihren verfassungsmäßigen Schranken wirkenden Staatsgewalten die Sicherheit des Landes und die Kraft Ihrer Regierung aufrecht erhalten kann. Eine feste, geschickte Verwaltung, sich stützend auf edelmüthige Gesinnungen, gleich eifersüchtig auf die Würde Ihres Thrones, wie auf die Aufrechthaltung der öffentlichen Freiheiten, ist das sicherste Unterpfand für die Mitwirkung, welche wir

*) Den, im feindseligen Sinne gegen das Ministerium verfaßten Adresse-Entwurf der Commission haben wir in unserm Blatte vom 13. d. M. geliefert.

Ihnen gerne verleihen. — Wir vertrauen, Sire, auf die innere Kraft unserer Staatseinrichtungen; sie sichern Ihre Rechte und die unserigen, denn wir halten es für ausgemacht, daß die constitutionnelle Monarchie zugleich die Freiheit der Völker und die Größe der Staaten verbürgt.". — Der König antwortete: „Herren Deputirte! Ich empfange mit lebhafter Befriedigung die Adresse, welche „Sie mir im Namen der Deputirtenkammer überreichen. „Ich war tief gerührt über die Regung, durch welche die „ganze Kammer zu Mir geführt wurde, als sie den Schlag „erfuhr, der Mich in Meinen theuersten Neigungen betroffen. Da ich damals zu tief niedergebeugt war, um „Ihnen, wie ich gewollt hätte, auszudrücken, wie sehr „Meine Familie und Ich gerührt waren über den Antheil, „den Sie an unserm Kummer nahmen, so gewährt es „mir heute einen wahren Trost, daß ich es Ihnen sagen „und Ihnen danken kann. — Auch fühle Ich, und sehr „lebhaft, das Bedürfniß, Ihnen auszudrücken, wie sehr „Ich die Zusicherungen schätze, welche Sie mir erneuern. „Nie war Einheit zwischen den großen Staatsgewalten „nothwendiger, um jeder die Fähigkeit, das Ziel ihrer „Institution zu erfüllen, sichern zu können. Durch diese „Einheit, durch Ihre Mitwirkung wird es uns gelingen, „die Vortheile, welche Frankreich gegenwärtig genießt, „vor jedem Angriffe zu schirmen und ihm die Dauer des „Friedens und der Ruhe, welche immer die wesentliche „Grundlage des Gemeinwohls ist, zu verbürgen. — Indem „Ich Mir mit Ihnen Glück wünsche zu dem neuen Ruhme, „den unsere tapfere Marine auf den Wällen von San „Juan d'Ulloa der französischen Flagge errungen, danke „Ich Ihnen, daß Sie die Freude theilen, die Ich immer „fühle, wenn Meine Söhne ihre Schuld an das Vaterland tilgen und für Frankreich streiten können. — Ich „bin sehr gerührt über die neuen Beweise von Ergebenheit und Zutrauen, mit welchen die Kammer die Wiege „Meines Enkels umgibt. Es ist Mir angenehm, ihr dagegen meinerseits die ganze Ergebenheit, die Ich gegen „sie hege, und wie tief Ich ihre Wünsche für Meine Familie und für Mich fühle, ausdrücken zu können."

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 21. Jänner wurde der Commissionsbericht über das Gesuch des Hrn. Prédaval um Ermächtigung zu Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen Hrn. Maugin erstattet. Die Commission trägt auf Abweisung an. — Die Petitionscommission hat mit Stimmenmehrheit beschlossen, bei der Kammer auf Beseitigung der zahlreichen Bittschriften um Wahlreform durch die Tagesordnung anzutragen.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 22. Jänner überreichte der Finanzminister, Hr. Lacave-Laplagne, einen Gesetzentwurf in Bezug auf die außerordentlichen und Supplementarcredite von 1838 und hierauf das Einnahme- und Ausgabebudget von 1840. Die Kammer schenkte jedoch dem Vortrage des Ministers so geringe Aufmerksamkeit, daß sich der Präsident Hr. Dupin veranlaßt fand, die Deputirten zu größerer Aufmerksamkeit bei einem so wichtigen Gegenstande, wie das Budget, zu ermahnen.

Durch außerordentliche Gelegenheit eingelaufenen Nachrichten aus Paris vom 22. Jänner Abends zufolge hatte das Ministerium an diesem Abend in Masse seine Dimission eingereicht. Die Entscheidung des Königs hierüber wurde am folgenden Tage erwartet. Wohlunterrichtete Personen glaubten, daß, im Falle der Annahme jener Dimission, der Marschall Soult von Sr. Majestät mit Bildung eines neuen Cabinets beauftragt werden dürfte.

Am 22. Jänner 5Percents 109 Fr. 30. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 35. 3Percents 78 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 60.

Spanien.

Der Sentinelle des Pyrenées zufolge sind Folgendes die Stellungen, welche die kriegführenden Armeen gegenwärtig in den baskischen Provinzen und in Navarra inne haben: Maroto mit dem 1sten und 10ten Bataillon von Castilien, der 2ten und 4ten Escadron von Navarra, stand am 10. in der Gegend von Vitoria. Dreißig Christinische Ueberläufer hatten sich am 10. in Estella eingefunden. Der größte Theil der Carlistischen Bataillons war in der Gegend von Estella concentrirt. — Das 5te und 9te Bataillon von Navarra hielten die Linie von Vera bis Elisondo und das 2te Bataillon von Guipuzcoa die Linie von Lesaca bis Oyarzun besetzt. — Am 7. hat eine Auswechslung von 240 Gefangenen in Vera Statt gefunden. Es scheint, daß Espartero und Maroto darüber einig sind, die Ellot'sche Convention zu beobachten. — Die Division der Ribera ist am 11. von Pamplona aufgebrochen und hat sich nach Puente-la-Reyna, Mendigorria und Larraga in Marsch gesetzt; Don Diego de Leon ist in Pamplona geblieben. Am nämlichen Tage ist die zweite navarresische Brigade aus dem Echauri-Thale nach der Solana aufgebrochen. — Der Capitän Janariz, der sich bei Muñagorri befand, ist mit vier Gemeinen zu den Carlisten nach Vera desertirt, wo er am 10. Dienste genommen hat. — Die Ernennung Villareal's zum Generalcommandanten der Provinz Alava bestätigt sich."

Die Quotidienne gibt die Nachricht, daß sich die Carlisten der Stadt Cutanda (bei Calamocha in Nieder-Arragonien) bemächtigt haben.

Nachrichten aus Valencia vom 8. Jänner zufolge soll Cabrera, welcher mit einem Theile seiner Truppen Villafames (im nördlichen Theile des Königreichs Valencia) belagerte, sich auf die Kunde von dem Anrücken der Division Aspiroz von Castellon, eiligst nach Alcora zurückgezogen haben. (Hierdurch wurde wahrscheinlich das von einigen Blättern verbreitete Gerücht von einer bedeutenden Niederlage, welche Cabrera erlitten haben sollte, erzeugt.)

Großbritannien und Irland.

Am 19. Jänner wurde Cabinetsrath in Downing-street (im Departement der auswärtigen Angelegenheiten) gehalten. — Die Morning-Chronicle sagt: „Die Agitation gegen die Korngesetze verbreitet sich aus den Manufacturbezirken in die Hauptstadt, wo dieser wichtige Gegenstand bisher zu wenig Beachtung gefunden. (Der vierpfündige Laib Brot kostet jetzt in London 11 Pence.) Die verschiedenen Gewerbe in London fangen an, Petitionen vorzubereiten, darunter namentlich die Bäcker und Wirthe. Die Fabrikbezirke selbst sind fast ausschließlich mit der Discussion dieser Frage beschäftigt, und als so unwiderstehlich erscheint das Gefühl aller Volksclassen über diesen wichtigen Punct, daß man glaubt, das Schicksal des Ministeriums werde ganz davon abhängen, daß es klugerweise die Leitung dieser Sache übernehme, und in dieser Beziehung eine klare und bestimmte Erklärung in der Thronrede gebe." — Im Morning-Herald heißt es: „Wir vernehmen von guter Hand, daß Ihrer Majestät Minister hinsichtlich der Korngesetze folgenden Gang zu befolgen gedenken. Gleich nach dem Zusammentritte des Parlaments wollen sie ihren Plan zur Abschaffung oder einer, der Abschaffung gleichkommenden Modification der bestehenden Gesetze vorlegen. Können sie dabei über keine Majorität verfügen, so wollen sie das Parlament auflö-

sen und durch eine neue Wahl an die Nation appelliren. Wie sie bisher von der Declamation vegetirt haben, so wollen sie es ferner, und sie zählen darauf, ihre Stellung dadurch zu verstärken, daß sie die Fabrik- und Agricultur-interessen in dieser höchst vitalen Frage auf Spitze und Knopf stellen."

Am 17. Jänner starb auf seinem herrlichen Landsitze zu Stowe der Herzog von Buckingham. Sein vollständiger Titel war: Richard Temple Nugent Brydges Chandos Grenville, Herzog von Buckingham, Marquis von Chandos, Graf Temple, Viscount Stowe und Baron Cobham, Pair von England, Graf Nugent in Irland, Ritter des Kniebandordens, Lordlieutenant und Custos rotulorum von Buckinghamshire und Oberst der Yeomanry in derselben Grafschaft. Er war den 20. März 1776 geboren, erbte den Titel eines Marquis von Buckingham den 11. Februar 1803, und wurde am 4. Februar 1822 von Georg IV. zum Herzog erhoben. Seine vor einigen Jahren gestorbene Gemahlinn war die Tochter des letzten Herzogs von Chandos und stammt von Maria, Schwester Heinrichs VIII. An dem verstorbenen Herzoge verloren die Armen und die Künste einen Beschützer. Im Hause der Lords, in welchem er der conservativen Partei angehörte, hatte er für die Emancipation der Katholiken gestimmt, diesen Schritt aber später bereut. Als Herzog von Buckingham tritt jetzt in das Haus der Lords das bisherige Unterhausmitglied Richard Plantagenet, Marquis von Chandos, der eifrige Vertheidiger der Korngesetze in und außer dem Parlamente, geboren den 11. Februar 1797. Den Titel eines Marquis von Chandes erhält dessen Sohn, Richard Plantagenet Campbell, bisher Graf von Temple, geboren 1823.

Es ist bereits vor einiger Zeit erwähnt worden, daß sich unter den englischen Kirchenlehrern der Orforder Universität ein Schisma hervorgethan hat. Eine Anzahl dieser Geistlichen, an deren Spitze Dr. Pusey steht, glaubt nämlich oder behauptet wenigstens, daß aus der Reformation großes Unheil für die Welt entsprungen sei, weil dadurch der Grundsatz aufgestellt worden, daß jeder Einzelne sich in religiösen Dingen ein freies Urtheil erlauben dürfe. Diese Secte sucht daher alles Reformatorische aufs entschiedenste von der anglikanischen Kirche abzuweisen und nimmt eine weit feindlichere Stellung gegen die nicht zu dieser Kirche gehörenden Protestanten an, die man in England Dissenters oder Nonconformisten nennt, als gegen die römische Kirche, der sie zwar Mißbräuche und Irrthümer vorwirft, aber es doch als einen Vorzug an ihr rühmt, den sie mit der Episcopalkirche gemein habe, daß sie sich nie von der kirchlichen Einheit losgerissen. Da nun ihrer Ansicht nach die anglikanische Kirche in dieser Einheit verblieben und sich nur in nationaler Hinsicht unabhängig von Rom gemacht, so gilt ihnen diese als die eigentlich katholische, und die römische würde sonach, wollte sie nur einige ihrer Lehren und Satzungen aufgeben, in geistlicher Hinsicht mit jener eins seyn, wenn sie auch in weltlicher beide von einander gesondert blieben. Schon seit zwei oder drei Jahren ist diese Spaltung unter der Orforder Geistlichkeit ausgebrochen. Die Schismatiker suchen durch religiöse Tractätchen ihrer Ansicht unter der Bevölkerung Eingang zu verschaffen, und kürzlich haben sie auch in Herrn W. E. Gladstone, einem bekannten Tory und ehemaligen Verwaltungsmitgliede, einen Genossen gefunden. In einem Werke „über den Staat in seinen Verhältnissen zur Kirche" stellt derselbe, wenn auch verdeckter, ganz ähnliche Grundsätze auf. Der Hauptpunct der Lehre dieser Partei ist, daß die einzig richtige Erklärung der heiligen Schrift nur von der Gesammtheit der christlichen Kirche ausgehen könne, und daß der Einzelne die Auslegung auf deren Autorität hin annehmen müsse, ohne sich selbst die Ausübung einer Kritik darüber anzumaaßen. Dann wird großes Gewicht darauf gelegt, daß die Bischöfe der anglikanischen Kirche, wie die der römisch-katholischen, in ununterbrochener Reihefolge von den Aposteln und also von Christus selbst ihr Amt empfangen hätten. Auch die Tradition der Kirche wird, neben der heiligen Schrift, als eine gültige Autorität in religiösen Dingen anerkannt; Bußübungen, Absolution und Seelenmessen werden nicht für unverträglich mit der christlichen Lehre erklärt. Diese und noch mehrere andere Puncte, in Bezug auf welche, wie die Times aus der erwähnten Schrift des Hrn. Gladstone nachweist, dieser Staatsmann mit der Doctrin der Pusey'schen Secte vollkommen übereinstimmt, veranlassen das genannte Blatt, auf die Gefahr hinzuweisen, die aus dem Umsichgreifen solcher Lehren für den Protestantismus in England erwachsen könne, wenn sich schon ein sonst so talentvoller und gutgesinnter Mann, wie Hr. Gladstone, davon habe anstecken lassen.

Niederlande.

Das Journal de la Haye findet sich durch die neuerdings in der französischen Deputirtenkammer vorgekommene Aeußerung, daß Holland im Jahre 1831 einen Waffenstillstand verletzt habe, veranlaßt, einige Actenstücke mitzutheilen, woraus gerade im Gegentheile hervorgeht, daß die Belgier damals immer mit Feindseligkeiten den Anfang gemacht, und zwar gerade bei der Citadelle von Antwerpen, dem einzigen Orte, wo zur Zeit wirklich ein Waffenstillstand stipulirt worden sei. — Als Curiosum theilt dabei das genannte Blatt folgenden wörtlichen Auszug aus dem Protocoll einer Sitzung des belgischen Senates mit: Hr. von Robaulx: „Die Holländer haben den Waffenstillstand verletzt, sie sind in Hulst eingerückt." — Der Marquis von Rhodos: „Noch am 14. haben die Holländer Hulst befestigt." — Graf von Aerschot: „Ei, meine Herren, Sie wissen also nicht, daß Hulst den Holländern gehört? — Ah! ah!"

In einem ersten Privatschreiben aus London vom 18. d. M. meldet der Avondbode, daß die Conferenz in der verflossenen Woche öfters und auch am 17. d. M. versammelt gewesen sei und sich eifrigst mit der neuen Redaction der 24 Artikel, zufolge der getroffenen Veränderungen derselben, beschäftige. Graf Sebastiani sei zwar noch nicht ausdrücklich bevollmächtigt, den Beschluß der übrigen vier Mächte zu unterzeichnen, lasse aber gegen die wesentlichsten Bestimmungen des Beschlusses keine Opposition bemerken. Es sei mithin zu erwarten, daß, sobald die neue Redaction der 24 Artikel in Ordnung sei, die fünf Mächte zusammen ihre Erklärung unterzeichnen und an Holland und Belgien vorlegen werden, und das werde, wie unterrichtete Personen behaupteten, alsbald geschehen. — Ein zweites Privatschreiben aus London vom 18. d. M. des Avondbode lautet: „In diesem Augenblicke vernehme ich aus glaubwürdiger Quelle, daß gestern der, die holländisch-belgische Frage betreffende Tractat, vom französischen Botschafter dahier, unterzeichnet wurde." Das Handelsblad meldet auch, daß ein sehr achtbares Haus in Amsterdam die Nachricht aus London erhalten, Graf Sebastiani habe am 17. den Tractat unterzeichnet. In seinem Börsebericht glaubt aber das Handelsblad, obgleich es keine Ursache habe, an der Wahrheit der Nachricht zu zweifeln, bemerken zu müssen, daß ihm noch directe Nachrichten aus London und dem Haag deßhalb fehlen.

Belgien.

Die HH. Metz, d'Ansembourg und Hoffschmidt,

sind von Paris zurück wieder in Brüssel angekommen. — Der Independant enthält die Liste der Deputirten, welche dem Feste beigewohnt haben, das den genannten Abgeordneten zu Ehren am 16. Jänner zu Paris gegeben worden ist; sie enthält 56 Namen, alle von der Linken und dem linken Centrum. Der Independant bemerkt dazu: „Das bekräftigt unsere Ansicht, daß, wenn ein Amendement zur Adresse in Antrag gekommen wäre, einfach besagend: „Limburg und Luxemburg sollen Belgien verbleiben;" ein solches Amendement nur 50 bis 60 Stimmen erlangt haben würde. Nur die Partei, welche seit 1830 den Krieg will, hätte dafür votirt."

Der Kriegsminister arbeitet seit einiger Zeit alle Tage sehr spät, damit die Armee binnen kurzem an ihrer Bestimmung sei. Beim Generalstabe werden Vorbereitungen zu seinem Abmarsche getroffen. Das Hauptquartier wird, wie man sagt, provisorisch nach Löwen verlegt werden. Fortwährend gehen Depeschen des Generalstabs auf Befehl des Kriegsministers ab, um den Marsch der Truppen zu beschleunigen.

Die zu den Classen von 1829 und 1830, und zu den außerordentlichen Aushebungen von 1831 gehörenden Milizen des 21sten Reserveregiments sind auf den 22. d. M. unter die Waffen berufen.

Am 18. Jänner hat der Oberst des 13ten Reserveregiments den Befehl erhalten, gleich die Beurlaubten und Milizen dieses Corps, das ebenfalls unter die Waffen gerufen ist, einzuberufen. Am 23. d. M. sollte dasselbe den Dienst des Platzes und der Citadelle von Antwerpen beginnen, damit das 7te und 8te Regiment, welche die dortige Garnison bilden, dann nach den Gränzen marschiren können.

Die Emancipation hatte vor einigen Tagen angezeigt, die finanzielle Krisis sei so gut als vorüber. Der ministerielle Independant erklärt dieß für unwahr und hält es für unrecht, den Handel in eine falsche Sicherheit zu wiegen, während es noch nöthig sei, in allen Operationen mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen.

Wien.

Am 29. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 11/12.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100 9/10.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	697 1/16.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	—.
Bankactien pr. Stück 1480 in CM.		

Vermischte Nachrichten.

Nach einem Schreiben von Tromsoe in Norwegen hat ein Paar dort wohnender Lappländer im vergangenen Herbst ein eigenthümliches hartes Geschick auf dem Meere betroffen; der Lappe Ole Sörstrom mit seinem Sohne und noch einem Dritten aus der Gemeinde Carsiso begaben sich nämlich nach Finnmarken, um dort ihr Glück auf der Jagd zu versuchen, namentlich um Fischottern zu fangen. Von der Arbeit ermüdet, landeten sie eines Tages an einer kleinen Insel im Blockfiord, wo sie sich durch einige Stunden Schlaf zu stärken und zu erholen beabsichtigten; das Boot konnten sie nicht auf's Land ziehen, weil das Ufer steil und felsigt war, glaubten es aber hinreichend zu befestigen, wenn sie den kleinen Anker hinter einen etwas vorspringenden Stein legten. Während sie indeß in ruhigem Schlafe lagen, spielte ihnen der Wind einen schlimmen Streich, indem er sich plötzlich nach einer andern Seite drehte; das Boot bekam dadurch eine andere Richtung, der leichte Anker schob sich zurück, und fiel von dem glatten Felsen herab in die See, welche dort so tief war, daß es den Boden nicht erreichen konnte. Die Leute erwachten, allein ehe sie bis zum Wasser heruntersteigen konnten, hatte sich das Boot schon vom Ufer entfernt, und trieb nach einer, etwa einen Büchsenschuß weit gegenüber liegenden kleinen Insel hin, wo es sich endlich hinter einer vom Winde gesicherten Ausbucht feststellte. Beide kleine Inseln waren unbewohnt; schwimmen konnten die Leute nicht, und alle mitgenommenen Lebensmittel befanden sich in dem davongegangenen Boote; ihre Lage war daher um so mißlicher, da es auf der Insel weder Wild, noch Früchte oder Bäume gab. In der Erwartung, bald irgend ein anderes Boot zu Gesichte zu bekommen, waren sie anfangs noch guten Muths, und suchten ihren Hunger mit einem dort wachsenden sauren Seegras zu stillen; da sich indeß weder am ersten noch am zweiten Tage ein fremdes Boot erblicken ließ, wurden sie über ihr Schicksal sehr unruhig; der Hunger plagte sie immer mehr, und mit Sehnsucht blickten sie nach ihrem eigenen, gegenüberliegenden Boote und den darin befindlichen Speisekorben hinüber. Noth macht erfinderisch; sie brachten eine große Menge dort wachsenden Schilf zusammen, banden solches büschelweise einem von ihnen um den Leib und unter den Armen, um sich so im Wasser oben zu erhalten und vom Winde nach der jenseitigen Insel hintreiben zu lassen; der Versuch mißglückte aber, weil das Schilfrohr nicht im Stande war, den Körper über Wasser zu erhalten, und mußte daher wieder aufgegeben werden. Da sie nun schon mehrere Tage auf der öden Insel zugebracht hatten, auch kein Seegras zur Stillung ihres Hungers mehr zu finden war, wurden sie so abgemattet, daß sie alle Versuche zu ihrer Rettung aufgaben und ihrem nahen Tode entgegensahen. Es war am zehnten Tage nach ihrer Ankunft, als Ole Sörstrom ganz entkräftet in einen todesähnlichen Schlummer zuerst dahinsank; die andern Beiden hielten ihn auch bereits für todt. Sein Sohn schleppte sich darauf mit Mühe nach einer kleinen Anhöhe, nahm sein Gesang- und Gebetbuch in die Hand und bat den Allmächtigen um Kraft und Muth in seiner letzten Stunde, wenn es der Vorsehung nicht gefallen sollte, ihn von diesem fürchterlichen Tode zu befreien. Er warf noch einen Blick nach dem Meere, und siehe da, — o, Freude ohne Gleichen! es zeigt sich ein Boot in nicht gar großer Entfernung. Sein Rufen und Geschrei erweckte auch den Vater wieder aus seinem Todesschlummer; alle drei bemerkten sie, wie sich jenes Boot immer mehr der kleinen Insel näherte; schon versuchten sie, sich durch Rufen und andere Zeichen den Leuten in jenem Boote zu erkennen zu geben, welche sie auch wirklich gewahr wurden, aber dann plötzlich umwendeten und aus allen Kräften davonruderten. Man denke sich die Verzweiflung der drei Unglücklichen, die so ihre letzte Hoffnung dahinschwinden sahen; allein die gütige Vorsehung wachte dennoch über sie, denn nach einer kurzen Weile hielt das fremde Boot an, die darin befindlichen Leute stutzten, schienen sie genau zu betrachten, und kamen dann langsam herangerudert, um ihre verhungerten und ganz entkräfteten Landsleute aufzunehmen. Der Grund, weßhalb sich das Boot bei ihrem ersten Anblicke entfernt hatte, war Aberglaube, weil sie die freilich gespensterartig genug aussehenden Gestalten für böse Geister dieser wüsten Insel gehalten hatten. Durch sorgfältige Pflege und stärkende Nahrung kamen alle drei bald wieder zu Kräften, und kehrten zu den Ihrigen zurück, welche sie bereits als verunglückt betrauerten.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1. K. ZEITUNG 1839

№ 31

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 31. Jänner 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 29. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.238	27 Z. 11 L. 11 P.	— 8.2	W.	still.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.187	27 11 3	— 4.6	W.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.232	27 11 10	— 7.2	SW.	still.	Wolken.

Frankreich.

Der Moniteur vom 23. Jänner enthält die Anzeige, daß sämmtliche Minister Tags zuvor ihre Dimissionen in die Hände des Königs niedergelegt haben. — Die Presse vom obgedachten Tage sagt: „In einem gestern im Schlosse der Tuilerien gehaltenen Conseil haben sämmtliche Minister ihre Dimission in die Hände des Königs niedergelegt. Se. Majestät haben erwiedert, daß Sie die Sache in Ueberlegung nehmen werden. — Dieser Entschluß der Minister hat in der Deputirtenkammer, sobald sich die Nachricht hiervon verbreitet hatte, einen lebhaften Eindruck erregt. Dieser letzte Act gereicht dem Ministerium zu nicht geringerer Ehre, als viele andere, die seine Laufbahn bezeichnet haben. So lange es sich von Sachen und Grundsätzen handelte, hat dieses Cabinet mit einem Muthe, den alle Angriffe der Coalition nicht erschüttern konnten, gekämpft; nunmehr, da die Grundsätze gerettet, da die verfassungswidrigen Versuche des Adresse-Entwurfs vereitelt sind, mit Einem Worte, nunmehr, wo es sich bloß um ihre Personen und um ihre Stellung handelt, beeilen sich die Minister des 15. April, jene Autorität in die Hände des Königs zurückzulegen, deren sie sich seit zwei Jahren nur dazu bedient haben, um seinen rechtmäßigen Prärogativen die gebührende Achtung zu verschaffen, sein Leben gegen ruchlose Attentate sicherzustellen, und Ruhe in die Gemüther zurückzuführen. Ein seltenes Beispiel von Uneigennützigkeit in einer Zeit, wie die unserige! — Der Rücktritt des Cabinets würde uns sehr ernsthafte Besorgnisse einflößen, wenn wir nicht auf die Freunde rechnen dürften, die seine Kraft, so lange es am Ruder war, ausmachten, und mit deren Hülfe es gegen die Anstrengungen der Coalition eine Schranke aufrichten konnte, welche diese bisher nicht zu übersteigen vermochte. Aber die Verbindung der 221 mit den abtretenden Ministern war auf dem Boden der Principien zu fest gegründet, als daß wir unter den schwierigen Umständen, in denen wir uns befinden, auch nur einen Augenblick an den Dispositionen jener Majorität zweifeln könnten. Gerade deßhalb, weil die Regierung in diesem Augenblick der Leitung der Männer beraubt ist, die seit zwei Jahren ihrer hohen Stellung sich so würdig bewiesen haben, muß die Majorität der 221 mit um so größerem Eifer zu ihrer Vertheidigung auftreten. Ihre Attitude allein kann verhindern, daß die Regierung nicht den Intriguen aller Art zur Beute werde, die sich von allen Seiten gegen sie erheben. Sie (jene Majorität) hat jetzt nicht mehr ein Ministerium, sondern ein System zu unterstützen, ein System, dem nunmehr keine andere Stütze mehr gegen alle zu seinem Untergang verschwornen Feindseligkeiten zu Gebote steht, als die treue Anhänglichkeit dieser Majorität. Wir wollen hoffen, daß die wahrhaft conservative Partei diese ihre wichtige Sendung vollkommen begreifen werde; diese Zuversicht allein vermag uns über die Zukunft zu beruhigen. — Was das Ministerium anlangt, so fällt es nicht als überwunden; es zieht sich freiwillig zurück und überläßt der königlichen Weisheit die Sorge, den Schwierigkeiten der Lage zu begegnen; stets bereit, sich abermals, es sei nun in den Geschäften oder außerhalb derselben, der Sache, der es so nützlich und ehrenvoll gedient hat, zu widmen."

Das Journal des Debats vom 24. Jänner (welches wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält einen langen Artikel über die Dimission des Ministeriums, worin es heißt: „Die Minister vom 15. April haben frei und offen ihre Dimission eingereicht; der König hat sie eben so, wie sie gegeben worden, ohne Rückhalt irgend einer Art, angenommen. Wir haben den Entschluß der Minister gebilligt; wir achten den der Krone. Es bleibt uns jedoch unbenommen, die unglaubliche Lage näher zu beleuchten, in welcher sich das Land in diesem Augenblick durch die Anstrengungen und die Intriguen der Coalition befindet. Wenn diese Beleuchtung auch nichts dazu beiträgt, die gegenwärtige Krisis zu lösen, so wird sie doch wenigstens nicht für die Erbauung Frankreichs verloren seyn, das trotz der tiefen Geringschätzung, die unsere Gegner für dasselbe an den Tag legen, doch in unsern Augen stets einiges Gewicht in der Wagschale behaupten wird. — Wir haben von dem Gelingen der Coalition gesprochen? Was hat sie gewollt? Die Regierungsgewalt desorganisiren, die Regierung, außer für ihren Profit, unmöglich machen, die Krone zwischen eine unzureichende Majorität und eine anarchische Minorität stellen. Dieß war der Succeß, auf welchen die Coalition An-

ſpruch machen konnte; ſollte ſie ihn erreicht haben? — Unterſuchen wir. — Wir ſehen hier Männer, die ſeit zwei Jahren regieren; die, im Laufe einer ſo langen Adminiſtration, nicht ein einziges Mal das Beiſpiel jener inneren Zwiſtigkeiten, die unter den früheren Miniſterien ſo häufig waren, gegeben haben; kluge und weiſe Männer, gewandt in Führung der Geſchäfte, dem Throne ergeben, weniger mit Intriguen als mit den Intereſſen ihres Landes beſchäftigt, welche die politiſchen Gefängniſſe geöffnet, den Arm der Königsmörder entwaffnet, Ruhe auf den Straßen geſtiftet, die Induſtrie ermuntert, den Handel beſchützt, Afrika organiſirt, San Juan d'Ulloa und Conſtantine erobert; welche, was auch der ehrenwerthe H^r. Laffitte ſagen mag, Frankreich eine unverhoffte Ruhe und einen unerhörten Wohlſtand gegeben, welche während der Dauer eines zweijährigen Miniſteriums ihre Pflicht ſtets mit Talent, mit Muth, mit Erfolg erfüllt haben und die heute, indem ſie ihre Portefeuilles niederlegen, vielleicht mehr als ihre Pflicht thun. Nun denn, dieſe Männer hatten für ſich die Krone, faſt einſtimmig die Pairskammer, die Majorität der Deputirtenkammer, zehnmal während der Diseuſſion der Adreſſe ausgedrückt; ſie hatten für ſich — wir ſcheuen uns nicht es zu ſagen — die Beiſtimmung des Landes, den Beifall aller verſtändigen und redlichen Leute, den Credit einer unbeſtreitbaren Erfahrung, das Andenken edel geleiſteter Dienſte, die Autorität eines in einem furchtbaren Kampfe erprobten Talentes; ſie hatten alle dieſe Vortheile, alle dieſe Stützen für ſich, und ſie ſind nicht mehr Miniſter. — Andererſeits hat ſich eine Coalition gebildet, die alle Parteien, alle Abtrünnigen angeworben, die alle gegen die Juli-Charte feindſeligen Programme, alle gegen die Dynaſtie feindliche Fahnen, angenommen hat; eine Coalition, wo ſich die Republikaner mit den Legitimiſten, die Doctrinairs mit dem Tiers parti, die radicale und propagandiſtiſche Linke mit den Vätern und Pathen der Septembergeſetze auf gleicher Linie befinden; eine monſtröſe Allianz, wobei man ſah, wie ſich die allmähligen Trümmer aller früheren Miniſterien, welche die Zwietracht zerſetzt und aufgerieben hatte, in dem Intereſſe einer gemeinſamen Ambition vereinigten, um eine Adminiſtration zu ſtürzen, die ſo kühn war, ohne ſie regieren zu wollen, ſo ſimpel, daß ſie einig ſeyn zu können glaubte, ſo alltäglich, daß ſie nur der Sache Frankreichs dienen wollte! Wohlan! Dieſe Coalition, deren Häupter, unverſöhnliche Feinde, ſo lange ſie am Ruder waren, ſich nun verbündet haben, um die verlorne Gewalt wieder zu erobern, auf die Gefahr, in den Portefeuilles, nach welchen ſie lüſtern ſind, ihre alten Animoſitäten und ihre unheilbaren Antipathien wieder zu finden; dieſe Coalition, welche, trotz ſo vielen Anſtrengungen, trotz ſo vielen Dementis, ruhmvolle Antecedentien gegeben, trotz ſo vielen heftigen Worten und ſo vielen kecken Umtrieben ſehen mußte, wie die Adreſſe, welche ſie in einer ſo verfaſſungswidrigen und perfiden Abſicht redigirt hatte, Stück für Stück zerfiel, und welche die Ziffer ihrer Minorität nur dadurch behaupten konnte, daß ſie ſich unausgeſetzt auf funfzig radicale oder abſolutiſtiſche Stimmen, die von Rechtswegen allen Feinden der Charte und der Dynaſtie von 1830 angehören, ſtützte; dieſe Coalition iſt es, der in dieſem Augenblick das Geſchäft obliegt, ein Miniſterium zuſammenzuſetzen und aufrecht zu erhalten. — Dieß iſt das wahre Bild der Lage der Dinge in unſerem Lande ..... Ihr könnt nicht Miniſter bleiben, ſagt die Coalition dem Cabinet vom 15. April; ihr habt keine hinreichend ſtarke Majorität. — Ihr könnt nicht daran denken, Miniſter zu ſeyn, ſagen wir unſererſeits zur Coalition; ihr waret geſtern, als ihr gegen das Cabinet vom 15. April Breſche ſchoßet, als ihr alle ſchlechten Leidenſchaften, alle auf Aemter und Stellen harrenden Ambitionen der Kammer für euch hattet, nur eine Minorität; wenn ihr morgen Meiſter der Gewalt ſeid, ſo werdet ihr bloß eine Fraction von Minorität und die ſchwächſte von allen ſeyn; denn die übrigen werden ſich im ſelben Augenblicke gegen euch vereinigen! — Wir jubeln nicht über den Ernſt dieſer Kriſis; der Himmel bewahre uns davor. Wir machen nur darauf aufmerkſam. Wir wollen, daß das Land einſehe, wohin der Umſturz aller Principien, die Verachtung aller Rechte, die Duldung jeder Meinung, die eurem Ehrgeiz des Tages ſchmeichelt, das Buhlen mit allen Parteien führt, die ſich herbeilaſſen, eurem Zorn des Augenblicks eine Stütze zu leihen. Es liegt eine wichtige Lehre in jener Ohnmacht, in der ſich die Coalition befinden wird, wenn ſie den verabſcheuungswürdigen Grundſätzen treu bleiben will, die ſie ſeit ſechs Monaten vertheidigt hat; denn dann wird ſie die ganze Majorität, welche die Regierung unterſtützt hat, gegen ſich haben, und wir fordern ſie heraus, dann ihrerſeits zu regieren. Und wenn ſie jene Grundſätze mit Füßen tritt, wenn die Emporkömmlinge der Coalition, einmal im Miniſterium, dann für die Allianzen, durch die ſie dahin gelangt ſind, nur Hohn und Verweigerung haben, worin wird dann die Kraft von Miniſtern beſtehen, welche in dem Zeitraum von einigen Monaten ſolchergeſtalt alles verläugnet haben; außer dem Miniſterium, den Ruhm ihrer früheren Thaten, der ihnen das Vertrauen des Vaterlandes erworben hatte; im Miniſterium, die Parteien, deren Haß ſie ſich zu nutze machten, um deſto ſicherer und deſto ſchneller wieder ans Ruder zu gelangen!"

Das Journal des Debats ſchreibt: „Die Zuſammenziehung holländiſcher und belgiſcher Truppen auf der Gränze beider Länder ſcheint die franzöſiſche Regierung zu Ergreifung der geeignetſten Maaßregeln, um die daraus möglicherweiſe hervorgehenden Uebelſtände zu verhindern, beſtimmt zu haben. Es iſt der Befehl ertheilt, die Truppen, welche im vorigen Frühjahre an der Nordgränze zuſammengezogen worden waren — 35 bis 36,000 Mann mit Inbegriff der Cavallerie und Artillerie — in Brigaden zu formiren und Cantonnirungen beziehen zu laſſen."

Durch königl. Ordonnanz vom 22. Jänner wird der Contreadmiral Baudin zur Belohnung für die Waffenthat von San Juan d'Ulloa zum Viceadmiral ernannt.

Durch königl. Ordonnanz vom 21. Jänner wird die Ausfuhr von Getreide und Mehl vorläufig in allen Seehäfen des Oceans suspendirt. Die Ordonnanz wird von dem Handelsminister dadurch gerechtfertigt, daß zwar in Frankreich selbst durch den Ertrag der Ernte für den Bedarf vorgesorgt ist, und daß die unbedeutende Erhöhung der Getreidepreise bei dem hohen Arbeitslohn wenig empfunden wird, daß aber durch die sehr bedeutenden Bestellungen für Nachbarländer einzelne Theile Frankreichs augenblicklich Mangel leiden könnten.

Im Jahre 1838 hat sich der Ertrag der Zölle gegen das Jahr 1837 um 5,995,000 Fr. vermehrt, was um so auffallender ist, als seit 10 Jahren keine Zollabgabe erhöht, vielmehr jene auf Kohlen herabgesetzt wurde, und auch im letzten Jahre die Krisis im Colonialwaarenhandel eintrat. Von jenem Mehrertrag der Zölle kommen beinahe 3 Millionen auf die Wolleinfuhr. Seitdem nämlich der Zoll für fremde Wolle vor 3 Jahren von 33 auf 22 Percent herabgesetzt wurde, ist die Einfuhr stets im Steigen begriffen, indem die französischen Fabrikanten sich jetzt mit feinern Sorten, die sie früher wegen des hohen Zolles nicht beziehen konnten, versehen, auch wohl neue Stoffe erfinden. So kommt die Zollermäßigung dem Verkehr sowohl als dem Staatsschatz zu Statten.

Ueber die Entdeckung Daguerre's, durch welche ein Bild der Camera obscura fixirt werden kann (daß Chlorsilber das Mittel sei, scheint ungegründet zu seyn), schreibt ein Pariser Blatt: „Was es für ein Stoff seyn mag, der diese erstaunliche Empfindlichkeit für das Licht besitzt, dieß ist noch völlig unbekannt, und selbst in der Akademie wurde in dieser Beziehung nicht einmal eine Vermuthung geäußert. Wir haben aber bei Daguerre selbst die kleinen Meisterwerke gesehen, in denen sich die Natur selbst abgespiegelt, und geben mit wenigen Worten, aber treu, den erhaltenen Eindruck. So oft uns ein neues Blatt vorgelegt wurde, erneuerte und steigerte sich unsere Verwunderung. Welch meisterhafte Zeichnung! welch herrliches Helldunkel! welch vollendete Ausführung! Wie täuschend sind hier die Stoffe wiedergegeben! und dort auf den Basreliefs, wie kräftig tritt Alles heraus! All dieß ist vortrefflich, sollten es aber nicht am Ende doch nur Tuschzeichnungen eines gewandten Künstlers seyn? Statt der Antwort gibt uns Daguerre ein Vergrößerungsglas; und jetzt sieht man die kleinsten Fältchen in einem Stoffe, und in einer Landschaft Linien, die das unbewaffnete Auge nicht mehr bemerkt. Mittelst einer Lorgnette zieht man die Ferne zu sich heran; auf der Ansicht von Paris vom Pont des arts aus erkennt man so das Allerkleinste; man zählt die Pflastersteine, man bemerkt die Nässe vom Regen, man liest die Aufschrift eines Ladenschildes. Alle Fäden des Lichtgewebes sind vom Object in das Bild übergegangen. — Fast noch erstaunlicher wird der Effect, wenn man sich des Mikroskops bedient. Ein durch das Sonnenmikroskop ungeheuer vergrößertes Insect bildet sich in diesen Dimensionen auf das Allergenaueste ab. Man sieht hieraus gleich, daß die Entdeckung auch in naturhistorischer Hinsicht bedeutend werden kann." Die Schnelligkeit, womit das Licht die vollkommene Zeichnung entwirft, steht mit seiner Stärke in Proportion; der Prozeß geht demnach Mittags und Sommers rascher vor sich, als Morgens oder Abends und im Winter. Ebenso muß die Wirkung nach der geographischen Breite verschieden seyn. Daguerre hat bis jetzt seine Versuche nur zu Paris angestellt, und unter den günstigsten Umständen verzögert sich hier die Sache so, daß nur die todte oder ruhende Natur vollkommene Resultate gibt; bewegte Körper geben nur verschwommene Bilder. Aber unter der Sonne Afrikas wäre die Wirkung Allem nach eine augenblickliche, und man erhielte auch Bilder der bewegten Natur.

Am 23. Jänner 5Percents 110 Fr. 50. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 50. 3Percents 78 Fr. 75. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75. — Am 24. Jänner 5Percents 110 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 60. 3Percents 78 Fr. 80. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 90.

Spanien.

Die Pariser Journale vom 22. Jänner bringen Nachrichten aus Madrid bis zum 15. gedachten Monats. In einem Schreiben aus dieser Hauptstadt vom gedachten Tage heißt es: „Gestern machte das Ministerium den Cortes Mittheilungen in geheimer Sitzung. Sie betrafen die Unterhandlungen mit den Generälen in Betreff der Repressalien und die an Frankreich und England ergangenen Gesuche um Einschreitung, indem durch diese allein den Grausamkeiten, welche täglich in Spanien begangen werden, ein Ziel gesetzt werden könne. — Eine der Krankheiten, an denen Spanien leidet, ist die Unzahl von Generälen, deren Sold den Staatsschatz aussaugt. Der Almanach für 1839 zählt deren nicht weniger als 621 auf. — Der junge Herzog von San Carlos, Generaladjutant bei der Leibgarde, ist sehr in Gnaden. Er soll zum Marechal-de-Camp befördert werden und die jüngste Schwester von Munoz zur Gemahlinn erhalten. + General van Halen ist, ungeachtet die unter ihm stehende Centrumsarme aus 27 Bataillons und 9 Schwadronen besteht, durch die Feigheit seiner Offiziere sehr gehemmt. Auf die Nachricht, daß Cabrera keinen Pardon mehr gebe, erkrankten die Offiziere in Menge; in manchem Bataillon sind bloß noch fünf activ, die übrigen alle liegen in den Spitälern."

Nachrichten aus Valencia vom 11. Jänner zufolge hatten sich die Carlisten mit Cabrera, Coba, Forcadell ꝛc., nach der (in unserm gestrigen Blatte gemeldeten) Aufhebung der Belagerung von Villafames, gegen Valencia gewendet, und waren am 8. in der Nähe dieser Stadt erschienen, wo der Generalmarsch geschlagen wurde, und alles zu den Waffen griff. Man glaubte, daß sich die Carlisten bald wieder entfernen würden, da General van Halen mit seinem Armeecorps in Segorbe angelangt waren, und der Brigadier Aspiroz mit seiner Division in Murviedro stand.

Großbritannien und Irland.

Von Bedeutung ist unter den gegenwärtigen Umständen der Tod des Herzogs von Buckingham, welcher am 17. Früh in Stowe erfolgte, denn hierdurch wird einer der Hauptverfechter des Agriculturinteresses

und der jetzt bestehenden Korngesetze, der Marquis von Chandos, ältester Sohn des verstorbenen Herzogs, aus dem Unterhause entfernt, so daß die Minister, wenn sie sich veranlaßt sehen sollten, eine Bill wegen Modificirung der Korngesetze einzubringen, einen bedeutenden Gegner weniger zu bekämpfen haben werden. Daß aber die Minister wirklich jene Absicht haben, scheint aus den Andeutungen der ministeriellen Blätter, besonders des Courier, ziemlich klar hervorzugehen. Man kann es nämlich wohl als den Zweck dieses letzteren Blattes ansehen, auf eine Aenderung der ministeriellen Politik in Bezug auf die Korngesetze vorzubereiten, wenn er sich, wie seit mehreren Tagen, in eine Fehde mit dem Morning-Herald einläßt, um diesem, und zwar mit Hinweisung auf Hansard's Parlamentsdebatten, darzuthun, daß er falsch unterrichtet sei, wenn er glaube, Lord Melbourne habe sich stets als ganz unbedingter Gegner einer Aenderung in den jetzigen Korngesetzen dargestellt oder gar versprochen, daß sein Ministerium in dieser Sache niemals denen nachgeben werde, welche eine Aenderung wünschten. Der Courier führt insbesondere eine Stelle aus einer Parlamentsrede des Premierministers an, in welcher derselbe sagte, er werde nicht versuchen, das jetzt bestehende System der Korngesetze zu ändern oder ein neues auf andere Grundsätze begründetes einzuführen, wenn nicht eine große Mehrheit des Volkes sich entschieden zu Gunsten einer solchen Aenderung ausspreche. In diesen Worten, meint der Courier, liege doch gewiß eine hinlängliche Garantie dafür, daß Lord Melbourne nicht den Lehren derjenigen ergeben sei, die in der Hungersnoth des Volkes ihren Vortheil suchten, wenngleich er allerdings gefühlt habe, daß nur eine starke Aeußerung des Volkswillens ihn in den Stand setzen könne, diese Leute zu besiegen. Daß die Demonstrationen gegen die Korngesetze übrigens jetzt lebhaft und allgemein genug geworden, geht aus den Versammlungen hervor, die in allen Theilen des Landes gehalten werden, und bereits so zahlreich sind, daß, wie die Morning-Chronicle bemerkt, die großen Spalten ihres Blattes kaum dazu hinreichen, die Berichte darüber zu fassen. Der Versammlungen in Liverpool unter dem Vorsitze des Mayors der Stadt, in Manchester, in Leeds und in dem Londoner Kirchspiel Marylebone ist schon erwähnt worden. Am 17. wurde auch in dem St. Pankratius-Kirchspiel zu London eine Versammlung gegen die Korngesetze gehalten; ferner hat der Lordmayor von London auf den Antrag von 110 Mitgliedern des Gemeinderathes verfügt, daß am 24. und 25. d. M. eine Versammlung dieser Körperschaft zu gleichem Zwecke Statt finden solle. Ein mächtiger Bundesgenosse hat sich überdieß den Gegnern der Korngesetze in der Times angeschlossen, welche in ihrem Blatte vom 18. d. M. daran erinnert, daß sie schon vor 23 Jahren, wo sie freilich kein Toryblatt war, zu den eifrigsten Gegnern dieses drückenden Gesetzes gehört habe, und hinzufügt, daß seitdem nichts geschehen sei, was den Tadel schwächen könnte, den sie damals und seitdem stets dagegen erhoben habe, vielmehr Manches, das diesem Tadel noch größeres Gewicht gebe. Das Monopol, welches die Aristokratie der Grundbesitzer durch die Korngesetze erworben habe, stelle die Times in gleiche Kategorie mit den verderblichen Monopolen Mehmed Ali's. Man darf hiernach wohl annehmen, daß auch ein Theil der Conservativen, da die Times jetzt ein Organ dieser Partei ist, eine ministerielle Bill zur Aenderung der Korngesetze zu unterstützen geneigt seyn würden. „Die gegenwärtige Bewegung des Landes," sagt das letztgenannte Blatt unter Anderm, „um dieser Beschwerde abzuhelfen, ist nicht aus Parteileidenschaften entsprungen; es ist vielmehr eine natürliche und vernünftige Anstrengung, eine drückende Last los zu werden. Die Grundbesitzer, die den Fortschritt dieses Volksentschlusses aufhalten wollen, verkennen ihr eigenes Interesse und noch mehr ihre Macht." Nachdem die Times dann einen geringen festen Getreidezoll, statt des jetzigen auf- und abschwankenden, vorgeschlagen, sagt sie am Schlusse: „Ein Fallen der Rente wird allerdings vermuthlich die erste Folge dieser Maaßregel seyn, aber dieß widerlegt die Gerechtigkeit derselben nicht; es handelt sich hier um eine Frage des Rechts und der Menschlichkeit, wobei alle künstlichen Rücksichten wegfallen müssen." Inmitten dieser Aufregung sind die Getreidepreise fortwährend im Steigen.

Sir John Barrow, Admiralitätssecretär, hat einem von ihm zu Ende vorigen Jahres herausgegebenen Leben des Lords Anson eine Uebersicht über die Stärke der Marinen von England, Frankreich, Rußland, den vereinigten Staaten von Nordamerika, Aegypten und der Türkei beigegeben. Er sagt in der Einleitung, die gegenwärtig umlaufenden falschen Angaben über den Stand der englischen Seemacht haben ihn zur Veröffentlichung dieser authentischen Nachrichten bestimmt, aus welchen hervorgehe, daß die Seemacht Englands nicht nur im Verfalle, sondern vielmehr im blühenden Zustande sei. In der Liste sind die in activem Dienste, in Disponibilität und im Bau begriffenen Schiffe aufgeführt. Nach derselben hat: 1) England 90 Linienschiffe von 80 bis 100 und mehreren Kanonen, 93 Fregatten, 12 Kriegsdampfboote, 13 Dampfboote auf auswärtigen Stationen, 28 Postdampfboote. 2) Frankreich 49 Linienschiffe, 60 Fregatten, 37 Kriegsdampfboote (die Dampfpacketboote, welche 80 Kanonen führen, eingerechnet). 3) Rußland 50 Linienschiffe, 25 Fregatten, 8 Kriegsdampfboote. 4) Die vereinigten Staaten von Nordamerika 15 Linienschiffe (für 11 weitere ist das Bauholz angekauft), 38 Fregatten, 10 Kriegsdampfboote. 5) Aegypten 12 Linienschiffe, 7 Fregatten, 1 Kriegsdampfboot. 6) Die Türkei 15 Linienschiffe, 15 Fregatten und 3 Kriegsdampfboote.

Die dreißig canadischen Gefangenen, welche noch außer den zwölf vermöge eines Habeas-Corpus-Befehls zur Revidirung des über sie gefällten Urtheils vor den Gerichtshof der Queens-Bench gestellten in England angekommen waren, sind dieser Tage von Liverpool nach Portsmouth gebracht worden, wo sie nach Australien eingeschifft werden sollen, da gegen ihr Deportationsurtheil kein Einspruch erhoben worden ist.

Den letzten Nachrichten aus Hobbarttown zufolge war in diesem Verbannungsorte eine Petition an die Regierung im Umlauf, wodurch um Einführung einer vom Volke erwählten Colonialgesetzgebung ersucht werden soll.

Die Morning-Chronicle gibt einen Auszug aus einem Briefe, der aus San Jago de Chili vom 9. October datirt ist. Diesem Schreiben zufolge hatte man daselbst in der Woche vorher die Nachricht erhalten, daß die Peruaner mit überwiegender Macht gegen das chilische Expeditionscorps, das Lima besetzt hält, im Anzuge seien, weßhalb man beschlossen, eine neue Expedition von 800 Mann Infanterie und 400 Pferden zur Verstärkung jenes Corps abzusenden; doch sollte zugleich ein bevollmächtigter Minister in der Person des Don Mariano Egana mit sehr friedlichen Instructionen nach Peru abgehen. Man war in Chili sehr begierig auf neuere Nachrichten von dorther. Bekanntlich soll nach einer früheren Nachricht aus Valparaiso, die jedoch der Bestätigung bedarf, Santacruz oder dessen Unterbefehlshaber die Chilier aufs Haupt geschlagen haben.

Die englischen Fonds waren im Weichen, wegen des auf der Londoner Börse verbreiteten Gerüchts von der Wahrscheinlichkeit eines Ministerwechsels in Paris. — Consols am 22. Jänner 92⅞, ⅞.

Dänemark.

Sr. Majestät der König haben Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Christian Frederik zu Dänemark erlaubt, den Höchstdemselben vom Großherzoge von Baden ertheilten Hausorden anzulegen und zu tragen.

Die Nachrichten von den dänisch-westindischen Inseln lauten hinsichtlich der bevorstehenden Zuckerernte besonders günstig.

Aus Thisted in Jütland sind betrübende Berichte über die Verwüstungen eingelaufen, welche in Folge der letzten Stürme die Ueberschwemmungen in der dortigen Gegend angerichtet haben. In Nyekiöbing auf Mors sollen ungefähr 140 Menschen ohne Obdach seyn; eine ganze Straße ist an diesem Orte eingestürzt, Hausgeräth aller Art ward ein Opfer der Fluthen, doch hatte es kein Menschenleben gekostet. Auch aus Ripen sind betrübende Nachrichten eingelaufen. In Lemwig ist das im vorigen Jahre neu aufgebaute Armenhaus eingestürzt, nachdem vorher die Armen mit genauer Noth aus den Fenstern waren gerettet worden. Die Bauern wurden an den meisten Stellen mit Wägen requirirt, um die ihres Obdachs beraubten Menschen nach den Dörfern zu fahren. (Aber auch diese sind keineswegs alle verschont geblieben, so irren z. B. in Törring, einem Dorfe etwas nordlich von Lemwig gelegen, 125 Menschen obdachlos umher und 10 sind ertrunken.) Von Harboöer fürchtet man, das Schlimmste zu hören. Ueberhaupt scheint der Limfjord überall aus seinen Ufern getreten zu seyn und alle seine Umgebungen unter Wasser gesetzt zu haben.

Die Gesammtzahl der Schiffe, welche im vorigen Jahre den Sund passirt haben, beträgt 13,960, die größte Ziffer, welche die Sundpassage jemals aufzuweisen gehabt hat. Bisher war das Jahr 1829, in welchem 13,488 Schiffe passirt waren, das ergiebigste gewesen. Beachtenswerth ist, daß das Jahr 1838 nach Ablauf des ersten Halbjahrs noch ein Minus von 664 Schiffen gegen das Jahr 1837 aufzuweisen hatte, woraus hervorgeht, daß in dem zweiten Halbjahre 1838 eine noch weit lebhaftere Schifffahrt Statt gefunden hat, als man nach der Ziffer des ganzen Jahres denken sollte.

Päpstliche Staaten.

Nachrichten aus Rom zufolge hat Sr. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland am 18. Jänner diese Hauptstadt verlassen und die Reise nach Neapel angetreten. Man versichert, Sr. kaiserl. Hoheit werde schon in den ersten Tagen des Monats Februar in Rom wieder eintreffen.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Der Constitutionnel Neuchatelois theilt folgenden sehr interessanten Brief über eine furchtbare Wettererscheinung am Simplon mit, die wohl mit den in allen Blättern gemeldeten Stürmen und Erderschütterungen von England bis nach Griechenland im Zusammenhang stehen könnte: „Die ersten Tage des Jahres lassen sich für den Simplon auf eine schreckliche Art an; es schneit seit vier Tagen und vier Nächten auf eine Besorgniß erregende Weise; ein eisiger Wind von außerordentlicher Heftigkeit begleitet diese Schneesündfluth und scheint Alles wegblasen, Alles vernichten zu wollen, selbst die majestätischen Felsen, die sich seinem Ungestüm widersetzen, und wenn er seine Wuth vergebens an ihren gespalteten Seiten ausgelassen hat, droht er in seiner Ohnmacht, diese gigantischen Alpenmassen umzustürzen. Ein dichter, schwarzer, trauriger Nebel, gleich den Finsternissen des Grabes, kommt noch zu dem Schrecknis dieses Schauspiels; niemals sahen die stolzen Gipfel einen fürchterlichern Sturm, als die letzten Tage; niemals war das schöne Plateau des Simplons der Schauplatz einer betrübendern Scene, als am 10. und 11. Jänner. Ein Reisender, welcher glücklich herüberkam, versicherte uns, daß die vier jungen Patres, welche das prachtvolle Hospiz bewohnen, und deren Muth und Unerschrockenheit überall bekannt ist, dennoch in Schrecken und Bestürzung waren. Sie suchten vergebens in den Archiven ihres Klosters den Bericht von einer so langen und schrecklichen Qual; selbst die verständigen Hunde, welche mit so vielem Eifer ihren Dienst versehen, schienen bestürzt zu seyn. Die Windstöße waren so wüthend, daß sie Erschütterungen, wie bei einem heftigen Erdbeben, hervorbrachten; man fühlte deutlich, wie die Mauern, die Zimmer, die Stühle zitterten; man hörte die Wände krachen; das Bett war während der Nacht in heftiger Bewegung; man erwartete jeden Augenblick den Einsturz der Kreuzstöcke; um 9 Uhr Morgens konnte man kaum beim Tageslicht lesen, und selbst um Mittag, als die wüthenden Schneewirbel gegen die Scheiben schlugen, war man nicht im Stande, die größten Buchstaben zu erkennen. Die Wirthe, welche auf dem Wege zerstreut in kleinen Schenken wohnen, waren in der größten Unruhe, sie blieben mehrere Nächte in Bewegung und Furcht, ihre Familien unter den Trümmern ihrer Häuser begraben zu sehen. Die schöne Straße, welche über den Simplon führt, ist ganz unter 6 Fuß hohem Schnee verborgen; die Markzeichen, die Schutzwände, Mauern und Geländer sind verschwunden; man bemerkt nur noch einige, 30 Fuß von einander gesteckte Pfähle, welche dem Wanderer das einzige Zeichen sind, daß er sich nicht verirrt hat, und daß er, obgleich er neben dem Schlitten kaum noch einen Fußsteig hat, doch auf einer 25 Fuß breiten Straße geht. Die Straße ist jetzt verlassen und gefährlich; nur der einzige Schlitten der Diligence geht noch, trotz den drohenden Lawinen, darüber. Sieben oder acht mit Schaufeln bewaffnete Männer begleiten den Schlitten, um ihm mit Mühe eine Bahn durch diese zu furchtbarer Höhe angewachsene Schneemasse zu brechen; allein man fürchtet, daß, ungeachtet

des Muthes des Conducteurs, der freilich das Leben dieser kühnen Schneefeger nicht verbürgt, eine schreckliche Katastrophe einbrechen könne. Die stolzen Bewohner des Dorfes Simplon wagen nicht, aus ihren Häusern zu gehen. Man versichert, daß der Sturm seine Wuth über diesen einsamen Weiler auf eine fürchterlichere Art ausläßt, als selbst auf dem Gipfel des Berges."

Belgien.

Die Repräsentantenkammer hat in ihrer Sitzung vom 18. d. M. einen Antrag des Hrn. von Brouckere, der sich auf die Examina der Studierenden der Rechte bezieht, der Centralsection übersandt, welche sich jetzt mit der Prüfung eines neuen Gesetzentwurfs hinsichtlich des höhern Unterrichtswesens beschäftigt.

Nachrichten aus der Campine zufolge ist es nur noch ein sehr kurzer Zwischenraum, der die dießseitigen von den holländischen Truppen trennt, da sich beide Heere den Gränzen stark genähert haben; zu einer feindseligen Begegnung ist es jedoch bisher nirgends gekommen.

Nachrichten aus Venloo zufolge war am 17. d. M. eine aus Bürgern bestehende Ehrenwache dem General Daine bis nach dem ½ Stunden entfernten Tegelen entgegengezogen. Der neue Commandant, den ein zahlreicher Generalstab begleitete, ward in der Stadt mit Kanonenschüssen empfangen und musterte sogleich die auf dem Paradeplatz aufgestellte Besatzung.

Teutschland.

Die Hannover'sche Zeitung vom 23. Jänner enthält folgenden Artikel: „Die Elberfelder Zeitung sagt in einem Schreiben aus dem Hannoverschen vom 8. Jänner: „Kommt die hannoversche Ständeversammlung nicht zu Stande, so bleibt nichts anders übrig, als Entscheidung durch Bundesbeschluß. Wie dieser ausfallen wird, darüber lassen sich nur Vermuthungen aufstellen. Auf jeden Fall aber würde er dem gestörten Rechtszustand wiederum eine sichere Basis geben." — Und die Bremer Zeitung sagt in einem Schreiben aus Osnabrück vom 12. Jänner: „Die Nachricht, „daß die Bundesversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt in der hannoverschen Angelegenheit einen Beschluß fassen wird, wenn die Verfassung von 1819 bis „dahin nicht in anerkannter Wirksamkeit sei, bestätigt „sich." — Beide Blätter deuten also an, wenn die jetzt berufene Ständeversammlung nicht zusammenkomme, so stehe die Verfassung von 1819 nicht in Wirksamkeit, und der hohe teutsche Bund werde dann in der hannoverschen Verfassungsangelegenheit einschreiten müssen. Diese Ansichten sind durchaus unrichtig. Es ist ganz klar, daß, nachdem die Ständeversammlung von 1819 im vorigen Jahre zusammengetreten ist, sich als solche förmlich constituirt und über Annahme und Verwerfung von Gesetzen Beschlüsse gefaßt hat, die Verfassung von 1819 in anerkannter Wirksamkeit besteht. Wir wünschen, daß die Mitglieder der beiden Kammern möglichst vollzählig auf dem Landtage erscheinen möchten, und wir sind überzeugt, daß dieß wirklich geschieht; aber es bleibt dabei doch ganz gewiß, daß der Nichtzusammentritt der Ständeversammlung auf den rechtmäßigen Fortbestand der Verfassung von 1819 auch nicht den geringsten Einfluß haben kann. Träte die berufene Ständeversammlung nicht zusammen, so würde dieß bloß die Folge haben, daß die den Ständen beigelegten Rechte für diese Sitzung nicht in Ausübung kommen könnten, aber die Gültigkeit der Verfassung von 1819 selbst würde dadurch durchaus nicht beeinträchtigt werden. Es ist eine gänzliche Verwirrung alles öffentlichen Rechtes, zu behaupten, wenn es einer Ständeversammlung einmal belieben sollte, in einer Diät nicht zusammenzutreten, daß damit die Verfassung, deren Wirksamkeit die Wahlcorporationen wie die persönlich Berechtigten durch unzweideutige Handlungen selbst anerkannt haben, nun auf einmal wieder nicht in Wirksamkeit sei. Aus diesen Gründen ist es denn auch einleuchtend, daß ein Ausbleiben der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern, sei es nun zur ersten oder zur zweiten Kammer, der hohen teutschen Bundesversammlung gar nicht eine Veranlassung, geschweige denn ein Recht gewähren kann, eine solche mit Zustimmung der Stände in anerkannte Wirksamkeit gesetzte Verfassung einer nähern Prüfung und Entscheidung zu unterwerfen."

Die Carlsruher Zeitung vom 24. Jänner meldet: „Gestern starb hier der Hofbankier S. von Haber, gegen 80 Jahre alt. Als Chef des von ihm gegründeten Bank- und Handelshauses hatte er beinahe ein halbes Jahrhundert gewirkt, und durch Thätigkeit, Umsicht und Biederkeit sich des Vertrauens seines hohen Fürstenhauses, so wie der Achtung seiner Mitbürger erfreut. Seine noch am Abend des Lebens bethätigte Theilnahme an der Gründung industrieller Unternehmungen im Vaterlande nach dem Anschlusse Badens an den teutschen Zollverein, werden seinen Namen auch der Nachwelt bewahren."

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mittelst allerhöchsten Cabinetsschreibens vom 16. Jänner d. J. dem in den Ruhestand tretenden Hofrathe der allgemeinen Hofkammer, Johann Edlen von Platzer, als Merkmahl der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner langen, treuen und entsprechenden Dienstleistung, das Ritterkreuz des österr. kaiserl. Leopoldordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 30. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	277½.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	157½.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		65¼.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr.,	fl. 100¼ G. Uso.	2 M.
Bankactien pr. Stück	1477¼ in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№. 32

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 1. Februar 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 30. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.12½	27 3. 10 k. 6 p.	— 9.1	SW.	still.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	26.86½	27 7 3	— 6.0	SO.	mittel.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	26.879	27 7 5	— 5.6	SO.	still.	Schnee.

Türkei.

Berichte aus Konstantinopel vom 16. Jänner melden: „Die in Galata-Serai neu eingerichtete medizinische Akademie ist vor kurzem vollendet worden. Demzufolge waren im Laufe voriger Woche zur Inauguration derselben sämmtliche Großwürdenträger daselbst bei einem glänzenden Gastmahle versammelt, welches auch der Sultan mit seiner Gegenwart beehren wollte; Se. Hoheit besichtigten jedoch am selben Tage das Arsenal und die neue Marineschule und behielten sich daher für ein anderes Mal vor, jene Akademie in Augenschein zu nehmen. — Vorgestern ist das in London gebaute Dampfschiff „l'Orient" von 130 Pferdekraft in den Hafen dieser Hauptstadt eingelaufen. Selbes ist ein Eigenthum der hiesigen Sarrafs (Wechsler) und soll eine regelmäßige Verbindung mit Trapezunt unterhalten.— In der letzteren Zeit haben wieder häufige Einbrüche in Pera und Galata Statt gefunden, welche die Bewohner dieser Vorstädte zur Erneuerung der im verflossenen Sommer angewandten Vorsichtsmaaßregeln nöthigen. — Der öffentliche Gesundheitszustand ist fortwährend sehr befriedigend."

Spanien.

Nachrichten aus Saint-Jean-Pied-de-Port (in der Quotidienne) zufolge bemerkte man unter den Carlistischen Truppen eine große Bewegung. Maroto hatte am 16. Jänner neun Bataillons, unter Merino und Carrion, an den Ebro vorrücken lassen. Espartero war am nämlichen Tage mit zwei Bataillons und zwei Escadrons zu einer Recognoscirung gegen la Guardia aufgebrochen; Ribero ist nach Calahorra abgegangen.

Briefen aus Malaga vom 12. Jänner zufolge haben sich zwei Compagnien von der Besatzung von Melilla (eines der Präsidien an der nordafrikanischen Küste) empört, ihre Offiziere verhaftet und eine königliche Regierungsjunta im Namen des Don Carlos errichtet. Der General Palarea, Commandant von Malaga und Granada, hat die kleine brittische Escadre, die in Gibraltar liegt, um Beistand angegangen, und man glaubt, daß Melilla gegenwärtig von einigen englischen Fahrzeugen, die sogleich nach jenen Gewässern abgegangen waren, blockirt seyn dürfte.

Dem Madrider Blatte el Castillano zufolge hatte Espartero zwei gefangene Carlistische Offiziere vom Depot von San Sebastian, angeblich als Repressalie für die Ermordung des Christinischen Obersten Reinoso, erschießen lassen. Demzufolge hatte der Carlistische General Iturriza befohlen, daß zwei Christinische Offiziere vom Depot von Ataun erschossen werden sollen. — Am 10. Jänner ist zu Valladolid ein sechzigjähriger Mann, Don Diego Vega, als des Hochverraths schuldig, erschossen worden, weil er mit Don Carlos in Briefwechsel stand, und ein Oberstenpatent von ihm besaß.

In Biscaya und Guipuzcoa sammelt man Unterschriften zu Adressen an den Lordmayor von London, um ihm für sein Memorial an die Königinn Victoria zu danken, worin um Verwendung für Abstellung der Gräuel des spanischen Bürgerkrieges gebeten wurde. Die Adressen sollen durch Lord John Hay übersandt werden.

Portugal.

Englische Blätter schreiben aus Lissabon vom 14. Jänner: „Der Senat hatte noch keine Sitzung, weil er noch nicht in gehöriger Zahl versammelt ist. Die Adresscommission der Deputirtenkammer ist im Sinne der Ultraliberalen zusammengesetzt. Auch die Präsidentenwahl und die Entscheidung über die Legitimationsfrage waren Niederlagen für das Ministerium. — Zwei Kaufleuten und dem portugiesischen Consul in Hamburg sind mehrere Quadratmeilen Landes als freies Eigenthum auf den Caboverdischen Inseln zur Emporbringung des Zucker- und Kaffehbaues angewiesen worden."

Großbritannien und Irland.

Man hat über Suez durch Dampfschiffgelegenheit neuere Nachrichten aus Ostindien, und zwar aus Calcutta vom 21. November und aus Bombay vom 6. December erhalten. Man hoffte, in Folge des Rückzugs des Schahs von Herat werde der Feldzug nach Afghanistan von kurzer Dauer seyn. Der Generalgouverneur war jedoch entschlossen, die angekündigten Maaßregeln zur Begründung einer dauerhaften Schranke gegen Angriffe auf die Nordwestgränze des brittischen Indiens durch-

zuführen. Ein Corps von 500 Mann ſollte nach Aden (auf der Südküſte von Arabien), welches der Compagnie abgetreten worden iſt, abgehen. Die Einſchiffung der nach Afghaniſtan beſtimmten Expeditionsarmee auf dem Indus ſollte in folgender Art geſchehen: Jedes Schiff geht ab, ſobald es die feſtgeſetzte Truppenzahl und die nöthigen Vorräthe an Bord hat, und thut ſein Möglichſtes, um möglichſt bald den Sammelplatz an der Mündung eines der Indusarme zu erreichen. Die Fahrzeuge mit den Pferden ſegeln in drei Abtheilungen ab, von welchen jede durch einen Kriegsſchooner begleitet wird, der ſie zuſammenzuhalten und den nöthigen Beiſtand zu gewähren hat. Wenn ſämmtliche Truppen eingeſchifft ſind, ſo begibt ſich auch der Oberbefehlshaber mit ſeinem Stabe an Bord der Semiramis nach dem Sammelplatze. — Aus Madras wird vom 27. November berichtet, daß ein Krieg mit Birma unzweifelhaft bevorſtehe. Es waren Nachrichten von dem an den birmaniſchen Hof geſchickten Oberſten Benſon vom 25. October eingelaufen. Derſelbe hatte in der birmaniſchen Hauptſtadt die demüthigendſte Behandlung erfahren. Der König hatte ihm nicht die geringſte Rückſicht bewieſen und den Einwohnern den Befehl ertheilt, in keinen Verkehr mit ihm zu treten. Er hätte mit ſeinem Gefolge verhungern müſſen, wenn er nicht Mundvorräthe mit ſich gebracht hätte. Am 23. November war außerordentliche Rathsſitzung, in welcher der Beſchluß gefaßt worden ſeyn ſoll, unverzüglich dem Herrſcher der Birmanen den Krieg zu erklären. — Das Londoner Schiff „Protector," mit Truppen an Bord, war am 20. October an den Gangesmündungen zu Grunde gegangen. Bloß zwei Perſonen retteten ſich; die übrigen, etwa 200, ſind umgekommen.

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung enthält unter der Aufſchrift „Agitation gegen die Korngeſetze" folgenden Artikel über dieſe wichtige Angelegenheit: „Man berichtet aus London, die Aufregung im Lande, für und gegen die Beibehaltung der Korngeſetze, habe einen Grad erreicht, der an die Reformagitation von 1831 erinnere. Von dieſer Seite wird daher zunächſt der Sturmwind herwehen, der die Wogen des Parlaments in Aufruhr bringen dürfte. Es ſoll die ſo wichtige als ſchwierige Frage von dem freien Getreidehandel, eine Frage, an welcher die Staatswirthſchaftslehrer ſo oft ſchon vergebens herumgetaſtet haben, ihre Löſung finden in einer Verſammlung von Geſetzgebern, die nicht nach Gründen, ſondern nach Stimmenmehrheit, entſcheiden. Schlimm iſt ſchon, daß die Abſchaffung der Korngeſetze erzwungen werden muß; im äußern Drang gewaltſamer Umſtände laſſen ſich die Schranken umſichtiger Berathung nimmermehr einhalten. Die Erfahrung ſollte, ſcheint es, in einem ganz practiſchen Fall den beſten Anhaltspunct geben; ſie thut es aber nicht; wie viele Jahre über wurde nicht ſchon mit Zuverſicht behauptet, die engliſche Manufacturinduſtrie könne nicht beſtehen bei den hohen Brotpreiſen? Sie beſteht noch heute. Wir finden im Edinburgh-Review von 1826 eine Abhandlung von M'Culloch über die Korngeſetze, worin aus der ſchärfſten Deduction das Ergebniß gezogen wird: es ſei rein unmöglich, die gedachten Geſetze länger in Kraft zu halten, ohne die öffentliche Ruhe und Sicherheit des Eigenthums in die äußerſte Gefahr zu bringen. Ja es wurde ſchon damals — und wie oft wohl früher ſchon? — die Regierung gewarnt mit dem Spruch: Nescit plebs jejuna timere — ein Volkshaufen, den es hungert, kennt keine Furcht. Dennoch iſt in den zwölf Jahren, die ſeitdem verfloſſen ſind, die Ruhe nicht geſtört, das Eigenthum nicht verletzt worden. Wir ſehen, wie in Frankreich die Kornlegislatur nach dem Tagesbedarf zugerichtet wird; kaum daß auf einigen Puncten der Küſte die Bevölkerung den Speculanten übles Spiel macht, weil ſie fürchtet, die Brottaxe aufſchlagen zu ſehen, ſo erläßt auch ſchon die Regierung eine Verordnung, die Getreideausfuhr zu unterſagen. Für England iſt die Korngeſetzfrage einfach und verwickelt zugleich; einfach: es darf nur ſeine Häfen dem fremden Product öffnen, und die untern Claſſen werden nicht mehr klagen über hohe Brotpreiſe; verwickelt: die Klage wird ſich ändern, und über den Mangel an Verdienſt ergehen. Es wird aber ein wirkſames Auskunftsmittel in den gegebenen Verhältniſſen ſo leicht nicht gefunden werden, am wenigſten durch Debatten im Parlamente. Wiſſen, zu welchem Zwecke man Dinge bringen ſoll, iſt nicht genug; man muß auch verſtehen, ſie dahin einzulenken. Dieſe Einlenkung — Sache einer weiſen Staatsregierung — iſt ſchwer; die Hauptregel beſteht darin, daß man die zu ſchnellen, zu übereilten Bewegungen zu vermeiden, durch Einbeugungen die allzu raſche Geſchwindigkeit der geraden Linie mindern, und am rechten Ort Zeit zu verlieren ſich gewöhne. Schwärmerei (Eingenommenheit für einen Gegenſtand) und Staatsverwaltung (Erwägung aller Gründe und Beſchlußfaſſung nach dem Uebergewicht) widerſprechen ſich; man ſoll darum ſelbſt beim Einlaufen in den berühmten Hafen der Evidenz, wenn er auch gerade vor den Augen liegt, dem Strome nicht blindlings vertrauen. Gilt dieß ſchon im Allgemeinen von der ganzen Kunſt, das Steuer des Staates zu führen, wie viel mehr im Beſondern von einer Frage, welche, wie die der Korngeſetze in England, die Intereſſen des Grundbeſitzers, des Landbauers, des Handwerkers, ſo nahe, wie die des Capitaliſten, des Kaufmanns, des Fabrikherrn, berührt. Galiani, der geiſtreiche Italiener, hat vor ſiebzig Jahren in ſeinen Dialogen über den Getreidehandel — einem Werke, das man ein ſeltenes Amalgam von Witz und Verſtand nennen darf — den Grund angegeben, warum einfache Fragen ſo leicht zu complexen werden. Wir haben die Stelle ſchon einmal (am 20. September v. J.) angeführt, finden aber räthlich, ſie in Erinnerung zu bringen, weil ſie als Baſis dienen kann zu den Betrach-

tungen, die uns die Korngeſetzagitation in Fülle an die Hand geben wird. Zuverläſſige Thatſachen ebnen den Weg zur Wahrheit. Sobald ſich aber ein denkender Kopf täuſcht, wird man genöthigt, den Ort, wo er ſich geirrt hat, ſorgfältig aufzuſpüren, und ſo lange zu ſuchen, bis das Lager ſeines Trugſchluſſes gefunden iſt. Dieſe Jagd iſt mühſam. Galiani hat auf ihr eine ſehr ſcharfſinnige Bemerkung gemacht. Alle Aufgaben der Staatswirthſchaft haben die Wohlfahrt der Menſchen zum Endzweck; es gibt aber kein Wohl ohne den Zuſatz eines Uebels, wodurch es oft geſchwächt, zuweilen aufgewogen wird; zu dieſer erſten Schwierigkeit kommt noch, daß man keine beſtimmte und beſtändige Größe zur Gleichung ſolcher Aufgaben finden kann; der Menſch ſelbſt iſt ja eine unbeſtimmbare Größe; er iſt, wenn man ſich ſo ausdrücken darf, eine durch das Nadelöhr der Gewohnheit ziehbare, aller Falten und Formen empfängliche Materie; durch die Gewohnheit gibt er ſeinen Kräften, ſeiner Natur, ſeinem urſprünglichen Weſen, eine Ausdehnung, die anfangs unmöglich ſchien; was noch ſonderbarer iſt, ſobald er ſich einmal bequemt hat, kommt ihm ſeine künſtliche Lage natürlich vor; er glaubt wohl auch, es ſei von jeher ſo geweſen, und könne gar nicht anders ſeyn; alle politiſchen Aufgaben gehören darum in die Reihe der Probleme de maximis et minimis; es gilt da immer, auf dem Wege der Annäherung das größte mögliche Wohl bei dem kleinſten Uebel zu finden; nichts in der Politik und Staatswirthſchaft darf aufs Höchſte getrieben werden: es gibt einen Punct, eine Gränzlinie, bis an welche das Wohl größer iſt das Uebel; geht man darüber hinaus, ſo wird das Gute vom Böſen beſiegt. Wie aber den Scheidepunct treffen? Der Weiſe allein berechnet ihn; der Staatsmann lernt ihn mit der Zeit kennen; das Volk fühlt ihn, vermöge ſeines untrüglichen Inſtincts. — Sollte für England der Moment gekommen ſeyn, wo das Volk inſtinctmäßig den Punct erkennt, auf welchem die Korngeſetze nicht länger beſtehen dürfen? Wir wollen zuſehen, welchen Aufſchluß die neueſten Londoner Blätter in dieſer Beziehung etwa an die Hand geben. Der Spectator vom 19. Jänner ſagt: „Die Agitation der Mittelclaſſen gegen die Korngeſetze geht kräftig voran. Zu Leeds, Liverpool, Dundee, ja in der Hauptſtadt ſelbſt, werden Petitionen ans Parlament vorbereitet. Birmingham und Sheffield regen ſich und nächſte Woche wird die City von London die Abſchaffung der Korngeſetze fordern. Die Grundbeſitzer (the landed interest, d. h. Alle, die bei dem Werthe des Bodens und ſeiner Erzeugniſſe zumeiſt betheiligt ſind, entgegengeſetzt dem monied interest, d. h. den Capitaliſten, dem Handelsſtand, den Fabrikanten, überhaupt allen Conſumenten, die nicht ſelbſt produciren oder durch Pächter und Ackersleute produciren laſſen) gerathen in Beſorgniß und ſuchen eine Contrademonſtration einzuleiten. Kein Zweifel, Pächter und Bauern (zuſammengenommen the tenantry, wie man die Vornehmen und die Grundeigenthümer gentry nennt) werden, ohne ſich lange zu beſinnen, die Petitionen unterſchreiben, welche ihrer Grundherrn Agenten ihnen vorlegen; ſolcherlei Petitionen ſind aber nichts werth. Es fragt ſich, ob die Landjunker bei all' ihrem Einfluß den Muth haben, eine öffentliche Bezirksverſammlung halten zu laſſen, ihr Monopol zu vertheidigen. Der Plan des Verfahrens gegen die Korngeſetze iſt in der Art entworfen, daß die Petitionäre verlangen, vor den Schranken des Hauſes gehört zu werden, um Beweiſe beizubringen zur Unterſtützung ihres Geſuchs. Man wird nicht etwa eine Modification, ſondern die völlige Abſchaffung des Einfuhrzolls auf Getreide fordern. Zu Liverpool und Mancheſter ſpukt in einigen Köpfen die Idee von einer ſtufenweiſen Herabſetzung des Impoſts, und es wurde dort noch von einer „billigen Rückſicht auf das Intereſſe der Grundbeſitzer" gefaſelt; allein die Mehrzahl des aus den reichſten und angeſehenſten Einwohnern zuſammengeſetzten Meetings entſchied ſich für unmittelbare und gänzliche Aufhebung. Wer ſich auf eine ſtufenweiſe Modification einläßt, gibt ſich geſchlagen, ehe es zum Gefecht kommt. Die Grundherren wären froh, könnten ſie mit Verſprechungen durchkommen; man würde kein Ende finden bei all den Vorſchlägen zur Palliativcur. Eben ſo wenig ſind wir für einen feſten Eingangszoll, ſtatt dem wechſelnden nach den Durchſchnitts-Kornpreiſen auf dem inländiſchen Markt. Man will wiſſen, Lord John Ruſſell gedenke einen Zoll von 10 Sh. pr. Quarter in Anregung zu bringen; es würde ihm damit nicht Ernſt ſeyn; wäre es ihm aber auch Ernſt, der Plan taugt nichts; er würde die Erwartung derer täuſchen, die eine Ausdehnung des engliſchen Handels erſtreben. Bei einer reichlichen Ernte — und wir haben erlebt, daß ſelbſt die Korngeſetze den Preis des Weizens nicht auf 40 Shilling pr. Quarter treiben konnten! — würde ein Zoll von 10 Shilling, wenn man den Ankaufspreis rechnet, die Fracht in Anſchlag bringt, und nur mäßigen Nutzen zugibt, die Einfuhr ganz unmöglich machen. Soll es beſſer werden, ſo muß dem Ausländer ein regelmäßiger (zu jeder Zeit offener) Markt geboten werden; dann hat er einen Antrieb, die Zufuhren in geordnetem Gang zu halten. Nur freier Getreidehandel kann uns helfen. Preiſe und Quantitäten der eingeführten Vorräthe mögen wechſeln, ebenſo wie es jetzt mit der amerikaniſchen Baumwolle der Fall iſt; es genügt, daß der Käufer in den vereinigten Staaten wiſſe, daß die brittiſchen Häfen ſeiner Waare offen ſtehen und er den Marktpeis dafür erlangen mag. Angenommen, ein engliſches Geſetz beſchränkte die Baumwolleneinfuhr, ſo wäre unſer Handel mit Amerika gleich am Ende. Nach einem andern Gerücht hielten es die Miniſter mit den Gegnern der Korngeſetze, ja ſie gedächten, das Parlament aufzulöſen, wenn ſich im Unterhauſe eine Mehrheit für die Grundbeſitzer zeigen ſollte. Dieſe Unterſtellung ſcheint uns abſurd. Die Miniſter würden ſich durch eine Auflö-

ſung viele Feinde machen, ohne (bei den neuen Wahlen) eine einzige Stimme zu gewinnen. — Vielleicht dient es ihnen aber, die Agitation gegen die Korngeſetze zu unterſtützen, in der Hoffnung, damit alle andere unbequemen Puncte entfernt zu halten."

Im Oberhauſe wird Graf von Lovelace die Adreſſe auf die Thronrede beantragen, und Lord Vernon ſie unterſtützen.

Der Atlas, ein gemäßigtes Whigblatt, gibt einen bei der nahe bevorſtehenden Eröffnung des Parlaments intereſſanten Rückblick auf die bedeutendſten Momente des engliſchen Staatslebens im vorigen Jahre, namentlich auf dasjenige, was in der letzten Parlamentsſeſſion bewirkt worden iſt. — Nachdem in dieſer Ueberſicht zuerſt der Krönung der jungen Königinn, als eines Ereigniſſes von der glücklichſten Vorbedeutung, gedacht worden, iſt zunächſt von den canadiſchen Begebenheiten die Rede. „Das erſte und eines der wichtigſten Geſetze des Jahres 1838," heißt es in dieſer Hinſicht, „war dasjenige, welches durch die ſchändliche Empörung, die im November 1837 in den Provinzen von Canada ausbrach, nöthig gemacht wurde; vermittelſt desſelben ward die Verfaſſung ſuspendirt und eine proviſoriſche Regierungsform eingeführt, die einem von der Krone zu ernennenden Bevollmächtigten ſehr hohe und außerordentliche Gewalten übertrug. Als es von dem Miniſterium eingeführt wurde, erlitt es auf Antrieb der conſervativen Partei bedeutende Modificationen und erhielt die königliche Beſtätigung. Der Graf Durham wurde von der Königinn zum Statthalter im brittiſchen Amerika erwählt; das Reſultat ſeiner Sendung iſt zu bekannt und ſchon zu viel beſprochen worden, als daß eine ausführliche Wiederholung der Hauptpuncte nöthig wäre. Ueberdieß müſſen noch erſt die Motive, Anſichten, die Umſtände und die geheimen Einflüſſe derjenigen, die an dieſem eigenthümlichen und ereignißreichen Drama Theil genommen, dem Publicum vorgelegt werden, ehe man ſich ein unparteiiſches Urtheil bilden kann. Es iſt hinreichend, zu bemerken, daß Lord Durham's kurze Verwaltung der canadiſchen Angelegenheiten noch ärger war, als ein Mißlingen, und daß die beklagenswerthe Aufregung, welche jetzt die Ruhe der Provinzen ſtört, auf die Schwäche des Entſchluſſes, die Zögerungen, die Einmiſchungen, die Irrthümer und die Eiferſüchteleien zurückzuführen iſt, die eine Exploſion verurſachten, deren üble Folgen ſich bereits jetzt fühlbar machen. Die Indemnitätsbill wird nebſt den Gründen zu ihrer Rechtfertigung zu den intereſſanteſten Debatten in der bevorſtehenden Parlamentsſeſſion führen, und die dabei zu gebenden Aufſchlüſſe dürften eine wichtige Veränderung in der relativen Stellung der Parteien veranlaſſen. Die Details der letzten Empörung und die jetzt in Obercanada wiederholten Invaſionsverſuche ſind zu neu, um lange dabei zu verweilen." Ueber die durch das neue Armengeſetz im Lande erzeugte Aufregung bemerkt das genannte Blatt ſodann: „Die Feinde des verbeſſerten Armenweſens haben nicht unterlaſſen, Unzufriedenheit unter den Landbewohnern zu erregen, und leider iſt es ihnen in einigen Fällen gelungen. Dieſer Widerſtand wird jedoch immer geringer, je mehr die Hoffnung, den beabſichtigten Zweck zu erreichen, verſchwindet, und wir hoffen, daß man im Laufe dieſes Jahres das Geſetz ſeinen natürlichen Gang gehen laſſen, und nicht durch erbitternde, wenn auch erfolgloſe Oppoſition, die eigenthümlichen Schwierigkeiten desſelben noch vermehren wird. — Eines der betrübendſten Ereigniſſe des Jahres 1838 war die Empörung einiger Verführten, unter Leitung des wahnſinnigen Courtenay, in einem Theile von Kent, der unmittelbar unter der Controlle der geiſtlichen Behörden von Canterbury ſteht. Dieß betrübende Ereigniß gab den Beweis von einem Grade pietiſtiſcher Unwiſſenheit und Barbarei, an die man ohne jenen Beweis in England nicht leicht geglaubt haben würde. Auch zeigt dieß, daß, während wir für die Bekehrung der Heiden und die Verbreitung nützlicher Kenntniſſe unter den Südſee-Inſulanern ſo viel thun, wir gut thun würden, die Bedürfniſſe unſerer Landsleute, ſo nahe der Hauptſtadt, in einem Diſtrict, der faſt von den Thürmen des älteſten chriſtlichen Tempels in England beſchattet wird, nicht zu überſehen. — Das letzte wichtige Ereigniß des vergangenen Jahres war die Verhaftung eines gefährlichen Aufruhrſtifters (des Pfarrers Stephens), und es iſt zu hoffen, daß dieſe kräftige Handlung der Regierung die Verbreitung eines unheilvollen Geiſtes in den Manufacturdiſtricten, der nur mit allgemeiner Plünderung endigen kann, hemmen wird. Leider hat die ungeſchickte Weiſe, in der die Magiſtratsperſonen ihre Pflichten erfüllten, ihr Verfahren etwas lächerlich gemacht und dem Demagogen einen kurzen Triumph bereitet. Aber der Arm des Geſetzes wird nicht gelähmt werden, und die Aufruhrſtifter werden erfahren, daß hier zu viele Intereſſen auf dem Spiele ſtehen, als daß Jemand das Volk zu Brandſtiftungen auffordern und dann ſagen dürfte, er habe es bloß im Scherz gethan." Es wird dann auch der durch den ſchlechten Ausfall der letzten Ernte entſtandenen Noth unter der arbeitenden Bevölkerung gedacht und auf die Nothwendigkeit einer Aenderung der Korngeſetze hingewieſen, die, wenn ſich auch die Gutsbeſitzer fürs erſte noch heftig widerſetzten, doch als unausbleiblich dargeſtellt iſt. Auffallen muß es, daß der Atlas bei Erwähnung der im Lande Statt findenden Aufregung die radicalen Bewegungen zu Gunſten der ſogenannten Volkscharte, in welcher es ſich um geheime Abſtimmung, dreijährige Parlamente und allgemeines Wahlrecht handelt, ganz übergeht, obgleich in dieſer Hinſicht die ſtärkſten Demonſtrationen beſchloſſen ſind, da bekanntlich jene Charte von dem Volke in Maſſe, das heißt von den durch O'Connor und Conſorten aufgewiegelten arbeitenden Bevölkerung, in das Parlament getragen werden ſoll.

Eben so vergißt das genannte Blatt den in Irland von O'Connell gestifteten Vorläuferverein, der die gänzliche Abschaffung des Zehnten und andere irländische Forderungen zum Zweck hat. Diese beiden wichtigen Thatsachen sind vielleicht aus Rücksicht für das Ministerium vom Atlas übergangen, da dasselbe gerade durch sie in große Verlegenheit gesetzt ist, indem es sich weder die englischen Radicalen, noch O'Connell gern zu Feinden machen mag und doch Beider Treiben unmöglich gutheißen kann. Was die irländischen Angelegenheiten betrifft, so führt der Atlas bloß die Durchführung des Armengesetzes und der Zehntenbill an, indem er die feste Erwartung ausspricht, daß beide aufs wohlthätigste wirken würden, die erstere, weil nun für die Hülflosen und Verlassenen auf sichere und feste Weise gesorgt sei, die andere, weil dadurch den blutigen Zehntenfehden ein Ende gemacht und den geistlichen Zehntherren der Abzug von 25 Percent durch die Sicherstellung ihrer künftigen Einnahmen und durch die Vermeidung aller sonst mit Erhebung derselben verbunden gewesenen Kosten hinlänglich vergütet worden, während der Grundeigenthümer dafür, daß man ihm die Zehntenlast in Gestalt eines Grundzinses aufgebürdet, jene Bonification von 25 Percent empfangen habe und also ebenfalls zufrieden seyn könne. Ueber das Aufgeben der bekannten Appropriationsclausel wird gesagt: „Die Minister waren hierzu gezwungen, um die Zehntenmaaßregel durchsetzen zu können, und die Freunde der Reform ließen sich ihr Verfahren gern gefallen, weil dadurch das Unglück eines Ministerwechsels und der Verwirrung und Aufregung vermieden wurde, die bei dem Eintritt eines Toryministeriums unvermeidlich gewesen wären." Die Municipalreform für Irland hofft das genannte Blatt im Laufe der kommenden Session auch durchgebracht zu sehen; doch auch dann, meint es, würde Irland noch weitere wesentliche Reformen zu erwarten berechtigt seyn. Nachdem sodann noch mit Stolz der im vorigen Jahre bewerkstelligten Freigebung der Neger in den westindischen Colonien und der Aufhebung des Gesetzes, nach welchem Schuldner auf eine bloße Klage, ohne vorherige gerichtliche Erweisung der Schuld, vorläufig verhaftet werden konnten, Erwähnung geschehen, wird zu den auswärtigen Verhältnissen übergegangen. Hier kommen zunächst die bekannten Ereignisse in Persien und Indien, so wie die mit Oesterreich und der Türkei abgeschlossenen Handelstractate zur Sprache, wobei die Energie der englischen Regierung, besonders den angeblichen Plänen Rußlands im Orient gegenüber, sehr gerühmt wird. Dagegen spricht der Atlas sein Bedauern darüber aus, daß noch immer nichts gethan worden, um dem blutigen und grausamen Bürgerkriege in Spanien ein Ziel zu setzen, und daß Frankreich in den spanischen Angelegenheiten sich so lau benommen habe, in welcher Hinsicht dann das genannte Blatt, indem es auf die holländisch-belgische Frage überlenkt, noch folgende Bemerkungen hinzufügt: „Die innige Verbindung, welche zu Anfang des Jahres 1838 zwischen Großbritannien und Frankreich bestand, ist auch dadurch etwas lockerer geworden, daß die brittischen Minister darauf bestanden, die lästige belgische Frage, welche Europa in einen allgemeinen Krieg hätte verwickeln können, endlich einmal erledigt zu sehen. Dieß ist jetzt geschehen, und es ist eine neue Garantie für die Erhaltung des Friedens. Auch befindet sich das französische Cabinet in einem zu schwankenden Zustande, als daß es an etwas Anderes, als an seine eigene Sicherheit denken könnte; es hat genug zu thun, den Repräsentanten Frankreichs über seine in Bezug auf die Schweiz und Spanien befolgte Politik Rechenschaft abzulegen, und kann sich daher nicht auf neue Eingriffe und Acquisitionen einlassen."

Da ein französisches Blatt mit Hinsicht auf die holländisch-belgische Angelegenheit kürzlich die Bemerkung machte, man müsse dabei zwischen der brittischen Nation und ihrer Regierung zu unterscheiden wissen, so entgegnet die Morning-Chronicle: „In diesem Falle muß das französische Volk mit einem sehr hohen Grade von Scharfsinn begabt seyn, der es ihm möglich macht, Unterschiede und Spaltungen zu entdecken, die gar nicht vorhanden sind. Wir können versichern, daß die englische Regierung und das englische Volk in Bezug auf die besagte Angelegenheit ganz eine und dieselbe Ansicht hegen. England ist vielleicht mehr als Frankreich für Belgiens Unabhängigkeit und Sicherheit besorgt." Uebrigens hat sich das Gerücht, daß Frankreich den letzten Beschluß der Conferenz schon unterzeichnet hätte, wie es scheint, nicht bestätigt, denn der Standard sagt in seinem Blatte vom 19. Jänner: „Lord Palmerston soll entschlossen seyn, die holländisch-belgische Sache noch vor der Zusammenkunft des Parlaments abzumachen, und die Unterzeichnung von Seiten Frankreichs nicht abwarten zu wollen, da vermuthlich, wenn in Frankreich eine Veränderung des Ministeriums Statt findet, die so lange schwebende Erledigung noch geraume Zeit hinausgeschoben und der Frieden Europas dadurch gefährdet werden dürfte." In der Morning-Post liest man über denselben Gegenstand Folgendes: „In den diplomatischen Kreisen wurde allgemein erwartet, daß die Schlußentscheidung der Londoner Conferenz in Betreff aller Hauptfragen des Streites zwischen Holland und Belgien am letzten Dinstage (15. Jänner) von den Repräsentanten der großen Mächte, mit Inbegriff des französischen Botschafters, würde unterzeichnet werden. Dieser Schritt ist nicht geschehen, aber erfreulich ist es zu erfahren, daß der Aufschub nicht durch eine Meinungsverschiedenheit der Mitglieder der Conferenz veranlaßt worden, noch auch durch eine irgendwo vorhandene Neigung, auf Vorschläge irgend einer von beiden Parteien zu hören, die dazu dienen könnten, die Verhandlungen zu verwickeln oder die Entscheidung zu verzögern. In Bezug auf die wichtigen Puncte des Territorialbesitzes und der Schuldtheilung verbleiben die Repräsentanten der fünf Mächte, in Gemäßheit der von ihren respectiven Höfen erhaltenen Instructionen, unveränderlich bei der getroffenen Anordnung. An Versuchen, diese Anordnung zu erschüttern, hat es nicht gefehlt, doch haben sie nur dazu beigetragen, die Ueberzeugung der Conferenz, daß ohne Verletzung der Gebote der Klugheit, Gerechtigkeit und Ehre keine Aen-

derung darin zulässig sei, noch mehr befestigen. In dieser Ueberzeugung verharrt die Conferenz einstimmig und unbeugsam. Ein paar Wochen können vielleicht noch darüber hingehen, ehe die Unterzeichnung der Schlußentscheidung erfolgt. Einige unbedeutendere Puncte in Bezug auf die Fluß- und Canalschifffahrt, welche zwischen Belgien und Holland Statt findet, oder bei welcher beide Länder gemeinschaftlich betheiligt sind, wollte man anfangs künftiger Erwägung vorbehalten; in den letzten Tagen aber ist beschlossen worden, daß die Entscheidung auch diese untergeordneten Puncte eben so umfassen soll, wie die wichtigeren und interessanteren Gebiets- und Schuldfragen. Die Nothwendigkeit, erst mit dem Haag, mit Brüssel und Paris Rücksprache zu nehmen, bevor die genauen Entscheidungsbedingungen in Betreff obiger untergeordneter Fragen festgesetzt werden können, soll die einzige Ursache des eingetretenen Aufschubs seyn."

Drei amerikanische Packetboote ersten Ranges, zwei reich befrachtete Ostindienfahrer und ein Auswandererschiff, gingen während der Stürme am Dreikönigsfest und an den folgenden Tagen bei Liverpool zu Grunde, dazu gegen 200 Menschenleben und eine Ladung im Werth von 1 Million Pf. St. Man vermuthet, daß zu diesem furchtbaren Unglück die feige Pflichtverletzung der Mannschaft des Leuchtschiffes das Meiste beigetragen habe, das man am Tag nach Dreikönig unter Stagsegeln will dahingleiten gesehen haben, während es ruhig hätte still liegen und den Schiffen als Signal dienen sollen.

Frankreich.

Ihre Majestät die Königinn der Belgier ist am 23. Jänner Nachmittags von Paris nach Brüssel zurückgereist.

Der Marschall Soult hatte am 23. Jänner eine lange Unterredung mit dem Könige. Die von dem Messager und dem Nouvelliste über diese Unterredung mitgetheilten Details werden von dem Journal des Debats für durchaus grundlos erklärt.

Dem Journal des Debats zufolge haben sich die Deputirten, welche Mitglieder der Réunion Jacqueminot sind (General Jacqueminot selbst ist zu seiner kranken Gemahlinn nach Pau abgereist), am 23. Jänner Abends versammelt. „Die Versammlung," sagt das Journal des Debats, „war zahlreicher als je; über zweihundert Deputirte waren anwesend; mehrere andere hatten ihre Adhäsion eingeschickt; man bemerkte unter den anwesenden Deputirten einige der bedeutenden Mitglieder des linken Centrums. — Ein gemeinsamer Gedanke belebte die Mitglieder der Versammlung, nämlich der Gedanke, die Grundsätze, welche die Majorität in der Adresse den Grundsätzen der Coalition entgegengestellt hat, aufrecht zu erhalten. — Das Ministerium hat seine Dimission eingereicht, aber die Reunion hat ihre Dimission nicht gegeben und wird sie nicht geben. — Die Reunion soll sich wieder versammeln, sobald ein neues Ministerium die Leitung der Geschäfte übernommen haben wird."

Der Vortrag über das Budget, welchen das Ministerium am Tage seiner Abdankung, den 22. Jänner, durch den Finanzminister, Hrn. Lacave-Laplagne, in der Deputirtenkammer erstatten ließ, ergibt für 1838 die Nothwendigkeit einer Bewilligung von Zusatzcrediten im Betrage von 11 Millionen Franken. Dagegen bietet das Jahr 1837 einen Ueberschuß von 14 Millionen und das Jahr 1838 beiläufig 3 Millionen dar. Für 1839 sind die Ausgaben in runden Zahlen auf 1094, die Einnahmen auf 1111 Millionen berechnet, sonach 17 Millionen Ueberschuß in Aussicht gestellt. Dabei werden einerseits nicht unbedeutende Abgabenverminderungen (z. B. am Zuckerzoll), andererseits beträchtliche Ausgaben für die Armee, die öffentlichen Bauten, das Postwesen ꝛc. Statt finden. Der Vortrag, der gleichsam als das politische Testament des Ministeriums vom 15. April zu betrachten ist, schließt mit den Worten: „Auf die Erfahrung der Vergangenheit gestützt, tragen wir kein Bedenken, die günstigsten Resultate für die Zukunft bei der Aufrechthaltung einer festen und vorsichtigen, würdevollen und friedlichen Politik zu verbürgen; aber auch nur um diesen Preis. Nur dann dürfen wir hoffen, ohne neue Belastung des Landes die Ausgaben zu bestreiten, welche die Verbesserung des Gefängnißwesens, die großen Verbindungsmittel, die Ausbesserung der festen Plätze, und die wichtige Operation der Umschmelzung unserer Kupfermünzen nöthig machen werden."

Hr. Roger, Präsident der Bittschrifteneommission, erklärt die Nachricht, daß die Commission die Tagesordnung über die Wahlreformpetitionen beschlossen habe, für voreilig.

Hr. Boulay (de la Meurthe), Generalsecretär beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten, des Ackerbaues und des Handels, hat seine Dimission eingereicht.

In der Militärschule zu Saint-Cyr sind kürzlich Unordnungen vorgefallen, in Folge deren mehrere der dortigen Zöglinge auf Befehl des Kriegsministers aus der Anstalt entfernt und als Gemeine in verschiedene Regimenter eingetheilt worden sind.

Belgien.

Der Finanzminister brachte am 22. Jänner einen Gesetzvorschlag in die Repräsentantenkammer, wodurch die Regierung ermächtigt werden soll, die Hälfte der Grundsteuer für 1839 sogleich erheben zu lassen. Als Ursache dieser Maaßregel wird die drohende Stellung der holländischen Armee angegeben, welche Belgien nöthige, seine Streitkräfte zu verstärken, was bedeutende Kosten verursache.

Die Brüsseler Blätter publiciren nachstehende telegraphische Depesche: „Die holländische Armee hat so eben eine Bewegung nach der linken Seite gemacht und concentrirt sich jetzt in der Gegend des Lagers von Beverloo. Mehrere Regimenter bivouakirten im Lager von Eyndhoven. — Das hier in Garnison stehende 7te Regiment wird uns morgen verlassen, und das 8te Regiment wird wahrscheinlich am 23., wo das 13te Reserveregiment hier unter den Fahnen versammelt seyn dürfte, ebenfalls ausmarschiren."

Wien.

Nach der heute erschienenen Uebersicht der Satzungspreise für den Monat Februar sind sämmtliche Brot- und Semmelgattungen im vorigen Gewichte verblieben. — Das Pfund Rindfleisch kostet 9 kr. C. M.

Am 31. Jänner war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuld verschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 15/32.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	100 1/2.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81 1/20.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC.	in CM.	65 1/4.
Bankactien pr. Stück 1472 1/2.		in CM.	

(Dem heutigen Blatte des Beobachters liegt die Chronologische Uebersicht ꝛc. für den Monat November 1838 bei.)

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1-K. ZEITUNG 1839

№ 33

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 2. Februar 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 31. Jänner.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	26.818	27 6 8	— 5.4	NW.	still.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	26.865	27 7 3	— 2.7	NW.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.080	27 10 0	— 4.7	SW	schwach.	trüb.

Spanien.

Da die Pariser Journale vom 25. Jänner gestern, vermuthlich wegen des starken Schneefalls, wieder nicht in Wien eingetroffen sind, so fehlt es auch an neueren Nachrichten aus Spanien. — Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 17. Jänner: „Die spanische Besatzung des an der afrikanischen Küste gelegenen Platzes Melilla hat sich empört, und im Namen des Don Carlos eine königliche dirigirende Junta eingesetzt. Diese Besatzung besteht aus denselben Truppen (vom Regiment Rey), welche 1835 und 1836 in Malaga rebellische Junten errichteten; dießmal proclamiren sie jedoch nicht die Constitution, sondern Don Carlos. Jener Platz enthält große Vorräthe von Lebensmitteln und Kriegsbedarf, und eine bedeutende Anzahl Carlistischer Gefangener wurde dort aufbewahrt. Die Rebellen erklärten die Offiziere, welche an dem Aufstande keinen Theil nehmen wollten, für Gefangene, sollen jedoch weder Plünderung noch Mord begangen haben. Der General Palarea hat den Gouverneur von Gibraltar ersuchen lassen, einige englische Schiffe vor den Hafen von Melilla zu schicken, um die Rebellen zur Unterwerfung zu zwingen. — Der General van Halen marschirte, um die Carlisten aus der Nähe von Valencia zu vertreiben, mit 6 Bataillons und 4 Schwadronen (im Ganzen etwa 8000 Mann) von Teruel nach Segorbe, wo er am 10. ankam, und noch am 12. verweilte. Sowohl der General Don Narciso Lopez, als der Brigadier Requena, welcher diesen als Gouverneur von Valencia ersetzen soll, begaben sich zu dem General en Chef nach Segorbe. In Valencia haben fortwährend die Anarchisten die Oberhand, und die Gährung dauert fort. Der Brigadier Aspiroz steht mit seiner Division in Murviedro, und die Divisionen Mir und Ayerbe, 6 Bataillons und 500 Pferde, standen am 13. in Daroca, und warteten auf einen von Calatayud aus kommenden Convoi. Cabrera scheint sich nach Niederarragonien, das ihm offen steht, geworfen zu haben. — Entweder dem Ministerium oder den Cortes scheint eine Krisis bevorzustehen. Die Moderirten nämlich, denen die Gesinnungen der jetzigen Minister etwas bedenklich vorkommen, machten gestern im Congreß den Versuch, das Ministerium in Verlegenheit zu setzen, und zu einer entscheidenden Erklärung über eine politische Streitfrage zu bewegen. Deßhalb stellten sie den Antrag, der Gesetzentwurf über die neue Verfassung der Municipalitäten solle eher zur Verhandlung gestellt werden, als alle übrigen. Dieß mußte bei den Exaltirten den größten Widerstand finden, da diese wünschen, daß das erwähnte Gesetz in der gegenwärtigen Legislatur, wo sie sich in der Minorität befinden, gar nicht zur Verhandlung komme, und vielmehr das jetzt bestehende Gesetz, das ihnen den größten Einfluß auf die Zusammensetzung der Municipalitäten, und diesen die übertriebensten, sie zu unabhängigen Gewalten machenden Vorrechte verleiht, in Kraft bleibe. Der Minister des Innern nahm hier die Partei der Exaltirten, indem er sich der Zulassung des Antrages widersetzte. Dieser wurde jedoch mit 63 Stimmen gegen 61 angenommen, und demnach erlitt der Minister zugleich mit den Exaltirten eine Niederlage, die freilich nur durch zwei Stimmen entschieden wurde. Er erklärte darauf, die Regierung nehme aus dem Gesetzentwurf mehrere Artikel zurück, und werde diese in umgeänderter Gestalt dem Congresse vorlegen. Da aber diese Artikel gerade diejenigen waren, durch welche die übertriebenen Befugnisse der Municipalitäten eingeschränkt werden sollen, und der Minister also die Pläne der Exaltirten begünstigen zu wollen schien, so erhoben sich die Moderirten mit der Behauptung, der Minister könne nichts an dem Gesetzentwurfe ändern, da dieser nicht von der Regierung, sondern von einer Commission des Congresses vorgelegt worden sei. Heute wird dieser Streit erneuert werden. Es scheint mir nach allem diesem, daß das Ministerium auf dem Puncte steht, seine bisherige Majorität im Congresse zu verlieren, und daher in den Fall gerathen dürfte, die Cortes auflösen zu müssen, ein Schritt, den die Exaltirten um jeden Preis herbeizuführen bemüht sind. Zu diesem Behufe rechnen sie auch auf die Mitwirkung des Grafen Luchana, den sie durch alle möglichen Künste gegen die Moderirten aufzubringen wissen. Bereits soll er eine neue, gegen seine Feinde, die Jovellanisten, gerichtete Denkschrift an die Königinn eingeschickt haben."

Großbritannien und Irland.

O'Connell ist noch zu einer Reihe von öffentlichen Festmahlen in Irland eingeladen, beginnend mit einem im Circus zu Dublin, bei welchem man 8000 Gäste erwartet; dann folgen andere zu Drogheda, Newry u. s. w. Am 2. Februar wird er dann nach England abreisen, ist aber entschlossen, alle vierzehn Tage einmal nach Irland zu gehen, um die Prácursoren-Agitation zu betreiben. Er hofft, sagt er, dadurch seinem Vaterlande mehr zu nützen, als durch alles, was er im Parlament thun könne. Mit andern Worten: O'Connell sieht voraus, daß in der nächsten Session die irischen Angelegenheiten sehr in den Hintergrund treten werden. Gleichwohl hat er in der letzten Versammlung des Prácursorenvereins angezeigt, er werde, falls man eine Bill zur Reform der Corporation von London ins Parlament bringe, darauf antragen, daß dieselbe auf Dublin ausgedehnt werde, widrigenfalls aber die irische Bill ohne Verzug vorschlagen. — Ueber die Ermordung des Lords Roxbury kommt nachgerade das auffal-

lende Gerücht in Umlauf, dieselbe sei nicht durch einen vertriebenen Pächter, sondern durch die Hand eines nahen Verwandten des unglücklichen Grafen erfolgt. O'Connell, der in einer Rede auf dieses Gerücht anspielte, soll, so verlangt der Standard, darum als Verläumder gerichtlich verfolgt werden. Der Lordstatthalter von Irland hat in einem Schreiben an Lord Ormantown es nachdrücklich gerügt, daß dieser und die andern Magistrate der Kings-County bei der Untersuchung jenes Criminalfalls gehässige Parteibeziehungen mit ins Spiel gebracht.

Der ministerielle Globe gibt folgende Andeutung über den Plan des Ministeriums in Betreff der Korngesetze. „Die Frage," bemerkt er, „war immer eine offene und wird es auch bleiben. (Bei einer „offenen" Frage stimmt jedes Mitglied des Cabinets und der ministeriellen Partei nach Belieben, ohne einen gemeinsamen Plan der Partei, an welchen alle gebunden wären; das Durchfallen oder Durchgehen der Frage entscheidet nicht über die Existenz des Ministeriums.) Eines ist gewiß: Die Bitte der Fabrikanten, über die Nachtheile der Korngesetze vor den Schranken des Parlaments vernommen zu werden, muß Gehör finden."

In der Sache der canadischen Gefangenen hat das Gericht der Queensbench entschieden, daß dieselben wieder in den Gewahrsam des Gefängnißwärters von Liverpool gebracht und dieser vor das Gericht geladen werden solle, um über die Gründe, die ihn bestimmten, jene Individuen festzuhalten, vernommen zu werden.

Der Bengal-Hurkaru vom 1. November enthält in Folgendem den Plan für die ersten Bewegungen der nach Afghanistan bestimmten Expeditionsarmee: „Die Streitkräfte, welche sich in Firozpur versammeln, werden über 13,000 Mann betragen. Diese sämmtlichen Truppen brechen im Laufe des Novembers dahin auf, und sogleich nach ihrem Eintreffen hat der Generalgouverneur eine Zusammenkunft mit Rundschit Singh. Nach dieser Zusammenkunft begibt sich Lord Auckland nach der Residenz des Maharadschah, Lahore, und die Truppen unter Sir Henry Fane schiffen sich zwischen dem 3. und 5. December nach Schikarpur ein, wo sie am 25. Jänner eintreffen werden. In letzterer Stadt werden Vorbereitungen für den weitern Marsch nach Kandahar und Kabul getroffen werden. Von dem für Schah Schudscha zu organisirenden Corps ist die Infanterie bereits mehr als vollzählig. Schah Schudscha's Truppen werden mit den drittischen in Schikarpur zusammentreffen." — Die Behandlung, welche Oberst Benson in Birma erfuhr, und die zu einer Kriegserklärung des Gouvernements gegen die Birmanen geführt hat, war äußerst schmählich. Oberst Benson wurde mit seinem Gefolge in eine von ungesunden Sümpfen umgebene Festung eingesperrt und erhielt nicht einmal die nothdürftigsten Lebensmittel.

Die Naval and Military-Gazette vom 19. Jänner enthält wieder manche Details, welche beweisen, was für eine große Thätigkeit im Kriegsdepartement herrscht. Die Recrutirung ist so eifrig betrieben worden, daß die Armee mit Ausschluß der 21 in Indien stehenden Regimenter jetzt wohl 89,000 Mann beträgt — eine Vermehrung, die nicht unter 10,000 Mann seyn kann. Befehle sind bereits ertheilt zum Abgang einer Anzahl Offiziere und Mannschaft nach Australien, von wo gleichfalls Truppen nach Indien geschickt worden zu seyn scheinen. Letzteres Land ist überhaupt immer der wunde Punct. Das bisherige System, die englischen Regimenter 20 Jahre in jenem Lande zu lassen, hat die Folge gehabt, daß die Regimenter jetzt zum Theil mit alten und gebrechlichen Leuten angefüllt sind, die kaum zum Garnisonsdienst taugen, aber durchaus nicht im Stande sind, die Anstrengungen eines Feldzugs unter einer brennenden Sonne und in einem für die jüngsten und stärksten Soldaten entnervenden Klima zu ertragen. Auch soll mit nächstem die Mannschaft, welche die Depots der in Indien stehenden Regimenter in England zusammengebracht und eingeübt haben, nach Indien abgehen; die Listen über die verfügbaren Offiziere und Truppen sollen seit mehreren Tagen im Ministerium bereit liegen. Noch zwar sind keine Schiffe gemiethet, man erwartet aber mit jedem Tage, daß dieß geschieht. Auch erwartet man allgemein, daß das ärztliche Personal bei dem Militär vermehrt werden wird und zehn Aerzte haben bereits Befehl erhalten, sich zu Chatham zum Einschiffen bereit zu halten, darunter vier nach Canada. — Wie sehr die großbritannischen Inseln im Augenblick von Truppen entblößt sind, kann man daraus abnehmen, daß gegenwärtig in Irland wenig über 15,000 Mann stehen, Cavallerie und Artillerie mit einbegriffen, während sonst gewöhnlich sich zwischen 20 und 30,000 Mann daselbst befinden.

Unlängst starb in London P. C. Labouchere Esq., der Vater des Vicepräsidenten des Handelsbureaus und Münzmeisters, des sehr ehrenwerthen E. Labouchere, und des bekannten Londoner Bankiers dieses Namens.

Die Morning-Chronicle schreibt: „Der Stand der Consols ist seit dem Sonnabend ein merklich ungünstiger. Man gibt dafür verschiedene Ursachen an, wir aber glauben, daß diese Erscheinung zunächst der politischen Lage Frankreichs zuzuschreiben ist, wo ein Ministerwechsel als unvermeidlich und Hrn. Thiers Eintritt ins Cabinet als eben so gewiß betrachtet wird. Dann aber, glaubt man, würde unmittelbar eine Intervention in Spanien eintreten, und diese, so schließt man an unserer Börse, könnte England in eine neue Stellung zum übrigen Europa bringen. Daher die Reaction in den Consols, während der Umstand, daß beträchtliche Käufe spanischer Fonds effectuirt worden, und dieselben getiegen sind, einigermaaßen obige Ansicht bestätigt, daß die Lage des französischen Ministeriums auf die englischen Fonds eingewirkt habe. Man behauptet ferner, wiewohl ohne guten Grund, daß sehr ungünstige Nachrichten aus Ostindien in London eingetroffen seien." (Die Nachricht, daß die indische Compagnie zwei, wo nicht gar drei Kriege zu gleicher Zeit zu führen haben wird, mag allerdings die Consols auch afficirt haben.) — Der Globe bemerkt: „Die spanischen Bons erregen jetzt viele Aufmerksamkeit, und versprechen nochmals ein Lieblingsgegenstand der Speculation zu werden. Es ist ziemliche Aussicht vorhanden, daß der bevorstehende Ministerwechsel in Frankreich Männer ins Cabinet bringen werde, welche für die Liberale Partei in Spanien günstig gestimmt sind. In diesem Falle würde der Bürgerkrieg natürlich bald zu Ende gehen, und es ließe sich einige Besserung in den Finanzen jenes zerrütteten Reichs erwarten. Der jetzige Preis der spanischen Fonds steht so niedrig, daß, wer sie kauft und auch sieben Jahre lang liegen läßt, doch am Ende wohl Gewinn daraus ziehen muß, abgesehen von der Chance ihres baldigen Steigens. Ob Don Carlos oder Isabelle als rechtmäßiger Souverain erklärt werde, diese Bons müssen von ihnen anerkannt werden. Die englischen Bonsinhaber haben lange und mit Geduld gelitten, und es würde uns freuen, wenn sich ihnen eine Aussicht eröffnete, ihr Eigenthum zum Theil, wenn nicht ganz, wieder zu erlangen." Galignani's Messenger bemerkt hierzu: „Dieser Börsenartikel sieht wie eine Einladung zum Speculiren in spanischen Papieren aus, aber hoffentlich

wird ſich Niemand darauf einlaſſen, der nur halb bei geſunden Sinnen iſt."

Frankreich.

Der Moniteur erklärt die Angabe des Commerce, als ſollen Geſchenke an die Frauen Abd-el-Kaders von der Regierung abgeſchickt werden, für grundlos.

Die Beſchlüſſe der Deputirtenkammer über ihre Geſchäftsordnung, welche in der Sitzung am 23. Jänner gefaßt wurden, ſetzen unter andern feſt, daß die Deputirten nur von der Rednerbühne und, ohne beſondere Erlaubniß der Kammer, höchſtens zweimal über denſelben Gegenſtand ſprechen dürfen, und die Redner für und gegen eine Frage regelmäßig mit einander abwechſeln ſollen.

Der Duc de Coigny iſt zum Präſidenten der Commiſſion für Beaufſichtigung der königlichen Theater ernannt worden.

Von einer neuen republikaniſchen Zeitſchrift, die alle 14 Tage erſcheinen wird, la Revue du Progrès, iſt das erſte Heft erſchienen. Daſſelbe enthält eine Abhandlung von Arago über das Verhältniß der Maſchinen zu dem Wohlbefinden der arbeitenden Claſſen.

Am Schluſſe unſeres Blattes erhalten wir auf außerordentlichem Wege Pariſer Zeitungen vom 25. Jänner. Unverbürgte Gerüchte und erfundene Miniſterliſten ſind alles, was man über den Stand der Cabinetskriſis erfährt. Marſchall Soult hatte am 24. eine neue Unterredung mit dem Könige und ſoll (dem Journal des Debats zufolge) erklärt haben, er hoffe bis nächſten Sonntag (27.) Sr. Majeſtät einige Vorſchläge zur Bildung eines neuen Cabinets vorlegen zu können. — Die Preſſe dagegen will wiſſen, der Marſchall habe den ihm gegebenen Auftrag abgelehnt. — Mittlerweile waren der König, die Königinn und die ganze königliche Familie nach dem Schloſſe von Dreux abgegangen, um daſelbſt der Beiſetzung der Leiche der Herzoginn Marie v. Würtemberg beizuwohnen. Am 26. Abends wurde der König wieder in Paris erwartet. — Die uns durch außerordentliche Gelegenheit zugekommene Frankfurter Oberpoſtamtszeitung vom 28. Jänner meldet in einem Poſtſcriptum: „Heute (am 27. Jänner) hier eingelaufene Nachrichten melden, daß Soult den Vorſitz im Conſeil definitiv angenommen habe." Das Frankfurter Journal vom 28. meldet: „Ueber Straßburg iſt von Paris durch eine telegraphiſche Depeſche die Nachricht dahier eingetroffen, daß Marſchall Soult zum Conſeilspräſidenten ernannt worden iſt."

Das Journal des Debats ſpottet abermals über die Coalition und ihre Bemühungen, ein Cabinet zu bilden. „Wir ſind neugierig zu ſehen," heißt es in gedachtem Journal, „durch welches Wunder von Geſchicklichkeit die Coalition Mittel finden wird, die Stimmen der HH. Garnier-Pagès und Berryer, der HH. Duvergier de Hauranne und Dupont (de l'Eure), die Urheber der Septembergeſetze und der Wortführer des allgemeinen Stimmrechts, für ihr Cabinet zu gewinnen. Die Häupter der Coalition, nachdem ſie die gegenwärtigen Miniſter aus dem Amte getrieben, können deßhalb nicht hoffen, ſie ihrer Majorität zu berauben. Die Coalition muß aus ihren eigenen Hülfsquellen ein mehr parlamentariſches Cabinet, als das vom 15. April, und eine ſtärkere Majorität, als die, von welcher jenes Cabinet unterſtützt wurde, herbeizuſchaffen im Stande ſeyn, widrigenfalls ſie dem Argwohn nicht entgehen kann, den das Land bereits gegen ſie und ihre Führer hegt. Ihre Majorität — ihre Kammer — muß nothwendigerweiſe aus Republikanern und Legitimiſten, aus der Linken und aus Doctrinairs zuſammengeſetzt ſeyn, und das Wunder ihrer Politik wird ſeyn, eine Adminiſtration ins Leben zu rufen, deren Perſonal und deren Programm eine ſolche Majorität zu befriedigen vermag."

Am 25. Jänner 5Percents 110 Fr. 50. Fin Courant geſchloſſen zu 110 Fr. 60. 3Percents 78 Fr. 80. Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 80.

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 23. Jänner nahm Hr. Dumortier das Wort und ſagte: „Meine Herren! Die Commiſſion, welcher das von dem Finanzminiſter vorgeſchlagene Project geſtern zugeſchickt worden, hat mich beauftragt, Ihnen ihren Bericht abzuſtatten. Meine Herren! Die Stellung, welche das Land durch die Adreſſen beider Kammern eingenommen, mußte die Regierung dahin führen, unſere Armee auf einen reſpectablen Fuß zu ſetzen, um jeden fremden Einfall und Angriff zurückweiſen zu können. Heute, da der Feind ſeine Kräfte verſtärkt hat, hat die Regierung ſich beeilt, unſere Gränzen vor einer holländiſchen Invaſion zu ſchützen, indem ſie die Beurlaubten, die man auf unbeſtimmten Urlaub in ihre Heimath zurückgeſendet hatte, wieder unter die Fahnen zurückrief. Dieſe Einberufung eines großen Theils unſerer Miliz erheiſchte verhältnißmäßige Hülfsquellen für den Schatz, und aus dieſem Zwecke verlangt die Regierung Ermächtigung, im voraus die Grundſteuern des erſten Semeſters von 1839 erheben zu dürfen. Ihre Commiſſion konnte nur der durch die Regierung ergriffenen Maaßregel, welche zu der Vertheidigung der Ehre der Nation und Integrität unſeres Gebietes beitragen kann, ihren Beifall bezeigen. Sie ſchlägt Ihnen alſo vor, dem Ihnen vorgeſchlagenen Geſetzproject, welches zum Zwecke hat, die Regierung in Stand zu ſetzen, den Bedürfniſſen zu ſteuern, die die ernſte Lage des Landes erfordert, Ihre Einwilligung zu gewähren. Meine Herren! Belgien befindet ſich in einem jener feierlichen Momente, die über das Glück der Nationen entſcheiden. Unſern heiligſten Rechten hat man noch nicht Gerechtigkeit widerfahren laſſen, aber der Patriotismus unſerer Armee iſt uns Bürge, daß ſie Allem entſprechen wird, was das Land ein Recht hat zu fordern. Nachdem wir in unſerer Adreſſe Europa ein Pfand des Friedens angeboten, haben wir erklärt, daß für die Vertheidigung der gerechten Sache uns kein Opfer zu ſchwer fallen werde. Laſſen Sie uns durch unſer erſtes Votum beweiſen, daß die Nation nie von der Linie weichen wird, welche ihr die Ehre und die Würde des Landes bezeichnen. (Lebhafter Beifall.) — Hr. von Reneſſe hält eine Rede zu Gunſten des Projects, und ſpricht zugleich über die Frage des Vertrags der 24 Artikel. Er behauptet, daß dieſer Vertrag nicht mehr bindend für Belgien ſei, und daß das Land Limburg und Luxemburg weder aufgeben dürfe noch könne. — Hr. Dechamps hält eine Rede, in welcher er zum Widerſtande räth, weil er überzeugt iſt, daß die Mächte nicht Gewalt brauchen dürfen, um von Belgien die Ausführung des Vertrages zu erzwingen. — Hr. Pirſon: „Ich muß eine Frage ſtellen, die ſich auf ein Journal bezieht, welches hier für das der Regierung gilt. Dieſes Journal hat im Sinne des Journal des Debats geſprochen, um uns auf den Augenblick vorzubereiten, wo man uns ſagen wird: „Wir haben Alles gethan, was menſchenmöglich war, doch müſſen wir uns reſigniren." Ich bin überzeugt, daß die Diplomatie gethan hat, was ſie konnte, aber es gibt noch etwas Anderes zu thun; im menſchlichen Bereich liegt noch, zu den Waffen zu greifen. Nun wohl! ſo lange man nicht zu den Waffen gegriffen hat, ſo lange hat man noch nicht gethan, was menſchenmöglich iſt. Es frägt ſich jetzt, ob der Inde-

pendant uns nicht leise angedeutet hat, was uns widerfahren muß. Der Herr Minister hat oft gesagt, daß die Regierung kein anderes Organ habe, als den Moniteur. Aber außerhalb, in Paris zum Beispiel, glaubt Jedermann, der Independant sei das Journal der Regierung. Ich fordere also, daß in dieser Kammer der Herr Minister den Independant desavouire. — Der Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten: „Es ist so oft gesagt worden, die Regierung habe kein anderes Organ, als den Moniteur, so daß die Erklärung, die Hr. Pirson verlangt, überflüssig ist. Jedoch erkläre ich, daß der Independant so wenig als irgend ein anderes Journal ein Organ der Regierung ist.“ — Die Discussion wurde geschlossen und das Project einstimmig angenommen.

Wien.

Die allgemeine Hofkammer hat, einverständlich mit der k. k. vereinigten Hofkanzlei, und dem k. k. obersten Gerichtshofe, den Conceptspractikanten der Hof- und niederösterr. Kammerprocuratur, Dr. Bernhard Prohaska, zum Fiscaladjuncten bei der gallizischen Kammerprocuratur ernannt.

Der Ausschuß des Wiener allgemeinen Witwen- und Waisen-Pensionsinstitutes macht mit einer, dem Intelligenzblatte der k. k. priv. Wienerzeitung vom 30. Juli, 11. und 18. August 1838 eingeschalteten Kundmachung ad Nr. exh. 217 bekannt, **daß vom 1. September 1838 an der Beitritt neuer Mitglieder zu diesem Institute** auf Grundlage neuer Statuten vom 18. Februar 1838 **wieder eröffnet ist,** und daß sofort **von nun an** Aufnahmsgesuche in der Institutskanzlei (am neuen Markte Nr. 1054), woselbst auch Formularien hierzu, gleichwie die neuen Statuten, Jahresausweise, und alle sonstigen Kundmachungen des Institutes zu haben sind, angenommen werden.

Eben diese Bekanntmachung enthält die Auseinandersetzung der wichtigen Vortheile, welche dieses Institut seinen neu beitretenden Mitgliedern zu gewähren in der Lage ist, und welche vorzüglich aus dem Vorhandenseyn von einem, bereits eine Million Gulden C. M. übersteigenden Capitale, welches nach und nach mit seiner Wirksamkeit und seinem Eigenthume ausschließend den neu beitretenden Mitgliedern zu Guten kommen wird; — aus der völlig unentgeldlichen Administration; — aus der in zwölf Quartale eingetheilten Rateneinzahlung der zu leistenden Einlagen; — aus der Offenhaltung der mehrfachen Mitgliedschaft; — aus der in gewissen Fällen sogar sammt vierpercentigen Zinsen Statt findenden Rückerstattung der Einlagen; — aus dem Systeme der Dividendenzahlung; — aus der in der Folge nothwendig über das Normalausmaß von 600 fl., 300 fl. und 150 fl. (je nach den drei Classen) steigenden Erhöhung der Pensionen; — aus den bisherigen Erfahrungen und Ersparungen des Institutes, und vorzugsweise aus dem Umstande resultiren, daß der durch den Beitritt erlangte Pensions-Anspruch nicht nur individuell für die Gattinn, sondern **durch dieselbe Einlage** zugleich auch **für die** mit dieser Gattinn erzeugten, und für die in das Institut mitgebrachten ehelichen **Kinder des Mitgliedes,** ohne nämlich für dieselben einer besonderen Einlage zu bedürfen, erworben wird, und daß bei dem Wegfallen der Pensionbeziehenden Witwe oder Waise der Genuß **der ganzen Pension** auf die übrigen Antheilnehmer an dieser Pension übergeht.

Eben diese Kundmachung enthält endlich die Einladung, daß diejenigen Männer in den Hauptstädten, und an andern ansehnlichen Orten der k. k. Provinzen, welche für das Institut die unentgeldliche Agentie (jedoch, wie sich von selbst ergibt, gegen Vergütung der baaren Auslagen) und hiernach die menschenfreundliche und uneigennützige Mühewaltung der Verschleißung von Statuten, Formularien zu Aufnahmsgesuchen, Jahresausweisen und sonstigen Kundmachungen desselben zu übernehmen bereit wären, ihren dießfälligen Antrag der Institutsdirection einsenden wollen.

Vom Wiener allgemeinen Witwen- und Waisen-Pensionsinstitute.

Aloys Veranek,
k. k. wirk. niederösterr. Appellationsrath,
Institutsdirector.

Em. Thom. Hohler,
fürstl. Schwarzenbergischer Rath,
Institutssecretär.

Bei der am 1. d. M. vorgenommenen vierten Verloosung der Serien des Anlehens vom Jahre 1834 per 25,000,000 fl. sind folgende siebzig Serien gezogen worden: 25. 92. 107. 115. 129. 187. 195. 221. 237. 382. 430. 490. 528. 553. 594. 597. 604. 616. 646. 741. 751. 859. 919. 922. 943. 960. 1011. 1050. 1079. 1102. 1161. 1264. 1277. 1297. 1298. 1319. 1357. 1389. 1399. 1404. 1405. 1414. 1499. 1538. 1551. 1609. 1672. 1716. 1726. 1804. 1889. 1950. 1994. 2041. 2073. 2094. 2126. 2127. 2157. 2188. 2247. 2259. 2266. 2270. 2274. 2313. 2314. 2410. 2498. 2499. — Die Verloosung der in den gezogenen Serien enthaltenen Schuldverschreibungen wird am 1. Mai d. J. vorgenommen werden.

Am 1. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			—.
Bankactien pr. Stück 1470 in CM.			

Neueste Nachrichten.

Laut gestern mit außerordentlicher Gelegenheit angelangten Nachrichten aus London vom 24. Jänner waren daselbst am vorhergehenden Tage die Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einstimmig über den Entwurf eines Tractats zwischen den Niederlanden und Belgien übereingekommen und hatten beschlossen, denselben, im Namen der fünf Mächte, den Höfen vom Haag und Brüssel zur Annahme vorzulegen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 34

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 3. Februar 1839.

W. u. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 1. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.164	27 8 11	— 5.3	W.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.218	27 11 7	— 2.6	W.	mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.256	28 0 1	— 4.5	W.	stark.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Die Times, welche sich bekanntermaaßen zu Gunsten einer Aenderung der (im Jahre 1815 eingeführten) Korngesetze ausgesprochen hat, sagt zur Vertheidigung dieser Maaßregel unter Anderm: „Man führt an, wenn die Getreidegesetze aufgehoben würden, so würde die Hälfte des Pfluglandes in Großbritannien wüste liegen müssen; viele Millionen, die im Vertrauen auf dieses schützende Gesetz in Gebäuden, Werkzeugen und wichtigen Verbesserungen angelegt worden seien, würden nun unfruchtbar bleiben; die Grundeigenthümer und die Pächter würden zusammen ins Verderben stürzen. Die Antwort darauf ist aber einfach die: Ein großer Theil des Landes, das jetzt unter dem Pflug steht, hätte nie der Weide entzogen werden sollen, solche Grundstücke müßten in den jetzigen Verhältnissen Englands schon längst nothwendig zur Mästung von Vieh verwendet werden; die Benutzung der Grundstücke zu diesem wichtigen Zwecke würde bewirken, daß der Preis der Fleischwaaren herunterginge, die nun für die arbeitenden Classen fast nicht zu erschwingen sind, während jetzt, wo dieß Weideland in Pfluglland verwendet ist, der Preis des Brotes, von dem doch die Erhaltung des Lebens abhängt, dadurch nur vertheuert ist. Was würden denn unsere Grundeigenthümer sagen, wenn ein Theil des schweren Kleienbodens in Wiltshire in Weinberge verwandelt, auf denselben Trauben unter Glas gezogen und dann Eingangsabgaben eingeführt würden, welche die Einfuhr aller fremden Weine unmöglich machten, bloß um diesen inländischen Weinbauer aufzumuntern, der dadurch in den Stand gesetzt würde, den brittischen Grundeigenthümern sein saures und unschmackhaftes Getränk 50 pCt. theurer aufzudringen, als ihnen die schönsten fremden Clarets und Champagner zu stehen kämen? Ganz derselbe Fall ist es, wenn man durch Zölle und Einfuhrverbote die theure und schlechtere Getreide-Erzeugung auf einem unfruchtbaren Boden unterstützt, der vielen unserer fleißigen Arbeiter Fleisch zu gemäßigten Preisen liefern könnte. Der Haupteinwand gegen die jetzige Benutzung unseres Bodens besteht also darin, daß das Einziehen von Weideland und dessen Verwandlung in Pfluglland, wofür es nicht geeignet ist, das zwiefache Uebel hervorruft, die Fleischwaaren sowohl als das Getreide unnatürlich theuer zu machen, die Fleischwaaren durch ihre wirkliche Seltenheit, das Getreide durch die erhöhten Kosten seiner Erzeugung. Was ferner die Art der Bestimmung der Höhe der jetzigen schwankenden Eingangszölle betrifft, ist es da nicht unerträglich, daß, wenn der Weizen in England zu 70 Sh. steht und im Auslande etwa 40 Sh. kostet, daß dann, ohne Fracht und andere Lasten, dennoch die Abgabe von fremdem Getreide noch 10 Sh. mehr beträgt? Sollen denn, wenn auf fremden Märkten der Weizen zu 40 Sh. steht, die Millionen Brotesser in England denselben hier im Lande nicht niedriger haben dürfen als 80 Sh., weil unsere Grundeigenthümer und Pächter nun einmal ihre gegenseitigen Verhältnisse so festgesetzt haben, daß wir in England keinen Weizen unter 70 Sh. haben können? Außerdem ist eine feste, jedoch mäßige Abgabe, wenn eine solche einmal Statt finden soll, einer schwankenden vorzuziehen. Sie muß jedoch natürlich nicht eine schützende Eingangsabgabe seyn und auch, unserer Ansicht nach, nicht zur Vermehrung der Einnahmen des Staates erhoben werden, sondern sie muß nur so groß seyn, daß sie den Abgaben gleichkommt, von denen die Grundeigenthümer mit Recht befreit zu werden verlangen können, wenn die bestehenden Getreidegesetze aufgehoben werden. Auf jeden Fall muß diese Aufhebung der Getreidegesetze eintreten. Das Volk in England und seine Vertreter werden in kurzem darüber beschlossen haben, und die Vortheile, die daraus unmittelbar für den Absatz unserer Fabrikate im Auslande erfolgen werden, müssen bald, durch die vermehrte Nachfrage nach Lebensmitteln im Innern, sowohl auf die Grundeigenthümer als auf die Bearbeiter des Bodens in England einwirken. Wir wollen nur noch hinzufügen, daß die Ränke der Minister, diese große volksthümliche Frage zu einem Werkzeuge ihres eigenen parteisüchtigen und gewinnsüchtigen Eigennutzes herabzuwürdigen, noch ehe ein Monat vergangen ist, schrecklich auf sie selbst zurückfallen werden.“ — Auf letztere Bemerkung wird von ministeriellen Blättern entgegnet, daß es gerade umgekehrt scheine, als hätte ein Theil der Tories Lust, sich dieser populären Frage zu persönlichen Parteizwecken zu benutzen, wie einst der Herzog von Wellington und Sir Robert Peel es mit der Emancipation der irländischen Katholiken gemacht, der sie sich lange widersetzt, um sie dann selbst durchzuführen und die Popularität der Maaßregel zu ihren Gunsten auszubeuten.

Der Globe erklärt sich gegen die jetzige Einrichtung der großen Juries. Da jetzt nicht mehr, wie zu Zeiten ihrer Einrichtung, nur alle sieben Jahre an einem Orte Gericht gehalten werde, so sei auch ihr vorläufiger Ausspruch, durch den man früher einem unschuldig Angeklagten die lange Verhaftung bis zum Gerichtstage habe ersparen wollen, unnöthig und könne leicht zu Ränken mißbraucht werden.

Der verstorbene Herzog von Buckingham war im Jahre 1776 geboren und würde im nächsten März sein 63stes Jahr vollendet haben. Im April 1796 vermählte er sich mit Lady Anna Elisabeth Brydges, der einzigen Erbinn von James Brydges, verstorbenem Herzog von Chandos. Er folgte seinem Vater, dem Marquis von Buckingham, am 11. Februar 1813, und wurde am

4. Februar 1822 vom Könige Georg IV. zum Herzog von Buckingham und Chandos ernannt. Die Herzoginn ſtarb vor einigen Jahren in Avington, allgemein geliebt und betrauert, namentlich von der ärmeren Claſſe in der Nachbarſchaft, der ſie in der That unaufhörlich im Stillen Wohlthaten ſpendete. Durch die Herzoginn wurde der Herzog, der Repräſentant der alten Linie der Herzoge von Suffolk, von denen Einer, Charles Brandon, ſich mit Maria, Schweſter Heinrichs VIII. und verwitweten Königinn von Frankreich, vermählte, auf deren Nachkommen, in Folge einer teſtamentlichen Beſtimmung jenes Monarchen, die Krone von England übergehen ſollte, im Falle die andern Linien ausſtürben. Daher führen die Grenville's, Brydges und Temple's den Namen Plantagenet. Die Talente des Herzogs für das öffentliche Leben waren nicht gewöhnlicher Art, wie er durch ſeine Reden im Oberhauſe bewies, wo er in der letzten Zeit nicht erſchien, weil wiederholte Gichtanfälle ihm zuletzt den Gebrauch ſeiner Füße gänzlich raubten. In ſeiner Zurückgezogenheit in Stowe, ſeinem Lieblingsaufenthalt, beſchäftigte er ſich mit Literatur. Er beſaß eine ausgezeichnete Gemäldeſammlung, die viele werthvolle in Italien angekaufte Stücke enthielt, und eine ſo reiche Sammlung von Kupferſtichen, wie ſie wohl kaum Jemand beſitzt. Die graphiſchen Ausſchmückungen zu Grainger's Geſchichte von England beſchäftigten ihn mehrere Jahre und koſteten ihm mehrere tauſend Pfund. Die Künſte haben in ihm einen Freund, die Künſtler einen freigebigen Beſchützer, die Armen einen gütigen Herrn und Wohlthäter verloren. Bei ſeinen im Stillen geübten Wohlthaten ließ er ſich nie durch politiſche Rückſichten leiten. Er war, obgleich Tory, ein eifriger Vertheidiger der Emancipation der Katholiken, als dieſe Maaßregel von dem Herzoge von Wellington und Sir R. Peel vorgeſchlagen wurde, geſtand aber ſpäter in einem von ihm publicirten Schreiben ein, daß er ſich in Betreff der Folgen dieſer Maaßregel ſehr getäuſcht ſehe, denn er habe gehofft, daß dadurch der politiſchen Aufregung in Irland ein Ende gemacht werden und die Beſchäftigung mit den Künſten des Friedens an deren Stelle treten würde. Es heißt, daß der zur Whigpartei gehörige Lord Carrington an die Stelle des Herzogs von Buckingham zum Lordlieutenant der Grafſchaft ernannt werden wird. Bei der durch den Eintritt des Marquis von Chandos in das Oberhaus nothwendigen neuen Wahl für Buckinghamſhire wird zwar auch ein Whigcandidat auftreten, indeß glauben ſelbſt die miniſteriellen Blätter nicht, daß derſelbe gegen den Einfluß des neuen Herzogs von Buckingham werde ankämpfen können.

Zu Bradford fand kürzlich eine Verſammlung von 800 Frauen Statt, worin ein gewiſſer Hr. Vincent die Vortheile der politiſchen und moraliſchen Wiſſenſchaften auseinanderſetzte, und ſeine Schweſtern im Radicalismus aufforderte, ſich mit ihren Gatten und Brüdern zur Erlangung der politiſchen Rechte und der „Volkscharte" zu verbinden. In einer andern Verſammlung zu Trowbridge nannte derſelbe Vincent den toryſtiſchen Beamten Clarke einen Menſchen, deſſen Beine zwei Stecken, deſſen Bauch ein Bierfaß und deſſen Kopf ein Kürbis ſei. Vincent wurde von einer doppelten Reihe Weiber im Triumph nach Hauſe geleitet!

Frankreich.

Man lieſt in dem Journal l'Armee: „Der Hr. Generallieutenant Bernard hat ſeit September 1836, wo er ins Kriegsminiſterium eintrat, eine Menge nützlicher Maaßregeln ins Daſeyn gerufen. Ohne von den Vorſchlägen zu reden, die man dieſes Jahr den Kammern zu machen gedenkt, können wir ſagen, daß wegen des Soldes verſchiedene Beſchlüſſe gefaßt wurden, welche die Armee mit Dank anerkennt; und hat der ſo wichtige Dienſt der Spitäler nicht die lobenswürdigſten Einrichtungen erhalten? Das Nämliche können wir von dem Dienſt der Kleidung, des Lagers und beſonders der Lebensmittel ſagen. Haben nicht die Betten, die militäriſchen Leichenbegängniſſe, die Feuerung, zu Verfügungen Anlaß gegeben, welche, bei allen Erſparniſſen, das Wohlſeyn des Soldaten immer mehr ſicherten? Eine neue Einrichtung des Examens für die Aufnahme in die polytechniſche und in die Militärſchule von Saint Cyr, die Ausbildung und Verbreitung des Regimentsunterrichts, eine günſtigere Feſtſetzung der Penſionen, die Verbeſſerungen in dem Avancement, in der Invalidenverwaltung, in der Kaſernirung, in den Kanonengießereien, in den Zeughäuſern, in den Waffenmanufacturen, in der Pulverfabrikation, ſind das nicht die ſchönſten Titel, die ein Kriegsminiſter aufweiſen kann?"

Belgien.

Ihre Majeſtät die Königinn iſt am 24. Jänner Abends von Paris im Schloſſe Laeken angekommen.

Der Senat iſt für den 31. Jänner zuſammenberufen.

Die Gläubiger der belgiſchen Bank haben ſich am 24. Jänner im Local des Appelhofes vor den Räthen Willems und Corbiſier vereinigt, um über den Antrag auf eine definitive Stundung vernommen zu werden. Die Commiſſäre der Gläubiger und der Regierung wohnten dieſer Verſammlung bei. Der Director Ch. de Brouckere hat die Lage der Bank geſchildert, woraus hervorgeht, daß mit Hülfe der von dem Staat und von den Schulden, welche während der Monate Jänner, Februar und März liquidirt und zahlbar ſind, erlangten Subſidien, die Gläubiger, welche ſchon am 30. Jänner 60 Percent erhoben haben können, die übrigen 40 vor dem 1. April erhalten werden. Nachdem die Commiſſäre der Gläubiger und der Regierung die Genauigkeit des durch den Bankdirector abgelegten Rapports beſtätigt hatten, erklärten alle Gegenwärtigen ſich bereit, die Forderung eines halbjährigen Aufſchubs vom verfloſſenen 20. December an, zu bewilligen; ſie wurde jedoch durch zwei von zwei abweſenden Gläubigern abgefaßten Procuras beſeitigt. — Obwohl die Hülfsquellen der Bank keinen ſo langen Aufſchub erfordern, um der Zahlung der noch laufenden Schulden zu genügen, ſo haben die beſondern Umſtände, in welchen ſich Handel und Induſtrie befinden, dieſe Vorſichtsmaaßregel motivirt. Die Bank wurde durch ihren Director und die Adminiſtratoren HH. Koch und Deswerk, unterſtützt von drei Advocaten, den HH. Mascart, van Overbéke und Verhaegen, repräſentirt. — Der Adminiſtrator, Hr. Davignon, iſt wegen dringender Geſchäfte abweſend; Graf Villain XIIII. wohnte der Sitzung nicht bei.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die Schweizer Zeitungen liefern fortwährend Schilderungen von Unglücksfällen, die der Sturm der letzten Tage im Gebirge verurſacht hat. Am 17. Jänner fuhren zwei junge Männer aus dem Graubündner'ſchen Zernetz, um Streue einzubringen. Eine Strecke vom Dorfe wurden ſie von einer Lawine überſchüttet. Die Nachricht kam ins Dorf; alsbald läutete man alle Glocken, und alle Männer eilten zur Hülfe hinaus. Aber von Mittag bis

Abends war keine Spur von den Verunglückten gefunden worden. Am gleichen Tage sahen die Bewohner Netstalls, im Canton Glarus, wie plötzlich von dem nahen hohen, steilen Felsengebirge, Wippis genannt, eine unermeßliche Masse Schnee herabstürzte, sich wie eine vom Sonnenglanz erhellte Wolke über das ganze Dorf verbreitete, so daß man nur noch das Wirbelspiel der silberhellen Lawine sehen konnte. Alles war in banger Erwartung, was daraus entstehen werde. Eine kleine Viertelstunde — und man sah in der reformirten und der katholischen Kirche größtentheils die Fenster zerstört und Alles hoch mit Schnee bedeckt; Häuser ganz und zum Theil abgedeckt, Kamine umgeworfen, Bäume entwurzelt zur Erde liegen, und Menschen, die sich nicht in ein Haus flüchten konnten, nach ihrer ganzen Länge auf die Straße dahingestreckt. Doch soll Niemand körperlichen Schaden gelitten haben.

Illyrien.

Triest, 30. Jänner. Das Journal des Oesterreichischen Lloyd enthält folgende Anzeige: „Durchdrungen von den lebhaftesten Dankgefühlen gegen den besten Monarchen, bringt der Verwaltungsrath der Dampfschiffahrtsgesellschaft des österreichischen Lloyd zur allgemeinen Kenntniß, daß Se. k. k. Majestät, unterm 20. December 1838 in Folge allerhöchster Entschließung geruht haben: 1) den Dampfbooten des österreichischen Lloyd künftig die gebührenfreie Behandlung als Postpacketboote, gleich jenen unmittelbar der Regierung angehörigen Kriegsschiffen, allergnädigst zu bewilligen. Demnach sind dieselben künftig 2) aller Aerarial-Hafengebühren in den Häfen der österreichischen Monarchie enthoben; 3) sind denselben die österreichischen Consular-Schiffgebühren in den fremden Häfen erlassen. Ferner werden: 4) die k. k. Postämter die für Postversendungen durch die Postpacketboote eingehenden Gebühren künftig ganz und ausschließend der Gesellschaft des österreichischen Lloyd überlassen; 5) wird die Befahrung der Strecke zwischen Triest und Venedig durch Dampfboote, der Gesellschaft des österreichischen Lloyd bis zum letzten December 1842 ausschließend zugesichert; 6) sind die ausländischen Dampfschiffe — insofern sie nicht vertragsmäßig dazu berechtigt sind — von der Küstenfahrt zwischen inländischen Seeplätzen ausgeschlossen. An diese allergnädigsten Zugeständnisse reihen wir auch noch die bereits im vorigen Monate bekanntgegebene große Begünstigung, die wir hier wiederholt veröffentlichen: Die k. k. hohe Hofkammer hat mit Erlaß vom 7. November 1838, Nr. 28,700, dem Verwaltungsrathe der Dampfschiffahrtsgesellschaft des österreichischen Lloyd durch k. k. Gubernialdecret dd. 26. November 1838, Nr. 27,955, die Bewilligung ertheilt, einen beeideten Sanitätsguardian an Bord der Dampfschiffe nehmen zu dürfen, welche die regelmäßigen und periodischen Reisen zwischen Triest und Syra machen und auf dieser Fahrt Ancona, Corfu, Patras und Athen berühren. — Durch diese Vergünstigung mindert sich die Quarantainezeit in Triest um eben so viele Tage, als das Dampfboot von dem letzten Hafen, welcher der Contumaz unterliegt, zur Reise bis Triest aufwendet, vorausgesetzt, daß das Dampfboot mit reinem Patent (fede di patente netta) versehen sei. — Diese neue Maaßregel ist mit dem 1. Jänner 1839 ins Leben getreten, und gewährt den doppelten Vortheil, daß die Contumazzeit in Triest sich um 5 bis 6 Tage abkürzt, je nachdem die Reisen durch die Witterung mehr oder minder begünstigt sind, und daß ferner die Dampfboote immer in freier Practik von hier abgehen, daher die Passagiere, welche von hier nach Ancona reisen, dort keiner Quarantaine unterworfen sind, wie dieß bisher zuweilen und zwar bei solchen Dampfbooten der Fall war, welche vor Ablauf der vollen Contumazzeit, folglich außer Practik, von hier abgingen."

Wien.

Die vereinigte Hofkanzlei hat dem Doctor der Medizin und Chirurgie, Franz Wirer Ritter von Rettenbach in Wien, die Annahme des Diploms der Hufeland'schen medicinisch-chirurgischen Gesellschaft zu Berlin gestattet.

Die vereinigte Hofkanzlei hat dem Dr. der Medizin, Johann Sterz in Wien, die Annahme des Diploms der Hufeland'schen medicinisch-chirurgischen Gesellschaft zu Berlin gestattet.

Das k. k. Institut der Wissenschaften und Künste, die Akademie der bildenden Künste und die technischen Schulen in der Lombardie.

Die Emporbringung des öffentlichen Unterrichts und seine Verbreitung unter alle Classen des Volkes bildete von jeher den Gegenstand der besondern Sorgfalt der k. k. Regierung. Die Ausdehnung und Verbreitung, welche der Elementarunterricht in den lombardischen Provinzen während der letzten zwanzig Jahre erhielt, die Regelung des Planes der Gymnasial- und philosophischen Studien, die verbesserte Einrichtung der Landesuniversität und die die reiche Ausstattung der damit verbundenen Anstalten gelten als die sprechendsten Belege dafür. Doch entging der Regierung nicht, daß noch Manches zur Vervollständigung des Unterrichtsplanes zu thun übrig blieb; sie erforschte das Bedürfniß, suchte nach den Mitteln, es zu befriedigen, und bereitete in sorgfältiger Berücksichtigung des fortgeschrittenen Geistes der Civilisation, den reiflich erwogenen Plan zur Ausfüllung der noch fühlbaren Lücken des Unterrichtssystems vor. Zwar war für den Unterricht und die religiöse Bildung der untern Volksclassen durch die bis in die entfernteste Gemeinde des Königreichs verbreiteten Elementarschulen zureichend gesorgt, die wissenschaftliche Vorbildung und der höhere Unterricht für die gelehrten Berufsstände fanden ihre Pflege in den zahlreichen Gymnasien, den Lyceen und der reich dotirten Universität. Aber zwischen diesen beiden Berufsclassen hatte sich eine dritte, die industrielle, blühend entwickelt, und fühlte in der glücklichen Nacheiferung der hierin am weitesten vorgeschrittenen Nationen das Bedürfniß, ihre gewinnreiche Beschäftigung auf die Grundlage eines wissenschaftlichen speciellen Unterrichtes zu stützen. In dem allgemeinen Plane des österreichischen Unterrichtswesens war durch die Anschließung der Real- und technischen Schulen an die Elementarschulen Vorsorge dafür getroffen; es fehlte aber noch dessen Ausführung in den lombardischen Provinzen. — Die schönen Künste, sowohl in ihrer höhern Bestimmung für die Erheiterung des Lebens als in ihrer practischen Anwendung zur Veredlung und Vervollkommnung der Gewerbe, waren mehr als sonst ein Gemeingut des Volkes geworden, und hatten in ihrer Geltung und Bedeutung einen höhern Rang im geselligen Leben genommen; sie wurden in der eigens hierfür bestehenden Akademie gelehrt und gepflegt, doch ermangelte dieser Kunstanstalt noch die festere Begründung und eine dem Bedürfnisse entsprechende Einrichtung. — Endlich stellte der hohe Einfluß, welchen die positiven Wissenschaften auf die Ausbildung der in das practische Leben eingreifenden Berufs- und öffentlichen Anstalten gewonnen hatten, die Nothwendigkeit heraus, für die Pflege und Fortbildung

dieſer Wiſſenſchaften mit Hinſicht auf ihre practiſche Richtung auch außerhalb der Schule zu ſorgen, und die Fortſchritte und Entdeckungen, welche täglich das Feld des Wiſſens erweitern, feſtzuhalten und ſich anzueignen. Dieſen Zweck verfolgte das Inſtitut der Wiſſenſchaften; aber die Zahl ſeiner Mitglieder war durch Tod und Siechthum gelichtet, ſeine aus früherer Zeit datirende Einrichtung entſprach nicht mehr dem gegenwärtigen Zuſtande der Wiſſenſchaften und den neuen durch das Aufblühen der Gewerbthätigkeit geſchaffenen Bedürfniſſen.

Es blieb der ſegensreichen Ankunft Sr. Majeſtät des Kaiſers Ferdinand in der Lombardie vorbehalten, dieſe freudenreiche Epoche nebſt ſo vielen andern Wohlthaten auch durch die Vervollkommnung der Unterrichts- und gelehrten Anſtalten im ſegnenden Andenken der Mit- und Nachwelt feſtzuhalten. Se. Majeſtät decretirte die Einführung der techniſchen Schulen, die Organiſirung der k. k. Akademie der ſchönen Künſte und rief das neue Inſtitut der Wiſſenſchaften ins Leben.

Das Inſtitut beſteht aus drei Claſſen von Mitgliedern, aus wirklichen, correſpondirenden und Ehrenmitgliedern. Die erſtern ſind vierzig an der Zahl, von denen zwanzig einen Jahresgehalt von 1200 öſterreichiſche Lire genießen, welcher mit jedwedem andern Bezuge cumulirt werden kann. Der Zweck des Inſtitutes iſt auf die Beförderung jener Studien gerichtet, die einen unmittelbaren und hauptſächlichen Einfluß auf die Wohlfahrt und die allgemeine wiſſenſchaftliche Ausbildung der lombardiſchen Provinzen haben. Das Inſtitut wendet demnach zunächſt ſeine Sorgfalt und ſeine Thätigkeit jenen Forſchungen zu, welche auf die Beförderung des Ackerbaues, der Induſtrie und des Handels, wie auch der ſchönen Wiſſenſchaften abzielen. Demſelben liegt die Zuerkennung der Induſtrieprämien ob, welche von der Staatsverwaltung bei den abwechſelnd in Mailand und Venedig Statt findenden alljährlichen Gewerbsausſtellungen an jene lombardiſch-venetianiſchen Unterthanen vertheilt werden, die nützliche Erfindungen im Gebiete des Ackerbaues oder der Gewerbe gemacht oder neue Induſtriezweige und Quellen der Wohlfahrt entweder aufgefunden oder in das Land eingeführt haben. Und damit das Publicum die Arbeiten dieſes erſten und wiſſenſchaftlichen Körpers in der Lombardie deſto eher zu kennen und zu würdigen im Stande ſei, iſt die Verfügung getroffen worden, daß das in der literariſchen Welt durch die Gediegenheit ſeiner Aufſätze einen altherbegründeten Ruf genießende kritiſche Journal „La Biblioteca italiana," von dem wirklichen Amtsantritte der neuen Mitglieder des Inſtituts angefangen, von demſelben übernommen und in ein „Giornale dell' I. R. Istituto delle scienze, lettere ed arti" umgewandelt werde, in welcher mit möglichſter Beſchleunigung die Ausarbeitungen der Mitglieder eingerückt, und auf dieſem Wege veröffentlicht werden ſollen.

Auch die k. k. Akademie der bildenden Künſte zu Mailand, welche urſprünglich von der unſterblichen Kaiſerinn Maria Thereſia geſtiftet worden, bisher aber nur proviſoriſch regulirt war, wurde nun durch eine ſtändige Organiſirung definitiv begründet, ihr Anſehen durch die Feſtſtellung eines höhern Ranges für die Profeſſoren vermehrt, dieſelbe durch die Beifügung ordentlicher und außerordentlicher Räthe, durch Ehren- und Kunſtmitglieder erweitert, und endlich ein reichlicher Fond zum Behufe der Vertheilung von jährlichen und zweijährigen Aufmunterungspreiſen ihr angewieſen. Solchergeſtalt umſichtig und dauerhaft begründet, kann dieſer ausgezeichnete akademiſche Körper nur zu den erfreulichſten Erwartungen eines ſtets zunehmenden Flors und fortſchreitender Ausbildung in den ſchönen Künſten berechtigen.

Endlich war noch in Bezug auf den bereits zu einem ſo hohen Grade des Gedeihens vorgeſchrittenen Elementarunterricht einem lebhaften Bedürfniſſe — jenem der techniſchen Schulanſtalten nämlich — abzuhelfen. Und auch dieſe würden von der unerſchöpflichen Gnade des Monarchen, ſowohl in Mailand als in Venedig, ins Leben gerufen. Nach Errichtung der niederen Elementar- (oder ſogenannten Trivial-) Schulen in ſämmtlichen Gemeinden, nach Eröffnung von Hauptſchulen mit vier Claſſen in den Provinzial-Hauptſtädten (Delegations-Städten), ſind es eben die techniſchen (oder Real-) Schulen, welche die Wohlthat der in dem organiſchen Schulplane vom 7. December 1818 mit der gründlichſten Sachkenntniß angeordneten Unterrichtsanſtalten vollenden, indem ſie den in den Elementarſchulen ertheilten Unterricht fortführen und zur Ausbildung jener jungen Leute dienen, welche ſich keinem gelehrten Berufe oder wiſſenſchaftlichen Laufbahn, ſondern dem Handel, der Landwirthſchaft, den Gewerben und Handwerken widmen. In dieſem, hierlandes neuen und die erfreulichſten Reſultate verſprechenden Inſtitute erhalten jene Individuen, die ſich für den Handel ausbilden wollen, nebſt dem Unterrichte in ihrer Mutterſprache, auch die Unterweiſung in der franzöſiſchen und teutſchen Sprache, in der Handelswiſſenſchaft, Kalligraphie, Geſchichte, Geographie, Buchhaltungskunde und Handelscorreſpondenz; jene, die ſich auf Induſtrie und Gewerbe verlegen, lernen Phyſik, Naturgeſchichte, dann Chemie in ihrer Anwendung auf Gewerbe; diejenigen endlich, welche in den ſchönen Künſten vorſchreiten wollen, werden im Zeichnen unterrichtet. So gewähren denn, während die Gymnaſien, Lyceen und die Landesuniverſität die Mittel zur ſtufenweiſen Ausbildung derjenigen darbieten, die ſich den Wiſſenſchaften, der Literatur und den gelehrten Berufsſtänden widmen, die vier Claſſen der Elementar-Hauptſchulen und die neuen techniſchen Schulen einen regelmäßigen und vollſtändigen Unterricht für die gewerbtreibende Bevölkerung. Auf dieſe Weiſe iſt nun der öffentliche Unterricht in den lombardiſchen Provinzen durch die weiſen und großmüthigen Verfügungen unſeres vielgeliebten Landesfürſten ſo geordnet, vertheilt und vermehrt, daß jede Claſſe des Volkes ſich diejenigen Kenntniſſe und Belehrungen, welche weſentlich zur moraliſchen und bürgerlichen Ausbildung der Geſellſchaft beitragen, vollſtändig verſchaffen kann.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe, Dorotheergaſſe Nr. 1108.

Im Comptoir des öſterreichiſchen Beobachters iſt erſchienen das zwölfte Heft der militäriſchen Zeitſchrift 1838. Dieſes enthält folgende Aufſätze: I. Ueber die Gliederzahl der Infanterie. II. Schluß des Feldzuges 1745 in Italien. Mit dem Plane des Treffens bei Baſſignana. III. Schluß des Feldzuges in Sicilien 1734 bis 1735. IV. Neueſte Militärveränderungen. V. Miszellen und Notizen. — In dieſem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1839 der militäriſchen Zeitſchrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

W
1·K.
ZEITUNG
1839

№ 35

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 4. Februar 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 3. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.408	283. 2Z. 0P.	— 3.8	W.	mittel.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.423	28 2 3	— 1.8	W.	—	—
	10 Uhr Abends.	27.351	28 3 9	— 4.4	W.	stark.	—

Spanien.

Die Pariser Journale enthalten Nachrichten aus Madrid bis zum 20. Jänner. — In der Sitzung der Deputirtenkammer vom vorhergehenden Tage interpellirte H. Lujan die Minister über die bekannten Vorfälle in Melilla. Die Discussion, an welcher die HH. Olozaga, Galiano, Martinez de la Rosa, Armero und andere Theil nahmen, wurde sehr hitzig. Den Behauptungen des H. Lujan zufolge befanden sich in Melilla 157 Kanonen von schwerem Kaliber und viele Munition. Man fürchtet, wie es scheint, auch für einen andern Punct an der afrikanischen Küste, el Peñon de la Gomera. Die Minister erwiederten, daß sie alles, was in ihrer Macht stehe, aufbieten würden, um die traurigen Vorfälle an der afrikanischen Küste wieder gut zu machen. — In Madrid ging das Gerücht, General Palarea, dem die Schuld an jenen Vorfällen beigemessen wird, sei abgesetzt und ihm befohlen worden, sich nach Valladolid zu begeben (enviado del cuartel en Valladolid); als seinen Nachfolger im Commando der Provinzen Granada und Malaga nennt man den General Alvarez.

Ueber die letzten (in unserm Blatte erwähnten) Kriegsvorfälle im Königreiche Valencia enthält ein Schreiben aus Bayonne vom 21. Jänner folgende Details: „Cabrera, nachdem er das Fort von Villafames (vier Meilen von Castellon) drei Tage lang belagert und ohne Wirkung mit einem 12Pfünder und mehreren kleineren Stücken beschossen hatte, zog sich am 5. d. M. bei der Annäherung der Division Aspiroz nach Alcora zurück, und ordnete von hier aus eine allgemeine Bewegung gegen die schon so oft ausgeplünderte Huerta von Valencia an. Während er mit einem starken Corps bei Onda als Reserve zurückblieb, rückte ein anderer Theil seiner Truppen bis Turris und Algimia vor, da aber unterdessen van Halen mit sechs Bataillons und vier Escadrons von Teruel in der Richtung von Segorbe zurückkam, so mußte er sich am 9. ebenfalls wieder zurückziehen, und sich mit einigen Brandschatzungen und gewaltsamen Recrutenaushebungen begnügen. Dieser Zug wurde, wie es scheint, vorzüglich von der Division Forcadell ausgeführt, während die Brigade von Chelva in die Provinz Cuenca eindrang, aber durch den neuen Commandanten dieser Provinz, Martin Iriarte, zurückgehalten wurde, welcher am 7. mit 400 Mann und 40 Pferden von Cuenca ausmarschirte, sich bei Vollalgordo mit der Brigade von Requeña vereinigte und bei Pesquera Stellung nahm. Beide Anführer haben ihre Truppen so eingetheilt, daß sie Divisionen von ungefähr 4000 Mann und 400 Pferden bilden. Die Carlistischen Divisionen Forcadell und Llangostera sind gut organisirt, die Brigade von Chelva zählt ebenfalls 2000 Mann und 160 Pferde; ihr ehemaliger Anführer Arnau (der den Titel eines Generalcommandanten von Murcia führt) befindet sich aber jetzt in Navarra, um, wie man sagt, eine neue Expedition von vier Bataillons und drei Escadrons nach Castilien zu führen. Cabrera hat viele Mühe, seine Truppen zu ernähren, und lebt so zu sagen nur vom Raube; er würde sich in einem noch größeren Gedränge befinden, wenn die Regierung nicht den General van Halen in seinen Maaßregeln unbesonnenerweise durchkreuzte, obgleich sie ihm auf der andern Seite eine Verstärkung von sechs Bataillons, wovon aber drei noch in Calahorra sind, zugesendet hat. Van Halen soll sich hierüber in einer nachdrücklichen Vorstellung beklagt, und dieses zu der geheimen Sitzung der Cortes am 16. Anlaß gegeben haben. Muñagorri hält sich noch immer mit 3 bis 400 Mann im Lager von Lastaola, und hat sogar eine Tagesordnung zur Herstellung der Disciplin gegeben. Man spricht geheimnißvoll davon, daß diese Unternehmung neue Wichtigkeit gewinnen könnte, und gibt zu verstehen, daß die englischen Commissarien, welche nach Navarra gegangen sind, auch diesen Gegenstand betreffende Instructionen haben; mir scheinen das lauter eitle Hoffnungen. — Der Oberst Varela, Generalcommandant der Carlisten in Galicien, hat um Amnestie angehalten. Auf seinen Kopf und des Fray Saturnino waren 2000 Thlr. gesetzt, so wie 5000 Thlr. für den Pfarrer von Freyja versprochen sind."

Einem Schreiben aus Bayonne vom 22. Jänner zufolge befanden sich die HH. Fector und Borthwick am 15. bei dem General Maroto in Salvatierra; sie hatten das Schloß von Guevara in Augenschein genommen.

Der Quotidienne zufolge sollte das Hoflager des Don Carlos nächstens von Azcoytia nach Oñate verlegt werden, wo bereits Anstalten zu seinem Empfange getroffen wurden. — Das Memorial des Pyrénées enthält folgendes Schreiben, welches Cabrera an den General van Halen gerichtet hat: „Ihre Antwort vom 22. auf mein Schreiben vom 19. December gibt mir den Maaßstab Ihrer Hartnäckigkeit, mit welcher Sie jedes billige Arrangement verwerfen, und Ihres Blutdurstes. Vergebens sprechen Sie, um das Volk irre zu führen, von meiner Kriegserklärung auf Leben und Tod; Sie hüten sich jedoch wohl, beizusetzen, daß die Ausführung jener Erklärung lediglich von dem Verfahren abhängt, welches Sie beobachten werden. — Ihre Behauptung, daß ich keinem von den Gefangenen, die am 22. October bis 24. November in seine Gewalt gefallen sind, Pardon gegeben habe, ist falsch; der Umstand, daß sich die dreitausend Gefangenen in Folge der Niederlage der Division Pardiñas am Leben befinden, widerlegt jene Behauptung, während Sie weder Gefangene, noch Landleute geschont haben. Borso's Dimission, der sich Ihren letzten Mordthaten nicht

beigesellen wollte, würde nöthigenfalls bezeugen, bis auf welchen Grad Ihr Blutdurst gediehen ist. . . . Aber wozu nützt es, einem Menschen, wie Sie, Thatsachen und evidente Gründe anzuführen? es wäre verlorne Zeit. Man sollte glauben, daß Sie beschlossen haben, einen beträchtlichen Theil der Nation aus der Zahl der Lebenden zu tilgen und tausende von Familien zu Grunde zu richten! Bis mir Ihre Handlungen beweisen, daß Sie endlich andere Gesinnungen angenommen haben, will ich mit Ihnen keinen andern Verkehr mehr haben, als auf dem Schlachtfelde; wir wollten dann sehen, ob Sie eben so viel Muth haben, als bei Ermordung gefangener und wehrloser Leute. Cabrera."

Großbritannien und Irland.

Der Sun vom 23. Jänner hatte behauptet, die Thronrede werde die bevorstehende Vermählung der Königinn Victoria mit dem Prinzen Albrecht von Sachsen-Coburg ankündigen. Hierauf erwiedert die Morning-Chronicle vom folgenden Tage: „Wir sind ermächtigt, dieser Nachricht aufs bestimmteste zu widersprechen." — Der Sun läßt sich jedoch durch diesen Widerspruch nicht irre machen.

Die Versammlungen gegen die Korngesetze werden immer zahlreicher; in jedem Winkel des Königreichs finden dergleichen Statt, und bei der erstaunlichen Schnelligkeit, womit diese Bewegung zugenommen hat, glaubt man, daß kein Ministerium in der bevorstehenden Session sich gegen eine Aenderung der Korngesetze länger würde sträuben können. Eine Petition der Stadt Leeds gegen diese Gesetze hat in zwei Tagen 9000 Unterschriften erhalten, also, den Tag zu 16 Stunden gerechnet, fast 300 in jeder Stunde. Unter den Versammlungen ragte besonders eine zu Stroud veranstaltete hervor, an welcher gegen 1700 Personen Theil nahmen, obgleich dieselbe nur als Vorbereitung zu einer späteren größeren Versammlung dienen sollte. Es wird versichert, daß in den Fabrikdistricten die durch die Korngesetze verursachte Aufregung schon so bedeutend sei, wie die, welche in den Jahren 1831 und 1832 wegen der Parlamentsreform Statt fand. Alle Parteigefühle scheinen dabei fast vergessen und die Frage zu einem neutralen Gebiete gemacht zu werden, auf welchem sich Tories, Whigs und Radicale begegnen. Der Courier gibt zwar noch keine bestimmte Versicherung, daß das Cabinet dem Parlamente eine Bill zur Modificirung der Korngesetze vorlegen werde, spricht dieß aber als eine feste Erwartung aus, weil die Minister ihre Stellung bedeutend verstärken und sichern würden, wenn sie in diesem Puncte nachgäben.

Die Erklärung der Times gegen die Korngesetze hat fast eben so großes Aufsehen erregt, wie früher ihr Abfall von den Whigs. Die Morning-Post, die immer einen Groll gegen die Times zeigte, sagt: „Die Times bleibt sich ganz getreu; sie ist immer, offen oder geheim, eine Feindinn des höheren und niederen Adels gewesen; sie hat sich jetzt den Destructiven wieder zugesellt." Der Standard, der Hauptvertheidiger der Korngesetze und der Agriculturinteressen, und der Morning-Herald stimmen ein Klagelied darüber an, daß ihre einflußreichste Mitstreiterinn sie in dieser Sache verlassen habe. Der Globe und der Courier machen sich lustig über die Windfahne. Der Sun triumphirt. Die Morning-Chronicle hält sich von den ministeriellen Blättern am ruhigsten, indem sie bemerkt: „Der Uebertritt der Times zu den Gegnern des Getreidemonopols beweist, daß dieses fallen muß, denn sie folgt immer der Sache, welcher der Sieg gewiß scheint; es gibt eine zahlreiche Classe von Leuten im Lande, welche nie selbst denken, nie selbst eine Meinung haben, sondern es stets der Times überlassen, eine solche für sie zu bilden; diese große Classe ist nun gewonnen; die Sache ist so wenig wie die Sclaven-Emancipation eine Parteifrage."

Der Globe schreibt: „Die wichtigste Neuigkeit vom Continent ist die Ordonnanz des Königs der Franzosen vom 21. Jänner, wodurch für jetzt alle Getreideausfuhr aus Frankreich zur See *) verboten wird. Dieß zeigt, wie gefährlich es für England ist, wenn unsere Ernte schlecht ausfällt, bei dem jetzigen System unserer Korngesetze mit Zuversicht auf die Zufuhr fremden Getreides zu rechnen." — Der Courier bemerkt über denselben Gegenstand: „Diese Maaßregel Frankreichs dürfte Manchen zur Entscheidung bringen, der bis jetzt noch schwankte, auf welche Seite er sich in dem großen Nationalkampf über die Korngesetzfrage stellen solle. Die französischen Häfen sind der Kornausfuhr verschlossen, und es muß sich nun zeigen, ob andere Länder das Beispiel Frankreichs und Neapels nachahmen werden. In Belgien ist die Ausfuhr des Weizens seit einiger Zeit verboten, aber dort war das Verbot nur die Folge schon früher bestehender Gesetze. Die französische Regierung kann wegen der von ihr eingeschlagenen Bahn kein Tadel treffen, und wenn die übrigen europäischen Staaten weise handeln, so werden sie sich auf gleiche Weise gegen die Gefahr schützen, durch die Nachfragen des englischen Marktes einen künstlichen Getreidemangel im eigenen Lande hervorgerufen zu sehen."

Feargus O'Connor ertheilt in seinem Blatte, dem Northern Star, die Nachricht, daß er „frisch und bereit sei für den Winterfeldzug, und gerüstet, den Freunden des Volkes in der Rathsversammlung, seinen Feinden aber im Felde zu begegnen."

Die neuesten englischen Blätter tragen einige nicht unbedeutende Details über die ostindischen Angelegenheiten nach, namentlich einen im Lager von Buddi unterm 8. November erlassenen Tagsbefehl des Generalgouverneurs, worin er eine am 10. September datirte Depesche des Oberstlieutenants Stoddart, der sich beim Schah von Persien vor Herat befand, zur öffentlichen Kenntniß bringt. Diese Depesche enthält die officielle Anzeige, daß der Schah von Persien am 9. September die Belagerung von Herat aufhob. Die Aufforderung hierzu war ihm von dem Oberstlieutenant Stoddart am 12. August übergeben, und von ihm am 14. angenommen worden. Weßhalb die Belagerung dennoch beinahe noch um einen Monat sich hinauszog, ist weder in der Depesche des Oberstlieutenants Stoddart, noch in der Bekanntmachung des Generalgouverneurs angegeben. Indeß enthält diese letztere die Anzeige, daß die Expedition nach Afghanistan, um dort eine befreundete Macht einzusetzen, nicht aufgegeben sei. Zugleich wird Lieutenant Eldred Pottinger, der wegen seiner tapfern Vertheidigung von Herat mit Lob überhäuft wird, zum politischen Residenten in dieser Stadt bei Schah Kamran, dem der Majestätstitel beigelegt ist, ernannt. — Fast noch wichtiger, als diese Nachricht, ist die vom Aufbruch des Lagers zu Karnaul, die gleichfalls am 8. November geschah. Nur ein Theil dieser Truppen marschirte vorwärts, um sich mit den von Bombay am 28. November abgegangenen Truppen zu vereinigen, die man für hinreichend hielt, um die Expedition ins Werk zu setzen. Der größere Theil der Truppen ging von Karnaul unter Sir Henry Fane ostwärts, angeblich weil sie nicht mehr in Afghanistan nothwendig seien; eine andere Nachricht gibt aber zu verstehen, daß wohl die feindliche Stellung von

*) Die Ordonnanz verbietet nur die Ausfuhr aus den Häfen des Oceans.

Nepal und Birma dazu Veranlassung gegeben haben möchte. Zugleich wird aus Agra ein unangenehmer Vorfall berichtet, daß nämlich das 28ste Seapoyregiment auf dem Marsch in Meuterei ausgebrochen sei, und deßhalb Gegenbefehl erhalten habe, und ein anderes Regiment, das 20ste, an seine Stelle beordert worden sei. Ob das gleichfalls mitgetheilte Gerücht, daß 30,000 afghanische Reiter in der Nähe von Schikarpur eingetroffen seien, um sich dem Vordringen der englisch-indischen Truppen zu widersetzen, der Wahrheit gemäß ist, müssen die nächsten Nachrichten aus Indien ergeben.

Ueber die Mission des Obersten Benson und deren Verlauf bis zum Ende des Monats October, bis wohin die feindseligen Gesinnungen der Birmanen sich ihm nur auf eine negative Weise kundgegeben hatten, gibt die Moulmein-Chronicle vom 7. November Nachricht. Der Oberst kam mit seinen Begleitern am 14. September zu Prome an, wo sie zwar durch eine militärische Ehrenwache von sogenannten „Unbesiegbaren" empfangen, aber zugleich durch dieselben an dem freien Verkehr mit den Civilbehörden und den Einwohnern der Stadt gehindert wurden, so daß es ihnen selbst erschwert war, die nöthigsten Einkäufe zu machen. Dasselbe fand in allen Orten Statt, durch welche sie ihre Reise führte, auf der sie stets von einer Militärescorte begleitet wurden. In einer Stadt wurde den Einwohnern sogar geradezu mit Strafe gedroht, wenn sie den Engländern Lebensmittel verkauften. Aehnliche Plackereien fanden auch in anderer Hinsicht Statt. Oberst Benson hatte den Secretär der Gesandtschaft nach Ava vorausgeschickt, um den Ministern des Königs seine Ankunft anzuzeigen; diesem wurde mitgetheilt, daß eine Deputation, aus Kaufleuten bestehend, dem Gesandten entgegengeschickt werden solle, um ihn in Amarapur, seinem vorläufigen Aufenthaltsorte, einzuführen. In der That erschienen auch drei Kaufleute, von denen noch dazu einer ein brittischer Unterthan war, aber ohne alle ämtliche Beglaubigung, weßhalb denn der Oberst sich auch weigerte, sie anzuerkennen. Endlich am 4. October in Amarapur angekommen, wurden den Engländern Quartiere auf einer Insel angewiesen, die gänzlich von der Stadt abgeschlossen ist und der umliegenden Moräste wegen einen sehr ungesunden Aufenthalt darzubieten scheint. Auch hier stellte sich nur ein untergeordneter Beamter der Regierung ein, der bloß die Quartiere anwies, und sich dann wieder entfernte, und noch am 25. October hatten weder der König noch seine Minister von der Mission Notiz genommen. Oberst Benson hatte zwar zu wiederholtenmalen Vorstellungen deßhalb nach Ava gesandt, aber immer nur zur Antwort bekommen, die Wege seien schlecht und voll Koth; wenn sie besser würden, so wolle der Minister dem Residenten eine Zusammenkunft gestatten. Die strengsten Befehle waren an die Bewohner von Amarapur gegeben worden, sich durchaus in keinen Verkehr mit den Engländern einzulassen, so daß diese sich ganz isolirt fanden. Man glaubte, es werde die Absicht der Birmanen seyn, sich streng an den Wortlaut des nach dem ersten Birmanenkriege geschlossenen Friedens von Yandabo zu halten und demgemäß nur zu gestatten, daß der Resident mit einer Escorte von 50 Mann in Ava seinen Aufenthalt nehme, dagegen aber jeden Versuch zur Einmischung in die Verhältnisse der brittischen Kaufleute zurückzuweisen und ihm überdieß seinen Aufenthalt so unangenehm wie möglich zu machen, um ihn baldmöglichst wieder los zu werden. Ob die Depeschen, welche man in Calcutta von dem Obersten Benson erhalten hat, schon von entschiedeneren Feindseligkeiten reden, weiß man nicht; nicht unwahrscheinlich wäre es jedoch, da selbst in Rangun, dem südlichsten Hafenplatze des birmanischen Reiches, die Nachrichten von Ava und Amarapur solche Besorgniß erregt haben, daß die dort residirenden Europäer und Amerikaner sich veranlaßt fanden, ihre Frauen und Kinder mit einem Dampfschiffe nach Moulmein zu senden. Vielleicht hat dazu auch nur der Umstand Veranlassung gegeben, daß der bisherige Gouverneur von Rangun durch einen der Schwiegerväter des jungen Königs ersetzt werden soll, der als ein heftiger Feind der brittischen Interessen bekannt ist. Uebrigens wußte man, daß bedeutende Kriegsvorräthe von Ava nach Rangun unterwegs seien, daß Truppen in der Richtung von Assam detaschirt worden, und daß die jugendliche Umgebung des Königs Alles aufbiete, um ihn zu veranlassen, die Ehre der birmanischen Waffen durch Wiedereroberung der verlornen Provinzen herzustellen.

Die Morning-Post enthält folgende Angabe, deren Richtigkeit übrigens dahingestellt bleiben muß: „Die Directoren der ostindischen Compagnie und des Controle-Bureaus (einer Regierungsbehörde zur Beaufsichtigung der ostindischen Angelegenheiten, an deren Spitze der Minister Sir J. C. Hobhouse steht) betrachten die Eröffnung von Feindseligkeiten durch das indische Generalgouvernement gegen den regierenden Fürsten von Kabul als gefährlich und unpolitisch. Lord Auckland erhielt vor einiger Zeit Befehle, welche ihm eine Aenderung seiner Politik gegen die Staaten im Nordwesten von Indien vorschrieben; sie kamen jedoch zu spät, oder war der Satrap des Ostens zu stolz, ihnen zu gehorchen."

Consols am 24. Jänner 92⅞.

Südamerika.

Briefe aus Lima vom 14. October v. J. (in englischen Blättern) melden Folgendes über den damaligen Stand der Dinge in jener Republik: „In Lima herrscht gegenwärtig General Gamarra, ein früher vertriebener peruanischer Usurpator, der mit den Chilenern ankam und von ihnen als Präsident eingesetzt wurde; seine Gewalt geht jedoch nicht über die Mauern der Stadt hinaus. Der Protector von Peru und Präsident von Bolivia, Santa-Cruz, wurde bis zu Ende Octobers vor Lima erwartet. Die Bewohner von Peru sind einmüthig für ihn. Niemand von denen, welche die Stadt verlassen haben, um die Stellung von Santa-Cruz auszukundschaften, ist zurückgekehrt. Der Commandant des Vortrabs des Protectors, General Miller, hat bereits eine chilenische Abtheilung geschlagen. General Bulnes, der Anführer der Chilener, scheint keine große Lust zu hegen, sich mit Santa-Cruz zu messen. Er wird deßwegen auch ohne allen Zweifel die Genugthuungsforderung der Engländer erfüllen, die seine einzige Hoffnung, sein Geschwader, auf welchem man bereits Anstalt zur Wiedereinschiffung trifft, bedrohen. Die Forderungen des englischen Admirals sind: Eine ausführliche schriftliche Entschuldigung, Bestrafung des Soldaten, welcher den harmlos vorübergehenden englischen Arzt Mac Lean verwundete, und Zahlung von 1000 Pf. zum Besten des Greenwich-Hospitals (für Invaliden der brittischen Marine). — Die Forderungen des französischen Consuls gehen, wie die Timis versichert, sehr weit. Während das französische Geschwader an der mexicanischen Küste den neutralen Schiffen jeden Verkehr mit dem blockirten Lande verbietet, hat der französische Consul in Lima dem die peruanischen Häfen blockirenden chilenischen Admiral (die Blockade ist freilich bei der Schwäche des chilenischen Geschwaders völkerrechtlich kaum als wirklich durchgeführt anzusehen) erklärt, daß, wenn während des Krieges mit Peru dem französischen Handel irgend ein Hinderniß in

den Weg gestellt werde, das chilenische Geschwader in den Grund gebohrt werden solle. Auch verlangt der Consul, aus Anlaß des Falls eines französischen Miethkutschers in Lima, Lacroix, welcher gefangengesetzt wurde, weil er nicht die geforderte Zahl Pferde zum öffentlichen Dienste stellen wollte, daß der Gefangene in Freiheit gesetzt und alle Franzosen von allen Requisitionen verschont bleiben sollen, wobei zugleich alle Genugthuungsbegehren förmlich sich vorbehalten werden, und zwar so, daß man sich nicht bloß an Peru, sondern auch an Chile zu halten gedenke. Eine weitere Beschwerde des Consuls verlangt die augenblickliche Freilassung eines andern Franzosen, Namens Maury. Endlich remonstrirte derselbe gegen ein Decret, wonach alle französischen Detailhändler binnen acht Tagen ihre Läden zu schließen haben oder denselben Abgaben, wie die Eingebornen, unterworfen seyn sollen. In letzterer Beziehung hat die Regierung eingewilligt, den französischen Kaufleuten einen längern Termin zu gestatten. Ihre Antworten auf die übrigen Beschwerden sind ausweichend.

Man hat in England Nachrichten aus Montevideo, der Hauptstadt des Freistaates Uruguay, bis zum 13. November. Oribe, der vertriebene Präsident, hat von Buenosayres aus gegen das Benehmen des französischen Blockadegeschwaders im La Plata protestirt, welches ihn stürzte, indem es seinen Gegner Rivera in Besitz der Insel Martin-Garcia setzte. Rivera ist am 1. November in Montevideo eingezogen und hat ein Manifest erlassen, in welchem er sich als den einzigen Gewalthaber im Staate erklärt und für jetzt die gesetzgebende Versammlung aufhebt.

Nachrichten aus Buenosayres vom 11. November zufolge, das fortwährend von den Franzosen blockirt wird, beschäftigte sich der dortige Congreß mit einem Gesetzentwurfe, durch welchen die Regierung zur Ausgabe von Papiergeld im Betrag von 10 bis 20 Millionen spanischer Thaler ermächtigt werden sollte.

Frankreich.

Wir haben gestern auf gewöhnlichem Wege Pariser Zeitungen vom 26. und 27. Jänner erhalten. Sie bringen außer einer Unzahl von Muthmaaßungen und Projecten, die sich jedes Journal nach seiner Farbe bildet, nichts Neues über die Ministerialkrisis, was sehr natürlich ist, da der König wegen des Leichenbegängnisses seiner Tochter, der verstorbenen Herzoginn Marie von Würtemberg, am 26. von Paris abwesend war. Der Messager erklärt die Angabe, als hätte Marschall Soult versprochen, dem Könige bei der nächsten Audienz Vorschläge zu Organisation eines neuen Cabinets vorzulegen, für grundlos. „Der Marschall," sagt er, „wird allerdings eine neue Audienz bei dem Könige haben, kann aber keine Unterhandlungen anknüpfen, weil er keinen Auftrag dazu erhalten hat. Es wird bloß die abgebrochene Besprechung wieder aufgenommen werden. Der Marschall steht zu Sr. Majestät Verfügung, seine Ergebenheit geht jedoch nicht so weit, daß er seine Dienste anbote, ohne daß die wesentlichen Erfordernisse einer parlamentarischen Regierung gesichert sind." — Die von Frankfurter Blättern vom 28. gegebene Nachricht von einer telegraphischen Depesche, welche die Ernennung des Marschalls Soult zum Präsidenten des Conseils gemeldet haben sollte, scheint falsch zu seyn.

Der König, begleitet von den Herzogen von Orleans, Nemours, Aumale und Montpensier, ist am 26. Jänner um 1 Uhr nach Mitternacht nach Dreux abgereist. Ihnen folgten ihre sämmtlichen Adjutanten und Ordonnanzoffiziere. Der Herzog Friedrich Alexander von Würtemberg war schon um 11½ Uhr allein abgereist. Die irdischen Ueberreste der verewigten Herzoginn sollten am 26. Vormittags um 10 Uhr in Dreux eintreffen und sofort um Mitternacht der Trauergottesdienst, zu welchem die Deputirten der Departements der Eure und Loire eingeladen sind, in der Kirche des Orts beginnen. Schließlich sollte die Beisetzung in der Familiencapelle Statt finden. Dreux, eine der ältesten Städte des Reichs, an dem kleinen Flusse Blaise wird von einem Berge beherrscht, auf welchem die Trümmer eines alten Schlosses, des Stammsitzes des Hauses Penthièvre, liegen. Mitten unter diesen Trümmern steht eine prachtvolle Capelle, die letzte Ruhestätte der Mutter Ludwig Philipps, eines Sprößlings der Familie Penthièvre, und zweier verstorbenen Kinder Ludwig Philipps. In voriger Woche war von 200 Arbeitern ein provisorisches Gebäude errichtet worden, das von der königlichen Familie während der Todesfeier bewohnt wird.

Der Prinz Joinville wird mit der Corvette „Créole" erst in der Mitte Februars zu Brest erwartet. Er wird noch 14 Tage in der Havannah verweilen, und daselbst bei dem französischen Consul wohnen.

Die Deputirtenkammer fährt mit Berathung des Antrags des Hrn. Larabit zu Abänderung der Geschäftsordnung fort. In der Sitzung vom 24. Jänner fiel ein von der Opposition verfochtener Antrag, daß bei den Abstimmungen über Gesetzentwürfe nicht geheim durch Kugelung, sondern öffentlich, mit namentlichem Aufrufe, gestimmt werden solle, durch. In der Sitzung am 25. wurde die Geschäftsordnung dahin abgeändert, daß in Zukunft bei allen Gesetzentwürfen nach der allgemeinen Berathung darüber abgestimmt werde, ob die Kammer zu der Berathung der einzelnen Artikel übergehen wolle.

Frankreich erzeugt bekanntlich um ein Achtel weniger Getreide, als es bedarf. Aus den nordafrikanischen Besitzungen, namentlich Oran und Mostaganem, wurde seit dem letzten Frieden mit Abd-el-Kader einiges Getreide ausgeführt, was aber theilweise nach dem näher gelegenen Spanien wanderte, und den Bedarf Frankreichs keineswegs deckt. Die meisten Ladungen fremden Getreides kommen nach Frankreich aus den russischen Häfen des schwarzen Meeres. Bei der großen Theurung dieses Artikels sind dießmal in Marseille auch Ladungen aus den nächsten Häfen, Livorno und Genua, eingetroffen. Man schätzte die Masse des in den letzten Tagen in Marseille angekommenen Getreides auf 128,000 Hectolitres. Dennoch erhalten sich dort die Preise fast auf gleicher Höhe. Paris ist, nach der Versicherung des Journal des Debats, auf 70 Tage mit Getreide und Mehl verproviantirt. Es werden dort jeden Tag 2000 Säcke Mehl consumirt. In den Magazinen des Staates, auf der Halle und in den Privatmagazinen liegen dort noch etwa 140,000 Säcke vorräthig. Die Einfuhr in Paris ist beträchtlich, und die Preise im Vergleiche mit den südlichen und westlichen Departements ziemlich mäßig. Durch Marseille hofft man für die Märkte des Innern den Getreidebedarf zu decken.

Am 26. Jänner 5 Percents 110 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 45. 3 Percents 78 Fr. 90. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№. 36

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 5. Februar 1839.

W 1.K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 3. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.614	28. 4 Z. 6 L.	— 4.2	W.	mittel.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.605	28 4 5	— 2.6	W.	still.	Schnee.
	10 Uhr Abends.	27.629	28 4 9	— 3.8	W.	schwach.	Wolken.

Frankreich.

Der König ist am 26. Jänner um 7½ Uhr Morgens in Dreux angekommen. Er war von seinen vier Söhnen, den Herzogen von Orleans, Nemours, Aumale und Montpensier, begleitet. Der Herzog Alexander von Würtemberg traf dort um 8 Uhr ein. Die sterblichen Reste der Herzoginn von Würtemberg wurden um 10 Uhr in die Kirche von Dreux gebracht. Um 12 Uhr war feierlicher Gottesdienst in der Capelle, welche zum Begräbnißort der Prinzen und Prinzessinnen der Familie Orleans bestimmt ist. Der König und die Prinzen wohnten demselben bei, verließen dann Dreux um 2 Uhr, und waren gegen Abend wieder in den Tuilerien eingetroffen.

Die Pariser Blätter vom 28. Jänner sind gestern nicht in Wien eingetroffen, weßhalb wir auch außer Stande sind, über die ministerielle Krisis etwas Neueres mitzutheilen. Der König hatte gleich nach der Rückkehr von Dreux den Grafen von Montalivet rufen lassen, welcher von 10 Uhr bis Mitternacht in den Tuilerien blieb. Am 27. Morgens wurde Marschall Soult zum Könige beschieden; er hatte eine Unterredung mit S^r. Majestät, die um 1 Uhr noch nicht beendigt war. — Die Revue de Paris gibt folgende Darstellung der mit dem Marschall Soult bisher gepflogenen Unterhandlungen: „Das Wahre in den Erzählungen der Coalitionsjournale ist, daß Marschall Soult zu dem Könige berufen ward, und die Ehre hatte, sich zweimal mit S^r. Majestät zu unterhalten. Wir wollen uns nicht anmaaßen, die königlichen Worte und die Aeußerungen des erlauchten Marschalls zu melden; aber wir wissen, daß der Marschall auf die von S^r. Majestät an ihn gerichteten Bemerkungen antwortete, er glaube, daß Graf Molé in der Lage sei, ein Cabinet zu bilden. Man versichert uns aus guter Quelle, daß S^r. Majestät bloß darauf erwiedert habe, Graf Molé sei ein zu ernster und consequenter Charakter, als daß er seine Entlassung nicht reiflich überlegt hätte, und da die Umstände, welche diese Entlassung motivirt hätten, noch fortdauerten, so würde er ohne Zweifel die Mission zur Zusammensetzung einer Verwaltung auf neuen Grundlagen nicht annehmen. Der König fragte sodann den Marschall, ob es ihm vielleicht nicht unangenehm seyn würde, diese Unterhaltung später wieder aufzunehmen, worauf ihm der Marschall mit Ehrfurcht den Eifer ausdrückte, womit er sich den Befehlen des Königs fügen würde. Der Marschall fügte bloß bei, daß er den Wunsch hege, Graf Molé möge von den Gesinnungen, die er über ihn ausgedrückt habe, Kenntniß erhalten. In Folge dieser Audienz erklärten sich die Coalitionsjournale und der Constitutionnel zu der Behauptung ermächtigt, der König habe dem Marschall Soult vorgeschlagen, sich mit den Grafen Molé und Montalivet zu verständigen, und der Marschall habe auf die Eröffnungen des Königs durch eine peremtorische Ablehnung geantwortet! S^r. Majestät entsprach dem Wunsche des Marschalls Soult, berief den Grafen Molé zu sich, und eröffnete ihm die Aeußerungen des Marschalls, so wie die Antwort des Königs. Um nun der Ansicht S^r. Majestät, die auch die seinige war, besser zu entsprechen, schrieb Graf Molé einen Brief, worin er die Beweggründe seines Entlassungsgesuchs wiederholte. Dieser Brief wurde dem Marschall Soult in der zweiten ihm von dem Könige gewährten Audienz mitgetheilt. Der Marschall schien, nach genommener Einsicht desselben, mit Vergnügen dem Verfasser dieses Schreibens die ihm gebührende Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und schloß mit der Aeußerung, daß ihm viel daran liege, daß Graf Molé seine Ansicht erfahre. Hierauf willigte der Marschall ein, sich mit der Zusammensetzung eines Cabinets zu beschäftigen, und erbat sich 24 Stunden, „um über „die Vorschläge nachzudenken, die er dem Könige nach „dessen Rückkehr von Dreux überbringen würde.“ Uns scheinen die Einstimmigkeit und der Eifer, womit die Oppositionsjournale erklären, daß Marschall Soult nicht eingewilligt habe, die Bildung eines Cabinets zu übernehmen, sehr kindische Präcautionen zu seyn. Die von uns mitgetheilten Aeußerungen des Marschalls Soult sprechen zwar nicht aus, daß der berühmte Marschall die Verpflichtung auf sich genommen habe, dem Könige eine zur Vollziehung ganz fertige ministerielle Combination zu überbringen. Seine Klugheit und sein Verstand würden sich nicht mit einer Verpflichtung vertragen, die unter den gegenwärtigen Umständen eine wahre Kedheit seyn würde; nur der in der Coalition herrschende abenteuerliche Geist

konnte dem Beitritt des Marſchalls einen ſolchen Sinn beilegen. Die Bildung eines Cabinets beſteht aber oft aus mehreren Wandlungen, und ein dem Könige durch einen ſo hervorragenden Mann, wie der Marſchall Soult, gemachter Vorſchlag zu einem Miniſterium iſt ohne allem Zweifel der erſte Act der Miſſion, die er bei ſeiner Hingebung für den Thron und das Vaterland übernommen hat. Was H^rn. Molé betrifft, der in ſeinem Schreiben ankündigte, daß er ſich weder direct, noch indirect mit der Bildung eines Cabinets befaſſen würde, ſo iſt er den Vorgängen ſeit einigen Tagen völlig fremd geblieben, und hat ſich bloß darauf beſchränkt, ſich, wie es ſeine Pflicht war, für das ſchöne Benehmen, das der Marſchall Soult in Betreff ſeiner beobachtet hat, dankbar zu bezeugen."

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 26. Jänner waren Bittſchriften an der Tagesordnung. Eine Bittſchrift um Aufhebung einer Abgabe, welche alle Privatlehranſtalten zu bezahlen haben, der ſogenannten rétribution universitaire, wurde an die Miniſter der Finanzen und des öffentlichen Unterrichts verwieſen. H^r. von Salvandy, bisheriger Miniſter des öffentlichen Unterrichts, erklärte, er ſei gar nicht für dieſe nach ihrem Grundſatze illiberale und willkürlich ausgetheilte Steuer auf das Wiſſen, von der die geiſtlichen und die Handelsſchulen befreit ſeien, und welche auch gar nicht der Univerſität, ſondern einzig dem Staate zu gut komme; die Univerſität ſelbſt, welcher nur die Mühe der Einziehung obliege, ſei für Aufhebung derſelben. H^r. Lacave-Laplagne jedoch, der bisherige Finanzminiſter, nahm die Abgabe im Intereſſe des Staatsſchatzes in Schutz. — Schließlich wurde die Berathung des Antrags über die Geſchäftsordnung fortgeſetzt. Ein durch den argen Mißbrauch, der mit dem Petitionsrecht getrieben wird, begründeter Antrag, daß keine Bittſchrift vorgelegt werden ſolle, ohne daß die Unterſchrift von dem Maire des Bittſtellers legaliſirt oder daß die Petition von einem Deputirten empfohlen ſei, wurde, als das verfaſſungsmäßige Recht zu ſehr beſchränkend, verworfen.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correſpondenten aus Algier vom 19. Jänner: „Aus Conſtantine ſind über den Zug des Generals Galbois ſehr ungünſtige Nachträge eingelaufen, von denen der Moniteur Algérien, der die Unternehmung durchaus nur von ſeiner ſchönen Seite betrachtete, keine Erwähnung macht. Das Wetter war ſchrecklich, die Berge mit Schnee bedeckt, die Truppen todmüde in Folge des langen Marſches auf unwegſamen Gebirgen und des Mangels an allen Bedürfniſſen. Das 3te Bataillon der afrikaniſchen leichten Infanterie, welches zu Dſchimmilah, dem neubeſetzten Punct zwiſchen Milah und Setif, zurückgelaſſen worden, wurde bald nach dem Abmarſch des Generals Galbois, von 6 bis 7000 Kabylen angegriffen, welche das Lager umringt hielten. Jenes ſchwache Corps mußte Tag und Nacht mit dem Bayonnete ſich vertheidigen, um die wüthend anſtürmenden Gebirgsbewohner zurückzudrängen. Inzwiſchen verlor das Bataillon noch mehr Leute durch die Witterung, als durch die Kugeln der Feinde. Die Offiziere mußten ihre ganze Energie aufbieten, um die gänzliche Demoraliſation der Truppen zu hindern. Der General Galbois beſchloß in Folge dieſes Ereigniſſes, und da überdieß die Verproviantirung des Lagers große Schwierigkeiten bot, Dſchimmilah wieder zu räumen. Das 26ſte Linienregiment mußte nach Dſchimmilah aufbrechen, um den Rückmarſch der ſchwachen Garniſon durch ein feindliches Gebirgsland zu ſichern. — Boiſis-Ben-Gana, der Schwiegervater Achmets, iſt wirklich zum Scheikh-el-Arab an die Stelle des Farhat-Ben-Said ernannt worden. Er kam am 3. Jänner in Conſtantine an. Die angeſehenſten Häuptlinge des Blad-el-Dſcherid hatten ſeine Ernennung verlangt. — In der Ebene Metidſchah kam es zwiſchen unſern Verbündeten, den Stämmen der Rhaſchna, Beni-Muſſa und Beni-Khalil, einerſeits und den Hadſchuten andererſeits zu einem Scharmützel. Erſtere überfielen einige Duars der Hadſchuten, tödteten ihnen zwei Leute, und nahmen ihnen von dem geraubten Vieh 800 Stück wieder ab. Die Hadſchuten erwiederten den Beſuch, überfielen zwei Duars unſerer befreundeten Stämme, und ſchleppten deren Heerden mit fort. In dem Augenblick aber, als ſie mit ihrem Raube über die Chiffa ſetzten, feuerte die franzöſiſche Artillerie des Lagers von Belida, welche den Fluß beſtreicht, mit Kanonenkugeln auf die Räuber. Wir erwarten über dieſe Vorfälle nähere Berichte von den Vorpoſten."

Spanien.

Ueber die (in unſerm geſtrigen Blatte kurz erwähnten) Cortesverhandlungen enthält die Allgemeine Zeitung folgende Mittheilungen ihres Correſpondenten aus Madrid vom 19. Jänner: „Der Aufſtand von Melilla kam den Exaltirten ſehr erwünſcht. Sie fanden darin eine Veranlaſſung, den ihnen ſo verhaßten General Palarea mit neuen Beſchuldigungen zu überhäufen. In dieſer Abſicht richtete geſtern im Congreſſe der Deputirte Lujan an den Kriegsminiſter die Frage, welche Maaßregeln er genommen habe, um jenen Platz wieder der Gewalt der Königinn zu unterwerfen, und ob er mit dem Betragen des Generalcapitäns von Granada (Palarea) in dieſer Angelegenheit zufrieden ſei? Er erblicke in der ganzen Begebenheit nur den Plan einer fremden Macht, ſich der ſpaniſchen Beſitzungen in Afrika zu bemächtigen. In Melilla befanden ſich 157 Stücke ſchweren Geſchützes, und 419 Centner Pulver; es ſei daher ſehr empfindlich, wenn dieſe Vorräthe in die Hände des Feindes fielen. Der Kriegsminiſter verſicherte, die afrikaniſchen Beſitzungen würden nicht verloren gehen, und die Regierung habe bereits alle nothwendigen Maaßregeln getroffen. Der Marineminiſter fügte hinzu,

er laſſe in Ferrol zwei Fregatten ausrüſten, die ſich nach Melilla und Alhucemas begeben ſollten. Da auch H^r. Infante die Beſorgniß äußerte, eine fremde Macht, welche bereits Beſitzungen an der afrikaniſchen Küſte hätte, möchte auf die dort befindlichen ſpaniſchen Plätze Abſichten haben, ſo erklärte H^r. Martinez de la Roſa, dieſe Plätze hätten für Spanien nicht die Wichtigkeit, welche man ihnen beilegen wollte, und, ſo lange England mit Spanien im Bündniß bliebe, würde ſich keine fremde Macht ihrer bemeiſtern können. Es befänden ſich dort viele politiſche Verbrecher in der Verbannung, und dieſe hätten die Beſatzung verführt. Der Vorfall ſei nicht von politiſchen Folgen und die Regierung könne dem Uebel leicht abhelfen. — In dieſen Aeußerungen des H^rn. Martinez de la Roſa erblickten ſeine Feinde ſogleich die Abſicht, jenen Aufſtand entſchuldigen zu wollen, gerade weil er zu Gunſten des Prätendenten unternommen worden ſei. H^r. Olozaga erhob ſich demnach ſtreitfertig mit der Behauptung, jener Aufſtand ſei von hoher politiſcher Wichtigkeit, denn die Nation, welche Algier in Beſitz genommen habe, könne darnach trachten, ihre Niederlaſſungen an der Küſte zu erweitern, und ebenſowohl könnten gewiſſe Mächte, die Freunde des Prätendenten wären, damit umgehen, ihm in jenen feſten Plätzen einen Stützpunct zu verſchaffen. H^r. Alcala Galiano machte endlich, unter lautem Murren der öffentlichen Tribune, darauf aufmerkſam, daß die aufrühreriſche Beſatzung von Melilla gerade aus denjenigen Truppen beſtände, welche 1835 die inſurrectionellen Bewegungen von Malaga unterſtützt hätten. — Man erklärte darauf den Gegenſtand für erledigt, als ſich H^r. Lopez erhob, um eine neue Interpellation an die Regierung anzukündigen. Das verkehrte Syſtem, welches die Regierung ſeit 1834 befolge, ſagte er, veranlaſſe ihn zu verſchiedenen Unterſuchungen; namentlich verlange er Aufſchlüſſe über die Repreſſalien, und bitte deßhalb die Regierung, die letzten von dem General van Halen über dieſen Punct gemachten Mittheilungen dem Congreſſe vorzulegen. Außerdem verlange er alle Papiere, welche auf die Vorfälle vom 7. Juli 1822 Bezug hätten, zur Einſicht, und endlich möchte die Regierung Aufſchlüſſe über die Ereigniſſe der Nacht vom vergangenen 28. October geben. Nicht geringes Staunen erregte dieſer Antrag, kraft deſſen die Miniſter über Begebenheiten Rechenſchaft ablegen ſollen, die zum Theil vor ſiebzehn Jahres, vorgefallen ſind. Es fehlt nur, ſagt mit Recht ein hieſiges Blatt, daß H^r. Lopez auch verlangte, die Regierung ſolle ſich über den Untergang der ſpaniſchen Freiheit, die durch die Niederlage bei Villalar verloren ging, rechtfertigen."

Briefen aus Bayonne vom 24. Jänner zufolge befand ſich Don Carlos am 19. noch immer in Azcoitia. Am 20. wollte man zu Durango Nachricht haben, Espartero habe mit ſeinen Truppen von Miranda aus eine Bewegung gegen die Carliſtiſche Linie des Gebirges von Santander gemacht. Maroto marſchirte mit ſeinen Truppen nach dem Thale von Mena. Man glaubt, Espartero beabſichtige Ramales zu nehmen, welches für den Schlüſſel der Provinzen Santander und Biscaya von den Encartaciones her gilt.

Großbritannien und Irland.

Lord John Ruſſell war dieſer Tage zu einer Anti-Korngeſetzverſammlung nach Stroud (dem Ort, welchen er im Unterhauſe repräſentirt) eingeladen. Er konnte nicht abkommen und erließ nachſtehendes Schreiben an Charles Stanton Esq., der in der Verſammlung präſidirte. „Unmöglich kann ich mich in dieſem Augenblick, wo die Parlamentsſeſſion ſo nahe iſt, von London entfernen. Außerdem würde ich es für meine Pflicht gehalten haben, der Verſammlung meiner Conſtituenten zur Berathung über die Korngeſetze beizuwohnen. Ich unterſtützte die Bill von 1829, weil ich ſie als eine Verbeſſerung des frühern Prohibitivſyſtems anſah; inzwiſchen bin ich der Meinung, daß ein mäßiger, feſt beſtimmter Zoll für Handel, Manufacturen und Ackerbau vortheilhafter ſeyn würde, als unſere gegenwärtige ſchwankende Abgabe auf eingebrachtes Getreide — our present fluctuating scale. Man muß allerdings wünſchen, daß Geſetze, welche die Verwendung von Capitalien und die Canäle des Kunſtfleißes reguliren, nicht allzu oft geändert werden; allein es iſt eben ſo wünſchenswerth, daß ein Abgabenſyſtem nicht beibehalten werde, welches, wie die Erfahrung gezeigt hat, die hohen Preiſe theurer Jahre für den Conſumenten noch ſteigert, und die niedrigen Preiſe fruchtbarer Jahre für den Producenten noch herunterdrückt. Ich gebe Ihnen dieß als meine perſönliche Meinung, bemerke jedoch dabei, daß ich bereit bin, die damit ausgeſprochene Anſicht auch durch mein Votum im Hauſe der Gemeinen zu unterſtützen. J. Ruſſell." — Zu Mancheſter wurde am 23. Jänner eine Anti-Korngeſetzverſammlung gehalten, wobei Deputirte von Hull, Leeds, Sheffield, Derby, Lancaſter, Birmingham, Nottingham und Edinburgh zugegen waren. Vor dem Beginn der Reden wurden drei Entſchuldigungsepiſteln verleſen von dem Cabinetsminiſter Poulett Thompſon und den Lords Durham und Brougham. Der Miniſter hält mit ſeiner Meinung zurück, die beiden Lords aber verſprechen, für Abſchaffung der Korngeſetze im Parlament zu votiren. Die Agitation nimmt übrigens mit jedem Tage zu und die Morning-Poſt, welche für Beibehaltung der Korngeſetze iſt, hat große Mühe, ihre Gründe geltend zu machen.

Die Nachrichten, welches die Committee für die Coloniſirung von Südauſtralien erhielt, lauten überaus günſtig. Das Princip, von welchem die Unternehmer ausgingen, war bekanntlich, eine Colonie ohne alle Unterſtützung der Krone, bloß durch den Verkauf von Ländereien zu gründen, und den geſammten Ertrag der aus dem Lande gelösten Summe auf das Verſchiffen von

Familien von Arbeitern in die Colonie zu verwenden. Oberſt Torrens ſetzte im Jahre 1834 im Parlamente eine Bill durch, nach der im Süden von Neuholland die Colonie Südauſtralien gegründet werden ſollte, wozu ein Flächenraum von 300,000 engliſchen Quadratmeilen ausgeſetzt wurde; es ſollte kein Sträfling in die Colonie geſchickt, noch zugelaſſen werden, kein Land unentgeltlich vertheilt, und die Colonie ſo lange von der engliſchen Regierung verwaltet werden, bis ſie 50,000 Einwohner zähle, wo ſie dann eine eigene von den Coloniſten ſelbſt zu organiſirende Verwaltung erhalten ſolle. Eine Commiſſion wurde berechtigt, 250,000 Pf. St. zu leihen, zur erſten Gründung der Colonie zu verwenden, und das ganze Land der Colonie als Hypothek dafür zu verpfänden. Die Commiſſion ſetzte den Preis des Landes anfänglich auf 12 Shilling für den Morgen, und nachdem im Jahre 1836 ſchon 60,000 Morgen verkauft waren, auf 1 Pf. St. Es wurden ein Gouverneur, der Capitän Hindmarſh, ein Oberlandcommiſſär und ein Richter hingeſchickt, eine Stadt, Adelaide, am Golf von St. Vincent gegründet, Schiffe von Familien mit Arbeitern abgeſandt, und die natürlichen Vortheile der Lage, ſo wie die Abweſenheit von Sträflingen, zogen bald eine beträchtliche Anzahl von Familien aus Van-Diemensland und aus Sidney herbei. So weit man bis jetzt das Land bereist hat, zeigt es einen ohne Vergleich reicheren Boden, als die älteren Colonien von Auſtralien, und die große Ausdehnung des vortrefflichſten Weidelandes zieht beſonders die Coloniſten von Sidney an, welche die Größe ihrer Heerden und die ſchlechte Beſchaffenheit eines großen Theils ihres Bodens nöthigt, ihr Vieh ſo weit ins Innere zu treiben, daß ihre Wolle bei den Koſten des weiten Landtranspots faſt keinen Ueberſchuß mehr abwirft, wenn ſie in Sidney angekommen iſt. Man hat daher angefangen, Heerden von Sidney in die neue Colonie herüberzutreiben, und es ſind nach den letzten Nachrichten nach einander drei Heerden in Adelaide angekommen, denen bald eine Menge anderer folgen werden, da nun ein ſicherer Weg gefunden iſt. Die Zahl der Schafe in der Colonie, welche im November 1837 nicht über 5000 Stück betrug, iſt daher bis in die Mitte des Jahres 1838 auf mehr als 30,000 angewachſen, und viele Tauſende ſollten damals unverzüglich von Van-Diemensland dahin verſchifft werden. Es hat ſich unter dem Namen „ſüdauſtraliſche Compagnie" eine Geſellſchaft mit einem Capital von 300,000 Pf. St. gebildet, welche Land in der Compagnie gekauft, einen Wallfiſchfang organiſirt hat, und große Schafheerden zu halten gedenkt. Die Stadt Adelaide beſteht gegenwärtig aus 300 Häuſern, und der Preis des Grundes und Bodens in der Stadt und Umgegend hat ſich ſeit 18 Monaten wenigſtens verzehnfacht. Bis jetzt beſteht zwar die Colonie nur durch die Capitalien, welche die Auswanderer mitbringen, aber man hofft, daß die Schnelligkeit, mit der ſich Schafheerden in den unermeßlichen Steppen von Auſtralien vermehren, bald ein Ausfuhrproduct liefern werde, das dem jungen Staat eine feſte Baſis geben dürfte. Schlimm iſt es nur, daß die Colonie durch Colliſionen unter den Behörden beunruhigt wird. Die Agenten der Landankaufs-Committee, die von der Krone ernannten Behörden und die Agenten der auſtraliſchen Compagnie ſind in beſtändigem Conflict, und die Colonie iſt durch ſie in bittere Parteiſtreitigkeiten verwickelt worden. Der Gouverneur hat im Juni vorigen Jahres zwar ſeine Entlaſſung genommen, aber der Unfrieden dauert fort, und wird durch zwei Journale, die verſchiedenen Partei dienen, erhalten und vermehrt. Indeß die ausgewanderten Arbeiterfamilien, die nichts mit den Streitigkeiten der Landbeſitzer zu thun haben, befinden ſich, nach ihrem einſtimmigen Zeugniß, dort ſehr zufrieden, und ihre Arbeit wird doppelt ſo gut bezahlt als in England, während ihre Kinder, anſtatt ihnen zur Laſt zu ſeyn, ein Reichthum für ſie ſind. Für Englands Handel iſt in jener Colonie ein neuer beträchtlicher Markt eröffnet, denn es wird noch auf viele Jahre hin wohlfeiler ſeyn, Fabrikate aller Art aus England zu beziehen, als ſie in der Colonie zu produciren. Dieß geht ſo weit, daß die meiſten Auswanderer vollſtändige hölzerne Häuſer in London kaufen, und mit ſich nehmen, und kürzlich hat man ſogar eine Kirche mit Raum für 350 Perſonen ganz fertig nach Südauſtralien geſchickt.

Die Aſſociation der Kaffeh- und Speiſehausinhaber in London hat beſchloſſen, das Parlament in einer Bittſchrift um alsbaldige und gänzliche Aufhebung der Korngeſetze zu bitten. Dieſer Beſchluß wurde in einer Verſammlung gefaßt, welche eigentlich einem andern, die Einwohner von London ſchwer drückenden Uebelſtande, der durch eine Uebereinkunft der Händler herbeigeführten Steinkohlen-Theurung, gewidmet war. Der Lordmayor läßt es ſich ſehr angelegen ſeyn, letzterem Uebel abzuhelfen.

Zu Manchester ſoll eine prächtige katholiſche Kirche in gothiſchem Style erbaut werden. Die Koſten ſind auf 30,000 Pf. berechnet. Der Architekt Pugin hat den Plan entworfen.

Zu Cork in Irland verhinderten am 21. Jänner einige tauſend Arbeiter die Einſchiffung einer nach Baltimore beſtimmten Ladung Kartoffeln. Dieſelben wurden zum Verkaufe auf den Markt gebracht. Es waren Truppen herbeigekommen, die Behörden fanden es jedoch nicht räthlich, ſie zu verwenden, und es ging alles ohne Blutvergießen vorüber.

Niederlande.

Der Prinz von Oranien iſt in der Nacht vom 23. auf den 24. Jänner nach Herzogenbuſch abgegangen, wohin ſein Hauptquartier verlegt iſt. — Die holländiſche Armee beſteht gegenwärtig aus 124 Bataillons Infanterie, 32 Schwadronen Reiterei, 24 Batterien Feldartillerie, 6 Batterien Belagerungsgeſchütz und 2 Bataillons Geniecorps,

zuſammen 121,500 Mann. Bis jetzt ſtehen aber nur 75,000 Mann unter den Waffen, während die Belgier 84,000 Mann auf den Beinen haben.

Belgien.

Der Moniteur Belge enthält mehr als 300 Ernennungen und Beförderungen von Offizieren vom Unterlieutenantsrange an bis zu jenem eines Oberſten. Dieſe Maaßregel betrifft bloß die Infanterie, doch erſter Tage erwartet man einen ähnlichen Beſchluß für die Cavallerie, Artillerie und das Geniecorps.

Der Diviſionsgeneral Duvivier iſt am 24. Jänner nach Brüſſel berufen worden, um die Inſtructionen des Kriegsminiſters in Betreff der Zuſammenziehung einer Diviſion ſchwerer Cavallerie zu empfangen, deren Commando dem alten General übertragen werden ſoll. Dieſe Diviſion wird aus acht Schwadronen Küraſſieren, ſechs deßgleichen Guiden und vier deßgleichen mobiliſirten Gensdarmen, im Ganzen aus achtzehn Schwadronen beſtehen. Sein Hauptquartier wird zu Mecheln ſeyn. Nach der Emancipation ſollen funfzehn polniſche Offiziere in den Reihen der Armee Anſtellung erhalten haben.

Am 26. Jänner ſollte Sitzung der Repräſentantenkammer ſeyn; es hatten ſich aber nur 45 Mitglieder eingefunden, weßhalb der Präſident die Sitzung aufgehoben erklärte. — Der Independant iſt in heftiger Polemik mit mehreren andern belgiſchen Blättern, die ihm den Patriotismus abſprechen. So beſonders mit dem „Echo von Luxemburg," das in ſeiner neueſten Nummer ſich ſelbſt in Drohungen überbietet. Der Independant citirt folgende Stelle: „Die Regierung mag wollen oder nicht, es wird Widerſtand geleiſtet werden, und zwar genugſam, daß uns das Nachbarvolk höre, genugſam, es in den Kampf zu ziehen, — mehr als nöthig iſt, um manche Throne zu bedrohen. Wir wiederholen es: das alles verbürgen wir dem Independant." — Der Independant bemerkt dazu: „Ihr verlangt, daß euch die Regierung bei den Mächten vertheidige, und ihr rühmt euch, daß ihr auch ohne die Regierung handeln werdet, ihr zum Trotz und wenn es ſeyn muß auch gegen ſie. Welche Achtung wollt ihr, daß die Mächte einer Regierung zollen, deren Untergebene eine ſolche Sprache führen?" Konnten ſie nicht ſagen: „Ihr ſeid von Factionen beherrſcht — wir können nicht mit euch unterhandeln." — Wenn das Echo von Luxemburg und diejenigen, welche ſeine Sprache billigen, die Wirkung ermeſſen könnten, die ihre Drohungen im Auslande machen, ſie würden erſchrecken. Ihr wollt die Völker für das Schickſal Belgiens intereſſiren: glaubt uns, es wird euch dieß nicht gelingen, wenn ihr der Welt das Schauſpiel der Anarchie darbietet. Seht nur auf Spanien!"

Hr. Cockerill iſt bei der Regierung um ein Anlehen von 1,200,000 Fr. eingekommen, um ſeine umfaſſenden Etabliſſements aufrecht erhalten zu können.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Viel Aufſehen macht in einigen Gegenden der Schweiz das Treiben der Methodiſten. Das öffentliche Aergerniß und der Unfrieden in den Familien, den ſie verurſachen, hat die Erbitterung des Volkes ſo gereizt, daß ſich die Regierung mit der Sache wird beſchäftigen müſſen. In den katholiſchen Freibergen, wo ſie angefangen haben, Proſelyten zu machen, verſammeln ſich die jungen Leute mehrerer Dörfer, um ihre nächtlichen Zuſammenkünfte zu ſtören.

Der Erziehungsrath von Zürich hat ſich am 26. Jänner nach vierſtündiger Berathung für die Berufung des Dr. Strauß in Ludwigsburg (Verfaſſer des „Lebens Jeſu") an die durch Profeſſor Elwert's Abgang erledigte Profeſſur der Dogmatik und Kirchengeſchichte an dortiger Hochſchule ausgeſprochen. Schon zur Zeit der Berufung Elwert's erklärten ſich mehrere Mitglieder des Erziehungsraths, beſonders von der radicalen Seite her, für die Berufung Dr. Strauß; ſie blieben aber damals in der Minderheit. Jetzt erneuerte ſich der Kampf um dieſe Wahl, und lebhafter, als das erſte Mal. Die theologiſche Facultät wurde aufgefordert, ein Gutachten über die Beſetzung der Lehrſtelle durch Dr. Strauß abzugeben. Ungeachtet dieſelbe keineswegs in dem Geruche des Pietismus ſteht, ſondern durchgängig freier Wiſſenſchaftlichkeit huldigt, ſprach ſie ſich dennoch, mit Ausnahme Einer Stimme, gegen dieſe Berufung aus. Die öffentlichen Blätter nahmen Partei für und gegen. In den verſchiedenen geſelligen Kreiſen, ſelbſt in den weitern Kreiſen des Volkes, wurde die Frage lebhaft erörtert. In dem Erziehungsrathe ſtimmten nun in der Plenarſitzung ſieben Mitglieder für Strauß, ſieben andere gegen ihn und für Dr. Landerer. Der Präſident, Hr. Bürgermeiſter Hirzel, welcher zur Zeit der Berufung Elwert's noch gegen Strauß geweſen war, entſchied dießmal für denſelben. Man iſt nun begierig zu erfahren, ob er den Ruf annehmen, und in den Kampf eintreten werde, der kaum zu ſeiner eigenen Befriedigung ausfallen dürfte. Uebrigens bedarf die Wahl noch der Beſtätigung von Seiten des Regierungsraths, und dieſe dürfte bedeutende Schwierigkeit finden. — Gleichzeitig mit dieſem wichtigen kirchlichen Ereigniß in Zürich hat im Canton Waadt der Staatsrath mit 10 Stimmen Mehrheit beſchloſſen, daß die in der Bibel enthaltenen Doctrinen als einzige Regel für den Glauben und die Lehre in der waadtländiſchen Kirche geltend anerkannt werde; d. h. ſo viel als Abſchaffung des helvetiſchen wie jedes andern Glaubensbekenntniſſes.

Der Vorort hat beſchloſſen, in der Walliſer Verfaſſungsangelegenheit nicht zu interveniren, außer wenn die Erhaltung des Landfriedens es erheiſchen ſollte.

Teutſchland.

Die Osnabrück'ſchen Anzeigen vom 26. Jänner enthalten folgende öffentliche Bekanntmachung: „Auf

eine an Se. königl. Majestät gerichtete Adresse einiger getreuer hiesiger Bürger hat Allerhöchstderselbe die unten folgende Erwiederung zu erlassen geruht, welche hiermit zur Kenntniß der Unterzeichner gebracht wird. Osnabrück, 23. Jänner 1839. Der Landdrost, Graf von Wedel. — Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc. Es ist von Unserm Landdrosten Grafen von Wedel zu Osnabrück eine Adresse mehrerer Unserer getreuen dortigen Bürger überreicht worden, worin Uns die Unterzeichner ihre ehrfurchtsvollsten Gesinnungen bei dem Wechsel des Jahres haben an den Tag legen, und die Gefühle des unbedingtesten Vertrauen zu Uns, so wie der unwandelbarsten Treue aussprechen wollen. Wie nichts Unserm landesväterlichen Herzen so wohlthuend ist, als der Ausdruck treuer Unterthanenliebe, so haben Wir mit besonderm Wohlgefallen eine die Gefühle des unbedingtesten Vertrauens zu Uns aussprechende Adresse aus einer Stadt aufnehmen müssen, in welcher Wir die unzweideutigsten Beweise der Unterthanentreue noch vor wenigen Monaten Selbst empfangen haben, worin aber — wie Wir leider die Ueberzeugung haben gewinnen müssen — als Feinde des Rechts und der Ordnung einige Uebelgesinnte das glückliche Band des Vertrauens zwischen dem Herrscher und seinen Unterthanen — diese wesentlichste Grundlage des Glücks der Völker — zu untergraben trachten, um der Selbstsucht und eigennützigen Herrschgier unter dem Scheine des Rechts zu fröhnen. Zwar suchen sie ihre verbrecherischen Absichten zu verhüllen, um sich dem Arme der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen; allein Wir haben auf ihr frevelhaftes Beginnen ein wachsames Auge gerichtet zum Schirm für die Uns ergebenen Gesinnungen getreuer Unterthanen gegen verbrecherische Umtriebe und Verlockungen. Wie Wir Uns hierbei der angenehmen Ueberzeugung hingeben, daß die Unterzeichner der Uns durch Unsern Landdrosten Grafen von Wedel überreichten Adresse in den Gesinnungen treuester Ergebenheit nicht wanken, und stets bemüht seyn werden, das segensreiche Band der Liebe und des Vertrauens der Unterthanen zu ihrem Fürsten immer mehr und mehr zu befestigen, so versichern wir dieselben Unserer königlichen Huld und Gnade. Hannover, den 15. Jänner 1839. Ernst August. G. Freiherr von Schele."

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mittelst allerhöchsten Cabinetsschreibens vom 29. Jänner d. J. dem in den Ruhestand tretenden Gubernialrathe und Referenten des Mailänder Cameralmagistrates, Joseph Pancaldi, als Merkmahl der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner langen, treuen und entsprechenden Dienstleistung, den Orden der eisernen Krone dritter Classe taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben den Capitänlieutenant des 48sten Linien-Infanterieregiments, August Grafen von Segur, die Würde eines k. k. Kämmerers allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät geruhten den unterfertigten Bankgouverneur und die gesammte Bankdirection am 9. d. M. in einer allergnädigsten Audienz zu empfangen, und die Allerhöchstdenenselben unterthänigst vorgelegten Uebersichten der Gebahrungen des Institutes im Jahre 1838, so wie den ehrfurchtsvollsten Dank der Actiengesellschaft für den dieser Anstalt fortwährend geschenkten landesväterlichen Schutz, huldvollst aufzunehmen.

Mit allerhöchster Entschließung vom 29. d. M. geruhten Se. k. k. Majestät ferner, die in der letzten Ausschußversammlung vom 7. Jänner d. J. Statt gefundene Wiedererwählung der Herren: Johann Heinrich Freiherrn von Geymüller, Jacob Joseph Ritter von Löwenthal, Johann Bapt. Benvenuti, Johann Christian Edlen von Bruchmann, zu Bankdirectoren allergnädigst zu bestätigen.

Wien, den 31. Jänner 1839.

Carl Freiherr von Lederer,
Bankgouverneur.
Bernhard Freiherr von Eskeles,
Bankgouverneurs-Stellvertreter.
Joseph Ritter von Wayna,
Bankdirector.

Bei der am 1. d. M. in Folge des allerhöchsten Patentes vom 21. März 1818 vorgenommenen 123sten (17ten Ergänzungs-) Verlosung der ältern Staatsschuld ist die Serie 391 gezogen worden.

Diese Serie enthält Aerarial-Obligationen der Stände von Oesterreich ob der Enns zu 4 Percent von Nr. 70,010 bis einschließig Nr. 77,285 im Capitalsbetrage von 1,250,718 fl. und im Zinsenbetrage nach dem herabgesetzten Fuße von 25.014 fl. 21 kr.

Die in dieser Serie enthaltenen einzelnen Obligationsnummern werden in einem eigenen Verzeichnisse nachträglich bekannt gemacht werden.

Am 4. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 11/12
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	100 7/16
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81 1/2
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	——
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	65 1/4
Bankactien	pr. Stück 1472¼	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 37

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 6. Februar 1839.

W 1.K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 4. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.635	28 3 42 9	— 4.1	W.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.619	28 3 2 7	— 2.1	W.	still.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.678	28 3 5 4	— 5.3	W.	—	heiter.

Großbritannien und Irland.

Die Morning-Chronicle vom 25. Jänner äußert sich folgendermaaßen über die zu London am 23. gedachten Monats in Bezug auf die holländisch-belgischen Angelegenheiten getroffene Entscheidung: „Die Verhandlungen über die holländisch-belgischen Angelegenheiten sind beendigt. Wie wir vorausgesehen haben, der Tractat ändert nichts an den Territorial-Arrangements der 24 Artikel. Die seit 1831 eingetretenen Aenderungen haben jedoch die Conferenz in den Fall gesetzt, Modificationen, die der Territorialfrage fremd sind, vorzuschlagen, und welche für Belgien nur vortheilhaft seyn konnten. Die Conferenz soll dem niederländischen Gesandten erklärt haben, daß wenn der König der Niederlande den vorgeschlagenen Tractat anzunehmen sich weigern sollte, während Belgien bereit wäre, ihn anzunehmen, die Mächte den König Wilhelm hindern werden, die Feindseligkeiten wieder anzufangen. Dem belgischen Gesandten soll die Conferenz erklärt haben, daß wenn sich Belgien weigert, den Tractat anzunehmen und Holland ihn annimmt, die fünf Mächte letzterem denjenigen Beistand leisten werden, auf den es sich hierdurch einen gerechten Anspruch erworben hat. — Wir glauben, daß sich weder Holland noch Belgien weigern werden, der ihnen vorgeschlagenen Uebereinkunft beizutreten. Eine Weigerung von Seite Hollands würde nur die Verlängerung eines lästigen Status quo zur Folge haben und bloß eine Lösung aufschieben, die ihm früher oder später größere Opfer auferlegen würde. — Wir theilen auch nicht die Besorgnisse derjenigen, die an eine Weigerung von Seite Belgiens glauben. Die Einstimmigkeit der fünf Mächte muß selbst der sogenannten Kriegspartei in Brüssel die Ueberzeugung geben, daß diejenigen die besten Freunde Belgiens sind, die sich am geneigtesten zeigen werden, der vorgeschlagenen Uebereinkunft beizutreten. Die Berichte über die in Belgien obwaltende Gährung haben stets, wie wir glauben, das Gepräge der Uebertreibung getragen; aber selbst zugegeben, daß die Aufregung groß gewesen, so hat sie sich, wenn wir uns nicht irren, seit der Discussion der Adresse in der französischen Deputirtenkammer gelegt und ist beinahe verraucht. Uebrigens stützen wir unsere Hoffnung auf den Beitritt Belgiens weit mehr auf die Rechtlichkeit der Belgier, als auf ihre Ueberzeugung, daß jeder Widerstand von ihrer Seite unnütz seyn würde. Belgien besteht als Nation nur kraft des Tractats von 1831. Die Gültigkeit dieses Tractats läugnen, hieße auf seine eigene Nationalität Verzicht leisten. Belgien kann unmöglich von dem Tractat nur die Anordnungen herausnehmen, die ihm behagen und diejenigen verwerfen, die ihm mißfallen. Wir sind überzeugt, daß es in Belgien keine einigermaaßen angesehene Partei gibt, welche mit Mißachtung dessen, was wir eben auseinander gesetzt haben, der Regierung zu Schritten rathen wollte, welche geeignet seyn würden, die kostbarsten Interessen des Landes zu gefährden. — Man muß sich Glück wünschen zu dem glücklichen Ausgang einer so lange obschwebenden Unterhandlung, nicht minder wegen der Interessen, die den unmittelbaren Gegenstand davon ausmachten, als wegen der Dispositionen, die hieraus von Seite der großen europäischen Mächte hervorgehen. Wenn die Mächte oder eine derselben den Krieg gewünscht hätten, so würde es nicht schwer gewesen seyn, in einer so verwickelten Frage einen plausiblen Vorwand zu finden, ihn zu erklären; im Gegentheile, ihre Einhelligkeit über die Territorialfrage verbürgt uns nicht bloß, daß sie den Frieden wollen, sondern auch, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach ihren Zweck erreichen werden."

Das Pariser Journal la Presse vom 28. Jänner äußert sich über die letzten Beschlüsse der Londoner Conferenz folgendermaaßen: „Die Finalbeschlüsse der Londoner Conferenz in der holländisch-belgischen Angelegenheit sind von dem französischen Botschafter unterzeichnet worden. Diese Thatsache hat nichts Neues, nichts Unerwartetes. Man wird sich erinnern, daß der Graf Molé bei der Discussion der Adresse stets aufs formellste proclamirt hat, daß der Tractat der 24 Artikel, eben sowohl für Frankreich, das ihn unterzeichnet, als für Belgien, das ihn als erste officielle Garantie seiner Nationalität angenommen hatte, verbindlich sei. Man wird sogar bemerkt haben, daß Niemand den Werth dieses diplomatischen Precedents anzustreiten wagte. Was hat H^r. Thiers, derjenige von den Rednern, der die dissidirendste Attitüde bei dieser Debatte zu nehmen schien, zu thun vorgeschlagen? Zeit zu gewinnen, aufzuschieben, zu eludiren. Es ist dieß immer von seiner Seite jene edle und loyale Politik, welche die berüchtigte Depesche über die Räumung von Ancona uns in ihrer ganzen Naivetät enthüllt hat. Ohne auf das zurückzukommen, was wir bereits über diese Art, die Angelegenheiten eines großen Landes zu behandeln, gesagt haben, nehmen wir Acte von dem durch seine Erklärungen constatirten Factum: — daß er, mit allem dem, doch den Tractat der 24 Artikel nicht zerreißen wollte. — Dieß einmal angenommen, so reducirt sich hier, wie bei Ancona, die Frage zwischen H^m. Thiers und H^m. Molé auf den einfachen Satz: Soll man die Verpflichtungen, welche man eingegangen zu haben anerkennt, vollziehen? H^r. Molé hat die Schwachheit, dieser Meinung zu seyn. H^r. Thiers glaubt, daß es Frankreichs würdiger sei, über die Bedingungen der Verfallzeit zu zweideuteln, und die Erfüllung der positivsten Verbindlichkeiten von sich abzulehnen, indem man sich hinter gewisse Vorwände verschanzt. Wir unsererseits erklären, daß wir die Schwäche des H^r. Molé den hochtrabenden Umschweifen des Expräsidenten vom 22. Februar vorziehen. H^r. Molé hat es sich stets angelegen seyn lassen, die Unterschrift Frankreichs zu hon-

riren. Da ſich Frankreich nie anders, als mit gutem Vorbedacht, zu etwas verpflichtet, ſo glaubt er nicht, daß es im mindeſten Schande bringen könne, die Verſprechungen, die es geleiſtet, zu erfüllen." — Am Schluſſe ihres Artikels ſagt die Preſſe: „Man täuſche ſich nicht; der Krieg lag im Hintergrunde dieſer ungeheuren und ſchwierigen Frage. Man kann nicht genug würdigen, wie viel Tact, wie viel Geſchicklichkeit, und vor allem wie viel von jener moraliſchen Autorität, die nur eine erprobte Rechtlichkeit gewährt, dazu gehörte, um die heute erreichten Reſultate zu erzielen, ohne den mindeſten Conflict zwiſchen den ſo verſchiedenartigen Intereſſen, die ſich auf einem ſolchen Boden gegenüberſtanden, hervorzurufen. H^r. Thiers hat häufig von der engliſchen Allianz geſprochen; er hat ſich gerühmt, mehr als irgend Jemand der treue Hüter derſelben zu ſeyn; nun denn; er möge wiſſen, daß England ſich zuerſt gegen ihn gekehrt haben würde, wenn er es gewagt hätte, dem Syſteme, das er auf der Tribune prâconiſirt hat, zu folgen."

Durch das neueſte in England angekommene Packetſchiff aus Newyork hatte man auch Zeitungen aus Canada bis zum 31. December erhalten. Sie ſind voll von Details über Hinrichtungen durch den Strang. Gehenkt wurden wegen Hochverraths: Zu Montreal (in Niedercanada) vor dem neuen Gefängniſſe Joſeph Narciſſe Cardinal, Notar in Chateauguay und Mitglied des aufgelöſten Verſammlungshauſes, und ſein Schreiber, Joſeph Duquet; gegen zwei andere der Gefangenen in Montreal ſind die Todesurtheile unterzeichnet. Ferner zu Kingston in Obercanada: Martin Wood ruff, Milizoberſt und Viceſheriff in der Grafſchaft Onondaga, Staat Newyork, welcher bei der Prescottmühle gefangengenommen worden war; gegen acht weitere ſeiner Schickſalsgenoſſen ſind die Todesurtheile unterzeichnet. H^r. von S^t. Real, Richter in Three-Rivers, iſt abgeſetzt worden, weil er, trotz der Suspenſion der Habeas-Corpus-Acte, einen Habeas-Corpus-Befehl zu Gunſten eines wegen Hochverraths Angeſchuldigten ausgeſtellt hatte. Der Redacteur eines zu Quebec erſcheinenden Blattes, Etienne Parent, iſt feſtgenommen worden. D^r. Theller, einer der Inſurgentenanführer, iſt von den Behörden der vereinigten Staaten, als des Verſuchs verdächtig, eine Expedition gegen die brittiſchen Provinzen zu veranlaſſen, feſtgenommen worden. — Man ſpricht von neuen Inſurgenteneinfällen ſowohl in Niedercanada, als auch in Obercanada vom Staate Michigan aus.

Conſols am 25. Jänner 92⅞, ⅝. — Am 26. Jänner 92⅞, ⅝.

Mexico.

Durch das neueſte Packetſchiff „North-America," welches Newyork am 5. Jänner verlaſſen hat, ſind wichtige Nachrichten aus Mexico eingegangen. — Der Newyork-Enquirer vom 28. December ſchreibt folgende Nachrichten aus Neworleans vom 20. desſelben Monats: „Wir wiſſen nun Beſtimmteres über die Vorgänge in Tampico. Die inſurgirte Stadt wurde am 30. November von den Regierungstruppen angegriffen, dieſe aber nach einem hitzigen Gefechte mit einem Verluſte zurückgeworfen, der auf 500 Mann an Todten und Verwundeten angegeben wird, was wohl übertrieben iſt, da ſie in Allem nur 800 Mann ſtark geweſen ſeyn ſollen. Dieß iſt jedoch hier Nebenſache; genug, Tampico blieb in den Händen der Inſurgenten, und wie die Regierung ſich halten kann, während ihre zwei Hauptháfen in Feindeshand ſind, iſt ſchwer zu begreifen. Gleichwohl ſcheint es nach einer neuen Proclamation des Präſidenten Buſtamente, daß er entſchloſſen war, die von den Franzoſen bei der Capitulation des Schloſſes San Juan d'Ulloa angebotene Ausgleichung zu verwerfen, wonach es alſo zum offenen Krieg zwiſchen Frankreich und Mexico kommen dürfte." — Ein Blatt aus Neworleans ſagt über den Angriff vor Tampico: „Der Kampf war verzweifelt und blutig. Die Regierungstruppen unter den Generälen Cos und Pietras wurden völlig geſchlagen. Die Föderaliſten unter General Urrea vertheidigten die Stadt mit der Tapferkeit von Männern, die zwiſchen Sieg und Tod keine Wahl haben. Sie nahmen den General Pietras gefangen, welcher zur Hinrichtung verurtheilt und am 7. December erſchoſſen wurde. Die Regierungstruppen zogen ſich auf ihre Niederlage in einige Entfernung von Tampico zurück, wo ſie Halt machten, um ihre Verſprengten zu ſammeln und Verſtärkungen an ſich zu ziehen. Die mexicaniſche Regierung hat die vor Veracruz von Admiral Baudin und General Rincon unterzeichneten Capitulationsartikel zu ratificiren abgeſchlagen, und erklärt, das ganze Land eher in eine Gräberſtätte verwandeln zu laſſen, als ſich Frankreichs Forderungen zu fügen." In dieſem Sinn iſt die erwähnte Proclamation Buſtamente's an ſeine Armee vom 1. December abgefaßt. Sie ruft die „tapfern Mexicaner" auf, mit ihm zu ſiegen oder zu ſterben; indeß fällt in dieſem Manifeſt auf, daß der Präſident nicht der einzigen ihm zu Gebote ſtehenden wirkſamen Vertheidigungsmaaßregel gedenkt, nämlich der Ausgabe von Kaperbriefen gegen Frankreich. Auch hat man Grund zu vermuthen, daß Buſtamente, als er dieſe Proclamation erließ, den Fall von San Juan d'Ulloa noch gar nicht wußte. Mehrere nordamericaniſche Journale drücken den Zweifel aus, ob, wenn Mexico wirklich zu einem längern Widerſtande und eventuell zum offenen Kriege mit Frankreich entſchloſſen ſei, England und die vereinigten Staaten dabei neutral bleiben könnten; in demſelben Sinn äußert ſich die Times in einem feindſeligen Artikel gegen Frankreich. — Der Newyork-Herald bemerkt: „Die Angabe, daß die mexicaniſche Regierung dem Vertrage der Franzoſen zu Veracruz die Ratification verweigert habe, kann nicht wahr ſeyn, da dieſer Vertrag erſt am 28. November unterzeichnet worden. Die Nachricht aus Texas, daß außer Tampico ſich noch mehrere Städte gegen die Regierung zu Mexico erklärt, ſcheint grundlos."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Newyorker Blättern vom 5. Jänner zufolge iſt der Zwieſpalt in der Legislatur des Staates Pennſylvania zu Harrisburgh dadurch geſchlichtet worden, daß ein Anhänger der demokratiſchen oder Regierungspartei zum Sprecher des Verſammlungshauſes gewählt wurde.

Perſien.

Ein Marſeiller Blatt, le Sud, ſchreibt aus Konſtantinopel vom 7. Jänner: „Die Nachrichten aus Perſien ſind von größter Wichtigkeit. Da der Schah das ihm von dem brittiſchen Geſandten H^rn. Mac-Neil geſtellte Ultimatum nicht pünctlich vollzogen hat, ſo iſt ein Bruch erfolgt. H^r. Mac-Neil iſt unterwegs nach Konſtantinopel, und Lord Ponſonby hat alsbald dem perſiſchen Botſchafter in Konſtantinopel, Mirza Jaffer, erklärt, daß ſein zum Geſandten in London beſtimmter und auf der Reiſe dahin begriffener Neffe Huſſein Chan bei Hofe nicht empfangen werden könne. Der Schah hat feindſelige Maaßregeln gegen den engliſchen Handel ergriffen. Er hat die Einfuhr aller brittiſchen Waaren in ſein Reich verboten." (Nachrichten aus Erzerum vom 23. December, in Smyrnaer Blättern, ſagen, H^r. Mac-Neil, welcher kaum in Perſien angekommen, werde, da der Schah ſeine Forderungen nicht erfüllt habe, Perſien verlaſſen.)

Spanien.

Einem Schreiben aus Vera vom 22. Jänner (in der Sentinelle des Pyrénées) zufolge soll P. Cyrillo, Erzbischof von Cuba, nunmehr definitiv von Don Carlos an die Spitze seines Cabinets gestellt worden seyn.

Frankreich.

Das Journal des Debats enthält ein Programm der bisherigen ministeriellen Majorität, welche in der „Reunion Jacqueminot" sich vereinigt hat. In diesem Programme heißt es: „Was bezwecken die Glieder der alten Majorität? In welcher Absicht versammeln sie sich auch jetzt noch, wo das Ministerium, das sie halten wollten, freiwillig abgegangen ist? Gedenken sie etwa die Geburtsarbeit des Cabinets zu hindern? Die Coalition könnte es, wenn dieß der Fall wäre, gar nicht übel nehmen. Wer hat denn die Verlegenheit der gegenwärtigen Lage geschaffen? Vor zwei Monaten herrschte tiefe Ruhe im Lande. Wer hat die Ruhe in Aufregung gewandelt? Wenn wir nach vierzehn Tagen parlamentarischer Arbeit ohne Minister sind, wenn die Geschäfte stocken, und sich Jedermann fragt, wie bald wohl dieser unleidliche Zustand aufhören werde, — wer trägt davon die Schuld? Euer Ehrgeiz hat die Kammer in Verwirrung gestürzt, und ihr wolltet euch verwundern, wenn gegen euch operirt würde? Ihr hohnet redliche Männer, die an ihren Grundsätzen halten, gleich als wäre ihnen weniger als euch vergönnt, Opposition zu machen; gleich als hätten sie nicht Ursache genug, eurer Leichtfertigkeit, eurem Stolze zu mißtrauen. Ihr habt ein Ministerium, das sie unterstützen, ohne Grund gesprengt; warum sollten sie nicht Vergeltung üben und eurem mühsam ausgebrüteten Cabinet mit einem Veto entgegentreten? Sind sie etwa in der Kammer, um gehorsam jedes Ministerium hinzunehmen, das den Parteien zu geben beliebt? Weil sie Freunde der Ordnung sind, wähnt ihr, sie hätten nicht den Muth, Beleidigung und Verachtung zu ahnden? Ihr Verein ist aus loyalen uneigennützigen Männern zusammengesetzt, die sich laut zu ihren Principien bekennen; unter ihnen ist kein Feind der Charte und des Königthums; — kurz, der Verein ist nicht eure Coalition. Inzwischen mögt ihr euch beruhigen; der Bund der Deputirten von der alten Majorität verlangt gar nicht, eure Combinationen zu stören. Macht nur euer Ministerium! befriedigt nur alle Ansprüche eurer Leute! amalgamirt, wenn ihr könnt, die Linke mit der Rechten; wenn euch acht Portefeuilles nicht genügen, vertheilet deren noch mehr. Die Coalitionen bringen das mit sich, daß man alle Welt zufriedenstellen muß. Ihr zählt so viele Talente in euren Reihen; sorgt für alle; so lange es sich nur um Personen handelt, werden euch die Deputirten von der Majorität gelassen zusehen. So hoch das Cabinet Molé in ihrer Achtung stand, sie haben es nie aus befangener Vorliebe, sondern aus inniger Ueberzeugung, unterstützt. Daraus folgt, daß sie nichts einwenden gegen den Wechsel der Personen, aber nie dulden wollen, daß damit zugleich ein Wechsel der Politik eintrete. Um ein Ministerium zu stürzen, habt ihr eure Grundsätze mit Füßen getreten, und euch mit den Feinden des Staats verbunden. Um ihre Grundsätze zu vertheidigen und zu retten, werden die Deputirten von der alten Majorität zusammenhalten; sie werden euch überwachen; sie hindern euch nicht, Minister zu werden; aber an dem Tage, wann ihr es geworden seid, werden sie euch auffordern, das System kundzugeben, das ihr zu befolgen denkt. Die Erhaltung der Ordnung im Innern und einen ehrenvollen Frieden nach Außen, — das wird der Verein von Deputirten von euch fordern; das ist sein Ziel, er weiß von keinem andern. Wisset, daß ihr dem Bunde der Deputirten von der Majorität Mißtrauen einflößet, und das Recht verloren habt, euch dadurch beleidigt zu halten. Wie, ihr verlangtet, daß die alte Majorität sich selbst verließe, weil ihr sie verlassen, und ihren unversöhnlichsten Feinden geopfert habt? Mit welchen Personen habt ihr denn vierzehn Tage lang votirt? Mit den Gegnern Casimir Perier's, mit denen, welche das System der Ordnung und des Friedens stets bekämpft haben. Ihr selbst, politisch-moralisch geschwächt, für den Augenblick wenigstens Mitschuldige der Linken, — wie vermöchtet ihr derselben zu widerstehen? Nur die alte Majorität kann euch die Kraft dazu verleihen: sie allein kann euch gegen euch selbst in Schutz nehmen, und von eurer eigenen Vernichtung aufhelfen. Bedenkt doch, daß es kein Princip gibt, das ihr nicht gefährdet und gebeugt habt. Das Königthum habt ihr der Verläumdung preisgegeben; die Absicht habt ihr zur Schau getragen, es zur Ohnmacht zu verdammen und in den Pallast einzusperren, zu entwürdigtem Müßiggang. Glaubt ihr denn, die Linke habe sich nicht jedes eurer Worte notirt? Ist die Freiheit in Gefahr, wie ihr vorgegeben habt, müssen dann nicht ohne weiters die Septembergesetze aufgehoben werden, und mit ihnen zugleich das ganze System, das allein Frankreich vor neuen Erschütterungen geschirmt hat? Wer weiß denn, wie weit euch Eigenliebe verleiten konnte! Wie lauten eure Verpflichtungen gegen die Linke? Was habt ihr ihr versprochen? Was erwartet sie von euch? Wir wissen es nicht. Was wir wissen, was alle Welt weiß, ist, daß sie wenigstens auf eure Schwächung zählt. Denn ohne Zweifel, so fähig ihr euch auch dünken mögt, die Linke hat euch nicht so eifrig die Hand geboten, um tapferere Gegner an der Gewalt zu sehen, und rühmlichere Schlachten in Aussicht zu bekommen. Wir haben nicht vergessen, daß Odilon-Barrot sagte: „Die Linke wünscht euch!" Ist das deutlich? — Eure Ideen über die äußere Politik wecken der alten Majorität noch größere Besorgnisse. Sie hat nicht vergessen, daß Thiers nahe daran war, die Frage von der Intervention in Spanien ganz nach eigener Laune zu entscheiden. Die Kammer konnte bei ihrer Wiedereröffnung die Intervention im Gang finden, und doch hat sie sich, als man sie zu Rathe zog, mit großer Mehrheit dagegen erklärt. Und bei den jüngsten Debatten, habt ihr euch nicht genugsam verrathen? Nennt ihr nicht die Haltung der Verträge Feigheit? Frankreich wird, wenn es nöthig ist, wissen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Aber wohlbedacht muß werden, daß die Friedensepoche unermeßliche Interessen geschaffen hat, die der erste Kanonenschuß zerstören würde. Die blühende Civilisation, der Fortschritt in den Künsten, die täglich enger sich knüpfenden Bande wohlwollender Brüderschaft unter den Völkern, die große Conföderation aller Staaten, in 25 Friedensjahren stark geworden, — das Alles würde sich auflösen, wenn es zum Kriege käme. Bei der gegenwärtigen Lage Europas muß jeder verständige und jeder gute Mensch schaudern bei dem Gedanken, welche Uebel ein Krieg erzeugen müßte. Man kann, ohne sich zu schämen, sagen, daß man ihn scheut, denn alle Mächte scheuen ihn. Man breche den Frieden, wenn die Ehre es gebietet, aber nicht, weil es einem Minister so einfällt. Das ist es, was die alte Majorität euch zu sagen hat. Könnt ihr ohne sie vorangehen, verbürgt euch die Coalition eine Mehrheit, so steht es ja bei euch zu thun, was euch behagt. Schafft die Septembergesetze ab, zerreißt die Verträge, gebt eurem Genie freien Spielraum, macht euch wichtig, als wäret ihr Minister von Richelieu's Kaliber. Bedürft ihr aber der alten Majorität, so wisset, daß sie euch vor

Allem um euer System fragen wird, und ihr sie nicht zur Theilnahme an der Coalition verlocken könnt. Wählt zwischen uns und euern neuern Verbündeten. Ihr habt die Gewalt verlangt; ihr habt sie nun; wir verlangen unser System; wir werden es bekommen. Klagt dann Frankreich irgend eine Partei der Intrigue an, so wissen wir wenigstens, daß diese Klage nimmermehr uns treffen kann."

Der Messager behauptet gegen die (gestern mitgetheilte) Version der Revue de Paris über die Vorgänge bei der Unterredung des Königs mit dem Marschall Soult, daß nur seine Mittheilung die richtige und die Darstellung der ministeriellen Journale in allen Puncten irrig sei. „Wenn," sagt der Messager, „die Revue de Paris behauptet, daß der Marschall eingewilligt, sich mit der Zusammensetzung eines Cabinets zu beschäftigen, und 48 Stunden verlangt habe, um über die Vorschläge, die er dem Könige bei seiner Rückkehr von Paris überbringen würde, nachzudenken, so stellt hier die Revue de Paris eine falsche Behauptung auf. Der Marschall hat weder bei der ersten, noch bei der zweiten Zusammenkunft eine Verpflichtung auf sich genommen. Der König drückte allerdings den Wunsch zu einer neuen Unterredung mit dem Marschall nach seiner Rückkehr von Dreux aus, und dieser erklärte, daß er S^r. Majestät zu Befehl stehe; weiter versprach er aber nichts; von zu überlegenden Vorschlägen oder von einer zu gebenden Antwort war keine Rede; der Marschall bewies sich bei seiner Verabschiedung von dem König eben so zurückhaltend, wie er sich im Verlauf der zwei Unterredungen benommen hatte. Mag immerhin die Revue de Paris dem Marschall das Lob des H^rn. Molé in den Mund legen, wir werden uns keine Bemerkung darüber erlauben; wenn aber diese Lobsprüche bezwecken sollten, glauben zu machen, daß der Marschall Soult nicht abgeneigt wäre, sich mit H^rn. Molé zur Bildung eines neuen Cabinets zu verbünden, so müssen wir sagen, daß diese Insinuationen völlig grundlos sind, und kein anderes Verdienst, als das einer schlecht verhüllten Perfidie haben. Was die Gerechtigkeit betrifft, welche die Revue dem Marschall von Seiten des Grafen Molé erweisen läßt, so haben wir Grund daran zu zweifeln. Wenn die Revue aufrichtig sprach, so wünschen wir ihr Glück zu ihrer Unparteilichkeit in Bezug auf einen Mann, der in der That für sie ein politischer Gegner ist. Wir glauben indessen, daß sie nur die Ansicht verbreiten möchte, der Marschall würde geneigt seyn, sich auf die Partei, die wir die Ultrapartei nannten, zu stützen. Die Freunde des Ruhms des Marschalls mögen sich beruhigen; wir sind in den Stand gesetzt, zu versichern, daß wenn der Marschall einwilligt, in das Ministerium zu treten, er nur gestützt auf die parlamentarische Meinung eintreten wird, deren Tendenzen denen, welche die Revue de Paris vertheidigt, diametral entgegengesetzt sind."

Die Pariser Journale vom 28. Jänner (die vom 29. sind uns gestern nicht zugekommen) bringen nichts Neues über die Ministerialkrisis. Marschall Soult war erkrankt und sah sich daher genöthigt, sich beim Könige entschuldigen zu lassen, daß er nicht bei S^r. Majestät in den Tuilerien erscheinen könne.

In Paris wurden die Conferenzen zwischen englischen und französischen Commissarien zur Erörterung der Frage der Revision der Zolltarife der beiden Mächte eröffnet. Die englischen Commissarien sind die HH. Labouchere, Vicepräsident des Handelsbureaus, Ashton, erster Botschaftssecretär zu Paris, und Mac-Gregor, der den Handelstractat vom 3. Juli zwischen Großbritannien und Oesterreich unterhandelt hat. Das französische Interesse soll durch die HH. von Fréville, Pair von Frankreich, Präsidenten des Handelscomités im Staatsrath, Gréterin, Director der Zollverwaltung, und David, Director des äußern Handels im Handelsministerium, repräsentirt werden.

Das Univers (und aus ihm andere Pariser Blätter) enthält folgende Nachrichten über die letzten Augenblicke der Prinzessinn Marie, mitgetheilt von einem Beamten ihres Hauses. „Die Prinzessinn," so sagt der Beamte, „starb eines herrlichen Todes; ihre letzten Worte, voll von jenem Muthe, welchen nur ein ruhiges Gewissen gibt, sind in jedem Munde. Nachdem sie in Gegenwart ihrer Umgebung das heilige Abendmahl empfangen hatte, ergriff sie die Hände des Herzogs von Nemours und sagte ihm: „Weine nicht; sieh, ich bin ruhig; sei wohl davon überzeugt, Nemours, daß ich nur in der Religion die nöthige Kraft geschöpft habe, vergiß es nie; sage es dem Carl (Herzog von Orleans), sage es der ganzen Familie." Dann sich zu ihrem Gemahl wendend sagte sie: „Alexander, in diesem feierlichen Augenblicke bitte ich dich um die Erneuerung des Versprechens, welches zu mir gemacht hast, in den Schooß der katholischen Kirche einzugehen, und unser Kind in dieser Religion zu erziehen." Einen Augenblick später verließ sie das Irdische.

Dem Messager vom 28. Jänner zufolge soll der ehemalige polnische General Skrynecki am 24. Jänner in London angekommen seyn und die Absicht haben, nach Belgien zu gehen.

Am 28. Jänner um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 5. 3Percents ——.

Preußen.

Die Allgemeine Zeitung meldet aus Köln vom 27. Jänner: „Gestern Nachmittags um 2 Uhr traf durch den Telegraphen der Befehl ein, daß die vierzehnte und funfzehnte Division sofort ihre Kriegsreserven einziehen und die Bataillons auf eine Stärke von 1002 Mann setzen sollten. Noch an demselben Nachmittage wurden durch eilende Boten und Estafetten alle Landräthe davon in Kenntniß gesetzt und solche Anstalten getroffen, daß am 1. Februar beide Divisionen sich im mobilen Zustande befinden können."

Belgien.

In der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 24. Jänner kam unter Anderm eine von vier Leuten, Namens C. König, A. Savagner, A. Pouquin und V. Delannoy unterzeichnete Bittschrift zum Vortrage. Die Bittsteller beschwerten sich darüber, daß sie von Paris in Brüssel angekommen, deßhalb den Befehl erhalten hätten, das Land wieder zu verlassen, weil sie keine nach Belgien visirten Pässe besäßen. H^r. Gendebien unterstützte das Gesuch der Bittsteller mit der Bemerkung, daß sie nach Brüssel gekommen seien, um als Freiwillige die Unabhängigkeit des Landes vertheidigen zu helfen. Die Bittschrift wurde demnach zur schleunigen Berichterstattung an eine Commission verwiesen. Die Kammer schritt darauf zur Berathung eines Gesetzes über die Anlegung neuer Vicinalstraßen.

Wien.

Am 5. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 1/4.
detto	detto	zu 4 pC.	in CM. 100 1/4.
detto	detto	zu 3 pC.	in CM. 81 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	278.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pC.		in CM.	65 9/10.
Bankactien pr. Stück 1469		in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 38

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 7. Februar 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 5. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.744	28 3. 6 L. 1 P.	— 8,7	NW.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.676	28 5 4	— 4,7	W.	schwach.	Nebel.
	10 Uhr Abends.	27 693	28 5 6	— 4,8	SW.	still.	trüb.

Frankreich.

Wir haben gestern auf gewöhnlichem Wege nur die Pariser Zeitungen vom 29. Jänner erhalten. — Marschall Soult war noch immer krank und konnte daher auch am 28. nicht in den Tuilerien erscheinen. Mittlerweile war in Paris das Gerücht verbreitet, Graf Molé und seine bisherigen Collegen hätten in Berücksichtigung der kritischen Lage der öffentlichen Angelegenheiten, nach dem Beispiel Casimir Periers im Jahre 1831, sich entschlossen, ihre Entlassung zurückzunehmen. — Der König arbeitete am 28. mit den Ministern des Krieges, der Marine, des Handels, der Justiz und des Innern. — Die Fonds waren in Folge obenerwähnten Gerüchts an der Pariser Börse gestiegen. 5Percents am 28. Jänner Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 55. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 90. — Am 19. Jänner um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 60. 3Percents ——.

Die Deputirtenkammer, welche am 28. Jänner die Berathung über ihre veränderte Geschäftsordnung mit Annahme des Entwurfs beschlossen hatte, ernannte am folgenden Tage für die durch Tod erledigte Stelle eines Staatsbooten den Hrn. Jeaumaire und ging dann zur Berathung des Gesetzentwurfs über, durch welchen das Budget für 1836 definitiv geregelt werden soll. — Die wichtigste Veränderung, welche in der Geschäftsordnung vorgenommen wurde, ist, daß in Zukunft bloß Ein Bericht über das Budget, und keine besondern mehr über jeden Zweig desselben, erstattet werden sollen.

General Berthois ward am 27. Jänner zu St. Malo mit 179 unter 319 Stimmen zum Deputirten ernannt. Sein Mitbewerber Hr. Sully-Brunet hatte 105, Hr. Dujardin 31 Stimmen erhalten.

Das Journal des Debats enthält einen ausführlichen Bericht über die Beisetzung der Leiche der Herzoginn Marie von Würtemberg in der Familiengruft des Hauses Orleans zu Dreux am 26. Jänner. „Von Morgens Früh an drängte sich das Volk auf den Straßen. Schwarz umflorte Fahnen wehten von den Thoren. Die Nationalgarde war unter die Waffen getreten. Die Kathedrale, schwarz ausgeschlagen, schimmerte in heller Beleuchtung, aus welcher die Namenszüge Marie und Alexander erglänzten. Um einen prachtvollen Kenotaph hatte sich die Geistlichkeit des Bisthums, der Bischof von Chartres an ihrer Spitze, aufgestellt, das Beginnen der Ceremonie erwartend. Um 9½ Uhr verließen der Herzog von Orleans, der Herzog Friedrich Alexander von Würtemberg, der Herzog von Nemours und die jungen Prinzen den königlichen Pavillon und begaben sich in die Kirche, wo der Bischof sie empfing. Bald nachher wurde durch Anmarsch der den Leichenzug begleitenden Truppen, die Bewegung der Menge, das dumpfe Rollen der Trommeln und gedämpften Trompetenton die Nähe des Trauerwagens angekündigt. Die Prinzen erhoben sich, um ihm entgegenzugehen. Nach der Vorstellung der irdischen Ueberreste Ihrer königl. Hoheit vor dem Altar der Kathedrale und nach Beendigung der Todtengebete wurde der Sarg wieder auf den Trauerwagen gebracht; die Geistlichkeit verließ die Kirche und trat an die Spitze des Zuges nach der Capelle. Ein Cavalleriepiket ritt vor den Wagen der Geistlichkeit. Die Nationalgarde, mit gesenkten Gewehren, schloß sich dem Zuge zu beiden Seiten an. Die königlichen Lakaien in tiefer Trauer begleiteten den Wagen. Dann kam der sechsspännige Trauerwagen — auf dem Sarg die Krone der Herzoginn, mit Flor umhüllt. Nach dem Wagen die Prinzen zu Fuß, entblößten Hauptes, mit dem Trauermantel über der Militäruniform. In ihrem Gefolge ihre Adjutanten und Ordonnanzoffiziere, mehrere Offiziere des Generalstabs, die Civil- und Militärbeamten, so wie die Deputirten des Departements und alle Notabilitäten der Stadt. In kleiner Entfernung von den Prinzen der Graf von Rumigny, Botschafter in Turin, der dem Hinscheiden der Prinzessinn beigewohnt und seither ihre Ueberreste nicht mehr verlassen, und sein Bruder, der General Rumigny, der letztere in Toulon eingeholt hatte. Eine Compagnie der Nationalgarde und ein Piket leichter Cavallerie schlossen den Zug. Hinter ihnen drängte sich, ohne Unordnung und ohne Lärm, eine zahllose Volksmenge. Der Zug ging durch die Stadt und erstieg langsam die Esplanade, auf welcher die Grufteapelle sich erhebt. An dieser Stelle trat ein Mann in schwarzem Fracke aus einer Gruppe von Offizieren hervor, welche sich an dem Wege aufgestellt

hatten. Die durch Soldaten gebildete Linie erschloß sich, um ihn durchzulassen. Allein, langsamen aber festen Schrittes, mit Thränen in den Augen, mit enthülltem Haupte schritt er vor. Er stellte sich hinter den Sarg vor die Prinzen. Die Prinzen, der Herzog von Würtemberg, alle Offiziere ihres Gefolges, der ganze Zug hielt einen Augenblick inne, erfüllt von Rührung und Ehrfurcht. Es war der König... Indessen ging der Zug weiter. Die Wägen machten Halt vor dem Thor der Capelle. S^r. Majestät trat ein. Dem Könige folgten die Prinzen. Der Erzbischof von Chartres, assistirt von dem Bischof-Coadjutor von Rheims und dem Bischof von Marocco, empfing den Zug. Nachdem der Sarg auf dem vor dem Hauptaltar errichteten Katafalk aufgestellt war, nahmen die Leidtragenden ihre Plätze ein. An den vier Ecken des Katafalks standen Sappeurs der Linie, mit dem Beil auf der Schulter. Die Capelle war ganz schwarz ausgeschlagen. Darüber glänzte das Wappen des Hauses Würtemberg und der Namenszug der Verewigten. Durch eine blendende Beleuchtung war das Tageslicht ersetzt. Der Bischof von Chartres functionirte. Während des Gottesdienstes drückte der König dem Grafen Rumigny, Botschafter in Turin, als er ihn hinter sich erblickte, mit rührendem Ausdruck die Hand. Nach dem De Profundis wurde der Sarg erhoben, um sofort in das Gruftgewölbe versenkt zu werden. Der König und die Prinzen blieben an ihren Plätzen. Die Geistlichkeit folgte dem Sarg allein nach, die Absolution singend. Die Gesänge, am Altar begonnen, endeten unter der Erde, und allmählig verhallten die Töne unter den düsteren Gewölben. Der König, der Kronprinz, der Herzog Alexander von Würtemberg, der Herzog von Nemours und die jungen Prinzen mit zweien ihrer Offiziere begaben sich jetzt in das Gewölbe, um der letzten Ceremonie, der Aspersion, beizuwohnen. Es war dieß die letzte Prüfung und die bitterste. Der König erstand sie mit der düsteren, schmerzlichen Ergebung eines, die Verzweiflung bemeisternden Gemüthes. Die Prinzen gaben sich der ganzen Lebhaftigkeit ihres Schmerzes hin. Die Stunde der Trennung für diese Zeit war gekommen. „Lebewohl! Lebewohl von mir! Lebewohl von Joinville!" rief bei dem Abschiede ein Bruder des jungen Commandanten der „Creole," der in diesem Augenblicke, mitten in der Siegeslaufbahn an den Gestaden von Mexico, noch nicht weiß, daß seine geliebte Schwester ruht unter dem kalten Gewölbe zu Dreux!"

General Bugeaud und alle Stabsoffiziere, die ein Commando bei der Nordarmee haben, sind nach Lille abgegangen.

Der National tadelt die Ernennung der Generäle für die Nordarmee, erstens weil sie sämmtlich ihre Grade der Restauration oder ihren Diensten im Bürgerkrieg (Lyon, Paris ꝛc.) verdankten, und zweitens weil sie in Abwesenheit eines Ministeriums und unter dem Oberbefehl eines nicht verantwortlichen Prinzen ernannt worden seien. Die Generäle sind wirklich fast alle aus der Reihe derer, die zur Unterdrückung der bürgerlichen Unruhen in Paris oder Lyon mitwirkten: Bugeaud, Aymar, Schramm; man folgert daraus mit Bestimmtheit, daß das Armeecorps nur im Sinne der Conferenz zu handeln bestimmt sei, um in Belgien wie in Frankreich die Gemüther im Zaum zu halten, besonders in Metz, wo François, Oberst der aufgelösten Nationalgarde, eine Masse Freiwilliger nach Belgien zu führen beschlossen haben soll.

Großbritannien und Irland.

Bei der großen Versammlung, welche zu Manchester am 23. und 24. Jänner behufs der Aufhebung der Korngesetze gehalten wurde, sind am letztgedachten Tage folgende Beschlüsse gefaßt worden: „1) Die Repräsentanten aller bedeutenden Abtheilungen der manufacturirenden und handeltreibenden Bevölkerung erklären, wie es ihre Ueberzeugung, daß die Prosperität der Stapelgeschäfte, auf welche ihr Capital und ihre Industrie verwendet werden, von naher Gefahr bedroht ist durch die Wirkung der Gesetze, welche den Austausch ihrer Producte gegen Korn oder andere Erzeugnisse fremder Nationen untersagen oder erschweren, in solcher Weise unsern Handel hemmend und den Preis der Lebensmittel künstlich erhöhend; — sie hegen den Glauben, daß die Thatsachen, worauf diese Ueberzeugung beruht, zu wenig bekannt, dabei aber von so großer nationaler Wichtigkeit sind, daß sie nothwendig vor den Stellvertretern des Volks aufgedeckt werden müssen; sie empfehlen ernstlich, daß ohne Verzug von allen Theilen des Landes her Petitionen eingegeben werden mögen, nachsuchend um Vergünstigung, in der bevorstehenden Parlamentssession vor den Schranken des Hauses der Gemeinen durch Anwälte und Aussagen Sachverständiger (by counsel and evidence) gehört zu werden. 2) Um Einheit und Wirksamkeit in die Strebungen zu bringen, empfiehlt die Versammlung die Absendung Bevollmächtigter der verschiedenen Anti-Korngesetzvereine zur Bildung eines Centralbureaus zu London; inzwischen werden sich die Localvereine beschäftigen, Notizen zu sammeln, die als Beweismittel gebraucht werden mögen; wo etwa an Fabrikorten noch keine Anti-Korngesetzvereine bestehen, sind deren unverzüglich zu organisiren; alle haben die Grundregel der Manchester-Association im Auge zu halten, daß nämlich jede politische Parteifrage hier ganz außer Anregung bleiben muß. 3) Da Grundbesitzer, Capitalisten und Landbauer in gleicher Weise wie die handeltreibende Classe bei Erzeugung und Umlauf des Nationalreichthums betheiligt sind, so fordert die Versammlung zu Manchester alle jene Classen auf, mitzuwirken zur Aufhebung des Kornmonopols, welches, durch Hemmung des Handels mit dem Ausland, die Zunahme der Bevölkerung und das Wachsthum der Städte hindert. 4) Die Versammlung kann sich nicht trennen, ohne ihre Sympathie auszusprechen bei den Entbehrungen der ehrenwerthen Classe ihrer Mitunterthanen, welche ihr tägliches Brot im Schweiße ihres Angesichts essen und von denen viele jetzt Hunger leiden in Mitte unermeßlicher Felder voll Beschäftigung, die nun ohne Ertrag bleiben, lediglich in Folge der ungerechten Gesetze, die den Austausch der Producte ihres Kunstfleißes gegen die in andern Ländern erzeugten Lebensmittel verhindern. So lange reichliche Zufuhr der dringendsten Lebensbedürfnisse durch Parlamentsacten untersagt ist, wird die Regierung allen aus der Unzufriedenheit des Volks entstehenden Uebeln ausgesetzt seyn. Um so großer Gefahr vorzubeugen durch einen Act universeller Gerechtigkeit, verpflichtet sich die Versammlung zu energischen und ausdauernden Anstrengungen, die vollständige und unverweilte Aufhebung der Korngesetze

zu betreiben. 5) Die Delegirten aller Anti-Korngesetzvereine mögen sich am 4. Februar 1839 um die Mittagsstunde in Brown's Hotel, Palace-Yard, Westminster, einfinden."

Der Globe will wissen, die Angabe des Sun über die bevorstehende Vermählung der Königinn sei von demselben unruhigen und sich gern in Alles mischenden rechtsgelehrten Lord aufgebracht, der unlängst das unanständige Sendschreiben an die Königinn erlassen. Lord Brougham hat sich indeß im neuesten Heft der Edinburgh-Review ausdrücklich gegen die Autorschaft jenes Schreibens verwahrt.

Die ohnehin sehr verdünnte Reihe der englischen „Waterloo-Helden" ist neuerdings durch den Tod des Generallieutenants Sir John Elley, Obersten des 17ten Lanciersregiments, gelichtet worden. Er hatte sich schon früher in den Feldzügen von 1793 bis 1795 in Flandern, und besonders in dem Kriege auf der Halbinsel unter Wellington ausgezeichnet. In Walter Scotts bekanntem Buche über die Schlacht von Waterloo, „Pauls Briefe an seine Verwandten," heißt es von Sir J. Elley, „man habe auf dem Schlachtfelde mehr als einen von Napoleons Kürassieren gefunden, dem von dem kräftigen Arme dieses tapfern Offiziers der Kopf bis zum Kinne gespalten gewesen." Indessen weiß man, daß Sir Walter in diesen Schlachtbulletins die patriotischen Farben etwas stark aufgetragen hat. Sir John war unter dem Peel'schen Ministerium eine Zeit lang Mitglied für Windsor, wo er wenig sprach, aber sehr eifrig mit der conservativen Partei votirte. Mit seinem Tode erlischt wieder eine Sinecur, die Gouverneurschaft von Galway, die er bekleidet hatte.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das am 25. Jänner in Liverpool eingelaufene Packetboot „North-Amerika" hat Briefe und Blätter aus Newyork bis zum 5. Jänner mitgebracht. Die Verhandlungen im Congreß waren bis dahin noch immer ohne Wichtigkeit. Im Repräsentantenhause hatte H. Cushing, Mitglied für Massachussets, auf Vorlegung einer Reihe von Papieren angetragen, die Verbrennung des Dampfboots „Caroline" und die Hinrichtung mehrerer amerikanischer „Sympathisers" in Canada, so wie die französische Blockade von Mexico betreffend; indeß wurde nur beschlossen, seine dießfallsige Resolution drucken zu lassen und sie auf den Tisch des Hauses niederzulegen. — In Canada war, den Newyorker Blättern zufolge, Alles ruhig, wiewohl mehrere canadische Journale sich mit Besorgnissen vor neuen Einfällen von der Union her trugen. — Nach dem Montreal-Transcript scheint es, daß wirklich ein neuer Einfall versucht worden ist. Ein Haufe Amerikaner landete abermals in der Nähe von Detroit, bei dem Dorfe Sandwich, ward aber von den brittischen Truppen schnell zurückgeschlagen. Letztere sollen dabei 9 Todte und 13 Verwundete gehabt haben.

Preußen.

Die Kölner Zeitung publicirt folgende Bekanntmachung: „Ich bringe hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß, in Gemäßheit allerhöchster Cabinetsordre vom 12. d. M., die Ausfuhr von Pferden über die westliche Gränze der Rheinprovinz bis auf weitere Bestimmung verboten ist. Berlin, den 20. Jänner 1839. Der Finanzminister, Graf von Alvensleben."

Niederlande.

Dem Avondbode wird aus dem Haag gemeldet, daß das Schlußmemorandum der Conferenz am 27. Jänner im Haag eingetroffen sei. Es soll unter Anderm Belgien die Auflage machen, binnen vierzehn Tagen seine Zustimmung zu dem Tractat zu geben, ansonsten die Mächte wegen Ausführung desselben Bestimmungen treffen würden. Der niederländischen Regierung soll angezeigt worden seyn, daß wenn sie nicht binnen obigem Termin dem Endtractat beitrete, die Conferenz sich nicht weiter mit der Sache befassen, und eine Fortdauer des Status quo eintreten werde. — Auf außerordentlichem Wege empfängt weiter der Avondbode von seinem gewöhnlichen Correspondenten aus dem Haag vom 29. Jänner die festeste Gewißheit, daß das, was der Londoner Correspondent des Avondbode unterm 25. gemeldet, ganz mit dem Inhalt des im Haag angekommenen Schlußmemorandum der Conferenz übereinstimme. So würde also die jährliche Summe, die Belgien an Holland zahlen soll, 5,000,000 fl. betragen.

Der Brüsseler Correspondent des Avondbode meldet, daß das belgische Ministerium, bevor es einen Beschluß in Bezug auf das Schlußmemorandum der Conferenz fassen, dasselbe erst den Kammern mittheilen werde. Dem Handelsblad wird aus Brüssel Aehnliches gemeldet, nur mit dem Beifügen, daß die Vorlage in geheimer Sitzung geschehen solle.

Belgien.

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung meldet aus Brüssel vom 27. Jänner: „Die belgische Presse beginnt einen entschiedenen Character anzunehmen in der politischen Frage, die Belgien in Bewegung hält, denn die Vertheidiger der Vollziehung des Tractats vom 15. November machen vielfältige Proselyten bei allen Ständen der Gesellschaft, und die Zahl der Tagblätter, die sich für die Unterwerfung unter den Spruch der Conferenz erklären, nimmt mit jedem Tage zu; so sind dem Commerce Belge, der sich zuerst und unverhohlen für die Annahme der 24 Artikel erklärte, und der lange Zeit ganz allein in dieser Meinung beharrte, vor und nach das Journal d'Anvers, das Journal de Bruges, der Precurseur, der Politique, das Journal de Liege, der Independant, der Courrier Belge und der Nouvelliste de Verviers gefolgt, die sämmtlich zu seiner Ansicht übergegangen sind; noch verschiedene andere Tagblätter würden diesem Beispiele folgen, wenn sie nicht fürchteten, durch die überspannten Schriftsteller der demokratischen Partei durch dick und dünn geschleppt zu werden." — Der Independant äußert sich unter Anderm folgendermaaßen: „Belgien besitzt alle Freiheiten, die es wünschen kann. Unsere Aufgabe ist, dieß Gut zu erhalten, das in der letzten Zeit selbst von denen, die es am meisten erhalten sollten, etwas hintangesetzt worden ist. Wenn Belgien verurtheilt ist, Krieg zu führen, so mag es geschehen, aber vorher über-

gege man doch gut alle Chancen, und untersuche genau, ohne Illusionen, ohne eitle Hoffnungen, ob das Resultat einer Collision uns nicht diese Nationalität rauben kann, für die wir so viele Opfer gebracht haben. Welches Unglück, wenn nach acht Jahren unsere Unabhängigkeit ein Ende haben, wenn Belgien, nachdem es seinen Rang unter den freien Nationen eingenommen, gezwungen werden sollte, durch eigene Schuld davon herabzusteigen? Wir wollen nicht lange bei diesem trüben Gedanken stehen bleiben, aber unsere Pflicht ist, darauf aufmerksam zu machen, und unsere Staatsmänner müssen es reiflich erwägen, ehe sie dem Lande sagen, was sie zu seiner Rettung zu thun gedenken." — Der Politique spricht in demselben Sinne. „Ludwig Philipp," sagt er, „hat erklärt, daß er den Frieden erhalten wissen wolle. Er ist also keineswegs gesonnen, sein Vertrauen Männern zu schenken, die Frankreich in einen Kampf stürzen werden, dessen Ausgang Niemand absehen kann. Wir können also auf keine französische Intervention rechnen. Belgien täusche sich daher nicht über die Gefahren, die ihm aus einem Kriege erwachsen werden. Der Entschluß, nur der Gewalt nachzugeben, ist ehrenwerth. Aber man muß wissen, wie weit der Widerstand gehen darf, ohne das Schicksal des ganzen Landes zu compromittiren. Die Regierung und die Kammer müssen dieß wohl überlegen, ehe sie einen Entschluß fassen."

Die Repräsentantenkammer hat ihre ganze Sitzung vom 28. Jänner der Berathung über einen Paragraphen des Gesetzentwurfs, die Vicinalwege betreffend, gewidmet. Das Publicum erwartete Interpellationen, und hatte sich deßhalb zahlreich eingefunden; die Interpellationen blieben jedoch aus; man vermuthet nun, es werde am folgenden Tage dazu gekommen seyn.

Königreich beider Sicilien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Neapel vom 22. Jänner: „Wenn die letzte Eruption des Vesuvs sowohl für die Geologen als die Künstler vom höchsten Interesse war und auch dem Auge eines einfachen Zuschauers einen unbegreiflich schönen Anblick gewährte, so bot sie zugleich meteorologische Phänomene von der größten Wichtigkeit dar. Es wird Ihren Lesern nicht unwillkommen seyn, einen kurzen Auszug aus den Beobachtungen eines unserer vaterländischen Naturforscher zu erhalten, wie solche von ihm der königlichen Akademie der Wissenschaften mitgetheilt worden sind. Aus den angestellten Messungen geht hervor, daß die Flammen oder Feuersäulen in der Nacht vom 2. auf den 3. Jänner bei einer Ausdehnung von 4 bis 500 Fuß im Durchmesser, eine Höhe von 1100 Fuß (vom Rande des Kraters an gerechnet, also ein Drittheil des Berges) erreichten, während noch 4 bis 500 Fuß höher die glühenden Steine und Felsenmassen hinaufgeschleudert wurden, die beim Niederfallen ein gräßliches Getöse verursachten und den ganzen Kegel bedeckten. Die Oberfläche des Kraters hat sich während dieser drei Tage, ungeachtet die herabströmende Lava einen großen Theil des Auswurfes mit sich fortriß, um 45 Fuß gehoben, dagegen hat sich die sogenannte Spitze del Palo um 9 Fuß gesenkt. Die vulcanischen Phänomene erreichten in der Nacht vom 3. auf den 4. eine furchtbare Heftigkeit; man zählte in einer halben Stunde von 11 Uhr 21 Minuten bis 11 Uhr 51 Minuten 216 jener elektrischen Zuckungen von ungeheurer Ausdehnung und Pracht und dem hellsten feurigsten Lichte, die sich wie Blitze zickzack bildeten, aber nicht den geringsten Donner oder sonstiges Getöse verursachten. Sie erzeugten sich sämmtlich an der äußersten Spitze jener Feuercolonnen oder auch am Rande der Lava, da, wo letztere sich aus dem Krater ergoß, und nahmen eine und dieselbe Richtung nach oben. In den Nächten vom 2. auf den 3. und vom 6. auf den 7. wurde eine große Anzahl Sternschnuppen von ungewöhnlicher Größe und mattem Licht beobachtet, die sich in beinahe horizontaler Richtung in die Flammen stürzten, als ob sie von einer magnetischen Kraft angezogen würden, indem sie einen milchfarbenen, eine Zeit lang nachher noch sichtbaren Streifen hinter sich zurückließen. Der Auswurf von Asche nach der Südostseite war sehr bedeutend und Torre del Anunziata, so wie das ganze Territorium auf viele Meilen im Umfang, war und ist mit 2 bis 3 Fuß dicker Asche überschüttet, was auf der Hauptstraße die Communication eine Zeit lang hinderte. — Am letzten Sonntag (20. December) ist der Großfürst-Thronfolger von Rußland um 3 Uhr Nachmittags glücklich in unserer Stadt angelangt, und in dem inmitten eines immergrünen Gartens gelegenen Pallaste des russischen Gesandten, Grafen von Gurieff, wenige Schritte vom Meere und der Villa reale entfernt, abgestiegen. Ein Regiment der königlichen Garde en grande tenue war vor dem Eingange aufgestellt und begrüßte den hohen Gast mit den ihm gebührenden Ehrenbezeugungen. Se. Majestät hatte ihm eine Ehrenwache bestimmt, die Se. kais. Hoheit aber ablehnte. Eine Stunde nach seiner Ankunft verfügte sich der Prinz in der Uniform eines Kosaken-Obersten, von seinem ganzen Generalstab gefolgt (die Suite ist sehr zahlreich, im Ganzen 19 Wägen), nach dem königlichen Pallaste, wo Se. Majestät ihn, von einem zahlreichen Offizierscorps umringt, erwartete. Von da kehrte der Prinz in seine Wohnung zurück und wurde unmittelbar nachher von einem Gegenbesuch Se. Majestät und der königlichen Prinzen beehrt. Am gleichen Tage traf auch die Frau Herzoginn von Berry hier ein, welcher der königliche Pallast auf Chiatamone eingeräumt wurde; die königliche Familie beeilte sich, diesen so nahe verwandten Gast zu begrüßen, und die verwittwete Königinn, Stiefmutter der Frau Herzoginn, stellte ihr ihren Gemahl, den Cavaliere de Balzo, vor. — Am Sonntage fand der erste Maskenball im Theater San Carlo Statt, die Masken waren dabei wie gewöhnlich sehr selten, und überhaupt war der ungeheure Saal wenig besucht, dagegen waren die 180 geräumigen Logen von Zuschauern, meistens Fremden, besetzt, die sich beim Schalle der zwei Musikcorps, bei einem gut besetzten Tische oder am Spieltische ergötzten. Um 1 Uhr nach Mitternacht wurde eine Lotterie veranstaltet, indem 6000 Billete, à 20 Grane, ausgetheilt wurden, bei 100 Gewinnsten, wovon der höchste 200 Ducaten betrug. Diesen Abend ist dem Prinzen zu Ehren in San Carlo große Festvorstellung bei fünffach beleuchtetem Hause. Se. kais. Hoheit hat sich gestern und heute in einfacher Civilkleidung, von dem Principe Butera und dem Grafen Gurieff begleitet, auf der öffentlichen Promenade blicken lassen und besuchte gestern Abends das königliche Theater del Fondo."

Teutschland.

Se. Majestät der König von Würtemberg haben, nachdem seit der letzten ordentlichen Versammlung der Stände drei Jahre verflossen sind, dieselben zu ihrer verfassungsmäßigen Wiederversammlung auf den 1. Februar

einberufen, worauf an diesem Tage der gegenwärtige ordentliche Landtag feierlich mit nachstehender Rede vom Throne an die versammelten Landstände eröffnet wurde: „Durchlauchtigste, Durchlauchtig-Hochgeborne, Hochgeborne, Edle, Ehrwürdige, Liebe Getreue! Die Segnungen des Friedens, einer ungestörten Ruhe im Innern und eines wachsenden Wohlstandes unseres Vaterlandes in den drei verflossenen Jahren verpflichten uns zu dem innigsten Danke gegen die göttliche Vorsehung bei der Eröffnung unserer landständischen Berathungen. — Mit Freude kündige Ich Ihnen die beschlossene Verbindung Meiner zweiten Tochter, der Prinzessinn Sophie, mit dem Erbprinzen von Oranien an, in der Ueberzeugung, daß Sie das Glück des Vaterherzens theilen werden. — Im Einklang mit unserer Verfassung wird Ihnen zur Berathung ein Statut für die ritterschaftlichen Körperschaften mitgetheilt werden, so wie ein Gesetz über die privatrechtlichen Folgen der Verbrechen und Strafen, und ein Polizeigesetz, welche beide durch das nun verabschiedete neue Criminalgesetzbuch nothwendig gemacht werden. Den billigen Wünschen und Anträgen früherer Ständeversammlungen gerne entgegenkommend, werde Ich Ihnen auch ein Zusatzgesetz zu unserem Verwaltungsedict und ein Gesetz über den Büchernachdruck vorlegen lassen. — Mit wahrer Zufriedenheit kündige Ich Ihnen den glücklichen Zustand unserer Finanzverwaltung an, der es zulässig macht, unter Beibehaltung der bisherigen Steuergattungen dießmal Abgabenermäßigungen im billigen Verhältniß der verschiedenen Steuerarten eintreten zu lassen; bei der Verwendung unseres Ueberschusses der vergangenen Finanzperiode empfehle Ich Ihnen die ausreichendere Ausstattung mehrerer nützlichen Anstalten, namentlich der Pensionsanstalten für die Hinterbliebenen der Civildiener und für die zur Ruhe gesetzten Schullehrer, wodurch für die Zukunft jährliche Ausgaben erspart werden. — Für die Staatsstraßen und das Staatsbauwesen werde Ich Ihnen durch Meine Minister verschiedene Vorschläge machen lassen, aus welchen Sie die gleiche Unterstützung aller Staatsverwaltungszweige entnehmen werden. — Die gewöhnliche Ergänzung des Heeres nach dem bundesgesetzlichen Friedensstande wird Ihnen angesonnen werden; die Ausbildung und der gute Geist unserer Truppen entsprechen ganz Meiner Erwartung, und ungeachtet der Aussichten auf Erhaltung des Friedens können wir mit Recht erwarten, daß dem Vertheidigungssystem von Süddeutschland die durch Staatsverträge zugesicherte Vollendung gegeben werde. — Meine Bemühungen, unter dem Schutze unseres immer mehr stärkenden Zoll- und Handelsvereins, neue Verbindungen anzuknüpfen, und dadurch unserm Gewerbfleiße, wie unseren Bodenerzeugnissen einen erweiterten Verkehr zu sichern, haben den glücklichsten Erfolg gehabt. Auch unsere Münzvereinigung ist, altgewohnter Verhältnisse ungeachtet, auf eine befriedigende Weise geordnet, und dadurch ein weiteres Beispiel von Einigkeit gegeben worden. Diese Einigkeit in Teutschland zu erhalten und zu fördern, so wie den sichern und festen Gang Meiner Staatsverwaltung wie bisher fortzusetzen, wird stets das Ziel Meiner Regierung seyn. — Im vollkommenen Vertrauen auf Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung zu Ausführung Meiner landesväterlichen Absichten, versichere Ich Sie mit Vergnügen Meiner fortdauernden wohlwollenden und gnädigen Gesinnungen." — Vorstehende Rede wurde von dem Präsidenten der ersten Kammer, Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, folgendermaaßen erwiedert: „Eure königliche Majestät begrüßen die getreuen Stände mit ehrfurchtsvoller Freude in ihrer Mitte und fühlen sich glücklich, ihrem geliebten König persönlich ihre Huldigung und ihren Dank für die eben vorgenommenen Worte königlichen Wohlwollens darbringen zu dürfen. — Mit freudiger Theilnahme vernahmen sie die frohe Kunde von der beschlossenen Verbindung der erhabenen Königstochter, und legen ihre wärmsten Glückwünsche vor dem Throne Eurer königlichen Majestät nieder. — Möge in dem künftigen Lebensglück der geliebten Tochter das Vaterherz reichen Ersatz für den Schmerz der Trennung finden. — Vereint mit Eurer königlichen Majestät danken wir der göttlichen Vorsehung für die Segnungen des Friedens und den dadurch zunehmenden Wohlstand unseres Vaterlandes. — Die von Eurer königl. Majestät angekündeten Gesetzentwürfe werden die getreuen Stände mit Gewissenhaftigkeit prüfen. Das unzertrennliche Wohl des Königs und Vaterlandes, das Recht und die Verfassung müssen stets bei ihren Berathungen ihnen zum Leitstern dienen. Der unermüdlichen landesväterlichen Fürsorge Eurer königlichen Majestät verdanken wir die Befreiung des Handels von seinen Fesseln, die Schaffung neuer Erwerbsquellen, die Ordnung im Staatshaushalt und damit den glücklicheren Zustand desselben, welcher die Möglichkeit zur Erleichterung der Steuerpflichtigen und zur Gründung und Verbesserung nützlicher Anstalten darbietet. Mit pflichtgetreuem Eifer werden die getreuen Stände die dahin zielenden Vorschläge berathen. — Eurer königl. Majestät Sorge für die Beförderung der Einigkeit in unserem teutschen Vaterlande und aller dahin führenden Maaßregeln wird von Allen, denen die Würde und Wohlfahrt desselben am Herzen liegt, mit lebhaftem Dank erkannt werden. — Möge Eurer königl. Majestät landesväterliches Bestreben für das Wohl des Vaterlandes auch ferner von den segensreichsten Folgen begleitet seyn, und Sie Sich noch bis in die spätesten Jahre an dem Glücke und Wohlergehen, an der Liebe und Anhänglichkeit aller Classen Ihrer Unterthanen erfreuen, die mit uns stets mit Herz und Mund in den Ruf einstimmen „Lange lebe unser König!"

Die Gesetzsammlung für das Königreich Hannover vom 30. Jänner enthält zwei Cabinetsverordnungen, die

Aufhebung des geheimen Rathscollegiums und die Errichtung eines Staatsraths betreffend. Letzterer soll die zu erlassenden Gesetze und Verordnungen prüfen, Zweifel über bestehende Gesetze untersuchen, über wichtige Gegenstände dem König Gutachten erstatten, und Competenzstreitigkeiten zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden entscheiden. In den Staatsrathssitzungen führt der König, so oft er es für nöthig erachtet, selbst den Vorsitz, außerdem der von ihm ernannte Präsident. Der Staatsrath besteht aus ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern und Assessoren. Sie erhalten als solche keine Besoldung, nur für drei ordentliche Mitglieder wird eine Ausnahme gemacht. Die auswärts wohnenden Mitglieder beziehen, wenn sie berufen werden, Reisekosten und Diäten, letztere nicht höher als 5 Thaler. Zum Präsidenten des Staatsraths wurde der Generalmajor Fürst Bernhard zu Solms-Braunfels (Stiefsohn des Königs), und zu ordentlichen Mitgliedern die Minister und höhern Verwaltungs- und Justizvorstände ernannt. Unter den außerordentlichen Mitgliedern befinden sich der Bischof von Hildesheim, der Präsident und die beiden Vicepräsidenten des Oberappellationsgerichts, die Landdrosten und Justizkanzleidirectoren, die Consistorialdirectoren, der Abt von Locum, mehrere Generäle und Stabsoffiziere, geheime Räthe ꝛc. Unter den Assessoren bemerkt man die Hofräthe Hüpeden und Dr. Klenze. Der Staats- und Cabinetsminister, Graf Münster, hat den Eintritt in den Staatsrath Alters- und Gesundheitswegen abgelehnt.

Die Hannoversche Zeitung sagt: „Verschiedene Artikel in öffentlichen Blättern, insonderheit auch die im Journale für rationelle Politik von Holmfeld, Jahrgang 1838, Decemberheft Seite 487, gegebene Mittheilung einer Unterredung des Landdrosten Grafen von Wedel zu Osnabrück mit dem Consistorialrathe Kerkfiez daselbst, geben zu verstehen, als ob die königliche hannoversche Regierung sich des Schutzes der protestantischen Religionsverwandten, in Beziehung zu den bekannten Erklärungen des katholischen Weihbischofs zu Osnabrück, nicht annehme, indem keine Schritte von Seiten der Regierung in dieser Rücksicht bekannt geworden. Wenn uns Beobachtungen des Ganges der Regierung nicht trügen, so wird sie nicht anstehen, entscheidende und für öffentliche Kunde geeignete Maaßregeln in jener Angelegenheit zu nehmen, sobald sie nothwendig seyn sollten; sie wird Schuldige zu treffen wissen, wenn es seyn muß; sie wird aber zur Lust einer, Böses bezweckenden Bewegungspartei sich nicht unnöthig, daher ihrer nicht würdig, in den Tummelplatz der Parteien und Leidenschaften hinabziehen lassen."

Am 1. Februar Morgens nach 5 Uhr starb zu München, tief und allgemein betrauert, an den Folgen einer Schlundverengerung, der Generalmajor und Flügeladjutant Sr. Majestät des Königs, provisorischer Verweser des Kriegsministeriums, Albrecht Freiherr von Besserer zu Talfingen, geb. den 8. October 1787. Der Verewigte, seit 1803 Militär, war viele Jahre hindurch Adjutant des Feldmarschalls Fürsten von Wrede, und rechfertigte durch strenge Pünctlichkeit im Dienst, durch scharfen Blick und schelle Besonnenheit bei Ausführung schwieriger und gefahrvoller Aufträge das Vertrauen des Feldherrn in dem Maaße, als er sich in allen Schlachten und Gefechten durch persönlichen Muth, durch Entschlossenheit und Todesverachtung auszeichnete. Wie sehr sein König und andere Monarchen sein Verdienst anerkannten, beweisen die vielen Abzeichen kriegerischer Ehre (darunter auch der österreichische Marien-Theresien-Orden), die seine Brust schmückten. Vor wenigen Monaten zur Leitung des Kriegsministeriums berufen, öffnete sich dem thätigen, kenntniß- und erfahrungsreicher Mann ein weiter Kreis des Schaffens und Wirkens, dem leider der Tod nur zu bald das Ziel setzte.

Illyrien.

Triest, 2. Februar. Das Journal des Oesterreichischen Lloyd enthält folgende Anzeige: „Mit hohem Hofkammer-Erlaß vom 14. December v. J. Z. 31,336 wurde gestattet, daß Reisende, Capitäne und Schiffschreiber auf Dampfbooten des österreichischen Lloyd, die aus Griechenland mit reinem Gesundheitspaß (sedo netta) und mit nicht giftfangender Ladung ankommen, sich nach vorangegangener ärztlicher Untersuchung am ganzen Körper und nach Anwendung eines allgemeinen Bades dem Spoglio, das ist der Umkleidung unter Austausch gegen Kleider aus freier Gemeinschaft gleich am Tage des Ankunft und des Eintritts in das Lazareth, unterziehen können, wobei Personen obiger Kategorie, die sich diesem Spoglio unterwerfen, ihren eigenen Guardian haben und eigene Calyben (gesonderte Gemächer im Lazareth) bewohnen müssen, wo sie mit den übrigen Personen und Gegenständen des Schiffes nicht wieder in Gemeinschaft kommen dürfen. Für diesen so ausgeführten Spoglio sollen 7 Tage von der für benannte Provenienzen vorgeschriebenen Contumazfrist nachgelassen werden. — Es versteht sich, daß diese neue Erleichterung nur in so lange ihre Anwendung finden kann, als in Griechenland und Jonien der Gesundheitsstand ungetrübt und die Sanitätsanstalten dort in der bisher beobachteten Regelmäßigkeit fortgesetzt werden."

Wien.

Am 6. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107¼.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81¼.
Dan. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	65¼.
Kurs auf Augsburg		für 100 fl. Curr. fl.	100¼ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1474 in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1·K· ZEITUNG 1839

№ 39

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 8. Februar 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 6. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.729	28. 5 L. 11 P.	+ 1.5	NW.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.715	28 5 9	+ 3.2	NW.	mittel.	heiter.
	10 Uhr Abends.	27 851	28 7 5	+ 1.6	NW.	stark.	—

Frankreich.

Den Pariser Blättern vom 30. Jänner zufolge (die vom 31. sind uns gestern auf gewöhnlichem Wege nicht zugekommen) scheint Marschall Soult von den Unterhandlungen zur Bildung eines Ministeriums zurückgetreten zu seyn. Das Journal des Debats sagt hierüber: „Der Marschall Soult hat heute (29.) an den König geschrieben, um sich zu entschuldigen, daß er sich nicht bei Sr. Majestät einfinden könne. Der Marschall, durch seinen Gesundheitszustand gebieterisch genöthigt, noch mehrere Tage das Zimmer zu hüten, soll, wie man versichert, in einem Schreiben an den König erklärt haben, daß er sich nicht im Stande glaube, zur Bildung eines neuen Cabinets mitzuwirken."

Durch außerordentliche Gelegenheit haben wir Pariser Zeitungen vom 31. Jänner und die dortige Zeitungscorrespondenz vom obgedachten Tage Abends erhalten. Die Session der beiden Kammern ist bis zum 15. Februar prorogirt. — In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 31. erschien der Minister des Innern, Graf von Montalivet, und theilte der Kammer nachstehende Ordonnanz des Königs mit: „Ludwig Philipp, König der Franzosen. Die Session „der Pairs- und der Deputirtenkammer wird bis zum „nächstkünftigen 15. Februar prorogirt. — Gegenwärtige Proclamation soll von Unserm Ministerstaatssecretär des Innern der Deputirtenkammer überbracht werden. (Unterz.) Ludwig Philipp." — Der Präsident, Hr. Dupin, erklärte in Folge dieser Mittheilung die Sitzung sogleich für aufgehoben, und die Deputirten gingen in großer Bewegung auseinander. — Eine ähnliche Mittheilung wurde der Pairskammer von dem Präsidenten des Conseils, Grafen Molé, gemacht. — Diese Prorogation wurde in Paris allgemein für das Vorspiel einer Auflösung der Deputirtenkammer gehalten.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 30. Jänner wurde der Gesetzentwurf über die definitive Regelung des Budgets von 1836 mit 253 gegen 19 Stimmen angenommen. Im Laufe der Verhandlung hatte die Kammer zur Verhütung von Willkür beschlossen, daß alle von den Colonialräthen verfügten Ausgaben der Controlle des Rechnungshofes unterstellt werden sollen.

Das Siècle erklärt sich (im Widerspruch mit andern Angaben) zu der Mittheilung beauftragt, daß Polen, welche etwa in die belgische Armee eintreten wollen, abgewiesen werden müßten, weil die Reihen dieser Armee voll seien und die Finanzen des Königreichs eine solche Anwerbung nicht gestatten würden.

Der berühmte Ring des Grafen von Esser ist noch im Besitz einer vornehmen englischen Familie, die dieses traurige und kostbare Andenken unter sich vererbt. Diese Familie befindet sich in diesem Augenblicke in Paris und wohnte kürzlich im italienischen Theater einer Vorstellung der Oper „Roberto Devereux" bei, in welcher der Graf von Essex eine Hauptrolle spielt, und der berühmte von Elisabeth dem Grafen geschenkte Ring die Katastrophe herbeiführt. Am Tage nach der Vorstellung hat die edle Lady, welche sich gegenwärtig im Besitze des Ringes befindet, an Donizetti geschrieben, ihm sehr viel Schmeichelhaftes über seine Musik gesagt und ihm, wenigstens für einen Abend, den wirklichen Ring als Requisit angeboten. So wird also bei der nächsten Vorstellung des „Roberto" jenes kostbare Juwel des Grafen von Essex, nach so langer Zeit von Neuem, freilich auf einer anderen Scene, die Geschicke eines Grafen von Esser lenken. Wahrscheinlich wird die Aufmerksamkeit des Publicums bei der nächsten Vorstellung gänzlich von der Musik ab-, und auf das Requisit hingerichtet seyn.

Ein Schreiben aus Guadeloupe vom 10. December, im Journal des Debats, schildert den Zustand dieser Colonie als sehr kritisch. Der Gouverneur hatte den Colonialrath in außerordentlicher Sitzung zusammenberufen und diesem einen königlichen Ordonnanzentwurf vorgelegt, dessen Zweck die Wiederherstellung der Ordnung und Disciplin unter den Sclaven durch gütliche Mittel seyn sollte. Hierzu schlug der Gouverneur unter Anderm die Anerkennung eines eigenthümlichen Vermögens der Sclaven, die Errichtung von Sparcassen und den gezwungenen Loskauf vor. Der Colonialrath hatte diese Vorschläge schon früher als unstatthaft, als verderblich für die Pflanzer und selbst als unnütz für die Wohlfahrt der Sclaven verworfen. Er bestritt auch dießmal dem Gouverneur das Recht, über Fragen zu entscheiden, die nach dem Text des Gesetzes vom 24. April ganz den Colonialräthen überlassen bleiben sollten. In Folge der übertriebenen Hoffnungen, welche die Neger aus diesem Zustande der Dinge schöpften, sollen diese, wie das Gerücht ging, entschlossen seyn, bald jede Arbeit zu verweigern. In diesem Entschlusse wurden sie von den Gegnern der Sclaverei bestärkt, welche durch offenen Aufstand die Colonisten um ihr Eigenthum zu bringen suchen. „Der Gouverneur," schließt das Schreiben, „wurde von dieser kritischen Lage officiell in Kenntniß gesetzt. Wenn man also repressive Maaßregeln nicht bei Zeiten nimmt, so wird man sich wenigstens nicht mit Unwissenheit entschuldigen können, wenn das Ereigniß geschehen ist."

Am 29. Jänner 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 70. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 15. — Am 30. Jänner 5Percents 110 Fr. 75. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 65. 3Percents 79 Fr. 5. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 5. — Am 31. Jänner um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 25. 3Percents 78 Fr. 50.

Spanien.

Nachrichten aus Madrid vom 22. Jänner zufolge beschäftigte sich der Senat in seiner Sitzung vom vorher-

gehenden Tage mit Erörterung des bekannten Entwurfs der Adresse, welche an die Regentinn gerichtet werden soll, um sie zur Ergreifung von Maaßregeln aufzufordern, welche geeignet seyn dürften, den grausamen Character des Bürgerkrieges zu mildern.— Vom Kriegsschauplatze wenig Neues. Cabrera war mit den übrigen Carlistischen Chefs unter seinem Befehle aus der Gegend von Valencia mit reichlicher Beute nach Onda zurückgekehrt; van Halen stand in Segorbe. — In einem neuern Schreiben aus Madrid vom 23. Jänner heißt es: „Aus Valencia sind keine günstigen Nachrichten eingelaufen. Der Brigadier Requeña, welcher zum Commandanten dieses Platzes ernannt, von dem General van Halen aber in seinem Posten nicht eingesetzt wurde, wohnte einer Vorstellung im Theater von Valencia bei. Man erkannte ihn bald in seiner Loge, wo er neben einem Kaufmanne, ehemaligen royalistischen Freiwilligen, saß. Er wurde sogleich vom Publicum insultirt. Dank den Vorsichtsmaaßregeln, die indessen der Commandant Chacon, welchen General van Halen aus eigener Macht eingesetzt, getroffen hatte, wurde die Ruhe nicht ernstlich gestört. Chacon gab dem Brigadier Requeña den Befehl, unverzüglich nach Madrid abzureisen, wohin er also zurückkehren wird, ohne die Mission, welche ihm direct von der Regierung übertragen worden, erfüllt zu haben. — Man spricht von ungeheuren Rüstungen der Carlisten, welche Ende Februars eine großartige Expedition versuchen wollen. Zu diesem Unternehmen werden 20 Bataillons, 10 Escadrons und 20 Artilleriestücke aus den baskischen Provinzen rücken. Diese Armee wird ihre Operationen gegen die Hauptstadt mit einer gleich starken Streitmacht unter den Befehlen Cabrera's und des Grafen d'España verbinden. Dieß sind die wahrscheinlich übertriebenen Gerüchte, welche seit einiger Zeit im Lande verbreitet werden."

Portugal.

Die Morning-Chronicle enthält ein Schreiben ihres Correspondenten in Lissabon vom 14. Jänner, worin es unter Anderm heißt: „Die Commission, welche mit Entwerfung der Adresse zur Beantwortung der Thronrede beauftragt worden ist, besteht aus dem Präsidenten der Cortes und sechs andern Mitgliedern, von denen zwei, J. A. de Magelhaes und der Bischof D. Francisco, entschiedene Chartisten sind, einer, J. de Silva Sanchez, zu den Gemäßigten und drei, A. de Vasconcelhos, Lionel Tavares und J. Estevao, den Ultras angehören. Da der Präsident J. C. de Campos ebenfalls ein entschiedener Ultra ist, so ist die Majorität auf dieser Seite. Das Ausscheiden von einem halben Dutzend chartistischer Mitglieder und die Wahl des Präsidenten hat auch in der Kammer den Ultras einen temporären Triumph bereitet, und man bezeichnet beide Parteien bereits als Majorität und Minorität der Kammer. Das Ministerium, welches sehr wenig Anhänger in der Kammer hat, wird vielleicht durch diesen Zustand der Dinge, wenigstens für den Augenblick, gewinnen, und die Chartisten, durch ihre jetzige Spaltung geschwächt, würden nicht im Stande seyn, es zu stürzen, wenn sie überhaupt diese Absicht gehabt hätten, was ich indeß nicht glaube. Die Regierung ist indeß ganz der Willkür der Septembristen und deren Verbündeten preisgegeben; doch glaubt man nicht, daß für jetzt von dieser Seite her etwas gegen das Ministerium werde unternommen werden, und der Adreßentwurf soll sich, dem Vernehmen nach, ganz an die Thronrede anschließen. Die Senatoren bezeigen noch wenig Neigung, ihre Sitze einzunehmen, denn bis jetzt sind nur 28 Mitglieder hier, während 36 zur Constituirung des Hauses erforderlich sind. Die Blätter fangen schon an, diese Abwesenheit der Senatoren fremdem Einfluß zuzuschreiben. Ich glaube jedoch, daß der Grund sehr einfach ist; denn die ärmeren Senatoren werden, da sie unbesoldet sind, die Kosten scheuen, während die Reichen im Allgemeinen nicht geneigt sind, ihre Vergnügungen und ihren behaglichen Zustand aufzugeben, um Pflichten zu erfüllen, die ihnen oft ohne ihre Zustimmung auferlegt worden sind. — Der Visconde Sa da Bandeira hat von dem Könige der Franzosen das Großkreuz des Ordens der Ehrenlegion erhalten. — Der Regierungszeitung zufolge sind im Jahre 1838 von Oporto an Wein verschifft worden: Nach Großbritannien 26,057 Pipen, Brasilien 7181, nach den vereinigten Staaten 2628, Hamburg 803, Angola 380, nach portugiesischen Häfen 366, Jersey 139, Schweden und Norwegen 122, Holland 111, Dänemark 105, Neufoundland 53, nach den capverdischen Inseln 9, nach den Azoren 5, Sardinien 3, Frankreich 2, Oesterreich 2, Spanien 1, Rußland 1 Pipe u. s. w. Nach England wurden im vergangenen Jahre 6000 und nach Brasilien 3000 Pipen mehr als im Jahre 1837 versandt. — Man erwartet mit großer Ungeduld das Finanzbudget. Die Mitglieder des Finanzcomités sind, außer dem jetzigen Finanzminister, A. de Carvalho, zwei frühere Minister dieses Departements, nämlich Manoel Paffos und J. de Silva Carvalho. Die Zahlungen für die königliche Familie und andere Personen sind noch immer im Rückstande, obwohl man versichert, daß das neue Budget bedeutende Verbesserungen enthalten werde."

Großbritannien und Irland.

Eine Depesche Sir George Arthur's aus Toronto vom 13. December meldet, daß eine Bande Raubgesindel (ruffians), 400 Mann stark, bei Moy, unfern Windsor, drei Meilen oberwärts Sandwich, am 4. December gelandet ist, das Dampfboot „Thames" und mehrere Häuser zu Windsor verbrannt, Schildwachen erschossen, und den Feldwundarzt Hume, der unbewaffnet in ihre Hände gefallen, niedergestreckt, seine Leiche aber mit Aexten und Messern abscheulich verstümmelt hat. Auf die Nachricht von diesem Ueberfall marschirte die Miliz von Sandwich nach Windsor. Die Bande wurde angegriffen und zersprengt; 25 Mann blieben auf dem Platz, eben so viele geriethen in Gefangenschaft, die Uebrigen retteten sich auf das Gebiet der vereinigten Staaten und in die nahen Wälder. In einem Tagsbefehl General Arthur's wird gesagt, die Piraten und Banditen, welche bei Windsor gelandet, gehörten zu der feindlichen Verbündung in dem Nachbarland, welche in der letzten Zeit so oft schon den Frieden in Canada gestört habe.

Der Globe verlangt, daß die Regierung von den vereinigten Staaten kräftige Maaßregeln gegen die Angehörigen derselben, welche räuberische Einfälle auf das canadische Gebiet machen, sowohl zur Verhütung solcher Einfälle, als zur Bestrafung der Theilnehmer an denen, welche schon Statt gefunden haben, verlangen, und daß diejenigen amerikanischen Bürger, welche bei solchen Einfällen in die Hände der canadischen Behörden fallen, summarisch prozessirt werden sollen.

Ein Provinzialblatt will aus guter Quelle wissen, daß Sir R. Peel eine Abänderung der Korngesetze, nicht aber die gänzliche Aufhebung derselben im Hause der Gemeinen unterstützen werde. — O'Connell wird nach dem Berichte des Morning-Herald gegen die Korngesetze stimmen, stellt es aber den übrigen irischen Mitgliedern frei, wie sie in dieser für das ackerbauende Irland höchst wichtigen Frage stimmen wollen. Zu Edinburgh und

Newcastle sind Bittschriften um gänzliche Aufhebung der Korngesetze abgefaßt worden.

Zwischen O'Connell und dem Vicekönig von Irland, Marquis Normanby, droht ein Zerwürfniß auszubrechen. O'Connell hat den Vicekönig laut getadelt, weil derselbe den Lord Ormantown nicht wegen seiner Schmähungen auf das irische Volk zur Rechenschaft gezogen hat; der Marquis seinerseits hat Peter Purcell, der aus Mißtrauen gegen O'Connells Rechtlichkeit von dem Präcursorenvereine abtrünnig wurde, zu sich berufen, auch mehrere Gegner O'Connells zu Friedensrichtern ernannt.

In der Grafschaft Tipperary in Irland war, da nach den Behauptungen der Tories die ordentlichen Behörden zur Aburtheilung über die angeblich begangene Masse von Verbrechen nicht hinreichen, eine außerordentliche Commission niedergesetzt worden, welche jetzt ihre Arbeiten beendigt hat. Das Resultat derselben ist, daß von einer Verschwörung gegen die öffentliche Ordnung nicht die geringste Spur entdeckt worden sei.

Lord Lyndhurst ist von seinem langen Aufenthalt in Baden-Baden wieder in London angekommen.

In der halbjährigen Versammlung der Actionäre der Liverpool-Manchester Eisenbahn wurde der Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des letztverflossenen Halbjahres erstattet. Erstere betrugen 136,692, letztere 80,978 Pfund, so daß sich also ein Ueberschuß von 55,714 Pfund ergab.

Consols am 28. Jänner 92⅞, ⅜; — am 29. Jänner 92⅞, ⅞.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Bei dem immer weiter dringenden Anbau des Westens und der dadurch, wie durch neue Canäle und Eisenbahnen, steigenden Handelswichtigkeit seiner großen Seen hat das jetzt, nachdem ihre Umwohner sich rasch vermehrt, zuerst wahrgenommene beständige Steigen dieser Seen in jenen Gegenden große Beunruhigung erregt. Schon sind eine Menge von den Ansiedlern bearbeiteter Felder, so wie auch Gebäude unter Wasser gesetzt, und man will bemerkt haben, daß dieses Steigen der Seen während der letzten sieben Jahre regelmäßig, während der nächst vorhergegangenen sieben aber unregelmäßig erfolgt sei. So soll namentlich der Eriesee 1825 vier, und der Ontariosee 6½ Fuß niedriger gestanden haben, als jetzt. — Dennoch steigt der Anbau des Westens vor Allem in dessen, glücklicherweise gesetzlich von dem Sclaventhum befreiten nördlichen Staaten unglaublich. Schon hat der Gouverneur des erst in diesem Jahre gebildeten Jowa-Gebietes Burlington zur künftigen Hauptstadt dieses, jetzt erst aus 17 Grafschaften mit etwa 25,000 Einwohnern bestehenden Gebietes bestimmt. Spätestens in zwei Jahren wird dieses Gebiet eine erforderliche Volksmenge besitzen, um einen Staat zu bilden, und dann wird das Uebergewicht der sclavenlosen Staaten im Congresse gesichert seyn. — Die in dem westlichen Staate Missouri durch die Verfolgung der, wie es scheint, mit großer Härte und Gewaltthat behandelten, freilich lächerlichen Secte der Mormoniten entstandenen Unruhen haben jetzt, nach den neuesten Berichten von dort, ihr Ende erreicht.

Rußland.

S^r. Majestät der Kaiser haben den Präsidenten des Reichsraths und des Ministercomités, Grafen Wassiltschikoff, zum Fürsten erhoben, und dem wirklichen geheimen Rath Speranskij, Präsidenten des Gesetzdepartements im Reichsrathe, die Würde eines Grafen des russischen Reichs verliehen.

Die S^r. Petersburger Zeitungen melden: „Dem nagaischen Fürsten Tambulat-Karamursin ist am 21. December (2. Jänner) zur Belohnung seiner beständigen Ergebenheit gegen die Regierung und der von ihm gegen nicht unterworfene Stämme der kaukasischen Bergvölker bewiesenen Dienste, insbesondere aber für die Befreiung des Stabscapitäns vom Generalstabe Baron Turnau, aus der Gefangenschaft der Abadeschen, der S^t. Wladimirorden 4ter Classe mit der Schleife verliehen worden."

Aus dem so eben veröffentlichten Bericht des Oberpolizeimeisters der Residenz S^t. Petersburg, über den Zustand derselben im verflossenen Jahre, entlehnen wir nachstehende Data: Am Schlusse des Jahres 1838 betrug die Bevölkerung der Kaiserstadt 469,720 Individuen; unter ihnen 333,669 männlichen und 136,051 weiblichen Geschlechts. Nach den verschiedenen Ständen beider Geschlechter zählte die griechische Geistlichkeit 1867, der Adel 40,588, die gesammte Kaufmannschaft, in- und ausländische, 10,004 Individuen; Ehrenbürger gab es 163, und verschiedenartigen Gewerbes 23,888 Individuen; Bürger und Handwerker verschiedener Gewerbe zählte man 95,714, Soldaten 70,929, an Hofdienerschaft, theils Erbleute, theils freie und auf Dienstpässe entlassene, 67,011 Personen, Bauern, theils der Krone, theils Herrschaften angehörige, 126,313. — Geboren wurden im Laufe des Jahres 1838 10,427 Kinder, unter ihnen 5589 männlichen und 4838 weiblichen Geschlechts. Es starben 7795 Menschen; unter ihnen 7275 an gewöhnlichen Krankheiten, 317 an plötzlichen Zufällen, 164 an besonderen Unglücksfällen, 5 eines gewaltsamen Todes, die Zahl der Selbstmörder belief sich auf 34. — Im August vergangenen Jahres traten in S^t. Petersburg die natürlichen Blattern auf. Diese Epidemie schonte bei ihren Angriffen kein Alter; sie ergriff sowohl Erwachsene, wie Kinder, und verschonte selbst diejenigen nicht, welche die Impfung durch Kuhpocken erhalten hatten; unterdessen gewahrte man an den mit letzteren geimpften Individuen, daß sie in der ihr eigenen heftigen Wirkung nicht mehr auftrat, und überhaupt viel von ihrer früheren Bösartigkeit verloren hatte. Ihre Erscheinung ward durch keine tödtlichen Folgen bezeichnet. Im Allgemeinen erhielt sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung ziemlich befriedigend. Von im Dienste der Polizei stehenden Aerzten ward die Impfung an 821 Kindern vollzogen. — Die öffentliche Sicherheit ward von den Polizeibehörden mit strenger Wachsamkeit aufrecht erhalten. Gewaltsame Hauseinbrüche ereigneten sich im vergangenen Jahre nicht. Bei den vorgekommenen Diebstählen fand sich die Mehrzahl der Schuldigen unter der Hausbedienung. Nach den officiellen Angaben der Polizei und nach den Anzeigen der Beraubten, belief sich der Gesammtwerth alles entwendeten Guts auf 195,500 Rubel, wovon unterdessen, vermöge der regen und gewandten Thätigkeit der dortigen Polizei, 103,750 Rubel wieder aufgefunden wurden. Untersuchungen wegen Diebstählen befanden sich in den Polizeiinstanzen 8248 anhängig. — Die Zahl der in der Residenz vorhandenen Kirchen des griechischen Cultus beträgt 147; die der fremden Confessionen 21, in dieser Zahl befinden sich neun Hauscapellen; die Secte der Altgläubigen zählt fünf Kirchen. Die Zahl der Palläste beträgt 10, die aller vorhandenen Gebäude 8661, von diesen betragen die steinernen 3243, die holzernen 5418. Davon besitzt die Krone 487, öffentlichen Instituten und Gesellschaften gehören 107, Privaten 8067. Im Laufe des vergangenen Jahres ereigneten sich in S^t. Petersburg 45 Feuersbrünste, unter welchen neun mit bedeutender Gefahr verknüpft waren. An Vieh ward auf den Stadtmärkten eingebracht: 105,816 Ochsen, 5610 Kühe und 30,965 Schafe.

Niederlande.

Das Handelsblad vom 30. Jänner enthält die officiellen Actenstücke der letzten Verhandlungen der Londoner Conferenz in Bezug auf die definitive Entscheidung der holländisch-belgischen Differenz. Das Hauptprotocoll der Conferenz ist vom 6. December 1838, dem verschiedene Annexen beiliegen. Annexe A enthält die vom 28. November datirte Erklärung der Repräsentanten Oesterreichs und Preußens, als Bevollmächtigte des teutschen Bundes, in Bezug auf die Aufrechthaltung der Territorialbestimmungen des Tractats vom 15. November 1831. Annexe B. bespricht die Scheldeschifffahrt, und enthält die Bestimmung, daß Belgien jährlich, vom 1. Jänner 1839 an, eine Summe von 5 Millionen Gulden, als jährliche Renten seines Antheils an der allgemeinen niederländischen Schuld, an Holland zahlen muß. Annexe C. ist der Entwurf einer Note der Conferenz an den königlich niederländischen Bevollmächtigten, namentlich die Veränderungen der 24 Artikel betreffend. Annexe D. ist der Entwurf einer ähnlichen Note der Conferenz an den königlich belgischen Bevollmächtigten. In diesem Entwurf ist am Ende ausgesprochen, daß wenn Belgien sich weigern sollte, dem Definitivtractat beizutreten, während ihn Holland annehme, den Conferenzmächten nichts anders übrig bleibe, als die Mittel zu ergreifen, um den Rechten, die Holland auf ihre Unterstützung erhalten habe, Folge zu geben. Annexe E. betrifft den Tractat zwischen den fünf Mächten und dem König der Niederlande; Annexe F. den Tractat zwischen dem König der Niederlande und dem König der Belgier; Annexe G. den Tractat zwischen den fünf Mächten und dem König der Belgier. Die Tractate sollen binnen sechs Wochen, oder so thunlich früher, zu London ratificirt, ausgewechselt werden. Nun folgt das Conferenzprotocoll vom 23. Jänner d. J., worin der königlich französische Botschafter, Graf Sebastiani, der Conferenz anzeigt, daß er von seiner Regierung autorisirt worden sei, dem Inhalte des Protocolls vom 6. December 1838 beizutreten. Im Protocoll Nr. 2 vom 23. Jänner erklärt die Conferenz, daß der Beschluß des teutschen Bundes nicht zulasse, daß das Anerbieten Belgiens, eine Entschädigung von 60 Millionen Fr. für die an den König der Niederlande zurückfallenden Theile von Luxemburg und Limburg zu leisten, in Erwägung genommen werden könne.

Belgien.

Nachrichten aus Brüssel vom 30. Jänner zufolge haben die erwarteten Interpellationen an das Ministerium in der Sitzung der Repräsentantenkammer vom vorhergehenden Tage Statt gefunden. — Während der Debatte über den Gesetzentwurf hinsichtlich der Vicinalwege begehrte Hr. Lebeau das Wort, und erklärte, daß man unmöglich über Gesetze von untergeordneter Wichtigkeit zu discutiren fortfahren könne, während in der Kammer und im Lande die äußerste Spannung in Folge der wahren oder falschen Gerüchte von einer nahe bevorstehenden Vollziehung der 24 Artikel herrsche. Es scheine ihm daher angemessen, alle weitern Discussionen so lange zu suspendiren, bis die Regierung für dienlich erachtet haben wird, der Kammer eine politische Mittheilung zu machen. — Hierauf erhob sich Hr. Pirson und interpellirte die Minister förmlich über die in der Londoner Conferenz gefaßten Beschlüsse. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. de Theux, erwiederte, er hoffe der Kammer nächsten Freitag (1. Februar) eine officielle Mittheilung machen zu können, und wünsche, daß die Kammer bis dahin ihre Sitzungen suspendiren möge. — Dieser Vorschlag wurde angenommen, und die Kammer ging in großer Aufregung auseinander.

Die Stärke der belgischen Truppen, die an der holländischen Gränze zusammengezogen sind, wird in erster Linie auf 48 Bataillons Infanterie, 36 Escadrons Cavallerie und 7 Batterien, im Ganzen auf 50,000 Mann angegeben; gegen Ende des Monats wird das belgische Heer in Folge der Einberufung der Beurlaubten 85,000 Mann unter den Waffen zählen. Die erste Division commandirt General Brias, Hauptquartier Löwen, sie besteht aus 7 Bataillons, 14 Escadrons und 3 Batterien; die zweite, General Gosthals, Hauptquartier Mecheln, zählt 7 Bataillons, 12 Escadrons und 3 Batterien; die dritte, General l'Olivier, Hauptquartier Namur, 14 Bataillons, 6 Escadrons und 2 Batterien; die vierte, General Duvivier, Hauptquartier Mecheln, 24 Escadrons schwerer Cavallerie; die Vorhutbrigade commandirt General Magnan, Hauptquartier im Lager von Beverloo, sie zählt 8 Bataillons, 4 Escadrons und 1 Batterie; der General Daine in Venloo hat 6 Bataillons, eine Batterie und eine halbe Escadron unter seinem Befehl; General Clump in Flandern führt den Befehl über eine Division, die aus 3 Reserveregimentern und den Depotbataillons zusammengesetzt ist. In Antwerpen befindet sich der General Graf Laoz. Die Besatzung der Festung besteht aus 2 Regimentern Infanterie, 2 Reserveregimentern derselben Waffe, 1 Regiment Artillerie und den Depotbataillons der Provinz Antwerpen. Außerdem will man noch aus den Milizen von 1828 bis 1830 eine Reservedivision von 20 Bataillons bilden, deren Hauptquartier Brüssel seyn soll.

In einer Versammlung der Gläubiger der belgischen Bank, welche am 25. v. M. Statt fand, zeigte Hr. von Broukere an, daß mit Hülfe der von der Regierung bewilligten Unterstützung den Gläubigern am 30. gedachten Monats ihre Forderungen bis zu 60 Percent abgetragen seyn, und daß sie den Rest vor dem 1. April erhalten würden.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung spricht sich tadelnd darüber aus, daß der „vormalige Hofrath und Professor" Hr. Dahlmann ein ihm dienstlich zugegangenes Ministerialrescript (von 1832) veröffentlicht habe. Welche Bewandtniß es übrigens mit der im Rescript enthaltenen nicht richtigen Angabe (Anerkennung des Hausgesetzes durch die Agnaten) gehabt habe, sei dem Hrn. Dahlmann bereits durch ein Schreiben des geheimen Cabinetsraths von Falcke vom 17. Juni 1838 eröffnet worden, und es genüge zu versichern, daß diese Mittheilung mit der actenmäßigen Bekanntmachung vom 31. December 1838 dahin völlig übereinstimme, daß Se. Majestät der König die Zustimmung zum Familienstatut unter Anführung des Grundes abgelehnt habe: weil daraus eine Zustimmung zum Staatsgrundgesetz gefolgert werden könnte.

Wien.

Am 7. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 ⅛.
dette detto	zu 4 pC.	in CM.	100 ⅛.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81 ½.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820.	für 100 fl.	in CM.	274.
detto detto v. J. 1821.	für 100 fl.	in CM.	157 ½.
dette detto v. J. 1834.	für 500 fl.	in CM.	679 ½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	65 ½.
Bankactien pr. Stück		1473 ½. in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 40

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 9. Februar 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 7. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.963	28. 8 p.	+ 0.8	WNW.	schwach.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.976	28 9 0	+ 2.5	SW.	still.	—
	10 Uhr Abends.	27 946	28 8 7	+ 2.3	W.	mittel.	Nebel.

Türkei.

Berichte aus Konstantinopel vom 23. Jänner melden: „Am 21. d. M. ist, angeblich durch eine in der Wohnung eines Unterbeamten begangene Unvorsichtigkeit, der Pallast der hohen Pforte ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer, welches um 5 Uhr Morgens ausbrach, theilte sich schnell dem ganzen Gebäude mit, und der in demselben wohnende Basch-Wekil (Premierminister) mit seinem Harem und den Hausoffizieren hatten Mühe, ihr Leben zu retten, so daß von den in den Appartements der Pfortenminister befindlichen Möbeln und Effecten nur äußerst wenig den Flammen entrissen werden konnte. Das Archiv ist unversehrt geblieben, da auch jene Actenstücke, welche im Laufe des Tages gebraucht worden, stets am Abend in das anstoßende steinerne Magazin, wo sich das Archiv befindet, gebracht zu werden pflegen. Die Beamten der hohen Pforte versammeln sich gegenwärtig in der geräumigen Wohnung des Dawa-Nasiri, Redschib Efendi, nach zwei Monaten aber sollen dieselben das ehemalige Defterdariat (Gebäude des Finanzministeriums) beziehen. — Im Zeitraum von dreißig Jahren ist die Pforte dreimal abgebrannt, nämlich bei der Revolution, welche durch den damaligen Großwesir Mustafa Bairakdar im November 1808 hervorgerufen, den jetzigen Sultan auf den Thron brachte, bei der Vertilgung der Janitscharen im Jahre 1826, und nun zum dritten Male, jedoch durch einen bloßen Zufall und nicht durch politische Veranlassung. — Der an Hrn. Bulwers Stelle zum königl. großbritannischen Botschaftssecretär ernannte Hr. Bankhead ist vor kurzem auf einem englischen Dampfschiffe hier angelangt. — Nachrichten aus Smyrna vom 19. d. M. zufolge war Fürst Pückler-Muskau am 15. daselbst angekommen und gedachte den Winter dort zuzubringen. An demselben Abende war der französische Contreadmiral Lalande mit den Linienschiffen „Hercule" und „Santi-Petri" in jenen Hafen eingelaufen; letzteres Schiff sollte indessen unverzüglich nach Frankreich absegeln. In Smyrna hatten sich wieder einige Pestfälle ereignet. — Der hiesige Gesundheitszustand ist fortwährend sehr befriedigend."

Großbritannien und Irland.

Graf Durham, der seit seiner Ankunft in London sehr zurückgezogen lebte, hat am 23. Jänner zum ersten Mal wieder ein öffentliches Diner gegeben, zu welchem der französische und der nordamerikanische Gesandte mit ihren Gemahlinnen, der baierische und der belgische Gesandte, Sir Robert und Lady Gordon, Hr. J. Ponsonby, Sir J. Macdonald, Graf d'Orsay und Hr. Charles Wood eingeladen waren. Auf das Diner folgte eine Soirée, der auch der russische Botschafter, der Graf Pozzo di Borgo, Lord Vernon, Hr. William Russell und Oberst Cavendish beiwohnten.

Zu Sutherland, in der Grafschaft Durham, fand in diesen Tagen eine große Festlichkeit des dortigen Conservativenvereins Statt, bei welcher der Marquis von Londonderry, als Präsident dieses Vereins, den Vorsitz führte und über die Grundsätze der Conservativen sprach. Im Laufe seiner Rede kam er auch auf die Stellung des Grafen Durham und äußerte sich darüber folgendermaaßen: „Ich hoffe, der edle Graf wird sich nicht über Mangel an Offenheit von meiner Seite zu beklagen haben. Ich werde ihn nicht hinter seinem Rücken angreifen, sondern ihm gegenübertreten, wenn Jeder seine Ansichten mittheilen kann; aber in dieser Grafschaft werde ich ihm jeden Zoll breit streitig machen. (Beifall.) In Bezug auf die Frage zwischen dem edlen Lord und dem radicalen Whigministerium verpflichte ich mich zu nichts, auch werde ich in dieser Versammlung keine Meinung äußern, die mir bei meinem Erscheinen im Oberhause die Hände binden könnte. (Hört!) Dieß ist meine persönliche Ansicht, und ich habe dieß Verfahren angenommen, weil ich es der Gerechtigkeit angemessen halte, und ohne mich deßhalb mit meinen politischen Freunden besprochen zu haben. Ich gestehe zu meinem großen Bedauern, daß selbst unter den Conservativen Beispiele von entgegengesetztem Verfahren vorgekommen sind. Ich habe mit der größten Bewunderung und Aufmerksamkeit die von Sir W. Follet in Exeter gehaltene Rede gelesen, allein ich würde einen Theil derselben lieber im Unterhause gehört haben. (Hört! hört!) Bei der eigenthümlichen Lage, in der sich der Graf Durham befindet, sollte man keine Vorurtheile gegen seine Sache erregen. Wie ich aus den Zeitungen ersehe, hat ein anderer angesehener Conservativer (Lord Francis Egerton) erklärt, daß das radicale Whigministerium und Graf Durham ihres Benehmen

mens wegen angeklagt werden müßten. (Mehrere Stimmen: „Das müssen sie auch!") Wenn dieß der Fall ist, so hoffe ich, daß Lord Francis Egerton sie anklagen wird; ich meinerseits werde jedoch nicht über eine Sache sprechen, die noch nicht öffentlich vorliegt, und die, wenn sie vor das Oberhaus kommt, gewiß mit derjenigen Weisheit, Gerechtigkeit und unbegränzten Liebe zum Recht entschieden werden wird, wodurch dieß Haus, so lange es besteht, sich bei allen Gelegenheiten ausgezeichnet hat. Ich habe dieß Verfahren aus Gewissenhaftigkeit und in der Ueberzeugung angenommen, daß die sicherste Grundlage der brittischen Gerechtigkeit die ist, Niemanden zu verdammen, bis man ihn gehört hat." (Beifall.)

Die Regierung läßt durch eine Commission eine besondere Untersuchung über die Frage anstellen, ob das Steigen der Kornpreise eine Folge der letzten Mißernte gewesen sei oder nicht. In den letzten Tagen ist übrigens ein beträchtliches Sinken der Preise auf dem Kornmarkte eingetreten.

Die Morning-Post schreibt: „Es ist nicht wahr, daß Sir R. Peel erklärt habe, er werde für die Abänderung der Korngesetze stimmen. Sir Robert ist nicht gewohnt, seine Ansichten auch nur eine Stunde früher, als es nöthig ist, mitzutheilen." Welches eigentlich die Ansicht Sir R. Peels über diese Frage sei, das ist hiermit noch nicht ausgesprochen.

Die englischen Militärjournale scheinen den Krieg gegen Birma und gegen Nepal für eine ausgemachte Sache zu halten, und die Anstalten, die in England getroffen werden, um in den Monaten März und April nicht nur 1000 Mann als Ergänzung für einige dortige Regimenter, sondern selbst mehrere neue Regimenter, worunter zwei Reiterregimenter, hinzusenden, geben allerdings diesen Vermuthungen einigen Halt. Das neunte königliche Regiment, das zu Tchinsurah, nicht weit von Calcutta, stand, und gegen Westen aufbrechen sollte, hat Gegenbefehl erhalten, und soll nach Ranguhn eingeschifft werden. Dieser Hafen, welcher den ganzen Handel des Irawaddi-Thales und somit von ganz Birma beherrscht, soll, wie der Bengal-Hurkaru vom 14. November sagt, besetzt und behalten werden. Die Regierung zu Calcutta hat nach Bombay Befehl geschickt, um von dort so viel Dampfboote wie möglich zum Truppentransport zu erhalten, so daß wahrscheinlich die Postverbindung mit dem rothen Meere wieder auf einige Zeit unterbrochen werden wird. — Einzelne Nachrichten lassen vermuthen, daß an der Nordwestgränze Indiens eine neue Phase eingetreten ist. Nach dem Bengal-Hurkaru vom 18. November ist Befehl ergangen, zu Firozpur eine Brücke über den Sutledsch zu schlagen, woraus man schließt, daß die anglo-indischen Truppen nun doch durch das Gebiet Rundschit-Singhs marschiren werden. Erklären läßt sich die Sache durch den Umstand, daß mehreren Angaben zufolge Rundschit-Singhs Angelegenheiten ziemlich schlecht stehen, denn einerseits sollen ihm sehr viele Soldaten mit Waffen und Gepäck desertiren, um sich in die besser bezahlten Corps von Schah Schudscha anwerben zu lassen, die auch in der That wunderbar schnell nicht nur vollständig gemacht, sondern auch eingeübt wurden, andererseits soll sich der Fürst von Peschawer, Bruder Dost Mohamed's in Kabul, von dem Tribut, den er seit mehreren Jahren an Rundschit-Singh bezahlte, losgesagt haben, indem die Ehre seiner Familie erfordere, daß er sich an seinen Bruder anschließe, und sich der Wiedereinsetzung Schah Schudscha's auf den Thron von Afghanistan widersetze. Da sein Bündniß mit, wie sein Tribut an Rundschit-Singh keine freiwillige, sondern eine durch des letztern Uebermacht abgedrungene Sache war, so gewinnt das Gerücht Bestand, als hätten die Truppen Rundschit-Singhs von den Afghanen neuerdings eine Schlappe erlitten, was bei der Aufregung der Moslims gegen die ungläubigen Sikes gar nicht unwahrscheinlich wäre.

Persien.

Der Correspondent der Times in Konstantinopel berichtet unterm 7. Jänner: „Ein Bote aus Persien ist am 4. d. M. hier angelangt, und hat Depeschen für die brittische Regierung und Privatbriefe vom 5. v. M. aus dem Lager der englischen Gesandtschaft zu Rudabad, so wie auch Briefe aus Tauris bis zum 11. December mitgebracht. Sie melden übereinstimmend, daß es Hrn. M'Neil nach mehreren Unterredungen mit dem Schah mißlungen sei, die verschiedenen zwischen der brittischen und der persischen Regierung obschwebenden Fragen zu befriedigender Ausgleichung zu bringen, daß er sofort allen diplomatischen Verkehr mit den Ministern des Schahs förmlich abgebrochen habe, und auf dem Wege nach der türkischen Gränze begriffen gewesen sei. Nach der Erbitterung zu schließen, die der Schah seit seinem Rückzuge von Herat gegen alle Engländer an den Tag legte, war so wenig Hoffnung vorhanden, daß er noch die Zugeständnisse machen würde, die allein des brittischen Gesandten Rückkehr auf seinen Posten rechtfertigen könnten, daß ein Bruch zwischen den beiden Ländern nun von Jedermann als unvermeidlich betrachtet ward. Obgleich die im Lande feßhaften brittischen Kaufleute von ihrer Gesandtschaft noch keinen Wink zur Abreise erhalten hatten, so trafen sie doch bereits alle Anstalten dazu. Einem in Teheran und Tauris umlaufenden Gerüchte zufolge hätte der Schah den Verkauf brittischer Fabrikate in seinem Reiche verboten; aber obgleich ein solches Verbot der Rachsucht des verblendeten Fürsten ganz gemäß wäre, so ist es doch gewiß, daß bis zum obigen Datum ein dießfallsiges Decret der persischen Behörden noch nicht erschienen war." Die Depeschen von Hrn. M'Neil wurden sogleich nach London weiter gesandt. — Obige Briefe melden den Tod des französischen Naturforschers Hrn. Aucher de Blois, den seine Forschungen nach den Südprovinzen Persiens geführt hatten.

Rußland.

Se. Majeſtät der Kaiſer haben befohlen, daß der Sitz der obern Verwaltung des weſtlichen Sibiriens von Tobolſk nach Omſk verlegt werde.

Der Zarewitſch von Georgien, geheimer Rath und Senator Bagrat Georgiewitſch, hat den weißen Adlerorden erhalten.

Spanien.

In Madrid wurde am 23. Jänner verſichert, es ſeien engliſche Kriegsſchiffe von Gibraltar ausgelaufen, um Melilla zu blockiren, die Einnahme der Stadt durch die Mauren zu vereiteln, und den Abgang des Regiments „König" zur Armee Cabrera's zu hindern. Ein Schreiben aus Madrid vom 23. Jänner meldet über den Aufſtand von Melilla: „Der Aufſtand von Melilla iſt um ſo wichtiger, als das Regiment, das daran Theil genommen, gewiſſermaaßen das Vorbild der ſpaniſchen Armee iſt. Mit dem Titel „Regiment del Rey" verbindet es den des „Immemorial." Es beſteht ſeit langer Zeit und rühmt ſich, einſt an den glorreichen Schlachten von Pavia, St. Quentin, Rocroy, Breda Theil genommen zu haben. Die Fahne, welche die Nachkommen jener Tapfern verehren, wehte ruhmvoll in Flandern und Italien. Man verſichert, die Aufrührer ſeien auf vier Monate mit Lebensmitteln verſehen. Mehrere brittiſche Kriegsſchiffe ſind von Gibraltar abgeſegelt, um jenen wichtigen Platz zu blockiren und zu hindern, daß er in die Hände der Marocaner falle, ſo wie der Abfahrt des tapfern Regiments del Rey ſich zu widerſetzen, welches zur Armee Cabrera's ſtoßen möchte. — Ein ähnlicher Aufſtand würde auch im Platze del Peñon de la Gomerra Statt gehabt haben, wenn nicht die Treue eines Theils der Garniſon die Rebellen zur Capitulation gezwungen hätte. Der jetzige Gouverneur von Melilla iſt der Oberſtlieutenant Don Rafael Delgado y Moreno, welcher ſeit 1795 in der ſpaniſchen Armee dient und ſeit 1815 ſeinen jetzigen Grad bekleidet. Er machte die Feldzüge in Italien und den ganzen Unabhängigkeitskrieg mit. Er war Gouverneur des Schloſſes San Antonio de la Coruña von 1822 an bis zur Capitulation des Platzes. Im Jahre 1824 wurde er ſeiner Stelle entſetzt, und lebte zehn Jahre im Elend, den Verfolgungen ausgeſetzt. Im Jahre 1835 wurde er zum militäriſchen und politiſchen Gouverneur von Melilla ernannt." — In einem ſpätern Schreiben aus Madrid vom 24. Jänner heißt es: „Endlich iſt der verhängnißvolle Schritt geſchehen. Die Regierung hat dem General Palarea befohlen, den Belagerungszuſtand in den ihm untergebenen Provinzen, Malaga, Granada, Almeria und Jaen, aufzuheben, und er hat am 18. dieſen Befehl vollzogen. Damals konnte er noch nicht wiſſen, daß der General ihn am 17. ſeiner Stelle entſetzt, und dagegen den Marechal de Camp Don Antonio Maria Alvarez zum Generalcapitän von Granada und Jaen ernannt hatte. Erſt die Gaceta von heute enthält das Decret dieſer Ernennung, worin zugleich der General Palarea angewieſen wird, in Altcaſtilien ſeinen Aufenthalt zu nehmen."

Der Morning-Chronicle wird von ihrem Correſpondenten in Madrid unterm 15. Jänner Folgendes geſchrieben: „Die von dem Senat angenommene Adreſſe an die Königinn, worin die Ergreifung von Maaßregeln zur regelmäßigeren Führung des Krieges und der Auflöſung der Repreſſalienjunten verlangt wird, ſo wie eine Rede des Hrn. Martinez de la Roſa in der Deputirtenkammer, und die von der Regierung anbefohlene Auflöſung der Repreſſalienjunten haben in den Provinzen und namentlich in Arragonien und Valencia große Aufregung hervorgebracht, und der General van Halen, als das Organ des Volkes und der Armee in den unter ſeinem Commando ſtehenden Diſtricten, hat eine lange und in heftigen Ausdrücken abgefaßte Vorſtellung gegen die Aufhebung der localen Junten in Arragonien und Valencia an die Regierung überſandt. Etwas Stärkeres kann wohl nicht leicht gegen die von dem jetzigen Miniſterium befolgte Politik und gegen die von Martinez de la Roſa gehaltene Rede geſagt werden, als es in dieſem Documente geſchehen iſt. Die Regierung hielt dasſelbe auch für wichtig genug, es beiden Kammern vorzulegen, wo es denn auch geſtern in geheimer Sitzung discutirt wurde. Wie ich höre, haben in der Deputirtenkammer Hr. Martinez de la Roſa und ſeine Anhänger, und im Senat diejenigen Senatoren, welche die erwähnte Adreſſe an die Königinn unterſtützten, ſich aus allen Kräften gegen jede Modificirung der von der Regierung ergriffenen Maaßregeln erklärt. Das Miniſterium hat jedoch, ungeachtet dieſer Oppoſition, dem General van Halen die Vollmacht ertheilt, in Betreff jener Decrete ſo zu verfahren, wie er es für angemeſſen halte. Den Generalcapitäns von Sevilla, Cadix und Malaga, iſt der Befehl zugeſandt worden, den Belagerungsſtand in jenen Provinzen unverzüglich aufzuheben. Sollten ſich jene Generalcapitäne weigern, dieſem Befehle Folge zu leiſten, ſo werden ſie ſofort ihres Amtes entſetzt. Am Schluſſe der geſtrigen Sitzung der Deputirtenkammer legte Hr. Pita Pizarro einen Geſetzentwurf vor, worin er die gänzliche Abſchaffung des Zehnten und an deſſen Stelle eine Taxe zu ſetzen vorſchlägt."

Bei Vitoria ſind 700 gefangene Carliſten gegen eben ſo viele Chriſtinos ausgewechſelt worden.

Den engliſchen Parlamentsmitgliedern Fector und Borthwick wurde vor ihrer Abreiſe von dem Biſchof von Leon ein großes Diner gegeben, welchem alle Miniſter des Don Carlos beiwohnten.

Frankreich.

Das von dem Finanzminiſter vorgelegte Budget von 1840 gibt dem Journal des Debats zu folgenden Bemerkungen Anlaß: „Die Summe der verlangten

Credite beläuft ſich auf 1,094,473,777 Fr., nicht einbegriffen das außerordentliche Budget für die öffentlichen Bauten, welches 52 Millionen beträgt. Das Budget für 1839 belief ſich auf 1,068,576,091 Fr. Die Laſten des Schatzes haben ſich alſo um 26 Millionen vermehrt; dieſe Vermehrung iſt aber zum Theil nur anſcheinend, da 14 Millionen von der genauern Ermittlung der für das vorige Jahr votirten Ausgaben herrühren. Die für 1840 veranſchlagten Mittel und Wege belaufen ſich auf 1,111,000,000 Fr., alſo auf 17 Millionen mehr, als die Ausgaben, und bei der Veranſchlagung dieſer Mittel und Wege iſt die wahrſcheinliche Vermehrung der indirecten Steuer nicht mitberechnet worden. Im Jahre 1838 belief ſich dieſe Vermehrung auf 20 Millionen. Die Budgets der beiden letzten Jahre der Reſtauration, 1828 und 1829, beliefen ſich auf 1 Milliarde 14 Millionen und auf 1 Milliarde 24 Millionen. Nach Verlauf von 10 Jahren haben ſich alſo die öffentlichen Ausgaben auf dem gewöhnlichen Budget um 70 Millionen vermehrt. In vieler Beziehung iſt, wie bereits erwähnt, dieſe Vermehrung nur anſcheinend; dann aber darf man auch nicht vergeſſen, daß die ökonomiſchſte Regierung nicht gerade die iſt, die am wenigſten ausgibt, ſondern die, die am beſten ausgibt, und wo die Steuern zu reproductiven Zwecken verwendet werden. In letzterer Hinſicht iſt die Ueberlegenheit der Juliregierung unbeſtreitbar. So ſind zum Beiſpiel die Ausgaben für das Kriegsminiſterium, welche allerdings nothwendig, aber im Weſentlichen unproductiv ſind, jetzt, wenn man Algier aus dem Spiele läßt, geringer als im Jahre 1829. Damals betrug, obgleich Europa ſich eines tiefen Friedens erfreute, das Budgets des Kriegsminiſters 215 Millionen, während es ſich jetzt nur auf 207 Millionen beläuft. Algier allerdings erheiſcht außerdem eine Summe von 35 Millionen. Unter den Budgets der verſchiedenen Miniſterien gibt es zwei, die beſonders geeignet ſind, den Gang der materiellen Beſtrebungen zu zeigen, welche das Land aufwendet, um in ſeinem Schooße neue Kräfte und Hülfsmittel zu entwickeln, um ſich zu bereichern, oder um ſich zu belehren, nämlich, die Budgets des öffentlichen Unterrichts und des Handels. In dem Maaße, in dem ſich dieſelben vermehren, vermehrt ſich jene äußere Civiliſation, auf welche jetzt alle Völker vielleicht zu ausſchließlich bedacht ſind. Das Budget des öffentlichen Unterrichts belief ſich im Jahre 1829 auf 3,411,174 Fr. Im Jahre 1840 beträgt es 15,617,117 Fr. Der Elementarunterricht war im Jahre 1829 nur mit 99,372 Fr. bedacht, während er für das Jahr 1840 auf 5,757,000 Fr. feſtgeſtellt worden iſt. Für Brücken- und Chauſſeebau wurden im Jahre 1829 48 Millionen bewilligt, und im Jahre 1840 belaufen ſich die Bewilligungen für dieſen Theil der Verwaltung auf mehr als 150 Millionen Fr. Wenn man hierzu rechnet, welche Capitalien von Privatcompagnien aufgewendet werden, um eine leichtere und zweckmäßigere Verbindung zwiſchen allen Theilen Frankreichs herbeizuführen, ſo ergibt ſich für jedes der beiden letztverfloſſenen Jahre die ungeheure Durchſchnittsſumme von 400 Millionen Fr."

Die Pariſer Journale vom 1. Februar ſind uns geſtern auf gewöhnlichem Poſtwege nicht zugekommen.

Niederlande.

Folgendes iſt der nähere Inhalt der vom Handelsblad mitgetheilte Actenſtücke über die holländiſch-belgiſche Angelegenheit: „I. Protocoll der im Foreign-Office am 23. Jänner 1839 gehaltenen Conferenz. Gegenwärtig: die Bevollmächtigten von Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland. Nachdem die Bevollmächtigten der fünf Höfe verſammelt, gab der Bevollmächtigte von Frankreich der Conferenz Kenntniß davon, daß er von ſeiner Regierung die Autoriſation erhalten, dem Inhalte des Protocolls vom 6. December 1838, welches von ihm ad referendum genommen war, beizutreten, und die zwei Noten zu unterzeichnen, welche im Entwurfe dem bevorſtehenden Protocoll angehängt waren. (Gez.) Senfft. Sebaſtiani. Palmerſton. Bülow. Pozzo di Borgo." — „II. Protocoll der im Foreign-Office am 23. Jänner 1839 gehaltenen Conferenz. Gegenwärtig: die Bevollmächtigten von Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland. Die Bevollmächtigten der fünf Höfe haben Kenntniß genommen von der durch den belgiſchen Bevollmächtigten am 14. d. M. bei der Conferenz eingereichten Note, ſo wie von drei beſonderen Memorandas, welche von dem genannten Bevollmächtigten zu gleicher Zeit vorgelegt worden (B., C. und D.). Da benannte Note den Vorſchlag enthalten, eine Summe im Betrag von 60 Millionen Fr. zu bezahlen, als Aequivalent für das Grundgebiet, welches Belgien kraft des Tractats vom 15. November 1831 an den König der Niederlande zurückgeben muß, ſo erklärten die Bevollmächtigten von Preußen und Oeſterreich in Folge der von ihren Höfen erhaltenen Inſtructionen, daß die Entſcheidung des teutſchen Bundes nicht zulaſſe, dieſe Propoſition in Erwägung zu nehmen. Die Bevollmächtigten von Frankreich, Großbritannien und Rußland haben in dieſer Erklärung einen genügenden Grund gefunden, um der Propoſition der belgiſchen Regierung keine Folge zu geben. Die drei beſondern Memorandas befaſſen eine Reihe von Reclamationen über Particularitäten. Man hat indeſſen dafür erachtet, daß in dem Stande, worin ſich die Unterhandlungen gegenwärtig befinden, es ohne Zweck ſeyn würde, wenn man aufs neue zum Discutiren über dieſe Gegenſtände übergienge. Man iſt demnach übereingekommen, dem belgiſchen Bevollmächtigten die Antwort zukommen zu laſſen, wovon der Entwurf dem gegenwärtigen Protocolle angehängt iſt. (Gez.) Senfft. Sebaſtiani. Palmerſton. Bülow. Pozzo di Borgo." — „Anner E. zum Protocolle Nr. II. vom 23. Jänner 1839. Die Bevollmächtigten der fünf Höfe an Sr. Exc. den Bevollmächtigten Sr. Ma-

eſtät des Königs der Belgier am 23. Jänner 1839. Die unterzeichneten Bevollmächtigten von Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland haben Kenntniß genommen von der Note, welche der Bevollmächtigte S^r. Majeſtät des Königs der Belgier ihnen die Ehre erwieſen hat am 14. d. M. der Conferenz mitzutheilen, ſo wie von drei dabei hinzugefügten beſonderen Memorandas. Durch die Note vom 14. Jänner wurde vorgeſchlagen, eine Summe Geldes an S^r. Majeſtät den König der Niederlande zu bezahlen als Betrag des Werthes des von Belgien, kraft des Tractats vom 15. November 1831, an dieſen Souverain zurückzugebenden Grundgebietes, ſei es um von ihm als Großherzog von Luxemburg beſeſſen, ſei es, um mit dem Königreiche der Niederlande vereinigt zu werden. Die Unterzeichneten müſſen hierüber bemerken, daß die dieſerhalb der Conferenz verkündigte Entſcheidung von Seiten des teutſchen Bundes, deſſen Rechte von den Mächten anerkannt worden ſind, nicht zuläßt, dieſe Propoſition in Erwägung zu nehmen. In Betreff der drei Memorandas, welche der Note des Bevollmächtigten S^r. Majeſtät des Königs der Belgier beigefügt waren, müſſen die Unterzeichneten Bezug nehmen auf den Inhalt der Vorſchläge zu einem definitiven Arrangement, welche ſie unter dem Heutigen dem Bevollmächtigten S^r. Majeſtät des Königs der Belgier haben zukommen laſſen. Die Unterzeichneten erſuchen den belgiſchen Herrn Bevollmächtigten, dieſe Note, als Antwort auf die ſeinige vom 14. d. M., zur Kenntniß ſeiner Regierung bringen zu wollen. Sie benützen dieſe Gelegenheit u. ſ. w. (Gez.) Senfft. Sebaſtiani. Palmerſton. Bülow. Pozzo di Borgo." — Das Protocoll vom 6. December 1838, auf welches das Protocoll N^r. 1 vom 23. Jänner 1839 Bezug nimmt, lautet: „Gegenwärtig: Die Bevollmächtigten von Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland. Die Bevollmächtigten von Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, nachdem ſie ſich in Conferenz vereinigt, haben Acte genommen von der beigefügten Note (Anner A.), welche am 28. November d. J. den Bevollmächtigten von Frankreich, Großbritannien und Rußland von denen von Oeſterreich und Preußen, als Bevollmächtigte des teutſchen Bundes handelnd, communicirt worden; — und nachdem die Bevollmächtigten der fünf Höfe den Stand der vertraulichen Unterhandlungen in Erwägung genommen, womit ſie ſich nach Anleitung der am 14. März d. J. von dem Bevollmächtigten S^r. Majeſtät des Königs der Niederlande der Conferenz gemachten Eröffnungen beſchäftigt haben, um zu einem guten Einverſtändniß über ein ſolches definitives Arrangement zwiſchen Holland und Belgien zu gelangen, wie es von den beiden Parteien angenommen werden kann: — wird proponirt, den Regierungen der Niederlande und Belgiens die während des Laufes der Unterhandlungen aufgeſtellten hier beigefügten Artikel (Anner B.) mitzutheilen, als gerechte und billige Bedingungen enthaltend, und in Betreff welcher es zur Befeſtigung der allgemeinen Ruhe von der höchſten Wichtigkeit ſeyn würde, daß man die Annahme derſelben durch die benannten Regierungen ſo bald wie möglich bewerkſtellige. Die ebenfalls hier beigefügten Entwürfe (Anner C. und D.) der zwei Noten, dazu beſtimmt, den Bevollmächtigten Niederlands und Belgiens mit den angehängten Entwürfen (E., F. und G.) zu den zwiſchen den fünf Mächten und Holland, zwiſchen Holland und Belgien und zwiſchen den fünf Mächten und Belgien abzuſchließenden Tractaten, übermacht zu werden, haben die Genehmigung der Bevollmächtigten von Oeſterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland erhalten, während der Bevollmächtigte von Frankreich erklärt hat, nicht autoriſirt zu ſeyn, der Abfaſſung und dem Geiſte des gegenwärtigen Protocolls und der Noten C. und D. ſeine Genehmigung beizufügen, weßhalb er dieſe Documente ad referendum nehme. In Folge dieſer Erklärung haben die Bevollmächtigten der vier andern Höfe den Bevollmächtigten von Frankreich erſucht, dieſes Protocoll mit den Anneren zur Kenntniß ſeines Hofes zu bringen, und haben ſie das Vertrauen zu erkennen gegeben, daß das franzöſiſche Cabinet, ſtets beſeelt von dem Wunſche, mit ſeinen Bundesgenoſſen vereinigt zu bleiben, und mit ihnen zu wirken zur Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens und der Verträge, welche die Grundlage desſelben ausmachen, nicht zögern werde, einer Regulirung dieſer Angelegenheiten beizutreten, welche in derſelben Abſicht und in Folge einer gerechten Würdigung der Umſtände entworfen iſt, die eine baldige Feſtſtellung des definitiven Arrangements, in der vorliegenden Sache, als einen Gegenſtand von allgemeinem und dringendem Intereſſe betrachten laſſen. (Gez.) Senfft. Sebaſtiani. Palmerſton. Bülow. Pozzo di Borgo." — Das Anner A. enthält eine vom 28. November 1838 datirte Note der Bevollmächtigten von Oeſterreich und Preußen an die übrigen Conferenzglieder, worin ſie erklären, wie ſie mit Leidweſen in den öffentlichen Acten, welche bei der Eröffnung der geſetzgebenden Kammern zu Brüſſel ans Licht gekommen ſeien, eine Sprache wahrnehmen, durch welche die Abſicht an den Tag gelegt werde, die Zurückgabe des Gebiets zu verweigern, das nach dem 24 Artikeltractat von 1831 dem Großherzogthum Luxemburg verbleiben müſſe; um ſo weniger könnten die Unterzeichneten ſich enthalten, in der Aeußerung ſolcher Geſinnungen eine Verletzung der Rechte des teutſchen Bundes zu erblicken, als ſolches von einer Partei geſchehe, die nur proviſoriſch in dem Beſitze des bezeichneten Gebiets geduldet werde, und die aus eigener Autorität dieſen factiſchen Beſitz in ein bleibendes Recht umändern wolle, was in dem vorliegenden Fall eine Gewaltthätigkeit conſtituire. Nach einer Ausführung der Rechtstitel des teutſchen Bundes auf das Großherzogthum Luxemburg erklären die Bevollmäch-

tigten von Oesterreich und Preußen, sie müßten es inzwischen dem teutschen Bunde überlassen, in Folge der jüngsten Provocationen der Belgier Gebrauch von ihren Rechten zu machen, welche die belgische Regierung in Kraft der gegen die fünf Höfe durch den Tractat vom 15. November 1831 übernommenen Verbindlichkeiten zu respectiren verpflichtet sei. — Das Anner B. enthält den Entwurf zu dem neuen Tractat zwischen Holland und Belgien. Er ist ganz nach der Basis des 24 Artikeltractats vom 15. November 1831 abgefaßt. Er zählt ebenfalls 24 Artikel. Die Artikel 1 bis 8 über die Bestimmungen der Gränzen Belgiens und über die Linien, welche das Großherzogthum Luxemburg und die Provinz Limburg in zwei Hälften scheiden, von denen die eine an Holland, die zweite an Belgien kommen soll, sind wörtlich die nämlichen, wie im Tractat von 1831. In dem Art. 9 werden Belgien einige Erleichterungen in Betreff der Schifffahrt, des Lootsenwesens u. s. w. gestattet. Art. 10 bis 12, wie im Tractat von 1831. Nach dem Art. 13 soll Belgien vom 1. Jänner an in Folge der Theilung der öffentlichen Schuld des Königreichs der Niederlande mit einer Summe von 5 Millionen niederl. Gulden jährlicher Renten (anstatt 8,500,000 fl.) belastet bleiben; diese fünf Millionen sollen betrachtet werden als ein Theil der nationalen belgischen Schuld; von beiden Seiten ernannte Commissarien sollen binnen vierzehn Tagen zu Utrecht zusammenkommen, um zur Ueberschreibung der Capitalien und Renten zu schreiten, welche zu Lasten Belgiens kommen sollen. Die Art. 14 bis 24, wie im Tractat von 1831, nur mit einigen wenigen, ganz unbedeutenden Modificationen. — Die Annere C. und D. enthalten die zwei Noten an die Höfe von Niederland und Belgien, um diese zur Annahme dieser Artikel und zur Unterzeichnung der ihnen unter E., F. und G. mitgetheilten Vertragsformulare aufzufordern. In der Note an den König der Niederlande erklärt die Conferenz: wenn Niederland seinen Beitritt verweigere, während Belgien beitreten würde, so würden die fünf Höfe, obschon bedauernd, daß sie durch die von ihnen angewandten Befriedigungsmittel nicht ein definitives Arrangement hätten erreichen können, nichtsdestoweniger fortfahren, gemeinschaftlich über die Aufrechthaltung des Friedens zwischen den beiden Parteien zu wachen. An Belgien erklärt die Conferenz: wenn das Brüsseler Cabinet seine Annahme verweigere, während Holland die seinige ertheilen würde, so werde den bei der Conferenz repräsentirten Mächten nichts Anderes übrig bleiben, als die Mittel zu bestimmen, um den Rechten Folge zu geben, in deren Besitz auf solche Weise Holland durch ihre Unterstützung werde gesetzt werden. (In der holländischen Uebersetzung heißt diese letztere Stelle: **Dan de middelen te beramen om gevolg te geven aan de regten welke dus Holland op hunne ondersteuning Loude verkregen hebben.)**

Belgien.

Nachrichten aus Frankfurt vom 1. Februar zufolge hat Hr. Cockerill seine Zahlungen eingestellt, worauf die belgische Regierung dessen großes Etablissement zu Seraing übernommen hat, um dasselbe einstweilen für ihre Rechnung betreiben zu lassen. Auch zu Lüttich hat, nach denselben Berichten, das Wechselhaus Belfroy sich für zahlungsunfähig erklärt. — Ein Handelsschreiben aus Koln vom 31. Jänner (im Schwäbischen Merkur) meldet über dieses Ereigniß: „Ein neuer Schlag hat den belgischen Fabriks- und Handelsstand betroffen. Der berühmte Fabrikant John Cockerill hat seine Zahlungen einzustellen sich genöthigt gesehen. Indeß erfährt man zugleich, daß sein großes Etablissement zu Seraing einstweilen von der belgischen Regierung übernommen worden, welche die Arbeiten für ihre Rechnung fortbetreiben lassen will. Es ist dieß ein von der Politik gebotener Act, indem vorauszusehen war, daß die vielen Tausende von Arbeitern, die J. Cockerill dort beschäftigte, plötzlich nahrungslos geworden, die Zahl der unruhigen Köpfe noch vermehren würde, die Belgien mit einem Kriegesruf erfüllen, dem der bessere Theil der Nation keineswegs beistimmt. Zu Lüttich hat das Wechselhaus Belfroy gleichzeitig mit J. Cockerill sich für zahlungsunfähig erklärt." — Ein Schreiben aus Frankfurt vom 2. d. M. (im Correspondenten von und für Teutschland) sagt: „Cockerill's Zahlungssuspension hat gewaltige Sensation in Brüssel gemacht, die nicht wenig durch den Fall des großen Lütticher Wechselhauses Belfroy vermehrt wurde. Der Handel und das Vertrauen sind durchaus erschüttert, ja vernichtet. Die Regierung muß helfen, oder sie selbst wird verloren seyn. Die beste Hülfe, welche sie gewähren könnte, würde darin bestehen, daß sie die Demagogen im eigenen Land zu bändigen suchte, den Beschlüssen der Conferenz sich fügte, und den eingegangenen Verträgen treu bliebe. Wäre die Sicherheit nach Außen wieder hergestellt, würden die Ruhe und die Ordnung mit dem öffentlichen Vertrauen, welches die Hauptgrundlage des Handels ist, bald wieder aufleben, und die tiefen Wunden heilen, welche die durch die Schwäche der Regierung ermuthigten Parteileidenschaften dem Lande geschlagen haben."

Der Independant sagt, die Regierung habe zwar einige Polen in die Armee zugelassen, es sei aber ihre Absicht, nicht noch mehr in den Reihen des Heeres aufzunehmen; man mache diese Entscheidung hiermit bekannt, auf daß polnische Offiziere, die im Auslande sich aufhalten, nicht Schritte thun mögen, welche vergeblich seyn würden.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Der große Rath von Zürich hat am 31. Jänner mit 98 gegen 49 Stimmen die Berufung des Dr. Strauß bestätigt! Die Gegner des letztern wollen nun auf ihre Privatkosten noch einen ausgezeichneten Professor der Dogmatik an die Hochschule berufen.

Wien.

Am 8. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107¼.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅝.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	689.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65⅞.
Bankactien pr. Stück	—— in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 41

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 10. Februar 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 8. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.915	28. 8 8. 3 p.	+ 3.8	W.	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.908	28 8 2	+ 5.2	W.	mittel.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27 929	28 8 5	+ 3 9	W.	stark.	—

Frankreich.

Wir haben gestern wieder nur einfache Pariser Journale, nämlich vom 1. Februar, erhalten. Sie enthalten noch nicht die königliche Ordonnanz behufs der Auflösung der Deputirtenkammer; das Journal des Debats läßt jedoch hierüber keinen Zweifel, indem es sagt: „Die Krone hat zwei Beschlüsse von ernster Bedeutung gefaßt. Die Minister vom 15. April haben die Leitung der Geschäfte wieder übernommen. Die Auflösung der Kammer ist entschieden worden. Die Prorogation der Session von 1839, gestern in beiden Kammern angekündigt, ist nur das Vorspiel dieser großen und wichtigen Maaßregel.“ — In einem längern Artikel wünscht das Journal des Debats den Ministern Glück zu diesem Entschlusse. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Wenn sich die Wahlen für das Ministerium entscheiden, werden sie ihm die Macht in die Hände geben, das Gute, welches es im Sinne hat, zu vollbringen, und die Kraft, die Politik, welche die Julirevolution gerettet hat, mit Ehre zu behaupten. Wenn dagegen das Wahl-Frankreich Partei für die Häupter der Coalition nimmt, nun denn! so wird die Rückkehr derselben ans Ruder der Staatsgewalt, weder die Grundsätze der Repräsentativregierung, noch die Würde der Krone verletzen. Die Krone wird dem Wunsche des Landes gehorchen, und nicht einer Intrigue gewichen seyn!“ — Das Journal des Debats glaubt, daß die Auflösungsordonnanz im Moniteur vom 2. d. M. erscheinen, und daß die Wahlcollegien zum Sonnabend den 2. März einberufen werden würden. — Auch die Presse räumt, nach einer Recapitulation der Thatsachen seit dem Entwurf der Adresse, ein, daß unter den obwaltenden Umständen, da das Ministerium nur eine unzureichende Majorität hatte, die Auflösung unvermeidlich war. „Wir billigen,“ sagt dieses Journal, „die Maaßregel, deren Vorspiel die Prorogation ist, deßhalb ohne Rückhalt, weil sie von keinem ministeriellen Interesse dictirt seyn wird, weil die den Majoritäten schuldige Achtung, das Fundamentalprincip der Repräsentativregierungen, ihr einziger Beweggrund seyn wird; weil wir wissen, daß die Auflösung nicht zum Zwecke haben wird, die ministerielle Perpetuität zu Gunsten von irgend Jemanden zu begründen, weil wir wissen, daß der König bereit ist, diejenigen Minister zu wählen, und dasjenige politische System anzunehmen, denen das Land, das man zu Rathe gezogen, die Majorität geben wird; sollten diese Männer Hr. Thiers, Hr. Mauguin, Hr. Barrot, Hr. Dupont (de l'Eure), Hr. Garnier-Pagès heißen! Sollte dieses System das System des Krieges seyn!“

Die Deputirten der Reunion Jacqueminot wollten sich am 1. Februar Abends, die legitimistischen Deputirten Morgens bei Hrn. Berryer versammeln; die Deputirten des linken Centrums waren auf den 2. zu Hrn. Ganneron, die des rechten Centrums zu Hrn. Persil beschieden. Von der Linken waren bereits am 31. Jänner Abends 60 Deputirte bei Hrn. Odilon-Barrot versammelt; es wurde ausgemacht, gleich jetzt Maaßregeln zu ergreifen, um den Wahlumtrieben und Wählerbestechungen auf die Spur zu kommen, sie aufzudecken, und in der neuen Kammer zu parlamentarischer Untersuchung zu bringen. Ferner wurde in der Versammlung bei Odilon-Barrot beschlossen, die Wahl der 213 Deputirten zu unterstützen, welche für den Adresse-Entwurf der Commission gestimmt haben. — Der Messager vom 1. d. M. gibt die Namensliste dieser Coalitions-Cohorte. — Der Messager bemerkt, die Stellung des Landes, der Regierung gegenüber, sei heute genau dieselbe wie im Jahre 1830.

Am 31. Jänner Fin Courant geschlossen zu 116 Fr. 40. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 70. — Am 1. Februar 5 Percents 110 Fr. 50. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 40, 3 Percents 78 Fr. 75. Fin Couraut geschlossen zu 78 Fr. 60. — Auf der Börse war das Gerücht verbreitet, die HH. Barthe, Bernard und Rosamel (Minister der Justiz, des Krieges und der Marine) würden durch die HH. Berenger, Valée und Baudin ersetzt werden.

Spanien.

Der Madrider Correo Nacional enthält einen Artikel über die in dem politischen Systeme des Don Carlos angeblich eingetretene Aenderung. Pater Cyrill und die gemäßigte Partei hätten die Oberhand gewonnen. Folge davon sei, daß die Generäle Garcia, Tarragual, Balmaseda ihres Commandos entsetzt, und Villareal, Zariategny, Urbistondo und Andere, welche bisher in Ungnade gewesen waren, an ihre Stelle getreten seien. Eine weitere Folge dieses Umschwunges sei der an Cabrera aus Azcoytia vom 21. Jänner abgefertigte Befehl, ein milderes System anzunehmen.

Großbritannien und Irland.

Durch das neueste Postschiff hatte man in England Briefe und Journale aus Newyork bis zum 9., aus Montreal bis zum 5. Jänner erhalten. Die frevelhaften Angriffe der amerikanischen Gränzer gegen Canada dauerten leider fort. Am 30. December Nachts überfiel ein solcher Räuberhaufe von Alburgh, im Staate Vermont, aus dem niedercanadischen Ort Beech-Ridge, zündete die Häuser mehrerer ruhigen Einwohner an, und trieb dieß mit ihren Familien, unbekleidet wie sie waren, im fürchterlichsten Unwetter eines canadischen Winters von ihren brennenden Wohnstätten hinweg. Ein aufgestellter brittischer Militärposten war vor den Unmenschen feig geflohen, so daß sich diese mit ihrem Raub wohlbehalten auf amerikanisches Gebiet zurückziehen konnten.

Auch in einem andern Orte, Caldwell-Manor, wurden von eindringenden Amerikanern mehrere Häuser niedergebrannt. Sir J. Colborne hat nun an die amerikanischen Behörden geschrieben, und förmlich die Auslieferung dieser Brandstifter verlangt; — mit welchem Erfolg, wird sich zeigen. Der Standard sagt über diesen bedenklichen Stand der Dinge: „Obgleich wir hoffen, daß die Klugheit beider Regierungen das Unglück eines Krieges verhüten werde, so können und dürfen wir doch unsere Augen der Möglichkeit eines solchen Resultats nicht verschließen. Die harmlosen Bewohner Canada's, die unter diesen Raubeinfällen leiden, müssen durch irgend Jemand entschädigt werden, und da man die Wiederholung solcher schändlichen Frevel der Schwäche der amerikanischen Verwaltung zuzuschreiben hat, so ist es diese, die wir zur Entschädigung auffordern müssen." — Das in Montreal sitzende Kriegsgericht hatte seine Geschäfte beendigt. Alle Gefangenen waren schuldig befunden worden, mit Ausnahme des Capitäns Morin und eines gewissen Trepannier, der seiner Jugend wegen freigesprochen ward. In Obercanada sollten Christopher Buckei und fünf Andere am 4. Jänner hingerichtet werden.

Der Globe äußert sich in Bezug auf den (in unserm vorgestrigen Blatte erwähnten) Bericht des Gouverneurs in Ober-Canada, Sir George Arthur, aus Toronto, über den neuen räuberischen Einfall einer Rotte von Abenteurern in jene Provinz, folgendermaaßen: „Dieses Actenstück zeigt, daß die innern Mißhelligkeiten, unter denen Canada so lange gelitten, sich zur Ruhe gelegt haben, daß aber Banden gewissenloser Abenteurer aus den vereinigten Staaten, von der Lockung der Plünderung getrieben, Einfälle in das brittische Gebiet zu machen fortfahren, wobei sie sengen und brennen, und die Einwohner, die sich widersetzen, ermorden. Man hätte erwarten sollen, der vollständige Fehlschlag des Piratenversuches bei Prescott und der von den Einwohnern gelieferte Beweis, wie weit sie von aller Sympathie mit deren Plänen entfernt sind, würden die sich so nennenden Patrioten von weitern ähnlichen Attentaten abgeschreckt, und das Schicksal derjenigen, die sich in jenes Unternehmen eingelassen, und deren viele in warnenden Worten die Täuschungen verwünschten, womit man sie verlockt, würde einen heilsamen Einfluß auf andere geübt haben; es scheint jedoch, daß die amerikanischen Maraudeurs eben so gefühllos für Warnungen sind, als sie notorisch aller sittlichen Grundsätze ermangeln. Am 4. December bei Tagesanbruch landete ein Haufe von 400 bewaffneten Raufbolden zu Moy, bei New-Windsor in Obercanada. Sie verbrannten zuerst das im Hafen liegende Dampfboot Thames, griffen dann die Kaserne an, und zerstörten sie, verbrannten zwei anstoßende Häuser, wobei zwei Milizen in den Flammen umkamen, erschossen die Schildwache, tödteten einen Neger, der sich ihnen anzuschließen verweigerte, so wie auch den Militärarzt Hume, der, die Marodeurs irrthümlich für eine Abtheilung Provinzialmilizen ansehend, sich ihnen genähert hatte; sie erschossen ihn, und verstümmelten seine Leiche mit Messern. Mit Vergnügen finden wir in der erwähnten Depesche die Bestätigung, daß dieser verzweifelte Angriff, wie der frühere, durch die Miliz von Sandwich unter Oberst Prince völlig zurückgeschlagen wurde; die Banditen flohen in die Wälder, wobei sie 26 Todte und 25 Gefangene zurückließen. Mehrere wurden von einer Streifpartei im Gehölz eingefangen, und bei der steigenden strengen Kälte ist zu vermuthen, daß die Uebrigen in den Wäldern umgekommen sind, da nur ein Boot mit Flüchtlingen nach dem amerikanischen Ufer entkam, und von diesen ward einer durch einen Neunpfänder getödtet, dem man ihnen aus Schiffen nachschickte. Die amerikanische Regierung findet sich durch diese gesetzwidrigen Uebergriffe einiger ihrer Unterthanen gegen das Gebiet einer befreundeten Nation offenbar in Verlegenheit versetzt. Das Vereinigtestaaten-Dampfboot Erie, mit einer Abtheilung amerikanischer Truppen an Bord, suchte die Räuber abzuschneiden, und that mehrere Schüsse auf sie. Der amerikanische General Brady schickte zwei Gentlemen, den Richter Ingersoll und Hrn. Elliot Grey, von Detroit nach Sandwich, um den Oberstlieutenant Airey anzuzeigen, daß von den Räubern in der Nachbarschaft von Amherstburgh ein zweiter Angriff beabsichtigt werde. Wir wollen gern glauben, daß es der amerikanischen Regierung mit ihren friedfertigen Versicherungen und ihrer Mißbilligung solcher Freveltaten ihrer raublustigen Bürger Ernst ist, wiewohl der Präsident in seiner letzten Botschaft denselben viel zu ehrenhafte Motive untergelegt, und sie mit zu viel milden Namen bezeichnet hat; indeß hat England ein Recht, etwas Befriedigenderes als süße Worte zu verlangen, und England wird es verlangen. Die räuberischen Gewohnheiten der amerikanischen Gränzer müssen durch das Aufgebot einer hinreichenden Streitmacht von Seite der Washingtoner Regierung gezügelt, und die kräftigsten Maaßregeln ergriffen werden, um die vielen nach der Union entwichenen Verbrecher zu entdecken, und zur Strafe zu bringen. Milde gegen die blutdürstigen Schurken wäre eine Ungerechtigkeit gegen diejenigen, die durch ihre Unthaten leiden mußten. Sie haben keinen Anspruch auf Kriegsgefangenschaft, und ihre Regierung wird diese auch schwerlich für sie fordern wollen; es sind Räuber, und als Räuber müssen sie behandelt werden. Sir Arthur, dessen Energie wohl bekannt ist, erlasse längs der amerikanischen Gränze eine Proclamation in diesem Sinne; nur Schrecken kann hier wirken."

Die Delegirten der Chartisten oder Ultraradicalen aus allen Theilen Englands und Schottlands sind unterwegs nach London, wo ihrer 150 bis 160 sich versammeln werden, um in feierlichem Umzuge dem Parlament die sogenannte Nationalpetition zu überreichen, die gegen drei Millionen Unterschriften zählt und für welche sich bis jetzt acht Mitglieder des Unterhauses ausgesprochen haben. Ihr Versammlungsplatz ist Browns Kaffehhaus, ganz in der Nähe des Parlaments. Es ist übrigens kaum zu erwarten, daß die Bestrebungen der Chartisten für jetzt großen Lärm machen werden; es ist gegen ihre Agitation durch die der Masse des Volkes näher liegende gegen die Korngesetze eine wirksame Diversion eingetreten.

Consols am 30. Jänner 92⅞.

Niederlande.

Die Note der Bevollmächtigten von Oesterreich und Preußen an die Bevollmächtigten der übrigen drei Conferenzmächte, dd. London 28. November 1838, welche in unserer gestrigen Mittheilung der neuesten Conferenzbeschlüsse aus dem Handelsblad auszugsweise angeführt wurde, lautet vollständig wie folgt: „Die unterzeichneten Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens, mit der Vollmacht bekleidet, und mit der Wahrnehmung der Interessen des teutschen Bundes bei den Unterhandlungen in Betreff der holländisch-belgischen Angelegenheit beauftragt, haben mit Leidwesen in den öffentlichen Acten, die bei Eröffnung der gesetzgebenden Kammern zu Brüssel bekannt worden sind, eine Sprache bemerkt, in welcher laut die Absicht kund gegeben wird, sowohl die Zurückgabe des Grundgebiets, das in Folge des zwei-

ten der am 14. October 1831 durch die Conferenz zu London festgestellten 24 Artikel bei dem Großherzogthum Luxemburg verbleiben muß, als desjenigen Theils der Provinz Limburg zu verweigern, welcher in Folge des vierten der gesagten Artikel dem Könige der Niederlande entweder in seiner Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg, oder um mit Holland vereinigt zu werden, verbleiben muß, ohne daß die belgische Regierung gegen jene Acte so wie gegen die durch einen feierlichen Vertrag eingegangene Verbindlichkeit und die Rechte eines Dritten, wogegen jene Acte streben, Einsprache gethan hat. Die Unterzeichneten können um so weniger abstehen, in der Kundgebung dieser Gesinnungen einen Eingriff in die Rechte des teutschen Bundes zu sehen, da solches durch eine Partei geschieht, die nur vorläufig in dem Besitze des besagten Grundgebietes geduldet wird, und die also auf eigene Autorität diesen factischen Besitz in ein bleibendes Recht umändern will, was in dem vorliegenden Falle eine Ueberwältigung bezeichnet. Die Rechte des teutschen Bundes auf das Großherzogthum Luxemburg, gegründet auf die Verträge von 1815, durch die Conferenz vom Beginne der Unterhandlungen ab anerkannt und ausdrücklich gegen die belgischen Anmaaßungen durch die Protocolle 19 und 21 gehandhabt, sind, was den Theil des Großherzogthums betrifft, der in Folge des zweiten der 24 Artikel Belgien verbleiben soll, auf den im Art. 4 an dessen Stelle gesetzten Theil der Provinz Limburg übertragen, — ein Uebertrag, zu welchem der Bundestag seine Zustimmung von den Territorialbestimmungen hinsichtlich Luxemburgs abhängig gemacht hat, und womit zufrieden zu seyn er in Folge der durch Beschluß vom 15. Juni d. J. auf die Unterzeichneten übertragenen Ermächtigung erklärt hat. Hieraus folgt, daß das durch die fünf Mächte im Protocoll Nr. 19 anerkannte Recht, gemäß welchem „die übrigen Staaten solche Maaßregeln nehmen sollen, die sie für nöthig erachten möchten, um ihrer gesetzlichen Gewalt Achtung zu verschaffen, oder sie in allen ihnen zugehörenden Ländern wiederherzustellen, worauf in der damaligen Protestation der belgischen Regierung Anspruch gemacht wird, und die außerhalb des neutral erklärten belgischen Grundgebiets gelegen sind" — und welches Recht später weder durch eine Handlung des Bundestages, noch durch die fünf Höfe verkürzt worden ist — jetzt anwendbar ist sowohl auf den dem König Großherzog im zweiten der 24 Artikel zuerkannten Theil des Großherzogthums Luxemburg, als auf den oben gemeldeten Theil der Provinz Limburg. Die Unterzeichneten ohne sich zu erlauben, im mindesten den Beschlüssen des Bundestages vorzugreifen, überlassen es dem teutschen Bunde, in Folge der jüngsten Provocationen der Belgier von den Rechten Gebrauch zu machen, die sie eben festgestellt haben, und welche die belgische Regierung kraft der gegen die fünf Höfe in dem Vertrage vom 15. November 1831 eingegangenen Verbindlichkeiten zu ehren verpflichtet ist. Die Unterzeichneten ersuchen die Herren Bevollmächtigten Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands, gemeinschaftlich mit ihnen Act von den eben erwähnten Rechten nehmen zu wollen, gleichwie die Unterzeichneten dieß für sich selbst in dem gegenwärtigen Actenstücke thun. (Unterz.) Senfft, Bülow."

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Ueber die gegenwärtigen Zustände im Aargau und im Wallis heißt es in einem Schreiben von der Aar vom 31. Jänner: „Die in meinem letzten Schreiben ausgesprochene Ansicht*), die Regierung von Aargau werde in Folge der in ihren radicalen Landestheilen ausgebrochenen Volksbewegung sich genöthigt sehen, einige neuere mit der Privatfreiheit und den Sitten des Volkes nicht in Einklang stehende Verordnungen und Gesetze zurückzunehmen, hat sich vollkommen bestätigt, indem die Regierung mehrere dieser angefochtenen Beschlüsse in ihrem Amtsblatt Ende Decembers als aufgehoben erklärte, und andere seither suspendirt hat. Das bei dieser Gelegenheit sich an den Tag gebende widersprechende Benehmen der auf liberalen Staatsgrundsätzen gebauten Regierung verdient als Document der schweizerischen Regeneration besondere Beachtung. Im Jahre 1834 glaubten nämlich die katholischen Bezirke Bremgarten und Mury sich durch einige neuerliche Staatsgesetze in ihren confessionellen Rechten verletzt und petitionirten gemeindeweise dagegen bei der Landesbehörde, wie denn die aargauische Constitution das Petitionsrecht den Bürgern einzeln oder vereint einräumt. Welches war der Erfolg? Die Gemeindevorsteher wurden bestraft und diese Bestrafung dadurch motivirt, weil in Gemeindeversammlungen keine Petitionen berathen, überhaupt gegen Gesetze nicht petitionirt werden dürfe. Seit 1834 wurden in katholischen Cantonstheilen jeder Petition, wenigstens über kirchliche Angelegenheiten, durch Beamte Hindernisse in den Weg gelegt, und noch am 21. September 1838 ließ die hohe Regierung durch das Bezirksamt von Mury in Folge einer bei ihr hierüber geführten Klage — nicht ohne hinzugefügte Drohung — in einem officiellen Schreiben erklären: „Gemeinden und Corporationen, als solchen, komme das Petitionsrecht nicht zu, und von ihnen geübt, sei es ein ordnungs- und verfassungswidriger Mißbrauch; Gemeindevorstehern sei es nicht erlaubt, ihre Gemeinden zur Behandlung einer Petition zu versammeln; Petitionen gegen Regierungsverordnungen veranstalten und eingeben, heiße das Ansehen der Regierung lähmen, und die Bürger auf eine der öffentlichen Ordnung im Staate nachtheilige Weise dagegen einnehmen." — Kaum waren nun zwei Monate seit dieser ämtlichen Erklärung verflossen, als die oben bezeichnete Volksbewegung im radicalen Cantonstheile ausbrach, und hier und da ein Freiheitsbaum auftauchte, und sieh, alsobald ließ die nämliche aargauische Regierung auf directe und indirecte Weise die Gemeindevorsteher in den aufgeregten radicalen Bezirken einladen: „Sie, die Gemeindevorsteher, möchten die Gemeinden zur Behandlung und Eingabe von Petitionen versammeln, und diese möchten als solche ihre Beschwerden gegen die neuerlich erlassenen Gesetze und Regierungsverordnungen einreichen." Wirklich ging ein Schwall von Petitionen „von Gemeindevorstehern Namens der Gemeinden" unterzeichnet, ein; und die Regierung konnte in ihrem Berichte darüber in der letzten December-Großrathssitzung kaum der Worte genug finden, um als verfassungsmäßig, gesetzmäßig und loyal ganz dieselbe Handlung zu bezeichnen, welche sie vor zwei Monaten noch durch das Bezirksamt von Mury officiell als der Verfassung zuwider, als ordnungswidrigen Mißbrauch und Lähmung des Ansehens der Regierung ꝛc. ꝛc. erklärt, und vor vier Jahren noch mit harten Strafen gebüßt hatte. — Da das Wallis, dieses schon durch seine Lage merkwürdige, zwischen den höchsten Gebirgsketten Europas eingeschlossene Thal, noch interessanter durch die patriarchalische Sitteneinfalt und den biedern und religiösen Sinn seiner Bewohner, am Vorabend einer politischen Umgestaltung sich befindet, so mag es nicht unwichtig seyn, den Verlauf der gegenwärtigen Krisis hier kurz zu skizziren. — Am 14. December vorigen Jahres hatte die Walliser Tagsatzung nach einer stürmischen Sitzung und bedrängt durch die Drohungen der Revolutionnäre des Unterwallis, beschlossen, daß am 3. Jänner 1839 eine Commission sich versammeln solle, um einen Entwurf einer Abänderung der Verfassung auszu-

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 5. Jänner.

arbeiten, der am 14. desselben Monats der Tagsatzung vorgelegt werden solle. Diese Commission, in welche jeder der 13 Zehnden einen Deputirten absandte, versammelte sich am festgesetzten Tage, konnte jedoch ungeachtet aller Vermittlungsversuche zu keiner Verständigung gelangen. Ein von den Zehnden des Oberwallis eingereichter Entwurf, in welchem zwar den Wünschen des Unterwallis und dem in der heutigen Schweiz ausschließlich orthodoxen Princip der Representation nach der Kopfzahl theilweise Rechnung getragen, dennoch aber das historische Recht auch nicht ganz auf die Seite gesetzt und namentlich auch dem Bischof und der Geistlichkeit jedes Districts Stimmen in der Tagsatzung vindicirt, dabei vor allem die Garantie der Rechte und Privilegien der Geistlichkeit in den religiosen Corporationen gefordert wurde, ward von den Deputirten des Unterwallis und Sitten verworfen. Hierauf zogen sich die Deputirten des Oberwallis aus der Commission zurück. — Am 12. Jänner versammelte sich die Tagsatzung. Die Zehnden des Oberwallis waren zufolge der Verfassung von 1815 repräsentirt; diejenigen des Unterwallis im Verhältniß der Volkszahl. Gegen diesen revolutionnären Act protestirten die Deputirten des Oberwallis. Die Sitzung wurde aufgehoben und am folgenden Tag die Tagsatzung auf unbestimmte Zeit vertagt. Nun trieben die Deputirten der untern Zehnden die revolutionnäre Frechheit so weit, sich zu einer constituirenden Versammlung, nicht etwa nur für die Zehnden des Unterwallis, sondern für den ganzen Canton zu vereinigen, und eine Proclamation an das Volk zu erlassen, in welcher alle Walliser eingeladen werden, ihrer Sache beizutreten. Unterdessen hat die rechtmäßige Regierung die eidgenössische Vermittlung angerufen, und es steht nun zu erwarten, in welchen Sinn dieselbe erfolgen werde. Die Freunde des conservativen Princips in der Schweiz sind zwar durch die Ereignisse in den Cantonen Basel, Schwyz und Glarus belehrt worden, wenig Gutes von einer eidgenössischen Intervention zu erwarten. Doch darf man von dem Vorort Zürich zuversichtlich größere Mäßigung und Unparteilichkeit hoffen, als von Luzern, das in den letztjährigen Schwyzerwirren geradezu Partei gegen die Regierung von Schwyz zu Gunsten der Rebellen genommen hat. — Nachschrift. So eben vernehmen wir, daß der Vorort die Intervention im Wallis abgelehnt hat."

Nicht der große Rath von Zürich, sondern die zürcherischen Volksrepräsentanten haben am 31. Jänner die Berufung des Dr. Strauß mit 98 gegen 49 Stimmen bestätigt. Diese Berufung ist am 2. Februar von dem Regierungsrathe mit 15 gegen 3 Stimmen bestätigt wurden. — Die (in Bern erscheinende) Allgemeine Schweizer Zeitung vom 2. Februar enthält über den Scandal dieser Berufung folgenden Correspondenzartikel aus Zürich vom 29. Jänner: „In Folge des Beschlusses des Erziehungsrathes vom 26. d. M., betreffend Dr. Strauß, hat Hr. Antistes Füßli auf den 28. den Kirchenrath sofort zusammenberufen, und dieser mit Einmuth beschlossen, dem Regierungsrath eine Protestation gegen die Berufung von Strauß einzugeben. Die Redaction ist Hrn. Dr. Sal. Vogelein aufgetragen. Bei der Berathung äußerten sich namentlich auch die weltlichen Mitglieder des Kirchenrathes, von Muralt, Spöndli und Melchior Sulzer kräftig gegen die Berufung. — Diesen Morgen (29.) hat Hr. Antistes dem Präsidenten des eben versammelten großen Rathes angezeigt, daß er beim großen Rathe den Antrag stellen werde, es solle künftig, wenn es sich um Besetzung eines theologische Professors handle, ein Gutachten des Kirchenraths vorher eingezogen werden. Diese Motion wird wohl manches interessante Votum hervorrufen. — Die Empörung gegen den Erziehungsrath ist allgemein, und namentlich ärgert sich Jedermann über das Benehmen Hirzels und einige von der Majorität her gekommene Boten, wie z. B. „wenn die Berufung von Strauß „Aufregungen beim Volke zur Folge haben sollte, so „würde man nur einige Pfarrer beim Kopf nehmen, da„mit wäre schon geholfen." Versuche es dieser Herr, einen von den sogenannten Mystikern beim Kopf zu nehmen, versuche er einen Zeller von Stäfa, einen Grob von Rorbas zu fassen, und er wird sehen, daß das Volk nicht zusieht wie an jenem Knebeltage in Uster. Wollen diese Herren wirklich das Christenthum verdrängen, will der gemüthliche religiöse Hirzel wirklich von jetzt an nichts mehr von Religion wissen, so mögen sie das für sich auf eigene Rechnung thun, allein das Volk will keinen Lehrer, der ihm — dem christlichen Volke — erklärt, daß die Erlösung eine Fabel sei, und die Regierung, die sich von des Volkes Glauben entfernt, ja denselben verhöhnt, steht auf schwachen Füßen. — Wenn der Regierungsrath die Berufung bestätigt, so wird die Geistlichkeit mit ihrem wackern Vorsteher an der Spitze im Vereine mit der Masse von Leuten, die sich des Glaubens nicht schämen, Alles thun, um den Einfluß von Strauß unschädlich zu machen, allein was daraus folge, ist jetzt noch nicht zu berechnen."

Belgien.

Einem Schreiben aus Brüssel vom 1. Februar zufolge soll Hr. Cockerill um ein Moratorium nachgesucht haben, das ihm um so eher bewilligt werden dürfte, als die Einstellung seiner Zahlungen keineswegs als Folge absoluter Zahlungsunfähigkeit zu betrachten, sondern vielmehr durch das Zusammentreffen mehrerer widerwärtigen Umstände veranlaßt worden sei.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 15. December v. J. den Bischof zu Vesprim, Joseph von Kovátsy, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Eigenschaften, und zum Beweise Allerhöchstihrer besondern Zufriedenheit mit dessen der Kirche, Sr. k. k. Majestät und dem Staate mit erprobtem apostolischen Eifer geleisteten vielfältigen und wichtigen Dienste, zum Erzbischof von Gran und Primas von Ungarn huldreichst zu ernennen geruht; in welcher Eigenschaft derselbe am 5. Februar l. J. den üblichen Eid in die allerhöchsten Hände Sr. Majestät bereits abgelegt hat.

Am 9. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107 9/16.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100 9/16.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	679 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pC. in CM.			65 1/2.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100 1/4 Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1459 1/2 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№. 42

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 11. Februar 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 9. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	Uhr Morg.	27.923	28 3. 8 L. 4 P.	+ 4.3	W.	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.906	28 8 1	+ 5.6	W.	mittel.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27.867	28 7 8	+ 5.0	W.	stark.	trüb.

Frankreich.

Wir haben gestern die Pariser Journale vom 2. und 3. Februar erhalten. — Der Moniteur vom erstgedachten Tage enthält die königliche Ordonnanz, kraft deren die Deputirtenkammer aufgelöst wird. Sie lautet folgendermaaßen: „Ludwig Philipp, König der Franzosen, allen Gegenwärtigen und Zukünftigen unseren Gruß! Nach Einsicht des Art. 42 der constitutionnellen Charte, nach Einsicht des Gesetzes vom 19. April 1831, auf den Bericht unseres Minister-Staatssecretärs im Departement des Innern, haben wir verordnet und verordnen, wie folgt: Art. 1. Die Deputirtenkammer ist aufgelöst. Art. 2. Die Wahlcollegien sind auf den nächstkünftigen 2. März einberufen, um jedes einen Deputirten zu wählen. Die zwei Wahlcollegien von Corsica sind zu demselben Zwecke auf den nächstkünftigen 6. März einberufen. Art. 3. Die Kammer der Pairs und die Kammer der Deputirten sind auf den 26. März einberufen. Art. 4. Unser Minister-Staatssecretär im Departement des Innern ist mit Vollziehung gegenwärtiger Ordonnanz beauftragt. Im Pallast der Tuilerien, den 2. Februar 1839. Ludwig Philipp. Aus königlichem Auftrag: Der Pair von Frankreich, Minister des Innern, Montalivet."

Unmittelbar darauf sagt der Moniteur: „Da der König die Dimission der Minister nicht angenommen hat, so haben diese ihre Portefeuille's wieder übernommen."

Der Moniteur vom 2. Februar enthält ferner nachstehenden Artikel: „Frankreich war ruhig und glücklich. Mit Sicherheit erwartete es die Lösung der letzten auswärtigen Schwierigkeiten, welche aus den großen Ereignissen von 1830 entsprungen waren. Nach dem Eingeständnisse der Opposition selbst war die öffentliche Meinung den leidenschaftlichen Verhandlungen fremd, welche im Schooße der Kammern die Eröffnung der Session bezeichneten. — Diese Verhandlungen, die einen lebhaften Widerhall im Lande fanden, endigten im Schooße der beiden Kammern durch eine laute Zustimmung zu der Politik der Ordnung und des Friedens, welche in den letzten acht Jahren das Wohl des Thrones und Frankreichs begründete und welcher die gegenwärtige Verwaltung einen eigenthümlichen Character der Mäßigung und Weisheit aufgeprägt zu haben sich zur Ehre rechnet. In der Kammer der Pairs ergab sich eine imposante Mehrheit. In der Kammer der Deputirten wurde eine feindliche Adresse, Paragraph für Paragraph, zertrümmert durch eine der Zahl nach schwache, aber durch ihre Einheit, ihre Grundsätze, ihren Muth ansehnliche Majorität; die Opposition, mächtig durch ihre Anzahl, aus verschiedenartigen und unvereinbaren Elementen bestehend, welche entgegengesetzte Lebensverläufe, Grundsätze, Hoffnungen darstellten, geleitet von Häuptern, welche Frankreich mit dem Lärm ihrer gegenseitigen Kämpfe erfüllt hatten — die Opposition war solchergestalt nichts als ein Verein divergirender Minoritäten, welche, trotz ihrer Vereinigung und trotz aller Anstrengungen, bis ans Ende im Zustand der Minorität geblieben waren. In der That mehr von einander entfernt, als mehrere von ihnen der Regierung ferne standen, gegen welche man sie vereint sah, waren sie unvermögend, zur Regierung zu gelangen; es gelang ihnen aber, ihren Fortgang zu hemmen. — In dieser außerordentlichen Lage traten die Minister ab, gegen welche die Coalition sich gebildet hatte, ohne daß sie jedoch in dem Kampfe besiegt gewesen wären. Ihre Grundsätze hatten beständig obgesiegt; ihre Handlungen hatten eine glänzende Sanction erlangt. Die Krone, von ihnen bis ans Ende gedeckt, erwartete von den Kammern eine loyale, würdige Sprache. Sie hofften, daß glücklichere Nachfolger, fortwährend auf die Majorität sich stützend, ihre Politik vertheidigend und befestigend, so glücklich seyn würden, einen Theil derer, welche die Regierung hemmten, für sich zu gewinnen. — Der König berief den Hrn. Marschall Duc de Dalmatie. Fremd den Kämpfen der letzten Zeiten, schien der erlauchte Marschall natürlich für die Aufgabe, welche der König ihm anvertrauen wollte, bestimmt. Er lehnte sie ab. Diese Lage der Dinge konnte nicht andauern, ohne Frankreichs kostbarste Interessen zu gefährden. Der Krone standen nur zwei Wege offen. Entweder mußte sie verfassungsgemäß an das Land appelliren, eine Majorität, zahlreich genug, um nach allen Richtungen und gegen Alle die Einheit der drei Gewalten aufrecht zu erhalten, von ihm begehren, und so den endlichen Sieg der Politik der Versöhnung, der Ordnung und des Friedens sichern; oder es mußte die königliche Gewalt zur Coalition übergehen, d. h. die Regierung der Minorität preisgeben, die von der Kammer verworfene Adresse als Programm annehmen, und durch Ausübung der Rechte ihrer Prärogative den Häuptern der Opposition die Mittel an die Hand geben, um sich in beiden Kammern eine Majorität zu schaffen, welche sie aus eigener Kraft nicht zu erringen vermochten. Auch so demnach hätte zur Auflösung geschritten werden müssen. — Sonach durfte das Ministerium nicht zaudern. Es war seine Pflicht, die Regierungsgewalt wieder in die Hand zu nehmen und zur Auflösung zu schreiten, um sein Werk fortzusetzen, um die von ihm während der Adressberathung geltend gemachten Grundsätze zu wahren, um die Majorität zu vertheidigen und aufrecht zu erhalten, welche in den letzten acht Jahren die Ordnung und die öffentlichen Freiheiten gerettet hat. — Es handelte sich um die Existenz des Repräsentativsystems selbst. Es gilt in der That, das erste seiner Gesetze, die Regierung der Majorität, zu sichern; es gilt jetzt, seine Reinheit wieder zu Ehren zu bringen. Alle seine Ver-

dingungen wären verfälscht, wenn Minoritäten, unvermögend, etwas zu schaffen, sich, einzig um zu zerstören, vereinigten, und anstatt durch Gewinnung der öffentlichen Gewalten für ihre Ueberzeugung nach dem Besitze der Regierung zu streben, alle ihre Gewandtheit anwendeten, um ihre Ueberzeugungen zu verhehlen, zu verschweigen oder abzuschwören. — Vor zehn Jahren war die verfassungsmäßige Ordnung durch Staatsstreiche bedroht. Frankreich trat, mit Herz und Hand, auf die Seite der 221, welche jene Ordnung edel vertheidigt hatten, und nahm es auf sich, dieselbe muthig zu retten. Seither wurde sie durch die verzweifelten Anstrengungen der bewaffneten Parteien bedroht; alle Bürger und alle Staatsgewalten erhielten sie aufrecht mit Aufopferung und Weisheit. Jetzt wird sie durch innere Gefahren, natürliche Folgen eben der Ruhe, deren wir genießen, und der allgemeinen Sicherheit der Gemüther, in ihrem regelmäßigen Gange bedroht. Die Regierung des Königs appellirt an Frankreich ohne Bedenken. Sie erinnert sich dabei ihres Ursprungs, und stützt sich auf ihr Princip. Auf dem gegenseitigen Zutrauen des Thrones und des Landes beruht die Kraft und die Ehre der Monarchie von 1830. Ihm verdankten wir alles Glück der letzten acht Jahre: die Vollführung einer Revolution in vollem Frieden und ihre Befestigung inmitten der Entfesselung der bürgerlichen Zwistigkeiten; die wunderwürdige Vereinigung der Ordnung mit der Freiheit; unermeßlichen Wohlstand, den selbst die Feinde unserer Staatseinrichtungen zugestehen müssen; endlich den Frieden, verherrlicht und befestigt durch Triumphe, wie die von Antwerpen, Constantine, San Juan d'Ulloa, welche zum Glanze kriegerischer Zeiten hinreichen würden. Eine Aenderung der Politik würde alle diese Vortheile in Frage stellen. Frankreich hat das Urtheil zu fällen über sich selbst. Es wird das Errungene zu behaupten wissen."

Eine königliche Ordonnanz vom 25. December befahl die genaue Untersuchung der Küsten Frankreichs im mittelländischen Meere. Hr. Monnier, ehemaliger Zögling der polytechnischen Schule, ist mit der Leitung der Arbeiten beauftragt und wird dieselben im Monat Mai beginnen. Diese hydrographischen Arbeiten sollen den „Pilote français," das große Werk, welches 1816 von dem Corps der Hydrograph-Ingenieure begonnen und die Nord- und Ostküsten Frankreichs enthält, ergänzen. Hr. Monnier ist durch frühere Arbeiten rühmlichst bekannt, namentlich durch seine schönen Karten von Martinique und verschiedene Memoiren über die Strömungen.

Die Deputirtenkammer berieth bekanntlich während mehrerer Sitzungen den Entwurf einer Revision des Reglements der Kammer. Folgendes sind die wesentlichen Aenderungen, die durch die Annahme des Entwurfs eingeführt worden. Nach dem alten Reglement ging man, sobald die allgemeine Discussion über die vorgelegten Gesetzentwürfe geschlossen, in eine Discussion der einzelnen Artikel über. Man konnte daher dem Zeitverluste einer detaillirten Berathung, selbst wenn das Gesetz als ganz unstatthaft von der Kammer angesehen wurde, nicht entgehen. Eine Aenderung im Reglement bestimmt jetzt, daß nach Beendigung der allgemeinen Discussion, der Präsident an die Kammer jedesmal die Frage stellen soll: ob sie zur Discussion der Artikel übergehen wolle. Ist die Antwort verneinend, so wird gleich dadurch das ganze Gesetz beseitigt. Eine zweite Neuerung betrifft die Zusammensetzung der Commission, welche beauftragt ist, das Budget zu untersuchen. Bisher bestand diese Commission aus 36 Mitgliedern, welche in so viele Sectionen, als es Ministerien gibt, getheilt waren. Diese allzu große Zahl war der Zusammenwirkung hinderlich, und störte die Raschheit der Arbeiten mehr, als sie sie beförderte. Ueberdieß beschäftigte sich diese so zerspaltene Commission zu sehr mit speciellen, theilweisen Verbesserungen, während der Wunsch der Regierung und der Kammer war, daß sie mehr eine allgemeine Oekonomie in den Finanzen vor Augen haben sollte. Durch die Annahme des neuen Entwurfes werden die Mitglieder der Commission auf 18, statt der bisherigen 36, reducirt, wobei die kleineren Sectionen verschwinden, und die Commission künftig gemeinsam sich berathen wird. Derselbe Gebrauch bestand auch unter der Restauration. „Dieß sind" — sagt das Journal des Debats — „die einzigen wesentlichen Aenderungen des ältern Reglements, die eine Erwähnung verdienen."

In Folge des Verbots der Kornausfuhr aus den Häfen am atlantischen Ocean sind die Kornpreise im Westen bereits bedeutend gesunken.

Die Nummer des legitimistischen Blattes Europe monarchique vom 30. Jänner ist wegen eines Artikels, überschrieben: „Die Royalisten und das Ministerium," mit Beschlag belegt worden.

Fortwährend ziehen sich Truppen nach der Nordgränze. Die Generäle Desair und Bugeaud sind zu Lille angekommen. General Gourgand wird den Befehl über die Artillerie der Nordarmee erhalten. Der Herzog von Orleans geht am 4. von Paris ab, um, wie es heißt, den Oberbefehl zu übernehmen.

Auf officiellem Wege ist am 26. Jänner zu Algier die bestimmte Nachricht von der Erstürmung Ain-Maadi's durch Abdel-Kaders Armee eingetroffen. Der Emir selbst zeigt diese Nachricht dem Marschall Valée an und gibt ihm zugleich eine Art Kriegsbericht. Die Einnahme geschah erst am 10. Jänner. Alle ältern Gerüchte einer Uebergabe des Platzes sind daher falsch gewesen. Der Sturm gelang durch einen Aufstand der Einwohner, die für die Belagerer Partei genommen. Tidschini und seine treuesten Anhänger entkamen aus der Stadt während der Dunkelheit.

In der Generalversammlung der Bankactionäre am 1. Februar wurde von dem Gouverneur der Jahresbericht erstattet. Anstatt, wie einige Journale behauptet hatten, in letzter Zeit ihre Discontos einzuschränken, hat die Bank derselben vielmehr eine größere Ausdehnung gegeben. Im Allgemeinen ist der Zustand der Anstalt sehr blühend. Die Hauptanstalt hat einen reinen Gewinn von 7,740,940 Fr. abgeworfen, wozu noch ein Reinertrag von 232,000 Fr. aus den Filialbanken von Rheims, St. Etienne, St. Quentin und Montpellier kommt. Zum Directorialmitglied wurde Hr. Adolph von Eichthal gewählt.

Am 2. Februar 5 Percents 110 Fr. 45. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 70. 3 Percents 78 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 65.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 25. Jänner (in Pariser Blättern) melden: „Auch wir haben eine Art von Coalition, die aber bereits zur Gewalt gelangt ist; das Ministerium stützt sich auf die Exaltados, denen es den Belagerungsstand von mehreren Orten (neuerdings wurde er auch auf Mayorca aufgehoben) zum Opfer gebracht hat. Die Freunde der Ordnung sehen nicht gut zu dieser Maaßregel. In Malaga dauern die Auswanderungen der vermöglichen Einwohner fort, welch unter dem neuen, den Exaltados günstigen Gemeinderathe leiden und in Folge

der Aufhebung des Belagerungsstandes neue Unruhen fürchten. Wahrscheinlich wird aber Espartero, dessen Dictatur ungeschwächt bleibt, dazwischen treten, und man glaubt, daß van Halen, der Chef der Centrumsarmee, mit ihm zu jeder Maaßregel des militärischen Despotismus mitwirken werde. — General Narvaez hat von Gibraltar aus eine Beschwerdeschrift gegen Espartero erlassen. Sein Genosse Cordova bleibt ruhig zu Ossuna. — Baron Meer, Generalcapitän von Catalonien, ein gebornr Belgier, soll große Besitzungen in Flandern geerbt und demzufolge seine Entlassung genommen haben. Der gegenwärtige Kriegsminister Alair soll bestimmt seyn, ihn zu ersetzen, und das Portefeuille des Kriegsdepartements dem gegenwärtigen Gouverneur von Madrid, Don Francisco Narvaez, übertragen werden. — Zu Ferrol in Galicien ist eine Verschworung entdeckt worden. Der Mönch Saturnino wollte, im Einverständnisse mit den daselbst liegenden Carlistischen Gefangenen, die Pulvermühle nehmen und die Stadt in Brand stecken. Mehrere Theilnehmer an der Verschwörung, darunter der Pfarrer von Seijos, sind verhaftet."

In Madrid zeigen sich Symptome einer Aufregung, welche die Regierung beunruhigen. An mehreren Häusern hat man Anschläge gefunden, deren Inhalt für die Königinn-Regentinn beleidigend ist. Es wird ihr namentlich darin vorgeworfen, daß sie das Geld des Landes zu ihrem Vortheile verwende und in auswärtige Banken niederlege. Auch die Minister werden sehr hart darin mitgenommen. Während dieß in der Hauptstadt geschieht, ist man in den Provinzen in großer Besorgniß wegen der muthmaaßlichen Unternehmungen der Carlisten in dem bevorstehenden Feldzuge.

Ein vom Phare de Bayonne mitgetheiltes Schreiben aus Saragossa vom 21. Jänner meldet, daß der General Ayerbe nach Calatayud marschirt sei, um in Gemeinschaft mit dem Brigadier Parra eine militärische Bewegung auszuführen; der letztere soll sich jedoch geweigert haben, zu marschiren, da ihm keine Befehle zugegangen seien, weßhalb auch der General Ayerbe genöthigt gewesen, nach Daroca zurückzukehren. Die Post ist auf dem Wege von Saragossa nach Madrid von den Carlisten angehalten worden, die sich damit begnügten, die Pferde mitzunehmen.

Die Quotidienne will von ihrem Correspondenten aus Bayonne erfahren haben, daß Don Jose Arias Tejeiro zu Azcoytia mit Tod abgegangen und an dessen Stelle der Erzbischof von Cuba (P. Cyrillo) von Don Carlos zum Premierminister ernannt worden sei.

Großbrittannien und Irland.

Der Staatssecretär des Innern, Lord J. Russell, hat an Lord Derby, den Lordstatthalter der Pfalzgrafschaft Lancaster, ein Schreiben im Wesentlichen folgenden Inhalts gerichtet. „Whitehall, 11. Jänner. Mylord! Die Anzahl und Wirksamkeit der regelmäßigen Constabler in vielen großen Städten flößt kein Vertrauen ein. Bei der geringsten Befürchtung eines Tumults sehen sich die Magistrate veranlaßt, Specialconstables in Pflicht zu nehmen, oder die Hülfe der Truppen anzurufen. Das erstere Mittel ist öfters unwirksam, da die Specialconstables weder Methode noch Disciplin haben, und oft ungern ihre Schuldigkeit thun oder schüchtern auftreten in Ausübung derselben. Wider das letztere Mittel läßt sich Manches einwenden; es hat den Schein, als regiere man durch die Militärmacht; es ermüdet die Truppen und setzt die Discretion und Mäßigung der Offiziere sowohl als der Mannschaft oft auf die härtesten Proben. Es scheint mir, daß es sowohl für die gewöhnliche Justizverwaltung als für außerordentliche Gelegenheiten, wenn der Friede eines Bezirks bedroht wird, höchst wünschenswerth wäre, eine wirksame Constablermacht, welche unter die Leitung der Magistrate gestellt und in beständiger Manneszucht gehalten werden könnte, zu bilden. Ein solches Corps könnte, je nach den Bedürfnissen der Grafschaft, über viele Bezirke vertheilt oder so concentrirt werden, um jedem besondern Vorfall entgegenzutreten. Sollte sich ein solches Corps z. B. in der Grafschaft Lancaster bilden, so scheint mir dessen Bildung und Leitung den Magistraten der Grafschaft anvertraut werden zu sollen, doch so, daß eine regelmäßige jährliche Inspection darüber, wie jetzt bei dem Yeomanry-Corps, vorgenommen werde. Es würde mir jedoch, ehe ich mehr ins Einzelne eingehe, angenehm seyn, von Ew. Herrlichkeit zu erfahren, ob der allgemeine Vorschlag die Beistimmung der Magistrate erhalten würde. Ich habe die Ehre ꝛc. J. Russell." — Der Sun bemerkt dazu: „Dieser Gedanke, in ganz England eine Ruralpolizei zu organisiren, verdient die reiflichste Erwägung. Auf den ersten Anblick spricht allerdings Vieles dafür; aber ein auf seine Freiheiten so eifersüchtiges Volk, wie das englische, sollte, ehe es den Plan annimmt, zuvor die Möglichkeit wohl erwägen, daß irgend ein künftiger Minister die Zerstörung der Volksrechte durch eben das Institut versuchen könnte, das jetzt errichtet werden soll, um den dauernden Genuß derselben zu sichern. Falls eine solche Ruralpolizei nicht unter parochialische, statt unter magistratische Controlle gestellt, und falls nicht die Steuerpflichtigen allein mit der Gewalt betraut würden, die nöthigen Summen zum Unterhalte derselben zu votiren oder vorzuenthalten, so, wir gestehen es, würden wir wenig Lust haben, der Organisation einer Polizeimacht beizustimmen, welche bei Gelegenheit als eine Staatsmaschine zur Beschränkung der verfassungsmäßigen Volksfreiheit mißbraucht werden könnte."

Zu Birmingham hat die Agitation gegen die Korngesetze, für deren Abschaffung übrigens schon vorher eine Bittschrift beschlossen worden war, in einer von etwa 5000 Personen besuchten und vom Mayor einberufenen Versammlung eine Niederlage erlitten. Die Ultraradicalen setzten es durch, daß eine neue Resolution gegen die Korngesetze verworfen wurde, weil von dem Parlamente, so lange es vorherrschend aus Grundbesitzern bestehe, und die arbeitenden Classen in demselben nicht vertreten seien, keine Abhülfe zu erwarten sei. Dagegen hat der Londoner Gemeinderath eine Bittschrift um gänzliche Aufhebung dieser Gesetze mit sehr bedeutender Mehrheit angenommen; für ein Amendement, dahin gehend, daß das gegenwärtige System durch eine fixirte Abgabe ersetzt werden solle, ergaben sich bloß 20 Stimmen. — Andererseits dauern die Versammlungen der Grundbesitzer fort. In einer derselben wurde eine Resolution abgefaßt, nach welcher bei der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Korngesetzgebung nicht bloß die Grundbesitzer, sondern das Wohl des Reiches und der Kirche betheiligt wären. Die Ultraradicalen halten, obwohl mit minderem Lärmen, gleichfalls fortwährend Versammlungen. So fand kürzlich auf dem Brandonberg bei Bristol eine von 300 bis 400 Personen besuchte Versammlung Statt, in welcher der Londoner Emissär Vincent, in einem weißen Mantel, auf einem Schimmel sitzend, das Volk haranguirte und erklärte, er werde im Falle einer Auflösung des Parlaments zu Bristol als Bewerber auftreten.

Hr. Lawson, Herausgeber der Times, welcher der Verläumdung des Sir J. Conroy durch die Angabe, dieser habe als Privatsecretär der Herzoginn von Kent sich Unterschlagungen erlaubt, schuldig erklärt worden war, ist jetzt von der Queensbench zu einmonatlicher Haft und einer Geldbuße von 200 Pf. verurtheilt worden.

Die Limerick-Chroniele behauptet, die eigentliche Ursache von Peter Purcells Zorn gegen O'Connell sei, daß dieser sich geweigert habe, ihn als Candidaten für die nächste Wahl in der Grafschaft Kildare zu empfehlen, welche Stelle dem nächstens zur Volljährigkeit gelangenden ältesten Sohne des Herzogs von Leinster, dem Marquis von Kildare, vorbehalten sei.

Consols am 31. Jänner 92⅞ ⅝.

Preußen.

Das Monatsblatt für die Armenverwaltung zu Berlin vom 25. Jänner enthält einen sehr günstigen Bericht über die im verflossenen Jahre erzielten Erfolge der, vorzüglich durch den dortigen Bürger M. Borchardt ins Leben gerufenen Anstalt des Kartoffelbaues durch Arme. Der Landbau vor dem Oranienburger Thore wurde im vorigen Jahre von 143 Familien betrieben, welche zusammen 607 Kinder haben. Die Ernte fiel dahin aus, daß jede Familie im Durchschnitt 27 Scheffel gewann, was ihnen, wenn sie sie hätten kaufen müssen, 13 Thlr. 3 Sgr. gekostet hätte. Die Pflanzer haben sich auch in diesem Jahre besonders folgsam, bescheiden und arbeitsam gezeigt. Das hier bepflanzte Land war in 144 Theile parzellirt, von der Commune wurden 424 Thlr. 4½ Sgr. für Pacht ꝛc. zugeschlossen. Vor dem Landsberger Thore wurden durch einen Privatverein, an dessen Spitze Präsident von Alvensleben und M. Borchardt stehen, 49 Familien durch den Landbau mit Kartoffeln versehen.

Belgien.

In der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 1. Februar erstattete der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. de Theux, Bericht über die diplomatischen Verhandlungen in Bezug auf die Verhältnisse zwischen Belgien und den Niederlanden und legte die betreffenden Actenstücke vor. — Nachdem der Minister seinen Vortrag, ohne irgend ein Conclusum zu stellen, beendigt hatte, machte Hr. Dumortier den Vorschlag, über den Bericht des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, da die Kammer bereits in der Adresse ihre Gesinnungen ausgesprochen habe, sogleich zu Tagesordnung zu schreiten. Dieser Vorschlag wurde von Hrn. Gendebien unterstützt, aber von den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten und der Justiz als unpolitisch und gefahrvoll bekämpft. — Nach langen Debatten wurde die weitere Discussion über den obgedachten Vorschlag auf Mittwoch den 6. Februar ajourniert.

Der Brüsseler Gemeinderath hat sich veranlaßt gesehen, an die bestehenden Verordnungen gegen das Lärmen und Singen zur Nachtzeit, als wodurch die Ruhe der Bürger und die öffentliche Ordnung gestört werden, zu erinnern.

Der Politique antwortet folgendermaaßen auf ein aus Brüssel an das Journal des Flandres gerichtetes Schreiben: „Das Journal des Flandres, das Organ der exaltirten Partei, enthält ein Privatschreiben aus Brüssel, worin die Freunde des Friedens mit stolzem Hohn behandelt und ihre Forderungen und ihre Bemühungen der Nation als lauter unheilschwangere Versuche bezeichnet werden, gegen die man wohl auf seiner Hut seyn müsse. Den Aeußerungen des Brüsseler Correspondenten zufolge zählt die Friedenspartei in ihren Reihen, die sich von Tag zu Tag mehren, den Handelsstand von Antwerpen, das Arrondissement von Charleroi und die ganze hohe Industrie! Den Handelsstand von Antwerpen und die hohe Industrie! Aber das sind ja die Lebenskräfte des Landes; das sind die materiellen Interessen Belgiens; das sind die Grundlagen unseres Wohlstandes; das sind die Elemente unserer Existenz. Der Handel und die Industrie! das sind die arbeitsamen Classen, die von ihrer Hände Arbeit leben, welche die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, welche machen, daß Belgien existirt. Nun aber, wenn diese für den Frieden sind, wie das Journal des Flandres behauptet, so ist es ein schlechter Calcul, sie mit so viel Hohn zu behandeln; außer diesen Classen gibt es keine Majorität im Lande, und wenn man an der Schwelle einer definitiven Entscheidung steht, so muß es wohl erlaubt seyn, die Interessen der Mehrzahl zu Rathe zu ziehen."

Großherzogthum Toscana.

Ein Schreiben aus Florenz berichtet, daß Sr. königl. Hoheit der Kronprinz von Baiern am 28. Jänner in jener Stadt angekommen war, zwei Tage dort zu verweilen, und am 3. d. M. in Rom einzutreffen gedachte. Die Reise war mit vielen Beschwerden verbunden, da die Wege wegen des in ungewöhnlicher Masse angehäuften Schnees fast unfahrbar waren. Sr. königl. Hoheit gedenkt in Rom sich nur kurze Zeit aufzuhalten, und die Reise nach Griechenland bald weiter fortzusetzen.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 5. d. M., aus besonderer allerhöchster Gnade und in Anerkennung der entsprechenden Dienstleistungen des k. k. Forstrathes und Kanzleidirectors des Oberstjägermeisteramtes, Carl Freiherrn von Binder, demselben den Titel und Rang eines wirklichen k. k. Regierungsrathes taxfrei zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 22. Jänner d. J. den Custos und Domherrn des Rosenauer Domcapitels Adalbert Pogány, zum Prälaten der königlich ungarischen Gerichtstafel allergnädigst zu ernennen geruht.

Neueste Nachrichten.

So eben aus dem Haag einlaufende Nachrichten vom 2. Februar melden: „Se. Majestät der König der Niederlande haben Ihrem Bevollmächtigten in England den Befehl zugeschickt, den in London in Conferenz versammelten Bevollmächtigten der fünf Mächte zur Kenntniß zu bringen, daß er ermächtigt sei, den Tractat zwischen Sr. Majestät und den fünf Mächten, und den Tractaet mit Belgien, wie selbe unterm 23. Jänner von der Conferenz vorgelegt worden, zu unterzeichnen, und daß er bereit sei, zur Unterzeichnung dieser Tractate zu schreiten."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1·K·
ZEITUNG
1839

№ 43

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 12. Februar 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 10. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.878	28. 7 9	+ 4.7	W.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.783	28 6 7	+ 7.0	W.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.841	28 7 ¼	+ 3.4	W.	mittel.	trüb.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 26. Jänner melden: „Die Post von Valencia ist ausgeblieben, so daß wir ohne Nachrichten von der Armee des Centrums sind. Es scheint, daß van Halen von Segorbe nach Teruel marschiren, oder wenigstens die Carlisten verhindern wollte, die Befestigungen zu vollenden, an denen sie in Alpuente und andern die Verbindung zwischen Arragonien, Valencia und Cuenca deckenden Puncten arbeiten. Der Zustand von Arragonien bildet eine bittere Satyre auf die prahlerischen Ankündigung van Halens, auf die allgemeine Nationalbewaffnung, auf den vorgeblichen Aufschwung des Volkes, auf die angedeutete Wiedergeburt des alten arragonischen Reiches, und endlich auf die glorreichen Erfolge, zu denen die Errichtung der Repressalienjunten von Saragossa und Valencia führen sollte. Llangostera steht zwischen Maella und Caspe, und plündert ungestört das gegenüberliegende Ebro-Ufer aus, und der Militärbefehlshaber von Velilla de Ebro zeigt dem General San Miguel an, er werde diesen Platz aufgeben müssen, weil alle Nationalmilizen davonliefen. Die Diligence, welche am 22. von Saragossa auf hier abging, wurde unfern jener Stadt von 50 Carlisten angefallen, welche sämmtliche Reisende mit sich fortführten. Freilich ließ der General San Miguel ihnen durch einige Truppen nachsetzen; diese aber kehrten alsbald wieder zurück, weil der Feind bereits einen Vorsprung von einer Stunde gewonnen hätte! — Die Deputirten beschäftigen sich mit der Discussion des Gesetzentwurfes über exceptionelle Zustände, als ob sich nicht das ganze Land in einem solchen befände. Dagegen hofft der Finanzminister von den Cortes die Ermächtigung zu erlangen, die Budgets für das anzutretende Jahr in Kraft zu setzen, ohne daß sie einer vorgängigen Discussion der Kammern unterlägen. Bemerkenswerth ist, daß seit der letzten Einführung des Repräsentativsystems in Spanien (1834), gerade dasjenige darin begründete Vorrecht der Nationalvertreter, dessen Folgen für das Volk am wichtigsten sind, die jährliche Prüfung und Bewilligung der Einnahme- und Ausgabebudgets, nur ein einziges Mal (1835) zur Ausübung gekommen ist. — Nachschrift. Die Post von Valencia ist diesen Abend angekommen. Van Halen befand sich noch am 21. in Segorbe, Afpiroz in Murviedro, und Cabrera und Forcadell hielten mit 4000 Mann Onda und die Umgegend besetzt. In der von den Carlisten vor den Thoren von Saragossa aufgefangenen Diligence befanden sich auch zwei Polen."

Das Hoflager des Don Carlos befand sich am 28. Jänner fortwährend in Azcoytia. Die beiden Parlamentsmitglieder Fector und Borthwick hatten beim Abschied von Don Carlos kostbare Waffen aus den königlichen Gewehrfabriken zum Geschenk erhalten. — Maroto war den letzten Nachrichten zufolge im Menathale und Espartero in Villarcayo. — Die Straßen waren mit einem fünf bis sechs Schuh hohen Schnee bedeckt, und die Operationen der beiderseitigen Armeen dadurch gelähmt.

Rußland.

Das Statut für die durch Vermittlung des Hrn. Steinkeller in Warschau begründeten Actiengesellschaft zum Bau einer Eisenbahn von Warschau nach der österreichischen Gränze hat die kaiserliche Bestätigung erhalten. Die Linie wird über Grodzisk, Skierniewice, Rawa, Tomaszew, Petrikau, Radomsk, Czenstochau, Zarki, Dombrowa und die in der Nähe befindlichen Kohlenbergwerke nach der Przemsza führen. Die Speculation der Actionäre stützt sich ausschließlich auf die Einnahmen aus dem Transport von Salz, Steinkohlen, Eisen, Zink, Quadersteinen, Kalk, Holz, Getreide, Branntwein und andern Gegenständen, die aus jenem Theil des Landes kommen, der aller Communicationen mit Warschau entbehrt, oder von solchen, deren Transport auf der Przemsza und Weichsel zu langsam von Statten gehen und zu theuer zu stehen kommt. Auf Personentransport ist gar nicht gerechnet. Der Waarentransport dagegen, auf dem man schon jetzt mit Sicherheit rechnen zu können glaubt, wird auf 4 Millionen Centner geschätzt. Das zur Anlegung dieser Bahn erforderliche Capital ist zu 21 Millionen Gulden (3½ Millionen Thaler) veranschlagt. Diese Summe dürfte, mit den Kosten auswärtiger Eisenbahnen verglichen, sehr gering erscheinen, es wird jedoch bemerkt, daß die natürlichen Verhältnisse des Landes große Erleichterungen darbieten, und daß die Gutsbesitzer jener Gegend sich zu allen möglichen Hülfleistungen bereit erklärt haben; man glaubt daher, die Veranschlagung nicht zu niedrig gemacht zu haben. Doch ist, um den Capitalisten, die sich bei dem Unternehmen betheiligen wollen, für alle Fälle eine Garantie darzubieten, den Actionären von der Regierung ein Zins von 4 Percent aus den Staatsfonds gesichert worden, wenn die Dividende diese Höhe nicht erreichen sollte. Die Subscription auf die Actien wird bei Harman und Compagnie in London eröffnet werden, wo man auch die Zinsen oder Dividenden von den Actien ein- für allemal zu dem festen Kurse von 42 Gulden für das Pfund Sterling wird in Empfang nehmen können. Im Ganzen sollen 5200 Actien ausgegeben werden, jede zu 100 Pf. Sterling oder 4200 Gulden (700 Rthlr). Die reine Einnahme, nach Sicherstellung eines Reservefonds, gehört bis zu 10 Percent der Actionären; was über 10 Percent von der Actie einkommt, soll nach gewissen Ver-

hältnissen zu einem Amortisationsfonds verwendet, der Rest aber ebenfalls noch unter die Actionäre vertheilt werden. Die Actien sollen allmählig zu 110 für 100 getilgt werden, und nach Einlösung sämmtlicher Actien wird die Bahn Eigenthum des Fiscus. Der Bau soll in vier Jahren vollendet seyn, und die Arbeiten werden gleich zu Anfang dieses Frühlings beginnen, sobald die Pläne definitiv entworfen und von der Regierung genehmigt sind.

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 4. Februar sind gestern hier nicht eingetroffen. — Briefen aus Paris vom 3. d. M. zufolge trifft die Regierung bereits Einleitungen für die bevorstehenden Wahlen. Auf den Bureaux des Ministeriums des Innern wird Tag und Nacht gearbeitet, ebenso mit den zwei Dampfpressen der königlichen Druckerei. Der Telegraph ist in ununterbrochener Thätigkeit. Die ministeriellen Deputirten, so wie die des linken Centrums und der Linken, haben Wahlcomités errichtet. Im Comité des linken Centrums sitzen die HH. Thiers, Berger, Marquis Soult, Hippolyte Passy, Boudet, Caumartin und sechs andere Deputirte. Unter den Mitgliedern des Comités der Linken nennen wir die HH. Odilon-Barrot (als Präsidenten), Chambolle und Marschall Clausel. Die Linke hat eine Subscription eröffnet, durch welche die Mittel zur Einleitung von Prozessen gegen jede Bestechung und jeden Betrug bei den Wahlen zusammengebracht werden sollen. — Unter den Deputirten, welche bei der Adressberathung gegen das Ministerium stimmten, waren auch Marschall Soults Sohn und Tochtermann, der Marquis Soult und der Marquis von Mornay.

Durch außerordentliche Gelegenheit haben wir Pariser Zeitungen vom 4. Februar erhalten. Im Journal des Debats heißt es: „Die Commission der 221 hat sich gestern constituirt; sie hat den Hrn. General Jacqueminot zum Präsidenten und Hrn. Locquet zum Secretär ernannt. Sie versammelt sich Rue de Grammont Nr. 17, wohin alle Briefe unter Couvert des Hrn. Locquet zu adressiren sind. — Die Journale haben bereits erwähnt, daß die Kosten durch die in der letzten Versammlung der 221 einstimmig votirte Subscription gedeckt werden." — Außerdem enthalten die Pariser Journale vom obgedachten Tage weiter nichts als Raisonnements für und wider die von der Regierung ergriffene Maaßregel der Auflösung der Deputirtenkammer.

Unter dem Herzog von Orleans wird die Beobachtungsarmee an der Nordgränze von folgenden Generälen befehligt: 1) Infanterie: erste Division zu Metz, Generallieutenant Achard. Zweite Division zu Maubeuge: Generallieutenant Schramm. Dritte Division zu Mezières: der Herzog von Nemours. Vierte Division zu Lille: Generallieutenant Bugeaud. 2) Cavallerie: Reservedivision zu Lunéville: Generallieutenant Lalaing d'Audenarde. Dragonerdivision zu Sedan, Generallieutenant von Latour-Maubourg. Küraſſierdivision zu Lille: Generallieutenant von Faudoas. Erste leichte Brigade zu Stenay: Marechal de Camp Grouchy. Zweite leichte Brigade zu Thionville, Marechal de Camp de Castelbajac. 3) Artillerie: Generallieutenant Gourgaud. 4) Genie: Generallieutenant Rohault de Fleury.

Am 31. Jänner und 1. Februar wurde vor dem Pariser Assisenhof der Prozeß des Hrn. Chazal verhandelt, welcher einen Mordversuch gegen seine seit 13 Jahren getrennt von ihm lebende Gattinn, die Schriftstellerinn Flora Tristan, gemacht hat. Es hatten schon früher Scenen zwischen Beiden Statt gefunden, indem sie sich gegenseitig ihre Tochter zu entreißen suchten. Der Mann wurde auf das Aeußerste gereizt, weil Flora Tristan in ihren „Wanderungen eines Paria" ihr Verhältniß öffentlich zur Sprache gebracht hatte. So fiel er endlich seine Gattinn auf offener Straße meuchlerisch an; sie wurde verwundet, ist aber wieder hergestellt, und trat in den Gerichtsverhandlungen auf. Chazal wurde zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit und Ausstellung am Pranger verurtheilt, übrigens von den Geschwornen der königlichen Gnade empfohlen.

Vor dem Zuchtpolizeigerichte wurde am 1. Februar die Klage Predavals gegen Mauguin, der jetzt nicht mehr durch seine Eigenschaft als Deputirter gedeckt ist, verhandelt. Das Gericht entschied ohne Zeugenverhör, daß die Klage ganz ohne allen Grund sei, und verfällte den Kläger in die Kosten.

Am 4. Februar 5Percents 110 Fr. 65. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 50. 3Percents 78 Fr. 75. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 55.

Großbritannien und Irland.

Am 29. Jänner starb in London die Herzoginn-Gräfinn von Sutherland, 74 Jahre alt. Ein Expresser ist mit der Todesnachricht nach Rom abgegangen, wo sich dermalen ihr ältester Sohn, der Herzog von Sutherland, mit Familie befindet. Die übrigen hinterlassenen Kinder der Verstorbenen sind: die Gräfinn von Surrey, die Gräfinn Grosvenor und Lord F. Egerton.

Das radicale Parlamentsmitglied Dan. Whittle Harvey hat die Stelle eines Registrators der Londoner Miethkutschen, mit einem Gehalte von 800 Pf., aufgegeben, um nicht, da er sich hätte einer neuen Wahl unterziehen müssen, seinen Parlamentssitz für Southwark zu gefährden.

Nach einem Privatschreiben aus London vom 29. Jänner (im Avondbode) soll Graf Sebastiani bei Unterzeichnung des letzten Beschlusses der Conferenz erklärt haben, daß Frankreich an den nothigenfalls gegen Belgien anzuordnenden Zwangsmaaßregeln keinen Antheil nehmen werde. Mit der Aufstellung eines Observationscorps an der belgischen Gränze wolle Frankreich nur eine Vereinigung der französischen Gränzbewohner mit den aufrührerischen Bewegungen in Belgien verhindern.

Consols am 2. Februar 92¼.

Niederlande.

Nachstehendes ist der vollständige Inhalt der (in unserm Blatte vom 9. d. M. auszugsweise mitgetheilten) Beilage B. zum Protocoll vom 6. December 1838, den Entwurf des neuen Tractats zwischen den Niederlanden und Belgien enthaltend *):

[Art. 1. Das belgische Gebiet wird aus den Provinzen Südbrabant, Lüttich, Namur, Hennegau, Westflandern, Ostflandern, Antwerpen und Limburg bestehen, wie dieselben einen Theil des im Jahre 1815 gebildeten vereinigten Königreichs der Niederlande ausgemacht haben, mit Ausnahme der im Art. 4 angegebenen Distriete der Provinz Limburg. Das belgische Gebiet wird außerdem den im Art. 2 angegebenen Theil des Großherzogthums Luxemburg in sich begreifen. Art. 2. Se. Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, willigt ein, daß die Gränzen des belgischen Gebiets im Großherzogthume Luxemburg so sind, wie sie hier unten angegeben werden. Von der französischen Gränze an, zwischen Rodange, welches dem Großherzogthume Luxemburg verbleiben wird, und Athus, welches Belgien

*) Diejenigen Artikel, welche mit dem ursprünglichen Vertrage vom 15. November 1831 gleichlauten, sind durch Klammern von jenen Artikeln unterschieden, die eine Abänderung erhalten haben.

gehören wird, soll nach der beigefügten Karte eine Linie gezogen werden, welche Belgien die Straße von Arlon nach Bastogne lassen, zwischen Mesanen, welches auf dem belgischen Gebiete bleibt, und Clemency, welches dem Großherzogthume Luxemburg verbleibt, durchgehen und in Steinfurt, welcher Ort ebenfalls dem Großherzogthume verbleibt, endigen wird. Von Steinfurt wird diese Linie in der Richtung von Eischen, Hekbus, Guirsch, Oberpalen, Grende, Nothomb, Pareth und Parlé bis Martelange verlängert werden: Hekbus, Guirsch, Grende, Nothomb und Pareth gehören zu Belgien. Von Eischen, Oberpalen, Parlé und Martelange wird diese Linie längs der Sure hinabgehen, deren Thalweg als Gränze zwischen den beiden Staaten dienen wird, bis Bintange gegenüber, von wo sie so gerade als möglich gegen die jetzige Gränze des Kreises Diekirch verlängert und zwischen Sure, Harlange und Tamchemps, welches sie dem Großherzogthume Luxemburg läßt, und Houville, Iwarchamps und Lantremange, welche einen Theil des belgischen Gebiets ausmachen, durchgehen wird; darauf wird die besagte Linie in der Gegend von Doncols und Sonfez, welche dem Großherzogthume verbleiben, der jetzigen Gränze bis an die des preußischen Gebiets folgen. Alles westlich von dieser Linie gelegene Gebiet, Städte, Plätze und Orte werden Belgien, so wie alles östlich von dieser Linie gelegene Gebiet, Städte, Plätze und Orte fortwährend dem Großherzogthume Luxemburg gehören. Es versteht sich, daß die Gränzcommissarien, deren im Art. 5 Erwähnung geschieht, bei Ziehung dieser Linie, und indem sie sich so viel wie möglich an die oben davon gemachte Beschreibung so wie an die Angaben auf der diesem Artikel zur größern Klarheit beigefügten Karte halten, die Localitäten, so wie die Verpflichtungen, die daraus gegenseitig hervorgehen könnten, beachten müssen. Art. 3. S^r. Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, wird für die im vorhergehenden Artikel gemachten Abtretungen eine Gebietsentschädigung in der Provinz Limburg erhalten. Art. 4. In Vollstreckung des auf die Provinz Limburg bezüglichen Theils des ersten Artikels und in Folge der von S^r. Majestät dem Könige der Niederlande im Art. 2 gemachten Abtretungen wird S^r. Majestät entweder in seiner Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg, oder damit es mit Holland vereinigt werde, das Gebiet besitzen, dessen Gränzen hier unten angegeben sind. a) Auf dem rechten Maasufer werden mit den alten holländischen Enclaven auf dem genannten Ufer in der Provinz Limburg die Districte derselben Provinz auf demselben Ufer vereinigt werden, welche im Jahre 1790 den Generalstaaten nicht gehörten, dergestalt, daß der Theil der jetzigen Provinz Limburg, welcher auf dem rechten Maasufer liegt und im Westen von diesem Flusse, im Osten von dem preußischen Gebiet, im Süden von der jetzigen Gränze der Provinz Lüttich und im Norden vom holländischen Geldern begränzt ist, künftig ganz S^r. Majestät dem Könige der Niederlande, sei es in seiner Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg, oder damit es mit Holland vereinigt werde, gehören wird. b) Auf dem linken Maasufer wird von dem südlichsten Puncte der holländischen Provinz Nordbrabant, nach der beigefügten Karte, eine Linie gezogen werden, welche über Wessem, zwischen diesem Ort und Stevensweerth, auf dem Puncte, wo sich auf dem linken Ufer die Gränzen der jetzigen Kreise Ruremonde und Mastricht scheiden, an der Maas endigen wird, dergestalt, daß also Bergerot, Stamproy, Meeritteren, Ittervoord und Thorn mit ihren Weichbilden, so wie alle andern nördlich von dieser Linie gelegenen Orte einen Theil des holländischen Gebietes ausmachen werden. Die alten holländischen Enclaven in Limburg auf dem linken Maasufer werden Belgien zugehören, Mastricht ausgenommen, welches mit einem Umkreise von 1200 Klaftern, von dem äußern Glacis dieses Platzes auf dem genannten Flußufer angerechnet, fortwährend mit vollkommenem Oberherrlichkeits- und Eigenthumsrecht ein Besitzthum S^r. Majestät des Königs der Niederlande seyn wird. Art. 5. S^r. Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, wird sich mit dem teutschen Bund und den Agnaten des Hauses Nassau über die Anwendung der in den Artikeln 3 und 4 enthaltenen Stipulationen so wie über die Ausgleichung verständigen, welche die genannten Artikel, sei es mit den obengenannten Agnaten des Hauses Nassau oder mit dem teutschen Bunde, nöthig machen könnten. Art. 6. Vermöge der oben erwähnten Gebietsanordnungen verzichtet jede der beiden Parteien gegenseitig für immer auf alle Ansprüche an den innerhalb der Gränzen der Besitzungen der andern Partei, wie sie in den Artikeln 1, 2 und 4 beschrieben sind, liegenden Gebietstheilen, Städten, Plätzen und Orten. Die genannten Gränzen werden in Uebereinstimmung mit diesen Artikeln von den belgischen und holländischen Gränzcommissarien, welche sich so bald wie möglich in der Stadt Mastricht versammeln sollen, abgesteckt werden. Art. 7. Belgien wird innerhalb der in den Artikeln 1, 2 und 4 angegebenen Gränzen einen unabhängigen und immerwährend neutralen Staat bilden. Es wird gehalten seyn, diese Neutralität auch gegen alle andern Staaten zu beobachten. Art. 8. Das Ablaufen des Wassers in Flandern wird zwischen Holland und Belgien zufolge den in dieser Hinsicht im Art. 6 des definitiven Vertrags zwischen S^r. Majestät dem Kaiser von Teutschland und den Generalstaaten am 8. November 1785 festgesetzten Stipulationen geordnet werden; dem genannten Artikel gemäß werden sich Commissarien von beiden Seiten über die Anwendung der von demselben festgesetzten Verfügungen verständigen.] Art. 9. §. 1. Die in den Artikeln 108 bis 117 der allgemeinen Acte des Wiener Congresses enthaltenen Bestimmungen in Betreff der freien Schifffahrt auf den schiffbaren Flüssen und Strömen sollen auf die schiffbaren Ströme und Flüsse angewendet werden, die das holländische und belgische Gebiet von einander scheiden, oder beide zugleich durchfließen. §. 2. Was insbesondere die Fahrt auf der Schelde auf ihren Mündungen betrifft, so ist man übereingekommen, daß das Lootsen- und Bakenwesen so wie die Erhaltung des Fahrwassers der Schelde von Antwerpen stromaufwärts einer gemeinschaftlichen Aufsicht unterworfen, und daß diese gemeinschaftliche Aufsicht durch eine zu diesem Zwecke von beiden Seiten ernannte Commission ausgeübt werden soll; mäßige Lootsenabgaben sollen in gemeinschaftlicher Berathung festgesetzt werden, und diese Gebühren für die Schiffe aller Nationen dieselben seyn. Mittlerweile und in Erwartung der Feststellung dieser Gebühren sollen keine höhern Lootsenabgaben erhoben werden als die, welche kraft des Tarifs von 1829 für die Mündung der Maas von hoher See nach Helvoet und von Helvoet nach Rotterdam im Verhältnisse der Entfernung festgestellt worden sind. Jedem Schiffe, welches sich auf der Schelde aus hoher See nach Belgien oder aus Belgien in die hohe See begibt, soll die Wahl freistehen, solche Lootsen zu nehmen, die es für gut findet, und es soll demnach der Wahl der beiden Länder freistehen, auf dem ganzen Laufe der Schelde und an ihren Mündungen einen Lootsendienst einzurichten, den man zur Herbeischaffung der Lootsen als nothwendig erachten möchte. Alles, was die Einrichtungen betrifft, soll durch das in Uebereinstimmung mit dem §. 6 zu bringende Reglement festgesetzt werden. Der Dienst dieser Einrichtungen soll unter der im Beginne des gegenwärtigen

Paragraphen erwähnten gemeinschaftlichen Aufsicht stehen. Die beiden Regierungen machen sich verbindlich, das Fahrwasser der Schelde und ihrer Mündungen zu bewahren und jede für ihren Antheil an dem Strome die nöthigen Baken und kleinen Fahrzeuge aufzustellen und zu unterhalten. §. 3. Durch die niederländische Regierung soll von der Schifffahrt auf der Schelde und ihren Mündungen eine einzige Abgabe von 1 Fl. 50 Ct. für die Tonne erhoben werden, nämlich 1 Fl. 12 Ct. von den Schiffen, die aus hoher See kommen, und die Westschelde hinauffahren, um sich auf der Schelde oder auf dem Canale von Terneuzen nach Belgien zu begeben; und 38 Ct. für die Tonne von Fahrzeugen, die aus Belgien kommen und auf der Schelde oder auf dem Canale von Terneuzen die Westschelde hinabfahren, um sich auf die hohe See zu begeben. Und damit die besagten Fahrzeuge keinerlei Untersuchung, Verzögerung oder Hemmung auf den holländischen Rheden unterworfen werden, ob sie nun aus hoher See kommend die Schelde hinauf- oder hinabfahren, um sich auf die hohe See zu begeben, ist man übereingekommen, daß die Erhebung der angeführten Abgabe durch holländische Beauftragte zu Antwerpen und zu Terneuzen geschehen soll. Gleicherweise sollen Schiffe, die aus hoher See kommen, um sich auf der Westschelde nach Antwerpen zu begeben, und die von hinsichtlich der Gesundheit verdächtigen Orten eintreffen, befugt seyn, ohne Hinderniß und Verzögerung, von einem Wächter des Sanitätsdienstes begleitet, ihren Weg zu verfolgen, und sich so nach dem Orte ihrer Bestimmung zu begeben. Die Fahrzeuge, welche von Antwerpen und Terneuzen und vice versa segeln, oder auf dem Strome selbst ihre Küstenfahrt oder Fischerei betreiben (insofern die Ausübung dieser letztern kraft des nachfolgenden §. 6 geregelt werden wird), sollen keinerlei Abgabe unterworfen seyn. §. 4. Der unter dem Namen der Ostschelde bekannte Arm der Schelde, in Betracht, daß derselbe bei dem gegenwärtigen Zustande der örtlichen Verhältnisse nicht zur Schifffahrt aus der hohen See nach Antwerpen und Terneuzen und vice versa dient, aber doch zur Schifffahrt zwischen Antwerpen und dem Rhein gebraucht wird, soll auf seinem ganzen Laufe nicht mit höhern Abgaben oder Zöllen belastet werden als denen, welche kraft des Tarifs von Mainz vom 31. März 1831 für die Schifffahrt von Gorkum in die hohe See im Verhältnisse der Entfernung erhoben werden. §. 5. Man ist gleichfalls übereingekommen, daß die Fahrt auf den Zwischengewässern zwischen der Schelde und dem Rheine, um von Antwerpen in den Rhein zu kommen und vice versa, gegenseitig frei bleiben und allein mäßigen Zöllen unterworfen seyn soll, welche für den Handel beider Länder dieselben seyn sollen. §. 6. Von beiden Seiten sollen sich im Verlauf eines Monats zu Antwerpen Commissäre versammeln, sowohl um den definitiven und permanenten Betrag der erwähnten Zolle festzustellen, als auch hinsichtlich eines allgemeinen Reglements zur Vollziehung der in gegenwärtigem Artikel enthaltenen Bestimmungen übereinzukommen, und darin einzubegreifen die Ausübung des Rechtes zum Fischfang und Fischhandel auf der ganzen Ausdehnung der Schelde auf den Fuß vollkommener Reciprocität und Gleichheit zu Gunsten der Unterthanen beider Länder. §. 7. Mittlerweile, und bis das erwähnte Reglement festgestellt ist, soll die Fahrt auf der Maas und auf ihren Mündungen für den Handel beider Länder frei bleiben, die in dieser Hinsicht vorläufig den Tarif annehmen werden, welcher in der am 31. März 1831 zu Mainz unterzeichneten Convention hinsichtlich der freien Rheinschifffahrt enthalten ist, so wie auch die übrigen Bestimmungen dieser Convention, insofern dieselben auf den besagten Fluß angewendet werden können. §. 8. Im Falle Naturereignisse oder künstliche Werke im Verlaufe der Zeit die in dem vorletzten Artikel angeführten Wasserwege unbefahrbar machen möchten, soll die niederländische Regierung der belgischen Schifffahrt andere, eben so sichere, gute und bequeme Wasserstraßen als Ersatz für die erwähnten unfahrbar gewordenen anweisen. (Fortsetzung folgt.)

Belgien.

Am 2. Februar hat der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern dem Senat den diplomatischen Bericht vorgelegt, den er am vorigen Tage der Repräsentantenkammer mitgetheilt hatte. Nach diesem Bericht entspann sich eine kurze Debatte. Mehrere Mitglieder, die sich durch die gemachten Mittheilungen nicht für befriedigt hielten, bestanden lebhaft darauf, daß die Regierung das Land aus der Ungewißheit ziehe, worin es sich über das definitive System, das man befolgen will, befindet. Der Minister erklärte, wie er in der Repräsentantenkammer gethan hatte, daß, wenn die Regierung keine förmlichen Vorschläge vorgelegt habe, dieß geschehen sei, weil sie dieselben im gegenwärtigen Augenblick für nicht statthaft hielt.

Der Avondbode meldet aus Brüssel vom 2. Februar: „Die gestern von den Ministern Ernst und d'Huart eingereichten Dimissionen wurden nicht angenommen; sie sollen im Ministerium bleiben. — Das Ministerium scheint zu hoffen, daß die Conferenz auf die Gebietsfrage zurückkommen werde. H^r. van de Weyer soll bei der Conferenz nochmals eine Geldentschädigung für Luxemburg und Limburg beantragt haben, aber mit der Bestimmung, daß Venloo und Mastricht durch Bundestruppen besetzt werden, aber Belgien die bürgerliche Verwaltung dieser Festungen erhalte. Gestern hat die hiesige Regierung Depeschen an H^r. van de Weyer und Lord Palmerston abgehen lassen und letzteren ersucht, die belgische Regierung noch vor Mittwoch (6. Februar) von den Gesinnungen der Conferenz in Bezug auf den neuen Antrag in Kenntniß setzen zu wollen."

Wien.

Der an den Londoner Hof bestimmte persische Botschafter Hussein Chan ist auf der Reise dahin am 10. Februar von Triest hier eingetroffen.

Am 11. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	106⅛.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100⅛.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	157.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	674¼.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	65⅛.
Bankactien pr. Stück 1449 in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

Bei Anton Strauß's sel. Witwe, im Comptoir des Oesterr. Beob., ist die einzige in großerm Format und mit größerer Schrift erschienene beliebte Ausgabe von Walter Scotts Romanen, in 74 Bänden, statt um 37 fl. CM. jetzt um 15 fl. CM. zu haben. — Bei Abnahme einzelner Romane wird der Band zu 13 kr. CM. berechnet.

№ 44

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 13. Februar 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 11. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.886	28. 7 L. 10 P.	+ 2.1	W.	mittel.	heiter.
	2 Uhr Nachm.	27.905	28 8 1	+ 5.0	W.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.948	28 8 8	+ 2.4	NW.	—	Wolken.

Frankreich.

Wir haben gestern mit der gewöhnlichen Post nur die Pariser Zeitungen vom 4. d. M. (die uns bereits vorgestern durch außerordentliche Gelegenheit zugekommen waren) erhalten. — Es bestehen jetzt zu Paris sechs Wahlcomités: das ministerielle unter dem Vorsitz des Generals Jacqueminot; das des rechten Centrums oder der Doctrinärs, in welchem die HH. Guizot, Persil, Duvergier de Hauranne, Jaubert, Duchatel, J. Perier ꝛc. sitzen; das des linken Centrums, unter dem Vorsitz von Hrn. Thiers, das der gemäßigten Opposition oder der dynastischen Linken unter Hrn. Odilon-Barrot; das der äußersten Linken, bestehend aus den HH. Laffitte, Arago, Dupont (de l'Eure), Mauguin und General Subervic; endlich das legitimistische, als dessen Mitglieder die HH. Berryer, Bechard, Bernadou, Blin de Bourdon und Dugabé genannt werden. Bis jetzt ist die gemeinschaftliche Tendenz der fünf letzten, zur Coalition gehörigen Comités, die Wiedererwählung der Deputirten, die für den Adresse-Entwurf gestimmt, zu bewirken. Das Ministerium scheint besonders unter den Legitimisten Proselyten werben zu wollen. Es unterstützt mit Vorliebe ralliirte, d. h. zur Regierung übergegangene Legitimisten. Hr. Laffitte tritt wieder als Bewerber im zweiten Bezirke von Paris (gegen Hrn. Lefèbvre) auf.

Der Moniteur Parisien zeigt an, die Regierung habe aus Mexico keine spätere Meldung, als die von der Einnahme des Forts San Juan d'Ulloa; damit wird ausgesprochen, sie wisse nicht, was an den Nachrichten in englischen Blättern sei, wonach Bustamente die Ratification der Capitulation des Forts von Veracruz geweigert haben soll. Von Toulon aus ist der Brigg „Cerf" nach den amerikanischen Gewässern abgesegelt; da er Arbeiter an Bord genommen, so hatte man daraus geschlossen, die Regierung wolle San Juan d'Ulloa befestigen und zu einem längern Aufenthalt für die französische Besatzung einrichten lassen. Diese Vermuthung widerlegt sich durch die Anzeige, daß der Brigg nicht nach Mexico bestimmt ist, sondern die Blockade-Escadre von Buenosayres verstärken soll. Die Corvette „Marne" ist von Toulon nach den Bermuden expedirt worden, um die Mannschaft der Fregatte „Herminie," welche Schiffbruch gelitten hat, nach Frankreich zurückzubringen.

Die Beobachtungsarmee an der Nordgränze wird nicht bloß 36,000 Mann, wie es hieß, sondern 50,000 Mann stark werden. Sämmtliche Urlaubsertheilungen für den Monat April sind bei allen Regimentern zurückgenommen worden.

Ueber die Erstürmung Ain-Maadi's gibt ein Schreiben aus Toulon vom 31. Jänner folgende nähere Details: „Das Dampfschiff „Styx" ist in der vergangenen Nacht aus Algier eingetroffen, und bringt die wichtige Nachricht, daß Ain-Maadi am 10. Jänner mit Sturm erobert worden ist. Ich hatte in einem frühern Schreiben erwähnt, daß Abd-el-Kader, auf die Versicherung des Marabuts Tidschini, die Stadt nach dem Abzuge der Belagerer zu räumen, sich von Ain-Maadi entfernte. Er ließ zur Verfügung Tidschini's eine Anzahl Dromedare zurück, damit dieser mit seiner Familie und seinen Habseligkeiten sich entfernen könne. Der Herrscher Ain-Maadi's täuschte jedoch schändlich das Vertrauen des Emirs, schlachtete die Dromedare, salzte ihr Fleisch ein, und blieb in der Stadt. Ebd-el-Kader setzte nun die Belagerung fort. Er hatte mit einem Theile der Bevölkerung geheime Einverständnisse angezettelt, und rechnete auf ihren Beistand bei dem nächsten Sturme. Sein Plan gelang vollkommen. Am 10. Jänner drangen die Truppen des Emirs, unterstützt von einem Aufstande im Innern, zur Nachtzeit in die Stadt. Diese blieb in ihrer Gewalt; Tidschini aber entkam. Man weiß noch nicht, welchen Plan Abd-el-Kader eigentlich mit dieser Eroberung, welche ihm viele Leute, viel Geld und acht Monate Zeit gekostet, haben mag. Jedenfalls ist die Beharrlichkeit dieses Araberfürsten bewundernswerth. Man weiß eben so wenig, was die siegreiche Armee in Ain-Maadi gethan. Wer aber den Character der Araber und namentlich einer Armee kennt, die aus dem verworfensten Gesindel der berüchtigten Räuberstämme Garabas, Hadschuten und Angads zusammengesetzt war, der mag die Gräuel wohl ahnen, die in der erstürmten Stadt begangen worden."

Spanien.

Das Boletin de Navarra y Provincias

Vascongadas enthält folgenden Artikel über die Art, auf welche die Christinischen Gefangenen von den Carlisten behandelt werden: „Es gibt wohl kaum eine Abgeschmacktheit irgend einer Art, welche die Christinischen Blätter und selbst die Generäle in ihren Berichten nicht zu Markte gebracht hätten. Wollte man ihnen glauben, so würden die Gefangenen der Christinos in dunkle und ungesunde Gefängnisse eingeschlossen, und die Züchtigung mit dem Säbel oder mindestens mit dem Stocke würde dem geringsten Vergehen auf dem Fuße folgen; die Zeitungen schildern auf eine höchst rührende Weise die Unmenschlichkeit, mit welcher man ihnen begegnet, das Elend, in dem man sie schmachten läßt, so daß sie gezwungen seien, ihren Hunger an den Leichen ihrer Gefährten zu stillen. Täglich tischen die Zeitungen solche abgeschmackte Mährchen auf, und lassen es sich wenig anfechten, daß dieselben aufs bündigste widerlegt werden. Indeß ist es wohl kaum zu bezweifeln, zu wessen Gunsten eine Vergleichung der Behandlung der beiderseitigen Gefangenen seit dem Anfange des Krieges ausfallen würde: ob zu Gunsten der Christinos oder der Carlisten. Die Offiziere der Carlisten, welche die Aufsicht in den Gefangenendepots führen, zeichnen sich durch Redlichkeit aus; auch sind sie nicht ohne eine gewisse Bildung und menschlicher und großmüthiger Empfindungen fähig, während die Christinischen Offiziere, welche in den Gefangenendepots commandiren, im Rufe der Rohheit und Grausamkeit stehen, einem Rufe, den sie nurzu sehr durch ihr Betragen gerechtfertigt haben. Unparteiische und glaubwürdige Personen, welche Gelegenheit hatten, die Carlistischen Depots in Arcona, Larcano el Manguina zu besichtigen, bezeugen, daß die Menschlichkeit und die Milde, mit welcher die Christinischen Gefangenen behandelt werden, nicht genug gelobt werden können. Die Gebäude, in welchen sie untergebracht sind, wurden vorher sorgfältig in Stand gesetzt; täglich erhalten sie eine vollständige Ration, ja, die Carlistischen Freiwilligen bringen ihnen mit einer Hochherzigkeit, die nur in einem edlen Herzen Platz findet, Kleider, welche das Mitgefühl der Royalisten beigesteuert hat. Ein ganz anderes Schauspiel zeigen die Christinischen Depots; die unglücklichen Carlisten sterben hier zu Hunderten, theils wegen mangelnder Nahrung, theils in Folge der üblen Behandlung, welche ihnen hier zu Theil wird. In dem Königreiche Valencia erhielten sie z. B. kaum eine halbe Ration, und in Arragonien gar nur ein Stück Brot (Galleta); diejenigen, denen es gelang, zu ihren Kameraden zurückzukehren, hatten daher auch mehr den Anschein von Gespenstern als von lebenden Wesen. Von dem großmüthigen Benehmen der Carlisten gegen ihre Feinde könnten wir tausend Beispiele anführen; noch kürzlich wurde den Gefangenen, welche zu der Bande des Mordbrenners Barea gehörten, das Leben geschenkt; und dennoch würden diese mit Verbrechen aller Art befleckten Menschen nur den verdienten Lohn ihrer Thaten gefunden haben, wenn man ihnen auf dieselbe Weise begegnet wäre, wie die Christinos den unglücklichen Carlisten begegnen, welche das Schicksal der Waffen in ihre Hände geliefert hat. Welchen Abscheu erregen nicht die Gräßlichkeiten, die van Halen in Arragonien und Valencia verübt hat! Und Espartero verbannte alle Familien, deren Kinder in den Reihen der Carlisten dienen! Sind solche Handlungen nicht der Verachtung würdig?"

„Als ruhm- und ehrenvoll für die Sache Carls V. wollen wir hier noch einige wichtige Geständnisse verzeichnen, welche die Christinischen Blätter enthalten. Im Echo del Comercio las man: „Wir haben einen Bericht des Obergenerals vor Augen, welcher eine Abschrift des Befehlshabers von Teruel ist, und der Nachrichten von Augenzeugen über die Gefangenen zu Horcajo, Morella und Cantavieja enthält. In diesem Berichte hieß es: „„Sie werden mit der größten Menschlichkeit behandelt und man hat ihnen mit der größten Gewissenhaftigkeit die vom Befehlshaber von Teruel übersandten Unterstützungen übergeben; Offiziere und Soldaten erhalten eine vollständige Ration, haben ein Bett und erfreuen sich jeder Erleichterung, die ihre traurige Lage gestattet. Mehrere sind an Folgen des Typhus gestorben, der indeß auch unter den Carlisten gewüthet hat. Die Soldaten, welche sich zu Morella befinden, werden noch besser behandelt, weil diese Stadt bedeutendere Hülfsmittel darbietet.““ In Bezug auf den Einzug der royalistischen Truppen in Astudillo äußert dasselbe Blatt: „„Die Behandlung unserer Soldaten verdient alles Lob; bevor sie ihren Marsch antraten, gab man ihnen eine gute Mahlzeit und jedem eine Cigarre. Sie behielten ihre sämmtlichen Kleider und der Offizier erhielt ein Pferd.““ Diese Menschlichkeit der Carlisten gegen ihre Gefangenen schreibt sich übrigens nicht erst von gestern her; statt aller andern Beweisstücke wollen wir nur zwei, die uns vorliegen, anführen. Am 29. Februar 1836 richteten die Christinischen Offiziere im Depot von Oliana in Catalonien an den General Mina eine Eingabe, in welcher es heißt: „„Die Unterzeichneten melden ehrfurchtsvoll Ew. Excellenz, daß das Schicksal der Waffen sie gestern Morgens nebst 400 Soldaten des 6ten Linienregiments in die Gefangenschaft der Carlisten hat gerathen lassen; indeß haben sie in diesem Unglücke den Trost, sehr menschlich behandelt zu werden; die Truppen des Don José de Torres bemühen sich bis auf den gemeinen Soldaten herab, uns unsere Lage erträglicher zu machen; nicht nur haben sie den Besiegten Quartiere eingeräumt, sondern sie haben auch ihr Brot mit ihnen aufs freundschaftlichste getheilt.““ Am 16. October 1838 richteten die zu Horcajo gefangenen Christinos an den General van Halen eine Eingabe, welche lautet: „„Die in dem Gefechte von Maella gefangenen Offiziere wenden sich an Ew. Excellenz, um Ihnen zu melden, daß das Schicksal der Waffen sie in die Hände der Carlisten geliefert

hat; der Obergeneral (Cabrera) und alle die, welche sich unter seinen Befehlen befinden, haben ihnen aufs deutlichste zu erkennen gegeben, daß sie nichts mehr wünschen, als ihre traurige Lage zu mildern.“ Wir könnten noch viele ähnliche Zeugnisse beibringen, sparen uns aber deren Mittheilung auf. Das Angeführte wird auch wohl schon genügend für die gastfreundliche Aufnahme sprechen, welche die gefangenen Christinos bei den Carlisten finden.“

Rußland.

S^r. Majestät der Kaiser haben den Admiral Grafen Mordwinoff, seinem Wunsche gemäß, und in Berücksichtigung seines hohen Alters, seines Amtes als Präsident des Departements bürgerlicher und geistlicher Angelegenheiten entbunden, wobei derselbe jedoch Mitglied des Reichsrathes verbleibt.

Wie bereits früher gemeldet, hatte die Moskauer Kaufmannschaft bei Gelegenheit der Verlobung der Großfürstinn Maria mit dem Herzoge von Leuchtenberg beschlossen, 20 Knaben für ihre Rechnung in der Bürgerschule erziehen zu lassen. Es fand zu diesem Zweck eine Auslosung unter 54 Knaben Statt, von denen in Folge dessen 34, denen das Loos nicht günstig gewesen war, zurückblieben. Voll Theilnahme erboten sich eine Anzahl der dabei anwesenden Personen, noch 24 Knaben für ihre Kosten in genannter Schule unterhalten zu wollen. S^r. Majestät der Kaiser, dem hierüber berichtet ward, befahl, diesen menschenfreundlichen Personen seine innigste Dankbarkeit zu bezeugen und ihre That öffentlich bekannt zu machen.

In der Goldwäscherei am Flusse Kuschaiska, am östlichen Abhange des Urals, wurde gegen Ende des vorigen Jahres ein Diamant ausgewaschen. Er wiegt $^{7}/_{16}$ Karat, ist völlig farblos, durchsichtig, glänzt stark wie ein Brillant und bildet einen Krystall, der von 24 etwas convexen dreieckigen Flächen umgeben ist. S^r. Majestät der Kaiser hat, um den Eifer für die Auffindung der Diamanten anzuregen, Belohnungen für diejenigen ausgesetzt, die in Kronbezirken Diamanten finden werden.

Großbritannien und Irland.

Das radicale Mitglied für Finsbury, Thomas Duncombe, wird bei der Eröffnung des Parlaments folgendes Amendement zu der Antwortsadresse der Gemeinen stellen: „Durch die Verbesserung des Repräsentativsystems im Jahre 1832 ist das Volk getäuscht worden; sie war keine Schlußmaaßregel und kann es nicht seyn, und die Zusammensetzung des Hauses der Gemeinen bedarf weiterer, unverzüglicher Reform. O'Connell führte in einer Versammlung seiner Wähler zu Dublin seinen Plan für die bevorstehende Parlamentssitzung aus. Er wird für die Aufhebung der Korngesetze stimmen. In Betreff Canadas mißbilligte er es, daß Insurgenten zur Gewalt geschritten, tadelte aber auch die Strenge der Regierung gegen sie. In der holländisch-belgischen Angelegenheit wird er gegen die Minister und dafür stimmen, daß dem Volk von Luxemburg und Limburg die Wahl freistehen solle unter welche Regierung es sich stellen wolle. Das Ministerium wird er im Allgemeinen unterstützen, nach demselben Grundsatze, fügte er bei, „wie Patrick das zerbrochene Fenster mit seinem Hut zustopfte, nicht weil es Licht einließ, sondern weil es den Wind abhielt.“ Wenn die Regierung gegen den Lord Ormantown wegen seiner Schmähungen gegen das irische Volk keinen Prozeß einleitet, so wird er einen Antrag zu diesem Behufe stellen. Mit den Chartisten ist er insoweit einverstanden, daß er, wie sie, allgemeines Stimmrecht will; dagegen ist er gegen jährliche Parlamentssitzungen. Schließlich bemerkte er, daß er seine Zeit während der Parlamentssitzung zwischen London und Dublin theilen werde.

Die Morning-Post widerspricht jetzt der Behauptung, als hätte Sir R. Peel sich bereit erklärt, eine Modificirung der Korngesetze zu unterstützen; es sei nicht die Art dieses Staatsmannes, sagt das genannte Blatt, seine Ansichten eher auszusprechen, als bis es nothwendig geworden sei. Was die Politik des Ministeriums hinsichtlich der Korngesetze betrifft, so überwiegt die Meinung, daß die Minister, da sich unter den Whigs einige der größten Grundbesitzer befinden, es den Mitgliedern des Cabinets und ihren Freunden im Parlamente überlassen würden, nach ihrer Ueberzeugung und ganz ungebunden in dieser Sache zu stimmen. Dem Vernehmen nach läßt das Ministerium jetzt in jeder Grafschaft Erkundigungen darüber einziehen, ob das bisherige Steigen der Weizenpreise wirklich durch die Unzulänglichkeit der letzten Ernte herbeigeführt worden. Unterdessen währt die Agitation gegen die Korngesetze fort. Leeds eifert dem Beispiele Manchesters nach; die dortige Petition zählt schon 19,000 Unterschriften. Auch die letzten großen Versammlungen in Kendal und Strout standen keiner der früheren an verhältnißmäßiger Anzahl und an Begeisterung der Theilnehmer nach. Nur die untersten Arbeiterclassen, die eigentlichen Taglöhner, nehmen keinen entschiedenen Antheil an dieser Bewegung des Gewerbestandes, weil die Vorsteher der Arbeitervereine ihnen einreden, daß die Aufregung gegen die Korngesetze nur ein Kunstgriff sei, um die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zu beseitigen. So haben zu Birmingham die Ultraradicalen oder Chartisten, größtentheils männliche und weibliche Fabrikarbeiter, in einer zur Petitionirung gegen die Korngesetze einberufenen Versammlung einen furchtbaren Lärm erhoben und zu dem von dem Vorsitzer, dem Parlamentsmitgliede Scholefield, vorgeschlagenen Antrage folgendes Amendement durchgesetzt: „So sehr wir von den schrecklichen Wirkungen der Korngesetze überzeugt sind, so fühlen wir uns doch gedrungen, in Betracht des überwiegenden Einflusses der Interessen des Grundbesitzes in beiden Häusern des Parlaments, so wie der schwachen Minoritäten, die sich früher im Parlamente gegen den bestehenden Getrei-

dezoll ausgesprochen, in Betracht endlich, daß Richter und Jury, welche über diese Frage entscheiden sollen, zu großes Interesse gegen eine Veränderung der bestehenden Gesetze haben, in Betracht alles dessen zu erklären, daß geringe Wahrscheinlichkeit für eine Verwerfung der gegenwärtigen Korngesetze vorhanden ist, bevor das Volk nicht gleichmäßiger im Unterhause vertreten wird. Die Versammlung hält es also für durchaus nutzlos, dem Unterhause, wie es jetzt constituirt ist, eine Petition gegen die Korngesetze vorzulegen." Am 28. Jänner hat sich nun auch der Stadtrath von London zu einer Berathung über die Abschaffung der Korngesetze versammelt und eine Petition zu diesem Zwecke genehmigt. Die Zufuhren von englischem Weizen waren in der letzten Woche nur gering; dessenungeachtet aber waren die Preise am 28. Jänner 4 bis 5 Sh. niedriger, als acht Tage vorher. Auch Mehl war zu niedrigeren Preisen angeboten.

Der unter Jenners Namen gestiftete Schutzpocken-Impfungsverein in London hielt am 26. Jänner seine jährliche Hauptversammlung, welche sehr zahlreich besucht war, da in der neuesten Zeit in Folge der bedeutend gestiegenen Zahl von Pockenkranken die Meinung sich verbreitet hat, daß die Vaccination viel von ihrer Wirksamkeit verloren und die Pockenseuche ihre alte Bösartigkeit wieder erlangt habe. Aus dem von dem ärztlichen Vorstande des Vereins, Dr. Epps, vorgelesenen Bericht ergab sich, daß die Zahl der durch dessen Vermittlung geimpften Kinder im Jahre 1830 in London 4675 betrug, seitdem immer gestiegen ist und 1838 sich auf 8589 belief. Der Verein hat seine Thätigkeit nicht bloß auf die brittischen Inseln beschränkt, sondern sie auch auf die Colonien und auf das Ausland ausgedehnt, da man den von dem Vereine gelieferten Impfstoff für besonders wirksam hält. Die Hudsonsbay-Gesellschaft hat es sich angelegen seyn lassen, unter den zahlreichen Indianerstämmen, mit welchen sie in Handelsverkehr steht, Impfstoff zu verbreiten. Die neapolitanische und andere europäische Regierungen, so wie Brasilien, Buenosayres, Corfu, die Sandwich-Inseln, sind durch den Verein mit Impfstoff versorgt worden. In Beziehung auf die herrschenden Ansichten über die verminderte Wirksamkeit der Vaccine bemerkt der Bericht, Dr. Epps habe im Jahre 1835 frischen Impfstoff von Kühen erhalten und mit demselben mehrere Kinder geimpft; da man aber nicht gefunden habe, daß die dadurch erzeugten Pocken vollkommener gewesen wären, so sei man dem früheren Verfahren treu geblieben, den Impfstoff von Geimpften zu nehmen. Die tägliche Erfahrung habe gezeigt, daß dieses Verfahren durchaus wirksam sei. Der Berichterstatter sagte, die Meinung, daß die Schutzpocken ihre ursprüngliche Wirksamkeit verloren hätten, möge sich allerdings auf Thatsachen gründen, suchte sie aber aus verschiedenen Ursachen zu erklären. Es sei erstens nicht allen vaccinirenden Aerzten bekannt, wann die Impfung vollständig gelungen sei, so wie auch zweitens Mancher nicht wisse, zu welcher Zeit der Impfstoff genommen werden müsse, um vollkommen wirksam zu seyn. Eine dritte Ursache aber fand Dr. Epps in dem Umstande, daß die Aeltern die geimpften Kinder selten in die Impfanstalt zurückbrächten, um sie untersuchen zu lassen, und häufig seien in solchen Fällen wegen unvollkommener Schutzimpfung die natürlichen Pocken entstanden. Sehr oft aber zeige sich viertens die Impfung darum nicht schützend, weil sie zu einer Zeit unternommen worden sei, wo ihr voller Einfluß auf den gesammten Organismus durch eine andere Hautkrankheit eine Störung erlitten habe. Nur wenn man alle diese Ursachen entfernt habe, könne man zu einem sicheren Schluß über die Wirksamkeit der Vaccine kommen.

Die letzte Versteigerung der in den Waarenniederlagen der ostindischen Compagnie lagernden, unverkauft gebliebenen oder von Niemand in Anspruch genommenen Güter fand am 24. Jänner Statt. Während aber früher, als die Compagnie noch ihr Handelsmonopol besaß, diese Versteigerungen, bei denen stets eine Menge der kostbarsten Erzeugnisse des Morgenlandes in der größten Auswahl zum Verkaufe kam, Hunderte von Kauflustigen, selbst aus dem Auslande, herbeigezogen hatten, fanden sich dießmal nur etwa zehn Personen ein; freilich war auch die Menge der feilgebotenen Waaren verhältnißmäßig gering, und außer alten Weinen, namentlich Schirasweinen, kamen keine Gegenstände von Werth vor.

Niederlande.

Nachstehendes ist der Schluß des (im gestrigen Blatte abgebrochenen) Entwurfs des neuen Tractats*) zwischen den Königreichen Niederlande und Belgien:

[Art. 10. Der Gebrauch der Canäle, welche beide Länder zugleich durchschneiden, steht den Bewohnern zum gemeinschaftlichen Gebrauche frei. Es versteht sich, daß sie dieselben gegenseitig und unter denselben Bedingungen benuzen, und daß von beiden Seiten für die Benutzung nur mäßige Abgaben gefordert werden dürfen. Art. 11. Die Handelsverbindungen zwischen Mastricht und Sittard bleiben gänzlich frei, und können unter keinem Vorwande gehemmt werden. Der Gebrauch der Straßen, welche durch diese beiden Städte zu den Gränzen Teutschlands führen, kann nur, zur Erhaltung dieser Straßen, einem mäßigen Wegzoll unterworfen werden, so daß der Transithandel kein Hinderniß dabei finden kann, und diese Straße vermöge der eben genannten Abgabe immerwährend in gutem und dem Handel förderlichen Stand erhalten wird. Art. 12. Im Falle, daß in Belgien eine neue Straße oder ein neuer Canal angelegt wird, der, dem holländischen Canton Sittard gegenüber, auf die Maas ausgeht, so steht es Belgien zu, von Holland, welches in diesem Falle dem nicht entgegen seyn wird, zu verlangen, daß der erwähnte Weg oder Canal nach demselben Plan, aber

*) Beilage B. zum Protocoll vom 6. December 1838.

durchaus auf Kosten Belgiens, durch den Canton Sittard bis zu den Gränzen Teutschlands fortgeführt werde. Diese Straße oder dieser Canal, welcher nur zu einer Handelsverbindung dienen könnte, wird, nach dem Gutbefinden Hollands, entweder durch Ingenieure und Arbeiter, zu deren Verwendung im Cantone Sittard Belgien die Erlaubniß nachsuchen müßte, oder durch solche angelegt werden, welche Holland liefert, und welche auf Kosten Belgiens die verabredeten Arbeiten ausführen werden. Alles, ohne daß für Holland daraus eine Last entspringt, und ohne Präjudiz seiner ausschließenden Souverainetätsrechte auf das Gebiet, durch welches die Straße oder der Canal geht. Die beiden Parteien werden gemeinschaftlich über den Betrag und die Erhebung der Zölle übereinkommen, welche auf diesem Wege oder Canal erhoben werden können.] Art. 13. §. 1. Vom 1. Jänner 1839 anfangend, soll Belgien in Folge der Vertheilung der Staatsschuld des Königreichs der Niederlande mit einer Summe von 5 Millionen niederländischen Gulden an jährlich zu zahlenden Renten belästet bleiben, deren Capitale von dem Debet des großen Buches zu Amsterdam oder von dem Debet des Staatsschatzes des Königreichs der Niederlande auf das Debet des großen Buches von Belgien übergeschrieben werden sollen. §. 2. Die übertragenen Capitalien und die in Folge des vorigen Paragraphen auf das Debet des belgischen großen Buches eingeschriebenen Renten zum Belaufe der Gesammtsumme von 5 Millionen niederländischen Gulden jährlicher Rente sollen als einen Theil der belgischen Nationalschuld bildend betrachtet werden; und Belgien macht sich verbindlich, weder gegenwärtig noch in der Folge zwischen diesem Theile seiner aus seiner Vereinigung mit Holland hervorgehenden Staatsschulden und allen andern bereits bestehenden oder noch zu creirenden belgischen Staatsschulden einen Unterschied zu machen. §. 3. Die Bezahlung der eben erwähnten jährlichen Rente von 5 Millionen niederländischen Gulden soll alle halbe Jahre in baarem Gelde ohne irgend einen Abzug, was immer für Art, weder jetzt noch in der Folge, entweder zu Brüssel oder zu Antwerpen abgemacht werden. §. 4. Durch die Creirung der besagten Summe von 5 Millionen niederländischen Gulden jährlicher Rente soll Belgien gegen Holland aller Verpflichtungen, die aus der Vertheilung der Staatsschulden des Königreichs der Niederlande hervorgegangen, entbunden seyn. §. 5. Von beiden Seiten ernannte Commissarien sollen binnen 14 Tagen in der Stadt Utrecht zusammenkommen, um zur Ueberschreibung der Capitalien und Renten zu schreiten, die durch Vertheilung der Staatsschulden des Königreiches der Niederlande im Betrage von 5 Millionen niederländischen Gulden jährlicher Rente zu Lasten Belgiens kommen. Sie sollen zugleich zur Auslieferung der Archive, Karten, Pläne und Documente aller Art schreiten, die Belgien angehören, oder dessen Verwaltung betreffen. [Art. 14. (15. Artikel des Vertrages vom 15. November 1831.) Der Hafen von Antwerpen wird, den Bestimmungen Art. 15 im Pariser Tractate vom 30. Mai 1814 zufolge, bloß ein Handelshafen seyn. Art. 15 (16). Alle Werke von öffentlichem oder besonderm Nutzen, Canäle, Straßen und Anderes von ähnlicher Beschaffenheit, was im Ganzen oder theilweise auf Kosten des vereinigten Königreiches der Niederlande angelegt worden ist, gehört, mit allen Vortheilen und Lasten, welche damit verknüpft sind, dem Lande, auf dem es gelegen ist. Es versteht sich, daß die Capitalien, welche zum Baue dieser Werke geliehen, und speciell dabei verwendet sind, insoweit sie noch nicht zurückbezahlt sind, zu den erwähnten Lasten gezählt werden müssen, ohne daß jedoch die bereits zurückgezahlten zu einer Liquidation Anlaß geben könnten. Art. 16 (17). Die Sequester, welche während der Unruhen in Belgien aus politischen Gründen auf Besitzungen und Patrimonialgüter gelegt worden sind, müssen ohne Verzug aufgehoben, und der Nießbrauch der Güter den rechtmäßigen Eigenthümern sogleich freigestellt werden. Art. 17 (18). In den beiden Ländern, deren Trennung in Folge gegenwärtiger Artikel Statt gefunden hat, soll es den Einwohnern und Eigenthümern, wenn sie ihren Wohnort von einem Lande in das andere verlegen wollen, während zwei Jahren freistehen, über ihr Mobiliar- und Immobiliar-Eigenthum, welcher Art es auch seyn mag, zu verfügen, es zu verkaufen und den Ertrag dieses Verkaufs in Geld oder andere Valuta ohne Hinderniß mit fortzunehmen, ohne daß eine andere Abgabe dafür zu entrichten wäre, als die jetzt in beiden Ländern bei Ausführungen gilt. Es versteht sich, daß für jetzt und in Zukunft auf jedes Heimfalls- und Abzugsrecht gegen Personen und Gütern von Holländern in Belgien und von Belgiern in Holland verzichtet wird. Art. 18 (19). Die Eigenschaft eines gemischten Unterthanen, in so weit dieß das Eigenthum betrifft, wird anerkannt und beibehalten. Art. 19 (20). Die Bestimmungen der Art. 11 bis 21 inclusive des zwischen Oesterreich und Rußland am 3. Mai 1815 geschlossenen Tractats, welcher einen wesentlichen Theil der allgemeinen Acte des Wiener Congresses ausmacht, Bestimmungen, welche sich auf gemischte Eigenthümer, auf die Wahl des Wohnortes, welche sie zu treffen genöthigt sind, auf die Rechte, welche sie als die Unterthanen des einen oder des andern Staates genießen, so wie auf die nachbarlichen Verhältnisse in den durch die Gränzen durchschnittenen Besitzungen beziehen, sollen auch auf das Eigenthum angewendet werden, welches in Holland, im Großherzogthume Luxemburg oder in Belgien sich in dem durch die oben genannten Bestimmungen der Acte des Wiener Congresses vorhergesehenen Falle befindet. Da die Heimfalls- und Abzugsrechte von jetzt ab zwischen Holland, Luxemburg und Belgien abgeschafft sind, so versteht es sich, daß diejenigen der oben genannten Bestimmungen, welche sich auf diese Rechte beziehen, in dem

drei Ländern für null und nichtig erklärt werden.] Man ist übereingekommen, daß die mineralischen Erzeugnisse des Bodens unter die im Artikel 20 des vorerwähnten Tractats vom 3. Mai 1815 aufgeführten Erzeugnisse begriffen seyn sollen. [Art. 20 (21). Niemand kann in den Ländern, welche unter andere Botmäßigkeit kommen, in irgend einer Art wegen directer oder indirecter Theilnahme an den politischen Ereignissen zur Untersuchung gezogen oder sonst beunruhigt werden. Art. 21 (22). Die Pensionen-, Warte- und Reformgelder sollen in Zukunft von beiden Theilen allen dazu Berechtigten, sowohl Civilisten als Militärs, den Gesetzen gemäß, welche vor dem 1. November 1831 in Kraft waren, ausgezahlt werden. Man ist übereingekommen, daß die genannten Pensionen und Gehalte, wenn die dazu Berechtigten auf dem Gebiete geboren sind, welches jetzt Belgien bildet, dem belgischen Schatze, für die aber, welche auf dem Gebiete geboren sind, welches jetzt Holland bildet, dem holländischen Schatze zur Last fallen sollen. Art. 22 (23). Alle Anforderungen belgischer Unterthanen an Privat-Etablissements, an Witwencassen, der sogenannten Vermächtnißcasse, den Cassen der Civil- und Militärversicherungen, sollen durch die gemischte Liquidationscommission, deren im Art. 13 gedacht wird, untersucht und nach Vorschrift der Reglements jener Anstalten entschieden werden. Die von Belgiern eingelegten Cautionen, die eingeschossenen Summen und die Consignationen sollen auf Vorweis ihrer Anrechte den dazu Befugten zurückerstattet werden. Wenn in Folge der sogenannten französischen Liquidation belgische Unterthanen Eintragungsrechte geltend zu machen hätten, so sollen diese Ansprüche ebenfalls von der genannten Commission untersucht und liquidirt werden.] Art. 23. Es sollen in derselben Kraft und gleichem Werth aufrecht erhalten werden die in Civil- und Handelssachen ausgesprochenen Erkenntnisse; die Civilstandsacten und die von Notarien oder andern öffentlichen Beamten unter der belgischen Herrschaft in den Theilen des Limburgischen und des Großherzogthums Luxemburg, in deren Besitz der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, soll gesetzt werden, vollzogene Acte. [Art. 24. Sogleich nach Auswechselung der Ratificationen des Vertrags zur Herbeiführung einer Vermittlung zwischen beiden Parteien werden die nothwendigen Befehle den Commandanten der betreffenden Truppen zur Räumung der Gebietstheile, Städte, Plätze und Ortschaften, welche die Herrschaft wechseln, zugesendet werden. Diese Räumung und Ueberlieferung wird so eingerichtet werden, daß sie im Laufe von 14 Tagen und wo möglich noch früher beendet seyn kann.]

Päpstliche Staaten.

Das Journal des Oesterreischen Lloyd enthält folgendes Schreiben aus Ancona vom 29. Jänner: „Briefe aus Brindisi melden verschiedene Seeunfälle in Folge eines Sturmes in der Nacht vom 10. d. M., deßgleichen sich die ältesten Leute nicht zu erinnern wissen. Die englische Brigantine „Lady Keith" strandete sechs Meilen südöstlich von Brindisi und ward ein Raub der Wellen. Eben so ging eine von Venedig abgesegelte Barke mit der ganzen Ladung unter, und nur die Mannschaft konnte sich mit genauer Noth retten. Wir wissen, daß noch ein anderes größeres Schiff scheiterte, doch ist uns dessen Flagge bisher nicht bekannt geworden. — Der apostolische Delegat Sr. Heiligkeit des Papstes Gregor XVI., Monsignor P. Gizzi, ließ heute nachstehende Kundmachung veröffentlichen: „Nachdem die höchste Behörde in Kenntniß gesetzt worden ist, daß die Weizen- und Maisausfuhr der Art zunehme, daß dadurch leicht ein Mangel an diesen zum Unterhalt der päpstlichen Unterthanen so nothwendigen Artikeln entstehen könnte, so hat sie es für nöthig erachtet, einem so außerordentlichen Ergebniß durch eine außerordentliche Maaßregel entgegenzuwirken. Nach dem Beispiele anderer weisen Regierungen, die sich in eine ähnliche Lage versetzt sahen, hat sie nun für jetzt bis auf weitere Verfügung jede Weizen- und Maisausfuhr verboten, daher jede Abweichung von diesem Verbote der vom Gesetze vorgeschriebenen Strafe verfallen ist."

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben mittelst allerhöchstem Handschreiben vom 6. Februar l. J. Sich bestimmt gefunden, das durch Ableben des Grafen Stephan Illésházy erledigte Reichsbaronat eines Dapiferorum Regalium Magister (kais. königl. obersten Truchseß des Königreichs Ungarn) dem dermaligen, mit der Leitung der Geschäfte bei der ungarischen Hofkanzlei beauftragten ersten Hof-Vicekanzler, Anton Grafen von Majláth, allergnädigst zu verleihen.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 29. Jänner l. J. den Causarum Regalium Vicedirector, Anton von Feyes, zum Causarum Regalium Director im Königreiche Ungarn allergnädigst zu ernennen geruht.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des Oesterreichischen Beobachters ist erschienen: Gemeinnütziger und erheiternder Hauskalender für das österreichische Kaiserthum, auf das gemeine Jahr (von 365 Tagen) 1839. Redigirt von Jos. Ritter von Seyfried. Titelkupfer: Der Markt Ischl im Salzkammergut. Kostet in geschmackvollem Umschlag, worauf der kais. Adler mit allen österr. Ritterorden abgebildet ist, auf Druckpapier 3 fl. 30 kr., auf Schreibpapier 4 fl. 30 kr. W. W.

№ 45

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 14. Februar 1839.

W 1 K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 12. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.943	283. 8 P.	+ 1.9	W.	still.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.908	28 8 2	+ 6.0	W.	— —	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.873	28 7 9	+ 0.9	S.	— —	heiter.

Großbritannien und Irland.

Durch außerordentliche Gelegenheit haben wir Nachrichten aus London vom 5. Februar (über Paris) erhalten. Das Parlament ist an diesem Tage von Ihrer Majestät der Königinn mit folgender Rede eröffnet worden: „Meine Lords und Herren! Ich freue Mich, Sie wieder im Parlament versammelt zu sehen. Ich wünsche ganz besonders, zu Ihrem Rath und Beistand in einem Zeitpuncte Meine Zuflucht zu nehmen, wo viele Gegenstände von großer Wichtigkeit Ihre ernste und bedachtsame Aufmerksamkeit erheischen. — Ich erhalte fortwährend von den auswärtigen Mächten befriedigende Versicherungen ihres Wunsches, die freundlichsten Verhältnisse mit uns aufrecht zu erhalten. — Ich habe mit dem Kaiser von Oesterreich einen Handelstractat abgeschlossen, der, wie Ich zuversichtlich hoffe, den Verkehr zwischen Meinen Unterthanen und denen des Kaisers erweitern und verbessern wird. — Ich habe auch einen Tractat gleicher Art mit dem Sultan abgeschlossen, welcher geeignet ist, den Handelsverkehr zwischen Meinen Staaten und dem türkischen Reiche auf einen besseren und sicherern Fuß zu stellen. Ich habe befohlen, daß Ihnen Abschriften dieser Tractate vorgelegt werden sollen. — Ich habe in Verbindung mit Oesterreich, Frankreich, Preußen und Rußland Unterhandlungen gepflogen zu dem Endzweck einer endlichen Ausgleichung der Differenzen zwischen Holland und Belgien. — Ein definitiver Friedenstractat, auf frühere Arrangements, denen beide Theile beigetreten waren, gegründet, ist demzufolge der holländischen und der belgischen Regierung vorgeschlagen worden. Ich habe die Befriedigung, Ihnen melden zu können, daß die holländische Regierung die Conferenz bereits von der Annahme des Tractats ihrerseits in Kenntniß gesetzt hat, und Ich hoffe mit Zuversicht, daß eine gleiche Anzeige von Seite der belgischen Regierung jener Beunruhigung ein Ende machen wird, welche der gegenwärtige schwankende Zustand dieser Angelegenheiten nothwendigerweise erzeugt hat. Die Einstimmigkeit der fünf verbündeten Mächte gewährt eine befriedigende Sicherheit für die Erhaltung des Friedens. — Ich beklage die Fortdauer des Bürgerkrieges in Spanien, der Meine sorgfältige und unverminderte Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. — Differenzen, die entstanden sind, haben die Abreise Meines Ministers vom Hofe von Teheran veranlaßt. Ich hege jedoch die Hoffnung, zu erfahren, daß eine befriedigende Beilegung jener Differenzen gestatten wird, meine Verhältnisse mit Persien auf den früheren Fuß der Freundschaft wieder herzustellen. — Ereignisse, welche mit derselben Differenz in Verbindung stehen, haben den Generalgouverneur von Indien bewogen, Maaßregeln zum Schutze der brittischen Interessen in jenem Theile der Welt zu ergreifen und in Engagements sich einzulassen, deren Erfüllung militärische Operationen nöthig machen dürfte. Zu diesem Ende sind diejenigen Vorbereitungen getroffen worden, welche genügend seyn dürften, dem Angriff, woher er auch kommen mag, Widerstand zu leisten, und die Integrität Meiner östlichen Besitzungen aufrecht zu erhalten. — Die Reform und Verbesserung der Municipalcorporationen von Irland sind wesentlich für die Interessen jenes Theils Meiner Staaten. — Es ist gleichfalls dringend, daß Sie Sich den weiteren Verfolg und die Vervollständigung jener Maaßregeln angelegen seyn lassen, die von den kirchlichen Commissarien von England angerathen worden sind, um der herrschenden Kirche erhöhte Kraft zu verleihen und ihren Einfluß auf die Zuneigung und die Ehrfurcht Meines Volkes zu kräftigen. — Die strenge Handhabung des Gesetzes und die schnellere und sichere Verwaltung der Justiz, sind von höchster Wichtigkeit für die Wohlfahrt des Gemeinwesens, und Ich hege die Zuversicht, daß Sie Sich eifrigst mit Prüfung jener Maaßregeln beschäftigen werden, die Ihnen zur Erreichung jener wohlthätigen Resultate werden vorgelegt werden. — Meine Herren vom Unterhause! Ich habe angeordnet, daß die jährlichen Kostenanschläge angefertigt und Ihnen vorgelegt werden sollen. — Indem Ich den Grundsätzen der Ersparniß beipflichte, die Ich in jedem Staatsdepartement durchgeführt zu sehen wünsche, halte Ich es für Meine Pflicht, zu empfehlen, daß gebührende Vorsorge für die Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes getroffen werde. Ich erwarte mit Zuversicht von Ihrer Biederkeit und Ihrem Patriotismus, daß Sie jene Anstalten, welche für die Kraft und Sicherheit des Landes wesentlich sind, wirksam aufrecht erhalten werden. — Meine Lords und Herren! Mit großer Freude sehe Ich Mich in den Stand gesetzt, Sie zu benachrichtigen, daß die durch das Gesetz behufs der endlichen und vollständigen Emancipation der Neger festgesetzte Frist durch Acte der Colonial-Legislaturen antiecipirt worden ist, und daß der Uebergang von dem temporären System der Lehrjahre zu gänzlicher Freiheit ohne irgend eine Störung der öffentlichen Ordnung und Ruhe Statt gefunden hat. Allen Maaßregeln, welche erforderlich seyn dürften, um dieser großen und wohlthätigen Veränderung volle Wirksamkeit zu geben, werden Sie, wie Ich nicht zweifle, Ihre sorgfältige Aufmerksamkeit zu Theil werden lassen. — Ich muß Sie mit tiefem Leidwesen in Kenntniß setzen, daß die Ruhe der Provinz von Niedercanada abermals durch Aufruhr gestört worden ist, und daß feindliche Einfälle in Obercanada von gewissen gesetzlosen Bewohnern der vereinigten Staaten von Nordamerika unternommen worden sind. Der Präsident der vereinigten Staaten hat die Bürger der Union aufgefordert, sich eines Verfahrens zu enthalten, das mit den

freundschaftlichen Verhältnissen, die zwischen Großbritannien und den vereinigten Staaten bestehen, so unvereinbar ist. Ich habe befohlen, daß Ihnen vollständige Aufschlüsse über alle diese Gegenstände vorgelegt werden sollen und Ich empfehle den gegenwärtigen Zustand jener Provinzen Ihrer ernsten Aufmerksamkeit. Ich vertraue auf Sie, daß Sie Meinen festen Entschluß, die Autorität Meiner Krone aufrecht zu erhalten, unterstützen werden; und Ich hege die Zuversicht, daß Ihre Weisheit solche Maaßregeln ergreifen wird, welche geeignet sind, jenen Theilen Meines Reiches die Wohlthat innerer Ruhe und den vollen Genuß der Vortheile ihrer eigenen großen natürlichen Hülfsquellen zu sichern. — Ich habe mit Schmerz die beharrlichen Anstrengungen beobachtet, die in einigen Theilen des Landes gemacht worden sind, um Meine Unterthanen zum Ungehorsam und zum Widerstand gegen das Gesetz aufzureizen, und gefährliche und gesetzwidrige Umtriebe zu befördern. Zur Vereitlung aller solcher Pläne vertraue Ich auf die Wirksamkeit des Gesetzes, dessen strenge Handhabung Meine Pflicht ist — auf den gesunden Sinn und die Rechtschaffenheit Meines Volkes — auf seine Anhänglichkeit an die Grundsätze der Gerechtigkeit, und auf seinen Abscheu vor Gewaltthat und Unordnung. — Ich stelle alle diese großen Interessen Ihrer Weisheit anheim, und flehe zu dem Allmächtigen, daß er Ihren Berathungen Beistand und Gedeihen schenken möge."

Beide Parlamentshäuser versammelten sich Abends zur gewöhnlichen Stunde. Im Oberhause war Lord Durham einer der ersten, der erschien, und stellte noch bevor der Lordkanzler die Thronrede verlas, die Frage an Lord Melbourne, wann er die Aufschlüsse über Canada dem Hause vorzulegen gedenke, worauf Lord Melbourne erwiederte, daß dieß unverzüglich geschehen werde. Nachdem hierauf der Lordkanzler die Thronrede vorgelesen, stellte der Graf von Lovelace die Motion zur Adresse in durchaus beifälligem Sinne; sein Antrag wurde von Lord Vernon unterstützt. Bei Abgang des Kuriers sprach der Herzog von Wellington. — Im Unterhause wurde die Motion zur Adresse von H^rn. E. Buller gestellt und von H^rn. G. W. Ward unterstützt, worauf sich H^r. Duncombe erhob, und als Amendement vorschlug, in die Adresse einzuschalten, daß die Erwartungen des Landes durch die Reformbill getäuscht worden seien, und deßhalb noch weitere Reformen nöthig seien. H^r. Dumcombe sprach noch bei Abgang des Kuriers.

Die Londoner Zeitungen enthalten eine Adresse der Committee des Vereins zur Abschaffung der Kirchensteuern an das englische Volk, worin folgende drei Puncte zur Erwägung gestellt werden: 1) Alle Theile wünschen, daß die Frage ohne fernern Verzug zur Erledigung gebracht werde; 2) der Ueberschuß der Einnahme, der aus einem verbesserten Verwaltungssystem des Kirchenguts entsteht, muß zu den bisher durch die Kirchensteuern bestrittenen Ausgaben verwandt werden, oder sonst zu einem nationalen Zwecke, und 3) irgend ein Versuch, diese Frage zu beseitigen, indem man die Landtaxe, den consolidirten Fonds oder einen andern Zweig der Nationaleinkünfte in Anspruch nähme, würde eine unberechenbare Erschwerung des Uebels seyn. Die Adresse beginnt mit einem allgemeinen Aufruf, der folgendermaaßen beginnt: „Mehr als zwei Jahre sind verflossen, seit wir euch zuletzt hinsichtlich der Kirchensteuer anredeten. Edelmüthig entspracht ihr unserm Aufruf. In einer großen Anzahl Pfarren widerstandet ihr der Auferlegung der gehässigen Taxe, ihr hieltet fast in jedem Bezirke des Landes große öffentliche Versammlungen, ihr ernanntet 419 Abgesandte, um euch in der Generalversammlung, die vor zwei Jahren sich in der Hauptstadt vereinigte, zu repräsentiren, ihr sandtet 2328 Bittschriften mit 674,719 Unterschriften ins Unterhaus, die um gänzliche Abschaffung der Kirchensteuern ansuchten. Abermals wenden wir uns an euch! die Kirchensteuern sind nicht abgeschafft; nur von euch selbst hängt es ab, ob sie es werden. Vor zwei Jahren erklärte das Parlament nach langer Discussion, daß sie aufhören müßten, und ernannte eine Committee, um einen Bericht über den Plan des Kanzlers der Schatzkammer abzustatten. Diese Committee berichtete auf die ihr vorliegenden Beweisstücke und verlangte wieder bestellt zu werden, um neue Data zu erhalten, welches auch mit den Absichten der Regierung übereinstimmte. Ueberall, wohin ihr eure Blicke wendet, seht ihr Opposition gegen die Kirchensteuern. Ihr seht die Diener der Religion deßwegen im Kampfe mit ihren Pfarrkindern, ihr seht, wie eure Freunde und Nachbarn zu ungeheuren Geldbußen verurtheilt, ja der Gewissensscrupel wegen in Gefängnisse eingekerkert werden. Landsleute! Wie lange soll dieser Zustand noch dauern? Soll eine andere Parlamentssession vorübergehen und kein Mittel angewandt werden? Ihr seid geduldig und langmüthig gewesen, dieses hätte euch die Achtung und den guten Willen der Verfechter der Kirchensteuern zusichern müssen, und dennoch sind seit der Ernennung der Committee diese Steuern mit vermehrter Strenge eingefordert worden!" Später folgt eine Anrede an die Glaubensgenossen der herrschenden Kirche; es wird darin gesagt: Wir wollen uns nicht in den Gottesdienst und die Disciplin eurer Kirche mischen, sondern nur um Befreiung von ihrer weltlichen Macht bitten, welche uns erdrückt. Wir betrachten die Auferlegung der Kirchensteuer als eine Bürde und Beschwerde. Eure Kirche ist reich und bedarf dieser Steuer nicht; warum sie also von gewissenhaften Dissenters verlangen? Könnt ihr mit ruhigem Gewissen und heiligen Empfindungen an den Todeserinnerungen desjenigen, der unser Herr ist, Theil nehmen, wenn sie mit unwillig geleisteten und erzwungenen Beiträgen erkauft sind?" Dann sich an die protestantischen Dissenters wendend, sagt die Committee: „Euch haben die jetzigen Zeitumstände Verantwortlichkeiten von außerordentlicher Art auferlegt; wenn ihr eure Grundsätze für wahr haltet, so ist es eure heilige Pflicht, durch alle Mittel, welche die Religion sanctionirt, euch einem System zu widersetzen, welches nach den Grundsätzen, die ihr vertheidigt, und nach der Religion, die ihr ehrt, verabscheuenswerth ist."

H^r. Henry L. Wickham hat über die vielbesprochene Angelegenheit der Korngesetze ein Gutachten folgenden wesentlichen Inhalts abgegeben: „Ich kann nicht glauben, daß selbst die gänzliche Freigebung des Handels die Preise in ordentlichen Jahren weit unter 60 Sh. für das Quarter schönen Weizens herunterbringen würde. Die Fabrikanten würden sich in diesem Falle täuschen, wenn sie glaubten, die Nahrungsmittel könnten bei uns so wohlfeil werden, als in den Fabrikbezirken des Festlandes; andererseits wäre die Besorgniß der Grundbesitzer grundlos, daß die Preise so ungeheuer sinken werden. Der Vortheil jeder Maaßregel, durch welche der Verkehr mit dem Festlande erleichtert würde, entspränge aus der Festigkeit und Sicherheit der Preise, welche daraus hervorgehen müßte. Der Nachtheil des gegenwärtigen Systems liegt nicht sowohl in den daraus entspringenden hohen Fruchtpreisen, als in den außerordentlichen Schwankungen des Preises, welche die Beschränkung des Handels zur Folge hat."

Mit größter Eifersucht werden jetzt alle Fortschritte der teutschen Industrie von den Engländern bewacht und

verkündet. So zeigt jetzt der Sun an, daß bereits Ginghams aus Elberfeld in bedeutender Quantität eingeführt werden, und auch in Sammt das englische Fabrikat durch das Elberfelder verdrängt zu werden beginne.

Der Globe bemerkt mit Bezug auf die Erfindung des Hrn. Daguerre, durch welche die Bilder der Camera obscura fixirt werden, daß dieß wohl nicht durch Silber-Chlor bewerkstelligt werden könne, da bei Silber-Chlor das helle Licht gerade dunkel mache, während dieß bei der Erfindung des Hrn. Daguerre nicht der Fall sei.

Bei Gelegenheit des letzten furchtbaren Sturms ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß es zweckmäßiger sei, die Schornsteine in runder Form zu bauen, indem sie auf diese Weise fester wären, dem Winde keine große Fläche darböten, und also weniger von ihm beschädigt werden könnten.

Consols am 5. Februar 92⅞.

Frankreich.

Der Moniteur vom 7. Februar (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält eine königliche Ordonnanz vom vorhergehenden Tage, kraft deren Hr. Persil, Präsident der Münzcommission, seines Amtes entlassen ist. — Theilnahme an einem Oppositions-Wahlcomité soll diese Maaßregel veranlaßt haben. Auch Hr. Mottet, Generalprocurator beim königlichen Gerichthofe zu Orleans, soll aus gleichem Grunde von seinem Posten (durch Ordonnanz vom 5.) entfernt worden seyn, der bisherige Generalprocurator beim königlichen Gerichtshofe zu Nimes, Hr. de la Tournelle, ersetzt ihn.

Für die zwölf Bezirke von Paris hat sich ein besonderes Oppositions-Wahlcomité gebildet. Präsident ist Hippolyte Carnot, Vicepräsident der Bildhauer David, Schatzmeister der Bankier Goudchaux. Die Wählerliste von Paris zählt gegenwärtig 17,709 Namen, was nicht ganz zwei Wähler auf 1000 Einwohner ausmacht.

Am 3. Februar zogen 60 bis 80 Arbeiter über den Platz des Observatoriums in Paris unter Gesang und dem Rufe: „Es lebe der König! Nieder mit Mentalivet!“ Sie zerstreuten sich jedoch bald nachher. Kurz zuvor war ein Mann in der Straße de l'Ecole de Medecine wegen aufrührerischer Rufe von einem Stadtsergenten festgenommen worden.

Am 5. Februar 5Percents 110 Fr. 5. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 25. 3Percents 78 Fr. 40. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 15. — Am 6. Februar 5Percents 110 Fr. 25. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 20. 3Percents 78 Fr. 15. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. — Am 7. Februar 110 Fr. 10. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 45. 3Percents 78 Fr. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 25.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 27. Jänner melden: „Der Geldmangel wird täglich drückender. Die Ausgaben des Kriegsministeriums allein betragen monatlich 50 Millionen Realen, während sämmtliche Staatseinnahmen sich nicht höher als auf 40 Millionen Realen monatlich belaufen. Das erste Bataillon der Nationalgarde von Madrid hat den General Lorenzo, welcher des Commandos in Santiago de Cuba entsetzt worden ist, weil er, den Befehlen des Generalcapitäns Tacon trotzend, daselbst voreilig die Constitution proclamirt hatte, zum Commandanten gewählt. In gleichem Sinne fiel die Commandantenwahl der Nationalgarde zu Pferd aus. Sie traf den General Don Narciso Lopez, welcher in neuester Zeit an der Spitze der revolutionnären Junta zu Valencia gestanden war! — In der gestrigen Sitzung des Senats wurde ein Gesetzentwurf angenommen, durch welchen den Witwen der in Volksaufständen umgekommenen Generäle Cevallos, Escalera, San-Just und Mendivil Pensionen verwilligt werden.“

Die Quotidienne vom 5. d. M. erklärt die Nachricht ihres Correspondenten von dem Ableben des Ministers Don Jose Arias de Tejeiro für ungegründet.

Mexico.

Der in Tampico erscheinende Telegrafo, ein im föderalistischen Interesse redigirtes Blatt, gibt ausführliche Nachricht über das Gefecht zwischen den Federalisten unter Urrea und Montenegro und den Regierungstruppen unter Canalizo, Piedras, Cos und Conde, welches am 30. November in und um Tampico Statt fand. Im Wesentlichen lautet der Bericht also: „Um 3½ Uhr Morgens eröffnete der Feind sein Feuer auf der linken Seite unserer Linie, die sich auf die Laguna del Carpentero stützt, und unternahm Bayonnetangriffe von dem Fort del Guerrero bis an die Ufer des erwähnten Sees. Die Bewegung wurde mit Kühnheit ausgeführt und war insoweit von Erfolg, daß der Feind die äußersten Puncte unserer Verschanzungen einnahm und theilweise selbst in das Innere derselben eindrang. Die gegen das Fort Guerrero gerichtete Angriffscolonne wurde durch den General Cos und den Obersten Francisco Andrade befehligt. Der heftigste Angriff aber fand gegen das Fort Libertad Statt; er wurde durch den General Jose de las Piedras mit mehr als 600 Mann unternommen, und die dorthin entsendeten Verstärkungen langten nicht frühzeitig genug an, um die Einnahme des Forts zu verhindern. Als nun unser General en Chef (Urrea) bemerkte, daß auf diese Weise der größte Theil unserer Linie durchbrochen war, ließ er die Cavallerie anrücken und stellte sie, von einigen Compagnien Infanterie unterstützt, zwischen dem genommenen Fort und der Stadt auf. Als darauf die Feinde aus dem Fort gegen die Cavallerie vorrückten, wurden sie von vorn und von der Seite angegriffen, auf das Fort Libertad zurückgeworfen und beim Rückzuge sowohl von der Flußseite her als aus dem Fort Landero lebhaft beschossen. Das Gefecht endete erst um 10 Uhr mit der Wiedereroberung des Forts Libertad durch einen Bayonnetangriff. Die Garnison vertheidigte sich mit außerordentlicher Tapferkeit. Auf dem Schlachtfelde fand man über 200 Todte und 38 Verwundete des feindlichen Corps; mehr als 200 der letzteren sollen überdieß fortgebracht worden seyn. Unsererseits haben wir 14 Todte und 70 Verwundete gehabt. Eine kleine Abtheilung Cavallerie und Artillerie unter dem Oberstlieutenant Briones wurde zur Verfolgung des Feindes ausgesandt, auch erhielten drei Kanonierschaluppen den Befehl, sich vor die Barre zu legen, um den Flüchtigen den Weg nach Tuspan zu versperren; der Befehl wurde indeß zu spät ausgeführt, so daß es Mehreren gelang zu entkommen. Tuspan selbst wird aber bald unsern Truppen in die Hände fallen und dann wird der ganze District von Pueblo Bejo von dem Drucke befreit seyn, der auf ihm lastet. Noch immer werden Gefangene auf der Flucht hier eingebracht. Unter den 18 gefangenen Offizieren befinden sich der General de las Piedras (der, wie schon erwähnt, erschossen worden ist), der Oberst Francisco Andrade, mehrere Oberstlieutenants und Hauptleute.“ (Von dem Tode des Obersten Montenegro, der nach andern Mittheilungen im Gefecht geblieben seyn soll, sagt dieser Brief nichts.)

Am 8. December war ein Kurier in Tampico eingetroffen, welcher die Nachricht überbrachte, daß die Regierung den Vertrag zwischen dem Admiral Baudin und dem General Rincon nicht ratificirt habe.

Dem Journal de Debats vom 7. d. M. zufolge haben die Feindseligkeiten zwischen den französischen Seestreitkräften unter Commando des Viceadmirals Baudin und den mexicanischen Truppen, unter den Befehlen des Generals Santana, ehemaligen Präsidenten der Republik, wieder begonnen. Bekanntlich hatte die mexicanische Regierung die zwischen dem Admiral Baudin und dem Commandanten von Veracruz, General Rincon, abgeschlossene Convention zu ratificiren sich geweigert. In Folge dieser Weigerung rückten die mexicanischen Truppen, welche sich in Folge des Waffenstillstandes vom 28. November ins Innere des Landes gezogen hatten, unter Santana's Befehlen, gegen Veracruz vor. Allein auf die Nachricht von dieser Bewegung hatte Admiral Baudin sogleich einen Theil seiner Soldaten und Matrosen ans Land setzen lassen, um die Kanonen des Platzes zu vernageln. Die Mexicaner sollen hierauf, wenn man den aus Neworleans eingetroffenen Nachrichten Glauben beimessen darf, angegriffen, und die Franzosen genöthigt haben, sich wieder einzuschiffen. Allein dieser von den Mexicanern errungene Vortheil wurde ihnen bald wieder entrissen. Admiral Baudin ergriff am folgenden Tage wieder die Offensive und bemächtigte sich, nach einem blutigen Gefechte, wobei General Santana ein Bein verloren haben und General Arista in die Gewalt der Franzosen gefallen seyn soll, der Stadt Veracruz.

Belgien.

Die belgischen Kammern sind bis zum 4. März prorogirt. — Am 3. d. M. bei Eröffnung der Sitzung des Senats wurde von dem Präsidenten, Grafen d'Arschot, der dießfallsige Beschluß des Königs verlesen, welche folgendermaaßen lautet: „Leopold I., König der Belgier ꝛc. Nach Einsicht des Art. 72 der Constitution; nach dem Gutachten Unseres Ministerrathes, haben wir beschlossen und beschliessen: Die Kammern sind vom 4. Februar bis zum 4. März prorogirt. — Unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist mit der Vollziehung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt. Gegeben zu Brüssel, den 3. Februar 1839. Unterz. Leopold. Im Auftrag des Königs: der Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten: (Unterz.) de Theux." — Der Moniteur Belge fügt hinzu: „Die Vertagung der Kammern auf nächstkünftigen 4. März hat keineswegs zur Folge, daß sie nicht vor diesem Zeitpuncte von der Regierung einberufen werden können, um Mittheilung des Entschlusses zu erhalten, welchen die Regierung über die wichtige politische Frage, die das Land beschäftigt, zu fassen hat. Die Regierung wird in keinem Falle den Zustand der Ungewißheit über die Epoche hinaus verlängern wollen, wo sie im Stande seyn wird, demselben ohne Gefährdung der Interessen des Landes ein Ende zu machen."

Die HH. d'Huart und Ernst (der Finanz- und der Justizminister) haben ihre Dimissionen eingereicht, die vom Könige angenommen worden sind. Durch königliche Ordonnanz vom 4. d. M. ist der Staatsminister Hr. von Merode zum Finanzminister par interim und Hr. Rothomb zum Justizminister par interim ernannt worden.

Teutschland.

Am 7. Jänner Nachmittags wurde von Sr. Majestät dem Könige von Würtemberg eine Deputation der Kammer der Standesherren in Audienz empfangen, um Höchstdenselben die in dieser Kammer votirte Dankadresse auf die königliche Thronrede bei Eröffnung des gegenwärtigen ordentlichen Landtages darzubringen. Der Präsident der Kammer, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, hatte die Ehre, diese Adresse vorzutragen; dieselbe ist folgenden Inhalts: „Eurer königl. Majestät erhabenem Throne nahet sich die treugehorsamste Kammer der Standesherren mit der ehrerbietigsten Aeußerung ehrfurchtsvollen Dankes für die allergnädigst bewirkte Eröffnung der Ständeversammlung, so wie für die gnädigen Worte wohlwollender Huld, die sie dießmal von Eurer königl. Majestät Höchstselbst zu vernehmen das Glück hatte. Der König, der seines Volkes Vater ist, konnte mit Recht voraussetzen, daß jedes Ereigniß in Seinem Hause die innigste Theilnahme aller Seiner Kinder hervorrufen werde. Möge die Zukunft der geliebten Tochter, die Geist und Anmuth in seltener Weise in Sich vereinigt, den Erwartungen des Vaterherzens völlig entsprechen. Eure königl. Majestät kündigen uns verschiedene Vorschläge und Gesetzentwürfe an, die Allerhöchstdieselben an uns gelangen zu lassen geruhen wollen. Wir werden sie, in stetem Hinblick auf das Wohl des Königs und des Vaterlandes, auf Recht und Verfassung, mit Sorgfalt und mit der unbefangenen Ruhe berathen, die allein das Gedeihen und den Erfolg solcher Arbeiten sichert. Mit Freude haben wir unter denselben das Statut für die ritterschaftlichen Körperschaften gefunden, durch welches, wie wir hoffen, eine Verheißung unserer Verfassungsurkunde, der wir nach zwanzig Jahren mit gleicher Treue anhängen, in Erfüllung gehen wird. Wir preisen mit Eurer königl. Majestät die göttliche Vorsehung, unter deren Schirm ein langer Friede alle seine Segnungen im Lande verbreitet hat. Allein bei der Betrachtung der günstigen Lage des öffentlichen Haushalts gedenken wir auch dankbar der weisen Hand, die ihn seit mehr als 22 Jahren geleitet, und den jetzigen so erfreulichen Zustand herbeigeführt hat. Derselben Fürsorge verdanken wir eine kräftige Mitwirkung zu den jetzigen bestehenden wohlthätigen Einrichtungen im Zoll- und Münzwesen. Sie gewähren zugleich ein schönes Beispiel der Einigkeit in unserem teutschen Vaterlande, und geben der gegründeten Hoffnung Raum, daß das Band derselben die verschiedenen Bundesstaaten, zu deren gemeinsamer Wohlfahrt, immer fester umschlingen werde. Hierzu tragen gewiß die Bemühungen eines Fürsten wesentlich bei, der seine volle Ergebenheit für die Sache Teutschlands zu jeder Zeit offen an den Tag gelegt hat. Mit den Gesinnungen der Ehrfurcht, der Treue und der Anhänglichkeit ersterbt Eurer königl. Majestät treugehorsamste Kammer der Standesherren. Der Präsident (Gez.): Ernst Fürst zu Hohenlohe-Langenburg. Die Secretäre (Gez.): von Mohl. Graf von Sontheim. Stuttgart den 6. Februar 1839." — Sr. königl. Majestät geruhten hierauf Folgendes zu erwiedern: „Den Ausdruck der Gesinnungen „der Kammer der Standesherren nehme Ich mit aufrichtigem Danke an; diese Gesinnungen sind Mir Bürge, daß „sie mit gewohntem Eifer und Sachkenntniß die Geschäfte dieses Landtages zu erledigen sich bemühen werden."

Wien.

Am 13. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	106 9/10
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100 5/8
detto detto	zu 3 pC. in CM.	80 3/4
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——
detto detto	v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——
detto detto	v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	——
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		65 1/4
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr.		fl. 100 G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß jel. Wwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1·K·
ZEITUNG
1839

№ 46

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 15. Februar 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 13. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.875	283. 9 P.	+ 2.1	W.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.823	28 7 1	+ 4.7	NW.	Sturm.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.895	28 8 0	+ 3.0	W.	mittel.	heiter.

Großbritannien und Irland.

Die englischen Militärjournale scheinen den Krieg gegen Birma und gegen Nepal für eine ausgemachte Sache zu halten, und die Anstalten, die in England getroffen werden, um in den Monaten März und April nicht nur 1000 Mann als Ergänzung für einige dortige Regimenter, sondern selbst mehrere neue Regimenter, worunter zwei Cavallerieregimenter, dorthin zu senden, geben allerdings diesen Vermuthungen einigen Halt. Das neunte königliche Regiment, das zu Tschinsurah, nicht weit von Calcutta, stand und gegen Westen aufbrechen sollte, hat Gegenbefehl erhalten und soll nach Ranguhn eingeschifft werden. Dieser Hafen, welcher den ganzen Handel des Irawaddi-Thals und somit von ganz Birma beherrscht, soll, wie der Bengal-Hurkaru vom 14. November sagt, besetzt und behalten werden. Die Regierung zu Calcutta hat nach Bombay Befehl geschickt, um von dort so viel Dampfboote, wie möglich, zum Truppentransport zu erhalten, so daß wahrscheinlich die Postverbindung mit dem rothen Meere wieder auf einige Zeit unterbrochen werden wird. Einzelne Nachrichten lassen vermuthen, daß an der Nordwestgränze Indiens eine neue Phase eingetreten ist. Nach dem Bengal-Hurkaru vom 18. November ist der Befehl ergangen, zu Firozpur eine Brücke über den Sutledsch zu schlagen, woraus man schließt, daß die anglo-indischen Truppen nun doch durch das Gebiet Rundschit Singhs marschiren werden. Erklären will man sich dieß durch den Umstand, daß, mehreren Angaben zufolge, Rundschit Singhs Angelegenheiten ziemlich schlecht stehen, denn einerseits sollen ihm sehr viele Soldaten mit Waffen und Gepäck desertiren, um sich in die besser bezahlten Corps von Schah Schudscha anwerben zu lassen, die auch in der That wunderbar schnell nicht nur vollständig gemacht, sondern auch eingeübt wurden; andererseits soll sich der Fürst von Peschawer, Bruder Dost Mohammeds in Kabul, von dem Tribut, den er seit mehreren Jahren an Rundschit Singh bezahlte, losgesagt haben, indem die Ehre seiner Familie erfordere, daß er sich an seinen Bruder anschließe, und sich der Wiedereinsetzung Schah Schudscha's auf den Thron von Afghanistan widersetze. Da sein Bündniß mit Rundschit Singh, wie sein Tribut an denselben, keine freiwillige, sondern eine durch des letzteren Uebermacht abgedrungene Sache war, so gewinnt das Gerücht Bestand, als hätten die Truppen Rundschit Singhs von den Afghanen neuerdings eine Niederlage erlitten, was bei der Aufregung der Moslems gegen die Sikhs für nicht unwahrscheinlich gehalten wird.

Die Londoner Blätter geben sämmtlich Urtheile über die Auflösung der französischen Deputirtenkammer. Die Morning-Post und der Standard billigen sie vollkommen, als durch das Interesse der Ordnung und des Friedens geboten; der Standard sagt, Ludwig Philipp verdiene deßwegen den Dank aller Freunde eines freien Regierungssystems. Auch der Sun billigt die Maaßregel. Seiner Ansicht nach war sie nöthig, um eine Collision mit den vier übrigen Mächten der Conferenz hinsichtlich der niederländischen Angelegenheit zu vermeiden. Der Globe und der Courier drücken die Besorgniß aus, daß diese an sich verfassungsmäßige Maaßregel nicht ohne Gefahr seyn dürfte. Die einzige Chronicle hält sie für einen Staatsstreich, ähnlich denen Carls X., und die gegenwärtig bei den Nachbarn jenseits des Canals obschwebende Krise erscheint ihr als ein ernsthafter Kampf zwischen dem König und dem Parlamente.

Spanien.

Der Toulonnais schreibt aus Oran: „Ein Fahrzeug, welches Melilla am 20. Jänner verließ, ist am 22. auf der Rhede von Mers-el-Kebir eingetroffen. Es befanden sich am Bord desselben zwei Abgesandte der empörten Besatzung, ein Offizier und ein Priester, welche beim Abgang des Dampfboots „Crocodil" noch in Quarantaine lagen. Man glaubt, ihre Mission sei, die Freilassung der Gefangenen von Alhucemas, welche in Oran noch in Haft gehalten werden, zu verlangen. Die Carlisten von Melilla sind gut verproviantirt und bereit, den Truppen, welche die spanische Regierung gegen sie schicken wird, energisch zu widerstehen. Sie beziehen ihre Lebensmittel von den Eingebornen Marocco's. Ein englischer Kriegsbrigg liegt vor Melilla und sucht mit den neuen Befehlshabern des Platzes zu unterhandeln. Auch die Marocceaner haben letztern vorgeschlagen, sich mit ihrem Sultan in Verbindung zu setzen. Die Carlisten aber wollen weder England noch Marocco als Schutzherrn. Die Madrider Regierung hat jetzt auf der afrikanischen Küste nur Ceuta noch, welches wahrscheinlich dem Beispiele von Alhucemas und Melilla bald folgen wird."

Frankreich.

Zu dem bevorstehenden Wahlkampfe machen Coalition und ministerielle Partei ihre Rüstungen. Die Anstrengungen der Coalition concentriren sich bis jetzt großentheils in der Tagespresse der Hauptstadt. Mit Ausnahme des Journal de Debats und der Presse treten fast alle Pariser Tagesblätter feindlich gegen das Ministerium auf. Jene beiden ministeriellen Blätter haben daher alle mögliche Mühe, so vielen Gegnern die Stirne zu bieten, so viele tägliche Ausfälle abzuwehren und zu erwiedern. Die Presse sagt: „Die beiden heftigsten Journale sind in diesem Augenblick das Journal Général und der Constitutionnel. Ersteres wird fast ganz von Hrn. Duvergier de Hauranne redigirt; die Artikel im Constitutionnel komen fast alle aus der Feder des Hrn. Thiers. Das Journal Général

begnügt sich heute nicht mehr, den öffentlichen Beamten Insubordination vorzuwerfen, sie mit Absetzung zu bedrohen, wenn sie hinsichtlich der Wahlen die ministeriellen Instructionen befolgen, es richtet an die Departementalpresse einen Aufruf, der in den heftigsten Ausdrücken abgefaßt ist, und benachrichtigt die Deputirten, daß keine von den Versprechungen, welche ihrem Arrondissement von den gegenwärtigen Ministern gemacht worden, von ihren Nachfolgern gehalten würde. Eine umwälzendere Sprache ist nie von den Parteien, gegen welche die Doctrinärs all ihre Mittel der Einschüchterung erschöpften, gesprochen worden. Wenn nun ein Ministerium der Coalition in ernste Verwicklungen geräth, auf was wird es seine Macht stützen? Wo wird es dieselbe hernehmen? Was ist überhaupt die materielle Macht in den Händen von Männern, welche die moralische Macht verloren haben?"

Niederlande.

Nach dem Amsterdamer Handelsblad vom 4. Februar sind folgendes die Hauptbestimmungen des zwischen Holland und Preußen (resp. dem teutschen Zollverband) abgeschlossenen Handelstractats: „Von Seiten des Zollverbands sollen nachfolgende niederländische Producte Zollerleichterungen genießen: 1. Butter, Käse, Stiere, Kühe, Ochsen, Färse bei der Einfuhr auf den Landwegen gegen die Hälfte des Tarifs. 2. Lumpenzucker zum Gebrauche der Raffinerien des Zollverbandes bei der Einfuhr zu Land und zur See gegen die Hälfte des jetzigen Tarifs und auch später, bei möglicher Veränderung desselben, nur mit 10 Percent Erhöhung über den Tarif des für Raffinerien eingeführt werdenden Rohzuckers. 3. Raffinirter Zucker gegen 10 Thlr. für 50 Kilogramme (jetzt 11 Thlr. pr. preußischer Centner), mit der Zusage, daß auch bei späteren Verminderungen des Zolles auf den für inländische Raffinerien eingeführt werdenden Rohzucker der Zoll des raffinirten Zuckers gleichmäßig vermindert werden, und nicht das Doppelte des Zolles von Rohzucker übersteigen soll. 4. Reiß, 2 Thlr. für 50 Kilogramme (jetzt 3 Thlr. pr. preußischen Centner). Diese Verminderungen sollen ad 1 augenblicklich nach der Verkündigung des Tractats; ad 2 acht Wochen nach dieser Verkündigung; ad 3 und ad 4 aus Ursache der in den gesetzlichen Bestimmungen des Zollverbandes hiermit streitenden Bedenken, erst am 1. Jänner 1840, wo ein neuer Tarif-Zeitabschnitt beginnt, in Wirkung treten. Von Seiten Niederlands werden zugestanden, a) bei der Einfuhr zu Land und längs des Flusses unter der Flagge eines Staats des Zollverbands: 1. Für Wein, 2. für Getreide, Gleichstellung mit der Einfuhr zur See, d. h. Verminderung des Eingangszolles von 10 Percent, 3. bei verschiedenen Sorten von Steinen, Verminderung bis auf 50 Percent des allgemeinen Eingangszolles. b) Bei der Einfuhr längs des Flusses unter der Flagge eines Zollvereinsstaates von Werk- und Bauholz, Gleichstellung mit der Einfuhr von der Seeseite, d. h. Verminderung von 25 Centner pr. Last. c) Bei der Einfuhr zu Land und zur See genießen folgende Producte des Zollverbands Verminderung des Zolls: 1. Seidene Stoffe, gewobene seidene Stoffe und Bänder auf 2 fl. pr. Kilogramm. 2. Strümpfe und gewobene Waaren, Spitzen und Tulle auf 5 Percent vom Werth, 3. Messer und Kramwaaren nach der Benennung des niederländischen Zolltarifs gegen 3 Percent des Werthes. Ein anderer Punct dieser Uebereinkunft besteht, kurz gesagt, darin, daß man es von Seiten Preußens für nöthig erachtet hat, gleichzeitig mit dem Tractate, insofern nicht in demselben, die bereits bei den Unterhandlungen des Schifffahrtsvertrags vom 3. Juni 1837 zur Sprache gekommenen Klagen aus dem Wege zu räumen, welche bezüglich der Behandlung der zum Rheintransito gehörenden Kaufwaaren in den niederländischen Entrepot-Häfen erwähnt wurden."

Folgendes ist, dem Handelsblad zufolge, der Inhalt der Note, welche der belgische Gesandte, H^r. van de Weyer, unterm 14. v. M. bei der Londoner Conferenz eingereicht und die in dem Protocolle derselben vom 23. Jänner erledigt worden ist:

(Beilage A zum Protocoll N^r. 2. vom 23. Jänner 1839.)

Da der unterzeichnete Bevollmächtigte S^r. Majestät des Königs der Belgier vernommen hat, daß die Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands sich mit einem Vorschlage beschäftigt haben, dessen Annahme für die Höfe von Brüssel und Haag die Notification eines beiden Parteien, in der Absicht, ihren Zwistigkeiten ein Ende zu machen, zum Beitritt angebotenen Vertragsentwurfs zur Folge haben würde, so glaubt er, die ernlichste Aufmerksamkeit dieser Bevollmächtigten auf die Zerstückelung lenken zu müssen, womit die Provinzen Limburg und Luxemburg zu ihrem großen Nachtheile, wie auch zum Nachtheile Belgiens würden bedroht werden. Die Regierung S^r. Majestät des Königs der Belgier ist zu den größten Geldopfern bereit, um die Territorialfrage gütlich und zu gegenseitiger Zufriedenheit zu beendigen; um diesen Vorschlag zu rechtfertigen, ist es nützlich, mit wenigen Worten den frühern Verlauf der mit dieser Frage in Berührung stehenden langen Unterhandlung in Erinnerung zu bringen. Das Protocoll vom 26. Juni 1831 und der dritte der durch das Schreiben der Bevollmächtigten vom nämlichen Datum dem belgischen Congresse zur Annahme angebotenen 18 Artikel ließen Belgien keinen Augenblick irgend einen Zweifel hinsichtlich der Beibehaltung von Luxemburg. Der Nationalcongreß fand sich daher auch zur Annahme dieser Artikel bewogen, und der zum König der Belgier gewählte Prinz Leopold königl. Hoheit übernahm die belgische Krone unter der Verbürgung derselben Versicherung. Der ebenerwähnte dritte Artikel reservirte der Bundesversammlung ihre gesetzlichen Rechte hinsichtlich der Festung Luxemburg. Offenbar würden die Bevollmächtigten der fünf Höfe, die Oesterreichs und Preußens einbegriffen, diesen Artikel dem belgischen Congresse nicht zur Annahme angeboten haben, wenn sie nicht die Ueberzeugung gehegt hätten, dieser Vorschlag sei der Art, daß er die Genehmigung des hohen Bundestages erlangen werde. Der Bundestag konnte wirklich um so leichter dieser Bestimmung beistimmen, da Luxemburg eben sowohl, als die übrigen belgischen Provinzen, mit welchen es mehrere Jahrhunderte hindurch innig verbunden war, stets und ausschließlich durch das Grundgesetz und die übrigen Gesetze des Königreichs der Niederlande regiert wurden. Wenn nun Belgien, überrascht durch einen Angriff, der um so unerwarteter war, da es das ihm durch die als Conferenz vereinigten fünf Mächte angebotene Pfand des Friedens angenommen hatte, und es sich vollkommen auf einen Waffenstillstand verließ, von dem es glaubte, daß er nicht ohne deren Einwilligung gebrochen werden könne; wenn nun Belgien das unglückliche Loos der Waffen erfahren hat; wenn die fünf Mächte, selbst durch ein Ereigniß beschäftigt gehalten, das den Frieden von Europa in Gefahr brachte, nicht geglaubt haben, dem dritten der 18 Artikel Folge geben zu können; wenn sie im Gegentheil, wegen der von ihnen verkündigten Gründe, daß sie namentlich die Fragen nicht länger in Ungewißheit lassen könnten, deren unverzügliche Lösung für Europa ein Bedürfniß geworden, Fragen, die sie sich genöthigt fänden zu schlichten, wenn sie nicht daraus das unberechenbare

Unglück eines allgemeinen Krieges entstehen sehen wollten, geglaubt haben, einen neuen Entwurf in 24 Artikeln mit der Erklärung annehmen zu müssen, diese Artikel enthielten die definitiven und unwiderruflichen Beschlüsse der fünf Mächte, welche in gemeinsamer Berathung beschlossen haben, selbst die völlige und gänzliche Annahme dieser Artikel durch diejenige Partei, die dieses verweigern möchte, zu erwirken (Protocoll N°. 49, Anhang B. und C.); wenn mit Einem Worte die Conferenz wegen der wichtigen von ihr in den Acten ausgesprochenen Gründe von den Vorschlägen der 18 Artikel abgehen konnte: so ist es außer Zweifel, daß Belgien jetzt mit aller Billigkeit auf eine mit dem in dem dritten der 18 Artikel enthaltenen Grundsatze übereinstimmende Lösung dringen kann. Diese Forderung ist gegründet auf die Nichtannahme der 24 Artikel durch das Haager Cabinet binnen der gehörigen Zeit; auf die den Ratificationen dieser Artikel selbst beigefügten Vorbehalte; auf die Sicherheitspfänder, welche Belgien Europa in Mitte so schwieriger Zeiten, die dessen Erhebung zu einem unabhängigen Staat begleiteten und folgten, gegeben hat; auf die Uebereinkunft vom 21. Mai 1833, die, in den bestimmtesten Ausdrücken, die völlige Einstellung von Feindseligkeiten gebietend, es möglich machte, daß mit aller Reife wegen des Abschlusses eines definitiven Vertrags unterhandelt werde, der, auf eine kräftige und dauerhafte Weise, die Belgien gegebene Bestimmung eines neutralen Staats verbürgen und der niederländischen Regierung gewissere Vortheile geben sollte, als der Besitz von zwei halben, alsdann von den Quellen ihrer Wohlfahrt entfernten und ihre durch eine lange Gemeinschaft der Interessen enge geknüpften natürlichen Beziehungen beraubten Provinzen. Der Unterzeichnete muß JJ. EE. die Bevollmächtigten noch darauf aufmerksam machen, daß aus den im Mai und November 1838 durch die belgischen Kammern gutgeheißenen Adressen hervorgeht, daß dieselben die Nothwendigkeit neuer Mittheilungen Seitens der Regierung voraussetzen, damit diese, kraft der Constitution, mit einer neuen Vollmacht zur Unterzeichnung eines Vertrags versehen werde; denn obwohl die Regierung in der ersten Zeit durch die Kammern ermächtigt worden war, zur Unterzeichnung der 24 Artikel, der in den Anhängen B. und C. des Protocolls N°. 49 angekündigten unmittelbaren Vollziehung gegenüber und unter dem Einflusse der in den Acten genannten Erwägungen, so hat sich dieß doch gegenwärtig ganz verändert, da die Annahme von Seiten der niederländischen Regierung nicht zur gehörigen Zeit und bei dem fortwährenden Bestehen der Verhältnisse, die Belgien zur Annahme bewogen hatten, Statt gehabt, und da Belgien die Resultate, welche es von einem unverzüglichen Frieden erwartete, namentlich die Möglichkeit der Entwaffnung nicht erlangt hat. Noch muß erwähnt werden, daß eine Trennung, wie die in Rede stehende, und als Folge widerwärtiger Ereignisse, wohl allzeit schmerzlich, aber doch einer unmittelbaren Vollziehung fähig ist; daß jedoch eine solche Maaßregel bedeutend schwieriger wird, wenn die Bevölkerung während einer großen Reihe von Jahren unter denselben Gesetzen gelebt und dieselben Vortheile, wie die übrigen Landestheile, genossen, und wenn sich durch diese Gemeinschaft neue Bande gebildet haben. Dieß sind die Ursachen des allgemeinen Widerstandes, der sich bei jeder Idee einer Trennung kundgegeben hat. Die so gesetzlichen und einstimmigen Nationalgesinnungen müssen von den Bevollmächtigten der fünf Mächte mit Vergnügen wahrgenommen werden; sie müssen ihnen zu dem unverwerflichen Zeugnisse dienen, daß ihre Höfe sich nicht geirrt haben, indem sie Belgien als unabhängigen und neutralen Staat anerkannten. Dann darf man auch nicht anstehen, zu glauben, sie würden sich beeilen, diesen nationalen Geist zu unterstützen. — Der unterzeichnete Bevollmächtigte will nun JJ. EE. von den Geldopfern in Kenntniß setzen, welche Belgien zu bringen Willens ist, um zu erlangen, daß man von allem Recht und Anspruch auf das Grundgebiet von Limburg und Luxemburg absehe. Um jedoch deren Ausdehnung besser verständlich zu machen, wird er damit beginnen, in der Kürze die Frage der Schuldvertheilung vorzunehmen, indem er von den letzten Irrthümern der Unterhandlung ausgeht. Wie es scheint, sind JJ. EE. geneigt, für jährlich und allezeit diesem Lande eine Rente von 5 Millionen Gulden aufzulegen, und soll diese Summe nach den folgenden Aufstellungen festgesetzt werden: Gesetz vom 9. Februar 1818, 14,136,836 fl.; vom 31. December 1819, 23,083,000 fl.; vom 24. December 1820, 7,788,000 fl.; vom 2. August 1822, 56,902,000 fl.; vom 27. December 1822, 67,292,000 fl.; vom 3. Mai 1825, 12,605,000 fl. Capital (Anhang B. zum Protocoll N°. 48). Aus diesen verschiedenen Gesetzen soll nun Belgien nach Berichtigung des 1831 zum Nachtheile Hollands in dem Abzuge der Amortisation begangenen Irrthums eine jährliche Rente auferlegt werden von 1,690,000 fl. Dazu soll die alte belgische constituirte Schuld und der Antheil der österreichisch-belgischen Schuld kommen mit 525,000 fl. Man würde nicht ohne Gründe behaupten können, daß diese beiden Posten die einzige immerwährende und liquide Schuld ist, die Belgien, strenge genommen, zu tragen hatte. Da man indeß eine Schuld ins Leben zurückruft, die nicht mehr bestand und von welcher das Königreich der Niederlande in seinen Budgets nie etwas erwähnte, so hat man Belgien außerdem zur Entlastung Hollands unter dem Namen französisch-belgische Schuld mit einer jährlichen Summe belastet von 1,000,000 fl. Die Handelsvortheile für die Fahrt auf den holländischen Binnenwässern wurden 1831 auf 600,000 fl. jährlich geschätzt, bilden daher eine immerwährende Rente von 600,000 fl. Hinsichtlich dieser Schätzung beachte man, daß Belgien von allen Mitteln entblößt ist, um dieselben zu genießen, indem Holland die Handelsvortheile, die deren Preis bilden sollten, unmöglich machte. Andererseits läßt man, um dem Verlangen des Haager Cabinets nachzugeben, und ohne untersucht zu haben, ob diese Operation Belgien statt eines Soll nicht vielmehr ein beträchtliches Haben zuweise, die Liquidation des Amortisationssyndicats nicht zu und belastet darum die belgische Regierung mit einer Summe von 1,185,000 fl. Im Ganzen 5,000,000 fl. Man darf nicht außer Acht lassen, daß in dieser Vertheilung Belgien durchaus nicht dasjenige zuerkannt wird, dessen Zurückgabe es fordern konnte, nämlich: das Material der Kriegsmarine, die Colonien, die während 15 Jahre zur Amortisation einer rein holländischen Schuld gezahlten beträchtlichen und endlich noch verschiedene andere Summen, wovon Holland in der Folge allein Nutzen ziehen wird, obschon die Lasten gemeinschaftlich waren. Der Unterzeichnete schließt mit der Erklärung, daß Belgien sich der Summe von 5 Millionen Gulden, unter dem Gesichtspuncte des Rechtes und für sich selbst betrachtet, nicht unterwerfen kann; er beeilt sich jedoch, hinzuzufügen, daß, wenn man diese Frage mit jener des Grundgebiets zusammenfaßt, die Regierung des Königs, sofern man ihren gegenwärtigen Besitzstand anerkennen will, nicht anstehen werde, die solchergestalt festgestellte Summe der Schuld anzunehmen, und daß sie sogar in ihren friedlichen und versöhnlichen Absichten dieser Rente von 5 Millionen Gulden noch eine Capitalsumme von 60 Millionen Franken hinzufügen will, die sofort bezahlt werden soll. — Der Unterzeichnete hat die Ehre ꝛc.

Sylvain van de Weyer."

Auf obige Note wurde von Seite der Bevollmächtigten der fünf Höfe unterm 23. Jänner 1839 folgende Antwort *) ertheilt: „Die Bevollmächtigten der fünf Höfe an S^r. Excellenz den Bevollmächtigten S^r. Majestät des Königs des Belgier, den 23. Jänner 1839. Die unterzeichneten Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands haben von der Note Kenntniß genommen, welche der Bevollmächtigte S^r. Majestät des Königs der Belgier sammt den drei beigefügten Memorandis am 14. Jänner der Conferenz vorzulegen ihr die Ehre erzeigt hat. Durch die Note vom 14. Jänner wird vorgeschlagen, dem Könige der Niederlande eine Summe Geldes zu zahlen, als Betrag des Werthes für das von Seiten Belgiens kraft des Vertrags vom 15. November 1831 an diesen Souverain, sei es um von ihm als Großherzog von Luxemburg in Besitz genommen oder um mit dem Königreiche der Niederlande vereinigt zu werden, zurückzugebende Grundgebiet. Die Unterzeichneten müssen hierbei bemerken, daß die Beschlüsse, welche von Seiten des teutschen Bundestags in Betreff dessen zur Kenntniß der Conferenz gebracht sind, dessen Ansprüche von den Mächten anerkannt worden sind, nicht zulassen, diesen Vorschlag in Ueberlegung zu ziehen. In Bezug auf die drei Memoranda, die der Note des Bevollmächtigten S^r. Majestät des Königs der Belgier beigefügt waren, müssen die Unterzeichneten sich auf den Inhalt der Vorschläge zu einer Beilegung beziehen, welche sie heute dem Bevollmächtigten S^r. Maj. des Königs der Belgier haben zustellen lassen. Die Unterzeichneten ersuchen den belgischen Herrn Bevollmächtigten, diese Note als Antwort auf die seinige vom 14. Jänner zur Kenntniß seiner Regierung bringen zu wollen. Sie benützen diesen Anlaß, S^r. Excellenz die Versicherung ihrer besondern Hochachtung darzubringen. (Gez.) Senfft. Sebastiani. Palmerston. Bülow. Pozzo di Borgo."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 6. Februar enthält folgenden Artikel: „Wir haben bereits in einem früheren Artikel **) gezeigt, wie ungerecht der Vorwurf mehrerer öffentlichen Blätter, namentlich auch des Journals für rationelle Politik vom Holmfeld, sei, als ob die königlich hannoversche Regierung sich des Schutzes der protestantischen Religionsverwandten in Beziehung zu den bekannten Erklärungen des katholischen Weihbischofs in Osnabrück nicht annehme. Der Herr Landdrost, Graf von Wedel, erklärt nun, daß auch die Unterredung, die er in dienstlichen Angelegenheiten mit einem Mitgliede des Osnabrück'schen städtischen Consistoriums gehabt habe, ganz entstellt veröffentlicht worden sei. Er hat zu diesem Behufe in den Osnabrück'schen Anzeigen folgende Bekanntmachung erlassen: Ein vertrauliches Gespräch in dienstlichen Angelegenheiten, welches ich mit einem Mitgliede des hiesigen städtischen Consistoriums hatte und welches seinem Inhalte nach durchaus nicht fürs Publicum bestimmt seyn konnte, ist dennoch und zwar entstellt veröffentlicht worden. Diejenigen, welchen die Verläumdungen bekannt geworden sind, denen ich wegen dieses Gespräches ausgesetzt gewesen bin, die insbesondere das, was im Journal für rationelle Politik von Holmfeld, Jahrgang 1838, Decemberheft, Seite 487 deßhalb gesagt ist, gelesen haben, bitte ich den wahren Sinn meiner Aeußerungen aus dem folgenden Schreiben des gedachten Mitgliedes des städtischen Consistoriums zu entnehmen: „Hochgeborner ꝛc. Sie wünschen von mir eine schriftliche Erklärung Ihrer Aeußerungen bei Gelegenheit, als ich ein Gesuch des städtischen Consistoriums A. C. um Abhülfe eines —— Verhaltens der katholischen Geistlichkeit, Ihnen dringend zu empfehlen von meinen Collegen beauftragt war. Der Sinn Ihrer Worte war folgender: „Ich „will die Sache dem königlichen Ministerium vorlegen „und sie kräftig unterstützen; zweifle jedoch, daß das „Gouvernement in der Sache etwas thun werde, weil „die Zeitumstände nicht günstig sind. Die politische Auf„regung ist groß genug, man wird eine andere, zumal „religiose, vermeiden, und in diesem Falle um so mehr, „da der katholische Theil jenen Aufregungen bisher fremd „geblieben ist."" Dieß und nur dieß habe ich meinen Committenten mitgetheilt. Ew. ꝛc. Osnabrück, den 8. Jänner 1839. Kerkfieg." — Das in diesem Schreiben Angeführte stimmt im Wesentlichen mit meinen Erinnerungen überein. Osnabrück, den 25. Jänner 1839. Der Landdrost Graf von Wedel."

Wien.

S^r. k. k. Majestät haben durch allerhöchste Entschließung vom 5. Februar d. J. den niederösterreichischen Landrath, D^r. Franz Raule, und den niederösterreichischen Merrantil- und Wechselrath Michael Edlen von Prosky, zu niederösterreichischen Appellationsräthen allergnädigst zu ernennen geruht.

S^r. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 29. Jänner d. J. das Ehrenamt eines Directors der theologischen Studien an der Universität zu Olmütz dem Capitulare am dortigen Metropolitancapitel und Propste zu S^t. Mauriz, Anton Grafen Schaffgotsche, allergnädigst zu verleihen geruht.

Die k. k. vereinigte Hofkanzlei hat dem k. k. Bergoberwalter und Leiter der montanistischen Expedition in Aegypten, Joseph Rußegger, die Bewilligung zur Annahme des ihm von der naturforschenden Gesellschaft zu Athen zugekommenen Diploms als deren correspondirendes Mitglied ertheilt.

Die k. k. allgemeine Hofkammer hat mit hohem Erlasse vom 23. v. M. die erledigte Obereinnehmersstelle bei dem k. k. Wiener-Hauptzollamte dem bisherigen zweiten Controlor dieses Amtes, Carl Wurm, verliehen.

Am 14. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	105 11/12.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	100.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	80 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	671/4.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM.	65 1/4.
Bankactien pr. Stück			1446 1/2 in CM.

*) Beilage E. zum Protocoll N^r. 2, vom 23. Jänner 1839.
**) Hannov. Zeitung vom 30. Jänner, Oesterr. Beob. vom 7. Februar.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 47

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 16. Februar 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 14. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.893	28. 8 L. 0 P.	+ 2.4	W.	ſtill.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.731	28 6 0	+ 5.8	W.	—	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.657	28 5 1	+ 4.3	W.	—	Wolken.

Wien.

Nach der Besiegung des Aufstandes im Königreiche Polen hatten S^r. Majestät der Kaiser Franz dem gewesenen Oberbefehlshaber der insurrectionnellen Armee, Skrzynecki, auf seine Bitte den Aufenthalt in Allerhöchstdero Staaten, gegen Ablegung des Versprechens, sich daselbst ruhig zu verhalten, zu gewähren geruht.

Von Prag, woselbst er seit mehreren Jahren seinen Wohnsitz mit seiner Familie genommen hatte, und wo er einer vollkommen freien persönlichen Bewegung genoß, entfernte er sich am 13. Jänner heimlich und mit Zurücklassung eines Schreibens, in dem er der k. k. Regierung anzeigte, daß er sich nach Belgien begebe, um eine ihm von der dortigen Regierung angebotene militärische Anstellung anzutreten.

Durchdrungen von dem Gefühle der aus einer solchen Berufung, wenn sie wirklich Statt gefunden hätte, hervorgehenden Beeinträchtigung der Allerhöchstihrer Würde von Seite eines fremden Staates gebührenden Rücksichten, haben S^r. Majestät der Kaiser, sobald Sie von der Entfernung des Ex-Generals Skrzynecki aus Prag Kenntniß erhalten, dem k. k. Geschäftsträger zu Brüssel, Grafen von Rechberg, befehlen lassen, der königl. belgischen Regierung zu erklären: daß, wenn Skrzynecki in den königl. belgischen Dienst wirklich aufgenommen werden sollte, oder, falls er bereits aufgenommen wäre, in selbem beibehalten würde, fernere diplomatische Beziehungen zwischen dem kais. österreichischen Hofe und jenem S^r. Majestät des Königs der Belgier nicht bestehen könnten, ohne daß übrigens, durch einen aus obiger Veranlassung entspringenden Abbruch derselben, die Theilnahme des kaiserlichen Hofes an dem von der Londoner Conferenz unternommenen Friedenswerke Eintrag erleiden würde.

Nachdem nun die von dem k. k. Geschäftsträger, seinen Instructionen gemäß, gemachte Erklärung Seitens der königl. belgischen Regierung eine befriedigende Erledigung nicht erhalten hat, hat Graf Rechberg, mit der Gesandtschaft, Brüssel am 6. Februar verlassen, und ist andererseits dem am k. k. Hofe accreditirten königl. belgischen Gesandten Namens S^r. Majestät erklärt worden, daß seine diplomatischen Verrichtungen am allerhöchsten Hoflager aufgehört haben.

Spanien.

Die Madrider Journale vom 29. und 30. Jänner, die man am 7. in Paris erhalten hatte, bringen nichts Neues von Bedeutung. — Aus Bayonne wird vom 2. Februar geschrieben: „Der Schnee versperrt alle Wege und hemmt alle Verbindungen; seit mehreren Tagen schneit es unaufhörlich. — Cabrera soll bei Wegnahme eines Convois auf der Straße von Calatayud nach Saragossa einen prächtigen Fang gemacht haben. Unter dem Gepäck des ehemaligen spanischen Botschafters in Paris, Marquis von Espeja, befand sich ein schöner, für die Königinn Christine zu Paris verfertigter Tafelservice. Der Carlistische Chef beeilte sich, diesen Luxusgegenstand in die Residenz des Don Carlos zu überschicken, der sich jedoch weigerte, Gebrauch davon zu machen."

Mexico.

In Bezug auf die (vorgestern erwähnten) Vorgänge in Veracruz theilt der Newyork-Morning-Herald noch folgendes Handelsschreiben aus Laguna de Terminos vom 13. December mit: „Der mit dem Commandanten von San Juan d'Ulloa abgeschlossenen Capitulation zufolge sollten die Franzosen die Stadt Veracruz besetzt halten, bis die Entscheidung des Königs der Franzosen einträfe, die Blockade aber sollte alsbald aufhören. Nun heißt es aber, die mexicanische Regierung habe die Capitulation verworfen und den Krieg erklärt. Ich glaube es, da die mexicanische Besatzung von Veracruz vertragsmäßig nicht über 1000 Mann stark seyn sollte. Sobald die Franzosen das Anrücken Santana's erfuhren, landeten sie am 3. December Morgens gegen 3 Uhr, um die Kanonen zu vernageln, und die Schiffe begannen Bomben in die Kaserne zu werfen, um die mexicanischen Truppen daraus zu vertreiben. Es ist auch wahr, daß Santana die Franzosen in ihre Boote zurücktrieb, dabei ward er aber schwer verwundet, und man hat ihm den Schenkel amputirt. General Arista ist unter den Gefangenen der Franzosen." — Ein anderes Newyorker Blatt meldet Folgendes: „Das Gerücht, daß Santa

ana an der Spitze von 5000 Mann Regierungstruppen gegen Veracruz marschirt sei und das französische Geschwader angegriffen habe, hatte sich nach Tampico verbreitet, fand aber wenig Glauben. Seit dem 30. November war keine irgend zuverlässige Nachricht von Wichtigkeit in Tampico eingegangen. Namentlich scheint auch das Gerücht ungegründet, daß die französischen Residenten in der Stadt Mexico ohne Unterschied niedergemehelt worden seien. Mexicanische Blätter veröffentlichen eine Correspondenz zwischen dem föderativen General Urrea und dem gouvernementalen Anführer Canalizo, wonach beide Parteien gleich fest entschlossen scheinen, sich der französischen Invasion zu widersetzen. Urrea und sein Anhang waren im unbestrittenen Besitz von Tampico, und mehrere andere Orte haben sich für Wiederherstellung der Föderativverfassung von 1834 erklärt."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nach einem dem Congresse vorgelegten Berichte betrug im Jahre 1838 die Ausfuhr der vereinigten Staaten 103,136,000 Dollars im Werth, 14,283,000 Dollars weniger als 1837; die Einfuhr belief sich auf 112 Millionen Dollars, 28,989,000 Dollars weniger als 1837.

Rußland.

Die Preußische Staatszeitung meldet aus St. Petersburg vom 2. Februar: „Vor einigen Tagen ging bei unserem Kaiserhofe die Nachricht aus Rom ein: der General der Infanterie, Fürst Lieven, welcher bekanntlich mehrere Jahre hindurch unserem Botschafterposten am Londoner Hofe vorstand und in den letzten Jahren die Charge eines Curators bei der Person des Großfürsten Thronfolgers bekleidete, sei daselbst plötzlich mit Tode abgegangen. Vor wenigen Jahren erst starb in Rom auch der General Merder, der Führer und Gouverneur der ersten Jugendjahre des Großfürsten. — Wie man mit Bestimmtheit vernimmt, haben St. Majestät der Kaiser zum Nachfolger des Fürsten Lieven bei der Person des Thronfolgers den Generaladjutanten Grafen Orloff ernannt. — Auf Verwendung des Finanzministers ist der höchste Consens zur Bildung eines besondern Vereins für Gewerbe- und Handwerksindustrie in Dorpat erfolgt, welcher bereits einige dreißig dort ansässige Bürger, Handwerker, Fabrikanten und Künstler, unter dem Vorsitz des an dieser Universität die Landwirthschaft lehrenden Professors Schmalz, zählt, und welcher sich zur wesentlichen Aufgabe stellt, die Gewerbe- und Handwerkskunde möglichst zu vervollkommnen. In diese Fächer einschlagende Vorlesungen werden bekanntlich schon von einigen Professoren an genannter Universität im dritten Jahre gelesen. Obgedachter Verein wird monatliche Versammlungen halten, dabei alle Schwierigkeiten erwägen, die der Vervollkommnung der Gewerbe bisher entgegenstanden und sich über die Mittel ihrer Wegräumung auf gesetzlichem Wege berathen. Seine Statuten haben bereits die höchste Bestätigung erhalten. Der Finanzminister ist von St. kaiserl. Majestät bei dieser Gelegenheit autorisirt worden, ähnlichen Vereinen künftig selbst die Bestätigung zu verleihen, ohne darum die höchste Bestätigung nachzusuchen. — Ein zweiter Verein, der sich in diesen Tagen in Mitau, unter dem Namen der kurländisch-ökonomischen Gesellschaft begründet hat, bereits 63 Mitglieder zählt, und zu seinem Präsidenten den geheimen Rath Baron von Meyendorf erwählt hat, erwartet in diesen Tagen die Bestätigung seiner Statuten, um ins Leben zu treten. Sein Zweck ist: Beförderung aller landwirthschaftlichen und der damit verwandten Nebenzweige, der Gartencultur, des Forstwesens, der ländlichen Gewerbe. Um diesem eine möglichst gemeinnützige Ausdehnung zu geben, beabsichtigt er auch die Herausgabe eines landwirthschaftlichen Journals."

Das kaiserliche Decret in Bezug auf die im Königreiche Polen anzulegende Eisenbahn lautet folgendermaaßen: „Wir Nicolaus u. s. w. nach Erwägung des Uns von dem Administrationsrath des Königreichs vorgelegten Entwurfs in Betreff des durch eine Actiencompagnie zu bewerkstelligenden Baues einer Eisenbahn unter dem Namen „Bahn zwischen Warschau und Wien" haben Wir verordnet und verordnen: Art. 1. Der im Namen der Regierung abgeschlossene Contract zwischen der polnischen Bank und Hrn. Peter Steinkeller über den Bau einer Eisenbahn von Warschau nach der österreichischen Gränze, so wie das Statut der Compagnie, welcher die Ausführung des Unternehmens zum Zweck hat, wird hierdurch von Uns bestätigt. Art. 2. Bis die Actien zu 110 Percent getilgt sind und die Eisenbahn Eigenthum der Regierung geworden ist, sichern Wir den Actionären eine Dividende von 4 Percent, indem Wir befehlen, daß alle Auszahlungen zu ihren Gunsten, sowohl im Inlande wie im Auslande, ohne alle Erschwerung und Vorenthaltung erfolgen und keiner Aufkündigung unterliegen sollen. Art. 3. Mit Vollziehung gegenwärtiger Verordnung, die in die Gesetzsammlung aufgenommen werden soll, ist Unsere Regierung im Königreich Polen beauftragt. Gegeben zu St. Petersburg, 7. (19.) Jänner 1839. (Unterzeichnet) Nikolaus."

Großbritannien und Irland.

Mehrere Londoner Blätter sprachen in letzterer Zeit von Erkrankungen des Herzogs von Wellington; andere Zeitungen widersprachen; indessen versichert man, daß Kraft und Gesundheit des edlen Herzogs seit einigen Monaten auffallend geschwunden sind. Er ist 1769 geboren.

Ludwig Napoleon Bonaparte ist von seinem Besuch in Birmingham, Manchester und Liverpool, wo er überall sehr gut aufgenommen worden, in London angelangt, und hat die Wohnung des Grafen von Cardigan, auf der Carlton-Gardens-Terrace, auf ein Jahr gemiethet.

Frankreich.

Der Moniteur enthält mehrere Königliche Ordonnanzen, welche viele neue Beamtenernennungen im Departement des Innern und der Justiz enthalten. Mehrere Präfecten und Unterpräfecten wurden theils ihrer Stellen enthoben, theils nach andern Orten versetzt. Der Generaladvocat am königlichen Gerichtshof von Paris, Hr. Plougoulm, wurde nach Amiens versetzt. An seine Stelle kommt Hr. Parterieu-Lafossé.

Das Journal de Debats sagt über die Prorogation der belgischen Kammern: „Die Prorogation der Kammern läßt der Regierung die volle Freiheit des Entschlusses und des Handelns, deren sie bedarf, um die Schwierigkeiten der Frage im günstigsten Sinne für die wohlverstandenen Interessen des Landes zu lösen."

Hr. Prédaval, welcher Hrn. Mauguin verklagt hatte, ward am 5. Februar wegen Nichtbezahlung eines Wechsels von 1000 Fr. verhaftet und zu Clichy eingesperrt.

Preußen.

Die Aachener Zeitung meldet aus Aachen vom 8. Februar: „Graf von Seckendorf, königlich preußischer Kämmerer und Geschäftsträger am belgischen Hofe, nebst Gefolge, und Graf von Rechberg, k. k. österreichischer Kämmerer und Geschäftsträger am selben Hofe, nebst Gefolge, sind hier angekommen, und im Gasthofe „zum großen Monarchen" bei Hrn. von Dremel abgestiegen.

Niederlande.

Nachstehendes ist der weitere Verfolg der Actenstücke über die holländisch-belgische Angelegenheit:

(Beilage C. zum Protocoll vom 6. December 1838.) Entwurf einer Note der Bevollmächtigten der fünf Mächte an den Bevollmächtigten Sr. Majestät des Königs der Niederlande. Die unterzeichneten Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland haben die am 14. März durch den Herrn Bevollmächtigten von Sr. Majestät dem König der Niederlande an sie gerichtete Mittheilung, wodurch Se. Majestät sich bereit erklärt, die am 24. October 1831 von der Conferenz festgesetzten 24 Artikel durch seinen Bevollmächtigten zu unterzeichnen, in reifliche Erwägung gezogen. Sie haben zugleich der durch das Haager Cabinet kundgegebenen Gesinnung, bei einigen besondern Puncten eine mit den 24 Artikeln übereinstimmende Anordnung zu erleichtern, ihre Aufmerksamkeit geschenkt; und verpflichtet, zu gleicher Zeit die Veränderungen zu beachten, welche im Verlaufe von sieben Jahren in den gegenseitigen Verhältnissen veranlaßt worden sind, haben sie im Lauf einer vertraulich gepflogenen geheimen Unterhandlung es sich angelegen seyn lassen, sich untereinander über einen für beide Parteien annehmbaren Vorschlag einzuverstehen, um den holländisch-belgischen Streit durch einen Definitivvertrag zu beendigen. Zum Schluß ihrer Wirksamkeit gekommen, sind heute die Unterzeichneten im Stande, den Ausgang derselben Sr. Majestät dem Könige der Niederlande zur Annahme vorzulegen, und sie haben die Ehre, zu diesem Zwecke Sr. Exc. Hrn. Dedel, seinem Bevollmächtigten bei der Conferenz, die hier beigefügten Vertragsentwürfe zustellen zu lassen: einen Vertrag zwischen den fünf Mächten und Sr. Majestät dem Könige der Niederlande mit einer Beilage, und einen Vertrag zwischen Sr. Majestät dem Könige der Niederlande und Se. Majestät dem Könige der Belgier, mit dem Ersuchen, diese Actenstücke mit gegenwärtiger Note zur Kenntniß seiner Regierung zu bringen. Die Unterzeichneten enthalten sich, auf die Auseinandersetzung der Beweggründe einzugehen, die sie rücksichtlich einiger Bestimmungen geleitet haben, die von den 24 Artikeln abweichen; diese Beweggründe können im ganzen Umfange dem Scharfsinne des Haager Cabinets nicht entgehen, und die Unterzeichneten schmeicheln sich, der König der Niederlande werde, dieselben würdigend, sich geneigt finden, unverweilt seinen Bevollmächtigten zur Unterzeichnung des vorerwähnten Vertrages zu ermächtigen, sobald die belgische Regierung ihrerseits darein gewilligt haben wird. Die Unterzeichneten haben die Ehre, dem Bevollmächtigten Sr. Majestät des Königs der Niederlande die hier beigefügte Abschrift der Note mitzutheilen, welche sie unter demselben Datum an den Bevollmächtigten Sr. Majestät des Königs der Belgier senden, und worin Se. Excellenz die Folgen einer Weigerung von Seiten Belgiens im Falle der Annahme der Vorschläge von Seiten Hollands wird angedeutet finden. Wenn hingegen das Haager Cabinet die besagten Vorschläge zurückweisen sollte, während Belgien dieselben annehmen würde, so werden die Unterzeichneten, obwohl mit Bedauern, daß sie durch die versöhnenden Mittel, welche sie angewendet, nicht zu einer definitiven Beilegung gelangen konnten, nichtsdestoweniger fortfahren, in gemeinschaftlicher Erwägung für Aufrechthaltung des thatsächlichen Friedens zwischen beiden Parteien zu wachen. Nachdem sie die Aufgabe erfüllt, welche ihnen durch ihre Höfe auferlegt war, haben die Unterzeichneten die Ehre, Sr. Excellenz Hrn. Dedel den Ausdruck ihrer Hochachtung zu wiederholen.

(Beilage D. zum Protocoll vom 6. December 1838.) Entwurf einer Note an den Herrn Bevollmächtigten Sr. Majestät des Königs der Belgier. Die unterzeichneten Bevollmächtigen von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, die sich seit mehreren Monaten mittelst einer geheimen vertraulichen Unterhandlung mit den Mitteln beschäftigten, durch eine definitive Beschlußnahme der holländisch-belgischen Streitigkeit ein Ende zu machen, haben die verschiedenen von belgischer Seite gegen die strenge Anwendung der Verordnungen des Tractats vom 15. No-

vember 1831, wodurch die Bedingungen der Trennung zwischen Holland und Belgien festgestellt wurden, eingereichten Vorstellungen reiflich in Erwägung gezogen. Man hat erkannt, daß in der That ein Theil dieser Vorstellungen der Art ist, um Veränderungen in den Bestimmungen des besagten Vertrags zu begründen, und diese Bestimmungen sind in allen Puncten verändert worden, hinsichtlich welcher ein solches Verfahren durch Gründe der Billigkeit gerechtfertigt zu werden schien. Die Unterzeichneten legen heute das Resultat ihrer Wirksamkeit S^r. Majestät dem Könige der Belgier zur Annahme vor, indem sie die Ehre haben, S^r. Exc. H^rn. van de Weyer, als Bevollmächtigten S^r. Majestät, die hier beigefügten Vertragsentwürfe mitzutheilen, nämlich: einen Vertrag zwischen S^r. Majestät dem Könige der Belgier und S^r. Majestät dem Könige der Niederlande, und einen Vertrag zwischen den fünf Mächten und S^r. Majestät dem Könige der Belgier, nebst einer Beilage, mit dem Ersuchen, insgesammt mit dieser gegenwärtigen Note sie zur Kenntniß seiner Regierung zu bringen. Die Unterzeichneten schmeicheln sich, daß das Cabinet von Brüssel die Beweggründe der Billigkeit und die versöhnenden Absichten anerkennen wird, welche ihnen ihre Vorschläge eingegeben, und daß sein Bevollmächtigter unverweilt ermächtigt werden wird, die obenerwähnten Verträge zu unterzeichnen, sobald Holland seinerseits darein gewilligt haben wird. Der Herr Bevollmächtigte S^r. Majestät des Königs der Belgier wird hier beigefügt eine Abschrift der Note finden, welche die Unterzeichneten unter demselben Datum an den Bevollmächtigten S^r. Majestät des Königs der Niederlande senden und worin sie die Folgen einer Weigerung von Seiten des Haager Cabinets bei erfolgter Annahme ihrer Vorschläge durch Belgien andeuten. Wenn hingegen das Brüsseler Cabinet die erwähnten Vorschläge verwerfen sollte, während Holland dieselben angenommen hätte, würde den bei der Conferenz vertretenen Mächten nichts Anderes übrig bleiben, als die Mittel in Erwägung zu ziehen, um den Ansprüchen Folge zu geben, welche bei so bewandten Umständen Holland auf ihre Unterstützung machen könnte. Nachdem die Aufgabe erfüllt, die ihnen durch ihre Höfe auferlegt wurde, haben die Unterzeichneten die Ehre, S^r. Exc. H^rn. van de Weyer den Ausdruck ihrer Hochachtung zu wiederholen.

(Beilage E. zum Protocoll vom 6. December 1838.)

Vertrag zwischen den fünf Mächten und S^r. Majestät dem König der Niederlande. Im Namen der heiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit. Nachdem S^r. Majestät der Kaiser von Oesterreich, S^r. Majestät der König der Franzosen, Ihre Majestät die Königinn von Großbritannien, S^r. Majestät der König von Preußen und S^r. Majestät der Kaiser aller Reußen ihren am 15. November 1831 mit S^r. Majestät dem König der Belgier und S^r. Majestät dem König der Niederlande geschlossenen Vertrag in Erwägung gezogen und geneigt sind, auf den Grundlagen der 24 Artikel, die am 1. October 1831 durch die Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland festgesetzt wurden, eine definitive Ausführung zu beschließen, haben zu ihren Bevollmächtigten ꝛc. ernannt, welche nach Auswechslung ꝛc., Nachstehendes festgesetzt und unterzeichnet haben: Art. 1. S^r. Majestät der König der Niederlande verbindet sich, sogleich die dem gegenwärtigen Documente beigefügten und in gemeinsamer Berathung unter dem Schutze der Höfe von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland festgesetzten Artikel in einen Vertrag mit S^r. Majestät dem Könige der Belgier umzuwandeln. Art. 2. S^r. Majestät der Kaiser von Oesterreich, S^r. Majestät der König der Franzosen, Ihre Majestät die Königinn von Großbritannien, S^r. Majestät der König von Preußen und S^r. Majestät der Kaiser aller Reußen erklären, daß die durch vorhergehenden Artikel besagten Artikel als die nämliche Kraft und den nämlichen Werth besitzend betrachtet werden, als wenn sie ihrem wörtlichen Inhalte nach in gegenwärtige Acte aufgenommen worden wären, und daß sie auf diese Weise unter die Bürgschaft JJ. MM. gestellt erscheinen. Art. 3. Die Vereinigung, welch kraft des Wiener Tractats zwischen Belgien und Holland bestanden hat, wird durch S^r. Majestät den König der Niederlande für aufgelöst erklärt. Art. 4. Der gegenwärtige Vertrag soll zu London ratificirt, und die Ratification daselbst in Zeit von sechs Wochen oder früher, wenn es möglich ist, ausgewechselt werden. Die Auswechslung dieser Ratificaion soll zu gleicher Zeit Statt finden, wie die Ratification des Vertrages zwischen Holland und Belgien.

(Beilage F. zum Protocoll vom 6. December 1838.)

Im Namen der heiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit. Nachdem S^r. Majestät der König der Niederlande und S^r. Majestät der König der Belgier ihren mit JJ. MM. dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige der Franzosen, der Königinn von Großbritannien, dem Könige von Preußen und dem Kaiser aller Reußen, nämlich von Seiten S^r. Majestät des Königs der Belgier am 15. November 1831 und von Seiten des Königs der Niederlande heute geschlossenen Vertrag in Erwägung gezogen, haben dieselben zu ihren Botschaftern ernannt ꝛc., welche nach Auswechslung ꝛc. festgesetzt und gezeichnet haben was folgt: Art. 1 bis 24 der Beilage B; Art. 25. In Folge der Stipulation des gegenwärtigen Vertrags soll nun Friede und Freundschaft zwischen S^r. Majestät dem Könige der Niederlande auf einer und S^r. Majestät dem Könige der Belgier auf der andern Seite, ihren betreffenden Erben und Nachfolgern, Staaten und Unterthanen bestehen. Art. 26. Dieser gegenwärtige Vertrag soll ratificirt und die Ratification zu London in Zeit von sechs Wochen oder früher, wenn es thunlich, ausgewechselt werden. Diese Auswechslung soll zu gleicher Zeit der Ratification des heute zwischen S^r. Majestät dem Könige der Niederlande

und JJ. MM. dem Kaiſer von Oeſterreich, dem Könige der Franzoſen, der Königinn von Großbritannien, dem Könige von Preußen und dem Kaiſer aller Reußen geſchloſſenen Vertrags Statt finden.

(Beilage G. zum Protocoll vom 6. December 1838.) Vertrag zwiſchen den fünf Mächten und Sr. Majeſtät dem Könige der Belgier. Im Namen der heiligſten und untheilbaren Dreieinigkeit. Sr. Majeſtät der Kaiſer von Oeſterreich, Sr. Majeſtät der König der Franzoſen, Ihre Majeſtät die Königinn von Großbritannien, Sr. Majeſtät der König von Preußen und Sr. Majeſtät der Kaiſer aller Reußen haben, wie auch Sr. Majeſtät der König der Belgier, ihren zu London am 15. November 1838 geſchloſſenen Vertrag, als gleichfalls die heute geſchloſſenen Verträge zwiſchen JJ. MM. dem Kaiſer von Oeſterreich, dem Könige der Franzoſen, der Königinn von Großbritannien, dem Könige von Preußen und dem Kaiſer aller Reußen einerſeits, und Sr. Majeſtät dem Könige der Niederlande andererſeits, und zwiſchen Sr. Majeſtät dem Könige der Belgier und Sr. Majeſtät dem Könige der Niederlande in Erwägung gezogen und haben zu ihrem Bevollmächtigten ernannt ꝛc., welche nach Auswechslung ꝛc. beſtimmt und gezeichnet haben was folgt: Art. 1. Sr. Majeſtät der Kaiſer von Oeſterreich, Sr. Majeſtät der König der Franzoſen, Ihre Majeſtät die Königinn von Großbritannien, Sr. Majeſtät der König von Preußen und Sr. Majeſtät der Kaiſer aller Reußen erklären, daß die hier angeſchloſſenen Artikel, welche den Inhalt des heute zwiſchen Sr. Majeſtät dem Könige der Belgier und Sr. Majeſtät dem Könige der Niederlande geſchloſſenen Vertrags ausmachen, als dieſelbe Kraft und den gleichen Werth beſitzend betrachtet werden, als wenn ſie ihrem wörtlichen Inhalte nach in gegenwärtige Acte aufgenommen wären, und daß ſie ſolchergeſtalt unter die Bürgſchaft JJ. MM. geſtellt ſind. Art. 2. Der Vertrag vom 15. November 1831 zwiſchen JJ. MM. dem Kaiſer von Oeſterreich, dem Könige der Franzoſen, der Königinn von Großbritannien, dem Könige von Preußen und dem Kaiſer aller Reußen und Sr. Majeſtät dem Könige der Belgier wird für dieſe hohen contrahirenden Parteien als nicht verbindend erklärt. Art. 3. Der gegenwärtige Vertrag ſoll zu London ratificirt und die Ratification daſelbſt binnen einer Friſt von ſechs Wochen, oder früher, wenn ſolches thunlich, ausgewechſelt werden. Dieſe Auswechslung ſoll zu gleicher Zeit mit der Auswechslung der Ratification des Vertrages zwiſchen Belgien und Holland Statt finden.

Belgien.

Die Hanauer Zeitung enthält ein Schreiben aus Brüſſel vom 5. Februar, worin es aus Anlaß der Abreiſe der Geſchäftsträger von Oeſterreich und Preußen, welche der Correſpondent irrigerweiſe damals ſchon erfolgt glaubte, heißt: „Durch ein ſeltſames Zuſammentreffen nehmen in demſelben Augenblicke, wo die Abreiſe der zwei Legationen auf Krieg zu deuten ſcheint, die politiſchen Dinge im Innern eine Geſtalt an, die zur Vermuthung berechtigt, daß die Regierung auf die Beſchlüſſe der Conferenz einzugehen geneigt ſei. Ganz unerwartet wurden geſtern Nachmittags die Kammern prorogirt, und zugleich vernahm man, daß der König die Dimiſſion der Miniſter der Finanzen und der Juſtiz, die beide zur extremen Partei des Widerſtandes gezählt werden, angenommen habe. Von Paris und London eingegangenen Nachrichten, und beſonders die Gewißheit der Annahme des Tractats durch den König Wilhelm dürften dieß bewirkt haben.“

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Die Allgemeine Schweizer Zeitung vom 7. Februar enthält über die Berufung des Dr. Strauß nach Zürich folgende Correſpondenz aus dieſer Stadt: „Wenn es gewiß in der ganzen Schweiz von hohem Intereſſe ſeyn muß, zu wiſſen, wie die oberſte Behörde des erſten ſogenannten regenerirten Cantons über religiöſe und kirchliche Dinge denkt, ſo wird wohl eine möglichſt gedrängte Darſtellung der am 31. Jänner im großen Rath in Zürich über die Frage, ob Dr. Strauß als Profeſſor der Dogmatik zu berufen ſei, Statt gehabten Discuſſion auch in einer politiſchen Zeitung Platz finden dürfen. — Hr. Antiſtes Füßli, welcher gegen die Berufung auftrat, ſprach ſich mit würdevollem Ernſte ſo aus: Wenn es dem Geſetze gemäß Aufgabe der Hochſchule iſt, das Geſammtgebiet der Wiſſenſchaft zu bearbeiten, und die Zwecke des Staats und der Kirche zu fördern, ſo muß eine Wahlbehörde auch bei Berufung eines Lehrers dieſe beiden Rückſichten ins Auge faſſen, und ſomit nicht nur auf den wiſſenſchaftlichen, ſondern auch auf den kirchlichen Standpunct achten. Wiewohl nun der evangeliſch-reformirte Lehrbegriff kein feſtgeſtellter iſt, ſo gibt es doch Fundamentalgrundſätze, durch welche derſelbe vom katholiſchen und demjenigen der Secten ſich unterſcheidet, und die der Erziehungsrath früher ſelbſt als Gränze der Lehrfreiheit angeſehen, und darum z. B. noch nie einen katholiſchen Lehrer berufen hat. Strauß aber, der alles Poſitive, alles Chriſtliche läugnet, und auch bei den neueſten Modificationen ſeiner Lehre die Bibel nicht anerkennt, der erſt das Beſtehende niedergeriſſen, und etwas Neues noch nicht aufgebaut hat, dieſer kann durch Verbreitung ſeiner Negationslehre unter uns nur Unheil ſtiften. Junge Geiſtliche, von ihm gelehrt, daß Gottes Wort nur Mythe ſei, können den Synodaleid, „das Wort Gottes nach der Bibel unverfälſcht zu predigen,“ nicht leiſten. — Strauß, der vom wahren Grunde gewichen, kann keine Lehre aufſtellen, die er nicht bald darauf ſelbſt wieder bezweifelt, und die ihm nicht jeder Andere umſtürzen kann aus dem nämlichen Grunde, wie er das Chriſtenthum, weil ſie ihm nicht gefällt. Den Kampf der glaubensloſen Wiſſenſchaft mit dem Glauben zu produciren halte ich für gewagt, und die Anſicht, daß Strauß, wie Zwingli vor 300 Jahren, als Reforma-

tor auftrete, ist ein fader Traum. Zwingli mit seinem Bürgermeister Rensch gab dem Volke die Bibel wieder, während Strauß (mit seinem Bürgermeister Hirzel) ihm dieselbe nehmen will. Zwar der christliche Glaube wird durch Strauß so wenig als durch einen Beschluß des Erziehungsraths von Zürich gefährdet werden, aber Mancher wird durch solche Lehre an seinem Glauben irre, verliert seine Ruhe, seinen sittlichen Haltpunct; wenn eine so einseitige Richtung der Theologie an der Universität allein vertreten ist, werden die Gläubigen, die diese Wahl einer schlechten Tendenz zuschreiben könnten, sich von den Andern separiren, das Band des Glaubens sich lösen, und Zwietracht einbrechen. Straußens Lehre, wenn sie bei uns verbreitet wird, wird uns dem trostlosen Zustande unsers glaubensleeren Nachbarstaates um einen starken Schritt näher bringen! Damit aber eben bei künftigen Wahlen auch das Interesse der Kirche gewahrt werde, trage ich an, daß jedesmal vom Kirchenrath ein Gutachten über die Art der Besetzung theologischer Professuren eingezogen werde. — Nach einem in seiner Begründung äußerst unklaren Verwerfungsantrag des Cantonsraths Ammann sprach Hirzel — der große — in langwieriger Rede, die er mit vielen Vorlesungen aus Straußens Schriften gespickt, und unter der Anrufung vieler Autoritäten, als Dr. Schultheß, einem Artikel aus dem Leuchtthurm (Constanzer Zeitung) und einer von ihm 1830 geschriebenen — von männiglich längst vergessenen — Broschüre, mit großem Pathos die Ueberzeugung aus: daß Strauß zu unserm Reformator vom Himmel berufen sei, daß seine Lehre den obscuranten, stationären Kirchenglauben verdränge, die im neuen Testament enthaltenen Mythen verbanne, und zur Anbetung der reinen Idee führe. — Man könnte ein Buch schreiben, wenn man das Zeug, was Hirzel alles vorgebracht, widerlegen wollte. Wahrscheinlich, er hat sich als schlechter Theologus erwiesen, und mit dem Dr. Zehnder eine crasse Ignoranz verrathen, wenn er sagte, die Anbetung der Idee, der eigenen Vernunft sei eine von Dr. Strauß aufgebrachte neue Lehre. Haben nicht die Rationalisten und Pietisten aller Zeiten das Nämliche gethan? Die Stellen, die er zum Beweise, daß Strauß doch ein guter Christ sei, angeführt, waren furchtbar unglücklich gewählt, indem in der einen der Pantheismus klar gepredigt, und in der andern gesagt wird: Christus sei ein großer Mann, vielleicht gar ein Magnetiseur gewesen. Das nennt Hirzel Christenthum. Weiß (Regierungsrath) sagte, er kenne weder Strauß noch seine Schriften, wolle ihn aber doch, weil ein wissenschaftlicher Mensch (der er wahrlich nicht ist) am christlichen Kirchenglauben kein Genüge mehr finde. Zehnder, der bedauerte, daß in Teutschland die Wissenschaft sich nicht frei entwickeln könne, daher man die Geistreichsten zur Entwickelung nach Zürich berufen müsse, meinte, die Pfarrer sollten sich über Strauß freuen als ihren Erlöser, weil er sie von der Pflicht befreit, Lügen, die sie selbst nicht glauben, von der Kanzel zu verkünden, wie z. B. die Wunder. Wer andern, einem ganzen Stande, solche Verruchtheiten zutrauen kann, um den muß es schlecht stehen! So und ähnlich sprachen noch Viele; Alle gaben zu, daß Strauß erst destructiv gewirkt, aber dennoch wollen sie ihn zum Reformator. Bei den vielen Klagen über den Stillstand in unserm kirchlichen Leben ging das klar hervor, daß die Redner vom kirchlichen Leben keine Idee haben und ganz außer demselben sich bewegen. Denn wahrlich, die Kirche ist nicht todt, in der wie in der unserigen vor einem Jahr ein schöner christlicher Katechismus von der Synode ausgearbeitet wurde. Aber derer, die draußen stehen, die in ihrer Hohlheit und aufgeblasenen Halbbildung das Heilige nicht fassen, sind leider viele viele noch bei uns. — Trostvoll war es, nach den vielen Straußischen Boten einige wackere christliche Stimmen zu vernehmen, wie Pfarrer Vögelin (der Geschichtschreiber), der freudig bekannte, daß das christliche Christenthum sein Alles sei, und daß eine Straußisch christliche Mythologie nimmermehr seine Religion werden könnte. — Bürgermeister von Muralt, der für sich die von der Verfassung garantirte Glaubensfreiheit vindicirte, falls die Straußische Lehre bei uns durchdringen sollte. — Dr. Bluntschli, der dem Wissen keine Gränzen setzen und die Forschung nicht beschränken will, der aber erklärt, daß noch nie die Wissenschaft eine Religion construirt habe, und daß auf dem Gebiete des Glaubens mit heiliger Lehre gekämpft werden müsse. Auch Professor Schweizer hat manches gute Wort gesprochen, doch die Wärme, die Folge der innigen Ueberzeugung, welche den Reden eines Vögelin und Füßli so hohe Kraft verlieh, schien ihm abzugehen. Wir wünschten, er hätte den Brief von Nitsch, den er über diese Berufung erhalten haben soll, vorgelesen, dort ist gewiß entschiedene Wärme! — — 98 gegen 49 stimmten für Strauß. Möge dieser Entscheid dem Vaterlande kein Unheil bringen, möge Gott seine Kirche auch bei uns erhalten!"

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mittelst allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 12. Februar d. J. dem k. k. Feldmarschallieutenant und Obersthofmeister Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Ludwig, Thaddäus Freiherrn von Reischach, den Orden der eisernen Krone erster Classe taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben durch allerhöchste Entschließung vom 5. Februar d. J. den niederösterreichischen Mercantil- und Wechselrath, Doctor Johann Nepomuk Hirsch, mit Vorbehalt seines Dienstranges, zum niederösterreichischen Landrathe; den Rathsprotocollisten des niederösterreichischen Landrechtes, Doctor Jacob von Jenny, gleichfalls zum niederösterreichischen Landrathe; ferner den Rathsprotocollisten der obersten Justizstelle, Wilhelm Grafen von Jerningham, und den Rathsprotocollisten des niederösterreichischen Appellationsgerichtes, Bernhard von Rosenthal, zu niederösterreichischen Mercantil- und Wechselräthen allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 15. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	106⅞.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	80.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65¼.
Bankactien pr. Stück	1442⅜ in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 48

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 17. Februar 1839.

W 1-K ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 15. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.631	28 3 4 10	+ 4.6	W.	schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.645	28 4 11	+ 5.7	W.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.607	28 3 2	+ 3.8	W.	schwach.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Der Graf von Lovelace (vormals Baron King, Lord Byrons Schwiegersohn) eröffnete am 5. Februar Abends im Oberhause, wie wir bereits kurz erwähnten, die Debatten über die Adresse. „Die Thronrede," sprach er, „Mylords, enthält Worte, die nur einmüthige Billigung verdienen können. Die Krone sagt uns, es herrsche zwischen ihr und den meisten fremden Mächten vollkommene Harmonie, und man habe Grund, die nahe Lösung aller Schwierigkeiten zu hoffen. Die Abschließung von Verträgen zwischen Oesterreich und der Türkei muß uns Freude machen, da sie den für unsern Handel lästigen Maaßregeln ein Ziel setzen. Die Stipulationen mit Oesterreich werden England erlauben, 34 auf einer unermeßlichen Gebietsfläche lebenden Millionen Menschen ihre Bedürfnisse zu liefern; — kein Vertrag hätte wahrhaftere Vortheile bieten können. Die Fortdauer des Krieges auf der Halbinsel ist beklagenswerth; hoffentlich werden aber die Lehren, welche dieser Krieg gibt, nicht verloren seyn. — Was die durch das Benehmen Persiens in Indien nothwendig gemachten Operationen betrifft, so ist die Hoffnung noch nicht verschwunden, daß Umstände eintreten werden, welche eine allseitige Versöhnung möglich machen; in keinem Falle aber verdient das Benehmen der Regierung Tadel. (Beifall.) Bei dem blühenden Stande der innern Angelegenheiten kann man nur mit Leidwesen den Blick auf die hohen Brotpreise richten; die Erhöhung läßt sich bloß den Getreideeinfuhrgesetzen zuschreiben. Die Minister Ihrer Majestät konnten aber dieser Frage in der Thronrede keinen Hauptplatz anweisen. Schon jetzt herrscht nur zu große Gährung hierüber, und man durfte keine Maaßregel ergreifen, welche Beunruhigung erzeugen könnte. Mit Vergnügen sah ich, daß man der Königinn den Rath ertheilte, sich über diese Frage, deren Reifung man der Zeit überlassen muß, nicht auszusprechen. (Beifall.) Indem die Armengesetzbill die Lage der bedürftigen Classen verbesserte, bewies sie den Volksmassen, daß Ew. Lordschaften gegen ihr Loos nicht gleichgültig seien. Andere Maaßregeln werden im Stande seyn, Ihnen durch Zufriedenstellung des Volks seine Liebe zu gewinnen." Der edle Lord wünscht dem Lande Glück, daß es in den Colonien ohne Blutvergießen mittelst der Lehrlingschaft eine freisinnige und menschenfreundliche Revolution zu Stande gebracht, und schließt mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß die während der letzten Session angenommene Acte gewaltsamerweise die so nützlichen, so heilsamen Arbeiten des edlen Grafen (Durham) gerade in dem Augenblick unterbrochen habe, wo er vielleicht nahe daran gewesen sei, allen englischen Gebietstheilen in Nordamerika den Frieden wieder zu schenken. Der Redner schlägt eine Adresse vor, die eine reine Paraphrase der Thronrede ist. — Lord Vernon, der diese Motion unterstützt, sucht besonders zu beweisen, daß die englische Marine in Friedenszeiten nie stärker, achtunggebietender gewesen, als eben jetzt, — eine Erklärung, die rauschenden Beifall hervorrief. „Die zwischen England und den Mächten abgeschlossenen Verträge," schließt der edle Lord, „können die Lage Englands nur noch verbessern. Hoffentlich wird die Getreidefrage bald geordnet werden und die Beschränkungen ein Ende nehmen, welche den Kornhandel in Fesseln schlagen. Eine feste und hochherzige Politik wird sicherlich die Lage Irlands verbessern und dazu beitragen, dieses Königreich auf gleichen Fuß mit England zu stellen." Nun erhob sich der Herzog von Wellington und sprach: „Ich habe nicht die Absicht, Debatten über Fragen hervorzurufen, die ohne Zweifel später Anlaß zu wichtigen Erörterungen geben werden. Ich will nur sagen, daß man bei der belgisch-holländischen nicht aus den Augen verlieren dürfe, daß das Grundprincip, auf welchem die Unabhängigkeit Belgiens ruht, das einer unabhängigen Neutralität ist. Die Angelegenheiten in Indien sind eine derjenigen Fragen, worüber die Regierung dem Hause und dem Lande die umfassendsten Nachweisungen zu geben hat. Das Land kann sich in keinen Krieg einlassen, ohne die Ursachen genau zu kennen, die ihn hervorrufen. Dieß ist eine herrschende Ansicht. Ich will übrigens die Handlungen der Regierung in Indien hier weder loben noch tadeln; auch wünsche ich der Regierung alle nur mögliche Unterstützung zu gewähren, um die übrigen politischen Schwierigkeiten einer schleunigeren und befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Es freute mich, durch die Thronrede zu vernehmen, daß Ihre Majestät fest entschlossen ist, ihre Souverainetät in den Canadas aufrecht zu halten; allein es wird mir erlaubt seyn, mein Bedauern auszudrücken, daß keine Maaßregeln ergriffen wurden, um diesen Willen in Vollzug zu setzen. Man sah, wie in jenen Gegenden ein ruhiges Gebiet überfallen, friedliche Bewohner mißhandelt, zu Grunde gerichtet, mit Feuer und Schwert verfolgt wurden, weil sie sich der Königinn ergeben zeigten. Ich hätte gewünscht, daß man die Ergreifung von Maaßregeln ankündigte, die geeignet wären, dem königlichen Ansehen Achtung und dem Leben und Eigenthum ihrer Unterthanen Sicherheit zu verschaffen. Es ist die Pflicht Ihrer Majestät, sie zu beschützen; es ist insbesondere ihre Pflicht, direct gegen alle die verbrecherischen Angriffe zu protestiren, deren Opfer von Seite der amerikanischen Bürger ihre loyalen canadischen Unterthanen sind. Vorstellungen müssen deßwegen der amerikanischen Regierung gemacht werden. Ergreift man keine solche Maaßregel, dann wird die Provinz Obercanada bald in dieselbe Lage versetzt seyn, wie Texas. Ich sagte es bereits, und wiederhole es, eine große Macht wie England kann keinen kleinen Krieg beginnen. England muß stets mit Waffen, die seiner Größe würdig, den Kampfplatz betreten. Wenn

die Regierung der vereinigten Staaten bekennt und erklärt, daß die Civilbehörden unvermögend seien, solche Einfälle zu verhindern, so muß die Regierung der Königinn die Initiative ergreifen. Sie ist ihren Unterthanen Schutz schuldig. Ich war erstaunt über die Art, mit welcher man in der Thronrede gewisse große Versammlungen bezeichnete, als wüßte man nicht, daß ein mit dem Vertrauen der Regierung Ihrer Majestät beehrter Mann (O'Connell) neuerlich selbst die Bildung eines bewaffneten schlagfertigen Corps von 60,000 Mann empfahl. (Hört!) Ich hoffe, man werde ihr wenigstens ein Exemplar des in Frage stehenden Paragraphen zugeschickt haben." (Beifall und Gelächter.) Nach einigen Bemerkungen des Herzogs von Richmond, der eine Veränderung in den Korngesetzen als ein allgemeines Unglück betrachten würde, beklagt sich Lord Colchester über die Herabwürdigung und Verkommniß, in welche man die Marine habe versinken lassen. „Sie ist," sagte er, „weder achtunggebietender, noch stärker als zur Zeit, da jener holländische Admiral die Themse hinaufsegelte und Sheerneß in Brand steckte." Graf Minto, erster Lord der Admiralität erwiederte: „Die Zeit ist noch nicht gekommen, umständlicher darüber zu sprechen. Ich werde mich erklären, sobald in dem Hause eine besondere Motion hierüber gestellt wird. Ich beschränke mich heute bloß auf die Erklärung, daß unsere Marine im besten Zustande ist, und daß das Haus darüber sich beruhigen kann." — Graf Winchilsea wollte aus gewissen Aeußerungen der edlen Lords, welche die Adresse vorschlugen und unterstützten, schließen, daß sich die Regierung indirect den Ansichten des Widerrufs der Korngesetze, einer Maaßregel, die er persönlich als ein Unglück betrachte, beigesellte. — Hierauf erwiederte Lord Melbourne, die Korngesetze seien von der Regierung als eine „offene Frage" betrachtet worden, d. h. als eine Frage, worüber die Mitglieder des Cabinets verschiedene Ansichten hegen könnten; auch sei es wirklich der Fall, daß nicht alle gleich darüber dächten; die Mehrheit im Cabinet sei inzwischen für eine Aenderung in dem bisher befolgten System; er selbst wolle sich nicht binden, weder als Parlamentsmitglied noch als Minister, auf Beibehaltung der Korngesetze zu bestehen; eben so wenig übernehme er aber die Verpflichtung, einen Vorschlag zur Aenderung derselben zu fördern. — Am Schluß der Debatte erklärte der Marquis von Lansdowne (Präsident des geheimen Raths), daß die Regierung die von Lord Auckland in Bezug auf Indien befolgte Politik vollkommen gutheiße; bei den weitern Discussionen über diesen Gegenstand hoffe er zu beweisen, daß die Herrschaft Englands in Indien nie stärker und gesicherter gewesen, als im gegenwärtigen Augenblicke. — Die vorzuschlagende Adresse wurde hierauf einstimmig angenommen und das Haus vertagte sich auf Donnerstag den 7. d. M.

Im Unterhause stellte, wie schon erwähnt, Hr. Duncombe zu dem ministeriellen Adreßvorschlag das Amendement: „Das Haus möge erklären, daß eine Reform der Reformbill nöthig geworden sei." — Dieses Amendement wurde von der radicalen Fraction der englischen Liberalen, den HH. Ward, Hume, Brotherton u. s. w. und von Hrn. O'Connell an der Spitze der irischen Liberalen, unterstützt. Die Erklärung des letztern ist bemerkenswerth, weil sie wie eine halbe Lossagung vom Ministerium aussieht. „Nachdem ich," sprach er, „im vorigen Jahre gegen eine ähnliche Motion gestimmt, fühle ich mich nun verpflichtet, dafür zu stimmen. (Gelächter.) Im vorigen Jahre walteten Beziehungen ob, die ich nicht gestört zu sehen wünschte (hört! und Gelächter), aber diese Rücksichten sind für mich nun weggefallen." Die Conservativen stimmten natürlich gegen ein solches Amendement, so viel sie auch sonst an den Ministern und der Thronrede zu tadeln finden mochten. In Bezug auf die Korngesetze äußerte Sir Robert Peel: in dem jetzigen blühenden Zustande des Landes, dessen die Thronrede gedacht, und insbesondere in der Blüthe der englischen Fabriken und des Handels, der sich in den letzten Jahren fortschreitend gehoben habe (hört!), liege ein Argument zu Gunsten der bestehenden Korngesetze; er hoffe daher, daß man sich ernstlich bedenken werde, ehe man das Land durch Aenderungsvorschläge hinsichtlich dieser Gesetze aufrege." (Hört! hört!) Lord J. Russell erklärte sich, wie in seinem neulichen Schreiben an seine Wähler, für einen fixirten ermäßigten Eingangszoll, aber in sehr bestimmten Worten gegen die Aufhebung der Gesetze, welche wohlbegründete Eigenthumsrechte erschüttern würde. Zugleich vertheidigte dieser Minister, wiewohl nur in einigen kurzen Sätzen, die Politik Lord Aucklands in Indien. — Der ministerielle Adreßentwurf, eine bloße Umschreibung der Thronrede, ward, unter Verwerfung des radicalen Amendements, mit 426 gegen 86, also mit einer Mehrheit von 340 Stimmen angenommen.

Consols am 6. Februar 92⅞.

Frankreich.

Wir haben gestern nur die Pariser Journale vom 8. Februar erhalten; die vom 9. sind noch im Rückstande. — Das Journal des Debats äußert sich am Schlusse eines langen Artikels über die Destitution des Hrn. Persil folgendermaaßen: „Hr. Persil war ein Staatsbeamter von hohem Range. Er votirte gegen das Ministerium; noch mehr, er ist in die Coalition getreten; nach dem Beispiele des Hrn. Thiers, des Hrn. Guizot, hat er mit Hrn. Berryer, Hrn. Garnier-Pagès, Hrn. Odilon-Barrot pactisirt. Noch mehr; Hr. Persil hat als Staatsbeamter, als Repräsentant der Regierung, die Functionen als Mitglied eines der Wahlcomités der Opposition übernommen. Noch mehr; Hr. Persil hatte seine Salons der Coalition geöffnet. Das Münzgebäude sollte eine Art von Hülfsanstalt für diese Wahlcomités werden. Im Münzgebäude sollten die angeblichen Wahlumtriebe der Regierung und der 221 vereitelt, im Münzgebäude sollten Candidaten für die Coalition geschmiedet werden! — Dieß ist die Auseinandersetzung der Beweggründe der Destitution des Hrn. Persil."

Die Presse ist auf den guten Einfall gerathen, unter der Aufschrift: „Revue retrospective" Auszüge aus den Kammerverhandlungen der frühern Jahre, namentlich zur Zeit des Ministeriums Thiers-Guizot, zugeben, um zu zeigen, wie damals dieselben Leute, welche die Regierung heute der Tyrannei und Härte beschuldigen, über dieselben Maaßregeln, z. B. die Absetzung von Staatsbeamten, die sich in Opposition gegen die Regierung gestellt haben, dachten. — In ihrem Blatte vom 8. d. M. gibt die Presse zwei auf diesen Gegenstand sich beziehende Reden, eine von Hrn. Guizot in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. März 1833, und eine zweite von dem Grafen Jaubert (dem bekannten Doctrinair) in der Sitzung derselben Kammer vom 17. März 1837.

Hr. de Bonnaut, seit 1833 Unterpräfect zu Gannat, bei Moulins, hat, auf die Nachricht von der Auflösung der Deputirtenkammer, seine Stelle niedergelegt, und diesen Entschluß dem Minister des Innern mit dem Beifügen angezeigt, seine politischen Meinungen erlaubten ihm nicht, die Administration bei den bevorstehenden Wahlen zu unterstützen.

Hr. Guizot hat eine lange Epistel an seine Committenten gerichtet, worin er die Gründe umständlich auseinandersetzt, die ihn zur Opposition gegen das gegenwärtige Cabinet bewogen haben.

Die Fonds waren an der Pariser Börse im Steigen und es wurden bedeutende Geschäfte gemacht. Am 8. Februar 5 Percents 110 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 65. 3 Percents 78 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 45.

Belgien.

Belgischen Blättern zufolge ist Nachstehendes der Inhalt der Note, welche der belgische Gesandte in London, als Antwort auf die letzten Mittheilungen der Conferenz, an die Mitglieder derselben erlassen hat: „Der unterzeichnete Bevollmächtigte Sr. Majestät des Königs der Belgier beeilte sich, die verschiedenen Actenstücke zur Kenntniß seiner Regierung zu bringen, welche die Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands ihm unterm 23. Jänner übergeben haben. Er erhielt den Auftrag, JJ. EE. folgende Erklärung mitzutheilen: Die Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier wünschte sich Glück dazu, sich auf die Grundsätze berufen zu können, welche die Conferenz in der an den Unterzeichneten mit den Vertragsentwürfen gerichteten Note ausgesprochen hat. Die Herren Bevollmächtigten zeigen an, „sie hätten die verschiedenen von Seiten Belgiens gegen die strenge Anwendung der Bestimmungen des Vertrages vom 15. November 1831 erhobenen Reclamationen reiflich erwogen," „es sei anerkannt worden, daß ein Theil dieser Reclamationen wirklich geeignet sei, Aenderungen in den Feststellungen des genannten Vertrages zu begründen," und „diese Feststellungen seien in allen denjenigen Puncten modificirt worden, wo die Rücksichten der Billigkeit ein solches Verfahren zu rechtfertigen geschienen hätten." Andererseits haben JJ. EE. in der dem Herrn Bevollmächtigten der Niederlande bestimmten, dem Unterzeichneten abschriftlich mitgetheilten Note erklärt, eine Frist von sieben Jahren habe Aenderungen in den wechselseitigen Lagen Belgiens und Hollands veranlaßt, die zu berücksichtigen Sie genöthigt wären. — Wenn die „strenge Anwendung" der Bestimmungen des Vertrages von 1831 von den Herren Bevollmächtigten als gegenwärtig unzulässig erkannt worden; wenn Rücksichten der Billigkeit Ihnen Modificationen zu rechtfertigen schienen; wenn eine Frist von sieben Jahren in Ihren Augen, wie in den Augen Belgiens, einen neuen Stand der Dinge hervorgerufen hat, den man berücksichtigen muß, so ist es natürlich, daß man die Wohlthat dieser Anerkennung auf das Ganze der wesentlichen Feststellung ausdehne. Diese nothwendige Folge kann dem Scharfsinn JJ. EE. nicht entgehen, welche einsehen werden, daß die mit den finanziellen Fragen verknüpften Interessen nicht die einzigen sind, die berücksichtigt werden müssen. Die in der Vollziehung der 24 Artikel eingetretene Verzögerung, welche Belgien durchaus nicht Schuld gegeben werden kann, und die, indem sie durch eine lange Gemeinschaft der Regierung, nationaler Erinnerungen und Sympathien begründeten Bande enger knüpften, die Bewohner Limburgs und Luxemburgs vermuthen lassen mußte, diese Bande seien fernerhin unauflöslich; der Wunsch der Bevölkerung, ihre innigsten Gefühle, ihre gebieterischsten moralischen Bedürfnisse, alle diese Thatsachen constituiren, ohne allen Zweifel, der höchsten Sorgfalt würdige Interessen, welche der Regierung Sr. Majestät hinsichtlich dieser Bevölkerung besondere Pflichten auferlegen, die zu verkennen ihr unmöglich ist. — Indem sich daher die Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier auf die von den Herren Bevollmächtigten ausgesprochenen Gründe stützt, und stets von einem wahrhaften Versöhnungsgeiste beseelt, hat sie beschlossen, ein Mittel vorzuschlagen, das die von JJ. EE. beabsichtigte Lösung erleichtern würde, indem es denjenigen Interessen, die vorzüglich Ihre Aufmerksamkeit gefesselt haben, genügende Befriedigung gibt. Aus der Antwort der Herren Bevollmächtigten vom 23. Jänner auf die Note des Unterzeichneten vom 14. Jänner geht hervor, daß sich die Rechte des teutschen Bundes der Erwägung des Vorschlages, Sr. Majestät dem Könige der Niederlande eine Summe Geldes als Entschädigung für gewisse Gebietstheile zu zahlen, widersetzen. Da diese Erwägung das einzige, oder mindestens das Haupthinderniß der Zustimmung zu diesem Vorschlage gewesen zu seyn scheint, und da es gestattet ist, nunmehr zu vermuthen, daß unter einer andern Voraussetzung der Vorschlag annehmbar geschienen haben würde, so macht die Regierung des Königs darauf aufmerksam, daß die Rechte des Bundes vor jedem Angriffe durch eine Combination geschützt werden können, die zum Resultate hätte, die fraglichen Gebiete außerhalb der Belgien verbürgten Neutralität zu stellen, eine Ausgleichung, die, hinsichtlich der militärischen Beziehungen, diese Gebiete von dem übrigen Theile des Königreichs trennen, und die Bildung eines besonderen und localen Corps von 2 bis 3000 Mann gestatten würde, die dazu bestimmt wären, das Bundescontingent zu liefern, welches der Bund unter seinem Einflusse und seinen Befehlen haben würde. Der König der Belgier würde jedoch in keiner andern Beziehung an den teutschen Bund gebunden seyn. Dieser gemischte Zustand würde den Bewohnern die bürgerlichen Beziehungen erhalten, die für sie seit Jahrhunderten bestehen, und denen sogar die Verträge von 1815 kein Ende gemacht haben. — Der Unterzeichnete ꝛc."

Der Commerce Belge meint, die Vertagung der Kammer werde im Lande allgemeine Billigung finden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Jeder einsehe, daß die Regierung befürchten müsse, in dem Augenblicke, wo sie noch in Unterhandlungen begriffen sei, sich durch die heftigen Interpellationen der Minorität bei zufälligen Discussionen zu Aeußerungen verleiten zu lassen, welche leicht, wenn nicht zur gänzlichen Abbrechung der Unterhandlungen führen, doch das Resultat derselben gefährden könnten. Nebenbei sei es auch nicht zu läugnen, daß ein Theil der Repräsentantenkammer, durch ihre Verbindung mit der sogenannten Nationalassociation und durch ihren Gehorsam gegen die Vorschriften derselben, sich zu Reden verleiten ließe, welche, weit entfernt die Verwaltung zu unterstützen, diese vielmehr schwächten und sie zu überflügeln trachtete, um sie zu äußersten Mitteln zu treiben. Die Regierung habe daher von ihrer verfassungsmäßigen Prärogative Gebrauch gemacht; sie werde jetzt, einerseits von zweien Ministern befreit, „die sich in einer fest ergriffenen Partei umschlossen hielten," und andererseits der Furcht vor übertriebenen Reden in der Kammer erledigt, ungehindert seyn, und ihren Argumenten nach Außen größeres Gewicht beilegen können; und wenn dann die Zeit gekommen sei, die definitiven Beschlüsse den Kammern vorzulegen, werde man wenigstens gewiß seyn, daß diese von Niemand Andern gefaßt worden seien, als von derjenigen Gewalt, welche in constitutionnellen Staaten das Recht über Krieg und Frieden hat. Das genannte Blatt weist dann nach, daß die Veranlassung, welche in Frankreich zur Auflösung der Kammer geführt habe (nämlich die Unmöglichkeit der Bildung einer compacten Majorität), in Belgien nicht Statt finde, und daß an eine Auflösung nicht zu glauben sei, „es sei denn, daß inzwischen noch Umstände einträten, welche sie nöthig machten." — Während der Zeit der Vertagung, heißt es dann weiter, werde die Regierung heilige Pflichten zu erfüllen haben; im Innern werde sie die Ruhe aufrecht erhalten, nach Außen

nicht auf eitel Geschwätz, sondern auf die ihr bekannten Gesinnungen der Nation im Allgemeinen sich stützen, und dann öffentlich kund thun, was sie beschlossen habe, um die in den letzten acht Jahren erlangte Wohlfahrt zu erhalten; die Kammern, wie sie auch seyn mögen, werden ihr dann das Zeugniß nicht versagen, daß sie alles gethan habe, was Menschen möglich sei, um zu der am wenigsten ungünstigen Lösung zu gelangen, die, wie sicher zu hoffen, friedlich seyn werde.

Belgischen Blättern zufolge hat der Baron van der Straten Ponthoz, ehemaliger belgischer Gesandter am königl. dänischen Hofe, der sich seit mehreren Monaten auf Urlaub befindet, seine Entlassung aus dem diplomatischen Dienste erhalten.

Niederlande.

Das Handelsblad sagt: „Man schreibt uns aus dem Haag, daß die Regierung, um Belgien allen Vorwand zu benehmen, die Feindseligkeiten gegen uns zu beginnen, das Lager in Nordbrabant eine rückgängige Bewegung habe machen lassen, und die Truppen auf zwei Stunden von der Gränze entfernt worden seien." — Der Staatsrath hält im Haag jetzt öfters Sitzungen.

Teutschland.

S^r. Majestät der König von Würtemberg geruhten am 9. Februar Nachmittags 4 Uhr eine Deputation der Deputirtenkammer nebst dem Präsidenten derselben zu empfangen, welcher die Ehre hatte, S^r. Majestät folgende — in dieser Kammer votirte Dankadresse auf die königliche Thronrede bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtages zu überreichen: „Euer königl. Majestät haben uns bei Eroffnung dieses Landtages mit der Hinweisung auf den reichen Segen empfangen, womit die göttliche Vorsehung das Vaterland seit einer Reihe von Jahren beglückt. Dieses religiöse Wort hat unsere Herzen tief gerührt, und wir sind gewiß, daß es von dem ganzen Volke mit denselben Gefühlen aufgenommen wurde. — Indem wir aber die Vorsehung über ihre Wohlthaten preisen, bewahren wir in dankbarer Erinnerung, wozu wir unserm geliebten König, den sie zu ihrem Werkzeuge berufen hat, verpflichtet sind, und was derselbe seit Seiner Thronbesteigung mit schaffender, ordnender, schützender Hand für Sein Volk gethan hat. Bei dem um Fürsten und Volk so enge geschlungenen Bande rühmt sich dieses, an allen Begegnissen des königlichen Hauses Theil nehmen zu dürfen, und mit den innigsten Segenswünschen begleitet es die Königstochter, die, reich begabt an inneren und äußeren Vorzügen, dem Zuge des Herzens folgt und im schönsten Bunde die Tage eines Fürsten beglücken wird, dessen großer Ahnherr einst ein Hort der Volkerfreiheit war. — Euer königl. Majestät sind entschlossen, das Ihren Namen verewigende Werk der Ergänzung und zeitmäßigen Erneuerung der vaterländischen Gesetzgebung im Einklang mit unserer Verfassung fortzusetzen. Wie manche Gesetze auch noch einer Revision dringend bedürfen mögen, so verkennen wir doch keineswegs, daß die Entwicklung unseres Grundgesetzes die vorangegangene Verabschiedung des Strafgesetzbuches, die Ausbildung des Organismus der Gemeinden, endlich der so nothwendige Rechtsschutz für literarische und Kunsterzeugnisse, die in dieser Richtung uns angekündigten Gesetzentwürfe vorzugsweise zur Erledigung empfehlen. — Mit Eurer königl. Majestät freuen wir uns des günstigen Zustandes des Staatshaushaltes. Neben den Segnungen des Friedens erkennen wir in demselben die lohnenden Ergebnisse einer geordneten, durch volle Oeffentlichkeit gegen Mißbrauch und Mißtrauen geschützten Verwaltung. Wir würden den Zweck unserer Sendung verfehlen, wenn wir nicht bereit wären, diejenigen Abgaben zur möglichsten Ermäßigung oder zur Erlassung auszumitteln, welche empfindlicher als andere den Steuerpflichtigen treffen oder hemmend auf den Verkehr einwirken. Dabei werden wir der Lehre der Geschichte eingedenk bleiben, daß jeder Zukunft ihre besondern, von der Gegenwart kaum zu errathenden, Bedürfnisse und Lasten warten, und daher die Gunst der Gegenwart bei Verwendung der vorhandenen reichen Einnahme-Ueberschüsse mit Gewissenhaftigkeit zu benützen suchen. — Die ernste Pflicht, die Ergänzung des Heeres zu verwilligen, wird uns durch den Gedanken erleichtert, daß unser Militärsystem sich dahin erhoben hat, den Soldaten nicht nur körperlich, sondern auch geistig auszubilden, und hierdurch die ächte Vaterlandsliebe in ihm stets lebendig zu erhalten. Wir theilen mit Zuversicht die Hoffnungen Eurer königl. Majestät für Erhaltung des Friedens. — Sollten aber auch nicht vorherzusehende Umstände denselben stören, so werden Eurer Majestät bei uns und Ihrem ganzen Volke nicht weniger, als bei Ihrem treuen Heere den guten Geist finden, der kein Opfer scheut, welches die Erhaltung der Integrität und die Beschützung unseres teutschen Vaterlandes fordern sollte. Wir schließen uns daher auch gerne den Erwartungen Eurer königl. Majestät an, daß das zum Schutze von Südteutschland durch Staatsverträge zugesicherte Vertheidigungssystem bald seine Vollendung erhalten werde. Die Bemühungen Eurer königl. Majestät für Begründung und Ausdehnung des teutschen Zoll- und Handelsvereins gehören schon jetzt, und noch mehr in dem unberechenbaren Einflusse auf Befestigung der, die teutschen Volksstämme verknüpfenden Bande, der Weltgeschichte an. — Was diese Quelle der Kraft gegen Außen, des Wohlstandes und der Ruhe im Innern zu erhalten und zu fordern, was bestehenden Verfassungen und öffentlichen Verträgen Achtung und Schirmung zu verleihen vermag, sind Eurer königl. Majestät zum tiefsten Danke Ihres Volkes stets zu thun bereit. Unsere Aufgabe wird es seyn, im verfassungsmäßigen Wirkungskreise, durch Liebe und Vertrauen zu unserm König mit der That zu zeigen, daß der auf Verfassung gegründete Thron ein unantastbares Heiligthum des Volkes ist. — Wir verharren in tiefster Ehrfurcht Eurer königl. Majestät unterthänigste, treu gehorsamste Kammer der Abgeordneten. Der Präsident: (Gez.) Kanzler von Wächter. Die provis. Secretäre: (Gez.) Häberlen. Teufel. Stuttgart, den 7. Februar 1839. — S^r. Majestät geruhten hierauf der Deputation Folgendes zu erkennen zu geben: „Meine Herren! Die Worte der „Kammer der Abgeordneten, gesprochen im Namen Meines Volkes, nehme Ich stets mit Vertrauen entgegen „und überlasse Mich gerne der Ueberzeugung, daß Sie „auch im Geist und Sinne Meines Volkes die Geschäfte „dieses Landtags erledigen werden."

Wien.

Am 16. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	106⁹⁄₁₆.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	100¹⁄₄.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	80.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	671⁷⁄₈.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM.	65¹⁄₄.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100⅛ Br. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 49

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 18. Februar 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 16. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.615	28. 3 Lk. 7 P.	+ 1.8	SW. still.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.495	28 3 1	+ 6.2	SSO. schwach.	Sonnenund Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.328	28 2 3	+ 0.6	SSO. still.	heiter.

Wien.

Se. Majestät der Kaiser haben Sonntags den 17. d. M. den an den Londoner Hof bestimmten persischen Botschafter Hussein Chan, welcher Allerhöchstdenselben ein Schreiben seines Souverains, des Schahs, zu überreichen beauftragt war, in einer Audienz zu empfangen geruht.

Spanien.

Aus Spanien treffen jetzt äußerst spärliche Nachrichten ein, da der starke Schneefall in den nördlichen Provinzen die Communication sehr erschwert, und alle Kriegsoperationen hemmt. Doch zeigt sich die, von französischen Gränzblättern gemeldete Aenderung im Conseil des Don Carlos ungegründet. Es wird vielmehr in einem Schreiben aus San Sebastian vom 23. Jänner, welches die Morning-Chronicle enthält, versichert, die Carlistischen Chefs Villareal, Zariategui, Simon Latorre und Guibelalde seien immer noch in Guevara confinirt. Auch die in der Sentinelle des Pyrénées gemeldete Ernennung des Erzbischofs von Cuba (P. Cyrillo) zum Premierminister des Don Carlos bestätigt sich nicht, so wenig als die Entlassung des Ministers Arias Tejeiro.

Aus Madrid reichen die Nachrichten bis zum 31. Jänner. Die Gaceta von diesem Tage enthält einen Artikel, worin die verschiedenen in Spanien und im Auslande verbreiteten Gerüchte in Bezug auf eine Dictatur des Generals Espartero und eine Transaction mit Don Carlos widerlegt werden. „Das Cabinet (sagt die Gaceta) und der illüstre General haben keinen andern Zweck, als die Constitution von 1837, den Thron Isabella's II. und die Regentschaft ihrer erlauchten Mutter zu retten."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 6. Februar nahm, als von den HH. E. Buller und Wood der Bericht über die Adresse eingebracht, und deren förmliche Annahme beantragt ward, Lord Palmerston auf dießfallsige Bemerkungen von HH. Hume und O'Connell Anlaß, sich über die holländisch-belgische Frage zu erklären. Der Rechtstitel Hollands auf Luxemburg, führte er aus, beruhe auf dem Wiener Vertrag und dem Verhältnisse jenes Großherzogthums zum teutschen Bunde, von dem es einen integrirenden Theil ausmache. Jeder Anspruch Belgiens auf Luxemburg sei demnach nichtig, und jeder Versuch von Seite dieses Staats, denselben geltend zu machen, müßte als eine Usurpationshandlung angesehen werden. Was die behauptete Abneigung der Luxemburger gegen Hollands Herrschaft betreffe, so sei das ein Punct, über welchen weder ihm (Lord Palmerston), noch dem brittischen Parlamente, noch auch dem belgischen Volke das Urtheil zustehe; indessen, nach den ihm darüber zugegangenen Berichten glaube er nicht, daß die große Mehrzahl der Luxemburger diese Abneigung theile; jedenfalls aber sei die englische Regierung verbunden, sich an den buchstäblichen Rechtsbestand zu halten, und den König der Niederlande als den Großherzog von Luxemburg zu betrachten. Das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied für Dublin, fügte der Minister bei, habe Tags zuvor auch einige Bemerkungen über das Benehmen Preußens in gewissen inneren Zwistigkeiten dieses Staats gemacht; dieser Gegenstand liege, seines Erachtens, außer dem Bereiche der Discussion eines brittischen Parlaments, indessen betrachte er das Verfahren der preußischen Regierung gegenüber von ihren Unterthanen im Allgemeinen als liberal und gerecht, und es dürfte daher schwer halten, jene Regierung der Juliberalität und der Bedrückung zu überführen. (Hört! hört!) — H. O'Connell benützte die Gelegenheit, die scharfen Ausfälle, welche Lord Brougham im Oberhause gegen ihn gemacht, mit gleicher Münze zu vergelten. Nach mehreren abspringenden Bemerkungen verschiedener Mitglieder über Irland, Canada und Indien wurde die Adresse förmlich angenommen, und das Haus vertagte sich. — Am 7. Februar verfügten sich sofort die Mitglieder beider Häuser in ziemlicher Anzahl mit ihren Adressen nach dem Buckingham-Palaste. Die ministeriellen Mitglieder des Unterhauses, an deren Spitze der Sprecher ging, trugen die „Windsor-Uniform;" alle übrigen waren in einfacher Kleidung.

Consols am 7. Februar 92¼.

Frankreich.

Die Corvette „Najade" ist am 5. Februar zu Brest eingelaufen. Sie überbrachte ämtliche Berichte vom Admiral Baudin an den Marineminister Admiral Rosamel. Dieselben sind datirt: 1. Fregatte „Nereide," vor Veracruz, 3. December; 2. Fregatte „Nereide," vor Anker bei Antonio-Lizardo, 9. December 1838. Die Depesche vom 3. December berichtet über die Einnahme von San Juan d'Ulloa; die vom 9. December über Ereignisse, die am 4. und 5. December vorgefallen sind. Die „Najade" kam am 24. November im Golf von Mexico an. Am 6. December nöthigten Windstöße den Admiral Baudin, die ganze Escadre nach dem Ankergrund Antonio-Lizardo zu dirigiren; hier mußte man bis zum 16. December bleiben. Am 15. hatte Admiral Baudin versucht, mit den Mexicanern der nahen Küste in Verbindung zu treten; sie versprachen Schlachtvieh und andere Lebensmittel gegen baare Zahlung zu liefern; ob sie Wort gehalten, konnte die „Najade" nicht berichten, da sie am 16. December in der Früh mit acht andern Schiffen der Escadre abgesegelt ist. Diese — „Creole," „Iphigenie," „Medea," „Oreste," „Cyclop," „Vulcan," „Du Petit-Thouars" und „Dunois" — nahmen die Richtung nach Havannah. Die „Najade," nach Brest bestimmt, hatte

widrigen Wind und stürmisches Wetter; sie konnte erst am 6. Jänner aus dem Bahama-Canal kommen, und brauchte einen Monat, um von da nach Brest zu gelangen. Die Depesche über die Einnahme des Forts San Juan d'Ulloa besagt nichts Neues; sie gibt nur das Detail der früher eingelaufenen Angaben. Die Depesche vom 9. December bestätigt, was über Neworleans, Newyork und London bekannt geworden. General Rincon, Gouverneur von Veracruz, hatte bekanntlich am 28. November capitulirt; man war übereingekommen, nur 500 Mexicaner sollten als Garnison der Stadt bleiben, und der Rest der Truppen sich zehn Lieues zurückziehen; den Franzosen sollte erlaubt seyn, sich frei in Veracruz zu bewegen, auch war unbeengter Verkehr bedungen. Diese Capitulation — wodurch Veracruz gewissermaaßen als neutrale Stadt erklärt wurde — fand keinen Beifall am Sitze der Regierung; General Santa Ana wurde ermächtigt, zu handeln; er sammelte Truppen und zog am 4. December in Veracruz ein, somit die Capitulation verletzend. Gleich nach dem Einrücken der Mexicaner wurden die Thore nach der Seeseite zu gesperrt; Santa Ana glaubte den Prinzen von Joinville in der Stadt zu finden und gefangennehmen zu können; derselbe war aber zum Glück kurz vorher an Bord gegangen. Die Franzosen zu Veracruz, schlimme Behandlung fürchtend, flüchteten zum Theil in das Fort. Admiral Baudin, als er erfuhr, was vorgegangen, setzte sich (am 4. December Mittags) in ein Boot und fuhr nach dem Hafen von Veracruz; hier erhielt er ein Schreiben Santa Ana's, der ihm anzeigte: er sei an Rincon's Stelle zum Oberbefehlshaber des Departements ernannt; die Regierung zu Mexico erkenne den Vertrag über die Stadt Veracruz nicht an; dem Schreiben war ein gedrucktes Exemplar der Proclamation vom 30. November — wodurch der Präsident Bustamente Frankreich den Krieg erklärt, beigefügt. Admiral Baudin antwortete, die Capitulation, durch die Mexicaner verletzt, binde auch ihn nicht ferner; übrigens möge er sich aller Gewalthandlungen gegen die zu Veracruz etablirten Franzosen enthalten. Admiral Baudin begab sich nun in das Fort San Juan d'Ulloa und ordnete von da aus alles an zu der Entwaffnung der Stadt Veracruz. Er hatte sich nämlich zu dieser Maaßregel entschlossen: Veracruz sollte nicht zerstört, aber unschädlich gemacht werden. Am 5. December landeten die französische Marinetruppen in drei Colonnen — ihr Auftrag war: die Thore zu sprengen und alle Kanonen in der Stadt zu vernageln. Der kühne Plan wurde glücklich ausgeführt. Nachdem die Franzosen in Veracruz eingedrungen waren, eilte die Abtheilung unter dem Prinzen von Joinville nach der Wohnung Santa Ana's, der aber noch in Zeiten entkommen war; dagegen nahm der Prinz den General Arista mit eigener Hand gefangen. (Es wird überhaupt hervorgehoben, wie sich der Prinz von Joinville durch kaltblütige Tapferkeit ungemein ausgezeichnet habe.) Inzwischen hielten sich die Mexicaner länger als man erwartet hatte in einer befestigten Kaserne; es kam auch Nachricht, daß eine Verstärkung von Außen her anrücke; Admiral Baudin sah sich veranlaßt, Befehl zu geben zur Wiedereinschiffung der Truppen; diese erfolgte unter dem Feuer des Feindes, dem die Franzosen gehörig antworteten. Hier war es, wo General Santa Ana so schwer verwundet wurde, daß er am Schenkel amputirt werden mußte; es hieß, man werde genöthigt seyn, ihm auch einen Arm abzunehmen. Die Franzosen hatten bei den verschiedenen Gefechten am 5. December nur acht Todte und funfzig Verwundete. Das Resultat dieser Waffenthat ist, daß zweiundachtzig Kanonen vernagelt und alle Werke, von wo aus die Stadt Veracruz vertheidigt werden konnte, zerstört wurden.

Das Journal des Debats enthält das Schreiben eines Offiziers der Escadre folgenden wesentlichen Inhalts: „Es ist nun kein Zweifel mehr über den Wiederausbruch der Feindseligkeiten zwischen Mexico und Frankreich. Santa Ana hat am 3. December die zwischen Admiral Baudin und General Rincon abgeschlossene Capitulation gebrochen und die französische Marine hat am 5. December für diesen Treubruch eine eclatante Genugthuung gefordert. Der Prinz von Joinville hat als Commandant einer der Angriffscolonnen sich bei dem Gefechte, das in der Stadt Veracruz selbst Statt fand, höchst rühmlich hervorgethan. Er war es, der den General Arista, den Adjutanten des ehemaligen Präsidenten der Republik Santa Ana, mit eigener Hand gefangennahm. — General Santa Ana, der in der Umgegend von Veracruz stand, hatte einige Truppen zusammengezogen, und war, der Capitulation zum Trotz, in die Stadt eingerückt; die Zugänge zum Meere wurden augenblicklich geschlossen; man hoffte, sich des Prinzen von Joinville zu bemächtigen, den man am Lande glaubte. Glücklicherweise hatte sich der Prinz bereits wieder aus der Stadt begeben, jeder Seemann eilte nach den Schiffen, und die Franzosen in der Stadt flüchteten sich in die Festung. Am Abend des 4. Decembers erhielten die Schiffsmannschaften den Befehl, auszuschiffen; sogleich wurden die Canots in Stand gesetzt, und um 2 Uhr Morgens versammelte sich Alles um die zunächst am Fort liegende „Creole." Die Stadt wurde in drei Colonnen angegriffen. Die mittelste, welche der Prinz von Joinville befehligte, erhielt den Befehl, auf Santa Ana's Haus zu marschiren, sich dieses Generals zu bemächtigen, in Gemeinschaft mit den andern Colonnen alle Kanonen zu vernageln, und hierauf, nachdem die Stadt aller ihrer Vertheidigungsmittel beraubt, wieder nach den Schiffen zurückzukehren, ohne jedoch die Gebäude zu beschädigen. Dieser kühne Plan wurde glücklich ausgeführt. Unsern Seeleuten gelang es, die Kanonen zu vernageln oder ins Meer zu werfen. Die Colonne des Centrums hatte das Stadtthor gesprengt und Prinz Joinville war nach Santa Ana's Wohnung hinmarschirt, eine Schildwache wurde entwaffnet und der Prinz drang zuerst bis in das Gemach des Generals, der mit Zurücklassung seines Rockes und seiner Waffen entflohen war. Man fand noch den General Arista, welchen der Prinz arretirte. Bis dahin war alles gelungen, bis auf die Ergreifung des Generals. Ein Detaschement der Fregatte, „la Gloire," welche bei einer Kaserne vorbeikam, erhielt eine lebhafte Füsillade. Der Prinz begab sich mit seiner Mannschaft zu der festgebauten Kaserne. Neben und hinter ihm fielen seine Waffengefährten getödtet oder verwundet. Die andern Colonnen kamen zur Hülfe herbei, und schnell wurde eine Art Batterie aus den herbeigeführten Geräthschaften der Schaluppen der Kaserne gegenüber aufgerichtet. Dieser Angriff veränderte den Plan des Admirals, der die Stadt bloß entwaffnen und ihre Befestigungen wehrlos machen wollte. Er gab den Befehl zum Rückzug. Dieser ging gut von Statten, als ein feindliches Cavalleriedetaschement erschien und den Abzug beunruhigte. Ein Eleve fiel an der Seite des Admirals, ein anderer erhielt eine Kugel ins Herz und war augenblicklich todt. Die Schaluppe wendete sich aber gegen den Feind, und gab ihm volle Ladungen Kartätschen. Die Mexicaner flohen und ließen viele Todte hinter sich. — Jede Hoffnung eines gütlichen Uebereinkommens ist zerstört. Frankreich ist der Krieg erklärt, und alle Mittel sind zum Widerstand gegen uns aufgeboten. Die Escadre hat ihre Mission erfüllt, und wird sich zum

Theil zerſtreuen. — Eine Nachſchrift meldet noch, daß dem General Santa Ana ein Schenkel von unſern Kartätſchen zerſchmettert und dieſer augenblicklich amputirt worden iſt. Man glaubt, er werde ſterben, da auch noch eine andere Wunde am Arme deſſen Amputation nöthig machen ſoll." — Am Schluſſe des officiellen ausführlichen Berichtes des Admirals Baudin über die Einnahme von Veracruz heißt es: „Das vorzüglichſte Reſultat dieſes Tages war die beinahe vollkommene Entwaffnung der Stadt. 82 Feuerſchlünde wurden unbrauchbar gemacht. Dieß erreichte man ohne Beſchädigung der Stadt, die ich zu ſchonen befohlen hatte. Die Kirchen blieben unverletzt, ſelbſt jene, auf welchen die Mexicaner Kanonen aufgeſtellt hatten. Es gereicht allen zur Ehre, die an dieſem Kampfe Theil genommen haben, daß während der vier Stunden, in denen man die Stadt beſetzt hielt, nicht ein e Thüre erbrochen, nicht ein Fenſter zertrümmert wurde, nicht die geringſte Unordnung vorfiel."

Alle Nachrichten ſtimmen übrigens darin überein, daß die Erbitterung gegen die Franzoſen in Mexico einen hohen Grad erreicht hat, und daß die im Lande etablirten franzöſiſchen Handelsleute große Drangſal leiden. Einem vom Commerce mitgetheilten Schreiben aus dem Fort San Juan d'Ulloa zufolge wurde, im Widerſpruch mit obiger Nachricht des Journal des Debats, in Veracruz ſtark geplündert; an 200 Flüchtlinge warten im Fort San Juan d'Ulloa unter den härteſten Entbehrungen auf Gelegenheit, nach Frankreich zurückzukommen. Der Congreß zu Mexico ſoll die Austreibung aller Franzoſen decretirt und doch diejenigen, welche darauf hin ſich entfernen wollten, haben anhalten laſſen. Die Blockade der Küſte hat ſomit nicht zu einem Uebereinkommen, ſondern zum Krieg geführt, und die Entſchädigungsſumme, welche Frankreich nun anſprechen könnte, dürfte ſich wohl in die Millionen belaufen.

Am 9. Februar 5Percents 110 Fr. 55. Fin Courant geſchloſſen zu 110 Fr. 55. 3Percents 78 Fr. 45. Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 40.

Niederlande.

Dem Avondbode wird aus Nymwegen vom 8. d. M. geſchrieben: „Es ſcheint, daß unſere Regierung keinem Kriege entgegenſieht, oder vielmehr die beſtimmteſten Verſicherungen zur Aufrechthaltung des Friedens hat, da bei den verſchiedenen Corps des Lagers bekannt gemacht wurde, daß diejenigen Unteroffiziere und Mannſchaften, die bei den Truppen in den überſeeiſchen Beſitzungen Dienſt nehmen wollen, während dieſes Jahres dazu gelangen können. Zu Cleve wird für die im Laufe dieſer Woche daſelbſt eintreffenden preußiſchen Truppen Quartier gemacht."

Belgien.

Die Aachener Zeitung meldet aus Aachen vom 10. Februar: „So eben erhalten wir direct aus Brüſſel die zuverläſſige Mittheilung, daß daſelbſt die Antwort der Conferenz auf den letzten Vorſchlag der belgiſchen Regierung *) eingegangen iſt. Die Conferenz hat rund heraus abgelehnt, das Project nur in Berathung zu nehmen. Dieſer Beſcheid war vorauszuſehen; die Abreiſe der beiden Geſandten gewinnt aber dadurch größere Bedeutung, da wenn ſie auch nur durch einen ſpeciellen, von jenen Verhandlungen unabhängigen Fall zunächſt veranlaßt worden, ſo ſind die Art und Weiſe, wie ſie Statt gefunden hat, und die Folgen derſelben überhaupt von weit ausſehender Wichtigkeit; da alle Beziehungen zu Teutſchland deßhalb vorläufig abgebrochen werden, und ſchon dadurch dem Verkehr Belgiens ſich Schwierigkeiten entgegenſtellen dürften, auf die man dort bis jetzt nicht gefaßt zu ſeyn ſcheint."

*) Vergl. unſer geſtriges Blatt.

Die Kölner Zeitung meldet aus Brüſſel vom 8. Februar: „Eine Deputation der Handelsleute und Induſtriellen von Lüttich wurde vorgeſtern durch den König und geſtern durch die Miniſter empfangen. Es ſcheint, daß man ihnen ein nahes Ende der Kriſis, worin ſich das Land befindet, angedeutet hat. Hr. d'Huart, Exminiſter der Finanzen, wird, ſobald ſeine Vorbereitungen zur Abreiſe beendigt ſind, das heißt, in den erſten Tagen der nächſten Woche, Brüſſel verlaſſen; er hat, wie man verſichert, den feſten Entſchluß gefaßt, nicht mehr in das Miniſterium zu treten. Auf dem an den Maasufern, zwiſchen Namur und Dinant gelegenen Schloſſe Annevoie, wird der muthige Vertheidiger der Gebietsintegrität ſich von den letzten Kämpfen ausruhen, die er im Schooße des Conſeils für den Triumph ſeiner Meinung zu beſtehen hatte. Nach dem Obſervateur reichten Ernſt und d'Huart, am Tage nach der Verleſung des Berichts des Hrn. de Theux in der Kammer, ihre Abdankung ein." — In einem andern Schreiben aus Brüſſel vom ſelben Tage heißt es: „Der Gedanke an eine friedliche und nahe Löſung hält das Zutrauen aufrecht. Die Zahl der Repräſentanten, welche für eine neue Ratification der 24 Artikel ſtimmen würden, wenn dieſe Frage der Legislatur von neuem vorgelegt werden ſollte, vermehrt ſich mit jedem Tage; man zählt deren ſchon mehr als 55. Aber eine Meinung, die ſich durch die Sprache der im politiſchen und conſtitutionnellen Rechte bewanderter Männer befeſtigt, läßt glauben, daß das Miniſterium enthoben ſei, den Vertrag einer zweiten Erörterung zu unterwerfen. Wirklich ſagt das Geſetz vom 21. October 1831, welches den König ermächtigt, den Beſchluß der Conferenz zu unterzeichnen, daß er dieß unter den Modificationen thun werde, welche er für die Intereſſen Belgiens für nöthig halten werde. Die Schuld iſt vermindert, die Rückſtände annullirt worden; andere Artikel haben Veränderungen erlitten; die Regierung hat ihr Mandat erfüllt, ſie kann jetzt ſagen, dieß iſt Alles was ich erlangt habe, und ſich einer weitern Prüfung entziehen. Dieß iſt, wir wiederholen es, die Meinung einer ſehr großen Anzahl."

Im Fanal vom 7. d. M. heißt es: „In einer Unterredung mit Hrn. Dumortier hat derſelbe uns bewieſen, wie weit er davon entfernt ſei, den Krieg um jeden Preis zu wollen, wie einige Unverſtändige. Er wünſcht, daß die letzten Verhandlungen mit Feſtigkeit, und nicht mit der Läſſigkeit geführt werden ſollen, welche er bis jetzt darin findet; er will, daß die Regierung ſich ausſpreche, und daß ſie uns ihre Abſicht mittheile; ſeine perſönliche Meinung iſt, daß im Falle des Widerſtandes die Verhandlungen nützlich ſeyn könnten, daß ſie aber im entgegengeſetzten Falle nur eine Täuſchung ſeien. Hr. Dumortier iſt für den Widerſtand, die Feſtigkeit und Würde; aber er würde es als eine blinde Dummheit betrachten, Europa den Krieg zu erklären. Er erkennt beſſer, als irgend Jemand, daß der innere Frieden, die Fortſchritte der Induſtrie, der Wiſſenſchaften und des Handels, die Belgien auf den erſten Rang der Nationen erhoben, gänzlich das Unglück von Löwen wieder gut gemacht haben, und daß zehn gewonnene Schlachten uns nicht die Vortheile verſchaffen können, welche Frieden, Ordnung und Arbeit beinahe augenblicklich dem Lande zurückgeben."

Das Frankfurter Journal enthält ein Schreiben aus Antwerpen vom 6. Februar, worin es heißt: „Unſere Hoffnungen, die Sache des Generals Skrzynecki beigelegt zu ſehen, haben ſich nicht verwirklicht. Die Aufnahme des Obergenerals der polniſchen Inſurrection in die Reihen unſerer Armee kann, wie es uns ſchien und noch ſcheint, ernſtliche Folgen nach ſich ziehen.

Die Geschäftsträger Oesterreichs und Preußens sind abgereist. Diese Abreise ist ein höchst wichtiges Ereigniß, das die schwierige Lage, worin wir uns schon befinden, noch mehr verwickelt. Man wird uns ohne Zweifel sagen, daß die Nationalwürde und Ehre uns nicht erlauben, über diesen Gegenstand zu unterhandeln. Wir aber werden antworten, daß es, wenn es sich von dem Heil Belgiens und von seiner Existenz als Nation handelt, die erste Pflicht ist, den Rathschlägen der Weisheit und Mäßigung zu folgen, die gebieterisch fordern, daß ein kleines Volk, wie das unserige, den Mächten Genugthuung gebe, wovon sein Schicksal abhangen wird, und wovon es noch bessere Bedingungen zu erlangen hofft. Der Zustand von Besorgniß und Ungewißheit, worein das Land gestürzt ist, kann nicht länger mehr dauern, ohne hier binnen kurzem eine solche Stockung im Handel und der Industrie zu erzeugen, daß eine finanzielle Katastrophe, wovon Lüttich schon ein Beispiel darbietet, und die noch schrecklicher wäre, als die Zahlungseinstellung der Banque de Belgique, unsere Verlegenheiten auf den höchsten Grad steigern würde; und unter diesen ernstlichen Umständen scheint der Gang unserer Regierung so wenig entschlossen, daß man nicht weiß, woran man sich zu halten hat. Von der einen Seite sollte man glauben, daß sie sich zum Frieden neige, während man von der andern Seite versucht ist, zu glauben, sie sei entschlossen, der Conferenz Widerstand zu leisten. Wir begreifen gewiß, daß sie sich in einer schrecklichen Verlegenheit befinden muß, allein warum zögert sie, bei diesem Zustand der Dinge die Kammern aufzulösen, und bei neuen Wahlen das Land zu Rath zu ziehen? Dann würde wenigstens, wenn die Wähler die nämlichen oder gar noch kriegerischere Repräsentanten wieder in die Kammer senden würden, das Ministerium sich nichts vorzuwerfen haben, und alle Uebel, die alsdann aus den Beschlüssen der neuen Volksmandatare hervorgingen, würden auf diejenigen zurückfallen, die sie gewählt hätten. Aber diese letztere Hypothese ist in unsern Augen höchst unwahrscheinlich, wenn, bis zum kleinsten Dorfe, die Belgier überzeugt seyn werden, daß ein Widerstand unmöglich ist, und daß ein Sieg nur durch den Triumph aller anarchischen Meinungen Europas erkauft werden könnte."

Lombardisch-venetianisches Königreich.

Die Mailänder Zeitung vom 12. Februar enthält folgenden Artikel: „Während der Verhandlungen der französischen Kammern, welche die Adressen auf die Thronrede zum Gegenstande hatten, sind von manchen Rednern Grundsätze aufgestellt worden, nach denen man glauben sollte, Europa habe bis jetzt noch kein Völkerrecht gehabt, oder es komme darauf an, das bestehende von Grund aus durch ein neues zu ersetzen. — Und dennoch gibt es ein höchstes Princip, welches die gegenseitigen Verhältnisse der souverainen Regierungen wie der Privatpersonen bestimmt. Dieß ist die Achtung vor dem Rechte des Andern, ohne welche es kein Mein und Dein, kein Recht, keine Freiheit und mithin keine Wohlfahrt, sondern bloße Willkür und rohe Gewalt gibt. Dieser Grundsatz ist die Basis des Völkerrechts wie des Privatrechts. Handelt es sich hier um die Interessen Einzelner, so gilt es dort die Rechte der Unabhängigkeit, deren nothwendige Folge Reciprocität in ihrer vollsten Ausdehnung ist. — Zu diesen Rechten jeder Regierung gehört eine natürliche Befugniß, welche im geringern Grade und Umfange bereits jeder Privatmann hat, das Recht nämlich: die Hülfe mächtiger Freunde nach ihrem eigenen Ermessen und auf ihre eigene Gefahr in Anspruch zu nehmen, sobald sie deren bedarf; — sei dieß zum Schutze gegen äußere Feinde oder zur Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe im eigenen Lande. — Andererseits steht es aber auch in dem Ermessen der in Anspruch genommenen Regierung, diese Hülfe zu gewähren und nicht zu gewähren. Sie hat hierbei nur ihre eigene Stellung und ihre Mittel zu Rathe zu ziehen. — Eben so klar ist der zweite Grundsatz: daß gegebene Versprechen gehalten, Verträge erfüllt werden müssen. — Auch dieses Princip gilt in gleichem Maaße unter Privatpersonen, wie zwischen unabhängigen Regierungen. Wehe den Völkern und wehe den Individuen, wenn jemals die entgegengesetzte Lehre aus den Discussionen der französischen Kammern in Versuche zur Anwendung übergehen sollten! — Auch ist es falsch, in dieser Hinsicht einen Unterschied zwischen Privat- und Staatsverträgen aufzustellen oder anzunehmen, daß letztere willkürlich oder nach andern Grundsätzen ausgelegt werden dürften als jene. Wenn unabhängige Regierungen keinen höhern Richter über sich haben, so ergibt sich daraus nichts als die Pflicht, um ihrer eigenen Ehre willen — ja, ihres eigenen Vortheils wegen — mit verdoppelter Sorgfalt über die Erfüllung ihrer vertragsweise übernommenen Verbindlichkeiten zu wachen. — Nach diesen allgemeinen Grundsätzen beurtheilen wir daher auch jene abweichende Ansichten, welche in den französischen Kammern laut geworden sind. Wir heben aus diesen nur eine Aeußerung des Constitutionnel vom 23. Jänner heraus. Es wird dort an einem Redner gerühmt: „daß er die Tractate nicht zerrissen, aber auch nicht gelitten habe, daß man über deren Vollziehung deliberire, „ohne Frankreich darüber zu befragen." — Wenn hier von der Räumung Ancona's die Rede ist, so ist darauf nichts zu erwiedern, als daß Frankreich es war, welches die Verpflichtung, diese Festung zu räumen, der Regierung des Kirchenstaates gegenüber übernommen hatte, daß dieser Vertrag einfach erfüllt werden mußte und daß er redlich und unbefangen erfüllt worden ist, — das ganze Verhältniß also abgethan und der weitern Erwähnung nicht werth seyn möchte. — Sollte aber jene Phrase des Constitutionnel den Sinn haben, daß überhaupt in ganz Europa, ja in beiden Hemisphären kein unter Dritten geschlossener Vertrag ohne Frankreichs Erlaubniß erfüllt, oder was dasselbe wäre, gar nicht geschlossen werden dürfe, dann möchte ein solches System nicht nur die Stimme der Vernunft gegen sich haben, sondern auch alle Regierungen der Welt zu dem Zwecke der Behauptung ihres Rechtes und ihrer Würde vereinigen, und der Constitutionnel hätte alsdann Unrecht, indem er behauptet, „daß dieser Redner kein einziges Wort gesagt habe, wor„aus Europa einen rechtmäßigen Grund zur Besorgniß „schöpfen könne." — Allein was auch in den französischen Kammern gemeint, was auch in den französischen Journalen gesagt worden sei, und noch ferner gesagt werden möge, die einfache Wahrheit steht zu fest, als daß sie durch Sophismen irgend einer Art, selbst wenn sie weniger oberflächlich wären, erschüttert werden könnte. — Die Verpflichtung, geschlossene Verträge zu erfüllen, wird fortdauern, jede Regierung eines selbstständigen Staates wird in Zukunft, wie bisher, Herr in ihren eigenen Angelegenheiten und somit auch befugt bleiben, Hülfe zu suchen, wo und wann und von wem sie will; jeder Souverain endlich wird berechtigt seyn, diese Hülfe, wenn es ihm gefällt, zu gewähren, ohne in dieser Beziehung an die Erlaubniß irgend einer Gewalt auf Erden gebunden zu seyn. — Dieß sind Grundsätze, von denen keine Macht, die ihre Würde kennt und ihrer Unabhängigkeit eingedenk ist, jemals abgehen wird."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilar.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№. 50

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 19. Februar 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 17. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.3·3	28. 1L. 7P.	— 0.6	S. still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.3·1	28 1 2	+ 2.3	SSO. —	Nebel.
	10 Uhr Abends.	27.2·6	28 0 6	+ 2.5	SSO. —	—

Großbritannien und Irland.

In der Rede, mit welcher Lord Palmerston in der Sitzung des Unterhauses vom 6. d. M. die Bemerkungen der HH. Hume und O'Connell über die holländisch-belgische Frage beantwortete, suchte derselbe zuvörderst die irrige Meinung zu berichtigen, daß von einem der ministeriellen Redner behauptet worden sei, Hollands Ansprüche auf Luxemburg beruhten auf einem alten Besitzstand; dieß sei allerdings nicht der Fall, indem diese Ansprüche auf weit neuere Uebereinkünfte gegründet seien. „Durch den Wiener Tractat," fuhr Lord Palmerston fort, „wurden die belgischen Provinzen zu den sieben vereinigten Provinzen geschlagen, und aus diesen beiden Ländern das Königreich der Niederlande gebildet. Die Provinz Luxemburg wurde zu einem abgesonderten und souverainen Staate erhoben und zu einem Großherzogthume gemacht, unter der Oberherrlichkeit des Königs der Niederlande, aber mit besonderm Titel und in einer eigenen Successionslinie übertragbar. Das Königreich der Niederlande sollte auf die Erben im Allgemeinen, das Großherzogthum Luxemburg bloß auf die männlichen Erben übergehen und in Ermanglung männlicher Erben des Königs der Niederlande bei dem Hause Nassau bleiben. Der König der Niederlande war, als solcher, kein Mitglied des teutschen Bundes, aber als Großherzog von Luxemburg war er Mitglied dieses Bundes und Luxemburg wurde jener Bundesverfassung unterworfen, welche als Richtschnur für die Mitglieder jener Confoderation aufgestellt wurde. Als nun die Revolution in Belgien ausbrach, erstreckte sich der Aufstand auch auf Luxemburg, und der König der Niederlande, der seine eigenen Widerstandsmittel für unzureichend fand, wandte sich an die fünf Mächte, um die Ordnung wieder herzustellen. Diese Mächte, welche zu Erreichung dieses Endzwecks keine Gewalt anwenden wollten, errichteten einen Waffenstillstand zwischen Holland und Belgien, und versuchten, irgend ein Uebereinkommen zu Stande zu bringen. Sie fanden jedoch, daß die einzige practische Uebereinkunft, die getroffen werden konnte, in einer Trennung zwischen den Ländern Belgien und Holland bestand. Aber die fünf Mächte hielten sich nicht für berechtigt, mit der Provinz Luxemburg auf gleiche Weise zu verfahren, und der ehrenwerthe und rechtsgelehrte Herr (O'Connell) wird bei einem Blick auf die frühern Protocolle finden, daß die fünf Mächte erklärten, daß es Ihnen nicht zustehe, sich in diese Frage zu mischen, und daß der teutsche Bund, wenn er es für dienlich erachte, das volle Recht besitze, Gewalt zu gebrauchen, um die Rechte des Großherzogs zu schützen. Die fünf Mächte begannen daher, mit dem Königreiche der Niederlande allein zu verhandeln und es wurde beschlossen, daß das Königreich Holland aus den ehemaligen sieben Provinzen bestehen und der ganze übrige Theil des Landes, welches das Königreich der Niederlande ausmachte, in das Königreich Belgien umgewandelt werden sollte. Aber Luxemburg wurde in dieses Arrangement nicht eingeschlossen, weil es ein Theil des teutschen Bundes war, der unter der Souverainetät des Großherzogs blieb. Nun aber war es eines der Grundgesetze des Bundes, daß kein Theil seines Gebietes irgend einem Staate, der kein Mitglied des Bundes ist, ohne Zustimmung der Bundesversammlung, zugetheilt werden konnte. Die fünf Mächte waren daher nicht befugt, über Luxemburg zu verfügen und die Trennung dieses Großherzogthums von Holland konnte nur mit der Zustimmung und Sanction der Bundesversammlung bewerkstelligt werden. Im Verlaufe der Unterhandlungen äußerte Belgien den dringenden Wunsch, daß ein Theil der Provinz Luxemburg zum Königreiche Belgien geschlagen werden möchte. Die Conferenz erklärte, daß sie nichts gegen diesen Vorschlag einzuwenden habe, vorausgesetzt, daß sämmtliche Theile, deren Zustimmung gesetzlich erfordert wird, damit einverstanden seien. Die Conferenz forderte demnach die Minister von Oesterreich und Preußen auf, den Wunsch Belgiens der Bundesversammlung vorzutragen, und über die Abtretung zu unterhandeln. Die Bundesversammlung gab die gewünschte Erlaubniß, jedoch unter der Bedingung, daß, wenn ein Theil der Provinz Luxemburg zum Königreiche Belgien geschlagen würde, Belgien seinerseits als Aequivalent dafür einen entsprechenden Gebietstheil abtreten sollte. Diese Bedingungen waren auf den Tractat der 24 Artikel gegründet, den der ehrenwerthe und rechtsgelehrte Herr nicht gehörig von dem nachfolgenden Tractat unterschieden hat. Belgien stimmte diesen Bedingungen im Oc-

tober 1831 bei und im nachfolgenden November wurde die Uebereinkunft in einen regelmäßigen und förmlichen Tractat zwischen Belgien und den fünf Mächten umgestaltet. Von diesem Augenblicke an war ein Tractat zwischen Belgien einerseits und den fünf Mächten andererseits in Kraft, und es war für die contrahirenden Theile ganz gleichgültig, ob Holland dem Tractate beitrat oder nicht. Die fünf Mächte hatten demnach ein Recht, zu fordern, daß Belgien den Tractat seinerseits befolge. Die belgische Regierung hat zu verschiedenen Zeiten diesen Tractat als die Basis ihrer Rechte und als die Uebereinkunft angerufen, auf welche ihre Ansprüche auf eine unabhängige Existenz gegründet waren. Es würde daher ungerecht seyn, wenn Belgien, welches sich acht Jahre lang auf diesen Tracat, als auf den Freiheitsbrief seiner Rechte, berufen hatte, nunmehr, weil es ihm so beliebt und seinen Neigungen zusagt, erklären wollte, daß der Tractat nicht zu befolgen sei. Das Gebiet von Belgien wurde durch den Tractat geschützt, dem es seine Existenz als unabhängige Macht verdankte, aber kein Gebiet, das in jenem Tractat Belgien nicht zugewiesen war, gehörte diesem Lande. Jeder Versuch von Seite Belgiens, sich die Provinz Luxemburg anzueignen, war eben so gut ein Angriff, eben so gut eine Verletzung der Rechte anderer Mächte, als der Einfall der Armee einer Macht in das Gebiet einer andern. Allerdings hat sich Belgien in den Besitz von Luxemburg gesetzt, aber dieß wurde bloß geduldet, selbst seit der Convention zwischen Holland und den Franzosen, nach der Einnahme der Citadelle von Antwerpen, und diese Convention sollte sich eben so auf das Großherzogthum Luxemburg wie auf Belgien erstrecken. Was also Belgiens Anspruch auf Luxemburg betrifft, so ist er nichtig, und jeder Versuch, ihn durchzusetzen, würde ein Act großer Ungerechtigkeit von Seite Belgiens und eine gewaltsame Wegnahme eines Gebiets seyn, das ihm nicht gehört. Was die von dem ehrenwerthen und rechtsgelehrten Mitgliede gegen die Conferenz erhobene Anklage betrifft, daß sie 500,000 Seelen der Herrschaft eines Souverains überliefere, den sie nicht lieben, so kann ich nur erwiedern, daß die Conferenz nichts anders gethan hat, als Luxemburg so zu lassen, wie es der Tractat von Wien bestimmt hatte. Was die angebliche Abneigung der Luxemburger anlangt, dem König der Niederlande unterworfen zu werden, so sei dieß ein Punct, worüber weder ihm (dem Lord Palmerston), noch dem ehrenwerthen und rechtsgelehrten Herrn, noch dem belgischen Volke ein Urtheil zustehe. Er, für sein Theil, könne nicht sagen, daß er hinreichende Kenntniß besitze, um im Stande zu seyn, eine bestimmte Meinung über den Gegenstand zu fassen; allein nach dem, was hierüber zu seiner Kunde gekommen, glaube er nicht, daß die Masse der Bewohner einen so großen Widerwillen dagegen empfinde. In jedem Falle war die englische Regierung tractatenmäßig gebunden, den König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg zu betrachten."

Bei den Verhandlungen über die Adresse in der Sitzung des Unterhauses vom 5. Februar äußerte sich Sir R. Peel folgendermaaßen: „Der politische Zustand verschiedener Theile des Erdkreises verspricht diese Session zu einer hochwichtigen zu machen. Ich stimme im Allgemeinen dem Lobe bei, das man den Handelsverträgen mit Oesterreich und der Türkei gezollt hat, wiewohl man den Panegyrikus wohl etwas übertrieben hat; denn der erstere Vertrag ist nur eine Durchführung des vom Grafen von Aberdeen im Jahre 1829 angenommenen Grundsatzes. Ich wende mich nun zu einem Gegenstande, der von England leider zu lange und zu sehr vernachlässigt worden; — ich meine den Zustand brittischer Interessen und brittischen Einflusses in Indien, die mich mit Besorgniß und Angst erfüllt. Ich will in diesem Augenblicke nichts gegen den von unserer indischen Regierung gefaßten Beschluß sagen, aber im Namen Englands verlange ich, daß dem Parlament die umfassendsten Aufschlüsse darüber, so wie über unsere Differenzien mit Persien vorgelegt werden, und zwar um so mehr, wenn wir Grund haben, die Politik Rußlands zu fürchten. Wie gesagt, wir haben diesen Gegenstand allzu lange vernachlässigt. Während wir uns um innere Fragen von nur untergeordneter Wichtigkeit herumzankten, übersahen wir Fragen, von denen Krieg und Frieden, von denen das Schicksal von Nationen abhängt. (Hört!) Sind die Kriegsrüstungen, von denen die Thronrede spricht, gemacht worden, um Uebergriffen gegen unser Gebiet zu begegnen, so sage ich nicht, daß sie nicht fortgesetzt werden sollten. Man hat schon oft behauptet, unser indisches Reich sei seiner Natur nach aggressiv, es müsse sich in geometrischer Progression ausdehnen; diese Maxime kann ich nicht gutheißen, aber eben so wenig werde ich Beeinträchtigungen unsers einmal occupirten Gebiets ruhig geschehen lassen. Hier scheint mir nun das Manifest des Generalstatthalters von Indien mit der treffenden Stelle der Thronrede nicht ganz in Einklang zu seyn. Das Manifest scheint mehr zu bezwecken, als bloßen Widerstand gegen äußere Uebergriffe; nämlich, wie dasselbe ausdrücklich verkündigt, die Restauration des entthronten Fürsten von Afghanistan, des nämlichen, von welchen Capitän Burnes in seinem Bericht an die indische Regierung gesagt hat, seine Dynastie sei darum gestürzt worden, weil er sein Volk durch den Mißbrauch seiner Macht aufgebracht, ehe diese noch befestigt war. Der Grundsatz, auf den hin man jetzt den Schah Schudschah wieder einsetzen will, scheint mir ganz derselbe zu seyn, als wenn England die Restauration Carls X hätte versuchen wollen, nur mit dem Unterschiede, daß Schah Schudschah seines Thrones schon seit dreißig Jahren entsetzt ist. (Hört! hört!) Ich wünsche ferner, daß die Thronrede einige Sympathie für die loyalen Männer von Canada ausgedrückt hätte, die unter so muthwilligen Angriffen haben leiden müssen. Ich verstehe die Rede dahin, daß die Königinn entschlossen ist, ihre Souverainetät in Nordamerika zu behaupten. (Hört!) Ich halte das für einen weisen Entschluß, und die Ehre der brittischen Krone erheischt, daß die loyalen Canadier vor den frevelnden Angriffen der Bürger der vereinigten Staaten geschützt werden, welche die Haupturheber jener Störungen sind. (Hört!) Die Bestrebungen des Präsidenten, jene Ruhestörungen niederzuschlagen, verdienten allerdings nur das kühle Lob, das ihnen gespendet worden. Als die Amerikaner vormals von den Gränzindianern angegriffen wurden, da ließ General Jackson Truppen marschiren, und sprach: „Wenn ihr eure Leute nicht selbst „in Ordnung halten könnt, so wollen wir es thun." (Hört!) Das ist der Grundsatz, den ich auch hier ange-

wendet zu sehen wünschte. Nachdem die Gesinnungen der Königinn jetzt ausgesprochen sind, wird die Washingtoner Regierung hoffentlich Maaßregeln ergreifen, um jene Einfälle zu verhindern. — Was die wichtige Kornsetzfrage betrifft, deren in der Thronrede keine Erwähnung geschehen ist, so bietet die Rede des ehrenwerthen Herrn, der die Adresse unterstützt hat, ein Argument zu Gunsten dieser Gesetze dar, indem sie den blühenden Zustand der Manufacturen unter dem jetzigen System bewies. Ich habe Documente in Händen, welche zeigen, daß der Handel in den letzten Jahren sich fortschreitend gehoben hat, und daß es daher unweise seyn würde, das jetzige System anzutasten. Jedenfalls, hoffe ich, werden wir die reiflichste Erwägung vorausgehen lassen, ehe wir das Land mit Aenderungen an den Korngesetzen agitiren." (Hört!) Sir Robert hofft, die bestehenden Gesetze gegen die aufrührerischen Meetings in England mit Nachdruck gehandhabt zu sehen, wünschte aber, daß dieß schon früher geschehen wäre. „Was das Amendement (des Hrn. Duncombe betrifft," fuhr er fort, „so werde ich aufrichtig dagegen stimmen. Daß man hin und wieder mit der Reformbill unzufrieden ist, gebe ich zu; habe ich doch immer prophezeit, sie werde nicht befriedigen. Wollten wir auf solchem Wege zu reformiren fortfahren, so müßten wir unserer Verfassung ein demokratisches Princip nach dem andern einimpfen, bis unsere Monarchie zu seyn aufgehört hätte. Als die Agitation um die Parlamentsreform vor acht Jahren im Gange war, da sagte ich dem Hause voraus, bald werde man neue Forderungen in Bezug auf Stimmrecht und Wählbarkeit machen. Als im Jahre 1830 die Staatsmänner, die jetzt auf der Schatzkammerbank sitzen, mich und meine Freunde vom Amte vertrieben, indem sie alle im Lande vorkommenden Brandstiftungen und sonstigen Verbrechen unserer Verwaltung schuldgaben, hätte man da die Ereignisse von heute voraussehen können, wie groß würde die Beschämung dieser Männer gewesen seyn? Wie hätten sie erröthen müssen, wenn ich ihnen geantwortet hätte: „Es ist wahr, das Land ist in einer fieberhaften Bewegung, und allerwärts geschehen Verbrechen; doch haben wir, Gottlob! keine zwei politischen Convente vor den Mauern des Parlamentshauses sitzen." (Rauschender Beifall der Tories.) Hätte ich zu der Zeit, wo gewisse Herren gegenüber um die Reformbill, die ganze Bill und nichts als die Bill ein solches Geschrei erhoben, die Gabe der Weissagung besessen, und ihnen vorausgesagt, acht Jahre später würden sie eben so stark gegen ihre Lieblingsmaaßregel als unvollständig und unwirksam declamiren, würde man mich nicht als einen falschen Propheten bitter verlacht und verspottet haben? (Hört!) Bedenken Sie sich also bei Zeiten, und lassen Sie sich diese Erfahrung eine Warnung für die Zukunft seyn, damit Sie nicht der einst sprechen müssen: „Wollte Gott, daß wir, anstatt den wilden Eingebungen eines fanatischen Republikanismus nachzugeben, die Principien der Monarchie, die weisen, gemäßigten und humanen Institutionen einer väterlichen Regierungsweise wärmer ins Herz geschlossen hätten." (Großer Beifall.) Lord J. Russell vertheidigte kurz die Conferenzbeschlüsse hinsichtlich Belgiens, so wie die von Lord Auckland befolgte Politik, mit welcher die Regierung des Mutterlandes vollkommen einverstanden sei. In Betreff der Korngesetze gab er folgende Erklärung: „Im Jahre 1828 war ich für einen gemäßigten fixirten Eingangszoll, aber ich glaube, es wäre Zeit zu erwägen, ob das damals angenommene Gesetz seinem Zweck entspreche. Das Haus sollte allen Erwägungen für und wider in dieser wichtigen Frage die regste Aufmerksamkeit schenken, obgleich eine Vernehmung von Sachverständigen an den Schranken des Hauses mir nicht eben das geeignetste Mittel scheint. Wird später die völlige Aufhebung der Korngesetze vorgeschlagen, so werde ich die Gründe entwickeln, warum ich einer solchen Maaßregel nicht beipflichten kann. Eine so ungeheure Aenderung würde die Eigenthumsrechte des Landes antasten. Was das Amendement betrifft, so kann es wohl nimmermehr die Meinung von Ihrer Majestät Regierung seyn, die Ballotage, eine nochmalige Ausdehnung des Wahlrechts und eine kürzere Parlamentsdauer zu unterstützen. Wir schämen uns nicht, den Fußstapfen Lord Grey's und Lord Althorps zu folgen, und an den Principien dieser Männer sind wir festzuhalten entschlossen."

In der Sitzung des Unterhauses vom 7. Februar wurde über die Einreichung öffentlicher, d. h. collectiver Petitionen verhandelt, und Lord J. Russell erklärte mit Bezug auf die Frage wegen der Korngesetze, daß er einem von Hrn. Villiers beabsichtigten Antrage auf Aenderung derselben kein Amendement entgegenstellen, sich jedoch dem Vorschlage, für diese Sache Anwalte vor den Schranken des Hauses zu vernehmen, widersetzen würde.

Die Times vom 8. Februar und nach ihr die Abendzeitungen enthalten, man weiß nicht aus welcher Quelle, den Schluß des von Lord Durham der Königinn abgestatteten Berichts über die canadischen Angelegenheiten. Dieß für England sehr wichtige, alle Verhältnisse der brittischen Besitzungen in Nordamerika beleuchtende, aber deßhalb auch höchst weitläufige Bruchstück füllt 10 große englische Zeitungsspalten.

Die Londoner Blätter vom 9. Februar, welche wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, bringen die Nachricht, daß Lord Glenelg, der Staatssecretär fürs Colonialdepartement, seine Resignation eingereicht habe. Er selbst erklärte sich hierüber in der Sitzung des Oberhauses vom 8. d. M. aus Anlaß einer Interpellation, welche Lord Brougham über den Zustand der Negersclaven auf Mauritius an ihn gerichtet hatte, folgendermaaßen: „Mylords! Ich benütze diesen Anlaß, einige Worte über meine persönliche Stellung zu sagen. Obschon ich auf die, von meinem edlen Freunde gestellte Frage, die sich auf eine Periode bezieht, wo ich für die Maaßregeln der Regierung verantwortlich war, geantwortet habe, so muß ich doch hinzufügen, daß ich in diesem Augenblicke nicht mehr im Amte bin. (Diese Erklärung erregte große Sensation im Hause.) Mylords! Ich habe es für Pflicht gehalten, heute meine Resignation einzureichen. Ich mache diese Mittheilung mit dem vollen Gefühle der besonderen Inconvenienz eines solchen Schrittes, in einem Zeitpunct wie der gegenwärtige, und mit dem Bewußtseyn, daß er beleidigende Suggestionen, und große Verzögerung im Geschäftsgange Ew. Herrlichkeiten veranlassen dürfte. Aber, Mylords, ich will in wenig Worten die Gründe darlegen, welche mich zu diesem Entschlusse bewogen haben. Am Dinstag (5.) Morgens wurde mir eine, von mir durchaus unvorhergesehene und unerwartete Mittheilung — eine Mittheilung von Seite des Cabinets — gemacht, die sich auf Aenderungen in Besetzung verschiedener Stellen in diesem Cabinete bezog, welche mir, wie schon gesagt, ganz unerwartet kamen, aber fest beschlossen waren. Mylords! Zu dieser Veränderung und Vertheilung der Aemter habe ich, nach reiflichster Ueberlegung, unmöglich gefunden, meine Zustimmung zu geben, und es demnach für Pflicht gehalten, meine Resignation einzureichen. Mylords! Ich bedaure dieß sehr und es ist mir besonders schmerzlich, daß dieß in einem Augenblick, wie der gegenwärtige, geschehen

muß, wo über Colonialgegenstände so viel im Parlament debattirt werden wird. Aber, Mylords, ich kann aufrichtig sagen, daß kein anderer Grund, als die mir einleuchtende Nothwendigkeit mich zu diesem Schritte bewegen konnte; ich hatte keine andere Alternative zur Wahl; zu gleicher Zeit, Mylords, werde ich stets bereit seyn, über alle Maaßregeln, die mit den Colonialangelegenheiten in Verbindung sind, die mir zur Gebote stehenden Auskünfte zu geben, und über diejenigen, für die ich verantwortlich bin, Rede zu stehen." — Im weitern Verfolg der Sitzung stellte Lord Durham die Frage an den Premierminister, an welchem Tage er die versprochenen Papiere über die canadischen Angelegenheiten dem Hause vorzulegen gedenke, worauf Lord Melbourne erwiederte, daß er dieß nächsten Montag, den 11. Februar, zu thun gedenke. Lord Melbourne bedauerte bei diesem Anlasse sehr die vorzeitige Bekanntmachung eines Theils des, von Lord Durham an die Königinn erstatteten Berichts, in den Zeitungen; ein Verfahren, welches in London großes Aufsehen erregt hatte.

Der Morning-Sun zufolge sind Nachstehendes die beabsichtigten Veränderungen im Cabinet, welche Lord Glenelg zur Resignation bewogen haben: Lord Duncannon sollte das geheime Siegel, welches er zugleich mit dem Forstdepartement hält, aufgeben und Lord Glenelg zum Geheimsiegelbewahrer ernannt werden; an Lord Glenelg's Stelle sei Lord Howick zum Colonialsecretär bestimmt gewesen und sollte zum Pair ernannt werden. Auch glaubt man, daß der Eintritt des Hrn. Macauley in die Administration beabsichtigt werde.

Die Königinn empfing am 7. Februar Nachmittags im neuen Pallaste die beiden Deputationen, welche die Adressen des Ober- und Unterhauses überbrachten, auf die Ihre Majestät eine huldreiche Antwort ertheilten.

Consols am 9. Februar 92¼.

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 30. Jänner melden: „Da bei Gelegenheit des Brandes der hohen Pforte zwei Kistchen mit den Prätiosen des Premierministers entwendet worden, so sind von Seite der Regierung Circularnoten an die hiesigen fremden Gesandtschaften gerichtet worden, um zu verhindern, daß sich die Thäter mit den entwendeten Gegenständen am Bord eines europäischen Kauffahrtei- oder Dampfschiffes flüchten, um dadurch der verdienten Strafe zu entgehen. Zu diesem Ende sind jenen Noten Verzeichnisse der in Verlust gerathenen Prätiosen beigefügt worden. — Der ehemalige türkische Botschafter in London, Sarim Efendi, ist am 18. d. M. hier angekommen und hat bereits seine Amtsverrichtungen als Musteschar (Staatsrath) im Departement des Innern eingetreten. — Der Gesundheitszustand ist fortwährend befriedigend."

Spanien.

Nachrichten aus Madrid vom 3. Februar zufolge war der bisherige Gesandte der Madrider Regierung am Lissaboner Hof, jetzt Premierminister, Perez de Castro, in Madrid eingetroffen. „Die zahlreiche Escorte," heißt es in einem Schreiben aus Madrid von obgedachtem Tage, „deren er bei seiner Durchreise durch Estremadura bedurfte, wird ihm kein erfreuliches Bild von dem Zustande des Landes, dessen Geschicke er leiten soll, gewährt haben." — Der Prinz George von Cambridge kam am 21. Jänner, unter dem Incognito eines „Lord Culloden" in Sevilla an und reiste nach einem Aufenthalt von zwei Tagen, von dort nach Cadix ab. — Van Halen hat endlich am 22. Jänner mit seinen Truppen Segorbe verlassen, in der Absicht, die Carlisten aus dem Maestrazgo zu vertreiben. Bei seiner Annäherung zogen sie sich von Montalván zurück, und er verbrannte das dortige Fort. Zu gleicher Zeit verließ die Division Aspiroz Murviedro, um sich in Segorbe als Reserve aufzustellen.

Im Bayonner Phare heißt es: „In der Nacht vom 3. auf den 4. d. M. sind die Verschanzungen der Muñagorristen durch ein plötzliches Anschwellen der Bidassoa weggeschwemmt worden; die ganze Ebene war überschwemmt, und am 6., ungeachtet das Wasser um zwei Metres gefallen war, stand das Fort noch unter Wasser. Die 2 Kanonen und ein Munitionskarren waren im Schlamm vergraben. Alle Communication zwischen der französischen Gränze und dem fueristischen Lager war abgeschnitten gewesen, und erst am 5. im Laufe des Tages ist es möglich geworden, den Leuten von der Expedition einige Lebensmittel zukommen zu lassen." — An der Gränze sprach man fortwährend von einer Carlistischen Expedition im Monat März.

Portugal.

Nachrichten aus Lissabon vom 22. Jänner, die durch das Dampfboot „Iberia" in Falmouth angekommen waren, melden, daß man an diesem Tage der ersten entscheidenden Debatte in der Deputirtenkammer entgegensah, da die Discussion über die Adresse auf die Thronrede an der Reihe war. Das Resultat derselben wird die erste bestimmte Auskunft über die relative Stärke der Partheien geben. Der Senat war immer noch nicht vollzählig. Privatbriefe äußern sich jetzt günstiger über den Zustand der portugiesischen Finanzen. Die Staatseinnahme war im Steigen begriffen, und die Lissaboner Bank hatte eine Jahresdividende von neun Percent angezeigt und eine sehr günstige Bilanz vorgelegt. Hr. Perez de Castro war endlich am 16. Jänner nach Madrid abgegangen; sein Nachfolger auf dem Lissaboner Gesandtschaftsposten, Don Manuel Maria de Aguilar, wurde in wenigen Tagen in Lissabon erwartet. Prinz Georg von Cambridge war am 19. v. M. in Cadix angekommen und wollte von dort in acht Tagen über Sevilla und Gibraltar nach Malta abgehen.

Frankreich.

Der Justizminister Hr. Barthe hat an alle Generalprocuratoren folgendes Circular erlassen: „Am Vorabend einer allgemeinen Wahl muß ich Sie erinnern, wie wichtig es ist, daß alle öffentlichen Beamten von den Pflichten, die diese Lage ihnen auferlegt, sich durchdrungen zeigen, wie wichtig es ferner ist, daß sie sich durch entgegengesetzte Meinungen nicht bekämpfen und nicht so den gesetzlichen und loyalen Einfluß zerstören, welchen

die Verwaltung im Intereſſe unſerer Inſtitutionen und der conſtitutionnellen Monarchie ausüben muß. Die Regierung verlangt von den verſchiedenen Beamten, die unter Ihrer Leitung ſtehen, keine Rechenſchaft über die perſönliche Ausübung ihres Wahlrechtes. Aber dieſe Beamten würden ihre Pflichten nicht verſtehen, wenn ſie ſich des Anſehens, welches ihr Amt ihnen verleiht, bedienen würden, um den auf ſeine geſetzlichen Gränzen beſchränkten adminiſtrativen Einfluß zu bekämpfen. Suchen Sie dieſelbe Anſicht auch Ihren Subſtituten einzuprägen. Die Adminiſtrativbehörden werden ſich beeilen, Ihnen wie Ihren Subſtituten alle Auskünfte, die Sie wünſchen könnten, zu geben, um, im Princip der Ordnung und der Erhaltung, jene unter den gegenwärtigen wichtigen Umſtänden ſo nothwendige Einigkeit des Zuſammenwirkens und Einfluſſes zu ſichern. Ich erwarte von Ihnen einen Bericht über den gegenwärtigen Zuſtand Ihrer Gerichtsbarkeit. (Unterz.) Barthe."

Neuerdings ſind wieder zwei Präfecten abgeſetzt worden, um durch Tüchtigere und Ergebenere erſetzt zu werden. Ein Unterpräfect, Baron Valſuzenay zu Bar-ſur-Aube, hat ſeine Entlaſſung genommen, weil er den miniſteriellen Bewerber nicht unterſtützen will.

Hr. Perſil hat an mehrere Blätter Schreiben ergehen laſſen, in welchen er erklärt, er habe aus Ueberzeugung gegen die Miniſter geſtimmt, und ſein Eintritt in die Coalition ſei keine Abtrünnigkeit, denn von jeher ſei ſein Grundſatz geweſen: Wirklichkeit des Repräſentativſyſtems; Widerſtand in Tagen der Verwirrung, des Aufſtandes, des Bürgerkrieges; Freiſinnigkeit und Mäßigung in Zeiten der Ruhe.

Das, wie in unſerm Blatte erwähnt, von Hrn. Guizot erlaſſene Wahlmanifeſt liefert den Pariſer Journalen aller Farben Stoff zu umſtändlichen Betrachtungen. Ein teutſches Blatt — die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung — äußert ſich darüber folgendermaaßen: „Der Vater der Doctrin und der Septembergeſetze war es ſich und der Meinung ſchuldig, Rechenſchaft abzulegen von den Gründen ſeiner neueſten Politik. Er hat öffentlich gebeichtet, glaubt aber keiner Abſolution zu bedürfen. Betrachtet man das bedeutende Actenſtück zur Geſchichte der Parteien in der Nähe, ſo fällt gleich ein Umſtand auf, der gewiß Vielen ein Stein des Anſtoßes ſeyn wird. Guizot theilt ſeinen Sermon in drei Theile: Das Cabinet vom 15. April iſt unzureichend; die Coalition gegen das Cabinet vom 15. April läßt ſich vertheidigen; der Adreßentwurf war nur feindlich gegen die Miniſter, nicht gegen die Krone. Die letztere Behauptung iſt ohne Frage die wichtigſte; ſie mag darum zuerſt unterſucht werden. Gleich beim Erſcheinen des Adreßentwurfs war nur eine Stimme darüber, daß die Coalition ihr ganzes Programm in den Schlußparagraphen gelegt habe; es war derſelbe ein an Folgen fruchtbarer Commentar zu dem Satze: Der König regiert, aber gouvernirt nicht. Die Gewalten ſollen, nach dem Entwurfe, in ihrer conſtitutionnellen Schranke gehalten werden; das contenus dans leur limite ſagte Alles; auch hat die Adreßdebatte nicht unklar gelaſſen, was damit gemeint war. Dennoch erklärt jetzt Guizot ſeinen Committenten, alle Welt habe ſich geirrt. „Wir haben nicht das Königthum in die Debatte gezogen; wir widmen ihm die höchſte Ehrfurcht; wir wiſſen, wie nöthig es für Frankreich iſt, welche Dienſte es geleiſtet hat und noch leiſten ſoll. „Es entfalte darum frei und vollſtändig ſeine Prärogativen; es erleuchte, es überrede ſeine Rathgeber; es übe „auf ſie ſeinen vollen Einfluß. So verfahrend bleibt es „in den Gränzen ſeines Rechtes. Eure Pflicht (Miniſter „der Krone!) iſt dagegen, das Königthum ſeinerſeits zu „erleuchten, zu überreden, mit der Influenz des Landes zu „durchdringen, dann aber im Angeſichte der Nation alles zu „verantworten, was es auf euren Rath, mit eurer Zuſtimmung gethan hat." Dieſe Metaphyſik der Verhältniſſe des Königthums, das doch einmal im König perſonificirt iſt, zu dem Miniſterthume, das ſich in acht Individuen zerſpaltet, hat Guizot, ſo lange er am Ruder war, nie zur reinen Anwendung gebracht. Schwerlich würde ſich, wären alle Einzelnheiten bekannt, ein merklicher Unterſchied finden zwiſchen ſeiner Unabhängigkeit und Molé's Fügſamkeit. Dennoch fährt er quasi re bene gesta fort: „Das iſt es, was die Nation von den Rathgebern der „Krone verlangt, was ihnen die Charte vorſchreibt. Und „das iſt es eben auch, deſſen wir euch (Miniſter vom 15. „April) nicht fähig halten. Ihr ſeid dem Lande und ſeinen „unmittelbaren Stellvertretern zu fremd; ihr repräſentirt es nicht genugſam bei der Krone. Die Intereſſen, „die Geſinnungen, das moraliſche und politiſche Leben des „Landes, gelangen nicht treu und ganz durch euer Organ vor den Thron. Wenn ihr nun in den Kammern erſcheint als Rathgeber der Krone, ſo finden wir, einmal, „daß ihr die Krone ſchlecht berathen habt, und dann, „daß ihr ſie nicht genugſam vertretet und vertheidigt; „eure Schwäche, eure Unzulänglichkeit, iſt eine doppelte: „die Krone leidet unter derſelben im Lande und in den „Kammern, ebenſo wie die Kammern und das Land in „dem Rathe der Krone leiden. So iſt unſer Gedanke; er „iſt an das Cabinet gerichtet, allein an das Cabinet. „Nichts wird uns die Schranken unſerer Pflicht, unſeres Rechtes, überſchreiten laſſen. Aber wir (die Coaliſirten) werden unſere ganze Pflicht erfüllen, unſer ganzes Recht brauchen. Darin beruht die repräſentative Regierung, unſere Eroberung, darin die Charte, unſere „Wahrheit. Wir können nichts davon untergehen laſſen; „Frankreichs Ehre iſt dabei auf dem Spiel; die Ehre ſeines Namens und ſeines Lebens ſeit 1789, ſeit 1814, „und beſonders ſeit 1830. Aber auch ſeine Ruhe iſt nicht weniger als ſeine Ehre dabei betheiligt; gewiß, ſo lange die „gegenwärtige Verwaltung beſteht, werden alle Zuſtände ſchwebend und unentſchieden bleiben; die Würde und „die Sicherheit des Landes werden in gleicher Weiſe „ſchwanken; man wird in den innern und äußern Angelegenheiten, in den materiellen und moraliſchen Intereſſen, den nämlichen Mangel an Vorausſicht, die nämliche Flatterhaftigkeit, die nämliche Schwäche, herrſchen „ſehen, und zuletzt wird es zu denſelben Prüfungen kommen, wie jetzt." So lautet der dritte Theil von Guizot's Sermon. Ob ihn wohl die Wähler erbaulich und überzeugend finden? Vielleicht kommt er nur denen eindringlich vor, die auch den erſten und zweiten Theil in ſich aufgenommen haben. Wir werden nicht verſäumen, durch Mittheilung des Weſentlichen daraus dem Leſer das Urtheil zu erleichtern."

Der Moniteur Algerien enthält eine Ordonnanz, durch welche die Ausfuhr von Getreide und Mehl nach allen Ländern, außer Frankreich, von allen Puncten auf der Küſte der nordafrikaniſchen Beſitzungen ſuspendirt iſt.

Am 11. Februar 5 Percents 110 Fr. 60. Fin Courant geſchloſſen zu 110 Fr. 75. 3 Percents 78 Fr. 60. Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 75.

Päpſtliche Staaten.

Oeffentliche Blätter melden aus Rom vom 4. Februar: „Geſtern Früh traf Sr. königl. Hoheit der Kronprinz von Baiern im erwünſchten Wohlſeyn mit Gefolge

hier ein, und empfing in der Villa Malta die hier anwesenden Baiern. Die später, als bestimmt war, erfolgte Ankunft des Kronprinzen hatte ihren Grund darin, daß er das so schön gelegene und an Kunstschätzen des Mittelalters so reiche Orvieto besucht hatte, und also von der großen Landstraße aus einen Abstecher hatte machen müssen. Nachmittags kam Sr. kaiserl. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland auf seiner Rückreise von Neapel gleichfalls hier an und stieg im Pallast des russischen Gesandten ab. Der Kronprinz machte heute Mittag, in einer feierlichen Audienz, eingeführt durch den königlich baierischen Geschäftsträger, Grafen Spaur, Sr. Heiligkeit dem Papst seinen Besuch. Er wurde vom heiligen Vater mit seiner bekannten Leutseligkeit empfangen, unterhielt sich geraume Zeit mit ihm, und wurde zum Schluß mit dem apostolischen Segen entlassen. Nachher besuchte der Kronprinz die verwittwete Königinn von Sardinien, den Prinzen Heinrich von Preußen und den Thronfolger von Rußland, welcher Besuch von diesem später erwiedert wurde. Leider verlassen uns beide Monarchensöhne noch vor Ende des Carnevals, welcher heute, vom schönsten Wetter begünstigt, begonnen hat; wobei beide Prinzen sich durch Confetti- und Blumenwerfen belustigten. — Wie ich früher schon schrieb, hatte der Papst dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland bei seiner Anwesenheit das prachtvolle Schauspiel der Kuppelbeleuchtung zeigen wollen, welches damals aber wegen der Unbeständigkeit der Witterung unterbleiben mußte; doch kaum war gestern der Großfürst hier angelangt, als ihn der Papst durch den Monsignore Maggiordomo begrüßen ließ, und ihn einlud, der Beleuchtung der Kuppel von St. Peter am 6. d. M., am Jahrstag der Krönung des Papstes, beizuwohnen."

Niederlande.

Die Staatscourant vom 7. Februar enthält einen Bericht des Finanzministers vom 6. d. M., eine neue 5percentige Anleihe von 14 Millionen Gulden, zu Lasten der überseeischen Besitzungen der Niederlande betreffend. Die Generalstaaten haben bekanntlich 19 Millionen zugestanden und bleiben daher 5 Millionen Gulden noch vorbehalten. Die Einschreibungen sollen am 4., 5. und 6. März bei der niederländischen Bank und bei den Agenten des Schatzes geschehen. Der Zinsengenuß fängt bereits vom 1. Jänner d. J. an, obwohl die Capitaleinzahlungen erst am 18. März mit 10 Percent beginnen, worauf am 1. Mai, 15. Juni und 15. August jedesmal 20 Percent und endlich am 5. October 30 Percent eingezahlt werden sollen.

Belgien.

Das Journal des Flandres und der Messager de Gand melden, man versichere, es sei in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar ein Kurier durch Gent passirt, welcher die einfache und unbedingte Zustimmung des Königs Leopold zu den letzten Beschlüssen der Conferenz überbringe. Der König soll am 8. Februar Abends nach einem Ministerconseil unterzeichnet haben. Der Messager de Gand hält die Nachricht für durchaus wahr.

Der Independant — der bekanntlich für ein Organ der belgischen Regierung gilt — vom 11. Februar sagt in seiner Polemik gegen ein anderes Brüsseler Journal, die Emancipation, am Schlusse eines langen Artikels über die auf die Scheldeschifffahrt sich beziehenden Bestimmungen der Londoner Conferenz: „Wir sollen, sagt man, der Unterdrückung, die man uns bereitet, Widerstand leisten! Es sei; aber sind wohl die Mittel und Wege, die ihr einschlagt, die besten? Ernsthaft gesprochen; erwartet ihr einigen Erfolg davon? Ihr raisonnirt ganz kurz und präcis. Ihr sagt: „Das behagt „uns nicht; man muß uns davon befreien." Jammerschade, daß man euch nicht gebeten hat, die Noten unsers Cabinets zu redigiren. Welch wundersame Wirkung würden sie, in diesem Style abgefaßt, hervorgebracht haben! Die Conferenz würde sich sicherlich, schüchtern und zitternd, vor diesem stolzen Tone, vor dieser imposanten Attitüde gebeugt haben! denn es ist heute das obligate Thema, daß sämmtliche Mächte Furcht haben, und es nur von Belgien abhängt, ihnen Gesetze vorzuschreiben. Man fordert Belgien auf, die von Frankreich im Jahre 1792 gespielte Rolle zu wiederholen; aber wir erlauben uns, ins Gedächtniß zurückzurufen, daß Frankreich, trotz seinen dreißig Millionen Einwohner, trotz dem Beistande einer Propaganda, die etwas mehr Anklang gefunden hatte, als die von 1839 finden dürfte, sich im Jahre 1815 auf seinen Ausgangspunct zurückgeführt gesehen hat, nachdem es zwei Invasionen erduldet, allerdings viel Ruhm geerntet, aber auch schwere Drangsale erlitten, und durch die schrecklichste Anarchie die Freiheiten erkauft hatte, die eine friedliche Reform ihm eben so vollständig gewährt haben würde. Nicht wahr, ein solches Beispiel ist ermuthigend! Bei diesem Spiele würde Belgien allerdings Gefahr laufen, beinahe sicher seine Nationalität und seine Unabhängigkeit zu verlieren. Nichtsdestoweniger schreien diejenigen, die sich ausschließend im Besitze des Nationalgefühls zu befinden behaupten: Möge Belgien lieber zu Grunde gehen, als eine unserer Prätentionen! Wir hoffen, daß Belgien weiseren Rathschlägen folgen werde."

Wien.

Am 18. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 7/20.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100 7/20.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	80.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	157 1/4.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	675 1/16.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC. in CM.	65 1/10.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1·K. ZEITUNG 1839

№ 51

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 20. Februar 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 18. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.175	273. 11 2. 1 9.	+ 0.5	SO. still.	dichter Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.142	27 10 10	+ 3.5	WSW. ——	Nebel.
	10 Uhr Abends.	27.207	27 11 6	+ 3.0	NW. —	Regen.

Großbritannien und Irland.

Die Londoner Blätter vom 9. Februar beschäftigen sich vornehmlich mit dem Austritte des Lords Glenelg aus dem Cabinete. Die Times erklärt für den am allgemeinsten geglaubten Grund dieses Schrittes, daß Lord Howick (Sohn des Grafen Grey, Kriegssecretär) den Sturz des Colonialsecretärs bewirkt habe, um für dessen Benehmen gegen seinen Schwager, Lord Durham, Rache zu nehmen. Die Times selbst bezweifelt dieß jedoch; sie vermuthet, das Ministerium habe das Bedürfniß gehabt, ein Portefeuille zu vergeben und deßwegen demjenigen Mitgliede das seinige genommen, das, weil weder großen Einfluß verleihende Güter, noch Wahlflecken besitzend, noch mit mächtigen Familien verwandt, am wenigsten Widerstand zu leisten im Stande gewesen sei. Die Morning-Post schreibt: „Der Rücktritt des Lords Glenelg ist eine Niederlage der minder zahlreichen Partei im Cabinete, an deren Spitze Lord Melbourne steht, und deren wichtigste Mitglieder, nächst ihm, die Lords Glenelg und Palmerston sind. Lord Palmerston und Lord Melbourne haben sich für jetzt durch Aufgebung eines ihrer Collegen gerettet. Sie dürfen sich aber nicht mit der Hoffnung schmeicheln, daß sie ihr Geschick, welches sie durch den Verrath an einem Verbündeten aufgeschoben, für immer von sich abgewendet haben. In Balde wird an einen dieser Lords das Anerbieten des Privatsiegels (eines einflußlosen Amtes, das bis jetzt Lord Duncannon neben dem Commissariat der Forsten bekleidet) ergehen. Der Kampf, der um die Erhaltung Lord Glenelgs hätte geführt werden sollen, ist für die Ernennung seines Nachfolgers aufbewahrt, und der Erfolg kann nicht zweifelhaft seyn. Lord Howick, der Urheber der Intrigue gegen Lord Glenelg, soll nach dem Colonialamte für sich selbst streben, und wird in dieser Bewerbung von der Russell'schen oder radicalen Partei des Cabinets unterstützt. Der Marquis von Normanby (Graf Mulgrave, Vicekönig in Irland) ist der Colonialsecretär, den Lord Melbourne wünscht. Man erwartet allgemein, daß heute die Frage zur Entscheidung kommen werde, ob Lord Howick, trotz Lord Melbourne die Früchte seiner Intrigue ernten, oder ob Lord Normanby, trotz der Russell'schen oder Howick'schen Partei im Cabinete, der neue Colonialsecretär seyn werde." — Die Morning-Chronicle schweigt über den Schritt des Lords Glenelg. — Der Sun schreibt: „Wir haben gehört, daß Lord Glenelg entweder dem Ministerrath, in welchem eine Aenderung in der Austheilung der Aemter beschlossen wurde, selbst beigewohnt hat, oder unmittelbar nachher davon benachrichtigt worden ist. Jener Beschluß war theilweise die Folge eines Streits zwischen dem Kriegssecretariat (Lord Howick) und dem Oberbefehlshaber der Landmacht (Lord Hill) einerseits und dem Colonialseeretariat andererseits, in Betreff der Truppen; indem das Kriegsdepartement klagte, es könne bei der Art, wie das Colonialamt über die Truppen verfüge, keine wirksame Controlle über alle Theile der Armee ausüben, und der Zweck der beschlossenen Aenderung war, ein verbessertes Verwaltungssystem in dieser Beziehung einzuführen. Lord Glenelg wußte dieses Alles, er kannte den Beschluß seiner Collegen schon Dinstag, und nahm sich bis Freitag Zeit, um zu einem Entschlusse zu kommen. Es geht das Gerücht, daß das Erscheinen des Berichts von Lord Durham in der gestrigen Times (welcher Bericht über des Lords Amtsführung in Canada dem Parlamente noch nicht vorgelegt ist, und durch eine Pflichtverletzung eines Colonialbeamten an die Times gelangt zu seyn scheint) dazu beigetragen habe, den Entschluß Lord Glenelgs zu beschleunigen. Das Ende der Sache ist, daß Lord Glenelg mit der Pension, welche ihm gebührt, zurücktritt. Es ist dieß schwerlich die einzige Veränderung, die eintreten wird. Das Cabinet, wie es zusammengesetzt ist, vermag die ordentlichen Geschäfte des Landes nicht zu führen, und bedarf des Beitritts von Kraft, Talent und Popularität, oder muß den Tories Platz machen. Ein altes Gerücht wiederholt sich, daß Lord Normanby das Colonialamt und der Herzog von Sussex (Oheim der Königinn) das Vicekönigthum von Irland erhalten werden. Diese Maaßregel wäre populär, und der edle Lord wäre von Nutzen im Oberhause. Dieß allein genügt aber nicht. Mit einer Personalveränderung muß eine Systemsveränderung zum Bessern eintreten, oder es kann nicht weiter fortgehen."

Am 8. Februar wurde im Unterhause mit 183 Stimmen gegen 43 beschlossen, daß die Mitglieder des Hauses der Gemeinen, dem bisherigen Gebrauche gemäß, bei Ueberreichung von Petitionen keine Reden zu deren Begründung halten sollten. Es hatte nämlich H. Ward eine mit 13,000 Unterschriften versehene Petition um Abschaffung der Korngesetze übergeben, die er auch gerne motivirt hätte. Damit wäre die Frage selbst zur Debatte gekommen, was nun erst am 19. Februar der Fall seyn wird, wo H. Villiers einen förmlichen Antrag stellen will auf Vernehmung von Zeugen in Bezug auf die Korngesetze vor den Schranken des Hauses.

In dem Berichte Lord Durhams über seine Amtsführung in Canada (den die Times bekanntlich mitgetheilt hat) heißt es am Schlusse: „Ich muß die Aufmerksamkeit der Räthe Ew. Majestät und des Parlaments auf die gebieterische Nothwendigkeit lenken, einen schnellen und entscheidenden Entschluß über diese wichtige Frage zu fassen, nicht nur in Rücksicht auf den Umfang und die Verschiedenheit der Interessen, welche die Wohlfahrt und Sicherheit des mit jeder Stunde Verzögerung immer mehr gefährdeten brittischen Reiches betreffen, sondern auch in Rücksicht auf den Zustand der Gemüther in allen nord-

amerikanischen Besitzungen Ew. Majestät, und vorzüglich in den beiden Canada's. In den verschiedenen Depeschen, die ich an den Staatssecretär Ew. Majestät richtete, habe ich die genaue Schilderung der Gesinnungen mitgetheilt, welche alle Classen, in Folge der Ereignisse, welche die letzte Session des englischen Parlaments bezeichneten, beseelt haben. Ich spreche nicht von den französischen Canadiern, sondern von der englischen Bevölkerung der beiden Provinzen. Diese Gesinnungen sind klar in allen den Adressen ausgedrückt, die ich aus allen Theilen der Colonien Nordamerika's empfangen habe, und die ich dem gegenwärtigen Bericht beifüge. Aber wie stark auch die Ausdrücke des Bedauerns und der Bestürzung, bei der Vernichtung ihrer Hoffnungen, welche die Einwohner gehegt hatten, schnell den Zustand der Anarchie, worunter sie so lange geseufzt hatten, beendigt zu sehen, gewesen seyn mögen, sie sind nichts in Vergleich der Gefahr, welche die Drohungen von Trennung und Unabhängigkeit erzeugen, die von allen Seiten ertönten. Es ist mir glücklicherweise gelungen, für eine Zeit lang diese Erbitterung dadurch zu stillen, daß ich die Gemüther nach den Mitteln hinlenkte, welche die Weisheit und das Wohlwollen Ew. Majestät Sie bestimmen werden zu sanctioniren, wenn sie Ihnen vorgelegt werden; aber diese durch die von mir übernommene Verantwortlichkeit hervorgebrachten Wirkungen werden sämmtlich vernichtet werden, die Gesinnungen werden mit großer Heftigkeit wieder ins Leben treten, und die Gefahr wird drohender werden, wenn diese Hoffnungen noch einmal getäuscht werden, und wenn die Legislatur keine wirksame Abhülfe der Beschwerden bringt, worüber Ihre amerikanischen Unterthanen sich so lebhaft beklagen, und deren Schilderung ich vor Ihnen aufgerollt habe. Ich bitte daher Ew. Majestät, diesem Berichte die ernstlichste Aufmerksamkeit zu schenken. Dieß ist die letzte Handlung, die ich in Erledigung der Pflichten, die mir aufgelegt waren, ausübe. Ich hoffe, Ew. Majestät werde sie günstig aufnehmen und überzeugt seyn, daß sie nur durch das lebhafteste Gefühl der Loyalität und Anhänglichkeit an Ihre Person und durch den heißesten Wunsch, die Union zwischen diesem Reiche und den Colonien Nordamerika's, die eine der schönsten Zierden der königlichen Krone Ew. Majestät bilden würden, zu verewigen und zu kräftigen, eingegeben wurden."

Der Mörder des Grafen Norbury ist entdeckt. Es ist ein Arbeiter aus Tipperary. Der, welcher ihn zur Begehung des Mordes aufgereizt hatte, hat ihn angegeben.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 3. Februar melden: „Hr. Perez de Castro, Präsident des Ministerconseils, hat bereits an den Berathungen seiner Collegen Theil genommen. Das Cabinet kann sich den hohen Ernst der Umstände nicht verhehlen: es mangelt der Leitung der Angelegenheiten hauptsächlich an Einheit der Ansichten und des Handelns. Die Generäle kennen keinen andern Willen mehr, als ihren eigenen, woher es kommt, daß Spanien mehrerlei Regierungsformen unterworfen ist. Der Graf Luchana, an der Spitze der Nordarmee, regiert militärisch; er kennt kein Maaß mehr in seinen Forderungen. Van Halen, an der Spitze der Armee der Centrums, befehligt revolutionnär: er hängt das Schild der Unabhängigkeit aus. Van Meer übt, im Verein mit General Breton, in Catalonien reinen Despotismus. Die Bevölkerungen leiden, und nur der Feind, gegen welchen alle diese Anstrengungen gerichtet seyn sollten, hat sie fast nie zu fürchten. Eine verdrießliche Nachricht ist hier eingetroffen: Van Halen zog sich, trotz seiner größeren Truppenmacht, vor Cabrera zurück. Die Factionen scheinen seit einiger Zeit ihr Augenmerk vorzugsweise auf die Straße nach Frankreich gerichtet zu haben, daher die große Unregelmäßigkeit in der Ankunft der Kuriere."

Die Quotidienne vom 11. d. M. enthält folgende Nachrichten aus Spanien: „Die liberalen Gränzjournale überlassen sich mehr oder minder gegründeten Vermuthungen über die Vorbereitungen zu neuen Expeditionen, die in den Provinzen Statt finden; ihren Angaben zufolge sollen zwei Colonnen, unter Commando des Infanten Don Sebastian und des Generals Maroto, ihre Operationen mit dem Grafen d'España, mit Cabrera und Palillos combiniren, um auf fünf verschiedenen Puncten in Castilien einzufallen; der Infant durch das Menathal und über Burgos, Maroto über Lodosa und Calahorra, der Graf d'España durch Oberarragonien, Cabrera durch die Provinz Cuenca und Palillos von Süden her. Der Sentinelle des Pyrénées zufolge sollen die Expeditionen, die aus den Provinzen aufbrechen werden, aus 20 Bataillons, 12 Escadrons und einem starken Artillerietrain bestehen.—Selbst die wahrscheinlichsten Vermuthungen sind so oft durch die Ereignisse Lügen gestraft worden, daß wir die obigen nur unter dem Vorbehalt, sie keineswegs verbürgen zu wollen, mittheilen."

Frankreich.

Hrn. Guizot's Wahlmanifest wird weiter folgendermaaßen von der Frankfurter Oberpostamtszeitung analysirt: „Schwerlich werden die Wähler zu Lisieur, wenn sie den Adreßentwurf studiert haben und der Adreßdebatte gefolgt sind, die Coalition freisprechen von der Absicht, dem Königthum eine scharfe Lehre zu geben. Mit dem dritten Theil seiner Homilie kann Guizot unmöglich Glück machen; die tiefe Ehrfurcht vor dem Königthum kommt unter seiner Feder, nach den Vorgängen der zwei letzten Monate, dem Spott ganz nahe und ist jedenfalls stark affectirt. Gelingt es ihm besser mit der Grundlegung zu seiner Oppositionsmanier und mit der Rechtfertigung der Coalition? Wir vermuthen, die Leser werden, nach Einsicht der Acten, negativ antworten auf diese Fragen. Warum macht Guizot Opposition? Es muß ihn wohl ein überwiegender Grund dazu bewegen, denn er mußte sich ja, um die neue Rolle mit Aussicht auf Beifall zu spielen, den Parteien anschließen, die er kaum noch als staatsgefährlich bekämpft hatte. Der Grund aber, den er angibt, den er in patriotische Gewänder einkleidet, ist kein anderer, als die Untauglichkeit des Cabinets vom 15. April. Von dieser Untauglichkeit wird sich Niemand überzeugen, der nicht durch eine Coalition sieht. Man wird inzwischen sagen: Es kann nicht fehlen, Guizot wird in seinem Wahlmanifest besser als bei den Debatten in der Kammer die Unzulänglichkeit eines Ministeriums, das er unheilbringend für Frankreich zu nennen wagte, nachgewiesen haben. Sehen wir zu, ob es so ist oder ob er sich auf demselben Fleck im Kreise dreht. „Die „Deputirtenkammer ist aufgelost, — aufgelöst von einem „Cabinet, das sich acht Tage zuvor, nach einer feierlichen „Debatte, selbst vor ihr aufgelöst hatte, weil es, nach „eigenem Geständniß, keine genügende Majorität in ihr „erlangen konnte. Also in achtzehn Monaten die zweite „Kammer, mit der das Cabinet nicht leben kann. Warum wohl? Haben die Kammern großen Neuerungen „nachgestrebt? Forderten sie große Concessionen? Drängten sie die Regierung zu gefährlichen Unternehmungen? „Keineswegs. Die zwei aufgelösten Kammern verlangten „nie irgend eine die Krone schwächende Concession; sie „bestanden nie auf bedenklichen Vorschritten; sie zeigten „weder Neuerungsgeist noch Kriegslust. Im Gegentheil „haben beide Kammern der Regierung fast alles, was sie

„wünſchte, gewährt (bis auf das Diſjunctionsgeſetz, die „Apanage für den Herzog von Nemours und das Eiſen„bahngeſetz), ohne ſelbſt etwas zu begehren. Das einzige „Verlangen der zwei aufgelösten Kammern, die Renten„converſion, war gewiß nicht gefährlich für unſere Inſti„tutionen, nicht drohend gegen die Staatsgewalt. Nach „Außen haben die Kammern in den dornigſten Fragen „die Politik von 1830 ſanctionirt und aufrecht gehalten. „Und auch in der kaum eröffneten Seſſion, in dem ſo „angefallenen Adreßentwurf, hat die eben verſtorbene „Kammer genau dasſelbe Verfahren beobachtet.“ Guizot muß wohl auf den Erfahrungsgrundſatz bauen: Dem Kühnen hilft das Glück, ſonſt könnte er nicht vor Frankreich und der Welt den Character des Adreßentwurfs verläugnen; wird es ihm aber die Coalition Dank wiſſen, daß er ihr das Verdienſt raubt, die erkannte Wahrheit ausgeſprochen zu haben? Der Adreßentwurf war, wie Jedermann im erſten Moment einſehen mußte, eine Kriegserklärung, — nicht gegen Molé allein; das Ziel lag weit höher und Niemand täuſchte ſich darüber. Dennoch ſagt Guizot mit apodictiſchem Ausdruck: „Die Kammer forderte nichts Neues im Innern und „enthielt ſich, bei den Fragen der äußern Politik, na„mentlich in Bezug auf Belgien, jedes Wortes, wodurch „das Syſtem der Regierung Störung leiden konnte; „(man weiß die Urſache dieſer Enthaltſamkeit!) ja, die „Thatſachen ſprechen laut: Die Kammer von 1837 und „1839 wie bei ihrem erſten Wirken und wie ihre Vor„gängerinn fremd dem Geiſte innerer Eingriffe und äuße„rer Abenteuerſucht, günſtig dem Syſtem der Erhaltung „und des Friedens. Dennoch wurden dieſe beiden Kam„mern aufgelöst — aufgelöst lange vor ihrem Termin; „das Cabinet konnte nicht mit der einen, nicht mit der „andern leben, nicht mit der, welche es vorgefunden, „nicht mit der, welche es einberufen hatte. Woran lag „das?“ — Hier nun erwartet man, Guizot werde endlich die Unzulänglichkeit der Miniſter vom 15. April beweiſen. Aber es kommt nichts dergleichen. Wenigſtens läßt ſich aus den vielen Worten, die er macht, kein poſitiver Vorwurf herausfinden. „Das Cabinet war „der Kammer fremd; es hatte zu wenig Einfluß und „Anſehen in ihr; die Folge war, daß die Politik des „Cabinets im Innern und nach Außen das Gepräge der „Schwäche trug und keine nationale Färbung hatte. „Nur das Unvermögen des Cabinets hat in zwei Jah„ren zwei Kammern dem Tode hingegeben.“ — Was nun folgt iſt ſtringenter, es paßt aber auf jedes heute in Frankreich mögliche Cabinet und gewiß eben ſo gut auf ein Cabinet Thiers-Guizot als auf ein Cabinet Molé-Montalivet. „Vielleicht, wenn wir keine Charte hätten, „keine Kammern, keine Tribune, keine Preßfreiheit, viel„leicht wäre dann das Cabinet vom 15. April zureichend „geweſen. Es fehlt ihm nicht an Geſchicklichkeit, an der „Kunſt und den Eigenſchaften, die unter dem alten Regi„me zur Verwaltung befähigten. Aber es iſt nun funfzig „Jahre her, als unſere Väter ein edles Verlangen befiel, „in einem freien Lande zu leben, d. h. ſelbſt Theil zu neh„men an der Regierung, und ſo auf die einzig mögliche „Weiſe der Freiheit eine ſtarke Bürgſchaft zu geben. Nach „dieſem Ziel hat Frankreich durch Uebel und Mühſal ſeit „funfzig Jahren geſtrebt. Nur Napoleon, mit ſeinem „immenſen Genie, mit ſeiner niegeſehenen Thätigkeit, mit „ſeinem ſtrahlenden Ruhme, konnte es einen Augenblick „(von dreizehn Jahren) davon abwenden. Frankreich thut „wohl daran, daß es jenes Ziel verfolgt; es gilt ja „ſeinen Intereſſen und ſeinen Rechten, ſeiner Sicher„heit und ſeinem Glück. Wenn das Land auf die Re„gierung Einfluß übt und die Regierung ſich nicht ſträubt „gegen die Influenz, ſo ſind die Staatsgewalten ein„einträchtig und ſtark. Ihre Stärke zeigt ſich dann in ihren „Handlungen wie in ihren Reden. Ueberall, im Innern „und nach Außen, gehen ſie voran, nirgends zurück; ſtatt „zu vertagen, entſcheiden ſie; die Geſchäfte werden raſch „abgethan, die Fragen gelöst; es mag ſeyn, daß der Weg „mit Hinderniſſen überſäet, der Horizont mit Wolken be„deckt iſt, aber man ſieht, man fühlt, einen Lenker, der „vorangeht auf dem Wege, eine Sonne hinter dem Ge„wölke. Statt deſſen, welchem Schauſpiel wohnen wir „bei? Wie ſteht es mit Frankreich und ſeiner Regierung? „Im Innern: Man ſagt, die Krone ſei ſchwach und in „ihren Prärogativen bedroht; die Kammer ſoll in derſelben „Schule krank ſeyn; ein Kampf, ohne Beiſpiel ſeit 1830, „iſt zwiſchen der Krone und der Kammer zum Ausbruch „gekommen; während ſich die Gewalten ſtreiten, leiden die „Angelegenheiten der Nation; die Verwaltung ſtockt; die „Zuckerfrage, die Eiſenbahnfrage, die Rentenconverſions„frage, ſind in ihrer Entwicklung gehemmt. Die materiellen „Intereſſen werden zugleich mit den moraliſchen compro„mittirt. Nach Außen: In Italien und der Schweiz hat der „franzöſiſche Einfluß nachgelaſſen; in Belgien und Spa„nien ſind die Verhältniſſe ernſter geworden; wo wir nicht „bloßgeſtellt ſind, ſtehen wir allein; dieſe Lage hat uns das „Cabinet vom 15. April geſchaffen, dahin hat es uns in „zwei Jahren gebracht.“ — Dieß iſt in der That Alles, was Guizot gegen Molé aufzubringen weiß, dieß die ganze Summe der Beſchwerden, die er in ſeinem Wahlmanifeſt articulirt. Das repräſentative Utopien kann er ſo wenig als Molé realiſiren, und was er ſpeciell in den innern und äußern Beziehungen tadelt, war unter ihm und Thiers vielleicht etwas anders, aber gewiß nicht weſentlich beſſer. Dennoch hielt Guizot die Conjunctur für bedenklich genug, ihr eine Abhülfe durch die Coalition zu ſuchen. Den Theil ſeiner Epiſtel an die Wähler zu Liſieux, worin er den Abfall der Doctrin vom Miniſterialismus und ihren Bund mit den Oppoſitionsparteien zu rechtfertigen ſucht, werden wir beſonders analyſiren. Die Spitze ſeiner Apologie iſt, daß er annimmt oder glauben machen will, Republikaner und Legitimiſten ſeien zum Julikönigthum bekehrt worden; nur unter dieſer Vorausſetzung habe die Doctrin den Bund mit ihnen eingehen können.“

Das Echo Français will wiſſen, Hr. von Villele habe ſich entſchloſſen, ſich wieder in das Wahlfeld einzulaſſen, und habe ſeine Freunde aufgefordert, ſich bei den Wahlen einzufinden.

Der National vom 7. Februar iſt wegen eines Artikels, der in Bezug auf Belgien die franzöſiſche Armee aufreizen ſollte, auf der Poſt und in ſeinen Bureaux mit Beſchlag belegt worden.

Belgien.

Die Nachrichten aus Belgien lauten fortwährend friedlich. — Im Börſebericht des Commerce Belgique vom 10. Februar lieſt man: „Die Löſung unſerer politiſchen Zwiſtigkeiten, oder um uns klarer auszudrücken, die Zuſtimmung zu den letzten Beſchlüſſen der Conferenz iſt kein bloßes Gerücht mehr; man hält ſie für ein in Erfüllung gegangenes Ereigniß. Starke Wetten ſind gemacht, nicht über die Thatſache an ſich ſelbſt, denn dieſe wird durch Niemanden beſtritten, ſondern bloß hinſichtlich der Zeit ihrer officiellen Bekanntmachung. Die Capitaliſten und Speculanten ſind nicht die einzigen, die ſo ſprechen. In allen Verſammlungen wünſcht Jeder ſich Glück wegen der Beendigung der Ungewißheiten, als wenn das Miniſterium ſchon den Vertrag den Kammern mitgetheilt hätte. Die wachſenden Fortſchritte des öffentlichen Credits geſtatten, dieſem Abſchluſſe einen vollen Glauben zu ſchen-

en. Der Carneval der sich unter so traurigen Aussichten ankündigte, nimmt im Gegentheil einen sehr heitern Gang an; alle durch die kriegerischen Aufreizungen bedrohten Classen werden bezeugen, wie sehr sie zufrieden sind, zu wissen, daß diese Pläne gescheitert sind."

Ein Schreiben aus Lüttich vom 11. Februar (in der Aachener Zeitung) meldet: „Die Gemüther in Brüssel scheinen sich etwas zu beruhigen. Der Augenblick ist gekommen, wo die Meinungen wechseln müssen. Jeder will die Verantwortlichkeit der Zukunft ablehnen. Die Meinung, daß man, nachdem alle Unterhandlungen erschöpft sind, sich der Conferenz unterwerfen müsse, dominirt jetzt. Die Kaufleute, die für den Widerstand waren, klagen, die Regierung habe sie ohne Unterstützung gelassen; die Deputirten erklären, wenn sie früher gewußt hätten, wie schon im März England und Frankreich gesinnt gewesen, so hätten sie gar nicht den Widerstand angerathen. Wer gefehlt hat, kann sich auf strenge Richter gefaßt machen. Doch fehlt es auch nicht an hitzigen Köpfen, die noch auf Hülfe der englischen Radicalen rechnen, die in der Rundreise Skrzynecki's, in der Stimmung der Armee, in den öffentlichen Gebeten, in der Verproviantirung der Festungen, Aussicht zu einem Kriege sehen. Aber wir werden eine friedliche Entwickelung erhalten. Der König hat sich sehr zurückhaltend benommen, und es wäre besser gewesen, Andere hätten ihm nachgeahmt. Er hat schneller die Deputation des Lütticher Handelsstandes, als den General Skrzynecki empfangen. Nur über die Epoche der Nachgiebigkeit ist man noch nicht im Reinen. Man weiß auch noch nicht, was man in der Kammer thun wird. Erhält man kein weiteres Zugeständniß von der Conferenz, so muß man einen Repräsentanten suchen, der sich opfert, wie Hr. Jacques im Juni 1831. Erhält man aber eine Modification, wäre es auch nur im Tonnengelde, so würde Hr. de Theux selbst den Antrag übernehmen. Die Sache wird sich bis zu Ende des Monats hinziehen. Man bedauert, daß das Minjsterium nicht die Gemüther zu beruhigen sucht, obgleich die Angst vor einem Aufstande des Volkes grundlos ist."

Die Aachener Zeitung vom 11. Februar schreibt: „So eben erhalten wir aus zuverlässiger Quelle ein Schreiben aus Brüssel. Wir können demnach versichern, daß die Nachricht eines Kölner Blattes, daß der König die 24 Artikel unterzeichnet habe, bis jetzt durchaus unbegründet ist. Bis diesen Augenblick ist von der Regierung noch kein Entschluß, weder für, noch gegen den Widerstand gefaßt worden."

Aus Arlon schreibt man, daß die wenigen Truppen, die sich in dieser Stadt befanden, zurückberufen worden sind. Das Bataillon, das zu Bouillon war, wird die Garnison ersetzen.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Ueber die Angelegenheiten in Wallis gibt die Allgemeine Schweizerzeitung folgenden Correspondenzartikel aus diesem Canton vom 7. Februar: „Der gesetzwidrige Revisionsclubb (constituante valaisanne) ist auseinander gelaufen, und brotlose, ausgemergelte Notarien, fahrende Procuratoren und nach Prozessen und Aemtern schnappende Advocaten bereisen das Land in allen Richtungen, um den mit trügerischen Versprechen und mit Verläumdung ihrer treuesten Mitbürger hinters Licht geführten Wallisern das aus allen Verfassungen der Schweiz zusammengestoppelte Verfassungsproject zur Abstimmung vorzulegen. Auch hier tragen unsere, mit dem Aufruhr gegen Gesetz und Verfassung sich brüstenden Revolutionsmänner das schöne Wort „Volk" auf der Zunge, im Herzen aber nur ihren selbstsüchtigen Vortheil. Das hintergangene Volk sieht zwar ein, daß sein Name mißbraucht wird, um seine uralte Freiheit zu vernichten; allein, um es einzuschüchtern, wird ihm aus vollen Backen auf offener Straße, in Kneipen und Winkeln das vorörtliche Antwortsschreiben an die gesetzmäßige Walliser Regierung vorgeleiert; ja man verbreitet sogar dasselbe verstümmelt durch den Druck, zum Zweck, den Muth des Oberländers zu bezähmen, die Erinnerung an die tapfern Thaten der Vorältern für Freiheit und Vaterland zu verwischen und die seit Jahrhunderten genossene Freiheit ins Fabelhafte zu ziehen. Hätte der teutsche Walliser nicht mehr Muth und Herz als seine welschen Mitbürger und Nachbarn, an deren Heldenthaten, als sie hinter den Franzosen her plündernd ins Oberwallis drangen, er sich noch recht gut erinnert, so würde er in der That zu den Welschen in die Schule gehen, um bei ihnen zu lernen, was Freiheit ist. Der Vorort hat der rechtmäßigen Regierung von Wallis Hülfe verweigert unter dem Vorgeben, die Intervention könne nur in dem Fall Statt finden, wenn Gewaltthaten vorfielen, oder wenn es sich um eine Trennung handelte. Ob die andern Stände ein solches Benehmen billigen, steht dahingestellt; aber wer Lage, Sitten, Gebräuche und Verkehr von Wallis kennte, würde nicht so leichtsinnig dem Machwerk eines revolutionnären Clubbs die Sanction ertheilt und das ausdrückliche Begehren des Oberwallis wie eine gewöhnliche Petition beseitigt haben. Dieses vorörtliche Benehmen hat die zwei Parteien aufs äußerste erbittert. Es scheint, als sei es darauf abgesehen, die allmählige Franzosisirung der teutschen Schweiz vorzubereiten. Das Schicksal von Oberwallis ist eine üble Vorbedeutung für die andern gemischten Cantone, wenn seine Gebräuche, Sitten und Sprache dem Einfluß der französischen Gesetzgebung überlassen werden soll. — Die Regierung hat am 2. Hornung ein zweites Begehren um freundliche Intervention an den Vorort gerichtet, als einziges Mittel, die entzweiten Völker zu versöhnen. Aber wenn die vorörtlichen Commissäre nicht unparteiisch zu Werke gehen, so darf kein befriedigendes Resultat erwartet werden."

In einer andern Mittheilung der obgedachten Zeitung heißt es: „Glarus ist noch immer der Schauplatz von fanatischer Verfolgung der Katholiken durch die radicale Regierung. Die Ehrenmännern auferlegten Bußen und Gefängnißstrafen, und Einkerkerungen von Leuten, die ihre Pflicht gethan, sind die Hauptmonumente der Geschichte dieses Landes, seitdem der katholische Theil centralisirt worden. Wie es scheint aus Ueberdruß vor solchem Regiment haben am 30. Jänner Landammann Schindler, Pannerherr Zwicki, Landesstatthalter Blumer, Landmajor Trümpi und Rathsherr Ris ihre Entlassung eingegeben. Eben so fünf Mitglieder des Appellationsgerichts."

Wien.

Am 19. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 1/11.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	100 1/11.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	80 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	675 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC.	in CM.	65
Bankactien	pr. Stück 1476	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 52

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 21. Februar 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 19. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.279	28. 08. 50.	+ 0.9	NW.	schwach.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.273	28 0 4	+ 1.1	NW.	—	—
	10 Uhr Abends.	27.364	28 1 15	+ 0.4	NW.	mittel.	Wetter.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 7. Februar kündigte Oberst Sibthorpe auf den 21. einen Antrag an, auf Vorlegung eines Verzeichnisses der für die Ernennung Lord Durham's als Lord-Obercommissärs und Generalgouverneurs in Canada aufgewendeten Kosten, mit Unterscheidung des dem Lord Durham und des den Beamten der Commission bezahlten oder zu bezahlenden Gehalts, so wie der Kosten für die Ausrüstung des Generalgouverneurs und seines Gefolges sowohl während des Aufenthaltes in Canada als auf der Heimkehr. Hierauf wurde, wie bereits erwähnt, mit 183 gegen 43 Stimmen beschlossen, daß es mit den Petitionen fortan ebenso, wie in den letzten Jahren gehalten werden solle. Es sollen nämlich die Mitglieder, welche Petitionen einbringen, sich nicht in Erörterungen einlassen; vielmehr hat das Mitglied bloß die Bittschrift vorzulegen, den Gegenstand der Bitte anzugeben und dann dieselbe auf die Tafel des Hauses niederzulegen, worauf der Secretär sie verliest, ohne daß zuvor darüber gesprochen werden kann, wenn sie nicht dem Sprecher oder einem Mitgliede einen Verstoß gegen die Privilegien des Hauses oder einen andern Fehler, wegen dessen sie nicht angenommen werden darf, zu enthalten scheint. — In der Sitzung des Unterhauses vom 8. Februar legte Lord Brougham eine Bittschrift der neuen Corporation von Birmingham um gänzliche Aufhebung der Korngesetze vor. — Hierauf drang Lord Durham wiederholt auf Vorlegung seines Berichts über die Angelegenheiten des brittischen Nordamerikas, indem er sich zugleich darüber beklagte, daß dieser (119 Folioseiten starke) Bericht nur stückweise in der Times abgedruckt sei, indem die Times bloß seine Anträge (Vereinigung von Nieder- und Obercanada ꝛc.), ohne ihre Begründung, mittheile. „Ich hörte," schloß er, „daß an einem gewissen Orte (im Unterhause, durch Oberst Sibthorpe und Andere) Versuche gemacht wurden, mich in Betreff der Kosten meiner Mission in der öffentlichen Meinung zu benachtheiligen. Damit kein Mißverständniß obwalte, erkläre ich, daß jeder Shilling der Kosten, der mich persönlich angeht, und alle die so oft besprochenen und berechneten Posten aus meinem Beutel bezahlt worden sind. Meine Stellung in der Sache ist: daß ich keinen Gehalt für meine Dienste empfangen und nahezu 10,000 Pf. St. aufgeopfert habe." Viscount Melbourne erwiederte, es sei ihm unbegreiflich, wie ein Theil des Berichts bereits in das Publicum gekommen sei, und er bedauere dieß sehr. Die Veröffentlichung lasse keine Wahl mehr übrig, ob der Bericht überhaupt vorgelegt werden solle, oder nicht, er werde also denselben am Montag vorlegen.

Vor dem obersten Criminalhofe für die Hauptstadt und ihre nächsten Umgebungen (Central Criminal Court) hatte sich ein junger Mann, Edward Delves Broughton, freiwillig gestellt, um wegen Secundirens bei einem Duell abgeurtheilt zu werden. Der, welchem er secundirt hatte, war gefallen. Die Klage ging dahin, er habe dem F. L. Elliot geholfen, den C. F. Mirfin zu tödten. Sein Anwalt führte allerlei Milderungsgründe an: daß er von Aelteren, Erfahrenern zu seinem Vergehen verführt worden sei, und Alles gethan habe, um den zweiten Schuß zu verhüten. Auch erboten sich Personen in Menge, den achtungswerthen Character des Angeklagten zu bezeugen. Es war dieß jedoch von keinem Nutzen, indem derselbe, wie er auch nicht anders konnte, sich für schuldig erklärt hatte. Auch der Anwalt des Klägers gab zu, daß der Angeklagte unter allen Beklagten am wenigsten tadelnswerth gehandelt habe, und fügte bei, der Bruder des Gefallenen lasse denselben der königlichen Gnade empfehlen. Der Buchstabe des Gesetzes sprach jedoch klar. Das Gericht fällte ein Todesurtheil, empfahl übrigens den Verurtheilten der königlichen Gnade. — Bereits sind die gegen andere Betheiligte gefällten Todesurtheile in Gefängnißstrafen verwandelt worden.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 5. Februar melden: „Der englische Botschafter soll eine Denkschrift an die Regierung erlassen haben, worin die Vortheile eines Handelsvertrags mit England ausgeführt werden. Man glaubt, die Besuche des Prinzen George von Cambridge in mehreren spanischen Häfen stehen in Verbindung mit dieser Angelegenheit. Der Prinz rühmte bei diesen Besuchen geflissentlich Spanien und sein Klima, sein Volk, seinen Nationalreichthum. — Zu Algesiras sind aus Anlaß der Wahlen Ruhestörungen vorgefallen. — Das Commando der balearischen Inseln ist an den Generallieutenant Aldama übertragen worden."

Ueber den verunglückten Versuch van Halens gegen das Fort von Montan (im Königreich Valencia) meldet ein Schreiben aus Madrid vom 2. Februar: „Der große Feldzug des Generals van Halen gegen das Fort von Montan *) ist vor der Hand verunglückt. Nachdem er mit 6000 Mann gegen dasselbe marschirt war, und einige Granaten hineingeworfen hatte, die keine Wirkung thaten, kehrte er am 24. mit allen seinen Truppen nach Segorbe zurück. Die Besatzung jenes Forts, das keine andere Befestigung als steinerne, mit Schießscharten versehene Mauern hat, besteht aus etwa 80 Mann unter den Befehlen eines gewissen Garrafulla. Gewiß wird der General van Halen das Mißlingen seiner wohlangelegten Unternehmung der von der Regierung

*) In einigen Blättern wird es auch Monteu genannt; wir haben dieses Fort übrigens auf unsern Karten nicht gefunden.

verfügten Auflösung der Repressalienjunten zuschreiben! Am 27. kam er mit seiner Division in Murviedro an, und die erste Brigade marschirte von dort nach Castellon ab. Cabrera verweilte fortwährend in Onda und zog Verstärkungen an sich."

In einem Schreiben aus Bayonne vom 7. Februar heißt es: „Man spricht von einem Plane, das Mussagorrische Corps der Armee der Königinn einzuverleiben. — General Diego Leon hat seine Entlassung genommen, weil er die harten Befehle Espartero's gegen die Familien der im Heere des Don Carlos dienenden Individuen nicht vollziehen wollte."

Mexico.

Die in England eingetroffenen Nachrichten aus Veracruz vom 15. und aus Havannah vom 11. December bestätigen die letzten Berichte von den Ereignissen in Veracruz. Die mexicanische Regierung hatte der französischen nun förmlich den Krieg erklärt. Ein neues Gesetz in Mexico befahl allen Franzosen, binnen 60 Tagen das Land zu verlassen; 6 französische Fregatten und Briggs sind nach Havannah zum Ausbessern gesegelt. Bis jetzt haben die Mexicaner noch keine Kaperbriefe ausgegeben. Ein Brief aus Mexico im Courier lobt die Mexicaner, daß sie alles Mögliche gethan, um den Bruch zu meiden, nunmehr aber alle Parteizwiste ruhen lassen wollten, um ihre Kräfte gegen den gemeinschaftlichen Feind zu vereinigen. Der nähere Hergang der letzten Ereignisse war folgender: Als die nach der Einnahme des Forts San Juan d'Ulloa zwischen dem Admiral Baudin und dem General Rincon abgeschlossene Capitulation in der Hauptstadt bekannt wurde, gab sich daselbst allgemeine Unzufriedenheit zu erkennen, die Regierung verweigerte die Ratificirung der Convention und forderte den General Santa Ana auf, an der Stelle des Generals Rincon das Commando in Veracruz zu übernehmen. Santa Ana ließ sofort die Thore der Stadt schließen und verbot alle Verbindung mit den Franzosen, worauf der Admiral Baudin drei Tage Zeit verlangte um das Eigenthum der französischen Unterthanen fortschaffen zu können. Dieß wurde bewilligt. Später sandte der Admiral ein Schreiben ans Land, dessen Beantwortung er am folgenden Morgen um acht Uhr verlangte. Vor Anbruch des folgenden Tages hatten jedoch die Franzosen bereits 2000 Mann gelandet, sich aller Forts bemächtigt, die Kanonen vernagelt oder von den Lafetten geworfen und den General Arista zum Gefangenen gemacht. Auch Santa Ana entging kaum der Gefangenschaft, doch gelang es ihm, sich mit einem Theil der Truppen in eine Kaserne hineinzuwerfen, wo er sich tapfer gegen die Franzosen vertheidigte, die, da sie nicht im Stande waren, die Kaserne mit Sturm zu nehmen, sich, aus Besorgniß, es möchte Verstärkung aus dem Innern ankommen, zurückzogen. Santa Ana wurde jedoch, als er einen kräftigen Angriff auf die Franzosen unternahm, die den Rückzug deckten, so schwer im Schenkel verwundet, daß derselbe sofort amputirt werden mußte. Als die Franzosen sich auf ihr Geschwader zurückgezogen hatten, fingen sie an, die Stadt einige Stunden lang zu bombardiren. In Folge dieser Ereignisse haben die mexicanischen Truppen die Stadt geräumt, und es ist der Befehl gegeben worden, daß alle Einwohner, ohne Unterschied der Nation, dieselbe ebenfalls verlassen sollen. In Veracruz glaubte man allgemein, daß der Präsident Bustamente selbst das Commando übernehmen und General Moran unterdeß seine Stelle als Präsident vertreten werde. Der Admiral Baudin hat vorgeschlagen, Veracruz für neutralen Grund zu erklären, sein Anerbieten war jedoch bei dem Abgange der Nachrichten noch nicht angenommen worden. Als die Capitulation von Veracruz in Havannah bekannt wurde, befrachtete man sogleich zehn Schiffe nach jenem Hafen; sobald man jedoch die Nachricht erfuhr, daß die Capitulation nicht ratificirt worden sei, und daß die Mexicaner den Franzosen den Krieg erklärt hätten, wurde die Verschiffungen eingestellt, und man war nicht ohne Besorgniß über das Schicksal der bereits abgesegelten Schiffe.

Das Journal des Debats versichert, daß Briefe aus Tampico vom 28. December eingelaufen seien, welche den Sturz der Regierung Bustamente's und den Triumph der Föderalpartei in der Hauptstadt Mexico selbst melden. Durch diese Revolution, welche die letzten Ereignisse bereits ahnen ließen, soll der General Pedraza, ehemaliger Präsident der Republik, an die Gewalt gekommen seyn. Man glaubt, dieser General hege freundliche Gesinnungen für die Franzosen. Daher hoffte man in Tampico, daß der neue Präsident dem Kriege bald ein Ende machen und mit Frankreich einen Vertrag schließen werde. „Wir wissen nicht," fügt das Journal des Debats hinzu, „ob diese Nachricht gegründet ist. Die englischen Blätter, welche Correspondenzen aus Tampico vom gleichen Datum publiciren, machen keine Erwähnung davon. Aber das Ganze ihrer Mittheilungen über die Lage Mexico's ist von der Art, daß es die Bewegung in der Hauptstadt Mexico nicht eben unwahrscheinlich macht."

Der Commerce theilt gleichfalls das Gerücht einer Revolution in Mexico mit, sagt aber nicht, daß der General Pedraza, sondern das Oberhaupt der Foderalistenpartei, Gomez Farias, im Pallaste Bustamente's am 10. December als Präsident der Republik eingesetzt worden sei. Es fügt bei, Gomez Farias repräsentire den civilisirtesten, aufgeklärtesten Theil der Mexicaner, und seine Ernennung könne für Frankreich nur vortheilhaft seyn. Ein englischer Bevollmächtigter soll, während diese Ereignisse vorfielen, in Mexico eingetroffen seyn.

Da die in englischen Blättern enthaltenen Correspondenzen aus Tampico vom obgedachten Tage der Revolution welche bereits am 10. December in Mexico vorgefallen seyn soll, mit keiner Sylbe erwähnen, auch die in den Pariser Journalen hierüber enthaltenen Angaben sich widersprechen, indem das Journal des Debats den General Pedraza, der Commerce aber Gomez Farias an die Spitze der foderalistischen Partei stellt, so scheint die ganze Nachricht wohl noch der Bestätigung zu bedürfen.

Südamerika.

Den letzten Nachrichten aus Montevideo zufolge waren die dortigen französischen Agenten eifrig bemüht, eine Umwälzung im Regierungssystem von Buenosayres vorzubereiten. Die Leiter der unitarischen Partei des letzteren Staats waren nach Montevideo eingeladen, und ein Schooner nach Santa Catarina abgefertigt worden, um Rivadia und seine Freunde abzuholen. Rivera, der neue Präsident der Republik Uruguay, wollte, hieß es, eine Streitmacht von 4000 Mann nach Buenosayres absenden, um in Verbindung mit den Unitariern in der Provinz den Umsturz der föderalistischen Regierung zu versuchen.

Frankreich.

Durch königliche Ordonnanz vom 10. Februar wurden die Corvettencapitäns Prinz von Joinville und Daguenet zu Schiffscapitäns, zwei Schiffslieutenants wurden zu Corvettencapitäns, 15 Schiffsfähnriche zu Schiffslieutenants und 27 Marine-Eleven zu Schiffsfähnrichs befördert. Sie gehören sämmtlich den Geschwadern

in Mexico und Buenosayres an. Auch mehrere Commandeur-, Offiziers- und Ritterkreuze der Ehrenlegion wurden an die Marine vertheilt; der Prinz von Joinville erhielt das Ritterkreuz.

Der Kriegsminister hat den Befehl ertheilt, daß die französischen Offiziere und Soldaten der aus spanischem Dienste entlassenen Fremdenlegion, welche nach Frankreich zurückgekehrt sind, Unterstützungen erhalten sollen, bis in Betreff ihrer eine definitive Verfügung getroffen ist. Auch für die fremden Soldaten, so weit sie nicht in der Fremdenlegion in Afrika untergebracht werden können, ist Fürsorge getroffen.

In Cherbourg ist durch den Telegraphen der Befehl eingegangen, das Linienschiff „Genereur" segelfertig zu machen. Es soll Truppen nach Mexico führen und schon binnen 10 bis 12 Tagen in See gehen. In Brest haben sich die Zöglinge der Marineschule freiwillig erboten, schon jetzt in Dienst zu treten. — In Toulon hat man Nachrichten aus Algier vom 2. d. M. Es bestätigt sich, daß Marschall Valée das Kriegsportefeuille zurückgewiesen hat.

Mehrere Oppositionsblätter hatten behauptet, das Haus des österreichischen Generalconsuls, Freiherrn von Rothschild, in Paris sei ein Wahlbureau zu Gunsten des Ministeriums geworden. Die Gebrüder Rothschild erwiedern hierauf, ihr Haus gebe sich mit seinen Geschäften, und nicht mit den Wahlen ab; der österreichische Consul, Hr. James von Rothschild, sei schon sieben Monate auf Reisen, und gegenwärtig in Rom. — Der Moniteur vom 12. d. M. erklärt die Gerüchte von Einmischung des Hauses Rothschild in die Wahlen für eine pure Fabel.

General Meynadier, Commandant der neunten Militärdivision (Montpellier), ist in Disponibilität gesetzt worden, nach ministeriellen Blättern auf sein Gesuch, nach Oppositionsblättern, weil er als Deputirter nicht ministeriell genug gesinnt sei.

Nach einem Schreiben aus Algier vom 3. Februar (im Constitutionnel) soll Achmet, der vertriebene Bey von Constantine, eine kleine, aber uneinnehmbare Festung besetzt haben. Es wird beigefügt, er habe in Tunis Ränke angesponnen und Geschenke nach Konstantinopel abgehen lassen.

Am Sonntag den 10. Februar fand zu Paris der erste Umzug des Boeuf Gras Statt, der dießmal ein fettes Kalb und ein Riesenschaaf von wenigstens 300 Pf. zu Begleitern hatte. Man bemerkte sehr wenige Masken in den Straßen. Die Boulevards waren dicht gefüllt mit Equipagen und Fußgängern.

Am 12. Februar um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 50.

Belgien.

Dem Independant vom 12. Februar zufolge soll die Wiederberufung der Kammern auf einen der ersten Tage der nächstkünftigen Woche festgesetzt seyn. — In einem andern belgischen Blatte (dem Enclume) liest man, 60 Mitglieder der Repräsentantenkammer hätten ihre Zustimmung zu den letzten Beschlüssen der Londoner Conferenz versprochen. — An der Pariser Börse war am 12. das Gerücht verbreitet, König Leopold werde die belgischen Kammern am 20. Februar wieder versammeln, um ihnen zu eröffnen, daß er die Beschlüsse der Conferenz annehme, und im Fall dieser Schritt nicht gebilligt werde, der Krone zu entsagen entschlossen sei.

Der Commerce Belge sagt in seinem Börsenberichte vom 11. Februar: „Bei der Thätigkeit der Geschäfte würde man nicht vermuthen, daß wir uns in den dem Vergnügen gewidmeten Tagen befinden. Aber auch waren so lange Zeit Zutrauen und Credit verbannt, daß sie sich bei dem geringsten Schimmer von Hoffnung wieder beleben mußten. Die Liquidation des Tages ward an der Börse mit der größten Leichtigkeit bewerkstelligt. Die festen und steigenden Kurse aller verhandelten Fonds bezeugen, daß ungeachtet des Läugnens, des ohnmächtigen Geschreis zweier oder dreier Organe der Presse, das Ende unserer politischen Zerwürfnisse als unwiderruflich betrachtet wird. Nicht ausschließlich die Speculanten halten dieß für eine vollkommene Wahrheit; sondern Capitalisten, Rentner, einflußreiche Personen, die in der Lage sind, genau zu wissen, was vorgeht, die ihr Vermögen gegen alle Wechselfälle gedeckt und die Titel, die sie besaßen, realisirt hatten, legen mit einer vollen Zuversicht ihre Gelder, die sie eingezogen, wieder an. Ihr Benehmen ist eine Bürgschaft gegen die Befürchtung der Vorfälle im Innern und von Außen. Der Thron hat stets den Capitalisten diesen Glauben eingeflößt; die Inhaber fürchteten nur den Einfluß übertriebenee Rathschläge."

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben aus Brüssel vom 9. Februar: „Ich glaube Ihnen die bestimmte Anzeige machen zu können, daß die Regierung sich für die Annahme des Londoner Tractats entschieden hat, und diesen Entschluß in etwa acht oder zehn Tagen den Kammern vorlegen wird. Wahrscheinlich wird vor diesem Zeitpunct Graf Felix von Merode, der ohnehin nur interimistischer Finanzminister ist, austreten, um einem definitiven Minister Platz zu machen, der sich der Mehrzahl der Stimmen im Cabinet anschließen wird. Man rechnet im Senat auf eine große Majorität, in der Repräsentantenkammer wenigstens auf eine Mehrzahl von zehn oder zwölf Stimmen, denn schon jetzt hält man sich der Majorität von fünf Stimmen sicher, und bis dahin werden sich noch mehrere anschließen. Die allmählige Umstimmung eines Theils der Repräsentanten ist eine Folge der immer weiter um sich greifenden Stockung der Industrie. Cockerill in Seraing ist wirklich in den letzten Zügen; man wird zwar durch neue Palliative die Existenz seines großartigen Geschäfts fristen, aber nur die Rückkehr des Vertrauens auf politische Ruhe kann ihm wieder recht aufhelfen. In derselben Lage befinden sich viele geringe Etablissements, und bald dürften Arbeiter zu Tausenden brotlos seyn."

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Der Constitutionnel Neuchatelois gibt folgenden Bericht von einem neuen furchtbaren Sturm auf dem Simplon: „Der furchtbare Orkan, welcher am 10. und 11. Jänner auf dem Simplon einen solchen Schrecken verursachte, war nur eine leichte Vorbedeutung eines noch viel furchtbarern, welcher seine frühere Wuth am 21., 22. und 23. Jänner aufs höchste steigerte. Am 12. Jänner heulte sich der Himmel auf, die Lawinen stürzten mit donnerndem Getöse auf die Thäler herab, und diese wiederholten weithin den dumpfen Schall, welcher gewöhnlich diesen ungeheuern, erderschütternden Schneemassen vorangeht und folgt. Kein Unglück hatte irgendwo Thränen ausgepreßt; die Sonne, nach jenen stürmischen Tagen, erschien wieder mit dem Glanz, den sie gewöhnlich nach Gewittern annimmt, die Straße eröffnete sich binnen wenigen Stunden unter der Schaufel der Schneefeger, die Schlitten hatten freien Durchgang von einem Fuß des Berges zum andern; kurz, alles trat wieder in die gewöhnliche ruhige Lebensbahn, und Jeder dankte in seiner Seele dem Himmel, daß er der größten Gefahr, die jemals drohte, glücklich entgangen war. Doch diese Ruhe war nicht von langer Dauer. Am 19. bedeckte sich der Himmel mit düstern dicken Wolken, welche in ihrem Schooß den furchtbaren Sturm bargen,

der bald ausbrechen sollte. Eine dicke und schwere Atmosphäre lastete auf der Erde, und dieß war das Signal zu neuen Schrecken. Der Wind, welcher nur aufzuhören schien, um neue Kräfte zu sammeln, fing nun wieder mit der schrecklichsten Gewalt an. Es fehlt uns jeder Ausdruck, um die Angst und Bestürzung derjenigen zu beschreiben, welche dem furchtbaren Orkan preisgegeben waren. Das arme Dorf Simplon war vorzugsweise der Wuth des Nordwindes ausgesetzt; die mit starken Nägeln auf die Dächer befestigten Ziegel wurden losgerissen und auf eine Entfernung von 7 bis 8 Minuten geschleudert, die Bäume wurden entwurzelt und weithin gezogen, der Wind, der sich mit furchtbarem Heulen in den Fenstern des Kirchthurmes fing, brachte alle Glocken in Bewegung und läutete selbst Sturm. Beim ersten Glockenanschlag kamen alle Einwohner aus ihren Häusern mit Eimern und anderm Löschgeräth, um der vermeintlichen Feuersbrunst Einhalt zu thun. Niemand wagte sich zur Beseitigung des Sturmläutens in den Thurm, aus Furcht, unter seinen Trümmern begraben zu werden. Endlich, nach sieben angstvollen Stunden, legte sich der Sturm langsam, und jeder erholte sich nach und nach von seinem Schrecken. Während sich diese Scene im Dorfe Simplon zutrug, fand eine nicht weniger furchtbare auf dem Plateau des Berges Statt. Die zerstreut wohnenden Schenkwirthe wollten eine letzte Anstrengung gegen ihren wüthenden Feind versuchen, und richteten inwendig Strebebalken gegen die stark erschütterten Mauern ihrer Wohnungen, empfahlen sich dann Gott, und beschlossen, daß, da der Tod auf beide Arten drohe, es besser sei, unter den Trümmern ihrer Häuser zu sterben, als herauszugehen und von dem wüthenden Sturm in die Lüfte fortgetragen zu werden. Der Weginspector des Simplon, welcher in dem Wirthshause an der Barrière, in einer Entfernung von fünf Minuten von dem Hospiz, wohnt, hielt es für gerathener, einen sichern Zufluchtsort bei den ehrwürdigen Vätern aufzusuchen, als die Nacht unter dem wankenden Dache seiner Wohnung zuzubringen. Er machte sich kurz vor Einbruch der Nacht auf den Weg, kam aber, ungeachtet der geringen Entfernung beider Häuser von einander, erst spät in der Nacht an. Doch bevor er das Ziel seiner kurzen Pilgerfahrt erreichte, welche Drangsale hatte er zu dulden! Obgleich ein starker Mann, konnte er doch nicht über den Feind in der Luft Herr werden; eingehüllt in dichte Schneewirbel, welche der Orkan ihm in das Gesicht peitschte, verlor er bald die wegweisenden Pfähle aus den Augen, welche ihn in den Hafen des Heils geleiten sollten; und da ihm jede Spur von Weg entging, irrte er nach allen Seiten, und lief lange herum, ohne weder seine Wohnung noch das Hospiz zu finden; er brachte drei tödtliche Stunden unter einem Felsen zu, welcher ihm das vom Himmel versagte Asyl gewährte und ihn gegen den Andrang des Sturmes schützte. Seine schreckliche Lage zeigte ihm im Hintergrund nur ein trauriges Ende, auch glaubte er eben den letzten Schritt des Lebens zu thun, als ihm der Himmel auf eine so merkwürdige Art zu Hülfe kam, daß sie einer Erwähnung verdient. Es geschah zu derselben Zeit, daß, nach alt hergebrachter Sitte, die ehrwürdigen Väter des Hospiz, die neuen Bewohner der neuen Thebaïde des Simplon seit 1802, nun die dritte Nacht im Gebet zubrachten, um den Zorn des Allmächtigen abzuwenden. Ein junger Pater näherte sich dem Fenster, und hob seinen angstvollen Blick zum Himmel, gleichsam um zu sehen, ob seine Wünsche erhört würden, als er plötzlich einen Schmerzensruf hörte. Die Väter warfen einen schweren Rosenkranz auf den Tisch, und gewohnt, ihre Tage für die Lebenserhaltung von ihres Gleichen zu opfern, stürzten sie sogleich mitten in das Schneegestöber, voraus die stolzen und prächtigen Hunde, ohne welche sie niemals die Schwelle ihres Klosters verlassen, richteten ihre Schritte nach dem Orte, woher die Seufzer, der letzte Schrei des Sterbenden kamen und fanden dort zu ihrem Erstaunen den jungen Mann, welcher, ohne die Barmherzigkeit und Unerschrockenheit der Väter, dieser Hülfsengel der leidenden Menschheit, ein Opfer des Orkans geworden wäre. Mit unglaublicher Mühe erreichten sie das schützende Dach wieder, wo sie dem Unglücklichen alle seinem bedauernswürdigen Zustand nöthige Hülfe zuwendeten. Den Rest der Nacht brachten sie im Danke gegen den Himmel zu, der Eine dafür, daß ihm derselbe die Rettung, an welcher er schon verzweifelte, zugesandt hatte, die Andern, daß ihnen Gelegenheit gegeben worden war, die schönste Tugend des Christenthums, das Erbarmen, wovon ihre Herzen erfüllt waren, auszuüben. Am andern Morgen hatte der Ungestüm des Windes sich um einige Grade gelegt, und die niedergeschlagenen Gemüther begrüßten freudig die ersten Sonnenstrahlen des 24. Jänners."

Teutschland.

Die Münchener politische Zeitung vom 16. Februar meldet: „Heute Morgens 4½ Uhr sind Sr. Majestät der König, begleitet von den heißen Segenswünschen Ihrer Unterthanen, von hier nach dem südlichen Italien abgereist. Allerhöchstdieselben werden im Laufe des Monats April die Bäder zu Ischia gebrauchen und noch vor dem Frohnleichnahmsfeste zu München wieder eintreffen, im Anfang des Monats Juli aber, wie in andern Jahren, nach Brückenau Sich begeben. Was aber über eine Reise Sr. Majestät nach dem Orient verbreitet worden, ist ganz unrichtig."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 5. l. M. dem vom Lehramte in der Theresianischen Ritterakademie in die Dienste Allerhöchstdero Oheims des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Carl übertretenden Dr. Joseph Ritter von Kalchberg, zur Anerkennung seiner bisherigen sehr gerühmten Dienstleistung, den Titel eines k. k. Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Die vereinigte Hofkanzlei hat dem k. k. Stabsfeldarzte und Professor der Augenheilkunde, Dr. Friedrich Jäger, gestattet, die von der Berliner Gesellschaft für practische Medicin, von der Gesellschaft für Naturwissenschaft und Heilkunde zu Heidelberg, von der physikalisch-medicinischen Gesellschaft zu Erlangen, von der königl. Akademie der Medicin zu Paris, von dem Vereine für Heilkunde in Preußen, von der medicinischen Gesellschaft zu Warschau, von dem ärztlichen V. reine in München, von der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur zu Breslau, und von der Gesellschaft der Aerzte und Naturforscher zu Jassy, erhaltenen Diplome anzunehmen.

Am 20. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuld verschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107 1/16.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100 1/2.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	259 3/4.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	676 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65 1/2.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100¼ G. Uso. 2 M.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 53

Oesterreichischer Beobachter

Freitag, den 22. Februar 1839.

W. 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 20. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.407	28Z. 2L. 0P.	+ 0.8	NW.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.426	28 2 3	+ 2.1	SO.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.419	28 2 1	+ 0.3	OSO.	still.	trüb.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 11. Februar suchte Lord Brougham nachzuweisen, daß er mit seiner neulichen Anspielung auf Hrn. O'Connell nicht gegen die parlamentarische Ordnung verstoßen, sondern auf die Nennung dieses Mannes nothwendig durch seine Bemerkungen über die Art geführt worden sei, wie in der Thronrede Irlands Erwähnung geschehen. — Lord Melbourne legte hierauf dem Hause den Bericht des Grafen Durham über Canada vor, dabei ankündigend, daß er hoffe, gegen Ostern hin eine Bill vorlegen zu können, von welcher sich die volle Beruhigung jener Colonie erwarten lasse. Auf eine Frage von Lord Wharncliffe äußerte Lord Durham, daß sein Bericht sich im voraus in die Times eingeschlichen; daran möge wohl die Indiscretion einiger Freunde schuld gewesen seyn, denen er denselben im Vertrauen mitgetheilt. — Auch im Unterhause wurde Lord Durham's Bericht vorgelegt.

Lord Glenelg arbeitete am 11. Februar Morgens wie gewöhnlich auf dem Colonialamt, und wird den Geschäften dieses Departements noch so lange vorstehen, bis sein Nachfolger ernannt ist. Der Globe äußert jetzt: „Lord Glenelgs Rücktritt hat kein Erstaunen erregt, am wenigsten unter denen, die den Stand seiner Gesundheit und den tiefen Eindruck kannten, welchen die Nachricht von dem Tode seines geliebten Bruders im December v. J. auf ihn hervorgebracht. So schmerzlich tief empfand er diesen Verlust, und so sehr sehnte er sich von dieser Zeit an nach der Ruhe des Privatlebens, daß er nur der gebieterischen Pflicht gehorchend noch die laufenden Geschäfte seines Amtes besorgte, denen er schon früher entronnen seyn würde, hätte er nicht fürchten müssen, daß, wenn er schon vor Lord Durhams Rückkehr und der Eröffnung des Parlaments zurücktrat, dieß unwürdigen und ehrenrührigen Ursachen von solchen Menschen beigemessen worden wäre, welche auch die reinsten Motive und die heiligsten Gefühle für nichts achten, sobald eine Mißdeutung derselben im Parteiinteresse liegen mag. Es wäre wünschenswerth gewesen, daß Lord Glenelg noch so lange im Amt geblieben wäre, bis die wichtigen Angelegenheiten Canada's vor das Parlament gebracht und durch einen Entscheid desselben geordnet gewesen wären; aber der Zustand jener Provinzen, die noch immer ungeordnete Gränzfrage zwischen England und den vereinigten Staaten und die Nothwendigkeit beständiger Wachsamkeit im Colonialamt in Folge der gemachten und gedrohten Einfälle ins brittische Gebiet; die Widerspänstigkeit des Assemblyhauses von Jamaica, und andere gewichtige Umstände, welche, so lange sie obwalten, die beständige Anwesenheit des Colonialministers im Conseil und eine ausnehmende Rührigkeit auf seiner Seite erheischen — dieß alles hat das Cabinet bewogen, Ihrer Majestät die für dringend nöthig erachtete Aenderung vorzuschlagen. Lord Glenelg, wie man allgemein behauptet, lehnte ein ihm angetragenes, geringere Thätigkeit erheischendes Amt ab, um, sobald er erst hinsichtlich Canada's und überhaupt in Betreff seiner Colonialverwaltung im Parlament die von ihm verlangten Aufschlüsse gegeben haben werde, dann fern vom politischen Schauplatz ungestört in der Ruhe leben zu können, die sein Gesundheitszustand und seine Stimmung ihm wünschenswerth machen. Daß er in der Zurückgezogenheit seine Gesundheit und die Heiterkeit seiner Seele wieder gewinnen möge, das wünschen gewiß Alle, welcher Partei sie auch angehören, die mit den ausgezeichneten Tugenden seines Characters bekannt sind." — Etwas mehr Licht auf die „Intrigue," welche Lord Glenelg aus dem Cabinet herausmanövrirt habe, meint der Standard, werfe folgende Stelle der Morning-Chronicle: „Alle Anhänger der jetzigen Regierung werden mit Vergnügen den Zutritt Lord Morpeths (bisherigen Generalsecretärs für Irland, mit welchem ministeriellen Amte kein Sitz im Cabinet verbunden war) erfahren. Die Freunde der Reform und des Fortschrittes werden sich darüber um so mehr freuen, als Lord Morpeth in seinen Mittheilungen an seine Wähler sich sehr entschieden zu Gunsten der Ballotage ausgesprochen hat. Wer seine hohe Redlichkeit und Characterfestigkeit kennt, ist überzeugt, daß er sich treu bleiben, und sonach die Ballotage künftig als eine offene Frage der jetzigen Regierung betrachtet werden wird. Der Marquis von Normanby wird an Lord Glenelgs Stelle Staatssecretär der Colonien. Auch diese Ernennung muß der Nation sehr willkommen seyn. Wir bürgen nicht für die Wahrheit des Gerüchtes, Lord Glenelgs

Rücktritt sei auf den Vorschlag seiner Collegen erfolgt, daß er das Amt des Großsiegelbewahrers übernehmen möge; indeß, in wohlunterrichteten Kreisen findet diese Angabe allgemeinen Glauben." Dazu bemerkt der Standard: „Da die Lords Normanby und Morpeth Irland so sehr zur Zufriedenheit O'Connells verwaltet haben, so werden sie nun auf sein Geheiß zur unmittelbaren Regierung des vereinten Königreichs berufen. Lord Duncannon, weil ein Mitglied seiner Familie durch seine Weigerung, dem Präcursorenvereine beizutreten, Hrn. O'Connell beleidigt hat, wird zur Entlassung verurtheilt, und Lord Glenelg durch die Zumuthuung beleidigt, auf eine untergeordnete Stelle zu rücken, um Hrn. O'Connells Schützling Platz zu machen!" — Der radicale Spectator glaubt, daß Lord Howick an Lord Glenelgs Stelle treten werde. „Sehr gut!" bemerkt er dazu; „so erhalten wir nun einen Colonialminister, der für die Begehungs- und Unterlassungssünden seines Amtes wirklich verantwortlich seyn wird. Darin wird die ganze Aenderung bestehen; denn schon während der Zeit, da Lord Glenelg dem Namen nach das Amt bekleidete, war Lord Howick der wirkliche Colonialminister, aber insgeheim, und daher ohne die mindeste Verantwortlichkeit. Dieselbe Unwissenheit und derselbe Eigensinn werden nach wie vor die Colonialverwaltung characterisiren, aber wenigstens werden wir nun wissen, wen wir darob zu tadeln haben. Der arme Glenelg war eine bloße Katzenpfote für Lord Howick, während dieser Affenstreiche mit den Colonien spielte; — eine Art spanische Wand, hinter welcher ein Sohn Lord Grey's niedrig genug war, sich jahrelang zu verbergen, während er in der That alle wichtigern Fragen in unsern Colonialangelegenheiten entschied." — Der Courier schreibt: „Durch Lord Glenelgs Rücktritt sind zwei oder drei Aenderungen im Cabinet nöthig geworden. Es ist nun entschieden, daß der Marquis von Normanby Irland, wo er bei der großen Mehrzahl der Bevölkerung sich bleibende Ansprüche auf Dankbarkeit begründet hat, verläßt und das Colonialsecretariat übernimmt. Lord Morpeth erhält einen Sitz im Cabinet, gibt aber nicht, wie Manche vermuthen, sein Generalsecretariat für Irland auf. Ueber Lord Normanby's Nachfolger im Vicekönigthum von Irland können wir heute noch nichts Bestimmtes angeben; die Stimmen sind zwischen Lord Clarendon und Lord Radnor getheilt. Noch irgend eine andere neue Anordnung im Colonialdepartement dürfte die Aenderung in diesem Amte begleiten." Der Globe versichert, das Gerücht hinsichtlich des Grafen von Radnor sei ganz grundlos. Ebenso widerspricht der Observer dem Gerüchte, daß Sir Richard Hussey Vivian, dem dermaligen Generalfeldzeugmeister, ein Sitz im Cabinete zugedacht sei.

Lord Grey, welchem unlängst, während er lesend auf dem Sofa lag, ein großes Familiengemälde von der Wand auf den Kopf fiel und ihn schwer an der Stirne verletzte, liegt in Folge dieses Unfalls zwar noch darnieder, ist aber außer Gefahr.

Consols am 12. Jänner 92¼. ⅛.

Mexico.

Ein Schreiben aus Neworleans vom 8. December (im Courrier Français) spricht von den Fortschritten der [föderalistischen] Partei in der mexicanischen Republik; in Tampico, Santander, San Luis, Chiva ꝛc. habe diese Partei bereits die Oberhand, auch Mexico werde, wenn es nicht schon geschehen, nächstens seine Revolution erleben *). — General Santa Ana soll, obgedachtem Schreiben zufolge, an seinen Wunden gestorben seyn.

Spanien.

Die Madrider Journale vom 6. und 7. Februar enthalten nichts von Bedeutung. In der Gaceta vom 6. liest man eine Dankadresse des Ayuntamiento von Malaga für die Aufhebung des Belagerungsstandes dieser Stadt.

Der (in Barcelona erscheinende) Guardia Nacional vom 4. Februar enthält eine Proclamation des Baron de Meer, worin derselbe ankündigt, daß er von Barcelona zu einer sehr wichtigen militärischen Operation in Catalonien aufbrechen werde. Der General Breton wird ihn, während seiner Abwesenheit, im Commando der Provinz Barcelona ersetzen.

Portugal.

Durch den „Tagus," der in Falmouth eingelaufen ist, hat man Nachrichten aus Lissabon bis zum 6. Februar erhalten. Der Senat war endlich vollzählig genug, um Sitzung halten zu können, und die parlamentarischen Geschäfte der Session hatten begonnen. Der Bericht der Adreßcommission und das Budget des Finanzministers waren der Deputirtenkammer vorgelegt worden. Der Finanzminister schätzt die Gesammteinnahme der Jahre (1838 bis 39) auf 8000 Contos in runden Zahlen, und die Gesammtausgabe für alle Staatsbedürfnisse auf 10,000 Contos, folglich ein Deficit von 2000 Contos oder beiläufig 500,000 Pf. St. Von den Forderungen der in portugiesischen Diensten gestandenen brittischen Militärs, die sich auf mehr als 300,000 Pf. belaufen, schweigt der Minister; eben so wenig erklärt er sich darüber, wie die Dividenden der Schuld an England (von den Rückständen nichts zusagen) im Angesicht des obenerwähnten Deficits bezahlt werden sollen. Die inländischen Gläubiger erhalten ihre Befriedigung aus den zu diesem Behufe an die Junta des öffentlichen Credits überwiesenen Taxen; die auswärtigen Staatsgläubiger müssen aber leer ausgehen, worüber die Londoner Journale bitter klagen. — Der Adreßentwurf

*) Die Times bemerkt, daß die in Paris verbreitete Nachricht von dem am 10. December Statt gefundenen Ausbruche dieser Revolution und dem Sturze Bustamente's unmöglich wahr seyn könne, da die neuesten in England eingegangenen Handelsbriefe aus Mexico vom 19. December nichts davon melden.

der Deputirtenkammer enthält drei feindselige Paragraphen gegen das Ministerium in Bezug auf die innere Politik. Der Paragraph über den Sclavenhandel ist in den nichtssagendsten Ausdrücken abgefaßt; der über die spanischen Angelegenheiten drückt sich theilnehmender aus, als die Thronrede der Königin.

Rußland.

S^r. Majestät der Kaiser haben dem Präsidenten der großherzoglich mecklenburg-schwerin'schen Regierung, Geheimrath von Lützow, den St. Annenorden erster Classe verliehen.

Der kaiserliche Oberkammerherr, Graf von Litta, Mitglied des Reichsrathes, ist im 85sten Jahre seines Alters mit Tode abgegangen.

Der bei dem abgesonderten kaukasischen Corps sich befindende Oberst Tarakanoff ist zum zweiten Director der muselmännischen Provinzen und des Chanats Talyschin ernannt worden. Der erste Director, Generallieutenant von Krabbe, begibt sich zur Herstellung seiner Gesundheit in die kaukasischen Mineralbäder.

Auf den Gefilden von Borodino wird im Laufe dieses Jahres ein großes Denkmahl zur Erinnerung an die Schlacht enthüllt werden, welche im Jahre 1812 daselbst Statt gefunden.

Schweden und Norwegen.

Die Preußische Staatszeitung meldet aus Christiania vom 4. Februar: „Die Rigstidende enthält die wichtige ämtliche Nachricht, daß S^r. Majestät, welche so viel wie möglich die gegenseitigen Rechte und Pflichten der vereinigten Königreiche in wechselseitige Uebereinstimmung zu bringen verlangen, beschlossen haben, daß ein Comité von vier norwegischen und vier schwedischen Mitgliedern in Stockholm am 1. August zusammentreten solle, um verschiedene Puncte zu erwägen, und darüber Bedenken und Vorschläge einzureichen, namentlich über die in der Adresse des Storthings vom 24. Jänner 1837 erwähnten Gegenstände, jedoch mit Ausnahme dessen, was die königliche Titulatur in Actenstücken betrifft, in welcher Beziehung S^r. Majestät bei Ihrer Resolution vom 26. October 1818 verharren; ferner über das Verhältniß, in welchem jedes der beiden Königreiche an dem diplomatischen, Consulats- und andern gemeinschaftlichen Ausgaben Theil haben soll; auch über das Verhältniß und die Art und Weise, wie jedes der beiden Königreiche zu deren gemeinschaftlichen Vertheidigung beitragen soll. Das hiesige Finanz-, Handels- und Zolldepartement soll dem Könige die norwegischen Mitglieder vorschlagen und S^r. Majestät wollen in Ihrem schwedischen Staatsrathe die schwedischen Mitglieder ernennen. Ueber den Vorsitz in jedem Commissorium wird ein näher bestimmter Wechsel zwischen norwegischen und schwedischen Mitgliedern Statt finden. Die königliche Resolution wird dem Storthinge mitgetheilt. Sie erregt hier große Freude, da in der erwähnten Adresse vom 24. Jänner vom Storthinge die nähere Bestimmung mehrerer Unionsverhältnisse, die zu Verwickelungen und Zwiespalt führen könnten, gewünscht werden. Man hofft, die Commission werde sich auch darüber äußern, inwiefern die Consulate überhaupt künftig gemeinschaftlich bleiben dürften, oder nicht; so wie über die Beibehaltung des norwegischen Wappens auf schwedischen Münzen und Siegeln, falls nicht der König dieses unmittelbar anzuordnen und zu schlichten für besser fände. Später dürfte man auch der Mittheilung der Gründe entgegensehen können, welche der gewünschten Aenderung der königlichen Titulatur in norwegischen Documenten (übereinstimmend mit dem, was schon in Hinsicht des Münzgepräges geltend und was unter der Calmarschen Union von dem Könige strenge beobachtet wurde) im Wege stehen."

Frankreich.

Wir haben die Pariser Journale vom 14. Februar, die mit der gewöhnlichen Post ausgeblieben sind, durch außerordentliche Gelegenheit erhalten. — Das Journal des Debats vom obgedachten Tage gibt unter der Aufschrift: „Vollkommene Gerechtigkeit, dem H^rn. Grafen Molé, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Präsidenten des Conseils, von H^rn. Thiers geleistet" folgenden Auszug aus einer Rede, welche H^r. Thiers in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 29. November 1832 gehalten hat: „Es möge mir erlaubt seyn, mein „Erstaunen darüber auszudrücken, daß dieselben Leute, „welche sich beklagt haben, daß es Frankreich an Entschlossenheit und Würde mangle, daß es sich in endlose Negociationen verwickeln lasse, heute auftreten und darüber „klagen, daß man diesen Negociationen ein Ende machen, „und die Tractate vollziehen lassen wollte; Frankreich hat „bereits eine Entschlossenheit gezeigt, die man gelobt hat: „nämlich, als es gesagt hat, daß keine preußische Armee in Belgien einfallen würde. Jedermann hat dem edlen Muth, den Frankreich an diesem Tage entwickelt hat, Beifall gezollt. Man mußte „aber noch einen andern Beweis von Entschlossenheit geben, man mußte sagen: „Tractate sind unterzeichnet worden, sie „werden vollzogen werden." — Das Journal des Debats fügt bloß hinzu: „Wir sagen nichts anders."

Briefe aus Havre, die in Paris eingetroffen waren, melden als bestimmt, daß bereits von der mexicanischen Regierung Kaperbriefe (lettres de marque) ausgetheilt, und von amerikanischen und englischen Abenteurer in Empfang genommen worden seien. Dieß verbreitet natürlich Unruhe unter dem Handelsstande, der laut fordert, die Regierung solle an dem ersten aufgegriffenen Caper ein eclatantes Beispiel statuiren, und die ganze Mannschaft wie Piraten behandeln, um dieser schimpflichen Sitte für immer ein Ende zu machen. — Die Krise im Handel dauert in Paris fort. Während des Monats Jänner registrirte das Handelstribunal über 57 Bankerotte mit einem Schuldenbetrag von mehr als 7 Mill. Franken; für den Monat Februar sieht man noch bedeutenderen Failliten entgegen.

Briefe aus Havannah melden die Ankunft des Prinzen Joinville daselbst. Dieselben Depeschen melden, daß das schöne Dampfboot „Veloce," Capitän Béchameille, das kürzlich nach einer glücklichen Fahrt in den Hafen von Havannah eingelaufen war, darin verbrannt sei.

Die Wähler des Bezirks von S^t. Denis (extra muros) haben H^rn. Lascases Vater (den Begleiter Napoleons) die Candidatur bei den bevorstehenden Wahlen angeboten. H^r. Lascases lebt seit mehreren Jahren in

gänzlicher Zurückgezogenheit und war entschlossen, nicht mehr in das politische Leben zurückzukehren. Es scheint aber, daß die dringenden Verwendungen des Hrn. Odilon-Barrot eine Aenderung dieses Entschlusses veranlaßt haben; wenigstens hat Hr. Lascases nachstehenden Brief an Hrn. Odilon-Barrot gerichtet: „Mein theurer, vormaliger College! Ihre Zeilen sind mir um so wohlthuender und um so schätzbarer gewesen, als Sie seit Eröffnung der Session beständig der Gegenstand meiner Wünsche, meiner Hoffnungen, und ich kann wohl sagen, meiner Bewunderung gewesen sind; auch genügen mir Ihre wenigen Worte der Ermunterung und der Ermahnung, um meinen Entschluß zu bestimmen. Ja, obgleich ich durch Neigung, und vielleicht auch durch Bedürfniß an meine Einsamkeit gefesselt bin, so erkläre ich mich doch bereit, mich zur Verfügung meines Bezirks zu stellen, wenn derselbe die Güte hat, an mich zu denken, mich glücklich schätzend, unter so ernsten Umständen etwas zur Kundgebung einer öffentlichen und nationalen Gesinnung beitragen zu können. Aber ich lebe in gänzlicher Abgeschiedenheit, ich sehe fast Niemand, und das Eigenthümliche meiner Stellung verbietet mir alle persönlichen Schritte. Genehmigen Sie ꝛc. (Gez.) Graf von Lascases."

Das Journal des Debats widerspricht dem Gerüchte, daß Hr. Jacques Lefebvre bei den bevorstehenden Wahlen auf seine Candidatur beim zweiten Pariser Bezirke Verzicht leisten werde.

Am 13. Februar 5 Percent 110 Fr. 80. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 75. 3 Percent 78 Fr. 95. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 95. — Am 14. Februar 110 Fr. 75. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 90. 3 Percents 78 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75.

Niederlande.

Folgendes ist, dem Commerce Belge zufolge, der Inhalt der Note, wodurch Hr. Dedel, niederländischer Bevollmächtigter, der Conferenz zu London die Zustimmung seines Souverains zu dem letzten Protocolle angezeigt hat: „Der Unterzeichnete, Bevollmächtigter Sr. Majestät des Königs der Niederlande, hat die von sechs Actenstücken begleitete Note erhalten, und unverzüglich seiner Regierung übermacht, womit JJ. EE., die als Conferenz versammelten Herren Bevollmächtigten der Höfe Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands ihn unterm 23. Jänner d. J., als Antwort auf jene vom 14. März 1838, beehrten, wodurch er ihnen anzeigte, daß ihm der Befehl zugeschickt worden sei, mit JJ. EE. die 24 Artikel, zu deren Unterzeichnung die Bevollmächtigten des Königs durch ihre Note vom 15. October 1831 aufgefordert worden sind, zu unterzeichnen. — Nachdem der König von den Combinationen, welche diese Mittheilung ihm dargeboten hat, um zu einer Lösung der holländisch-belgischen Frage zu gelangen, Kenntniß genommen, hat er lebhaft beklagt, darin zahlreiche Stipulationen, welche Sr. Majestät weit entfernt war, zu erwarten, und die, Ihrer Meinung nach, mit Ihren Rechten und mit dem früheren Gange der Verhandlung unverträglich sind, zu finden; allein, gestützt auf sein Bewußtseyn, stets die Bahn der Vorstellungen und der Beharrlichkeit, so lange sie ihm durch das wohlverstandene Interesse seiner Völker vorgezeichnet war, verfolgt zu haben, hat der König sich überzeugen müssen, daß ihre Wohlfahrt ihm nicht erlaube, ohne Hoffnung auf Erfolg gegen die Gewalt der Umstände zu kämpfen. — Demzufolge hat der Unterzeichnete, nach den ihm zugekommenen Instructionen, die Ehre, durch gegenwärtige Note zu erklären, daß er ermächtigt ist, den Vertrag zwischen Sr. Majestät und den fünf Mächten, und den der obenerwähnten Note JJ. EE. vom 23. Jänner beigefügten Vertrag mit Belgien zu unterzeichnen, und daß er bereit ist, zur Unterzeichnung dieser Actenstücke zu schreiten. — Der Unterzeichnete ergreift diese Gelegenheit, JJ. EE. den Herren Bevollmächtigten der Höfe von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland die Versicherung seiner Hochachtung zu erneuern. (Unterz.) Dedel."

Der Avondbode erhält durch Kurier folgende Nachricht aus Vließingen: „Es ist dahier die Mittheilung eingetroffen, daß das Marineministerium Befehle erlassen hat, die Corvette „Amphitrite" und den Brigg „de Snelheid," auf der Rhede des Texel liegend, ferner die Brigg „Merkuur," zu Helvoetsluis liegend, aufs schnellste nach der Schelde segeln zu lassen, und sich unter den Befehl des Seecapitäns Courrier, genannt Dubekart, Commandanten der 2ten Division der 1sten Abtheilung der Vertheidigungslinie auf der Schelde, zu stellen." Weiter wird unter dem Heutigen dem Avondbode aus dem Haag gemeldet: „Es ist gestern dem Commandanten auf der Schelde durch den Telegraph der Befehl zugegangen, alle unter seinem Befehle stehenden Kanonierboote in Activität zu halten, und so zu stellen, daß die Communication mit den Forts nicht abgeschnitten werden könne."

Das Handelsblad schreibt aus Eindhoven, daß den geistlichen Schwestern des Klosters zu St. Oedenrode von hoher Hand der Befehl zugegangen sei, sich bereit zu halten, um auf die erste Aufforderung das Kloster zu räumen, damit das Gebäude zum Kriegsgebrauch verwendet werden könne. Der Generalmajor Bornel, interimistischer Commandeur der ganzen Cavalleriedivision, hat sein Hauptquartier von Eindhofen nach Tilburg verlegt.

Belgien.

Der Moniteur Belge enthält den königlichen Beschluß, wodurch die Kammern auf Dinstag den 19. Februar einberufen werden. — Der Independant vom 14. d. M., den wir, über Frankfurt, durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, äußert sich aus diesem Anlasse folgendermaaßen: „Die Kammern sind auf nächsten Dinstag einberufen. Durch diese Einberufung hat die Regierung das Versprechen erfüllt,

welches sie gegeben hatte, in keinem Falle den Zustand der Ungewißheit, indem sich das Land, hinsichtlich des über die politische Frage zu fassenden Entschlusses, befindet, zu verlängern. Aber es bleibt ihr eine andere und nicht minder gebieterische Pflicht zu erfüllen übrig; nämlich einen formellen, definitiven Entschluß, einen Entschluß, der das Land keinem neuen Aufschub unterwirft, vorzulegen. — Wie auch immer die Meinungen über die den letzten Vorschlägen der Conferenz zu gewährende Aufnahme beschaffen seyn mögen, so sind diejenigen sowohl, welche zur Annahme geneigt sind als die, welche zum Widerstande sich hinneigen, darin einstimmig, daß sie wünschen, man möge sich schnell offen und ohne Rückhalt aussprechen. Das Land kann im Angesichte der schrecklichen Katastrophen, von denen es tagtäglich beängstigt wird, nicht länger mehr warten. Will man daher nicht auf sehr lange Zeit seine industrielle und commercielle Zukunft aufs Spiel setzen, so muß man es aus der schweren Krisis reißen, in der es sich befindet, und jenem Umsturz alles Privatvermögens und aller Interessen Einhalt thun."

Der Independant vom obgedachten Tage enthält ferner einen Artikel des Courrier de Bordeaux vom 9. Februar d. J. über die belgische Frage, worin Hr. Campan, früher Directeur des Independant, gegenwärtig einer der Mitarbeiter des Courrier de Bordeaux, durch die triftigsten Argumente die Nothwendigkeit beweist, in der sich Belgien befindet, den Vorschlägen der Conferenz beizutreten. Der Independant findet gedachten Artikel um so beachtenswerther, als Hr. Campan im Jahre 1831, wo er an der Spitze des Independant stand, sich gegen die Annahme des Tractats von 1831, der damals von den Kammern genehmigt wurde, erklärt hatte. Der Independant sagt daher nach Mittheilung des mehrerwähnten Artikels: „Es hat uns aus einem doppelten Gesichtspuncte interessant geschienen, diesen Artikel zu reproduciren. Einerseits ist es ein Mann, der im Jahre 1831 gegen den Tractat zu Felde zog, welcher im Jahre 1839 die Unmöglichkeit nachweist, sich demselben zu entziehen; andererseits haben wir hier ein, mit voller Sachkenntniß im Auslande, fern von Belgien, gefälltes, folglich sehr unparteiisches und sehr uneigennütziges Urtheil. Und dieses Urtheil hat um so größern Werth, als es von einem Manne herrührt, dessen Sympathien für Belgien und die bedrohten Provinzen nicht zweifelhaft sind. Dieß ist eine Gerechtigkeit, die ihm alle diejenigen, die ihn kennen, widerfahren lassen müssen."

Frankfurter Blätter geben folgenden Börsenbericht aus Brüssel vom 12. Februar: „Die traurigen Nachrichten aus Lüttich (siehe unten) hätten Einfluß auf unsere Börse ausüben können, wenn die Meinung, daß wir uns dem Ende unserer financiellen und industriellen Krisis nähern, sich nicht mit jedem Augenblicke mehr befestigte. Drei Friedens- und Ruhemonate werden die Unglücke der Kriegstendenzen wieder gut machen. Die Erschütterung des öffentlichen Zutrauens wird verschwinden, der zu seinem Normalzustande zurückgekehrte Credit wird uns die schönen Tage zurückbringen, wo Belgien den Neid seiner Nachbarn erregte. Man hegt mehr als je die Ueberzeugung, daß alles beendigt ist; die frühere Wiederversammlung der Kammern bezeugt, daß der König in Fassung ist, seinen Willen zu erkennen zu geben, und daß er der einstimmigen Genehmigung des Landes gewiß ist, eine Genehmigung, welche das Votum der Legislatur vorschreiben wird. Das Steigen des Fonds macht schnelle Fortschritte."

Der zu Lüttich erscheinende Politique meldet: „Man versichert uns als etwas Zuverlässiges, daß John Cockerill, unser berühmter, industriellen und großer Manufacturist, unter der Last seiner ungeheuren finanziellen Bedürfnisse erliegend, nun gelähmt durch die Erschütterung, die den Credit so hart getroffen, seine Bilanz deponirt. Er hat sich durch eine Bittschrift an den König gewendet, um eine Zahlungsfrist in Gemäßheit der Gesetzgebung von 1814 zu erlangen. Diese ungeheure, am 30. Juni 1838 festgestellte Bilanz bildet ein Activvermögen von ungefähr 18 Millionen gegen einen Passivstand von ungefähr 12 Millionen dar, so daß sich aus dem erstern ein Ueberschuß von fünf bis sechs Millionen ergeben würde; was ein sehr beruhigendes Pfand ist, wenn man Zeit und Mittel hat, dasselbe zu realisiren. Diese Geschäftseinstellung, oder vielmehr, wie man hoffen muß, diese Zeit des Stillstandes in einer Maschine, deren Räderwerk so umfassend und so verwickelt ist, ist nicht weniger ein beklagenswerthes Ereigniß, das die schon zu großen Verlegenheiten der Lage noch vermehren wird. Die Vergleichung der Muthlosigkeit, der Unbehaglichkeit und der Besorgnisse, die sich offenbaren, auf welche Seite man auch den Blick hinwerden mag, sei es im Innern oder nach Außen hin, mit dem kürzlich noch so blühenden an Hoffnung und Zukunft so reichen Zustande unsers jungen und zutrauensvollen Belgien ist eine Quelle schmerzlicher Gedanken, und muß allen Gemüthern ernsthafte und strenge Betrachtungen einflößen; man muß den Muth haben, es zu sagen: Nicht mit Worten kann man das Land retten; die Gefahren, die uns bedrohen, sind nie so groß, der Einsatz ist nie stärker gewesen. Jeder gute Bürger ist schuldig, für die öffentliche Sache durch seine Handlungen und seine Rathschläge mitzuwirken; die Abweichungen der Meinungen, die Eifersüchteleien der Parteien müssen vergessen werden; die Regierung muß in ihren Anstrengungen unterstützt, durch nützliche Warnungen geleitet, und nicht durch Kritiken ohne Edelmuth, ohne Klugheit und ohne Gewicht, gehindert werden."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 14. Februar enthält folgenden Artikel: „Mehrere teutsche Blätter geben fortwährend über die hannoverschen Angelegenheiten Mittheilungen, die zum Theile durchaus erdichtet sind, zum Theile eine gehässige Entstellung der Thatsachen enthalten, und deren offene Absicht es ist, übeln Eindruck gegen unsere Regierung hervorzurufen, und Aufreizung in unserm Lande zu erzeugen. Wir wollen nur aus den letzten Tagen folgende Belege dazu anführen. — Der „Hamburger Correspondent" vom 26. Jänner meldet aus Hannover: „Sicherm Vernehmen nach ist mehreren „Mitgliedern der grundgesetzlichen Opposition erster sowohl „als zweiter Kammer der Urlaub zu der bevorstehenden „Ständeversammlung verweigert worden. Die grundgesetz-

„liche Opposition, die bekanntlich vor der Vertagung in „zweiter Kammer bedeutend in der Majorität war, würde vermuthlich auf diese Weise bei neuen Wahlen in „die Minorität kommen." — Es wird Niemand einer Regierung das Recht abstreiten wollen, den öffentlichen Beamten den Urlaub zu verweigern, wenn sie deren Anwesenheit in dem ihnen angewiesenen Dienstkreise zweckmäßiger erachtet; aber außerdem können wir versichern, daß diese Urlaubsverweigerungen nur im Interesse des öffentlichen Dienstes erlassen worden sind, ganz ohne Rücksicht darauf, ob die dadurch betroffenen Beamten zu den Ansichten der Regierung oder zu den Ansichten der Opposition sich bekannt haben. — Der „Hamburger Correspondent" vom 28. Jänner meldet aus Hannover: „Wie von Personen, die vermöge ihrer Stellung mit den „leitenden Ansichten wohl bekannt seyn dürften, behauptet wird, soll den ständischen Deputirten von dem Beginne ihrer Arbeiten ein Revers zur Unterschrift übergeben werden, in welchem sie die Verfassung von 1819 „als in Kraft stehend anerkennen." — Wir können versichern, daß diese Nachricht ganz ungegründet ist. Bei der bevorstehenden Eröffnung der allgemeinen Ständeversammlung wird die Regierung ihre Ansicht über den Bestand der Verfassung von 1819 schon aussprechen. — Der „Hamburger Correspondent" vom 8. Februar sagt in einem Schreiben aus Hannover: „Der Aufsatz „Ueber „den gegenwärtigen Stand der hannoverschen Frage" „hat hier auch darum wenig Eindruck gemacht, weil „man aus den darin vorkommenden Citationen der vom „Magistrate zu Osnabrück geforderten Gutachten ersah, „daß derselbe von einem Mitgliede des Cabinets herrühre." — Wir wissen nicht, ob der Verfasser jenes Artikels ein Mitglied des königlichen Cabinets ist; aber zu behaupten, ein Artikel mache darum im Lande wenig Eindruck, weil derselbe von einem Mitgliede des Cabinets herrühre, ist eine Verhöhnung der Einsicht und des Characters der ganzen hannoverschen Bevölkerung. — Der „Hamburger Correspondent" vom 8. Februar meldet aus Hannover: „Der Finanzrevisor Marbach „und der geheime Registrator Hoppe sind an die Höfe „fast sämmtlicher teutscher Bundesstaaten geschickt worden, um denselben mehrere, auf die gegenwärtigen Verhältnisse bezüglichen Actenstücke, namentlich die Loyalitätsadressen von Hildesheim, Osnabrück, Münden und „Hannover, zu überbringen, und dadurch jene Höfe zu „überzeugen, daß das Land der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes denn doch nicht so abgeneigt sei, wie man „von der andern Seite her will glauben machen." — Ist es denn nicht für jeden Unbefangenen in hohem Grade lächerlich, daß die Correspondenten fremder Zeitungen sich anmaaßen wollen, zu wissen, mit welchen Aufträgen diplomatische Kuriere von hier aus an fremde Höfe gesandt worden seien? Wer kann denn auf solche erdichtete Nachrichten den geringsten Werth legen? — Die „Hamburger Börsenhalle" vom 7. Februar meldet aus Hannover: „Die Osnabrücker Unruhen haben sich noch in „den Schranken des Gesetzes gehalten, und nur die Exe„cutionen gegen Steuerrestanten verursachen hier und da „eine kleine Aufregung, obwohl sich die zur Steuer Herbeigezogenen selbst sagen, daß die Verweigerung der „Steuern mehr eine politische Demonstration ist, als eine wirkliche Auflehnung gegen die getroffenen Zwangsmaaßregeln seyn darf. In Münden sollen dagegen „einige bedeutendere Vorgänge Statt gehabt haben, so „daß der Landdrost von Hildesheim eiligst von hier aus „dorthin beordnet ist, um dort weitere Instructionen zu „erhalten. Das Leibregiment hat noch keine bestimmte „Marschordre erhalten; indeß sollen die Beurlaubten einiger Regimenter einberufen seyn." — Die Nachricht ist ganz unwahr. In Münden sind keine Unruhen ausgebrochen; ob der Landdrost von Hildesheim in Münden gewesen ist, wissen wir nicht, es wäre aber nichts Auffallendes, wenn derselbe eine Stadt seines Bezirks besucht hätte; an den angedeuteten Aufbruch des Leibregiments dahin hat noch Niemand gedacht. — Die „Leipziger Zeitung" vom 1. Februar meldet aus Hannover: „In Osnabrück wäre es am 25. d. M. beinahe zu blutigen Scenen gekommen; die Cavallerie mußte aufsitzen, und bis spät in die Nacht hinein patrouilliren. Nur „Stüve's Zureden an die Bürger verhütete das Schlimmste." — Es ist ganz eben so ungegründet, daß in Osnabrück Unruhen Statt gefunden hätten, und es beinahe zu blutigen Scenen gekommen sei. — Die „Leipziger Allgemeine Zeitung" vom 7. Februar meldet aus Hannover: „Das Gerücht, daß der König die Klostergüter „im jährlichen Ertrage von 360,000 Thlr. zur Kammer „ziehen wolle, erregt fortwährend nicht geringes Interesse." — Diese Nachricht über das Klostergut, welche schon früher, als die Zeitungen noch mit der Organisation der Domainenkammer beschäftigt waren, die Runde durch die teutschen Blätter machte, ist abgeschmackt; wir können versichern, daß es nie die Absicht gewesen ist, das Klostergut seiner Bestimmung zu entziehen. — „Die Elbesfelder Zeitung" meldet aus dem Osnabrück'schen vom 21. Jänner: „Die Zahl der Steuerrestanten vom „13. Jänner soll sich hier im Orte auf 453 belaufen; da „aber auch die Vertreter der hiesigen sechs Laischaften „nicht bezahlt haben, und gleich den übrigen Bürgern „sich unbesorgt auspfänden lassen, wenn diese weise Anwendung finden sollte, so steht zu befürchten, daß es „hier an einem paßlichen Locale fehlen wird, um die „Pfänder unterbringen zu können. Seit mehreren Tagen „sind die Steuerofizianten mit der einmaligen Annahme schon beschäftigt gewesen. Die hiesige Umgegend „zählt nicht minder viele Steuerrestanten." — Diese Nachricht von der großen Anzahl Steuerrestanten und Steuerverweigerungen im Osnabrück'schen ist durchaus unwahr. — So sehr wir die freie Ueberzeugung anderer Blätter ehren, wenn sie auch von der unserigen abweicht, so tief müssen wir doch bedauern, daß die öffentliche Presse zur Verbreitung solcher gehässigen Unwahrheiten sich mißbrauchen lasse. Es ist dieß der bessern teutschen Zeitungen durchaus unwürdig, und ist auf die Dauer unfehlbar der Weg, die moralische Macht, welche die öffentliche Presse sich erworben hat, in Grund und Boden zu vernichten."

Wien.

Am 21. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	——.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100⅘.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	253½.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	65⅛.
Bankactien pr. Stück			1475½ in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N°. 1108.

W 1·K· ZEITUNG 1839

№ 54

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 23. Februar 1839.

Meteorologische Beobachtungen am 21. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduzirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.429	28Z. 2L. 3D.	+ 0.2	SO.	mittel.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.451	28 2 6	+ 2.2	SO.	schwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.583	28 4 2	+ 1.7	NW.	—	trüb.

Wien.

Bei Gelegenheit der am 14. September 1838 zu Mailand vollzogenen Ratifications-Auswechslung des zwischen Sr. k. k. apost. Majestät und Ihrer Majestät der Königinn des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland abgeschlossenen, und am 3. Juli 1838 in Wien unterzeichneten Handels- und Schifffahrtstractats sind von den beiderseitigen Bevollmächtigten auch besondere, darauf Bezug nehmende Erklärungen ausgestellt und ausgewechselt worden, deren vollständiger Inhalt in Ursprache und Uebersetzung hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird:

Declaration.

In proceeding to the exchange of the Ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation between Her Majesty The Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty The Emperor of Austria, King of Hungary and Bohemia, concluded and signed ad Vienna on the 3. July 1838, The Undersigned Plenipotentiary of Her Britannic Majesty, is commanded by Her Majesty to explain and declare.

1) That in the Preamble of the said Treaty, the words „the commercial relations of their respective States and Possessions," shall be understood to mean, „the commercial relations between their respective States and Possessions;" — the latter form of words being that adopted in the Preamble of the Convention of Commerce between Great Britain and Austria, signed at London December 21. 1829.

2) That the Stipulations of the Third Article of the aforesaid Treaty of the 3. July 1838, relating to Goods not the produce of the respective States, shall be understood to be mutual.

3) That by the Seventh Article of the aforesaid Treaty of the 3. July 1838, it is understood, that Goods placed in warehouse shall not be liable to duty, unless entered for consumtion, and may be exported on the same terms in the Ships of the one, as in those of the other Country.

Her Britannic Majesty's Ratification of the aforesaid Treaty of Commerce and Navigation is exchanged under the explicit declarations and understandings abovementioned.

Done at Milan the fourteenth Day of September 1838.

(L. S.) F. J. Lamb.

Contre-Déclaration.

En conséquence de la déclaration présentée aujourd'hui par S. Exc. Sir Frédéric Lamb, Ambassadeur de S. M. Britannique près S. M. I. et R. A., à l'occasion de l'échange

Erklärung.

Der unterzeichnete Bevollmächtigte Ihrer Majestät der Königinn des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, hat von Ihrer Majestät den Befehl erhalten, bei Vornahme der Auswechslung der Ratificationsurkunden des zwischen Ihrer großbritannischen Majestät und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, abgeschlossenen, und am 3. Juli 1838 zu Wien unterzeichneten Handels- und Schifffahrtsvertrages, Folgendes zu erläutern und zu erklären:

1) Daß die in dem Eingange des besagten Vertrages enthaltenen Worte des englischen Textes: „The Commercial relations of their respective States and Possessions," bedeuten sollen: „the Commercial relations between their respective Staates and Possessions;" indem diese letzte Wortform diejenige ist, die in dem Eingange der am 21. December 1829 zwischen England und Oesterreich abgeschlossenen Handelsconvention angewendet wurde *);

2) daß die Bestimmungen des dritten Artikels des vorerwähnten Tractates vom 3. Juli 1838, welche sich auf Waaren beziehen, die nicht Erzeugnisse der betreffenden Staaten sind, als gegenseitig gültig betrachtet werden sollen.

3) Daß unter dem siebenten Artikel des mehrerwähnten Tractats vom 3. Juli 1838 verstanden seyn soll, daß Waaren, welche in Magazine niedergelegt werden, einer Abgabe nicht unterworfen seyn sollen, außer wenn sie als zum Verbrauche bestimmt declarirt werden, und daß sie unter denselben Bedingungen auf den Schiffen des einen wie des andern Staates ausgeführt werden können.

Die Ratification des besagten Handels- und Schifffahrtsvertrages von Seite Ihrer großbritannischen Majestät wird unter den vorerwähnten ausdrücklichen Erklärungen und Erläuterungen ausgewechselt.

Gegeben zu Mailand am 14. September 1838.

(L. S.) F. J. Lamb.

Gegenerklärung.

In Folge der Erklärung, welche am heutigen Tage von Sr. Excellenz Sir Frederic Lamb, Botschafter Ihrer großbritannischen Majestät bei Sr. k. k. apost. Majestät,

*) Diese Erläuterung hat auf den teutschen Text keinen Bezug, da das im Englischen corrigirte „of" ohnehin mit „zwischen" (between) übersetzt erscheint.

des ratifications du traité de commerce et de navigation, conclu et signé à Vienne le 3. Juillet 1838, entre les Plénipotentiaires de S. M. I. et R. A. et de S. M. Britannique, laquelle déclaration est conçue dans les termes suivans:

1) Que dans le Préambule du dit traité les mots: „les relations commerciales de (of) leurs Etats et possessions respectifs" seront entendus signifier: „les relations commerciales entre (between) leurs états et possessions respectifs;" la dernière forme de mots ayant été celle adoptée dans le Préambule de la convention de commerce, signée à Londres le 21. Décembre 1829, entre l'Autriche et la Grande Bretagne.

2) Que les stipulations du 3. Art. du susdit traité du 3. Juillet 1838, relatives aux objets qui ne sont pas les produits des Etats respectifs, seront entendues être réciproques.

3) Que par le 7. Art. du traité 3. Juillet 1838 il est entendu, que les objets de commerce déposés dans des magasins, ne seront pas soumis à des droits, à moins qu'ils ne soient introduits pour la consommation, et pourront être exportés aux mêmes conditions dans les vaisseaux de l'un aussi bien que dans ceux de l'autre Etat.

Le soussigné Chancelier de Cour et d'Etat est autorisé par Sa Majesté l'Empereur, Son Auguste Maître, à accéder en tout point à cette déclaration, présentée par Son Excellence Monsieur l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique.

Fait à Milan le 14. Septembre 1838.

(L. S.) Metternich.

bei Gelegenheit der Auswechslung der Ratificationen des zwischen den Bevollmächtigten Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen, und Ihrer Majestät der Königinn des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, abgeschlossenen und am 3. Juli 1838 zu Wien unterzeichneten Handels- und Schifffahrtsvertrages, abgegeben wurde, welche Erklärung also lautet:

1) Daß die in dem Eingange des besagten Vertrages enthaltenen Worte des englischen Textes: „the Commercial relations of their respective Staates and Possessions," bedeuten sollen: „the Commercial relations between their respective Staates and Possessions," indem diese letztere Wortform diejenige ist, die in dem Eingange der am 21. December 1829 zwischen Oesterreich und Großbritannien abgeschlossenen Handelsconvention angewendet wurde;

2) daß die Bestimmungen des dritten Artikels des vorerwähnten Tractats vom 3. Juli 1838, welche sich auf Waaren beziehen, die nicht Erzeugnisse der betreffenden Staaten sind, als gegenseitig gültig betrachtet werden sollen;

3) daß unter dem siebenten Artikel des mehrerwähnten Tractats vom 3. Juli 1838 verstanden seyn soll, daß Waaren, welche in Magazine niedergelegt werden, einer Abgabe nicht unterworfen seyn sollen, außer wenn sie als zum Verbrauche bestimmt declarirt werden, und daß sie unter denselben Bedingungen auf den Schiffen des einen wie des andern Staates ausgeführt werden können; — hat der Unterzeichnete geheime Hof- und Staatskanzler von Sr. Majestät dem Kaiser, seinem Allerhöchsten Herrn, die Ermächtigung erhalten, in jedem Puncte dieser, von Sr. Excellenz dem Herrn Botschafter Ihrer großbritannischen Majestät abgegebenen Erklärung beizutreten.

Gegeben zu Mailand am 14. September 1838.

(L. S.) Metternich.

Großbritannien und Irland.

Der Bericht des Grafen Durham über die canadischen Verhältnisse enthält eine vollständige Uebersicht über den Zustand und die Verfassungen sämmtlicher brittischer Colonien in Nordamerika und eine Darlegung der vielfachen Gebrechen und Uebelstände, an welchen dieselben leiden. Der Berichterstatter sucht unter Anderm darzuthun, daß ein solcher Zustand der Dinge, besonders in Canada, nicht länger fortdauern könne, ohne daß die Existenz der Colonie selbst aufs Spiel gesetzt würde, und er schlägt zugleich die Maaßregeln der Abhülfe vor, welche ihm als die geeignetsten erscheinen. In dieser Beziehung heißt es unter Anderm: „Weder die politische noch die sociale Existenz irgend eines Gemeinwesens würde viel länger die Wirkungen der Ursachen ertragen können, welche in Niedercanada bereits zu einem langen factischen Stillstande des regelmäßigen Ganges der verfassungsmäßigen Verwaltung geführt, die Verletzung der Provinzialverfassung veranlaßt und die absolute Suspension derselben nothwendig gemacht, welche zwei Insurrectionen, zweimalige Ersetzung der Civilgesetze durch das Kriegsgesetz und zwei Perioden hervorgerufen haben, in denen jede Bürgschaft, die als wesentlicher Schutz der Rechte brittischer Unterthanen gilt, temporär aufgehoben war. Ich habe schon die Stimmung beschrieben, welche unter den beiden streitenden Parteien, oder vielmehr Racen, existirt; ihre Alles durchdringende und unversöhnliche Feindschaft gegen einander; die vollständige und unvertilgbare Unzufriedenheit der ganzen französischen Bevölkerung, so wie das Mißtrauen, mit dem die englische Bevölkerung die Regierung des Mutterlandes betrachtet, und den Entschluß der Franzosen, so wie die Tendenz der Engländer, Abhülfe ihrer gegenwärtigen unerträglichen Leiden in den Chancen einer Trennung von Großbritannien zu suchen. Die Unruhen in Niedercanada gestatten kein Zaudern mehr; die jetzt bestehende Form der Regierung ist nur ein temporäres und aufgedrungenes Joch. Die letzte Verfassung ist von der Art, daß keine Partei ihre Wiederherstellung dulden würde; ihre schlechte Wirkung kann keinen Freund der Freiheit und Ordnung wünschen lassen, die Provinz von neuem ihrem verderblichen Einflusse unterworfen zu sehen. Wie schwierig auch die Auffindung eines Mittels der Abhülfe seyn mag, die Dringlichkeit desselben ist gewiß und offenbar. Ebenso glaube ich, daß die Nothwendigkeit, in Obercanada eine umfassende und entscheidende Maaßnahme der Pacification zu treffen, nicht weniger gebieterisch ist. Aus dem Berichte, den ich über die Ursachen der Ruhestörung in jener Provinz gegeben habe, ist zu ersehen, daß ich sie keineswegs als der Art betrachte, daß Abhülfe nicht mög-

lich wäre, oder auch nur, daß die Abhülfe nicht angewendet werden könnte, ohne eine organische Veränderung in der bestehenden Verfassung herbeizuführen. Zu läugnen ist es allerdings nicht, daß die lange Dauer der vielen factisch begründeten Beschwerden, welche ich als die Gegenstände der Klage bezeichnete, und vor Allem der entschiedene Widerstand gegen ein solches System verantwortlicher Regierung, das dem Volke einen wirklichen Einfluß auf sein Geschick verleihen würde, verbunden mit der durch die letzte Insurrection hervorgerufenen Aufregung, einen großen Theil der Bevölkerung verleitet haben, mit Mißgunst auf die materielle Wohlfahrt hinzublicken, deren ihre Nachbarn in den vereinigten Staaten unter einer vollkommen freien und äußerst verantwortlichen Regierung genießen, und daß sie, daran verzweifelnd, unter den jetzigen Institutionen solche Vortheile zu erringen, den Wunsch nach einer republikanischen Verfassung oder selbst nach Einverleibung in die amerikanische Union laut werden lassen. Aber ich bin geneigt, zu glauben, daß Gefühle der Art keinen Besorgnisse erregenden oder nicht aufzuhaltenden Fortschritt gemacht haben; im Gegentheile glaube ich, daß alle mißvergnügten Parteien, und insbesondere die Reformer von Obercanada, mit bedeutendem Vertrauen das Resultat meiner Mission erwarten. Die verschiedenen Parteien glauben, daß, wenn die Sache nur erst auf gehörige Weise dem Mutterlande dargestellt worden ist, die gewünschten Veränderungen in der Politik der Regierung bereitwillig werden zugestanden werden; sie sind nun ruhig und, wie ich glaube, loyal; entschlossen, die Entscheidung der Regierung des Mutterlandes abzuwarten und ihr Eigenthum, so wie das Land selbst, gegen Aufruhr und Invasion zu schützen. Aber ich kann meine Ansicht nicht zurückhalten, daß dieß die letzte Anstrengung ihrer fast erschöpften Geduld ist, und daß, falls ihre Hoffnungen sich auch dießmal getäuscht finden sollten, ihre Erwartung guter Resultate von der Verbindung mit Großbritannien auf immer vernichtet seyn wird. Ich will nicht sagen, daß sie die Rebellion erneuern werden; noch weniger denke ich daran, daß sie sich in solcher Kraft erheben werden, um die Regierung ihres Landes der bedeutenden Truppenmacht zu entreißen, welche Großbritannien gegen sie ins Feld stellen kann. Wenn jetzt ihre Erwartungen vergeblich sind, wenn sie in hoffnungsloser Unterwürfigkeit unter Regierungsbehörden ferner zurückgehalten werden, die dem Volke nicht verantwortlich sind, so werden sie im günstigen Falle nur in mürrischer Klugheit die Möglichkeiten abwarten, welche die Erhaltung der Provinz von der Loyalität der großen Masse ihrer Bevölkerung abhängig machen könnten. Was die andern nordamerikanischen Provinzen betrifft, so will ich nicht sagen, daß bei ihnen Uebel der Art nahe bevorstehen, da ich der festen Ueberzeugung bin, daß, wie großes Mißvergnügen auch dort herrschen möge, doch keine Aufregung vorhanden ist, die im Stande wäre, auf irgend eine Weise das starke Gefühl der Anhänglichkeit an die brittische Krone und das brittische Reich zu schwächen. — — Aber auch dieß Gefühl kann gefährdet werden, und ich muß diejenigen, in deren Händen die Verfügung über das Geschick jener Provinzen liegt, ernstlich daran mahnen, daß blinde Zuversicht zu der Alles erduldenden Loyalität unserer Landsleute zu weit getrieben werden kann. Es ist nicht politisch ihre Hülfsquellen zu verschwenden und zu verkümmern und den Zustand des mangelnden Fortschreitens in den brittischen Provinzen überall in einen Betrübniß erregenden Contrast zu dem Fortschritte und dem Gedeihen der vereinigten Staaten treten zu lassen. — Dieser Contrast ist das Thema jedes Reisenden, der diese Länder besucht und auf der einen Seite der Gränze den Ueberfluß, auf der andern den Mangel eines jeden Zeichens der materiellen Wohlfahrt bemerkt, welche gedeihender Ackerbau und blühende Städte kundgeben, und der Civilisation, welche selbst dem oberflächlichen Betrachter durch Kirchen und Schulen bezeugt wird. Und während dieser Contrast die laute Freude der Feinde brittischer Institutionen rege macht, wird sein wirkliches Vorhandenseyn nicht minder stark bekundet durch das unfreiwillige Eingeständniß der ergebensten Unterthanen Ew. Majestät. — — — Aber nicht in dem Schrecken des Gesetzes oder der Macht unserer Heere ist das sichere und ehrenhafte Band der Verbindung zwischen dem Mutterlande und den Colonien zu finden. Es besteht in der wohlthätigen Wirkung der brittischen Institutionen, welche die größtmöglichste Entwicklung der Freiheit und Civilisation mit der festen Autorität einer erblichen Monarchie verbinden, und die, wenn gehörig organisirt und eben so zweckmäßig in den Colonien zur Anwendung gebracht, wie dieß in Großbritannien der Fall ist, eine Veränderung der Verfassung nur als ein Uebel erscheinen lassen würden, das noch zu dem Verluste des brittischen Schutzes und des Handelsverkehrs mit dem brittischen Reiche hinzukäme. Die Möglichkeit, Canada durch die bloße Gewalt der Waffen der brittischen Krone unterthan zu erhalten, läßt sich fürs erste allerdings nicht bezweifeln, aber es ist ein kostbares Experiment, das die Ausgaben der Colonialverwaltung mindestens um 1,000,000 Pf. vermehrt würde; mittlerweile würde sich überdieß, so lange die Regierungsform dieselbe bliebe, die Unzufriedenheit mehren, und die Eroberungspläne der vereinigten Staaten nähren. Im gegenwärtigen Augenblicke ist keine Gefahr vorhanden, daß die vereinigten Staaten von der gestörten Ruhe in Canada Nutzen ziehen sollten, und so eine Collision mit England herbeiführen könnten; die Sympathie, welche die französischen Canadier in Niedercanada für sich zu erregen wußten, beruht nur auf einem Mißverständniß ihrer Stellung und ihrer eigentlichen Ansprüche; immer allgemeiner wird auch in den vereinigten Staaten die richtige Ansicht von der Sache, daß es nämlich ein Kampf zweier Racen untereinander ist, und immer mehr verliert sich die Sympathie, welche die Idee erzeugte, daß eine Analogie zwischen den Ursachen der canadischen Insur-

rection und dem amerikaniſchen Freiheitskampfe Statt finde. Die Sympathie mit der obercanadiſchen Inſurrection iſt viel bedeutender, doch mag der Hauptgrund die Gleichheit der Sprache und Sitten ſeyn, und dieſe natürlichſten Bande der Sympathie werden noch durch den unaufhörlichen Verkehr der Bevölkerung in beiden Staaten verſtärkt. Große Striche brittiſchen Gebiets ſind mit ehemaligen Bürgern der vereinigten Staaten bevölkert, und unaufhörlich finden Einwanderungen aus Großbritannien ſelbſt und aus Canada in die vereinigten Staaten Statt. In dem Staate Newyork allein dienen nicht weniger als 40,000 Irländer in der Miliz. Die Gränzſtädte von Niedercanada ſind von denen der vereinigten Staaten nur durch eine angenommene Gränzlinie getrennt, die von Niedercanada größtentheils durch Flüſſe, über die man in zehn Minuten hinüberſetzen kann; die übrigen durch Seen, über welche der Uebergang kaum ſechs Stunden erfordert, und ſo bringen die täglichen Beſchäftigungen der Bürger des einen Staates ſie ohne Unterlaß mit denen des anderen in Berührung; die Zeitungen haben an einigen Puncten eben ſo viel Umſatz auf der einen Seite der Gränze wie auf der andern, und man gelangt zu der Einſicht, daß das eigene Wohl oft eben ſo ſehr von dem politiſchen Zuſtande der Nachbarn, als von dem der eigenen Landsleute abhängt. Die Gefahr ernſten Unheils, welche aus dieſem Zuſtande der Dinge hervorgeht, ſcheint, wie geſagt, jetzt geringer als vor einiger Zeit; dazu haben die der Inſurrection nachtheiligen Ereigniſſe des letzten Jahres und richtigere Kenntniß der Urſachen des Aufſtandes beigetragen. Die Preſſe der vereinigten Staaten erklärt ſich faſt einſtimmig in dieſer Beziehung, und an den letzten Unruhen in Niedercanada hat faſt kein einziger Amerikaner Theil genommen. Indeß wird die Gefahr, ſo lange nicht ein radicales Hülfsmittel getroffen iſt, noch dadurch vermehrt, daß die loyalen Canadier ſelbſt, durch die fortwährenden Ruheſtörungen gereizt, nun auch ihrerſeits feindſelige Gefühle einſaugen gegen die Bewohner der Gegenden, von wo dieſe Ruheſtörungen ausgehen, und daß die beiderſeitigen Behörden, der ewigen vergeblichen Ruheſtiftungen müde, endlich ſelbſt mit geringerem Eifer die Urſachen zu entfernen ſuchen werden, welche den wirklichen Ausbruch des Krieges herbeiführen könnten. Ueberdieß iſt nicht zu vergeſſen, daß die vereinigten Staaten ſelbſt durch den fortdauernden Zuſtand der Unruhe, in welchem ſich Canada befindet, in ihrer Wohlfahrt bedeutend benachtheiligt werden, und daß außer dieſem noch mehrere andere Differenzpuncte vorhanden ſind, welche die Intereſſen beider Nationen feindlich berühren. Aber Aufſtand und Invaſion vom Auslande her ſind nicht die gefährlichſten Folgen des gegenwärtigen Zuſtandes der Dinge; was am meiſten gefürchtet werden muß, iſt die drohende Entvölkerung und Verarmung, welche eine Fortdauer des jetzigen Syſtems unvermeidlich herbeiführen muß. Weder Einwanderungen finden jetzt Statt, noch werden Capitalien ins Land gebracht; im Gegentheile ſcheinen Menſchen und Geld dieſe unglücklichen Provinzen zu fliehen. Aus Niedercanada wandert ſchon ſeit längerer Zeit alljährlich eine Maſſe von jungen Leuten in die nördlichen Staaten der amerikaniſchen Union aus, wo ſie als Arbeiter reichlich Geld verdienen, und von wo ſie zum größeren Theile nach Monaten oder Jahren erſt mit dem erſparten Lohne nach Canada zurückkehren; Viele laſſen ſich dauernd in den vereinigten Staaten nieder. Die Engländer wandern faſt gar nicht aus. Aber in der That iſt die Auswanderung auch nur das kleinſte der Uebel; das ſchlimmſte iſt, daß unternehmende brittiſche Capitaliſten ihre Gelder aus dem franzöſiſchen Theile der Provinz wegziehen, daß in der Provinz ſelbſt weniger Capitalien auf Induſtrieunternehmungen verwendet werden, und daß die Vermehrung der Bevölkerung durch Einwanderung jetzt ganz aufgehört hat. Sehr beträchtlich iſt dagegen in Obercanada der Abzug ſowohl an Menſchen als an Capitalien geweſen. Eine eigene Geſellſchaft, die „Miſſiſſippi Emigration-Society," hat ſich gebildet, um die Auswanderung aus Obercanada nach dem neuen Territorium der Union, das Jowa heißt und am oberen Miſſiſſippi liegt, zu fördern und zu reguliren. Die Behauptung, daß alle dieſe Leute Mißvergnügte ſeien, könnte, wenn ſie auch begründet wäre, kein Grund ſeyn, Zufriedenheit über dieſe Auswanderungen zu erzeugen, da es gewiß weiſer und beſſer iſt, wenn die Regierung die Urſachen des Mißvergnügens beſeitigt, als wenn ſie die Mißvergnügten aus dem Lande treibt. Uebrigens ſind auch notoriſch mehrere Fälle vorgekommen, in denen große Capitaliſten nur deßhalb das Land verließen, und nach den vereinigten Staaten auswanderten, weil ſie für ihre Capitalien keine Sicherheit und übrigens für ſich ſelbſt keinen Lebensgenuß in einem ſo durch Parteikämpfe aufgewühlten Lande zu finden vermochten." — Den Schluß des Berichts bilden die theilweiſe ſchon bekannten Vorſchläge zu einer neuen Verfaſſung und Verwaltungsweiſe der brittiſch-nordamerikaniſchen Provinzen.

Mexico.

Die Hamburger Börſenhalle vom 15. Februar gibt nachſtehende Briefauszüge, welche der Redaction dieſes Blattes mitgetheilt worden ſind. Aus dem erſteren dieſer Schreiben erklärt ſich das Gerücht vom Sturze Buſtamente's zu Mexico, der zwar bisher nicht Statt gefunden zu haben ſcheint, wohl aber eine Bewegung zu Gunſten des Föderalismus, die jedoch vorläufig ohne weitere Folgen geblieben iſt:

„Mexico, den 19. December 1838. Es hat hier dieſer Tage eine Revolution im föderaliſtiſchen Sinne und ein Miniſterwechſel Statt gefunden, ohne daß ſich jedoch bis jetzt eine Aenderung des Regierungsſyſtems bemerklich gemacht hätte; auch ſind zwei der neuern Miniſter ſchon wieder abgetreten. Das alte Miniſterium hat

te in Maſſe ſeine Entlaſſung genommen und es traten an die Stelle: Pedraza für die auswärtigen Angelegenheiten, Puebla Rodriguez für das Innere, Cortina für die Finanzen; das Kriegsminiſterium wurde dem General Vittoria angetragen; mittlerweile übernahm es Quijona als Officialmajor. Die neuen Miniſter ſuchten am 13. das Consejo de Gobierno für einen Wechſel des Syſtems zu ſtimmen; ſie fanden aber hier eben ſo wenig Gehör wie in der Deputirtenkammer. Nach langer Sitzung ging dieſelbe auseinander und darauf läuteten um 4 Uhr Nachmittags die Leperos die Sturmglocke und proclamirten die Föderation. Die gefangenen Föderaliſten, Gomez Farias und Alpuche, wurden bei dieſer Gelegenheit aus ihren Gefängniſſen befreit. Das Militär blieb theilnahmlos, die einzelnen Haufen der Tumultuanten begnügten ſich, durch die Straßen zu rennen und den Yorkinos ein Lebehoch zu bringen. Starke Patrouillen hielten den Pöbel vom Plündern zurück. Die Niederlage der Centraliſten bei Tampico ſcheint ein Hauptgrund der Bewegung geweſen zu ſeyn. Die Föderation iſt aber nicht ins Leben getreten; Pedraza und Puebla Rodriguez haben ſeitdem ihre Entlaſſung genommen und die Sache iſt ziemlich beim Alten geblieben."

„Veracruz, den 13. December 1838. Die Nachricht von der Verwerfung der zwiſchen dem General Rincon und dem Admiral Baudin abgeſchloſſenen Convention und von der Kriegserklärung gegen Frankreich, durch die mexicaniſche Regierung, traf am 5. d. M. hier ein und zugleich mit ihr der General Santa Ana, der zum Generalcommandanten und Chef der Armee ernannt worden war. Die Kriegserklärung wurde Nachmittags um 5 Uhr dem Admiral Baudin zugeſandt, welcher in ſeiner Antwort die mexicaniſche Regierung für die Folgen verantwortlich machte. Darauf kam ihm ein neues Schreiben Santa Ana's zu, auf welches er am nächſten Morgen um 8 Uhr die Antwort zu ſchicken verſprach. Sobald die Kriegserklärung bekannt wurde, ſchifften ſich die franzöſiſchen Familien mit ihren Habſeligkeiten nach dem Caſtell von San Juan d'Ulloa ein, die Mexicaner und neutralen Fremden flüchteten ins Innere aus Furcht vor einem Bombardement der Stadt durch die Franzoſen. — Die letzte Mittheilung des Admirals Baudin ließ erwarten, daß die Nacht ruhig vorübergehen werde, aber ſchon (am 6.) Morgens Früh um 5½ Uhr hörte man einen Kanonenſchuß und den Ruf: Die Franzoſen ſind in der Stadt. Der Admiral hatte einen ungewöhnlichen ſtarken Nebel benutzt und ungefähr 1500 Mann meiſt bewaffnete Matroſen landen laſſen, die an mehreren Puncten über die Stadtmauer eindrangen und auf die Wohnung des Generals Santa Ana einſtürmten, der indeß entkam, ſo daß nur der General Ariſta in Gefangenſchaft gerieth. Während 4 Stunden unterhielten Franzoſen ein lebhaftes Gewehrfeuer in den Straßen und gegen die Kaſerne, dann führte Santa Ana ſelbſt 400 Mann guter Infanterie gegen ſie, und vollführte ſeine Bewegungen mit ſolcher Schnelligkeit und Entſchloſſenheit, daß die Franzoſen nur mit Mühe ihre Boote erreichten, und zwar zum Theil (wie Admiral Baudin ſelbſt) nur durch Schwimmen. Die Franzoſen haben viele Leute verloren, doch läßt ſich ihre Zahl nicht genau angeben, da ſie ihre Todten und Verwundeten möglichſt entfernt hatten. Auf dem Werft mußten ſie zwei Feldſtücke zurücklaſſen. Die Mexicaner haben ungefähr 40 Todte und 67 Verwundete gehabt; Santa Ana verlor das linke Bein, die Amputation hat ihm das Leben gerettet, (er ſoll ſeitdem geſtorben ſeyn); General Ariſta, ebenfalls verwundet, iſt nach Frankreich abgeführt worden."

„Der unglückliche Erfolg dieſes coup de main hatte den Admiral Baudin ſo gereizt, daß er den Theil der Stadt, wo die Kaſerne liegt, fünf Stunden lang beſchießen ließ, ohne jedoch bedeutenden Schaden anzurichten. Santa Ana hat den Befehl ertheilt, daß alle Einwohner die Stadt verlaſſen ſollen; dieſer Befehl iſt denn auch von Allen befolgt worden, mit Ausnahme einiger Fremden und der Conſuln. Lebensmittel werden unter keiner Bedingung mehr zugelaſſen; ſeit geſtern ſind auch keine franzöſiſchen Parlamentäre mehr angenommen worden. Die Regierung in Mexico hat decretirt, daß binnen 60 Tagen alle Franzoſen das Land verlaſſen ſollen. Die Zahl der Truppen am Bord der franzöſiſchen Schiffe iſt zu unbedeutend, als daß man eine neue Ladung zu befürchten hätte, an Scharmützeln wird es aber wohl nicht fehlen."

In Neworleans hatte man am 7. Jänner Nachrichten aus Veracruz vom 23. December, denen zufolge die Franzoſen auch das Caſtell (San Juan d'Ulloa) geräumt, und ihre Schiffe von Veracruz zurückgezogen haben, um die Blockade der übrigen mexicaniſchen Häfen zu erneuern; nur vier Schiffe ſind vor Veracruz geblieben. — Matamoras, vom General Filiſola vertheidigt, wurde durch 900 Föderaliſten blockirt; noch war es nicht zum Gefecht gekommen.

Ein der Redaction der „Börſenhalle" mitgetheilter Privatbrief aus Tampico vom 27. December enthält am Schluſſe folgende Nachſchrift: „So eben kommen franzöſiſche Kriegsfahrzeuge von Veracruz vor unſere Rhede, durch welche man die Nachricht erhält, daß die Franzoſen die Blockade aufgehoben haben, weil das jetzige neue mexicaniſche Gouvernement ſich erboten habe, wieder zu unterhandeln und die Sache auf die eine oder die andere Art beizulegen."

Eine Beilage des zu Tampico erſcheinenden Telegraphen enthält ein langes und bemerkenswerthes Schreiben des franzöſiſchen Admirals Baudin, vom 22. December, an General Urrea, den föderaliſtiſchen Befehlshaber in Tampico. Obgleich er, ſagt er darin, der föderaliſtiſchen Sache wohlwolle, ſo wünſche er doch, daß dieſelbe ihren Sieg nicht fremder Hülfe zu verdanken habe. Der übrige Inhalt des Briefes erregt indeß ſtarken Verdacht gegen die Aufrichtigkeit jener Erklärung. H^r. Baudin rühmt die „freundſchaftliche" Weiſe, wie er den Krieg geführt, ſeine artige Behandlung der mexicaniſchen Gefangenen, denen er allen, mit Ausnahme des Generals Ariſta, die Freiheit geſchenkt habe; der

Angriff auf Veracruz, versichert er, jedoch unter Vermeidung aller Details darüber, sei bloß durch seinen Wunsch herbeigeführt worden, das gewaltthätige Benehmen des Generals Santa Ana im Zaume zu halten. Ein heftiger Ausfall wird gegen die mexicanische Regierung gerichtet. Bustamente und sein Cabinet werden geschildert als voll von Eigensinn, Haß und Falschheit, als unwürdig eines civilisirten Landes, als eine Geißel und eine Schmach für die edelmüthige mexicanische Nation. Schließlich erklärt Admiral Baudin, er habe zuverlässige Kunde von dem Sturze dieser schlechten Regierung; er wünscht dem föderalistischen General Glück zu diesem Ereignisse, welches wohl dessen alsbaldigen Aufbruch gegen die Stadt Mexico zur Folge haben werde, und versichert ihn seiner „Sympathie," beifügend „Frankreich beabsichtige keinen Angriff auf Mexico's Unabhängigkeit oder Gebiet, da in diesem Falle Frankreich ein Heer, und nicht ein Geschwader ohne einen einzigen Soldaten an Bord geschickt haben würde. — Die Times bemerkt, es sei schwer, an die Aechtheit dieses Briefes zu glauben. An Bord des französischen Geschwaders befinde sich ein starkes Artilleriecorps, und das seien doch wohl Soldaten."

Belgien.

Der Independant vertheidigt in einem langen Artikel das Benehmen der Regierung. „Man kann jetzt nicht mehr hoffen, sagt er, auf diplomatischem Wege eine Aenderung der Protocollbestimmungen zu erhalten. Hätte man mehr erhalten können, wenn man einen andern Weg eingeschlagen hätte? Schwerlich. Die Regiernng hat Alles gethan, um eine Aenderung der Gebietsbestimmung zu erhalten; sie hatte ihre freundschaftliche Verbindung mit andern Mächten angerufen und Geldopfer zu bringen versucht. Aber man macht ihr mit einem Scheine von Grund den Vorwurf, daß sie Unrecht gehabt habe, der Adresse beizustimmen und Rüstungen vorzunehmen. Allein die Verstärkung der Armee war die nothwendige Folge der Adresse; die Kammer hatte ausdrücklich erklärt, die Armee scheine ihr unter den bestehenden Umständen nicht zu genügen. Man rüstete sich also, um gegen die möglichen Ereignisse gesichert zu seyn. Es konnte ein Angriff Hollands erfolgen oder ein Widerstand Belgiens gegen etwanige Zwangsmittel beliebt werden. Die Tractat-Annahme Seitens Holland machte das Erstere unmöglich, das Zweite aber ist noch möglich. Und gesetzt den Fall, irgend wer, ja die Regierung selbst rathe den Kammern zur Nachgiebigkeit, da jeder Widerstand unmöglich sei, und die Kammern wären anderer Meinung, müßten sie nicht überzeugt seyn, daß sie sich auf eine starke Armee stützen können? Es war also die Pflicht der Regierung, dieß vorzusehen, was sie auch immer von den Gesinnungen der Mächte halten mochte. Ein Ministerium kann täglich fallen, aber zur Organisation einer Armee gehört Zeit. Die Regierung konnte die Nothwendigkeit einer friedlichen Lösung vorhersehen, den Kammern war sie schuldig, so zu handeln, wie sie gehandelt hat. Sie mußte bedenken, daß die letztern ihre Ansicht nicht theilten. Aber die Kammer ist durch das Geschehene eben so wenig gebunden. Sie hat in der Adresse gesagt: „Sie „wolle, um eine Trennung zu verhindern, jedes Opfer „bringen, vielleicht selbst nicht vor einem Kriege zurück, „schrecken." Aber sie sagt nicht, sie wolle den Krieg in jedem Falle. Der Majorität wenigstens ist nicht eingefallen den Widerstand so weit treiben zu wollen, daß die ganze Nationalität gefährdet werde. Die Kammer kannte übrigens damals den Stand der Unterhandlungen nicht, sie hoffte, daß das französische und englische Cabinet ihre Wünsche unterstützen würden. Dann hätten unsere Ansprüche Kraft erhalten. Aber diese Hoffnungen haben sich nicht verwirklicht. Dadurch ändert sich die Lage, und die Kammer kann jetzt ohne Widerspruch von ihren frühern Ansichten zurückkommen. Das Land ist noch weniger an den Widerstand gebunden. Es hat die Provinzen zu erhalten gewünscht; die Wünsche sind keine Manifeste, und es will den Widerstand nicht versuchen, wo er nicht möglich ist. Die Ehre und Würde des Landes und der Regierung sind also nirgends durch das Geschehene gebunden.

Die Aachener Zeitung enthält folgendes Schreiben aus Brüssel vom 13. Februar: „Eine seit langer Zeit vermißte Thätigkeit herrschte auf der Börse. Die gemachten Geschäfte übersteigen, was im letzten Monat des vorigen Jahres abgeschlossen worden. Wir wollen die Gründe nicht wiederholen, warum die inländischen Papiere in Gunst steigen. Man fragt nicht mehr, wann das Ende der politischen Unruhe sich nahe; man betrachtet sie als geschlossen durch die Einberufung der Kammern. Man versichert, Hr. van de Weyer, unser Gesandter in London, habe bestimmt den Befehl erhalten, den Vertrag spätestens den 13. d. M. zu unterzeichnen, nachdem er alle Mittel angewendet habe, die Bedingungen über die Scheldeschifffahrt zu verbessern. Der zur Vereinigung der Kammer bestimmte Tag trifft genau mit den Hrn. van de Weyer übersendeten Instructionen zusammen, da, wenn er übermorgen unterzeichnet, bis Sonntag seine Antwort hier seyn kann."

Ein Schreiben aus Lüttich vom 14. Februar (in der Aachener Zeitung) meldet: „Man sagt, daß einige dem Hrn. Cockerill gehörige Etablissements verkauft werden dürften, um in das von Seraing noch mehr Leben zu bringen. Die sechs mit der Aufsicht über die Liquidation beauftragten Commissäre sind die HH. Lesoigne, Elias, Soyez Pierretol, V. Bellefroid und Raegelmakers aus Lüttich. Die Werkstätten haben keinen Augenblick stillgestanden, die beständige Anwesenheit des Hrn. Cockerill inmitten seiner Arbeiter bürgt, daß die Ruhe nicht durch ein Ereigniß gestört werden wird, das einen schmerzlichen Eindruck hervorgebracht hat. Die Regierung hat dafür gesorgt, daß ihre Bestellungen gehörig ausgeführt werden können. — Die Gläubiger des Hrn. Bellefroid werden sich am 15. März versammeln, um über die Stundung zu entscheiden. Die Bilanz dieses Hauses ist 4,213,328 Fr. Activ und 3,788,817 Fr. Passiv. Die des Hrn. Cockerill vom 20. Juni 1828 ist 20,197,469 Fr. Activ und 12,084,195 Fr. Passiv."

Teutschland.

Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Hessen haben gnädigst geruht, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, von Kepel, die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst zu ertheilen.

Wien.

Am 22. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅛.
detto	detto	zu 4 pC.	in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC.	in CM.	80⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	157¼.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM	65¼.
Bankactien pr. Stück 1486		in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 55

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 24. Februar 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 22. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.785	28 3. 6 L. 7 P.	— 2.6	NW.	mittel.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.789	28 6 8	+ 0.2	N.	schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.647	28 4 11	— 2.0	S.	mittel.	Schnee.

Großbritannien und Irland.

Man hat in England, über Suez, neuere Nachrichten aus Ostindien erhalten, welche aus Madras bis zum 25., aus Bombay bis zum 31. December reichen. Der Rücktritt des Generals Sir Henry Fane von dem Oberbefehle über die indische Armee (aus Gesundheitsgründen) ist durch einen allgemeinen Tagsbefehl kundgethan worden. Bis zur Ankunft seines Nachfolgers führt General John Ramsay den Oberbefehl. Dem unter Sir John Keane, dem Befehlshaber von Bombay, an den Indus rückenden Corps sind weitere 400 Mann aus der Präsidentschaft Bombay nachgefolgt. Die Station von Mirut (in der Gegend von Delhi) wird aufgehoben und neue Lager werden zu Firozpur, Bhawalpur und Shikarpur (letzteres am Indus, erstere an Nebenflüssen desselben) errichtet. Die Hälfte der nach dem Indus bestimmt gewesenen Streitkräfte, die Truppen von Bengalen, haben Gegenbefehl erhalten (wahrscheinlich wegen des drohenden birmanischen Krieges, indem der Befehl zur Einschiffung von Truppen in das Birmanische bereits in Madras angelangt seyn soll, vielleicht auch, weil sich die Angelegenheiten jenseits des Indus friedlicher gestalten; ein freilich nicht sehr wahrscheinliches Gerücht sagt sogar, Dost Mohammed Chan von Kabul und seine Brüder in Kandahar und Peschauer haben sich erboten, gegen die Bewilligung von Jahrgeldern die Herrschaft an Schah Schudscha abzutreten). Lord Auckland, der Generalgouverneur von Indien, hatte eine Zusammenkunft mit Rundschit Singh und wird sich jetzt mit demselben nach seiner Hauptstadt Lahore und nach Umritsir, der heiligen Stadt der Seikha, begeben. Das Dampfboot „Semiramis" ging am 29. December mit einem großen Quantum Kohlen und Lebensmittel, so wie über 600 Kulis (Eingeborne vom Gebirge), welche für die Armee angeworben sind, nach der Indusmündung ab. Allen Nachrichten vom Indus zufolge sind die Beludschen in Sind entschlossen, sich dem Durchmarsch der brittischen Truppen nach Afghanistan zu widersetzen. Die Amirs (die drei Fürsten von Sind, aus dem Beludschen-Stamme der Talpuri, in Hyderabad, Khyrpur und Mirpur) sammeln Truppen und befestigen Hyderabad. — Die nach Aden an der arabischen Küste bestimmten Streitkräfte haben sich am 30. December zu Bombay eingeschifft. — Ragodschi Andria, Fürst von Kolaba (in der Gegend von Bombay), starb am 26. December. Da er keine männlichen Erben hinterließ, so heißt es, die brittische Regierung werde Besitz von seinem Gebiete ergreifen. — In dem kleinen Staate Sawunt Warri, in der Gegend von Goa, waren Unruhen ausgebrochen.

Im Unterhause machte am 11. Februar Sir Robert Peel einige Bemerkungen über die Handelsverträge mit Oesterreich und der Türkei. Lord Palmerston widersprach der Meinung, als sei der jüngste Vertrag mit Oesterreich ganz identisch mit dem von 1829. Jener, bemerkt er, habe sich nicht auf den österreichischen Handel in den Donauhäfen bis Gallacz erstreckt; auch sei damals Oesterreichs Handelssystems prohibitiv gewesen, während jetzt die Concurrenz mittelst gemäßigter Zölle zugelassen werde. Durch die Verträge mit Oesterreich und der Türkei öffne sich der brittischen Industrie ein weites Feld; Lord Ponsonby und Sir Fr. Lamb hätten sich durch deren Abschluß große Verdienste erworben. Sir Robert Peel fürchtet, daß der Vertrag mit der Türkei im Vollzug Schwierigkeiten finden möchte, und fragt, ob zur Ausführung des brittisch-österreichischen Tractats nicht die Mitwirkung der Pforte erforderlich sei. Lord Palmerston antwortete verneinend, indem der Artikel, welcher die aus den türkischen Donauhäfen kommenden englischen und österreichischen Schiffe in den beiderseitigen Häfen den einheimischen gleichstelle, eine lediglich zwischen Oesterreich und Großbritannien abgeschlossene Vereinbarung sei. — Auch im Oberhause brachte Lord Aberdeen am 12. Februar den Art. 4 des obgedachten Handelstractats zur Sprache. Er begreift nicht, wie Oesterreich und England ohne Zuziehung der Türkei über das Ein- und Auslaufen von Schiffen in den türkischen Donauhäfen unter sich stipuliren können. Ferner beharrt er darauf, daß der Vertrag mit Oesterreich nur eine Fortsetzung der von ihm im Jahre 1829 eingeleiteten Unterhandlungen sei, fährt dann aber fort: „Ich muß gestehen, daß, wenn der Vertrag für mich in mancher Beziehung unverständlich ist, ich doch im Ganzen Lord Melbourne Glück

wünsche, daß er mit Oesterreich freundschaftliche Verhältnisse zu unterhalten sucht. Es schien mir von jeher, daß Oesterreich der natürlichste Freund und Verbündete Englands sei, nicht etwa wegen Uebereinstimmung der beiderseitigen Institutionen, sondern weil unsere Interessen mit denen Oesterreichs nirgends collidiren, und vor Allem, weil seit vielen Jahren die österreichische Politik durchaus friedlich ist, und dieß eine unausweichliche Bedingung einer Allianz zwischen ihm und Großbritannien oder andern Mächten seyn muß. Vor einigen Jahren warf man mir offen vor, daß ich der Freund des ausgezeichneten Staatsmannes, der die Angelegenheiten Oesterreichs leitet, sei, und mich von ihm am Schlepptau ziehen lasse. Dessenungeachtet wünsche ich mir Glück, persönlich zum Abschluß des Freundschaftsvertrags zwischen England und Oesterreich beigetragen zu haben." — Lord Melbourne erwiederte: Der Vertrag besage, wenn brittische Schiffe in österreichischen Häfen einliefen, sollten sie gewisser Begünstigungen theilhaftig werden. Laufen diese Schiffe in gewissen andern Häfen ein, so hänge ihre Aufnahme von den in diesen Häfen geltenden Gesetzen ab; nun aber füge der Vertrag bei, wenn sie diese Häfen wieder verließen, sollten sie in den österreichischen Häfen so behandelt werden, als kämen sie direct von England. Dieß sei die einzige Tendenz des Artikels 4; eine andere könne ihm wohl nicht untergelegt werden. — Zwischen dem von Lord Aberdeen vorbereiteten und dem jetzt abgeschlossenen Vertrag bestehe keine andere Analogie, als daß beide die bestehenden Verbindungen zu erweitern suchten; übrigens gehe der neue Vertrag weiter als der alte, indem er das Mittelmeer, Malta, Gibraltar und sämmtliche Küsten Afrika's umfasse; der Handel könne dabei nur gewinnen. Was Oesterreichs Macht, seinen Rang und seinen Einfluß in Europa betreffe, theile er ganz die Ansichten Lord Aberdeens; die ganze Sorgfalt des Ministeriums gehe dahin, mit diesem Staate in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, wie auch mit den übrigen Mächten Europa's den für alle Mächte so wichtigen und ersprießlichen Handelsverkehr zu unterhalten.

Der Marquis von Normanby soll das Colonialsecretariat angenommen haben. Als sein Nachfolger im Vicekönigthum von Irland wird jetzt der Marquis von Tavystock, ältester Sohn des Herzogs von Bedford und Bruder Lord J. Russells, bezeichnet.

Das Parlamentsmitglied Wood, welcher, indem er die Antwortsadresse unterstützte, den Fehler begangen hatte, daß er, statt den nachtheiligen Einfluß der Korngesetze, gegen die er sprach, auf das Fabrikwesen nachzuweisen, vielmehr statistische Angaben entwickelt hatte, aus welchen ein bedeutendes Wachsthum desselben hervorgeht, ist seiner Stelle als Präsident der Handelskammer in Manchester entsetzt und von seinen Wählern in Kendal aufgefordert worden, seine Parlamentsstelle niederzulegen.

Oberst Sir H. G. Macleod ist zum Vicegouverneur der Insel Trinidad ernannt worden.

Dem Kriegsbrigg „Wanderer" ist es nach mehr als 19stündiger Jagd gelungen, das portugiesische Sclavenschiff „Scorpion," mit 214 Sclaven an Bord, zu nehmen. Der „Scorpion" ist ein trefflicher Segler und war bereits den Verfolgungen des „Pylades," des „Curlew" und der „Fair Rosamond" entgangen. Zu Anfang der Jagd hatte er die amerikanische Flagge aufgesteckt, der Capitän des „Wanderer" ließ sich jedoch durch diese List nicht täuschen.

Consols am 13. Februar 93¼.

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 6. Februar melden: „Das Ministerium der hohen Pforte, welches in Folge des Brandes vom 21. Jänner in die Wohnung des Dawa-Nasiri, Redschib Efendi, übertragen worden war, hat am 3. d. M. das alte Gebäude des Finanzdepartements, Defterdar-Kapussi, bezogen, wo schon Tags darauf eine große Rathsversammlung Statt fand. — Der Agent des österreichischen Lloyd, H^r. Marinich, hatte am 2. d. M. die Ehre, dem Sultan eine Abbildung des jener Gesellschaft gehörigen Dampfbootes „Mahmudie" zu überreichen, welche von S^r. Hoheit sehr beifällig aufgenommen wurde. H^r. Marinich wurde bei diesem Anlasse durch den k. k. Secretär Interprete, Freiherrn Heinrich von Testa, S^r. Hoheit vorgestellt. — Der öffentliche Gesundheitszustand in der Hauptstadt ist fortwährend sehr erfreulich."

Spanien.

Die Gazette de France erwähnt des günstigen Erfolges der Unterhandlungen, welche kürzlich auf Befehl des Don Carlos zwischen seinen Generälen und jenen der Königinn Christine zu dem Zwecke Statt gefunden haben, die Beobachtung der Gesetze der Menschlichkeit, die so oft und auf eine so grausame Weise verkannt worden waren, zu erwirken. Die Sentinelle des Pyrénées meldet ihrerseits das nämliche Ergebniß, und äußert sich dabei wie folgt: „In Folge der letzten Verhandlungen zwischen Espartero und Maroto, und der unterm 3. Februar von Seite des letztern an den Kriegsminister Valdespina hierüber gemachten Eröffnungen, ist man übereingekommen, nicht nur in den nördlichen Provinzen, sondern auch in dem übrigen Spanien, auf die Grundlage des Elliot'schen Vertrages, den Krieg zu regeln."

Es wird aus Alava geschrieben, daß an dem Tage, an welchem Espartero und Maroto über eine Auswechslung von 1000 Gefangenen in Vitoria übereingekommen waren, ein Waffenstillstand den ganzen Tag hindurch Statt gefunden habe.

Der Phare von Bayonne spricht vom Ausbruch einer Meuterei bei dem Corps Muñagorri's, welche in Folge der Nichtzahlung des Soldes erfolgt sei. Nachdem dieselbe zwei Tage gedauert hatte, sah man sich genöthigt, den Reservefonds, 5 bis 6000 Fr., preiszugeben. Zwei

W 1·K· ZEITUNG 1839

Commissäre der Regierung sind gegenwärtig bei dem Corps.

Frankreich.

Der Handelsminister hat folgendes Schreiben an die Handelskammern erlassen: „Paris, 11. Februar. Meine Herrren, ich muß Sie benachrichtigen, daß es, der heute angekommenen Depesche des Viceadmirals Baudin zufolge, scheint, daß die mexicanische Regierung Caper gegen unsere Handelsschiffe ausrüstet. Es ist von Wichtigkeit, daß die französischen Rheder und Handelsleute davon benachrichtigt werden, um auf ihrer Hut zu seyn. Der Seeminister benachrichtigt mich zugleich, daß er Verfügungen trifft, um die französischen Schiffe so kräftig wie möglich gegen die Angriffe der mexicanischen Caper zu schützen, und diese überall, wo man auf sie stoßen könnte, anzuhalten und zu zerstören. Es sollen nöthigenfalls Convois zur Sicherung der von Frankreich nach Amerika geschickten Schiffe, so wie zum Schutze ihrer Rückfahrt organisirt werden. Dazu muß aber das Seedepartement von den projectirten Expeditionen zuvor benachrichtigt werden, und in dieser Hinsicht bitte ich Sie, ihm regelmäßig alle nöthigen Anzeigen zu machen. Genehmigen Sie u. s. w. (Unterz.) Martin (du Nord.)"

Der Moniteur Parisien äußert sich folgendermaaßen über die bevorstehenden Wahlen: „Wir hören von allen Seiten, daß der Character der Coalition in den Departements vollkommen gewürdigt wird. Der gesunde Verstand der constitutionnellen Wähler ist stärker als alle Sophismen; er hat klar in der Lage gelesen. Man würde jetzt vergeblich versuchen, diese Lage zu verdunkeln: alle Bemühungen würden vergeblich seyn. Man sieht recht gut ein, daß die Principien, die Moralität der Meinungen, die Ueberlieferungen jener Politik, die Frankreich von den Gefahren der Emeute gerettet hat, und es allein von den Gefahren, welche ihm die Coalition bereitet, retten kann, auf der Seite der 221 sind. Sucht man hingegen, was die 213 seyn oder repräsentiren können, so findet man das unglaublichste Gemisch: Republikaner, Legitimisten, Männer der Linken, Männer der Rechten, Meinungen, die sich seit acht Jahren gegenseitig gebrandmarkt haben, und sich jetzt durch ein unsichtbares, geheimes Band zusammengeknüpft finden. Bloße Wirkung des Zufalls! hat man anfangs gesagt. Einige Häupter der Coalition hatten sich, die Mißbilligung der Wähler voraussehend, bemüht, der Idee Glauben zu verschaffen, daß kein Einverständniß dieser Annäherung vorausgegangen, und daß sie bloß zufällig sei. Es war aber keine Illusion mehr möglich, als man sah, daß die sechs im Namen der Coalition in Paris in Thätigkeit befindlichen Comités sich gegenseitigen Beistand versprachen. Wenn man sagt, daß kein Uebereinkommen zwischen den Republikanern und den Legitimisten, den Doctrinärs und den Männern des Compte rendu Statt finde, während sich alle einstimmig verpflichten, für einander votiren zu lassen und zu votiren, so heißt dieß ein gröbliches Spiel mit dem Publicum treiben; es heißt seinem Urtheile eine letzte Injurie beifügen. Auch ist die Reaction gegen die coalisirten Parteien jetzt weit lebhafter als vor vierzehn Tagen. Die Männer der Ordnung und der Erhaltung sehen ein, daß in diesen gegenseitigen Capitulationen immer die übertriebensten und revolutionnärsten Principien den Vortheil behalten, und sind entschlossen, durch ein energisches Votum alle Männer zurückzuweisen, deren bedauernswerthe Intriguen das Land solchen Wechselfällen preisgegeben haben. Der Friede nach außen, die Sicherheit nach innen — um den Preis solcher Güter würde der Sieg der Coalition jetzt erkauft werden! Frankreich hängt aber an diesen Gütern; es wird sie trotz aller Umtriebe, welche sie ihm entreißen wollen, bewahren, und diejenigen, welche geglaubt haben, zum voraus über seine Voten verfügen zu können, dürften in einigen Tagen eine große und letzte Lehre erhalten."

Die Beurlaubten der französischen Armee, welche einberufen worden waren, sind wieder entlassen worden. Man spricht davon, daß die Nordarmee in Folge der friedlichen Gestaltung der belgischen Angelegenheit aufgelöst werden solle. Die Prinzen haben ihre Commandos noch nicht angetreten. General Bugeaud, der das Commando über eine Division übernommen hatte, ist nach Excideuil zu seinen Wählern abgereist.

Am 15. Februar 5Percents 110 Fr. 95. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 10. 3Percents 78 Fr. 85. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 85.

Niederlande.

Die Aachener Zeitung meldet aus dem Haag vom 12. Februar: „Unsere Regierung hat, wie jene von Brüssel, eine Note von Großbritannien erhalten, worin zu erkennen gegeben wird, es sei zur Verhütung von Reibungen zwischen den holländischen und belgischen Truppen wünschenswerth, daß der Militärmacht von beiden Seiten eine Stelle rückwärts gegeben werde. Von dieser Seite ist hierauf geantwortet worden, daß bereits vor Empfang dieser Note die holländischen Truppen sich eine weite Strecke von den belgischen Gränzen entfernt haben. Man sagt zugleich, daß unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten bei dieser Gelegenheit dem englischen Gesandten bei unserm Hofe sein Befremden darüber nicht verborgen habe, daß die von der brittischen Regierung an unser Cabinet gerichtete Note in derselben Sprache und in den nämlichen Ausdrücken abgefaßt sei, deren man sich in der zu Brüssel eingereichten Note bedient hat, während doch das im Haag und zu Brüssel in dem gegenwärtigen Augenblicke beobachtete Benehmen, und die drohende Haltung der Belgier, den bloßen Vertheidigungsmaaßregeln Hollands gegenüber, den letztern wohl einiges Recht gaben, auf eine andere Weise angeredet zu werden, als diejenigen, welche durch ihre übertriebenen und unrechtmäßigen Forderungen und Pläne die Ruhe

von Europa im Allgemeinen und Hollands Sicherheit insbesondere aufs Spiel setzen. — Bis zu diesem Augenblick ist hier nichts von der Unterzeichnung im Namen Leopolds bekannt; doch hier sowohl, als zu London und anderwärts, hält man sich versichert, daß dieselbe bald Statt haben werde. — Man vernimmt, daß dieser Tage durch die Regierung den Commandanten der Schiffe und Fahrzeuge angezeigt worden ist, bis auf weitern Befehl durchaus keinen Urlaub zu bewilligen. — Dem Vernehmen nach sind in der Fabrik der niederländischen Dampfschifffahrtsgesellschaft zwei Dampfmaschinen, die zusammen 200 Pferdekraft haben, für das Marineministerium im Bau begriffen, und für S^r. Majestät Dampfschiff „Etna" bestimmt."

Belgien.

Die Sprache der meisten belgischen Journale ist fortwährend friedlich. Der Courrier Belge vom 19. Februar sagt: „Der Augenblick naht, wo man die Kräfte der ungeheuren Majorität, welche den Frieden will und braucht, mit der kleinen Partei vergleichen muß, welche den Krieg verlangt. Betrachten wir die Fälle, wo sich die kriegerische Partei ausgesprochen hat. Als die Deputation von Luxemburg nach Brüssel kam, erschien an allen Mauern ein Placat, in dem das Volk aufgefordert wurde, seine Sympathie zu beweisen, und auf der Station der Eisenbahn fanden sich wirklich sechs Personen ein, um die Deputirten zu empfangen. Das macht 1 auf 20,000 Bewohner der Hauptstadt. Die HH. Montalembert, Merode und Dumortier wurden für würdig erklärt, eine Ehrenmedaille zu erhalten. Zwanzig Journale regten das Publicum auf, abermals wurden Subscriptionslisten eröffnet, acht Monate dauerte der Lärm, und was kam zusammen? 5683 Fr. 25 Cent. Nimmt man an, daß jeder nur 1 Fr. bezahlt hat, so geben diese 5683 Personen selbst nur einen kleinen Theil der Wahlfähigen, oder $^1/_7$ Cent für den Einwohner; ja die Einwohner von Limburg und Luxemburg, die am meisten dabei interessirt sind, hätten nur 1 Cent. per Kopf beigesteuert. Auf den Aufruf, zum Kriege Geld vorzuschießen, haben sich nur acht Personen zu Versprechungen verleiten lassen. Man sieht daraus, auf welchen Anklang die Parteiführer rechnen können." — Im Journal de Liège heißt es: „Nachdem es das Land lange beunruhigt hat, scheint das Ministerium der auswärtigen Frage ein Ende machen zu wollen, wahrscheinlich nicht, indem es selbst einen Vorschlag macht, sondern nur, indem es der Kammer das Resultat der Unterhandlungen vorlegt. Ohne Zweifel wird es Repräsentanten geben, welche von den Hoffnungen, die man sie fassen, von den Steuern, die man eben dadurch, daß man sie annahm, von ihnen votiren ließ, von den Rüstungen und kriegerischen Vorbereitungen, mit denen man den Schatz belastete, Rechenschaft verlangen werden, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß man Leute finden wird, die geschickt genug sind, die Komödie zu rechtfertigen, der wir seit einigen Monaten beiwohnen. Gewiß, man konnte zwei Wege einschlagen, und wir tadeln nicht den edlen Schwung, der unsere Jugend zu den Waffen greifen ließ; aber was wir tadeln, was das ganze Land verdammt, ist, daß man uns zu verstehen gegeben hat, man sei bereit zum Kriege, daß man drückende Opfer mit der festen Absicht von uns annahm, sie nur zu leeren Paraden zu gebrauchen, daß man kriegerische Ideen unterhalten hat, als man entschlossen war, den Frieden zu erhalten. Wie dem auch sei, die auf den nächsten Dinstag angekündigte Sitzung der Kammer ist von großer Wichtigkeit, weil über das Schicksal des Landes entschieden werden muß. Es ist uns gleichgültig, die Rolle zu wissen, die der Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit uns spielen wird, aber nicht der Entschluß der Kammer. Wie die Sachen sich jetzt verhalten, ist es wahrscheinlich, daß die Majorität für den Frieden stimmt; die Uebereinstimmung der fünf großen Mächte, die Rathschläge Frankreichs und Englands, mehr als vielleicht die finanzielle Krisis, deren Beute der Handel ist, und die keine Industrie verschont, sind gewichtige Beweggründe für unsere Repräsentanten. Ein noch überwiegenderes Motiv, welches man gewiß nicht unbeachtet gelassen hat, sind die Chancen eines, gegen den förmlichen Buchstaben eines früher angenommenen Vertrages, den die letzten Modificationen noch wenigstens in einigen Puncten zu unsern Gunsten verbessert haben, unternommenen Krieges. Sollte man sich für den Krieg entscheiden, so würden alle Stimmen vereint seyn; das Land würde seinen Repräsentanten zustimmen, wenn sie das Schwert zu ziehen verlangen, und Alles würde verlangen, daß es erst nach dem Siege wieder in die Scheide gesteckt würde; aber wir haben es nicht mit Holland zu thun; mit den fünf großen Mächten müssen wir uns einigen, ihren Armeen müssen wir uns gegenüberstellen, um unsere Unabhängigkeit aus einer Niederlage zu retten, nachdem sie durch die Schuld derer erlegen, die sie doch selbst begründeten. Daß persönliche Tapferkeit aus blindem Muthe sich nicht um die Zahl kümmert, vor der Gefahr weder zurückweicht, noch sich zu mäßigen weiß, das ist schon vorgekommen und man bewundert sie, indem man die unglückliche Anwendung einer Kraft beklagt, die, wäre sie besser geleitet worden, große Dienste hätte leisten können. Die Pflichten einer Regierung sind strenger; sie darf auf keine Nachsicht hoffen, wenn sie nicht, zum größten Nutzen Aller, von den zu ihrer Verfügung gestellten Mitteln Gebrauch macht. Sie darf sich wohl selbst exponiren, aber nicht die Nationalexistenz compromittiren. Wir sind also geneigt zu glauben, daß unsere Kammern die gegenwärtige Lage des Landes verstehen; und daß sie nicht das Volk auf die härteste Weise für die Fehler seiner Minister büßen lassen werden. Uebrigens wird man nicht mehr lange zu warten brauchen. Dinstag werden wir die Lösung einer für uns so wichtigen Frage erfahren."

Ein Schreiben aus Brüssel vom 14. Februar (in der Aachener Zeitung) meldet: „Die Fonds sind heute in

Folge einiger Gerüchte über die öffentliche Ruhe gewichen. Man hat sich von Drohungen einschüchtern lassen, deren Zeit vorüber seyn sollte. Die Reaction, welche bei den Hauptchefs der Uebersparnten eingetreten ist, beweist, daß sie selbst auf keine Unterstützung mehr hoffen. Verwirklichen sich aber auch jene Gerüchte, so können die guten Bürger doch ruhig seyn. Alle Maaßregeln sind getroffen, um die Ruhe zu erhalten und das Eigenthum zu schützen. Die Garnison Brüssels ist stärker als je und von Chefs befehligt, die ihre Pflicht bis aufs Aeußerste erfüllen werden. Noch einige Tage Geduld, und der Friede ist erklärt."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 16. Februar enthält nachstehende Proclamation, betreffend die Verfassungs-Angelegenheit des Königreichs:

„Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc.

Um Unsere getreuen Unterthanen über die Beweggründe Unserer allerhöchsten Entschließungen von der Verfassungsangelegenheit Unseres Königreichs nicht in Zweifel und Ungewißheit zu belassen, haben Wir Uns zu der nachstehenden öffentlichen Bekanntmachung in Gnaden bewogen gefunden.

Die rechtmäßige landständische Verfassung Unseres Königreiches war durch das königliche Patent vom 7. December 1819 geordnet, und am 29. desselben Monats in das Leben getragen.

Die Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820, ein organisches Gesetz des teutschen Bundes, diente dieser Verfassung zur Schutzwehr; denn dieses Gesetz bestimmt, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden können.

Die landständische Verfassung vom 7. December 1819 hat im Laufe der Zeit und bis zum Jahre 1833 auf verfassungsmäßigem Wege einige Abänderungen erlitten.

Der Umgestaltung vom 26. September 1833 aber ermangelte die verfassungsmäßige Form.

Vorbereitet war diese Umwandlung zwischen der königlichen Regierung und den Ständen des Königreichs im ordnungsmäßigen Wege des Vertrages, in Folge ausdrücklicher Erklärung und thatsächlichen Einverständnisses beider Theile. Zuerst in einer gemischten Commission, dann in der Ständeversammlung vom Jahre 1832 bis 1833.

Die vertragsmäßige Verhandlung erstreckte sich bis zu dem ständischen Schreiben vom 18. März 1833. Neben diesem ward der landesherrliche Verfassungsentwurf mit Abänderungen zurückgereicht. Das Schreiben beantragte die Erlassung des neuen Grundgesetzes, aber unter der ausdrücklich beigefügten Voraussetzung, da die beschlossenen Abänderungen des Königs Genehmigung fänden. Die Stände waren damals entfernt, für den entgegengesetzten Fall auf das ihnen gebührende weitere Gehör zu verzichten, wie solches in einem ähnlichen Falle durch den Beschluß vom 30. April 1819 geschehen war.

Nunmehr verließ die Regierung den verfassungsmäßigen Weg. Sie verwarf einseitig Anträge der Stände, und berief nicht weiter die landständische Versammlung, mit der allein diese Verhandlung zum verfassungsmäßigen Ergebnisse kommen konnte.

Das königliche Patent vom 26. September 1833 promulgirte die neue Verfassung.

Die Verfassung begriff in sich zwölf in dem Patente berührte, mehr oder minder bedeutende Anordnungen, über die eine Vereinbarung mit den Ständen nicht Statt gefunden hatte.

Einer dieser Puncte (Nr. 12 des Patents, §. 149 der Grundgesetze) enthielt eine den Anträgen der Stände nicht entsprechende Bestimmung über die verfassungsmäßige Mitwirkung der Landstände bei der Finanzverwaltung. Die bisherige intensive Kraft der Stände hinsichtlich dieses Rechts ward durch diese Bestimmung geschmälert, und die angesprochene Befugniß fortlaufender Beaufsichtigung hatten sie nicht erlangt. Der frühere Rechtszustand war durch Uebereinkommen zwischen Herrn und Ständen geregelt. In ihm lag ein wesentlicher Theil der landständischen Befugnisse. Nach unzweifelhaftem alten Verfassungsrechte Unserer Staaten konnte das Bestehende in dieser Hinsicht auf gültige Weise nur durch beiderseitige vollständige Zustimmung anders geordnet werden.

Eine bundesgesetzmäßige Abänderung der landständischen Verfassung des Königreiches ist daher im Jahre 1833 nicht erfolgt.

Die neue Verfassung, und die nach solcher berufene allgemeine Ständeversammlung stand nicht auf gesetzlichem Boden.

Allerdings ist von dieser Versammlung am 17. December 1833 eine Dankadresse in Beziehung auf das Staatsgrundgesetz vom 26. September desselben Jahres votirt worden.

Diese Versammlung aber hatte nicht die Gewalt, eine Nichtigkeit zu heilen, der sie selbst unterlag. Wie groß oder gering die Verschiedenheit der Individuen und der Bedeutung zwischen der vorigen und dieser Versammlung gewesen, war ohne Gewicht. Der Rechtsbestand der Corporation als solcher war durch den Rechtsbestand ihres Entstehungsgrundes bedingt. Einer Versammlung, die einer nichtigen Verfassung ihr Daseyn verdankt, vermag nicht die Kraft beizuwohnen, jene nichtige Verfassung zu einer rechtsbeständigen zu erheben.

Die Zustimmung der früheren, damals nicht mehr vorhandenen Versammlung, allein, konnte geeignet seyn,

dem Verfassungswerke rechtlichen Halt zu geben. So lange es an dieser Zustimmung ermangelte, fehlte dem neuen Entwurfe in seinem ganzen Umfange für Herren und Stände die rechtsverbindliche Geltung. Die selbstständige Befugniß einseitiger Loszählung ist von dem Begriffe absoluter Nichtigkeit nicht zu trennen.

Parteirechte sind hier außer Frage. Es handelt sich nicht um einen Streit über die Gränzen des Rechtes der Krone und der Stände. Wir vereinigen in Uns vermöge erblichen Rechtes und nach Maaßgabe des Art. 57 der Wiener Schlußacte die gesammte Staatsgewalt. Wir sind entfernt von jeder Absicht, wohlerworbenen ständischen Befugnissen zu nahe zu treten. Aber es ist unser erhabener Beruf, den Rechtszustand Unseres Königreiches zu überwachen und zu begründen. Eine im Principe ihrer Entstehung nichtige Verfassung konnte Unseren getreuen Unterthanen das zu ihrem dauernden Wohle unerläßliche Erforderniß der Rechtssicherheit niemals gewähren. Die Rückkehr zu den landständischen Verfassungsnormen, die Wir allein als auf gesetzlicher Grundlage beruhend, anzuerkennen vermocht, mußte daher Unser wichtigstes Geschäft seyn, nachdem die göttliche Vorsehung die Regierung des Landes Unsern Händen anvertraut hatte. Wir haben hierdurch eigenes Recht und eigene Pflicht geübt.

Neben diesem formellen Grunde der Nichtigkeit haben Wir in dem Inhalte der von Uns außer Kraft gesetzten Verfassung materielle Mängel angetroffen, die für sich allein Uns zur Abhülfe nicht minder berechtigten und verpflichteten.

Diese waren unzulässige Beeinträchtigungen Unserer agnatischen Rechte und Verletzungen des bundesgesetzlich ausgesprochenen Principes der Untheilbarkeit der höchsten Staatsgewalt.

Die Unveräußerlichkeit der Rechte Unseres durchlauchtigsten Hauses an dem Kammergute beruht seit einer langen Reihe von Jahren auf der Autonomie der regierenden Häuser. Sie erstreckt sich namentlich auf spätern Erwerb. In dem Testamente Unseres durchlauchtigsten Ahnherrn, des Kurfürsten Ernst August, vom 23. October 1688 ist, in Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl älterer Familienrecesse, das Kammergut als immerwährendes Familien-Fideicommiß des Hauses bezeichnet. Jede Veräußerung von Kammergütern und Gerechtsamen erklärt solches für nichtig, ungültig und kraftlos, es sei die Einwilligung der Landstände hinzugetreten oder nicht. Eine solche Veräußerung, heißt es daselbst, solle ohne rechtliche Wirkung bleiben, und den Regierungsnachfolger weder in absteigender noch in der Seitenlinie im geringsten verbinden.

Der Ständeversammlung Unseres Königreichs ist bis zu dem Jahre 1833 kein unmittelbarer Einfluß auf die Substanz und die Verwaltung des Kammergutes, noch ein Verfügungsrecht über dessen Aufkünfte eingeräumt gewesen.

Die Verfassungsurkunde vom Jahre 1833 verletzte diesen Rechtszustand in mehr wie einer Hinsicht.

Das gesammte Kammergut wurde in die Kategorie von Staatsgut gestellt, und einer umfassenden Controlle der Ständeversammlung unterworfen. Das agnatische Eigenthum an dem vorhandenen bedeutenden Familiengute wurde in der That Unserm königlichen Hause entzogen und auf den Staat übertragen.

Die Verwendung der Aufkünfte des Kammergutes zu Staatszwecken wurde dem Verwilligungsrechte der Ständeversammlung überwiesen.

Dem Landesherrn verblieb statt der Dispositionsbefugniß über den Inbegriff der Kammerrevenuen, lediglich eine solche über einen bestimmten Theil, eine Art Civilliste.

Es ist nicht Unsere Absicht, der Landesverwaltung Summen zu entziehen, die, nach Bestreitung des standesmäßigen Bedarfes Unseres königlichen Hauses und Hofes, aus den Domanialeinkünften zu solchen Zwecken verwendet werden können. Wir haben den ernsten Willen, die Last der öffentlichen Abgaben, so weit es thunlich ist, zu erleichtern, nicht aber diese zu vermehren. Diesen Willen haben Wir öffentlich ausgesprochen und durch die That bewiesen.

Unserm Rechte und Unserm Gefühle aber würde es widerstreiten und zum dauernden Heile Unserer Unterthanen nicht gereichen, wenn Uns über die Kammereinkünfte die Verfügungsbefugnisse entzogen wären, die Uns nach althergebrachtem Rechte nicht bestritten werden konnten, wenn Unserm Ermessen über die wohlthätigste Art der Verwendung der Ueberschüsse zum Besten des Landes willkürliche Gränzen vorgezeichnet werden sollten, wenn endlich der Landesherr dem landständischen Zugeständnisse einen beliebigen Theil von Einnahmen zu verdanken hätte, deren Gesammtheit, dem wahren Rechtsverhältnisse gemäß, nicht in den Bereich ständischer Bewilligungen gehörte.

Die Nichtigkeit solcher Veräußerungen agnatischer Rechte für alle zukünftigen Zeiten liegt am Tage.

Eine in staatsrechtliche Theorien einschlagende genaue Darlegung aller Bestimmungen des Grundgesetzes von 1833, die der monarchischen Gewalt Einklang thaten, wollen Wir hier umgehen und nur Einiges berühren.

Der schon erwähnte Art. 57 der Wiener Schlußacte enthält diese bundesgesetzliche Norm: „die gesammte „Staatsgewalt soll in dem Oberhaupte des Staates „vereinigt bleiben und der Souverain kann durch „eine landständische Verfassung nur in der Ausübung be-

„stimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebun„den werden."

Gegen diesen Grundsatz stritt nach Unserer Ueberzeugung:

Der §. 13 jener Verfassung, der die Deutung zuließ, daß das auf Geburt und Erbfolge beruhende Regierungsrecht des Landesherrn an eine fremde Bedingung geknüpft seyn solle.

Die §§. 85 und 92, die den Landständen eine in dem bestehenden Rechte nicht ungegründete übermäßige Theilnahme an der allgemeinen Landesgesetzgebung beilegten.

Der §. 140, dessen zweiter Satz in seiner unbestimmten Fassung den Landständen die Mittel darbot, auf die Organisation und auf das Personal der königlichen Dienerschaft, mithin auf Hoheits- und Verwaltungsrechte, einen verderblichen Einfluß zu gewinnen.

Der §. 151, der eine mit dem monarchischen Principe nicht vereinbare Spaltung der höchsten Staatsgewalt zwischen dem Landesherrn und seinen Ministern begründete.

Endlich der §. 163, der die Unabhängigkeit des Richterstandes in Unserm Königreiche auf die Mehrzahl der königlichen Verwaltungsbeamten erstreckte, und demnach eine Lähmung der Kraft der Landesverwaltung mit sich führte.

Wie in der Verletzung Unserer agnatischen Rechte, hinsichtlich des Kammergutes, so in den Zersplitterungen der monarchischen Gewalt, haben Wir nicht Gegenstände einer Unterhandlung zu erkennen vermocht, über die ein theilweises Nachgeben von beiden Seiten zu einer gedeihlichen Ausgleichung führen könne. Ein großer Theil jener Bestimmungen gestattete dergleichen nicht. Das Landes- und das Bundesstaatsrecht erlaubte uns diese nur aus dem Gesichtspuncte materieller Nichtigkeit aufzufassen.

Hätte die Nichtigkeit der Form nicht schon den ganzen Inbegriff der Verfassung vom 26. September 1833 umgestoßen, so würde auch in jeder andern Beziehung die Geschichte der Entstehung jenes Werkes die rechtliche Möglichkeit einer theilweisen Beibehaltung ausgeschlossen haben. Am wenigsten wäre es zu rechtfertigen gewesen, die der Regierung anstößigen Bestimmungen einseitig auszuscheiden und den übrig bleibenden Rest als gegenseitig verbindliche Norm beizubehalten. Die gesammten Verhandlungen, die der Publication des Grundgesetzes vorausgegangen, sowohl in der vorgängigen gemischten Commission der Jahre 1831 und 1832 als in der darauf folgenden Ständeversammlung, bieten eine solche Verkettung von gegenseitigen Anforderungen, Ablehnungen und Zugeständnissen, von Bedingungen und Folgerungen, von Vorbehalten und Verzichten unter beiden Kammern, wie unter den Organen der Regierung und den Wortführern der Volkspartei dar, daß die Verfassung, die aus diesen Verhandlungen hervorgegangen, nicht anders, als wie ein untrennbares Ganzes angesehen werden konnte. Auf solche Weise ist sie bei ihrer Errichtung von der Regierung wie von den Ständen betrachtet und behandelt worden. Den Beweis enthält, so viel die Regierung betrifft, das königliche Rescript vom 11. Mai 1832 in den Worten: „Es wird den Ständen nicht entgehen, „daß mehrere der von Uns bestimmt vorgeschriebenen oder „doch für zweckmäßig erachteten Anordnungen in genauer Verbindung mit einander stehen und „sich gegenseitig bedingen. Sofern ein oder „der andere Punct der letztern Art, auf welchen Wir „ein besonderes Gewicht legen, keinen Eingang finden „sollte, müssen Wir also Unsere endliche Ent„schließung im Allgemeinen wie über einzelne „Theile desselben damit ausdrücklich vorbehalten." Und von den Ständen ist im Einverständnisse beider Kammern die Sache also behandelt, daß die Abstimmungen über die einzelnen Theile und Capitel nicht als verbindliche Beschlüsse angesehen wurden, bevor am Ende der Berathung die Abstimmung über das Ganze eingetreten war. Auch sind bei der letzteren Erklärungen zu Protocoll gegeben worden, des Inhaltes, daß man lediglich den Vortheilen, die das Ganze darbiete, entschiedene und nicht erledigte Dissense im Einzelnen zum Opfer bringen wolle. Ein auf diese Weise errichtetes Verfassungsgesetz ließ im guten Glauben keine Zerstückelung zu.

Es galt daher nicht, zu prüfen, ob und inwieweit der Inhalt eine Ausscheidung des Nichtigen gestatte. Aber auch hier wäre man auf unübersteigliche Schwierigkeiten gestoßen.

Mit dem Hinwegfallen einer oder der andern irgend erheblichen Disposition wurde einer Reihe anderer die vertragsmäßige Grundlage entzogen. Es war namentlich auf die Bestimmung der sogenannten Krondotation oder Civilliste, auf die Ueberweisung der sämmtlichen anderweiten Einkünfte des Kammergutes zu der Verwilligung der Stände, das ganze, mit den Ständen pactirte Finanzsystem gebaut. Die Nichtigkeit dieser Anordnung beraubte das System selbst der Bedeutung und des festen Bestandes.

Den nothwendigen Fall nichtiger Stützen konnte das Verfassungswerk nicht überdauern.

Regierungshandlungen, die in sich nichtig sind, verbinden keinen Nachfolger in der Herrschaft. Persönlich übernommene Verpflichtung allein vermag das Recht der Abhülfe zu beschränken. Ein Accessionsact zu der Verfassung Unsers Königreiches vom 26. September 1833 ist aber jederzeit von Uns abgelehnt worden.

Von dieser Seite in der Aufrechthaltung des älteren Rechtes gegen dessen Verletzung, die Wir als nichtig anerkannt, durch nichts gehemmt, konnte nur der

Weg hierzu Gegenstand Unserer landesväterlichen Erwägung seyn.

Unzulässig war jeder Versuch, die in der ungültigen Verfassung vorgeschriebene Form dazu zu benutzen, den wahren Rechtszustand herzustellen.

Denn durch Nichtiges kann etwas Gültiges und zu Recht Beständiges nicht erzielt werden.

Jede wirksame vertragsmäßige Verhandlung setzt vollgültige Legitimation der verhandelnden Theile voraus. Hier aber ermangelte es an einer auf gesetzlichem Grunde beruhenden Ständeversammlung. Sie hätte ihre Competenz aus dem Rechtsbestande einer nichtigen Verfassung ableiten müssen. Der richtige staatsrechtliche Gesichtspunct bot demnach ein unübersteigliches Hinderniß dar. Es kam wenig in Betracht, daß die Wiederherstellung der verletzten monarchischen Integrität durch Nichts gesichert war, einer ständischen Versammlung gegenüber, deren Vertretungsbefugniß auf der Bedingung der vorgängig von Uns erfolgten Anerkennung des Rechtsbestandes jener Verletzungen nothwendig beruht hätte. Die Möglichkeit der günstigen Vereinbarung blieb ohne erheblichen Werth, denn der ursprüngliche Fehler der ständischen Competenz trug in sich den Mangel jeder sicheren Garantie für zukünftige Zeiten. Eine solche konnte nur die einfache Rückkehr zu dem auf bundesgesetzliche Weise nie aufgehobenen Rechte gewähren.

Zu eines landesherrlichen Aufforderung der Dazwischenkunft des teutschen Bundes fehlte das Rechtsfundament. Schon in den Staatsverhandlungen des Jahres 1819 hatte sich die Absicht ausgesprochen, der Einwirkung des Bundes auf Abänderung der landständischen Verfassungen im Einzelnen vorzubeugen. So wenig die Bundesacte, wie die Wiener Schlußacte bietet eine gesetzliche Bestimmung dar, auf die ein solcher Antrag hätte gestützt werden mögen. Die Art. 60 und 61 der Schlußacte schließen die Vermittlung des Bundes hier völlig aus. Der Art. 55 aber überläßt die Anordnung der landständischen Verfassungen, als eine innere Angelegenheit, im Allgemeinen den souverainen Fürsten der Bundesstaaten, unter Berücksichtigung sowohl der früherhin bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse.

Ueber die Mittel der Wiederherstellung der auf nichtige und bundesgesetzwidrige Weise unterbrochenen Wirksamkeit einer landständischen Verfassung, die unter dem Schutze der Wiener Schlußacte bestanden hat, schweigt die Gesetzgebung. In einem nichtigen Verfassungswerke würde man solche Mittel, wie Wir oben bemerkt, vergeblich suchen. Eine Selbstsorge solcher Nichtigkeit ist die Rückkehr zum alten Rechte.

Wir haben demnach in Folge reifer Erwägung keinen Anstand nehmen dürfen, die nach Unserer gewissenhaften Ueberzeugung unerläßliche Maaßregel vermöge Eigener Allerhöchster Machtvollkommenheit zu ergreifen.

Dieß sind die Thatsachen und Rechtsansichten, die der Erlassung Unseres Patentes vom 1. November 1837 zum Grunde gelegen haben.

Indem Wir solche hierdurch zur öffentlichen Kunde gelangen lassen, fügen Wir den unter dem heutigen Tage von Uns vollzogenen Erlaß an die allgemeine Ständeversammlung bei, damit Unseren getreuen Unterthanen allenthalben offen vor Augen liege, worauf Unsere landesväterlichen Absichten gerichtet sind.

Diese Unsere Proclamation soll in die erste Abtheilung der Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Gegeben Hannover, den 15. Februar 1839.

Ernst August.

G. Freiherr von Schele.

Die Hannoversche Zeitung vom 16. Februar meldet: „Die am 29. Juni v. J. vertagte Allgemeine Ständeversammlung ist in Folge des unter dem 7. v. M. erlassenen königlichen Befehls am gestrigen Tage wieder zusammengetreten. — Nach einer uns darüber zugegangenen Privatmittheilung wurden in der Sitzung der zweiten Kammer nachstehende königliche Schreiben verlesen: 1) ein Schreiben vom 15. d. M., die Verfassungsangelegenheit des Königreichs betreffend; 2) das Postscript 1 von demselben Tage, die Trennung der Königlichen und der Landescassen und die Wiederherstellung des Schatzcollegii betreffend; 3) das Postscript 2 von demselben Tage, die Regulirung des Schuldenwesens betreffend; 4) ein königliches Schreiben von demselben Tage, die Kosten eines bei dem königlichen Oberappellationsgerichte zu errichtenden Criminalsenats betreffend; 5) ein königliches Schreiben von demselben Tage, die Veräußerungen von Dotalgrundstücken betreffend; 6) ein königliches Schreiben von demselben Tage, die Beförderung der Pferdezucht betreffend; 7) ein königliches Schreiben von demselben Tage, die Bewilligung einer Pension für die Witwe weiland Landrathes von der Decken betreffend; 8) ein königliches Schreiben vom 12. dieses Monats, die ungesäumte Erledigung der Gesetzentwürfe über den Wild- und Fisch-Diebstahl betreffend; so wie 9) ein Schreiben des königlichen Cabinets von demselben Tage, die seit der Vertagung unter den Mitgliedern beider Kammern eingetretenen Veränderungen betreffend. — Der Deputirte der Stadt Hannover, Hr. Stadtrichter Meyer, reichte seine Resignation ein, und verließ die Versammlung. — Der Deputirte der Stadt Hameln, Hr. Bürgermeister Koller, überreichte eine Eingabe des Wahlcollegiums dieser Stadt. — Es waren zu dieser gestrigen Sitzung erst 28 Mitglieder angekommen, weßhalb keine weiteren Geschäfte vorgenommen werden konnten. — Auch zu der heutigen Sitzung vom Sonnabend den 16. Februar hatte sich die erforderliche Anzahl Mitglieder noch nicht eingefunden. — Die Mitglieder der ersten Kammer waren bereits in der gestrigen Sitzung in erforderlicher Anzahl anwesend."

Wien.

Am 23. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen zu 5 pC. in CM.		106⅛.
detto	detto zu 4 pC. in CM.	100⅛.
detto	detto zu 3 pC. in CM.	80⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	677⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		55⅛.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100 G. Uso.		2 M.
Bankactien pr. Stück 1490 in CM.		

In mehreren Exemplaren unseres gestrigen Blattes ist unter der Rubrik Teutschland „von Lepel" zu lesen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 56

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 25. Februar 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 23. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.431	283. 2L. 3P.	+ 0.7	S.	still.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.305	28 0 9	+ 7.1	NW.	stark.	—
	10 Uhr Abends.	27.271	28 0 4	+ 7.9	W.	mittel.	—

Spanien.

Den neuesten Nachrichten aus Madrid vom 9. Februar zufolge sind die Cortes durch nachstehendes Decret der Regentinn vom vorhergehenden Tage prorogirt worden: „In Erwägung der hochwichtigen Interessen, welche gegenwärtig meine Regierung beschäftigen, insbesondere des nächsten Feldzuges, den ich mit größtem Eifer unternommen zu sehen wünsche, um den die Nation erschöpfenden bedauerlichen Krieg schnell zu beendigen; in Betracht, daß die würdigen Vertreter der Nation nach der langen, mühevollen Sitzung des vorigen Jahres bereits in der jetzigen wieder drei Monate sitzen, was eben so mühsam für sie, wie nachtheilig für ihre Interessen ist; daß ferner ihre Anwesenheit in den Provinzen sehr zweckmäßig wäre, um die Begeisterung des Volkes neu zu beleben, das, obwohl immer treu, standhaft und gelassen, wie es sich für Spanier ziemt, einen lebhafteren Anstoß oder gewandtere Leitung von dem Beispiele und den Rathschlägen derer, die sein Vertrauen besitzen, erhalten kann; im Namen Unserer erhabenen Tochter Isabelle II. und in Unserer Eigenschaft als Königinn-Regentinn, gemäß dem Artikel 26 der Constitution und nach Anhörung Unseres Ministerrathes, verordnen Wir, wie folgt: Einziger Artikel. Die Cortes der gegenwärtigen Legislatur sind vertagt unter dem Vorbehalt ihrer Wiedereinberufung, sobald die Beweggründe ihrer Vertagung solche gestatten. Gegeben im Palaste, den 8. Februar 1839." — „Diese Maaßregel," heißt es in einem Schreiben aus Madrid, „ist offenbar eine Nachahmung der gleichen Maaßregel in Frankreich. Die Entlassung unserer Kammern wird kaum zu bedauern seyn, denn sie haben dem Vaterlande nicht den geringsten positiven Nutzen gewährt. Man spricht auch von energischen Maaßregeln; die Gaceta hat bereits die Beschränkung der Presse in Anregung gebracht. Die Forterhebung der Steuern wird Statt finden, obgleich die Cortes sie noch nicht genehmigt haben. Der Haupturheber der Vertagung ist wohl Alair, das Werkzeug Espartero's, dessen Dictatur im Hintergrunde steht. — Auch in Ceuta auf der nordafrikanischen Küste ist eine Carlistische Verschwörung entdeckt worden."

Das Journal des Debats äußert sich über die Prorogation der Cortes folgendermaaßen: „Diese wichtige und unerwartete Maaßregel darf nicht, wie man glauben sollte, dem Einfluß des Hrn. Perez de Castro, Präsidenten des Conseils, zugeschrieben werden, der unlängst aus Lissabon in Madrid eingetroffen ist, um daselbst Besitz von seinem Portefeuille zu nehmen. Hr. Perez de Castro, dessen seit langer Zeit schwankende Gesundheitszustand durch die Strapatzen der Reise noch geschwächt worden ist, ist nur pro forma zu Rathe gezogen worden. Vermuthlich hat die Königinn die Prorogation der Cortes auf den Rath des Finanzministers Pita Pizarro beschlossen. — Uebrigens wird man weder die Thätigkeit noch den Einfluß dieser Versammlung bei dem gegenwärtigen Zustande Spaniens vermissen. Müßige Discussionen füllten ihre letzten Sitzungen, und die Debatten, zu denen der Vorschlag des Hrn. Seoane über die von dem Grafen von Toreno abgeschlossenen Contracte Anlaß geben konnten, würden wahrscheinlich mehr Scandal erregt, als Nutzen gestiftet haben." — Uebrigens glaubte man in Madrid, daß auf die Prorogation eine Auflösung der Cortes folgen werde.

Der Quotidienne zufolge waren Don Carlos und seine Gemahlinn am 7. Februar von Azcoytia nach Bergara abgegangen, wo sie übernachteten; am folgenden Tage wollte Don Carlos in Oñate eintreffen; man glaubte, er sei Willens, eine Inspectionsreise durch Biscaya und Navarra vorzunehmen. — Maroto's Hauptquartier befand sich am 8. in Durango.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 14. Februar legte Hr. O'Connell eine Bittschrift von 10,000 Einwohnern der Stadt Dublin vor, worin um Auflösung der Union gebeten wird, falls Irland nicht mit England völlig gleichgestellt werde. Sodann kündigte Lord Morpeth die fünfte Einbringung der irischen Corporationsreform-Bill an. — Außer dem über 100 Folioseiten starken Berichte des Grafen Durham ist dem Parlamente noch ein mehr als 400 Folioseiten starker Band, enthaltend den Briefwechsel über die Angelegenheiten des brittischen Nordamerika, vorgelegt worden. In einem dieser Schreiben drückt Lord Glenelg (unterm 15. November) dem Grafen Durham die Mißbilligung der Königinn über seine Proclamation vom 9. October aus, in welcher derselbe den Canadiern, unter Beschwerden über die von der Regierung ihm widerfahrene Behandlung, seinen Rücktritt anzeigt.

Newyorker Blätter bis zum 27. Jänner bringen neuere Nachrichten aus Canada. Die Friedensrichter von Obercanada, in ihrer Vierteljahrssitzung zu Brockville versammelt, haben, um die Einfälle der mit den Insurgenten verbündeten Amerikaner zu verhindern, beschlossen, daß in Zukunft jeder Verkehr mit den vereinigten Staaten, außer über Prescott, Brockville und Gananoque, wo strenge Wachsamkeit geübt und die Pässe genau untersucht werden, abgebrochen werden soll. — Zu Brockville ist ein teuflischer Plan entdeckt worden, um die daselbst liegende Miliz durch Vergiftung eines Brunnens zu tödten. Der Anstifter des Plans ist festgenommen worden. — Sir J. Colborne ist als Generalgouverneur des brittischen Nordamerika und der anliegenden Inseln beeidigt worden. — In Ober- und Niedercanada finden

fortwährend Hinrichtungen von Hochverräthern durch den Strang Statt.

Die Londoner Journale theilen aus der Bombay-Gazette eine interessante Beschreibung der Zusammenkunft des Generalgouverneurs Lord Auckland mit Rundschit Singh, dem Maharadscha des Pendschab, mit, welche am 29. November v. J. Statt gefunden hat. Wo? ist in dem Berichte nicht ausdrücklich gesagt; vermuthlich aber zu Ludianah. — Mit Tagesanbruch traten eine Schwadron des 16ten Lanciers- und eine des 4ten leichten Cavallerieregiments, die Kamehlartillerie, eine Abtheilung reitender Artillerie, die Leibgarde des Generalgouverneurs, das 2te, 3te, 31ste, 42ste und 43ste einheimische Infanterieregiment und die Flankencompagnien eines europäischen Regiments unter die Waffen und bildeten Spaliere vor der Umfriedigung um die Zeltreihe des Generalgouverneurs. Etwas später sah man zahlreiche Offiziere, Civilbeamte ꝛc., verschieden beritten, auf Elephanten, Pferden, Suwari-Kamehlen ꝛc., von ihren Lagerplätzen aus nach der Umfriedigung aufbrechen. Gegen acht Uhr war der Platz voll Elephanten, und der versammelte Cortège erwartete geduldig die Ankunft des Maharadscha. Sir Willoughby Cotton, Hr. Torrens, Hr. Colvin und Major Wade, mit einer Abtheilung des 4ten Reiterregiments und einigen Offizieren, waren über den Fluß gegangen, um Sr. Hoheit das Geleite zu geben. Um neun Uhr verkündete ein Kanonenschuß und die wilden Töne einer Pendschabmusik dem Generalgouverneur die Annäherung seines hohen Besuches. Dieß war das Signal zu einer plötzlichen Bewegung im brittischen Hauptquartier. Lord Auckland bestieg seinen Elephanten, ebenso Sir H. Fane, Oberbefehlshaber der indischen Armee (neuerdings abgetreten), verschiedene höhere Offiziere, Hr. Macnaghten, der schon in einer diplomatischen Sendung am Hofe von Lahore war, und viele Andere. In wenigen Minuten setzten sich sämmtliche Elephanten in zwei Linien, die sich zu beiden Seiten der von den Truppen gebildeten breiten Straße erstreckten, in Bewegung; die Musiker spielten das God save the Queen, die Ehrenwache präsentirte das Gewehr. Am Ausgang der Spaliere traf der Generalgouverneur mit unserem „alten Verbündeten" zusammen. Rundschit Singh ritt auf einem reichgeschirrten Elephanten mit silbernem Howdah (Tragsessel), zu beiden Seiten seine höchsten Offiziere, ebenfalls auf Elephanten. Als die zwei Züge zusammentrafen, flog eine dichte Staubwolke auf, fast den Glanz der Ceremonie verhüllend. Hier umarmte der Generalgouverneur seinen Besucher und nahm ihn in seinen eigenen Howdah auf, während die Kanonen der Kamehlbatterie das glückliche Ereigniß durch eine königliche Salve verkündeten. Unmittelbar darauf machte die gesammte Schaar der Elephanten eine Schwenkung und rückte mit ihren Lasten weiter. Die Truppen präsentirten, wie zuvor. Es war ein prachtvoller Anblick: Viertausend Mann brittischer Truppen in festlicher Uniform und dichten, undurchdringlichen Reihen, die Herrscher des Landes begrüßend, deren glänzende Erscheinung alle Märchen von orientalischer Pracht verwirklichte. Zu wenigen Minuten traten die vordersten Elephanten in die Umfriedigung ein; der Generalgouverneur und Sir Henry Fane stiegen ab und halfen dem Maharadscha herunter, dessen körperliche Schwäche, wie sie sich in seinen Bewegungen kundgab, auffallend contrastirte mit dem ernsten verständigen Ausdruck, der aus seinem einzigen Auge aufleuchtete (die Pocken raubten ihm das andere, daher hat er den Beinamen Kana, Einauge) und seinem zusammengepreßten Munde, welcher fast verborgen war unter einem wallenden weißen Barte. Groß war der Zudrang in den Durbar, der den einäugigen Besucher aufnehmen sollte; so groß, daß die Damen des Lagers, welche in demselben Sitze eingenommen hatten, fast erdrückt wurden, und das ganze Gemach so finster ward, daß man kaum ein Gesicht erkennen konnte. Der Generalgouverneur und der Oberbefehlshaber nahmen den Maharadscha zwischen sich und bahnten ihm einen Weg in das Innere des Durbar, auf dessen rechter Seite die Misses Eden (Schwestern des Generalgouverneurs) und andere Damen saßen. Rundschit Singh nahm neben einer Miß Eden, auf einem Polster mit ihr, Lord Auckland zu seiner Rechten, Platz, und richtete durch Major Wade, der den Dolmetsch machte, einige passende Worte an sie. Der Durbar bot ein äußerst interessantes Schauspiel: Generäle und Seikh-Bahadurs, Damen und Krieger mit Luntenschlossern, Tschobdars und Obersten, Fähnriche in rother Uniform, und Premierminister des Pendschab in plattirten Kettenpanzern, Schreiber, Factoren und das diplomatische Corps zusammengepreßt. Nachdem Rundschit Singh genug von dem Gedränge hatte, geleiteten ihn Lord Auckland und Sir H. Fane in ein inneres Audienzzelt, wo für eine auserlesene Zahl von Zuschauern Sitze aufgestellt waren; die Leibgarde hielt mit gezogenen Säbeln den niedrigeren Haufen zurück. Im Audienzzelte wurden die tragbaren Geschenke dem Maharadscha übergeben, und er hatte bei jedem einoder zwei höfliche Worte; seine volle Bewunderung aber war aufgespart für ein Kleinod, das die schönen Hände von Miß Eden ausdrücklich für den „Löwen des Pendschab" bereitet hatten. Es war nichts Geringeres, als ein Porträt Ihrer allergnädigsten Majestät der Königinn Victoria in königlicher Kleidung. Folgendes ist eine Skizze des Gesprächs zwischen Lord Auckland und dem Maharadscha: Lord Auckland: „Alle Briefe, die ich von der englischen Regierung empfange, enthalten angelegentliche Erkundigungen über Deine Gesundheit und Dein Wohlbefinden." Rundschit Singh: „Ich bin ein Freund der Engländer, und schätze alle ihre ausgezeichneten Offiziere, die mich umgeben, als Freunde." Lord Auckland: „Sir Henry Fane drückt seine Freude aus, Dich zu sehen." Rundschit Singh: „Ich bin erfreut, den Oberbefehlshaber zu sehen, der nicht nur ein warmer Freund ist, sondern auch ein tapferer Krieger." Sir H. Fane: „Ich danke für das Compliment." Lord Auckland: „Ich übergebe Dir jetzt ein Bild unserer jungen, schönen, durch Tugend wie durch Hoheit berühmten Königinn." Generalmajor Cotton trat mit dem prachtvoll in gediegenes Gold gefaßten Porträt vor, und übergab es unter einer königlichen Salve von der Kamehlbatterie dem Maharadscha, der sich verbeugte, und es mehrere Male an seine Stirne drückte. Nachdem er es einige Minuten lange besichtigt hatte, sprach er: „Ich betrachte dieß als das größte Geschenk, das ich empfangen konnte, und als einen Beweis der Freundschaft zwischen beiden Regierungen. Wenn ich heimkehre, werde ich eine Salve von 101 Kanonenschüssen abfeuern lassen, um das glückliche Ereigniß zu feiern.... Halten die Engländer fortwährend die Insel in der Nähe von Persien (Karrack im persischen Meerbusen) besetzt, und mit wie viel Streitkräften?" Lord Auckland: „Ja, mit Einem europäischen Regiment, es werden aber noch zwei andere eingeschifft." Sir H. Fane: „Die Insel ist sehr fest; die ganze persische Armee, o Maharadscha, kann sie nicht einnehmen." Lord Auckland: „Ich bedauere sehr, o Maharadscha, daß ich Dir nicht selbst jetzt ein Dampfschiff auf dem Setledsch zeigen kann; ich hoffe aber, Dich, bevor wenige Monate verflossen sind, mit dem Anblicke mehrerer auf dem Indus zu erfreuen." Rundschit Singh: „Hörtest Du neuerlich von General Ventura (französischem General in Diensten des Maharadscha, der neuerdings eine Reise nach Europa ge-

macht hat)?" Lord Auckland: „Ja, er war nach den letzten Nachrichten in England, wird aber wohl alsbald aufbrechen, wenn er hört, daß Du seiner Dienste bedarfst." Rundschit Singh: „Wie wurde er in London empfangen? Lord Auckland: „Ich habe ihm Briefe an die verschiedenen Minister gegeben; er wurde von Allen gütig empfangen, und sie alle loben ihn höchlich. Sie haben ihm allen Beistand zum Ankauf der neuesten Waffen ꝛc. für Dich angeboten." Rundschit Singh: „Hältst Du Ventura oder Allard (einen andern französischen Offizier in den Diensten Rundschit Singhs) für den besten General?" Lord Auckland: Ich kann nicht urtheilen; sie Beide sind tapfere, gute Generäle. Sie wurden in der Schule Napoleons erzogen, eines der größten Helden und tapfersten Männer, die je lebten, keinem nachstehend, außer Wellington, dem unser Land so viel von seinem Ruhme verdankt." Rundschit Singh: „Ich bin ein Freund der Musik; ist dieß dieselbe, die ich zu Umritsir hörte?" Lord Auckland: „Ja, wir haben aber bei jedem Regimente eine solche Musik." Rundschit Singh: „Ich liebe die Musik; sie erfreut das Herz und feuert den Krieger an in der Stunde des Kampfes. Es hat mich viel Mühe und Geld gekostet, um Musiken in meinem Heere einzuführen." Nun entspann sich noch ein Gespräch über die Kanonen, die der Fürst zum Geschenke erhalten sollte, über die Kamehlbatterie ꝛc.; die Musik wurde eingeführt, und ihr Spiel war so kräftig, daß man fast kein Wort mehr hörte. Endlich erhob sich Sr. Hoheit, um die übrigen Ihr bestimmten Geschenke zu besichtigen. Als er den Haubitzen sich näherte, begegnete ihm ein kleiner Unfall. Vor denselben war eine Anzahl Kugeln aufgeschichtet, die man in der Dunkelheit und dem Gedränge nicht sah. Ueber diese strauchelte der Maharadscha und fiel, und zugleich mit ihm maß auch Sir Henry Fane den Boden. Der Oberbefehlshaber raffte sich bald wieder auf, und half auch dem Maharadscha auf, der den Unfall sehr gleichgültig aufnahm, in Rücksicht auf seine Körperschwäche und das darin liegende Vorzeichen. Er mochte denken, wenn dieser Fall seinen Sturz bedeute, so müßte die brittische Armee mit ihm fallen. Nachdem er die Kanonen besichtigt, wurde ihm ein reichgeschirrter Elephant und eine Anzahl herrlicher Pferde übergeben. Auch über diese Geschenke erklärte er sich sehr erfreut. Die Ceremonien waren nun zu Ende, und der Maharadscha entfernte sich in derselben Form und unter denselben Ehrenbezeugungen, wie er gekommen war. — Am folgenden Tage machte Lord Auckland, in der blauen, goldgestickten Ministersuniform, dem Maharadscha einen Gegenbesuch. Die Uniformen der 2 bis 3000 Mann starken Garde Rundschit Singhs schimmerten von Gold und Seide. In den Zelten des Herrschers waren goldene und silberne Stühle und prachtvolle Teppiche für die Besuchenden bereit gehalten. Rundschit Singh, dem die englischen Offiziere nach einander vorgestellt wurden, richtete einige Worte an sie und empfing dann die Huldigung seiner vornehmsten Sirdars, worauf reich gekleidete Bayaderen Nationaltänze aufführten. Nachdem an den Generalgouverneur und sein Gefolge Geschenke, bestehend in Shawls und andern Gegenständen, ausgetheilt worden waren, nahm Lord Auckland Abschied von dem Maharadscha. Geschützsalven verkündeten seinen Abgang.

Consols am 14. Februar 92⅞, ¾.

Frankreich.

Wir haben gestern auf gewöhnlichem Wege die Pariser Zeitungen vom 16. und 17. Februar erhalten. — General Jacqueminot war in Paris eingetroffen und wohnte sogleich am Tage seiner Ankunft einer Sitzung des Wahlcomités, das seinen Namen trägt (Réunion Jacqueminot) bei. — Der Moniteur Parisien äußert sich in Betreff der Wahlaussichten folgendermaaßen: „Die Commission der 221, welche sich Rue de Grammont Nr. 17 in Permanenz befindet, erhält aus den Departements die günstigsten Nachrichten für den Sieg der Principien, welche die 221 unterstützen. Alle Briefe lauten einstimmig über die Reaction, die an sehr vielen Orten und namentlich in denjenigen Städten gegen die Coalition eingetreten ist, wo Handel und Industrie der Ordnung, des Friedens und der Stabilität unserer Institutionen zum Gedeihen bedürfen."

Das Journal de Rouen und der Courrier Français hatten behauptet, daß Briefe, die von den HH. Guizot, Duvergier de Hauranne und andern Oppositionsmitgliedern zur Post gegeben worden, gar nicht oder nur erbrochen an ihre Bestimmung gelangt seien. Der Moniteur erklärt, daß wegen einer so gehässigen Verläumdung eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden sei.

Zu den Wahlanekdoten gehört auch, daß Hr. Bruley, Präfect des Departements Tarn und Garonne, durch Estaffete nach Paris berufen wurde, bei seiner Ankunft daselbst aber beim Ministerium des Innern keine Audienz erhielt, und erst aus den Zeitungen erfuhr, daß er abgesetzt, und sein Nachfolger bereits in Montauban angekommen sei. Hr. Bruley machte nun sein Mißgeschick durch einen Brief an den Minister des Innern, den er in die Journale einrücken ließ, bekannt. — Der Moniteur gibt folgenden Aufschluß über diese Geschichte: „Die Journale der Coalition schlagen großen Lärm über die angebliche Absetzung des Hrn. Bruley-Desvarennes, Präfecten von Montauban. Hr. Bruley war nicht abgesetzt worden. Die Minister hatten die Absicht, ihm eine andere Bestimmung zu geben; seine Administration hatte übrigens keinen Vorwurf verdient, und es handelt sich bloß um eine administrative Combination, wofür der Minister des Innern schlechterdings Niemanden Rechenschaft zu geben schuldig ist. Nach seiner Ankunft in Paris präsentirte sich Hr. Bruley beim Ministerium; aber der Minister, der in diesem Augenblicke in Berathung mit seinen Collegen saß, war nicht einmal von seiner Anwesenheit benachrichtigt worden. Er hat sie nur durch das Schreiben des Hrn. Bruley-Desvarennes vom 14. erfahren. Sogleich hat er den Hrn. Generalsecretär beauftragt, Hrn. Bruley vorläufig zu sprechen und mit ihm über seine Bestimmung Abrede zu treffen, wobei er sich vorbehielt, ihn später selbst zu empfangen, um ihm seine Instructionen zu ertheilen. Hr. Edmond Blanc hat daher am 14. Abends an Hrn. Bruley geschrieben und ihn in den höflichsten Ausdrücken gebeten, sich am folgenden Tage (15.) zu ihm zu verfügen. Und die Journale vom 15. Morgens machten den Brief des Hrn. Desvarennes an den Minister bekannt. Man urtheile hiernach, auf welcher Seite das Unrecht ist!"

Das im Messager und andern Journalen verbreitete Gerücht von der Ankunft des Marschalls Valée in Toulon, um das Kriegsministerium zu übernehmen, scheint falsch zu seyn. Die abschlägige Antwort des Marschalls soll schriftlich eingegangen seyn.

Am 16. Februar 5Percents 110 Fr. 95. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 10. 3Percents 78 Fr. 75. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75. Das Gerücht, daß eines der ersten Pariser Häuser in Verlegenheit sei, und nachdem es kürzlich von der Bank Aushülfe erhalten, abermals zwei Millionen Vorschuß verlange, machte einen ungünstigen Eindruck auf der Börse.

Niederlande.

Das Handelsblad vom 14. Februar schreibt: „Einer unserer Correspondenten in Brüssel meldet uns, daß bei der bevorstehenden Eröffnung der belgischen Kammern die Regierung ihre Beschlüsse in Bezug auf die Conferenzvorschläge mittheilen werde, um dazu die Bestätigung der Kammern zu erhalten. Wie man vernimmt, hat die belgische Regierung die vollständige und unbedingte Annahme des Schlußprotocolls der Londoner Conferenz beschlossen und hält sie sich einer Mehrheit von 20 Stimmen in der Repräsentantenkammer versichert. Von dieser Seite sieht man daher keiner Schwierigkeit entgegen, doch ist man andererseits nicht ohne Besorgniß vor den Ausschweifungen der sogenannten Widerstandspartei, die es einzig und allein darauf abgesehen zu haben scheint, einen Krieg hervorzurufen. Die Friedliebenden — und diese bilden auch in Belgien die übergroße Mehrheit — waren wegen der möglichen Folgen dieses Widerstandes überaus besorgt. Sie erblicken in einem Kriege oder in einer Besetzung des Landes durch fremde Truppen, wenn auch nicht die Zerstückelung Belgiens, doch mindestens einen solchen Stoß für den Staats- und Privatcredit, daß das Land noch lange die üblen Folgen davon zu tragen haben würde."

Belgien.

Brüsseler Blätter vom 15. Februar melden, daß Msgr. Fornari Tags zuvor dem Könige sein Beglaubigungsschreiben als päpstlicher Internuntius überreicht habe.

In Brügge war folgende Petition im Umlauf: „An die Repräsentanten. Die Discussionen, die im englischen Cabinet Statt gefunden haben, haben Europa über die Ansichten der Londoner Conferenz aufgeklärt. Die Conferenz hat einen unwiderruflichen Entschluß ausgesprochen, ihr Urtheil leidet keine Aenderung. Belgien bleibt nichts anders übrig, als sich zu unterwerfen, sich von seinen alten Brüdern zu trennen, indem es gegen den Mißbrauch der Gewalt protestirt, und sich mit Schmerz in die Nothwendigkeit ergibt. Da ein partieller Krieg eine Unmöglichkeit ist, und ein allgemeiner Krieg die Vernichtung unserer Nationalität und die Zerstückelung des Landes, wenn die nordischen Mächte siegreich sind, und unsere Verschmelzung mit Frankreich, wenn die französische Armee siegt, herbeiführen muß, so haben wir bei dieser unglücklichen Alternative keinen andern Ausweg, als die von Holland bereits angenommenen Bedingungen zu unterschreiben. Wenn Belgien noch einige Zeit in dieser kritischen Lage beharrt, welche so schnell alle Zweige der Industrie gelähmt und alle Handelsspeculationen vernichtet hat, so würde auf den Privatbankrott bald der Staatsbankrott folgen. Wir legen also, meine Herren, in diesen schwierigen Umständen, in dem Augenblicke, wo Sie das Schicksal des Vaterlandes entscheiden sollen, unsern Wunsch nach Frieden vor Ihnen nieder, und bitten Sie, das Land zu retten, indem Sie durch die Annahme des letzten Vertrages einer Lage ein Ende machen, die nicht länger dauern kann, ohne das Vermögen und die Sicherheit des Volkes zu compromittiren, und sogar den Einfluß und die Wirksamkeit des Staates zu gefährden."

Ein Schreiben aus Lüttich vom 14. Februar (in der Aachener Zeitung) meldet: „Wir haben neulich von der commerziellen Krisis gesprochen, unter welcher unser Platz leidet, und wir mußten unsern Lesern zwei traurige Nachrichten mittheilen. Heute sind wir so glücklich, ihnen etwas Angenehmeres melden zu können. Das Haus Vanderstraeten in Lüttich, einen Augenblick durch die schlimme Lage der Geschäfte in Verlegenheit gesetzt, hat die Folgen der Krisis überwunden. Die Lütticher Bank hat es in einem hohen Grade unterstützt, und dieser Umstand, so ehrenvoll er auch für die Lütticher Bank selbst ist, beweist doch deutlich, daß das Haus Vanderstraeten vollständige Garantien leisten konnte. Aber der Schrecken war so groß, daß, obgleich das Haus ein bedeutendes Grundvermögen besitzt, es dennoch kein Capital erheben konnte. Außerdem war es das Opfer irriger Gerüchte geworden. Man sagte, das Haus Vanderstraeten sei Hrn. Cockerill eine halbe Million Franken schuldig, und es zeigt sich im Gegentheil, daß dieser große Industrielle ihm eine beträchtliche Summe schuldig ist. — Wir sind gleich glücklich zu hören, daß Hr. Cockerill eine provisorische Stundung erlangt hat. Dieser Nothschritt, für einen in der Industrie so hoch stehenden Mann, ist ohne Zweifel ein großes Unglück; aber wenn wir dem uns Berichteten glauben, so ist diese Maaßregel bloß provisorisch, und hauptsächlich dazu bestimmt, die in Brüssel mit der Intervention der Regierung zu treffenden Arrangements zu erleichtern, damit Belgien das schönste Monument seiner Industrie, nämlich das große Etablissement von Seraing, unter einen neuen Gestalt erhalten werde."

In dem Börsenberichte aus Brüssel vom 15. Februar heißt es: „Die Ungewißheit über das Benehmen der Regierung und der Kammer drückt noch die Geschäfte. Im Allgemeinen glaubt man, daß die Majorität, wenn sie gefragt würde, für den Frieden seyn werde, aber man fürchtet das gewohnliche Schwanken des Hrn. de Theux, die Ansichten des Hrn. von Merode, der noch gestern einem Journale einen Artikel im Sinne des Widerstandes geschickt haben soll. Wir halten diese Angaben für irrig und sind überzeugt, daß kein Minister noch seine Meinung Jemanden bekannt hat, was nur zu billigen ist. Uebrigens ist man überzeugt, daß die Ruhe in keinem Falle gestört werden würde, da die kräftigsten Maaßregeln deßhalb getroffen worden sind."

Die Preußische Staatszeitung vom 20. Februar enthält folgende telegraphische Nachricht: „Brüssel, 17. Februar. Der Commerce Belge enthält: „Es „ist jetzt entschieden, daß die Minister Dinstag den 19. „den Tractat den Kammern zur Annahme vorlegen „werden."

Ungarn.

Nachrichten aus Pesth vom 15. Februar zufolge ist der Eisstoß, welcher dieser Tage schon einige Male vorgerückt war, am 14. Mittags gänzlich abgegangen. Seit 15. Früh wird die Communication zwischen beiden Städten wieder mit Kähnen unterhalten.

Der Preßburger Zeitung zufolge sollte die Dampfschifffahrt auf der Donau, da der Strom nunmehr gänzlich frei vom Eise ist, Sonntags den 24. d. M. wieder beginnen. Nachmittags um 5 Uhr wurde der „Arpád" von Wien erwartet, welcher Tags darauf (25.) nach Pesth abgeht; Freitags den 1. März soll der „Nádor," gleichfalls von Wien nach Pesth fahrend, in Preßburg eintreffen.

In der im gestrigen Blatte mitgetheilten „Proclamation, die Verfassungs-Angelegenheit des Königreichs Hannover betreffend," ist S. 270 Sp. 2 Z. 7 v. u. „Eintrag" statt „Einklang," ferner S. 271 Sp. 1 Z. 10 v. o. „gegründete" statt „ungegründete" und S. 272 Sp. 1 Z. 10 v. u. „Selbstfolge" statt „Selbstsorge" zu lesen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 57

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 26. Februar 1839.

W. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 24. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.219	27 3. 11 L. 8 p.	+ 1.9	NNW.	schwach.	Nebelregen.
	2 Uhr Nachm.	27.262	28 0 2	+ 4.0	NW.	— —	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.306	28 0 9	+ 2.5	W.	still.	Wolken.

Wien.

Donnerstag, den 21. Februar, besuchten Se. Majestät der Kaiser, in Begleitung Ihrer Majestät der Kaiserinn, das Bildungsinstitut für Töchter k. k. Offiziere zu Hernals. Allerhöchstdieselben wurden daselbst von der Obervorsteherinn und von den Lehrerinnen dieses Instituts ehrfurchtsvoll empfangen, geruhten sämmtliche Localitäten des Hauses in Augenschein zu nehmen, die Zöglinge über verschiedene Lehrgegenstände zu prüfen und die allerhöchste Zufriedenheit mit ihren Fortschritten, so wie mit der ganzen Einrichtung und Leitung dieser Anstalt zu erkennen zu geben.

In ähnlicher Weise hatten Ihre Majestäten am 24. Jänner das k. k. Civil-Mädchenpensionat in der Alservorstadt; am 10. desselben Monats das k. k. polytechnische Institut und früher schon das k. k. Blindeninstitut mit Allerhöchstihrem Besuche beehrt, und allenthalben Ihr besonderes Wohlgefallen über den geordneten Zustand und die zweckmäßige Leitung dieser Institute in den schmeichelhaftesten Ausdrücken an den Tag gelegt.

Spanien.

Die Pariser Journale vom 18. Februar sind gestern nicht in Wien eingetroffen; auch die Allgemeine Zeitung und sämmtliche Frankfurter, Stuttgarter, Nürnberger und Münchener Blätter sind ausgeblieben. Dagegen haben wir durch außerordentliche Gelegenheit die Pariser Zeitungen vom 18. d. M. erhalten. — Die Gazette de France von diesem Tage enthält folgendes Schreiben aus Bergara (wo sich gegenwärtig das Hoflager des Don Carlos befindet) vom 11. Februar: „Gestern haben Se. Majestät, von der Königinn, dem Prinzen von Asturien, dem Infanten Don Sebastian, dem Marquis von Valdespina, dem Kriegsminister und Ihren Adjutanten begleitet, in geringer Entfernung von dieser Stadt, auf der Heerstraße von Madrid, fünf Bataillons Infanterie, das 1ste von Navarra, das 9te, 10te, 11te und 12te von Castilien und vier Escadrons Cavallerie, die 4te von Navarra, die 1ste del Principe, die 1ste und 2te der Husaren von Ontorio, in allem 400 Pferde, gemustert. — Die drei letztgenannten Bataillons sind aus Leuten gebildet, die, seit General Maroto das Commando der königlichen Armee übernommen hat, aus den feindlichen Reihen in die unserigen übergetreten sind. Die Truppen, welche bei diesem Anlasse die Königinn und den Prinzen von Asturien zum ersten Male gesehen haben, haben den lebhaftesten Enthusiasmus an den Tag gelegt. — Maroto und sein Unterbefehlshaber, der Graf von Negri, empfingen Ihre Majestäten an der Spitze ihrer Colonne. Die Revue war glänzend und dauerte zwei Stunden. Alle diese verschiedenen Truppen sollen nach Tolosa instradirt werden, und der General en Chef wird ihnen folgen. Se. Majestät setzen ein volles Vertrauen auf Ihren Generalissimus. Nie ist unsere Armee auf einem achtunggebietendern Fuße gewesen. Die Operationen werden nächstens beginnen. Das Wetter ist wieder schön geworden."

Nachrichten aus Madrid vom 11. Februar zufolge scheint die Maaßregel der Prorogation der Cortes große Sensation in der Hauptstadt gemacht zu haben. Die Oppositions-Journale sind darüber höchlich entrüstet und weissagen großes Unglück. Das Eco del Comercio spricht von Steuerverweigerung, da nach der Constitution die Steuern nur mit Bewilligung der Cortes erhoben werden können. Der Correo Nacional sagt, die öffentlichen Freiheiten seien in Gefahr, und befürchtet, daß noch schlimmere Dinge nachkommen werden. — Die Gaceta vertheidigt die Prorogation, als eine nothwendige Maaßregel, gesteht übrigens, daß die Minister eine schwere Verantwortlichkeit durch diese Maaßregel auf sich geladen haben.

Mexico.

Der General Santa Ana hat unterm 5. December nachstehenden Bericht über die Affaire von Veracruz an den Kriegsminister in Mexico erstattet: „Hauptquartier vor Veracruz, den 5. December 1838. In diesem Augenblick, 2 Uhr Nachmittags, habe ich die Ehre, Ew. Excellenz mitzutheilen, daß ich, sobald ich den Befehl erhalten hatte, das Militärcommando dieses Departements zu übernehmen, alsogleich dem General Arista die Weisung ertheilt habe, den Marsch mit den Truppen, die er befehligt, zu forciren, um zu Santa-Fé Posto zu fassen. Ohne Zeitverlust verfügte ich mich nach Veracruz, übernahm das Commando, das mir

vom General Don Manuel Rincon abgetreten worden war, und theilte dem Contreadmiral Baudin das Decret mit, welches die mexicanische Nation im Kriege mit der französischen Regierung, so wie die Mißbilligung der am 28. v. M. geschlossenen Convention von Seite der Regierung der Republik erklärt. Der Contreadmiral antwortete mir wohl um sechs Uhr Abends, daß die mexicanische Regierung einen großen Fehler begangen habe, indem sie Frankreich den Krieg erklärte; daß dieses Verfahren ihn hätte bestimmen können, die Stadt unverzüglich zu zerstören, wenn er nicht in Erwägung gezogen hätte, daß sie an diesem Fehler nicht Schuld sei, den die Mexicaner schwer bereuen würden; er fügte noch andere, für die Nationalehre und die Truppen, welche die Regierung unter meine Befehle gestellt hat, sehr beleidigende Ausdrücke bei. Ich gab den Personen, die mir das Schreiben des Admirals überbrachten, zu verstehen, daß ich einiger Stunden bedürfe, um darauf zu antworten; daß demnach die Verhandlungen offen blieben bis acht Uhr Morgens; worauf die französischen Abgesandten mir erklärten, daß sie dieses Arrangement dem Chef der Escadre alsogleich mittheilen würden. Der Herr Consul Ihrer großbritannischen Majestät kam gegen acht Uhr Abends zu mir, um mir zu sagen, daß er am Bord des Briggs „Cuiraſſier" gewesen und mit H^rn. Baudin gesprochen habe, der ihm den speciellen Auftrag gegeben, mir einen Besuch zu machen und in seinem Namen zu sagen, daß er gar nicht die Absicht habe, irgend eine Feindseligkeit gegen den Platz auszuführen, wenn man ihn nur nicht durch Repressalien dazu nöthige. — Der General Arista kam um zehn Uhr Nachts an, und nachdem er die Bewegungen, die er ausführen sollte, angeordnet hatte, brachte er die Nacht in dem Platze zu, nachdem unsere Conferenz um 2½ Uhr Morgens beendiget war. — Um 5½ Uhr desselben Morgens überfiel der Contreadmiral und Chef der feindlichen Escadre, trotz seiner Protestationen und ohne daß der Platz die mindeste Veranlassung zu einer Herausforderung gegeben hatte, denselben in Person an der Spitze einer Colonne, von beiläufig 2000 Mann), und schlug unverzüglich die Richtung gegen mein Haus ein, um mich zu überrumpeln, indem er zu dieser Operation einen dichten Nebel benützte, der nicht gestattete, die Gegenstände auf eine Entfernung von drei Schritten zu unterscheiden. — Ungeachtet dieses ersten Angriffs, bahnte ich mir dennoch mitten durch das Feuer des Feindes einen Weg, und unter dem Schutze meiner Garde erreichte ich die Linie einer der Kasernen, wo ich meinen Widerstand organisiren konnte. — Die Lage, in der ich mich in diesem Augenblicke befinde, gestattet mir nicht, in die Details des Gefechts einzugehen; der Chef, der mir im Commando nachfolgen wird, wird es für mich thun. Ich schließe damit, daß ich Ew. Excellenz melde, daß mir der Ruhm zu Theil ward, an der Spitze einer Colonne den Ueberfall der Feinde zurückzuschlagen, indem ich sie mit dem Bayonnete zwang, sich wieder einzuschiffen und ihnen auf dem Hafendamm einen Achtpfünder wegnahm. Bei dieser letzten Anstrengung wurde ich verwundet und zwar so stark, daß dieß der letzte Sieg gewesen seyn wird, den ich für mein Vaterland erfechten konnte. Es herrschte im Augenblicke des Kampfes eine völlige Unordnung in den Reihen des Feindes, der eine weiße Fahne aufpflanzte; aber meine Antwort war der Befehl, den Angriff zu erneuern, in der Ueberzeugung, daß der Feind der Berücksichtigung unwürdig sei, welche die Krieger civilisirter Nationen verdienen, denn er hatte gegen das Pourparler gehandelt, welches man eröffnet hatte. — Wir haben unsererseits 23 Todte und Verwundete gehabt, meine Person mit inbegriffen; der Verlust des Feindes belief sich auf mehr als 100 Todte, deren Leichen in den Straßen der Stadt umherliegen, und eine große Anzahl Verwundeter. Außerdem sind mehrere Individuen von den Mauern der Stadt in das Meer geworfen worden, unter denen sich der Contreadmiral selbst befand. — Am Ende meines Lebens, kann ich es mir nicht versagen, die Freude an den Tag zu legen, die es mir gewährt, den Anfang einer Aussöhnung unter den Mexicanern zu sehen. Den General Arista, mit dem ich mich leider überworfen hatte, umarme ich zum letzten Mal; ich umarme auch den Präsidenten der Republik aufs herzlichste, zum Beweise meiner Dankbarkeit, daß er mich im Augenblicke der Gefahr geehrt hat, so wie alle meine Mitbürger, die ich, im Namen des Vaterlandes, das sich in so großer Gefahr befindet, beschwöre, ihren Groll fahren zu lassen, und sich alle zu einer undurchdringlichen Mauer gegen die französischen Eindringlinge zu vereinigen. Ich bitte auch die Regierung meines Vaterlandes, daß mein Leichnam an dem nämlichen Orte begraben werde, wo ich den Schuß erhalten habe, damit alle meine Waffengefährten wissen, welches die Schlachtlinie ist, die ich ihnen vorgezeichnet habe. Ich empfehle auch meinen Mitbürgern, unsern Sieg nicht dadurch zu beflecken, daß sie die Personen wehrloser Franzosen angreifen, die unter der Garantie unserer Gesetze unter uns wohnen. Die Mexicaner werden, alle meine politischen Verirrungen vergessend, den einzigen Titel, den ich meinen Kindern zu hinterlassen wünsche, mir nicht verweigern: „Jenen eines guten Mexicaners. Gott und die Freiheit!"

Als Erwiederung auf obigen Bericht, den der Messager mittheilt, gibt dasselbe Blatt nachstehendes Schreiben des Contreadmirals Baudin an den französischen Generalconsul in Newyork: „An Bord der Fregatte „Nereide," auf der Rhede von Antonio Lizardo, 15. December 1838. Herr Generalconsul! Indem ich besorge, daß die amerikanischen Consuln die von der mexicanischen Regierung unter dem Namen des Generals Santa Ana bekannt gemachten Lügen wiederholen dürften, halte ich es für rathsam, Ihnen eine officielle Uebersicht der Ereig-

niſſe vom 5. mitzutheilen. — Es iſt falſch, daß Unterhandlungen zwiſchen dem General Santa Ana und mir obgeſchwebt haben. Ich ſchicke Ihnen eine Abſchrift der zwiſchen uns Statt gefundenen Correſpondenz; Sie werden daraus erſehen, daß ich angekündigt hatte, daß in Folge der Verletzung der auf Veracruz ſich beziehenden Convention, die Artikel dieſer Convention aufgehört haben, für mich verbindlich zu ſeyn. Ich hatte bloß geſagt, daß ich die Stadt ſchonen würde, und ich habe Wort gehalten; denn nicht ein einziger Kanonenſchuß iſt auf ſie gefeuert, kein Hausthor iſt geſprengt, kein Privateigenthum iſt angetaſtet worden. Ich wollte der Stadt nur ihre Kanonen nehmen, ohne ihr übrigens etwas zu Leid zu thun; dieß iſt auch geſchehen. — Es iſt falſch, daß der General Santa Ana durch einen Bayonnetangriff uns genöthigt hat, uns wieder einzuſchiffen. Ich hatte nie die Abſicht, Garniſon in die Stadt zu legen, ich wollte ſie nur entwaffnen; nachdem dieſer Zweck erreicht war, ordnete ich die Wiedereinſchiffung an, welche ruhig und in größter Ordnung bewerkſtelligt wurde. In dem Augenblicke, wo ich mich ſelbſt, der letzte, einſchiffte, war es, wo General Santa Ana auf dem Hafendamm an der Spitze einer Colonne erſchien, die nicht mit dem Bayonnete angriff, ſondern ein lebhaftes Kleingewehrfeuer gegen unſere Schaluppen, die vom Lande ſtießen, richtete. Da ich dieſen Angriff vorherſah, hatte ich die erforderlichen Vorſichtsmaaßregeln getroffen, um ihn zurückzuweiſen, und hier war es auch, wo dem General Santa Ana das Pferd unterm Leibe erſchoſſen wurde und er drei Wunden erhielt. — Es iſt falſch, daß uns die Mexicaner einen 8Pfünder abgenommen haben; wir haben einen ihrer 6Pfünder, den ich nicht hatte einſchiffen laſſen wollen, auf dem Hafendamm zurückgelaſſen; aber ſie haben uns nichts weggenommen. — Es iſt falſch, daß der General Santa Ana, bei Räumung des Platzes, das Artilleriematerial, welches er nicht mitnehmen konnte, ſelbſt zerſtört hat; wir hatten ihm dieſe Mühe erſpart, indem wir, mit Ausnahme einer einzigen Baſtion, alles zerſtört hatten. — Es iſt falſch, daß wir vor, während oder nach der Expedition einen einzigen Kanonenſchuß auf die Stadt abgefeuert haben; wir haben bloß auf die Kaſerne de la Merced geſchoſſen. — Es iſt falſch, daß wir mehr als hundert Todte und eine Menge Verwundeter in den Straßen der Stadt zurückgelaſſen haben. Unſer Geſammtverluſt beläuft ſich auf acht Mann an Todten, wovon nur drei auf dem Schlachtfelde gelaſſen wurden, und auf ſechsundfunfzig Verwundete, von denen nicht ein einziger in der Stadt geblieben iſt. — Die Proclamation, welche das Bulletin des Generals Santa Ana begleitet, iſt eben ſo lügenhaft, wie das Bulletin ſelbſt. Die Stadt Veracruz iſt nicht in einen Schutthaufen verwandelt; weit entfernt, ſie zu zerſtören, wendete ich alle nur erdenkliche Sorgfalt an, die Drangſale des Krieges von ihr abzuwenden und ſie vor der Zerſtörung zu bewahren. — Dieß, Herr Generalconſul, ſind die Thatſachen, welche Sie den erbärmlichen Lügen des Generals Santa Ana und der mexicaniſchen Regierung entgegenſtellen können. Dieſe Thatſachen ſind ſo authentiſch, daß ſie keinen Widerſpruch von irgend Jemanden zu befürchten haben. — Genehmigen Sie ꝛc. Der Contreadmiral, Befehlshaber der franzöſiſchen Seemacht im Golf von Mexico, Carl Baudin."

Rußland.

Se. Majeſtät der Kaiſer haben dem wirkl. Staatsrath, Profeſſor Fiſcher von Waldheim in Moskau, den St. Annenorden erſter Claſſe, und dem Viceadmiral von Kruſenſtern, Director des Marine-Cadetencorps, bei Gelegenheit ſeines 50jährigen Dienſtjubiläums, den Alexander-Newskyorden in Brillanten verliehen. Letzterer erhielt dabei zugleich das nachſtehende ſehr gnädige Handſchreiben Sr. Majeſtät des Kaiſers: „Das jetzt zurückgelegte 50ſte Jahr Ihres unermüdlich thätigen und ſtets dem Throne und Vaterlande nützlichen Dienſtes, deſſen letzte 12 Jahre Sie dem ſchwierigen, jedoch zugleich heiligen und von ihnen vollkommen Unſeren Gefühlen entſprechend erfüllten Berufe der Erziehung der Unſerem Herzen theuren adeligen Jugend gewidmet haben, bringt Uns andere von Ihnen, ſowohl bei der erſten unter Ihrem Oberbefehl vollbrachten Reiſe eines ruſſiſchen Schiffes um die Welt, als auch durch Ihre gelehrten Leiſtungen im Fache der Hydrographie, erwieſenen wichtigen Dienſte in Erinnerung. Indem wir dieſe Veranlaſſung durch einen neuen Beweis Unſerer vollkommenen Erkenntlichkeit und Unſeres Wohlwollens für Ihren fortwährend eifrigen und ausgezeichneten Dienſt zu bezeichnen wünſchen, verleihen Wir Ihnen allergnädigſt die beifolgenden brillantenen Inſignien des St. Alexander-Newskyordens. Wir verbleiben Ihnen mit Unſerer kaiſerlichen Gnade auf immer wohlgewogen. St. Petersburg, den 21. Jänner (2. Februar) 1839. (Gez.) Nikolaus."

Schweden und Norwegen.

Am 9. Februar iſt der Storthing zu Chriſtiania von Sr. Majeſtät dem Könige mit folgender Rede eröffnet worden: „Gute Herren und norwegiſche Männer! Die Vorſehung hat Meine Wünſche erfüllt und Ich ſehe Mich zu Meiner Zufriedenheit in den Stand geſetzt, den jetzt verſammelten Storthing perſönlich eröffnen zu können. — An dieſe Befriedigung knüpft ſich diejenige, Euch einen auf Zahlen und Thatſachen begründeten Bericht über den Zuſtand des Reiches, der vollkommen unſere ſteigende Wohlfahrt ſchildert, vorlegen zu können. — Mit dem Ablauf dieſes Jahres wird ein Vierteljahrhundert ſeit Norwegens Wiedergeburt als ſelbſtſtändiges Reich verfloſſen ſeyn. Wie verſchieden von dem gegenwärtigen Augenblick war nicht der Zuſtand des Reiches vor 25 Jahren! Noch im Jahre 1815 erweckte die Lage der Finanzen,

des Handels und des Credits lebhafte Bekümmernisse bei den wahren und aufgeklärten Freunden des Vaterlandes. Seit jenem Zeitpuncte haben wir die meisten Quellen geöffnet, welche nun Wohlstand über das Reich verbreiten. — Dieses Vierteljahrhundert ist zureichend gewesen, Norwegens Volksmenge beinahe um die Hälfte zu vermehren, — seinen Handel zu beleben — die Industrie zu ermuntern — eine große Anzahl öffentlicher Institutionen zu begründen und zu befestigen — die ausländische Staatsschuld um zwei Drittheile zu vermindern, so daß sie im Jahre 1850 gänzlich beseitigt seyn wird. Zu dieser kurzen Schilderung kann noch hinzugefügt werden, daß der gegenwärtige disponible Ueberschuß der Staatscasse und die ausstehenden Forderungen den rückständigen Theil unserer ganzen Schuld vollkommen decken können. Dieses sind die guten Folgen des Friedens von Außen und der Ruhe im Innern. Bei der Auflösung des Storthings am 16. November 1822 äußerte Ich: „Ihr habt schreckliche Beispiele von Unglücksfällen gesehen, denen ein Staat ausgesetzt werden kann, dessen Repräsentation nicht durch Ueberzeugung und Streben nach Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung geleitet werde." Laßt uns hinfort dergleichen Zwistigkeiten entfernen, die eben so unheilbringend, als mit dem wahren Wohl der menschlichen Gesellschaft streitend sind. Die Betrachtung der Katastrophen, die in einem halben Jahrhunderte Europa erschüttet haben, muß uns zu dem Streben hinleiten, den beiden Völkern der nordischen Halbinsel das zu bewahren, was ihre Nationalität ausmacht, nämlich die Liebe zur Ordnung und die Achtung vor dem Gesetze, ohne welche die Sicherheit der Staaten, geschweige denn diejenige der Individuen, nicht bestehen kann. Jede Macht wird tyrannisch, sobald die, welche sie ausüben sollen, nicht den Gesetzen gehorchen, wodurch dieselbe beschränkt wird. Indem wir mit tiefer Empfindung die beschützende Hand anerkennen, die Norwegens Schicksale so segnend regiert hat, müssen wir uns vor des Allgütigen Thron mit innigem Danke beugen. Es war dieses Vertrauen zur Vorsehung, welches Mich bewog, die Gesetzgebung zu sanctioniren, die den Communen selbst es überläßt, ihre inneren Angelegenheiten wahrzunehmen. Die in dem Euch vorzulegenden Bericht über den Zustand des Reiches enthaltenen Thatsachen beweisen, daß die finanzielle Lage des Reiches uns nicht nur gestattet, uns mit mehreren auf das öffentliche Wohl hinzielenden Verbesserungen zu beschäftigen, ohne daß wir in dieser Hinsicht den Mangel an Mitteln dazu befürchten dürfen, sondern auch, daß wir sie ausführen können, ohne nöthig zu haben, wieder dem Lande und den Städten Schatzungen aufzuerlegen, welche des Reiches glücklicher Zustand vom 1. Juli 1836 an im Staatsbudget zu streichen erlaubte. Unsere Beziehungen zu den auswärtigen Mächten tragen fortwährend das Gepräge des guten Einverständnisses, welches uns seit der Vereinigung gestattet hat, unseren Handel und unsere Schifffahrt weiter auszubreiten. Aufrichtigkeit gegen alle Staaten — treue Freundschaft mit unseren Nachbarn — ein redlicher Wille, eingegangene Verbindlichkeiten zu erfüllen — der innige Wunsch, die Kriege der Völker beendigt, und Frieden und Ruhe herrschen zu sehen — dieses sind Gesinnungen, die wir Alle nähren müssen. Unser Ehrgeiz kann und muß diese von der Gerechtigkeit und Redlichkeit vorgeschriebenen Gränzen nicht überstreiten. Indem Ich nun in Uebereinstimmung mit §. 74 des Grundgesetzes den 9ten ordentlichen Storthing Norwegens als eröffnet erkläre, fordere Ich Euch, gute Herren und norwegische Männer, auf, Euch die Wichtigkeit des Euch von Euren Mitbürgern anvertrauten Berufs tief einzuprägen, nach welchem wir unsere Einsichten und unsere Erfahrung zum Heile des Vaterlandes vereinigen sollen. Mein Ruhm ist aufs genaueste mit dem Wohl des Reichs verbunden! Ja — hierauf beruht sowohl Euer als Mein Glück! Ich rufe den Allmächtigen an, daß er Eure Verhandlungen leite, und erneuere Euch, gute Herren und norwegische Männer, die Versicherung Meiner königlichen Gewogenheit." — Nachdem die Eröffnungsceremonie beendigt war, begab sich der Storthing in corpore nach dem königlichen Palaste, um S^r. Majestät seine Aufwartung zu machen, bei welcher Gelegenheit der Präsident, Sörenschreiber (Landrichter) Sörensen, eine Anrede hielt, aus welcher wir Folgendes anführen: „Möchte Ihre Gegenwart unter uns auch dazu beitragen, um die nach unserer Ueberzeugung durchaus unrichtige Meinung zu verbannen, die noch jetzt vom Bruderreiche sich verbreitet, daß nämlich unter uns noch Ueberreste von der unbrüderlichen Gesinnung einer jetzt fernen Zeit seien; wir würden uns dann aufrichtig über einen für die Wahrheit erfochtenen Triumph freuen, der für Ew. Majestät, als den hohen Stifter der Vereinigung, den Werth Ihres großen Werkes merklich vermehren müßte." Der König erwiederte diese Anrede sehr huldreich, indem er auch bemerkte, daß die beiden vereinten Völker nur in der Vergessenheit des Hasses und der Uneinigkeit von früherer Zeit und im treuen gegenseitigen Beistande, dauernde Selbstständigkeit finden könnten. Mittags war große Tafel bei S^r. Majestät, wozu sämmtliche Mitglieder des Storthings und mehrere der höheren Beamten eingeladen waren.

Frankreich.

H^r. Thiers hat nun an seine Wähler in seiner Geburtsstadt Aix eine Adresse erlassen, welche folgendermaaßen schließt: „Was mich betrifft, mag kommen, was da will, mag das Land in Irrthum gerathen und die Regierung ermächtigen, die schon begangenen Fehler noch zu erschweren, so werde doch ich nie wanken. Ich habe der Regierung gedient, ich bin bereit, ihr immer wieder zu dienen, wenn sie in Gefahr ist, nie aber werde ich ihr dienen in ihren Fehlern. Ich irre mich vielleicht, indem

ich ihre Handlungen Fehler nenne. Wenn ich mich aber irre, so geschieht es in gutem Glauben, denn ich kann nicht annehmen, daß die Politik von 1839 dieselbe, wie die von 1834 ist; denn die Politik, welche plötzlich und ohne Vorsichtsmaaßregel die Citadelle von Ancona räumt, ist nicht gleich der, welche sie besetzt hat; die Politik, die Antwerpen genommen, ist nicht gleich der, welche Belgien den Gefahren der Verzweiflung preisgibt; die Politik, welche den Quadrupelallianzvertrag unterzeichnete, ist nicht gleich der, welche der Königinn von Spanien sogar ein Schiff verweigerte; die Politik, welche blutige Aufstände unterdrückte, ist nicht gleich der, welche in tiefem Frieden auf Gesetze über die persönliche Freiheit sann; die Politik der Minister des 11. Octobers, welche, ohne an einer Mehrheit für sich im mindesten zu zweifeln, ihre Portefeuilles auf der Rednerbühne niederlegte, ist nicht die der Minister des 15. April, die, nachdem sie ihre Majorität verloren, hartnäckig binnen funfzehn Monaten zwei Kammern auflösen, um die Staatsgewalt sich zu bewahren. Ich für meine Person bin nur für eine Politik, die klug, aber auch national, gemäßigt, aber auch freisinnig ist. Im Jahre 1834 lästerten mich die Feinde der Regierung; jetzt übernehmen die Freunde derselben diese edle Rolle. Mögen sie es! Mein Leben ist die Antwort. Wenn ich so ehrgeizig wäre, durch Abtrünnigkeit von meinen Ueberzeugungen Minister werden zu wollen, ich wäre es. Wäre ich so ehrgeizig, Minister seyn zu wollen, während der Geist der Julirevolution vergessen ist, ich wäre es. Unter diesen Bedingungen aber mag ich es niemals seyn. Ich werde so lange, als es nöthig ist, einfacher Deputirter bleiben, wenn Ihre Stimmen mir diesen Titel wiederverleihen; glücklich in meiner bescheidenen Stellung, stolz auf die Dienste, die ich in Zeiten der Gefahr geleistet, stolz auf die, welche ich zu leisten verweigerte in Zeiten des Irrthums, entschädigt für alle Ungnade durch Ihre freie, standhafte Zustimmung. Ich bin innigst unserer Regierung ergeben, will aber lieber ihr mißfallen, als sie durch Nachgiebigkeit verrathen."

Am 18. Februar 5Percents 111 Fr. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 10. 3Percent 78 Fr. 70. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 65.

Teutschland.

Nachstehendes ist der vollständige Inhalt des in der Proclamation, betreffend die hannoversche Verfassungs-Angelegenheit, erwähnten Erlasses: „Königliches Schreiben. — Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc. Unsere Gnade, auch geneigten und gnädigen Willen zuvor, Durchlauchtig-Hochgeborner Fürst, Hoch- und Wohlgeborne, Edle und Veste, Würdige, Ehrenveste, Ehrbar- Hoch- und Wohlgelahrte, Ehrsam-Fürsichtige, Räthe, liebe Andächtige und Getreue! — Als wir am 20. Februar v. J. Unserer getreuen Ständeversammlung den Entwurf einer Verfassungsurkunde für das Königreich vorlegen ließen, geschah dieß in der Absicht, um dadurch den Beweis Unsers festen Willens zu geben, daß die von der göttlichen Vorsehung Uns anvertrauten geliebten Unterthanen nach dem Rechte, nach den Gesetzen regiert werden sollen. — Dieser Grundsatz wird unwandelbar jede Unserer Regierungshandlungen leiten. In ihm erkennen Wir die Gewähr für das Glück der Völker. — Wir haben gleichwohl zu keiner Zeit einen besondern Werth darauf gelegt, daß jeder einzelne Grundsatz des öffentlichen Rechts niedergeschrieben sei oder werde, zumal eine vollständige Durchführung einer solchen Absicht sich als unmöglich darstellt. — Dennoch trugen Wir kein Bedenken, die wesentlichsten Grundsätze dieses Rechts zusammenstellen, und sie Unserer getreuen allgemeinen Ständeversammlung zu einer freien Berathung vorlegen zu lassen, um im Wege einer vertragsmäßigen Uebereinkunft eine Urkunde zu errichten, welche die nach dem königlichen Patente vom 7. December 1819 bestehende Verfassung mit den für richtig erachteten besonderen Bestimmungen, Ergänzungen und einigen Abänderungen Jedermann vor Augen legen sollte. — Wir überließen Uns der Hoffnung, daß diese Unsere Absicht den Wünschen Unserer treuen Unterthanen entsprechen, und in der allgemeinen Ständeversammlung volle Anerkennung finden würde. — Wir glaubten auf diese Anerkennung um so gewisser rechnen zu dürfen, als Wir gern an der Ueberzeugung festhalten, daß die Liebe Unsers theuern Volkes, mit welcher es von jeher seinen rechtmäßigen Landesherrn angehangen hat, mit festem Vertrauen gegen uns verbunden sei und bleiben werde, und als daneben einem andern Grunde, welcher zu dem Vorlegen des Entwurfs einer Verfassungsurkunde großen Theils die Veranlassung gegeben, die gerechte Würdigung hätte zu Theil werden sollen. — Es hatte Uns nämlich nicht unbekannt bleiben können, daß die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes vom 26. September 1833 bei manchen Unserer getreuen Unterthanen Bedenken erregt hat, daß die Nothwendigkeit dieses Schritts nicht allgemein anerkannt, und daß die Wiedereinführung des Staatsgrundgesetzes für möglich, ja für wünschenswerth gehalten wurde. — Unserer landesväterlichen Absichten Uns bewußt, bekannt mit Unseren Pflichten, bekannt mit Unseren Rechten, hätten Wir schon damals, unbekümmert um die Ansichten dieses Theils Unserer Unterthanen, über Unsere wohlerwogenen Handlungen, dasjenige Verfahren wählen können, welches wir für angemessener erachtet haben würden, wenn Wir einen geringeren Werth darauf legten, möglichst die Wünsche aller Unserer getreuen Unterthanen zu berücksichtigen, indem Wir ungetheiltes Vertrauen und ungetheilte Liebe derselben für das höchste Ziel Unserer Wünsche halten. — Diese Betrachtung hat Uns bewogen, Unserer allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs einen Verfassungsentwurf zur Berathung vorlegen zu lassen, der diejenigen Grundsätze des öffentlichen Rechts enthielt, welche theils vor dem Erlasse des

Staatsgrundgesetzes allgemein als geltend angenommen, theils darin erst als Vorschrift aufgestellt, theils sonst für nothwendig, richtig und angemessen von Uns gehalten wurden. — Es konnte keinem Unterthan ein Zweifel, eine Besorgniß wegen der öffentlichen Verhältnisse bleiben, wenn es uns gelang, über diesen Entwurf eine vertragsmäßige Uebereinkunft mit Unserer getreuen allgemeinen Ständeversammlung nach völlig freier Berathung zu Stande gebracht zu sehen, zumal Unser innigst geliebter Kronprinz, welcher von Unserer Vorlage völlig unterrichtet war, Uns seiner Zustimmung versichert hatte. — Wir erwarteten eine besonnene Berathung Unserer Vorschläge, Wir erwarteten eine daraus hervorgehende Uebereinkunft zum Heil und Segen Unseres Landes. — Mit Bedauern haben Wir wahrnehmen müssen, daß Unsere wohlgemeinten Absichten nicht erkannt sind. — Wir sehen ab von den Schritten, welche vergeblich gegen Unsere Handlungen gerichtet gewesen sind, Wir beklagen die Wahl der Mittel, welche den Zweck hatten, Anhänger für die der Unsrigen entgegenstehenden Ansicht zu gewinnen, wie man dem biedern Bürger, dem braven Landmanne Gefahren für wohlerworbene Rechte, die Besorgniß eines rechtlosen Zustandes vorgespiegelt, wie man sich nicht entblodet hat, Uns der Herrscherwillkür, ja des Eigennutzes zu verdächtigen. — Solche Bestrebungen werden Uns nicht wankend machen. — Wir wenden Uns zurück zu dem Verfahren Unserer in jener Erwartung berufenen Ständeversammlung. — Die allgemeine Ständeversammlung hat in Beziehung auf den Verfassungsentwurf, welcher am 20. Februar v. J. ihr vorgelegt wurde, bis zum 29. Juni v. J., wo Wir zu ihrer Vertagung Uns veranlaßt finden mußten, nichts an Unsern Thron gelangen lassen. — Schon am 9. März v. J., als Uns diejenige Adresse übergeben wurde, welche in Folge Unserer Thronrede von der allgemeinen Ständeversammlung beschlossen war, äußerten wir den Wunsch einer baldigen Berathung dieses Entwurfs. — Als am 6. April v. J. auf die Gestattung einer Vertagung angetragen wurde, damit eine gemeinschaftliche Commission beider Kammern zur Prüfung des Entwurfs ununterbrochen arbeiten könne, hatte nur die erste Kammer mit der Berathung des Entwurfs selbst sich beschäftigt. — Wir sprachen hierauf sofort am folgenden Tage Unser gerechtes Bedauern über die Lage der Verhandlung aus und Wir erklärten Uns gegen jede Verzögerung in der Berathung des Entwurfs um so bestimmter, als sie auf die Ruhe und Wohlfahrt Unserer geliebten Unterthanen nur einen nachtheiligen Einfluß äußern konnte. Wir benutzten ferner die Gelegenheit, als eine Deputation am 11. Juni v. J. in Veranlassung Unserer ersten Geburtstagsfeier nach Unserer Thronbesteigung die Glückwünsche Unserer getreuen Ständeversammlung Uns darbrachte, und Wir dieselbe Unserer aufrichtigen Gesinnungen für das Wohl Unserer von der göttlichen Vorsehung Uns anvertrauten Unterthanen versicherten, daneben den Wunsch einer baldigen Beendigung jener Berathung mit dem Ernste auszusprechen, den die Wichtigkeit der Sache erforderte. — Unsere billigen Wünsche sind indeß unerfüllt geblieben und es ist notorisch, in welche Verirrung die zweite Kammer der allgemeinen Ständeversammlung bei ihren ferneren Berathungen gerathen ist. — Wir haben es für eine heilige Pflicht gehalten, wie oben bemerkt, auch die Wünsche eines Theils Unserer getreuen Unterthanen möglichst zu berücksichtigen, Wir werden dieß ferner thun, aber Wir können Uns niemals bewogen finden, durch solche Rücksichten das Wohl aller Unserer getreuen Unterthanen zu gefährden. — Uns ist die Wichtigkeit und die Vielseitigkeit derjenigen Bestimmungen hinlänglich bekannt, welche in dem Entwurfe der Verfassungsurkunde enthalten sind. Wir verkennen nicht, daß bei dem Streben nach einem gemeinsamen Ziele, dem Wohle des Ganzen, dennoch verschiedenartige Interessen verschiedene Ansichten über die Mittel zum Zwecke hervorrufen können, daß Erörterungen darüber, so wie die Vorschriften für die Form der Verhandlungen von zwei Kammern Zeit erfordern mußten, bevor eine Erklärung der allgemeinen Ständeversammlung über den vorliegenden Gegenstand an Uns gelangte. — Der lange Verzug war minder fühlbar, so lange der Glaube an ernsten Willen und die Hoffnung eines gedeihlichen Erfolges festgehalten werden durfte. — Nachdem aber, was vorgekommen ist und in Beachtung der mehrfach ausgesprochenen und gerechten Wünsche derjenigen Unserer geliebten Unterthanen, die mit ihrem Landesherrn das eigene und das Glück ihrer Mitunterthanen begründen und befördern wollen, halten Wir es für unvereinbar mit Unseren Herrscherpflichten, mit der Ruhe Unsers braven Volkes, länger ein Spiel getrieben zu sehen, ein Spiel, das in und außer den Ständeversammlungen oft Einzelne in ihre Hände zu bringen suchen und das nur zu leicht zu Zerwürfnissen und Unheil führen kann. Es liegt am Tage, daß die Ungewißheit wie die Fortdauer einer Verhandlung über den vorgelegten Entwurf der Verfassungsurkunde eine Spannung und eine Erwartung veranlaßt, deren möglichst baldige Beendigung jeder besonnene Unterthan auf das dringendste wünscht. — Unsere Schritte sind von allen Seiten wohlüberlegt und Unser Wille steht unerschütterlich fest. Wir wollen auf dem kürzesten Wege den Erwartungen entsprechen, welche man nach den offen von Uns dargelegten Ansichten zu hegen berechtigt ist. Wir wollen eine fernere Berathung des vorgelegten Entwurfs der Verfassungsurkunde nicht gestatten. Dieser Entschluß steht um so fester, als er der unbestrittenen Ansicht entspricht, daß Berathungen über Verfassungsurkunden nur dann zu einem gedeihlichen Ziele führen können, wenn nach den herrschenden Zeitumständen eine ruhige unparteiische Beurtheilung und Prüfung derselben zu erwarten ist. Wir nehmen daher Unsern deßfallsigen Antrag vom 18. Februar v. J., wie hiermit geschieht, zurück und Wir befehlen den Präsidenten Unserer beiden Kammern der allgemeinen Ständeversammlung, keinerlei Berathung des vorgelegten Entwurfes der Verfassungsurkunde zu gestatten. — Indem Wir aber zugleich die Propositionen machen wollen, welche durch die nothwendigen Aenderungen in einzelnen Verhältnissen hervorgerufen werden und — wie Wir es hoffen — den Rechten Unserer Landstände, wie dem Wohle Unserer getreuen Unterthanen entsprechen, halten Wir es für angemessen, Unsere Ansichten sowohl im Allgemeinen, als in Beziehung auf die besonderen Vorlagen möglichst klar und bestimmt auszusprechen."

(Fortsetzung folgt.)

Wien.

Am 25. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	106⅞.
detto detto	zu 4 pC.	in C.M.	100⅛.
detto detto	zu 3 pC.	in C.M.	80⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in C.M.	265.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in C.M.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in C.M.	678⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in C.M	——.
Bankactien pr. Stück			1486⅞ in C.M.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N°. 1108.

№ 58

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 27. Februar 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 25. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.201	27 11 5	+ 1.9	SW.	Nebel und Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.159	27 10 11	+ 2.0	NW.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.167	27 11 0	+ 1.1	NW.	Wolken.

Spanien.

Das Journal de Francfort theilt ein Schreiben seines Correspondenten in Barcelona vom 5. Februar mit, welches einige Details über die militärische Stellung beider Parteien enthält, die jetzt, wo die Operationen zu einem neuen Feldzuge vorbereitet werden, nicht ohne Interesse sind: „Die andalusischen Küstenstädte, wo der Handelsgeist und der englische Einfluß jeden monarchischen Gedanken ersticken, kommen hier nicht in Betracht; aber Alles, was in den Provinzen vom Süden bis zum Norden vorgeht, muß auch den befangensten Beobachter überzeugen, daß der unterdrückte Royalismus nur den günstigen Augenblick erwartet, um überall sein Banner zu erheben. In allen Provinzen, diesseits und jenseits Madrid bis an die Ebrolinie, die von den Christinischen Armeecorps besetzt sind, durchziehen Guerillas das Land, welche von den Bewohnern unterstützt, vor Ueberfällen gewarnt und mit allem Nothwendigen versehen werden. Sie streifen bis an die Thore der großen Städte, um sich Lebensmittel und Geld zu verschaffen. In Madrid selbst wartet ein großer Theil der Bevölkerung innerhalb der Ringmauern und sämmtliche Bewohner der Vorstädte, die man wohlweislich entwaffnet hat, nur die Annäherung und den Schutz einer Carlistischen Armee, um deren Operationen zu unterstützen. Die Bewohner von Alt- und Neucastilien, die, weil sie den kämpfenden Armeen näher, auch um so mehr unterdrückt sind, zeigen sich im Allgemeinen der Sache des Don Carlos ergeben, und sehen mit Ungeduld dem Augenblick entgegen, wo der Abmarsch der Armee aus Navarra ihnen gestattet, sich zu erklären. In der Provinz Valencia vermehrt Cabrera, ungeachtet der Entfernung der Corps von Forcadell und Llangostera, seine Streitkräfte mit jedem Tage und er ist bereits stark genug, um mehrere Tage lang, nur wenige Meilen von van Halen getrennt, seine Stellung behaupten zu können; während der letztere, der die Division von Ayerbe an sich ziehen konnte, es nicht wagte, ihn anzugreifen, oder ihn, als er sich nach einem andern Puncte hinzog, zu verfolgen. In Arragonien begnügen sich die „Pisanos" von Saragossa damit, Clubbs zu bilden, die Gefangenen im Innern der Stadt zu ermorden, und müssen, da es ihnen an Macht fehlt, es zu verhindern, ruhig zusehen, wie fortwährend, in der Entfernung von einer Meile, Menschen, Lebensmittel und Geld vorüberziehen, um sich in das Hauptquartier des Siegers von Morella zu begeben. Espartero mit seinen 30 Bataillons, auf den Flanken durch Pamplona und San Sebastian gedeckt, ist darauf beschränkt, seine Truppen nach den Puncten hinzuführen, die von den Carlisten bedroht werden, und seitdem er zweimal geschlagen worden, hält er sich in der Defensive. In Catalonien kämpft der Baron de Meer mit Hartnäckigkeit gegen die Anarchisten und gegen die Carlisten, die einen großen Theil der Provinz besetzt haben. Da er seine Regimenter schonen muß, weil er sie nicht recrutiren kann, indem die Aushebung fast gar keinen Erfolg gehabt hat, es ihm auch an Geld fehlt, so verläßt er nur in den dringendsten Fällen seine Stellung. Auch hat er gegen die Regierung selbst zu kämpfen, der zum Trotz er den General Buerens nach Tarragona verwiesen hat, da er weder einen Aufpasser, noch einen Anarchisten um sich haben wollte. Der Graf d'España nimmt dagegen seine Aushebungen wie im tiefsten Frieden vor, befestigt seine Stellungen, übt seine Truppen, vervollständigt sein Kriegsmaterial und bereitet sich vor, verstärkt durch eine Division, die in Arragonien gebildet wird, den Feldzug mit 15,000 Mann regulärer Truppen zu eröffnen, während 10,000 Somateurs seine Flanken decken."

Mexico.

Die Neworleans-Bee erzählt nach Blättern aus Tampico vom 2. Jänner, daß in dem Congreß von Mexico am 18. December der Entwurf eines Versöhnungsactes zwischen der Regierungspartei und den Föderalisten vorgelegt wurde. Derselbe enthält drei Artikel. In dem ersten ruft die Nation alle ihre Kinder zur Vertheidigung ihrer Unabhängigkeit und ihrer Ehre auf. Alle, welche von der Regierung sich getrennt haben und innerhalb eines bestimmten Zeitraums sich unterwerfen wollen, werden in den vollen Genuß ihrer Rechte und Würden wieder eingesetzt, ohne die geringste Verfolgung wegen ihres politischen Benehmens zu erdulden zu haben. In dem zweiten Artikel wird vorgeschlagen, alle politischen Prozesse zu suspendiren und die Eingekerkerten unverzüglich in Freiheit

zu ſetzen. Nach dem dritten werden alle, welche während der Dauer des Krieges mit Frankreich durch bewaffnete Erhebung oder durch die Preſſe die öffentliche Ruhe ſtören, als Verräther betrachtet und beſtraft werden. . . . .

„Die neueſte Nummer eines Blattes aus Tampico vom 5. Jänner meldet, daß in dem Congreß ſämmtliche Artikel des Verſöhnungsactes durchgegangen ſeien.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 15. Februar machte der Herzog von Wellington einen am Abend vorher von ihm angekündigten Antrag auf Vorlegung der Correſpondenz zwiſchen dem Colonialminiſter und Sir Francis Head. Der Graf von Aberdeen unterſtützte den Antrag und ſprach darüber, wie unzweckmäßig es ſei, daß die Miniſter, gegen alle Antecedenzien, dem Grafen Durham erlaubt hätten, ſeinen Bericht gedruckt vorzulegen. Dadurch fand ſich denn Lord Durham veranlaßt, ſeine früheren Aeußerungen in Bezug auf die Publicirung ſeines Berichtes zu wiederholen. Zugleich läugnete er jede Abſicht, als hätte er die Verwaltung des Sir Francis Head beſonderem Tadel unterwerfen wollen, und ergriff endlich die Gelegenheit, um nochmals die Dringlichkeit einer Beſchlußnahme in den canadiſchen Angelegenheiten dem Oberhauſe ans Herz zu legen. Als Beleg verlas er eine Stelle aus einem vom 10. Jänner d. J. datirten Briefe eines hochgeſtellten Mannes in Canada. „Wir ſind alle Soldaten,“ heißt es in demſelben, „und wir fürchten, daß wir bald kein Brot mehr haben werden, da es uns an Arbeitern fehlt. Iſt die brittiſche Regierung geſonnen, die canadiſchen Colonien zu behalten, ſo muß etwas geſchehen. Findet keine Veränderung zum Beſſeren Statt, ſo wird das Land bald ſeinen Werth ganz verloren haben. Was den Plan betrifft, die Ruhe durch ein ſtehendes Heer zu erhalten, ſo iſt das baarer Unſinn, auf die Länge läßt ſich das nicht durchführen. Gebt uns eine Verfaſſung durch das Parlament des Reiches, und der Aufſtand wird bald unterdrückt ſeyn.“ Nach einigen Debatten wurde die Vorlegung der verlangten Actenſtücke bewilligt, und das Haus vertagte ſich.

Das Unterhaus beſchäftigte ſich an dieſem Abend vornehmlich mit einer Motion des Hrn. Wynn, welcher darauf antrug, daß ein neues Wahlausſchreiben für Southwark erlaſſen werde, weil der Repräſentant desſelben, Hr. Harvey, die (ſeitdem jedoch wieder von ihm aufgegebene) Stelle eines Miethkutſchenregiſtrators für London angenommen habe. Es handelte ſich darum, nachzuweiſen, daß jenes Amt zu denen gehöre, welche als von der Krone abhängige Aemter den Inhaber zum Sitz im Parlamente disqualificiren, bevor er ſich einer neuen Wahl unterzogen hat. Hr. Wynn ſuchte dieſen Beweis zu führen, indem er ſich auf die verſchiedenen dahin einſchlagenden Parlamentsacten berief. Hr. Harvey ſelbſt weigerte ſich, irgend etwas gegen die Motion zu ſagen, und entfernte ſich aus dem Hauſe; er hat übrigens in dem Briefe an den Miniſter des Innern, in welchem er demſelben anzeigt, daß er ſein Amt niederlege, ſelbſt als Grund angegeben, daß daſſelbe mit ſeinem Sitze im Parlamente unvereinbar ſei. Nach längerer Discuſſion wurde auf den Antrag des Attorneygeneral ein beſonderer Ausſchuß zur Begutachtung der Sache niedergeſetzt. Dann war die zweite Verleſung der ſogenannten Affirmationsbill des Hrn. Hawes an der Tagesordnung, durch welche allen nicht gerichtlichen Eidesleiſtungen bloße Betheuerungen ſubſtituirt werden ſollen. Die zweite Verleſung wurde nach einiger Discuſſion genehmigt, doch erklärte Hr. Goulburn, daß er bei Gelegenheit der Berichterſtattung über dieſelbe eine Abſtimmung über das Princip der Bill veranlaſſen werde. Das Haus verwandelte ſich ſodann in einen Ausſchuß über die Bill in Betreff der Beſoldung der ſchottiſchen Richter, nachdem ein von den HH. Hume und Ellice unterſtützter Verſuch des Hrn. Gillon, die Verwerfung dieſer Bill, welche die Einführung der Gehalte der ſchottiſchen Richter bezweckt, mißlungen war. Das Amendement des Hrn. Gillon, die Bill erſt nach ſechs Monaten an den Ausſchuß zu verweiſen, wurde nämlich mit 56 gegen 27 Stimmen verworfen.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 12. Februar entwickelte Lord John Ruſſell die Pläne der Regierung hinſichtlich des Erziehungsweſens. „Es herrſcht bei uns,“ ſagte er, „bedeutender Mangel an Vorkehrungen zur Volkserziehung, beſonders für die ärmeren Claſſen. Viele erhalten nicht den geringſten Elementarunterricht, und noch mangelhafter, als der Quantität nach, iſt der Volksunterricht in der Qualität beſchaffen. Wir können fremden Regierungen, welche eine allgemeine Schulpflicht eingeführt haben, eben ſo wenig nachahmen, als den vereinigten Staaten von Nordamerika, wo Alles dem Einzelnen überlaſſen bleibt. Was den kürzlich in öffentlichen Verſammlungen entwickelten hochkirchlichen Erziehungsplan betrifft, nach welchem das Erziehungsweſen den Händen der hochkirchlichen Geiſtlichkeit anvertraut werden, und kein Unterrichtsſyſtem, das nicht unter Leitung der Geiſtlichkeit und in Einklang mit den Lehren und Grundſätzen der Hochkirche ſteht, Unterſtützung erhalten ſoll, ſo ſcheint es mir, daß durch die Beantragung eines ſolchen Planes in gegenwärtiger Zeit, ſo ſpät in der Geſchichte des Landes ein ſehr ernſtliches Hinderniß dem allgemeinen Volksunterrichte entgegengeſtellt würde. Es war allgemeiner, anerkannter ſtaatsrechtlicher Grundſatz ſeit der Revolution, beſonders aber ſeit der Thronbeſteigung des Hauſes Hannover, daß der Unterricht nicht bloß für die Hochkirche, ſondern für alle religiöſen Bekenntniſſe frei ſei, und dieſer Grundſatz wurde durch die Acten von 1828 und 1829 über die Emancipation der proteſtantiſchen Diſſenters und Katholiken noch weiter ausgeführt. Das beſte Verfahren iſt nach meiner Anſicht die Errichtung

eines Collegiums, durch welches die zu Gunsten des Volksunterrichts zu ergreifenden Maaßregeln reiflich erwogen und systematisch eingerichtet werden sollen. Dieses Collegium würde aus Leuten bestehen, welche bereits Diener der Krone sind und immer dem Parlamente für ihr Benehmen verantwortlich wären. Mein Vorschlag geht dahin, daß der Präsident des Geheimrathes und höchstens fünf Mitglieder desselben ein Collegium bilden sollen, das die Art zu prüfen hat, wie die Staatsbeiträge für das Unterrichtswesen, etwa 30,000 Pf. jährlich, verwendet werden sollen. Die zur Verfügung des Collegiums stehenden Mittel werden zuerst zur Errichtung einer Normalschule verwendet werden. Um diese Anstalt so vollkommen als möglich zu machen, sollen die Gegenstände der Erziehung seyn: 1) die religiöse, und 2) die sittliche Bildung, 3) die Gewöhnung an Arbeitsamkeit, 4) solche Kenntnisse, die für ein Gewerbe passen. Das bisherige Unterrichtssystem in den Schulen, dessen Gegenstände einzig Lesen und Schreiben und Etwas von den Elementen der Religion waren, beruhte auf einer falschen Voraussetzung. Es liegt viel Gewichtiges in des verstorbenen Cobbett Einwürfen gegen den Volksunterricht, dessen entschiedener Gegner derselbe war, daß er nämlich den Mann nicht befähige, besser seine Obliegenheiten zu erfüllen und sein Brot zu verdienen." — H^r. Wyse (Tochtermann Lucian Bonaparte's, katholisches Mitglied für Waterford) wünschte dem Lande Glück zu dem geschehenen Schritte und sprach die Ansicht aus, daß das System des gemischten Unterrichts, ohne Sonderung nach Confessionen (wie es in Irland eingeführt ist), das beste sei. — Sir R. Peel sprach für die Hochkirche dieselbe Unterrichtsfreiheit, wie für andere Confessionen, an. Nach seiner Ansicht ist es das beste und am meisten geeignet, um den Frieden unter den verschiedenen Confessionen aufrecht zu erhalten, wenn man es, wie bisher, den freiwilligen Bemühungen der verschiedenen Glaubensgenossen überläßt, ihre Kinder in ihrem Glauben zu erziehen. Schließlich erklärte er seine zuversichtliche Ueberzeugung, daß die Hochkirche jetzt zu dem Bewußtseyn ihrer Obliegenheiten erwacht sei. Lord John Russell erwiederte: „Mit so großem Vergnügen ich die neuerlich gemachten Aeußerungen und namentlich das Erwachen derer sehe, welche sicherlich lange geschlummert haben, so kann ich mich doch hinsichtlich der Art, wie der neu erwachte Eifer werde ausgeübt werden, der Besorgniß nicht entschlagen." Schließlich wurde der alljährlich wiederkehrende Antrag des H^rn. Brotherton, daß nach 12 Uhr Nachts kein Gegenstand mehr, welcher möglicherweise zu einer längeren Verhandlung führen könnte, vorgenommen werden solle, mit 26 gegen 19 Stimmen verworfen.

Die Commission, welche nach dem Vorschlag Lord J. Russels über die Staatsbeiträge für das Erziehungswesen verfügen soll, wird aus dem Präsidenten des Geheimraths, Marquis Lansdowne, dem Lord Geheimsiegelbewahrer, Lord Duncannon, dem Kanzler der Schatzkammer, H^rn. Spring-Rice, dem Staatssecretär des Innern, Lord J. Russell und dem Münzmeister H^rn. Labouchere bestehen.

Als Lord Morpeth am 14. Februar im Unterhause um die Erlaubniß zur Wiedereinbringung der irländischen Municipalbill nachsuchte, und zugleich eine kurze Uebersicht von den darin vorgenommenen Veränderungen gab, entspann sich zwar eine Debatte, die jedoch weniger diese Bill selbst zum Gegenstande hatte, als andere irländische Zustände und auch diese nur obenhin berührte. Bedeutende Redner nahmen, außer H^rn. Shaw, dem bekannten Toryistischen Recorder von Dublin, und Lord John Russell, nicht daran Theil, letzterer bloß deßhalb, um eine von ersterem geäußerte Besorgniß, daß auch das neue irländische Armengesetz von der katholischen Geistlichkeit bereits zur Forderung ihrer Zwecke und zu politischen Umtrieben benutzt werde, zu beschwichtigen. Da nämlich, dem jetzigen ministeriellen Plane zufolge, nach drei Jahren in Irland ein Jeder das städtische Wahlrecht erhalten soll, der während dieser drei Jahre überhaupt mit einer Armensteuer belegt worden, und da diese Steuern von den Armenvorstehern, die das Volk zu wählen hat, ausgeschrieben werden, so machte H^r. Shaw darauf aufmerksam, daß in einer kürzlich zu Limerick gehaltenen politischen Versammlung, in der es sich um die Wahl von Armenvorstehern gehandelt, ein katholischer Geistlicher den Vorsitz geführt, und daß sich auf der schließlich daselbst angenommenen Vorsteherliste, die zuvor allen Geistlichen der Umgegend zur Begutachtung vorgelegt worden, nur ein einziger Protestant und neunzehn Katholiken befunden hätten. Hieraus könne man sehen, meinte H^r. Shaw, welcher Einfluß auch bei den Municipalwahlen überwiegen würde, wenn die Vorschläge der Minister durchgingen. Von Seiten des Ministers des Innern wurde ihm indeß entgegnet, daß allerdings zu Limerick die Wahl der Armenvorsteher zu einem politischen Parteikampfe benutzt worden, daß aber in einer andern irländischen Stadt das Resultat dieser Wahlen für beide Parteien ganz gleich ausgefallen und aller religioser Unterschied dabei in den Hintergrund getreten sei, und dieß Beispiel, hoffte der Minister, werde an den meisten andern Orten befolgt werden, nicht das erstere. Auch andere Mitglieder sprachen diese Hoffnung aus und glaubten, daß man nichts weiter nöthig habe, als Irland in politischer Hinsicht auf ganz gleichen Fuß mit England zu stellen, um es zu beruhigen, um es von übertriebenen Forderungen abzubringen und um die religiösen Parteiungen daselbst verschwinden zu machen. Dem von H^rn. Shaw angeführten Falle von katholischer Präponderanz wurde übrigens von Seiten eines irländischen Mitgliedes entgegengestellt, daß die bischöfliche Kirche in dieser Beziehung mit keinem guten Beispiele vorangegangen, denn obgleich in Irland schon seit funfzig Jahren die Katholiken zur Theilnahme an der städtischen Verwaltung berechtigt seien, habe doch in diesem ganzen Zeitraum die Dubliner Corporation auch nicht einen einzigen Katholiken unter ihren Mitgliedern gezählt. Die Tories erwiederten hierauf, es sei jener Corporation nicht zu verdenken, wenn sie sich vor dem Einflusse einer Partei zu bewahren gesucht habe, die stets, so wie man ihr den kleinen Finger reiche, die ganze Hand an sich zu reißen bemüht sei, und die, so sehr sie auch ihre Zwecke bemäntele, doch mit allen ihren Forderungen nur auf den Umsturz der protestantischen Kirche in Irland ziele. Es wurde bei dieser Gelegenheit auch der neuen Umtriebe

O'Connell's gedacht, der Organisirung des Vorläufervereins und der auf gänzliche Abschaffung des Zehnten, allgemeines Stimmrecht, Vermehrung der irländischen Parlamentsrepräsentanten und andere Radicalreformen gerichteten Agitation. Außer der schon erwähnten Hauptveränderung, welche das Ministerium mit der vorjährigen Municipalreform vorgenommen, sind noch einige andere Puncte darin geändert, namentlich der über die Sheriffswahl und über die Bedingungen, unter welchen den kleineren Städten, die noch nicht in die Maaßregel eingeschlossen sind und wo fürs erste die städtische Verwaltung an Regierungscommissarien übergehen soll, eine Municipalverfassung verliehen werden dürfte. Aber auch in diesen Puncten sind die Aenderungen nicht von der Art, daß daraus ein Nachgeben zu Gunsten der Ansichten der Opposition und zur Beseitigung des Widerstandes, den die Maaßregel bisher im Oberhause gefunden, zu ersehen wäre. Nächst der Municipalbill will übrigens das Ministerium dem Parlamente auch eine Maaßregel zur Verbesserung des im vorigen Jahre angenommenen irländischen Armengesetzes vorlegen, in welchem die Erfahrung bereits mehrere Mängel dargethan hat.

O'Connell hat der Precursorgesellschaft in Dublin angezeigt, daß er während der Parlamentssession alle 14 Tage einmal nach Dublin zu kommen beabsichtige, um einer Versammlung der Gesellschaft beizuwohnen. Die erste Expedition dieser Art wollte der Agitator am 15. Februar unternehmen, gedachte aber noch zeitig zurückzukehren, um am 19. Abends im Unterhause der zu erwartenden Debatte über die Korngesetze beiwohnen zu können.

Der Oxford-Chronicle zufolge hätte ein Mechaniker dieser Stadt, Hr. William Dupe, ein Ersatzmittel für den Dampf als bewegende Kraft bei Wägen und Schiffen entdeckt. „Die Erfindung," sagt das Blatt, „ist eine sehr einfache, das Agens ist comprimirte Luft. Man berechnet, daß sie, im Vergleich mit dem Dampf, um zwei Drittel weniger Kosten verursachen, auch weniger Raum erfordern werde, als eine Dampfmaschine. Ein Modell der Erfindung ist mehreren sachverständigen Männern der Universität und der Stadt vorgezeigt worden, die ihren entschiedenen Beifall ausgedrückt haben." Die Allgemeine Zeitung bemerkt, von solchen Erfindungen habe man seit einiger Zeit so viel zu lesen bekommen, daß man wohl mißtrauisch seyn dürfe, zumal wenn der Erfinder Dupe heißt.

Die Getreidepreise fallen jetzt sehr rasch wieder. Der Durchschnittspreis während der letzten Woche bis 14. Februar war 74 Sh. 1 Pee. und für die letzten sechs Wochen 78 Sh. 11 Pee. Indeß ist zu bemerken, daß der Markt durch die Masse von Weizen geringer Qualität gedrückt wird und Weizen bester Sorte nicht unter 80 Sh. zu haben ist.

Consols am 16. Februar 92¼, ⅜.

Frankreich.

Eine königliche Ordonnanz vom 14. Februar ernennt den Schiffscapitän Hr. Caffy zum Contreadmiral an die Stelle des zum Viceadmiral ernannten Hrn. Baudin.

Die Ernennung des Generallieutenants Voirol nach dem Straßburger Vorfalle zum Pair von Frankreich mußte bisher unwirksam bleiben, weil der General noch nicht in Frankreich naturalisirt war. Diese Formalität ist jetzt erfüllt, und der General durch eine Ordonnanz vom 31. Jänner zum Mitglied der Pairskammer ernannt.

Der bekannte Deputirte und Schriftsteller Hr. de Cormenin hat so eben über die innern Zeitfragen in Frankreich eine Broschüre unter dem Titel: „Der Stand der Frage," herausgegeben. Er untersucht darin die constitutionnelle Stellung des Königs nach der Charte, und entscheidet sich schließlich gegen die sogenannte persönliche Regierung des Königs.

Die Direction der Eisenbahn von Paris nach Orleans macht ihren Actionärs bekannt, daß sie, in Erwartung einer günstigen Entscheidung auf ihre bei der Regierung gestellten Anträge, bereits für den Bau der ersten Section (von Paris nach Corbeil) das Nöthige vorbereitet habe, so daß diese Section im Laufe des Jahres beendigt, und im Frühjahr 1840 in Betrieb gesetzt werden kann. Die Kosten zu 10 Millionen Franken sollen theils von den, nach Abzug der Caution von 2 Millionen noch verbleibenden 8 Millionen der ersten, theils von der am 10. März fälligen zweiten Einzahlung bestritten werden.

Die neueste in Frankreich angekommene Post aus Algier bringt über Abd-el-Kader keine Sylbe. Es scheint, daß dieser immer noch in der Sahara verweilt, und die Verbindung der Küstenstädte mit dem Innern der Provinz Oran in Folge der regnerischen Jahreszeit fast ganz unterbrochen ist. Der Toulonnais schreibt aus Algier vom 9. Jänner: „Oberst Duvivier, Commandant der westlichen Lager, habe am 5. endlich von der Stadt Belida Besitz genommen. Bisher waren die französischen Truppen nur in der Nähe Belida's gelagert, der Eintritt in die Stadt war ihnen streng untersagt. Die plötzliche Occupation setzte die Einwohner in solche Bestürzung, daß sie sich eben anschickten, in Masse auszuwandern, als ein Befehl Duviviers den Weibern verbot, die Thore zu überschreiten. Man wollte dadurch denjenigen Auswanderungen, die nur im Schrecken des ersten Augenblicks beschlossen worden, vorbeugen. Die Bevölkerung Coleahs, „der heiligen Stadt," ist fast ganz emigrirt. Neuangekommene teutsche Auswanderer, denen man Ländereien angewiesen, waren im Begriffe, in die verlassenen Wohnungen Coleahs einzuziehen. — Constantine bevölkert sich immer mehr mit Europäern und der Handel nimmt dort einen bedeutenden Aufschwung. Große Waarenmagazine haben schon einen Theil der baufälligen maurischen Buden verdrängt. Ein Lesecabinet war dort eröffnet und zahlreich besucht. Man arbeitete an der Einrichtung einer Kirche und eines Theaters."

Die Pariser Journale vom 19. Februar sind gestern nicht in Wien eingetroffen.

Belgien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Brüssel vom 16. Februar: „Das Ministerium wird den Kammern am 19. einen Gesetzentwurf vorlegen, die Regierung zur Annahme der letzten Conferenzvorschläge zu ermächtigen. Dieser

Entwurf soll zur Prüfung der Sectionen überwiesen werden, wovon dann jede einen Commissär ernennen wird. Diese sechs Commissarien bilden die Centralsection, wovon der Präsident der Kammer von Rechtswegen einen Theil ausmacht. Diese Centralsection legt ihre Arbeit durch das Organ eines Berichterstatters vor, der die besondere Ansicht einer jeden Section resumirt. Es ist sonach nicht wahrscheinlich, daß sich die Erörterung der Repräsentantenkammer vor dem 25. Februar eröffnet, und vor dem 28. zu Ende geht. Wenn der Entwurf angenommen ist, so wird er an den Senat geschickt, der ihn unter denselben Formen prüft, worauf er dann von dem Könige sanctionirt und in den Moniteur eingerückt wird. Die Majorität für die Annahme ist, meiner Ansicht nach, in der Repräsentantenkammer nicht zweifelhaft. Deputirte und Personen, welche die verschiedenen Meinungen der Repräsentanten kennen, versichern, daß die Zahl der friedlich gesinnten Repräsentanten, welche die Grundlagen der Conferenzbeschlüsse annehmen wollen, wenigstens 59 beträgt, ohne die ungewissen zu rechnen, deren Meinung doch vorzugsweise dem Frieden zugeneigt ist. Die Kammer besteht aus 102 Mitgliedern, es ist aber wegen Krankheit und anderer Abhaltungen nicht wahrscheinlich, daß mehr als 90 erscheinen. Die Regierung hätte also schon jetzt eine Majorität, die im Senate noch stärker seyn wird. Inmitten der industriellen Krise, welche dieser Zustand der Dinge veranlaßt, wollte die Regierung durch den Moniteur erklären lassen, sie habe die Absicht, den Kammern die Annahme der Conferenzbeschlüsse vorzuschlagen, man hat sich aber nach reifer Ueberlegung dahin entschieden, bis zum 19. zu warten."

In einem Schreiben aus Löwen vom 14. Februar heißt es: „Ich bin durch einen großen Theil Belgiens gereist, und ich kann auf mein Gewissen sagen, daß ich nirgens, selbst nicht in den abzutretenden Theilen von Luxemburg und Limburg jenen kriegerischen Enthusiasmus, jene an Wahnsinn gränzende Trunkenheit, wie sich kürzlich die Emancipation ausdrückte, gefunden habe. Mit Ausnahme einer kleinen Zahl unbesonnener jungen Leute und jener Revolutionnäre von Profession, die nur dahin trachten, Belgien der Anarchie preiszugeben, oder durch das Ausland getheilt zu sehen, legt das Volk überall den lebhaftesten Wunsch an Tag, daß ein schneller Friede der beklagenswerthen Krisis, worin sich das Land jetzt befindet, ein Ende machen möge. Man frage die ersten Besten, und unter 20 Personen werden gewiß 15 und mehr noch diesen Wunsch ausdrücken, weil jeder Verständige, jeder Belgier, der sein Vaterland liebt, überzeugt ist, daß der Krieg bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge der Ruin Belgiens seyn würde, dessen Interessen durch die kriegerischen Demonstrationen der Kammern, durch die wüthenden Declamationen einiger vielleicht den Feinden des Landes verkauften Journale und durch die Schwäche und die wenige Energie der Regierung schon so ernstlich gefährdet worden sind."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 19. Februar meldet: „S^r. Majestät der König geruhten, am heutigen Tage den mittelst königlicher Cabinetsverordnung vom 21. Jänner d. J. ernannten Staatsrath, im Beiseyn S^r. königl. Hoheit des Kronprinzen, im Coursaale des königlichen Residenzschlosses zu eröffnen. — S^r. Durchlaucht der Prinz Bernhard zu Solms-Braunfels ward als Präsident eingeführt, und hierauf von S^r. Majestät die nachstehende Rede gehalten: „Ich fühle Mich glücklich, daß sie Zeit herbeigekommen ist, um den Staatsrath versammeln zu können. Ein Wunsch, den Ich lange gehegt habe, und den Ich längst erfüllt hätte, wenn es Mir früher möglich gewesen wäre. Sie werden aber selbst einsehen, daß zu viele bedeutende, höchst wichtige Angelegenheiten Mich beschäftigt haben, als daß es bisher in Meiner Macht gestanden hätte. — Ich habe Mich bestrebt, höchst ehrenhafte und talentvolle Männer auszuwählen, die, wie Ich, nur einen Wunsch haben können: die Wohlfahrt und das Glück des Landes. Ich bin überzeugt, daß Sie alle, der Eine wie der Andere, von diesem Gefühle erfüllt sind, und Ich rechne auf Ihren redlichen Eifer. — Meine politischen Gesinnungen sind bekannt, und es liegt Mir wahrhaft am Herzen, daß alle Classen Meiner treuen Unterthanen sich überzeugen mögen, daß, so beharrlich Ich einerseits die wahren monarchischen Grundsätze und die Rechte der Souverainetät aufrecht erhalte, Ich doch nie die Rechte Anderer beeinträchtigten will, und daß Niemand aufrichtiger Alles haßt, was nur irgend an Despotismus gränzt. Alles was Ich verlange, ist Ordnung und ein geregeltes Verfahren, ohne welche keine Regierung bestehen kann. — Sie kennen nun die Grundsätze, nach denen, wie Ich mit Zuversicht erwarte, der Staatsrath handeln wird, und da Ich Männer aus allen Ständen und aus den verschiedensten Geschäftskreisen gewählt habe, so verlasse Ich Mich darauf, daß Sie alle Fälle, die Ihnen zur Prüfung und zur Beurtheilung vorgelegt werden, ernstlich, reiflich und leidenschaftslos erwägen, und ohne Parteirücksichten Mir ehrlich und offen Ihre Meinung sagen werden, nie vergessend, daß Meine Absicht ist, Alles zu thun, was in Meiner Gewalt steht, um das Glück und die Wohlfahrt des Volkes zu vermehren, welches Mir als Herrscher anzuvertrauen dem Allmächtigen gefallen hat."

Nachstehendes ist der weitere Verfolg des in der Proclamation, betreffend die hannoversche Verfassungs-Angelegenheit, erwähnten Erlasses: „Zuvörderst wiederholen Wir ausdrücklich, daß Wir durchaus keinen Zweifel darüber zulassen können, daß eine andere Verfassung in Unserm Königreiche rechtlich bestehe, als diejenige, welche in dem königlichen Patente vom

7. December 1819 ihren wesentlichen Grund hat. — Nachdem die verschiedenen Provinzen Unsers Königreichs in ein Ganzes vereinigt, nachdem das Finanz- und Schuldenwesen, welches in mehrfachen Beziehungen getrennt verwaltet wurde, ebenfalls auf eine jener Vereinigung der Provinzen entsprechende Weise zusammengelegt war, und nachdem mit einer unter den gegebenen Verhältnissen nothwendig gewordenen provisorischen Ständeversammlung der Grundsatz berathen und festgestellt worden, daß alle Gegenstände, welche das Königreich allgemein betreffen und verfassungsmäßig einer ständischen Berathung unterliegen, mit der allgemeinen Ständeversammlung zu berathen seien, war es an der Zeit, eine definitiv zusammenzusetzende allgemeine Ständeversammlung anzuordnen. — Es erfolgte zu dem Ende das königliche Patent vom 7. December 1819, welches die Verfassung, Einrichtung und Befugnisse der allgemeinen Ständeversammlung feststellte. — Die auf solche Weise entstandene Verfassung des Königreichs gehört zu denen, welchen die Wiener Schlußacte vom Jahre 1820 im §. 56 die Gewähr gab, daß sie nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden können. — Mit Ausnahme einiger geringen bis zu dem 26. September 1833 eingetretenen Modificationen ist dieß zu keiner Zeit geschehen. — Nachdem Wir der durch Unser Patent vom 1. November 1837 ausgesprochenen Ansicht zufolge die allgemeine Ständeversammlung nach dem königlichen Patente vom 7. December 1819 berufen hatten, erschienen die persönlich Berechtigten, und die Deputirten beider Kammern in der gesetzlichen Anzahl, so daß der Eröffnung des Landtages, der nach dem Reglement vom 14. December 1819 vorgeschriebenen Beeidigung der Mitglieder der allgemeinen Ständeversammlung und der ordnungsmäßigen Constituirung beider Kammern kein Hinderniß entgegentrat. — Die allgemeine Ständeversammlung ließ als erste Erklärung, welche Wir von Unseren getreuen Unterthanen auf diesem Wege erhielten, Uns diejenige Adresse überreichen, welche als Erwiederung auf Unsere Thronrede am 9. März v. J. in Unsere Hände gelangte. Sie bezeugte darin ausdrücklich, daß ihnen, den nach dem Patente vom 7. December 1819 versammelten Ständen, das unschätzbare Vorrecht zu Theil geworden sei, zuerst als Organ des ganzen Landes die Gesinnungen Unserer getreuen Unterthanen auszusprechen. — Es wurde von diesen Kammern reglementsmäßig berathen und beschlossen und als gemeinsame Beschlüsse gelangten diejenigen Vorträge dieser allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs an Unsern Thron, welche Wir bis zum 28. Juni v. J. auf dem verfassungsmäßigen Wege erhalten haben, und welche mit Ausnahme eines Gesuches vom 16. März v. J. in den Actenstücken der allgemeinen Ständeversammlung Unsers Königreichs durch den Druck bekannt gemacht sind. — Welche Zweifel auch über die Richtigkeit Unserer Ansicht über die rechtsverbindliche Kraft des sogenannten Staatsgrundgesetzes als einer für Uns, Unsere Nachfolger und für Unsere getreuen Unterthanen geltenden Verfassungsurkunde hin und wieder obgewaltet haben mögen, so viel ist gewiß, daß Unsererseits eben so offen die Nichtgültigkeit desselben und das alleinige Anerkenntniß der bestehenden Landesverfassung nach dem königlichen Patente vom 7. December 1819 ausgesprochen ist, als auch auf der andern Seite die Wahlcorporationen, so wie die persönlich Berechtigten in einer solchen Mehrzahl Unserer Berufung zu einem allgemeinen Landtage nach diesem Patente Folge geleistet haben, daß dieser Landtag, wie bemerkt, eröffnet ist und als solcher gehandelt hat, wie nur eine allgemeine Ständeversammlung Unsers Königreichs verfahren kann, sei es in der Berathung und Erwiederung auf Gesetzentwürfe, sei es in der Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Mittel. — Ist aber auf solche Weise Unsere Meinung und Unser danach gewähltes Verfahren auch von der andern Seite einmal anerkannt, so steht eine Uebereinkunft rechtlich darüber fest, daß die Verfassung Unsers Königreichs, welche nach Maaßgabe des königlichen Patentes von 1819 in den wichtigsten Puncten normirt ist, welche bis 1833 in anerkannter Wirksamkeit stand, deren Unterbrechung als bundesgesetzwidrig für ihren Fortbestand ohne Wirkung bleiben mußte, und die nunmehr wieder in anerkannte Wirksamkeit getreten ist, die allein gültig bestehende sei. Auch in Zukunft kann sie nach Maaßgabe des §. 56 der Wiener Schlußacte vom Jahre 1820 auf keinem andern als dem verfassungsmäßigen Wege Abänderungen erleiden. — Wir werden nun zwar jederzeit sachgemäße wohlthätige Abänderungen oder Zusätze in einzelnen Puncten sorgfältig in Erwägung ziehen; einstweilen aber beschränken Wir Uns auf diejenigen Gegenstände, welche nothwendig einer Bestimmung bedürfen."

(Fortsetzung folgt.)

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 18. Februar d. J. dem Hofrathe der allgemeinen Hofkammer, Anton Freiherrn von Münch-Bellinghausen, die Annahme und das Tragen des ihm von Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge von Hessen verliehenen Commandeurkreuzes zweiter Classe des Ludwigordens zu gestatten geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mittelst allerhöchsteigenhändig unterzeichneten Diploms den k. k. Hofrath und General-Polizeidirector zu Mailand, dann Inhaber des Ordens der eisernen Krone zweiter Classe, Carl Justus Torresani von Lanzenfeld, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Prädicate „di Campo nero" allergnädigst zu erheben geruht.

Am 26. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	106 11/12
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	100 1/4
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	80 17/12
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	263.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	157 1/2
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	678 17/12
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	65 1/2
Bankactien pr. Stück		1486 1/4	in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 59

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 28. Februar 1839.

W 1·E· ZEITUNG 1839

Mitterologische Beobachtungen vom 26. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.225	273. 11L. 9p.	+ 1.6	WNW. schwach.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.273	28 0 4	+ 3.1	NW. mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.362	28 1 5	+ 0.8	NW. ziemlich stark.	Wolken.

Spanien.

Briefe aus Bayonne vom 14. Februar melden: „Don Carlos befand sich am 11. fortwährend in Bergara, sollte aber am folgenden Tage nach Oñate abgehen. Die Truppen, welche Don Carlos am 10. bei Bergara gemustert hatte, 4500 Mann an der Zahl, sind nach der Musterung nach Tolosa aufgebrochen, wo Maroto am 12. eintreffen sollte. Die aus Guipuzcoa einberufenen biscayischen Bataillons sollen dort zu ihm stoßen; über die Pläne des Carlistischen Generals ist nichts bekannt. — Es geht das Gerücht, Muñagorri sei von seinen meuterischen Soldaten verhaftet und abgesetzt worden; man habe ihm eine Frist zur Zahlung des rückständigen Soldes gesetzt; findet er bis dahin kein Geld, so soll der Unglückliche erschossen werden; so lauten wenigstens die in Umlauf befindlichen Gerüchte."

Die Madrider Journale vom 13. Februar sprechen von einem Gefechte, welches die Christinos, die aus Castellon (Königreich Valencia) ausgerückt waren, um einen Convoi nach Lucena zu escortiren, gegen Cabrera's Truppen bestehen mußten; der Convoi soll glücklich seine Bestimmung erreicht haben; auch bei Utiel (in der Provinz Cuenca) hat ein Gefecht zwischen den Carlisten und den Christinos Statt gefunden.

Einem Schreiben aus Logroño vom 12. Februar (im Commerce) zufolge war Espartero mit 8000 Mann von Haro in der Richtung nach Vitoria aufgebrochen. Man glaubte, er wolle die Carlisten bei Tolosa angreifen, während Buerens und Castañeda eine Diversion auf der linken Flanke gegen Balmaseda unternehmen sollen. — Die Carlistischen Truppen des Garcia und Guibelalde sind von Cirauqui aufgebrochen, um zu Maroto zu stoßen, welcher Espartero's Pläne zu vereiteln sucht.

Großbritannien und Irland.

Der Herzog von Palmella war am 16. Februar Morgens von Paris in London eingetroffen, und noch am selben Abend nach Falmouth abgereist, um sich daselbst nach Lissabon einzuschiffen.

Von den Gegenständen, die an den letzten Abenden im Parlamente zur Sprache gekommen, gab besonders der Antrag Lord Mahon's, daß die Entscheidung über streitige Wahlen dem Unterhause entzogen und einem andern Tribunale übergeben werden sollte, weil die Parteien des Hauses in ihrer eigenen Sache unmöglich unparteiische Richter seyn könnten, zu einer ausführlichen Debatte Anlaß, die aber in ihren Details für das Ausland von wenig Interesse ist, zumal da dieser Gegenstand schon in der vorigen Session sehr weitläuftig durchgesprochen worden. Lord Mahon drang auch dießmal mit seiner Motion nicht durch; der größere Theil der Mitglieder, unter ihnen namentlich auch Sir R. Peel, obgleich der Antragsteller zur conservativen Partei gehört, war demselben entgegen, weil man die Ehre des Hauses dadurch gekränkt fand. So wurde denn der Antrag mit 177 gegen 63 Stimmen verworfen, und Sir R. Peel erhielt dagegen die Erlaubniß, eine Bill zur Verbesserung der jetzigen Entscheidungsweise streitiger Wahlen einbringen zu dürfen, indem derselbe sich anheischig machte, einen Plan vorzuschlagen, der diese Gerichtsbarkeit dem Hause nicht entziehen, und doch Unparteilichkeit der Entscheidungen sichern würde, welches letztere jedoch von der ministeriellen Presse sehr bezweifelt wird. Uebrigens ist aus dieser Angelegenheit keine Parteifrage gemacht worden.

Die irischen Grundbesitzer sehen eben so sehr, wie die englischen, ihr Interesse durch den Antrag auf Abschaffung der Korngesetze gefährdet. O'Connell wird zwar im Parlamente für diesen Antrag stimmen, hat es aber seinen Anhängern freigestellt, auf welche Seite sie sich halten wollen. Wirklich hat sich auch eine Anzahl sonst entschieden freisinniger Gutsbesitzer in dieser Frage dem englischen Tory-Adel angeschlossen. An den Hochsheriff der Grafschaft Galway ist ein von dem katholischen Erzbischof von Tuam, mehreren Parlamentsmitgliedern und andern meist zur liberalen Partei gehörigen Männern unterzeichnetes Gesuch ergangen, daß er, weil das Wohl Irlands von dem Wohlergehen der Landwirthe abhänge, eine Versammlung einberufe, in welcher eine Bittschrift gegen die Abschaffung der Korngesetze abgefaßt werden soll. Der Hochsheriff hat die Versammlung bereits nach Loughrea ausgeschrieben. Die liberale Dublin-Post, welche sonst für die Aufhebung der Korngesetze sprach, sah sich neuerdings durch die Gewalt der öffentlichen Meinung genöthigt, ihrem Eifer eine andere Richtung zu geben.

Den neuesten Nachrichten aus London vom 19. Februar (die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) zufolge war Lord Broughams Motion, die Delegirten der Vereine gegen die Korngesetze vor den Schranken des Hauses zu vernehmen, am 18. vom Oberhause ohne Abstimmung verworfen worden. — In der Sitzung des Unterhauses vom 19. machte Hr. Villiers eine ähnliche Motion, über deren Schicksal bei Abgang des Kuriers noch nichts bekannt war.

Consols am 18. und 19. Februar 92¼ ⅞.

Frankreich.

Eine königliche Ordonnanz vom 18. Februar ernennt den Baron Méchin, Staatsrath und vormaligen Präfecten des Nord-Departements, an Hrn. Persil's Stelle, zum Präsidenten der Commission der Münzen und Medaillen.

Der Courrier de la Guadeloupe vom 15. Jänner enthält Nachrichten über ein Erdbeben, das auf der westindischen Insel Martinique großen Schaden verursachte. Am 11., um 6¼ Uhr Morgens, wurde

in St. Pierre ein heftiger Erdstoß verspürt, welcher mehrere Minuten dauerte; alle Häuser wankten, und 20 stürzten ein; es kam jedoch Niemand um. Fort Royal wurde weit heftiger heimgesucht; alle steinernen Häuser stürzten in Trümmer; darunter das Hospital, unter dessen Einsturz eine große Anzahl Kranker umkam. Im Ganzen hatte man 7 bis 800 (nach Andern bloß 4 bis 500) Leichname gefunden, welche auf den Savannen öffentlich ausgestellt wurden. Das Dorf Case Pilote zwischen Fort Royal und St. Pierre wurde gänzlich zerstört. Der Gouverneur hat die Einfuhr von Getreide, gesalzenem Fleisch und Baustoffen auf den Schiffen aller Nationen gestattet.— Noch eine andere Heimsuchung droht der Insel: ein Sclavenaufstand, zu welchem die Freigebung der Schwarzen im englischen Westindien einen mächtigen Reiz bildet. Der Gouverneur hat sich genöthigt gesehen, die Festnehmung aller Unruhestifter anzuordnen, welche die Insel durchziehen, um die Schwarzen zur Empörung aufzureizen.

Der Moniteur vom 21. Februar, welchen wir, nebst den Pariser Journalen vom 20. gedachten Monats, durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, enthält eine königliche Ordonnanz vom vorhergehenden Tage, kraft deren dem Marine- und Colonialminister; auf einen von ihm über die schrecklichen Unglücksfälle auf Martinique erstatteten Bericht, ein außerordentlicher Credit von zwei Millionen zweimal hunderttausend Franken zur Ausbesserung des an den Militärgebäuden auf der Insel angerichteten Schadens (500,000 Fr.), für die Ausgaben des innern Dienstes (900,000 Fr.), und zur Unterstützung der nothleidenden Einwohner (800,000 Fr.), auf das Finanzjahr 1839 eröffnet wird. Die Regulirung dieses Credits soll den Kammern in ihrer nächsten Session vorgeschlagen werden.

Am 19. Februar 5 Percents 110 Fr. 95. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 90. 3 Percents 78 Fr. 65. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 65. — Am 20. Februar 111 Fr. 10. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 10. 3 Percents 78 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 75. — Am 21. Februar 5 Percents 111 Fr. 5. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 10. 3 Perc. 78 Fr. 75. Fin Cour. geschl. zu 78 Fr. 75.

Päpstliche Staaten.

St. Heiligkeit Papst Gregor XVI. hielten am 18. Februar Morgens im Pallaste des Vaticans geheimes Consistorium, in welchem die Ernennung zweier Cardinäle, des Msgr. Giovanni Soglia, Patriarchen von Konstantinopel, geb. am 11. October 1779, im geheimen Consistorium vom 12. Februar 1838 creirt und in petto behalten, und des Msgr. Antonio Tosti, Generalschatzmeisters der apostolischen Kammer, geb. den 4. October 1776, im geheimen Consistorium vom 12. Februar 1838 creirt und in petto behalten, publicirt wurde; einen dritten Cardinal haben St. Heiligkeit in petto behalten. — Hierauf wurden von St. Heiligkeit noch mehrere Erzbischöfe und Bischöfe präconisirt, worunter St. Exc. Hr. Joseph von Kopacsy, k. k. wirkl. geheimer Rath, bisheriger Bischof von Veszprim, als Erzbischof von Gran und Primas von Ungarn; der hochw. Hr. Joh. Scitowßky, bisheriger Bischof von Rosenau, als Bischof von Fünfkirchen; der hochw. Hr. Emerich Palugyay, bisheriger Bischof von Raschau, als Bischof von Neutra, und der hochw. Hr. Anton Edler von Oczkay, Domherr der Kathedrale von Großwardein, als Bischof von Raschau.

Belgien.

Der Independant vom 20. Februar, den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, enthält den Bericht, welchen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, Hr. de Theux, in der Sitzung der Repräsentantenkammer vom vorhergehenden Tage über die letzten Unterhandlungen und über die Lage, in der sich Belgien durch den neuen Tractat befindet, erstattet hat. Der Bericht, dem mehrere Actenstücke beigefügt sind, schildert ausführlich den Gang der letzten Verhandlungen, und schließt mit dem Antrag, daß der König ermächtigt werden möge, die Tractate, welche die Scheidung zwischen Belgien und Holland reguliren, zu unterzeichnen. — Der den Kammern dießfalls vorgelegte Gesetzentwurf lautet folgendermaaßen: „Leopold, König der Belgier. Nach dem Gutachten Unsers Ministerconseils haben Wir Unsern Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern beauftragt, den Kammern, in Unserm Namen, nachstehenden Gesetzentwurf vorzulegen: In Erwägung, daß die in Conferenz zu London versammelten Bevollmächtigten der fünf Mächte die Grundlagen der Scheidung beider Länder durch ihre Acte vom 23. Jänner 1839 Belgien zur Annahme vorgelegt haben; — nach Einsicht des Art. 68 der Constitution, — nach Wiedereinsicht des Gesetzes vom 7. September 1831; — haben Wir, in gemeinsamer Uebereinstimmung mit den Kammern, decretirt und verordnen, was folgt: Einziger Artikel. Der König wird ermächtigt, die Tractate, welche die Scheidung zwischen Belgien und Holland reguliren, unter denjenigen Clauseln, Bedingungen und Vorbehalten, abzuschließen und zu unterzeichnen, welche St. Majestät im Interesse des Landes nothwendig oder nützlich erachten dürften. Brüssel, den 16. Februar 1839. Leopold. — Im Auftrag des Königs: der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, de Theux; der Kriegsminister, Willmar; der Minister der öffentlichen Arbeiten, Rothomb."

Ein zweiter Gesetzentwurf, welcher der Repräsentantenkammer am obgedachten Tage vorgelegt wurde, lautet folgendermaaßen: „Leopold, König der Belgier. Nach dem Gutachten Unsers Ministerconseils haben Wir Unsern Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern beauftragt, den Kammern, in Unserm Namen, nachstehenden Gesetzentwurf vorzulegen: „Nach Ansicht des §. 1 des Art. 4 der Constitution: „Die Eigenschaft „eines Belgiers wird erworben, erhalten und verloren nach „den durch das Civilgesetz festgesetzten Regeln;" haben Wir, in gemeinsamer Uebereinstimmung mit den Kammern, decretirt und verordnen was folgt: Art. 1. Die Einwohner der in Folge des Tractats zwischen Belgien und den fünf Mächten, und zwischen Belgien und Holland, von Belgien getrennten Theile des Limburgischen und Luxemburgischen, welche die Eigenschaft eines Belgiers genießen, können diese Eigenschaft behalten, unter der Bedingung, daß sie erklären, daß es ihre Absicht ist, die Wohlthat gegenwärtiger Disposition zu benützen, und daß sie zu gleicher Zeit ein Certificat der competenten Communalverwaltung beibringen, welches constatirt, daß sie ihr Domizil auf das Gebiet übertragen haben, das definitiv das Königreich Belgien ausmacht. — Diese Erklärung hat binnen sechs Monaten, vom Tage der Auswechslung der Ratificationen der vorerwähnten Tractate an gerechnet, zu geschehen, wenn sie majorenn sind, und im Laufe des Jahres, das auf ihre erlangte Großjährigkeit folgt, falls sie minderjährig sind. — Die Erklärung und die Uebergabe des Certificats sollen vor der Provinzialdeputation Statt finden, zu deren Ressort der Ort gehört, an den sie ihr Domizil übertragen haben. — Die Erklärung soll in Person, oder durch einen mit einer speciellen und authentischen Vollmacht versehenen Mandatar gemacht werden. — Art. 2. Die Beamten vom Justiz- und Administrativfache, welche sich die Wohlthat der vorstehenden Disposition zu Nutze gemacht haben, sollen zwei Drittheile ihres gegenwärtigen Gehaltes so lange genießen, bis sie eine

andere Anstellung erhalten haben werden. Brüssel, den 16. Februar 1839. (Die Unterschriften wie oben.)"

Beide Gesetzentwürfe wurden nach einer ziemlich stürmischen Debatte, worin sich besonders die HH. Dumortier, Pirson, Gendebien und Pollenus sehr heftig gegen das Ministerium äußerten, zur Prüfung an die Sectionen überwiesen. — Auch der Senat hatte sich am 19. Februar versammelt, aber seine Sitzung bald wieder aufgehoben, da sämmtliche Mitglieder den Wunsch zu hegen schienen, den Debatten in der andern Kammer beizuwohnen.

Vorstehende Gesetzentwürfe sind, wie man sieht, nur von den drei Ministern de Theux, Willmar und Rothomb contrasignirt; die HH. d'Huart und Ernst haben bekanntlich schon vor einigen Tagen ihre Dimission eingereicht und erhalten, und der Moniteur Belge vom 19. d. M. enthält die königliche Ordonnanz vom vorhergehenden Tage, kraft deren die von dem Grafen Felix von Merode von seinen Functionen, als Staatsminister und interimistischer Finanzminister, gegebene Dimission angenommen und der Kriegsminister interimistisch mit der Signatur des Finanzdepartements beauftragt wird.

Der Commerce Belge meldet aus Brüssel vom 19. Februar 3¼ Uhr Nachmittags: „Wir wissen noch nichts von der Kammer. War es schwer hineinzudringen, so war es eben so schwer, herauszukommen. Wir hätten gern einen kurzen Bericht von den ersten Stunden der Berathung gegeben, aber unsere Berichterstatter sind blockirt. Eine Person ist von Gendarmen verhaftet und ins Gefängniß abgeführt worden. Das Gedränge um die Kammer ist groß, doch herrscht Ruhe. Auf der Place du Palais sind mehrere Compagnien Infanterie und Pikets von Guiden und Gendarmen in Schlachtordnung aufgestellt. General Buzen hat die Posten inspicirt. Um 1 Uhr begaben sich die Repräsentanten schon nach der Kammer. Die Versammlung wird beinahe vollzählig seyn. Alle Maaßregeln sind getroffen, die Ordnung zu erhalten. Die Bürgergarde ist heute einberufen worden. Sie ist entschlossen, gegen Unruhestifter keine Schonung zu beobachten. — Börse. Die Entlassung des H[rn]. von Merode wird als für den Frieden sehr günstig gehalten. Die HH. de Theux, Willmar und Rothomb haben den Antrag auf Annahme des Tractats unterzeichnet. Die Discussion wird zwei bis drei Tage dauern. Die Majorität soll bestimmt dafür seyn. — Der Belge sagt, der Minister, der es wagen würde, die Gebietszerstückelung vorzuschlagen, würde von zehn Repräsentanten mit „ungewöhnlicher Energie apostrophirt werden." Auf dem Märtyrerplatze hatten sich gestern ungefähr 2000 Personen versammelt, welche die Brabançonne und Marseillaise sangen, und nachdem sie: Es lebe Limburg! Es lebe Luxemburg! Es lebe die Armee! gerufen, gingen sie ruhig auseinander. Später sollen einige Personen verhaftet worden seyn."

Mexico.

Das Journal des Debats bringt weitere Details aus den über Newyork und Falmouth eingelaufenen Berichten: „Die in der Stadt Mexico ausgebrochene Bewegung (welche die französischen Blätter kürzlich als den Sturz Bustamente's bezeichneten) war eine Emeute, keine Revolution. Indessen war zu vermuthen, daß sie doch nur das Vorspiel einer Revolution zu Gunsten der Föderalisten bilde. Der Präsident Bustamente, das Oberhaupt der aristokratischen Partei, sah sich genöthigt, einen entschiedenen Föderalisten, den ehemaligen Präsidenten der Republik, Gomez Pedraza, in das Ministerium zu berufen. Einige Tage später, am 14. December, zog das Volk nach dem Gefängniß, wo seit drei Monaten der Exminister Gomez Farias und der Exdeputirte Alpuche, beide einer Verschwörung angeklagt und glühende Demokraten, eingesperrt waren. Die Regierung hatte den Befehl gegeben, diese beiden Personen in Freiheit zu setzen, und die Menge geleitete sie im Triumphe mit dem Geschrei: „Es lebe die Föderation und die Constitution von 1824. Tod dem Centralismus!" nach ihren Wohnungen *). Inzwischen stand Bustamente drei oder vier Tage nach dieser Volksbewegung noch immer, wenigstens dem Namen nach, an der Spitze der Republik. Auch scheint es, die Föderalisten seien eben so ungünstig gegen Frankreich gestimmt, wie die Gegenpartei. Der Pöbel von Mexico will durchaus nicht, daß man mit den Fremden unterhandle. Bei seinem aufrührerischen Geschrei warf er dem Präsidenten Bustamente namentlich auch vor, er habe die Citadelle Ulloa den Franzosen überliefert, und wenn man die Regierung nicht absetze, überliefere sie noch ganz Mexico. — Die aus Mexico vertriebenen französischen Einwohner schlugen in drei Colonnen die Richtung nach Veracruz ein. Die beiden ersten waren zu Pferde oder in Wägen, die dritte zu Fuß. Am 10. verließen sie die Hauptstadt Mexico; zu derselben Zeit wurden die Häuser mehrerer französischer Handelsleute in Veracruz vom Pöbel und einigen in der Stadt gebliebenen mexicanischen Soldaten geplündert."

Das Journal du Havre behauptet, die mexicanische Regierung habe an alle ihre Agenten in den fremden Seehäfen Caperbriefe geschickt, in denen der Name des Capitäns ausgelassen sei. Die Agenten hätten die Weisung erhalten, diese Caperbriefe, an wen sie nur immer wollen, auszutheilen, und den Namen des Capitäns darin auszufüllen. Einige Personen wollen sogar wissen, es seien solche Patente zur Verfügung von zwei oder drei Schiffsarmateurs von Liverpool gestellt worden, und circulirten an der Börse dieser Stadt, wo den Unternehmern eine Prämie, im Falle glücklicher Geschäfte, versprochen werde. Das Journal du Havre räth der Regierung, solche vorgebliche Caper mit äußerster Strenge, ganz wie Piraten, zu behandeln. „Möge Mexico," sagt es, „wenn es kann und will, Caperschiffe mit Leuten seiner Nation bewaffnen, um wider unsere Schiffe zu kreuzen. Dieses Recht steht Mexico zu, und Niemand denkt daran, es ihm zu bestreiten; allein es soll sich hüten, dieses Recht auf Unterthanen einer mit Frankreich alliirten Nation zu übertragen, und dieselben zu autorisiren, unter mexicanischer Flagge auf französische Handelsschiffe Jagd zu machen. Dieß dürfte unsere Regierung durchaus nicht dulden."

Am Bord der vor Veracruz angekommenen brittischen Flottenabtheilung befindet sich H[r]. Packenham, der brittische Geschäftsträger in Mexico, der, wie man ziemlich allgemein, sowohl in England als in den vereinigten Staaten, zu glauben scheint, Einfluß genug besitzt, um erwarten zu lassen, daß die von ihm zu machenden Vermittlungs- und Vergleichsvorschläge sowohl bei den Franzosen als den Mexicanern Eingang finden werden. Die Blätter der vereinigten Staaten sind angefüllt mit Berichten über die letzten Ereignisse bei Veracruz, die freilich im Allgemeinen nur Bekanntes melden, doch auch manche in den französischen Berichten verschwiegene Details beifügen. Von besonderem Interesse ist in dieser Hinsicht ein in dem Neworleans-Bulletin abge-

*) Ein Blatt aus Neworleans behauptet, Farias sei auf Bustamente's Befehl am folgenden Tage wieder ins Gefängniß zurückgeführt worden.

druckter Brief des Lieutenants Farragut, der das Kriegsschiff der vereinigten Staaten „Erie" commandirt, das während des Gefechtes vom 5. December vor Veracruz lag. Dieser erkennt nicht nur den Muth und die Entschlossenheit Santa Ana's und seiner Truppen an, sondern sucht auch die Meinung zu erregen, daß die Ueberrumplung der Mexicaner nur durch eine Art von Treulosigkeit des Admirals Baudin so vollkommen bewerkstelligt worden sei, da dieser auf das letzte Schreiben Santa Ana's am Abend des 4. December erwiedert hätte, man könne seine Antwort um 8 Uhr des andern Morgens erwarten, wodurch dann Santa Ana verleitet worden, seine Truppen zum größten Theil außerhalb der Stadt lagern zu lassen und den Befehl zu geben, daß sie erst um 7 Uhr in die Stadt einrücken sollten. In dem ämtlichen Berichte Santa Ana's, den die Times mittheilt, erklärt dieser geradezu, daß, einer von ihm mit den ihm zugesandten französischen Offizieren getroffenen ausdrücklichen Verabredung gemäß, vor 8 Uhr Morgens kein Angriff Statt finden sollte. Die mexicanischen Truppen, welche sich in Veracruz befanden und durch die ganze Stadt zerstreut waren, beliefen sich höchstens auf 400 Mann und mit nur 250 machte Santa Ana selbst auf dem Hafendamm seinen letzten Angriff auf die in ihre Boote sich zurückziehenden Franzosen, und er glaubt, es würde ihm gelungen seyn, sich sowohl des Admirals als des Prinzen von Joinville zu bemächtigen, wenn nicht gerade in dem kritischen Augenblick ein in Reserve aufgestelltes, bis an die Mündung mit Kartätschen geladenes Feldstück mitten unter die verfolgenden Mexicaner losgefeuert worden wäre, wodurch er (Santa Ana) am linken Bein und rechten Arm schwer verwundet, drei Offiziere und drei Soldaten getödtet und sechs oder sieben andere verwundet wurden. Nachdem die Franzosen ihre Schiffe erreicht hatten, eröffneten die „Creole" und zwei oder drei Briggs, die unter dem Castell von San Juan d'Ulloa lagen, ein lebhaftes Feuer auf denjenigen Theil der Stadt, wo die von den Franzosen vergeblich bestürmte Kaserne liegt, in der Absicht, diese niederzuschießen; sie erreichten ihren Zweck aber nicht und beschädigten nur die Kirche de la Merced sehr bedeutend; erst um 2 Uhr Mittags wurde das Feuer eingestellt. Der officielle Bericht des Admirals Baudin enthält von diesem Bombardement keine Andeutung, vielmehr spricht der Admiral am Schlusse desselben von der Schonung, die er gegen die Stadt bewiesen habe, freilich aber nur während der Zeit, als er im Besitze derselben war. Die Franzosen haben nach der mit dem Baudin'schen Bericht hierin ziemlich übereinstimmenden Mittheilung des Lieutenants Farragut 15 oder 18 Todte und 50 Verwundete gehabt, worunter verhältnißmäßig viele Offiziere; die Mexicaner verloren nicht den dritten Theil, da sie größtentheils unter Schutz waren. Ein Newyorker Blatt theilt ferner einen officiellen Brief des Admirals Baudin an H^rn. de la Foret, französischen Generalconsul in Newyork, datirt vom 15. December am Bord der Fregatte „Nereide," folgenden Inhalts mit: „Mit Bezug auf meine Depesche vom heutigen Datum kündige ich hiermit an, daß ich dem Befehlshaber unserer Seemacht im stillen Meere von der Kriegserklärung Mexico's an Frankreich Nachricht ertheilt habe, mit dem Befehl, unverzüglich nach der Westküste von Mexico mit aller seiner disponiblen Macht abzugehen. Ich ersuche Sie, in meinem Namen diese Nachricht allen Consuln und Agenten von Frankreich auf den beiden Continenten von Amerika mitzutheilen, durch welche sie an alle Commandeure unsers Geschwaders oder einzelner französischer Kriegsschiffe im stillen Meere weiter befördert werden kann." Es sei also keinem Zweifel unterworfen, fügt der Enquirer hinzu, daß Mexico Frankreich den Krieg erklärt habe, und es sei nur zu verwundern, daß in den vereinigten Staaten noch nichts darüber bekannt gemacht worden. Es geht übrigens aus dem Schreiben des Admirals Baudin nicht hervor, ob die Berufung des französischen Geschwaders im stillen Meere nach der Westküste von Mexico nur die Beschützung des französischen Handels oder die Blockade der dortigen mexicanischen Häfen zum Zweck hat. Die Neworleans-Bee gibt den Inhalt früherer Berichte aus Tampico, die bis zum 5. Jänner gehen. Nach diesen war am 18. December der Entwurf einer Versöhnungsacte in der mexicanischen Deputirtenkammer eingebracht und angenommen worden; dieselbe hat den Zweck, die streitigen Meinungen der beiden Parteien, die Mexico in innere Bewegungen verwickelt haben, mit einander auszusöhnen. Der Telegraph, ein in Tampico erscheinendes Blatt, enthielt nun auch ein Antwortsschreiben des Generals Urrea an Admiral Baudin, worin die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die obschwebenden Differenzen zwischen Mexico und Frankreich beigelegt werden dürften, sobald die nationale Regierung in Mexico wieder eingesetzt wäre. Zugleich preist dieß Schreiben die menschenfreundlichen und edelmüthigen Gesinnungen des Admirals. Die Bee macht ferner ein Umlaufschreiben des Admirals Baudin an die fremden Consuln bekannt, welches vom 22. December datirt ist, und worin der Admiral sich auf den zweiten Artikel des zwischen ihm und General Rincon abgeschlossenen Vergleichs bezieht, in welchem er den Wunsch zu erkennen gegeben, den Hafen von Veracruz acht Monate lang den Flaggen aller Nationen zu öffnen. Obgleich nun die mexicanische Regierung Frankreich den Krieg erklärt, und die Capitulation von Veracruz gebrochen habe, so sei er doch nicht weniger geneigt gewesen, den Hafen neutralen Schiffen, die denselben unter Anerkennung jener Capitulation besuchen wollten, öffnen zu lassen; da aber die mexicanische Regierung nicht nur seine friedlichen Mittheilungen überhaupt, sondern auch namentlich seinen Vorschlag, Veracruz bis zur Beendigung des Krieges für neutral zu erklären, unerwiedert gelassen, so habe er Befehl ertheilt, in Veracruz, Sacrificios und Antonio Lizardo alle neutralen Schiffe zwar zuzulassen, ihnen aber vor dem Eintritte anderer Ereignisse das Löschen ihrer Ladungen nicht zu gestatten.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 11. Februar d. J. dem mährisch-schlesischen Appellationspräsidenten, Anton Grafen von Sedlnitzky, die Annahme und das Tragen des königl. preußischen rothen Adlerordens zweiter Classe allergnädigst zu bewilligen geruht.

Am 27. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuld verschreibungen	zu 5 pC. in CM.		107.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100¼.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80⅜.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.		——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	679½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.		——.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100⅛, Br. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1490 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1 K.
ZEITUNG
1839

№ 60

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 1. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 27. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.466	28. 2. 8 p.	+ 0.5	NW. stark.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.463	28 2 4 8	+ 2.8	NW. mittel.	——
	10 Uhr Abends.	27.524	28 3 4	— 0 8	NW. schwach.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Die in London versammelten Abgeordneten der Anhänger der Volks-Charte, denen man den Namen „Chartistischer Generalconvent" beigelegt hat, so wie man die Abgeordneten der Vereine gegen die Korngesetze „Korn-Convent" nennt, haben ihre nächtlichen Zusammenkünfte in der Hauptstadt begonnen; sie halten dieselben im Freien bei Gaslicht; doch hat die Sache noch keine Besorgnisse erregt, und der eine Convent neutralisirt den andern, so daß wahrscheinlich beide nichts durchsetzen werden; einer allein würde vielleicht einen bedrohlicheren Einfluß ausgeübt haben, und die Tories, gegen deren Principien der Chartistische Convent eben so streitet, wie der Korn-Convent, die aber für den Augenblick von dem letzteren, weil er von der Mittelclasse ausgeht und in den bedeutendsten Fabrikstädten seine Stützen findet, mehr befürchten, als von dem ersteren, sollen es daher gar nicht ungern sehen, daß dieser radicale Convent zu gleicher Zeit mit dem andern besteht. Als Präcedenz-Beispiel haben indeß diese Conventе, die das Parlament gleichsam überwachen, doch ihr Bedenkliches. Es ist sogar möglich, daß sich noch ein dritter ihnen zugesellt; denn O'Connell kündigte im vorigen Jahre wenigstens an, daß er eine Anzahl Abgeordneter von seinem Vorläufer-Verein während der Session nach London senden wolle, damit die Forderungen Irlands im Parlamente größeren Eindruck hervorbrächten.

Mexico.

Der Falmouth-Expreß klagt über Verletzung der englischen Flagge durch die französische Corvette „Creole," das Schiff des Prinzen von Joinville, indem diese Corvette am 5. ein brittisches Packetboot zur Auslieferung eines mexicanischen Lootsen genöthigt habe.

Frankreich.

Der Moniteur Parisien erklärt die Nachricht, daß 2000 Mann Landungstruppen nach Mexico geschickt würden — was von mehreren Journalen, sogar vom Journal des Debats, wiederholt gemeldet wurde — für völlig unrichtig.

Ein Schreiben aus Martinique vom 14. Jänner enthält weitere Nachrichten über das Erdbeben am 11. gedachten Monats. Es fand etwa 5 Minuten vor 6 Uhr Morgens Statt. Zwei Stöße wurden verspürt, die nicht über 35 Secunden dauerten. Sieben Achttheile der Stadt Fort Royal sind zertrümmert; die Zahl der umgekommenen Menschen beträgt 517. Die holzernen Häuser blieben größtentheils stehen. In St. Pierre stehen die steinernen Häuser alle so schief, daß die Abfeuerung von Kanonenschüssen verboten und das Pflaster aufgerissen wurde, um das Fahren von Wägen durch die Straßen zu hindern, indem die geringste Erschütterung zum Einsturze der Häuser führen müßte. Merkwürdigerweise war die Erschütterung auf den benachbarten Inseln so unbedeutend, daß sie durchaus keinen Schaden verursachte.

Belgien.

Nachstehendes ist der vollständige Inhalt des Berichts, welchen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, H. de Theux, am 19. Februar in der Repräsentantenkammer erstattet hat: „Meine Herren! Mein Bericht vom 1. Februar hat Ihnen den Gang und die Acten der zu London über die holländisch-belgische Frage eröffneten Unterhandlungen dargelegt. Die Hoffnungen, die man für den Erfolg neuer Bemühungen zur Erzielung anderer Resultate hinsichtlich der Territorialfrage hegen konnte, waren ohne Zweifel schwach; sie waren jedoch nicht ganz ungegründet, da man damals noch nicht wußte, ob das Haager Cabinet den Vorschlägen vom 23. Jänner unbedingt beitreten würde. Die Regierung glaubte daher der Conferenz noch einen letzten Vorschlag unterlegen zu müssen. — Am 1. Februar wurde unser Minister in London beauftragt, dieser hohen Versammlung eine Note vorzulegen; diese Note *) wurde am 4. übergeben. Am nämlichen Tage eröffnete der niederländische Bevollmächtigte, daß sein Souverain den Vorschlägen vom 23. Jänner beitrete **). — Die Conferenz setzte unsern Bevollmächtigten von dieser Thatsache in Kenntniß, wobei sie sich auf den Inhalt der am 23. Jänner an ihn gerichteten Mittheilung bezog. (Beilage C.) — Mittelst einer andern Note erklärten die Bevollmächtigten der Mächte, daß der Beitritt des Haager Cabinets sie in den Fall gesetzt habe, die Unterhandlung in Bezug auf den König der Niederlande als zu ihrem Schluß gelangt zu betrachten; daß sie demzufolge sich über keinen neuen Vorschlag in Erörterung einlassen und in keinem Falle, nach den Ansichten ihrer Höfe, das von der belgischen Regierung vorgelegte Project einer Uebereinkunft als zulässig ansehen konnten. Sie drückten zu gleicher Zeit die Hoffnung aus, daß die Regierung, überzeugt von den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit, auf welchen die ihr übermachten Tractat-Entwürfe beruhen, gleichfalls überzeugt von der Dringlichkeit eines schleunigen Abschlusses der definitiven Uebereinkunft zwischen Belgien und dem Königreiche der Niederlande, ihre Zustimmung zu besagten Vorschlägen geben werde. (Beilage D.) — Die Regierung des Königs hat überdieß geglaubt, sich der möglicherweise obwaltenden Chancen versichern zu müssen, Modificationen in den die materiellen Interessen betreffenden Dispositionen zu

*) Beilage A. Wir haben sie in unserm Blatte vom 17. Februar mitgetheilt.

**) Beilage B. Wir haben das sich hierauf beziehende Actenstück in unserm Blatte vom 22. Februar mitgetheilt.

erwirken. Sie hat in dieser Beziehung folgende Mittheilung erhalten:

Schreiben des Lord Palmerston an den englischen Gesandten am belgischen Hofe, George Hamilton Seymour.

Departement der auswärtigen Angelegenheiten, 8. Februar 1839.

Sir! In Beantwortung Ihrer Depesche Nr. 25 vom 6. d. M., in welcher Sie über das bei den Unterredungen, die Sie am 5. und 6. d. M. mit den belgischen Ministern gepflogen haben, Vorgefallene berichten, muß ich Sie beauftragen, der belgischen Regierung zu erklären, daß es gegenwärtig schlechterdings unmöglich ist, irgend eine Aenderung mit den Stipulationen vorzunehmen, die den beiden Parteien vorgeschlagen worden sind, und welche eine derselben bereits angenommen hat. Die belgische Regierung muß ihre Lage einsehen; sie ist durch den Tractat von 1831 gebunden und die fünf Mächte haben das Recht, von Belgien die buchstäbliche und vollständige Erfüllung der Verpflichtungen zu fordern, welche Belgien durch diesen Tractat übernommen hat. Inzwischen hat doch während der letztverflossenen zehn Monate eine Unterhandlung zu dem Zwecke Statt gefunden, einige Artikel jenes Tractats zu Gunsten Belgiens zu modificiren, und der neue Tractat-Entwurf, welcher von der Conferenz den beiden Parteien vorgeschlagen worden ist, enthält viele sehr wichtige Modificationen.

Die holländische Regierung ist diesem Entwurf, obgleich mit Widerwillen, bereits beigetreten; aber es konnte gegenwärtig von der Conferenz der holländischen Regierung keine weitere Concession irgend einer Art zugemuthet, oder würde auch von Seite dieser Regierung nicht bewilligt werden.

Die Belgier haben demnach zwischen dem Tractat von 1831, an den sie gegenwärtig gebunden sind, und dem modificirten Tractat, der ihnen zur Annahme vorgeschlagen worden ist, zu wählen, und da der modificirte Tractat bei weitem vortheilhafter für Belgien ist, als der von 1831, so kann die Regierung Ihrer Majestät über die Entscheidung der belgischen Regierung keinen Zweifel hegen.

Hinsichtlich der speciellen Puncte, welche der belgische Minister bezeichnet hat, muß ich Sie beauftragen, darauf aufmerksam zu machen, daß die gegenwärtig vorgeschlagene Abgabe auf die Scheldeschifffahrt viel niedriger ist, als die, welche im Tractat von 1831 stipulirt wurde, und in der That gerade so viel beträgt, als von den Belgiern selbst bei den Unterhandlungen von 1833 vorgeschlagen und reclamirt worden war, welche Abgabe damals der Handelsstand von Antwerpen als befriedigend für sich erklärte; und was die Meinung des belgischen Ministers anlangt, daß, wenn die Territorialfrage durch den Abzug der Belgier aus den Districten, die ihnen nicht gehören, geschlichtet wäre, die fünf Mächte nicht im Stande seyn würden, Zwang anzuwenden, um Belgien zur Bezahlung der Schuld an Holland zu nöthigen, so werden Sie ihn versichern, daß sich die belgische Regierung, wenn sie in einer solchen Voraussetzung handeln sollte, sehr irren würde.

Sie werden dem Hrn. de Theux eine officielle Abschrift dieser Depesche mittheilen.

(Unterz.) Palmerston.

„Die in Conferenz versammelten Bevollmächtigten," fährt der Minister fort, „richteten unterm 1. Februar an die Minister von Belgien und Holland eine Note, worin sie auf die Gefahr der Annäherung der Truppen der beiden Länder an die äußerste Gränze aufmerksam machen. Sie geben die Zuversicht zu erkennen, daß diese Minister sie in Kenntniß von den Befehlen setzen werden, welche ihre respectiven Regierungen gegeben haben werden, um ihre Truppen dergestalt zurückzuziehen, daß kein Grund mehr zur Besorgniß eines Zusammenstoßes oder zum Argwohn einer feindseligen Absicht vorhanden sei. — Hr. van de Weyer wurde beauftragt zu erklären, daß die Bewegung der belgischen Truppen nach der Nordgränze das natürliche und unvermeidliche Resultat der Bewegungen der holländischen Armee gewesen sei. — Obgedachte Note der Conferenz scheint die Folge des Entschlusses zu seyn, kraft dessen sie sich vorbehalten hat, selbst für die Mittel zu sorgen, den Ansprüchen welche die eine oder die andere der Parteien durch ihren Beitritt zu den Vorschlägen vom 23. Jänner erworben haben wird, Folge zu geben. — Im Angesichte dieser Thatsachen ist die Regierung zur Ueberzeugung gelangt, daß sie, ohne die wesentlichsten Interessen des Landes zu gefährden, nicht umhin kann, von den Kammern die Ermächtigung zu begehren, die Vorschläge vom 23. Jänner, in welchen die Clauseln des Tractats vom 15. November in Bezug auf die Gebietsabgränzung reproducirt sind, zu unterzeichnen. — Die Regierung bedauert lebhaft, daß ihre Bemühungen hinsichtlich dieses Hauptpunctes der Unterhandlung ohne Erfolg geblieben sind. Wenn irgend eine Rücksicht die Bitterkeit dieses Leidwesens mildern kann, so ist es die Gewißheit, kein Mittel für den Sieg einer Sache vernachlässigt zu haben, wobei man ihr die geschriebenen Ansprüche der teutschen Bundesversammlung und die Belgien im Jahre 1831 auferlegten Stipulationen entgegenstellte, und wobei sie sich ihrerseits auf den langen Aufschub der Vollziehung jener Stipulationen, und auf eine alte Gemeinschaft von Existenz und Interessen berief, welche ein- und dasselbe politische und administrative Regime begründet hatte, — so ist es die Ueberzeugung, daß die Hülfsquellen des Landes, wie groß auch der Patriotismus seiner Bewohner und die Hingebung seiner Armee seyn dürften, fortan ohne Nutzen geopfert werden würden, oder nur auf die Gefahr, unsere Nationalität selbst aufs Spiel zu setzen, in Anwendung gebracht werden könnten. — Die Regierung hat, ehe sie sich zu dem Vorschlag, den sie Ihnen vorlegt, entschlossen hat, die Lage Belgiens nach Außen und im Innern reiflich geprüft. Da jeder neue Unterhandlungsversuch vergeblich ist, so würde ihr nichts anders übrig bleiben, als sich in offene Opposition mit den fünf großen Mächten zu setzen, welche sich neuerdings durch formelle Acte gebunden haben. Die Rückkehr zum friedlichen und gewissermaaßen entwaffneten Status quo ist unmöglich geworden. Die in Holland und Teutschland vorbereiteten Rüstungen erheischen nicht bloß die Aufrechthaltung der unserigen, sondern sie würden uns auch bald neue Kraftentwickelungen zur Pflicht machen. Hieraus würden einerseits die fortschreitende Vermehrung der Staatsausgaben, und andererseits die rasche Ausdehnung der Finanz- und commerziellen Krisis hervorgehen, welche sich im letztverflossenen Decembermonat zu zeigen angefangen hat, und deren Wirkungen bereits auf eine so traurige Weise fühlbar sind. Ohne Zweifel, wenn es uns vergönnt wäre, einem für den Wohlstand Belgiens und für seine Finanzen so nachtheiligen Stand der Dinge ein nahe bevorstehendes Ziel anweisen zu können, würde die Regierung auf den Patriotismus der Nation rechnen können. Allein, da sie im Stande ist, die Lage des Landes, dem Auslande gegenüber, mit Gewißheit ins Auge zu fassen, so ist es ihre Pflicht, das Land aufzuklären, und ihm zu sagen, daß jede Aussicht auf eine Modification der Politik der großen Mächte ein Hirngespinst seyn würde. Die teutsche Bundesversammlung wird ihre auf die Wiener Congreßacten gegründeten Ansprüche nicht

fahren laſſen. Wir haben ſogar Gründe, zu glauben, daß ſie, der Zuſtimmung der Conferenz gewiß, den Reclamationen Beiſtand leiſten würde, welche der König-Großherzog an ſie richten dürfte, um in die Ausübung der Rechte, die zu ſeinen Gunſten anerkannt worden ſind, wieder eingeſetzt zu werden. — Nach den uns zugekommenen Nachrichten ſind bereits Maaßregeln in dieſem Sinne verabredet worden. Unter dieſen Umſtänden würde der Widerſtand, den die belgiſchen Truppen den Bundestruppen entgegenſetzen könnten, nur unter der Bedingung wirkſam ſeyn können, wenn man dem Kriege einen unregelmäßigen Character geben wollte; und dieſer Widerſtand würde vielleicht das Signal eines europäiſchen Brandes werden, wenn Belgien in ſeiner Exiſtenz bedroht werden ſollte. — Sie werden mit uns einverſtanden ſeyn, meine Herren, daß man, wenn es ſich darum handelt, eine Bahn zu betreten, die zu ſo ernſten Folgen führen kann, man nothwendigerweiſe auf die Acte, welche die Verhältniſſe zwiſchen Nationen reguliren, und zu gleicher Zeit auf die großen geſellſchaftlichen Intereſſen Rückſicht nehmen muß." (Fortſetzung folgt.)

Wir erwähnten ſchon geſtern, daß es nach Vorleſung des obigen Berichtes und der demſelben beigefügten Geſetzentwürfe ſehr ſtürmiſch in der Repräſentantenkammer herging. — In dem Augenblicke, wo der Miniſter den zweiten Artikel des Geſetzentwurfs, der beſtimmt iſt, denjenigen Einwohnern von Limburg und Luxemburg, die es verlangen werden, die Eigenſchaft als Belgier zu bewahren, verleſen will, erfolgt eine heftige Unterbrechung. Pirſon: Ich verzichte auf den Namen eines Belgiers. Präſident: Stille, meine Herren. Pirſon: Ich ſage Ihnen, daß ich auf den Namen eines Belgiers verzichte. Der Miniſter ſetzt ſeinen Bericht fort. D'Hoffſchmidt: Das iſt eine Schande, das iſt eine Niederträchtigkeit! Präſident: Wenn die Unterbrechungen fortwähren, ſo werde ich genöthigt ſeyn, die Sitzung zu ſuspendiren. D'Hoffſchmidt: Suspendiren Sie, wenn Sie wollen, was liegt mir daran! Dieß iſt eine Schande! Niemand wird mich hindern, zu ſagen und zu wiederholen, daß dieß eine Schande, eine Niederträchtigkeit iſt! — Während der Miniſter die Tribune verläßt und auf ſeinen Platz zurückkehrt, verdoppeln ſich die Unterbrechungen; ſie kommen aus allen Theilen des Saals, und vermiſchen ſich mit dem Murren der Tribunen. H^r. Pirſon aufſtehend, geſticulirt mit Kraft, und droht der Bank der Miniſter. Der Präſident (den Lärm ſtillend): Die Kammer beſcheiniget dem Herrn Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten die Vorlegung der beiden Geſetzentwürfe; ſie verordnet deren Druck und Vertheilung. Will man dieſe Entwürfe den Sectionen zur Prüfung überweiſen? Zahlreiche Stimmen: Ja, ja. — Andere Stimmen: Warum dieß? Dumortier: Ich begehre das Wort. — Präſident: Es kann nur eine Erörterung über die Frage Statt haben, ob man die Geſetzentwürfe den Sectionen zur Prüfung überſenden werde. Verlangt H^r. Dumortier hierüber das Wort? — Dumortier: Sie werden es erfahren. Das Schweigen wird hergeſtellt. Dumortier: „Meine Herren, ich erwartete aus dem Munde der Miniſter, nach den Worten, die ſie dem Könige in den Mund gelegt hatten, nur der Nation würdige Worte zu hören. Aber was habe ich gehört? Man hat das Unglück, die Schande des Landes auf dieſer Tribune proclamirt; man fordert von uns, zum Unglück, zur Schande des Landes mitzuwirken. Erbärmliche Staatsmänner (fährt Dumortier gegen die Bank der Miniſter gewendet fort), erbärmliche Staatsmänner! Seht Ihr nicht, daß dieß Fehler ſind, die Ihr begangen habt, welche das Land zu ſeinem Verderben führen? Seht Ihr nicht, das es Euer Fehler iſt, daß Belgien zu ſeiner Schande und zu ſeinem Unglücke geführt wird? Aber Belgien hat andere Verpflichtungen übernommen, als das Cabinet; auf die Stimme ſeines Königs hat es ſich ganz erhoben, wie ein einziger Mann; es iſt vor keinem Opfer zurückgewichen, es hat ſein Gold gegeben, es hat alle ſeine Kinder zur Vertheidigung des Vaterlandes geſandt. Und wo nichts geändert iſt, kommt Ihr, Miniſter, dem Vaterlande die Schande und die Ehrloſigkeit vorzulegen. Wer denn hat die Miniſter zu einer ſolchen feigherzigen Handlung bringen können? Wo ſind jene übertriebenen Streitkräfte, die ſich rüſten das Vaterland zu erdrücken, in Belgien eingefallen? Wenn es Eure Abſicht war, nachzugeben, entehrende Bedingungen anzunehmen, warum habt Ihr dann die Worte Beharrlichkeit und Muth, die in Aller Herzen widerhallten, in den Mund des Königs gelegt? Beharrlichkeit. Ihr battet ſie nicht; Muth, dieſen hattet Ihr nie! (Beifall in der öffentlichen Tribune.) Präſident: Ich wiederholе, was ich in der letzten Sitzung geſagt habe, nicht durch Beifall kann man Beweis von Muth geben. Hier müſſen alle Meinungen frei ſeyn, und alle Zeichen von Beifall oder Mißbilligung ſind unterſagt. Dumortier: Ich fordere alle guten Bürger auf, Schweigen zu beobachten, nicht durch Beifall werden wir ſiegen, wenn wir uns ruhig und feſt, vorzüglich feſt zeigen, wird es uns gelingen, einen des belgiſchen Volkes unwürdigen Entwurf zurückzuweiſen. Wollet Ihr das Land zu Schande und Schmach führen, wozu habt Ihr Eure Zuflucht genommen zu dem Degen eines berühmten polniſchen Kriegers? Wahrlich, ich erröthe, ein Belgier zu heißen; ich würde gerne meiner Eigenſchaft als belgiſcher Bürger, die mir lieber als mein Leben, entſagen, — ſo ſehr ſchreckt mich dieſes Uebermaaß von Infamie. Ich proteſtire gegen Geſetzprojecte, zu deren Vorlegung ich nicht drei Männer in Belgien im Stande hielt. Meine Rolle iſt vorgezeichnet: nur die Gewalt kann mich von der Sache der Limburger und Luxemburger trennen." — In gleichem Sinne und mit noch großerer Heftigkeit ließ ſich auch H^r. Pirſon vernehmen. Er wirft den Miniſtern mit nackten Worten Verrath am Vaterlande vor, und beſchuldigt ſie zugleich elender Feigheit. Auf die Bemerkung des H^rn. de Theux, das Reglement der Kammer unterſage jede Schmähung, erwiedert Pirſon: Ich habe das Wort, ich brauche es! — Der Miniſter: Bis zur Inſulte — nicht wahr? — Pirſon: Antworten Sie auf die Inſulte; das ſteht Ihnen ja frei! — Der Exminiſter Ernſt erzählte, warum er ausgetreten; Jedermann wußte es zuvor ſchon; er war für Widerſtand, während die Majorität im Conſeil für Nachgeben ſtimmte. Merode hielt eine gemäßigte Rede. Hierauf wurde beſchloſſen, die beiden Geſetzvorſchläge zur Prüfung an die Sectionen zu überweiſen. — Die Sitzung ward um 4 Uhr aufgehoben. Der Tag der nächſten iſt nicht beſtimmt.

Der Independant widerſpricht der Nachricht, daß der Kriegsminiſter Pferde in England für die Armee habe ankaufen laſſen.

Alle Vorſteher von Werkſtätten, alle Maſchinen- und Fabrikinhaber von Brüſſel und der Umgegend ſind übereingekommen, ihren Arbeitern zu erklären, daß alle diejenigen, welche im Falle irgend eines von ſchlechten Subjecten veranlaßten Auflaufes oder Getümmels am Tage der Kammereröffnung von ihrer Arbeit fortbleiben ſollten, bei ihrer Rückkehr nicht mehr in die Werkſtätten aufgenommen werden. Der Fanal, der dieſes zur Kunde bringt,

fordert alle Personen, denen das Interesse sowohl der Stadt als des ganzen Landes am Herzen liegt, auf, eine gleiche Erklärung an ihr Gesinde oder die Arbeitsleute, die in ihren Diensten sind, ergehen zu lassen.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Schweizer Blättern zufolge herrscht im Canton Zürich fortwährend die größte Aufregung über die Berufung des Dr. Strauß zum Lehrer an der dortigen Hochschule. — Dem St. Galler Erzähler vom 22. Februar zufolge soll nach eingetroffenen Privatberichten Dr. Strauß erklärt haben, er werde unter den obwaltenden Umständen nicht nach Zürich kommen.

Teutschland.

Nachstehendes ist der weitere Verfolg des in der Proclamation, betreffend die hannoversche Verfassungsangelegenheit, erwähnten Erlasses: „Es sind dieß die Verhältnisse, welche durch die Einführung des Staatsgrundgesetzes so wesentlich verändert wurden, daß, der im Principe wirklich erfolgten Wiederherstellung des alten Rechts ungeachtet, der frühere Zustand ohne Weiteres nicht wieder in das Leben treten kann. — Diese Abänderungen betreffen gerade die wesentlichsten Rechte Unserer allgemeinen Stände, theilweise auch das Recht Unserer Provinziallandschaften; sie sind in materieller Hinsicht für Unsere getreuen Unterthanen von großer Wichtigkeit. — Durch die erfolgte Aufhebung des Schatzcollegii wurde die Theilnahme Unserer Stände an der Verwaltung der Steuern und an dem Landesschuldenwesen erheblich verändert. Es ist aber auch der Finanzhaushalt selbst wesentlich verändert worden, und nicht minder hat das gesammte Schuldenwesen zum größten Theile eine Umgestaltung erlitten, welche die Beurtheilung der Frage, wie diese gesammten Verhältnisse zweckmäßig so geordnet werden sollen, daß Unsere Rechte und die Rechte der Landstände nicht gefährdet werden, sehr schwierig macht. — Diese Puncte sind der Art, daß eine gütliche Vereinbarung unter Uns und Unseren getreuen Ständen das gemeinsame Ziel — das wahre dauernde Wohl des Ganzen — vor allen Dingen fördern wird. — Wir wiederholen, daß die Wahrung aller ständischen Rechte, wie sie nach der Verfassung vom Jahre 1819 begründet sind, in Unserer ernstlichen und unwandelbaren Absicht liegt. — Insoweit als die ständische Theilnahme an der Handhabung des Finanz- und Schuldenwesens Statt fand und darauf eine Theilnahme an den Verhandlungen der allgemeinen Ständeversammlung gestützt und damit verbunden war, kommt auch die Gestaltung beider Kammern in Betracht, welche aus Gründen, die in der Unmöglichkeit beruhten und von den allgemeinen Ständen nicht verkannt sind, bei der bisherigen Berufung der Stände nicht so vervollständigt werden konnten, als Wir solches gern gewünscht hätten. — Was zunächst den ganzen Finanzhaushalt selbst anlangt, so ist eine nothwendige Folge des Wiedereintritts der Verfassung von 1819 die Wiederherstellung besonderer Cassen, einer königlichen Casse und einer General-Steuercasse. — Jene wird lediglich unter einer königlichen Administration stehen, dagegen wird eine Mitverwaltung dieser unter verfassungsmäßiger Concurrenz und Aufsicht der Landesherrschaft Unseren getreuen Ständen anvertraut werden müssen. Das Verhältniß der Einnahmen beider Cassen zu den daraus zu bestreitenden Gesammtausgaben ist so vollkommen befriedigend, daß man mit Recht dem Lande Glück wünschen darf, dessen Finanzen eine so erfreuliche Aussicht für die Zukunft geben, als dieß in Unserem Königreiche der Fall ist. — Es übersteigen nicht allein die Einnahmen die Ausgaben, sondern es ist neben dem regelmäßigen Abtrage von Schulden, wie früher, auf die Verwendung besonderer Ueberschüsse um so mehr zu rechnen, als namentlich die mit dem Verlaufe der Zeit von selbst wegfallenden Ausgaben, welche auf beiden Cassen haften, die erhebliche Summe von mehr als 180,000 Thaler jährlich betragen, und als auch die Zinsenlast schon bedeutend vermindert ist. — Jenes günstige Verhältniß ist auch dann vorhanden, wenn, gleichwie im laufenden Rechnungsjahre, für das Künftige de 18⁵⁄₆ die Summe von 102,000 Thlr. an den directen Steuern der untern Classen erlassen wird, als worauf Wir einen Antrag an Unsere allgemeine Ständeversammlung bei der Vorlegung des Budgets machen werden. — Wenn gleich durch den Umstand, daß Wir Uns in der Mitte Unserer getreuen Unterthanen befinden, die Ausgaben in mancherlei Beziehung dem Anscheine nach sich steigern dürften, so gereicht es doch zu Unserer Freude, die begründete Hoffnung auszusprechen, daß Wir keine Veranlassung besorgen, eine größere Summe für Uns Selbst zu Allerhöchsteigener Verwendung bestimmen zu müssen, als solches früher in einem Maaße geschehen ist, welches jederzeit als ein Beweis wohlwollender landesväterlicher Rücksicht für die Verhältnisse Unserer Cassen und der Steuerkräfte Unserer Unterthanen betrachtet worden ist. — Den Theil Unserer Einkünfte, welchen Wir jener Bestimmung nicht unterwerfen werden wollen Wir zum Besten des Landes verwandt wissen, und zunächst zur Führung Unserer Regierung selbst anweisen. — Es kann jedoch hierbei einer besonderen Bevorwortung darüber nicht bedürfen, daß im Falle einer etatsmäßigen Vermehrung der Ausgaben für die nicht regierenden Mitglieder des königlichen Hauses der Beitrag Unserer Casse zu den Kosten der Landesverwaltung eine jener Vermehrung der Ausgabe entsprechende Verringerung erleiden muß, und daß eine gleiche Erhöhung des Beitrages der Landescasse zu dem letztgedachten Zwecke alsdann erforderlich werden wird. — Wir finden Uns bewogen, bei dieser Gelegenheit der allgemeinen Ständeversammlung die Zusicherung zu ertheilen, daß bei der bevorstehenden Revision des Hausgesetzes vom 19. November 1836, zu dem Wir Unsere Zustimmung niemals ertheilt haben, eine Erhöhung des Betrages der Apanagen und Witthümer im Allgemeinen nicht und lediglich insoweit beabsichtigt wird, als das Witthum Ihrer Majestät der Königinn von 40,000 Thlr. auf 60,000 Thlr. Gold, und das Minimum der jährlichen Sustentationssumme der volljährigen Prinzen des königlichen Hauses von 3000 Thlr. auf 6000 Thlr. Gold zu erhöhen seyn wird. — Ueber die Einnahmen und Ausgaben Unserer Casse bemerken Wir nur Folgendes: Nachdem die Einnahme Unserer Casse, welche das Regal des Landzolls lieferte, nunmehr mit denjenigen Einkünften verbunden ist, welche die gesetzlichen Bestimmungen über die indirecten Steuern zur Folge haben, so wird diese Verbindung auch ferner im wohlverstandenen Interesse Unseres Königreichs bleiben, und von Uns unverändert gelassen werden, es wird jedoch auch hier eine Vereinbarung unter Uns und Unseren getreuen Ständen über diejenige Summe zu treffen seyn, welche die General-Steuercasse Unserer Casse dafür erstatten muß. — Sodann werden auch diejenigen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen, welche in Ansehung der unmittelbaren Einnahmen Unserer Casse aus der General-Steuercasse und umgekehrt Statt fanden, damit die rechtliche Grundlage derselben nicht verdunkelt und selbst eine Besorgniß dieser Art vermieden werde. Gleichwohl ist es

nicht erforderlich, der zu treffenden Vereinbarung über die Summen die Zahlungen selbst folgen zu lassen, vielmehr wird deßhalb zweckmäßiger eine Berechnung unter den beiden Cassen Statt finden. — In Beziehung auf die Ausgaben heben wir zwei Puncte hervor, einmal, daß, wie es auch hinlänglich bekannt ist, der Zustand Unserer Schlösser das Bedürfniß nachweist, in der angefangenen Verbesserung derselben fortzufahren, ohne daß jedoch dadurch eine fernere Belastung Unserer getreuen Unterthanen herbeigeführt oder Anleihen auf den Credit des Landes nothwendig werden. Es wird eine Vertheilung dieser Ausgaben auf eine längere Reihe von Jahren ausführbar erscheinen. — Ein zweiter Gegenstand, dessen Wir hier erwähnen, ist der Militäretat. — Wir wollen für denselben, unter der Bedingung einer völligen Vereinbarung über die Finanzverhältnisse, auf Unsere Casse die Summe von jährlich 365,000 Thlr. auch ferner übernehmen, obwohl eine Verbindlichkeit dazu für Uns nicht vorhanden ist. — Oben haben Wir des Umstandes Erwähnung gethan, daß die Einnahmen beider Cassen die gesammten Ausgaben hinreichend bestreiten lassen; es ist jedoch erforderlich, daß, bei einer Trennung der Einnahmen in zwei verschiedene Cassen, jede Casse eine ihrem Bestande entsprechende Ausgabe überwiesen werde. Ein Theil der Ausgaben, namentlich diejenigen, welche aus privatrechtlichen oder gesetzlichen Verbindlichkeiten entspringen, haften, ohne daß es einer solchen Ueberweisung bedürfe, auf der einen oder der andern dieser Cassen. In Ansehung anderer, insbesondere derjenigen Ausgaben, welche zum Besten des Landes, für Landesanstalten, Wegbauten, Canalanlagen und dergleichen erforderlich werden, stellt sich eine Vereinbarung, wonach dieselben der einen oder andern Casse überwiesen werden, als wünschenswerth dar. — Wenn man den Grundsatz festhält, daß die Kosten der Landesverwaltung theils aus den von Uns dazu angewiesenen Einkünften Unserer Domainen, Regalien und sonstiger nutzbaren Gerechtsamen, theils durch Steuern bestritten werden müssen, und daß Unseren getreuen Landständen es zusteht, sowohl bei dem Eingange der Steuern, als auch bei der Verausgabung derjenigen Einnahmen, welche hauptsächlich als Steuern in die Landescasse fließen, ein Mitverwaltungsrecht auszuüben, so wird eine Theilung der verschiedenen Ausgaben weniger einer Schwierigkeit unterliegen. Die Thatsache, daß in der Vorzeit der Betrag der Einnahmen der landesherrlichen Casse eben so wenig bekannt wurde, als der Betrag der darauf angewiesenen Ausgaben, veranlaßte die irrige Meinung, daß die Einnahmen weit großer seien, als die Ausgaben. Die vollständige Aufklärung dieser Verhältnisse hat zur Genüge die Unrichtigkeit dieser Meinung ergeben. Sie konnte nur dazu dienen, große Nachtheile und endlich Verwirrung in den Haushalt zu bringen. Erforderte nämlich das Beste des Landes eine Mehrausgabe, so hatte jene unverschuldete Unkunde und die daraus hervorgegangene irrige Meinung von dem Verhältnisse unserer königlichen Casse oft die Folge, daß wegen der Uebernahme einer Ausgabe Streit entstand. Da in Folge dessen in einzelnen Fällen die Gefahr eintrat, diejenigen Anforderungen unberücksichtigt zu lassen, welche das allgemeine Wohl oder das wohlbegründete Interesse für einzelne Zwecke dringend forderten, so blieb nichts anders übrig, als entweder unsere königliche Casse mit der ganzen Mehrausgabe oder mit einem Theile derselben zu belasten. Mit diesem Verfahren konnte Unsere Casse auf die Dauer nicht bestehen; wenn in der Wirklichkeit Ausgaben auf dieselbe zu einer Zeit gelegt werden sollten, als schon die gesammten Einnahmen und zwar zum bei weitem größten Theile durch Ausgaben für die Führung der Regierung und für Landeszwecke erschöpft waren, so kann in der That ein solches Verfahren nur mit jener Unwissenheit entschuldigt werden, es bedarf aber keiner Nachweisung, daß es einer absichtlichen Zerrüttung des Finanzwesens völlig gleichkommt, wissentlich mehr Ausgaben und zwar nachhaltige Ausgaben auf eine Casse zu legen, als diese Einnahmen hat und zu erwarten berechtigt ist. — Noch weniger aber sind aus dem in dieser Hinsicht früher beobachteten Verfahren für die rechtlichen Verhältnisse und Verpflichtungen Principien zu entnehmen. — Wir hoffen den Grund jener Mißverhältnisse beseitigen und auf die bereitwillige Mitwirkung Unserer getreuen Stände rechnen zu können. — Wir wollen zu dem Ende Unserer getreuen Ständeversammlung von Zeit zu Zeit, und zwar bei der Eröffnung eines jeden Landtages, nicht allein über wesentliche Veränderung im Domanialbestande, sondern auch über die Einnahmen und Ausgaben Unserer königlichen Casse Mittheilung machen lassen; Wir bemerken indeß dabei ausdrücklich, daß Wir eine Einmischung in die Verwaltung und Rechnungsführung wie in die von Uns deßhalb allein zu treffenden Bestimmungen von Seiten Unserer getreuen Ständeversammlung durchaus nicht zulassen können und werden, und Wir hoffen, nie in die Lage zu kommen, in dieser Hinsicht Anträge oder Wünsche derselben zurückweisen zu müssen, vielmehr zweifeln Wir nicht, daß bei einem vollen Anerkenntnisse der landständischen Rechte und bei einem offenen Entgegenkommen Unsererseits auch jederzeit Unsere allgemeine Ständeversammlung sich vor Ueberschreitung ihrer Befugnisse sorgfältig hüten werde. Es kommt bei der in dieser Beziehung zweckmäßigen, ja nothwendigen Vereinigung Alles auf die Ueberzeugung von dem Statt findenden Bedürfnisse und auf eine angemessene Vertheilung der gesammten Ausgaben auf die beiden getrennten Cassen an, und dabei muß die Rücksicht leiten, daß ein Anerkenntniß gegenseitiger Rechte und ein gemeinsames Verfolgen desselben Zweckes durch eine heilige Pflicht geboten werden. Wir beziehen Uns, was diese Ordnung des ganzen finanziellen Haushaltes im Einzelnen anlangt, auf Unser erstes Postscript vom heutigen Tage, welches damit schließt, daß Unsere Casse zur Bestreitung der darauf gelegten ordentlichen Ausgaben, mit Ausnahme der Kosten für die Schloßbauten, aus der General-Steuercasse eines jährlichen Beitrages von 20,000 Thlr. bedarf. — Es wird dabei eine Vereinigung über das gesammte Landesschuldenwesen vorausgesetzt, ein Gegenstand, über welchen Wir Unseren getreuen Ständen Folgendes eröffnen: So günstig als das Verhältniß der gesammten Einnahmen zu den gesammten Ausgaben steht, eben so günstig hat sich auch das Schuldenwesen gestaltet. — Die Sorgfalt, mit welcher dieser wichtige Gegenstand auch von Seiten Unserer getreuen Stände behandelt ist, verdient Unsere gerechteste Anerkennung. — Es hat sich diese Sorgfalt nicht allein auf die Verminderung der gesammten Schulden gerichtet, indem die am 1. Juli 1834 vorhandene Schuld Unserer königlichen Generalcasse und der General-Steuercasse mit den später capitalisirten zu dem Betrage von 22,650,000 Thlr. am 1. Juli d. J. auf die Summe von 19,266,000 Thlr. heruntergebracht seyn wird, mithin in fünf Jahren die bedeutende Summe von 3,384,000 Thlr. abgetragen ist, sondern es ist auch auf die Herabsetzung des Zinsfußes die erforderliche Aufmerksamkeit mit gutem Erfolge gerichtet gewesen. Es sind nämlich gegenwärtig 14,266,000 Thlr. nur mit 3½ Percent zu verzinsen, welche früher größtentheils 4 Percent Zinsen erforderten. Außer-

dem ist aber auch der wichtige Vortheil erreicht, daß die von dem Gläubiger kündbaren Schulden größtentheils in unkündbare verwandelt sind, indem 15,708,000 Thlr. der Kündigung nicht unterzogen werden dürfen. — Endlich sind die Einflüsse der Schuldentilgungscasse auf eine zweckmäßige Weise festgestellt, so daß die regelmäßige Verminderung der Schulden genügend gesichert ist. — So wie es Unsere Absicht ist, dem gesammten Schuldenwesen ferner die größte Aufmerksamkeit zu widmen, so haben Wir Uns auch lediglich aus Interesse für die Verminderung der Lasten und den öffentlichen Credit des Landes, bewogen gefunden, nach Unserer Thronbesteigung unter Uebernahme von Verbindlichkeiten, wozu Wir durchaus nicht verpflichtet waren, den guten Gang der Tilgung, die Herabsetzung des Zinsfußes und die Kündigung der Schulden, zu dem Zwecke sie unkündbar zu machen, zu befördern. Wir können die Summe von etwa 6,809,000 Thlr. als eine solche bezeichnen, welche in Folge dieser Unserer freiwilligen Erklärung neu verbrieft, unkündbar gemacht und auf 3½ Percent heruntergesetzt wurde. — Nicht so günstig, als das Verhältniß der Einnahmen zu den Ausgaben und das Landesschuldenwesen sich darstellt, sind Unsere Interessen hierbei wahrgenommen, so daß Wir dasjenige, was in Ansehung der Schulden in den letzten zehn Jahren geschehen ist, insoweit Unsere königliche Casse oder deren Einkünfte in Frage kommen, nicht völlig mit Stillschweigen zu übergehen vermögen. — In den Jahren 1830 und 1831 wurden Schulden auf Unsere königliche Casse gelegt, welche nach richtigen Grundsätzen dahin nicht zu legen, vielmehr großen Theils durch Anleihen der General-Steuercasse zu vermeiden gewesen wären, indem dieser die Ausgaben zur Last fallen mußten, für welche die Schulden gemacht wurden. Die besondern Verhältnisse der damaligen Zeit mögen zu solchem für Uns nachtheiligen Verfahren Anlaß gegeben haben. An einer rechtlichen Verpflichtung zur dauernden Uebernahme fehlt es. — Ungeachtet dieser für Unsere Casse nachtheiligen Schuldenanrechnung betrugen dennoch die gesammten Schulden derselben am 1. Juli 1834 nach Abzug der zur Casse gekommenen Activcapitalien, einschließlich des Capitalwerthes der abgelösten Zollrenten, nur 4,785,000 Thlr. — Nach dem Eintritte der Cassenvereinigung wurden zwar die oben erwähnten vortheilhaften Schritte für eine Verringerung der Schulden, für eine Verwandlung der kündbaren in unkündbare und für eine Herabsetzung des Zinsfußes beschlossen und ausgeführt. Diese Schritte waren aber für Uns keinesweges vortheilhaft, wenn Wir einmal von dem Interesse absehen wollen, welches Wir immer daran nehmen, wenn der Landescasse eine Erleichterung zu Theil wird, vielmehr griffen sie tief in Unsere Rechte ein. — Es sind nämlich seit dem 1. Juli 1834 alle Schuldverschreibungen, welche durch jene Maaßregeln veranlaßt und in Folge gewohnlicher Aenderungen derselben, z. B. wegen Theilung, Verlustes ꝛc., neu ausgestellt wurden, in der Art ausgefertigt, daß die Einnahmen Unserer königlichen Casse darin mit verpfändet sind. — Nun sind aber von den Schulden, welche am 1. Juli 1834 existirten, nur 4,410,000 Thlr. in unveränderten Schuldverbriefungen stehen geblieben, mithin hat man Unsere Einkünfte für die sämmtlichen übrigen Schulden, wenn gleich in Verbindung mit den Einkünften der General-Steuercasse verpfändet. — Es kommt hinzu, daß selbst von diesen unveränderten Schuldverbriefungen für die größere Hälfte, nämlich für 2,734,000 Thlr. die Einkünfte Unserer landesherrlichen Casse allein verpfändet blieben. — Die Einkünfte Unserer Casse haften daher für eine Schuldenlast, welche ihr völlig fremd war. — Das eigentliche Rechts- und Schuldverhältniß hat hierdurch nicht verrückt werden können und es liegt in Unserer Befugniß, auf die Befreiung Unserer Cassen von der in jenem nicht begründeten Verpflichtung zu bestehen. — Wir verkennen indeß nicht, wie tief eine sofortige Aenderung dieses Verhältnisses in mehrfacher Beziehung eingreifen würde, wie die Landesgläubiger deßhalb in Nachtheil und der Landescredit in Gefahr kommen könnten. Wir geben Uns daher auch gerne der Hoffnung hin, daß Schritte dieser Art völlig zu vermeiden seyn werden; allein auch dieses setzt eine Vereinigung unter Uns und Unseren getreuen Ständen voraus. — So geneigt und bereit Wir auch dazu sind, so behalten Wir Uns doch ausdrücklich Unsere Rechte für den Fall vor, daß die Vorschläge, welche Wir zu dem Ende in Unserem zweiten Postscripte vom heutigen Tage an die allgemeine Ständeversammlung gelangen lassen, nicht zu einer völligen Vereinigung führen sollten. — Einen fernern Gegenstand einer Uebereinkunft mit Unseren getreuen Ständen werden die Cassenvorräthe abgeben, welche sich bei dem Eintritte der Cassentrennung vorfinden, insofern nicht die rechtliche Natur einzelner Bestände schon ergibt, wohin dieselben fallen müssen. — Wir heben bei dieser Frage nur den Grundsatz hervor, daß der einen wie der andern Casse nothwendig ein solcher Betrag aus diesen Vorräthen zu überweisen seyn wird, daß die einzelne Casse den ihr obliegenden Verpflichtungen vollkommen genügen kann. — Wir werden inzwischen, was diesen Punct anlangt, erst künftig, jedoch spätestens bei Vorlegung des Budgets des Rechnungsjahres vom 1. Juli 18⁴⁰/₄₁ Unsere dem entsprechenden Vorschläge machen und halten dafür, daß es jetzt genüge, den dabei zu beachtenden Grundsatz anzudeuten." (Schluß folgt.)

Die verwittwete Frau Fürstinn von Thurn und Taxis, geborne Prinzessinn von Mecklenburg-Strelitz (Schwester Ihrer Majestät der Königinn von Hannover), ist am 12. Februar auf Schloß Taxis mit Tode abgegangen. Der hannoversche Hof hat wegen dieses Todesfalls auf sechs Wochen Trauer angelegt, und die Feier des Geburtsfestes der Königinn ist deßhalb vom 2. März auf den 23. April verlegt worden.

Wien.

Nach der heute erschienenen Uebersicht der Satzungspreise für den Monat März ist die Mundsemmel zu ½ kr. und die ordinäre Semmel zu ½ kr. im vorigen Gewichte verblieben; dagegen ist die Mundsemmel zu 1 kr. um ¼ Loth; ordinäre Semmel zu 1 kr. um ½ Loth; pohlenes Brot zu 1 kr. um ½ Loth, detto zu 3 kr. um 1½ Loth, detto zu 6 kr. um 3 Loth; roggenes Brot zu 1 kr. um ¾ Loth, detto zu 3 kr. um 2 Loth leichter auszubacken. — Das Pfund Rindfleisch kostet 9 kr. C. M.

Am 28. Februar war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	106¹¹/₁₂.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	——.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	80¾.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	264¼.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	679½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	——.
Bankactien pr. Stück ——		in CM.	

(Dem heutigen Blatte des Beobachters liegt die Chronologische Uebersicht ꝛc. für den Monat December 1838 bei.)

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1·K·
ZEITUNG
1839

№ 61

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 2. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 28. Februar.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.534	28. 32. 7 P.	+ 1.6	NW.	schwach.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.471	28 2 9	+ 3.1	NW.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.512	28 3 3	+ 1.2	NW.	schwach.	Regen.

Spanien.

Nachrichten aus den baskischen Provinzen, im Bayonner Phare, zufolge befand sich Don Carlos am 16. Februar fortwährend in Bergara. Die Carlistischen Truppen, die mit Maroto am 12. in der Gegend von Tolosa angekommen waren, und von denen man glaubte, daß sie einen Angriff gegen die Linien von Hernani beabsichtigten, waren am 15. nach Lecumberri (zwischen Tolosa und Pamplona) aufgebrochen, von wo sie die Richtung nach dem Ulzamathale, oder nach Vera, oder auch nach Estella einschlagen können. Zwei Carlistische Bataillons haben sich näher gegen Lesaca hin gezogen, und einige Compagnien im Angesicht der Muñagorristen, die in Lastaola standen, Posto gefaßt. Letztere haben, in Folge des Zustandes von Insubordination, in dem sie sich befanden, oder vielleicht aus Besorgniß, in einem Augenblicke, wo ihre Reihen durch Desertion gelichtet sind, angegriffen zu werden, die Barracken ihres Lagers in Brand gesteckt, und sich aufs linke Ufer der Bidassoa zurückgezogen. Muñagorri selbst hat sich, da er den Forderungen seiner Leute nicht Genüge leisten konnte, auf französisches Gebiet geflüchtet.

Dem Eco d'Aragon vom 16. Februar zufolge ist der Baron de Meer, der, wie jüngsthin erwähnt, von Barcelona zu einer neuen Expedition aufgebrochen war, am 13. gedachten Monats in Ager (an der Gränze von Arragonien), welches die Carlisten bei seiner Annäherung verlassen hatten, eingerückt.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 18. Februar stellte, wie wir bereits kurz erwähnten, Lord Brougham nach Vorlegung mehrerer Bittschriften um gänzliche Aufhebung der Korngesetze den Antrag, daß das ganze Haus diese Bittschriften im Ausschusse berathen und Zeugen über den Gegenstand vor den Schranken vernehmen solle. Der rechtsgelehrte Lord ließ sich sehr weitläuftig über die dem Kornhandel aus der gegenwärtigen Unsicherheit erwachsenden Nachtheile aus, indem dadurch eine große Zahl vermöglicher Individuen zu Grunde gerichtet werde. Zugleich suchte er zu beweisen, daß die Befürchtungen mancher Grundbesitzer in Betreff der Wohlfeilheit des fremden Korns chimärisch seien, indem diese Wohlfeilheit bloß eintrete, wenn der Markt flau sei; eben so trügerisch aber seien die Hoffnungen vieler Fabrikanten in Betreff der Preisverminderung, welche durch Befreiung des Handels entstehen müsse. Das bebaute Land sei beschränkt und könnte bloß durch Ausrodung der Wälder und andere Zeit und Geld erfordernde Operationen vermehrt werden. Das Benehmen der Vertheidiger der Korngesetze sei inconsequent; als diese Gesetze zuerst nach Beendigung des Continentalkriegs (1815) eingeführt worden seien, haben sie sich unwillig geäußert über die Behauptung, ihr Zweck sei, die Kornpreise zu steigern; ihr einziger Zweck, haben sie damals gesagt, sei, die Preise stetiger zu machen. Niemand habe jedoch gewähnt, daß die Urheber der Korngesetze ihre Behauptung selbst glauben. Lord Brougham führte sofort die nachtheiligen Folgen aus, welche dadurch entstehen, daß das Korn anderwärts wohlfeiler sei, als in England. Er zeigte hierauf, daß das Korngesetz für den Ackerbau nicht wohlthätig sei; große Grundbesitzer, einige der größten Landwirthe, welche bedeutende Capitalien im landwirthschaftlichen Betriebe stecken haben und sich durch ihre Bewirthschaftung auszeichnen, seien der Ansicht, daß sie ohne die Korngesetze besser daran seyn würden, als mit denselben. Der edle Lord schloß mit einer nachdrücklichen Berufung an die Klugheit Ihrer Lordschaften und der Frage, was die Folge seyn würde, wenn die Anträge des Volkes verworfen würden, und man ihm sagte: „Wir kümmern uns um euer Zeugniß nicht; wir haben unsern Entschluß zum voraus gefaßt, und damit derselbe nicht erschüttert werde, wollen wir es lieber gar nicht hören." — Der Herzog von Buckingham (noch vor kurzem Marquis von Chandos, Hauptvertheidiger der Ackerbauinteressen) behauptete gegen Lord Brougham, wenn die englischen Landwirthe des Schutzes durch die Korngesetze beraubt werden, so sei es ihnen unmöglich, mit den Fremden zu concurriren; er flehte deßwegen das Haus an, den Antrag zu verwerfen. Graf Stanhope bemerkte, wohl habe er im Auslande wahrgenommen, daß daselbst bedeutende Fabriken entstanden seien; aber selbst eine Gleichstellung der Kornpreise würde den englischen Fabrikanten

nicht in den Stand ſetzen, wohlfeiler, als die fremden Fabrikanten, auf ihren eigenen Märkten zu verkaufen; was auch das Haus der Gemeinen thun möge, deſſen ſei er gewiß, daß das Haus der Lords in keine Aenderung des gegenwärtigen Geſetzes willigen werde. Der Herzog von Richmond behauptete, wenn die Korngeſetze aufgehoben werden, ſo werde der größere Theil der Steuern nicht eingehen und ein großer Theil des gegenwärtig mit Getreide bebauten Landes wieder in Weide verwandelt werden. Lord Melbourne bemerkte, wenn er wünſchte, die Frage zu verwirren und ihre Berathung hinauszuſchieben, ſo wüßte er dazu kein wirkſameres Mittel, als eine Zeugenvernehmung vor den Schranken des Hauſes. Er ſei deßwegen gegen eine ſolche Vernehmung. Wenn das Haus den Antrag verwerfe, ſo geſchehe dieß nicht, weil es nicht geneigt ſei, Zeugniſſe zu hören, oder um dem Gegenſtande auszuweichen, ſondern in Folge der innigen Ueberzeugung, daß das vorgeſchlagene Verfahren zweckwidrig wäre, und der Wunſch der Beförderer des Antrages ſich auf andere Weiſe beſſer erreichen ließe. Der Herzog von Wellington erinnerte daran, daß der inländiſche Ackerbau ſeit 1804, alſo jetzt 35 Jahre, Schutz durch hohe Einfuhrzölle genieße; Grund genug, um mit großer Vorſicht bei einer Aenderung zu Werke gehen, welche auf ein über einen ſo großen Theil des Landes ſich erſtreckendes Intereſſe Einfluß ausübe; der Ackerbau könne jenen Schutz auch jetzt nicht entbehren, daher müſſe das Geſetz aufrecht erhalten werden; wenn man dieſes aufheben würde, ſo müßte man zugleich viele der beſtehenden Abgaben aufheben. Schließlich erklärte Lord Brougham nach einer kurzen Entgegnung, in welcher er ſeine Gegner zu widerlegen ſuchte, er wolle nicht auf Abſtimmung dringen, womit die Sache auf ſich beruhte. Bemerkenswerth iſt, daß nicht Ein Lord das Wort ergriff, um den Antrag Lord Broughams zu vertheidigen. — In der Sitzung des Unterhauſes vom obgedachten Tage brachte Hr. Villiers die Sprache auf denſelben Gegenſtand, und ſtellte, wie Lord Brougham, den Antrag, daß Zeugniſſe für die Aufhebung der Korngeſetze vor den Schranken des Hauſes vernommen werden ſollen. Lord Howick, Kriegsſecretär, Sohn des Grafen Grey, ſprach gegen dieſen Antrag. Er ſei zwar, bemerkte er, ein Gegner der Korngeſetze und werde, ſobald ſich Gelegenheit dazu ergebe, zu beweiſen ſuchen, daß ſie nicht nur für die Gewerbtreibenden, ſondern auch für die Ackerbauenden ſelbſt ſchädlich ſeien; durch Annahme des vorliegenden Antrages würde man aber unnöthig Zeit verlieren, denn ſo gut als die Gegner, müßte man auch die Vertheidiger der Korngeſetze vernehmen. Das Verfahren des ehrenwerthen Mitgliedes, ſchloß er, ſei ungeſchickt, indem dadurch ſich ſcheinbar eine weit größere Mehrheit für die Korngeſetze ergeben werde, als ſie wirklich ſei, da Viele den Antrag verwerfen dürften, welche für Aenderung dieſer Geſetze ſeien. Der Präſident des Handelsbureaus, Hr. Poulett Thompſon, Parlamentsmitglied für das fabrikreiche Mancheſter, ſprach für den Antrag, indem derſelbe ganz billig ſei. (Bekanntlich behandeln die Miniſter die Korngeſetzfrage als eine offene, bei der Jeder von ihnen ſtimmt, wie er will, und mit welcher nicht über die Exiſtenz des Cabinets entſchieden wird.) Lord J. Ruſſell, Staatsſecretär des Innern, ſprach aus den von Lord Howick entwickelten Gründen gegen den Antrag; eine Zeugenvernehmung, bemerkte er, wäre bloß zweckdienlich vor einer Specialcommittee, die mit Voruntersuchung der ganzen Frage beauftragt wäre. Bei Abgang der Poſt ſprach Sir R. Peel gegen den Antrag. Man zweifelt nicht an ſeiner Verwerfung durch eine ſtarke Mehrheit. — Am 18. Februar nahm der Marquis von Normanby ſeinen Sitz im Hauſe der Lords ein.

Frankreich.

Wir haben geſtern auf gewöhnlichem Wege die Pariſer Journale vom 21. und 22. Februar erhalten. — Dem Journal des Debats vom letztgedachten Tage zufolge iſt die Affaire mit dem mexicaniſchen Lootſen, worüber der Falmouth-Expreß ſo großen Lärm geſchlagen hatte, durch die Erklärung des Admirals Baudin gegen den Befehlshaber des brittiſchen Geſchwaders, daß der Vorfall bloß aus Uebereilung eines jungen Seeoffiziers Statt gefunden habe, gütlich beigelegt worden.

Der Bericht des Marineminiſters Roſamel über das Erdbeben auf der Inſel Martinique am 11. Jänner d. J. hat das Eigene, daß die darin angeführten Umſtände und Folgen der furchtbaren Naturerſcheinung aus den Zeitungen von Guadeloupe vom 15. und 16. Jänner entnommen ſind; die Regierung hat noch keine ämtliche Nachricht aus Fort-Royal erhalten, wartet aber ſolche auch nicht ab, ſondern ergreift, wie bereits gemeldet, ohne Aufſchub Maaßregeln, der unglücklichen Colonie aus Staatsmitteln zu Hülfe zu kommen. Mit Schauder lieſt man, daß bei dem Erdbeben auch das große Spital zu Fort-Royal einſtürzte und die Kranken unter ſeinen Trümmern begrub. Die Delegirten von Martinique haben dem Könige eine Adreſſe überreichen laſſen, worin ſie den Wunſch ausſprechen, es möge die Regierung der Colonie anderthalb Millionen Franken Unterſtützungsgelder, 300 Mann Verſtärkung der Garniſon, und volle Ausfuhrfreiheit unter allen Flaggen zugeſtehen.

Hr. Thiers tritt in Aix und Cherbourg als Candidat bei den bevorſtehenden Wahlen auf. In einem Schreiben an die Wähler der letztern Stadt dankt er ihnen für ihr Zutrauen. Er habe die meiſten der ihm angebotenen Candidaturen abgewieſen, ſchätze ſich aber glücklich, in nähern Verband mit einem Arrondiſſement zu treten, deſſen Privatintereſſen mit den allgemeinen Intereſſen des Landes identiſch ſeien. „Den Intereſſen des Hafens von Cherbourg dienen,“ ſchreibt Hr. Thiers, „heißt ſo viel, als für die maximе Größe Frankreichs arbeiten.“

Am 22. Februar um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 110 Fr. 85. 3 Percents 78 Fr. 65.

Belgien.

Frankfurter Blätter enthalten folgende Nachrichten aus Brüſſel vom 20. und 21. Februar: „Brüſſel, 20. Februar. Dank den weiſen Vorſichtsmaaßregeln der Autoritäten, Dank dem guten Sinne der Bevölkerung, die Pläne der Ruheſtörer haben nirgends zur Ausführung gebracht werden können. Die Aufreizungen zur Störung der Ruhe ſind geſcheitert. Ueberall, wo die Menge verſammelt war, hat Ruhe geherrſcht. Die öffentliche Ordnung wird daher ungeachtet der ſtrafbarſten Verſuche aufrecht gehalten werden. Dieß iſt eine Wohlthat, wofür wir der Regierung, ihren Agenten und den guten Bürgern danken. — Die Sectionen der Repräſentantenkammer haben ſich heute Morgens ſehr vollſtändig verſammelt; von 102 Mitgliedern waren 99 anweſend.“ — „Brüſſel, 21. Februar. Die Frage der Competenz der Kammern iſt geſtern gegen die Oppoſition entſchieden worden, woraus ſich ſchließen läßt, daß man ſich über die Hauptfrage in demſelben Sinne ausſprechen wird. Heute hat H^r. von Gerlache, erſter Präſident des Caſſationshofes, eine kleine Broſchüre herausgegeben, worin er die Annahme des Vertrags für nothwendig erklärt. Die Stadt iſt ruhig; obgleich die Vertrauten des Centralcomités ſich Bewegung genug geben. Die Regierung hat überall für Handhabung der öffentlichen Ruhe geſorgt. Verdächtige Subjecte ſind verhaftet, einige Offiziere von Brüſſel weggeſchickt worden. Die öffentlichen Debatten werden wahrſcheinlich morgen wieder beginnen und drei bis vier Tage dauern.“

Die Aachener Zeitung gibt folgendes Schreiben ihres Correſpondenten aus Brüſſel vom 21. Februar, Abends 5½ Uhr: „Ich habe leider nur einen Moment Zeit, um Ihnen zu ſchreiben, daß in den Sectionen ſich die Mehrzahl der Kammer für die Competenz, alſo gegen die Oppoſition erklärt hat; hiermit wird es um ſo wahrſcheinlicher, daß die Kammer den Tractat annehmen wird. Die Stadt iſt übrigens ſehr ruhig; auch fürchten wir keine Störung der öffentlichen Sicherheit, da überall die angemeſſenſten Maaßregeln getroffen ſind. Die extreme Partei ſchimpft auf das Miniſterium, ſelbſt der Hof kommt nicht unangetaſtet weg, da täglich viele Senatoren und Repräſentanten zur königlichen Tafel gezogen werden, worin man ein Corruptionsmittel ſieht.“

Der Independant vom 21. Februar enthält: 1. Auf vier Spalten einen leitenden Artikel, die wahrſcheinlichen Folgen des Widerſtandes darlegend und zum Nachgeben anrathend; 2. ebenwohl auf vier Spalten: „Einige Worte über die Gebietsfrage, von dem Präſidenten des Caſſationshofes, H^rn. von Gerlache;“ nachweiſend die Nothwendigkeit, in welcher ſich Belgien befindet, der Entſcheidung der Londoner Conferenz ſich zu fügen. — Der Independant berichtet, Brüſſel ſei ganz ruhig; die Ordnung ſei nicht im mindeſten geſtört worden. — General Evain iſt krank.

Im Journal de Liège vom 21. Februar heißt es: „Gewiß iſt es unangenehm, daß man während ganzer Monate die Kammern ihren kriegeriſchen Ideen überlaſſen, ohne daß die Regierung den geringſten Verſuch gemacht hat, eine unzeitige Exaltation zu beruhigen, die ſie im Gegentheile durch unbedachte Demonſtrationen verſtärkte. Alles ſtimmt in dieſem Puncte überein, um ein ſo unüberlegtes Verfahren zu tadeln. Aber davon handelt es ſich nicht mehr; die Londoner Conferenz hat ihr Schiedsrichteramt beendigt, und wir kennen die Bedingungen, unter welchen Belgien als unabhängiger Staat in der großen europäiſchen Familie zugelaſſen wird. Das iſt jetzt die Frage; auf dieſe Puncte iſt ſie reducirt. Ohne Zweifel wäre es ſchmachvoll, einen Theil des Gebiets, ſo klein er auch ſeyn möge, abzutreten, ohne alle Mittel verſucht zu haben, ihn zu erhalten; es wäre noch ſchmachvoller, den Kampf von Macht gegen Macht zu verweigern, wenn der Streit bloß zwiſchen uns und Holland wäre; aber es kam darauf an, mit allen Cabineten Europa's zu unterhandeln, ſie von unſern Rechten zu überzeugen und von ihnen eine Entſcheidung zu erlangen, und das konnte nur auf diplomatiſchem Wege Statt finden, da die Zuflucht zu den Waffen uns durch die augenſcheinliche Ungleichheit der Kräfte und durch die Gewißheit des Reſultats unterſagt war. Was thun jetzt die Miniſter? Sie bitten in der That die Kammern, nicht das Schickſal der belgiſchen Unabhängigkeit und Nationalität zu compromittiren, die Bedingungen anzunehmen, die uns ganz Europa anbietet, und nicht die Thorheit zu begehen, ſie zu verwerfen. Was ſagen in der Kammer die Gegner des miniſteriellen Vorſchlags, die Anhänger des Widerſtandes? Sie ſagen nicht, wie man glauben könnte, die Regierung müſſe muthwillig unſere brave Armee opfern, alle Bürger müßten zu den Waffen greifen und ſich auf der Gränze tödten laſſen. Nein, ſie ſagen nur, man müſſe den Anfang eines Widerſtandes verſuchen, man müſſe der Form halber einige Tauſend Soldaten opfern und ſich dann zurückziehen, wie es die Miniſter ſchon jetzt vorſchlagen. Es iſt nicht möglich, den Nutzen eines ſolchen Entſchluſſes einzuſehen; daß man ſich ſchlägt, wenn man den Sieg hofft, wenn man das Gebiet zu erhalten hofft, iſt erklärlich, aber daß man bloß einigen Leuten zu Gefallen die Armee decimiren laſſen will, bloß um etwas ſpäter doch das abzutreten, was man nicht behalten kann, und daß man auf dieſe Weiſe ſich noch um das Wohlwollen der Cabinete bringt, die wir nöthig haben, das läßt ſich nicht begreifen. Wir hoffen, daß die Kammer im wahren Intereſſe des Landes entſcheiden wird. Einſtweilen erfüllt die Regierung ihre Pflicht, indem ſie die Freiheit der Meinungen und die Ruhe ſichert.“

Das Journal d'Anvers erklärt, daß es mit Freuden dem Augenblicke entgegenſehe, wo Holland und Belgien ſich wieder im Intereſſe des Handels, der Induſtrie und der Künſte die Hand reichen. „Wir bedürfen,“ ruft es den Holländern zu, „eurer, eurer Schiffe, eurer Colonien, eurer Rechtlichkeit und Handelskenntniß, während

ihr unſerer Steinkohlen, unſeres Eiſens, unſerer Geräthſchaften, unſeres Landbaues und der Erzeugniſſe unſeres Gewerbfleißes bedürft."

Dem Obſervateur zufolge befindet ſich im Hofe des Pallaſtes des Prinzen von Oranien zu Brüſſel ein Artilleriepark, beſtehend aus einer Batterie berittener Artillerie, einer Batterie Feldartillerie, und 12 Kanonen von 12pfündigem Kaliber, im Ganzen aus 32 Feuerſchlünden. Die Garniſon von Brüſſel iſt noch einmal ſo ſtark als jene von Venloo, ſie iſt ebenfalls noch einmal ſo zahlreich, als das im Luxemburgiſchen aufgeſtellte Corps. Es gibt keine Gränzſtadt, die beſſer gegen den äußern Feind bewacht iſt, als Brüſſel gegen die Unruheſtifter.

Nachſtehendes iſt die Fortſetzung des Berichts, welchen der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, H^r. de Theux, am 19. Februar in der Repräſentantenkammer erſtattet hat: „Es iſt äußerſt ſchmerzlich, zu ſehen, daß heute im Intereſſe des teutſchen Bundes, einem Intereſſe mehr des Princips, als des Factums, eine Verbindung zerriſſen werden ſoll, die, unbeſchadet der militäriſchen Rechte dieſes Bundes, trotz der Errichtung Luxemburgs zu einem Bundesſtaate, aufs vollſtändigſte aufrecht erhalten worden war; aber wir dürfen nicht mißkennen, daß die Bundesverſammlung ihre Statuten und die Acten des Wiener Congreſſes angerufen und ſich hierzu durch die formelle Zuſtimmung der fünf großen Mächte ermuntert geſehen hat, diejenigen mit inbegriffen, welche am meiſten Intereſſe dabei zu haben ſchienen, den belgiſchen Staat innerhalb der Gränzen, die er reclamirte, zu conſtituiren. Es iſt uns ferner nicht geſtattet, die im Jahre 1831 eingegangenen und im Jahre 1833 anerkannten Verpflichtungen gänzlich aus den Augen zu verlieren, wenn diejenigen Mächte, welche ſie ohne Vorbehalt ratificirt hatten und die uns einen ernſthaften Beiſtand, theils zur partiellen Vollziehung des Tractats, theils zur Verbürgung des Status quo nach dem Wortlaut der von uns angenommenen Convention vom 21. Mai geleiſtet haben, die Aufrechthaltung dieſer Verpflichtungen begehren, die ſtets als rechtskräftig anerkannt worden ſind. — Sicherlich, meine Herren, haben wir die gewichtigſten Rückſichten gegen die nunmehrige Vollziehung von Stipulationen, die aus einer nun ſchon fernen Zeit herrühren, gegen das Zerreißen der natürlichen Bande, die ſeit Jahrhunderten beſtanden, geltend zu machen gehabt. — Wir hatten gerechte Urſache zu glauben, daß wir, mit Hülfe dieſer ſelben Mächte, durch Compenſation, ein den Regeln einer geſunden Politik entſprechendes Territorial-Arrangement erzielen könnten, mittelſt deſſen man rechtmäßigen Gründen des Mißvergnügens, die nun im Herzen des Volkes zurückbleiben werden, vorgebeugt haben würde. Allein ſo iſt es nicht geſchehen. Alle unſere Anſtrengungen ſind, in Ermanglung einer zureichenden Unterſtützung, an dem Buchſtaben der diplomatiſchen Acten geſcheitert. — Unter dieſen Umſtänden dürfen wir uns die Folgen eines allgemeinen oder partiellen Krieges nicht verhehlen; ſie könnten um ſo unheilvoller für Belgien werden, als Feindſeligkeiten von unſerer Seite in den Augen keiner der Mächte gerechtfertigt ſeyn würden. — Man darf ſich, meine Herren, keine Illuſion über die gegenwärtige Lage machen. Man mag nun die Verweigerung der Annahme des Tractats als Vorläufer mehr oder minder naher Feindſeligkeiten oder als bloße Fortſetzung unſerer innern Verlegenheiten, ohne Hoffnung, die Bevölkerungen von Limburg und von Luxemburg definitiv zu behalten, betrachten, ſo kann es nicht zweifelhaft ſeyn, daß ein ſolcher Entſchluß den wahren Intereſſen des Landes und beſonders denen jener Provinzen zuwider ſeyn würde. — Die Regierung kann den von einigen unſerer Mitbürger, deren Patriotismus ſie übrigens nicht mißkennt, entworfenen Plan nicht annehmen, der dahin zielen würde, dem Tractat die Zuſtimmung zu verweigern, und den Widerſtand auf die Vertheidigung von Venloo zu beſchränken. Indem man uns verleiten will, ſolchergeſtalt dem von den Holländern im Jahre 1832 gegebenen Beiſpiele zu folgen — ein Factum, das übrigens verſchiedenartig beurtheilt werden kann — vergißt man, daß ihre Armee der Citadelle von Antwerpen nicht anders Beiſtand leiſten konnte, als wenn ſie aufs belgiſche Gebiet eingedrungen wäre, und daß ſie ſonach die Beſatzung ihren eigenen Kräften überlaſſen konnte. — Würde die Regierung nicht Pflichten der Menſchlichkeit verletzen, wenn ſie lieber Limburg und Luxemburg einer bewaffneten Invaſion preisgeben, als Garantien ſtipuliren wollte, welche beſtimmt ſind, die Perſonen und das Eigenthum gegen jede Vexation ſicherzuſtellen? — Würde es übrigens einer weiſen Politik gemäß ſeyn, diejenigen unter den großen Mächten, welche Belgien oft einen wohlwollenden Beiſtand geleiſtet haben, in die Nothwendigkeit zu verſetzen, zu Zwangsmaaßregeln ihre Zuſtimmung zu geben, deren Wirkung ſeyn würde, uns, ohne irgend einen Nutzen, in den Zuſtand directer Feindſeligkeit der teutſchen Bundesverſammlung gegenüber zu ſtellen, welche ſich geneigt zeigt, in freundſchaftliche Verhältniſſe mit uns zu treten? Sie werden einräumen, meine Herren, daß eine ſolche Politik, vielleicht geeignet, die Erbitterung des Augenblicks zu befriedigen, ſehr unvorſichtig ſeyn würde. Wir würden dadurch auf lange Zeit die Vortheile verlieren, die wir aus dem Frieden ziehen können. — Und, bemerken Sie wohl, meine Herren: der Frieden, den man uns vorſchlägt, wird die förmliche Anerkennung des Belgiens von 1830 von Seite aller europäiſchen Staaten ſicherſtellen. — Wenn wir nicht im Stande waren, den Beſitzſtand der Revolution von 1830, in ſeiner ganzen Integrität, aufrecht zu erhalten, ſo hat dieſe Ohnmacht zum Theil darin ihren Grund, daß die Feſtungen Maeſtricht und Luxemburg, welche die umliegenden Gebiete beherrſchen, nicht von den belgiſchen Truppen haben beſetzt werden können. Die Auflöſung des vereinigten Königreichs der Niederlande, das im Jahre 1815 von dem coaliſirten Europa geſtiftet worden war, iſt ein augenſcheinlicher Beweis,

daß ſich ſelbſt die großen Mächte im Intereſſe des europäiſchen Friedens, der gebieteriſchen Nothwendigkeit einer Transaction nicht zu entziehen vermochten. — Bemerken wir, daß die Bundesverſammlung ihrerſeits eine wichtige Conceſſion gemacht zu haben glaubt, indem ſie ſich während der letztverfloſſenen acht Jahre zur Unthätigkeit verurtheilte; und daß ſie um ſo eifriger geneigt zu ſeyn ſcheint ihren Projecten Folge zu geben, indem ſie die Gelegenheit ergreift, welche ihr die neuerlichen Beſchlüſſe der Conferenz darbieten. — Verbannen wir daher aus unſern Gemüthern jede Idee von Unehre; erkennen wir vielmehr den gewiſſermaaßen unwiderſtehlichen Einfluß des Friedensſyſtems an, eines Syſtems, das mit jedem Tage tiefere Wurzeln in den Sitten der Nationen ſchlägt. — Wir haben uns nicht verhehlt, meine Herren, daß wir, durch Darlegung der vorſtehenden Betrachtungen, dem Tadel des von der Regierung bei Eröffnung der Unterhandlung eingeſchlagenen Ganges Vorſchub zu leiſten ſcheinen. Man hätte, ſagt man, offen die Abſicht ankündigen ſollen, die durch den Tractat vom 15. November 1831 feſtgeſetzte Territorialbegränzung zu unterſchreiben. Um auf dieſen Entwurf zu antworten, wollen wir einen flüchtigen Blick auf die Geſchichte der neuerlichen Verhandlungen werfen, und ſie mit einigen Betrachtungen begleiten. — Man wird ſich erinnern, daß die von dem König der Niederlande am 14. März ertheilte Zuſtimmung einen Zwieſpalt unter den in der Conferenz verſammelten Bevollmächtigten und das Begehren von Inſtructionen veranlaßte, die erſt im Laufe des Monats Juli eintrafen. Unter dieſen Umſtänden mußte die Regierung, weit entfernt, der Abtretung des Gebiets entgegenzukommen, vielmehr ſuchen, ihr vorzubeugen. Man weiß, daß ſtaatsrechtlich der Beſitz und die Thatſache oft dadurch allein einen großen Einfluß ausüben, daß es ſchwer iſt, die Bande zu zerreißen und die Intereſſen zu verletzen, die daraus entſtanden ſind; die Regierung durfte daher hoffen, daß man einen Beſitz und ein regelmäßiges Regime von acht Jahren, welches den Nachbarſtaaten jede Garantie gewährte, in Verbindung mit dem alten Factum, im Augenblicke des endlichen Arrangements berückſichtigen würde. Sie durfte hoffen, einem Princip von Transacten und Compenſation Eingang zu verſchaffen, beſonders wenn ſich aus augenblicklichem Mangel an Uebereinſtimmung der Anſichten unter den großen Mächten und den intereſſirten Theilen, der Status quo verlängert, oder wenn irgend ein Ereigniß, z. B. eine Kriſis im Orient, die europäiſche Politik verwickelt hätte. — Wir können es laut ſagen, um einem Gefühle der Gerechtigkeit gegen Bevölkerungen, die ſich ſo anhänglich gezeigt und an den gemeinſamen Gefahren vom 1830 Theil genommen hatten, zu gehorchen, durfte die Regierung ihre Abtretung weder beſchleunigen noch erleichtern. Nachdem die Regierung erſt im Monat Auguſt mit der Conferenz in Unterhandlung getreten war, wurde ſie gar nicht betrieben, ſich über dieſe Hauptfrage auszuſprechen; die Discuſſion drehte ſich zuvörderſt ausſchließend um die finanziellen Fragen. Wenn mehrere Dispoſitionen des Tractats unſerer Seits eine Verhandlung von einigen Monaten erheiſchten, ſo iſt der Grund hiervon in der Uebereilung zu ſuchen, mit der ſie im Jahre 1831 unter dem Einfluß von Ereigniſſen feſtgeſetzt worden ſind, die eine ſchleunige Löſung zu fordern ſcheinen. Die Unterhandlungen von 1838 werden wenigſtens das Reſultat haben, daß ſie, außer den Vortheilen, die ſie uns geſichert haben, mehreren Streitigkeiten, zu welchen der Tractat vom 15. November hätte Anlaß geben können, vorgebeugt haben werden. — Man wird uns ohne Zweifel die Thatſachen, die ſich bei Eröffnung der Seſſion der Kammern ergeben haben, einwenden, und fragen, wie wir die Friedensvorſchläge mit dieſen Thatſachen und mit den, unſerem Militär-Etat gegebenen Entwicklung vereinbaren können. Allein zu jener Epoche, meine Herren, hatte man bloß officiöſe und confidentielle Vorſchläge an uns gerichtet, und dieſe Vorſchläge haben ſpäter erſt Verbeſſerungen erhalten. — Ein Entwurf einer Uebereinkunft für das Gebiet hatte von uns noch nicht officiell eingereicht werden können, weil er ſich mit der Ziffer des von Belgien zu tragenden Antheils an der Schuld im Verhältniß befinden mußte. Der moraliſche Beiſtand eines oder mehrerer Höfe, die in Ihrer Adreſſe angerufenen Nationalſympathien konnten einen nützlichen Einfluß ausüben. Ein ſo rechtmäßiger Wunſch, von großmüthigen Anträgen zu einer Transaction begleitet, ſchien Gehör finden zu können. — Erinnern Sie ſich gütigſt, daß der erſte officielle Act der Conferenz erſt vom 6. December datirt, und daß er nicht eher als am 22. Jänner ſeine Vervollſtändigung erhalten hat. — Truppenbewegungen im Auslande, und Drohungen gegen den durch die Convention vom 21. Mai verbürgten Status quo gerichtet, haben unſererſeits Vorſichtsmaaßregeln erheiſcht; daher die Rüſtungen, welche im Laufe der letztverfloſſenen zwei Monate allmählig ſich entwickelt haben. — Konnte die belgiſche Regierung, durch die traurige Erfahrung von 1831 belehrt, wohl anders handeln? Wenn die Intereſſen des Landes, wenn die Verpflichtungen, die ſie gegen Europa zu erfüllen hat, ihr nicht geſtatten, in dieſem Augenblick eine Aufforderung an die Tapferkeit der Armee zu erlaſſen, ſo wird dieſe dadurch moraliſch keineswegs beeinträchtigt werden. Es wird ihr genügen, einen Beweis ihrer eifervollen Ergebenheit, durch vollkommene Mannszucht geregelt, geliefert zu haben. — Wenn die Regierung, wenn die Kammer die getreuen Dolmetſche der Nation geweſen ſind, indem ſie ſich bereit zeigten, große Opfer zu Gunſten Limburgs und Luxemburgs zu bringen, ſo müſſen wir auch anerkennen, daß wir unſere Pflicht verletzen würden, wenn wir aus einem übertriebenen Gefühl der Nationalehre, uns hartnäckig und mit einer höchſt unvorſichtigen Vermeſſenheit auf Wege einlaſſen wollten, die eben ſo gefährlich für das Volk, dem wir Hülfe brin-

gen möchten, als für die Nationalität seyn würden, welche vor jeder ernsthaften Gefahr zu bewahren unsere erste Obliegenheit ist.“ (Schluß folgt.)

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 22. Februar enthält unter der Rubrik: „Aemtliche Nachrichten,“ Folgendes:

„Nachdem unterm 7. v. M. bekannt gemacht worden, daß die am 29. Juni v. J. vertagte allgemeine Ständeversammlung des Königreichs auf Befehl Sr. Majestät des Königs auf den 15. d. M. wiederum berufen sei, und jeder ordnungsmäßig gewählte Deputirte dazu besonders verabladet worden ist, hätte wohl erwartet werden mögen, daß diejenigen Deputirten, welche von den dazu berufenen Corporationen und Districten erwählt worden, und welche das ehrenvolle Amt eines Vertreters des ganzen Königreichs übernommen und nicht wieder niedergelegt haben, ihrer übernommenen Verpflichtung gewissenhaft nachkommen, und der vorgeschriebenen Ordnung die schuldige Folge leisten würden.

Es haben indessen folgende Deputirte weder der Aufforderung selbst Genüge geleistet, noch bei dem Erblandmarschall, noch bei dem Präsidenten der zweiten Kammer ihr bisheriges Ausbleiben entschuldigt, noch endlich eine Resignation auf ihre Deputirtenstelle angezeigt:

1) der Deputirte der Stadt Münden, Advocat Detmold hieselbst,
2) der Deputirte der Stadt Lüneburg, Dr. jur. Meyer daselbst,
3) der Deputirte der Stadt Uelzen, Achtmann Kaufmann daselbst,
4) der Deputirte der Stadt Celle, Kaufmann Schulz daselbst,
5) der Deputirte der Stadt Harburg, Dr. Christiani zu Lüneburg,
6) der Deputirte der Stadt Stade, Senator Haverkampf daselbst,
7) der Deputirte der Stadt Buxtehude, Stadtsyndicus Lang zu Verden,
8) der Deputirte der Bentheimischen Städte, Amtmann Bening,
9) der Deputirte Bürgermeister Westerhausen, aus dem Fürstenthume Grubenhagen,
10) der Deputirte Bauermeister Coß, aus dem Fürstenthume Gottingen,
11) der Deputirte Vollhöfner Möller, } aus dem Fürstenthum Lüneburg,
12) der Deputirte Oekonom Schmidt, }
13) der Hausmann Wittkopf, } Deputirte der Grundbesitzer in den Bremischen Marschen,
14) der Hausmann Schacht, }
15) der Hauptmann Böse, }
16) der Hofbesitzer Schriefer, deßgleichen der Geest und des Herzogthums Verden,
17) der Moor-Commissär Wehner, } Deputirte der Freien der Grafschaft Hoya und Diepholz und der übrigen Grundbesitzer.
18) der Bürgermeister Storkmann, }
19) der Vollmeier Stubbe, }
20) der Advocat Buddenberg, } Deputirte der Grundbesitzer im Fürstenthum Osnabrück,
21) der Gutsbesitzer König, }
22) der Colon Möllmann, }
23) Der Bürgermeister Nordbeck, Deputirter der Grundbesitzer in der Grafschaft Bentheim.

Die Städte und die Grundbesitzer, welche die vorstehend bezeichneten Deputirten erwählt haben, zeigten durch die Wahl selbst, daß sie einen Werth auf dieses Wahlrecht legen.

Indem sie davon Gebrauch gemacht haben, verlangen sie eine Ausführung des gegebenen Mandats.

Sie können diese mit Recht so lange erwarten, bis der von ihnen gewählte Deputirte den Auftrag abgelehnt oder seine Resignation zu erkennen gegeben hat.

Die durch die Uebernahme des Mandats den einzelnen bisher nicht erschienenen Deputirten zweiter Kammer auferlegte Pflicht im Allgemeinen sowohl als insbesondere die durch das ständische Reglement und durch die Bestimmungen des Art. 52 desselben ihnen obliegende Verbindlichkeit, die nothwendige Rücksicht auf Geschäftsordnung, die Rückwirkung ordnungswidrigen Verhaltens ständischer Deputirte, welche das Wohl des Landes berathen und befordern sollen, auf die Schritte der Regierung, auf das Wohl des Landes selbst, ein unnützes, der Landescasse kostbares Aufhalten der Verhandlungen in den Kammern, dieß sind Puncte, deren Andeutung genügt, um die Nothwendigkeit zu zeigen, daß mit Ernst darauf Bedacht genommen werden muß, einer ferner nicht zu duldenden Ungebühr baldigst entgegenzuwirken.

Die vorbenannten Deputirten der zweiten Kammer der allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs werden nun hiermit abermals aufgefordert, ihrer Obliegenheit baldigst zu genügen, und entweder zu erscheinen oder ihre Resignation anzuzeigen.

Sollte das Eine wie das Andere bis zum 1. k. M. nicht geschehen, so wird die Resignation des einzelnen Deputirten reglementsmäßig angenommen, und sodann weiter verfügt werden, was Ordnung und Recht erfordern.

Hannover, den 21. Februar 1839.

Auf besondern Befehl Sr. Majestät des Königs:
Cabinet Sr. Majestät des Königs.
Der Staats- und Cabinetsminister,
G. Freiherr von Schele.“

Wien.

Bei der am 1. d. M. vorgenommenen neunzehnten Verloosung des Staatslotto-Anlehens vom Jahre 1820 per 20,800,000 fl. C. M. sind die nachfolgenden 45 Serien gezogen woeden: 10. 14. 43. 59. 60. 65. 66. 71. 117. 118. 125. 201. 213. 215. 218. 231. 258. 290. 300. 333. 400. 402. 464. 483. 519. 524. 532. 535. 544. 557. 575. 591. 592. 610. 628. 638. 676. 701. 707. 708. 736. 743. 774. 777. 797.

Am 1. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	106 11/16.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100 7/8.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	80 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM	65 1/4.
Bankactien pr. Stück 1483½,	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№. 62

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 3. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 1. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.6[illegible]	28 [illegible] 8 L. 5 P.	+ 1.3	NW.	schwach.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.615	28 4 7	+ 2.6	NW.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.613	28 4 7	+ 0.5	NNW.	still.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 19. Februar nahm der Graf Winchilsea seine Ankündigung, daß er die Vorlegung der auf die Ernennung des Hrn. Turton sich beziehenden Actenstücke verlangen werde, zurück. Lord Melbourne bemerkte, Lord Glenelg habe die Zusammensetzung des von Lord Durham ernannten vollziehenden Rathes, mit alleiniger Ausnahme der Hrn. Turton, gebilligt. Graf Durham: „Ich habe die Ernennung auf eigene Verantwortlichkeit vorgenommen. Der edle Lord (Melbourne) forderte mich auf, die Ernennung zurückzunehmen, ich erklärte ihm aber, lieber würde ich meine rechte Hand abhauen. Demzufolge reichte ich meine Entlassung ein. Es wäre mir angenehm, wenn jedes Wort, das ich geschrieben, veröffentlicht würde. Hr. Turton, der ein ausgezeichneter Rechtsgelehrter ist, empfing keinen Gehalt für seine Dienste, auch wurde er nicht förmlich angestellt. Es freut mich, daß der edle Graf seine Ankündigung zurückgenommen hat — nicht um meinetwillen, sondern weil ich sonst mich verbunden erachtet hätte, eine Untersuchung über das Benehmen aller der Individuen einzuleiten, welche, nachdem sie in frühern Zeiten des Ehebruchs überwiesen worden, nachher öffentliche Aemter erhielten." — Im weitern Verlaufe der Sitzung stellte Lord Colville an den ersten Lord der Admiralität, Grafen Minto, eine Anfrage hinsichtlich einer Beleidigung der brittischen Flagge, welche sich ein Schiff des französischen Blockadegeschwaders an der mexicanischen Küste (die „Creole") gegen ein englisches Packetboot erlaubt haben soll. Lord Minto erwiederte, Admiral Baudin habe dem Commandanten des englischen Geschwaders genügende Erklärungen über den Vorfall gemacht, der einzig der Unvorsichtigkeit und Uebereilung eines jungen Seeoffiziers zur Last falle.

Den neuesten Nachrichten aus London vom 21. Februar zufolge war der Antrag des Hrn. Villiers, daß Zeugnisse für die Aufhebung der Korngesetze vor den Schranken des Hauses vernommen werden sollen, im Unterhause am 19. mit 361 gegen 172 Stimmen verworfen worden. (Im Oberhause war bekanntlich ein gleicher Antrag des Lord Brougham ohne Stimmenzählung gleichfalls verworfen worden). — Am 20. hielt das Oberhaus keine Sitzung und im Unterhause wurden unbedeutende Gegenstände verhandelt. — Am 21. wurde im Oberhause der Fall mit dem mexicanischen Lootsen neuerdings von Lord Strangford zur Sprache gebracht, welchem Lord Minto, wie früher auf eine ähnliche Interpellation des Lord Colville, erwiederte, daß der französische Admiral befriedigende Erklärungen hierüber gegeben habe. Lord Strangford kündigte an, daß er am Montag (25. Februar) die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Stand der Verhältnisse lenken werde, welche gegenwärtig zwischen Frankreich und gewissen amerikanischen Staaten (Mexico und Buenosayres) obwalten. — Im Unterhause wurde am 21. angekündigt, der Ausschuß habe entschieden, daß Hr. D. W. Harvey durch Annahme des Amtes eines Registrators der Miethkutschen seinen Sitz im Parlament verloren habe, weßhalb beschlossen wurde, ein neues Wahlausschreiben für Southwark zu erlassen.

Der königliche neapolitanische Gesandte am Londoner Hofe, Graf Ludolf, ist am 20. Februar zu London in dem hohen Alter von 82 Jahren mit Tode abgegangen.

Consols am 21. Februar 92¼. ⅜.

Frankreich.

Eine königliche Ordonnanz vom 19. Februar ernennt den Staatsrath Hrn. Vatout zum Director der öffentlichen und historischen Monumente bei dem Ministerium des Innern.

Die Beurlaubungen bei der Armee dauern fort. Man ist zu Paris von dem friedlichen Ausgang der belgischen Angelegenheit überzeugt.

Am 22. Februar 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 90. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 55. — Am 23. Februar um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 70. 3Percents 78 Fr. 55.

Preußen.

Der wirkliche geheime Rath und Oberpräsident der Provinz Preußen, von Schön, und der wirkliche geheime Rath und Oberpräsident der Provinz Schlesien, Dr. von Merkel, waren von Berlin nach Königsberg und Breslau abgereist.

Der königlich großbritannische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in Persien, John M'Neill, ist aus Persien in Berlin eingetroffen.

Belgien.

Die Aachener Zeitung vom 23. Februar wiederholt die am vorhergehenden Tage in einem Extrablatte aus Brüssel vom 21. Abends mitgetheilte Nachricht, daß in den Sectionen sich die Mehrzahl der Stimmen für die Competenz ausgesprochen habe, und fügt hinzu: „Diese Nachricht ist, wie unser sehr genau unterrichteter Correspondent mit Recht bemerkt, allerdings von der größten Bedeutung, da gerade die Gegner der 24 Artikel die Frage vertagt und an eine neue Kammer verwiesen wissen wollten, um die Sache in die Länge zu ziehen und Zeit zu gewinnen. Die meisten friedliebenden Journale, die letzteres fürchteten, und dieß Resultat noch nicht kannten, sprachen daher auch ihre Bestürzung unverhohlen aus. Wir lassen daher unsere gestrige Nachricht um so mehr, da sie vielleicht nicht allen unsern resp. Abonnenten zugekommen ist, noch einmal abdrucken und lassen darauf das Raisonnement des Commerce Belge über die Folgen einer Incompetenz-Erklärung folgen."

Der oben erwähnte Artikel des Commerce Belge

lautet: „Das Gerücht verbreitet sich, und setzt Alles in Bestürzung, daß die Bestreitung der Competenz der Kammer nur ein Vorwand ist, um die Debatten zu vertagen, denen man so ungeduldig entgegensieht, deren geringste Zögerung das Land immer mehr compromittirt. Wir können nichts von diesem parriciden Plan glauben, denn die Wahrheit ist Jedermann zu klar. Ganz Belgien ruft, es muß ein Ende nehmen. Wer dieß Ende verschiebt, übernimmt eine furchtbare Verantwortlichkeit. Wie, erst wollt ihr dem Tode trotzen und jetzt schreckt ihr zurück und wollt nur zögern, wenn auch das Land darüber zu Grunde geht! Die Vertagung ist eine Verletzung aller Rechte, aller Interessen. Sind nicht schon Opfer genug gefallen? Soll Alles zu Grunde gehen? Man muß blind seyn, um nicht zu erkennen, daß die Anarchie ihr freches Haupt erhebt, daß sie in dieser Verschiebung Kraft findet. Die Verlängerung ist die Zerstörung der Nationalität, das Grab Belgiens, das noch eben so blühend war. Welches Unglück ist in den letzten Monaten über uns eingebrochen. Aber das genügt noch nicht, wir sollen für immer ruinirt werden. Die Vertagung wird uns mehr Schande verursachen, mehr Thränen kosten, als wenn das Schwert die Schwierigkeiten zerhaut. Im Kampfe verlöre der Ackerbau, die Industrie ihre besten Stützen, in der Vertagung ginge Ackerbau und Industrie fast unter. Aber die Anhänger des Widerstandes gestehen selbst, daß ein guter Erfolg des Krieges unmöglich ist. Sie erkennen also die Nothwendigkeit des Friedens an. Darum wünscht auch die Nation den Frieden. Ihn verhindern, ist mehr als ein Fehler, es ist ein Verbrechen, das nicht gut zu machen ist. Wenn eine Vertagung nur möglich ist, so müßte die Regierung sogleich die Kammern auflösen; dann würden alle guten Bürger sich um den Thron schaaren und Schutz verlangen gegen die schlechten Leidenschaften. Dann würden die Repräsentanten wissen, wem sie das Mandat anvertrauen sollten, sie zu repräsentiren. Sie würden nicht, die Blicke auf eine geographische Karte gerichtet, die Feinde ihres Glücks außerhalb der Gränzen suchen; auf der Liste der Mitglieder der Kammer, in den Colonnen des Moniteur, würden sie sie finden. Ihre immerwährende Ausschließung aus dem durch sie entweihten Heiligthum würde in jedem Bulletin stehen, der unverzügliche Friede, die Ratification der fleißigen Unterhandlungen der Regierung, oder die schnelle Auflösung, das ist der Wunsch des Handels und der Industrie der Hauptstadt, denen sich alle die Einwohner anschließen werden, die es müde sind, das Spielzeug lügenhafter Redner zu seyn. Was kann die Krone befürchten, wenn sie die Partei der Auflösung ergreift, wenn der Widerstand selbst dem Willen des Landes widersteht? Nichts. Sie wird im Lande den vollkommenen und ungetheilten Beifall einer ungeheuern Majorität und ebenfalls den Beifall der Mächte erlangen, weil diese Mächte mit einer Regierung, die in der Gefahr feststeht, temporisiren werden. — Die Vertagung im Gegentheil sagt den Mächten, was sie zu thun haben. Nicht Bayonnete allein haben sie gegen Belgien zu richten; die Sperre der Schelde, die Blockade unserer Land- und Meergränzen, die Unterdrückung aller unserer commerziellen und industriellen Verbindungen — das alles können sie anwenden, und so zu sagen mit geschlossenem Beutel, ohne ihre Armeen marschiren zu lassen. Das ist die Aussicht, die einem schönen Lande geblieben ist, das von denen, die sich seine Vertreter nennen, ruinirt wird. Der unverzügliche Friede oder die Auflösung, noch einmal, das ist der Wunsch der Nation."

Nachrichten aus Brüssel vom 22. Februar (in der Aachener Zeitung) melden: „Bis jetzt haben von den Sectionen drei den Antrag des Hrn. Pollénus wegen Constitutionswidrigkeit (inconstitutionnalité) verworfen, und zwar eine einstimmig, eine mit 11 Stimmen gegen 3. Zwei Sectionen haben den Einwurf angenommen, und zwar in der einen mit 8 gegen 6, in der andern mit 5 gegen 4 Stimmen. Man glaubt nicht, daß die Centralsection vor Montag (25.) ihren Rapport an die Kammer abstatten werde."

In der Emancipation vom 22. Februar heißt es: „Wir hatten gestern schon gemeldet, daß drei Sectionen sich gegen die von Hrn. Pollénus angeregte Inconstitutionnalität ausgesprochen haben und davon eine einstimmig und eine mit 11 Stimmen gegen 3. Zwei hatten sich dafür erklärt, mit 8 gegen 6 und 5 gegen 4. Noch eine Section hat sich heute mit 8 gegen 7 für die Inconstitutionnalität entschieden. (Die Stimmenzahl im Ganzen ist also für die Constitutionnalität.) Heute haben sich die Sectionen von neuem versammelt, und den Tractat au fond zu prüfen und die Berichterstatter bei der Centralsection zu ernennen. Bis jetzt haben erst zwei Sectionen gewählt; in der einen traf die Wahl Hrn. Lebeau gegen Hrn. Dechamps, den Anhänger des Friedens gegen den des Widerstandes, in der andern Hrn. Dollez gegen Hrn. Gendebien (also in demselben Sinn). Die vier andern Sectionen sind auf morgen Früh 11 Uhr zusammenberufen."

Eine Extra-Beilage zu Nr. 54 der Aachener Zeitung vom 23. Februar gibt folgende Nachrichten aus Brüssel vom 22. Februar: „Die Stadt ist fortwährend ruhig. An der Börse verlor man das Vertrauen auf Frieden nicht. Das Journal du Commerce versichert, von je zehn zweifelhaften Repräsentanten, welche die Anhänger des Widerstandes als für die Ihrigen ausgegeben, hätten schon mehr als sieben jetzt erklärt, sie würden für den Frieden stimmen, wenn man ihnen nicht die Gründe des Hrn. von Gerlache widerlegte. Alle Deputirten Brüssels sind für den Frieden, eben so die Antwerpener und die Lütticher, vielleicht nur mit Ausnahme des Hrn. Ernst. Brügge, Gent, Mons und Namur stehen nicht zurück; die Vernunft muß über die Leidenschaft siegen. — Hr. White ist mit wichtigen Depeschen der englischen Legation zu Lord Palmerston geschickt worden." — „Correspondenz. Aus einer so eben im Kammerbureaux gemachten Berechnung geht hervor, daß die Kammer sich für competent erklären wird. In den sechs Sectionen waren 14, 11, 6, 4, 7, 7 für die Competenz, 0, 8, 5, 3, 5, 8 dagegen; zusammen 49 gegen 29. Mehrere hatten nicht gestimmt. Bedenken Sie, daß selbst von denen, welche gegen die Competenz stimmten, Mancher für den Frieden ist, daß Mancher in der Kammer stimmen muß, der in der Section noch scheute, sich herauszustellen, daß in der Centralsection durch Männer wie Lebeau und Raikem die Annahme des Tractats das Uebergewicht erhalten muß, so begreifen Sie, daß selbst die Börse, diese scharfe Beobachterinn, von der Ueberzeugung des Friedens durchdrungen ist."

Nachstehendes ist der Schluß des Berichts, welchen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, Hr. de Theux, am 19. Februar in der Repräsentantenkammer erstattet hat: „Wir glauben nun, meine Herren, alles, was sich speciell auf die Territorialfrage bezieht, erschöpft zu haben. Wenn wir lange dabei verweilten, so werden Sie schon daraus die Lebhaftigkeit und Ausdauer der Bemühungen erkennen, die wir während dieser langen und schwierigen Unterhandlung aufgeboten haben, um Interessen zu vertheidigen, welche wir für so kostbar hielten. Es bleibt uns nun noch übrig, Ihre Aufmerksamkeit auf andere Theile des Tractats zu lenken und Ihnen in Kürze die beträchtlichen, obgleich noch unvollständigen, Vortheile auseinander zu setzen, die wir durch die Unterhandlung von 1838 erreicht haben; Vor

theile, die nicht ohne Zusammenhang mit dem Gange sind, der hinsichtlich der Territorialfrage befolgt worden ist. In der That, meine Herren, darf man wohl annehmen, daß die Conferenz eingesehen hat, wie sehr die Entscheidungen, die sie in Betreff dieser Frage aufrecht erhalten wollte, das Nationalgefühl verletzten, und daß sie demzufolge geneigter gewesen ist, unsern Reclamationen über andere Gegenstände Gehör zu leihen. — Den Nachlaß der Rückstände der Schuld verdankt man ausschließlich der letzten Unterhandlung, wie ich in meinem frühern Berichte angekündigt habe; einige Thatsachen werden die Richtigkeit dieser Behauptung beweisen. — In seinem am 30. November 1832 vorgeschlagenen Thema beschränkte sich Lord Palmerston, mit Zustimmung der belgischen Regierung, auf das Begehren, daß die von Holland vom 1. November 1830 bis 1. Juli 1832 geleisteten Vorschüsse nicht eher als nach der Liquidation des Syndicats von Belgien zurückbezahlt werden sollten. Es war dieß eine bloße Zahlungsfrist oder ein Begehren, welches bloß das Princip eines indirecten Nachlasses der Rückstände für den Fall in sich schloß, wenn die niederländische Regierung jene Liquidation eludiren sollte. — Bei der Unterhandlung von 1833 legten unsere Bevollmächtigten, immerhin auf dem Rechte und der Billigkeit des Abzuges der Rückstände bestehend, folgende Redaction vor: „Die belgischen Bevoll„mächtigten schlagen vor, daß die Liquidation des Til„gungssyndicats Statt finden soll, während zu gleicher „Zeit die beiden Theile dasjenige reguliren werden, was „die Rückzahlung der von Holland für die Zinsen der Schuld „geleisteten Vorschüsse betrifft." — Die Conferenz behauptete, daß sie nicht gebunden sei durch die im Jahre 1832 den holländischen Bevollmächtigten gegebene Erklärung: „daß Belgien mit gutem Recht sich weigern könne, vom „31. Jänner 1832 an die Rückstände seines Antheils an der „Schuld zu zahlen, indem es genöthigt gewesen, den Be„trag derselben zur rechtmäßigen Vertheidigung seines Ge„biets zu verwenden." Sie (die Conferenz) behauptete, daß die andern Zwangsmittel, die seitdem gegen Holland angewendet worden, an die Stelle derjenigen getreten seien, welche sie bei ihrer (obigen) Erklärung im Auge gehabt habe. — Die durchaus gerechte Forderung, auf der wir während der gegenwärtigen Unterhandlung bestanden haben, ist nur nach langen Instanzen, mit Documenten belegt, welche die Wirklichkeit der Ausgaben, zu denen wir gezwungen worden waren, constatirten, ihrem vollen Umfange nach gewürdigt worden. — Die Reduction der Rente von 8,400,000 Gulden auf die Ziffer von 5,000,000 Gulden ist ein nicht minder wichtiger Vortheil. Er ist gleichfalls die Frucht der Anstrengungen der Regierung. — Sie werden bemerkt haben, meine Herren, daß bei den frühern Unterhandlungen von einer Revision der Schuld nicht die Rede war. Die Umstände würden ohne Zweifel nicht gestattet haben, einem solchen Begehren Eingang zu verschaffen. — Die Gerechtigkeit dieser Revision ist mit Hülfe authentischer Actenstücke dargethan worden, welche die Regierung sich verschafft und der Conferenz vorgelegt hat, wovon mehrere nur mit großer Schwierigkeit herbeigeschafft werden konnten. — Indem die Regierung das Princip einer Transaction annahm, mußte sie die Liquidation des Syndicats aufgeben. Um dieß nach Gebühr zu würdigen, darf man nicht aus dem Gesichte verlieren, daß aus den, dem Protocolle Nr. 53 beigefügten Documenten erhellt, daß der Haager Hof sich gleich anfangs geweigert hatte, diese Liquidation zuzulassen, falls Belgien sich nicht dazu verstünde, seinen Antheil an dem eventuell aus der Operation hervorgehenden Passivum zu tragen und daß dasselbe Cabinet das Datum der Liquidation auf den 1. November 1830 setzen wollte, wie noch neuerlich die Bevollmächtigten von Oesterreich und Preußen vorschlugen. Holland wollte die onerösen Operationen des Monats October 1830 der Gemeinschaft zur Last fallen lassen. Es geht aus dem geheimen Bericht hervor, daß im Jahre 1833 sich diese Macht, anstatt der Liquidation, zu weiter nichts verstehen wollte, als zum Nachlaß einer Summe von 2,000,000 Gulden auf die Rückstände der Rente von 8,400,000 Gulden. — Die Liquidation des Syndicats würde noch zu andern Contestationen Anlaß gegeben haben. Mein Bericht, und die demselben angehängten Actenstücke, deuten sie hinlänglich an, und zeigen überdieß die Schwierigkeit, welche die hierbei zu befolgende Methode, im Fall von Uneinigkeit unter den Parteien, dargeboten haben würde. — Wenn man auf die früheren Unterhandlungen zurückgeht, so wird man finden, daß die belgische Regierung von der festen Ueberzeugung ausging, daß sie, da ihr der Tractat vom 15. November die Verpflichtung auferlegte, die Rente von 8,400,000 Gulden, vor der Liquidation des Syndicats zu bezahlen, auf Verzögerungen und Schwierigkeiten gefaßt seyn mußte, die ihr geringe Hoffnung eines vortheilhaften Resultates übrig ließen. Nach dieser Ansicht hat Lord Palmerston, durch sein Thema vom 30. November 1832, und haben unsere Bevollmächtigten in der Note, welche sie im Jahre 1833 überreichten, vorgeschlagen, die volle oder theilweise Vergütung der Rückstände bis nach Bewerkstelligung jener Liquidation zu suspendiren; die indirecte Befreiung von den im Jahre 1833 verfallenen Rückstände, war daher in jener Epoche, das Maximum der Hoffnungen der Regierung als Preis ihrer Verzichtleistung auf die Liquidation des Syndicats. — Während der letzten Unterhandlung haben wir den Satz aufgestellt, daß es, bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge, der Gerechtigkeit und Klugheit angemessen seyn würde, vor Allem nach gründlicher Erörterung sowohl über das Syndicat als über die Theile der Schuld, die wir mit Unrecht uns zur Last geschrieben betrachteten, die reelle Ziffer unseres Schuldantheils neu zu reguliren und bis dahin die Prüfung der übrigen Theile des Tractats zu suspendiren. — In Folge dieses Ansinnens und der gegenseitig aufgestellten Forderungen, nach reiflicher Untersuchung der beiderseits gelieferten Documente, hat uns die Conferenz Ende Octobers die Ausgleichungsziffer von 5,400,000 Gulden vorgeschlagen, welche später von ihr auf 5,000,000 herabgesetzt wurde, während wir unserer Seits am Ende die Ziffer von 4,000,000, mit Inbegriff der Summe von 600,000 Gulden für die Handelsvortheile vorschlugen. — Wir müssen anerkennen, daß die Conferenz die Ungerechtigkeit und die Schwierigkeiten in der Ausführung anerkannt hat, welche der Tractat vom 15. November in diesem Puncte zum Nachtheile Belgiens darbot. Es bleibt ihr jedoch noch eine wesentliche Abhülfe zu bewerkstelligen übrig. — Wenn wir die eben bezeichnete Reduction der Schuld als einen durch die Unterhandlung errungenen Vortheil dargestellt haben, so wollen wir damit keineswegs sagen, daß sie in unsern Augen ein von Belgien zum Nachtheile Hollands erworbener Gewinn ist; diese Reduction von 3,400,000 Gulden ist bloß der noch unvollständige Ersatz des Schadens, den Belgien in Folge des Tractats von 1831 erlitten haben würde. — Die Regierung hätte gewünscht, die Festsetzung eines Scheldezolles beseitigt zu sehen; aber dieses Resultat ist unmöglich zu erreichen gewesen. Die Conferenz ist unwandelbar der Meinung gewesen, daß der Art. 9 des Tractats vom 15. November hierüber keinen Zweifel lassen könne; in der That soll nach dem letzten Paragraphen des Art. 9, bis zu einem definitiven Reglement, der Mainzer Tarif provisorisch auf die Schelde angewendet werden; eine provisorische Anordnung, welche offenbar das Princip des Zolles, als Basis des definitiven Reglements, fanc-

tionirt. Um großen Schwierigkeiten vorzubeugen, hat die Conferenz dafür gehalten, daß sie selbst, so viel als möglich, dieses definitive Reglement in den Tractat einschalten müsse, und keineswegs das Precedent einer provisorischen Anwendung fortbestehen lassen dürfe. Es ist zu bemerken, daß durch den Mainzer Tarif der Strom mit einer Abgabe von vier Gulden belegt worden seyn würde, die so exorbitant gewesen seyn würde, daß sie dem Schließen der Schelde gleichgekommen wäre. Aus diesen Gründen hat Lord Palmerston, im Einverständniß mit der belgischen Regierung, sein Thema vom 30. November entworfen. — Bei der Unterhandlung von 1833 setzten unsere Bevollmächtigten den Lord Parmerston, der die Parteien einander näher zu bringen suchte, confidentiell in Kenntniß, daß die Regierung geneigt sei, zu dem Zoll von einem Gulden und 50 Cents ihre Zustimmung zu geben; aber die niederländischen Bevollmächtigten waren bei ihren Finalvorschlägen nicht weiter als auf 1 Gulden 75 Cents herabgegangen; sie stellten zu gleicher Zeit mehrere für Belgien sehr ungünstige Forderungen. Wir müssen hier bemerken, daß der Zoll heute allgemein auf Ströme und Flüsse angewendet und keineswegs, als eine Beeinträchtigung des Princips der freien Schifffahrt betrachtet wird *). Wir glauben jedoch, meine Herren, daß es im wohlverstandenen Interesse des Handels aller Nationen liege, daß dieser Zoll, kraft besonderer Uebereinkunft, in Pausch und Bogen entrichtet und nicht von jedem einzelnen Schiffe erhoben werde. Die Regierung hat diesen Gegenstand nie aus den Augen verloren; eine Eröffnung in diesem Sinne ist bereits formell gemacht worden, hat aber zu keinem Resultate führen können, da die Mehrzahl der Mitglieder der Conferenz schon am 6. December plötzlich beschlossen hatte, die Unterhandlung zu schließen; allein die Dispositionen des Art. 9, wie er jetzt gestellt ist, enthalten nichts, was einen Zusatzparagraphen in der Weise, wie wir eben angedeutet haben, ausschlösse. Es würde daher nichts im Wege stehen, daß die Regierung, sobald sie ermächtigt seyn wird, den Tractat abzuschließen, den Vorschlag einer Ablösung des Zolles durch directe Zahlung einer Rente an Holland erneuere. Es scheint uns, daß dann ein neuer Vorschlag dieser Art eine günstige Aufnahme finden dürfte. Sollte dieß jedoch nicht der Fall seyn, so würde die Regierung auf Mittel zu denken haben, dem Nachtheile, welchen die Anwendung des Zolles der Schifffahrt verursachen würde, zu begegnen, und ohne Zweifel würden die Kammern diese wichtige Frage, wie sichs gebührt, berücksichtigend, ihre Mitwirkung zur Ergreifung der erforderlichen Maaßregeln nicht ermangeln lassen. Was die übrigen durch den Art. 9 geregelten Puncte anlangt, so genügt es, den Text der beiden Tractate zu vergleichen, um zu sehen, daß der letzte in seiner Redaction mehrere nützliche Aenderungen enthält. — Die Reduction der Rüstungen, welche der Friede gestatten, die Ausdehnung, welche dieser Friede unsern Handelsverbindungen gewähren wird, das Aufhören der Schwierigkeiten, denen der Status quo häufig Anlaß gegeben hat, sind Vortheile, welche für das Land die aus der Zahlung der Schuld und aus dem Scheldezoll entspringende Last reichlich aufwiegen werden. Wir können dafür sagen, daß die wahrhaft harte und lästige Bedingung, das Aufgeben eines Theils von Limburg und Luxemburg ist; aber dieses Aufgeben, wir müssen es anerkennen, ist unvermeidlich, weil die Nationen nicht mehr als die Individuen, zum Unmöglichen verhalten sind. Ebenso wie die Revolution von 1830 vor den Festungen Maestricht und Luxemburg Halt gemacht hat, eben so wenig ist es uns vergönnt gewesen, die diplomatischen Acte hinsichtlich des Gebiets, das sie umgibt, zu zerstören, oder den Einklang der Mächte an Reclamirung des Besitzes desselben zu hindern. Alles, was wir heute zu Gunsten der Einwohner, welche an das Schicksal Belgiens geknüpft bleiben wollen, thun können, werden wir mit Eifer thun. Es wird Ihnen bereits ein Vorschlag zu diesem Ende gemacht. — An Ihnen, meine Herren, ist es nun, über den Friedenstractat, den die Regierung Ihnen zur Annahme vorlegt, zu entscheiden. Sie werden bei den Berathungen, die nun eröffnet werden sollen, nur das allgemein Beste im Auge haben; Sie werden die Reife der Prüfung mit den dringenden Forderungen so vieler Interessen zu vereinbaren wissen, welche die baldige Entscheidung der ersten Frage, die das Land so lebhaft beschäftigt, erheischen. — Brüssel, den 19. Februar 1839. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, Ritter de Theux de Meylandt."

(Die Beilagen C und D werden wir nachliefern.)

*) Die Zollabgabe schließt so wenig das Princip der freien Schifffahrt auf den Flüssen aus, daß diese Abgabe und dieses Princip selbst von mehreren der in der Londoner Conferenz repräsentirten Staaten gleichzeitig angenommen wurden. Note des Berichts.

Wien.

Uebersicht der, in der am 1. März 1839 vorgenommenen 19ten Verlosung des Staats-Lotto-Anlehens vom Jahre 1820 pr. 20,800,000 fl. C. M. gezogenen 46 höchsten Gewinnste:

Loosnummer.	Gewinn.	Loosnummer.	Gewinn.
3,462	120,000 fl.	13,178	
56,466	60,000 „	15,379	
207,183	30,000 „	60,599	
158,500	15,000 „	77,818	
		103,916	1500 fl.
17,132	10,000 „	139,026	
55,745		153,835	
		158,527	
103,966		175,592	
138,130	5000 „	182,111	
182,083		15,351	
		16,851	
55,348		30,299	
103,759		30,358	
136,070	2500 „	55,192	
182,091		77,838	
182,057		77,857	
		104,264	1000 „
2,349		149,321	
30,485		153,504	
56,608		153,550	
86,453	2000 „	158,499	
165,800		175,596	
183,881		182,163	
201,215		193,014	

Am 2. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅛.
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	——.
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	80⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM. 157.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM. ——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	64⅞.
Kurs auf Augsburg	für 100 fl.	Curr. fl. 100⅛	Br. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nro. 1108.

№ 63

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 4. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 2. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.655	28	5 2 op.	— 0.5	NW.	still.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.651	28	5 0	+ 10.9	NW.	schwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.627	28	4 8	+ 0.2	NW.	still.	—

Wien.

Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland sind gestern Vormittags nach 11 Uhr von Mailand, wohin Demselben von Sr. Majestät dem Kaiser die k. k. Kämmerer, Generalmajor Graf Wrbna und Hauptmann Baron Reischach, entgegengesendet worden waren, im erwünschtesten Wohlseyn hier eingetroffen und in den für den erlauchten Gast in der k. k. Burg in Bereitschaft gesetzten Appartements abgestiegen.

Hier wurde der Großfürst von dem ersten Obersthofmeister, Fürsten von Colloredo, empfangen, und eingeladen, Sich zu Ihren Majestäten zu verfügen, als unverzüglich Se. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Franz Carl erschien, um den Großfürsten zu bewillkommnen, und Ihn zu Ihren Majestäten begleitete.

Se. Majestät der Kaiser empfingen den Großfürsten in Allerhöchstihrem Appartement, woselbst Sich auch Ihre kaiserl. Hoheiten die Herren Erzherzoge eingefunden hatten, und führten denselben hierauf zu Ihrer Majestät der Kaiserinn. Von da verfügte sich der Großfürst zu Ihrer Majestät der Kaiserinn-Mutter und zu Ihrer kaiserl. Hoheit der Frau Erzherzoginn Sophie.

Nachdem der Großfürst in sein Appartement zurückgekehrt war, wurden Ihm hier von dem ersten Oberstbofmeister, Fürsten von Colloredo, die drei andern Oberstbofämter vorgestellt.

Kurz vor Tische wurden Se. kais. Hoheit der Großfürst durch den Besuch Sr. Majestät des Kaisers überrascht, und empfingen auch die Besuche Ihrer kais. Hoheiten der durchlauchtigsten Erzherzoge, in deren Begleitung Sich Höchstdieselben zur kaiserlichen Familientafel verfügten.

Nachmittags stattete der Großfürst den Herren Erzherzogen die Gegenbesuche ab.

Abends war Théâtre paré im k. k. Hofburgtheater, welches der allerhöchste Hof und Se. kais. Hoheit der Großfürst mit Ihrer Gegenwart beehrten.

Großbritannien und Irland.

Am 20. Februar hielt die Königinn im St. Jamespallast ihr erstes Lever in dieser Saison. Die Präsentationen waren sehr zahlreich. Se. königl. Hoheit der Herzog von Lucca und der Herzog von Cambridge wurden im königlichen Cabinet empfangen. Das diplomatische Corps war beinahe vollständig erschienen; durch die respectiven Botschafter und Gesandten wurden mehrere Fremde vorgestellt. Nach dem Lever, welchem auch der Herzog von Wellington beiwohnte, hatte der Herzog von Buckingham Audienz, und überreichte Ihrer Majestät die Insignien des Kniebandordens, die sein unlängst verstorbener Vater getragen. Ihre Majestät hielt dann ein geheimes Conseil, welchem die Cabinetsminister und die übrigen beim Lever anwesenden obersten Staatsbeamten beiwohnten. Der Marquis von Normandy ward als Ihrer Majestät erster Staatssecretär der Colonien beeidigt, und erhielt sein neues Amtssiegel.

Hinsichtlich der Lordstatthalter-Stelle für Irland scheint noch nichts beschlossen; die Gerüchte schwanken zwischen dem Grafen von Albemarle und dem Marquis von Tavystock.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Unterhauses vom 19. Februar sprach Sir R. Peel gegen den Antrag des Hrn. Villiers (Bruders des Grafen Clarendon, Botschafters in Madrid), daß Zeugnisse gegen die Korngesetze vor den Schranken des Hauses vernommen werden sollen. Seiner Ansicht nach sind nicht sowohl die Korngesetze, als die hohen Taxen, welche auf dem Grundbesitz lasten — die Grundsteuer, die Armentaxe, die Grafschaftssteuer — der Grund der hohen Kornpreise. Sir R. Peel suchte dann nachzuweisen, daß die Fabriken keineswegs durch die Korngesetze gelähmt worden seien, daß vielmehr die Ausfuhr von englischen Fabrikwaaren im Allgemeinen immer ausnehmend groß und die Fabrikation von feineren Waaren, welche am meisten Handarbeit erfordern, in entsprechender Zunahme begriffen war, daß auch, wenn der Verbrauch von rohem Material ein Beweis von Wohlstand sei, die englischen Fabriken mindestens eben so blühend seien, als die des Festlandes. Das Fabrikwesen sei allerdings auf dem Festlande ebenfalls im Zunehmen begriffen; das sei aber nach 23 Friedensjahren und bei der angebornen Gewinnliebe nicht zu verwundern, und es sei unmöglich, daß, wenn der Friede fortdauere, die Engländer die ausschließlichen Baumwollen-Fabrikanten für die ganze Welt bleiben. Schließlich machte Sir Robert sich anheischig, zu beweisen, daß die Interessen aller Classen, besonders die der fabricirenden, bei dem Wohlbefinden der ackerbauenden Classen betheiligt seien. Der Antrag des Hrn. Villiers wurde, wie schon erwähnt, mit 361 gegen 172 Stimmen verworfen. Diese Abstimmung stellt das Verhältniß zwischen den Verfechtern und Gegnern der Korngesetze im Hause keineswegs rein heraus, da auch manche Gegner der Korngesetze gegen den Antrag stimmten, weil sie das vorgeschlagene Verfahren nicht billigen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte Hr. Mackinnon eine Bill zur Beförderung der Künste und Manufacturen durch Sicherung des Gewinns aus Erfindungen für die Erfinder ein, und die irische Corporationsbill wurde zum ersten Male verlesen.

Sonntag den 17. Februar langte Hr. O'Connell zu seinem ersten Besuche in Dublin an, und wohnte sogleich einer Versammlung seiner Wähler auf der Kornbörse bei. Ein orangistisches Blatt behauptet, es sei ihm in derselben eine goldene Uhr mit Petschaften gestohlen worden.

Die neueste Post aus Westindien hat die Nachricht mitgebracht, daß der Admiral Sir Charles Paget an einem Anfalle des gelben Fiebers schwer erkrankt war.

Spanien.

Nachrichten aus Madrid vom 16. Februar zufolge war in einer Versammlung von Mitgliedern der Deputirtenkammer der Vorschlag gemacht worden, das Volk zur Steuerverweigerung aufzufordern. Am 15. hielten die Senatoren und Deputirten der Minorität, worunter die HH. Calatrava, Seoane, Caballero und Mendizabal, unter dem Vorsitz von Arguelles, ein Festmahl, bei welchem verschiedene Toasts ausgebracht wurden; so von Mendizabal: Auf die Ordnung, die nie zu herrschen aufhörte in dieser Versammlung von Anarchisten! und von General Seoane: Auf die Constitution von 1837! Verflucht sei von Gott und den Menschen, wer sie nicht vertheidigt!

Ueber Valencia hat man in Madrid erfahren, daß van Halen noch am 11. Februar sein Hauptquartier in Murviedro hatte; die Division Aspiroz stand in Onda. Cabrera verweilte in Casas del Cana an der Küste, südlich von der Mündung des Ebro, wo fortwährend Fahrzeuge mit Waffen und Pulver für ihn ankamen. Die Division Ayerbe hat Cariñena verlassen, um die Besatzungen von Caspe und Alcañiz abzulösen. Es scheint, daß van Halen sich mit dem größten Theil seiner Armee in der Gegend von Segorbe und Murviedro behauptet, um zu verhindern, daß Cabrera ein ansehnliches Streifcorps in die Provinz Cuenca entsende und dadurch auch Andalusien gefährde. — Die zwischen Madrid und Toledo fahrende Diligence wurde am 11. Februar durch 30 berittene Factiosen angefallen und die Reisenden fortgeschleppt.

Der Castillano erwähnt, nach Briefen aus London habe Louis Napoleon Bonaparte die Absicht, der Königinn-Regentinn seine Dienste anzubieten. Sollte sich dieß bestätigen, so glaubt man in Madrid, die Regierung werde demselben ein Commando in der Armee übertragen.

Dem Bayonner Phare vom 21. Februar zufolge soll General Maroto am 17. von Estella mit 16 Bataillons und 1200 Pferden nach der Ribera aufgebrochen seyn. Der Phare spricht auch von der Verhaftung mehrerer Generäle (Iturriza, Pablo Sanz, Guergue und selbst Francisco Garcia) und mehrerer anderer Personen, die auf Befehl Maroto's Statt gefunden haben soll.

Frankreich.

Hr. Guizot hat ein neues Wahlmanifest erlassen, welches an den Maire zu Lisieux gerichtet ist. Er sucht darin den der Coalition gemachten Vorwurf, als ob sie Krieg wolle, zu widerlegen und behauptet, der Friede werde vielmehr durch die Schwäche des Ministeriums gefährdet.

Das Journal des Debats erklärt, die Regierung sei eifrig mit Aufsuchung der Mittel beschäftigt, um den traurigen Zustand der Colonien schnell und wirksam zu verbessern. — Das Regierungsdampfboot „Veloce" war am 14. Jänner wirklich in der Havannah in Brand gerathen, man war jedoch des Feuers Meister geworden.

Am 23. Februar 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 95. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 78 Fr. 60.

Belgien.

Die neuesten Nachrichten aus Brüssel vom 23. Februar lauten fortwährend günstig für den Frieden und die Annahme des Tractats. — In sämmtlichen Sectionen sind nun die Berichterstatter gewählt, und überall haben die Freunde des Friedens gegen die Vertheidiger des Widerstandes gesiegt; in der ersten Section Hr. von Behr gegen Hrn. Dumortier; in der vierten Hr. Liedts gegen Hrn. Metz; in der fünften Hr. van Wolxem gegen Hrn. Dubus; in der dritten Hr. Verhaegen. Die Namen der beiden andern Berichterstatter haben wir schon gestern mitgetheilt. — Die Centralsection sollte sich am 23. um 2 Uhr Nachmittags versammeln. — Ein Extrablatt der Aachener Zeitung meldet aus Brüssel vom obgedachten Tage: „Die Versammlung der Centralsection bleibt für Mittag 2 Uhr zusammenberufen. — Die Polizeiagenten haben Befehl erhalten, täglich die Wirthshäuser zu pistiren, wo Fremde wohnen können. Sie müssen sich auch nach den Meinungen derer erkündigen, die bei Bürgern wohnen. — Auf der Börse herrschte mehr als Ruhe; eine wahre Zufriedenheit, welche neues Vertrauen verkündet. Man sieht viele große Finanziers, die sich in den letzten Tagen zurückgehalten haben. Die Staatspapiere steigen. An der Erhaltung der Ruhe bei der Tractat-Annahme zweifelt Niemand. — Verhaegen ist zum Berichterstatter der dritten Section ernannt worden; er hat mit seiner bekannten logischen Schärfe die Nothwendigkeit des Friedens bewiesen. Die Mitglieder der Centralsection sind alle für den Frieden und sie werden sich schnell über ihren Bericht einigen."

In einem andern Schreiben aus Brüssel vom 23. Februar (gleichfalls in der Aachener Zeitung) heißt es: „Die Broschüre des Hrn. von Gerlache macht den besten Eindruck. Einige Blätter greifen ihn an, weil er gegen die Ausschließung des Hauses Nassau gestimmt hat. Aber das beweist nichts gegen seinen Patriotismus. Mehrere Andere haben dieß gethan, die, wie er, es gut mit Belgien meinen, und wie er zu der katholischen Partei gehören, welche die Revolution aus bessern Zwecken beförderte, als die demokratischen Schwindler à la Potter. Die Sprache dieser letztern Herren ist abscheulich. Potter in seinen Briefen, Barthels in seinem Belge predigen die Republik des Pöbels. Den letztern dürfte dieser Tage das Lynchgesetz ergreifen, so erbittert ist die Bourgeoisie gegen ihn. Er kann dann mit der Mad. Gordon, die jedem Scandal nachrennt und auch hier angekommen ist, in Compagnie fortlaufen. Mit Ausnahme solcher Sudelblätter, wie der Belge und der Eclaireur, eifern jetzt nur noch die französisch gesinnte Emancipation und die orangistischen Blätter für den Widerstand. Jeder hofft in dem allgemeinen Kriege den Nutzen seiner Partei, wenn auch das Land darüber zu Grunde geht."

Der Courrier de la Meuse enthält nachstehende Bittschrift, welche die angesehensten Einwohner von Mons an die Repräsentantenkammer gerichtet haben: „Ein altes Gesetz, dessen Weisheit wir bewundern, wollte, daß in den politischen Krisen jeder Bürger angehalten werden sollte, eine Fahne aufzupflanzen, um das Volk in Stand zu setzen, ein gesundes Urtheil über seine wahrhaften Interessen zu fällen, und so zu vermeiden, daß eine schüchterne Majorität von einer lebhaften und exaltirten Minorität nachgeschleppt werde. Unser Vaterland befindet sich in einem dieser feierlichen Momente, wo Niemanden erlaubt ist zu schweigen, und die unterzeichneten Wähler und Einwohner von Mons glauben also eine strenge Pflicht zu erfüllen, indem sie Ihnen ihre Noth und ihre Wünsche mittheilen. — Die Regierung schlägt Ihnen die Annahme des von der Londoner Conferenz abgefaßten und vom König von Holland bereits angenommenen Vertrags vor. — Wenn nicht ganz Europa gegen uns verbunden wäre, wenn wir nicht, um den Bestimmungen der Conferenz zu widerstehen, gezwungen wären, an die Anarchie zu appelliren, und die revolutionnären Fackeln in die benachbarten Staaten zu

tragen; wenn endlich der Triumph unserer Sache, ohne eine schreckliche Umwälzung, an deren Folge wir nicht zu denken wagen, möglich wäre, so würden wir die Ersten seyn, uns der Zerstückelung des Gebiets zu widersetzen. Aber wir fragen Sie mit tiefer und schmerzlicher Ueberzeugung, wie können wir der furchtbarsten Verbindung widerstehen, die je existirt hat, und an der Frankreich selbst Theil nimmt? Wir bewundern Polens heldenmüthige Anstrengungen, aber Polen liegt im Grabe. — Jeder von uns hängt der belgischen Nationalität an, und daher widerstreben wir aus allen Kräften diesem Widerstandssystem, welches unfehlbar den Verlust dieser Nationalität herbeiführen würde. — Nach diesen allgemeinen und gewöhnlichen politischen Betrachtungen zu Gunsten des Friedens, möge es uns, als Wähler und Einwohner eines großen industriellen Districts, erlaubt seyn, hinzuzufügen, daß er durch die Bedürfnisse des Handels lebhaft reclamirt wird, daß eine längere Ungewißheit zu einer eben so schrecklichen als unvermeidlichen Katastrophe führen würde. — Wir bitten Sie, erwägen Sie ruhig und furchtlos die Gründe, welche Ihr Votum bestimmen sollen, und wir sind überzeugt, Sie werden die Vorschläge der Regierung annehmen. Das gebieterische Gesetz der Nothwendigkeit hat sie gezwungen, sie Ihnen vorzulegen; dasselbe Gesetz wird Sie nöthigen, sie anzunehmen. Mons, den 20. Februar 1839. (Folgen die Unterschriften).“

Die achtbarsten Kaufleute von Brüssel haben unterm 21. Februar folgende Bittschrift an die Mitglieder der Repräsentantenkammer gerichtet: „Die unterzeichneten Kaufleute, Eigenthümer und Notabilitäten der Stadt Brüssel bitten Sie, ihrer Angst ein Ende machen, indem Sie die Vorschläge der Regierung in Bezug auf einen definitiven Friedenstractat annehmen. Am Rande unseres Verderbens beschwören wir Sie, dem Wunsche der ungeheuern Majorität der Industriellen, Handeltreibenden und der Bürger, welche von ihrer Arbeit leben, zu willfahren. Um den Frieden bitten wir für unsere Familien, für unsere Arbeiter, deren Arbeit und Lohn wir uns schon genöthigt gesehen haben zu verringern, und die wir genöthigt sind ganz aufzugeben, wenn der jetzige Zustand fortdauert. Der Friede ist die Erhaltung der Resultate von 1830, die Befestigung des Thrones Leopolds. Es ist die einzige Möglichkeit, wie der so heftig erschütterte öffentliche und Privatcredit sich wieder heben kann. Beeilen Sie sich also, Belgiens Geschick zu bestimmen, ergeben Sie sich mit den edlen und muthigen Rathgebern der Krone in die Opfer, welche uns das Gesetz des Stärkern auflegt. Wir wollen Belgier bleiben, wir wollen unsern König erhalten.“

Die Brüsseler Handelskammer hat folgende Adresse an die Repräsentanten erlassen: „Sie sind in diesem Augenblicke berufen, den politischen Zwistigkeiten, die seit so langer Zeit zwischen Belgien und Holland bestehen, ein Ziel zu setzen, und über den durch die Londoner Conferenz festgestellten Vertragsentwurf zu votiren. Dieser Entwurf trennt mehrere Theile der Provinzen Luxemburg und Limburg vom belgischen Gebiete. Wir beklagen, daß dieses schmerzliche Opfer unserm Vaterlande aufgelegt ist, und wenn wir glaubten, durch Widerstand diesen Mißbrauch der Gewalt, die unsere Landsleute von Belgien trennt, verhindern zu können, so würden wir bereit seyn, uns ihrer Vertheidigung zu weihen. Aber die fünf großen Mächte Europa's haben ihren Willen ausgedrückt; er ist unwiderruflich; jeder Widerstand würde die größten Unglücke über das Land herbeiziehen und die belgische Nationalität gefährden. Sie werden die Verantwortlichkeit eines Krieges nicht übernehmen wollen, worin das Blut unserer tapfern Jugend ohne irgend eine Hoffnung auf Erfolge vergossen werden würde, und welcher den gänzlichen Ruin des Handels und der Industrie nach sich ziehen würde. Schon, wir müssen es Ihnen erklären, hat das Land ungeheure Verluste erlitten, und die Privatunglücke, die ausgebrochen sind, sind nur die Andeutung eines weit großern, weit ausgedehntern Unglücks, das alle Zweige des Handels und der Industrie trifft; eine Vertagung der Frage, die sie beschäftigt, würde das Unglück verhundertfachen und vollends alles Zutrauen vernichten; die Verlängerung der Leiden des Landes ist unmöglich geworden. Die Handelskammer von Brüssel ist, indem sie Sie beschwört, der Nothwendigkeit nachzugeben, den Ihnen durch die Regierung vorgelegten Gesetzentwurf anzunehmen, überzeugt, daß sie den Wunsch aller derjenigen, die bei der öffentlichen Wohlfahrt betheiligt sind, den wahrhaften Nationalwunsch ausdrückt.“

Auch die Lütticher Handelskammer hat an die Repräsentantenkammer eine Petition behufs der Annahme des Tractats gerichtet.

Aus dem, wie gestern erwähnt, im Indépendant erschienenen Aufsatze aus der Feder des Präsidenten des Cassationshofes Hrn. von Gerlache über die Gebietsfrage gibt die Frankfurter Oberpostamtszeitung Auszüge, und beleuchtet sie mit folgenden Bemerkungen: „Der Chef des obersten Justizhofes muß am besten wissen, was Rechtens ist, — zumal in einem Scheidungsprozeß. Worte der Versöhnung, der Klugheit, der Mäßigung, — Worte voll überzeugender Kraft und patriotischer Wärme, hat Hr. von Gerlache an seine Landsleute gerichtet. Man darf hoffen, daß sie Eingang gefunden, wankende Gemüther befestigt, die Partei des Widerstandes und der Kriegslust geschwächt, den Abgeordneten der Nation den Muth gegeben haben, die Vorschläge der Regierung resignirt anzunehmen. Uns gebietet der Moment, die so zeitgemäße Mahnung in einigen Hauptzügen zur Kenntniß unserer Leser zu bringen. Zuerst der Eingang: „Europa wünscht den Frieden. Die großen Nationen, die unsere Nachbarn, Frankreich, England, Preußen, haben zu viele Ursachen innerer Zerwürfniß, als daß sie nicht den Krieg nach Außen scheuen sollten. In Belgien aber gewinnt alles ein drohendes Ansehen; Nation und Legislatur scheinen in zwei Lager getheilt. Die Einen rufen zu den Waffen, Ehre und Unabhängigkeit zu retten; die Andern, die Zukunft fürchtend, besorgt um unsern noch neuen, unbefestigten Staat, flehen, man möge doch einem Sturme nicht trotzen, in welchem das theure Vaterland, das wir ohne Krieg zu gründen so glücklich waren, verschwinden könnte. Unser letzter Verbündeter hat uns verlassen. Frankreich hat das Protocoll unterzeichnet, wodurch die Gebietstrennung ausgesprochen wird, und Holland erkennt endlich den zu seinem Nachtheile abgeänderten Tractat vom 15. November 1831 an. Wir allein scheinen Europa den Handschuh hinwerfen zu wollen. Hat bei diesem Conflict Belgien das Recht auf seiner Seite? Muß diese Frage affirmativ beantwortet werden, — dann zögere ich keinen Augenblick, zu erklären, daß es wohl thut, zu widerstehen; ich vertraue einer guten Sache; wenn aber Belgien das Recht und die Gewalt gegen sich hat, so wird man mir wohl erlauben, daß ich seine unerschrockenen Rathgeber frage, welche Wechselfälle von Erfolg sie in einem so ungleichen verzweifelten Kampfe für sich haben? Hören wir die Belgier ihre Klagen ausdrücken durch den Mund ihrer kraftvollen Stellvertreter: „Wir verlangen die Integrität unseres Grundgebiets; unsere Rechte beruhen auf der alten Nationalität, welche Belgien 1830 nur wiedererobert hat; diese Rechte sind 1831 verkannt worden; wenn wir uns zumal zu schmerz-

lichen Opfern entschlossen, so geschah es nur unter der formellen Garantie, gegeben von den fünf Mächten, daß die sofortige Vollziehung des Vertrages eintreten müsse; nur um diesen Preis konnte Belgien zu seiner Verstümmelung einwilligen; da die Vollziehung ausblieb, und zwar durch Hollands Schuld, und weil die fünf Mächte zusahen und duldeten, so hat sich das Verhältniß geändert; in den verflossenen acht Jahren sind die Bande zwischen uns und unsern Mitbürgern in Limburg und Luxemburg so innig verschlungen worden, daß man sie nicht ohne Verletzung des Völkerrechts zerreißen könnte; Belgien hat seine Gränzen nicht ausgedehnt oder überschritten; es erkennt die Militärrechte des teutschen Bundes an — als die einzigen Ausnahmsrechte auf dem Grundgebiet der Niederlande." So lautet, was man in Belgien plaidirt. Nun aber ist die Sache so gestaltet, daß wir unsern Prozeß nicht vor unserm eigenen Tribunal führen; unglücklicherweise sind wir nicht Richter in der uns so nahe angehenden Streitfrage; wir müssen leider auch anhören, was man zu Paris, zu London, zu Frankfurt vorbringt. Vernehmet darum, was man uns entgegnet." — Wir dürfen uns entbinden, dem Hrn. von Gerlache in dem nun folgenden Theile seiner „Worte über die Gebietsfrage" zu folgen. Unsere Leser wissen, mit wie triftigen Gründen von teutscher Seite der überflüssigste aller Beweise geführt worden ist. Gerlache geht das Geschichtliche seit 1815 durch und kann dabei natürlich nur Bekanntes wiederholen. Auch die letzten Conferenzverhandlungen und alle Versuche der belgischen Regierung, die fünf Mächte umzustimmen, werden in Erinnerung gebracht. Uebergegangen wird dann zur Entkräftung der von der Widerstandspartei vorgeschützten Gründe zum Beharren auf der Gebietsintegrität, Limburg und Luxemburg eingeschlossen. „Ihr gebt vor, der Tractat von 1831 sei nichtig, weil er nicht unmittelbar vollzogen worden; wo steht aber geschrieben, daß der Tractat null seyn soll, falls er nicht auf der Stelle executirt werde? Die sofortige, vollständige, gewaltsame Vollziehung konnte den Krieg herbeiführen, und der Tractat von 1831 war geschlossen, um Belgien, unter Vermeidung des Krieges, als Staat zu constituiren. Uebrigens geschah ja die Blockade der Schelde, die Wegnahme der Citadelle von Antwerpen, in Vollziehung des Vertrags und auf ausdrückliches Begehren der belgischen Regierung. Doch ihr bleibt dabei: der Tractat vom 15. November 1831 ist nicht vollzogen worden; nun denn, so sagt mir doch: was ist die Convention vom 21. Mai 1833, die Belgien sicherte: 1) Suspension aller Feindseligkeiten bis zum Abschluß eines Definitivvertrags mit Holland; 2) freie Schifffahrt auf der Schelde; 3) den Status quo in Limburg und Luxemburg. Ist sie nicht eine partielle Vollziehung des Tractats vom 15. November? Aeußerte nicht der belgische Bevollmächtigte, indem er die Zufriedenheit seines Hofes mit den Bestimmungen der Convention ausdrückte, die belgische Regierung, bedauernd, daß die vollständige Ausführung des Tractats vom 15. November noch verzögert werden könne, erwarte mit Vertrauen das Ergebniß der angekündigten neuen Unterhandlungen? Nun aber ist der Vertrag, dessen Ausführung Belgien im Jahre 1833 so pressirte, derselbe, der uns jetzt mit einer Erleichterung von jährlich 3.300,000 fl. an der Zinslast angeboten wird. Ihr habt auf Vollziehung des Vertrags gedrungen in den Clauseln, die euch vortheilhaft waren, und stoßet jetzt die andern zurück, die euch drückend erscheinen. Ist das gerecht? Ihr behauptet, der Vertrag sei nichtig, weil er zu spät vollzogen werden wolle. Wißt ihr denn nicht, daß es im vollen Recht (pleno jure) keine Nullität gibt bei einem freiwillig angenommenen Act? Ihr mußtet, statt ihn laut anzuerkennen, um Rescision (Aufhebung) einkommen; mit andern Worten: ihr mußtet das Umgekehrte thun von dem, was ihr gethan habt. Der König Wilhelm hat freilich fünf Jahre gewartet, ehe er sich fügte: hat er aber auch nicht die Prozeßkosten bezahlen müssen? — Ferner heißt es: „Belgien will nur sein Grundgebiet behalten und seine alte Nationalität behaupten, die verstümmelt werden soll." Wenn aber Belgien den Tractat von 1831 anerkennt, so gehören ihm Limburg und Luxemburg nicht, weil ihm der Tractat diese Provinzen nicht zugesteht; erkennt es den Tractat nicht, so setzt es sich zurück an den Tag nach seiner Revolution: es existirt dann factisch, aber nicht rechtlich (de facto und nicht de jure). Fragt ihr mich, was die alte Nationalität des belgischen Volkes ist, so gestehe ich euch offen, daß ich nicht weiß, was damit gemeint seyn mag. Ich wäre sehr neugierig, zu erfahren, worin diese Nationalität bestanden hat, als wir spanische oder österreichische Provinzen waren, als Holland unsern Handel bedrückte, unsere Häfen schloß, in unsern Festungen Garnison hielt, als wir dem Starken und dem Schwachen zum Spielwerk dienten, als man uns wie ein Stück Möbel verkaufte und vertauschte. Wahrhaftig, zu jener Zeit gab es keine belgische Regierung, bestanden keine belgischen Kammern, die in stolzen Adressen zu Europa sprechen konnten. Unsere Regierung hat verständiger gesprochen, als sie 1833 durch das Organ des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten der Repräsentantenkammer sagte: „Wir, die Belgier, zuletzt zugelassen in die große europäische Familie, wollten zeigen, daß wir die Pflichten verständen, die jedem ihrer Glieder von der Socialordnung aufgelegt sind, und daß wir bereit seien, diese Pflichten zu erfüllen."

So eben am Schlusse unseres Blattes aus Brüssel einlaufenden Nachrichten vom 23. Februar Abends zufolge glaubte man daselbst, daß sich die Kammer Montags den 25. versammeln werde; indeß hieß es, die Widerstandspartei wolle dahin wirken, daß schwerlich vor Mittwoch die Hauptdiscussion Statt finden kann, indem sie auf gedruckten Mittheilungen der verschiedenen Voten der Sectionen ꝛc. bestehen wird. — Der Belge vom 22. ist durch einen Aufsatz sehr merkwürdig, welcher auf die fulminanteste Weise gegen den päpstlichen Nuntius, Msgr. Fornari, und gegen den Papst selbst loszieht. Dieses Blatt, dessen Redacteur der berüchtigte Barthels ist, hat sich stets durch seinen Fanatismus ausgezeichnet.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Der Züricher Zeitung zufolge hat der dortige Erziehungsrath am 23. Februar folgenden Beschluß gefaßt: „Nach Anhörung einer Zuschrift des Hrn. Dr. Strauß vom 18. Februar, wodurch derselbe die Annahme des an ihn ergangenen Rufes an die Hochschule erklärt, hat der Erziehungsrath beschlossen: 1) Von dieser Anzeige ist im Protocoll Kenntniß zu nehmen. 2) Dagegen sei unter den gegenwärtigen Umständen die Entscheidung über den Zeitpunct der Einberufung zu verschieben. 3) Das Präsidium ist ersucht, dem Hrn. Dr. Strauß die Gründe mitzutheilen, warum gegenwärtig die wirkliche Einberufung noch nicht Statt finde. 4) Von dem Schreiben, so wie von gegenwärtigem Beschlusse ist dem Regierungsrathe Kenntniß zu geben."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1·K· ZEITUNG 1839

№ 64

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 5. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 3. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.675	28 3 St. 5	3 P. — 0.3	NW.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.709	28 5	8 + 1.4	NW.	schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.672	28 5	3 + 0.3	NW.	still.	—— „

Spanien.

Die Pariser Blätter vom 25. Februar sind gestern nicht in Wien eingetroffen; es fehlt also auf diesem Wege an neueren Nachrichten aus Spanien. — Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 17. Februar: „Zwischen dem Generalissimus Espartero und dem Kriegsminister General Alair ist entschiedene Spaltung ausgebrochen. Der letztere hat zum ersten Mal keinen Anstand genommen, einen der Günstlinge des Grafen Luchana mit Mißgunst zu behandeln. Die Ersetzung des Grafen Cleonard durch den General Carratala ward gestern im Conseil beschlossen. Dieß ist eine den Exaltados gewährte Genugthuung; längst hatten jene die Absetzung des Generalcapitäns von Andalusien verlangt. Man wird ohne Zweifel nicht dabei stehen bleiben, und Baron de Meer wird wahrscheinlich gleichfalls abberufen werden. Die unabhängige Lage des Generals Alair hat nicht wenig dazu beigetragen, diesem stolzen Character zu gestatten, sich bestimmter herauszustellen. — General Palarea ist heute hier angekommen."

Ein Schreiben aus Bayonne vom 19. Februar (in der Allgemeinen Zeitung) meldet: „Die Nachrichten aus Spanien bekräftigen, daß die beiden Minister des Kriegs und der Finanzen große Thätigkeit entfalten. Die Recrutirung, Remontirung und Organisation neuer Truppen und die Waffenfabrikation wird betrieben; an mehreren Orten werden Magazine von Beschuhung angelegt, damit die Truppen im Frühjahr nicht durch den Mangel derselben aufgehalten werden. Pio Pito bringt mehr Geld zusammen, als man glauben sollte; die Angelegenheit des Anlehens Henderson in London von 20 Mill. Pf. St. (4 Mill. jetzt, und 16 Mill. in sechs Serien in den nächsten drei Jahren) ist nicht so grundlos, als Einige vorgeben. Ein neuer Commissär, Don Manuel Juelan (ein Kaufmann, welcher schon in der vorigen constitutionnellen Epoche in politischen Verhältnissen mit der damaligen Regierung stand und bis vor kurzem als Emigrant in Paris lebte), ist dahin abgegangen, um den Verhandlungen über einen Zolltarif zu Gunsten der englischen Baumwollfabrikate beizuwohnen; auch ist Misley, der wegen seines Manifestes über das Anlehen Safont-Laffitte verbannt wurde, wieder nach Madrid berufen worden. — Die Verproviantirung von Lucena und Villafames, welche van Halen mit zwei Divisionen unternahm, ist am 3. glücklich ausgeführt worden; nur in der Nähe von Alcora, wo 4 Bataillons unter Cabrera und Forcadell auflauerten, gelang es diesen, aus einem Hinterhalte zu feuern und einige 40 Mann zu verwunden. Auch auf der Seite von Cuenca fand am 6. bei Agut, eine halbe Meile von Utiel, ein Gefecht zwischen Iriarte und Arnau Statt, in welchem die Christinos das wohlorganisirte Bataillon des Häuptlings Pujol zerstörten und 140 Gefangene machten; der Carlistische Chef vom Generalstab dieser Brigade, Tallada, kam dabei um. Der Hauptschlag gegen Cabrera war aber die Auffangung eines von London aus mit 8000 Gewehren, Säbeln u. s. w. gekommenen Convoi's durch zwei spanische Küstenfahrzeuge an der Küste zwischen dem Ebro und Vinaroz; nur ein geringer Theil konnte von den Carlisten ausgeschifft werden. Dadurch ist der Plan, eine starke Armee unter Cabrera zu bilden, vereitelt worden. — Die Muñagorristen haben sich zerstreut, nachdem sie ihr Lager angezündet. Muñagorri ist in Behobie angekommen. — Van Halen hat die valencianische Küste von Castellon, mit Ausnahme von Vinaroz und Castellon, in Blockadestand erklärt."

Großbritannien und Irland.

Die neueste Londoner Post vom 22. Februar konnte wegen stürmischen Wetters nicht über den Canal gelangen.

Das in Stuttgart erschienene „Handbuch für Kaufleute, nach dem Englischen des Mac Culloch von C. F. E. Richter," enthält Folgendes über das gegenwärtig in England geltende Korngesetz: „Dasselbe beruht auf einer von Hrn. Charles Grant (jetzt Lord Glenelg) im Jahre 1828 eingebrachten Bill, welche als 9i. Acte Georgs IV., C. 60, Gesetzkraft erhielt. Diese Acte bestimmt Folgendes: „Da es dienlich erscheint, daß Getreide, Körner, ordinäres und feines Mehl, welche in fremden Ländern und den übrigen brittischen Besitzungen in Europa erzeugt, hervorgebracht und zubereitet worden sind, zum eigenen Verbrauche des vereinigten Königreichs eingebracht werden, und zwar gegen

Erhebung von Einfuhrzöllen, welche von Zeit zu Zeit nach den Durchschnitts-Getreidepreisen des Landes, wie nachstehend, bestimmt und bekannt gemacht werden sollen, so ist hiermit verordnet, daß von allem Korn, Getreide, Mehl und feinem Mehl, welches zum Verbrauche in das vereinigte Königreich aus fremden Ländern eingeführt worden, die in der, dieser Verordnung angehängten und beigegebenen Tabelle enthaltenen verschiedenen Zollabgaben von S^r. Majestät und an solche entrichtet werden sollen; und diese Zölle sollen eben so erhoben, gesammelt und entrichtet werden, wie alle übrigen, die in der Einfuhrzollabgaben-Tabelle erwähnt sind, welche dem Gesetze 6 Georg IV., C. 111 §. 3, beigefügt ist." Die oben erwähnte Tabelle enthält den Tarif für den aus fremden Ländern eingeführten Weizen; ferner für Gerste, Mais und Buchweizen; Hafer; Roggen, Erbsen und Bohnen; Weizen- und anderes Mehl; Hafermehl; endlich für das aus den außereuropäischen Besitzungen Großbritanniens eingeführte Getreide, für welche bedeutende Ermäßigungen eintreten. Für den aus fremden Ländern eingeführten Weizen ist der Zoll für das Quarter, bei einem Durchschnittspreise des inländischen Weizens von 62 Shillings und unter 63 Sh., = 1 Pf. 4 Sh. 8 Pence, bei 63 und unter 64 = 1 Pf. 3 Sh. 8 P., bei 64 und unter 65 = 1 Pf. 2. Sh. 8 P., bei 65 und unter 66 = 1 Pf. 1 Sh. 8 P., bei 66 und unter 67 = 1 Pf. 8 P., bei 67 und unter 68 = 18 Sh. 8 P., bei 68 und unter 69 = 16 Sh. 8 P., bei 69 und unter 70 = 13 Sh. 8 P., bei 70 und unter 71 = 10 Sh. 8 P., bei 71 und unter 72 = 6 Sh. 8 P., bei 72 und unter 73 = 2 Sh. 8 P., bei 73 und darüber = 1 Sh. Sobald der Preis unter 62 Sh., nicht aber unter 61 steht, ist der Zoll 1 Pf. 5 Sh. 8 P., und mit jedem Shilling, um welchen sich der Preis von 61 Sh. an vermindern sollte, wird der Zoll um 1 Sh. erhöht. Für den aus den außereuropäischen Besitzungen Großbritanniens eingeführten Weizen beträgt der Zoll vom Quarter, so lange der Preis des inländischen Weizens unter 67 Shilling beträgt, 5 Shilling, und, sobald der Preis auf 67 Shilling und darüber steht, 6 Pence.

Schweden und Norwegen.

Bei der Audienz, welche die Repräsentanten am 9. Februar nach der durch S^r. Majestät geschehenen Eröffnung des Storthings beim Könige hatten, hielt der Präsident Sörenssen folgende Rede: „Gnädigster König! Nicht weniger das Verlangen unserer Herzen, wie unser Beruf als Repräsentanten der Nation, versammeln uns um Ew. Majestät erhabene Person, um den innigsten Willkommensgruß des norwegischen Volkes und die Versicherung seiner unveränderlichen Liebe und unverbrüchlichen Treue gegen Sie und Ihr königliches Haus darzubringen. Mit den frohen Gefühlen des Wiedersehens vereinigen sich unsere wärmsten Dankgebete zu dem Vater der Völker und der Könige, der in einer Stunde der Gefahr seine kräftig schirmende Hand über Ew. Majestät Leben und Gesundheit gehalten, die gleich wichtig und theuer für das norwegische Volk wie für das Bruderreich sind. Eilf Jahre sind verflossen, seitdem der Storthing das Glück gehabt, Ew. Majestät mündlich gleichen Gruß, gleiche Versicherung zu überbringen; allein die Freuden des Wiedersehens sind rein und unvermischt. Das Vaterland hat in der Zeit seitdem große und wichtige Fortschritte gemacht, und das Volk erkennt, nächst der Leitung der Vorsehung, Ew. Majestät als die wichtigste Quelle des Glückes, in dessen Besitz es jetzt ist. Ew. Majestät Anwesenheit unter uns, obschon stets eine Quelle der Freude für das norwegische Volk und stets mit der aufrichtigsten Erkenntlichkeit geschätzt, fordert, wo möglich, in noch höherem Grade zu diesen Gefühlen in dem gegenwärtigen Zeitpuncte auf, indem Ew. Majestät dadurch den kräftigsten Beweis der unablässigen Fürsorge gegeben haben, welche Sie den Angelegenheiten Norwegens widmen. Der Storthing ist dessen gewiß, daß Ew. Majestät Aufenthalt unter uns Ihnen den Lohn gewähren wird, auf welchen Ihr edles Herz den höchsten Preis stellt: völlige Ueberzeugung davon, daß Sie ein treues ehrenvolles Volk regieren. Möchte Ihre Gegenwart unter uns auch, wie wir es hoffen, beitragen, die, nach unserer Ueberzeugung ganz irrige Meinung auszurotten, die mitunter vom Bruderreiche her erschallt, als ob sich unter uns ein Ueberrest der unbrüderlichen Gesinnung einer jetzt ferne liegenden Zeit finde, so werden wir uns aufrichtig freuen über einen für die Wahrheit errungenen Sieg, der für Ew. Majestät, den hohen Stifter der Vereinigung, den Werth Ihres großen Werkes beträchtlich mehren müßte! Unter den hellsten Hoffnungen beginnen wir dann so die wichtigen, verantwortungsvollen Arbeiten, welche das Vertrauen der Mitbürger uns übertragen hat, indem wir des Himmels Segen über Ew. Majestät und Ihr königliches Haus, und für uns Kraft und Fähigkeit erflehen, unser wichtiges Geschäft auf eine Weise auszuführen, die in gleichem Grade die billigen Forderungen eines geliebten und edlen Königs erfüllen könne." — S^r. Majestät geruhten zu antworten: „Meine Herren, die Ereignisse vergangener Jahrhunderte, welche die Bewohner des Nordens bald als Sieger, bald als Ueberwundene, bald gegen einander feindlich, bald wieder freundschaftlich gesinnt darstellen, müssen uns überzeugen, daß für die vereinigten Brudervölker nur im Vergessen des Hasses und der Uneinigkeit voriger Zeiten, und nur in Erfüllung der heiligen Pflicht, sich einander treu beizustehen, dauernde Selbstständigkeit gefunden werden kann. Die Vorsehung gebot, daß diese beiden Nationen in Zukunft nur darum wetteifern sollten, in Frieden und Eintracht, und unter den Augen eines gemeinsamen Vaters den besonderen und schützenden Gesetzen eines jeden dieser Königreiche zu gehorchen. Ich habe es, wie Sie, meine Herren, beklagt, daß einige, gegen beide Brudervölker feindlich gesinnte Personen gesucht haben, sowohl in Norwegen als in Schweden, Saamen des Mißtrauens auszustreuen. Ich habe diese Versuche übersehen, denn, trotz derselben, werden Einigkeit und Freundschaft, gegründet auf stets zunehmendes gegenseitiges Vertrauen, eine Vereinigung befestigen, welcher die Natur so deutlich bestimmt hat, welcher aber menschliche Leidenschaften und unglückliche Umstände bis auf unsere Tage entgegengearbeitet haben. Die Wünsche, meine Herren, welche Sie in dieser Hinsicht aussprachen, werden, Ich versichere es Ihnen, brüderlichen Widerklang in Schweden finden. Ich empfange mit Erkenntlichkeit die Huldigung, welche sie im Namen des norwegischen Volkes Mir gebracht. Ich weiß seine Treue, seine Freude, Mich in seiner Mitte zu sehen, zu schätzen, und werde, Meine Herren, eben so wohl Ih-

re guten Vorsätze und Bestrebungen zu schätzen wissen, in Vereinigung mit Mir und in Uebereinstimmung mit Meinen landesväterlichen Zwecken, Norwegens wahres Wohl zu begründen. Ich habe vor einigen Augenblicken dem Storthing eine Darstellung der fortschreitenden Wohlfahrt Norwegens vorgelegt. Lassen Sie uns durch Mäßigung, Ordnung, Achtung für die Gesetze und für bundesbrüderliche Einigkeit uns würdig zu machen bestrebt seyn, ferner der Segnungen des Himmels theilhaftig zu werden. Jene Tugenden begründen eben so sehr der Staaten als einzelner Familien Wohlstand und Glück. Leben Sie wohl, meine Herren! Ich versichere dem Storthing im Allgemeinen und jedem von Ihnen insbesondere meine königliche Gnade und Gunst."

Frankreich.

Durch königliche Ordonnanz vom 22. Februar werden Anordnungen über die Verwaltung der Bibliotheken getroffen. Die königliche Bibliothek zerfällt in folgende sechs Departements, welche noch in Sectionen getheilt werden können: 1) Den öffentlichen Dienst, 2) gedruckte Bücher, 3) Handschriften und Urkunden, 4) Münzen, gravirte Steine, 5) Kupferstiche, 6) Landkarten, Pläne, technographische Sammlungen. Jedem Departement ist ein Conservator, jeder Section ein Unterconservator vorgesetzt. Charles Dunoyer, Mitglied der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften, ist zum Generaladministrator und H^r. Jomard zum Ehrenpräsidenten des Conservatoriums der königlichen Bibliothek ernannt worden. Weitere Bestimmungen betreffen die Bibliothek Mazarin, die des Arsenals und die S^t. Geneviève-Bibliothek, welch letztere Sommers und Winters bis in die Nacht hinein dem lesenden Publicum geöffnet ist. Die Kataloge aller Departementsbibliotheken sind dem Minister des öffentlichen Unterrichts vorzulegen. In allen Städten, welche eine Bibliothek besitzen, wird eine Commission zur Beaufsichtigung derselben unter dem Vorsitze des Maire aufgestellt. Die Bibliothekare werden durch die Minister ernannt.

Odilon-Barrot hat jetzt ebenfalls ein Wahlmanifest an seine Wähler zu Chauny im Aisne-Departement erlassen. Er beginnt in demselben mit einer Schilderung seiner parlamentarischen Laufbahn und der Gefahren der wiederholten Kammerauflösung. Vergeblich, fährt er fort, suchen die Minister die Furcht des Volkes durch die Schreckbilder von Krieg und Revolution anzuregen; jede Regierung und jede Nation in Europa sei gegen einen europäischen Krieg, und kein französisches Ministerium, selbst ein solches nicht, das eifersüchtiger auf die Nationalehre als das gegenwärtige wäre, würde die Verantwortlichkeit für jenes von verderblichen Folgen schwangeres Ereigniß auf sich nehmen. Die Coalition sei eine Vereinigung früher getrennter Ansichten gegen das System der Corruption nach Innen und der Unehre nach Außen. Eine solche Verschmelzung früher getrennter Parteien sei eine ganz gewöhnliche Wirkung des Repräsentationssystems, und wenn darin eine Gefahr liege, so drohe sie jedenfalls nicht den Staatseinrichtungen des Landes. Die gegenwärtige Zeit gleiche dem Jahre 1830; bedauerlich sei es, daß die aus den damaligen Ereignissen hervorgehende Lehre für die Minister verloren sei, indem sie auch jetzt wieder sich hinter der Krone verbergen. Er dagegen und seine Freunde seien weit entfernt, die Zerstörung der constitutionnellen Monarchie zu wünschen; vielmehr wollen sie deren Aufrechterhaltung mit den Bedingungen, auf welchen ihre Existenz beruhe, und streben nach Befestigung der Verfassung, um den Thron zu befestigen.

Odilon-Barrot ist der Oppositionsbewerber für den ersten Bezirk von Paris.

Die Akademie der Inschriften und schönen Wissenschaften hat an die Stelle des verstorbenen Pouqueville H^rn. Littré, Mitarbeiter des National, für wissenschaftliche Artikel, zu ihrem Mitgliede ernannt.

Belgien.

Die Aachener Zeitung meldet aus Brüssel vom 23. Februar: „Die dritte Section hat nicht H^rn. Verhaegen, wie gestern der Commerce irrig angab, sondern H^rn. von Merode zu ihrem Berichterstatter gewählt. Er hat 9 Stimmen und sein Gegner, H^r. Doignon, 8 erhalten. Die Vertheidiger des Friedens haben für H^rn. Merode gestimmt. Die Centralsection bestehe jetzt aus den HH. Raikem, Präsident, Lebeau, Dolez, Behr, Liedts, Volrem, Merode. Der letztere allein wäre für einen Widerstand, wenn ein günstiger Ausgang möglich wäre. Die sechs Andern stimmten für Annahme des Tractats. — Die fünfte Section, wo H^r. Lebeau Rapporteur ist, besteht aus den HH. Huart, Ernst, Vergauwen, Brabant, Dechamps, Joude, Renesse, Simons und Demonceau, welche gegen den Tractat sind; HH. Devaux, Lebeau, Polvliet, Duquesne und David für denselben. H^r. Seron wird für den Tractat stimmen."

Ein Extrablatt zur Aachener Zeitung vom 25. Februar meldet aus Brüssel vom vorhergehenden Tage: „In den letzten Tagen hat die Sache des Friedens hier große Fortschritte gemacht. In der Repräsentantenkammer sind die Wahlen der Berichterstatter für die Centralsection ohne Ausnahme auf solche Mitglieder gefallen, von deren Stimme für die Annahme des Tractats man gewiß ist, Merode vielleicht ausgenommen. Ohne Zweifel wird also diese Section, durch das Organ eines ihrer Glieder, an die Kammer einen der Abschließung des Friedens günstigen Antrag stellen, und sämmtlichen Verhandlungen hierdurch ein Uebergewicht nach dieser Seite geben. Man darf also schon nach den bloßen Vorgängen in der Kammer die Annahme des von der Regierung vorgeschlagenen Gesetzes zur Annahme der Conferenzbeschlüsse als sicher annehmen. Was außer der Kammer vor sich geht, wird ebenfalls nicht ohne Einfluß zur Verstärkung der Friedenspartei bleiben. In Handel und Gewerbe spricht sich der Wunsch nach endlicher Ausgleichung täglich lauter aus. Schon haben die Handelskammern von

Lüttich und Brüssel und viele angesehene Einwohner von Mons hierum petitionirt, und es kommen von mehreren Districten Deputirte an die Repräsentanten, um sie im Namen ihrer Wähler aufzufordern, von fernerem Widerstande abzustehen, widrigenfalls sie sich bei den nächsten Wahlen ihre Stimmen nicht mehr versprechen dürften. Hierdurch sind einige der eifrigsten Gegner des Tractats in keiner geringen Verlegenheit. Sie müssen entweder den Muth haben, dem Geschrei einiger revolutionnären Blätter zu trotzen und ihre Antecedents aufzugeben, oder ihre Wiedererwählung aufs Spiel setzen. Hoffentlich werden sie Ersteres thun; auch rechnet das Ministerium bestimmt auf eine niche unbedeutende Majorität, etwa auf 60 gegen 38, was mehr wäre, als bei der Annahme des ersten Tractats der 24 Artikel. Man kann sich leicht denken, daß die Trümmer unseres Centralcomités mit der Wendung der Dinge gar nicht zufrieden sind. Anarchische Blätter, wie der Belge, der Eclaireur in Namur, der Vaterländer in Gent, und zum Theil auch das Journal des Flandres, speien Feuer und Flamme, schonen weder König, noch Kammern, noch Verfassung, und predigen wahren Aufruhr. Wir sind aber seit Jahren in Hinsicht der Preßfreiheit an ein mehr oder weniger wüstes Treiben so sehr gewöhnt, daß dieser Unsinn von der Masse der Nation spurlos abgleitet. Die Wenigen, die Ernst daraus zu machen geneigt wären, werden scharf bewacht, und schon sind Einige verhaftet, Andere von Brüssel entfernt worden. Am sorgfältigsten wird die Regierung die Armee im Auge haben müssen, weil man diese durch Proclamation ohne Unterlaß zu bearbeiten sucht. Die Faction scheint darauf zu rechnen, daß sich die Soldaten aus den Provinzen Limburg und Luxemburg von den übrigen losreißen, und sich als Insurrectionscorps auf eigene Hand constituiren werden. Der Kriegsminister, ein fähiger Mann, ist indessen von Allem unterrichtet. — Die erste öffentliche Plenarversammlung der Repräsentanten wird nicht vor Dinstag oder Mittwoch Statt finden. In dieser wird der Bericht der Centralsection verlesen und hierauf ein Tag zum Beginne der öffentlichen Debatten, die wenigstens sechs bis sieben Tage dauern werden, anberaumt."

Der Moniteur Belge vom 24. Februar enthält 1) eine aus Roucourt vom 15. Februar datirte Bittschrift, welche den Frieden verlangt und mit folgender Stelle schließt: „Ich habe die Ueberzeugung, daß diese Bittschrift, die ich allein unterzeichne, der Ausdruck der Gesinnungen von zwei Dritteln der Belgier ist, und ich wage, auf mich die Verachtung und den Haß der Nation zu rufen, wenn ich mich getäuscht habe." 2) Eine Bittschrift in dem nämlichen Sinne von den Einwohnern der Gemeinde Boussu."

Im Commerce Belge vom 23. Februar heißt es: „Das Dementi, welches uns das Journal der Anarchie in Betreff der Petitionen gegen den Widerstand gegeben, hat seine Früchte getragen. Die Unterschriften sind in Masse herbeigeströmt. Die Privatgesellschaften der Hauptstadt haben Commissionen ernannt, um ebenfalls ihre Wünsche an den Tag zu legen. Alle guten Bürger, der ganze Besitzstand hat, wenn auch spät, erkannt, daß ihr Schweigen den Freunden des Krieges, den Unruhestiftern, mit einem Wort, Allen, welche das Land unglücklich machen, Kraft verleihe. Sie haben erkannt, daß es an der Zeit sei, ihre Klagen laut werden zu lassen, unter ihren Schutz die Arbeitsclassen zu nehmen, die von allen Seiten bedroht werden. Sie haben erkannt, daß jedes Privatvermögen, so wie die allgemeinen Interessen, durch die Unvorsichtigkeit der kriegerischen Kammercoalition gefährdet werde, die nach außen durch alle schlechten, gegen das Wohl Belgiens coalisirten Leidenschaften unterstützt wird. Die Gesinnungen der Einwohner Brüssels haben sich zu oft geäußert, als daß man zweifeln könnte, sie würden Anstand nehmen, laut zu proclamiren, was geschehen müsse, um die Nationalität und den Thron zu consolidiren und die Reste eines anfangenden Wohlstandes zu retten, der Brüssel umgestaltet hatte und die glänzendste Zukunft versprach. Brüssel hatte seit 6 Jahren ungeheure Fortschritte gemacht; neue Straßen, neue Quartiere waren entstanden, die Arbeiter hatten Beschäftigung, der Luxus nahm zu, die Fremden strömten herbei. Ein unkluges Votum hat Allem Einhalt gethan, die Presse hat den Schrecken verbreitet, die Fremden verscheucht, die Arbeiten stehen still, die guten Bürger wissen jetzt, daß diese leidenschaftliche Sprache, dieser Aufruf zur Anarchie den unglücklichen Zustand herbeigeführt haben. Mögen sie also sich eilen und sich einer Demonstration anschließen, welche das Vaterland noch retten und neue Katastrophen verhüten kann."

Der Commerce bedauert, daß trotz allen Aussichten auf Frieden und Ruhe das Publicum noch immer sehr leidet. Die Capitalien werden eingezogen, das Leihhaus erhält so viel Pfänder, daß es sie zurückweisen muß. Dieß beweist, wie sehr die Krise auf die untern Classen zurückgewirkt. Die Tumultuanten sind Schuld an all diesem Unheil. Die Vorausbezahlung der Grundsteuer vermehrt noch die Noth. Die Anhänger des Kriegs vergessen, daß das Volk die hohen Steuern nicht bezahlen kann, wenn es nichts zu verdienen gibt. Alle Handelskammern werden wahrscheinlich dem gegebenen Beispiel folgen und energische Schritte gegen die Verlängerung dieses Zustandes thun.

Im Brüsseler Communalrathe wurde am 22. Februar ein Adreßentwurf an die Kammer vorgelegt. Hr. Hanquet setzte zuvor auseinander, wie der Handel leide, wie dieß immer ärger werde, wenn man nicht schnell Frieden schlöße, wie jeder Widerstand unnütz sei, und die handarbeitenden Classen ganz ruiniren werde. — Die Adresse lautet: „An die Kammer und die Senatoren! Voriges Jahr hat der Communalrath Wünsche für die Integrität

des Gebiets und die Verringerung der Schuld geäußert. Jetzt, wo die Verhältniſſe ſich geändert haben, wo die von der Regierung auf der Tribune gemachten Erklärungen uns verkünden, daß die Unterhandlungen beendet ſind, wo man zum Aeußerſten ſchreiten und entweder den Conferenztractat annehmen, oder das Land allen Leiden preisgeben muß, welche der Widerſtand nach ſich ziehen würde, iſt unſere gebieteriſche Pflicht, gegen die Erklärung zu proteſtiren, die man unſerm frühern Schritte geben will, und Ihnen zu erklären, daß es nie unſere Abſicht war, die Regierung zu einem Widerſtand um jeden Preis zu drängen. Wir werden uns natürlich nicht erlauben, Ihnen den Weg vorzuzeichnen, den Sie befolgen ſollen; aber als Vertreter des Landes werden Sie bei dem entſcheidenden Votum, das Sie abzugeben haben, deſſen ganze Verantwortlichkeit auf Sie zurückfallen muß, ſeine wahren Intereſſen berückſichtigen." — Die Adreſſe wurde mit 18 gegen 4 Stimmen angenommen,

Die (geſtern erwähnte) Petition der Handelskammer von Lüttich an die beiden Kammern lautet folgendermaaßen: „Meine Herren! So lange es möglich war, in unſern politiſchen Verhältniſſen vortheilhafte Modificationen zu erlangen, haben wir uns auf die Weisheit und den Eifer der Regierung verlaſſen; aber in dem Zuſtande, in welchem ſich jetzt Belgien, in Folge der Entſcheidungen der Conferenz und des Ihnen durch die Regierung vorgelegten Vorſchlags befindet, da jede Hoffnung auf neue Unterhandlungen erloſchen ſcheint, iſt es die Pflicht aller Corporationen, welche die Intereſſen des Landes vertreten dieſe Intereſſen und die unſers Vaterlandes im Allgemeinen nach Gewiſſen zu vertheidigen. Wir wollen uns nicht weitläuftig über die induſtrielle und Handelskriſis ausſprechen; ſie iſt bekannt und verſchlimmert ſich täglich; aber wer konnte die Folgen berechnen, wenn zu dem gegenwärtigen Ruin des Privatcredits der des öffentlichen ſich geſellte, als unfehlbare Wirkung des Widerſtandes und der Ausgaben eines Krieges, der von Haus aus die Exiſtenz Belgiens als Nation in Frage ſtellen würde. Alles ſtimmt überein, die Unmöglichkeit anzuerkennen, worin wir uns befinden, uns allein gegen die fünf Mächte zu vertheidigen, und in der That läßt dieſes in militäriſcher Beziehung keinen Zweifel übrig, aber dieſe Mächte beſitzen noch, außerdem unabhängig vom Kriege, Mittel, welche ſo gute Zwangsmaaßregeln ſind. Die Schelde geſchloſſen, Oſtende und unſere Küſte in Belagerungszuſtand verſetzt, die belgiſchen Schiffe und ihre Ladung bei ihrer Rückkehr oder ſelbſt in den Häfen der Staaten, die zu der Conferenz gehören, ſequeſtrirt, die preußiſche Gränze, von Holland bis Frankreich, der Aus- und Einfuhr geſchloſſen; unſer Handel, unſere Bergwerke, unſere Fabrikationen durch dieſe Maaßregel paraliſirt; unſere arbeitenden Claſſen ohne Hülfsquellen oder zur Emigration gezwungen; zugleich würden Jahresausgaben, die im gänzlichen Mißverhältniß zu Unſern Mitteln ſtehen, fernet auf uns laſten. Wie könnte Belgien einer ſolchen Lage widerſtehen? Und weil wir doch nachgeben müſſen, gebietet uns da nicht die Vernunft, wie die öffentliche Wohlfahrt, vor dem unvermeidlichen Ruin des Landes nachzugeben? Man ſagt, Frankreich könne uns zu Hülfe kommen, aber ſeine jetzige Regierung hat das Ultimatum der Conferenz unterſchrieben; Frankreich hat bei der Errichtung des belgiſchen Königreichs alles erlangt, was von Wichtigkeit für daſſelbe war, nämlich die Linie der gegen daſſelbe gebauten Feſtungen, auf die es jetzt die Hand legen kann, die von einer befreundeten Nation beſetzt ſind. Wollte jetzt die franzöſiſche Regierung ihr Syſtem ändern, müßte ſie ſtatt den Unterhandlungen, die ſie umſonſt für uns verſucht hat, ſich feindſelig den andern Mächten, England mit einverſtanden, gegenüberſtellen, aber wenn ſie im Namen unſerer Intereſſen es auf einen allgemeinen Krieg ankommen ließe, ſo wäre ihr wahrer Zweck gewiß nicht zweifelhaft, und noch weniger wäre es das unvermeidliche Reſultat dieſes Krieges; denn unterliegen die Franzoſen, ſo ſind wir den nordiſchen Mächten preisgegeben; ſiegen ſie, ſo geſchähe dieß doch erſt nach Jahren eines erbitterten Krieges, deſſen Hauptſchauplatz unſer Land ſeyn würde, und ſie werden ihr Blut und ihre Schätze nicht verſchwendet haben wollen, bloß um Belgien die beſtrittene Diſtricte zurückzugeben; man wird die ehemaligen vereinigten Departements, die natürlichen Gränzen, die Maas oder den Rhein zurückverlangen, und kein franzöſiſches Miniſterium würde es wagen, über den Frieden unter andern Bedingungen zu unterhandeln. Im erſtern Falle alſo die Reſtauration des Königreichs der Niederlande oder eine Theilung, im andern die Wiedervereinigung mit Frankreich, in jedem Falle Vernichtung unſerer Nationalität. Was wollen denn nun die Anhänger des Krieges? Hilft uns Frankreich, gibt es kein Belgien mehr. Bleiben wir allein, ſo iſt es ein hoffnungsloſer Widerſtand, der Ruin unſeres Wohlſtandes, wie die unwillkürliche Bezahlung der Armeen, welche die Mächte gegen uns marſchiren laſſen. Und warum, endlich, ſollen wir es zum Aeußerſten kommen laſſen? Um die Vollſtreckung eines Tractats zu verhindern, den der König und die Kammern ſchon angenommen haben, eines Tractats, den, auf die Weigerung des Königs der Niederlande, ihm beizutreten, Belgien mit den fünf Mächten allein abzuſchließen verlangte, was uns auch bewilligt wurde, und in deſſen Folge England die Schelde unſerm Handel offen erhalten hat; Frankreich hat die Citadelle von Antwerpen genommen und ſie uns übergeben. Dieſer Tractat, der, Europa gegenüber, unſer einziges Recht auf die politiſche Anerkennung begründet, hätte ſogar ausgeführt werden müſſen, wenn er uns in der ganzen Strenge ſeiner frühern Bedingungen jetzt wäre vorgelegt worden; aber die Mächte haben Holland gezwungen, uns ſieben Jahre lang eines vortheilhaften Status quo genießen zu laſſen, aber als Erſatz dafür, daß wir unſere Armee auf dem Kriegsfuß erhalten haben, erläßt man uns die Rückſtände der Schuld von 8,400,000 Gulden; aber ſelbſt dieſe Schuld verringert man für die Zukunft auf 5,000,000 Gulden — mit einem Worte, man verlangt weniger von uns, als die Treue gegen die Tractate uns zu gewähren verpflich-

tet. Jedoch erhebt man hier eine Frage, die man mißbräuchlich Ehrenfrage nennt, als wenn die Ehre einer Nation darin bestände, das Unmögliche zu verlangen, als wenn es einer Regierung oder den Rathgebern einer Nation erlaubt wäre, sie aus bloßer Eigenliebe lieber dem Untergange und dem gewissen Ruine preiszugeben, als ohne Krieg einen Gebietstheil abzutreten, der durch einen frühern Tractat schon geopfert worden ist, als ob die Nationen Europa's uns nicht wechselweise das Beispiel einer Unterwerfung unter die Nothwendigkeit gegeben hätten, als ob endlich wir nicht noch jetzt Philippeville, Marienburg und ihre Districte besäßen, die Frankreich 1815 abgetreten hat. Es wird uns ohne Zweifel sehr schmerzlich seyn, Theile von zwei Provinzen abzutreten, deren Bewohner uns so viele Beweise von Anhänglichkeit gegeben haben; aber sie haben schon lange die Ungewißheit ihrer politischen Stellung gekannt, und sie selbst werden die Nothwendigkeit des Opfers einsehen, das wir dem Frieden bringen müssen. Angesichts so klarer Thatsachen, Angesichts besonders des Unglücks, welches eine längere Ungewißheit auf Belgien häufen würde, flehen wir Sie an, meine Herren, durch Ihr Votum die Annahme des Tractats und den Abschluß eines Friedens zu beschleunigen, dessen Bedürfniß so tief empfunden wird."

Päpstliche Staaten.

Se. Heiligkeit Papst Gregor XVI. hielten am 19. Februar öffentliches Consistorium im Pallaste des Vaticans, in welchem die beiden neuen Cardinäle Soglia und Tosti den Cardinalshut erhielten. — Unmittelbar darauf wurde von Sr. Heiligkeit geheimes Consistorium gehalten, in welchem folgende Präconisationen Statt fanden: Msgr. Antonio Maria Traversi, Erzbischof von Nazianz in partibus, als Patriarch von Konstantinopel in partibus infidelium; der hochw. Herr Ferdinand Maria Pignatelli, aus dem fürstlichen Hause Montero duni, General der Theatiner, als Erzbischof von Palermo; Msgr. Romano Federico Gallard, früher Bischof von Meaux und Coadjutor, mit der künftigen Nachfolge Sr. Emin. des Erzbischofs von Rheims, als Erzbischof von Anazarbo in partibus; Msgr. Carl Emanuel Sardagna de Holstein, ehemaliger Bischof von Cremona, als Erzbischof von Cäsarea in partibus; Msgr. Philipp Dominik Bordini, früher Bischof von Sebenico, als Bischof von Lesina, und der hochw. Herr August Allou, Priester aus der Diöcese von Meaux und Generalvicar dieser Diöcese, als Bischof von Meaux.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Zürich vom 23. Februar: „Die gegenwärtige religiöse Bewegung in unserm Volke fängt schon an, sich über die Gränzen derselben auszudehnen, und man kann sicher annehmen, daß dieselbe, sie mag nun so oder anders ausfallen, für die Schweiz und ihre Politik nicht ohne bedeutende Folgen bleiben wird. Die ganze Bewegung ging gar nicht, wie die meisten der bisher erlebten, von den jüngern Leuten aus, sondern vielmehr von den ältern, nicht von den Söhnen, sondern von den Vätern, nicht von den Unruhigen und den Politikern, sondern von den Ruhigen und den Kirchlichen. Sie äußerte sich aber so gewaltig, daß Alles mit fortgerissen wurde, und auch die Jugend sich ganz der Bewegung hingab. Nur die Regierung zu einem Theil, eine Anzahl von Beamten und die Radicalen wollten widerstehen. Ihre Kraft ist aber bereits gebrochen. Die Aufforderung von Abgeordneten aus 29 Gemeinden, die zu Wädenschweil zusammengetreten waren, wurde fast in allen Gemeinden des Kantons befolgt, und das von Hürlimann-Landis unterzeichnete Sendschreiben wurde strenger beachtet als ein gewöhnliches Gesetz des großen Rathes. Die Gemeinden traten überall zusammen und zahlreicher als fast je. In der Stadt Zürich fand eine Versammlung von tausend Einwohnern Statt, welche sich einstimmig für Anschluß an die Bewegung erklärten. In Wädenschweil soll die Versammlung noch zahlreicher gewesen seyn, und nur sieben Bürger wünschten, statt Anschluß an die übrigen, directe Schritte bei der Regierung zu machen; ähnlich ist es fast überall. Beinahe in allen Gemeinden, selbst in solchen, wo die Radicalen zu siegen gehofft hatten, wie in der Stadt Winterthur ꝛc., wurden Ausschüsse gewählt, die nun wieder Bezirksausschüsse erwählt haben. Aus diesen wird ein Centralcomité gebildet, das künftigen Montag in Zürich zusammentritt. Inzwischen hat der Regierungsrath eine Proclamation erlassen, worin er zum voraus verspricht, die Petitionen, die erst noch vorzubereiten sind, möglichst zu berücksichtigen, seine Freude bezeugt über die Bewegung (weil sie von dem Ernst der Gesinnung zeuge) und nur vor ungesetzlichen Schritten warnt. Diese Erklärungen kommen aber etwas spät, und wenn der Regierungsrath nicht bald sehr unzweideutige Concessionen macht, so kann die Bewegung einen gefährlichen Ausdruck nehmen. Für Dr. Strauß ist es freilich schlimm, daß ihn sein Buch in Beziehungen verwickelte zu unsern Radicalen, mit denen er schwerlich Vieles gemein hat, und daß er nun in Bewegungen verflochten wird, denen er besser immer fremd geblieben wäre. Er hat nunmehr seine Annahme des an ihn ergangenen Rufes officiell angezeigt. Dessenungeachtet ist nicht zu zweifeln, daß, sobald er in gehörige und wahrhafte Kenntniß gesetzt wird, wie die hiesigen Verhältnisse stehen, er selbst darauf verzichten wird, in eine doch unhaltbare Stellung einzutreten. Hier wird inzwischen der Kampf fortgehen, auch wenn Strauß nicht kommt, und es wird die Schule, namentlich die Volksschule, wieder in Uebereinstimmung mit der Kirche gebracht, die Interessen dieser festgestellt und der seit 1830 bedeutend überhand genommenen Unsittlichkeit stärker entgegengetreten werden, als bisher. Wenn dagegen der Radicalismus der Bewegung sich entziehen oder — was freilich überaus unwahrscheinlich ist — dieselbe bemeistern kann, dann könnte es ärger werden als je."

Wien.

Vorgestern Abends nach dem Théâtre paré beehrten Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland die Abendgesellschaft Sr. Durchl. des Fürsten von Metternich mit Ihrer Gegenwart.

Gestern war großes Diner zu Ehren Sr. kais. Hoheit des Großfürsten bei Sr. Exc. dem kais. russischen Botschafter, Baili von Tatistscheff, bei welchem Anlasse das diplomatische Corps Sr. kais. Hoheit vorgestellt wurde.

Abends war großes Hofconcert im k. k. Ceremoniensaale.

Am 4. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107 7/16.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	678 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	64 1/4.
Bankactien pr. Stück ——			in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 65

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 6. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 4. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.691	28 3. 5 L. 6 P.	— 2.8	W still.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.696	28 5 7	— 1.3	NNW. schwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.702	28 5 8	— 3 2	NW. 1 still. 1	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 21. Februar brachte der Marquis von Londonderry die spanischen Angelegenheiten zur Sprache. Er bedauerte sehr, daß die Thronrede sich so unbestimmt über das Verfahren ausgesprochen, das die Regierung in Bezug auf den Krieg in Spanien zu befolgen gedenke. „Die Führung dieses Krieges," fuhr er fort, „hat uns bereits 569,169 Pfd. und 8000 Mann gekostet. Ich wünsche daher zu wissen, ob die Regierung die Absicht hat, das bisherige System beizubehalten und Menschenleben und Geld für einen Krieg hinzugeben, der von allen civilisirten Nationen verabscheut wird. Nach den Debatten, die im vorigen Jahre über diesen Gegenstand Statt fanden, wurde mir auf glaubwürdige Weise mitgetheilt, daß das Ministerium sich erboten habe, durch Lord John Hay der spanischen Flotte Vorräthe und Kanonen zukommen zu lassen. Ist die Regierung noch entschlossen, nach den Bestimmungen des Quadrupeltractats zu handeln und einen Anführer wie Mußagorri zu unterstützen, oder wird sie einen weiseren und besseren Weg einschlagen? Wenn ich mich recht erinnere, so hat ein edler Herzog gesagt, der Krieg in Spanien scheine ihm eine bloße Börsenspeculation zu seyn, und wenn das, was ich gehört habe, wahr ist, so sind jetzt hier unter falschen Vorwänden Unterhandlungen wegen einer neuen Anleihe für die Königinn von Spanien angeknüpft worden. Ich will keineswegs behaupten, daß das Ministerium des edlen Viscounts direct oder indirect an diesen Vorgängen Theil hat; wenn ich jedoch über die Moralität von Downingstreet nach den vor kurzem in den öffentlichen Blättern mitgetheilten Proben urtheilen sollte, so würde mein Vertrauen in dieser Beziehung allerdings nicht sehr bedeutend seyn. (Gelächter.) Ich meine die über die Herausgabe des Portfolio zwischen dem Secretär für das auswärtige Departement und Hrn. Urquhart gepflogene Correspondenz, welche die größte Neugierde im Lande erregt und eben nicht sehr für die Moralität und die Discretion des edlen Lords (Palmerston) spricht. Ich frage den edlen Viscount (Melbourne), ob jene Documente ächt sind oder nicht; sind sie ächt, so bin ich der Meinung, daß eine so auffallende und unerklärliche Sache, die ein hohes Departement unserer Regierung bei den fremden Nationen in Mißcredit bringen muß, nicht ohne genügende Aufschlüsse übergangen werden darf. Was die spanische Frage betrifft, so beantrage ich die Vorlegung der Nachweisungen über alles, was die spanische Regierung seit dem Juli 1838 bis jetzt an Geld, Waffen, Kanonen und andern Vorräthen erhalten hat, so wie eine Nachweisung aller Extrakosten, die unserer Flotte durch die beständige Blockirung der spanischen Küste, durch den Unterhalt der Marinesoldaten in Spanien und durch die Absendung von Commissarien an die spanische Regierung erwachsen sind. Ich beantrage ferner die Vorlegung von Abschriften oder Auszügen aus der Correspondenz, die seit dem Juli 1838 zwischen unserer Regierung und der spanischen über den Fortgang des Krieges und zwischen Lord John Hay, dem Obersten Wylde, der Admiralität und dem auswärtigen Amte in Bezug auf die dem Mußagorri verabreichten Unterstützungen geführt worden ist. Ich muß jedoch dem edlen Viscount die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß, wie sich aus den dem Hause bereits vorliegenden Papieren ergibt, bereits Schritte gethan worden sind um den Gräueln des Krieges in Spanien ein Ende zu machen." — Lord Melbourne erwiederte hierauf, daß das Ministerium sich genau an die Bestimmungen des Quadrupeltractats halten werde, und wenn derselbe bis jetzt allerdings nicht den Erfolg gehabt habe, den man davon erwartet, so sei das doch keine Schande. Was die Frage des edlen Marquis in Bezug auf die fernere Lieferung von Vorräthen für die spanische Armee betreffe, so hänge dieß von den Umständen ab, aber die Regierung werde stets so handeln, wie es die gegen die Königinn von Spanien eingegangenen Verpflichtungen erforderten. Mußagorri sei allerdings von England unterstützt worden, was auch ganz natürlich sei, da diese Bewegung in der Absicht unternommen worden, um mit Beibehaltung der Autorität der Königinn dem Bürgerkriege in einigen Provinzen schnell ein Ende zu machen. Man habe zu diesem Zwecke gewisse Vorräthe zur Disposition Lord John Hay's gestellt, um dieselben, wenn er es für nöthig halte, dem Mußagorri zu übergeben. Dagegen habe das Ministerium weder durch Handlungen noch durch Worte jemals zu Speculation in Betreff einer An-

leihe für die Königinn von Spanien aufgemuntert. Ueber die Aechtheit der von dem Marquis von Londonderry erwähnten Documente könne er nicht entscheiden, da er dieselben nicht kenne. Was die Schritte zur Abstellung der in dem spanischen Kriege verübten Grausamkeiten betreffe, so würde die Regierung ihre Pflicht zu vernachlässigen glauben, wenn sie nicht alles aufbiete, was in ihrer Macht stehe, um die Königinn und die Carlistischen Anführer zu bewegen, diesen Gräueln ein Ende zu machen. Uebrigens müsse man anerkennen, daß, wenn auch die Generäle der Königinn sich ebenfalls solcher Grausamkeiten schuldig gemacht, sie dieselben doch nicht begonnen, sondern nur das Vergeltungsrecht ausgeübt hätten. Er widersetzte sich dem Antrage auf Vorlegung der Correspondenzen nicht, nur wünschte er, daß derselbe bis morgen aufgeschoben werde, um die zur Vorlegung geeigneten Documente herauszusuchen. Der Herzog von Wellington bemerkte hierauf, daß alsdann auch Nachweisungen über das, was von fremden Mächten in der letzten Zeit und in den Jahren 1834 und 1835 in dieser Beziehung gethan worden sei, vorgelegt werden möchten. Man werde dann sehen, daß, wenn man der damals befolgten Politik treu geblieben wäre, der jetzige Zustand Spaniens ein anderer seyn würde. Lord Melbourne hatte nichts gegen diese Vorlegung einzuwenden. Der Graf von Ripon wünschte sodann zu wissen, ob die Unterstützung Muñagorri's von brittischer Seite in Uebereinstimmung mit der spanischen Regierung geschehen sei, worauf Lord Melbourne erwiederte, daß er allerdings glaube, die Regierung der Königinn sei von allem unterrichtet, was zwischen den brittischen Agenten und Muñagorri verhandelt worden. Der Graf Aberdeen meinte, gehört zu haben, daß die Generäle der Königinn nichts von Muñagorri wissen wollten. Es seien auch schon genug Grausamkeiten in diesem Kriege verübt worden, und wenn man diesen neuen Barbaren unterstütze, so mache man sich verantwortlich für seine Handlungen. Der Herzog von Wellington wünschte, daß der Marquis von Londonderry das Wort „Blockade" in seinem Antrage zurücknehme, da eine eigentliche Blockirung der spanischen Küste durch brittische Schiffe weder Statt finde, noch Statt finden könne. Auf die Bemerkung des Lord Melbourne, daß man Muñagorri unterstützen müsse, weil sein Unternehmen den Zweck habe, den Krieg schneller zu Ende zu bringen, erwiederte der Marquis von Londonderry, daß es den Anschein habe, als ob England einen Jeden, der die Fahne des Kampfs in Spanien erhebe, unterstütze, möge das ganze Unternehmen auch noch so sehr à la Don Quixote seyn. Das Wort „Blockirung" wollte er gern aus seinem Antrage weglassen, dafür aber die Nachweisungen für die Jahre 1834 und 1835 darin aufnehmen und in dieser Gestalt denselben morgen wiederholen. — Am Schlusse der Sitzung brachte der Lord-Oberrichter, Lord Denman, eine Bill über das Verfahren in den Borough-Gerichten ein. — In der Sitzung des Unterhauses vom 21. beklagten sich die HH. Mark Phillips und Hutt über die Erhöhung der hannoverschen Stadezölle; sie behaupteten, daß diese Erhöhung den bestehenden Verträgen zuwiderlaufe, und daß die englischen Waaren dadurch mehr als die teutschen belastet seien, auch die Erhebungsweise bedrückend sei. Lord Palmerston erkannte an, daß diese Zölle neuerdings erhöht worden seien und auf bedrückende Weise erhoben werden, bat jedoch, die Sache auf sich beruhen zu lassen, da Unterhandlungen obschweben. Dieser Wunsch wurde erfüllt. — Sodann brachte der Handelsminister, Hr. P. Thompson, zwei Bills in Betreff des Eigenthumsrechts auf Dessins von Manufacturwaaren ein. Die bisherige Bill betrifft bloß die Calicos und erstreckt sich nicht auf Irland. Nach den neuen Bills soll eine ämtliche Stelle in London errichtet werden, welche für die bei ihr eingetragenen Dessins von allen Manufacturwaaren aus allen Theilen des Reiches gegen bestimmte Gebühren (aus deren Ertrag die Beamten besoldet werden) ein Eigenthumsrecht auf 6 oder 12 Monate ertheilt. — Ein Antrag des Obersten Sibthorp auf Vorlegung einer Liste über die Kosten der Sendung Lord Durhams nach Canada wurde schließlich ohne Abstimmung verworfen, nachdem die Minister sich dahin erklärt hatten, sie werden allerdings eine solche Liste, übrigens in anderer Form, vorlegen. Der Oberst, dessen Angriffe fast immer zum Besten des von ihm Angegriffenen ausschlagen, mußte in der Verhandlung allerhand über sich ergehen lassen, wie z. B. Lord J. Russell behauptete, der Antrag, wie er in der Motionenliste eingetragen sei (in der Entwicklung sei er davon abgewichen), widerstreite dem gesunden Menschenverstande und der Grammatik.

In der Sitzung des Oberhauses vom 22. Februar kam die Beleidigung der brittischen Flagge vor Veracruz abermals zur Sprache. Lord Minto, der erste Lord der Admiralität, gab folgende Erklärung: „Mylords! Als ich gestern der Wegnahme des mexicanischen Lootsen von einem brittischen Schiff erwähnte, da war ich nicht gewiß, inwieweit ich meine Kunde von der Sache aus Privat-, und inwieweit ich sie aus ämtlichen Quellen geschöpft hatte. Ich habe nun die Depesche von Commodore Douglas nochmals angesehen; sie lautet: „Veracruz, 31. December: „Ich hatte auch die Genugthung, vom französischen Admiral eine Aufklärung zu erhalten über den Vorgang, wo der Lootse aus Ihrer Majestät Packetboot „Expreß" weggenommen ward. Es war ein Versehen von Seite Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Joinville, und der Admiral hat an seine Regierung über die Sache berichtet." Will ein edler Lord auf Vorlegung einer Abschrift dieser Depesche antragen, so werde ich sie mit Vergnügen gewähren." Lord Colchester fragt: „War Admiral Baudins Genugthuungserklärung eine mündliche oder schriftliche?" Lord Minto: „Die

Frage kann ich nicht beantworten." Lord Colchester: „Die Erklärung ist so weit genügend; aber ich glaube, das brittische Publicum sollte den eigentlichen Inhalt und Umfang der vom französischen Admiral angebotenen Genugthuung erfahren, und wenn der edle Graf Weiteres darüber vernimmt, wird er es hoffentlich dem Hause mittheilen." Lord Minto: „Wenn die Ehrenerklärung von der Art war, daß sie den Commodore Douglas befriedigte, so dürfen Ew. Lordschaften sie wohl auch als genügend betrachten. Ich hoffe, man werde die Sache nicht in der bloßen Hoffnung urgiren, einigen kleinen Stoff zum Hader aufzufinden." Damit ließ man die Sache fallen, die an demselben Tage auch im Unterhause, und zwar in noch wärmeren Ausdrücken angeregt wurde. Die übrige Sitzung der Lords war hauptsächlich einer Discussion über den Stand der brittischen Seemacht gewidmet, deren Ergebniß günstig für die Admiralität ausfiel. — In der Sitzung des Unterhauses wurde eine Bill, durch welche bei gewissen gerichtlichen und andern Fällen der Eid abgeschafft werden sollte, mit 125 gegen 93 Stimmen verworfen.

H. Labouchere, bisher Vicepräsident des Handelsbureaus, ist an Sir G. Grey's Stelle zum Unterstaatssecretär der Colonien ernannt worden. — Sir J. Pechell ist statt des Capitäns Berkeley unter die Lords der Admiralität aufgenommen worden.

Die Grundbesitzer regen sich mit Macht für die Korngesetze. Zahlreiche Versammlungen finden in ihrem Interesse Statt. Andererseits ist es zuweilen, wie kürzlich in Bolton und Halifax, der Fall, daß, wenn die Gegner der Korngesetze Versammlungen veranstalten, Radicale sich einmischen, und die Anträge jener verwerfen, damit die Agitation für die „Volkscharte" nicht durch diese in ihren Augen untergeordnete Agitation gestört werde. Bei einer Versammlung gegen die Korngesetze in Oxford drängten sich zwölf Studierende ein, und störten durch allerlei Tumult die Verhandlungen so lange, bis sie von den Constables hinausgeschleppt wurden. — Es ist grundlos, daß O'Connells Uhr in einer Versammlung des Präcursorenvereins entwendet worden.

Man hörte schon oft, daß in England Weiber von ihren Männern verkauft worden seien. Die Derbyshire-Chronicle erzählt einen umgekehrten Fall: Zu Chapel-en-le-Frith bot ein Weib ihren Mann zum Verkaufe aus. Es sollte ein Aufstreich Statt finden; der Anschlagspreis war am 19 Sh. Es fand sich jedoch kein Käufer oder vielmehr keine Käuferinn.

Consols am 22. Februar 92¼, ⅞.

Spanien.

Der Correspondent der Allgemeinen Zeitung meldet aus Madrid vom 16. Februar: „Endlich, nachdem man alle bestehenden Verhältnisse des Landes umgestürzt, und die Majestät des Throns mit Füßen getreten hat, um eine Constitution zu ertrotzen, die als Muster der Weisheit und unfehlbares Heilmittel gegen alle diese Nation erdrückenden Uebel angepriesen wurde, scheut sich die Regierung selbst nicht, das naive Geständniß abzulegen, die Constitution und die Cortes seien lästige Einrichtungen, über welche die Minister sich unbedenklich hinwegsetzen könnten. Die Regierung verlangt die Entrichtung der Steuern, mit offener Verletzung des Art. 73 der Constitution, und erklärt in der Gaceta diejenigen, welche sich weigern würden, sie zu entrichten, für Aufrührer. Gerade gestern verkündigt die Gaceta, daß von nun an alle in ihr aufgenommenen Artikel als ämtliche zu betrachten seien, und die Regierung allein die Verantwortlichkeit dafür übernehme. Dann sucht sie die Rechtmäßigkeit der Steuererhebung zu erweisen. „Die Ermächtigung dazu," sagt sie, „ist nicht nothwendig; sechs Jahre lang hat ein „einziges Budget gegolten, und bisher ist es den Cortes „nicht eingefallen, die Regierung, wie eine Unmündige, „ihrem Willen so zu unterwerfen, daß sie nicht aus dem „engen Kreise heraustreten könnte, auf welchen man sie „beschränken will. Eine so befremdende Anmaaßung heißt „nichts weiter, als daß die gesetzgebende Gewalt zu der „Regierung sagt, wenn diese nicht mit der Majorität ein„verstanden ist: „„demüthige dich vor uns, huldige uns, „„thue gelehrig was wir dir befehlen; wo nicht, so werden „„wir dich nicht zu der geringsten Verwaltungsmaaßregel „„ermächtigen, und indem wir dem Volke sein Recht des „„Widerstandes verkünden, stürzest zu Boden, als unfä„„hig zu regieren."" Und, guter Gott! das nennt man Re„präsentativsystem? Dieß ist nichts Anders als Anarchie. „Wo ist hier die Würde der Krone? Dieß ist kein Thron „mehr; es ist eine lächerliche Spielpuppe." So drückt sich das Ministerium aus. Der Castillano, ein dem Finanzminister ergebenes Blatt, unterstützt diese Ansichten und erklärt geradezu, es sei unmöglich, bei der gegenwärtigen Lage des Landes die constitutionnellen Formeln zu beobachten; Gott möge geben, daß man sie bei ruhigen Zeiten beobachten könne. Man würde wohl glauben, daß die Exaltirten sich zuerst gegen diese Verletzung der Verfassung erhöben? Die Sache verhält sich anders. Parteienwuth ist stärker selbst als die Anarchie. Freunde der Ordnung predigen dießmal Revolution, Widerstand gegen die Regierung; die Demagogen fordern zum Gehorsam unter die Willkür auf. Jene, die Majorität der Cortes, versammelt sich heimlich, und beschließt, in Aufrufen an das Volk dieses zur Steuerverweigerung aufzufordern; sie erinnert dabei an die gleichzeitigen Vorfälle in einem norddeutschen Staate; allein die Exaltirten, oder die Minorität der Cortes, eingeladen diesen Schritten beizutreten, weigert sich nicht nur, sondern ermahnt das Volk, sich nicht durch die Einflüsterungen der Majorität bethören zu lassen. Auf diesen Zwiespalt der Parteien hofft die Regierung vermuthlich sich stützen zu können; allein bald wird sie zur Sclavinn der Exaltirten werden; sie muß den Willen derselben, die Auflösung der Cortes, und Anordnung neuer Wahlen schleunigst vollziehen, oder auf eine ihr feindliche Coalition aller Parteien gefaßt seyn. Unter solchen Umständen fällt es freilich manchen Leuten ein, daß, wenn ministerielle Willkür an die Stelle der Verfassung trete, die die eigentliche Veranlassung, warum man die unmündige Isabelle II. als Königinn, und nicht Carl V. als Herrscher des Landes erkenne, wegzufallen scheine. Haben doch Arguelles und andere Deputirte zu wiederholtenmalen in den Cortes erklärt, daß, wenn ihnen nur die Wahl zwischen der absoluten Königinn und dem absoluten Don Carlos bliebe, sie letzteren vorziehen würden, weil er ein Mann, und weil seine

Nachkommenschaft gesichert sei; Mit Spannung blickt man daher nach dem Norden, indem man befürchtet, der Prätendent möchte die hier herrschende Verwirrung zu benutzen verstehen. Ein Unfall, den Luchana's Truppen erleiden könnten, würde entscheidend seyn, und leicht zu einer allgemeinen Auflösung führen, so wie durch den geringsten Vortheil, welchen er über den Feind erringen dürfte, die Regierung sich zur Ausführung neuer Gewaltstreiche für berechtigt halten wird."

Die in Bayonne verbreiteten Gerüchte von Verhaftung mehrerer Carlistischer Generäle und Oberbeamten werden in den neuesten Pariser Blättern vom 25. Februar (die vom 26. sind uns gestern nicht zugekommen) wiederholt; die Quotidienne hält jedoch die Nachricht für erdichtet, weil am 20. Februar in Bayonne noch keine Depesche aus dem königlichen Hauptquartier darüber eingelaufen sei. — Ein Schreiben aus Bayonne vom 22. Februar (in der Allgemeinen Zeitung) sagt: „Die Voraussagungen der Anhänger des Paters Cyrillo (Erzbischofs von Cuba) und des Generals Maroto sind auf dem Puncte, sich zu verwirklichen, wenn man die außerordentlichen Ereignisse erwägt, die in den Provinzen vorgefallen sind. Gestern (21.) haben Maulthiertreiber (arrieros), die am 18. Abends von Estella abgingen, durch ihre Erzählungen einiges Licht über jene Ereignisse verbreitet. Man hatte seit der Ankunft des Don Carlos zu Bergara bemerkt, daß Cyrillo und einige andere von seinen Vertrauen täglich mehrmals von dem Prinzen empfangen wurden. Man erfuhr am 15., daß etwas Außerordentliches gesponnen werde, und daß mehrere Chefs verhaftet werden sollten. Am folgenden Tage erhielten diese Gerüchte mehr Festigkeit, und man erfuhr endlich am 17., daß die Generäle Sanz und Guergue, die Intendanten Uriz und Ochoa, der Generalcommandant von Navarra, Garcia, der Generalcommandant von Guipuzcoa, Iturriza, der Brigadier Carmona und einige andere Stabsoffiziere verhaftet und auf Befehl Maroto's in die Gefängnisse von Estella gebracht worden seien. Darauf beschränkten sich die letzten von Bergara angekommenen Nachrichten. Man kannte im Hauptqartier des Don Carlos diese ohne Zweifel von dem Pater Cyrillo angerathene und von Maroto auf Befehl des Don Carlos ausgeführte Maaßregel. Darf man den Versionen von Estella glauben, so wären Sanz, Guergue, Garcia, Uriz und Carmona wenige Stunden nach ihrer Ankunft in dieser Stadt erschossen worden. (?) Man erzählt ferner, es sei Garcia am Abend zuvor gelungen, sich der Wachsamkeit seines Geleites in einer Mönchsverkleidung zu entziehen, er sei aber später im Wagen eines Kuriers wieder aufgefangen worden. Alle diese Umstände werden von den gestern von Estella angekommenen Personen als gewiß ausgegeben; man weiß sich aber die Ursachen der angeblichen plötzlichen Execution jener Chefs der Provinzialpartei nicht zu erklären und ist auf weitere Details sehr gespannt. Diese Verhaftungen zeigen eine vollständige Reaction in dem Conseil des Don Carlos. Man kann die Gunst des Arias Tejeiro als vernichtet ansehen, da alle seine Stützen gestürzt sind. Man kennt ihr Vergehen nicht, aber Maroto wird darauf bestanden seyn, sich ihrer zu entledigen, um in seinen Entwürfen gegen Catalonien und Arragonien desto freiere Hand zu haben. Man nennt unter den Personen, welche den Einfluß und den Rath des Paters Cyrillo bei Don Carlos unterstützt haben, den kürzlich aus Rom angekommenen Ramirez de la Piscina, und Hrn. Marco del Pont. Der letztere ist ein seit kurzem in den Provinzen angekommener Greis, welchen Don Carlos als vertrauten Rath zu sich berufen hat. *) Er war unter Ferdinand VII Richter, und hat sich in der Umgebung des Don Carlos als kluger und gewandter Mann gezeigt. Er soll Don Carlos längs dringend gebeten haben, Villareal, Zariategui, Simon Torre und Elio wieder in ihre Grade einzusetzen und ihnen neue Commandos zu übertragen. — Man erfährt wenig von der Nordarmee. Espartero zieht fortwährend von Logroño nach Haro, von Haro nach Logroño, und beschäftigt sich immer mehr mit dem, was in Madrid als was auf dem Kriegsschauplatz vorgeht. Er hat seine Drohung gegen das Eigenthum der Einwohner von Pamplona vollziehen lassen, welche Verwandte im Dienste des Don Carlos haben. Bisher war es dem Vicekönig von Navarra, Don Diego Leon, gelungen, der Vollziehung dieser Maaßregel auszuweichen; ein neuer, bestimmter als je lautender Befehl gestattete ihm aber kein weiteres Zögern, und es wurde Beschlag auf die beweglichen und unbeweglichen Güter der Personen gelegt, die Verwandte in den Carlistischen Reihen zählen. Diese Maaßregel, welche mehrere in Bayonne wohnende Personen trifft, wird ihre schon jetzt so großen Verlegenheiten noch steigern. — Aus Saragossa schreibt man unterm 18., daß die Carlisten, sowohl in Navarra als Arragonien, große Vorbereitungen treffen, so daß das nächste Frühjahr fruchtbar an militärischen Ereignissen werden dürfte."

Belgien.

Der Independant vom 25. Februar enthält folgende Nachrichten aus Brüssel vom vorhergehenden Tage: „Die Centralsection des Gesetzprojects, welches die Ermächtigung ertheilt, die Vorschläge der Conferenz anzunehmen, welche sich schon Samstags versammelt hatte, hat heute eine zweite und lange Sitzung gehalten. Nach der durch die einzelnen Sectionen angenommenen Ordnung hat sich die Centralsection zuerst mit der Incompetenzfrage beschäftigt, sie aber gleich einstimmig verworfen. Nachdem man die Untersuchung des Tractats und der sich daran knüpfenden Projecte begonnen, ist die Centralsection zu der Wahl ihres Berichterstatters geschritten und hat Hr. Dolez gewählt, der alle Stimmen, außer seiner eigenen, erhalten hat. Eine dritte Versammlung ist auf morgen Früh 11 Uhr berufen. Die Minister sind, wie man sagt, eingeladen, sich dahin zu begeben, um Mittheilungen über die Lage des Landes zu machen. Man glaubt, daß diese Versammlung die letzte seyn wird; aber da Hr. Dolez einige Tage brauchen wird, um sich auf seinen Bericht vorzubereiten, der der Kammer erst Donnerstag oder Freitag mitgetheilt werden kann, so läßt Alles schließen, daß die Discussion erst Montag den 4. März beginnen wird."

Ein Extrablatt zur Aachener Zeitung vom 26. Februar meldet aus Brüssel vom vorhergehenden Tage:

*) Unsere Leser erinnern sich aus unsern Carlistischen Correspondenzen dieser beiden Namen, so wie daß Maroto und der Erzbischof von Cuba, im Einklang mit der Herzoginn von Bera, dem Einfluß Arias Tejeiro's gegenüber, eine gemäßigtere Politik geltendzu machen suchten.

Anmerk. der Allgem. Zeitung.

„Die Lösung unserer Frage zieht sich auf eine für uns fast unerträgliche Weise in die Länge. Man ist überzeugt vom Frieden, aber man möchte ihn auch schon proclamirt wissen. Die Wahl des Hrn. Dolez zum Rapporteur verspricht einen bündigen, klaren Bericht, obgleich Viele es vorgezogen hätten, wenn diese Arbeit Hrn. Lebeau übertragen worden wäre. Doch genießt Dolez das allgemeine Vertrauen. Das Ministerium wird morgen nochmals der Section über alles seither Vorgegangene in der Diplomatie sowohl, wie in den innern Verhältnissen, genau Auskunft ertheilen und dann der Bericht entworfen werden. Dazu gehören mehrere Tage. Aber was das Schlimmste ist, es haben sich nicht weniger als zwischen 50 bis 60 Deputirte einschreiben lassen, die über den Tractat in der öffentlichen Sitzung reden wollen. Die Herren wollen einmal ihre Beredsamkeit zeigen, wenn auch jeder Tag Verschub dem Schatz Hunderttausende kostet und den Handel ruiniren hälfe."

In dem Börsenbericht aus Brüssel vom 25. Februar heißt es: „Man findet allgemein, daß die Lösung der politischen Frage zu lange auf sich warten läßt. Indeß ergibt man sich, da alles zu Gunsten des Friedens ist, mit Geduld, und bei der geringsten Schwäche in den Kursen bieten sich Käufer dar. Die Haltung der Kurse war in dieser Beziehung gut."

Teutschland.

Nachstehendes ist der Schluß des (im letzten Freitagsblatte abgebrochenen) in der Proclamation, betreffend die hannoversche Verfassungs-Angelegenheit, erwähnten Erlasses: „Schließlich kommen Wir auf den Gegenstand, welcher nicht allein den Finanzhaushalt und das Landesschuldenwesen, sondern auch die Gestaltung der beiden Kammern gleichzeitig betrifft, auf das frühere Schatzcollegium. — So wie in den verschiedenen Provinzen Unsers Königreichs vor deren Vereinigung in ein Ganzes die Provinzialstände an den Erhebungen von Abgaben aus den Steuerkräften Unserer getreuen Unterthanen und an der Verwendung oder Auszahlung der daraus hervorgehenden Summen thätigen Antheil nahmen, der freilich in den einzelnen Provinzen keineswegs derselbe war, so war auch eine Concurrenz bei dem landschaftlichen Schuldenwesen hergebracht; daß beiderlei Arten der Theilnahme von Mitgliedern der Provinziallandschaften wahrgenommen wurde, lag in der Natur der Sache. — Nach der erwähnten Vereinigung der verschiedenen Provinzen, des Finanz- und Schuldenwesens gingen diese landständischen Rechte, welche nunmehr in Beziehung auf das ganze Königreich ausgeübt werden mußten, auf die allgemeinen Landstände über, den Provinzialständen aber ließ man das Recht, insoweit bei dieser Theilnahme der hochwichtigen Landesangelegenheit zu concurriren, als denselben zugestanden wurde, diejenigen Männer zu erwählen, welche — in dem Schatzcollegio — jene landständischen Rechte nun wirklich zur Ausübung zu bringen hatten. — In den sieben Provinzen wurden sieben Schatzräthe erwählt; das Schatzcollegium wurde am 1. März 1820 installirt. Die Dienstobliegenheiten der Schatzräthe enthält die an demselben Tage der allgemeinen Ständeversammlung mitgetheilte Instruction. — Das Hauptgeschäft des Schatzcollegii bestand in der Mitverwaltung der General-Steuercasse, in der Revision der Landesrechnungen und in der Theilnahme an der gesammten Verwaltung des Schuldenwesens; auch waren einige Schatzräthe dazu verpflichtet, an den Geschäften des Ober-Steuercollegii Theil zu nehmen. — Es konnte nicht übersehen werden, daß es wünschenswerth war, die Kenntniß, welche die Schatzräthe über die finanziellen Verhältnisse des Landes sammeln mußten, in der Mitte der allgemeinen Ständeversammlung zu besitzen. Der Umstand, daß die Provinzialstände und nicht die allgemeinen Stände die Schatzräthe erwählten, änderte in der Zweckmäßigkeit ihrer Theilnahme an den Verhandlungen der allgemeinen Ständeversammlung nichts; es war dieses Wahlrecht vielmehr um so zulässiger und erklärlicher, als im richtig aufgefaßten Sinne der Entstehung der allgemeinen Stände es sehr zu wünschen war, daß sie möglichst aus den Corporationen der Provinziallandschaften hervorgingen. — So entstand die Bestimmung in dem Patente vom 7. December 1819, daß die Schatzräthe den beiden Kammern der Ständeversammlung vermöge ihres Amts angehören sollten. — Dieses Verhältniß dauerte bis zur Einführung des Staatsgrundgesetzes. — Die Gerechtsame der Stände in Beziehung auf ihr Mitverwaltungsrecht bei den Steuern gab nun bei der Berathung über den Entwurf des Staatsgrundgesetzes den allgemeinen Landständen Anlaß zu einer nicht unerheblichen Abweichung von diesem. — Die allgemeinen Stände nach dem Patente vom 7. December 1819 bestanden nämlich darauf, daß das ständische Recht auf die Weise erhalten werden möge, daß eine fortlaufende Uebersicht über den Gang des Staatshaushalts von ihren Commissarien gewonnen werden könne; die Ausübung dieses Rechts einer Theilnahme an der Verwaltung wurde indeß regierungsseitig nicht gebilligt, es wurde der beantragte Zusatz nicht aufgenommen, sondern vielmehr einseitig festgestellt, was der §. 149 des Staatsgrundgesetzes enthielt. — Eine Folge davon war, daß das Schatzcollegium mit der Cassenvereinigung wegfiel, und damit wurde das Recht, welches die Provinziallandschaften in Ansehung der Wahl der Schatzräthe noch erhalten hatten, aufgehoben, und zwar ohne daß die Zustimmung der Provinziallandschaften eingeholt wurde, noch weniger aber jemals erfolgt ist. — Als Wir die verbindliche Kraft des Staatsgrundgesetzes nicht anerkennen konnten, vielmehr dessen Ungültigkeit erklärten, traten sowohl die Rechte der allgemeinen Stände in Hinsicht des Finanz- und Schuldenwesens, als auch das Wahlrecht der Provinziallandschaften hinsichtlich der Schatzräthe von selbst wieder

in Kraft. Die tief eingreifenden Folgen der einmal bestandenen Cassenvereinigung waren inzwischen nicht sogleich zu beseitigen, vielmehr lag es im Interesse des Ganzen, namentlich zur Erhaltung des Credits des Landes und zum Fortsetzen des Herabdrückens des Zinsfußes bei den Landesschulden, in Ansehung derjenigen Obliegenheiten, welche von ständischen Commissarien anstatt von Seiten des frühern Schatzcollegii versehen waren, sofort eine Vereinigung mit Unseren getreuen allgemeinen Ständen zu treffen. Diese Vereinigung konnte nur eine provisorische seyn, indem ihre Dauer von einer definitiven Feststellung des ganzen Landeshaushalts abhing. Wir konnten aber die endliche Feststellung dieser Verhältnisse, selbst eine völlig beistimmende Erklärung auf Unsere Propositionen, nicht so zeitig erwarten, daß ein Provisorium zu vermeiden gewesen wäre. Eines Theils bedurfte es der ständischen Mitwirkung bei dem Schuldenwesen um so rascher, als vom 1. November 1837 bis zur Berufung der allgemeinen Ständeversammlung Commissarien der Stände gänzlich gefehlt hatten, andern Theils hätte die definitive Ordnung dieses wichtigen Gegenstandes mit dem Verfassungsentwurfe verbunden vorgelegt werden müssen. Es hätte also erst mit der Verkündigung der Verfassungsurkunde die fragliche Anordnung selbst getroffen, und erst hiernächst die etwa bestimmte Wahl der ständischen Commissarien oder der Schatzräthe vor sich gehen können. Unsere getreuen Stände haben diese Lage der Sache nicht verkannt, sie haben im wohlverstandenen Interesse des Landes, bald nach dem Anfange ihrer Berathungen Unsere deßfallsigen Vorschläge im Wesentlichen angenommen, und diejenigen Beschlüsse gefaßt, welche die Erwiederung vom 26. März 1838 die Theilnahme ständischer Commissarien an der Verwaltung des Staatsschuldenwesens betreffend, enthält. Es ist auch demzufolge das Gesetz vom 20. April v. J. erlassen. — Indem diesemnach ein wesentlicher Theil der wichtigen Geschäfte, welche dem Schatzcollegio früherhin oblagen, auf andere Weise provisorisch wahrgenommen werden mußte, beruhte es in der Unmöglichkeit, zugleich mit der allgemeinen Ständeversammlung auf den 20. Februar v. J. ein Schatzcollegium anzuordnen, und die beiden Kammern mit Schatzräthen zu versehen, wie dieß auch von Unseren getreuen Ständen in dem Schreiben vom 16. März v. J. ausdrücklich anerkannt ist. — Dieselben Gründe, welche damals obwalteten, sind durch das obenerwähnte Gesetz nicht beseitigt, sondern einstweilen noch vorhanden. Wir fügen die Bemerkung hinzu, daß Uns eine Theilung der Geschäfte und Verpflichtungen der vormaligen Schatzräthe, je nachdem sie solche in dem Collegio selbst oder in den Kammern der Ständeversammlung ausübten, und eine Verweisung derselben an verschiedene Personen durchaus nicht ausführbar erscheint. Wir müssen vielmehr der Meinung seyn, daß die Theilnahme der Schatzräthe an den Verhandlungen der allgemeinen Ständeversammlung darin ihren Grund hatte, daß sie die dem Collegio vormals obliegenden Geschäfte besorgten. Diese können ihnen vor der vollständigen Ausführung der Cassentrennung nicht überwiesen werden, der Cassentrennung wird aber zweckmäßig eine Vereinigung mit Unserer getreuen Ständeversammlung vorangehen müssen, weßhalb, wie früher bemerkt, in besondern Postscripten die erforderlichen Vorschläge gemacht sind. — Mit der Feststellung des Finanzhaushalts, mit der Cassentrennung und mit der Vereinigung über die Verwaltung der Schulden wird demnach der erneuerten Wirksamkeit des Schatzcollegii kein Hinderniß im Wege stehen. — Indem Wir auf solche Weise die fernere Ausübung dieser ständischen Rechte zuzugestehen überall kein Bedenken tragen, beziehen Wir Uns, was die Geschäftsführung in dem Schatzcollegio anlangt, auf die vorerwähnte Instruction und auf Unser erstes Postscript vom heutigen Tage. — Die Theilnahme der Mitglieder des künftigen Schatzcollegii an den Sitzungen der Kammern richtet sich nach dem Patente vom 7. December 1819. — Die Wahl der Schatzräthe steht unzweifelhaft den Provinziallandschaften zu, und es kann ihnen dieses Recht der Wahl nicht ohne ihre Zustimmung genommen werden. — Wir schließen mit dem Wunsche, daß Unsere wohlgemeinten Absichten eine gerechte Anerkennung finden, daß die von Uns erwünschte Vereinigung über die vorgelegten hochwichtigen einzelnen Puncte zum dauernden Heil Unserer geliebten Unterthanen gereichen, und daß Unsere getreuen allgemeinen Stände demnächst mit der Ueberzeugung zu ihren Familien zurückkehren, daß Uns die Wohlfahrt Unsers Königreichs nicht allein am Herzen liege, sondern daß Wir sie eben so sorgfältig zu befestigen und zu befördern bemüht sind, als Wir das feste Vertrauen zu Unsern getreuen Ständen zu hegen berechtigt sind, daß dieselben Uns darin ihrem Berufe und ihren beschwornen Pflichten gemäß thätig unterstützen. — Solche Pflichterfüllung muß segensreich wirken, und Eintracht und Friede werden die sicheren Bürger einer glücklichen Zukunft seyn, der Unsere vielgeliebten Unterthanen unter dem Beistande des Allmächtigen mit Zuversicht entgegensehen können. — Wir versehen Uns dessen Allen zu Euch, und verbleiben Euch mit Unserer königlichen Gnade und Allem Guten, wie auch mit gnädigstem Willen beigethan. — Hannover, den 15. Februar 1839. — Ernst August. — G. Freiherr von Schele."

Wien.

Gestern Morgens waren die Truppen der hiesigen Garnison zu einer Revue auf das Glacis zwischen dem Burg- und dem Schottenthore ausgerückt. Das schönste Wetter begünstigte dieses militärische Schauspiel, welchem Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland, in Begleitung Ihrer kais. Hoheiten der Erzherzoge Franz Carl, Carl, Ludwig und Johann, Se. kais. Hoheit des Erzherzogs Stephan, Se. königl. Hoheit des Erzherzogs Maximilian von Oesterreich-Este und Se. Hoheit des Erbgroßherzogs von Sachsen-Weimar beiwohnten. Ihre kais. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzoginn Sophie folgten der Revue in einem offenen Wagen.

Den übrigen Theil des Vormittags widmeten Se. kais. Hoheit der Großfürst der Besichtigung verschiedener Merkwürdigkeiten dieser Hauptstadt.

Mittags war große Hoftafel; Abends Théâtre paré im k. k. Hoftheater nächst dem Kärnthnerthore, welches der allerhöchste Hof und Se. kais. Hoheit der Großfürst mit Ihrer Gegenwart beehrten.

Am 5. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in C.M.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in C.M.	101.
detto	detto	zu 3 pC. in C.M.	81⅓.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in C.M.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in C.M.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in C.M.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in C.M.	64½.
Bankactien pr. Stück —— in C.M.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 66

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 7. März 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 5. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.703	28 3. 5 L. 8 P.	— 14.8	NW.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.695	28 5 6	— 10.4	SO.	schwach.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.656	28 5 1	— 1.2	SO.	still.	trüb.

Spanien.

Die Pariser Journale vom 26. Februar enthalten Briefe aus Bayonne vom 23. gedachten Monats, welche die (in unserm gestrigen Blatte erwähnten) auf Maroto's Befehl Statt gefundenen Hinrichtungen mehrerer Carlistischen Generäle und Stabsoffiziere bestätigen. In einem der erwähnten Briefe aus Bayonne vom 23. heißt es: „Man weiß seit gestern, daß Maroto sechs von den 14 oder 15 Offizieren, die er auf seinen Befehl verhaftet worden waren, erschießen ließ. Diese Execution hat am 18. um 7 Uhr Morgens auf dem Kirchhofe von Estella Statt gefunden. Zwei Compagnien des ersten Bataillons von Navarra wurden mit diesem traurigen Geschäft beauftragt. Die erschossenen Anführer sind: Francisco Garcia, Guergue, Pablo Sanz, Carmona, Ibanez, Unterstaatssecretär des Kriegswesens, und der Intendant Uriz. Sie waren am Abend zuvor in Estella angekommen, wurden unverzüglich vor eine von Maroto gewählte Militärcommission gestellt, gerichtet und ohne Appellation verurtheilt. Ueber sieben Andere wurde dieselbe Strafe verhängt; sie sollten am folgenden Tag (19.) erschossen werden. Die an diesem Tage zu derselben Stunde wie den Tag zuvor in einiger Entfernung von Estella gehörten Flintenschüsse lassen glauben, daß diese Unglücklichen ein gleiches Loos, wie Guergue und Garcia, erlitten haben."

Die Gazette de France vom 28. Februar, welche wir nebst den übrigen Pariser Journalen von diesem und dem vorhergehenden Tage durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, gibt folgende Aufschlüsse über die Ereignisse in Estella: „Unsere Privatcorrespondenz von der spanischen Gränze meldet uns noch nichts ganz Bestimmtes über die Ereignisse in Estella. Es scheint, daß das königliche Hauptquartier von Bergara aufgebrochen ist; es sollte, wie man uns schreibt, am 21. in Villafranca eintreffen. Diese Ortsveränderung würde den Mangel an directen Nachrichten erklären. — Nach dem, was unser Correspondent uns schreibt, soll Don Carlos eine Proclamation an die Bewohner der Provinzen und an die Armee erlassen haben, in welcher er sich von den Maaßregeln der Strenge, die Maroto ergriffen hat, förmlich losſagt und erklärt, daß er hierzu seine Ermächtigung nicht ertheilt habe und nie zu solchen Maaßregeln ertheilen werde. General Maroto soll als Verräther an seinem Monarchen erklärt und die Truppen unter seinen Befehlen aufgefordert worden seyn, ihm den Gehorsam zu versagen. — Man spricht auch von einer Proclamation des Generals Maroto aus Estella vom 18., worin derselbe die Beweggründe seines Verfahrens darlegt. Der General behauptet, daß das Interesse der heiligen Sache, die er vertheidigt, ihm zur Pflicht gemacht habe, so zu handeln, wie er gethan hat. Diese Proclamation ist an die Armee gerichtet. — Nach einem Schreiben aus Tolosa ist der Infant Don Sebastian zum Oberbefehlshaber der Armee ernannt worden; unter ihm soll General Villareal commandiren. Man versichert auch, der Graf von Casa Eguia sei zu dem durch die Dimission des Marquis von Valdespina erledigten (provisorisch einige Tage lang durch den Herzog von Granada besetzten) Kriegsministerium berufen." — In brieflichen Nachrichten aus Bayonne vom 25. Februar, welche wir, gleichfalls durch außerordentliche Gelegenheit, über Paris erhalten haben, heißt es: „Endlich, nachdem wir zwei Tage lang im Dunkeln waren, hat alle Ungewißheit ein Ende. Es ist nunmehr erwiesen, daß Maroto ganz nach eigenem Impuls gehandelt hat; um sich persönlicher Feinde zu entledigen, hat er sie ohne Prozeß erschießen lassen und Don Carlos ist nicht zu Rathe gezogen worden. Wir haben eine Proclamation des Don Carlos vor Augen, welche Maroto vogelfrei und als Verräther erklärt und mit ihm alle diejenigen, die ihm beistehen oder gehorchen. Als Maroto von Estella aufbrach, um zu seinen Truppen in der Ribera zu stoßen, hinterließ er den Befehl, sieben andere Stabsoffiziere zu erschießen, was auch vollzogen wurde. — Der Kriegsminister Marquis von Valdespina hat seine Dimission eingereicht; er soll durch den Grafen von Casa Eguia ersetzt werden; man glaubt, der Oberbefehl der Armee werde wieder dem General Villareal, der seit zwei Jahren in Haft ist, anvertraut werden. — Es geht das Gerücht, Maroto sei mit acht Bataillons zu den Truppen der Königinn übergegangen; aber dieses Gerücht bedarf der Bestätigung."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die engliſche Poſt aus Newyork hat Zeitungen von dort bis zum 2. Februar mitgebracht. Das Repräſentantenhaus zu Waſhington hatte, auf den Vorſchlag des Hrn. Cuſhing, folgende Reſolutionen angenommen: „Beſchloſſen, der Präſident der vereinigten Staaten ſei zu erſuchen, wenn er es anders mit dem öffentlichen Intereſſe vereinbar findet, dieſem Hauſe Aufſchlüſſe über folgende Punete in den Territorialbeziehungen der Union zu den brittiſchen Colonien mitzutheilen: 1) die etwanige Correſpondenz, die mit brittiſchen Behörden über die Unruhen in den Canadas und über angebliche Neutralitätsverletzungen von einer oder der andern Seite gepflogen worden; 2) Nachweiſe über die von unſerer Executivregierung gepflogenen Correſpondenzen oder gefaßten Maaßregeln hinſichtlich der Bürger der vereinigten Staaten, die in den Aufſtandsbewegungen von Canada zu Gefangenen gemacht worden; 3) Nachweis, ob die brittiſche Regierung Genugthuung geleiſtet für die Wegnahme und Zerſtörung des Dampfboots „Caroline" innerhalb der Gewäſſer der Union, ſo wie für die Ermordung amerikaniſcher Bürger an Bord des Schiffes durch einen Haufen Bewaffneter aus der Provinz Obercanada, die unter den Befehlen und dem Anſehen der Colonialregierung dieſer Provinz handelten; ob darüber mit Großbritannien unterhandelt worden, und wenn dieß Fall, wie es mit den Unterhandlungen ſtehe; 4) ob die Regierung der Union mit der brittiſchen in Unterhandlung getreten, um der weiteren Vertheilung von Geſchenken und der Auszahlung von Kriegsſubſidien von Seite letzterer Regierung an die innerhalb der Gränzen und Jurisdiction der vereinigten Staaten wohnenden Indianerſtämme Einhalt zu thun, und wenn dieß der Fall, was das Ergebniß dieſer Unterhandlungen ſei; 5) ob die Regierung der Union jener von Großbritannien die ſtipulirte Anzeige gemacht, wegen Annullirung des Vertrags vom 6. September 1827, unter deſſen Vorwand die Hudſonsbay-Compagnie, mit Erlaubniß oder unter Connivenz der brittiſchen Regierung, in den Territorien der vereinigten Staaten jenſeits der Felſengebirge Militärpoſten aufgeſtellt hat; 6) ob und welche Maaßregeln die Regierung der vereinigten Staaten ergriffen habe, um die Gränzlinien zwiſchen der Union und der brittiſch-nordamerikaniſchen Provinz von St. Mary's Falls, zwiſchen dem Huron- und oberen See, und ſo nordwärts die Gränze des Staats Michigan und der Gebiete Wisconſin und Jowa entlang, bis an die Felſengebirge zu beſtimmen und definitiv feſtzuſetzen; 8) ob neuerlich zwiſchen den Regierungen beiden Staaten eine Correſpondenz Statt gefunden über die freie Schifffahrt der ſchiffbaren Gränz- oder den beiderſeitigen Beſitzungen gemeinſamen Ströme, und mit welchem Erfolg; 9) ob die Staatsbehörden von Obercanada, oder eine derſelben, es unternommen haben, den gewöhnlichen Verkehr zwiſchen beſagten Provinzen und den anſtoßenden Theilen der vereinigten Staaten zu verbieten oder zu beſchränken, und wenn dieß der Fall, mit welchem Recht, und ob ein ſolches Verbot oder Beſchränkung mit den zwiſchen den vereinigten Staaten und Großbritannien beſtehenden Verträgen vereinbar ſei." Der Antwort des Präſidenten auf dieſe gegen England halb feindſeligen Reſolutionen ſah man mit großer Spannung entgegen. — Der Gouverneur des Staates Maine hatte an das dortige Repräſentantenhaus eine Botſchaft über die Gränzfrage gerichtet, die jedoch in geheimer Sitzung discutirt wurde. — Der in dem erſten canadiſchen Aufſtand oft genannte Abenteurer „General" van Renſſelaer iſt am 26. Jänner in Albano geſtorben.

Mexico.

Den neueſten Nachrichten aus Mexico vom 23. December zufolge waren die früheren von der erbitterten Stimmung gegen die Franzoſen ſehr übertrieben; auch ſind noch keine Kaperbriefe ausgegeben worden. Man glaubt zu Paris und London an eine baldige Ausgleichung zwiſchen Frankreich und Mexico.

Großbritannien und Irland.

Die Ernennung des Marquis von Normanby iſt nun auch in der London-Gazette angezeigt. Ueber ſeinen Nachfolger in der Lordſtatthalterſchaft von Irland hat man noch immer nur Gerüchte. So ſagt der Morning-Herald: „Aus glaubwürdiger Quelle hören wir, daß Ihrer Majeſtät Regierung den Grafen Granville, unſern Geſandten in Paris, einladen ließ, dieſe Stelle anzunehmen, der ſie jedoch entſchieden ablehnte. Man fügt bei, daß, hätte Lord Granville angenommen, dann der ehrenwerthe Hr. Temple, Bruder Lord Palmerſtons, der neuerlich von ſeinem Geſandtſchaftspoſten in Neapel zurückgekehrt iſt, zum Geſandten in Paris ernannt worden ſeyn würde. Alſo ſcheint es, daß die Whigs für jenes, mit O'Connell zu reden, „erſte und ſchönſte Land der Erde!" keinen geeigneten Mann finden können."

Hr. Pigot, der neue Solicitorgeneral für Irland, iſt ohne Oppoſition für Clonmel ins Unterhaus gewählt. Für die iriſche Grafſchaft Cavan iſt an die Stelle ſeines älteren Bruders, des nunmehrigen Lord Farnham, der ehrenwerthe Somerſet Richard Maxwell (ebenfalls Tory) gewählt worden. — Der berühmte Rechtsgelehrte Sir William Follett, conſervatives Mitglied für Exeter, liegt ſeit längerer Zeit gefährlich krank darnieder.

Durch den Eintritt der Lords Normanby und Morpeth in das Cabinet, haben die Radicalen die Ausſicht, daß das Miniſterium auch das Ballotement (die geheime Abſtimmung bei den Wahlen) gleich den Korngeſetzen zu einer offenen Frage machen werde. Von Lord Morpeth gilt es wenigſtens als beſtimmt, daß er für die Einführung des Ballotements ſei. Das Schickſal des Ballotements wird jedoch auch in dieſem Fall kein anderes, als das der Korngeſetze ſeyn, da daſſelbe nicht nur von der ganzen conſervativen Partei, ſondern auch von der Whig-Ariſtokratie, die gleich-

falls ihren ganzen persönlichen Einfluß dadurch verlieren würde, auf das stärkste bekämpft werden muß.

In der Sitzung des Unterhauses vom 22. Februar wurde durch Lord Ingestrie, einen Seecapitän, mit Rücksicht auf die Erklärungen Lord Minto's im Oberhause, die Frage an die Minister gestellt, ob dieselben Einwendungen machen würden gegen die Vorlegung der Correspondenz zwischen Commodore Douglas und dem Befehlshaber des Packetschiffes „Expreß" über die dem letzteren von den Franzosen zugefügte Unbill. Hr. Wood, der Secretär der Admiralität, der diesen Dienstzweig im Unterhause vertritt, erwiederte darauf, daß eine solche Correspondenz nicht existire; das einzige Document, welches über die Sache vorhanden sei, und das er in Abschrift bei sich habe, sei ein Brief des Commodore Douglas an die Admiralität. Aus diesem gehe hervor, daß ein Mann aus dem Packetschiff „Expreß" abgeführt worden sei, ob ein Lootse oder nicht, das lasse sich nicht ermitteln, aber es sei gewiß, daß er auf eine durchaus nicht zu rechtfertigende Weise von der Mannschaft eines Schiffes hinweggeführt worden sei, das unter dem Befehle des Prinzen Joinville gestanden habe. Am Schlusse seines Berichtes aber sagte der Commodore Folgendes: „Ich habe noch hinzuzufügen, daß ich von dem Contreadmiral Baudin eine genügende Erklärung über den nicht zu rechtfertigenden Angriff auf das Packetschiff „Expreß" erhalten habe, welcher durchaus auf einem Irrthume des Prinzen von Joinville beruhte. Der Contreadmiral sagt auch, daß er seiner Regierung von dem, was er gethan, Nachricht gegeben habe." Hr. Wood bemerkte nun, daß, wenn der Commodore mit der Erklärung des französischen Admirals zufrieden sei, die Regierung sich auch dabei beruhigen werde, wenn sie nicht weitere Nachricht erhalte, weßhalb sie denn auch fürs Erste die beabsichtigte Vorstellung an die französische Regierung aufgeschoben habe. Lord Ingestrie wollte sich mit dieser Erklärung nicht ganz zufrieden geben, da aber Hr. Wood darauf bestand, daß er keinen andern Bericht erhalten habe, und auf die nächste westindische Post verwies, so mußte die Sache auf sich beruhen bleiben.

Der Herzog von Wellington war unpäßlich und litt an einem heftigen Rückenschmerz. Die von einem Londoner Blatte, the Age, verbreiteten Gerüchte über den bedenklichen Gesundheitszustand des Herzogs werden vom Courier und vom Globe für durchaus grundlos erklärt.

Consols am 25. Februar 92¾, ⅞. — Am 26. Februar 92⅞, 93.

Frankreich.

Es hat sich zu Paris das unwahrscheinliche Gerücht verbreitet, die Regierung habe vor, bei einem zu Gunsten der Coalition ausfallenden Ergebniß der Wahlen die neue Kammer gleich wieder aufzulösen. Dieser Unterstellung widerspricht das Journal des Debats in einer Anrede an die Wähler. Nachdem voraus bemerkt worden, wenn die Julipolitik nach acht Jahren Erfolg geändert werden müsse, so dürfe man für gewiß annehmen, die Aenderung werde dem Geiste der Unordnung zu gute kommen, der von der gedachten Politik überwunden worden sei, — fährt das ministerielle Organ so fort: „Wähler, zu allen Zeiten und unter allen Krisen habt ihr, so oft eure Mandatare vor euch erscheinen, das größte Interesse, euch nicht täuschen zu lassen durch Abläugnung oder Zusage. Heute aber, bedenkt es wohl, würde ein von euch begangener Irrthum für lange unwiederbringlich seyn. Die Auflösung der letzten Kammer war eine äußerste, vielleicht eine herbe Maaßregel; in ihr aber lag das einzige der in ihrer Prärogative in die Enge getriebenen Krone übrig gebliebene Widerstandsmittel. Das Königthum mußte Hülfe suchen bei der Nation. Wenn nun die Nation für die Gegner der Krone entscheidet, wird sie — die Krone — das Joch auf sich nehmen; sie wird sich in ihr Schicksal ergeben; **la couronne subira le joug; elle se résignera**); sie wird Jenen eure Politik, eure Interessen, das Loos eures Kunstfleißes, die Ruhe eurer Städte, das Vermögen eurer Familien, die Zukunft eurer Kinder in die Hände liefern; sie wird ihr Auflösungsrecht nicht mißbrauchen, um euch jedes Jahr in die Wahlversammlungen zu berufen. Ihr werdet mithin denen, die euch hintergangen haben, nicht entrinnen; die Gewalt, die ihr jetzt noch über sie habt, werden sie dann über euch haben. Nachdem sie euch in Demuth die Versicherung gegeben, daß sie keiner Partei verpflichtet seien, werden sie euch drei oder vier Jahre lang zeigen, was eine Coalition Ehrsüchtiger vermag, die ihr stark genug gemacht habt, das Königthum zu beherrschen."

Die Handelskammer in Nantes hat dem Handelsminister dringende Vorstellungen über die Bedrängniß der Schifffahrt und des Colonialhandels gemacht, welche durch die Auflösung der Kammer und die dadurch veranlaßte Verzögerung abhelfender Maaßregeln noch vermehrt wird. Auf den Schiffswerften in Nantes befindet sich kein einziges für den Colonialhandel bestimmtes Fahrzeug, ein seit 20 Jahren unerhörter Fall.

Das Blatt le Droit enthält interessante Notizen über die Wirkungen des Carnevals in Paris. Zuerst gibt es eine Uebersicht über die Verpfändungen und Auslösungen im Leihhaus am 9., 11., 12. und 13. Februar. An den zwei ersten Tagen wurden mehr Artikel ausgelöst, als verpfändet. Da wollten wohl noch Viele in ihren besten Kleidern, mit ihren Shawls und Uhren, in deren Besitz man sie wußte, vor ihren Bekannten erscheinen; schon am dritten Tage aber betrugen die Verpfändungen der Zahl nach beinahe und am vierten betrugen sie mehr als das Doppelte der Auslösungen. Noch einen Monat lang verspürt man, natürlich im abnehmenden Verhältnisse, Nachwirkungen des Carnevals auf d[illegible] Leihhause. Bei der Spareasse wurden am Sonntag u[illegible] Montag vor Fastnacht 598,126 Fr. eingelegt und 690,000

Fr. herausgenommen; an den entsprechenden Tagen der Woche zuvor betrugen die Einlagen 776,878 und die Herauszahlungen 585,158 Fr. Am Sonntag (17.) nach Faſtnacht wurden 582,383 Fr. eingelegt und 624,500 herausgezogen. Die Zahl der in die Spitäler aufgenommenen Kranken betrug im Jahre 1838 am Samſtag vor Faſtnacht 226, am Sonntag bloß 94, weil die arbeitenden Claſſen Sonntags nicht gerne in das Spital gehen, an den zwei folgenden Tagen aber 244 und 296 und ſo fort einen Monat lang ein Zehntheil mehr, als ſonſt gewöhnlich um dieſe Jahreszeit. Die zwei Hoſpitäler, die der Carneval am meiſten berührt, ſind das Hoſpital St. Louis, in welchem alsdann, weil er den Schenken vor den Barrieren am nächſten liegt, die meiſten chirurgiſchen Fälle vorkommen, und das Hoſpital der Syphilitiſchen. Die Zahl der wegen Vergehen gegen die Polizeigeſetze in der letzten Woche des Carnevals feſtgenommenen maskirten und unmaskirten Individuen betrug 25 bis 30 täglich. Die Zahl der Individuen, die bei den Bällen und andern öffentlichen Vergnügungen von den mit Handhabung der Ordnung und des Anſtandes beauftragten Municipalgardiſten ausgewieſen wurden, ohne zugleich feſtgenommen zu werden, war zehnmal ſo groß. In die Morgue wurden ſeit 1832 keine Leichname in der Carnevalstracht mehr gebracht, ungeachtet in dieſer Zeit der Ausſchweifung die Zahl der Todesfälle durch Unglück oder Selbſtmord geſteigert wird.

Am 25. Februar 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 110 Fr. 95. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 75. — Am 26. Februar 5Percents 110 Fr. 95. Fin Courant geſchloſſen zu 110 Fr. 90. 3Percents 78 Fr. 65. Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 65. — Am 27. Februar 5Percents 110 Fr. 90. Fin Courant geſchloſſen zu 110 Fr. 95. 3Percents. 78 Fr. 70. Fin Courant geſchl. zu 78 Fr. 75. — Am 28. Februar 5Percents 110. Fin Courant geſchloſſen zu 111 Fr. 10. 3Percents 78 Fr. 80. Fin Courant geſchloſſen zu 78 Fr. 80.

Belgien.

Der Independant vom 26. Februar meldet aus Brüſſel vom vorhergehenden Tage: „Die Centralſection hat ihre Arbeiten heute beendigt. Ihre Sitzung war ſehr lang, denn ſie hat von 11 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags gedauert. — Die Vorſchläge der Regierung ſind von Allen, außer Hrn. Felix von Merode, einſtimmig angenommen worden. Dieſer hat erklärt, für den Augenblick noch nicht ſeine Zuſtimmung zu dem Tractat geben zu können. — Die Section hat ſich darauf bis übermorgen Abends vertagt, um dann den Bericht zu vernehmen, der wahrſcheinlich Donnerſtag bei Eröffnung der Sitzung vorgelegt werden wird. Man glaubt noch immer, daß die allgemeine Discuſſion erſt Montag (4. Februar) beginnen wird."

Dem neueſten Independant vom 28. Februar (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) zufolge war die Repräſentantenkammer auf dieſen Tag, 2 Uhr Nachmittags, einberufen. Hr. Dolez ſollte ſeinen Bericht zu Gunſten der Annahme des Tractats erſtatten.

Der Independant antwortet auf das, was der Obſervateur in Betreff des in einem Schreiben an den König von einem gewiſſen Hrn. Steele gemachten Anerbietens einer irländiſchen Legion geſagt hat. Man lieſt in dieſem Schreiben: „Ich bin durch denjenigen, deſſen Worte die der großen Mehrheit des irländiſchen Volkes ſind, ermächtigt, Ew. Majeſtät die Verſicherung zu geben, daß bei Ihrem erſten Aufruf, und innerhalb eines Monats, eine aus der Blüthe der irländiſchen Jugend beſtehende Legion zur Unterſtützung Belgiens marſchiren wird, mit Vorbehalt der zu ergreifenden Mittel, um dieſe Aushebung der Regierung unſerer erlauchten Gebieterinn der Königinn Victoria gegenüber zu legaliſiren." — „Wie kann der Obſervateur hierin," ſagt der Independant, „ein ernſtliches Anerbieten ſehen? Glaubt er, daß die geſperrten Worte dasſelbe nicht gänzlich annulliren? Da die engliſche Regierung dem Widerſtande entgegen iſt, ſo wird ſie gewiß nicht dem Hrn. Steele die Mittel geben, die Aushebung geſetzlich zu machen."

Die Handelskammer von Mons hat nachſtehende Petition an die Repräſentantenkammer gerichtet: „Meine Herren! Wenn unter den ernſten Umſtänden, worin ſich das Land befindet, es jedem Bürger erlaubt iſt, ſeine Meinung über die Frage des Krieges oder Friedens, die über das Schickſal des Vaterlandes entſcheiden wird, bei den Kammern geſetzlich niederzulegen, ſo iſt es gewiß eine ſtrenge Pflicht für diejenigen, ſo zu handeln, die zu den Corporationen gehören, welche dazu beſtimmt ſind, entweder eine Provinz oder eine Gemeinde zu adminiſtriren, oder die Regierung über die moraliſchen und materiellen Bedürfniſſe des Landes aufzuklären, oder auch bei derſelben der Dolmetſch der verſchiedenen Zweige der Induſtrie zu ſeyn. Die Handelskammer von Mons würde es als ein Vergehen gegen den Zweck ihrer Beſtimmung betrachtet haben, in dieſem Augenblicke zu ſchweigen. Sie beeilt ſich, Ihnen, meine Herren, achtungsvoll die Wünſche auszudrücken, welche ſie für die Erhaltung des Friedens hegt, wie groß auch die Opfer ſeyn mögen, mit denen dieſer Friede zu erkaufen iſt. Auf dem Puncte, wozu die diplomatiſchen Unterhandlungen gelangt ſind, zeigt es ſich nur zu deutlich, daß die Entſcheidung der Londoner Conferenz unwiderruflich iſt, und daß uns nichts anders übrig bleibt, als die Bedingungen des Vertrags der 24 Artikel zu unterzeichnen, oder uns in einen unheilbringenden Krieg einzulaſſen, deſſen Dauer nicht vorhergeſehen werden kann. Sein unfehlbarer Ausgang, im Falle unſerer Niederlage, kann nur die Reſtauration, oder die Zerſtückelung von Belgiens Gebiet, und die Vernichtung ſeiner Nationalität ſeyn. Aber, ſo ſprechen Einige, ohne

sich den Gräueln des Krieges auszusetzen, braucht Belgien sich den harten Bedingungen, die ihm die Mächte auflegen, nicht zu unterziehen, und denselben bloß die Kraft der Passivität entgegenzustellen. Diese Lage, meine Herren, wäre nicht weniger kritisch. In beiden Fällen muß man eine, den Hülfsquellen des Landes nicht angemessene Armee auf den Beinen halten, und die Befürchtungen eines Krieges allein schaden der Industrie und dem Ackerbau so viel, als der Krieg selbst. Der Handel windet sich seit zwei Monaten in dem Todeskampfe einer Krisis, welche schon mehr als ein beträchtliches Etablissement zu Grunde gerichtet hat. Er wird gänzlich vernichtet seyn, ehe die Diplomatie oder die Gewalt der Waffen die Lösung unserer politischen Verhältnisse herbeigeführt, und die Diplomatie erklärt haben wird, daß ihre Rolle beendigt sei. Die außerordentlichen Auflagen, die militärischen Einquartierungen, die Verwüstungen des Krieges ꝛc. werden um so schwerer auf allen Steuerpflichtigen liegen, da überall die Arbeit abnimmt, die Fabriken, die Werkstätten und die Kohlengruben schon zum Theile stillstehen. Das wenige Zutrauen, welches noch in den commerciellen Transactionen besteht, wird bald verschwinden, und zahlreiche Falliten zu gleicher Zeit das Vermögen einer Menge von Familien, und den öffentlichen Credit compromittiren. Dieser, meine Herren, wir sagen es tief betrübt, hat einen unseligen Stoß erlitten. Wenn vor kurzem die Regierung die Tresorscheine zu 5 Percent escomptiren konnte, so würde eine neue Ausgabe jetzt noch theurer kommen, und binnen kurzem eine Anleihe weder im In- noch im Auslande, gar nicht mehr möglich seyn. Ein Beispiel von Tausenden kann Ihnen, meine Herren, den Maaßstab für den Vorfall geben, in den mehrere Industriezweige seit einigen Wochen gerathen sind. Die Eigenthümer der Kohlengruben um Mons haben, theils aus Mangel an Bestellungen, theils wegen der Seltenheit des Geldes und wegen der Schwierigkeit, Wechsel unterzubringen, ihre Forderungen so verringern müssen, daß, während sie im vorigen Jahre bis zum 25. Februar 56,000 Tonnen an den Tag gebracht hatten, in diesem Jahre die Masse nur 22,000 beträgt. Die gegenwärtige Lage könnte nicht länger dauern, ohne die traurigsten Katastrophen, ohne den Ruin, sowohl der Privatleute, als des Landes, herbeizuführen. Wir täuschen uns nicht darüber, meine Herren, daß man Tadel und Verachtung über den Ausdruck unserer Wünsche und unserer Befürchtungen ausschütten wird. Man wird die Industrie des Egoismus beschuldigen, und unter der Larve der edelsten Gefühle wird man ihr vorwerfen, ihr Wohl der Ehre der Nation vorgezogen zu haben. Wir werden darauf antworten, daß es keine Schande ist, der Nothwendigkeit zu gehorchen, und wir werden fragen, wer mehr Egoismus zeigt, derjenige, der seiner ephemairen Popularität, dem Triumph seiner Meinung und seinen Local- und Familieninteressen, die Ruhe von 4 Millionen Menschen, die Wohlfahrt von 9 Provinzen und das Leben einer Menge von Tapfern aufopfert, oder derjenige, welcher, um seinem Lande solche Leiden zu ersparen, fordert, daß ein Theil Limburgs und Luxemburgs unverzüglich das Schicksal erdulde, dem es uns unmöglich ist, es zu entziehen. Alle Folgen der Restauration werden für die abzutretenden Provinzen nicht so unheilbringend seyn, als der Krieg, den wir Sie, meine Herren, beschwören, von unserm unglücklichen Vaterlande zu entfernen, und ihre Einwohner, ihre Beamten werden stets in Belgien die edelmüthigste und brüderlichste Gastfreundschaft finden. Den Wünschen, welche wir an Sie, meine Herren, richten, ganz entgegengesetzt, ertönten vor kurzem aus allen Theilen des Königreichs jene für die Erhaltung der Integrität des Gebiets; aber damals war das Urtheil, welches die Clauseln des Trennungsvertrags zwischen Belgien und Holland unwiderruflich bestimmt, noch nicht ausgesprochen, und man plaidirte noch bei den Bevollmächtigten der fünf Mächte eine Sache, welche unglücklicherweise jetzt verloren ist. In dieser Lage der Dinge unterwerfen wir uns diesem Urtheil, weil es das einzige Mittel ist, das Vaterland vor den Leiden zu bewahren, welche es bedrohen, und unsere Nationalität zu retten."

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Wegen der Berufung des Dr. Strauß herrscht fortwährend die größte Aufregung in der Schweiz, namentlich im Canton Zürich. Die Allgemeine Schweizer Zeitung vom 26. Februar meldet: „Am 12. waren in Wädenschweil, einem der schönsten Dörfer am Zürchersee im Bezirk Horgen, in der Krone 119 Abgeordnete von 29 Gemeinden versammelt. Der Präsident der Versammlung, Hürlimann, versandte Namens derselben ein kräftiges und langes Sendschreiben an sämmtliche Kirchgemeinden des Cantons. Man liest in demselben, die Berufung des Strauß durch den Regierungsrath sei ein zu erschütterndes Ereigniß, als daß nicht alle Gemüther sich mit Entsetzen erfüllt sähen. Diese Gemüthsverfassung habe den naturgemäßen Trieb erweckt, auf Mittel zu denken, das Uebel in der Geburt zu ersticken. Tief habe die Regierung durch den Uebergriff in die Rechte der Landeskirche, bloß um der Ueberzeugung der Mehrheit der Regierungsglieder zu fröhnen, dem göttlichen Glauben den Wechselbalg eines zungenfertigen Schismatikers unterschieben wollen. Die jetzige Generation wäre ein entartetes Geschlecht, wenn sie sich ihren Glauben an die göttliche Sendung eines Welterlösers entreißen ließe. Sie fühle sich aufs tiefste gekränkt in den heiligsten Rechten der Menschheit durch die beispiellose, den Willen des Volks höhnende Verfügung, und die ganze Bevölkerung des Cantons Zürich stehe auf und spreche als Freundinn des Vaterlandes zu der Regierung: „Wir fordern von „euch, gestützt auf unsern Pact, daß ihr den Strauß ent„laßt und einen rechtgläubigen Theologen beruft." Ihren Zweck zu erreichen, habe die Versammlung die Initiati-

ve zur Bildung von Bezirks- und Centralvereinen ergriffen, damit die Angelegenheit in die Hände von achtbaren Männern falle, das religiöse Bedürfniß des Volks und wie es bei der fortschreitenden Genußsucht unseres Zeitalters der Entsittlichung zu entziehen sei, dort zur Sprache komme. Aber ein das ganze Volk vertretender Centralverein sei nothwendig, um die Mittel zu berathen, Strauß vom Lehrstuhl der Dogmatik zu entfernen, die Wiederholung ähnlicher Versuche zu vereiteln, in Bezug auf die auf dem Wege der Irreligiosität befindlichen Schulen Forderungen zu stellen. Er wird untersuchen, wie die kirchlichen Verhältnisse zu verbessern seien. Auf Montag den 25. werde der Centralverein nach Zürich berufen. Endlich wird mit beredten Worten auf die weit aussehenden verderblichen Folgen gewiesen, welche die Erscheinung Straußens für das engere und weitere Vaterland nach sich ziehen müßte. — Obigem Sendschreiben war das Protocoll beigefügt: „1) Die Berufung von Strauß zu verhindern durch Kirch-, Bezirk- und Centralvereine auf dem Wege des Petitionsrechts; 2) jede Kirchgemeinde bildet einen Verein von zwölf Mitgliedern, welche 3) zwei Mitglieder in den Bezirksvereinen wählen, der wieder 5) zwei Mitglieder in den Centralverein ausschießt; 7) an dem in Wädenschweil ernannten Präsidenten (Hürlimann) steht es, das Centralcomité nach Zürich einzuberufen; 9) der Centralverein berichtet an die Kirchgemeinden vermittelst einer an die betreffende Behörde abgefaßten Petition, welche der ganzen Bürgerschaft der Kirchgemeinde zur Berathung, Annahme oder Verwerfung vorgelegt wird; 10) der Entscheid der Kirchgemeinde wird dem Präsidenten mitgetheilt; 11) dieser befördert den Volkswillen an die Regierung. Unterzeichnet: der Präsident Hürlimann, der Actuar Schmied." — In Folge des Sendschreibens traten in Zürich den 21. Februar über 1000 Männer, Einwohner und Bürger, zusammen. Wer an der Bewegung nicht Theil nehmen wollte, blieb weg. Man beschloß, die städtische Kirchengemeinde solle sich der allgemeinen Bewegung anschließen. Schutz der Landeskirche und Uebereinstimmung der Schule mit derselben waren die Rücksichten, die in den Beschluß aufgenommen wurden. Ein einziger Redner wagte es, auch die immer zunehmende Anzahl derjenigen, die sich bei dem jetzigen Zustand der Landeskirche nicht befriedigt fühlen, zur Beachtung zu empfehlen, man unterbrach ihn mit Murren, und es bedurfte der Fürsprache des Präsidenten, um es ihm möglich zu machen, daß er kurz sein Votum endigte. Ein äußerst heftiges Gegenvotum meinte, nun ja, die Regierung möge eben abtreten, wenn sie durch Rücknahme ihres Beschlusses sich geschändet glauben sollte. — Noch am gleichen Morgen wurden in den verschiedenen Kirchgemeinden die Wahlen vorgenommen. — In Wädenschweil machte sich das Volk den Fastnachtsspuk, den Dr. Strauß öffentlich zu verurtheilen und ihn zu verbrennen, freilich nur in effigie.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 28. Februar enthält folgende königliche Verordnung, das Cabinet und die Departements-Ministerien betreffend: „Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns bewogen, Unsere Verordnung vom 14. November 1837, das Cabinet und die Departements-Ministerien betreffend, in den §§. 4 und 8 abzuändern, und verordnen hiermit, wie folgt: §. 1. Den Ministerial-Departements soll zwar im Allgemeinen die Besorgung alles dessen, was auf Anstellung, Suspendirung, Entlassung, Pensionirung und Unterstützung des denselben untergeordneten Personals, wie auch auf die Bestätigung der von Corporationen oder von Einzelnen Präsentirten sich bezieht, auch ferner verbleiben. So viel dagegen die Ernennung oder eintretenden Falls die Bestätigung der Mitglieder der Magistrate und Stadtgerichte in den Städten Unseres Königreichs anbetrifft, so werden solche unmittelbar von Uns ausgehen. Auch sollen die im §. 8. Nr. 5 lit. d Unserer Cabinetsverordnung vom 14. November 1837 erwähnten Ernennungen nicht allein auf die ersten und zweiten, sondern auf die sämmtlichen Beamten, so wie auf die Amtsauditoren sich erstrecken. §. 2. Die deßfallsigen Verhandlungen und Vorschläge gehörigen daher nunmehr zu denjenigen Gegenständen, welche nach dem §. 8 der Eingangs gedachten Verordnung durch das betreffende Ministerial-Departement an Uns gelangen sollen. Diese Verordnung ist durch die erste Abtheilung der Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. — Hannover, den 26. Februar 1839. — Ernst August. — G. Freiherr von Schele."

Wien.

Vorgestern Abends nach dem Théâtre paré beehrten Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland die Abendgesellschaft Sr. Exc. des kais. russischen Botschafters mit Ihrer Gegenwart.

Den gestrigen Vormittag widmete der Großfürst der Besichtigung verschiedener Merkwürdigkeiten dieser Hauptstadt, namentlich des kaiserlichen Hofmarstalles und der k. k. Ingenieur-Akademie.

Mittags speisten Hochstdieselben bei Sr. kais. Hoheit dem Erzherzoge Carl und wohnten Abends einer Vorstellung des Ballets „der hinkende Teufel" im k. k. Hoftheater nächst dem Kärnthnerthore bei. — Nach dem Theater beehrten Se. kais. Hoheit die Abendgesellschaft Sr. Durchl. des Fürsten von Metternich mit Ihrer Gegenwart.

Am 6. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen zu 5 pC. in CM.		107 11/12.
detto	detto zu 4 pC. in CM.	——.
detto	detto zu 3 pC. in CM.	81 1/2.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	67 1/2.

Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM ——.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅞ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1481 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1·K· ZEITUNG 1839

№ 67

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 8. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 6. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.562	28 3. 11 p.	— 0.9	SO.	stark.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.492	28 3 0	+ 0.2	SO.	—	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.413	28 2 1	— 0.6	SO.	—	—

Großbritannien und Irland.

Wir haben vorgestern kurz der Discussion erwähnt, welche in der Sitzung des Oberhauses vom 22. Februar über den gegenwärtigen Zustand der englischen Marine Statt gefunden hat. Sie wurde hervorgerufen durch eine Motion Lord Colchesters auf Vorlegung einer Reihe von Documenten, welche auf die Sache Bezug haben. Lord Colchester erwähnte der großen Aufregung, welche neuerdings durch die Frage, ob die Seemacht des Landes den Bedürfnissen eines etwanigen Krieges genüge, überall hervorgebracht worden, und bezog sich zunächst auf zwei öffentlich bekannt gemachte Briefe, welche diese Sache behandeln, den Brief des Capitäns Napier an Lord Palmerston, der schon vor einigen Monaten in der Times erschien, und einen neuerdings in demselben Blatte bekannt gemachten Brief des Capitäns Berkeley, eine Art Erwiederung auf eine ausführliche Nachweisung des genügenden Zustandes der Seemacht von Sir John Barrow und, wie es scheint, die Veranlassung, daß Capitän Berkeley seine Entlassung als einer der Lords der Admiralität genommen hat. Aus diesen beiden Briefen nun, die von Männern herrühren, welche anerkannte Freunde des Ministeriums sind, hob Lord Colchester die bedeutendsten Stellen heraus, um nachzuweisen, daß nach deren Ansicht die brittische Seemacht nicht nur im Vergleiche zu der Marine anderer Staaten, sondern auch ihrem eigenen Wesen nach, nicht auf der Höhe stehe, welche sie einnehmen müßte, um den Interessen des Landes im Frieden und Kriege zu genügen. Lord Colchester fügte dann selbst eine Vergleichung des jetzigen Standes der Seemacht mit dem der letzten Friedensjahre vor der französischen Revolution hinzu, die, was die Zahl der Schiffe betrifft, zum Nachtheil der jetzigen Periode ausfiel. Obgleich, wie damals, jetzt wieder 35,000 Matrosen vom Parlamente bewilligt seien, befänden sich doch in England selbst nur 5 Linienschiffe ausgerüstet, von denen drei ersten Ranges zusammen nur 900 Mann am Bord hätten, eine für jedes einzelne derselben nicht zureichende Bemannung; die im Dienst befindlichen Fregatten seien zusammen mit nur 2000 Matrosen bemannt. Von den großen Schiffen sei überdieß nur eines so beschaffen, daß es unverweilt in See gehen könne, die andern müßten zuvor in die Docks gebracht werden, und dieß könne, dem Wasserstande zufolge, nur zweimal allmonatlich geschehen. Drei Schiffe von 74 Kanonen seien in Ostindien, am Cap und an der nordamerikanischen Küste, jedes mit einer Admiralsflagge und mit nicht vollständiger Bemannung. Außerdem würden noch drei Wachtschiffe mitgerechnet, um die Zahl der 21 Linienschiffe voll zu machen, welche, wie die Regierung behaupte, vollständig gerüstet seien. Dann gab der Redner den Stand der fremden Flotten an. Rußland habe im Jahre 1823: 42 Linienschiffe und 18 Fregatten gehabt; im Jahre 1838: 50 Linienschiffe und 25 Fregatten. Frankreich 1823: 53 Linienschiffe und 32 Fregatten, 1838: 49 Linienschiffe. England dagegen im Jahre 1823: 138 Linienschiffe und 146 Fregatten, im Jahre 1839 aber nur 90 Linienschiffe und 93 Fregatten; überdieß seien die brittischen Schiffe verhältnißmäßig kleiner und schwächer als die russischen und französischen. Seit dem Frieden sei es Gebrauch geworden, 80 Kanonenschiffe zu bauen, während des Krieges habe man meistens 74 Kanonenschiffe gebaut. Die Schiffe der Franzosen und Russen seien nun fast alle aus der Friedenszeit, während ein großer Theil der brittischen Schiffe noch vom Kriege herstamme. Auch in der Stationirung der Seemacht, meinte der Redner, sei der Nachtheil auf Seiten Großbritanniens. Die brittischen Schiffe seien über den ganzen Erdball zerstreut, während die Franzosen und die Russen, welche nur unbedeutende Colonien besäßen, die ihrigen fortwährend an ihren Küsten concentrirt halten könnten. So sei also England stets einer Ueberrumplung von Seiten der andern Seemächte ausgesetzt, ohne daß es selbst, im Falle eines Krieges, schnell die Initiative ergreifen könne. Daß es aber zu kriegerischen Ereignissen auch ohne vorherige Kriegserklärung kommen könnte, das wies Lord Colchester noch durch Anführung einer Reihe von Beispielen aus älterer und neuerer Zeit nach und erwähnte namentlich des letzten von den Franzosen gegen San Juan d'Ulloa geführten Handstreiches. Sollte es nun auch den Russen nicht einfallen, einen förmlichen Angriff zu machen, um etwa Sheerneß oder die andern See-Arsenale zu zerstören, so würden sie doch leicht eine effective Blockade der englischen Küsten anordnen können, und diese allein würde, da die Einfuhrzölle im Jahre 1838 sich auf 23 Millionen Pf. und die Masse der ausgeführten Waaren auf 43,000,000 Pf. belaufen, allmonatlich in den Revenuen des Staats einen Ausfall von 1,900,000 Pf. und außerdem eine Verminderung der Ausfuhr zum Werthe von 3,600,000 Pf. hervorbringen. Alle diese Gefahren würde man beseitigen können, wenn man stets 10 oder 11 Linienschiffe zum augenblicklichen Dienst bereit hielte, was eine Vermehrung der Zahl der Matrosen um 6000 und eine jährliche Mehrausgabe von nur 450,000 Pf. herbeiführen würde. Um nun alle seine Angaben zu belegen, trug der Redner auf Vorlegung von Documenten an, aus denen die Zahl der in den Jahren 1818, 1823, 1828, 1833 und 1838 im Dienst befindlich gewesenen Matrosen und Marinesoldaten, so wie der ausgerüsteten Kriegsschiffe, nebst der Stärke ihrer Bemannung, ersehen werden könne. — Lord Minto übernahm die Vertheidigung der Admiralität und meinte zunächst, das ganze Raisonnement des Antragstellers beruhe auf einer falschen Basis, nämlich auf der Voraussetzung, daß man im Frieden stets wie zum Kriege

gerüstet seyn müsse, was ein durch nichts zu rechtfertigendes Begehren sei, wobei er indeß zugeben wolle, daß die Vorkehrungen gegen eine mögliche feindliche Invasion erst in neuester Zeit vervollständigt worden seien. Alles, was man verlangen könne, bestehe darin, daß für außerordentliche Umstände die nöthige Anzahl von Schiffen disponibel sei, und daß dieß der Fall, dafür hätten die Ereignisse in Canada den Beweis geliefert, denn es sei im verflossenen Jahre nicht nur sogleich die Seemacht an der nordamerikanischen Küste verstärkt worden, sondern es hätten auch noch sieben Schiffe sogleich zum Truppentransport nach Canada benutzt werden können. Das Verlangen, daß 10 oder 11 Linienschiffe fortwährend vollkommen ausgerüstet seyn sollten, müsse besonders jetzt als wenig begründet erscheinen, wo im mittelländischen Meere und auf der Lissaboner Station eine so bedeutende Anzahl von Linienschiffen versammelt sei, die in acht bis zehn Tagen Befehle erhalten können, sich nach jedem beliebigen Orte zu verfügen. Lord Minto ging dann auf die genaueren Details über den Bestand der Seemacht ein, aus denen hervorgeht, daß jetzt 19 Linienschiffe, zwei vom vierten Range nicht gerechnet, in activem Dienst sind, eine größere Menge als je in den Jahren seit dem letzten Kriege; auf gleiche Weise suchte er die Klagen über die mangelnde Zahl der Matrosen zu entkräften, wobei er jedoch zugab, daß die immer wiederkehrenden Aufforderungen der Regierung, die möglichste Sparsamkeit vorherrschen zu lassen, von Zeit zu Zeit eine Verminderung, sowohl in der Bemannung der Schiffe als in der Zahl der Arbeiter auf den Werften, nöthig gemacht hätten. Was die Stärke der Seemacht Rußlands und Frankreichs anbetreffe, so erklärte Lord Minto, daß dieselbe sehr übertrieben angegeben worden sei. Frankreich habe nicht 40, sondern nur 8 Linienschiffe in seefähigem Zustande, und die russische Flotte, die allerdings in neuerer Zeit vermehrt worden, habe nur scheinbar an Stärke zugenommen im Vergleich zu früheren Jahren. Rußland habe immer eine große Flotte in See gehabt, denn das sei die einzige Weise, in welcher es sich überhaupt zeigen könne. Der Schluß der Rede des Seeministers gab Nachweisungen über die Verwendung und den Bestand der Schiffsbauvorräthe in den Arsenalen. Nach ihm sprachen noch Lord de Grey, der unter der kurzen Verwaltung des Sir Robert Peel, und Lord Melville, der unter den frühern Toryministerien an der Spitze der Admiralität gestanden. Letzterer meinte, die Anhäufung einer Menge von Schiffen im Mittelmeere, wenn sie wirklich nothwendig sei, könne zum Schutze der Küsten von England gegen plötzlichen Ueberfall sehr wenig beitragen. Dann ließen sich die Grafen von Hardwick und Ripon vernehmen, dieser, um es besonders hervorzuheben, daß man die Sparsamkeit nicht zu weit treiben dürfe, wenn man nicht die Seemacht, das Hauptbollwerk Großbritanniens, zerstört sehen wolle. Endlich ergriff noch Lord Melbourne das Wort, um die Verantwortlichkeit für den Bestand und die Verwendung der Seemacht, als eine von dem ganzen Ministerium beschlossene Maaßregel, im Namen des ganzen Cabinets zu übernehmen. Das Ministerium aber, sagte er, hege die Ansicht, daß es nicht weise sei, in Friedenszeiten die Seemacht auf dem Kriegsfuße zu erhalten, weil das Land dadurch alle im Kriege errungenen Vortheile einbüßen und im Frieden das größte Unheil erleiden würde, das der Krieg herbeiführen könnte, nämlich die Erschöpfung seiner Hülfsquellen. Andererseits aber müsse die in Dienst befindliche Seemacht auch in Friedenszeit auf dem möglichst dienstfähigen Fuße gehalten werden, und dahin gehe denn auch das unablässige Streben des Ministeriums. Man habe von den Schwierigkeiten gesprochen, welche bei dem plötzlichen Ausbruche eines Krieges aus der nicht vollständigen Rüstung entstehen könnten, aber das sei von jeher die Art und Weise Englands gewesen, daß es sich langsam zum Kriege entschlossen habe, ja, daß der Anfang des Krieges oft durch Irrthümer und üble Erfolge bezeichnet worden. Er selbst erinnere sich, daß der letzte Herzog von Richmond, damals Chef der Artillerie, ihm gesagt habe, sein Haupteinwand gegen einen Friedensversuch mit der französischen Republik bestehe darin, daß alsdann England leicht alle kriegerischen Vorbereitungen vernachlässigen und ungerüstet dem Angriffe der Franzosen gegenüberstehen könnte. Dergleichen freilich sei zu bedauern und zu verhindern, aber daß die gegenwärtigen Vorbereitungen genügten, sei gewiß nicht zu bezweifeln. Was die Stellung der russischen Flotte in der Ostsee anbelange, so sei das weniger eine die Admiralität betreffende Sache, als eine große politische Frage. Er seinerseits aber hege die größte Zuversicht zu den friedlichen Absichten Rußlands und zu der Offenheit und Loyalität, die dessen Souverain characterisirten. Wenn man aber nun auch zugeben wolle, daß es gut sei, außerdem noch eine Bürgschaft zu haben, so würde diese doch nicht in dem Vorschlage des Antragstellers liegen, noch 10 oder 11 Linienschiffe auszurüsten; dazu würde eine viel größere Macht nöthig seyn. Alles, worauf es ankomme, bestehe darin, daß eine hinreichende Anzahl von Schiffen ausgerüstet sei, um den Kern zu einer tüchtigen Kriegsflotte auszumachen, die allen möglichen Gefahren begegnen könnte. Solche Gefahren der Störung des Friedens aber beständen jetzt nicht, und, dieß wiederholte Lord Melbourne schließlich nochmals, keine Macht fühle die Vortheile einer Verbindung mit England so sehr und wünsche mehr, dieselbe fortdauern zu sehen, als gerade Rußland, ungeachtet der unglücklichen Schwierigkeit, welche in Persien eingetreten sei. Die Vorlegung der verlangten Documente wurde dann ohne Weiteres bewilligt.

In der Sitzung des Unterhauses vom 25. Februar wurde die Beleidigung der brittischen Flagge vor Veracruz nochmals zur Sprache gebracht. Ein Mitglied fragte den Secretär der Admiralität, Hrn. Wood, ob er von Lieutenant Croke, dem Commandanten des Packetboots „Expreß," irgend eine Mittheilung über jenen Vorgang erhalten habe. Hr. C. Wood: „Die Admiralität hat auf officiellem Wege nur den schon erwähnten Brief von Commodore Douglas erhalten; doch haben wir auch einen Brief, oder vielmehr Abschrift eines Briefes von Lieutenant Croke an den brittischen Consul in Veracruz gesehen." Capitän Pechell (Mitglied für Brighton, jüngerer Bruder des unlängst an Capitän Berkeley's Stelle zu einem Lord der Admiralität ernannten Sir John Pechell): „Ist das Packetboot „Expreß" in England angekommen?" Hr. C. Wood: „Ja." Lord Ingestrie (Tory, Capitän in der Flotte, ältester Sohn des Grafen Talbot) bemerkt, das habe er nicht gewußt, als er am 22. die Sache angeregt. Die Vorlegung des Briefes von Lieutenant Croke, meint er, würde sehr wichtig seyn, wenn derselbe der Admiralität auch nicht auf ämtlichem Wege zugekommen sei; vielleicht setze er den Herrn Secretär in Stand, seine neuliche Frage zu beantworten, was aus dem mexicanischen Lootsen geworden sei. (Hört!) Auch wünscht er zu wissen, ob Admiral Baudin seine Ehrenerklärung sogleich gegeben, nachdem er die unbesonnene Handlung des Prinzen von Joinville erfahren, oder ob er damit gewartet, bis Capitän Douglas in seiner Fregatte erschienen sei. (Hört, hört!) Hr. C. Wood: „Ich habe schon zweimal erklärt, daß die

Admiralität keine andere Correspondenz über den Vorfall in Händen hat, als den Brief vom Commodore Douglas, und ich finde es bei dem jetzigen Stande der Sache nicht discret, weitere Fragen über eine Angelegenheit zu stellen, bei welcher der Friede zwischen England und Frankreich betheiligt ist. Bis die Frage beigelegt ist, wäre es meines Erachtens das Beste, sie in diesem Hause nicht weiter aufzurühren. Von Lieutenant Croke liegt, wie gesagt, ein Brief vor, den er an unsern Gesandten in Mexico (oben hieß es, an den Consul in Veracruz) gerichtet; vielleicht hätte er besser gethan, sich mit dem Befehlshaber der Corvette, seinem Senior-Offizier, in Verkehr zu setzen. Ich habe es für meine Pflicht erachtet, in diesem Falle so wenig als möglich, nur das unerläßlich Nothwendige zu antworten. Ich habe gesagt, die Admiralität habe durch das geeignete Organ, den auf der Station befehligenden höheren Offizier, die Anzeige von einer befriedigenden Erklärung des französischen Admirals erhalten; diese Erklärung sei von Commodore Douglas auf der Stelle angenommen worden, und wenn dieser sie als genügend erachtet, so dürfe Parlament und Regierung sie wohl auch so betrachten, bis etwa von Commodore Douglas ein weiterer Bericht einlaufe, der die jetzige Sachlage ändere. Wenn der Befehlshaber eines englischen Geschwaders sich mit der für einen Uebergriff angebotenen Entschuldigung zufriedengestellt erklärt, so darf dieses Haus sich auch zufrieden geben. Weitere Aeußerungen darüber finde ich zur Zeit indiscret." Capitän Pechell: „Meine nächste Frage soll eine sehr discrete seyn; ich wünsche sie ganz abzulösen von jeder Beziehung auf eine Differenz zwischen England und Frankreich, oder zwischen dem Admiral, dem Commodore oder dem Lieutenant des Packetbootes und den Franzosen. Ich will ganz einfach fragen, hat von Lieutenant Croke, mit dem ich gedient habe und den ich als einen tapferen Offizier kenne, die Admiralität eine Mittheilung erhalten? Im Publicum äußert man die Ansicht, in die ich von Herzen mit einstimme, der Befehlshaber des Packetboots hätte den Prinzen von Joinville, oder wer es war, der den Unfug verübte, geradezu über Bord werfen sollen. (Gelächter und Beifall.) Hr. C. Wood wiederholt in verdrießlichem Tone, die Admiralität kenne von Lieutenant Croke nichts, als den erwähnten Brief an den Consul in Veracruz. Viscount Ingestrie: „Sind mit dem französischen Admiral noch Unterhandlungen im Gang, oder nicht? Wenn der Commandant des Packetboots jetzt in England ist, so haben wir das Recht, dieß zu fragen. Auch möchte ich wissen, ob Admiral Baudin eine geschriebene Ehrenerklärung von sich gegeben, ehe noch das Geschwader des Commodore Douglas erschienen war." Hr. Wood: „Ich habe Grund zu glauben, daß die nächsten Depeschen von Commodore Douglas nähere Details über den Vorgang enthalten werden. Noch einmal, die einzige Depesche, welche das Admiralitätsamt bis jetzt von Commodore Douglas hat, ist Ihnen vorgelegt worden, und ich hoffe, mein edler Freund und das übrige Haus werden jetzt die Sache nicht weiter urgiren." Viscount Ingestrie: „Aber mein ehrenwerther Freund wird einsehen, daß er meine Frage nicht beantwortet hat (hört, hört!) — nämlich die Frage, ob noch Unterhandlungen schwebend sind." Hr. Wood: „Diese Frage kann von mir nicht beantwortet werden." Damit ließ man diese Discussion fallen. — Hr. Wynn (conservatives Mitglied für Denbighshire), der vor einigen Tagen mit Freuden den Entscheid des Wahlausschusses anzeigte, daß Hr. Harvey seinen Parlamentssitz zu räumen habe, befindet sich jetzt in einer ähnlichen Lage. Eine Committee ist niedergesetzt, um zu begutachten, ob er noch ferner im Hause sitzen könne, da er früher die Rentmeisterstelle von Denbigh angenommen, ohne seinen Sitz zu räumen. (Hr. Harvey wird übrigens für Southwark vermuthlich wieder gewählt werden, da der liberale Theil der Wähler sich bereits sehr günstig für ihn ausgesprochen hat.) Lord J. Russell brachte eine Bill zur bessern Regulirung der Kircheneinkünfte ein.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 19. und 20. Februar melden: „Madrid, 19. Februar. Zwischen den verschiedenen Mitgliedern des Cabinets herrscht, besonders seit der Ankunft des Conseilspräsidenten Hrn. Perez de Castro, nicht das beste Einverständniß. Hr. Pizarro hat in dem Conseilspräsidenten nicht den erwarteten Beistand zur Verwirklichung seiner Combinationen für den englischen Cottunhandel gefunden. Ein Beweis, daß die Minister nicht völlig einig sind, liegt auch in der unerwarteten Absetzung mehrerer Unterstaatssecretäre, namentlich derer von den auswärtigen Angelegenheiten, vom Innern und von den Finanzen. — Die 50 Deputirten der Minorität, die sich täglich versammeln, um ihre Angriffe gegen das Ministerium zu verabreden, veranstalteten neulich ein Bankett. Einer der Deputirten, Hr. Olozaga, brachte dabei den Toast aus: „Den Mexicanern und andern Volkern, die Ludwig Philipp widerstehen!" El Castillano zollt ebenfalls in seinen Spalten der Unerschrockenheit eines Volkes seinen Beifall, welches das spanische Volk noch als ein Brudervolk betrachte. — Man spricht, wiewohl unbestimmt, von einigen Aenderungen in den Obercommandos. Rodil und Lahera sollen zu hohen Verrichtungen bestimmt seyn. Ein Adjutant des Generals Espartero ist hier angekommen. Er ist beauftragt, von der Regierung die Absendung von Geldsummen zu verlangen, die für den Unterhalt der Nordarmee unentbehrlich seien. Er soll überdieß im Namen des Grafen Luchana dem Gerüchte widersprechen, daß der Graf selbst der Königinn Hrn. Pizarro vorgeschlagen habe. Dieß ist ein befremdlicher Beweis von Undank, da General Espartero doch anerkennen sollte, daß der Finanzminister Alles anwendet, um ihm die schwachen Hülfsquellen, worüber er verfügen kann, zuzuschicken. — Uebrigens concentrirte der Obergeneral eine beträchtliche Streitmacht zu Valladolid. Alle Grenadiere und Jäger der Nordarmee mit 10 Schwadronen Cavallerie sollen sich bereit halten, gegen die längst angekündigte Carlistische Expedition, wo sie sich zeigen sollte, auszurücken. Während dieser Zeit wird sich die Truppenbrigade von Cuenca und von Neucastilien zu Guadalajara zur Deckung der Hauptstadt aufstellen. Man weiß jetzt gewiß, daß in Gibraltar eine Carlistische Junta besteht, die über beträchtliche Summen verfügt, und überall hin an die Küsten Emissarien abschickt. Man glaubt, das sie auch den Emeuten und Verschwörungen, die an verschiedenen Orten des Gestades ausgebrochen sind, nicht fremd sei." — „Madrid, 20. Februar. Die Königinn-Regentinn ist seit einigen Tagen unpäßlich, man hofft aber ihre baldige Herstellung. Man schreibt ihr Uebelbefinden dem Wechsel der Lufttemperatur zu, der gewöhnlich bei Annäherung des Frühlings eintritt, und der für stärkere Personen gewöhnlich empfindlicher ist, als für magere. — Der Kriegsminister beschäftigt sich gegenwärtig mit der Organisation einer Reservearmee zu Valladolid. Diese Armee wird aus vier Elitencompagnien bestehen, welche Espartero von seiner Armee dazu detaschirt, sodann aus drei Schwadronen Cavallerie, die noch nicht equipirt sind, und aus Recruten von der neuen Aushebung von 40,000 Mann. Diese Armee sollte zum Wohl des Landes vor dem Frühjahre organisirt

seyn; dieß ist aber unmöglich. Auf diese Art kann die beschlossene Carlistische Expedition schon über Valladolid hinaus seyn, bevor noch die Reservearmee beisammen ist."

Frankreich.

Der Graf von Villèle ist von der Coalition in drei Wahlcollegien vorgeschlagen, Hr. Henri de Larochejacquelin in zwei Collegien, zu Orleans und in der Vendée. In Lyon haben sich die Legitimisten geweigert, in die Coalition einzugehen.

In Nimes und Lodève kam es zu Unruhen, die aber durchaus unbedeutend scheinen, und meist von brotlosen Arbeitern ausgingen. Das Journal des Debats schreibt diese Bewegungen der Aufregung zu, welche die Factionen bei den bevorstehenden Wahlen zu nähren suchten.

Belgien.

Die Handelskammer von Verviers hat der Repräsentantenkammer folgende Petition zugesandt: „Meine Herren! Die Regierung hat Ihnen ein Gesetzproject vorgelegt, welches den König autorisirt, den Scheidungsvertrag zwischen Belgien und Holland unter solchen Clauseln, Bedingungen und Vorbehalten anzunehmen, wie Se. Majestät für die wahren Interessen des Landes für zuträglich halten wird. Indem Sie dieses Gesetzproject annehmen, meine Herren, werden Sie der Regierung die Mittel verleihen, dem Zustand der Krisis ein Ende zu machen, in welchem sich Belgien jetzt befindet. Der König kann nur die Wohlfahrt des Landes wollen, und wenn es möglich ist, in den Artikeln des Vertrags, welche Belgien zu große Opfer auflegen, noch einige Modificationen zu erlangen, so müssen wir die Ueberzeugung haben, daß nichts dabei vernachlässigt werden wird. Was die Scheldeschifffahrt betrifft, so sind wir überzeugt, daß die Regierung, von der Wichtigkeit dieses Gegenstandes durchdrungen, alles thun wird, was von ihr abhängt, um zu bewirken, daß die darauf bezüglichen Verfügungen niemals unserer Industrie und unserm Handel schaden können. Diese beiden Zweige des öffentlichen Reichthums, schon zu sehr durch die finanzielle Krisis erschüttert, welche in diesem Augenblicke auf Belgien lastet, können sich nicht erhalten, wenn die politische Krisis sich verlängert. Unsere industrielle Bevölkerung wünscht inbrünstig eine definitive und friedliche Auflösung unserer Differenzen mit Holland. Sie werden dieses Resultat erreichen, meine Herren, indem Sie zu dem Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf Ihre Zustimmung geben. Wir vertrauen auf Ihre Weisheit und Ihren Patriotismus."

Der Independant enthält einen Aufsatz gegen den Vorschlag des Hrn. von Mérode, der einen passiven, einen Scheinwiderstand verlangt. „Was würden wir dabei gewinnen?" fragt das ministerielle Blatt; „jede freundliche Beziehung zu den übrigen Staaten, selbst zu England, wie es das Schreiben des Lord Palmerston an Hrn. Seymour deutlich beweist, wäre uns dadurch abgeschnitten, und, was schlimmer ist, wir hätten dann noch den Status quo, aber einen Status gegen uns und einen bewaffneten obendrein. Wir wären dann gezwungen, eine Armee zu erhalten, die stark genug wäre, um es wenigstens mit Holland aufnehmen zu können. Mit jedem Tage verloren wir also 4 chr. Ein solches System ist nicht haltbar. Es mag ehrenvoll seyn, aber die Noth ist größer, und sie zwingt zur schnellen Nachgiebigkeit."

Folgendes ist ein Verzeichniß der Repräsentanten, die wahrscheinlich für die Annahme des Friedenstractats stimmen werden: De Theux, Minister des Auswärtigen; Rothomb, Minister der öffentlichen Arbeiten; Willmar, Kriegsminister; Lebeau, Gouverneur der Provinz Namur; von Muelenaere, Gouverneur von Ostflandern; Rogier, Gouverneur der Provinz Antwerpen; Raikem, Generalprocurator in Lüttich; von Behr, Präsident des Appellationshofes; Liedts, Präsident des Gerichtshofes in Antwerpen; Hr. von Brouckère, Appellationsgerichtsrath; Coghen, Director der Société générale; Meeus, Gouverneur der Bank; Dubois, Districtscommissär; van den Broucke, desgleichen; de Jaegher, deßgleichen; Verdussen, Steuerdirector; Ullens, Kaufmann aus Antwerpen; Deneve, Gerichtsdirector von Turnhout; Mast de Vries, Bürgermeister von Lier; Polsvliet, Grundbesitzer aus Mecheln; von Perceval, Bürgermeister aus Mecheln; Devaux, Grundbesitzer aus Brügge; Maertens, königl. Procurator in Brügge; Fallon, Präsident des Bergwerksconseils; Pirmez, Kaufmann aus Charlerol; Demanet de Biesme, Gutsbesitzer; Graf Vilain XIIII., deßgleichen; van der Beelen, deßgleichen: van den Hove, Bergrath; Baron von Secus, Gutsbesitzer; Domrn, Generaladvocat in Gent; van Volxem, Bürgermeister von Brüssel; Verhaegen, Advocat daselbst; Dolez, deßgleichen; Duvivier, Staatsminister; David, Kaufmann aus Stavelot; Milcamps, Bergrath; Seron, Agent der Bank in Philippeville; Hye-Hoys, Kaufmann aus Gent; Coppieters, Präsident in Brügge; Delanghe, Grundbesitzer in Gent; Manilius, Fabrikant daselbst; Morel, Kaufmann in Courtray; Mercier, Generalinspector der Steuern; Wallaert, Grundbesitzer in Ypern; Duquaisne, deßgleichen in Beaumont; Smits, Director der Handelsangelegenheiten im Ministerium; Eloi de Bourdinne, Gutsbesitzer; de Florisonne, Grundbesitzer in Ypern, und Repenne, Grundbesitzer in Lüttich. — Zusammen sind dieß 52 Mitglieder, also schon Einer mehr als die Hälfte der Kammer. Zehn Mitglieder werden außerdem noch, obwohl als zweifelhaft, doch schon als sehr wahrscheinlicher Succurs berechnen, so daß das Ministerium vielleicht zwei Drittel aller Repräsentanten für sich haben wird.

Wien.

Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland unterhielten Sich gestern Vormittags, in Begleitung Ihrer kais. Hoheiten der durchlauchtigsten Erzherzoge, mit der Schweinsjagd im k. k. Thiergarten.

Mittags war große Hoftafel. — Abends wohnte der Großfürst einer Vorstellung der Oper „die Puritaner" im k. k. Hoftheater nächst dem Kärnthnerthore bei; nach dem Schauspiele beehrten Se. kais. Hoheit die Abendgesellschaft Sr. Exc. des kais. russischen Botschafters mit Ihrer Gegenwart.

Am 7. März war zu Wien der Mittelpreis der Staatsschuldverschreibungen

zu 5 pC. in C.M.			——
detto	detto	zu 4 pC. in C.M.	101⅛
detto	detto	zu 3 pC. in C.M.	81⅛
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in C.M.			——
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in C.M.		156⅛
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in C.M.		669⅞
Wiener Stadtbanco-Oblig. zu 2½ pC. in C.M.			——
Bankactien pr. Stück —— in C.M.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.
Verlegert Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 68

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 9. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 7. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.271	28 Z. 02 L. 4 P.	+ 0.6	SO. mittel.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.198	27 11 5	+ 6.8	SO. stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.205	27 11 6	+ 2.6	SO. schwach.	heiter.

Spanien.

Wir haben keine neueren Pariser Journale erhalten, als die schon am vorigen Mittwoch hier eingetroffenen vom 28. Februar. — Dagegen finden wir in nachstehendem Schreiben aus Bayonne vom 25. Februar (in der Allgemeinen Zeitung) Details über die neuesten Ereignisse in Spanien, welche das, was wir bereits vorgestern hierüber gemeldet haben, leider bestätigen: „Bayonne, 25. Februar. Endlich ist alle Ungewißheit gelöst, wir haben officielle Documente. Maroto ist von Don Carlos als Verräther erklärt. Er hat, wie sich nun zeigt, bloß nach eigenem Willen gehandelt; um sich von persönlichen Feinden zu befreien, hat er sie erschießen lassen, ohne Prozeß, ohne Don Carlos gefragt zu haben. An demselben Tage erließ er eine Proclamation (siehe unten), die aber in vagen Redensarten sich herumtreibt, ohne über die Vergehen der Geopferten, noch über seine nächsten Absichten sich irgend auszusprechen. Noch an demselben Abend verließ er Estella, um sich zu seinen Truppen nach der Ribera zu begeben, wobei er jedoch den Befehl zurückließ, am folgenden Tage (19.) noch sieben andere Stabsoffiziere und höhere Beamte, die auf verschiedenen Puncten Navarra's verhaftet worden waren, zu erschießen. Die Nachricht dieser zweiten Hinrichtung ist schon vorgestern Abends hier angelangt. Unter den Opfern des zweiten Tages befand sich der Oberst Oger, ein naher Verwandter des am Tage zuvor erschossenen Generals Francisco Garcia, dann Don Ramon Dallo, ehemaliger Almosenier des Generalstabs der Armee, der Commandant Ubago, und die Befehlshaber der Forts von Pui und Santa-Barbara bei Estella. So wie Don Carlos von diesen Dingen Nachricht erhielt, begab er sich nach Alzazua, einem Flecken sieben Stunden von Estella. Am andern Tage jedoch kehrte er nach Bergara zurück. Der Marquis von Valdespina gab seine Entlassung als Kriegsminister. Der siebzigjährige Herzog von Granada, ein Gegner Maroto's, ward interimistisch an seine Stelle ernannt. Graf Casa Eguia wird den Posten erhalten. Zwei Bataillons, das 5te von Guipuzcoa und das 5te von Navarra, wurden in aller Eile nach dem Hauptquartier des Don Carlos berufen. Dieser verlangte, Villareal, welcher seit fast zwei Jahren exilirt, und Balmaseda, der seit einigen Wochen auf Befehl Maroto's verhaftet ist, zu sehen. Villareal wurde durch den Infanten Don Sebastian vorgestellt. Allgemein glaubt man, das Obercommando der Armee werde ihnen zurückgegeben. — So weit reichen die authentischen Nachrichten, welche eingetroffen sind. Gestern sagte man, Maroto sei zu den Truppen der Königinn übergegangen und habe 8 Bataillons mit zum Abfalle bewogen. Indeß verdient dieses Gerücht vorerst keinen Glauben. Man erwartet mit Ungeduld neue Details. Espartero hat jetzt eine herrliche Gelegenheit, die Carlisten mit Vortheil anzugreifen. Wird er angreifen oder unbeweglich bleiben, wie im vergangenen Jahre nach der Einnahme von Peñacerrada? Der größte Theil der Carlisten von Bayonne ist überzeugt, daß Maroto mit Espartero Einverständnisse unterhält. Er war sein Freund und Waffengenosse in Amerika. Maroto ist, sagt ein anderes Gerücht, mit 12 Bataillons und 8 Escadrons nach Peralta abgegangen. Es ist unmöglich, sich diese sonderbaren Ereignisse schon ganz zu erklären, die, welches auch deren Ursachen und Resultate seien, für die Sache der Carlisten jedenfalls nur verderblich seyn können. Die gewöhnliche Correspondenz und die Bulletins, welche zweimal wöchentlich zu Oñate erscheinen, sind nicht eingetroffen. Durch Correspondenzen aus Tolosa vom 21. erfährt man jedoch, daß Don Carlos an demselben Tage sein Hauptquartier zu Villafranca hatte. Noch ein Gerücht sagt, Maroto habe die Belagerung von Peralta begonnen; die Bresche sei bereits geöffnet."

Proclamation des Generals Maroto, erlassen nach der Execution Guergue's, Francisco Garcia's, Pablo Sanz's, Carmona's, Ibanez's und Uriz's: „Estella, 18. Februar. Freiwillige, Einwohner der baskischen Provinzen und Navarra's! Fünf Jahre heldenmüthiger Opfer, während welcher euer Blut in Strömen floß, euer Vermögen vergeudet, und eure unzähligen Leiden, so wie eure Dienste in der Geschichte eures bewundernswürdigen Widerstandes aufgezeichnet wurden — fünf Jahre sind verflossen, sie haben nicht hingereicht, die Wuth jener unmoralischen Menschen zu stillen, die gegenwärtig hinter dem Monarchen alle Vergnügungen

des Lebens genießend, mit kalter Gleichgültigkeit auf eure Entbehrungen, eure Beschwerden und selbst euren Tod blickten, wenn nur sie sicher waren, auf eure Kosten in Weichlichkeit zu leben. Wenn ihr euch des bedauernswerthen Zustandes erinnert, in dem ihr euch befandet, als ich das Commando übernahm, so waret ihr auch Zeugen der Sorgfalt, womit ich euer Vertrauen zu bewahren suchte. Wenn meine an den Monarchen gerichteten Bitten einigen Einfluß auf euer Wohl hatten und euch das verschaffen, was euch mit voller Gerechtigkeit gebührt, so bin ich doch weit entfernt, Alles erlangt zu haben, weil Accorde, Contracte, welche geschickt ausgedachte Privatspeculationen begünstigten, immer meinen Wünschen Hindernisse in den Weg legten, und die auf wiederholte Versprechungen gegründete Hoffnung, daß man eure Ansprüche auf Dankbarkeit nie vergessen würde, entfernte. Die Keckheit dieser Menschen ist auf einen Punct gestiegen, daß sie straflos eben so lügenhafte als insultirende Gerüchte verbreiteten. Sie sagen, ihr seid gut gekleidet und gut bezahlt, ihr mißhandeltet aber die Bevölkerung, die euch ernähre. Diese Leute wollten, ich solle euch zum Angriff der feindlichen Befestigungen führen, oder euch in neuen Expeditionen opfern. Von meinem Widerstande gegen solche Machiavellistische Entwürfe überzeugt, griffen sie zu Verrath und andern niederträchtigen Mitteln, um euch zu verblenden. Sie haben scandalöse und umwälzende Schriften erscheinen lassen; sie haben auf den Straßen, auf den öffentlichen Plätzen und selbst in den heiligen Mauern der Kirchen und Klöster Grundsätze der Anarchie, des Aufruhrs, des Blutvergießens gepredigt. Endlich haben sie, ohne ihre Wünsche besonders zu verhüllen, gesucht, euch in neues Unglück zu stürzen. Den förmlichen Beweis dieser meiner Behauptungen erhielt ich zu Tolosa; ich mußte daher sogleich meine Pläne ändern, und auf diesen Boden der Ehre, der Rechtlichkeit und der Tapferkeit herbeieilen, um so ernste Excesse zu bestrafen. Ihr kennt Alle das Geschehene; es ist allgemein bekannt; ihr wißt aber ohne Zweifel nicht, daß ich dreimal den Monarchen durch achtungswerthe Personen, die mir zu Seite stehen, um die Erlaubniß gebeten habe, mein Commando niederzulegen. Ich hatte nicht um dasselbe gebuhlt, aber nachdem ich es angenommen habe, darf ich es nicht durch schmachvollen Schimpf beflecken lassen. Ich habe eure Standhaftigkeit bewundert, ich habe in eurer Unzufriedenheit einen Beweis der Gefühle der brüderlichen Einigkeit gesehen, die mich an euch knüpfen. Ich will unter euch sterben, aber ich schwöre euch, daß ich nicht länger den Sieg der Hinterlist, der Habsucht, der Verblendung dulden werde. Nachdem ich die Hauptanstifter eines Militäraufstandes habe verhaften lassen, habe ich befohlen, sie exemplarisch zu züchtigen, und ich glaube, daß dieses Beispiel Umtrieben ein Ende machen wird, die eure Bemühungen eben so endlos als nutzlos machen, und euch vielleicht noch viel größeres Unglück bereiten würden. Die Strenge des Militärgesetzes hat sich fühlbar gemacht, und ich werde in dessen Anwendung gegen Jeden, der seine geheiligten Pflichten hintansetzt, unerbittlich seyn. Freiwillige, und edle Söhne des Königreichs (Navarra's) und der baskischen Provinzen, es lebe der König! Es lebe die Subordination! Euer Wahlspruch sei: Religion oder Tod und die Herstellung unserer alten Gesetze, für welche wir alle das Leben einsetzen wollen! Stoßen wir jeden Ehrgeizigen zurück, der nicht kräftig beitragen will zum Siege der Sache, die wir vertheidigen, und für welche jeder von euch seinen Vater und den Herd seiner Geburt in Trauer und Elend geworfen sieht. Der Chef des Generalstabs, Rafael Maroto."

Folgende Proclamation des Don Carlos wurde als Antwort auf die obige bekannt gemacht: „Treue baskische und navarresische Freiwillige! General Don Rafael Maroto hat auf die treuloseste und unwürdigste Art das Vertrauen und die Güte mißbraucht, womit ich ihn trotz seines früheren Betragens beehrt hatte. Die Waffen, die ich ihm zur Bekämpfung der Feinde des Throns und des Altars anvertraut hatte, kehrte er gegen euch selbst, indem er die Bevölkerungen mittelst grober Verläumdungen täuschte, Besorgnisse unter sie ausstreute, und sie durch aufrührerische Schriften, die voll falscher Angaben sind, zur Insubordination und zur Anarchie verleitete. Er ließ Generäle, die sich in diesem Kriege mit Ehre bedeckt haben, durch ehrenvolle Dienste und durch ihre Treue erprobte Männer erschießen, und beladete dadurch mein väterliches Herz mit Schmerz und Bitterkeit. Er hat sich das falsche Ansehen gegeben, als handle er mit meiner königlichen Bewilligung. Nur auf diese Art konnte er bei euch Gehorsam finden. Ich erkläre aber, daß er diese Bewilligung weder bei mir nachgesucht, noch von mir erhalten hat, und daß ich diese willkürliche und verbrecherische Handlung nie autorisiren werde. Ihr kennt meine Grundsätze, meine Sorgfalt für euer Wohl, und alle meine Bemühungen, das Ende des euch drückenden Ungemachs herbeizuführen. Maroto aber hat die meiner Souverainetät gebührende Ehrfurcht vergessen, und die heiligsten Pflichten verletzt, um treulos Männer, welche der usurpatorischen Revolution eine unübersteigliche Schranke entgegensetzten, zu vernichten, und uns der Gefahr bloßzustellen, die Opfer des Feindes und seiner hinterlistigen Pläne zu werden. Er ist bereits von seinem Armeecommando abgesetzt, und ich erkläre ihn als Verräther, und mit ihm jeden, der ihm nach dieser Erklärung, welcher die größte Publicität gegeben werden soll, beistehen, oder ihm gehorchen würde. Die Chefs, die Behörden jeden Rangs und ihr Alle seid ermächtigt, ihn als solchen zu behandeln, wenn er sich nicht unverzüglich einstellt, um sich vor dem Gesetze wegen seines Betragens zu verantworten. Ich habe die von den Umständen gebotenen Maaßregeln vorgeschrieben, um diese neue Bestrebung der Re-

W 1-K- ZEITUNG 1839

volution zu vereiteln, die, niedergeworfen, unmächtig und ihrem Untergange nahe, dieſen letzten Streich verſucht hat. Ich rechne zur Vollziehung meiner Befehle auf den Heldenmuth meiner Armee und die Treue meiner vielgeliebten Unterthanen, und ich hege die innige Ueberzeugung, daß nicht Einer unter euch, wenn er meine Stimme vernommen und meinen Willen gehört hat, ſich des Landes, der gerechten und heiligen Sache unwürdig zeigen wird, die wir vertheidigen, und in deren Reihen ich mir zur Ehre rechne voranzugehen, um mit der Hülfe Gottes den Thron gegen ſeine Feinde zu vertheidigen, oder nöthigenfalls in eurer Mitte zu ſterben. Hauptquartier Bergara, 21. Februar 1839. (Unterz.) Carlos."

Franzöſiſche Blätter enthalten folgendes Schreiben von der ſpaniſchen Gränze, welches auch der Moniteur wiederholt: „Es ſcheint, daß der Infant Don Sebaſtian und der Kriegsminiſter Marquis de Valdeſpina ſich nach Vera geflüchtet haben, und im Begriffe ſtehen, nach Frankreich zurückzukehren. Don Carlos, welcher den Herzog von Granada an die Stelle des Marquis de Valdeſpina ernannt hat, iſt mit allen ſeinen verfügbaren Truppen nach Eſtella aufgebrochen, um ſich an die Spitze der Armee zu ſtellen und Maroto zu beſtrafen. Wir ſind begierig, die Entwicklung zu hören. Man verſichert, Maroto habe vor der Hinrichtung der Carliſtiſchen Generäle an die Truppen, welche auf dem Platze von Eſtella aufmarſchirt waren, eine ſehr energiſche Rede gehalten und angezeigt, er handle nach den Befehlen des Königs."

Portugal.

Engliſche Blätter ſchreiben aus Liſſabon vom 19. Februar: „Der Präſident des Conſeils Sa da Bandeira hielt bei der Adreſſeberathung in der Deputirtenkammer eine lange Rede gegen den Sclavenhandel. Er behauptete, die Regierung ſei eifrig darauf bedacht, dieſem ſchändlichen Handel ein Ende zu machen, ſei aber durch die Schwäche ihrer Seemacht außer Stand geſetzt, ſo kräftige Maaßregeln gegen denſelben zu ergreifen, wie England; übrigens ſei es ein Irrthum, wenn man in England meine, daß die engliſche Regierung bedeutende Summen an Portugal bezahlt habe, um die Abſtellung dieſes Handels zu erkaufen. Die Kammer nahm die Aeußerungen des Miniſters günſtig auf. — Es iſt immer noch nicht möglich, den Senat in genügender Anzahl zuſammenzubringen. — Man befürchtet eine neue Revolution. Mantas, Franca und andere Häupter der Ultraradicalen ſollen den Plan zu einer neuen Volksbewegung und zum Umſturz der gegenwärtigen Ordnung entworfen haben. — Am 14. und 16. wurden in Liſſabon unbedeutende Erdſtöße verſpürt."

Türkei.

Nachrichten aus Konſtantinopel vom 13. Februar zufolge war der Großadmiral Ahmed Fewzi Paſcha am 8. gedachten Monats nach den Dardanellen abgegangen, wo er Tags darauf, zugleich mit dem zum Commandanten jener Schlöſſer ernannten Hadſchi Ali Paſcha, eintraf. Der bisherige Befehlshaber in den Dardanellen, Mehmed Waßif Paſcha, iſt beſtimmt, als Statthalter nach Niſſa abzugehen.

Die türkiſche Staatszeitung vom 21. Zilkade 1254 (5. Februar 1839) enthält einen Ferman, in Folge deſſen die auf den Vorſchlag des Comités der gemeinnützigen Anſtalten und der beiden Conſeils, in Bezug auf die Organiſation der Schulen zu treffenden Maaßregeln vollzogen, und gedachte Schulen mit dem Namen von Normalſchulen bezeichnet werden ſollen. — Ferner gibt die Staatszeitung vom obgedachten Tage den Bericht des Comités der gemeinnützigen Anſtalten, in Folge deſſen die obgedachte Maaßregeln beſchloſſen worden ſind.

Neuere Berichte aus Konſtantinopel vom 26. Februar melden: „Der Kapudan-Paſcha iſt, nachdem er ſich ſeiner Aufträge entledigt, von den Dardanellen wieder abgereist und hat ſich nach Gemlik begeben, um ein ſo eben vollendetes Linienſchiff, welches von Stapel gelaſſen werden ſoll, in Augenſchein zu nehmen. Er wird binnen kurzem in der Hauptſtadt zurückerwartet. — An die Stelle des zum Commandanten der Dardanellenſchlöſſer ernannten Hadſchi Ali Paſcha iſt der Miri-Liwa Muſtafa Paſcha zum Nazir von Tophana erwählt worden. — In Folge großherrlichen Befehls hat der Malie-Naziri (Finanzminiſter) Nafiz Paſcha die Oberaufſicht über den Bau des neuen Pallaſtes der hohen Pforte übernommen. — Der bisher von Muſtafa Kiani Bey geführte Vorſitz im Verein für gemeinnützige Einrichtungen iſt dem Muſteſchar Sarim Efendi, ehemaliger Botſchafter in London, übertragen worden. — Am 17. d. M., einem von den Aſtrologen als glücklich bezeichneten Tage, erfolgte die Ueberſiedlung der hundert achtzig Zöglinge der Schule von Topkapu zu Konſtantinopel in die in Galata Serai errichtete mediciniſch-chirurgiſche Akademie, nach dem Beinamen des Sultans, Adlié genannt. Der bei dieſem Anlaſſe begangenen religiöſen Ceremonie wohnten der Seriasker Said Paſcha, als oberſter Chef dieſer Anſtalt, dann der Finanzminiſter Nafiz Paſcha, der Nazir derſelben Osman Efendi, mehrere Beamte und Offiziere und einige europäiſche Aerzte, darunter der mit Organiſirung der neuen Akademie beauftragte k. k. Oberarzt Dr. Bernard bei. Nach vollzogener Feierlichkeit begaben ſie ſich ſämmtlich in einen der geräumigen Hörſäle, wo der Lehrer der arabiſchen Sprache einige Stellen aus dem Koran vorlas. Die Eröffnung der Schule kann wegen noch nicht ganz vollendeter Einrichtung erſt mit dem neuen türkiſchen Jahre, d. i. in den erſten Tagen des Monats März, beginnen. — Der öffentliche Geſundheitszuſtand iſt fortwährend befriedigend."

Rußland.

Die St. Petersburger Zeitungen enthalten über die Suspendirung der Vorleſungen auf der Wladimir-Univerſität in Kiew folgenden kaiſerlichen Ukas vom 9. (21.) Jänner: „Auf Vorſtellung des Miniſters des öffentlichen Unterrichts halten Wir für zweckmäßig, nachfolgende Maaßregeln in Betreff der Univerſität des heiligen Wladimir zu ergreifen, und befehlen: 1) Denjenigen Studenten, welche ſich jetzt auf dieſer Univerſität befinden und in der Unterſuchung nicht betheiligt ſind, welche jetzt wegen der in den weſtlichen Gouvernements entdeckten Umtriebe anhängig gemacht worden, das Recht zu ertheilen, andere ruſſiſche Univerſitäten zu beſuchen, und zwar nach eigener Wahl, ohne alle neue Prüfung und mit Einrechnung der Zeit, welche ſie auf der Univerſität des heiligen Wladimir untadelhaft zugebracht haben. 2) Denjenigen von dieſen Studenten, welche keine anderen Univerſitäten mehr zu beſuchen wünſchen, ſoll erlaubt ſeyn, nach Grundlage der beſtehenden Vorſchriften, in den Civildienſt zu treten, und zwar für dieſes Mal mit dem Vorrecht, daß bei ihrem Eintritt in den Civildienſt dieſe Studenten, bei guten Fortſchritten in den Wiſſenſchaften und bei ſittlicher Führung, den Rang der zwölften Claſſe erhalten, wenn ſie ſich im vierten Lehrcurſus befanden; die Studenten aber, welche aus dem dritten und zweiten Curſus in Dienſt treten, erhalten den Rang der vierzehnten Claſſe. Sie Alle gehören, den Geſetzen gemäß, zur zweiten Rangabtheilung der Civilbeamten. 3) Die Annahme der Studenten und die Vorleſungen werden ſofort auf der Univerſität des heil. Wladimir auf ein Jahr eingeſtellt; nach Ablauf dieſer Zeit werden die Annahme der Studenten und die Lehrvorträge erneut, wenn ſich bis dahin eine hinlängliche Anzahl von Gymnaſiaſten findet, welche, nach Grundlage der von Uns beſtätigten Verfügung des Miniſters des öffentlichen Unterrichts vom 30. September 1837, das ausſchließliche Recht haben, dieſe Univerſität zu beſuchen. 4) Die ehemaligen Studenten der Univerſität des heil. Wladimir dürfen nicht wieder in ſelbige aufgenommen werden; die etwanigen Ausnahmen von dieſer Regel dürfen nicht anders als mit beſonderer Genehmigung des Miniſters des öffentlichen Unterrichts Statt finden. 5) Die etatsmäßigen ordinären und extraordinären Profeſſoren, Adjuncten und Docenten behalten ihre Gehalte bis zur Wiedereröffnung der Vorleſungen auf der Univerſität des heil. Wladimir. Unterdeſſen wird das Miniſterium des öffentlichen Unterrichts die Verfügung treffen, daß alle zu dieſem gelehrten Vereine gehörigen Perſonen ſich mit Abfaſſung von Lehrbüchern und Anleitungen beſchäftigen, und, nach dem Gutachten der Univerſitätsverwaltung, zum Nutzen der übrigen Lehranſtalten des Kiew'ſchen Bezirks benutzt werden. 6) Die Kronſtudenten der Univerſität des heiligen Wladimir ſollen in die anderen Univerſitäten vertheilt werden, je nachdem ſich dieß am zweckmäßigſten thun läßt, und ihnen die zu ihrem Unterhalt angewieſenen Summen auch ferner ausgezahlt werden. 7) Die Auszahlung der aus der Reichs-Rentkammer, nach dem Verzeichniß des Jahres 1839, zum Unterhalt der Univerſität des heiligen Wladimir angewieſenen Summen, ſoll nach früherer Grundlage verabfolgt werden. 8) Die Gelder, welche ſowohl von dieſen Summen, als wie auch von anderen, und durch die temporäre Erledigung einiger Aemter übrig bleiben, ſollen zur Bauſumme geſchlagen werden, um das Univerſitätsgebäude baldmöglichſt zu beendigen. 9) Alle ferneren Verfügungen zur Ausführung dieſer Maaßregeln werden dem Miniſter des öffentlichen Unterrichts übertragen. Der dirigirende Senat wird nicht unterlaſſen, zur Vollziehung dieſer Verfügung die nöthigen Maaßregeln zu treffen."

An die Stelle des kürzlich verſtorbenen Oberkammerherrn, Grafen Litta, iſt zum Präſidenten in der für den Wiederaufbau der Iſaaks-Kathedrale beſtehenden Commiſſion der Miniſter des kaiſerlichen Hauſes, Generaladjutant Fürſt Wolchonsky, ſo wie zum Mitgliede derſelben in der Section der künſtlichen Arbeiten der Generaladjutant Graf Lewaſchoff ernannt.

Den Vorſitz im Departement der Civil- und geiſtlichen Angelegenheiten des Reichsraths hat der wirkliche Geheimrath Kuſchnikoff erhalten, wobei er des bisher geführten Vorſitzes in der Bittſchriften-Commiſſion enthoben iſt; letztere Charge iſt dem Mitgliede des Reichsraths, geheimen Rath Tutſchkoff, übertragen worden.

Mexico.

Die Comité der brittiſchen Handelsaſſociation für Mexico und Südamerika, welche früher bei Lord Palmerſton ſo nachdrücklich wider Frankreichs Verfahren gegen Mexico und Buenosayres remonſtrirt, hat in dieſen Tagen alle ihre Correſpondenzen mit dem Foreign-Office und ſonſtige einſchlägige Papiere veröffentlicht. Die Times hebt aus dem Bericht der Comité folgende Stelle aus: „Hier iſt der Strom eines großen, raſch zunehmenden Handels plötzlich gehemmt; Handelshäfen ſind geſchloſſen, die Meeresſtraße geſperrt, Verwirrung und Unglück ſind über ein harmloſes Volk gebracht — warum? Nicht weil Frankreich für eine gerechte Forderung keine Genugthuung erhalten könnte, ſondern weil es ſich, der Praxis aller civiliſirten Staaten entgegen, weigert, jene Forderung dem Schiedsgericht einer unparteiiſchen Macht zu unterſtellen. Frankreich will zugleich Jury, Richter und Urtheilsvollſtrecker in eigener Sache ſeyn u. ſ. w." Der Schluß des Berichts erkennt übrigens an, daß die brittiſche Regierung zum Schutze der brittiſchen Intereſſen in Mexico die gehörigen Vorkehrungen getroffen habe.

Eine Correſpondenz aus Mexico von neuem Datum in der Morning-Poſt enthält, außer den ge-

wöhnlichen Beschwerden der Engländer über Frankreichs für den Handel verderbliches Verfahren gegen jene Republik, und namentlich über das Benehmen des Prinzen von Joinville, folgende Stelle: „Die großen Wirkungen des französischen Bombardements sind großentheils den von dem französischen Obersten Pairhans erfundenen hohlen Wurfgeschossen zuzuschreiben. Sie drangen mit sicherem Ziel ungemein tief ein, und zersprangen dann mit solcher Gewalt, daß sie auf einmal zwei Pulvermagazine in Brand steckten. (Französische Berichte äußern sich gleichlautend über die furchtbaren Wirkungen der Pairhans'schen Erfindung bei der Beschießung von San Juan d'Ulloa.) — Der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Mexico ist jener geschickte Aesop Gorostiza, Verfasser von Komödien, welche, nach denen von Moretin, zu den berühmtesten neueren spanischen Dramen gehören. Er war einige Zeit mexicanischer Botschafter in London, und verband nach seiner Rückkehr die Stelle eines Theaterdirectors in Mexico mit einem untergeordneten Staatsamte. Er ist der Sohn eines spanischen Generals, der vordem Gouverneur von Veracruz war, wo sein witziger Sprößling geboren wurde. Nachdem sich Gorostiza eine Zeit lang in die Wirren der spanischen Politik eingemischt, glaubte er eine bessere und friedlichere Carrière in Mexico zu machen, das damals eben das Joch des Mutterlandes abwarf. Aber aus einem spanischen Land in ein anderes gehen, heißt nur aus der Charybdis in die Scylla gerathen, und Gorostiza ist vielleicht aus der Bratpfanne in das Feuer gesprungen."

Großbritannien und Irland.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Unterhauses vom 25. Februar wurde die von Lord J. Russell eingebrachte Bill zur besseren Regulirung der Kircheneinkünfte, von streng hochkirchlichen Mitgliedern, wie Sir R. Inglis, als „eine Maaßregel der Plünderung des Kircheneigenthums" bekämpft, von Sir R. Peel und den gemäßigteren Tories aber unterstützt, ohne Abstimmung zum zweiten Mal gelesen, und soll binnen vierzehn Tagen in der Committee berathen werden. Die Bill ist wesentlich dieselbe, wie die vorjährige; ihr Hauptzweck: die kleinen Pfarreien des Landes durchgängig auf 300 Pf. St. jährlich zu verbessern, wozu der nöthige Fonds — ungefähr 130,000 Pf. St. — durch Einziehung gewisser überflüssiger Einkünfte der Bisthümer, Dechaneien und Capitel geschaffen werden soll. Sir R. Peel bemerkte, das Geschrei um Aenderungen an der Staatskirche habe ohne Zweifel dadurch abgenommen, daß die Regierung und das Haus der Gemeinen Bereitwilligkeit gezeigt, die nöthigen Reformen vorzunehmen; er glaube nicht, daß man die Stellung der Kirche verbessern würde, wenn man das temporäre Aufhören jenes Geschreis nur als eine Aufforderung betrachtete, Reformen bei Seite zu setzen, welche so nothwendig und vermuthlich so sehr gewünscht seien wie immer. (Hört!) Unter den Gegnern der Bill that sich namentlich Viscount Duugannon hervor. Wie könnten, fragte er, die Bischöfe mit ihren verminderten Einkünften noch Schulen errichten, und für den Unterricht der Armen sorgen? — Die Bill zur Verbesserung der Gehalte eines Theils des schottischen Richterstandes wurde, unter Anderm von Hrn. Hume unterstützt, mit 139 gegen 21 Stimmen zum zweiten Mal gelesen. Deßgleichen, ohne Abstimmung, die von Hrn. Fox Maule vorgelegte und im Detail entwickelte Factorybill, eine Verbesserung der bestehenden Factoryacte bezweckend, durch welche im Interesse der Menschlichkeit über die Stunden bestimmt wird, welche Kinder und junge Personen beiderlei Geschlechts in den Fabriken zu arbeiten haben.

Im Oberhause trat am 25. Februar der Marquis von Normanby zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als Colonialminister auf, indem er auf eine an ihn gerichtete Frage erklärte, ein Nachtrag zu Lord Durhams Bericht über Canada, womit dieser aber noch immer nicht abgeschlossen sei, werde bis zum nächsten Donnerstag (1. März) in seinen Händen seyn. Zugleich legte er die von dem Herzog von Wellington neulich verlangten weitern Documente über Canada vor. Ein, von Lord Charleville veranlaßter Angriff auf Lord Normanby, wegen unbefugter Einmischung in den Gang der Rechtspflege während seiner Amtsführung in Irland, wurde dadurch ziemlich scharf, daß Lord Brougham mit den Tories wieder einmal Front gegen die Minister machte. Wie es scheint, hatte der edle Marquis einen zur Deportation verurtheilten irischen Verbrecher, Namens John Coghlan, auf das Zeugniß eines Wundarztes hin, daß derselbe seiner schwächlichen Gesundheit wegen die Reise nicht aushalten könne, pardonnirt; kaum war aber der Schwächliche in Freiheit gesetzt, so verübte er eine Nothzucht, für welches Verbrechen er nun wirklich deportirt ist. Lord Brougham meinte, eine solche Milde, zumal auf einfache Bescheinigung eines Chirurgen, sei doch wohl nicht am Platze gewesen. Die Discussion hatte keine weiteren Folgen. — Eine Bill zur Verbesserung des irischen Armengesetzes ward, allgemein unterstützt, zum zweiten Mal gelesen. Lord Brougham klagte, unter dem Beifallruf der Tories, über die nachlässige Abfassung der Regierungsbills, die immer in der nächsten Session schon wieder „Verbesserungsacte" nöthig machten; zuletzt, meinte er, werde man „Act amendment act amendment bills" ins Parlament bekommen. (Gelächter.) Der edle und gelehrte Lord schien nur zu vergessen, wie bald zu der englischen Armengesetzbill, die großentheils sein Werk war, auch eine solche „Amendmentact" nöthig wurde. Auf Lord Ripons Antrag wurde die Vorlegung von Tabellen über die Durchschnittspreise des Getreides und den Werth der Ausfuhr brittischer Fabrikate in den letzten zehn Jahren zugesagt.

Der Globe gibt seinem ministeriellen Collegen, der Morning-Chronicle, ein Dementi, indem er schreibt:

„Der Eintritt Lord Morpeths ins Cabinet wird von der Chronicle als eine Andeutung betrachtet, daß die Regierung die Ballotage-Frage künftig als eine offene Frage zu behandeln gesonnen sei. Um die Selbsttäuschung der Chronicle zu zerstreuen, mit welcher dann auch der darauf gebaute Angriff der Times auf das Ministerium zusammenfällt, erinnern wir nur daran, daß Lord Morpeth im vorigen Jahre gegen die Ballotage stimmte; da er seine Ansicht seitdem nicht geändert hat, so läßt sich aus seinem Eintritt ins Cabinet auch unmöglich folgern, daß die Stellung der Regierung zur Ballotage-Frage sich verändert habe."

Unlängst starb zu Richmond in Yorkshire der whiggische Graf von Zetland, welcher erst bei der Krönung diesen Namen erhalten hatte — früher hieß er Lord Dundas — im 73sten Lebensjahre. Er war Lordlieutenant der Grafschaft York, wie früher der Orkney- und Shetlands-Inseln, wo die Familie große Besitzungen hat. Sein Sohn, Lord Dundas, langjähriges Unterhausmitglied für Richmond, tritt als Erbe der Titel des Verstorbenen ins Oberhaus.

Die westindische Handelsassociation hielt am 22. Februar eine Versammlung, um sich über den beunruhigenden Stand der Zuckerpflanzungen in den westindischen Colonien, besonders auf Jamaica, zu berathen. Man sprach einstimmig die Meinung aus, daß die schweren Verluste der Pflanzer großentheils dem unklugen Verfahren des Gouverneurs von Jamaica, Sir Lionel Smith, so wie der gesetzwidrigen Einmischung der Baptisten-Missionäre zur Last fielen, welche die Neger in ihren falschen Vorstellungen und übertriebenen Forderungen, so wie in ihrer Arbeitsverweigerung, bestärkten. Die Association beschloß, der Regierung ein Memorial zu überreichen.

Briefen aus Jamaica zufolge war Admiral Sir Ch. Paget, unter welchem Commodore Douglas befehligt, vom gelben Fieber wieder genesen, nachdem man drei Tage lang seinem Tod entgegengesehen hatte. Er hatte sich am 19. Jänner nach Bermuda bringen lassen. Von den zwanzig Personen seiner Umgebung waren sechs, darunter der Schiffschirurg Dr. Scott, der Seuche unterlegen.

Frankreich.

Die Eröffnung der Pariser Kunstausstellung, welche in der Regel am 1. März Statt findet, ist unerwartet auf den 2. verschoben worden. Da dieß zugleich der Tag ist, auf welchen die Wahlcollegien einberufen sind, so betrachtet man jene Verschiebung als eine Diversion, um die Aufmerksamkeit der Wähler etwas von den Wahlen abzulenken. — Eine Versammlung der Wähler des sechsten Bezirks von Paris war sehr stürmisch. Laffitte kam mit Mühe zum Wort; man wollte ihn nicht sprechen lassen, weil er nicht in den Bezirk gehöre, bis endlich der Präsident der Versammlung, Bankier Goudchaux, ihm das Wort verschaffte. Die Candidaten sind: Michel, ministeriell, und Hypolyte Carnot, Sohn des berühmten Carnot und entschiedener Oppositionsmann. Außer Laffitte sprach auch Arago für Carnot.

Der Minister des öffentlichen Unterrichts hat an sämmtliche Volksschullehrer ein Rundschreiben erlassen, in welchem er sie ermahnt, bei den Wahlen für die Sache der Ordnung, d. h. der ministeriellen Candidaten, zu wirken. Er stellt ihnen dabei unter Anderm vor, daß nur in Friedenszeiten Vermehrung ihrer Gehalte eintreten könne, durch den Sieg der Coalition aber nothwendig Krieg herbeigeführt werden müsse. — Die Coalition ihrerseits läßt es sich vornehmlich angelegen seyn, zu beweisen, daß sie ebenso wenig den Krieg, das Schreckbild des ruhigen Bürgers, wolle, als das Ministerium; ein Krieg, bemerkt der Courrier, lasse sich, wenn vollends die belgische Angelegenheit friedlich beigelegt sei, gar nicht mehr denken.

Graf de Caur, vormaliger außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister bei dem Hofe von Hannover während der Restauration, seit 1830 von der Diplomatie zurückgezogen, ist am 16. Februar in Paris gestorben.

Die erste Auflage der Schrift des Hrn. de Cormenin: Etat de la question, in 10,000 Exemplaren, ward in zwei Tagen vergriffen. Eine neue Auflage sollte in wenigen Tagen für den Preis von 50 Cent. erscheinen.

Päpstliche Staaten.

Se. Majestät der König von Baiern sind am 24. Februar Morgens in Rom eingetroffen und haben am folgenden Tage die Reise nach Neapel fortgesetzt.

Belgien.

Am 27. Februar hat sich der Communalrath von Brüssel um 2 Uhr versammelt, um einen Petitionsentwurf an die Kammern zu Gunsten der Annahme des Tractats zu discutiren. Er ist von 24 Stimmen gegen 2, HH. Gendebien und Maestraten, angenommen worden. Die Adresse lautet: „Als in bessern Tagen Belgien, auf die Gerechtigkeit und sein Recht vertrauend, eine begründete Hoffnung auf mächtige Sympathien faßte, welche niemals täuschen sollten, erhob der Municipalrath der Hauptstadt energische Protestationen gegen einen gehässigen Vertrag, gegen eine schimpfliche Zerstückelung, denn damals war der Widerstand noch Pflicht, weil der Erfolg nicht bloße Chimaire war. Der Patriotismus war rationell in seinem Enthusiasmus. Die Ehre gebot Muth, weil der Kampf der Hingebung nicht unmöglich schien. Wollte der Himmel, daß uns noch dieselbe Sprache erlaubt wäre; aber die Zeiten haben sich geändert; andere Umstände bringen andere Wünsche hervor, und neue Bedürfnisse legen uns unter schmerzlichem Bedauern peinliche Pflichten auf, welche wir ebenfalls die Offenheit haben werden, zu erfüllen. In Gegenwart eines unwiderruflichen Urtheils, welches die Gewalt ausgesprochen hat,

ſich ſelbſt überlaſſen, von ſeinen beſten Verbündeten verlaſſen, die ihm drohen, anſtatt es zu vertheidigen, was vermag da Belgien gegen ganz Europa, welches es verdammt? Was vermag der Muth, was vermögen alle Opfer gegen die unerbittliche Gewalt, die es unterdrückt? Soll Belgien, noch in der Wiege, in ſeiner Vereinzelung, in der Verzweiflung das ganze bewaffnete Europa herausfordern? Soll es der Welt ſeinen Einzug in die Familie der Nationen durch eine wahnſinnige Handlung bezeichnen? Die Ehre gebietet nie, was die Vernunft mißbilligt; die Ehre ſchreibt nie vor, die unüberſteiglichen Schwierigkeiten ohne Maaß herauszufordern, ihnen ohne Hoffnung zu trotzen. — Das iſt nicht mehr Muth, ſondern Verblendung, eine verhängnißvolle und nicht zu entſchuldigende Verwegenheit, die, indem ſie einem Volk den Untergang bereitet, es beſchimpft, anſtatt es zu ehren. Wenn ſelbſt die mächtigſten Nationen ihre Trauertage gehabt haben, wenn Frankreich ſelbſt, nach ſo viel Siegen, zweimal den Feind hat bis in ſeine Hauptſtadt dringen ſehen, und den Tribut der Niederlage gezollt hat, ſo braucht Belgien, das vor der furchtbarſten Coalition der Stärke weicht, nicht zu erröthen, ſich ſeinerſeits unter das Geſetz der Nothwendigkeit geſchmiegt zu haben, und die unparteiiſche Geſchichte wird ihm nie vorwerfen, nicht thörichterweiſe den traurigen Muth eines ſträflichen Selbſtmordes gehabt zu haben. Wenn jeder Kriegsverſuch unmöglich iſt, ohne freiwillig ſowohl die erworbene Nationalität, als alle durch 9 Jahre der Anſtrengungen und Opfer theuer erkauften Vortheile einem offenen Verluſt auszuſetzen, welcher Bürger, der ſein Vaterland liebt, würde da nicht zittern, dazu zu rathen? Wenn aber der Widerſtand nur ſcheinbar ſeyn, wenn er beim erſten Angriff endigen ſoll, welcher muthige Belgier wird dann glauben, durch dieſe leere Form ſein Vaterland gerettet zu haben? Und was würde das unverzügliche Reſultat dieſer traurigen Täuſchung und ruhmloſen Verlängerung der Kriſis ſeyn, die uns niederdrückt? Der vollſtändige Ruin alles Wohlſtandes in Belgien. Schon haben ſchwere Unfälle den Handel getroffen; die noch eben ſo blühende Induſtrie iſt erſchüttert; der Handelscredit wankt, der Staatscredit leidet; das größte Unglück würde die unvermeidliche Folge längerer Beſorgniß ſeyn. Erlauben Sie uns in dieſem verhängnißvollen Augenblick, Sie daran zu erinnern, daß Sie die Miſſion haben, unſere Rechte zu vertheidigen, aber nicht an einem Tage durch die verwegenſte Unternehmung das Schickſal des Vaterlandes, das Wohl der Nation und die Zukunft unſerer Kinder auf das Spiel zu ſetzen. Treu den heiligen Pflichten, deren Erfüllung Sie beſchworen haben, werden Sie nur auf die Stimme Ihres Gewiſſens und den Rath der Vernunft hören. Im Namen aller gefährdeten Intereſſen beſchwören wir Sie, ſelbſt unſere Ueberzeugung und Sympathie einer gebieteriſchen Nothwendigkeit unterwerfend, den Leiden zuvorzukommen, welche Belgien bedrohen, wir beſchwören Sie mit Schmerz, durch eine jetzt unvermeidlich gewordene Zuſtimmung zu dem verhängnißvollen Tractate, Belgien von den Gefahren zu retten, welche ein unmöglicher Widerſtand unfehlbar herbeiführen muß. Unſere Brüder in Luxemburg und Limburg werden nicht ungerecht gegen ihre Mitbürger ſeyn, denen die Gewalt ſie entreißt, und deren Muth zu einer bedauernswerthen Unthätigkeit verdammt iſt. Die in 9 Jahren zu ihrer Erhaltung gemachten Anſtrengungen, unſere Anerbietungen, die Feinde zu entſchädigen, die Unfälle des Handels, die Leiden und Thränen ſo vieler durch die politiſche Kriſis, welche ihre Sache herbeigeführt hat, unglücklich gewordenen Familien, werden ihnen zur Genüge unſere Anhänglichkeit beweiſen, und uns gerechte Anſprüche auf ihre Liebe geben. Uebrigens reicht Belgien, das nie eins ſeiner Kinder verläßt, ſchon jetzt allen denen, welche die Vaterlandsliebe an ſeine Inſtitutionen und an das Geſchick eines freien Volkes knüpft, eine hülfreiche Hand."

Eine Extra-Beilage zu Nr. 60 der Aachener Zeitung vom 1. März enthält folgende Nachrichten aus Brüſſel vom 28. Februar: „Die Zugänge zu der Kammer ſind, wie bei den frühern Sitzungen, wieder durch einige Compagnien Infanterie bewacht. Im Innern ſind viele Schildwachen und Polizeiagenten mit Handhabung der Ordnung beauftragt. Das Gedränge iſt jedoch nicht groß. Kurz vor Anfang der Sitzung waren die Tribunen nicht beſetzter, als an jedem andern gewöhnlichen Tage. Gleich nach Eröffnung der Sitzung las Hr. Dolez ſeinen Bericht vor, der die Annahme des Tractats beantragte. Er wird wahrſcheinlich die ganze Sitzung ausfüllen. — Die Gerechtigkeit iſt endlich erwacht, und ſo ſehr ſie die Freiheit der Meinungen ſchätzt, ſo darf ſie doch nicht die directen Aufreizungen zum Bürgerkriege und zur Anarchie, zur Aufwiegelung der Armee dulden. Die Freunde der Ordnung werden die getroffenen Maaßregeln billigen. Da es ſich zunächſt von dem Hauptredacteur des Belge handelt, ſo laſſen wir dieſes Journal ſelbſt erzählen: „Hr. Bartels iſt heute als Zeuge vor „den Inſtructionsrichter Graff geladen worden und hat „folgendes Verhör beſtanden. Graff: Sind Sie bei der „Zuſammenrottung auf dem Märtyrerplatze geweſen? „Bartels: Ja. Graff: Haben ſie Proclamationen an „die Armee vertheilen ſehen? Bartels: Ja. Graff: „Kennen Sie ihren Verfaſſer? Bartels: Ich bin es „ſelbſt. Graff: Haben Sie deren vertheilt? Bartels: „Ja, in Brüſſel; auch habe ich deren nach andern Städ„ten geſchickt. Graff: Wußten Sie, daß auf den Pro„clamationen der Name des Druckers nicht angegeben „war? Bartels: Ja, aber ich hatte ihn nicht aufgefor„dert, den Namen wegzulaſſen, da ich entſchloſſen war, „die Verantwortlichkeit auf mich zu nehmen. Der Zeuge „wurde dadurch ſelbſt der Angeklagte. Heute Morgens 7 „Uhr hat ſich der Subſtitut des Procurators, Hr. Gar-

„Don, der Instructionsrichter Graff, der Greffier van „Dam und ein Polizeicommissär in die Wohnung des „Hrn. Bartels begeben, der ausgegangen war. Als „Hr. Bartels gerufen wurde, nahm man eine kurze „Hausſuchung, dann eine andere in ſeinem Bureau und „in dem des Belge vor. Es ergab ſich kein erhebliches „Reſultat. Man unterſuchte darauf Hrn. Bartels, ob „er keine Waffen bei ſich führe. Eine Menge Gendarmen „hatten das Bureau des Belge beſetzt und alle Zugänge „geſperrt. Hr. Bartels iſt in den Petits Carmes feſtge„ſetzt worden, unter der Anklage, die Bürger zu Staatsver„brechen aufgereizt zu haben. In mehreren andern Häuſern „haben ebenfalls Nachſuchungen und Verhaftungen Statt „gefunden. Darunter iſt der bekannte Kats.“ — Der Commerce bemerkt, daß die übertriebenſten Gerüchte über dieſe Verhaftungen verbreitet wären; es ſei Niemand feſtgenommen worden, als Hr. Bartels und Kats. — Der Courrier widerruft heute ſeine geſtrige Angabe, daß man Hrn. Coghen Anträge gemacht habe, das Finanzdepartement zu übernehmen. — Im Lager von Beverloo ſind einige Fälle von Diſſenterie vorgekommen; ein Regiment iſt in die Umgegend verlegt worden. — Die Liquidation iſt an der Börſe mit großer Leichtigkeit vorgegangen. Alle Fonds hielten ſich gut. Man fürchtete zwar heftige Debatten in der Kammer, aber das Vertrauen befeſtigte ſich durch die Gleichgültigkeit, welche ſich in der Stadt gegen dieſe Verhandlungen offenbart.“

Dieſelbe Extra-Beilage enthält folgende Correſpondenz aus Brüſſel vom obgedachten Tage: „Ich komme ſo eben aus der Kammer; der Poſtenabgang erlaubt mir nicht, den Schluß der Sitzung abzuwarten. Der Bericht des Hrn. Dolez iſt ſehr lang und wurde bis jetzt mit ziemlicher Ruhe aufgenommen. Selbſt den Widerſachern des Tractats ſieht man an, daß ſie ſich etwas reſigniren. Im Publicum herrſcht faſt keine Theilnahme mehr, da man des Reſultats im voraus ſicher iſt. Dieſe Gleichgültigkeit wird mehrere Redner, die auf den Lärm der Tribune rechnen, etwas abkühlen. Die Noth hat Alles abgeſtumpft. Jeder Vernünftige billigt die Verhaftung des Hrn. Bartels. Preßfreiheit iſt ſehr gut, aber dieſe Zügelloſigkeit war zu arg; ſie war ſchon unter König Wilhelm manchmal ein Scandal, in den letzten Tagen hat ſie alle Dämme durchbrochen. Die Sprache des Belge überſchritt allen Glauben. Hr. Bartels iſt ein junger, kränklich ausſehender Mann, dem ſeine Verbindung mit Hrn. de Potter und ſeine Verbannung einen Namen gemacht hatte, den er ſich durch Uebertreibung erhalten wollte, da er es auf keine vernünftige Weiſe vermag. Seine Begriffe ſind beſchränkt; es fehlt ihm an aller Logik und hohern Einſicht. Wenn die Juſtiz nicht eingeſchritten wäre, ſo hätten die indignirten Bürger Gerechtigkeit geübt. Es iſt gut, daß dem vorgebeugt iſt.“

Lombardiſch-venetianiſches Königreich.

Als im vorigen Jahre die Façade des Caſtells in Mailand reſtaurirt wurde, hatte der berühmte Bildhauer zu Mailand, Pompeo Marcheſi, zur Verzierung derſelben die Büſten zwölf berühmter öſterreichiſcher Feldherren in gebrannter Erde verfertiget, und dieſelben unentgeltlich an die k. k. Mailänder Fortificationsdirection abgeliefert. Der k. k. Hofkriegsrath brachte dieſe patriotiſche Handlung des Künſtlers zur Kenntniß Sr. Majeſtät des Kaiſers, Allerhöchſtwelche hierüber dem Profeſſor Marcheſi die allerhöchſte Zufriedenheit durch die Zuſendung eines koſtbaren Ringes mit der allerhöchſten Namenschiffre in Brillanten auszudrücken geruhten, und es wurde dieſer Ring von Sr. Exc. dem Herrn Feldmarſchall Grafen Radetzky, commandirenden General im lombardiſch-venetianiſchen Königreiche, in Begleitung eines ſchmeichelhaften Schreibens, dem Künſtler eingehändigt.

Wien.

Den geſtrigen Vormittag widmeten Se. kaiſ. Hoheit der Großfürſt-Thronfolger von Rußland der Beſichtigung der Schlachtfelder von Aspern und Wagram.

Mittags ſpeiſte der Großfürſt bei Sr. Exc. dem kaiſ. ruſſiſchen Botſchafter, Bailli von Tatiſtſcheff, und beehrte Abends das k. k. privil. Theater an der Wien mit Seiner Gegenwart.

Am 8. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅔.
dette detto	zu 4 pC.	in CM.	101⅔.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81⅓.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	153⅓.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	667⅓.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	64⅛.
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

Vermiſchte Nachrichten.

Am 18. Februar ſetzte ein Zug hannoverſcher Pferde (38 an der Zahl) mit ihren Führern über den Splügen. Schon hatte der Convoi die unwirthbare Höhe des Berges glücklich überſtiegen, und nur noch den letzten ſanfteren Bergabhang von Campodolcino nach Chiavenna zurückzulegen, als er Nachmittags bei heftigem Schneegeſtöber zwiſchen Preſtone und Cimagan-da, wo die Valle Gadera in die Straße einmündet, plötzlich von einer ungeheuern Lavine, deren Stutz ſich dreimal wiederholte, überfallen ward. Sechs Menſchen, worunter zwei Knechte des Zugs, ein Poſtillon aus dem Dorfe Splügen und drei in Campodolino zur Begleitung aufgenommene Taglöhner, und eben ſo viele Pferde wurden von der Schneemaſſe, welche zugleich die Straße verſperrte, bedeckt, und kamen dabei um. Der Führer des Zuges war, wiewohl vergebens, von erfahrnen Leuten in Campodolcino, welche die Anzeichen der drohenden Gefahr erkannt, gewarnt worden, die Reiſe während des Unwetters nicht fortzuſetzen.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe, Dorotheergaſſe Nr. 1108.

W 1 K. ZEITUNG 1839

№. 69

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 10. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 8. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.276	283. 08. 4p.	+ 2.5	SO.	mittel.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.223	27 11 8	+ 7.3	SO.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.426	28 2 3	+ 1.8	W.	—	Schnee und Regen.

Spanien.

Die Pariser Journale vom 1. und 2. März, welche uns gestern mit der gewöhnlichen Post zugekommen sind, bringen die beiden Proclamationen von Maroto und Don Carlos, die wir im gestrigen Blatte mitgetheilt haben. Die Quotidienne setzt einige Zweifel in die Aechtheit der letztern, da sie „Carlos" und nicht „Ich, der König" unterzeichnet ist. — Die gewöhnliche Correspondenz der Pariser Blätter gibt aus Bayonne folgende neuere Nachrichten: „Bayonne, den 26. Februar. Man hat seit gestern hier nur sehr wenige Nachrichten aus den baskischen Provinzen und aus Navarra erhalten. Man sagt inzwischen, Don Carlos sei am 22. in Villafranca (auf dem Wege nach Tolosa) angekommen. Die in Villafranca befindlichen Bureaux der Armee-Intendanz sollen nach Armazteguy, dem Geburtsdorf Zumalacarreguy's, verlegt werden. Man glaubt, dieß geschehe, um Don Carlos, der einige Zeit in Villafranca verweilen wolle, Platz zu machen. — Ein von Estella angekommener Reisender hat Maroto zu Otondo bei Irurzun zwischen Pamplona und Lecumberri gesehen, wo er seine Richtung am 22. nach letzterm Ort einschlug. Er hatte das 1ste und 7te Bataillon von Navarra und eine Schwadron bei sich. Zwei andere Bataillons, die seinen Vortrab bilden, waren ihm um zwei Lieues vorangezogen. Sechs Bataillons stehen zu Irurzun, und das 3te von Guipuzcoa und das 5te von Navarra zu Lecumberri. Diese Truppen scheinen entschlossen, sich für den General zu schlagen. Am 23. stand er zu Lecumberri mit acht Bataillons und 500 Pferden, wie man sagt, seine Vorkehrungen treffend, gegen das Hauptquartier des Don Carlos zu rücken. Mehrere Compagnien des 5ten Bataillons von Navarra, die auf Befehl des Kriegsministers, Herzogs von Granada, in das Hauptquartier des Don Carlos berufen waren, haben, wie man sagt, am 22. in den Bergen von Elgorriaga in den Cinco Villas von Navarra drei Offiziere von dem Generalstab Maroto's ermordet. Diese Compagnien sind wegen der Erschießungen von Estella sehr gegen Maroto aufgebracht. Hat Maroto die Absicht, der Autorität des Don Carlos zu widerstehen, und die ihm von einigen Bataillons bezeugte Sympathie zu benützen? Spricht seine Anwesenheit zu Lecumberri für eine Absicht, persönlich gegen Don Carlos zu rücken? Was werden Don Carlos, die Partei Terceiro und die Ojalateros machen? Offenbar ist jedenfalls, daß die Carlistische Partei sehr erschüttert seyn muß. Eine Demonstration Espartero's gegen Estella würde für die Sache der Königinn sehr vortheilhaft seyn, dieser General hat sich aber bis jetzt nicht geführet. — Das Bulletin von Oñate ist gestern nicht angekommen. Auch die Correspondenz aus dem Carlistischen Hauptquartiere fehlt, und die zwei Proclamationen sind nur durch die gewöhnlichen Gränzcommunicationen hierher gelangt. Die des Don Carlos war im ganzen Bastanthale angeheftet, und wurde den Linientruppen an der Gränze von Lesaca und Andoain vorgelesen. Man sagt, an der Gränze werde strenge Aufsicht gehalten, um den Durchgang jeder Depesche, welche Licht über diese Ereignisse verbreiten könnte, zu verhindern. Gleichwohl schreibt man von Behobie, daß die größte Verwirrung unter den an der Linie von Andoain bis Tolosa cantonnirenden Carlistischen Truppen herrsche. Die Soldaten nehmen Partei für oder wider Maroto. Sie scheinen sehr aufgebracht gegen die Carlistische Partei. Einige sonst sehr gut unterrichtete Personen behaupten fortwährend, daß bei der am 13. in Gegenwart des Don Carlos zwischen Maroto, Valdespina und dem Pater Cyrillo Statt gefundenen Conferenz die schrecklichen gegen die fünf erschossenen Generäle angewandten Maaßregeln von Don Carlos genehmigt worden, daß aber nach der Execution Terceiro und der Pater Larraga so laute Klagen über die unseligen Folgen dieser Maaßregel erhoben hätten, daß Don Carlos endlich seine Unterschrift zu der Proclamation, wodurch Maroto zum Verräther erklärt wird, gegeben habe. Darf man den auf den Markt gekommenen Spaniern glauben, so hätte Don Carlos Bergara nicht verlassen; nur ein Vortrab sei bis Alsazua vorgerückt. Andere sagen, das Hauptquartier des Prinzen sei am 22. in dieser Stadt gewesen. Das zweite Bataillon von Navarra liegt als Besatzung in Estella; die Guiden von Navarra wurden nach los Arcos geschickt. Sie defilirten über den Marktplatz von Estella unter dem Rufe: Es lebe der König! Es lebe der General Maroto! Es hieß am 23. zu Tolosa, Maroto sei an der Spitze von 7 Bataillons und 4 Schwadronen zu Betelu, drei Lieues von dieser Stadt, angekommen. Tolosa war in der größten Gährung, und die durch die Proclamation des Don Carlos aufgereizten Einwohner hatten sich in Masse zu seiner Vertheidigung erhoben. Maroto soll das Generalcommando von Navarra dem Brigadier Tarragual anvertraut haben, dem der Brigadier Ortigosa als Commandant der navarresischen Cavallerie beigegeben sei."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 27. Februar kündigte H. Villiers, der Wortführer des Vereins gegen die Korngesetze in dem Hause, an, daß er am 12. März auf Berathung der Acte 9 Georgs IV. in Betreff der Korneinfuhr in einem Ausschuß des ganzen Hauses antragen werde. Hierauf stellte O'Connell an den neuen Unterstaatssecretär der Colonien, Hrn. Labouchere, die Anfrage, ob Anstalt getroffen sei, um jetzt, nach Beendigung

des Aufstandes, dem Blutvergießen in Canada ein Ende zu machen. H^r. Labouchere erwiederte, von Blutvergießen könne nicht die Rede seyn; da bis jetzt bloß 33 Personen (16 in Ober- und 17 in Niedercanada) wegen der schwersten Verbrechen hingerichtet worden seien. Er fügte bei, die Regierung habe nicht im geringsten Grund zu der Vermuthung, daß der Generalgouverneur, Sir J. Colborne, die ihm übertragene Willkürgewalt ohne die gebührende Rücksicht auf die Forderungen der Menschlichkeit ausgeübt habe.

Lord Ebrington, Sohn des Grafen Fortescue und liberales Unterhausmitglied für Nord-Devonshire, ist an die Stelle des Marquis von Normanby zum Lordlieutenant von Irland und aus diesem Anlasse zugleich, als Baron Fortescue von Castle-Hill in der Grafschaft Devon, zum Pair erhoben worden.

Consols am 28. Februar 93, 93¼.

Frankreich.

Der Prinz von Joinville ist in der Nacht auf den 28. Februar in Brest angekommen, am Morgen dieses Tages gelandet, und um 12 Uhr Mittags nach Paris abgereist. Um 2 Uhr Nachmittags fuhren, nach erhaltener telegraphischen Anzeige, die Herzoge von Orleans, von Nemours und von Aumale dem rückkehrenden Bruder entgegen.

Das Journal des Debats hatte in den letzten Tagen jeden Morgen eine Mahnung an die Wähler Frankreichs erlassen. Jetzt, am Vorabend des Entscheidungstages, wendet es sich zunächst an die Wähler von Paris, mit den Worten: „Eure Stadt ist die erste Stadt der Welt! Sie vereinigt alle Wunder des Luxus mit allem Ruhm der Intelligenz, alle Wohlthaten der Civilisation mit allen Eroberungen der Freiheit. Ihre Ruhe beruhigt Frankreich, ihre Aufregung bewegt es, ihre Revolutionen wühlen es um. Jede Fahne, die sie aufpflanzt, ist das Signal des Sieges, dem das Land sich unterwirft.“ Der Schluß der Epistel geht natürlich dahin, daß die Wähler von Paris für das Ministerium stimmen sollen.

Am 1. März 5Percents 111 Fr. 30. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 35. 3Percents 79 Fr. 20. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 35. — Am 2. März um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 95. 3Percents ——.

Belgien.

Der am 28. Februar im Namen der Centralsection von H^rn. Dolez in der Repräsentantenkammer erstattete Bericht — vollständig mitgetheilt auf vier Foliospalten des Independant — recapitulirt nochmals klar und bestimmt alle Gründe zum Nachgeben. Das Recht — so wird ausgeführt — wäre wohl auf der Seite Belgiens, aber die Verhältnisse erlaubten nicht, dabei zu beharren; die Sprache der fünf Mächte sei drohend und entschieden, jeder Gedanke an möglichen Erfolg des Widerstandes zu verbannen; die finanzielle Krisis des Landes biete nur einen Grund mehr, die Annahme der Tractatvorschläge vom 23. Jänner zu beschleunigen; der Vertrag wird Belgien aufgelegt; die Mächte haben ihn für unwiderruflich erklärt; Belgiens Ehre leidet nicht, wenn es der Gewalt der Umstände weicht. Am Schlusse des Vortrages heißt es: „Es ist noch übrig, daß ich der Kammer die Meinung der Centralsection in Bezug auf den Gesetzvorschlag (wodurch der König autorisirt wird, die Trennungsurkunden vom 23. Jänner zu unterzeichnen) zur Kenntniß bringe. Der Vorschlag der Regierung ist von sechs Stimmen angenommen worden; eine Stimme hat sich für jetzt (quant à présent) dagegen ausgesprochen. Die Centralsection, indem sie erklärt, nur dem Gebote der Nothwendigkeit zu weichen, hat die Ehre der Kammer die Annahme des Gesetzvorschlages in der Form, wie sie solchen einreicht, vorzuschlagen.“ — Von der Debatte, die der Verlesung des Berichts folgte, gibt eine Stelle aus H^rn. Gendebiens Rede und die darauf erfolgte Antwort des Ministers de Theux eine zureichende Idee. H^r. Gendebien: „In dem Augenblick, wo wir 400,000 Belgier aufgeben sollen, müssen wir alle Mittel suchen, dieses Aufgeben wenigstens zu rechtfertigen, das man sonst als Brudermord bezeichnet haben würde; wir müssen ihnen wenigstens den Trost geben können, daß wir von der Nothwendigkeit dieses Aufgebens überzeugt gewesen sind. Wir können nicht schnell und mit vollem Zutrauen den Bericht eines Ministers annehmen, der in Zeit von sechs Wochen seine Meinung geändert hat. Am 13. November hat er in den Mund des Königs Worte gelegt, die er nur in dem Augenblicke hätte aussprechen müssen, wo er bereit war, das Schwert des Kampfes zu ziehen. Sehen Sie den unermeßlichen Schritt, den das Genie der Diplomatie vom 13. November bis zum 19. Februar hat thun lassen. Welche sind denn die Ereignisse, die sich zwischen den beiden Epochen zugetragen haben? Aber wenn ich nach der dringendsten Frage eine minder wichtige anrege, so werde ich vom Minister verlangen, daß es uns Documente vorlege, nach welchen wir fünf Millionen jährlich an Holland zahlen sollen. Ich sage es laut, ich habe die Ueberzeugung, daß in Betreff der Schuld, wenn unsere Sache mit der Sorgfalt, die wir zu fordern berechtigt waren, vertheidigt worden wäre, wir Holland keinen Stüber schulden würden. Hat man von unserm Antheile in der Marine, im Arsenal von Antwerpen Rechnung geführt? Hat man Rechnung geführt über unsern Antheil in den Ausgaben, die für die Colonien gemacht worden sind, in der Amortisation der Schuld, die wir während 15 Jahren bezahlt haben; hat man unsere Domainen in Rechnung gebracht? Man hat über nichts Rechnung gehalten. Es ist unerläßlich, daß wir alle Prozeßstücke vor Augen haben. Wenn Richter berufen sind, über eine Forderung von 50 Fr. auszusprechen, so verlangen sie Mittheilung aller Actenstücke, und wir sollten, wo es sich von der Ehre des Landes, von einer Frage handelt, nach welcher Belgien aus der Reihe der Nationen gestrichen werden wird, ein blindes Zutrauen in die Worte eines Ministers setzen, der seit fünf Monaten die Nation zum Widerstande getrieben hätte und seit 14 Tagen die ganze Nation zur Unehre treibt. Es ist nicht genug für ihn, das Königthum in dieser Versammlung compromittirt zu haben, nicht genug für ihn, bis zum letzten Augenblicke zwei seiner Collegen getäuscht zu haben, nicht genug für ihn, die Kammern aufgefordert zu haben, Adressen zu machen, wozu er mitgewirkt hat, nicht genug, Adressen der Provinzialräthe, der Gemeinderäthe, der Handelskammern und aller constituirten Körperschaften veranlaßt zu haben; er will weiter gehen, er will, daß die ganze Nation Mitschuldige sei! Jetzt ist der Tag der Widerrufe gekommen, und man will, daß ein Mann, der uns in diese Lage versetzt hat, uns mit Zutrauen seinen langen und langweiligen Bericht annehmen lasse! Was mich betrifft, so war es meine Pflicht, die Mittheilung der Actenstücke zu fordern, und ich überlasse dem Ministerium die Verantwortlichkeit für seine Weigerung; was mich betrifft, meine Rechtfertigung in den Augen meines Vaterlandes ist leicht.“ Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten: „Ich werde dem Redner bei dieser Erörterung nicht folgen; ich werde bloß sagen, daß, wenn die Worte stark, herbe, bitter waren, sei-

ne Gründe sehr schwach sind. An mich richtet das ehrenwerthe Mitglied den Vorwurf, das Land zum Widerstande getrieben zu haben. Nie habe ich Demonstrationen im Lande im Sinne des Widerstandes hervorgerufen. Man hat sich gefragt, welche neue Ereignisse eingetreten seien. Ich habe sie in den Berichten, die ich den Kammern am 1. und 19. Februar vorgelesen, hinlänglich zur Kenntniß gebracht, und ich fühle Trost, indem ich die Einhelligkeit sehe, womit das Land das Benehmen des Ministeriums billigt. Ja, ich wiederhole es, man billigt einstimmig im Lande das Benehmen, welches die Regierung bei diesem Umstande beobachtet hat." — Hrn. Gendebiens Antrag auf Vorlegung der Actenstücke wurde mit großer Stimmenmehrheit verworfen.

Eine Extra-Beilage zur Aachener Zeitung vom 2. März enthält folgende Nachrichten aus Brüssel vom vorhergehenden Tage: „Gestern, nachdem der Bericht der Centralsection verlesen worden war, erlitt die Opposition schon gleich eine Niederlage in der Abstimmung über die Motion des Hrn. Gendebien, worüber sie das Nähere in den Zeitungen finden. Die Majorität gegen diese Motion mochte sich auf 25 belaufen; genau läßt sie sich nicht angeben, weil es nicht bis zum individuellen Aufruf der Glieder kam, sondern man nur durch Aufstehen und Sitzenbleiben abstimmte. Wahrscheinlich wird die definitive Abstimmung ungefähr dasselbe Resultat haben. Die Stimmung ist nun einmal für den Frieden; die erste Scheu, sich mit früheren Aeußerungen in Widerspruch zu setzen, ist überwunden, das Eis ist durchbrochen; auch können die Debatten der Opposition nur schaden, weil sie das Unhaltbare der verschiedenen Widerstandssysteme beweisen werden. Hr. Bartels, der Redacteur des Belge und Mitarbeiter des Eclaireur, und Kats, der Anführer unserer radicalen „Meetings," sitzen in geheimer Haft. Beide waren lange die heftigsten Gegner; kaum hatten sie sich politisch die Hände gereicht, so vereint auch ein gemeinsames Geschick sie hinter den Riegeln des Gefängnisses, in welchem Bartels auch schon vor zehn Jahren seine Oppositionslust büßte. Ich glaube nicht, daß man nach der Strenge des Gesetzes mit diesen Herren verfahren wird. Was man auch der neuen belgischen Ordnung vorwerfen mag, gegen Andersdenkende war sie immer höchst nachsichtig. Selbst Aufrührer, die man mit den Waffen in der Hand ergriffen, wurden freigesprochen. Einstweilen sind die beiden Verhafteten unschädlich gemacht, und dienen Andern, die sie nachzuahmen Lust haben möchten, zum warnenden Beispiele. — Die Debaten in der Repräsentantenkammer werden sich sehr in die Länge ziehen; die Opposition verspricht sich etwas von den französischen Wahlen, und sieht gerne die definitive Abstimmung bis zum Zusammentritte der Pariser Kammern verzögert, was ihr aber wohl nicht gelingen wird. — Die Aufreizungen zu einem außergesetzlichen Widerstande haben in der letzten Zeit einen neuen Character angenommen, der der Regierung und der Justiz nicht länger erlaubte, unthätig zu bleiben. Eine Proclamation an die Armee, auf Französisch und ins Flammändische übersetzt, ist in Menge vertheilt worden. Man hat sogleich Nachsuchungen angestellt. In einem am 27. wegen den Zusammenrottungen angestellten Verhöre hat sich Hr. Bartels als Verfasser dieser Proclamation bekannt und erklärt, daß sie auf seine Veranlassung gedruckt und verbreitet worden sei. Hr. Bartels und Hr. Kats sind verhaftet worden. Bei letzterm soll man das Manuscript einer flammändischen Uebersetzung der Proclamation gefunden haben. — Der Belge protestirt gegen die Strenge, mit der man gegen Hrn. Bartels verfährt. — Hr. Kats, der Chef der Volksversammlungen, hat gestern gesehen, auf welche Liebe er rechnen kann. Als er in den Wagen stieg, um nach dem Gefängniß zu fahren, wurde er von dem Gezisch aller Bürger verfolgt, die seine Reden stark beunruhigt hatten. Man frug ihn auf flammändisch, ob er noch im Gefängniß seine „Birne in drei Stücke theilen werde," wie er alles Eigenthum theilen wollte, und zwar ein Theil für ihn und seine Freunde, das zweite an die Regierung, die er einsetzen wollte, und das dritte an die Proletairs. Hr. Kats gab keine Antwort. — An der Börse wenig Geschäfte. — In der gestrigen Versammlung der Bankactionäre wurde ein Bericht über die Lage der Bank vorgelesen. Man hat einstimmig die Bank autorisirt, Hypotheken von den Societäten anzunehmen, die ihr schuldig sind. Diese hypothekarischen Obligationen müssen in 10 Jahren eingelöst seyn. Der Antrag einer Reorganisation der Administration ist auf die nächste Versammlung, am 19. März, verwiesen worden. Der Director soll abgesetzt und durch den Präsidenten der Commission ersetzt werden. Hr. Reboul hatte im Namen der Pariser Actionäre gegen jede Berathung protestirt und die Verschiebung bis auf den 19. März verlangt. — In Mons ist gestern Nachts 2 Uhr das Theater abgebrannt. Die umstehenden Häuser sind gerettet worden. Der Schaden beträgt 70,000 Fr. Für 45,000 Fr. war das Haus versichert. Die Frau eines Pompiers ist verbrannt. — Der Independant erklärt es für eine der gewöhnlichen Infamien des Hrn. Vanderstraeten, Herausgebers des Belge, daß dieser von einem Repräsentanten wissen will, der Independant erhalte jetzt täglich 500 Gulden von der Regierung."

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Die eidgenössischen Commissarien haben „an die Behörden und an das Volk von Wallis" folgende Proclamation gerichtet: „Bürger von Wallis! Getreue, liebe Mitbürger! Der Wille der Bürger und die Berathungen der Behörden haben in diesem Canton zu Schritten geführt, deren Zweck die Verbesserung unserer Verfassung war. Es haben euch ohne Zweifel starke Beweggründe dazu bestimmt. Wenigstens bietet die Vergangenheit nichts dar, um dessenwillen man das Unternehmen beklagen sollte; denn die Verfassung, die zur Stunde noch bei euch gilt, war mehr das Werk gebieterischer Umstände, als einer freien und gründlichen Würdigung der Volksbedürfnisse. — Der Schweizerbund, der euren Verhandlungen fremd war, hat nur einen brüderlichen Antheil daran genommen. Doch einige Zwiste, welche durch die Verhandlung eurer Verfassungsrevision veranlaßt worden sind, haben die hohe Regierung dieses Cantons vermocht, die Intervention des Vorortes anzurufen. — Der Vorort hielt anfangs die Gründe für unzureichend, womit dieses Verlangen unterstützt worden war, er gab nur Räthe auf brieflichem Wege. Erst auf das wiederholte Verlangen des Staatsrathes dieses Cantons entschloß er sich, zwei Commissarien herzusenden, deren wesentliche Aufgabe es ist, einen glücklichen Erfolg euer Bemühungen zu erleichtern und herbeizuführen. — Wir haben uns bis jetzt eines öffentlichen Wortes an euch enthalten: wir wollten uns vor allem über den wahren Stand der Dinge unterrichten, und euch ohne Noth keine Räthe geben. — Seit unserer Ankunft sind wir leider zu der Einsicht gekommen, daß für eure Verfassungsreformen nicht jene patriotische Eintracht unter euch herrscht, die allein das Beginnen zu gutem Ziele führen kann. Weder über den Zweck noch über die Mittel seid ihr des gleichen Sinnes. — Bürger von Wallis! Vor allen Dingen reichet euch brüderlich die Hand. Achtet jede Meinung, prüfet

jede, und treffet die Wahl nach eurer freien Ueberzeugung. — Die Commissarien des Bundes geben euch die feierliche Versicherung, es sollen und werden die Verfassungsreformen des Cantons Wallis euer eigenes Werk seyn; sie werden jeder Intervention sich enthalten, die nicht gebieterische Ereignisse erheischten. Frei und in voller Unabhängigkeit sollt ihr selbst den Inhalt eurer künftigen Verfassung ordnen. — Das ist euer Recht! — Aber, liebe und getreue Bundesgenossen! auch gegen das schweizerische Vaterland habt ihr Pflichten. Es sei uns vergönnt, euch dieselben vorzuhalten, mit aller Theilnahme, welche die Lage eures Cantons anspricht. — Ihr habt euch im Revisionswerke entzweit. Ein Theil der Bürger hat den Berathungen sich entzogen, und geht mit Entschlüssen um, welche die Einheit des Cantons bedrohen und gefährden. Eure frühern Berathungen, die gemeinschaftlich gepflogen wurden, sind ohne Erfolg geblieben. Die Gründe dieser Trennung sind ihr keine Rechtfertigung. Daß die Bürger vor Gesetz und Verfassung alle gleich seien, daß in der höchsten Behörde alle Cantonstheile gleichmäßig nach ihrer Bevölkerung vertreten werden, das sind Bedingungen, die eingeräumt werden müssen, wenn der Canton Wallis jemals auf einen dauerhaften innern Frieden soll zählen können. — Da wir bei euch nach dem Auftrage des Vororts in diesem Sinne handeln sollen, so dürfen wir glauben, diese Worte werden bei euch Gehor finden. — Wir erklären euch Allen, welcher politischen Ansicht ihr möget zugethan seyn, daß sich der Bund jedem, auch dem entferntesten Versuche, das Land zu trennen oder zu theilen, widersetzen wird. Der Canton Wallis soll und wird seine unverletzbare Einheit behalten. Wir fordern ferner jeden, den es angehen mag, auf, sich nicht länger einer auf die Grundlage der Bevölkerung berechneten gleichmäßigen Repräsentation zu widersetzen. Jede Abweichung von diesem Grundsatze wäre eine Ungerechtigkeit gegen Mitbürger, und niemals könnten sich Commissarien des Bundes zu Vertheidigern derselben aufwerfen. Auf den Boden dieser gerechten Gleichheit gründet also euer neues Staatsgebäude. — Billigkeit und gegenseitige Berücksichtigung mögen im Uebrigen eure Schritte leiten. Die Commissarien des Bundes werden mit Eifer, wo sie zugezogen werden, zu dem Werke eurer Versöhnung beitragen. — Strengt euch an, in der Erfüllung einer so wichtigen Pflicht gegen euch selbst und gegen den Bund ans Endziel zu gelangen. Reifliche Berathung ehret den unabhängigen Mann, aber in wichtigen Dingen soll man einen Entschluß zu fassen wissen. Mit allen Kräften beschleunigt das Werk der neuen Verfassung eures Landes, um zu verhüten, daß keine neue gefährliche Zwietracht unter euch einschleiche. — Bürger von Wallis! Das sind die Räthe und die Ermahnungen, die wir an euch richten. Benutzet sie, wo dazu Gelegenheit ist, zunächst bei euren bevorstehenden Berathungen, für welche wir mit euch den Segen des Allerhöchsten anrufen. — Gegeben zu Sitten, den 22. Februar 1839. — Die eidgenössischen Commissarien: Ch. Schaller. Baumgartner."

Am 21. Februar hat der Staatsrath ein Circularschreiben an die Präsidenten der Zehnden gerichtet, in dem Wunsche, der Uneinigkeit ein Ende zu machen. „In dieser Absicht," drückt sich das Schreiben aus, „und nach Rücksprache mit den Herren Bundescommissarien, glaubt der Staatsrath noch einmal Abgeordnete aller Zehnden zu sich berufen zu sollen, in der Hoffnung, es werde in dieser Zusammenkunft gelingen, sich über die Grundlage eines Einverständnisses zu vereinigen, das die Interessen aller Theile des Cantons schützte. Die Zehnden sind also eingeladen, sich jeder durch höchstens zwei Abgeordnete in der Conferenz vertreten zu lassen, welche nächsten Dinstag den 26. zusammentreten wird."

In Beziehung auf diese Conferenz gaben nun die eidgenössischen Commissarien dem Staatsrathe folgende Erklärung ein: „Die Commissarien, obgleich sie keine günstigen Resultate von dieser schon zu wiederholten Malen umsonst versuchten Conferenz erwarten, erklären, daß sie weit entfernt sind, die Absicht des Staatsrathes, dessen schwierige Stellung und gute Absicht sie schätzen, entgegentreten zu wollen. Doch müssen sie, um ihren Instructionen treu zu bleiben, sich in allem an die vom hohen Vororte in dem Schreiben vom 26. Jänner ausgesprochenen Ansichten halten, und sie erklären dem Staatsrath, daß sie sich der Berathungen der Conferenz erst von dem Augenblick werden annehmen können, wo dieselbe die folgende gedoppelte Grundlage ihrer Arbeiten anerkannt haben wird. 1) Politische und administrative Einheit und Untheilbarkeit des Canton Wallis, und 2) gleichmäßige Vertretung aller Theile des Cantons streng nach dem Verhältniß der Bevölkerung. Wenn der Staatsrath durch die Kraft seines Einflusses so glücklich ist, diese Grundlagen zur Anerkennung zu bringen, so wird es den Commissarien eine angenehme Pflicht seyn, sich eifrig dafür zu verwenden, daß die entzweiten Theile durch alle Mittel, die ihnen zur Beruhigung auf die Zukunft dienen können, wieder genähert und vereinigt würden."

Nach der Schildwache wäre in der Conferenz, die am 17. und 18. zu Brig in Anwesenheit der Commissarien Statt fand, beschlossen worden: „daß Oberwallis der Verfassung von 1815 treu bleiben, und an keiner Veränderung derselben Antheil nehmen werde, es sei denn, daß es auf der Bahn des Rechtes und der Gesetzlichkeit geschehe."

Wien.

S^r. kais. Hoheit der durchlauchtigste Erzherzog Carl haben gestern Morgens, in Begleitung Ihres ältesten Sohnes, Erzherzogs Albrecht kais. Hoheit, die Reise nach Neapel zum Besuche am dortigen königlichen Hofe angetreten. Höchstdieselben werden Sich in Triest am Bord des Dampfschiffs der k. k. Marine „Marianna" nach Manfredonia einschiffen und von da die Reise nach Neapel fortsetzen.

Den gestrigen Vormittag widmeten S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland der Besichtigung mehrerer öffentlichen Anstalten und Merkwürdigkeiten dieser Hauptstadt, namentlich des bürgerlichen Zeughauses.

Mittags speiste der Großfürst bei S^r. Durchl. dem Haus-, Hof- und Staatskanzler S^r. k. k. Majestät, Fürsten von Metternich.

Abends war bei Hofe im k. k. Ceremonien-Saale Vorstellung von Tableaux in fünf Abtheilungen. — Später beehrten S^r. kais. Hoheit der Großfürst die Abendgesellschaft S^r. Durchl. des Fürsten von Metternich mit Ihrer Gegenwart.

Am 9. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuld verschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 9/32.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 17/32.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	286.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	64 1/4.
Kurs auf Augsburg	für 100 fl. Curr.,	fl. 100 B. Usc.	2 M.
	Bankactien pr. Stück —— in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 70

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 11. März 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 9. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.477	28 2 10	+ 0.8	W. still.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.475	28 2 10	+ 2.1	NNW. —	—
	10 Uhr Abends.	27.534	28 3 7	+ 1.2	NW. —	—

Spanien.

Die Pariser Journale vom 3. März bringen folgende neuere Nachrichten aus Bayonne vom 27. Februar: „Trotz der strengen Aufsicht der Carlisten an der Gränze und trotz dem allgemeinen Schrecken, der Niemanden erlaubt, Briefe zu schreiben oder zu besorgen, weiß man seit gestern, daß die Stellung des Don Carlos und Maroto's sich bestimmter herausstellt. Der Eine ist an der Spitze der castilischen Partei, der andere wird von den Provinzialen unterstützt. Maroto hat sieben Bataillons, worunter zwei von Navarra (das 1ste und 7te), ein Bataillon Guiden, vier Bataillons von Castilien und den größern Theil der Cavallerie. Er ist von Lecumberri nach Tolosa gerückt, und hat zu Estella die castilischen Bataillons und die Artillerie unter dem Befehle des Obersten Reina zurückgelassen. Nach seiner Ankunft zu Tolosa am 24. hat Maroto sogleich Vorposten nach Alegria, so wie zwei Adjutanten abgeschickt, die sich nach Villafranca begeben sollten. Sie überbringen Briefe an Don Carlos. — Die von Maroto angenommene Haltung scheint die Absicht anzuzeigen, jede Communication zwischen Don Carlos und dem Bastanthale und hauptsächlich mit dem Infanten Don Sebastian, der die Linie von Andoain befehligt, zu verhindern. Dieser Prinz, der sich am 23. mit einer kleinen Cavallerie-Escorte zu den Linien von Andoain begeben, hat sich wirklich für seinen Oheim erklärt, und der erste Act, welchen der letztere ihm anvertraute, war, den Iturriaga, einen Günstling Maroto's und Commandanten der Linie von Andoain, verhaften zu lassen. Eine ähnliche Maaßregel ward auf Befehl des Don Carlos gegen alle von Maroto zu Commandos ernannten Chefs ausgeführt. Man nennt darunter den zweiten Commandanten des 9ten Bataillons von Navarra, der zu Elisondo verhaftet wurde, und andere Offiziere, deren Nennung hier zu weitläuftig wäre. — Man versichert, daß, als Maroto sich vor den Thoren von Tolosa einfand, wo die Proclamation des Don Carlos bereits angeheftet war, er diese verschlossen angetroffen habe; sie seien ihm erst auf die Drohung der gewaltsamen Einsprengung geöffnet worden. — Es laufen Gerüchte um von Aufständen der Truppen zu Estella nach dem Aufbruch Maroto's, man weiß aber nichts Gewisses darüber. Gewisser ist, daß in einigen Bataillons, die sich unter den unmittelbaren Befehlen Maroto's befanden, eine große Erbitterung gegen die Ojalateros (Castilianer) ausgebrochen ist, und daß mehrere Ermordungen vorkamen. Die diesen Morgen hier angekommene Zeitung von Oñate erwähnt aller dieser Vorfälle mit keinem Worte. — Es scheint gewiß, daß Don Carlos, der sich seit dem [illegible] zu Villafranca, drei kleine Lieues von Tolosa, befindet, Villareal und Simon Latorre zu sich berufen ließ, und daß selbst Balmaseda aus dem Schlosse von Guevara geholt wurde, um seine Ansicht auszusprechen. Man sagt, das Commando der Cavallerie sei ihm wieder übergeben worden. Man setzt hinzu, er habe Don Carlos angeboten, gegen Maroto auszurücken, und es auf sich genommen, ihn lebendig oder todt ins königliche Hauptquartier zu bringen. Man darf nicht vergessen, daß Balmaseda der geschworne Feind Maroto's ist, und daß seine Gefangenschaft auf dem Schlosse von Guevara die Folge eines Acts des Ungehorsams gegen die Befehle Maroto's war. Man erwartet allgemein ein blutiges Zusammenstoßen der dem Don Carlos treu gebliebenen Truppen mit der die Sache Maroto's vertheidigenden Streitmacht. Es wäre indeß möglich, daß man dieses Zusammenstoßen noch vermiede, wenn die Rathschläge der HH. Marco del Pont und Ramirez de la Piscina die Oberhand über die des Arias Tejeiro behalten. Maroto würde sich dann mit einigen Entschädigungen für ihn und seine zu sehr compromittirten politischen Freunde entfernen, und den Bataillons, die ihn unterstützt haben, würde eine allgemeine Amnestie gewährt werden, mit dem Vorbehalte, sie später durch einen Wechsel der Offiziere neu zu organisiren."

In einem andern Schreiben aus Bayonne (gleichfalls vom 27. Februar) heißt es: „Maroto machte am 24. eine Bewegung in der Richtung nach dem Hauptquartier des Don Carlos, und seltsam genug, ließen seine Truppen allenthalben den Ruf: Es lebe der König! erschallen. Man scheint zu glauben, daß Maroto bloß einen furchtbaren Schlag gegen das Ministerium des Don Carlos ausführen wollte. Er will nun die vollständige Auflösung dieses Ministeriums fordern. — Briefe aus Vera vom 25. melden, daß der Infant Don Sebastian das Commando in Guipuzcoa übernommen hat, und daß sich Maroto am 24. mit 6 Bataillons und 2 Escadrons in Tolosa befand." — Auch die Gazette de France spricht von Maroto's Ankunft in Tolosa an der Spitze einiger Bataillons; er sei unter dem Rufe: Es lebe der König! in die Stadt eingerückt, und wolle dem Konige eine vollständige Rechtfertigung seines Verfahrens vorlegen.

Der Messager vom 3. d. M. enthält folgendes neuere Schreiben seines Correspondenten aus Bayonne vom 28. Februar: „Obschon die Nachricht, die ich Ihnen hier melde, nicht officiell bekannt ist, so glaube ich doch, Ihnen ihre Richtigkeit verbürgen zu können. — Einer der Adjutanten Maroto's hat sich zu dem Prätendenten begeben und ihm erklärt, daß sein Chef, da er die Hinrichtungen zu Estella nur aus Anhänglichkeit

an die Carlistische Sache angeordnet habe, begehre, daß die Proclamation, die ihn vor der Armee in die Acht erklärt, zurückgenommen werde. Der Adjutant fügte hinzu, daß wenn Don Carlos dem Maroto diese Genugthuung nicht leisten wollte, letzterer sich mit Schmerz genöthigt sehen werde, die Carlistische Sache zu verlassen und diejenige Partei zu ergreifen, welche die Umstände und die Sorge für sein Leben erheischen werden; was ungefähr einer Kriegserklärung gleichkommt. — Die Worte des von Maroto begehrten Widerrufs lauteten ungefähr so: „Der Königs billigt das Verfahren des Generals Maroto und sieht in diesem neuen Dienste nur „einen neuen Beweis seiner Anhänglichkeit und seiner „Treue." — Don Carlos hat nach einer ziemlich langen Unterredung mit den Abgesandten Maroto's dem an ihn gestellten Begehren willfahren. Die Versöhnung ist durch eine zweite Proclamation besiegelt worden, welche die erste vollständig aufhebt. Diese Maaßregel, die in den baskischen Provinzen streng getadelt wird, hat großes Mißvergnügen erregt."

In der Sentinelle des Pyrénées vom 28. Februar heißt es: „Den neuesten Nachrichten aus den Provinzen zufolge hatten Don Carlos und Maroto eine Conferenz in Tolosa, in welcher beschlossen worden seyn soll, daß die Cortes por estamentos von Don Carlos einberufen, und die Fueros der Provinzen anerkannt und sanctionirt werden sollen. Maroto soll den Oberbefehl behalten. Wir erwarten mit Ungeduld die Bestätigung dieser Nachrichten."

Einem Schreiben aus Saragossa vom 22. Februar zufolge hatte Cabrera neuerlich eine Bewegung in der Richtung nach Teruel gemacht, um sich mit Llangosiera zu vereinigen. General Ayerbe ist nach derselben Richtung hin aufgebrochen, um zur Brigade von Parra zu stoßen. General San Miguel (der Commandant von Saragossa) hat am 21. Befehl erhalten, augenblicklich nach Madrid abzugehen, und sein Commando dem Generalcommandanten von Oberarragonien, Don Luis de Corral, zu übergeben.

Großbritannien und Irland.

Die London-Gazette meldet, daß die Königinn für das laufende Jahr zu Commissarien für die Verwaltung des Oberadmiral-Amtes von Großbritannien und Irland den Grafen von Minto, den Viceadmiral Sir Charles Adam, den Contreadmiral Sir William Parker, den Capitän Sir Edward Troubridge, den Capitän Sir Samuel Pechell und den Lord Dalmeny ernannt habe.

Nach der (gestern erwähnten) kurzen Verhandlung im Unterhause über die canadischen Angelegenheiten erhob sich der als Literator, namentlich als dramatischer Dichter rühmlich bekannte H^r. Sergeant Talfourd, liberales Mitglied für Reading, und beantragte, indem er eine dießfallsige Petition von einer Anzahl namhafter Autoren überreichte, die zweite Lesung seiner Bill zum Schutze des literarischen Eigenthumsrechts (copyright), deren Vorgängerinn in der vorigen Session nicht mehr durch das Parlament gebracht wurde. Die gegenwärtige Bill ist der vorjährigen *) im Ganzen ähnlich, besonders in der Hauptbestimmung, das Eigenthum eines schriftstellerischen Werkes von den jetzigen 28 auf 60 Jahre nach dem Tode des Autors für dessen Erben zu erstrecken, aber darin weicht sie von der vorjährigen ab, daß sie 1) nicht rückwirkend seyn, und 2) daß die Maaßregel nur für solche Fälle gelten soll, wo der Autor sich sein Interesse an dem Werke gewahrt, d. h. dasselbe nicht ein- für allemal an den Verleger verkauft hat. In Fällen, wo das Eigenthumsrecht zwischen Verfasser und Verleger von vornherein ein gemeinsames geworden ist, soll die Wohlthat des neuen Gesetzes sich auf beide erstrecken. Durch diese Modificationen hofft H^r. Talfourd die Besorgnisse vieler angesehenen Verlagshandlungen beschwichtigt zu haben, welche im vorigen Jahre der Bill entgegen waren, indem sie namentlich ihre rückwirkende Kraft auf bereits in Verlag übernommene Werke fürchteten. Im Uebrigen war die Argumentation seiner, etwas mit rhetorischem Zierrath überladenen Rede die nämliche, wie in der vorjährigen Session. Die Motion wurde von H^rn. O'Connell, Sir R. Inglis und dem Kanzler der Schatzkammer H^rn. Spring-Rice unterstützt; die Gegner waren die vorjährigen: H^r. Hume, der im Interesse des Publicums und der außer den Buchhändlern betheiligten Gewerbe, nämlich der Buchdrucker, Schriftgießer und Papierfabrikanten, das Amendement vorschlug, daß die Bill nach sechs Monaten zum zweiten Male gelesen, d. h. verworfen werden möge, wobei er die HH. Warburton, Baines und den Solicitorgeneral Sir R. Rolfe auf seiner Seite hatte. Das Haus entschied mit 73 gegen 37 Stimmen für d. zweite Lesung. — Da H^r. Potter, liberales Mitglied für Wigan, die „Stewardschaft von Chiltern Hundreds" angenommen, d. h. seinen Austritt aus dem Parlament erklärt hat, so wurde für Wigan ein neuer Wahlbefehl erlassen. Die Wahl wird zwischen einem Reformer, H^rn. Ewart, und einem Tory, H^rn. Kearsley, bestritten werden

Daniel Whittle Harvey, welcher sich wegen seiner Ernennung zum Miethkutschen-Registrator, obgleich er dieses Amt bereits wieder niedergelegt und keinen Gehalt dafür angenommen hat, einer neuen Wahl zu unterwerfen hatte, ist ohne Opposition für den Londoner Flecken Southwark wieder zum Parlamentsmitglied gewählt worden.

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 3. d. M. bringen bloß Nachrichten über die vorbereitenden Operationen zu den dortigen Wahlen, nämlich über die definitive Constituirung der Bureaux in den vierzehn Wahlbezirken von Paris und seinem Weichbilde. Die Angaben, welche die Zeitungen darüber in Bezug auf die Aussichten der verschiedenen Candidaten enthalten, sind so unvollkommen, verworren und zum Theil widersprechend, daß man nicht im Stande ist, sich ein klares Bild von der Sache zu machen. — An der Börse ging am 2. die Rente rasch in die Höhe, da eine Masse Verkäufer auf Zeit sich zu decken suchten. Man sagte auch, die Wahlen würden für das Ministerium ausfallen und sogar Lefebvre (im zweiten Pariser Bezirk) über Laffitte siegen. Die Wahl des Generals Jacqueminot im ersten Bezirk schien gesichert. — Aus Dijon hatte die Regierung durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß die Constituirung der Bureaux dem Candidaten der 221 günstig ist. — Der einzige Ort, aus dem man bereits Nachricht von dem wirklichen Resultate der Wahlen hat, ist Straßburg; hier wurde der Advocat Eduard Martin, Candidat der äußersten Linken, mit 55 Stimmen, und H^r. Carl, Substitut des Generalprocurators, Candidat des Ministeriums, mit 9 Stimmen Mehrheit gewählt; dieß sind dieselben Deputirten, welche ausgetreten sind, so daß keine Veränderung in der Vertretung Straßburgs Statt gefunden hat.

Der Baron Charles Dupin hatte am 27. Februar mit den Abgeordneten von Martinique eine Audienz beim Könige. In seiner Anrede dankte er S^r. Majestät für die auf die Nachricht von dem Erdbeben vorläufig bewilligte großmüthige Hülfe und bat, dieses edle

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 3. April v. J.

Werk der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit zu vollenden. „Die Städte auf Martinique," sprach Hr. Dupin, „sind Ruinen. Auf dem Lande sind die Mühlen und die Oefen, welche zur Zuckerbereitung dienten, zerstört, eine Seuche wüthet auf der Insel, das Elend hat seine äußerste Höhe erreicht. Guadeloupe wurde durch eine Feuersbrunst und das gelbe Fieber verheert, Bourbon und Cayenne erliegen unter dem Druck einer Auflage des Mutterlandes, die sich länger nicht ertragen läßt. Sire, mehr als jemals haben wir das Recht, für die Colonial-Legislatur eine Erleichterung anzusprechen. Wir erbitten diese in Anbetracht der äußersten Familienverarmung, des gelben Fiebers, der Feuersbrünste und der Erdbeben!"

Die letzten Trümmer der französischen Fremdenlegion wurden am 17. Februar in Toulon eingeschifft, um wieder nach Algier zu wandern, welches sie vor vier Jahren verlassen. Es waren nur noch etwa funfzig Soldaten, die Reste eines 6000 Mann starken Corps, welches theils durch Kämpfe und Entbehrungen aufgerieben worden, theils unter andere Fahnen sich zerstreut hat. Viele Offiziere dieses Corps traten als Unteroffiziere in französische Regimenter ein.

Am 2. März 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 50. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 65.

Niederlande.

Die zweite Kammer der Generalstaaten hat am 28. Februar wieder ihre Arbeiten begonnen. Ein Mitglied derselben, Hr. Quintus, ist seit ihrer letzten Zusammenkunft mit Tode abgegangen. Außer dem Bericht über einige Bittschriften ist jedoch in dieser Sitzung nichts vorgekommen.

Antwerpener Blätter (und nach ihnen das Amsterdamer Handelsblad) bringen Nachstehendes aus London: „Der belgische Gesandte hat mit Lord Palmerston und dem Grafen Sebastiani einige Unterredungen in Bezug auf die Scheldeschifffahrt gehabt. Er hat ihnen die Frage vorgelegt, ob nicht die Capitalisirung des Tonnengeldes durch einen Anhang zum Friedenstractat regulirt werden könne. Die Antwort darauf lautete günstig. Lord Palmerston und Graf Sebastiani haben Beide erwiedert, daß sie geneigt seien, ein Arrangement dieser Art auf das kräftigste zu unterstützen."

Belgien.

Wir geben hier noch einige Auszüge aus dem Berichte, welchen Hr. Dolez, im Namen der Centralsection, am 28. Februar in der Repräsentantenkammer erstattet hat. — Nach Aufzählung der über einzelne Berathungspuncte in den sechs Sectionen vorgenommenen Abstimmungen sagt der Berichterstatter: „Wenn man diese verschiedenen Voten zusammenfaßt, so sieht man, daß 98 Mitglieder an den Arbeiten der Sectionen Theil nahmen: 42 nahmen den Entwurf an, 39 verwarfen ihn, 17 stimmten nicht. In der Centralsection sind alle in den einzelnen Sectionen gemachten Bemerkungen sorgfältig geprüft worden. Die zu uns berufenen Minister wurden auf alle aufmerksam gemacht, und sie gaben die Erklärungen, welche die Centralsection für ihre Berathung nöthig erachtete. Wir glauben nicht, diese Erklärungen in einem für die Oeffentlichkeit bestimmten Documente verzeichnen zu müssen. Da die Erörterungen der Kammer noch ungewiß sind, so hielt die Centralsection dafür, sie müsse in dieser Hinsicht ihrem Berichte einen Character von Zurückhaltung aufdrücken. Die erste Frage, welche sich unserer Untersuchung darbot, war jene der dem Gesetzentwurfe angeschuldigten Inconstitutionalität; alle in den Sectionen vorgebrachten Argumente wurden nochmals reiflich erwogen. Den verschiedenen Formen gegenüber, unter welchen jener Vorwurf vorgebracht worden war, hielten wir dafür, die folgende Frage sei durch ihre Allgemeinheit geeignet, sie alle in sich zu fassen: „Ist die dem Gesetzentwurfe entgegengestellte Einwendung der Inconstitutionalität begründet?" Die Centralsection war einstimmig der Meinung, sie sei es nicht. Von Gedanken durchdrungen, mit welchen die ganze Nation ernstlich beschäftigt ist, suchten wir in dem von der Conferenz vorgelegten Vertrage durchaus nicht jene Bestimmungen, die in Folge eines langen und schwierigen Krieges einem Volke Ruhe und Frieden wiedergeben. Belgien als ein mißliches, unwiderrufliches Werk vorgelegt, schienen uns seine Annahme oder seine Verwerfung sich auf eine Frage der Nothwendigkeit reduciren zu müssen. Von diesem Gedanken geleitet, fragten wir uns, durch welche Mittel wir uns weigern könnten, dem Vertrage beizutreten, und welche die Folgen einer solchen Weigerung seyn würden. Sie werden sich erinnern, daß die Conferenz, als sie am 23. Jänner unserm Bevollmächtigten zu London den neuen Vertagsentwurf sandte, die ihm begleitende Note mit den Worten schloß: „Wenn „dagegen das Brüsseler Cabinet den erwähnten Vorschlägen nicht beitreten sollte, während Holland sie angenommen hätte, so würde den fünf bei der Conferenz vertretenen Mächten nichts übrig bleiben, als auf die Mittel bedacht zu seyn, den Ansprüchen Folge zu geben, „welche Holland auf ihre Unterstützung erlangt haben würde." Wenn sie die Wirkung der Drohung hinzufügten, würden die fünf Mächte durch einen von ihnen oder durch den teutschen Bund zur Besetzung der streitigen Gebiete schreiten, würde das sich selbst überlassene Belgien an einen ernstlichen Widerstand denken können, der geeignet wäre, das Loos zu verbessern, welches der Vertrag ihm bereitete? Wir glauben es nicht. Zweifelsohne wissen wir, was das Land nöthigenfalls von der Tapferkeit und Disciplin unserer Armee erwarten könnte; diese ersten Tugenden der Soldaten könnten jedoch nur unnütze Aufopferungen in einem allzu ungleichen Kampfe herbeiführen. Auch hat Niemand von Ihnen diesen Widerstand der Verzweiflung, der an Selbstmord gränzen würde, hervorgehoben. Mehrere aber haben dafür gehalten und werden ohne Zweifel behaupten, unsere Weigerung werde keine Vollziehung nach sich ziehen. Wir theilten nicht diese Vorhersehungen, und Alles scheint zu verkünden, daß die Ereignisse sie bald Lüge strafen werden. Sind nicht das Einrücken der französischen Armeen in Belgien, die Einnahme der Antwerpener Citadelle durch sie, vorhanden, um zu bezeugen, daß eine ähnliche Expedition, durch eine andere Macht, in den streitigen Gebieten, gar nicht geeignet wäre, den Frieden Europas zu trüben? Das gerechte und wichtige Interesse, was wir für die Theilung des Gebietes, das der Vertrag uns raubt, hegen, muß uns keineswegs veranlassen, die andern Theile des Landes aus dem Auge zu verlieren, und die sie bedrohenden Gefahren für nichts zu rechnen; diese Gefahren sind dringend, sie nehmen unsere ganze Sorgfalt in Anspruch. Sie kennen die Lage unserer Industrie, die Verwickelungen, welche sie niederdrücken, und die sie noch bedrohenden Unglücke. Mehr als ein Ruin hat schon Statt gehabt; jedoch kann man sie jetzt noch zählen, bald aber könnten sie unzählig werden. Durch ein großes finanzielles Ereigniß beschleunigt, nimmt die Krisis, welche unsere bisher so blühende Industrie niederdrückt, täglich durch die Gefahren unserer politischen Lage zu; sie kann nur mit ihr enden. Und wenn ich Ihnen von der Industrie spreche, die zwar so interessant an sich selbst ist, thue ichs durchaus nicht in merkantilischer Beziehung, sondern rücksichtlich des socialen Interesses. Nun aber ist

in dieser Beziehung der Ruin der Industrie der Verlust unsers öffentlichen Credits, die Versiegung aller unserer Hülfsquellen, das Elend in zahlreichen industriellen Bevölkerungen unserer Städte und unserer Dorfschaften. Und können wir umhin, als Folge aller dieser Uebel, deren sich stets die politischen Leidenschaften bemeistern, das größte Unglück durchzublicken, das ein Land treffen kann — die Anarchie? Ueberdem, wenigstens sind wir der Meinung, würde unsere Weigerung, dem Vertrage beizutreten, und das Ausbleiben der unverzüglichen und bewaffneten Vollziehung Seitens der Mächte uns verpflichten, unsere bereits so bedeutenden Rüstungen aufrechtzuhalten, und sie vielleicht noch zu vermehren, um die stets drohenden Wechselfälle auswärtiger Angriffe abzuhalten. Von diesem Gedanken durchdrungen, mußten wir den Kriegsminister fragen, was uns jeden Monat unsere Armee, und der Finanzverwaltung die Lage des öffentlichen Schatzes koste. Diese Aufklärungen haben uns die Ueberzeugung gegeben, daß finanzielle Maaßregeln außergewöhnlicher Art das nothwendige und baldige Resultat der Verlängerung der gegenwärtigen Lage seyn würden. Sie werden Sich übrigens erinnern, daß Hr. de Merode Ihnen selbst diese Nothwendigkeit in dem Augenblicke dargethan hat, wo er das ihm provisorisch anvertraute Portefeuille der Finanzen niederlegte. Er wollte um zwanzig Millionen bitten, und dieß mit einer theilweisen Entwaffnung, deren Unmöglichkeit uns indeß die Klugheit zu zeigen schien. Versprächen mindestens so viele Opfer uns irgend ein glückliches Resultat! Sie würden aber, wir sind dessen gewiß, die uns untergrabende Entkräftung beschleunigen und die Annahme des Vertrags, zu welcher die Gewalt der Dinge uns kommen lassen würde, nicht minder schmerzlich, aber weit unheilvoller machen. Müßten wir nicht überdieß befürchten, dieses Resultat durch die Schließung der Scheldе beschleunigt und die Conferenz auf Grund sogar der Hindernisse, die wir der Vollziehung des Vertrags entgegengestellt hätten, uns neue Lasten auferlegen zu sehen? Würden wir nicht mit der Ueberzeugung der größten Mehrzahl unter Ihnen übereinstimmen, wenn wir ihnen sagten, die Hoffnung, der Nothwendigkeit des Vertrags definitiv zu entgehen, sei durchaus nicht zulässig und Viele unter Ihnen zögern oder weigern sich nur, weil sie dessen Annahme als einen Makel für unsere Würde, unsere Nationalehre betrachten. O, wenn die Folge unserer Weigerung sich auf einen Kampf mit Holland beschränkte, so würde es zweifelsohne nicht Einen Belgier geben, der sich nicht zu dieser Weigerung entschlösse. Diese Gesinnungen, dieses Bedauern darüber, daß wir unsern Streit nicht mit unserm einzigen Feinde ausmachen können, waren einstimmig im Schooße der Centralsection. Wie sehr uns aber auch Allen die Nationalehre am Herzen liegt, wir waren durchaus nicht der Meinung, es heiße sie verletzen, wenn man Belgien nicht den unabweisbaren Resultaten eines ungleichen Kampfes aussetzen wolle. Der Mensch entehrt sich durchaus nicht, indem er der Gewalt nachgibt. Sollte die Ehre eines Volkes andere Regeln haben? Nein, wir können es nicht glauben! Weder unsere Zeitgenossen, noch die Geschichte werden so ungerecht seyn, zu sagen, Belgien, von allen seinen Verbündeten verlassen, Drohungen preisgegeben, an welchen diejenigen Theil genommen haben, auf deren Sympathie es rechnen zu dürfen glaubte, habe sich entehrt, als es sich darein ergab, sich einem Vertrage zu unterwerfen, den eine unwiderstehliche Gewalt ihm auferlegte. Wir täuschen uns vielleicht, aber wir stehen nicht an, zu glauben, daß, wenn die Geschichte einst dieser traurigen Seite unserer jungen Nationalität ernste Worte weihen wird, ihre Brandmahle durchaus nicht auf uns fallen werden! — — Ihre Centralcommission hat nicht geglaubt, daß wir die Hoffnung nähren dürften, den Vertrag durch die Möglichkeit einer Abänderung des Ministeriums in Frankreich modificiren zu sehen. Bei den parlamentarischen Erörterungen, welche die Auflösung der französischen Kammern herbeigeführt haben, konnte die belgische Frage für einige politische Männer ein Mittel seyn, das Ministerium anzugreifen, allein unsere Emancipation von den Stipulationen des Vertrags vom 15. November gehörte nicht zum Programm eines Einzigen derselben. Wie könnte dieß daher jetzt seyn, wo Frankreich den Vertrag unterzeichnet hat, und wo die Strenge, die es bestätigt, durch die Diplomatie in die Classe der vollbrachten Ereignisse gereiht werden könnten? Fürchten wir übrigens, unsere Hoffnungen zu sehr nach gewissen französischen Sympathien hin zu wenden. Ohne Zweifel gibt es deren, die sehr lebhaft bei einer ganzen Classe politischer Männer zu seyn scheinen, aber für sie muß Belgien wieder die vereinigten Departemente bilden, für sie ist Belgien nur der Weg, der Frankreich wieder an die Rheingränze führen muß. Hüten Sie sich daher, Sie alle, die Sie unsere Nationalität lieben, die Sie an den bürgerlichen und religiösen Freiheiten, welche die Constitution heiliget, festhalten, vor unbesonnenen Wünschen; hüten Sie sich vorzüglich, die Gefahren eines allgemeinen Krieges zu wünschen, der vielleicht in seinem Princip selbst die Vernichtung Ihrer Unabhängigkeit, in seinen Eventualitäten die Restauration oder unsere Umwandlung in französische Departemente tragen würde."

Wien.

Se. kaiserl. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland wohnte gestern Vormittags dem Gottesdienste in der kais. russischen Botschaftscapelle bei.

Später nahmen Höchstdieselben, in Begleitung Sr. Durchl. des Fürsten von Metternich, die Ausstellung von Gemälden des hiesigen Kunstvereins in dem hierzu bestimmten Gebäude des Volksgartens in Augenschein.

Abends verfügte Sich der allerhöchste Hof, mit Sr. kais. Hoheit dem Großfürsten, nach Schönbrunn, um einer theatralischen Vorstellung auf dem dortigen Schloßtheater beizuwohnen, nach deren Beendigung in der bei diesem festlichen Anlasse glänzend beleuchteten Orangerie soupirt wurde.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des österreichischen Beobachters ist erschienen das erste Heft der militärischen Zeitschrift 1839. Dieses enthält folgende Aufsätze: I. Den Insurrectionskrieg in Spanien 1822 und 1823. II. Die Lebensbeschreibung des k. k. FMLts. Theodor Milutinovich von Milovsky, Freiherrn von Weichselburg. III. Die Schlacht bei Hanau am 30. October 1813. IV. Die Operationen der verbündeten Heere gegen Paris im März 1814. (Fortsetzung.) Der 25. März: Nr. 36. Die Schlacht bei Fere Champenoise. Mit dem Plane des Schlachtfeldes. V. Neueste Militärveränderungen. — In diesem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1839 der militärischen Zeitschrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

№ 71

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 12. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 10. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.600	283. 4l. 4p.	+ 1.5	NW.	still.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.672	28 5 3	+ 2.2	NW.	schwach.	Regen und Schnee.
	10 Uhr Abends.	27.746	28 6 2	+ 0.4	NW.	mittel.	Schnee.

Spanien.

Eine außerordentliche Beilage zum Bayonner Phare vom 28. Februar bestätigt die gestern, aus dem Messager mitgetheilte, Nachricht von der zwischen Don Carlos und Maroto Statt gefundenen Aussöhnung, und gibt außerdem noch verschiedene Actenstücke, die sich auf diese Begebenheit beziehen: 1) Einen Bericht oder vielmehr eine Vorstellung Maroto's an Don Carlos; 2) eine Erklärung des Don Carlos, datirt aus Villafranca vom 24. Februar; 3) zwei Decrete des Don Carlos, durch deren eines das bisherige Ministerium entlassen und durch das andere der General Montenegro zum Kriegsminister ernannt wird. „Diese officiellen Documente," sagt Galignani's Messenger, aus dem wir diese Nachrichten entlehnen, „sind durch die beiden Adjutanten, welche Maroto ins Hauptquartier des Don Carlos geschickt hatte, nach Tolosa gebracht worden. Maroto sagt in seinem, aus Estella vom 20. Februar datirten Berichte, daß die Gleichgültigkeit, mit welcher Don Carlos seine frühern Vorstellungen zu Gunsten der gerechten Sache aufgenommen, ihn in die harte Nothwendigkeit versetzt habe, die neuerlichen militärischen Executionen in der Absicht anzuordnen, Ordnung und Mannszucht wieder herzustellen, und daß noch fernere Hinrichtungen nothwendig seyn dürften, um den Triumph einer Sache zu sichern, die nicht bloß die Sache des Königs, sondern auch aller seiner getreuen Vertheidiger sei. Die ganze Armee billige sein (Maroto's) Verfahren und er beschwöre seinen königlichen Herrn, den Rathschlägen eines treuen Dieners Gehör zu leihen und die Beendigung des Bürgerkrieges in Spanien dadurch zu beschleunigen, daß gewisse Personen, welche Zwietracht in seinem Lager nähren, entlassen und an deren Stelle Männer von erprobter Treue und anerkanntem Rufe ernannt werden. Er empfiehlt ferner dem Don Carlos, eine gewisse Anzahl verdienstvoller Chefs, die seit Jahren, durch die Eifersucht und die Intrigue der Verräther, gefangen gehalten werden, in Freiheit zu setzen; am Schlusse erklärt er, daß er entschlossen sei, seinen Character zu reinigen, und sein Verfahren durch Bekanntmachung dieser gegenwärtigen Vorstellung und aller übrigen Acte und Resolutionen, wozu ihn die Umstände späterhin nöthigen dürften, vor der Welt zu rechtfertigen. — Don Carlos drückt in seiner, dem General Maroto mitgetheilten und vom 24. Februar datirten Erklärung die Ueberzeugung aus, daß dieser Carlistische Chef stets mit treuer Anhänglichkeit an seine gerechte Sache gehandelt habe, und kündigt zur Genugthuung für die gekränkte Ehre des Generals an, daß er die von ihm ergriffenen Maaßregeln billige, und fest entschlossen sei, ihn auf seinem Posten an der Spitze der Armee zu lassen. Don Carlos befiehlt ferner, daß sämmtliche Exemplare seiner frühern Proclamation verbrannt, und die gegenwärtige Erklärung dafür bekannt gemacht und drei Tage hintereinander vor der Fronte der Armee vorgelesen werden solle. Dieser Erklärung sind, wie schon erwähnt, zwei königliche Decrete aus Villafranca vom 24. Februar beigefügt, deren eines sämmtliche bisherige Minister entläßt, das andere den Artilleriegeneral Don Juan Montenegro zum Kriegsminister ernennt. Tejeiro und seine Collegen, nebst mehreren ihrer Anhänger haben sich unmittelbar nach ihrer Entlassung nach Segura begeben, von wo sie nach Frankreich escortirt werden sollen. Brigadier Amarillas ist erschossen, und General Balmaseda zum Tode verurtheilt worden."

Am 26. Februar sind gegen hundert zu dem vormaligen Corps Muñagorri's gehörige entlassene Soldaten unter Gendarmeriebegleitung in Bayonne angekommen. Man hat den Einen Pässe gegeben, um sich zu Valcarlos unter die Chapelgorris aufnehmen zu lassen; Andern hat man Ausweise ertheilt, um nach San Sebastian zu gehen und sich dort in Freicorps einzureihen. Einige, die lieber in Frankreich bleiben wollten, erhielten Aufenthaltskarten. Nach einer genauen Rechnung betragen die Carlistischen Deserteure, welche vor und seit dem Einrücken Muñagorri's in Spanien zu ihm stießen, nicht über 57 Mann.

Briefe aus Madrid vom 23. Februar melden: „Die Königinn-Regentinn ist von der Unpäßlichkeit, welche sie befallen hatte, völlig wieder hergestellt, wenn gleich, vermuthlich der etwas rauhen Witterung wegen, noch nicht wieder öffentlich erschienen. Unmöglich ist es, die Folgen zu berechnen, zu denen ein weniger erfreulicher Ausgang, den jene Krankheit hätte nehmen können, geführt haben würde. Bereits baute die Partei der Exaltirten die kühnsten Pläne auf diese von der Vorsehung abgewandte Krisis, und scheute sich nicht, einen Gegenstand so zarter Natur in ihren Blättern auf die roheste Weise zur Sprache zu bringen. — Ueber die Thätigkeit des neuen Ministerpräsidenten hat noch nichts weiter verlautet, als daß er seinen Neffen zum Unterstaatssecretär ernannte. — Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß das Gerücht, die spanische Regierung habe vorgeschlagen, ein mexicanisches Reich unter einem europäischen Prinzen zu errichten, eine reine Erfindung ist. Vermuthlich wird sich die Gaceta von Madrid veranlaßt sehen, dieses Gerücht ämtlich zu widerlegen."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 28. Februar veranlaßte die eben damals bekannt gewordene Nachricht, daß Lord Ebrington zum Lordlieutenant von Irland ernannt sei, die Lords Lyndhurst, Wharncliffe, Wicklow und Roden zu eifrigen Protestationen; sie meinten, daß die Wahl dieses Mannes zu einem solchen Posten die Hoffnungen des Papismus nur beleben

werde, da eine frühere Aeußerung Lord Ebringtons bei Gelegenheit der Debatten über die irländische Zehntenbill auf völlige Vernichtung der protestantischen Kirche in Irland abziele und seine Ernennung daher als eine directe Kriegserklärung von Seiten des Ministeriums gegen die Kirche zu betrachten sei; wenn die Minister also die Ernennung nicht auf der Stelle annullirten, so werde unheilbares Uebel entstehen und Irland, welches unter der Verwaltung Lord Normanby's schon so sehr gelitten habe, dem gänzlichen Verderben preisgegeben seyn. Lord Melbourne und Lord Holland machten indeß darauf aufmerksam, daß es ganz unangemessen sei, auf eine im Unterhause gehaltene Rede hier Bezug zu nehmen, und ersterer wollte überdieß in Lord Ebringtons Rede nichts finden, was ihn zu dem Lordlieutenants-Posten untauglich mache, da sonst auch Mitglieder des Cabinets, die Aehnliches geäußert, eben so untauglich zu ihren Aemtern seyn würden. Lord Brougham wandte sich auch in dieser Sache wieder mehr auf die Seite der Tories, indem er zwar dem geraden und hochherzigen Character Lord Ebringtons alle Gerechtigkeit widerfahren ließ, aber doch meinte, daß er seinerseits nach jener Aeußerung dieses Lords nicht dazu gerathen haben würde, denselben gerade als Lordlieutenant nach Irland zu senden. Hiermit schloß diese Discussion, ohne für jetzt ein weiteres Resultat zu liefern. Sodann wurde die Bill zur Verbesserung des irländischen Armengesetzes zum dritten Male verlesen und angenommen.

In der Sitzung des Unterhauses vom 28. Februar trat H^r. O'Connell mit der ersten von einer Reihe auf Irland bezüglicher Motionen, die er alle drei Wochen fortsetzen will, hervor. Sein heutiger Antrag bezweckte die Gleichstellung des Wahlrechts in England und Irland. Er stellte durch weitläuftige Zahlenangaben das ungleiche Verhältniß der Wählerzahl in beiden Ländern dar, indem zum Beispiel die englische Grafschaft Rutland 1391 Wähler auf eine Bevölkerung von 19,385 Seelen hat, während neun irländische Grafschaften, von denen die kleinste 73,000 und die größte 366,000 Einwohner zählt, zusammen nicht so viele Wähler haben, als jene einzige englische Grafschaft. Lord Morpeth widersetzte sich aber dem Antrage, weil derselbe mit den in der katholischen Emancipationsacte und in der irländischen Reformbill von 1822 sanctionirten Bestimmungen in Widerspruch stehe und nur zu einem Conflict zwischen den beiden Häusern des Parlaments führen würde. Die Motion wurde darauf mit 155 gegen 92 Stimmen verworfen.

Den neuesten Nachrichten aus London vom 2. März zufolge hatte das Unterhaus in seiner Sitzung vom vorhergehenden Tage die Regierung auf den Vorschlag des Generalsecretärs für Irland, Lord Morpeth, zur Einbringung einer Bill ermächtigt, kraft deren Eisenbahnen in Irland auf Kosten des Staats angelegt werden sollen. Der Vorschlag wurde mit 144 gegen 100 Stimmen angenommen.

Consols am 2. März 93¼, ⅞.

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 4. März bringen die ersten Nachrichten von den Wahlen. In Paris wurden vier Candidaten des Ministeriums, General Jacqueminot, Lefebvre, Beudin und de Juffieu gewählt; in zwei Bezirken, dem 11ten und dem 12ten, sollte noch zu einem zweiten Scrutin geschritten werden; in den übrigen acht Bezirken wurden Candidaten der Coalition (Legentil, Ganneron, Salverte, Carnot, Moreau, Galis, Cochin und Garnon) gewählt. Im Allgemeinen war bisher das Resultat von 40 Wahlen zu Paris bekannt, von denen (dem Journal des Debats zufolge) 24 den Ministern und 16 der Coalition angehörten. — Den HH. Odilon-Barrot und Lafflitte ist es nicht gelungen, ihre Erwählung in Paris durchzusetzen; sie sind von ihren ministeriellen Gegnern, Jacqueminot und Lefebvre, aus dem Felde geschlagen worden.

Der Prinz von Joinville ist von der Expedition von Mexico am 2. März Abends in die Tuilerien zurückgekehrt. Der Herzog von Orleans und der Herzog von Nemours waren S^r. königl. Hoheit entgegengeeilt, und in Avranches mit ihm zusammengetroffen. — Der König fuhr am 2. März um halb ein Uhr in Begleitung des Obersten Dumas, des H^rn. Boismilon und zweier Ordonnanzoffiziere nach Versailles, von wo er nach dem Besuche eines Theils der Gallerien um sechs Uhr wieder nach den Tuilerien zurückkehrte. Im Augenblicke, wo der König bei der Abfahrt von Paris sich zwischen Chaillot und der Jenabrücke befand, brach die Achse der Vorderräder am Wagen, worin sich S^r. Majestät befand, und die in starken Trab versetzten Pferde schleppten diesen Wagen gegen 25 Schritte nach sich. S^r. Majestät ward zum Glück nicht verletzt. Sie stiegen aus und begaben sich in einen der Wägen des Gefolges.

H^r. Berryer stand am 28. Februar vor dem Handelsgericht. Der Buchhändler Pilout klagte gegen ihn, daß er ein Werk über die gerichtliche und parlamentarische Beredsamkeit, für welches er Beiträge zu liefern sich anheischig gemacht, unvollendet gelassen. Pilout verlangte 2000 Fr. Schadenersatz, sowohl von Berryer, als von dem Buchhändler Henry, welcher ursprünglicher Verleger gewesen, und die Fortsetzung des Werkes an Pilout abgetreten. Indessen ergab sich aus den Erklärungen Berryers, daß er schon seit 1836 von der Mitwirkung an diesem Werke auf das Verlangen des ersten Verlegers selbst abgestanden sei. Letzterer habe jedoch sich noch immer des Namens Berryer bedient, um Käufer anzulocken. Berryer erklärt die Angabe des ministeriellen Blattes la Presse, es seien ihm für den ersten Band 180,000 Fr. und dann noch weitere 177,800 Fr. ausbezahlt worden, auch dürfe er sich bei seinem Verleger bedanken, daß dieser ihn nicht vor die Zuchtpolizei geladen ꝛc., für schändliche Verläumdungen. Er selbst verlangte, sobald als möglich vor Gericht vernommen zu werden, um nicht am Vorabende der Wahlen unter dem Druck einer ehrverletzenden Beschuldigung zu bleiben. Der Ausspruch des Gerichts war H^rn. Berryer günstig. Er wurde von der Klage entbunden; über den Streit der beiden Buchhändler ward die Entscheidung auf eine andere Sitzung verschoben.

Am 4. März um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 111 Fr. 10. 3 Percents 79 Fr. 20.

Niederlande.

Das Amsterdamer Handelsblad theilt jetzt wörtlich das Protocoll des am 21. Jänner zu Berlin unterzeichneten Handelsvertrags zwischen Holland und den Zollvereinsstaaten mit. 1) Wurde den holländischen Bevollmächtigten angezeigt, die holländische Regierung möge die Einfuhr von Holz zur See nicht erhöhen; 2) wurde eine besondere Bestimmung über Ursprungsbescheinigungen getroffen, so wie 3) auch über die Ursprungsbescheinigungen für die holländischen Colonien Bericht verlangt wurde. 4) Ueber die Emballage des Javazuckers, welche schwerer ist, als die sonstige, wurde bestimmt, daß ihr eine Tara von 10 Pf. pr. preuß. Zentner bewilligt seyn solle. 5) In den Häfen Rotterdam, Dordrecht und Amsterdam sollen die zum Rheinhandel gehörigen Waaren in Entrepots niedergelegt, und von dort dem Mainzer Zolltarif gemäß ausgeladen werden die Erlaub-

nißscheine zur Niederlage sollen nichts kosten, drei Tage lang sollen sie auf Kosten der Verwaltung bewahrt werden. In den Entrepots dürfen sie sortirt und verpackt werden. Die transitirenden Waaren sollen keine Kosten für Declaration, Visitation, Expedition u. s. w. tragen. Ueber eine Eisenbahn am rechten Rheinufer bis an die holländische Gränze wurde erklärt, daß man eine Concession der Art ertheilen, auch eine solche Bahn wohl fördern würde, daß aber Geldunterstützung oder Garantien nicht zugesichert werden könnten, wobei man bemerkte, der etwanige Transit auf einer Eisenbahn werde wohl eventuell dem durch die Flüsse gleichgestellt werden. Der Tractat betrifft alle Zollvereinsstaaten, so wie die Enclaven anderer Staaten, welche dem Vereine sich angeschlossen haben.

Belgien.

Der Moniteur Belge vom 2. März theilt wieder zwölf Petitionen, darunter von den Handelskammern von Brügge und Charleroi, so wie von dem Gemeinderath von Spa, zu Gunsten der Annahme des Tractats, und sieben aus kleinern Orten dagegen mit. Die letzteren enthalten 957 Unterschriften, von denen 831 unleserlich sind.

Der Commerce Belge versichert, daß Befehl ertheilt ist, die ganze Reserve, die seit einigen Monaten einberufen ist, wieder nach Hause zu schicken. „Diese Maaßregel," sagt das Journal, „wird die besten Folgen haben; sie wird die Kosten einer unnütz gewordenen Rüstung verringern und dem Ackerbau und der Industrie die Arbeiter zurückgeben."

Der bisher sehr kriegslustige Observateur fängt an einzusehen, daß es mit dem Systeme des Widerstandes vorbei ist. „Deputirte," sagt er, „welche wir bis jetzt in den Reihen der Opposition gesehen haben, sind zum Ministerium übergetreten und haben gegen die Vorlegung der Actenstücke gestimmt. Männer, die erst seit kurzem in der Kammer sind, haben das Vertrauen in das Cabinet so weit getrieben, daß sie das Mittel, sich zu belehren, von der Hand gewiesen haben. Wer kann dann Hrn. de Theux tadeln, daß er nichts sagen will? Was braucht er liberaler zu seyn, als die Kammer? Der Observateur gesteht, daß er mit Erstaunen und Schmerz die Majorität dem Ministerium sich anschließen gesehen hat."

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel vom 3. März Nachmittags 4 Uhr: „Es verbreitet sich das Gerücht, Hr. Hody, der Chef unserer Polizei, sei gestern Abends nach Lüttich abgereist, um die Existenz eines Complotts gegen die Sicherheit des Staates zu constatiren. Die Reise soll zugleich zum Zweck haben, die Redacteure des Espoir zu verhaften. Der Observateur will diese Nachricht jedoch nicht verbürgen. — Barthels ist vorgestern um 9 Uhr nach dem Appellhofe vor den Rath Corbisier gebracht worden. Nach einem Verhör, das länger als sechs Stunden dauerte, wurde er unter Escorte eines Huissiers und eines Gendarmen nach dem Gefängnisse zurückgeführt. Der Generaladvocat de Bavay ist mit den Functionen des öffentlichen Ministeriums beauftragt. Kats ist gestern Morgens von 9 bis 2 Uhr verhört und hierauf wieder in strenge Haft gebracht worden."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung meldet aus Hannover vom 4. März: „Die allgemeine Ständeversammlung ist vorgestern Abends auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Das diese Anordnung und deren Beweggründe enthaltende königliche Schreiben hoffen wir nächstens mittheilen zu können.

Se. Majestät der König von Baiern hat aus Veranlassung der traurigen Folgen, welche in jüngster Zeit die unter Studierenden vorgefallenen Duelle gehabt haben, Sich bewogen gefunden, die Vorschriften über Studien und Disciplin der Studierenden an den baierischen Hochschulen im Tit. VII. Abschnitt C. §. 101 bis 120 incl. abzuändern und zu ergänzen, und es treten in dessen Folge an die Stelle der bezeichneten Abtheilung der Universitätssatzungen die nachstehenden, unterm 13. Februar ergangenen allerhöchsten Bestimmungen: „§. 1. Alle Selbsthülfe (mit alleiniger Ausnahme des in dem baierischen Strafgesetzbuche bestimmten Falles gerechter und unta-delhafter Nothwehr), dann jede andere Art von Zweikampf und alle Theilnahme an demselben sind auf das strengste verboten, und werden nach den Gesetzen und außerdem noch mit Relegation, oder Dimission oder Consilium abeundi, oder schwerem Carcer bestraft. §. 2. Die Zuerkennung dieser Strafe steht ausschließend den Universitätsbehörden zu, welche sich hierbei nach folgenden Bestimmungen zu richten haben. §. 3. Duelle, bei welchen lebensgefährliche Verwundung oder Tödtung verabredet worden, sollen — wenn solche Tödtung oder Verwundung wirklich erfolgt ist — die Relegation für immer mit Schärfung, wenn aber der verabredete Erfolg ohne Willensänderung der Duellanten durch sonstige Ursachen verhindert worden ist, Relegation für immer, sowohl für Duellanten, als für alle Theilnehmer nach sich ziehen. §. 4. Wenn ein Duell auf Pistolen, Stoßwaffen, oder krumme Säbel, oder auch auf einfache Hiebschläger, ohne Anwendung der hierbei gebräuchlichen Bedeckungen vollzogen worden ist, so werden, ohne alle Rücksicht darauf, ob eine Verwundung erfolgt ist, oder nicht, die beiden Duellanten, die Secundanten, Zeugen und Cartelträger, dann diejenigen, welche das Duell in solcher Weise auf ihren Zimmern zugelassen, Pistolen, Stoßwaffen oder krumme Säbel zu diesem Zwecke hergeliehen, oder zugetragen, endlich die immatriculirten Doctoren oder Studierenden der Medicin oder Chirurgie, welche, um ärztliche Hülfe zu leisten, dem Duell beigewohnt haben, mit Relegation für immer bestraft. §. 5. Wenn ein Duell auf gerade, abgerundete und rückwärts abgestumpfte Hiebschläger mit der gewöhnlichen Bedeckung des Kopfes, Halses, Armes und Unterleibes Statt gefunden hat, so werden die Duellanten, wenn das Duell keine Folge gehabt hat, mit zweijähriger Dimission, im entgegengesetzten Falle aber mit Relegation auf die ganze Dauer der vorschriftsmäßigen Universitätszeit bestraft. Gegen die Secundanten und Zeugen eines solchen Duelles tritt in dem ersterwähnten Falle Dimission auf ein Jahr, im zweiten Falle aber Dimission auf zwei Jahre ein. Mit gleichen Strafen ist gegen Studierende der Medicin oder Chirurgie einzuschreiten, welche, um ärztliche oder wundärztliche Hülfe zu leisten, dem Duelle beigewohnt haben. §. 6. Diejenigen, welche ihre Zimmer den Duellanten einräumen, die Waffen oder andere zum Duell gehörige Gegenstände aufbewahren, herleihen oder zutragen, sollen, wenn das Duell keine Folge gehabt hat, mit dem Consilium abeundi auf zwei Jahre, im entgegengesetzten Falle mit Dimission auf ein Jahr bestraft werden. §. 7. Gleich den Duellanten wird bestraft, wer einen der Duellanten absichtlich zum Zweikampf bewogen, Zwistigkeiten in der Absicht, um das Duell hervorzurufen, veranlaßt, den einen oder andern Theil zum Duelle bei einem ohne seine Mitwirkung entstandenen Zwiste ermuthigt, oder von dem Rücktritte vom Duelle durch Rath oder That abgehalten hat, insbesondere jedes Mitglied einer Studentengesellschaft, welches bei der Wahl eines Mitgliedes zur Vertretung der Verbindung durch den Zweikampf mitgewirkt hat. §. 8. Jeder Studierende, der bei einem Duelle Zuschauer war,

oder von ihm Kunde hatte, ohne Anzeige davon zu machen, wird, so wie derjenige, welcher einem Theilnehmer am Duell auf irgend eine Weise beförderlich war, zum Beispiel die Spuren des Zweikampfes vertilgte, die Entdeckung des Thäters oder der That absichtlich hinderte, im Falle des §. 3 mit Dimission auf zwei Jahre, im Falle des §. 4 mit Dimission auf ein Jahr, im Falle des §. 5 bei einem Duelle ohne Folgen mit dem consilio abeundi auf ein Jahr, und bei einem Duelle mit Folgen mit dem consilio abeundi auf zwei Jahre bestraft. Gegen Mitglieder einer Gesellschaft, welche ämtlich um diejenigen befragt, die ein Mitglied zu Verbindung durch Zweikämpfe gewählt haben, solche namhaft zu machen sich weigern, oder um die untersuchende Behörde irre zu führen, vorsetzlich falsche Angaben machen, soll, wenn sie ihre Abwesenheit bei dem Wahlacte nicht zu erweisen vermögen, mit einjähriger Dimission verfahren werden. §. 9. Der Versuch eines auf lebensgefährliche Verwundung oder Tödtung verabredeten Duells soll mit Dimission auf ein bis drei Jahre — der Versuch eines im §. 4 bezeichneten Duells mit Dimission von ein bis zwei Jahren belegt werden. Bei dem Versuche eines im §. 5 bemerkten Duells darf niemals auf eine geringere Disciplinarstrafe als auf die Unterschrift des consilii abeundi, oder bei besonders mildernden Umständen auf Carcerstrafe von 14 Tagen erkannt werden. §. 10. Wer absichtlich Duelle oder Händel sucht, wird mit Entlassung oder nach Umständen mit Relegation bestraft. §. 11. Wer Einem wegen Nichtannahme eines Duells Vorwürfe macht, wird mit schwerer Carcerstrafe und Unterschrift des consilii abeundi, wer denselben aber deßhalb beschimpft, mit consilium abeundi auf ein Jahr, und wer ihn thätlich mißhandelt, mit consilium abeundi auf zwei Jahre, oder nach Umständen und in Wiederholungsfällen mit Dimission oder selbst Relegation beahndet. §. 12. Die von dem Universitätssenate erkannte Disciplinarstrafe wird auf die in den gegenwärtigen Vorschriften bestimmte Art vollzogen, und es findet gegen dieselbe kein Recurs Statt. §. 13. Jede Verfehlung der Studierenden gegen vorstehende Bestimmungen, insofern dieselbe die Entlassung aus dem Universitätsverbande zur Folge haben kann, hemmt an sich schon den Lauf der vorschriftmäßigen Aufenthaltszeit an der Universität, und es darf einem solchen Studierenden kein Schlußzeugniß ertheilt werden, auch wenn derselbe während der gerichtlichen oder polizeilichen Untersuchung die Zeit des vorschriftmäßigen Aufenthalts an der Universität beendigt hatte. §. 14. In Ansehung der Verfügung der Disciplinarstrafen durch die Universitätsbehörden hat es bei den gegebenen Vorschriften sein Verbleiben. Der Universitätssenat wird jedoch niemals unterlassen, von dem Stande einer wegen Duells gegen Studierende eingeleiteten Untersuchung sich von Zeit zu Zeit durch Rücksprache mit der Untersuchungsbehörde zu unterrichten, um hierdurch die rechtzeitige Mittheilung des strafgerichtlichen oder polizeilichen Erkenntnisses zu bewirken. §. 15. Auf die oben bestimmten Strafen soll um so fester gehalten werden, als dem Rector und sämmtlichen Professoren zur Pflicht gemacht wird, die zwischen Studierenden vorfallenden Ehrensachen als Vermittler auf eine das Ehrgefühl derselben möglichst schonende Art auszugleichen. §. 16. Alles Fechten außerhalb des öffentlichen Fechtbodens und das Fechten in diesem ohne Leitung des dafür aufgestellten Fechtmeisters ist strenge verboten, und wird mit dem consilio abeundi bestraft. §. 17. Gast-, Schenk-, Speise- oder Kaffehwirthe, Hauseigenthümer und Zimmervermiether, welche in ihren Wohnungen die in diesen Satzungen verbotenen Zusammenkünfte der Studierenden dulden, welche von den darin verübten gesetzwidrigen Handlungen Kenntniß haben, und dieselben nicht sogleich mit Benennung der Theilnehmer der Universitätsbehörde anzeigen, unterliegen den bestehenden Polizeistrafgesetzen. §. 18. Aeltere Studierende, welche über die jüngeren oder neu angekommenen eine Obergewalt sich anmaaßen, oder darauf ausgehen, sie durch öffentlichen Spott, durch ungeziemende Namen und Verwehrung des Umgangs mit Andern in ihre Gesellschaft zu ziehen, sind mit geschärfter Carcerstrafe, und nach Umständen selbst mit dem consilio abeundi und der Entlassung zu bestrafen. §. 19. Wer gegen eine Universität, ein Institut, eine Behörde oder einen akademischen Lehrer eine sogenannte Verrufserklärung direct oder indirect unternimmt, wird von allen Universitäten der teutschen Bundesstaaten ausgeschlossen, und es soll diese Ausschließung öffentlich bekannt gemacht werden. §. 20. Diejenigen, welche die Ausführung solcher Verrufserklärung vorsätzlich befördern, werden nach Umständen mit dem consilio abeundi oder mit Dimission bestraft. §. 21. Gleiche Strafe, wie die Beförderer vorgedachter Verrufserklärungen, wird diejenigen Studierenden treffen, welche sich Verrufserklärungen gegen Privatpersonen erlauben oder daran Theil nehmen, jedenfalls aber soll jede auf Verrufserklärung in vorstehenden Paragraphen gesetzte Strafe durch vorhergehende strenge Carcerstrafe geschärft werden, wenn die Verrufserklärung gegen einen Stadteinwohner zur Schmälerung seines Gewerbes geschehen ist."

Wien.

Den gestrigen Vormittag widmeten Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland der Besichtigung verschiedener Merkwürdigkeiten dieser Hauptstadt, namentlich der Kathedrale von St. Stephan und mehrerer anderer Kirchen.

Mittags speiste der Großfürst bei dem k. k. ersten Obersthofmeister Fürsten von Colloredo.

Den Abend brachten Se. kais. Hoheit in der Villa des Haus-, Hof- und Staatskanzlers Se. k. k. Majestät, Fürsten von Metternich, am Rennwege zu, um daselbst einer theatralischen Vorstellung beizuwohnen, welche Ihre kaiserlichen Majestäten, Ihre kais. Hoheiten die durchlauchtigsten Erzherzoge und Ihre kais. Hoheit die Frau Erzherzoginn Sophie mit Ihrer Gegenwart zu beehren geruhten.

Se. k. k. apost. Majestät haben mittelst allerhöchsteigenhändig unterzeichneten Diploms den Hofrath und Präsidiumsverweser bei dem Gubernium für Tyrol und Vorarlberg, dann Ritter des königl. ungarischen St. Stephanordens, Robert Benz Ritter von Abkron, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Freiherrnstand des österr. Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Am 11. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 9/16
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 1/16
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/16
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	669 1/16
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		64 1/16
Bankactien pr. Stück —— in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1-K. ZEITUNG 1839

№ 72

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 13. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 11. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.829	28. 7 Z. 2 P.	— 0.3	NW.	mittel.	Sonne und Wolken trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.807	28 6 11	+ 1.8	NW.	schwach.	
	10 Uhr Abends.	27.842	28 7 4	— 0.4	NNW.	—	—

Spanien.

Die Pariser Journale vom 5. März bringen nun die Actenstücke, welche der Bayonner Phare vom 28. Februar in einer außerordentlichen Beilage mitgetheilt hatte. — Das erste ist der Bericht oder die Vorstellung des Generals Don Rafael Maroto an Don Carlos; sie lautet folgendermaaßen: „Die Gleichgültigkeit, mit welcher Ew. königl. Majestät meine Klagen zu Gunsten Ihrer gerechten Sache aufgenommen haben, seitdem ich die Ehre hatte, mich zu Ihren königlichen Füßen im Königreiche Portugal zu werfen, um diese Sache zu vertheidigen, und ganz besonders während meiner bittern Streitigkeiten mit dem General Moreno, der meine Dienste verdunkeln und verkleinern wollte, die ich in der gegen den Rebellen Espartero auf den Höhen von Arrigoriaga gelieferten Schlacht geleistet, eine Schlacht, welche die Beendigung des Krieges hätte herbeiführen sollen und können, weil der Feind auf sehr wenige Streitkräfte rechnen konnte, zumal nach der Uebergabe von Bilbao, die unfehlbar erfolgt seyn würde, da die ganze Armee, die daselbst eingeschlossen war, so wie die englische Division, schon in Schrecken versetzt waren, ohne Lebensmittel für länger als acht Tage, ihr Chef verwundet, und bei der bestimmten Zuversicht, welche ich hatte, daß auch nicht Ein Mann hätte entkommen können, was den ungehinderten Marsch Ew. Majestät auf Madrid unfehlbar herbeiführte, wobei durch die Besitznahme Ihrer Hauptstadt die Ströme Blutes, die seither geflossen sind, vermieden worden wären; — Alles dieses, Sire, hat mich in die harte Nothwendigkeit versetzt, nicht die Ew. Majestät schuldige Achtung zu verletzen, sondern einige Maaßregeln zu ergreifen, welche für die Zukunft die Ordnung, die Unterwürfigkeit, die Militärdisciplin und die Achtung sichern werden, welche die übrigen Classen wegen des Postens für mich hegen müssen, zu dem ich mit Ehre gelangt bin, und auf dem ich meinem Vaterlande und meinem Könige stets mit Nutzen gedient habe. — Ich habe gestern die Generäle Guergue, Garcia, Sanz, den Brigadier Carmona und den Intendanten Uriz erschießen lassen und bin entschlossen, nach den Beweisen von einem aufrührerischen Attentate, die ich in Händen habe, auch noch andere erschießen zu lassen, die ich ohne Rücksicht auf Personen und Rang werde verhaften lassen, indem ich von der Ueberzeugung durchdrungen bin, daß ich durch diese Maaßregeln den Triumph jener Sache sichere, die ich zu vertheidigen versprochen habe, und die nicht nur die Sache Ew. Majestät allein, sondern auch jene mehrerer Tausend Individuen ist, welche geopfert seyn würden, wenn diese Sache verloren ginge. Zur Unterstützung meiner Beschlüsse habe ich den Gesammtwillen der Armee so wie des Volkes für mich, die schon müde sind, den krummen und feilen Gang aller derjenigen länger zu dulden, die das Steuer jenes den Wogen preisgegebenen Schiffes geführt haben, das doch von Ferne schon den Hafen des Heils erblickte. — Möge doch einmal, mein König und Herr, die Stimme eines getreuen Unterthans zu Ihrem Herzen dringen, damit Sie der Stimme der Vernunft Gehör geben und Sich überzeugen, daß Sie durch die eigennützigen Absichten aller derer, die bisher Ihre Rathgeber waren, getäuscht worden sind. — Die edelste, einfachste und unfehlbarste Maaßregel, um Alles auszusöhnen, liegt in den Händen Ew. Majestät. Ew. Majestät kennen die Keime der Zwietracht, die von Personen Ihres königlichen Hauptquartiers gesäet und genährt werden; — befehlen ihnen Ew. Majestät unverzüglich nach Frankreich abzugehen, und Friede, Eintracht und Freude werden unter Ihren Vasallen herrschen; im entgegengesetzten Falle, Sire wenn die Leidenschaften auf einen gewissen Grad der Hitze gelangen, vervielfältigen sich die Ereignisse und die Unglücksfälle verketten sich; ich sage die Unglücksfälle, weil man die Nothwendigkeit, an das Leben seines Gleichen Hand anzulegen, stets als solche betrachten muß. — Ich war bereits entschlossen, mich zurückzuziehen, um bei meinen Kindern zu leben, weil ich, Sire! nicht gekommen bin, Ew. Majestät zu dienen, um dadurch Glücksgüter oder einen Namen zu suchen; aber gegenwärtig kann ich es nicht mehr thun; ich habe meine Existenz dem Wohle und Glücke der Völker und der Armee, die diesen Provinzen angehören, geweiht, und deßhalb bitte ich Ew. Majestät wiederholt, dem Wunsche nachzugeben, und dasjenige zu gewahren, wonach Alle verlangen, und vielleicht werden Sie

ſo die Beendigung eines Krieges erleichtern, der den ſpaniſchen Boden mit unſchuldigem Blute überſchwemmt, mit Blut, das durch den Eigenſinn und die Wildheit einiger Ehrſüchtigen vergoſſen wurde. — Ich habe ſchon mehrmalen Ew. Majeſtät die Perſonen namhaft gemacht, die ſich durch ihre Handlungen den allgemeinen Haß zugezogen haben, und Sie haben diejenigen ſehr nahe um Sich, die eines guten Rufes unter uns genießen; rufen Sie Ew. Majeſtät an Ihre Seite zur Leitung und Berathung aller Angelegenheiten, die uns im gegenwärtigen Augenblicke beſchäftigen; bald werden Sich Ew. Majeſtät überzeugen, daß dieß das einzige Mittel iſt, gerecht und klug zu handeln. — Ew. Majeſtät halten ſeit Jahren Chefs von Verdienſt in ſtrengen Gefängniſſen eingeſperrt, welche nur die Eiferſucht oder die ſchwärzeſte Intrigue Ew. Majeſtät als Verbrecher oder Verräther darſtellen konnte; und nach dieſen Angaben hat man ſie auch in Unterſuchung gezogen, aber auf eine ſo dunkle Weiſe, aus bloßer Bosheit, daß ganz Europa darüber in Erſtaunen iſt. Ew. Majeſtät müſſen einſehen, daß es eine beſondere Hartnäckigkeit iſt, die in dem königlichen Decrete, das man Ihnen zur Unterzeichnung vorlegte und ſo ſchnell nach Ihrer Rückkehr in dieſe Provinzen bekannt machen ließ, ausgeſprochene Meinung zu behaupten. Ew. Majeſtät können nicht alles vergeſſen haben, was ich hierüber dem Secretär Don Joſe Arias Teijeiro geſagt habe, um zur Kenntniß der Urheber einer ſo compromittirenden Handlung zu gelangen. — Ich muß im Angeſichte der ganzen Welt, die mich beobachtet, meine Ehre retten, und mein Betragen rechtfertigen; folglich werden mir Ew. Majeſtät erlauben, dieſe ehrfurchtsvolle Darſtellung, ſo wie alle Acte, die ich in Folge der gegenwärtigen Verhältniſſe vorzunehmen genöthigt ſeyn könnte, durch die Preſſe bekannt zu machen. — Gott erhalte die königliche Perſon Ew. Majeſtät noch viele Jahre zum Wohle Ihrer Vaſallen. Hauptquartier zu Eſtella den 20. Februar 1839. Sire, zu den königlichen Füßen Ew. Majeſtät, Ihr Vaſall und General, Rafael Maroto."

Das zweite Actenſtück iſt die königliche Reſolution, an den Kriegsminiſter gerichtet, und von dieſem dem General Don Rafael Maroto mitgetheilt; ſie lautet folgendermaaßen: „Stets von den Grundſätzen der Gerechtigkeit und Redlichkeit beſeelt, die Ich bei Ausübung aller Acte Meiner Souverainetät an den Tag gelegt habe, mußte Ich in hohem Grade erſtaunt ſeyn, als Ich aus neuen Aufſchlüſſen und getreuen Informationen erſehen und erfahren habe, daß der Generallieutenant, Chef des Generalſtabs, Don Rafael Maroto, vollkommen nach ſeinen Attributionen und geleitet von den Geſinnungen der Liebe und Treue, die ihn zu Gunſten Meiner gerechten Sache in ſo hohem Grade auszeichnen, gehandelt hat. — Ich bin vollkommen überzeugt, daß, wenn getäuſchte Hoffnungen, auf irrige Anſichten (wenn ſie nicht das Reſultat einer verbrecheriſchen Bosheit ſind) gegründet, Meinem königlichen Vertrauen übertriebene oder in treuloſer Abſicht entſtellte Thatſachen vorſtellen konnten, die ſeiner gekränkten Ehre gebührende Genugthuung nicht länger vorenthalten werden dürfe. Ich billige daher die von beſagtem General ergriffenen Maaßregeln und will, daß er, wie zuvor, an der Spitze Meines tapfern Heeres bleibe. Ich hoffe von ſeiner erprobten Rechtlichkeit und ſeinem Patriotismus, daß, wenn er von einer beleidigenden Erklärung gekränkt ſeyn konnte, dieſe gegenwärtige jenen Eindruck verwiſchen und er ſich verſichert halten wird, Meine königliche Gnade und die Wiederherſtellung ſeines verletzten Rufes wieder erlangt zu haben. — Ich will ſonach, daß alle Exemplare des bekannt gemachten Manifeſtes eingeſammelt und verbrannt und an deren Stelle die gegenwärtige Erklärung, welche der Ausdruck Meines ſouveraiken Willens iſt, gedruckt und in Umlauf geſetzt werden ſolle, wobei Ich zugleich verordne, daß ſelbe als Tagsbefehl bei der Armee bekannt gemacht und drei Tage hintereinander vor der Fronte der Bataillons verleſen werde. Im königlichen Hauptquartier zu Villafranca, den 24. Februar 1839. Von der Hand des Königs unterzeichnet."

Außer obiger Erklärung, die im Boletin del Cuartel Real vom 24. Februar abgedruckt iſt, enthält das gedachte Boletin noch fünf andere königliche Decrete; durch eines derſelben wird die Dimiſſion der bisherigen Miniſter angenommen; ein zweites ernennt den Artilleriebrigadier Don Juan Montenegro zum Kriegsminiſter; ein drittes den Don Paulino Ramirez de la Piscina zum Staatsſecretär der auswärtigen Angelegenheiten; durch ein viertes wird die bisherige Conſultativjunta des Kriegsminiſteriums aufgehoben.

Späteren Nachrichten aus Villafranca vom 25. Februar zufolge ſoll der Erzbiſchof von Cuba zum Präſidenten des Conſeils ernannt worden ſeyn. Ferner hieß es, daß die Generäle Villareal, Zariategui, Elio und andere Chefs, die ſeit geraumer Zeit außer Activität geſetzt und zum Theil verhaftet worden waren, bereits in Freiheit geſetzt worden ſeien. Villareal ſoll, dem Vernehmen nach, das Commando von Alava, Simon Latorre das Commando von Biscaya und Iturriaga das Commando von Navarra erhalten.

Ein Schreiben aus Irun vom 25. Februar gibt folgende Details über Maroto's Einrücken in Toloſa am 23. gedachten Monats. An dieſem Tage, als eben die (erſte) Proclamation des Don Carlos in der Stadt angeſchlagen wurde, mit dem Befehle, auf Maroto und ſeine Anhänger zu feuern, erſchien ein von dieſem General abgeſchickter Ordonnanzoffizier, mit der Weiſung an die Behörden, alles zu ſeiner Aufnahme vorzubereiten. Augenblicklich entſtand die größte Verwirrung, die Kaufläden wurden geſchloſſen und viele Einwohner verließen die Stadt mit Sack und Pack. Maroto erſchien Nachmittags mit ſeiner Cavallerie unter dem Rufe: Es lebe Carl V.! der von ſeinen Soldaten mit dem Rufe: Es

lebe Don Rafael Maroto! erwiedert wurde. Es wurde nicht der geringste Versuch gemacht, Maroto's Einrücken in die Stadt zu hindern, welcher das Volk und die Truppen auf dem öffentlichen Platze anredete und selben verkündete, daß er so eben Verräther bestraft habe und nun auf dem Wege zu Don Carlos sei, um über sein Verfahren Rechenschaft zu geben, und ihm die Beweise des Verraths der Offiziere vorzulegen, welche hingerichtet wurden. — Man wundert sich sehr über die Unthätigkeit Espartero's, der von den vorgefallenen Ereignissen sehr bald Kunde erhalten haben mußte, da die Entfernung zwischen Estella und Logroño sehr gering ist. — Dem Phare zufolge war die Nachricht von der Aussöhnung des Don Carlos mit Maroto bereits ins Bastanthal gelangt, wo sie von den Behörden angekündigt und durch Freudenschüsse gefeiert wurde.

Einem Schreiben aus Saragossa vom 25. Februar (im Bayonner Phare) zufolge stand Cabrera Tags zuvor mit zwei Bataillons und einigen Pferden in Hijar und Llangostera mit 6 bis 7 Bataillons und einer zahlreichen Cavallerie in Vifiedo. Der Christinische General Ayerbe rückte gegen letztern Ort. Man wundert sich fast mehr über die Unthätigkeit der Christinischen Generäle, die keinen Versuch machen, Cabrera auf seinen Streifzügen zu beunruhigen, als über die Kühnheit dieses Chefs, der mit so schwachen Streitkräften mehrere Tage lang in diesem Theile von Arragonien verweilt und ungestört das Land brandschatzt. — General Rodil soll zum Oberbefehlshaber des Centrumsarmee ernannt und van Halen bestimmt seyn, den Baron de Meer in Catalonien zu ersetzen."

Großbritannien und Irland.

Am 1. März saß das Oberhaus nur sehr kurze Zeit. Der Colonialminister Marquis von Normandy versprach, auf eine Frage von Lord Ripon, zur Vervollständigung der canadischen Papiere auch die Vorlegung mehrerer Urkunden, die den Zustand der Staatskirche in Obercanada betreffen. Der neue Lordstatthalter für Irland, Baron Fortescue, welcher Tags zuvor in Folge seiner Ernennung in einer besondern Audienz, wie das üblich ist, Ihrer Majestät Hand geküßt hatte, erschien, um seinen Eid zu leisten und sofort als Pair seinen Sitz einzunehmen, unglücklicherweise hatte er aber das Writ vergessen, das ihn zur Pairswürde befördert. „Auf der Schwelle straucheln," bemerkt der Morning-Herald, „gilt als ein böses Omen." — Im Unterhause stellte Hr. Hume die Frage, ob dem Herrn Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten ein in einem belgischen und einem englischen Blatte erschienener Artikel zu Gesicht gekommen, der einen angeblichen Plan zur Theilung Belgiens entwickelt, und zu welchem die brittische Regierung ihre Zustimmung erklärt haben soll. Englands Ehre sei hierbei so tief betheiligt, daß er es für die Pflicht des edlen Viscount erachte, jenen Artikel entweder anzuerkennen oder zu desavouiren. — Lord Palmerston erwiederte: „Ich wußte gar nichts von der Existenz des fraglichen Artikels, bis das ehrenwerthe Mitglied für Kilkenny ihn mir gestern zeigte. Mit Vergnügen ergreife ich die Gelegenheit, dem Hause zu versichern, daß für jenen vorgeblichen Plan auch nicht der mindeste Grund vorhanden ist."

Ob der Sergeant Talfourd mit seiner Bill zur Verlängerung des schriftstellerischen Eigenthumsrechts von 28 Jahren, der jetzigen Zeitdauer desselben, auf 60 Jahre in dieser Session glücklicher seyn wird, als in der vorigen, ist noch sehr die Frage, wenngleich dießmal bei der zweiten Lesung derselben die Majorität zu ihren Gunsten doppelt so stark war, als die sich dagegen erklärende Minorität. Zwar hofft Hr. Talfourd, den Widerstand, den sein Vorschlag im vorigen Jahre von Seiten der Buchhändler fand, die das Unterhaus mit Bittschriften gegen die Bill bestürmten, dadurch beseitigt zu haben, daß er seiner Bill nur auf diejenigen früheren Werke, deren Verlagsrecht nicht von den Autoren an Buchhändler verkauft worden, rückwirkende Kraft gegeben wissen will, während er voriges Jahr verlangte, daß das Verlagsrecht nach Ablauf der gegenwärtigen Termine von den Buchhändlern wieder an die Schriftsteller zurückfallen und diesen oder ihren Erben dann so lange gehören sollte, bis die 60 Jahre des neuen Termins abgelaufen wären. Aber nun hat er es noch mit den Buchdruckern, Setzern, Buchbindern und Allem, was bei der Verfertigung der Bücher beschäftigt und interessirt ist, so wie mit den Oekonomisten zu thun. Jene nämlich fürchten, daß es, wenn die Talfourd'sche Bill durchginge, weniger Arbeit für sie geben würde, und diesen kommt es hauptsächlich auf die Wohlfeilheit der Bücher an, unbekümmert um den geistigen Werth derselben oder verlangend, daß die Schriftsteller das Gute unter denselben Bedingungen liefern müßten, wie das Schlechte. Diese beiden Parteien haben ihre Hauptvertreter in den HH. Hume und Warburton gefunden. Der erstere hat ihre Bittschriften überreicht, und der letztere hat angekündigt, daß er, wenn Hr. Talfourd seine Bill in den Ausschuß bringen werde, sein Möglichstes aufbieten wolle, ihre Verwerfung herbeizuführen. Das Ministerium verhält sich gleichgültig gegen die Sache und überläßt es seinen Mitgliedern, nach Gutdünken dafür oder dawider zu stimmen. Es ist daher über die Entscheidung gar nichts mit Gewißheit vorauszusehen, und die bedeutende Majorität in der Sitzung des Unterhauses vom 27. Februar gibt auch keinen Anhalt, weil an jenem Abend überhaupt nur 110 Mitglieder im Hause anwesend waren.

Obgleich die Getreidefrage für den Augenblick im Parlamente beseitigt ist, so wird sie doch bald von neuem und ernstlicher wieder zur Sprache kommen, denn Hr. Cayley will am 12. März einen förmlichen Antrag auf Abschaffung der gegenwärtigen Korngesetze stellen. Auffallend ist es, daß die Morning-Chronicle in dieser Sache mit Einem Male sehr heftig gegen gegen das Ministerium eifert, wogegen der Courier die angegriffenen Minister in Schutz nimmt. Mit Bezug auf die Korngesetze sagt die Chronicle: „Wissen die Minister wohl, was sie thun? Beachten sie wohl die Massen, welche sie nicht zum Torysmus hin, sondern in die Reihen jener neuen Feindseligkeit treiben, die ihre Gleichgültigkeit gegen eine so haushälterische Reform, wie diese, erzeugt hat? Beachten sie den Unwillen über ihre Trägheit, der zahlreiche, sonst gewöhnlich selbst träge Volksclassen in Allarm bringt, und die Schmach, die sie auf sich laden, indem sie vor den ersten Pflichten einer Verwaltung zurückweichen? Gott im Himmel, ist dieß eine Sache, wobei ein Ministerium sich erst drängen, treiben und hetzen lassen muß, ehe es sich bewegt? Wozu ist denn ein Ministerium überhaupt da? Wenn es irgend einen Gegenstand gibt, hinsichtlich dessen es dem Volke voraus-

eilen, hinsichtlich dessen es seine Augen öffnen und eine kluge Voraussicht zeigen sollte, ehe die Menge zu fühlen beginnt, so ist es dieser." Der Courier aber antwortet hierauf: „Bei all unserm Eifer gegen die Korngesetze, die den Wohlstand Englands untergraben und zuletzt einen Nationalbankrott oder, was eben so viel ist, eine Entwerthung der Landesvaluta herbeiführen müssen, — denn wir können unsern Staatsgläubigern die Zinsen nicht mehr in Gold zahlen, wenn unsere Fabrikanten erst ihres auswärtigen Handels beraubt sind, und Jedermann sieht ein, daß die Fabrikanten des Auslandes jetzt mit denen von Großbritannien hart um die Wette laufen, und daß am Ende derjenige der Concurrenten, der die schwersten Lasten zu tragen hat, in diesem Wettlauf unterliegen muß, — bei alledem halten wir doch die Korngesetzfrage für eine solche, bei der die Minister wohl entschiedenere Demonstrationen von Seiten des Landes erwarten konnten. Wie kann man von ihnen verlangen, daß sie sich auf einen Kampf einlassen sollen, in welchem die Niederlage gewiß ist, und wenn nicht eine unverkennbare Kundgebung von Volksenthusiasmus in diesem Kampfe sie unterstützt, so würden die Minister bei einem Versuch, die bestehenden Korngesetze zu ändern, jedenfalls unterliegen. Ist aber wohl bis jetzt in irgend einer Stadt oder Grafschaft, die von einem Vertheidiger der Korngesetze repräsentirt ist, die geringste Vorbereitung getroffen worden, ihren Repräsentanten im Fall einer allgemeinen Wahl durch einen Andersgesinnten zu ersetzen? Leider müssen wir es sagen, daß selbst von Seiten derjenigen, welche die verderbliche Politik des jetzigen Systems verdammen, eine unverzeihliche Apathie in dieser Sache gezeigt wird."

Zwischen Capitän Marryat und dem Verleger seines „Gespensterschiffes" hat sich ein Prozeß entsponnen. Der Capitän hat nämlich dem Verleger gedroht, den noch nicht erschienenen Schluß jener Erzählung an Verleger in Amerika oder Frankreich zu geben, wenn jener ihm nicht günstigere Bedingungen bewillige, als die in dem bereits abgeschlossenen Vertrage festgesetzten seien.

Frankreich.

Von den bis zum 4. März Abends in Paris bekannt gewordenen 268 Wahlen gehören (dem Journal des Debats zufolge) 140 dem Ministerium oder, wie das gedachte Journal sich ausdrückt, den Constitutionnellen, und 126 der Coalition an; 2 der gewählten weiß das Journal nicht zu classificiren. — Von den 221 sind bisher zehn, von den 213 zweiundzwanzig nicht-wieder gewählt worden; die Constitutionnellen zählen siebzehn neue Deputirte, die Coalition deren zwölf. — Der National rechnet anders, indem er von 275 bisher gewählten Deputirten 148 der Coalition und 127 dem Ministerium zuweist.

Der Prinz von Joinville, welcher am 2. März Abends in den Tuilerien angelangt ist, erfuhr erst zu Brest, wo er am 27. Februar am Bord seiner Corvette, der „Creole," ankam, den Tod seiner Schwester, der verewigten Herzoginn Marie von Würtemberg. Das Journal des Debats und der Amoricain von Brest rechtfertigen den Prinzen gegen die im englischen Parlament und in englischen Zeitungen, so wie in französischen Oppositionsblättern, wider sein Benehmen im Commando der „Creole" erhobenen Anschuldigungen. „Während sechsmonatlicher Kämpfe, Entbehrungen, Gefahren und Prüfungen jeder Art hatte die „Creole" keinen einzigen Kranken an Bord, so aufmerksam und einsichtsvoll wurde für ihre Mannschaft gesorgt; und, obwohl unablässig den in dem mexicanischen Meerbusen herrschenden Nordwinden und den Gefahren einer Winterfahrt ausgesetzt, erlitt sie keine Haverei. Sie kehrte nach Brest zurück, wie sie ausgelaufen war, flüchtig und leicht, ausgezeichnet durch die Genauigkeit und Kühnheit ihrer Bewegungen, ohne andere Beschädigungen, als die durch das mexicanische Geschütz, dessen Spuren ruhmvoll sind." Dann werden die Angaben, als hätte der Prinz in der Havannah Botschaften an den Admiral erbrechen wollen, als hätte er an dem Tage des Angriffs auf San Juan d'Ulloa von dem Admiral einen Verweis erhalten, als wäre endlich bei der Landung in Veracruz seine Benennung der Kaserne ein Verstoß gegen die Befehle des Admirals gewesen, für durchaus grundlos erklärt. In Bezug auf die Wegnahme eines Lootsen, der sich an Bord des englischen Packetboots „Expreß" befand, schreiben die Debats: „Als die französischen Schiffe vor San Juan d'Ulloa sich quer vor Anker legten, um die Beschießung zu eröffnen, wurden alle vor Veracruz liegenden Handelsschiffe genöthigt, unter Segel zu gehen. Der Prinz von Joinville erhielt den Befehl, sich ihrer Lootsen für den Dienst des Geschwaders zu bemächtigen. Es war dieß ein kitzlicher, schwieriger Auftrag. Der Prinz führte ihn aus. Er ließ alle seine Boote in See und hatte binnen kurzem neun Lootsen an Bord. Was der Prinz that, war durch das Völkerrecht gestattet. Man übersehe nicht, daß in diesem Augenblicke ein Theil unseres Geschwaders ein sehr kühnes Manöver inner Kanonenschußweite von der mexicanischen Festung ausführte. Es war Pflicht des Prinzen, schnell und kräftig zu Werke zu gehen. In seinem Eifer scheint er nun ein englisches Packetboot, das weder der Kriegs- noch der Handelsmarine angehörte und allem Anscheine nach nur Briefe zu überbringen hatte, für ein Handelsschiff genommen zu haben. Dieß sein ganzes Verbrechen."

Der Capitän Pattin, Commandant des Dreimasters „Zampa," befand sich am 11. Jänner in der Nähe von Martinique auf offener See. Er erzählt in einem Schreiben an seinen Kaufmann in Havre die Wirkung des Erdbebens auf dem Meere. Um 6 Uhr Morgens war das Meer sehr stürmisch und der westliche Theil des Horizonts mit schwarzen Wolken bedeckt. Vergebens suchte der Capitän durch die trübe Atmosphäre die Küste von Martinique zu entdecken. Plötzlich erbebte das Schiff mit solcher Gewalt, daß Mannschaft und Passagiere glaubten, das Fahrzeug sei auf eine Felsenklippe gerathen. Die Einen liefen nach dem Steuerruder und sahen nach dem Grund des Meeres; der Capitän bestieg den Mastkorb, um zu sehen, ob das Schiff in der Schnelligkeit seines Laufes abgenom-

men. Es war dieß aber nicht der Fall. Man bemerkte bloß, daß die See plötzlich so ruhig, wie in einem Bassin, geworden war, worüber die Mannschaft sich nicht wenig wunderte. Eine Viertelstunde später stürmte das Meer wieder wie zuvor. Man untersuchte nun, ob das Schiff in Folge des Stoßes nicht gelitten, und kein Wasser geschöpft habe. Man sah jedoch keine Spur, und die Mannschaft fing nun an zu vermuthen, daß dieses Phänomen die Wirkung eines Erdbebens gewesen sei. „Um 5 Uhr Nachmittags," fährt der Capitän fort, „liefen wir in die Rhede von Saint-Pierre ein. Dort kam ein Lootse auf unser Schiff. Ich und die Passagiere bestürmten ihn sogleich mit Fragen, und wir erfuhren nun, daß an demselben Tage und zu derselben Stunde ein fürchterliches Erdbeben Statt gefunden, daß ein Theil der Häuser Saint-Pierre's von oben nach unten entzweigerissen worden, und ein Theil der Stadt Fort-Royal zusammengestürzt sei. Nach der Erschütterung, die wir empfunden, wunderte uns dieß keineswegs."

Am 5. März um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 3Percents——. (Brieflichen Nachrichten zufolge schlossen die 3Percents zu 79 Fr. 20.)

Belgien.

Die Sitzung der Repräsentantenkammer wurde am 4. Februar um 1 Uhr eroffnet. Die Tribunen waren stark besetzt. Nach dem namentlichen Aufrufe wurde eine große Anzahl Bittschriften gegen und für die Annahme des durch die Londoner Conferenz vorgeschlagenen Vertrags verlesen. Die letztern sind zahlreicher. Der Secretär verlas hierauf einen königlichen Beschluß vom 28. Februar, wodurch die HH. Dujardin und Smits zu Commissären des Königs ernannt werden, um in Verbindung mit den Ministern den durch die Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, welcher den Zweck hat, den König zur Unterzeichnung des definitven Vertrags zu ermächtigen, zu vertheidigen, und um der Kammer die nöthigen Aufklärungen über die Fragen in Betreff der Schuld und der Schelde zu geben, womit diese beiden Beamten als außerordentliche Commissäre bei der Conferenz von London besonders beauftragt waren. Diese Herren wurden hierauf eingeführt und nahmen Platz auf der Bank, die sich hinter jener der Minister befindet. Hierauf erklärte der Präsident die Sitzung für eröffnet. Hr. Dusquesne erörtert die Nothwendigkeit, den Tractat anzunehmen. Hr. Schuyven, Deputirter des abzutretenden Limburgs, bekämpft das Ministerium mit heftigen Worten und verwirft den Tractat. Nach ihm besteigt Hr. Nothomb die Rednerbühne. So weit gehen die Nachrichten bis 4. März Abends.

Ein Befehl des Kriegsministers ermächtigt den Obersten des in Brüssel garnisonirenden 15ten Reserveregiments, 20 Mann von jeder Compagnie in ihre Heimath zu entlassen. Man glaubt, daß diese Maaßregel sich ebenfalls auf die übrigen Regimenter ausdehnt. Diese theilweise Entwaffnung beweist, daß die Regierung ihre Meinung gebildet hat, und hinsichtlich des Ausganges der parlamentarischen Debatten gewiß ist, weil sie im voraus zur Erleichterung der Lasten, welche die Ungewißheit der Nation auflegte, schreitet.

In dem Börsenbericht aus Brüssel vom 4. Abends heißt es: „Die Haltung der Börse zeigt an, daß wir uns dem Ende der Besorgnisse nähern, und daß der Ausgang der begonnenen Debatten nicht mehr in Zweifel gezogen werden kann. Die größte Ruhe herrscht in der Stadt; bei der Kammer sah man keine Menge. Die militärischen Vorsichtsmaaßregeln waren die nämlichen, wie für die früheren Sitzungen."

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Der Regierungsrath von Zürich hat am 4. März nach langer Debatte auf den Antrag des Regierungsraths Ed. Sulzer mit 10 gegen 8 Stimmen (der Präsident stimmte nicht, war aber entschlossen, den Stichentscheid für die Motion zu machen) in der Strauß'schen Sache folgender Beschluß gefaßt: „Der Regierungsrath, in Betracht, daß die Anstellung des Hrn. Dr. Strauß als Professor der Theologie an der Züricherischen Hochschule eine allgemeine Bewegung im Canton verursacht, und die öffentliche Meinung gegen sich hat; in Erwägung, daß anzunehmen ist, daß unter solchen Umständen die Wirksamkeit des Hrn. Dr. Strauß der nothwendigen Bedingungen einer nützlichen Berufsthätigkeit im Staat ermangelt, beschließt: 1) Der Erziehungsrath wird eingeladen, mit Beförderung in Untersuchung zu ziehen, ob nicht in Anwendung des §. 185 des Gesetzes vom 28. Herbstmonat 1832 über die Organisation des gesammten Unterrichtswesens der Hr. Dr. Strauß der ihm obliegenden Verpflichtungen als Professor der Theologie an der Hochschule enthoben, und demgemäß für anderweitige angemessene Besetzung der hiermit erledigten Stelle gesorgt werden könne; 2) gegenwärtiger Beschluß soll dem Erziehungsrath mitgetheilt, und in das Amtsblatt eingerückt werden."

Teutschland.

Folgendes ist das königliche Schreiben an die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs Hannover, durch welches dieselbe am 2. d. M. Abends vertagt worden ist: „Ernst August ꝛc. ꝛc. Nachdem mehrere Mitglieder der zweiten Kammer der von Uns auf den 15. v. M. berufenen allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs, ohne sich entschuldigt zu haben, überall nicht erschienen sind, Andere, nachdem sie den Beginn der Verhandlungen durch ihre Abwesenheit bis dahin absichtlich unmöglich gemacht, nunmehr theils ihre Resignation als ständische Deputirte zu erkennen gegeben haben, theils im Gefolge ihres ferneren Wegbleibens oder durch ihre Erklärung, die bestehende Verfassung von 1819 nicht anerkennen zu wollen, aufhören, Mitglieder der Versammlung zu seyn, und es auf solche Weise an der zur Fassung

von Beschlüssen in der zweiten Kammer erforderlichen Anzahl von Mitgliedern ungeachtet ihrer vierzehnten Sitzung auch gegenwärtig noch ermangelt; so finden Wir Uns um so mehr bewogen, Unsere getreue Ständeversammlung, wie hiermit geschieht, zu vertagen, als durch das längere Beisammenseyn der erschienenen Deputirten, welche ihrer Pflicht ein Genüge geleistet haben, das Land mit nicht zu rechtfertigenden Kosten belastet werden würde, während unsere landesväterliche Absicht dahin geht, dem Lande in jeder Beziehung unnöthige Ausgaben zu ersparen. Es sollen demnach die zum Ersatz der ausfallenden Deputirten nöthigen Wahlen angeordnet werden. Wir verbleiben Derselben mit Unserer königlichen Gnade und allem Guten wie auch mit gnädigstem Willen stets beigethan. Hannover, den 2. März 1839. Ernst August. G. Freiherr von Schele."

Ungarn.

Der löbliche Magistrat der königlichen freien Hauptstadt Ofen hat dem Freiherrn Georg Sina von Hodos und Kizdia, in dankbarer Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste um diese Stadt und das Vaterland, unterm 24. Jänner l. J. das Bürgerrecht dieser Stadt ertheilt. Das darüber ausgestellte, demselben bereits übersandte, Diplom ist folgenden Inhalts: „Wir Bürgermeister, Stadtrichter und Rathsherren der königlichen freien Hauptstadt Ofen geben kund und bezeugen: daß, indem wir am unten angesetzten Tage und Jahre im allerhöchsten k. k. Dienste und zur Förderung des Wohls dieser Stadt in unserm Rathhause versammelt waren, wir damals den großmüthigen Beitrag des hochgebornen Hrn. Baron Georg Sina von Hodos und Kizdia für die durch die Donauüberschwemmung verunglückten Bürger und Einwohner dieser Stadt mit 40,000 fl. C. M. in gebührende Rücksicht nehmend, Sr. Hochgeboren sowohl für dieses als auch seiner sonstigen um die Nation erworbenen Verdienste wegen, einstimmig mit der Wahlbürgerschaft zum wirklichen Bürger dieser Stadt ernannt, denselben mit allen bürgerlichen Rechten und Privilegien, deren die hiesigen Bürger durch die allerhöchste Gnade sich erfreuen, und die denselben im Sinne der allerhöchsten Privilegien und Landesgesetze gebühren, bekleidet haben, und eben deßwegen Sr. Hochgeboren als hochverehrter Mitbürger solcher bürgerlichen Rechte sich bedienen und selbe ausüben kann. Zu dessen größeren Glaubwürdigkeit und Kräftigung wir gegenwärtigen mit unsern Unterschriften und Insiegel versehenen Bürgerbrief ausgefertigt haben. Ofen, aus unserer den 24. Jänner 1839 abgehaltenen Rathssitzung der königl. freien Hauptstadt Ofen. Bürgermeister, Stadtrichter und Rathsherren."

Der Ofner Zeitung zufolge ist dem Freiherrn Georg von Sina in Folge einer sowohl allerhöchsten Ortes als auch von einer hochl. königl. ungarischen Statthalterei bereits ertheilten vorläufigen Bewilligung zur Vornahme der Vorarbeiten der zwischen Wien und Raab bis Gönyö anzulegenden Eisenbahn, laut Statthalterei-Bescheides vom 5. Februar d. J., die weitere Erlaubniß ertheilt worden, ähnliche Vorerhebungsarbeiten auch in Hinsicht der, von Gönyö nach Ofen, entweder durch ihn selbst, oder eine unter ihm sich bildende Gesellschaft, fortzuführenden Eisenbahn, deren Programm und Statuten vorzulegen seyn werden, vorzunehmen, zu welchem Ende die betreffenden, der projectirten Eisenbahn-Trace zunächst gelegenen Behörden aufgefordert wurden, allen jenen Sachverständigen, Ingenieuren und andern beizuziehenden Individuen, welche sich von Seite des Unternehmers zu den erwähnten Vorarbeiten bei den betreffenden Magistratualen melden und ausweisen werden, den nöthigen Vorschub im Sinne des Gesetzes zu leisten.

Wien.

Gestern Morgens besuchte der Großfürst-Thronfolger von Rußland die kaiserliche Gruft bei den P. P. Kapuzinern und verweilte besonders lange und mit sichtbarer Rührung im Gebete an dem Sarge, welcher die sterblichen Ueberreste Kaiser Franz I., des verewigten Freundes und Verbündeten Seines erlauchten Vaters, umschließt.

Den übrigen Theil des Vormittags widmeten Se. kais. Hoheit der Besichtigung verschiedener Merkwürdigkeiten Wiens; Mittags speisten Höchstdieselben an der kaiserlichen Familientafel und wohnten Abends einem Concerte bei, welches in den Appartements Ihrer Majestät der Kaiserinn von Dilettanten ausgeführt wurde. — Später beehrten Se. kais. Hoheit eine Abendunterhaltung bei Sr. Durchl. dem Fürsten Adolph von Schwarzenberg mit Ihrer Gegenwart.

Nachdem Se. kais. Hoheit der Großfürst die Abschiedsbesuche bei Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserinn und den übrigen Mitgliedern der kaiserlichen Familie abgestattet hatten, haben Höchstdieselben heute Vormittags Wien verlassen und die Reise über München und Stuttgart nach dem Haag angetreten. — Das erste Nachtlager werden Se. kaiserl. Hoheit in Amstetten halten.

Am 12. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100⅝.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Dan. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		—.
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		—.
detto detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		668⅞.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		64⅛.
Bankactien pr. Stück 1476 in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 73

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 14. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 12. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.839	28. 7L. 4p.	— 2.4	NNW.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.826	28 7 2	+ 0.4	NNW.	—	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.827	28 7 2	— 1.1	N.	still.	Schnee.

Spanien.

Die Pariser Journale vom 7. März (die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) bringen folgendes Actenstück, welches am 28. Februar im Hauptquartiere des Don Carlos zu Tolosa über die letzten Ereignisse bekannt gemacht worden ist: „Die Vorsehung hat uns so eben einen augenscheinlichen Beweis geliefert, daß sie über unsere Sache wacht, und sie in hohem Grade begünstiget. Zwistigkeiten, die zwischen einigen Personen von der Umgebung des Königs, unseres Herrn, und dem Chef des Generalstabs entstanden waren, Zwistigkeiten, die ihre Quelle in dem Eifer für den Dienst S^r. Majestät hatten, waren durch die Zeit immer bitterer geworden, und nach der natürlichen Tendenz der menschlichen Leidenschaften endlich in erklärte Feindschaft ausgeartet, welche uns durch Spaltung der Gemüther und Hemmung aller Operationen, mit einem zweiten Bürgerkriege unter uns selbst bedrohte. Diese Gefahr konnte dem Scharfblick S^r. Majestät nicht entgehen, aber es war nicht leicht ein Mittel dagegen zu finden, denn es handelte sich einerseits von Personen, welche sich durch ihre früheren Handlungen um den König wohlverdient gemacht, und sich durch ihre standhafte Treue und ihre ausgezeichneten Dienste Ansprüche auf die Dankbarkeit S^r. Majestät erworben hatten, und andererseits um einen nicht minder getreuen General, der gleichfalls große Dienste geleistet hatte, und welcher, da er sich an der Spitze einer von Enthusiasmus begeisterten Armee befand, die Frage nicht durch einen Act der Generosität, indem er das Commando aufgab, hätte lösen können.— Die unbesonnene Indiscretion weit mehr, als eine ausgesprochene Verrätherei einiger subalternen Generäle, hat in den letztverflossenen Tagen diese bereits so schwierige Lage noch mehr verwickelt, und wenn es natürlich war, daß der König, unser Herr, als er bloß den Impuls seines großmüthigen und wohlwollenden Herzens zu Rathe zog, mit Abscheu sah, daß ihr Blut vergossen wurde, so mußte heute das Mitleid der Gerechtigkeit weichen; S^r. Majestät beklagt, daß man sich in der Nothwendigkeit befunden hat, die Militärgesetze in ihrer vollen Strenge auf sie anzuwenden. — Guergue und seine Unglücksgefährten wollten den Chef des Generalstabs durch Mittel stürzen, welche die Strenge unserer Militärgesetze mit dem Tode bestraft. S^r. Majestät der König, von tiefem Schmerz bei der Nachricht von jenen Hinrichtungen ergriffen, deren Ursache ihm unbekannt war, und lebhaft betrübt, Unterthanen verloren zu haben, denen er keinen Vorwurf machen zu können glaubte, ließ sich durch die Heftigkeit seines Kummers zu den in der Proclamation vom 21. d. M. angekündigten Maaßregeln hinreißen; aber er nahm sie mit jenem Geiste der Gerechtigkeit, der ihm eigen ist, durch sein königliches Decret vom 24. d. M. zurück, sobald er von der durch sie begangenen schweren Verletzung der Disciplin Kenntniß erhalten hatte. S^r. Majestät ließen ferner dem General die wohlwollendste und ehrenvollste Aufnahme angedeihen, als er sich persönlich stellte, nachdem er ihm schriftlich bewiesen hatte, daß er bei dieser Angelegenheit nur nach der militärischen Disciplin und nach den in Kraft stehenden Gesetzen gehandelt habe. S^r. Majestät, von dem Wunsche beseelt, das Uebel mit der Wurzel auszurotten, haben sodann für dienlich erachtet, diejenigen Individuen von Ihrer Person zu entfernen, welche bei der Aufregung, die sie bei diesem Anlasse an den Tag gelegt hatten, ein Hinderniß für die Wiederherstellung der so nothwendigen Eintracht unter allen Ihren Vasallen hätten seyn können, und ich habe das Vergnügen, Ew. Excellenz zu melden, daß die Klugheit und Weisheit S^r. Majestät den gewünschten Zweck in vollem Maaße erreicht haben. — Die vollkommenste Eintracht herrscht unter uns; der Enthusiasmus dieser unvergleichlichen Armee und dieser unnachahmbaren Provinzen hat den höchsten Grad erreicht, und die Soldaten so wie die Bürger feiern seit vier Tagen durch Concerte und Bälle, durch Stiergefechte und wiederholte Vivas, zu Ehren ihres angebeteten Königs, die Wiederherstellung der Eintracht, die uns so viele Vortheile verspricht. — Unsere Souveraine haben sich nebst S^r. königl. Hoheit dem Prinzen von Asturien und dem durchlauchtigsten Infanten Don Sebastian gestern Abends in diese Stadt begeben. Sie erfreuen sich fortwährend der besten Gesundheit. Sie haben auf der Heerstraße die schöne Operationsdivision, aus 7 Bataillons, 3 Escadrons und 2 Feldbatterien bestehend, in Schlachtordnung auf-

gestellt gefunden. Ihre Majestäten, von dem Chef des Generalstabs (Maroto) begleitet, haben sie zu mustern geruht. Sie ließen sie unter den Balcons des Pallastes vorbeidefiliren und bewunderten die vortreffliche Haltung, die Disciplin und die Schönheit dieser Division, die heute nach Biscaya aufgebrochen ist. Der von diesen tapfern Soldaten beim Anblick ihrer Souveraine an den Tag gelegte Enthusiasmus läßt sich nicht beschreiben; er hatte den höchsten Gipfel erreicht. Nicht minder eclatante Beweise von Liebe und Anhänglichkeit sind von den Bewohnern dieser Stadt Ihren Majestäten und königl. Hoheiten bei Ihrer Ankunft gegeben worden. Hauptquartier Tolosa, den 28. Februar 1839."

Nach einem Schreiben aus Madrid vom 24. Februar ist der wegen Unterschleifs von General Seoane vor der vertagten Kammer angeklagte und noch immer zu Paris sich aufhaltende ehemalige Minister Graf Toreno, dessen frühere Wahl für ungültig erklärt worden war, in seiner Heimath Asturien von neuem zum Cortesmitgliede gewählt worden. — Das Regiment der polnischen Lanciers, welches der Königinn so nützliche Dienste geleistet hat, ist, wie die Fremdenlegion, aufgelöst worden. Der größere Theil derselben kehrt nach Frankreich zurück; diejenigen, welche noch beritten waren, sind unter die Guiden Espartero's eingetheilt worden. Ihr Commandant, Krajewski, ist zum Obersten in Disponibilität ernannt und als Adjutant dem General Leon el Conde zugetheilt worden.

Nachrichten aus Madrid vom 25. Februar zufolge ist die Provinzialdeputation von Saragossa entschlossen, der Regierung die nicht verwilligten Steuern zu verweigern. Der General Santos San Miguel soll von dem Commando in Arragonien abberufen seyn weil er diesen Tendenzen nicht genug entgegenwirkte. — Mehrere als Gegner der Regierung bekannte Generäle, wie Palarea, Grases, Lopez, Osorio und andere, welche nach Madrid berufen und in altcastilische Städte confinirt worden waren, haben sich geweigert, Madrid zu verlassen, wenn man ihnen die Reisekosten nicht vorausbezahle. Cordova, welcher nach Valladolid verwiesen worden war, ist noch ruhig zu Ossuña in Andalusien. — Der Cavallerie-Inspector Ferraz hofft bis zum 1. Mai 4000 weitere Pferde in das Feld stellen zu können. In Madrid wird die Verfertigung der Uniformen, Lanzen, Säbel, Sättel ꝛc. lebhaft betrieben.

Portugal.

Die neuesten in England eingelaufenen Nachrichten aus Lissabon reichen bis zum 24. Februar. Die zwischen der portugiesischen und der englischen Regierung angeknüpften Unterhandlungen hinsichtlich des Sclavenhandels scheinen sich zerschlagen zu haben, da Portugal den von England dießfalls vorgeschlagenen Vertrag (namentlich wegen des Visitationsrechtes) nicht unterzeichnen wollte. — Die Debatten über die Adresse waren in der Deputirtenkammer am 23. beendigt. Sämmtliche Paragraphen, die einen Tadel gegen die Regierung enthielten, sind durch Mehrheiten von 40 bis 63 Stimmen verworfen worden. Am 24. sollte die Discussion über die Adresse im Senat eröffnet werden. — Der Herzog von Palmella (dessen Abreise aus England wir gemeldet haben) ist am 23. Februar in Lissabon eingetroffen, und hat sich sogleich nach Hofe verfügt.

Frankreich.

Die Presse vom 7. März (die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) äußert sich folgendermaaßen über das Resultat der Wahlen:

„Gestern, 6. März, waren 433 Ernennungen bekannt. Man kann sie folgendermaaßen classificiren:

183 alte constitutionnelle Deputirte, wieder erwählt;
21 neue;
179 alte Coalitions-Deputirte, wieder erwählt;
33 neue;
17 neue, über deren Meinungen sich noch nichts Bestimmtes sagen läßt.

Von den 26 Ernennungen, die noch nicht bekannt sind, gehören 7 der Opposition und 19 der constitutionnellen Meinung an.

Wenn man also annimmt, daß diese 26 alten Deputirten sämmtlich wieder gewählt, oder durch Leute von derselben Meinung ersetzt werden, so würde die Kammer folgendermaaßen zusammengesetzt seyn:

Constitutionnelle Meinung 240; Coalition 219.

Allein angenommen, daß von den 17 Mitgliedern, über deren Meinung man noch im Zweifel ist, 10 mit der Coalition und bloß 7 mit dem Ministerium votiren, so würde dann die constitutionnelle Meinung (das Ministerium) 230 Mitglieder und die Coalition 229 zählen.

Eine solche Lage (schließt die Presse) ist so ernst, daß sie uns heute noch alle Reflexionen, die voreilig, alle Conjecturen, die gewagt seyn könnten, untersagt. Man wird unsere Zurückhaltung begreiflich finden."

An der Pariser Börse war die Meinung ziemlich allgemein verbreitet, daß das Ministerium in Folge des Resultats der Wahlen abtreten werde.

Am 5. März Morgens um 7 Uhr fand eine Hausdurchsuchung bei Hrn. de Potter Statt. Nach sorgfältiger Nachsuchung wurden 25 Schriften, in Briefen und andern schriftlichen Sachen bestehend, die sich auf einen Aufstand in Belgien zu beziehen scheinen, zusammengerollt und mitgenommen.

Der bekannte Papineau, der eine so wichtige Rolle in dem canadischen Aufstand gespielt hat, war an Bord des Packetboots „Sylvie de Grasse" von Newyork in Havre angelangt.

Am 5. März 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 5. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 10. — Am 6. März 5Percents 110 Fr. 85. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 15. 3Percents 78 Fr. 85. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 10. — Am 7. März 5Percents (ohne Coupon) 108 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 75. 3Percents 79 Fr. 10. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 25.

Großbritannien und Irland.

Wie es O'Connell während der letzten Parlamentsferien im iriſchen Prăcurſorenverein wiederholt angekündigt hatte, ſtellte er am 28. Februar im Hauſe der Gemeinen die Motion auf „Aſſimilirung des parlamentariſchen Wahlrechts in Irland zu jenem in England und Wales und Erweiterung desſelben.“ In ſeiner Rede äußerte er im Weſentlichen: „Zwiſchen Großbritannien und Irland beſteht eine legislative Union; ſoll ſie aufrecht erhalten werden, ſo kann es nur auf der Baſis der Gleichſtellung geſchehen. Ohne dieſes Princip iſt es eine Einigung zwiſchen Herren und Sclaven, nicht aber zwiſchen freien, gleichberechtigten Bürgern. Ich ſtehe hier nicht als ein Repealer, vielmehr bereit zu zeigen, daß die Repeal — die Trennung jener Union vermieden werden kann. (Hört!) Die Zahl der Wähler iſt in Irland ſo klein, daß man ſich nur wundern muß, wie die Volksſtimme in jenem Lande überhaupt vernommen werden kann; noch mehr zu verwundern iſt es aber, daß ein ſolcher Vorſchlag, wie mein jetziger, in dieſem Hauſe auf Widerſtand ſtoßen kann, was ich allerdings, ſelbſt von Seite der Regierung, zu befürchten habe. Was ich verlange, iſt, daß Irland, im Verhältniß ſeiner Bevölkerung, dieſelbe Ausdehnung des Wahlrechts erhalte, wie ſie in England beſteht. Doch auch in England ſelbſt iſt das Wahlrecht viel zu beſchränkt, und ich zweifle kaum, daß der Ruf um deſſen Erweiterung bald im ganzen Lande wird erneuert werden, und zwar mit einer Kraft, die ihm Beachtung in dieſem Hauſe erzwingt.“ (Hört!) Der Redner zeigt nun durch ausführliche Zahlendetails, wie England gegen Irland hinſichtlich der Zahl ſeiner Wähler, zunächſt in den Grafſchaften, enorm im Vortheil ſei. „Nehmen wir zuerſt das Fürſtenthum Wales. Die Seelenzahl desſelben iſt 806,183, auf welche 37,124 Wähler kommen; die Bevölkerung der Walliſer Grafſchaften iſt 609,871 Seelen mit 25,815 Wählern. Vergleichen wir damit die iriſche Grafſchaft Cork, welche eine Rurabevölkerung von 720,000 Seelen hat. Gleichwohl zählt Wales 25,815 Grafſchaftswähler und Cork nur 3835. (Hört! hört!) Iſt es möglich, daß Irland, Angeſichts eines ſo ungeheuren Mißverhältniſſes, mit der Union zufrieden ſei? (Hört!) Blicken wie nun auf England. Rutlandſhire, die kleinſte engliſche Grafſchaft, hat auf 19,385 Einwohner 1391 Wähler; das iſt mehr, als jede von ſieben iriſchen Grafſchaften mit einer Bevölkerung von 73,000 bis 360,000 Seelen hat. Carlow zählt 73,953 Einwohner, und nur 1248 Wähler, Mayo 366,228 Einwohner, und nur 1350 Wähler! Und doch iſt bei einigen anderen Grafſchaften der Contraſt noch ſtärker. Die kleinſte engliſche Grafſchaft mit 19,385 Einwohnern hat, wie geſagt, 1391 Wähler; aber Longford mit 112,558 Einwohner nur 1465 Wähler, Wicklow mit 127,557 Einwohner nur 1740 Wähler, Weſtmeath mit 176,872 Einwohner nur 1391 Wähler, Waterford mit 142,714 Einwohner nur 1494 Wähler, Roscommon mit 249,613 Einwohner nur 1776 Wähler, Donegal mit 284,440 Einwohner nur 1448 Wähler u. ſ. w. Aus den von mir genannten Grafſchaften erſehen Sie, daß unter dieſem Mißverhältniß zu England die proteſtantiſchen Grafſchaften Irlands eben ſo ſehr leiden, wie die katholiſchen. Londonderry, faſt ganz proteſtantiſch, hat auf 207,848 Einwohner 2173 Wähler, deßgleichen Downſhire mit 337,846 Einwohner nur 3130 Wähler, d. h. 1262 weniger, als das achtmal kleinere engliſche Weſtmoreland mit ſeinen 42,464 Einwohnern. (Hört!) Ein bemerkenswerthes Zuſammentreffen iſt dieſes: die iriſche Grafſchaft Tyrone hat 301,220 Einwohner und 2150 Wähler; gerade ſo viel hat Flintſhire in England mit 29,000 Einwohnern. (Hört! hört!) Man ſchwätzt viel von der großen Beſchränkung des Wahlrechts in Frankreich, aber ſie verſchwindet gegen dieſe in Irland. Läßt ſich da noch von gleicher Vertretung, gleichem Rechtsſchutz für den einen wie für den andern Volkstheil reden? Zählt ihr da noch auf beſondere Dankbarkeit und Zufriedenheit von Seite des iriſchen Volkes? Dennoch zweifle ich nicht, daß hier gar manche Herren ſitzen, welche glauben, Irland habe der Wähler bereits zu viel. Ja, vielleicht iſt dieß die Anſicht beider Seiten des Hauſes; aber kann das iriſche Volk ſo denken, kann irgend ein Unbefangener denken, daß Irland eine redliche Behandlung erfährt, ſo lange dieſer bis zur Lächerlichkeit enorme Gegenſatz fortbeſteht — ein Gegenſatz, bedrückeriſch, ungerecht und ein Hohn für Irland? Ihrer Majeſtät Regierung mag allerdings ſagen, ſie habe den Dank des iriſchen Volkes geerntet; das iſt wahr, weil ſie die erſte war, die jemals meinem Vaterland einen Anſchein von Gerechtigkeit darbot; aber fahren die Miniſter fort, durch Oppoſition gegen meinen jetzigen Antrag jenen ungeheuren Mißſtand zu ſchützen, ſo machen ſie ihn dadurch zu ihrem eigenen, und müſſen auch deſſen ganze Gehäſſigkeit tragen. Einige der Wahlrechtstitel (franchises), deren das iriſche Volk beraubt worden iſt, beſitzen Englands Bewohner noch zur Zeit. Das Vierzig-Shilling-Freilehen (freehold, d. h. der Beſitz einer Liegenſchaft, die 40 Sh. rentirt) gibt keine Wahlberechtigung mehr, deßgleichen iſt die Zehn-Pfund-Franchiſe ohne Beſitz (d. h. das auf das Eigenthum einer 10 Pfund rentirenden Liegenſchaft, deren Eigenthümer ſich anderwärts aufhält, gegründetete Wahlrecht) abgeſchafft, während beides in England noch beſteht. So erfreut ſich alſo England, das reichere Land, eines niederen Wahlcenſus, in dem ärmeren Irland aber iſt der Cenſus erhöht, und ſo erklärt ſich mit einmal die ungleich geringe Zahl der iriſchen Wähler. Um beide Länder in dieſer Hinſicht gleichzuſtellen, ſollte man nicht bloß Pfunde, Shillinge und Pence zur Richtſchnur nehmen, ſondern die übrigen Umſtände mit berückſichtigen und dann ausgleichen. Man behauptet freilich, das iriſche Volk habe in die Aufopferung der Vierzig-Shilling-Freeholders eingewilligt, das läugne ich aber. Der letzte Beſchluß der katholiſchen Aſſo-

ciation, bevor sie sich auflöste, lautete dahin: „Lieber keine Emancipation, als eine unter der Bedingung der Zerstörung der Vierzig-Shilling-Freeholders.“ Noch einmal frage ich das Haus, ob man es wohl für möglich hält, daß Irland diesem Stande der Dinge sich länger geduldig fügen werde. Man ändere die Scene, und nehme einmal an, England besäße das beschränktere, und Irland das ausgedehntere Wahlrecht. Würde das englische Volk es dulden? Nein! sondern augenblicklich würde man eine Bill einbringen, die Tagesordnung würde suspendirt werden, nur um sie schnell durchzusetzen, und selbst das Haus der Lords würde sie nicht verwerfen. (Hört!) Auch das irische Volk wird sich nicht lange mehr so behandeln lassen; es wird eine vollkommene Union haben wollen, oder keine. Hohnlächelt nur, spottet nur über das, was ich sage; anderwärts wird man meinen Worten lauschen, und da alle Thatsachen, alle Beweisgründe auf meiner Seite sind, wird man nicht vergebens lauschen. Während des Kampfes für die Reformbill stritt Irland als Englands Bundesgenosse, und die Majorität irischer Repräsentanten war es, durch welche die Bill durchgesetzt wurde. Die irischen Repräsentanten standen damals, in Glück und Unglück, treu bei dem englischen Volke, und wurden sie dafür nicht gestraft? Zuerst durch die Zwangsbill, und jetzt durch die Weigerung, die Maaßregel, deren Annahme sie wünschen, auch nur auf den Tisch des Hauses niederlegen zu dürfen. Da rede man noch von dem guten Willen der jetzigen Regierung und des Unterhauses für Irland! Was nützt mir die Lippenfreundschaft, wenn positive Thatsachen mit den schönen Worten im Widerspruch stehen!“ Nach einem Blick auf den allgemeinen Zustand von Irland und die dortige Sectenanimosität, welche durch das eben so unmenschliche und unsittliche als ungerechte Benehmen der Tories (Beifallruf der Ministeriellen) genährt werde, schließt O'Connell mit der Versicherung, daß er, wenn er jetzt unterliege, alle vierzehn Tage oder drei Wochen das Haus zur Abstimmung über eine ähnliche Motion drängen werde. (Seinen weiteren, etwas abenteuerlichen Plan, den er im Präcursorenverein mehrfach angekündigt: Vermehrung der irischen Repräsentation um 40 Mitglieder, schloß O'Connell in seine Motion, wie man sieht, nicht ein, sondern dieselbe bezweckte zunächst eine Erweiterung des activen Wahlrechts.) Hr. Hume unterstützte den Antrag. Lord Morpeth, Generalsecretär für Irland, äußerte: „Fern sei es von mir, zu verlangen, daß irgend eine Parlamentsacte als eine für alle Zeit festbestimmte und unabänderliche Maaßregel betrachtet werde; noch weniger will ich behaupten, daß nicht die Zeit kommen könne, wo jede Rechtsungleichheit aus unserm Statutenbuch ausgelöscht wird. Indeß, es handelt sich hier um eine Maaßregel, die fürs erste zu keinem Resultat führen, sondern die Schwierigkeiten nur häufen könnte. In den Wahlsystemen von England und Schottland bestehen Mißverhältnisse, doch ich gebe zu, daß diese gering sind im Vergleich mit denen, welche in dieser Hinsicht zwischen Irland und England obwalten. (Hört!) Gleichwohl muß ich der Motion des ehrenwerthen und gelehrten Herrn mich widersetzen, da sie zugleich die Katholiken-Emancipationsacte von 1829, und die Reformbill von 1832 ändernd berühren würde. Mein rechtsgelehrter Freund selbst muß einsehen, daß seine Bill im Parlament keine Chance des Erfolgs hat. Ich will nicht sagen, daß bei der Annahme der Katholiken-Emancipation hinsichtlich der Vierzig-Shilling-Freeholders ein unverbrüchliches Pactum abgeschlossen ward; aber ein Pact wurde nun einmal mit denen eingegangen, von welchen das Durchgehen der Emancipation abhing. Zugleich muß ich sagen, daß seit der Annahme der Emancipationsacte in Irland nicht jener Grad von Ruhe herrschte, der die Sanction eines solchen Antrages von Seite des Parlaments allein rechtfertigen würde. (Hört, hört! von den Torybänken.) Indeß, jedem ausführbaren Vorschlag zur Befestigung oder Erweiterung der Rechte des irischen Volkes würde ich mit Freuden fördernd beitreten, und obgleich ich der Motion meines ehrenwerthen und gelehrten Freundes nicht beistimmen kann, so mag er sich doch mit dem Gedanken trösten, daß meine Collegen hierin gegen die drei Reiche ganz unparteiisch verfahren, und entschlossen sind, an dem durch die Reformbill festgesetzten Wahlsystem fürs erste überhaupt nichts ändern zu lassen.“ (Hört!) Hr. Sergeant Jackson wünscht dem Minister Glück dazu, daß er „seinen Muth bis auf den Punct hinaufgeschraubt (screwed) habe, sich der Motion seines (Morpeths) ehrenwerthen und gelehrten Freundes zu widersetzen.“ Doch hätte er lieber gesehen, wenn der edle Lord der Motion auf einem andern Felde begegnet wäre. Die Reformbill habe nicht die Seelenzahl, sondern das Eigenthum als Basis des Wahlrechts festgesetzt, daraus folge nothwendig, daß Irland, als das ärmere Land, auch verhältnißmäßig weniger Wähler zähle. Hr. O'Connell klagt, daß der edle Lord Morpeth Irland mit schönen Verheißungen abfertigen wolle; diese hätten jedoch ihren Zauberklang für die Ohren der Irländer verloren. „Volle Rechtsgleichheit,“ ruft er, „zwischen Irland und England! mit weniger bin ich nicht zufrieden, und wird sie in diesem Hause nicht gewährt, so wird sie auf einem andern, aber immer constitutionnellen Weg erlangt werden.“ Die Motion wurde, wie schon gemeldet, mit 155 gegen 22 Stimmen verworfen.

Die Londoner Blätter berichten über eine große Anti-Cornlaw-Versammlung in Manchester, in welcher die „Chartisten“ die einfachen Gegner der Korngesetze niederschrien, den Vorsitzer vom Stuhl und ihre Redner aus dem Saal verdrängten.

Consols am 4. und 5. März 93¼.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Briefe aus Neworleans melden, daß nach der bereits am 31. December v. J. erfolgten Ankunft des ersten Zuges der sächsischen Ausgewanderen nun auch am 20. Jänner der Hauptzug mit dem Pastor Stephan

und seinen Reisegefährten aus Dresden, auf dem bremischen Schiffe „Olbers," dort angekommen ist. Der zweite Zug, auf dem Bremer Schiffe „Johann Georg," war bereits am 6. Jänner, und der dritte am 14. Jänner auf dem Bremer Schiffe „Republik" daselbst eingetroffen.

Niederlande.

Am 4. März wurden den Generalstaaten im Auftrag der Regierung von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten politische Mittheilungen gemacht und dabei die aus den letztern Verhandlungen der Londoner Conferenz hervorgegangenen, bereits bekannten Actenstücke, so wie auch die in Bezug auf die Rüstungen Belgiens und Hollands zwischen beiden Staaten und der Conferenz gewechselten Noten, vorgelegt.

Belgien.

Die Kölner Zeitung meldet aus Brüssel vom 5. März Abends: „Heute sprach in der Kammer zuerst der Kriegsminister und wies die Unmöglichkeit nach, einen erfolgreichen Widerstand zu leisten. Die Ehre fordere nicht, sich blindlings zu opfern; wenn auch Belgien Alles daran setzen wollte, so würde es nur verlieren, nichts gewinnen können. Er ging die verschiedenen Systeme der Opposition durch, und bewies ihre Unzulänglichkeit. Nach ihm sprach der Repräsentant von Tournay, Hr. Doignon, mit vielem Nachdruck gegen das Ministerium und den Tractat. Er behauptete, die Kammer sei nicht competent, zu entscheiden, machte indeß hierüber keine besondere Motion. Graf Felix von Merode sprach dann lange über die Verhältnisse zu den Mächten, beklagte sich bitter über Frankreich und England, und über die Art, wie man Belgien im Stiche gelassen. Seine ganze Rede ging indessen dahin, daß Unterwerfung allein übrig bleibe. — Es herrscht überall die größte Ruhe in der Stadt."

In einem Schreiben aus Brüssel von obgedachtem Tage (in Frankfurter Blättern) heißt es: „Die Deputirten, die dem Widerstandssystem treu bleiben, fanden sich nach der gestrigen Sitzung in einem Zustande großer Niedergeschlagenheit. Sie machen sich keine Illusionen darüber, daß der Ausgang der Debatten ihnen nicht günstig seyn wird. Sie gehören ohne Widerrede zu den besten Patrioten, zu den Männern, die ihr Alles für die Ehre und das Wohl ihres Landes daran zu setzen bereit wären; sie sehen in der Unterwerfung unter den Vertrag den Anfang einer Untergrabung des belgischen Staates, den Verboten neuer Demüthigungen, denen sich dann Belgien noch weniger werde entziehen können, als jetzt. Mögen sie sich hierin irren, so bleibt es doch eine ausgemachte Thatsache, daß diese Abnahme des Selbstvertrauens, dieser Unwille über die Regierung, welche selbst jene Hoffnungen und patriotischen Gesinnungen angefacht, die sich nun getäuscht finden, eine nachtheilige Wirkung auf den innern Zustand Belgiens auf lange Zeit zurücklassen werden. Hiervon schweigen die Vertheidiger des Tractats, es ist die schwache Seite ihrer Thesis. Dagegen sind sie stark, wenn sie auf die Unmöglichkeit hinweisen, durch Widerstand ein besseres Resultat für Belgien zu erlangen. In dieser Hinsicht hat sich der Minister Nothomb einen Kranz verdienen wollen, den ihm aber seine Luxemburger Landsleute nicht winden werden. Bei ihm ist Autor-Eigenliebe mit im Spiele; denn spräche er gegen den Tractat, so müßte er sein Werk über die Revolution wenigstens umarbeiten. Lieber hat er einen Anhang zu demselben liefern wollen. Einzelne Theile seiner talentvollen Reden werden von andern Rednern, wie Deschamps, Dumortier, Dubus, angegriffen werden, doch ist keiner von ihnen so sehr in der Politik bewandert, als er, der erst lange Secretär des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten war, ehe er Minister der öffentlichen Arbeiten wurde. Thomas Steele ist noch hier, ohne von der Polizei im mindesten angefochten zu werden. Gegen Barthels dauern die Untersuchungen fort; von Kats ist weniger die Rede. Barthels sitzt fortwährend in geheimer Haft."

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung äußert sich über die neuesten Verhandlungen der belgischen Repräsentantenkammer folgendermaaßen: „Der erneuten Debatte über die holländisch-belgische Frage, wie solche in der Repräsentantenkammer zu Brüssel am 4. und 5. März geführt wurde, läßt sich kein bedeutendes Interesse abgewinnen. Man hört nur die früher in der Legislatur und in der Presse gebrauchten und nach allen Seiten für und wider entwickelten Argumente fast in den gleichen Ausdrücken und ohne irgend eine Zulage von Gewicht. Niemand denkt ernstlich daran, die zwei alles dominirenden Sätze zu bestreiten. Der Beschluß der fünf Mächte ist unwiderruflich und der Widerstand unmöglich. So bewegt sich also die Verhandlung um Vorwürfe, daß man zu spät nachgegeben, wodurch dem Lande zwecklos schwere Lasten aufgebürdet worden, und um Nachweise, wie mit dem Zögerungssystem doch Manches für Belgien gewonnen, für Holland verloren worden sei. Bis jetzt hat auch, bei der Berathung über den Vorschlag zur Annahme des Vertrags die pikante Zugabe stürmischer Auftritte gefehlt; die Kammer hält sich besonnen an die allgemeine Frage, ohne auf erbitternde Einzelheiten einzugehen. Dequesne, der (am 4. März) zuerst sprach, ist für die Annahme des Tractats, weiß aber viel auszusetzen an dem Weg, der zu einem solchen Endziel führen mußte, den man somit nicht hätte einschlagen sollen. Die Lage des Augenblicks faßt er, ohne sich Illusionen hin zu geben, fest ins Auge. „Die Mächte haben in letzter Instanz entschieden; Holland, unser natürlicher Feind, will sich nicht schlagen, hat seine Truppen zurückgezogen, unterschreibt den zu London dictirten Vertrag; unsere natürlichen Bundesgenossen ziehen sich zurück; fremde Truppen stellen sich an unsern Gränzen auf; wozu würde es helfen, wenn wir in solcher Conjunctur uns noch länger

steiften, nicht nachzugeben? Weisen wir die Vorschläge der Conferenz ab, so verfallen wir den Bedingungen des Tractats vom 15. November 1831 oder den Stipulationen des Wiener Congresses; in Europas Augen gibt es dann kein Belgien." — — „Aber man wendet ein, wenn die Könige gegen uns ziehen, werden die Völker uns zu Hülfe eilen. Meine Herren! diese Hülfe würde ausbleiben. Wäre es aber denkbar und wahrscheinlich, daß sie uns zu Theil werden könnte, wir müßten sie aus allen Kräften zurückweisen; im Gefolge dieser Hülfe käme Anarchie oder Weltkrieg, in jedem Fall aber Belgiens Ruin." — Nach Dequesne sprach Scheyven, ein Abgeordneter des Limburger Gebiets, das nach dem Vertrag abzutreten ist. Ihm war der Ausdruck der Bekümmerniß über die Wendung der Dinge nicht zu verübeln; es wird gerühmt, daß er sich dabei ganz in den Schranken der parlamentarischen Anstandsformen zu halten wußte. Die Hauptrede des Tages war die des Ministers Nothomb; sie dauerte zwei Stunden und war, wie sie der Independant bezeichnet, eine Darlegung der Friedensnothwendigkeiten. Es gilt, die belgische Nationalität ohne Krieg zu constituiren. Das der Kammer abverlangte Votum ist der Schlußstein des seit 1831 befolgten politischen Systems, das auf einer Transaction mit den äußern Interessen beruht, welche durch die belgische Revolution gefährdet wurden; ohne eine solche Transaction war kein Belgien möglich. Am Schlusse seines Vortrags hält Nothomb der Revolution vom September 1830 eine Lobrede. „Diese Revolution wird das Haupt hoch tragen — **se présentera la tête haute** — in der Geschichte, denn sie war glücklich und weise; sie hat ihre Aufgabe nicht verfehlt; sie hinterläßt ja der Zukunft die belgische Nationalität."

Der Börsenbericht aus Brüssel vom 5. März meldet: „Die gestrige Sitzung trägt schon ihre Früchte. Das Zutrauen in eine günstige Lösung ist fester als je. Vergebens hat man versucht, falsche Nachrichten von Paris zu benutzen: Das Ministerium Molé hatte seine Abdankung in Masse eingereicht, nachdem es erkannt, daß alle Wahlen gegen ihn seien; die belgischen und französischen Fonds waren 1/4 pCt. gesunken. Dieß waren die durch eines der Echos des Widerstandes verbreiteten Gerüchte. Die Zeitungen, die Correspondenzen und die Kurse haben diese Manöver vernichtet, die übrigens keinen Credit erlangt hatten, da ihre Quelle und ihre Gründe bekannt waren. Unsere Effecten stiegen bedeutend."

Der Politique sagt: „Ein Brüsseler Blatt meldete, daß ein Complott zu Lüttich entdeckt worden, und der Verwalter der öffentlichen Sicherheit in dieser Stadt angekommen sei. Wir können versichern, daß dieses Blatt wahrhaft mystificirt worden ist, und daß zu Lüttich Niemand die geringste Kenntniß von diesem Complott hat. Es ist ebenfalls falsch, daß Hr. Hody zu Lüttich angekommen ist. Nie war die Stadt ruhiger und friedlicher."

Teutschland.

Hr. Domcapitular Stark, dessen astronomische Beobachtungen die Allgemeine Zeitung seit einer langen Reihe von Jahren mittheilte, ist am 8. März Abends in seinem 69sten Lebensjahre in Augsburg verschieden.

Wien.

Am 13. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	106 1/16.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	——.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81 1/16.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	153.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC.	in CM	64 1/4.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 100 Br. Uso. 2 M.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Ankündigung.

Bei dem nunmehr herannahenden ersten Vierteljahresschlusse ersuchen wir die P. T. HH. Pränumeranten auf den österreichischen Beobachter, den weiteren Pränumerations-Betrag mit 4 fl. 30 kr. C. M. vierteljährig im Comptoir des österreichischen Beobachters in der Dorotheergasse im kleinen Salesianerhause Nr. 1108 baldigst zu entrichten, damit sich das Eintragen der Pränumerationen in den letzten Tagen des Monats nicht zu sehr häufe, und die Auflage, um Jeden nach Wunsch befriedigen zu können, gehörig darnach bemessen werden könne. Wer später als den 1. April eintritt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihm das Exemplar nur von dem Tage seiner Pränumeration an geliefert werden kann. Den Pränumeranten in der Stadt wird das Blatt auf Verlangen, gegen einen voraus zu bezahlenden Zuschuß von 45 kr. W. W. monatlich, durch eigens hiezu bestellte Herumträger täglich Morgens in das Haus geschickt werden, und es wird Jedermann, der hievon Gebrauch zu machen wünscht, ersucht, seine Adresse bei der Bestellung genau schriftlich zu hinterlassen. Diejenigen HH. Pränumeranten in den Vorstädten, die das Blatt ins Haus geschickt haben wollen, werden ersucht, ihre Bestellungen bei der hiesigen k. k. obersten Hofpostamts-Haupt-Zeitungs-Expedition zu machen, welche mittelst der Briefträger gegen einen billigen Zuschuß die schleunige und pünctliche Zustellung des Blattes besorgen wird. In Betreff des Pränumerationsbetrags sind wir bemüssigt, zu bemerken, daß wir nur für diejenigen Pränumerationen haften, deren Betrag unmittelbar im Comptoir des österreichischen Beobachters erlegt worden ist, so wie wir uns in Hinsicht des Pränumerations-Scheines genöthigt finden, wiederholt und bestimmt zu erklären, daß ohne Vorzeigung desselben schlechterdings an Niemanden ein Blatt verabfolgt, und falls der Schein gänzlich in Verlust geräth, durchaus kein Ersatz desselben, als gegen neue Pränumeration, geleistet werden könne. Wir ersuchen daher Jedermann angelegentlichst, zur Vermeidung aller Unannehmlichkeiten, diese Scheine wohl in Acht zu nehmen.

Auswärtigen, sowohl in den kaiserlich-österreichischen Staaten als im Auslande, dient zur Nachricht, daß die k. k. Oberst-Hofpostamts-Haupt-Zeitungs-Expedition in Wien, vom 1. April an, vierteljährige Pränumeration auf unser Blatt annimmt, weßhalb man sich entweder unmittelbar hierher an obgedachte Expedition, oder an das Jedem zunächst gelegene k. k. Ober- oder Absatz-Postamt und Station baldigst zu wenden hat, wobei jedoch, außer genauer Angabe des Namens, Characters und Wohnorts, zu bemerken ist, ob das Blatt täglich (falls die Post an solche Orte täglich abgeht) oder nur zweimal in der Woche abzusenden sei. Der vierteljährige Pränumerationspreis mit täglicher Versendung, sammt Expeditionsgebühren, beträgt 6 fl. 36 kr. C. M., mit zweimaliger Versendung in der Woche 5 fl. 36 kr. C. M.

Wien, den 14. März 1839. Die Redaction und der Verlag des Oesterreichischen Beobachters.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 74

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 15. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 13. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.835	283. 72. 3p.	— 2.5	NNW.	still.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.816	28 7 0	+ 1.2	NW.	——	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.807	28 6 11	— 2.6	N.	schwach.	——

Frankreich.

Hr. Royer-Collard, der am 3. März zu Vitry le Français (im Marne-Departement) zum Deputirten gewählt wurde, hat bei diesem Anlasse folgende Rede gehalten, die, wie der Moniteur Parisien bemerkt, die gegenwärtige Lage mit einer Kraft und Wahrheit schildert, die eines tiefen Eindrucks nicht verfehlen können: „Meine Herren! Sie setzen Ihre unterbrochene Wahl fort, Sie bestätigen sie. Dieses erneuerte Wohlwollen für meine Person, hat um so größeren Werth, als es unter neuen und weit ernsteren Umständen gewährt wird. Wir sind Zeugen, meine Herren, einer großen Manifestation der kritischen Lage unseres Landes, welche den Lärm der parlamentarischen Debatten weit hinter sich zurückläßt. — Die Aufregung, erzeugt durch die Julirevolution, von der Straße verjagt, wo sie unterdrückt wurde, hat sich geflüchtet in das Herz des Staats, hat sich da verschanzt, stört von da aus, wie aus fester Burg, die Regierung, erniedrigt sie, schlägt sie mit Unmacht, ja mit Unmöglichkeit. Unter dem trügerischen Schleier, der sie deckt, ist sie (die Agitation) nichts anders als der revolutionnäre Geist; ich erkenne ihn an seinen Heuchelworten, an seinem thörichten Stolz, an seiner immoralischen Versunkenheit. — Nach Außen verbindet nicht beschworene Treue; wie sollte nach Innen die beschworene Charte verbinden? In dieser Uebel Mitte widerstehen kaum unsere ermüdeten, von den Sitten verrathenen, Institutionen; die verarmte Gesellschaft hat, sich zu vertheidigen, keine feste Stellung mehr, kein unnehmbar geachtetes Bollwerk. Wer mag glauben, daß der ephemere Glanz eines Ministeriums, der untergeordnete Theil an der Macht, hinreichen werde, unersättliche Leidenschaften zu stillen? Nein! Durch Verheerung und Eroberung werden sie nur angezogen, eine reiche Beute zu erstreben. — Wir treten in einen neuen Zeitabschnitt; große Uebel bedrohen uns; wir müssen die Gefahr kennen, um sie zu beschwören. Unser Wort ist verrufen in Europa; man dürfte uns, wenn wir zu unterhandeln haben, wie einem Volke von Barbaren, Geißel abverlangen. Der Julithron ist angegriffen, ich möchte nicht gerne sagen, er ist erschüttert, — dieser Thron, den meine Hände nicht aufgebaut haben, in dem ich aber heute die einzige Schranke sehe gegen hassenswerthes Unterfangen. — Was haben wir in dieser extremen Lage anders zu thun, wir die Hüter der Ordnung, die Beobachter der Gesetze und der Verträge, die Erhalter aller mühsam errungenen Güter, als uns auf uns selbst zurückzuziehen, uns eng aneinander zu schließen, und muthvoll, wie wir es in anderen Zeiten gethan, dieser neuen Anarchie Widerstand zu leisten. Ich unterziehe mich dieser Pflicht; ich werde sie nach Kräften erfüllen, und es mir zum Ruhme rechnen, in dieser Hingebung ein Leben zu beschließen, das, wie Sie wissen, ungetheilt der Sache des Rechts und der wahren Freiheit, die davon unzertrennlich ist, gewidmet war."

Zu Paris waren verschiedene Gerüchte über die wahrscheinliche Composition eines neuen Ministeriums verbreitet, falls die gegenwärtigen Minister, wie man nicht zweifelt, ihren Abschied nehmen würden. Man nannte die HH. Soult, Thiers, Guizot, Broglie; auch Duchatel für die Finanzen und Sauzet für die Justiz; auch von Hrn. Persils Eintritt ins Ministerium war die Rede.

Der Marechal de Camp Noel Girard, der ruhmvollen Theil an den Kriegen der Republik und des Kaiserreichs genommen hat, ist zu Angers in Folge einer langen und schmerzhaften Krankheit gestorben.

Die Anklagekammer des königlichen Gerichtshofes zu Poitiers hat über die wegen der Theilnahme an den Unruhen zu la Rochelle (deren Ursache die Korntheurung war) verhafteten Personen entschieden. Es sind von denselben 97 wegen Mangels an Beweisen entlassen, 51, als der Plünderung in Banden, des Mordversuchs und anderer Verbrechen angeklagt, vor den Assisenhof, 65 wegen Verhinderung der Ausführung von Korn, Eindringens in Privathäuser, Verwundungen ꝛc. vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen worden.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 4. März nahm Lord Fortescue (Ebrington) als Lordstatthalter für Irland zum ersten Male das Wort, um sich gegen die von der Torypartei, unter Leitung Lord Lyndhursts, neulich gegen ihn erhobenen Beschuldigungen angeblicher Feindseligkeiten wider die Staatskirche zu vertheidigen. Er sprach noch beim Abgange der Post. — Im Hause der Gemeinen stellten Lord Ingestri, Capitän Pechell und Hr. Brien wieder mehrere Fragen wegen des Vorfalls mit dem mexicanischen Lootsen. Hr. C. Wood, der Secretär der Admiralität, und Lord J. Russell antworteten, die Regierung habe in dieser Sache keine weiteren Nachrichten. Die Journale sind nachgerade überzeugt, daß — wie die französische ministerielle Presse dieß auch offen gestanden hat — der Prinz von Joinville nur den Befehlen seines Admirals gemäß gehandelt habe. Desto aufgebrachter sind nun die Toryblätter zugleich gegen Frankreich und das Whigministerium, welches sie geradezu beschuldigen, es habe, in feiger Connivenz gegen französische Unverschämtheit, das Parlament belogen. Die Morning-Post sagt, folgender Wink von einem wohlunterrichteten Correspondenten verdiene die ernsteste Beachtung: „Die erforderlichen Aufschlüsse über die gewaltsame Wegnehmung des Lootsen wurden dem Oberaufseher der Packetboote zu Falmouth (Capitän Plumridge) übermacht; der Admiralitätssecretär hatte insofern Recht,

als er angab, alle von dem Commodore Douglas eingegangenen Nachrichten seien dem Parlament vorgelegt worden; aber man trage auf Vorlegung des Berichts von Lieutenant Croke an Capitän Plumrigde an, dann mag die Wahrheit zu Tage kommen." Chronicle und Globe suchen zu beschwichtigen.

Das radicale Parlamentsmitglied H^r. Wakley ist zum Coroner von Westminster ernannt worden, hat aber seinen Wählern die Versicherung gegeben, daß er deßhalb kein Diener des Ministeriums geworden sei, sondern seine Unabhängigkeit vollkommen behaupten werde.

Die Conservativen hoffen, an die Stelle des zum Pair erhobenen Lord Ebrington für die Grafschaft Norddevon einen Candidaten von ihrer Seite, den H^rn. Bucke, durchzubringen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der am 7. Februar von Newyork abgesegelte „George „Washington" ist nach einer rauhen und langwierigen Fahrt — am 16. Februar mußte er an der Küste von Neufundland fast 11 Meilen durch Treibeis segeln — in Liverpool eingelaufen. D^r. Theller, der an der Invasion in Canada im vorigen Winter Theil genommen, und dann aus seiner Haft in der Citadelle von Quebec entwischte, ließ neulich im Senat zu Washington durch H^rn. Clay eine Petition überreichen, worin er sich beschwerte, daß er von den englischen Behörden als brittischer Unterthan, und nicht als amerikanischer Bürger, prozessirt worden sei; er sei zwar im brittischen Reiche geboren, aber längst in der Union naturalisirt. Diese Petition war ein Versuch, im Congreß eine Aufregung über die im letzten Kriege vielfach agitirte Frage hervorzubringen: „einmal brittischer Unterthan, immer brittischer Unterthan." Indeß machte sie keine Sensation; die Petition ward einfach auf den Tisch des Hauses niedergelegt, indem H^r. Clay bemerkte, wenn die canadischen Richter H^rn. Theller als brittischen Unterthan prozessirt hätten, so sei dieß Unrecht; ihn aber als amerikanischen Bürger zu prozessiren, seien sie vollkommen berechtigt gewesen. Damit beruhte die Sache. — Die Assembly des Staates Newyork hat die „Newyork Company" autorisirt, deren Zweck ist, eine Dampfschifffahrtsverbindung mit England herzustellen. Ein Agent derselben ist bereits mit Aufträgen nach England abgegangen.

Mexico.

Das Newyorker Packetboot „Sylvie de Grasse," das am 8. Februar von Newyork absegelte, ist am 5. März in Havre eingelaufen. Seine Nachrichten aus der Union und Canada fügen den über England erhaltenen nichts Neues hinzu. Die Berichte über Mexico lauten traurig. Das Land scheint in völlige Anarchie gestürzt, aber dennoch unbeugsam entschlossen, den Franzosen nicht nachzugeben. Bustamente hat das Vertrauen des Volks verloren, und dürfte es daher schwer, wo nicht unmöglich finden, eine nachhaltige Administration zu bilden. Das innere Land war ganz in Unordnung. Alle Verbindung mit Tampico war abgeschnitten durch die Anwesenheit des Generals Canalizo mit seinen siegreichen Truppen, während der Föderalistenchef Urrea andererseits im ungestörten Besitze der Stadt blieb. Der Regierung zu Mexico fehlte es besonders an Geld, dem Nerv des Krieges, da die freiwilligen Beiträge der Bürger aufgehört haben. Es hieß nun, der Präsident wolle der Geistlichkeit eine schwere Contribution auflegen. — Admiral Baudin hatte an den mexicanischen Commandanten im Lager zu Anton Lizardo geschrieben, er wolle den Landleuten erlauben, nach Veracruz hereinzukommen, und der Flotte Fleisch und sonstige Lebensmittel zu verkaufen, welche baar bezahlt werden sollten. Der mexicanische Befehlshaber wies das Anerbieten zurück, und die mexicanische Regierung lobte seinen Beschluß, und empfahl die größte Wachsamkeit, daß den Franzosen keine Zufuhr vom Lande werde.

Dem Standard zufolge sind von Liverpool bereits fünf trefflich bemannte Caperschiffe nach dem mexicanischen Golf ausgelaufen. Das Blatt hofft, schon die nächste transatlantische Post werde ein langes Verzeichniß gecaperter französischer Handelsschiffe mitbringen.

Königreich beider Sicilien.

S^r. Majestät der König von Baiern sind am 26. Februar Abends im erwünschtesten Wohlseyn in Neapel eingetroffen.

Niederlande.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten gab, wie bereits erwähnt, am 4. März den Generalstaaten Kenntniß von den seit dem 12. December v. J. gepflogenen Unterhandlungen. Von den Noten sind die meisten bereits bekannt. Es bleiben noch diejenigen nachzutragen, welche in Bezug auf friedliche Haltung und Entwaffnung gewechselt worden sind. I. Note an S^r. Exc. den Herrn Bevollmächtigten S^r. Majestät des Königs der Niederlande. Foreign-Office, am 1. Februar 1839. „Die unterzeichneten Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland haben mit Leidwesen vernommen, daß im Augenblick, wo die Bemühungen ihrer Höfe auf ein Endarrangement zwischen dem Königreich der Niederlande und dem von Belgien gerichtet, und wo die Vorschläge, welche die Unterzeichneten den Bevollmächtigten der beiden Regierungen mit ihren Noten vom 23. Jänner zugeschickt haben, wirklich in Erwägung genommen worden sind, die gegenseitigen Streitkräfte eine so drohende Stellung und Haltung angenommen haben, daß die geringste Unvorsichtigkeit eines untergeordneten Befehlshabers oder ein bloßer Mißverstand Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern zum Ausbruch bringen könnte. Die Unterzeichneten erfüllen, als getreue Organe der Besorgtheit ihrer erlauchten Souveraine für die Aufrechthaltung des Friedens, eine heilige Pflicht, indem sie auf das dringenste sowohl die niederländische Regierung, wie die belgische auffordern, ohne den geringsten Verzug, zur Beseitigung der eben angedeuteten drohenden Gefahr, die nöthigen Maaßregeln zu treffen, die beiderseitigen Truppencorps von den äußersten Gränzen zurückzuziehen und dieselben so zu vertheilen, daß keine Besorgniß eines Conflicts oder eine Annahme einer feindseligen Absicht mehr Statt haben könne. Demnach ersuchen sie den Herrn Bevollmächtigten S^r. Majestät des Königs der Niederlande, die gegenwärtige Note zur Kenntniß seiner Regierung zu bringen, und zweifeln nicht daran, daß S^r. Majestät den H^rn. Dedel ermächtigen werde, Sie ohne Verzug von den Befehlen in Kenntniß zu setzen, welche Höchstdieselbe, um ihrem Anfordern zu entsprechen, ertheilt haben wird. Indem sie S^r. Exc. die Note mittheilen, welche sie zu gleicher Zeit an den Bevollmächtigten S^r. Majestät des Königs der Belgier richten, ergreifen sie diese Gelegenheit, u. s. w." (Gez.) Senfft, Sebastiani, Palmerston, Bülow, Pozzo di Borgo. — Die Note an den belgischen Bevollmächtigten ist völlig gleichlautend mit der vorstehenden. — II. Die vom 11. Februar datirte Antwort des H^rn. Dedel lautet: „Daß die niederländische Regierung, die in der Conferenznote ausgedrückte Ansicht theilend, bereits vor Empfang dieser Note Sorge getragen hat, die Cantonnirungen ihrer Truppen so zu ändern, daß von ihrer Seite, so viel wie möglich, jedwede Art von Conflict mit den Belgiern vermieden werde." — III. Die Londoner Conferenz gab hierauf

am 12. Februar Kenntniß davon, daß ſie von der belgiſchen Regierung über die Bewegung der belgiſchen Truppen nach den Gränzen Explicationen erhalten habe, aus denen hervorgehe, daß in Folge der von dem König der Niederlande getroffenen Anordnungen man darauf rechnen könne, daß gleiche Maaßregeln in Belgien genommen werden würden. „Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge (ſo heißt es in dieſer Note) würden die Unterzeichneten ihrer Pflicht nicht nachzukommen glauben, welche ihnen die Beſorgtheit ihrer Höfe für die Aufrechthaltung der allgemeinen Ruhe auferlegt, wenn ſie die Regierung S^r. Majeſtät des Königs der Niederlande nicht auf das dringendſte aufforderten, unverweilt die außergewöhnlichen Rüſtungen einzuſtellen, die in ſeinen Staaten Statt gefunden haben, zu dieſem Zwecke die unter die Waffen gerufenen Mannſchaften der Reſerve und der Beurlaubten an ihren heimathlichen Herd zurückzuſenden, und das Heer auf den nämlichen Fuß zu bringen, auf welchem es ſich am 1. October des vergangenen Jahres befand.“ — Von Seiten Belgiens wurde behauptet, die von ihm getroffenen militäriſchen Maaßregeln ſeien allein die natürliche und unvermeidliche Folge der Bewegungen des holländiſchen Heeres geweſen, in jenen ſei keinerlei Anzeichen eines Angriffsprojects wahrzunehmen; bei ſolcher Lage der Dinge könne Belgien nicht vermeiden, in der militäriſchen Haltung, welche es anzunehmen gezwungen geweſen ſei, zu beharren, bis daß Holland ſelbſt durch neue Anordnungen alle Wahrſcheinlichkeit eines Angriffes von ſeiner Seite entfernt haben würde. — Von Seite der niederländiſchen Regierung wurde erklärt: „Es iſt allgemein bekannt, daß die in letzter Zeit von der niederländiſchen Regierung getroffenen Vorſorgemaaßregeln erſt vom Beginn des laufenden Jahres, alſo mehrere Monate ſpäter, als die belgiſchen Rüſtungen, datiren. Sie waren demnach nichts anders, als die unvermeidliche, obſchon verzögerte Folge dieſer letztern, und beſtanden alle bloß in der Verſetzung einiger Bataillons, wozu ſpäter zur Verſehung des Dienſtes in den Feſtungen die Einberufung der Beurlaubten der Miliz von 1832 und derjenigen der Claſſe von 1833 kam, welche in den letzten Monaten des Jahres 1838 beurlaubt worden waren; aber es war nirgends Rede von der Einberufung der Schutterij oder der Reſerve. In Erwägung des Umſtandes, daß bei der Nähe der belgiſchen Provinzen und bei den ſchnellen Communicationsmitteln in denſelben die Gefahr eines Angriffes ſich nicht auf die Zuſammenziehung belgiſcher Truppen an den nördlichen Gränzen beſchränkte, ſondern weſentlich beſtand, ſo lange das belgiſche Heer, wo es ſich auch befände, auf dem Kriegsfuß wäre, würde die Sicherheit des Landes in Gefahr bringen können, wenn ſie die Vertheidigungsmittel verringerte, bevor Belgien, welches bei weitem ausgedehntere Rüſtungen gemacht, als ſie, eine friedfertige Haltung angenommen hätte.“ — Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten ſchloß ſeinen Vortrag an die zweite Kammer der Generalſtaaten mit den Worten: „Wenn die öffentliche Behandlung und unmittelbare Bekanntmachung der meiſten inneren und auswärtigen Staatsangelegenheiten eines der Merkmahle unſerer Zeit iſt, ſo iſt dieß insbeſondere der Fall mit den aus den belgiſchen Ereigniſſen ſeit dem Jahre 1830 hervorgegangenen Unterhandlungen. Wir Niederländer mögen uns jetzt über dieſe Oeffentlichkeit freuen. Sie wird dem Geſchichtsſchreiber und dem Staatsmann, den Zeitgenoſſen und der Nachwelt einen reichen Vorrath des trefflichſten Materials zu ihren Nachforſchungen liefern. Während ſo manche Seite der Geſchichtsbücher der Völker von einem undurchdringlichen Schleier verborgen bleibt, wird der Zugang zu den Vorfällen, die unſerem Vaterland ſo tiefe Wunden geſchlagen haben, ſtets Jedwedem offen und nahbar ſeyn, und nimmer wird der betroffene Forſcher (de getroffen navorscher), wenn er nur Wahrheit ſucht, in Verlegenheit gerathen, wenn er ſich die Fragen ſtellt: Welches war die Urſache der Zerreißung des blühenden Königreichs der Niederlande? Durch welches Zuſammentreffen von Umſtänden kam ſie zu Stande? Auf welcher Seite waren das Recht und die Billigkeit, das wohlerwogene Staatsintereſſe, die Mäßigung, und das Feſthalten an den Grundſätzen der Ordnung und der wahren Freiheit? Zeigte während des achtjährigen Streits die Regierung des Landes ſich ſtandhaft in der von der Vorſehung ihr auferlegten Prüfung? War ihre Standhaftigkeit gepaart mit Klugheit? Beugte ſie vor der Nothwendigkeit ſich mit Würde? Und welche Zukunft weisſagt die Trennung Niederlands und Belgiens für die Wohlfahrt der beiden Länder und für die Ruhe Europas?“

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüſſel vom 6. März: „Die Repräſentantenkammer ſetzte dieſen Nachmittag die Erörterung über die Annahme des Friedensvertrags fort. H^r. de Theux, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, beſteigt hierauf die Tribune, um mehrere Geſetzentwürfe vorzulegen. Die Kammer beſchließt, dieſelben an durch das Bureau zu ernennende Commiſſäre zu überſenden. H^r. Verhaegen, Deputirter von Brüſſel, beſtieg gegen 1 Uhr die Tribune, die er noch um 2½ Uhr inne hat. Er begann damit, die politiſche Frage unter allen Geſichtspuncten zu prüfen; hierauf erörtete er mit einer tiefen Ueberzeugung, die ſtets durch die Majorität der Verſammlung getheilt wurde, die materielle Lage Belgiens und ging vor und nach alle Phaſen der Wohlfahrt und der induſtriellen und Finanzkriſis, die wir beſtanden und noch beſtehen, durch. Die Rede des H^rn. Verhaegen trägt das Gepräge der Würde und des Patriotismus; und als er zu der Frage der Bank kam, erhob er ſich mit Kraft gegen die Angriffe, deren Gegenſtand dieſes Etabliſſement ſtets von Seiten undankbarer und unredlicher Gegner war. Um 2¼ Uhr beſtieg der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten die Tribune, um die Politik, welche die Regierung annehmen zu müſſen geglaubt hat, zu erklären. — Die Truppen des Lagers werden nächſtens in ihre Garniſonen zurückkehren.“

In dem Börſenbericht aus Brüſſel vom 6. März heißt es: „Das langſame Fortſchreiten in der Erörterung der politiſchen Fragen übt, in Verbindung mit den ungewiſſen Bewegungen der Pariſer Borſe, einen großen Einfluß auf unſere Kurſe aus. Dieſelben war heute ſchwach.“

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Ueber die gegenwärtigen Zuſtände im Walliſer Lande, worüber wir bisher nur fragmentariſche Nachrichten mitgetheilt haben, gibt ein uns zugekommenes Schreiben von der Aar vom 24. Februar nachſtehenden Bericht: „Ich habe mein letztes Schreiben *) mit der Nachricht geſchloſſen, daß der Vorort die von dem Staatsrath von Wallis angeſuchte eidgenöſſiſche Intervention abgelehnt habe. Ueber die Anſichten, welche den Vorort bei dieſem Beſchluſſe geleitet haben, gab die Neue Züricher Zeitung, welche man wohl als ein halboffizielles Organ der Züricher Regierung anſehen darf, zuerſt Aufſchluß. Laut dieſem Blatte ſieht der Züricheriſche Regierungsrath den Zuſammentritt der Walliſer „Conſtituante“

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 10. Februar d. J.

für rechtmäßig an. Eine Protestation aus dem Oberwallis gegen alles Geschehene sei als einfache Petition unberücksichtigt gelassen worden. Hingegen werde der Vorort kräftig interveniren, wenn die Erhaltung des Landfriedens es erfordern sollte, und insbesondere werde er durch energisches Einschreiten sich einer Zerreißung des Cantons widersetzen. Diese Aeußerungen der Neuen Züricher Zeitung über die Ansichten des vorörtlichen Staatsraths in Bezug auf die Intervention in Wallis finden sich officiell bestätigt in dem von demselben an die Walliser Regierung auf deren Interventionsbegehren gerichteten Antwortsschreiben. In diesem Schreiben wird zwar der außergesetzlich zusammengetretene sogenannte Verfassungsrath in Sitten, von dem ich in meinem letzten Briefe bereits Meldung gethan habe, nicht ausdrücklich gebilligt; er wird aber auch in keiner Weise mißbilligt, und dessen Billigung, so wie die Ansicht, daß die Walliser Behörden diese Constituante anerkennen und das der bestehenden Verfassung getreue Oberwallis sich an dieselbe anschließen solle, leuchtet aus dem ganzen Contert dieses Schreibens unverkennbar durch. Wie nun die eidgenössische Bundesbehörde einen ungesetzlichen, gegen die Befehle der rechtmäßigen Cantonalregierung bestehenden Clubb auch nur stillschweigend als Verfassungsrath anerkennen könne, darüber mag man sich vielleicht im Ausland verwundern; in der Schweiz ist man seit 1830 an derlei Dinge gewohnt. Ist doch das eidgenössische Staatsrecht seit dieser Zeit in Bezug auf Intervention ein Knäuel von Widersprüchen und Willkürlichkeiten, den man, ohne den Geist der Revolution inne zu haben, nicht lösen kann. Ein kurzer Rückblick auf die eidgenössische Interventionspolitik seit dem Jahre 1830 dürfte diese etwas strenge Behauptung leicht außer Zweifel stellen. — Nachdem die Tagsatzung unterm 17. December 1830 zu einer Zeit, als die Revolutionsbewegungen in der Schweiz ihren Anfang genommen hatten, die Nichtintervention ausgesprochen hatte, so hinderte dieser Beschluß nicht, daß im Jahre 1831 die Regierung von Basel von Seite der Eidgenossenschaft auf das dringendste aufgefordert wurde, die neueingeführte Verfassung wieder abzuändern; er hinderte auch nicht, daß im Jahre 1832 die durch Empörung factisch herbeigeführte Spaltung in den Cantonen Basel und Schwyz provisorisch von der Tagsatzung anerkannt wurde. Ja im Jahre 1833 ging die Intervention so weit, daß die Tagsatzung in Zürich den Regierungen dieser beiden Cantone zu Gunsten der dortigen Rebellen den Krieg erklärte, den Canton Basel auf ewige Zeit in zwei Theile spaltete und dem Volke von Schwyz eine Verfassung mit Waffengewalt aufdrang. Damals mußte man in der Schweiz glauben, daß jede Empörung von nun an von den Bundesbehörden als ein verdienstliches Werk angesehen werde und auf deren Schutz zählen dürfe. Als aber im Jahre 1835 die katholische Geistlichkeit in Aargau sich weigerte, einen unbedingten Staatseid zu schwören, und das katholische Volk über diese Forderung schwer beunruhigt war, da rückten 10,000 Mann Züricher Truppen an die Gränzen des Aargau's, und der Vorort forderte die Cantone zu eidgenössischem Aufsehen auf, nicht um gegen die Regierung von Aargau zu ziehen, wie dieß gegen Basel und Schwyz geschehen war, auch nicht um vermittelnd zwischen Volk und Regierung zu treten, sondern um dieser gegen die sogeheißenen Rebellen, die sich indeß ganz ruhig verhielten, und keinen einzigen ungesetzlichen Schritt begingen, beizustehen. Man schien also damals zu dem alten Grundsatz des wechselseitigen Schutzes der eidgenössischen Regierungen wieder zurückkehren zu wollen. Allein im Jahre 1838 nahm der Vorort Luzern den ultrarevolutionnären Faden vom Jahre 1833 wieder auf, und setzte neuerdings die Intervention zu Gunsten der Empörung ins Werk. Denn als nach der bekannten Schwyzer Landsgemeinde vom 6. Mai, die wegen vorgefallenen Unordnungen unverrichteter Dinge auseinander gegangen war, mehrere aufrührerische Bezirke sich von der Schwyzer Regierung ablösten, und die Empörung ungescheut im ganzen Lande gepredigt wurde, da stellte sich der Vorort Luzern gleichsam an die Spitze der Rebellen, erklärte die Regierung von Schwyz für aufgelöst, verbot den dortigen Behörden alle fernere Wirksamkeit und wollte sie mit Waffengewalt nöthigen, ihr treugebliebenes Volk zu entwaffnen. Der revolutionnäre Plan, der den Sturz der conservativen Schwyzer Regierung beabsichtigte, ist glücklicherweise an ihrer festen Haltung und an dem gemäßigten, wenn auch nicht consequenten Benehmen der Tagsatzung gescheitert. — Nach allen diesen Vorfällen will nun der Vorort Zürich den schon ganz außer Acht gekommenen Tagsatzungsbeschluß vom 17. December 1830, der die Nichtintervention ausspricht, wieder ins Leben rufen. Doch glaubt er selbst, daß diese Nichtintervention ihre Gränzen habe, indem er in seinem Antwortschreiben an die Regierung von Wallis hinzusetzt: „die Intervention könnte nur Statt finden, wo die unternommenen Reformen durch Gewaltthaten gestört würden, oder wo es sich um eine Trennung handelte." Da der Vorort den Zusammentritt einer sogenannten außergesetzlichen Constituante nicht als eine Gewaltthat ansieht, so ist man nach der Analogie früherer eidgenössischen Interventionen geneigt zu glauben, daß er unter diesem Worte die Anwendung der Gewalt von Seite der Regierung gegen die Rebellion verstehe, und daß er gegen solche Gewaltanwendung interveniren wolle. Warum der Vorort Zürich, der im Jahre 1833 die Zerreißung des Cantons Basel, mit Waffengewalt durchgesetzt hat, nun so sehr gegen eine Trennung des Wallis eifert, werden wir weiter sehen." (Fortsetzung folgt).

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 12. März l. J. dem russisch-kaiserlichen Generallieutenant und Generaladjutanten, von Kavelin, das Großkreuz, den Lieutenants der russisch-kaiserlichen Garde, von Patkul und von Adlerberg, dann dem Cornet der russisch-kaiserlichen Garde, Fürsten Dariatinsky, das Kleinkreuz des österr. kaiserlichen Leopoldordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 14. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	106⅞.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	——.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	284.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	153.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	64¼.
Bankactien pr. Stück		1473⅞ in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 75

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 16. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 14. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.82	283. 72. 2 P.	— 5.1	NW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.83	28 7 2	— 2.7	NNW.	— —	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.868	28 7 6	— 5.7	N.	still.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 1. März wurde, wie bereits erwähnt, die wichtige Frage verhandelt, ob es zweckmäßiger sei, die Anlegung von Eisenbahnen in Irland zur Regierungssache zu machen, oder, wie es in England geschehen, der Privatunternehmung zu überlassen. Es handelte sich dabei um ein ganzes Eisenbahnsystem, wenn auch fürs erste nur der Bau Einer Bahn vorgenommen werden soll. Die zur Untersuchung dieser Frage ernannte Commission hatte sich für die erste Alternative entschieden, und auf Grund dieses Gutachtens beantragte der Staatssecretär für Irland, Lord Morpeth, in einer Resolution einen Vorschuß von 2,500.000 Pf. in Schatzkammerscheinen zur Ausführung des vorgeschlagenen Planes, um dann auf diese Resolution eine Bill zu begründen. Das Umfassende und in alle Verhältnisse des Landes tief Eingreifende des Planes, der Umstand, daß man weniger als bei der Unternehmung einer einzelnen Eisenbahn aus bestimmten Voraussetzungen Folgerungen ziehen kann, vielmehr den Muthmaaßungen einen größeren Spielraum lassen muß, wodurch denn Privatunternehmer natürlich noch leichter als sonst zu ausschweifenden Entwürfen verleitet werden könnten, und endlich der Zustand Irlands selbst, der den englischen Capitalisten im Allgemeinen nicht die Sicherheit darbietet, an welche sie bei Unternehmungen der Art in Großbritannien selbst gewöhnt sind, dieß Alles bewog die Regierung, dahin zu streben, daß ihr selbst wo möglich die Leitung des ganzen Unternehmen übertragen würde. Der erste Anstoß, den die Sache erhielt, ging schon unter der Regierung des letztverstorbenen Königs vom Oberhause aus, welches eine Adresse an die Krone erließ, auf deren Veranlassung eine Commission ernannt wurde zu Abgebung eines Gutachtens über das Eisenbahnwesen in Irland im Allgemeinen und zur Entwerfung eines Eisenbahnsystems für jenes Land. Die Commission hat im vorigen Jahre ihren Bericht erstattet, der im Allgemeinen in Irland mit großer Zufriedenheit aufgenommen wurde, weil man daraus zu ersehen meinte, daß es der Regierung Ernst sei um Förderung der materiellen Interessen, dagegen aber von Einzelnen sehr heftige Anfechtung erlitt, welche durch den umfassenderen Plan die einzelnen Privatunternehmungen gefährdet glaubten, die hier und da, durch Parlamentsacten concessionirt, in Irland im Entstehen begriffen waren. Die Entscheidung des Unterhauses über den Werth der Commissionsvorschläge sollte nun in dieser Sitzung Statt finden, in welcher sich dasselbe dieser Sache wegen auf den Antrag des Lords Morpeth in einen Geldbewilligungsausschuß verwandelte. Der Minister ging nach einigen vorbereitenden Bemerkungen sogleich auf die Hauptfrage ein, ob man die Anlegung der projectirten Eisenbahnen der Privatspeculation überlassen solle, wie in England, oder der Regierung übertragen, wie in Belgien. Er entschied sich für das letztere. Selbst in England, meinte er, würde man mit der Zeit finden, daß es nöthig sei, das jetzt befolgte System, den Privatleuten diese Unternehmungen ganz zu überlassen, zu modificiren; aber in Irland müsse man der Natur der Sache nach von vorn herein einen ganz andern Weg einschlagen. Man möge nur die Verschiedenheit in dem Ertrage der Zölle und Accise der beiden Länder berücksichtigen, die zahlreichen Canäle und Eisenbahnen, von denen England durchschnitten sei, während Irland nur Eine fertige Eisenbahn von wenigen Meilen, von Dublin nach Kingston, und nur vier Canäle besitze. Dann führte er viele Belege für die bewundernswerthe Ausdehnung und Vermehrung des Verkehrs an, welche die Eisenbahnen erzeugten, und von der für Irlands Gedeihen sicherlich Großes zu erwarten sei, wenn gleich die Vortheile, welche die größeren Bahnen abwürfen, wie man sie in Irland brauche, um z. B. Dublin mit der Westküste, gleichsam die alte Welt mit der neuen zu verbinden, nicht so bedeutend seyn könnten, daß Privatunternehmer sich dadurch zur Verwendung ihrer Capitalien veranlaßt finden könnten. Nach der Berechnung der Commission nämlich würden einige Bahnen wohl 5 Percent, andere aber auch nur ½ Percent Zinsen geben, und dieß sei kein Gewinn, der die Privatspeculation anlocken könne. Daß die Eisenbahnunternehmungen von Seiten der Regierung vortheilhafte Resultate liefern könnten, beweise Belgien. Dort habe die Anlage im Durchschnitt 8000 Pf. für die englische Meile gekostet, während in England keine Eisenbahn zu weniger als 10,000 Pf. für die Meile angelegt worden und in einem Falle sogar 40.000 Pf. für die Meile habe aufgewendet werden müssen. Ein Theil dieser ungeheuren Kosten aber werde schon durch die Verhandlungen über die Eisenbahnbills im Parlamente zu Wege gebracht, wie denn unter Anderm für die Eisenbahn zwischen London und Birmingham diese parlamentarischen Kosten 72,868 Pf., für die große westliche Eisenbahn 88.710 Pf., für die London- und Southamptoner Eisenbahn 39.000 Pf. betragen hätten. Einen andern bedeutenden Theil der Kosten machten die mitunter enormen Geschenke aus, welche in England an Leute von Einfluß im Parlament gegeben würden (hört!), um ihnen ihre Opposition gegen die projectirte Bahn abzukaufen. In solchen Fällen sei mitunter von den Eisenbahngesellschaften Land zum zehnfachen Betrage seines Werthes angekauft worden, und in einem Falle habe ein Edelmann im Norden von England 20,000 Pf. für den Theil seiner Ländereien erhalten, durch welche die Eisenbahn geführt werden sollte, und außerdem noch 100,000 Pf. unter dem Vorwande der Em-

schädigung für die Nachtheile, welche die Eisenbahn der Besitzung des Lords bringen werde. Ganz anders gehe man in Amerika zu Werke, wo die Grundbesitzer nicht nur oft ihre Ländereien ganz umsonst abgetreten, sondern noch Geld obendrein gegeben hätten, um die Eisenbahnunternehmungen zu fordern. Daß dasselbe in Irland geschehen werde, habe er allen Grund zu glauben, sobald man der Regierung die Ausführung des Planes überlasse; ja, mehrere Grundbesitzer hätten sich bereits im voraus zu solcher Unterstützung geneigt erklärt. Schließlich setzte Lord Morpeth die Absichten der Regierung in Bezug auf die Richtung der anzulegenden Eisenbahnen selbst auseinander. Es soll zunächst nur Eine große Stammbahn angelegt werden, geeignet zu einer genügenden Prüfung des ganzen Systems, wenngleich man lieber sogleich mehr unternommen hätte. (Hört! von Seiten O'Connells.) Die Stammbahn soll von Dublin nach Cork gehen und zunächst nur zwei Seitenbahnen haben, die eine nach Limerick, die andere nach Clonmel. Diese Bahnen zusammen werden 213 englische Meilen betragen, und die Kosten der Anlage sind auf 2,566,000 Pf. veranschlagt. Man würde, statt der Richtung nach Cork, die nach Belfast vorgezogen haben, wenn nicht schon zwei Privatgesellschaften zur Errichtung von Eisenbahnen im Norden von Irland concessionirt wären. Die unmittelbare Leitung des Unternehmens soll dem Departement der öffentlichen Bauten von Irland übertragen werden, welches alljährlich an das Parlament Bericht zu erstatten haben soll, so daß die Regierung keine Patronatssache aus dem Unternehmen machen konne. Die Revenuen der Bahnen sollen zunächst zur Unterhaltung derselben, dann zur Zahlung von 3½ Percent Zinsen auf das vorgeschossene Capital, ferner zur Zurücklegung von 1 oder 1½ Percent für den Tilgungsfonds und endlich zur Herabsetzung des Passagier- und Transportgeldes verwendet werden. Wenn aber nach Vollendung der Bahnen die Einnahme die Kosten nicht decken sollte, so soll der Minderbetrag durch eine Localsteuer der Grafschaften, welche bei den Bahnen unmittelbar interessirt sind, aufgebracht werden. Ein etwaniger Ueberschuß der Einnahmen dagegen soll im allgemeinen Interesse von Irland verwendet werden. Lauter Beifall, besonders von Seiten der irländischen Mitglieder, folgte diesem Antrage, den Hr. Reddington unterstützte, wobei er sich indeß über die stiefmütterliche Behandlung des vierten Theiles von Irland, der Provinz Connaught, von Seiten der Commission, beschwerte. Gegen den Antrag trat Sir Robert Peel auf. Er fürchtete die unauflöslichen Verwickelungen, in welche sich die Regierung durch diese Abweichung von dem bisher in England befolgten Systeme stürzen werde. Schon habe man Klagen in Bezug auf die Provinz Connaught gehört; ähnliche Klagen von anderen Seiten würden nicht ausbleiben. Daß in Irland hinreichende Unterstützung zur Unternehmung der Eisenbahnen durch Privatleute sich finde, gehe aus dem Commissionsberichte selbst hervor; es lasse sich also nicht einsehen, warum man die irländischen Capitalisten nicht den englischen gleichstellen wolle. Auf dieselben Gründe, welche Lord Morpeth für Anlegung von Eisenbahnen durch die Regierung angeführt habe, könnte man auch den Antrag basiren, die Regierung in Irland auf öffentliche Kosten Baumwollen- und andere große Fabriken anlegen zu lassen. Ueberdieß stehe die Regierung hier mit ihren eigenen Grundsätzen in Widerspruch. Sie wolle freie Municipalverfassungen und Localverwaltung für Irland, und weigere sich doch, Unternehmungen der hier vorliegenden Art dem Speculationsgeist der dortigen Privatleute zu überlassen. Er würde sich indeß dem Antrage nicht widersetzen, wenn er dauernden Nutzen für Irland darin sähe, aber dieß sei nicht der Fall; der Antrag werde keinen andern Erfolg haben, als die Regierung in Verlegenheit zu bringen, und, so populär er auch sei, doch nach wenigen Jahren allgemein verdammt werden. Wenn Eisenbahnen in Irland überhaupt nützlich wären, so würden sich schon Privatunternehmer dazu finden. Irland sei allerdings ärmer als England; aber derselbe Vergleich würde sich auf andere Theile des Reichs anwenden lassen; werde man z. B. für Eisenbahnen in Wales eine Bewilligung machen wollen, weil Wales nicht so reich sei als England? Und nicht nur unpolitisch für Irland im Ganzen würde der vorgeschlagene Plan seyn, sondern auch ungerecht gegen die Bewohner aller derjenigen Districte, durch welche die projectirten Eisenbahnen nicht gingen; denn ihre Concurrenten auf der Eisenbahnlinie würden durch die Regierung in den Stand gesetzt, sie auszustechen, und doch wolle man die Ausgestochenen nöthigen, gemeinschaftlich mit allen anderen Unterthanen des Reichs ihren Antheil an dem Vorschuß aus Staatsfonds zu ihrem eigenen Nachtheil zu tragen. Und habe man einmal den ersten Schritt gethan, so werde man dabei nicht stehen bleiben können; man werde nicht bloß Eine Eisenbahn, sondern ein Eisenbahnnetz über das ganze Land anlegen müssen. Vergebens werde man dann sagen, die erste Bahn sei ein fehlgeschlagenes Unternehmen gewesen, sie habe ihre Kosten nicht gedeckt; die anderen Districte würden entgegnen, man komme zu spät mit diesem Argument; sie würden klagend zu bedenken geben, daß sie ganz eben so arm seien, wie die Einwohner des bevorzugten Districts, und daß man diese ihre Armuth durch ihre Beisteuerung zu jener Leute Gunsten noch erschwert habe. Man möge doch ja nicht zu dem alten irländischen System zurückkehren, welches vor der Union bestanden habe, nämlich Alles aus öffentlichen Mitteln mit enormen Begünstigungen für die Nation zu thun, statt die Nation selbst für ihre Bedürfnisse sorgen zu lassen. Der Kanzler der Schatzkammer erinnerte daran, daß man seit der Union mit Irland fortwährend das System befolgt habe, zu öffentlichen Bauten in Irland Staatsgelder vorzuschießen, was ja auch selbst in England bei vielen Eisenbahnen geschehen sei. Die Hauptsache aber sei, daß in Irland die Eisenbahnen gar nicht unternommen werden würden, wenn die Regierung es nicht thue, da die Zinsen sich nach dem Berichte der Commission höchstens auf 4½ Percent veranschlagen ließen, und so geringe Zinsen den Privatmann nicht zu gewagten Unternehmungen veranlassen könnten. Damit übereinstimmend äußerte sich auch Hr. O'Connell, der ganz besonders darauf aufmerksam machte, daß es sich nicht um ein Geschenk, sondern nur um einen Vorschuß handle. Er bezweifelte überhaupt auch in England die Angemessenheit des hier befolgten Eisenbahnsystems, welches Privatpersonen die ganze Controlle über die Eisenbahnen überlasse, und er gab den alten Grundsatz, daß die Wege, auf welchen die Unterthanen des Königs reisten, königliche Landstraßen seien, den Vorzug; Belgien und Newyork hätten sehr weise gehandelt, diesem Grundsatz zu folgen, und in Irland würde der Gewinn der Eisenbahnen zu gering seyn, um zur Privatunternehmung aufzumuntern. Einzelne andere irländische Mitglieder sprachen sich ebenfalls sehr zu Gunsten des Planes aus, und bedauerten nur, daß er nicht sogleich in größerer Ausdehnung ins Werk gesetzt werden solle. Hr. Hume dagegen widersetzte sich der Bewilligung, indem er besonders die Garantie für die Rückzahlung des Darlehens nachgewiesen haben wollte; denn, meinte er, im Fall das Unternehmen sich

nicht rentirte, sei es sehr die Frage, ob die Grafschaften sich der vorgeschlagenen Besteuerung gutwillig unterwerfen würden, und auf irländische Verbürgungen wäre nicht viel zu geben, da auch die der dortigen Geistlichkeit auf den rückständigen Zehnten vorgeschossene Million für immer verloren sei. Auch Sir Robert Inglis machte auf diesen Punct aufmerksam, und verlangte von O'Connell zu wissen, welche Garantie wohl in dieser Sache gegeben werden könne, wenn, wie er ja immer verlange, die Union aufgehoben würde. „Dann," sagte O'Connell, „will ich dafür sorgen, daß man in die Repealacte eine Clausel aufnähme, durch welche diese Summe für eine Nationalschuld erklärt würde. (Großes Gelächter.) Was die Million für die irländischen Zehnten anbelangt," fügte er hinzu, „so kann in dieser Beziehung von keinem Treubruch die Rede seyn, denn ich habe stets gesagt, daß diese nicht würde zurückgezahlt werden." „Das haben Sie gesagt," versetzte Sir Edward Knatchbull, „und ich sage Ihnen dasselbe mit Hinsicht auf die dritthalb Millionen voraus, die jetzt gefordert werden." Sir George Strickland fand besonders deßhalb Anstoß an dem Antrag, weil derselbe nur als Einleitung zu einem Darlehen von mindesten 8,000,000 Pf. für sämmliche Bahnen betrachtet werden könne. Nach vielem Hin- und Herreden, bei welchem die Opposition hauptsächlich von den Tories ausging, sollte zur Abstimmung geschritten werden; da entspann sich noch eine lange Debatte darüber, ob man nicht dem Wunsche der Minister willfahren, und den Antrag ohne alle Abstimmung annehmen wolle, da die Majorität gewiß sei. Sir Edward Knatchbull bestand auf der Abstimmung, und diese ergab nun 144 für und 100 Stimmen gegen den Antrag, der demnach angenommen wurde. Nun hat aber noch die darauf zu begründende Bill ihre verschiedenen Stationen zu durchlaufen.

Consols am 5. März 93.

Rußland.

Se. Majestät der Kaiser haben dem bisherigen Justizminister, wirklichen geheimen Rath Daschkoff, einen andern Wirkungskreis verliehen, und ihn seiner bisherigen Aemter enthoben. An seine Stelle ist der bisherige Minister des Innern, wirkliche geheime Rath Bludoff, zum Justizminister ernannt worden.

Der Generalmajor Chrapowitzky ist zum Rathe im Ministerium des Innern ernannt worden.

Frankreich.

Den Pariser Journalen vom 8. März zufolge waren bis zum 7. Abends 453 Wahlen in Paris bekannt (es fehlten also noch sechs), von denen das Journal des Debats 222 den Constitutionnellen (Ministerium) und 226 der Coalition (Opposition) zutheilt; 4 der Gewählten weiß das Journal nicht zu classificiren. Andere Journale stellen noch ungünstigere Berechnungen für das Ministerium an; der Commerce zählt von 453 Ernennungen 253 für die Opposition und 200 für das Ministerium; der Temps von 451 Ernennungen 249 für die Opposition und 202 für das Ministerium u. s. w.

Am 8. März 2 Uhr Nachmittags 5Percents 108 Fr. 65. 3Percents —.

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel vom 7. März: „Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer schritt man zum namentlichen Aufruf. Es war beinahe zwei Uhr, als die Erörterung des den Friedensvertrag betreffenden Gesetzentwurfs begann. Hr. Simons, der zum abgetretenen Gebiete Limburgs gehört, hielt eine Rede, die wir nicht anders characterisiren können, als daß wir dieselbe als ein Manifest gegen den Handel und gegen die Industrie betrachten. Er nannte die industrielle Bewegung der letzten Zeiten eine schändliche Räuberei, geleitet durch Piraten, welche die moralischen und politischen Interessen Belgiens den materiellen Interessen einer erkünstelten Industrie aufopfern. Gegen drei Uhr stieg Hr. Devaux, mit einer voluminösen Rede in der Hand, auf die Tribune; er sprach zu Gunsten der Annahme des Vertrags. Die Versammlung ist heute sehr zahlreich. Man versichert, nach Hrn. Devaux werde der Baron d'Huart, ehemaliger Finanzminister, sprechen, und er werde merkwürdige Aufklärungen über die zwischen den Mitgliedern des Cabinets ausgesprochenen Spaltungen geben, welche den Rücktritt der HH. d'Huart, Ernst und de Merode herbeiführten." — Ferner aus dem Lager von Beverloo vom 5. März: „Die Dislocation der campirten Truppen hat gestern begonnen; allein ein Theil derselben wird in der Umgegend cantonnirt bleiben."

Wir geben noch Einiges aus der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 4. März und zwar aus dem Vortrage des Ministers Nothomb. Derselbe sagte unter Anderm, daß, wenn die gegenwärtigen Minister am Ruder geblieben seien, sie darin nur ihrer gewissenhaften Ueberzeugung erfolgt wären, und daß, wenn sie das Cabinet nicht complettirt hätten, sie es nur darum nicht gethan, weil den neuen Mitgliedern die Rechtfertigung gefehlt hätte, daß sie bereits im Amte gewesen seien, bevor die Nothwendigkeit des gegenwärtigen Vorschlages eingetreten war. Der Minister ging demnächst zu einer ausführlichen Entwicklung über, um darzulegen, daß man dem Tractat beitreten müsse. Er sagte, die größte Collision für Belgien sei dadurch entstanden, daß man die Luxemburger 15 Jahre lang als Belgier behandelt habe, während sie doch, seitdem der teutsche Bund besteht, immer Teutsche waren. Er beruft sich in dieser Beziehung auf das, was Bignon auf der französischen Rednerbühne 1830 gesagt. Hr. Bignon habe damals bereits bemerklich gemacht, daß ein Keim zum Kriege in den Ansprüchen Belgiens auf Luxemburg liege, Ansprüchen, die ohne Grund seien, weil es sich darum handelte, ein Gebiet zu erwerben, welches ausschließlich zu Teutschland gehöre. An der Spitze des Cabinets, zu welchem Hr. Bignon damals gehörte, habe Hr. Laffitte gestanden und Minister der auswärtigen Angelegenheiten wäre der Marschall Maison gewesen. Gleichwohl habe das französische Ministerium damals wie jetzt geglaubt, daß das Luxemburgische als eine von Belgien abgesonderte Provinz zu betrachten sei, und in diesem Sinne seien damals auch dem Fürsten Talleyrand die Instructionen ertheilt wor

en. Inzwiſchen, ſo fügte Hr. Nothomb hinzu, hätten die Luxemburger doch vollkommen Recht gehabt, ſich der belgiſchen Revolution anzuſchließen, und Europa begienge eine große Ungerechtigkeit, indem es zwei Provinztheile von Belgien trenne; aber die Luxemburger und die Belgier ſeien zu ſchwach, um der Entſcheidung des vereinigten Europas zu widerſtehen. Wenn im Jahre 1830, zur Zeit als Hr. Laffitte Miniſter war, die franzöſiſche Regierung die Umſtände, in denen man ſich befand, anders gewürdigt hätte, ſo würde vielleicht die Vereinigung jener beiden Provinzen mit Belgien eine definitive geworden ſeyn; es ſei jedoch damals unterblieben, und das Laffitte'ſche Miniſterium habe dadurch einen Fehler begangen, den ſeine Freunde unmöglich wegläugnen können. Der Redner theilte demnächſt ſeinen Vortrag in 4 Theile. In dem erſten erklärte er den Sinn der Territorialbeſtimmungen, wobei er an ſeine eigenen Anſichten erinnerte, die er bereits im Jahre 1831 ausgeſprochen. Er meinte, daß Teutſchland um ſo mehr Urſache habe, auf die Integrität ſeines Gebiets eiferſüchtig zu ſeyn, als ſich Frankreich bereits mehreremale auf Koſten desſelben bereichert habe. „Unſere entſchiedenſten Gegner," ſagte er, „waren gerade die kleineren Staaten Teutſchlands, und wenn man von der Sympathie geſprochen, welche die teutſchen Katholiken für uns haben, ſo irrt man ſich ungemein, denn Proteſtanten und Katholiken waren unſerer Sache dort auf gleicher Weiſe entgegen. Was Frankreich betrifft, ſo will Ludwig Philipp, dem man einen ausgezeichneten Verſtand und entſchiedene Rechtlichkeit zugeſtehen muß, allerdings unſere Nationalität aufrecht erhalten; Frankreich dagegen, welches ſich bei ſeiner Unthätigkeit langweilt, und nicht begreift, daß das Glück im Frieden beſteht, möchte ſich gern vergrößern. Dieſe Vergrößerungsſucht flößt den übrigen Mächten Beſorgniſſe ein, und das Intereſſe ſelbſt, welches Frankreich für uns hegt, wird von ihnen ungünſtig für unſere Protenſionen ausgelegt." In der zweiten Abtheilung ſeiner Rede vertheidigte ſich der Miniſter gegen eben vernommene Angriffe. Er ſuchte zu zeigen, daß die Regierung keinen andern Weg habe befolgen können, auch wenn ſie früher bereits die Ueberzeugung hatte, daß die ſtreitigen Gebietstheile nicht zu erhalten ſeyn würden. Nur dadurch allein habe die Regierung eine Modification in den übrigen Theilen des Tractats erlangen können. In der dritten Abtheilung behandelte er die Frage, welcher Weg jetzt einzuſchlagen ſei. Er vertheidigte die Partei des Friedens, als die einzig richtige und geeignete, um Belgien ſeine innere Wohlfahrt zurückzugeben, und ſelbſt als die am wenigſten nachtheilige für die abzutretenden Provinzen. In der vierten Abtheilung endlich ſchilderte er in großen Zügen die Reſultate der Annahme des Vertrags, nämlich die definitive Herſtellung der belgiſchen Nationalität, die Anerkennung derſelben von Seiten des Königs Wilhelm, die Befeſtigung der Dynaſtie, der Friede von Europa, und die Beendigung der Revolution vom 1830.

In einem Schreiben aus Brüſſel vom 4. März (in der Allgemeinen Zeitung) heißt es: „Unter den Journalen, die in der letzten Zeit vom Widerſtands- zum Friedensſyſtem übergegangen ſind, bemerken wir den Courrier de la Meuſe, das Organ der gemäßigten, d. h. der größern Mehrzahl der Katholiken. Ich ſchrieb Ihnen ſchon längſt, daß der Internuntius Monſignore Fornari ſich für den Frieden ausſpreche. Er führte von Anfang an dieſe Sprache, und berief ſich auf ſeine Inſtructionen. Denjenigen unſerer Katholiken, die ſich am weiteſten in das Widerſtandsſyſtem eingelaſſen, kam dieſes ſehr ungelegen; denn hat dieſe Frage gleich mit der Orthodoxie nichts gemein, ſo iſt es doch für belgiſche Katholiken immer von großem Gewichte, wie man in Rom darüber denkt. Unſere Biſchöfe hatten ſich nie für den Widerſtand erklärt, um ſo leichter wurde es ihnen, den Erwartungen des Monſignore Fornari zu entſprechen. Letzterem hat die Demokratie, welche die belgiſche Frage zur Erregung eines neuen revolutionnären Krieges zu benutzen gewünſcht, ſein Betragen beſonders übel genommen. Zeuge deſſen iſt ein Artikel des Pariſer National. Der päpſtliche Geſandte in Brüſſel (heißt es darin) mache ſich zum Werkzeuge der Conferenz; Rom verkenne ſeine Miſſion, die darin beſtehe, mit den Völkern gegen die Fürſten gemeine Sache zu machen; es begehe zugleich ein Verbrechen und einen Fehler; hoffentlich würden die belgiſchen und preußiſchen Katholiken mehr auf die Stimme der Erzbiſchöfe von Mecheln und Köln (!) horchen, als auf den Geſandten einer Macht, die bald mit den Thronen, deren Partei ſie ergreife, untergehen werde u. ſ. w. Dieſer Artikel wurde von dem hieſigen Belge, und hiermit zugleich die Unwahrheit wiederholt, der Erzbiſchof von Mecheln ſpreche ſich für den Widerſtand aus. Dieſe Unwahrheit iſt zuerſt von dem Journal des Flandres in Kurs geſetzt worden; es wurde ſogar verſichert, der Erzbiſchof nenne den Krieg einen heiligen, und habe verſprochen, die Fahnen im Lager einzuſegnen. Solche Erfindungen erlaubt ſich der Partzeigeiſt, um die Gemüther fortzureißen. Die Mehrzahl des untern Clerus war anfangs für den Widerſtand, jetzt iſt es umgekehrt; er theilt die Schwankungen der Nation, zu der er gehört. Am längſten wird der Widerſtand unter dem mehr demokratiſch geſinnten Theile unſerer Katholiken, der in Flandern ſeinen Sitz hat, einen Anhang finden; dieſe Fraction ſchadet aber auch ihrem Einfluſſe durch die Exaltation ihrer Stimmführer. Es iſt intereſſant, und gewährt einen belehrenden Blick in die Parteien unſerer Zeit, jenen Artikel des National, der nur eine Reproduction Lamennais'ſcher Anſichten iſt, mit den Vorwürfen zuſammenzuhalten, die man von einer andern Seite gegen Roms „revolutionnäre Abſichten" erhebt. Man erinnert ſich auch, wie die belgiſchen Biſchöfe vor mehr als einem Jahre beſchuldigt wurden, in der Rheinprovinz aufrühreriſche Umtriebe angezettelt zu haben. Wir erhoben ſchon damals unſere gegründeten Zweifel hiergegen; keine Beweiſe

sind seitdem beigebracht worden; und die Ereignisse rechtfertigen immer mehr unsere ursprüngliche Ueberzeugung. Der unruhige Zustand der Rheinprovinz ist ein Argument im Munde der Opposition, die daraus die Gewißheit herleiten will, daß entweder Preußen nicht angreifen werde, oder daß Belgien im Rheinlande Hülfe und Anhang finden würde, und nur sind es gerade die belgischen Bischöfe und der päpstliche Gesandte, die zum Frieden ermahnen, hierdurch die Widerstandspartei bedeutend schwächen, und mithin die Gefahr, welcher die Ruhe der Rheinprovinz ausgesetzt seyn konnte, abzuwenden beitragen. — Die Instruction gegen Bartels und Kats verspricht auf Verzweigungen zu führen, deren Entdeckung neue Verhaftungen nöthig machen würde. Sie werden in unsern Blättern einen betreffenden Beschluß des hiesigen Gerichtshofes finden. Es ergibt sich daraus, daß man die Anklage nicht bloß auf die Proclamation an die Armee, sondern auch auf mehrere Artikel des Belge gründet, und überhaupt die Sache mit Ernst zu betreiben beabsichtigt. Uebrigens berechtigt die Heranziehung des Art. 102 des Code pénal zu der Voraussetzung, daß in keinem Fall eine schwerere Strafe als Verbannung werde ausgesprochen werden. — Ich sehe, daß Sie aus einer Correspondenz des Journal des Debats die Nachricht aufgenommen, H^r. de Potter sei in Brüssel angekommen. Er hat Paris nicht verlassen, und wird jetzt am wenigsten Lust haben, sich hier zu zeigen. — Der bekannte Rauschenplat war eine Zeitlang in Brüssel; ob er es noch ist, wüßte ich nicht zu sagen. Ein teutsches Blatt schreibt ihm den vor einiger Zeit erschienenen Aufruf an die Rheinländer zu. Hier hat man hierüber nichts Gewisses in Erfahrung gebracht; es ist aber ganz gewiß falsch, wenn dasselbe Blatt behauptet, jener Aufruf sei nach den Angaben des Grafen von Robiano redigirt worden. Es ist unglaublich, wie viele Unwahrheiten über die belgischen Katholiken in die Welt geschickt werden."

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Nachstehendes ist der weitere Verfolg des (im gestrigen Blatte abgebrochenen) Schreibens von der Aar vom 24. Februar: „Während so der Vorort die angesuchte Intervention verweigerte, setzte die sich so heißende Walliser „Constituante" ihre Arbeiten fort. Sie gab ein Bulletin des séances de la Constituante Valaisanne heraus, und erließ unterm 18. Jänner eine Proclamation an das Volk, in welcher die bekannten revolutionnären Gemeinplätze, die in der Schweiz gleichsam stereotyp geworden sind, vorkommen. Es heißt darin: „die gegenwärtige Ver„fassung entspreche nicht mehr den Bedürfnissen der Zeit, „sie heilige schwere Ungerechtigkeiten," worunter nichts anderes als die bisherige, nicht ganz nach den Grundsätzen der Arithmetik eingerichtete Repräsentation verstanden wird. Dann wird in dieser Proclamation von dem Volksunterricht gesprochen, welches Wort in keinem radicalen Aufsatz fehlen darf, und um das Volk zu beruhigen, dem am Ende mit den liberalen Theorien wenig geholfen ist, so wird die Versicherung ertheilt, daß kein Angriff gegen die Religion der Väter und keine neuen Steuern beabsichtigt werden. Zuletzt empfiehlt noch die constituirende Versammlung, gleichsam als wollte sie die schneidendste Satyre auf sich selbst machen, dem Volke Achtung vor den Gesetzen und seinen Obrigkeiten. — Unterdessen verharrten die fünf Zehnden des obern Wallis, nämlich Gomas, Brieg, Visp, Raron, Leuk, welche gleich anfangs gegen den ungesetzlichen Zusammentritt des Verfassungsraths in Sitten protestirt und sich nach Vertagung der Tagsatzung entfernt hatten, standhaft bei ihrem System. Auch der Bischof, der von der Constituante eine Einladung erhalten hatte, an ihren Arbeiten Theil zu nehmen, verweigerte, seine Pflicht und Stellung wohlerkennend, seinen Beitritt. Obbenannte fünf Zehnden erließen unterm 16. Jänner eine Proclamation an ihre Mitbürger des Oberwallis, worin sie den einfachen Sachverhalt darlegen und unterm 19. gleichen Monats eine andere an das Volk des Unter- und Mittelwallis. Diese letztere Arbeit ist ein merkwürdiges Gegenstück zu der vorbemeldeten Proclamation der constituirenden Versammlung. Wie sich in dieser letztern französische Flachheit und revolutionnäre Geist- und Herzlosigkeit ausspricht, so findet man in der Proclamation des Oberwallis teutsche Biederkeit, Herzlichkeit und wahre christliche Vaterlandsliebe. Die Oberwalliser sprechen zu den Unterwallisern wie zu Brüdern, sie öffnen ihnen, wie sie selbst sagen, ihr Herz; sie legen ihnen mit Offenheit die Gründe dar, warum sie allen ihren politischen Begehren nicht entsprechen können und wollen. Da dieses Actenstück einen etwas tiefern Blick in die Verhältnisse dieses abgeschlossenen Landes werfen läßt, und durch eine bloß logische Analysis seinen eigenthümlichen Character verlieren würde, so können wir nicht umhin, dasselbe in wörtlichen Auszügen hier mitzutheilen: „Liebe Landsleute, die verschiedenen Proclamationen, wel„che von den Comités des Unterwallis an das obere Volk „gerichtet und in unsern Gegenden verbreitet worden sind, „verpflichteten uns, auch unsererseits euch unser Herz zu „eröffnen, damit ihr unsere Absichten für das Wohl un„seres gemeinsamen Vaterlandes erkennen moget. . . . . „Wir sind der Constitution von 1815 treu geblieben und „haben sie vertheidigt, nicht, wie man euch gesagt hat, „weil sie uns Privilegien zugesteht, und dem Oberwallis „ein Uebergewicht über das untere ertheilt, indem sie ja „durch Feststellung der Gleichheit zwischen den zwei Par„teien des Landes in der Cantonalvertretung die Herr„schaft oder das Uebergewicht der Einen über die Andere „unmöglich macht; sondern indem sie mit der Bewährung „des Gleichgewichts zwischen dem östlichen und westlichen „Theil zugleich auch deren Sitten und Interessen beschützt, „welche oft sehr entgegengesetzt sind, aber doch unter Brü„dern würdig des gleichen Wohlwollens und Schutzes. . . „Wir sind ihr treu geblieben und haben uns für die Er-

„haltung derselben bemüht, weil seit 23 Jahren, wo sie „uns regierte, Wallis unter ihren Auspicien glücklich war. „Haben wir jemals das Ansehen, womit sie uns bekleide„te, mißbraucht, um euch zu unterdrücken? Obrigkeiten „und Repräsentanten eines ackerbauenden Volkes, das von „den Hülfsquellen der Industrie und des Handels entblößt, „aber religiös und eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit „ist, haben wir uns nicht immer bemüht, alle Gesetzenwür„fe zu entfernen, welche zu schwer auf dem Volke laste„ten, die Freiheit zu sehr beschränten oder die Religion ge„fährden konnten? Und habt ihr die Früchte dieser Frei„heit, dieser Sparsamkeit, dieser Anhänglichkeit an unsere „heilige Religion nicht eben so genossen, als die Gemein„den des Oberwallis? Waret ihr seit den 23 Jahren, wo „wir den ganzen Antheil an der uns übertragenen Gewalt „ausübten, nicht vollkommen frei in allem, was euch in„teressirt, Ackerbau, Industrie, Handel, in vollkommenem „Genuß aller Producte eurer Güter und eurer Künste, „und in ungetrübter Ausübung der heiligen und göttli„chen Religion eurer Väter? Wenn ihr die beabsichtigten „Veränderungen zu Stande bringt, werdet ihr jemals „eine größere Summe von Glück erlangen? ... Es man„gelt euch freilich der Vortheil, einige Deputirte mehr in „der Tagsatzung zu haben. Aber dieser für euch geringe „Vortheil kann nicht ohne ungeheure Opfer von unserer „Seite erlangt werden. Durch das Gleichgewicht in der „Repräsentation werden eure Interessen und alles, was „euch betrifft, mit den unserigen gleich vertreten und be„schützt; es besteht Gleichheit. In dem Falle von Mei„nungsverschiedenheit kann das Centrum allein die Wag„schale zum Neigen bringen, und es thut es bald für die „Einen, bald für die Andern. Wenn ihr hingegen das „Gleichgewicht stört, und den westlichen Zehnden eine um „⅓ vermehrte Vertretung gegen die östlichen gebt, so wer„den diese dadurch ganz abhängig von dem Willen und „der Herrschaft der ersteren. Wir sind an Sprache und „Sitten verschieden, haben oft sehr verschiedene Interessen „zu wahren; ist jenes nun eine erträgliche Lage für ein „Volk, welches seit undenklichen Zeiten die Souveraine„tät genossen hat? Müßt ihr für einen geringen Vortheil, „den ihr erlangen konntet, eure Brüder des größern po„litischen Gutes, dessen sie genießen, der Freiheit und Un„abhängigkeit berauben? Würdet ihr an unserer Stelle „darein willigen? Soll man, um in Gemeinschaft zwischen „zwei unvermeidlichen Uebeln zu leben, nicht das kleinste „wählen? ... Liebe Landsleute! Wir waren dieser Con„stitution um so treuer, und wir hatten um so mehr das „Vertrauen, niemals in dem Genuß der uns übergebenen „Rechte gestört zu werden, als sie seit 23 Jahren von Volk „und Magistrat anerkannt und ausgeübt, während die„ser ganzen Zeit bei der Eröffnung jeder Tagsatzung feier„lich beschworen wurde, und der Artikel 57, welcher be„stimmte, daß keine der Parteien des Landes gegen ihren „Willen ihrer Institutionen beraubt werden könne, ohne „eine Majorität von 39 Stimmen in zwei aufeinander fol„genden Tagsatzungen, selbst von den Deputirten des Un„terwallis verlangt worden war, als Garantie gegen die „Eingriffe des Oberwallis. Konnten wir jemals erwarten, „daß diese nämliche gegen uns geforderte und erlangte Ga„rantie nicht mehr beachtet würde, sobald wir sie zu un„sern Gunsten verlangten, und seit wann sollten wir glau„ben, daß ein Eid nicht mehr binde, welcher von einem „Corps von Deputirten geleistet und mehrmals erneuert „worden ist? ... Indessen, liebe Landsleute, so peinlich „auch das Opfer zur Erhaltung des Friedens zwischen bei„den Parteien des Landes sei, so haben wir uns dennoch „angeboten, es zu bringen. Aber — wir wurden zurück„gestoßen. Wir boten uns an, eine verhältnißmäßige Ver„tretung zuzulassen, aber unter gewissen Garan„tien, damit sie unsern Gütern und unserer Freiheit nicht „einen zu verderblichen Schlag brächte, und diese Garan„tien wurden verweigert." (Hier folgen nun die von dem Oberwallis gemachten Vorschläge zur Veränderung der Verfassung, die darauf hinzielen, die Beherrschung eines Theils des Landes durch den andern vermittelst einer administrativen Trennung zu verhindern.) „... Was die „Religion anbetrifft, so sind wir überzeugt, daß sie der „kostbarste Schatz ist, den wir besitzen, und daß es nicht „an uns ist, ihre Rechte und ihre Macht zu ordnen, son„dern an denen, welche ihr göttlicher Stifter dazu ermäch„tigt hat, und haben daher, als treue Söhne der Kirche, die „Forderungen gebilligt, welche in dem Manifest der ehrw. „Geistlichkeit vom 7. Jänner 1839 enthalten sind. ... Dieß „waren unsere Absichten für die Erhaltung des Friedens; „unsere Vorschläge wurden, wie wir gesagt haben, ver„worfen. ... Und müßte es zu einer Trennung kom„men? Ehe wir das Opfer unserer Freiheit bringen, ehe „wir uns allen Folgen einer verhältnißmäßigen Repräsentation, ohne Gegengewicht für die Erhaltung unse„rer Rechte und Interessen aussetzen, eher werden wir „sie verlangen. Dieß waren und dieß sind unsere Absich„ten. . ." — Der Schluß dieser Proclamation erklärt, warum der Vorort sich so entschieden gegen eine Tren„nung ausgesprochen hat." (Schluß folgt.)

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mittelst allerhöchstem Cabinetsschreiben, dd. Wien den 11. März l. J., dem k. k. Feldzeugmeister Baron von Wacquant, bei seinem Uebertritte in den wohlverdienten Ruhestand, zum Beweise Allerhöchstihrer vollen Zufriedenheit, und in Anerkennung seiner Verdienste, das Großkreuz des österr. kaiserlichen Leopoldordens taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 15. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	106¼.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	280.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	670½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM	64⅛.
Bankactien	pr. Stück 1474 in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N°. 1108.

№ 76

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 17. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 15. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.912	28. 8L. 5p.	— 6.2	NW. schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.911	28 8 2	— 2.3	N. still.	—
	10 Uhr Abends.	27.864	28 7 7	— 6 4	NNO. schwach.	heiter.

Frankreich.

Der Moniteur Parisien vom 9. März meldet: „Der Hr. Graf Molé, Präsident des Ministerraths und Minister der auswärtigen Angelegenheiten; der Hr. Graf von Montalivet, Minister des Innern; Hr. Barthe, Justizminister; der Hr. General Bernard, Kriegsminister; Hr. Martin (du Nord) Minister der öffentlichen Arbeiten; Hr. Lacave-Laplagne, Finanzminister; der Hr. Admiral Rosamel, Marineminister; Hr. von Salvandy, Minister des öffentlichen Unterrichts, haben gestern Nachmittags um 4 Uhr ihre Dimission in die Hände des Königs niedergelegt. — Auf Begehren des Königs hat sich der Hr. Marschall Soult heute Mittags zu Sr. Majestät verfügt."

Die Presse sagt: „Hr. Dupin, der an den König geschrieben hatte, um ihm seine Wiedererwählung anzuzeigen, und ihn zu benachrichtigen, daß er Willens sei, einige Zeit auf seinem Landgute Raffigny zuzubringen, hat ein Schreiben von seinem Bruder, dem Baron Carl Dupin, erhalten, der ihn dringend auffordert, sich nach Paris zu begeben."

An der Pariser Börse glaubte man, Marschall Soult werde den Eintritt des Hrn. Thiers ins Ministerium zur Bedingung machen; auch die HH. Dupin (der ehemalige Kammerpräsident), Duchatel, Passy, Teste und Berenger wurden als Candidaten für die verschiedenen Portefeuille's genannt.

Am 8. Abends waren in Paris 255 Wahlen bekannt; es fehlten nur noch vier, nämlich von Pamier und Fortcalquier und zwei aus Corsica. Das Journal des Debats rechnet 222 für das ehemalige Ministerium und 229 für die Opposition; 4 weiß es nicht zu classificiren. Galignani's Messenger gibt dem Ministerium Molé 215, der Opposition 240; folglich eine Majorität von 25 für die Opposition.

Der Moniteur vom 7. März enthält neuerdings einige Beförderungen und Ertheilungen von Ehrenlegionskreuzen an Offiziere und Matrosen bei dem Geschwader des Admirals Baudin.

Der Moniteur spricht sich endlich über die wichtige Zuckerfrage aus. Ein Journal von Bordeaux hatte versichert, es sei dem Handelsstande dieser Stadt ein Schreiben von Hrn. Martin du Nord zugekommen, worin der Minister, um auf die bevorstehenden Wahlen zu wirken, sich für die Herabsetzung der Zölle günstig geäußert habe. Der Moniteur widerspricht dieser Angabe; Hr. Martin habe nichts hinsichtlich dieses Gegenstandes an die Kammer von Bordeaux geschrieben. Gleichwohl erklärt der Moniteur, daß ein Gesetzentwurf bereits im Augenblick der Eröffnung der Session von 1839 bereit war, nach welchem eine Herabsetzung von 15 Franken per Centner des auf dem Colonialzucker liegenden Eingangszolls den Kammern vorgeschlagen werden sollte. Durch diese Maaßregel hoffte man das Gleichgewicht zwischen den beiden rivalisirenden Industrien herzustellen. Die Auflösung der Kammern schob diesen wichtigen Gesetzentwurf hinaus. Hierauf reclamirten die Seehäfen und Bevollmächtigten der Colonien von neuem, und verlangten eine unverzügliche Herabsetzung der Zölle durch eine Ordonnanz, welche durch die ernsten Umstände gewiß entschuldigt würde. Das Ministerium antwortete, eine Ordonnanz dieser Art könne nur von einer Verwaltung ausgehen, welche die Gewißheit habe, die Zustimmung der Kammern nachträglich zu erhalten, man müsse folglich erst das Resultat der Wahlen erwarten. Der Moniteur macht hierauf der Coalition Vorwürfe, sie habe hinterlistigerweise die Verlegenheiten, welche diese Frage erzeugt, zu benützen gewußt. Ihre Journale und Agenten hätten zu den Seehäfen gesagt: „nie wird das Ministerium den Zoll herabsetzen" — und zu den Rübenzuckerfabrikanten: „das Ministerium will eure Industrie durch die Herabsetzung der Zölle vernichten!" „Es wurde bereits gesagt und wiederholt" — schließt der Artikel des Moniteur — „daß, wenn die Herabsetzung des Zolles nicht bereits Statt gefunden, die Schuld ganz allein an der Coalition liegt, welche hinderte, daß das bereits entworfene Gesetz vorgelegt werde. Jetzt wäre dasselbe ohne Zweifel bereits votirt."

Der Maréchal de Camp Bellangé, früher Obercommandant der Nationalgarde von Marseille, ist zu Arles in einem Landhause, wohin er sich seit einigen Jahren zurückgezogen hatte, gestorben.

Am 8. März in den Mittagsstunden ist das prächtige Diorama des Hrn. Daguerre zu Paris ein Raub der Flammen geworden. Ueber die Veranlassung des Brandes ist noch nichts bekannt; aber das Feuer, welches das ganze Gebäude mit seinen magischen Gemälden in kurzer Zeit verzehrte, griff so schnell um sich, daß die Personen, welche eben das Diorama besuchten, sich mit genauer Noth retten konnten.

Am 8. März 5Percents Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 70. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 20. — Am 9. März 5Percents 108 Fr. 65. Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 55. 3Percents 79 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 25.

Spanien.

Ein Schreiben eines teutschen Offiziers im Hauptquartier des Don Carlos aus Bergara vom 24. Februar (in der Allgemeinen Zeitung) urtheilt folgendermaaßen über die letzten Ereignisse in Spanien: „Obgleich ich nicht hoffen darf, daß mein Brief Ihnen so bald zukommen werde, da, wie ich vernommen habe, bis auf weiteres aller Verkehr mit der französischen Gränze untersagt ist, so versuche ich dennoch Ihnen die wichtige Nachricht zu geben, daß Maroto einen vollkommenen

Sieg, nicht über seine persönlichen Feinde, wie seine Gegner dieß wohl ausſprengen, vielmehr über die Feinde der Sache des Königs errungen hat. Am 23. kam er, nur von einigen zu seiner gewöhnlichen Escorte gehörigen Reitern begleitet, im königlichen Hauptquartier in dem Augenblicke an, als eine wider ihn gerichtete Proclamation an den Straßenecken der Stadt angeheftet wurde. Von dem Volke und den Soldaten mit dem Rufe: Viva el general Maroto! empfangen, erwiederte er ihnen mit: Viva el Rey! und verfügte ſich in den Pallaſt, wo er eine dreiſtündige Unterredung mit dem Könige hatte, nach deren Beendigung das Gerücht ſich ſchnell verbreitete, der König habe das Verfahren des Generals vollkommen gebilligt. Die unmittelbare Folge hiervon war die Entlaſſung des Biſchofs von Leon, dann Labandero's und Arias Teijeiro's. Die fanatiſche Clique iſt dadurch zerſprengt, Maroto behält den Oberbefehl mit unbeſchränkter Machtvollkommenheit, und ohne Zweifel wird das ganze Miniſterium mit Männern aus der moderirten Partei beſetzt werden. Ein neuer Zeitabſchnitt wird beginnen, und wird mit Gottes Beiſtand reicher an guten Früchten ſeyn als der verfloſſene, wo die beſten Kräfte nicht für den Fortgang der guten Sache verwendet wurden, ſondern im unwürdigen Kampfe um Privatintereſſen ſich aufrieben. Die Kriſis, welche eingetreten iſt, war furchtbar, jedoch heilſam. Maroto hat durch Anwendung kräftiger Mittel dem todtkranken Körper neues Leben eingeflößt. Er ſelbſt, indem er die ungeheure Verantwortlichkeit auf ſich nahm, ſein eigenes Leben hundertfältig dabei einſetzte, hatte höhere Intereſſen im Auge, als jene niederen Beweggründe, die ihm ſeine Feinde andichten. Die Rettung der Sache der Legitimität war es, um deren Willen er ſo hohes Spiel wagte. Ehre daher dem Manne, der für ſeinen König ſo kräftig zu handeln wagte! Der in Eſtella geführte Streich ſchmetterte die den König umgebende Partei der Fanatiker zu Boden, von wo ſie ſich, zum Heile der guten Sache und der Menſchheit, wohl nicht wieder aufrichten wird. Von ihnen gingen jene grauſamen Maaßregeln aus, denen der König nie förmlich ſeine Sanction gegeben hat, und in ihrem Plane lag es, den Thron über den Leichen der ganzen liberalen Partei Spaniens zu errichten. Maroto dagegen will den Krieg würdig und menſchlich führen, und indem er das Schwert in der einen Hand ſchwingt, zeigt er in der andern die Palme des Friedens und der Verſöhnung ſeinen verirrten Landsleuten. Das ganze bisherige Syſtem wird demnach geändert werden, und höchſt wahrſcheinlich den entſcheidendſten Einfluß auf das Gedeihen der Sache üben. Wenn dieſe trotz des ſeit Jahren befolgten falſchen Syſtems, trotz aller aus dem Mangel an Uebereinſtimmung entſproſſenen Uebel, dennoch keine Rückſchritte machte, ja öfters Triumphe über ihre Feinde feierte — ſo iſt anzunehmen, daß jetzt, nach der Ausrottung jener unheilſtiftenden Elemente, unter der eben ſo kräftigen, als einſichtsvollen Leitung eines Feldherrn wie Maroto, eine glücklichere Periode beginnen werde. Zwiſchen ihm und Zumalacarregui herrſcht, in den Grundzügen der Charactere, viel Aehnlichkeit, und es iſt keinem Zweifel unterworfen, daß dieſer große Held, deſſen ſo glorreiche als kurze Erſcheinung auf dem Kriegstheater gleich einem Feuerzeichen in der auf ihn folgenden Nacht glänzt, ſich, wenn der Tod ihn nicht ereilt hätte, zu einem ähnlichen, vielleicht noch furchtbareren Gericht, als das von Maroto geweſen iſt, genöthigt geſehen hätte — denn auch er verband mit tiefer Einſicht eiſerne Feſtigkeit, und auch er war bis zu ſeinem Tode das Ziel der Eiferſucht und der Intriguen derſelben Partei, deren Häupter jetzt abgeſchlagen ſind. — In meinem lieben teutſchen Vaterlande wird man freilich vieles von dem, was hier vorgeht, nicht begreifen. Nicht Wenige werden geſchaudert haben bei der Nachricht von den Executionen in Eſtella, und Maroto wird in ihren Augen als eine blutdürſtige Hyäne erſcheinen. Um die Spanier zu beurtheilen, reicht es ihnen hin, unter ihnen in ruhigen Zeiten gelebt zu haben; es reicht nicht hin, mit ihnen den Kampf gegen die fremden Eindringlinge gekämpft zu haben; man muß ſie in dem Bruderkriege geſehen haben, ihre entfeſſelten Leidenſchaften, ihr von allen Furien gepeitſchtes ſiedendes Blut. Dann erſt wird man ein richtiges Urtheil fällen können, und in der Hinrichtung jener Männer, deren Ränken die Verlängerung dieſes Krieges beigemeſſen werden muß, deren blutdürſtigem Syſtem Tauſende von Opfern hingeſchlachtet worden wären, ein eben ſo gerechtes als menſchliches Beginnen erkennen müſſen. Die Zeit, die Enthüllerinn jeder verborgenen Wahrheit, wird die Richtigkeit meines Urtheils darthun. Wenn die unergründliche Vorſehung es nicht anders beſchloſſen hat, muß Maroto's heroiſche, wahrhaft bewunderungswürdige Handlungsweiſe herrliche Früchte tragen. Der König, der durch den Biſchof von Leon und die Satelliten Arias Teijeiro's umſtrickt und irre geführt wurde, wird, mit der Freiwerdung ſeines Geiſtes von jenem finſtern Einfluſſe, die in dem Beginne des Krieges bewieſene Energie wiederfinden, und ſeine ganze Kraft mit der von Maroto vereinigen zur Beendigung dieſes gräßlichen Kampfes."

Briefe aus Bayonne vom 5. März (in Pariſer Blättern) melden: „Balmaſeda, zum Tode verurtheilt, hat es wie Moreno gemacht, er hat die Flucht ergriffen. Es iſt ihm gelungen, ſich an die Spitze von zwei Schwadronen zu ſtellen, mit denen er jetzt das Land durchzieht. Schon haben ihn gegen 40 ſeiner Reiter verlaſſen, um zu Maroto zu ſtoßen. Man glaubt, er werde ſuchen, über den Ebro zu kommen, und den Krieg auf ſeine eigene Rechnung in Caſtilien zu führen. — Es iſt ungegründet, daß Zariategui und Elio Commandos bei der Armee erhalten haben. Dieſe Opfer der Partei Teijeiro waren am 2. März noch nicht in Freiheit geſetzt. Eben ſo verhält es ſich mit einigen in denſelben Prozeß verwickelten Offizieren. Dagegen ſoll Villareal zum Adjutanten des Don Carlos ernannt ſeyn. Urbiſtondo und Simon Latorre wurden zu Commandos berufen. Das Hauptquartier des Don Carlos war am 2. noch in Toloſa. Teijeiro und 20 andere Verbannte ſind geſtern am 4. März bei Olette auf dem franzöſiſchen Boden angelangt. Man erwartet ſie heute mit vieler Neugierde zu Bayonne. Der Brigadier Tarragual war ihnen ſchon einigen Tagen vorausgegangen. Er iſt durch die Aldudes gekommen. Die Zahl der Verbannten und Geflüchteten wächst täglich. Geſtern ſind 20 zu Sare eingetroffen, worunter ſich der Biſchof von Leon befinden ſoll, der die ihm gegebene Erlaubniß, in Spanien zu bleiben, nicht benützt hat. Funfzig andere ſind vorgeſtern Abend, von vier Compagnien escortirt, angekommen. Wahrſcheinlich haben ſie den franzöſiſchen Boden geſtern Abend betreten. Maroto iſt am 1. März von Azcoitia zu Durango mit ſieben Bataillons, drei Schwadronen und Artillerie eingerückt. Er ward daſelbſt mit königlichem Pomp von der Deputation der Municipalität und dem Clerus vor den Stadtthoren empfangen. Man glaubt, Maroto habe durch ſeinen Aufbruch nach Durango ſich die Mitwirkung der Diviſion Caſtor ſichern und ihr einen neuen Commandanten geben wollen. Der Enthuſiasmus zu Gunſten dieſes Generals iſt bei dem Volke und der Armee ſehr lebhaft. Man iſt überzeugt, daß der Friede nicht entfernt iſt. Maroto hat

die Blockade, welche den Ein- und Austritt in Bilbao untersagte, aufgehoben. Diese Maaßregel soll noch auf mehrere andere Puncte ausgedehnt werden."

Aus den neuesten Briefen aus Madrid vom 1. März ersieht man, daß daselbst die tollsten Nachrichten über die Ereignisse in Navarra verbreitet waren. So hieß es unter Anderm, Maroto sei vor Pamplona erschienen, um seine Unterwerfung anzuzeigen.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 4. März nahm Lord Ebrington, nach geleistetem Eide, seinen Sitz als neues Mitglied dieses Hauses (mit dem Titel eines Barons von Fortescue) ein, und begann sogleich, in einer ausführlichen Rede, die Einwendungen, welche in der letzten Sitzung von mehreren Lords gegen seine Ernennung zum Lordlieutenant von Irland gemacht worden waren, zu widerlegen. Er machte zuvörderst auf das Ungehörige und Unbillige der in seiner Abwesenheit auf ihn gemachten Angriffe aufmerksam, und bemerkte, daß, wie sehr er auch sein ganzes Leben hindurch der eifrigste Sachverwalter der Reform gewesen sei, er doch den Unterschied seiner neuen ämtlichen Stellung von der eines Privatmannes sehr wohl begreife. Wie Lord Wellesley, bei dem Antritte desselben Amtes, auf die Adressen der irischen Bevölkerung, in Bezug auf die katholische Emancipationsfrage, die treffende Antwort gegeben habe, er sei nicht gekommen, die Gesetze zu verändern, sondern sie auszuführen, so werde auch stets seine Antwort lauten. Er habe namentlich, selbst während der großten Aufregung gegen die Bezahlung der Zehnten in Irland, auf seinen dortigen Gütern, mit persönlicher Gefahr, diese Zehnten eintreiben lassen, und an der Kirchthüre der katholischen Capelle in einem seiner eigenen Dörfer sei sogar ein Placat voller Drohungen gegen sein Leben deßhalb angeheftet worden, das Niemand abzureißen wagte, als er selbst. Er ging sodann auf seine vielfach angefochtene Aeußerung in der vorjährigen Session bei der Debatte über die irische Zehntenbill über, und erklärte, daß der Bericht darüber ungenau gewesen sei, indem er nicht gesagt, „er hoffe, daß durch die neuen Bestimmungen dieser Bill der Zehntenkrieg nur desto furchtbarer werden," sondern nur „desto nachdrücklicher (with effect) geführt werden würde," worunter er nur verstanden, daß die gesetzlich erlaubten Bittschriften der jetzt zu der Zahlung der Zehnten verpflichteten Gutsherren wirksamer seyn, und bei dem Parlamente größere Aufmerksamkeit erregen würden, als bisher die Beschwerden des armen Volkes. Zum Schluß ließ er der Verwaltung seines Vorgängers (Lord Normanby's) die vollste Gerechtigkeit widerfahren, und erklärte bestimmt, daß er durchaus in seinem Geiste die Verwaltung fortführen werde. Lord Lyndhurst war natürlich mit dieser Vertheidigung nicht zufrieden, und beharrte bei seiner Ansicht, daß es äußerst gefährlich sei, bei der noch fortdauernden Aufregung gegen die Zehnten und der Erklärung O'Connells, nichts als die gänzliche Aufhebung derselben könne ihm genügen, einen entschiedenen Feind der protestantischen Kirche in Irland dorthin zu senden, so sehr derselbe es sich auch zum Ruhme anrechne, in den constitutionnellen Gränzen geblieben zu seyn. Der Herzog von Wellington war gleichfalls der Ansicht, daß der neue Lordlieutenant durch die einfache Erklärung, daß er die Gesetze verwalten aber nicht verändern würde, keine hinreichende Bürgschaft für die Aufrechthaltung der Rechte der protestantischen Kirche gegeben habe; das Haus könne erwarten, daß er die Gesetze nicht allein aufrechterhalten, sondern auch auf eine solche Weise ausführen werde, wie es die Politik Englands, in Bezug auf dem großen Grundsatz der protestantischen Kirche, erfordere. Nach einigen Bemerkungen Lord Broughams schloß die Unterhaltung, und das Haus vertagte sich.

Im Unterhause machte, nach sehr weitläuftigen Verhandlungen über die Beschäftigungen der Kinder in den Fabriken u. dgl., und einem finanziellen Antrag des Hrn. Hume, der jedoch nicht durchging, Hr. Ch. Wood ausführliche Mittheilungen über den gegenwärtigen Zustand der Flotte, und legte eine Menge Thatsachen vor, aus denen wohl hervorzugehen scheint, daß die Besorgnisse von dem Verfall der brittischen Seemacht ungegründet, wenigstens übertrieben waren. Er zeigte zuvörderst, daß alle Einschränkungen, die im Bestand der Flotte gemacht worden seien, durch die früheren Toryverwaltungen geschehen seien, und wies nach, daß sogleich, bei Antritt des Whigministeriums, die Zahl der Seeleute von 15,500 Mann auf 20,000 Mann erhöht worden sei. Sodann sprach er über die übertriebenen Angaben in Betreff der übrigen Seemächte. Frankreich habe nicht 57, sondern 35 Linienschiffe, und davon nicht 22, sondern nur 10 zur See, die vereinigten Staaten nur 5 seefähige, die noch dazu fast ausschließlich mit brittischen Seeleuten bemannt seien, und was Rußland betreffe, so habe sich seine Flotte seit einigen Jahren nicht wesentlich vergrößert, auch sei das Verhältniß der im Dienst befindlichen Schiffe der beiden genannten Staaten jetzt für England günstiger als im Jahre 1832; denn damals hatte England 11 und Rußland 38, jetzt aber England 20 und Rußland 43 Schiffe im Dienste. — Die Handelsflotte Großbritanniens hat sich seit dem Frieden außerordentlich vermehrt. Die Zahl der französischen Seeleute beträgt nicht über 35,000, wovon im königlichen Dienst allein 18,000, die der eingeschriebenen brittischen Seeleute hingegen über 200,000, und sie ist stets im Steigen. Auch die Zahl der Schiffe, sowohl der Segelschiffe als Dampfboote, wächst. Segelschiffe gab es 1837 26,037, d. i. 1652 mehr als im Jahre 1833, und die Zahl der Dampfboote beträgt in Allem 679, darunter 201 von 100 Pferdekraft und darüber. — Die Verhandlungen über die für dieses Jahr zu votirende Anzahl der Seeleute (nach Hrn. Woods Antrag 34,165) sollten am 6. fortgesetzt werden.

Hr. Mac Neill, der bisherige brittische Gesandte in Persien, ist in London angekommen.

Am 5. März veranstalteten die Mitglieder des irischen Präcursoren-Vereins in London zu Ehren O'Connells ein Festmahl. O'Connell sprach sich in seiner Festrede entschieden für das demokratische Princip aus, indem die niedern Classen im Wissen so hoch und in der Bildung noch höher stehen, als die Lords und die Mächtigen des Tages. Dann sprach er für allgemeines Wahlrecht, geheime Abstimmung und den Grundsatz: Vereinigung mit England durch vollkommene Gleichstellung der Rechte oder Auflösung der Union. Der nächste Toast nach denen auf die Königinn und die königliche Familie, so weit sie in England sich befindet, galt: O'Connell, dem Vater der Präcursoren und Befreier Irlands! In einem Schreiben an den Secretär des Vereins in Dublin erklärte O'Connell, er bedürfe zweier Millionen Präcursoren. Die gegenwärtige Mitgliederzahl des Vereins beträgt hiervon bloß ein Zwanzigtheil.

Dieser Tage wurde über den Stand der Arbeiten am Themse-Tunnel Bericht erstattet. Im Jahre 1838 besuchten 24,000 Personen den Tunnel. Derselbe wurde in diesem Jahre um 80, seit dem Anfange des gegenwärtigen um 25 Fuß ausgedehnt. Er ist jetzt, so weit er vollendet ist, nur noch 60 Fuß von dem Zeichen des niederen Wasserstandes an der Küste von Middlesex entfernt. Bis

jetzt kostete der Tunnel 313,261 Pf. St. mit Einschluß der aus dem Staatsschatze bewilligten 117,000 Pf.

Consols am 7. März 93.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Den neuesten Nachrichten aus Zürich vom 10. März zufolge ist der von dem Regierungsrath in Bezug auf die Enthebung des Dr. Strauß von der ihm übertragenen Lehrkanzel gefaßte Beschluß *) von dem Erziehungsrathe nicht genehmigt worden, welcher letztere vielmehr an obgedachtem Tage folgenden Beschluß faßte: 1) Es sei für jetzt der im Beschlusse des Regierungsrathes angerufene §. 185 des Gesetzes über das Unterrichtswesen auf Hrn. Dr. Strauß nicht anzuwenden. 2) Es sei dagegen, nebst einem Gutachten im Sinne dieses Beschlusses, dem Regierungsrathe zu Handen des großen Rathes ein Gesetzvorschlag für die Aufstellung einer zweiten Professur der Dogmatik zu hinterbringen. — Der Gesetzvorschlag lautet, wie folgt: Der große Rath, in der Absicht, das Lehrfach der Dogmatik an zwei Professoren der Hochschule übertragen zu können, auf den Antrag des Regierungsrathes — verordnet: §. 1. Die theologische Facultät der Hochschule wird um eine Professur vermehrt. §. 2. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung beauftragt.

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel vom 8. März Abends: „Desmet von Alost, einer der entschiedensten Oppositionsmänner, der gestern zum Schlusse der Sitzung schon gesprochen hatte, eröffnete die heutige Sitzung mit einer Rede, worin das Ministerium scharf angegriffen wurde. Hr. de Theux, der Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, begehrte daher das Wort, um diesen Angriffen zu begegnen. Nachdem die Discussion geschlossen, war die Reihe an Charles Rogier, dem Gouverneur der Provinz Antwerpen, der seine Gründe für die Annahme des Tractats mit Wärme entwickelte. Ferner soll heute noch der Repräsentant Liedts aus Flandern für den Tractat sprechen. — Der Triumph der Coalition in Frankreich wird die Gesinnungen der Regierung gegen Belgien durchaus nicht abändern. Hr. Thiers hat erklärt, daß, wenn er ins Ministerium käme, die in Erfüllung gegangenen Ereignisse in nichts modificirt werden würden."

In dem Börsenbericht aus Brüssel vom 8. März heißt es: „An der Börse, wo Alles schnell und mit wenigen Worten verhandelt wird, begreift man das durch die Kammer angenommene temporisirende System nicht. Obgleich man die Beredsamkeit mehrerer Redner bewundert, so wünschte man doch, daß derselben vernünftige Schranken gesetzt, und daß deren täglich mehr als vier gehört würden. Denn, wenn man die Repliken, Zwischenfälle, Amendements, präjudiciellen Fragen, Ordnungsmotionen, welche eintreten können, bedenkt, so könnte noch der Monat März ablaufen, bevor man zu einem Beschlusse käme. Nicht bloß an der Börse herrscht diese Ungeduld, überall sind die nichtssagenden Phrasen, die stereotypen Worte der Gegenstand der ergötzlichsten Parodien. Es steht zu hoffen, daß die Majorität, der Wiederholungen müde, bald ihr constitutionnelles Recht brauchen werde, das darin besteht, eine kostbare Zeit zu sparen, und die Pfennige der Steuerpflichtigen zu schonen."

Die Kölner Zeitung meldet aus Brüssel vom 8. März: „Die Debatten der Repräsentantenkammer gehen mit einer Ruhe von Statten, die man kaum erwarten durfte. Die Tribunen sind eben nicht gedrängt voll, und mit Ausnahme einzelner Unterbrechungen tritt nicht die mindeste Störung ein. Unter den Rednern haben bisher zwei vor Allen sich ausgezeichnet: Nothomb, Minister der öffentlichen Bauten, und Devaux, Deputirter von Brügge. Wenn ersterm das Verdienst gebührt, die Stipulation des Vertrags, in Hinsicht auf die Territorialfrage, in ihrer gegenwärtigen nothwendigen Unabänderlichkeit, man könnte sagen mathematisch bewiesen, und seinen Gegenstand von allen Seiten beleuchtet und durchdrungen zu haben, so hat Devaux in seiner gestrigen Rede einen noch höhern Standpunct eingenommen und aus den allgemeinen Verhältnissen Europas darzuthun gesucht, wie dringend der Augenblick schon herannahe, wo Belgien definitiv constituirt seyn müsse, wenn es nicht in dem Strudel der Ereignisse, der schon in der Tiefe braust, untergehen wolle. Der Eindruck seiner Rede war so gewaltig, daß selbst die Opposition sich ihr nicht entziehen konnte. Devaux spricht selten, aber was er sagt, ist immer gewichtig und zeugt von vielem Ernste bei vieler Einsicht. Im Ganzen liegt Schwermuth über der Versammlung. Die den Tractat anzunehmen rathen, sehen doch in ihm nur eine peinliche Nothwendigkeit; die Gegner des Tractats sind entmuthigt durch die Ueberzeugung, daß sie vergebens gegen das Unabwendbare ankämpfen; die Deputirten der abzutretenden Theile sehen mit Bangen dem Augenblick entgegen, wo die Abstimmung sie für immer aus der Kammer und aus Belgien hinausweisen wird. So ziehen sich die Debatten in die Länge; Jeder will sich wenigstens ganz aussprechen, und wird dieses gleich das Resultat nicht wesentlich ändern, indem kein Zweifel mehr obwaltet, daß die Majorität für die Annahme stimmen wird, so hat es doch das Gute, daß von der ganzen Nation die Lage des Landes, die Bedingung seiner Existenz als eigener Staat, gründlich durchgesprochen wird. Die definitive Abstimmung wird gegen den 15. März erfolgen. General Skrzynezky ist nicht nach London; er speiste noch vorgestern bei Hof. Es herrscht überall in der Stadt und im Lande die größte Ruhe. Möge sie nicht von Frankreich her gestört werden!"

Wien.

Se. kais. Hoheit der Erzherzog Stephan sind, in Begleitung Sr. Hoheit des Erbgroßherzogs von Sachsen-Weimar, am 14. Morgens nach Ofen abgereist.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 20. Februar d. J. dem Medicinä Doctor in Wien und Ritter des kais. österreichischen Leopoldordens, Franz Wirer Ritter von Rettenbach, zu bewilligen geruht, den königl. dänischen Danebrogorden vierter Classe annehmen und tragen zu dürfen.

Am 16. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	672½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	64⅛.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅞ Br. Uso 2. M.

Bankactien pr. Stück 1481⅛ in CM.

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 13. d. M.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1198.

№ 77

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 18. März 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 16. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur red ucirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.607	28. 0. 5 P.	— 4.3	SO.	stark.	Sonne und dunstig.
	2 Uhr Nachm.	27.405	28 1 11	— 0.4	SO.	Sturm.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.353	28 1 4	— 2.9	SO.	—	Wolken.

Frankreich.

Die neue Ministerialkrise beschäftigt nunmehr fast ausschließend die Pariser Journale und es fehlt nicht, wie immer in solchen Epochen, an endlosen Conjecturen über die Nachfolger des abgetretenen Cabinets. — Im Messager vom 10. März heißt es: „Vorgestern um 4 Uhr hat der König an den Hrn. Marschall Soult geschrieben, um ihn einzuladen, sich ins Schloß zu verfügen. — Der Marschall, durch eine leichte Unpäßlichkeit abgehalten, hat den Befehlen Sr. Majestät nicht eher, als gestern Mittags, nachkommen können. — Der Marschall ist bis 2 Uhr beim Könige geblieben. — Um 3 Uhr ging auf der Börse das Gerücht, daß ein neues Ministerium gebildet sei, an welchem der Marschall Soult als Präsident des Conseils und Kriegsminister und Hr. Thiers als Minister des Innern Theil nehmen würden. — Wir sind im Stande zu versichern, daß dieses Gerücht nicht den mindesten Grund hat und daß bis zur Stunde, wo wir dieses schreiben, noch kein Entschluß über die Zusammensetzung des neuen Cabinets gefaßt worden ist." — Der Temps bemerkt mißliebig, daß unmittelbar nach der Unterredung, die Marschall Soult mit dem König gehabt habe, der Duc de Broglie von Sr. Majestät empfangen worden sei. Man begreife nicht, von welchem Nutzen es seyn könne, noch andere Personen zu Rathe zu ziehen, als diejenigen, welche natürlich und sonnenklar die Ideen und die Grundsätze repräsentiren, denen die Wahlen so eben den Sieg verschafft haben.

Durch außerordentliche Gelegenheit haben wir Pariser Blätter vom 11. d. M. erhalten. Der Messager von diesem Tage meldet: „Der König hat gestern an Hrn. Thiers geschrieben, und ihn aufgefordert, sich ins Schloß zu begeben; Hr. Thiers ist den Befehlen des Königs nachgekommen und hat sich um halb 4 Uhr zu Sr. Majestät verfügt. — Der Hr. Marschall Soult ist im Laufe des gestrigen Tages zweimal in den Tuilerien gewesen. — Der Duc de Broglie hat vorgestern eine Unterredung mit dem Könige gehabt und Sr. Majestät erklärt, daß der Unglücksfall, von dem er unlängst betroffen worden (der Tod seiner Gemahlinn) ihn abhalte, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen." — Dem Journal des Debats zufolge will der Duc de Broglie in einigen Tagen mit seinen Kindern nach Italien abreisen. — An der Pariser Börse circulirte am 11. unter andern folgende Liste des neuen Ministeriums: Marschall Soult, Präsident des Conseils und Kriegsminister; Hr. Thiers, Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Hr. Duchatel, Finanzminister; Hr. Passy, Minister des Innern; Hr. Teste, Justizminister; Hr. Berenger, Minister des öffentlichen Unterrichts; Graf d'Argout, Minister der öffentlichen Arbeiten und Admiral Grivel Marineminister. — Auch hieß es, man habe die Absicht, die künftige Präsidentschaft der Deputirtenkammer Hrn. Odilon-Barrot zu übertragen.

Von den noch rückständigen vier Wahlen waren am 10. Abends drei in Paris bekannt. Zu Fortcalquier war der General Leydet, zu Pamiers Hr. von Santenac (beide von der Coalition) und zu Ajaccio der General Horace Sebastiani (constitutionnell) gewählt worden. Jetzt ist nur noch die Wahl von Bastia unbekannt.

Das Journal des Debats bricht endlich sein Stillschweigen über die Wahlniederlage der Minister. „So sehr wir auch," sagt es, „einen andern Ausgang der Wahlen gewünscht, so darf das Resultat die Freunde der Ordnung doch noch keineswegs erschrecken, und es wäre daher ein großer Irrthum, dem Triumphgeschrei der Oppositionsblätter Glauben beizumessen. Obwohl die extremen Parteien einige Stimmen gewonnen haben, so sind sie doch noch zu schwach in der Kammer, um das öffentliche Wohl compromittiren zu können. Sie haben hinlängliche Macht zu drohen, sind aber noch nicht stark genug, Hindernisse und Gefahren zu bereiten. Die Freunde unserer Institutionen haben noch, wenn sie wollen, unsere Lage in ihren Händen. . . Indessen ist die Lava kaum ein wenig erkaltet; man kann nicht vertrauensvoll darauf säen und pflanzen. Es glüht die Flamme unter diesem trügerischen Boden, den man sich aufzuwühlen hüten muß. Noch lange, lange Zeit werden in Frankreich Fragen, welche bloß politische Fragen scheinen, über Nacht zu revolutionnären Fragen werden. . . Wenn es uns bloß um die hämische Freude des Parteigeistes zu thun wäre, so könnten wir diese in einigen Tagen reichlich empfinden. Wir werden der Liquidation der Coa-

tion beiwohnen. Gott! was für eine Liquidation wird dieß seyn! Wir werden nur zu sehr gerächt werden. Unsere Gegner werden sich um die Siegesbeute streiten; die Theilung wird heftig und tumultuarisch seyn. Wir werden alle Kleinlichkeiten des Sieges sehen, nachdem wir den kleinlichen Geist des Kampfes geschaut. Es ist dieß übrigens eine traurige, schmerzliche Art des Vergnügens, die wir verachten. Das Land wird sehen und richten; es wird in dem Schauspiele der Bürgerkriege der Coalition eine sittliche Lehre erhalten. Es wird den von ihm begangenen Fehler besser begreifen, wenn es die Strafe sieht. Wir selbst wollen nicht mehr auf die vergangenen Dinge zurückkommen, und dem öffentlichen Gewissen oder besser den künftigen Ereignissen die Sorge überlassen, einigen Männern die schrecklichen und gerechten Vorwürfe zu machen, die sie verdienten. Blicken wir vielmehr auf die Zukunft. Was wird die Kammer thun? Welche Majorität wird sich darin bilden? Welche Richtung wird sie dem neuen Ministerium geben?"

Die bekannte Rede Royer-Collard's *) brachte, wie zu erwarten stand, die ganze Coalitionspresse in Harnisch. Das Journal des Debats redet derselben dagegen eben so lebhaft das Wort. „Die beredte und muthige Sprache des Hrn. Royer-Collard hat die Freude der Coalitionsblätter getrübt. Sie wissen dagegen weiter nichts zu thun, als ein von der öffentlichen Achtung gekröntes Alter gröblich zu insultiren. Es fehlte wenig, so verlangten sie die Mundtodt-Erklärung des edlen Greises, welcher ihren Charlatanismus und ihre erbärmlichen gehässigen Leidenschaften so energisch gebrandmarkt hat. Unglücklicherweise für sie ist die Rede selbst eine erhabene Antwort auf jene Insinuation, die nur ihre Wuth und ihre Rachelust verräth. Nie war Hr. Royer-Collard beredter. Die Injurien und Verläumdungen werden nicht hindern, daß diese bewundernswürdige Rede als der höchste und kräftigste Ausdruck alles dessen, was alle ehrenwerthen Leute, alle wahren Patrioten gefühlt, als der Schrei des öffentlichen Gewissens bestehe."

Am 10. Abends zog eine Bande von Individuen, die meisten in Blousen, mit einer dreifarbigen Fahne und unter dem Rufe: **Vive la République! A bas Louis Philippe!** durch das sogenannte Quartier latin (das von Studenten bewohnte Stadtviertel) von Paris. Einige dreißig dieser Ruhestörer wurden verhaftet.

Papineau ist von Havre in Paris eingetroffen, woraus sich der Ungrund des vom National verbreiteten Gerüchtes ergibt, daß ihm angekündigt worden sei, er dürfe in Frankreich nicht anders als mit einem von der englischen Regierung in gehöriger Form ausgestellten Passe reisen. Papineau ist gleich am Tage seiner Ankunft in Paris in die Abendgesellschaft des Hrn. Laffitte eingeführt worden.

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 15. März.

Das Handelsgericht hat neuerdings zwei Urtheile gefällt, durch welche eine Theaterdirection, weil sie Einlaßbillette ausgegeben hatte, nachdem kein Platz mehr im Theater zu finden war, zu Geldstrafen von 20 und 40 Fr., neben der Zurückgabe des Einlaßpreises, verurtheilt wurde, obwohl sie den Klägern sogleich, als sie keinen Platz mehr fanden, diese Zurückgabe angeboten hatte.

Das Dampfboot „Cerbère" ist in der Nacht vom 5. auf den 6. März von Algier in Toulon eingetroffen und bringt Nachrichten aus dieser Stadt bis zum 20. Februar. Abd-El-Kader ist aus der Wüste zurückgekehrt und hat sein Lager in der Umgegend von Miliana aufgeschlagen. Noch immer herrscht über den Ausgang seines Unternehmens gegen Ain-Maadi große Ungewißheit. Man sagt, der Emir habe keine Garnison dort lassen wollen, weil die Stadt, von ihren Einwohnern verlassen und ohne Hülfsquellen, nach seinem Abzuge wahrscheinlich von den Beduinen der Sahara blockirt worden wäre. Er habe sich daher begnügt, einen Theil der Schanzen zu zerstören. Andere sagen, der Versuch des Emirs sei völlig gescheitert. Doch sind dieß sämmtlich unverbürgte Gerüchte. Gewiß ist bloß die Rückkehr Abd-El-Kaders und seine Ankunft in Miliana, wo er mit Hrn. de Salles, dem Eidam des Marschalls Valée, der in besonderer Mission zu ihm geschickt worden, eine Zusammenkunft hatte. Hr. de Salles überbrachte ihm verschiedene Geschenke. Folgender Vorfall, der sich an den Aufenthalt dieses Offiziers in Miliana knüpft, macht in Algier großes Aufsehen. Der Neger Mahmud und seine Mutter, welche beide bei einem der Chodschas des Emirs in Diensten standen, hatten sich nach Algier geflüchtet, wo sie von ihrer Arbeit ruhig lebten. Abd-El-Kader verlangte die Auslieferung dieser Individuen. Anfangs wurde das Ansinnen abgelehnt. Der Emir wiederholte dasselbe bei Hrn. de Salles, und dieser erlangte von seinem Schwiegervater die Auslieferung. Beide Flüchtlinge wurden unter Escorte nach Miliana gebracht, um dort wahrscheinlich einem sichern Tode entgegenzugehen. Dieses Verfahren des Marschalls erregte in Algier allgemeinen Unwillen. Der Commandant Pelissier, ein charakterfester, ausgezeichneter Offizier, welcher seit anderthalb Jahren als Chef des Bureau arabe die arabischen Angelegenheiten mit außerordentlicher Thätigkeit, Umsicht und Kraft leitete, legte in Folge dieses Vorfalls sogleich seine Stelle nieder. Pelissier wäre für den Marschall Valée, dem es bis jetzt bei weitem besser als seinen Vorgängern gelungen, auf seinem schwierigen Posten sich zu behaupten, ein gefährlicher Gegner. Jener Offizier ist in alle geheimen Angelegenheiten der Colonie seit Jahren eingeweiht und führt eine scharfe Feder. Es ist kaum anzunehmen, daß er jetzt schweigen wird.

Ein Schreiben aus Saint-Pierre, der Haupt-

ſtadt Martinique's, vom 24. Jänner, im Journal des Debats berichtet Folgendes: „Die Beſtürzung hat noch nicht aufgehört bei uns. Seit dem traurigen Ereigniß vom 11. d. M. erbebte die Erde noch viermal, und dieſe Erſchütterungen verbreiteten die entſetzlichſte Angſt unter den Einwohnern. Der durch das erſte Erdbeben verurſachte Verluſt mag gegen zehn Millionen betragen. Von allen Seiten arbeitet man, die Magazine und Zuckerfabriken wieder aufzubauen, um die Ernte zu retten. Ueberhaupt fehlt uns der Muth keineswegs. Allein es iſt hierzu nothwendig, daß das Mutterland durch eine Zollherabſetzung uns zu Hülfe komme; denn wenn nach einem ſolchen Unglück der Unwerth des Colonialzuckers fortdauert, ſo werden die unglücklichen Bewohner von Martinique ſich nie mehr erholen können."

Am 11. März 5Percents 108 Fr. 60. Fin Courant geſchloſſen zu 108 Fr. 70. 3Percents 79 Fr. 30. Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 55.

Spanien.

Briefe aus Bayonne vom 5. März (in Pariſer Blättern) melden: „Geſtern ſind endlich Privatbriefe aus dem Hauptquartier des Don Carlos angekommen. Sie ſind vom 2. März von Toloſa datirt. Sie gehen in einige Details über die letzten Ereigniſſe ein, woraus ſich mit Beſtimmtheit ergibt, daß Maroto ſchon am 10. Februar nach einer Revue, welche er dem Don Carlos in der Nähe von Vergara hatte halten laſſen, eine Unterredung mit dem Prätendenten in Gegenwart der Prinzeſſinn von Beira, des Paters Cyrillo, des Ramirez de la Piscina und des Marco del Pont hatte, wo er ſich ſehr nachdrücklich über die Widerſtände aller Art, die man ihm entgegenſetze, beklagte, und zuletzt offen erklärte, daß er gegen zwanzig der angeſehenſten Intriguanten erſchießen laſſen würde. Don Carlos ſcheint dieſer Maaßregel, an deren Ausführung er wohl nicht glaubte, ſich nicht widerſetzt zu haben. Maroto verabſchiedete ſich raſch von Don Carlos, und brach am folgenden Tage mit einigen Bataillons, von denen er ſich bei ſeinen Excurſionen in den Provinzen gewöhnlich hatte begleiten laſſen, nach Toloſa auf. Dort empfing er von einem ſeiner Vertrauten noch einige nähere Nachweiſungen über die Pläne Guergue's, Sanz's, Garcia's ꝛc. Das Uebrige iſt bekannt. So wie Don Carlos den in Eſtella ausgeführten Schlag erfuhr, gerieth er in Schrecken, und gab dem Zureden ſeines Miniſters Arias Teijeiro und ſeines Adjutanten Uranga nach. Er unterzeichnete ſein erſtes Manifeſt vom 21. Februar, und überließ ihnen die Vollziehung desſelben gegen Maroto. Sie machten ihre Anſtalten zu kräftigem Verfahren, ſahen aber bald ein, daß ſie gegen die Truppen und einen großen Theil der Bevölkerung zu kämpfen haben würden. Sie nahmen ſodann ihre Zuflucht zur Liſt, und ſuchten eine beträchtliche Zahl von Bauern zu gewinnen, die ihnen zur Vollführung ihrer Entwürfe dienen ſollten. Maroto, der alles durch Ramirez de la Piscina erfuhr, welcher ihm unter der Eingebung der Prinzeſſinn von Beira ſchrieb, kam am 23. Februar in Toloſa an, und bedrohte das Hauptquartier des Don Carlos. Er ſchnitt jede Art von Communicationen zwiſchen ihm und den Truppen von Guipuzcoa ab, deren Commando Don Sebaſtian übernommen hatte. Am 24. unterzeichnete Don Carlos, ſchwach, unentſchloſſen, voll Schrecken, die Acte der Wiederausſöhnung, deren Grundlagen Maroto dictirt hatte. Von dieſem Augenblick an gaben Arias Teijeiro und ſeine Collegen alles verloren, und dachten nur an die Flucht. Urbiſtondo verſperrte ihnen aber mit einem Bataillon den Weg, und zwang ſie, in Villafranca, wohin das königliche Hauptquartier ſeit drei Tagen verlegt war, zu bleiben. Man ſtellte ſie ſogleich unter Aufſicht, beſchloß ihre Verbannung, und brachte ſie mit 30 andern, von Maroto bezeichneten Perſonen, nach Segura. Alle ſollten dann mit einander nach Frankreich transportirt werden. Man behauptet, daß, wenn die mit dem Namen Los Netos bezeichneten Chefs der apoſtoliſchen Partei die Oberhand behalten hätten, ſie ungefähr 400 Individuen proſcribirt haben würden, worunter 7 Generäle und 12 Oberſten. Viertauſend Uniformen, die in den Magazinen waren, ſollten eben ſo vielen bewaffneten Bauern gegeben werden, welche in derſelben Stunde dieſe neue ſicilianiſche Veſper unterſtützen und vollbringen ſollten. Briefe aus Toloſa, welche dieſe Umſtände melden, ſetzen bei, Maroto habe die 4000 Uniformen ſogleich den regulären Truppen geben laſſen. In Toloſa herrſcht die größte Ruhe, und die gemäßigte Partei wünſcht ſich zu dem Sturze Teijeiro's und des Paters Larraga Glück. Sie hegt die beſten Hoffnungen rückſichtlich der Folgen dieſer Revolution nach türkiſcher Art."

Die Allgemeine Zeitung enthält folgenden weiteren Bericht eines teutſchen Offiziers im Hauptquartier des Don Carlos über die letzten Ereigniſſe: „Villafranca, 27. Februar. Meinem letzten Schreiben eile ich noch einige Bemerkungen nachzuſenden, da es Ihnen intereſſant ſeyn wird, den Faden zu bekommen, um aus dem Labyrinth der, wie ich vermuthe, unzähligen Verſionen über die unendlich wichtigen, folgenſchweren Ereigniſſe ſich herauszufinden. Der Keim aller Zerwürfniſſe, die Quelle aller Unfälle, welche die Carliſtiſche Sache ſeit vier Jahren betrafen, lag in dem vergifteten Boden der Camarilla, jener Unholde, jener Fanatiker, deren Daſeyn ſich ſchon zu den Zeiten Zumalacarreguy's auf eine ſo verderbliche Weiſe äußerte, daß dieſer Feldherr oftmals ſeinen Entſchluß ausſprach, ein ſchreckbares Blutgericht über ſie halten zu wollen. Es iſt daher leicht begreiflich, daß dieſer Held mit dem bitterſten Haß von denen verfolgt wurde, denen es gelungen war, den argloſen Sinn ihres Königs zu bethören und mit Benutzung jeder Mittel ſein Vertrauen zu feſſeln. Höchſt bezeichnend für die

Verworfenheit jener Menschen ist das für die Geschichte dieses Krieges nicht unwichtige Factum, daß die Nachricht von dem Tode jenes Helden im königlichen Hauptquartier mit Jubel empfangen wurde — die Todeskunde des einzigen Mannes, der fähig gewesen wäre, durch die Uebermacht seines Geistes die schnelle Beendigung des Krieges herbeizuführen! Wie viel Blut ist seitdem geflossen, wie viel Städte und Dörfer liegen in ihrem Schutt als drohende Zeugen wider die mit so schwerer Schuld Belasteten! Die strafende Vorsehung scheint in vierjährigem Leiden ihre gerechte Entrüstung für so große Verblendung gezeigt zu haben, jetzt aber uns ihre Versöhnung wieder beweisen zu wollen; denn in Maroto ist ein zweiter Zumalacarreguy entstanden. Beide waren die intimsten Freunde — eine große Uebereinstimmung herrschte in ihren Characteren — sie hatten gleiche politische Ansichten. Mehr als genug, um auf Maroto den ganzen Haß der Partei zu ziehen, welche unausgesetzt während vier langer Jahre so verderblichen Einfluß ausübte. Maroto ward daher durch die Camarilla von dem König entfernt gehalten, auf jede Weise gekränkt, bei Gelegenheit seiner Ernennung zum Generalcapitän von Catalonien, die als Mittel dienen sollte, ihn zu verderben, betrogen, dann nach Frankreich exilirt, und endlich, als die Noth und die Stimme des gesammten Heeres es gebieterisch erheischten, an die Spitze desselben gestellt. Hier bewirkte er in kurzer Zeit Wunder; fast entblößt von Mitteln, wußte er die wenigen mit weiser Sparsamkeit zu benutzen, verschaffte den Soldaten durch Schuh- und andere Bekleidung Schutz gegen den nassen, hier so ungesunden Winter, führte eine strenge Disciplin zurück, und wirkte magisch auf den Geist des Heeres, welches ihn vergöttert. Allein der scharfe Blick Maroto's erkannte, daß noch Schwereres zu vollbringen sei. Das finstere Gewebe, welches den Blick seines Königs seit so langer Zeit umschleiert hielt, mußte zerrissen, die Ketten mußten zerbrochen werden, welche, ihm selbst unbewußt, sein Gemüth und seinen Willen gefesselt hielten. Mit weiser Klugheit und seinem Tacte ging er auch hier zu Werk. Die Camarilla, entweder in Sicherheit eingewiegt durch die lange Dauer ihres Regiments, oder ihrem Einflusse vertrauend, scheint die über ihrem Haupte heraufziehende Gewitterwolke weder in ihrem Centralsitze, dem königlichen Hauptquartier, noch in ihren Verzweigungen bei dem Heere genug beachtet zu haben, sonst würde sie mit der Ausführung ihres finstern Planes nicht gezögert haben. Maroto durchschaute schon längst die abscheulichen Anschläge wider seine Person, und kannte seine Gegner genau, die er scharf beobachten ließ; es mangelten ihm aber die von dem Gesetze vorgeschriebenen Beweise. Diese erhielt er endlich in der ersten Hälfte des Februar in solcher Vollständigkeit, daß er mit ihnen sofort zum König eilte, welcher damals in Bergara verweilte. Der General, gestützt auf diese unwiderlegbaren Documente des Complots gegen sein Leben, verlangte und erhielt vom Könige volle Macht, die Schuldigen zu bestrafen. Am 15. Februar marschirte er nach Estella mit einigen Truppen. Die verschwornen Generäle glaubten sich ihres Anhanges von Seite der navarresischen Bataillons so versichert, daß sie unbesorgt bei Maroto's Rückkehr zu seyn schienen. Francisco Garcia, der bisherige Generalcommandant von Navarra, hatte seit einiger Zeit den Trotz sogar so weit getrieben, seinem Oberfeldherrn den Gehorsam förmlich zu versagen; er hatte mehrere auf Befehl Maroto's verhaftete Offiziere eigenmächtig auf freien Fuß gestellt; ja er war übermüthig genug, dem General die schuldige äußere Ehrfurchtsbezeugung zu verweigern, und mit höhnischem Lächeln ihn messend, an ihm vorüberzugehen. Wenige Stunden nach Maroto's Rückkunft von Bergara ließ er die Schuldigen festnehmen, welche, noch immer auf die Navarresen rechnend, lachend ins Gefängniß wanderten. Diese fröhliche Stimmung verließ sie aber am folgenden Tage bei der Nachricht, daß ein Kriegsgericht, bestehend aus dem Grafen Negri, dem General Silvestre, so wie aus sämmtlichen in Estella anwesenden Obersten und Bataillonschefs, sie zum Tode verurtheilt habe, und sie sich darauf vorbereiten sollten. Maroto beklagte sehr Carmona, der durch den erbärmlichen Guergue verführt worden war, konnte ihn aber nicht begnadigen. Nach diesem strengen, aber für die Rettung seines Königs, der guten Sache und seines eigenen Lebens nöthigen, von dem ganzen Heere und den Provinzen gebilligten Gericht verfügte sich der General ins königliche Hauptquartier, wohin die Nachricht von dem in Estella Geschehenen sich schnell Bahn gemacht und Schrecken unter der Faction verbreitet hatte. Diese sammelte krampfhaft ihre letzten Kräfte, da sie die Gefahr in ihrer ganzen Furchbarkeit erkannte. Sie bestürmte den König, schildete ihm Maroto's Verfahren mit den grellsten Uebertreibungen, so daß es dem getäuschten Monarchen als ein unerhörter Mißbrauch der Gewalt erschien, der das Heer zum Abfall, die Provinzen zur Rebellion reizen würde. So erwirkte oder erschlich sie jene wider Maroto gerichtete Proclamation. Inzwischen erscheint dieser, im Gefühle seines Rechtes, im königlichen Lager. Es gelingt ihm, seinem Monarchen den Abgrund zu zeigen, an den ihn die Treulosigkeit von Menschen gebracht, die er mit Wohlthaten überhäuft hatte. Kurz, Maroto erhielt einen entscheidenden Sieg über die innern Feinde des Landes — sie wurden verbannt. — Der Marquis Valdespina ist in seiner Stelle als Kriegsminister durch Don Juan de Montenegro ersetzt worden, der ohne Widerspruch unter die tapfersten und fähigsten Oberoffiziere des Heeres gerechnet werden muß. Brigadier bei der Artillerie, leistete er, gleich seinem älteren Bruder, die wichtigsten Dienste in dieser Waffengattung, und erhielt, während der letzten Belagerung von Bilbao, eine Verwundung durch eine Ka-

nonenkugel. — Daß das ganze Nest jetzt gesäubert, und das Ministerium mit tüchtigen Männern besetzt werden wird, dürfen Sie überzeugt seyn, so wie Sie in allem Uebrigen von den eminenten Fähigkeiten des jetzigen Feldherrn das Beste erwarten können. Besäße er nur einen kleinen Theil jener Hülfsmittel, die größtentheils von jener mit dem Brandmahle der Schande bezeichneten Partei ihrem eigentlichen Zwecke, dem Heere, entfremdet worden sind, Sie würden sehr bald von großen Erfolgen hören; denn Maroto's Geist ist rastlos thätig, und wird von großer Erfahrung geleitet. Von jetzt an wird der Krieg einen menschlichern Character annehmen, die Worte der Versöhnung, des Vergessens werden Widerhall in den Reihen der feindlichen Schaaren finden, und die Vorboten des nahen Endes dieses schrecklichen Kampfes seyn. Ich bin so voll von den welthistorischen Ereignissen um mich her, so überzeugt von der Wahrhaftigkeit dessen, was ich Ihnen mittheile, daß ich unerschöpflich in meinem Berichte seyn könnte, wenn ich nicht, seines bereits angewachsenen Umfanges eingedenk, mit der Zusicherung zu endigen für nöthig hielte, daß ich Ihnen gewiß recht bald seine Fortsetzung senden werde."

Die neuesten Briefe aus Bayonne vom 6. März melden: „Die Aufhebung der Blockade der, von den Christinos besetzten, befestigten Plätze und Puncte im ganzen Umfange der baskischen Provinzen und Navarras ist von den Bewohnern dieser Provinz günstig aufgenommen worden. In einem Schreiben aus Bilbao vom 1. März, welches diese Nachricht mittheilt, heißt es: „Seit der Wiederher„stellung der Communicationen zwischen Bilbao und der „Umgegend haben wir viele Landleute hier ankommen „gesehen. Sie freuen sich, ihre Producte zu Markte brin„gen zu können, und hoffen, daß, bis zu einer definitiven „Ausgleichung, ein Waffenstillstand zu Stande kommen „werde." — Die in Folge der letzten Ereignisse aus Spanien Proscribirten kommen allmählig in Frankreich, namentlich in Bayonne an. Sie sollen die Absicht haben, eine Erklärung, worin sie den Beweis führen wollen, daß Don Carlos nicht als frei betrachtet werden könne, zu erlassen, eine oberste Regierungsjunta zur Leitung der Angelegenheiten, während der angeblichen Gefangenschaft des Königs zu ernennen, und den Vorsitz derselben an Cabrera zu übertragen."

Mit Bezug auf die letzten Vorfälle in der Armee des Don Carlos sagt die Morning-Post: „Die baskischen Provinzen scheinen vollkommen ruhig zu seyn, und die öffentliche Meinung sich zu Gunsten Maroto's hinzuneigen. Man muß in der That zugeben, daß die Carlisten längst einer Systemsveränderung bedurften, um ihre Siege mit Vortheil zu verfolgen. So achtenswerth auch der Privatcharacter des Don Jose Arias Teijeiro seyn mag, so waren doch seine Rathschläge nicht von der Art, wie die Zeitbedürfnisse es erheischten, und das Geschrei gegen ihn und die Ojalateros wurde so stark, daß alle mögliche Intriguen auf das Tapet kamen. Complotte entstanden täglich, und Maroto sah sich vielleicht in seinen militärischen Operationen so gänzlich behindert, daß er, darüber verzweifelnd, dem Bürgerkriege ein Ende machen zu können, die gegen sein Leben gerichtete Verschwörung benutzte, um ein furchtbares Beispiel an seinen persönlichen Feinden zu statuiren." Der Courier ist sehr entrüstet über diese Vertheidigung der Grausamkeit Maroto's und bemerkt seinerseits: „Maroto hat sich, wie uns scheint, durch die Vernichtung seiner Feinde für jetzt ein solches Uebergewicht verschafft, daß sein Gebieter sich ihm nicht zu widersetzen wagt; man kann daher sagen, daß die beiden Parteien, in welche Spanien jetzt getheilt ist, sich unter der unbestrittenen Controlle zweier Generäle befinden, in deren Händen die respectiven Regierungen, unter deren Herrschaft sie zu handeln vorgeben, ein bloßes Spielzeug sind."

Großbritannien und Irland.

Die Discussionen über das Marinebudget sind in dieser Session lebhafter und an Details umfassender, als sie seit Jahren waren. In der Sitzung des Unterhauses vom 6. März wurde die Berathung desselben im Ausschusse fortgesetzt; es galt jetzt der zweiten Resolution, daß für die auf das laufende Jahr bewilligte Schiffsmannschaft (23,165 Matrosen, 9000 Mann Marinetruppen und 2000 Schiffsjungen) eine Summe von 1,080,089 Pf. St. votirt werden möge. Die Männer von Fach auf den Torybänken, wie Sir G. Clerk, Viscount Ingestrie, wiederholten ihre Klagen, daß durch ein ungehöriges Sparsystem nach den Maximen Hrn. Hume's der Stand der englischen Flotte heruntergekommen. Wenn es auch richtig sei, was die Beamten der Admiralität behaupteten, daß England jetzt mehr Kriegsschiffe in See habe als in irgend einer früheren Friedensperiode, so sei dagegen zu bedenken, daß die auswärtigen und Colonialverhältnisse des Landes seit 1815 nie in einer so kritischen Lage gewesen, und dieser, so wie den mittlerweile so sehr verstärkten Marinen Frankreichs, Rußlands und Nordamerikas sei der Stand der brittischen Seemacht zur Zeit nicht angemessen. Admiral Sir C. Adam, einer der Lords der Admiralität, vertheidigte die Regierung, so wie seinerseits Sir J. Graham sich veranlaßt fand, seine frühere Amtsführung als erster Lord der Admiralität unter dem Grey'schen Ministeriums zu vertheidigen, deren im Verlaufe der Debatten mehrfach tadelnd gedacht wurde. Sir Edw. Codrington drang wieder auf mehrfache Verbesserungen in der Bemannung der Flotte und in der Behandlung der Offiziere und Schiffsmannschaften. Die Debatte ward auf den 8. vertagt. — Auf Hrn. R. Steuarts Vorschlag ward eine besondere Committee niedergesetzt, um über den (nicht sehr günstigen) Zustand des caledonischen Canals zu berichten. (Dieser im Jahre 1806 begonnene Canal ist durch die große Grafschaft Inverneß gezogen, und verbindet, mit Benutzung der

Seen Neß, Oich und Lochy, den Frith von Murray mit dem Loch Linnhe, das teutsche Meer mit dem Ocean.) — Das Oberhaus hielt am 6. keine Sitzung.

Am 8. März wurde ein schändlicher Mordversuch gegen die Sängerinn Madame Vestris glücklich vereitelt. Ein Verwandter eines Schauspielers hörte Tags zuvor auf der Straße zwei amerikanische Matrosen über Mad. Vestris sprechen; einem von ihnen fiel ein Schreiben aus der Tasche, das jener aufhob. Der Schreiber desselben rühmte sich, er werde Mad. Vestris, welche kürzlich Gastrollen in den vereinigten Staaten gab, für ihr Lebenlang „pfeffern" und um ihre Augen bringen, weil sie Amerika verläumdet habe. Der Finder brachte den Brief dem Gatten der Sängerinn. Am 5. März nun kam ein Packet, mit der Inschrift: „Man halte diese Seite oben," an Mad. Vestris an, das sofort durch einen Polizeibeamten mit gehöriger Vorsicht geöffnet wurde. Die Vorsicht war am Platze, denn das Schreiben enthielt Knallpulver und andere Materialien, welche, wenn das Schreiben nach der Vorschrift geöffnet worden wäre, eine furchtbare Explosion verursacht und den Oeffnenden vielleicht getödtet hätten.

Consols am 9. März 93.

Türkei.

Berichte aus Konstantinopel vom 27. Februar melden: „Seit dem 24. d. M. werden die viertägigen Feste des Kurban-Bairam mit den gewöhnlichen Kanonensalven gefeiert. Am ersten Tage begab sich der Sultan mit Tagesanbruch in die Moschee von Sultan Ahmed, von einem zahlreichen Gefolge und sämmtlichen hier anwesenden Großwürdenträgern begleitet, welche letztere S^r. Hoheit bei der Rückkehr ins alte Serail ihre Aufwartung machten. Am folgenden Tage statteten die Beamten ihre Glückwünsche bei der hohen Pforte ab. — Der Kapudan-Pascha ist am 21. von seiner Reise nach den Dardanellen und Gemlik zurückgekehrt. — Das Dampfboot der türkischen Wechsler, „l'Orient," beginnt heute seine regelmäßigen Fahrten nach Trapezunt. — Im befriedigenden Gesundheitszustande der Hauptstadt ist keine Veränderung eingetreten."

Rußland.

Der wirkl. geheime Rath von Speranskij, der erst kürzlich durch die Gnade S^r. Maj. des Kaisers in den Grafenstand erhoben worden, ist am 23. v. M. in Folge eines Schlagflusses mit Tod abgegangen. Er ist bereits das achte Mitglied, das der Reichsrath im Verlauf eines Jahres durch den Tod verloren hat.

Niederlande.

Der Avondbode, welcher zuerst den zwischen Holland und dem teutschen Zollverein abgeschlossenen Handelsvertrag, nebst seinen Beilagen, vollständig mittheilte, widerspricht einer in öffentlichen Blättern, von Berlin aus, gemachten Mittheilung, nach welcher der Handelsvertrag noch nicht abgeschlossen, und H^r. Wythof in seinen Bemühungen noch nicht zum Ziele gelangt sei. Der Avondbode bemerkt, daß der Tractat zuverlässig am 21. Jänner d. J. zu Berlin zwischen den Bevollmächtigten JJ. MM. der Könige der Niederlande und von Preußen abgeschlossen worden, daß aber H^r. Wythof nicht in officiellem Auftrag in Berlin zu dem Abschluß des Handelstractats mitgewirkt habe. H^r. Bockhorst sei übrigens bereits mit der Ratification des Handelstractats von der königlich niederländischen Regierung nach Berlin abgesendet worden.

Belgien.

In den Sitzungen der belgischen Repräsentantenkammer vom 8. und 9. März wurden die Debatten über den die Annahme des Friedensvertrags betreffenden Gesetzentwurf fortgesetzt; mehrere Redner sprachen für und wider, und da gewöhnlich nur vier bis fünf Mitglieder in Einer Sitzung das Wort nehmen, so dürfte die Discussion noch mehrere Tage dauern.

Oberösterreich.

Die Linzer Zeitung meldet: „Am 14. d. M., Mittags 12 Uhr, sind S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland unter dem Incognito „Graf Borodinsky" mit Höchstdero Suite im erwünschten Wohlseyn von Amstetten in Linz angelangt, im Gasthofe zur „goldenen Kanone" abgetreten, wo Höchstdieselben von S^r. Exc. dem Herrn Regierungspräsidenten, dem k. k. Herrn Generalmajor und Brigadier Baron Adelstein, dem Herrn Obersten und Regimentscommandanten Fürsten v. Schwarzenberg und den Herren Stabsoffizieren der hiesigen Garnison, dann des k. k. Lager-Befestigungscommandanten, Major von Weil, ehrfurchtsvoll empfangen wurden. — Nach eingenommenem Gabelfrühstück geruhten S^r. kais. Hoheit sammt Suite, und in Begleitung des Herrn Brigadiers General Baron Adelstein, Herrn Obersten Fürsten von Schwarzenberg und des Lager-Befestigungscommandanten, den Lagerthurm N^r. 1 auf der Wiener Straße, dann die Citadelle am Pöstlingberge in Augenschein zu nehmen. — Um halb 5 Uhr war Mittagstafel, wozu S^r. Excellenz der Herr Regierungspräsident, der k. k. Herr General Baron Adelstein, nebst den übrigen k. k. Militärautoritäten, welche sich in der Begleitung S^r. kais. Hoheit zu den Befestigungswerken befanden, zugezogen zu werden die Ehre hatten. — Abends haben S^r. kais. Hoheit das hiesige Theater mit Höchstihrer Gegenwart beehrt; während der Abendtafel wurden von der trefflichen Militärmusik des k. k. Regimentes Hoch- und Teutschmeister vor den Fenstern des Appartements einige Musikstücke ausgeführt. Am 15. Morgens halb 8 Uhr setzten S^r. kais. Hoheit die Reise, über Braunau, nach München fort."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 78

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 19. März 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 17. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur red ucirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.335	28. 1L. 1P.	— 2.1	SO.	mittel.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.268	28 0 3	+ 2.7	SO.	stark.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.203	27 11 6	+ 1.6	S.	schwach.	trüb.

Spanien.

Unter der Aufschrift: Die Wahrheit über die Vorfälle in Spanien, theilt das legitimistische Journal La Mode einen langen Artikel mit, dem wir folgende Data entnehmen, welche, wie dieß Blatt behauptet, sich auf genaue Angaben und Documente gründen. Nachdem der gehässigen Gesinnungen der heftigen Partei und ihrer geheimen Umtriebe gegen Maroto, so wie des unglücklichen Ausgangs des Treffens vom Sesma bei Mendavia in Navarra, welche der Verrätherei zugeschrieben wird, Erwähnung geschehen, und gesagt ist, Maroto habe damals den ihm zugekommenen Anzeigen von dem Bestehen einer förmlichen Verschwörung gegen seine Person keinen Glauben beigemessen, und nachmals erst Verdacht geschöpft, als wirklich in den ersten Tagen des Jänners eine Meuterei in Estella ausgebrochen, die er nur durch seine Energie und persönliche Tapferkeit aufgehalten, erzählt der Bericht umständlicher, wie nach und nach die Sache immer klarer geworden, und sich Maroto endlich nach der Revue von Vergara (13. Februar) genöthigt gesehen, mit dem König darüber zu sprechen, ehe dieser nach Navarra aufbrach. Er erhielt von dem Fürsten die ausgedehntesten Vollmachten zu Unterdrückung aufrührerischer Bewegungen. Diese Vollmachten waren in allgemeinen Ausdrücken abgefaßt, und mußten es seyn; Maroto hatte nichts, als unsichere Angaben, und wußte bloß, daß eine Verschwörung im Werke sei, aber die Häupter derselben kannte er nicht. Am 13. Abends kam er nach Tolosa, und hier trug sich etwas zu, was die nachfolgenden Ereignisse eigentlich hervorrief. In Tolosa fand sich der Generalcapitän Moreno, den eine jener unerklärlichen, tiefbegründeten Antipathien von Maroto entfernte, von denen wir in unserm gesellschaftlichen Zustand nichts wissen, wo die Leidenschaften sich weniger heftig äußern, und wo es weder scharf ausgesprochene Laster noch energische Tugenden mehr gibt. Moreno und Maroto haßten sich von den Zeiten der Kriege in der neuen Welt an. Lange hatten sie miteinander unter Einem Dache gelebt, ohne ein Wort miteinander zu sprechen, ohne sich zu grüßen. Kurz, sie waren Feinde in der Bedeutung, die der Corse und der Spanier diesem Worte gibt. Am 14. Morgens erscheint Generalcapitän Moreno vor Maroto und sein erstes Wort gegen diesen ist: „Des Königs Dienst geht Allem vor." Hierauf folgt eine lange Conferenz, die an Resultaten fruchtbar ist. Maroto durchschaute nun die Fäden des Complottes; er erkannte die Gefahr und wie nothwendig es wäre, einer Bewegung vorzukommen, die es späterhin unmöglich gewesen, zu unterdrücken. — Es handelte sich in der That um nichts Geringeres, als gegen die Generäle, die man für das Fehlschlagen der Expedition von Madrid verantwortlich gemacht hatte, mit offener Gewalt zu vollbringen, was die Intriguen begonnen. Villareal, Simon Latorre, Gomez, Elio, Zariategui, die man verläumderisch der Verrätherei angeklagt, ohne die Anklagen beweisen zu können, und die man nun in schmählicher Gefangenschaft hielt, sollten geopfert werden. — Am Schlusse dieser Unterredung war Maroto's Parthie genommen. Eine Menge Befehle wurden erlassen. Maroto setzte sich selbst in Marsch und sagte zu Moreno, als er ihn verließ: „General, ich gebe Ihnen Ihren Besuch wieder, wenn ich von Estella zurück bin." Dieser erwiederte: „Möchten Sie gesund und glücklich wieder kommen, um mir ihn zurückzugeben." Aber die Nachricht von Maroto's Anmarsch verbreitet sich. Was thun die Generäle, auf denen der Verdacht ruht? Ihr Benehmen enthüllt schon ihr Verbrechen. Garcia ist Generalcommandant dieser Provinz, er verfügt über alle seine Truppen, er ist in Mitte seiner Navarresen. Was thut er? Er denkt nur mehr an seine Flucht. In einer Mönchskutte nimmt er seinen Weg nach dem Thore S. Yago, den Christinischen Posten entgegen. Die Schildwache, die einen Mönch mit zu ungewöhnlicher Tagzeit über den Kopf gezogener Kapuze sieht, hält ihn an. Jetzt gibt sich Generallieutenant Garcia zu erkennen; aber der Soldat will ihn nicht passiren lassen, obgleich er seinen von Gold strotzenden Gürtel bietet. In diesem Augenblicke erscheint der von Maroto abgeschickte Offizier, und geht gerade auf ihn los mit den Worten: „Im Namen des Königs nehme ich Sie gefangen." Garcia antwortet mit einiger Ironie: „Heute ist das Rad unten, morgen vielleicht wieder oben." Aber der Oberstlieutenant Jisber nimmt ihm bald seine Zuversicht durch das Wort: „Ihre Correspondenz ist aufgefangen." Jetzt

geräth Garcia in Verwirrung, stottert und vermag nichts mehr als zu seufzen. Die Arrestationen der übrigen Generäle gehen vor sich; das Kriegsgericht, aus Personen bestehend, die keineswegs den gefangenen Generälen feindlich gesinnt sind, verurtheilt sie nach achtstündiger Deliberation, in welcher ihm Documente aller Art und eine authentische Correspondenz vorgelegt wurden, zum Tode. Die eigenen Soldaten der Verurtheilten werden zu Vollstreckung des Urtheils beordert. Carmona ruft in Gegenwart von 1500 Soldaten, die es bezeugen können: „Ich bin betrogen worden! Wenn ich gewußt hätte, wohin das führen würde!....." Er ermahnte noch die Truppen zur Treue gegen den König. — Das ist das Historische dieser Begebenheit. Es war dringend nöthig, eine Partei zu ergreifen, ein Aufruhr war im Begriff, unter dem Militär auszubrechen. Alles konnte verloren seyn, wenn man ihn nicht vorher noch erstickte. Einsperren konnte man die Schuldigen nicht, denn man war nicht einmal der Festungscommandanten gewiß. Die Sache in die Länge zu ziehen, konnte man auch nicht, denn es wären dann noch eine furchtbare Menge Individuen in dieselbe verwickelt worden, und wenn die erste Parthie, die man nehmen konnte, grausam war, so war die zweite unklug. Man ließ also die Strafe über die Häupter der Rädelsführer ergehen, um die übrigen zu verschonen." (Schluß f.)

Briefe aus Bayonne vom 6. März melden: „Man erwartete hier die Geächteten aus Navarra, einige zwanzig Personen von Bedeutung; man vernimmt aber jetzt, daß sie, statt mit Escorte über die Gränze geführt zu werden, in Etchalar angehalten worden sind. In dem hier umlaufenden Verzeichnisse derselben stehen der Bischof von Leon, der Exminister Teijeiro mit seinem Oheim, Joseph Teijeiro, erstem Kammerdiener des Don Carlos, der Exminister Labandero, der General Uranga, erster Adjutant des Prätendenten (welcher das Proscriptionsdecret gegen Maroto unterzeichnet hat), die Generäle Mazarasa und Vivanco und der Assessor Martinez Celis (welche an dem Prozeß gegen Gomez Elio und Zariategui Theil genommen), der Pater Larraga, Beichtvater des Prätendenten, Fray Domingo, Capellan von dessen Hauptquartier, Miguel Garcia, Polizeichef des Hauptquartiers, Florenzio Sanz, erster Sectionschef vom Kriegsministerium, Bruder des füsilirten Generals, der Oberst Ochoa de Alza von den Leibgarden zu Fuß, mit seinen Schwiegerbrüdern Aguirre (von welchen der eine Commandant des 5ten navarresischen Bataillons, das in Tolosa stand, und als das Decret gegen Maroto erschien, einen Obersten und zwei Offiziere, die von ihm abgesendet waren, erschoß), der Pfarrer Echeverria, Präsident der Junta von Navarra u. s. w. Nur der letztere und Fray Domingo sind, so viel man bis jetzt weiß, über die Gränze gekommen. Der Marquis de Valdespina ist nicht geächtet, weil er seine Dimission vom Kriegsministerium genommen hatte, um nicht das Decret gegen Maroto zu unterzeichnen. Von der andern Seite muß man unter die von Maroto füsilirten Personen auch den 70jährigen Brigadier Amarillas, den Unterstaatssecretär des Kriegsdepartements, Ibañez, und zwei Pfarrer rechnen. Der Parteigänger el Royo und, wie man sagt, auch Balmaseda mit einer Escadron sind zu den Christinos übergegangen. Was aber die Sucht zu lügen beweist, die unter gewissen Leuten in Spanien herrscht, ist die von Espartero in Logroño am 26., und in den Blättern von Saragossa am 28. bekannt gemachte Nachricht, daß Maroto selbst mit einem Theil der Cavallerie nach Pamplona gekommen sei. Ob es wahr ist, daß Espartero und Maroto schon seit einiger Zeit mittelst eines verstellten Ueberläufers, des Offiziers Enciso, Communicationen gehabt haben, muß man dahingestellt seyn lassen. Espartero hat eine Bewegung gegen Lodosa gemacht, Maroto ist aber gerade in entgegengesetzter Richtung mit 7 Bataillons, 3 Escadrons und 2 Batterien nach Durango marschirt, wo er am 1. ankam. Don Carlos ließ am 27. diese Truppen nicht weit von Tolosa Revue passiren, und hatte eine Unterredung mit Maroto; hierauf begab er sich nach Tolosa, wo er noch am 2. war. Maroto hat ein an den Prätendenten von ihm geschriebenes Manifest bekannt gemacht, in welchem man Ausdrücke findet, die zeigen, daß er auf die Unterstützung mächtiger Personen an der Seite des Prätendenten rechnen konnte. Uebrigens ist dem General, wie Leute, die von dort ankommen, versichern, selbst die öffentliche Meinung günstig. Die Gerüchte einer baldigen Ausgleichung, die unter den Carlisten nicht weniger als unter den Christinos (besonders in Madrid) überhand nehmen, tragen das Ihrige bei, die Leidenschaften abzukühlen. Ohne allen Grund sind sie gewiß nicht; es unterliegt keinem Zweifel, daß einige diplomatische Schritte von Seite Englands geschehen sind, und daß gewisse französische Diplomatiker bald in Spanien Beschäftigung hoffen. Thöricht wäre es aber zu glauben, daß die englische Regierung sichtbloß auf die Resultate der Sendung der HH. Fector und Borthwick stützen wolle, denn was diese Agenten der Tories, die sich kaum vierzehn Tage, mit Hülfe eines Dolmetsches, und nur unter den Carlisten aufhielten, bis jetzt in den öffentlichen Blättern bekannt gemacht haben, ist von einem Ende zum andern voll von Unrichtigkeiten und Mißverständnissen. Im Ganzen genommen ist bis jetzt außer den Personen nichts in dem bisherigen Gange des Krieges in Navarra und Biscaya verändert: Villareal ist statt Uranga erster Adjutant von Don Carlos, Goiri Generalcommandant von Biscaya geworden. Urbistondo und Simon Latorre sollen in der Armee angestellt worden seyn; Marco del Pont ist Finanzminister. Dieser letztere und mehrere andere Personen haben selbst während der letzten Katastrophe immer mit dem Prätendenten geheime Unterredungen gehabt und die schnelle Rehabilitation Maroto's vorbereitet. Von den Christinos desertirten viele Soldaten zu den Carlisten, so daß diese aus 600 Ueberläufern ein neues castilianisches Bataillon gebildet haben. Dennoch ist die Armee Espartero's nicht vernachlässigt; erst jetzt ist wieder ein Transport von 300,000 Thlrn. von Madrid nach Logroño aufgebrochen. — Folgende weitere Liste von auf Befehl Maroto's Verbannten ward uns als authentisch mitgetheilt: Don L. Fernandez de Velasco, die Señora de Velasco, seine Gemahlinn, Don José Alvarez Frias, Don Teodoro Jelis, Arzt des Don Carlos, Don Basilio Garcia, Brigadier, ein durch mehrere Excursionen nach Castilien, besonders aber durch die im verflossenen Jahre nach der Mancha ausgeführte, bekannter Chef, Peñeda, Kriegsauditor, Don Antonio Neira, Don Fav. Sebastian de Herrera, Don José Lasain, Don Ramon Allo, Ayeguy, Pfarrer, Don José Cadenas, Don Roque Hernandez."

Rußland.

Der bisherige Justizminister, wirkliche geheime Rath

Daschkoff, ist als Mitglied des Reichsraths bestätigt und zum Präsidenten des Gesetzdepartements im Reichsrath ernannt worden.

Der neue Justizminister, wirkliche geheime Rath Bludoff, hat nachstehendes gnädige Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers erhalten: „Dmitrij Nikolajewitsch! Ihre nützlichen und thätigen Leistungen im Verlaufe einer mehrjährigen Verwaltung des Ihnen anvertrauten Ministeriums (des Innern) mußten Meine besondere Aufmerksamkeit Ihrem Dienste zuwenden. Bei Ihrer mehrmaligen Verwaltung des Justizministeriums hatte Ich gleichfalls Gelegenheit, Mich zu überzeugen, daß Sie, ungeachtet der mit Ihrem Amte verknüpften unmittelbaren Verpflichtungen, stets bereit waren, neue Obliegenheiten zu übernehmen. Da Ich Sie jetzt zu der beständigen Verwaltung dieses Ministeriums berufe, halte Ich es für gerecht, Ihnen für Ihre bisherigen Leistungen Meine volle Erkenntlichkeit und Mein vollkommenes Wohlwollen zu bezeigen. — Ich verbleibe Ihnen auf immer wohlgewogen. St. Petersburg, 14. (26.) Februar 1839. — (Gez.) Nikolaus."

Einer neuen kaiserlichen Verordnung zufolge werden alle Künstler der kaiserlichen Theater, nach ihren Talenten und Anstellungen, in drei Classen getheilt. Zur ersten Classe gehören: die Schauspieler, welche in allen Arten der dramatischen Kunst die ersten Stellen einnehmen, die Directeurs, die Regisseurs, die Capellmeister, die Balletmeister, der Obercostümeur, die Dirigirenten der Orchester, die Decorateurs, Maschinisten, Solomusici und Solotänzer. — Zur zweiten Classe gehören: die Schauspieler, welche die zweiten und dritten Rollen spielen, die Souffleurs, Garderobemeister, Theatermeister, Musiker, Maler, die Sculptoren, die Aufseher des Notencomptoirs und die Fechtmeister. — Zur dritten Classe gehören: die Choristen, die Schauspieler, die bei Aufzügen zur Führung der Choristen und Statisten gebraucht werden, die Figuranten, Notenschreiber, Chorsänger und Perrückenmacher. Die Artisten erster Classe, die das Theater verlassen, können, wenn sie es wünschen, in allen Ressorts in Civildienste treten, mit den Rechten der Kanzleidiener dritter Classe. Dieses Recht wird ihnen jedoch nur ertheilt, wenn sie als Artisten 10 Jahre gedient haben. Diejenigen, welche als Zöglinge der Theaterschulen bei den Theatern in Dienste treten, müssen 15 Jahre bei denselben dienen. Wenn sie nach Ablauf dieser Frist das Theater verlassen und nicht in Civildienste treten, so werden sie der Classe der Künstler, welche keinen Classenrang haben, zugezählt. Die Kinder dieser Artisten, die während ihrer Dienstzeit oder nach ihrer Verabschiedung geboren sind, genießen die Rechte ihrer Väter.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 7. März verlangte der Graf Hardwicke Auskunft über den Stand der Marine, was zu einer Besprechung zwischen dem Marquis von Lansdowne und dem Herzog von Wellington führte. Letzterer erklärte es für unpolitisch, wenn man in Canada und Indien mit den Hülfsquellen des Friedensfußes einen Krieg unternehmen wollte. In Canada insbesondere habe man zu viele Freiwillige unter die Waffen gerufen, um weniger reguläre Truppen nöthig zu haben; aber erstens seien die Freiwilligen kostspieliger als letztere, dann werden dadurch dem Ackerbau die nöthigen Hände entzogen, endlich sei die Maaßregel auch unpolitisch. Man sollte alle verfügbaren Streitkräfte auf den bedrohten Puncten, in Indien und Canada, zusammenziehen. — In der Sitzung des Unterhauses vom 8. März legte Lord J. Russell die in der Thronrede angekündigten Aktenstücke über den Stand der Dinge in Indien vor. Es werde, fügte er bei, daraus hervorgehen, daß der Herzog von Wellington einen Irrthum begangen, als er von der Unzulänglichkeit der brittischen Streitkräfte in Indien gesprochen habe; diese Streitkräfte seien vielmehr weit zahlreicher, als seit einer Reihe von Jahren. Es seien die einheimischen Truppen um 24,000 und die europäischen um 3000 Mann vermehrt worden, auch sei die Einrichtung getroffen, das durch Dampfschiffe auf das schnellste Verstärkungen aus Bourbon und Ceylon herbeigeholt werden können; zudem werden die europäischen Truppen in Indien ohne Verzug noch weitere Verstärkungen erhalten. Auf eine Anfrage des Sir R. Inglis erklärte Lord Palmerston, es sei allerdings keine Aussicht mehr vorhanden, daß die portugiesische Regierung dem Vertrage zur wirksameren Bekämpfung des Sclavenhandels ihre Genehmigung ertheilen werde; er werde deßwegen von dem Parlamente die Vollmacht nachsuchen, um (wie es scheint, ohne die Genehmigung der portugiesischen Regierung einzuholen) den brittischen Kriegsschiffen hinsichtlich der portugiesischen Sclavenschiffe im Süden der festgesetzten Linie dieselben Rechte zu verleihen, wie sie im Norden von derselben bereits bestehen. — Hierauf war die zweite Verlesung der irischen Corporationsbill an der Tagesordnung. Es offenbarte sich hier eine Spaltung zwischen den Ultratories und den gemäßigten Conservativen. Ein Wortführer der ersten, Sir R. Inglis, unterstützt von Hrn. Blackstone, trug auf Verlesung in sechs Monaten, d. h. auf Verwerfung der Bill an, während Sir R. Peel sich bereit erklärte, für die zweite Verlesung zu stimmen. Es wäre zwar, bemerkte er, die gänzliche Aufhebung der Corporationen zweckmäßiger gewesen, da man sie aber nach dem Grundsatze der Volkswahl zu reformiren entschlossen sei, so wolle er wenigstens dahin wirken, daß die Rechte der Kirche möglichst gewahrt werden. Bei Abgang der Post sprach Sir R. Peel noch.

Die Morning-Post vom 8. März stellt folgende Fragen: „Wir wünschen von den ministeriellen Blättern Antwort auf folgende Fragen: Hat Lord J. Russell kurz vor der Versammlung des Parlaments wirklich gegen den ersten Minister und seine Collegen den Wunsch ausgedrückt, sich zurückzuziehen? Hat Lord J. Rus-

sell eingewilligt, im Amte zu bleiben, weil Lord Melbourne ihm vorstellte, daß sein Abtreten unter den gegenwärtigen Umständen verderblich für das Ministerium wäre? Hat Lord J. Russell, als er nachgab, nicht erklärt, daß er das Portefeuille nur einstweilen und provisorisch beibehalte und sich zurückziehen werde, sobald die Umstände es seinen Collegen gestatten, ein Cabinet ohne ihn zu bilden? Hat Lord J. Russell nicht in den letzten Tagen erklärt, daß er mehr als je wünsche, sich zurückzuziehen? Hat endlich nicht der edle Lord diesen sehnlichen Wunsch durch den Ueberdruß und Kummer begründet, den ihm das Kreuzfeuer von verschiedenen Abtheilungen der ministeriellen Bänke im Hause der Gemeinen verursache, und dabei die Ueberzeugung ausgesprochen, daß dieser Stand der Dinge es dem Cabinet nicht gestatte, die Zügel der Regierung länger in den Händen zu behalten?"

Frankreich.

Eine königliche Ordonnanz ernennt Hrn. Stanislaus Julien (Mitglied des Instituts und Professor am Collège de France) zum Adjunct-Conservator bei der königlichen Bibliothek für die Section der Bücher und die chinesischen Manuscripte.

Generallieutenant Lallemand, Mitglied der Pairskammer, ist am 9. März in einem Alter von 65 Jahren gestorben. General Lallemand ward bekanntlich 1815 wegen seiner treuen Anhänglichkeit an Napoleon zum Tode verurtheilt, und entkam diesem ihm drohenden Schicksal nur durch die Flucht.

Im südlichen Frankreich haben die Deputirtenwahlen tumultuarische Auftritte hervorgerufen. In Carcassonne wurde nach der Wahl eines ministeriellen Deputirten dem Coalitionscandidaten ein Vivat gebracht, der Präfect mit Geschrei und Steinwürfen insultirt, und in der Kaserne, wohin er sich geflüchtet hatte, bis 2 Uhr Nachts belagert. — In Bagnères war die Wahl des ministeriellen Candidaten Gauthier der Vorwand zu noch größern Excessen. Ein Volkshaufe erbrach die Thüre seines Wohnhauses, und war im Begriff, es zu demoliren, als General Uzer durch Zureden den Tumult stillte. In der Nacht erneuerten sich jedoch die Angriffe auf mehrere Häuser; Hr. Gauthier und andere Personen wurden durch Steinwürfe verwundet. Von Tarbes sind der Präfect und der Commandant des Departements nach Bagnères abgereist. — In Toulouse hatte sich ein „Central-Nationalcomité" gebildet, in welchem Republikaner und Legitimisten gemeinschaftlich die Wähler bearbeiteten und dictatorische Befehle erließen. Nach dem Sieg wurden jedoch die beiden Parteien unter sich handgemein.

Am 10. März ist Hr. Chatelain, einer der Geranten des Courrier Français, zu Paris mit Tode abgegangen.

Das Diorama war versichert. Am meisten zu bedauern ist es, daß auch Hrn. Daguerre's Wohnung abbrannte, in welcher eine kostbare Sammlung von Kunstgegenständen, Gemälden, Studien, ein reichliches Cabinet musikalischer Instrumente, so wie die vierzig Zeichnungen, die er vermittelst seiner Erfindung durch das Sonnenlicht zu Stande gebracht hatte, zu Grunde gingen.

Zu Lyon ist seit einem Monate die Arbeit auf zehntausend Webstühlen eingestellt worden. Wenn man den Gewinn von jedem Webstuhl auf 4 Fr. täglich berechnet, so beträgt der Verlust für die Fabriken Lyons während eines Monats 1,200,000 Fr.

Belgien.

Die Verhandlungen in der Repräsentantenkammer — meist Wiederholungen hundertmal gesagter Dinge — werden in einem Schreiben aus Brüssel vom 8. März (in der Rhein- und Moselzeitung vom 12. März) übersichtlich recapitulirt. Die drei Minister, welche das Cabinet vertreten, haben der Kammer die Verhältnisse angedeutet, die sie bewegen mußten, nach der Rede des Königs den Ton herabzustimmen und in Unterhandlungen einzugehen, die den früher so laut an den Tag gelegten Grundsätzen so ganz entgegen sind. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat den diplomatischen Theil in seiner völligen Ausdehnung, so weit die Oeffentlichkeit gestattet war, verfochten; doch obgleich die Wahrheit in seiner Rede ziemlich faßlich war, schien sie im Allgemeinen wenig befriedigend; sie war einseitig und matt. Der Kriegsminister, der über sein Verfahren besonders Aufklärung zu geben hatte, blieb ausschließlich in seiner Sphäre und erläuterte mit Klarheit seine Stellung als Staatsmann, die von der des Militärs völlig getrennt werden müßte. Nachdem einmal das System des Widerstandes in der Rede des Königs festgestellt war, konnte man erwarten, meinte er, daß die That den Worten folgen müßte. Hätte man die Armee auf den Friedensfuß gelassen, um einige Ausgaben zu sparen, so wäre man leicht dahinter gekommen, daß man nur mit Worten zu kämpfen beabsichtige, und die Conferenz hätte auch nicht ein Haar breit nachgegeben. Was man also erlangt habe man diesen ersten Demonstrationen zu verdanken; wenn sie aber zu nichts Ernsterem führten, so sei das den Verhältnissen allein und nicht dem Willen zuzuschreiben, und diese Verhältnisse liegen Jedem klar vor Augen, seitdem die französische Kammer sich von Belgien losgesprochen und den Tractat vom 15. November sanctionirt hat. General Willmar ist ein kenntnißreicher Mann in seinem Fache und ein gelassener, besonnener Staatsmann. Dieser diplomatische Feldzug mit kriegerischer Macht, wo kein Blut, wohl aber Tinte nach Herzenslust geflossen, hat den General allerdings in eine kritische Stellung gebracht; doch hat er sich mit dem Staatsmann aus der Affaire gezogen und widerlegt, daß es die Absicht Belgiens oder besser, des belgischen Cabinets, je gewesen wäre und seyn konnte, ohne Rückhalt sich in einen Krieg

zu verwickeln, den durchzuführen alle Kräfte fehlten. Belgien habe eine Armee, stark genug, den Feldzug zu eröffnen; doch wäre es thöricht, zu glauben, daß es Europa mit 120,000 Mann bekriegen könne. Damit sind wir völlig einverstanden und, wenn wir die Kriegsdemonstration Belgiens als Rückhalt der diplomatischen Forderungen annehmen, so müssen wir gestehen, daß die Conferenz mit der Stimmung Frankreichs und Englands völlig unbekannt war, oder die sonderbarste Rolle bei dieser drohenden Stellung gespielt hat. Als logische Schlußfolge ließe sich hier entnehmen, daß man Europa mit 120,000 Mann eingeschüchtert hätte! Auf diese Rede kam die große diplomatisch-politisch-historische Rede des Ministers Nothomb, der bei dieser, allerdings schwierigen Stellung ein Talent entwickelte, wie man es nur von einem alten, vielgewandten Staatsmann erwarten durfte. Er behandelte Belgien als einen sich gegen den Willen der Mächte feststellenden Staat, der durch Klugheit allein das erste Ziel erreichen kann, das die Gewalt ihm nothwendigerweise entreißen würde. Die Verhältnisse aller europäischen Staaten zu Belgien, und Belgien zu diesen, sind mit einer so beleuchtenden Klarheit dargelegt, daß ihm seine Gegner selbst mit Gerechtigkeit das seltenste Talent zugestehen. Besonders effectvoll wußte er das Beispiel Hollands der Kammer vor Augen zu stellen, und die unzähligen Mißgriffe herauszuheben, so daß er die Wankenden gewiß zu seiner Meinung herübergezogen. Nothomb ist frei von allen äußern Eindrücken, von allen Illusionen, von aller Poesie; der trockene Verstand steht Schildwache vor der Herzenspforte und raisonnirt jedes Gefühl zu Nichts, bis es in kraftlose Atome zerfallen ist. Alles muß der großen Berechnung weichen und nichts hält Stand vor dem kernigen Geist, und die gesäuberte, über alle Maaßen vorsichtig gestellte Suade des Ministers Nothomb hat das merkwürdigste Räthsel gelöst. Er hat Allen Recht gegeben und doch Recht behalten. Nach ihm hat Rußland Recht, Preußen Recht, Oesterreich Recht, Frankreich und England Recht, der Bundesstaat ebenfalls, und besonders Recht, und Belgien Recht, das Recht Anderer festzustellen, um das eigene nicht zu verlieren. Die Kammer ist besiegt; es leidet keinen Zweifel mehr, daß trotz aller Anstrengung der Opposition die Friedenspartei den Triumph davonträgt. Wir werden noch Reden ohne Zahl hören, jeder wird sich bemühen, sein bischen Rednertalent auf die Wagschale zu legen, zu kämpfen gegen die Trennung; doch vergebens! das große Wort ist ausgesprochen, die Stimme des Landes scheint es mit Aengstlichkeit zu erwarten und wird es, wie man sagt, mit Jubel begrüßen. Holland hat auf Belgiens Thron endlich verzichtet; Belgien hat seine Revolution beschlossen und tritt nun in den Rang festgestellter Nationen. Das bringt der modificirte Tractat der 24 Artikel mit sich und zugleich Aussichten auf Frieden und Handelsblüthe, wonach die diplomatische Partei und die Handels- und Gewerbsclasse so lange gestrebt.

Zu Nr. 78.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Nachstehendes ist der Schluß des (in unserm letzten Sonnabendsblatte abgebrochenen) Schreibens von der Aar vom 24. Februar: „Während so das Volk in verschiedenem Sinne bearbeitet wurde, erklärte sich der Clerus im Unterwallis in seinen Erwartungen betrogen. Am 29. Jänner versammelten sich in Viège Abgeordnete der Geistlichkeit und der Bezirke des Oberwallis. Die Bezirksabgeordneten unterzeichneten eine Erklärung, an der bestehenden Ordnung festzuhalten und der Revolution fremd zu bleiben. Am 8. Februar war eine zweite Versammlung von Abgeordneten der Geistlichkeit in Viège; sie erklärte den Verfassungsrath in Sitten so wie dessen Constitutionsproject für ungesetzlich. Während der Sitzung waren zwei Abgeordnete des Bischofs angelangt mit der Einladung, die Constituante in Sitten nicht anzuerkennen und einen neuen Verfassungsrath zu wählen. Bereits am 27. Jänner war der Zehnden Sider im Mittelwallis, 7000 Seelen stark, dem Oberwallis beigetreten. — Mittlerweile hatte der Clubb in Sitten seine Arbeiten beendigt, und ein Constitutionsproject ausgefertigt, welches dem patriarchalischen Hirtenland die Preßfreiheit und dem an demokratische Einrichtungen gewöhnten Volk die indirecte Wahlen zum Geschenke machte. Die vom 29. Jänner datirte Schlußproclamation dieser Versammlung sagte wenig Neues. Sie sucht dem Volke, dem das Project zur Annahme vorgelegt werden soll, dasselbe beliebt zu machen, und sagt zu diesem Ende: „es werde der künftige große Rath sich mit einem Gesetzvorschlag wegen „Fortsetzung der Straße über den St. Bernhard und „der Verbindungen mit dem Canton Bern beschäftigen," und am Schluß: „möge der Himmel die traurigen Folgen verhüten, die eine Verwerfung nach sich ziehen würde." — Unter diesen Umständen, da die Parteien sich je länger je schroffer gegenüberstanden, stellte der Staatsrath von Wallis ein neues Interventionsbegehren an den Vorort, der dießmal, nicht sehr consequent mit seinem frühern Beschluß, entsprach, und beschloß, die HH. Schaller von Freiburg und Baumgartner von St. Gallen in den Canton Wallis abzusenden. Die denselben mitgegebenen Instructionen sind kurz. Der Vorort ist für die Reform; doch will er der Mehrheit keine Meinung aufdringen. Auch enthalten die Instructionen keine Vollmacht, Truppen aufzubieten. Die beiden Commissarien sind Männer, die entschieden der radicalen Richtung angehören, und nicht ohne Besorgnisse, die sich sehr bald als begründet erwiesen, sahen alle der Revolution abgeneigten Schweizer ihre Abreise ins Walliserland. Sie trafen am 12. Februar in Sitten ein und begannen ihre Arbeiten damit, daß sie an den Staatsrath das Begehren stellten, auf den 17. eine Zusammenkunft von Deputirten der obern Zehnden in Brieg zu veranstalten. Diesem Begehren wurde von Seite des Staatsraths entsprochen, und am benannten Tag fand in Brieg eine Versammlung von

mehr als hundert Abgeordneten der obern Zehnden unter zahlreicher Anwesenheit des Volkes Statt. Nach Privatberichten sollen daselbst die eidgenössischen Commissarien gegen die Verfassung von 1815 geeifert und den Gang der bisherigen Verwaltung mit schwarzen Farben geschildert, auch an das Oberwallis die Aufforderung gerichtet haben, an die Verfassung von 1815 nicht mehr zu denken. Dessenungeachtet gaben die Abgeordneten am folgenden Tage ihre schriftliche Erklärung dahin ab, daß Oberwallis der Verfassung von 1815 treu bleiben und an keiner Veränderung derselben Antheil nehmen werde; es sei denn, daß es auf der Bahn des Rechts und der Gesetzlichkeit geschehe. Noch unzweideutiger gaben die Commissarien den sie beseelenden Geist in ihrer unterm 22. Februar an die Behörden und das Volk von Wallis erlassenen Proclamation *) zu erkennen. Vergebens würde man in derselben ein Wort der Mißbilligung des ungesetzlichen sogenannten Verfassungsraths suchen. Der Tadel der eidgenössischen Commissarien trifft im Gegentheil nur die dem Gesetz und ihrem Eid getreuen Oberwalliser. So heißt es unter Anderm in dieser Proclamation: „Wir fordern alle, „die es angehen mag, auf, der Stellvertretung nach dem „Grundsatze der Bevölkerung nicht länger entgegenzustehen. Jede Abweichung von diesem Grundsatz ist ein Unrecht, am Mitbürger verübt, für welches eidgenössische „Commissarien nie als Vertheidiger auftreten können. Organisirt den ganzen Canton auf diese Grundlage.“ In gleichem Sinne schrieben die Commissarien an den Staatsrath, als dieser sie zur Theilnahme an einer auf den 26. Februar ausgeschriebenen Conferenz aller Zehnden einlud: „daß sie in den Berathungen der Conferenz erst von dem „Augenblicke an intervenizen können, wo diese als Basis „ihrer Arbeiten das doppelte Princip angenommen haben „wird, 1) der politischen und administrativen Einheit und „Untheilbarkeit des Cantons Wallis, und 2) der gleichen „Repräsentation aller Theile des Cantons nach dem genauen Verhältniß der Bevölkerung eines jeden.“ — Mittlerweile hatte am 17. Februar die Abstimmung über das neue Verfassungsproject in allen Zehnden Statt gefunden, welche an dessen Entwerfung Theil genommen hatten. In Unterwallis und Sitten wurde dasselbe unter verschiedenen Modificationen angenommen, im Mittelwallis verworfen; das Oberwallis enthielt sich, seinem System getreu, aller Abstimmung. Das Resultat derselben muß indeß für die revolutionnäre Partei nicht ganz günstig gewesen seyn, da der Präsident der Constituante dieselbe auf den 25. neuerdings nach Sitten einberufen hat. Wenigstens ist die Annahme der neuen Verfassung, so viel mir bekannt, nicht officiell bekannt gemacht worden. Vielleicht wird nun die auf den 26. einberufene Conferenz eine Entscheidung der Schicksale dieses Cantons herbeiführen. — So wichtig nun auch diese Vorgänge im Canton Wallis sind, so wendet sich doch die allgemeine Aufmerksamkeit in der Schweiz gegenwärtig auf einen andern Punct, nämlich auf den Canton Zürich, wo die Berufung des Doctor Strauß auf den Lehrstuhl der Theologie eine Volksbewegung verursacht hat, die nach einstimmigen Berichten weit bedeutender ist als diejenige vom Jahre 1830. Da die teutschen Zeitungen diese Sache ausführlich besprechen, so kann ich mich hierüber weiterer Mittheilungen enthalten. Merkwürdig ist der Umstand, daß gerade die Gemeinden, die in den Jahren 1793, 1795, 1798, 1804 und 1830 zuerst die Fahne der Revolution aufgepflanzt haben, nun zu Gunsten der gefährdeten Landeskirche sich am kräftigsten erheben. Mitten in der betrübenden schweizerischen Zeitgeschichte ist ein Ereigniß, wie dieses, wo ein ganzes Volk, und zwar was um so merkwürdiger, ein protestantisches, industrielles und sehr gebildetes Volk sich wie Ein Mann um das Kreuz des Erlösers schaart, und gegen die ungläubige Richtung seiner sogenannten Repräsentanten einen energischen Protest einlegt, eine erhebende Erscheinung. Zugleich ist dieses Ereigniß eine bittere Satyre auf das Repräsentativsystem, indem nicht leicht die ungeheure Mehrzahl des Volkes in schneidenderem Gegensatze zu seinen Stellvertretern sich befinden könnte, als es hier der Fall ist.“

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 10. d. M.

Teutschland.

Die Beilage zu dem landgräflich Hessen-Homburgischen Amts- und Intelligenzblatte Nr. 10 enthält folgende höchste Verfügung: „Von Gottes Gnaden Wir Philipp August Friedrich, souverainer Landgraf zu Hessen ꝛc. ꝛc. Damit bei Unserm, durch Patent vom heutigen verkündeten Regierungsantritte keinerlei Stockung in der Landesverwaltung eintrete, so haben Wir wegen Unserer Abwesenheit von Unserm Landgrafthume, zu der Wir Uns aus vorübergehenden Ursachen in der nächsten, jedoch nur kurzen Zeit genöthigt sehen, Unsern vielgeliebten Herrn Bruder, den durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Gustav, Prinzen und Landgrafen zu Hessen ꝛc. ꝛc., gebeten und bevollmächtigt, Uns in Ausübung Unserer Regierungsrechte bis zu Unserer demnächstigen Ankunft in Unserm Landgrafthume interimistisch zu vertreten. Diese Unsere Verfügung ist durch Einrücken in das Amtsblatt Unsern Unterthanen und Dienern zur Nachachtung bekannt zu machen. Gegeben Grath, den 25. Februar 1839. (L. S.) Philipp.“

Wien.

Am 18. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuld verschreibungen		zu 5 pC. in CM.	——.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	673¾.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	64¼.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1·K. ZEITUNG 1839

№ 79

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 20. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 18. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.168	273. 11L. 0p.	+ 0.5	SO. mittel.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.156	27 10 10	+ 2.1	SO. schwach.	Schnee und Regen.
	10 Uhr Abends.	27.163	27 10 11	+ 1.3	SO. still.	Schnee.

Großbritannien und Irland.

Die neueste aus Ostindien, über Suez, angekommene Post bringt Nachrichten aus Bombay bis zum 19. Jänner. „Diese Nachrichten," sagt der Courier, „sind ernster, als man hätte erwarten sollen. Alle Briefe aus Tatta, dem Hauptquartier der Division von Bombay, welche die Ansprüche Schah Schudschahs auf den Thron Afghanistans unterstützen soll, stimmen darin überein, daß sich eine große Aenderung in den Dispositionen der Häuptlinge von Afghanistan zugetragen hat. Sogar Kamram, der Herrscher von Herat, der den Abzug der persischen Belagerungsarmee der englischen Vermittlung verdankt, und dem in der Vertheidigung der Stadt ein englischer Agent, Lieutenant Eldred Pottinger, wesentliche Dienste geleistet hat, soll sich mit Dost Mohammed von Kabul und den übrigen Fürsten aus dem Stamme der Barukzehis verbündet haben. Er vergaß dann die alte Feindschaft des früher in Afghanistan herrschenden Durani-Stammes, dem er angehört, gegen die Usurpatoren aus dem Stamme der Barukzehis und fürchtete wohl auch die gemeinsame Gefahr, die auch ihm durch den Einfall der Engländer und die Wiedereinsetzung seines Oheims, des durch Kamrams Vater, Schah Mahmud, vom Throne gestoßenen Schah Schudschah droht. (Nach einer andern Angabe hätte er sich sogar mit den Persern, die ihm eben erst feindlich gegenüberstanden, verbunden. Auch soll ein H. Campbell, der wegen schlechter Aufführung aus der Madrasarmee ausgestoßen worden, in den Dienst Dost Mohammeds eingetreten seyn und die nach Kandahar führenden Päße in solchen Vertheidigungsstand zu setzen suchen, daß sie uneinnehmbar sind, wenn sie gehörig vertheidigt werden. — Eine beträchtliche Truppenabtheilung unter Generalmajor Bowers war neuerlich gegen Dschansi, einen der Bundelahstaaten (westlich von Allahabad), von wo eine Abtheilung des 15ten einheimischen Regiments unter Capitän Duff zurückgeschlagen worden war, geschickt worden. — In der Umgegend von Punah, einst der Hauptstadt des Mahrattenreiches, südöstlich von Bombay, waren durch starke Räuberbanden Diebstähle und Grausamkeiten begangen worden. Etwa 40 der Räuber sind verhaftet. Aus ihren Aussagen geht hervor, daß mehrere reiche und angesehene Einwohner Punahs diesen Missethaten nicht fremd sind. Aus diesem und andern Umständen schließt man, daß in Punah lebhafte Unzufriedenheit herrscht. Vor dem Abzug der Truppen (an den Indus) fand man Morgens in verschiedenen Theilen der Stadt Aufforderungen an die Sipahis zur Ermordung ihrer europäischen Offiziere angeschlagen. — Im Norden der Präsidentschaft Madras war in Folge der Trockenheit eine Hungersnoth ausgebrochen."

Mit obgedachter Post aus Ostindien war auch die Nachricht eingetroffen, daß Aden (im südlichen Arabien) am 20. Jänner von den Truppen der ostindischen Compagnie besetzt worden ist. Der Verlust der Belagerten betrug 150 Mann, der der belagernden indischen Soldaten 13 Mann an Todten und Verwundeten.

In der Sitzung des Unterhauses vom 7. März stellte H. Shaw, Recorder von Dublin, einen Antrag auf Vorlegung von Listen über die Zahl der in Irland während der Jahre 1835 bis 1839 begangenen Verbrechen. Er bemerkte, daß im Jahre 1836 bis 1837 nicht weniger als 519 Belohnungen auf Entdeckung von Verbrechen ausgesetzt worden seien, davon aber bloß 19 haben ausbezahlt werden können, daß ferner im Jahre 1838 114 Mordthaten in Irland begangen worden seien. Es bestehe in Irland eine Verbindung gegen Leben und Eigenthum, ein Bänderbund (Ribbonism), nach Art der Weißfüßler, Weißbuben oder Rockiten, gegen die irischen Grundbesitzer gerichtet, so wie gegen Alle, welche vor Gericht gegen Leute ihrer Partei zeugen und bei den Wahlen nicht stimmen, wie man wolle. Dieses Treiben werde aber von O'Connell und den Prätorianervereinen gefördert und erhalte sogar von der Regierung allerlei Ermunterung, indem sie das Begnadigungsrecht mißbrauche, mit den Agitatoren des Landes vertraut stehe und ihr Patronat denen verleihe, die der Laufbahn der Agitation folgen. Die Krone sei dem Ganzen aufgesetzt worden durch die Ernennung des Lord Fortescue, eines erklärten Feindes der irischen Hochkirche, zum Vicekönig. Lord Morpeth, Generalsecretär für Irland, erwiederte, er könne einige Zufriedenheit darüber nicht verhehlen, daß nach wiederholten Drohungen die Explosion, durch welche die irische Regierung mit Schande, Verwirrung und Untergang überschüttet werde, welche ihre Verbrechen und Missethaten darlegen sollte, endlich Statt gefunden und sich geäußert habe — nicht in einem Antrag auf Erklärung des Mißfallens über die Regierung, nicht in einem Antrag auf Absetzung der Minister — sondern in einem Antrag auf Vorlegung einer Liste, wie er alljährlich vorkomme, und als etwas, das sich von selbst verstehe, bewilligt werde. So werde er auch jetzt dem sehr ehrenwerthen Herrn alle Actenstücke, die er verlangte, geben, werde aber darauf antragen, daß auch Listen über die in frühern Jahren, vor dem Vicekönigthum Lord Normanby's, vorgekommenen Verbrechen vorgelegt werden; denn Irland sei gegenwärtig nicht in höherem Grade von Verbrechen heimgesucht, als vor sechzig Jahren. Grundsatz der Regierung sei, das Verbrechen überall zu verfolgen und nicht durch Uebersehen den Gerichtskalender zu verkleinern. Die Regierung kenne allerdings einige Thatsachen, welche auf einen Bänderbund hindeuten, diese seien aber sehr unbestimmt. Die Anschuldigung, als gebe die Regierung den Verbrechern Ermuthigung und sei zu schlaff im Strafen, sei völlig grundlos. Man

könne sagen, sie unterhalte gewisse Sympathien; allerdings hege sie solche, in dem Wunsche, den Neigungen des Volkes zu begegnen. So lange, fügte Lord Morpeth bei, Irland bleibe wie es sei, und das werde noch einige Zeit der Fall seyn, so lange werde es solche Verbrechen geben. Die Regierung gedenke verschiedene Maaßregeln zu ergreifen: Erstens bessere Anstalten zur Registrirung der Waffen und Entdeckung verborgener Waffen, was freilich mit großen Schwierigkeiten verknüpft sei; dann sollen in Zukunft, während jetzt die Kosten in Fällen von Ruhestörungen auf das ganze Land fallen, dieselben auf den betreffenden Bezirk gelegt werden, damit Jeder ein Interesse bei Erhaltung des Friedens habe. Das irische Constablercorps, müsse er schließlich bemerken, sei nie in besserem Stande gewesen, als gegenwärtig. O'Connell kündigte sofort einen Antrag an, daß die Liste auf die in England, Schottland und Wales vorgefallenen Verbrechen ausgedehnt werde, indem die Zahl der Verbrechen hier nicht geringer sei, als in Irland. Die Verhandlung wurde sofort vertagt. — Bei der Verhandlung über die zweite Verlesung der irischen Corporationsbill in der Sitzung des Hauses der Gemeinen vom 8. März sprach, außer Sir R. Peel, auch noch Lord Stanley für die zweite Verlesung und gegen den Antrag der widerspenstigen Ultratories auf Verlesung in sechs Monaten, erklärte aber dabei sein Beharren bei dem von der conservativen Partei in der vorjährigen Sitzung gestellten Antrag, daß der Wahlcensus für die Wahl zu den Corporationsämtern auf 10 Pf. erhöht werden solle. Die zweite Verlesung wurde mit 300 gegen 39 Stimmen beschlossen. Der Lordmayor und die Sheriffs von Dublin waren vor Eröffnung der Verhandlung vor den Schranken des Hauses erschienen, um eine Bittschrift gegen die Corporationsbill vorzulegen. Auch hat die Corporation von Dublin eine Bittschrift an die Königinn um Zurücknahme der Ernennung von Lord Fortescue zum Vicekönig beschlossen.

Spanien.

Briefe aus Bayonne vom 7. März melden: „Die Geächteten aus Navarra, nachdem sie am 28. v. M. mit einer Escorte von zwei navarresischen und zwei alavesischen Compagnien unter dem Befehle Urbistondo's von Segura abgeführt worden, sind am 4. von Vera nach Ainhoa ins französische Gebiet getreten. Doch sind die in meinem vorigen Schreiben angezeigten Personen nicht die einzigen, welche das Land verlassen mußten: Basilio Garcia, der mehrere Expeditionen in Castilien commandirt hat, und Tarragual, welcher von Maroto nach den Vorgängen von Estella zum Generalcommandanten von Navarra ernannt, aber durch das erste Decret des Prätendenten verleitet worden war, sich gewissermaaßen gegen Maroto zu erklären, haben ebenfalls in Frankreich Zuflucht gesucht. So ist der Carlismus seiner thätigsten Verfechter beraubt. Von der andern Seite waren Gomez, Elio und Zariategui am 2. d. M. noch immer verhaftet, und man kann nicht wissen, ob der Zwiespalt zwischen der castilischen und der Provinzialpartei durch die Niederlage des exaltirten Theils dieser letzteren beendigt worden ist. Diese Exaltirten oder Netos, wie man sie im Lande nennt, waren reine Absolutisten, und in dieser Hinsicht vielleicht weniger von Maroto, als von den Fueristen getrennt. Auch melden die Nachrichten aus Navarra, daß die Hoffnungen, welche man auf die obgleich blutige Entscheidung des so nachtheiligen Parteikampfes gebaut hatte, wieder beträchtlich gesunken seien. Unter den Carlisten geht es wie unter den Christinos; die Personen wechseln, die Sachen niemals, und auch der Streit zwischen Maroto und seinen Gegnern läßt sich wohl am Ende bloß auf Persönlichkeiten zurückführen. Jedermann will indessen sein Verfahren rechtfertigen. Die Marotisten behaupten, daß sie den blutigen Schlag von Estella zur eigenen Rettung auszuführen gezwungen gewesen, denn schon sei eine Proscriptionsliste von 400 Personen, darunter sieben Generäle, entworfen und zu deren Verwirklichung ein Aufgebot des Landvolkes, welchem man 4000 Uniformen austheilen wollte, bestimmt gewesen. Die ausgewanderten Carlisten, von welchen einige hier angekommen sind, versichern dagegen, sie seien ein Opfer ihrer Anhänglichkeit an Don Carlos und an die Religion, denn beide seien seit der Oberbefehlsherrschaft Maroto's nicht mehr mit der Verehrung wie sonst angesehen worden; in diesem Augenblicke müsse Don Carlos, wie Ferdinand VII. seit dem Jahre 1820, d. h. als ein moralisch Gefangener angesehen werden; man geht auch schon weiter, indem man von der Errichtung einer Regentschaft wie die damalige de la fé spricht, und Cabrera zu ihrem Präsidenten bestimmt; allein Cabrera würde sich schwerlich in diese Händel mischen. Maroto hat die Communication mit Bilbao, Pamplona und andern befestigten Orten erlaubt, woraus die Einwohner, ihren eigenen Wünschen folgend, auf die Möglichkeit eines Waffenstillstands schließen. Balmaseda wollte mit einer Escadron den Ebro bei der Furt von Tronco-Negro übersetzen, und den Krieg in Castilien auf seine eigene Rechnung fortführen, aber der Fluß war angeschwollen, seine Leute verließen ihn; man sagt, er irre bloß von 6 Gefährten begleitet herum. Als einen Beweis der Macht, welche Maroto gegenwärtig ausübt, erzählt man eine Anekdote, die vielleicht von dem Betheiligten selbst mitgetheilt worden ist. Don Carlos wollte seinen ersten Adjutanten, den General Uranga (er ist bereits hier), beibehalten; Maroto antwortete ihm: „Ew. Majestät können, wen Sie wollen, bei sich beibehalten, nur daß ich die Personen, deren Entfernung ich für nöthig halte, wenn sie mir in den Weg kommen, werde erschießen lassen."

Einem Schreiben aus Saragossa vom 6. März (im Bayonner Phare) zufolge stand Cabrera mit einem Bataillon in Huesa; General Ayerbe in geringer Entfernung davon; beide Generäle beobachteten sich gegenseitig, und schienen wenig Lust zu haben, miteinander anzubinden. — Dem Phare zufolge befand sich Maroto seit dem 2. d. M. in Balmaseda, wo er die Truppen Castor Andechaga's inspicirte und verschiedene Aenderungen unter den Offizieren vornahm. Man glaubte, er werde in Alava und auf allen übrigen Puncten der Provinzen ähnliche Epurationen vornehmen, um alle feindlich gegen ihn gesinnten Offiziere der Armee zu entfernen.

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 12. März bringen noch nichts Definitives über die Bildung des neuen Ministeriums. Der Messager sagt: „Der Marschall Soult hat sich gestern Mittags zu Sr. Majestät verfügt. — Es ist noch nichts entschieden über die neue Ministerialcombination. Die Abwesenheit mehrerer einflußreichen Staatsmänner von Paris wird die definitive Bildung des neuen Cabinets um einige Tage verzögern." — Die Presse wundert sich über diesen Aufschub, da nach den ihr aus verschiedenen Quellen zugekommenen Nachrichten folgende Ministerialcombination bereits beschlossen war: Präsident des Conseils und Kriegsdepartement, Marschall Soult; auswärtige Angelegenheiten, H. Thiers; Inneres, H. Guizot; Finanzen, H. Duchatel; Justiz, H. Dupin oder H. Sauzet; öffentliche Arbeiten und Handel, H. Passy; Marine, Admiral Duperré; öffentlicher Unterricht, H. Villemain. Die Präsidentschaft der Deputirtenkammer war H. Odilon-Barrot zugedacht.

Am 12. März um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 108 Fr. 55. 3Percents. 79 Fr. 45.

Niederlande.

Das Hof- und Staatshandbuch für das Jahr 1839 enthält ein besonderes Capitel für die obere Civilverwaltung der Provinz Limburg. Hr. Leriche von Herwyen wird darin als außerordentlicher, mit der obersten Civilgewalt der Provinz bekleideter Commissarius bezeichnet.

Der Finanzminister macht bekannt, daß die Einschreibungen für das neue 5percentige ostindische Anlehen von 14 Millionen Gulden so zahlreich ausgefallen, daß alle diejenigen, die auf 10 Obligationen und mehr subscribirten, nur ungefähr den dritten Theil erhalten können. Wer 1 bis 3 Obligationen verlangte, erhält eine, auf 4 bis 6 kommen zwei und auf 7 bis 9 nur drei Obligationen.

Belgien.

Die neuesten Nachrichten aus Brüssel vom 12. Februar (in der Aachener Zeitung) melden: „In der Kammer waren am 11. nur 48 Mitglieder anwesend. Gleich bei Eröffnung der Sitzung trug Hr. Lebeau darauf an, daß die Debatten schon um 10 Uhr Morgens, statt nach Eins, anfangen müßten. Die Freunde des Widerstandes, welche die Entscheidung gern so weit als möglich in die Länge ziehen möchten, namentlich die HH. Dumortier, Gendebien und Pollenus, bekämpften, die HH. Nothomb, Willmar und Verhaegen unterstützten den Antrag, der auch angenommen wurde. Morgen wird die Sitzung also schon um 10 Uhr beginnen. Darauf bestieg Hr. Pirson die Tribune und entwickelte seinen Antrag, die Discussion bis zur Eröffnung der französischen Kammer zu vertagen. Die daraus entstehende Debatte war die scandalöseste, die wir bis jetzt erlebt haben. Sie veranlaßte Angriffe von beiden Seiten, die so voll Beleidigungen waren, daß man sich schämen muß, sie zu wiederholen. Der Antrag wurde beseitigt und die Discussion über den Tractat um 3 Uhr fortgesetzt."

In einem Schreiben aus Brüssel vom obgedachten Tage (in Frankfurter Blättern) heißt es: „Unsere Repräsentanten, welche geneigt sind, die Vertagung der politischen Debatten zu verlangen, stützen sich auf die Abänderung des Ministeriums in Frankreich. Die beiden Parteien stehen seit acht Tagen einander gegenüber; der Kampf ist lebhaft; jede hat ihre Mittel entwickelt; es bleibt wenig mehr zu sagen. Wozu könnte es dienen, vor einem durch die beiden Meinungen mit Ungeduld erwarteten Beschlusse zurückzuweichen? Die allgemeine Unbehaglichkeit zu verschlimmern, die industrielle Bewegung zu lähmen, die Wiederaufnahme der Arbeiten jeder Art zu verhindern. Nein, die Kammer wird, welche auch die schlecht begründeten Hoffnungen der Partei des Widerstandes seyn mögen, die Angst des Landes nicht verlängern, dasselbe den Zufällen der auswärtigen Ereignisse nicht preisgeben wollen. Die Erörterung wird ohne Unterbrechung fortgesetzt werden, und wenn die Wünsche der neun Zehntel der Nation erfüllt werden, wird die beginnende Woche nicht, ohne eine wichtige Lösung zu bringen, ablaufen."

In dem Börsenbericht aus Brüssel vom 11. März heißt es: „Die Börse war heute sehr belebt, die Kurse haben sich gehoben, weil man wußte, der Kammer werde heute vorgeschlagen werden, die Sitzungen um 10 Uhr Morgens zu beginnen, um sie um 4 Uhr Abends zu schließen. Diese Art von Permanenz ist das einzige Mittel, die Sache bald zu beenden, was Jedermann wünscht."

Vor dem Civiltribunale von Gent schwebt jetzt ein Prozeß, den die Erben des verstorbenen Fürsten von Broglie, ehemaligen Bischofs von Gent, anhängig gemacht, und zwar stellen dieselben die Forderung an den Staat, diejenigen Gehaltsquoten, die ihrem Erblasser in Folge des gegen ihn ergangenen gerichtlichen Urtheils nicht ausgezahlt worden, nachträglich an sie zu entrichten. Der Advocat Jouhaud, der von den Klägern mit der Leitung des Prozesses beauftragt ist, behauptet, daß die Anklage, deren Gegenstand der verstorbene Bischof von Broglie gewesen und wonach derselbe mit dem Papste ohne Genehmigung der Regierung communicirt und die Beamten zurückgehalten haben sollte, auf das Grundgesetz den Eid zu leisten, ohne alle Begründung wäre; der Bischof habe auch, nachdem er seinen Sitz verlassen, die ihm auferlegte Strafe nicht persönlich erlitten, sondern vielmehr niemals aufgehört, sich als Verwalter seiner Diöcese zu betrachten, weßhalb man ihn auch bis zu seinem Tode als in seinen Functionen beharrend ansehen und die rückständige Besoldung auszahlen müsse. Das Tribunal hat die weitere Berathung der Sache bis zum 28. März verschoben.

Die Handelskammer in Gent ist die einzige in Belgien, die sich gegen die Annahme des Friedenstractats ausgesprochen; man wundert sich darüber um so mehr, als gerade Gent durch die in diesem Tractat bestimmte freie Schifffahrt auf dem Canale von Terneuzen nur gewinnen kann und der dortige Gewerbfleiß bei der gegenwärtigen Handelskrisis nicht minder betheiligt ist, als der in anderen belgischen Städten. Der Politique weist jedoch darauf hin, daß die Mitglieder der Handelskammer von Gent, der Mehrzahl nach, aus Orangisten bestehen, die noch immer die Möglichkeit einer Restauration, wobei dem belgischen Gewerbfleiße die holländischen Colonien wieder zu gut kommen würden, nicht aufgeben wollen und die aus diesem Grunde den Tractat, der die Anerkennung Belgiens durch Holland ausspricht, von sich weisen.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 9. März enthält nachstehenden Artikel über die Vertagung der hannoverschen Ständeversammlung: „Se. Majestät der König haben geruht, die auf den 15. Februar berufene allgemeine Ständeversammlung unter dem 2. März wieder zu vertagen. — In der ersten Kammer war die erforderliche Anzahl Mitglieder erschienen, und es haben sich dieselben auch in mehreren Sitzungen mit den vorgelegten Arbeiten beschäftigt. — Bei der zweiten Kammer war dieß dagegen nicht der Fall. Wenn gleich fast alle Corporationen im vorigen Jahre für diesen Landtag ihre Deputirten erwählt hatten, so hatte sich doch zu der dießjährigen Diät nach vierzehntägiger Dauer derselben die erforderliche Anzahl Deputirten noch nicht eingefunden. — Se. Majestät der König beschlossen daher, um dem Lande die Kosten dieses Zwischenzustandes zu ersparen, die Stände bis auf weiteres zu vertagen, damit zum Ersatz der unberechtigt ausgebliebenen oder aus andern Gründen ausfallenden Mitglieder neue Wahlen vorgenommen würden. — Wir müssen gestehen, wir können nicht einsehen, was es unter den jetzigen Verhältnissen des Landes irgend nützen könne, wenn die Kammer der Deputirten entweder durch Wegbleiben der Mitglieder oder durch Nichtwählen von Seiten der Corporationen unvollzählig gehalten wird. — Auf den Bestand der Verfassung von 1819 kann dieß nicht den geringsten Einfluß haben. — Seitdem Se. Majestät der König die Verfassung von 1833 für ungültig erklärt, und die von den Wahlcorporationen des Landes gewählten Vertreter durch rechtsverbindliche Handlungen die Verfassung von 1819 anerkannt haben, seitdem besteht die Verfassung von 1819

zu Recht. Der König hat seine Maaßregeln zur allgemeinen Kunde gebracht; die Wahlcorporationen konnten durch Nichtwahl sich gegen die Verfassung von 1819 erklären; sie haben sich für dieselbe ausgesprochen, ihre Deputirten haben sich als Stände von 1819 constituirt, es ist also die Verfassung von 1819 auch durch Zustimmung der Stände selbst hergestellt. — Man hat freilich gesagt, durch den Beschluß der zweiten Kammer im vorigen Jahre, „daß die vor dem Regierungsantritte S^r. Majestät rechtmäßig bestandene Verfassung anders nicht befriedigend aufgehoben oder abgeändert werden könne, als wenn die nach dem Staatsgrundgesetze begründete, mit den Anträgen der Stände und dem neuen Verfassungsentwurfe übereinstimmende Repräsentation, so wie die Provinzialstände, ihre Zustimmung dazu ertheilen," habe die zweite Kammer sich wieder für incompetent erklärt; sie habe dadurch ihren frühern Schritt der Zustimmung zu den Maaßregeln des Königs wieder zurückgenommen; allein jener Beschluß der zweiten Kammer ist nicht nur vollkommen reglementswidrig gefaßt worden, und also dadurch schon nichtig, sondern die erste Kammer hat auch denselben einmüthig abgelehnt, so daß er daher nicht einmal zu einem Beschlusse der Ständeversammlung geworden ist, und also auf die Verfassung von 1819 nicht die entfernteste Wirkung äußern kann. Außerdem kann durch eine ex post geschehene Erklärung, wenn sie auch von beiden Kammern ausgegangen wäre, eine bereits bestehende Verfassung gar nicht aufgehoben werden. — Man hat auch von Maaßregeln gesprochen, welche immer noch von dem hohen teutschen Bunde zu erwarten wären, und wodurch die Verfassung von 1819 wieder umgestoßen werden könnte. Allein die einzelnen Corporationen, die sich um Herstellung des Staatsgrundgesetzes an den Bund gewendet haben, sind von demselben, als zu einer solchen Klage nicht legitimirt, abgewiesen worden; es ist daher ganz gewiß, daß alle erneuerten Versuche einzelner Corporationen ebenfalls von ihm abgewiesen werden. Alle solche Versuche bei dem hohen teutschen Bunde sind also ganz zwecklos. Und daß der Bund unaufgefordert in die Verfassungsverhältnisse des Landes einschreiten werde, dazu liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Da der König und die Stände sich über Herstellung der Verfassung von 1819 geeinigt haben, wie sollte denn der Bund den geringsten Grund dazu finden? Auch haben wir keinen Grund, zu bezweifeln, daß man an den meisten teutschen Hofen, und also auch am Bunde, die hannoversche Verfassungsfrage als erledigt betrachtet. — Da nun die Verfassung von 1819 rechtlich feststeht, so kann es auf ihren Bestand gar keinen Einfluß haben, ob die zweite Kammer durch das Nichterscheinen der Deputirten, oder durch das Nichtwählen einiger Corporationen einmal unvollzählig bleibt. Aenderungen der Verfassung hängen überhaupt durchaus nicht von dem Willen der Mehrheit einer einzelnen Kammer ab. Es wäre eine Verwirrung aller öffentlichen Verhältnisse, wenn, nachdem im vorigen Jahre die Verfassung von 1819 in unserem Lande bestanden hat, nachdem die Stände sich danach versammelt, Steuern verwilligt und Beschlüsse gefaßt haben, wenn nun im jetzigen Jahre die Verfassung von 1819 dadurch wieder beeinträchtigt seyn sollte, daß es einer Anzahl Mitglieder der zweiten Kammer beliebt hat, nicht zu erscheinen. Wenn in Baiern, oder in Würtemberg, oder in Sachsen bei einer Berufung der Stände die zweite Kammer aus irgend einem Grunde nicht zusammenträte, wer würde dann behaupten wollen, daß dadurch die Verfassung jener Länder aufgehoben sei? Ist es in unserem Lande nicht derselbe Fall? — Vielleicht möchten Einige glauben, wenn die zweite Kammer unvollständig erhalten werde, so könnten keine Steuern verwilligt und die Regierung dadurch zu Zugeständnissen gezwungen werden. Aber in den Bundesbeschlüssen vom 28. Juni 1832 heißt es ausdrücklich im Art. 2: „Da gleichfalls nach dem Geiste des eben angeführten Art. 57 der Schlußacte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche Art. 58 ausspricht, keinem teutschen Souverain durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen, so werden u. s. w." Hiermit ist also von Bundeswegen einfach erklärt, daß die Stände in Teutschland gar nicht das Recht haben, die dem Fürsten zur Führung einer der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel zu verweigern. Es liegt dieß auch ganz in dem System der Bundesverfassung, wonach der Bund die Aufrechthaltung des Rechtszustandes verbürgt, aber dagegen das revolutionnäre Mittel der Steuerverweigerung verbietet. Diese Hoffnung ist also ebenfalls ungegründet. — Aus diesen einfachen Gründen geht nach unserer Ansicht offenbar hervor, daß das Ausbleiben der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern zur zweiten Kammer, sei es durch Nichterscheinen der Deputirten, sei es durch Nichtwahl der Corporationen, unter den jetzigen Verhältnissen ganz zwecklos ist, und nur allein dazu dienen kann, dem Lande die Mitwirkung der Stände zu entziehen, und eine Spaltung zu unterhalten, die in dem Interesse S^r. Majestät unsers Königs sowohl als in dem unsers ganzen Landes sobald als möglich erledigt werden solle."

Illyrien.

Nachrichten aus Triest zufolge haben Sich S^r. kais. Hoheit der Erzherzog Carl, mit Ihrem Sohne, Erzherzog Albrecht kais. Hoheit, und Gefolge, am 13. März um 8 Uhr Abends am Bord des Dampfschiffs der k. k. Marine „Marianna" nach Manfredonia eingeschifft. — S^r. kais. Hoheit der Erzherzog Friedrich, welche zum Besuche Ihres erlauchten Vaters von Venedig nach Triest gekommen waren, sind am 14. Abends am Bord des Dampfboots des österreichischen Lloyd „Archiduchessa Sofia" wieder nach Venedig zurückgekehrt.

Wien.

S^r. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 17. d. M. den k. k. geheimen Cabinetssecretär, Joseph Paschinger, zum Hofrathe und Director Allerhöchstihres geheimen Cabinets zu ernennen geruht.

S^r. k. k. apostol. Majestät haben mittelst allerhöchsten Cabinetsschreibens vom 12. März d. J. dem wirklichen kais. russischen Staatsrathe, Jonkofsky, den Orden der eisernen Krone erster, und den Obersten und Adjutanten S^r. Majestät des Kaisers von Rußland, von Jourievich, Baron Lieven, Fürsten Dolgorucky und von Tolstoy, dann dem kais. russischen Staatsrathe von Jenochin, denselben Orden zweiter Classe zu verleihen geruht.

Am 19. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	106⁵⁄₁₆.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	100⅞.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	154.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	671¹⁵⁄₁₆.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM	64⁹⁄₁₆.

Bankactien pr. Stück 1430 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 80

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 21. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 19. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.224	27. 11. 9 P.	+ 0.4	NW.	mittel.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.273	28 0 4	+ 2.7	NW.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.376	28 1 7	+ 0.3	NW.	mittel.	trüb.

Frankreich.

Den Pariser Journalen vom 14. März (welche wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) zufolge scheint die Ministerialkrisis ihrer Entscheidung noch um keinen Schritt näher gerückt zu seyn. Im Journal des Debats vom obgedachten Tage heißt es: „Ungeachtet der gestern von den Coalitionsjournalen ertheilten Versicherungen, nähert sich die Ministerialkrisis noch keineswegs ihrer Lösung, und das Ministerium, das man uns für heute versprochen hatte, ist noch sehr problematisch. Jede Partei beharrt fest auf ihren Prätentionen und Ausschließungen. — Hr. Guizot verlangt für sich das Ministerium des Innern und für Hrn. Duchatel das Finanzministerium. Diese Prätentionen der doctrinairen Partei waren bisher von Hrn. Thiers sehr kalt aufgenommen und von Hrn. Odilon-Barrot förmlich zurückgewiesen worden. — Auf gestern war eine feierliche Versammlung bei Hrn. Thiers verabredet. Hr. Guizot, Hr. Thiers Hr. Odilon-Barrot kamen, unter Assistenz der bedeutendsten Männer der doctrinairen Partei und der linken Seite, zusammen. Die Conferenz begann um 5 Uhr Nachmittags und endete erst um 8 Uhr Abends. Einige Personen behaupten, der Hr. Marschall Soult sei nicht zu dieser Versammlung berufen worden, in welcher doch die Grundlagen des neuen Ministerialsystems gelegt werden sollten. Wir können dieß kaum glauben, da man sich die Beweggründe einer so wichtigen Ausschließung unter den obwaltenden Umständen nicht wohl erklären kann. — Uebrigens haben diese directen, zwischen funfzehn bis zwanzig Häuptern der Coalition eröffneten Unterhandlungen zu keinem Resultate geführt. — Die Prätentionen und die Ausschließungen sind beiderseits dieselben geblieben. — Der Messager meldet, die HH. Dupin und Humann seien nach Paris berufen worden. Diese Nachricht ist nur wahr, insofern sie Hrn. Dupin betrifft. Hr. Humann soll erst heute durch den Telegraphen berufen werden."

Das Journal Général sagt über die oben erwähnte Zusammenkunft bei Hrn. Thiers am 13. März: „Um 4 Uhr hat eine politische Conversation zwischen Hrn. Guizot und einigen seiner Freunde und Deputirten von der Linken und vom linken Centrum Statt gefunden. Hr. Guizot hat erklärt, daß er bei den Combinationen, die man vorschlagen zu wollen scheine, nur das Portefeuille des Innern und Hr. Duchatel das Portefeuille der Finanzen annehmen werde. Die Unterredung endigte ohne Resultat." — Der Presse zufolge soll diese Zusammenkunft nicht bei Hrn. Thiers, sondern bei Hrn. Mathieu de la Redorte Statt gefunden haben. Die Linke sei dabei durch die HH. Barrot, de Sade und de Mornay (Schwiegersohn des Marschalls Soult); das linke Centrum durch die HH. Thiers, Roger und Malleville und das rechte Centrum durch die HH. Guizot, Joseph Perier, Duchatel, de Remusat und Hebert (lauter Doctrinairs) repräsentirt gewesen. — Das Siècle, der Courrier Français und andere Oppositionsjournale behaupten, der Gedanke an ein Coalitionsministerium sei definitiv aufgegeben und es werde aller Wahrscheinlichkeit nach ein Ministerium des linken Centrums gebildet werden, in welches, unter der Präsidentschaft des Marschalls Soult, Hr. Thiers als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Humann als Finanzminister, Hr. Dupin für die Justiz und Hr. Passy für das Innere eintreten würden. — So viel ist aus Allem klar, daß die Leute, die vor einigen Wochen noch heiße Alliirte waren, sich heute schon in den Haaren liegen und Einer den Andern gern bei Seite schieben möchte.

Durch königliche Ordonnanz vom 7. März sind folgende acht neue Pairs ernannt worden: Der Viceadmiral de Rosamel, der Generallieutenant Vicomte Schramm, Gay-Lussac, ehemaliger Deputirter, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, de la Pinsonnière, ehemaliger Deputirter (einer der drei von der Minorität der Adressecommission), der Duc de Caumont-Laforce, ehemaliger Deputirter, der Baron Dupont-Delporte, Präfect, der Baron Rau de Champlouis, Präfect, und Maillard, Staatsrath.

Durch telegraphische Depesche hatte man nun auch das Resultat der Wahl zu Bastia (Corsica) erfahren; Hr. Limperani ist wieder gewählt worden.

Fast alle Zeitungen enthalten eine Rede, mit welcher Hr. Dupin, der bisherige Kammerpräsident, seinen Wählern dankt. Sie ist insofern von Interesse, als er die politische Ansicht des linken Centrums eifrig verficht und und sie für die nationalste und verbreitetste in Frankreich erklärt. Alle Unfälle des Cabinets vom 15. April mißt er der unseligen Hinneigung zu den Doctrinairs im Anfange der Session von 1838 (d. h. der vorletzten) bei, die ihm das Vertrauen seiner Freunde entzogen, und seine Kraft, wie die Thätigkeit der Kammer, gelähmt habe. Im Juli des letzten Jahres habe man sich mit der Idee der, ministeriellerseits eingestandenen, Nothwendigkeit einer Umgestaltung des Cabinets getrennt; im October hätten er und Andere sich laut beschwert, daß keine Aenderung eingetreten, und das Cabinet, als Ganzes betrachtet, ungenügend sei. Von der Coalition und jeder andern Partei habe er sich unabhängig gehalten; persönlich tadle er die Allianz mit fremden Meinungen. In seinem schriftlichen Separatvotum, bei Gelegenheit der Adresse der vorigen Kammer, habe er das Amendement der Adresse und die Umgestaltung des Cabinets gefordert; jenes sei erfolgt, dieses, nach dem Geständniß der Ministeriellen selbst, bevorstehend. Er habe nach eingetretener Krise in der Kammer

gerathen, lieber einige Minister, als die Deputirten wegzusenden. In der neuen Kammer werde er wieder dem linken Centrum, wie immer, angehören, und sich den schlimmen Tendenzen, den Extremen widersetzen, selbst auf die Gefahr hin, des Wankelmuths angeklagt zu werden. Er sei für keine der beiden streitigen Theorien (le Roi gouverne etc.); seine Politik sei practischer Art und verlange ein starkes Königthum, treue, aber eifersüchtige Kammer, unabhängige, wahrhaft verantwortliche Minister. Er warnt schließlich vor den Angriffen der noch immer wachen Legitimisten und Republikaner, und erklärt, die Kammern, besonders die der Deputirten, weil sie allein die Minister anklagen könne, hätten das Recht, diese in ihren constitutionnellen Schranken zu halten.

H^{r}. von Chateaubriand wurde Sonntag den 10. März, als er aus der Notredame-Kirche heraustrat, von einer Anzahl junger Leute erkannt, die ihn mit Lebehochrufen bis zum Pont neuf begleiteten. Hier entkam der zu sehr gedrängte Triumphator dem wohlgemeinten Jubel in einem Cabriolet.

Auf die Ruhestörung im sogenannten Quartier Latin zu Paris folgte eine etwas bedeutendere am folgenden Morgen, Sonntags den 10. März, aus Anlaß des Transports des Knaufs der Juli-Säule über die Boulevards nach dem Bastillen-Platze. Arbeiter, die sich, da es Sonntag war, in den Schenken vor den Barrieren über die Gebühr begeistert haben mochten, und dann an dem Zuge Theil genommen hatten, griffen einige der dreifarbigen Fahnen auf, mit welchen der Wagen verziert gewesen war, und zogen unter dem Rufe: „Es lebe die Freiheit! Es lebe die Republik! Nieder mit den Ministern!“ durch die Straßen St. Denis und Mauconseil nach dem Marché des Innocens. In allen Straßen, durch welche sie kamen, wurden die Kaufläden geschlossen. Bei der Halle wurden sie von den dort aufgestellten Municipalgardisten zerstreut, sammelten sich aber bald wieder und zogen weiter über den Pont au Change dem Justizplatze zu, wo sie wieder, durch den Wachtposten von der Linie, zerstreut wurden. Sie sammelten sich noch einmal, stießen aber jetzt auf eine Abtheilung Stadtsergenten, welche ihnen nach kurzem Ringen die Fahnen abnahm und die Träger derselben verhaftete. Ein Theil von ihnen zog jetzt nach der Ecole de Médecine; zwei begaben sich in das Café Dupuytren und riefen den dort befindlichen Studenten zu: „Wir sind alle Brüder! Es lebe die Republik!“ Die Studierenden aber machten Miene, sie hinauszuwerfen; sie zogen sich daher zurück, unter dem Rufe: „Nieder mit den Studenten,“ während andere zugleich schrieen: „Studenten heraus!“ Keiner dieser Rufe wirkte, und sie zogen unter dem jetzt einstimmigen Rufe: „Nieder mit den Studenten!“ weiter. Einige der Heftigeren wollten die Fenster in den Kaffehhause einwerfen, wurden aber von den Uebrigen abgehalten. Die Emeute war jetzt zu Ende; die Arbeiter gingen auseinander, da sie nirgends Anklang fanden. Der National und andere Oppositionsblätter sehen die ganze Emeute als ein Werk der Polizei an, veranstaltet, um die vor vierzehn Tagen erfolgte Weisfagung zu erfüllen, daß, wenn die Wahlen gegen das Ministerium ausfallen, die Ruhe werde gestört werden.

Am 11. März wurde H^{r}. Chatelain, erster Redacteur des Courrier Français, auf dem Kirchhofe Montmartre begraben. Unter den zahlreichen Freunden des H^{rn}. Chatelain, welche dem Begräbniß beiwohnten, bemerkte man mehrere Deputirte der Opposition, unter andern die HH. Laffitte, Cormenin, Carnot, Garnier-Pagès, Taillandier u. s. w. H^{r}. Blanqui und H^{r}. Leon Faucher hielten kurze Reden an seinem Grabe.

Paganini wurde von der Administration des Casino-Paganini vor Gericht geladen, weil er seine eingegangenen Verbindlichkeiten, in diesem musikalischen Vereine zu spielen, nicht gehalten hatte. Das Unternehmen des neuen Casino hatte aus diesem Grunde keinen Erfolg. Nachdem das Gericht beide Theile gehört, verurtheilte es den berühmten Virtuosen zu einem Schadenersatz von zwanzigtausend Franken zu Gunsten der Unternehmer des Casino-Paganini.

Madame Dudevant (George Sand) ist am 24. Februar von ihrer zur Herstellung der Gesundheit ihrer Tochter nach Majorca unternommenen Reise in Marseille angekommen.

Am 12. März 5Percents Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 60. — Am 13. März 5Percents 108 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 50. 3Percents 79 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 45. — Am 14. März 5Percents 108 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 45. 3Percents 79 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 45.

Spanien.

Nachrichten von der spanischen Gränze (in der Sentinelle des Pyrénées) zufolge manövrirte der General Maroto an der Spitze von 8 Bataillons und mit sechs Kanonen zwischen Bilbao und Portugalete, um alle Verbindung zwischen diesen beiden Puncten abzuschneiden. — Espartero ist von Lodosa nach Logroño aufgebrochen. — Man schreibt aus Arragonien, daß Cabrera mit 8 bis 10 Bataillons und einer guten Cavallerie die von dem Christinischen General Ayerbe commandirte Division in Schach hält. — Alles läßt glauben, daß die Operationen nächstens beginnen werden; in Catalonien stehen 4000 Carlisten zum Angriff von Balsareny, einem großen Flecken 13 Lieues von Barcelona, gerüstet. Sie haben viel Geschütz bei sich, und wahrscheinlich wird es den Anstrengungen der Christinos nicht gelingen, diesen Punct zu entsetzen.

Den neuesten Briefen aus Bayonne zufolge befand sich das Hauptquartier des Don Carlos am 8. März noch immer in Tolosa; er hatte den General Villareal zu seinem Adjutanten ernannt, und den General Simon Latorre zur Disposition Maroto's gestellt, der ihm ein Commando übertragen soll; auch die Generäle Gomez, Elio, Zariategui und Vargas, nebst dem Obersten Madroso, sind wieder im activen Dienste angestellt.

Nachstehendes ist der Schluß des (in unserm vorgestrigen Blatte abgebrochenen) aus dem Journal la Mode entlehnten Artikels unter der Aufschrift: „Die Wahrheit über die Vorfälle in Spanien“: „Inzwischen bereitete sich am Hoflager des Don Carlos der zweite Theil dieses blutigen Trauerspieles vor. Der Bruder des verurtheilten Sanz hatte dort alle diejenigen gegen Maroto in Bewegung gesetzt, die Villareal, Gomez und andere Chefs in Gefangenschaft halten. Arias Teijeiro, ein Vetter des Kammerdieners des Königs und allmächtiger Minister, war die Seele dieser Intrigue. Man umgibt, umstellt den König, beredet ihn, daß Maroto gemeinschaftliche Sache mache mit den Christinos, entreißt ihm endlich jene erste Proclamation, die Maroto am 22. Februar in Lecumberri erhält. Anfänglich schmerzlich ergriffen, ermannter sich bald wieder und geht Don Carlos mit einer Truppenzahl entgegen, die der des Königs nachsteht. Er weiß es, daß auf das erste Wort des Fürsten sein Haupt fällt, wie im Namen desselben das Haupt Garcia's gefallen, aber er schreitet dennoch vor, und schickt den Grafen Negri, einen der Kriegsräthe, an Don Carlos. Man kennt den Erfolg der Auf-

klärungen, die dem König gegeben worden; die Armee vernimmt die Nachricht von der Versöhnung desselben mit Maroto unter unbeschreiblichem Jubel." — Das legitimistische Journal erschöpft sich nun in Lobeserhebungen der Personen, die durch die Folgen dieser Begebenheit an die Spitze der Regierung getreten sind: des Erzbischofs von Cuba, der Generäle Elio, des Waffengefährten von Zumalacarreguy, Villareal, so wie dessen Freund Simon Latorre, Gomez, dessen Märsche ans Wunderbare gränzen, Urbistondo, endlich Zariategui's, des Freundes und Vertrauten von Zumalacarreguy, und wie ihn das Journal nennt: „das Wort seines Gedankens," denn er schrieb die Bulletins des Helden. Im Cabinet ist Marco del Pont, ein weiser Mann, an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten; dann Ramirez de la Piscina, der bisher Agent des Königs beim Papste gewesen und ersterem oft Rathschläge versöhnlicher Mäßigung und einsichtsvollen Eifers ins Hauptquartier überbrachte.

Die Nachrichten aus Madrid reichen bis zum 6. Die Königinn war Tags zuvor nach ihrer letzten Unpäßlichkeit zum ersten Male wieder ausgefahren. Man sprach von dem nahe bevorstehenden Austritte des Generals Alair aus dem Kriegsministerium; er soll durch den General Don Geronimo Valdez ersetzt werden. Der bisherige englische Botschafter am Madrider Hofe, Lord Clarendon (Sir G. Villiers), hat am 6. Madrid verlassen und ist nach London abgereist.

Ein Blatt von Cadix, el Trempo, enthält das unverbürgte Gerücht, daß das Presidio Melilla auf der nordafrikanischen Küste, das sich für Don Carlos erklärt hatte und seither von den Streitkräften der Königinn blockirt worden war, aus Mangel an Lebensmitteln den Marokkanern ergeben habe.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 8. März lenkte Lord Lyndhurst noch einmal die Aufmerksamkeit des Hauses auf die der englischen Flagge vor Veracruz widerfahrene Beleidigung und bemerkte, daß, da der Prinz von Joinville, Commandeur der französischen Corvette, jetzt in Paris, und der Lieutenant Crole, Befehlshaber des Packetbootes, in England sei, Lord Minto über Alles genaue Auskunft erhalten könne. Nachdem er die bekannten Thatsachen wiederholt hatte, erklärte er, daß England noch nie eine größere Beleidigung widerfahren sei. Er glaube, das Ganze sei mit der Genehmigung des Admirals geschehen, oder wenn dieß nicht der Fall gewesen, so habe er doch wenigstens den Lootsen nicht zurückgeschickt. Er habe daher das Geschehene gebilligt und sei auch dafür verantwortlich. Die Erklärung des Admirals sei für gar nichts, man müsse sich an die französische Regierung wenden. Lord Minto sagte hierauf: „Ich hoffe in wenigen Tagen in Kenntniß aller diese Angelegenheit betreffenden Umstände zu seyn; officiell ist mir bis jetzt nichts darüber bekannt, doch habe ich gehört, daß die Offiziere am Bord der Corvette erklärt haben, als mehrere Schiffe von Veracruz gekommen, um die Blockade zu verletzen, habe der Admiral den Befehl gegeben, die Lootsen von jenen Schiffen zu nehmen, und der Prinz von Joinville habe diesen Befehl auch in Bezug auf ein Fahrzeug ausgeführt, ohne zu wissen, daß dasselbe ein englisches Packetboot sei. Der französischen Regierung ist eine Mittheilung von diesem Vorfalle gemacht worden, und es ist daher schicklich, ihre Erwiederung abzuwarten." Die Lords Brougham und Melville waren jedoch der Meinung, daß jene Erklärung ungenügend sei, und daß man Genugthuung von der französischen Regierung verlangen müsse, worauf Lord Minto und Lord Lansdowne die Antwort der französischen Regierung dem Hause vorzulegen versprachen.

Ihre Majestät die Königinn ertheilte am 8. März dem Oberbefehlshaber und dem Generalauditor der Armee Lord Hill und Sir George Grey, Audienzen. Man glaubt, daß die Königinn sich mit Beiden, in Folge der von dem Herzoge von Wellington im Oberhause erhobenen Klagen über die Unzulänglichkeit der brittischen Streitkräfte, in Bezug auf den Zustand des Heeres berathen habe. Die Regierung scheint allerdings in Betracht der chartistischen Bewegungen in England, der Vorläufer-Agitation in Irland, der noch fortdauernden Wirren in Amerika und der neuen bedenklichen Nachrichten aus Asien, allen Grund zu haben, sich gehörig zu rüsten.

Der Herzog von Cambridge hat in Folge einer heftigen Erkältung eine Zeit lang das Zimmer hüten müssen. Auch der preußische Gesandte, Freiherr von Bülow, ist einige Tage ernstlich unwohl gewesen, so daß man schon eine längere Krankheit fürchtete, doch soll sich derselbe schon wieder besser befinden.

Die Londoner Hofzeitung enthält die Ernennung des bekannten Seecapitäns Sir John Roß zum Consul in Stockholm. Dasselbe ämtliche Blatt meldet, daß die Königinn dem Seecapitän Back, der sich besonders durch seine Expedition zur Aufsuchung des Capitäns Roß ausgezeichnet hat, die Ritterwürde ertheilt habe.

In dem sogenannten National-Convent ist eine förmliche Spaltung eingetreten. Am 8. März wurde auf die Ausschließung von drei Delegirten angetragen, die als Verräther und Spione bezeichnet wurden. Es wurde aber bemerkt, daß die Versammlung hierzu nicht befugt sei, daß vielmehr bloß die Committenten den Austritt eines Delegirten verlangen können, wenn derselbe ihr Vertrauen verloren habe. Einer von denen, deren Ausschließung beantragt wurde, erklärte, es sei eine Lüge, daß er vor einer Versammlung einen Dolch geschwungen. Die Losgetrennten haben sich einem andern radicalen Vereine, der Londoner demokratischen Association, angeschlossen. Einer derselben forderte den Verein in seiner neuesten Versammlung auf, sich zu bewaffnen und der Fortdauer des neuen Armengesetzes, der Einführung einer Feldpolizei und jedem Versuche, ihre Waffen ihnen zu rauben, sich bis in den Tod zu widersetzen. Ein anderes Mitglied erklärte, so sehr die Anwendung von Feuerbränden und Dolchen verdammt worden sei, so sei es doch besser, wenn das Volk durch solche Waffen seine Beschwerden abstelle, als wenn es länger in hoffnungslosem Elend verharre. Einer der Zwecke dieser Versammlung war die Errichtung einer weiblichen demokratischen Association.

Die Abgeordneten des Vereins gegen die Korngesetze haben nun ihren Constituenten in Manchester Bericht darüber erstattet, wie es ihnen in London ergangen, und es ist der Beschluß gefaßt worden, die Sache nicht nur nicht ruhen zu lassen, sondern sie mit erneuter Kraft wieder aufzunehmen, und alle Volksclassen des Landes dafür zu vereinigen.

Die neuesten Nachrichten aus Ostindien (aus Bombay vom 19., aus Madras vom 12. und aus Calcutta vom 7. Jänner) enthalten außer dem bereits Berichteten noch Folgendes: „In Sir J. Keans Lager zu Tatta im Indusdelta war ein Bote aus Hydrabad von den Amirs von Sind angekommen, angeblich um eine Uebereinkunft über den Marsch der brittischen Truppen nach Kabul abzuschließen, seine wirkliche Aufgabe jedoch ist wohl, das brittische Lager zu recognosciren. — Ein Krieg mit den Birmanen steht noch immer bevor. Tharawaddie, der grausame Usurpator des birmani-

schen Throns, zeigt vermehrte Hartnäckigkeit gegen den englischen Residenten. Ausgedehnte Fabriken von Pulver und Kugeln sind zu Rangun, Martaban und Bileng im Gang, und an ersterem Platz sind 1000 „Unbesiegliche" angekommen. Zugleich traf, zum Glück für die Einwohner, das Kriegsschiff „Favourite" daselbst ein. Nach einer andern Angabe nimmt ein Aufstand in den Gebirgen nordwestlich von Ava, an dessen Spitze ein Vetter des Usurpators steht, überhand, und Tharawaddie ist so weit höflich geworden, daß er den Wunghis erlaubte, den Obersten Benson in Lutaw zu sprechen. Die Corvette „Favourite" wartet zu Rangun das Ergebniß der ersten Zusammenkunft des Obersten Benson mit dem Könige ab. Gegen Ende Novembers waren drei von den gefangengenommenen 70 Verschwörern zu Rangun gekreuzigt worden, nachdem man ihnen den Mund bis zu den Ohren aufgerissen und einen Stock in den Hals hinabgestoßen hatte. Einer blieb sechs, die zwei andern blieben zwölf Stunden am Leben. Ihre Leichname ließ man drei Tage lang am Kreuze. Am 8. December wurden noch fünf gekreuzigt. — Auf der Gränze gegen Nepal herrscht Ruhe, obwohl man behauptet, Emissäre der Gurkas (des in Nepal herrschenden Stammes) seien in allen Theilen Hindostans zerstreut und suchen die eingebornen Häuptlinge aufzuregen. — Der Aufstand zu Dscheipur wurde glücklich beigelegt. Die Meuterer, 4000 bis 5000 Mann mit 18 Stücken Geschütz, legten, als man Anstalt machte, sie anzugreifen, ihre Waffen nieder, lieferten ihre Kanonen und übrigen Kriegsvorräthe aus und zerstreuten sich. Ein Theil derselben trat in das Corps ein, das für Schah Schudscha angeworben wird."

Consols am 11. März 93; — am 12. März 93⅛.

Belgien.

Die Aachener Zeitung meldet in einer Nachschrift aus Brüssel vom 12. März: „Die Sitzung der Kammer hat heute statt um 10 Uhr, erst um 11¼ Uhr angefangen. Nachdem der Verbalprozeß verlesen worden, erhob sich wieder ein persönlicher Streit zwischen Hrn. Dumortier und dem Quästor, Hrn. Liedts, weil eine Petition von Courtrai aus Versehen noch nicht abgedruckt worden ist. Darauf wurde eine Petition von Wareghem gegen die Gebietszerstückelung verlesen. Hr. Denef sprach darauf für den Tractat. Er gibt zu, daß die Bedingungen ungünstig wären; da Belgien aber sich nicht allein den Mächten widersetzen könne, so müsse es nachgeben. — Hr. Metz leistet wegen Unpäßlichkeit Verzicht auf das Wort. — Hr. Rogier sprach darauf 2 Stunden lang für Annahme des Tractats. Um 2¼ Uhr bestieg Hr. Püyt die Tribune, um gegen den Conferenzbeschluß zu reden. — Man glaubt, daß Hr. Lebeau das letzte Wort in den Kammerdebatten nehmen wird, um allen Rednern der Opposition zu antworten. — An der Borse hebt sich das Vertrauen. Man versichert, daß ein Deputirter von der Minorität heute oder morgen den Schluß der Verhandlungen verlangen wird."

Der Commerce sagt, Rauschenplatt sei heimlich nach Belgien gekommen und habe sich eben so heimlich fortgemacht, nachdem er eingesehen, daß hier für seines Gleichen nichts zu holen sei.

Der Constitutionnel — der bekanntlich als Organ des Hrn. Thiers gilt — sagt am Schlusse eines Artikels über die belgischen Angelegenheiten, worin den Freunden des Widerstandes in Belgien deutlich gesagt wird, daß sie von einer Aenderung des französischen Cabinets nichts zu erwarten haben: „Belgien sieht die Nothwendigkeiten ein, in die es durch die Lage versetzt ist; die feierliche Discussion, im Schooße seiner Repräsentantenkammer, wird ein längst vorausgesehenes Resultat haben, auf welches unsere ministeriellen Revolutionen keinen Einfluß ausüben dürfen. Dieß werden alle verständigen Leute, die sich nicht geflissentlich Illusionen machen wollen, begreifen. Eine Vertagung der Frage würde das Uebel nur schlimmer machen, ohne Möglichkeit einer Abhülfe."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 13. März enthält folgende Berichtigung: „Die Zahl der in den Zeitungen über die hannoversche Angelegenheit vorkommenden Artikel, welche grobe Unwahrheiten enthalten, ist leider noch immer sehr groß, so daß, wollte man deren Ungrund zeigen, wöchentlich ein eigenes Blatt damit füglich würde angefüllt werden können. Fühlt nun gleich der Einsender in sich keinen Beruf, einer solchen Arbeit sich zu unterziehen, so kann er gleichwohl nicht umhin, aus guter Quelle zu erklären, daß die in Nr. 69 des Journal de Francfort, in Folge eines aus Göttingen erhaltenen Schreibens vom 22. Februar, mitgetheilte Nachricht eine baare Unwahrheit enthalte, daß nämlich der Prorector der Universität Göttingen ein Schreiben von Hannover (doch wahrscheinlich von dem königlichen Universitätscuratorio oder dem Cabinete Sr. Majestät des Königs) erhalten habe, worin der Universität ihre Suspension auf den Fall angedroht würde, daß sie in ihrem Widerstande gegen die königliche Regierung ferner beharren sollte. Freilich ist es nicht wohl zu begreifen, wie die Universität Göttingen von dem, durch die gegenwärtig in anerkannter Wirksamkeit stehende Staatsverfassung von 1819 ihr verliehenen, wichtigen und ehrenvollen Rechte, einen neuen Deputirten zur zweiten Kammer der allgemeinen Ständeversammlung zu erwählen, keinen Gebrauch gemacht hat; aber deßwegen die vorgedachte Suspension anzudrohen, daran hat die königliche Regierung auch nicht entfernt gedacht."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben durch allerhöchste Entschließung vom 19. Februar d. J. den Hofrath der obersten Justizstelle, Heinrich Freiherrn von Locella, in gnädigster Anerkennung der sich von ihm während eines halben Jahrhunderts in ununterbrochener Dienstleistung erworbenen ausgezeichneten Verdienste, zum Vicepräsidenten der obersten Justizstelle allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 19. Februar d. J. die bei der königl. ungarischen Statthalterei erledigte königl. Statthaltereirathsstelle dem Domherrn der Raaber Kathedralkirche, Anton Karner, zu verleihen, und denselben zum Titular-Bischof allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 20. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	105⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	284⅞.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65⅛.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ Br. Uso 2. M.			
Bankactien pr. Stück —— in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Wittwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1.K. ZEITUNG 1839

№. 81

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 22. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 20. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.551	28 3 11 9 P.	— 0.2	NW.	mittel.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.567	28 3 11	+ 1.8	NW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.608	28 4 5	+ 0.6	W.	—	Wolken.

Spanien.

Aus dem Hauptquartiere des Don Carlos zu Tolosa ist uns, in Form eines gedruckten Schreibens, folgende Darstellung der letzten Begebenheiten zugekommen:

„Große Ereigniſſe haben ſich eben in dieſen Provinzen zugetragen; ſie werden auf verſchiedene Weiſe ausgelegt werden, der Parteigeiſt wird ſie entſtellen, und ein Jeder nach ſeinem Gutdünken Folgerungen daraus ziehen, die zu rechtfertigen nicht immer leicht ſeyn dürfte. Beſonders aber muß man ſich vor jenen Verſionen in Acht nehmen, welche von den vielen Perſonen ausgeſtreut werden, welche wegen ihrer Selbſtſucht und der von ihnen den Geſchäften gegebenen Wendung, auf Veranſtaltung der Regierung entfernt worden ſind. Gekränkter Ehrgeiz und ihre in Mißcredit gefallenen Anſichten werden ihnen nicht geſtatten, die Dinge mit Unparteilichkeit zu beurtheilen. Ich ſtand an ihrer Seite, ich ermaß die Richtung und den Umfang ihrer Entwürfe; ich kann Ihnen alſo hierüber Aufſchluß geben, und bitte Sie, meinen Bericht Ihren Freunden mitzutheilen. Zu dieſem Behufe überſchicke ich Ihnen mehrere Abſchriften meines Briefes. Die von Sr. Majeſtät zu Depoſitären Seiner Autorität gewählten Männer werden Seinen Angelegenheiten die gehörige Richtung zu geben wiſſen. Ihr erhabener Character, ihre Treue und ihre Weisheit verbürgen der Sache Sr. Majeſtät den Sieg und das Ende des furchtbaren Krieges, der bereits im ſechsten Jahre Spanien verheert. Mindeſtens wird all ihr Beſtreben dahin gerichtet ſeyn."

„Seit geraumer Zeit war das königliche Hoflager der Mittelpunct der ſchändlichſten Intriguen. Eine Camarilla, aus talentloſen Menſchen beſtehend, die ſtatt der Bedürfniſſe des Thrones und des Vaterlandes, nur den eigenen Vortheil im Auge hatten, hielt den König belagert. Unter den Häuptern dieſer Camarilla befand ſich der hochw. Biſchof von Leon, ein Mann ohne alle politiſche Fähigkeit, der Hr. Arias Teijeiro, beinahe Univerſalminiſter, von Ehrgeiz geblendet, der General Uranga, der Kapuziner Lachraga, ein religiöſer Fanatiker, und einige Andere."

„Hr. Arias Teijeiro, den man als die Seele dieſer Camarilla betrachten kann, iſt ein Galicier; er kam ſehr jung nach Madrid, um dort ſein Glück zu verſuchen, und ſchloß ſich hauptſächlich an die HH. Lamas Pardo und Marco del Pont, beide vom Rath von Caſtilien, an. Ihrer Protection verdankte er die Stelle eines Auditors bei dem galiciſchen Gerichtshofe, wo er auch bis zu ſeiner Entlaſſung im Jahre 1832 verblieb. Nach dem Tode Ferdinands VII. begab er ſich nach Madrid, und beſuchte, wie man behauptet, häufig die Clubbs, in welchen er ſich als einer der exaltirteſten Republikaner hervorthat. Im Jahre 1836 verließ er die Hauptſtadt, um Don Carlos ſeine Dienſte anzubieten, dem er durch ſeinen Oheim Don José Teijeiro, als ein treuer und fähiger Beamter vorgeſtellt wurde. Während der Expedition im Jahre 1837, welche Sr. Majeſtät faſt bis an die Thore von Madrid geführt hatte, wurde Hr. Arias Teijeiro, der damals die Functionen eines Unterſtaatsſecretärs im Juſtizminiſterium bekleidete, berufen, den Hrn. Sierra, der krankheitshalber zu Berga in Catalonien zurückbleiben mußte, als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten zu erſetzen. Der Ausgang jener Expedition iſt bekannt. Nach ſeiner Rückkehr in die Provinzen war Hr. Arias Teijeiro bedacht, ſich wegen des Fehlſchlagens ſeiner Unternehmung durch Verfolgung aller jener zu rächen, welche ſeine Pläne nicht gebilligt hatten. Eguia, Villareal, Zariategui und Elio wurden entfernt, und mehreren der Prozeß gemacht, ohne daß bis jetzt, nach 17 Monaten, ein Urtheilsſpruch erfolgt wäre. Der Infant Don Sebaſtian ſelbſt war nahe daran, von dem allgemeinen Tadel betroffen zu werden, der ſich gegen die treueſten und ſtärkſten Stützen der Sache des Königs erhob. Der der Camarilla ergebene General Guergue wurde als Chef des Generalſtabs an die Spitze der Armee geſtellt."

„Als Kriegsminiſter hatte Arias Teijeiro die Individuen beſtimmt, welche das Kriegsgericht bilden ſollten, vor dem die angeklagten Generäle und Offiziere zu erſcheinen hatten. Umſonſt proteſtirten dieſe und ihre Vertheidiger gegen ein ſolches Verfahren. Um ſie noch mehr zu compromittiren, veranſtalteten die Generäle Sanz und Garcia eine aufrühreriſche Bewegung in Navarra, welche ihren Opfern zur Laſt gelegt wurde. Ihr Hauptangriff war gegen die Junta dieſes Königreichs (Navarra) gerichtet, weil dieſelbe zuerſt gewagt hatte, die Stimme

gegen ihre Veruntreuungen zu erheben. Die Mitglieder der Junta wurden von aufgewiegelten Bataillons angegriffen und verdankten nur der Flucht ihr Leben. Mehrere Häuser wurden durch Kanonenschüsse zerstört und geplündert. Dann freilich versuchten die genannten Generäle einer Unordnung, die sie selbst hervorgerufen hatten, ein Ziel zu setzen, aber ihre Anstrengungen blieben fruchtlos, und Insubordination bemeisterte sich der Bataillons; die Linien wurden verlassen, die Soldaten zerstreuten sich in verschiedenen Richtungen, und überfielen und beraubten die Reisenden. So war es um die Armee geschehen, hätte sich nicht der König, auf die Nachricht von der Gefahr, den Truppen gezeigt, und mit Klugheit und Kraft die aufgeregten Leidenschaften beschwichtigt. Wenige Tage darauf wurde der Sohn des Generals Cabañas durch von Guergue und Garcia gedungene Soldaten ermordet; und noch harrt sein Bruder, in einem Gefängniß von 7 Fuß im Gevierte, der Entscheidung seiner Sache."

„Inzwischen hatte der Prozeß der Generäle Zariategui und Elio seinen Fortgang; ihre Vertheidiger, der Brigadier Vargas, der mit ehrenvollen Wunden bedeckte Adjutant Zumalacareguy's, und der Oberst Madrazo, ein nicht minder ausgezeichneter Offizier, zerstörten das trügerische Gewebe der Anklagen, aber die Freimüthigkeit ihrer Vertheidigung und der kraftvolle Einspruch gegen die Mißhandlung ihrer edlen Clienten zog ihnen selbst eine sie ehrende Verfolgung zu. Die strengste Gefangenschaft durch viele Monate hindurch reichte nicht hin. Sogar die Nahrung wurde den Gefangenen durch eine Oeffnung im Fußboden des Kerkers verabreicht. Bei dem Kriegsgericht führten der Herzog von Granada, ein rechtlicher Mann, aber ganz unter dem Einflusse seines Beichtvaters, P. Larraga, stehend, und derselbe General Mafarraza, der seit 28 Monaten, in seiner Eigenschaft als Fiscal, gegen den unglücklichen Gomez prozessirt, den Vorsitz. Es ist nicht die Todesstrafe erfolgt; die eifrigsten Feinde der Generäle vermochten nicht mehr als ein minder strenges Urtheil zu bewirken, welches die Gnade des Königs hoffentlich abändern wird. Auch der General Eguia ist das Opfer jener Ehrsüchtigen, weil er sich gegen die tollkühnen Expeditionen aussprach, welche dem Heere 18 Bataillons gekostet haben. Seit zwei Jahren ist er gefangen in dem Fort S. Gregorio."

„Der General Guergue, obgleich bekannt wegen seiner vielen Schlappen, behielt den Oberbefehl. Aber die Niederlage von Peñacerrada bewog endlich den König, ihm denselben zu nehmen und Maroto damit zu betrauen, der sich bereits seit zwei Monaten in den Provinzen befand, wohin ihn der König ohne Wissen der Minister berufen hatte."

„Die glückliche Reorganisation der Armee unter diesem neuen Chef ist bekannt. Eben so auch die Widerwärtigkeiten, mit welchen er zu kämpfen hatte, und die zu ertragen ihn nur seine Anhänglichkeit an König und Vaterland bewegen konnten. Die Krisis konnte nicht ausbleiben: so eben hat sie Statt gefunden."

„Wir haben eine große Katastrophe vermieden, welche die Camarilla vorbereitete. Sie hatte nämlich eine Verschwörung gegen den General Maroto angezettelt, an welcher die Generäle Garcia, Guergue, Sanz, Carmona und der Intendant Uriz, sodann die Offizialen des Kriegsministeriums, Ibañez und Don Florencio Sanz, Bruder des Generals dieses Namens, Theil nahmen. Die ersten fünf wurden am 18. d. M. um 7 Uhr Morgens in Estella von ihren eigenen Soldaten erschossen; denn die vier Generäle und der Intendant waren Navarresen. Als man im königlichen Hoflager hiervon Kenntniß erhielt, suchten die Minister und die Camarilla dem Könige Furcht einzujagen, und ihm glauben zu machen, daß Maroto die Hinrichtungen im Einverständnisse mit den Christinischen Generälen anbefohlen habe, in der Absicht, ihnen den König und seine erlauchte Familie auszuliefern. Der Ministerrath versammelte sich am 20. Abends; der Staatsrath Marco del Pont wohnte der Sitzung bei, und stellte mehrere Fragen an den Kriegsminister, welcher sie auf eine genügende Weise beantwortete. Dieser Minister verlangte, daß Maroto nicht ungehört verurtheilt werde, denn er wußte wohl seit lange, daß die Aufforderung zum Aufruhr in flagranti war, und daß der General hiervon viele Beweise in Händen hatte. Mehrere Generäle und Bataillonschefs hatten ihm die Briefe überliefert, welche ihnen Uranga schrieb, um sie für das Complott zu gewinnen. Der Kriegsminister erbot sich, an Ort und Stelle sich zu begeben, um eine genauere Kenntniß der Sachlage zu gewinnen; dieser Vorschlag wurde aber nicht in Erwägung gezogen, und vielmehr der Minister durch den Herzog von Granada, einen Mann von beschränktem Verstande, und der überdieß von den Einflüsterungen des P. Larraga völlig abhängig ist, ersetzt. In diesen Augenblick fällt die Publication des Manifestes, welches Maroto und alle seine Anhänger für Verräther erklärt. Von diesem in Uebereilung entworfenen und unterzeichneten Documente wurden 4000 Exemplare gedruckt und mit größter Beschleunigung in der Armee vertheilt. Im Allgemeinen wurde es übel aufgenommen, und an mehreren Orten, wo es angeschlagen worden, herabgerissen."

„Die Generalcommandanten von Guipuzcoa, Navarra, Alava wollten es nicht publiciren; denn alle waren überzeugt, daß der Monarch hintergangen, manche glaubten sogar, daß die Proclamation ohne sein Wissen erlassen worden sei. — Der Erfolg jenes verzweifelten Streiches entsprach jedoch in keiner Weise den Erwartungen der Camarilla und bewies im Gegentheile, daß die öffentliche Meinung Maroto günstig war. Ungeachtet dieser Thatsache verharrten die Minister bei ihrem Widerstande und bestimmten Villareal zum Nachfol-

ger Maroto's. Nicht zufrieden, dieſen tapfern General des Verraths beſchuldigt, ihn entehrt, und für funfzehn Monate nach einem Landhauſe in Biscaya, welches ihm als Gefängniß angewieſen wurde, verbannt zu haben, wollten ſie ihn auch bei dieſer Gelegenheit bloßſtellen. So wurde er nach Segura geſchickt, um den Befehl von vier Bataillons von Alava und Biscaya zu übernehmen, welche man den in dieſen Provinzen gebildeten Linien entnahm, wobei das Land lieber einem Einfalle der Chriſtinos preisgegeben, und dieſer dem Siege Maroto's vorgezogen wurde. Ebenſo wurde von der Linie von Balmaſeda das 6te Bataillon von Guipuzcoa zurückgezogen, und in Eilmärſchen gegen Alegria geſandt, wo bereits das 5te derſelben Provinz unter Urbiſtondo ſtand. Sr. königl. Hoheit der Infant Don Sebaſtian wurde nach der Linie von Guipuzcoa geſandt, um ſich einer Erklärung der Truppen zu Gunſten Maroto's zu widerſetzen. Aber alle dieſe Vorkehrungen waren unnütz, weil alle Offiziere und Soldaten, welche den General an ihrer Spitze den Feind hatten angreifen ſehen, an Verrath nicht glauben wollten, und überzeugt waren, daß die letzte Maaßregel gegen Maroto ohne Einwilligung des Königs geſchehen ſei. Die Miniſter beſtimmten Sr. Maj. und die königliche Familie, ſich am 21. nach Villafranca zu begeben, um ſich von Maroto zu entfernen, der Tags darauf, am 21., mit 7 Bataillons, dem 1ſten, 2ten, 6ten, 7ten und 11ten von Navarra, dem 3ten von Guipuzcoa und dem 9ten von Caſtilien, drei Schwadronen und 7 Stücken Geſchütz in der Richtung von Toloſa aufbrach. Am 23., im Augenblicke als der General im Begriffe war, auszumarſchiren, überreichte ihm ein Leibgardiſt des Königs zu Irurzun, einem Dorfe, in welchem die Heerſtraßen von Pamplona, Vitoria, Eſtella und Toloſa ſich durchkreuzen, das Manifeſt, welches ihn zum Verräther an König und Vaterland erklärt. Maroto verlas es, in Gegenwart dieſes Offiziers, allen Bataillons, indem er erklärte, daß er niemanden compromittiren wolle, und Jedermann freiſtelle, ſich von ihm zu trennen. Dieſe Anrede wurde mit dem Rufe: Es lebe der König! es lebe unſer General! beantwortet. Vorwärts, um die Verräther zu ſtrafen, die unſern König bethören, und ſeine Sache bloßſtellen! Am 23. um 4 Uhr Nachmittags traf Maroto in Toloſa ein, und wurde mit Freudengeſchrei empfangen. Ihm voraus ging der zweite Chef des Generalſtabs, Graf Negri, Kammerherr Carls V., der ſich nach dem königlichen Hoflager begab. Die Nachricht von der großen Aufregung im Hoflager, wo ſelbſt das Leben der Anhänger und Freunde Maroto's von den erkauften Parteigängern der Camarilla bedroht ſei, hielt dieſen Offizier in ſeiner Reiſe dahin nicht auf. Er ritt in Villafranca furchtlos ein, und ließ dabei den Kopf nicht ſinken. Mit dem Könige hatte er eine lange Unterredung, in welcher er getreuen Bericht erſtattete von allem, was geſchehen, und beſonders von den Gründen, welche den General Maroto bewogen hatten, die obengenannten Generäle erſchießen zu laſſen. Der König berief hierauf ſeine Miniſter. Er befand ſich noch in Berathung mit ihnen, als die Nachricht von der Ankunft Maroto's in Toloſa einlief. Die Aufregung erreichte nun den höchſten Grad. Die Miniſter und die Camarilla wollten den König bereden, ſich nach Segura zurückzuziehen, wo Villareal mit 4 Bataillons ſtand; aber Sr. Majeſtät weigerten ſich, indem dieſelben die Armee nicht verlaſſen wollten, und daher den Grafen Negri und hierauf Ihren Adjutanten Baron de los Valles an Maroto abſandten; dieſe waren beauftragt, ihm anzukündigen, daß Sr. Majeſtät die Entfernung einiger Perſonen beſchloſſen habe, welche Sie hintergangen und bewogen hätten, einen Mann als Verräther zu erklären, der Ihm, dem Könige, ſeit ſechs Jahren ſo viele Beweiſe ſeiner Treue und Anhänglichkeit gegeben, und daß die Erklärungen des Grafen Negri alle Mißdeutungen beſeitigt haben, wozu ſeine letzten Handlungen Anlaß gegeben hatten. Als die Kunde hiervon nach Toloſa kam, erreichte der Enthuſiasmus den höchſten Gipfel; man läutete mit allen Glocken, und die Bevölkerung brachte die Nacht mit Freudensbezeigungen zu. Auch fand eine glänzende Beleuchtung Statt. Maroto richtete nun eine Rechtfertigung ſeines Benehmens in geziemenden Ausdrücken an den König, und ſchickte damit den Grafen Negri und den Generalauditor der Armee Arizaga abermals an Sr. Majeſtät ab, um jeden Zweifel an der Rechtmäßigkeit ſeines Benehmens zu zerſtreuen."

„Am ſelben Tage, 24., wurde das beiliegende Manifeſt und Regierungsdecret*) publicirt. Es wurde unter Glockengeläute, mit Trommelſchlag und mit dem größten Enthuſiasmus aufgenommen. Die Aufregung gegen die Camarilla und die Miniſter war ſo groß, daß Sr. Majeſtät ſich veranlaßt ſahen, da ihr Leben gefährdet war, ſie zu verbannen. Uebrigens hatten mehrere bereits die Flucht ergriffen. Keiner blieb in Villafranca, und Sr. Majeſtät wird ſie bis an die Gränze von einer ſtarken Escorte begleiten laſſen, um ihre Reiſe zu beſchützen."

Ueber die Lage und die künftigen Pläne Maroto's heißt es in einem Schreiben aus Sebaſtian — alſo wohl aus Chriſtiniſcher Quelle — vom 9. März: „Was wird Maroto nun thun, um ſeine im Werden begriffene Dictatur zu begründen; durch welche Thaten wird er ihr Dauer zu geben ſuchen? Dieß iſt der Punct, wo ihn ſeine Gegner und ſeine Anhänger erwarten. Schon geht das Gerücht von einer nahe bevorſtehenden Reaction gegen Maroto. In Erwartung dieſes Ereigniſſes ſind die meiſten Exilirten an der Gränze und in Bayonne geblie-

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 13. und 14. März.

den, um nöthigenfalls bei der Hand zu seyn, wenn sich Gelegenheit darbieten sollte, wieder Einfluß und Macht zu gewinnen. Unter den Verbannten, die noch in Sare sind, befindet sich Arias Teijeiro, der durch einen Sturz vom Pferde in der Gegend von Leyza genöthigt ist, das Bett zu hüten. Der Bischof von Leon, der sich gleichfalls daselbst aufhält, soll Willens seyn, seinen Wohnort vorläufig in Guetary, einem kleinen Dorfe an der Küste zwischen Saint-Jean-de-Luz und Bayonne, aufzuschlagen. Von hier aus werden sie das Feuer schüren und Fackeln der Zwietracht nach Spanien schleudern, um Maroto Verlegenheiten zu bereiten und ihm Steine in den Weg zu werfen. Maroto, gegenwärtig zu Balmaseda damit beschäftigt, den Geist der biscayischen Bataillons zu sondiren, wird seine Allgewalt wahrscheinlich durch einen eclatanten Sieg über die Truppen der Königinn inauguriren wollen, um zu gleicher Zeit den Beweis zu liefern, daß er nicht, wie man behauptet hatte, im Einverständnisse mit dem Grafen von Luchana handelt. In keinem Falle wird er eine Expedition, gleich den frühern, ins Innere von Spanien unternehmen; Maroto, gestützt auf den Widerwillen der basko-navarresischen Truppen gegen diese Art von Krieg, hat feierlich erklärt, daß er nicht dafür ist. Wird er mit dem Angriff eines festen Platzes oder einer Stadt beginnen wollen? Dazu bedarf er Geld oder Munition, womit die Carlisten, im Falle eines langen Widerstandes des angegriffenen Punctes, nicht hinlänglich versehen sind. Will sich Maroto allmählig gegen die Provinz Santander hin ausbreiten, und Schritt für Schritt vorrücken? Eine Tactik dieser Art würde von geringer Wirkung seyn; sie würde Zeit fordern und die Dinge nicht weiter bringen. Oder wird dieser General vielleicht partielle Gefechte gegen die Divisionen der Nordarmee versuchen? Dann wird Espartero, wenn er nicht allen gesunden Menschenverstand verloren hat, fortfahren, in beobachtender Stellung zu bleiben; er wird derlei partielle Gefechte mit Maroto vermeiden und nur eine allgemeine Schlacht und auf einem günstigen Terrain annehmen. Allein Espartero wird vielleicht von seiner gewöhnlichen Apathie abweichen und unbesonnen den Wünschen seines Feindes entgegenkommen.— Man sieht, daß Maroto sich in nicht geringer Verlegenheit über den von ihm einzuschlagenden Gang befinden muß."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 11. März verlangte Lord Lyndhurst von den Ministern Auskunft über ein Gerücht, nach welchem die von Bombay abgegangenen Truppen Aden erstürmt und unter den Eingebornen ein furchtbares Blutbad angerichtet haben, während doch der Sultan von Aden bisher ein standhafter Freund England gewesen sei. Lord Melbourne erwiederte: „Die Festung Aden hatte auf ein brittisches Schiff geschossen; für diese Beleidigung unserer Flagge wurde Genugthuung verlangt, und zugleich wurden Unterhandlungen über den Verkauf dieser Festung an die ostindische Compagnie angeknüpft. Bereits war eine Uebereinkunft in diesem Sinne abgeschlossen; als aber unsere Truppen Aden besetzen wollten, erklärte der Sohn des Sultans, sein Vater sei nicht berechtigt, über diese Festung zu verfügen und stellte höhere Forderungen, als die seines Vaters gewesen waren. Nun wurde die Festung angegriffen. Im Uebrigen werde ich alle auf diese Angelegenheit bezüglichen Actenstücke dem Hause vorlegen." — In der Sitzung des Unterhauses von obgedachtem Tage kündigte Hr. Hume einen Antrag auf Vorlegung des ganzen Briefwechsels der Conferenz über die holländisch-belgische Angelegenheit an.

Der durch Hrn. Potters Rücktritt erledigte Parlamentssitz für Wigan ist, nach einem heftigen Wahlkampf, wieder an einen Liberalen gefallen. Hr. Ewart ist, jedoch nur mit einem Mehr von 2 Stimmen, gewählt, indem er 261, sein conservativer Gegner, Hr. Kearsley, 259 Stimmen erhielt.

Das Gerücht erneuert sich, daß Lord J. Russell, besonders der Angriffe von den hinteren Bänken der ministeriellen Seite des Unterhauses (d. h. von den Radicalen) müde, aus dem Cabinet austreten, und sich ins Privatleben zurückziehen wolle; und daß hiernach Lord Clarendons erwartete Ankunft von Madrid nicht bloß seine Vermählung zum Zwecke habe. Der torystische John Bull will wissen, derselbe werde das Staatssecretariat des Auswärtigen und das des Innern zugleich übernehmen — eine Cumulation, welche aber in England überhaupt beispiellos wäre, und bei der gegenwärtigen Lage des Landes ganz unwahrscheinlich ist. — Der Standard erwähnt eines andern Gerüchts, jedoch beifügend, es sei so „gräßlich," daß er kaum daran glauben könne. „Es heißt," schreibt er, „da Lord Plunkett nicht länger im Stande sei, das irische Staatssiegel zu führen, so solle eine Bill ins Parlament gebracht werden, welche Katholiken zum Kanzleramte befähige. Der Zweck wäre, Hrn. Daniel O'Connell zum Lordkanzler von Irland befördern zu können. Der Gedanke ist monströs, aber leider ist es unter der Whigregierung in England so weit gekommen, daß man nachgerade sagen kann: „credo quia impossibile." — Mittlerweile hat O'Connell an den irischen Prätursorenverein ein langes Schreiben gerichtet, worin er auf den Grund hin, weil „brittischen Staatsmännern, wie sie auch heißen möchten, ob Tories, Whigs oder Radicale, durchaus nicht zu trauen sei, und Irland von ihnen keine Gerechtigkeit zu erwarten habe," ankündigt, daß er demnächst die Repeal-Agitation mit Ernst wieder aufnehmen werde."

Einige Londoner Journale theilen jetzt einen angeblichen Auszug aus dem Logbuch des Lieutenants Croke, Befehlshabers des Packetboots „Expreß," mit. Darin heißt es unterm 27. November: „Ich lichtete die Anker, um an

der Insel Sacrificios anzulegen, und fuhr ganz nahe unter dem Lee der französischen Corvette „Créole" hin. Mit einmal hißte die „Créole" einen brittischen Union-Jack (d. h. Wimpel) auf, und feuerte eine Kanone ab, deren Schuß ungefähr eine Kabellänge von meinem Bugspriet ins Wasser schlug; darauf legte ich um, und stand gegen die „Créole." Um 1 Uhr 10 Minuten legte ein Boot von der „Créole" an dem Packetschiff an, verlangte unsern Lootsen und nahm ihn mit fort; darauf segelte ich weiter, indem ich, wie nöthig war, lavirte. Um 2 Uhr 15 Minuten begannen die Franzosen ihren Angriff auf das Schloß San Juan d'Ulloa. Um 4 Uhr warf ich Anker bei Sacrificios, wo ich Ihrer Majestät Schiff „Satellite," ein Schiff der vereinigten Staaten, den „Erie" von 20 Kanonen, und mehrere andere Fahrzeuge fand. Am 28. November 2 Uhr Nachmittags salutirte das französische Geschwader seine auf San Juan d'Ulloa wehende Flagge. Am 29. Morgens 7 Uhr 30 Minuten segelte Ihrer Majestät Schiff „Satellite" ab." — Der Standard bemerkt zu diesem Auszuge: „Also ein Boot von der „Créole" legte an dem Packetschiff an, verlangte unsern Lootsen und nahm ihn mit fort!" Wer, der etwas von dem Character brittischer Seeleute kennt, wird glauben, daß der tapfere Befehlshaber eines brittischen Kriegsschiffes eine solche Insulte in so gleichgültigen Worten in sein Logbuch eintragen würde, wenn er nicht zuvor instruirt war, daß er sich jedem, auch dem beleidigendsten Ansinnen zu fügen habe? Indessen, Lord Lyndhurst hat nun das Document, dessen Vorlegung er vom Ministerium vergebens verlangte, und wir hoffen, er wird, damit zugleich dem Character des Lieutenants Croke und dem Lande Gerechtigkeit werde, vollständige Aufklärung über die Instructionen verlangen, unter denen der Lieutenant handelte."

Der Centralverein für Volkserziehung hielt am 23. Februar eine zahlreich besuchte Versammlung, um den auf die beste Schrift über die Mittel, den Stand der Volkslehrer zu erheben, ausgesetzten Preis von 100 Pf. St. dem Verfasser, Hrn. Lalor, zu übergeben. Der thätige Beförderer der Volksbildung, Hr. Wyse, vollzog die Preisvertheilung und sagte in seiner Rede: „Der Beruf des Schullehrers ist ein hoher und heiliger, hochwichtig für den Staat, denn die Schule macht den Staat, und der Lehrer die Schule. Im Auslande fängt man an, diese große Wahrheit zu fühlen; und wir sind vielleicht unter den europäischen Völkern das einzige, das sie noch gänzlich zu lernen hat. Es ist vergebens, Musterschulen für Lehrer zu errichten, wenn nicht die Gesellschaft Sorge trägt, den Lorber und den Kranz denjenigen zu verleihen, die aus denselben hervorgehen, bereit, ihren schweren, wichtigen und ehrenvollen Beruf anzutreten."

Die Londoner Blätter berichten über das eigenthümlich traurige Geschick der Familie eines geachteten Arztes, Dr. Vaney in London. Vor einigen Jahren starb der jüngere Sohn, der in Orford studierte, durch einen Sturz vom Pferde; bald darauf fiel die Schwester, ein hoffnungsvolles Mädchen, über das Treppengeländer am väterlichen Hause, und starb trotz der Operation der Trepanirung, die der Vater an ihr vollzog. Der Vater selbst wurde vor kaum einem Jahre von einem Wahnsinnigen, den er in ärztlicher Behandlung hatte, die Treppe hinabgestoßen, und starb an den Folgen des Falls. Am 7. März hatte der neue Coroner von Middlesex, Hr. Wakley, die Leiche des andern Sohnes, des hochwürdigen Hrn. George Vaney, zu besichtigen, welchen ebenfalls ein Sturz vom Pferde, in dem Dorfe Hampstead bei London, getödtet hatte.

Rußland.

Se Majestät der Kaiser haben den Justizminister Bludof ermächtigt, auch die Signatur des Ministeriums des Innern noch so lange beizubehalten, bis ihm in diesem Departement ein Nachfolger ernannt seyn wird.

Der Geheimrath und Senator Wassily Nowosilzoff ist auf sein Gesuch wegen zerrütteter Gesundheit, des kaiserlichen Dienstes entlassen worden.

Einer kaiserlichen Verordnung zufolge sollen diejenigen Juden, die in den westlichen Gouvernements Witepsk, Mohilew, Minsk, Grodno, Kiew, Wilna, Podolien, Volhynien und Bialystok dem Ackerbau sich widmen, und von denen jedes männliche Individuum mindestens fünf Dessiätinen Landes durch Kauf oder Pacht, von der Krone oder von Gutsbesitzern inne hat, als feste Ansiedler zu betrachten seyn.

Frankreich.

Der Moniteur enthält ein Schreiben des Handelsministers Hrn. Martin du Nord an die Handelskammer von Havre. Letztere hatte zwei Fragen an ihn gestellt: 1) In welchen Häfen werden mexicanische Caperschiffe ausgerüstet? 2) Welche Maaßregeln hat der Admiral Baudin genommen, um zu verhindern, daß die Meere sich mit Piratenschiffen fremder Abenteurer bedecken, um unter mexicanischer Flagge Seeräubereien zu üben? Hr. Martin du Nord theilt hierauf folgende Antwort des Marineministers mit: „Bis jetzt weiß man bloß, daß die mexicanische Regierung Caperbriefe ausgegeben. Dagegen ist von einer wirklichen Existenz von Caperschiffen oder von Orten, wo man deren ausrüstet, nichts bekannt. Der Admiral Baudin wird seine Streitkräfte zum Schutze des französischen Handels verwenden. Den Commandanten der Kriegsschiffe ist von dem Admiral der Befehl gegeben worden, jedes Caperschiff mit mexicanischer Flagge, dessen Mannschaft nicht wenigstens zwei Drittheile Mexicaner enthält, oder die in Häfen außerhalb Mexico's ausgerüstet und bemannt worden, als Piraten zu behandeln."

Niederlande.

Der Avondbode hat Privatnachrichten aus Ostindien, die bis zum October des vorigen Jahres reichen. Die Ruhe auf Java blieb fortdauernd ungestört. Dagegen herrscht daselbst eine außerordentliche Trockenheit, und man war nicht ohne Besorgniß, daß dieselbe die Ernte in den verschiedenen Producten der Insel sehr benachtheiligen werde. Namentlich besorgte man für den Reiß. Der Reiß ist das wichtigste Product Java's, und eine Mißernte darin wäre für die Bevölkerung höchst beklagenswerth. Die Theecultur auf Java nimmt einen gedeihlichen Fortgang. Der Handel Java's ist auch immer noch im Zunehmen begriffen, wie sich aus den Zolleinnahmen ersehen läßt. — Nach der „Singapore-Free-Preß" war der brittische Admiral Maitland, welcher mit einer Flotte von Bengalen nach China gesteuert war, wieder nach Bengalen zurückgekehrt.

Belgien.

Am Schlusse der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 12. März wurde von Hrn. Peeters ein Amendement folgenden Inhalts vorgeschlagen: „Der König ist ermächtigt, den Tractat unter der ausdrücklichen Bedingung anzunehmen, daß den Einwohnern die bürgerliche und religiöse Freiheit gesichert werde, in deren Genuß sie sich jetzt befinden, so wie unter allen andern Vorbehalten, die er für nützlich erachten dürfte." Das Amendement ward unterstützt. — In der Sitzung vom 13. März sprach zuerst Hr. Manilius von Gent, und suchte zu beweisen, daß die Regierung die industriel-

len Interessen vernachlässigt, da sie die Errichtung der anglo-belgischen Bank verweigert habe. Er schließt damit, daß der Tractat den Handel tödte. Hr. Andries widerlegte alle Gründe der Anhänger des Widerstandes. Um 11 Uhr bestieg Hr. Dumortier die Tribune, die er um 3 Uhr noch nicht verlassen hatte; er bespricht alle Fragen mit großem Talent und vieler Energie und erklärt sich natürlich gegen den Vertrag.

Die Preußische Staatszeitung enthält folgende telegraphische Nachricht aus Köln vom 15. März: „Privatnachrichten aus Brüssel sagen, daß am 12. eine Versammlung von einigen 40 Deputirten Statt gefunden habe, worin beschlossen wurde, in der Sitzung am 14. auf Annahme des Londoner Vertrags und auf den Schluß der Discussion anzutragen. Im Falle der Antrag angenommen wird, glaubt man, daß in der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 15. oder 16. die Berathung über die speciellen Artikel erfolgen wird, und zwar so, daß es am 16. zur Abstimmung kommt."

Der Belge greift die Regierung wegen der Verweisung zweier Polen an. Der Moniteur bemerkt dazu: „Drei Polen wurden am 8. auf die Polizei berufen, weil sie keine Subsistenzmittel hatten. Man bot ihnen, da sie dem Gesetze zufolge nicht in Belgien bleiben konnten, Reisepässe an. Die beiden Andern erklärten, sie wollten durchaus in Belgien bleiben. Der eine hatte die Subsidien in Frankreich preisgegeben, wobei er erklärte, man habe ihm in Belgien eine Anstellung angeboten. Zweimal zeigte man ihnen an, sie würden mit Gewalt ausgewiesen werden. Als dieß Alles nicht half, wurden sie mit Gendarmen über die Gränze gebracht. Am Abend vorher baten sie sich als Gnade aus, bleiben zu dürfen. Der Polizeichef schickte ihnen sogleich die Autorisation nach, aber sie waren schon in Frankreich."

Der große Thurm der Kathedrale in Gent droht den Einsturz, und es wird gefürchtet, daß dieses Baudenkmahl, wenn es nicht zu restauriren ist, niedergerissen werden muß. Schon sind die Einwohner besorgt, daß die Aequinoctialstürme den Thurm völlig erschüttern, und auch den umliegenden Häusern Gefahr bringen möchten.

Teutschland.

Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland sind am 16. März in München eingetroffen und haben Ihr Absteigquartier im Palais Ihrer königl. Hoheit der Frau Herzoginn von Leuchtenberg genommen.

Durch eine herzogliche Verordnung ist die Eröffnung der Ständeversammlung des Herzogthums Nassau auf den 20. März festgesetzt worden.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mittelst allerhöchsteigenhändig unterzeichneten Diploms den wirkl. geheimen Rath, Präsidenten des lombardischen Appellationsgerichts und Ritter des österr. kaiserlichen Ordens der eisernen Krone zweiter Classe, Anton Mazzetti, den Ordensstatuten gemäß, in den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates, mit dem Prädicate „von Roca nova," allergnädigst zu erheben geruht.

Am 21. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	106 9/11.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	100 7/8.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82 1/11.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	285.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM	65.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Ankündigung.

Bei dem nunmehr herannahenden ersten Vierteljahresschlusse ersuchen wir die P. T. HH. Pränumeranten auf den österreichischen Beobachter, den weiteren Pränumerations-Betrag mit 4 fl. 30 kr. C. M. vierteljährig im Comptoir des österreichischen Beobachters in der Dorotheergasse im kleinen Salestanerhause Nr. 1108 baldigst zu entrichten, damit sich das Eintragen der Pränumerationen in den letzten Tagen des Monats nicht zu sehr häufe, und die Auflage, um Jeden nach Wunsch befriedigen zu können, gehörig darnach bemessen werden könne. Wer später als den 1. April eintritt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihm das Exemplar nur von dem Tage seiner Pränumeration an geliefert werden kann. Den Pränumeranten in der Stadt wird das Blatt auf Verlangen, gegen einen voraus zu bezahlenden Zuschuß von 45 kr. W. W. monatlich, durch eigens hierzu bestellte Herumträger täglich Morgens in das Haus geschickt werden, und es wird Jedermann, der hiervon Gebrauch zu machen wünscht, ersucht, seine Adresse bei der Bestellung genau schriftlich zu hinterlassen. Diejenigen HH. Pränumeranten in den Vorstädten, die das Blatt ins Haus geschickt haben wollen, werden ersucht, ihre Bestellungen bei der hiesigen k. k. obersten Hofpostamts-Haupt-Zeitungs-Expedition zu machen, welche mittelst der Briefträger gegen einen billigen Zuschuß die schleunige und pünctliche Zustellung des Blattes besorgen wird. In Betreff des Pränumerationsbetrags sind wir bemüssigt, zu bemerken, daß wir nur für diejenigen Pränumerationen haften, deren Betrag unmittelbar im Comptoir des österreichischen Beobachters erlegt worden ist, so wie wir uns in Hinsicht des Pränumerations-Scheines genöthigt finden, wiederholt und bestimmt zu erklären, daß ohne Vorzeigung desselben schlechterdings an Niemanden ein Blatt verabfolgt, und falls der Schein gänzlich in Verlust geräth, durchaus kein Ersatz desselben, als gegen neue Pränumeration, geleistet werden könne. Wir ersuchen daher Jedermann angelegentlichst, zur Vermeidung aller Unannehmlichkeiten, diese Scheine wohl in Acht zu nehmen.

Auswärtigen, sowohl in den kaiserlich-österreichischen Staaten als im Auslande, dient zur Nachricht, daß die k. k. Oberst-Hofpostamts-Haupt-Zeitungs-Expedition in Wien, vom 1. April an, vierteljährige Pränumeration auf unser Blatt annimmt, weßhalb man sich entweder unmittelbar hierher an obgedachte Expedition, oder an das Jedem zunächst gelegene k. k. Ober- oder Absatz-Postamt und Station baldigst zu wenden hat, wobei jedoch, außer genauer Angabe des Namens, Characters und Wohnorts, zu bemerken ist, ob das Blatt täglich (falls die Post an solche Orte täglich abgeht) oder nur zweimal in der Woche abzusenden sei. Der vierteljährige Pränumerationspreis mit täglicher Versendung, sammt Expeditionsgebühren, beträgt 6 fl. 36 kr. C. M., mit zweimaliger Versendung in der Woche 5 fl. 36 kr. C. M.

Wien, den 14. März 1839. Die Redaction und der Verlag des Oesterreichischen Beobachters.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 82

W 1·K· ZEITUNG 1839

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 23. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 21. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciet. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.505	28. 3L. 2P.	— 0.7	W.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.374	28 1 7	+ 4.9	SO.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.302	28 0 8	+ 1.8	S.	still.	trüb.

Frankreich.

Der Moniteur Parisien, der bisher das tiefste Stillschweigen über die Ministerialkrise beobachtet hatte, bricht dasselbe in seinem Blatte vom 15. d. M., indem er sagt: „Die Ministerialkrise scheint noch weit vom Ziele zu seyn. Vorgestern hat eine Versammlung bei Hrn. Marthieu de la Redorte Statt gefunden. Die Linke war dabei durch die HH. Odilon-Barrot, de Sade, de Morvan, Vivien, Chambolle; das linke Centrum durch die HH. Thiers, Graf Roger, Marquis Soult, de Malleville; die Doctrinairs durch die HH. Guizot, J. Pelet, Duchâtel, de Remusat und Hubert repräsentirt. Der Herr Marschall Soult wohnte dieser Versammlung nicht bei. — Hr. Guizot hat in einer Rede die Gründe auseinandergesetzt, die es ihm zur Pflicht machen, bei seinem Entschluß zu beharren. — Die HH. Odilon-Barrot und Thiers sollen ihrerseits die Gründe entwickelt haben, die ihnen nicht gestatten, den Doctrinairs die beiden Portefeuilles zu geben, die sie begehren, das des Innern und das der Finanzen. — Nach dreistündiger Berathung ist man auseinander gegangen, ohne sich verständigen zu können. — Es scheint sogar, daß man auf jedes Project verzichtet hat, das rechte Centrum der künftigen Combination beizugesellen; denn gestern Früh hat der Telegraph dem Hrn. Humann melden müssen, daß seine Anwesenheit in Paris gewünscht werde. Hr. Humann besucht in diesem Augenblicke Eisenwerke, die er in der Gegend von Montbeliard besitzt; es ist nicht wahrscheinlich, daß man vor zwei bis drei Tagen Antwort von ihm erhalten wird. — Hr. Dupin ist bereits vorgestern nach Paris berufen worden; er wird stündlich erwartet. — Es scheint, daß alle Arrangements so lange suspendirt bleiben, bis man Gewißheit darüber erhalten haben wird, was die HH. Dupin und Humann zu thun gesonnen sind."

Unter den Journalen der Coalition macht die Sprachverwirrung täglich größere Fortschritte. Der Courrier Français (Maugnin's Organ) erinnert daran, daß Hr. Guizot als Minister des Innern dem Bestechungssystem den Eingang geoffnet habe, daß man ihm also dieses Portefeuille mit den Wahlen und geheimen Fonds nicht wieder anvertrauen könne. Das Journal du Commerce (das Blatt Laffitte's) meint, Hr. Thiers sei weder Frankreich noch die Kammer, und man habe ihm zu viel Wichtigkeit beigelegt. Seine materialistische Politik werde von der Mehrheit verworfen werden, und man müsse ihn vor Allem fragen, ob er, falls Belgien die 24 Artikel verwerfe, sie ihm durch eine Armee aufdringen wolle, oder dem teutschen Bund gestatten werde, Belgien zu besetzen. Die ministerielle Presse ist erfreut, daß die Spaltungen unter der Coalition früher eintreten, als man hoffen konnte, und sieht in Gedanken schon Guizot und die Seinigen reuevoll in den Schaafstall der Conservativen zurückkehren. Nach dem Courrier Français sollen jedoch die Doctrinairs erklärt haben, sie würden der Coalition treu bleiben, und selbst den Schatten einer Opposition gegen das neue Ministerium vermeiden.

Hr. de Potter erklärt im National, die Veranlassung der Hausdurchsuchung gegen ihn sei ein bei Barthels in Brüssel gefundener Brief gewesen, worin er (Potter) binnen zwei Jahren eine Revolution in Frankreich prophezeite. Hr. Nothomb, dem es daran gelegen sei, daß er entweder nach Belgien zurückzukehren genöthigt oder in Paris verhaftet werde, habe durch Hrn. Lehon diesen Brief den französischen Behörden zustellen, und die Untersuchung gegen ihn einleiten lassen. Allein der Instructionsrichter habe sich leicht überzeugt, daß keine Verschwörung, sondern bloß eine schriftlich geäußerte Ansicht vorliege, und daß der Barthels'sche Prozeß mit Frankreich nichts gemein habe.

Das Memorial Bordelais erklärt die Nachricht des Standard, fünf furchtbar bemannte Capercschiffe seien bereits von Newyork nach dem mexicanischen Golf abgesegelt, für erfunden, in der Absicht, dem französischen Seehandel Schrecken einzujagen. Briefe aus Newyork, die am 9. März in Bordeaux angekommen, erwähnten kein Wort davon.

Die fünf jungen Araber aus Constantine, welche in Frankreich erzogen werden sollen, sind in Paris angekommen. Es sind sämmtlich Söhne einflußreicher Scheichs und Sprößlinge von angesehenen, berühmten Familien. Sie hielten sich einige Tage in Lyon auf, wo sie alle Sehenswürdigkeiten besuchten, und namentlich entzückt von den Goldstickereien waren, die man in ihrem Lande so sehr liebt. Das Heimweh, das oft während der

Reise in ihnen rege wurde, verschwand bei dem Anblick der französischen Hauptstadt ganz. Viele Personen besuchten sie und luden sie in ihre Häuser. Ihr Führer bis Paris war H^r. Desgranges, ehemaliger Dragoman in Konstantinopel. Sie nahmen ihr Absteigquartier bei dem Kriegsminister.

— In Paris besteht jetzt ein Centralcomité der Subscriptionen zu Gunsten der Opfer des Erdbebens von Martinique. Präsident desselben ist Admiral Duperré.

In der Provinz Constantine kommt es ungeachtet der Ruhe, die dort im Allgemeinen seit der Einnahme der Hauptstadt herrscht, doch manchmahl zu kleinen Scharmützeln. Eine Colonne französischer Truppen wurde zehn Stunden von dem Lager Ghelma angegriffen und hatte einige Todte und Verwundete. Ihre Bestimmung war, den Kaid Resgui im Stamm der Hennanchas einzusetzen. In der Provinz Oran kamen einige Stämme Abd-el-Kaders auf das Gebiet der Franzosen, um dort ihre Heerden weiden zu lassen. Sie zogen sich jedoch zurück, als der französische General ihnen bemerken ließ, daß diese Einwanderung dem Vertrage an der Tafna zuwider sei.

Am 15. März 2 Uhr Nachmittags 5Percents —. 3Percents 79 Fr. 35.

Spanien.

Dem Bayonner Phare zufolge befand sich das Hauptquartier des Don Carlos am 9. März fortwährend in Tolosa; am 6. hatte er die Linie von Andoain, in Begleitung seiner Gemahlinn, seines Sohnes und des Infanten Don Sebastian, inspicirt.

Einem Schreiben aus Burgos vom 8. März (in der Quotidienne) zufolge war Balmaseda zu Cogullos (zwei Meilen von jener Stadt) eingerückt. Auch General Mérino soll in die Provinz Burgos eingerückt seyn, um sich mit Balmaseda zu vereinigen, welchem er, dem Vernehmen nach, seine Ernennung zum Generalcommandanten jener Provinz überbringt. (Bekanntlich hieß es früher, Balmaseda, nach den Ereignissen in Estella zum Tode verurtheilt, habe die Flucht ergriffen und sei an der Spitze von zwei Schwadronen über den Ebro gegangen, um den Krieg auf seine Faust in Castilien zu führen.) — Espartero soll krank in Villarcayo liegen; es heißt, er sei von einer Gehirnentzündung befallen.

In einem Schreiben von der spanischen Gränze vom 10. März (in der Sentinelle des Pyrénées) heißt es: „Das 5te Bataillon von Navarra hat Befehl erhalten, von Etchalar nach Tolosa aufzubrechen; die Soldaten weigerten sich zu gehorchen, und erklärte, daß sie lieber nach Frankreich gehen, als sich dem General Maroto unterwerfen wollten. Man glaubt allgemein, daß dieses nicht das einzige Corps ist, bei dem eine üble Stimmung gegen Maroto obwaltet."

Portugal.

Das Dampfboot „Iberia" hat aus Lissabon Nachrichten bis zum 5. März nach England überbracht, die jedoch ziemlich unerheblich sind. Der Minister des Innern, H^r. Fernandez Coelho, beharrte auf seinem Entschluß, zurückzutreten, sobald seine Collegen ihm einen Nachfolger gefunden hätten. Carvalho, der auch ans Abdanken dachte, ist vermocht worden, auf seinem Posten als Finanzminister zu bleiben.

Mexico.

Durch den „Great-Western," der nach einer Fahrt von vierzehn Tagen und zwölf Stunden von Newyork in Bristol eingelaufen ist, hatte man Nachrichten aus Vera cruz bis zum 26. Jänner erhalten. Santa Anna war diesen Nachrichten zufolge wieder als Präsident an der Spitze des mexicanischen Freistaates getreten; durch welche Mittel er dahin gelangt ist, wird nicht gesagt. — Der bisherige Präsident Bustamente soll an der Spitze von 4000 Mann gegen den Foderalisten Urrea aufgebrochen seyn; man vermuthet, daß Santa Ana's Wiedererhebung zu der früher von ihm bekleideten Würde in Folge einer Uebereinkunft Statt gefunden hat, kraft deren Bustamente bis zur Beendigung des Krieges mit Frankreich von den Geschäften fern gehalten werden soll. — Das Decret behufs der Vertreibung der Franzosen vom mexicanischen Gebiet sollte am 5. Februar in Vollzug gesetzt werden. — Die Fahrzeuge der französischen und der englischen Escadre lagen ruhig vor Veracruz vor Anker und es herrschte, einer Version zufolge, das beste Einvernehmen unter den beiderseitigen Befehlshabern; ein Blatt von Neworleans will im Gegentheile wissen, die Ankunft der englischen Schiffsdision habe großes Mißvergnügen bei den Franzosen erregt, und Admiral Baudin dem englischen Befehlshaber in höflichen Worten zu verstehen gegeben, daß es gut seyn dürfte, wenn er sich bald wieder entfernte. Späterhin soll in einer Unterredung zwischen den beiderseitigen Befehlshabern ausgemacht worden seyn, daß zwei Linienschiffe und drei Fregatten von der englischen Escadre nach der Havannah absegeln sollten. — Admiral Baudin soll wenig Hoffnung auf eine baldige Ausgleichung der Streitigkeiten mit Mexico hegen und nur die Ankunft von Verstärkungen erwarten, um die Feindseligkeiten wieder zu beginnen.

Großbritannien und Irland.

Das Unterhaus verwandelte sich in seiner Sitzung vom 11. März in einen Ausschuß für Geldbewilligungen. H^r. Ch. Wood, Admiralitätssecretär, beantragte auf das Jahr bis zum 31. März 1840 die Verwendung von 34,165 Mann, mit Einschluß von 9000 Seesoldaten und 2000 Schiffsjungen, für die Marine. Sir Robert Peel gab dieser Erhöhung des bisherigen Standes seine vollkommene Zustimmung; seiner Ansicht nach wäre dieselbe eher noch zu niedrig, da es eine in die Augen springende Thatsache sei, daß die übrigen Großmächte, namentlich Frankreich, Rußland und die vereinigten Staa-

ten, ihre Seemacht vermehrt haben und dadurch in den Stand geſetzt worden ſeien, England auf dem Elemente, über welches es eine ausſchließliche Oberherrlichkeit bis jetzt angeſprochen habe, die Spitze zu bieten. Sir R. Peel ging dann auf die in beiden Häuſern ſchon oft und viel abgehandelte Vergleichung über die Thätigkeit ſeines Miniſteriums für die Marine mit der des gegenwärtigen über, und kam ſchließlich auf die mexicaniſche Angelegenheit zu ſprechen. Er warf der Regierung vor, ſie habe die brittiſchen Intereſſen anfangs ganz ſchutzlos gelaſſen und verſäume es jetzt, nachdem durch die Preſſung des mexicaniſchen Lootſen der brittiſchen Flagge eine poſitive Beleidigung zugefügt worden, gebührende Genugthuung zu verlangen. „England,“ bemerkte er, „muß Genugthuung erhalten. Ich beſorge übrigens nicht, daß über die befriedigende Ausgleichung der Sache eine Mißhelligkeit eintrete; es bürgt mir dafür der Character des in hohem Grade ausgezeichneten Mannes, der gegenwärtig Frankreichs Geſchicke lenkt und deſſen Thron mit Weisheit und Vorſicht ſchmückt, alle ſeine Vorgänger in der langen Reihe der Könige, die über jenes Land geherrſcht, übertreffend, erzogen durch die Wechſelfälle des Glücks und zur Weisheit angeleitet durch die wunderbarſten Wandlungen, denen das Schickſal eines Menſchen ausgeſetzt ſeyn kann, weßhalb er auch, größer als Napoleon durch das mächtige Vorwalten des Guten über das Böſe, in der künftigen Geſchichte Frankreichs mit höchſter Ehrfurcht und Dankbarkeit genannt werden wird.“ Hr. Ch. Wood bemerkte in Betreff der Angelegenheit des Lootſen, daß in dieſer Angelegenheit eine Mittheilung an die franzöſiſche Regierung ergangen und von der franzöſiſchen Regierung die Antwort, gegen welche ſich nichts einwenden laſſe, eingelaufen ſei, daß ſie, ſo lange ſie nicht von Admiral Baudin ausführliche Nachrichten über den Fall erhalten, keine beſtimmte Erklärung abgeben könne, daß ſie aber bereit ſei, jede Genugthuung zu geben, welche nach vollkommener Einſicht in die Sache angemeſſen erſcheine. Viscount Palmerſton bemerkte, die brittiſchen Unterthanen in Mexico ſeien keinen Augenblick ſchutzlos geweſen, und bei der Landung in Veracruz ſei ihr Eigenthum nicht im Mindeſten verletzt worden; die brittiſchen Agenten haben, außerdem daß ſie den brittiſchen Unterthanen vollkommenen Schutz ertheilt, noch manche Franzoſen in Mexico beſchirmt. Lord J. Ruſſell brachte noch die Sprache auf die Angelegenheiten im Orient. Es müſſe, bemerkte er, zugegeben werden, daß es für die Handels- und politiſchen Intereſſen Englands zuträglich erſcheine, wenn eine Colliſion zwiſchen der Türkei und dem Paſcha von Aegypten verhindert werde, ſo lange der Einfluß Englands ſolche verhindern könne; er habe zwar keinen Grund, das unmittelbare Eintreten eines ſolchen Ereigniſſes zu befürchten, jedenfalls ſei es aber, um der Sicherung des Friedens willen, nöthig, das Geſchwader im Mittelmeer auf ſeinem gegenwärtigen Stande zu erhalten.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 12. März ſtellte Lord Brougham, indem er dem Paſcha von Aegypten, wegen ſeiner Verdienſte um das Unterrichtsweſen in ſeinem Lande und wegen der von ihm neuerlich verfügten Abſtellung der Sclavenjagden die höchſten Lobſprüche zollte, an die Miniſter die Frage, ob die Regierung entſchloſſen ſei, den Frieden im Orient zu erhalten, der durch die umfaſſenden Rüſtungen der Pforte bedroht ſei. Lord Melbourne erwiederte, die Regierung und ihre Verbündeten hegen den entſchiedenſten und aufrichtigſten Wunſch, den Ausbruch von Feindſeligkeiten zwiſchen dem Paſcha von Aegypten und der Pforte zu verhindern, und dieſe beiden Mächte ſeien bis jetzt dieſem Wunſche entgegengekommen; die entgegengeſetzte Befürchtung beruhe auf grundloſen oder übertriebenen Anſichten. — In der Sitzung des Unterhauſes von obgedachtem Tage entwickelte Hr. Villiers, deſſen Antrag auf Anhörung der Gegner der Korngeſetze vor den Schranken des Hauſes verworfen worden war, den neuen Antrag, das beſtehende Korngeſetz der Prüfung durch einen Special-Ausſchuß (Select-Committee) zu unterwerfen. Sir George Strickland und Hr. Poulett Thomſon, Präſident des Handelsbureaus und Mitglied für Mancheſter, ſprachen bis zu Abgang der Poſt für den Antrag, welchen Hr. Cayley bekämpfte. Die Berathung wird vorausſichtlich mehrere Sitzungen füllen, das Intereſſe an derſelben iſt jedoch dadurch ſehr vermindert, daß man an der Verwerfung des Antrags nicht zweifelt. Etwa 200 Mitglieder, worunter auch die Miniſter Lord Howick und Lord J. Ruſſell, dürften für denſelben ſtimmen.

Da ſich bei der zweiten Leſung der irländiſchen Municipalbill eine Spaltung unter den Tories herausgeſtellt hat, indem die Ultra's dieſer Partei von der großen Maſſe ſich abſonderten, ſo dürfte eine ausführlichere Mittheilung aus dem bei dieſer Gelegenheit von Sir Robert Peel, dem Führer der conſervativen Oppoſition im Unterhauſe, gehaltenen Vortrage nicht ohne Intereſſe ſeyn. Seine Rechtfertigung über das von ihm befolgte Verfahren, daß er ſich nämlich für jene Bill erklärte, lautete im Weſentlichen folgendermaaßen: „Nach dem Antheile, den ich bereits bei früheren Gelegenheiten an dieſer Sache genommen habe, iſt es mir unmöglich, ſtillſchweigend mein Votum abzugeben. Es iſt hier die Frage, ob wir bereit ſind, irländiſche Corporationen nach dem Princip der Volkswahl einzuſetzen, oder ob wir unſere Zuſtimmung zu dem Princip der Maaßregel, welche das Haus in der letzten Seſſion angenommen hat, zurückhalten wollen. Um dieſe Frage beantworten zu können, muß ich auf den Stand dieſer Angelegenheit im Jahre 1834 zurückgehen. In dieſem Jahre wurde ein Geſetz zur Reformirung der engliſchen Corporationen angenommen, und das Princip der Volkswahl in Bezug auf ſolche Körperſchaften zum erſten Male eingeräumt. Im Jahre 1836 hatten wir darüber zu entſcheiden, ob daſſelbe Reformprincip auch auf die irländiſchen Corporationen anzuwenden, und, wenn dieß vereint würde, welches Verfahren zu beobachten ſei, um nach Aufhebung der alten Corporationen in England, dieſelben in Irland aufrecht zu erhalten. Wir fühlten, daß es nach der Emancipirung der Katholiken unmöglich ſeyn würde, die alten Corporationen in ihrer urſprünglichen Geſtalt beizubehal-

ten. Wir ſchlugen deßhalb vor, allen Claſſen in Irland, Katholiken wie Proteſtanten, in Betreff der Corporationen, wie in jeder andern Beziehung, gleiche bürgerliche Rechte zu bewilligen. Dieß hielten wir für das Klügſte; erwägt man jedoch, welchen Gebrauch die Corporation von Dublin von ihrer Gewalt gemacht hat, ſo wäre es wohl das Beſte geweſen, die irländiſchen Corporationen ganz abzuſchaffen, und auf andere Weiſe für die Verwaltung und Controllirung der Corporationsrechte und des Corporationseigenthums zu ſorgen. Dieß ſchlugen wir im Jahre 1836 vor, aber wir dachten nie daran, vorzuſchlagen, daß die Corporationen ſo bleiben ſollten, wie ſie waren. auch haben wir uns niemals der zweiten Leſung einer der Bills widerſetzt, die ſeitdem von dem Miniſterium eingebracht worden ſind; aber wir thaten dieß nach dem Princip der gänzlichen Aufhebung der irländiſchen Corporation. Bei den Abſtimmungen hierüber war unſere Minorität gering; ich glaube, ſie betrug etwa 80 Stimmen bei der erſten und nahe eben ſo viel bei der zweiten Abſtimmung. Es war nun nöthig, zu unterſuchen, welches Verfahren wir in dem jetzigen Falle zu beobachten hätten. Ich wünſchte, ich könnte es über mich gewinnen, nach demſelben conſequenten Princip zu handeln, welches das Votum einiger meiner ehrenwerthen Freunde zu leiten ſcheint. Dieß Princip der Folgerichtigkeit iſt ohne Zweifel bei Staatsmännern nicht nur ſehr ſchätzbar, ſondern auch oftmals ſehr zweckmäßig. Da ich jedoch mit dem Vertrauen und dem Beiſtande der angeſehenſten Männer von England beehrt worden bin, — und ich halte dieß für die höchſte Ehre — ſo kann ich, ich geſtehe es, nicht immer unabänderlich bei meinen Anſichten beharren. (Beifall.) Ich hielt es vielmehr für meine Pflicht, dieſe Frage nicht nur in Bezug auf die irländiſchen Corporationen, ſondern auch in Bezug auf den allgemeinen Zuſtand des Landes zu betrachten. Ich beſchloß daher, zu erwägen, welches das beſte Verfahren ſei, um die großen Intereſſen der Proteſtanten und der proteſtantiſchen Kirche in Irland zu bewahren, dem Conflict ein Ende zu machen, der ſchon zu lange zwiſchen beiden Parlamentshäuſern beſtanden hat, um endlich jene Frage zu erledigen. Ich weiß ſehr wohl, daß einige meiner ehrenwerthen Freunde das Verfahren, welches ich zu befolgen beabſichtige, nicht billigen, allein ich hoffe, daß die Meinungsverſchiedenheit niemals eine Störung in dem innigen Verhältniſſe herbeiführen wird, das ſo lange zwiſchen uns beſtanden hat. (Beifall von der Oppoſition und ironiſches Lächeln von der miniſteriellen Seite.) O, ich geſtehe es vollkommen ein, und mögen Sie immerhin jeden beliebenden Vortheil aus dieſem Eingeſtändniß ziehen, daß ich von einigen meiner geſchätzten Freunde in Bezug auf dieſe Frage abweiche. Ich werde für die zweite Leſung der Bill ſtimmen und mich bemühen, dieſe Frage endlich zur Entſcheidung zu bringen. Ich werde mich nicht übereilen, und mich in keine neue Verbindungen einlaſſen, ohne diejenigen, mit denen ich irgend einmal über dieſe Frage verhandelt habe, um Rath zu fragen. Man kann ſich auf die Redlichkeit meiner früheren Erklärungen verlaſſen, und welches waren dieſe Erklärungen? Ich ſagte: Wenn wir erſt die Zehntenbill und das Armengeſetz haben, dann wollen wir redlich die beſte Weiſe in Erwägung ziehen, wie die Corporationen zu reformiren ſind. Seitdem ich dieß ſagte, haben wir die Zehntenbill und das Armengeſetz erhalten. Ich habe weder in dieſer noch in einer andern Beziehung einen Vertrag mit der Regierung abgeſchloſſen; ich habe keine Verpflichtungen gegen ſie, ich bin frei wie die Luft. Ich habe mich während meines ganzen Lebens in Acht genommen, Verbindlichkeiten gegen diejenigen einzugehen, gegen die ich mich in entſchiedener und unbedingter Oppoſition befinde. Das Verfahren, welches ich befolgen will, iſt bereits beſchloſſen und beſteht darin, die irländiſchen Corporationen nach dem Princip der Volkswahl zu reformiren. Wir verlangten die Zehntenbill ohne Appropriationsclauſel; wir erhielten ſie. Aus welchem Grunde verſage ich nun dem Princip der vorliegenden Bill meine Unterſtützung nicht? Mein ehrenwerther Freund (Sir Robert Inglis) hat geſagt, daß er kein Vertrauen zu der Regierung hege, da ein Mitglied einer Geſellſchaft, die den Zweck habe, das Land aufzuregen, zu einem hohen Amte bei der Rechtspflege und Lord Ebrington an die Stelle des Lord Normanby zum Lordlieutenant von Irland ernannt worden ſei, und dieß halte er für hinreichend, um ſich der vorliegenden Maaßregel zu widerſetzen. Was nun Lord Ebrington betrifft, ſo hörte ich vorgeſtern Abends ſeine Rede und ich bekenne ganz offen, daß ich eine redliche Handhabung der Geſetze von ihm erwarte; wenn er jedoch geſtattet, daß der Kampf gegen die herrſchende Kirche auf eine gewaltthätigere Weiſe geführt wird, weil derſelbe, wie er ſagt, von den Armen auf die Reichen übergegangen ſei, ſo kann ich zu ſeinen Tugenden und guten Abſichten länger kein Vertrauen haben. Dieſe Eigenſchaften werden ihm ohnedieß nicht viel helfen, denn ſeine Hand wird durch die von ihm ausgeſprochene Hoffnung gelähmt ſeyn. Ich ſage nicht, daß dieſe Ernennung einen Grund abgebe, der Bill nicht beizuſtimmen, oder daß ſie unpaſſend ſei, aber ich ſage, daß der edle Lord ſich in Betreff der Verwaltung Irlands in eine ſchwierige Stellung verſetzt hat. Wie kann man die Macht des Geſetzes gegen diejenigen in Anwendung bringen, die das Land in einem Zuſtande der Aufregung erhalten, wenn derjenige, der dieſe Gewalt ausübt, wünſcht, daß die Aufregung noch furchtbarer werden möchte. Man wird ſich erinnern, mit welchem wachſamen Auge jede Ernennung verfolgt wurde, als wir am Staatsruder waren. Ich erinnere nur an das Geſchrei, welches man über die Ernennung zweier meiner ehrenwerthen Freunde zu irländiſchen Geheimräthen und über die des Grafen Haddington zum Lordlieutenant von Irland erhob. Uebt man, frage ich, unparteiiche Gerechtigkeit gegen die andere Partei und zwar gegen eine Partei, die in der Minorität iſt, nämlich die proteſtantiſche Bevölkerung, eine Partei, die ſo ſehr bei dieſer Frage intereſſirt iſt, übt man Gerechtigkeit gegen ſie, wenn man, nachdem man die Kirche ſo bedeutend geſchwächt hat, zum Hauptverwalter der irländiſchen Angelegenheiten einen Mann wählt, der nicht etwa vor den muthmaaßlichen Folgen der angenommenen Maaßregeln warnte, ſondern die Hoffnung ausſprach, der Krieg gegen die herrſchende Kirche werde fortdauern und von den Armen auf die Reichen übergehen? (Lauter Beifall.) Glauben Sie nicht, daß ich mir die Wahrſcheinlichkeit, daß es ſo kommen könne, verhehle; glauben Sie nicht, daß die Ernennung des Lords Ebrington mir genügt. Ich bin mir indeß keines Vorbehalts für einen ſolchen Fall bewußt, der mich berechtigt, mich wegen dieſer Ernennung, ſie als ein Hinderniß betrachtend, der Umgeſtaltung der Municipalcorporation zu widerſetzen. So viel über mein Verfahren in Bezug auf die Frage über die irländiſchen Corporationen. Ich halte mich jetzt für verpflichtet, zu bekennen, daß ich von dem Verfahren, welches ich in der vorigen Seſſion befolgte, nicht abweichen werde. Meine Freude darüber, daß ich im Stande bin, ſo zu handeln, würde jedoch ſehr vermindert werden, wenn das von mir befolgte Verfahren mit den Anſichten derer, die gewöhnlich mit mir übereinſtimmend handeln, im Widerſpruch wäre. Nach dem Verfahren, das wir ſelbſt bei früheren Gelegenheiten befolgten, ſehe ich keinen andern Weg, den wir dem Ver-

ſuch vorziehen könnten, der großen Maſſe der Bewohner derjenigen Orte, denen neue Corporationen verliehen werden ſollen, nach Grundſätzen, die uns unſchädlich ſcheinen, einen billigen und angemeſſenen Einfluß auf dieſe Corporationen zu ſichern. Zwei Jahre lang verſuchten wir die gänzliche Aufhebung der Corporationen in Irland, und da uns dieß mißlang, ſo ſtimmten wir einer Maaßregel bei, die den Zweck hatte, die Corporationen umzugeſtalten. Was ſollen wir nun thun? Sollen wir der Umgeſtaltung unſere Zuſtimmung geben, ſollen wir abermals verſuchen, ſie aufzuheben, oder ſollen wir ſie laſſen, wie ſie ſind? Dieſe Fragen müſſen beantwortet werden; es ſind Fragen, vor denen eine große politiſche Partei, wie die unſerige, nicht zurückſchrecken darf, und ich will ihnen aufrichtig begegnen. Was haben wir ſchon gethan in Bezug auf dieſe Corporationen? Wir haben ihnen die Einkünfte genommen und jede Veräußerung ihres Eigenthums verhindert. Können wir das Geſetz, wodurch dieß geſchah, zurücknehmen? Haben wir nicht die Corporationen ihrer Lebenskraft beraubt? Ich ſehe daher nicht ein, daß wir in Bezug auf die zweite Leſung dieſer Bill anders verfahren könnten, als in der vorigen Seſſion. In der geſtrigen Debatte vernahm ich, daß der ehrenwerthe und gelehrte Herr (Shaw) ſagte, das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied für Dublin (O'Connell) irre ſich ſehr, wenn es glaube, es beherrſche die Meinungen der ganzen katholiſchen Bevölkerung Irlands, denn in der ganzen Provinz Connaught ſeien nur 55 Pf. für den Vorläuferverein zuſammengekommen. Ich bedachte, woher dieß rühren möge, und ich glaube, daß ich nicht irre, wenn ich der Meinung bin, daß es hauptſächlich von der Hoffnung herrühre, daß wir unſere Verpflichtungen in Betreff der Municipalcorporationen erfüllen würden. Aber angenommen, das ehrenwerthe Mitglied für Dublin und ſeine Freunde könnten uns den Vorwurf machen, daß wir uns weigerten, der Umgeſtaltung der Municipalcorporationen beizuſtimmen, wäre es dann nicht möglich, daß die Agitation, die bedeutend nachgelaſſen haben ſoll, mit verdöppelter Stärke erwachte, und daß das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied für Dublin bald keine Schwierigkeit mehr fände, eine größere Summe für den Vorläuferverein aufzubringen? Aus dieſer Rückſicht und in der Ueberzeugung, daß es weit weniger ſchwierig iſt, die irländiſchen Corporationen umgeſtalten, als ſie aufzuheben, oder ſie in ihrem jetzigen Zuſtande fortbeſtehen zu laſſen, ſtimme ich bei dieſer Gelegenheit für den Antrag des edlen Lords (Morpeth), nämlich für die zweite Leſung dieſer Bill."

H^r. Shaw entwarf in der Sitzung des Unterhauſes vom 7. März ein düſteres Gemälde von der gegenwärtigen Lage Irlands, behauptete, die Regierung begünſtige die Agitation, ſtatt ſie zu unterdrücken, knüpfte aber, wie ſchon erwähnt, an ſeine lange Rede nur den Antrag, die Miniſter ſollten gehalten ſeyn, alle Papiere vorzulegen, welche ſich auf die während der Jahre 1835 bis 1839 in Irland vorgekommenen Criminalfälle bezögen. Lord Morpeth, der dieſe Rede beantwortete, ſagte unter Anderm: „Da ein großer Theil der Verantwortlichkeit für die eben angeregten Gegenſtände auf mich perſönlich fällt, ſo muß ich wohl geſtehen, daß es mich nicht wenig gefreut hat, zu hören, wo man hinaus will mit dem lange gedrohten Angriff, der die Verwaltung Irlands mit Scham und Schande bedecken ſollte. Den Umfang und die Schwere ihrer Miſſethaten nachzuweiſen und ihr wohlverdiente Vergeltung zu Theil werden zu laſſen, daß war, wie wir glauben mußten, die Aufgabe, vor welcher man nicht zurückſcheuen würde. Was iſt zu dieſem Zwecke geſchehen? Wurde etwa eine Motion geſtellt auf Anklage? Nichts weniger! Oder auf ein Votum des Tadels? Auch nicht! Oder auf eine Adreſſe an die Krone, nachſuchend um Entlaſſung der Miniſter? Mir iſt nichts der Art zu Ohren gekommen. Oder endlich auf motivirte Anrathung einer andern Politik? Keineswegs. Nun denn, was iſt euer Begehr? Ich höre ſchon: Ihr verlangt die Vorlegung von Papieren. Ich aber frage das Haus, was iſt ſeit Monaten das ewige Lied geweſen bei allen Volksverſammlungen und in allen Tagblättern? Wird nicht überlaut Beſchwerde geführt, Eigenthum und Leben ſeien nicht mehr ſicher in Irland; die Geſetze würden dort mit Füßen getreten; die Regierung ſchließe dabei die Augen und laſſe dem Verderben freien Spielraum; die Kirche zerfalle in Trümmern, der Thron ſei bedroht, der proteſtantiſche Glaube gehe unter. So lautet die Klage, und das Alles endet in eine Motion um Vorlegung von Liſten über die peinliche Rechtspflege. Während Lord Normanby, ehe er ſeinem Amte in dem Colonialdepartement ſich ganz hingeben mag, ungeduldig abwartet, welche Wendung es mit der ihm verkündeten Anklage nehmen werde, und Lord Ebrington auf heißen Kohlen ſitzt, weil ja jeden Augenblick eine Adreſſe des Unterhauſes ſeine Anſtellung caſſiren könnte, gebärt der Berg eine Maus und kommt ſtatt einer kühnen Motion nichts zum Vorſchein, als ein Antrag auf Vorlegung von Papieren, ein Antrag, wie er jedes Jahr geſtellt und ohne Schwierigkeit bewilligt wird. Der ſehr ehrenwerthe Herr hat freilich in ſeiner Rede geſagt, es bleibe bei der verzweifelten Lage Irlands nichts übrig, als eine Berufung an das Parlament und die Krone; zuletzt aber ſchrumpfte die Appellation gewaltig zuſammen, und es genügt nun, wie es ſcheint, die Mittheilung einiger Actenſtöße." Hierauf bezog der Miniſter ſich auf eine Aeußerung des Unterſecretärs für Irland, H^rn. Drummond. Dieſer hatte nach der unlängſt vorgefallenen Ermordung Lord Norbury's, eines Grundbeſitzers, der ſeine Untergebenen mit Wohlthaten überhäufte, auf die Klage der Magiſtratsperſonen von Tipperary über die Zunahme grober Verbrechen in ihrer Gegend eine ſchriftliche Antwort gegeben, worin der Ausdruck vorkam, die Eigenthümer hätten nicht nur Rechte, ſondern auch Pflichten. Auf dieſe Aeußerung deutend, ſagte Lord Morpeth: „Ihr möget immerhin unſere Politik in Irland in Frage ſtellen; das Urtheil darüber iſt der Erſcheidung des Parlaments übergeben; ihr mögt auch die Gründe unſerer Handelsweiſe mit bitterem Tadel belegen; dabei werden wir gleichgültig bleiben; in keinem Fall aber nehmen wir unſere wohlüberdachte Meinung zurück, daß mit dem Eigenthum eben ſo gut Pflichten als Rechte verbunden ſind; ja, wir fühlen uns durch die ganze Geſchichte, wie durch

Alles, was in Irland vorgeht, genöthigt, unsere Gegner und unsere Freunde gleichmäßig zu warnen; abgesehen von jeder politischen Scheidungslinie, sollten Beide beachten, daß es, so lange Irland in der gegenwärtigen Lage bleibt, ja, so lange die menschliche Natur in ihrem Wesen beharrt, daß es, sage ich, ein Verfahren gibt, welches zum Widerstande reizt; daß nicht alle Leiden zu ertragen sind, daß das Fleisch schauert, wo die Zange reißt, und daß Blut strömt, wo das Messer einschneidet. So viel sagen wir zur Warnung und dringenden Bitte; unser Verhalten aber wird sich nicht ändern; die ausübende Gewalt und die Rechtspflege machen keinen Unterschied zwischen provocirten und unprovocirten Verbrechen; wir werden uns bemühen, wenn auch im innersten Gemüth widerstrebend — und wer mag in solcher Stimmung immer für sich einstehen? — mit derselben Wachsamkeit zu schützen, mit derselben Strenge zu rächen: hier den Grundeigenthümer, der seine Pächter mit schadenfroher Grausamkeit ausweist, und sie verschmachten läßt an der Landstraße oder umkommen in den Gräben, und dort ein Mann, der nur gelebt hat zum Wohle seiner Nebenmenschen, und dem Seufzer und Thränen in das frühe Grab folgen."

Durch den „Great-Western" hatte man in England die unangenehme Nachricht erhalten, daß es wegen des zwischen Maine (der nördlichsten Provinz der vereinigten Staaten) und Neu-Braunschweig seit 1783 streitigen Gebietes zu Thätlichkeiten gekommen ist. Der Courier und der Globe sind jedoch der Meinung, daß keine ernstlichen Folgen von der Sache zu befürchten seien, da die Centralregierung zu Washington das übereilte Benehmen des Gouverneurs von Maine in dieser Angelegenheit sicherlich mißbilligen werde.

Consols am 13. März 93⅞.

Niederlande.

Die zweite Kammer der Generalstaaten hielt am 11. März eine Sitzung, in welcher die Berichte über den Zustand des Armenwesens und des öffentlichen Unterrichts im Jahre 1837 vorgelegt wurden. Gegenstände von politischem Interesse kamen in dieser Sitzung nicht vor. Der bereits früher erwähnte Gesetzentwurf in Bezug auf die Zulassung ausländischer Gold- und Silberarbeiten, so wie hinsichtlich der im Inlande zu beobachtenden Stämpelung derselben, wurde von 25 gegen 22 Stimmen verworfen.

Am 6. März marschirte von Valkenswaard eine etwa 300 Mann starke Abtheilung aus den Aushebungen des Jahres 1832 und 33, um sich zu ihren resp. Regimentern nach Maestricht zu begeben. Ein zurückgebliebener Soldat, der sich durch Unkunde von der Militärstraße verirrt hatte, wurde von zwei belgischen Douaniers arretirt und nach Looz geführt, von wo er des folgenden Tages, einem Briefe zufolge, den er an den Commandanten der Abtheilung geschrieben, nach Weert gebracht werden sollte. Uebrigens ist der Mannschaft auf ihrem Wege kein Hinderniß zugestoßen.

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel vom 13. März: „Freiherr O'Sullivan von Graß ist hier angekommen; er hat gestern beim König gespeist. Heute sprachen in der Repräsentantenkammer Manilius, Dumortier und Rodenbach gegen den Tractat; für denselben die Minister Nothomb und de Theux. Gendebien machte eine neue Motion um Mittheilung von diplomatischen Actenstücken, die aber das Ministerium ablehnte. Als die Kammer über diese Motion zur Abstimmung ging, wurde sie mit funfzig Stimmen gegen neununddreißig verworfen, woraus man den Stand der beiden Parteien und die Gewißheit der Annahme des Tractats entnehmen mag. Vierzig für die Annahme des Tractats gesinnte Mitglieder der Repräsentantenkammer haben gestern eine Versammlung gehalten, in welcher sie beschlossen, in der morgigen Sitzung auf die Schließung der Erörterung anzutragen. Sollte dieser Antrag angenommen werden, so wird, wie man hofft, die Berathung der besondern Artikel des Tractats am 15. und 16. d. M. Statt haben, so daß es wohl am 17. zur definitiven Abstimmung kommen dürfte."

Teutschland.

Die Münchener Blätter vom 18. März melden: „Gestern um 10 Uhr wohnten Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger mit Ihrem ganzen Gefolge dem Gottesdienste in der griechischen Kirche bei. Mittags war bei Ihrer Majestät der Königinn große Tafel. Abends wurde bei beleuchtetem Hause die Oper „Macbeth" gegeben, worauf Soirée bei Ihrer königl. Hoheit der Herzoginn von Leuchtenberg Statt fand. Die Unterhaltung bestand in Musik und Tableaux. — Se. kais. Hoheit verließen heute Morgens 7 Uhr unsere Hauptstadt und setzten Ihre Reise, über Augsburg, nach Stuttgart fort."

Wien.

Aus Mailand ist die höchst betrübende Nachricht eingegangen, daß Se. kais. Hoheit der Erzherzog Maximilian, jüngster Sohn Sr. kais. Hoheit des Erzherzogs-Vicekönigs, am 16. d. M. Nachmittags, an den Folgen zurückgetretener Masern, mit Tod abgegangen sind.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 9. März l. J. die in Erledigung gekommene Abtei SS. Salvatoris de Kapornak dem Hofrathe bei der königl. ungarischen Hofkanzlei, Bischof Gabriel von Balassa, allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 22. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen zu 5 pC. in CM.		106¾.
detto	detto zu 4 pC. in CM.	101.
detto	detto zu 3 pC. in CM.	82²⁹/₃₂.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM		65⅛.
Bankactien pr. Stück 1489 in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 83

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 24. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 22. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.301	283. 02. 8P.	+ 4.1	SW.	schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.241	27 11 11	+ 7.2	W.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.217	27 11 8	+ 5.0	W.	—	Wolken.

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 16. März geben Hoffnung einer baldigen Entscheidung der Ministerkrise. Hr. Dupin war in Paris angelangt und schien geneigt, auf die ihm gemachten Anträge einzugehen. Im Messager vom obgedachten Tage heißt es: „Vorgestern im Laufe des Abends hatten die Doctrinaire einen Versuch zur Annäherung gemacht. Hr. Guizot wollte sich mit dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts begnügen, verlangte aber für Hrn. Duchatel das Ministerium des Innern. Es war unmöglich, sich diese Combination gefallen zu lassen. Dieselben Ursachen, weßhalb Hr. Guizot vom Departement des Innern ausgeschlossen wurde, widersetzten sich dem Eintritt der Hrn. Duchatel; man hatte dieses Portefeuille nicht einer Person, sondern einer Partei verweigert. — Die Ankunft des Hrn. Dupin mußte die Entwicklung der Krise beschleunigen. Hr. Dupin war der erste, der das Princip der reellen Präsidentschaft aufstellte; und obgleich er einen Augenblick in dieser Ueberzeugung zu wanken schien, so war doch sein Platz in einem, dem Wunsche der Majorität gemäß, aus dem linken Centrum gebildeten Ministerium bezeichnet. Man versichert, daß Hr. Dupin, nachdem er den König, den Marschall Soult und Hrn. Thiers gesprochen, das Justizministerium definitiv angenommen habe. Die Abwesenheit des Hrn. Humann wird die Composition des neuen Ministeriums nicht verzögern; sein Beitritt ist wahrscheinlich, und man kann Hrn. Passy mit dem Interim beauftragen. — Gestern Abends sind der Marschall, Hr. Thiers, Hr. Passy und Hr. Dupin beim Könige zusammengekommen. Die Ernennungsordonnanzen werden aller Wahrscheinlichkeit nach im Moniteur vom Sonntag, 17. März, erscheinen."

Das Siècle, das Journal des Hrn. Odilon-Barrot, äußert sich folgendermaaßen über die seinem Patron angetragene Präsidentschaft der Deputirtenkammer: „Hr. Barrot hat dem Ministerium seinen Beistand, ohne irgend eine persönliche Bedingung, angeboten und versprochen, daß dieser Beistand offen und aufrichtig seyn werde, wenn das Cabinet des linken Centrums keines der Principien und Interessen aufgebe, denen es den Sieg zu verschaffen berufen ist. Die Präsidentschaft ist keineswegs als eine Belohnung oder als ein Unterpfand gefordert worden. Hr. Barrot würde auf seiner Bank eben so mächtig, eben so geachtet gewesen seyn, als auf dem Präsidentenstuhle. Es war das linke Centrum, welches, überzeugt, daß die Mitwirkung der constitutionnellen Linken ihm nöthig sei, und entschlossen, sich auf selbe zu stützen, Hrn. Barrot aus freien Stücken angeboten hat, ihn zur Präsidentschaft vorzuschlagen, damit eine Thatsache, ein offenkundiges Band vor aller Welt Augen die Allianz bekräftige und sie dadurch enger und dauerhafter mache. — Diese Ehre ablehnen, würde das linke Centrum einer moralischen Kraft berauben, die man ihr zu geben wünscht. Hr. Barrot hat dieß nicht gewollt. Er hat daher das ihm gemachte Anerbieten angenommen, nichtsdestoweniger stets geneigt zur Selbstverläugnung, wenn die Männer, welche ans Ruder berufen werden, dabei einige Vortheile oder Erleichterungen finden sollten."

Der National und andere Blätter der Opposition hatten alle herben Aeußerungen, die im brittischen Parlamente gegen den Prinzen von Joinville vorgekommen, treulich wiedergegeben und ihre Freude darüber nicht verhehlt. In seinen neuesten Nummern greift der National die übermäßigen Beförderungen unter den Offizieren der Escadre Baudins heftig an. „Wir können versichern, daß die nachträglichen außerordentlichen Beförderungen in Folge der Ankunft des Prinzen von Joinville in Paris bewilligt wurden. Der Marineminister nahm Anstand, so viele Ernennungen für zwei Gefechte zu unterschreiben, in welchen nur zwei Offiziere getödtet wurden. Allein Prinz von Joinville hob diesen Anstand mit der Erklärung, er habe jene Ernennungen versprochen und wolle sein Wort in Ehren halten. Dieß hat man davon, wenn man zwanzigjährige Linienschiffcapitäns in unsere militärische Expeditionen sich mischen läßt! Sie verpfänden ihr Wort als Kinder und halten es als Minister! Die Flotte vor Mexico wird zufrieden seyn; was aber wird das gesammte Matinecorps, welches auf ein ganzes Jahr lang um seine Beförderung gekommen ist, davon denken?" — Der Moniteur widerspricht dieser Angabe des National. „Wir sind zu der Erklärung autorisirt, daß diese neueren Beförderungen nur auf das ausdrückliche Verlangen des Hrn. Viceadmirals Baudin bewilligt wurden. Uebrigens hat das Ministerium in diesem Falle nur das Gleiche gethan, was nach der Uebergabe der Citadelle von Antwerpen und nach der Einnahme von Constantine geschehen."

Am 15. März 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 55. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 55. — Am 16. März um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 108 Fr. 55. 3 Percents 79 Fr. 50.

Spanien.

Die neuesten Briefe aus Bayonne vom 11. März (in Pariser Blättern) melden: „Don Carlos ist noch immer in Tolosa und Maroto in Biscaya, wo er Alles aufbietet, seinen Einfluß auf die Truppen und die Bevölkerung zu befestigen. In diesem Sinne soll er eine Proclamation erlassen haben, hauptsächlich auch um die Mißstimmung zu beschwichtigen, welche die Rivalitäten zwischen den Generälen der ehemaligen regulären Armee und den emporgekommenen Parteigängerführern erzeugten. Diese Mißstimmung könnte Maroto, welcher, eben so wie Casa Eguia, Cabañas, Moreno, Negri und zwei oder drei andere, der alten Armee angehörte,

nachtheilig werden. Maroto ist einer von denen, welche man in den Provinzen unter der Bezeichnung „los viejos generales" kennt, während man die neuen Emporkömmlinge „los Guerilleros" heißt. Die Antipathie zwischen beiden hat sich während des Krieges öfters lebhaft geäußert. Man sagt, der Graf Negri habe bei seiner Expedition im Jahre 1838 die erlittenen Schlappen nur diesem einzigen Umstande zu verdanken gehabt. Er trenne sich deßhalb von Cabrera nach der Einnahme von Morella, dessen Gouverneur er war. Von einer nahen Erhebung in den Provinzen gegen die Dictatur Maroto's ist viel die Rede, und mehr als je spricht man von einer Reaction. Bis jetzt beschränkt sich Alles noch auf das häufige Kommen und Gehen der Carlistischen Exilirten von Bayonne nach Sare (auf der äußersten Gränze), wo die Exminister Arias Teijeiro, Labandero und der Bischof von Leon sich noch immer aufhalten. Miguel Garcia und Ramon Salgodo, welche seit drei Tagen in Bayonne waren, sind heute wieder nach Sare abgereist. Viele auf der Gränze wohnenden Spanier sind in diese Intriguen mit eingeweiht. Man hat behauptet, daß der Erzbischof von Cuba Premierminister des Prätendenten geworden. Jetzt aber heißt es, jener Prälat werde einer Art vertrauten Conseils vorstehen, welches Maroto an die Seite des Don Carlos setzen will, um jeden andern Einfluß als den seinigen zu verdrängen. — Der Oheim Teijeiro's, ein ehemaliger Kammerdiener des Don Carlos, und Uranga, der Exadjutant dieses Fürsten werden, so versichert man, nächstens nach Teutschland reisen. Sie begeben sich nach Salzburg zu der Infantinn Marie Amalie, Gemahlinn Don Sebastians, welche in dieser Stadt mit den beiden jüngsten Söhnen des Prätendenten geblieben ist. — Briefe aus Pamplona vom 6. meldeten, daß dort ein Tagsbefehl Espartero's bekannt gemacht worden, der die Vollziehung des frühern Befehls suspendirt, nach welchem alle Personen, die im Dienste des Don Carlos Verwandte haben, exilirt und ihre Güter confiscirt werden sollen. Diese Milderung der Befehle Espartero's soll wahrscheinlich eine Antwort auf die von Maroto angeordnete Aufhebung der Blockade von Pamplona und Bilbao seyn. — Einem Schreiben aus Saragossa vom 8. März zufolge stand Cabrera am 6. zu Segura mit 2000 Mann Infanterie und 600 Reitern. Er ließ Lebensmittel und Kriegsmaterial dorthin führen und will diesen Platz befestigen. Der General Ayerbe, welcher sich nach Cariñena begab, um Proviant einzutreiben, war im Begriffe von dort nach Segura zu marschiren. Allein wie gewöhnlich wird er sich darauf beschränken, Cabrera zu beobachten. Balmaseda, welcher bei la Brujula über den Ebro setzte, muß in diesem Augenblick sich mit Cabrera bereits vereinigt haben."

Portugal.

Briefe aus Lissabon vom 17. Februar melden: „In der Nacht vom 13. auf den 14. verspürte man hier mehrere Erdstöße, den ersten Abends um 10 Uhr, der aber nur schwach, und dem Gefühle nach nur ein Stoß von unter nach oben war. Um 3 Uhr Morgens erfolgten in ganz kurzen Zwischenräumen zwei Stöße, die selbst manchen Festschläfer erweckten. Diese wirkten mehr horizontal, und zwar wie es schien von Norden nach Süden zu. Den Tag über am 14. war eine außerordentliche Wärme wie im Juni, das Thermometer stieg bis 20° Reaumur in der Mittagsstunde. Nach dem Erdbeben fiel das Thermometer Morgens vor Sonnenaufgang auf + 4° R., und den ganzen Tag über erreichte es nicht 10°, der Himmel war trüb und neblicht, und es wehte ein scharfer kalter Nordostwind. Auch am 16. hielt diese Temperatur an, mit untermengten Regenschauern; erst heute ist die Atmosphäre wieder klar und hell, die Sonne scheint warm, und das Thermometer zeigt im Schatten 15° R. — Die häufigen Südweststürme in diesem Winter haben ausnehmend viel Unglück an den portugiesischen Küsten gestiftet, ungemein viele Schiffe sind gestrandet und gescheitert und mit Mann und Maus verloren gegangen. Es scheint nun auch zur Vermehrung dieses Unglücks die zunehmende Hartherzigkeit der Küstenbewohner hinzuzukommen, indem dieselben, in der Hoffnung, rauben und stehlen zu können, den in Gefahr Schwebenden allen Beistand versagen. Das Ministerium hat sich deßhalb genöthigt gesehen, an alle Generaladministratoren der Küstendistricte ein Circular ergehen zu lassen. — Auf dem letzten Faschingshofball hat es keine geringe Aufmerksamkeit erregt, daß Ihre Majestät mit dem Grafen da Ponte, der unter Dom Miguel Staatsminister, nachher dessen Gesandter in Paris war, und erst vor einigen Wochen Portugal wieder betrat, getanzt hat. Auf diese Art sucht man jetzt alle Parteien anzuziehen und miteinander auszugleichen, was auch das einzige Mittel ist, Ruhe und Frieden hier herzustellen."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 12. März sprach der Präsident des Handelsbureaus, Hr. P. Thompson, gegen die Korngesetze. Er behauptete, das gegenwärtige Gesetz gewähre nicht einmahl dem Landwirthe wirklichen Schutz, vielmehr sei der gegenwärtige gedrückte Zustand des Ackerbaues eine Folge dieses Gesetzes und der dadurch verursachten Schwankungen in dem Preise, und eine Aenderung dieses Zustandes würde auch die Lage des Feldarbeiters verbessern, indem dadurch der Begehr nach Arbeitern in allen Gewerbszweigen vermehrt und Wohlstand über alle Classen des gemeinen Wesens verbreitet würde. Das gegenwärtige Korngesetz habe viele Nationen der Welt zu Englands Gegnern gemacht. Durch die Ausschließung des fremden Korns seien die Häfen Europas und Amerikas für England verschlossen worden. Vor einiger Zeit sei Hr. M. Gregor nach Teutschland geschickt worden, um das System des teutschen Zollvereins zu studieren. Ein Minister eines constitutionellen Staates im südlichen Teutschland habe ihm gesagt, die englischen Korngesetze hindern die Herabsetzung der in dem Zollvereine auf englische Waaren gelegten Zölle. Andere auswärtige Minister haben sich in demselben Sinne ausgesprochen. Man bemerkt von dieser Seite: Wie könnt ihr von uns eine Zollverminderung verlangen, während Ihr die Zölle auf unsere Stapelwaare, das Korn, nicht herabsetzt? „Die fremden Länder," so schloß er, „leiden unter unsern Korngesetzen und dem Schwanken unserer Einfuhrabgabe. Auch den Grundbesitzern schadet das Gesetz, indem es Unsicherheit in dem Arbeitslohne hervorbringt. Die Pächter leiden ebenfalls darunter. Es beeinträchtigt den Gewerbsmann, weil es nachtheilige auswärtige Concurrenz hervorbringt. Der Hunger, der steinerne Mauern durchbricht, wird allen Widerstand überwältigen. Güter, Titel und Privilegien werden weggeschwemmt werden, und die, welche hohe Preise wollen, werden ihren Zweck in der That verfehlen. Ich bin für den Antrag auf Niedersetzung einer Specialcommittee zur Prüfung der gegenwärtigen Korngesetzes, in der festen Ueberzeugung, daß die Wohlfahrt des Landes davon abhängt." Nachher sprach noch Sir E. Knatchbull für die Korngesetze.

In der Sitzung des Unterhauses vom 13. wurden die Debaten über die Korngesetzfrage fortgesetzt. Sir W. Moleswortb, Hr. Grote, Hr. Clay sprachen

für die Aufhebung, Lord Howick für eine Modification dieser Gesetze, für deren Beibehaltung sich H^r. Christopher, Lord Darlington und H^r. Wodehouse erklärten. Die Debatten wurden nach 1 Uhr Morgens auf den folgenden Abend ajournirt.

Wir haben gestern kurz der Erklärung erwähnt, welche Lord Palmerston in der Sitzung des Unterhauses vom 11. März über Englands Stellung in dem französisch-mexicanischen Streite gab. Er bemerkte, so wie Frankreich eine größere Schiffsmacht nach jenen Gewässern gesendet, habe auch England seine Station so vermehrt, daß sie der französischen ungefähr gleich gekommen sei. Schutz der englischen Schiffe und Unterthanen sei der einzige Zweck dieser Sendung gewesen, da England kein Recht gehabt habe, sich in den Streit selbst zu mischen und Frankreichs Angriff sich zu widersetzen. Frankreich habe noch vor der Beschießung San Juan d'Ulloa's erklärt, es habe durchaus nicht im Sinn, weder das Fort, noch sonst ein Stück des mexicanischen Gebiets sich anzueignen; es werde das Fort zurückgeben, so wie Frankreich eine genügende Satisfaction erhalte. Die Engländer in Mexico hätten durchaus nichts gelitten, vielmehr habe der dortige englische Geschäftsträger und der englische Consul in Veracruz auch den Franzosen wirksamen Schutz angedeihen lassen können, in Folge des zwischen Frankreich und England bestehenden guten Vernehmens. (Hört! hört!) Von der englischen Regierung sei zuerst H^r. Ashburnham, dann H^r. Pakenham beauftragt worden, sich zu bemühen, eine Ausgleichung zwischen den Mexicanern und Franzosen zu Stande zu bringen. Er müsse offen gestehen, nach den Erfolgen, welche die Franzosen dort errungen, habe H^r. Pakenham größere Wahrscheinlichkeit als zuvor, seine Bemühungen mit einem glücklichen Resultat gekrönt zu sehen. Statt also der englischen Regierung Vorwürfe zu machen, sollte man anerkennen, daß Sie Alles thue, um die Kämpfenden zu versöhnen, und den Frieden da herzustellen, wo Frieden nothwendig sei. (Großer Beifall.) Was (fuhr der Minister fort) die Vertheilung der englischen Seemacht betreffe, so glaube er, daß es im Interesse des Marineunterrichts besser sei, eine gewisse Zahl Schiffe auf ausländischen Stationen zu halten, als die Matrosen in den Häfen des Landes an den Müßiggang gewöhnen zu lassen. „Da wir mit der ganzen Welt im Frieden leben, da Ihre Majestät in Ihrer Rede erklärt haben, sie erhalte von Ihren Alliirten fortwährend die freundschaftlichsten Zusicherungen, da man durchaus keine Macht nennen kann, die Lust haben dürfte uns anzugreifen, so glauben wir unsere Seeleute nützlich zu verwenden, wenn wir sie in fremden Meeren kreuzen und sie nicht in unsern Häfen ein indolentes oder ausschweifendes Leben führen lassen. Man wird den Nutzen einer imposanten Streitmacht im Mittelmeere nicht läugnen wollen. Im Jahre 1838 hatten wir neun Linienschiffe im Mittelmeere. Man sagt uns, wir würden im Falle eines Kriegs genöthigt seyn, sie zurückzurufen. Da Jene, welche vom Kriege sprechen, ohne Zweifel dabei Rußland vor Augen haben, so frage ich: könnten wir mit dieser Macht Krieg führen, ohne eine Escadre im Mittelmeere zu haben? Wäre es nicht leicht, eine ganze Escadre in unsern Häfen zu bemannen? Wir haben jetzt zehn Linienschiffe im Mittelmeere, und acht oder zehn andere nur so weit entfernt, daß wir sie im Nothfalle sogleich zu uns zur Vertheidigung des Landes rufen könnten. Ich gestehe, daß ich auf die Fragen nur mit großem Widerwillen eingehe, in der Besorgniß, man möchte meine Worte falsch deuten, und darin eine Bestätigung der Meinung sehen, als stehe ein baldiger Bruch mit Rußland bevor. Es ist dieses durchaus nicht der Fall. (Hört!) Unsere Verhältnisse zu Rußland sind keineswegs von der Art, jene Meinung zu bestärken. Ich glaube im Gegentheil, daß man von beiden Seiten wünscht, friedliche und freundliche Verbindungen zu unterhalten. Wenn indessen durch irgend einen unvorhergesehenen Umstand der Friede gestört werden sollte, so sähe sich die brittische Regierung keinesfalls so plötzlich überrascht, um den Ereignissen nicht die Stirne bieten zu können. Auch wird das Haus gewiß stets bereitwillig Maaßregeln sanctioniren, welche durch unglückliche und bis jetzt durchaus nicht vorauszusehende Umstände nöthig werden könnten. Ein anderer Vorwurf, den man der Regierung macht, ist, daß wir an der Küste von Spanien ungeheure Summen verschwenden. Ich erwiedere, daß die Seemacht, welche auf jenem Puncte verwendet wird, nicht viel mehr kostet, als auf jeder andern Station. Uebrigens erwarte ich durchaus nicht, über diese Frage mich mit jenen ehrenwerthen Mitgliedern dieses Hauses zu verständigen, welche dieselbe von einem ganz andern Gesichtspuncte, als ich, auffassen. Sie erheben Wünsche und Gebete für den Sieg des Don Carlos; ich aber wünsche den Triumph Isabellens und der constitutionellen Regierung. (Rauschender Beifall von den Reformbänken.) Ich kann unmöglich jenen ehrenwerthen Mitgliedern beistimmen, welche selbst durch die fürchterlichen Ereignisse, die ganz kürzlich am Hofe und im Lager des Don Carlos vorfielen, von dessen Sache nicht abwendig gemacht werden konnten. Ich meinerseits bin überzeugt, daß es in Englands Interesse liegt, die constitutionelle Sache zu unterstützen, Spanien unabhängig und frei zu sehen. (Lebhafter Beifall.) Die Interessen unsers Handels, und mehr noch das Interesse, welches wir dafür haben, daß das Gleichgewicht in Europa erhalten werde, sind mit der Unabhängigkeit Spaniens eng verbunden. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß die geringe Macht, welche England an die Küste von Spanien gesandt, durch ihre Haltung und die Behauptung einiger Positionen, der Königinn und der Constitution Spaniens wichtige Dienste geleistet hat. Unsere Streitmacht war also mit wenig Kosten der Königinn von Spanien nützlich. Wenn wir indessen bei unvorhergesehenen Ereignissen Kriegsschiffe und Mannschaft für andere Schiffe zu Hause nöthig hätten, so würden wir unsere Marinesoldaten aus Spanien zurückrufen. Diese würden hier seyn, bevor noch die Schiffe, auf welchen sie dienen sollten, bereit wären."

Der Präsident des Bureaus der ostindischen Angelegenheiten, Sir John Hobhouse, hat dieser Tage im Unterhause einige Eröffnungen gemacht, aus denen man ersieht, daß die ostindische Compagnie, um auf die Wechselfälle der Expedition nach Afghanistan gefaßt zu seyn, ihre Streitkräfte um 24,000 Seapoys, inländische Soldaten, vermehrt hat, und daß auch die europäischen Regimenter um 3000 Mann verstärkt worden sind. Ueberdieß würden, sobald es nöthig seyn sollte, Truppen aus Ceylon und Mauritius zugeführt werden. Sir John Hobhouse gab diese beruhigende Erklärung als Antwort auf eine Bemerkung des Herzogs von Wellington, der im Oberhause geäußert hatte, England habe Krieg in Ostindien und in Canada, während Heer und Flotte auf dem Friedensfuß ständen. Der Minister zeigte ferner an, er habe mit Lord Auckland und den Directoren der ostindischen Compagnie über eine ansehnliche Verstärkung der europäischen Streitkräfte in Ostindien Rücksprache genommen; sobald der Generalgouverneur solche für erforderlich erachte, sollten ihm die Truppen zur Verfügung gestellt werden.

In einer am 14. d. M. Statt gefundenen Versamm-

lung der Directoren der Bank in England wurde die halbjährige Dividende auf 3¼ Percent festgesetzt, was großes Mißfallen erregte, da diese Dividende gewöhnlich auf 4 Percent festgesetzt worden war.

Die neuesten Blätter aus Westindien melden den am 27. Jänner auf S^t. Thomas erfolgten Tod des Admirals Sir C. Paget, Befehlshabers des brittischen Geschwaders in den westindischen Gewässern.

Die Streitigkeiten zwischen dem Staate Maine und der brittischen Colonie Neu-Braunschweig haben, wie bereits erwähnt, zu einer Collision geführt. Der streitige Bezirk, in dessen factischem Besitze England sich seit 1783 anerkanntermaaßen befindet, ist werthlos, eine unangebaute Einöde, deren Anbau schwerlich gewinnbringend seyn dürfte; für England ist er jedoch von großem Interesse, da er das Mittel zur Verbindung von Neu-Braunschweig mit Canada und also sämmtlichen brittischen Colonien in Nordamerika unter einander bildet. Einige brittische Abenteurer hatten sich nun neuerdings in diesem Bezirke festgesetzt, um Holz zu hauen. Auf die Nachricht hiervon schickten Gouverneur und Legislatur des Staates Maine einen Landagenten mit 150 Bewaffneten und einem Stücke Geschütz ab, um die Eindringlinge zu vertreiben, ihr Vieh, ihre Wägen und Werkzeuge wegzunehmen. Es geschah dieses, ohne daß die geringste Mittheilung an Sir John Harvey, den brittischen Gouverneur von Neu-Braunschweig, ergangen wäre. Die Amerikaner führten einige der Holzschläger gefangen weg und wollten sofort ihre weiteren feindlichen Absichten ausführen; da ermannten sich die Angegriffenen und nahmen den nordamerikanischen Landagenten M'Intyre gefangen. Zur Vergeltung hiefür wurde der brittische Landagent, H^r. M'Laughlin, welcher den eingedrungenen Amerikanern friedliche Vorstellungen über die Gesetzwidrigkeit ihres Benehmens machen wollte, von diesen festgenommen. Der Gouverneur von Maine hat seither die abgeschickte Mannschaft verstärkt und die benachbarten Staaten zum Beistande aufgemahnt; auch hat bereits der Gouverneur von Massachusetts der Legislatur dieses Staates Anträge zu diesem Zwecke vorgelegt. Seinerseits rüstet sich auch Sir John Harvey in Neu-Braunschweig; zugleich ließ er eine in gemäßigtem Tone abgefaßte Protestation an die Behörden von Maine abgehen. Der Gouverneur Fairfield erwiederte jedoch, er glaube bis jetzt vollkommen richtig gehandelt zu haben. Es kommt jetzt Alles auf das Benehmen der Centralregierung in Washington an.

Consols am 14. März 93⅞. ¼.

Belgien.

In der Sitzung der Repräsentantenkammer am 14. März wurden die Debatten über die Annahme des Tractats fortgesetzt. Nachdem mehrere Redner für und wider gesprochen hatten, nahm H^r. Bekaert, der für die Annahme eingeschrieben war, das Wort; er konnte jedoch seine Rede nicht zu Ende führen; er fiel in dem Augenblicke, wo er sich, ungeachtet seines tiefen Mitgefühls für Luxemburg, zu Gunsten der Trennung aussprach, besinnungslos zur Erde und gab bald darauf in einem anstoßenden Saale, wohin er gebracht wurde, seinen Geist auf. Die Sitzung wurde wegen dieses traurigen Vorfalls sogleich aufgehoben.

In der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 15. März verlas H^r. von Merode folgenden Antrag: „Der von der Conferenz ausgegangene Act hat bereits seine traurigen Früchte getragen. Einer unserer Collegen, der sich nicht mit der kalten und grausamen Gleichgültigkeit der Länder zerstückelnden Diplomaten (gelinder lassen die sich nicht bezeichnen, welche Völker trennen, die durch Natur, Religion und langjährige Erinnerung verbunden sind) versöhnen konnte, ist gestern vor unsern Augen als Opfer der Aufregung gefallen, welche ihm ein gezwungenes Votum verursachte, das unser Aller Gesinnung so entgegen ist. Ein solches Ereigniß mußte unsere Gefühle tief erschüttern; aber bei einem so wichtigen Anlaß muß unser tiefer Schmerz von einer religiösen und öffentlichen Handlung begleitet seyn, die unsere Sympathie für einen Collegen an den Tag legt, dessen große Tugenden wir alle gewürdigt haben. Ich schlage daher vor, daß unser Bureau im Dom einen Trauergottesdienst veranlasse und hoffe, daß recht viele Repräsentanten und Einwohner der Stadt dieser frömmen Ceremonie beiwohnen werden." Dieser Antrag wurde nach einer langen Discussion angenommen. H^r. Dumortier verlangte, daß man deßhalb die Kammer auf einige Tage vertagen sollte. Dieß wird jedoch mit einer großen Majorität verworfen. Darauf sprach H^r. Ernst gegen den Tractat und erklärte, warum er aus dem Ministerium getreten. Nach 2 Uhr bestieg H^r. Fallon, königlicher Commissär, die Tribune, um über die Schuldfrage Nachweisung zu geben.

Die Untersuchung der Angelegenheit des H^rn. Bartels zieht sich in die Länge. Die Verhöre haben erst kaum über ein Drittel der bei H^rn. de Potter saisirten Papiere gehandelt. Diese Noten werden, unabhängig von den Erkundigungen, welche H^r. d'Anethan in Paris einzieht, neuen Serien von Fragen zur Grundlage dienen, nach welchen der Anklageact, die beiden Instanzen und die Vertheidigungsrede vielleicht nicht erlauben, die Sache vor die nächsten Assisen zu bringen. Die Angelegenheit des H^rn. Kats wird wahrscheinlich davon getrennt werden, da die Thatsachen, obgleich analog, doch nicht in genauer Verbindung damit stehen.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen ist, wie auch H^r. de Potter in einem seiner Pariser Agitationsbriefe bemerklich macht, daß diejenigen Advocaten, die im Jahre 1829 bei dem bekannten Prozesse gegen de Potter, Tielemans, Bartels und de Neve als Vertheidiger derselben auftraten, jetzt als Räthe oder königl. Procuratoren in dem Appellationsgerichte fungiren, welches in diesem Augenblicke über Bartels und Kats zu entscheiden hat. Dagegen haben diejenigen Advocaten, nämlich die HH. Duvignaud, de Dryver und Schuermans, welche die Vertheidigung der HH. Bartels und Kats führen, bei dem obgedachten Prozesse im Jahre 1829 als königliche und als Generalprocuratoren sehr thätig bei der Anklage mitgewirkt.

Wien.

Am 23. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	106⅛.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	——.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	82¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	156.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	678¼.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65¼.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ Uso 2. M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1. K.
ZEITUNG
1839

№ 84

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 25. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 23. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.273	28Z. 0L. 4P.	+ 3.0	NW.	stark.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.359	28 1 5	+ 7.1	NW.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.393	28 1 10	+ 5.1	NW.	—	Regen.

Frankreich.

Der Moniteur vom 17. März bringt noch nicht die Ernennungs-Ordonnanzen des neuen Ministeriums. Dagegen findet sich im Messager und im Constitutionnel vom obgedachten Tage folgende Liste des neuen Ministeriums, welche dem Siècle (Journal des Hrn. Odilon-Barrot) zufolge definitiv festgesetzt seyn soll, und bereits im Moniteur erschienen wäre, wenn man nicht aus Rücksicht für Hrn. Humann für schicklich erachtet hätte, seine Ankunft in Paris abzuwarten: Marschall Soult, Präsident des Conseils und Kriegsdepartement; Thiers, auswärtige Angelegenheiten; Passy, Inneres; Dupin, Justiz und Cultus; Humann, Finanzen; Admiral Duperré, Marine; Villemain, öffentlicher Unterricht; Sauzet, öffentliche Arbeiten; Dufaure, Handel. — Der Constitutionnel fügt hinzu: „Man sieht, daß bei dieser Combination das Handelsministerium und die öffentlichen Arbeiten getrennt sind. Man spricht auch von Errichtung zweier Generaldirectionen, deren Inhaber Sitz und Stimme im Conseil haben sollen."

Im Lager der Coalition herrscht bereits Zwiespalt, wie wir jüngsthin bemerkt haben, und wie sich ohne besondere Prophetengabe voraussehen ließ. Während der Courrier Français, welcher Hr. Guizot kürzlich den Titel eines „großen Bürgers" gab, ihn nun als einen Ehrgeizigen darstellt, der weder die Pflichten eines guten Bürgers, noch die eines Staatsmannes kenne, vielmehr nur in egoistischem Interesse sich der Linken angeschlossen habe, fällt der Commerce, welcher unter dem Einflusse des Hrn. Mauguin steht, eben so unbarmherzig über Thiers her: Hr. Thiers repräsentirt weder Frankreich, noch die Kammer. Man hat den Fehler begangen, ihm eine Wichtigkeit zu leihen, deren er weder durch seine Moralität, noch durch seine politischen Antecedentien sich würdig gemacht hat. Es wird ihm jedoch nicht, wie bei so vielen Anderen, gelingen, das Land und die öffentliche Meinung auf eine Bahn zu führen, die sie nicht betreten wollen. Das Land hat gesprochen. Die traurige materialistische Politik, welche die Freunde des Hrn. Thiers zu so ungelegener Zeit verbreiten, wurde von den Wählern feierlich verworfen." — „Es ist sehr schwer" — bemerkt spottend das Journal des Débats — „es ist schwer, genau zu wissen, welche unter den Männern der Coalition die Ehrenwerthen, die Unabhängigen sind — die Männer, welche das Recht haben, sich die Repräsentanten des Landes zu nennen. Hr. Thiers und der Constitutionnel sagen: Frankreich bin ich! — Odilon-Barrot und der Courrier Français sagen: Frankreich seid ihr und ich. — Das Journal du Commerce sagt: Frankreich ist weder Hr. Thiers noch Hr. Odilon-Barrot. Hr. Thiers hat keine Moralität oder vielmehr: die Moralität des Hrn. Thiers ist nicht hinreichend. — Mitten unter diesen drei oder vier Frankreichen verlangen die Doctrinairs mächtige Garantien für ein anderes Frankreich, welches ein Freund der Ordnung, des Friedens und einer besonnenen Politik ist, Garantien, um die conservativen Interessen, die ihnen seit einigen Tagen ernsthaft compromittirt scheinen, sicherzustellen."

Der Messager, künftig das Abendblatt der neuen Minister, tröstet die Nuancen der Coalition, die keinen Theil an der Beute bekommen, mit den Worten: „Der gemeinsame Zweck war, das Cabinet Molé zu sprengen; dieser Zweck ist von Allen und für Alle erreicht worden; also darf sich Niemand beschweren, einen schlechten Handel gemacht zu haben und getäuscht worden zu seyn. Jetzt fragt sichs nur, welcher Meinung soll, nach dem Willen des Landes, die Gewalt anvertraut werden? Dieser Meinung (des linken Centrums) gehört die Gewalt. Den andern Coalitionsmeinungen verbleibt das Bewußtseyn, dem Lande einen großen Dienst erzeigt zu haben; dieser Dienst aber würde aufhören, ehrenhaft zu seyn, sobald sich herausstellte, daß er eigennützig war."

Am 16. März 5Percents Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 70.

Spanien.

Die neuesten Nachrichten aus Bayonne vom 13. März melden: „Espartero hat endlich eine Demonstration gemacht. Nachdem er geduldig zu Logroño und Lodosa am Ebro die Beilegung des im Lager der Carlisten ausgebrochenen Zwistes abgewartet, dachte er, es sei doch auch an der Zeit, sich einen Anschein von Thätigkeit zu geben. Demnach zog er 20 Bataillons zusammen und erschien mit ihnen am 7. Morgens vor los Arcos, einem navarresischen Städtchen, halbwegs zwischen Estella und Logroño. Die zwei alavesischen Bataillons, welche dasselbe besetzt hielten, zogen sich zurück, und Espartero war Herr von los Arcos. Auf die Nachricht von der Bewegung des Grafen von Luchana brach Maroto am 6. Morgens mit 17 Bataillons von Durango in Biscaya auf, machte einen Eilmarsch von mehr als 20 Lieues und traf fast in demselben Augenblicke, da Espartero los Arcos besetzte, in Estella ein. Hier ließ er seine Truppen einige Stunden ruhen und marschirte dann am 8. gegen Espartero. Ein anhaltender Platzregen hinderte jedoch seinen Marsch. Indessen hatte Espartero los Arcos bereits wieder geräumt und war am 9. an den Ebro zurückgekehrt, ohne einen Schuß gewechselt zu haben. Maroto seinerseits wird es schwerlich wagen, seinem Gegner in das flache Land am Ebro nachzurücken, wo Jener durch seine Reiterei im Vortheile gegen ihn ist. Wir haben nun noch von beiden Seiten triumphirende Siegesberichte über die glänzenden Operationen der letzten Tage zu erwarten. Dieß ist ungefähr der Gang der Dinge seit sechs Jahren. — Gomez, der seit drei Jahren, auf die Anklage hin,

daß er während seines Zuges nach Andalusien Beutegelder unterschlagen habe, gefangen saß, ist jetzt auch freigelassen worden; das gegen ihn eingeleitete Verfahren wurde cassirt."

In Arragonien, nachdem Cabrera in Zecera und Ayerbe in Villar de los Navarros sich drei Tage gegenübergestanden, ist der erstere (mit Langostera [illegible], 5 Bataillons und einige hundert Pferde stark) nach Segura marschirt, wahrscheinlich, um wieder Ausfälle in die Gegend von Daroca, Calomacha ꝛc. zu machen; Ayerbe, der anfangs nach Carisena zurückgekehrt war, und von der bloß passiven Division Parra in Calatayud unterstützt wird, hat sich ebenfalls gegen Süden gezogen. In Valencia ließ van Halen die Forts von Ayodar, Collado und Alpuente recognosciren, mit dem letztern Theile wurde die Reservebrigade Amarillas beauftragt, nachdem die Colonne von der Ribera del Xucar in Chelva Stellung genommen. Diese letztere kehrte nach Villar und die erstere nach Liria zurück, nachdem sie auf dem Rückwege bei Yesa einen jener gewöhnlichen Anfälle der Carlisten gegen die Flanken und den Rücken der Marschcolonne zurückgeschlagen, und dabei den Chef der Carlistischen Cavallerie, Marquis del Castillo, getödtet hatte. — Die Christinos haben bei dieser Affaire 100 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen und 25 Pferde verloren. — Bewundernswürdig ist die Vertheidigung von Valsereni in Catalonien gegen die Carlisten; es ist ein kleiner, mit Erdmauern und einem alten Schlosse versehener Ort, wo ungefähr 90 Mann mobilisirte oder sedentäre Nationalgarden Garnison hielten; auf dem Schlosse war eine Kanone. Der Graf d'España, als er Meer mit dem Zuge gegen Ager beschäftigt sah, griff es, doch erst am 16., mit 3200 Mann, 200 Pferden und 6 Stück, worunter zwei Mörser und ein 16 Pfünder, an. Ein erster Anlauf wurde zurückgewiesen, die leicht zerstörten Erdmauern wurden unaufhörlich durch Reihen von Erdsäcken ersetzt, auch ein zweiter Sturm mißlang; endlich am 18. erschien die Division Carbo, und die Carlisten zogen sich mit einem Verluste von 40 bis 70 Todten, worunter drei Offiziere, und 60 Verwundete zurück; die Garnison hatte nur zwei oder drei schwer Verwundete, aber der Ort ist völlig zerstört.

Die (in Bordeaux erscheinende) Guienne enthält folgendes Schreiben aus dem Hauptquartier des Don Carlos zu Tolosa vom 8. März: „Seit den letzten Ereignissen ist die Ordnung allenthalben hergestellt. Die Generäle Graf Casa Eguia, Gomez, Ello, Zariategui, Vargas, der Oberst Madraso, sind in Freiheit gesetzt. Gomez, Elio und Zariategui, gegen welche ein Prozeß im Gange war, verlangten, daß ein Urtheil gesprochen und dadurch ihre Unschuld und die Bosheit ihrer Feinde ans Licht gestellt werde. Gleich nach erfolgtem Urtheilsspruch sollen sie wieder in ihrem Range angestellt werden. — Die Exminister und ihre Anhänger behaupteten, daß der Kampf zwischen der Provinzial- und der castilianischen Partei bestanden und daß letztere den Sieg davongetragen habe. Diese Parteien kennt man hier nicht; es gibt nur eine Opposition zwischen vier redlichen und wackern Männern und vier Intriganten; zwischen den Männern von Weisheit und Talent gegen die Ignoranten und Fanatiker. — Alle von dem General Marotto angestellten Generäle gehören den Provinzen an. Gosti, ein Navarreser, der in der letztern Zeit von der Armee entfernt worden war, ist zum Commando der ersten Operationsdivision berufen. Es ist allgemein bekannt, daß er, mit Santos Ladron, einer der ersten war, der die Fahne des Don Carlos in Navarra erhob. Er theilte den Ruhm und die Gefahren Zumalacarregui's. — Simon Latorre, ein Biscayer, der mit dem Marquis von Valdespina die Insurrection seines Vaterlandes organisirte, commandirt die zweite. — Urbistondo, aus Guipuzcoa, steht an der Spitze der dritten. Alle diese Chefs waren verbannt, und der Aufruf, den das gestürzte Ministerium an ihren Eifer und an ihre Talente in den Tagen vom 20. bis 24. Februar ergehen ließ, ist ein Tribut, der ihrer Biederkeit und ihrer Fähigkeit von der Furcht gezollt wurde. — Villareal, aus Alava, dessen militärischer Ruf bei weitem glänzender ist, als der des Generals Uranga, ersetzt diesen letztern, als Adjutant des Königs. — Das gestürzte Cabinet, aus dem Bischof von Leon, Arias Teijeiro und Labandero bestehend, zählte keine berühmten Namen aus diesen Provinzen in seinen Reihen. — Der Erzbischof von Cuba, die HH. Marco del Pont, Ramirez de la Piscina und Montenegro sind in der politischen und militärischen Welt weit bekannter als ihre Vorgänger."

Einem umständlichen Bericht über die letzten Ereignisse in Navarra (in der Gazzetta Piemontese) zufolge bestand das Kriegsgericht, welches sich am 17. Februar in Estella versammelte, um die Generäle Guergue, Garcia, Sanz, Carmona und den General-Intendanten Urriz zu richten, aus dem Grafen von Negri, Royo, ehemaligen Generalcapitän von Catalonien und Guergue's Freund, dem General Silvestre und dem Kriegsauditor Arrizaga. Das Kriegsgericht blieb über acht Stunden lang versammelt, untersuchte aufs genaueste sämmtliche bei den Angeklagten vorgefundene Papiere und Documente, vernahm die Aussagen sehr vieler Zeugen und am Ende die Angeklagten selbst, welche bekanntlich zum Tode verurtheilt und am folgenden Tage erschossen wurden.

Das Ministerium in Madrid hat so eben zwei Ungesetzmäßigkeiten begangen. Die Offiziere der Provinzialmilizregimenter sich auf gleichen Fuß mit den Linienoffizieren gesetzt. — Olozaga und Sancho, Mitglieder des militärischen Gerichtshofes, sind ohne Prozeß abgesetzt, man sagt, weil sie in einem Gutachten gegen einen Vorschlag der Regierung gestimmt haben.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 14. März machte der Graf von Fitzwilliam eine Motion gegen die Korngesetze; sie wurde von Lord Melbourne bekämpft und mit 224 gegen 24 Stimmen verworfen. — Im Unterhause wurde an obgedachtem Tage die Debatte über denselben Gegenstand fortgesetzt und abermals ajournirt.

Auffallend ist der veränderte Ton der Times, welche, um nicht ganz den Credit ihrer Consequenz zu verscherzen, zwar noch den Bestrebungen gegen die Korngesetze das Wort redet, aber mit einer Lauheit, die ihren veränderten Sinn nicht verkennen läßt.

Es sind dem Parlamente von dem Bureau der ostindischen Angelegenheiten einige wichtige Actenstücke vorgelegt worden, unter denen besonders zwei Tractate, die zwischen Rundschit Singh, dem Maharadschah von Lahore, und dem Beherrscher von Afghanistan bestimmten Schach Sudschah ul Mulk abgeschlossen worden, einer näheren Erwähnung verdienen. Der neueste dieser Tractate ist vom 26. Juni 1838 datirt, und es wird durch denselben ein früherer vom 12. März 1834 erneuert, der nicht in Ausführung gekommen, und dessen Inhalt, da er nunmehr vollzogen werden soll, von besonderem Interesse ist. Dieser Tractat fängt mit allgemeinen Freundschaftsversicherungen an; damit aber das gute Einverständniß für die Dauer vorhalte, verabredet man Stipulationen.

Schach Sudschah entsagt für sich und seine Erben und Nachfolger jedem Recht oder Anspruch auf die Besitzungen des Maharadschah zu beiden Seiten des Indus; folgende in diese Kategorie gehörige Gebiete und Städte werden namentlich angeführt: Baslaur, Attok, Peschauer Nagur, Kohol und alle Orte bis zum Paß Khybihr; Kalabah, Derah, Ismael Khan, Ghazi, Radschpur, und die Provinzen Minthih und Muttah. Diese Länder und Städte sind das Eigenthum des Maharadschah und sollen seinen Staat ausmachen. Der Schah hat keinen Theil daran; sie gehören dem Maharadschah und seinen Nachkommen, von Generation zu Generation. Das Volk im Bezirk jenseits des Khybihr soll abgehalten werden von Einfällen und Räubereien; untreue Staatsdiener, die sich mit entwendetem Gut auf das Gebiet des einen oder des andern der contrahirenden Fürsten geflüchtet haben, werden gegenseitig ausgeliefert. Nach Uebereinkunft zwischen der englischen Regierung und dem Maharadschah kann Niemand von einem Ufer des Sutledsch nach dem andern kommen, ohne einen Paß vom Maharadschah zu haben; dieselbe Einrichtung soll fortan auch für den Indus gelten; wer diesen Strom passiren will, hat sich einen Paß von Lahore zu verschaffen. Betreffend Schikarpur und das Land Sindh am rechten Indusufer, so wird sich der Schach gefallen lassen, daß darüber nach den zwischen der englischen Regierung und dem Maharadschah bestehenden freundschaftlichen Verhältnissen Alles durch den Capitän Wade geordnet werde. Sobald der Schach seine Autorität in Kabul und Kandahar begründet haben wird, macht er sich verbindlich, dem Maharadscha jährlich folgende Gegenstände als Tribut zu übersenden: 55 Pferde von edler Race, approbirter Farbe und angenehmem Gang; 11 persische Säbel; 7 persische Dolche; 25 gute Maulthiere; eine Quantität frischer und getrockneter Früchte; Muscatmelonen von süßem und delicatem Geschmack, das ganze Jahr über, so viel deren für des Maharadschah Tafel erforderlich sind; Trauben, Granatäpfel, Quitten, Mandeln, Rosinen, Kastanien, von jeder Sorte einen genügenden Vorrath; ferner Stücke Atlas von verschiedenen Farben, Pelzwerk, Teppiche, zusammen 101 Stücke. Alle diese Artikel wird der Schach jährlich an den Maharadschah gelangen lassen. Die beiden contrahirenden Theile stehen in ihren (diplomatischen) Berührungen auf gleichem Fuß und haben sich gegenseitig in derselben Form zu behandeln. Handeltreibende aus Afghanistan sollen freien Zutritt haben in allen Besitzungen des Maharadschah; man wird sie unterweges nicht anhalten oder sonst behindern; vielmehr soll der Verkehr zwischen den beiden Ländern möglichst erleichtert und befördert werden. Der Maharadschah wird dem Schach jährlich außerdem noch als Freundschaftsgabe zuschicken: 55 Shawls, 55 Stück Musselin, 11 Doopullahs, 5 Stück Kinkaub, 5 Sirrums, 5 Turbane und 55 Lasten Reiß. Bedienstete des Maharadschah, die nach Afghanistan kommen, Pferde zu kaufen, und Bedienstete des Schachs, die Peschauer besuchen, um Stückgüter oder Shawls zu erhandeln, sollen gegenseitig allen möglichen Vorschub erhalten, ihr Geschäft vortheilhaft auszuführen. Es ist indessen ein Maximum von Geschäften stipulirt; nur für 11,000 Rupien dürfen Ankäufe gemacht werden. Der zehnte Artikel des Vertrags lautet: „Wenn es geschehen sollte, daß die Heere der beiden Staaten an Einem Ort zusammenkommen sollten, so soll in keinem Falle eine Schlachtung der Kühe Statt finden." Derselbe Artikel ist wörtlich wiederholt in dem Vertrag vom 26. Juni 1838. Sollte der Schach Hülfstruppen von dem Maharadschah begehren und erlangen, so wird die im Kriege gemachte Beute in zwei gleiche Theile zwischen den contrahirenden Regierungen repartirt. Wenn aber der Schach das Besitzthum der Barukzehis in Kabul ohne Beihülfe der Truppen des Herrschers von Lahore erobert, hat er davon nur eine beliebige Gabe, als Freundschaftsgeschenk, an den Maharadschah zu übersenden. Beide contrahirende Theile unterhalten beständig eine diplomatische Verbindung mit Bevollmächtigungen und Geschenken. Der dreizehnte Artikel bestimmt die gegenseitige Hülfeleistung. Verlangt der Maharadschah Beistand, so überläßt ihm der Schach eine Abtheilung seiner Truppen unter dem Oberbefehl eines angesehenen Führers; eben so verfährt umgekehrt der Maharadschah; er stellt ein Corps Muhamedaner und läßt dasselbe bis Kabul vorrücken. Der vierzehnte Artikel lautet: „Die Freunde und Feinde des Maharadschah sollen als Freunde und Feinde des Schachs angesehen werden." Der funfzehnte und letzte Artikel besagt nur, daß beide Theile den abgeschlossenen Vertrag ohne Ausflucht treulich zu halten gesonnen sind und derselbe sie für immer binden soll. Dieser ganze Tractat vom 12. März 1834 scheint aus gewissen Ursachen ein todter Buchstabe geblieben zu seyn, bis im Juni 1838 der Generalgouverneur Lord Auckland, in Betracht der Belagerung von Herat und bei der dadurch nöthig gewordenen Aufmerksamkeit auf Afghanistan, es für angemessen hielt, ihn hervorzuholen und zu erneuern. Der Tractat vom 26. Juni 1838 besteht aus 18 Artikeln; 13 davon wiederholen die Stipulationen des Vertrages vom 12. März 1834. Im vierzehnten heißt es: „Die Freunde und Feinde einer jeden der drei Mächte, nämlich der brittischen Regierung, der Regierung des Staates der Seikhs, und des Schachs Sudschah ul Mulkh, sollen als gemeinsame Freunde und Feinde der Verbündeten angesehen werden." Im funfzehnten Artikel wird für Rundschit Singh eine Summe von zwei Lak Rupien ausbedungen, als Subsidie für die Stellung eines Hülfscorps von 5000 Mann muhamedanischen Glaubens. Diesen Betrag hat der Schach unfehlbar zu erlegen, sobald er seinen Zweck — die Erlangung der Herrschaft in Afghanistan — erreicht haben wird. Der sechzehnte Artikel regelt die Verhältnisse mit den Emirs von Sindh, die ebenfalls eine Geldsumme, theils an den Schach, theils an den Maharadschah, zu erlegen haben. Durch den siebzehnten Artikel wird dem Beherrscher von Herat, Kamram, einem Neffen Schach Sudschahs, sein Gebiet garantirt. Der achtzehnte und letzte Artikel lautet: „Schach Sudschah ul Mulkh verspricht für sich, seine Erben und Nachkommen, mit keiner fremden Macht ohne Vorwissen und Einwilligung der brittischen Regierung und der Regierung des Staates des Seikhs zu unterhandeln, und sich mit Waffengewalt und aus allen Kräften jeder Macht zu widersetzen, die in das Land der Seikhs oder in das brittische Gebiet einzufallen Willens wäre." Die Schlußformel besagt: „Geschehen zu Lahore am 26. Juni im Jahre unsers Herrn 1838, entsprechend dem 13. des Monats Asarh 1895, nach der Zeitrechnung der Bikarmadschit. Auckland. Rundschit Singh. Schah Sudschah ul Mulkh."

In Bezug auf die neuesten, über Suez in England eingetroffenen Nachrichten aus Ostindien*) äußert sich die Morning-Chronicle folgendermaaßen: „Der Regierung sind Depeschen zugekommen, durch welche die neuesten Nachrichten aus Indien bestätigt werden. Oberst Burnes und Lieutenant Pottinger sind, in Folge der veränderten Entschlüsse von Kamram Schach, genöthigt worden, Herat zu verlassen, und statt der Hülfe oder

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 20. d. M.

wenigſtens Neutralität, auf welche Lord Auckland mit Recht zählen zu können glaubte, hat er von dem Herrſcher von Herat eben ſo gut, wie von Dost Mohammed, Feindſeligkeiten zu erwarten. Unſere Leſer werden ſich erinnern, daß, als die perſiſche Expedition gegen Herat aufbrach, Kamram Schach auf einem ähnlichen Zuge gegen die Barukſehis in Kandahar begriffen und bereits bedeutend weit vorgedrungen war, als ihn die Gefahr in ſeine Hauptſtadt zurückrief. Es iſt nicht unnatürlich, daß der Vertrag zwiſchen Lord Auckland, Rundſchit Singh und Schach Sudſchah, dem Herrſcher von Herat, deſſen Pläne gegen Kandahar oder Kabul dadurch nothwendig ſcheitern mußten, Beſorgniſſe eingeflößt hat. Daß fremde Ränke bei dieſem unerwarteten Umſchwunge im Spiele waren, braucht kaum geſagt zu werden. Die Wirkungen des Abfalls von Kamram Schach werden jedoch ſchwerlich ernſtlicher Natur ſeyn. Allerdings leiſtete er gegen die Angriffe der Perſer in den Mauern ſeiner Hauptſtadt tapfern Widerſtand. Dieſer Widerſtand wäre jedoch ſicherlich ohne Wirkung geweſen, hätten die Heratеſen nicht den Beiſtand der Macht für ſich gehabt, welche ſie jetzt, unklug genug, herausfordern. Daraus alſo, daß Kamram Schach, unterſtützt durch die Vertreter des brittiſchen Gouvernements, im Stande war, ſeine Hauptſtadt mit Erfolg zu vertheidigen, folgt keineswegs, daß er Lord Aucklands Operationen hemmen, geſchweige denn zu nichte machen kann. Natürlich konnte er, da er eben Lahore verlaſſen, noch keine Nachricht von dem eingetretenen Ereigniſſe haben. Es iſt jedoch kein Grund zu der Vermuthung, daß ſolches, wenn es bekannt geworden, im geringſten ſeinen urſprünglichen Plan ändern werde."

Conſols am 15. März 93, 93¼.

Niederlande.

Die Kriegsſchiffe „Amphitrite," „Suelheid" und „Merkur" befinden ſich fortwährend auf der Schelde vor Neuzen, während vor Bath, Lillo, Kapitalendam und Mauritsſtadt Kanonenboote Poſto gefaßt haben.

Aus dem Limburgiſchen wird geſchrieben, daß in Folge der Vorfälle in Roermonde einige Bewegungen unter den an der Maas ſtehenden belgiſchen Truppen Statt gefunden. Dieſe ſind jedoch wieder in ihre frühern Standquartiere zurückgekehrt, nachdem ſich gezeigt, daß es die Unruhigen bloß darauf abgeſehen hatten, einem geachteten Bürger jener Stadt, Hrn. Machielſen, der an der Spitze der Oraniſchgeſinnten ſteht, die Fenſter entzwei zu ſchlagen.

Belgien.

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung enthält folgendes Schreiben aus Brüſſel von 15. März: „Es gewährt ein Bild des hieſigen Zuſtandes, wenn man ſieht, wie ſelbſt der plötzliche Tod des Hrn. Beckaert, den in der Kammer der Schlag gerührt, dem Parteigeiſte zur Nahrung dient. Beckaert, von Courtray, ein Mann tief in den ſechzigen, war urſprünglich für den Widerſtand. Man redete ihm indeſſen zu, ſeine Geſinnung zu ändern und für die Annahme des Tractats zu ſprechen; man ſtellte ihm dieſes als eine Gewiſſensſache vor. Er gerieth nun in einen innern Kampf, während deſſen er von beiden Seiten bearbeitet, man kann ſagen, beſtürmt wurde. Seine Vaterſtadt ſchickte ihm eine Petition gegen den Tractat, die er der Kammer überreichen mußte. Er vernahm von dorther, wie ſehr man ſeine Sinnesänderung tadle; andere dagegen ſchrieben ihm im entgegengeſetzten Sinne. So gelangte er zur geſtrigen Sitzung, entſchloſſen, für die Annahme zu ſprechen, doch innerlich aufgeregt und vielleicht beängſtigt. Bei ſeinem Alter und ſeiner Conſtitution kann das zur Beſchleunigung des unglücklichen Schlages beigetragen haben. Es wurde allgemein geſagt, einem ſeiner Collegen ſei dabei das Wort entfallen, das ſei eine Strafe Gottes; doch ſcheint dieſes eine Uebertreibung. Gewiß iſt, daß Männer beider Parteien weinend um ſeine Leiche ſtanden. Im Publicum aber dauert der Streit darüber fort, welcher Partei die Schuld von der Gemüthsunruhe, worin der Verſtorbene ſeine letzten Tage zugebracht, beizumeſſen ſei. Ueberhaupt werden die Gemüther nur mehr aufgeregt, je länger die Debatten dauern, man ſehnt ſich daher allgemein nach dem Ende. Was für oder wider geſagt werden konnte, iſt geſagt; auch die Miniſter haben alle Gelegenheit gehabt, ſich über das Syſtem der Regierung auszuſprechen. Aus Allem geht hervor, daß ſelbſt die eifrigſten Verfechter des Tractats ihn als eine bittere Nothwendigkeit anſehen, der man ſich unterwerfen müſſe, um größeres Unglück zu vermeiden; daß die Gegner des Tractats, wenn vom Widerſtande die Rede iſt, nicht anzugeben vermögen, auf welche Weiſe derſelbe zu beſſeren Bedingungen führen könne; und daß die Regierung die Ueberzeugung erlangt, daß auf dem Wege der Unterhandlungen nichts mehr zu erreichen ſei. Das Beiſpiel Hollands iſt ein großes Argument zu Gunſten der Annahme. Was hat es dem Könige Wilhelm bei ſeinen Familienverbindungen und bei der Unterſtützung, welche die öſtlichen Höfe ihm gewiß gerne gegen die Revolution gewährt hätten, genützt, ſo lange zu widerſtreben? Er mußte jetzt nachgeben, und ſogar, nachdem er ſein Land erſchöpft, mit ungünſtigeren Bedingungen vorlieb nehmen, als ihm früher angeboten worden. Will Belgien ſich nicht tollkühn in den Krieg ſtürzen, ſo müßte es ſich wenigſtens auf daſſelbe Loos wie Holland gefaßt machen. Indeſſen denkt das Volk wenig nach, ſondern behandelt das Ganze mehr als Sache des Gefühls, daher auch der Unwille ſehr groß iſt. Die allgemeine Discuſſion wird wahrſcheinlich morgen geſchloſſen werden, und da das vorgeſchlagene Geſetz nur einen einzigen Artikel hat, ſo kann hiernächſt über die Faſſung desſelben nicht lange zu discutiren ſeyn; man wird dann aber auch an das Amendement des Hrn. Peeters *) gehen müſſen, und überhaupt noch einigen Einwürfen der Oppoſition zu begegnen haben. Wir müſſen uns daher noch einige Tage gedulden. — Von der Barthels'ſchen Angelegenheit iſt wenig die Rede; ſie tritt einſtweilen in den Hintergrund. Geſtern Abends ſoll eine kleine Zuſammenrottung in der untern Stadt geweſen ſeyn. Bedeutend war die Sache auf keinen Fall, und Niemand fürchtet hier eine ernſtliche Störung der Ruhe."

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 14. März ſtellte Hr. Pollenus folgendes Amendement: 1) die Gemeinden, die Corporationen und die religiöſen und Erziehungsinſtitute ſowohl auf den abgetretenen Gebietstheilen, als auf denen, welche Belgien bleiben, behalten ihr Eigenthum. 2) Auf den abgetretenen Gebietstheilen können die dem katholiſchen Cultus geweihten Gotteshäuſer nicht zu gleicher Zeit für einen andern Cultus beſtimmt werden." Der Redner vertheidigte dieſes Amendement, welches unterſtützt wurde.

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 22. März.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe, Dorotheergaſſe Nr. 1108.

№ 85

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 26. März 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 25. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.398	28. 10 P.	+ 7.1	NW. mittel.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.385	28 1 8	+ 13.0	NW. schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.367	28 1 6	+ 6.8	SSW. still.	Wolken.

Frankreich.

Der Moniteur vom 18. März schweigt noch über das neue Ministerium. Im Journal des Debats heißt es: „Es scheint sicher, daß das neue Ministerium nicht vor Mittwoch oder Donnerstag (20. oder 21.) im Moniteur erscheinen wird. Die Abwesenheit des Hrn. Humann, dem das Portefeuille der Finanzen bestimmt ist, soll allein das Hinderniß der definitiven Constituirung dieses Cabinets seyn. — Hr. Humann wird erst heute Abends in Paris eintreffen, und man muß ihm wenigstens 24 Stunden Zeit zum Nachdenken lassen. Man scheint an seiner Annahme nicht zu zweifeln. — Es heißt auch, daß zwei Generaldirectoren, die HH. Calmon und Vivien, ins Cabinet treten sollen, wodurch (und durch die Trennung des Handels von den öffentlichen Arbeiten) die Zahl der verantwortlichen Minister von acht auf eilf vermehrt werden würde."

Die Presse vom 18. d. M. enthält folgenden Artikel: „Der gestrige Constitutionnel ermahnt dringend sämmtliche Deputirte, deren Votum er dem künftigen Cabinete für günstig hält, sich unverzüglich nach Paris zu begeben, um an den sehr wichtigen Debatten über die Verification der Vollmachten Theil nehmen zu können. Wir unsererseits richten dieselbe Ermahnung an alle diejenigen unserer politischen Freunde, die mit Leidwesen sehen würden, wenn sich die Kammer durch eine erkünstelte, aus dem Verein gewaltthätiger und factiöser Minoritäten gebildete Mehrheit unterdrücken ließe. Solchergestalt beginnen alle Revolutionen. Die strafbare Sorglosigkeit der Gemäßigten ist die erste Ursache derselben. Die Zuversicht ist tödtlich für die Majoritäten. Je sicherer sie von sich selbst sind, desto näher stehen sie dem Verderben. Die Majoritäten schlummern stets; die Minoritäten lassen sich nie einschläfern. — Sobald man der Majorität einer Versammlung angehört, glaubt man sich auf den Eifer der andern hinsichtlich dessen, was man selbst thun sollte, verlassen zu können; bei den Minoritäten im Gegentheile sucht man sich individuell zu vervielfältigen; um den Eifer der Gesammtheit stets wach zu erhalten, wird der Eifer jedes Einzelnen in Zweifel gezogen und ohne Unterlaß gestachelt. Ein Glück ist es, daß, wenn die Majoritäten durch das Uebermaaß von Zuversicht zu Grunde gehen, die Minoritäten ihrerseits sich durch die Uebertreibung des Mißtrauens zu Grunde richten; sonst würden sie es seyn, die stets das Gesetz dictiren; es ist schon genug, daß dieß in Zeiten von Revolution geschieht." — An einer andern Stelle sagt die Presse vom obgedachten Tage: „Seitdem die Coalition in die Nothwendigkeit gesetzt worden ist, ein Ministerium zu bilden, sehen wir ein Schauspiel vor Augen, das Niemanden in Verwunderung setzt. So lange die coalisirten Parteien aufs Zerstören losgingen, kümmerten sie sich wenig die einen um die andern; aber jetzt, wo es sich darum handelt, gemeinschaftlich aufzubauen, mußte man sich ins Antlitz schauen, und auf der Stelle ist Zwiespalt im Lager ausgebrochen. — Alle Anstrengungen, die man aufgeboten hat, ein Coalitionsministerium zu bilden, sind gescheitert, und es konnte nicht anders seyn, weil die Forderungen eben so groß sind als das Mißtrauen. Hr. Guizot und seine Freunde, denen man die Finanzen, den Handel und den öffentlichen Unterricht anbot, haben sich gleich am ersten Tage zurückgezogen; sie haben wenigstens edelmüthig bewiesen, daß ihr politisches Benehmen nicht mehr der Sucht nach Portefeuilles beigemessen werden kann. Das Feld bleibt frei für ein Ministerium der Linken."

Der Contreadmiral Arnour ist zum Commandanten der französischen Seestation der Antillen ernannt.

Die verantwortlichen Redacteure der Blätter Peuple, Constitutionnel, Presse und Gazette de France sind zuchtpolizeilich zu einer Geldstrafe von je 100 Fr. verurtheilt worden, weil sie eine Anzeige von einer Güterlotterie aufgenommen hatten.

Am 18. März 5 Percents um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents ——. 3 Percents 79 Fr. 70.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 14. März stellte, wie schon gestern erwähnt, der Graf Fitzwilliam den Antrag, daß die neunte Acte Georgs IV., Cap. 60, nämlich das jetzt bestehende, im Jahre 1828 angenommene Korngesetz, für erfolglos in Bezug auf den durch sie beabsichtigten Zweck, die Sicherung der für die Wohlfahrt des Landes wesentlich erforderlichen Festigkeit in dem Getreidepreise, erklärt werden solle. Dieser Motion widersetzte sich aber der Herzog von Buckingham, indem er auf die vorläufige Frage antrug. Das Amendement wurde nicht nur von andern Torrypairs, besonders von dem Herzog von Wellington, sondern auch von Whigs und von dem Premierminister Lord Melbourne selbst, so wie von dem Präsidenten des geheimen Raths, Marquis von Lansdowne, unterstützt. Die beiden Minister wollten damit zwar nicht sagen, daß sie überhaupt zu jeder Zeit gegen eine Aenderung der gegenwärtigen Korngesetze seyn würden, aber, meinten sie, so lange man kein besseres System, als das jetzige, ausfindig gemacht hätte, das der Ackerbau treibenden Classe den nöthigen Schutz gewähre, scheine es ihnen nothwendig, bei dem bestehenden Gesetz zu bleiben. Lord Melbourne sprach auch noch sein Bedauern darüber aus, daß diese Angelegenheit zur Aufregung des Landes benutzt worden sei. Lord Brougham war der Einzige, der sich zu Gunsten des Fitzwilliam'schen Antrages vernehmen ließ, der schließlich mit 200 gegen 24 Stimmen verworfen wurde.

In den Sitzungen des Unterhauses vom 13. und 14. März wurden die Debatten über den Villiers'schen auf Untersuchung der Wirkungen der Korngesetze in ei-

nem Ausschusse des ganzen Hauses gerichteten Antrag fortgesetzt, aber noch nicht beendigt. Neue Argumente für und wider konnten kaum noch vorgebracht werden, da der Gegenstand schon so vielfach erörtert worden ist. Von besonderer Bedeutung war nur die Erklärung Lord John Russell's in der letzten Sitzung, daß er für den vorliegenden Antrag stimmen wolle und den Wunsch hege, man möchte in dem beantragten Ausschusse ein Mittel zur Befriedigung aller wichtigen Interessen des Landes auffinden; er für seine Person erklärte sich für einen mäßigen festen Zoll, statt des jetzigen schwankenden, und er suchte das Ministerium zugleich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die ihm deßhalb gemacht worden, weil es bei dieser Frage sich nicht im voraus für einen bestimmten Plan entschieden, sondern es jedem Mitgliede des Cabinets freigestellt habe, nach seinem Ermessen zu stimmen; er nahm in dieser Hinsicht auf frühere ähnliche Fälle Bezug, wo andere Ministerien ebenfalls zu diesem Auswege ihre Zuflucht genommen, wenn sie sich über einzelne Fragen nicht hätten einigen können.

Auch in der Sitzung des Unterhauses vom 15. März wurde die Debatte über die Motion des Hrn. Villiers in Bezug auf die Korngesetze noch nicht beendigt. Nachdem mehrere Redner für und wider, namentlich Sir Robert Peel dagegen gesprochen hatte, wurde die Discussion abermals auf Montag den 18. d. M. ajournirt. — Im Oberhause ist an obgedachtem Tage ein Antrag Lord Brougham's, die Korngesetzfrage in einem Ausschuß des ganzen Hauses untersuchen zu lassen, ohne Discussion mit 61 gegen 7 Stimmen verworfen worden.

Hr. Cayley wollte anfangs gegen den Antrag des Hrn. Villiers in Betreff der Korngesetze ein positives Amendement vorschlagen, des Inhalts, daß unter den hohen Schulden und Abgaben dieses Landes seine producirende Industrie und seine festen Interessen eines Schutzes gegen die leicht belastete Production und billigere Arbeit fremder Länder bedürfe, und daß die bestehenden Korngesetze durch den Schutz, den sie dem Getreideproducenten bei niedrigen und dem Consumenten bei hohen Preisen gewährten, wesentlich ihrer Bestimmung entsprächen; er begnügte sich jedoch, statt dessen ganz einfach die Verwerfung des Villiers'schen Antrages vorzuschlagen, weil er vielleicht besorgte, daß eine so entschiedene Erklärung zu Gunsten der Korngesetze, wie jenes Amendement sie enthielt, nicht so viele Stimmen für sich gewinnen würde, als eine bloß negative Opposition gegen eine Aenderung des bestehenden Systems. Obgleich nun die Debatten über diese Angelegenheit im Unterhause in vier Abenden noch nicht beendigt worden sind und man also ersehen kann, welche Wichtigkeit die Korngesetzfrage in diesem Jahre erlangt hat, da dieselbe in den letzten Jahren immer sehr kurz abgemacht wurde, so zweifeln doch selbst die eifrigsten Gegner dieser Gesetze nicht mehr daran, daß ihnen selbst im Unterhause eine Niederlage bevorstehe. Schon die wenigen Stimmen, die sich im Oberhause, wo man sich kürzer mit der Sache faßte, für den Fitzwilliam'schen Antrag gegen die Korngesetze fanden, nur 24, und der Umstand, daß der Premierminister selbst gegen die Motion stimmte, die 200 Stimmen wider sich hatte, lassen auf das im Unterhause zu erwartende Resultat schließen, denn natürlich wird jene Entscheidung der Lords auf die etwa noch schwankenden Mitglieder des andern Hauses ihren moralischen Einfluß auszuüben nicht verfehlen. Die liberale Presse bricht auch bereits in bittere Klagen aus und zeiht die Gesetzgeber des Landes der ärgsten Verblendung, indem sie ihnen prophezeit, daß durch die Verwerfung dieser gerechten Forderung des Landes dem Lager der „Chartisten" eine Masse von Aufregungsstoff zufließen werde, da ein großer Theil des Volks nur durch den Wunsch, die Korngesetzfrage nicht mittelst anderer, leidenschaftlicherer Agitation zu trüben, davon zurückgehalten worden sei, sich der chartistischen Bewegung anzuschließen. Indeß rathen die gemäßigteren Blätter den Gegnern der Korngesetze immer noch von solchen äußersten Schritten ab und ermuntern sie, auf verfassungsmäßigem Wege durch unermüdliche Erneuerung ihrer Anträge in anderer Form ihr Möglichstes zu versuchen, um Gerechtigkeit vom Parlamente zu erlangen. Die Abgeordneten des Centralvereins gegen die Korngesetze sind auch am 12. März wieder in London eingetroffen und haben bereits in einer Versammlung, welcher auch die HH. O'Connell und Hume beiwohnten, den Beschluß gefaßt, Alles aufzubieten, um ihren Zweck zu erreichen. Unterdessen ist der Durchschnittspreis des Weizens, der am 13. für die letzten sechs Wochen veröffentlicht wurde, wieder gefallen, und zwar auf 73 Sh. 6 Pence, was zwar nur einige Pence über den Satz ist, bei welchem der fremde Weizen zum niedrigsten Zolle zugelassen wird, aber, da man nach den Preisen der letzten Woche ein weiteres Sinken vermuthet, doch, wie man glaubt, viele Kaufleute, welche Getreideladungen in Hamburg und in den Ostseehäfen angekauft, dieselben aber wegen des lange anhaltenden Winters nicht zur erwarteten Zeit erhalten haben, in ernstliche Verlegenheit setzen dürfte. Dieser Umstand dient den Gegnern der Korngesetze zu einem neuen Argument für die verderblichen Folgen des jetzigen Systems, weil auch die überlegtesten Berechnungen oft durch unvorherzusehende Wechselfälle in den Durchschnittspreisen vereitelt werden. Indeß trösten sich die Londoner Kaufleute für dießmal noch damit, daß unfehlbar, wenn auch die brittischen Häfen jetzt für fremdes Getreide geschlossen würden, sie doch vor Eindringung der nächsten Ernte, also vor dem Monat August, noch einmal geöffnet werden müßten, weil der jetzige Vorrath so lange nicht ausreichen könne, und daß man also dann im Stande seyn werde, das im Frühling und Sommer unter Schloß der Königinn gebrachte Getreide ohne Verlust abzusetzen. Wieder ein Beweis, fügen die Gegner der Korngesetze hinzu, wie trügerisch und nichtig der angebliche Schutz ist, den diese Gesetze dem brittischen Landmanne gewähren sollen.

Bei einer neuen Wahl in Richmond hat dieser Tage wieder ein Liberaler, Sir R. Dundas, über einen Tory, Hrn. Stapleton, gesiegt. Die Wahl für North-Devonshire ist noch nicht entschieden.

Die Presse hat im Oberhause am 12. d. M. durch Lord Lyndhurst's Vermittlung einen Sieg erfochten, über welchen alle Blätter, die der Tory- wie die der Whigpartei, ohne Rücksicht darauf, daß dieser Sieg zu Gunsten der Times war, ihre Freude aussprechen. Es gilt bekanntlich für eine Verletzung der Privilegien des Parlaments, dessen Verhandlungen zu veröffentlichen; dessenungeachtet wird dieß fortwährend geduldet, und die Uebertretung des Gesetzes ist zum verjährten Brauch geworden; und in einzelnen Fällen, wenn irgend ein Mitglied einmal sich durch diese Veröffentlichung beeinträchtigt oder verletzt findet, oder wenn ein officieller Gebrauch von den veröffentlichten Reden und Verhandlungen gemacht werden soll, pflegt daraus Anlaß genommen zu werden, über Verletzung der Privilegien Klage zu führen. Ein solcher Fall lag am obgedachten Abend dem Oberhause vor. Der Drucker und Herausgeber der Times, Hr. Lawson, hatte sich in einem Prozesse auf die Verhandlungen eines Oberhausausschusses über die neu-

seeländische Colonisirungsangelegenheit berufen und Stellen aus diesen Verhandlungen zu seiner Vertheidigung beigebracht; da aber das Gericht dieselben nicht als authentische Zeugnisse anerkennen wollte, so wandte Hr. Lawson sich an das Oberhaus und ersuchte um Beglaubigung der citirten Stellen. Die Sache wurde einem Ausschusse zur Prüfung überwiesen, und dieser erklärte sich nicht nur für die Verweigerung des Gesuches, sondern wollte das Verfahren des Hrn. Lawson auch als eine Privilegienverletzung angesehen wissen. Dagegen erhob sich aber Lord Lyndhurst und stellte vor, daß es unbillig seyn würde, die verlangte Beglaubigung zu verweigern, da der Bericht über jene Ausschußverhandlungen doch einmal veröffentlicht worden; dieß Gesuch, meinte er, könne man nicht füglich abschlagen, mochte man auch nachher Hrn. Lawson wegen einer Verletzung der Privilegien zur Rechenschaft ziehen wollen. Lord Brougham unterstützte diesen Antrag und zog überhaupt die ganze angebliche Privilegienverletzung ins Lächerliche. Obgleich der Lordkanzler, Lord Holland und Lord Ellenborough entgegengesetzter Meinung waren, so wurde doch Lord Lyndhurst's Antrag mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen.

Graf Grey ist jetzt von dem Unfall, der ihn kürzlich betroffen, vollkommen wieder hergestellt; dieser greise Staatsmann hat kürzlich sein 75stes Lebensjahr zurückgelegt.

Am 9. März haben die Directoren der Themse-Tunnel-Compagnie den Arbeitern im Tunnel selbst ein großes Festmahl gegeben, weil bereits 860 Fuß des Werkes fertig sind. Die Zahl der Arbeiter betrug 2 bis 300.

Dem Spectator zufolge würde die Regierung, wenn sie eine Maaßregel zur Regulirung der canadischen Angelegenheiten vorschlüge, von zwei Wegen einen wählen müssen, nämlich entweder ihren Plan so entwerfen, daß die Opposition der Tories abgewandt werde, oder sie müßte eine wirksame Reform der canadischen Verwaltung bloß zu dem Zwecke vorschlagen, die Colonie zufriedenzustellen. „Der letztere Weg," meint der Spectator, „würde der beste seyn, den die Regierung einschlagen könnte. Inzwischen," fügt dieß Blatt hinzu, „sind allerlei Intriguen im Gange, um dem Einflusse von Lord Durhams Eröffnungen entgegenzuarbeiten. Colonialbeamte, die von ihren Posten abwesend sind, treten in den öffentlichen Blättern als Vertheidiger des „Familienvertrags" in Obercanada auf. Einige canadische Holzhändler in der City, welche behaupten, die Colonie zu repräsentiren, aber in der That nur besorgen, ihr Monopol zu verlieren, welches für die wirklichen Colonisten von keinem Werthe ist, sind sehr geschäftig, Anträge und Resolutionen zu schmieden und Mitglieder beider Häuser mit ihren beschränkten Ansichten zu belästigen. Eine gewisse Fraction der Tories ist, wie es heißt, im Bunde mit den Colonialbeamten ebenfalls geschäftig, einen Regulirungsplan zu entwerfen, der im Nothfall gegen den der Minister vorgebracht werden soll. Und selbst Anhänger des Lords Melbourne nehmen keinen Anstand, über das von Lord Durham Anempfohlene zu hohnlächeln."

Der Marquis von Douro, Sohn des Herzogs von Wellington, vermählt sich nächstens mit der neunzehnjährigen Lady Elisabeth Hay, Tochter des Marquis von Tweeddale. Die Aussteuer der Braut wird äußerst glänzend seyn. Der Herzog von Wellington hat eine große Anzahl Diamanten, die er längst vergessen hatte und erst neuerdings in seinem Cabinet wieder auffand, sämmtlich für seine künftige Schwiegertochter bestimmt. Unter denselben befindet sich eine Ordensdecoration im Werth von 50,000 Pf. St., ein Geschenk Ludwigs XVIII. an den Herzog.

Die Times und andere Toryblätter wollen nach den letzten aus den vereinigten Staaten eingegangenen Nachrichten über die dort vorgefallenen Gränzhändel schon einen Krieg zwischen der Union und England für unvermeidlich halten; die ministeriellen Zeitungen spötteln aber über dieses Lärmschlagen, und nehmen die Sache sehr auf die leichte Schulter, wobei sie sich auf den unerschütterten Stand der Fonds an der Börse berufen und hinzufügen, daß im Gegentheil jene Vorfälle vermuthlich beide Regierungen veranlassen würden, die streitige Gränzfrage endlich einmal zur Erledigung zu bringen. Selbst wenn es zu einer Collision zwischen der Miliz von Neubraunschweig und von Maine käme, meinen sie, würde doch kein Krieg daraus entstehen, da zwei Nationen, die so viele Gründe zur Erhaltung freundschaftlicher Verhältnisse unter einander hätten, sich um der Plünderungen willen, die sich einige zwanzig Holzfäller auf einem streitigen Gebiete erlaubt, nicht miteinander schlagen würden. — Uebrigens gab in der Unterhaussitzung vom 15. März Lord Palmerston auf eine von Sir Stratford-Canning gestellte Anfrage über diese Angelegenheit folgende beruhigende Versicherung: „Den wenig detaillirten Nachrichten zufolge, die ich aus Washington erhalten, kannte man daselbst den Vorgang, aber er ist im Congreß noch nicht näher zur Sprache gekommen. Uebrigens nehmen die Unterhandlungen wegen Berichtigung jener Gränzstreitigkeit ihren Fortgang, und ich glaube, daß der beste Wille auf Seite der amerikanischen Regierung in dieser Hinsicht vorhanden ist."

Die „ruhmvolle Ungewißheit" der Berechnung der Kosten der Eisenbahnen (wenigstens in England) thut sich auf das Neue durch folgende Thatsachen dar. Die Bahn von Liverpool nach Manchester (Ingenieur Hr. G. Stephenson) wurde im J. 1826 zu 510,000 Pf. St. veranschlagt. Im Jahre 1829 wurde das Capital auf 637,000 Pf. und später auf 800,000 Pf. erhöht. Bis zum Juni 1838 betrug das ausgegebene Capital bereits 1,364,907 Pf., also 44,029 Pf. auf die (englische) Meile, auf 31 Meilen. Die Grand-Junction-Bahn (Ingenieur Hr. Locke) wurde im Jahre 1833 zu 1,000,000 Pf. veranschlagt; im Juni 1838 betrug indeß die wirklich verausgabte Summe bereits 1,600,000 Pf.; die bedeutenden additionellen Ausgaben für Locomotivkraft, Bauten, Stationen u. s. w. ungerechnet. Die London-Birminghamer Eisenbahn (Ingenieur Hr. R. B. Stephenson) wurde im Jahre 1834 zu 2,500,000 Pf. veranschlagt. Im Jahre 1837 wurde indeß die Summe bereits auf 4,500,000 Pf. erhöht, und im Juni 1838 erklärte die Direction, daß man 5,000,000 Pf. brauchen werde. Jetzt aber sagt man, daß das ganze zu verausgabende Capital nicht unter 6,000,000 Pf. betragen werde! — Die Southampton und Londoner Eisenbahn (Ingenieur anfangs Hr. Giles, später Hr. Locke) wurde im Jahre 1834 mit einem Capital von 1,000,000 Pf. begonnen. Im Jahre 1837 wuchs diese Summe, durch neue Actien, auf 1,500,000 Pf.; bis zum 31. August 1838 war indeß bereits 1,336,407 Pf. ausgegeben, und 450,000 Pf. wurden noch verlangt. Für die Eisenbahn zwischen Dublin und Kingstown (Ingenieur Hr. Vignolles) wurde das Capital im Jahre 1834 auf 200,000 Pf. bestimmt; bis zum December 1837 betrug die verausgabte Summe schon beinahe 300,000 Pf. Die ganze Bahnlinie ist nur 6 (englische) Meilen lang; der Verkehr, der darauf getrieben wird, dürfte indeß wohl ein reines jährliches Einkommen von 14,500 Pf. abwerfen. Die Eisenbahn zwischen London und Greenwich (Ingenieur Oberst Landmann) sollte anfangs nur 300,000 Pf. kosten; bis zu Ende des Jahres 1838 waren indeß die 300,000 Pf.

bereits ausgegeben, und man bedurfte noch einer sehr bedeutenden Summe, um den Bau zu vollenden. Das Einkommen beträgt gegenwärtig ungefähr 900 Pf. wöchentlich, oder beinahe 47,000 Pf. jährlich.

Consols am 15. März 93⅞ ¼.

Mexico.

Das Journal du Havre vom 15. März schreibt nach Berichten der Estafette von Newyork vom 12. Februar: „Admiral Baudin hat die von Hrn. Pakenham im Namen Englands angebotene Vermittlung angenommen. Sie sind über folgende Bedingungen übereingekommen: die Feindseligkeiten hören auf; die Blockade wird aufgehoben. Die Flotte bleibt an der mexicanischen Küste, und San Juan d'Ulloa, das in Vertheidigungsstand gesetzt wird, bleibt bis auf Weiteres von den Franzosen besetzt. Admiral Baudin hat dem englischen Geschäftsträger freie Hand gelassen. Er ist bevollmächtigt, mit der mexicanischen Regierung über die an Frankreich zu bezahlende Entschädigung, über das gegenseitige Verhältniß für die Zukunft, so wie über die Abstellung der Beschwerden, welche den Krieg herbeigeführt haben, zu unterhandeln. Die französische Flotte erwartet das Resultat dieser Unterhandlungen, dessen Genehmigung oder Verwerfung übrigens Admiral Baudin sich vorbehalten hat. Der Krieg wird eingestellt, und wird nicht wieder beginnen, wenn die Mexicaner auf die Stimme der Vernunft hören. Eine schwierige Aufgabe für Hrn. Pakenham ist nun noch, zu gleicher Zeit einen dauerhaften Vertrag mit der wankenden Regierung und den Föderalisten in Mexico abzuschließen. — Eine Corvette und zwei Kriegsbriggs haben von Admiral Baudin neuerlich den Befehl erhalten, gegen mexicanische Caper im Meerbusen und in den Gewässern der Antillen zu kreuzen. Das zu Neworleans angelangte französische Regierungsdampfboot Meteore hat dieselbe Bestimmung erhalten."

Das Journal des Debats theilt obige Nachrichten gleichfalls mit, und fügt dann bei: „Die Privatnachrichten, welche wir aus Mexico über Neworleans erhalten, melden, daß eine Conferenz zwischen dem englischen Gesandten, Hrn. Pakenham, in Gemeinschaft mit dem Commandanten der englischen Escadre und dem General Santa Ana Statt fand. Diese Unterredung blieb übrigens ohne Resultat. Der mexicanische General hatte die unglaubliche Anmaaßung, von Frankreich noch Schadenersatz, und hauptsächlich die Wiederherstellung des Forts San Juan d'Ulloa in den Stand, in welchem es vor dem Bombardement gewesen, zu verlangen. Auch die Gesinnungen des Präsidenten Bustamente lassen noch keine baldige Lösung hoffen. Es scheint jedoch, daß die Föderalpartei die Regierung von Mexico ernstlich bedroht. Die Häupter jener Partei, der General Mejia, Commandant von Tampico, und der General Urrea, werden eine Expedition gegen Matamoros unternehmen. Sie hoffen, die dortige Garnison mit zum Abfall zu bewegen. — Ein Journal von Mexico, der Restaurador, hat gegen den Präsidenten Bustamente eine ziemlich lebhafte Opposition begonnen. Dasselbe läßt der Rechtlichkeit des Admirals Baudin und den uneigennützigen Gesinnungen Frankreichs volle Gerechtigkeit widerfahren."

Belgien.

In der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 16. März hielt Hr. Gendebien eine Rede gegen die Annahme des Tractats. — Am Schlusse der Sitzung verlangte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. de Theux, den Schluß der Debatten; allein die Kammer, welche noch die HH. Lebeau, Dumortier, Rogier und Doignon hören wollte, beschloß, daß die Erörterung Montag den 18. d. M. fortgesetzt werden sollte.

Teutschland.

Das Journal de Luxembourg vom 13. März enthält folgenden Artikel: „Am 10. d. M. hat sich eine ansehnliche Zahl notabler Personen, Gutsbesitzer und Gewerbtreibender zu Luxemburg versammelt, um zu berathen, ob es für das Land nicht vortheilhaft sei, unter den gegenwärtigen Umständen Sr. Majestät dem König-Großherzog eine ehrfurchtsvolle Adresse zu überreichen, um Sr. Majestät zu bitten, daß sie geruhen mögen, die moralischen sowohl, als die materiellen Interessen der Provinz in Erwägung zu ziehen, ihre Wünsche durch das Organ der aufgeklärtesten Männer, in Beiseyn des Mandatars, den zu diesem Ende zu wählen es Sr. Majestät gefallen würde, zu hören. Die am 10. d. M. versammelten Freunde des öffentlichen Wohls haben einen Adreßentwurf angenommen und eine Deputation ernannt, die beauftragt ist, diese Adresse zu den Füßen des Thrones niederzulegen. Aber sie haben weise die Wichtigkeit gewürdigt, einen so feierlichen Schritt durch die möglich größte Anzahl von Zustimmungen zu kräftigen. Demzufolge haben sie die Versammlung bis zum 17. d. M. prorogirt, um alle Notabeln des Landes aufzufordern, sich ihnen anzuschließen, und ihnen die hier angedeuteten Ansichten vorzulegen. Es steht zu hoffen, daß das Gefühl des allgemeinen Wohls und des öffentlichen Nutzens, welches unter diesem wichtigen Umstande die Luxemburger vermögen muß, alles von der Großmuth und der Sorgfalt ihres erlauchten Monarchen zu erwarten, ihnen ebenfalls begreiflich machen werde, daß die Vereinigung aller Wünsche unerläßlich ist, um deren Erfolg zu sichern."

Der in belgischen Zeitungen enthaltenen Nachricht von einer im Luxemburgischen verbreiteten Proclamation des Königs-Großherzogs wird jetzt vom Journal de Luxembourg widersprochen. Seit dem Jahre 1831 sei von diesem Souverain kein Actenstück dieser Art erlassen worden.

Vermischte Nachrichten.

Der berühmte Tenorist der französischen Oper, Adolph Nourrit, hat sich am 8. März Morgens, wie es scheint in einem Anfalle von Geistesverwirrung, zu Neapel, nachdem er Abends zuvor noch in der Oper „Norma" gesungen hatte, vom vierten Stockwerke seiner Wohnung in den Hof hinabgestürzt und ist auf der Stelle todt geblieben.

Neueste Nachrichten.

So eben aus Brüssel, durch außerordentliche Gelegenheit einlaufenden Nachrichten zufolge ist der den Kammern am 19. v. M. vorgelegte Gesetzentwurf, „wodurch der König ermächtiget wird, die Tractate, welche die Scheidung zwischen Belgien und Holland reguliren, unter denjenigen Clauseln, Bedingungen und „Vorbehalten abzuschließen, und zu unterzeichnen, welche Sr. Majestät im Interesse des Landes nothwendig „oder nützlich erachten dürften," in der Repräsentantenkammer am 19. März mit 58 gegen 42 Stimmen angenommen worden. — Die Discussion über die Amendements bot wenig Interesse dar; sie sind sämmtlich verworfen worden. Der Gesetzentwurf wird nun an den Senat gebracht. Hr. Gendebien hat unmittelbar nach obgedachtem Votum seine Dimission (als Mitglied der Repräsentantenkammer) genommen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1198.

W
1·K·
ZEITUNG
1839

№ 86

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 27. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 25. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.3/5	28 3. 1 L. 3 P.	+ 9.7	W.	still.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.313	28 0 10	+ 15.6	SW.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.249	28 0 0	+ 8.2	SO.	still.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 14. März sprachen Lord Worsley, Hr. E. Tennent, Lord Maidstone (Sohn des Grafen Winchilsea) und Sir J. Graham gegen, und Sir Hussey Vivian, Generalfeldzeugmeister, Sir Henry Parnell, Generalzahlmeister, Hr. Ward und Lord John Russell, Staatssecretär des Innern, für den Antrag des Hrn. Villiers auf Niedersetzung einer Committee zu Prüfung des Korngesetzes. Hr. Ward drückte die Ueberzeugung aus, daß, wenn der Schutzzoll für einheimisches Korn aufhöre, die Fabrikanten gerne jeden Schutz für ihre Erzeugnisse aufgeben werden. Das Elend, fügte er bei, welches durch das Korngesetz verursacht werde, sei furchtbar; so habe ein Delegirter bei dem Convente in London, ein Weber, erzählt, daß er und seine Familie zuweilen zwei oder drei Tage lang ohne Nahrung bleiben. Sir James Graham machte vorerst auf das Gefährliche der Agitation gegen die Korngesetze aufmerksam, die, wenn sie auf das Aeußerste getrieben werde, am Ende es so weit bringen dürfte, daß die Fabrikanten selbst, welche jetzt dieselbe fördern, Flügel bekommen und in Länder wegfliegen werden, wo öffentliche Ordnung, wo Leben und Eigenthum gesichert seien. Uebrigens würde, führte er dann aus, die Aufhebung der Korngesetze erst nicht die erwarteten Folgen haben. Die unausbleibliche Folge niederer Kornpreise wäre großes Elend unter den arbeitenden Classen. Es sei ein Irrthum, wenn man vermuthe, daß Befreiung des Kornhandels durch freie Zulassung der englischen Fabrikwaaren auf das Festland vergolten würde. Dann wäre es auch sehr gefährlich, wenn man sich von andern Ländern abhängig machte; England habe Feinde, welche die Umstände benützen könnten, um ihm die Zufuhren abzuschneiden und das Volk auszuhungern. Endlich müßte mit der Aufhebung der Korngesetze eine Aenderung in dem ganzen Finanzsysteme vor sich gehen; eine solche aber jetzt vorzunehmen, wäre Wahnsinn. Lord J. Russell erklärte, er sei mit Canning gegen gänzliche Ausschließung, eben so sehr aber auch gegen gänzliche Freiheit. Als das Räthlichste erscheine ihm die Einführung einer festen Abgabe. Die Gründe, aus welchen er gegen das bisherige Prohibitivsystem sei, liegen in dem gegenwärtigen Zustand des Fabrikwesens und in der nachtheiligen Wirkung des bestehenden Gesetzes auf die Grundbesitzer selbst. Die Befürchtung, daß England durch eine Aenderung der Gnade des Auslandes preisgegeben würde, sei grundlos. England sei gegen keinen Theil der Welt abgesperrt; es habe fast die ganze Welt, um ihm Korn zu erzeugen. Nachdem Lord John Russell gesprochen, ergab sich ein furchtbarer Tumult; die Rufe: „Abstimmen! Abstimmen!" „Zur Ordnung! Zur Ordnung!" tönten durcheinander, dazwischen die Stimme des Sprechers, welchem es endlich gelang, vergleichungsweise Ruhe zu Stande zu bringen. Hr. Milnes sprach noch gegen den Antrag, worauf die Berathung vertagt wurde. — In der Sitzung am 15. wurde dieselbe fortgesetzt. Die HH. Hume, M. Phillips, Sir J. Hobhouse sprachen für, die HH. Oberst Wood, Handley und Sir R. Peel gegen den Antrag. Oberst Wood bemerkte, ehe die englischen Fabrikanten mit denen des Festlandes concurriren wollen, müssen sie zuvor von derselben Nahrung leben lernen, wie die des Festlandes. Aus den Mittheilungen eines Reisenden aber gehe hervor, daß er in Preußen, Polen, Oesterreich, Baiern und Würtemberg niemals, weder in Bäckerläden, noch in Gasthöfen, noch in Privathäusern — Weizenbrot gesehen habe; in den Dörfern und kleinen Städten sei Roggenbrot allgemein im Gebrauch. Er hoffe, daß das englische Volk nie so weit herunterkommen werde, um von solcher Nahrung leben zu müssen! Sie R. Peel führte die Vermehrung der Ausfuhr als einen Beweis von dem Wohlstande des Landes unter dem gegenwärtigen Systeme an. Den Fall, daß die Zufuhr von ausländischem Korn durch Krieg abgesperrt werde, hält er gar nicht für unmöglich, auch würde er es für ein Unglück halten, wenn ein Theil der jetzt mit Korn angebauten Ländereien wieder in Weideland verwandelt würde. Sir J. Hobhouse, der für den Antrag sprach, bemerkte, es wäre grausam und eine Verspottung alles Rechtes, wenn man Arbeiter, welche sich vereinigen, um eine Erhöhung des Arbeitslohns zu erzwingen, strafte, während die ausgedehnte Verschwörung zu Erhöhung des gegenwärtigen Kornpreises straflos bleibe. Die Berathung wurde, wie bereits erwähnt, nochmals, bis nächsten Montag, vertagt.

Was den näheren Zusammenhang der Collisionen anbetrifft, die zwischen den Gränzstaaten Neu-Braunschweig und Maine Statt gefunden haben, so geht aus dem mitgetheilten Schreiben des Gouverneurs jener brittisch-nordamerikanischen Provinz, Sir J. Harvey, an den Gouverneur des Unionsstaates Maine, Hrn. Fairfield, hervor, daß, einer Uebereinkunft zwischen der brittischen Regierung und der Regierung der vereinigten Staaten zufolge, das streitige Gränzgebiet bis zur Erledigung der Sache im unbeschränkten Besitze und unter der Jurisdiction Englands bleiben sollte. Ungeachtet dieser Uebereinkunft nun trug der Gouverneur Fairfield am 23. Jänner bei der Legislatur von Maine darauf an, den Landinspector des Staates mit einem Truppendetaschement nach dem Aroostookflusse abzuordnen, um von dort eine Anzahl Bewohner der brittischen Colonie Neu-Braunschweig zu vertreiben, die mit Holzfällung beschäftigt waren, und die der Gouverneur, wie seiner Behauptung zufolge, jener Landstrich dem Staate Maine gehört, als Uebertreter, die auf fremden Grund und Boden gesetzwidrigerweise Eigenthumsrechte ausüben, bezeichnete. Die Legislatur faßte, dem Antrage

gemäß, einen Beſchluß, und der Landinſpector, Hr. M'Intyre, zog darauf mit einer Escorte von 150 Mann und einem Sechspfünder nach dem Aroostookfluſſe; die Holzfäller, obgleich zwiſchen zwei- und dreihundert und größtentheils bewaffnet, entfernten ſich beim Erblicken des Geſchützes, und es gelang den Amerikanern, etwa zwanzig derſelben aufzufangen. Als jedoch kurz darauf der Landinſpector mit wenigen Begleitern in einem einzeln ſtehenden Hauſe die Nacht zubrachte, wurde er von einem Haufen jener Uebertreter überfallen, gefangengenommen und nach Fredrickton, dem Sitze der Regierung von Neu-Braunſchweig, abgeführt. Unmittelbar darauf wurde der brittiſche Landinſpector des beſtrittenen Territoriums, Hr. O'Laughlin, von den beim Aroostook poſtirten Amerikanern gefangengenommen, um als Geiſel für Hrn. M'Intyre zu dienen. Bevor dieſe letzten Ereigniſſe dem Sir John Harvey bekannt ſeyn konnten, hatte derſelben den anfangs erwähnten Brief an den Gouverneur Fairfield geſchrieben. Dieſer wandte ſich darauf von neuem an die Legislatur von Maine, erklärte, daß die von dem brittiſchen Gouverneur erwähnte Uebereinkunft von dem Staate Maine nicht anerkannt werden könne, und verlangte fernere Beſchlüſſe. Die Legislatur beſchloß darauf, zum Schutze der Staatsländereien 10,000 Mann aufzuſtellen, zu welchem Behufe 800,000 Dollars votirt wurden, den angränzenden Staat Maſſachuſſets zum Beitrage zu dieſen Koſten aufzufordern und zugleich die ganze Sache der Regierung der vereinigten Staaten mitzutheilen, mit der Bitte um Schutz für die Rechte des Staates Maine. Der Gouverneur von Maſſachuſſets hat ſich in einer Botſchaft an die Legislatur dieſes Staates bereits zu Gunſten von Maine ausgeſprochen, und dieſe Botſchaft wurde darauf an einen beſondern Ausſchuß verwieſen. Sir John Harvey ſeinerſeits hat am 21. Februar eine Proclamation erlaſſen, in welcher er es zwar tadelt, daß einige der Holzfäller das Arſenal von Woodſtock aufgebrochen haben, um ſich Waffen zu verſchaffen, zugleich aber anzeigt, daß er eine Truppenabtheilung abgeſandt habe, um die Einfälle der Amerikaner zurückzuweiſen, und den vierten Theil der Miliz der Grafſchaft Carleton zum Dienſte aufruft.

Man hat neuere Nachrichten aus Weſtindien in England erhalten; die aus Jamaica gehen bis zum 6. Februar. Es wird fortwährend darüber geklagt, daß es äußerſt ſchwer ſei, die Schwarzen bei der Arbeit zu erhalten. Die wenig bevölkerten Colonien ſuchen die Einwanderung von Schwarzen aus den Nachbarcolonien zu befördern; ſo klagen St. Vincents, Granada und Barbadoes laut über Trinidad und Demerara, weil durch dieſe ihre Neger entführt werden; zur Vergeltung dieſes Verfahrens wurde auf Trinidad verkündet, daß für die Schwarzen, welche nach St. Vincents zurückzukehren wünſchen, Gelegenheit zu freier Ueberfahrt bereit gehalten werde. Durch ſolche Schritte muß natürlich den Schwarzen ein hoher Begriff von ihrer Wichtigkeit eingeflößt werden. — Die Neger von Jamaica haben dem Gouverneur dieſer Colonie, Marquis Sligo, einen prächtigen Armleuchter verehrt. — Das Erdbeben, das auf Martinique ſo viel Schaden verurſachte, wurde auch auf den andern weſtindiſchen Inſeln verſpürt, hatte aber nirgends Unglücksfälle zur Folge.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Präſident van Buren hat in Folge der Ereigniſſe in dem Gränzlande zwiſchen Maine und Neu-Braunſchweig Hrn. Calhoun, Senator für Südcarolina, beauftragt, ſich in außerordentlicher Sendung nach London zu begeben, um die Gränzfrage zu einem Endabſchluſſe zu bringen.

Während des Jahres 1838 wurden, einem Berichte des Directors der Münze, Dr. Patterſon, zufolge, in den vereinigten Staaten Goldmünzen im Werthe von 1,809,595, und Silbermünzen im Werthe von 2,333,243 Dollars geprägt; im Ganzen betrug die Summe des geprägten Gold- und Silbergeldes in dieſem Jahre um 4,142,838 Dollars weniger, als im Jahre zuvor.

Rußland.

Das Exil-Reglement vom Jahre 1822 ſtellte die Idee auf, ganz Sibirien mit den dort befindlichen Verwieſenen aller Claſſen zu coloniſiren. Seit dem Jahre 1827 ſucht die Regierung ſie mit unabläſſigem Eifer auszuführen; dieß geſchieht auf eine zweifache Weiſe: Man ſiedelt die Verwieſenen in ſchon beſtehenden, von ruſſiſchen Bauern ſeit langer Zeit bewohnten Dörfern an; oder es werden ganz neue Dörfer auf Koſten der Regierung angelegt und ſie in dieſen untergebracht. Im erſtern Fall müſſen ſich die Verwieſenen durch eigene Arbeiten erhalten; im letztern gewährt die Krone den Anſiedlern zum Aufbau der Häuſer, zur Anſchaffung der Ackergeräthe, des Viehs, des Getreideankaufs zur eigenen Subſiſtenz, wie zum Beſtellen der Felder, alle nöthige Unterſtützung. Zu Anſiedlern in dieſen neuen Krondörfern wählt man vorzugsweiſe ſtarke, junge Leute, welche verheirathet und für landwirthſchaftliche Arbeiten geeignet ſind. Im Jahre 1827 begann die Regierung in mehreren Bezirken des Gouvernements Jeniſeiſk, namentlich in Kanſk, Atſchinſk und Minuſinſk, den Aufbau von 22 neuen Dörfern und coloniſirte darin an 6000 Verwieſene, wozu ſie die Summe von 479,000 Rubel verwandte. Im Jahre 1833 waren die neuen Anſiedlungen völlig fertig. Auch in andern Theilen Oſt-Sibiriens hat man mit dem beſten Erfolge in den letzten Jahren neu angelegte Dörfer mit Verwieſenen angeſiedelt und ſetzt dieſes Syſtem allmählig weiter fort. Im Jahre 1835 fanden ſich ſchon 58,026 Verwieſene in beiden Haupttheilen Sibiriens coloniſirt. Von ihnen waren 45,013 in ältern von ruſſiſchen Bauern bewohnten Dörfern untergebracht. 13,014 aber in ganz neu angelegten. Bei der erſten Anſiedlungsclaſſe machte das weibliche Geſchlecht $\frac{1}{7}$, bei der zweiten $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung aus. Zu Anfang des gedachten Jahres zählte man in den verſchiedenen ſibiriſchen Gouvernements an 15,688 Exilirte beider Geſchlechter, die, völlig coloniſirt, nach beendigter Strafzeit in den Stand freier Krondauern oder Bürger übergetreten waren. In dieſer Zahl befanden ſich 2968 Frauen. Die Mittelzahl der jährlich nach Sibirien wegen Capitalverbrechen Exilirten kann zwiſchen 3300 bis 3500 angenommen werden, doch überſteigt ſie nie die Zahl von 4000. Die zahlreichſten Verbrechen ſind Mord, Raub, Diebſtahl und Anlegung von Feuer. Die Mittelzahl der geſammten jährlich nach Tobolſk an die Oberbehörde eingeſandten Verbrecher iſt 7000, wovon das weibliche Geſchlecht $\frac{1}{7}$ beträgt. Die Zahl der Verbannten (Katorſchniki) verhält ſich zu der der übrigen Verwieſenen in ganz Sibirien wie 1 : 9. Am 1. Jänner 1835 zählte man ihrer dort überhaupt 9667. Die Mehrzahl derſelben, über zwei Drittheile, fand ſich im Gouvernement Irkutſk und zwar in den Bergwerken von Nertſchinſk, bei den Kornbranntweinbrennereien und Salzſiedereien und auf der bekannten Telmin'ſchen Tuchfabrik, unfern Irkutſk.

Frankreich.

Auch der Moniteur vom 19. März bringt noch nicht die Ordonnanzen, durch welche die neuen Miniſter ernannt werden. Hr. Humann war am 18. in Paris angelangt; allein die erſte Unterredung, die er mit dem Könige und

seinen künftigen Collegen hatte, scheint nicht alle Schwierigkeiten gehoben zu haben. Falls Hr. Humann das ihm angetragene Portefeuille nicht annehmen sollte, spricht man von Hrn. Anton Passy (Bruder des präsumtiven Ministers des Innern) für das Finanzdepartement. Auch hieß es, daß Hr. Mathieu de la Redorte an Hrn. Rambuteau's Stelle zum Präfecten von Paris ernannt werden solle.

Das Journal des Debats vom 19. d. M. meldet folgende diplomatische Ernennungen: „Der Graf Alphons de Rayneval, Chef du Cabinet des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, zum Botschaftssecretär in Rom, an Hrn. Delurde's Stelle, der in gleicher Eigenschaft nach Konstantinopel versetzt wird; Hr. Billecocq, erster Botschaftssecretär zu Konstantinopel, zum Generalconsul und Geschäftsträger in Tanger; Hr. Ed. Delacour, Attaché bei der Botschaft in Turin, zum Legationssecretär in Stockholm; Hr. Alfred d'Eschernay, im Cabinet der auswärtigen Angelegenheiten angestellt, zum zweiten Botschaftssecretär in der Schweiz.

Die neueste der satyrischen Episteln, welche die Gazette de France jeden Sonntag unter dem Titel: „Briefe der Nachbarinn," ergehen läßt, enthält unter Anderm Folgendes: „Ihr kennt das Räthsel von dem Schiffer, der einen Wolf, eine Ziege und eine Kohlstaude wohlbehalten auf das andere Ufer setzen soll, und jedesmal nur Einen Gegenstand mitnehmen kann. Setzt er den Wolf zuerst über, so frißt unterdessen die Ziege die Kohlstaude; nimmt er zuerst den Kohl, so zehrt der Wolf die Ziege auf. Ich kenne Jemanden, der dieser Tage nicht viel weniger in Verlegenheit war, als der Schiffer. Hätte er Guizot und Thiers genommen, wäre das Ministerium durch Jacqueminot, Odilon-Barrot, Garnier-Pagès und Berryer aufgefressen worden. Hätte er sich an Thiers und Barrot gehalten, wäre das Ministerium den HH. Guizot, Jacqueminot, Garnier-Pagès und Berryer unter die Zähne gerathen. Wäre man bis zu Odilon-Barrot und Garnier-Pagès gegangen, hätten Jacqueministen, Royalisten, Doctrinairs und Tiers parti das Ministerium verschlungen. Hätte man Guizot mit Jacqueminot, die Doctrinairs mit den Ministeriellen vom 15. April amalgamirt? Allein das hieße sich mit ihnen der Gefräßigkeit der rechten und linken Seite preisgeben. Es ist ein parlamentarisches Kaleidoskop, das man noch so sehr rütteln darf, es bietet immer die nämlichen Figuren dar; ein Contretanz, wo die Tanzenden, nach vielerlei Bewegungen, immer wieder Angesicht zu Angesicht einander gegenüberstehen. Glück auf für das neue Cabinet! Es kommt mit dem Frühjahr und zu Ende der Fasten. Das ist eine gute Vorbedeutung; aber ich fürchte, daß dieses Aushülfsministerium vom 20. März (Tag der Rückkehr Napoleons von Elba) nicht einmal 100 Tage durchmachen wird!"

Der Nouvelliste will wissen, Hr. Gabriel Delessert werde gleich nach der Bildung des neuen Ministeriums seine Stelle als Polizeipräfect niederlegen.

Marschall Clausel ist nach England abgereist, wird aber wegen der Eröffnung der Kammern (26. März) in acht Tagen zurückkehren. Er will einige englische Fabrikzweige besichtigen, die er auf seinen Besitzungen in Afrika einzuführen gedenkt.

Die Regierung hat neue und befriedigende Nachrichten von der Fregatte „Artemisia" empfangen, die, unter dem Commando des Linienschiffscapitäns Laplace, im Anfange des Jahres 1837 von Toulon abging, um eine Reise um die Welt anzutreten. Nachdem das genannte Fahrzeug fast ein ganzes Jahr in den indischen Gewässern zugebracht, und nacheinander Malacca, Singapore und Turano besucht hat, ist es in den ersten Tagen des Septembers v. J. bei den philippinischen Inseln angekommen. Während eines Aufenthalts von 6 Wochen in Manilla wurde die Mannschaft, die an einer Dysenterie litt, vollkommen wieder hergestellt; der außerordentlichen Thätigkeit des Oberchirurgen, Hrn. Guilbert, ist es zuzuschreiben, daß nur 24 Mann dieser höchst gefährlichen ansteckenden Krankheit erlegen sind. Hr. Adolph Barrot, französischer Consul auf den Philippinen, hat alle ihm zu Gebote stehenden Mittel angewendet, um dem Capitän zur vollständigen Wiederbemannung seines Schiffes behülflich zu seyn, damit dieser seine Reise fortsetzen könne. Gegen Ende des Octobers ankerte die Fregatte im besten Zustande vor Macao. Am 2. November befand sich Capitän Laplace zu Canton, wo er sich mit Beobachtungen beschäftigte, die für den französischen Handel von Wichtigkeit seyn können. Ueberall findet er alte Bekanntschaften, von der Zeit her, als er seine erste Reise hierher mit der „Favorite" machte. Von Macao aus wird die „Artemisia" ihren Kurs nach Java nehmen, in den ersten Tagen des Jänners 1839 wahrscheinlich Vandiemensland erreicht haben, und sich von dort nach Port Jackson begeben, wo sie anlegen, die nöthigen Ausbesserungen vornehmen und in den Stand gesetzt werden wird, die bedeutendsten Archipele des großen Oceans und die Häfen der Westküste von Amerika zu besuchen. Darauf wird sie das Cap Horn doubliren und es läßt sich annehmen, daß sie im Monat Mai 1840, nach einer 3½ jährigen Abwesenheit, wieder auf einer französischen Rhede vor Anker gehen wird.

Der Erzbischof von Paris hat in einem am 15. März erlassenen Hirtenbriefe angeordnet, daß am Palmsonntage den 24. April in allen Kirchen seines Sprengels eine Collecte für die armen Familien, die durch das Erdbeben auf Martinique gelitten haben, veranstaltet werden solle.

Der Constitutionnel schreibt aus Algier vom 9. März: „Die Nachricht von der Einnahme der Oasenstadt Ain Maadi durch Abdel-Kader erweist sich jetzt als eine List des Emirs, welcher dadurch seinen Einfluß auf das französische Gouvernement und auf die Eingebornen zu erhöhen suchte. Man erfährt jetzt, daß der Emir, nach einem verzweifelten Kampfe gegen den Herrscher von Ain Maadi, Tedschini, und die Mozabiten, welche diesem zu Hülfe kamen, mit bedeutendem Verluste an Todten und Verwundeten und mit Zurücklassung von etwa 100 Gefangenen, welche nachher enthauptet wurden, sich zurückgezogen hat. Nach den letzten Berichten lagerten die Ueberreste seines Heeres am Saume der Wüste, bereit, den Angriff wieder zu eröffnen, sobald die Artillerie des Emirs organisirt seyn wird. Hierzu leisten ihm die Franzosen eifrigen Beistand. Ein Franzose, der von ihm angeworben worden war, um die Gießereien zu leiten, hatte sich, weil die ihm gemachten Zusagen nicht erfüllt worden waren, geweigert, nach Miliana zu gehen, und die in Algier für den Emir angekommenen Werkzeuge, im Werthe von 80,000 Fr., mit Beschlag belegt. Auf das Gesuch des Consuls von Abdel-Kader, des Juden Ben Durand, leistete jedoch der Marschall für die Bezahlung der von dem Kanonengießer geforderten Summe Bürgschaft, oder ließ sie ihm wirklich auszahlen, und ließ ihm dann nur die Wahl zwischen augenblicklicher Rückkehr nach Algier oder zwischen Erfüllung seines Contractes. Derselbe begab sich sofort mit dem Baron de la Salle, dem Tochtermann des Marschalls, zu Abdel-Kader."

Am 18. März 5Percents Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 75. — Am 19. März um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 108 Fr. 50. 3Percents 79 Fr. 70.

Niederlande.

Die zweite Kammer der Generalstaaten hat in ihrer Sitzung vom 15. März den Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Münzsystems mit 34 gegen 15 Stimmen angenommen.

In Amsterdam ist der Professor N. G. van Kampen, einer der geachtetsten niederländischen Gelehrten und historischen Schriftsteller, mit Tod abgegangen.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Schweizer Blätter schreiben: „Am 18. März wurde die Sitzung des Züricher Großraths eröffnet, in welcher die Strauß'sche Angelegenheit zur Entscheidung kommen sollte. Es waren 180 Mitglieder anwesend. Der Präsident, Hr. Furrer, sagte unter Anderm in seiner Eröffnungsrede: „Der Erziehungsrath hatte zur Wiederbesetzung einer wesentlichen theologischen Lehrstelle an unserer Hochschule des bekannten Dr. Strauß nach gesetzlicher Befugniß ausgesprochen. Anmeldungen zu dieser Stelle waren aus unserm Canton gar keine vorhanden; die auswärtigen Aspiranten genügten nicht und so glaubte der Erziehungsrath, einen solchen Widerstand auch nicht von ferne ahnend, durch diese Berufung eines der ausgezeichnetsten Theologen, der Hochschule einen neuen Aufschwung zu ertheilen." Sofort entwickelte Hr. Furrer den Gang, welchen die Berufungsgeschichte bisher genommen, und fügte dann bei: „So ist nun diese ganze Angelegenheit in Ihre Hände gelegt, hochgeehrte Herren. Möge es Ihnen, wenn Sie sich dazu berufen glauben, gelingen, diesen gordischen Knoten zu lösen, ohne ihn gewaltsam zu zerschneiden, und diese Fragen zu beantworten auf eine Weise, die mit der Aufrechthaltung der Verfassung, mit der Achtung vor den bestehenden Gesetzen und mit der Ehre des Cantons vereinbar ist. Hierauf wurde der Bericht des Regierungsrathes verlesen; derselbe spricht zum Schlusse seine Ansicht dahin aus, daß, nach den vorliegenden notorischen Thatsachen, eine nützliche Berufsthätigkeit des Hrn. Dr. Strauß an hiesiger Hochschule unmöglich erscheint, derselbe demnach in Anwendung des §. 185 des organischen Schulgesetzes vom 28. September 1832 in Ruhestand versetzt, und für anderweitige angemessene Besetzung der hiermit erledigten Stelle gesorgt werden solle."

Neuere Briefe aus Zürich vom 19. März melden: „So hat also das Glaubens-Comité mit seinem: „Strauß soll und darf nicht kommen" obgesiegt. Der große Rath hat seine, in jeder Hinsicht außerordentliche Sitzung, die gestern von Morgens bis Abends 9 Uhr währte, damit beendet, daß er mit 139 gegen 38 Stimmen (das zusammengeschmolzene Häuflein der Radicalen) beschloß, den Antrag der Regierung zu genehmigen und den Angefochtenen mit dem halben Gehalte (1000 Fr.) in Ruhestand zu versetzen. Der Erziehungsrath, als competente Behörde, ward mit definitiver Erledigung dieser Angelegenheit beauftragt, und hat, gleichfalls in einer außerordentlich n Sitzung diesen Morgen, dem Auftrage genügt; Dr. Strauß ist mithin für Zürich einstweilen verloren. Heute werden nun die übrigen Wünsche berathen, welche in der vom Comité ausgegangenen und von 39.000 Bürgern angenommenen Petition ausgesprochen sind: freie Kirchenverfassung und gemischte Synode, Einfluß des Kirchenraths auf die Wahl der theologischen Professoren, ein geistliches Drittel im Erziehungsrath (Studienrath), Reform des Schulwesens und des Seminars. Der Ausgang dieser Berathung ist noch völlig ungewiß; zu wünschen wäre, daß über eine Reihe so gewichtiger Aenderungen, die den halben Staat auf den Kopf stellen, nicht im Drange betäubender Leidenschaften entschieden würde, sondern nach einiger Zeit, wenn man wieder zu klarer Besonnenheit gelangt ist."

Einer von dem engeren Ausschuß des Centralcomités, unter Vorsitz des Hrn. Hurlimann-Landes, an die gemeinschaftlich petitionirenden Kirchgemeinden des Cantons Zürich unterm 15. März erlassenen Bekanntmachung zufolge hatten sich in sämmtlichen Bezirken des gedachten Cantons 39,225 Votanten gegen und nur 1049 für die Berufung des Dr. Strauß erklärt.

Deutschland.

Die Sammlung von Gesetzen ꝛc. für Kurhessen Nr. III. enthält folgende Verordnung, die Reise- und Tagegelder der Mitglieder der Ständeversammlung betreffend: „Wir Friedrich Wilhelm ꝛc. verordnen, zur Vollziehung des §. 88 der Verfassungsurkunde, welcher die Aussetzung angemessener Reise- und Tagegelder für die Mitglieder der Ständeversammlung, mit Ausnahme der Prinzen des Kurhauses, so wie der Standesherren, vorschreibt, nach Anhörung Unseres Gesammtministeriums, wie folgt: §. 1. Die Reisekosten für die Mitglieder der Ständeversammlung, mit Ausnahme der Prinzen des Kurhauses, so wie der Standesherren, sollen mit einem Thaler für jede Postmeile vergütet werden. §. 2. An Tagegeldern erhält jedes Mitglied der Ständeversammlung, welches weder Prinz des Kurhauses noch Standesherr ist, sofern dasselbe außerhalb des Versammlungsortes wohnt, drei Thaler, sofern dasselbe dagegen an letzterem wohnhaft ist, einen Thaler. §. 3. Der Präsident der Ständeversammlung erhält zu den ihm nach §. 2 zukommenden Tagegeldern einen Zusatz von zwei Thalern täglich. §. 4. Die Tage werden, außer für die nothwendigen der Hin- und Herreise, für den Zeitraum von dem Tage, auf welchen die Ständeversammlung einberufen ist, bezüglich von dem spätern Ankunftstage an, bis zur Entlassung der Ständeversammlung vergütet, und fallen für die Zeit einer Beurlaubung weg. Kassel, am 2. März 1839. Friedrich Wilhelm. Vt. Hanstein."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mittelst allerhöchster Entschließung vom 20. März l. J. die bei der k. k. allgemeinen Hofkammer erledigte Hofrathsstelle dem königl. ungarischen Rathe und Protonotar des Reichs-Oberrichters, Nicolaus von Gosztonyi und von Krenes, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 9. März d. J. die bei der k. k. allgemeinen Hofkammer erledigten Hoffecretärs-Stellen dem Rathe bei der k. k. vereinigten Cameralgefällen-Verwaltung für Böhmen, Carl Wittek, dem k. k. Staatsrathsofficialen, Joseph Eduard Steinitz, und dem Hofconcipisten der k. k. allgemeinen Hofkammer, Heinrich Freiherrn von Cordon, allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 26. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	106 7/16.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	——.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	82 1/2.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	678 1/4.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC. in CM.	65 1/4.
Bankactien pr. Stück	1510, in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1·K·
ZEITUNG
1839

№ 87

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 28. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 26. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.281	28 3. 02 L. 59	+ 6.6	W.	schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.23½	27 11 10	+ 6.2	NW.	still.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.292	28 0 7	+ 4.1	NW.	mittel.	Wolken.

Spanien.

Nachrichten aus Bayonne vom 14. März zufolge hielt Maroto los Arcos mit 5 Bataillons und 4 Escadrons besetzt; seine übrigen Truppen sind zwischen diesem Städtchen und Estella aufgestellt.

Die Gazette de France schreibt, daß die Truppen Espartero's während der wenigen Stunden ihres Aufenthaltes in los Arcos große Excesse daselbst verübten. Los Arcos ward der zügellosesten Plünderung preisgegeben. Außerordentliche Contributionen wurden dann in dieser Stadt ausgeschrieben, und einige der angesehensten Einwohner derselben als Geißel hinweggeführt. Der mit seinen Truppen zur Hülfe herbeieilende General Maroto konnte, vom schlechten Wetter aufgehalten, nur einen Theil der feindlichen Arrieregarde erreichen, und ihr Verlust war daher auch unbedeutend.

Die neuesten Nachrichten aus dem Hauptquartier des Don Carlos zu Tolosa vom 12. März (in der Gazette de France) sprechen von der Bildung eines Ministerraths, an dessen Spitze der Erzbischof von Cuba als Präsident gestellt und zu dessen Mitgliedern der Marquis von Valdespina, Hr. Erro, der Graf von Casa Eguia und Hr. Otal ernannt werden sollen.— Die Zahl der Ueberläufer von der Christinischen Armee ist, der Gazette zufolge, so bedeutend, daß ein viertes und wahrscheinlich nächstens ein fünftes Bataillon von Castilien aus selben formirt werden wird.— Balmaseda und Merino hatten sich mit Cabrera vereinigt.

Einem Schreiben aus Bayonne vom 15. März (in der Quotidienne) zufolge war eine aus vier Bataillons und zwei Escadrons, in allem 3800 Mann, bestehende Division, unter Commando des Generals Ortigosa, zu Belascoain (in Navarra) versammelt, die nächstens über den Ebro nach Castilien aufbrechen sollte.

Die Breslauer Zeitung gibt in einem Schreiben eines teutschen Offiziers der Carlistischen Armee aus Estella vom 27. Februar nachstehende Aufschlüsse über die Positionen der Carlisten und der Christinos in den baskischen Provinzen und in Navarra: „Estella, 27. Februar. Mit dem Frühjahr werden unsere Operationen munterer beginnen wie je, und wenn auch, trotz der Prophezeiungen der wenigen, unserer Sache wohlgesinnten Blätter, das Endresultat des Kampfes auf der pyrenäischen Halbinsel in diesem Feldzug etwa durch einen glücklichen, raschen und kühnen Marsch nach Madrid so wenig wie in den sechs vorigen Jahren erreicht werden dürfte, so werden Sie doch, verehrter Freund, sehen, daß Ihre alte Meinung von dem Anschwellen unserer Kräfte und dem Fortschreiten unserer Angelegenheiten richtig war und ist. *) Unbezweifelt ist der General Maroto der Schö-

*) Derjenige Theil des Publicums, welcher, ungeduldig nach großen Resultaten, seine Erwartungen in diesem Kriege so oft getäuscht sah, ist von den spanischen Angelegenheiten längst ermüdet und muß es seyn. Der Grundtypus des spanischen Characters erklärt die säcularischen Kriege dieser Nation gegen Römer und Mauren. Die Spanier sind die größten Zeitverschwender der Welt. Ich habe auf meiner Reise, im täglichen Verkehr, hundertmal die Geduld verloren und sie eben so oft wieder bekommen, da mit Ungeduld gar nichts auszurichten war. Wenn ich z. B. nach langem Marsch ermüdet mit meinen Leuten, der mit mitgegebenen Bedeckung an Cavallerie und Infanterie, mit dem nothwendigen Troß der Maulthiere und Maulthiertreiber, des Abends in einem Städtchen ankam, und im großten Platzregen sofort vor die Thüre des Boletero ritt, um so schnell als möglich unterzukommen, so entwickelte sich regelmäßig zwischen dem quartiermachenden Offizier und dem Boletero ein langes Gespräch der gegenseitigen artigen Bewillkommnungen, von welchen die spanische Gravität keine Phrase auslassen kann, da jeder Verstoß ein Mangel an der gebräuchlichsten Höflichkeit wäre. Am Quartier angekommen, fängt, anstatt daß der Stall geöffnet werden sollte, dieses Complimentiren wieder an. Dann muß man, und forderte man auch das Einfachste, auf Alles eine Viertelstunde warten. Will man des Morgens etwa um 6 Uhr aufbrechen, so wird man um 7 Uhr mit der Nachricht geweckt, daß in einem halben Stündchen die Chocolade bereit seyn werde u. s. w. Es ist zum Verzweifeln. No importa und hasta manana sind ihre gewohnlichen Redensarten; mit dem Ersten bezeichnen sie den Gleichmuth gegen das Unglück, das Zweite verschiebt Alles auf morgen. Daß troß dieser Zeitverschwendung die Carlistischen Streitkräfte fortwährend im Wachsen sind, beruht auf den folgenden Zahlen, die ich verbürgen kann, weil sie mir aus den officiellen Listen mitgetheilt, aber noch nie gedruckt sind. Nach Ferdinand's VII. Tode sammelte 1833 Santos Ladron 800 Mann; bei los Arcos geschlagen und gefangen, ward er in

pfer unsers jetzigen Wohlergehens; er bringt den Geist in die Armee, den sie mit Zumalacarreguy's Tode, und besonders durch den unglücklichen Rückzug von Madrid und Guergue's Commando verloren hatte. Deßhalb lobt man Maroto überall, obgleich er noch nichts Entschiedenes dem Feinde gegenüber gethan hat. Der natürliche Grund davon liegt nicht nur im Winter, sondern auch darin, daß er bei der Uebernahme des Commandos eine ganz entmuthigte Armee fand; diese neu zu beseelen ist ihm merkwürdig gelungen, und Espartero, der im verwichenen Herbst, nach der unglücklichen Affaire bei Peñacerrada, gerade nach Estella rücken konnte, sah sich, nachdem er den günstigen Moment unseres ersten Erschreckens versäumt hatte, bald genöthigt, an der Spitze uns bedeutend überlegener Streitkräfte, diesen Plan aufzugeben. Die Stadt ist in strategischer Hinsicht, wie Sie wissen, gar nicht zu halten, da sie fast ringsum von bedeutenden Höhen dominirt wird. Bloß Maroto's Name und der Geist, den er in die Armee gebracht hat, rettete die seitherige Hauptstadt unseres Reichs vor der gedrohten Zerstörung. Denn Espartero, so wenig er auch sonst, man muß es gestehen, dem Systeme der Barbarei, das so sehr auf der Halbinsel in Ausübung ist, geneigt ist, hätte Estella gewiß nicht geschont, da er es nicht hätte behaupten können, und da es uns so bedeutende Ressourcen bietet. Seit diesem vom Feinde aufgegebenen Angriff auf Estella stellen sich unsere Angelegenheiten überall besser. — Hier die jetzige Effectivstärke unserer Kräfte in den vier Provinzen und einige unserer Positionen. In Guipuzcoa ist bloß feindlich San Sebastian mit den Linien von Oriamendi, die zwar nicht schwer einzunehmen, aber für uns desto schwieriger zu behaupten seyn würden, indem ihre Ausdehnung eine große Besatzung nöthig macht. Die festen Puncte der Linie sind: Hernani, Astigarraga, Oyarzun, Irun, Fuentarabia und Behobie, dicht an der französischen Gränze. Wir haben gegenüber die Linien am Orio und die bei Andoain, letztere von unserm teutschen Landsmann, dem Oberstlieutenant Strauß, angelegt*). Diese Linie greift der Feind häufig von S. Sebastian aus an, wird aber jedesmal mit Verlust zurückgeschlagen, wobei unser Tercio (was man bei uns den Landsturm nennen würde), der nunmehr sämmtlich mit Gewehren wohl bewaffnet ist, uns treffliche Dienste leistet. Am Tage rufen ihn die Lärmkanonen, in der Nacht die Feuerzeichen auf den Bergen um so schneller zusammen, als die Christinos das Vieh wegtreiben und nach Herzenslust nicht nur alle Vorräthe plündern, sondern auch Alles zerstören, was sie nicht fortnehmen können. Die ganze Küste ist in unseren Händen, ausgenommen die Felsenfeste von Guetaria, die wir aber durch die Linien auf den Höhen von Guetaria und den festen Punct von Zumaya, am Ausfluß des Urrola ins Meer, eingeschlossen halten. Die Provinz wird vertheidigt von 8 Bataillons und einer Escadron. Die ungeheuern Gebirge Guipuzcoas machen hier, wie in Biscaya, eine zahlreiche Cavallerie überflüssig. Generalcommandant ist der General Iturriza. — In Biscaya ist feindlich Bilbao mit Portugalete. Wir haben dagegen unsere Linien (Bloqueo) mit dem Hauptquartier in Galdacano, ferner die Höhen von San Domingo am Miravalles. Im Rücken unserer Linien haben die Feinde aber Castro, und wir wieder in den Encartacionen die festen Puncte Balmaseda und Arceniega. Feind-

Pamplona erschossen. Im Jahre 1834 formirte Zumalacarreguy in Navarra 5, in Alava 4, in Guipuzcoa 3 und in Biscaya 6, in Summe 18 Bataillons. Bei seinem Tode 1835 waren in Navarra 12, in Guipuzcoa 6, in Alava 5, in Biscaya 8, in Summe 30 Bataillons. Im Jahre 1836 unter Eguia und später unter Villareal waren in Navarra 11, in Guipuzcoa 6, in Alava 6, in Biscaya 9, unter Gomez die Division Castiliens mit 7, in Summe 39 Bataillons. Im Jahre 1837 bei der königlichen Expedition 1 Bataillon Argelinos (Ueberläufer aus der französischen algierischen Legion), aus Navarra 4, Alava 4, Aragon 2, Castilien 4 und 1 Grenadierbataillon. Es blieben unter dem General Uranga in den Provinzen: in Navarra 8, Guipuzcoa 8, Biscaya 9, Alava 2 Bataillons. Neu wurden im Sommer formirt 1 Valencia, 4 Castilien, 1 Aragon, 1 Alava und 1 Bataillon Santander, in Summe 51 Bataillons. Im Frühjahr 1835 bestand die Armee aus 13 Bataillons aus Castilien, 13 aus Navarra, 8 aus Guipuzcoa, 7 aus Alava, 9 aus Biscaya, 1 aus Santander, aus 4 Veteranen-, 1 Artillerie-, 1 Sappeur- und 1 Madrider Freiwilligenbataillon, in Summe aus 58 Bataillons, die ich zum bei weitem größten Theile damals gesehen habe. Von der jetzigen Formirung für den Feldzug von 1839, die noch nicht beendet ist, später im Text. Die Artillerie steigt in gleichem Verhältniß; ich sah im vorigen Jahre bloß bei des Königs Armee (denn die Cabrera's sah ich nicht) 78 Stück Geschütz, freilich zum Theil schlechtes Material und elende Bespannung. E. von Baerst.

*) Die äußerst zweckmäßig fortificirten Linien von Andoain gefielen den spanischen Offizieren zuerst gar nicht, weil eine fast unzugängliche Höhe, die bis in die Wolken reicht, und die jedenfalls, wenn sich auch Artillerie hinbringen ließe, die Linie wegen der zu großen Entfernung nicht beschießen könnte, unbefestigt geblieben war. Alles Vernunftpredigen wirkte nichts gegen das altspanisch-militärische Vorurtheil, daß derjenige die beste Position inne habe, der auf dem höchsten Punct steht. Der äußerst verständige Oberstlieutenant Strauß ließ also oben in den Wolken eine leichte Brustwehr aufwerfen, und eine alte verrostete Kanone, die lange als Pfosten am Meere eingerammelt war, hineinbringen. Nun erklärten die spanischen Offiziere die Linie für unüberwindlich. Eine ähnlich postirte Kanone fand ich auf der kleinen befestigten Insel S^t. Nikolas, die am Eingange des Hafens von Lequeitio liegt und denselben deckt. Ein sanfter Abhang an der Küste lag prächtig zur Anlage einer Batterie, die das Meer sanft bestrichen hätte; das war aber gegen das erwähnte spanische Vorurtheil, auf hohe Felsen mußte eine Kanone gebracht werden, deren Bohrschuß natürlich nur in dem einen Moment wirken kann, wo das Schiff gerade der Kanonenmündung gegenüber liegt. E. von Baerst.

lich dagegen liegt Villanueva und ein Theil des Menathales in der Provinz Santander; in dieser suchen wir festen Fuß zu fassen, und hoffen, diese fünfte Provinz zu gewinnen, in der wir viele Anhänger haben, wie die in Bataillons formirten Freiwilligen derselben beweisen, die aus den vom Feinde besetzten Orten uns zahlreich zugelaufen. Die Besetzung von Valmaseda an der Hauptstraße nach dieser Provinz ist uns deßhalb von großem Nutzen. In Biscaya haben wir noch ein festes Schloß, S. Antonio Arquiola, das Schloß in Bermeo und die Insel St. Nikolas bei Lequeitio; die Befestigungen des Forts dieser Stadt selbst haben wir nach ihrer Eroberung gesprengt. Die ganze Küste der Provinz bis hinter Plencia ist in unseren Händen, von hier, wie aus den kleinen Hafen von Motrico in Guipuzcoa, fahren kleine bewaffnete Fahrzeuge, die wir in den neuesten Zeiten ausgerüstet haben, weit ins Meer und holen aus Frankreich namentlich Schwefel, den wir nicht haben und zur Munition fortwährend durch Contrebande beziehen. In Biscaya stehen neun Bataillons und eine Escadron, mit denen der General Castro, der die cantrabrische Division commandirt, oft in Verbindung operirt. — Generalcommandant von Biscaya ist der General Zavala. — In Alava ist feindlich Vitoria; wir haben das Bloqueo mit dem äußerst festen Schloß Guevara. Christinisch ist ferner Peñacerrada, Trevino und Puentelarra mit dem Brückenkopf am Ebro. Die Provinz hat sieben Bataillons und ein Cavallerieregiment. Generalcommandant ist der General Sopelana. — In Navarra ist feindlich Pamplona und Puente la Reyna am linken Argauser, Lumbier, Lerin, Tafalla, Sanguesa und Tudela und Lodosa am Ebro; die Ebenen um Tudela sind vom Feinde besetzt, wie die Ebrolinie bis Logroño mit Peralta, Falses, Viana, la Guardia und la Praza. Der Mangel an hinlänglicher Cavallerie ist Grund dieses Uebelstandes. Dagegen haben wir die Linien von Zubiri mit dem festen Borda de Indigo; das prächtige und fruchtbare Bastanthal gehört uns ausschließlich, Elisondo, die Hauptstadt, ist wohlbefestigt. Wir haben ferner Forts zu los Hermanos, Gregorio, Vera, Urdar, Borsa de Anona, Zugaramurdi und Landivar, das Bloqueo von Pamplona, die Linien des Echaurithales mit den festen Puncten von Eriza und Berasconia, die Linien des Ega mit Maneru und Estella. Die Provinz hat zwölf Bataillons und vier Escadrons. General Garcia ist Generalcommandant." (Schluß f.)

Die Morning-Post enthält ein Schreiben eines im Dienste des Don Carlos stehenden hohen Offiziers, welches das Dunkel, in das die neuesten Ereignisse in Navarra und den baskischen Provinzen noch immer gehüllt sind, aufzuhellen und Maroto zu rechtfertigen bestimmt ist. Nach diesem Berichte, mit welchem auch andere, namentlich die Briefe aus Villafranca in der Allgemeinen Zeitung und das im Oesterreichischen Beobachter vom 22. d. M. mitgetheilte Schreiben aus Tolosa, im Wesentlichen übereinstimmen, war es nicht die Eifersucht zwischen der baskischen und castilianischen Partei, welche die Hinrichtungen von Estella veranlaßte, sondern wirklich eine weit verzweigte Verschwörung, die von dem Minister Arias Teijeiro geleitet wurde und zum Zweck hätte, Maroto vom Commando zu entfernen, viele andere Personen aus der Umgebung des Don Carlos und besonders seiner Gemahlinn zu verbannen, der letztern allen Einfluß auf Don Carlos zu entziehen und die gefangenen Generäle Ello, Zariategui ꝛc. umbringen zu lassen.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 18. März kündigte Lord Melbourne auf verschiedene, an ihn von den Lords Aberdeen, Ellenborough und Ripon gestellte Fragen an, daß es seine Absicht sei, dem Hause nächstens weitere Erläuterungen über die Angelegenheiten in Ostindien und den Stand der Verhältnisse mit Persien vorzulegen. — Im Unterhause erwiederte Lord Palmerston auf eine von Sir J. Graham an ihn gestellte Frage, Hr. M'Neil habe bereits im Laufe des vorigen Jahres um Urlaub gebeten, um sich, sobald seine Dienstpflicht es gestatten würde, nach England begeben zu können. Als er (Hr. M'Neil) wegen der Zwistigkeiten mit dem Schach das persische Gebiet verlassen, habe er einen Geschäftsträger an der Gränze zurückgelassen, mit der Weisung, da zu bleiben, um etwanige Mittheilungen von der persischen Regierung entgegenzunehmen und selbe nach England befördern zu können. — Sir J. Hobhouse (der Präsident der ostindischen Angelegenheiten) erklärte auf eine von Sir J. Graham an ihn gerichtete Anfrage, daß er nicht gesonnen sei, vor Ostern gewisse Documente, die sich auf das Generalgouvernement von Indien beziehen, dem Hause vorzulegen. — Das Haus verwandelte sich hierauf in einen Ausschuß für Geldbewilligungen, wobei verschiedene Posten für die Land- und Seemacht votirt wurden. Ein Antrag des Sir T. Attwood, das frühere Votum des Hauses, wodurch 34,165 Matrosen und Marinesoldaten für die Seemacht bewilligt worden waren, zu reformiren und besonders mit Rücksicht auf die drohende Stellung Rußlands, die er mit den übertriebensten Farben schilderte, die Seemacht bedeutender zu vermehren, wurde auf die Bemerkung des Kanzlers der Schatzkammer, daß eine Vermehrung solcher Art nur von einem Regierungsmitgliede vorgeschlagen werden könne, von dem Antragsteller selbst zurückgenommen. — Bei Abgang der Post war die ajournirte Debatte über die Korngesetze eben wieder aufgenommen worden.

In der City von London herrscht große Aufregung über den Plan der Minister, im Parlamente auf Vereinigung der veralteten, ungenügenden Polizei der City mit der Westminsterpolizei, wodurch jene den Händen des Lordmayors und der Aldermen entnommen und mit letzterer dem Staatssecretariat des Innern untergeordnet würde, anzutragen. Der Londoner Gemeinderath

hat beſchloſſen, in einer Adreſſe an die Königinn gegen dieſe Bill zu proteſtiren. H^r. Galloway ſprach bei dieſer Gelegenheit von der „Abgeſchmacktheit, deren ſich die Miniſter ſchuldig machen, indem ſie ſo ihren beſten Freunden zuwiderhandeln.“ In der dem Parlamente vorzulegenden Polizeiacte ſollen Clauſeln gegen das Läuten der Thürglocken, einzig um Lärm zu machen, und gegen das Fliegenlaſſen von Drachen auf den Straßen, enthalten ſeyn.

Conſols am 18. März 93.

Frankreich.

Ueber die Bildung des neuen Miniſteriums iſt noch nichts entſchieden. Dem Journal General vom 20. März zufolge ſcheinen neue Schwierigkeiten, die von dieſem Journal nicht näher bezeichnet werden, die Miniſterialkriſe zu verlängern. — Im Temps heißt es hierüber: „Geſtern Morgens hatte eine Verſammlung der Mitglieder des projectirten Cabinets (deren Namen wir im letzten Montagsblatte mitgetheilt haben) beim Marſchall Soult Statt gefunden. Ueber die Wahl der Perſonen war man vollkommen einig und die Hauptbedingungen ſtanden feſt; der Marſchall Soult verfügte ſich in die Tuilerien, um ſie dem Könige mitzutheilen. Wenn man den geſtern Abends verbreiteten Gerüchten Glauben beimeſſen darf, ſo hätte der König ein ſchriftliches Programm verlangt, welches ihm ſpäterhin auch mitgetheilt worden ſei, aber keine ganz günſtige Aufnahme gefunden habe. Man ſagte ſogar, der König habe erklärt, er könne dieſe Bedingungen nicht annehmen.“ — Der Courrier Français erzählt die Sache folgendermaaßen: „Die Abweſenheit der HH. Humann und Dufaure hatte die miniſteriellen Arrangements ſuspendirt; beide ſind nun angekommen und haben ſich bereit erklärt, die ihnen beſtimmten Plätze im Cabinet anzunehmen. Es blieb noch übrig, ſich über das politiſche Programm der neuen Adminiſtration zu vereinigen. Man verſammelte ſich zu dieſem Behufe geſtern Vormittags beim Marſchall Soult, wo nach einer mehrſtündigen Arbeit die Hauptbedingungen, unter denen das Cabinet die Leitung der Angelegenheiten übernehmen wollte, einſtimmig feſtgeſetzt wurden. Der Marſchall übernahm es, ſie dem Konige vorzulegen, der bisher nicht geneigt zu ſeyn ſcheint, ſie anzunehmen. Man verſichert, H^r. Dupin ſei Abends ins Schloß berufen worden.“ — Dem Journal des Debats zufolge ſollen zwei Fragen — die ſpaniſche Frage und die Rentenconverſionsfrage — die miniſteriellen Arrangements noch in suspenso halten. — Man ſprach ſogar von einer Prorogation der Kammern bis zum 10. oder 15. April, da wenig Ausſicht vorhanden ſei, mit Bildung des Miniſteriums bis zum 26. April zu Stande zu kommen.“

Das Journal des Debats macht dem künftigen Miniſterium gegenüber ſein Programm bekannt. Es will keine ſyſtematiſche Oppoſition machen, vielmehr das Miniſterium vom linken Centrum unparteiiſch, und ſogar mit Gunſt behandeln. Seine Oppoſition ſoll nur die Aufrechthaltung der ſeit dem Sturze des Miniſteriums Laffitte befolgten Grundſätze bezwecken, damit dieſes Miniſterium, das durch Schwäche der Anarchie entgegenging, und in welchem der unruhige und zerſtörende Geiſt der linken Seite vorherrſchend war, nicht wieder auftauche. Wenn daher das neue Miniſterium mit den Grundſätzen der Linken bricht, und ſich auf einige Gunſtbezeigungen gegen die Perſonen beſchränkt, dann will das Journal des Debats ihm beipflichten, ja ſogar mit ihm im Stillen über die wunderbaren Wirkungen jener Coalition lachen, welche die Repräſentativregierung wieder herſtellen, das Land vom Despotismus des Hofes befreien, Frankreich nach Außen eine ſtolze und glorreiche Stellung geben ſollte, und damit endigt, daß einige Männer Anſtellungen erhalten.

Die Journale der linken Seite ziehen unverholen gegen die „perſönliche Regierung,“ die „Hofpartei,“ oder wie ſie es ſonſt nennen, zu Felde, indem ſie ihr Schuld geben, daß ſie ſich dem durch die Wahlen ihr aufgedrungenen Miniſterium nur mit Widerwillen füge, und nach allen Kräften dahin arbeite, dasſelbe ſchon vor ſeiner Geburt wieder zu untergraben. Wirklich erklärt die Revue de Paris, ein der bisherigen Politik ergebenes Blatt, gerade heraus: wenn das neue Miniſterium nicht die Grundſätze der 221 befolge, werde es nicht von langer Dauer ſeyn. Was die Gegner der Regierung „den unerſchütterlichen Gedanken,“ das „Syſtem des Königs“ nennen, werde allerdings noch lange Zeit die Politik Frankreichs bleiben müſſen. Ein ſo erhabener und ſcharfſichtiger Geiſt, dem ſo eben der erſte Redner des engliſchen Parlaments (Peel) ſo glänzendes Lob ertheilt, ein langes und arbeitſames Leben, Reiſen durch alle Länder, dreißigjähriger Briefwechſel mit den ausgezeichnetſten Männern, emſiges Studium der Vergangenheit, hätten allerdings den König in Stand geſetzt, das für Frankreich vortheilhafteſte Syſtem zu erkennen, und dieſes Syſtem, das ſich, wie zur Zeit der Regentſchaft, auf die Allianz mit England ſtütze, könne von dem perſönlichen Gedanken des Staatsoberhaupts nicht getrennt werden. Der König ſei König geworden, weil ſeine große Weisheit ihn populär machte, und weil ſeine Politik die Politik Frankreichs war. Dieſe Macht, die ihn auf den Thron ſetzte, habe ſeit acht Jahren auch ſeine Politik aufrecht erhalten; ſie könne in einigen Puncten und nach Maaßgabe einzelner Miniſter Aenderungen erleiden; allein ihre Hauptgrundlagen würden nicht umgeſtürzt werden, weil Frankreichs ſociale Grundlagen dadurch erſchüttert würden. Jeder Miniſter, der ein ſolches Werk verſuchte, würde Zeit und Mühe vergebens aufwenden. — Das Journal du Commerce meint: Selbſt wenn das Miniſterium bei den Wahlen geſiegt hätte, würde man kaum eine ſo ſeltſame und verwegene Erklärung von Seite des Hofes erwartet haben, als die vorſtehende. Nie hätte man geglaubt, daß man den Gedanken ausſprechen würde, durch die Julirevolution zur Regentſchaft und zur Politik des Cardinals Dubois zurückzukehren.

Das Journal des Debats berichtigt ſeine Angabe, daß H^r. Billecocq zum Generalconſul in Tanger ernannt worden ſei; nicht H^r. Billecocq, ſondern H^r. von Chateaugiron, bisheriger Generalconſul in Bukureſt, hat jenen Poſten erhalten, und H^r. Billecocq iſt zum Generalconſul und politiſchen Agenten in Bukureſt ernannt worden.

Der Moniteur Pariſien vom 20. März enthält den Text eines unterm 9. Jänner von dem Präſidenten des mexicaniſchen Freiſtaates Buſtamente erlaſſenen Decrets, kraft deſſen der Hafen von Veracruz, weil ſich die Franzoſen im Beſitze des Forts von Ulloa befinden, und der Hafen von Santa Anna de Tamaulipas, weil ſich dieſe Stadt in Aufruhr gegen die Centralregierung befindet, dem fremden Handel verſchloſſen werden. — Die jüngſthin in nordamerikaniſchen Blättern gemeldete Nachricht, daß Santa Ana wieder als Präſident an die Spitze des mexicaniſchen Freiſtaates geſtellt worden ſei, ſcheint ſich nicht zu beſtätigen.

Am 19. März 5 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 108 Fr. 55. 3 Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 65. — Am 20. März 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 108 Fr. 50. 3 Percents 79 Fr. 55.

Teutſchland.

S^r. kaiſ. Hoheit der Großfürſt-Thronfolger von Rußland iſt am 19. März Abends von Günzburg, wo Höchſtderſelbe übernachtete, zum Beſuche bei der königlichen Familie in Stuttgart eingetroffen und in den für S^r. kaiſ. Hoheit im königlichen Reſidenzſchloſſe bereit gehaltenen Zimmern abgeſtiegen. Am 22. März Morgens haben S^r. kaiſ. Hoheit der Großfürſt dieſe Hauptſtadt wieder verlaſſen, um die Reiſe nach Carlsruhe fortzuſetzen.

Das Journal du Grand-Duché de Luxembourg enthält das Rundſchreiben, welches die vorläufige Verſammlung für die bei dem König-Großherzog zu thuenden Schritte auf den 17. März beruft. Die am 3. März votirte Adreſſe wird S^r. Majeſtät durch die HH. de la Fontaine, Jac. Willmar, Baron Blockhauſen, Jac. Lamort und Ferd. Pescatore, die mit einer großen Mehrheit dazu bezeichnet wurden, überreicht werden. Um indeß eine größere Anzahl Unterſchriften zu haben, wird eine neue Adreſſe abgefaßt werden. Die Deputation wird beauftragt werden, dem Könige ſeine Proclamation vom 10. Februar 1831 vorzulegen, worin man den Einwohnern des Großherzogthums eine von jener der nördlichen Provinzen getrennte Verwaltung, ein den Localintereſſen der Luxemburger und jenen, welche ſie mit dem teutſchen Bunde vereinigen, angeeignetes und mit der Wohlfahrt des Landes und einer geſetzlichen Freiheit in Einklang gebrachtes Grundgeſetz, den freien Gebrauch der teutſchen und franzöſiſchen Sprache bei den öffentlichen Angelegenheiten, den Vorzug für die Eingebornen bei der Ernennung zu den Stellen und Aemtern, die Sicherſtellung der freien Ausübung des Cultus und des Genuſſes der bürgerlichen Rechte verſpricht. „Dieſen königlichen Verſprechen," ſagt der Präſident der Verſammlung, H^r. Deſert, in ſeinem Rundſchreiben, „hat die Verſammlung noch die Bitte um folgende Dinge beifügen zu müſſen geglaubt: 1) Die Aufrechthaltung der höhern Gerichtsbarkeit, welche der Hauptort der Provinz genießt, und die dem Intereſſe aller dem Gerichtszwange Unterworfenen ſo nützlich iſt; 2) die Wichtigkeit, die Erzeugniſſe unſers Bodens von der unmittelbaren und zu unbeſchränkten Concurrenz der Nachbarprovinzen zu befreien, ohne jedoch der Induſtrie die zu ihrem Gedeihen nöthigen Abſatzwege zu verſchließen; 3) die Leichtigkeit des Zutritts zu der Laufbahn der höhern wiſſenſchaftlichen und ſpeculativen Studien; 4) die nämliche Leichtigkeit für die Militärlaufbahn; 5) endlich die Errichtung eines Seminars für die luxemburgiſchen Cleriker, bis ſie wiſſen, wo ſie die Weihen holen."

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung enthält unter der Aufſchrift: „Kaiſerſaal und Kaiſerbilder" folgenden Artikel: „Durch die Adminiſtration des Städel'ſchen Inſtituts iſt im vorigen Herbſte das erſte Zeichen zur Ausführung einer Idee gegeben worden, welche von vielen Freunden der vaterländiſchen Geſchichte und von den Bewunderern der großen Herrſcher des teutſchen Volkes längſt genährt worden iſt; welche die Kunſt mit der Geſchichte des Volkes in innige Berührung bringt, und ſo der erſteren einen reichen Gegenſtand, der letzteren eine ſinnliche Darſtellung, gewährt. In dem hieſigen Rathhaus, dem ſogenannten Römer, befindet ſich nämlich ein großer Saal, worin die teutſchen Kaiſer, nach vollbrachter kirchlicher Krönungsfeier umringt und bedient von den Kurfürſten, das erſte feſtliche Mahl zu halten pflegten, während das Volk auf dem freien Platze, den die Fenſter jenes Saales beherrſchen, den neuen Kaiſer an ſeinem Ehrentag durch die volksthümlichen Luſtbarkeiten begrüßte, welche ſo viele Schriftſteller, und zuletzt noch Göthe, mit unſterblicher Feder geſchildert haben. An den Wänden jenes Saals, welcher aus dieſer Veranlaſſung den Namen Kaiſerſaal erhalten hat, wurden anfangs des vorigen Jahrhunderts die Bildniſſe der teutſchen Kaiſer angebracht, und die letztmögliche Stelle erhielt das Bild des letzten teutſchen Kaiſers, Franz des Zweiten. So findet ſich hier mit dem Raum auch die große Zeitperiode des teutſchen Reiches abgeſchloſſen, und aus der Maſſe von Begebenheiten und Erinnerungen, welche ſie enthält, treten, mit hellem Lichte ihre Zeit bezeichnend, die großen Kaiſergeſtalten hervor aus dem fränkiſchen, aus dem ſächſiſchen Geſchlecht, aus den Hohenſtaufen, Habsburgern, Wittelsbachern, Luxemburgern und Andern. Nur die Ausführung der Bildniſſe entſprach bisher nicht der Würde des Gegenſtandes, indem ſie handwerksmäßig, größtentheils in Broncefarben auf die Wand gemalt waren, ohne Rückſicht auf die Tracht der Zeit und auf die wirkliche Geſtalt der abgebildeten Kaiſer, inſoweit ſich ſolche aus vorhandenen Urkunden und Beſchreibungen auffaſſen läßt. Jetzt, wo ſo viele ausgezeichnete Künſtler in Teutſchland leben, erachtete es die Adminiſtration des Städelſchen Inſtitutes an der Zeit, dieſem Mangel abzuhelfen, und bat bei hohem Senat um die Erlaubniß, vier Kaiſerbildniſſe, von vorzüglichen Künſtlern gemalt, an demſelben Platze aufſtellen zu dürfen, wo ſich gegenwärtig die bezeichneten mangelhaften Abbildungen befinden. Der Director der hieſigen Malerſchule, Philipp Veit, hatte hiervon eines und aus Liebe zur Sache unentgeldlich übernommen. Hoher Senat beſchloß hierauf am 13. September 1838: „Es wird das patriotiſche, zur Zierde „und Ehre der Stadt gereichende, Anerbieten mit gebührender Anerkennung andurch angenommen." Sofort ſchloß ſich der hieſige Kunſtverein der Adminiſtration des Städel'ſchen Inſtituts an und beſtellte ein Kaiſerbildniß bei Leſſing in Düſſeldorf; die Anfertigung eines zweiten übernahm J. D. Paſſavant unentgeldlich. Endlich trat am 25. Jahrestage der Leipziger Schlacht, und an dieſem Tage, weil es der Förderung einer teutſchen Sache galt, ein eigenes Comité für die Leitung und Durchführung des ganzen Unternehmens zuſammen. Noch ſind ſeitdem kaum fünf Monate verſtrichen und die Vollendung findet ſich geſichert! Einen ſo vollkommen mit der gehegten Erwartung übereinſtimmenden, ja ſie übertreffenden Anklang hat daſſelbe überall hier und im Aus-

lande gefunden. Verschiedene Gesellschaften, Vereine, Familien und Bürger, haben hier schon einundzwanzig Bilder bestellt, welche zum Theil in trefflicher Ausführung in den hiesigen Kunstateliers zu sehen sind, auch einige Overbeck, Lessing, Bendemann, Hübner, zur Ausführung angeboten wurden. Schon im November v. J. erklärte sich der Kunstverein für Rheinland und Westphalen bereit, zu dem fraglichen patriotischen Unternehmen durch Anfertigung von vier Kaiserbildnissen auf seine Kosten beizutragen, und Stielke ist schon jetzt mit dem Bildniß Heinrichs III. beschäftigt. Ferner hat ein Verein baierischer Vaterlandsfreunde es übernommen, die drei Bildnisse der Kaiser aus dem Wittelsbacher Hause auf seine Kosten anfertigen zu lassen. Endlich hat Sr. Majestät, Kaiser Ferdinand I. von Oesterreich, dessen zahlreiche Ahnen auf diese Weise in einem Saale würdig dargestellt werden sollen, in welchem sie zum erstenmal die Huldigung der Fürsten und des Volks in freudiger Weise empfingen, gleichfalls seine hohe Theilnahme für die Vollendung dieses Werkes liebevoller Erinnerung an die Vorzeit beurkundet und die Anfertigung von sechs Bildnissen, nach den vorhandenen besten Originalabbildungen durch die vorzüglichsten Künstler Oesterreichs befohlen. Was aber dem Comité, das die historische Ausschmückung des Kaisersaals leitet, hierbei vorzüglich erfreulich seyn mußte, ist, daß dem Unternehmen aus dem besonders hervorgehobenen Grunde eine derartige Teilnahme gewährt wurde, weil dasselbe aus einer teutsch patriotischen Gesinnung hervorgegangen. Von Sr. Durchlaucht dem kaiserlich österreichischen Haus-, Hof- und Staatskanzler, Fürsten von Metternich, sind außerdem sämmtliche Wahlsprüche der Kaiser aus dem Hause Habsburg mitgetheilt worden, um solche ihrer Abbildung beizufügen, und so wird man in dem Saale, wo den teutschen Kaisern das erste kaiserliche Fest bereitet wurde, unter ihrem Bildniß auch den ersten und leitenden Gedanken lesen können, welchem sie durch ihre Regierung Verwirklichung zu geben gesonnen waren. Bei so einsichtsvoller und kräftiger Unterstützung von vielen Seiten her hat das Comité in kurzer Zeit, in nicht sechs Monaten, den größten Theil seiner Aufgabe glücklich vollbracht, und schon jetzt wendet sich der Blick von der Mühe des Schaffens nach dem nicht weit entfernten Genuß eines bald vollendeten Werkes hin, in welchem die Liebe zur Kunst und zum Vaterland, poetische und geschichtliche Erinnerung, gleiche Befriedigung finden werden. Wir können die vorstehende Mittheilung, die gewiß vielseitiges Interesse anregen wird, nicht schließen, ohne ihr eine Doppelzugabe anzufügen. Zuerst mag das Archivalische über die Kaiserbilder hier aufbewahrt werden. In dem Saale selbst befinden sich drei Jahrszahlen: Renovatum 1612, 1711, 1828. In dem Jahre 1711 scheinen aber sämmtliche Bildnisse entweder zuerst gemalt oder übermalt worden zu seyn, da die Malerei Einen und zwar den Character des achtzehnten Jahrhunderts an sich trägt, auch wie aus Einer Hand hervorgegangen ist. Diese Hand war die des Malers Unsing, aus der Zunft der Maler und Lakierer, welchen die Weißbinder Amand und Nicolai unterstützten. Für diese zusammen finden sich in den Rechenbüchern in dem Jahre 1711 an 20 à Conto-Zahlungen eingetragen, welche zusammen über 500 fl. betragen. Außerdem wurde Manches an Steinmetzen und Schreiner entrichtet. Im Jahre 1740 wurde sodann in dem Saale eine Thüre an der Stelle zugemauert, wo sich jetzt die phantastischen Bildnisse Maximillians I. und Carls V. befinden. Endlich im Jahre 1828 restaurirten und übermalten sämmtliche Bildnisse Schultze und Futscher, ebenfalls aus der Zunft der Maler und Lakierer. Anziehender, als diese Notizen aus der Römerchronik, denen jedoch ihr relativer Werth nicht verkürzt werden soll, ist gewiß die Erinnerung an Göthe's Wundererscheinung im Kaisersaal an dem Tage (3. April 1764), wo Joseph, der Sohn Maria Theresia's, als König der Teutschen zu Frankfurt gekrönt worden war. Der 15jährige Schlustige stand an der großen Römertreppe, der Thüre des Kaisersaals gerade gegenüber, staunte die vornehmen Personen an, welche sich, dem Herkommen gehorchend, als Diener des Reichsoberhauptes bekannten. Vierundvierzig Grafen, die Speisen aus der Küche hertragend, zogen an ihm vorbei, alle prächtig gekleidet, so daß der Contrast ihres Anstandes mit der Handlung für einen Knaben wohl sinnverwirrend seyn konnte. Die Saalthüre war bewacht; indeß gingen die Befugten häufig aus und ein. Göthe erblickt einen pfälzischen Hausoffizianten; er spricht ihn an, fragend, ob er nicht mit hinein könne. Dieser, gleich als ob ihm geahnet, wer vor ihm steht, besinnt sich nicht lange, gibt dem artigen, sauber gekleideten Jüngling eins der silbernen Gefäße, die er eben trägt, und so gelangt Göthe in das Heiligthum. Er mag selbst schildern, was er da gesehen. „Das pfälzische „Buffet stand links, unmittelbar an der Thüre, und mit „einigen Schritten befand ich mich auf der Erhöhung „desselben hinter den Schranken. Am anderen Ende des „Saals, unmittelbar an den Fenstern, saßen unter Baldachinen Kaiser und König (Vater und Sohn) in ihren Ornaten; Krone und Scepter aber lagen auf goldenen Kissen rückwärts in einiger Entfernung. Die drei „Kurfürsten hatten auf einzeln Estraden Platz genommen: Kur-Mainz den Majestäten gegenüber, Kur-Trier „zur Rechten, Kur-Cöln zur Linken. Dieser obere Theil „des Saales war würdig anzusehen und erregte die Bemerkung (in dem 15jährigen Göthe?), daß die Geistlichkeit sich so lange als möglich mit dem „Herrscher halten mag. Dagegen ließen die zwar „prächtig aufgeputzten aber herrenleeren Tische der sämmtlichen weltlichen Kurfürsten an das Mißverhältniß denken, welches zwischen ihnen und dem Reichsoberhaupt „durch drei Jahrhunderte allmählig entstanden war. Der „größte Theil des Saales bekam dadurch, daß so viele „unsichtbare Gäste auf das prächtigste bedient wurden, ein „gespensterhaftes Ansehen." Mehr Betrachtungen anzustellen erlaubten dem werdenden Dichter weder seine Jahre, noch das Gedränge der Gegenwart. Er hat aber Alles nachgeholt im zweiten Theile des Faust, dessen zweite Scene im Thronsaale der kaiserlichen Pfalz spielt."

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben mittelst allerhöchsten Handschreibens vom 6. d. M. Sr. kais. Hoheit den Großfürsten und Thronfolger von Rußland, Alexander Nikolajewitsch, zum Inhaber des vierten Husarenregiments zu ernennen geruht.

Am 27. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	106¹¹/₁₂
detto detto	zu 4 pC.	in C.M.	101⁷/₁₂
detto detto	zu 3 pC.	in C.M.	82⁵/₁₂
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in C.M.	283.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in C.M.	154⁹/₁₂
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in C.M.	678⁵/₁₂
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in C.M.	65⁵/₁₂

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅝ Uso 2. M.
Bankactien pr. Stück 1510⁵/₁₂ in C.M.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 88

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 29. März 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 27. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.475	28. 1 P.	+ 2.4	NW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.479	28 2 11	+ 6.8	NW.	—	—
	10 Uhr Abends.	27.306	28 0 9	+ 2.7	SSO.	still.	Wolken.

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 22. März (die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) bringen die Nachricht, daß alle bisherigen Verhandlungen zur Bildung eines Ministeriums des linken Centrums, welchem man in der letzten Zeit, mit Weglassung des Hrn. Villemain, Hrn. Cunin-Gridaine vom Centrum, ohne jedoch seine Zustimmung zu diesem seltsamen Amalgam vorher erhalten zu haben, beigesellen wollte, vollständig abgebrochen sind. — Der Constitutionnel vom obgedachten Tage gibt hierüber folgende Details: „Mit tiefstem Leidwesen melden wir, daß die ministerielle Combination, die von Jedermann als die den Umständen angemessenste, als die dem durch die letzten Wahlen an den Tag gelegten Wunsche Frankreichs entsprechendste berachtet wurde, daß diese Combination sich gestern zerschlagen hat, und daß die Krisis, deren Lösung das Publicum mit gerechter Ungeduld erwartete, leider noch länger dauern wird. Folgendes ist die kurze Geschichte der letzten Verhandlungen: — Die achtbaren Männer, welche sich der Marschall zur Bildung des Cabinets beigesellt hatte, sind, trotz einigen Meinungsverschiedenheiten, dennoch wenigstens in dem Gedanken eins geworden, daß es nöthig sei, so schnell als möglich zu einer Lösung zu gelangen; mehrere derselben waren von Paris abwesend; dadurch mußte nothwendigerweise Zeit verloren gehen. Erst nach Ankunft der HH. Humann und Dufaure konnten die Berathungen ein definitives Resultat gewähren. Es war unmöglich, sobald man sie einmal ins Ministerium aufnahm, irgend etwas Definitives ohne ihre Anwesenheit festzusetzen. Nachdem Hr. Humann und Hr. Dufaure eingetroffen waren, mußten sämmtliche Fragen neuerdings zur Sprache gebracht werden. Daher die lange Dauer der Krisis. Um ihr jedoch ein Ende zu machen, waren sämmtliche Personen, die an der projectirten Combination Theil nehmen sollten, gleich geneigt, gegenseitige Concessionen zu machen, um den Zwiespalt auszulöschen. — Von diesem löblichen Geiste der Versöhnung geleitet, hatten sämmtliche Mitglieder des im Werden begriffenen Ministeriums, selbst diejenigen, die in der Nuance des linken Centrums am weitesten gehen, geglaubt, dem von einem ihrer künftigen Collegen geäußerten Wunsche, sich durch die Beigesellung des Hrn. Cunin-Gridaine zu complettiren, willfahren zu müssen. Hr. Humann, der Urheber dieses Vorschlages, stellte ihn als eine Transaction dar. Die Idee war angenommen worden. Aber bei einigem Nachdenken drängte sich bald der Gedanke auf, daß der Beitritt des Hrn. Cunin-Gridaine, des Präsidenten der Réunion Jacqueminot, den Nachtheil haben würde, in allzu schreiendem Widerspruche mit der Farbe des Cabinets zu stehen, und daß sich jener ehrenwerthe Deputirte zu tief mit den Ministern vom 15. April eingelassen hatte, um in einem Ministerium des linken Centrums nicht als unpassend zu erscheinen. Das ganze Cabinet hatte bald eingesehen, daß es unmöglich sei, Hrn. Cunin-Gridaine in die Combination aufzunehmen. Man hatte auf seine Beigesellung schon Verzicht geleistet, ehe Hr. Cunin-Gridaine seine Freunde darüber zu Rathe ziehen konnte. — Das Ministerium hatte sich gestern wieder auf seine ursprünglichen Grundlagen reconstituirt. Alle persönlichen Fragen waren erledigt. Es blieb nur noch übrig, die dinglichen Fragen gründlich zu erörtern. Der König war dem von dem Hrn. Marschall Soult und seinen Collegen vorgelegten Programm beigetreten. So standen die Dinge, als sie eine neue und letzte Zusammenkunft mit dem Könige hatten. — Die Ernennungsordonnanzen lagen schon bereit. Ehe man jedoch zur Unterzeichnung schritt, verlangte Hr. Thiers, da er vollkommen rechtlich zu Werke gehen wollte, daß man die angenommenen Propositionen einigen Commentaren unterziehen sollte, um sich zu überzeugen, ob man ihnen eine und dieselbe Deutung gegeben, und ob man in der That auch einverstanden sei. Das Programm war nothwendigerweise in sehr allgemeinen Ausdrücken abgefaßt. Man mußte den Sinn desselben durch einige Erläuterungen näher bestimmen. — Kaum hatte man sich in diese Untersuchungen eingelassen, als sich neue Spaltungen erhoben. Einige Sätze waren nicht in demselben Sinne verstanden worden. Man spaltete sich über zwei Fragen der auswärtigen, und über eine Frage der inneren Politik. — Zuerst wurde die spanische Frage erortert. Die Minister vom 22. Februar haben unumwunden auf jeden Gedanken einer Intervention,

ja selbst einer Cooperation Verzicht geleistet. Sie haben nur Eins verlangt, nämlich daß sich die französische Regierung in Bezug auf Spanien so benehme, wie England, das sich jeder Intervention und Cooperation enthält, aber im Nothfalle der constitutionnellen Königinn den Beistand seiner Schiffe gewährt. Sie begehrte demnach, daß man eventuell Spanien einen ähnlichen Beistand zur See, wie England, gewähre. Ueber diese, solchergestalt restringirte Frage, zeigte sich Uneinigkeit, in Folge deren Hr. Thiers den König und diejenigen, die seine Collegen werden sollten, bat, das Ministerium, ohne ihn, zu componiren, wobei er sich bei seiner Ehre anheischig machte, selbes, wenn er auch nicht Theil daran nähme, zu unterstützen, und seine Mitwirkung aufs deutlichste und unumwundenste zu erklären. — In Bezug auf die innere Politik wurde die Frage von der Präsidentschaft der Kammer aufs Tapet gebracht. Man war so ziemlich mit Hrn. Dupin's Meinung einverstanden, daß man aus einem Act, der ausschließend den Prärogativen der Kammer angehört, keine Ministerialfrage machen solle. Ein Mitglied des Conseils setzte jedoch auseinander, daß es nichtsdestoweniger, die Cabinetsfrage bei Seite gesetzt, angemessen seyn dürfte, daß sich das Ministerium darüber verständige, eine und dieselbe Candidatur zu unterstützen, denn nichts würde weniger parlamentarisch seyn, als wenn eine Hälfte des Cabinets für einen Candidaten, und die andere Hälfte für einen andern votiren wollte. Hierüber neuer Zwiespalt. — Da es nun deutlich wurde, daß keine Möglichkeit mehr vorhanden war, sich zu verständigen, hat sich das Cabinet, ehe es noch gebildet war, aufgelöst. Der Hr. Marschall und diejenigen, die er zu Collegen gewählt hatte, haben den König mit dem Ausdrucke des tiefsten Leidwesens verlassen, daß es ihnen nicht vergönnt sei, sich seinem Dienste widmen zu können, und Se. Majestät hat ihnen bewegt das Bedauern zu erkennen gegeben, welches dieser Bruch Ihm verursache."

Aus den Mittheilungen, welche das Journal des Debats und die Presse vom 22. März über diese neue Wendung der Ministerialkrisis enthalten, geht klar hervor, daß Hr. Cunin-Gridaine nicht einen Augenblick auf die Idee, dem unter den Auspicien des Marschall Soult und des Hrn. Thiers projectirten Ministerium beizutreten eingegangen ist, sondern auf alle ihm dießfalls von dem Marschall gemachten Anträge kategorisch verneinend geantwortet hat. Die Presse sieht in dem Gedanken dieser Adjungirung des Hrn. Cunin-Gridaine das offene Geständniß von Seite des ex-künftigen Cabinets (ex-futur cabinet), nicht ohne den Beistand der alten Majorität oder wenigstens eines Theils derselben bestehen zu können.

An der Börse war das Gerücht verbreitet, Marschall Soult sei am 22. Morgens zum Könige berufen worden, der ihm vorgeschlagen habe, an einer Combination, in welche die HH. Guizot und Duchatel eintreten würden, Theil zu nehmen. Man fügte hinzu, der Marschall habe sich geneigt hierzu erkläret.

Lord Lyndhurst ist am 18. März Abends in Paris angekommen, um die bei dem englischen Parlamente gebräuchlichen Osterferien daselbst zuzubringen.

Am 20. März 5Percents Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 75. — Am 21. März 5Percents 108 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 70. 3Percents 79 Fr. 80. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 95. — Am 22. März 5Percents 108 Fr. 65. Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 65. 3Percents 79 Fr. 70. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 75.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 18. März wurden die Debatten über die bekannte Motion des Hrn. Villiers in Bezug auf die Korngesetze, nach fünftägiger Erörterung, geschlossen, und gedachte Motion bei sehr vollem Hause mit 342 gegen 195 Stimmen verworfen.

Der durch Lord Ebringtons, des neuen irischen Vicekönigs, Beförderung ins Oberhaus erledigte Sitz für Norddevonshire ist nach einem hitzigen Wahlkampfe dem conservativen Candidaten Hrn. Buck zugefallen; er erhielt 3720, sein liberaler Gegner, Hr. Buller, 3240 Stimmen.

Viceadmiral Sir T. Harvey ist zum Nachfolger des verstorbenen Sir C. Paget auf der westindischen und nordamerikanischen Station ernannt.

Consols am 20. März 92⅞.

Spanien.

Nachstehendes ist der Schluß des (im gestrigen Blatte abgebrochenen) Schreibens eines teutschen Offiziers der Carlistischen Armee aus Estella vom 27. Februar über die Art der Carlistischen Kriegsführung: „In jeder Provinz sind in der Regel die transcorrespondirenden Divisionen, und werden auch nach ihnen benannt. Sie halten die Linie besetzt und greifen an, wenn die feindliche Operationsarmee auf einem andern Puncte beschäftigt ist. Der General Maroto hat alle andern disponibeln Truppen mit sich, welche die eigentliche Operationsarmee bilden, und aus castilischen und cantabrischen Bataillons, so wie aus dem navarresischen Reiterregiment, das über 1000 Pferde stark ist, bestehen. Folgendes ist unser gewöhnlicher Operationsplan. Wir marschiren z. B. heute bei dem Einbruch der Nacht mit den castilischen Bataillons aus Estella, auf gerader Straße vor Villanueva im Menathale und erreichen es, ehe die Nachricht zum Feinde kommt. Eilt nun Espartero, der über die Berge, den Ebro und in großem Bogen marschiren muß, während wir auf der Sehne gehen konnten, dem Platz nicht zu rechter Zeit zu Hülfe, so ist derselbe genommen; wo nicht, so führen wir dasselbe Manöver, eben so unvermuthet und schnell, nach einer andern Seite aus. Während dessen

ſind die Provinzialdiviſionen hinreichend, die Provinzen zu decken, und ſelbſt, wenn die Umſtände ein ſolches Unternehmen begünſtigen, kleine Colonnen zu überfallen. Auf dieſe Weiſe, durch ewige Märſche und Contremärſche, von den Bewohnern der Provinzen durchaus begünſtigt, konnten wir im verwichenen Frühjahre, trotz der verlorenen Affaire von Balmaſeda, dieſen Ort gewinnen und zugleich Santander bedrohen. Außer dieſen Diviſionen manövriren auch in allen Provinzen Spaniens Guerillas und Guerilleros, Cabezillos und Partidarios, *) zum Theil ſo gut organiſirt und ſo zahlreich, daß der große Caudillo **) ſeine Banden zu einem bedeutenden Armeecorps umformen konnte. Nichts zeigt mehr die Sympathie des gemeinen Volkes für die Sache des Don Carlos, als das Umſichgreifen dieſer Banden, die überall das Land durchziehen und doch faſt niemals von den feindlichen Truppen überraſcht werden können, weil ſie überall von den den Chriſtinos feindlich geſinnten Landleuten unterſtützt werden. So nahm im verwichenen Herbſt der Cura de Allo im Bade Arredon, das 14 Leguas innerhalb der feindlichen Linien liegt — eine Entfernung, die er in einer Nacht zurückgelegt hattte — 50 Offiziere jeden Grades gefangen, und brachte zugleich 400 Stiere mit. Ein anderer unſerer Partidarios iſt der Cura von Dallo, der in der Gegend von Vitoria ſein Weſen treibt. So brachten der alte Merino und Balmaſeda von ihrem einjährigen Streifzuge 5 herrliche caſtilliſche Bataillons (deren ſchwächſtes 900 Mann ſtark iſt) und 500 Reiter mit. Dieſe gereichen uns zu großem Vortheile, denn längſt iſt und war unſere Infanterie der feindlichen überlegen, niemals hat ſich eins unſerer Bataillons geſcheut, zwei feindliche anzugreifen. Anders aber verhält es ſich mit unſerer Cavallerie. Dem Basken iſt ein Cavalleriſt ein wahrer Centaur, ein faſt überirdiſches Weſen; der Baske iſt mit Einem Worte der Tyroler Spaniens, und wird, wie dieſer, immer ein ſchlechter Cavalleriſt ſeyn. Im Infanteriegefecht iſt er unübertrefflich: da ſteigt eine Tirailleurlinie auf die Berghöhen, klimmt über Felſen, ſpringt über Abgründe, iſt von unermüdlicher Ausdauer und dabei eben ſo brav. Freilich iſt von unſerer Colonnenformirung keine Rede, ſie wäre bei dieſem Terrain aber auch unausführbar; deſto geſchickter benützt der Baske das Terrain, und wenn er die kleinſte Ebene, wegen der feindlichen Cavallerie, allzu ängſtlich meidet, ſo gibt er auch der überlegenſten Maſſe in ſeinen Bergen viel zu ſchaffen. Sein ganzer Kampf iſt auf merkwürdige Schnelle, auf Benützung des Terrains berechnet. Der Navarreſe ſteht nur ungern in geſchloſſener Linie, bei jeder Veranlaſſung löst ſich die Truppe auf, die gern vereinzelt und dann immer, ſelbſt ohne Aufſicht, zweckmäßig ſteht und äußerſt ſparſam, aber deſto ſicherer mit dem Feuer iſt. Die Cavallerie chargirt auf jedem Terrain, auf ſteilſtem Berge, und attakirt ſogleich, wenn ſie auch nur das kleinſte Plateau findet. Hat ſie die Infanterie erſt einmal zum Weichen gebracht, ſo folgt ſie ihr mit dem Säbel in der Fauſt und macht das Raillement unmöglich. Maroto, ein alter Cavalleriegeneral, legt alles Gewicht, allen Fleiß auf Formirung einer Cavallerie, die ſich mit der Chriſtiniſchen meſſen könne; wie ſchwierig dieſe Aufgabe, bei dem Mangel an Pferden, an Geld und bei der Abneigung der Basken gegen den Cavalleriedienſt in dieſem coupirten Terrain iſt, begreift ſich leicht. Wo es uns einmal gelang, mit unſerer Cavallerie die feindliche aufzuhalten, gab ſich überall die feindliche Infanterie, ich darf ſagen, uns die Hände. Das navarreſiſche Regiment iſt ohne Ausnahme vorzüglich beritten. Man unterſcheidet in ihm drei verſchiedene Pferderacen. Aus der andaluſiſchen Race, hinlänglich bekannt durch ihre Schönheit und Vortrefflichkeit, beſteht die Mehrzahl der Pferde des Regiments. Die caſtilianiſche Race iſt ein großer, ſtarker, in der Regel aber häßlicher Schlag (das caſtilianiſche Lancierregiment hat ſeine Pferde alle aus dieſer Race), der durch die Expedition in einen ſchlechten Zuſtand gekommen iſt, weil er wenig Ausdauer hat. Die dritte Race bilden die franzöſiſchen Pferde, die aber bei der ſchweren Fütterung ihre Leichtigkeit verlieren. Das navarreſiſche Pferd, ſo wie das der baskiſchen Provinzen, iſt wegen ſeiner Klein heit für die Cavallerie untauglich, und dient nur den Offizieren der Infanterie. Die Fütterung iſt durchaus von der unſerigen ſehr verſchieden. Statt Haſer wird hier Gerſte geliefert, und zwar iſt jede Ration nur ⅓ ſo ſtark, wie die der leichten Cavallerie in Preußen. Fehlt die Gerſte, was häufig vorkommt, ſo wird Roggen, Weizen, Mais, Kleie in doppelter Portion, aber am liebſten, und nur bei großem Mangel aller andern Futterkräuter, Haſer geliefert. Heu gibt es nicht, ſtatt deſſen Stroh. Die Ration wird den Pferden in 6 bis 8 Portionen gegeben, und wir haben dabei Märſche gemacht, in denen wir buchſtäblich 24 Stunden nicht aus dem Sattel gekommen ſind, und dennoch behielten dieſe vortrefflichen Thiere ihre Munterkeit bis zum letzten Augenblick. Die Zäumung iſt durchaus ſchlecht, wie die Dreſſur. Dem jungen Pferde wird gleich die Candare aufgelegt; die Reiter haben von Führung keine

*) Banden, Bandenführer, Häuptlinge und Parteigänger.

**) Cabrera, in Arragonien, Valencia und Murcia gewöhnlich der große Caudillo genannt. Caudillo iſt ein Schmeichelausdruck, den das Volk ſeinen geliebten Führern gibt, wenn ſie ſiegreich heimkehren. Was auch Chriſtiniſche Blätter von ihm ſagen, er iſt ſehr beliebt bei den niedern Volksclaſſen und ſein Name wahrhaft volksthümlich. Er iſt der Held des Tages, der in den Volksliedern, im Pallaſte wie in der Fiſcherhütte, beſungen wird; der einzige Parteiführer, dem der ſchwere Uebergang von einem Bandenchef zum commandirenden General durch eigene Mittel und Talente gelungen iſt; vielleicht der einzige General Spaniens, von dem die Beruhigung der Halbinſel durch Waffengewalt — eine ſchwierige Aufgabe — zu erwarten iſt. E. von Baerſt.

Idee, und behandeln das Pferd, obgleich sie es lieben und im Stalle pflegen, äußerst roh. Der Sattel ist stark gepolstert und dem preußischen Kürassiersattel ähnlich; sehr selten kommt es vor, daß ein Pferd gedrückt wird. Der Reiter sitzt fest im Pferde, obwohl ohne Regel. Wir haben nur Hengste und Wallachen in der Cavalleria. Die ersten sind böse und geben zu vielfachen Unordnungen Anlaß, die durch die Rohheit der Leute nur noch vermehrt werden. Das navarresische Reiterregiment ist es, das bis jetzt noch allein im Gefecht eine gute Rolle spielt, das castilianische aber darf sich, die Wahrheit zu sagen, in keiner Beziehung mit der feindlichen Reiterei in Vergleich stellen. Das Reglement hat viel Aehnlichkeit mit dem preußischen vor dem Jahre 1806. Ein großer Uebelstand sind die überlangen Commandowörter, die alle von den Zugführern beantwortet werden müssen; dazu kommt, daß diese das Wenigste davon verstehen und sich keine Mühe geben, sie zu erlernen. Die Flanqueurs traben im Gefechte aus den Schwadronen, und das castilianische Regiment hat per Escadron einen Flanqueurzug, der also für die Attake verloren geht. Die Leute dieses Regiments sind das ausgesuchteste Gesindel der Provinz, das sich Balmaseda und Merino auf ihren vorjährige Expeditionen anschloß; ich darf ohne Uebertreibung sagen, daß die unschuldigsten davon, ihrem früheren Gewerbe nach, der Classe der Contrebandiers angehörten. Dafür sind sie aber auch äußerst entschlossen, und eben so unermüdlich als brav. Die Offiziere sind aus der Wachtmeisterclasse, haben aber wenig Autorität über ihre Untergebenen, weil sie mit ihnen spielen und trinken, und durchaus so ungebildet wie diese sind. Daß wir Fremden unter ihnen einen schweren Stand haben, begreift sich, denn mit ihnen zu leben ist, schon wegen der Eifersucht auf uns, unmöglich; so sind wir also, im eigentlichsten Sinn des Wortes, nur auf uns angewiesen. In den Quartieren aber kann man es vor Rauch, Schmutz, Lärm und Cithergeklimper zu rauhem Gesang bis in die Nacht hinein, und Spiel bis an den frühen Morgen, nicht aushalten. — Das Ende dieses Zustandes aber sehe ich nicht ab. Die Christinos müssen schon wegen der Exaltados vorsichtig gegen uns seyn und einer Hauptschlacht mit uns auszuweichen suchen, da ihnen der Verlust derselben in diesen einen neuen Feind in der Hauptstadt selbst hervorrufen würde, wie denn auch die großen und reichen Küstenstädte durchaus von einer jacobinischen Bevölkerung bewohnt sind, deren Haupt die Exaltados in Barcelona bilden. Diese sind unbezweifelt unsern Feinden ein gefährlicherer Gegner als wir selbst, da am Ende der Christinismus wie der Carlismus doch nur verschiedene Nummern desselben royalistischen Systems sind. Die Rücksicht auf die Exaltados erklärt daher nach meiner Meinung die Unthätigkeit Espartero's, trotz seiner uns überlegenen Streitkräfte, hinlänglich, und macht ein baldiges Ende dieses Kampfes sehr unwahrscheinlich. Denn wir sind bei dem Mangel an den meisten Bedürfnissen und Ressourcen, bei unserer schwachen Cavallerie und der Unmöglichkeit, dieselbe sofort hinlänglich zu vermehren, wie es mir scheint, noch lange auf unsere Lage und Provinzen angewiesen. Nicht von einer Hauptschlacht oder einem Feldzug steht daher das Ende dieses Kampfes zu erwarten, sondern vielmehr von der seitherigen, alljährlichen Anschwellung unserer Kräfte, und also von einem endlichen Ueberschlagen der Wagschale, — ein Zeitpunct, den wir vielleicht Alle nicht mehr erleben. Wo bleibt, mein verehrter Gönner, da der Reiz des Krieges, der die Jugend ermuthigt? wo der große ritterliche Kampf, der sie erhebt und begeistert? Der Wechsel fehlt, und um das Daseyn unerträglich zu machen, ist jede Art von Kameradschaft hier ein ungekanntes Ding."

Ueber die willkürlichen Absetzungen, welche jüngsthin Statt gefunden haben, und die verunglückten Pläne des Finanzministers hinsichtlich einer Anleihe in England, meldet der Correspondent der Allgemeinen Zeitung aus Madrid vom 11. März: „Das Ministerium schreitet auf der Bahn der Willkürlichkeiten Tag für Tag vorwärts, und Eingriffe in die Constitution werden nicht gescheut, wenn es gilt, den souverainen Willen des Grafen Luchana zu vollstrecken, oder Hindernisse zu beseitigen, welche sich dessen großem Zwecke, an die Spitze aller Provinzen des Landes ausschließlich seine Kriegsgefährten aus Amerika zu stellen, zu widersetzen scheinen. Rodil, der sich bereits hier befindet, muß sich mit Alair ausgesöhnt haben, denn dieser hat ihn aufgefordert, als Generalcapitän nach Barcelona zu gehen, um dort den Baron Meer, der abberufen werden soll, zu ersetzen. Bis jetzt hat indessen die Königinn-Regentinn sich noch nicht entschlossen, das Ernennungsdecret Rodils zu unterzeichnen; da sie noch vor kurzem den Senatoren und Deputirten Cataloniens, auf deren Bitte feierlichst versprach, den Baron Meer von jener Stelle nicht abzuberufen. Die Generalcapitäns von Altcastilien und Estremadura, Latre und Santiago Mendez Vigo, sollen, wie es heißt, ebenfalls durch ergebene Diener Luchana's ersetzt werden. Das meiste Aufsehen aber erregte eine königliche Verfügung, durch welche die beiden Deputirten Sancho und Olozaga, ohne Anführung irgend eines Grundes, der Richterstellen entsetzt worden sind, welche sie bei dem höchsten Kriegstribunal bekleideten. Durch diese Verfügung wird offenbar der Art. 66 der Constitution verletzt, welcher vorschreibt, daß kein Richter ohne vorausgegangenen Prozeß seiner Stelle entsetzt werden könne. Olozaga hatte schon längst den Haß Pio Pita's auf sich gezogen; durch einen Ausspruch, den er in der Angelegenheit des Generals Cordova that, erregte er auch den Unwillen Luchana's und Alair als Kriegsminister, unter dem jenes Tribunal steht, erhielt Befehl, Olozaga und Sancho, der eben so gestimmt hatte, das ganze Gewicht seines Zorns

fühlen zu lassen. Der General Cordova hatte nämlich vom Kriegsminister den Befehl erhalten, sich nach Valladolid zu verfügen, um sich dort vor ein Kriegsgericht zu stellen. Hiergegen erhob er Einwendungen, weil sich die erforderlichen Zeugen sämmtlich in Sevilla befänden, und er daher in der Nähe dieses Punctes zu bleiben wünschte. Die Sache kam vor das höchste Kriegstribunal, und durch einen Ausspruch Olozaga's und Sancho's wurde Cordova's Einwendung für begründet erklärt. Das Decret ihrer Entsetzung erfolgte, hat aber bei keiner Partei Beifall gefunden, und nur den Ministern neue, sehr gefährliche Feinde gemacht. Olozaga's Character und Bedeutung ist bekannt genug. Sancho erklärte bei einer früheren Gelegenheit öffentlich in den Cortes, daß er jedes Ministerium, das ihn seiner Stelle entsetze, auf Tod und Leben bekämpfen werde. Während sich die Minister solche Gewaltstreiche herausnehmen, sieht man nicht, daß sie auf der andern Seite Vortheile für das Land erringen, durch welche sie ihr verfassungswidriges Betragen einigermaaßen entschuldigen könnten. Die Armee ist auf allen Puncten der Halbinsel in die vollkommenste Unthätigkeit versunken; Luchana beschränkt seine Operationen darauf, mit seinem Hauptquartiere zwischen Logroña und Lodosa umherzuziehen, und van Halen schließt sich in Murviedro ein, nachdem ein Versuch des Marquis de las Amarillas, mit einer Division von dort aus vorzudringen, gänzlich verunglückt war. Dem Finanzminister sind seine sämmtlichen Pläne verunglückt. In der thörichten Hoffnung, von England aus Geld zu erhalten, hatte er die ihm von Hrn. Henderson vorgelegten Bedingungen eines Anlehens unterzeichnet. Ich habe Ihnen schon früherhin die Gründe angegeben, aus denen ich an dem Gelingen dieses Anlehens zweifelte, und zugleich gemeldet, daß und warum die englische Regierung es unterstützte. Lord Melbourne hat zwar am 21. v. M. im Oberhause laut erklärt, die englische Regierung habe nie etwas mit diesem Anlehen zu schaffen gehabt; allein ohne Furcht, widerlegt zu werden, wiederhole ich meine Behauptung, daß die hiesige großbritannische Gesandtschaft beauftragt war, die Unterhandlungen zu unterstützen, in der Voraussetzung, daß sich der spanische Finanzminister, um sich den Abschluß des Anlehens zu erleichtern, bereit finden lassen werde, dem englischen Handel Vortheile zuzugestehen. Einen förmlichen Handelsvertrag für jetzt abzuschließen fand man, vorzüglich wegen der von Seite Frankreichs erhobenen Einwendungen, für unmöglich; es wurde demnach durch Hrn. Henderson, dem Finanzminister Pita als Ausweg angegeben, die Zölle für die Einfuhr englischer Baumwollenzeuge herabzusetzen. Geschah dieß, so erfolgte das Anlehen. Sobald aber Hr. Pita eine Commission niedersetzte, um ein Gutachten über diesen Gegenstand abzugeben, erhoben die Catalänen lautes Geschrei dagegen, drohten mit dem Abfall ihrer Provinz und richteten energische Vorstellungen an die Regierung. Noch ehe die Senatoren und Deputirten Cataloniens nach erfolgter Vertagung der Cortes Madrid verließen, erhielten sie von den Ministern und von der Regentinn selbst die feierlichen Zusage, daß nichts zum Nachtheil der Industrie ihrer Provinz vorgenommen werden solle. Die Commission, obgleich fast nur aus entschiedenen Anhängern Englands bestehend, zeigte sich dennoch nicht geschmeidig genug; nur drei Mitglieder derselben, Sancho, Alcala Galiano und Cantero, sollen unbedingt für die Herabsetzung der Zölle gestimmt haben. Alle erklärten dem Finanzminister, auf seine deßfallsige Anfrage, er sei nicht befugt, ohne Zustimmung der Cortes Abänderungen im bestehenden Tarif vorzunehmen, und das Gutachten, zu dessen Ablegung sie aufgefordert wären, würde ohne alle bindende Kraft seyn. Die englische Gesandtschaft richtete endlich an den Finanzminister eine Note, in der über die Unthätigkeit der Commission Beschwerde geführt wurde. Hr. Pita beging die Unvorsichtigkeit, diese Note, die in etwas starken Ausdrücken abgefaßt gewesen seyn soll, der Commission mitzutheilen, um diese zu neuer Thätigkeit anzuspornen. Allein die Mehrheit fand sich durch diesen Schritt und durch den Ton der Note verletzt, und man kann jetzt die Commission als aufgelöst betrachten. Da also keine Handelsvortheile zugestanden werden, erfolgte auch keine Anleihe, und daher Lord Melbournes Erklärung gegen dasselbe."

Niederlande.

Nachdem in der Sitzung der zweiten Kammer der Generalstaaten vom 19. März der Gesetzentwurf, bezüglich der Austrocknung des Haarlemer Meeres und des damit verbundenen Geldanlehens mit 45 gegen 6 Stimmen angenommen war, wurden die Sitzungen der Kammer auf unbestimmte Zeit vertagt.

Belgien.

Nachrichten aus Brüssel vom 19. März, 3 Uhr Nachmittags, melden das Nähere über die Sitzung der Repräsentantenkammer vom gedachten Tage: „Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer war die Reihe an dem Amendement des Hrn. Peeters, der die Einwilligung zum Tractat nur unter dem Vorbehalte der Aufrechthaltung der bürgerlichen und religiösen Freiheiten in den abzutretenden Theilen geben wollte. Er schlug indessen selbst noch die Modification vor, daß, im Falle die Mächte nicht auf diese Bedingung eingehen wollten, die Regierung dennoch den Vertrag annehmen dürfte. Hierdurch wurde das Amendement gewissermaaßen unnütz, und als der Minister der auswärtigen Angelegenheiten versprochen, die Regierung werde sich bei der Conferenz, so gut sie könne, für die Bewohner der abzutretenden Theile verwenden, wurde das Amendement mit 53 gegen 40 Stimmen verworfen. Die Amendements der HH. Pollenus und Desmaizieres wurden dann

ebenfalls verworfen. Endlich wurde um 2 Uhr mit einer Majorität von sechzehn — 58 gegen 42 — Stimmen der Gesetzentwurf angenommen, wodurch der König ermächtigt wird, die Verträge, welche die Trennung zwischen Belgien und Holland feststellen, unter solchen Clauseln, Bedingungen und Vorbehalten abzuschließen und zu unterzeichnen, welche S^r. Majestät im Interesse des Landes für nöthig oder nützlich erachten sollte. Es fehlte nur Ein Mitglied in der Kammer, H^r. Trenteseaux, welchen Krankheit zurückhielt. Der ebenfalls kranke H^r. de Brouckere hatte sich in die Kammer tragen lassen. Er stimmte für die Annahme. Graf Felix von Merode und sein Bruder Werner stimmten dagegen. H^r. Gendebien gab am Schlusse der Abstimmung seine Dimission als Mitglied der Kammer. Die Minister brachten hierauf denselben Antrag auf Annahme des Tractats in den Senat, wo er ganz gewiß bald angenommen werden wird. In der Stadt herrscht nicht die mindeste Aufregung."

Der von der Repräsentantenkammer angenommene Gesetzentwurf hinsichtlich der Ermächtigung des Königs zur Unterzeichnung des Tractats ist bereits dem Senat vorgelegt. Es wurde sogleich eine Commission ernannt, die darüber Bericht erstatten soll. Sie besteht aus dem Grafen d'Hane, den HH. Engler, Dupont d'Acherée, d'Hooghvorst und Baron Wautier. Der Senat hat sich hierauf bis zum 21. vertagt.

In der Nacht vom 19. auf den 20. März sind mehrere Personen wegen Lärms in Brüssel verhaftet worden; doch steht das nicht mit der politischen Frage in Verbindung. Viele Zimmerleute, deren Patron der heil. Joseph ist, hatten etwas zu viel getrunken und in den Schenken Excesse gemacht. Einige zwanzig Arbeiter aus einer Tabaksfabrik haben auf der Place Royale patriotische Lieder gesungen. Die Gendarmen haben mehrere verhaftet.

H^r. Willmar von Chatelineau hat sich wegen der ehrenrührigen Worte, die H^r. Pirson in der Kammer gegen die Familie Willmar geäußert, und worüber damals der Kriegsminister schon heftig wurde, mit dem jüngern Pirson, einem Artilleriecapitän, geschlagen. H^r. Willmar verwundete seinen Gegner vom Arme, dieser hatte jedoch noch Kraft zu schießen, und traf H^rn. Willmar. Die Kugel gleitete jedoch an einem Knopfe ab und hinterließ nur eine Quetschung.

Der Appellationsgerichtshof zu Lüttich ladet unterm 17. März den H^rn. John Cockerill, Fabrikanten zu Lüttich, sowohl als seine Gläubiger ein, am 15. April, Nachmittags 3 Uhr, im Berathungssaale der ersten Civilkammer des Gerichtshofes zu erscheinen, um in ihren Bemerkungen gehört zu werden über die durch besagten John Cockerill bei S^r. Majestät eingereichte Stundungseingabe, welche auf der Gerichtsschreiberei des Gerichtshofes zur Kenntnißnahme der Interessenten niedergelegt ist.

In dem Börsenbericht aus Brüssel vom 20. März heißt es: „Endlich konnte man heute das Wort Frieden mit der Gewißheit aussprechen, daß er eine erworbene Wahrheit geworden war. Das Resultat des ersten Votums der Kammer war bei Eröffnung der Börse bekannt; dasselbe ließ das definitive Votum errathen: die unbedingte Annahme des Entwurfs der Regierung. Von den grausamen Alternativen, welche sie seit langer Zeit lähmten, befreit, haben der öffentliche und der Privatcredit ihren Aufschwung wieder genommen. Alle Kurse haben sich gebessert; es herrscht ein volles und gänzliches Zutrauen. Die finanziellen und industriellen Papiere waren sehr gesucht, das Geld war im großen Ueberfluß."

Teutschland.

S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland ist am 22. März Abends 5 Uhr zum Besuch der großherzoglichen Familie in Carlsruhe eingetroffen und in dem großherzoglichen Schlosse abgestiegen.

Wien.

S^r. k. k. apost. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 16. December 1838 dem Domherrn zu S^t. Stephan in Wien, D^r. Joseph Salzbacher, welcher im Jahre 1837 über Rom eine Reise nach dem heiligen Lande unternahm, auf sein Ansuchen allergnädigst zu gestatten geruht, den Ertrag seines zu Anfang des laufenden Jahres in Druck gelegten Werkes: „Erinnerungen aus meiner Pilgerreise nach Rom und Jerusalem im Jahre 1837" zur Unterstützung der Väter aus dem Orden des heil. Franciscus, welche sowohl das heilige Grab zu Jerusalem, als auch andere denkwürdige geheiligte Orte Palästinas bewachen, und überdieß freundliche Aufnahme, Pflege und Unterkunft allen Pilgern und Reisenden ohne Unterschied der Nation und des Religionsbekenntnisses in ihren Hospizen unentgeltlich gewähren, sich nun aber in Folge des Ausbleibens der bisherigen mildthätigen Spenden aus Europa, in einer sehr bedrängten Lage befinden, — widmen zu dürfen. — Das wohlthätige Unternehmen hat bereits einen erwünschten Erfolg und Theilnahme gefunden, da von dem theilweisen Ertrag des Werkes, so wie aus den Beiträgen wohlwollender Religionsfreunde höheren und niederen Ranges, die zu seiner Zeit namhaft gemacht werden sollen, 1000 fl. C. M. ihrer frommen Bestimmung zugeführt worden sind.

Am 28. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107.
detto	detto	zu 4 pC.	in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC.	in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	65¼.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

Im Comptoir des Oesterr. Beob. ist erschienen und zu haben:
Die zweite Lieferung von Dr. Moll's Handbuch der Pharmakologie. Preis: in Umschlag geheftet 1 fl. C. M.

W 1·K· ZEITUNG 1839

№ 89

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 30. März 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 28. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß			Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.218	273.	118.	8p.	+ 3.6	S.	still.	Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.102	27	10	3	+ 10.5	SO.	schwach.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.084	27	10	0	+ 7.2	NW.	mittel.	trüb.

Frankreich.

Durch außerordentliche Gelegenheit haben wir die Pariser Abend-Journale vom 22. März erhalten. — Das Siècle (das Journal des Hrn. Odilon-Barrot) äußert sich über den Bruch der Unterhandlungen zu Bildung eines neuen Cabinets folgendermaaßen: „Was blieb noch zu thun übrig, um die Composition des Cabinets definitiv zu machen und seine Existenz zu proclamiren? Dem Anschein nach nichts, in der Wirklichkeit Alles. — Die Ordonnanzen waren abgefaßt; die, welche zum Präsidenten des Conseils den Marschall Soult ernannte, der dann alle übrigen Ordonnanzen contrasigniren sollte, war bereits mit der Contrasignatur des Hrn. Barthe versehen. Da jedoch noch keine Explication über die Hauptgrundlagen des verabredeten Programms in Gegenwart des Königs und der versammelten Minister Statt gefunden hatte, äußerte Hr. Thiers den Wunsch, daß die nothwendigen Erläuterungen der Unterzeichnung der Ordonnanzen vorangehen möchten. Man merkte bald, daß diese Vorsicht weise sei, denn es bestand kein wahrhafter Einklang weder über die innern noch über die äußern Fragen. — Der Zwiespalt offenbarte sich hauptsächlich über zwei Puncte. Was Spanien betrifft, verzichtete das Cabinet auf Intervention und Cooperation, Mittel, die allerdings ihre Zeitgemäßheit verloren haben dürften; es sollte sich jedoch von selbst verstehen, daß unsere Politik unumwunden freundlich und hülfreich für die constitutionnelle Sache seyn würde; daß die Regierung, vollkommen freie Hand behaltend, sich keines der Mittel untersagen würde, die, im Interesse Frankreichs und bei sich darbietender Gelegenheit, für nöthig erachtet werden könnten, um einer Contrerevolution in Madrid vorzubeugen. Für jetzt sollte sich der von Frankreich geleistete Beistand in denselben Schranken halten, wie die Unterstützung, welche der Königinn Isabella von England geleistet wird. Nöthigenfalls Sendung von Waffen und Equipirungsstücken und nöthigenfalls auch Mitwirkung unserer Escadren, um die See-Contrebande zu verhindern, war dieß zu viel für einen Tractat, der das gemeinschaftliche Band der constitutionnellen Staaten bilden sollte, und bei dem, wenigstens bis auf einen gewissen Grad, Frankreichs Ehre betheiligt war? Die Kammer und das Land werden darüber urtheilen. — Dem sei wie ihm wolle: Weigerung, diese Bedingungen anzunehmen, und hierüber Spaltung im Conseil. — Zweitens hat Hr. Thiers, dessen Freimüthigkeit im Laufe dieser langen und mühsamen Unterhandlungen eben so groß, als seine Mäßigung gewesen ist, im Einklang mit der Majorität seiner Collegen die Frage in Bezug auf die Präsidentschaft der Kammer aufgestellt, die nicht unbestimmt und im Zweifel bleiben durfte. Auf das wiederholte Andringen des Hrn. Odilon-Barrot, der um keinen Preis wollte, daß sein Name zum Vorwand der Auflösung eines Ministeriums dienen sollte, dessen Einführung er nützlich für das Land erachtete, war entschieden worden, daß man aus jener Präsidentschaft keine Cabinetsfrage machen wollte; nichtsdestoweniger, da der Beistand der gemäßigten Linken gefordert wurde, und nach einem loyalen Anerbieten das erste Bedürfniß für Männer von Ehre darin bestand, alles zu vermeiden, was den Schein eines Truges haben könnte; da es übrigens im offenbaren Interesse des Landes und der Krone lag, die Allianz der constitutionnellen Parteien, die im Grunde durch keinen ernsthaften Zwiespalt getrennt waren, immer enger zu knüpfen, haben Hr. Thiers und seine Freunde gewollt, daß ausdrücklich stipulirt werde, daß die Minister ostensibel für Hrn. Odilon-Barrot votiren sollten. — Hr. Humann, seine conservativen Gesinnungen voranstellend, äußerte nun einige Scrupel; bei diesem Widerstande, oder dieser Bedenklichkeit, welche die Doctrinairs, die sich doch auch für conservativ halten, nicht getheilt hatten, ist Hr. Humann, wie man sagt, von dem Marschall Soult unterstützt oder ermuthigt worden. Hr. Thiers und die Majorität seiner Collegen konnten nicht anerkennen, daß irgend jemand in der That conservativer sei als sie und als Hr. Barrot selbst, weil sie alle, ohne irgend eine Meinungsverschiedenheit, über die Hauptgrundsätze, mit gleicher Aufrichtigkeit die Aufrechthaltung unserer Institutionen wollten; da sie sich jedoch, in Folge der Statt gefundenen Explicationen, überzeugten, daß die Schwierigkeiten keineswegs reell gehoben seien, und daß kein hinlänglicher Einklang im Conseil obwalte, so haben sie augenblicklich beschlossen, sich zurückzuziehen und die Combination ist aufgelost worden. — Da der König darauf bestand, daß Hr. Thiers, dessen

Ansichten nicht durchdringen konnten, einwillige zu bleiben, so hat dieser seine Collegen beschworen, das Ministerium ohne ihn zu bilden; er hat sich anheischig gemacht, sie in der Kammer zu unterstützen; er soll sogar so weit gegangen seyn, anzutragen, sich, wenn man es fordern sollte, durch ein ostensibles Band zu binden; so sehr lag es ihm am Herzen, die Composition des Cabinets nicht scheitern zu machen, aber er konnte mit gutem Gewissen nicht der verantwortliche Agent einer Politik werden, die er nicht billigte, und er rief am Ende aus: „Ich gebe euch meine Ruhe preis, aber ich kann euch meine Ehre nicht preisgeben!“ — Da dieß die Dispositionen fast aller Mitglieder, die dieser Sitzung beiwohnten, waren, hat sich das neue Cabinet aufgelöst. — Frankreich wird diese Nachricht mit Leidwesen, mit Besorgniß vernehmen, weil sie ihm neue Verlegenheiten und Gefahren weissagt; aber es wird den ehrenwerthen Männern, die sich seit vierzehn Tagen in Anstrengungen erschöpft haben, um zur Realisirung der Hälfte seiner Wünsche zu gelangen, die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es nicht von ihnen abgehangen hat, jene Verlegenheiten und Gefahren zu vermeiden. — Wir klagen Niemanden an; aber wir müssen die Bemerkung machen, daß bei allen diesen Discussionen immer dieselbe Frage wiederkehrt: „Wer soll nachgeben: der Hof oder das Land?“

Am 19. März wurde bei dem Assisenhof der Seine das Urtheil über die wegen des Mords der Madame Renaud in der Rue du Temple (zu Paris) Angeschuldigten, so wie über 13 wegen Diebstähle Angeklagte, die in näherer oder entfernterer Verbindung mit den wegen jenes Mordes hauptsächlich Angeklagten zwei frühern Galeerensträflingen Lesage und Soufflard standen, gefällt. Lesage und Soufflard, die bis ans Ende ihre Unschuld an dem Morde behauptet hatten, wurden zum Tode verurtheilt. Die Dirne Aliette ward zu sechsjähriger Haft ohne Ausstellung, Lemeunier zu siebenjähriger Haft und Ausstellung, Micaud, der hauptsächlich gegen Lesage und Soufflard ausgesagt hatte, zu achtjähriger Haft mit Ausstellung, Marchal zu fünfjähriger Zwangsarbeit mit Ausstellung, Leviel zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit mit Ausstellung, Frau Villard zu zehnjähriger Zwangsarbeit ohne Ausstellung, verurtheilt. Vier Angeklagte, Calmel, Bicherelle, Guérard und das Mädchen Hardel wurden freigesprochen. Soufflard hat sich durch Selbstmord der Justiz der Menschen entzogen. Er starb am 20. März um 11 Uhr unter heftigen Convulsionen. Man weiß nicht, wie er sich Gift verschafft hat. Einige Personen hatten am 19. schon in der Audienz bemerkt, daß er nach Anhörung seines Urtheils sogleich sein Sacktuch in den Mund steckte, und einige Zeit darin behielt. Gleich darauf verlangte er ein Glas Wasser. Die Kräfte fingen an, ihm zu fehlen, und er erblaßte. Der Polizeichef, Hr. Allard, sah dieß, es war aber schon zu spät, und aller ihm geleistete Beistand war vergeblich. Er starb ohne irgend ein Geständniß.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 19. März stellte Lord Sandon seine früher angekündigte Motion hinsichtlich der französischen Blockaden von Buenosayres und Mexico. Die Franzosen, argumentirte er, hätten keinen hinlänglichen Anlaß gehabt, gegen jene Republiken Feindseligkeiten zu beginnen; so sei namentlich der von Frankreich angeführte Grund, daß man die in Buenosayres seßhaften Franzosen zum Milizdienste gezwungen habe, ein ziemlich nichtiger. Der Redner rügt die Weise, wie die französische Regierung den Mexicanern ihren Handelsvertrag aufzudringen gesucht, daß sie bei der Blockade von Buenosayres ihre Flagge mit der des rebellischen Volkes von Montevideo vereinigt, und gewaltsam die Insel Martin Garcia im la Platastrom besetzt habe. Mit Eifersucht müsse England die Absendung so vieler Mannschaft gegen Buenosayres betrachten, worin er (Lord Sandon) nur die Ausführung des im Jahre 1821 von Chateaubriand entworfenen ehrgeizigen Planes sehe. Auf die Blockade von Mexico übergehend, fragt der edle Lord, ob die brittische Regierung über die Anlässe dieser Blockade die nöthigen Erkundigungen eingezogen. Er bestreitet Frankreichs Recht dazu. Eine Blockade ist nach seiner Ansicht eine Belagerung, die nur als Theil eines wirklichen Krieges eintreten könne; werde dabei auch nur Ein Hafen offen gelassen, so sei die Blockade unwirksam, und brauche von andern Mächten nicht respectirt zu werden. Der Redner führt Autoritäten für diese Meinung an. „Die englische Regierung,“ bemerkt er ferner, „hat den brittischen Interessen in Mexico nicht den gehörigen Schutz angedeihen lassen, scheint vielmehr für die Franzosen Partei zu nehmen. Ich wünschte, Canning wäre noch am Leben; er würde jede dem brittischen Handel zugefügte Unbill mit gebührendem Nachdruck rächen. Die jetzige Regierung, Ministerium und Admiralität schläferte sich in dem Glauben ein, England habe kein Recht, dem französischen Cabinet in dieser Sache Vorstellungen zu machen, daher später die Nothwendigkeit, das Land in so ungeheure Kosten zu versetzen durch Absendung einer Flotte nach dem mexicanischen Golf. Man kannte die gewaltigen Rüstungen, die in den französischen Häfen gemacht wurden, das Auslaufen des französischen Geschwaders war allbekannt, dennoch überließ man sich einer unbegreiflichen Sorglosigkeit, und beinahe fünf Monate später segelte erst unsere Flotte nach Mexico ab! Die englischen Kaufleute in Mexico, sagt ihr, hätten nichts gelitten. Wie! War der Schaden nicht groß genug, war es für manchen von ihnen nicht wirkliches Verderben, daß sie durch das Bombardement gezwungen wurden, plötzlich aus Veracruz zu fliehen, und das Eigenthum denen anzuvertrauen, die

in der bedrohten Stadt zu bleiben wagten? Mehrere Monate lang war der brittiſche Handel unterbrochen; war das kein Schaden für die brittiſchen Intereſſen, groß genug, das Miniſterium darüber zur Verantwortung aufzufordern? Das iſt noch nicht Alles. Sieht man die Sache näher an, ſo kann man ſich leicht überzeugen, daß Frankreich in Mexico, wie in Algier und andern Ländern, ein Syſtem der Gebietsvergrößerung verfolgt. Angeſichts dieſer ehrgeizigen Entwürfe thut es noth, daß England erfahre, welche Maaßregeln ſeine Regierung zum Schutze unermeßlicher Intereſſen ergriffen hat. Ich beantrage daher die Vorlegung der Papiere, die einiges Licht auf dieſe Angelegenheit werfen, und uns in den Stand ſetzen können, zu beurtheilen, welcher Art die Vorſtellungen geweſen, die der H^r. Staatsſecretär des Auswärtigen an die franzöſiſche Regierung gerichtet." Lord Palmerſton erwiederte: „Ich ſehe keinen Grund, mich der Vorlegung der meiſten dieſer Papiere zu widerſetzen, nur hoffe ich, daß man nicht auch auf Mittheilung derer beſtehen wird, die ſich auf die zwiſchen unſerer und der franzöſiſchen Regierung im Gange befindliche Correſpondenz beziehen, da ihre Veröffentlichung zur Zeit dem Staatsdienſte nachtheilig ſeyn könnte." Der miniſterielle Redner vertheidigt nun das Verfahren des Cabinets. „Ich fordere," ruft er, „alle hier anweſenden ehrenwerthen Mitglieder auf, nur einen einzigen Fall anzuführen, der glauben laſſen könnte, wir ſetzten die Intereſſen des Landes denen irgend einer andern Macht hintan. (Beifall.) Ich will hier weder die Sache Frankreichs führen, noch deſſen Handlungen rechtfertigen. Das iſt meine Aufgabe nicht; aber als Miniſter Ihrer Majeſtät erſuche ich dieſes Haus, aus Rückſichten der Schicklichkeit von der Discuſſion der Verhältniſſe einer befreundeten Macht zu einem andern fremden Staat abzulaſſen. Es wäre ungehörig, Frankreich hier vor das Tribunal des brittiſchen Parlaments zu ziehen, während Niemand da wäre, es zu vertheidigen. Ich bin ganz der Anſicht, daß es nicht geſetzlich iſt, einen Handelsvertrag mit dem Bayonnet auf der Bruſt zu erzwingen (hört!); aber aus eigener Erfahrung kennen wir Mexico und deſſen Regierung zu gut, um nicht zu glauben, daß Frankreich aus genügenden Beweggründen gehandelt habe. Zugleich betheure ich meinen edlen Freund (Lord Sandon), daß wir von der franzöſiſchen Regierung die beſtimmteſte Verſicherung erhalten haben, daß ſie nicht die entfernteſte Abſicht hegt, auch nur den kleinſten Gebietstheil, weder in Mexico, noch in Buenosayres, in bleibendem Beſitze zu behalten. (Hört!) Die brittiſchen Miniſter haben ihre Vermittlung zwiſchen Mexico und Frankreich angeboten, und dieſe iſt angenommen worden. Sie verſpricht die befriedigendſten Reſultate. Wir haben in Mexico Engländer und Franzoſen gleicherweiſe geſchützt, und den Dank des franzöſiſchen Admirals empfangen. Ich fordere nun meinen edlen Freund auf, zu ſagen, ob Ihrer Majeſtät Miniſter wirklich zureichenden Grund gehabt, in die Händel Frankreichs mit anderen Ländern ſich auf eine ſo entſchiedene Weiſe einzumengen, daß daraus ein Krieg zwiſchen England und Frankreich hätte folgen müſſen. (Hört!) Ohne allen Zweifel würde die Ergreifung letzterer Parthie leidigere Folgen nach ſich gezogen haben, als unſere Vermittlung zwiſchen den beiden mißhelligen Staaten, welche, wie ich hoffe, mit endlichem Erfolge gekrönt ſeyn wird. Unſere Flotte iſt abgeſandt worden, um unſern Unterhandlungen moraliſches Gewicht zu geben, nicht aber, um die Franzoſen an Geltendmachung ihrer Anſprüche gegen Mexico zu behindern. Zu dieſem Zwecke trafen unſere Schiffe zeitig genug an Ort und Stelle ein." (Der Miniſter ſprach noch beim Abgange der Poſt.)

In der Sitzung des Oberhauſes vom 19. März verlangte Lord Aberdeen die Vorlegung von Documenten, welche nach ſeiner Anſicht unumgänglich nothwendig ſeien, um den Stand der orientaliſchen Angelegenheiten gründlich zu kennen. „Zwei Fragen," ſagte er, „ſind dort deutlich von einander getrennt: die Frage Perſiens und die des übrigen Aſiens. Hinſichtlich Perſiens will ich wenig ſagen, eben ſo wenig ein Document verlangen. Bei Eröffnung der Seſſion wurde dem Hauſe mitgetheilt, daß es in jenen Gegenden zu Mißhelligkeiten zwiſchen unſerer Regierung und dem Schach gekommen ſei. Ihre Majeſtät drückte die Hoffnung aus, daß die Sache werde beigelegt werden. Die Ereigniſſe jedoch haben jene Hoffnungen nicht verwirklicht. Unſer Geſandter iſt nach England zurückgekehrt. Ich habe auch vernommen, daß alle Mitglieder der brittiſchen Legation Perſien verlaſſen haben. Ein Theil des perſiſchen Gebiets iſt von unſern Truppen beſetzt. Man ſieht, die Dinge ſind bereits ſo weit gekommen, daß die gewöhnlichen Argumente nicht mehr an der Zeit ſind. Nichtsdeſtoweniger hoffe ich, daß das Zerwürfniß noch beigelegt werden könne; wenigſtens iſt mir kein Umſtand bekannt, der einen freundſchaftlichen Vergleich hindern dürfte. Gegen Afghaniſtan dagegen ſind wir ſeit dem October in einen ſehr ernſten Kriegszuſtand verwickelt. Ich glaube, das Intereſſe des Hauſes erheiſcht, die Urſachen, welche uns in dieſen Krieg geſtürzt, näher zu kennen. Einige bis jetzt vorgelegte Papiere ſind ohne Bedeutung. Das wichtigſte Document iſt das Manifeſt des Generalgouverneurs, aus welchem man ſich die bis jetzt in Aſien befolgte Politik erklären muß. Es thut mir leid, ſagen zu müſſen, daß dieſes Document die ſtärkſten Klagen, welche gegen den Character unſerer aſiatiſchen Politik vorgebracht wurden, rechtfertigt. Indeſſen wäre es möglich, daß durch Vorlegung anderer Documente dieſes ſtrenge Urtheil ſich mildern könnte; daher trage ich auf deren Mittheilung an." Lord Melbourne erwiederte: „Ich theile ganz die Meinung des edlen Lords hinſichtlich der Angelegenheiten Perſiens und glaube, daß einer befriedigenden Beilegung derſelben nichts im Wege ſteht.

Was das harte Urtheil des edlen Lords gegen die in Betreff Afghanistans befolgte Politik anbelangt, so glaube ich, daß es loyaler, klüger, gerechter gewesen wäre, wenn Sr. Herrlichkeit gewartet hätte, bis eine spätere Vorlegung von Documenten ihm weitere Aufschlüsse gegeben, denn der edle Lord gab selbst zu, daß dadurch sein Urtheil modificirt werden könnte. Der edle Lord behauptet, daß die Erklärung des Generalgouverneurs von Ostindien die lebhaftesten Anklagen, die erhoben worden, rechtfertige. Es ist dieß ein strenges Urtheil über Dinge, von denen der edle Lord selbst zugesteht, daß er sie nicht kenne. Gerade so vergaßen die Mitglieder der Opposition während des letzten Krieges öfters aus Parteisucht die Pflichten, welche ihnen die Nationalinteressen auferlegten. Ich glaubte, der edle Lord werde mir eine Liste der Documente, welche ihm nöthig scheinen, mittheilen. Auf diese Art wäre es mir möglich, zu erwägen, ob solche vorgelegt werden können oder nicht. Wenn der edle Lord mir daher jene Actenstücke bezeichnen und dann mit seiner Motion noch einen oder zwei Tage warten will, so werde ich ihm meine Meinung darüber sagen." Lord Aberdeen entgegnete: „Wenn der edle Viscount nicht will, daß man über das Manifest des Generalgouverneurs urtheile, warum legte er es dann auf dem Bureau nieder? Glaubt er, uns darüber Stillschweigen gebieten zu können? Mit Vergnügen sehe ich übrigens, daß der edle Lord, seitdem er Minister ist, die Pflichten der Opposition kennen gelernt. Alles, was ich gesagt, wird durch das Manifest gerechtfertigt. Bis neue Documente meine Meinung modificiren, nehme ich keinen Anstand, die Politik der Regierung als ungerecht und unterdrückend zu bezeichnen."

In seiner jüngsthin erwähnten Rede im Unterhause sagte Hr. Attwood unter Anderm: „Es ist anerkannt, daß die russische Flotte, wenn erst das baltische Meer vom Eise frei ist, Sheerneß berennen oder Portsmouth wegnehmen, und dieses große englische Marine-Institut zerstören könnte. Angenommen, die Russen drängen mit 28 Linienschiffen aus dem schwarzen Meere vor, und angenommen, sie verbrennten Sheerneß, und landeten 10,000 Mann in Portsmouth, wie wollten wir uns Rache holen? Wir haben 11 Linienschiffe im Mittelmeer und zwei in Westindien. Binnen drei Monaten möchten wir vielleicht 15 Linienschiffe in der Themse liegen haben; aber wenn uns die Russen mit zwei Flotten von 28 und 10 Linienschiffen folgten, wie wollten wir sie mit einer so kleinen Macht bekämpfen? Einen Tag nach dem andern wird die Regierung gewarnt, daß Rußland gegen England rüste. Daß Rußland Englands Freund sei, wer im Hause ist ein so kurzsichtiger Thor, das zu glauben? Eben so gut könnte man glauben, Ludwig Philipp sei Englands Freund. (Hört! und Lachen.) Wer Geschichte gelesen, wer die menschliche Natur studiert hat, der läßt sich so etwas nicht aufbinden. Rußland verstärkt seine Macht, und rafft alle seine Mittel zusammen seit zwanzig Jahren, um England den Dolch ins Herz zu stoßen; seine Flotte in Kronstadt, wie seine Flotte im schwarzen Meere, sind gegen England bestimmt. Verlaßt euch darauf, Rußland wird keine langen Kriegsankündigungen vorausgehen lassen, sondern rasch die Gelegenheit wahrnehmend, wird es in die Themse einzudringen suchen. (Gelächter.) Welche Sicherheit haben wir denn gegen ein solches Unternehmen? Ist Ruyter nicht über den Canal gedrungen und hat Sheerneß verbrannt, und sind wir jetzt besser vertheidigt als damals? Die Russen verwenden noch mehr Geld auf ihre Diplomatie, als auf ihre Armeen und Flotten; sie haben geschickte Agenten in jedem Hof- und Feldlager, und die halbe englische Presse ist von ihnen bestochen. (Oh, oh! und Gelächter.) Viele vom englischen Adel und der Gentry stehen, wenn nicht in russischem Solde, doch unter russischem Einfluß. Es sitzt kein Gentleman hier in diesem Hause, der nicht anerkennt, daß die Wirren in Persien und Indien von Rußland angezettelt worden sind. Aegypten ist ein bloßes Werkzeug Rußlands, und die ostindische Compagnie hat weise daran gethan, eine Insel im persischen Golfe und eine andere im rothen Meere (Gelächter) zu besetzen; die eine derselben ist ein Ring in der Nase Persiens, die andere ein Ring in der Nase Aegyptens. (Gelächter.) Kein vernünftiger Mensch kann zweifeln, daß die Ruhestörungen in Canada, und vielleicht auch die in Mexico, von Rußland angeschürt worden sind. (Gelächter.) Und wir mit unserer schwachen Flotte! Der Brennstoff liegt gesammelt; ein einziger Funke kann den furchtbarsten Kriegsbrand entzünden. Welcher Engländer erröthet nicht vor Scham, wenn das Wort „Viren" ausgesprochen wird? (Gelächter.) Selbst die Radicalen erröthen dabei, die sonst nie errötheten. (Ironischer Beifall der Tories.) Niemand ist ein größerer Feind des Kriegs, als ich; aber um den Krieg zu vermeiden, muß man immer dazu gerüstet seyn. Setzt die Flotte in einen gehörigen Stand, und scheut dabei keine Opfer. Wenn wir die Russen in einer Zeit tiefen Friedens zu einer ungeheuren Seemacht anwachsen lassen, ohne entsprechende Gegenrüstungen zu treffen, so sind wir die ärgsten Thoren, die es je gegeben hat. Wir müssen eine Flotte haben, die uns die absolute Gewißheit gibt, daß wir die Russen schlagen können; bemannt sie vollkommen, es koste, was es wolle. 30,000 (?) der besten englischen Matrosen dienen auf amerikanischen Schiffen, und ich will sie nach England zurück haben bis auf den letzten Mann. Fragt ihr wie? so antworte ich, bezahlt sie noch besser als die Amerikaner, und sie werden kommen. (Hört!) Das Geld dazu wird und muß sich finden. (Lautes Hört! von Hr. Hume.) Kommen die Russen, diese Barbaren, dann wird das ehrenwerthe Mitglied für Kilkenny sprechen: „Findet sie mit Geld ab." (Hr. Hume: „Nein, nein!") Wir fanden die Dänen zehn- bis zwanzigmal ab, und je öf-

ter wir sie abfanden, desto öfter kamen sie. (Lautes Lachen. Man ruft: „Das ist etwas lange her!") Wenn wir 20 Millionen für die Neger geben, können wir nicht 5 Millionen für englische Seeleute aufwenden? Können die Gehalte auf der Flotte nicht erhöht, das Pensionenwesen zur Beruhigung verdienter Seeoffiziere nicht verbessert werden? läßt sich der Dienst in der englischen Marine nicht zum anziehendsten in der Welt machen? (Hört!) Größere Ehre bietet er ohnehin, als irgend ein Kriegsdienst in der Welt, und, Gottlob! noch ist der Nationalstolz jedes brittischen Herzens nicht dahin. Würden noch zwanzig Linienschiffe ausgerüstet, ich wär' es zufrieden." — Daß Hrn. Attwood's Antrag von dem Hause nicht berücksichtiget wurde, haben wir bereits gemeldet.

Die liberalen Blätter, darunter die ministeriellen Globe und Chronicle, prophezeien von den Entscheidungen beider Parlamentshäuser in der Korngesetzfrage sehr ernste Folgen für das Land, für die Regierung und das Parlament. Unbestimmte Gerüchte sprechen von ausgebrochenen Unruhen in Manchester, wohin ein Regiment beordert worden sei. Mit Gewißheit läßt sich voraussehen, daß jenes Resultat viele gemäßigtere Gegner der Korngesetze in die Reihen der Chartisten treiben, und die Bewegung der letztern eine größere Bedeutung erlangen wird. — Am Sonnabend (16. März) hielten die in London versammelten Chartisten in der Kron- und Ankertaverne ein Meeting, in welchem die Einreichung der „Nationalpetition" beim Parlament bis zum 1. Mai zu vertagen beschlossen wurde. Hr. Frost, der von Lord J. Russell abgesetzte Friedensrichter von Monmouth, führte den Vorsitz. Als Grund jener Vertagung ward angeführt, bis zum 1. Mai werde „eine Million kampffähiger Männer" unterzeichnet haben. Mehrere der gehaltenen Reden waren höchst aufrührerischen Inhalts. Man erklärte, wenn, wie vorauszusehen, die Petition beim Parlament keine Beachtung finde, so werde man zu andern Mitteln greifen und Gewalt mit Gewalt vertreiben, die Piken seien in Bereitschaft, und es bedürfe nur des Losungswortes, um loszuschlagen. Wirklich wird aus den Manufacturbezirken gemeldet, daß die Arbeiter sich mit Piken und Feuerwaffen zu versehen fortfahren und dabei aus dem Zweck ihrer Bewaffnung gar kein Geheimniß machen.

Vereinigte Provinzen des Rio de la Plata.

In Falmouth war das Packetboot „Seagull" vom Rio de la Plata eingetroffen und brachte Nachrichten von Buenosayres, die bis zum 6. Jänner reichen. Am Bord des „Seagull" befand sich Don Manuel Moreno, bevollmächtigter Minister der Regierung von Buenosayres, welcher nach England gesandt ward, um durch die Vermittlung des brittischen Cabinets den Zwistigkeiten der Republik la Plata mit Frankreich ein Ende zu machen. Bekanntlich hatte General Rosas, der Präsident dieser Republik, bereits im October des vorigen Jahres die Intervention des brittischen Gesandten in Buenosayres nachgesucht. Hr. Mandeville war auch bereit, diesem Ansinnen nachzukommen. Seine Schritte bei dem französischen Generalconsul Roger, welcher nach Ausbruch der Feindseligkeiten Buenosayres verlassen und sich nach Montevideo begeben hatte, blieben jedoch ohne Erfolg; indem Hr. Roger in einer officiellen Note erklärte, zur Annahme der Vermittlung des englischen Repräsentanten nicht ermächtigt zu seyn. In Folge dieser Erklärung erließ General Rosas seine bekannte Erwiederung auf das französische Ultimatum. Die Blockade durch die französische Escadre, welche damals bereits mehrere Monate gewährt hatte, wurde nun ununterbrochen und mit größter Strenge fortgesetzt. Erst in neuester Zeit ließ Admiral Leblanc hierin etwas nach, indem er, wie Briefe vom la Plata vom 6. Jänner melden, dem Packetboote „Rosa" einen zweimaligen Wochendienst zwischen Buenosayres und Montevideo gestattete. — Seit dem hauptsächlich durch französischen Einfluß herbeigeführten Sturz des vorigen Regierungschefs von Montevideo, Oribe, der ein Freund und Bundesgenosse des Generals Rosas war, und nach seiner Vertreibung durch Fructuoso Rivera sich nach Buenosayres begeben hatte, werden zu Montevideo große Rüstungen zu einem Einfall in die Provinz Entre Rios gemacht. Seinerseits soll Oribe daselbst erschienen seyn, und eine Armee zum Angriffe des Usurpators Fructuoso Rivera organisiren, wobei ihm von General Rosas vielfacher Vorschub zu Theil wird. Die letzten Journale von Buenosayres behaupten, daß die französische Escadre in diesem Kampfe, so wie sie es bereits im vorigen Herbste bei Vertreibung Oribe's gethan, offene Partei für Rivera ergreifen werde. Französische Agenten hätten überdieß 14 kleine Schiffe aufgekauft, um die Truppen Fructuoso's nach Entre Rios zu bringen. — In all' diesen Angaben, die der in Paris lithographirt erscheinenden Correspondance d'office entnommen sind, herrscht jedoch wenig Zusammenhang, dagegen viel Dunkel und manche augenscheinliche Unrichtigkeit, so werden z. B. Paysandu und Colonia als Anführer der Truppen Oribe's genannt, während dieß die Namen zweier bedeutender Hafenorte am la Plata sind.

Königreich beider Sicilien.

Se. kais. Hoheit der Erzherzog Carl sind, in Begleitung Ihres durchlauchtigsten Sohnes, des Erzherzogs Albrecht, am 17. März Mittags im erwünschtesten Wohlseyn in Neapel eingetroffen. — Se. Majestät der König waren in Begleitung Ihrer Generaladjutanten, des Principe di Castelcicala und des Brigadiers Scarola, Ihrem erlauchten Schwiegervater bis Manfredonia entgegengereist, und Ihre Majestät die Königinn, nebst den übrigen Mitgliedern der königlichen Familie, den Reisenden eine Strecke weit entgegengefahren. Sämmtliche erlauchte Personen hielten Ihren Einzug in Neapel durch die Straße von Toledo und stiegen im königlichen Pallaste ab, den Ihre kais. Hoheiten zugleich mit Ihren Majestäten bewohnen werden.

Belgien.

Der Independant vom 20. März äußert sich folgendermaaßen über die in der Sitzung der Repräsentantenkammer am vorhergehenden Tage beschlossene Annahme des Tractats: „Eine große Handlung ist vollbracht. Die Annahme des Friedenstractats durch die Repräsentantenkammer ist der Triumph jener neuen Politik, welche die Fragen den Berechnungen der Vernunft unterwirft, die früher nur durch das Schwert gelöst werden konnten, und das ist ein Fortschritt, worauf unser Jahrhundert stolz seyn kann. Außerdem ist, wie schon einige Redner bemerklich gemacht haben, diese Politik ganz zum Vortheil der kleinen Staaten; sie sind am meisten dabei interessirt, die Achtung der Verträge, die Treue gegen das gegebene Wort bei den diplomatischen Unterhandlungen vorwalten, dem allgemeinen Recht Europa's als Grundlage dienen zu sehen. Die großen Mächte können, um ihre Rechte zu vertheidigen, sich leicht auf ihre Kraft berufen; die kleinen müssen sich unter die Aegide der Contracte flüchten können. Man täusche sich nicht: wenn Belgien für seine Zukunft, für seine Unabhängigkeit Besorgnisse hegen konnte, so mußten sie aus Furcht vor der Verwerfung des Tractats, nicht vor dessen Annahme,

entstehen. Das vorgestrige Votum ist, indem es die Verträge von 1831 erneuert und bestätigt, die beste Garantie der belgischen Nationalität. Die Kammer hat, trotz der dringenden Aufforderungen, die ihr im Namen hochherziger, aber unüberlegter Gefühle gemacht worden sind, sich geweigert, den Ansichten derer beizutreten, welche in Verträgen nur ein Werk der Umstände sehen; sie hat durch ihr Votum der Welt ein Beispiel von Ehre und Loyalität gegeben; sie hat besser die aus der Revolution hervorgegangene Ordnung der Dinge consolidirt, als ein Sieg über Holland es hätte thun können. Wer dürfte es heute wagen, Belgiens durch Verträge verbürgte Unabhängigkeit zu bestreiten? Wer könnte sie im Geringsten verletzen? Welche Macht würde ihre Hülfe versagen, um ihr Achtung zu verschaffen, da Belgien nach einer Nichterfüllung von acht Jahren sich eines Theils seiner Völker beraubt, um eine frühere Einwilligung zu bestätigen? Durch diese Achtung für das beschworene Wort stellt sich Belgien der Welt als ächter Repräsentant dieses neuen Europa's dar, dessen Entstehen ein Redner angekündigt hat. Doch nicht allein in dieser Beziehung ist das Resultat der seit einem Monat eröffneten feierlichen Discussion bemerkenswerth; auch die Lage des Landes ist eine glänzende, seinen Institutionen gebrachte Huldigung. Man weiß, in welchem Zustande sich die Gemüther bei dem zweiten Bericht des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten befanden: kaum begann sich die durch die Adresse der Kammer und die Bewegungen der Armee hervorgebrachte Aufregung zu beruhigen; kaum fing man an, die wahre Bedeutung der Discussionen der französischen Kammern und des englischen Parlaments zu würdigen; kaum wollte man die Möglichkeit der Zustimmung zu einem Vertrage anerkennen, der die Gebietszerstückelung von 1831 erneuerte, als das auf drei Minister beschränkte Cabinet muthig die Autorisation verlangte, den Vertrag anzunehmen, indem es einen Aufruf an die freie Discussion erließ. Das Resultat dieses Aufrufs war die Annahme des Projects mit einer imposanten Majorität, dem treuen Organ der Gefühle des größten Theiles des Landes, und diese so große Reaction hat ohne Unruhen, ohne Erschütterungen, ohne das geringste Mißtrauen, durch die Thätigkeit der constitutionnellen Institutionen, in Gegenwart einer völligen Meinungsfreiheit, einer beinahe unbeschränkten Preßfreiheit Statt gefunden. Man glaubte lange Zeit auswärts, daß Belgien nicht bestehen könne, daß seine Constitution, die vielleicht für gewöhnliche Zeiten ausreichen würde, doch nicht genügen könne, um ein Ungewitter abzuwenden; und die Ruhe ward doch, unter der furchtbaren Probe, die ihr aufgelegt worden, nicht einen einzigen Tag getrübt. Ehre dem Nationalcongreß und dem belgischen Volke. Sie sind beide nicht zu weit gegangen; jener durfte diesem viele Freiheiten einräumen, und das Volk hat gezeigt, daß es diese ertragen konnte, und daß es zu viel Verstand und Rechtlichkeit besaß, um sich von den Aufwieglern hinreißen zu lassen, deren es leider in Belgien, wie in jedem andern Lande, gibt."

Der Bürgermeister von Venloo schreibt dem Independant: „Alle die Gerüchte von patriotischen Versammlungen, die hier Statt gehabt haben sollen, von Adressen, Organisation von Freicorps, sind erlogen. In Venloo ist Alles ruhig und erwartet die Lösung der politischen Frage."

Die Aachener Zeitung meldet aus Brüssel vom 21. März: „Die Kammer hat sich heute versammelt, um über die Korneinfuhr und die Veränderung in dem Zolltarif für Luxemburg zu berathen. Nach Annahme desselben wird sie sich bis zum 20. April vertagen. Man glaubt sogar, daß die Session ganz geschlossen werden wird, da der Constitution zufolge die Hälfte der beiden Kammern sich Mitte Juni erneuern muß. Allerdings ist es nöthig, die Stimme des Landes über die Voten bei der Tractatsfrage zu befragen. Auch müßte nach der Ratification des Vertrages die Wahlausschreibung geändert werden."

Teutschland.

Die Carlsruher Zeitung vom 23. März meldet: „Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland hat den gestrigen Abend im Kreise der großherzoglichen Familie zugebracht. Heute Vormittags wohnte Höchstderselbe einer Parade bei, zu welcher, außer der hiesigen Besatzung, auch die in Rastatt, Durlach und Bruchsal garnisonirenden Truppentheile herangezogen waren. Diesen Mittag war große Tafel bei Hofe. Für den Abend ist ein Hofconcert angesagt."

Am 19. März starb im Hamburg einer der verdienstvollsten und geachtetsten Männer seiner Vaterstadt, der Baron Caspar von Voght, im 87sten Jahre. Die berühmte Hamburgische allgemeine Armenanstalt verdankt ihm ihr Daseyn.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Handschreiben vom 20. März l. J. dem ersten Vicegespan des Honther Comitats, königl. Rath, Alexander von Terszty ánszky, zum Beisitzer der königl. ungarischen Gerichtstafel allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 23. März d. J. dem bisherigen Gouverneur-Stellvertreter bei der österreichischen Nationalbank, Bernhard Freiherrn von Eskeles, auf sein Ansuchen die Enthebung von diesem Amte, bei dessen Verwaltung er sich so, wie in den frühern Perioden seines gemeinnützigen Wirkens, jederzeit der vollen allerhöchsten Zufriedenheit würdig gezeigt hat, zu ertheilen, und ihm bei dieser Gelegenheit das allerhöchste Wohlgefallen zu erkennen zu geben geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben vermittelst allerhöchster Entschließung vom 23. März l. J. die Zöglinge der k. k. Theresianischen Ritterakademie, Rudolph Freiherrn von Hackelberg-Landau und Amand Freiherrn von Schweiger-Lerchenfeld, zu k. k. Edelknaben allergnädigst zu ernennen geruht.

Die k. k. allgemeine Hofkammer hat die Vorsteherstelle der Wiener-Neustädter Cameral-Bezirksverwaltung, mit dem Titel und dem Character eines k. k. Cameralrathes, dem bisherigen Rathe der illyrischen Cameral-Gefällenverwaltung, Maximilian Ritter von Spaun, verliehen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1103.

Morgen wird kein Blatt ausgegeben.

W
1·K·
ZEITUNG
1839

№ 90 und 91

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag den 31. März und Montag den 1. April 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 29. März.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.071	27 3. 9 L. 10 P.	+ 6.2	W.	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.023	27 9 3	+ 10.1	NW.	mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.001	27 9 0	+ 6.1	W.	still.	trüb.

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 23. März geben folgende Nachrichten über die weitern Verhandlungen in Bezug auf die Bildung des Ministeriums. — Der Constitutionnel sagt: „Heute Morgens hat sich der Hr. Marschall Soult zum Könige verfügt und ihm die von Sr. Majestät erhaltenen Vollmachten zur Bildung eines neuen Cabinets zurückgestellt. Man versichert, Sr. Majestät habe seinen Rücktritt nicht angenommen. — Im Laufe des Tages hatte der Marschall der Reihe nach Unterredungen mit den HH. Thiers, Passy, Sauzet und Humann; Hr. Dupin war heute Morgens nach seinem Landgute zu Nogent-sur-Marne abgereist, aber um 5 Uhr schon wieder in Paris, worauf er sich sogleich zum Marschall verfügte." — Im Journal des Debats heißt es: „Heute Morgens hat sich der Hr. Marschall Soult zu Hrn. Thiers begeben und eine lange Unterredung mit ihm gepflogen. — Trotz der Behauptung des Messager glauben wir mit Bestimmtheit versichern zu können, daß Hr. Thiers und der Marschall sich gegenseitig ihres Wortes entbunden haben, und daß jede Unterhandlung zwischen beiden definitiv abgebrochen ist. — Der Hr. Marschall Soult hat sich hierauf zum Könige verfügt. — Man versichert heute, daß Sr. Majestät den Marschall aufs dringendste aufgefordert haben, im Einvernehmen mit Hrn. Dupin und Hrn. Humann eine neue Combination zu bilden." — Im Courrier Français liest man: „Heute hat Marschall Soult mit der Beharrlichkeit eines alten Kämpen, der sich durch Mißgeschick nicht beugen läßt, die Combination, die sich so eben aufgelöst hat, auf andern Grundlagen wieder anzuknüpfen versucht. Er hat in Laufe des Vormittags die meisten der präsumtiven Minister bei sich gesehen; er hat Hrn. Dupin und auch Hrn. Thiers einen Besuch gemacht; er ist zweimal beim Könige gewesen. Beabsichtigten diese Schritte, wie man vermuthet, ein Cabinet des linken Centrums ohne Hrn. Thiers zu bilden? Wir wollen dieß nicht behaupten; aber was wir zu wissen glauben, ist, daß Hr. Passy die Absicht zu erkennen gegeben hat, sich fern zu halten, und daß Hr. Thiers dem Marschall ein Gleiches erklärt haben soll."

Die Pariser Blätter vom 24. März bringen wenig Neues über den weiteren Fortgang der neuen Unterhandlungen zur Bildung des Cabinets. Dem Journal des Debats zufolge soll Marschall Soult die Hoffnung nicht aufgegeben haben, ein Cabinet mit Hrn. Humann und Hrn. Dupin, ohne Hrn. Thiers, zu bilden. Die übrigen Journale wollen jedoch wissen, daß die dießfallsigen Unterhandlungen bisher keinen Erfolg gehabt haben. — Mittlerweile scheint es, daß die Regierung Willens ist, die Kammern nichtsdestoweniger am 26. März zu eröffnen. Der Moniteur erklärt das Gerücht, daß die Prorogation bereits vor einigen Tagen beschlossen und die dießfallsige Ordonnanz schon in die königliche Druckerei geschickt worden sei, für durchaus ungegründet. Die Quotidienne findet es ganz natürlich, daß die Kammer sich an dem früher festgesetzten Tag versammle, da es unmöglich sei, eine Kammer zu prorogiren, die noch nicht existirt, und die erst nach Verification der Vollmachten, und Bildung des Bureaus constituirt ist. — An der Börse hieß es, daß die Kammern, ohne Thronrede, durch eine königliche Commission, bestehend aus den HH. Pasquier, Dupin und Decazes, eröffnet werden sollten.

Der Messager und selbst der Constitutionnel, die früher inneren Zwiespalt unter den Mitgliedern des projectirten Cabinets als Grund seiner Auflösung angegeben hatten, schieben nun die Schuld allein auf den König, welcher sich die, wenn auch noch so schwach, veränderte Politik in Bezug auf Spanien nicht habe gefallen lassen wollen.

Am 23. März 5 Percents 108 Fr. 75. Fin Courant geschlossen zu 108 Fr. 85. 3 Percents 79 Fr. 85. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 90.

Spanien.

Nachrichten aus Tolosa vom 16. März zufolge sprach man daselbst von einem großen Cabinetsrathe, der in dieser Stadt unter persönlichem Vorsitz des Königs gehalten werden sollte, in welchem man sich über den künftigen Gang der Angelegenheiten, in politischer sowohl als militärischer Beziehung, verständigen wollte. Es hieß, General Maroto sei berufen worden, um an den dießfallsigen Berathungen Theil zu nehmen; er befand sich bei Abgang der letzten Nachrichten in Estella.

In einem Schreiben aus Bayonne vom 19. März (im Commerce) heißt es: „Die Operationen sind seit dem 9., an welchem Tage sich Espartero von los Arcos zurückgezogen hat, suspendirt. — Cabrera hat seine Meinung über die Vorfälle in Estella noch nicht geäußert. Er ist in diesem Augenblicke damit beschäftigt, den Flecken Segura, in Niederarragonien, zu befestigen, dessen ruhiger Besitz ihn zum Herrn der Communicationen zwischen Daroca und Montalvan und der Gebirgskette, die sich von Calamocha bis Albaracin erstreckt, machen wird. Dem General Ayerbe ist es endlich nach langen Verhandlungen mit dem Brigadier Parra, der zur Deckung der Madrider Straße in Calatayud steht, gelungen, letzteren zu bewegen, sich mit ihm zu vereinigen, um Cabrera aus der wichtigen Stellung von Segura zu delogiren."

Die Quotidienne enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Bayonne vom 18. März: „Drei von den in Folge der Ereignisse in Estella aus

den getreuen Provinzen verbannten Individuen sind so eben nach Paris abgereist. Im Interesse der Sache des Königs glaube ich Ihnen einige Aufschlüsse über diese Intriganten geben zu müssen, denen es vielleicht gelingen könnte, gutmüthige Leute für ihre verbrecherischen Projecte zu gewinnen. Diese drei Individuen sind der P. Ignazio Larraga, der Generallieutenant Uranga und Hr. Masarasa. Ersterer ist ein Kapuzinermönch, der im Jahre 1837 mit dem Herzog von Granada ins Hauptquartier gekommen ist. Er hat als Beichtvater des Königs Don Pedro Raton ersetzt, welcher, in Folge der Expedition nach Castilien, krank in den Pinares (von Soria) zurückgeblieben war. Er hat sich stets als erbitterter Feind der Provinzialchefs gezeigt, die mit Zumalacarregui gefochten hatten. Er stand an der Spitze jener Camarilla, welche die Sache des Königs in große Gefahr setzte, und so eben durch die Energie des General en chef (Maroto) glücklicherweise gesprengt worden ist. — Der Generallieutenant Uranga ist ein Mensch, der sich nie für die Legitimität geschlagen hat. Beim Aufbruch der Expedition, welche der König begleitete, war dem Arias Teijeiro daran gelegen, einen unfähigen Menschen an die Spitze der Provinzen zu stellen. Er brachte es dahin, daß Uranga zum Generalcapitän der baskischen Provinzen und von Navarra ernannt wurde. Die Ungeschicklichkeit und Saumseligkeit dieses Generals hat den Christinos zum Besitz der beiden Plätze Lerin und Irun verholfen. Bei seiner Rückkehr aus Castilien beeilte sich der König, dem Uranga das Commando abzunehmen; er nahm ihn aber in die Zahl seiner Adjutanten auf. — Masarasa ist ein zu obscurer Mensch, als daß es der Mühe lohnte, in die Details seines früheren Lebens einzugehen. Ich muß nur bemerken, daß er Fiscal-Procurator des Kriegsgerichts war, welches die Generäle Elio und Zariategui zum Tode verurtheilte. — Am 10. haben die drei obgenannten Individuen, mit dem Bischof von Leon, Arias Teijeiro und Lamas Pardo, ein geheimes Conventikel in Sare gehalten. Der Unterpräfect von Bayonne und ein Adjutant Espartero's wohnten dieser Versammlung bei, in Folge deren den Verbannten Pässe und Geldunterstützungen verabfolgt wurden. — Man entdeckt täglich verbrecherische Umtriebe der Partei, die nur allzu lange am königlichen Hoflager ihr Unwesen getrieben hat. Listen von Verdächtigen waren aufgesetzt worden; fast alle Chefs der Provinzen, von welchem Grade sie auch seyn mochten, die kein Hehl aus ihrer Anhänglichkeit an die verurtheilten Generäle machten, waren als Feinde der Legitimität bezeichnet; über 300 Personen sollten unter den Dolchen von Meuchelmördern fallen. — Wie ist es möglich, noch Leute zu finden, welche so blind sind, die gebieterische Nothwendigkeit der gerechten, obwohl schrecklichen Maaßregel, die Maroto ergriffen hat, nicht einzusehen? Muß man nicht vielmehr die Mäßigung bewundern, mit der er von einer unermeßlichen Gewalt, welche die Umstände ihm gegeben hatten, Gebrauch gemacht hat; denn die Christinischen Journale lügen wissentlich, wenn sie sagen, daß auf die Hinrichtungen von Estella noch andere Massacren gefolgt sind. Sechs Schuldige allein sind den Kriegsgerichten überliefert, und in Folge des gegen sie gefällten Urtheilsspruches hingerichtet worden."

In Catalonien scheinen sich wichtige Ereignisse vorzubereiten. Der National enthält folgendes Schreiben aus Barcelona vom 12. März: „Diese Provinz steht am Vorabend neuer Ereignisse. Die Nachricht eines bevorstehenden Handelstractats mit England und die Ersetzung des Barons Meer in der Generalcapitanerie von Catalonien durch General Rodil haben lebhafte Unzufriedenheit erweckt, vorzüglich bei den Classen der Eigenthümer, der Handelsleute und der Fabrikanten, die mit Hülfe des Barons Meer sich der Staatsgewalt in ganz Catalonien bemächtigt haben. Eine Deputation, bestehend aus drei von Madrid zurückgekommenen Deputirten und mehrern zur Provinzialdeputation, zum Ayuntamiento und zu den Handels- und Fabrikkörperschaften gehörigen Individuen hat sich vorgestern nach Esparraguerra, wo Baron Meer sich aufhielt, begeben, um ihm die Gährung der Hauptstadt Cataloniens darzustellen, für die Mittel zu sorgen, die Vollziehung des Handelstractats zu verhindern und ihn aufzufordern, trotz der Ernennung des Generals Rodil, an der Spitze des Fürstenthums zu bleiben. Die Deputation ist nach Barcelona zurückgekommen, noch ist aber nichts im Publicum bekannt. Der Guarda Nacional, das Journal der Generalcapitanerie, sagt in seiner heutigen Nummer: „Wir wissen, wie groß der Schaden seyn würde, den die „gefürchteten Decrete und die Entfernung des General„capitäns, Baron Meer, der Sache Isabellens II. und „den Personen und Interessen seiner wahren Vertheidi„ger bereiten müßten. Da die oberste Regierung von Ma„drid dieß ebenfalls wissen muß, so hoffen wir, daß sie „diese Maaßregeln nicht vollziehen lassen wird, sie müßte „nur einen weit härtern Krieg gegen uns führen wollen, „als den wir von Seite der Carlisten erleiden, denn sie „würde mit Einem Federstriche die Industrie und den „Handel dieser Provinz zerstören... Sollten inzwischen „unsere Hoffnungen getäuscht werden, so würden wir nicht „die letzten seyn, neue Beweise zu Gunsten der Sache „Isabellens II. und der Interessen der catalonischen Pro„vinzen zu geben." Es handelte sich früher nur von den materiellen Interessen und den Klagen einer Partei, die zu allen Verfolgungen, welche Baron Meer gegen die Patrioten verübt, angetrieben hat. In diesem Augenblick jedoch, wo davon die Rede ist, Catalonien als unabhängig zu erklären, muß man alle Liberalen der verschiedenen Schattirungen vereinigen, um eine populäre Verwaltung zu erhalten, welche das Fürstenthum im Namen Isabellens II., aber unabhängig von der Madrider Regierung, gouvernirte. Dieß ist bis jetzt bloß ein Project, das aber wahrscheinlich bald zur Vollziehung kommen wird: und alsdann dürfte die Bewegungspartei neuerdings auftreten, und sich dießmal nicht mehr, wie so oft bei frühern Gelegenheiten, täuschen lassen. Die ganze Nationalmiliz war gestern unters Gewehr gerufen, um Revue zu passiren."

Großbritannien und Irland.

Die Verhandlungen im Hause der Gemeinen am 19. März über die französischen Blockaden von Mexico und Buenosayres, deren Anfang wir in unserm letzten Blatte gegeben haben, nahmen einen lebhaften Fortgang, und verdienen aufmerksame Beachtung, da aus ihnen hervorgeht, wie Männer von den verschiedensten politischen Meinungsschattirungen in England, von dem radicalen Mitgliede für London, Hrn. Grote, bis zu Sir R. Peel, dem Leiter der Conservativen des Hauses, über jene Maaßregeln der französischen Regierung denken. Lord Sandons Motion auf Vorlegung von Papieren diente dabei als bloßer Anhaltspunct für die Debatte, und ward am Ende, wie man sehen wird, zurückgenommen. Lord Palmerstons Erklärung lautete genauer wie folgt: „Hinsichtlich der Fragen, die aus jenen Blockaden entsprangen, hat Ihrer Majestät Regierung nicht etwa unberathen auf ihre eigene Verantwortlichkeit hin gehandelt, sondern sie erachtete es für ihre Pflicht, über jeden sich ergebenden Punct die Rechtsconsulenten der Krone zu befragen, von deren Meinungen sie sich leiten ließ, und ohne deren Sanction nichts

geschah. Mein edler Freund (Lord Sandon) scheint zu glauben, dadurch, daß wir die Blockade unserm Handelsstande angezeigt, hätten wir dieselbe nothwendig sanctionirt. Meines Erachtens ist es, wenn eine fremde Macht gegen eine dritte eine Blockade verhängt, jedesmal die Pflicht der brittischen Regierung, die brittischen Kaufleute auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die mit einem Versuch, diese Blockade zu verletzen, verbunden seyn würde. Wenn also mein edler Freund meint, durch jene Notification habe die Regierung die französische Blockade unterstützt oder gewissermaaßen sanctionirt, so ist er sehr im Irrthum. Was die Frage in Bezug auf Buenosayres und den Plan der frühern französischen Dynastie anlangt, in Südamerika sich einen dauernden Einfluß zu begründen — bei dessen Ausführung die Ernennung des Herzogs von Lucca zum Präsidenten von Buenosayres der erste Schritt seyn sollte, — so war derselbe wohl mehr von einem eifrigen Monarchismus, als von dem Wunsch einer Gebietsvergrößerung Frankreichs an die Hand gegeben, da der Herzog von Lucca mit der spanischen Königsfamilie näher als mit der französischen verknüpft war. Etwas Unnatürliches aber liegt wohl nicht darin, wenn die Franzosen ihren Einfluß auszudehnen suchen, so weit sie können, und wo sie können. Wir thun es auch. (Hört!) Mein edler Freund behauptet, Frankreichs gegenwärtiges Verfahren sei nur ein Folgesatz zu den Unterhandlungen von 1821, durch welche die Franzosen sich eine bleibende Autorität über die Länder Südamerika's zu verschaffen gesucht; er führte die Besetzung der kleinen Insel Martin Garcia als Beispiel dazu an. Meinem edlen Freunde, der bei diesen Vorgängen eine ähnliche Entwicklung der Dinge wie in Algier fürchtet, kann ich die Versicherung geben, daß wir hier auf einem bessern Grunde stehen, als das damalige Ministerium von der Partei meines edlen Freundes (das Wellington'sche); denn wir haben von Frankreich die allerförmlichste Versicherung, daß es keinen Gebietstheil weder von Buenosayres, noch von Mexico zu behalten die Absicht hat, und wenn es auch Martin Garcia vorübergehend besetzt hat, so bezweckt es doch keineswegs, dasselbe in seinem Widerstande gegen Montevideo ferner zu unterstützen. Diese Befürchtung meines edlen Freundes ist demnach ganz ungegründet. In Bezug auf Buenosayres waren wir bemüht, eine Aussöhnung mit Frankreich zu vermitteln, und unser dortiger Gesandter arbeitet mit Eifer nach diesem Ziele hin. In Betreff Mexico's habe ich schon neulich (bei den Verhandlungen über den Stand der Marine) ungefähr angegeben, wie die Sachen stehen. Es ist wohlbekannt, daß wir gleich beim Ausbruche des Streites Frankreich unsere freundschaftliche Vermittlung anboten, welche damals abgelehnt wurde. Im Verlaufe der Dinge erneuerten wir jenes Anerbieten; dieses wurde zwar nicht förmlich angenommen *), doch antwortete uns die französische Regierung, wenn wir unsere guten Dienste an Ort und Stelle geltend machen könnten, so werde sie solche mit Dank anerkennen. Demgemäß hat unser Botschafter in Mexico, Hr. Pakenham, Alles, was er konnte, gethan, um dieses wünschenswerthe Resultat zu Stande zu bringen und zwar mit bedeutendem Erfolg. Namentlich war er bemüht, bei dem aufgeregten Zustande der mexicanischen Bevölkerung nicht nur die brittischen Residenten, sondern auch die in Mexico seßhaften Franzosen gegen Gewaltthaten zu schützen. Mein edler Freund hat bemerkt, wir hätten schon früher ein beträchtliches Geschwader an die Küste von Mexico absenden sollen. Wenn ich ihn recht verstehe, so meint er, wir hätten auf die Aufhebung der Blockade dringen sollen. Lag denn etwas in dem Verfahren Frankreichs gegen Mexico, oder hatten wir — so bedeutend auch unser Handel mit dieser Republik ist — ein so überwiegendes Interesse bei dem Streite, daß es rathsam gewesen wäre, an Frankreich darum den Krieg zu erklären? (Hört!) Was den Punct der Blockade im Allgemeinen betrifft, so ist England in der That nicht die Macht, welche das Recht hätte, andern Staaten die Praxis der Blockaden zu bestreiten. Ich könnte 40 bis 50 Orte anführen, welche England im letzten Kriege blockirt hat. (Sir R. Peel: „Ja, während des Krieges.") Allerdings; aber Frankreich und Mexico sind auch in Feindseligkeit gegen einander." Sir R. Peel: „Es ist keine Kriegserklärung vorausgegangen." Lord Palmerston: „Glaubt denn der sehr ehrenwerthe Baronet, England habe nie Krieg angefangen ohne eine vorhergegangene Kriegserklärung? (Hört! und Beifall.) Und wenn er das nicht sagen will, was heißt dann seine Unterbrechung? Nichts. Mein edler Freund hat meine Antworten auf die Denkschriften kritisirt, die mir von großen und ansehnlichen Handelskörperschaften zugeschickt worden. Ich ließ es gegen dieselben weder an Achtung noch an Aufrichtigkeit fehlen; aber in einem Zeitpuncte, wo die Regierung in Discussionen von zarter Natur mit auswärtigen Mächten begriffen ist, würde ich wohl meine Pflichten und die Interessen des Landes schlecht berathen haben, wenn ich jene Körperschaften durch Antworten irre geleitet hätte, die ich später vielleicht wieder hätte zurücknehmen müssen, wenn ich die Regierung und das Land auf eine Weise compromittirt hätte, wie ich es zu thun nicht berechtigt war. Noch einmal, der edle Lord und das Haus dürfen sich mit der Ueberzeugung beruhigen, daß wir die brittischen Interessen in Mexico nicht vernachlässigt haben, daß überhaupt Englands Ehre und Wohlfahrt der Polarstern, das leitende Princip für Ihrer Majestät Regierung sind. Wenn mein edler Freund den Ausfall in unserem Ausfuhrhandel der Ausdauer jener Blockade zuschreibt, so verweise ich ihn an den neben ihm sitzenden Hrn. Baronet (Peel), der vor ein paar Tagen, zur großen Freude der andern Seite des Hauses, den Beweis geführt hat, daß eben in dem Jahre 1838, wo diese Blockaden verhängt wurden, die Ausfuhr brittischen Fabrikats in allen Zweigen beträchtlich zugenommen habe." (Schluß folgt.)

Der Morning-Post zufolge sollen die letzten Depeschen, welche die Regierung aus Indien erhalten, sehr beunruhigenden Inhalts seyn. Sir John Keane's Armee sei in Folge einer entschieden feindseligen Disposition der Sindhys, und nach erhaltener Nachricht, daß alle Päße stark befestigt und hartnäckig vertheidigt worden wären, auf dem Rückzuge begriffen. Die Truppen litten Mangel an den ersten Bedürfnissen und hätten bereits, ehe sie noch einen Feind ansichtig geworden, 3000 Mann durch Krankheiten verloren.

Consols am 21. März 92¼, ⅞.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das am 19. März in Liverpool eingelaufene Packetboot „England" hat Newyorker Blätter bis zum 1. März mit wichtigen Nachrichten überbracht. Die Gränzfrage zwischen Maine und Neubraunschweig hatte im ganzen Umfange der Union eine ungewöhnliche Aufregung verursacht; doch scheint ein Bruch zwischen beiden Staaten fürs erste durch ein Memorandum verhütet zu seyn, das zwischen dem amerikanischen Minister des Auswärtigen, Hrn. Forsyth, und dem brittischen Gesandten, Hrn. Fox, unterzeichnet worden ist. Kraft des-

*) Dahin ist die frühere Version dieser Stelle zu berichtigen, die von einer förmlichen Annahme der Vermittlung gesprochen hatte.

selben ist man übereingekommen, daß die von den Gouverneurs von Maine und Neubraunschweig auf das streitige Gebiet abgeschickten Truppen beiderseits zurückgezogen werden sollen. Würde künftighin die Nothwendigkeit eintreten, Uebergreifende (trespassers) von der einen oder andern Seite zu vertreiben oder das öffentliche Eigenthum zu schützen, so soll dieß von den Regierungen von Maine und Neubraunschweig durch gemeinsam angeordnete Maaßregeln geschehen. Der Präsident van Buren hat in dieser Angelegenheit am 26. Februar eine lange Botschaft an den Congreß der vereinigten Staaten gerichtet, welche, ungeachtet ihres für Großbritannien freundlichen Tones, einen neuen ernsten Punct jener Gränzfrage herausstellt. Bisher galt nämlich die Ansicht, daß mit der Jurisdiction für das streitige Gebiet Großbritannien provisorisch bekleidet sei; dieser Punct wird nun aber von Seite der vereinigten Staaten in Abrede gestellt. — In Amerika, wie in England, ist die Meinung vorherrschend, daß, trotz obiger vorläufigen Uebereinkunft zwischen dem englischen Gesandten und der Regierung zu Washington, der Friede zwischen beiden Staaten so lange als einigermaaßen gefährdet zu betrachten sei, bis eine definitive Schlichtung des Gränzstreites zu Stande gekommen. Im amerikanischen Senat wurden bei der Discussion der Präsidentenbotschaft mehrere kriegerische Stimmen laut, und Hr. Fairfield, der Gouverneur von Maine, hat eine zweite heftige Botschaft an die örtliche Legislatur dieses Staats gerichtet. Diese hat einstimmig die verlangten Subsidien votirt, und die sämmtliche Miliz des Staates, gegen 10,000 Mann, ist aufgeboten. Doch war seit dem erwähnten Zusammenstoße nichts Feindseliges vorgefallen.

Belgien.

Die Aachener Zeitung und Frankfurter Blätter enthalten folgende Nachrichten aus Brüssel vom 21. März: „Die Repräsentantenkammer hatte sich heute um zwei Uhr versammelt. Sie hat ohne Discussion das auf die Ausfuhr des Getreides, das vor dem Verbot ins Entrepot gebracht wurde, bezügliche Gesetzproject abgestimmt. Sie hat sich darauf mit den Modificationen des Zolltarifs an der Luxemburgischen Gränze beschäftigt. Ueber dieses Project hat eine kleine Discussion Statt gefunden, und zwei Amendements sind eingeschaltet worden. Auf den Vorschlag des Hrn. Lardinois ist das Eingangsrecht auf den Weizen, die Gerste und das Mangkorn, die aus dem abzutretenden Theile Luxemburgs in den belgisch bleibenden Theil ausgeführt werden, anstatt, wie die Commission vorgeschlagen hatte, auf ein Drittel, nur auf ein Viertel der durch die bestehenden Gesetze vorgeschriebenen Rechte reducirt worden. Der Minister des Innern hat noch zwei Zusätze vorgeschlagen; der eine autorisirt die Regierung, außer dem Eingangsbureau von Arlon noch ein anderes zu errichten, und der andere Zusatz hatte zum Zweck, in die Summe von 400,000 Franken als Maximum für die Einfuhr der Wollenstoffe, die gewöhnlichen Luxemburger Tuche zu dem Preise von 5 Fr. das Metre für einen Betrag einzuschließen, der nicht über 50,000 Fr. gehen könnte. Diese verschiedenen Amendements sind angenommen worden, und die Kammer ging, die dringende Nothwendigkeit einsehend, zum definitiven Votum über. Das Project wurde einstimmig mit 51 Stimmen angenommen, da drei Mitglieder nicht mitstimmten. Darauf hat die Kammer einen Gesetzentwurf angenommen, der dem Departement des Innern einen außerordentlichen Credit zusagt. Da Hr. de Theux vermuthete, daß die Kammer morgen nicht mehr vollzählig seyn würde, so verlangte er, daß sie den Präsidenten ermächtige, sie schriftlich zur nächsten Versammlung einberufen zu können, weil die Regierung nicht zwei Vertagungen in Einer Session aussprechen könne, und es bei den politischen Umständen, worin sie sich befinde, unrecht seyn würde, schon jetzt einen bestimmten Tag für die nächste Versammlung festzusetzen. Die Kammer hat sich also, der Bemerkung des Ministers gemäß, auf unbestimmte Zeit vertagt. — Der Senat hat heute den Bericht der mit der Prüfung des Gesetzentwurfs in Betreff des Friedensvertrags beauftragten Commission gehört. Hr. d'Hane, das Organ der Commission, hat erklärt, dieser Entwurf sei durch die gebieterischste Nothwendigkeit aufgelegt worden, und die Commission habe erkannt, daß man den Vertrag annehmen müsse, um die Lage der abzutretenden Provinzen nicht noch unglücklicher zu machen. Die Commission hat, indem sie die Annahme des Vertrags vorschlägt, den Wunsch ausgedrückt, daß die Regierung für die Bevölkerungen Limburgs und Luxemburgs alle für ihre moralische Wohlfahrt und für ihre materiellen Interessen wünschenswerthen Bürgschaften erlangen könne. Obiger Beschluß der Commission wurde mit einer Mehrheit von vier Stimmen gegen eine, jene des Hrn. Senators Wauthier, gefaßt, der zu Limburg gehört. Der Druck des Berichts ward verordnet und die Erörterung auf morgen 2 Uhr festgestellt. — Seit gestern hat die Polizei wieder mehrere Verhaftungen bewerkstelligt. Gestern Morgens um 11 Uhr sind etwa ein Dutzend Individuen in einem Wirthshause der Rue Haute wegen Lärms und aufrührerischer Reden verhaftet worden. — Die Kurse sind fortwährend sehr fest, und selbst mit Steigen einiger Papiere. Das wiederaufgelebte Zutrauen veranlaßt viele Käufe. Keine politische Nachricht ist im Umlaufe."

Teutschland.

Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland haben am 25. März um 9 Uhr Morgens Carlsruhe verlassen und sind nach Darmstadt abgereist.

Wien.

Nach der heute erschienenen Uebersicht der Satzungspreise für den Monat April ist die Mundsemmel zu ½ kr. um ¼ Loth, detto zu 1 kr. um ½ Loth; ordinäre Semmel zu ½ kr. um ¾ Loth, detto zu 1 kr. um ½ Loth; pohlenes Brot zu 1 kr. um ½ Loth, detto zu 3 kr. um 1½ Loth, detto zu 6 kr. um 2½ Loth; roggenes Brot zu 1 kr. um ¼ Loth, detto zu 3 kr. um 1 Loth leichter auszubacken. — Das Pfund Rindfleisch kostet 9 kr. C. M.

Am 30. März war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	106 11/12
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 11/12
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 7/8
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65 3/4

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ G. Uso 2. M

Bankactien pr. Stück —— in CM.

(Dem heutigen Blatte des Beobachters liegt die Chronologische Uebersicht ꝛc. für den Monat Jänner 1839 bei.)

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 92

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 2. April 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
vom 30. März.	8 Uhr Morg.	27.065	273. 9L.	9P.	+ 5.1	W.	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.147	27 10	9	+ 3.7	W.	mittel.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27.371	28 1	6	+ 0.5	NW.	stark.	trüb.
vom 31. März	8 Uhr Morg.	27.498	28 3	1	— 1.0	NNW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.506	28 3	2	+ 1.6	N.	—	—
	10 Uhr Abends.	27.492	28 3	0	— 1.6	NNO.	still.	heiter.

Frankreich.

Der neueste Moniteur vom 25. März enthält eine königliche, von dem Grafen von Montalivet als Minister des Innern contrasignirte Ordonnanz vom vorhergehenden Tage, kraft deren verordnet wird, daß sich die Kammern, welche durch Ordonnanz vom 2. Februar d. J. auf den 26. März einberufen worden waren, erst am Donnerstag den 4. April versammeln sollen. — Dadurch ist man einer Prorogation, die aus dem gestern angeführten Grunde nicht wohl thunlich war, ausgewichen. Der Moniteur Parisien vom 25. sagt: „Da die ministeriellen Arrangements gestern noch nicht weit genug vorgerückt waren, daß man hoffen durfte, sie vor dem 26. März beendigt zu sehen, so sind die gegenwärtigen Minister aufgefordert worden, sich zu versammeln, und auf Mittel zu denken, dem neuen Cabinet die erforderliche Zeit zu lassen, sich vor Eröffnung der Kammern zu bilden und zu constituiren. — Demzufolge ist ein Conseil bei dem Hrn. Grafen Molé gehalten worden, in Folge dessen eine königliche Ordonnanz unterzeichnet worden ist, welche verfügt, daß die Kammern sich erst am nächstkünftigen 4. April versammeln sollen."

Folgendes sind die Angaben der Pariser Blätter vom 25. März über die bis dahin fruchtlosen Bemühungen des Marschalls Soult zur Bildung eines Cabinets, seitdem Hr. Thiers von der frühern Combination zurückgetreten ist. — Journal des Debats. Alle von dem Hrn. Marschall Soult versuchten Schritte sind gescheitert. Vorgestern (Samstag) suchte er das Cabinet mit den HH. Dupin, Humann, Passy, Sauzet, Dufaure und Duperré zu reconstituiren. Hr. Thiers allein sollte nicht Theil daran nehmen, und wir haben nicht erfahren, wer der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten seyn sollte. Man hat einen Augenblick an das Gelingen dieser Combination geglaubt. Alles schien einig zu seyn. Inzwischen verlangten zwei oder drei der künftigen Minister einige Stunden Bedenkzeit; und heute (Sonntag) Morgens ist alles neuerdings abgebrochen worden. Wir haben Grund zu glauben, daß der Einfluß, den Hr. Thiers auf sie ausübt, ihrem Entschluß nicht fremd gewesen ist. — Nachmittags hat sich der Hr. Marschall Soult zum Könige verfügt und Sr. Majestät angekündigt, daß er sich zu seinem großen Leidwesen genöthigt sehe, auf die wichtige Sendung, mit der Sr. Majestät ihn zu beauftragen geruhte, Verzicht zu leisten. — Die HH. Duc de Broglie und Dupin kamen hierauf zum Könige. — Wir haben nicht erfahren, welches das Resultat dieser beiden Audienzen gewesen ist. — Constitutionnel. Samstag Abends ist eine neue Combination versucht worden; es handelte sich darum, Hrn. Thiers, dem eine Botschaft angetragen worden seyn soll, auszuschließen. Ein gleicher Antrag soll Hrn. Guizot gemacht worden seyn; also gewissermaaßen ein Ostracismus gegen die beiden Hauptchefs der Coalition, die in der Wahlschlacht den Sieg erfochten hat. Die HH. Thiers und Guizot haben das ehrenvolle Exil, das man über sie verhängen wollte, ausgeschlagen. Die HH. Duc de Broglie und Duchatel sollten in die neue Combination treten. Diese Combination konnte keinen Succeß haben; Hr. Dupin hat ihr nicht beigestimmt; die HH. Passy und Dufaure haben ihre Mitwirkung versagt. Um 2 Uhr hat der Marschall Soult an den König geschrieben, und Sr. Majestät gebeten, ihn von der Bildung eines neuen Cabinets zu entbinden, dessen Composition bei den von Tag zu Tag, und fast von Minute zu Minute neu aufkeimenden Hindernissen unmöglich sei. — Journal Général. Der Duc de Broglie ist gestern (24.) um 4 Uhr Nachmittags zum König berufen worden und hat eine kurze Unterredung mit Sr. Majestät gepflogen. — La Presse. Der Duc de Broglie, der gestern neuerdings zum Könige berufen worden, ist fest bei seinem Entschlusse geblieben, an keiner Ministerialcombination Theil zu nehmen. Die HH. Humann und Dupin haben denselben Wunsch geäußert. — Siècle. Heute Morgens hat der Marschall Soult, einer Sendung müde, die ihm so sauer gemacht worden ist, die Vollmachten, mit denen er bekleidet war, und die, wie es sich zeigte, in ziemlich enge Gränzen eingeschlossen waren, in die Hände des Königs zurückgelegt. Um drei Uhr ist der Duc de Broglie zum

Könige berufen worden. Hr. von Broglie, bei seinem bereits früher an den Tag gelegten Entschlusse, sich für jetzt von den Geschäften fern zu halten, beharrend, soll Sr. Majestät gerathen haben, Hrn. Thiers rufen zu lassen. — Courrier Français. Die HH. Dupin und Humann haben, wie man sagt, erklärt, daß sie an keiner Combination mehr Theil nehmen wollen. Auch der Duc de Broglie, der vom Könige berufen worden, und sich gegen 5 Uhr ins Schloß verfügte, hat wiederholt seinen Entschluß zu erkennen gegeben, fortan an den Geschäften keinen Theil nehmen zu wollen. — Temps. Die HH. Passy, Sauzet und Dufaure haben dem Marschall Soult schriftlich erklärt, daß es ihnen unmöglich sei, in eine neue Combination zu treten. Hierauf hat der Marschall Soult dem Könige eröffnet, daß er von der Mission, die ihm von Sr. Majestät zur Bildung eines Cabinets übertragen worden war, abstehe. Man fügt hinzu, Hr. von Broglie, der späterhin in die Tuilerien berufen worden, habe sich darauf beschränkt, Rath zu ertheilen.

Das Journal des Debats rechtfertigt das Ministerium vom 15. April gegen den Vorwurf, daß es gegen die Bildung des neuen Cabinets intriguirt habe. Das Ministerium vom 15. April, sagt es, hat abgedankt, weil es die Mehrheit in der neuen Kammer nicht hatte. Diese Abdankung ist ernstlich und unwiderruflich. Weder das Ministerium vom 15. April, noch der Hof haben das Zustandekommen des neuen Cabinets verhindert, sondern Hr. Thiers, indem er zuerst auf Verlangen der linken Seite die Doctrinairs ausschloß, und dann, als das Ministerium des linken Centrums bereits fertig war, durch neue Erörterungen dessen Auflösung herbeiführte. Hr. Thiers wollte dadurch absoluter Gebieter über die Lage der Dinge werden, und das Königthum zwingen, ihm unbedingte Vollmacht zu geben. Es ist zu wünschen, daß der König Hrn. Thiers beauftrage, ein Ministerium nach eigenem Willen zu bilden. Einmal am Ruder, wird Hr. Thiers hoffentlich eine jener schnellen Schwenkungen machen, welche selbst die größten Taktiker nicht scheuen, und im Ministerium conservativ werden, nachdem er, um in dasselbe zu gelangen, destructiv gewesen ist. Uebrigens würden, wenn er etwa böse Absichten hätte, die Kammern und die Presse ihre Wirkung verhindern. Die jetzige Krisis muß um jeden Preis zu Ende gehen. „Noch scheint (so schließt das Journal des Debats) zwar die materielle Ordnung sich zu erhalten; allein wer kann dafür stehen, während Ungewißheit in allen Gemüthern herrscht, während alle Interessen beunruhigt sind, und Alles den Launen der Parteien und der Menschen preisgegeben scheint, wer kann dafür stehen, daß die moralische Unordnung nicht auch die materielle Unordnung erzeuge? Also ein Ministerium um jeden Preis, ein Ministerium, wie es auch beschaffen sei, ein Ministerium, und sollten wir es auch bekämpfen müssen!"

Der Toulonnais enthält in seiner Privatcorrespondenz ein Schreiben aus Oran vom 20. Februar über die Aufhebung der Belagerung von Ain Maideh, dem wir Folgendes entnehmen: „Der Zustand von Ain Maideh war aufs äußerste gebracht; schon seit einigen Tagen fehlte es an Lebensmitteln und Munition, und Tedjini entschloß sich, ein unterwürfiges Schreiben an Abd-el-Kader gelangen zu lassen, worin es hieß: „„Du bist von dem Propheten auserwählt; ich unterwerfe mich Deiner Stärke; aber sei großmüthig, und bestrafe nicht die Bevölkerung von Ain Maideh für die Fehler ihres Chefs. Ziehe Dich vier Tagereisen weit von unsern Mauern zurück, damit wir unsere Schlupfwinkel ohne Furcht verlassen können. Ich schicke Dir meinen Sohn als Geißel; Du wirst mir ihn wiedergeben, wenn Du Ain Maideh in Besitz genommen hast."" Abd-el-Kader nahm diesen Vorschlag mit Freuden an, und zog seine Truppen zurück. Während dieser Zeit sandte Tedjini Boten an seine treuesten Alliirten, die Monzaben, forderte Lebensmittel von ihnen und, innerhalb vier Tagen war die Stadt wieder vollständig verproviantirt. Weiber, Kinder und Greise arbeiteten an den Festungswerken, und sie kann jetzt jedem Angriffe Abd-el-Kaders widerstehen, da auch die Monzaben ein Hülfscorps von 1200 Mann geschickt haben. Alle diese Vorkehrungen waren so vorsichtig getroffen worden, daß Abd-el-Kader nichts davon erfahren hatte. Wie hätte er auch Verdacht schöpfen sollen, da sich der Sohn Tedjini's, der letzte Sprößling dieses alten Geschlechts, in seinen Händen befand. Als Alles beendet war, sandte Tedjini einen Boten an Abd-el-Kader und ließ ihn auffordern, seinen Brüder vorauszuschicken, um von der Stadt Besitz zu nehmen, die von allen Einwohnern verlassen sei, und worin nur er sich mit etlichen Dienern befände. Die Abgesandten Abd-el-Kaders betraten auf diese Einladung die Stadt, welche sie ausgestorben fanden. Aber plötzlich trat ihnen Tedjini entgegen und sagte: „„Ihr seid meine Gefangenen! Allah hat nicht gewollt, daß das Erbgut meiner Väter in die Gewalt eines Emporkömmlings fallen soll! Seht diese Mauern an, ob sie fest genug sind! Blickt auf diese Lebensmittel und Waffen und sagt mir, ob ich nicht eurem Herrn Trotz bieten kann?"" Der Bruder des Emirs ergab sich in sein Schicksal, und unterrichtete jenen von dem Betruge Tedjini's. Anfangs wollte Abd-el-Kader den Sohn desselben enthaupten lassen, aber er unterließ es, um seinem Bruder ein gleiches Schicksal zu ersparen; doch hat er alle Anhänger des Tedjini, deren er habhaft werden konnte, getödtet, und eine kleine Stadt, die zum Gebiete desselben gehörte, verheert. Viele Stämme benutzten diesen Anlaß und fielen von ihm ab. Tedjini hat ein neues Schreiben an Abd-el-Kader erlassen, worin er ihn auffordert, Wort zu halten und sieben Jahre lang Ain Maideh zu belagern, wie er es geschworen, weil er sonst für immer des Namens eines ächten Muselmannes verlustig gehen, und

man von ihm ſagen würde: „Du kamſt wie ein wüthender Stier und fliehſt wie eine ſchwache Kuh.“

Am 25. März 2 Uhr Nachmittags 5Percents ——. 3Percents 79 Fr. 85.

Großbritannien und Irland.

Die Miniſter haben am 21. März im Oberhauſe eine Niederlage erlitten. — Der Graf von Roden, eines der Häupter der Oranien-Vereine, ſtellte den Antrag, daß ein Special-Ausſchuß mit Unterſuchung des Zuſtandes von Irland ſeit 1835 (d. h. ſeit Lord Normanby das Gouvernement dieſes Landes übernommen) beauftragt werden ſolle. Lord Roden wurde ſowohl von dem Herzoge von Wellington, als von Lord Brougham unterſtützt; es war dieß alſo offenbar ein planmäßiger Angriff auf die Regierung. Lord Roden wiederholte zwar bloß die ſchon oft vorgebrachten Angriffe gegen die Amtsführung des Marquis von Normanby; indem er aber dieſen angriff, bekämpfte er die Regierung überhaupt, welche entſchloſſen iſt, das Syſtem des Marquis auch durch den neuen Vicekönig, Lord Forteſcue, befolgen zu laſſen. Lord Normanby ſuchte zu beweiſen, daß ein Theil der Angaben des Grafen Roden offenbar übertrieben ſei, daß vielmehr unter ſeiner Verwaltung die Zahl der Verbrechen abgenommen und die Gerechtigkeit mit größerer Leichtigkeit ſich der Verbrecher bemeiſtert habe. „Ich habe,“ fuhr er fort, „allerdings zwiſchen der Oranien- und Vorläufergeſellſchaft unterſchieden. Man wirft mir vor, ich habe mich der Organiſirung der Vorläufergeſellſchaft nicht widerſetzt. Nie verhehlte ich meine Anſicht über dieſelbe; ich benützte jede Gelegenheit, um auseinander zu ſetzen, warum ich ſie bekämpfe. Dasſelbe Syſtem befolgte ich hinſichtlich der Oranienlogen, und doch bin ich überzeugt, daß der edle Antragſteller Mitglied einer ſolchen Loge iſt. Die Vorläufergeſellſchaft iſt öffentlich, ihre Mitglieder leiſten keinen geheimen Eid. Ich billige ſie nicht, theile aber deßwegen die Anſicht des edlen Grafen nicht, daß es an der Zeit ſei, zu ihrer Auflöſung zu ſchreiten. Der edle Graf führte aufregende Aeußerungen Hrn. O'Connells in einer Verſammlung dieſer Geſellſchaft an. Er ſelbſt aber war auch nicht immer ſehr vorſichtig. Ich erinnere mich noch ſehr wohl, daß der edle Graf, aus Anlaß der Reformbill, im Jahre 1831, in einer Anrede an die Proteſtanten der Grafſchaft Ulſter, geäußert hat, er kenne ihren Muth, ihren Einfluß und ihre Zahl, und der Augenblick werde kommen, da dieſe Vortheile erprobt werden müſſen.“ Lord Melbourne ſprach in gleichem Sinne. Der Herzog von Wellington hatte von 700 Mordthaten jährlich in Irland geſprochen und behauptete, das Beſtehen einer Bändermännergeſellſchaft (Bändermänner, von ihrem Abzeichen, dem grünen iriſchen Bande), von welcher dieſe Unthaten ausgehen, beſtimme ihn vornehmlich zu Unterſtützung des Antrags. Lord Melbourne erwiederte, allerdings beſtehe in Irland eine gewiſſe Theilnahme für die Mörder, weßwegen es ſchwer ſei, ſich derſelben zu bemeiſtern; die Zahl der Mordthaten betrage übrigens jährlich nicht über 260. Daß Bändermännergeſellſchaften in Irland beſtehen, als Geißeln des Landes, ſei leider wahr. Es ſei unrichtig, wenn man daraus, daß Lord Normanby die Vorläufergeſellſchaft nicht unterdrückt habe, folgern wolle, er habe ſich mit ihr identificirt; auch Lord Liverpool habe keinen Verſuch gemacht, den katholiſchen Verein zu erdrücken. Der ehrenwerthe Herr, der an der Spitze jener Geſellſchaft ſtehe, habe allerdings die Regierung ſchon oft ſehr wirkſam unterſtützt, und die Regierung habe, wie dieß ihre Pflicht ſei, die Unterſtützung angenommen. Der Antrag des Grafen Roden wurde mit der geringen Mehrheit von 63 gegen 58 Stimmen angenommen.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 22. März nahm ſofort Lord John Ruſſell das Wort. Er erklärte, ſich berufend auf den, der Regierung entſchieden feindlichen, Beſchluß der Lords in ihrer geſtrigen Sitzung, daß er dem Hauſe nach den Oſterferien Gelegenheit geben werde, ſich über das gegenwärtig für Irland beſtehende Regierungsſyſtem auszuſprechen. „Die der von den Lords niedergeſetzten Committee geſtellte Aufgabe,“ bemerkte er, „und der Umſtand, daß ſie von 1835 an beginnt, könnte die Anſicht erwecken, als wolle man die vollziehende Gewalt in Irland der Specialcommittee jenes Hauſes übergeben. Durch den Beſchluß des Lords ſcheint mir zumal eines der wichtigſten Rechte der Krone, das Gnadenrecht, in Frage geſtellt, indem Zeugen über die Ausübung desſelben vor der Committee vernommen werden ſollen. Vor Allem kommt bei dieſer Frage die Erwägung in Betracht, daß Niemand die Statthalterſchaft in Irland übernehmen kann, es ſei denn, daß er beſtimmt wiſſe, ob das Haus der Gemeinen die Grundſätze, die ſeit 1835 die Regierung in Irland geleitet, aufrecht erhalten oder aufgeben wolle. (Donnernder Beifall.) Gemäß den Erklärungen Lord Melbourne's zu verſchiedenen Zeiten, in beſonderer Rückſicht auf ſeine beſtimmte Verſicherung, daß er ſeinen Poſten beibehalten werde, ſo lange er das Zutrauen des Hauſes der Gemeinen beſitze (Beifall), halte ich es für meine Pflicht, eine Entſcheidung darüber zu veranlaſſen, ob das Haus den Grundſätzen, nach welchen Irland bisher regiert wurde, getreu bleiben will. Mehrere Urſachen verhinderten die Ausführung gewiſſer Geſetzgebungsmaaßregeln. Ich erkenne es offen an, daß wir Maaßregeln, die wir für zeit- und zweckgemäß hielten, im Parlamente nicht haben durchſetzen können. Aber mit der Unterſtützung eines Hauſes (hört! hört!) und der Duldung des andern vermochten wir Irland ſo zu regieren, daß ſein Glück durch uns geſichert wurde. (Donnernder Beifall.) Dieſe Beweggründe beſtimmen mich, offen das Haus zu fragen, ob es meinen edeln Freund, Lord Forteſcue, ermächtigen will, das bisher in Irland befolgte Syſtem beizubehalten. Der edle Lord wird das-

ſelbe beibehalten, wenn das Haus es billigt; ſollten dagegen die Entſcheidung des Hauſes entgegengeſetzt ausfallen, ſollte es andere Grundſätze vorziehen, dann bleibt uns nur Eines übrig: in andere Hände die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu übergeben." — Hr. Maclean ſtellte ſofort an Lord Palmerſton die Frage, ob der Handel mit den Tſcherkeſſen den engliſchen Kaufleuten freiſtehe, oder ob jenes Land, als durch den Vertrag von Adrianopel an Rußland abgetreten, zu betrachten ſei. Lord Palmerſton erwiederte: „Dieſe Frage beſagt mit andern Worten: findet unſer Handelsvertrag mit der Pforte Anwendung auf Tſcherkeſſien? Ich antworte Nein. Dieſer Vertrag gilt nur für die unter Botmäßigkeit der Pforte ſtehenden Länder und Völkerſchaften. Es iſt nicht zu erwarten, daß die Pforte daran denke, die Tſcherkeſſen, alle oder einen Theil derſelben, als ihre Unterthanen zu reclamiren." Hr. Maclean: „Ich werde nach Oſtern die Aufmerkſamkeit des Hauſes auf dieſe Frage richten, die mir nicht ganz klar ſcheint." Auf eine Frage von Hrn. O'Connell antwortete Lord Palmerſton, Ihrer Majeſtät Regierung habe Alles gethan, um dem Kriege zwiſchen der boliviſchen Conföderation und den Republiken Chili und Buenosayres ein Ziel zu ſetzen; die brittiſche Regierung habe ihre Vermittlung angeboten, die boliviſche Conföderation ſie aber abgelehnt; indeß ſeien die Unterhandlungen nicht abgebrochen, auch nicht ohne Hoffnung eines endlichen günſtigen Erfolgs. Hr. O'Connell: „Die Antwort des edlen Viscount iſt ſehr befriedigend; ich hoffe, daß Ihrer Majeſtät Regierung bei ihren edelmüthigen Anſtrengungen beharren wird." — Nachdem das Haus ſich in einen Ausſchuß für Geldbewilligungen verwandelt, legt Lord Howick das Kriegsbudget vor. Er erörtert die Umſtände, die das Votum für eine beträchtliche Vermehrung der Armee nöthig machten. In Folge der Unruhen in Canada ſei es erforderlich geworden, alle früher verminderten Infanterieregimenter in Brittiſch-Nordamerika zu vervollſtändigen, woraus ſich eine Verſtärkung des Heeres um 5648 Mann ergeben. Der Kriegsminiſter verlangt zu der neulich ſchon angekündigten Hauptſumme von 3,000,421 Pf. einen Ergänzungscredit von 42,383 Pf. St. Sir H. Hardinge klagt über die Unzulänglichkeit, worin man die Armee gelaſſen habe; namentlich ſei das Heer in Oſtindien für die jetzigen Bedürfniſſe ungenügend. Der Baronet behauptet ferner, die Miliz in Canada entſpreche dem Zweck nicht, für den ſie geſchaffen worden, und wünſcht ſie durch reguläre Truppen erſetzt. Lord Howick erwiederte: „Ich gebe zu, daß die Verwendung der canadiſchen Milizen ſehr koſtſpielig iſt; dieſe irregulären Truppen koſten mehr als gutdisciplinirte Soldaten; aber man darf nicht vergeſſen, daß wenn wir zahlreiche Truppenverſtärkungen hätten über See nach Canada ſchicken wollen, deren Ausrüſtung und Transport ungeheure Ausgaben veranlaßt haben würden." Auf einige Bemerkungen von Hrn. C. Buller über den Gränzſtreit zwiſchen England und den vereinigten Staaten vertheidigte Lord Palmerſton ausführlich und mit Nachdruck das Verfahren der Regierung, die er gegen den Vorwurf der Saumſeligkeit und der Vernachläſſigung dieſer Frage in Schutz nahm. Sir J. C. Hobhouſe, der Präſident des Bureaus der oſtindiſchen Angelegenheiten, zeigt an, die Regierung werde ihre Armee in Oſtindien verſtärken. Hr. Hume beklagt ſich bitter über das durch frühere und jetzige Mißverwaltung zu einem nothwendigen Uebel gewordene ſchwere Kriegsbudget, und tadelt namentlich die gegenüber von Indien befolgte Politik, billigt dagegen die Erklärung des Kriegsminiſters, die reguläre Truppenmacht in Canada nicht vermehren zu wollen. Nach einer nicht ſehr langen Discuſſion votirt das Haus die Voranſchläge des Lords Howick.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 22. März verlangte der Marquis von Normanby, daß ſtatt ſeiner ein anderer Pair in den Unterſuchungs-Ausſchuß über den Zuſtand Irlands gewählt werde. „Meine Anweſenheit in der Committee," ſagte er, „würde weder nützlich noch ſchicklich ſeyn." Zugleich vertheidigte er ſeine Amtsführung in Irland gegen die Angriffe, die in der vorhergehenden Sitzung von Lord Brougham wider dieſelbe gerichtet worden, und drückte ſchließlich ſein Bedauern aus, daß er nach zwanzigjähriger vertrauter Freundſchaft mit dem edlen und gelehrten Lord genöthigt ſei, ſich von ihm zurückzuziehen. Lord Brougham: „Dieſe Entfremdung geht mir zu Herzen, und ſagte mir nicht mein Bewußtſeyn, daß ich nichts gethan habe, um dieſe Ungunſt zu verdienen, ſo würde ich darüber untröſtlich ſeyn." — Die im Unterhauſe angenommene Bill in Betreff eines Leibgedings in der Familie Wellington wurde zum erſten Male geleſen, worauf ſich das Haus vertagte.

Nach Lord Palmerſtons (vorgeſtern mitgetheilter) Erklärung in der Sitzung des Unterhauſes vom 19. März bemerkte Hr. E. Tennent, ſeit dem Beſtande der franzöſiſchen Blockade von Buenosayres ſeien nicht weniger als 13 brittiſche Handelsſchiffe in den la Plata-ſtrom einzulaufen verhindert worden. Der engliſche Handel mit Buenosayres betrage gegen 700,000 Pf. St. jährlich, und dieſer ſei durch die Blockade ganz gehemmt. Hr. Grote, miniſterielles Mitglied für die Londoner City, äußerte ſich ganz im Sinne des toryſtiſchen Antragſtellers. Die Miniſter hätten die wichtigen Handelsintereſſen in den amerikaniſchen Gewäſſern nicht ſchnell und kräftig genug geſchützt; das Verfahren der Franzoſen, die zugleich angeblich erlittene Unbilden rächen, und ſich künftige Vortheile ſichern wollten, ſei unerhört und nicht zu rechtfertigen. Dieſer Anſicht war auch Dr. Lushington, ein Richter des Admiralitätshofs und große juriſtiſche Autorität der Whigs. Frankreichs Forderungen ſeien übertrieben und ungerecht; beſonders ſeine Anmaaßung, Mexico zu einem Handelsvertrage zwingen zu wollen, welchen zu gewähren oder zu verweigern in dem freien Be-

lieben jeder Nation stehe. Die Gründe der Blockaden seien unhaltbar, und Frankreich könnte, wenn es Englands Handel stören wollte, unter ähnlichen Scheingründen die Küsten der ganzen civilisirten Welt blockiren. Gewiß seien die brittischen Minister veranlaßt gewesen, dem französischen Cabinet darüber die nachdrücklichsten Vorstellungen zu machen; indeß würde es ungerecht seyn, zu zweifeln, daß sie dieß wirklich gethan, da Rücksichten auf den öffentlichen Dienst sie hinderten, jetzt schon ihre in dieser Sache gepflogenen Unterhandlungen zu ihrer eigener Rechtfertigung vorzulegen. Er betrachte Englands Bündniß mit Frankreich als die Bürgschaft des europäischen Friedens, dessen Wahrung im Interesse Englands und der ganzen Menschheit wünschenswerth sei; darum hoffe er, Alles, was die brittische Regierung in dieser Sache gethan habe und noch zu thun beabsichtige, werde der französischen Regierung nur zeigen, daß England für seine Nationalinteressen und Nationalehre wach sei, zugleich aber den Fortbestand jenes Bündnisses in seinem Werthe anerkenne. Unter der Reihe torystischer Mitglieder, die nun gegen die Regierung Chorus machte, bemerkte Sir R. Peel: „So verwendet, hilft weder eine Flotte, noch ein Gesandter etwas. Als die Beschießung von Veracruz begann, sahen die dort seßhaften Engländer sich zur Flucht veranlaßt. Dieß war ein Fall, wo brittische Schiffe, wenn sie vor der Stadt gewesen wären, großen Nutzen hätten gewähren können, und dieß zwar, ohne das Blockadegeschwader damit vor den Kopf zu stoßen. Wenn damals unsere Schiffe nicht nöthig waren, wozu sollen sie jetzt nöthig seyn? Der Herr Staatssecretär des Auswärtigen sagt, sie verliehen unsern Remonstrationen ein moralisches Gewicht. Aber würden sie unsern Remonstrationen nicht dasselbe, ja noch ein größeres moralisches Gewicht gegeben haben, wenn sie gleich im Beginn der Blockade an Ort und Stelle gewesen wären? Sollen unser Handel und unsere Nationalehre durch solche Expeditionen gegen schwache südamerikanische Republiken untergraben werden, so war es von Canning eitle Ruhmredigkeit, wenn er sagte, er habe die neue Welt ins Daseyn gerufen, um das Gleichgewicht der alten wieder herzustellen." — Im Laufe der Discussion kamen auch die angeblichen Uebergriffe zur Sprache, die sich Frankreich von Französisch-Guiana aus gegen brasilisches Gebiet in der Nähe der Mündung des Amazonenstroms erlaubt haben soll. Lord Palmerston erklärte in dieser Beziehung, Frankreich sei durch den Vertrag zwischen Portugal und Frankreich vom Jahre 1817 zu dem Besitze der betreffenden Landstrecke, ja noch einer größeren, vollkommen berechtigt. — In derselben Sitzung wurde die Bristol-Gloucester Eisenbahnbill nach einiger Opposition zum zweiten Male gelesen. — Am Schlusse der vorhergehenden Sitzung war der Kanzler der Schatzkammer zur Einbringung einer Bill ermächtigt worden, vermöge welcher das Leibgeding, das der verstorbenen Gemahlinn des Herzogs von Wellington aus dessen Pension ausgesetzt gewesen, auf die Braut seines ältesten Sohnes, des Marquis von Douro, Lady Elizabeth Hay, übergehen soll.

Die verwitwete Königinn von England, heißt es, werde am 28. März am Bord des „Hastings" ihre Rückreise von Malta nach England antreten, und dabei Palermo und Barcelona berühren. Am 5. März votirten ihr die protestantischen Bewohner von Malta in einem Meeting eine Dankadresse für ein höchst freigebiges Geschenk, das Ihre Majestät zur Errichtung einer protestantischen Kirche in Lavalette beigesteuert hat.

Die Regierung ist im Begriff, eine wissenschaftliche Expedition nach dem Südpol abzusenden, die in der südlichen Hemisphäre magnetische Beobachtungen anstellen soll. Die dazu bestimmten Schiffe sind der „Erebus" und „Terror." Capitän J. Roß wird die Expedition befehligen, das eine Schiff führt der Commandeur Crozier.

Consols am 23. März 92¼, ⅞.

Türkei.

Berichte aus Konstantinopel vom 13. März melden: „Am 7. d. M. ist der Herzog von Devonshire auf dem englischen Dampfboote „Acheron" hier angelangt, welches vor dem königl. großbritannischen Botschaftshotel zu Therapia vor Anker liegt. — Am 11. d. M. brach in der Judenvorstadt Chaßkoi Feuer aus, machte jedoch, ungeachtet des starken Windes, keine Fortschritte indem nur sieben Kaufmannsbuden ein Raub der Flammen wurden. — Der Contreadmiral Osman Bey ist gestern auf dem türkischen Dampfboote „Peiki Schewket" von Alexandrien in dieser Hauptstadt angekommen. — Die türkische Zeitung enthält eine Bekanntmachung, durch welche aus Anlaß einiger Statt gefundenen Unglücksfälle den kleinern Schiffen im Bospor das Fahren mit Segeln verboten wird. — Der Gesundheitszustand ist fortwährend sehr befriedigend."

Spanien.

Die Quotidienne vom 23. März bezeichnet nachträglich zu den von ihr früher genannten Individuen, die sich gegenwärtig an der Gränze befinden, und ihrer Behauptung zufolge gegen Maroto intrigiren, auch einen gewissen Mitchell, der sich für einen Engländer ausgebe, aber aus Frankfurt gebürtig und israelitischer Abkunft sei. Dieser Mitchell sei Correspondent des Morning-Herald, der blindlings alles aufnehme, was ihm Mitchell schreibe; dieser Mitchell sei Schuld, daß der Erzbischof von Cuba, als er sich schon früher nach Spanien habe begeben wollen, von der französischen Polizei angehalten worden sei. — Die Quotidienne will ferner wissen, daß in einem von Exilirten zu Sare gehaltenen Conventikel über einen Mordanschlag gegen Maroto berathen und für den Mörder die Summe von 4000 Piastern ausgesetzt worden sei.

Belgien.

Nachrichten aus Brüssel vom 22. März (in der Aachener Zeitung) melden: „Heute hat der Senat die Discussion des auf den Friedenstractat bezüglichen Gesetzentwurfs begonnen. Ehe er die Frage selbst berührte, forderte Graf von Ansembourg vom Ministerium die Mittheilung aller auf den Vertrag bezüglichen Papiere. Die Herren Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten verwarfen, wie auch in der Repräsentantenkammer, diese Frage, indem sie sagten, daß sie alle die Papiere mitgetheilt hätten, welche sie der Kammer vorlegen könnten; daß der ganz vertraute Briefwechsel, der Statt gefunden habe, keineswegs zur Oeffentlichkeit gebracht werden könnte. Ungeachtet der Anstrengungen der HH. Dumon-Dumortier, van Muyssen und Lefevre-Meuret, welche darauf aufmerksam machten, daß diese Papiere nöthig seien, um die Versammlung über eine so wichtige Frage aufzuklären, ungeachtet selbst deren des Hrn. Grafen Duval de Beaulieu, welcher diesen Antrag, wie er sagte, in der Hoffnung unterstützte, daß die Widersacher seiner Meinung in diesen Papieren die dringendsten Beweggründe zur Zustimmung zum Vertrage finden würden, beharrten die Minister auf ihrer Weigerung, und der Antrag des Grafen Ansembourg wurde durch Sitzen und Aufstehen verworfen. Ungefähr 15 Mitglieder standen für die Annahme auf. Nur drei Redner nahmen das Wort über den Inhalt des Vertrages. Hr. von Renesse bekämpfte lebhaft das Project, welches er, nach dem geleisteten Schwur, vor keinem Opfer zu weichen, um die Integrität des Gebiets zu erhalten, als entehrend für Belgien betrachtet. Baron Haultepenne folgte ihm, und stellte die Gründe zu seinem bestimmenden Votum auf, indem er sagte, daß er es als ein großes Verbrechen betrachtet haben würde, Limburg und Luxemburg abzutreten, wenn nur ein kleiner Schimmer von Hoffnung da gewesen wäre, sie zu erhalten, daß er sich aber noch nicht überzeugt habe, daß der Widerstand die Lage der abzutretenden Völker nicht verschlimmern würde. Er untersuchte die Scheldefrage, und fand, daß sie den Handel Antwerpens gänzlich ruiniren würde; er lud die Kammer ein, diesem großen Uebel doch abzuhelfen, indem sie den Schatz diese drückenden Lasten des Zolles tragen ließe. Nach ihm behandelte Hr. van Muyssen in einer sehr lebhaften Rede gegen die Annahme des Projects, zuerst die constitutionnelle Frage, und behauptete, daß die gewöhnliche Kamer incompetent sei, zwei Provinzen abzutreten. Darauf tadelte es das Verfahren des Ministeriums, daß, nachdem es die Worte: „Ausdauer und Muth" einer erlauchten Person in den Mund gelegt habe, gewichen sei, und vorgeschlagen habe, einen so schimpflichen Vertrag anzunehmen. Die Sitzung wurde vertagt. — Die Kurse steigen fortwährend; die Geschäfte sind sehr lebhaft, besonders in Staatsfonds. Die Politik ist ganz vergessen; man berücksichtigt nicht die vor der Ratification des Tractats zu erfüllenden Formalitäten. Man wird nicht mehr durch die Langsamkeit der Bildung des französischen Cabinets beunruhigt; man weiß, daß sie durch Unterhandlungen verursacht wird, welche die Dinge auf ihren alten Fuß bringen müssen, so daß nur ein Namenwechsel ohne Modification des Systems Statt finden wird, welches den allgemeinen Frieden erhalten hat."

Die Aachener Zeitung gibt in einer Nachschrift folgende neuesten Nachrichten aus Brüssel vom 24. März: „Wahrscheinlich wird es schon morgen im Senate zur definitiven Abstimmung über den Friedensvertrag kommen. So viel sich aus den bisherigen Debatten abnehmen läßt, werden sich 12 oder 15 Stimmen gegen den Vertrag erklären. Der Senat zählt in allem 52 Glieder, die aber nicht alle zugegen seyn werden. Das Beste, was wir bisher von den Senatoren gehört haben, ist die gestrige Rede des Grafen Joseph de Baillet, desselben, der vor einigen Jahren in einer außerordentlichen Mission nach Berlin geschickt wurde. Er sprach sich für die Annahme als für eine harte, aber unvermeidliche Nothwendigkeit aus. Der Befehl zur Unterschrift wird dem Hrn. van de Weyer unmittelbar zugeschickt werden; die ganze Frage bleibt dann noch, ob nicht zwischen der Unterschrift und der Ratification neue Schwierigkeiten eintreten werden. Es gibt der Puncte, über die man lange hin- und herstreiten kann, sehr viele, namentlich in Beziehung auf die Schuld; fehlt es also an versöhnlichen Gesinnungen, so können wir uns auf ein neues Provisorium gefaßt machen. — Es scheint nicht, daß man in der Armee beunruhigende Ausbrüche von Mißvergnügen zu besorgen habe. Der Kriegsminister sprach sich hierüber gestern im Senate aus, und gab nicht undeutlich zu verstehen, die Armee tröste sich mit dem Gedanken, daß es doch über kurz oder lang zum Kriege kommen werde, wo sie dann ihre Revanche nehmen könne. — Die Instruction gegen Barthels scheint zu nichts Bedeutendem zu führen; man glaubt daher auch, daß sie mit einer Freisprechung endigen werde. — Sie werden in unsern Blättern gelesen haben, daß Hr. Ch. de Brouckere, Director der belgischen Bank, im Duell verwundet worden. Sein Gegner war derselbe Oberst Biré, der durch den Bruch der Bank um sein Vermögen gekommen ist. Die Wunde ist nicht gefährlich. — Die Sachen der belgischen Bank versprechen gut zu gehen; sie wird ihre Geschäfte fortsetzen, und ihre Actien werden in diesem Augenblicke sehr gesucht, da man mit Sicherheit auf ein baldiges bedeutendes Steigen rechnet."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 93

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 3. April 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 1. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.547	28 3 8 p.	— 1.3	NO.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.516	28 3 4	+ 4.3	SO.	mittel.	—
	10 Uhr Abends.	27.479	28 3 10	— 1.8	SSO.	stark.	Wolken.

Frankreich.

Den neuesten Pariser Blättern vom 26. März zufolge scheint die Ministerialkrisis ihrer Entscheidung dadurch um einen Schritt näher gerückt zu seyn, daß man wieder auf die frühere Combination des linken Centrums mit den Doctrinairs zurückgekommen ist. Dem National zufolge war am 25. um 7 Uhr Abends folgende Combination beschlossen: Marschall Soult, Präsident des Conseils und Kriegsdepartement; Hr. Thiers, auswärtige Angelegenheiten; Hr. Guizot, Inneres; Admiral Duperré, Marine; Hr. Passy, Finanzen; Hr. Dufaure, Cultus; Hr. Sauzet, Justiz; Hr. Duchatel, Handel und öffentliche Arbeiten; Hr. Villemain, öffentlicher Unterricht. — „Hr. Odilon-Barrot," fügt der National hinzu, „sollte zur Präsidentschaft der Kammer gelangen, ohne jedoch seine Ernennung zu einer Cabinetsfrage zu machen. — Um 11 Uhr Abends haben wir erfahren, daß obige Combination in Folge einiger Einwendungen des Marschalls Soult neuerdings in Frage gestellt ist. Sollte es nicht gelingen, diese Schwierigkeiten zu heben, so hat man die Absicht, den Admiral Duperré zur Präsidentschaft des Conseils zu berufen." — Im Journal des Debats heißt es: „Gestern Abends wurde allgemein versichert, Hr. Guizot und Hr. Thiers hätten sich genähert und über diejenigen Puncte, worüber sie vor vierzehn Tagen in Zwiespalt waren, vereinigt. Man schien zu glauben, daß wir endlich ein Ministerium erhalten und die Namen der Mitglieder des neuen Cabinets spätestens binnen 48 Stunden durch den Moniteur bekannt gemacht werden würden. — In dieser Combination ist Hr. Guizot Minister des Innern und Hr. Duchatel Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten; Hr. Thiers hat das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Dufaure das der Justiz, Hr. Sauzet das des Cultus und Hr. Villemain das des öffentlichen Unterrichts. Der Marschall Soult ist Präsident des Conseils und Kriegsminister." — Der Temps spricht ebenfalls von dieser Combination und fügt hinzu: „Die spanische Frage soll, mit Text und Commentar des Hrn. Thiers, angenommen seyn. Die Schwierigkeit würde demnach nur auf der Annahme des Marschalls beruhen; allein bis spät Abends hatte sich der Marschall noch geweigert, in diese Combination zu treten."

Am 23. März wurde den Deputirten Laffitte und Arago zu Rouen, wo der erstere gewählt ist, in dem dortigen Circus ein Festmahl gegeben, an welchem etwa 750 Personen Theil nahmen. Hr. Laffitte beklagte sich in seiner Rede nach Tische über die Undankbarkeit, die ihm zu Paris von Seiten solcher, welche die größten Verbindlichkeiten gegen ihn haben, geworden und erklärte seine Absicht, nie eine andere Deputirtenstelle, als die für Rouen, anzunehmen. Hr. Arago sprach von der Nothwendigkeit, die Nationalwürde aufrecht zu erhalten, vertheidigte aber dabei seine Partei gegen die Anklage, als wolle sie Krieg und die Gewaltthaten der Revolution von 1792, welche übrigens auch ihre lichten Puncte habe. Unter den ausgebrachten Trinksprüchen bemerken wir folgende: Der neuen Deputirtenkammer; der Wahlreform; der Presse und dem Andenken Armand Carrels. Abends wurde den beiden Gefeierten unter ungeheurem Zulaufe eine Serenade gebracht.

Am 25. März 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 5. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 85. — Am 26. März 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 109 Fr. 15. 3 Percents 79 Fr. 85.

Spanien.

Madrider Blättern vom 18. März zufolge war in der Hauptstadt das Gerücht von einer nahe bevorstehenden Modification des Ministeriums verbreitet. Vier Mitglieder des Cabinets sollen bereits ihre Resignation eingereicht haben, und nur General Alair und Hr. Pio Pita Pizarra noch am Ruder sich befinden. — Aus Malaga sollen üble Nachrichten eingelaufen seyn; es hieß, es sei daselbst eine revolutionnäre Junta errichtet worden.

Nachrichten aus Bayonne vom 21. März melden: „In Tolosa und auf der ganzen Linie war bis zum 18. nichts Neues vorgefallen. — Maroto's Hauptquartier befindet sich fortwährend in Estella, wo er sich thätigst mit Organisation der Armee beschäftigte. Er hat bereits vier castilianische Bataillons jedes zu 900 Mann gebildet. — Der Erzbischof von Cuba, der von einer schweren Krankheit wieder hergestellt ist, arbeitet unmittelbar mit Don Carlos. Seine Ernennung zum Präsidenten des Conseils ist noch nicht erfolgt."

Großbritannien und Irland.

Die Niederlage, welche das Ministerium im Oberhause erlitten, und Lord John Russell's am folgenden Tage im Unterhause gegebene Erklärung *) beschäftigen die Londoner Blätter aller Farben. Der Standard sagt: „Die gestrige Erklärung Lord John Russells war das Ergebniß einer Ministerversammlung im Hause Lord Lansdowne's, der an einem Anfall von Podagra leidet, saß am 22. Nachmittags ein zweistündiger Cabinetsrath), worin, wie wir hören, die Frage einer alsbaldigen Abdankung eifrig discutirt wurde. Lord Johns Erklärung darf hiernach als der Vorbote der letzten Anstrengung betrachtet werden, sich am Amte festzuklammern. Der Staatssecretär des Innern fußte dabei auf den Beschluß des Oberhauses, den Stand der Verbrechen in Irland während der letzten vier Jahre untersuchen zu lassen — ein Beschluß, welchen Lord J. Russell wie Lord Melbourne vor ihm gethan hatte, als ein Votum des Tadels interpretirte. Nun, wenn es ein Votum des Tadels war, so konnten nach der englischen Ver-

*) Vergl. unser gestriges Blatt.

faſſung die Miniſter nur Einen Weg einſchlagen, nämlich abtreten. Die Verfaſſung unſeres Landes erkennt drei Zweige der Souverainetät an: den Monarchen, das Haus der Lords und das Volk, wie es im Hauſe der Gemeinen repräſentirt iſt. Verfaſſungsmäßig iſt die Zuſtimmung aller dieſer drei für die Fortführung irgend eines Verwaltungsſyſtems eben ſo nöthig, wie ſie geſetzlich zur Geltendmachung eines einzelnen Geſetzes erforderlich iſt. So oft das Haus der Gemeinen ein rügendes Votum über ein Miniſterium ergehen ließ, war es bisher nicht Praxis, an das Haus der Lords oder an den Thron gegen den Entſcheid der repräſentativen Körperſchaft zu appelliren, ſondern entweder dem Ausſpruche ſich zu unterwerfen und zurückzutreten, oder von den repräſentativen an die wirklichen Gemeinen, d. h. an das Volk, zu appelliren und das Ergebniß dieſer Appellation abzuwarten. Der von Lord J. Ruſſell eingehaltene Gang iſt ein Verſuch, das Haus der Gemeinen auf den erſten Platz in der Souverainetät zu erheben, und als ſolcher iſt er eine Handlung des Verraths an der Verfaſſung. Zugleich iſt er eine Unverſchämtheit gegen Rechtsgefühl und geſunden Menſchenverſtand. Das Haus der Lords hat eine Unterſuchung beſchloſſen, Verfaſſung und Parlamentsobſervanz erlauben ihm das, was man hoffentlich nicht beſtreiten wird. Die Miniſter, denen ſich das Gewiſſen regt, ahnen, daß Unterſuchung in dieſem Fall einer Verurtheilung gleichkäme; da will nun ihr Organ im Hauſe der Gemeinen das Präveniren ſpielen, und ruft nach einem Vertrauensvotum, welches die etwanigen Ergebniſſe jener Unterſuchung im voraus neutraliſiren ſoll. Iſt das mit materieller, oder auch nur formeller Gerechtigkeit vereinbar? Doch wir verſchwenden unſere Worte. Lord Melbourne weiß, daß er ſich nicht länger halten kann, und wünſcht nur ſeinen Fall ſo umfaſſend unheilvoll zu machen als möglich. Er hofft (unſeres Erachtens, vergebens) auf ein Votum des Unterhauſes, das die hochverrätheriſche Faction in Irland ermuntern könne, ihre oft wiederholte Drohung auszuführen und nach ſeiner Entlaſſung in Empörung auszubrechen." — Der miniſterielle Globe, in der Erinnerung, daß das Miniſterium Peel gerade an einer iriſchen Frage ſcheiterte, entgegnet kurz: „Nach Oſtern wird England zwiſchen den Miniſtern und ihren Gegnern entſcheiden, und wenn toryiſtiſche Verwaltungsmaximen auf iriſchem Feld einen Triumph erlangen können, dann wird in der That nichts mehr unmöglich ſeyn."—Die Morning-Chronicle, in letzterer Zeit mit dem Whigminiſterium öfter in Zwieſpalt, ſtellt die Lage der Sachen alſo dar: „Die Abſtimmung des Oberhauſes am 21. März hat die Kriſis herbeigeführt, die allen denkenden Männern ſeit langem unvermeidlich ſchien, und welche bisher nur durch die Unluſt der Tories, einen ſo entſcheidenden Schritt zu wagen, verzögert worden war. Nach jenem Votum der Lords war die Nothwendigkeit eingetreten, die Meinung des Hauſes der Gemeinen zu vernehmen, ob Lord Fortescue das bisher in Irland befolgte Verwaltungsſyſtem fortführen ſolle, oder nicht. Würden die Gemeinen mit Nein entſcheiden, ſo bliebe, wie Lord John erklärt hat, den Miniſtern allerdings nichts übrig, als die Regierung des Landes in andere Hände zu übergeben. Daß aber das Unterhaus zu einem andern Beſchluſſe kommen könne, als eine Gutheißung des von den Miniſtern in Irland ſeit 1835 befolgten Verwaltungsganges zu votiren, läßt ſich nicht einen Augenblick vermuthen. Jeder andere Beſchluß von Seite der liberalen Mitglieder würde ihr eigenes Verdammungsurtheil ausſprechen. Es hieße jedoch, fürchten wir, die Frage von einem engen Geſichtspunct auffaſſen, wenn man ſie auf die Verwaltung von Irland beſchränkt glaubte. Die hinſichtlich Irlands befolgte Politik iſt ſonder Zweifel der jetzt von den Tories angegriffene Punct; aber der Herzog von Wellington iſt ein zu beſonnener Mann, als daß er den kühnen Schritt gethan haben ſollte, ohne darauf gefaßt zu ſeyn, ſich aller möglichen Mittel zu bedienen, durch die er ſeine eigene Partei verſtärken und die ſeiner Gegner ſchwächen kann. Die Frage iſt jetzt weſentlich die, welche ſeit der Parlamentsreform immer drohend hereinragte, obwohl beide Parteien vor dem Entſcheidungskampfe zurückbebten. Aber nun der Herzog von Wellington ſich entſchloſſen hat, den Kampf zu wagen, dürfen wir ihm ſo viel Klugheit zutrauen, zu glauben, daß der Parteikrieg ſich auf alle zugänglichen Puncte ausdehnen wird. Das Haus der Lords hat die iriſche Politik der Miniſter ſeit 1835 in Anklageſtand verſetzt; andererſeits iſt dem Hauſe der Gemeinen vorgeſchlagen, eine directe Gutheißung dieſer angeklagten Politik zu votiren. So weit wäre es gut. Aber das Votum des Unterhauſes wird nur der Anfang eines Prinzipienkrieges ſeyn, eines Krieges, um zu beſtimmen, ob fortan die Regierung des Landes geführt werden ſoll im Einklange mit der Meinung der Nation, oder im Einklange mit der Willkür der Oligarchie, gegen deren Anmaaßungen jene Reformbill mit Jubelruf vorgeſchlagen und durchgefochten wurde. Damit dieſer Krieg unſererſeits kräftig und erfolgreich geführt werde, müſſen die Miniſter ſich mit Allem verbünden, was in der Nation liberal iſt, denn nur mit dem Beiſtande des Volkes können ſie aus dem Kampfe ſiegreich hervorzugehen hoffen. Jetzt alſo iſt die Zeit, wo die liberalen Mitglieder über gewiſſe Hauptpuncte ſich verſtändigen müſſen, über die ſie jetzt notoriſch in Zwieſpalt ſind. Im ganzen Lande iſt Lauheit auf Seite der Reformer bemerkbar, weil ihre von der Reformbill gehegten Erwartungen getäuſcht worden, und weil ſie, Angeſichts der wiederholten Erklärungen der Miniſter über den definitiven Character der Reformbill, ohne Hoffnung ſind die Wohlthaten zu erlangen, um derenwillen ſie jene Maaßregel freudig begrüßten und jedes Opfer für ſie zu bringen bereit waren. Diejenigen Mitglieder, welche liberale Wählerſchaften vertreten, kennen nur zu gut das Widerſtreben ihrer Wähler, noch ferner die Anſtrengungen zu machen, die ſie in früheren Zeiten in der Hoffnung, einer freiſinnigen Politik das verdiente Uebergewicht zu erringen, ſo gern gemacht. Um die Begeiſterung des Volkes wieder zu beleben, müſſen die Miniſter ihre negative Politik aufgeben und, mit der ganzen liberalen Partei ſich identificirend, dahin ſtreben, anerkannte Mißbräuche abzuſtellen und diejenigen Aenderungen in unſern Inſtitutionen zu bewerkſtelligen, welche Erfahrung, die beſte Lehrmeiſterinn, als nothwendig nachgewieſen hat, wenn eine wahrhaft freiſinnige Politik mit Erfolg durchgeführt werden ſoll. Wir erachten den jetzigen Moment als den geeignetſten für dieſe Erinnerungen. Die liberale Partei kann noch vereinigt und die Nation mit friſchen Hoffnungen beſeelt werden; die Tories können noch geſchlagen werden. Läßt man aber dieſen kritiſchen Augenblick ungenützt verſtreichen, läßt man die Frage ſich auf einen Streitpunct verengern, an welchem die Nation vergleichsweiſe wenig Intereſſe nimmt, ſo ſehen wir einer Zukunft entgegen, welche Zerrüttung und Trübſal für alle Theile des Reiches in ihrem Schooße trägt. Der Sieg der Tories, ſollten ſie die Miniſter vom Amte treiben, wird ſicherlich der Herold von Ereigniſſen in Irland ſeyn, an die wir nicht ohne Schaudern denken können, und glaube man ja nicht, das Volk von England werde ſich noch einmal von den Tories geduldig mit Füßen treten laſſen. Um alſo unſägliche Trübſale abzuwenden, beſchwören wir die Miniſter,

die kühnere und, weil kühnere, zugleich sicherere Bahn einzuschlagen, alle Liberalen um sich zu schaaren, indem sie sich mit ihnen über alle wesentlichen Puncte in einer Weise verständigen, daß die Sympathie der Nation erregt, und der Krieg nicht eine bloße Parteifehde, sondern der Kampf eines eigenen und entschlossenen Volkes gegen eine selbstsüchtige Oligarchie werde." — Französische Blätter machen die Bemerkung, es sei auffallend, daß selten eine ministerielle Krisis in Frankreich eintrete, ohne wie durch einen geheimnißvollen Zusammenhang England in eine Art Mitleidenschaft zu ziehen.

In der Rede, mit welcher Lord John Russell sich in der Sitzung des Unterhauses vom 21. März dem Antrage des Hrn. Hume, das Wahlrecht auf alle Hausväter auszudehnen, widersetzte, ist folgende Stelle von besonderer Wichtigkeit zur Bezeichnung der in dem gegenwärtigen Cabinet jetzt vorherrschenden politischen Tendenz. „Der ehrenwerthe Herr," sagte der Minister, „hat gezeigt, daß bei dem jetzigen Wahlsystem unter je fünf erwachsenen Männern in England und Wales immer Einer das Wahlrecht hat, und er schlägt vor, man solle Einen unter Dreien dazu berechtigen. Ginge aber sein Vorschlag durch, so würden wir nächster Tage neue Gesuche um Erweiterung der Wählerschaft erhalten, und statt der jetzigen vier Ausgeschlossenen würden dann die zwei Ausgeschlossenen ebenfalls wahlberechtigt seyn wollen. Ich behaupte indeß, daß gar kein Verlangen nach einem Hausväterwahlrecht vorhanden ist, aber wohl ein Verlangen nach allgemeinem Wahlrecht, dieß jedoch nur von Seiten solcher, die unser ganzes Repräsentativsystem gern in seinen Grundlagen erschüttert sehen möchten. Der Vorschlag des ehrenwerthen Herrn, daß Jeder, der ein eigenes Hauswesen hat, bei den Parlamentswahlen stimmberechtigt seyn solle, wird die Masse keineswegs befriedigen. Darum handelt es sich also eigentlich, ob wir bei dem jetzigen System beharren, oder ein uneingeschränktes Wahlrecht genehmigen wollen. Ein solches verlangt der ehrenwerthe Herr zwar nicht, weil er noch nicht alle Arbeiter auch für hinreichend aufgeklärt hält; aber wird nicht die unvermeidliche Folge seyn, daß diejenigen, welche allgemeines Wahlrecht verlangen, den ehrenwerthen Herrn fragen werden, woher er wisse, daß sie nicht Einsicht genug besäßen, um schon jetzt das Wahlrecht ausüben zu können, welches ihnen, wie der ehrenwerthe Herr zugibt, am Ende doch einmal gewährt werden müsse? Der ehrenwerthe Herr fordert diejenigen Mitglieder des Ministeriums, welche die Reformbill vorgeschlagen, mit Appellirung an ihre Consequenz auf, auch die jetzt von ihm vorgeschlagene Veränderung zu unterstützen. Aber gerade um der Consequenz willen behaupte ich, daß das Ministerium nicht ungeschehen machen kann, was es gethan, daß es sich einem System, dessen Urheber es ist, nicht entgegenstellen darf. Wenn der ehrenwerthe Herr darthut, daß Einer unter fünf erwachsenen Männern in England, Einer unter acht in Schottland und Einer unter zwanzig in Irland ein Wähler sei, so scheint er mir doch gerade hiermit zu beweisen, daß unsere Repräsentation nicht eingeschränkt, sondern ausgedehnt und durchgreifend ist. Dann wies derselbe nach, daß Orte mit einer geringen Anzahl von Wählern oft eben so viel Parlamentsmitglieder wählten, wie Orte mit einer weit größeren Anzahl von Wählern, und klagte über diese Ungleichheit. Ist dieß ein Uebel, so mußte dieß Uebel einem Jeden beim Einblick in die Reformbill doch sogleich in die Augen springen. Es ist ja allgemein bekannt, daß die Reformbill keineswegs gleiche Eintheilungen aufstellen wollte. Hätte das Ministerium etwas der Art beabsichtigt, so würde es nicht schwer gewesen seyn, vermittelst statistischer Angaben und Karten das Land zu parzelliren und bestimmten Bezirken mit einer bestimmten Bevölkerungszahl eine bestimmte Zahl von Parlamentsmitgliedern anzuweisen. Aber ich glaube nicht, daß ein solcher Plan das Land zufriedengestellt haben würde. Unser Repräsentationsplan stützte sich, wie es auch angemessen und natürlich ist, auf Zahlen, Eigenthum und Einsicht zusammengenommen. Ein auf bloße Zahlen begründeter Repräsentationsplan würde in England schwerlich befriedigen; wir können hier, meiner Ansicht nach, nicht die in den vereinigten Staaten geltende Maxime annehmen, daß der Mehrzahl die Herrschaft gebühre, und daß die Grundlage der Repräsentation sich allein auf Zahlen stützen müsse. Kann aber diese Maxime nicht angenommen werden, und müssen wir auf die Intelligenz eben solche Rücksicht nehmen, wie auf die Zahl, so scheint mir das Bestehen einiger jener kleineren Wahlorte, wo der Strom des Eigenthums so ziemlich nach einer einzigen Richtung hinfließt und es Personen von hohem Talent und Stande möglich macht, ins Parlament zu gelangen, durchaus nothwendig." (Hört, hört! von Seiten der Opposition.) Daß der Antrag des Hrn. Hume zuletzt mit 85 gegen 50 Stimmen verworfen wurde, ist schon gemeldet worden. Der Courier meint, diese geringe Anzahl von Mitgliedern, die sich zu der Debatte über jene Motion eingefunden, scheine allerdings dafür zu sprechen, daß der Minister Recht habe, wenn er behaupte, es herrsche große Gleichgültigkeit gegen die Ausdehnung des Wahlrechts im Lande vor, aber den von Lord John Russell aufgestellten Grundsatz, daß die Parlamentsreformen mit der Reformbill für abgeschlossen gelten müßten, betrachtet dieses Blatt doch als unhaltbar und sich selbst widersprechend, indem es dem Minister vorrückt, daß die gewichtigsten von den Argumenten, die derselbe jetzt gegen eine Erweiterung der Parlamentsreform vorbringe, auffallenderweise ganz mit denen übereinstimmten, deren sich Sir R. Peel früher gegen die Reformbill bedient habe, so daß der erstere jetzt in Bezug auf die Parlamentsreformen ganz dieselbe Stellung einnehme, wie damals Sir R. Peel. Und doch, fügt der Courier hinzu, räume der Minister ein, daß im Lande ein Verlangen nach allgemeinem Wahlrecht vorhanden sei, gerade wie ehedem die Tories auch eingeräumt hätten, daß eine Parlamentsreform begehrt werde. Wenn nun aber Lord John Russell dergleichen einräume und doch gar keine Reform, weder in Bezug auf das Wahlrecht, noch in Bezug auf die Abstimmungsweise, bewilligen wolle, so gebe er dadurch ja den Chartisten geradezu Waffen in die Hände und lasse ihre Bewegungen als gerechtfertigt erscheinen. Schließlich bezeichnet das genannte Blatt es als einen Hauptmangel der Reformbill, daß dieselbe die Gesetzgebung ganz in den Händen der Agriculturisten, das heißt der Grundbesitzer, gelassen habe.

Der preußische Gesandte, Baron von Bülow, der seinen Monarchen seit länger als zehn Jahren am Hofe von St. James repräsentirt, und der allgemeinsten Hochachtung genießt, ist in Folge angestrengter Arbeiten, besonders in der holländisch-belgischen Angelegenheit, so leidend, daß ihm seine Aerzte eine Luftveränderung als dringend nothwendig angerathen haben. Er wird daher Urlaub zu einer Reise nach Teutschland nehmen; doch hofft die Morning-Post, einmonatliche Abwesenheit werde hinreichen, die Gesundheit St. Excellenz wieder herzustellen.

Der Herzog von Lucca ist am 21. März von London nach Italien zurückgereist. St. königl. Hoheit hatte sich mehrere Monate in England aufgehalten und soll mit der ihm daselbst zu Theil gewordenen Aufnahme sehr zufrieden gewesen seyn.

Niederlande.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalstaaten vom 19. März ist zwar der Gesetzentwurf zur Trockenlegung des Haarlemer Meeres mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden, doch haben einige Mitglieder die Gelegenheit wahrgenommen, ihre Verstimmung über die seit mehreren Jahren von den Ministern befolgte Politik an den Tag zu legen. Unter Andern sagte Hr. van Dam van Isselt, er müsse die Mangelhaftigkeit der ganzen Discussion beklagen, wovon in keinem andern constitutionnellen Lande ein Beispiel vorkomme, indem nämlich zur Abstimmung über einen Gesetzentwurf geschritten werde, während man auf der einen Seite zwar für das Project, aber gegen die vorgeschlagene Beschaffenheit der Hülfsmittel sei, und auf der andern Seite zwar die Mittel gutheiße, aber das Project in mehrfacher Beziehung tadle. Er selbst sei mit der Trockenlegung ganz einverstanden, aber die Mittel dazu könne er unmöglich bewilligen; nachdem der Drang der Umstände bereits so viele Millionen Schulden über das Land gebracht, wolle er die Staatsschuld nicht noch zu dem vorgeschlagenen Zwecke um viele Millionen vermehren. Von diesem Gesichtspuncte aus könne er auch nicht bestätigen, was mehrere Mitglieder von dem blühenden Zustande des Landes gesagt. Es könne wohl hier und da einiger Wohlstand vorhanden seyn, doch im Allgemeinen dürfe man sich den Zustand der Dinge nicht so heiter ausmalen. In einem Zeitraume von acht Jahren habe man nicht weniger als 360 Millionen Schulden gemacht, während zugleich das jährliche Scheinbudget ein nachtheiliges Resultat geliefert. Er könne daher auch keineswegs zugeben, daß der vorliegende Gesetzentwurf von der Nachwelt gesegnet werden würde; er dürfte vielmehr verflucht werden, weil er die Nationalschuld abermals vermehrte, und darum dazu beigetragen, einen Zustand zu erschaffen, welcher dereinst den Untergang des Vaterlande herbeiführen müßte. — Der Finanzminister erwiederte, daß der vorige Redner ein Gemälde entworfen, zu welchem er die düstern Farben dem Pinsel eines Lord Byron entlehnt zu haben scheine. Er (der Minister) seinerseits glaube, daß er den Fluch der Nachkommen auf sich laden würde, wenn er nicht mitwirkte zu einer Maaßregel, die den Zweck habe, Wasser in nutzreiches Land zu verwandeln, und durch die Trockenlegung eines Sees einen großen Theil des Landes vor Gefahren zu behüten. — Schließlich wurde der Gesetzentwurf von 45 gegen 6 Stimmen angenommen, und, da eine weitere Tagesordnung nicht vorlag, die Versammlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Belgien.

Die Preußische Staatszeitung enthält folgende telegraphische Nachricht aus Köln vom 28. März: „Privatnachrichten aus Brüssel vom 26. d. M. zufolge ist der Gesetzentwurf der Regierung (wegen Ermächtigung des Königs zur Annahme des Tractats) vom Senat mit 31 Stimmen gegen 13 angenommen worden. Zwei Senatoren stimmten nicht mit."

Teutschland.

Die Großherzoglich Hessische Zeitung meldet aus Darmstadt vom 26. März: „Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland traf, mit Gefolge, gestern Abends gegen 7 Uhr von Heidelberg zum Besuche am großherzoglichen Hofe dahier ein, und wurde von Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge und dem ganzen großherzoglichen Hause aufs freundlichste empfangen. Se. kais. Hoheit erschien um 8 Uhr mit Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge und der gesammten großherzoglichen Familie in der großen Hofloge des Theaters, wo bei festlich erleuchtetem Hause „die Vestalinn" gegeben wurde. Die allerhöchsten und höchsten Herrschaften wurden von dem zahlreich versammelten Publicum mit den lautesten und anhaltendsten Lebehochs empfangen. Vor dem Beginne der Oper führte die großherzogliche Hofcapelle die russische Nationalhymne aus. Die hohen Herrschaften blieben bis zu Ende der Oper, wo sich der Jubel, der sie empfangen, wiederholte. Nach dem Theater war große Abendtafel bei Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge im Residenzschlosse. Heute Früh um halb 8 Uhr passirte die hiesige Garnison, die erste Infanteriebrigade, das Garde-Chevaurlegersregiment und das großherzogliche Artilleriecorps in großer Parade die Revue vor Sr. kais. Hoheit dem Großfürsten-Thronfolger, Höchstwelchen Se. Hoheit der Erbgroßherzog, die Prinzen des Hauses und ein zahlreiches Gefolge von Generälen und Offizieren zu Pferde begleitete. Se. kais. Hoheit, Höchstwelcher gestern im Theater in der Uniform eines Hauptmanns der Kosaken erschienen war, gleich Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge und Sr. Hoheit dem Erbgroßherzoge mit dem großen Bande des russischen Andreasordens geschmückt, trug heute die russische Generalsuniform, mit dem Bande des Großkreuzes des großherzoglichen Ludwigsordens, welches Ihm Se. königl. Hoheit der Großherzog gestern Abends verliehen hatte. Se. Hoheit der Prinz Emil führte das Garde-Chevaurlegersregiment in höchsteigener Person in Parade vorüber. Die Prinzessinnen des großherzoglichen Hauses sahen dem schönen kriegerischen Schauspiele aus dem großherzoglichen Residenzschlosse zu. Nach der Revue, bei welcher der Großfürst-Thronfolger seine hohe Zufriedenheit über Haltung und Aussehen der Truppen aussprach, nahm Se. kais. Hoheit im großherzoglichen Familienkreise bei Sr. Hoheit dem Erbgroßherzoge im großherzoglichen Residenzschlosse ein Frühstück ein und verließ um halb 10 Uhr die höchsten Herrschaften, um unverzüglich seine Weiterreise nach Mainz anzutreten. Sowohl bei seiner gestrigen Ankunft, als bei der Revue der Truppen und bei seiner Abfahrt wurde Se. kais. Hoheit stets von den auf den Straßen versammelten zahlreichen Volksmassen mit lauten Hurrahs begrüßt. Man erfreute sich allgemein an dem gesunden, blühenden Aussehen, dem freundlichen und herablassenden Wesen des jungen Fürsten, dem einst das Geschick eines der größten Reiche anvertraut seyn wird."

Wien.

In Folge einer zwischen der k. k. Regierung und den freien und Hansestädten Hamburg, Lübeck und Bremen getroffenen Uebereinkunft sind, vom 1. April d. J. angefangen, die Flaggen der contrahirenden Theile, in den wechselseitigen Häfen, auf vollkommen gleichen Fuß gestellt worden.

Am 2. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107 7/8.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 11/16.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 3/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	65 1/4.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 94

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 4. April 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 2. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.428	283.	28. 3P.	+ 0 9	SO.	stark.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.439	21	2 4	+ 1.6	SO.	schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.427	28	2 3	+ 0.2	SO.	still.	Schnee.

Frankreich.

Den neuesten Nachrichten aus Paris vom 27. März zufolge hatte sich die am 25. Abends beschlossene Combination des Ministeriums (linkes mit dem rechten Centrum oder den Doctrinairs) bereits wieder zerschlagen. Im Messager heißt es: „Wir haben gestern gesagt, daß sich die einflußreichsten Mitglieder des rechten Centrums mit der Zusammensetzung eines Cabinets beschäftigten. Der Duc de Broglie hatte die Gefälligkeit, sich als Mittelsmann zwischen dem König und den Männern, welche die neue Administration bilden sollten, anzubieten; zu diesem Ende hatte er vorgestern im Laufe des Tages eine Unterredung mit Hrn. Thiers, dem er dringend zuredete, an einem Cabinet mit Hrn. Guizot, unter der Präsidentschaft des Hrn. Marschalls Soult, Theil zu nehmen. Hr. Thiers, stets geneigt, über die Personen leicht hinwegzugehen, vorausgesetzt, daß man über die Sachen einig sei, hatte klare und präcise Explicationen gefordert. Es scheint, daß man sich bei diesen Explicationen über verschiedene Fragen, namentlich über die Präsidentschaft der Kammer, nicht vereinigen konnte. — Gestern um 5 Uhr Abends hat eine Zusammenkunft zwischen den HH. Thiers, de Broglie, Guizot, Duchatel, Passy, Dufaure und Sauzet Statt gefunden, worin man sich überzeugte, daß es kein Mittel gebe, sich zu verständigen, und man daher auf die projectirte Combination Verzicht leisten müsse. — Es sind neue Unterhandlungen angeknüpft worden, die hoffentlich endlich einmal zum Ziele führen werden." — Das Journal des Debats sagt: „Zu den Details, welche der Messager gibt, können wir hinzufügen, daß, bereits vor der Conferenz, welche im Laufe des Nachmittags den vollständigen Bruch der zwischen Hrn. Thiers einer- und Hrn. Guizot und seinen Freunden andererseits angeknüpften Unterhandlungen herbeigeführt hat, der Marschall Soult seinen festen Entschluß angekündigt hatte, keinen Theil mehr an der projectirten Combination zu nehmen. „Nach allem, was seit vierzehn Tagen vorgegangen," sagte der Marschall diesen Morgen zu mehreren ehrenwerthen Deputirten, „liegt fortan zwischen Hrn. Thiers und mir eine unübersteigliche Kluft." — Man versicherte gestern Abends, daß Hr. Thiers heute Früh in die Tuilerien berufen werden sollte. — Man versicherte ferner, Hr. Thiers habe sich bereits gestern Abends mit der Wahl der Mitglieder des definitiven Cabinets beschäftigt, dessen Zusammensetzung ihm wahrscheinlich übertragen werden wird, und als dessen eigentliches Haupt, welches auch der nominelle Präsident seyn mag, er sich betrachtet. — Wenn wir gut unterrichtet sind, so hat Hr. Odilon-Barrot, welcher nunmehr Hrn. Thiers bei dieser ganzen Negociation hülfreiche Hand leistet, das Portefeuille der Justiz bereits Hrn. Dupin angeboten, welches dieser jedoch definitiv ausgeschlagen haben soll. — Das Journal du Commerce sucht in einem langen Artikel zu beweisen, daß nur in einer Allianz des linken Centrums mit der Linken eine mögliche Lösung zu finden sei, da keine andere Combination auf eine Majorität in der Deputirtenkammer rechnen könne. In demselben Artikel gesteht jedoch der Commerce, daß bei den letzten Wahlen das linke Centrum nur 80, und die Linke 120 Deputirte erhalten habe. Da nun die Kammer bekanntlich aus 459 Mitgliedern besteht, so ist nicht recht ersichtlich, wo die obgedachte Combination ihre fixe Majorität finden soll.

Die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung enthält unter der Aufschrift „Programm des linken Centrums" folgenden Artikel: „Ein Pferd! ein Pferd! mein Königreich für'n Pferd!" rief Richard III. in der Schlacht bei Bosworth (am 22. August 1485), als ihm Heinrich von Richmond auf der Ferse war. Eine Parodie zu diesem Schrei der Verzweiflung findet sich in der neuesten Nummer der Debats. „Ein Ministerium! ein Ministerium um jeden Preis! ein Ministerium, wie es auch beschaffen sei!" Jedermann gibt zu, daß die aus dem Parteienspiel der letzten Monate entstandene Verwirrung ihre Gefahren hat und jedenfalls, als das Ansehen der öffentlichen Gewalten mindernd, in hohem Grade zu beklagen ist. Aber nicht Jedermann bedenkt, um welch geringfügigen Zweck Thiers und Guizot, indem sie zur Coalition traten und ihr eine Seele gaben, die Verwaltung in einen der Anarchie nahen Zustand versetzt haben. Was wollte der Parteienbund? Den Sturz des Cabinets Molé; nicht mehr und nicht weniger. Dabei wurde vorgespiegelt, man arbeite in dieser Richtung, nicht etwa aus persönlicher Ehrsucht, sondern aus patriotischer Gesinnung; nicht um, getrieben vom Stellenneid, Molé und seine Collegen zu verdrängen, sondern um die Fahne einer würdigeren, kräftigeren, mehr nationalen, Politik nach Innen und Außen im Cabinet aufzupflanzen. Der Adreßentwurf ließ freilich nur vereinzelte Willkürlein

durchblicken und in der Adreßdebatte schrumpften auch diese noch ein, so daß man wohl merken konnte, es werde, wenn die Coalition siege, in dem System der Regierung kein gewaltiger Umschwung eintreten. Aber so unendlich bescheiden, wie sich, nachdem die Minister vom 15. April das Feld geräumt, die Männer vom linken Centrum, die stolzen Häupter der Coalition, gezeigt haben, konnte keine Voraussicht sie vermuthen. Das erste Ministerium der Kammer wollte sich klein machen, wollte mit einem Almosen von Zugeständniß vorlieb nehmen, wollte alle Lebensfragen auf die lange Bank schieben, wollte in jeder Beziehung mit sich handeln lassen, — und erblaßte dennoch im Entstehen. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht liefert das Programm des linken Centrums, veröffentlicht zur Erbauung lernbegieriger Staatskünstler im Messager vom 24. März. Der apologetische Artikel, den man mit leichter Wendung zum ironischen umbauen könnte, ist überschrieben: „Die Wahrheit über die Ursachen der Auflösung des projectirten Cabinets." Wahrheit ist gut Ding, und der Bote, der sie bringt, soll willkommen seyn. „Es wird behauptet, die Ursachen der Unmöglichkeit des Cabinets vom linken Centrum hätten in dem Schooße eben dieses (werdenden) Cabinets gelegen. Wir wollen darthun, daß sie anderswo zu finden sind. Man sagt, dem Marschall Soult und seinen Collegen bei der Cabinetformation sei ganz freie Hand gelassen worden, die neuen Minister auszuwählen. Wir geben diesen Punct zu. (Also der König hat seine Antipathien besiegt; den constitutionnellen Nothwendigkeiten ist ihr Recht geworden.) Doch es sind ja die politischen Männer nichts, ohne die Dinge, welche sie repräsentiren. Und nun fragen wir: Waren auch die Dinge angenommen zugleich mit den Männern? Allerdings! wirft man uns ein; das projectirte Cabinet hatte ja ein Programm aufgesetzt und zu diesem Programm hat der König seine Einwilligung gegeben; als es aber, im Augenblik, wo das Ministerium proclamirt werden sollte, nochmals im Beisein des Königs explicirt wurde, zeigten sich (bei den Ministern) abweichende Ansichten über zwei Puncte, wovon der eine die auswärtige Politik, der andere die Candidatur Odilon-Barrots betraf. Hierbei ist vorerst zu bemerken, daß die Frage von der Präsidentur der Kammer im Programm gar nicht berührt war. Es ist daher (wenn man nur das Programm untersucht — eine Begränzung der Polemik, die nicht zugestanden werden mag) die Uneinigkeit in diesem Punct (die also zugestanden wird) bei Seite zu lassen. Man war übereingekommen, aus der Kammerpräsidentur keine Cabinetsfrage zu machen. Die (dennoch) darüber entstandene Discussion war ohne Bedeutung. Dieß ist so wahr, daß der Bruch der Combination reell und vollständig war, ehe man noch davon gesprochen, wie es nicht nöthig sei, sich zu spalten über die Wahl eines Candidaten. Die Uneinigkeit über die allgemeine Politik war den rein formellen Explicationen über die Kammerpräsidentur vorangegangen. (Das linke Centrum hat keine gute Sache; aber der Anwalt im Messager konnte sie doch in der That besser vertheidigen; er gibt nach allen Seiten hin Blößen, so daß man versucht ist zu glauben, es sei ihm kein rechter Ernst mit der Defension; nur bei ganz genauem Zusehen läßt sich eine Auslegung finden, wornach jene Uneinigkeit nicht zwischen den Cabinetsgliedern unter sich, sondern zwischen ihnen und dem König, bestanden hätte.) So war also nur eine namhafte und entscheidende Frage die Ursache der Mißhelligkeit; sie bezog sich auf die Richtung der Politik, stand im Programm und nahm darin eine wichtige Stelle ein." Nach so langer Vorrede kommt der Publicist im Messager zur Sache; die wichtige Frage betraf das Steckenpferd des Hrn. Thiers, die Einmischung in Spanien; es wird behauptet, seine präsumtiven Collegen vom linken Centrum seien einverstanden gewesen, es mit ihm zu besteigen, ein Wagstück, wozu sie sich um so leichter entschließen konnten, als der Ritt nicht weit gehen sollte; der König aber, so wird ferner behauptet, habe selbst die kleine Excursion nicht mitmachen wollen, und an dieser Weigerung allein habe das werdende Cabinet Schiffbruch gelitten. Ueber das Programm mit der einen bedenklichen Clausel wird man staunen. Solche Fügsamkeit hat wohl kein Leser von den stolzen Triumvirn Thiers, Dupin, Humann, erwartet. „Das neue Cabinet wollte nicht den 15. April fortsetzen, (was vielleicht das Klügste wenn auch nicht das Ehrenhafteste, gewesen wäre) — es wollte sich „Ministerium vom linken Centrum" nennen; mit dem populären Namen allein war es aber nicht gethan; es mußte ihn rechtfertigen durch einige Verschiedenheit von der Politik des gefallenen Cabinets. Die neue Politik zu characterisiren, wurde das Programm entworfen. Was forderte es? Die allermäßigsten Dinge! (In der That, so viel wie nichts! Und doch sollte es eine neue Politik seyn!) Die Verfasser hatten begriffen, daß es schwer halten werde, den König zur Annahme des Programms zu bewegen; darum hatten sie es aufs Allernothigste beschränkt — ils l'avaient réduit au strict nécessaire. Ueber die meisten (und wichtigsten) Fragen, deren liberale Lösung gewünscht wird, hatte man sich in Vertagungen verschanzt. Der Name „Cabinet vom linken Centrum" ward nicht bestritten; wozu auch der Partei eine unschuldige Freude verkümmern? Die Wahlreform war gar nicht verlangt im Programm; es ist dieß eine Frage der Zukunft; also hierüber keine Schwierigkeit. Die Septembergesetze sollten beibehalten werden, vorbehaltlich näherer Definition, was ein durch die Presse begangenes Attentat sei; auch die Competenz des Pairshofes sollte, wenn es die Zeit erlaube, durch ein Gesetz regulirt werden. Der König fand nichts dagegen einzuwenden. Das Princip der Rentenconversion wird anerkannt; die Opportunität (der günstige Moment) bleibt dem Finanzminister zu erwägen überlassen; — also auch Zukunftfrage! Was war dagegen zu sagen? Auch dieser Artikel fand keinen Anstand. Die Frage vom Generalstab, die Versetzungen und Abberufungen im Militär, in der Verwaltung, in der Diplomatie, — das Alles sollte nach Zeit und Umständen geordnet werden; der Krone wurde keine feste Zusage abgefordert." Bis zu diesem Punct ging das Programm glatt durch. Jetzt aber kam die Schwierigkeit. Das Ministerium mußte doch — sei es auch nur des Scheines halber — irgend etwas thun für die angekündigte neue Politik. Ancona ist geräumt, das Londoner Protocoll vom 23. Jänner unterzeichnet; — also in Italien und Belgien ist nichts zu machen; das Cabinet vom linken Centrum tritt seufzend die Erbschaft des 15. April an; es sieht sich um nach einem Spielraum für seine politischen Kräfte und findet ihn einzig in Spanien. Doch auch hier wußte man sich zu bändigen! Das Programm verlangte weder Intervention, noch Cooperation; es forderte mit löblicher Zartheit statt der zeitherigen kalten und fast übelwollenden Politik, gegenüber der Königinn Isabelle II., nur ein wenig Geneigtheit, und um diese an den Tag zu legen, die Mitwirkung französischer Schiffe, den Carlisten die Zufuhr auf dem Seeweg abzuschneiden. Sollte man denken, daß selbst diese Kleinigkeit abgeschlagen wurde? Der Messager behauptet es mit dürren Worten: „Eh bien! cette partie du programme, dès qu'on en a précisé la valeur pratique, n'a pas été acceptée." Man kann dahingestellt seyn lassen, ob die Weigerung, diesem Theile des Pro-

gramms beizustimmen, allein von dem König ausgegangen, was erst noch zu ermitteln wäre, indem nach einer andern Version auch Soult und Dupin sich gegen jede Einmischung in die spanischen Wirren erklärt haben. Was die Hauptsache ist und wir aus dem Programm nachweisen wollten, steht fest, nämlich der Umstand, daß die Coalition bei dem ganzen Feldzug gegen das Cabinet vom 15. April kein höheres Ziel im Auge hatte, als nach dem Siege ein Paar Wachtschiffe an der spanischen Küste aufzustellen, im übrigen aber der Politik Molé's treu zu bleiben. Da möchte man mit Piron fragen: Le pré valait-il la fauchure?"

Unter der Ueberschrift: „Was haben Sie bei der Revolution gewonnen?" liest man in der Gazette de France einen merkwürdigen Artikel. Das Budget sei um ein Drittel vermehrt worden, und für die 1100 Millionen, die alljährlich in den Koffer des Fiscus fließen, habe man im Innern keinen Frieden, nach Außen einen Zustand zweideutig und schwankend, die Freiheiten der Restauration verkümmert durch die Septembergesetze. Bei Vermehrung der Lasten des Landes habe die Revolution alle außerordentlichen Hülfsquellen verschlungen. Vergeudet seien das Staatseigenthum, die Wälder, die von der Restauration aufgehäuften Ersparungen. Die Steuern habe man bis zu einer Höhe getrieben, daß eine Steigerung nicht mehr möglich. Im Falle eines Krieges könnte man daher nicht durch die Steuern die Kosten decken, man müßte zu Anleihen schreiten. Dann aber würde der Credit fallen, und die Anleihen könnten nur unter ungünstigen, dem Lande verderblichen Bedingungen zu Stande kommen. „Wenn also," fährt die Gazette fort, „Frankreich bei dem Triumphe des Liberalismus gar nichts gewonnen, so fragen wir, gibt es vielleicht doch wenigstens eine Partei, irgend einen Menschen, der aus der Revolution seinen Vortheil gezogen? Fangen wir von oben an, von dem Fürsten, den man auf den Thron gesetzt. Ist dieser etwa der Beneficiant der Revolution? Seine Ruhe zerstört, sein politisches System verdammt, seine Güter, sein Leben bedroht — dieß ist seit neun Jahren das Loos des Mannes, den der 9. August 1830 mit dem Königstitel dotirte. Die Revolution verkauft mit Wucher ihre fürchterliche Gunst. Traurig und schrecklich zu lesen ist jene Liste von Wohlthaten, die mit der Emeute, den schlaflosen Nächten beginnt, und mit den Mordversuchen endigt. Hatte vor der Revolution jener Prinz von den Parteien Aehnliches zu fürchten? Man füge zu dieser Lage die ministeriellen Krisen, die Anmaaßungen der Kammer, welche der That nach regieren, und ihm nur jene Etiquette der Macht, das sogenannte „Herrschen" lassen will; sein persönliches Wirken in hundert Journalen, Reden und Pamphlets angegriffen, seine Gewalt und Person den Parteien zum Zankapfel dienend — welch eine Existenz! Wenn man da jener glücklichen, unbewölkten Zeiten gedenkt, die man unter dem kühlen Schatten des Parks von Neuilly verlebte! Als Prinz vom königlichen Geblüte, Besitzer eines unermeßlichen Vermögens, von einer zahlreichen Familie umgeben, in enger Freundschaft mit dem ältern Zweige seines Hauses vereint, welcher bereits an eine Verbindung zwischen dessen erstgebornem Sohne und der Schwester des Thronerben dachte, in jener von allen Hoffnungen umgebenen Ruhe, genoß jener Fürst das reichste Maaß des Glückes, sah die schönste Zukunft vor sich. Man vergleiche dieses Damals und Jetzt; dann wage man noch zu sagen, das Oberhaupt der Familie Orleans sei der Beglückte der Julirevolution."

Am 26. März 5Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 25. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. — Am 27. März um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 3Percents 79 Fr. 85.

Spanien.

Ueber den Stand der Dinge in Arragonien enthält ein Schreiben aus Madrid vom 16. März folgende Angaben: „Van Halen verweilt unverdrossen in Murviedro, obgleich ihm höchstens 3 bis 4000 Mann gegenüberstehen. Cabrera befindet sich nämlich mit fast allen seinen Truppen in Arragonien, und beschäftigt sich ungestört mit der Befestigung des wichtigen Platzes Segura, durch dessen Besitz er die Gegend von Daroca, das Campo de Cariñena und selbst die Landstraße zwischen Saragossa und Madrid dominirt. Die kleineren Plätze Cutanda, Montalvan, Albalate, müssen, sobald er die Befestigung von Segura vollendet hat, ebenfalls in seine Hände fallen. Am 8. war er in Calamocha, und zog von allen Seiten seine Truppen an sich. Der General Ayerbe, zu schwach um ihn anzugreifen, bat den General Parra, der mit einer Division von der Nordarmee in Calatayud steht, um Verstärkung. Allein dieser hatte gemessene Befehle, Calatayud nicht zu verlassen. Wahrscheinlich ist es auch Balmaseda's Absicht, zu Cabrera zu stoßen. — Nachschrift. Diesen Abend ist die Nachricht eingegangen, daß Balmaseda sich wirklich mit Cabrera vereinigt hat, und daß zwischen diesem und Forcadell ernstliche Zwistigkeiten ausgebrochen sind." — In einem Schreiben aus Bayonne vom 21. März heißt es übereinstimmend mit obigen Nachrichten: „In Arragonien macht die Sache der Christinos keine Fortschritte. Das Land ist bestürzt über die Befestigung von Segura, wodurch Cabrera, der von Cantavieja und Morella aus bereits den östlichen Theil der unterarragonischen Gebirge bis an den Ebro beherrscht, nun auch den westlichen bis an die Straße von Madrid seiner Strategie unterwirft. Der Zug dieser Gebirge von Westen nach Osten, welcher nur durch eine einzige, halbcirkelförmige Hauptstraße (über Teruel und Daroca) in seinem westlichen Theile durchschnitten wird, macht, daß die Truppen von Valencia und die von Mittelarragonien (am rechten Ebroufer) nur schwer und auf Umwegen zusammenwirken können, während derjenige, der das Gebirge beherrscht, mit Leichtigkeit sich auf die eine oder die andere Seite wirft. Während also van Halen mit 11 bis 12,000 Mann Valencia und die Befestigung von Almenara und Onda (die der Vollendung nahe sind) deckt, findet sich Ayerbe, der mit 5 bis 6000 Mann in Cariñena sein gewöhnliches Lager hat, zu schwach, um Cabrera, der seine Hauptkräfte bei Segura vereinigt, anzugreifen, um so mehr, da die von Espartero detaschirte Brigade Parra nur Ordre hat, Calatayud und die Straße von Madrid zu decken. Man sagt, diese letztere Schwierigkeit sei beseitigt, und van Halen selbst sei mit einer Truppenabtheilung in der Gegend von Teruel erschienen, und habe die Arrieregarde Cabrera's vor sich herge-

trieden, — doch müſſen wir beſtimmtere Nachrichten erwarten. Unter dieſen Umſtänden iſt es nicht zu wundern, daß das Land mit van Halen und van Halen mit dem Miniſterium, das ihm gerade auf dem entſcheidenden Puncte ſeiner Laufbahn den Weg abgeſchnitten, unzufrieden werde."

Großbritannien und Irland.

Ueber den bekannten Beſchluß des Oberhauſes in Bezug auf die in Irland befolgte Regierungspolitik, den die Miniſter als ein directes Tadelsvotum gegen ihre Verwaltung angeſehen haben, wie aus der im Unterhauſe von Lord John Ruſſell abgegebenen Erklärung hervorgeht, und der daher noch von ſehr wichtigen Folgen ſeyn kann, äußert ſich der Courier folgendermaaßen: „Das Oberhaus hat beſchloſſen, daß wir abermals einen Ausſchuß zur Unterſuchung des Zuſtandes der Verbrechen und der Rechtspflege in Irland erhalten ſollen. Der Antrag ging von dem Grafen Roden aus, und da er von dem Herzog von Wellington und Lord Brougham unterſtützt wurde, ſo konnte man ihn als einen Parteiangriff gegen das Miniſterium im Allgemeinen betrachten, obgleich die Bemerkungen des Grafen Roden hauptſächlich gegen die Verwaltung Irlands unter dem Marquis von Normanby gerichtet waren. Bei ſo bewandten Umſtänden hätten wir eine größere Majorität für die Tories erwartet, deren Uebergewicht im Oberhauſe zu bekannt iſt, um nur einen Augenblick in Zweifel gezogen zu werden. Der Antrag ging nur mit einer Majorität von 5 Stimmen durch, indem 63 Lords dafür und 58 dagegen ſtimmten. Die Rede des Grafen Roden bezog ſich auf eine Anzahl vereinzelt daſtehender Fälle, um darzuthun, was alle Welt ſeit langer Zeit weiß, daß nämlich in Irland ſich die Geſellſchaft in einem ſehr beklagenswerthen Zuſtande befindet, wofür der edle Graf allen Tadel auf den Marquis von Normanby wälzen zu wollen ſchien. Die Anklage war in dieſem Falle von ähnlichem Character, wie bei frühern Gelegenheiten, daß nämlich der edle Marquis ſich des Rechtes der Begnadigung etwas frei bedient, indem er Verbrecher vor dem Ablauf ihrer Strafzeit in Freiheit geſetzt habe. Der edle Graf hat ſich auch über die Toleranz gegen den Vorläuferverein beſchwert, beſonders weil der Orangiſtenverein, welchem anzugehören er das „Vorrecht, die Ehre und das Glück" gehabt, aufgelöst worden ſei. Da Lord Roden mit großer Freude ſeine Verbindung mit jenem Verein kundthat und denſelben als einen Verein zur Beförderung der Wohlfahrt des Landes, der Aufrechthaltung der Geſetze und der Einheit der Geſetzgebung bezeichnet, iſt es da ein Wunder, daß ſolch einem Manne die Verwaltung des Lords Normanby als haſſenswerth und unvorſichtig erſcheint? Nachdem Lord Normanby gezeigt hatte, daß mehrere von Lord Rodens Angaben ſehr übertrieben ſeien, ſuchte er zu zeigen, daß, im Vergleich mit früheren Jahren, ſeine Verwaltung von Irland ſich durch eine geringere Zahl von Verbrechen, ſo wie durch die Leichtigkeit, die Ueberführung der Verbrecher zu erlangen, ausgezeichnet habe, und er bewies durch Polizeiberichte, daß dieſe Verbeſſerung allmählig, aber regelmäßig zunehme. „„Die ganze Zahl der bereits erwähnten Verbrecher aller Claſſen in den letzten Jahren,"" ſagte er, „„war folgende: Im Jahre 1834 betrug ſie 4257; im Jahre 1835: 4005; im Jahre 1836: 3473; im Jahre 1837: 2522 und im Jahre 1838: 2156. Es ergibt ſich alſo hieraus eine progreſſive Verminderung der Verbrecher. Aus einer Ueberſicht der gerichtlichen Verfolgungen zu den Verurtheilungen geht hervor, daß die Zahl der gerichtlichen Verfolgungen im Jahre 1835: 21,205, im Jahre 1836: 23,891, im Jahre 1837: 24,453, im Jahre 1838: 25,443 betrug, und daß in denſelben Jahren reſpective 15,216, 18,110, 19,185 und 19,329 Verurtheilungen Statt fanden. Dieß Verhältniß iſt alſo jetzt daſſelbe wie in England."" Bei Beurtheilung der Verwaltung Lord Normanby's muß man ſich vor Allem daran erinnern, daß ſeinen Maaßregeln die größten Hinderniſſe von Perſonen in den Weg gelegt wurden, von denen man glauben ſollte, daß ſie im höchſten Grade dabei intereſſirt ſeien, einem Manne, der das ſchwierige und delicate Amt hatte, in einem ſo anomalen Lande wie Irland die Ausführung der Geſetze zu erzwingen, allen nur möglichen Beiſtand zu leiſten. Ein lehrreiches Beiſpiel von den parteiiſchen Feindſeligkeiten, denen der edle Marquis beſtändig ausgeſetzt war, gibt das Benehmen des Grafen von Charleville während des durch die Ermordung des Lords Norbury veranlaßten gerichtlichen Verfahrens. Was die vage Beſchuldigung betrifft, daß der edle Marquis ſein Begnadigungsrecht gemißbraucht habe, ſo hat derſelbe in dieſem wie in frühern Fällen hinreichende Gründe für ſein Verfahren angegeben. Es iſt ein betrübender Gedanke, daß in England die Bigotterie noch ſo groß ſeyn ſollte, daß ein Vicekönig von Irland ſich gegen die Beſchuldigung vertheidigen muß, daß er Katholiken zu Aemtern ernannt hat. Aber auch in dieſem Puncte zeigte Lord Normanby, daß er das ſehr fragliche Verdienſt hat, in der Mehrzahl der Fälle den Proteſtanten den Vorzug gegeben zu haben. „„Unter den ſeit 1835 ernannten Sachwaltergehülfen bei den Wahlen,"" ſagte er, „„befanden ſich 8 Proteſtanten und 6 Katholiken, unter den Polizei-Inſpectoren 69 Proteſtanten und 37 Katholiken, unter den höhern richterlichen Ernennungen 40 Proteſtanten und 27 Katholiken."" Der edle Marquis ſtellte einen trefflichen Vergleich zwiſchen dem Orangiſten- und dem Vorläuferverein an. „„Man hat es mir zum Vorwurf gemacht,"" ſagte er, „„daß ich nichts gethan habe, um die Vorläufervereine zu verhindern. Ich habe meine Anſichten über dieſen Verein niemals verhehlt und habe jede Gelegenheit benutzt, um meine Einwendungen auszuſprechen. Daſſelbe habe ich auch in Bezug auf die Orangiſtenlogen gethan, deren Mitglied der edle Graf geweſen zu ſeyn ſich rühmt. Der Vorläuferverein aber iſt ein öffentlicher Verein, ohne alle geheime Eide, und obgleich ich, wie alle Parteien in Irland ſehr wohl

wiſſen, denſelben mißbillige, ſo kann ich doch dem edlen Grafen in Bezug auf die von ihm vorgeſchlagenen Maaßregeln zur Unterdrückung jenes Vereins nicht beiſtimmen. Der edle Graf hat gewiſſer Phraſen erwähnt, deren ſich Hr. O'Connell bei einigen Verſammlungen des Vereins bedient hat; aber der edle Graf iſt ſelbſt nicht immer ſehr aufmerkſam auf ſeine Worte, und ich erinnere mich ſehr wohl, wie derſelbe im Jahre 1831 zur Zeit der Reformbill zu den Proteſtanten in Ulſter ſagte, er kenne ihre Stärke, ihren moraliſchen Muth und ihre Anzahl, und es könne wohl die Zeit kommen, wo dieß von Wichtigkeit ſeyn dürfte.“ Das Zeugniß, welches der Graf von Fingall im Laufe dieſer Debatte in Bezug auf den vermehrten Werth des Eigenthums in Irland ablegte, iſt ſehr erfreulich. Solch eine Verbeſſerung konnte nicht Statt finden, wenn Irland in den letzten vier Jahren ſo wäre verwaltet worden, wie die Tories uns Glauben machen möchten. Lord Melbourne widerſetzte ſich der Ernennung des Ausſchuſſes, weil dieß ein Eingriff des Oberhauſes in eine der höchſten Prärogativen der Krone, in ihr Begnadigungsrecht ſeyn und die vollziehende Gewalt der irländiſchen Regierung auf dieſe Weiſe einem Ausſchuſſe dieſes Hauſes übertragen würde, und er zeigte, daß kein wohlthätiges Reſultat davon zu hoffen ſei; auch ſprach in der That keiner von den edlen Lords, die für den Antrag ſtimmten, die Erwartung aus, daß der Ausſchuß die Entfernung irgend eines der in Irland beſtehenden Uebel bewirken werde. Der Antrag war daher in der That nur ein Zug in dem Parteiſpiel, das in der letzten Seſſion ſo emſig unterhalten wurde und das, ohne die Aufmerkſamkeit, welche die Aufregung gegen die Korngeſetze in Anſpruch nahm, ſchon längſt wieder begonnen haben würde. Dieß iſt der Character des Antrages, den das Oberhaus angenommen hat, und der allein aus dieſem Grunde von Lord Brougham unterſtützt wurde.“

In einer unlängſt unter Vorſitz des George William Wood Esq. gehaltenen Verſammlung der Handelskammer von Manchester ſind folgende Reſolutionen angenommen worden: beſchloſſen, daß die jüngſthin von Ihrer Majeſtät der Königinn mit Oeſterreich und der Türkei abgeſchloſſenen Handelstractate Maaßregeln ſind, welche den Beifall dieſes Landes verdienen, indem ſie die Ausſicht auf eine dauerhafte Freundſchaft mit jenen Mächten gewähren, und auf ſolchen Grundlagen beruhen, die eine fortſchreitende Entwicklung der Handelsverbindungen mit ihren Unterthanen verſprechen; — daß dieſe Tractate überdieß wohlberechnet ſind, um den Frieden in Europa zu conſolidiren; — daß die Directoren der Handelskammer, auf dieſe Grundſätze ſich ſtützend, den Wunſch hegen, ihre Zufriedenheit hinſichtlich dieſer Tractate an den Tag zu legen, und den Staatsmännern der drei Länder, nämlich Großbritannien, Oeſterreich und Türkei, welche durch ihre aufgeklärten Anſichten und ihre einſichtsvollen Bemühungen jene Tractate negociirt und abgeſchloſſen haben, die nun völkerrechtliche Kraft haben, ihren Dank zu erkennen zu geben; — beſchloſſen, daß Abſchriften gegenwärtiger Reſolutionen von dem Präſidenten an den erſten Lord des Schatzes Ihrer Majeſtät (Lord Melbourne), den Staatsſecretär für die auswärtigen Angelegenheiten, den Präſidenten der Handelskammer und die Botſchafter von Oeſterreich und der hohen Pforte übermacht werden ſollen. (Unterz.) G. W. Wood, Präſident.“

Ueber die Angelegenheiten Oſtindiens berichten die neueſten Briefe, welche in dem letzten Dampfboote aus der Levante in Toulon eingetroffen ſind, Folgendes: „Ueber die Operationen der engliſch-oſtindiſchen Armee weiß man noch nichts Beſtimmtes, und erſchöpft ſich hierüber in Conjecturen. Allem Anſcheine nach wird die zweite Armeedivision oder derjenige Theil der Armee, welcher auf dem Marſche begriffen iſt, in Bhawulpur ſo lange Halt machen, bis man den Ausgang der mit Doſt Mohammed eröffneten Unterhandlungen kennt; bekanntlich will man dieſen Herrſcher von Kabul auf gütlichem Wege bewegen, ſeinen Thron an den Schah Schudſcha abzutreten. Erreicht man dieſes Reſultat nicht, ſo wird letzterer mit ſeinem Contingent gegen Kabul über Kandahar marſchiren. Offenbar befindet ſich Doſt Mohammed in einer ſchwierigen Lage. Er ſcheint jedoch entſchloſſen, der indiſchen Armee zu widerſtehen, und in dieſer Abſicht hat er die Hauptpäſſe, welche nach Kabul führen, beſetzt. Die brittiſchen Truppen haben auf ihrem Marſche öfters Afghanen begegnet, welche ſich für Handelsleute ausgaben, und auch in der That Waaren bei ſich führten, allein man vermuthet, es ſeien Spione des Doſt Mohammed, welche dieſer abgeſchickt, um über die Bewegung und Stärke der ihn bedrohenden Armee Kundſchaft einzuziehen. Auf Befragen erwiederten ſie im Vertrauen, der Entſchluß ihres Herrſchers ſei, mit den Waffen in der Hand zu widerſtehen, auch hegten ſie die Ueberzeugung, daß die Engländer, wenn ſie Sieger wären, ihren Triumph nur ihrer Diplomatie zu verdanken haben dürften. „Wir, Bewohner von Afghaniſtan,“ ſagten ſie, „führen im Kriege die Waffen, ihr operirt nur mit eurem Gelde.“ Sie lachten über den Einfall, den alten Schah Schudſcha wieder auf den Thron von Kabul ſetzen zu wollen. Man erſtaunt bei aufmerkſamer Prüfung der Angelegenheiten von Kabul keineswegs, daß der Oberſt Stoddart und der Lieutenant Pottinger gezwungen worden, Herat plötzlich zu verlaſſen. Es ſcheint faſt gewiß, daß Kamram Schah mit Doſt Mohammed einen gemeinſamen Widerſtand gegen die brittiſchen Streitkräfte verabredet hat.“

Die engliſchen Zehntencommiſſarien haben unterm 28. Februar wieder einen Bericht an den Miniſter des Innern erſtattet, aus welchem ſich ergibt, daß ſeit dem 1. Mai 1838 in England 3498 freiwillige Vergleiche hinſichtlich Umwandlung des Zehnten, in eine Grundrente ab-

geschlossen worden, und daß 2362 derselben bereits die Bestätigung der Regierungscommission erhalten haben und folglich in Kraft getreten sind. Der Werth dieser sämmtlichen Vergleiche, die noch nicht bestätigten nach einer Durchschnittsberechnung mit eingeschlossen, wird auf 1,312,102 Pf. geschätzt. Die Times belobt das Verfahren der Commission, abgesehen von den Folgen, welche die ganze Maaßregel überhaupt für das Wohl der Kirche haben dürfte.

Consols am 25. März 92¼, ⅞.

Preußen.

Die Rhein- und Moselzeitung meldet aus Koblenz vom 28. März: „Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland ist gestern Nachmittags gegen 3 Uhr auf dem mit Flaggen und Wimpeln reich geschmückten Dampfboote „der Graf von Paris," welches die Kölner Gesellschaft dem Großfürsten zur Verfügung gestellt hatte, von Biebrich hier eingetroffen und im Gasthofe „zur belle Vue" abgestiegen. Gleich nach der Ankunft des Prinzen machten die hiesigen höhern Behörden Höchstdemselben ihre Aufwartung. Später fuhr Se. kais. Hoheit in Begleitung des commandirenden Generals, Freiherrn von Borstell, und mehrerer anderer Personen aus Höchstihrem Gefolge auf den Petersberg, um die Werke der Veste Franz in Augenschein zu nehmen. Am Abend war dem hohen Gaste zu Ehren großer Zapfenstreich. Heute Morgens soll große Parade seyn." — In einem andern Schreiben aus Koblenz von obgedachtem Tage (in derselben Zeitung) heißt es: „Heute Früh sollte die hiesige Besatzung einen Angriff auf eine der Vesten, welche die Stadt umgeben, ausführen. Leider aber war über Nacht ungünstiges Wetter eingetreten, so daß auf den Wunsch des Großfürsten Alexander dieses Manöver abbestellt wurde. An die Stelle desselben trat dagegen eine andere Feier. Um 11¼ Uhr fuhr Se. kais. Hoheit mit demselben Dampfschiff, auf welchem Höchstdieselben gestern hier eingetroffen, wieder ab, um die Reise nach dem Haag, und zwar stationsweise bis Köln, Düsseldorf, Nymwegen und Rotterdam, fortzusetzen. Das kräftige, blühende Aussehen Se. kais. Hoheit beweist, daß die letzten Reisen auf Höchstihre Gesundheit den wohlthätigsten Einfluß geäußert haben. Mit Vergnügen bemerkte man unter der Suite des Großfürsten den Grafen Orloff wieder, der im vorigen Jahre längere Zeit unter uns verweilt hat. Bei seinem Besuche im vorigen Jahre hatte Se. kais. Hoheit unserm Mitbürger, dem Maler Adolph Lasynski, zwei Landschaftsgemälde in Auftrag gegeben. Von diesen Gemälden ist eines bereits fertig und das andere der Vollendung nahe. Die Ausführung des Vollendeten, die des wackern Künstlers würdig ist, läßt hoffen, daß beiden Gemälden der Beifall des hohen Gönners der Kunst zu Theil werden wird."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mittelst allerhöchsteigenhändig unterzeichneten Diploms den Hofrath und Director der Kanzlei Sr. kaiserl. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs-Vicekönigs des lombardisch-venetianischen Königreichs und Commandeur des österreichisch-kaiserlichen Leopoldordens, Vincenz Grimm, den Ordensstatuten gemäß, in den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Prädicate „von Süden" allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 19. d. M. den k. k. Kämmerer und überzähligen mährisch-schlesischen Gubernialrathe, Rudolph Grafen von Stadion, zum Kreishauptmanne in Olmütz, und den Hofsecretär der k. k. vereinigten Hofkanzlei, Johann Kottan, zum Kreishauptmanne in Ungarisch-Hradisch in Mähren allergnädigst zu ernennen geruht.

Die k. k. vereinigte Hofkanzlei hat dem k. k. Rathe und Brunnenarzte zu Franzensbad, der Heilkunde Doctor, Konrath, die Bewilligung ertheilt, die ihm von der Gesellschaft für practische Aerzte zu Berlin, von der medicinischen Gesellschaft zu Leipzig, und von der naturhistorischen Gesellschaft des Osterlandes zu Altenburg zugekommenen, ihn zum Vereinsmitgliede ernennenden Diplome annehmen zu dürfen.

Am 3. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101¼.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM. —.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM. 671⅛.

Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM —.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ G. Uso 2. M.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Oesterreichische Eisenbahnen.

Kaiser Ferdinands Nordbahn.

Nachdem troß den, in der k. k. priv. Wiener Zeitung öfters kundgemachten, und in den Bureaux, so wie auf den Stationsplätzen, beständig angeschlagenen Verhaltungsregeln zur Vermeidung von Unfällen während der Fahrten, dennoch am 1. April d. J. bei der Hereinfahrt von Teutsch-Wagram ein Handwerksmann, die dringenden Warnungen des Conducteurs und der Mitfahrenden nicht achtend, sich gegen alle Ordnung und Anständigkeit auf seinen Sitz stellte, dadurch das Gleichgewicht verlor, und hinabstürzend ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit wurde: so findet sich die Direction wiederholt veranlaßt, das verehrte Publicum auf die dießfälligen Vorsichtsmaaßregeln aufmerksam zu machen, um für die Folge so bedauerungswürdigen Unglücksfällen vorzubeugen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 95

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 5. April 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 3. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.378	283. 18. 7D.	+ 0.4	SO.	schwach.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.349	28 1 3	+ 1.8	O.	still.	—
	10 Uhr Abends.	27.354	28 1 4	— 0.2	NO.	schwach.	—

Frankreich.

Den neuesten Pariser Blättern vom 28. März zufolge hat sich H^r. Thiers geweigert, den ihm von dem Könige ertheilten Auftrag zur Bildung eines Ministeriums anzunehmen, sich jedoch bereit erklärt, in ein Cabinet zu treten, an dessen Spitze sich der Marschall Soult befinden würde. Gedachter Marschall soll sich aber seinerseits aufs entschiedenste geweigert haben, an einer Combination Theil zu nehmen, wobei er H^rn. Thiers zum Collegen erhalten würde. — Der Nouvelliste — das eigentliche Journal des H^rn. Thiers — äußert sich hierüber folgendermaaßen: „Der König hat gestern (27.) Morgens H^rn. Thiers rufen lassen und ihm die Vollmacht zur Bildung eines Cabinets angeboten. H^r. Thiers hat erwiedert, daß er vor zehn bis zwölf Tagen die Ehre, die ihm S^r. Majestät heute erzeigen wollen, angenommen haben würde, weil ihm damals die Mittel zu Gebote gestanden wären, mit Leichtigkeit eine befriedigende Combination zu erzielen; daß er sich aber in diesem Augenblicke, wo jene Mittel durch die in verschiedenem Sinne gemachten Versuche erschöpft oder geschwächt seien, außer Stande fühle, den wichtigen Auftrag, den S^r. Majestät ihm ertheilen wollten, zu erfüllen. Er fügte jedoch hinzu, daß er, da alle Schwierigkeiten hinsichtlich des am vorigen Donnerstag (21. März) S^r. Majestät vorgelegten Programms gehoben seien, bereit sei, mit seinen Freunden in ein Cabinet zu treten, an dessen Spitze sich der Marschall Soult stellen würde. Der König hat gestern sogleich noch einen Schritt in diesem Sinne bei dem Marschall Soult gethan. Man erwartet die Antwort des Marschalls. — Diese Thatsachen bedürfen keines Commentars, um die Verläumder zu Schanden zu machen, welche sich nicht entblödet haben, H^rn. Thiers als von blinder Ehrsucht, welche nur die Präsidentschaft des Conseils befriedigen könne, verzehrt darzustellen." — Im Messager heißt es: „H^r. Thiers, der ins Schloß beschieden war, hat gestern Morgens den Befehlen des Königs Folge geleistet. S^r. Majestät verlangten von H^rn. Thiers, daß er ein neues Cabinet bilden sollte, wobei ihm über Personen und Sachen vollkommen freie Hand gelassen wurde. H^r. Thiers hat sich in der Nothwendigkeit gesehen, dem Könige zu erklären, daß es ihm durchaus unmöglich geworden, sich diesem Geschäfte zu unterziehen; vor zwölf Tagen wäre dieß leicht gewesen; aber alles, was seit der Krisis geschehen, mache es ihm (H^rn. Thiers) heute unmöglich, die Elemente eines Cabinets zusammenzubringen. Da jedoch die Schwierigkeiten über die Sachen, welche den Bruch der Combination des linken Centrums herbeigeführt hatten, gehoben sind, so erklärte H^r. Thiers dem Könige, daß er bereit sei, auf diese Combination zurückzukommen; er fügte hinzu, daß sämmtliche Mitglieder, die dazu gehörten, mit Ausnahme des H^rn. Humann, den man leicht ersetzen könne, noch bereit seien, beizutreten, und daß demzufolge nichts weiter übrig bleibe, als die Zustimmung des Marschalls Soult zu erwirken. — Der König nahm diese Eröffnung des H^rn. Thiers mit Freuden entgegen und ließ zu diesem Ende den Marschall Soult zu sich rufen; der Marschall verfügte sich um 3 Uhr in die Tuilerien. Man versichert, er habe sich geweigert, den Wünschen S^r. Majestät zu willfahren. — Wir hoffen jedoch, daß diese Weigerung nicht definitiv ist, und daß der Marschall von einem Entschluß abgehen wird, der alle aufrichtigen Freunde seines illüstren Rufes lebhaft betrüben würde. — Wenn wir gut unterrichtet sind, so hat sich eine Deputation von einflußreichen Mitgliedern der Linken und des linken Centrums zum Marschall Soult verfügt, um ihn zu bitten, sich an die Spitze des nationalen Ministeriums zu stellen. — Alles läßt hoffen, daß der Marschall ihren dringenden Bitten nachgeben und die Verantwortlichkeit der Verlängerung einer Krisis nicht wird auf sich nehmen wollen, die für verschiedene Interessen bereits verderblich ist." — Das Siècle — das Journal des H^rn. Odilon-Barrot — gibt folgende Nachrichten vom 27. März 11 Uhr Nachts: „Wir melden mit tiefem Schmerz, daß die gehässigen Machinationen, die seit mehreren Tagen angesponnen worden waren, ihre volle Wirkung gehabt haben. Ehe man H^rn. Thiers die Bahn offen zeigte, hatte man sorgfältig jeden Ausgang verschlossen. Das Gemüth des Marschalls war bearbeitet worden, und sein Stolz, den man über diese Erbärmlichkeiten erhaben hätte glauben sollen, durch schändliche Verläumder, die bei allen diesen Verhandlungen eine doppelte Rolle spielten, deren finstere Umtriebe jedoch aufgedeckt werden sollen, über die Gebühr gesteigert worden. Trotz der von H^rn. Thiers in die Hände des Königs niedergelegten Erklärung, trotz den Schritten einer großen Zahl von Freunden des H^rn. Thiers, denen sich H^r. Odilon-Barrot beigesellt hatte, trotz den dringenden Bitten seines Schwiegersohns, des Marquis de Mornay, der sich bei allen diesen Prüfungen rechtlich, wie er selbst ist, von der Rechtlichkeit des H^rn. Thiers überzeugen konnte, hat der Marschall Soult die ihm angetragene Präsidentschaft ausgeschlagen. Diese Art von Spaltung soll nach einer sehr lebhaften Discussion zum Ausbruch gekommen seyn, wobei die gemäßigtsten, aber auch die festesten Männer des linken Centrums sich bemühten, die beleidigenden Insinuationen, die dem Marschall im Gedächtniß geblieben waren, zu verdrängen. — Wir müssen übrigens, um der Wahrheit treu zu bleiben, sagen, daß der Marschall notorisch und während mehreren Tagen Combinationen versucht hat, in welche H^r. Thiers nicht aufgenommen werden sollte. Letzterer hat sich hierdurch auch nicht einen Augenblick beleidigt gefunden, und den Beweis hiervon noch gestern dadurch geliefert, daß er seiner Seits keinen Versuch machte, den

Marſchäll auszuſchließen. — Wir müſſen, zur Ehre des Hrn. Thiers, hinzufügen, daß er inmitten von Hinderniſſen ohne Zahl, von Feindſeligkeiten, von Eiferſüchteleien, von Fallſtricken, die ihn umringten, unerſchütterlich bei ſeinen Entſchlüſſen geblieben iſt, ſie nie höher ſpannend, aber auch keinen Fuß breit davon abweichend. — Zum zweiten Male zum Könige berufen, war es Hrn. Thiers ein Leichtes, zu beweiſen, daß nicht er es ſei, der die Krone in der gegenwärtigen Lage, ſo ſchwierig und hart man ſie ihm auch gemacht hat, im Stiche laſſe. — Heute Abends iſt der Marſchall Soult, deſſen Widerſtand Sr. Majeſtät noch zu beſiegen hoffte, wieder in den Tuilerien geweſen. Wir, unſererſeits, glauben, daß der Marſchall dringend angegangen worden iſt, andere Unterhandlungen anzuknüpfen, und wir würden nicht verwundert ſeyn, ihn bald mit Hrn. Molé oder mit den Doctrinairs, wenn letztere ſich dazu verſtehen ſollten, auftreten zu ſehen. Der Marſchall hat Schlachten gewonnen, aber er hat ſich ſo eben durch ganz erbärmliche Stratageme hinters Licht führen laſſen. Wir glauben nicht, daß ſein Name, was auch ſeine Verläumder von geſtern ſagen mögen, dadurch eine größere Illuſtration erhalten haben dürfte." — Der Preſſe zufolge ſollen ſelbſt die Freunde des Hrn. Thiers es im höchſten Grade tadeln, daß er ſich ſo tief mit der Linken eingelaſſen hat. Hr. Paſſy ſoll zu ihm geſagt haben: „Indem wir uns ſo ausſchließend an die Linke anſchließen, werden wir vielleicht eine „Revolution, aber keine Majorität machen."—Dem Commerce zufolge circulirte im Conferenzſaale der Kammer, wo ſich die in Paris anweſenden Deputirten jetzt häufig verſammeln, unlängſt folgendes Quatrain:

Des ministres que l'on convie,
Plaignez les steriles efforts:
Ceux qui naissent sont déja morts,
Et les morts sont encore en vie.

Der Moniteur Pariſien erklärt die Angabe, daß die Regierung die Kaſernen in der Umgebung von Paris mit Kanonen beſetzen laſſe, für eine gehäſſige und abgeſchmackte Erfindung.

Der Prozeß des „Almanach populaire" wurde am 25. März vor dem Aſſiſenhofe der Seine verhandelt. Die Angeklagten waren die HH. Roquemaure, Herausgeber des Almanachs, Porthmann, Buchdrucker, und Degeorges, Redacteur des Journals le Progrès, welcher mehrere Artikel in jene Flugſchrift ſchrieb. Von vier Anklagepuncten, welche dem Herausgeber zur Laſt gelegt worden, beſtätigte das Gericht nur zwei: 1) Aufforderung zum Ungehorſam gegen die Geſetze; 2) Verletzung der den Geſetzen ſchuldigen Achtung. Hr. Roquemaure, der früher als Unteroffizier in der königlichen Garde diente, und bei der Julirevolution zu dem Volke übergegangen war, wurde zu 1000 Fr. Geldſtrafe und ſechs Monaten Gefängniß verurtheilt, die beiden andern Angeklagten aber freigeſprochen.

Am 27. März 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 109 Fr. 25. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 95. — Am 28. März 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 10. 3Percents 79 Fr. 90.

Spanien.

Durch einen aus dem Hauptquartier Toloſa vom 18. März datirten Befehl hat Don Carlos nach Vernehmung von Rechtsgelehrten, wegen der in den kriegsgerichtlichen Urtheilen gegen Zariategui und Elio vorkommenden Widerſprüche, ihre Freilaſſung befohlen, und damit die erſtandene Haft ihrer Ehre keinen Nachtheil bringe, die Verleſung dieſes Tagsbefehls vor den verſammelten Truppen drei Tage nacheinander angeordnet. Elio erhält das Commando in Navarra, Zariategui eine Diviſion unter Maroto. Auch ihre Vertheidiger, Brigadier Vargas und Oberſt Madraſo, ſind freigelaſſen und wieder angeſtellt worden.

Portugal.

Engliſche Blätter ſchreiben aus Liſſabon vom 18. März: „Der Finanzminiſter Antonio Carvalho hatte wirklich ſeine Entlaſſung verlangt. Die Königinn weigerte ſich jedoch, ſie ihm zu ertheilen, und er iſt deßwegen fortwährend im Amte. Eine Anzahl Kaufleute hatte ausdrücklich die Königinn gebeten, daß Senhor Carvalho dem Dienſte erhalten werden möge.—Ein Geſetzentwurf über die Behandlung der in Portugal Salz ladenden fremden Schiffe hinſichtlich des Tonnengeldes iſt von der Deputirtenkammer angenommen worden. — Die Truppen der Königinn haben einige theilweiſe Vortheile über die Guerrilhas erfochten; die mit den Waffen in der Hand ergriffenen Guerrilheiros ſind erſchoſſen worden."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 25. März wurde die Bill, durch welche der Herzog von Wellington ermächtigt werden ſoll, ein Leibgeding für ſeine künftige Schwiegertochter auf die vom Staate ihm geſchenkten Güter zu fundiren, zum dritten Male verleſen. — In der Sitzung des Unterhauſes vom obgedachten Tage kündigte Lord J. Ruſſell an, daß er den Antrag in Betreff der Regierung in Irland, welcher über das Schickſal des Miniſteriums entſcheiden ſoll, am 11. April zu ſtellen gedenke.

Der Standard enthält folgenden näheren Bericht über die Einnahme von Aden, datirt aus Aden vom 30. Jänner: „Die befeſtigte Inſel Liera und die Stadt Aden an der arabiſchen Küſte wurden am 19. d. M. von einer aus europäiſchen Truppen und Sipahis beſtehenden Infanterieabtheilung, etwa 1000 Mann ſtark, nebſt Artillerie, unter Major Baillie, angegriffen und für die oſtindiſche Compagnie erobert, nachdem ſie zwei Stunden lang von dem kleinen Geſchwader unter Capitän Smith, beſtehend aus einer Fregatte von 28 Kanonen, 1 Brigg, 1 Corvette und 1 Goelette, beſchoſſen worden waren. In die Hände der Sieger fielen 35 Kanonen. Der Verluſt war auf engliſcher Seite gering. Für jetzt ſcheint Alles ruhig, die Araber ſind jedoch unzuverläſſig, und unſere Truppen müſſen auf der Hut ſeyn. Die Einwohner von Aden, beſonders die Juden, welche nie bei ihren Unterdrückern Gnade fanden, ſcheinen mit der eingetretenen Veränderung ganz zufrieden zu ſeyn."

Die letzte Nummer des in Amſterdam eingetroffenen Java'ſchen Courant enthält einen Bericht aus Sidney in Auſtralien vom 3. September v. J., worin gemeldet wird, daß der brittiſche Gouverneur dieſer Colonie den zwiſchen den niederländiſch-oſtindiſchen Beſitzungen und Neuholland bis jetzt getriebenen Handel verboten hat, da die brittiſche Regierung beſchloſſen, daß die im Handelsvertrage vom 17. März 1824 den Unterthanen der niederländiſchen Regierung für den indiſchen Archipel zugeſtandenen Handelsbegünſtigungen nicht auf Neuholland ausgedehnt werden können. In Folge deſſen ſollen keine niederländiſchen Schiffe, welche nach Kundmachung dieſes Beſchluſſes aus einem der Häfen der niederländiſch-oſtindiſchen Beſitzungen ausgelaufen ſind, oder nach dem 1. Jänner 1839 aus den erwähnten Beſitzungen in Neuſüdwales ankommen, in den Häfen dieſer Colonie zugelaſſen werden. Das Echo de l'Orient meldet nach Berichten aus Singapur dieſelbe Nachricht, mit dem Beifügen, daß man daſelbſt fürchte, dieſe Maaßregel der brittiſchen Regierung werde Repreſſalien von Seiten der Holländer zu Batavia veranlaſſen. (Ein Brief aus Cal-

cutta vom 12. December in der Allgemeinen Zeitung klagt dagegen über das Umsichgreifen der Holländer auf den Molukken und ihre vertragswidrigen monopolisirenden Maaßregeln, durch welche sie den englischen Handel von den Märkten auf Borneo, Celebes, Neuguinea und besonders Sumatra auszuschließen suchen. Als eine der verderblichsten Folgen des holländischen Monopolsystems in Indien wird angegeben, daß jede Unterbrechung der Handelsfreiheit auf den östlichen Meeren sogleich Hunderte von malayischen Proas in Kaperschiffe verwandelt. Die Engländer haben sich dagegen von Indien aus eine neue Handelsverbindung, mit den Sulu-Inseln, eröffnet.)

Die Londoner Blätter geben jetzt das Namensverzeichniß der Majorität und Minorität bei der Abstimmung über H^rn. Villiers Motion. Es ergibt sich daraus die in Bezug auf die Parlamentsreform bemerkenswerthe Thatsache, daß eine Mehrheit städtischer Mitglieder gegen die Korngesetze stimmte, von den Grafschaftsmitgliedern aber nur 27 gegen, und 184 für die Korngesetze.

Louis Napoleon Bonaparte läßt in den Londoner Journalen die Angabe, als beabsichtigte er, in spanische Dienste zu treten, für grundlos erklären.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die neuesten Berichte aus Newyork vom 2. März melden, daß die Besorgnisse vor ernstlichen Ereignissen an der Gränze zwischen Maine und Neu-Braunschweig und demnach vor einem Kriege zwischen England und den vereinigten Staaten fürs erste wenigstens durch die am 27. Februar zwischen dem Staatssecretär H^rn. Forsyth und dem brittischen Gesandten in Washington, H^rn. Fox, abgeschlossene, in die Form eines Memorandum gefaßten Uebereinkunft beseitigt worden sind, wenn anders, wovon man noch nicht unterrichtet ist, und was sowohl an der Newyorker als an der Londoner Börse ziemlich allgemein bezweifelt zu werden scheint, die Nachricht von dieser Uebereinkunft frühzeitig genug den brittischen und amerikanischen Gränzbehörden zugekommen, um sie von der Anwendung der Waffengewalt, auf eigene Verantwortlichkeit oder ihren früheren Instructionen gemäß, zurückzuhalten. Den Congresse der vereinigten Staaten ist die Uebereinkunft noch an demselben Tage, an welchem sie abgeschlossen wurde, von dem Präsidenten mitgetheilt worden, jedoch mit dem Bemerken, daß H^r. For bei Unterhaltung derselben ohne specielle Vollmacht seiner Regierung verfahren sei, und daß also das Memorandum nur den Character eines unmaaßgeblichen Vorschlages sowohl für die Behörden von Neu-Braunschweig als die des Staates Maine haben könne. Das Memorandum besagt seinem wesentlichen Inhalte nach Folgendes: „Die brittische Regierung ist der Ansicht gewesen, daß in Folge gemeinschaftlicher Uebereinkunft der Jurisdiction auf dem bestrittenen Territorium an der Nordostgränze bis zur definitiven Regulirung der Gränzfrage ausschließlich den brittischen Behörden zustehen solle. Diese Ansicht theilt die Regierung der vereinigten Staaten nicht, vielmehr ist sie der Meinung, daß man übereingekommen sei, während der Unterhandlungen die von der einen oder der andern Seite bisher ausgeübte Jurisdiction über einzelne Theile des bestrittenen Gebiets nicht weiter auszudehnen, sie überhaupt nur zur Aufrechthaltung der Ruhe und Sicherheit in Ausübung zu bringen, und sich jeder Autoritätsäußerung überhaupt so viel wie möglich zu enthalten. Diese Verschiedenheit der Ansichten kann nur durch fernere Verhandlungen beseitigt werden, wird aber, ihres untergeordneten Wesens halber, um so weniger in Betracht kommen, da man einer baldigen Erledigung der Gränzstreitigkeit selbst entgegensehen kann. Mittlerweile indeß werden der Gouverneur der Provinz Neu-Braunschweig und der Gouverneur des Staates Maine Folgendes zur Richtschnur ihres Handelns nehmen: Die brittischen Behörden werden die von Maine nach dem Arrostookflusse gesandte Mannschaft nicht zu vertreiben suchen, die Behörden von Maine aber werden alle Truppen aus dem bestrittenen Gebiete zurückziehen; gegen notorische Gränzübertreter und Beschädiger des öffentlichen Eigenthums wird künftig nur nach vorheriger Verabredung zwischen den Regierungen von Maine und Neu-Braunschweig verfahren werden. Die von beiden Seiten zur Haft gebrachten Civilbeamten sollen in Freiheit gesetzt werden. Die Rechte auf den definitiven Besitz des bestrittenen Gebietes sollen durch nichts, was in diesem Memorandum enthalten ist, für einen von beiden Theilen bestärkt oder beeinträchtigt werden." Auf die Mittheilung dieses Documentes folgte im Senate eine sehr lebhafte Discussion, eröffnet durch die Senatoren für Maine, welche die Rechte ihres Staates durch jene Uebereinkunft beeinträchtigt glaubten. Offen sprach man davon, daß es Zeit sei, das Schwert zu ziehen, daß der Krieg allerdings den Gränzstaaten Verderben bringen könne, daß aber jedenfalls Alles eher ertragen werden müsse, als die Verhaftung freier Bürger durch fremde Behörden und das gewaltsame Verfahren der Britten überhaupt. H^r. Webster unter Anderm tadelte sehr entschieden die nachgiebige Politik des Präsidenten, und sprach sich unter lautem Beifall der Tribunen dahin aus, man müsse der brittischen Regierung erklären, die vereinigten Staaten würden am 4. Juli das bestrittene Gebiet in Besitz nehmen, wenn sich die brittische Regierung ferner weigere, auf Grundlage des Vertrages von 1783 neue Unterhandlungen wegen der Gränze anzuknüpfen. Im Senate sowohl wie im Repräsentantenhause, im letzteren nach einer wenigen heftigen Debatte, wurde die Sache an den stehenden Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten verwiesen. Dieser Ausschuß erstattete, wie man aus einem kurz vor Abgang des Packetschiffes in Newyork eingetroffenen Schreiben ersieht, seinen Bericht schon am 28. Februar, und zwar sowohl den der Majorität als den der Minorität, und es war beschlossen worden, 25,000 Abdrücke davon zu veranstalten. Der Bericht selbst findet sich noch nicht in den neuesten amerikanischen Blättern, indeß scheint es, daß die Majorität darauf angetragen hat, dem Präsidenten Vollmacht zur Aushebung einer Armee während der Ferien des Congresses, der sich am 1. März auflöst, zu ertheilen, Geld zu Festungswerken und zur Ausrüstung der Seemacht zu bewilligen, den Präsidenten zu instruiren, daß er jede Invasion des Gebiets von Maine zurückweise solle, und als solche Invasion jeden Versuch der brittischen Behörden zur Besetzung des am Arrostook liegenden Gebiets oder zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über dasselbe zu betrachten. Zugleich scheint der Vorschlag gemacht worden zu seyn, einen besonderen Gesandten nach England zu schicken, um eine Erklärung über die von Sir John Harvey erhobenen Ansprüche zu verlangen. Was die Politik des Präsidenten selbst in dieser Angelegenheit betrifft, so ist dieselbe in einer Botschaft dargelegt, welche er am 26. Februar am Tage vor der Einsendung des obigen Memorandums, dem Congresse übersandt hatte. In dieser wird, mit Bezugnahme auf die Berichte des Gouverneurs von Maine und auf einen Notenwechsel zwischen den Herren Forsyth und Fox, ämtlich über die Vorfälle an der Gränze berichtet, das Verfahren des Gouverneurs von Maine in Bezug auf die Gränzübertreter, die, wie bemerkt wird, die Gesetze beider Länder durch die Holzfällung verletzt haben, gebilligt, die angebliche Uebereinkunft zwischen den ver-

einigten Staaten und Großbritannien wegen der provisorischen Ausübung der Jurisdiction desavouirt und dann erklärt, daß es die Absicht des Präsidenten sei, falls alle andern Vermittlungsversuche fehlschlügen, der brittischen Regierung den Vorschlag zu machen, daß die Gränzfrage nochmals dem Schiedsspruche einer dritten Macht anheimgestellt werden möchte. Ehe dieser Schritt vergeblich gethan sei, könne der Präsident es nicht für zweckmäßig ansehen, bei dem Congresse auf andere Maaßnahmen minder friedlicher Art zur Erledigung der Streitfrage anzutragen, es wäre denn, daß die brittischen Behörden die Jurisdiction auf dem streitigen Gebiete durch militärische Besetzung desselben zu sichern suchen sollten. Schließlich bemerkt der Präsident, daß er sowohl bei dem brittischen Gesandten als bei dem Gouverneur von Maine die nöthigen Schritte habe thun lassen, um die gegenseitige Freigebung der verhafteten Landinspectoren zu bewirken, und daß er die Entlassung der aufgebotenen Miliz von Maine anempfohlen habe. Aus Maine selbst erfährt man, daß die Legislatur des Staates die geforderten 800,000 Dollars behufs der nöthigen Rüstungen bewilligt und der Gouverneur 10,343 Mann von der Miliz nach den verschiedenen Waffengattungen aufgeboten hat. Der nach Neu-Braunschweig abgesandte Oberst Royers war mit dem auf sein Ehrenwort, sich auf Verlangen wieder zu stellen, freigelassenen Landinspector, Hrn. M'Intyre, zurückgekehrt und darauf Hr. M'Laughlin unter gleichen Bedingungen freigegeben worden. Sir John Harvey hatte bei dieser Gelegenheit an den Gouverneur Fairfield noch das Verlangen gestellt, die von ihm gefangengenommenen Gränzübertreter auszuliefern, die dann nach brittischen Gesetzen bestraft werden sollten, und die amerikanischen Truppen allmählig von dem streitigen Gebiet zu entfernen. Aber weder dem Einen noch dem Anderen wurde gewillfahrt, vielmehr die Truppen am Arrostook bedeutend verstärkt. Der Gouverneur gibt in einer Botschaft an die Legislatur vom 21. Februar die Stärke derselben am Tage zuvor auf 750 Mann an. An demselben Tage erfolgte jedoch, wie man aus anderer Quelle erfährt, eine Aufforderung des Generalprocurators von Neu-Braunschweig an den bei jenen Truppen befindlichen provisorischen Landinspector, Hrn. Jarvis, das Gebiet zu räumen, widrigenfalls er seiner Aufforderung durch 1200 Mann Erfolg zu verschaffen wissen werde. Das Resultat dieses Schrittes ist nicht bekannt. Auf dem englischen Fondsmarkte haben diese Nachrichten eine fast gänzliche Stockung hervorgebracht, denn obschon man glaubte, daß die zu Washington zur Dämpfung möglicher Unruhen an der nordöstlichen Gränze getroffenen Maaßregeln zureichend seyn würden, so fürchtete man doch, daß die Reibungen zwischen den Gränzanwohnern Statt finden möchten, ehe die Maaßregeln ausgeführt werden könnten.

Belgien.

In der Sitzung des Senats vom 23. März erklärte der Kriegsminister die künftige Lage der Armee nach der Vollziehung des Vertrags, wie folgt: „Ich habe in der Rede eines der gestern gehörten Redner gewisse Behauptungen bemerkt, die geeignet sind, die Offiziere der Armee über ihre künftige Lage zu beunruhigen, und ich werde das berichtigen, was er in Betreff einer Auflösung der Armee, die ihm die Folge der uns durch den Tractat verbürgten Neutralität scheint, behauptet hat. Es scheint dem ehrenvollen Redner nothwendig aus der Bestimmung des Vertrages hervorzugehen, daß die Neutralität effectiv seyn, und, was uns betrifft, die gänzliche Entwaffnung des Landes in sich tragen müsse. Wenn Sie den Vertrag zur Hand nehmen, so werden Sie sehen, daß sich nichts von diesem darin findet. Der Grundsatz der Neutralität liegt mir ohne irgend eine Folgerung darin, und wenn man ihn prüft, so kann man sich vergewissern, daß er mehr noch die verschiedenen Länder, welche diese Neutralität feststellen, betrifft, als das Land selbst, zu dessen Gunsten sie stipulirt wird. In Betreff dieser Erklärung übernimmt jeder der verschiedenen Staaten die Verpflichtung, das Gebiet Belgiens nicht zu verletzen, und bei einem Kriege, der nur die alleinigen Interessen dieser Staaten zum Gegenstand haben würde, keine Streitmacht in dasselbe einrücken zu lassen; allein der Grundsatz dehnt sich nicht so weit aus, daß er Belgien das Recht untersagt, sich zu vertheidigen; es ist im Gegentheile stets verstanden worden, daß es die Befugniß behält, durch sich selbst jeden fremden Angriff zurückzuweisen, und dieß war sogar förmlich in den 18 Artikeln stipulirt worden."

Die anarchische Presse zeigt sich kecker als je. Ihre Aufreizungen zur Unordnung, zur Umwälzung überschreiten alle Gränzen. — Die Emancipation macht darauf aufmerksam, daß, wenn der Vertrag auch angenommen sei, noch eine Menge Streitpuncte zu schlichten bleiben, und daß zu hoffen sei, die Regierung werde darin nicht so leichtfertig nachgeben. — Der Dienst der Bürgergarde von Brüssel, der auf eine Compagnie per Legion beschränkt worden war, ist seit einigen Tagen in seiner ursprünglichen Organisation wieder hergestellt worden; das heißt: jede Legion muß bis auf weiteren Befehl täglich zwei Compagnien für den Dienst des Platzes liefern.

Die Bankangelegenheit scheint, obwohl die Actionäre sich über das Fortbestehen des Instituts vollkommen geeinigt haben, und auch der von einigen Pariser Kaufleuten beabsichtigte Prozeß gegen die Directoren nicht zu Stande kommen dürfte, doch noch manche traurige Früchte zu tragen. Nachdem ein früherer Zweikampf zwischen dem bisherigen Director der Bank, Hrn. von Brouckere, und dem Actionär Obersten Biré, früherem Commissarius der Bank, kein Resultat gehabt, fand am 23. März abermals zwischen den beiden genannten Herren ein Duell Statt. Zwei Kugeln waren ohne Erfolg gewechselt worden, als die Secundanten erklärten, daß man den Zweikampf mit dem Degen fortsetzen solle. Hierbei erhielt Hr. von Brouckere eine gefährliche Wunde zwischen den Rippen über dem Herzen; Hr. Biré, der gleichfalls, wiewohl unbedeutend, an der Hand verletzt worden, verlangte trotzdem die Fortsetzung des Kampfes; die Secundanten erklärten indessen, daß dieß erst nach Wiederherstellung des Hrn. von Brouckere geschehen könne. Wie es heißt, haben beide Herren sich vorgenommen, ihren Streit auf Tod und Leben auszufechten. Die Duellwuth greift übrigens so um sich, daß gleichzeitig noch drei andere Zweikämpfe Statt gefunden, die sämmtlich einen betrübenden Ausgang gehabt, indem drei Männer, worunter zwei Capitäns des belgischen Heeres, ihr Leben dabei verloren.

Wien.

Am 4. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	107 ⅛.
dette	detto	zu 4 pC. in C.M.	101 ⅛.
dette	detto	zu 3 pC. in C.M.	81 ⅜.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in C.M.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in C.M. ——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in C.M. 671 ⅞.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in C.M.	66 ⅞.
Bankactien pr. Stück	——	in C.M.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1·K.
ZEITUNG
1839

№ 96

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 6. April 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 4. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.375	283. 12. 7P.	— 0.8	NW.	schwach.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.392	23 1 9	+ 1.2	NW.	mittel.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.417	28 2 5	— 0.2	NW.	—	—

Frankreich.

Den neuesten Nachrichten aus Paris vom 29. März zufolge scheint Marschall Soult, der sich am 28. Morgens neuerdings zum Könige begeben hatte, Sr. Majestät eine Combination des linken Centrums mit Doctrinairs und rechtem Centrum vorgeschlagen zu haben. — Der Messager vom 29. sagt: „Der Marschall Soult hat gestern Morgens eine dreistündige Unterredung mit dem Könige gepflogen, wobei er eine ministerielle Combination, in welche, unter seiner Präsidentschaft, die HH. de Broglie, Duchatel, Humann, Cunin-Gridaine, Passy, Sauzet und selbst Hr. Dufaure eintreten sollten, vorgeschlagen hat. Bei dieser Combination soll die Präsidentschaft der Kammer Hrn. Guizot zugedacht seyn. — Das Amalgam solcher Namen trägt das Gepräge der Unwahrscheinlichkeit an der Stirne. Ist es wohl glaublich, daß der Marschall Soult, der sich vorgestern, trotz den Wünschen des Königs, trotz dem Verlangen der Deputirten, ja man kann wohl sagen, trotz dem Begehren des Landes, geweigert hat, die Präsidentschaft eines kräftigen und homogenen Cabinets zu übernehmen, dem Könige die Bildung einer so disparaten Combination vorgeschlagen und sich erboten haben sollte, den Vorsitz in einem Cabinet zu führen, das aus lauter Ueberläufern zusammengestoppelt seyn würde; denn es säßen darin Leute von allen Parteien und keine Chefs, außer einem einzigen. Dieß ist nicht anzunehmen. — Man sagte auch, Hr. Dupin habe sich geweigert, an diesem Ministerium Theil zu nehmen. Wenn Hrn. Dupin ein Vorschlag dieser Art gemacht worden ist, so sind wir vollkommen überzeugt, daß er ihn verworfen hat. Dieß allein hätte dem Marschall ein Fingerzeig für sein Benehmen seyn sollen, wenn er noch eines solchen Beispiels bedurft hätte. — Wir sind geneigt zu glauben, daß der Besuch des Marschalls vielmehr zum Gegenstande hatte, auf die Arrangements (mit Hrn. Thiers), von denen vorgestern die Rede war, zurückzukommen.“ — Der Nouvelliste spricht mit mehr Bestimmtheit von der Sache folgendermaaßen: „Man sagte gestern Nachmittags um 5 Uhr, daß es den vereinten Bemühungen des Marschalls Soult und des Duc de Broglie endlich gelungen sei, eine Administration zu bilden. Folgendes ist die Liste, welche circulirte: Marschall Soult, Präsident des Conseils und Kriegsdepartement; Duc de Broglie, auswärtige Angelegenheiten; Passy, Inneres; Humann, Finanzen; Admiral Duperré, Marine; Sauzet, Justiz; Duchatel, Handel; Teste oder Cunin-Gridaine, öffentlicher Unterricht. — Die Frage über die Präsidentschaft der Kammer war noch nicht geschlichtet und man war unschlüssig, ob man Hrn. Guizot oder Hrn. Dupin den Vorzug geben sollte. — Hr. de Broglie soll das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten nur für die Dauer der Session angenommen haben. — Eine große Zahl von Deputirten war gestern im Conferenzsaale versammelt. Die Composition des projectirten Ministeriums hat, in Wahrheit gesagt, viel Erstaunen erregt und viele Ungläubige gefunden. — Die HH. Deputirten von der Linken wollten sich gestern Abends bei Hrn. Odilon-Barrot versammeln, um über die Lage des Augenblicks zu berathen. — Acht Uhr Abends. In dem Augenblicke, wo wir unser Blatt schließen, vernehmen wir, daß noch nichts Bestimmtes über die oben angedeutete, im Conferenzsaale besprochene Combination entschieden ist.“ — Das Journal des Debats, welches obige Combination gleichfalls erwähnt, fügt hinzu: „Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, wie weit die angesponnenen Unterhandlungen vorgeschritten sind. Indeß ging gestern ziemlich allgemein das Gerücht, daß man vielleicht irgend ein Resultat davon erwarten dürfe.“ — Der Constitutionnel sagt: „Man ist gestern lebhaft in Hrn. Dupin gedrungen, um ihn zu bewegen, in das halb-doctrinaire Ministerium, von dem die Rede ist, einzutreten. Wir können versichern, daß Hr. Dupin auf dieses Andringen mit der entschiedensten Weigerung geantwortet hat. Hr. Dupin hat nie in ein anderes, als in ein Ministerium des linken Centrums treten wollen. Hr. Dufaure hat sich formell geweigert, an der neuen Ministerialcombination Theil zu nehmen.“ — Der Courrier Français behauptet, auch Hr. Passy habe seinen Beitritt zu der mehrerwähnten Combination verweigert.

Der Herzog von Lucca ist am 24. März in Paris angekommen.

Briefe aus Toulon sprechen von der Ausrüstung eines Evolutionsgeschwaders von 10 Linienschiffen, 4 Fregatten und 5 bis 6 kleinen Schiffen unter Admiral Ro-

ſamel nach der Levante. Prinz Joinville ſoll die Fregatte „Thetis" commandiren.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correſpondenten aus Algier vom 15. März: „Der Stamm Beni Muſſa, dem vor mehreren Monaten eine bedeutende Heerde Vieh von den Hadſchuten geraubt wurde, hat vor einigen Tagen Gelegenheit gefunden, ſich an den Räubern zu rächen. Sechs Hadſchuten, die wahrſcheinlich nicht mit den redlichſten Abſichten die Metidſcha durchſtreiften, wurden von einem Araber, aus dem Stamme Beni Muſſa, gaſtfreundlich aufgenommen und von dieſem unterrichtet, wo ſich eine günſtige Gelegenheit zeige, einige Stück Vieh gefahrlos zu entwenden. Die Hadſchuten waren ſogleich zu dem Fange bereit. Während ſie aber von ihrem Wirthe auf das freigebigſte tractirt wurden, ließ dieſer den Kaid der Beni Muſſas von der Anweſenheit ſeiner gefährlichen Gäſte unterrichten, worauf jener an der Spitze von 30 Reitern herbeieilte, um ſich der Hadſchuten zu bemächtigen. Dieſe, zu ſpät den Verrath merkend, gewannen nur noch Zeit, ſich auf ihre Pferde zu werfen, und ſich gegen die Angreifer zu vertheidigen; allein, der Uebermacht unterliegend, wurde Einem der Kopf abgeſchnitten und die Uebrigen, mehr oder weniger verwundet, zu Gefangenen gemacht. Einer derſelben erhielt ſeine Freiheit, um dem Häuptling der Hadſchuten die Nachricht zu überbringen, daß man den vier Gefangenen die Köpfe abſchlagen würde, wenn binnen zwei Tagen das im vergangenen Jahre geraubte Vieh nicht ausgeliefert wäre. Die Beni Muſſas haben in der feſtgeſetzten Friſt ihr Vieh zurückerhalten, und die Gefangenen ſind entlaſſen worden. — Das 63ſte Linienregiment hat den Befehl erhalten, nach Fonduck zu marſchiren. Alle Regimenter ſind inſpicirt worden, und eine ungemeine Bewegung im Militärverpflegungsweſen läßt vermuthen, daß demnächſt die Expedition nach Hamza ausgeführt werden wird. — Commandant Peliſſier iſt nach Frankreich zurückgekehrt. Ob ein neuer Chef du Bureau arabe eingeſetzt, oder ob man dieſe Angelegenheiten der Intendantur einverleiben wird, iſt noch unentſchieden.

Am 28. März 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 109 Fr. 35. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 80 Fr. — Am 29. März 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 20. 3Percents 79 Fr. 10.

Spanien.

Die Gazette de France enthält einen Bericht des Oberſten Arevalo an den Grafen von Morella (General Cabrera) über einen Sieg, welchen die Carliſten unter Commando des gedachten Oberſten über die Chriſtinos unter den Befehlen des Marquis de las Amarillas am 25. Februar bei Villar (im Königreiche Murcia) erfochten haben. Der Verluſt der Chriſtinos wird in dieſem Berichte auf 200 Mann an Todten und eben ſo viel an Verwundeten und Gefangenen angegeben.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Dampfboot „Liverpool" iſt nach einer ſehr ſtürmiſchen Ueberfahrt, in der es einen Theil ſeiner Schaufelräder verlor, in den Hafen von Liverpool eingelaufen, und hat Newyorker Blätter bis zum 9. März mitgebracht. Die nordöſtliche Gränzfrage iſt in den vereinigten Staaten der große politiſche Gegenſtand des Tages, der alle Aufmerkſamkeit an ſich reißt. Die Committees der beiden Congreßhäuſer über auswärtige Angelegenheiten hatten ihre Berichte erſtattet, die, nachdem ſie die Frage in ziemlich hohem Tone beſprochen, damit ſchloſſen, daß ſie die alsbaldige Abſendung eines ſpeciellen Botſchafters nach England anempfahlen, um zu verſuchen, dieſe ſeit 50 Jahren ſchwebende Frage endlich ins Reine zu bringen. Auf dieſes Gutachten ward eine Bill gegründet, worin der Präſident ermächtigt wird, eine ſtarke Militärmacht (50,000 Freiwillige) aufzubieten, und die nöthigen Fonds hierzu zu erheben. In ihrem Durchgange durch das Repräſentantenhaus erhielt dieſe Bill einige Modificationen, deren Zweck war, derſelben ein minder kriegeriſches Ausſehen zu geben. Die ganze Bill indeß wurde mit 201 gegen 6 Stimmen angenommen, und ging dann ohne alle Oppoſition durch den Senat, worauf van Buren ſie am 3. März unterzeichnete. Eine zweite Bill bewilligte 8000 Dollars für die außerordentliche Geſandtſchaft nach London. Einige Journale bezeichnen Hrn. Calhoun, andere Hrn. Webſter als den Mann, auf welchen die Ernennung zu dieſer Geſandtſchaft fallen werde. General Scott, der zur eventuellen Vertheidigung der Gränzlinie ernannt iſt, ward in Boſton mit großem Jubel empfangen. Die Correſpondenzen aus dem Staate Maine, in den Newyorker Blättern, lauten ſehr kriegeriſch. — Die Nachrichten aus Canada ſind unerheblich. Die Provinzen waren ruhig.

Mexico.

Die Nachrichten aus Mexico, in nordamerikaniſchen Blättern, reichen bis zum 14. Februar. Die föderaliſtiſche Partei machte in der ganzen Republik Fortſchritte. Tampico, der Hauptſitz derſelben, war nicht blockirt, und der Verkehr zwiſchen dieſer Stadt und dem innern Lande nicht behindert, dagegen war Laguna, bisher frei, von den Franzoſen einer ſtrengen Blockade unterworfen worden. Auch die Blockade von Veracruz dauerte mit Strenge fort, dieſe Stadt war noch verödet, einige Fremde waren zwar zurückgekehrt, im Ganzen aber mochten ſich kaum 100 Menſchen innerhalb ihrer Mauern befinden. Die vorherrſchende Meinung war, daß die Differenzen zwiſchen Frankreich und Mexico eine baldige Ausgleichung finden würden — eine Anſicht, für welche, dem Standard zufolge, namentlich Briefe ſprechen, die der vor Veracruz liegende brittiſche Commodore Douglas von Hrn. Pakenham, dem brittiſchen Geſandten in Mexico, erhalten. General Ariſta, den die Franzoſen bei dem Angriff auf Veracruz gefangengenommen, war in Freiheit geſetzt. General Santa Ana deſſen

interimistische Ernennung zur Präsidentschaft sich bestätigt, war am 12. Februar von Veracruz nach dem Regierungssitze abgegangen, während Bustamente an der Spitze einer starken Streitmacht gegen den General Urrea in Tampico aufbrach, wo ein entscheidender Kampf zu erwarten stand. Santa Ana soll in Folge einer plötzlichen Sinnesänderung, die in seiner politischen Laufbahn schon öfter vorgekommen, sich für den Frieden mit Frankreich erklärt haben.

Brasilien.

Die Berichte aus Rio de Janeiro vom 23. Jänner melden, daß kurz kurz zuvor das Ministerium in Masse seine Entlassung genommen habe. Nach andern Nachrichten soll diese schon im Anfang des Jänner eingereicht gewesen, dann aber vorläufig wieder zurückgenommen worden seyn. Aus den Provinzen, die im Ganzen ruhig waren, wird nichts Besonderes berichtet. Die Fonds waren in Rio de Janeiro gefallen, weil die Minister 1200 Contos von der ihnen bewilligten neuen Anleihe von 3780 Contos ausgegeben hatten.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 25. März äußerte Lord Brougham: „Ich überreiche hier Petitionen von gewissen unglücklichen Personen, die in verschiedenen Theilen des Königreichs in Irrenhäusern eingeschlossen sind oder eingeschlossen seyn sollten, denn, nach dem von dem edlen Viscount (Melbourne) unlängst aufgestellten Satze müssen diejenigen, die da für eine Abschaffung der Korngesetze sind, sich nothwendig in einem zur Einsperrung in solchen Orten befähigenden Geisteszustand befinden. Es haben also die Einwohner von Great-Torrington und andere Wahnsinnige die Petitionen, die ich hier in meiner Hand halte, unterzeichnet, und sie bitten um Aufhebung aller Beschränkungen der Getreideeinfuhr. Die zweite Petition ist von den Einwohnern von Great und Little Woolton und einigen andern Orten in Lancashire, diese bitten bloß um eine genaue Untersuchung des Gegenstandes, und befinden sich also erst in einem annähernden Grade zu dem Zustande, der zum Eintritt in ein Narrenhaus qualificirt. (Gelächter.) Mein edler und rechtsgelehrter Freund auf dem Wollsack hat, wie ich höre, noch keinen Befehl gegen alle mit dieser Manie behafteten Personen erlassen, auch sollen Ihrer Majestät Minister über eine solche Maaßregel nicht ganz einig unter sich seyn; doch gibt es solche Männer, wie Oberst Torrens, Hr. Hume und Hr. Warburton, die in gefährlichem Grade von der Manie ergriffen scheinen. Auch sind noch die Bildnisse derer vorhanden, die an dieser Krankheit gelitten, wie Adam Smith, Turgot, Burlee und selbst Hr. Pitt, der von der Manie erklecklich angesteckt war, sich später aber einer gewissen Cur unterwarf, die ihn davon heilte. (Gelächter.) Ueber die Zahl der Bewohner jener Irrenhäuser weiß ich nichts Bestimmtes, doch habe ich mir sagen lassen, es befänden sich in den verschiedenen Theilen des Landes 2 bis 3 Millionen solcher Patienten. Locke definirt den Wahnsinn dahin, er sei ein richtiges Schlußfolgern aus falschen Vordersätzen. Mögen im gegenwärtigen Fall die Vordersätze nun wahr oder falsch seyn, so haben die Schlußfolgerungen mich jedenfalls überzeugt, und so lange man mich noch frei herumgehen läßt — aber auch nur so lange (Gelächter) — werde ich gewiß fortfahren, die Petitionen solcher unglücklichen Bittsteller zu unterstützen.“ — Lord Melbourne erwiederte: „Meine Bemerkung, über die der edle und gelehrte Lord seinen Witz in solche Unkosten versetzt, bezog sich bloß auf diejenigen, die eine alsbaldige Abschaffung nicht nur aller Getreidezölle, sondern überhaupt aller Prohibitiv- und Schutzmaaßregeln im Handel verlangen. Trotz den großen Namen, die mein edler und gelehrter Freund genannt hat, kann ich nicht umhin, die von mir geäußerte Ansicht für die wahre zu halten.“ Lord Brougham: „Dann fürchte ich, viele Leute werden glauben, der edle Viscount sei selbst mit jener Krankheit behaftet, wenn er nämlich mit Willen in seiner jetzigen Selbsttäuschung beharrt.“ (Hört!) — Die Bill in Betreff eines Leibgedings in der Familie Wellington ward hierauf zum dritten Male gelesen und angenommen, nicht ohne daß Lord Brougham, seiner neueren Tactik getreu, einige Worte des Lobes für den edlen Herzog einfließen ließ. Das Haus vertagte sich in früher Stunde.

Im Unterhause wurde die Bill in Betreff der großen nordenglischen Eisenbahn (Verbindung Londons mit Edinburgh zum zweiten Male gelesen. Gegen die Blackwall-Londoner Eisenbahnbill, welche die Bahn bis mitten in die City von London ausdehnen will, überreichten die Sheriffs von London eine Petition des Gemeinderaths, worin dieser Vernehmung an den Schranken verlangte. Oberst Perceval übergab eine Petition „irischer Protestanten“ gegen die Ernennung Lord Fortescue's zum Lordstatthalter von Irland. Auf eine Frage von Sir R. Peel erklärte Lord J. Russell, daß er seine Motion hinsichtlich der Verwaltung von Irland gleich nach den Osterferien, am 11. April, vorbringen werde. Als hierauf das Haus im Begriffe war, sich in einen Ausschuß für Geldbewilligungen über die Marine zu verwandeln, erhob sich Hr. Th. Attwood, verbreitete sich in einer, seiner neulich mitgetheilten ähnlichen Rede über die Gefahren, mit denen England von Rußlands Politik bedroht sei, und schloß mit dem Antrag, Ihre Majestät in einer Adresse um weitere Vermehrung der Flotte und Verstärkung der Marinemannschaft zu bitten. Da sich zur Unterstützung der Motion kein einziges Mitglied fand, ging das Haus sofort in Committee, und nach einigen Debatten über untergeordnete Theile des Seedienstes wurden mehrere Posten ohne Abstimmung bewilligt, darunter 159,992 Pf. St. für Verbesserung der Werften und Hafenbauten, 150,954 Pf. für Truppen-Transportschiffe, 66,264 Pf. für die Kosten der Deportation von Sträflingen nach Neusüdwales und Vandiemensland u. s. w. Hr. Hume beklagte sich darüber, daß man ein

Linienschiff von 80 Kanonen, den „Hastings," dazu verwende, die Königinn-Witwe zwischen England und Malta hin- und herzufahren, und meinte, ein Packetboot würde dem Zweck auch entsprochen haben. Hr. C. Wood entgegnete, Anbetracht des hohen Ranges der erlauchten Witwe habe man, altem Herkommen gemäß, ein Linienschiff für erforderlich erachtet, übrigens habe dieselbe die Ausrüstung des Hastings für ihre Reise ganz aus eigenen Mitteln bestritten. (Hr. Hume hatte nämlich geäußert, die der Königinn-Witwe bewilligte Apanage von 100,000 Pf. St. sei ohnehin ein enormer Betrag.)

In der Oberhaussitzung am 26. März nahm Lord Brougham, bei einer Aeußerung über die Behandlung der canadischen Staatsgefangenen, Anlaß zu der Bemerkung, England sei hinsichtlich des Gränzstreites mit den vereinigten Staaten „unläugbar und handgreiflich im Unrecht." — Das Unterhaus saß nicht.

Die Sitzungen beider Häuser des Parlaments wurden am 27. März, wegen der Osterferien, das Unterhaus bis zum 8., das Oberhaus bis zum 11. April vertagt. Im Unterhause interpellirte Sir C. Canning die Minister wegen der Gränzstreitigkeiten mit den vereinigten Staaten. Lord Palmerston weigerte sich, bei dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen über diese Sache in nähere Details einzugehen, äußerte jedoch die Hoffnung, daß der Streit friedlich beigelegt werden und zu keiner Störung der freundschaftlichen Verhältnisse zwischen beiden Staaten führen werde.

Der Standard berichtigt nach der Augusta-Chronicle (im Staate Georgien) vom 25. Februar, in Folge des Erdbebens, das unlängst die Insel Martinique verheerte, sei die Mitte der Insel Guadeloupe beträchtlich unter die Höhe der Meeresfläche gesunken, und viele reiche Pflanzungen und kostbare Gebäude in die Schlünde der sich spaltenden Erde begraben worden. (Galignani's Messenger bemerkt, Briefe aus Guadeloupe bis zum 12. Februar, die man in Paris erhalten, meldeten von dieser Katastrophe nichts; wäre dieselbe in Folge des Erdbebens auf Martinique eingetreten, das am 11. Jänner Statt fand, so hätte es den Schreibern jener Briefe gewiß bekannt seyn müssen. Die ganze Nachricht sei hiernach sehr zu bezweifeln.)

Marschall Clauzel, der mit einem Adjutanten und einem Secretär in London eingetroffen ist, will die Fabrikdistricte bereisen, wo er, wie es scheint, Ankäufe zu machen, und Erkundigungen zum Nutzen seiner Besitzungen in Algier einzuziehen beabsichtigt.

Consols am 27. März 92¼.

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 20. März melden: „Heute hat der königl. französische Botschafter, Admiral Roussin, die Ratificationen des zwischen Frankreich und der Pforte abgeschlossenen Handelstractats ausgewechselt. — Der Muschir von Aidin, Tahir Pascha, ist am 14. d. M. auf dem Dampfschiffe des österreichischen Lloyds „Graf Kolowrat" hier angelangt. — Am 17. d. M., als am ersten Muharrem (dem türkischen Neujahrstage), fanden die gewöhnlichen Glückwünschungsbesuche bei der Pforte Statt. — Der öffentliche Gesundheitszustand in der Hauptstadt und deren Umgebungen erhält sich fortwährend befriedigend."

Preußen.

Die Kölner Zeitung vom 28. März meldet: „Die Ankunft des Großfürsten-Thronfolgers in Koblenz wurde augenblicklich durch den Telegraphen nach Berlin gemeldet, von wo sogleich Befehl kam, einer Flesche des Forts Alexander Seinen Namen beizulegen. Die Weihe wurde alsbald feierlich vollzogen. Heute Nachmittags 4 Uhr traf Sr. kais. Hoheit in Köln ein, und stieg im „kaiserlichen Hofe" ab. Der commandirende General des achten Armeecorps begleitete den Großfürsten von Koblenz aus. Morgen wird die Reise bis Düsseldorf, übermorgen bis Nymwegen, Rotterdam und Haag fortgesetzt. Nach der Ankunft dahier wohnte Sr. kais. Hoheit sogleich einer großen Parade bei, und nahm dann die Domkirche in Augenschein. Das Gefolge besteht aus 42 Personen, und der ganze Reisezug aus 13 Wägen."

Belgien.

Der Senat hat (wie bereits gemeldet) in seiner Sitzung vom 26. März den Gesetzentwurf angenommen, welcher die Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages ermächtigt. Obgleich die Discussion erschöpft schien, dauerten die Debatten mit noch größerer Lebhaftigkeit, als an den früheren Tagen, fort. Die Sitzung wurde Mittags eröffnet, und erst um halb 6 Uhr konnte man, nachdem ein Vorschlag des Hrn. Cassiers, sich bis dahin zu vertagen, bis die Regierung von der Conferenz Erklärungen über die zweifelhaften Puncte des Vertrages erhalten hätte, mit großer Majorität verworfen worden, zum namentlichen Aufruf schreiten. Die Zahl der Votirenden war 47. Der Gesetzentwurf wurde mit 31 gegen 14 (in der Berliner telegraphischen Depesche hieß es irrig 13) Stimmen angenommen. Der Präsident Hr. Schiervel und Hr. Beke-Beke stimmten nicht. Der Präsident sprach folgende Worte: „Ich stimmte nicht gegen den Entwurf, weil meiner Meinung nach seine Verwerfung der Krieg wäre, ein Krieg, dessen erste Acte diese nämlichen Bevölkerungen mit Blut beflecken würden, die hier ein so lebhaftes Interesse erregt haben, ein unnützer Krieg, ohne irgend einen möglichen Erfolg; und nie werde ich zu einem Kriege reizen, der, meiner Meinung nach, den Verlust unserer Nationalität, den Verlust Belgiens nach sich ziehen muß; denn ich wünsche ein Belgien; ich wünsche es im Interesse auch dieser Bevölkerungen, welche die rohe Gewalt uns zu entreißen strebt. Ich stimmte nicht für den Entwurf, weil ich Limburger bin, weil es mir unmöglich war, an einem Acte Theil zunehmen, der mich von Männern trennen wird, die ich Alle kenne, die meine Freunde, meine Nachbarn sind, die ich liebe, die mich lieben, die mich stets mit Beweisen

von Zutrauen überhäuft haben; Männer, denen ich die Ehre verdanke, unter Ihnen zu ſitzen, die Ehre des Seſſels, auf den Ihr Vertrauen mich berufen hat. Ich konnte mit meinem Votum nicht an einem ſolchen Acte Theil nehmen, Sie werden es einſehen, und der Senat wird mein Enthalten mit Beifall aufnehmen. (Ja! ja!) Meine Landsleute werden mir hoffentlich die Gerechtigkeit widerfahren laſſen, daß ich Alles gethan habe, was mein Gewiſſen zu ihren Gunſten zu thun mir erlaubte." (Sehr gut!)

Der Senat hat am 27. März ohne Discuſſion die Geſetze wegen der Getreideausfuhr und der Zollveränderung auf den Gränzen Limburgs und Luxemburgs angenommen und ſich darauf auf unbeſtimmte Zeit vertagt.

Der Gouverneur von Limburg hat von den ſtädtiſchen Verwaltungen der Provinz ein Verzeichniß der Fremden verlangt, die ſich ſeit dem 26. Auguſt 1830 niedergelaſſen haben. Dieſes Verzeichniß muß mit der größten Pünctlichkeit die Namen dieſer Fremden, Geburtsort, Alter und Stand, ihren letzten Wohnſitz, das Datum ihrer Ankunft in Belgien, die Urſache ihres Aufenthalts im Königreich, ihre Exiſtenzmittel, ihr moraliſches und politiſches Benehmen, kurz Alles enthalten, was dazu dienen kann, ſie gut kennen zu lernen.

Das 18te Reſerveregiment verließ am 25. März Morgens Antwerpen, um ſich nach Lüttich zu begeben, wo es verabſchiedet werden ſoll. Ein beſonderes, aus 84 Waggons und Char-a-bancs beſtehendes, von zwei Locomotiven gezogenes Convoi transportirte dieſes ganze Regiment mit Einſchluß des Generalſtabs, der Bagagen ꝛc.

Mehrere Scheldeſchiffer ſind ſchon mit der Einrichtung regelmäßiger Beurten zwiſchen Antwerpen, Rotterdam, Amſterdam und dem Haag beſchäftigt. Auch ſoll ein kleines belgiſches Dampfboot dieſe Fahrt machen.

Der Prozeß des Hrn. Barthels ſchreitet langſam vorwärts. Man ſchreibt dieß den Verzweigungen zu, welche dieſe Sache im Auslande hat. Der vornehmſte Mitſchuldige, Hr. de Potter, befindet ſich in Paris, wo er nicht aufhört, ſeine Manifeſte gegen die belgiſche Regierung zu ſchleudern.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Ueber die Zuſtände im Walliſer Lande gibt ein uns zugekommenes Schreiben von der Aar vom 28. März folgenden weitern Bericht*): „Am 26. Februar verſammelte ſich in Sitten ſowohl der revolutionnäre Verfaſſungsrath als auch die von dem Staatsrathe von Wallis auf dieſen Tag einberufene Conferenz von Abgeordneten aller Zehnden des Cantons. Die Erklärung der eidgenöſſiſchen Commiſſarien an die letztere war im gleichen Sinne abgefaßt wie ihre frühern Proclamationen. Von den zwei Prämiſſen ausgehend: 1) der Untheilbarkeit des Cantons (damit nicht etwa das Oberwallis ſich im ſchlimmſten Fall durch eine Trennung der Despotie des Radicalismus entziehen könne) und 2) der Repräſentation nach der Bevölkerung (welche nach dem revolutionnären Sprachgebrauch Gerechtigkeit genannt wird) laden die Commiſſarien die Oberwalliſer ein, ſich an die Mehrheit, d. h. an den revolutionnären Verfaſſungsclubb, anzuſchließen. Am Schluſſe ihrer Erklärung laſſen ſie die eidgenöſſiſchen Bayonnete vor den Augen der gegen die Reform widerſpänſtigen, d. h. der rechtmäßigen Verfaſſung und Regierung getreuen, Bevölkerungen erblinken. Die Conferenz führte indeß zu keinem Reſultat, obſchon die Abgeordneten des Oberwallis neue Vermittlungsvorſchläge machten. — Der Pſeudo-Verfaſſungsrath ſeinerſeits beſchäftigte ſich mit der Unterſuchung der Verbalprozeſſe über die Abſtimmung des Volkes über das von ihm verfertigte Verfaſſungsproject. Das Ergebniß derſelben ſoll nach der Bekanntmachung des Pſeudo-Verfaſſungsraths folgendes geweſen ſeyn: Von 10,187 Stimmen waren 9031 für Annahme, 1156 für Verwerfung der neuen Verfaſſung. In Betracht dieſes Ergebniſſes erklärte der Verfaſſungsclubb die neue Verfaſſung, als von der Majorität des Walliſervolkes angenommen, zum Staatsgrundgeſetz. Wenn nun freilich die Zahl 9031 bedeutend größer iſt, als diejenige 1156, ſo war man dennoch im Walliſerland mit der Erklärung des Sittnerclubbs durchaus nicht einverſtanden, daß die neue Verfaſſung von der Mehrheit des Walliſervolkes angenommen worden ſei. In der That muß es im erſten Augenblicke auffallen, daß eine Zahl von 9031 Köpfen als die Mehrheit eines Landes erklärt werde, das an 75,000 Einwohner zählt. Wirklich hatte der Pſeudo-Verfaſſungsrath das nicht mit einſtimmende und von Anfang proteſtirende Oberwallis, das ſomit als verwerfend hätte gezählt werden ſollen, ſo wie denjenigen Theil des Centrums, der ſich zu der Partei des Oberwallis geſchlagen hatte, gar nicht mitgerechnet. Dabei hatte er unter den 9031 als annehmend angegebenen Stimmen des Unterwallis alle diejenigen mitgezählt, welche am Tage der Abſtimmung zu Hauſe geblieben waren, ſomit nicht geſtimmt hatten, hierin den von den ſchweizeriſchen Regeneratoren gleich anfangs aufgeſtellten bequemen Grundſatz befolgend, daß die Abweſenden zu den Annehmenden zählen. Auch darf der Umſtand nicht verſchwiegen werden, daß viele derjenigen, welche ihre Stimme im Allgemeinen für Annahme der neuen Verfaſſung abgegeben, einzelne und zwar von den gewichtigſten Artikeln desſelben verworfen hatten. Die von dem Pſeudo-Verfaſſungsrath erklärte Mehrheit des Walliſervolkes war ſomit eine bloß fingirte. Es mußte daher mehr als bloße Verwunderung erregen, daß die eidgenöſſiſchen Commiſſarien ſich dieſer Fiction anſchließend durch eine Proclamation vom 1. März das Walliſervolk einluden, den angeblich von der Mehrheit an-

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 15., 16. und 19. März. Zu Nr. 96.

genommenen constitutionnellen Act vom 30. Jänner 1839 anzuerkennen und zu den Wahlen des neuen großen Raths zu schreiten. Diese Proclamation hatte indeß nicht den gewünschten Erfolg. Der Staatsrath verweigerte dieselbe zu veröffentlichen, und das vorzüglich aus dem Grunde, weil er zweifle, daß die neue Verfassung von der Mehrheit des Walliservolkes angenommen sei. Auch wuchs die Entrüstung des Volkes im Ober- und Mittelwallis sowohl gegen den Verfassungsclubb und sein Machwerk als auch gegen das Benehmen der eidgenössischen Commissarien von Tage zu Tage. Am 3. März war in Siders eine zahlreiche Volksversammlung, an welcher Abgeordnete aus allen Zehnden des Oberwallis und aus den meisten des Centrums anwesend waren, und beschloß, eine schriftliche Protestation gegen das Machwerk des Pseudo-Verfassungsraths den Unterschriften des Volkes vorzuweisen, um auf diese Weise die fingirte Mehrheit zu widerlegen. In kurzer Zeit waren dieser Protestation 11,000 Unterschriften beigesetzt, und nach den neuesten Nachrichten soll die Zahl derselben auf 14,000 gestiegen seyn. Sie überwiegt somit bereits um vieles die 9031 Stimmen, die für Annahme der neuen Verfassung gezählt worden sind. Unter diesen Umständen hielten die eidgenössischen Commissarien am 4., 5. und 6. März eine Conferenz mit den drei untern Zehnden des Oberwallis, nämlich Hermens, Sider und Leuk, um die Gesinnungen derselben aufs Bestimmteste zu erfahren. Einmüthig wurde ihnen hier die entschiedenste Abneigung der Oberwalliser gegen das neue Verfassungswerk und der feste Entschluß, auf der Bahn des Rechtes und der Gesetzlichkeit zu verharren, ausgesprochen. Die Sprache der Männer des Oberwallis muß sehr ernst und entschieden gewesen seyn. Denn folgendermaaßen lautete die lakonische Schlußrede der Commissarien: „Wir haben eure „Beschwernisse und Gesinnungen vernommen, mit schwei„zerwürdiger Freimüthigkeit und Wohlanstand habt ihr „euch ausgesprochen, und dieser Tag wird uns lebenslänglich in freudiger Erinnerung bleiben." Wen, wenn er diese aus Feindes Mund geflossenen Worte liest, müßte nicht ein wehmüthiges Gefühl ergreifen, wenn dieses redliche Volk unter den Scepter des alles Schöne und Edle zerstörenden Radicalismus gebeugt werden sollte. — Die besagte Conferenz hatte nun auch zur Folge, daß die eidgenössischen Commissarien in einer Zuschrift an sämmtliche Zehnden des Cantons vom 9. März mit neuen Vermittlungsvorschlägen auftraten, deren wesentlicher Inhalt dahin geht, daß die zwei Grundsätze 1) der Untheilbarkeit des Cantons, 2) der Repräsentation in der obersten Behörde des Landes nach dem genauen Verhältniß der Bevölkerung, von allen Zehnden des Cantons anerkannt werden sollen, daß aber eine neue constituirende Versammlung zu ernennen sei, die sodann mit Vernichtung alles bisher Geschehenen unter eidgenössischer Garantie ein neues Staatsgebäude aufzuführen hat. — Nach den neuesten Nachrichten hat das Oberwallis in einer zu Sierre Statt gefundenen Versammlung beschlossen, diese Vergleichsvorschläge anzunehmen, jedoch unter folgenden absoluten Bedingungen: 1) daß der Bischof dem neu zu ernennenden Verfassungsrath mit dem Recht von vier Stimmen beiwohne, 2) daß der Verfassungsrath durch den bestehenden Staatsrath einberufen werde, 3) daß die jetzige Regierung bis zur Einführung der neuen Verfassung fortbestehen solle. Mittlerweile ist am 14. März der von dem Unterwallis in Folge der neuen Verfassung ernannte große Rath in Sitten zusammengetreten und hat ungeachtet der Vermittlungsvorschläge der eidgenössischen Commissarien am 20. den neuen Staatsrath ernannt. Neben diesem letztern besteht nun zu gleicher Zeit der rechtmäßige, von dem Oberwallis anerkannte Staatsrath. Beide, die legitime und die revolutionnäre Behörde, halten ihre Sitzungen in Sitten. Die Trennung des Cantons in zwei unabhängige Theile, welche der Vorort verhindern wollte, ist somit gerade durch das bisherige, die Revolutionnärs einseitig begünstigende Verfahren der eidgenössischen Commissarien factisch eingetreten."

Nachrichten aus Zürich vom 20. März melden: „Gestern wurde im großen Rath nach neunstündiger heftiger Debatte die Motion des Regierungsraths Bürgi, die Aufhebung der Hochschule betreffend, mit 144 Stimmen gegen 54 für erheblich erklärt. Man hat eine Commission von neun Mitgliedern ernannt, um dem großen Rath, der etwa in vier Wochen wieder zusammenkommen wird, Bericht in der Sache zu erstatten. In der Sitzung von heute, die um halb 1 Uhr Mittags den außerordentlichen großen Rath beendigte, wurde auch die Motion Ferd. Meyer's einmüthig (nur eine Stimme dissentirte) für erheblich erklärt. Sie zielt im Ganzen darauf, die Schule wieder stärker unter die Vormundschaft der Kirche zu stellen. Eine Commission von eilf Mitgliedern soll berichten."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 2. April d. J. den bisherigen Bankdirector, Johann Heinrich Freiherrn von Geymüller, zum Gouverneurs-Stellvertreter bei der österreichischen Nationalbank zu ernennen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 16. März d. J. den Abten von Stams, Augustin, über sein Ansuchen von dem Amte eines Directors der Gymnasien in Tyrol und Vorarlberg zu entheben, und dasselbe dem Ehrendomherrn von Brixen und Stadtpfarrer zu Innsbruck, Johann Duille, allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 5. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 7/8.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101 3/4.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/8.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	154 3/4.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	672 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.	in CM	65 1/4.
Bankactien pr. Stück 1508 7/8	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 97

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 7. April 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 5. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciert. Pariser Maaß.	Wiener Maaß		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.52	283.	3L. 5P.	— 0.6	NW.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.50	28	3 2	+ 1.8	NNW.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.51	28	3 3	— 1.5	NNW.	still.	heiter.

Frankreich.

Die neuesten Pariser Journale vom 30. März bestätigen, daß die projectirte Combination des linken Centrums, mit Doctrinaires und rechtem Centrum, bereits wieder gescheitert ist, und zwar an der Weigerung der Mitglieder des linken Centrums, an dieser Combination Theil zu nehmen. Ein Antrag, welcher H^rn. Thiers vom Könige gemacht worden war, einen diplomatischen Posten im Auslande anzunehmen, scheint gleichfalls abgelehnt worden zu seyn. Der Nouvelliste, und mit ihm fast wörtlich übereinstimmend der Messager, sagen hierüber: „Der König hat gestern (29.) Morgens H^rn. Thiers rufen lassen und ihm erklärt, daß es, im Interesse seines Dienstes und zur Erleichterung der Ministerialcombination, mit der man sich in diesem Augenblicke beschäftige, von großer Wichtigkeit seyn dürfte, daß er (H^r. Thiers) einen diplomatischen Posten im Auslande annehme, um solchergestalt die Engagements zu brechen, die von Seite der Staatsmänner des linken Centrums dieser Combination im Wege stehen könnten. — H^r. Thiers erwiederte, daß keine Art von Engagement zwischen seinen Freunden und ihm bestehe; daß er jedoch, wenn sich seine Freunde durch irgend eine Rücksicht an ihn gebunden glaubten, ihnen volle Freiheit zum Handeln gebe, und bereit sei, dieß so feierlich, als man nur wünschen könne, zu thun; daß, wenn er überdieß, um die Beendigung einer Krisis, die er so gut, wie Jedermann, beklage, zu beschleunigen, den Posten, den S^r. Majestät ihm anbiete, annehmen müsse, er sich, so zuwider diese Stellung auch seinen persönlichen Convenienzen seyn würde, darein zu ergeben wissen werde; daß er jedoch keinen definitiven Entschluß hierüber fassen könne, ohne seine Freunde zu Rathe zu ziehen, von denen ohne vorhergegangene Explicationen sich zu trennen ihm seine politischen Pflichten nicht gestatteten. — Die Nachricht von diesem Schritte S^r. Majestät, welche schnell in den Conferenzsaal der Kammer gelangt war, erzeugte daselbst die lebhafteste Sensation. Eine große Zahl von Deputirten faßte von freien Stücken den Entschluß, sich sogleich zu H^rn. Thiers zu verfügen; sie drangen lebhaft in ihn, seinen Posten in der Kammer zu behaupten. — Wir haben uns von der Genauigkeit dieser Thatsachen überzeugt. — Andererseits haben wir erfahren, daß im Laufe des Morgens eine Zusammenkunft bei H^rn. Dupin gehalten worden ist, und daß die HH. Passy, Sauzet und Dufaure hierbei erklärt haben, daß sie an keiner Ministerialcombination Theil nehmen könnten, in welche H^r. Thiers nicht eintreten würde. Ueber den Fond dieser Erklärung ist man allgemein einig; verschiedenen Versionen zufolge soll die Erklärung mehr oder minder bestimmt gewesen seyn. — Gestern um halb 9 Uhr Abends erzählte man, daß die Combination Soult-Broglie-Passy aufgegeben sei. Alles findet sich demnach von neuem in Frage gestellt. Obgleich wir mit der letzten Combination nicht völlig zufrieden waren, so sind wir doch geneigt, den Bruch derselben zu beklagen; so dringend scheint uns die Nothwendigkeit, einer Lage ein Ziel zu setzen, deren Bedenklichkeit durch jeden neuen Aufschub erhöht wird."

Durch außerordentliche Gelegenheit haben wir die Pariser Abendjournale (Messager, Gazette de France und Moniteur Parisien) vom 30. März erhalten. Der Messager sagt: „Jede Lösung scheint in dem Kreise, in dem man sich bisher bewegt hat, definitiv unmöglich. Zur Stunde, wo wir dieses schreiben, sind sämmtliche Combinationen, von denen seit zwei Tagen die Rede war, abgebrochen, und man weiß keine zu nennen, die wieder angeknüpft werden könnte. Die einzige Nothwendigkeit, welche durch die Lage gebieterisch angedeutet zu seyn scheint, ist die, daß das linke Centrum ans Ruder gelange; aber die unbeugsame Weigerung des Marschalls Soult hindert die Bildung eines Cabinets in diesem Sinne. — Könnte unter diesen Umständen nicht die Mitwirkung einer eben so unbestreitbaren Illustration eines Mannes, dessen Character und Patriotismus der Kammer und dem Lande alle wünschenswerthen Garantien darbieten, — könnte, sagen wir, diese Mitwirkung nicht mit Vortheil in Anspruch genommen werden? Wir glauben versichern zu können, daß die Wahl des H^rn. Marschalls Gerard zur Präsidentschaft des Conseils die entschiedene Beistimmung aller der Männer erhalten werde, welche zur Bildung des Cabinets des linken Centrums, unter der Präsidentschaft des Marschalls Soult, bezeichnet worden waren. — Eine große Anzahl von Deputirten verschiedener Nuancen haben sich klar und deutlich darüber ausgesprochen, daß diese Wahl in der Kammer unfehlbar die günstigste Aufnahme finden würde. — Die Hingebung, welche der H^r. Marschall Gerard jüngsthin durch Annahme des Commandos der Nationalgarde bewiesen hat, gibt der Hoffnung Raum, daß die Wichtigkeit der Umstände ihn bewegen werde, seine Ruhe noch einmal dem Interesse des Landes zu opfern."

Dem Messager vom 30. Abends zufolge hat an diesem Tage Mittags eine Versammlung von Deputirten der Linken, 97 an der Zahl, bei H^rn Odilon-Barrot Statt gefunden, in welcher einstimmig entschieden wurde, daß die Bildung eines homogenen Ministeriums des linken Centrums allein im Stande sei, eine befriedigende Lösung der gegenwärtigen Krisis herbeizuführen.

Der Moniteur Parisien hatte vor einigen Tagen der Angabe widersprochen, daß eine Batterie Artillerie nach der Kaserne von Courbevois gebracht worden sei. Jetzt wird neuerdings mit Namensunterschrift versichert, daß am 27. März Morgens um halb 7 Uhr sechs Kanonen in die Kaserne der Temple-Vorstadt gebracht wurden seien.

Hr. von Flahault, der seit mehreren Monaten in Schottland reiste, ist wieder in Paris angekommen.

Der Herausgeber der Gazette de France ist wegen seiner mit Beschlag belegten Nummer vom 22. März in gerichtlicher Untersuchung. Die Anklage stützt sich auf Art. 4 des Septembergesetzes, wonach Jeder, der auf den König den Tadel oder die Verantwortlichkeit für Handlungen seiner Regierung erstreckt, mit einmonatlichem bis einjährigem Gefängniß und 500 bis 5000 Fr. Geldstrafe belegt wird. Die Gazette de France fragt nun, welches denn eigentlich jetzt das verantwortliche Ministerium sei? od das todte oder dasjenige, das eine so schwere Geburt habe. „Die Septembergesetze," sagt sie, „sind eine gute Erfindung; es fehlt ihnen nur ein Zusatzartikel, um das Regierungs-Interregnum zu verhindern, das sich fast in jeder Session erneuert."

Das Journal du Havre sagt: „Der von Neuseeland hier angekommene Wallfischfänger „Cosmopolite," Commandeur Legruel, berichtet, daß auf der Insel Chatam die Besatzung des Wallfischfängers „Jean Bart" von den Eingebornen niedergemacht worden sei. Auf die Nachricht von diesem Ereigniß habe der Befehlshaber der dort kreuzenden königlichen Corvette „Heroine," Capitän Cécille, den französischen Wallfischfänger „Adèle" und den amerikanischen „Rebecca-Sim" mit 75 seiner besten Matrosen bemannt, die unter dem Befehl eines Seecadeten eine Landung unternehmen und die Mörder der Besatzung des „Jean Bart" aufsuchen sollten. Am 15. October segelten beide Schiffe in die Bay der Insel ein; die 75 Mann der „Heroine" bemächtigten sich eines Dorfes, das sie niederbrannten, und nahmen einen Häuptling und einen Eingebornen gefangen, die beschuldigt waren, die Niedermetzlung der französischen Seeleute veranlaßt zu haben. Nur eine Frau wurde bei dieser Affaire getödtet. Die beiden angeklagten Neuseeländer wurden an Bord gebracht und sollen in Frankreich vor Gericht gestellt werden.

Das Journal des Debats enthält ein Schreiben aus Otaheiti vom 30. August v. J.: „Die Fregatte „Venus," die am 29. December 1836 Brest verließ, um eine Reise um die Welt anzutreten, ist gestern hier angekommen. Die Mannschaft war vollkommen gesund. Der Capitän du Petit-Thouars hatte vernommen, daß die im vergangenen Jahre hier angekommenen Missionäre sehr gemißhandelt worden wären. Mehrere englische Missionäre hatten die Königinn überredet, sich von unsern Landsleuten zu befreien, und da die Gesetze des Landes das Erbrechen der Thüren verbieten, hatte man das Dach abgerissen, und sie an Bord eines fremden Schiffes geschleppt, welches sie nach Gambier brachte. Capitän du Petit-Thouars war beauftragt, für diese den Franzosen zugefügte Beleidigung eine Genugthuung zu fordern, und wandte sich deßhalb sogleich heute Morgen mit seiner Reclamation an die Königinn. Er ließ ihr anzeigen, daß, wenn sie bis morgen Mittag nicht einen Entschuldigungsbrief an den König der Franzosen geschrieben, eine Summe von 10,000 Fr. bezahlt und unsere Flagge mit 21 Kanonenschüssen begrüßt habe, er sich der Insel bemächtigen würde. Zugleich traf er alle Anstalten, um diese Drohung ins Werk zu richten. Die Königinn hat indessen schon heute Abend dem Capitän den Brief und die verlangte Geldsumme übergeben lassen, und der Salut soll morgen Früh Statt finden. Die „Venus" wird baldigst nach Sidney unter Segel gehen, wo sie sich aufs neue verproviantiren wird."

Am 29. März 5Percents 109 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 30. 3Percents 80 Fr. 25. Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 15 *). — Am 30. März 5Percents 109 Fr. 15. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 15. 3Percents 80 Fr. Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 15.

Spanien.

Briefen aus dem königlichen Hauptquartier zu Tolosa vom 23. März (in der Quotidienne) zufolge hatte man daselbst die vorläufige Nachricht von zwei siegreichen Gefechten erhalten, welche Cabrera bei Pesa und bei la Alton a (in Aragonien) über die Christinos erfochten haben soll. — Zariategui, Vargas und Elio waren in Tolosa angelangt. Der Erzbischof von Cuba arbeitete täglich mit dem Könige. — General Maroto befand sich fortwährend in Estella. Das fünfte Bataillon von Navarra hält Allo (südlich von Estella) besetzt; es ist an der Gränzlinie von dem 11ten navarresischen Bataillon abgelost worden.

Madrider Blättern vom 23. März zufolge war der bekannte General Cordova am 16. gedachten Monats aus Badajoz entwichen, und hatte sich nach Portugal geflüchtet. Es wurden ihm Reitende nachgeschickt; er konnte aber nicht mehr eingeholt werden. — Der Präsident des Conseils Hr. Perez de Castro soll sich in einem so bedenklichen Gesundheitszustande befinden, daß ernsthaft daran gedacht wurde, ihm einen Nachfolger zu geben. — Die Madrider Journale — freilich in dieser Beziehung keine sehr glaubenswürdige Quelle — sprechen auch von ernsthaften Mißhelligkeiten, die zwischen Maroto und Cabrera obwalten sollen.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 26. März übergab der Herzog von Buckingham einige Petitionen aus Irland gegen die Ernennung Lord Fortescue's zum Lordstatthalter. Lord Brougham äußerte: „Da die Minister der Vorlegung von Papieren in Betreff der canadischen Staatsgefangenen nicht entgegen sind, so will ich keine Discussion über sie veranlassen, mache aber Ihrer Majestät Regierung aufmerksam darauf, wie Gerechtigkeit und Menschlichkeit eine bessere Behandlung derselben erheischen. Mehrere derselben sind gut erzogen, und haben sich früher in achtbaren Gesellschaftskreisen bewegt; dennoch hat man sie, wie ich höre, mit Gaunern und Dieben zusammengesperrt, ihnen das Haar abgeschnitten, die Gefängnißkleidung angelegt, und behandelt sie überhaupt wie gemeine Sträflinge, obgleich sie sich nur politischer Vergehen schuldig gemacht haben, deren Strafbarkeit je nach Verschiedenheit der Staatsverfassungen und nach dem Urtheile der öffentlichen Meinung bekanntlich sehr relativ ist. Gewiß ist das ein Ueberbleibsel von der Barbarei vergangener Jahrhunderte, über die wenigstens England erhaben sein sollte. Auch bin ich überzeugt, es bedarf nur einer einfachen Erinnerung, und Abhülfe wird erfolgen." Der Redner ging nun auf die kritischen Verhältnisse zu den vereinigten Staaten über, und sprach seine Hoffnung aus, den Frieden mit dem freien amerikanischen Brudervolk gewahrt zu sehen. „Ich werde," sagte er, „der Regierung keine Bahn anempfehlen, die mit der Nationalehre unvereinbar wäre, und eben so wenig würden Ew. Lordschaften einen solchen Rath gutheißen; andererseits aber ist unser Kriegsruhm zu Land und Meer so wohlbegründet, der Muth und die Tapferkeit des englischen Volkes so über allen Zweifel erhaben, daß wir, um uns die unschätzbaren Segnungen des Friedens zu erhalten, ohne Nachtheil für unsere Ehre so große Zugeständnisse machen dürfen, als nur immer möglich. Nach

*) Der gestern nach Galignani's Messenger angegebene Kurs der 3Percents am 29. zu 79 Fr. 10. war offenbar falsch; es sollte 80 Fr. 10 heißen.

dieſem Grundſatze ſollte, meines Erachtens, England in jedem Falle handeln, zumal aber in dieſen unſeligen Differenzien mit Amerika. Machen wir hier Zugeſtändniſſe, ſo haben wir überdieß den Troſt, daß wir unläugbar, klar und handgreiflich im Unrecht waren und nachgeben, wenn man Unrecht hat, kann weder ſchaden noch beſchimpfen." Lord Normanby erwiederte: „Die canadiſchen Gefangenen, die zur Deportation verurtheilt ſind, wurden, wie alle Sträflinge aus jenen Gegenden, auf die verfügbaren Deportationsſchiffe gebracht; übrigens werde ich nähere Erkundigungen über dieſe Sache einziehen, die eigentlich nicht in meinen Geſchäftsbereich gehört. Was die übrigen Aeußerungen des edlen und gelehrten Lords betrifft, ſo habe ich nichts dazu zu bemerken." Lord Brougham: „Iſt es wahr, daß die Sclaven-Emancipation auf Mauritius von dem dortigen Conſeil mit einer Majorität von 1 Stimme verworfen worden iſt?" Lord Normanby: „Ich habe darüber keine Nachricht." Das Haus vertagte ſich, wie bereits erwähnt, bis zum 11. April.

Der Graf von Clarendon iſt von Madrid in London angekommen und hatte am 26. März eine Unterredung mit Lord Melbourne. Auch arbeitete er im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten.

Dieſer Tage gab der Lordmayor von London ſeinen Collegen von Dublin und den Sheriffs dieſer Stadt, welche nach London gekommen ſind, um gegen die iriſche Corporationsbill zu proteſtiren, ein Gaſtmahl im Manſionhouſe. Aehnliche Beweggründe wie die, durch welche die Dubliner Würdenträger über den St. Georgscanal geführt wurden, ſetzen gegenwärtig die City in Bewegung: dort will die neuernde Tendenz das ganze Corporationsweſen reorganiſiren, hier ſoll eine der wichtigſten Verrichtungen der Gemeindebehörden, die Polizei, ihrer alleinigen Controlle entzogen, und der Regierung untergeordnet werden. Auf eine dießfallſige Adreſſe der Citycorporation hat die Königinn kalt und ruhig geantwortet, die Ruhe und Sicherheit der Bewohner ihrer Hauptſtadt erheiſchten die beſondere Beachtung ihrer Regierung, und zu dieſem Ende habe ſie dem Parlament jene Bill zur Abänderung der Polizeiverwaltung in der City vorlegen laſſen. Der Sun ſagt: „Es iſt dieß, glauben wir, die erſte ungnädige Antwort, die Ihre Majeſtät irgend einer Körperſchaft ihrer Unterthanen ertheilt.

Die Hauptſtadt der Inſel Mauritius, Port Louis von 25,000 Einwohnern, wurde in der Nacht des 14. auf den 15. December durch eine furchtbare Feuersbrunſt verheert. Man ſchätzt den Verluſt auf 500,000 ſpaniſche Piaſter. Die Neger waren auf einigen Puncten zur Dämpfung des Feuers ſehr thätig und retteten auch mehrere Gebäude.

Conſols am 28. März 92¼.

Schweden und Norwegen.

Briefe aus Chriſtiania vom 21. März melden: „Das jetzige Storthing ſcheint mit vieler Vorliebe jede Gelegenheit zu ergreifen, das Vertrauen in den König und ſeine Regierung zu bezeugen. So wurde neulich in dem Gutachten des Ausſchuſſes über das Budget und die Steuern die volle Anerkennung der Umſicht der Regierung ausgeſprochen, welche ſie bei den, gelegenheitlich der in einigen Diſtricten Norwegens im vorigen Jahre ſchlecht ausgefallenen Ernte zu ergreifenden Maaßregeln dargethan hat, und dieſes Gutachten wurde von zwei Deputirten unterzeichnet, die im letzten Storthing für entſchiedene Oppoſitionsmänner galten. Ueberhaupt ſcheint die Stimmung des jetzigen Storthings ganz anders als vormals zu ſeyn, da fünf Anträge der Regierung bereits von demſelben angenommen ſind. — Es verlautet, daß der König noch einige Wochen unter ſeinen norwegiſchen Unterthanen verweilen wird, und daß er vor ſeiner Rückkehr nach Schweden die Handelsſtadt Bergen mit einem Beſuche beehren will."

Niederlande.

Der König der Niederlande hat in Bezug auf eine unterm 6. März von dem Stadtrath zu Luxemburg an ihn gerichtete loyale Adreſſe folgendes Reſcript an den Präſidenten der Regierungscommiſſion erlaſſen: „Der Stadtrath von Luxemburg hat Uns in der Erwartung einer baldigen Wiederherſtellung der geſetzlichen Ordnung im Großherzogthume die Geſinnungen ausgedrückt, von welchen er ſämmtliche Einwohner der Stadt beſeelt glaubt. Wir haben mit Wohlgefallen die in ſeiner Adreſſe ausgeſprochene Verſicherung des Vertrauens und der Liebe erſehen, und können dieſelbe nicht beſſer als dadurch erwiedern, daß Wir ſtets ſuchen werden, die Intereſſen der Stadt im Auge zu behalten und zu befördern. Unſere Geſinnungen in dieſer Hinſicht ſind noch ſtets dieſelben, welche wir in Unſerer Proclamation vom 19. Februar 1831 zu erkennen gegeben haben, und es wird Uns freuen, der Stadt hiervon den Beweis zu geben, ſobald der Augenblick, um dieſes mit Erfolg zu können, da ſeyn wird. Wir erwarten auch, daß Unſere guten Luxemburger mit ausdauernder Treue die weitern Folgen abwarten werden, und wünſchen daher, daß Sie Vorſtehendes dem Stadtrathe eröffnen. Haag, 19. März 1839. Wilhelm."

Belgien.

Bei der Abſtimmung, die am 26. März im Senate über den Friedenstractat Statt fand, ſtimmten für denſelben die Senatoren: Graf von Quarré, Baron von Staſſart, Baron van der Straeten von Ponthoz, von Hauffy, Biolley, Baron Dubois, Graf von Baillet, Baron von Nevele, Dupont d'Aherée, Graf von Aſchot, Graf Vilain XIIII., Baron von Mooreghem, Marquis von Rodes, Baron von Pelichy Vanhuerne, Baron von Snoy, Vicomte von Jonghe d'Ardoye, Graf d'Hane, Dumon Dumortier, Graf von Andelot, Chevalier Heyndrickx, Baron von Poteſta, Graf Duval von Beaulieu, Graf von Eſpiennes, Baron von Haultepenne, Baron Deman d'Hobruge, Chevalier de Wonters, G. de Jonghe, Baron von Hooghvorſt, Graf H. von Merode, Baron von Cartier et Engler. — Gegen den Tractat ſtimmten die Senatoren: Graf von Reneſſe, Chevalier Vanderheyden, Chevalier von Rouille, Vicomte von Rouveroy, Baron von Stockhem, Chevalier von Bouſſies, Malou, Caſſiers, Graf von Anſembourg, van Muyſſen, van Saceghem, Marquis von Ennetierres, Vorluut, Lefebvre-Meuret. — Nach dieſer Abſtimmung ſtattete der Graf von Andelot den Bericht über zwei Geſetzentwürfe ab, die auf die abzutretenden Gebietstheile Bezug haben. Der eine betrifft bekanntlich die Naturaliſation der Einwohner in Belgien, und der andere bezweckt die Erleichterung des Verkehrs der abzutretenden Gebiete mit den übrigen Theilen der Provinz, ſo wie mit Belgien überhaupt. Demgemäß ſollen einige Producte des Luxemburgiſchen, die bisher ihren Hauptabſatz in Belgien hatten, namentlich Schmiede- und Gußeiſen, Steingut, gewiſſe wollene Stoffe, Obſt und getrocknete Früchte, Holzkohlen, Kalk und Getreide gegen einen ſehr ermäßigten Zoll zugelaſſen werden. Aus dem Limburgiſchen ſoll nur das Getreide mit dieſer Vergünſtigung zuzulaſſen ſeyn, und zwar wenn es in den Kreis Verviers eingeführt wird. Damit der belgiſchen Induſtrie aus jenen Beſtimmungen kein Nachtheil erwachſe, iſt die Quantität und der Werth der aus dem Luxemburgiſchen zuzulaſſenden Producte, und zwar nur aus bereits beſtehenden Etabliſſements, nach dem Verhältniſſe ihrer Production feſt-

gesetzt. Deßhalb werden auch Ursprungscertificate und Fabrikzeichen als unumgängliche Bedingung verlangt. Die Commission trägt auf Annahme dieser Gesetzentwürfe an und ist sogar der Meinung, daß ähnliche Vergünstigungen auch noch auf andere Producte, namentlich Wein, Schlachtvieh, Leder, Papier ꝛc., ausgedehnt werden könnten, ohne daß dadurch die einheimische Agricultur und Industrie einen Nachtheil erleiden würden. — Beide Gesetzentwürfe sind bekanntlich vom Senat bereits angenommen worden.

Das Votum der Repräsentantenkammer über den Vertrag der 24 Artikel ist nach Provinzen auf folgende Weise eingetheilt: Lüttich 6 für, 3 gegen; Namur 2 für, 3 gegen; Limburg 1 für, 8 gegen; Luxemburg 1 für, 7 gegen; Brabant 11 für, 3 gegen; Antwerpen 8 für, 1 gegen; Westflandern 12 für, 2 gegen; Ostflandern 9 für, 9 gegen; Hennegau 8 für, 6 gegen. Zusammen 58 gegen 42. Bekanntlich starb H. Beckaert, der 15te Deputirte Westflanderns, vor dem Votum, und H. Trenteseaux, Deputirter Hennegaus, war sehr krank. Zieht man von obiger Zahl die Deputirten Limburgs und Luxemburgs ab, so findet man als Resultat 56 Stimmen für und 27 gegen den Vertrag, was eine Majorität von 29 Stimmen gibt.

Die Sitzung des Senats vom 25. März wurde noch zu einigen Interpellationen an die Minister benutzt. Der königliche Commissarius antwortete auf eine desfallsige an ihn gerichtete Anfrage: man habe in Betreff der Schuldverhältnisse die Interessen Belgiens bei der Londoner Conferenz mit größter Sorgfalt und mit gutem Erfolg vertheidigt; die Beseitigung der Liquidation des Syndicats sei für Belgien eine Wohlthat; es wären aus derselben höchstens 36 Millionen (wovon 18 Millonen für den belgischen Antheil) zu beziehen gewesen, während jetzt nicht allein die Beseitigung des Schuldrückstandes, sondern auch die Erlassung von 3,400,000 Gulden bedungen seien. — Eine andere interessante Interpellation, welche einige Senatoren an den Finanzminister richteten, bestand in der Frage, auf welche Weise die fünf Millionen Renten in das große Buch der öffentlichen Schuld eingetragen werden sollten, namentlich ob in 2½percentigen oder in 5percentigen Renten? Der Minister gab ausweichende Antwort, meinte, es sei nicht rathsam, sich schon jetzt bestimmt darüber auszusprechen, und sagte endlich, er werde eine bestimmte Erklärung nur dann geben, wenn der Senat durch einen förmlichen Beschluß es ausdrücklich verlangen sollte. Der Senat aber beseitigte die Frage auf Antrag des Barons Stassart durch den Uebergang zur Tagesordnung. Schließlich wurde ein Antrag des H. Cassier, die definitive Abstimmung auszusetzen, bis die Londoner Conferenz sich über gewisse noch zweifelhaft gelassene Puncte im Tractat bestimmter ausgesprochen haben werde, mit starker Majorität verworfen.

Man spricht von der Ernennung der HH. de Theux, Willmar und Rothomb zu Großkreuzen der Ehrenlegion; der Brigadegeneral Buzen soll zum Divisionsgeneral ernannt werden, die HH. Meeus und Devaux werden als künftige belgische Minister bezeichnet.

Im Courrier de la Meuse liest man: „Die Bevölkerung in dem abzutretenden Theile des Luxemburgischen beträgt . . . . . 149,700 Seelen.
Die in dem abzutretenden Theile des Limburgischen, mit Einschluß der Stadt Maestricht, beträgt 183,297 Seelen; da Belgien jedoch über diese Festung nicht zu verfügen hatte, so beschränkt sich die Zahl auf 161,298

In beiden Provinzen zusammen also 310,998 Seelen. Die im Limburgischen abzutretenden 161,298 Einwohner zerfielen vor dem Jahre 1794 nach ihrer Abstammung und Staatsangehörigkeit in: 1) 56,016 Holländer; 2) 8678 preußische Unterthanen; 3) 28,187 Einwohner der Fürstenthümer Cleve und Jülich; 4) 22,592 Unterthanen des Fürst-Bischofs von Lüttich und endlich 5) 45,825 eigentliche Belgier, oder Einwohner der österreichischen Niederlande."

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät geruhten an den obersten Landrichter des Königreichs Ungarn, Anton Grafen Cziráky, folgendes allerhöchste Handschreiben zu erlassen:

„Lieber Graf Cziráky! Ich finde Mich bewogen, Sie Ihrer eigenen Bitte gemäß von der Stelle des Judex Curiae zu entheben, und ernenne Sie zum Beweise Meines vollen Vertrauens in Ihre bewährte Treue und Anhänglichkeit an Meine Person und den Staat, zu Meinem Staats- und Conferenzminister, indem Ich Mir zugleich vorbehalte, Ihre ausgezeichneten Geschäftskenntnisse in dieser Eigenschaft zu benützen."

Gleichzeitig geruhten Se. Majestät mit allerhöchstem Handschreiben an die Stelle des Grafen Cziráky Allerhöchstihren geheimen, dann Staats- und Conferenzrath, Georg von Majláth, in Anerkennung seiner bisherigen ausgezeichneten Dienstleistung, Geschäftskenntnisse und treuen Anhänglichkeit, zum obersten Landrichter (Judex Curiae Regiae) des Königreichs Ungarn allergnädigst zu ernennen.

Am 6. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC.	in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC.	in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	283½.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	154½.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	675½.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.			in CM	65¼.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ G. Ufo. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1508 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des österreichischen Beobachters ist erschienen das zweite Heft der militärischen Zeitschrift 1839. Dieses enthält folgende Aufsätze: I. Den Schluß der Lebensbeschreibung des k. k. FML. Freiherrn von Milutinovich. II. Die Fortsetzung der Operationen gegen Paris im März 1814, und zwar vom 25. März die Gefechte bei Saint-Dizier, Valcour und Humbecourt, vom 26. jene bei Sezanne, Chailly, la Ferté Gaucher und Moutis, — und das Treffen bei Saint-Dizier, mit dem Plane des Kampfplatzes. III. Betrachtungen über „Einige Ideen über die Befestigungskunst," welche in dem Journal des sciences militaires 1838 mitgetheilt worden. IV. Kartenankündigung. V. Neueste Militärveränderungen. VI. Miszellen und Notizen Nr. 1 bis 6. — In diesem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1839 der militärischen Zeitschrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

№ 98

Oesterreichischer Beobachter

Montag, den 8. April 1839.

W 1·K· LEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 6. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.521	28. 3L. 5P.	— 2.1	N.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.547	28 3 8	+ 1.1	NW.	mittel.	——
	10 Uhr Abends.	27.594	28 4 3	— 0.3	N.	schwach.	Wolken.

Frankreich.

Der Moniteur vom 1. April (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) bringt endlich wenigstens eine provisorische Lösung der Ministerialkrisis. — Er enthält acht königliche Ordonnanzen vom vorhergehenden Tage, kraft deren H^r. von Gasparin, Pair von Frankreich, an die Stelle des Grafen von Montalivet, zum Minister-Staatssecretär beim Departement des Innern; H^r. Girod (de l'Ain), Pair von Frankreich, zum Siegelbewahrer, an die Stelle des H^rn. Barthe, zum Minister-Staatssecretär beim Departement der Justiz und des Cultus; der H^r. Duc de Montebello, Pair von Frankreich, an die Stelle des H^rn. Grafen Molé, zum Staatssecretär beim Departement der auswärtigen Angelegenheiten; der H^r. Generallieutenant Despans-Cubières, an die Stelle des H^rn. Generallieutenants Baron Bernard, zum Minister-Staatssecretär beim Kriegsdepartement; der H^r. Baron Tupinier, Mitglied der Deputirtenkammer, zum Minister-Staatssecretär der Marine und der Colonien, an die Stelle des H^rn. Viceadmiral de Rosamel; H^r. Parant, Mitglied der Deputirtenkammer, zum Minister-Staatssecretär beim Departement des öffentlichen Unterrichts, an die Stelle des H^rn. von Salvandy; H^r. Gautier, Pair von Frankreich, zum Minister-Staatssecretär beim Finanzdepartement, an die Stelle des H^rn. Lacave-Laplagne, ernannt werden, und H^r. von Gasparin, Minister-Staatssecretär beim Departement des Innern, interimistisch mit den Functionen als Minister-Staatssecretär beim Departement der öffentlichen Arbeiten, des Ackerbaues und des Handels, an die Stelle des H^rn. Martin (du Nord), beauftragt wird. — In jeder dieser Ordonnanzen wird ausdrücklich gesagt, daß die Dimission der Personen, welche früher die einzelnen Ministerien bekleidet hatten, angenommen ist.

Ueber den provisorischen Character des obgedachten Cabinets äußert sich der Moniteur vom obgedachten Tage folgendermaaßen: „Die seit mehreren Tagen zur Bildung eines Ministeriums angeknüpften Unterhandlungen haben noch kein Resultat zur Folge gehabt. Wir haben allen Grund zu glauben, daß die Hindernisse nicht von langer Dauer seyn werden. Inzwischen konnte eine solche Lage nicht länger fortgesetzt werden, ohne die moralischen und materiellen Interessen des Landes ernsthaft zu gefährden. Die Session mußte eröffnet, die Kammern mußten constituirt werden. Die Minister, die ihre Entlassung eingereicht hatten, konnten nicht mehr fungiren. Es ward demnach nothwendig, daß durch ein Uebergangs-Ministerium (**ministère de transition**) für die Forderungen der Constitution und für die Erledigung der Geschäfte gesorgt werde. Männer, bekannt durch ihren Patriotismus, durch ihre persönliche Selbstverläugnung und ihre ehrenvollen Dienste, haben diese Sendung des Vertrauens und der Aufopferung vom Könige angenommen. Sie haben selbe nur unter der ausdrücklichen Bedingung angenommen, daß ihre Functionen in dem Augenblicke aufhören sollten, wo ein definitives Ministerium gebildet seyn würde, wobei sie übrigens die volle Verantwortlichkeit für alle ihre Handlungen auf sich nehmen. Sie hegen die Ueberzeugung, daß die Beweggründe ihres Entschlusses bei den Kammern und beim Lande die gebührende Würdigung finden werden."

Der Moniteur vom obgedachten Tage enthält außerdem noch drei Ordonnanzen, kraft deren H^r. Barthe, bisheriger Siegelbewahrer, an die Stelle des Grafen Simeon, dessen Dimission angenommen wird, zum Präsidenten des Rechnungshofes; H^r. Laplagne, bisheriger Finanzminister, an die Stelle des H^rn. Cordelle, dessen Dimission angenommen, und der zum Honorar-Rathe ernannt wird, zum Conseiller Maître beim Rechnungshofe; und der Graf von Montalivet zum General-Intendanten, Administrator der Civilliste, an die Stelle des Grafen von Bondy, dessen Dimission angenommen und der zum Honorar-General-Indentanten ernannt wird, ernannt werden.

Das Journal des Debats vom 1. April glaubt, der Marschall Soult werde seine früheren Bemühungen zur Bildung eines Ministeriums wieder fortsetzen, sobald die ersten Discussionen der Kammer den Parteien gestatten werden, sich besser zu orientiren.

Der National ist wegen des Artikels vom 7. Februar, über die Armee, auf den 10. April vor die Assisen beschieden. Zwei andere Journale, die den Artikel wiederholten, sind ebenfalls in der Anklage begriffen.

Ein H^r. Colson, Kupferstecher und Schriftgießer in Grenoble, will eine neue Masse für die Buchdruckerschrift, statt der bisherigen aus Spießglanz und Blei, entdeckt haben, die vorzüglich dem Drucke der Journale durch mechanische Pressen zu gut kommen würde. Er will den Käufern seiner weit härtern Schriften eine zehnjährige Dauer ohne Umgießung versprechen, ohne den Preis der ältern Schriften zu überschreiten.

Spanien.

Ueber den Stand der Dinge in Niederarragonien, wo sich bei der Stellung der beiderseitigen Streitkräfte ein hitziger Kampf vorzubereiten scheint, meldet ein Schreiben aus Bayonne vom 26. März: „Obgleich es dem General van Halen, seitdem er die Armee des Centrums commandirt, gelungen ist, größeren Unfällen, die man nach der Niederlage von Pardiñas fürchten konnte, vorzubeugen, so sind seine ferneren Versuche, dem Operationen eine gewisse Lebhaftigkeit einzuprägen, nicht

glücklich gewesen. Die zwei Expeditionen gegen die elenden Nester von Montan und Alpuente endigten vorzüglich wegen Mangels an Zusammenwirkung der Divisionen *) mit einem Rückzug, und wiewohl seitdem die Insurgenten wegen der Stellung der Armee von Valencia und der Befestigung von Onda und Almenara nicht mehr ihre Raubzüge in die Gegenden am untern Xucar erneuern konnten, so sind dagegen zu diesem Zwecke die besten Kräfte der sämmtlichen Armee, 11 bis 12,000 Mann, verwendet und gleichsam in Unthätigkeit gesetzt worden. Cabrera, der nie ruht, und den die Noth auch nicht ruhen läßt, benützte diesen Umstand, um das ganze Unterarragonien auszuplündern, und durch die Befestigung von Segura seine Operationsbasis zu erweitern. Die Colonne, die er immer in Chelva unterhält, raubte, so viel sie konnte, in dem angränzenden Theile von der Provinz Cuenca von Mova bis Utiel, wurde aber durch die Christinische Brigade von Cuenca in Schranken gehalten. Llangostera ergoß sich wie ein reißender Strom über die schon so verheerten Gegenden an den Flüssen Alhambra, Cella und Xiloca, und führte 11,000 Stück Vieh mit sich fort; den Einwohnern blieb nichts, als die Augen, um ihr Elend zu beweinen. Cabrera deckte indessen die Arbeiten bei Segura und bedrohte das Fort von Montalvan, ein paar Meilen südlich von Segura. Bosque, ein genialer Parteigänger, der mit 300 Mann Infanterie und 100 Pferden die 1200 Mann starke Besatzung von Alcañiz aushungert, hatte in Folge des plötzlichen Uebergewichts der Carlisten zwischen den Flüssen Martin und Guadelope das Glück, die bisher gefürchteten Streifparteien Ferrers von Alcañiz und des Pfarrers von Sabil, Vellila, zusammen etwa 100 Mann stark, zu umwickeln und fast gänzlich zu Grunde zu richten. Vorstellungen und Deputationen gingen nach Madrid und an Espartero, um der Division Parra, welche diesem Unfuge unbeweglich in Calatayud hatte zusehen müssen, zu erlauben, sich mit der für sich zu schwachen Division von Unterarragonien, welche Ayerbe befehligt, zu Offensivoperationen zu verbinden. Diese Erlaubniß wurde endlich ausgewirkt, beide Divisionen vereinigten sich in Cariñena, und man erfährt eben, daß am 20. neun Bataillons, 500 Pferde und 4 Stück leichter Artillerie von dort in der Richtung nach Segura ausgezogen sind. Cabrera scheint sie mit 6 starken Bataillons erwarten zu wollen, während Llangostera die Bewegungen van Halens, der mit 5 Bataillons in der Gegend von Teruel angelangt seyn soll, beobachtet; man dürfte demnach eine Action erwarten, aber es ist wahrscheinlicher, wenn anders Segura schon in Vertheidigungsstand ist, daß Cabrera das Spiel von Morella wiederholen, und seine überlegenen Feinde durch Abschneidung der Communication in Verlegenheit zu setzen suchen wird. Espartero hat sein Hauptquartier in Navarra, nämlich in Lodosa, und unterhält dadurch das Publicum stets bei guter Hoffnung in Bezug auf weitere Operationen. — Nachschrift. Van Halen ist am 19. in Teruel und Ayerbe, am 22. in Munieſa angelangt; am folgenden Tage sollte er gegen Segura vorrücken. — Die Carlisten von Catalonien haben den schönen Ort Pons am Segre durch ein Loch, das man ihnen in einem Hause öffnete, überrumpelt, und da die dritte Division dem Fort am 17. zu Hülfe kam, angezündet. Die Garnison und die compromittirten Einwohner sind nach Lerida geführt worden. — Die beiden Carlistischen Parteien, del Espanto bei Bilbao und des Häuptlings Amerle in den Encartaciones, sind vernichtet worden. — Die Carlisten von Galicien haben den Commandanten Cayuela, der die dortigen Operation leitete, in einem Gefechte bei Sobrado, zwei Meilen von Santiago, getödtet."

*) So mußte sich z. B. die Brigade Amarillas von Alpuente eilig zurückziehen, weil die Brigade, welche bestimmt war, durch ihre Stellung in Chelva jene zu unterstützen, sich voreilig nach Villar und Lirla zurückzog, entweder aus Mangel an Lebensmitteln oder wegen übelverstandener Ordre.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 27. März, der letzten vor den Osterferien, vertagte Lord J. Russell seine wichtige Motion hinsichtlich der Verwaltung Irlands auf den 15. April. Die durch Sir Stratford Canning angeregte kurze Debatte über die Gränzfrage zwischen Maine und Neubraunschweig führte zu keinem Resultat, da auch Sir R. Peel der Erklärung Lord Palmerstons beipflichtete, daß die Regierung bei dem jetzigen Stande jener Angelegenheit nicht gehalten seyn könne, weder umfassende mündliche Aufschlüsse zu geben, noch Papiere vorzulegen. Doch ward, auf Sir G. Grey's Antrag, die Vorlegung der von Mitchell entworfenen Karte über das fragliche Gebiet vom Jahre 1755 zugesagt, die sich auf dem brittischen Museum befindet. Der Bericht über das Kriegsbudgets ward eingebracht und genehmigt, wobei Sir R. Peel Anlaß nahm, die letzte kriegslustige Philippika Hrn. Th. Attwoods gegen Rußland lächerlich zu machen. Dem ehrenwerthen Mitgliede für Birmingham, meinte er, komme es nicht darauf an, England in einen Krieg zu stürzen, wenn es nur seinen alten Lieblingsplan: Papiergeld, realisirt sehen könnte. Der Generalfeldzeugmeister, Sir H. Vivian, legte hierauf, als integrirenden Theil des Kriegsbudgets, seine Voranschläge über das Geschützwesen vor, deren Einzelsätze ohne Widerspruch angenommen wurden. Hr. Hume erklärte nämlich, da die Vermehrung der Armee votirt worden sei, so sei es natürlich, daß die neu hinzukommenden Truppen auch Waffen haben müßten, und insofern verzichte er auf unnütze Einreden. In verdrießlichem Tone schloß er mit den Worten: „Das Land ist in einem armseligen Zustand; es hat weder eine Regierung, noch eine Opposition. (Hört! und Gelächter.) Eine compacte Partei-Opposition ist allerdings da, aber was ich beklage, eine sparsame Opposition fehlt. Als Reformer, das fühl' ich nachgerade, bin ich in einer falschen Stellung. Ich wechsle nicht gern die Seiten (Gelächter), aber meine Pflicht zwingt mich fast dazu. Doch ich hoffe auf bessere Zeiten." (Hört! und Gelächter.) Der ganze Mehrbetrag dieses Nebenbudgets gegen das vorige Jahr ist 150,049 Pf. St. Den Vorrath an kleinen Waffen, Flinten, Säbeln u. s. w., erklärte Sir H. Vivian, habe er sehr eingehen lassen, weil die Armee im Fall eines Krieges mit neueren besseren und gleichmäßigeren Waffen versehen werden müsse. Namentlich solle dann die ganze Infanterie Percussionsgewehre erhalten. (Hört!)

Die vom Unterhause schon angenommene gesetzliche Verfügung zu Gunsten des ältesten Sohnes des Herzogs von Wellington, die jetzt der Entscheidung des Oberhauses vorliegt, ist keine Geldbewilligung für den Herzog oder seines Sohnes Gemahlinn, sondern gibt dem Herzoge bloß die Ermächtigung, zu Gunsten seiner Schwiegertochter eine Summe von 2500 Pf. St. auf das von der Geldbewilligung des Parlaments angekaufte Gut anzuweisen, das ohne eine gesetzliche Verfügung nicht belastet werden kann.

Obgleich der Courier sich des Ministeriums eifriger annimmt, als die Morning-Chronicle, die in dieser Krise nur daran denkt, demselben vorzurücken, in

welchen Beziehungen es, ihren Ansichten nach, gefehlt und sich nicht entschieden genug auf der Bahn der Reformen vorgewagt habe, so räumt doch auch jenes Blatt ein, daß die Liberalen nicht gerade besondern Grund hätten, für das jetzige Ministerium in die Schranken zu treten, weil es keineswegs alle ihre Hoffnungen erfüllt habe. Indeß ist der Courier doch überzeugt, daß, abgesehen von allen Rücksichten für das Ministerium, die liberale Partei des Unterhauses, selbst mit Inbegriff der den Ministern am feindseligsten gesinnten Ultraradicalen, die Grundsätze, nach denen Lord Normanby Irland verwaltet habe, nicht werde verurtheilen wollen, und das genannte Blatt hält daher die Hoffnungen, die sich die Torybläter, besonders die Times, bei dieser Gelegenheit machen, für ganz vergeblich. Daß es aber der Times selbst mit ihren Hoffnungen nicht so Ernst ist, zeigt schon die erbitterte Leidenschaftlichkeit, womit sie sich über das Benehmen der Minister in Bezug auf den die irländische Verwaltung betreffenden Beschluß des Oberhauses äußert. Lord Melbourne, meint sie, sage, nur mit andern Worten, eigentlich Folgendes: „Seid doch nicht so grausam, ich beschwöre euch, die Verwaltung meines edlen Freundes zu untersuchen; denn thut ihr dieß und kommt die Wahrheit ans Licht, so ist es unmöglich, daß er und wir mit ihm nicht verurtheilt werden." Und nachdem man so viel Rühmens, selbst in Thronreden, von Irlands jetziger Ruhe gemacht, laufe am Ende das Resultat darauf hinaus, daß der dortige Zustand jetzt nicht schlimmer sei, als früher. Um endlich schon im voraus den moralischen Eindruck zu entkräften, den eine Majorität zu Gunsten der Minister im Unterhause bei der Entscheidung dieser Frage machen dürfte, weisen die Oppositionsblätter darauf hin, daß eine solche Majorität den Ministern jedenfalls nur mit Hülfe der irländischen Mitglieder, die in dieser Sache selbst Parteien seien, zu Theil werden könne, wie es überhaupt nur vermöge der katholischen Emancipationsbill einem Whigministerium möglich geworden, sich längere Zeit am Ruder zu behaupten, so daß man wohl mit Recht sagen könne, die Regierung des Landes hänge jetzt von O'Connell und seinem Anhange ab, denn nur so lange die Whigs dieser Faction zu Willen wären, vermöchten sie sich zu halten; käme es bloß auf die Repräsentanten Großbritanniens an, so würden sie schon längst die Majorität nicht mehr auf ihrer Seite haben, denn unter diesen bestehe die Mehrzahl notorisch aus Conservativen. Aber selbst mit den irländischen Mitgliedern, fügt die Opposition hinzu, würden sie die Majorität noch nicht für sich haben, wenn man diejenigen Mitglieder des Unterhauses abrechne, welche besoldete Diener der Krone seien, und sonach wäre es eitel Trug, wenn die Minister behaupten wollten, eine dergestalt zusammengebrachte Majorität sei ein Beweis, daß sie das Vertrauen des Unterhauses und des Landes besäßen. O'Connell hat übrigens bereits ein Schreiben an die Irländer erlassen, worin er ihnen das Benehmen Lord John Russells von neuem anpreist und sie auffordert, ein Ministerium, welches seine Existenz von einer gerechten und milden Verwaltung Irlands abhängig machen wolle, aus allen Kräften zu unterstützen.

Schon seit längerer Zeit war ein ehrenrühriges Gerücht über eines der Ehrenfräulein der Herzoginn von Kent, Lady Flora Hastings, in London verbreitet und wurde von den Toryblättern benutzt, um die Minister, besonders Lord Melbourne, der schmählichsten Intriguen zu zeihen, weil jene Dame einer torystischen Familie angehört und man daher die ganze Geschichte als einen von den Whigs abgekarteten Plan bezeichnete, der zum Zweck gehabt hätte, den etwanigen Einfluß der Hastings'schen Familie vom Hofe zu verdrängen. Jetzt hat sich nun der Oheim der in ihrer weiblichen Ehre tief gekränkten Dame, Lord Fitzgerald, veranlaßt gefunden, die ganze Sachlage in einem öffentlichen Blatte zu publiciren und das ärztliche Attest mitzutheilen, welches seiner Nichte von den Leibärzten der Königinn und der Herzoginn von Kent ausgestellt worden ist und das ihr vollkommene Genugthuung gibt, wiewohl die ihr zugefügte schwere Kränkung dadurch nicht wieder gut gemacht werden kann. Der Oheim erklärt daher auch, daß er dem Urheber oder der Urheberinn aufs strengste nachforschen und sie zur Rechenschaft ziehen werde. Von Lord Melbourne hat bereits Lady Flora's Bruder, der Marquis von Hastings, eine Erklärung gefordert und von demselben die Versicherung erhalten, daß er an dieser Sache nicht den entferntesten Antheil habe. Auch von Ihrer Majestät ist dem Marquis eine Audienz bewilligt worden, und die Königinn, die bereits den Befehl ertheilt hatte, daß Lady Flora nicht mehr bei Hofe erscheinen solle, hat ihm ihr aufrichtiges Bedauern über die ihr widerfahrene Täuschung zu erkennen gegeben. Die Herzoginn von Kent, die niemals an die Schuld ihrer Ehrendame glaubte, hat sogleich den Arzt Sir James Clark, der ihr den Verdacht gegen Lady Flora mittheilte, aus ihrem Dienst entlassen und sich geweigert, Lady Portmann, die nebst Lady Tavistock besonders dazu beigetragen haben soll, den gehegten Argwohn am Hofe zu verbreiten, jemals wieder zu sehen; an die Mutter der Gekränkten richtete Ihre königl. Hoheit ein sehr freundliches Trostschreiben. Der John Bull bemerkt in Bezug auf diesen Vorfall: „Daß ein solcher Scandal sich an dem Hofe einer so jungen Souveraininn hat ereignen müssen, ist höchst beklagenswerth; daß so gehässige Einflüsterungen geduldet werden, ist noch schlimmer; aber daß man irgend einem der Individuen, die bei dem Gebräu einer solchen höllischen Verläumdung betheiligt gewesen, noch länger gestattet, den Pallast zu verpesten, scheint uns unbegreiflich."

Mit der Post aus Halifax (Neuschottland) hatte man in England Nachrichten von da bis zum 4. März, aus St. John's (Neubraunschweig) bis Ende Februars. Sobald in Fredericktown die Kunde einlief, daß die Amerikaner angefangen, einen Weg durch den Wald nach Madamaska zu hauen, marschirte das 36ste Regiment an die Gränze, und die Miliz von Fredericktown sollte am 27. Februar aufbrechen, um den Uebergriff der Amerikaner zu verhindern. In der benachbarten Colonie Neuschottland zeigte sich der größte Enthusiasmus. Als man von den Schritten des Gouverneurs von Maine hörte, verwandelte sich die Legislatur in ein Committee zur Vertheidigung der Provinz und zur Unterstützung der Neubraunschweiger. Das Haus war vom Volk umlagert. Eine Reihe von Beschlüssen ward einmüthig angenommen, die den Oberbefehlshaber ermächtigten, 8000 Mann Milizen vom 18ten bis zum 45sten Jahre aufzurufen, und nöthigenfalls 100,000 Pf. St. zu verausgaben, um die der Schwesterprovinz drohende Invasion zurückzuschlagen. Die Legislatur erhob sich, und brachte, indem die auf den Gallerien und vor dem Hause versammelte Menge einstimmte, zuerst der Königinn Victoria und dann den braven Bewohnern Neubraunschweigs ein dreimaliges Lebehoch aus. Hiernach scheinen die brittischen Colonisten eben so kriegslustig zu seyn, wie die Bürger von Maine, und es wird von Seite ihrer Obrigkeiten einer äußerst klugen Leitung bedürfen, um einen Zusammenstoß zu verhindern.

Die neuesten Nachrichten aus Canada lauten friedlich. Sir George Arthur hat die Session der Legislatur von Obercanada mit einer sehr langen Rede eröffnet,

in welcher er, ungeachtet des ruhigen Zustandes der Colonie, den Wunsch aussprach, daß die Miliz auf den besten Fuß gestellt werden möchte. Die noch nicht hingerichteten Verurtheilten dürften wahrscheinlich deportirt werden. Die Maaßregeln des Generalgouverneurs Sir J. Colborne haben die volle Gutheißung der Regierung erhalten.

Nach den letzten Berichten aus Corfu, welche die Times mittheilt, scheinen die Bewohner der jonischen Inseln eifrigst darauf bedacht zu seyn, ihre Constitution, die als sehr willkürlich geschildert wird, zu reformiren. Der Gouverneur dieser Inseln, heißt es, beherrsche sie so unumschränkt, daß unter Anderm nichts in dem dortigen einzigen officiellen Journal ohne seine vorherige besondere Erlaubniß erscheinen dürfe. Inzwischen hat er nicht verhindern können, daß gegen Ende des vorigen Jahres eine Petition von der Wählerschaft an die Königinn eingeleitet wurde, womit sich eine Deputation derselben zu Sir Howard Douglas begab und um die Beförderung derselben bat. Dieser lehnte es jedoch ab, und die gedachte Petition kam nur abschriftlich nach England. Dieselbe soll sehr lang und undeutlich abgefaßt seyn, inzwischen soll so viel daraus hervorgehen, daß die Jonier die Controlle des Lord-Obercommissärs über die Wahlen des Senats abgeschafft und die vacanten Stellen in dieser Körperschaft durch Eingeborne besetzt zu sehen, vor Allem aber unbeschränkte Preßfreiheit eingeführt zu haben wünschen.

Am 19. März Abends ward ein wohlgekleideter Mann von etwa 40 Jahren festgenommen, der Scandal in den Straßen Londons gemacht hatte. Man fand bei ihm eine Menge großer Steine und einen scharfgespitzten Dolch. Auf Befragen versicherte er, er heiße Guelph und sei ein Sohn Georgs IV. und der Königinn Caroline; die Steine habe er bei sich geführt, um Lord Melbourne den Schädel einzuwerfen, der ihn durch elektrische Schläge zu peinigen suche. Dieser Unglückliche, offenbar ein Verrückter, sitzt nun in Gewahrsam; er soll James Howard heißen.

Preußen.

Die Elberfelder Zeitung meldet aus Düsseldorf vom 29. März: „Heute Nachmittags gegen 2 Uhr kamen S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland mit großem Gefolge per Post hier an, während der größte Theil des Gefolges mit einem niederländischen Dampfschiffe ungefähr zu gleicher Zeit anlangte. Höchstdieselben nahmen Ihr Absteigquartier im Breidenbacher Hofe, wo Ihre königl. Hoheiten der Prinz Friedrich, Prinz Alexander und Prinz Georg von Preußen dem Großfürsten ihren Empfangbesuch machten, und die commandirenden Generäle Excellenzen von Borstell und von Pfuel, der Divisionscommandeur Generallieutenant Graf von der Gröben, der russische Oberst Freiherr von Reutern, so wie viele andere Militär- und mehrere Civilbehörden zum Empfange bereit waren. Nach einem zwei- bis dreiviertelstündigen Aufenthalte fuhren der Großfürst-Thronfolger und die preußischen Prinzen, begleitet von den anwesenden Stabsoffizieren und mehreren aus dem Gefolge des Thronfolgers, zur Akademie, wo eine ziemlich reiche Ausstellung eingerichtet war, besonders ausgezeichnet durch einige Landschaften, namentlich von Pose und Achenbach, durch die von Hildebrand gemalten Porträts des Grafen Tripps, des Rittmeisters von Sydow und des Obersten von Reutern, so wie durch mehrere andere werthvolle Bilder. Auch geruhten Ihre Hoheiten die Ateliers zu durchwandern, wo einige mehr oder weniger vollendete ganz ausgezeichnete Bilder Ihr höchstes Interesse in Anspruch nahmen. Später war großes Diner beim Prinzen Friedrich, aber wegen des Charfreitags ziemlich geräuschlos, nur daß überall großes Gedränge war, indem ein Jeder den persönlich höchst interessanten Thronfolger des unserer königlichen Familie so innig befreundeten und verwandten Herrscherhauses zu sehen wünschte. Morgen werden Ihre kais. Hoheit Ihre Reise nach dem Haag von hier weiter fortsetzen."

Schon vor einigen Tagen war in öffentlichen Blättern (namentlich holländischen) und in Privatbriefen von einem Pöbelauflauf in Cleve die Rede. Nachstehendes Nähere bringt nun hierüber ein Schreiben von der holländischen Gränze vom 26. März in der Allgemeinen Zeitung: „In der benachbarten preußischen Stadt Cleve haben in der Nacht vom letzten Sonntag auf Montag beklagenswerthe Ereignisse Statt gehabt. Der Pöbel war schon seit einiger Zeit unmuthig über ein in Barmen gedrucktes und in Cleve verkauftes Schriftchen: „Luther," von E. Simons, welches das Motto trägt:

> Dich preis' ich, o Luther, wohl leise und laut,
> O begeisterter Redner zum Volke,
> Der die Wahrheit umfaßte, die Himmelsbraut,
> Wie der Sturm die glühende Wolke.

Die Masse vermuthete, daß das Schriftchen gegen die katholische Kirche gerichtet sei, und wurde in seiner Vermuthung dadurch bestärkt, daß die katholische Gemeinde von der Kanzel herab vor der Schrift gewarnt ward. Pöbelhaufen schlugen die Fenster der Wohnungen mehrerer Protestanten und die Fenster der protestantischen Kirche ein. Die Unruhen begannen Sonntags Abends um 10 Uhr vor der Wohnung des H^rn. Simons, Premierlieutenants und Polizeidirectors in Cleve, welcher als Verfasser obiger Schrift genannt worden. H^r. Simons soll nicht zu Hause gewesen, aber von dem Pöbel aufgesucht und aufgefunden worden seyn. Er rettete sich indeß durch ein Haus ins Freie. Weder dem Bürgermeister, noch den wenigen Gendarmen, noch den Bemühungen angesehener Einwohner gelang es, den Pöbel zu beschwichtigen, und erst Morgens gegen 3 Uhr ging das Volk auf das Zureden eines achtbaren Geistlichen auseinander. Den Bürgern ist Einquartierung angesagt. Dieser Vorfall, dem eine strenge Untersuchung auf dem Fuße folgen wird, hat wahrscheinlich auch zur Folge, daß Cleve eine Garnison erhält. Mißhandlungen einiger Personen sollen bei den Unruhen leider Statt gefunden haben." (Nach spätern Berichten in holländischen Blättern rückten am 26. März wirklich eine Abtheilung Infanterie und 20 bis 30 Mann Cavallerie ein, besetzten Hauptwache und Rathhaus, und patrouillirten in der Stadt. Ungefähr 30 Personen aus der niedersten Classe wurden verhaftet, und eine Specialcommission mit der Untersuchung beauftragt. Ein Arrestant, ein Bauer, wurde ins Bein geschossen, das ihm abgenommen werden mußte. Der Regierungspräsident H^r. von Spiegel reiste am 27. von Cleve nach Düsseldorf zurück.)

Niederlande.

Der Avondbode veröffentlicht einen in Maestricht am 27. März erlassenen Tagsbefehl, nach welchem, zufolge der lebensgefährlichen Krankheit des Oberbefehlshabers, Generallieutenants Baron von Dibbets, das Commando dieser Festung dem Commandeur in der Provinz Limburg, Generalmajor Baron van Boecop, von des Königs Majestät übertragen worden.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

W 1·K. ZEITUNG 1839

№ 99

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 9. April 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 7. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciert. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.592	283. 4 8. 3 P.	— 0.8	N.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.601	28 4 5	+ 2.6	NNW.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.610	28 4 9	+ 0.3	NNW.	stark.	—

Spanien.

In Niederarragonien scheint der erwartete Kampf bereits begonnen zu haben. — Im Phare de Bayonne vom 28. März heißt es: „Wir haben gestern aus Saragossa mehrere Documente in Bezug auf die von dem (Christinischen) General Ayerbe gegen Segura versuchte Unternehmung erhalten. Bekanntlich hatte Cabrera diesen Flecken befestigt, aus dem er einen Waffenplatz machen wollte, um eine bedeutendere Strecke Landes in Niederarragonien zu beherrschen, und die Communication der Armee des Centrums zwischen Saragossa und dem Königreiche Valencia abzuschneiden. In Folge eines ersten am 23. gelieferten Gefechtes hat sich General Ayerbe der verschanzten Stellungen der Carlisten bemeistert; allein aus Mangel an Belagerungsgeschütz hat er den Angriff des kleinen Forts, welches den Zugang zu Segura vertheidigt, auf den 24. oder 25. verschieben müssen. Folgendes sind die Nachrichten, die uns aus Saragossa hierüber zugekommen sind: „Saragossa, 25. März 1839. Der Kampf zwischen der Division Ayerbe und der Faction des Cabrera, welche Segura vertheidigte, hat vorgestern (23. März) begonnen. Die Factiosen sind aus allen ihren Stellungen delogirt worden, nachdem sie bedeutenden Verlust an Todten und Verwundeten erlitten hatten; denn die Cavallerie, so wie die leichte Artillerie konnten agiren. Unsere Truppen sind bis vor Segura gerückt; aber da das Kaliber der Feldgeschütze zu schwach war, um in die starken Mauern des kleinen Forts Bresche zu schießen, haben sie sich bis Cortes zurückgezogen, ohne vom Feinde verfolgt zu werden. — Man hoffte, daß sich der Kampf am folgenden Tage erneuern werde, und wir erwarten von einem Augenblick zum andern Nachrichten hierüber. Der Verlust unserer Truppen beläuft sich auf ungefähr 200 Mann an Todten oder Verwundeten; der Feind hat viele Leute in seinen Verschanzungen verloren, die mit Leichen bedeckt waren; es sind ihm auch einige Gefangene abgenommen worden. — Die Post nach Frankreich geht ab und es ist noch kein neues Bulletin angelangt. — Man erzählt einen Umstand, welcher die Fahrlässigkeit und den Mangel an Voraussicht von Seite der spanischen Offiziere beweist. Der Commandant der zum Angriff von Segura bestimmten Geschützbatterie hat, erst auf halben Wege, d. h. vier Lieues von Saragossa, bemerkt, daß er seine Munition vergessen habe; er sah sich daher genöthigt umzukehren, um sich mit Kugeln und Stückpatronen zu versehen!"

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 23. März: „Vorgestern fand eine lange Berathung der Minister zu ungewöhnlicher Stunde Statt, in deren Folge ein Kurier nach Paris abgefertigt wurde. Es soll die Auflösung der Cortes beschlossen worden seyn; vermuthlich wird es den Ministern zu fühlbar, daß sie haltlos in der Luft schweben, und wenigstens der Stütze einer Partei bedürfen. Jene Maaßregel würde indessen ihren Sturz nur verschieben. Endlich hat die Regierung das Bedürfniß erkannt, den Zustand der fast ganz verwaisten spanischen Kirche in Betracht zu ziehen, und eine Commission ernannt, um Mittel über die Art und Weise vorzuschlagen, wie die Verhältnisse zum römischen Stuhle wiederherzustellen seien. Diese Commission besteht aus den HH. Gareli (als Präsidenten), Martinez de la Rosa, Grafen Ofalia, dem Bischofe von Astorga (Torres Amat), dem Auditor der Rota Tarriega, und — Hrn. Calatrava. Bekanntlich hat sich bisher der Papst geweigert, die Königinn von Spanien anzuerkennen, und deßhalb auch die Bullen, die zur Bestätigung der von der Königinn ernannten Bischöfe erforderlich sind, nicht ausfertigen lassen. Der ganze Verkehr, der noch zwischen dem heiligen Stuhle und dem von Seite der hiesigen Regierung in Rom beglaubigten Agenten Statt findet, beschränkt sich auf Ertheilung von Dispensationen in Ehesachen. Um Ihnen nun die Lage der spanischen Hierarchie zu veranschaulichen, bemerke ich Folgendes. Von der Königinn ernannt, aber ohne päpstliche Bestätigung, und also in der Ausübung ihrer wichtigsten Rechte gehemmt, sind die Erzbischöfe von Toledo, Granada, Valencia, und die Bischöfe von Cordova, Jaen, Osma, Malaga, Zamora, Ciudad Rodrigo, Oviedo, Almeria, Teruel und Vich. (Diese Prälaten sind jedoch sämmtlich, durch Vermittlung der Regierung, von ihren betreffenden Capiteln zu Verwesern (governadores) ihrer Sprengel erwählt worden.) Als Carlisten sind von ihren Stühlen vertrieben worden die Erzbischöfe von Sevilla, Santiago, Saragossa und Tarragona. Zu den Carlisten ausgewandert sind die Bi-

ſchöfe von Leon, Orihuela, Tortoſa, Mondoñedo und Lerida. — Die Nachricht, Balmaſeda habe ſich bereits mit Cabrera vereinigt, war voreilig. Er wurde von dem Oberſten Shelly in Ontoria de Valde Arados (unſern Aranda, auf dem rechten Ufer des Duero) überfallen, und ſeine Mannſchaft verſprengt, ſo daß er ſelbſt nur 30 Mann bei ſich behielt, und von allen Seiten verfolgt wird. — Der General Espeleta bildet in Burgos neue Bataillons, die als Reſerve dienen ſollen. Die Regierung hat allen den polniſchen Offizieren, die bis zur Auflöſung der franzöſiſchen Hülfslegion in derſelben gedient haben, als beſondere Begünſtigung den Eintritt mit gleichem Range in die ſpaniſche Armee geſtattet; ſie ſind ſämmtlich in ein neues leichtes Cavallerieregiment (das achte) eingetreten."

Großbritannien und Irland.

Das Parlament hat ſich, wie bereits erwähnt, bis nach der Oſterwoche vertagt, das Unterhaus nur bis Montag den 8., das Oberhaus bis Donnerſtag den 11. April. Seit langer Zeit aber haben ſich nicht ſo viel wichtige Fragen für England auf Einen Punct zuſammengedrängt, als in dieſem Augenblick, und die Miniſter werden gewiß während der kurzen Ferien vollauf zu thun haben. Zunächſt handelt es ſich um die eigene Exiſtenz des Cabinets, über die am 15. April entſchieden werden wird, bis zu welchem Tage Lord John Ruſſell ſeinen anfangs ſchon zum 11. angekündigten Antrag auf ein Vertrauensvotum des Unterhauſes in Betreff der irländiſchen Verwaltung ausgeſetzt hat. Dieſe Entſcheidung iſt gerade jetzt um ſo wichtiger, als es in der letzten Zeit den Anſchein gewonnen hat, daß die liberale Partei einer Auflöſung in verſchiedene Fractionen nahe ſei, und daß es dadurch den Tories leicht werden dürfte, ſich wieder den Weg zum Staatsruder zu bahnen. Die Kornfrage und das Verlangen der Radicalen nach weiteren Parlamentsreformen, womit die aufrühreriſchen Bewegungen der Chartiſten in Verbindung ſtehen, haben deutlich genug gezeigt, wie verſchiedene Anſichten und Principien unter der Reformpartei und im Schooße des Cabinets ſelbſt vorherrſchen. Dazu kommen die umlaufenden Gerüchte von völligen Zwiſtigkeiten, die unter einzelnen Mitgliedern des Miniſteriums ausgebrochen ſeyn ſollen. Sonach ſcheint Stoff genug vorhanden zu ſeyn, um einen Sturz des Cabinets herbeizuführen, und man ſollte glauben, daß die Gegner desſelben keinen beſſern Zeitpunct finden könnten, um ihre Kräfte zuſammenzunehmen und in der Schwäche der Verwaltung eine Brücke zum Eindringen in die Regierungsgewalt zu finden. Darauf fußen denn auch die Blätter der Tornpartei, indem ſie im Geiſte das Miniſterium ſchon geſtürzt ſehen; denn, ſagen ſie, es ſei jetzt nur die Wahl zwiſchen einer conſervativen und einer ganz demokratiſchen Regierung, zwiſchen einer toleranten herrſchenden Kirche und einer vernünftigen Freiheit auf der einen Seite, und dem Despotismus der Pöbelherrſchaft und der religiöſen Indifferenz auf der andern; die ſchwankende Mitte habe alles Anſehen verloren; und von dem geſunden Sinn des engliſchen Volks hoffen ſie, daß es ſich bei jener Alternative nicht lange bedenken werde. Dagegen wird jedoch von miniſteriellen Organen die Ueberzeugung ausgeſprochen, daß dieſe Alternative ein reiner Sophismus ſei, und daß es traurig ſeyn würde, wenn der Nation keine andere Wahl bliebe, als zwiſchen zwei Extremen, zwiſchen Tories und Radicalen; ſie glauben im Gegentheil, daß die Zeit immer näher rücke, wo dieſen beiden äußerſten Enden alle Ausſicht zur Macht gänzlich benommen ſeyn würde, und wo ſich nur ein Miniſterium werde halten können, das mit Ruhe und Beſonnenheit auf der Bahn der Reformen vorſchreite. Ob es nun aber dem jetzigen Miniſterium wirklich darum zu thun iſt, ſich länger am Ruder zu erhalten, oder ob es unter den gegenwärtigen Verwicklungen ſelbſt den Wunſch hegt, der Regierungslaſt überhoben zu ſeyn, darüber ſind die Meinungen ſehr verſchieden. Einige glauben, der Beſchluß des Oberhauſes ſei ihnen ganz erwünſcht gekommen, und ſie fänden darin einen guten Vorwand, ſich aus der Verlegenheit zu ziehen; deßhalb hätten ſie die Sache auf die Spitze geſtellt und das Unterhaus völlig herausgefordert, ſich für oder wider ſie zu erklären, während ſie ſonſt zu einem andern Mittel hätten greifen können, nämlich ſelbſt eine Commiſſion zu ernennen, um ihre in Irland befolgte Politik zu prüfen und dem Lande zu zeigen, daß ſie gerechtfertigt daſtänden; ſo aber, wie ſie gehandelt, müſſe man eher glauben, daß ſie, ihrer Fehler ſich bewußt, zu einem verzweifelten Mittel ihre Zuflucht genommen. Möglich iſt es auch, daß nur ein Theil der Miniſter unter den jetzigen Verhältniſſen, wo auf der einen Seite die Radicalen zu neuen Veränderungen drängen und auf der andern die Tories in Folge der Ernennung Lord Ebringtons zum Lordlieutenant von Irland neuen Stoff zur Aufregung der Gemüther im entgegengeſetzten Sinne gefunden haben, indem ſie dadurch die proteſtantiſche Religion und das Leben der Proteſtanten in Irland für gefährdet erklären, — daß bei dieſem Stande der Dinge ein Theil der Miniſter, die conſervativer Geſinnten, gern eine paſſende Gelegenheit finden möchten, um ihre Aemter mit Ehren niederlegen zu können; und ſo wird denn namentlich, was den Premierminiſter Lord Melbourne ſelbſt anbetrifft, von Einigen verſichert, er ſei entſchloſſen geweſen, gleich nach jenem Tadelsvotum des Oberhauſes ſeine Entlaſſung zu nehmen, und nur mit Mühe durch Lord John Ruſſell von dieſem Entſchluß abgebracht worden. Andererſeits will man aber auch wiſſen, daß der Herzog von Wellington und Sir R. Peel, ſo ſehr ſie auch von ihrer Partei dazu gedrängt werden, ſo ſehr ihnen auch vorgehalten wird, daß nur ſie bei den jetzigen inneren und äußeren Wirren, namentlich bei den in Amerika eingetretenen ernſtlichen Colliſionen, das Land vom Verderben zu retten im Stande ſeien, — daß ſie deſſenungeachtet gar nicht Luſt hätten, in dieſem kritiſchen Moment

und bei der unſicheren Ausſicht auf eine Majorität, das Staatsruder zu ergreifen, und daß der Herzog von Wellington, obgleich er ſeinen Grundſätzen gemäß für den Antrag des Grafen Roden in Bezug auf die irländiſche Verwaltung habe ſtimmen müſſen, doch die Annahme desſelben keineswegs gern geſehen hätte. Nichtsdeſtoweniger hat ſich O'Connell, der am 25. März wieder in Dublin eingetroffen iſt, gerade den Herzog von Wellington zur Hauptzielſcheibe ſeiner Angriffe wegen jenes Beſchluſſes des Oberhauſes ausgewählt, und nebenbei nur noch den Lord Brougham einige Derbheiten geſagt. Je mehr aber O'Connell die Wahl des Lords Ebrington zum Vicekönig von Irland preist, einen deſto ſchlimmeren Stand wird dieſer, den Tories gegenüber, dort haben. Schon ſind mehrere Petitionen aus Irland beim Parlament eingegangen, worin um Annullirung dieſer Ernennung gebeten wird. Neben dieſen inneren Angelegenheiten nehmen die Verhältniſſe zu den vereinigten Staaten in dieſem Augenblick faſt gleiche Aufmerkſamkeit in Anſpruch, und ſie können in ihren Folgen eine weit allgemeinere Wichtigkeit erlangen. Zwar hat Lord Palmerſton im Unterhauſe auf eine Frage Sir Stratford-Canning's erklärte, er zweifle nicht an einer befriedigenden Ausgleichung der obwaltenden Streitigkeiten, und er glaube nicht, daß eine Störung der freundſchaftlichen Beziehungen zwiſchen beiden Ländern eintreten werde, und im Allgemeinen iſt man auch an der hieſigen Börſe dieſer Anſicht, indem man auf den, aus den Erklärungen des Präſidenten der vereinigten Staaten hervorblickenden Wunſch, die Sache friedlich zu ſchlichten und bei dieſer Gelegenheit die ſo lange ſchwebende Gränzfrage endlich zur definitiven Erledigung zu bringen, ſo wie auf den, einem Krieg entgegenſtrebenden Handelsintereſſen vertraut; aber es wird doch ſelbſt von miniſteriellen Blättern die Beſorgniß geäußert, das es zu einem Kriege kommen könnte, wenn der amerikaniſche Congreß, wie es faſt ſcheine, von dem Entſchluß nicht abgehen wolle, das ganze ſtreitige Gebiet für die vereinigten Staaten in Anſpruch zu nehmen. Sollte dort ein ſolcher Entſchluß wirklich vorhanden ſeyn, ſo wäre freilich kaum ein Augenblick gelegener, ihn geltend zu machen, als jetzt, wo es in Canada noch gährt, wo England ſich in Oſtindien in ein gewagtes Unternehmen eingelaſſen hat, über deſſen Fortgang in der letzten Zeit nicht die günſtigſten Nachrichten anlangten, — indem man noch gar nicht recht weiß, ob Rundſchit Singh den Engländern treu bleiben wird, und wie es überhaupt jetzt in Perſien und Afghaniſtan ſteht, worüber auch Lord Melbourne im Oberhauſe auf eine Frage Lord Broughams keine Auskunft zu geben vermochte, während ein Offizier aus der Umgebung Lord Auckland's ſchreibt, daß gleich die Einnahme der erſten Feſtung in Peſchawer, gegen welches der Sohn Schach Sudſchah's mit ſeinen Truppen gegen Ende Februars vorzurücken gedachte, mit bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft ſeyn dürfte, — in einem Augenblick ferner, wo England auch alle ſeine Aufmerkſamkeit auf die Verhältniſſe zwiſchen dem Sultan und Mehmed Ali und auf die Stellung, welche Frankreich gegen Mexico und Buenosayres eingenommen, zu richten hat. Daher prophezeien denn auch hieſige Allarmiſten ſchon, daß ein Krieg Englands mit Amerika einen allgemeinen Weltkrieg zur Folge haben würde, und von derſelben Seite her wurde das Gerücht verbreitet, der Präſident der vereinigten Staaten werde gar nicht erſt einen außerordentlichen Geſandten nach England ſchicken, obgleich er dazu vom Congreß ermächtigt worden, ſondern er habe ganz einfach dem in London befindlichen Geſandten, Hrn. Stevenſon, die Inſtruction zugehen laſſen, die Erledigung der Gränzfrage im Sinne der amerikaniſchen Regierung bei dem engliſchen Cabinet herbeizuführen zu ſuchen, oder wenn er nichts ausrichten könne, ſeine Päſſe zu fordern. Dieſem Gerücht wird indeß wenig Glauben geſchenkt; eben ſo unbegründet ſcheint ein anderes, daß Hr. Webſter ſchon als außerordentlicher Bevollmächtigter der vereinigten Staaten in England eingetroffen ſei; indeß hielt man in Amerika die Ernennung dieſes Staatsmannes zu der Miſſion für die wahrſcheinlichſte; man nannte zwar auch Hrn. Buchanan, ehemaligen Geſandten in St. Petersburg, und Hrn. Calhoun, ehemaligen Vicepräſidenten der Union; aber der erſtere, hieß es, würde den Auftrag ſchwerlich annehmen, und mit dem letztern ſei Hr. van Buren zu ſehr verfeindet. Von Hrn. Webſter verſpricht man ſich aber auch wenig Nachgiebigkeit, weil er im Congreß ganz im Sinne der Handlungsweiſe des Gouverneurs von Maine geſprochen hat und perſönliche Intereſſen bei der Feſthaltung an dem ſtreitigen Gebiet haben ſoll. Als die einzige Möglichkeit einer gütlichen Schlichtung dieſer Streitfrage wird dießſeits eine Theilung desſelben bezeichnet; es kommt alſo darauf an, ob die vereinigten Staaten es durchaus vollſtändig werden für ſich in Anſpruch nehmen wollen. Gewiß wird man von engliſcher Seite, ſo viel als irgend möglich iſt, in der Sache nachgeben, was auch ſelbſt von Lord Brougham ſchon als angemeſſen bevorwortet worden iſt.

Preußen.

Die Kölner Zeitung enthält nachſtehenden Artikel: „Köln, 30. März. Seine Heiligkeit der Papſt Gregor XVI. haben durch den Cardinal-Staatsſecretär Lambruschini ein gnädiges und huldvolles Schreiben d. d. Rom 15. Februar an den erzbiſchöflichen Generalvicar, Hrn. Domdechanten Dr. Hüsgen, zu erlaſſen geruht, worin vorerſt mit Hinweiſung auf die canoniſche Beſtimmung Cap. Cum nullus 3 de tempore ordin. in 6to und die bezügliche Gloſſe ausdrücklich erklärt wird, daß demſelben als Generalvicar des Herrn Erzbiſchofs die Befugniß zuſtehe, die heiligen Weihen ertheilen zu laſſen. Da das landesherrliche Placet zum belobten Erlaſſe nun auch erfolgt iſt, ſo wird die heilige Weihung bald Statt

finden, um dem gefühlten Bedürfnisse angeistlicher Aushülfe ehestens zu begegnen. Außerdem sind zugleich insbesondere mehrere apostolische Specialvollmachten, welche dem Herrn Erzbischofe Clemens August auf drei Jahre verliehen waren, bei deren Ablauf auch für den Herrn Generalvicar des Herrn Erzbischofs erneuert worden, so daß nunmehr die Diöcesanverwaltung zur geistlichen Wohlfahrt der Gläubigen hinreichend geordnet ist."

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Wir haben bereits erwähnt, daß in der Sitzung des großen Rathes von Zürich von dem Erziehungsrath Hrn. Meyer-Ulrich, in Folge des leidigen Vorgangs mit Berufung des Dr. Strauß und um ähnlichen Scandalen für die Zukunft möglichst vorzubeugen, ein Antrag gestellt wurde, der im Ganzen dahin zielt, die Schule wieder kräftiger unter die Aufsicht der Kirche zu stellen, und daß dieser Antrag fast einstimmig (eine einzige Stimme dissentirte) für erheblich erklärt und an eine Commission von eilf Mitgliedern zur Begutachtung überwiesen worden ist. — In Bezug auf diese Angelegenheit und den hinsichtlich der Versetzung in Ruhestand und Pensionirung des Dr. Strauß gefaßten Beschluß, hat das Centralcomité der eilf Bezirke des Cantons Zürich, nachstehenden Aufruf an die Bürger der vereinigten petitionirenden Kirchengemeinden jenes Cantons erlassen:

Werthe Mitbürger! Theure Freunde!

Wohl sah jeder von euch mit gespannter Erwartung den Tagen entgegen, in denen die oberste Behörde unseres theuern Vaterlandes die großen Wirren lösen sollte, die auf demselben lasteten; — in denen sie zusammentrat, ihm den Frieden, euch die Ruhe und euren heiligsten Interessen Schutz zu geben.

Wenn nun zwar diese Hoffnungen noch nicht in ihrem ganzen Umfange erfüllt sind, wie es schon die Natur der Sache mit sich bringt, so sprechen wir hingegen die frohe Ueberzeugung aus, daß in diesen Tagen Vieles durch den hohen großen Rath geschah, was für die nächste und fernere Zukunft zu schönen Erwartungen berechtigt. — Wir theilen euch die dießfallsigen Beschlüsse beifolgend mit, und begleiten dieselben mit einigen beleuchtenden Bemerkungen.

Nachdem eine bedeutende Mehrheit des hohen Regierungsrathes sich, ungeachtet des Gutachtens des verneinenden Gutachtens der Majorität des Erziehungsrathes und in Uebereinstimmung mit demjenigen der Minorität desselben, für Versetzung des Dr. Strauß in den Ruhestand ausgesprochen, und hierfür die Gutheißung des großen Rathes durch Berichterstattung zu erlangen beschlossen hatte, fand es diese Behörde angemessen, die Versetzung des Dr. Strauß in den Ruhestand gut zu heißen, so unsern ernsten Wunsch, die Fernhaltung des Dr. Strauß von unsern Lehranstalten betreffend, zu erfüllen, und demnach im Interesse der Ruhe des Landes, an den hohen Regierungsrath die Einladung zu erlassen, noch während des Beisammensenns der gesetzgebenden Behörde, die Vollziehung dieser Maaßnahmen einzuleiten. — Die hierauf gefaßten Beschlüsse des hohen Erziehungsrathes und Regierungsrathes lauten im Wesentlichen folgendermaaßen:

I. Beschluß des hohen Erziehungsrathes.

Der Erziehungsrath, mit Hinsicht auf den Beschluß des großen Rathes vom 18. März d. J. und mit Hinsicht auf den Beschluß des Regierungsrathes vom 18. März, wodurch jener Beschluß des großen Rathes dem Erziehungsrath zur angemessenen Verfügung überwiesen wird,

beschließt,

1. Hr. Dr. Strauß ist, in Anwendung von §. 185 des organischen Schulgesetzes, in Ruhestand versetzt.
2. Demselben wird ein jährlicher Ruhegehalt von 1000 Franken angewiesen.
3. Die erste Section des Erziehungsrathes ist beauftragt, die nöthigen Einleitungen für anderweitige angemessene Besetzung der hiermit erledigten Stelle zu treffen.

Zürich, den 19. März 1839.

Von dem Erziehungsrathe
der erste Secretär: Escher.

II. Beschluß des hohen Regierungsrathes.

Nachdem der große Rath durch Beschluß vom gestrigen Tage, betreffend die Berufung des Hrn. Dr. Strauß als Professor an die hiesige Hochschule, sich dahin ausgesprochen,

„daß er die am Schlusse des regierungsräthlichen „Berichtes ausgesprochenen Ansichten als den Verhältnissen vollkommen angemessen erkläre, und „im Laufe der gegenwärtigen Sitzung den Bericht „über die von den competenten Behörden zur definitiven Erledigung dieser Angelegenheit gefaßten „Beschlüsse erwarte —"

hat der Regierungsrath diesen Ausspruch unverzüglich dem Erziehungsrathe als derjenigen Behörde überwiesen, in deren Competenz es liegt, zuerst darüber zu beschließen. In Folge dessen empfing der Regierungsrath von dem Erziehungsrathe einen unter heutigem Tage dießfalls gefaßten Beschluß und hat denselben, nach vorgenommener Prüfung und Berathung, auch seinerseits unverändert bestätigt u. s. w.

Im Namen des Regierungsrathes.
(Unterschriften.)

Wohl hatten wir in unsern Petitionen einen andern Weg bezeichnet, auf welchem wir diesen Gegenstand erledigt und dieses Uebel vom Vaterlande abgewendet zu sehen hofften, indem wir nämlich auf Beeinträchtigung des §. 4 unserer Staatsverfassung, der die Schirmung der evangelisch-reformirten Landeskirche ausspricht, hinwiesen. Allein der große Rath theilte diese Ansicht nicht, und wollte auch das Land nicht den Stürmen preisgeben, welche möglicherweise durch eine Anklage des Regierungsrathes heraufgerufen worden wären. — Sowie hingegen Professor Strauß in den Ruhestand versetzt ist, so ist auch seiner Wirksamkeit unter uns vorgebogen; und da, wo mehr als 39,000 Bürger ihre Abneigung so entschieden zu Tage gegeben haben, werden es auch Freunde des Betreffenden nie wagen, noch vermögen, diesen Ruhestand aufzuheben, indem sie ihm irgend welche Thätigkeit als Lehrer unter uns aufzutragen versuchten.

Wenn nun aber mancher redliche Arbeiter unter euch fragt: „Wofür sollen wir einem Manne, der dem Lande nicht allein nichts leistet, sondern Schaden und Zwietracht gebracht hat, alle Jahre 1000 Fr. zahlen, eine Summe, die so viele wackere Haushaltungen mit aller Anstrengung nicht in mehreren Jahren zu erschwingen vermögen?" so bitten wir euch, zu bedenken, daß dieses Opfer, nach der Ansicht des hohen großen Rathes, für des Landes Ruhe nöthig war, und daß wir diese Ansicht als gute Bürger ehren sollen, und fügen bei, daß, wenn Hr. Strauß dieses Geld annimmt, er sich dadurch vor aller Welt als einen unehrenhaften und habsüchtigen Mann darstellt, von dessen Sittlichkeit u. s. w. dann wohl Niemand mehr viel zu rühmen wagen wird, dem

dafür dann vielmehr die Verachtung jedes Biedermannes zu Theil werden, und um so sicherer jedes Wirken als Lehrer abgeschnitten seyn wird.

Daß nun die Versetzung des Hrn. Dr. Strauß in den Ruhestand an sich euch nicht genügen könnte, ist klar. Es ist deßhalb, da nach dem Reglement des großen Rathes Petitionen nur in ordentlichen Sitzungen desselben behandelt werden dürfen, somit die Vorlegung eurer Eingaben jedenfalls erst in der nächsten ordentlichen Sitzung zu Anfange des kommenden Monats Statt haben kann, ein sehr großer und verdankenswerther Dienst, welchen Hr. Erziehungsrath Meyer-Ulrich der guten Sache erwies, daß er eine Motion folgenden Inhalts im großen Rathe vorlegte:

„Der große Rath möge eine Untersuchung anordnen, und sich erforderlichen Falls die nöthigen Vorschläge hinterbringen lassen, ob nicht einerseits durch Abänderung der über die Synode bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine zeitgemäße Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse im Schooße der kirchlichen Behörden selbst erleichtert, und andererseits durch einige Modificationen in den bestehenden Gesetzen über das Unterrichtswesen die Interessen der evangelisch-reformirten Landesreligion, ohne die verfassungsmäßige Selbstständigkeit der Schule zu gefährden, besser gewahrt werden sollten."

Dadurch wurde der wesentliche Inhalt unserer Petitionen schon zum voraus dem großen Rathe zur Kenntnißnahme vorgelegt, und die hohe Behörde beschloß dann auch fast einstimmig, in Berücksichtigung der schon eingereichten Volkswünsche, die Erheblichkeitserklärung dieser Motion, und überwies sie einer Commission von 11 Mitgliedern.

Sie erklärte dadurch bestimmt, daß sie alle unsere Wünsche genau prüfen werde, und wir dürfen, wenn auch die Wichtigkeit und Vielseitigkeit der Gegenstände und der Gang der Gesetzgebung selbst hier ein langsames Verfahren unausweichlich machen, auf die Erfüllung derselben im Einklang mit den Grundlagen unsers Staatsorganismus hoffen. — So wie wir dabei überzeugt sind, daß ihr die hochwichtigen und heiligen Interessen, für welche ihr eure Wünsche dem großen Rathe aussprachet, fest und unentwegt im Auge zu halten und im Herzen zu trauen fortfahren werdet, so bitten wir euch, ruhig und mit Vertrauen den Entscheidungen der hohen Behörde über dieselben entgegenzusehen, damit die junge Pflanze in regelmäßiger Entwicklung gedeihe, und zum schirmenden Baume erstarke!

Zwischen diese beiden, unsere Wünsche zunächst betreffenden Verhandlungen der hohen Behörde, fiel dann die Berathung derselben über eine von anderer Seite durch vierundzwanzig Mitglieder des großen Rathes eingebrachte Motion, betreffend die Aufhebung der Hochschule. — Es wurde dem hohen großen Rathe eine Kostenberechnung vorgelegt, deren Resultat freilich ganz anders ist, als dasjenige, welches, gestützt auf Angaben, die früherhin dem großen Rathe officiell gemacht worden waren, wir euch seiner Zeit in unserm Sendschreiben vorlegten. Wir haben daher durch eines unserer Mitglieder die Unrichtigkeiten und Entstellungen jenes Blattes in einer kleinen Schrift nachweisen lassen, um euch die Prüfung anheimzustellen, auf welcher Seite Täuschung und Irrthum, und wo Wahrheit sei. Jene Motion hatte das Sonderbare, daß, während sie selbst geradezu auf Aufhebung der Hochschule ausging, der in Folge der Erheblichkeitserklärung derselben der betreffenden Commission gegebene Auftrag vielmehr auf Untersuchung, Revision derselben hinzielt, indem er also lautet:

„Der große Rath spricht die Erheblichkeit aus, betreffend die Motion des Hrn. Regierungsrathes Bürgi, und beschließt: Es sei eine Commission von neun Mitgliedern beauftragt, zu untersuchen: erstens, ob die Leistungen der Hochschule den Bedürfnissen und dem ökonomischen Aufwande für dieselbe entsprechen; zweitens, ob, je nach dem Ergebniß dieser Untersuchung, die Hochschule unverändert bleiben oder aufgehoben werden solle; drittens, inwiefern in dem einen oder andern dieser beiden Fälle auch die Cantonsschule einer Veränderung zu unterwerfen sei."

Daß jedes menschliche Institut Mängel an sich trägt, und daß zeitgemäße Revisionen für dieselben nur wohlthätig wirken, ist eine Thatsache, deren Richtigkeit Niemand bezweifelt. Allein die Schroffheit jener Motion mußte um so gerechtere Besorgnisse für den Fortbestand einer der schönsten Zierden unseres Landes erwecken, als die Aeußerungen mehrerer Gegner unserer heiligen Sache dahin weisen, daß Rachsucht den Triebfedern dieser Handlungsweise nicht fremd sei.

Jedoch der glückliche Umstand, daß eine große Zahl achtungswürdiger Mitglieder des großen Rathes, welchen eine genaue und sorgfältige Prüfung des Instituts der Hochschule und seines Verhältnisses zu den Bedürfnissen und ökonomischen Kräften unseres Vaterlandes schon längst dringend nöthig erschienen war, sich jetzt für Anhandnahme des Geschäftes in diesem Sinne aussprach, läßt uns hoffen, daß auch diese Untersuchung, vorurtheillos und umsichtig durchgeführt, das Beste des Vaterlandes fördern, wirklichen Mängeln abhelfen, und ungegründete Besorgnisse beseitigen, also jedenfalls dahin führen werde, die höheren Unterrichtsanstalten tiefer im Leben des Volkes Wurzel schlagen zu lassen, als es bisher der Fall war.

Werthe Mitbürger! Euer einstimmiger Zuruf, so bestimmt ausgesprochen, hat die Kirche unseres Landes gerettet, und euer streng an den Gesetzen sich haltendes, in ruhiger Festigkeit seinen hochwichtigen Zweck unerschütterlich verfolgendes Benehmen das Vaterland vor großem Unglück bewahrt! — Den Dank für eure Haltung zollt euch das Vaterland, gibt euch das Bewußtseyn, als Christen und Bürger eure Pflicht erfüllt zu haben! — Wie bisher, so werdet ihr auch ferner unentwegt und eifrig, aber ruhig und besonnen, durch die Mittel, die euch Verfassung und Gesetze an die Hand geben, für eure heiligsten Güter, Kirche und Schule, wachen und sorgen, und euch durch keine List, noch Ränke eurer Gegner davon abwenden lassen!

Wir betrachten nun die wichtigen Aufträge, zu deren Vollziehung ihr uns zusammenriefet, und die wir nach bestem Wissen und Gewissen auszurichten strebten, als gänzlich erfüllt, — und indem wir in eure Reihen zurückkehren, bleibt uns einzig übrig, euch für euer ehrendes Zutrauen warm zu danken! Der hehre Bund, in welchem diese ernsten Tage die Herzen von so vielen tausend Bürgern aus allen Bezirken vereinigten, wird, wir hoffen es zum Allmächtigen, — der auch jetzt unser Hort war, dem Vaterlande schöne Früchte bringen und nie mehr erlöschen!

Lasset uns nun auch das kommende Fest, dem wir Alle bis jetzt mit ernster Sorge entgegensahen, mit frohem Herzen begehen, den Glauben an unsern Herrn und Erlöser noch mehr in uns befestigen, die heiligen Pflichten, regeren kirchlichen Sinnes, tieferer, innigerer Frömmig-

keit und einer religiösern Erziehung unserer Kinder, wofür wir uns auch durch unsere gemeinschaftlichen Petitionen verbanden, mit Eifer, Ausdauer und Kraft erfüllen, und so für uns und unsere Kinder und für das ganze theure Vaterland segensreich fortwirken!

Erhaltet uns eure werthe Freundschaft! Gott sei mit euch! Zürich, den 20. März 1839.

Das Centralcomité der vereinigten petitionirenden Kirchengemeinden;

Für dasselbe:

Der Präsident: J. J. Hürliman-Landis.
Der Actuar: L. H. Escher.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung enthält unter der Rubrik: „Aemtliche Nachrichten" folgende Bekanntmachung: „Se. Majestät der König haben aus Allerhöchst ihrem Cabinet dem unterzeichneten Ministerio zu erkennen gegeben, daß Allerhöchstdieselben sich veranlaßt finden, bis auf weitere Verfügung den hiesigen Landesunterthanen den Besuch der Universität Tübingen zu untersagen; mit der Aufgabe, diesen allerhöchsten Befehl zur öffentlichen Kunde zu bringen. — Indem solches hiermit geschieht, werden alle diejenigen, welche dieser höchste Befehl angeht, aufgefordert, demselben die pflichtschuldige Folge zu leisten, und dadurch diejenigen Nachtheile von sich abzuwenden, welche die Nichtbeachtung desselben für sie herbeiführen würde. — Die Directoren der Gymnasien und höheren Lehranstalten werden angewiesen, die Abiturienten von dem Inhalte dieser Bekanntmachung unverzüglich in Kenntniß zu setzen, damit dieselben zeitig ihre hiernach zu treffenden Maaßregeln ergreifen können. Hannover, den 30. März 1839. Königlich hannoversches Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten. Stralenheim."

Das Journal de Luxembourg vom 27. März meldet: „Seit dem Anfange dieses Monats waren die politischen Umstände der Art, daß sie eine nahe Wiederherstellung der Rechte des Souverains und der gesetzlichen Ordnung im Großherzogthum Luxemburg ahnen ließen. Ein so sehnlich herbeigewünschtes, mit den Ansichten und den Interessen der Stadt so übereinstimmendes, durch seinen gewissen Einfluß auf die Verbesserung ihrer administrativen sowohl als moralischen und industriellen Lage so gewichtiges Ereigniß hat, indem es gerechte Hoffnungen erweckte, den Stadtrath bestimmt, diese am Fuße des Thrones in einer an Se. Majestät den König-Großherzog gerichteten Adresse zu äußern. Diese vom 5. d. M. datirte, durch alle Mitglieder des Rathes unterzeichnete Adresse hatte den Zweck, Se. Majestät zu bitten, daß sie die Gedanken der Stabilität und Zukunft verwirkliche, welche ihre Proclamation vom 19. Februar 1831 dictirte, als damals der Souverain seine Luxemburgischen Unterthanen an die Pflichten der, durch Insurrection der südlichen Provinzen gefährdete Treue erinnerte und ihnen die Versicherung gab, daß die Mitwirkung ihrer Einsichten und ihrer Wünsche zugelassen werden würde, um die Grundlagen der öffentlichen und Privatwohlfahrt des Landes festzustellen. Unter der Zahl der Gegenstände, welche der Stadtrath der hohen Sorgfalt Se. Majestät besonders empfahl und die mit der Wohlfahrt der Stadt in sehr enger Verbindung stehen, sind 1) das Wahlrecht für die Bildung der Municipalverwaltung; 2) die Revision der provisorischen Statuten des Athenäums, um der Jugend den Zugang zu den wissenschaftlichen Studien zu erleichtern; 3) die Bezeichnung der Anstalten, in welchen die Jugend sich den höhern Studien wird widmen können; 4) die Errichtung eines Seminars für die Clericalstudien; 5) die Vereinbarung der Befreiung der Garnison in Octroisachen mit den commerciellen und administrativen Interessen der Stadt; 6) die Abänderung des Systems der Auflagen, um dieselben mit den Gebräuchen und den Besugnissen der Einwohner in Einklang zu bringen; 7) die Beibehaltung der zweiten gerichtlichen Instanz, deren Begründung seit 1831 laut anerkannt worden ist. Der Stadtrath hat, in Folge dieser Darstellung, Se. Majestät gebeten, daß Sie den Ausdruck unserer wahren Interessen, über alle diese Puncte, durch das Organ eines mit ihrem Zutrauen und hierdurch selbst mit dem aller Luxemburger bekleideten Mandatars gütig aufzunehmen geruhen wolle. Indem der Stadtrath Se. Majestät diese ehrfurchtsvollen Wünsche vorlegte, bezog er sich auf das durch den Monarchen in seiner vorerwähnten Proclamation gegebene Versprechen, die Notabeln des Landes zu versammeln, um die durch sie zu machenden Vorschläge, die zur Grundlage seiner legislativen und administrativen Institutionen dienen sollten, zu hören. Se. Majestät der König-Großherzog hat durch ein, an Se. Excellenz den Generallieutenant, Präsidenten der Regierungscommission, gerichtetes Rescript mit dem väterlichsten Wohlwollen und mit der Würde, die seinem erhabenen Character eigen ist, auf die Bittschrift des Stadtraths geantwortet. Dieses Rescript ist am 25. d. M. dem Stadtrath mitgetheilt worden, der beschlossen hat, dasselbe zur Kenntniß des Publicums zu bringen als einen unzweideutigen Beweis der wohlwollenden Gesinnungen, welche von Seiten des Souverains bei der neuen Organisation aller Wohlfahrtselemente vorherrschen werden, welche die Stadt mit Vergnügen nach so vielen Jahren einer schmerzlichen Isolirung wieder ins Leben treten sieht. Dieses Rescript lautet: „Der Stadtrath zu „Luxemburg hat Uns, in der Erwartung einer baldigen „Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung im Großherzogthume, die Gesinnungen ausgedrückt, von welchen er „sämmtliche Einwohner der Stadt beseelt glaubt. Wir „haben mit Wohlgefallen die in seiner Adresse ausgesprochene Versicherung des Vertrauens und der Liebe ersehen, und können dieselbe nicht besser als dadurch erwiedern, daß Wir stets suchen werden, die Interessen „der Stadt im Auge zu behalten und zu befördern. Unsere Gesinnungen in dieser Hinsicht sind noch stets dieselben, welche Wir in Unserer Proclamation vom 19. Februar 1831 zu erkennen gegeben haben, und es wird „Uns freuen, der Stadt hiervon den Beweis zu geben, „sobald der Augenblick, um dieses mit Erfolg zu können, „da seyn wird. Wir erwarten auch, daß Unsere guten Luxemburger mit ausdauernder Treue die weitern Folgen „abwarten werden, und wünschen daher, daß Sie Vorstehendes dem Stadtrathe eröffnen. — Im Haag, 19. „März 1839. (Unterz.) Wilhelm. — An den Generallieutenant, Präsidenten der Regierungscommission zu „Luxemburg."

Wien.

Am 8. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 7/12
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	101 1/2
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	81 7/12
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM. —.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM. 673 1/4
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	65 1/4
Bankactien pr. Stück 1507 1/3		in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N°. 1108.

№ 100

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 10. April 1839.

W 1 K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 8. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.637	28 3 10	+ 0.2	NNW.	mittel.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.617	28 3 7	+ 1.9	NW.	schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.635	28 4 10	+ 0.3	NW.	still.	Schnee.

Frankreich.

Der Moniteur vom 2. April enthält neuerdings einen Artikel über das provisorische Ministerium; er lautet folgendermaaßen: „In den drei Wochen und darüber, seit die Ministerialkrisis dauerte, schienen die Verlegenheiten, anstatt abzunehmen, mit jedem Tage zu wachsen. Inzwischen näherte sich der Ablauf der für die Prorogation gesetzten Frist, und es war unumgänglich nöthig, daß die Krone vor den Kammern repräsentirt werde. In dieser schwierigen Lage wendete sich der König an die achtbaren Männer, deren Ernennung wir gestern gemeldet haben. — Der Eifer, womit sie der Aufforderung Sr. Majestät entsprachen, ist ein neuer und eclatanter Beweis ihres Patriotismus, ihrer Selbstverläugnung und ihrer Hingebung für das Land, dessen sämmtliche Interessen durch die Verlängerung des gouvernementalen Interregnums gefährdet worden wären. Nunmehr können die behufs einer definitiven Combination angeknüpften Unterhandlungen mit jener Ruhe und Freiheit des Geistes fortgesetzt werden, welche für die Männer, die das Vertrauen des Königs damit beauftragte, so nöthig ist; die Administration wird nicht mehr in ihrer Thätigkeit gehemmt seyn; die Kammern werden sich constituiren und ihre ersten Arbeiten beginnen; die Gemüther, durch diese allgemeine Wiederaufnahme der Staatsgeschäfte beruhigt, werden mit Geduld eine Entwicklung abwarten, die um so günstiger und befriedigender seyn wird, je mehr man Gelegenheit haben wird, sie vorzubereiten und mit den parlamentarischen Manifestationen in Harmonie zu setzen. — Dieß haben die neuen Minister eingesehen; es bedurfte für sie nicht eines Mehreren, als des Bewußtseyns eines großen, dem Lande geleisteten Dienstes, um sie zu bewegen, die Verantwortlichkeit der Regierungsgewalt unter den gegenwärtigen Conjecturen auf sich zu nehmen. — Das ganze Land, ohne Unterschied der Meinung oder Partei, wird ihnen Dank wissen für dieses Opfer, welche sie seiner Ruhe und Sicherheit gebracht haben. Es wird ihnen dankbar seyn nicht bloß für das Gute, das sie während ihres Durchgangs in den Geschäften leisten konnten, sondern auch für alles Gute, das durch ihre Hingebung dem Cabinet, welches ihnen folgen wird, für die Zukunft möglich gemacht worden ist."

Die Pariser Journale sind in ihren Urtheilen über das provisorische, durch die bekannten Ordonnanzen vom 31. März geschaffene Cabinet darin einverstanden, daß diese Combination bloß ein durch die Nothwendigkeit gebotenes Auskunftsmittel ist. Das Journal des Debats schreibt: „Man berichtete, die seit zwei Tagen durch den Marschall Soult versuchte ministerielle Combination sei vertagt, und der erlauchte Marschall (welcher, nach der Behauptung des National, neuerdings in das Schloß berufen worden, aber dem Rufe nicht gefolgt seyn soll) gedenke dieselbe nicht wieder aufzunehmen, ehe durch die ersten Berathungen der Kammer die Parteien in den Stand gesetzt seien, ihre Stärke richtiger zu zählen. In Folge dieses vergeblich von Sr. Majestät bekämpften Aufschubes soll der König sich in der Nothwendigkeit befunden haben, für die (am 4.) bevorstehende Kammer-Eröffnung Sorge zu tragen. Den schon genannten ausgezeichneten Männern wurde dieser schwierige Auftrag, welchen sie auch mit ehrenwerther Aufopferung annahmen." — Dem Courrier Français zufolge war es im Plan gewesen, die Sitzung mit Soult, de Broglie, Humann und Duchatel zu eröffnen, die HH. de Broglie und Duchatel aber wollten die sonderbare Stellung von provisorischen Ministern nicht annehmen. Ein Ministerium des linken Centrums hält der Courrier, trotz den Wünschen des Hofes, immer noch für möglich, so jedoch, daß der Marschall Soult nicht Mitglied desselben seyn würde. Der Constitutionnel schreibt: „Es war nöthig, für die Eröffnung der Kammern Fürsorge zu treffen. Das alte Cabinet versammelte sich, um hierüber zu berathen. Was sollte man thun? Die Kammern nochmals vertagen? Dieß war unmöglich; die Geduld der Deputirten ist schon zu sehr in Anspruch genommen worden. Sollte man die Eröffnung durch die bisherigen Minister vornehmen lassen? Hr. von Montalivet hätte sich dazu verstanden, aber die Abneigung Hrn. Molé's war unüberwindlich; er will nicht, daß man auch nur einen Augenblick die Aufrichtigkeit seines Rücktritts bezweifle. Was war nun zu thun? Man griff zu einem höchst seltsamen Auswege; während Jedermann sich in Combinationen erschöpft, hat die jetzige wenigstens das Verdienst, daß Niemand sie voraussah, und daß sie, sobald sie beschlossen war, auch alsbald in das Leben trat. Die alten Minister vom 15. April formten aus dem Stegreife ein provisorisches Cabinet, dessen einzige Aufgabe die Eröffnung der Kammern seyn wird. Als das Gerücht von diesem Beschlusse sich im Conferenzsaale verbreitete, wollte Niemand daran glauben, und es bedurfte der unverwerflichsten Zeugnisse, um die Versammelten dahin zu bringen, daß sie diese Nachricht nicht als einen April'scherz aufnahmen. Die Bedeutung dieser Ernennungen hat Jedermann begriffen. Mit solch einem provisorischen Cabinet eröffnet nicht mehr der König, sondern das Ministerium vom 15. April die Kammern. Sicherlich wäre es anständiger und logisch richtiger, das Cabinet vom 15. April beizubehalten. Die Kammer, wie sie durch die Wahlen geworden, hat keine Mehrheit für dieses Ministerium, sie will nichts von Hrn. Molé und seinem Gepräge. Indem man die Sitzung durch ein aus der alten Mehrheit von 221 genommenes Ministerium eröffnen läßt, überliefert man

den Besiegten die Früchte des Sieges, fälscht den Geist der Wahlen, mißkennt die Gesinnung des Volkes." — Der National äußert sich noch schärfer über dieses Aushülfsmittel: „Es ist dieß das erste Mal, daß man zu einer solchen Maaßregel greift, die um so befremdlicher ist, da es sich nicht von einer gewöhnlichen Session, sondern von einer neuen, unter höchst bedeutsamen Umständen gewählten Kammer handelt. Manche werden in dieser Maaßregel eine Art von Verachtung gegen das Parlament erblicken; uns erscheint sie als ein Beweis von der Ohnmacht des Hofes. Wenn derselbe über die abwesende Kammer nicht zu siegen vermochte, so wird er noch viel weniger die versammelte und über alle diese Ränke erbitterte zu lenken im Stande seyn. Der parlamentarische Wille, vor der Reorganisation des Cabinets durch die Wahl des Präsidenten sich bekundend, hat weit mehr Belang, als wenn der König mit einem schon gebildeten Cabinet vor den Kammern erschienen wäre, und der Hof wird sich genöthigt sehen, mit offener Gewalt zu kämpfen oder weniger mit Ehren, als es vor vierzehn Tagen noch möglich war, nachzugeben." — Die Gazette de France bemerkt: „Aus dem Moniteur ist ersichtlich, daß mit dem sonderbaren Ministerium des ersten Aprils die Krise noch nicht zu Ende ist; sie dauert fort unter einer andern Erscheinungsform. Damit dauert auch die ängstliche Spannung der Gemüther und die Gedrücktheit der materiellen Interessen fort. Man wolle, sagt man, warten, bis die Kammerverhandlungen die Frage beleuchten und die Bildung eines wirklichen Ministeriums möglich machen. Es ist demnach klar, daß man diese mühsamen Wehen — vielleicht ist eine Fehlgeburt der schmerzliche Ausgang — in das Parlament versetzt. Die Parteien, die sich in den Cabineten drängten, kreuzten, spalteten, werden sich jetzt auf der Rednerbühne der Kammer drängen, kreuzen, überwerfen und bekämpfen. Die ganze Versammlung wird in diesen Kampf verwickelt werden; die finsteren Ränke, welche gegen die parlamentarischen Notabilitäten spielten, um sie zu trennen, werden auf die Fractionen der Kammer einwirken, und die Auflösung, welche in einer der drei Staatsgewalten eingetreten war, wird auf eine weitere übergehen. Das Ergebniß der ersten Erscheinungsform dieser Krise kennt man. Das Ergebniß der zweiten ist vielleicht, daß die Deputirtenkammer in der öffentlichen Meinung zu Grunde gerichtet wird. . . Wenn aber diese Kammer unfähig ist, ein wirkliches Ministerium zu erzeugen, was dann? Welchen Ausweg will man dann finden im Bereiche der Verfassung von 1830? welchen Uebergangsweg für Frankreich und für sich selbst? Daran sollte man denken!"

Das Journal des Debats vom 2. d. M. sagt über die bevorstehende Eröffnung der Kammern: „Die Vorbereitungen zur königlichen Sitzung vom 4. April sind in der Deputirtenkammer seit mehreren Tagen beendigt. — Die Herren Deputirten sind zu einer vorbereitenden Sitzung für Mittwoch, 3. April, einberufen, um das provisorische Bureau zu installiren und an der Vertheilung der Tribunenbillets für die Ceremonie des folgenden Tages Theil zu nehmen. — Am Freitag werden die Arbeiten der Deputirtenkammer unter Vorsitz des Alterspräsidenten beginnen. Sie wird sich in den Bureaux versammeln, um die Präsidenten und die Secretäre zu ernennen. Nach Organisation derselben werden die Bureaux die Verification der Vollmachten beginnen, und nach der neuen im Reglement eingeführten Form, die Unter-Commissionen zur Prüfung der angestrittenen Wahlen ernennen. — Die Berichte der Bureaux werden am folgenden Tage, Sonnabend, und an den folgenden Tagen in öffentlicher Sitzung erstattet werden. — Auf diese unumgänglich nöthigen Operationen folgen die Scrutinien für die Wahl 1) eines Präsidenten, 2) von vier Vicepräsidenten, 3) von vier Secretären, 4) von zwei Quästoren. — Dann folgt die Ernennung der Adressecommission in den Bureaux. — Die Pairskammer wird, dem Herkommen gemäß, gleich am ersten Tage die Commission ernennen, welche beauftragt ist, den Adresse-Entwurf zu verfassen."

Dem Constitutionnel zufolge soll beschlossen worden seyn, die Session nicht vom Könige in Person, sondern durch die provisorischen Minister eröffnen zu lassen. In diesem Falle würde keine Thronrede gehalten werden, und also auch keine Adresse zu votiren seyn.

Folgende Fallimente sind seit dem 1. Jänner auf den Registern des Pariser Handelsgerichts eingetragen worden: Im Jänner 58 Fallimente, deren Passiva 6,500,000 Fr. betragen, — im Februar 68 Fallimente mit Passiven von 6,534,000 Fr., — im März bis zum 26., 69 Fallimente; Passiva 4,829,000 Fr. — Total 195 Fallimente mit einer Passivsumme von 17,863,000 Fr. Eines dieser 195 Fallimente hatte ein Passivum von mehr als einer Million; sechs von mehr als 500,000 Fr.; 34 von mehr als 100,000 Fr.; die übrigen sind unter 100,000 Fr.

Ein Schreiben aus Constantine, im Journal des Debats, bringt die interessante Nachricht, daß eine französische Colonne mit Bu-Asis-ben-Gana, dem neuernannten Scheikh-el-Arab, nach der Sahara abgehen wird. Das türkische Bataillon von Constantine, in welchem auch mehrere französische Offiziere dienen, ist zu dieser Expedition bestimmt. Bu-Asis hat bereits einige hundert Kamehle und Maulthiere zum Transport der Bagage zusammengebracht, und erwartet mit Ungeduld den Aufbruch der Colonne. Während der Abwesenheit dieses Häuptlings von den sandigen Regionen seiner Heimath durchzog dieselben ein Emissar Abd-el-Kaders an der Spitze eines Truppencorps und erhob allenthalben Tribut im Namen seines Herrn.

Am 1. April 5Percents 109 Fr. 30. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 35. 3Percents 80 Fr. 25. Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. — Am 2. April 2 Uhr Nachmittags 5Percents —. 3Percents 79 Fr. 95.

Mexico.

Die Abeille de la Nouvelle-Orleans macht ein Schreiben des Admirals Baudin an Hrn. Pakenham, brittischen Gesandten in Merico, vom 24. Jänner datirt, bekannt. Der Admiral beklagt sich energisch über den Präsidenten Bustamente, der ihm in seiner Rede bei Eröffnung des Congresses eine Verletzung der schwebenden Unterhandlungen durch seinen Ueberfall auf Veracruz, also einen Act der Treulosigkeit, vorgeworfen habe. Baudin erklärt dieß für eine niederträchtige Verläumdung. „Ich kümmere mich wenig um die Lügen und Prahlereien, welche Santa Ana in seinem officiellen Bericht publicirt hat; denn diese Dinge verletzen meine Ehre nicht. Allein ich werde nie dulden, daß man mich einer unredlichen Handlung beschuldige. Ich muß daher von der mexicanischen Regierung einen feierlichen Widerruf verlangen, und ich erkläre Ihnen, daß ich an meine Regierung geschrieben, damit sie eine Genugthuung mir verschaffe. Ich hoffe, sie wird diese durch alle Mittel, die in ihrer Gewalt stehen, zu erlangen suchen, wenn nicht der Präsident Bustamente sich zu einer hinreichenden Entschuldigung entschließt."

Großbritannien und Irland.

Der Gränzstreit, welcher durch den Zwist um die Jurisdiction auf dem streitigen Territorium von neuem angeregt worden ist, beruht auf dem zweiten Artikel des im Jahre 1783 abgeschlossenen Friedenstractats zwischen Großbritannien und den vereinigten Staaten. In diesem Ar-

tikel ist zwar die Gränze ganz genau bestimmt, es wird dieselbe aber, so weit die Gränze zwischen Maine und Neubraunschweig in Betracht kommt, von der Lage der Flußgebiete in jenen Gegenden abhängig gemacht, die zur Zeit des Abschlusses des Vertrages noch nicht genau bekannt war. Die Absicht des Tractates war, Großbritannien das Territorium zu überweisen, welches von den Flüssen bewässert wird, die sich in den St. Lorenzstrom ergießen, den vereinigten Staaten dagegen dasjenige, dessen Flüsse in die Bay von Fundy, also in das atlantische Meer, ausströmen. Einer der in Betracht kommenden Flüsse, der St. John, dessen Lauf zur Zeit, als der Tractat abgeschlossen wurde, noch wenig erforscht war, fließt nun zwar in die Bay von Fundy, und deßhalb nehmen die Amerikaner das Gebiet dieses Flusses in Anspruch, aber er macht eine zur Zeit des Tractats noch nicht bekannte Biegung, welche ihn zum großen Theile durch das anerkannt brittische Gebiet führt, weßhalb denn die Britten das streitige Territorium am Aroostook, einem Nebenflusse des St. John, für sich in Anspruch nehmen zu können glauben. Auffallend ist es, daß die Streitfrage in dem später (1814) zwischen den vereinigten Staaten und Großbritannien zu Gent abgeschlossenen Friedenstractate unerledigt blieb. Den Schiedsspruch des Königs der Niederlande, der das streitige Territorium in zwei gleiche Hälften theilte, haben bekanntlich die vereinigten Staaten anzunehmen geweigert. Amerika hat im Ganzen wenig Interesse an dem Besitz des bestrittenen Gebietes, außer etwa in dem Bauholz, das es liefert, weil dieses in den östlichen Staaten der Union zu mangeln anfängt. Für Großbritannien dagegen ist die Frage von der höchsten Wichtigkeit, da das bestrittene Gebiet die einzige Verbindungsstraße zwischen Neubraunschweig und Canada ist, und die vereinigten Staaten, wenn sie im Besitze desselben wären, den Eingang in den St. Lorenzstrom beherrschen, und im Falle eines Krieges alle Communication mit Canada gefährden könnten.

Die Antwort, welche die Minister die Königinn auf die Adresse der Londoner Municipalität, wodurch gegen die Einführung des Centralisations-Polizeisystems in der City remonstrirt wurde, haben ertheilen lassen, hat große Unzufriedenheit unter den Mitgliedern jener Corporation erregt und es sind in Folge davon sogleich wieder Versammlungen gehalten und Beschlüsse des Widerstandes gegen die beabsichtigte Maaßregel gefaßt worden. Die Corporation will sich die Controlle über die Citypolizei nicht entziehen lassen und die Polizeigewalt nicht einer Regierungsbehörde in die Hände geben. Ginge dieser Plan durch, so würde, meinte man, die Londoner Corporation, jetzt die angesehenste im Königreich, zum allgemeinen Gespött werden und ganz von der Regierung abhängen. Ueberhaupt stemmte man sich mit aller Macht gegen ein Centralisationssystem, von dem man die Vernichtung aller englischen Freiheiten befürchtet. Ein Alderman sagte, er wolle lieber wirkliche Soldaten in der City sehen, wohin diese sonst nie kommen dürfen, als eine solche Soldateska unter der Maske der Polizei. Auch über die zugleich beabsichtigten polizeilichen Vorschriften wurde große Klage geführt, z. B. daß an Niemand, der noch nicht 14 Jahre alt wäre, geistige Getränke verkauft werden sollen; daß jeder Betrunkene, wenn er sich auch nicht unanständig betrage, auf 14 Tage solle eingesteckt und zu Zwangsarbeit genöthigt werden können; daß Jeder, der irgend einen Lärm auf der Straße mache, oder der sich durch irgend etwas der Polizei verdächtig mache und sich nicht über Wohnung und Namen legitimiren könne, der Verhaftung unterliegen solle, und dergleichen mehr. Man bezichtigt die Minister deßhalb geradezu, daß sie ein Spionirsystem einführen wollten, und die Torybläter beeifern sich, das Feuer noch mehr anzuschüren, indem sie hoffen, daß das Ministerium durch diese Polizeimaaßregeln um all seinen Einfluß in der City kommen und seinen Sturz dadurch beschleunigen würde.

Der irische Verein in London, der große Ländereien in Irland besitzt, auf welchen er Musterwirthschaften und Ansiedlungen angelegt hat, gab vor einigen Tagen dem Lord Fortescue ein Festmahl. Der Lord sagte in seiner Dankrede, er habe vor fünf Jahren auf einer Reise durch das nördliche Irland Gelegenheit gehabt, einen Theil der Besitzungen des Vereins zu sehen, und sich über die treffliche Einrichtung dieser Ansiedlungen, über den landwirthschaftlichen Betrieb derselben und den gedeihlichen Zustand der Landbauern höchlich gefreut. Wenn alle Grundeigenthümer in Irland von gleichen wohlwollenden Absichten beseelt wären und eben so weise und verständig zu Werke gingen, so wurde in zehn Jahren mehr zur Beforderung der Wohlfahrt des Landes und seiner Bewohner geschehen, als durch die weiseste Gesetzgebung und die beste und gerechteste Verwaltung zu leisten möglich wäre. O'Connell spendete dem neuen Statthalter großes Lob und sprach die Erwartung aus, daß das irländische Volk den Lord freudig begrüßen werde. Man habe mit Recht gesagt, Irland brauche gute Landeigenthümer, aber es brauche noch etwas mehr, es wolle englisch seyn in jeder Beziehung, es wolle Gleichheit in Rechten und Wahlberechtigung, eine Union zwischen beiden Ländern nicht bloß dem Namen nach und auf Pergamentbriefen, sondern in werkthätiger Wirklichkeit. Bei den Gesinnungen des Lords habe Irland Alles zu hoffen und nichts zu fürchten. Der Lord selbst aber habe mehr zu fürchten, da er der Nachfolger des vortrefflichsten Mannes sei, der je das Statthalteramt verwaltet habe.

Die englischen Ultraradicalen betreiben, da der Nationalconvent in London nicht wirken will, mit um so mehr Nachdruck die Organisation ihrer Streitkräfte in den Fabrikbezirken. In Rochdale haben sie eine große Menge Waffen: Flinten, Säbel und Piken, aufgekauft. Sie haben an diesem Orte über 4000, zu Oldham 6000, zu Heywood 2000, zu Middleton 800, zu Hythe, Ashton, Newtonmoor, Stalybridge 30,000 Waffen. Ein Apostel der Stephens'schen Secte sog, während er in der Capelle der Chartisten zu Middleton predigte, zwanzig Kugeln aus der Tasche und forderte seine Zuhörer zum Widerstande auf gegen das Armengesetz. Auf den 25. hatten Oastler und Andere eine große Versammlung nach Nottingham ausgeschrieben, sie war jedoch sehr wenig besucht, und der Versuch, eine Subscription für die Delegirten in London zu Stande zu bringen, ist vollkommen gescheitert. Zu Devizes fürchtet man einen neuen Zusammenstoß zwischen den Tories und den Chartisten. Letztere haben eine neue Versammlung ausgeschrieben, bei welcher die Tories mit Knitteln zur Vertheidigung der öffentlichen Ordnung sich einzufinden gedenken. Aus Vorsicht sind in der Nachbarschaft Lanciers stationirt, um die Friedensrichter zu unterstützen, wenn es zu einem Kampfe kommen sollte.

Die Handelskammer in Hull hat dem Lieutenant Watson in Liverpool aufgetragen, die Kosten der Errichtung einer Telegraphenlinie von Hull nach London zu veranschlagen.

Nachdem die eisernen Boote häufiger geworden waren, wurde zuerst auf dem zwischen London und Antwerpen fahrenden Dampfschiffe „Raimbow" bemerkt, daß der Compaß die größten Abweichungen zeigte und dem Steuermanne seine Dienste gänzlich versagte, da das

Eisen des Bootes auf die Magnetnadel wirkte. Dieser Umstand schien gegen den Gebrauch eiserner Dampfboote auf Seereisen zu entscheiden, und es wurde daher der Astronom, Professor Airy, zu Rathe gezogen. Er ließ das Dampfboot „Raimbow" in die Docks zu Woolwich bringen, und stellte die sorgfältigsten Versuche an, indem er das Schiff nach allen Richtungen wenden ließ, und die Abweichungen der Magnetnadel vom wahren Nordpole genau verglich, bis er nach einiger Zeit endlich ein Mittel fand, dem Uebel abzuhelfen. Dieses Mittel besteht in einem am Bord des Schiffes angebrachten Magnet, welcher auf das Eisen des Fahrzeuges wirkt, und dadurch die Wirkung des Schiffes auf den Compaß aufhebt. Da jedoch alles Eisen mehr oder weniger ein Magnet ist, zumal gehämmertes Eisen, und die Schiffe durch das bei dem Nieten nöthige Hämmern magnetischer werden, als das Eisen früher war, ehe es zum Boote angewendet wurde, so läßt sich kein allgemeines Hülfsmittel angeben, sondern es ist für jedes Schiff nach seinen verschiedenen magnetischen Eigenschaften ein eigenes magnetisches Hülfsmittel nöthig, dessen Bestimmung die sorgfältigste Untersuchung fordert.

In diesen Tagen wurde in Portsmouth ein neu erbautes Linienschiff von 78 Kanonen, der „Indus," vom Stapel gelassen. Seine Länge am untern Verdeck beträgt 188 Fuß 4 Zoll; seine Länge am Kiel 155 Fuß 4 Zoll; seine größte Breite 51 Fuß 2 Zoll, sein Gehalt 2068 Tonnen.

Kürzlich sind wieder 30,000 Flinten in England eingeschifft worden, um für den Dienst der Christinischen Armee nach Spanien gebracht zu werden. Die Einschiffung wurde von dem spanischen Artilleriecapitän, H^rn. Jano, beaufsichtigt.

Am 25. März wurden zwei Büchsen mit Goldstaub, im Werthe von 4600 Pf. St., für die brasilianische Bergwerkscompagnie in London bestimmt, von dem Dubliner Dampfbootwerfte zu London mittelst eines falschen Empfangsvorweises entwendet. Für die Entdeckung ist eine Belohnung von 500 Pf. ausgesetzt.

Am 13. März starb in Rom der Generallieutenant Sir Herbert Taylor, einst der vertraute Freund des Herzogs von York und Secretär Georgs III.

Lord de Roos ist am 29. März zu London nach einer kurzen Krankheit mit Tode abgegangen.

Preußen.

Die Stadt Berlin, welche im Jahre 1822 nur noch 182,165 Civileinwohner in ihren Ringmauern zählte, besaß deren am Schluß des Jahres 1837 245,793 innerhalb der Ringmauern und 19,601 außerhalb derselben in ihrem Weichbilde, oder engern Polizeibezirk, zusammen 265,394. Im weitern Polizeibezirk befanden sich 24,134 Einwohner, also 8969 mehr als im Jahre 1821, und es hatte namentlich Charlottenburg 6662, die Wohnungen an der Ostseite des Grunewalds, Dahlen, Schmargendorf und Wilmersdorf 816, Steglitz mit der Schäferei 201, Neu- und Altschöneberg mit dem botanischen Garten 2011, die Wohnungen vor dem Halleschen Thore, die Hasenheide, der Johannistisch und die Weinberge 1057, Tempelhof 549, Britz mit dem Roll- und Buschkruge 541, teutsch und böhmisch Rixsdorf 2329, Treptow mit den Wohnungen an der Spree bis Köpnick an beiden Ufern 310, Stralow, Rummelsburg und Borhagen 236, Lichtenberg, Dorf, Vorwerk, Kietz und Colonie Friedrichsberg 950, Friedrichsfelde, Dorf und Rittergut 950, Biesdorf mit dem Rittergut 395, Hohenschönhausen 278, Weißensee 372, Heimersdorf 154, Pankow 779, Niederschönhausen und Schönholz 516, Reinickendorf 340, Dorf und Schloß Tegel 245, Louisenbad und Wedding nebst den dazu gehöriger Colonien 3415, Alt- und Neumoabit, Martinike nebst den Wohnungen am Unterbaum 1025 Einwohner, so daß also in dem Raum, welcher unter dem Polizeipräsidium in Berlin steht, oder in dem vormaligen Regierungsbezirke Berlin, 289,528 Menschen vom Civilstande wohnten, das ist 81,980 mehr als vor 15 Jahren, wobei noch zu bedenken ist, daß die Cholera auf sehr fühlbare Weise den Zuwachs hemmte. Das in Berlin befindliche Militär, mit Einschluß der in der Hausgenossenschaft desselben lebenden Frauen und Dienerschaft, enthielt zu Ende des Jahres 1837 18,328 Personen, das ist 1672 mehr als vor 15 Jahren (darunter 1326 in der Ehe lebende Frauen, 167 mehr als 1822). Rechnet man diese Seelenzahl des Militärstandes noch zu der Bevölkerung Berlins hinzu, so stellt sich die Gesammtzahl der Civil- und Militäreinwohner für den engern Polizeibezirk am Schlusse des Jahres 1837 auf 283,722 und im weiteren Polizeibezirke auf 307,956 Seelen.

Niederlande.

S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland sind am 31. März Nachmittags im Haag angekommen und in dem Palais des Prinzen von Oranien abgestiegen. S^r. kais. Hoheit wird die nächste Woche, als die Woche vor den griechischen Osterfeiertagen, in Einsamkeit zubringen. Die Festlichkeiten zu Ehren des Großfürsten-Thronfolgers werden somit erst in der Woche nach den griechischen Ostern beginnen.

Lombardisch-venetianisches Königreich.

Ihre Majestät unsere allergnädigste Kaiserinn-Königinn haben mittelst Zuschrift Allerhöchstihres Obersthofmeisters vom 21. Februar d. J. der in Vicenza bestehenden Anstalt der Lehrerinnen der heil. Dorothea die Summe von 3000 Liren als Unterstützung zu übersenden geruht.

Die Vorsteher der gedachten Anstalt bringen mit gerührtem Herzen diesen neuen Zug der Großmuth unserer frommen Landesmutter zur allgemeinen Kenntniß.

Wien.

S^r. k.k. apostol. Majestät haben mittelst allerhöchstunterzeichneten Diploms dem Domicellar-Canonicus der Olmützer Metropolitankirche, Carl Grafen von Welsersheimb, das Incolat im Herrenstande von Böhmen, Mähren und Schlesien allergnädigst zu verleihen geruht.

S^r. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 2. April d. J. dem Professor an der Theresianischen Ritterakademie, D^r. Joseph Hornig, die Annahme und das Tragen des kaiserl. russischen S^t. Wladimirordens vierter Classe allergnädigst zu gestatten geruht.

Am 9. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107¼.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101¾.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		670¾.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.			65¼.
Bankactien pr. Stück 1507⅛ in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 101

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 11. April 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 9. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.689	28. 5 Z. 5 P.	+ 0.4	NW.	still.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.76	28 6 4	+ 3.6	N.	—	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.736	28 6 0	+ 2.4	WNW.	—	—

Frankreich.

Nachrichten aus Paris vom 4. April (die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) melden, daß die beiden Kammern am obgedachten Tage, nicht vom Könige, wie man schon Tags zuvor vermuthet hatte, sondern von den Ministern mit Vorlesung einer königlichen Ordonnanz, kraft deren die Session der Kammer der Pairs und der Kammer der Deputirten von 1839 für eröffnet erklärt wird, eröffnet worden sind. — Der Pairskammer wurde obgedachte Ordonnanz von dem Siegelbewahrer, Hrn. Girod (de l'Ain), mitgetheilt, und in der Deputirtenkammer, wo Hr. Gras-Preville als Alterspräsident den Präsidentenstuhl einnahm, von dem Minister des Innern, Hrn. von Gasparin, verlesen. — Die Pairskammer schritt hierauf zur Ernennung ihrer Secretäre; der Graf Durosnel, der Marquis de Louvois, der Viceadmiral Halgan und der Graf von Turgot erhielten die absolute Stimmenmehrheit und wurden als Secretäre proclamirt. — Der Präsident, Baron Pasquier, theilte hierauf der Kammer die bekannte königliche Ordonnanz mit, wodurch die HH. General Voirol, Viceadmiral Rosamel, Generallieutenant Vicomte Schramm, Gay-Lussac, de la Pinsonnière, Duc de Caumont-Laforce, Baron Dupont-Delporte, Baron Nap de Champlouis und Maillard, Staatsrath, zu Pairs ernannt werden. Die HH. Grafen de Grammont-Darthé und de Greffulhe, durch Erbrecht zur Pairie berufen, melden, daß sie das erforderliche Alter erreicht und die Genehmigung des Königs zum Eintritt in die Pairskammer erhalten haben. Es werden drei Commissionen zur Prüfung der Rechtsansprüche und Titel der neuen Pairs ernannt. — Der Baron Pelet de la Lozère begehrte hierauf die Erlaubniß, Erläuterungen über die Ministerialkrisis und über die seit einem Monat Statt gefundenen Unterhandlungen fordern zu dürfen. „Ich glaube," sagte er, „daß, wenn die Kammer meinen Vorschlag genehmigt, der erlauchte Marschall, den das Vertrauen des Königs zur Bildung eines Cabinets berufen hatte, sich nicht weigern wird, diejenigen Erläuterungen zu geben, welche die Klugheit und der Geist der Versöhnung gestatten werden. Unser gemeinschaftliches Streben muß seyn, diese peinliche Krisis so schnell als möglich zu beendigen, ihr einen glücklichen Ausgang zu bereiten, und ihrer Beendigung nicht durch Persönlichkeiten, welche die Unterhandlungen, von denen ich spreche, stören könnten, Hindernisse in den Weg zu legen. Ich ersuche, daß die Kammer mich ermächtigen möge, nächsten Sonnabend das Wort zu nehmen, um die von mir gewünschten Erläuterungen zu provociren." — Die Kammer entschied sich mit bedeutender Stimmenmehrheit zu Gunsten des von dem Baron Pelet de la Lozère gestellten Antrages und vertagte sich, nachdem sie zuvor noch ihre Bureaux durch Ernennung der Präsidenten und Secretäre derselben organisirt hatte, auf Sonnabend den 6. April.

In der Deputirtenkammer wurde nach Verlesung der königlichen Eröffnungs-Ordonnanz, und nachdem die vier jüngsten Mitglieder der Kammer als provisorische Secretäre ihre Plätze eingenommen hatten, zur Organisation der neun Bureaux geschritten. Es wurden folgende Präsidenten und Secretäre dieser neun Bureaux durch Stimmenmehrheit ernannt *): 1) Präsident Lascases, Vater O. Secretär Vejux O. 2) Präsident Passy O. Secretär Malleville O. 3) Präsident Dupin. Secretär Roger (du Nord) O. 4) Präsident Merlin M. Secretär Sahune O. 5) Präsident Hennesy M. Secretär Champlatreux M. 6) Präsident Thiers O. Secretär Billaud O. 7) Präsident J. Lefebvre M. Secretär Albert O. 8) Präsident Leclerc M. Secretär Chasseloup-Laubat M. 9) Präsident Marschall Clauzel O. Secretär Vivien O.

Der Moniteur vom 4. d. M. enthält über die Art der Eröffnung der Kammern folgenden Artikel: „Die Minister werden sich heute ins Luxembourg und ins Palais Bourbon begeben, um zur Eröffnung der Kammern zu schreiten. — Einige Journale tadeln diese Art der Eröffnung der Session, dieser Tadel scheint uns keineswegs gegründet. Es würde, wenigstens nach unserem Dafürhalten, eine Art von Widerspruch zwischen dem Character, den das neue Cabinet sich beilegen wollte, und dem Apparat einer königlichen Sitzung Statt gefunden haben. — Wie hätten diese neuen Minister dem Könige auch nur einigermaaßen bestimmte Worte in den Mund legen können? Der Vergangenheit, wenigstens als leitender Gedanke, sind sie fremd geblieben; auf die Zukunft haben sie ausdrücklich verzichtet. Was die Gegenwart anlangt, so haben sie durch den Mund des Königs weder Lob noch Tadel darüber auszusprechen. Man konnte demnach, ohne dem Princip, welches bei Bildung der neuen Administration vorgewaltet hatte, zu derogiren, die politischen Fragen von keiner Seite berühren. Diese Aufgabe bleibt einzig und allein den Männern vorbehalten, welche in definitiver Weise den Ministern vom 15. April folgen werden. — Solchergestalt erklären wir uns die Unterlassung einer königlichen Sitzung unter den gegenwärtigen Umständen. Diese Unterlassung ist eine vernunftgemäße und logische Folge der Maaßregel, die für die administrativen Erfordernisse gesorgt hat, ohne die eigentliche Regierungsfrage zu berühren. Weil man diese Hauptseite

*) M. heißt ministeriell, oder richtiger gesagt, der alten Majorität der 221 angehörend; O. Opposition oder von der Partei der 213.

der Lage aus den Augen verliert, verirrt man sich in grundlosen Declamationen gegen eine Thatsache, die sich von selbst vollständig rechtfertigt. Mit einigem Nachdenken und redlichem Sinne würde man gar bald einsehen, daß der eingeschlagene Gang der beste ist, den man befolgen konnte; wir sind überzeugt, daß alle vernünftigen Leute in dieser Hinsicht mit uns einstimmen werden."

Der lithographirten Privatcorrespondenz aus Paris vom 4. April zufolge soll der Duc de Broglie am 3. Morgens dem Hrn. Dupin einen langen Besuch abgestattet und ihn gefragt haben, ob er geneigt wäre, in ein Cabinet einzutreten, dessen Präsident er (der Duc de Broglie) seyn werde? Hr. Dupin soll erwiedert haben, er fühle sich sehr geehrt durch diesen Vorschlag, und werde mit Vergnügen ein Portefeuille in einer unter den Auspicien des Duc de Broglie gebildeten Combination annehmen, vorausgesetzt, daß Hr. Guizot nicht daran Theil nehme. — Letzterer soll übrigens, obiger Correspondenz zufolge, an einer falschen Lungenentzündung erkrankt und außer Stand seyn, vor Ablauf mehrerer Tage in der Kammer zu erscheinen. — Von Hrn. Persil heißt es, er habe sich, ungeachtet der bekannten Entsetzung von seinem Posten, in einer Versammlung der Doctrinairs geneigt erklärt, sich an die 221 anzuschließen; übrigens wird hinzugefügt, die Doctrinairs hätten beschlossen, vor der Hand neutral zu bleiben.

Am 2. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 10. — Am 3. April 5Percents 109 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 35. 3Percents 80 Fr. 20. Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 10. — Am 4. April 5Percents 109 Fr. 75. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 55. 3Percents 80 Fr. 45. Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 25.

Großbritannien und Irland.

Am 28. März in der Früh erhielt man in London die Nachricht, daß nun auch der belgische Senat den Gesetzentwurf angenommen, durch welchen König Leopold ermächtigt wird, dem von der Londoner Conferenz vorgeschlagenen Tractat beizutreten. Da nun im Publicum die Meinung verbreitet war, es werde auf dieses Senatsvotum auch unmittelbar die Unterzeichnung des Tractats von Seiten des Königs der Belgier folgen, so findet der Courier sich veranlaßt, diese Voraussetzung für irrig zu erklären, indem er Folgendes zur Erläuterung der Sachlage hinzufügt: „Die belgische Regierung wird jetzt zunächst erst durch ihren Botschafter in London der Conferenz anzeigen, daß Se. Majestät der König der Belgier von seinen Kammern autorisirt worden, jenem Tractate seine Zustimmung zu geben. Nun sind zwar alle wesentlichen Puncte dieses Tractats so klar und bestimmt, daß sie kein Mißverständniß zulassen, aber einige untergeordnetere Stipulationen desselben werden noch einer deutlicheren Erklärung bedürfen, ehe der definitive Tractat unterzeichnet werden kann. Der Artikel in Betreff der Schelde-Schifffahrt zum Beispiele ist noch immer ein Gegenstand der Unterhandlung. Der Zoll für alle Schiffe, welche in diesen Fluß einlaufen, ist zu 1 Gulden 50 Cents auf die Tonne festgesetzt; über den Hauptpunct sind beide Theile einig, aber der Tractat wird nicht eher unterzeichnet werden, als bis die Art der Erhebung dieses Zolles deutlich bestimmt ist. Bereits ist man dahin übereingekommen, daß der Zoll nicht in Vließingen, sondern in Antwerpen erhoben werden soll. Dadurch ist den Kaufleuten ein bedeutender Vortheil gesichert, und sie haben dieß, wie wir glauben, großentheils unserm Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu danken. Die belgische Regierung wünscht aber den Handel auf ihrem Hauptstrome durch Entrichtung einer jährlichen festen Summe gänzlich von diesem lästigen Zoll zu befreien, und bevor nicht Holland diesen Vorschlag entweder verworfen oder angenommen hat, kann natürlich kein Tractat abgeschlossen werden. Es freut uns, sagen zu können, daß man jetzt keine der baldigen Ratificirung des Tractats entgegenstehende Schwierigkeit befürchtet, aber im frühesten Falle kann derselbe doch unmöglich eher als in drei Wochen unterzeichnet und ratificirt seyn."

Wie unter den jetzigen Umständen zu erwarten war, benützt Daniel O'Connell seinen Aufenthalt in Dublin während der Parlamentsferien zur eifrigsten Agitation. Sein Zweck ist, Petitionen zu Gunsten des Ministeriums für den großen Tag zusammenzubringen, an welchem über das Geschick desselben im Hause der Gemeinen entschieden werden soll. 300,000 Unterschriften wünscht er für diese Petitionen. Dubliner Blätter geben die Rede, mit welcher er am 26. März in der dortigen Kornborse eine Prăcursorenversammlung heranguirte. „Nie," so begann er, „habe ich noch mit so erregtem Gefühle zu euch gesprochen wie dießmal. Die Ursache liegt nahe: Irlands Schicksal liegt in der Waagschale; die Schlacht der Parteien soll gefochten werden auf irischem Boden. Die Entscheidungsfrage mag für Engländer eine bloße Klopffechterei der Parteien, ein bloßes Interesse der Selbstsucht seyn; — für die Irländer handelt es sich dabei um Seyn oder Nichtseyn. (Hört!) Ja, die wichtige Krisis ist eingetreten, und ihr, o Irländer, schaart euch jetzt um euer Vaterland!" Der Redner klagt nun über das Haus der Gemeinen, in welchem, wie nachgerade Jedem einleuchten müsse, nicht das Volk, sondern nur einige privilegirte Classen, repräsentirt seien; indeß hoffe er, bis zu seiner Rückkehr in den brittischen Fabrikbezirken einen Verein organisirt zu sehen für Wahlrecht aller Hausbesitzer, Ballotage und jährliche Parlamente; diesen Verein zu unterstützen, solle mit eine Aufgabe der Prăcursoren seyn. Dabei habe er aber mit den Chartisten nichts zu schaffen, verschwöre vielmehr alle Gemeinschaft mit ihnen; denn durch ihr Schwätzen von Dolchen und Flinten verscheuchten sie von sich alle Gewissenhaften und Redlichen, und ihr Geschrei um allgemeines Stimmrecht sei ein Schrecken und ein Grausen geworden. Nach mancherlei Persönlichkeiten, namentlich auch gegen einige irische liberale Unterhausmitglieder, die seinen neulichen Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts in Irland nicht unterstützt, und nachdem er die Prăcursorengesellschaft dem Oranienbunde gegenüber als gesetzlich vertheidigt, schloß er mit den Worten: „Jede Anstrengung muß gemacht werden. Wir müssen frühzeitige Versammlungen berufen, oder die Orangisten werden Meister über uns. Sie haben gerufen: „Hurrah zum Kampf!" — rufen wir entgegen: „Hurrah zum Widerstand!" (Großer Beifall.) Die Minister haben wohlgethan. Nun die Schlacht verkündigt worden, haben sie dazu den Tag festgesetzt, und das rechte Terrain bestimmt, nämlich die Frage: soll Irland gut oder schlecht regiert werden. (Hört!) Jede andere Frage ist bei Seite geworfen, bis erst diese entschieden seyn wird. Die Lords haben ausgesprochen, Irland solle schlecht verwaltet werden, und der Zusammenstoß hat begonnen; ich frage nun, welche Partei werden die Iren ergreifen? (Zuruf.) Die Minister müssen muthig kämpfen, und sie werden siegen. Hat einer von ihnen nicht Muth genug, so trete das armselige Geschöpf zurück, und mache einem muthigeren Manne Platz. Irland muß mir jetzt zwei Millionen Prăcursoren stellen. Ich bestimme die Zeit unserer allgemeinen Versammlung im Lande; nächsten Sonntag nach der Messe; da soll von allen Pfarreien in Irland eine Petition ans Parlament ausgehen. Ihr werdet euer Land nicht noch einmal mit Füßen treten lassen von den Percevals, den

Conollys und den Shaws. Ich bin kein Prediger der Lehre von der physischen Gewalt; aber gelangten, was Gott verhüten möge! die Oranienmänner noch einmal ans Ruder, so würde die wilde Gerechtigkeit der Volksrache in gräßlicher Heftigkeit ausbrechen, und dann, fürchte ich, stände selbst der Thron nicht sicher." Bemerkenswerth war unter andern folgende Aeußerung O'Connells: „Ich freue mich, zu sehen, wie die Irländer in andern Ländern so trefflich gedeihen. Die Nothwendigkeit, die einen Theil meiner Landsleute jährlich zur Auswanderung zwingt, hat diese gute Folge, daß, so wie in alten Zeiten irische Geistliche die Apostel des Christenthums waren, so dermalen die irischen Laien Missionarien geworden sind. Wo sich zwanzig Irländer zusammenfinden, da ist es ihre erste Sorge, einen Priester zu haben. So bildet sich hier und dort der Kern zu einer katholischen Gemeinde, und dieser Umstand erklärt wohl die bis zum Erstaunen zahlreiche Rückkehr des englischen Volkes zum alten Glauben. England hat Irland unterdrückt, jetzt wird Irland in Gottes Hand ein mächtiges Werkzeug zugleich zur Vergeltung und zur Ausführung seines unerforschlichen Willens."

In der am 27. März Statt gefundenen halbjährigen Versammlung der canadischen Landcompagnie wurde nachgewiesen, daß im abgewichenen Jahre wegen der dortigen Unruhen nur 15,718 Acres Land für 9926 Pf. verkauft worden, und daß sich noch 1,126,000 Acres in den Händen der Gesellschaft befinden, wofür sie der Regierung noch einen Saldo von 79,000 Pf. schuldet, welcher bis 1843 abbezahlt seyn muß. Obgleich die Auswanderung jetzt fast gänzlich aufgehört hat, so macht man sich doch für nächstes Frühjahr bessere Aussichten. Das westliche Canada soll den trefflichsten Weizen liefern und im Stande seyn, Großbritannien mit jeder beliebigen Quantität zu niedrigen Preisen zu versehen.

Consols am 1. April 92⅞ ⅛; — am 2. April 92⅞.

Türkei.

Nachrichten aus Alexandrien vom 17. März, im Osservatore Triestino, melden: „Der Donner des Geschützes verkündete uns gestern die Ankunft des Vicekönigs in seinem Pallaste von Schubra zu Cairo, wo er in der Nacht vom 14. eingetroffen ist. Nach einigen Angaben soll er sich über einen Monat dort aufhalten, bevor er Alexandrien besucht; andere dagegen erwarten ihn hier in wenigen Tagen."

Preußen.

Die Kölner Zeitung enthält nachstehenden Bericht eines Augenzeugen über die (in unserm letzten Montagsblatte erwähnten) Ereignisse zu Cleve: „Der seit einiger Zeit hier angestellte Polizeicommissär S... hatte vor mehreren Jahren, während er in Barmen lebte, eine kleine Schrift unter dem Titel: „Luther," herausgegeben, welche die kirchlichen Zustände zur Zeit der Reformation in dramatischer Form behandelt, an sich aber bedeutungslos ist, und daher auch fast ganz unbeachtet geblieben war. Indessen hatte er einige Exemplare an seine Bekannten mitgetheilt; sie waren von Hand zu Hand gegangen, und es hatte sich das Gerücht verbreitet, der S. habe ein Buch gegen die katholische Kirche geschrieben. Am 23. März warnte einer der hiesigen Capläne von der Kanzel vor schlechten Büchern und nannte unter solchen das oben erwähnte Werk, unter namentlicher Bezeichnung des Verfassers. Allem Anscheine nach hierdurch veranlaßt, sammelte sich am 24. (Sonntag) Abends gegen halb 10 Uhr vor der Wohnung des S. ein Volkshaufe, warf einige Fensterscheiben ein und zog dann singend und lärmend nach der Wohnung des vorhin bezeichneten Caplans, um demselben ein Vivat zu bringen; auf dem Wege dorthin wurden auch einige Steinwürfe gegen die Fenster der drei evangelischen Pfarrer und der evangelischen Kirche gerichtet. Auf dem Rückwege von der Wohnung des Caplans trat dem immer noch lärmenden Haufen der Bürgermeister entgegen und forderte die Ruhestörer auf, sich sofort zu zerstreuen. Die Vordersten ergriffen die Flucht, Andere riefen: Der Bürgermeister hat Recht! brachten Sr. Majestät dem König, dem Bürgermeister, dem Pfarrer, dem Caplan ein Lebehoch und versprachen, nach Hause zu gehen. Unglücklicherweise aber begegnete dem sich zerstreuenden Haufen der Polizeicommissär S. Kaum ward man seiner ansichtig, als die Masse sich mit solchem Ungestüme auf ihn losstürzte, daß er nur mit Mühe in eines der nächsten Häuser flüchten konnte. Gleich begann man, Steinwürfe gegen dieses Haus zu richten und schickte sich an, in dasselbe gewaltsam einzudringen, als es den vereinten Bemühungen des Landraths, Staatsprocurators, Bürgermeisters und Oberpfarrers, welchen sich mehrere achtbare Bürger anschlossen, gelang, hier weitere Excesse zu verhüten. Indessen zogen immer noch lärmende Gruppen durch die Stadt, und sammelten sich zum zweiten Male auf dem Markte, wo sie, leider! durch einen Bürger (dem einzigen, welcher sich bei dem Excesse betheiligt hat) unter aufreizenden Redensarten mit Branntwein unentgeldlich bewirthet, und dadurch zu neuen Excessen getrieben wurden. — Auf das Gerücht, daß der mehrerwähnte Caplan arretirt sei, zog man nochmals nach seiner Wohnung, warf auf dem Zuge einige Fensterscheiben eines Buchhändlers, den man fälschlich für den Verleger der incriminirten Schrift ausgegeben, ein, und zerstreute sich erst dann völlig, als auch der Caplan erschien und ernstlich zur Ruhe und zum Gehorsam gegen die Obrigkeit ermahnte. — Unsere Behörden, welchen außer wenigen Gendarmen keine bewaffnete Macht zu Gebote stand, hatten während des Tumults nicht gewaltsam einschreiten können; am folgenden Morgen aber wurde gleich eine Bürgerwache aus den angesehensten Einwohnern gebildet und durch ein Polizeireglement jede Versammlung auf den Straßen verboten, auch das Schließen der Wirthshäuser um 9 Uhr Abends angeordnet. Dennoch versammelten sich am Abend wieder Gruppen auf den öffentlichen Plätzen, die aber gleich von der Wache zerstreut wurden, ohne daß weitere Unordnungen Statt gefunden hätten. Dabei wurde 19 Personen, die sich nicht gleich legitimiren konnten, oder der Aufforderung, sich zu zerstreuen, nicht Folge leisteten, verhaftet, größtentheils aber am andern Morgen entlassen. Am 26. März rückte ein Detaschement von 100 Mann Infanterie und 20 Mann Cavallerie, welches unser Landrath vorsorglich von Wesel requirirt hatte, hier ein; inmittelst war auch bereits eine Commission des hiesigen Landgerichts zur Untersuchung des Tumultes constituirt, auf deren Befehl sodann 29 Personen als Theilnehmer desselben verhaftet wurden, ohne daß sich der fernste Anschein des Widerstandes zeigte. Nur einer dieser Tumultuanten — ein übelberüchtigtes Subject aus dem benachbarten Dorfe Materborn — suchte der Verhaftung durch die Flucht zu entgehen, wurde aber von einem der Polizei zur Hülfe gegebenen Soldaten niedergeschossen und mit einer bedeutenden Wunde am Bein in das Arresthaus abgeliefert. Seitdem genießen wir der vollständigsten Ruhe. Wenn der materielle Schaden, welcher angerichtet ist, sich auf einige zerbrochene Fensterscheiben beschränkt (an 7 Gebäuden, einschließlich der Kirche, zusammen 70 Stück) und wir also, wie man zu sagen pflegt, mit dem Schrecken davongekommen sind, so verdanken wir dieß dem eben so entschlossenen als gemäßigten Benehmen der Behörden, besonders unsers Bürgermeisters, und den Bemühungen des katholi-

chen Oberpfarrers; denn nur zu leicht hätte der einmal aufgeregte, durch Branntwein erhitzte Volkshaufen, obgleich offenbar ursprünglich nicht eigentlich böse gesinnt, sich zu größeren Excessen fortreißen lassen können! Und schon jetzt wird eine Anzahl der Bethörten die Unbesonnenheit mit mehrmonatlichem Gefängniß büßen müssen! Mögen alle diejenigen, welche die Wirren der Zeit benutzen, um den Frieden unter den verschiedenen Confessionen, die so lange in Eintracht neben einander lebten, zu stören, und die geheiligte Religion zur Entfesselung niedriger Leidenschaften zu mißbrauchen, auch an diesem Vorfalle ein warnendes Beispiel nehmen und vor ihrem frevelhaften Beginnen zurückbeben! Möge der Vorfall selbst für unsere freundliche, belebte Stadt von keinen üblen Folgen seyn; mögen unsere Mitbürger sich bestreben, durch ächt brüderliches Zusammenhalten recht bald jede Erinnerung an denselben zu verwischen!"

Niederlande.

Der Avondbode, welcher Ende Februars zuerst Kunde gab von einem zwischen Niederland und Nordamerika zu Stande gekommenen Handels- und Schifffahrtsvertrag, theilt in seiner Nummer vom 2. April den ganzen Inhalts dieses Tractats mit. Der Tractat, aus sieben Artikeln bestehend, ist von des Königs der Niederlande Majestät ratificirt und die Ratification bereits nach Washington zur Auswechslung gesendet worden.

Belgien.

Der Divisionsgeneral, Oberbefehlshaber der Bürgergarde von Brüssel, hat an den Obersten der vier Legionen dieser Garde folgendes Schreiben gerichtet: „Brüssel, 28. März 1839. Herr Gouverneur! Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, von heute an den in diesem Augenblicke der Bürgergarde von Brüssel übertragenen Dienst aufhören zu lassen. Indem Sie den Chef dieser Garde von dieser Maaßregel unterrichten, werden Sie, Herr Gouverneur, gütigst ihn beauftragen, allen Corps, woraus dieselbe besteht, die Zufriedenheit der Regierung mit dem Eifer, womit sie den Dienst, wozu sie berufen worden, versehen haben, und mit der Bereitwilligkeit, womit sie auf eine nützliche Weise zur Aufrechthaltung der Ordnung mitgewirkt haben, zu bezeigen. Die Bürgergarde von Brüssel hat, mit Vergnügen proclamire ich es laut, gezeigt, daß sie die Mission, welche ihr das Gesetz übertragen hat, begreift. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, (unterz.) Nothomb."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 3. April enthält folgenden Artikel: „Der Göttinger Correspondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung, welcher gemeldet hatte, daß auch die erste Kammer der hannoverschen Ständeversammlung gegen die Verfassung von 1819 protestirt hätte, gesteht jetzt, in Folge unserer Berichtigung, zu, daß er dieß nach einem Gerüchte bona fide gemeldet habe. So weit ist Alles ganz einfach. Aber wissen Sie, wer nach seiner Ansicht Schuld daran ist, daß er solche unrichtige Nachrichten in die Welt hineinschreibt? Ganz allein die Hannoversche Zeitung. Wie so denn? Hätte diese die Verhandlungen der ersten Kammer mitgetheilt, so wäre er nicht in den Fall gekommen, die falsche Nachricht zu verbreiten. Sollte das wirklich eine Entschuldigung für seine unrichtigen Mittheilungen seyn? Der Herr Correspondent weiß auch wohl nicht, daß unsere Ständeversammlung jetzt nicht in dem Maaße öffentlich ist, wie früher, und daß es daher nicht allein von der Hannoverschen Zeitung abhängt, Mittheilungen über deren Verhandlungen zu geben. Die Hannoversche Zeitung, behauptet der Herr Correspondent ferner, habe gar nicht das Recht, Anderen eine Unrichtigkeit vorzuwerfen, indem sie selbst deren enthalte. Gesetzt, dieß wäre wahr, sollten uns deßwegen Berichtigungen nicht erlaubt seyn? Und welches sind diese falschen Nachrichten, die uns von ihm vorgeworfen werden? Zuerst die Rotenkirchener Reden. Wir sind bei diesen Reden allerdings nicht zugegen gewesen, aber sie sind uns, wie schon aus den Verhältnissen hervorgeht, aus den zuverlässigsten Quellen mitgetheilt, ihre Richtigkeit ist wiederholt versichert worden, und es ist nirgends der Beweis beigebracht, daß unsere Darstellung irrig gewesen wäre. Es wird uns zweitens die unerledigte Toastgeschichte vorgeworfen. Auch diese ist uns aus den sichersten Quellen zugekommen; wir haben später die Wahrheit derselben auf das Bestimmteste wiederholen können, wir haben nie Etwas vernommen, wodurch wir hätten veranlaßt werden können, dieselbe im Geringsten zu bezweifeln, und wir glauben, daß die entgegengesetzte Ansicht sich bereits sehr geändert hat. Es wird uns drittens vorgeworfen, wir hätten erklärt, daß der Bundestag jede Einmischung in die hannoversche Angelegenheit abgelehnt habe. Das haben wir nicht; wir haben gesagt, die einzelnen Corporationen würden von dem Bunde abgewiesen werden, und dieß ist auch geschehen; und dann haben wir gesagt, wir hätten keinen Grund, zu bezweifeln, daß bei den meisten teutschen Höfen und also auch bei dem Bunde diese Angelegenheit als beendigt angesehen werde, und das wird die Zukunft ausweisen. Endlich wird uns vorgeworfen, wir hätten behauptet, die hannoversche Verfassungsangelegenheit sei erledigt. Dieß ist unsere Ansicht; wir haben sie nach unseren Kräften zu beweisen gesucht; es mag seyn, daß der Herr Correspondent in Göttingen damit nicht übereinstimmt, aber dann ist es höchstens eine von der seinigen abweichende politische Ansicht, aber keine falsche Thatsache. Uebrigens ist uns diese Vertheidigung des Herrn Correspondenten der Augsburger Allgemeinen Zeitung gegen unsere Berichtigung, trotz ihrer Merkwürdigkeit, eben nicht sehr auffallend gewesen, denn die Correspondenzberichte aus dem Hannoverschen in fremden Blättern sind seit längerer Zeit der Art, daß man sich in dieser Beziehung über gar nichts mehr wundern kann; wir glauben nur, daß ein so geachtetes Blatt, wie die Augsburger Allgemeine Zeitung, weder mit solchen Correspondenzen, noch mit solchen Vertheidigungen, wie diese aus Göttingen, besondere Ehre einlegen werde."

Der Hamburger Correspondent meldet aus Hannover vom 30. März: „Seit gestern circuliren hier Gerüchte der bedenklichsten Art über den Gesundheitszustand des regierenden Herzogs von Braunschweig, die heute sogar schon das Schlimmste voraussehen wollten. Die dem früheren Unfalle hinzugetretene Krankheit (ein Nervenfieber) soll einen bedenklichen Character angenommen haben."

Wien.

Am 10. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	—.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	155.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	671⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65¼.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ G. Uso. 2 M.

Bankactien pr. Stück 1508 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 102

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 12. April 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 10. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.802	28 Z. 6 L. 10 P.	+ 1.3	NW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.746	28 6 2	+ 5.3	NW.	mittel.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.775	28 6 6	+ 2.1	NW.	schwach.	trüb.

Spanien.

Die Quotidienne vom 4. d. M. enthält folgende Nachrichten vom Kriegsschauplatze: „Unsere Correspondenz aus dem königlichen Hauptquartier bestätigt die von den Truppen Ayerbe's vor Segura (am 23. März) erlittene Schlappe. Die Cavallerie Cabrera's, welche den Augenblick des Rückzuges der Christinos abwartete, um einzuhauen, hat die Niederlage vollständig gemacht. Der Verlust der Carlisten, die sich hinter ihren Verschanzungen schlugen, ist unbedeutend; Ayerbe hat viele Leute verloren. Ein preußischer Offizier, der Baron von Rhaden, der das Genie der königlichen Armee von Arragonien commandirt, hat sich besonders ausgezeichnet. Der General Cabrera würde seinen Gegner verfolgt haben, wenn ihn die Wichtigkeit der Stellung von Segura nicht genöthigt hätte, vor allem die Befestigung dieses Platzes zu vollenden. Der officielle Bericht des Grafen von Morella (Generals Cabrera) war am 28. noch nicht in Tolosa angelangt. — Ein Schreiben aus Bayonne vom 31. März meldet, daß gegen 20,000 Christinos aus den Linien von Pamplona und Lodosa gegen Maroto aufgebrochen sind, der mit 16 bis 18 Bataillons in der Gegend von Estella steht. Ob Espartero einen ernsthaften Angriff beabsichtigt, oder das Ganze nur wieder eine seiner gewöhnlichen Demonstrationen ist, muß die Zeit lehren. — Einige Offiziere der Carlistischen Armee, welche es, da sie in das Complott der Generäle Guergue, Garcia und Sanz verwickelt waren, für rathsam gehalten hatten, sich auf französisches Gebiet zu flüchten, sind zurückgerufen worden. Der Brigadier Tarragual hatte sich auf den Weg gemacht, um wieder nach Spanien zurückzukehren, aber die französischen Behörden ließen ihn anhalten und nach Pau zurückführen."

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 27. März: „Als die Minister plötzlich die Sitzungen der Cortes suspendirten, suchten sie diese Maaßregel durch das Versprechen zu rechtfertigen, daß sie ausschließlich auf die Führung des Krieges und Anschaffung von Geldmitteln bedacht seyn würden. Anstatt aber die erregten Hoffnungen zu befriedigen, haben sie nur ihre gänzliche Unfähigkeit erprobt, und sich zum Gegenstande der allgemeinen Verachtung gemacht. Unter ihnen selbst sind ernsthafte Zwistigkeiten ausgebrochen, indem der General Alair alles mit roher Gewalt durchsetzen will, was H^r. Pita durch schlaue Intriguen zu erreichen hofft, während H^r. Perez de Castro zu befahrt ist, um in Gewaltstreichen oder unabsehbaren Intriguen das Mittel erblicken zu können, den Leiden des Staates abzuhelfen. Die übrigen Mitglieder des Cabinets schwanken in ihren Entschlüssen, beugen sich jedoch in der Regel vor dem eisernen Willen des Kriegsministers. Die Angriffe, denen dieser von Seite der periodischen Presse ausgesetzt ist, und die allerdings Maaß und Ziel überschreiten, hatten ihn veranlaßt, seinen Collegen den Vorschlag zu thun, entweder die Preßfreiheit zu unterdrücken, oder doch die zur heftigsten Opposition gehörenden Schriftsteller des Landes zu verweisen. Da jedoch die übrigen Minister nicht für gut fanden diesem Antrage beizutreten, so erklärte der General Alair öffentlich, daß er, sobald die Ruhe in Madrid gestört würde, alle politischen Schriftsteller der Opposition ohne weiters werde erschießen lassen. Diese aber, anstatt eingeschüchtert zu werden, verdoppeln täglich ihre Angriffe, zu denen das Benehmen der Minister freilich nur allzu sehr Gelegenheit gibt. Um die Exaltirten zum Schweigen zu bringen, lassen die Minister bisweilen ein Wort von bevorstehender Auflösung der Cortes fallen, und behaupten, sie hätten den Baron Meer bereits von Catalonien abberufen und würden den dortigen Belagerungszustand durch den neu zu ernennenden Generalcapitän sogleich aufheben lassen. Weder die eine noch die andere Maaßregel scheint aber ernstlich gemeint zu seyn; die Auflösung der Cortes, davon müssen die Minister überzeugt seyn, würde die unmittelbare Auflösung des Cabinets nach sich ziehen. Der Abberufung des Baron Meer von Catalonien, sollte diese wirklich ernstlich gemeint seyn, wird diese Provinz öffnen und um so entschiedenern Widerstand entgegensetzen, falls damit die von dem Finanzminister beabsichtigte Freigebung der Einfuhr englischer Baumwollenwaaren verbunden werden soll. Die noch gestern von Barcelona und Tarragona eingegangenen Nachrichten erregen die Besorgniß von einer bevorstehenden Unabhängigkeitserklärung Cataloniens; nur durch Nachgiebigkeit würde das Ministerium den Ausbruch dieses Sturmes beschwören können. Zur selben Zeit werden die Bewohner Castiliens von der Schaar Balmaseda's heimgesucht. Kaum hatte die Regierung verkündigt, diese sei in kleine Gruppen versprengt worden, und von drei verschiedenen Corps eingeschlossen, so erschien Balmaseda wieder am 22. mit 140 berittenen Banditen bei Lerma, erschoß acht Zoll-Carabiniers, die einen Transport Tabak escortirten, verbrannte den Flecken Valcabado (2 Meilen von Roa), erschoß am 23. drei Milicianos in Castrillo de Duero, und brachte die Nacht ungestört in Laguna de Contreras zu, von wo er nach Cuellar oder nach Sepulveda gehen konnte; 1300 Mann Infanterie und 400 Mann Cavallerie sind in seiner Verfolgung begriffen, ohne ihn bis jetzt erreicht zu haben. Die unerhörtesten Gräuel bezeichnen die Anwesenheit Balmaseda's in jenen unglücklichen Gegenden, deren Bewohnere sich trostlos fragen, welchen Schutz ihnen wohl die Regierung gewähren werde, wenn zahlreichere Carlistische Schaaren den Ebro überschreiten sollten. Der Graf Lu-

chana hat befohlen, alle zu Balmaseda's Corps gehörenden Leute über die Klinge springen zu lassen. — Cabrera hat sich endlich dazu verstanden, die in seinen Händen befindlichen Gefangenen auszuwechseln, und die nöthigen Anstalten, dieses erfreuliche Ereigniß zu beschleunigen, sind bereits getroffen.

Großbritannien und Irland.

In dem zweiten Artikel des im Jahre 1783 zwischen England und den vereinigten Staaten abgeschlossenen Friedenstractats wurde die Gränze zwischen Maine und Neubraunschweig folgendermaaßen bestimmt: Von der Mündung des St. Croix in die Fundy-Bay sollte eine Linie die Mitte dieses Flusses entlang bis zu seiner Quelle und von da in gerader Richtung nordwärts bis zu den Hochlanden, dann an diesen Hochlanden hin, welche, wie man glaubte, die Scheidung zwischen den in den St. Lorenzstrom und den in den atlantischen Ocean sich ergießenden Flüssen bildeten, bis zum nordwestlichsten Puncte des Flusses Connecticut gezogen werden. Die weitere Fortführung der Gränzlinie steht zu der jetzigen Gränzstreitigkeit in keiner Beziehung und kann daher übergangen werden; nur ist noch zu erwähnen, daß im weiteren Verlauf des besagten Artikels ein Unterschied zwischen der Fundy-Bay und dem atlantischen Ocean gemacht wird, indem beide neben einander genannt sind. Hierauf und auf obige Bestimmungen begründet nun der Courier folgende Bemerkungen: „Als der Tractat abgeschlossen wurde, kannte man das Innere des Landes nicht und theilte dasselbe durch eine imaginäre Bergkette. Betrachtet man die Karte, so sieht man, daß der St. Johnfluß, welcher sich innerhalb des brittischen Gebiets, 50 englische Meilen von der Gränze, in die Fundy-Bay mündet, eine sehr große Krümmung macht und selbst die Scheidung bildet zwischen den Flüssen, die in den St. Lorenzstrom, und denen die in den atlantischen Ocean fallen. Dieser Umstand war zur Zeit der Abschließung des Tractats nicht bekannt, und als man ihn gewahr wurde, behaupteten die Amerikaner, daß der St. John einer von den Flüssen sei, die in den atlantischen Ocean fallen, obgleich in dem Tractat ein deutlicher Unterschied zwischen dem atlantischen Ocean und der Fundy-Bay gemacht worden ist. Der Geist des Tractats ist offenbar zu Gunsten der brittischen Auslegung. Großbritannien soll darnach dasjenige Gebiet erhalten, welches von den Flüssen bewässert wird, deren Mündung auf brittischem Gebiet liegt, während den vereinigten Staaten der Gebietstheil zufallen soll, der von den in den atlantischen Ocean mündenden Flüssen bewässert wird; die Fundy-Bay wird aber ganz von den brittischen Provinzen Neuschottland und Neubraunschweig eingeschlossen. Für Amerika ist das streitige Gebiet, mit Ausnahme des daselbst wachsenden Bauholzes, welches in den östlichen Staaten der Union immer seltener wird, von geringem Werthe. Für England ist es jedoch von großer militärischer Wichtigkeit, da es das einzige Communicationsmittel zwischen Neubraunschweig und Canada bildet. Die Bewohner von Neubraunschweig haben schon seit mehreren Jahren eine Eisenbahn nach Quebek bauen wollen, allein sie müssen es unterlassen, bis der Gränzstreit abgemacht ist, und dieß muß jetzt ohne den geringsten Verzug geschehen." So natürlich aber dem Courier das Recht auf Seiten Englands zu liegen scheint, eben so entschieden behaupten die Amerikaner das Gegentheil, und da sie selbst unter den Engländern für ihre Ansicht hier und da Unterstützung finden, wie zum Beispiel bei Lord Brougham, so möchten sie wohl schwer von ihren Ansprüchen auf das streitige Gebiet abzubringen seyn, über welches nun schon über 50 Jahren unterhandelt wird. Anfangs waren Commissionen zur Erledigung des Streits niedergesetzt, da aber diese zu keiner Einigung gelangen konnten, so wurde nach dem zweiten Friedensschluß zwischen England und den vereinigten Staaten im Jahre 1814 die Sache dem Schiedsurtheil eines Dritten, des Königs der Niederlande, überwiesen. Dessen Vorschlag aber, der auf eine gleiche Theilung des streitigen Gebiets hinauslief, wollten die vereinigten Staaten auch nicht annehmen, und so hat sich die Angelegenheit bis jetzt hingezogen, wo sie zu einem Kriege zu führen droht, indem nun der Staat Maine nicht einmal die provisorische Jurisdiction über jenes Gebiet, welche Großbritannien, als ursprünglicher Besitzer des streitigen Landes, bisher behalten hatte, ferner seinen Nachbarn einräumen will und hierdurch ein neuer Streitpunct hinzugekommen ist. An eine vollständige Zurückbehaltung des ganzen Gebiets wagen selbst die Toryblätter nicht mehr zu denken, und sie meinen, man könne zufrieden seyn, wenn das jetzige Ministerium nur die Hälfte desselben zu behaupten wisse. Diesem letzteren schieben sie natürlich die Hauptschuld zu, daß die Sache nicht längst erledigt sei, ohne zu bedenken, daß eine viel längere Zeit von Toryministerien mit erfolglosen Unterhandlungen darüber hingebracht worden. Gegen einen Vorschlag der Times, daß man, um das für die Verbindung zwischen der Fundy-Bay und Canada in militärischer Hinsicht für England so wichtige Terrain nicht aufzugeben, einen Gebietsaustausch machen und den Amerikanern für jenes ein anderes gleich großes Stück Land an der genannten Bay, vom südlichen Ufer der Mündung des St. Croix an, eine Strecke an diesem Flusse sich hinauf ziehend, anbieten solle, wird von anderer Seite der Einwand erhoben, daß man dadurch für ein wüstes Land ein angebautes und zahlreich bewohntes, mit Einschluß der Stadt Fredericton, und mit Hafenorten an der Fundy-Bay, die für die Fischerei sehr wichtig seien, aufopfern und den Nachbar bis dicht an die Thore der am nördlichen Ufer der Mündung des St. Croix liegenden Hauptstadt Neubraunschweig, St. John's, herankommen lassen würde, ungefähr als wolle man die Themse zur Gränze zwischen England und Frankreich machen. Ob die Stimmung in den vereinigten Staaten in der That so kriegerisch ist, wie es die Toryblätter darstellen, die sogar das Gerücht bringen, der Präsident wolle seinerseits die Unterhandlungen über den gegenwärtigen Streit gar nicht eröffnen, sondern dieß England überlassen, und er werde daher keinen außerordentlichen Gesandten nach London schicken, sondern im Gegentheile einer Mission von Seiten des englischen Cabinets entgegensehen, das muß die nächste Zukunft lehren. Jedenfalls ist dabei nicht zu vergessen, daß diese Blätter den Stand der Dinge mit den schwärzesten Farben zu schildern suchen, um Allarm zu erregen, und dem Lande in solcher Gefahr die Nothwendigkeit eine Uebertragung des Staatsruders in energischere und erfahrenere Hände, als die der Whigs ihrer Behauptung nach sind, einleuchtend zu machen. Von diesem Gesichtspuncte aus dürften auch folgende, zu Besorgnissen aufregende Bemerkungen der Times zu betrachten seyn. „Als ein Umstand," sagt dieses Blatt, „der die Gränzfrage noch mehr verwickelt und zugleich beweist, daß man in den vereinigten Staaten keineswegs den Streit friedlich auszugleichen wünscht, ist noch zu bemerken, daß vor der Vertagung des Congresses nicht nur andere bekannte Beschwerden, um Erbitterung zu erregen, sondern auch Anmaaßungen und Klagen über Unbilden vorgebracht wurden, die, wenn man jemals zuvor davon gehört hätte, gewiß durch frühere Tractate gehoben oder ihrer Ungegründetheit wegen beseitigt worden wären.

So wurden Resolutionen angenommen, daß der Schatzamtssecretär darüber Bericht erstatten solle, ob die Schiffe der vereinigten Staaten in dem Handel mit den brittischen Colonien in Westindien und andern Orten auf demselben Fuß behandelt würden, wie die brittischen Schiffe in den Häfen der Union, und ob hinsichtlich der wechselseitigen Ein- und Ausfuhr dieselben Vorschriften beständen. Ferner, ob die Colonialhäfen den Schiffen der vereinigten Staaten so geöffnet wären, wie es die Congreßacte vom 29. Mai 1830 und die auf jene Acte gegründete Proclamation des Präsidenten der vereinigten Staaten verlangten. Es wurde auch ein Bericht über den Tonnengehalt sämmtlicher brittischen und amerikanischen Schiffe verlangt, die vom Jahre 1828 bis 1838 in die Häfen der Union eingelaufen sind. Zur Unterstützung dieser Resolutionen wurde bemerkt, daß die Zahl der mit dem amerikanischen Handel beschäftigten brittischen Schiffe verhältnißmäßig zunehme, daß im Jahre 1837 in dem Hafen von Boston 683 brittische und nur 671 amerikanische Schiffe angekommen seien, und daß die im Jahre 1838 in den Hafen von Eastport in Maine eingelaufenen und von den brittischen Colonien kommenden brittischen Schiffe einen Tonnengehalt von 56,457 Tonnen, die amerikanischen aber nur von 3996 Tonnen gehabt hätten. Es ist zu bemerken, daß die Forderung, in dem Handel mit Westindien auf gleichen Fuß mit den brittischen Schiffen gestellt zu werden, unter dem Ministerium Cannings aufgestellt, von diesem aber entschieden zurückgewiesen, und demnächst von der amerikanischen Regierung aufgegeben wurde. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß die Ausdehnung der brittischen Dampfschifffahrt über den atlantischen Ocean, wodurch bereits ein Theil des Handels auf England übergegangen ist, und in Zukunft noch mehr übergehen wird, die Eifersucht der vereinigten Staaten neu angefacht hat, da durch deren Fahrzeuge bisher bei weitem der größte Theil des Handels und Verkehrs zwischen beiden Ländern geführt wurde."

Frankreich.

Unter Aufschrift: „Stand der Parteien in Frankreich. Transitions-Ministerium," enthält die Frankfurter Oberpostamtszeitung folgenden Artikel: „Selbstverläugnung wird an den Männern gelobt, die sich herbeigelassen, der Cabinetsverlegenheit einen momentanen Ruhepunct zu verschaffen. Allerdings war die Annahme der interimistischen Gewalt, da sie kaum geübt werden darf, ein patriotisches Opfer. Höher jedoch, als die politische Kasteiung, wozu sich die Nothminister entschlossen, ist gewiß der Muth zu stellen, den sie gezeigt, indem sie den Anfällen der Presse trotzten, die vorauszusehen waren und nicht ausgeblieben sind. Das Transitions-Ministerium mag sich inzwischen trösten; es wird nicht allein in den Staub gezogen. Der Journalismus kennt keine Gränzen mehr im Ausdruck seines Unwillens. Die Saturnalien dauern schon so lange, daß die Wortführer, um nicht in Wiederholungen zu verfallen, die Saiten immer höher zu spannen und die Gränze des Erlaubten frech überspringen müssen. Wir wollen den Satz mit einigen Beweisen versehen. Ein Londoner Toryblatt läßt sich beigehen, die Wahrheit zu sagen über die Lage der Dinge. „Wir sind in der That ganz starr vor Erstaunen, wenn „wir sehen, wie es in Frankreich zugeht. Eine Minorität „der Kammer macht dem König von Frankreich die Lection, „zwingt ihn, die Minister zu entlassen, die sein Vertrauen „besitzen, läßt ihm nur übrig, die Legislatur aufzulösen. Die „Wähler erklären sich gegen den König, der von denen „verlassen ist, die lange am meisten in seiner Gunst stan„den. Ränke aller Art hindern die Bildung eines neuen Ca„binets; der König muß den Vorsitz im Conseil und das „Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einem ge„wesenen Journalisten republikanischer Färbung antra„gen; dieser schlägt die glänzende Offerte aus. Bei solchen „Thatsachen würde man Unrecht haben, nur zu finden, daß „die Monarchie in Frankreich in eine beklagenswerthe Stel„lung gerathen ist; nein, sie ist vielmehr wirklich degra„dirt!" — Der National, der ganz vergessen hat, wie oft und wie laut er gegen Thiers und Guizot ins Horn gestoßen, wie heftig er das Wahlmonopol getadelt, wie bitter er selbst die Coalition noch vor wenigen Tagen durchgezogen hat, nimmt nun auf einmal Partei für die Wähler, die vorerst doch ein Cabinet aus dem linken Centrum commandiren, also auf dem Weg zu besserer Einsicht sind, und deßhalb geschont werden müssen, so lange das allgemeine Stimmrecht noch nicht decretirt ist. Die arge Bemerkung: „Die Monarchie sei in Frankreich degradirt," eine Bemerkung, die dem National, der sie als richtig anerkennen muß, da er mitgearbeitet hat an der Degradation, nur Freude wecken kann, erwiedert er mit einem sie offenbar bekräftigenden Trumpf. „Wenn die „Tories sich herablassen wollen, unsere Angelegenheiten „zu behandeln, so wünschen wir, sie möchten sich die Mü„he geben, zu begreifen, daß es keinen König von Frank„reich mehr gibt, und daß der gegenwärtige Inhaber (dé„tenteur) des Throns bei uns nur im Namen der Sou„verainetät des Volks und von Revolutionsgnaden regiert." In demselben Blatte des National, worin der König détenteur du trône genannt wird, findet man eine Klage über geheime Manöver, die berechnet seien, Unruhen in der Hauptstadt zu erregen. „Wir sehen darin die „Hand einer Faction, die in den letzten Zügen liegt und „nun gerne das Schreckbild der Anarchie und der Plünde„rung heraufbeschwören möchte, um die friedlichen Bürger „zu nöthigen, sich nochmals um sie her zu schaaren. Die „Verführung der Agenten der Unordnung ist um so mäch„tiger, da die arbeitenden Classen in großer Bedrängniß „sind, und der Hungernde nicht immer ein offenes Ohr hat „für die Stimme der Vernunft." Was ist zu thun? fragt der National; die Antwort lautet: „Wir müssen un„ser Brot theilen mit den unglücklichen Brüdern und die „Uebel erleichtern, welche ein gottloser Machiavellismus „verursacht." Der National fordert dann auf zur Subscription, die dringendsten Bedürfnisse der arbeitlosen Handwerker zu decken, und stellt sich mit 500 Fr. an die Spitze der Liste. — Ueber die provisorischen Minister läßt sich der National des Breitern aus; es genüge, zu bemerken, daß sie ihm Strohmänner und Nullen sind — ja Hüte, die nur auf die Bank gelegt scheinen, damit die Plätze nicht weggenommen werden. Das kürzeste Citat reicht hin, den Ton des derben Artikels anzuschlagen. „Bleiben wir bei der Ernennung des Hrn. Gasparin; „sie scheint ganz geeignet, um in sich allein zu resumiren, „was in dem Verfahren des Hofes während der letzten „Tage als unverschämt und ungeschickt hervorgehoben „werden mag." Ist man etwa im Zweifel, was mit jener Faction in den letzten Zügen, mit dem gottlosen Machiavellismus, mit dem impudenten Verfahren des Hofes gemeint ist, so darf man nur die Gazette zur Hand nehmen; sie ist noch offenherziger als ihr republikanischer College. „Die merkwürdigste Thatsache in der gegenwär„tigen Lage ist, daß die Gefahren, welche die Ordnung „bedrohen, ihre Quelle nicht mehr in den Parteien, ih„ren Leidenschaften und Anschlägen, und eben so wenig „in ihrem Bunde gegen die Staatsgewalt haben; sie er„wachsen vielmehr aus dem Benehmen der Regierung." — Also die Coalition ist unschuldig, wie das Kind im Mutterleibe, dem Triumvirat ist nicht der geringste Vorwurf zu machen, die Parteien sind eingeschlafen, die Factionen

„zeigen eine wahre Lammsgeduld, — nur die Regierung, will heißen der König, hat das ganze Unheil angestiftet. Den Gipfel boshafter Ironie erklimmt die Gazette, indem sie so fortfährt: „Was wurde sonst für ein Aufhebens gemacht mit der Republik! Heute sind es gerade „die Journale dieser Meinungsnuance, welche alle ihre „Kräfte aufbieten, um die Aufregung der leidenden Classen im Zaum zu halten; eben so wurde auch getobt gegen den Parteienbund, und die Verlegenheit kommt „doch jetzt daher, daß die Häupter der Coalition — die „Kammernotabilitäten, welche die Parteien repräsentiren „— uneinig geworden sind in Folge von Intriguen, angesponnen von den Männern der Staatsgewalt (par „les intrigues des hommes du pouvoir — wer diese sind, „wird weislich im Dunkel gelassen!); — sonst hörte man „Klagen, die Parteien träten aus der Charte heraus, und „heute ist es die Regierung, der man vorwerfen muß, daß „sie gegen den constitutionnellen Brauch sündige; die parlamentarische Partei sollte vorhaben, die Gewalt in die „Kammer zu verlegen; heute sehen wir die Partei des „Hofes eben diese Verlegung vornehmen, indem sie nur „provisorische Minister bezeichnet und der Kammer die „Ernennung eines definitiven Cabinets überläßt." — An einer andern Stelle läßt sich die Gazette über den letzten Punct noch klarer vernehmen. „Also die Kammer soll „nun ein Ministerium formiren? Wie wird sie die ihr „zugedachte Aufgabe lösen? Zu Anfang der Session wäre es ihr ein Leichtes gewesen; jetzt mag sie zweimal zusehen, ehe sie ans Werk geht. Durch die Spaltung unter den Parteihäuptern hat man auch die Lager getrennt. „Des Hrn. Thiers Wort, an Ludwig Philipp gerichtet: „Jetzt ist's zu spät! dürfte zuletzt auch aus der Debatte in der Kammer hervorgehen." — Drohender noch lautet folgende insolent eingekleidete Prophezeiung: „Es scheint gewiß, daß Ludwig Philipp die Session nicht selbst eröffnen wird; so mag er der Thronrede ausweichen; „aber wahrlich! der Adresse wird er nicht entgehen." — Daß die Septembergesetze — die unter Thiers und Guizot ins Leben traten — nichts gefruchtet haben, ist weltbekannt; sie sollten die Krone vor der Presse schützen; die Lage des Augenblickes zeigt, wie wenig dieser Zweck erreicht wurde; jetzt will die Gazette beweisen, das Heil Frankreichs fordere die Aufhebung jener Gesetze; sie verpönen ja die Untersuchung der politischen Grundsätze und nur in den Grundsätzen liegt die Abhülfe der die Nation bedrängenden Uebel. Die Gazette möchte eben gerne Vollmacht haben, jeden Tag zu beweisen, daß eine dritte Restauration noth thut. Das monarchische Europa — ein legitimistisches Blatt — liefert auch seine Contingent Wihworte über die ernste Krisis. Thiers drängte Guizot, den Hrn. Odilon-Barrot, als Candidaten zur Kammerpräsidentur gelten zu lassen; um ihn mit einem schlagenden Argument zu überreden, sagte er: Sie haben ja mit der Linken votirt, warum wollen Sie nicht auch für einen Mann von der Linken votiren? — Mein lieber Hr. Thiers, versetzte Guizot voll pedantischer Grandezza, ich könnte mich wohl auf eine Liebschaft mit der Linken einlassen, aber sie zu heirathen — werden Sie mir doch nicht zumuthen! — Einem Deputirten von der äußersten Linken (vermuthlich ist Cormenin gemeint) bemerkte Jemand: Sehen Sie einmal, wie rasch sich die Dinge wenden; der Hof hat fallen lassen, er werde zuletzt Sie vorschlagen zur Kammerpräsidentur. — Der Angesprochene erwiederte: Warum nicht? Ich verspreche dem Hof dagegen eine Botschafterstelle."

Niederlande.

Frankfurter Blätter melden aus dem Haag vom 1. April: „Gestern, gleich nach seiner Ankunft, machte der Großfürst-Thronfolger seine Aufwartung bei dem Könige. Heute empfing derselbe verschiedene Besuche von den Mitgliedern des diplomatischen Corps und von vielen hohen Personen dieser Hauptstadt. Diesen Mittag speiste der Großfürst bei Hofe, wo sich die Mitglieder der königlichen Familie befanden, und wozu viele angesehene Personen geladen waren, worunter man einige vom Gefolge des Großfürsten bemerkte. Se. kais. Hoheit wird, wie man versichert, noch im Laufe dieser Woche einen Besuch zu Saardam ablegen und sich nach dem berühmten Häuschen des Czars Peter des Großen begeben."

An die Stelle des verstorbenen Generallieutenants Baron Dibbets ist Generallieutenant Baron van der Capelle zum Oberbefehlshaber der Festung Maestricht, und an des letztern Stelle Generalmajor Bagelaar zum Oberbefehlshaber der Festung Bergen-op-Zoom ernannt worden.

Belgien.

Der Moniteur Belge beobachtet noch immer das bisherige Schweigen in Bezug auf die vom Könige geschehene Sanctionirung des Gesetzes hinsichtlich des Friedenstractats. Wie es heißt, wird erst die Antwort auf eine nach London übersandte Note abgewartet, bevor der Moniteur die erwartete Mittheilung bringt.

Bei dem belgischen Heere dauern die Entwaffnungen fort; das 18te und das 19te Reserveregiment sind bereits entlassen; das 13te und das 17te kommen in diesen Tagen an die Reihe. Von der Artillerie wird der dritte Theil aller Mannschaften in die Heimath geschickt.

Man versichert, daß der bei Belgien bleibende Theil von Limburg zur Provinz Lüttich geschlagen werden wird.

In Charleroy hat ein Theil der Bürger beschlossen, dem Hrn Gendebien zu Ehren eine Medaille prägen zu lassen.

Teutschland.

Leipziger Blätter vom 7. April melden: „Das durch einen Artikel aus Hannover im Hamburger Correspondenten verbreitete Gerücht von einer Krankheit des Herzogs von Braunschweig, die den bedenklichsten Character angenommen haben soll, scheint uns aus trüber Quelle geflossen zu seyn. Braunschweiger, die so eben mit der Eilpost hier angekommen, wissen durchaus nichts von dieser bedenklichen Krankheit ihres Herzogs und versichern, daß derselbe, da der Unfall, welcher ihn vor einiger Zeit betroffen, sehr unbedeutend gewesen sei, sich im besten Wohlseyn befinde."

Wien.

Am 11. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65¾.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N.r 1108.

№ 103

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 13. April 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 11. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.804	28.	6 Lp.	+ 2.7	NNW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.756	28	6 3	+ 3.9	NW.	—	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.706	28	5 8	+ 2.8	NW.	still.	trüb.

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 5. April bringen außer den bereits in unserm vorgestrigen Blatte mitgetheilten Nachrichten über die Tags zuvor Statt gefundene Eröffnung der Kammern wenig Neues.—Am 4. Abends fand die angekündigte Deputirtenversammlung bei General Jacqueminot unter dem Vorsitz des Hrn. Cunin-Gridaine Statt; außerdem hatten noch viele andere Deputirte, die nicht persönlich erschienen waren, ihren Beitritt mündlich oder schriftlich erklärt und mehrere, welche beim Hofhalt des Königs oder der Prinzen Stellen bekleiden, waren verhindert zu erscheinen. „Die Versammlung," sagt die Presse, „hat durch Acclamation ihre früheren Commissäre wieder ernannt und eben so einstimmig beschlossen, diejenigen Ihrer Mitglieder, deren Wiedererwählung die Zielscheibe ungerechter Angriffe werden dürfte, zu unterstützen. Nie hatte ein vollständigerer Einklang in der Versammlung geherrscht, die nächstens wieder zusammentreten wird, um sich über die Wahl des Präsidenten und der Mitglieder der Bureaux zu verständigen. Eine so seltene Uebereinstimmung der Gesinnungen gibt der Hoffnung Raum, daß ein entscheidendes Votum Frankreich jene Zuversicht und jenes Vertrauen, deren es leider seit drei Monaten beraubt ist, wieder geben, und der ächte Ausdruck einer aufrichtigen Majorität seyn wird." — Der Nouvelliste zeigt an, daß sich die Deputirten von der Linken gleichfalls am 4. Abends bei Hrn. Odilon-Barrot versammelt haben, und die Deputirten des linken Centrums um 5 Uhr Abends bei Hrn. Ganneron versammeln wollten.

Im Nouvelliste vom 5. April heißt es: „Gestern von 10 Uhr Morgens an standen Neugierige in großer Zahl auf dem Platze und auf der Brücke de la Concorde, auf dem Quai d'Orsay und auf dem Platze vor dem Palais Bourbon (dem Sitze der Deputirtenkammer). Der Dienst der Deputirtenkammer wurde durch eine Compagnie Veteranen, Unteroffiziere, und eine Compagnie Grenadiere von der zehnten Legion (der Nationalgarde) versehen. Um 1 Uhr belief sich die Zahl der auf diesem Puncte versammelten Individuen auf 5 bis 600 (dem Courrier Français zufolge auf 1500); man behauptete, es seien brotlose Arbeiter; aber über drei Viertheile waren bloß durch die gewöhnliche Neugierde bei jeder Eröffnungssitzung angezogen. Der Abhang der Brücke de la Concorde wurde nun von einem Bataillon des 55sten Linienregiments und einer Abtheilung Lanciers besetzt.—Die Erscheinung der letztern rief einiges Geschrei und Pfeifen hervor. Die Ordnung ist nicht gestört worden; es heißt jedoch, daß während der Sitzung mehrere Verhaftungen auf dem Platze vor dem Palais Bourbon und in der Rue de Bourgogne Statt gefunden haben. Der Polizeipräfect, Hr. Gabriel Delessert, erschien mit zwei Bataillonschefs der Municipalgarde.— Um 4 Uhr war die Brücke de la Concorde von einer zahlreichen Abtheilung der berittenen Municipalgarde besetzt; eine andere Abtheilung Dragoner ritt den Quai d'Orsay heran. Die bewaffnete Macht, nebst Stadtsergenten und Polizeidienern, war sicherlich bei weitem zahlreicher als die ziemlich dünngesäete Menge, die auf der Brücke, auf dem Platze und auf den Quais stand. Man hörte und sah kein Zeichen der Unordnung. — Um 5 Uhr waren alle Zugänge zur Kammer mit Truppen besetzt, deren Zahl sich jeden Augenblick mehrte; aber alles blieb ruhig. — Um 7 Uhr hatte sich die versammelte Menge fast ganz verlaufen; bloß gegen 200 Neugierige blieben zurück. Die bewaffnete Macht hatte sich zurückgezogen." — Dem Messager zufolge sollen später Abends noch einige Zusammenrottungen in andern Stadtvierteln (bei der Porte Saint-Denis, in der Rue Montmartre ꝛc.) Statt gefunden haben, und dabei die Marseillaise angestimmt worden seyn.

Am 3. April Abends war in den Tuilerien zahlreicher und glänzender Empfang, der über zwei Stunden dauerte. Die Pairs waren fast alle anwesend. Man bemerkte darunter die Marschälle Soult und Gerard, den Duc de Broglie, den Grafen d'Argout ꝛc. Von Deputirten waren über 250 von allen constitutionnellen Nuancen der Kammer zugegen, doch vermißte man unter den vom Journal des Debats angeführten Namen sämmtliche Führer der Coalition. Die HH. Thiers, Odilon-Barrot (Hr. Guizot ist krank) scheinen, wenn auch eingeladen, doch nicht gekommen zu seyn. Dagegen bemerkte man die HH. Duvergier de Hauranne, Jaubert, Dupin, Sauzet ꝛc. Die anwesenden Personen wurden außerdem noch einzeln im Thronsaale empfangen.

wo die königliche Familie verſammelt war. — Die abgetretenen Miniſter waren ausgeblieben; dagegen verweilten die Interimsminiſter immer in der Umgebung des Königs.

Die Nachrichten aus Algier reichen bis zum 23. März. In der Umgegend der Stadt Algier herrſcht große Ruhe. Philippeville, eine neugegründete Stadt bei Stora, nimmt einen raſchen Aufſchwung. Es iſt an der Küſte der Berberei vielleicht der belebteſte Punct jetzt, neue Bauten erheben ſich dort mit überraſchender Schnelligkeit, und Coloniſten kommen in Schaaren an. Ein Theil der Bevölkerung Bona's iſt nach Philippeville ausgewandert. In letzterer Stadt iſt der Geſundheitszuſtand vortrefflich, während in dem nahen, von Sümpfen umgebenen Bona die Spitäler gefüllt bleiben. — In der früher erwähnten Correſpondenz des Journal des Debats, worin der baldige Abgang einer Colonne nach der Sahara gemeldet wird, finden ſich folgende Bemerkungen über die Umtriebe der Parteigänger Abd-el-Kaders in den ſüdlichen Theilen der Provinz Conſtantine. „Ben-Aſſus, ein Offizier Abd-el-Kaders, iſt an der Spitze einer Expedition in die Sahara eingedrungen, um dort die Autorität des Emirs anerkennen zu laſſen, und in ſeinem Namen Tribut zu erheben. Einer ſeiner Emiſſäre kam vor ganz kurzer Zeit in das Lager des neuernannten Scheikh-el-Arab Bu-Aſis-ben-Gana, welcher den Abgang der Expedition erwartend, mit einem Theile ſeiner Streitkräfte bei dem Kaid der Semals, an den Quellen des Bu-Merſug, campirt. Jener Emiſſär brachte zwei Briefe, welche an die Einwohner Conſtantine's gerichtet ſind, und worin dieſe aufgefordert werden, ſich der Herrſchaft der Ungläubigen durch die Flucht zu entziehen. Der Scheikh-el-Arab nahm ſogleich die Briefe in Verwahrung, ließ dem Ueberbringer den Kopf abſchlagen, und wollte dieſe Trophäe dem General Galbois nach Conſtantine ſchicken. Dieſer rühmte zwar den Eifer Ben-Gana's, wies aber das Geſchenk zurück. Wir dürfen nun darauf gefaßt ſeyn, daß Abd-el-Kader jetzt, wo er von Ain-Maadi nicht mehr beſchäftigt iſt, in der Provinz Conſtantine und in der Sahara die Intriguen, die Propaganden, die Miſſionen wieder anfangen werde, durch die es ihm gelungen, die Araber der Provinzen Oran und Algier ſo ſehr gegen uns einzunehmen."

Am 5. April 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 50. 3Percents 80 Fr. 30.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die am 1. April faſt gleichzeitig in Liverpool eingelaufenen Packetboote „Samſon" und „Hibernia" haben Newyorker Journale bis zum 11. März mitgebracht, alſo um zwei Tage neuere, als die letzten waren. Der Ton der amerikaniſchen Zeitungen iſt fortwährend ein äußerſt kriegeriſcher, wobei man jedoch in Anſchlag bringen muß, daß die transatlantiſchen Republikaner überhaupt den Mund gern etwas vollnehmen und zu Uebertreibungen geneigt ſind. Hr. Forſyth, der Staatsſecretär des Auswärtigen, hat an Hrn. Fairfield, den Gouverneur des Staates Maine, ein Schreiben geſchickt und die vom Präſidenten an den Congreß gerichtete Botſchaft über die Gränzfrage beigeſchloſſen. In ſeinem Briefe ſpricht er die Hoffnung aus, das zur rechten Zeit erfolgte Einſchreiten des Hrn. Fox werde es zu keinen ernſtlichen Feindſeligkeiten kommen laſſen. Sollte ſich jedoch Hr. van Buren in ſeinen Erwartungen getäuſcht finden, ſo dürfte das Volk von Maine überzeugt ſeyn, daß die Geſammtregierung der vereinigten Staaten ſich thätig erweiſen und auf jedes Ereigniß bereit halten werde, das der Starrſinn ihrer Gegner etwa herbeiführen könnte. Der Präſident räth zur Einleitung einer alsbaldigen Uebereinkunft zwiſchen Neunbraunſchweig und dem Staate Maine, deren Abſchluß er für etwas Leichtes hält; würde jedoch Sir J. Harvey die angebotenen Unterhandlungen hartnäckig verwerfen, ſo verſpricht der Präſident, ſich direct an die Regierung in England ſelbſt zu wenden. Dieſen Nachrichten zufolge war es nämlich noch unentſchieden, nicht nur, wer als außerordentlicher Geſandter, ſondern auch ob überhaupt einer nach England geſchickt werden ſolle. In Waſhington fanden tägliche Cabinetsberathungen über dieſe Frage Statt, und mehrere Mitglieder desſelben, hieß es, ſeien gegen die Abſendung. Mittlerweile wird Hr. Calhoun, der die meiſte Wahrſcheinkeit der Ernennung für ſich hatte, wenn überhaupt eine Statt fand, von der Preſſe der nördlichen Staaten ſchonungslos angegriffen und geſchmäht. Die Hauptbeſchuldigungen gegen ihn ſind, daß er ein „Southener" d. h. der Bürger eines ſüdlichen Staates, und dann, daß er ein „Metaphyſiker" ſei, d. h. man wirft ihm vor, ſeine gelehrte Bildung hindere ihn, ein practiſcher Staatsmann zu ſeyn. Einige Blätter glauben, Hr. Marcy, bisheriger Gouverneur des Staates Vermont, habe die meiſten Chancen der Ernennung zum außerordentlichen Botſchafter für ſich.

Ein im letzten Augenblick vor Abgang des Packetboots aus Newyork geſchriebener Brief (im Globe) will wiſſen, daß wahrſcheinlich gar kein außerordentlicher Geſandter aus Waſhington nach Englaud werde geſchickt werden.

Braſilien.

Privatbriefe aus Rio de Janeiro melden, daß der Kriegsbrigg „Wizard" abermals ein Sclavenſchiff „Feliz" mit 233 Sclaven an Bord weggenommen, das ohne Zweifel, eben ſo wie das von der „Elektra" genommene Schiff „Diligente," für eine gute Priſe erklärt werden wird. In dem letzten Monat betrug die Zahl der eingeführten Sclaven, mit Einſchluß der beiden genannten Schiffe, 4668, und während des ganzen Jahres etwa 37,000, nicht ſo viel als im Jahre 1837. Dieſe Verminderung erklärt man dadurch, daß die Eigenthümer von Sclavenſchiffen dieſelben jetzt in andere braſilianiſche Häfen einlaufen laſſen. Man beklagt ſich in den Briefen aus Rio de Janeiro ſehr über die Langſamkeit und Nachläſſigkeit des auswärtigen Amtes in England in Bezug auf die Anſprüche der brittiſchen Kaufleute in Braſilien auf Entſchädigung für die bei der Plünderung von Para durch die Indianer erlittenen Verluſte. Auf wiederholte Vorſtellungen der Betheiligten erhielten ſie endlich die Antwort, daß im Juli v. J. dem brittiſchen Geſandten Inſtructionen zugeſandt werden ſollten; allein im November war dieß noch nicht geſchehen. Die vor kurzem von Lord Palmerſton im Parlament gegebene Erklärung, daß die Kaufleute mit der

Art und Weiſe, wie ihre Intereſſen im auswärtigen Amte wahrgenommen würden, vollkommen zufrieden ſeien, hat in der City zu heftigen Bemerkungen Anlaß gegeben, in dem man dort gerade entgegengeſetzter Meinung iſt.

In Liſſabon iſt aus Braſilien die Nachricht eingetroffen, daß in der Provinz Maranhao, in der Vila da Manga ein Aufſtand ausgebrochen iſt, an deren Spitze ein gewiſſer Raimundo Gomes ſteht. Man befreite die Gefangenen aus den Gefängniſſen, proclamirte die Abſetzung des Präſidenten der Provinz, ſo wie die Aufhebung der Aemter der Präfecten, Unterpräfecten, Commiſſäre und Anderer, die Abſetzung aller Portugieſen von Staatsämtern und ihre Vertreibung aus der Provinz binnen 18 Tagen, mit Ausnahme derer, die in braſilianiſche Familien geheirathet haben, wie derer, die über 60 Jahre alt ſind. — Die Rebellion war nur von einer ganz geringen Zahl ausgegangen, die ſich aber mehr und mehr durch übergegangene Detaſchements von Truppen vergrößerte. Aus der Stadt hatte man mehrere Truppen abgeſchickt, um den Aufſtand zu unterdrücken, allein man war mit Sorgen erfüllt, daß es daſelbſt zu Scenen kommen könnte, wie die im Jahre 1835 zu Para vorgefallenen. Die erſte Urſache des Aufruhrs ſoll hauptſächlich der Strenge zuzuſchreiben ſeyn, womit der Präſident der Provinz die Recrutirungen betreiben ließ.

Portugal.

Nachrichten aus Liſſabon vom 25. März zufolge hatte der Senat die Discuſſionen über die Adreſſe endlich zum Schluß gebracht. Der Kriegsminiſter verlangte eine Vermehrung der Armee von 15,000 auf 27,000 Mann. Die Oppoſition widerſetzte ſich, weil die finanzielle Lage des Landes eine ſolche Vermehrung nicht erlaube; doch glaubte man allgemein, der Miniſter werde ſeinen Plan ganz oder zum großen Theil durchſetzen. Die Verhandlungen darüber dauerten noch in der Deputirtenkammer. Das Miniſterium ſcheint feſtzuſtehen, und zu einer Veränderung iſt, ſo lange die Cartiſten das Cabinet unterſtützen, keine Ausſicht vorhanden. Der Finanzminiſter hat ein Votum von 100,000 Pf. St. verlangt, um braſilianiſche Unterthanen dem Vertrage von 1825 gemäß zu entſchädigen. Dieſer Antrag dürfte aber auf erfolgreichen Widerſtand geſtoßen ſeyn, da portugieſiſche Unterthanen ähnliche, und zwar größere Anſprüche gegen die braſilianiſche Regierung haben.

Mexico.

Als das Packetboot „Petrel" am 1. März von der Havannah abfuhr, war ſo eben ein franzöſiſches Kriegsſchiff daſelbſt mit der Nachricht eingelaufen, daß die durch Hrn. Packenhams Vermittlung geführten Unterhandlungen einen günſtigen Fortgang nahmen, und man eine gütliche Beilegung des Streites zwiſchen Frankreich und Mexico mit Zuverſicht erwartete. Admiral Baudin, den Fehler, den er durch Wegnahme des Lootſen von dem engliſchen Packetboot begangen, einſehend, war, wie es hieß, bereit, außer der dem Commodore Douglas gemachten Erklärung, falls es verlangt werden ſollte, noch die vollſtändigſte Genugthuung für die in der Haſt des Augenblickes der brittiſchen Flagge zugefügte Beleidigung zu leiſten.

Großbritannien und Irland.

In London war das Gerücht verbreitet, das Miniſterium habe dem Geſandten der vereinigten Staaten in Bezug auf die Gränzſtreitigkeit ſolche Vorſchläge zur Uebermachung an ſeine Regierung zukommen laſſen, daß man auf Annahme derſelben und auf eine friedliche Ausgleichung dieſer Sache ganz gewiß rechnen könne. Hr. Stevenſon ſoll auch bereits eine Depeſche mit jenen Vorſchlägen nach Waſhington abgefertigt haben. Aus dem Tone, den alle miniſteriellen Blätter in Betreff dieſer Streitfrage anſtimmen, kann man auch ſchließen, daß es der engliſchen Regierung ſehr um eine gütliche Schlichtung zu thun iſt. Sie weiſen auf die Aeußerungen Sir Charles Grey's und Hrn. Charles Bullers hin, die im Unterhauſe die Meinung ausſprachen, daß beide Theile, England und Amerika, mit ihren bisherigen Anſprüchen im Unrecht ſeien, und unter ſo bewandten Umſtänden ſcheint es ihnen unglaublich, daß es um eines wüſten Landſtrichs willen, der kaum der Rede werth wäre, wenn er nicht die Communication zwiſchen der See und Canada durchſchnitte, zu einem Kriege kommen ſollte. Der Globe beſonders, der für das Organ Lord Palmerſtons gilt, macht warnend auf alle die unabſehbaren Uebel eines Krieges aufmerkſam und gibt zu bedenken, daß, ſo lockend und enthuſiasmirend auch für die engliſche Nation der Kampf ſtets geweſen ſei, doch das Land aus jedem Kriege ſtets nur Nachtheil geerntet habe, wobei dieß Blatt auf die Staatsſchuld Englands hinweiſt und an die Laſten und Abgaben erinnert, die der Krieg immer mit ſich führe. Die Toryblätter dagegen, Times, Poſt und Herald, die ſchon ſeit längerer Zeit einen ſehr kriegeriſchen Ton angenommen haben, ſchlagen jetzt mehr als je Allarm und werfen dem Miniſterium vor, daß es die Ehre des Landes aufs Spiel ſetze und nur aus kleinmüthiger Verzagtheit und aus Bewußtſeyn eigener Unfähigkeit zur Führung eines Krieges ſo ängſtlich den Frieden zu erhalten bemüht ſei; vor Allem aber klagen ſie über die Vernachläſſigung des Zuſtandes der Armee und der Marine, die man nirgends auf einem achtunggebietenden Fuß, der beſten Garantie für eine ehrenvolle Bewahrung des Friedens, erhalten habe, und die man nicht einmal in dieſem Augenblick ſchlagfertig zu machen Willens ſcheine, während es dem Miniſterium geziemt hätte, dem Verfahren der amerikaniſchen Regierung gegenüber, mindeſtens eine Bewilligung von 2 Millionen Pfund vom Unterhauſe zu den nöthigen Rüſtungen zu fordern. Die miniſteriellen Blätter entgegnen, all dieß Geſchrei zwecke nur darauf ab, eine künſtliche Aufregung im Lande hervorzurufen und den Tories, die ſich bei einem drohenden Kriege für unentbehrlich am Staatsruder hielten, auf dieſe Weiſe wieder den Weg zur Regierungsgewalt zu bahnen.

In Bezug auf die Vertagung von Lord J. Russells Antrag, die Verwaltung Irlands betreffend, vom 11. auf den 15. April bemerkt der Globe: „Da man Lord J. Russell vorgestellt hatte, daß der 11. April nicht gut gewählt sei, weil wegen der vierteljährlichen Assisensitzungen viele Grafschaftsmitglieder verhindert seyn würden, im Hause zu erscheinen, so gab er dieser Vorstellung augenblicklich nach und vertagte den Antrag auf den 15. April. Dieß war der einzige Grund der Vertagung."

Am 1. April Abends gab der Lordmayor der Corporationen von London und ihren einflußreichen Freunden das herkömmliche Osterfest in Mansionhouse. Unter den Anwesenden waren der Herzog von Cambridge, der Colonialminister, Marquis von Normanby, der Bischof von London, Sir R. Peel, Sir F. Burdett, der türkische Botschafter ꝛc. In den Reden nach Tische wurde die von der Regierung beabsichtigte, von der City aber stark bekämpfte Reform der Citypolizei mehrfach berührt. Der Marquis von Normanby bemerkte, er hege die höchste Achtung vor Gemeindeverfassungen und werde sich jeder Maaßregel widersetzen, welche gegen die Rechte und Privilegien einer solchen Corporation, wie die City von London, verstoßen. Sir R. Peel entsprach den Erwartungen, welche die Würdeträger der City von ihm haben mochten, nicht ganz. Er bemerkte, die Versammlung werde ihm glauben, daß er tiefes Interesse an Allem hege, was auf die Verbesserung der Polizei Bezug habe (er war der Urheber der Metropolitan-Polizei), es werde ihn jedoch sehr freuen, wenn eine auf dieses Ziel gehende Maaßregel mit vollkommener Achtung vor den Rechten und Privilegien der City von London sich vereinigen lasse. Nun trat Sir Francis Burdett mit einem Angriffe auf die auswärtige Politik des Ministeriums dazwischen, wurde aber von dem Lordmayor dahin bedeutet, daß solche Polemik bei einem Gastmahle nicht passe. Den Schluß des Festes bildete ein Ball.

Die Ultraradicalen zu Devizes, welche am Ostermontag, dem 1. April, wieder eine Versammlung veranstalten wollten, sind von neuem von den Tories auf das Haupt geschlagen worden. Ihre Banner und der mit Flaggen verzierte Wagen, von welchem aus die Reden hätten gehalten werden sollen, fielen in die Hände der Feinde. Die Anstifter der Versammlung, worunter der Londoner Emissär Vincent, wurden unter dem Schutze der Polizei aus der Stadt geleitet, nachdem sie versprochen hatten, nicht mehr wiederzukehren.

Das Packetboot „Pigeon" hat Nachrichten aus Jamaica bis zum 27. Februar, und aus den übrigen westindischen Inseln von entsprechendem Datum mitgebracht. Die Angaben über das Benehmen der Neger lauten ziemlich günstig. Auf St. Lucia verspürte man am 21. Jänner Morgens 6 Uhr einen so fürchterlichen Erdstoß, daß alle Mauern und Gebäude wankten. Er dauerte 35 Secunden; hätte er eine Secunde länger gedauert, so wäre vielleicht die ganze Stadt in einen Trümmerhaufen verwandelt worden. So ist der Schaden kleiner, als man befürchtet hatte. An demselben Tage wurde die unglückliche Insel Martinique abermals von einem Erdbeben heimgesucht, das (ob in St. Pierre oder Port William, ist nicht gesagt) großen Schaden an Gebäuden anrichtete, doch ging dabei kein Menschenleben verloren. — In Demerara hat man, statt des alten holländischen Geldes, Gulden u. s. w., den nordamerikanischen Münzfuß, Dollars und Cents, eingeführt.

Ueber den Aufenthalt des Generalgouverneurs von Ostindien, Lord Auckland, bei seinem Verbündeten, Rundschit Singh von Lahore, gibt folgender Brief eines jungen Offiziers aus dem Gefolge des Lords, datirt aus dem Lager von Bhedana bei Lahore vom 2. Jänner, folgende Nachrichten: „Unsere königliche Reise durch das Gebiet Rundschit Singhs ist fast zu Ende. Zu Umritsir wurden wir mit Festen und Schmäusen beinahe erdrückt, so daß es uns zu einiger Erholung diente, als wir unbeschuht in den Haupttempel der Seikhs zugelassen wurden. Derselbe ist ein kleines, viereckiges Gebäude, mit Zinnen versehen und außerhalb mit Gold bedeckt. In demselben fanden wir einen Priester, der unter einem mit Gold und Silber verzierten Thronhimmel saß und laut die Lehren Guru Govinds vorlas. Lord Auckland und Rundschit Singh setzten sich daneben auf einen Teppich und hörten die Vorlesung so wie nachher eine Vorlesung über die zwischen beiden Reichen bestehende Freundschaft an. Die Misses Eden (Schwestern des Generalgouverneurs), die Secretäre, die Generäle, die Adjutanten und Civilbeamten saßen oder standen rings umher. Der Auftritt war ruhig, eindrucksvoll und für mich vor Allem merkwürdig. Es wurde ein Opfer dargebracht, dann entfernten wir uns. Die Feste zu Lahore waren auf demselben Fuße orientalischer Pracht. Sie wurden in den zertrümmerten Hallen und Gärten der Muselmänner gegeben (wohl in dem alten prachtvollen Großmogul-Pallast, Sumum Burj, zu dem eine weite Marmorhalle führt, wo Rundschit Singh, mit seinem ganzen, reich in Juwelen glänzenden Hofstaate, Audienzen gibt und vor dem er seine Elephanten und Schmuckpferde, Reiterei, Artillerie ꝛc. gerne zur Schau stellt). Wir saßen mit Rundschit Singh auf dem Sitze seines Ruhms, das heißt vor seiner versammelten Reiterei. Auch begleiteten wir ihn in seine Feste Govindgush, in welche nie zuvor ein Europäer zugelassen wurde; ein Beweis von Zutrauen, der in den Augen der Sheiks die Freundschaft zwischen den beiden Reichen siegelt. Man erwartet, daß in der ersten Woche des Februars der Sohn des Schach Sudscha's (den die Engländer angeblich in Afghanistan wieder einsetzen wollen) mit seinen Streitkräften in Peschauer seyn wird, und ich bin nicht ohne Hoffnung,

daß wir das Fort von Meſchhed (in Khoraſſan) zu beſchießen und dann zu ſtürmen haben werden.“ Guru Govind, von dem oben die Rede war, iſt der zehnte und letzte Guru oder Schüler und Nachfolger von Nanac Schach, dem Gründer der Secte der Seikhs (von dem Sanskritworte Sieſcha, d. i. Schüler). Er ſtellte der Tyrannei der Großmogule den Anfang einer politiſchen Herrſchaft entgegen und begründete ſo die Exiſtenz der Seikhs als eines eigenen Staats in Form einer Föderativrepublik. Guru Govind war ein Zeitgenoſſe Aurengzebs (in der zweiten Hälfte des ſiebzehnten Jahrhunderts). Der Plan von Nanac Schach war die Vereinigung der Hindusreligion mit dem Islam. Guru Govind hob die Lehre Nanacs, daß alle Kaſten vor Gott gleich ſeien, beſonders hervor. Die heiligen Bücher der Seikhs, der Granth, ſind von Nanac und ſeinen Nachfolgern, den zehn Gurus, verfaßt. Das Feldgeſchrei der Seikhs iſt: „Wa guruje ka futtih,“ das heißt: „Mögen die Guru ſiegreich ſeyn?“

Conſols am 3. April 92¼.

Preußen.

Berliner Blättern vom 7. April zufolge ſind Se. erzbiſchöfliche Gnaden der Erzbiſchof zu Gneſen und Poſen, von Dunin, von Poſen in Berlin angekommen.

Teutſchland.

Der Landtag des Großherzogthums Baden iſt am 6. April mit nachſtehender Rede Sr. königl. Hoheit des Großherzogs eröffnet worden: „Edle Herren und liebe Freunde! Ich freue Mich, Sie wieder um Mich verſammelt zu ſehen, und bei Eröffnung dieſes Landtages Mir wie Ihnen Glück wünſchen zu können zu der befriedigenden Lage, in der ſich das Großherzogthum befindet. Möge die göttliche Vorſehung Uns die Vortheile des Friedens noch lange gewähren, und Meinen Beſtrebungen für das Heil Meines Volkes fernerhin ihren Segen verleihen! Die Zufriedenheit und der Geiſt der Ordnung, die in allen Theilen des Landes herrſchen, ſind ein ſicheres Zeichen ſeiner ſteigenden Wohlfahrt, begründet durch gute Geſetze und zweckmäßige Staatseinrichtungen. Die günſtigen Wirkungen des Zollvereins entwickeln ſich fortſchreitend, in der Lebhaftigkeit des Handels, wie in der Vermehrung und Erweiterung der Werkſtätten der Induſtrie. Der zunehmenden Betriebſamkeit verdankt die arbeitende Claſſe eine weſentliche Verbeſſerung ihres Zuſtandes. Durch die abgeſchloſſene Münzconvention haben die Bemühungen der Vereinsſtaaten einen neuen Erfolg gewonnen. Die Lage der Finanzen kann Ich Ihnen fortwährend als günſtig bezeichnen. Sie gewähren die Mittel zur Erhaltung des Beſtehenden und ſeiner allmähligen Verbeſſerung, ungeachtet der ſeit einer Reihe von Jahren eingetretenen Verminderung der öffentlichen Laſten und der großen Ausgaben zur Beförderung der geiſtigen und materiellen Intereſſen. Wenn mehrere auf früheren Landtagen beſchloſſene Geſetze und Bauunternehmungen, wozu die nöthigen Mittel bewilligt worden ſind, eine längere Zeit, als man erwartete, zu ihrem Vollzug in Anſpruch nehmen, ſo werden Sie die Urſachen in der Maſſe des Begonnenen und in den Schwierigkeiten finden, welche mannigfaltige Umſtände einem raſcheren Fortſchreiten entgegenſetzten. Die Arbeiten, die Ihrer, edle Herren und liebe Freunde, auf gegenwärtigem Landtage warten, ſind zwar nicht zahlreich, aber wichtig. Außer den Rechnungsnachweiſungen und dem Budget werde Ich Ihnen ein Apanagegeſetz vorlegen laſſen; ſodann den kürzlich von der Geſetzgebungscommiſſion vollendeten Entwurf eines Strafgeſetzbuches, das den Fortſchritten der Wiſſenſchaft und dem gegenwärtigen Culturzuſtand entſprechend, ein ſchon lange gefühltes Bedürfniß befriedigen wird. Zur Verbeſſerung wahrgenommener Mängel des Beſtehenden werden Ihnen Geſetzvorſchläge über die Eintheilung, den Bau und die Unterhaltung der öffentlichen Straßen, über die Brandverſicherungsanſtalt, über das Tax- und Sportelweſen und mehrere andere von minderer Erheblichkeit vorgelegt werden. Im Vertrauen auf Ihre Geſinnungen, auf Ihren redlichen Eifer und Ihre unwandelbare Treue gebe Ich Mich der Hoffnung hin, daß alle Geſchäfte dieſes Landtages im wahren Intereſſe des Landes ihre Erledigung finden werden.“ — Hierauf wurde den neueintretenden Mitgliedern durch den großherzoglichen Finanzminiſter von Böck (ſtatt durch den wegen Unpäßlichkeit verhinderten Präſidenten des Miniſteriums des Innern, Staatsrath Nebenius) der Eid abgenommen, worauf der Landtag für eröffnet erklärt wurde, und Se. königl. Hoheit in das Schloß ſich zurückbegaben.

Die Hannoverſche Zeitung vom 5. April enthält folgenden Artikel: „Die auswärtigen Blätter wiſſen wieder Vieles von den Wahlen zu erzählen, die jetzt in unſerm Lande Statt finden. In den Wahlen, die für die Regierung ausfallen, wie z. B. die der Göttingenſchen Grundbeſitzer, ſollen ſich die Wahlcommiſſarien ungerechte Einmiſchungen erlaubt haben; dagegen in den Wahlen, die gegen die Regierung ausfallen, wie z. B. die in Winſen an der Aller, wird die Unparteilichkeit des Wahlcommiſſärs auf gleißneriſche Weiſe hervorgehoben; die Elberfelder Zeitung erzählt, daß in Göttingen nur ein Wähler ſich für die Wahl erklärt habe, während die Leipziger Allgemeine Zeitung ſchon zugibt, es hätten ſich 11 dafür ausgeſprochen; in andern Diſtricten ſoll die erforderliche Anzahl Wahlmänner nicht anweſend geweſen ſeyn u. ſ. w. Mögen jene Blätter, die ſich um unſere Angelegenheiten mit ſolchem Eifer gütigſt bemühen, ſich nur beruhigen. Nach der beſtehenden Verfaſſung werden alle Wahlen nicht nur von dem königlichen Miniſterio geprüft, ſondern es iſt auch der Ständeverſammlung, wenn ſie bei einer Legitimation Zweifel haben ſollte, unbenommen, ſolche dem Miniſterio zur Anzeige zu bringen, und eine Entſcheidung desſelben darüber einzuholen. In dieſem Wege

des Rechtes wird hier zu Lande über Gültigkeit und Ungültigkeit der Wahlen bestimmt, nicht aber durch solche Zeitungsartikel, die doch nur darauf berechnet waren, die übrigen Wahlcorporationen davon abzuhalten, durch Erwählung ihrer Deputirten alle Streitigkeiten zu heben, und ein einträchtiges Verhältniß zwischen unserm Könige und den gesammten Ständen herzustellen."

Salzkammergut.

Vom Ebensee im Salzkammergute wird berichtet, daß am 2. April das zur Befahrung des Gmundnersees bestimmte Dampfboot vom Stapel gelassen wurde, und daß es in den ersten Tagen des Monats Mai die regelmäßige Verbindung zwischen Gmunden und Ebensee eroffnen wird, welche durch Stellwägen bis zu dem berühmten Badeort Ischl fortgesetzt werden wird. — Die herrliche Gestalt des Schiffes, noch während es auf dem Werfte lag, von Kennern allgemein bewundert, zeigt jetzt, wo es auf dem Spiegel des Sees ruht, dem Auge die zierliche Form, die man sich denken kann, zum Schnellsegeln vortrefflich geeignet. Es wurde nach dem Plane und unter der Leitung des schon durch den Bau der Donau-Dampfschiffe „Zrinyi" und „Nádor" rühmlich bekannten Hrn. J. Rußton erbaut. — Ihre kais. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzoginn Sophie haben gnädigst zu erlauben geruht, daß das Dampfboot des Traunsees Höchstihren erlauchten Namen trage.

Wien.

Am 12. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	106¾.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	100⅞.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81¹⁵/₁₆.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	667½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	65¼.
Bankactien pr. Stück ——		in CM.	

Neue Kunstanstalt in Pavia.

Der k. k. Kämmerer und Ritter des k. k. Ordens der eisernen Krone, Marchese Luigi Malaspina di Sannazzaro in Pavia, hatte auf seinen Reisen in Italien, Teutschland, Frankreich und England mit bedeutendem Aufwande von Kosten und Mühe eine reiche Auswahl von Gemälden, Kupferstichen und andern Kunstgegenständen gesammelt, und nach seiner Rückkehr in die Heimath den Entschluß gefaßt, hieraus zum Nutzen seiner Vaterstadt ein dem Publicum zugängliches Museum zu bilden. Zur Aufstellung dieses Museums sollte ein Pallast dienen, den er eigens zu diesem Behufe in schönem Style erbauen und mit trefflichen Basreliefs von dem Bildhauer Gaetano Monti ausschmücken ließ. Obgleich ihn im Jahre 1835 der Tod dahinraffte, ehe er noch die Aufstellung des Museums in dem neuen Pallaste bewerkstelligen konnte, so hatte er doch durch sein Testament vom 3. Juni 1833 für die Vollendung und den Fortbestand seines Werkes gesorgt, indem er die Anstalt unter dem Schutze und der Aufsicht des jeweiligen Oberhauptes der Stadt (des Podesta's) zu immerwährender öffentlicher Benützung widmete, und seine Erben zur Erhaltung derselben verpflichtete. Nach dem Tode des Marchese Malaspina wurden die Kunstgegenstände, welche das Museum bilden, seinen Absichten und hinterlassenen Anweisungen gemäß, in folgender Weise in dem Pallaste aufgestellt.

Ein geräumiger Saal enthält die nach Zeitalter und Schulen geordneten Gemälde, und in einem andern ebenfalls geräumigen Saale werden, theils auf den Mauern aufgehangen, theils in Schränken, die nach den Kunstepochen gereihten Kupferstiche aufbewahrt, deren Katalog Marchese Malaspina im Jahre 1824 in 5 Bänden in Octav durch den Druck bekannt gemacht hatte. In einem Cabinete gewahrt man die in ihrer Art einzige Sammlung von Gegenständen aufgestellt, welche in der weiten Stufenfolge vom Spinnengewebe bis zum härtesten Metalle den bildenden Künsten zum Stoffe dienen. Ein anderes Gemach enthält ägyptische Alterthümer und andere ähnliche Kunstgebilde, deren Verzeichniß Malaspina ebenfalls im Jahre 1832 durch den Druck veröffentlicht hatte. — Der Gemeinderath der Stadt Pavia wollte das Andenken dieses so verdienten Mitbürgers ehren, und ließ zur Erinnerung an den patriotischen Freund der Kunst eine von Puttinati gravirte, eben jetzt fertig gewordene Medaille prägen, deren Vorderseite das Bildniß des Marchese Malaspina mit der Umschrift: **Aloisius Malaspina. A. S. Nazar. March**, die Kehrseite aber die Abbildung der Façade der von ihm errichteten Kunstanstalt mit der Umschrift: **Bonis artib.** und der Unterschrift: **Conditori ac civi B. M. Ticinenses A. MDCCCXXXV.** trägt.

Als die Stadt Pavia im eben verflossenen Jahre die beglückende Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers in jener Stadt durch ein Denkmahl von dauerndem Nutzen zu feiern beabsichtigte, beschloß ihr Gemeinderath, mit der Kunstanstalt Malaspina eine Zeichner-Kupferstichschule, wodurch erst die Kunstschätze jenes Museums ihrer vollen Benützung zugeführt werden konnten, zu vereinigen, welche Schule nach erhaltener Genehmigung der Regierung im Jänner l. J. eröffnet und unter die Leitung des Professors Cesare Ferreri gestellt wurde, und in dem kurzen Zeitraume ihres Bestehens bereits eine ansehnliche Zahl von Druckwerken, Kupferstichen und Gypsmodellen der berühmtesten Antiken an sich gebracht hat.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1103.

№ 104

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 14. April 1839.

W 1.E. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 12. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.629	283. 32. 69.	+ 4.2	NW.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.378	28 1 7	+ 7.1	WNW.	schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.314	28 0 10	+ 4.1	W.	still.	Regen.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 5. April waren die Minister des Innern, der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen anwesend. Der Präsident verlas zuerst ein Schreiben, worin der Kanzler, Baron Pasquier, die Anzeige macht, daß die Pairskammer constituirt sei, sodann ein Schreiben des Hrn. von Salvandy, der sich entschuldigt, den Arbeiten der Kammer nicht beiwohnen zu können, und ein Schreiben des Hrn. Bouet (vom rechten Centrum), der erklärt, daß er seine Entlassung gebe, da er seine Ernennung nur einer schwachen Majorität verdanke, und sich deßwegen einer neuen Wahl unterwerfen wolle. Die Tagesordnung kam sodann an die Verification der Vollmachten. Dabei wurde, nach einer Reihe von Aufnahmen, die Wahl der HH. Saintenac und Pagès bis zur Beibringung ihrer Steuerausweise vertagt. Die Wahl des Hrn. Guizard (vom rechten Centrum), die einigen Anstand gefunden hatte, ward am Ende genehmigt.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. d. M. sollten die Debatten über die angestrittenen Wahlen beginnen; man hoffte mit der Verification der Vollmachten am 9. oder noch früher fertig zu werden, um zu dem unter den gegenwärtigen Umständen höchst wichtigen Scrutinium über die Präsidentschaft der Kammer schreiten zu können.

Der Courrier Français behauptet, daß die von dem Baron Pelet de la Lozère in der Pairskammer (für den 6. d. M.) angekündigten Interpellationen über die Ministerialkrisis nicht Statt finden werden. — Der National will wissen, der Polizeipräfect Hr. Delessert habe seine Dimission eingereicht, die aber vom Könige nicht angenommen worden sei.

Der Moniteur Parisien vom 6. d. M. widerspricht der Angabe mehrerer Pariser Journale, namentlich des Constitutionnel, daß sämmtliche Minister, mit Ausnahme des Hrn. von Gasparin, Besitz von den Hotels ihrer respectiven Ministerien genommen haben; keiner von den Ministern habe seine bisherige Wohnung verlassen. — Der Moniteur Parisien vom obgedachten Tage enthält ferner nachstehenden Artikel: „Ein Morgenjournal macht die Regierung auf den Zustand der brotlosen Arbeiter aufmerksam. Wenn wir gut unterrichtet sind, so befinden sich sämmtliche Werkstätten für die öffentlichen Arbeiten, die für Rechnung der Stadt Paris unternommen werden, seit mehreren Tagen in voller Thätigkeit. Wir haben ferner die Gewißheit, daß die Municipaladministration die Genehmigung der von dem Municipalrathe bereits beschlossenen Pläne möglichst beschleunigt, was die nahe bevorstehende Eröffnung neuer Werkstätten zur Folge haben wird. Man versichert uns endlich, daß seit einem Monate zahlreiche Baubewilligungen an Privatpersonen ertheilt worden sind. Alles läßt daher hoffen, daß während der bevorstehenden Bauzeit die größte Thätigkeit in den Bauarbeiten herrschen wird."

Ueber die am Tage der Eröffnung der Kammern Statt gefundenen Ruhestörungen sagt der Moniteur Parisien vom 6. April: „Wir haben gestern von den Zusammenrottungen gesprochen, welche am Tage der Eröffnung der Kammern in der Nähe des Palais Bourbon Statt gefunden haben. — Da dieser zusammengerottete Haufe gegen 3 Uhr die Circulation in der Rue de Bourgogne vollständig hemmte, erhielt die Municipalgarde Befehl, ihn auseinander zu treiben. Diese Maaßregel wurde mit eben so viel Klugheit als Festigkeit ausgeführt, und es hat weder Widerstand noch Unordnung Statt gefunden, außer von Seite einiger Individuen, die nach der Rue de Poitiers zurückgedrängt wurden, sich aber endlich den an sie gerichteten Aufforderungen fügten. — Zwischen 6 und 7 Uhr rottete sich eine Bande von Individuen, die meisten in Blousen, neuerdings auf dem Platz de la Concorde zusammen und zog von da, unter Anstimmung der Marseillaise, des Chant du départ und der Carmagnole und mit aufrührerischem Geschrei nach den Boulevards. Gegen 8 Uhr war diese Rotte, die unterwegs Zuwachs erhielt, auf dem Boulevard Saint-Martin angelangt, wo sie den Laden des Waffenschmieds Bouteville plündern wollte; sie wurde jedoch durch die Ankunft eines Detaschements der Municipalgarde daran gehindert, und es wurden einige Verhaftungen vorgenommen. — Andere Banden zogen im Laufe des Abends nach der Straße Coq-Saint-Honoré und den Quai de la Ferraille, wo sie gleichfalls zwei andere Läden von Waffenschmieden unter dem Rufe: Aux armes! Vive la république! zu plündern versuchten. Die Municipalgarde und eine Abtheilung Husaren hinderten diese neuen Versuche. Der bei der Porte Saint-Martin zusammengerottete Haufe suchte sich von 9 bis 11 Uhr Abends wiederholt zu bilden. Endlich gelang es einem Detaschement Linieninfanterie, in Verbindung mit der Municipalgarde, diese Rotte zu zerstreuen und von 11 Uhr an war die Ruhe vollkommen hergestellt. — Das Benehmen der Nationalgarde im ganzen Laufe dieses Tages und besonders während der Unordnungen, die am Abend Statt fanden, verdient das höchste Lob. Ihre Mäßigung hat sich nicht einen Augenblick verläugnet. — Wir werden uns nicht die Mühe geben, die gegentheiligen Einstreuungen gewisser Journale (welche behaupten, daß diese Emeuten von der Regierung angestiftet seien) zu widerlegen. Man kann solchen elenden Verläumdungen nur Stillschweigen und Verachtung entgegensetzen. — Gestern herrschte den ganzen Tag hindurch die vollkommenste Ruhe in Paris."

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung

enthält unter der Aufschrift: „Stand der Parteien in Frankreich. Journalmusterung.“ folgenden Artikel: „Wer schweigt, hat wenig zu sorgen; der Mensch bleibt unter der Zunge verborgen. So steht geschrieben in Göthe's zahmen Xenien. Wer nur immer schweigen könnte! Die Krone, in constitutionnellen Staaten nach dem englischen Zuschnitt, muß in der Regel einmal im Jahre das kluge Schweigen brechen. Sie muß, wenn sie die Legislatur eröffnet, eine Anrede halten. Zwar ist es weiser Gebrauch, selbst dann nicht mit der Sprache herauszugehen, sondern das Meiste in wohlthätigem Halbdunkel zu lassen, weßhalb denn auch nach jeder Thronrede zu London und Paris, zu Madrid und Lissabon, über Leere und Farblosigkeit geklagt wird. Indessen bleibt doch die Thronrede ein Haken, woran die Opposition ihre Gravamina hängen mag. In Frankreich besonders, wo die Antwortadresse herkömmlich den politischen Parteienkrieg entzündet, wartet man immer mit gespannter Neugierde auf die Throneröffnungsrede, um sie als bequemen Leitfaden zur Kritik der Verwaltung zu benutzen. Die Leser erinnern sich, wie nach dem Causalgesetz aus der jüngsten Thronrede vom 17. December der feindliche Adresse-Entwurf, die zwölftägige Kammerschlacht, die große Wahlbewegung, die Auflösung des Cabinets Molé, und die neue Ministerkrisis sich entwickelt haben. Von einer frischen Thronrede war eine schwellende Ernte ähnlicher Folgen zu hoffen. Sie ist aber ausgeblieben. Die Krone meinte wohl, es liege von den letzten Monaten her Streitstoff genug bereit zur Uebung oratorischer Kräfte; es bedürfe der Rumpf der Coalition keiner besondern Anregung, um das unlängst in den Tuilerien exponirte Programm der Majorität als Specificum für alle Uebel, an welchen der Staat krankt, zu empfehlen. Dabei scheint es indessen, als habe das Schweigen selbst seine gute Bedeutung. Die Parteien in der Kammer dürften bald in Verlegenheit gerathen, wenn sie nun anfangen, die Majorität zu überschlagen, die sich gleich im Beginn bei einer sehr empfindlichen Frage herausstellen soll. Die Krone, indem sie der Kammer ein interimistisches Ministerium, ohne politisches System, hinreicht, und von ihr verlangt, die Formation eines definitiven durch einen markanten Wahlact vorzubereiten, gibt den Parteien eine harte Nuß aufzubeißen. Wird Odilon-Barrot Präsident der Kammer, so ist dieß eine weit stärkere Demonstration gegen die Politik des unwandelbaren Gedankens, gegen die Politik vom 13. März und 11. October, als die seyn würde, welche in einem Cabinet aus dem linken Centrum läge. Es wird sich darum die Doctrin mit ihrem Anhang zweimal besinnen, ehe sie in der neuen Kammer das Spiel der aufgelösten Coalition spielt. Man hat sich, allen Antipathien zum Trotz, verbündet, um das Cabinet Molé zu stürzen; man wird sich nicht verbünden, um den Chef der Linken auf den Präsidentenstuhl zu heben. Bei so bewandten Umständen scheint angemessen, Journalmusterung zu halten; man sieht da, wie sich die Parteiorgane in der neuen Situation zu orientiren suchen, wie sie ihre Strohhalme ausstecken, um zu erkunden, wo der Wind herweht, wie sie den Deputirten gute Lehren geben, die Schwankenden zu gewinnen streben und den Blöden Muth zusprechen. „Die französische Nation „ist, was man auch sagen mag, von allen Nationen die „am leichtesten zu regierende, weil sie in höherm Grade „als irgend eine andere die Gesinnung der Einheit hat „und eine Neigung fühlt, ihren Häuptern zu vertrauen.“ Die Bemerkung ist aus dem National. Sonderbar! Seit 1815 glaubt man in Europa das Gegentheil. Die französische Nation galt bisher für schwer zu regieren, und die Häupter, meinte man, seien es nun Fürsten, Minister oder Parteichefs, hätten sich nie lange ungetrübten Vertrauens erfreut. Der National versteht aber wohl unter den Häuptern nur die gewählten Stellvertreter des Volkes, wie sie künftig dem allgemeinen Stimmrecht entstammen werden; wenigstens ist er weit entfernt, der gegenwärtigen Regierung Vertrauen zu schenken; das Umgekehrte vielmehr erhellt aus dem Gemälde, das er den Deputirten zum Anschauen vorhält. „Seht da eine „Faction, die sich seit acht Jahren nur halten konnte, indem sie uns trennte; einen Hof, der, unvermögend, das „Wort Nationalrepräsentation auszulöschen, Alles aufbietet, selbst Bestechung und Furcht vor dem Auslande, „die Sache zu vernichten. Wenn unsere Abgeordneten „nicht blind sind, muß das, was jetzt vorgeht, sie aufklären und zur Erfüllung ihrer Pflicht anhalten. Die „letzte Legislatur hat ein von der Nation verworfenes „Ministerium zurückgestoßen; dennoch wollte man es nicht „ersetzen; man zog vor, die Kammer zu cassiren; eine „andere Legislatur, noch feindlicher als die aufgelöste, „kommt zusammen; der 15. April aber weicht nur zum „Scheine; er schickt seine Leute; die Krone thut, was Napoleon in den Tagen seines Stolzes nicht gewagt hat. „Sie läßt die Kammern durch Commissäre eröffnen, die aus „den subalternen Reihen einer anti-nationalen Partei gewählt sind. Zeigt nicht dieß Alles, daß der Hof in dem „Vorhaben, nicht nachzugeben, beharrt?“ — Der National malt al Fresco, und weiß auch kein Heilmittel, als die Wahlreform, womit es noch eine Zeitlang anstehen wird; der Courrier Français zeichnet bestimmte Figuren und behandelt sein Thema practischer. Er warnt zuerst vor den Kunstgriffen der sogenannten Hofpartei. „Die Linke und das linke Centrum haben Ursache, „auf ihrer Hut zu seyn. Die furchtsamen Seelen müssen „Muth fassen, die übelwollenden Geister (von der Doctrin) sammt den Pessimisten sollen ihren Groll unter die „Füße treten. Es wäre ja eine ewige Schande, wenn die „politischen Männer hinter den Wählern, die ihre Schuldigkeit gethan haben, zurückbleiben und den Weg nicht „sehen wollten, den ihnen ihre Stellung vorzeichnet.“ Diesen allgemein gehaltenen Nothruf wendet der Courrier derb genug auf einen concreten Fall an. Marschall Soult ist mit Thiers zerfallen; die Kluft besteht; der Courrier erkennt an, daß sie nicht zu übersteigen ist. „Die „Umstände erheischen Eintracht unter den parlamentarischen Mämern, sie können nur auf sich selbst zählen; „von außen ist kein Beistand zu erwarten. Soult läßt „sich durch Manöver des Hofes beherrschen und absorbiren; der alte Degen, nachdem er seine Vollmacht dem Könige dreimal zurückgegeben, hatte nichts zu thun, als bei „Seite zu bleiben, und sich in seinen Ruhm einzuwickeln. „Statt dessen zeigt er die Ungeduld eines jungen Mannes, und da er keine Mission mehr hat, etwas zu thun, „gibt er sich selbst die, so viel möglich zu hindern, daß „etwas geschehe. Sein Sohn, der Marquis von Dalmatien, braucht sein Talent oder seine diplomatische Routine, um im linken Centrum einen Abfall zu unterhandeln; er besucht die namhaftesten Deputirten und will „sie bereden, sich von Thiers loszusagen, und nicht „für Barrot zu stimmen. Jacqueminot ist auch nicht „müßig; er cabalirt gegen den Chef der Linken, und sucht „seine Schaar (die Trümmer der 221) im linken und rechten Centrum zu recrutiren. Wir hatten gehofft, die Zeit „werde den alterschwachen Groll (cette rancune sénile) „schwächen, welchen Soult gegen Thiers, vielleicht „auch gegen Barrot, gefaßt hat. Aber die Familie des „Marschalls läßt den unsinnigen Haß nicht erkalten; man „nährt und pflegt ihn, als berge er Keime der Zukunft. „Es scheint, man will aus dem Marschall Soult eine Art

„constitutionnellem Vicekönig machen, und hält ihn darum „ferne von dem parlamentarischen Einfluß, dem wahren Kö„nigthum unserer Zeit. Wir haben gewünscht, den Mar„schall im Cabinet zu sehen; es wäre gut gewesen, wenn sich „ein Militär von großem Ruf mit den Häuptern der Majo„rität verbunden hätte. Wenn aber die Allianz unmöglich „wird, und der Marschall nur Minister werden will, um uns „ein entnervtes Cabinet zu geben; — wenn er mit Thiers „zu rivalisiren gedenkt, und uns, wie der Krone, sagt: „Er „oder ich!" so ist unsere Wahl bald getroffen. Der Mar„schall konnte wohl die Schlacht bei Toulouse gewinnen „(die Wellington auch gewonnen hat!), aber um Meinun„gen ins Feuer der Rednerbühne zu führen, dazu bedarf „es anderer Anführer, anderer Eingebungen." — Man kann es nicht läugnen, der Courrier hat dem Marschall Soult nicht auf die zarteste Art den Abschied aus der Armee des linken Centrums gegeben."

Der Moniteur enthält ein Schreiben aus Alexandria vom 16. März von Boghos Bey, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, an Hrn. Jomard, Director der ägyptischen Mission. Er meldet darin, daß der Vicekönig in bester Gesundheit am 15. März wieder in Cairo angekommen ist. Der Bey fügt ein Schreiben des griechischen Generalconsuls Tossizza aus Fazoglu vom 2. Februar bei, in welchem über den Erfolg der Reise des Vicekönigs Nachricht gegeben wird. Achmed Pascha, der gegen Dschebel Dabi ausgerückt war, war den Rebellen nach andern Bergen gefolgt und am 31. Jänner mit 500 Gefangenen, die nach dortigem Kriegsrechte Sclaven sind, zurückgekehrt. Der Vicekönig hatte sie jedoch alsbald freigegeben, und mit Mundvorräthen auf zehn Tage in ihre Heimath entlassen, wobei er zugleich den Befehl ertheilte, hinfort keine Sclaven mehr zu machen, sondern sich auf die Unterwerfung der Empörer zu beschränken. — Ein Schreiben aus Alexandria vom 17. März (im National) gibt als Grund der Rückkehr Mehmed Ali's nach Cairo an, daß derselbe von den Eingebornen im Fazoglu mehrere Male geschlagen und zum Rückzuge genöthigt worden sei.

Im Jahre 1837 gestaltete sich das Verhältniß der verschiedenen Staatseinkünfte folgendermaaßen:

Directe Abgaben	383,174,644	Fr.
Stämpel und Domainen	220,161,070	„
Holzschläge	30,371,838	„
Zölle und Salzeinkünfte	169,069,343	„
Indirecte Abgaben	209,091,318	„
Ertrag der Posten	40,558,282	„
Universitätseinkünfte	4,465,821	„
Spielverpachtung	5,500,000	„
Salinen und Salzgruben im Osten	1,614,129	„
Verschiedene Einkünfte	15,226,287	„
Summe	1,079,232,732	Fr.

Sämmtliche Einkünfte haben 47,241,297 Fr. mehr eingebracht, als sie im Finanzentwurfe veranschlagt wurden; die Einkünfte sämmtlicher indirecter Abgaben und Steuern überstiegen den Anschlag um 40,026,730 Fr.

Lord Brougham wurde am 4. April mit Lord und Lady Bentinck, so wie dem Grafen und der Gräfinn Molé, zur königlichen Tafel geladen.

Am 5. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 65. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 40. — Am 6. April um 2 Uhr Nachmittags 5Percents —. 3Percents 80 Fr. 25.

Spanien.

Die Gazette de France und die Quotidienne vom 6. d. M. enthalten ein königliches Decret aus Tolosa vom 28. März, kraft dessen ein oberster Kriegsrath ernannt wird, dessen Vorsitz sich der König vorbehält und zu dessen Vicepräsidenten der Generallieutenant Graf von Casa-Eguia ernannt wird. „Dieß," sagt die Quotidienne, „ist der erste Theil der großen Arbeit, mit der sich der König seit vielen Tagen mit seinen Ministern und den Staatsräthen beschäftigt. Das nächste, was nun folgen wird, soll die Wiederherstellung des obersten Staatsraths seyn, und wenn diese Grundlagen einmal gelegt sind, so wird der allgemeine Gang der Geschäfte aus diesen Quellen, nach den alten Regeln der Monarchie, fließen."

Briefe aus Bayonne vom 2. April (aus liberaler Quelle) sprechen von Unzufriedenheit, die sich in den Provinzen über Maroto's bisherige Unthätigkeit äußere; auch soll sich Maroto, den Don Carlos nach Tolosa berufen habe, geweigert haben, diesem Befehle Folge zu leisten.

Großbritannien und Irland.

Am 2. April Morgens fuhren zwei Compagnien Fußartillerie von Woolwich auf der London-Birminghamer Eisenbahn ab. Sie sollen nach Manchester bestimmt seyn, wohin Nachmittags auch eine starke Abtheilung von der Metropolitanpolizei abging. Vielleicht steht diese Absendung von Streitkräften mit dem meuterischen Geiste im Zusammenhang, der sich neuerdings in einer Versammlung der ultraradicalen politischen Union an den Tag legte. Ein Beschluß, daß der Verein sich der Einführung einer Landpolizei widersetzen solle, wurde mit dem Rufe: „Schlagt los!" begrüßt; zugleich wurde eine Anzahl von Piken, Speeren und Feuergewehren vorgezeigt.

Zu Edinburgh fand kürzlich eine Versammlung Statt, in welcher die Whigs eine Demonstration zu Gunsten des jetzigen Ministeriums veranlassen wollten. Die Radicalen gewannen jedoch die Oberhand, vertrieben den Lord-Prevost von dem Vorsitze und faßten dann Beschlüsse, in welchen gänzlicher Mangel an Zutrauen gegen die Minister ausgedrückt und die Königinn um ihre Entlassung gebeten wurde.

Für den Großfürsten-Thronfolger von Rußland und sein Gefolge sind bereits für die Zeit vom 13. April bis zum 13. Juni zwei von den fünf großen Gebäuden, welche Mivart's Hotel bilden, von dem russischen Consul, Hrn. Benkhausen, gemiethet worden. Auf die Einrichtung dieses Logis sollen mehrere hundert Pfund verwendet werden. Es sind dieselben Räume, welche der Prinz von Oranien und seine Söhne während ihres letzten Besuchs in England bewohnten.

Lord Stanley, der wegen Krankheit seines Vaters, des Grafen Derby, bisher an der dießjährigen Parlamentssession keinen Theil genommen, ist dieser Tage in London angekommen; sein Vater soll sich wieder ziemlich wohl befinden.

Bei den letzten Debatten im Unterhause über die Veranschlagungen für das Feldzeugamt spielte Hr. Hume wieder eine sehr komische Figur. Da er es nämlich nach der Bewilligung der verlangten Mannschaft für die Armee und die Marine unmöglich fand, sich der Gewährung des für diese Streitkräfte nöthigen Materials zu widersetzen, so machte er seinem Aerger in allgemeinen Phrasen Luft. „Das Land," sagte er, „befindet sich in einem jämmerlichen Zustande. Es hat weder eine Regierung noch eine Opposition. Ich weiß wohl, daß es eine starke und ziemlich compacte Oppositions-Partei gibt; aber was ich bedauere, das ist, daß es keine staatshaushälterische Opposition gibt. Als Reformer fühle ich mich in einer falschen Stellung. Ich möchte nicht gern den Platz wechseln, aber meine Pflicht nöthigt mich fast dazu. Indeß, ich lebe in der Hoffnung, daß die Zeiten sich

bessern werden." Nach vielem Gelächter erhob sich Oberst Thomas und klagte über den schlechten Zustand der Kasernen. Da nun Hr. Hume so eben gegen Verschwendung der Staatsfonds gepredigt hatte, so wandte der Oberst sich mit einer ironischen Bemerkung an ihn, die dieser aber so übel nahm, daß ein heftiger Wortwechsel entstand und der Vorsitzer des Finanzausschusses die beiden Herren zur Ordnung verweisen mußte. Oberst Thomas sagte nämlich: „Der Zustand der Kasernen ist von der Art, daß selbst der ehrenwerthe Herr, der, obgleich er zum Militärarzt erzogen worden und es späterhin bequemer fand, die Sepoys in Indien als Proviantcommissär zu bekostigen, doch stets jedem Vorschlage zu Gunsten der Armee entgegen ist, gewiß das Quartier verschmähen würde, welches bei dem jetzigen Kasernenwesen alte und erprobte Regimentsoffiziere der Linie sich müssen gefallen lassen." Hierauf erwiederte Hr. Hume: „Ich habe mich niemals Verbesserungen in der Armee widersetzt, und die Behauptung des Herrn Obersten ist durchaus unwahr und falsch. Möge er offen auftreten und sagen, was er zu sagen hat. Ich habe in meinem Leben nie, weder früh noch spät, etwas gethan, worauf ich nicht stolz wäre; mein Benehmen als Staatsdiener steht der Untersuchung offen, aber die so eben über mich gemachten Bemerkungen sind unverantwortlich, und ich rathe dem Herrn Obersten, in persönlichen Angriffen vorsichtiger zu seyn. Wer will behaupten, daß ich etwas gethan, dessen ich mich zu schämen brauchte?" Oberst Thomas versetzte: „Es ist ein allgemein bekannter Umstand, daß der ehrenwerthe Herr als Chirurgsgehülfe bei einem indischen Regiment diente und dann eine Stelle im Commissariat erhielt. Ob er hierauf in doppelter Eigenschaft fungirte, oder nicht, ist mir nicht genau bekannt, ich habe aber allgemein so sagen hören. Was die Behauptung betrifft, daß ich etwas Falsches gesagt, so ist sie zu verächtlich, um davon Notiz zu nehmen; ja, sie ist noch unter der Verachtung." Hier schritt der Vorsitzer ein und machte dem Streit ein Ende.

Consols am 4. April 92¼, ¾.

Schweden und Norwegen.

Nachrichten aus Christiania zufolge empfängt der König noch immer viele Deputationen aus dem Innern des Landes. In seiner Antwort an die Deputation von Arendal äußerte der König folgende bemerkenswerthe Worte: „Mein Leben war von jeher der Aufrechthaltung der Rechte Meiner Mitmenschen und der Beförderung ihres Glückes gewidmet. Seit 25 Jahren ist das Wohl Norwegens der unablässige Gegenstand Meiner Fürsorge gewesen, und es hat dem Himmel gefallen, Mich in vollem Maaße zu belohnen, sowohl durch die Fortschritte, die das Reich während dieser Zeit gemacht, als durch die Dankbarkeit, die Mir dafür zu Theil geworden. Die Hoffnungen, welche das rührende Vertrauen des norwegischen Volkes auf meine fortdauernde Bestrebungen, seine Wohlfahrt zu befestigen, gründet, werden nicht betrogen werden, so lange die Vorsehung Mir die Kraft verleihen wird, über seine für Mich so theure Glückseligkeit zu wachen — eine Glückseligkeit, die mit Meiner Ehre als König, mit Meinem Glücke als Mensch auf das innigste verbunden ist."

Sr. Majestät der König wird, nach den letzten Nachrichten aus Christiania die Rückreise gegen Mitte April antreten, doch sind der Tag der Abreise und die Reiseroute Sr. Majestät noch nicht bekannt.

Zu norwegischen Mitgliedern der Comité, welche im Laufe dieses Sommers in Stockholm zusammentreten soll, um mehrere streitige Unionsverhältnisse zu schlichten, sind ernannt: Staatsrath Mozfeldt, General Monsbach, Admiral Müller und Stiftspropst Ridderveld. Die schwedischen Mitglieder sind noch nicht bekannt.

Nach dem Beispiele der Stockholmer Kaufleute haben auch die Handelscorporationen von Gefle und Carlshamn Bittschriften bei der Regierung gegen den dänischen Sundzoll eingereicht. Sie beschweren sich insbesondere darüber, daß Schiffe und Ladungen, die von einem schwedischen Orte nach einem andern durch den Sund passiren, eine bedeutende Abgabe dort erlegen müssen, die dem inländischen Handel großen Eintrag thut.

Niederlande.

Der Großfürst-Thronfolger von Rußland besichtigte am 1. April die königliche Gemäldegallerie, so wie das Kunstcabinet und andere Seltenheiten. Auch die Versammlungssäle der beiden Kammern der Generalstaaten wurden von Sr. kais. Hoheit in Augenschein genommen.

Nachrichten aus Venloo zufolge wird ein Theil der Garnison diese Festung nächstens verlassen. Privatleute können ungehindert die Stadt ein- und auspassiren.

Belgien.

Einer zu Berlin eingelangten telegraphischen Nachricht aus Brüssel vom 6. April zufolge ist durch königliche Ordonnanz vom obgedachten Tage Hr. Desmaisieres, Mitglied der Repräsentantenkammer, zum Finanzminister ernannt worden.

Teutschland.

Die Preußische Staatszeitung meldet aus Braunschweig vom 4. April: „Im Hamburger Correspondenten vom 2. d. M. und in einigen andern Zeitungen befindet sich ein Artikel, welcher über den Gesundheitszustand Sr. Durchlaucht des Herzogs sehr beunruhigende Nachrichten enthält. Wir können versichern, daß hiervon nichts gegründet ist und Sr. herzogl. Durchlaucht auch bereits von dem höchstsie neulich betroffenen Falle aufs vollkommenste wieder hergestellt sind."

An die Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Gröning hat der Senat der freien Stadt Bremen am 4. April aus seiner Mitte den Senator Dr. Noltenius gewählt.

Am 6. April Abends ist zu Frankfurt der Bundestagsgesandte und großherzoglich hessische geheime Rath, Freiherr von Leonhardi, mit Tod abgegangen.

Wien.

Sr. k. k. Majestät haben dem Central-Kanzleidirector des Prinzen Ferdinand zu Sachsen-Coburg und Gotha, Samuel Joób von Fancsal, die Bewilligung allergnädigst zu ertheilen geruht, den ihm von Ihrer Majestät der Königinn von Portugal verliehenen Conceptionsorden annehmen und tragen zu dürfen.

Am 13. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107.
dette detto	zu 4 pC. in CM.	100⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM		65¼.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅛ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 105

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 15. April 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 13. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.275	28 Z. 0 L. 4 P.	— 0.6	NW.	stark.	Schnee.
	2 Uhr Nachm.	27.421	28 2 2	+ 1.1	NW.	— —	— —
	10 Uhr Abends.	27.418	28 2 2	+ 1.4	W.	mittel.	Wolken.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 6. April waren zunächst die Legitimationen der von dem Könige in der letzten Zeit des Ministeriums Molé, nachdem dasselbe bereits seine Entlassungsgesuche eingereicht hatte, ernannten Pairs an der Tagesordnung. Graf Montalembert tadelte diese Maaßregel; es scheine, als ob die alten Minister Abschiedsgeschenke hätten machen wollen. Graf Molé sieht in diesem Tadel einen Angriff auf das der Regierung unzweifelhaft zustehende Recht der Pairscreirung und fügt bei, die Minister hätten damals zwar ihre Entlassungsgesuche schon eingereicht gehabt, sie seien aber nicht angenommen gewesen. In demselben Sinne sprach der Siegelbewahrer, Hr. Girod (de l'Ain), während die ministerielle Maaßregel noch von den HH. Pelet de la Lozère, Villemain und Marquis Dreux-Brézé angegriffen wurde. Die Kammer beschloß die Zulassung der neuen Pairs, welche sofort eingeführt wurden. — Nun kam die von dem Baron Pelet de la Lozère angekündigte Interpellation über den Gang der Unterhandlungen zur Bildung eines neuen Cabinets an die Tagesordnung, die also nicht, wie der Courrier Français behauptet hatte, unterblieb. — Der Kanzler, als Präsident der Kammer, bemerkt, daß Marschall Soult den Wunsch geäußert habe, zuerst sprechen zu dürfen. Nachdem Hr. Pelet de la Lozère sich, unter Vorbehalt, nachträglich einige Worte über die gegenwärtige Lage hinzufügen zu dürfen, sich damit einverstanden erklärt hatte, erhob sich der Marschall und sprach: „Meine Herren! Wie delicat auch meine Lage seyn mag, so habe ich doch gewünscht, einige Worte auf die directe Interpellation, die in der letzten Sitzung an mich gerichtet worden ist, zu erwiedern, ehe sich eine Discussion über den Gegenstand entspinnen kann. Und zuvörderst erlauben Sie mir die Frage an Sie zu stellen: hat ein Pair von Frankreich das Recht, einen andern Pair von Frankreich über Thatsachen zu interpelliren, die außerhalb der Pairskammer vorgefallen sind? . . (Mehrere Stimmen: Nein!) Und wenn er dieses Recht hat, ist der interpellirte Pair, der mit keinem öffentlichen Character bekleidet ist, verpflichtet zu antworten? (Bewegung in obigem Sinne.) — Nehmen wir jedoch an, daß diese Fragen von der Kammer bejahend entschieden werden, und daß der interpellirte Pair sich dazu versteht, darauf zu antworten, müßte nicht untersucht werden, ob dieser Pair, in der Stellung, worin er sich befindet, da er nur eine Sendung des Vertrauens officiös erfüllt hat, sich Enthüllungen erlauben dürfte, die ihrer Natur nach comprimittirend gegen Andere werden, und zum mindesten die Unterhandlungen, die noch fortgesetzt werden, erschweren könnten? — Alle diese Fragen sind in ihrer vollen Wichtigkeit vor meine Seele getreten; ich hätte gewünscht, daß sie entschieden würden, um eine feste Meinung über die Wichtigkeit und den Umfang der von mir begehrten Antwort fassen zu können. — Allein ich gestehe, daß ich dennoch, obgleich mich diese wichtigen Rücksichten zurückhalten, gerne möchte, daß es mir möglich wäre, zu reden. — Ich möchte es gerne, um die Krone gegen die indirecten und ungerechten Angriffe zu schützen, die gegen sie gerichtet worden sind, nachdem sie über die Sachen und über die Menschen alles zugestanden hatte. — Ich möchte es gerne, um einen Anlaß zu haben, die gehässigen Verläumdungen zurückzuweisen, die man nach der höchsten Region hin ausgestreut hat, um sie desto gefährlicher zu machen. — Ich möchte es auch gerne, um durch Beweise die unbestreitbare Wahrheit der Thatsachen hinzustellen, an denen ich Theil genommen habe, und die sich seit dem 8. März d. J., als dem Tage, wo der König mir die Ehre erzeigte, mich mit der Wiederzusammensetzung des Ministeriums zu beauftragen, zugetragen haben. — Ich möchte es endlich gerne im Interesse meiner eigenen Lage, nicht um mich zu rechtfertigen, denn ich habe das Gefühl, daß ich dessen nicht bedarf, sondern um zu zeigen, daß es nicht von mir abgehangen hat, daß kein neues Ministerium definitiv constituirt werden ist. — Rücksichten hoher Schicklichkeit verbieten mir jedoch in diesem Augenblicke mehr zu sagen, als ich gesagt habe, und ich hege die Hoffnung, daß die Kammer die Zurückhaltung, die ich mir auferlege, würdigen wird, besonders wenn ich zum Schlusse noch beifüge, daß ich von achtbaren Pairs, meinen Freunden, unterstützt, die wichtige Sendung, zu deren Ausführung das Vertrauen des Königs mich berufen hat, nicht aufgegeben habe, und daß in dieser Lage mir noch Schwierigkeiten zu besiegen übrig bleiben. Sollten späterhin Explicationen nöthig werden, so würde es dann vielleicht mit geringerer Inconvenienz verknüpft seyn, sie zu geben, und ich würde mich sehr gerne hierzu herbeilassen. Die Wahrheit hat das größte Interesse, sich Bahn zu brechen; was mich anlangt und die ausgezeichneten Männer, die mich in dieser Krisis unterstützt haben, so wünschen wir sehnlichst, daß der Augenblick hierzu bald erscheinen möge." (Zeichen des Beifalls.) — Der Baron Pelet de la Lozère erwiederte, er habe keineswegs dem Marschall die Verpflichtung auferlegen wollen, sich in die Details der Unterhandlungen, die behufs der Bildung eines Ministeriums Statt gefunden haben, einzulassen; es genüge ihm zu wissen, daß man sich fortwährend damit beschäftige, der Krisis, welche Frankreich in diesem Augenblick beklage, ein Ende zu machen, und er hoffe, daß dieß bald geschehen werde. Im weitern Verfolge seiner Rede ließ sich der Baron Pelet in eine umständliche Untersuchung der Ursachen ein, welche die gegenwärtige Krisis herbeigeführt haben, und die er in der Formation des Miniſte-

rium vom 15. April finden will, welches einerseits aus Männern gebildet worden sei, die an verworfenen oder zurückgenommenen Gesetzen Theil genommen hatten, und wobei andererseits die einflußreichsten Mitglieder der Wahlkammer übergangen worden seien. Diesen Grundfehler in der Composition habe der Präsident des Conseils (Graf Molé) mit aller seiner Geschicklichkeit nicht verwischen können. Eine erste Auflösung sei versucht worden, in der Hoffnung, sich eine Majorität zu schaffen; sie sei, wie vorauszusehen war, ohne Erfolg geblieben; die Kammer sei ungefähr in ihrer alten Gestalt zurückgekommen; nun seien die Parteien noch erbitterter geworden; daher die Adresse, daher die Coalition, daher eine neue Auflösung, noch verderblicher, als die erste, weil sie, wenn die erwartete Wirkung nicht eintrat, die Regierung an die Wand Kellte; dieß sei auch geschehen. Die Kammern fänden sich neuerdings in zwei fast gleiche Theile gespalten, und um aus diesen Verlegenheiten herauszukommen, müßten nunmehr so mannigfaltige Unterhandlungen angeknüpft werden. „Dieß, meine Herren," fügte H^r. Pelet hinzu, „ist die kurze Skizze der Thatsachen, die uns zu der gegenwärtigen Lage geführt haben; der Grund davon liegt in dem allgemeinen System der Regierung, welche sich, anstatt sich auf Principien, die im Stande sind, Majoritäten in den Kammern und im Lande zu gewinnen, zu stützen, auf das bewegliche Terrain der Interessen stützt. Diese Interessen combiniren sich auf tausenderlei Art, und machen, daß die Majoritäten allen Ministerien entschlüpfen; daher die peinliche Lage der Regierung, die sich, wenn man nicht Acht gibt, von Krise zu Krise schleppen wird, bis zu einer fatalen Krise, welche abzuwenden wir alle nach Kräften uns bemühen. — Der Marquis de Dreux-Brézé behauptet, die gegenwärtige Lage der Dinge sei verfassungswidrig und die Krone habe, indem sie die Session ohne definitives Ministerium eröffnet habe, ihre Prärogative (die Ernennung der Minister) virtuell in die Hände der Deputirtenkammer abgetreten. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Duc de Montebello, erwiederte: „Wir beklagen mehr als irgend Jemand die gegenwärtige unangenehme Lage der Dinge; verfassungswidrig aber ist sie nicht; die Nothwendigkeit hat sie geschaffen. Eine neue Prorogation wäre bedenklich gewesen; die Kammer mußte eröffnet werden, und wir, wir haben uns geopfert, haben alle mit unsern Aemtern verknüpfte Verantwortlichkeit auf uns genommen. Wir sind nicht ein interimistisches Ministerium, sondern ein wirkliches; wir werden keine königlichen Vorrechte aufgeben und der König kann bei jeder verfassungsmäßigen Maaßregel, die er ergreifen will, auf uns rechnen." — Nachdem noch der Duc de Champagny die von Marschall Soult bewiesene Zurückhaltung gelobt, wurde die Berathung und die Sitzung geschlossen.

Die Deputirtenkammer fuhr in ihrer Sitzung vom 6. April, welcher auch H^r. Guizot, von seiner Unpäßlichkeit hergestellt, beiwohnte, mit Verification der Vollmachten fort. Die Wahl des H^rn. Vatout wurde heftig angefochten, am Ende aber dennoch für giltig erklärt.

Pariser Blätter berechnen, daß die vereinigte Opposition, bestehend aus der Linken, dem linken Centrum und den Legitimisten, nicht über 210 Köpfe stark, also in der Minderheit seyn werde. Aus der Sprache der Coalitionsblätter geht hervor, daß der Tiers parti seines Sieges nicht so gewiß ist. Der Constitutionnel läßt eine Meinungsverschiedenheit zwischen den HH. Thiers und Odilon-Barrot durchblicken, und seine dringenden Aufforderungen an die Doctrinairs zur Treue lassen vermuthen, daß, wenn aus dem Lager der Coalition Desertionen Statt finden, die sogenannte conservative Partei siegen wird. Der Sieg Odilon-Barrots im Kampfe um die Präsidentschaft scheint sehr zweifelhaft. Sein Mitbewerber wird, wie man nun glaubt, H^r. Passy (der sich mit H^rn. Thiers überworfen haben soll) und nicht H^r. Dupin seyn, welcher letztere eingewilligt haben soll, mit Marschall Soult und H^rn. Humann ins neue Cabinet zu treten; zwar soll er noch einigen Widerwillen gegen die Doctrinairs hegen; man verzweifelte aber nicht an der Möglichkeit einer gegenseitigen Annäherung.

Dem Moniteur Parisien zufolge hatten am 6. Abends neuerdings zahlreiche Zusammenrottungen zwischen der Porte Saint-Denis und der Porte Saint-Martin Statt gefunden, die jedoch von starken Patrouillen der Nationalgarde, der Municipalgarde und der Linientruppe auseinandergesprengt worden seien. Zwei- bis dreihundert Verhaftungen seien vorgenommen worden.

Der Moniteur vom 7. April enthält eine königliche, von dem Minister des Innern H^rn. von Gasparin contrasignirte Ordonnanz vom 4. gedachten Monats, wodurch das unterm 21. Jänner d. J. angeordnete Verbot der Ausfuhr des Getreides und Mehles aus den Häfen des Oceans, mit Ausnahme des Weizens und Weizenmehles, aufgehoben wird.

H^r. Orfila, Decan der medicinischen Facultät in Paris, beschäftigt sich bekanntlich seit Jahren schon mit Untersuchungen, die Spuren des Arseniks bei Vergiftungen in dem Blute und den verschiedenen Theilen des Körpers wiederzufinden. Das Resultat der Untersuchungen an dem Körper des zum Tode verurtheilten Soufflard, welches in der Sitzung der Akademie vom 3. April mitgetheilt wurde, bestätigte die frühern Mittheilungen Orfila's. Das Fleisch, das Blut und die verschiedenen Organe enthielten eine gewisse Quantität Arseniks, welcher durch ein Verfahren zu Tage gefordert wurde, in dessen Details wir hier nicht eingehen können. Für die Justiz haben diese neuen Experimente ein wichtiges Resultat; da man durch sie dem Verbrechen sicher nachspüren kann, selbst da, wo Magen und Eingeweide nicht mehr untersucht werden können. Eine andere, sehr interessante Thatsache, welche die Arbeiten der HH. Orfila und Couerbe nachweisen, ist, daß eine geringere Portion Arseniks, welche, wie es scheint, von unsern Nahrungsstoffen kommt, in unsere Organe dringt und sich darin einnistet. Es ist jedoch leicht, diese Portion von natürlichem Arsenik, wenn man ihn so nennen darf, von jenem zu unterscheiden, welcher in Folge einer Vergiftung genommen wurde; denn der erstere löst sich nicht im Wasser auf, während letzterer darin verschwindet.

Am 6. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 65. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 40.

Spanien.

Das Boletin de Navarra enthält in seinem Blatte vom 29. März einen aus Christinischen Journalen entlehnten, auf Geheiß des Oberbefehlshabers der Centrumsarmee, General van Halen, erlassenen Tagsbefehl, zum Beweise, daß von Christinischer Seite dem Blutvergießen durch Hinmordung der Gefangenen noch immer kein Ende gemacht werde. Diesem Befehle gemäß (dessen Datum im Boletin nicht angegeben ist) sollten ein Sergeant, Namens Miguel Galvez, und neun Soldaten der Carlistischen Armee, Lamberto Fandos, Francisco Garcia, Gregorio Olivan, Ramon Valero, Matias Martin, Pedro Belenguer, Matias Salos, Bernardino Lopez und Blas Amada, welche in dem Dorfe Moneda mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, erschossen werden. Vierzehn andere Car-

listen, die unbewaffnet waren, als sie gefangengenommen wurden, sollten den Hinrichtungen beiwohnen, und dann nach Saragossa abgeliefert werden. Der Befehl ist von Francisco Cascajares unterzeichnet.

Mexico.

Das Journal du Havre enthält folgenden Auszug eines Handelsschreibens aus Mexico vom 30. Jänner: „Santa Ana, welcher während der Abwesenheit Bustamente's zum Präsidenten der Republik ernannt ist, konnte nicht bis zur Hauptstadt kommen, sondern blieb zu Puebla krank, noch immer in Folge seiner Wunden. Die meisten der ausgewiesenen Franzosen sind noch hier und man hofft, sie werden hier bleiben dürfen, selbst wenn der Termin, der ihnen durch den Regierungsbeschluß gesetzt worden, verstrichen ist." — Dasselbe Blatt schreibt aus Veracruz vom 19. Februar: „Hr. Pakenham, der brittische Geschäftsträger, wird in Begleitung von zwei mexicanischen Commissaren, welche dem Admiral Baudin die Grundlagen eines Vergleichs bringen sollen, täglich hier erwartet. Seit den letzten Nachrichten hat sich in der Lage unserer Stadt, welche beinahe ganz verlassen ist, nichts geändert."

Großbritannien und Irland.

Die Bewegungen in Irland während der gegenwärtigen parlamentarischen Ferien sind von großer Wichtigkeit, da sie nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung des Hauses des Gemeinen über das bisherige Regierungssystem in Irland und zugleich über das Schicksal des Cabinets bleiben werden. Ganz entschieden für das gegenwärtige Ministerium sprach sich eine Versammlung aus, welche am 2. April im Dubliner Adelphi-Theater abgehalten wurde, und deren Zweck die Abfassung einer Adresse an die Königinn zu Gunsten des Ministeriums und die Vorbereitung eines feierlichen Empfangs für den Vicekönig, Lord Fortescue, war. Der Graf von Charlemont übernahm den Vorsitz. Unter den Anwesenden bemerkte man die Parlamentsmitglieder Sir M. Chapman, O'Connor, Don, D. O'Connell, Power und andere irische Notabilitäten. Die Lords Cloncurry und Talbot de Malahide und Andere hatten schriftlich ihre Zustimmung zu der Tendenz der Versammlung erklärt. Unter den gefaßten Beschlüssen bemerkt man folgende: „Als Feinde des Volkes und seines Friedens und Wohlstandes, so wie der Stärke und Sicherheit des Thrones, bezeichnen wir alle Jene, welche die Tories wieder an das Ruder bringen und ihnen die Macht zur Uebung von Ungerechtigkeit und Unterdrückung gegen das Volk von Irland wieder in die Hand zu geben suchen. Wir fordern die Fortdauer einer gerechten, gesetzmäßigen Verwaltung in Irland. Wir fordern die Unterdrückung der Parteiübermacht und werden alle verfassungs- und gesetzmäßig in unserer Macht stehenden Mittel anwenden, um der Wiedereinsetzung der Oranienvereine in die Herrschaft über dieses von Leiden niedergedrückte Land zu widerstehen. Am 11. April soll eine Versammlung der irischen Reformer aller Classen Statt finden, um eine Adresse an Ihre allergnädigste Majestät und eine Bittschrift an das Parlament um Beibehaltung des gegenwärtigen Ministeriums Ihrer Majestät und gänzliche Ausschließung der Partei, die sich immer als die eingewurzeltste und unversöhnlichste Feindinn des Landes bewiesen, vorzubereiten. Bei dem Festzuge, mit welchem der Einzug des Lordlieutenants wird gefeiert werden, sollen keine Banner oder Flaggen angewendet werden." Eine andere Versammlung mit derselben Tendenz war von dem Sheriff von Kildare einberufen worden und wurde von dem Grafen Miltown, dem Lord Clonmurry und andern angesehenen Männern besucht.

Der Nationalconvent in London sinkt täglich mehr. Die letzte Versammlung war von etwa 12 Delegirten besucht, welche in der Halle zerstreut waren. James Taylor erklärte sich offen für einen Mann der physischen Gewalt und fügte bei, er werde bis in den Tod zu dem Convente stehen. Von dieser hochtrabenden Rede stechen sehr die Bemerkungen des Hrn. Richardson ab, welcher sagte, täglich reißen einige Mitglieder aus: acht haben ihre Entlassung genommen, neun seien auf Mission abwesend und bloß noch 21 befinden sich in London, von welchen nur noch 12 der Versammlung anwohnen. Als Beweggrund für den Rücktritt des Dr. Wade wurde angegeben, daß er hochkirchlicher Pfarrer zu Warwick mit einer Pfründe von 800 Pf. jährlich sei, die er verwirken würde, wenn er der Empörung oder des Hochverraths sich schuldig machte.

Die Preußische Staatszeitung enthält folgendes Schreiben aus London vom 2. April: „Wenn in England von einer ministeriellen Presse die Rede ist, so hat man sich dabei nicht eine solche zu denken, die von Subventionen des Ministeriums abhinge, und sich daher unter allen Umständen durchaus im Sinne desselben vernehmen ließe. Der Ministerialismus der hiesigen Blätter ist mehr negativ, als positiv, mehr abwehrend im allgemeinen Interesse der herrschenden Partei gegen die Angriffe und Bestrebungen der Opposition, als unbedingt unterstützend und allen Handlungen der Verwaltung beistimmend. Nur in einzelnen Artikeln dienen diese Zeitungen dem einen oder dem andern Minister zum speciellen Organ; so werden namentlich die Mittheilungen und Aeußerungen über auswärtige Angelegenheiten in der Morning-Chronicle als der Ausdruck der im Cabinete darüber herrschenden Ansichten betrachtet, und eine noch officiellere Autorität legt man den im Globe in dieser Beziehung erscheinenden Artikeln bei; auch der Courier enthält zuweilen Berichte über die Verhältnisse zum Auslande, die den Stämpel des ämtlichen Ursprungs tragen, wie besonders in der letzten Zeit in Bezug auf die holländisch-belgische Streitfrage mancher Aufschluß zuerst von diesem Blatte gegeben wurde; eben so gilt dasselbe in Handelsangelegenheiten für ein Organ der Ansichten des Hrn. Poulett Thomson. Im Allgemeinen aber behaupten alle diese Zeitungen daneben doch ihre Unabhängigkeit, in der sie oft bis zu völligen Angriffen und Vorwürfen gegen das Ministerium gehen. Dieß geschieht z. B. jetzt von Seiten der Morning-Chronicle, die sich unter den sogenannten ministeriellen Blättern an die Spitze der Bewegung stellt, und die Verwaltung zu schnellerem Fortschreiten auf der Bahn der Reformen zu drängen sucht, als diese es mit der wahren Wohlfahrt des Landes vereinbar hält. Ihr gegenüber steht der Globe, der die bedächtige Faction der Reformer repräsentirt, und allen extremen Schritten entgegen ist. Eine mittlere Richtung beobachtet der Courier, der weitere Reformen in der Verfassung zwar für nothwendig hält, und besonders der geheimen Abstimmung und einer Ausdehnung des Wahlrechts das Wort redet, aber doch zur Berücksichtigung der Umstände räth, und gerade den jetzigen Zeitpunct, wo die Tories einen Versuch gemacht, durch ein Tadelsvotum des Oberhauses in Bezug auf die irländische Verwaltung das Ministerium zu sprengen, für sehr ungeeignet hält, um, wie die Morning-Chronicle es thut, den Ministern den Vorwurf der Lässigkeit zu machen und Fragen, über deren Entscheidung unter den Reformern abweichende Meinungen obwalteten, in den Vordergrund zu stellen, statt in diesem Augenblicke nur den Hauptpunct, der den Ausschlag zwischen den beiden Parteien geben solle, nämlich den Urtheilsspruch über die Ver-

waltung Irlands, im Gesichte zu behalten. Dieser Ansicht des Courier pflichtet auch der Examiner bei, eines der gemäßigteren Organe der radicalen Partei."

Die Morning-Chronicle geht bei ihren Forderungen, die bereits hart an den Radicalismus streifen, davon aus, daß die Reformbill ein fehlgeschlagenes Werk sei, und daß es daher, um die bei Annahme derselben beabsichtigten Zwecke zu erreichen, weiterer Reformen bedürfe. Daß jene Bill nicht das leiste, was sie habe leisten sollen, meint das genannte Blatt, gehe am deutlichsten aus der Zufriedenheit hervor, die ihre früheren Gegner jetzt in Bezug auf diese Maaßregel zeigten. Als Hauptbeschwerde bezeichnet die Chronicle, daß an vielen Orten die Wahl noch immer in den Händen einer Oligarchie ruhe, und daß die Bestechungen noch eben so arg seien wie früher. Der Examiner dagegen gibt zu bedenken, daß sich von den Whigs doch immer noch eher eine Verbesserung dieser Mängel, wenn auch nur allmählig, erwarten lasse, als von den Tories, und daß es daher von den Radicalen sehr verkehrt gehandelt seyn würde, wenn sie dem jetzigen Ministerium ihre Unterstützung entziehen wollten, weil es ihnen nicht rasch genug vorwärts schreite. Käme Sir Robert Peel ans Ruder, bemerkt dieses Blatt, so würde er augenblicklich neue allgemeine Wahlen ausschreiben; die Reformpartei dürfte dann in der ersten Ueberraschung und Verwirrung, durch Zwiespalt zerrissen, leicht die Majorität verlieren, und so würden alle Reformfragen, die jetzt schon bedeutend vorgerückt wären, wieder um die Hälfte Weges zurückgebracht werden.

Unter andern Gründen für die Nothwendigkeit, das Briefporto im Inlande herabzusetzen, wird der Umstand angeführt, daß, mäßig gerechnet, gegen einen Brief, der auf die Post gegeben wird, zwei auf verbotenen Wegen befördert werden. Zwischen allen großen Städten ist ein förmliches Schmuggelsystem für die Briefbeförderung eingeführt. Alte Weiber und Kinder gehen umher, und sammeln Briefe bei den Kaufleuten für die Schmuggler ein, die jeden Brief für 1 Penny besorgen, und deren Gewerbe so einträchtig ist, daß eine bedeutende Concurrenz Statt findet. Zwischen Manchester und Liverpool werden vier Fünftel der Correspondenz auf diese Weise befördert, und man spottet aller Bemühungen der Postverwaltung, die Uebertreter des Gesetzes zu entdecken und zur Strafe zu ziehen.

Es herrscht gegenwärtig in London eine Epidemie, über welche die Medical-Gazette of London folgende Details gibt: „Die ersten Symptome der Krankheit sind Schmerzen in den untern Theilen des Magens und in der Seite. Einige Stunden darauf kommt Frost und Wechselfieber; so lange letzteres dauert, fühlt der Kranke eine fast gänzliche Lähmung der Kräfte und eine Störung in den Organen des Gehirns. Der Puls schlägt 120 Mal in der Minute, ist aber sehr schwach; die Wärme der Haut ist außerordentlich, die Seitenschmerzen sehr lebhaft und der Schlaf äußerst unruhig. Nachdem dieser Zustand zwei oder vier Tage gedauert hat, fangen die Symptome an zu verschwinden, und die Krankheit endigt durch starken Schweiß. Nun bleibt aber noch die merkwürdigste Wirkung dieser Epidemie zu beschreiben. Obwohl das Uebel gewöhnlich nur drei oder vier Tage dauert, erhält doch das Nervensystem einen solchen Stoß, daß es den Kranken fast in einer völligen Lähmung läßt. Der Patient fühlt sich äußerst schwach, seine Stimme ist ohne Klang, und wenn er gehen will, so überfällt ihn ein Schwindel, der ihn hindert, einen Schritt zu machen. Tage und Wochen vergehen, bis seine Kräfte wiederkehren, und wenn diese Krankheit Personen von delicater Constitution oder in einem vorgerückten Alter überfällt, so ist zu befürchten, daß sie dem Anfall unterliegen. Bei der Behandlung dieser Krankheit muß man sich besonders vor dem Aderlassen hüten. Wir haben mehrere Fälle beobachtet, wo man die vermeintliche Entzündung durch Aderlassen bekämpfen wollte; die Folgen waren äußerst traurig. Dagegen ist wider diese Epidemie eine leichte Behandlung zu empfehlen; man muß vor Allem die Eingeweide frei halten und den Kranken Erfrischungen nehmen lassen. In gewissen Fällen sind auch gleich bei Beginn der Krankheit auflösende Mittel anzurathen."

Vermischte Nachrichten.

Die Gazette des Tribunaux gibt Auszüge aus einem Aufsatze, welchen H. Guerry, Verfasser der Statistique morale de la France, in einer der letzten Sitzungen der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften vorgelesen hat. Dieser Aufsatz, aus dem wir nachstehend das Wesentliche mittheilen, liefert ein trauriges Bild von dem sittlichen Zustande Frankreichs, dessen Verbesserung von den Lobrednern der Revolutionen so häufig gepriesen worden. — „Während der eilf Jahre, 1825 mit eingeschlossen, wo zum ersten Male Uebersichten über die Verwaltung der Criminaljustiz bekannt gemacht wurden, bis 1836 sind gegen 770,000 Individuen beiderlei Geschlechts vor den Assisenhöfen, oder den Zuchtpolizeigerichten des Königreichs erschienen. — In diesem Zeitraume ist die Gesammtzahl der Verbrechen und gewöhnlichen Vergehen von 57,669 auf 79,930, also um 39 Percent, gestiegen. — Während dieses selben Zeitraums von eilf Jahren hat sich die Zahl der Verbrechen des falschen Zeugnisses oder der Anstiftung zu falschem Zeugnisse um ein Viertel, die Zahl der Morde und der Mordversuche um mehr als ein Drittel, die der Verfälschungen fast um die Hälfte vermehrt. Endlich, wenn auch Schläge und Verwundungen an Verwandten in aufsteigender Linie verübt und Nothzucht an Erwachsenen sich etwas vermindert haben, so ist dagegen die Zahl der Attentate auf die Schamhaftigkeit von Kindern unter sechzehn Jahren um mehr als das Doppelte im Vergleich mit 1825 und die der Aeltermorde um mehr als das Dreifache gestiegen. — Dieses Fortschreiten der Zahl der Verbrechen trifft mit einer noch raschern und besonders noch allgemeineren Progression der Zahl der Rückfälle (récidives) zusammen. — Bloß in dem Zeitraume von neun Jahren (von 1827 bis 1836) hat sich die Zahl der Rückfälle ums Doppelte vermehrt; sie ist von 4760 auf 9682 gestiegen. Es gibt hierunter Individuen, die aus dem Verbrechen dergestalt eine Gewohnheit, gewissermaaßen ein Handwerk gemacht haben, daß sie, trotz ihrer Gewandtheit, den Händen der Justiz zu entschlüpfen, allmählig zehnmal und noch öfter von den Gerichten verurtheilt worden sind. — Die einfache Darlegung dieser Thatsachen, deren Richtigkeit unbestreitbar ist, beweiet kräftiger als lange Reden, wie tief das Uebel bei uns liegt, und wie wichtig es ist, den Fortschritten desselben Einhalt zu thun."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 106

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 16. April 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 14. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß			Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.302	28	3.	8 P.	+ 3.7	W.	mittel.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.296	28	9	7	+ 6.3	W.	stark.	—
	10 Uhr Abends.	27.358	28	1	4	+ 3.4	WNW.	schwach.	Wolken.

Spanien.

Den letzten Nachrichten aus dem königlichen Hauptquartiere zu Tolosa vom 2. April zufolge war die Carlistische Armee fortwährend in der Gegend von Estella concentrirt, General Maroto hatte Geschütz und Munition nach Dicastillo aufbrechen lassen. — In Niederarragonien hatte sich Ayerbe, nach der am 23. März von Segura erlittenen Schlappe, erst nach Cortes, dann nach Munieſſa zurückgezogen. Nun hat er auch diese beiden Orte verlassen und den Rückzug nach Cariñena angetreten, von wo er aufgebrochen war, um Segura anzugreifen. Cortes und Munieſſa waren von den Truppen Cabrera's besetzt.

Der Standard enthält folgenden Auszug angeblich aus einem Schreiben eines höhern Carlistischen Offiziers: „Don Carlos scheint zu einem festen Entschlusse gekommen zu seyn, — zu dem Entschlusse, nach Castilien zu marschiren und den Krieg nicht mehr auf Navarra und die baskischen Provinzen zu beschränken. Die Prinzessinn von Beira arbeitete seit langer Zeit daran, ihren Gemahl zu diesem Entschlusse zu bringen. Der Zeitpunct jedoch, in welchem die Maaßregel ausgeführt wird, ist noch nicht festgesetzt. Jedenfalls aber wird die Bewegung vor Ende Aprils beginnen. Maroto und Cabrera sollen sich bereits für diese Maaßregel ausgesprochen haben. Eine starke Occupationsarmee bleibt im Norden zurück, ein weit stärkeres Corps aber rückt in Castilien ein. Die Basken werden nachgerade des Krieges müde; eine Erleichterung ihrer Provinzen wird ihnen daher nicht unangenehm seyn. Maroto beschäftigt sich rastlos mit der Organisation seiner Armee; eine große Anzahl beurlaubter Offiziere ist zurückberufen. Den Prahlereien Espartero's, welcher davon spricht, Maroto mit 20,000 Mann und zahlreicher Artillerie anzugreifen, mißt man keinen Glauben bei, obwohl Maroto ihm weit noch nicht dieselbe Truppenzahl entgegenstellen kann. Espartero fürchtet sich sehr vor einer entschiedenen Niederlage, weil durch eine solche die Armee der Königinn in Einem Tage zu Grunde gerichtet werden und der Untergang der Armee den der Sache Isabellens II. nach sich ziehen würde."

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 30. März: „Ein gestern Morgens bei der englischen Gesandtschaft angekommener Kurier überbrachte Nachrichten aus Paris vom 23., aus denen man ersah, daß der Marschall Soult bei der Bildung des Ministeriums auf neue Schwierigkeiten gestoßen war. Dieser Umstand hat sogleich auf die hiesigen Verhältnisse seine Rückwirkung geäußert. Die Spanier, sowohl die jetzigen Moderirten, als die Exaltirten, lassen sich noch immer durch die unter ihnen traditionell gewordene Ansicht leiten, daß mit dem Eintritt des Hrn. Thiers in das französische Cabinet auch der Triumph der Sache der Königinn von Spanien, vermittelst der Cooperation Frankreichs, verbunden seyn müsse. Die Moderirten, von dieser Voraussetzung ausgehend, stellten zugleich als nothwendige Folgerung auf, daß das Ministerium Pita-Alair einem aus ihrer Mitte gewählten Platz machen müsse. Denn, sagen sie, Thiers ist ein Vertheidiger constitutioneller Grundsätze, Alair und Pita dagegen begehen täglich gewaltsame Eingriffe in unsere Verfassung. Jener wird also diesen sein Mitgefühl nicht schenken, und wird, so lange sie an der Spitze der spanischen Regierung stehen, nichts für uns thun. Daraus folgt, daß sie abtreten, und wir, als Männer, deren Grundsätze mit denen des genannten französischen Staatsmannes in Einklang stehen, die Zügel des Staats übernehmen müssen. Dieß war eine ausgemachte Sache. Nun aber geht die Nachricht ein, daß nicht nur der Eintritt des eventuellen Retters Spaniens in das französische Ministerium wieder rückgängig geworden sei, sondern daß sogar Hr. Thiers selbst in seinem Programm die Unzulässigkeit der Cooperation oder Intervention Frankreichs in die spanischen Angelegenheiten als Bedingung aufgestellt habe. Dadurch fällt also der Hauptgrund, auf den sich die hiesigen Moderirten berufen, um das Ministerium Pita-Alair zu stürzen, über den Haufen, ohne daß jedoch dieses an Festigkeit gewänne, da es nicht nur der äußern, sondern auch der innern Stützpuncte entbehrt. Der Kriegsminister will nichts als die rohe Gewalt, während der des Innern und der Justizminister sich vor Verletzung der constitutionellen Formeln scheuen. Der Finanzminister versichert täglich den Exaltirten, das De-

cret der Auflöſung der Cortes bedürfe nur noch der königlichen Unterzeichnung, obgleich er ſich im Stillen über den Widerſtand freut, den dieſe Maaßregel von Seite des Miniſterpräſidenten und der Königinn ſelbſt findet. Mit Schrecken fühlt Hr. Pita, daß ihm die Hand, die ihn ins Miniſterium erhob, nicht länger zur Stütze dient; die Morning-Chronicle ſagt ihm ins Geſicht, daß er nichts als ein Spielwerk der engliſchen Politik ſeyn ſollte; er macht daher die letzten Anſtrengungen, um die Schwierigkeiten, die ſich den Intereſſen Englands in den Weg ſtellen, zu überwältigen. Der Miniſterpräſident, ein Mann von Erfahrung, der ſchon in Liſſabon dem engliſchen Einfluß entgegen arbeitete, muß zuerſt verdrängt werden, und es ſind bereits an Hrn. Onis, deſſen Vorliebe für England größere Geſchmeidigkeit erwarten läßt, Anträge ergangen, um ihn zur Uebernahme der auswärtigen Angelegenheiten zu bewegen. Die Hauptaufgabe des Finanzminiſters bleibt aber immer, die Freigebung der Einfuhr engliſcher Baumwollenwaaren durchzuſetzen. Indeſſen rücken die Arbeiten der von ihm deßhalb niedergeſetzten Commiſſion nicht vorwärts, und es bleibt daher dem engliſchen Handel kaum ein anderes Mittel übrig, die ungeheuren in Gibraltar aufgehäuften Waarenvorräthe nach Spanien einzuführen, als die abermalige Errichtung revolutionnärer Junten in Malaga und Cadix abzuwarten, welche bekanntlich 1835 und 1836 die Einfuhr engliſcher Waaren gegen geringe Abgaben, deren Betrag unter die Patrioten vertheilt wurde, geſtatteten. Catalonien trifft bereits Anſtalten, den gewaltſamen Maaßregeln des Finanzminiſters Gewalt entgegenzuſetzen. Klüger als dieſer verfährt der Graf d'Eſpaña; er läßt nämlich alle engliſchen Waaren, die ihm vorkommen, verbrennen. Noch mehr aber als die Induſtrie Cataloniens ſelbſt, ſind die franzöſiſchen Fabrikanten dabei betheiligt, daß den engliſchen Waaren der Eingang in Spanien erſchwert werde. Aus einer Bilanz der gegenſeitigen Ein- und Ausfuhr Frankreichs und Spaniens im Jahre 1837, die von dem ſpaniſchen Conſul in Bordeaux entworfen wurde, ergibt ſich, daß Frankreich damals in Spanien für 29,290,000 Fr. gewebte Baumwollen- und Zwirnwaaren (die beide ganz verboten ſind), für 7,245,000 Fr. Wollenzeuge, und für 5,362,000 Fr. Seidenwaaren einführte. Wer daher auch an die Stelle des Grafen Molé treten mag, die erſte dem hieſigen franzöſiſchen Botſchafter zu ertheilende Vorſchrift wird immer dahin gerichtet ſeyn, ſich nicht durch engliſchen Einfluß in Rückſicht auf Handelsverhältniſſe überflügeln zu laſſen, und jedem ſpaniſchen Miniſterium entgegenzuarbeiten, das ſich zum Werkzeuge der Politik Englands gebrauchen laſſen möchte. — Dem Vernehmen nach wird Lord Hervey im nächſten Monat hier wieder eintreffen, um als engliſcher Geſchäftsträger zu fungiren."

Großbritannien und Irland.

Einige menſchenfreundliche Perſonen haben eine Actienunternehmung unter dem Namen „Weſtindiſche Landkaufscompagnien" begonnen, deren Hauptzweck nicht Gewinn, ſondern die Anlegung von Capitalien im brittiſchen Weſtindien iſt, um vermittelſt derſelben den Negern und Arbeitern, die von den Pflanzern hart behandelt werden, Unterhalt und Zuflucht zu verſchaffen. Das Capital iſt auf 100,000 Pf. zu Actien von 500 Pf. feſtgeſetzt worden, und da die Hälfte desſelben bereits unterzeichnet iſt, ſo hat den Beſtimmungen gemäß die Geſellſchaft ihre Wirkſamkeit begonnen. Im erſten Jahre ſollen jedoch von jeder Actie nur 100 Pf. eingezahlt werden, ſo daß das disponible Capital, von dem auch die Koſten der Einrichtung beſtritten werden, nicht über 10,000 Pf. beträgt. Es iſt eine aus 12 Perſonen beſtehende Direction ernannt worden, von denen 4 in London, 4 in Birmingham und in jeder der Städte Liverpool, Briſtol, Nottingham und Leeds Einer wohnen. Aus einer dem Proſpectus angehängten Liſte der Unterzeichner der 100 Actien ergibt ſich, daß 20 Actien in London und der Umgegend, 18 in Birmingham unterzeichnet wurden und der Reſt über das ganze Königreich, von Darlington bis Brighton, vertheilt iſt, dem größten Theile nach jedoch den Städten Liverpool und Mancheſter und den Manufacturdiſtricten angehört. Das angekaufte Land ſoll in kleine Parzellen getheilt und nach Umſtänden zu billigen Preiſen abgelaſſen werden. Die Times bemerkt hierzu: „Das Obige iſt völlig hinreichend, um den Zweck der Geſellſchaft darzulegen, der offenbar ein wohlgemeinter iſt, denn die Namen der Unterzeichner entfernen jeden Gedanken an ſelbſtſüchtige Motive; es iſt indeß wohl noch keinem derſelben eingefallen, daß, wenn es wirklich ein ächt menſchenfreundlicher Zweck war, nicht 20, ſondern 20,000 in London allein hätten unterzeichnet und eben ſo viele Millionen, als jetzt Tauſende von Pfunden hätten aufgebracht werden müſſen. Was man auch von der fortwährenden Neigung der Pflanzer, die Neger zu tyranniſiren, und von der Schwierigkeit, die alten Gewohnheiten abzulegen, ſagen mag, beide Claſſen haben jetzt ein wechſelſeitiges Intereſſe, welches ſicher dazu führen wird, den gegenwärtigen Groll zu mildern, wenn man beide Theile nur ſich ſelbſt überläßt und keine ungeſchickte Einmiſchung geſtattet wird. Es ſteht zu hoffen, daß Betrachtungen dieſer Art die wohlwollenden Perſonen, welche die weſtindiſche Landkaufs-Compagnie geſtiftet haben, bewegen werden, in ihren Operationen inne zu halten und ihr Geld zu beſſern Zwecken zu verwenden."

Man iſt in England bereits mit der Erbauung von Poſtdampfſchiffen zu 1200 Tonnen, mit 430 Pferdekraft, Raum für 70 Paſſagiere und verhältnißmäßigem Raum für Waaren zur Fahrt zwiſchen England, Boſton und Halifax beſchäftigt, und es dürften die Reiſen ſchon mit dem 1. April 1840 beginnen. Bei der Ankunft an den beiden vorbenannten Orten werden den Paſſagieren weitere Verbindungswege durch Kutſchen, Eiſenbahnen und

Dampfschifffahrtslinien offen stehen, um sich aufs schnellste nach allen Puncten Amerikas hinbegeben zu können.

Die Londoner Blätter theilen jetzt die Instructionen mit, welche der Admiral Baudin von seiner Regierung unterm 10. December in Bezug auf die mexicanischen Caperschiffe erhalten hat; es heißt, daß alle Caperschiffe unter mexicanischer Flagge, die nicht mit ordentlichen Caperbriefen versehen sind, aus denen sich ergibt, daß sie aus einem mexicanischen Hafen ausgelaufen, und deren Mannschaft nicht wenigstens aus zwei Drittheilen Mexicanern besteht, ganz wie Piraten nach aller Strenge der Kriegsgesetze behandelt werden sollen. Auch bringen diese Blätter ein Schreiben des Admirals Baudin an den Befehlshaber der vor Sacrificios liegenden nordamerikanischen Kriegssloop vom 29. Jänner, in welchem der erstere dem letztern anzeigt, daß der Hafen von Tampico nicht mehr blockirt werde, weil die Behörden des Staats Tamaulipas das von der mexicanischen Regierung gegen die in Mexico ansässigen Franzosen erlassene Vertreibungsgesetz nicht in Ausführung gebracht, sondern im Gegentheile bisher alle Franzosen sehr freundlich behandelt hätten; eben so, fügt der Admiral hinzu, werde er mit Hinsicht auf andere Staaten von Mexico verfahren, die ein Gleiches thäten; bis jetzt aber bestehe die Blockade noch in Bezug auf alle übrigen Häfen.

Die letzten Nachrichten von der Indusarmee (aus Bombay vom 19. Jänner) führen zu widersprechenden Vermuthungen hinsichtlich des Operationsplanes der Streitkräfte, die, obwohl bereits im Felde stehend, doch, wie behauptet werden kann, ihre Bestimmung nicht kennen. Von diesen Vermuthungen ist folgende die wahrscheinlichste und die, welche den meisten Glauben findet. Man behauptet, sie finde ihren Ursprung im Portefeuille des Hrn. Macnaghten. Nach derselben wird die zweite Division, oder der sich jetzt auf dem Marsche befindende Theil der Armee, zu Bhawulpur, die Bombayarmee zu Shikarpur Halt machen, während die Unterhandlungen ihren Fortgang haben, deren Zweck ist, Dost Mohammed Khan zu vermögen, eine Stellung in Kabul zu Gunsten Schach Schudscha's zu räumen. Gelingt dieß, so wird sich der letztere mit seinen Truppen von der brittischen Armee trennen und über Kandahar nach Kabul vordringen. Sollten im Gegentheil die Unterhandlungen fehlschlagen, so wird die ganze Indusarmee, die erste Division von Firuzpur, die andere von Bhawulpur aus sich nach Shikarpur in Bewegung setzen, wo nach bewerkstelligter Vereinigung mit der Bombayarmee das ganze Expeditionsheer sogleich nach Kandahar vordringen und die Feindseligkeiten beginnen wird. Das Land, welches die brittischen Truppen durchziehen müssen, ist sehr elend und traurig; das Einzige, was die Reiterei für ihre Pferde erhalten kann, ist schlechtes Gras und Wasser, Lebensmittel sind sehr selten und zu Zeiten gar nicht aufzutreiben. Es wäre unmöglich für eine Armee, in der heißen Jahreszeit diesen Weg zu nehmen. Die Briefe von der Armee, aus dem Lager Kosreine-Re datirt, sprechen hauptsächlich von dem öden, unfruchtbaren und eintönigen Character der Gegend, durch welche der Marsch führt. Die Bewohner der Dörfer werden als ein Haufen Maraudeurs geschildert, welche Wegelagerei treiben, und alle im Zuge Zurückbleibenden ausrauben; sie halten die Kamehlzüge ohne Scheu an, suchen sich die besten heraus, und ziehen sich ruhig mit ihrer Beute zurück. Sie sind sehr roh, und stets bereit, zu ihren Waffen zu greifen, in deren Gebrauch sie wohlerfahren sind. Noch ist kein Beispiel an ihnen aufgestellt worden, weil, wie behauptet wird, man das freundliche Verhältniß mit ihnen nicht stören will. — Die Nachricht, meldet ein anderer Bericht, daß die Armee nicht über Shikarpur hinaus vordringen will, gewinnt Grund, und man glaubt nun, daß die fernern auf die Wiedereinsetzung Schach Schudscha's bezüglichen Maaßregeln durch die Diplomatie getroffen werden müssen.

Aus Canton hat man Nachrichten vom 24. November, denen zufolge die bengalische Baumwolle dort etwas im Preise gefallen, die vom Bombay und Madras aber fest geblieben war; in der letzten Woche waren 15,000 Ballen verkauft worden. Mit dem Opiumhandel ging es schlecht, weil man sich durch die letzte Einschärfung des Verbots hatte einschüchtern lassen. Die Theeausfuhr nach den vereinigten Staaten hatte von 1837 zu 1838 im Ganzen 18,843 Peculs und 29,325 Kisten betragen.

Consols am 6. April 92¼, ⅜.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Neworleans-Courier enthält eine in Louisiana eingebrachte Bill zur Errichtung einer Gesellschaft, um eine Dampfschifffahrt zwischen Neworleans und Europa einzuführen. Diese großartige und wichtige Maaßregel wurde von einer starken Majorität des Senats von Louisiana unterstützt und dürfte in der gegenwärtigen Session der dortigen Legislatur noch zum Gesetz erhoben werden. Wäre dieß der Fall, so verspricht man sich davon den größten Nutzen für England und seine westindischen Colonien, indem dann eine derartige directe Verbindung zwischen ihnen und Neworleans Statt finden würde. Das genannte Blatt bemerkt, daß die Ausführung des Planes auch eine neue Aera für die Handelsverbindungen von Louisiana bilden würde, indem dieses Land dann nicht länger von den östlich wohnenden Kaufleuten und Rhedern, hinsichtlich der Zufuhren europäischer Waaren, abhängig wäre.

Frankreich.

Am 7. April hielten, wegen des Sonntags, beide Kammern keine Sitzung. Am folgenden Tage sollte in der Deputirtenkammer von mehreren Mitgliedern der Antrag auf eine parlamentarische Untersuchung (enquête parlementaire) des Benehmens des Ministeriums (vom 15. April) bei den jüngsten Wahlen gestellt werden. Schon in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. April wurde,

aus Anlaß der Debatten über die Zulaſſung des Hrn. Batout, von mehreren Deputirten (den HH. Mauguin, Jaubert, Marquis de Mornay) auf die Nothwendigkeit einer ſolchen Enquête hingewieſen. Man darf ſich daher auf eine lebhafte Discuſſion in der nächſten Sitzung gefaßt halten.

Den neueſten Pariſer Blätteen zufolge haben am 7. April keine neue Ruheſtörungen in Paris Statt gefunden. — Die bei dem Auflaufe vor der Deputirtenkammer (am 4.) Verhafteten, erzählt die Gazette des Tribunaux, waren faſt ſämmtlich junge Leute der Arbeiterclaſſe, die meiſten nicht über 15 bis 16 Jahren. Als ſie auf der Polizei verhört wurden, erklärten ſie, die Neugierde allein habe ſie, nach ihrem Feierabende, zur Deputirtenkammer geführt, wo ſie der Menge folgten ohne irgend eine böſe Abſicht. Mehrere wurden bereits wieder in Freiheit geſetzt. Andere Individuen bei dieſer Verſammlung kümmerten ſich weniger um die politiſchen Fragen, als um ihre Induſtrie. Einem Studenten der Medicin wurde die Börſe aus ſeinem Rocke geholt. Folgendes Gaunerſtückchen war beſonders originell. Ein junger, gutgekleideter Mann, der ein Spazierſtöckchen mit einem goldenen Griffe in der Hand hielt, führte einen Aufrührerhaufen und ſchrie plötzlich: „Auf! nach der Porte Saint-Antoine.“ Sogleich näherte ſich ihm ein Individuum, warf ein Schnupftuch von heller Farbe, welches wahrſcheinlich aus einer andern Taſche entlehnt worden, über den Stockgriff und ſchrie: „Sie haben eine zu ſchwache Stimme zum commandiren, und dann müſſen wir eine Fahne haben!“ Mit dieſen Worten riß das Individuum dem Eigenthümer den Stock aus der Hand, ſchwang die improviſirte Fahne in der Luft und verſchwand damit unter dem Gewühle.

Am 5. April um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 60. 3Percents 80 Fr. 30.

Niederlande.

Der am 19. Jänner d. J. zu Waſhington zwiſchen den Niederlanden und den vereinigten Staaten abgeſchloſſene Handels- und Schifffahrtsvertrag beſteht aus ſieben Artikeln: Der Art. 1 dieſes Vertrages lautet: „Handelswaaren, welche, auf niederländiſchen Schiffen, in die niederländiſchen Häfen in Europa und in die Häfen der vereinigten Staaten, eingeführt oder aus den beiderſeitigen Häfen ausgeführt werden, ſollen, welchen Urſprung ſie auch haben mögen, keine höhern Abgaben zahlen, als die Abgaben, die für Handelswaaren derſelben Art, welche auf Nationalſchiffen ein- oder ausgeführt werden, beſtimmt ſind. Und umgekehrt ſollen die Handelswaaren, welchen Urſprung ſie auch haben mögen, die auf Schiffen der vereinigten Staaten in die Häfen der vereinigten Staaten und in die niederländiſchen Häfen ein- oder aus denſelben ausgeführt werden, keinen höhern Abgaben unterworfen ſeyn, als jenen, die für ähnliche Waaren, die auf Nationalſchiffen ein- oder ausgeführt werden, feſtgeſtellt ſind. Die Prämien, Rückgaben von Abgaben und andere Begünſtigungen dieſer Art, die in den Staaten einer der contrahirenden Parteien für die Ein- und Ausfuhr auf Nationalſchiffen zuerkannt ſind, ſollen ebenfalls zuerkannt werden, wenn die Ein- oder Ausfuhr direct zwiſchen den Häfen der beiden Länder auf Schiffen des andern contrahirenden Staates Statt findet; unter der Bedingung, daß, in dem einen Falle ſowohl als in dem andern, die Handelswaaren wirklich in den Häfen eingeladen ſeyn müſſen, wo ſie reſpective declarirt ſind.“

Dem Avondbode ſchreibt ſein Londoner Correſpondent unterm 2. April: „Der Vertrag iſt noch nicht unterzeichnet. Wir vernehmen aus guter Quelle, daß Hr. van de Weyer erſt geſtern die Conferenz officiell in Kenntniß ſetzte, der König, ſein Herr, ſei von der geſetzgebenden Gewalt bevollmächtigt worden, den Vertrag mit den fünf Mächten und Holland zu unterzeichnen, und daß er im Laufe dieſer Woche die nöthigen Inſtructionen erwarte.“

Belgien.

Belgiſche Blätter melden aus Brüſſel vom 4. April: „Ein Induſtrie- und Handwerkszweig, der ſeit einigen Wochen wieder viele Thätigkeit gewonnen hat, iſt jener der Spitzen. Die Beſtellungen des Auslandes ſtrömen nach Brüſſel; Frankreich, England, Rußland, Teutſchland ſenden Handelsreiſende, machen durch Correſpondenzen Beſtellungen, um vorzüglich jene prachtvollen mittelalterlich-gothiſchen Spitzen zu erlangen, welche den Ruf unſerer Ahnen begründet haben; wenn man die Originaldeſſins nicht findet, oder wenn die Preiſe zu theuer ſind, ſo ahmen die Arbeiterinnen dieſelben nach; dieſelben ſind beſſer gearbeitet und weniger koſtſpielig als die alten Spitzen. Es gibt deren mehrere, von Kirchen- und Kloſterzierrathen herrührend, die bewundernswürdig ſind; ſie ſind für Rechnung der Kaiſerinn von Rußland gekauft worden. Nachahmungen wurden nach Frankreich geſandt. — Laut Berichten aus Antwerpen zeigen die Chefs der holländiſchen Station in der Schelde ſich mit jedem Tage günſtiger für unſere Schiffer geſtimmt, welche jetzt, ſo zu ſagen, eine völlige Freiheit genießen, ihre Induſtrie auf dem ganzen Laufe des Fluſſes auszuüben. Außer dieſen Erleichterungen und im Falle der Noth finden ſie Unterſtützung bei denjenigen, die ſie vor kaum einem Monate als ihre Feinde betrachteten. — Der berüchtigte Rauſchenplatt, der ſich in der letzten Zeit in Arlon aufhielt, hat auch dort politiſche Verbindungen anzuknüpfen geſucht; nachdem jedoch die Polizei ſeinen Aufenthaltsort und ſeine Beſtrebungen in Erfahrung gebracht, iſt er, wie das in Arlon erſcheinende Echo du Luxemburg berichtet, nach dem neutralen Theile des Luxemburgiſchen gegangen, wo er angeblich in Sicherheit ſeyn ſoll.“

In ſpäteren Nachrichten aus Brüſſel vom 6. April heißt es: „Die HH. Barthels und Kats ſind geſtern durch den Inſtructionsrichter verhört worden, welcher die Verzögerung der Inſtruction der Schwierigkeit zuſchreibt,

über die Auslieferung der bei de Potter saisirten Briefe des Barthels, in Ermanglung eines definitiven Ministeriums, zu unterhandeln. Indeß ist Barthels von sechs Auszügen seiner bei de Potter saisirten Briefe in Kenntniß gesetzt worden. Eine in teutscher Sprache gedruckte Proclamation der Belgier an die Rheinländer ist ihm vorgelegt worden. Er hat erklärt, davon keine Kenntniß zu haben. Auf die Frage, welche die vier katholischen Senatoren und Repräsentanten seien, welche die Errichtung der Association begünstigt hatten, ohne die constitutive Acte zu unterzeichnen, hat er geantwortet, daß er die Geheimhaltung versprochen habe. Befragt, ob Jottrand zur Association gehöre, hat er geantwortet, Jottrand habe die constitutive Acte unterzeichnet, sei jedoch der Leitung fremd geblieben. Eine Frage über die Namen der Unterzeichner im Allgemeinen ist vor der Antwort beseitigt worden; Barthels hat übrigens gesagt, er glaube, die Associationsacte sei in der Gewalt der Centralcomité. Kats wurde hierauf über verschiedene, in seiner Wohnung saisirte unbedeutende Briefe von Gent und über seine Gesinnungen in Bezug auf das Staatsoberhaupt und die Regierungsform verhört. Den HH. Kats und Barthels ist die Versicherung gegeben worden, daß der Bericht über ihre Sache am 10. April beendigt seyn werde."

Teutschland.

Leipziger Blätter vom 8. April enthalten über die Eröffnung der Eisenbahn zwischen Leipzig und Dresden folgenden Bericht: „In Folge des Programms versammelten sich gestern Nachmittags um 1 Uhr in dem festlich decorirten Bahnhof dahier die eingeladenen Personen, der königliche Commissär, die Mitglieder des Directoriums und Gesellschaftsausschusses, der Oberingenieur und der Bevollmächtige der Eisenbahncompagnie. Außerdem hatte sich noch ein zahlreiches Publicum versammelt, welches die dem Festzuge folgenden zwei Wagenzüge besetzen sollte; überhaupt zusammen gegen 1200 Personen. Eine Abtheilung der Communalgarde begränzte die Räume des Bahnhofes. Musik eröffnete die Feier, nach welcher der königliche Commissär, Kreisdirector Dr. von Falkenstein, einige auf die Bedeutung des großen vaterländischen, mit eben so viel Intelligenz als Beharrlichkeit ausgeführten Unternehmens bezügliche Worte an die Versammlung richtete. Der Herr Minister des Innern, welcher eigens von Dresden herbeigeeilt war, sprach die allerhöchste Anerkennung der Sache, so wie der dazu mitwirkenden Personen aus, und überreichte im Namen Sr. Majestät des Königs dem Director der Compagnie, Hrn. Kaufmann Gustav Harkort, so wie dem Oberingenieur, Wasserbaudirector Hauptmann Kunz, das Ritterkreuz des Civilverdienstordens. Unmittelbar nach 2 Uhr Nachmittags setzte sich der mit Laubgewinden und Fahnen gezierte Festzug (14 Wagen zu 24 und zwei zu 18 Personen), geführt von den Locomotiven „Stephenson" und „Elephant," unter der Leitung des Engländers Greener, in Bewegung. Ihm folgte der zweite Zug (vier Wägen zu 18 und zehn zu 24 Personen), dessen Locomotiven „P. Rothwell" und „Salamander" von dem Führer Schanze geleitet wurden. Hierauf fuhr der dritte Zug (zwei Wägen zu 18, einer zu 24 und dreizehn zu 36 Personen), gezogen von den Locomotiven „Blitz" und „Windsbraut," unter der Leitung Zimmermanns, ab. Die sämmtlichen Abfahrten geschahen unter Böllerschüssen, unter der Anstimmung eines nach der Melodie des Sachsenliedes gedichteten Gesanges und unter dem Jubelrufe der Menge, die eine lange Strecke die beiden Seiten längs der Eisenbahn besetzt hielt. Gleiche Freudensbezeugungen über das gelungene Werk wurden überall an den Tag gelegt, und vorzüglich an den Stationspuncten Wurzen, Oschatz, Riesa, Priestewitz und Oberau, wo auch die übrigen zur Theilnahme an dem Festzuge eingeladenen Personen aufgenommen wurden. Schon in der Nähe von Leipzig begannen Decorationen der Bahn mit einer vom Hrn. von Eberstein errichteten Ehrenpforte, welcher Laubgewinde tragende Säulen, festlich geschmückte Balcons, von denen Musik tönte u. s. w., folgten. Hatte der Anblick der Ueberbrückung des Zschöllauthales (16 Pfeiler), der herrlichen Elbebrücke (11 Pfeiler) bei Riesa und des trefflichen Viaducts (64 Pfeiler) bei Röderau den Jubel der Reisenden gesteigert, so war dieß noch mehr der Fall, als sich den überraschten Blicken das großartige Meisterwerk, der Tunnel bei Oberau, darbot. Der Ein- und Ausgang dieses Riesenbaues waren mit Hallen von Fichtenreisern geschmückt, und dieser unterirdischen, 870 Ellen langen Gallerie durch die Erleuchtung mit zwei Reihen Lampen ein wahrhaft zauberisches Ansehen verliehen. Die Bergleute, welche am Tunnel gearbeitet, hatten sich zu beiden Seiten desselben, Leuchten tragend, aufgestellt, und das Gewölbe hallte von dem Glück auf! wieder, mit dem diese wackern Arbeiter grüßten und begrüßt wurden. Der festlichste Empfang wurde aber den Ankommenden nach 6 Uhr in Dresden selbst. Schon bei dem Chausseeübergange bei Trachau, fast eine Stunde von der Stadt, harrte eine Reihe von Equipagen der bei der Restauration zur Weintraube sich sammelnden Züge, und bald sah man die beiden Seiten der Bahn mit einer unzählbaren Menge Volks besetzt, welche sich durch das eingetretene Schneegestöber nicht abhalten ließen, durch Hutschwenken, und von Seiten der Frauen durch Wehen mit den Tüchern die ankommenden Bürger der Schwesterstadt zu begrüßen. Ununterbrochen bis zum Bahnhofe Dresdens, den ebenfalls eine Abtheilung der Communalgarde besetzt hielt, tönte der Jubelruf, der herrlich von den Zügen herab erwiedert wurde. (Die Fahrt nach Dresden wurde in 3 Stunden 40 Minuten zurückgelegt, wobei 1¼ Stunde Aufenthalt, größtentheils durch den Umstand veranlaßt, daß an einer Locomotive eine Röhre leck wurde, und dafür die Locomotive „Komet" eintreten mußte.) Auf dem Bahnhofe selbst wurden die Ankommenden von dem Dresdener Stadtrathe und den Stadtverordneten feierlich begrüßt, und nun trennte sich die Menge, um theils in engeren und geschlossenen Cirkeln, theils in wei-

ten Kreisen bis tief in die Nacht hinein den wichtigen Tag zu feiern, der die Bewohner der beiden Hauptstädte des Landes zu einer Gemeinde machte, und das gesammte Vaterland inniger mit ihnen verband. Heute gegen 8 Uhr Früh strömte eine unabsehbare Menge auf den schönen und geschmückten Bahnhof Dresdens oder in die Nähe der Bahn, um theils nach Leipzig mitzufahren, theils die Abfahrt dahin anzuschauen. Bald trafen Ihre Majestäten der König und die Königinn, begleitet von dem Prinzen Johann, den Prinzessinnen Johann, Augusta und Amalia, Prinzen Albert, Ernst und Georg, so wie der Prinzessinn Elisabeth, mehreren hohen Staatsbeamten, Hofchargen und Mitgliedern des diplomatischen Corps (der englische Gesandte und die fremden Consuln) ein und nahmen, nebst dem Erbprinzen von Sachsen-Coburg, in den für sie in Bereitschaft gehaltenen Wägen Platz. Der Wagen Ihrer Majestäten war mit mehreren Kronen geschmückt. Der Festzug, dem abermals zwei andere, zahlreich gefüllte Wagenzüge folgten, setzte sich um halb 9 Uhr unter Kanonendonner in Bewegung. Auch an diesem Festzuge sollen über 1300 Personen Theil genommen haben. An mehreren der Anhaltspuncte hatten sich Communalgarden und Behörden versammelt. Der Tunnel war wie Tags zuvor erleuchtet, doch trugen die Bergleute dießmal ihre eigenthümlich schöne Festtracht. Nicht weniger mußte der frohe Zuruf der benachbarten Landbewohner, insbesondere bei Oschatz das fröhliche Zuwinken der Dorfmädchen mit Kränzen, und das Begrüßen der Dorfknaben mit Fähnchen gefallen. — Gegen halb 1 Uhr langte der Festzug unter Böllerschüssen und dem Läuten der Glocken auf dem Bahnhofe zu Leipzig an, dessen Umgebungen kaum die herbeigeströmte Menge zu fassen vermochten. Die allerhöchsten und höchsten Herrschaften begaben sich in das Schützenhaus, wo ein Déjeûner dinatoire eingenommen wurde, dem auch die Eingeladenen (gegen 300) beiwohnten. Hier brachte der Vorstand des Directoriums zuerst einen Toast aus auf das allgeliebte Königspaar und das ganze königliche Haus. Darauf geruhte Se. Majestät auf das ganze Unternehmen und das Gedeihen desselben, insbesondere auf das Wohl der Begründer desselben einen Toast auszubringen. Nach 3 Uhr kehrten die allerhöchsten und höchsten Herrschaften, unter Glockengeläute und Böllerschüssen, auf der Eisenbahn nach Dresden zurück; überhaupt zwei Züge, jeder mit zwei Locomotiven."

Berliner Blätter melden aus Hamburg vom 8. April: „Diese Nacht gegen 2 Uhr ist ein Theil unsers Werk- und Armenhauses *) (einer gemischten Anstalt für Kranke, den Unterricht armer und solcher Kinder, welche wegen leichter Vergehungen verurtheilt worden, so wie für Sträflinge mancherlei Art) mit der Kirche ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer scheint in der Wohnung eines Tapezierers, welchem das ehemalige Amtslocal des, jetzt nicht existirenden, Predigers vermiethet war, auf der nördlichen Seite ausgebrochen zu seyn, und verbreitete sich mit einer solchen Schnelligkeit, daß die Rettung der altersschwachen, kranken und hülflosen Personen, zunächst jener Wohnung, nur der angestrengtesten Thätigkeit der Behörden zu danken ist. Nichtsdestoweniger wurden sieben Menschen vermißt, von denen bis jetzt erst vier, leider verbrannt, unter den Trümmern gefunden worden sind. Glücklicherweise wurde man der Flamme Meister, ehe sie den Flügel der Sträflinge erreichen konnte, zu deren Entfernung und Unterbringung in den verschiedenen Wachen übrigens Zeit gewonnen war. Die Armen, Kranken und Kinder wurden in der nahen Spinnhauskirche untergebracht; der Zug dieser Unglücklichen, mit den wenigen, leichten Habseligkeiten unter den Armen, erinnerte lebhaft an die schreckliche Nacht, wo, im Jahre 1813, der Marschall Davoust die unvermögenden Einwohner, welche sich nicht hatten verproviantiren können, austrieb. Einen prachtvollen Anblick gewährte das brennende Gebäude, besonders, als die Flammen das Thürmchen erreichten, und wie die wogende Feuermasse sich in der Alster spiegelte. Eine zahllose Menschenmasse auf dem Jungfernsteige sah dem schauerlich-schönen Anblicke zu. Das Haus war baufällig, für den Zweck durchaus nicht genügend, und verunstaltete den schönsten Theil unserer Stadt auf eine widerliche Weise; auch hat man schon seit einer langen Reihe von Jahren erwogen, ob und wo ein neues, geeigneteres Haus erbaut werden solle. — Ob nun endlich ein Entschluß gefaßt werden wird? — Man muß es wenigstens hoffen. Nicht wenige Sorgen macht jetzt den Vorstehern, wie bekannt, lauter Bürgern, die unentgeltlich das mühevolle Amt verwalten (eine schöne Seite unserer Verfassung), die Unterbringung der 90 Kranken und der Armen, deren Zahl 550 ist. Diesen Mittag war man noch um 120 Betten besorgt, welche theils verbrannt, theils beschädigt sind. In der Tretmühle, in dem Flügel der Sträflinge, waren 2 junge Männer, die nach ihrer Aussage, wegen Straßenunfugs verurtheilt sind, schon wieder in vollem Gange. Unsere trefflichen Rettungsanstalten behaupten ihren alten Ruhm; leider ist aber einer der Retter, wie verlautet, bei dem Einstürzen des Thurmes gefährlich verwundet."

Der Hamburger Correspondent meldet aus Braunschweig vom 8. April: „Se. Durchlaucht der Herzog ist von den Folgen des neulichen Falles, dessen die öffentlichen Blätter mehrfach Erwähnung gethan, nunmehr zur allgemeinen Freude seiner Unterthanen auf das Vollkommenste wieder hergestellt und es ist auch nicht die geringste Spur des erlittenen Uebels zurückgeblieben. Se. Durchlaucht besucht schon seit länger als 14 Tagen sowohl das Theater, als sein Schloß Wilhelmsburg wieder, und wird, wie man vernimmt, demnächst eine Reise nach Italien antreten. — Die Braunschweig-Wolfenbüttler Eisenbahn wird nun im Ganzen seit 18 Wochen befahren, in welcher Zeit 87,974 Reisende befördert wurden. Für die Sommermonate erwartet man einen bedeutenderen Zuspruch. Uebrigens hat der Verkehr, trotz des Frostes und Schneegestobers, nie eine Unterbrechung erlitten, und die 1¼ Meilen lange Strecke wurde stets zwischen 14 und 18 Minuten zurückgelegt."

*) Das Werk- und Armenhaus wurde zuerst im Jahre 1618 erbaut und 1620 vollendet. Schon im Jahre 1666 am 8. Jänner brannte es bis auf die Kirche ab, wurde 1670 neuerbaut und 1766 vergrößert.

Wien.

Am 15. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	——.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	Bl.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 7/8.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	673/8.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM			——
Bankactien pr. Stück 1506¾ in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 107

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 17. April 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 15. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.465	283. 2 8	+ 3.5	NW.	stark.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.537	28 3 7	+ 4.5	NW.	mittel.	trub.
	10 Uhr Abends.	27.572	28 4 6	+ 3.2	NW.	still.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Der Spectator — ein Blatt, welches unlängst noch zu den radicalen gerechnet werden konnte — enthält über die ministerielle Krisis in England und die bekannte Appellation Lord John Russells ans Unterhaus gegen das Votum der Lords in Bezug auf Irland in der Sitzung des Oberhauses vom 21. März *) folgenden sehr merkwürdigen Artikel: „Lord John Russell will das Unterhaus auffordern, eine allgemeine Billigung der Politik der Minister in Bezug auf Irland auszusprechen; geschieht dieß nicht, so wollen die Whigs abdanken. Dieß ist ein ungewöhnliches, wenn nicht ein unerhörtes Verfahren. Die executive Gewalt hat im Parlamente die Function, practische Maaßregeln vorzulegen, nicht aber abstracte Vorschläge zu machen, und nicht von vergangenen, sondern von zukünftigen Maaßregeln zu sprechen. Man kann wohl erklären, daß eine gewisse Politik als Grundlage einer einzubringenden Bill zweckmäßig sei, oder man kann einem Antrage auf ein Votum des Tadels oder des Mangels an Vertrauen eine bloße Negative oder einen Billigungsbeschluß entgegensetzen; aber die Lords haben in dem gegenwärtigen Falle nichts als die Untersuchung der Wahrheit gewisser Angaben über Irland beschlossen; sie haben nicht die Anklagen gegen die Minister im voraus als wahr angenommen, und darauf einen Tadel gegen dieselben begründet. Eine Erklärung des Unterhauses, daß es die irländische Politik der Minister billige, würde übrigens gar nichts zur Sache thun. Die Lords können nichtsdestoweniger mit der Untersuchung der Verwaltung Lord Normanby's vorschreiten, und nach Befinden der Umstände ein Verdict aussprechen; das Votum des Unterhauses kann keinen moralischen Einfluß auf dieses Verdict ausüben. Man hat gesagt, durch die Ernennung des von Lord Roden beantragten Untersuchungsausschusses sei die königliche Prärogative angegriffen, und die executive Gewalt den Händen der Minister entrissen worden. Aber das Recht beider Parlamentshäuser, die Art der Anwendung der königlichen Prärogative zu untersuchen, ist unbestreitbar; für jede Handlung der Prärogative ist einer der Minister verantwortlich, und die Lord wenden diesen constitutionnellen Grundsatz jetzt auf die von Lord Normanby unter königlicher Autorität ausgeführten Maaßregeln an. Sie usurpiren dadurch keine Function der executiven Gewalt, daß sie einfach die Untersuchung gewisser Angelegenheiten von öffentlichem Interesse beschließen, wobei es zugleich zur Sprache kommt, inwiefern der Lordlieutenant von Irland seine Pflicht erfüllt hat. Aber die Minister fühlen sich durch diese Untersuchung gekränkt, oder thun wenigstens so, und Lord Melbourne erklärte, daß er dieselbe als ein völliges Tadelsvotum betrachte. Um den Folgen dieser Untersuchung entgegenzuwirken, wird das Unterhaus aufgefordert, sich in eine feindselige Stellung gegen die Lords zu versetzen. Es soll eine Handlung des Angriffs gegen das andere Haus begehen. Die Pairs haben keine der aus dem Unterhause ihnen übersandten Bills verworfen oder verstümmelt. Es fehlt also durchaus an einer passenden Entschuldigung für den beabsichtigten Angriff. Derselbe Minister, welcher bei seinem Eintritte ins Cabinet erklärte, daß vor allen Dingen eine Collision zwischen beiden Häusern vermieden werden müsse, und daß man, um diesen Zweck zu erreichen, keine Zugeständnisse scheuen dürfe, derselbe Minister verlangt jetzt von dem Unterhause, daß es die von ihm als so nachtheilig für das allgemeine Beste dargestellte Collision hervorrufe. Er ist jetzt bemüht, das Unterhaus zu einem Gegengewicht gegen die Tories zu machen, indem er Lord Melbourne's Erklärung anführt, er werde sein Amt nicht niederlegen, wenn er das Vertrauen des Unterhauses besitze. Principien will er also aufopfern, um den Schein der Einigkeit zwischen beiden Häusern zu bewahren, aber nicht seinen Posten. Ueber die Tactik der Tories am 15. April verlautet noch nichts. Es heißt, der Herzog von Wellington habe nur ungern Lord Rodens Antrag unterstützt, und nur, um eine Spaltung der Partei zu verhindern, der wilden Energie der irländischen Section seiner Anhänger nachzugeben. Daß Sir Robert Peel jeder Maaßregel, die zu seiner baldigen Rückkehr zur Macht führen könnte, abgeneigt ist, läßt sich nicht in Abrede stellen. Es sind Zeichen von Unruhe und Unglück am politischen Himmel,

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 2. d. M.

derer Verſchwinden er gern erſt abwarten möchte, ehe er ſich entſchließt, die Verantwortlichkeit für das Steuern des Staatsſchiffes zu übernehmen. Namentlich muß er es zu vermeiden wünſchen, als ein Unterſtützer der orangiſtiſchen Politik wieder ins Amt zu treten. Lord John Ruſſells Aufforderung in Bezug auf Irland hat ihn daher in große Verlegenheit geſetzt, und es iſt zu erwarten, daß er ein Amendement, welches einen allgemeinen Mangel an Vertrauen zu dem gegenwärtigen Miniſterium ausſpräche, beantragen und dadurch die parlamentariſche Tactik des Führers der Whigs gegen ihn ſelbſt kehren werde, denn ein ſolcher Antrag könnte wohl durchgehen, da die Zahl beider Parteien im Unterhauſe faſt gleich iſt, wenn ſie vollzählig ſind. Einige wenige Ueberläufer von der miniſteriellen Seite würden der Oppoſition das Uebergewicht geben. Wir kennen mehrere Mitglieder, ſogenannte Unabhängige oder Radicale, die völlig überzeugt ſind, daß die jetzigen Miniſter für das Beſte der liberalen Sache nicht ſchnell genug entfernt werden können; aber ſie wollen nicht den Vorwurf einer directen Mitwirkung zu ihrem Sturze auf ſich laden. Dieſe Mitglieder könnten ſich im vorliegenden Falle des Mitſtimmens enthalten. Sollten aber auch keine Deſertionen Statt finden, ſo würden die Miniſter doch immer noch ſelbſt mitſtimmen müſſen, um ſich eine Majorität gegen die Tories zu ſichern. Man wird wohl ſchwerlich behaupten, daß eine ſolche Reſolution den Tadel aufheben würde, der, nach der Erklärung des Premierminiſters, durch die Pairs über ſeine Verwaltung ausgeſprochen worden. Die Befürchtung, daß das Parlament aufgelöst werden möchte, hat oft bei Parteifragen auf die Entſcheidung des Unterhauſes eingewirkt, aber es iſt wohl wenig Ausſicht zu einer Aufforderung an das Land, wohin auch die Wagſchale am 15. April ſich neigen mag. Die Miniſter können kein günſtigeres Unterhaus erwarten, als das gegenwärtige iſt, und wäre Sir Robert Peel am Ruder, ſo würde er in demſelben Hauſe, wir glauben, es dreiſt behaupten zu können und zwar nicht ohne Kenntniß, gewiß eine ganz hübſche Majorität erhalten."

Die erſte der von den Radicalen in Edinburgh, welche die Verſammlung der Whigs verdrängt hatten, wie ſchon erwähnt, gegen das Miniſterium angenommenen Reſolutionen wurde von einem gewiſſen Dr. Glover beantragt und lautete folgendermaaßen: „Es iſt die entſchiedene Meinung der Verſammlung, daß die gegenwärtigen Miniſter Ihrer Majeſtät die Grundſätze aufgegeben haben, zu denen ſie ſich bekannten, ehe ſie ans Ruder kamen, daß ſie, obgleich beim Antritte ihres Amtes für Reform, Sparſamkeit und Frieden ſich erklärend, in Hinſicht ihres Verfahrens gegen England und Irland illiberal, despotiſch und verſchwenderiſch, in Hinſicht auf Canada ſchwankend, blutig und grauſam, in Bezug auf Rußland und Polen feigherzig und gegen Amerika kriegsluſtig ſich zeigten, was alles dieſe Verſammlung entſchieden mißbillige und darum Vertrauen zu den gegenwärtigen Miniſtern weder habe, noch haben könne." Dann wurde ein Beſchluß angenommen, daß die Miniſter auch in Bezug auf Irland ihren Verſprechungen nicht nachgekommen ſeien, und daß die Verſammlung deßhalb die Königinn bitte, ſie zu entlaſſen. Endlich ward noch ein Antrag für allgemeines Wahlrecht angenommen und ausgemacht, daß alle Beſchlüſſe in Form einer Adreſſe durch Lord Brougham der Königinn übergeben werden ſollten. Die Torydlätter legen großes Gewicht auf dieß Ergebniß des Zwieſpalts in der Reihen der Liberalen, obgleich die Times ſich feierlichſt gegen die Vorausſetzung verwahrt, daß ſie Freude an ſolcher Unterſtützung der Radicalen habe. Die Morning-Chronicle ſieht in dieſer Demonſtration, die in einer den Whigs ſonſt ſehr ergebenen Stadt ſich ereignet hat, einen neuen Beweis für ihre Anſicht, daß die Miniſter nicht ferner auf das Vertrauen des Volkes rechnen könnten, wenn ſie ſich nie ganz entſchieden den Grundſätzen der Reform hingäben. Zugleich hat ſie es jedoch auch nöthig gefunden, eine Erklärung dahin abzugeben, daß ſie keineswegs feindlich geſinnt ſei gegen das Miniſterium oder auch nur Gleichgültigkeit hege in Bezug auf den Ausgang des bevorſtehenden Kampfes. Sie ſagt, daß ſie überzeugt ſei, die Miniſter würden ein Votum zu Gunſten ihrer Politik in Irland vom Unterhauſe erhalten, wie ſie das auch vollkommen verdienten; aber dieß Votum dürfe nicht als Genehmigung ihrer Politik im Allgemeinen betrachtet werden, man dürfe nicht glauben, daß ſie dadurch von der Verpflichtung befreit würden, die Reformpartei durch beſtimmte Fortſchritte zu ferneren Reformen zu reorganiſiren.

Am 3. April langte der neue Lordlieutenant von Irland, Baron Fortescue, mit dem Dampfboote „Urgent" in Kingstown bei Dublin an. Ein Detaſchement Truppen war bei ſeiner Ankunft aufgeſtellt, und eine lange Reihe von Fuhrwerken aller Art ſtand in Bereitſchaft, um einen Zug zu ſeinem Empfang zu bilden. Hunderttauſende von Menſchen hatten ſich auf einem Flecke verſammelt, um den Nachfolger des Lords Normanby zu begrüßen, und ſo wie Lord Ebrington das Ufer betrat, ertönte die Luft vom Jubelruf der Menge. Er beſtieg ſogleich ſein Pferd, um die Begrüßungen des Volkes zu erwiedern, und hielt dann, in Begleitung ſeiner beiden Adjutanten und von einer Menge Herren zu Pferde, ſo wie von den zahlloſen, mit den Notabilitäten des Landes angefüllten Fuhrwerken geleitet, ſeinen Einzug in Dublin. Zu beiden Seiten des Zugs bewegten ſich Tauſende von Männern, Weibern und Kindern, und begleiteten ihren neuen Vicekönig mit unausgeſetztem Jubelrufe. So ward Lord Fortescue auf irländiſchem Gebiete empfangen. Im Schloſſe von Dublin angelangt, leiſtete er ſogleich vor dem geheimen Rath den üblichen Eid. In einer am Tage zuvor im Adolphinen-Theater gehaltenen Verſammlung des Vorläufervereins hatte man ſich über eine dem Lordlieutenant zu überreichende Adreſſe berathen und die Deputation ernannt, von welcher er

bei seiner Ankunft im Hafen brwillkommnet wurde. Man beschloß zugleich, daß bei dem Zuge, der den Lordlieutenant durch die Stadt begleiten würde, keine Flaggen oder sonstige Abzeichen gebraucht werden sollten. O'Connell überreichte in dieser Versammlung die Einzeichnung seines zwanzigsten Enkels, Daniel John O'Connell. Dieß ward mit Gelächter und Jubelruf aufgenommen, wobei O'Connell selbst den Wunsch äußerte, der Enkel möge ein besserer Mann werden als sein Großvater. Hierauf motivirte O'Connell seinen Antrag, alle Kirchspiele in Irland zu einer Zusammenkunft am nächsten Sonntag den 7. April aufzufordern, um Petitionen an das Parlament zu votiren, welche um die Fortdauer einer gerechten und unparteiischen Administration in Irland nachsuchen sollen. Diese Motion ward einstimmig angenommen, worauf sich die Versammlung bis zum Mittwoch vertagte, mit dem Beschluß, an diesem Tage eine Adresse an die Königinn und zugleich eine Petition an das Parlament wegen Beibehaltung des gegenwärtigen Ministeriums und Ausschlusses der für Irland so verderblichen Tories von der Regierung des Landes zu entwerfen.

Am 1. d. M. versammelte sich eine Anzahl von Chartistisch gesinnten Weibern, die durch Anschlagzettel von allen möglichen Farben zusammengerufen waren, in der Methodistencapelle zu Glasgow. Ein Buchhändler führte den Vorsitz; indessen fiel in der Versammlung nichts besonders Bemerkenswerthes vor.

Spanien.

Ein Schreiben aus Bayonne vom 4. April (in Pariser Blättern) meldet: „Die beiden Armeen unternehmen keine militärischen Operationen. Die vorige Woche hat kein weiteres Ereigniß gebracht, als die Concentrirung der Truppen der Königinn in der Ribera und die Vorkehrungen Maroto's, jedem Versuche Luchana's materielle Hindernisse entgegenzustellen. Wenn aber die militärischen Bewegungen zwischen Espartero und Maroto täglich seltener werden, so ist dieß mit den Feindschaften, die sich gegen letztern anhäufen, und den Vorsichtsmaaßregeln dieses Generals gegen die ihn umgebenden Gefahren, nicht der Fall. Ein höherer Carlistischer Offizier, der sich wegen der Verfolgungen Maroto's geflüchtet hat, erzählt, daß der Brigadier Carmona mit ihm zu Cirauqui gewesen sei, als er am 17. Februar Abends einen höflichen Brief von dem General erhalten habe, der ihn einlud, nach Estella zu kommen, um sich mit ihm zu besprechen. Das Publicum war bereits von der Verhaftung der andern Generäle unterrichtet. Der Brigadier Carmona kam am 18. um 5 Uhr Morgens zu Maroto, der ihn sehr gut aufnahm, zum Frühstück einlud, und ihm Chocolade vorsetzte. Nach dem Frühstück schickte er ihn mit einem Adjutanten in das Fort Puy, ohne ihm zu sagen, daß er Gefangener sei. Nach seinem Eintritt wurde Carmona und den vier andern Generälen angekündigt, daß sie in einer Stunde erschossen werden würden *). Zugleich stellte man ihnen ihre Beichtväter vor. Trotz all ihrer flehentlichen Bitten um Zeit, ihre Familienangelegenheiten zu ordnen, waren sie schon um 7 Uhr nicht mehr am Leben. Maroto versprach, sein unerhörtes Verfahren zu rechtfertigen. Er suchte das Publicum zu überreden, daß Beweise des Verbrechens und des Verraths der erschossenen Generäle vorhanden seien. Nun sind aber zwei Monate verflossen, ohne daß er sein Stillschweigen gebrochen hätte, und man beginnt bereits, an der Wahrheit der Behauptungen Maroto's zu zweifeln. Hält er sein Versprechen nicht, so ist er großen Gefahren ausgesetzt. — Die Navarresen scheinen hauptsächlich der Gegenstand der Befürchtungen und des Hasses Maroto's und seiner Anhänger zu seyn, daher die Flucht so vieler derselben nach Frankreich und das Verschwinden anderer. Fast das ganze fünfte Bataillon von Navarra soll desertirt seyn. Die Generäle Sopelana und Arroyo wurden verhaftet und liegen in Ketten, weil sie sich nach Empfang des königlichen Decrets vom 21. Februar gegen Maroto ausgesprochen hatten. — Es scheint außer Zweifel, daß die Carlistischen Verbannten, Arias Teijeiro, Labandero und Diego Miguel Garcia, auf die Unterstützung Cabrera's rechnend und wünschend, mit ihm und ihren Anhängern in den baskischen Provinzen in Briefwechsel zu treten, sich nach Toulouse begeben haben, während die andern im Departement der Ostpyrenäen geblieben sind. Alle sehen den Sturz Maroto's als gewiß und nahe bevorstehend an. Tarragual ward in das Innere geschickt. Bei seiner Ankunft zu Pau unter Begleitung der Gendarmerie ließ ihm der Präfect sagen, er habe den Befehl erhalten, ihn von der Gränze zu entfernen und nach Perigueux zu weisen, wo er bereits angekommen ist. Jedermann wundert sich über diese Strenge gegen einen Mann, der, ohne Gefahr verhaftet oder erschossen zu werden, nicht nach Spanien gehen kann. — Espartero soll im Sinn haben, zu gleicher Zeit die Linie von Estella und die von Ramales anzugreifen. Die Carlistische Truppenconcentrirung an letzterm Puncte lähmt alle seine Bewegungen; sie unterbricht die Communicationen nach Santander. Maroto schickte Artillerie und Munition von Estella nach Dicastillo. Don Teodoro Gelos, der Wundarzt des Don Carlos, der mit Tarragual entfernt worden war, hat die Erlaubniß erhalten, hierher zurückzukehren. Er wird sich hier aufhalten können."

*) Dieser Erzählung widerspricht die früher von vielen Seiten als bestimmt gegebene Meldung, daß ein aus bekannten höheren Offizieren zusammengesetztes Kriegsgericht die Sentenz gefällt habe.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer fuhr am 8. April in der Verification der Vollmachten fort. Die Wahl des Hrn. Duvergier de Hauranne zeigte einige Unregelmäßigkeiten, die Hr. de la Rochefoucault-Liancourt als völlig gesetzlich darzustellen sucht. Hr. Duvergier de Hauranne gesteht, daß er seit sechs Jahren gesucht habe, seinem Bezirk Vergünstigungen von Seite der Regierung auszuwirken, er habe aber durchaus keinen Theil an den zur Zeit der Wahlen gedruckten Flugschriften. Einer der abgetretenen Minister, Hr. Lacave-Laplagne, erklärt, die gegen die Verwaltung, zu der er gehört, gerichteten Angriffe machten ihm keine Sorge, und er fühle sich stark in dem Zeugniß seines Gewissens. Die Angriffe gegen die Personen würden wenig bedeuten, wenn die von ihnen vertheidigten Grundsätze geachtet würden: die Mitglieder des Ministeriums vom 15. April seien fest entschlossen, nicht mehr ans Ruder zurückzukehren; sie wollten zur

Wiedererringung der Staatsgewalt nicht zu den Mitteln ihre Zuflucht nehmen, die man angewandt habe, um sie davon zu verdrängen. (Sehr gut.) Seine Worte könnten daher nicht den Verdacht der Selbstsucht erwecken. Die Resultate, welche die Verwaltung, so lange sie frei gehandelt, erhalten habe, beweisen, daß sie nicht auf falscher Bahn gewesen sei. (Beifall.) Von den zwei Präfecten, die in Folge der Wahlen in die Kammer gekommen, sei einer gegen den Willen der Verwaltung dazu gelangt. Er beschwört ihn, zu sagen, ob unter den von ihm empfangenen Instructionen solche seien, zu denen man sich nicht laut bekennen könne. Die Loyalität, welche dieser Beamte bezeugen könne, habe sich die Verwaltung zur beständigen Regel gemacht. Hr. Jaubert habe bei einem frühern Anlaß erklärt, daß es Pflicht der Regierung sei, gesetzlichen Einfluß bei den Wahlen zu üben. Damals habe er dem Ministerium vorgeworfen, es wisse nicht gehörigen Gebrauch davon zu machen, jetzt mache er den entgegengesetzten Vorwurf. In den Briefen, die den Gegenstand der Debatte ausgemacht, sei kein Wort, das Tadel verdiene. Auch habe man der Regierung ein Verbrechen daraus gemacht, die Beamten, die sie geschrieben, befördert zu haben. Sie habe darin nur gerecht gehandelt, und sie vor der sie bedrohenden Rache sicherstellen wollen. Schließlich erklärte der Redner, daß die Regierung der Vertheilung der Flugschriften, worüber sich die Candidaten der Opposition hätten beschweren können, völlig fremd geblieben sei. Hr. Mouier de la Sizeranne widerspricht dieser Behauptung durch Anführung des Bulletin Français. Hr. Martin (du Nord) bemerkt, das Bulletin Français sei ein Journal, das mit allen von den Gesetzen gebotenen Formen erschienen sei, und schon vor den Wahlen begonnen habe. Die Regierung sei dessen Erscheinung durchaus fremd geblieben. Hr. Rivet erklärt, alle von ihm empfangenen Instructionen seien völlig gesetzlich und passend gewesen. Hr. Lacave-Laplagne: „Die Verwaltung kann nur für ihre Handlungen, und die von ihr ausgegangene Leitung stehen. Sind einige Beamte davon abgewichen, so ist sie nicht dafür verantwortlich. Die Erklärung des Hrn. Rivet ist hierin schlagend, und läßt keinen Zweifel über die Art des von der Regierung geübten Einflusses übrig." Hr. Jaubert besteigt die Tribune unter dem Rufe: „Genug! Genug!" Hr. Mercier schlägt vor, den Bericht der unbestrittenen Wahlen zu erschöpfen, bevor man die bestrittenen Wahlen erörtere. Hr. Isambert geht in Details über das Datum der ersten Erscheinung des Bulletin Français ein, und sieht in seiner Publicationsweise eine Verletzung der bestehenden Vorschriften. — General Bugeaud erklärt sich als Feind der von der Regierung unterstützten Presse (presse subventionnée); aber es gebe eine andere Presse, die nicht von der Regierung, sondern von den bösen Leidenschaften unterstützt werde, um alles, was Gutes und Edles im Lande sei, zu begeifern. Ein illüstrer Marschall, den man unlängst noch bis in die Wolken erhoben und als den nothwendigen, als den unentbehrlichen Mann geschildert habe, werde nunmehr von dieser Presse in den Koth gezogen; selbst die Krone werde nicht geschont, und man scheue sich nicht, sie mit den gröbsten Verläumdungen zu überhäufen. Am Schlusse seiner Rede forderte General Bugeaud die HH. Sauzet, Dupin und Paffy auf, dasjenige vor der Kammer zu wiederholen, was sie in seiner (Bugeauds) Gegenwart und in Gegenwart der HH. Jacqueminot, Dessauret und de Marmier, im Einklange mit den Erklärungen des Marschall Soult in der Paiskammer, hinsichtlich der Verläumdung geäußert hatten, die Krone sei Schuld daran, daß die Ministerialkrisis keine schnellere Lösung gefunden habe. — Die Kammer war jedoch der Meinung, daß es nicht angemessen seyn dürfte, sich jetzt auf Erörterungen dieser Art einzulassen, die den Combinationen, durch welche die gegenwärtige Krisis beendigt werden soll, gar leicht neue Hindernisse in den Weg legen könnten. General Bugeauds Interpellation blieb also unbeantwortet und man ging zur Tagesordnung (der streitigen Wahl des Hrn. Duvergier de Hauranne) über, die von der Kammer genehmigt wurde. — Am Schluß der Sitzung vertheidigte sich der ehemalige Handelsminister, Hr. Martin (du Nord), siegreich gegen die von mehreren Mitgliedern, namentlich dem Marquis de Mornay, in der vorhergehenden Sitzung gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen gesetzwidrigen Einflusses auf die letzten Wahlen, und der gegenwärtige Minister des Innern, Hr. von Gasparin, erklärte, nach den genauesten von ihm eingezogenen Erkundigungen, daß die von dem Marquis de Mornay angeführten Thatsachen keineswegs stichhältig seien. — Von der parlamentarischen Enquête war in dieser Sitzung weiter keine Rede mehr und die Journale, selbst der National, zweifeln, daß sich die Kammer entschließen werde, eine Untersuchung dieser Art anzuordnen, die leicht zu Recriminationen wegen der Wahlumtriebe, die unter dem Ministerium des 11. October Statt gefunden, führen könnte.

Am 8. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 65. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 35. — Am 9. April um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 60. 3Percents 80 Fr. 35.

Belgien.

Der Independant vom 7. April enthält folgenden Artikel: „Die Presse aller Länder beschäftigt sich viel mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Seiten Belgiens. Man will wissen, warum der König, da die Kammern ihn zur Annahme ermächtigt haben, sich nicht beeilt hat, das Gesetz zu sanctioniren, und warum die Regierung nicht unserm Gesandten zu London die nöthigen Instructionen und Vollmachten zur Unterzeichnung des Vertrages übersandt hat. Die Regierung hat, man

wird dieß ohne Mühe glauben, den Kammern nicht gerathen, den Vorschlägen vom 23. Jänner beizutreten, um nachdem sie das, was sie verlangte, erlangt hatte, den Vertrag zu verwerfen oder dessen Annahme nach Willkür zu verzögern. Aber die Erörterung vor den Kammern hat die Nothwendigkeit, welche die Regierung im voraus begriffen hatte, hervorgehoben, von der Conferenz Erklärungen über gewisse Clauseln des Vertrages zu verlangen und vor Allem gewisse untergeordnete Bedingungen festzustellen. Die belgische Regierung wird daher vor der Unterzeichnung Einwürfe zu machen und lösen zu lassen und Erklärungen zu fordern haben. Hierzu ist es wünschenswerth, ja sogar nothwendig, daß alle Mächte im Schooße der Conferenz vertreten seien, und daß namentlich jene, auf deren Sympathie wir am meisten rechnen dürfen, unsere Forderungen unterstützen können. Nun aber ist dieß im gegenwärtigen Augenblick nicht der Fall. Seit dem 19. Jänner, dem Tage des Votums der Adresse, ist Frankreich ohne Ministerium, und wenn wir von dem französischen Bevollmächtigten zu London zu verlangen hätten, daß er diese oder jene unserer Forderungen bei den Mächten unterstütze, so könnte er dieß nicht. Von wem sollte er in der That wahrhafte Instructionen fordern, die in der Zukunft vor jedem Widerruf geschützt wären? Eine so wichtige Frage, wie die belgische, kann zu London nicht vor der Constituirung eines definitiven Ministeriums in Frankreich gelöst werden. Das Cabinet von Brüssel würde, wenn es anders handelte, sich vielleicht der Gefahr aussetzen, daß das Ministerium, das man von Paris erwartet, zu ihm sagen würde, warum habt Ihr euch so sehr beeilt? Dieß sind ohne Zweifel die wahren Beweggründe der Verzögerung, die mithin keine Besorgniß einflößen muß."

H^r. Gendebien hat die Entlassung, die er vor kurzem als Vorsteher des Brüsseler Advocatenstandes eingereicht, zurückgenommen; er scheint also auch vorläufig seine in der Repräsentantenkammer verkündigte Absicht, Belgien ganz und gar verlassen zu wollen, aufgegeben zu haben.

Die HH. Barthels und Kats führen im Belge Beschwerde darüber, daß die Entscheidung ihres Prozesses sich so sehr in die Länge zieht.

In Venloo hat man aufgehört, an den Festungswerken zu arbeiten, was als ein Beweis angesehen wird, daß die Stadt nächstens ihrem rechtmäßigen Beherrscher zurückgegeben werden soll.

Eine durch Gasentzündung hervorgebrachte Explosion hat am 8. April Morgens in der Kohlengrube von Horloz, Gemeinde S^t. Nicolas, bei Lüttich Statt gehabt. Man kennt noch nicht alle Resultate dieses schrecklichen Unglücks, allein sie scheinen traurig zu seyn. Mehrere Schlachtopfer sind schon aus dem Schacht hervorgezogen worden. Sobald das Gerücht von diesem Ereigniß sich verbreitet hatte, begaben sich Wellekens, Ingenieur der Minen, Lhoest, Conducteur der Minen, einige Doctoren, der Vicar der Gemeinde und andere achtbare Männer an Ort und Stelle, um sämmtlich die Dienste zu leisten, welche die Umstände erforderten. Wellekens und Lhoest stiegen in die Arbeiten hinab und hatten viel von den Ausströmungen des Gases zu leiden, die sie hinderten, bis zum Orte, wo die Entzündung Statt hatte, zu dringen. Man kennt noch nicht bestimmt die Zahl der in die Grube gestiegenen Arbeiter. Man weiß bloß auf eine bestimmte Weise, daß um Mittag zehn Arbeiter herausgezogen waren; mehrere waren schon todt. Sobald dieß Ereigniß zu Lüttich bekannt wurde, hat man Gendarmen und Linientruppen an Ort und Stelle gesandt.

Teutschland.

Der Correspondent von und für Teutschland meldet aus Dresden vom 8. April: „Der Eisenbahnzug mit der königlichen Familie traf von Leipzig heute Abends 7¼ Uhr wieder hier ein. Das ungeduldige Volk, das schon seit 5 Uhr wartete, hatte sich größtentheils wieder entfernt. Die Communalgarde war als Ehrenwache aufgestellt. — Die Länge der Bahn ist 15¼ geographische Meilen, die gleich 1¾ Meilen zurückgelegt werden. Von morgen an beginnen die Abfahrten regelmäßig und zwar Früh 6 Uhr und Nachmittags 3 Uhr. Obgleich die Post sich ausbedungen hat, daß die Dampfwägen alle Briefe und Packete mitnehmen, so werden doch durch die Umständlichkeit der Verwaltung diese nicht eher abgegeben als bisher. Die Post hat jetzt die Tag-Eilposten zwischen Dresden und Leipzig eingestellt, wird jedoch, außer der freien Besorgung der Packete und Briefe durch die Eisenbahn, auch insofern Vortheil ziehen, als sie nach den einzelnen Puncten, auf denen die Eisenbahn anhält, Fahrposten errichtet. Jedenfalls wird uns die neue Einrichtung einen unabsehbaren Vortheil bringen. — Vom 9. April. Die Eisenbahn hat eine Unmasse Fremde nach Dresden gezogen. Das heutige Tagblatt enthält allein vier Columnen voll. Heute haben die Fahrten für das Publicum begonnen, doch, wie es scheint, unter schlechten Omen. Der Dampfwagenzug, der um 6 Uhr Früh von Leipzig abgefahren ist, und nach der Ankündigung um 9¼ Uhr hier eintreffen sollte, ist um 11¼ Uhr, also zwei Stunden später, angekommen. Der Grund dieser Verzögerung ist bis jetzt nicht bekannt. Man scheint sich in Beziehung auf die Zeit, die man für die ganze Strecke braucht, verrechnet zu haben."

Das Dampfboot „Friedrich Wilhelm III." ist auf der letzten Fahrt von Magdeburg nach Hamburg, jenseits Lauenburg, ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer brach im Schiffsraum aus. Sämmtliche Passagiere, und sogar auch ein Theil der geladenen Güter, sind gerettet; übrigens sind Schiff und Ladung versichert.

Wien.

S^r. k. k. Majestät haben durch allerhöchste Entschließung vom 2. April d. J. aus Anlaß der Beförderung

des Hofrathes Grafen Ceccopieri zum Vicepräsidenten des Civilgerichtes in Mailand, zugleich Präsidenten des Mercantil- und Wechselgerichtes alldort, dem Appellationsrathe zu Venedig, Benedict Bartolini, zum überzähligen Hofrathe der obersten Justizstelle bei dem lombardisch-venetianischen Senate in Verona allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 16. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	106 11/12.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81 11/12.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821, für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1834, für 500 fl.	in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65¼.
Bankactien pr. Stück	—— in CM.	

Oesterreichische Eisenbahnen.

Kaiser Ferdinands Nordbahn.

Der in der Beilage zur Augsburger Allgemeinen Zeitung Nr. 100, unter der Rubrik „Wien-Bochnia Eisenbahn" kundgegebene Artikel ist so gestellt, daß sich die Direction der ausschl. priv. Kaiser Ferdinands Nordbahn, deren Grundsatz bisher war, in keine Zeitungs-Controverse sich einzulassen, bewogen findet, hierauf um so mehr zu antworten, als es sich darum handelt, nicht bloß den Berichterstatter, welcher das wahrhaft Ehrenwerthe, Solide und Großartige dieses Nationalunternehmens und dessen rühmlich bekannten Gründers erkannt zu haben scheint, sondern auch das Publicum vor einem Mißverständnisse und Irrthume zu bewahren, wozu die Direction gar keine Veranlassung gegeben hat.

Laut dem Protocolle der letzten Generalversammlung vom 26. März 1839, wovon ein kurzer Auszug in der Wiener Zeitung vom 28. März d. J. veröffentlicht ward, wurde nämlich von der Direction beantragt, und von der Versammlung der stimmfähigen Actionäre einstimmig zum Beschlusse gebeacht, daß vorerst der Bahnbau bis Prerau und Olmütz fortgeführt und im Jahre 1841 beendet werden soll, daß es aber den spätern Generalversammlungen überlassen bleibe, nach Maaßgabe der seiner Zeit sich ergebenden Betriebverhältnisse, und der darauf begründeten Vorschläge der Direction zu entscheiden, ob der weitere Bahnzug bis Bochnia für den Betrieb mit Dampf- oder Pferdekraft hergestellt werden soll.

Obschon nun aus diesem Antrage und einstimmigen Beschlusse klar hervorgeht, daß gar keine Absicht der Einstellung des weiteren Nordbahnbaues vorhanden war und ist, indem bisher keine Veranlassung zur Inconsequenz und Bedenklichkeit bei der Entwicklung dieses großartigen Unternehmens Platz gegriffen hat, vielmehr die bisherigen Ergebnisse beweisen, daß dasselbe auf der Basis begründeter Voraussichten beschlossen und unternommen wurde, so wird zur weiteren Aufklärung nur noch beigefügt, daß die ganze Kaiser Ferdinands Nordbahn sammt den, nur von dem Berichterstatter angegriffenen, von dem gesammten Publicum aber als höchst wichtig und nützlich anerkannten Ausästungen, über 80 teutsche Meilen Länge haben wird, — daß der von der hohen Staatsverwaltung bestimmte Bautermin auf 10 Jahre festgesetzt wurde; — daß während der ersten 2 Baujahre allein 20 teutsche Meilen in dampfbetriebsfähigen Stand gebracht wurden, was wohl keine andere europäische Bahnbauleitung aufzuweisen im Stande ist, — daß diese Ergebnisse und Leistungen, welche durch die nächst bevorstehende Veröffentlichung des Generalversammlungs-Protocols im Detail ersichtlich seyn werden, etwas Anderes zu verdienen scheinen, als die Vorwürfe des Berichterstatters, wie wohlmeinend selbe übrigens auch gegeben seyn mögen; — daß schon laut den anfänglichen Entwürfen und Programmen veranschlagt wurde, die Bahn theils mit Rails, theils mit Flachschienen herzustellen; — daß die Direction in ihrem Beschlusse nie gewankt hat, und dabei fest beharren wird, einstimmig mit der großen Gesellschaft, deren Interessen sie mit selber zu berathen und zu verwalten die Verpflichtung auf sich nahm, das begonnene große vaterländische Werk zu vollenden, aber dabei nur die allmählig werdenden Erfahrungen und die Beschlüsse ihrer Committenten, nicht aber anonyme Zeitungsartikel zum Leitfaden des Fortschreitens zu nehmen, indem die Direction nicht allein die Großartigkeit und Länge ihrer Bahn, sondern auch die den Interessen der Actiengesellschaft und des Gemeinwohls entsprechendsten Rücksichten vor Augen hat.

Schließlich muß noch bemerkt werden, daß der Freiherr S. M. von Rothschild das erworbene Privilegium der Kaiser Ferdinands Nordbahn auf die uneigennützigste Weise an die Actiengesellschaft abgetreten, und sich nur die beständige Mitwirkung bei der Direction vorbehalten hat, deren Bestrebungen er noch jetzt, wie früher, mit der größten und eifrigsten Theilnahme nicht nur als Mitglied derselben, sondern auch als der bedeutendste Actionär, zu fördern bemüht ist, und daß daher nur die unbilligste Anforderung und ein vollkommenes Verrücken der thatsächlich bestehenden Verhältnisse fortan denselben für die Handlungsweisen der, seit der Cession des Privilegiums von ihm gänzlich unabhängigen, zur freiesten Gebahrung berechtigten Actiengesellschaft, verantwortlich machen könnte.

Daß übrigens der Berichterstatter nur sehr oberflächliche Begriffe von dem Baue einer Eisenbahn im Allgemeinen, und von den hier obwaltenden Umstände insbesondere hat, beweist seine Aeußerung, daß die Bahn bis Olmütz wohl noch in diesem Jahre, und bis Bochnia im Jahre 1841 vollendet seyn könnte.

Wien, den 13. April 1839.

Die Direction der ausschl. priv. Kaiser Ferdinands Nordbahn.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 108

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 18. April 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 16. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciet. Pariser Maaß.	Wiener Maaß		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.625	28	4 8	+ 3.6	SO.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.553	28	3 9	+ 8.2	SO.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.527	28	3 6	+ 3.6	SO.	still.	heiter.

Frankreich.

Der Moniteur vom 11. April (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält folgenden, mittelst Telegraphen aus Calais eingelaufenen Bericht des französischen Botschafters zu London an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten: „London, 9. April. Ein Friedenstractat ist am 9. März zu Veracruz zwischen dem Admiral Baudin und den mexicanischen Bevollmächtigten Gorostiza und Victoria unterzeichnet worden."

Die Londoner Blätter vom 9. April (die wir gleichfalls durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthalten nähere Details über die Ausgleichung des Zwistes zwischen Frankreich und Mexico. Im Globe, der wegen seiner Verbindung mit dem auswärtigen Departement hierüber am besten unterrichtet seyn kann, heißt es: „Die königliche Kriegssloop „Racehorse" (Commander H. W. Craufurd) ist am Sonntag nach einer trotz der widrigen Winde sehr schnellen Ueberfahrt von Veracruz auf der Höhe von Plymouth angelangt und hat Briefe und Depeschen bis zum 10. März mitgebracht, welche die erfreuliche Nachricht melden, daß man über die Präliminarien des Friedens zwischen Frankreich und Mexico, durch die wirksame und glückliche Vermittlung Großbritanniens, übereingekommen ist. Die Convention wurde am 9. März unterzeichnet und soll binnen 12 Tagen in Mexico und binnen vier Monaten in Paris ratificirt werden. Die Mexicaner verstehen sich dazu, an Frankreich 600,000 Dollars, als Ersatz für den von seinen Unterthanen vor dem letzten Zerwürfnisse erlittenen Schaden, zu zahlen. Die Ansprüche der Unterthanen beider Länder auf Ersatz von Schaden, den sie während des letzten Zerwürfnisses erlitten haben, sollen durch schiedsrichterlichen Spruch einer dritten Macht geschlichtet werden. Das Fort von San Juan d'Ulloa soll den Mexicanern in seinem gegenwärtigen Zustande, sobald die Ratification in Mexico Statt gefunden hat, zurückgegeben werden. Frankreich soll in allen seinen Verhältnissen mit Mexico auf den Fuß der am meisten begünstigten Nationen gestellt werden. — Im Hafen von Veracruz und in Sacrificios liegen sehr viele Kauffartheischiffe verschiedener Nationen, welche, wenn die Ratification in Mexico binnen 12 Tagen Statt findet, ihre Ladungen 15 Tage nach Unterzeichnung der Convention in Veracruz löschen können. Die englische und die französische Escadre werden bald auseinandergehen, und mehrere von unsern Schiffen sollen Truppen aus Westindien nach Nordamerika führen."

Die Deputirtenkammer beschäftigt sich fortwährend mit Verification der Vollmachten ihrer neuernannten Mitglieder und schreitet, seit es sich um die bestrittenen Wahlen handelt, in dieser Operation nur langsam vor. In der Sitzung vom 9. d. M. erhoben sich über die Wahl des ehemaligen Marineministers (nunmehrigen Pairs) Viceadmiral Rosamel zu Ambert (im Departement Puy-de-Dome) heftige Debatten. Obschon die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit der Wahl, wegen späterhin erfolgter Ernennung des Gewählten zum Pair von Frankreich, ohne persönliche Bedeutung ist, so wurden doch bei diesem Anlasse wieder neue Beschwerden gegen rechtswidrigen Einfluß der Staatsgewalt auf die Wahlen zur Sprache gebracht und deßhalb von dem Referenten über obgedachte Wahl, Hrn. Dupin, vorgeschlagen, alle auf diese Wahl sich beziehenden Actenstücke ans Ministerium des Innern zu verweisen. Hr. Odilon-Barrot benützte diese Gelegenheit, um neuerdings auf die Nothwendigkeit einer parlamentarischen Enquête zu dringen. Es wurde jedoch keiner von beiden Vorschlägen angenommen, sondern der Mittelweg eingeschlagen, die ganze Sache zu ajourniren.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. April veranlaßte die Wahl zu Bayeux (Departement du Calvados) lange Debatten. Es entstand die Frage, ob Hr. Deshameaux oder der General d'Houdetot, einer der Adjutanten des Königs, gültig gewählt seien? Nachdem die Wahl des erstern für ungültig erklärt worden war, wurde die weitere Frage gestellt, ob die Wahl des Generals d'Houdetot als gültig anzusehen sei? Es wurde hierüber anfangs durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt, wobei man bemerkte, daß die HH. Guizot, Duchatel und Janvier sich für, die HH. Jaubert, Duvergier de Hauranne und Renouard aber gegen die Gültigkeit der Wahl des Hrn. d'Houdetot erklärten, woraus sich ergibt, daß eine Spaltung der Doctrinairs über die obschwebende Frage Statt fand. Da sich aus dem Votum durch Aufstehen und Sitzenbleiben kein ganz deutliches Resultat entnehmen ließ, indem die Kammer fast in zwei gleiche Theile gespalten zu seyn schien, so wurde zu einem formlichen Scrutinium geschritten. Die Zahl der Votanten betrug 400; also absolute Mehrheit 201. Für die Zulassung des Generals d'Houdetot stimmten 189; dagegen 211; die Wahl des Generals wurde demnach mit einer Mehrheit von 22 Stimmen für ungültig erklärt. — Die Journale der Opposition legen großes Gewicht auf diese Abstimmung, weil sie darin ein Symptom der künftigen Majorität erblicken wollen; allein das Journal des Debats sieht hierin nichts anderes, als daß die Kammer, nachdem sie Hrn. Deshameaux, den von dem Bureau des Wahlcollegiums proclamirten Candidaten, beseitigt hatte, es nicht auf sich nehmen wollte, einen andern Deputirten durch ihr Scrutin zu

ernennen, sondern vorzog, die definitive Entscheidung den Wählern von Bayeux zu überlassen.

Von der jetzigen Handelskrisis entwirft der National folgendes trostlose Bild: „Wir hätten gerne die Größe des Uebels verschwiegen; allein was hilft das Schweigen der Presse mitten unter dem öffentlichen Weheruf, und wie kann man eine Wunde verbergen, die sich klaffend vor Aller Augen zeigt? Man gehe in das Handelsgericht und sehe wie die Zahl der Fallimente sich seit einem Monat vervielfältigt hat. Man frage die Gerichtsdiener, und sie werden sagen, daß sie mit Protesten gar nicht fertig werden; an Einem Tage gab es deren an 60,800, in Einer Woche 369,630. Unter den Actiengesellschaften zählt man 36 Fallimente; die besten Unternehmungen finden keine Capitalien; alle Zollerträgnisse haben um mehr als ein Drittel abgenommen, und die übrigen Staatseinnahmen müssen die Wirkungen dieser allgemeinen Zerrüttung ebenfalls verspüren. In Havre waren die letzten Märkte ohne Geschäfte; in Mühlhausen erwartete man die Bestellungen, die Paris jährlich zu dieser Zeit machte; da aber Paris nichts ankauft, haben die Fabriken ihre Production vermindert. In Paris haben viele Manufacturen ihre meisten Arbeiter abgedankt; in manchen Stadttheilen ist die Zahl der Entlassungen großer als je, selbst das Jahr 1831 eingeschlossen. Die Capitalisten unterhalten die Krisis, indem sie sich zurückziehen, und die Bank zeigt wie gewöhnlich in ihren Discontirungen eine Vorsicht, welche die Krisis vermehrt und verlängert."

Unter die Pariser Tagesneuigkeiten gehört, daß die berühmte Sängerinn Grisi im Augenblicke ihrer Abreise von Paris nach London ihre Chatouille mit 75,000 Fr. in Banknoten verloren hat. Ihr Gatte, Hr. de Melcy, brachte sie ihr an den Wagen, als sie eben von der Portiere gemahnt worden war, von einer alten Dame im Hause Abschied zu nehmen. Sie glaubte, die Chatouille liege im Wagen, als sie aber einige Stunden später sie suchte, fand man sie nirgends, und alle Nachforschungen, die man anstellte, waren vergebens. (Den neuesten Nachrichten aus London zufolge hat sich die verlorne Chatouille, nebst ihrem ganzen Inhalte, wieder gefunden.)

Am 9. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 80. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 60. — Am 10. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 95. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 90. 3Percents 80 Fr. 85. Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 85. — Am 11. April 5Percents 109 Fr. 95. Fin Courant geschlossen zu 109 Fr. 85. 3Percents 80 Fr. 95. Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 85.

Großbritannien und Irland.

Das Unterhaus versammelte sich am 8. April zum ersten Male wieder nach den Osterferien. Lord John Russell kündigte an, daß die Resolution, die er nächsten Montag (15. April) im Gegensatze zu dem bekannten Votum des Oberhauses *) in Antrag zu bringen Willens sei, folgendermaaßen lauten werde: „Es sei die „Meinung dieses Hauses, daß es rathsam sei, bei denjenigen Grundsätzen zu verharren, welche die vollziehende „Regierungsgewalt in Irland in den letztverflossenen Jahren geleitet, und die wirksame Handhabung der Gesetze „und die allgemeine Verbesserung des Zustandes jenes „Theils des vereinigten Königreichs zur Folge gehabt haben." — Diese Anzeige wurde von den Ministerialisten mit Beifallruf, von der Opposition mit Gelächter aufgenommen.

In der Sitzung des Unterhauses vom 9. April kündigte Sir Robert Peel an, daß er am Montag den 15. April ein Amendement zu der von Lord John Russell am gestrigen Tage angekündigten Resolution (wie der Spectator vorausah) in Antrag bringen werde, und damit das Haus nicht unvorbereitet damit überrascht werde, so wolle er das Nähere hierüber spätestens nächsten Freitag (12. April) dem Hause mittheilen. — Hierauf stellte Hr. Labouchère (Vice-Präsident des Handels-Bureaus) die Motion auf temporäre Suspension der Verfassung auf Jamaica, in Folge der wiederholten Weigerungen des dortigen Provinzialparlaments (House of Assembly), in Function zu treten und die laufenden Geschäfte zu besorgen. — Mehrere Mitglieder, namentlich Sir R. Peel, erklärten sich gegen diese Maaßregel, worüber bei Abgang des Kuriers noch debattirt wurde.

Ehe Lord Howick dem Unterhause das Kriegsbudget vorgelegt, sollen die Minister den Herzog von Wellington befragt haben, wie er über Ostindien urtheile, ob er der Ansicht sei, daß die Streitkräfte, welche daselbst unterhalten werden, hinreichend seien, um der Compagnie nach außen hin Sicherheit zu verschaffen. Da nun der Herzog die Meinung äußerte, daß das dortige Heer moralisch und materiell tief gesunken sei, daß es einer völligen Umgestaltung bedürfe und wenigstens um das Doppelte verstärkt werden müsse, wenn man sich nicht den schlimmsten Wechselfällen aussetzen wolle, so beschlossen die Minister, wie aus den von Lord Howick geforderten Subsidien hervorgeht, sogleich Anstalten zur Vermehrung der Armee zu treffen. Auch haben sie, dem Vernehmen nach, zwei Commissarien nach Indien abgeschickt, die sich mit dem Generalgouverneur in Einvernehmen setzen sollen, um die zur Bewahrung der Interessen der ostindischen Compagnie zu treffenden Verfügungen genau zu bestimmen und hierüber, so wie über die Sachlage im Ganzen, nähere Berichte an die Regierung zu erstatten.

Die Morning-Chronicle sagt, die Angabe, daß die brittische Regierung und der nordamerikanische Gesandte über die Grundlage einer Ausgleichung der Gränzstreitigkeit übereingekommen seien und die Angelegenheit jetzt von der Entscheidung der Regierung der vereinigten Staaten abhänge, sei ungegründet. Dieses Blatt gibt dann folgende kurze Darstellung der Sachlage: „Im Jahre 1831 fällte der König der Niederlande seinen schiedsrichterlichen Ausspruch, den Großbritannien annahm. Die Regierung der vereinigten Staaten aber erklärte, da der Staat Maine den Ausspruch verwerfe, so könne sie denselben nicht annehmen. Später wurde diese Angelegenheit mehrmals bei der Regierung zu Washington wieder in Anregung gebracht, aber ohne Erfolg. Die brittische Regierung machte darauf den Vorschlag, das streitige Gebiet zwischen Maine und Neubraunschweig zu theilen, Maine aber verwarf dieses Anerbieten, erklärte, es wolle keine vertragsmäßige Gränzlinie annehmen, und verlangte, daß das Gebiet vermessen und die Gränze nach dem Tractate von 1783 bestimmt werden solle. Die brittische Regierung kann dagegen nichts einzuwenden haben, obgleich ihr ein rascherer Ausgleichungsplan angenehmer gewesen seyn möchte. Es würde jedoch offenbar unnütz seyn, eine Commission zu ernennen, ohne eine vorläufige Uebereinkunft über die Grundsätze, nach welchen die Untersuchung Statt finden solle. Der Vorschlag der brittischen Regierung wird mit der nächsten Gelegenheit nach Washington abgehen."

Der Standard fährt fort, in Bezug auf die französischen Wirren sich mit der größten Achtung über den König Ludwig Philipp zu äußern, dem Beispiel folgend, womit der Führer der Conservativen, Sir R. Peel, in dieser Hinsicht kürzlich im Unterhause vorangegangen, als

*) Vergl. unser gestriges Blatt.

er diesen Monarchen mit Napoleon verglich. „Die französischen Politiker," sagt jenes Blatt unter Anderm, „nachdem sie zur Genüge Alles besprochen, was der König gethan hat, fangen jetzt an, ihre Vermuthungen über das zu äußern, was S^r. Majestät wohl thun werde. Dieß ist ein günstiges Zeichen, weil darin, wenn auch mit noch so großem Sträuben, das Geständniß liegt, daß der König die Macht besitze, für sich allein zu urtheilen und zu handeln, und daß er diese Macht, trotz des Volksgeschreies, auszuüben gedenke. Ein solches Geständniß ist nie möglich ohne ein Gefühl der Ehrerbietung gegen den, welchen es betrifft, und man kann es wohl als eine Regel ohne Ausnahme aufstellen, daß die Lage eines Königs, er möge nun geliebt oder gehaßt seyn, so lange sicher ist, als noch Achtung vor seinem Character gehegt wird, und umgekehrt."

Consols am 8. April 92¼; — am 9. April 92⅛. ⅛.

Spanien.

Die Quotidienne vom 10. April enthält folgende Nachrichten aus Spanien: „Die am 3. d. M. durch das Dampfschiff in Port-Vendres eingelaufenen Briefe aus Valencia bringen wichtige Neuigkeiten. — Nach Ayerbe's Rückzug von Segura ist Cabrera plötzlich aus der dortigen Gegend aufgebrochen, um einen neuen Einfall in die „Huerta von Valencia" zu unternehmen. Die Exaltados dieser Stadt benutzten diesen Anlaß, um die Einwohner neuerdings zu brandschatzen; sie verlangten vom Ayuntamiento die Ausschreibung einer neuen Steuer zur Bezahlung des Soldes der Urbanos, die gegen die Carlisten ausrücken sollten. Das Ayuntamiento glaubte bei dem Zustande der Erschöpfung, in der sich die Stadt befindet, diesem Ansinnen nicht willfahren zu können. Demzufolge wurde die Ermordung sämmtlicher Mitglieder dieser Corporation beschlossen. Der Charsamstag wurde hierzu bezeichnet, und das Geläute zum Abendgebet sollte das Signal geben. Da der commandirende General Kunde von der Verschwörung erhalten hatte, ließ er alle Kirchthürme sperren und ergriff andere Maaßregeln, um die Ausführung des Complotts zu vereiteln, was ihm auch gelang. Allein es herrschte eine große Gährung in der Stadt bei Abgang des Dampfschiffes und man befürchtete Gräuelscenen, wenn Cabrera sich der Stadt nähern sollte. — Briefen aus Catalonien zufolge soll der Baron de Meer, der an der Spitze seiner Truppen einen beträchtlichen Convoi nach Solsona führen wollte, genöthigt worden seyn, in Suria umzukehren, und nach Manresa zurückzukommen. — Solsona, von einem zahlreichen Corps bewaffneter Landleute (den Somatenes) und einigen Bataillons regulären Truppen seit zwei Monaten cernirt, leidet Mangel an Lebensmitteln; das äußere Fort war bereits verlassen, und die gesammte Besatzung hatte sich in die Stadt geworfen."

Das Presidio Melilla an der nordafrikanischen Küste, wo in Folge einer Meuterei die Carlisten die Oberhand erhalten hatten, hat sich am 25. März ergeben, ohne daß ein Tropfen Blutes vergossen worden wäre. Die Besatzung capitulirte, nachdem fünf Christinische Kriegsschiffe vor dem Platze erschienen waren. Die französische Kriegsbrigantine „Volage" begleitete diese Schiffe; ihr Capitän, welcher bei der Empörung in Alhucemas den Behörden von Malaga den nachgesuchten Beistand verweigert hatte, hat nunmehr erklärt, er habe von dem Admiral in Toulon den Befehl, der Blockade-Escadrille seine Dienste anzubieten.

Portugal.

Durch den „Royal Tar," der in Falmouth eingelaufen war, hatte man Nachrichten aus Lissabon bis zum 2. April erhalten. Da der Vorschlag der Regierung hinsichtlich der Vermehrung der Armee (auf 27,000 Mann) in der Deputirtenkammer mit einer Mehrheit von 20 Stimmen (64 gegen 44) verworfen worden war, hatten sämmtliche Minister ihre Dimission eingereicht und der Visconde Sa da Bandeira soll den Antrag erhalten haben, ein neues Cabinet zu bilden. Einer andern Version zufolge soll die Königinn die Dimission nicht angenommen, sondern beschlossen haben, die Kammer auf vier Monate zu vertagen. — Der junge Herzog von Oporto war gefährlich krank, bei Abgang der letzten Nachrichten aber außer Gefahr. — Die Königinn soll sich abermals in gesegneten Umständen befinden. — Der neue französische Botschafter, H^r. de Varennes, war am 28. März in Lissabon eingetroffen. — General Cordova (der sich bekanntlich aus Badajoz nach Portugal geflüchtet hat) war am 25. März in Lissabon angelangt, wo er den Ausgang des gegen ihn vor einem Kriegsgericht in Spanien anhängigen Prozesses abwarten will.

Türkei.

Berichte aus Konstantinopel vom 27. März melden: „Der Herzog von Devonshire hatte am 22. d. M. eine Audienz beim Sultan, wobei er von dem königl. großbritannischen Botschafter Lord Ponsonby S^r. Hoheit vorgestellt wurde. Tags darauf verließ er diese Hauptstadt, um sich nach Malta zu begeben. — Am 26. haben sämmtliche Großwürdenträger des Reiches, aus Anlaß des türkischen neuen Jahres, dem Sultan ihre Aufwartung gemacht. — Die seit einiger Zeit im Dienste der Pforte verwendeten königl. preußischen Hauptleute Freiherr von Vincke und die HH. von Mühlbach und Fischer haben die Decoration des Nischani-iftihar erhalten. — Der Gesundheitszustand ist fortwährend befriedigend."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Im verflossenen Jahre haben in den vereinigten Staaten nach einer ämtlichen, dem Congresse vorgelegten Urkunde 80 Verunglückungen von Dampfschiffen Statt gefunden. Von diesen Dampfbooten flogen 14 in die Luft und gingen ganz zu Grunde, 29 wurden durch Dampfkraft mehr oder minder beschädigt, und 37 gingen auf Baumstämmen in den Flüssen zu Grunde, wovon 30 im Mississippi und 4 im Ohio.

Die in Newyork im Jänner mit 5 Millionen Dollars, die vom 1. Jänner 1840 an auf 20 Millionen Dollars vermehrt werden sollen, begründete Handelsbank (Bank of commerce) dürfte durch die jetzigen kriegerischen Aussichten zuerst leiden und jedenfalls noch weit von der beabsichtigten Nebenbuhlerschaft mit der Bank der vereinigten Staaten in Philadelphia entfernt seyn.

Schweden und Norwegen.

Den norwegischen Zeitungen zufolge wollte der König am 17. April von Christiania abreisen. In dieser Jahreszeit wird eine so lange Reise nicht ohne Beschwerden seyn.

Durch mehrere theils ungünstige, theils auch gänzlich fehlgeschlagene Ernten, in verschiedenen Gegenden von Norwegen, ist ein großer Mangel an Getreide eingetreten, der um so mehr empfindlich ist, da die Bauern durch nothwendige Ankäufe schon in Schulden gerathen sind, und nicht leicht wieder Credit bei den Kaufleuten erhalten können. Das Bedürfniß des Landes und die Einfuhr von Getreide wird im Frühjahre wahrscheinlich nicht unbedeutend werden. In Stockholm stehen die Getreidepreise nicht besonders hoch. Getrockneter Roggen wird zu 10 Rthlr. schw. Bco. die Tonne verkauft.

Belgien.

Das Wahlcollegium von Gent ist auf den 24. April zusammenberufen worden, um ein Mitglied der Repräs-

sentantenkammer zu wählen, da der bisherige Deputirte, H^r. Desmaisières, zum Finanzminister ernannt worden und mithin einer neuen Wahl sich unterwerfen muß. Man glaubt, in diesen Tagen werde auch die Ernennung des H^rn. Lebeau zum Justizminister bekannt werden.

Brüsseler Blättern zufolge ist der Minister Rothomb im Begriffe, nach London abzureisen, und zwar soll seine Reise mit der Unterzeichnung des Friedenstractats in Verbindung stehen. Der Minister wird erst in zehn oder zwölf Tagen von London zurückerwartet.

Man vernimmt, daß die nach dem Luxemburgischen bestimmte Division, über welche seit vorigem November General Olivier, der sein Hauptquartier in Namur aufgeschlagen hatte, den Oberbefehl führt, ehestens auseinander gehen wird. Die Regimenter, aus welchen sie besteht, und von welchen sich ein Theil noch im belgischen Luxemburg befindet, sollen nach ihren frühern Garnisonen in Flandern und Hennegau zurückkehren, und die vierten Bataillons derselben dort sogleich aufgelöstwerden.

Teutschland.

Wie man vernimmt, hat S^r. Majestät der König von Baiern die Reise von Neapel nach Palermo in 20 Stunden zurückgelegt, und ist in letzterer Stadt mit Kanonensalven begrüßt worden. Während auf dem Aetna und den umliegenden Bergen noch Schnee lag, prangte Palermo selbst und seine Umgebung im herrlichsten Frühlingsschmuck. Der König wollte noch vor dem 6. April wieder in Neapel ankommen, und am 10. von da nach Ischia abgehen.

In Frankfurt ist nunmehr die schon längst besprochene Zinsenreduction der städtischen Obligationen beschlossen, und auch bereits ins Werk gesetzt worden. Man hat sich endlich überzeugt, daß das nächstgelegene und einfachste Mittel, nämlich die Umwandlung der Schuld, ohne Mitwirkung von Unternehmern, direct durch die städtischen Behörden besorgen zu lassen, am sichersten zum Ziele führen werde. — Aus den bekanntgemachten Bedingungen, nach welchen vorzugsweise den Besitzern 4percentigen Obligationen, wenn sie sich zum Umtausch bis zum 30. April anmelden, außer einem verlängerten Genuß des bisherigen Zinsfußes, neue 3½percentige Obligationen à 99 überlassen werden, denen aber, die sich mit baarem Gelde bei letztern betheiligen wolle, kein Kursnachlaß, sondern lediglich eine dem Vernehmen nach circa ½ Percent betragende Zinsenbonification zugestanden wird, scheint geschlossen werden zu dürfen, daß die Behörden sich im voraus einer namhaften Betheiligung an dem neuen Anleihen versichert haben müssen. Hiernach und bei der Vorliebe, die für Frankfurter Obligationen besteht, hat die Vermuthung Vieler, daß dieß neue 3½percentige Papier sich bald nach seinem Erscheinen über pari erheben werde, einige Wahrscheinlichkeit für sich.

Wien.

Am 17. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107½.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81½.
Dotl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	284.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	65¼.
Kurs auf Augsburg	für 100 fl. Curr.	fl. 99½ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück	—— in CM.	

Vermischte Nachrichten.

Am 5. April Nachmittags und Abends sind in Florenz, bei einem heftigen Brausen in der Luft, mehrere Erdstöße in der Richtung von Süden nach Norden verspürt worden.

Wissenschaftliche Nachrichten.

Urkunden und Actenstücke zur Geschichte der Verhältnisse zwischen Oesterreich, Ungarn und der Pforte im XVI. und XVII. Jahrhunderte. Aus Archiven und Bibliotheken. (Herausgegeben vom k. k. Hofbibliotheks-Scriptor Gevay.) Wien, in Commission bei Schaumburg und Comp. Gedruckt bei A. Strauß sel. Witwe 1838. 4. Erste Lieferung (14 B.) 1 fl. 30 kr. C. M. Zweite Lieferung (14 B.) 1 fl. 30 kr. C. M. Dritte Lieferung (20 B.) 2 fl. 15 kr. C. M.

Die Sammlung bildet einen Anhang zu allen Bearbeitungen der österreichischen, ungrischen und osmanischen Geschichte, insbesondere aber zu Hammers Geschichte des osmanischen Reiches, zu Majlaths Geschichte des österreichischen Kaiserstaates und zu Bucholtz's Geschichte Ferdinand des Ersten. Sie beschränkt sich auf das sechzehnte und siebzehnte Jahrhundert und gibt fast ohne Ausnahme nur ungedruckte Urkunden und Actenstücke in teutscher, französischer, illyrischer, italienischer, lateinischer, spanischer, türkischer und ungrischer Sprache, wie sie dieselben findet, in diplomatisch getreuen Abdrücken. — Sie erscheint in Lieferungen, so, daß jede für sich einzeln als ein Ganzes betrachtet werden kann, und alle durch die Jahreszahl auf dem Titel zusammenhängen.

Drei Lieferungen sind bereits erschienen, enthaltend Actenstücke zur vierten, fünften und sechsten Gesandtschaft König Ferdinands I. an Sultan Suleiman I. in den Jahren 1530 (Joseph von Lamberg und Nikolaus Jurischitsch), 1532 (Leonhard Graf von Nogarola und Joseph von Lamberg) und 1533 (Hieronymus von Zara und Cornelius Schepper), und die vierte Lieferung, welche Actenstücke zu der noch von keinem Historiker erwähnten siebenten Gesandtschaft Ferdinand I. an Sultan Suleiman I. im Jahre 1534 (Cornelius Schepper) bringen wird, ist unter der Presse; nach deren Erscheinen, wenn das Unternehmen Beifall findet, in möglichst kurzen Zwischenräumen Actenstücke zur ersten Gesandtschaft König Ferdinands I. an Suleiman I. 1527, zur zweiten 1528 (Johann Hoberdanacz und Siegmund Weichselberger), zur dritten 1529 (Nikolaus Jurischitsch), zur achten 1536 (Johann Maria Barziza), zur neunten 1536 bis 1537 (Franz Freiherr von Sprinzenstein), zur zehnten 1539 (Hieronymus Laski), zur eilften 1540 bis 1541 (Hieronymus Laski), zur zwölften 1541 (Nikolaus Graf von Salm und Siegmund Freiherr von Herberstein) und sofort zu allen österreichischen Gesandtschaften an die Pforte bis zum Carlowiczer Frieden folgen sollen.

Zur Empfehlung der Sache wollen wir nur darauf aufmerksam machen, daß von den 179 theils bereits mitgetheilten, theils in der vierten Lieferung mitzutheilenden Stücken 150 noch ganz und gar unbekannt sind und diese so viel Wichtiges enthalten, daß die Darstellung der Begebenheiten der genannten vier Jahre eine wesentliche Umgestaltung erleiden dürfte.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

W
1-K.
ZEITUNG
1839

№ 109

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 19. April 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 17. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.473	28. 2L. 9P.	+ 3.8	SO.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.379	28 1 8	+ 11.3	SO.	mittel.	heiter.
	10 Uhr Abends.	27.339	28 1 2	+ 7.5	S	schwach.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Der Morning-Chronicle wird von der Torypresse jetzt vorgerückt, daß sie den Instinct der Ratten zu haben scheine, die das Schiff verlassen, wenn es im Sinken ist. Aus diesem Gesichtspuncte betrachten diese Blätter die stark radicale Farbe, welche die Chronicle in der letzten Zeit angenommen, und die sie selbst durch angebsichen Eifer für die Erhaltung des Ministeriums zu rechtfertigen sucht, indem sie behauptet, daß dasselbe nur am Ruder bleiben könne, wenn es alle Reformer unter Einem Banner zu vereinigen wisse, weil sonst andere ein solches Banner aufstecken müßten. Dieses Banner soll nun nach der Chronicle folgende Inschrift tragen: geheime Abstimmung, Hausväterwahlrecht, dreijährige Parlamente, gänzliche Abschaffung aller Eigenthumsqualification als Bedingung für die Wahlfähigkeit zum Parlamentsmitgliede und eine angemessenere Vertretung des Volks. Da aber diese Puncte — wenigstens früher, ob jetzt auch noch, das kann man nicht wissen, — das politische Programm des Grafen Durham bildeten, so suchen die Torybläter im Publicum die Meinung zu erregen, daß die Chronicle schon auf ein Durham'sches Ministerium hinsteure. Die Einigkeit, welche durch Aufstellung jener Fragen unter den Reformern hervorgebracht werden soll, dürfte übrigens sehr precär seyn, und die Minister könnten, wenn sie der Chronicle folgten, leicht in die Gefahr kommen, daß noch ein Theil ihrer Anhänger sie verließe und zu den Conservativen überginge. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Cabinets ist aber auch gar nicht daran zu denken, daß die Minister die Devise der Chronicle annehmen könnten; Lord John Russell würde dadurch mit seinen letzten Erklärungen in den entschiedensten Widerspruch gerathen, und Lord Melbourne gilt für so conservativ gesinnt, daß man es gar nicht für unmöglich hält, ihn, wenn ein radicaleres Ministerium ans Ruder kommen sollte, dem Beispiele des Herzogs von Richmond, Grafen Ripon, Lord Stanley und Sir James Graham folgen und wenigstens auf einer Querbank zwischen der Oppositions- und ministeriellen Seite Platz nehmen zu sehen. Den Tories würde eine solche Acquisition gewiß nicht unerwünscht seyn, da Lord Melbourne allgemein in dem Rufe steht, den größten Einfluß am jetzigen Hofe zu besitzen. Einstweilen können die Organe dieser Partei ihre Freude darüber nicht verbergen, daß die Minister sich auch von dem einzigen Morgenblatt, welches ihnen bisher das Wort geredet, von der Chronicle, im Stich gelassen sähen, zugleich aber weisen sie jede Hülfe von Seiten der Radicalen, um das Ministerium zu stürzen, aufs emphatischste zurück, indem sie versichern, daß die Conservativen sich nie durch eine Verbindung mit dem Republikanismus, — denn nichts Anders als diesen halten sie für das Endziel der von den radicalen Blättern und jetzt auch von der Chronicle aufgestellten Grundsatze, — compromittiren würden. Unterdessen wird, je näher der 15. April heranrückt, an welchem das Schicksal des Ministeriums entschieden werden soll, die Frage immer bedenklicher, ob es sich, selbst wenn es bei der Abstimmung über Irlands Verwaltung die Majorität im Unterhause behält, noch länger wird halten können, da sich in England und Schottland bei dieser Gelegenheit wenig Sympathie zu seinen Gunsten zeigt und selbst O'Connell in seiner letzten zu Dublin gehaltenen Rede schon auf die Nothwendigkeit weiterer Parlamentsreformen, auch für England, hinweist, um dem Ministerium eine festere Grundlage in der öffentlichen Meinung zu geben. Da aber Lord John Russell und Lord Melbourne nicht die mindeste Lust zu solchen Reformen zeigen, so möchte man fast glauben, daß diejenigen Recht hätten, welche behaupten, es sei der geheime Wunsch beider Minister, von der Regierungslast befreit zu werden, oder man muß annehmen, daß sie auf die Warnungen derjenigen bauen, die den Liberalen vorhalten, daß es ihr eigenes Interesse verkennen heiße, wenn sie sich nicht zur Aufrechthaltung des jetzigen Ministeriums vereinigten, weil sonst die Torypartei durch neue allgemeine Wahlen leicht eine Stärke gewinnen dürfte, die der Reformsache die größte Gefahr bringen könnte. Die Morning-Chronicle scheint diese Besorgniß nicht zu hegen, denn sie tritt immer entschiedener gegen das Ministerium auf und trägt offenbar, indem sie in ihrer Weise auf Einigkeit unter den Reformern dringt, gerade umgekehrt dazu bei, die Spaltung noch zu erweitern. „Es ist jetzt klar," sagt das Blatt unter Anderm, „daß die Minister dem bevorstehenden parlamentarischen Kampfe ohne die Unterstützung und Aufmunterung irgend einer Volksdemonstration zu ihren Gunsten auf dieser Seite des Canals entgegengehen. Dieß sollten sie wohl erwägen. Es zeugt aufs deutlichste für den großen Irrthum ihrer Politik und für die Nothwendigkeit eines andern Verfahrens. In Edinburgh, der whiggistischsten aller Städte, konnte nicht einmal ein Billigungsvotum in Betreff des unbezweifeltsten Punctes der Whigpolitik, der Verwaltung Irlands nämlich, durchgesetzt werden, und die Localpresse im ganzen Lande gleicht dem tausendfachen Echo einer einzigen Stimme. Diese Zeichen der Zeit entspringen aus keiner außerordentlichen Aufregung, aus keinem neuerlich gegebenen oder genommenen Anstoß, aus keiner Sympathie für die Tories. Der Anlaß ist ganz einfach der, daß die Minister von dem Unterhause ein Vertrauensvotum in Bezug auf ihre irländische Politik verlangen, welche Gelegenheit das Land ergreift, um sein Mißfallen an ihrer nichtreformirenden Politik kund-

zugeben. Dieß ist keine Torpreaction. Die Edinburgher Versammlung hat sich ausdrücklich und wohlweislich gegen jedwede Identificirung mit der Opposition der Tories verwahrt. Die Provinzialpresse ist durchaus antitorystisch. Selbst mit ihrem Geschrei über das neue Armengesetz haben die Tories die Massen nicht zu täuschen vermocht. Die Unzufriedenheit der Menge ist nicht eine Folge davon, daß diese sich zum Torysmus hinneigt, sondern daß sie den Ministern eine solche Neigung zuschreibt. Haß des Volkes gegen die Tories ist es, was die Minister unpopulär macht. Befanden sich jemals Männer in einer so anomalen und ungereimten Stellung? Sie sind denen am meisten entgegen, die ihre Gegner am meisten hassen. Durch die Verdrängung der Tories ans Ruder gekommen, halten sie sich nur durch die Duldung der Tories. Für ein Reformministerium sich ausgebend, ist ihre Existenz durch das Vorherrschen von Reformprincipien gefährdet." Die erstere Behauptung, daß die Minister sich nur durch den Beistand der Tories hielten, ist längst von Seiten der Torypresse aufgestellt worden; die letztere aber, daß das Verlangen nach weiteren Reformen überwiegend sei, wird von dieser Presse für ganz ungegründet gehalten; sie behauptet vielmehr, daß das gegenwärtige Unterhaus gar nicht mehr die öffentliche Meinung ausdrücke, und daß nur allgemeine Wahlen eine conservative Majorität liefern würden. Man könnte fragen, warum die Conservativen denn nicht längst einen ernstlicheren Versuch zum Sturz des Ministeriums gemacht hätten? Darauf haben aber die Gemäßigten der Partei schon früher geantwortet, daß sie eine lebhaftere Aeußerung der Stimme des Landes abwarteten, um ihrer Sache nicht durch Uebereilung zu schaden. „So," sagt nun auch die Morning-Chronicle, „fristen die Minister ihre Existenz nur dadurch, daß es denjenigen, die auf die gänzliche Vernichtung ihres Ansehens abzielen, wünschenswerth ist, sie noch eine Weile am Ruder zu erhalten."

Der ministerielle Globe hält es für die billigste Art, die Gränzstreitigkeit mit den vereinigten Staaten zu erledigen, wenn man jeden Versuch aufgebe, die in dem Vertrage von 1783 aufgestellte Gränzlinie zu bestimmen, und statt dessen die Frage ganz von vorn wieder aufnehme, mit Berücksichtigung desjenigen, was zur Erhaltung des Friedens nothwendig sei, um, so viel als möglich, jede Ursache zu künftigen Zwisten zu entfernen. Man könnte sich vielleicht, meint jenes Blatt, über einen Gebietsaustausch oder über die Bezahlung einer Geldsumme einigen, die nach dem Werthe des für Großbritannien nöthigen Landstrichs zu bestimmen wäre, wenn es sich nämlich ergäbe, daß die Ansprüche der vereinigten Staaten begründet seien. Die Times will wissen, daß dieser Plan, die Frage von neuem aufzunehmen, ohne sich an die Worte des Tractats von 1783 zu halten, nicht von der brittischen Regierung, sondern vor dem Gesandten der vereinigten Staaten ausgegangen sei, der denselben schon vor einiger Zeit dem Lord Palmerston vorgelegt, und dessen Zustimmung erhalten habe, ohne daß jedoch dieser Minister seine Amtsgenossen vor dem Ausbruche der neuesten Handel damit bekannt gemacht hätte. Letzterer Umstand wird nun besonders dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten von den Torydblättern sehr zum Vorwurf gemacht, und ihm im voraus die Schuld an dem Blutvergießen, das etwa aus dieser Unterlassung entspringen möchte, zugewälzt.

Vor einigen Tagen gaben die Mitglieder des Shakespeare-Clubbs dem berühmten Schauspieler Hrn. Macready ein glänzendes Festmahl, als Anerkennung seiner großen Verdienste um Wiederherstellung des ächten brittischen Dramas. Gegen 50 ausgezeichnete Schriftsteller und Literatur- und Kunstfreunde waren dabei anwesend. In Abwesenheit des Licentiaten Hrn. Talfourd, des Präsidenten des Clubbs, welcher jetzt, zur Zeit der Assisen, den ihm zugewiesenen Gerichtsbezirk, die Grafschaften Mittel-Englands (Midland circuit) zu bereisen hat, führte der beliebte Schriftsteller des Tages, Charles Dickens Esq. (Boz), den Vorsitz.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Ueber Havre hat man Nachrichten aus Newyork bis zum 16. März erhalten. Die amerikanischen Blätter sind fast ganz mit Betrachtungen über die Gränzfrage angefüllt. Die vorwiegende Meinung ist, der Friede werde gewahrt bleiben, obwohl es andererseits nicht an kriegslustigen Stimmen fehlt. Die definitive Ernennung eines **außerordentlichen Gesandten nach England** in dieser Angelegenheit ist erfolgt, aber weder auf Hrn. Calhoun, noch auf Hrn. Webster, noch auf einen andern der früher genannten Candidaten gefallen, sondern auf Hrn. Woodbury, zu dessen Ueberfahrt die Fregatte „Constitution" in Bereitschaft gesetzt wurde. Hr. Webster, von der Opposition, hat sich veranlaßt gefunden, gegen eine Mißdeutung seiner im Congreß gethanen Aeußerung: „wenn England nicht bis zum 4. Juli d. J. die Sache beigelegt habe, so müßten die vereinigten Staaten das streitige Gebiet besetzen," sich öffentlich zu verwahren, und zu erklären, auch er wünsche und hoffe die Wahrung des Friedens. Mittlerweile verstärkten beide Theile auf der Gränze, die Bürger des Staats Maine und die Neubraunschweiger, ihre Stellungen und rüsteten sich auf den schlimmsten Fall. Der Gouverneur von Maine, Hr. Fairfield, richtete am 12. März wieder eine Botschaft an die Legislatur dieses Staats, worin er die bekannte, zwischen Hrn. Forsyth und Hrn. Fox bedingungsweise abgeschlossene Uebereinkunft für unbefriedigend und unbillig erklärte, und sofort rieth, die Militärmacht des Staats nicht zurückzuziehen, der Gouverneur von Neubraunschweig müßte denn zuvor seine Truppen von der Gränze zurückgezogen haben. Der Beschluß der Legislatur erfolgte in diesem Sinne, obgleich die Botschaft in einer Nachschrift anzeigte, daß Hr. Fairfield von Sir J. Harvey eine friedliche Note des Inhalts erhalten habe, er sei bereit, unter Zugrundelegung des Memorandums der HH. Forsyth und Fox ein Uebereinkommen zu negociiren. Bis zum 12. März standen die Milizen von Oxford und Cumberland in Maine noch in Augusta, also fern von der Gränze, und General Scott, der daselbst angekommen war, handelte als eifriger Friedensstifter. Brittischerseits waren die aus Neuschottland und Neubraunschweig abgegangenen Verstärkungen unterm 12. März noch nicht weiter als bis Fredericktown vorgerückt. Viele englische Gränzer, deren Haupterwerb seit Jahren die Fällung von Zimmerholz auf dem streitigen Gebiete gewesen war, hatten sich, den Ausbruch von Feindseligkeiten befürchtend, mit ihren Habseligkeiten nach Fredericktown, Woodstock und St. Andrews geflüchtet.

Vereinigte Provinzen des Rio de la Plata.

Man hat in England Nachrichten aus Buenosayres bis zum 26. Jänner erhalten. Am 1. Jänner hat der Gouverneur Rosas die Legislatur eröffnet. Die Staatsausgaben für 1839 sind auf 28,700,404 Dollars veranschlagt, welche zum Theil durch Ausgabe neuer Banknoten gedeckt werden sollen. In seiner Eröffnungsrede erklärte der Präsident, sein Anerbieten, die Schlichtung des Streites an England zu überlassen, sei von dem französischen Consul mit Verachtung aufgenommen worden, seither aber habe er erfahren, daß das brittische Cabinet selbst dem König der Franzosen seine Vermittlers-

dienste angeboten habe. — Die Argentiner haben den Plan, die französischen Blockadeschiffe, deren Bemannung durch die Abgabe von Mannschaft an kleine Schiffe, welche von dem französischen Admiral aufgekauft worden sind, geschwächt ist, zu überfallen.

Spanien.

Briefe aus Bayonne vom 7. April melden: „Espartero, welcher in den letzten acht Tagen mit Concentrirung des größeren Theils seiner Armee um Lodosa beschäftigt war, hat plötzlich eine Bewegung auf seinem linken Flügel gemacht. Er schlug mit zwei Divisionen die Richtung nach Vitoria ein, und wird von hier gegen die Provinz Santander vorrücken, um das Terrain zwischen Ramales und Valmaseda, auf der Gränze der Encartaciones und der Montaña von Santander, das er in den letzten zwei Jahren verloren, den Carlisten wieder abzunehmen. Maroto ließ sofort seine Bataillons in derselben Richtung abgehen, aber auf dem dreimal kürzeren Wege durch das Borundathal, so daß sie drei Tage vor den Christinos auf den bedrohten Puncten eintreffen können. Maroto selbst ist am 4. am Hofe des Don Carlos, zu Tolosa, den er seit dem 28. Februar nicht mehr besucht hatte, eingetroffen."

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 3. April: „Der Generalcapitän von Granada hat für gut befunden, mit den Rebellen von Melilla einen Vergleich abzuschließen, kraft dessen sich diese zur Uebergabe des Platzes verstanden, und dagegen mit Beibehaltung aller ihrer Waffen und Kriegsgeräthe nach Malaga eingeschifft, und von dort nach der cantabrischen Küste gebracht werden sollten, um sich zur Verfügung des Prätendenten zu stellen. Diese Uebereinkunft kam am 16. v. M. zu Stande; widrige Winde aber verhinderten die Ausschiffung der Truppen. Am 20. stieß der von Toulon kommende Kriegsbrigg „Volage" zu den blockirenden Schiffen; der sie befehligende Offizier erklärte, den Auftrag zu haben, den Spaniern seine Mitwirkung anzubieten. Am 22. begann die Ausschiffung der Truppen und die Einschiffung der Carlisten. Da sich aber ein starker Ostwind erhob, so sahen sich zwei der Fahrzeuge, auf denen sich 260 Carlisten befanden, gezwungen, in See zu stechen; eines dieser Schiffe lief in Malaga ein; von den 84 Carlisten, die es an Bord hatte, stiegen 5 Offiziere und 59 Soldaten ans Land und unterwarfen sich der Amnestie. Am 25. war die Einschiffung der übrigen Carlisten in Melilla vollendet, und der Platz befindet sich demnach wieder in der Gewalt der Truppen der Königinn. Widrige Winde zwangen die Schiffe, am 28. in den Hafen von Cartagena einzulaufen. Sie hatten 56 Offiziere, einen Wundarzt, einen Caplan und 291 Soldaten an Bord, die, der Capitulation zufolge, von dort nach Malaga gebracht werden sollen. — Ein hiesiges Blatt, das unter dem Einflusse des Grafen Luchana steht, erklärt, dieser werde mit niemanden eine Transaction eingehen; sein Wahlspruch sei Isabelle II., die Constitution von 1837 und die Regentschaft Marie Christinens; er sei jedoch bereit, alle Spanier, welche unter Anerkennung dieser Grundsätze die Waffen niederlegten, oder mit ihnen zur Erkämpfung des Friedens beitrügen, als seine Mitbrüder bei sich aufzunehmen. — Das Ministerium ist in völliger Auflösung, seitdem der General Alair sich mit dem Finanzminister auf eine Weise überworfen hat, die jede Aussöhnung unmöglich macht. Letzterer macht jenem die Unthätigkeit des Obergenerals und den übeln Gang der Operationen in Arragonien zum Vorwurf; der Kriegsminister dagegen verlangt von Hrn. Pita die Millionen, die aus der famösen Henderson'schen Anleihe hervorgehen sollten. Unter diesen Umständen hat die Königinn-Regentinn mehrere Personen ihres Vertrauens, man sagt auch Hrn. Isturiz, zu sich rufen lassen, um sie über die Bildung eines neuen Cabinets zu befragen. Sie soll bereits den Entschluß gefaßt haben, sowohl den Kriegs-, wie auch den Finanzminister zu entlassen, ohne daß jedoch in Betreff der zu ihren Nachfolgern bestimmten Personen etwas entschieden wäre. Der General D. Geronimo Valdes soll sich nämlich weigern, das Kriegsministerium zu übernehmen. Die Ernennung des Hrn. Calderon de la Barca zum Gesandten in Mexico scheint wieder rückgängig geworden zu seyn, und man hat diese Stelle nun dem Hrn. Isturiz angetragen. Dieser schlug sie aber aus, weil er nur eine ehrenvolle Verbannung darin erblicken konnte. — In Valencia herrschte am 30. beim Abgange der Post eine große Aufregung; die Thore wurden geschlossen und die Nationalmiliz ward zu den Waffen gerufen. Man hörte das Geschrei: „Keine Transaction! Tod den Gefangenen!"

Frankreich.

Das Journal des Debats sucht in einem längern Artikel die Unmöglichkeit einer parlamentarischen Untersuchung der Wahlen, mit welcher die Linke droht, nachzuweisen: „Die vorgeblichen Wahlmanövers waren unserer Ansicht nach nur die Ausübung eines strengen Rechts der Regierung. Wir fragen Hrn. Thiers, Hrn. Guizot, alle Männer, welche seit zehn Jahren in der Gewalt sich folgten, haben sie anders gehandelt? Die Regierung war angegriffen; sie mußte sich vertheidigen. Was sie für ihre Freunde gethan, war ihre Pflicht. Vielleicht hatte sie ihren Feinden nur allzu viel zugestanden. In vielen Arrondissements sagte man: „Was haben wir nöthig, den Candidaten des Ministeriums zu ernennen? Unser Deputirter der Opposition erlangt weit besser Alles, was er will." — Wenn die Regierung Einfluß besitzt, warum sollte dieser Einfluß jenen nicht zu gute kommen, welche die Regierung vertheidigen? Hat aber die Regierung keinen Einfluß, wie man dem Ministerium vom 15. April vorwarf, worüber beklagt man sich dann? Doch selbst angenommen, die Mißgriffe, welche man der Staatsgewalt vorwirft, hätten eine parlamentarische Untersuchung nothwendig gemacht, auf welche Art will man dabei verfahren? Wir erinnern uns einer weit weniger ernsten parlamentarischen Untersuchung, welche die Kammer vor drei Jahren über die Tabakfrage decretirte. Sie hatte nicht das geringste Resultat; sie starb an Ohnmacht und Fruchtlosigkeit, ja wir hätten beinahe das Recht zu sagen, an Lächerlichkeit; denn sie wurde mit großem Lärmen angekündigt und verschwand geräuschlos, ohne daß irgend jemand über ihre Existenz oder über die Ursachen ihres Todes Rechenschaft ablegen konnte. Eine Untersuchung der Wahlen hätte einen noch gehässigern, bedrückendern, tyrannischern Character, ohne mehr Aussicht auf Erfolg zu haben. Das einzige Mittel, jene vorgeblichen Wahlmanövers zu constatiren, wäre eine Vorladung sämmtlicher Beamten vor die Untersuchungscommission. Nehmen wir an, zwanzig Präfecte würden gerufen; allein in eurer Gegenwart werden sie eure Competenz bestreiten, und sie haben Recht; sie werden sich weigern zu antworten, und sie haben vollkommen Recht. Wie wollt ihr sie nun bei diesem stummen Widerstande, hinter den sie sich verschanzen werden, zum Sprechen nöthigen? Ihr gebraucht vielleicht gegen das administrative Frankreich die Waffe der Absetzung? Allein nachdem ihr nun die Präfecten gerichtet, wie wollt ihr gegen die Minister verfahren, welche die Befehle dictirt, den Manövers, welchen ihr nachspüren wollt, präsidirt, und die Kosten der Bestechungen bestritten haben, die ihr

bestrafen wollt? Ihr citirt also vor eure Schranken auch die Minister des 15. April? Wie! noch ehe die Deputirtenkammer diese Minister in Anklagestand versetzt, noch ehe die Pairskammer intervenirt hat, wollt ihr Untersuchungscommissäre Gericht halten? . . Dieß ist eben so albern, als unmöglich! In eine solche unentwirrbare Confusion habt ihr die Staatsgewalten gebracht! Oder vielmehr dieß ist die lächerliche Ohnmacht, deren trauriges Beispiel ihr gegeben! . . ."

Der Gerant des National, Hr. Delaroche, ist vor den Assisen des Seine-Departements wegen eines Artikels über die „Armee," den späterhin auch das Echo Français und die Europe Monarchique aufgenommen hatten, von der Jury freigesprochen worden. Die Geranten der beiden andern Journale, die HH. Herbert und Defontenays, wurden ebenfalls freigesprochen.

Zur Bestätigung seiner gestrigen Angaben über die Handelskrisis führt der National Folgendes an: „Im Monat März wurden 2,262,615 Fr. in die Pariser Spareasse eingelegt, und 3,935,500 Fr. herausgenommen. In der letzten Woche hat die Casse 434,867 Fr. erhalten und 830,000 Fr. zurückbezahlt. Im März 1838 waren 434 Ochsen, 210 Kühe, 764 Kälber und 484 Hammel mehr verzehrt worden, als im März 1839; endlich hat der Verbrauch von Fleisch während des ersten Quartals gegen das gleiche Quartal des vorigen Jahres um 1,800,000 Pfund abgenommen.

Nach dem Constitutionnel wird in Paris eine Bittschrift an die Deputirtenkammer in Betreff der Handelskrisis unterzeichnet, worin das Ministerium vom 15. April angeklagt wird, daß es das öffentliche Wohl persönlichen Interessen geopfert habe; die Bittsteller tragen sogar auf seine Versetzung in Anklagestand an.

Der Neufchateler Gelehrte Agassiz ist von der Akademie der Wissenschaften zum correspondirenden Mitglied in der naturhistorischen Section erwählt worden. Er erhielt 21, sein Mitbewerber, der Prinz von Musignano (Sohn Lucian Bonaparte's), 20 Stimmen; ein Zettel blieb leer.

Belgien.

Nachrichten aus Brüssel vom 10. April zufolge hat die Anklagekammer des Appelhofes nach sechsstündiger Berathung so eben entschieden, daß Barthels und Kats wegen Verschwörung gegen die Sicherheit des Staats vor die Assisen gestellt werden sollen.

Man versichert, nach den beschlossenen ministeriellen Arrangements sei Hr. Nothomb zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Lebeau zum Justizminister und Hr. Rogier zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt. Was diese letztere Ernennung zu bestätigen scheint, ist, daß Hr. Rogier schon mit einer Deputation der Provinzialstände nach Herenthals abgereist ist, um über die Mittel zu berathen, die Nethe von Antwerpen bis Herenthals schiffbar zu machen. — Andern Nachrichten zufolge soll Hr. Liedts, Präsident des Tribunals von Antwerpen, zum Justizminister bestimmt seyn.

Seit langer Zeit war die Rede von der Einrichtung eines regelmäßigen Dampfschifffahrtsdienstes zwischen Antwerpen und Hamburg. Die „Societé Anversoise," die jeden Tag ihre Wirkungsmittel im Interesse des Landes vermehrt, hat so eben diesen Plan verwirklicht. „Das schöne Dampfschiff „Princesse Victoria," heißt es in Antwerpener Blättern vom 9. April, „wird auf dieser Linie den Dienst versehen; seine erste Abfahrt von Antwerpen ist auf den 30. April festgestellt; die folgenden Fahrten werden am 10., 20. und 30. Mai, die Rückfahrten von Hamburg am 5., 15. und 25. Mai Statt finden. So können in zehn Tagen die Austauschungen zwischen den beiden Häfen bewerkstelligt werden. Die Organisation dieses Dienstes, der unfehlbar für die Waaren wie für die Reisenden vortheilhaft seyn wird, nähert noch andere Strecken einander; zu Hamburg concentriren sich die Verbindungen mit Rußland und dem ganzen Norden. Die belgische Dampfschifffahrt wird mit der englischen und französischen in Concurrenz treten. Antwerpen hat eine glückliche Lage, um den Kampf zu bestehen; die Klugheit und Geschicklichkeit, wovon unsere Nationalgesellschaft bis jetzt Beweise geliefert, bürgen dafür, daß sie Alles für den Erfolg berechnet hat. Die Lösung der politischen Zwistigkeiten wirkt sehr auf die Vermehrung unserer politischen Verbindungen ein; die Clauseln des Friedensvertrags in Betreff des Scheldezolles haben daher, wie man sieht, die „Societé Anversoise" nicht gehindert, dem Folge zu geben, was sie früher beschlossen hatte."

Briefe aus Lüttich vom 10. April geben noch folgende Details über die Katastrophe in der Kohlengrube von Horloz: „Gestern Nachmittags sind 13 Leichen aus der Grube hervorgezogen worden; es blieben deren noch 6 aufzufinden, und mit dieser Aufsuchung ist man seit gestern Abend beschäftigt. Gleich nach dieser Katastrophe sind die Arbeiter der Kohlengrube Avroy nach der Grube von Horloz geführt worden; in Brigaden eingetheilt, haben sie abwechselnd seit der Explosion gearbeitet. Noch diese Nacht haben sie ihre Nachsuchungen fortgesetzt; allein diesen Morgen waren die oben erwähnten sechs Leichen noch nicht aufgefunden. Die Gasexplosion hat acht bis zehn Einstürzungen in der Grube verursacht. Die meisten umgekommenen Arbeiter sind aus der Gemeinde St. Nicolas. Mehrere hinterlassen zahlreiche Familien. Der Vicar der Gemeinde hat den größten Eifer und die lobenswertheste Aufopferung entwickelt. Bis jetzt weiß man nichts Bestimmtes über die Ursache der Explosion. — Seit sieben Jahren sind in den Kohlengruben der Provinz Lüttich durch Unglücke 243 Menschen getödtet und 82 verwundet worden."

Das in Arlon erscheinende, sonst so kriegerisch gesinnte Echo de Luxemburg gesteht nun endlich ebenfalls, es würde eine Thorheit seyn, wenn die Provinz Luxemburg auf eigene Hand einen Widerstand versuchen wolle. Einige Anarchisten sollen in dem streitigen Gebiete immer noch ihr Wesen zu treiben versuchen, und namentlich teutsche Flüchtlinge darunter seyn. Die Regierung ist ihnen auf der Spur; sie hat schon eine Menge verdächtiger Subjecte zum Lande hinausgewiesen und will es an Wachsamkeit nicht fehlen lassen.

Wien.

Am 18. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 7/8.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 1/4.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pC. in CM.		66.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 110

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 20. April 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 18. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.335	283. 12. 1 P.	+ 6.2	W.	schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.38	28 1 8	+ 9.1	W.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.525	28 3 1	+ 6.5	W	schwach.	Wolken.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer fuhr in ihrer Sitzung vom 11. April mit Verification der Vollmachten fort; vier angestrittene Wahlen, die der HH. Limperani, Delebecque, de Larcy und de l'Espée, wurden nach langer Debatte, wobei die alten Klagen über gesetzwidrigen Einfluß der Staatsverwaltung vorgebracht wurden, für gültig erklärt. Man hoffte, daß die Verification am folgenden Tage zu Ende gebracht und dann am Montag, 15. April, zur Präsidentenwahl geschritten werden könne. Als Hauptcandidaten nennt man die HH. Odilon-Barrot, Passy und Dupin. — In den Gängen der Deputirtenkammer waren Gerüchte über die Bildung eines neuen Cabinets verbreitet und der Constitutionnel gibt sogar die Namen der neuen Minister: Marschall Soult, Präsident des Conseils und Kriegsminister; sein Sohn, Marquis Soult, Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Hr. Amilhau, Siegelbewahrer; Hr. Cunin-Gridaine, Handelsminister; Hr. Berenger, Minister des öffentlichen Unterrichts; Hr. Humann, Finanzminister, und Admiral Mackau, Marineminister.— Die ganze Composition fand wenig Glauben und die Presse erklärt ausdrücklich: „Wir wissen aus guter Quelle, daß sich der Hr. Marschall Soult nicht eher, als nach Bildung des Bureaus der Kammer, mit der Bildung eines Cabinets beschäftigen wird. Bis dahin bleibt alles suspendirt. Wir können noch hinzufügen, daß es mehr als je gewiß ist, daß der Marschall Soult und Hr. Thiers durch eine unübersteigliche Kluft getrennt sind."

Nach der Gazette des Tribunaux ist die Voruntersuchung über die letzten Unruhen beendigt. Die meisten Verhafteten sind wieder frei; nur zwölf werden in Anklagestand versetzt, weil sie unter Aufruhrgeschrei auf den Boulevards Bäume oder Pfähle ausgerissen, Laternen zertrümmert, oder auf die bewaffnete Macht mit Steinen geworfen hatten. Einer von ihnen hielt unter seiner Blouse einen Säbel und einen Degen ohne Scheide verborgen.

Am 12. April um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 109 Fr. 85. 3 Percents 80 Fr. 85.

Spanien.

Die Nachrichten aus Madrid vom 4. April sind ohne Interesse. — Der Belagerungsstand von Sevilla, der seit dem von Narvaez und Cordova im vorigen Jahre angezettelten Aufstand noch immer fortdauerte, war am 26. März von dem dortigen Commandanten, General Caratala, aufgehoben worden. — Aus Valencia fehlte es an Nachrichten in Madrid, wahrscheinlich weil die Communicationen durch die Carlisten abgeschnitten waren. — Unlängst wurde auch die Post von Badajoz nach Madrid in der Nähe erstgedachter Stadt von Carlistischen Streifcorps aufgefangen, in Folge dessen die Christinischen Behörden eine gewisse Anzahl Carlistischer Gefangenen, die sich im Depot zu Badajoz befanden, erschießen ließen!

Briefe aus Saragossa vom 5. April ziehen es in Zweifel, daß Cabrera, wie jüngsthin behauptet wurde, nach der „Huerta von Valencia" aufgebrochen sei; er sei vielmehr aufs eifrigste beschäftigt, Segura in respectablen Vertheidigungsstand zu setzen, zu welchem Behufe er alle Landhäuser in der Nähe der Stadt niedergebrannt habe.— General van Halen war am 4. April mit dem schweren Geschütz und einem Convoi, den er escortirte, in Munieſſa angelangt; man glaubte, daß er Willens sei, einen neuen Angriff gegen Segura zu unternehmen.

Großbritannien und Irland.

Der Staatssecretär des Innern, Lord John Russell, hat an den Lordlieutenant der Grafschaft Monmouth in Wales folgendes Schreiben erlassen: „Nachdem ich in Erfahrung gebracht, daß viele Individuen neuerdings die Grafschaft durchwandert haben, um Waffen zu verkaufen, und zwar nicht des Handels wegen, sondern in übelwollenden Absichten, so glaube ich, Ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punct lenken zu müssen, und fordere Sie auf, den Friedensrichtern der Grafschaft die größte Wachsamkeit in dieser Hinsicht zu empfehlen. Die Individuen, welche sich mit Waffen versehen, um den Gesetzen Widerstand zu leisten und gesetzwidrige Handlungen zu begehen, können offenbar als Verbrecher gerichtlich verfolgt werden; eben so diejenigen, welche die Waffen mit der Aufforderung an die Käufer verkaufen, sich derselben zum Widerstande gegen die Gesetze zu be-

dienen. Wenn ſolche Handlungen bewieſen werden, ſo ſind gegen die Thäter die geſetzlichen Strafen anzuwenden. Diejenigen, die ſich insgeheim in der Führung der Waffen üben, verletzen die Acte 60 Georgs III., Cap. 1. Deportation und Gefängniß ſind die Strafen, mit welchen die Theilnehmer an ſolchen Uebungen und die Leiter derſelben bedroht ſind. Im Falle des Zuwiderhandelns gegen eben genannte Acte haben die Friedensrichter unverweilt kräftige Maaßregeln zu ergreifen, um die Verhaftung der Verbrecher zu bewirken. Wollen Sie mir von Zeit zu Zeit über die in Ihrer Grafſchaft herrſchende Stimmung Berichte erſtatten; auch wäre es zu wünſchen, daß die Friedensrichter über alle aufrühreriſchen Verſammlungen, welche Statt finden, Zeugen abhören. — Am 9. Abends faßte der Nationalconvent, allem Anſchein nach im Hinblick auf obiges Schreiben Lord John Ruſſells und in Oppoſition gegen dasſelbe, eine Reſolution des Inhalts, daß dem Volke das Recht zuſtehe, ſich zu bewaffnen. — Das Parlamentsmitglied D. W. Harvey hat in einem Schreiben an ein Mitglied des Nationalconvents die Angabe, als hätte er dem Convente ſeinen Beiſtand als Rechtsgelehrter angeboten, für grundlos erklärt.

Lord Forteſcue hielt am 5. April ſein erſtes Lever im Dubliner Schloſſe. Man bemerkte unter den Erſcheinenden den Recorder von Dublin, Shaw, und mehrere toryiſtiſche Richter, welche ſich von Lord Normanby's Levers immer fern gehalten hatten. — Dubliner Blätter enthalten eine von dem Herzoge von Leinſter, den Lords Headford, Fingal, Meath, Howth, Charlemont, Goſford, Southwell, Cloncurry, Talbot de Malahide, Carew, Baron Roebeck und über dreißig Unterhausmitgliedern unterzeichnete Aufforderung zu einer „Verſammlung aller Freunde einer freiſinnigen Regierung in Irland auf den 11. April, im königlichen Theater, zu Vorbereitung einer Adreſſe an Ihre allergnädigſte Majeſtät und einer Bittſchrift an das Parlament, in welchen unvermindertes Zutrauen in die gegenwärtige Verwaltung und Billigung ihrer Politik gegen Irland ausgeſprochen werden ſoll."

Das Journal des Debats enthält über die Gränzſtreitigkeiten zwiſchen England und den vereinigten Staaten folgenden Artikel, der ſich durch ſeine klare und überſichtliche Darſtellung auszeichnet: „Die zwiſchen England und den vereinigten Staaten ausgebrocheneu Differenzen müſſen auf den Tractat von 1783 zurückgeführt werden. In dieſem erkannte England die Unabhängigkeit ſeiner vormaligen Colonien an und ordnete, in Gemeinſchaft mit ihnen, die Abgränzung des Gebietes, welches es im Norden bewahrte, und desjenigen, welches es dem neuen Staatenbunde abtrat. Als im Jahre 1814 der Genter Tractat den Krieg beendete, welchen die vereinigten Staaten am 18. Juni 1812 den Engländern erklärt hatten, war die Gränzlinie auf dieſem Gebiete noch nicht regulirt. Es wurde damals entſchieden, daß Commiſſarien beider Regierungen dieſe Linie in Gemäßheit früherer Verträge vom Ufer des atlantiſchen Meeres bis zum Wälderſee in der Mitte des Landes ziehen ſollten. Die Commiſſarien machten ſich bald ans Werk und entledigten ſich ihrer Aufgabe, welche in dem Gebiet, das zwiſchen dem Wälderſee und den Quellen des Connecticut liegt, keine großen Schwierigkeiten darbot. Am Uferlande des atlantiſchen Meeres war die Gränzlinie in dem Tractat von 1783 ebenfalls genau angegeben. Sie wurde durch den kleinen Küſtenfluß Sainte Croix gebildet; aber von den Quellen des Sainte Croix an, bis zu dem Hochlande, welches die Quellen des Connecticut beherrſcht, ließ der Tractat zwei verſchiedene Auslegungen zu. Jede der beiden Mächte entſchied ſich für eine derſelben und hält noch daran feſt. Daraus ſind die Colliſionen zwiſchen dem engliſchen Gouverneur von Neubraunſchweig und dem Oberbeamten des Staates Maine entſtanden. Daraus muß man ſich auch die kräftige Demonſtration des Congreſſes und die ausgedehnte Vollmacht, welche er in ſeiner kriegeriſchen Stimmung dem Präſidenten des Bundes gab, erklären. Der Tractat von 1783 beſtimmte, daß die Gränze beider Länder gebildet werden ſolle durch eine Linie, die vom nordweſtlichen Winkel Neuſchottlands ausliefe und ſich längs des Abfalles des Hochlandes hinzöge, welches die Stromgebiete des St. Lorenzfluſſes und der directen Zuflüſſe des atlantiſchen Oceans bis zu den Quellen des Connecticut trenne. Aber wo war damals der nordweſtliche Winkel Neuſchottlands? Das wußte niemand anzugeben. Dieſe Provinz war in ihrem an die vereinigten Staaten gränzenden Theile unbewohnt und ſelbſt den Geographen unbekannt. Welches iſt das Hochland, bis zu welchem die von Süden nach Norden auslaufende Linie ſich erſtrecken ſollte? Die Unterhändler glaubten, dieß im Jahre 1783 ſehr genau beſtimmt zu haben, und gerade dieß bleibt nach 25jährigen diplomatiſchen Erörterungen noch zu entſcheiden übrig. Die bis zum St. Lorenzbuſen gezogene gerade Linie ſtößt auf zwei Hochländer, in einer Entfernung von 50 Meilen. Das eine, ganz nahe bei den Quellen des Sainte Croix gelegen, trennt dieſen Fluß vom St. John. Das andere liegt zwiſchen dem St. John und dem St. Lorenzo. Oberhalb der Quellen des St. John gehen beide Hochländer in einander über, in einer Entfernung von ungefähr 60 Meilen von den Quellen des Sainte Croix. Welches dieſer Hochländer ſoll nun die Gränze beſtimmen? Die Engländer ſagen: „Augenſcheinlich das ſüdliche, das am rechten Ufer des St. John gelegene. Als wir den Sainte Croix zur Gränze unſerer Beſitzungen uns gefallen ließen, wollten wir natürlich nicht das Baſſin aller zum Stromgebiete des atlantiſchen Meeres gehörigen Flüſſe verlieren. Es fiel uns gar nicht ein, euch den oberen Lauf des St. John abtreten und nur den unteren behalten zu wollen. Wie war es denkbar, daß wir euch erlauben würden, einen Keil in unſere Beſitzungen zwiſchen Quebec und unſerem großen Arſenale

zu Halifax, zwiſchen Canada und unſeren Handelsniederlaſſungen der Fundy-Bay, hineinzutreiben?“ Die Engländer fügen hinzu, daß das ſtreitige Gebiet Niederlaſſungen enthalte, welche ſchon im Jahre 1783 begründet worden und die anerkanntermeiſe unter engliſcher Herrſchaft geblieben, ohne daß die Amerikaner dagegen reclamirt hätten. Dieß iſt der Bezirk Madawaska. Dort leben einige franzöſiſche Familien, die traurigen Ueberreſte der unglücklichen Bewohner des ehemaligen Akadien. Nach dem Aachener Frieden, durch welchen Neuſchottland an England kam, Canada aber Frankreich verblieb, wurde der Unterſchied zwiſchen Akadien und Neuſchottland noch mehr verwiſcht, als dieß jetzt in Bezug auf Neubraunſchweig und dem Staat Maine der Fall iſt. Die engliſchen Behörden nehmen, um die Frage zu entſcheiden, zu einem gewaltſamen Verfahren ihre Zuflucht. Im vollen Frieden lockte man die Bewohner Akadiens ans Ufer des Meeres, und ſchiffte ſie mit Gewalt nach Newyork, Virginien und Neuengland ein. Als nach dem Frieden von 1783 das engliſche Cabinet die ihm treugebliebenen Amerikaner entſchädigen wollte, beraubte es die unglücklichen Kinder Frankreichs des Bodens, den ſie urbar gemacht hatten, und ſchickte diejenigen, die aus der erſten Verbannung zurückgekehrt waren, nach den Ufern des St. John, wo ihre Nachkommen noch jetzt unter engliſchem Geſetze leben. Die Engländer machen noch ein anderes Argument geltend; ſie haben einen Weg durch die ſtreitige Wüſte eröffnet, nämlich den von Quebec nach Fredericktown. Sie allein ſind im Nießbrauche dieſes Weges. Aus allem dieſem folgern ſie, daß es in der Abſicht der Unterhändler von 1793 gelegen habe, die Höhenlinie, welche dem Sainte Croix zunächſt liegt, zur Gränze zu beſtimmen, ſo daß die Gränze längs dieſer Höhenlinie hinlaufe, bis ſie das zweite Hochland erreiche, welches die wahre Gränzſcheide zwiſchen dem Flußgebiete des St. Lorenzo und dem des atlandiſchen Meeres bildet. Allein dieſen Schlußfolgerungen ſetzen die Amerikaner ein Argument entgegen, welches beim erſten Anblick unwiderleglich ſcheint. Der Tractat von 1783 ſagt ausdrücklich, daß das Hochland, welches die Gränzlinie bilden ſoll, dasjenige ſei, welches die Zuflüſſe des St. Lorenzo von denen des atlantiſchen Meeres ſcheide. Dieß thut aber allein das nördliche Hochland, denn der St. John ſtrömt in das atlantiſche Meer und nicht in den St. Lorenzo. Das ſüdliche Hochland iſt nur eine Auszweigung des nördlichen, und die Worte des Tractats beſagen ausdrücklich, daß es ſich von dem Haupthochlande handelt, von demjenigen, welches ſich von einem Ende Nordamerikas zum andern ausdehnt, welches ſich von der Mündung der Miſſiſſippi bis zum Meerbuſen des St. Lorenzo hinzieht. Will man alſo den Tractat nach der wahrſcheinlichen Abſicht derjenigen, die ihn entworfen haben, auslegen, ſo ſcheinen die Anſprüche der Engländer begründet. Hält man ſich dagegen an den Buchſtaben, ſo ſcheint das Recht der Amerikaner unbeſtreitbar. Jene haben den Geiſt des Tractats für ſich, dieſe aber die Worte. Als der König der Niederlande am 12. Jänner 1829 von beiden Mächten zum Schiedsrichter gewählt wurde, ſchlug er vor, nicht das eine oder andere der Hochlande als Gränze zu beſtimmen, ſondern den Fluß St. John. Er beantragte demzufolge, die Gränze von den Quellen des Sainte Croix in gerader nördlicher Linie bis zum St. John zu führen, dann dem Laufe des Fluſſes bis zu dem Puncte zu folgen, wo er den St. Francis aufnimmt, hierauf den St. Francis bis zu ſeiner ſüdweſtlichen Quelle zu verfolgen, und von hier aus die Linie weſtlich bis zu der von den vereinigten Staaten geforderten Gränze zu ziehen. Durch dieſe Entſcheidung erhielten die vereinigten Staaten drei Viertheile des ſtreitigen Gebiets; Dennoch proteſtirte der amerikaniſche Geſandte im Haag, zwei Tage nachdem er die officielle Mittheilung erhalten, gegen dieſen Ausſpruch unter dem Vorwande, der König habe ſich nur über die wahrhafte Bedeutung des Tractats ausſprechen ſollen. Wäre ihm derſelbe mit den räumlichen Verhältniſſen des Landes unvereinbar erſchienen, ſo hätte er doch nicht die Gränzbeſtimmungen auf einer ganz neuen Grundlage vornehmen dürfen. War die Proteſtation des amerikaniſchen Bevollmächtigten gültig? England hätte füglich dagegen Einſpruch erheben können. Aber es war ſelbſt nicht ſehr zufrieden mit dem ſchiedsrichterlichen Spruche, und ſo blieb die Frage unausgemacht. Das ſtreitige Gebiet hat eine Bodenfläche von 2½ Millionen Hectaren; freilich nur ein kleiner Theil im Vergleich zu dem ungeheuren Raume, der in den vereinigten Staaten und Canada noch zu bebauen bleibt. Es iſt ein kalter und unfruchtbarer Landſtrich. Geriethen England und die vereinigten Staaten wirklich aneinander, ſo würden dieſe Wüſteneien nur den Vorwand abgeben, wie zu einer andern Zeit noch größere Wildniſſe blutige Conflicte zwiſchen Frankreich und England veranlaßten. Zwiſchen den Engländern und Amerikanern beſteht eine Handelseiferſucht; ſie ſtreiten um die Herrſchaft des Meeres, wie Frankreich und Großbritannien einſt um den erſten Rang. Dann ſind auch die vereinigten Staaten eine im Wachsthume begriffene Nation, welche das Bedürfniß fühlt, ſich im Norden zu arrondiren, wie ſie es ſchon im Süden gethan hat. Sie haben ſich das Ziel geſteckt, Amerika von jeder europäiſchen Herrſchaft zu befreien und ſich der Mündungen des St. Lorenzo, wie der unerſchöpflichen Kohlengruben der Fundy-Bay und der vortrefflichen Schiffsſtationen Neuſchottlands zu bemächtigen. Ein Krieg wegen des kleinen Diſtricts am Arooſtook wäre unſinnig; aber zu welchen Thorheiten treiben die Eiferſucht und der Ehrgeiz nicht die Nationen wie die Individuen.“

Der Morning-Poſt vom 10. April zufolge ſollte ſich die Londoner Conferenz an obgedachtem Tage verſammeln, um dem Geſandten des Königs der Belgier Gelegenheit zu geben, den Tractat der 24 Artikel, falls er die erforderlichen Inſtructionen hierzu erhalten hat, zu unterzeichnen, und wenn dieſe Inſtructionen noch nicht einge-

troffen seyn sollten, über die Maaßregeln zu berathen, welche von den fünf Mächten, deren Geduld bereits auf eine hinlänglich harte Probe gestellt sei, zu ergreifen seyn dürften. Der Tractat der 24 Artikel sei ein fait accompli, und nur Eine Stimme darüber, daß genug unterhandelt worden sei.

Der Inverneß-Courier erzählt einen Fall von Vision (second-sight), die bekanntlich bei den Hochschotten und den Bewohnern der Hebriden häufig vorkommen. Am 14. Jänner ging William Macleod, der Wildhäger der kleinen hebridischen Insel Rasay, mit seinem Bruder nach Portree auf der benachbarten Insel Sky. Auf dem Rückwege blieb ersterer zurück, und der Bruder kehrte, nichts Schlimmes ahnend, allein nach Hause. Indeß der Wildhäger kam nicht wieder, und alle Nachforschungen ließen keine Spur von ihm auffinden. Nach acht Tagen erklärte ein Mann aus Portree, als er vor vierzehn Jahren einmal das Vieh gehütet, habe er am hellen Tage das Gesicht von einem Manne gehabt, der von einem gewissen Felsen stürzte. Hierbei beschrieb er das Aussehen und die Kleidung des Mannes, die denen des vermißten Wildhägers entsprachen, so wie auch den Felsen. Sofort fuhr eine Anzahl Leute mit dem „Seher" in einem Boot nach dem bezeichneten Felsen an der Seeseite, und wirklich fand man die Leiche des Vermißten genau an der angegebenen Stelle. Er hatte sich, scheint es, in der Dunkelheit eines stürmischen Abends verirrt, und war hier über die Klippe gestürzt.

Consols am 10. April 92⅝. ⅜.

Rußland.

Se. Majestät der Kaiser haben den Grafen Strogonoff die Leitung des Ministeriums des Innern übertragen, die derselbe auch bereits angetreten hat.

Ueber die Verwaltung des Ministeriums des Innern im Jahre 1837 hat der Justizminister, wirklicher Geheimrath Bludoff, so eben einen Bericht herausgegeben, aus welchem die Preußische Staatszeitung nachstehenden Auszug mittheilt: „Eine Uebersicht der Ereignisse des Jahres 1837 liefert über den moralischen Volkszustand ziemlich erfreuliche Resultate; die Zahl der Capitalverbrechen hat sich im Vergleich zu frühern Jahren bedeutend vermindert. Einbrüche in bewohnte Häuser kamen 67, Räubereien auf der Landstraße an versteckten und überhaupt unbewohnten Orten aber 161 vor. Mordthaten im Umfange des ganzen Reichs wurden 1199 verübt; darunter belaufen sich die mit Prämeditation begangenen auf 370; der Mehrtheil der übrigen fiel im Jähzorn, bei Raufereien und unabsichtlich vor. Im Jahre 1836 war die Zahl beider Verbrechergattungen unweit größer. Die Zahl der Selbstmord beläuft sich im Jahre 1837 auf 1498; im Jahre 1836 war ihre Zahl freilich nur 1432. Hierbei ist aber in Erwägung zu ziehen (wie ich auch schon in einem meiner frühern Berichte andeutete), daß die sich mehrenden Selbstmorde zuweilen Ursachen müssen beigemessen werden, die mehr in das Gebiet der Medicinal-, als der Administrativ- oder Moralstatistik gehören. Die Richtigkeit dieses Schlusses erweist sich auch dadurch, daß sich im Jahre 1837 mit der Zahl der Selbstmorde auch die der Geisteskrankheiten vermehrte. Nur in acht Kirchen fielen für den Werth von 8000 Rubel Beraubungen vor; Störungen kirchlicher Andacht nur vier. Unbedeutende Feueranlegungen wurden in eilf Gouvernements, die meisten im Gouvernement Orenburg, entdeckt. Darüber angestellte Untersuchungen erwiesen, daß nur Privatzwecke sie veranlaßt hatten, es lagen ihnen keine besonders criminellen Absichten zum Grunde, und sie standen miteinander in keiner Verbindung. — Außer den bisher gewöhnlichen räuberischen Anfällen in den kaukasischen Provinzen unter den Bergvölkern, im Gouvernement Astrachan unter den Kalmücken, und in der Provinz Omsk unter den Kirgisen, fielen die bemerkenswerthesten in den Gouvernements Woronesch, Simbirsk, Kurland, Witepsk und in der Provinz Bjalystock vor. Bei allen diesen Verbrechen bemerkte man aber nur Privatzwecke vorherrschend; nirgends nahm man, wie dieß früher der Fall war, besondere zahlreiche und, so zu sagen, förmlich ausgebildete stetige und bewaffnete Räuberbanden wahr, die Monate hindurch Räubereien verübten, aus einem Canton in den andern, auch aus einem Gouvernement ins andere übergehend. Mit Ausnahme der im Canton Jüurt des kurländischen Gouvernements verübten, wurden fast alle Räubereien des Jahres 1837 nur von kleinen Parthien der Ortsbewohner verübt, die bald nach diesen Unthaten von den Landpolizeien entdeckt und ergriffen wurden. An Orten, wo in frühern Jahren so häufige Räubereien vorfielen, jetzt aber zur öffentlichen Sicherheit eine besondere Fürsorge der Regierung obwaltet, wie auf den großen zur Messe nach Nischnji-Nowgorod führenden Wegen, an der Wolgaströmung und andern Puncten des Reiches, fielen in jenem Jahre keine Räubereien vor. Zur Verhütung der Desertionen und des müßigen Umherstreichens ist, nächst andern Vorsichtsmaaßregeln, auch die für unumgänglich nothwendig erkannt worden, fürs Festnehmen von Läuflingen an Orten, die sich nahe an der Reichsgränze befinden, besondere Belohnungen zu ertheilen; ihr liegt ein doppelter Zweck zu Grunde: die Flucht der Verbrecher über die Gränze und das Herüberschleichen verdächtiger und schädlicher Menschen nach Rußland zu verhüten. Auch zur Verminderung der mit der Desertion im Bunde stehenden und sich von ihr nährenden Bettelei sind einige neue Anordnungen getroffen worden. Hier in Petersburg besteht jetzt bekanntlich ein Comité zur Versorgung der Krüppel und der durch andere Mißgeschicke zur Bettelei bisher gezwungenen Individuen, dem der Generaladjutant Fürst Trubezkoy als Präsident vorsteht. — Nach den bis jetzt aus 31 Gouvernements vom Jahre 1836 erhaltenen Nachrichten belief sich die Zahl der in den Gefängnissen eingekerkerten Verbrecher auf 121,537, der zum Exil Verwiesenen auf 132,743. An außerordentlichen Summen für ihre temporäre Unterhaltung und für ihren Transport wurden 1,433,459 Rubel verwandt. Meine Aufmerksamkeit auf die Lage der kranken Arrestanten richtend, haben Ew. kais. Majestät meine Vorstellung genehmigt, und einige dahin bezügliche Anordnungen

bestätigt. Der Entwurf des neuen Etappensystems, zum sicheren und bequemeren Transport der Arrestanten eingeführt, ward im Jahre 1835 beendigt, und als vorläufiger Versuch für ein Jahr auf der Heerstraße von Moskau nach Nischnij-Nowgorod eingeführt. Ew. kais. Majestät erhielten Bericht von dem Nutzen, den die zu Anfange des Jahres 1836 auf erwähntem Wege organisirten Etappencommanden gewährten, und geruhten zu befehlen, dieses neue System mit dem Jahre 1837 noch auf drei Hauptstraßen einzuführen und zwar: 1) Von St. Petersburg über Nowgorod, Twer, Moskau, Nischnji-Nowgorod, Kasan, Perm, bis zur Gränze des Gouvernements Tobolsk. 2) Von Bjalystock über Grodno, Minsk, Orscha, Smolensk nach Moskau. 3) Von Cherson über Pultawa, Charkoff, Woronesch, Tamboff, Pensa, Simbirsk nach Kasan. Die Ausgaben für die vollendete Organisation dieser Commanden auf gedachten drei Wegen betrugen, außer einigen speciell für das Kriegsministerium verwandten, 196,000 Rubel. Die jährlichen werden die Summe von 97,000 Rubel übersteigen. Mit der Organisation der Etappencommanden sind auch in allen Gouvernements, durch welche sie gehen, Aufnahmequartiere für sie, wie für die transportirten Verbrecher aufgeführt worden und zwar die ganz neuerbauten nach dafür angefertigten Plänen mit drei Abtheilungen: für die Zwangsarbeiter (Katorschniki), das weibliche Geschlecht und für die auf Ansiedlung Verwiesenen, versehen mit einer Wachtstube, einem Stall für die Pferde und einem Heuschober, das ganze Gebäude von einer einfachen Umzäunung begränzt. Es ist bestimmt, für die unumgänglich dazu nothwendigen Ausgaben, von den Reservesummen der Landsteuern jedes Gouvernements 10,000 Rubel zu verwenden. — Ew. kais. Majestät, von den Gefühlen Ihrer eigenen Gnade, wie auf die Verwendung des Cäsarewitsch und Erben Ihres Thrones bewogen, geruhten, vielen in Sibirien angesiedelten Verbrechern, die in der Folge durch gute Führung die Belobungen der Ortsobrigkeiten erhielten, besondere Beweise ihrer Gnade und Milde angedeihen zu lassen. Vielen derselben wurde durch Ihren höchsten Ukas vom 3. August, dem Geburtsfeste Ihrer erhabenen und unvergeßlichen Mutter, die Rückkehr in die innern Gouvernements des Reiches gestattet; andere, die es nicht wünschten, oder die besonderer Ursachen wegen diese Vergünstigung nicht benutzen konnten, wurde die Strafzeit zur Hälfte erlassen, welche Gnade selbst einige des schwerverpöntesten Zwangsarbeiter, nach Verhältniß ihrer Verbrechen, ihres Alters und ihrer Gesundheit erhielten. — Arrestanten-Compagnien der Civiljurisdiction, welche die Besserung der Verbrecher und die Minderung der Transporte nach Sibirien bezwecken, und die Aufführung von Kron- und Privatbauten, wie andere Arbeiten schnell und wohlfeil bewirken, bestanden schon vor dem Jahre 1837 in Kronstadt, Kijew, Moskau, Cherson, Kischinew, Simpheropol, Odessa, Jekaterinoslaw und Nischnij-Nowgorod. Sie werden, nachdem sie von ihrem gewährten Nutzen überzeugt, nach Maaßgabe der Möglichkeit in allen übrigen Gouvernements- und andern Provinzialstädten, zu begründen fortgesetzt. Im Jahre 1837 wurden sie in Taganrog, Kasan, Kaluga und Sarotoff fundirt. Von vielen andern Gouvernementsstädten sind bereits Entwürfe zu ihrer Anlegung an das Ministerium des Innern eingegangen."

Niederlande.

Frankfurter Blätter melden aus dem Haag vom 11. April: „Gestern Abends fand in der französischen Oper Gallavorstellung zu Ehren des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland Statt. Außer dem hohen Gaste, wohnte der König und alle übrigen Mitglieder der königlichen Familie der Vorstellung bei. Die niederländischen und russischen Volkslieder wurden gesungen und das Publicum brach mehrmals in den größten Jubel aus, welcher namentlich auf Sr. Majestät einen tiefen Eindruck gemacht haben soll. Nach der Vorstellung fielen sich die hohen Personen, von den Gefühlen überwältigt, einander in die Arme."

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Der Dr. Strauß hat an den Züricher Erziehungsrath ein Schreiben erlassen, worin es heißt: „Dem hochpreislichen Erziehungsrath des Cantons Zürich habe ich, in ergebenster Beantwortung seiner Eröffnung der Beschlüsse vom 18. und 19. v. M., vor Allem für die Beharrlichkeit zu danken, mit welcher er meine Rechte, als wirklich berufenen Professors an der dortigen Hochschule, so weit es an ihm lag, aufrecht gehalten, und erst, der Nothwendigkeit weichend, meine Berufung zurückgenommen hat. Gegen die Anwendung des §. 185 Ihres organischen Schulgesetzes auf meinen Fall stände mir zwar, wie mich kundige Freunde versichern, rechtskräftige Einrede zu; deren ich mich jedoch, um eine schon allzu lange verhandelte Sache nicht noch weiter fortzuspinnen und zu verwickeln, lieber begeben will. Den für mich festgesetzten Ruhegehalt von 1000 Fr. betreffend, ist mir von manchen Seiten die Erwartung fast als Forderung entgegengetreten, daß ich denselben ausschlagen werde. Begreiflich; wer ist nicht gerne großmüthig auf fremde Kosten, und vollends gar, wenn ihm selbst dadurch Kosten erspart werden? So hat insbesondere das Züricher Glaubenscomité in seiner Abschiedsproclamation mir ordentlich einen moralischen Zwang anzuthun versucht durch die öffentlich ausgesprochene Behauptung, daß, da ich der dortigen Hochschule keine Dienste geleistet, mithin auch keinen Ruhegehalt verdient habe, meine Annahme desselben nur aus unehrenhaften, habsüchtigen Beweggründen erklärt werden könnte. Allein das Glaubenscomité glaube nur nicht, mich durch Insinuationen, zumal so plumper Art, forciren zu können. Es könnte wissen, daß ich gewohnt bin, nach Ueberzeugung meinen eigenen Weg zu gehen, unbekümmert um das Geschrei einer kleineren oder größeren Masse, des halben oder ganzen Publicums. Ein

Rechtsanspruch auf eine Pension muß mir doch wohl zustehen; sonst würde schwerlich die oberste Behörde eines mir fremden und überdieß zu meinem Ungunsten aufgeregten Landes mir eine solche beinahe einstimmig zuerkannt haben. Was aber den moralischen Anspruch betrifft, so habe ich zwar allerdings der Republik Zürich keinen Dienst leisten, noch Nutzen bringen können in einem Amte, an dessen Antritt ich ohne meine Schuld verhindert worden bin; aber die andere Frage ist, ob nicht die Züricher Regierung durch ihre Berufung und deren nachherige Zurücknahme mir einen Nachtheil zugefügt hat, für welchen ich eine Entschädigung ansprechen kann. Den Ehrenpunct betreffend, so sehe ich auch von dieser Seite nicht, was meiner Annahme des mir zukommenden Ruhegehalts entgegenstehen soll. Da ich denselben keiner Gnade, sondern dem Gesetz und Recht verdanke: so legt er mir keinerlei Verbindlichkeit oder Zwang auf, wodurch meine Unabhängigkeit gefährdet würde. Auch das leidet nicht zu, daß es unangemessen sei, von solchen einen Gehalt anzunehmen, die sich meine Dienste verbeten haben. Denn den Gehalt werde ich ja nicht von der Partei meiner Gegner beziehen, sondern von der Regierung, die über den Parteien steht. Selbst aber, wenn es eine Beisteuer von den einzelnen Mitgliedern des Glaubenscomité's wäre, so hat es noch niemals als entehrend gegolten, von Feinden Gelder zu beziehen, deren Entrichtung ihnen durch Recht und Vertrag auferlegt war. Nach allem Bisherigen kommt eigentlich die Frage gar nicht mehr in Betracht, ob ich eines solchen Einkommens bedarf, oder nicht. Aus diesen Gründen erkläre ich dem hochpreislichen Erziehungsrathe, daß ich die mir von der dortigen, obersten Staatsbehörde ausgesetzte Pension annehme. Dieselbe so oft und so weit ich es angemessen finden werde, zu wohlthätigen Zwecken zu verwenden, bleibt mir dabei unbenommen, aber eben so meinem freien Gutbefinden anheimgegeben, wie Jeder sonst über jeden Theil seines Vermögens und rechtmäßigen Einkommens frei zu verfügen hat. Für die nächste Zeit ist mir ein solcher Zuwachs zu letzterem deßwegen besonders willkommen, weil er mich in den Stand setzen wird, den Armencassen meiner Vaterstadt Ludwigsburg eine Summe zufließen zu lassen, durch welche ich das Andenken meiner kürzlich verstorbenen Mutter ehren möchte. Welchen Entschluß ich in dieser Angelegenheit hätte fassen mögen: der Mißdeutung würde, bei meinem Verhältniß zum Publicum, keiner entgangen seyn.

Teutschland.

Ihre königl. Hoheit die Frau Kurfürstinn ist nach völliger Genesung von dem in Meiningen Ihr zugestoßenen Unfall am 11. April in Kassel angekommen, und festlich empfangen worden. Die Bürgergarde paradirte in den Straßen. Am Leipziger Thore wurde die Kurfürstinn vom Stadtrathe begrüßt; der Oberbürgermeister Schomberg hielt eine kurze Anrede, nach welcher die Volksmenge in lautes Vivat ausbrach. Vom Friedrichsplatz an wurde der Wagen von der reitenden Bürgergarde bis zum Schloß Bellevue escortirt, wo eine Gardecompagnie die Honneurs machte, und der Kurprinz-Mitregent mit dem ganzen Hofstaat die durchlauchtigste Mutter empfing. Von Seite der Stadt wurden die Armen gespeist und beschenkt.

Auf der Leipzig-Dresdener Eisenbahn hat sich am 12. d. M. ein beklagenswerther Unglücksfall ereignet. Die beiden von Dresden nach Leipzig abgehenden Wagenzüge folgten einander so schnell, daß als der erste Zug noch in Wurzen beschäftigt war, Wasser einzunehmen, der zweite bereits anlangte und mit solcher Gewalt gegen den ersten anrannte, daß zwei Personenwägen sehr stark beschädigt wurden und, außer daß mehrere Personen stärkere und leichtere Quetschungen erhielten, auch einer der Reisenden das Unglück hatte, das Schlüsselbein zu brechen. Das Directorium hat eine Untersuchung eingeleitet.

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchstem Handschreiben vom 9. April d. J. an die Stelle des zum Judex Curiae des Königreichs Ungarn beförderten geheimen, dann Staats- und Conferenzraths von Majlath, den bisherigen Präsidenten der königlichen Tafel und Personal (Stellvertreter des Königs in Gerichtssachen) in Ungarn, Ponkraz Somsich von Sáád, zu Allerhöchstihrem Staats- und Conferenzrathe allergnädigst zu ernennen geruht; in welcher Eigenschaft derselbe am 15. April d. J. den Diensteid in die Hände Sr. Majestät feierlich abgelegt hat.

Se. k. k. Majestät haben dem Gerichtstafel-Beisitzer mehrerer Comitate Ungarns, Alexander Uzovits von Petheöfalva, die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 19. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	101¼.
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	81⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl.	in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	66.
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1-K. ZEITUNG 1839

№ 111

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 21. April 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 19. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.518	283. 38. 4 P.	+ 10.1	SW.	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.497	28 3 1	+ 15.0	SO.	mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.468	28 2 9	+ 8.7	S.	schwach.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 11. April stellte Lord Aberdeen eine Frage an Lord Melbourne in Bezug auf gewisse Papiere, die persisch-ostindischen Angelegenheiten betreffend, die während der Osterferien an die Mitglieder des Parlaments vertheilt worden seien. In diesen Papieren sei die Rede von einem russischen Agenten (General Simonitsch), dessen Benehmen im Hoflager des Schahs von Persien bedeutenden Einfluß auf die Schritte des Generalgouverneurs (von Ostindien) gehabt habe. Er (Lord Aberdeen) nehme als ausgemacht an, daß Erläuterungen von dem St. Petersburger Hofe begehrt und gegeben worden seien; er habe gehört, daß dieß geschehen sei, und daß diese Erläuterungen befriedigend für Ihrer Majestät Regierung gewesen seien. Ferner habe es geheißen, es sei die Absicht der Minister, diese Erläuterungen dem Parlamente vorzulegen. Wenn dieß der Fall sei, so würde seiner Meinung nach der natürlichste und geradeste Weg gewesen seyn, jene Erläuterungen zu gleicher Zeit mit den oben erwähnten Papieren mitzutheilen; aber wahrscheinlich sei dieß den Ministern nicht genehm gewesen. In jedem Falle wünsche er bestimmt zu erfahren, ob solche Erläuterungen Statt gefunden haben, und ob die Minister Willens seien, sie dem Hause mitzutheilen? — Lord Melbourne erwiederte, es sei vollkommen wahr, daß Erläuterungen über die Einmischung der obgedachten Person Statt gefunden, und daß diese Erläuterungen vollkommen befriedigend gewesen seien. Er habe allerdings gehofft, die sich hierauf beziehenden Documente Ihren Herrlichkeiten zugleich mit den erwähnten Papieren vorlegen zu können, allein der Druck und die Anfertigung derselben hätten mehr Zeit erfordert, als man erwartet habe; sie würden aber ohne Zweifel vorgelegt werden.

In der Sitzung des Unterhauses vom 9. April motivirte H^r. Labouchere, Unter-Staatssecretär im Colonialdepartement, seinen bekannten Antrag, daß ihm Erlaubniß gegeben werde, eine Bill einzubringen, durch welche die Verfassung der Insel Jamaica für eine Zeitlang suspendirt, und eine provisorische Regierung daselbst eingeführt werden soll, durch die Vorlegung einer Reihe von Documenten, aus denen hervorgeht, daß die schon seit längerer Zeit obwaltenden schwierigen Verhältnisse zwischen dem Generalgouverneur und der Colonialversammlung sich jetzt so gestaltet haben, daß außerordentliche Maaßnahmen durchaus unvermeidlich sind. Die Colonialversammlung hat erklärt, sich der Ausübung ihrer Functionen gänzlich enthalten zu wollen, weil sie der Ansicht ist, daß das Reichsparlament durch einige neuere Verfügungen sich widersetzliche Eingriffe in ihre Privilegien erlaubt habe. Das Versammlungshaus (house of assembly), die zweite Kammer der Colonialversammlung, von dem die Opposition eigentlich ausgeht, besteht aus 45 Individuen, welche von 2000 Wahlberechtigten deputirt sind. Die Parlamentsacte, welche in dieser Versammlung besonders Widerstand gefunden hat, betrifft die Regulirung der Localgefängnisse, und steht in Beziehung zu der Neger-Emancipationsacte. Da diese letztere den Pflanzern das Recht genommen hat, ihre jetzt freien Arbeiter eigenmächtig zu bestrafen, so wurde es dringend nöthig, das Gefängnißwesen zu revidiren und neu zu ordnen, um den Pflanzern alle Gelegenheit zu nehmen, auf die Art der Bestrafung der Neger einen, wenn auch nur indirecten, Einfluß zu üben, wie das unmittelbar nach Annahme der Emancipationsacte häufig der Fall gewesen ist. Fünfmal ist das Versammlungshaus aufgefordert worden, diesen Uebelständen in Uebereinstimmung mit der erwähnten Parlamentsacte abzuhelfen, und jedesmal hat es sich geweigert, diesen Aufforderungen nachzukommen. Auf Nachgiebigkeit, sagte H^r. Labouchere, lasse sich daher jetzt nicht mehr rechnen, und im Interesse der Colonie selbst müsse man daher um so mehr zu einem außerordentlichen Mittel greifen, da in 15 bis 18 Monaten die Neger in den Besitz des Wahlrechtes gelangen würden, und sich voraussehen lasse, daß sie dann die neuerlangte Macht benutzen dürften, um sich an dem Versammlungshause für die bisherigen Unbilden zu rächen. Die Regierung hegt daher die Absicht, die Verfassung auf fünf Jahre zu suspendiren, und die Verwaltung während dieser Zeit dem Gouverneur unter alleinigem Beirathe eines Conseils zu übertragen, das, aus 15 Personen bestehend, 3 besoldete Mitglieder in sich fassen soll, die vom Mutterlande abzuordnen wären. Als Gegner der vorgeschlagenen Maaßregel und als Vertheidiger des Versammlungshauses traten mehrere Mitglieder der Torypartei auf, unter ihnen H^r. Goulbourn, der zwar zugab, daß außerordentliche Maaßnahmen dringend nothwendig seien, zugleich aber erklärte, daß man den jetzigen Zustand der Dinge nur der undelicaten Art und Weise zuzuschreiben habe, in welcher die Regierung versucht habe, die mehrerwähnte Parlamentsacte dem Versammlungshause aufzudringen. Er gab alsdann zu verstehen, daß die Opposition, wenn sie auch die Einbringung der Bill erlaube, doch niemals dieselbe würde zum Gesetz werden lassen, bevor nicht dem Versammlungshause gestattet worden sei, sein Betragen vor den Schranken des Unterhauses vertheidigen zu lassen. Nachdem Sir George Grey, der bisherige Unter-Staatssecretär im Colonialdepartement, die Regierung vertheidigt und sich sehr scharf über das Versammlungshaus ausgesprochen hatte, und nach neuen Angriffen gegen die Regierung von Seiten der HH. Gladstone und Godson, von denen der letztere anzeigte, daß er vor der

zweiten Verlesung der Bill eine Petition von Kaufleuten, die mit Jamaica in Verbindung ständen, gegen dieselbe einbringen werde, nahm Sir Robert Peel das Wort, um zu erklären, daß seiner Ansicht nach zwar ein Theil der Schuld das Versammlungshaus treffe, ein größerer Theil jedoch die Regierung, die überdieß noch jetzt ein ganz verkehrtes und gefährliches Mittel der Abhülfe ergriffen habe. Unmöglich könne man die Ansicht hegen, daß es ein Leichtes seyn werde, nach fünf Jahren dictatorischer Gewalt eine volksthümliche Regierung wieder einzuführen, und dann habe man nicht bedacht, wie sehr die Kosten der Verwaltung schon durch die Anstellung der drei besoldeten Räthe vermehrt werden würden. Ueberdieß sei ein Hauptzweck der Neger-Emancipation in Westindien, daß andere Staaten dadurch zu einer gleichen Maaßregel veranlaßt würden. Dazu aber würden sich wenigstens die vereinigten Staaten nicht leicht verstehen, wenn sie sähen, daß der erste Erfolg der Emancipation die Aufhebung der volksthümlichen Verfassung sei. Ehe er daher seine Zustimmung zu der Bill gebe, müsse er sich überzeugt haben, daß alle Warnungen und Vorstellungen erschöpft und nutzlos seien; denn es sei gewiß, daß die Regierung mindestens von der Schuld der Uebereilung nicht freigesprochen werden könne. Dr. Lushington meinte, nachdem das Versammlungshaus zu wiederholten Malen sich geweigert habe, seine Functionen auszuüben, trete von selbst das Recht des Parlaments ein, für die Verwaltung der Colonie Sorge zu tragen. Lord Stanley bekämpfte das Verfahren der Regierung gegen Jamaica in den letzten Jahren, seitdem er nicht mehr Colonialminister gewesen. Lord John Russell endlich vertheidigte die Regierung und wies nach, daß sie keine andere Absicht habe, als den Negern, in Uebereinstimmung mit der Emancipationsacte, nicht bloß nominelle, sondern wirkliche Freiheit zu verschaffen, während das Versammlungshaus nur dahin arbeite, diese Absicht der Regierung und des Parlaments so viel wie möglich zu vereiteln. Das Unterhaus ertheilte hierauf ohne Abstimmung die Erlaubniß zur Einbringung der Bill. — Dann erhob sich Hr. Palmer, um die Einsetzung eines besondern Ausschusses zu beantragen, welcher die Ursachen der so häufigen Schiffbrüche von Schiffen, die mit Bauholz beladen sind, untersuchen und darüber berichten soll. Die Zahl der das canadische Zimmerholz nach England überführenden Schiffe, welche sowohl auf der hohen See, als an der englischen und amerikanischen Küste Schiffbruch erleiden, sei auffallend groß. Die Mannschaften der auf offener See gescheiterten Holzschiffe haben häufig die furchtbarsten Qualen zu erdulden; da die Schiffe, nachdem sie umschlugen, nicht sogleich, wie andere Schiffe, sinken, so rettet sich die Mannschaft häufig noch auf den Rumpf und bleibt hier ohne Nahrung, bis sie von einem andern Schiffe aufgefunden wird; weit häufiger noch kommt sie nach Erduldung der fürchterlichsten Pein um.

Ein Correspondenzartikel aus London vom 9. April (in der Preußischen Staatszeitung) äußert sich über die gegenwärtigen Verhältnisse in England, namentlich in Bezug auf die bevorstehenden Verhandlungen im Unterhause über Irland, folgendermaaßen: „Werden die Radicalen das Ministerium am 15. April bei dem vom Unterhause verlangten Billigungsvotum in Bezug auf die Art und Weise, wie Irland vom Marquis von Normanby unter ministerieller Gutheißung regiert worden, unterstützen oder nicht? Ist es die ernstliche Absicht und der Wunsch der Tories, sich in diesem Augenblick des Staatsruders zu bemächtigen und haben sie zu diesem Zwecke den Beschluß des Oberhauses veranlaßt? Oder lag es nicht in ihrem Plan, der Sache diese Wendung zu geben, und sind sie nur durch die Umstände, da Lord Melbourne jenen Beschluß als ein Tadelsvotum gegen das Ministerium ansah, dazu gedrängt worden, den Moment ernster zu nehmen und es zu einer Hauptentscheidung zwischen den beiden Parteien zu bringen? Endlich, ist ihnen unter solchen Verhältnissen daran gelegen, die Unterstützung der Radicalen, wenigstens für den vorliegenden Fall, zu gewinnen, ohne deßhalb weitere Gemeinschaft mit ihnen zu machen? Oder wollen sie lieber, ehe sie mit solcher Hülfe das Ministerium stürzen, diesem noch einige Frist gewähren, aus Furcht, daß sonst die radicale Faction eine gefährliche Macht erlangen dürfte? Dieß sind die Fragen, welche jetzt hier die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und alle Blätter beschäftigen. Die Antwort darauf wird erst der entscheidende Tag geben. Aus den Urtheilen und Muthmaaßungen der Presse läßt sich dießmal weniger als je etwas Bestimmtes vorhersagen, denn selten hat sich eine solche Verwirrung der Parteimeinungen, solche Uneinigkeit und solcher Widerspruch unter den Organen einer und derselben Partei in England kundgegeben, als in diesem Augenblick, und so wie die ministerielle Krisis mit der französischen zusammenfällt, so bietet auch die öffentliche Presse in beiden Ländern ähnliche Erscheinungen dar. Was die erste der oben bezeichneten Fragen betrifft, so scheinen die Radicalen selbst nicht einig darüber zu seyn, ob sie dem Ministerium ihren Beistand gewähren und es gegen die Tories in Schutz nehmen sollen. Auch ist zwischen Radicalen und Chartisten noch ein Unterschied zu machen, da die letztern nur eine, allem Anschein nach, der Auflösung entgegengehende Fraction der erstern bilden. Die ministeriellen Blätter Courier und Globe, so wie der whiggistisch-radicale Examiner, wollen in der zu Edinburgh gegen das Ministerium vorgefallenen Demonstration nur ein Chartistisches Manöver erblicken, dem kein großes Gewicht beizulegen sei, da noch dazu deßhalb die entgegengesetzte Manifestation von Seiten der dem Ministerium günstig gesinnten Reformer nicht ausgeblieben, indem diese, wie man jetzt erfährt, als sie von den Radicalen aus dem Felde geschlagen waren, sich unter der Anführung des Lord-Provost in ein anderes Local begaben und dort eine Resolution im ministeriellen Sinne annahmen, die auch bereits einige tausend Unterschriften erhalten haben soll. Die Morning-Chronicle dagegen, welche der Verwaltung durchaus eine radicalere Tendenz aufdringen will und sie durch die Besorgniß vor dem Abfall eines bedeutenden Theils der Reformer einzuschüchtern sucht, findet es ihrem Interesse gemäß, die erste feindselige Demonstration zu Edinburgh für äußerst gewichtig zu erklären und sie als den Ausfluß der Gesinnungen aller entschiedenen Reformer jener Stadt, nicht bloß der Chartisten, zu betrachten. Andererseits haben sich die erklärtesten Chartisten, nämlich der hier versammelte Convent derselben, gerade die Majorität, in diesem Falle zu Gunsten der Minister ausgesprochen und auf den Antrag Feargus O'Connor's eine Motion, daß bei dem bevorstehenden Kampfe eher die Tories als das Ministerium zu unterstützen seien, verworfen, da Hr. O'Connor der Versammlung vorstellte, daß sie widrigenfalls ihren erbittertsten Feind zur Macht verhelfen, die Whigs sich noch mehr verfeinden und das irländische Volk sich für ewige Zeiten entfremden würden. Die zweite Frage, ob dem Antrage des Grafen Roden im Oberhause die Absicht zu Grunde gelegen habe, eine Entscheidung über die Regierungsgewalt herbeizuführen, scheint verneint werden zu müssen; gewiß würde sich sonst an jenem Abend eine größere Anzahl von Torypairs im Ober-

hauſe eingefunden und die Majorität gegen das Miniſterium nicht bloß fünf Stimmen betragen haben. Die Times verrieth auch durch die Vorwürfe, welche ſie dem Premierminiſter darüber machte, daß er jenen Beſchluß zu einer entſcheidenden Parteifrage geſtaltete, wie ſehr ihre Partei hierdurch überraſcht worden war, und ſie ſuchte anfangs die Sache als gar nicht ſo bedeutend darzuſtellen. Erſt als durch Lord J. Ruſſells Gegenantrag im Unterhauſe die Streitfrage eine ganz andere Wendung nahm und die Tories genöthigt wurden, ihr Terrain hier anders zu wählen, weil ſie, wenn es ſich bloß um die Entſcheidung über Irlands Verwaltung handeln ſollte, im Unterhauſe ſchwerlich auf eine Majorität rechnen konnten, und es ihnen, ſelbſt für den Fall, daß dieß durch die Spaltung unter den Liberalen möglich würde, nicht gerade gelegen ſeyn konnte, durch ein gegen Irland gerichtetes Votum ans Ruder zu kommen, — erſt dann, und da überdieß andere, leidenſchaftlichere Toryblätter auf Verrath in den eigenen Reihen anzuſpielen begannen, faßte auch die Times die Sache ernſtlicher auf, und dieſes Blatt, das zuerſt den Beiſtand der Radicalen unter jeder Bedingung, weil ſonſt der Sieg der Conſervativen nur unvollſtändig und vorzeitig ſeyn würde, entſchieden zurückgewieſen hatte, gibt jetzt ſchon Auskunftsmittel an die Hand, vermöge deren es den Tories möglich werden könnte, die Stimmen der Radicalen am 15. April gegen das Miniſterium zu kehren, ohne mit ihnen in nähere Gemeinſchaft zu gerathen und ohne die conſervative Sache zu compromittiren. Sie ſchlägt in dieſer Hinſicht folgende verſchiedene Wege vor. Das Einfachſte wäre, meint die Times, daß man dem Antrage des Miniſteriums eine directe Negative entgegenſetzte; blieben dann die Miniſter in der Minorität oder hätten ſie nur eine ſo geringe Majorität, daß ſie ſich nicht zu halten vermöchten, ſo könnten ſie wenigſtens nicht behaupten, daß ſie durch ein Manöver der Tories geſtürzt wären; da aber das genannte Blatt nicht glaubt, daß die Radicalen gegen die in Irland von Lord Normanby befolgte Politik würden ſtimmen wollen, ſo meint ſie, es könne ein allgemeiner Tadel des Miniſteriums oder ein Unterſuchungsausſchuß über den Zuſtand der Nation als Amendement vorgeſchlagen werden, was den Vortheil haben würde, daß alle, die aus irgend einem Grunde die Entfernung des Miniſteriums als erſprießlich für das Land betrachteten, mit den Conſervativen ſtimmen könnten; oder man könnte auch Eines nach dem Andern folgen laſſen, erſt die Entſcheidung über die irländiſche Verwaltung und dann die über die allgemeine Politik des Miniſteriums, wodurch es den Radicalen freigeſtellt würde, ihre Mißbilligung gegen die Miniſter auszudrücken, ohne ſich mit ihren Freunden in Irland zu brouilliren. Noch ein anderes Mittel findet die Times in der Beantragung der vorläufigen Frage, indem man nämlich als Amendement zu der miniſteriellen Motion vorſchläge, dieſelbe gar nicht in Erwägung zu ziehen, alſo gar keine Anſicht weder für noch gegen das Miniſterium in Bezug auf ſeine irländiſche Politik auszuſprechen, in welchem Falle die Radicalen auch gegen den Antrag des Miniſteriums ſtimmen und ihm ein Vertrauensvotum verweigern könnten, ohne ſich dadurch gegen die Verwaltungsweiſe des Marquis von Normanby zu erklären. Einen von Andern gemachten Vorſchlag, daß man im Unterhauſe als Amendement einen ähnlichen Unterſuchungsausſchuß über die Verwaltung Irlands beantragen ſollte, wie er im Oberhauſe beſchloſſen worden, will die Times nicht angemeſſen finden. Nach allem dieſem kann man ſich nun wohl auch die dritte der oben aufgeſtellten Fragen ungefähr beantworten, und zwar ſo, daß es den Tories, nachdem ſie einmal zum äußerſten gedrängt worden, allerdings wünſchenswerth ſcheint, die Entſcheidung in einer ſolchen Form möglich zu machen, daß die Radicalen mit ihnen gegen das Miniſterium ſtimmen könnten. Auch aus den Bemerkungen anderer Toryblätter, namentlich des Standard, geht hervor, daß dieſe Partei es im gegenwärtigen Falle nicht verſchmäht, ſich nach der Hülfe der Radicalen umzuſehen, und daß ſie wenigſtens hofft, ſie würden gar nicht miſtimmen und auf dieſe Weiſe indirect zum Sturze des Miniſteriums beitragen. Der Spectator, ein Blatt, das unter radicalem Gewande den Tories in die Hände arbeitet, thut auch das Seinige, um den Radicalen auf alle Weiſe ein ſolches Verfahren als allein in ihrem Intereſſe liegend darzuſtellen. Die miniſterielle Preſſe hält es aber für unmöglich, daß die Radicalen ſich durch ſo grobe Mittel ſollten in die Falle treiben laſſen."

Das iriſche Parlamentsmitglied Shiel hat die Stelle eines Commiſſärs des Greenwich-Hoſpitals niedergelegt, um bei der bevorſtehenden Abſtimmung über die iriſche Politik der Regierung unabhängiger zu ſeyn, und ſeiner Stimme (die er ohne Zweifel für die Regierung abgeben wird) größeres Gewicht zu verleihen.

Conſols am 3. April 92¼. ⅞.

Spanien.

Den neueſten Nachrichten von der ſpaniſchen Gränze zufolge iſt General Maroto nach einem dreitägigen Aufenthalte in Toloſa, wo er von Don Carlos mit Aufmerkſamkeit und Ehrenbezeigungen überhäuft wurde, am 7. April, an der Spitze von 14 Bataillons, in der Richtung nach Ramales (bei Balmaſeda) aufgebrochen, wohin ſich bekanntlich auch Espartero in Marſch geſetzt hatte. — Einem Schreiben aus Bayonne zufolge war General Tarragual (der bei ſeinem erſten Verſuche, nach Spanien zurückzukehren, wohin Don Carlos und Maroto ihn berufen haben ſollen, von den franzöſiſchen Gränzbehörden angehalten und ins Innere des Landes zurückgeſchickt worden war) nun doch am 7. Morgens in Vera angelangt.

Mexico.

Die Neue Hamburger Zeitung meldet aus Veracruz vom 10. März: „Man iſt hier ſehr erfreut, daß durch Vermittlung Pakenhams zwiſchen dem mexicaniſchen Miniſter Goroſtiza und dem Admiral Baudin eine Uebereinkunft geſchloſſen worden iſt, die uns den Frieden gibt. Die von den Franzoſen verlangte Entſchädigungsſumme von 800,000 Dollars war ſo hoch, daß ſie, ohne ſich zu benachtheiligen, ¼ derſelben ablaſſen konnten; ſie haben die Anſprüche auf Freiheit des Detailhandels aufgegeben, und die Frage wegen der gezwungenen Anleihen iſt vorläufig dadurch geebnet, daß die Mexicaner bereit ſind, mit Frankreich einen Tractat auf der Grundlage des mit England beſtehenden abzuſchließen. Da aber die Mexicaner einen Paragraphen desſelben, in Hinſicht der von brittiſchen Unterthanen zu leiſtenden Abgaben, nach ihrer Weiſe erklären, ſo ſoll bei dieſer Gelegenheit darüber ein geheimer Artikel abgefaßt worden ſeyn. Goroſtiza iſt bereits nach Mexico abgereiſt, um die Ratification der Uebereinkunft zu erlangen; inzwiſchen ſollen bis zum 26. März alle Feindſeligkeiten eingeſtellt werden, und die vor dieſer Stadt liegenden Schiffe können anfangen auszuladen. Es wird daher wieder außerordentlich lebhaft hier werden. Seit Menſchengedenken ſind nicht ſo viele Waaren auf einmal angekommen. Es wird an Magazinen fehlen. Die Maulthiertreiber, ſo wie die anderen Arbeiter, welche dieſes Klima gewohnt ſind,

dürften auch dieſe Conjuncturen benutzen. Man hofft, daß ein ſtärkeres Perſonal als gewöhnlich hier beim Zoll angeſtellt werden wird, ſo daß in Hinſicht der Unterſuchung der Schiffe, welche nach der Zeit ihrer Ankunft der Reihe nach vorgenommen wird, etwas Außerordentliches geſchehe; denn da es über 20 ſind, die da warten, möchten ſonſt die letzten über einen Monat zu liegen haben. Es fehlt an Nachrichten über die Operationen der Föderaliſten bei Tampico; die ungeſunde Jahreszeit beginnt, und Buſtamente kann leicht einen ſchwierigen Krieg zu führen haben."

Aeltere Briefe aus San Juan d'Ulloa vom 12. Februar, melden verſchiedene Gewaltthaten, welche vor Abſchluß des Vertrags gegen Fremde in Mexico begangen worden waren. Sogar der engliſche Geſandte Pakenham wurde, als er von Veracruz nach Mexico reiste, um die Friedensunterhandlungen dort zu eröffnen, unterwegs von dem Volke inſultirt. Der Kanzler der franzöſiſchen Geſandtſchaft, Hr. Laisné de Villevêque, der als Conſul in Mexico functionirt hatte und auf welchen das gegen ſeine Landsleute erlaſſene Verbannungsdecret ausgedehnt worden war, wollte mit der Diligence nach Veracruz abgehen, verſäumte aber, da er die Beantwortung ſeines Geſuches um ein Geleite abwarten wollte, den Abgang derſelben. Zu ſeinem Glück; denn in der Nähe von Mexico wurde die Diligence von einer zahlreichen Bande überfallen, welche Einen der Reiſenden, einen Franzoſen, tödtete und zwei andere verwundete. Die Angreifenden gehören geachteten Familien in Mexico an. Ein engliſcher Fabrikant und ſein Compagnon, ein Teutſcher, wurden in der Nähe von Acapulco ermordet.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 12. April ſetzte der Präſident, Baron Pasquier, die HH. Pairs von einem neuen ſehr empfindlichen Verluſt, den ſie erlitten, in Kenntniß, nämlich von dem des Marquis de Sémonville, der ſo lange eine ſo hohe und ſo ehrenwerthe Stelle in ihrer Mitte eingenommen habe. — Graf Portalis legte dann die Urkunden vor, worauf der Graf de Gramont d'Aſter ſeine Anſprüche als erblicher Pair gründet. Hr. Gay-Luſſac, einer der durch die letzte Ordonnanz beförderten Pairs, ward beeidigt. — Der Siegelbewahrer legte zwei Geſetzentwürfe vor, wovon der eine verſchiedene Modificationen in dem in der letzten Seſſion votirten Geſetze über die Handelstribunale, der andere Anordnungen der Rechte des literariſchen Eigenthums betrifft.

Der Marquis de Sémonville, Ehren-Großreferendär der Pairskammer, ſtürzte am 11. April, als er von einem Beſuche bei Mad. Ellice, der Gemahlinn des gegenwärtig in Paris anweſenden Parlamentsmitglieds Ellice, nach Hauſe zurückkehren wollte, auf der Treppe, verletzte ſich durch den Sturz am Kopf und verſchied ſogleich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 12. April wurde über die Wahl des Brücken- und Straßeninſpectors Goury im Departement Finiſtère verhandelt. Derſelbe, miniſterieller Bewerber, war mit einer Mehrheit von bloß zwei Stimmen gewählt worden; es waren aber für ihn mehrere Wahlzettel gerechnet worden, deren Gültigkeit angefochten wird, weil auf ihnen bloß „Goury," ohne weitere Bezeichnung, ſtand, während in demſelben Departement ein Bruder des Brücken- und Straßeninſpectors, ebenfalls wählbar, ſeinen Wohnſitz hat. Das Bureau trug deßwegen mit 17 gegen 11 Stimmen darauf an, die Wahl für ungültig zu erklären. Hr. Dagu enet vertheidigte die Wahl; er bemerkte, ähnliche Anſtände ſeien im Laufe der Legitimationsverhandlungen ſchon öfters übergangen worden. Die Kammer erklärte mit ſtarker Mehrheit die Wahl für gültig. Die beiden Centren mit den Doctrinairs ſtimmten für die Gültigkeit, während Hr. Thiers mit Hrn. Odilon-Barrot und der Linken dagegen ſtimmten. — In derſelben Sitzung erfolgte noch eine zweite Entſcheidung über die Wahl des Hrn. de Loynes zu Ponthiviers im Departement du Loiret, welche durch Vereinigung der Centren mit den Doctrinairs für ungültig erklärt wurde. Es kam hierbei, da ein Paar Proben durch Aufſtehen und Sitzenbleiben zweifelhaft blieben, zum förmlichen Scrutinium. Die Zahl der Votanten betrug 359; abſolute Mehrheit 180. Für die Annullirung der Wahl ergaben ſich 188; für die Genehmigung 171. Die Wahl des Hrn. de Loynes wurde demnach mit einer Mehrheit von 17 Stimmen für ungültig erklärt.

Der Conſtitutionnel ſpricht mit einiger Aengſtlichkeit von myſteriöſen Pourparlers, die zwiſchen den Freunden des Hrn. Guizot und den Freunden des Hrn. Fulchiron (eines der Häupter des Centrums) Statt gefunden haben, und möchte gerne wiſſen, wer den erſten Schritt gethan habe: ob die Doctrinairs oder die Anhänger des 15. April?

Das zweite Bureau der Deputirtenkammer, das ſich ſchon ſeit mehreren Tagen mit der Wahl des Hrn. Emile de Girardin beſchäftigt hatte, entſchied am 11. April mit 25 gegen 15 Stimmen, daß der Kammer die Zulaſſung des Hrn. de Girardin vorgeſchlagen werden ſolle.

Marſchall Gérard drückte in einem Tagsbefehl der Pariſer Nationalgarde, die „fünf Tage hindurch mit großem Eifer und Mäßigung den außerordentlichen Dienſt zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in Paris geleiſtet," ſeine lebhafte Zufriedenheit und ſeinen Dank aus; die Ruhe ſei vollſtändig wieder hergeſtellt.

Am 12. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 109 Fr. 85. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 80 Fr. 80. — Am 13. April 2 Uhr Nachmittags 5Percents 109 Fr. 90. 3Percents 80 Fr. 85.

Preußen.

Ein Schreiben aus Berlin vom 12. April (in der Allgemeinen Zeitung) meldet: „Heute iſt zum erſten Male eine telegraphiſche Nachricht aus St. Petersburg hier eingetroffen. Nachdem nämlich die zwiſchen dieſer Hauptſtadt und Warſchau errichtete Telegraphenlinie vollkommen hergeſtellt worden, hat dieſelbe am erſten Oſterfeiertage der Ruſſen (8. April) ihre Thätigkeit begonnen, und ſo haben wir in vier Tagen erfahren, daß ſich Ihre Majeſtät die Kaiſerinn am Tage vorher ernſtlich unwohl befunden, jedoch bereits wieder auf dem Wege der Beſſerung iſt."

Wien.

Am 20. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen zu 5 pC. in CM.		107⅞.
detto	detto zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM		66.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅝ G. Uſo. 2 M.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe, Dorotheergaſſe Nr. 1108.

№ 112

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 22. April 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 20. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.526	28Z. 3L. 5P.	+ 8.5	S.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.489	28 3 0	+ 16.3	SO.	mittel.	— —
	10 Uhr Abends.	27.445	28 2 5	+ 9.6	NW	schwach.	Wolken.

Spanien.

Zwischen van Halen, dem Oberbefehlshaber der Christinischen Centrumsarmee, und Cabrera ist endlich ein Vertrag über die Auswechslung der beiderseitigen Gefangenen zu Stande gekommen. Er lautet wie folgt: „Art. 1. In Zukunft wird das Leben aller Gefangenen, welcher Classe sie angehören mögen, und was auch ihr Rang seyn mag, und selbst wenn sie einmal von der sie gefangennehmenden Armee desertirt sind, geschont; nur die, welche zweimal desertirt sind, werden nach den bestehenden Gesetzen behandelt. Dieser Artikel erstreckt sich auf alle organisirten Armeecorps, königliche Freiwilligen, Nationalmilizen und Freicorps. Art. 2. Die Gefangenen werden ganz wie die Truppen, in deren Gewalt sie gefallen sind, behandelt, und es können zu beiderseitiger Vergewisserung unter den durch den Krieg gebotenen Vorsichtsmaaßregeln gegenseitige Inspectionen in den Depots Statt finden. Art. 3. Sobald die Zahl der Gefangenen 400 beträgt, werden sie in ein Depot, wozu ein offener Ort bestimmt wird, damit die militärischen Operationen nicht gehemmt werden, gebracht, welchem die Nationalstreitkräfte sich auf eine Legua nicht nähern dürfen. An diesem Orte darf ferner kein Depot von Waffen, Lebensmitteln, Kleidungsstücken ꝛc. und keine Waffenfabrik errichtet werden. Die Besatzung darf nicht stärker seyn, als es zur Bewachung der Gefangenen nothwendig ist, und keine andere Truppenabtheilung darf sich in den eine Legua nach allen Seiten erstreckenden neutralen Umkreis des Ortes flüchten, um ein Gefecht zu vermeiden, widrigenfalls die Unverletzlichkeit desselben aufhörte, und die verfolgenden Truppen in denselben einrücken dürften. Art. 4. Die Kranken und Verwundeten, wo sie sich befinden mögen, werden geschont, ärztlich behandelt und ihren Corps zurückgegeben, sobald ihre Gesundheit es gestattet; die mit Behandlung der Kranken und Verwundeten beschäftigten Aerzte genießen dieselbe Freiheit. Art. 5. Wenn auf beiden Seiten Gefangene gemacht worden sind, und von einer Seite eine Auswechslung vorgeschlagen wird, so kann sie von der andern auf keinen Fall verweigert werden. Art. 6. Die Auswechslung findet in dem nächstgelegenen Orte Statt. Art. 7. Auf dem Transport und in den Depots dürfen die Gefangenen nicht verhöhnt noch mißhandelt werden. Art. 8. Die Gefangenen dürfen nicht in die überseeischen Länder deportirt werden. Art. 9. Bei Auswechslungen haben die Gefangenen je der andern auswechselnden Armee den Vorzug. Art. 10. Im Falle des Zuwiderhandelns gegen vorstehende Bestimmungen, unter welchem Vorwande solches erfolge, mit Einschluß der Empörungen und Meutereien, kann die beschädigte Partei gerichtliche Untersuchung verlangen, und wenn sie nicht binnen gehöriger Zeit Genugthuung erhält, wird gegenwärtiger Vertrag für ungültig erklärt, ohne Rückwirkung für die bereits in Gefangenschaft Befindlichen, mit Ausnahme derjenigen übrigens, welche im Wege der Wiedervergeltung für den Tod der vertragswidrig Geopferten büßen müssen, und deren Zahl auf das Doppelte von letztern gebracht werden kann. Art. 11. Zu getreuer Vollziehung dieses Vertrags sind nicht bloß die Chefs, die den Vertrag unterzeichnet, sondern auch ihre Nachfolger während der ganzen Dauer des Kriegs verpflichtet. Zur Beglaubigung ꝛc. Unterzeichnet: Lecera, den 3. April 1839. Antonio van Halen. Segura, den 1. April 1839. Der Graf von Morella.“ — Während so in Arragonien und Valencia eine menschlichere Kriegführung gesichert ist, wüthet in der Mancha, wo kleinere Guerilleros, mehr Räuberhauptleute als politische Parteigänger, ihr Unwesen treiben, fortwährend die Blutrache. Erst neulich nahmen die Christinos durch die Erschießung von sieben Gefangenen für eine Gewaltthat von Palillos Rache.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 6. April: „Die Anarchie, welche das Ministerium selbst in Valencia eingeführt hat, indem es nicht nur die im vergangenen September dort Statt gefundenen Gräuel ungestraft ließ, sondern es sogar duldete, daß ein Mann, der General Chacon, sich an die Spitze jener Provinz stellte, von welchem die Anarchisten die Förderung ihrer weitern Pläne getrost erwarten konnten, fängt an ihre Früchte zu tragen. Am 30. v. M. Mittags drang ein bewaffneter Haufen des niedrigsten Gesindels in das Stadthaus von Valencia, und verlangte folgende Puncte: die Errichtung eines aus Tagelohnern zusammenzusetzenden vierten Bataillons der Nationalmiliz, dessen Mitglieder täglich vier Realen erhalten sollten; Vertheilung von 400 Flinten unter dieselben und Wiedereinsetzung der Repressalienjunta. Es verbreitete sich das Gerücht, der General Chacon hätte diese Forderungen zugestanden, und die Miliz wurde einberufen. Alle Festlichkeiten, mit denen der Oster-Sonnabend in Spanien gefeiert wird, unterblieben. Nachmittags drangen die Meuterer in das Stadthaus, um ihre Offiziere zu wählen. Einer von ihnen, der sein Stimmrecht nach eigenem Gutdünken ausüben wollte, wurde neben dem vorsitzenden Alcalden ermordet, und die mit seinem Blute befleckten Wahlzettel in die Urne geworfen. Die Miliz blieb unthätig unter den Waffen. Am 21. Morgens rückte der General Aspiroz mit seiner Division in die Stadt ein, und stellte sich zur Verfügung Chacon's. Dieser versammelte die Behörden, und es wurde ihm angezeigt, daß mehrere derselben die Pläne der Meuterer begünstigten; aber erst als er erfuhr, daß auch seine Ermordung beschlossen sei, ließ er einige Verhaftungen vornehmen, und die Stadt in Belagerungszustand erklären, auch

eine Militärcommission einsetzen. Indessen hielten sich die ruhigen Bürger zurückgezogen, weil sie befürchteten, daß die Maaßregeln des Generals Chacon nicht ernstlich gemeint seien. Dieser befahl am 2. dem General Aspiroz, mit seinen Truppen nach Murviedro zurückzumarschiren, und die in Valencia befindlichen Carlistischen Gefangenen mitzunehmen. Bereits vor diesen Ereignissen hat die Regierung von hier den Brigadier und Deputirten Infante, der bekanntlich auch zur exaltirten Partei gehört, nach Valencia geschickt, um dort den General Chacon abzulösen. Wir müssen abwarten, ob mit dem Wechsel der Personen ein Wechsel des Systems verbunden seyn wird. Die exaltirten Blätter berühren jene Ereignisse nur obenhin, beschämt über die Nothwendigkeit, in die ein exaltirter General sich versetzt sah, so harte Maaßregeln gegen die „Patrioten" zu ergreifen. — Dagegen hat der Generalcapitän von Andalusien den Kriegszustand der Provinz Sevilla am 30. aufgehoben. Auch in Estremadura hat die Regierung diese Maaßregel angeordnet, obgleich diese Provinz von Carlistischem Gesindel überschwemmt ist. Der dort befehligende General Don Santiago Mendez Vigo hat befohlen, Repressalien gegen das Erschießen der Gefangenen anzuwenden, und zu gleicher Maaßregel hat sich der Generalcommandant der Mancha genöthigt gesehen. Palillos läßt nämlich seit dem Tode seines Sohnes alle Personen niedermachen, die in seine Hände fallen. Cabrera dagegen hat sich endlich dazu verstanden, die Gefangenen auf den Fuß des Elliot'schen Tractats zu behandeln, und der Commandant von Viñaroz hat durch van Halen den Befehl erhalten, sich nach Castellon zu begeben, um die Auswechslung der Gefangenen vorzunehmen. Es heißt, der General Ayerbe hätte seine Entlassung verlangt, weil sein gegen Cabrera bei Segura unternommener Angriff durch die unterbliebene Mitwirkung van Halens fehlgeschlagen sei. Dieser hat nun Magazine in Cariñena aufgehäuft, und schweres Geschütz von Saragossa kommen lassen, um das Unternehmen gegen Segura ernstlich zu beginnen. Cabrera scheint sich dort vertheidigen zu wollen, und hier bezweifeln Manche, daß van Halens Feldzug einen besseren Ausgang als der im vorigen Jahre gegen Morella unternommene haben werde. Einen Theil seiner leichten Truppen schickte Cabrera in die Gegend von Molina, um Geld zu erpressen und Vieh hinwegzuführen *). In der Nacht vom 2. überfielen zu diesem Behufe 130 Reiter die Stadt Brihuega (vier Meilen von Guadalajara), und führten den dortigen Richter und acht der wohlhabendsten Einwohner mit sich fort. Einem solchen Schicksale sind die der Hauptstadt zunächst gelegenen Provinzen ausgesetzt! Vergebens erheben die unglücklichen Bewohner, sie, die allein die Opfer dieses heillosen Krieges sind, ihre Stimme; ihre Leiden gereichen den Parteimenschen zur Freude, weil sie darin Stoff zu Anklagen gegen die Minister finden. Diese haben sich endlich herabgelassen, auf das Geschrei der Presse Rücksicht zu nehmen. Sie versichern in einem Blatte, welches der Finanzminister gekauft hat, sie würden sich mit der Frage über die Auflösung des Cortes nicht eher beschäftigen, als bis sie durch Beitreibung aller nothwendigen Hülfsmittel die Generäle in Stand gesetzt haben würden, den neuen Feldzug mit Erfolg zu eröffnen. Allein es ist nicht zu verkennen, daß wenigstens Hr. Pita und der Kriegsminister (Alair) mit einander zerfallen sind, indem jener keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, um auf diesen die Schuld der Unthätigkeit der Armee zu werfen. Der Zustand von Catalonien scheint endlich den Finanzminister selbst verzagt zu machen, denn er hat sich nicht gescheut, sich selbst ein öffentliches Dementi zu geben. Die Gaceta von heute enthält nämlich einen von ihm unterzeichneten königlichen Erlaß vom 31. v. M., in welchem er den Einwohnern Cataloniens im Namen Ihrer Majestät der Königinn-Regentinn versichert, das Gerücht, als ob die Regierung damit umgehe, die Einfuhr fremder Baumwollenwaaren zu gestatten, sei „durchaus falsch," und müsse eine Erfindung der Feinde der Freiheit und des rechtmäßigen Thrones seyn; nur die Unwissenheit oder Unbedachtsamkeit könne jenem Gerüchte Glauben schenken. Die hier von dem Finanzminister niedergesetzte Commission, die er ausschließlich mit der Prüfung der von ihm beabsichtigten Freigebung der Einfuhr fremder Baumwollenwaaren beauftragt hat, wird nun begreifen, daß Hr. Pita nur sein Kurzweil mit ihr trieb, in der Absicht, bloß ihre staatswirthschaftlichen Kenntnisse zu prüfen. Noch mehr aber wird man sich in England verwundern, daß alle von hier dorthin gegangenen ämtlichen wie außerämtlichen Berichte von der Bereitwilligkeit des Hrn. Pita, die englischen Handelsinteressen vermittelst Durchsetzung obiger Maaßregel zu befördern, auf reiner Schwindelei beruhten, indem Hr. Pita auch nicht einmal daran dachte! Das Vertrauen fremder Cabinete auf die Zuverlässigkeit der spanischen Minister, das ohnehin schon so groß ist, wird natürlich noch höher steigen, und die Catalonier würden eine Ungerechtigkeit begehen, wenn sie noch länger die Gesinnungen des Hrn. Pio Pita mit Argwohn betrachten wollten. — Ein gestern von Paris angekommener Kurier überbrachte Nachrichten vom 30. Da ihnen zufolge die Aussicht, Hrn. Thiers mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs beauftragt zu sehen, zu schwinden scheint, so sind die hiesigen Staatsmänner außer Fassung gerathen."

*) Dieß gab wahrscheinlich zu dem Gerüchte Anlaß, daß Cabrera nach der „Huerta de Valencia" aufgebrochen sei.

Großbritannien und Irland.

Am 11. April hielt die Königinn ihren ersten Hofcirkel (drawing-room) für diese Saison im St. James-Pallaste. Die Auffahrt der königlichen Familie, der fremden Botschafter und Gesandten, hohen Staatsbeamten, des Adels und der Gentry war äußerst glänzend. Bei dem schönen Wetter hatten sich mehrere tausend Menschen im St. James-Park und in der Nähe des Pallastes versammelt, die der vorüberfahrenden jungen Fürstinn ein lautes Lebehoch zuriefen; da jedoch die Glasfenster des Wagens herabgelassen waren, so war die Königinn nur für wenige ihrer loyalen Unterthanen sichtbar. — In den hohen Gesellschaftskreisen in London wie in Brüssel geht das Gerücht, die Königinn, die noch niemals auf dem Continent war, werde im Verlaufe des dießjährigen Sommers ihre erlauchten Verwandten den König und die Königinn der Belgier besuchen, wozu bekanntlich die Ermächtigung durch eine eigene Parlamentsacte erforderlich ist.

Die Königinn hat in Erwägung der ausgezeichneten Dienste, welche Sir Fr. Lamb, königl. großbritannischer Botschafter am kais. österreichischen Hofe, und Lord Ponsonby, königl. großbritannischer Botschafter bei der hohen Pforte, bei Abschluß der Handelstractate mit Oesterreich und der hohen Pforte geleistet haben, ersteren zum Pair, mit dem Titel Baron Beauvale, und letztern zum Range eines Viscount erhoben.

Das Unterhaus beschäftigte sich am 11. April zu Anfang seiner Sitzung mit der Entgegennahme von Petitionen. Darunter waren mehrere für Hrn. Hills (früher erörterten) neuen Plan zur Regulirung des Briefpor-

to's. Capitän Briant überreichte sieben Petitionen aus der irischen Grafschaft Kilkenny, voll warmer Ausdrücke des Vertrauens in das jetzige Ministerium, um Beibehaltung des bisherigen Verwaltungssystems in Irland. Die HH. O'Connor Don und Oberst Butler übergaben ähnliche Bittschriften. Beim Abgange der Post motivirte Hr. J. A. Murray, der Lordadvocat für Schottland, seinen Antrag auf Einbringung zweier Bills zur bessern Ermittlung des parlamentarischen Wahlrechts und zur Verbesserung der Stimmenregistrirung in Schottland.

Die ministerielle Krisis, die am 15. April im Unterhause entschieden werden soll, hat, außer den täglichen Discussionen in den Journalen, eine Menge Flugschriften hervorgerufen. Eine der neuesten trägt den Titel: „Sollen wir die Kutsche umwerfen? oder was sollen die Radicalen thun? Beantwortet in einem Briefe an George Grote Esq. P. M. von einem radicalen Mitgliede des Unterhauses." Der Verfasser ist entschieden gegen das Umwerfen der Kutsche. In diesem Sinne spricht sich auch der Examiner aus, und zwar in einem Artikel gegen die Morning-Chronicle, welches das Whigministerium zwar auch erhalten, aber künftig liberaler sehen will. Gleichwohl, scheint es, hat das Whigministerium unter seinen bisherigen Anhängern einigen Abfall zu befürchten. So hat z. B. Hr. Swinfin Jervis, Mitglied für Bridport, auf das ministerielle Circular, welches die liberalen Mitglieder auf den 15. April dringend zum Erscheinen im Unterhause einlud, geantwortet: „Irland sei von den Ministern schon allzu oft als Paradepferd benützt worden, um ihre schwindende Popularität zu stützen; es handle sich um eine größere Frage, als die bloße Verwaltung Irlands, und er erkläre hiermit der Regierung im voraus öffentlich, daß er, in Anbetracht ihres Benehmens bei der Ballotagefrage und vielen andern wichtigen Fragen, gegen sie stimmen werde."

Die Londoner Blätter vom 10. April bringen nähere Berichte über den Friedensschluß zwischen Frankreich und Mexico. In der Times liest man Folgendes: „Die Differenzen haben ziemlich eben so geendet, wie sie begannen, denn die Franzosen haben sich von den Mexicanern dieselben Bedingungen gefallen lassen, welche ihnen schon vor dem Bombardement des Castells von San Juan d'Ulloa angeboten wurden. In Veracruz waren zwischen dem General Victoria und Hrn. Gorostiza, als Bevollmächtigten von Seiten Mexico's, und dem Admiral Baudin von Seiten Frankreichs, unter Vermittlung des Hrn. Pakenham, brittischen Gesandten bei der Republik, Conferenzen eröffnet worden. Zuerst entstanden einige Schwierigkeiten in Folge eines von dem französischen Admiral erlassenen Circulars, worin er die Insurgenten in Tampico, die gegen ihre eigene Regierung die Waffen ergriffen hatten, unvorsichtigerweise anerkannte und in Gemäßheit einer mit ihnen, wie mit einer rechtmäßigen Gewalt, abgeschlossenen Uebereinkunft die Blockade der Häfen von Tampico, Matamoras, Soto la Marina und Tuxpan aufhob, mit der öffentlichen Ankündigung, daß er eben so mit Hinsicht auf alle andern Häfen handeln würde, die sich gegen ihre Regierung erklären und eine ähnliche Uebereinkunft mit ihm schließen wollten. Durch die Bemühungen des brittischen Gesandten wurde dieß Hinderniß beseitigt und ein Tractat entworfen und unterzeichnet, durch welchen alle Streitpuncte beigelegt sind. In einem Schreiben aus Veracruz vom 10. März wird hierüber gemeldet: „Es ist ein Termin von 12 Tagen gesetzt, bis wohin der Congreß entscheiden soll, ob er die abgeschlossene Uebereinkunft genehmigen will. Der Waffenstillstand ist auf 14 Tage bewilligt, während welcher Zeit die Feindseligkeiten gänzlich eingestellt werden und die Schiffe die Erlaubniß zum Löschen erhalten sollen. Die Bedingungen der Uebereinkunft sind: Mexico zahlt 600.000 Dollars in Uebereinstimmung mit dem Ultimatum und ist damit aller weitern Forderungen von Seiten Frankreichs, bis zum 26. November v. J. gerechnet, überhoben. Jene Summe ist in drei Wechseln auf das Zollhaus, auf 2, 4 und 6 Monate gestellt, zu entrichten. Frankreich besteht nicht auf dem Detailhandel. Die Zurückgabe der von Frankreich gemachten Prisen und die Entschädigungen für beiderseitige Verluste während des Krieges sind dem Schiedsurtheil Englands anheimgestellt. Die Mexicaner können, wann es ihnen beliebt, einen Handelstractat mit Frankreich abschließen; Bedingungen werden in dieser Hinsicht vorläufig nicht festgestellt. Das Castell nebst seinem Geschütz soll sogleich überliefert werden, wenn der Congreß die Uebereinkunft ratificirt hat; 12 Geschütze, die den Franzosen bei einer frühern Gelegenheit von den Spaniern abgenommen worden, bleiben im Besitz der Franzosen; dafür haben sie das Castell während der Occupation desselben ausgebessert. Die Franzosen können nach Mexico zurückkehren und sollen die Privilegien der begünstigtsten Nation genießen. Alle diese Documente wurden gestern (am 9. März) unterzeichnet, und Hr. Gorostiza begab sich heute Früh nach der Hauptstadt, um den Discussionen über diese Angelegenheit im Congreß beizuwohnen." Die Times bemerkt hierzu: „Ein solches Ende hat dieser mexicanische Streit genommen, in welchem, wie man sieht, die Franzosen mehrere unbillige Forderungen aufgegeben haben und in der That mit Wenigerem zufrieden gewesen sind, als sie zu Jalapa forderten und bewilligt erhielten, ehe San Juan d'Ulloa angegriffen und Veracruz gestürmt wurde. So wurde zum Beispiel der Detailhandel damals als eine Bedingung sine qua non aufgestellt, es wurde die Zahlung noch einer zweiten Summe von 600,000 Dollars für die Kosten des Geschwaders verlangt und genehmigt und eine beschimpfende Entschuldigung als ein specieller Artikel des Tractats gefordert, auf welches Alles man nun verzichtet hat, wenn obige Angaben richtig sind. Man muß sich also fragen, wozu so viel Blut vergossen, so viel Geld von Seiten Frankreichs und so viel Unbilden nicht nur Mexico, sondern allen andern befreundeten und neutralen Staaten, welche mit diesem in Handelsbeziehungen stehen, zugefügt worden, da alles jetzt Erlangte und noch mehr zu erlangen war und wirklich bewilligt wurde, ehe man zu activen, ruinirenden Feindseligkeiten seine Zuflucht nahm? Und es ist anzunehmen, daß, wenn ein brittischer Gesandter schon früher, mit einem brittischen Geschwader im Rücken, zur Vermittlung nach Mexico gekommen wäre, diese Feindseligkeiten mit all der unheilvollen Unterbrechung des Handels, die daraus entsprangen, weit eher beseitigt, wo nicht ganz hätten vermieden werden können."

Die Regierung hat einen Contract abgeschlossen, wonach eine Dampfbootverbindung von Liverpool nach Halifax in Neuschottland und von da durch Seitenverbindungen nach Boston und im Sommer auch nach Quebec eingerichtet werden soll. Diese Einrichtung wird bereits im April 1840 ins Leben treten. Statt der bisherigen vierwöchentlichen Verbindung durch Packetboote, wird dadurch eine je vierzehntägige Verbindung durch Dampfboote hergestellt.

Die Glasgow-Chronicle erzählt von einem Plane zur Erbauung eines Hauses von 6 Zimmern, Küche u. s. w., ganz von Eisen, das in 2 Monaten errichtet seyn könne, und dessen Kosten nur 250 Pf. St., also nur die Hälfte eines gewöhnlichen Hauses, betrügen.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 13. April wurde die wegen eines unbedeutenden Formfehlers beanstandete Wahl des Vicomte Decazes, Sohnes des Herzogs Decazes, für gültig erklärt. Hierauf erstattete Hr. Amilhau Bericht über die Wahl Emil von Girardins für Bourganeuf. Zwei Haupteinwendungen sind gegen diese Wahl erhoben: einmal, daß die Wahlurne bloß 5 Stunden 55 Minuten, nicht volle 6 Stunden, wie das Gesetz es will, offen geblieben sei, dann, daß Hr. von Girardin (ein unehelicher Sohn, der sein Geburtsjahr bloß ungefähr — um 1802 oder 1803 — angeben kann) sein Staatsbürgerrecht, ein nothwendiges Erforderniß der Wählbarkeit, nicht nachweisen könne. Das Bureau war der Ansicht, daß diese Einwendungen nicht stichhaltig seien, da Hr. von Girardin schon zweimal Deputirter gewesen, und trug deßwegen auf Legitimation an. — Hr. Hennequin erklärte sich gegen die Gültigkeit der Wahl des Hrn. von Girardin, die auch bei der Abstimmung mit 209 gegen 184 Stimmen annullirt wurde. — Für die Sitzung von Montag, 15. April, bleiben noch funfzehn Wahlen zu verificiren übrig; man hoffte, daß an diesem Tage noch das Scrutinium über die Präsidentenwahl an die Reihe kommen werde.

Der königliche Gerichtshof von Paris, als Appellationsinstanz in zuchtpolizeilichen Sachen, hatte am 13. April über Appellationen gegen zwei Urtheile des Zuchtpolizeigerichts zu entscheiden, durch deren eines die Redaction der Gazette von der wider sie durch die Brüder Perier erhobenen Verläumdungsklage freigesprochen worden war, während der Redacteur des Temps wegen absichtlicher Entstellungen in seinem Berichte über diese Verhandlung zu einmonatlicher Gefängnißstrafe und einer Geldbuße von 2000 Fr. verurtheilt worden war. Der königliche Gerichtshof bestätigte das freisprechende Urtheil in Sachen der Gazette und vernichtete das gegen den Temps erlassene Strafurtheil.

Der Herzog, vorher Marquis von Marmier, erbte seinen Herzogstitel von dem kürzlich verstorbenen Herzog von Choiseul, seinem Schwiegervater. Durch eine königliche Ordonnanz vom 15. Mai 1818 war ihm die Nachfolge in dem Titel nicht nur, sondern auch in der Pairie seines Schwiegervaters zugesichert worden. Nach dem Tode des Herzogs von Choiseul bestätigte nun der Siegelbewahrer die durch jene Ordonnanz verfügte Uebertragung des Herzogstitels an den Marquis; der Uebertragung der Pairie dagegen konnte nach der neuen Gesetzgebung nicht mehr Statt gegeben werden.

Die heimliche Pulverfabrikation hat neulich im südlichen Frankreich sehr überhand genommen; die Polizei hat jedoch die Spuren derselben durch einen Zufall entdeckt. Zu einem Müller bei Montélimart kamen drei Schmuggler, um Kohlen zerstampfen zu lassen. Am andern Tag kehrten sie zurück, warfen Salpeter in den Trog und kündigten an, daß sie den dritten Tag wieder kommen würden. Ihr geheimnißvolles Aussehen, und ihre wiederholte Warnung, die Mischung nicht zu berühren, machten die Müllerinn neugierig; sie beredete ihren Mann, Abends mit ihr nachzusehen. Das Licht entzündete das Pulver, und verursachte eine Explosion, bei welcher die Frau das Leben verlor, und der Müller schwer verwundet wurde. Die Schmuggler sind in Haft.

Am 13. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr.

Niederlande.

Der Avondbode berichtet, daß der in öffentlichem Dienste stehende Hr. Cater bei der Regierung Concession nachsucht zum Bau einer steinernen Brücke über das Y. Die colossale Unternehmung würde von großem Nutzen für Amsterdam und die durch das Y von dieser Hauptstadt getrennten Bewohner Nordhollands seyn. Diese Brücke würde aber auch die größte in Europa werden. Sie soll auf dreizehn Bogen ruhen, von welchen einer Einhundert Ellen breit und so hoch seyn soll, daß auch die größten Seeschiffe darunter durchpassiren können. Auf beiden Seiten des großen Bogens soll ein Bogen von achtzig Ellen Breite für die Durchfahrt kleinerer Schiffe gebaut werden. Die Kosten sind auf 9 Millionen Gulden veranschlagt, und sollen durch ein Privatanlehen aufgefunden werden. Dem Gouvernement von Nordholland liegt das Gesuch zu Berichterstattung in diesem Augenblicke vor.

Im Handelsblad liest man: „Wir vernehmen auf bestimmte Weise, daß die Londoner Conferenz selbst in den letzten Tagen das Zögern von Seiten Belgiens bei der Unterzeichnung des Tractats, in derselben Weise, wie wir selbst, betrachtet hatte. Die Mitglieder der Conferenz, und insbesondere Lord Palmerston, beklagen sich unverholen über eine Handlungsweise, die mit jedem Tage mehr einen verwerflichen Character gewinnt, und die, wenn man in Brüssel sich nicht bald entschließt, den geraden Weg zu gehen, für Belgien noch unangenehme Folgen haben kann."

Belgien.

Dem Commerce Belge zufolge ist jetzt keine Rede mehr von dem Eintritte des Hrn. Lebeau in das Justizministerium. Hr. Liedts, Präsident des Tribunals von Antwerpen, soll jetzt die meisten Chancen für sich haben. Es heißt auch, daß in der Folge die auswärtigen Angelegenheiten, der Handel und die Marine ein neues Departement bilden sollen; das Ministerium des Innern soll mit dem der öffentlichen Arbeiten vereinigt werden.

Der Observateur enthält mit der Ueberschrift: „Die Reise des Hrn. Nothomb nach London" einen längeren Artikel, in welchem er die Ursachen der Verzögerung bei dem Unterzeichnen des Friedenstractats in Untersuchung zieht. Von neuem dringt das Blatt darauf, daß die Regierung erst eine genaue Erklärung einiger Puncte heische, namentlich in Bezug auf die Capitalisation der Schuld, die Feststellung des Tonnengeldes, die Gelder des Syndicats, die Anerkennung Belgiens durch den teutschen Bund und die politischen und kirchlichen Garantien der Einwohner in den abgetretenen Landestheilen. Als Antwort auf die in holländischen Blättern enthaltenen Bemerkungen sagt der Observateur, daß es besser sei, alle Schwierigkeiten vor der Abschließung des Tractats zu beseitigen, statt hinterdrein dadurch in um so größere Verlegenheiten versetzt zu werden.

Hr. Ch. von Brouckere hat neuerdings seinen Abschied als Director der belgischen Bank verlangt, und will durchaus einen Nachfolger in dieser Stellung haben.

Die Regierung geht damit um, auf der Eisenbahn zwischen Löwen und Lüttich eine zweite Bahnlinie zum Transport der Waaren anzulegen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1-K. ZEITUNG 1839

№ 113

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 23. April 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 21. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maa	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.553	28. 3z. 9p.	+ 6.1	NW.	schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.605	28 4 5	+ 7.8	NW.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.638	28 4 10	+ 5.3	NW.	——	Wolken.

Frankreich.

Den neuesten Nachrichten aus Paris vom 16. April, die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, zufolge ist, nachdem die Verification der Vollmachten in den Sitzungen der Deputirtenkammer vom 15. und 16. d. M. so weit beendet war, daß nur noch über sechs streitige Wahlen zu berichten ist, zum Scrutinium über die Präsidentenwahl geschritten, und Hr. Passy (Hippolyte) gleich beim ersten Scrutinium mit 223 Stimmen zum Präsidenten ernannt worden. Die Zahl der Votanten betrug 431; absolute Mehrheit 216. Die Stimmen waren folgendermaaßen vertheilt: Hr. Passy, 223; Hr. Odilon-Barrot, 193; Hr. Dupin, 9; Hr. Dufaure, 1; Hr. Lamartine, 1; Hr. Cunin-Gridaine, 1; Hr. Passy (ohne nähere Bezeichnung) 3. Der Moniteur Parisien äußert sich hierüber folgendermaaßen: „Die Kammer ist heute zur Wahl ihres Präsidenten geschritten. Die Zählung der Stimmen erfolgte unter der lebhaftesten Bewegung. Hr. Hippolyte Passy ist beim ersten Scrutinium gewählt worden. Er hat 223 und Hr. Odilon-Barrot 193 Stimmen erhalten. — Der Sieg des Hrn. Passy, vorbereitet durch die verschiedenen Nuancen der constitutionnellen Meinung, welche endlich die Nothwendigkeit sich zu vereinigen eingesehen haben, ist von guter Vorbedeutung für den weiteren Verlauf der Session. Er bezeugt, daß unsere unglücklichen Spaltungen zu Ende sind, und daß fortan eine starke und compacte Majorität sich um die Regierung schaaren wird, um ihr beizustehen, für das Wohl des Landes zu wirken." — Die Gazette de France ist sehr unzufrieden mit Hrn. Passy's Ernennung. „Hr. Passy," sagt sie, „ist mit einer Mehrheit von 7 Stimmen *) zum Präsidenten der Kammer gewählt worden. Dieses Resultat war nach dem, was gestern Abends in der Versammlung des linken Centrums (wo nach der Behauptung des Constitutionnel einstimmig beschlossen worden seyn sollte, Hrn. Odilon-Barrot die Stimmen zu geben) vorgefallen, durchaus unerwartet. Man muß daraus schließen, daß zahlreiche Bekehrungen im Laufe der gestrigen Nacht und heute Morgens Statt gefunden haben müssen. — In der That ist es sonnenklar, daß man die Ernennung des Hrn. Passy der Defection einer gewissen Anzahl von Mitgliedern des linken Centrums, und der Doctrinairs in Masse verdankt. — Präsidentschaft der Defection; Ministerium des Hofes und der Defection unter der Präsidentschaft des Marschalls Soult. Dieß ist für den Augenblick der Stand der Dinge."

Privatbriefen aus Paris vom 16. April zufolge erwartete man daselbst nun unverzüglich die Composition des neuen Cabinets, und nannte als präsumtive Mitglieder desselben die HH. Soult, Broglie, Guizot, Duchatel, Passy, Humann, Duperré und Dufaure. Falls Hr. Passy ins Ministerium trete, werde wahrscheinlich Hr. Dupin zum Präsidenten der Deputirtenkammer durch dieselben Stimmen, welche Hrn. Passy ernannt haben, gewählt werden.

Der König, die Königinn, Madame Adelaide, die Prinzessinn Clementine, der Prinz von Joinville und der Herzog Alexander von Würtemberg besuchten am 12. April das Schloß Dreux, kamen aber Abends wieder in die Tuilerien zurück.

Der Tod des Marquis von Semonville befreit den Herzog Decazes von einer Pension von 24,000 Fr., die er ihm als Entschädigung für die Abtretung seiner Großreferendärsstelle zahlen mußte. Dergleichen Abschlüsse scheinen unter den höhern Beamten in Frankreich nichts Seltenes zu seyn. So soll z. B. vor kurzem Graf Simeon seine Stelle als erster Präsident des Rechnungshofes an den Exminister Barthe nur gegen eine lebenslängliche Rente von 10,000 Fr. abgetreten haben.

Pariser Blätter theilen den Vortrag mit, welchen der berühmte Statistiker Baron Charles Dupin am 8. April im Amphitheater des Conservatoriums der Künste und Handwerke über den Character, den Umfang und die Heilmittel der gegenwärtigen Krisis im Handel und Verkehr gehalten hat. Es war ein officieller Gelegenheitsvortrag im eigentlichsten Sinne des Wortes. Der Zudrang war ungeheuer, aber die Haltung des

*) Die Gazette rechnet nämlich nur die Zahl der Stimmen über die absolute Mehrheit von 216; eigentlich ist Hr. Passy mit einer Mehrheit von 30 Stimmen gegen seinen Mitbewerber Hr. Odilon-Barrot gewählt worden.

meistens aus Handwerkern bestehenden Publicums ruhig und gesetzt. Der Vortrag ging vorzüglich von einer statistischen Uebersicht der jüngsten Operationen der Bank, der Sparcassen, der Leihhäuser und einer Vergleichung der Zahl und Art der Bankerotte in den drei ersten Monaten dieses und der vorhergehenden Jahre aus, und führte durch eine Masse von Zahlen und Berechnungen endlich zu dem Resultate, daß die commerzielle Krisis der Gegenwart wohl allerdings begründet sei, daß man ihr aber bei weitem nicht die Wichtigkeit beilegen dürfe, welche übertriebene Besorgnisse ihr beizulegen nur zu sehr geneigt seien. Bei der practischen Anwendung dieser Behauptung auf die zunächst liegenden Verhältnisse tadelte er vorzüglich die unzeitige Furcht des Kleinhandels, welcher in jeder vorübergehenden Bewegung in den Straßen schon den unvermeidlichen Ruin erblicke. Dieß brachte ihn dann erst recht auf das Terrain, auf welchem sich dieser Vortrag eigentlich bewegen sollte, die kleinlichen Unruhen der letzten Tage. „Diese erbärmlichen und bleichen Copien der großen Aufstände im Jahre 1831 und 1832, wo die erhitzte Begeisterung einer irregeleiteten Jugend ihren Muth und ihre Unbesonnenheit in die Dienste jener unsichtbaren und verschlagenen Menschen gab, welche nur die Absicht haben, dann zu erscheinen, wenn die Stunde gekommen seyn wird, den Sieg zu benützen, welchen Andere davongetragen haben, erfüllen mich mit Mitleiden. Heutzutage kann ich nichts Anderes gewahr werden, als den großen constitutionnellen Kampf der Auserwählten des Landes, welche gekommen sind, um die Wünsche und Ideen ihrer Committenten zu vertreten und zu vertheidigen. Laßt uns nur ein- für alle Male die Natur unserer Verfassung, so wie die Herrschaft unserer Gesetze annehmen. Diese Natur ist nicht die Ruhe des Schlafes und die Unthätigkeit des Todes; es ist die Thätigkeit, die Bewegung der sich bekämpfenden Ideen, der sich gegenüberstehenden Interessen.“ Zum ferneren Troste verwies Dupin am Ende noch auf England, wo in diesem Augenblicke der Gährungsstoff vielleicht noch größer ist, als in Frankreich. „Blickt nur auf England, seit 150 Jahren genießt es des Wohlstandes, ich sage mehr, einer tiefen Ruhe; mitten unter unermeßlicher politischer Aufregung spricht, schreibt und handelt Jeder, um seinen religiösen und politischen Glauben zu vertheidigen: Whigs, Tories, Radicale, Chartisten, Anglikaner, Dissentees, Katholiken. Der Ausländer glaubt jeden Augenblick, die brittische Verfassung unter den ungeheuren Erschütterungen zusammenstürzen zu sehen; allein plötzlich zerstreuen sich die Staubwolken, welche sie den Augen entzogen, und das seit Jahrhunderten dauernde Gebäude erscheint fester und majestätischer als je zuvor. Wenn der brittische Handel bei jedem Volksauflaufe, wie sie zu London, Manchester, Birmingham so häufig sind, in Schrecken gerathen wollte, so würde er durch seine eigene Furcht und den Stillstand des Verkehrs, welcher sein Leben ausmacht, geschwächt und vernichtet, bald ganz zu Grunde gehen.“ Die Vergleichung mit England scheint freilich wenigstens insofern nicht ganz glücklich, als in Frankreich gerade die Hauptsache fehlt, worauf sie sich stützt, nämlich das seit Jahrhunderten bestehende Gebäude einer festbegründeten Verfassung. Indessen schien der Vortrag, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde, seinen Zweck nicht zu verfehlen.“

Am 11. April fand die erste Generalversammlung der Actionäre der Eisenbahn von Straßburg nach Basel in Paris Statt, in dem großen Saale Montesquieu. Sie zählte mehr als 600 Mitglieder. H^r. Berger, Maire des zweiten Bezirks, führte den Vorsitz. Es wurden verschiedene Berichte sowohl von Seite des Verwaltungsconseils als der Concessionäre und von dem Oberingenieur des Departements des Oberrheins verlesen. Gleich anfangs erklärte der aus sieben Mitgliedern bestehende Verwaltungsrath, daß er in seinen Verrichtungen durch die Beistimmung der Generalversammlung bestätigt zu werden wünsche, und sonach seine Entlassung gebe. Die Versammlung schritt daher zur Wahl eines neuen Verwaltungsraths. Zugleich, und auf den von mehreren Mitgliedern gemachten Vorschlag, dem Conseil drei Commissarien zur Controllirung seiner Amtsführung beizugesellen, hatte die Versammlung, nach Annahme dieses Vorschlags, drei ihrer Mitglieder zur Besorgung dieses Geschäfts zu bestimmen. Nach einem regelmäßigen Scrutin, das den Actionären jede Garantie der Unabhängigkeit und der freien Ansicht gewährte, wurden sechs Mitglieder des vorigen Verwaltungsraths wieder gewählt. Das siebente, welches seine Entlassung eingereicht hatte, ward durch H^rn. Berger ersetzt. Die Wahl der Commissarien fiel auf die HH. Pie, Bazile und v. Coinzy. Nach der von den Administratoren gelieferten Auseinandersetzung in Betreff des Betrags und der Verwendung der bis auf diesen Tag geschehenen Einzahlungen am gesellschaftlichen Capital beträgt der sowohl für die zahlreichen, bereits vollzogenen Arbeiten, als für die Contracte für die von jetzt bis zu Ende des Jahres 1839 zu vollziehenden Arbeiten gemachte Aufwand gegen 22 Millionen, nämlich: Ankauf von Boden 3,500,000, Terrassirungsarbeiten 4,000,000, Kunstarbeiten 1,800,000, Eisenbahn (Ankauf und Legung von Schienen u. s. w.) 9,500,000, Bahn-Dependenzen, Stationen u. s. w. 1,000,000, Ausbeutungsmaterial 1,200,000, allgemeine Kosten, Direction, Studien u. s. w. gegen 800,000, also im Ganzen 21,870,000 Fr. Dieß kommt ungefähr dem gleich, was die Gesellschaft in drei Terminen in die Hände des Concessionärs gezahlt hat. Die vierte Einzahlung geschieht gegenwärtig. Aus den Rechnungen ergibt sich, daß nur sehr wenige Actienbesitzer im Rückstand geblieben sind. Die Lage der Arbeiten betreffend, so stellt diese der Bericht der Concessionäre, der in allen Puncten durch die von dem Oberingenieur des Departements des Oberrheins gelieferte ämtliche Urkunde bestätigt ist, folgendermaaßen dar: von 35 Lieues, welche die Linie von Straßburg nach Basel ausmachen wird sind bei 18 schon die Terrassirungsarbeiten und der größte Theil der Kunstarbeiten, z. B. Brücken, Viaducte u. s. w., fertig. Zehn andere Lieues werden vor Ende 1839 fertig werden; der größte Theil des Ausbeutungsmaterials, Schienen, Maschinen und Wägen sind gekauft; mehr als 1000 Arbeiter sind beständig in Arbeit, und waren den ganzen Winter in Thätigkeit; endlich läßt Alles hoffen, daß die beiden Sectionen von Colmar nach Benfeld und von Mühlhausen nach Basel (zusammen 10 Lieues) 1840 im Gang seyn werden. Schluß-

lich drückt der Bericht die Hoffnung aus, daß diese große Unternehmung, zu deren Vollziehung der Staat dem Gründer sechs Jahre zugestanden hatte, zu Ende 1841, d. h. in weniger als vier Jahren, völlig fertig seyn wird.

Nach einem Schreiben aus Paris (in der Allgemeinen Zeitung) befindet sich zu Paris gegenwärtig der Bäckermeister Reboul aus Nismes, ein Dichter, dem von allen Seiten Theilnahme und Auszeichnung wird, der aber unveränderlich in den dunkeln Kreisen verharrt, in denen er geboren worden. Vor wenigen Jahren ward zuerst sein Talent durch Provinzial-Revuen bekannt; später erschien ein Bändchen seiner in müßigen Stunden geschaffenen Gedichte. „Das Kind und sein Engel" ward schnell populär. Maler und Componisten faßten diesen lieblichen Gegenstand auf und der fromme Sänger, welcher bei der groben Arbeit so zarte Gedanken verrieth, fuhr fort, ein rüstiger Hausherr, ein friedlicher Bürger, ein glücklicher Familienvater, am Tage sein Geschäft zu verrichten und Abends sich in seine trauliche Stube zu begeben, um dort mit den Musen zu verkehren. Ein so eigenthümliches Leben lockte natürlich die öffentliche Aufmerksamkeit, die Reisenden klopften bei dem Dichter Reboul an und fanden ihn in seinem Laden, ordnend und schaffend, in Hemdärmeln, thätig, zufrieden mit seinem Schicksal und heitern Gesichts. Alexander Dumas und Chateaubriand kehrten bei ihm ein und drückten dem seltenen Manne die Hand. Lamartine richtete Strophen an ihn voll Huldigung und die Redacteure des Charivari sandten ihm den Volksdichter Altaroche, um den frommen und royalistisch gesinnten Sänger aus dem Süden in die Reihen der demokratischen Talente hinüberzuziehen. Er ertheilte eine ablehnende Antwort in Versen. Auch jetzt kehrt er wieder nach Nismes zurück, obwohl er von allen Seiten in Paris gefeiert wurde.

Am 16. April 5Percents 110 Fr. 5. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 3Percents 81 Fr. 15. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 15.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 12. April theilte Sir Robert Peel versprochenermaaßen das Amendement mit, welches er am 15. zu Lord John Russells bekannter Motion*) als Gegen-Resolution zu stellen Willens ist. Es lautet folgendermaaßen: „Beschlossen, daß am 13. März eine Motion in diesem Hause gemacht worden ist, behufs der Vorlegung verschiedener Documente, die mit dem Zustand von Irland in Bezug auf Verbrechen und Unbilden in Verbindung stehen, mit Einschluß der der irischen Regierung hinsichtlich der sich auf den Ribbonism beziehenden Zeugenaussagen gemachten Mittheilungen und aller Memoriale, Resolutionen und Adressen, welche an die irische Regierung und an andere Personen, in Bezug auf verübte Verbrechen und Unbilden, gerichtet worden sind, und der hierauf ertheilen Antworten; — daß sich der in den solchergestalt begehrten Documenten begriffene Zeitraum von Anfang des Jahres 1835 bis auf die gegenwärtige Zeit erstreckte, und daß die Motion auf Vorlegung dieser Documente von diesem Hause, da von Ihrer Majestät Ministern keine Opposition dagegen erhoben wurde, genehmigt worden ist; — daß am 21. März das Haus der Lords einen Specialausschuß ernannt hat, um den Zustand von Irland, seit 1835, in Bezug auf Verbrechen und Unbilden, welche Leben und Eigenthum unsicher gemacht haben, zu untersuchen und daß in Folge der Ernennung dieses Ausschusses von Seite des Oberhauses, nunmehr die Motion (von Lord J. Russell) vorgeschlagen wird, es sei die Meinung dieses Hauses (des Hauses der Gemeinen), daß es rathsam sei, bei denjenigen Grundsätzen zu verharren, welche die vollziehende Regierungsgewalt in Irland in den letztverflossenen Jahren geleitet, und die wirksame Handhabung der Gesetze, und die allgemeine Verbesserung des Zustandes jenes Theiles des vereinigten Königreichs zur Folge gehabt haben; — Beschlossen, daß es diesem Hause (dem Unterhause) scheine, daß die Ernennung eines Untersuchungsausschusses vom Hause der Lords, unter den obenerwähnten Umständen und für die obenerwähnten Zwecke, Ihrer Majestät Minister keineswegs berechtige, ohne vorhergehende Untersuchung oder Production von Zeugenbeweisen, aufzufordern, eine Erklärung seiner Meinung über die Staatspolitik eines Zweiges der executiven Regierungsgewalt, abzugeben, und noch weniger eine solche Erklärung, die weder deutlich in Bezug auf ihr Princip, noch bestimmt in Hinsicht des Zeitraums ist, auf den sie sich bezieht; und daß es nicht schicklich ist, daß dieses Haus ein Verfahren befolge, das den Anschein habe, das unbezweifelbare Recht des Hauses der Lords in Frage zu stellen, den Zustand der Verbrechen und Unbilden in Irland zu untersuchen, um so weniger, als diese Untersuchung den Gang und Fortschritt keiner gegenwärtig dem Hause vorliegenden legislativen Maaßregel hemmt." — Sir R. Peels Proposition wurde von der Opposition mit lautem Beifall aufgenommen. — Hierauf erklärte Hr. T. Duncombe, im Namen der Radicalen, daß er, falls Lord John Russells Antrag vom Hause angenommen werden sollte, folgenden Zusatz vorschlagen werde: „Und daß es gleichfalls rathsam sei, solche fernere Reformen in der Repräsentation des Volkes im Parlamente zu bewerkstelligen, welche geeignet seyn dürften, das Volk zufriedenzustellen und die Sicherheit und Wohlfahrt des Königreichs im Allgemeinen zu befördern." — Schließlich theilte Lord Palmerston die von Frankreich, durch das Organ des Grafen Sebastiani gemachte, vollkommen befriedigende Erklärung in Betreff der Wegnahme eines Lootsen, der sich an Bord des englischen Packetboots „Expreß" befand, durch ein Schiff des französischen Geschwaders an der mexicanischen Küste, die von dem Prinzen von Joinville befehligte „Creole," mit. Die Genugthuung, bemerkte er, sei erfolgt, ehe sie ämtlich verlangt worden sei. Graf Sebastiani habe im Namen des Königs der Franzosen das tiefe Bedauern Sr. Majestät über den Vorfall ausgedrückt; als Admiral Baudin die Wegnahme des Lootsen angeordnet, habe er nicht gewußt, daß das Schiff zur englischen Kriegsmacht gehört habe; die Wegnahme sei durch ein Mißverständniß herbeigeführt und keineswegs ein Beweis von Mißachtung ge-

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 18. d. M.

gen die brittiſche Flagge; der König und der Commandant des Geſchwaders hätten den Vorfall aufrichtig bedauert, und es ſeien die genaueſten Befehle ertheilt worden, damit die Wiederkehr eines ähnlichen Ereigniſſes verhindert werde. Schließlich habe Graf Sebaſtiani die Hoffnung ausgedrückt, daß die engliſche Regierung durch dieſe Erklärung befriedigt ſeyn, und daß nichts die Einigkeit zwiſchen beiden Ländern, deren Aufrechterhaltung beiden Regierungen ſo ſehr am Herzen liege, ſtören werde.

Im weitern Verlaufe der Unterhausſitzung vom 11. April erklärte, auf eine Frage von Sir G. Clerk, der Lordadvocat von Schottland, die Regierung ſei nicht geſonnen, das mit dem 17. Juli d. J. ablaufende (von einer Toryverwaltung ertheilte) Patent des Hofbuchdruckers in Edinburgh, kraft deſſen er das Monopol des Bibeldruckes für Schottland genießt, zu erneuen, ſondern man werde eine Maaßregel ins Haus bringen, wodurch für Wahrung der Reinheit des Textes in der Schrift Sorge getragen, und zugleich unbeſchränkte Freiheit zur Herausgabe der Bibel geſtattet werden ſolle (eine für das religiöſe Schottland wichtige Ankündigung!). — Hr. Labouchere legte eine Reihe Correſpondenzen zwiſchen dem Generalgouverneur von Canada und dem Colonialamt auf den Tiſch des Hauſes nieder. — Auf Lord J. Ruſſells Antrag wurden die Mutiny-Bills für den Land- und Seedienſt zum dritten Male geleſen und angenommen. — Auf den Vorſchlag des Handelsminiſters, Hrn. P. Thompſon, ward eine beſondere Committée ernannt, um den Zuſtand der Eiſenbahncommunication im Lande zu unterſuchen, und darüber zu berichten. — Schließlich wurde der Attorneygeneral, Sir John Campbell, ermächtigt, eine Bill zur Verbeſſerung der in voriger Seſſion angenommenen Acte zur theilweiſen Aufhebung des Schuldgefängniſſes einzubringen. Die Verbeſſerung beſteht in Streichung der Clauſel, wodurch Zeitungseigenthümer gehalten ſind, gerichtliche Anzeigen in Debitſachen, auch wenn ſie noch ſo lang ſind, für 3 Shilling einzurücken (während ſonſt, z. B. in der Times, die kleingedruckte ſechsſpaltige Inſertionszeile mit 2 Shilling berechnet wird!). Die Bill wurde zum erſten Male geleſen.

Mit Hinſicht auf den von Hrn. Gibſon angekündigten Antrag in Betreff des däniſchen Tranſitzolles zwiſchen Hamburg und Lübeck bemerkt der Courier, daß es zwar nichts ſchaden könne, wenn dieſe Angelegenheit im Parlamente zur Sprache gebracht würde, daß jedoch die brittiſche Regierung direct wohl nichts darin thun könne; allerdings deute die Anordnung des hohen Zolles, der ſeit dem 1. Jänner von Seiten Dänemarks auf jener Straße von allen brittiſchen und Colonialwaaren erhoben werde, die den ruſſiſchen Producten dagegen gewährte Begünſtigung auf eine politiſche Vorliebe der däniſchen Regierung hin, die Großbritannien ſehr beklagen müſſe, aber die Sache ſei doch eine rein teutſche, in die eine fremde Macht ſich nicht anders als auf dem Wege freundſchaftlicher Unterhandlung einmiſchen könne. Der wahre und faſt offen eingeſtandene Zweck jener Maaßregel, fügt das genannte Blatt hinzu, ſei der, der in Aufnahme gekommenen Verſendung von Gütern zu Lande auf der erwähnten Straße, zu der man ſeine Zuflucht genommen, damit man den läſtigen Sundzoll nicht zu entrichten brauchte, einen Damm entgegenzuſetzen; aber die einzige Macht, welche in dieſer Beziehung ſich ins Mittel legen könne, ſei der teutſche Bundestag.

Die Regierung und die oſtindiſche Compagnie hatten auf dem Landwege, über Suez, Berichte aus Bombay bis zum 23. Februar (alſo in der kurzen Zeit von 48 Tagen) erhalten. Sie ſollen günſtig lauten, und das früher verbreitete Gerücht, daß Kamram, der Beherrſcher von Herat, ſich feindſelig gegen England zeige, widerlegen; Lieutenant Pottinger ſei in Herat auf dem freundſchaftlichſten Fuße mit Kamram. — Die brittiſchen Truppen hatten Hyderabad und Bukhur (in Sindh) ohne Widerſtand von Seite der Einwohner beſetzt. Sir H. Fane behält den Oberbefehl der Truppen.

Der Morning-Poſt zufolge ſoll Hr. Rothomb, der belgiſcherſeits nach London geſchickt worden war, um neuz Unterhandlungen wegen der Scheldeſchifffahrt anzuknüpfen, von den Mitgliedern der Conferenz eröffnet worden ſeyn, daß dieſer Gegenſtand bei dem Haupttractate, dem der König der Niederlande bereits beigetreten ſei, nicht mehr in Betracht gezogen werden könne; die Conferenz wolle jedoch denſelben der Aufmerkſamkeit des Königs der Niederlande bei den zwiſchen den beiden Regierungen (Holland und Belgien) ſpäterhin zu pflegenden Unterhandlungen empfehlen.

Graf von Caledon, iriſcher Repräſentativ-Pair, iſt auf ſeinem Landſitz in der iriſchen Grafſchaft Tyrone mit Tod abgegegangen. Da ſein Sohn, Viscount James Dupre Alexander, bisheriges conſervatives Unterhausmitglied für Tyrone, hiernach ins Oberhaus eintritt, ſo iſt für Tyrone eine neue Wahl nöthig geworden.

Conſols am 13. April 92¼.

Spanien.

Mehrere Pariſer Journale vom 15. April erwähnen des zu Bayonne am 10. d. M. verbreiteten Gerüchts, daß ſich Cabrera Saragoſſa's durch einen Handſtreich bemächtigt habe; allein ſelbſt die Gazette de France und die Quotidienne ſcheinen dieſem Gerüchte wenig Glauben beizumeſſen. — Die Gazette de France vom 16. enthält ein Schreiben aus Saragoſſa vom 9. April, welches dieſes Ereigniſſes mit keiner Sylbe erwähnt, wohl aber meldet, daß General van Halen von einer Recognoscirung, die er am 6. gegen Segura unternommen, unverrichteter Dinge nach Cortes zurückgekehrt ſei.

Nachrichten aus Guipuzcoa vom 10. April zufolge war General Maroto am 7. mit ſeinem Generalſtab, dem Bataillon der Guias und der Escadron ſeiner Escorte von Durango nach den Encartaciones auf-

gebrochen, wo bereits 12 seiner Bataillons mit 4 Kanonen eingetroffen waren, um das von Espartero's Truppen bedrohte Fort von Ramales zu decken. — Das Hoflager des Don Carlos befand sich am 9. fortwährend in Tolosa. — Zariategui war am 7., mit einer Sendung von Maroto beauftragt, nach Estella abgegangen. — Die Rückkehr des Brigadiers Tarragual nach Spanien bestätigt sich.

Der Marquis de Marigny hat dem Ecodel Comercio nachstehendes Schreiben vom 18. März zur Aufnahme übersandt: „Ich reiste mit dem Vicomte von Rocroir zusammen von London ab. Wir waren mit einer Mission an die Regierung der Königinn Isabelle II. beauftragt, von einem edlen Verwandten des größten Mannes (Prinz Louis Bonaparte). Bei meiner Ankunft in Gibraltar sandte ich verschiedene Empfehlungsschreiben ab, die ich von London aus mitgenommen hatte; der Vicomte Rocroir that dasselbe. Ich war nicht wenig erstaunt, als Antwort ein Schreiben zu erhalten, aus dem ich nachstehenden Auszug mittheile: „„Täuschen Sie sich nicht, werthgeschätzter Marquis, der spanische Krieg läßt sich nicht durch Waffen, sondern nur durch eine Uebereinkunft und durch Versöhnung beider Parteien beendigen. Ich bedauere, Ihnen sagen zu müssen, daß Ihre Pläne von der Regierung nicht angenommen werden können, denn sie würden nicht die geringste Aussicht auf Erfolg haben. Da ich mich Ihnen aufs tiefste für die Dienste verpflichtet fühle, die Sie mir während meiner Auswanderung geleistet haben, so rathe ich Ihnen, nicht nach Madrid zu kommen, da Ihre persönliche Freiheit gefährdet werden dürfte.““ Spanier! der Mann, welcher diese Zeilen schrieb, hatte nichtsdestoweniger geschworen, die Sache der Freiheit zu vertheidigen. Wenn in Folge schändlicher Intriguen, mein Schwert euch nicht nützen kann, so gestattet mir wenigstens, die in euren Reihen dienenden Verräther zu entlarven. Siegen oder sterben, das sei der Wahlspruch jedes ächten Spaniers. Tod dem Tyrannen! Es lebe die Constitution von 1837! Ich bringe euch Werke über spanische Angelegenheiten, die von einflußreichen und hochstehenden Männern in Frankreich, England, Spanien und Teutschland geschrieben worden sind. Ihr werdet sie zur Förderung der Sache der Freiheit benutzen. Ich habe meinen Namen unter die Abschriften gesetzt, damit das Publicum erfahre, daß der Denunciant der Feinde der Freiheit einer von den siegreichen Kämpfern der drei Tage des Jahres 1830 ist." — Der englische Courier bemerkt hierzu: „Man erlaubt sich hier eine unverantwortliche Freiheit mit dem Namen des Prinzen Louis Bonaparte, der in Zurückgezogenheit bei London lebt. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß S^r. Hoheit die in dem obigen Artikel unter dem Namen Marquis von Marigny und Vicomte von Rocroir erwähnten Personen gar nicht kennt und durchaus nicht zu errathen vermag, was dieselben bewogen haben kann, das Madrider Publicum auf eine solche Weise zu täuschen."

Der Correo Nacional berichtet nach einem Briefe aus Santander vom 24. März, daß Lord John Hay von der brittischen Regierung den Auftrag erhalten habe, alle von den Carlisten besetzten Küstenpuncte auf strengste zu blockiren, und jedes Schiff, das die Blockade zu forciren versuche, ohne Weiteres zu nehmen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die neuesten Nachrichten aus Newyork reichen bis zum 16. März und lauten ziemlich beruhigend. Noch immer beschäftigt die Gränzstreitigkeit alle Gemüther in Amerika, doch ist nichts Neues an der Neubraunschweig-Maine'schen Gränze vorgefallen, außer daß Sir John Harvey die Ansicht haben soll, auf dem Marshügel, dem Puncte, wo das streitige Gebiet anfängt, ein Fort zu errichten, daß er bereits 8 Compagnien dazu abgeschickt habe, und daß dieses Vorhaben, das übrigens noch durch nichts erwiesen von den kriegerischen Gränzblättern Nordamerika's als einer von den Fällen bezeichnet wird, für welchen der Präsident seine außerordentlichen Vollmachten erhalten habe. Zu Madawaska, einer brittischen Niederlassung in dem nördlichen Theile des streitigen Gebiets, der vom Könige der Niederlande den Engländern zuerkannt worden, war das 11te Linienregiment von Canada eingetroffen. Zwischen den Gouverneuren der beiden Gränzstaaten, Sir John Harvey und Fairfield, soll übrigens ein freundschaftliches Vernehmen eingetreten seyn. Zwar hatte der Gouverneur von Maine am 12. März eine neue Botschaft an die Legislatur dieses Staates gesendet, in welcher er sich mit der bekannten Uebereinkunft zwischen den HH. Fox und Forsyth nicht zufrieden erklärt und vorschlägt, daß die Truppen von Maine nicht zurückgezogen werden möchten; aber in einer Nachschrift zu dieser Botschaft erklärt er, so eben eine sehr friedlich lautende Note des Gouverneurs von Neubraunschweig, Sir John Harvey, empfangen zu haben, in welcher derselbe sich freiwillig erbietet, auf Grundlage der Fox-Forsyth'schen Uebereinkunft in Unterhandlungen treten zu wollen. Die Note selbst ist zugleich mit der Botschaft an den stehenden Ausschuß für die Gränzfrage verwiesen und zugleich beschlossen worden, 5000 Abdrücke davon veranstalten zu lassen. Dazu kommt, daß sich der Präsident der vereinigten Staaten jetzt entschlossen hat, einen außerordentlichen Gesandten in der Person des Schatzministers, H^rn. Levi Woodbury, nach England zu schicken, zu dessen Aufnahme die Fregatte „Constitution" schon in Bereitschaft gesetzt wurde. Diese Ernennung wird als eine sehr günstige Vorbedeutung für die Erledigung des schon so lange schwebenden Gränzstreites angesehen. Der General Scott, der die amerikanischen Gränztruppen befehligt, soll auch sehr friedliche Gesinnungen hegen.

Aus Merico bringen die Newyorker Berichte nichts Neues, als das Gerücht, daß 2000 Texianer in Verbindung mit den Föderalisten unter Urrea gegen Meri-

co zu marschiren beabsichtigten, um eine neue föderalistische Republik der mexicanischen Staaten zu stiften.

Niederlande.

Berliner Blätter melden aus dem Haag vom 11. April: „Der Großfürst-Thronfolger erschien gestern mit der gesammten königlichen Familie im französischen Theater, das so brillant erleuchtet und besetzt war, wie man es seit vielen Jahren nicht gesehen hat. Die hohen Herrschaften wurden, als sie in das Haus eintraten, mit dem holländischen Volksliede empfangen. Der König saß zwischen dem Großfürsten-Thronfolger und der Prinzessinn Albrecht von Preußen. Das Schauspiel wurde mit einer Ouverture von Beethoven eröffnet, der sich dann eine französische Oper und zwei Ouverturen von Lindpaintner und Carl Maria von Weber anschlossen. — Der Großfürst begibt sich am nächsten Montag über Leyden und Haarlem nach Amsterdam. Die Reise desselben nach England scheint noch nicht fest beschlossen; vielmehr heißt es, daß in dieser Beziehung noch neue Nachrichten aus St. Petersburg erwartet werden. — Der Generalmajor Bagelaar hat am 6. d. M. das Obercommando über die Festung Bergen op Zoom übernommen, und dieß durch einen Tagsbefehl angekündigt."

Belgien.

Die Brüsseler Blätter, namentlich der Independant und die Emancipation, beschäftigen sich mit der Frage der Capitalisation der 5 Millionen Rente, welche Belgien zu entrichten hat. Das erstgenannte Blatt, welches bekanntlich unter ministeriellen Auspicien erscheint, schickt die Erklärung voran, daß die Mission des Hrn. Rothomb nach London ihm vorläufig nicht gestatte, zu untersuchen, welche Auslegung man dem Artikel 13 des Tractats vom 15. November (wiederholt in dem Tractat vom 23. Jänner) hinsichtlich einer Transferirung der Schuld geben könne. Nichtsdestoweniger glaubt doch auch der Independant eben so wie Emancipation, daß die von holländischen Politikern und namentlich in der zu Amsterdam erschienenen Schrift des Hrn. Louis Drucker geäußerten Ansichten, hinsichtlich einer Capitalisation, welcher die Rente von 2½ Percent zum Grunde liege, ganz unrichtig sei. Die Schrift des Hrn. Louis Drucker, eines bekannten Kaufmanns zu Amsterdam, wird jetzt aus dem Holländischen ins Französische übersetzt. Hr. Dumortier ist, wie man vernimmt, mit einer Widerlegung dieser Schrift beschäftigt.

Der Irländer Steele, der bekanntlich im Auftrage des Hrn. O'Connell reist, ist nach längerer Abwesenheit wieder in Brüssel eingetroffen.

Wie es heißt, sind die Differenzen der Regierung mit der Stadt Brüssel hinsichtlich der Finanzen der letztern nunmehr geordnet. Die Stadt übernimmt alle Entschädigungen für die in den letzten Jahren vorgefallenen Plünderungen; ferner tritt sie der Regierung alle wissenschaftlichen und Kunstsammlungen ab, welche sie besitzt. Dagegen bewilligt ihr der Staat eine jährliche Rente von 400,000 Gulden, die auf das große Buch der Staatsschuld eingetragen werden.

In Bezug auf die neuerdings von der belgischen Regierung in London versuchten Unterhandlungen liest man in öffentlichen Blättern Nachstehendes: „Die belgische Regierung möchte, statt eines Scheldezolls von anderthalb Gulden für die Tonne, ihren Handel ganz von dieser Auflage, die sehr lästig werden könnte, mittelst der Zahlung einer festgesetzten jährlichen Summe befreien. Man würde die Höhe dieser Rente nach der Durchschnittsziffer der nach Antwerpen auf der Schelde in den letzten fünf Jahren vor 1830 eingelaufenen Schiffe berechnen. Holland kann sich billigerweise nicht wohl weigern, diesem Vorschlage beizutreten. Durch Errichtung einer jährlichen Rente zu seinem Vortheile, ohne sie zu capitalisiren, hat man freilich ein Mittel des Zwanges gegen dasselbe in Fällen, wo es der Schifffahrt auf dem Flusse Hindernisse in den Weg legen möchte. Der zweite Punct, welcher weiterer Anordnung bedarf, berührt finanzielle Fragen. Man muß die Theile der Domainen, welche die alte Brüsseler Bank (Société générale) in Holland besaß, und die zu ihrer Dotation gehörten, sodann die in das Brüsseler große Buch (By-Boek) eingetragene Schuld im Betrage von 300,000 Gulden Rente ordnen, die von Rechts wegen in den fünf Millionen Gulden jährlicher Rente, die Belgien als sein Antheil bei der Schuld zugeschieden wurden, mitzubegreifen sind. Belgien verlangt auch, daß Garantien für die abzutretenden Provinzen, ihre Anstalten und religiösen Freiheiten stipulirt werden, so wie eine förmliche Amnestie für alle politischen Aeußerungen und Meinungen. Man unterhandelt in diesem Augenblick über alle diese Puncte mit der Conferenz, und will nur dann unterzeichnen, wenn alle diese Präliminarpuncte bestimmt sind. Dieser Umstand und die Abwesenheit eines Ministeriums in Frankreich erklären die Verzögerung in Promulgation des Gesetzes."

Der Status des Hauses John Cockerill ist nunmehr erschienen. Am 28. Februar d. J. betrugen die Activa 25,894,418 Fr. 17 C., die Passiva 17,839,571 Fr. 78 C., es blieb also damals noch ein Ueberschuß von mehr als 8 Millionen Fr.

Wien.

Der bisherige Geschäftsträger der freien Stadt Hamburg am k. k. Hofe, Carl von Graffen, hatte am 17. l. M. die Ehre, Sr. Majestät in einer ihm allergnädigst ertheilten Audienz sein Beglaubigungsschreiben als Ministerresident der gedachten Stadt zu überreichen.

Am 22. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC.	in C.M.	100⅝.
detto detto	zu 3 pC.	in C.M.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in C.M.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in C.M.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in C.M.	672½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in C.M.	66.
Bankactien pr. Stück			1502½ in C.M.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 114

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 24. April 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 22. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.668	28 5 2	+ 5.4	NW.	mittel.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.627	28 4 8	+ 8.4	NW.	—	
	10 Uhr Abends.	27.673	28 5 3	+ 5.2	NNW.	schwach.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Am 11. April fand im königlichen Theater zu Dublin die angekündigte große Versammlung zu Gunsten des Ministeriums Statt. Der Herzog von Leinster und 19 andere Pairs, 18 Baronets, 37 Parlamentsmitglieder, gegen 150 Deputy-Lieutenants und Richter und einige Hundert der geachtetsten Grundbesitzer, Kaufleute und Gewerbsmänner hatten die Einberufungsproclamation unterschrieben. Der Herzog von Leinster erhielt auf den Antrag des Grafen von Charlemont den Vorsitz. Graf Miltown ergriff zuerst das Wort. Er erklärte, sein Vertrauen auf die Minister sei allerdings erschüttert, indem sie sich der öffentlichen Meinung in England entgegengestellt haben; noch hoffe er jedoch, und er werde immer dabei seyn, wenn es sich darum handle, daß für Irland Gerechtigkeit werde. Sofort wurden die einzelnen Resolutionen beantragt. Nachdem der Graf von Fingal, indem er zugleich auf die sichtliche Einheit zwischen Aristokratie und Volk aufmerksam machte, die erste Resolution beantragt hatte, in welcher der Wunsch ausgedrückt war, daß die Regierung bei den für Irland wohlthätigen Grundsätzen beharre, denen sie in den letzten Jahren gefolgt sei, stellte Alderman Archer, einer aus dem kleinen Haufen von Oranienmännern, die sich eingefunden hatten, ein gegen das Ministerium gerichtetes Amendement. Laute Mißtöne aller Art unterbrachen den Antragsteller, um den sich seine politischen Glaubensgenossen reihten. Die Verwirrung stieg, es entstand ein Handgemenge; die Polizei zeigte ihre Stäbe und trennte mit Mühe die Kämpfenden. Das tobende Geschrei gegen den Alderman dauerte jedoch fort, bis endlich derselbe nachgab und seinen Antrag zurücknahm. Nun beantragte Viscount Cloncurry die zweite Resolution, in welcher erklärt ist, daß durch Abgehen von den gegenwärtig die irische Regierung leitenden Grundsätzen alle Verbesserungen aufgehalten und wahrscheinlich jene Unsicherheit des Lebens und Eigenthums, jene aufrührerischen, blutigen Bewegungen, welche immer die unfehlbare Folge der Torherrschaft in Irland gewesen, wieder hervorgerufen würden. Weitere Resolutionen wurden beantragt von den Lords Listowell und Southwell, von Sir W. Somerville und Andern. Der Hauptinhalt dieser Resolutionen ist folgender: „Es soll eine Adresse an die Königinn eingegeben werden, in welcher Ihre allergnädigste Majestät gebeten wird, Ihrem irischen Volke die Vortheile der unparteilichen Rechtspflege zu erhalten, welche es seither unter der Regierung Ihrer Majestät genossen, und es vor den verderblichen Folgen der Wiedereinsetzung jener Männer, welche die Nation unterdrückt haben, in den Besitz der Staatsgewalt zu bewahren. Wir fordern jeden Volksvertreter nachdrücklich auf, unfehlbar im Parlamente an seinem Platze zu seyn, um den Antrag Lord J. Russells am 15. April zu unterstützen. Wir richten zu Gunsten dieses Antrags eine Bittschrift an das Parlament. Wir ergreifen freudig diese Gelegenheit, um unsern Dank gegen den Marquis von Normanby für seine unparteiische Verwaltung, seine gerechte, kräftige Vollstreckung der Gesetze und seine ernstlichen Bemühungen für die Verbesserung unseres Zustandes auszudrücken. Der Character Lord Ebringtons und die unwandelbare Stätigkeit seines politischen Lebens ertheilen ihm ein Anrecht auf das vollkommenste Vertrauen des irischen Volkes, und wir sind überzeugt, daß seine Verwaltung durch dieselben gerechten, menschlichen und unparteiischen Grundsätze werde geleitet werden, welche seinem edlen Vorgänger den Dank der Nation gesichert haben. Das irische Volk endlich fordern wir auf, bei seinem gesetzlichen und friedlichen Benehmen zu beharren und ermahnen es, sein Aeußerstes zu thun, um das Land vor den Uebeln der Oranien- und Torherrschaft zu wahren." Der letzte, nahm O'Connell das Wort, der sich wohl absichtlich bei dieser Gelegenheit im Hintergrunde hielt, damit in England nicht gesagt werden kann, auch diese Demonstration zu Gunsten des Ministeriums sei einzig von ihm und dem Gesindel, das seinen Schweif bilde, ausgegangen. Die Versammlung, welcher etwa 5000 Personen beiwohnten, endigte mit der herkömmlichen Dankbezeigung an den Vorsitzer.

In der Sitzung des Oberhauses vom 12. April erklärte sich der Präsident des geheimen Raths, Marquis von Lansdowne, bei Ueberreichung zweier die Anlegung von Eisenbahnen betreffenden Petitionen aus Irland, für Anlegung solchen Bahnen daselbst

auf Staatskoſten. Ich weiß wohl, ſprach er, Viele ſind der Meinung, daß von Irland kein dahin gegebenes Geld wieder zurückkomme; aber wenn Sie, Mylords, die Berichte von den Commiſſarien der öffentlichen Werke einſehen wollen, ſo werden Sie ſich überzeugen, daß nirgends beſſere Sicherheit für Geldvorſchüſſe zu finden iſt, als gerade in Irland. Nicht weniger als zwei Drittel von den Schatzkammerſcheinen, die zur Förderung öffentlicher Bauten in Irland vom Staate vorgeſchoſſen worden, ſind jetzt in der Heimzahlung begriffen, und das letzte Drittel nur darum noch nicht, weil jene Bauten noch nicht vollendet ſind." Der Herzog von Wellington ſagte: „Ich will hier in keine nähere Prüfung der Sache eingehen, aber dieß will ich bemerken, daß es mir ganz außer der Regel zu ſeyn ſcheint, daß ein Miniſter der Krone eine Petition um einen Geldvorſchuß aus der Staatscaſſe vorlegt, abgeſehen davon, daß es nicht üblich iſt, Geldfragen die Initiative in dieſem Hauſe zu geben. Jetzt ſpringt es recht klar in die Augen, welche Uebelſtände dem Publicum daraus erwachſen ſind, daß man im Parlament nicht das ganze Eiſenbahnweſen in Erwägung gezogen hat, ehe man an die Ausführung der einzelnen Bahnen ging. Meine dießfallſigen Winke vor einigen Jahren blieben unbeachtet. Nachgerade fühlt man das Uebel in ſeinem ganzen Umfange, und darum ſehe ich den Präſidenten des Handelsbureaus jetzt in die Nothwendigkeit verſetzt, dem andern Hauſe die Ernennung einer Committee für dieſe Angelegenheit vorzuſchlagen." Lord Lansdowne erwiederte: „Der edle Herzog hat den Zweck dieſer Petitionen ganz mißverſtanden." (Die beiden aus der Grafſchaft Kerry herrührenden Petitionen, die Lord Lansdowne übergab, baten nämlich zwar dringend um die Einführung von Eiſenbahnen in Irland, verwahrten ſich aber ausdrücklich gegen deren Anlegung auf Staatskoſten, ſondern wollen ſie aus Privatmitteln, wie die engliſchen, errichtet wiſſen.) Das Haus vertagte ſich ſehr früh.

Zur Erläuterung der neueſten (in unſerm geſtrigen Blatte mitgetheilten) Nachrichten aus Oſtindien mögen folgende hiſtoriſche und geographiſche Notizen über den Staat Sinde (nach Ritters Erdkunde) dienen: „Durch den Sieg der Beludſchenſtämme über die Kalara-Herrſchaft am untern Indus, in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, gelangten die Amirs (Fürſten) aus der Talpuriſamilie auf den Thron von Sinde, anfangs als Vaſallen von Kabul, bald aber, nach dem Sturze des alten Herrſchergeſchlechtes in Afghaniſtan, unabhängiger und von größerer politiſcher Bedeutung. Sie zahlen keinen Tribut mehr an Kabul und legen benachbarten Völkern Tribut auf. Das Reich Sinde, 10,000 Quadratmeilen groß, mit etwa 1 Million Einwohner, wovon ein Viertheil Hindus, die übrigen Muhammedaner ſind, wird in einer Diagonale von faſt 100 Längemeilen, von der Pendſchabſpitze an bis zum äußerſten Südpuncte am Kori, einer Linie, welche die befruchtende und belebende Ader des ganzen Gebiets iſt, durch den Indus durchzogen. Das Land iſt getheilt unter die drei Zweige der Talpuriſamilie, die unter ſich unabhängig ſind und die Amirs von Sinde genannt werden. Die Reſidenz des mächtigſten der Amirs, Mir-Murad Ali Khan, und die Hauptſtadt von ganz Sinde iſt Hydrabad, mit nicht ganz 20,000 Einwohnern, die alle in Erdhütten leben; ſelbſt der Amirspallaſt iſt ein elendes Gebäude. Die Umgebung iſt ſchön und mannigfaltig, von beiden Hauptarmen des Indus inſelartig umfloſſen. Die Stadt und das leicht zu erobernde Fort liegen auf einer Felshöhe. In der Mitte des Forts, ganz iſolirt, ſteht ein maſſiver Thurm, eine weit ſchauende Warte, worin der Schatz von Sinde niedergelegt iſt. Der zweite Amir, im Norden des Reichs, iſt Mir Ruſtum Khan von Khyrpur. Die Feſte dieſes Amirs, Bukkur, liegt auf einer Indusinſel, von Dattelhainen beſchattet. Die Stadt hat ein mehr europäiſches Anſehen, iſt mit niedrigen Thürmen flankirt; die Mauern ſind aus Backſteinen. Einen ſchönen Anblick bietet dieſe Feſtungsgruppe vom Indusufer, das mit den prachtvollſten Bäumen bedeckt iſt, welche, zumal die ſchlanken Dattelpalmen, die Wälle und Moſcheen überſchatten. Die Stadt, im Innern dicht mit Häuſern beſetzt, iſt keineswegs feſt (als Alexander Burnes ſie beſuchte, war ſie zudem nur von 25 Kanonen und 100 Mann vertheidigt) und nur durch ihre Lage, oberhalb der Spaltung des Indus in zwei Arme, wichtig, zumal da die Schifffahrt unter dem Fort durch Untiefen gefahrvoll iſt. Die meiſten Bewohner von Bukkur ſind Hindus. Doch iſt es auch für Muhammedaner ein Wallfahrtsort, weil daſelbſt ein Haar aus Muhammeds Bart als Reliquie in einer goldenen Kapſel aufbewahrt wird. — Der dritte, unbedeutendſte Amir, zu Mirkur im Indus-Delta, war ſchon durch das Einrücken des unter Sir J. Keane gelandeten Corps in das Delta unterworfen worden." — Das Dampfſchiff „Semiramis" war am 13. Februar in der Nähe der Indusmündungen geſcheitert. Der „Wellesley" war von Bombay abgefertigt worden, um daſſelbe wo möglich wieder flott zu machen.

Die neueſte oſtindiſche Poſt hat auch Nachrichten aus Canton gebracht. Es war daſelbſt ein neuer Zwiſt mit den Chineſen ausgebrochen, der eine Einſtellung des Handels zur Folge hatte. Der Zwiſt begann im December v. J., und hatte darin ſeinen Urſprung, daß ein engliſcher Kaufmann, Hr. James, über dem Einſchmuggeln von Opium ertappt wurde. Die chineſiſchen Behörden wollen den Verkehr nicht eher wieder eröffnen, als bis Hr. James China verlaſſen hat.

Das Dampfſchiff „Hermes" hat aus Malta 60 prachtvolle Shawls, ein Geſchenk des Schahs von Perſien an die Königinn Victoria, überbracht. Sie ſind aus den Fabriken von Schiras und Ispahan hervorgegangen, und die Borten zeichnen ſich durch beiſpielloſe Schönheit der Farben und Bilder aus.

Wenn auch der Spectator, ein Blatt, das ſeit

einiger Zeit ſehr umſichtige Artikel über den Stand der Dinge in England enthält, nicht wirklich, wie es ihm ſchon vor längerer Zeit von der miniſteriellen Preſſe vorgeworfen wurde, unter radicaler Maske jetzt im Intereſſe der Tories redigirt wird, ſo ſcheint doch wenigſtens aus der Schonung, mit welcher derſelbe die Häupter der conſervativen Partei, im Vergleich gegen die Miniſter, behandelt, ſo viel hervorzugehen, daß er ſich den Weg offen erhalten will, um ſich, je nach den eintretenden Umſtänden, vielleicht entſchieden für Lord Durham oder für Sir R. Peel zu erklären, da er, gleich der Morning-Chronicle, der feſten Meinung iſt, daß das gegenwärtige Miniſterium mit ſeiner jetzigen Politik, — und eine Veränderung derſelben möchte ohne eine Umgeſtaltung ſeiner Beſtandtheile kaum möglich ſeyn, — ſich wohl noch einige Zeit hinfriſten, gewiß aber nicht lange mehr halten könne. Manche Symptome berechtigen übrigens die miniſteriellen Blätter ohne Zweifel zu jener Annahme, daß der Spectator ein geheimer Bundesgenoſſe der Tories ſei, und daß er unter den Zeitungen jetzt faſt die Stellung einnehme, wie der ehemalige radicale Baronet Sir Francis Burdett in der letzten Zeit vor ſeinem Uebertritt zu den Tories unter den Staatsmännern: die Leidenſchaftlichkeit, mit der er gegen O'Connell zu Felde zieht, die Bitterkeit, womit er ſich, gleich den heftigſten Toryblättern, über den verderblichen Einfluß einer Hofpartei äußert, die Rückſicht, die er ungeachtet alles Reformeifers, gegen die Führer der Conſervativen beobachtet, und überhaupt die ganze Art und Weiſe, wie er ſich gewiſſermaaßen über die Parteien ſtellt. So lieſt man in der letzten Nummer dieſes Blattes folgenden Artikel: „Wenn auch die miniſterielle Kriſis am Ende auf gar keine Kriſis hinausliefe, — was wohl möglich wäre, falls die Tories am 15. dem Kampfe auswichen und Peel ſich weigerte, den von Ruſſell hingeworfenen Handſchuh aufzunehmen, — ſo wird ſie jedenfalls die treffliche Wirkung haben, von allen Seiten des Landes eine Meinungsäußerung über den Character des jetzigen Miniſteriums hervorzurufen. Blätter, deren Sympathien und Beſtrebungen bisher nur auf Seiten und zu Gunſten der Miniſter waren, erklären jetzt, daß dieſe keine Unterſtützung mehr verdienten, und daß ihre längere Amtsführung, unter Beibehaltung ihrer jetzigen Politik, den theuerſten Intereſſen des Landes nachtheilig ſei. Der Abgeſchloſſenheit gegenüber wird eine Reform der Reformbill, geheime Abſtimmung, Hauswirths-Wahlrecht, dreijährige Dauer der Parlamente und neue Vertheilung der Repräſentation als weſentlich nothwendig gefordert, um den raſchen Fortſchritten des Conſervatismus erfolgreichen Widerſtand zu leiſten. Furcht vor den Tories, Abneigung gegen dieſelben wird von Manchen kundgegeben; aber Gleichgültigkeit gegen das Schickſal der Melbourne'ſchen Whigs iſt faſt allgemein. In Großbritannien iſt eine einzige öffentliche Verſammlung einberufen worden, um die Miniſter in ihrer Noth zu unterſtützen; aber dieſer eine Verſuch ſchlug fehl. Edinburgh ward dazu ausgewählt, als der Ort, wo aus verſchiedenen Gründen die Whigs die beſten Ausſichten hätten; indeß, obgleich die ganzen Streitkräfte der miniſteriellen Partei ſich verſammelten, war das Ergebniß doch eine Niederlage. In Irland iſt O'Connell glücklicher. Der Agitator, der Befreier, vermag jederzeit von ſeinen Landsleuten die ihm erwünſchte politiſche Demonſtration zu erlangen, wiewohl dießmal ihre Bedeutung durch Englands und Schottlands Entſchluß, den Kampf nicht allein auf irländiſchem Grund und Boden auszufechten, neutraliſirt wird. Was thun nun die Tories? Es iſt klar, daß ſie abgeneigt ſind, der Frage offen entgegenzutreten: die vorſichtigeren und klügeren Mitglieder dieſer Partei waren mit dem Zuſtand und Gang der öffentlichen Angelegenheiten aus guten Gründen ganz zufrieden, ehe Roden die Linie durchkreuzte, welche Peel und Wellington ſich geſteckt hatten. Die Conſervativen begnügen ſich, ruhig zuzuſehen, wie ihre einſt furchtbaren Gegner Zoll für Zoll zu Grunde gehen. Ob der Drang der Umſtände die Torychefs zu thätigem Angriff nöthigen wird, muß die Folge lehren. Die Miniſter können nur durch den verdeckten Beiſtand der Tories oder durch ihre eigenen Stimmen gerettet werden. Wir haben ſogar gehört, daß einige Tories mit Lord John Ruſſell ſtimmen wollten. Daß Sir R. Peel ſein Verfahren ſo einrichten wird, um die Miniſter vor einer Niederlage zu bewahren, iſt nicht unwahrſcheinlich, einer aber wollte behaupten, daß ein auf ſolche Weiſe erlangtes Reſultat einer parlamentariſchen Billigung des Miniſteriums gleichkäme? Es würde nur beweiſen, daß die Tories noch nicht vorbereitet ſind, ans Ruder zu treten. Und umgekehrt, wenn auch die conſervative Oppoſition vollſtändig in Reihe und Glied ſtände und einen offenen Angriff auf die Miniſter unternähme, ſo könnten die letztern doch vielleicht, da die weichherzigen Radicalen noch immer an ihnen hängen, eine kleine Majorität erlangen. Aus welchen Elementen würde dieſe aber beſtehen? Und wenn ſie ſelbſt auf 36 ſich beliefe, ſo hätte das Miniſterium ſie folgenden Whiggiſtiſchen Beamten im Unterhauſe zu verdanken. Sir C. Adam, Lord der Admiralität, mit 1000 Pf. Gehalt, Oberſt Anſon, Magazineur des Feldzeugamtes, mit 1200 Pf. Hr. F. T. Baring, Schatzamtsſecretär, mit 2500, Hr. Bernal, Präſident der Ausſchüſſe, mit 2000, Hr. G. S. Byng, Controlleur der Hofhaltung, mit 904, Lord Dalmeny, Lord der Admiralität, mit 1000, Sir R. S. Donkin, Inſpector des Feldzeugamtes, mit 1200, Hr. R. Gordon, Secretär der oſtindiſchen Controlle, mit 1500, Sir G. Grey, Generalauditeur, mit 4587, Sir J. Hobhouſe, Präſident der oſtindiſchen Controlle, mit 3500, Lord Howick, Kriegsſecretär, mit 2780, Hr. Labouchere, Unter-Colonialſecretär, mit 2000, Hr. For Maule, Unterſecretär des Innern, mit 2000, Lord Morpeth, Secretär für Irland, mit 5000, Hr. M. O'Ferral, Lord des Schatzamtes, mit 1200, Lord Palmerſton, Mi-

niſter der auswärtigen Angelegenheiten, mit 5000, Hr. J. Parker, Lord des Schatzamtes, mit 1200, Sir H. Parnell, Zahlmeiſter der Armee, mit 2000, Hr. Spring-Rice, Kanzler der Schatzkammer, mit 5000, Lord J. Ruſſell, Miniſter des Innern, mit 5000, Lord Seymour, Lord des Schatzamtes, mit 1200, Hr. Shiel, Commiſſär des Greenwich-Hospitals, mit 1000, Hr. R. V. Smith, Hülfsſecretär der oſtindiſchen Controlle, mit 1500, Hr. E. J. Stanley, Secretär des Schatzamtes, mit 2500, Hr. R. Steuart, Lord des Schatzamtes, mit 1200, Graf von Surrey, Vicekammerherr, mit 937, Hr. P. Thomſon, Präſident der Handelskammer, mit 3000, Sir E. T. Troubridge, Lord der Admiralität, mit 1000, Sir H. Vivian, General-Feldzeugmeiſter, mit 3000, Hr. C. Wood Marineſecretär, mit 2000 Pf. Gehalt, Sir J. Campbell, Generalprocurator, Hr. W. Cowper, Lord Melbourne's Privatſecretär, Hr. J. A. Murray, Lordadvocat, Hr. Pigot, irländiſcher Generalfiſcal, Hr. Rich, Stallmeiſter, und Sir R. M. Rolfe, Generalfiſcal, deren Gehalte uns nicht bekannt ſind. Eine durch dieſe 36 Beamten herbeigeführte Entſcheidung, in ihrer eigenen Sache, kann für gar nichts gelten, es iſt eine reine Poſſe. Das Publicum wird in ihren Stimmen nur das Mittel erblicken, ſich ihr Gehalt noch ein Vierteljahr zu ſichern." — Nach den im Unterhauſe, wie wir geſtern gemeldet haben, gemachten Anzeigen Sir Robert Peels und Hrn. Duncombe's zeigt es ſich, daß der Spectator allerdings Recht hatte, wenn er vermuthete, daß Sir Robert Peel das Unterhaus nicht zu einer Entſcheidung über die allgemeine Politik des Hauſes herausfordern, und es auf dieſe Weiſe zur Wahl zwiſchen Tories und Whigs veranlaſſen werde. Eben ſo wenig hat aber Sir Robert Peel einen der von der Times an die Hand gegebenen Vorſchläge zur Gewinnung der Radicalen befolgt, ſondern ſein Amendement rein auf das Terrain beſchränkt, auf welchem das Miniſterium dem Oberhauſe entgegengetreten iſt. Er hat indeß zugleich geſchickt zu vermeiden gewußt, daß durch ſein Amendement eine Entſcheidung des Hauſes über die in Irland befolgte Politik herbeigeführt würde, im Gegentheil, er will ſowohl eine directe Billigung, als Mißbilligung derſelben ausdrücklich vermieden ſehen, und ſein Amendement tadelt das Miniſterium nur deßhalb, daß es ſelbſt eine ſolche Entſcheidung veranlaſſen wolle; es bezieht ſich bloß auf dieſen Antrag des Miniſteriums. Hiernach würde es den Radicalen möglich ſeyn, für dieß Amendement zu ſtimmen, ohne dadurch die Politik des Miniſteriums in Irland zu mißbilligen; indeß, der Spectator ſcheint auch in dieſer Beziehung richtig vorhergeſehen zu haben, daß die Radicalen das Miniſterium nicht im Stiche laſſen würden, da man nach der Stellung und der Faſſung des Duncombe'ſchen Amendements faſt vorausſetzen darf, daß ſie den miniſteriellen Antrag unterſtützen wollen, indem Hr. Duncombe die Annahme desſelben zur Hypotheſis ſeiner Theſis macht, nämlich der Erklärung, daß nicht nur die Verwaltung Irlands in der bisherigen liberalen Weiſe fortgeſetzt werden, ſondern daß auch England weitere Reformen erhalten ſolle, ein Amendement, welches wohl, wenn das von Sir Robert Peel vorgeſchlagene verworfen wird, dem Miniſterium keine Gefahr bringen dürfte, da es nur auf die Stimmen der Radicalen rechnen kann.

Spanien.

Nachrichten aus Madrid zufolge muſterte die Regentinn am 8. April Nachmittags fünf neu organiſirte Bataillons, welche demnächſt zur activen Armee abgehen ſollen.

General Cordova hat von Badajoz aus eine Art Proclamation an das ſpaniſche Volk erlaſſen, worin er ſich über die Ungerechtigkeit beklagt, die ihn verurtheilt habe, ehe man ihn gehört. Er ſei ein Opfer der Willkür der Miniſter und des Undanks des Grafen Luchana, der ihm mit Lügen und Verfolgungen die Wohlthaten vergelte, die er einſt von ihm empfangen. So wie die Juſtiz wieder ihre Unabhängigkeit und die Geſetze ihre Herrſchaft errungen haben, werde er ſich ſtellen, um ſich dem Urtheil, das er ſelbſt herbeiwünſche, zu unterwerfen.

Frankreich.

Der Moniteur widerlegt die Angabe, daß das 21ſte leichte Infanterieregiment in Folge von Deſertionen nach Spanien den Befehl erhalten habe, nach Bordeaux aufzubrechen. Eben ſo unwahr ſei die Angabe einer übermäßigen Strenge der Behörde gegen dieſes Regiment. Dieſes ſei nur proviſoriſch nach Bayonne geſchickt worden, um die nach Bordeaux und an die Nieder-Charente in Folge der Unordnungen von la Rochelle berufenen Regimenter zu erſetzen. Das Intereſſe des Dienſtes habe erfordert, es wieder zu den übrigen Regimentern in und um Bordeaux ſtoßen zu laſſen.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 15. April wurde die Verification der Vollmachten fortgeſetzt. Im Anfang der Sitzung wurden die Wahlen des Hrn. Beſſières und des Grafen Horace Sebaſtiani für gültig erklärt. Eine ſtürmiſche Verhandlung entſtand über die Wahl des Hrn. Debès für das Herault-Departement. Es wurde gegen dieſelbe eingewendet, daß er nicht den vollen Wahlcenſus beſitze, ſein Bureau trug jedoch auf Legitimirung an, welche nun von der Linken und dem linken Centrum heftig bekämpft wurde. Die erſte Abſtimmung durch Aufſtehen und Sitzenbleiben wurde für zweifelhaft erklärt; die zweite entſchied ſich dahin, daß Hr. Debès zugelaſſen wurde. Hierüber entſtand furchtbarer Tumult auf der Linken und im linken Centrum. Immer lauter, immer ſtürmiſcher wurde es, als Hr. Merlin (vom Aveyron), und als auch dieſes Mittel und alles Läuten nichts nützte, verließ er den Saal. Die Unordnung war nun auf ihrer höchſten Spitze. Zahlreiche, lärmende Gruppen bildeten ſich vor

der Rednerbühne. Erst um 4¼ Uhr konnte die Sitzung wieder eröffnet werden, und die Kammer setzte die Legitimationen fort. (Es scheint fast, die Aufregung zur Linken sei durch ein für die Präsidentenwahl vorbedeutendes Losreißen eines Theils des linken Centrums von der Coalition hervorgerufen worden, welches sich bei der Abstimmung über die Wahl des Hrn. Debès an den Tag legen mochte.)

Die Tabakregie hat im Jahre 1837 dem Staatsschatze einen Gewinn von 59 Millionen Fr. abgeworfen, 3,200,000 Fr. mehr, als im Jahre zuvor. Die 25,000 Detailverkäufer hatten 11,809,773 Fr. Profit. Da man die Totalbevölkerung auf 33 Millionen Menschen rechnet, so beträgt der Verbrauch eines Individuums an Schnupftabak 6¼ Unzen, und an Rauchtabak 8¼ Unzen jährlich im Durchschnitt.

Königreich beider Sicilien.

Das Giornale del Regno delle due Sicilie berichtet aus Neapel vom 6. April: „Da Sr. Majestät der König einen großen Theil des königlichen Heeres Sr. kais. Hoheit dem Herrn Erzherzog Carl vorführen wollte, so ward auf dem Exercierplatze eine Revue veranstaltet, welche gestern um 11 Uhr Morgens, unter Begünstigung des herrlichsten Wetters, Statt fand. Die daselbst versammelten Truppen, welche sich auf 24,000 Mann beliefen, waren aus 41 Bataillons, 32 Escadrons und 2 Artilleriebatterien zusammengesetzt. Dieses Corps hatte bei dieser Gelegenheit die Ehre, von Sr. Majestät selbst befehligt zu werden, Höchstwelche Sich im voraus dahin begeben hatten; bald darnach folgte Sr. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Carl mit dem Herrn Erzherzog Albrecht kais. Hoheit und mit einem zahlreichen militärischen Gefolge, so wie auch Sr. königl. Hoheit der Kronprinz von Baiern. Ihre Majestäten die regierende Königinn und die Königinn-Mutter sahen in Begleitung mehrerer Mitglieder der königlichen Familie dem Schauspiele zu. Eine unermeßliche Volksmenge war theils zu Fuß, theils zu Wagen dahingeströmt, um an dem militärischen Schauspiele Theil zu nehmen. — Sr. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Carl, mit Sr. Majestät dem Könige und den übrigen erlauchten Personen zur Seite, dann von vielen Generälen und Stabsoffizieren begleitet, durchritt die Linien, alles genau und mit hoher Sachkenntniß besichtigend. Nach beendigter Heerschau zogen die königlichen Truppen vor Sr. kais. Hoheit vorüber, Höchstwelcher sich gegen den erlauchten Schwiegersohn in den schmeichelhaftesten Worten darüber äußerte. — Das aus dem Munde eines Feldherrn, wie Sr. kais. Hoheit der Erzherzog Carl, kommende Lob ist, wie es Sr. Majestät der König dem Heere feierlich bekanntmachen ließ, das schmeichelhafteste Zeugniß, nach welchem die Truppen je hatten streben können." (Nachrichten aus Triest zufolge waren Sr. kais. Hoheit der Erzherzog Carl mit dem Erzherzoge Albrecht kais. Hoheit am 17. April bereits wieder in Triest im erwünschtesten Wohlseyn eingetroffen.)

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 16. April enthält folgenden Artikel: „Der Pariser National enthält ein Schreiben aus Hamburg vom 4. April, wonach Sr. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig nach Einigen erwürgt, nach Andern durch eine „hannoversche Kugel" ermordet worden seyn soll. — Kann man die Unverschämtheit weiter treiben? — Aber warum sollte ein Pariser Blatt nicht solche Unwahrheiten berichten, erzählte doch kürzlich der Göttinger Correspondent der Allgemeinen Zeitung, der Herzog Wilhelm von Braunschweig sei so gefährlich krank, daß stündlich Kuriere von Braunschweig nach Hannover abgingen, und zwischen Hannover und Braunschweig 60 Relaispferde aufgestellt werden sollten, um Sr. Majestät den König aufs schleunigste nach Braunschweig zu bringen! — Einige fremde Blätter melden, daß mehrere Wähler, mit den Ansichten ihrer bisherigen Deputirten unzufrieden, diesen ihr Mandat gekündigt hätten. — Jeder, der mit den öffentlichen Verhältnissen irgend bekannt ist, weiß, daß die Deputirten von ihren Wählern ganz unabhängig sind, daß sie in unserem Lande bei dem Eintritte in die Ständeversammlung besonders schwören, „nach ihrer besten Einsicht" zu stimmen, daß die Wähler ihnen also über ihre Ansichten gar nichts vorzuschreiben haben, und daß sie ihnen ihr Mandat gar nicht kündigen können. Aber freilich heut zu Tage ist gar nicht erforderlich, irgend etwas von öffentlichen Verhältnissen zu verstehen, um darüber sofort in den Zeitungen zu sprechen."

Ungarn.

Die vereinigte Ofner und Pesther Zeitung vom 21. April meldet aus Pesth: „In der am 15. d. M. wegen Bestimmung der den Deputirten zum nächsten Reichstage zu ertheilenden Instructionen abgehaltenen Generalcongregation des löbl. Pesther Comitats — wurden die den Landtag nach Preßburg am 2. Juni einberufenden königl. Regales publicirt. Sie sind folgenden Inhalts:

Ferdinandus Primus Dei gratia Austriae Imperator, Hungariae, et Bohemiae hujus nominis Quintus, Galiciae et Lodomeriae Rex apostolicus; Rex Lombardiae, Venetiarum et Illyriae, Archidux Austriae etc. etc. — Reverendi, Honorabiles, Spectabiles ac Magnifici, Magnifici item, Egregii et Nobiles, fideles, Nobis dilecti! Pro ea, quae animo Nostro penitus infixa est, legum observandarum religione, Generalem Conventum seu Dietam pro Dominica secunda post Pentecosten, in diem secundam mensis Junii anni currenti 1839 incidente, in lib. regiamque Civitatem Nostram Posoniensem indicendam, promulgandam, eidemque, favente supremo Numine, in propria Nostra Persona praeesse decrevimus, quod Nostri a Nobis muneris regii, amplio-

ibusque incrementis provehendae prosperitatis publicae ratio exigit, cum Fidelibus Statibus et Ordinibus perchari Regni Nostri Hungariae et Partium eidem adnexarum intuitu quoque mediorum, ad explendam per art. 7. 1830 de Tyronibus in sequelam hujus statutis, evoluto decennio inomisse dimittendis interpositam publicam fidem, legionesque hungaricas in eo, qui heroici earumdem roboris laudibus, gloriaeque gentis porro respondeat, statu conservandas ducentium, tractaturi. Quocirca Vobis harum serie firmiter praecipientes benigne committimus et mandamus, quatenus ad praespecificatum diem, et locum certos duos, ut moris est, e medio Vestri delectos et deputatos Nuncios, Viros quippe idoneos et pacis ac publici boni amantes, citra omnem excusationem, mittere ac expedire debeatis, qui praedictae Generali Diaetae interesse, ac ibidem una cum reliquis Dominis Praelatis, Baronibus, et Nobilibus, praefatique Regni Nostri Hungariae, et Partium eidem adnexarum Statibus et Ordinibus benignas Intentiones ac Propositiones Nostras, ad salutem, conservationem ac emolumentum Regni unice directas, uberius intelligere, ac de iis in medium consulere tractareque noverint. Curandum autem Vobis erit diligenter, ut praerepetiti Nuncii Vestri ad praescriptum terminum ibidem certo et infallibiliter compareant, secus sub poena, in Generali Regni Decreto expressa, non facturi. Vobis in reliquo gratia Nostra Caesareo-Regia benigne propensi manemus. Datum in Imperiali Urbe Nostra Vienna Austriae, die 9na Mensis aprilis anno Domini 1839. Ferdinandus m. p.

(Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden, Kaiser von Oesterreich, apostolischer König von Ungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, von Gallizien und Lodomerien, König der Lombardei, Venedigs und Illyriens, Erzherzog von Oesterreich ꝛc. ꝛc. — Ehrwürdige, Hoch- und Wohlgeboren und Edle, Liebe, Getreue! Von der unserem Herzen fest eingeprägten Gewissenhaftigkeit in Beobachtung der Gesetze geleitet, haben Wir beschlossen, eine Generalversammlung oder Landtag auf den 2. Sonntag nach Pfingsten, welcher auf den 2. Juni des l. J. 1839 fällt, in unsere königliche, freie Stadt Preßburg auszuschreiben und einzuberufen, und selbem, so es Gott gefällt, in Unserer eigenen Person vorzusitzen, um, was Unsere königliche Pflicht und die stets wirksamere Förderung der allgemeinen Wohlfahrt von uns fordert, mit unseren getreuen Landständen Unseres vielgeliebten Ungarlandes und der damit einverleibten Provinzen über die Mittel zur Vollziehung der durch den 7. Artikel vom Jahre 1830 wegen nach Verlauf von 10 Jahren unerläßlich zu gewährender Entlassung der in Folge dieses Artikels gestellten Recruten gegebenen Gesetzversicherung, und zur Erhaltung der ungrischen Regimenter in einem ihrer heldenmüthigen Tapferkeit und dem Ruhme der Nation auch ferner entsprechenden Stande, Verhandlungen zu pflegen. Demgemäß Wir durch Gegenwärtiges Euch strengstens einprägen, in Gnaden auftragen und befehlen, daß Ihr auf den obangesagten Tag und Ort zwei zuverlässige, hergebrachterweise aus Eurer Mitte gewählte und betraute Abgeordnete, doch fähige und friedliebende Männer und Förderer des Gemeinwohls, sonder alle Entschuldigung zu senden und abzuordnen gehalten seid, die dem vorgesagten Landtage beizuwohnen, und dort sammt den übrigen Herren Prälaten, Baronen und Adeligen und den Ständen Unseres bemeldeten Königreichs Ungarn und der damit einverleibten Provinzen unsere einzig und allein auf das Wohl, Erhaltung und den Vortheil des Landes abzielenden gnädigen Absichten und Beantragungen ausführlich zu vernehmen, und über selbe zu berathschlagen und zu verhandeln haben werden. Ihr müsset aber angelegentlich dafür sorgen, daß Eure vorerwähnten Abgeordneten zum vorgeschriebenen Termin alldort gewiß und unfehlbar erscheinen, und unter dem durch das Landesgesetz ausdrücklich verhängten Pönfall nicht anders handeln. Uebrigens verbleiben Wir Euch mit Unserer kaiserlichen königlichen Huld und Gnade wohlgewogen. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien in Oesterreich am 9. April im Jahre des Herrn 1839.

Ferdinand m. p.)

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 13. d. M. dem Privatsecretär Allerhöchstihrer Frau Gemahlinn, Ihrer Majestät der Kaiserinn-Königinn Maria Anna, Johann Klees, den k. k. Rathstitel mit Nachsicht der Taxe allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mittelst Allerhöchsteigenhändig unterzeichneten Diploms dem Appellationsrathe in Tyrol, Ignaz Tschiderer von Gleisheim, den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 23. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅛.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101⅞.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	670.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	66.
Bankactien pr. Stück 1500 fl.		in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 115

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 25. April 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 23. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.68	28 5 5	+ 3.8	NNW. mittel.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.65	28 5 0	+ 6.3	NW. schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.615	28 4 7	+ 3.6	NW. still.	Wolken.

Frankreich.

Nachrichten aus Paris vom 18. April (die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) zufolge wurde in der Sitzung der Deputirtenkammer vom vorhergehenden Tage, nachdem die angefochtene Wahl des Hrn. Abbattucci (im Departement du Loiret) für gültig erklärt worden war, zum Scrutinium über die Wahl der vier Vicepräsidenten geschritten. Die Zahl der Votanten betrug 429; absolute Mehrheit 215. Die HH. Calmon, Cunin-Gridaine und Teste, welche die absolute Stimmenmehrheit erhalten hatten, wurden als Vicepräsidenten proclamirt. Der Moniteur Parisien sagt: „Die Ernennungen für die Vicepräsidentschaft haben gestern in der Deputirtenkammer in demselben Geiste, wie die Präsidentenwahl, Statt gefunden. Die Candidaten, welche die Majorität erhielten, sind die Repräsentanten der constitutionnellen und gemäßigten Meinungen." — Die meisten Stimmen nach den drei obgenannten Deputirten erhielten General Jacqueminot mit 208 und Hr. Etienne (der Candidat der Linken) mit 206. Es sollte daher am folgenden Tage zur Ballotage zwischen beiden geschritten werden.

Brieflichen Mittheilungen aus Paris vom 18. halb 5 Uhr Nachmittags zufolge war bis dahin über die Wahl des vierten Vicepräsidenten noch nichts entschieden. Die Zahl der Votanten betrug 428; absolute Mehrheit 215. Beim ersten Scrutinium waren die Stimmen folgendermaaßen vertheilt: Hr. Etienne 212; General Jacqueminot 211; Hr. Ganneron 2; Hr. Dufaure 2; Hr. Passy (Anton) 1. Da keiner der beiden Concurrenten die absolute Mehrheit erhalten hatte, mußte zu einem neuen Scrutin geschritten werden, dessen Resultat bei Abgang der letzten Nachrichten noch nicht bekannt war. Man glaubt, daß Hr. Etienne, durch Uebertragung der vier Stimmen, welche die HH. Ganneron und Dufaure erhalten hatten, auf ihn, gewählt werden dürfte.

Dem Moniteur Parisien zufolge hatte sich der neue Präsident der Deputirtenkammer, Hr. Passy, am 17. Morgens zum König verfügt; im Laufe des Tages ertheilte der König dem Marschall Soult eine Privataudienz. — Im Constitutionnel vom 18. heißt es: „Hr. Passy ist gestern Früh zum König berufen worden. Man versichert, Hr. Passy habe Sr. Majestät erklärt, daß er unmöglich in ein Cabinet treten könne, an welchem ein Mitglied der alten 221 Theil nehmen und aus welchem Hr. Thiers ausgeschlossen würde. Möge Hr. Passy energisch bei diesem Entschlusse verharren! Wir müssen jedoch hinzufügen, daß die Schritte des Hrn. Marquis de Dalmatie und des Hrn. Duchatel einen diametral entgegengesetzten Zweck haben." — Der National mißt den Angaben des Constitutionnel in Bezug auf Hrn. Passy's Aeußerungen wenig Glauben bei und meint, daß in einer der nächsten Nummern des Moniteur ein Ministerium Soult-Passy-Duchatel erscheinen werde.

Der Constitutionnel scheint überhaupt von den Oppositionsjournalen dasjenige zu seyn, welches die sogenannte Defection des Hrn. Passy am liebsten bemänteln möchte; weit offener sprechen sich hierüber die Journale der Linken und des Republikanismus aus. Im Courrier Français heißt es in Bezug auf die Ernennung des Hrn. Passy zum Kammerpräsidenten: „Der Hof hat den Sieg davongetragen und die Kammer hat abdicirt; Hr. Passy ist mit einer relativen Mehrheit von dreißig Stimmen zum Präsidenten ernannt worden. Der Candidat der 213 ist der Candidat der 221 geworden; seine eigenen Freunde haben ihn bekämpft und seine Gegner ihm den Sieg bereitet. In jedem Falle bleibt die Ehre auf Seite derer, die ihrer Fahne treu geblieben sind." — Das Siècle — das Journal des Hrn. Odilon-Barrot — sagt: „Wir waren seit langer Zeit auf das gestrige Resultat vorbereitet. Hr. Hyppolite Passy ist durch ein Zusammenwirken von drei Defectionen — eines Theils des linken Centrums, der 221 und der Doctrinairs — zum Präsidenten ernannt worden. Unter 431 Votanten hatten Hr. Passy 223 und Hr. Odilon-Barrot 193 Stimmen erhalten; 15 Stimmen, worunter 9 für Hrn. Dupin, haben sich freiwillig zersplittert. — Man wird uns vorwerfen, daß wir jetzt dieselben Männer angreifen, die wir sonst vertheidigt haben. Wohlan! Ja, man hat Recht, ja, wir haben gefehlt, daß wir zu lange an die politische Redlichkeit des Hrn. Passy geglaubt und eine Thatsache, wie die, welche sich so eben unter unsern Augen zugetragen hat, für unmöglich gehalten haben. — Ist es unsere Schuld, wenn diese Täuschung nach so vielen andern schwindet, und wenn ein Mann, der ein redliches Herz besitzt, sich durch Verblendung oder Eitelkeit zu einer Handlung hinreißen läßt, die ihm ewig zum Vorwurfe gereichen wird?" — Der National, der sich bis zum letzten Augenblick mit der Ernennung des Hrn. Odilon-Barrot geschmeichelt hatte, ruft aus: „Wir hatten eine viel zu gute Meinung von der Kammer, als wir glaubten, daß sie Hrn. Barrot ernennen würde; wir hatten eine viel zu gute Meinung von Hrn. Passy, als wir glaubten, daß er sich den Combinationen des Hofes nicht fügen würde; wir hatten endlich eine zu gute Meinung von den 221, indem wir glaubten, daß sie wenigstens den Muth haben würden, ihren Repräsentanten aus den Ihrigen zu nehmen. Es ist ein Unglück, daß man sich in der Zeit, in der wir leben, und wenn es sich von hochgestellten Leuten handelt, fast immer irrt, wenn man etwas anders, als Schwäche und Thorheit von ihnen erwartet. Hr. Odilon-Barrot ist nicht ernannt; Hr. Hyppolite Passy hat den Sieg davongetragen; er ist von den 221, die sich mit den Doctrinairs und den Ueberläufern vom lin-

ken Centrum coalisteten, gewählt worden. Es ist der Intrigue gelungen, die Coalition zu sprengen und eine Gegen-Coalition zu bilden, die gestern wenigstens den Sieg errungen hat."

In der Sitzung der Pairskammer vom 16. April ordnete zuerst der Präsident die neu beförderten Pairs durchs Loos in die Bureaux ein. Die Kammer begab sich dann auf ihre Bureaux zur Prüfung der in der vorigen Sitzung vorgelegten zwei Gesetzentwürfe, die Handelstribunale und das literarische Eigenthum betreffend. Die Sitzung wurde hierauf wieder öffentlich, und der Präsident machte die Commission für die beiden Gesetzentwürfe bekannt. Für den Entwurf in Betreff des literarischen Eigenthums wurden ernannt die HH. Bertin de Vaux, de Broglie, Carl Dupin, Siméon, Thénard, Keratry, Cousin, Faure, Villemain. Die Sitzung ward alsdann aufgehoben.

Der Moniteur enthält die Uebersicht des Ertrags der indirecten Steuern in den ersten drei Monaten von 1839 in Vergleichung mit den entsprechenden Vierteljahren von 1838 und 1837. Im Jahre 1839 waren die Einnahmen der indirecten Steuern 152,493,000; 1838 waren sie 147,637,000 und 1837 betrugen sie 143,716,000. Die Zunahmen rühren hauptsächlich von den Tabaken und den einheimischen Zuckern. Der Ertrag dieser neuen Auflage war 1,262,000. Die zwei ersten Monate 1839 zeigten eine Erhöhung gegen 1838, der Monat März 1839 aber zeigt eine Verminderung von 1,361,000 gegen den März von 1838.

Die Subscription in Frankreich für die durch das Erdbeben auf Martinique Verunglückten beträgt bis jetzt 152,800 Fr., wovon 50,000 auf Havre treffen.

Bei der Pariser Sparcasse ergab sich am 14. und 15. April zum ersten Male wieder seit dem 4. Februar ein Ueberschuß der Einzahlungen über die Zurückzahlungen. Es beliefen sich erstere auf 560,016, letztere auf 538,000 Fr.

Am 17. April 5Percents 110 Fr. 5. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 10. 3Percents 81 Fr. 15. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 25. — Am 18. April 5Percents 110 Fr. 25. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 35. 3Percents 81 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 40.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 15. April stellte Lord J. Russell seine bekannte Motion, die mit der, in unserm vorgestrigen Blatte mitgetheilten, in Form eines Amendements gefaßten Gegen-Resolution Sir R. Peels erwiedert wurde. Die Reden dieser beiden Hauptführer der Parteien füllten die ganze Sitzung. Die Debatte wurde auf den folgenden Tag ajournirt und wird allem Anschein nach mehrere Tage hindurch dauern.

Nach einem Schreiben aus Malta vom 6. April ist die verwittwete Königinn von England am Ostermontage am Bord des „Hastings" von dort wieder abgereist. Sie wird auf der Heimfahrt Gibraltar und Cadix berühren.

Consols am 16. April 92⅞.

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 10. April melden: „Der schwedische Ministerresident, Baron von Troil, ist nach einer langwierigen Krankheit, während welcher er das Unglück hatte, seine Gemahlinn zu verlieren, gestern Abends mit Tod abgegangen. — Am 6. d. M. ist Tahir Pascha von hier abgereist, um sich in seine Statthalterschaft Aidin zurückzubegeben. — Man ist nunmehr den Urhebern des beim Brande des Pfortenpalastes begangenen Diebstahls auf die Spur gekommen. Mehrere der entwendeten Juwelen Reuf Pascha's haben sich nämlich in den Händen zweier Perser zu Erserum, wohin sie über Trapezunt gekommen waren, vorgefunden. Dieselben wurden sofort verhaftet und hierher gebracht und man hat bereits Untersuchungen eingeleitet, um auch die übrigen Thäter zu entdecken und die noch fehlenden werthvollen Gegenstände wieder zu erlangen. — Der öffentliche Gesundheitsstand ist fortwährend befriedigend."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Ueber die gegenwärtige Stellung der vereinigten Staaten von Nordamerika zu Großbritannien in Bezug auf die Gränzstreitigkeiten zwischen dem Staate Maine und der englischen Colonie Neubraunschweig enthält die Preußische Staatszeitung folgendes Schreiben ihres Londoner Correspondenten vom 9. April: „Ich habe Briefe und Zeitungen aus Washington vor mir, die bis zum 6. März reichen. Der Congreß hatte seine Session am 4. geschlossen; schleppende und langwierige Discussionen nahmen, wie gewöhnlich, den größeren Theil dieser Session ein, erst in die letzten Tage fällt der interessante Theil der Verhandlungen, welche durch die Vorfälle an der Nordostgränze hervorgerufen wurden. Die Gränzstreitigkeiten zwischen dem Staate Maine und der englischen Colonie Neubraunschweig nahmen in Washington fortwährend alle Gemüther in Anspruch, der Congreß ließ sich die Sache ernstlich angelegen seyn und beeilte sich, eine Reihe von Beschlüssen zu fassen, welche die von der Centralregierung Großbritannien gegenüber einzunehmende Stellung genau bezeichnen. Van Buren erscheint bei dieser Gelegenheit als der Mann des Vertrauens der Nation. In seine Hand wurden Vollmachten gelegt, die der Entscheidung über Krieg und Frieden ziemlich gleichkommen und ihm alle Mittel gewähren, seinen Worten den gehörigen Nachdruck zu verleihen. Wenn diese Mittel, ein eventuell bewilligtes Anlehen von zehn Millionen Dollars und die Einberufung von 50,000 Milizen, zu einem Schlusse auf die Stimmung des Congresses berechtigten, so konnten sie als bedenkliche Anzeichen einer Geneigtheit gelten, die wirklichen oder vermeintlichen Rechtsansprüche auf das seit dem Versailler Vertrag vom Jahre 1783 streitige Gebiet, um jeden Preis und im Nothfalle auch mit gewaffneter Hand zu behaupten. Bedenkt man, daß jene Gesetzvorschläge einstimmig in beiden Häusern durchgingen, so dürfte hierüber kaum ein Zweifel übrig bleiben. Nur Eine Stimme erhob sich, nicht um dieser kriegerischen Stimmung geradezu entgegenzutreten, aber um sie zu mäßigen und der Versammlung, in deren Hand die Entscheidung über die materielle Wohlfahrt der Union und vielleicht auch eines Theils der alten Welt lag, auch die Kehrseite des Bildes, die Folgen eines Bruches mit England, vor Augen zu führen. H. Biddle, Bruder des bekannten Vorstehers der United-States-Bank, sprach mit Kraft und Wärme und setzte es durch, daß, statt einer Aushebung von Regimentern, der Congreß mit eventueller Ermächtigung des Präsidenten zur Einberufung der Milizen sich begnügte. Uebrigens ging alles in größter Ruhe und mit jener Mäßigung ab, die in so wichtigen Angelegenheiten noth thut. Ein Beweis davon ist das am 27. Februar vom Staatssecretär Forsyth und H. Fox, dem brittischen Gesandten, unterzeichnete Memorandum, welches vorläufigen Feindseligkeiten auf dem streitigen Gebiete Einhalt thut und immer von der Bereitwilligkeit der Centralregierung zeugt, auf eine friedliche Ausgleichung einzugehen. Dennoch gibt diese Streitfrage zu ernsten Betrachtungen Anlaß. Erwägt man die großen Gefahren, ja, mehr als dieß, den sicheren Ruin, der aus einem Kriege für den Handel beider Staaten erwüchse, so liegt die

Hoffnung auf friedliche Beilegung allerdings nahe. Zudem ist jener streitige Gebietstheil für Amerika wenigstens kaum des Haders werth, am allerwenigsten, wenn so große Interessen auf dem Spiele stehen. Daher man auch ziemlich allgemein eine friedliche Lösung erwartet. Allein was man in Newyork und Philadelphia, in der City und in Liverpool wünscht, und darum auch hofft und erwartet, darf hier nicht in Betracht kommen. Wäre der Congreß von der unbedingten Nothwendigkeit, den Friedensstand um jeden Preis aufrecht zu erhalten, durchdrungen gewesen, er würde nicht so bestimmt und unwiderbringlich die Ansprüche Maine's vertreten, und die Sache eines einzelnen Staates zu einer Haupt- und Ehrenfrage der Union erhoben haben. Hierin liegt die große Schwierigkeit. Wird die Union, wird England weichen? Kann die Union weichen, nachdem sie die stets unbestritten von England in dem streitigen Gebiete ausgeübte Jurisdiction förmlich in Abrede gestellt hat? Kann England sich dieß gefallen lassen, im Angesichte seiner canadischen Unterthanen und gegenüber der Opposition im Parlamente, welche beide einen solchen Beweis von Schwäche nicht ungenützt ließen? Wird die öffentliche Meinung in England, in Amerika, falls die Regierungen an sie zu appelliren gezwungen wären, sich für Krieg oder Frieden aussprechen? Diese Fragen sind schwieriger zu entscheiden, als Viele meinen, denn daß das materielle, das Handels- und Industrie-Interesse heute allein die Welt regiere, scheint uns noch nicht so ganz außer Frage gestellt. Hierzu kommt, daß jene Gränzfrage selbst seit nicht weniger als 56 Jahren, das heißt seit dem staatsrechtlichen Bestehen der Union, schwebt. Von jeher hielten beide Theile an ihren Ansprüchen, die Amerikaner, als an einer Ehrensache, die englische Regierung, weil sie die Wichtigkeit einer Landstrecke erkannte, deren Besitz ihr im Winter den einzigen directen Verkehr mit Quebec sicherte, durch den neuschottländischen Hafen von Halifax, den einzigen im brittischen Nordamerika, der im Winter vom Eise frei bleibt. Schon während der Verhandlungen des Genter Friedens, geschlossen den 24. December 1814, verlangten die englischen Commissäre die Abtretung jenes Landstriches, während die Amerikaner auf der im Tractate Franklins vom Jahre 1783 amerikanischerseits angesprochenen Abgränzung bestanden. Das auf diese Weise noch heute streitige Gebiet erstreckt sich vom Flußgebiete des Penobscott aufwärts, bis wo der 48ste Breitengrad die südöstlich vom Lorenzstrom hinlaufenden Gebirgszüge durchschneidet. Im Genter Vertrag hatte man versäumt, die Sache auf eine bestimmte Weise zu erledigen, und, um schneller zu einem Abschlusse zu gelangen, die schiedsrichterliche Entscheidung einer befreundeten Macht in Aussicht gestellt. Die in der Folge von dem Könige von Holland vorgeschlagene Abgränzung, welche das streitige Gebiet in eine nördliche und südliche Hälfte theilt und den St. John- oder Walloostookfluß zur Gränzlinie hat, schien aber beiden Theilen, besonders den Amerikanern, unzulässig. So standen die Dinge, als die Vorfälle am Aroostook, die wechselseitige Gefangennehmung und Abführung der Territorialagenten und das heftige Auftreten der Legislatur von Maine den alten Hader in einem der englischen Regierung gewiß im höchsten Grade ungelegenen Augenblicke wieder anfachte. Der Geist des Aufruhrs, der das untere Canada noch immer in fieberhafter Aufregung erhält, die unzweideutigen Beweise vor Fraternität der amerikanischen Gränzbewohner mit den canadischen Rebellen, die schwankende Politik des Cabinets in dieser Frage, die voreilige Publicirung des Berichts Durhams, der die Hoffnungen und Ansprüche der brittischen Colonien in Nordamerika ins Unendliche erweitern mußte, — alles dieß sind Umstände, welche der Gränzfrage mit Maine die größte Bedeutung verleihen und sie, was sie sonst nicht wäre, zu einer wichtigen und ernsten Frage, zu mehr als einer Lebensfrage für das Cabinet Melbourne erheben. Wenn die Minister der Königinn mit Recht vor einem Kriege mit den vereinigten Staaten in einem Augenblicke zurückbeben, wo die brittische Regierung in allen Theilen der Welt, in Ostindien, in Centralasien, am Rio de la Plata, in Mexico, vielleicht bald auch in der Levante fürs Erste zur angestrengten, durch Entwickelung materieller Kräfte unterstützten Beobachtung und in nächster Zukunft vielleicht zu thätigem Einschreiten berufen ist, — wenn namentlich Nordamerika, wegen der canadischen Wirren, für die brittische Regierung eine wunde Stelle ist, — so lassen sich andererseits die Gefahren eines Krieges für die vereinigten Staaten nicht verkennen, und am allerwenigsten dürfte van Buren geneigt seyn, von den ihm gegebenen Vollmachten einen leichtsinnigen Gebrauch zu machen. Es hat zu keiner Zeit in dem Schooße des Congresses zu Washington an unbesonnenen Politikern gefehlt, die in einer endlosen Erweiterung der Union die Glorie und Größe derselben zu erkennen vermeinten, die Texas, noch kaum von dem mexicanischen Verband losgerissen, in den ihrigen aufnehmen wollten, die jetzt auch auf Canada lüsterne Blicke werfen, und in völliger Verkennung der innern Bedingungen des föderativen Elements, die ganze neue Welt, den Continent von der Behringsstraße bis zum Cap Horn mit dem losen Faden der Union zu umfangen, beabsichtigen. Die der Zahl nach zwar wenigen, aber darum nicht minder hellsehenden, die wirklichen Staatsmänner Nordamerikas, sind weit entfernt, diese Ansicht zu theilen; sie erkennen gerade in dem verhängnißvollen und unwiderstehlichen Drange nach Erweiterung das Element der Auflösung der Union und sind daher stets bereit, dieser Richtung entgegenzuwirken. Ihnen erscheint ein Beitritt Canada's nichts weniger als wünschenswerth, und gewiß ist dieß einer der Hauptgründe, welche den Präsidenten auf der Linie der Mäßigung und in steter Geneigtheit zum Frieden erhalten werden. Andere näher liegende und der großen Menge zugänglichere Gründe für den Frieden liegen wohl auch in dem künstlichen Finanzwesen, welches durch den Krieg sogleich erschüttert und eine der vom Jahre 1837 ähnliche Krise nach sich ziehen würde, sodann in den gefährdeten Handelsinteressen, und Allem, was sich an den Friedensstand knüpft und durch ihn lebt und gedeiht. Dessunungeachtet läßt sich mit Bestimmtheit behaupten, daß in Amerika, im Gegensatze mit England, der Krieg in den verschiedenen Theilen des Unionsgebietes vielfachen Anhang oder doch wenigstens nicht die unbedingte Scheu und Abneigung, wie in Europa, findet. Hierher gehören zunächst die östlichen Staaten und Neuengland; seit Clay durch den Schutz der inländischen Industrie, der domestic manufactures, den Manufacturstaaten den für sie großen Vortheil des Prohibitivsystems anschaulich machte, haben sie fortwährend eine Erhöhung des Zolltarifs verlangt. Mehr als eine solche Erhöhung haben sie von einem Kriege zu erwarten, daher auch die Bereitheit ihrer Abgesandten im Congresse, die Prätensionen des Staates Maine zu unterstützen. Der Westen, als ackerbauend, nimmt zwar hieran keinen unmittelbaren Theil, aber seine Bevölkerung ist jugendlich, feurig und kräftig, gewöhnt an den Kampf mit der Natur und dem Bewohner der Wüste, zur Jagd auf das Wild jener Urwälder, wie auf die Rothhäute gleich bereit, und nicht ungeneigt, loszuschlagen, wo und wann es darauf ankommt. Noch kriegerischer, weil von dem

allen Gränzbewohnern eigenen Hasse beseelt, sind die Ansiedler längs der canadischen Gränze gestimmt, die zwar mit den Rebellen fraternisiren, aber den „Rothröcken" darum nur um so unholder sind. In Washington selbst, am Sitze der Centralregierung, hat der Krieg seine Gönner. Die Centralregierung erkennt ihre Schwäche; wie sollte sie es nicht, wo sie, so ganz von den Staatenregierungen aufgehoben, des Ansehens und der Macht entkleidet und bei dem immer mehr um sich greifenden Vorherrschen des föderalistischen Elements — indem Neuengland, dem Süden gegenüber, hierin durch den neu erstehenden Westen fortwährend verstärkt wird — nach und nach zu einem bloßen Schatten herabzusinken droht. Anders verhält es sich in Zeiten des Krieges, wo gemeinsames Wirken von einem Mittelpuncte aus Noth thut und der practische Sinn der Amerikaner nicht anstehen wird, der Regierung in Washington jene Macht zu gestatten, welche die Bedürfnisse des Augenblickes, die Würde und das Ansehen der Union und die gefährdete Wohlfahrt der Nation dem Auslande gegenüber in Anspruch nehmen."

Preußen.

Die Preußische Staatszeitung vom 20. April enthält folgendes ärztliche Bulletin über das Befinden Ihrer königl. Hoheit der Frau Kronprinzessinn: „Ihre königl. Hoheit die Frau Kronprinzessinn sind seit einigen Tagen krank. Die vorhandenen Zufälle deuteten nur zu deutlich auf eine entzündliche Affection des Unterleibes, welche sich schnell zu einer Gefahr drohenden Höhe steigerte. Wir freuen uns, dem besorgten Publicum heute die beruhigende Nachricht geben zu können, daß, wenigstens für den Augenblick, die Gefahr drohenden Zufälle beseitigt sind, mithin Hoffnung zu einem günstigen Verlaufe der Krankheit gegeben ist. Berlin, den 19. April 1839. (Gez.) Rust. Dr. von Stosch."

Niederlande.

Frankfurter Blätter melden aus Amsterdam vom 16. April: „Gestern Abends besuchten der Großfürst-Thronfolger von Rußland und die hohen Personen das Stadttheater. Abends waren mehrere Gebäude prachtvoll illuminirt. Heute nahmen die hohen Personen verschiedene Merkwürdigkeiten der Stadt in Augenschein. Als der Großfürst-Thronfolger das Entrepot verlassen wollte, nahte sich ihm ein alter Mann, in der Absicht, Höchstdemselben eine Bittschrift zu überreichen. Dieses mißglückte ihm aber, da Sr. kais. Hoheit selbst keine Bittschriften annimmt; der alte Mann überreichte darauf die Bittschrift dem Grafen Orloff, der augenblicklich einen alten Polen in ihm erkannte, sich mit ihm unterhielt und ihm versprach, dem Großfürsten-Thronfolger sein Gesuch angelegentlichst vorzutragen."

Belgien.

Der Moniteur Belge enthält mehrere königliche Ordonnanzen, durch welche Richter aus den abzutretenden Gebietstheilen in die bei Belgien bleibenden Provinzen versetzt werden.

Der Independent beantwortet den vor einigen Tagen erwähnten Artikel des Amsterdamer Handelsblads, indem er sich zu erweisen bemüht, daß die Anschuldigungen, als ob die belgische Regierung unredlich verfahre, und aus hinterlistigen Absichten die Unterzeichnung des Tractats aufschiebe, ungerecht und wenig an ihrem Orte seien.

Der Präsident der Handelskammer von Antwerpen ist nach London abgereist, um dort Notizen und Aufklärungen in Betreff der Scheldefrage zu ertheilen.

In der Nacht vom 12. auf den 13. April sind zu Brüssel an den Straßenecken Brandbriefe angeschlagen worden, die jedoch durch die Sorge der Polizei noch vor Tagesanbruch verschwunden waren.

Der Commerce Belge berichtet, als einen neuen Act des Vandalismus, daß das alte gothische Thor von Mecheln, das nach Brüssel führt, und die Einfahrt in die Stadt so malerisch machte, abgebrochen worden. Es ist unglaublich (fügt das Blatt hinzu) und doch wahr, obgleich wir eine Denkmähler-Commission haben, — die an Ort und Stelle alles mit ansah und billigte.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 22. v. M. dem Hofrathe und hofkriegsräthlichen Referenten Joseph Mark die Annahme und Tragung des päpstlichen Christusordens, eben so dem Oberkriegscommissär Carl Einkhemmer von Reichwitz, und dem Verpflegsoberverwalter Franz Winkler, vom Generalcommando im lombardisch-venetianischen Königreiche, des Commandeurkreuzes des St. Gregorordens, dann den Feldkriegscommissären Ferdinand Canzler von Strahlenfeld und Johann Schweighofer, so wie dem Verpflegsadjuncten Joseph Kikinger des Ritterkreuzes dieses Ordens gnädigst zu bewilligen geruht.

Am 24. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto	v. J. 1821, für 100 fl.	in CM.	154¼.
detto detto	v. J. 1834, für 500 fl.	in CM.	670.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	66.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅛ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1504 in CM.

Vermischte Nachrichten.

Ein Londoner Journal, die Monthly-Chronicle, enthält unter der Aufschrift: „Märtyrer der Presse" folgenden Artikel: „Am 18. September 1797 hat das französische Directorium folgende Proclamation erlassen: „„Den „„Vollstreckern der Justizbefehle wird hiermit aufgetragen, die Herausgeber und Drucker folgender Journale „„(hier folgen die Namen von neunundzwanzig „„Journalen), die sich der Verschwörung gegen die innere „„und äußere Ruhe der Republik schuldig gemacht haben, „„zu verhaften und ins Gefängniß der „Force" abzuführen.""" — Sämmtliche Präsidenten des Nationalconvents, einen oder zwei ausgenommen, waren Journalisten. Von den dreiundsechzig, die zu dieser Ehre gelangt waren, wurden achtzehn guillotinirt, drei entleibten sich selbst, acht wurden deportirt, sechs lebenslänglich eingesperrt, vier wurden wahnsinnig und starben zu Bicetre, zweiundzwanzig wurden in die Acht erklärt und bloß zwei kamen ohne Züchtigung irgend einer Art davon. Wenn wir diese Berechnung auf die gesammte Presse jener Epoche ausdehnen, so zeigen sich dieselben Erscheinungen; von 1789 bis 1797 ist wenigstens die Hälfte aller politischen Schriftsteller von dem gleichen Schicksal, wie die Journalisten, betroffen worden!"

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1-K. ZEITUNG 1839

№ 116

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 26. April 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 24. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciert. Pariser Maaß.	Wiener Maaß			Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.489	28	3	8 p.	+ 3.9	NNW.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.358	28	1	5	+ 10.7	SO.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.301	28	0	8	+ 6.5	SO.	still.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Die auf die Angelegenheiten von Ostindien und Mittelasien sich beziehenden Actenstücke, aus denen während der Parlamentsferien schon Auszüge von den öffentlichen Blättern mitgetheilt wurden, welche großes Aufsehen im Publicum erregt haben, sind bis jetzt dem Parlamente noch nicht vollständig vorgelegt worden, weil sie, wie die Minister in beiden Häusern erklärten, noch nicht ganz vorbereitet und gedruckt waren. Die Minister haben daher auch den Wunsch ausgesprochen, daß noch keine Discussion darüber im Parlamente veranlaßt werden möchte, weil der Generalgouverneur von Indien, Lord Auckland, und das Bureau der ostindischen Angelegenheiten wohl fordern dürften, daß ihr Verfahren nicht eher öffentlich beurtheilt würde, bis alle darauf bezüglichen Documente vollständig vorlägen. Sir R. Peel pflichtete dieser Ansicht vollkommen bei, hielt es aber auch für wünschenswerth, daß die Vorlegung der Papiere so sehr als möglich beschleunigt würde, weil sich sonst leicht im Publicum ein ungünstiger Eindruck in Bezug auf Rußlands Pläne verbreiten könnte. Der Baronet hatte hierbei ohne Zweifel die schon zur Oeffentlichkeit gelangten Mittheilungen im Sinne, welche der brittische Resident am Hofe von Kabul, Capitän Sir Alexander Burnes, dem Generalgouverneur von Ostindien gemacht, und unter denen sich angebliche Briefe eines russischen Agenten, des Hrn. Wikowitsch, an den russischen Gesandten am persischen Hofe, Grafen Simonitsch, befinden, nach deren Inhalt der erstere mit einer gegen Englands Interesse streitenden diplomatischen Mission an den Hof des Beherrschers von Kabul, Dost Mohammed Chan, beauftragt gewesen wäre, wobei es sich hauptsächlich darum gehandelt hätte, diesen und die Emire von Sinde in Rußlands Interesse zu ziehen, ihnen Unterstützung mit Subsidien für den Fall zu versprechen, daß sie von Rundschit Singh angegriffen würden, und eine Aussöhnung und Verbündung zwischen dem Schah von Persien und sämmtlichen Beherrschern von Afghanistan zu Stande zu bringen, das Oberhaupt von Herat, Kamram, der bisher gegen Persien im Kriege begriffen gewesen, mit eingeschlossen. Nachdem diese Correspondenzen in England bekannt geworden, hat sich sogar die Meinung verbreitet, daß die Aufhebung der Belagerung von Herat Seitens des Schahs von Persien keineswegs, wie man früher geglaubt, eine Folge der Remonstrationen Englands gewesen, sondern daß sie auf Rußlands Wunsch geschehen sei. Natürlich lassen es unter solchen Umständen die Oppositionsblätter nicht daran fehlen, den Ministern vorzuhalten, daß nun ihre Schwäche deutlich zu Tage liege, und daß, wenn sie noch länger das Staatsruder in Händen behielten, Englands Macht im Orient bald gänzlich verschwunden seyn würde. Bekanntlich hat indeß Lord Melbourne im Oberhause schon erklärt, daß man von Seiten Rußlands in Bezug auf die Schritte jenes Agenten bereits die befriedigensten Aufschlüsse erhalten habe, und die nächsten Tage, in denen diese Angelegenheiten zweifelsohne im Parlamente ausführlich zur Sprache kommen werden, müssen über die ganze Sache mehr Licht verbreiten, als bis jetzt aus den parteiischen Berichten und Raisonnements der öffentlichen Blätter zu schöpfen ist.

Die Morning-Post schreibt aus Bombay vom 26. Februar: „Als die zweite Division der Armee von Bombay in Kuradschi, dem Haupthafen des Indus-Delta, landete, erfuhr sie lebhaften Widerstand von Seiten der Eingebornen, welche erst wichen, nachdem die Stadt von den Schiffen beschossen worden war. Die Amirs von Sinde unterwerfen sich jetzt den ihnen von den Britten vorgeschriebenen Bedingungen und verpflichteten sich, 270,000 Pf. St. zu bezahlen, und ein Hülfscorps von 4000 Mann zu stellen, das ausschließlich von Offizieren der ostindischen Compagnie befehligt und zu den Operationen gegen Kabul verwendet werden solle. Dieses Hülfscorps bleibt im Dienste, bis Schah Schudscha auf seinem Throne festsitzt. Sir Henry Fane war mit dem Vortrab der Armee von Bengalen in Schikapur angekommen; Sir Henry Keane, welcher indessen die Amirs von Sinde unterworfen hatte, mit der Bombay-Armee wurde ebendaselbst erwartet. Man glaubte, die Operationen gegen Afghanistan werden erst nach der großen Hitze eröffnet werden." — Schikarpur, von wo aus die vereinigten brittischen Streitkräfte den Feldzug gegen Kabul eröffnen sollen, liegt auf der Westseite des Indus, 6½ geographische Meilen von demselben entfernt. Die Stadt ist groß und von einem Erdwall mit acht Thoren umgeben, der aber sehr verfallen

ist. Im Innern aber ist in jedem Hause ein Kaufladen; der Bazar, durch die ganze Stadtmitte, breitet sich nach allen Seiten aus, ist wohl besetzt, aber niedrig und mit einem Dache von Palmblättern gegen die Sonnenstrahlen geschützt. Die Hitze ist so groß, daß ein Sprichwort sagt: „Im Sommer siedet hier der Sonnenstrahl die Eier und brennt die Weißen schwarz." Der Ort zeigt, so verfallen er ist, sehr viel Handelsleben, und unter den Lumpen ist großer Reichthum verborgen. Die Verbindungen der Hinduwechsler und Händler sind von Hindu bis Bokhara ausgebreitet; ihre Wechsel gelten bis Astrachan und Nischney Nowgorod. In Kabul sind an 300 Schikarpur-Kaufleute angesiedelt, die aber ihre Weiber in der Heimath zurückgelassen haben. Die Stadt kam erst nach 1821 in die Gewalt des Amirs, und seither hat ihr Wohlstand sehr abgenommen, doch soll ihr Handel noch immer sehr bedeutend seyn.

Die Zugänge zum Unterhause waren am 15. April lange vor dessen Eröffnung mit Neugierigen besetzt. Gegen 4 Uhr wurde das Gedränge so groß, daß die Mitglieder sich nur mit Mühe Eingang verschaffen konnten; denn da schon um halb 4 Uhr die Fremdengallerie und die Plätze hinter dem Stabträger überfüllt waren, so hatten sich die Boten und Thürsteher des Hauses genöthigt gesehen die äußern eisernen Gitterthore zu schließen, wo sich dann der Menschenschwall stemmte. Unter diesen Umständen wollte das Volk wenigstens einen Blick auf die Leiter der Parteien erhaschen. Lord J. Russell und mehrere andere liberale Mitglieder wurden, so wie man sie erkannte, mit lebhaftem Zuruf begrüßt. Eben so laute Acclamationen schallten Hrn. O'Connell entgegen, als er, auf dem Palace-Yard aus dem Wagen steigend, unter der Last der Petitionen zu Gunsten des Ministeriums, mit deren Ueberreichung er betraut worden, dem Hause, im buchstäblichen Sinn, entgegenwankte. Mit einer großen Pappschachtel in der einen und einem Sack in der andern Hand, beide mit solchen Bittschriften bis oben angefüllt, trat er unter dem Gelächter der Mitglieder in den Saal. Nach eröffneter Sitzung wurden zwar auch über verschiedene andere Gegenstände Petitionen übergeben, aber das ganze Interesse des Abends war auf die große ministerielle Frage concentrirt, und kein anderes Geschäft fand die mindeste Beachtung. Hier zählen nun die Journale alle die Petitionen auf, die in den letzten Wochen in den zahlreichen Pfarreiversammlungen Irlands zu Gunsten der jetzigen Verwaltung beschlossen worden, und deren jedes liberale irische Mitglied mehrere vorzulegen hatte; so z. B. Hr. Shiel*) allein 39 Petitionen aus der Grafschaft Tipperary mit mehr als 23,000 Unterschriften. Die Zahl der entgegengesetzten Petitionen aus Irland war verhältnißmäßig sehr klein: Hr. Dunbar übergab eine solche aus Belfast (in dem vorwiegend protestantischen Nord-Irland), Sir R. Bateson und Hr. Lytton zwei aus Dublin, worin das Haus gebeten wurde, Ihre Majestät in einer ehrfurchtsvollen Adresse um Entlassung ihrer jetzigen Minister zu bitten, da sich dieselben, wie der gesetzlose Zustand Irlands, die Empörung in Canada und die Aufregung in beiden Indien beweise, als gänzlich unfähig zur Regierung dieses großen Reiches gezeigt hätten. Hr. Blackburn und Lord Stanley übergaben Petitionen aus Warrington und Rochdale (Lancashire), des Inhalts, das Haus der Gemeinen möge über die irischen Angelegenheiten keinen Beschluß fassen, bis erst das Ergebniß der Untersuchung im Hause der Lords, dem höchsten Tribunal des Reichs, bekannt seyn werde. (Zu Gunsten des Ministeriums wurde, mindestens im Anfange dieser Sitzung, aus England und Schottland keine einzige Petition vorgelegt, so wie denn auch während der Osterferien nirgends in diesen beiden Reichen, Edinburgh ausgenommen, eine Demonstration im whiggischen Sinne Statt gefunden.) Hr. O'Connell: „Ich muß meine Petitionen nach dem Dutzend vorlegen. Meine erste ist aus der Grafschaft Minaghan. Sie bittet das Haus, die Politik der Minister hinsichtlich Irlands gutzuheißen, und keine Restauration der ungerechten Orangistenherrschaft zu dulden. (Gelächter auf den Oppositionsbänken.) Ja, diejenigen, welche die ersten sind zur Metzelung, sind auch die ersten zum Lachen darüber. (Ein Wortspiel mit slaughter und laughter — Ruf: Zur Ordnung!) Seid ihr der Erneuerung eurer Herrschaft schon so gewiß, daß ich nicht sprechen kann, ohne daß ihr lacht?" Hr. Lucas: „Sir! (zum Sprecher), ich bitte um Verweisung zur Ordnung." Sprecher: „Die Regel ist, daß ein Mitglied, das eine Petition übergibt, sich auf die Angabe des Petitums beschränke." Hr. O'Connell: „Das that ich, Sir! und man begegnete mir mit Hohngelächter. Ich bin berechtigt, eine solche Brutalität zu rügen. (Beifallsruf der irischen Mitglieder; lebhafter Ruf: „Order, order!" von der Opposition.) Hr. Lucas: „Das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied hat kein Recht, bei der Ueberreichung von Petitionen seine eigenen subjectiven Meinungen einzuschalten. Andere Mitglieder thun es nicht, und ich wenigstens weiß von keiner Immunität, die diesem Herrn hierin zustände. (Hört!) Ich habe kein Lachen gehört, das von dieser Seite des Hauses ausgegangen wäre. (Oh, oh!) Die Grafschaft, von der das ehrenwerthe Mitglied diese Petition übergeben, ist die Grafschaft, die ich vertrete, und darum bin ich bei der Sache interessirt. Gewiß war keine Absicht vorhanden, die Ueberreichung von Petitionen zu stören; aber ich fordere Sie auf, Sir... (Zur Ordnung!) Ich beuge mich Ihrer Entscheidung, Sir! aber nimmermehr der Entscheidung des ehrenwerthen und gelehrten Gentleman." (Zur Ordnung!) Der Sprecher wiederholt seine obige Bemerkung. Hr. O'Connell versichert aufs neue, er habe die Regel des Hauses nicht übertreten, und er verlange für sich keine Immunität. Nach diesem Vorpostengefecht erhob sich Lord J. Russell. „Am 21. März d. J." sprach er, „beschloß das Haus der Lords die Ernennung einer besondern Committee, um Irlands Zustand seit 1835 in Bezug auf die daselbst begangenen Verbrechen und Vergehen zu untersuchen, welche Leben und Eigenthum in diesem Theile des Reichs unsicher gemacht hätten. Sir! ich erachtete es für meine Pflicht, gleich am folgenden Tage meine Ansicht über diesen Beschluß der Pairs hier auszusprechen und diesem Hause anzuzeigen, daß ich von ihm ein Votum über unsere Verwaltung Irlands erholen würde. Ueber die Wichtigkeit meiner Motion, Sir, für Irland und das ganze Reich brauche ich nichts zu sagen. Das sehr ehrenwerthe Mitglied für Tamworth (Sir R. Peel) hat mittlerweile ein Amendement zu derselben angekündigt. Meiner Motion wird darin der Vorwurf gemacht, sie verlange nur ein einseitiges Votum über die

*) Dem Globe zufolge hat Hr. Shiel sein Amt bloß darum niedergelegt, um seinem Votum zu Gunsten des Ministeriums das größere Gewicht der Unabhängigkeit zu geben. — O'Connell wohnte, auf seiner Herreise von Dublin, in Liverpool einem ihm zu Ehren von den dortigen Irländern gegebenen Festmahle von 700 Gedecken bei.

Politik der Vollziehungsgewalt. Der sehr natürliche Grund, Sir, warum ich den Ausspruch des Hauses nur über Einen Theil unserer Politik verlange, ist, weil der Beschluß des anderen Hauses sich nur auf diesen Theil unserer Politik bezieht. (Hört!) Lasse das Haus der Lords, wenn ihm das genehm ist, ein Votum der Rüge über andere Theile der Politik unserer Regierung oder über unsere Politik überhaupt ergehen, dann werde ich es gewiß für unmöglich erachten, daß die jetzige Regierung an der Spitze der Geschäfte bleibe, wir müßten denn die Versicherung erlangen, daß wir das Vertrauen dieses Hauses auch in Bezug auf jene andern Theile unserer Politik, respective in Bezug auf unsere ganze Politik, besitzen. (Hört, hört!) Will das Haus der Lords mein specielles Departement, die Verwaltung des Innern, in Frage ziehen, so bin ich vollkommen bereit, ihm auf diesem Feld entgegenzutreten. Was die Colonialangelegenheiten betrifft, so liegen jetzt dem Parlament einige Maaßregeln vor, und andere würden eingeführt werden, welche Gelegenheit über unsere Colonialpolitik zu entscheiden darbieten. Wollen die Lords unsere auswärtige Politik angreifen, mein edler Freund, der Herr Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten, wird vor der Discussion nicht zurückbeben. Will man unser Verfahren in der belgischen Frage fehlerhaft finden, welche Europa in den Krieg zu stürzen drohte, deren friedliche Schlichtung nun aber bevorsteht, so sind wir, hoffe ich, bereit, auf dießfallsige Anklagen zu antworten. (Großer Beifall der Ministeriellen.) Man gibt uns Schuld, wir hätten in dem Streite zwischen Frankreich und Mexico einigermaaßen unsere Nationalehre leiden lassen (Zuruf der Opposition); nun, mein edler Freund ist im Stande, siegreich darauf zu antworten. Will man den Geschäftsbereich meines sehr ehrenwerthen Freundes, des Präsidenten des Bureaus der ostindischen Angelegenheiten, angreifen, so wird er beweisen können, daß die Regierung auch in den ostindischen Angelegenheiten die brittischen Interessen nicht verabsäumt, daß sie alles gethan hat, um den Krieg zu vermeiden. Erhebt eure Anklagen auf allen diesen Feldern der Politik; ehe ihr sie aber erhebt, erachte ich es für unnöthig, eine Discussion darüber in diesem Hause zu veranlassen; doch, wahrlich, ist es kein Grund der Furcht, der uns davon abhält." (Hört!) (Forts. folgt.)

Spanien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 10. April: „Der Graf Luchana concentrirt einen großen Theil seiner Truppen auf dem äußersten linken Flügel seiner Linie, woraus man schließt, daß er die Forts von Ramales und Guriezo, die den Schlüssel zur Provinz Santander bilden, angreifen werde. Am 4. gingen von Burgos ein großer Transport von Schießbedürfnissen für Artillerie und 27,000 Paar Schuhen zur Nordarmee ab, und 2000 Betten wurden in die Hospitäler von Oña und Medina geschickt, die zur Aufnahme von Verwundeten bestimmt sind. — Der Graf d'Espana hat dem Generalcommandanten von Oberarragonien den Antrag gemacht, die gegenseitigen Gefangenen auszuwechseln. Dieser hat deßfalls an den Obergeneral berichtet. Der zwischen van Halen und Cabrera in gleicher Beziehung abgeschlossene Vertrag ist am 5. in Saragossa eingegangen. In Daroca hat man eine Verschwörung entdeckt, die zum Zweck hatte, diesen Platz den Carlisten zu übergeben; die Haupträdelsführer sollen entkommen seyn. Allem Anschein nach muß es bei Segura zwischen der Armee des Centrums und den Streitkräften Cabreras zu einem Treffen kommen. *) In Valencia war bis zum 6. die Ruhe nicht wieder unterbrochen worden; es erfolgten jedoch einige Verhaftungen. Wie ich aus guter Quelle erfahre, hat der englische Admiral Stopford, in Folge der ihm von seiner Regierung ertheilten Befehle, ein Kriegsschiff nach dem Hafen von Melilla geschickt, und durch ein anderes die von dort aus eingeschifften Rebellen verfolgen lassen. Die hiesigen Blätter erwähnen noch nichts von diesen auffallenden Maaßregeln. — Nachrichten aus der Havannah vom 1. April melden, daß die neuesten in Bezug auf die Insel Cuba getroffenen Verfügungen des Finanzministers dort eine allgemeine Unzufriedenheit hervorgebracht haben. — Die Freunde des Hrn. Pita wollen versichern, mehrere englische und holländische Bankiers hätten sich gemeinschaftlich gegen den Marquis Miraflores erboten, mit der spanischen Regierung eine Anleihe von 15 Millionen Piastern abzuschließen."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Aus Newyork hat man Nachrichten bis zum 22. März. Sie enthalten friedliche Angaben über den Stand des Gränzstreites zwischen Neubraunschweig und Maine. General Scott sucht zu vermitteln und die feindlichen Tendenzen von Maine zu zügeln. Die Absendung eines außerordentlichen Gesandten der vereinigten Staaten für diesen Gegenstand nach London ist verschoben; man will erst die Absichten der brittischen Regierung kennen lernen. Die Angabe, daß der Gouverneur von Neubraunschweig auf dem Marshill ein Fort errichtet habe, war ohne Grund. Große Erbitterung erregte in Neubraunschweig das Benehmen einer Schützencompagnie im Staate Maine, welche ein Porträt der Königinn Victoria zum Ziel bei einer Schießübung gewählt hatte. General Hodsdon hatte jedoch den Unfug, sobald er ihm zu Ohren kam, abgestellt und den Theilnehmern einen Verweis ertheilt.

Der Newyork-Daily-Expreß vom 21. März schreibt: „Capitän Kempton, welcher am 1. Februar von Rio de Janeiro abgesegelt ist, meldet, vor seiner Abfahrt sei daselbst die Nachricht eingelaufen, daß das französische Geschwader die Beschießung von Buenosayres eröffnet habe."

Rußland.

Die St. Petersburger Zeitungen publiciren nachstehendes kaiserliche Rescript vom 18. (30.) März an den

*) Ein zu Saragossa verbreitetes Gerücht von einem am 4. d. M. bei Segura vorgefallenen Treffen, wobei eine Colonne von Cabrera's Truppen von einer Abtheilung Christinos geschlagen worden seyn sollte, hat sich nicht bestätigt. Der Christinische Commandant von Cariñena, der die Nachricht hiervon nach Saragossa geschickt hatte, war mystificirt worden.

kais. österreichischen Generalfeldmarschall Grafen Radetzky: „Mit wahrem Vergnügen haben Wir erfahren, daß Unser geliebter Sohn, Sr. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger Cesarewitsch, bei seiner Anwesenheit in den Staaten Unseres treuen Verbündeten, Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand, an der Heerschau der unter Ihrem Oberbefehle stehenden Armee Theil genommen hat. Bei dieser Gelegenheit traten die großen Ereignisse des Krieges vom Jahre 1813 und 1814 aufs neue vor Unsere Erinnerung, damals als die russischen und österreichischen Truppen unter Einer Fahne streitend, durch ihre tapferen Thaten sich unvergänglichen Ruhm erwarben. Da Wir wissen, wie sehr der Kaiser Alexander hochseligen Andenkens Ihre schon damals geleisteten Dienste und Ihre kriegerischen Thaten schätzte, haben Wir Ihnen zur Bezeigung Unseres besondern Wohlwollens den Orden des heiligen Apostels Andreas, des zuerst Berufenen, verliehen, dessen Insignien hierbei folgen, und bleiben Ihnen wohlgewogen. (Unterz.) Nikolaus."

Berliner Blätter melden aus St. Petersburg vom 10. April: „Unser dießjähriger erster Osterfeiertag ist auch dadurch für uns besonders bemerkenswerth geworden, daß in der Osternacht in den Räumen des wiederaufgebauten kais. Winterpalais die Auferstehungsfeier, von den erlauchten Mitgliedern unserer erhabenen Herrscherfamilie, den Beamten des Hofes, den ersten Militär- und Civilbehörden und andern ausgezeichneten dazu geladenen Personen, auf die feierlichste Weise in der großen Hofcapelle begangen wurde, worauf die innern kaiserlichen Zimmer von dem Beichtvater JJ. MM. mit dem geweihten Wasser besprengt und in den dazu bezeichneten Sälen von den Anwesenden ein Frühstück, wobei die ersten Fleischspeisen nach der Fasten aufgetragen waren, eingenommen ward. Hiermit erhielt das neue Winterpalais, dessen Wiederaufbau in der fast unglaublich kurzen Frist von einem Jahre und wenigen Wochen vollendet wurde, seine feierliche Weihe. Ueber die im Innern desselben ausgeführten Arbeiten hat Sr. Majestät der Kaiser, wie man von mehreren Seiten vernimmt, seine vollkommene Zufriedenheit ausgesprochen. Mehrere dabei thätig gewesene Beamte sind durch besondere Belohnungen ausgezeichnet und eine in dieser Beziehung geprägte silberne Medaille zur Tragung am Halse ist unter alle bei dem Bau beschäftigten Handwerker und Meister vertheilt worden. Der den Bau leitende General Kleinmichel wurde, wegen seines dabei an den Tag gelegten Eifers, in den Grafenstand erhoben. — Der Generalmajor Eichen II., bisheriger Commandant von Oranienbaum, ist zum Generallieutenant und zum Mitglied des Generalauditoriats ernannt und der Generallieutenant Danilowski, Senator, und durch seine Darstellung der Feldzüge in den denkwürdigen Jahren 1812 bis 1815, auch dem Auslande bekannt, mit Verbleibung bei seinen bisherigen Chargen, zum Mitglied ins Kriegsconseil berufen worden. — Der Feldmarschall Fürst Paskewitsch-Eriwanskij traf am letzten Donnerstag aus Warschau in hiesiger Residenz ein."

Preußen.

Die Preußische Staatszeitung vom 21. April enthält folgende Nachrichten über das Befinden Ihrer königl. Hoheit der Frau Kronprinzessinn von Preußen: „Ihre königl. Hoheit die Frau Kronprinzessinn haben eine sehr ruhige Nacht gehabt, viel geschlafen und befinden Sich in einem vollkommen befriedigenden Zustande, weßhalb keine Bulletins weiter ausgegeben werden. Berlin, den 20. April 1839."

Frankreich.

Am 18. April circulirte in Paris folgende Ministerliste: Soult, Präsidentschaft und Kriegsdepartement; Duc de Broglie, auswärtige Angelegenheiten; Humann, Finanzen; Dupin, Justiz und Cultus; Guizot, Inneres; Duchatel, Handel; Sauzet oder Teste, öffentlicher Unterricht; Admiral Jacob, Marine.

Niederlande.

Nachrichten aus Amsterdam vom 17. April melden: „Die holländischen Fonds haben heute durch einige Einkäufe wieder eine Erhöhung erfahren. — Der Großfürst-Thronfolger von Rußland und die übrigen hohen Personen besuchten heute das Häuschen Peter des Großen zu Zaardam, bei welcher Veranlassung mancherlei Festlichkeiten daselbst Statt fanden. — Morgen verlassen die erlauchten Gäste wieder unsere Stadt. — Nächsten Montag wird der Großfürst-Thronfolger das Lager besuchen; die Reise nach England ist noch unentschieden. — Der Staatscourant veröffentlicht heute den zwischen Niederland und dem teutschen Zollverein abgeschlossenen Handelstractat. Nach Bekanntmachung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten sind die Ratificationen des Tractats am 2. April zu Berlin ausgewechselt worden."

Belgien.

Durch das im Moniteur Belge abgedruckte Requisitorium des Generaladvocaten von Anethan wird in Bezug auf die Angeklagten Dehou und Perrier, die bei dem gegen Barthels und Kats eröffneten Prozesse betheiligt waren, in Erwägung, daß keine hinreichenden Verdachtsgründe vorliegen, auf Entlassung von der Anklage angetragen, welchem Antrag auch der Gerichtshof entsprochen hat.

Der Belge gibt folgende Nachrichten über den gegen Kats und Barthels eingeleiteten Prozeß: „Das Gericht bestand aus Hrn. von Quertenmont als Präsidenten und den HH. Nicolai, Delahault, Brouckère und Corbisier. Die Anklagepuncte gegen Barthels wären seine Proclamation an die Armee, zu der er sich bekannt hatte, und die von ihm selbst veröffentlicht und vertheilt wurde, ferner mehrere Artikel im Belge; gegen Kats die flamändische Uebersetzung der Proclamation im Volksvriendt und mehrere andere Artikel in diesem Blatt. Hierauf wurde gegen Kats die Anklage begründet, daß er die Bürger und Einwohner zur Anwerbung von Soldaten ohne Einwilligung der gesetzlichen Gewalt aufgereizt habe, daß er ferner in den frag-

lichen Schriften und Reden die Offiziere aufreizt, gegen den Befehl der Regierung ihre Truppen versammelt zu halten, selbst nachdem der Befehl zur Entlassung schon erfolgt war. Kats wurde der Mitschuld an diesen Verbrechen angeklagt. Barthels sollte ferner böswilligerweise die Geltung der Gesetze und die constitutionnelle Gewalt des Königs und der Kammern angegriffen haben. Kats insbesondere wurde angeklagt, öffentlich und böswilligenweise die Unverletzlichkeit des Königs angegriffen und denselben öffentlich geschmäht zu haben. Der Uebersetzer und Verleger wurden von der Anklage ausgenommen."

Dem Brüsseler Correspondenten des Handelsblads zufolge lauten die letzten Berichte aus London nicht sehr günstig für die neuerdings von Belgien erhobenen Ansprüche. Lord Palmerston soll vielmehr dem Hrn. van de Weyer mitgetheilt haben, daß die Conferenz um so weniger im Stande sei, eine neue Aenderung vorzunehmen, als sie die Abstimmung der belgischen Kammern als öffentliche Handlung der Annahme des nunmehr von allen Seiten genehmigten Vertrags betrachte.

In Gemäßheit einer Verfügung des Kriegsministers vom 10. d. M. werden die zum 15ten Reserveregiment gehörenden Soldaten am 16., 17. und 21. d. M. in ihre Heimath entlassen werden. Die am 1. Mai ablaufenden Urlaubscheine der Mannschaft der Reserveregimenter werden auf unbestimmte Zeit verlängert.

In Mons soll man die Absicht haben, den ausgeschiedenen Hrn. Gendebien von Neuem und zwar durch Acclamation zum Deputirten zu wählen.

Teutschland.

Das Geburtsfest Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand I. von Oesterreich wurde am 19. April zu Frankfurt durch eine Parade der daselbst stehenden k. k. Truppen und ein glänzendes Diner bei dem Vorsitzenden der Militärcommission der hohen teutschen Bundesversammlung, Hrn. Generalmajor, Freiherrn von Rodiczky, feierlichst begangen.

Am 18. April Nachmittags um halb zwei Uhr wurden Sr. königl. Hoheit dem Großherzog von Baden in feierlicher Audienz, welcher die Mitglieder des Staatsministeriums, die General- und Flügeladjutanten und der Hofstaat beiwohnten, die Dankadressen der beiden Kammern durch deren Deputationen überreicht. Jene der ersten Kammer ward durch den stellvertretenden Vicepräsidenten, Generallieutenant Freiherrn von Stockhorn, vorgetragen und lautet wie folgt: „Durchlauchtigster Großherzog, gnädigster Fürst und Herr! Die erste Kammer Höchstihrer getreuen Stände naht sich, wie immer, so auch bei ihrer jetzigen Versammlung den Stufen des Thrones mit den Gesinnungen unwandelbarer Treue und Ergebenheit, deren ehrerbietigen Ausdruck wir mit freudigen Gefühlen und mit innigem Danke für Ew. königl. Hoheit huldreiche Worte darbringen. Wir theilen vollkommen die Empfindungen, welche Höchstdieselben bei dem Hinblicke auf den Zustand unseres beglückten Vaterlandes erfüllen. Dem Allmächtigen, dessen schützender Hand wir die Segnungen eines langen Friedens und die ungestörte Entwicklung aller gesellschaftlichen Verhältnisse verdanken, vertrauen wir auch hoffnungsvoll die Erfüllung unserer theuersten Wünsche für Badens Zukunft. Das erhebende Zeugniß, welches Höchstdieselben Ihrem getreuen Volke ertheilen, ist gewiß in allen Gegenden des Landes mit gleicher Freude vernommen worden. Ew. königl. Hoheit werden Sich fernerhin für ihre gerechte und väterliche Regierung durch den Geist der Ordnung, Sittlichkeit und Frömmigkeit Höchstihrer Unterthanen belohnt sehen. Unter die wichtigsten Regierungsmaaßregeln der letzten Jahre darf ohne Zweifel der Anschluß des Großherzogthums an den Zollverein gezählt werden. Die Fesseln, die den Aufschwung des teutschen Gewerbfleißes so lange zurückhielten, sind beseitigt; ein weites, ermunterndes Feld ist der Betriebsamkeit eröffnet, und hierdurch dem fleißigen Arbeiter Gelegenheit zu reichlicherem Erwerbe dargeboten; auch hat sich an die erste folgenreiche Vereinigung bereits eine zweite angereiht, die dem Münzwesen eine gleichförmliche Grundlage sichert. Die von Ew. königl. Hoheit verkündete günstige Lage des Staatshaushaltes ist nicht allein eine Folge des zunehmenden Wohlstandes, sondern auch der weisen Fürsorge, welche zur Erleichterung der Steuerpflichtigen und zugleich zur wirksamen Beförderung aller öffentlichen Anstalten für Bildung, Wohlstand und Sicherheit die Mittel gefunden hat. Wenn Umstände, die sich nicht beherrschen ließen, die Vollendung mancher großartiger Unternehmungen und den Vollzug mancher wohlthätiger Gesetze bisher verzögert haben, so bürgt die rastlose Thätigkeit und die tiefe Einsicht Höchstihrer Regierung für die Beseitigung dieser Schwierigkeiten, sobald es die Verhältnisse gestatten. Ew. königl. Hoheit haben uns die wichtigsten Gegenstände unserer bevorstehenden Berathungen zu bezeichnen geruht. Das Apanagengesetz wird der ersten Kammer eine willkommene Gelegenheit geben, eine Pflicht zu erfüllen, und ihre treue Ergebenheit gegen das hohe Fürstenhaus zu bewähren. Das entworfene Strafgesetzbuch nimmt sowohl wegen der vorzüglichen Wichtigkeit seines Gegenstandes als wegen seines bedeutenden Umfanges eine höchst sorgfältige und beharrliche Prüfung in Anspruch, zu der wir mit allem Eifer mitwirken werden. Auch den Gesetzentwürfen über das Straßenwesen, über die Brandversicherung und über das Tax- und Sportelwesen, so wie den übrigen Vorlagen werden wir unsere ganze Sorgfalt widmen. Auf unsere Gesinnungen, auf unseren redlichen Eifer und auf unsere unerschütterliche Treue dürfen Ew. königl. Hoheit mit fester Zuversicht vertrauen. Wir werden daher auch mit allen Kräften uns bestreben,

die Geschäfte dieses Landtages zum wahren Wohle des Vaterlandes und zur vollen Zufriedenheit Ew. königl. Hoheit zu beendigen." (Folgen die Unterschriften.) — Se. königl. Hoheit der Großherzog geruhten zu antworten: „Mit Vergnügen vernehme Ich den Ausdruck Ihrer „treuen Anhänglichkeit an Mich und Mein Haus. Es gereicht Mir zur Beruhigung, daß Sie mit Mir über die „Lage und Bedürfnisse des Landes gleiche Meinung hegen. „Wie immer, zähle Ich auf Ihre eifrige Mitwirkung zur „Erledigung der Geschäfte dieses Landtags."

Die Dankadresse der zweiten Kammer, vorgetragen durch den Präsidenten Mittermaier, lautet also: „Durchlauchtigster Großherzog, gnädigster Fürst und Herr! Mit unverbrüchlicher Treue und Ergebenheit nahen wir uns wieder, berufen von Ew. königl. Hoheit zur Berathung der Interessen des Vaterlandes, dem Throne, um im Namen des treuen Volkes unsere ehrfurchtsvollen Gefühle auszusprechen. Der Segen, der in reichem Maaße auf der beglückenden Regierung Ew. königl. Hoheit ruht, wird unter dem Schutze des Friedens Allerhöchstihre, auf die Wohlfahrt des Vaterlandes gerichteten, Bestrebungen dauernd umschweben. Ew. königl. Hoheit huldvolle Anerkennung der Zufriedenheit und des Geistes der Ordnung, die in allen Theilen des Landes herrschen, erfüllt mit allgemeiner Freude. Dieser glückliche Zustand wurzelt tief in der Bildung des Volkes, in den gesegneten Verhältnissen, die den Fleiß der Bewohner des Großherzogthums begünstigen, in der Liebe zur Verfassung und in dem Vertrauen auf die Regententugenden Ew. königl. Hoheit. Ein Volk, dem sein erhabener Regent ein solches Zeugniß gibt, darf auf die fortschreitende Entwicklung der die bürgerliche Freiheit begründenden Zustände rechnen. Auch wir verkennen nicht die günstigen Wirkungen des Zollvereins, die in der Belebung des Gewerbfleißes und Handels, in der Eröffnung neuer Nahrungsquellen sichtbar werden, und überlassen uns der Hoffnung, daß die Nachtheile, die derselbe gleichfalls im Gefolge hat, immer mehr verschwinden werden. In der abgeschlossenen Münzconvention erblicken wir einen erfreulichen Anfang zur Begründung der langersehnten Ordnung im Münzwesen Teutschlands. Mit Freude vernehmen wir die Versicherung Ew. königl. Hoheit, daß die Lage der Finanzen fortwährend günstig ist. Der vermehrte Wohlstand des Landes verbürgt die Dauer dieses Zustandes, der dem Willen Ew. königl. Hoheit die Mittel zur fortschreitenden Verbesserung der bestehenden Staatseinrichtungen darbieten wird. Wir erkennen an, daß die umfangreichen, auf den letzten Landtagen beschlossenen Gesetze und Bauunternehmungen nur mit sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse ausgeführt werden können, hegen aber keinen Zweifel, daß die Schwierigkeiten, welche der schnelleren Ausführung des Begonnenen sich entgegensetzen, zu beseitigen seyn werden. Den von Ew. königl. Hoheit angekündigten Vorlagen sehen wir entgegen; wir werden die vorgelegten Entwürfe mit Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt prüfen, und bei Berathung des Apanagengesetzes zugleich die Rücksichten beachten, welche uns die Anhänglichkeit an die verehrte Regentenfamilie zur Pflicht macht. Durch die Vorlage des Entwurfes des Strafgesetzbuches ist die Aussicht eröffnet, daß einem lange gefühlten Bedürfniß abgeholfen wird. Wir erkennen die Wichtigkeit der Aufgabe, ein Gesetzbuch zu berathen, welches, in Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen, den Ansichten, der Culturstufe des Volkes, die Interessen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit denen der Freiheit verbindet und den Fortschritten der Wissenschaft, so wie den Forderungen der Gerechtigkeit und Humanität entspricht. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Ew. königl. Hoheit, von gleicher Sorgfalt geleitet, geruhen werden, die baldmöglichste Vorlage einer, zur Ergänzung der Strafgesetzgebung nothwendigen, auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gebauten Strafprozeßordnung zu verfügen. Verpflichtet als Volksvertreter, die vorgelegten Gesetze zu berathen, die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes zur Kenntniß der Regierung zu bringen, erfüllen wir heute eine dem Herzen theure Pflicht, indem wir als die Dollmetscher der Gefühle des Volkes, das den Werth einer freien Verfassung erkennt, und den erhabenen Schützer und Bewahrer derselben, den geliebten Fürsten, in treuer Anhänglichkeit verehrt, die ehrfurchtsvollen Huldigungen darbringen. (Folgen die Unterschriften.) — Se. königl. Hoheit der Großherzog geruhten auf diese Dankadresse zu antworten: „Ich danke Ihnen für die Mir ausgedrückten Gesinnungen; es freut Mich, daß Sie Meine Ansicht von der glücklichen Lage des Landes theilen; angenehm wird es Mir seyn, wenn die Schwierigkeiten sich „beseitigen lassen, die der rascheren Ausführung mancher „Unternehmungen entgegenstehen. Was die Strafprozeßordnung betrifft, so werde Ich darüber Mein Justizministerium hören, und seiner Zeit das Geeignete beschließen." — Nach beendigter Feierlichkeit wurden die Deputationen der beiden Kammern, die Mitglieder des Staatsministeriums u. s. w. zur großherzoglichen Tafel gezogen.

Am 17. April Abends starb zu Hanau die verwittwete Herzoginn Friederike von Anhalt-Bernburg, eine Schwester des Kurfürsten Wilhelm II. von Hessen. Sie war geboren am 14. September 1768, vermählte sich am 29. November 1794, und ward geschieden im August 1817.

Wien.

Se. Majestät haben dem k. k. Rathe und niederösterr. Provinzial-Staatsbuchhalter, Joseph Buckowsky, mit allerhöchster Entschließung vom 13. April d. J. den Titel eines niederöster. Regierungsrathes taxfrei zu verleihen geruht.

Das k. k. priv. Großhandlungshaus M. L. Biedermann und Comp. hat der k. k. Polizei-Oberdirection die Summe von 2857 fl. 2 kr. C. M. mit der Bestimmung übermittelt, die eine Hälfte derselben den Herren Stellvertretern der hiesigen israelitischen Gemeinde zu übergeben, und die andere einigen in Wien befindlichen Humanitäts-Anstalten zuzuwenden. Diese edle Handlung wahrer Wohlthätigkeit wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Beträge, dem Wunsche der menschenfreundlichen Geber gemäß, bereits ihrer Bestimmung zugeführt worden sind.

Am 25. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107¼.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101⅓.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	154½.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	672½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	66.
Bankactien pr. Stück	1507½ in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Wilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N° 1105.

№ 117

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 27. April 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 25. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.305	283. 08. 9P.	+ 5.6	W	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.307	28 0 9	+ 7.3	NNW.	—	—
	10 Uhr Abends.	27.336	28 1 1	+ 5.4	W.	—	—

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 18. April ist Hr. Etienne (der Redacteur der gegen das Ministerium vom 15. April feindlichen Adresse) beim zweiten Scrutinium mit 212 Stimmen zum vierten Vicepräsidenten ernannt worden; sein Mitbewerber, General Jacqueminot, hatte 209 Stimmen erhalten. Hierauf wurde zur Wahl der Secretäre geschritten. Die HH. Bignon (von der alten Majorität), Havin und Dubois (von der Linken) erhielten, die beiden ersteren mit 220, letzterer mit 215 Stimmen, die absolute Stimmenmehrheit und wurden als Secretäre proclamirt. Am folgenden Tage sollte zu einem neuen Scrutin über die Wahl des vierten Secretärs zwischen Hrn. Felix Real (vom Centrum) und Hrn. Leon de Malleville (vom linken Centrum) geschritten werden. — Die Oppositionsjournale triumphiren über diese Ernennungen. Der National äußert sich darüber folgendermaaßen: „Gestern hat sich der Wind der Kammer etwas gedreht; Hr. Etienne und zwei von der Opposition protegirte Secretäre sind ernannt worden; man versichert sogar, Hr. Passy habe für den Redacteur der berüchtigten Adresse, welche die Auflösung herbeiführte, votirt. Auch steigt die Verwirrung in der Regierungssphäre mit jedem Tag; Keiner kann mehr auf den Andern zählen, weder fürs Gute noch fürs Schlechte; den Weg, den man an dem einen Tage nach rechts hin zurückgelegt hat, macht man am andern nach links, um sich am selben Puncte mit Leuten zu finden, welche ermüdeter, abgenützter und vor Allem minder geachtet sind, als sie es vor diesen gefährlichen Evolutionen waren. Dieß ist in wenigen Worten die Geschichte dessen, was sich seit drei Monaten unter unsern Augen zugetragen hat. — Wir haben nun eine Kammer, die aus einem ganz speciellen Verdict hervorgegangen ist, das man von den Wählern verlangt hatte, um die Leute des Hofes und die Leute des Parlaments zu scheiden. Was hat diese Kammer gethan, die so viele Fragen lösen sollte? Sie hat zuvörderst Hrn. Passy zum Präsidenten ernannt. Aber was bedeutet dieses Votum? Was ist Hr. Passy heute? Die Coalitionsjournale haben ihn mit dem Namen eines Ueberläufers gebrandmarkt, und wir selbst haben ihre Meinung sehr plausibel gefunden. Nun aber versichert das Journal des Schlosses, Hr. Passy sei kein Apostat. Die 221 hätten sich weit mehr ihm genähert, als er sich den 221; nach den Aeußerungen des gedachten Journals sollte man die Ernennung des Präsidenten fast für einen Sieg halten, den das linke Centrum mit den Kugeln des rechten Centrums erfochten hat. — Wer hat also gesiegt, und was bedeutet die Wahl des Hrn. Passy? Nichts, wenn man Hrn. Passy Glauben beimessen darf, der, nach seinem eigenen Geständnisse, eben so ungeeignet zu seyn scheint, wie zuvor, die berüchtigte Ministerialkrisis zu beendigen, und als ob es noch nicht genug wäre mit der Verwirrung, die aus dem ersten Votum der Kammer hervorgeht, so führen nun die weiteren Operationen Namen herbei, die aus allen Nuancen des Parlaments genommen sind, so daß die Majorität noch unsicherer ist, als sie es vor der Auflösung war. Man klopft neuerdings an den Thüren, um Minister zu werden, man macht Hrn. Thiers Visiten, und richtet an ihn Complimente im Journal des Debats. — Was kann aus allem dem hervorgehen? Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß wir logisch einer neuen Auflösung entgegengehen; denn wir befinden uns in einer gleichen Lage wie damals, als die letzte Kammer verabschiedet wurde. Welches Ministerium auch nach allen diesen Peripetien kommen mag, es wird die Nothwendigkeit davon fühlen, und Frankreich, wir sind es überzeugt, wird gleichfalls das Bedürfniß empfinden, entweder durch die Reform oder auf anderem Wege jenen Pallaß-Intriguen ein Ende zu machen, in denen sich alle die Zeit verzehrt, welche dringendere und heiligere Interessen in Anspruch nehmen." — Der Artikel des Journal des Debats in Bezug auf Hrn. Thiers, auf welchen der National anspielt, ist allerdings nach allem, was gedachtes Journal in der letzten Zeit gegen Hrn. Thiers im heftigsten Tone geschrieben hatte, merkwürdig. Das Journal des Debats erklärt in jenem Artikel ausdrücklich, daß Niemand (also auch nicht Hr. Thiers) unmöglich sei, wenn er sich nicht selbst unmöglich mache, und fügt hinzu, daß Keiner von den 221 sich darüber freuen würde, wenn sich Hr. Thiers selbst unmöglich machen sollte.

Unter diesen Umständen scheinen der Bildung des Ministeriums neue Schwierigkeiten in den Weg zu tre-

ten. Der Nouvelliſte (eines der Journale des Hrn. Thiers) ſagt: „Alles iſt mehr als je unmöglich, außerhalb des parlamentariſchen Einfluſſes. Geſtern Morgens hat der Marſchall Soult einen Schritt bei Hrn. Dupin gethan. Der ehrenwerthe Deputirte von der Nievre antwortete dem Marſchall, daß er perſönlich den Wunſch nicht hege, in irgend eine Combination zu treten. Er fügte hinzu, er ſei feſt überzeugt, daß jedes Cabinet, das ſich nicht vorzugsweiſe aufs linke Centrum ſtützen würde, ohnmächtig und außer Stande ſeyn würde, dem erſten Votum der Kammer die Spitze zu bieten. — Das Reſultat des geſtrigen Scrutiniums hat viele Illuſionen zerſtört. Unter den Jacqueminot'ſchen Coaliſirten iſt bereits Unordnung eingeriſſen." — Das neueſte Journal des Debats vom 19. d. M. geſteht ſelbſt, daß noch keine fixe Majorität formirt ſei, und gibt zu verſtehen, daß die Doctrinairs ſich neuerdings geſpalten haben, und einige derſelben zur Linken übergegangen ſeien. Bei der Ballotage zwiſchen Hrn. Etienne und Jacqueminot ſoll übrigens Hr. Guizot ſeine Kugel dem letztern gegeben haben, ungeachtet Hr. Etienne der Verfaſſer der Adreſſe war, die an Hrn. Guizot ſeiner Zeit einen ſo warmen Vertheidiger gefunden hatte.

Der Moniteur enthält die Anzeige, daß Sr. Exc. Huſſein Chan, außerordentlicher Botſchafter des Schahs von Perſien, dem Könige am 17. d. M. in öffentlicher Audienz die Schreiben des Schahs überreicht habe, welche ihn augenblicklich in der Eigenſchaft als außerordentlichen Botſchafter bei Sr. Majeſtät beglaubigen. Der Botſchafter, der in Hofwägen aus ſeinem Hotel abgeholt und wieder dahin zurückgeführt wurde, iſt dem Könige, der Königinn und der königlichen Familie mit dem gewöhnlichen Ceremoniell vorgeſtellt worden.

Am 19. April 2 Uhr Nachmittags 3Percents 110 Fr. 10. 3Percents 81 Fr. 15.

Großbritannien und Irland.

Londoner Blätter enthalten Auszüge aus den in jüngſter Zeit über die perſiſch-indiſchen Angelegenheiten bekannt gemachten Documenten. — Sie beginnen mit einer von Lord Palmerſton an den engliſchen Botſchafter am ruſſiſchen Hofe, Marquis von Clanricarde, gerichteten Note. In dieſer Note, welche von dem engliſchen Botſchafter dem ruſſiſchen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten Grafen von Neſſelrode überreicht wurde, zählt Lord Palmerſton ſämmtliche Beſchwerden Englands gegen den ruſſiſchen Geſandten am perſiſchen Hofe, Grafen von Simonitſch, auf. Er beklagt ſich, daß die Expedition gegen Herat auf Anſtiften dieſes Geſandten unternommen worden; dieſes Factum ſei von dem Grafen Simonitſch ſelbſt dem engliſchen Geſandten in Perſien, Hrn. Mac-Neil, eingeſtanden worden, wobei er freilich hinzufügte, daß er hierbei gegen die Inſtructionen ſeines Hofes gehandelt habe. Der Graf Simonitſch habe dem Schah von Perſien 50,000 Tomans zu kräftiger Fortſetzung der Expedition vorgeſchoſſen. Er habe ſich während der Belagerung ins Lager des Schah begeben und dazu beigetragen, daß der Friedenstractat, den das engliſche Miniſterium eben unterhandelte, verworfen wurde. Er habe ſich öffentlich gerühmt, die Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten angerathen zu haben; er habe einem ſeiner Geſandtſchaft beigegebenen Offizier vom ruſſiſchen Generalſtab die Direction der Errichtung der Batterien übertragen; er habe Geld hergegeben, das unter die perſiſchen Soldaten vertheilt worden ſei; ja noch mehr, die Regierung habe aus ziemlich ſicherer Quelle erfahren, daß der Graf Simonitſch dem Schah den nahe bevorſtehenden Marſch einer ruſſiſchen Armee nach Chiva und Buchara angekündigt und ihm Hoffnung gemacht habe, die Feſtſetzung der Gränzen zwiſchen Perſien und Rußland in der Richtung von Chiva und Buchara würde die Folge des glücklichen Ausgangs der Operationen der beiden Regierungen ſeyn. Spätere Nachrichten beſagen, Graf Simonitſch habe einen Sturm gegen Herat am 23. Juni, der mit der Niederlage der Perſer endigte, angerathen und perſönlich geleitet; und man verſicherte, daß unter den Combattanten, die auf dem Schlachtfelde blieben, ſich Offiziere in ruſſiſchen Dienſten befunden hätten. — Lord Palmerſton behauptet, die engliſche Regierung beſitze die Abſchrift eines zwiſchen Perſien und dem Afghanenhäuptling von Kandahar abgeſchloſſenen Tractats, deſſen Vollziehung von dem Grafen Simonitſch garantirt worden ſei und welcher nachtheilige und beleidigende Stipulationen für Großbritannien enthalte. Die von dem Grafen Simonitſch dieſem Tractat ertheilte Garantie ſei geeignet, Rußland, wenn es die Garantie übernehme, einen Vorwand zu liefern, den Schah von Perſien zu zwingen, ſich nicht bloß Herats zu bemeiſtern, ſondern auch nachher dieſe Stadt den Häuptlingen von Kandahar auszuliefern, die ſelbe in der Eigenſchaft als Zinspflichtige von Perſien beſitzen ſollten. — Ein ruſſiſcher Agent, Namens Witkewitſch, der ſich Omar Bey nennen ließ, und der bei dem zu Orenburg commandirenden General angeſtellt ſeyn ſoll, ſei Ueberbringer von Briefen des Kaiſers von Rußland und des Grafen von Simonitſch an den Chef von Kabul geweſen, von welchen die Abſchriften ſich in den Händen der engliſchen Regierung befänden. Der Graf von Simonitſch habe jedoch von der Sendung dieſes Agenten dem engliſchen Geſandten in Teheran nichts geſagt; dieſes Stillſchweigen würde keinen Grund gehabt haben, wenn jener Agent nicht eine den engliſchen Intereſſen feindliche Sendung gehabt hätte. Aber man habe erfahren, daß der Graf von Simonitſch dem Schah von Perſien zu wiſſen gethan, daß dieſer ruſſiſche Agent den Chef von Kabul auffordern ſollte, den Perſern in einem Kriege gegen den Chef von Pendſchab (Rundſchit Singh) beizuſtehen und die von dem ruſſiſchen Agenten zu Kandahar und Kabul

W 1 K. BIBLIOTHEK 1850

geführten Reden hätten keinen andern Zweck gehabt, als die Häuptlinge jener Staaten von ihrer Allianz mit England loszureißen, und ſie dahin zu bringen, ſich unter den Schutz Perſiens, und in letzter Inſtanz Rußlands, zu ſtellen. — Lord Palmerſton bemerkt, daß dieſes Benehmen der ruſſiſchen Agenten glücklicherweiſe nicht im Einklang mit der Sprache ſteht, welche das ruſſiſche Cabinet in ſeinen Beziehungen mit Großbritannien geführt hat; allein er ſtellt die Frage, ob man die Politik Rußlands nach den Erklärungen des Grafen von Neſſelrode und des Hrn. von Rodofinikin, oder nach den Handlungen der ruſſiſchen Agenten in Perſien und Afghaniſtan beurtheilen müſſe. — Der Graf von Neſſelrode hat, als Antwort auf die Mittheilungen des Lord Palmerſton, an den ruſſiſchen Botſchafter in London, Grafen Pozzo di Borgo, unterm 1. November 1838 eine Note zur Mittheilung an das engliſche Cabinet gerichtet. Er läugnet jede Abſicht von Seite der ruſſiſchen Regierung, die Sicherheit der engliſchen Beſitzungen in Indien zu ſtören. Aber er ſucht die Gerechtigkeit der Expedition der Perſer gegen Herat zu beweiſen, die durch die häufigen Einfälle der Afghanen von Herat in Perſien veranlaßt worden ſei. Er fügt hinzu, daß nichtsdeſtoweniger Rußland ſtets eine verſöhnliche Sprache führen wollte, und daß der Graf Simonitſch den beſtimmten Befehl hatte, allen ſeinen Credit beim Schah aufzubieten, um ihn zu einer Uebereinkunft geneigt zu machen. Wenn ſich der Graf ins Lager vor Herat begeben habe, ſo ſei dieß geſchehen, weil er er den Auftrag hatte, die Rückſendung eines aus ruſſiſchen Deſerteurs gebildeten Bataillons zu verlangen. Bei ſeiner Ankunft war der Graf Simonitſch Zeuge der Noth der perſiſchen Armee, und er glaubte, dem Schah ſeinen Beiſtand nicht verweigern zu dürfen, als dieſer Souverain ihn einlud, die Belagerungsarbeiten in Augenſchein zu nehmen. „Ganz gewiß," ſagt der Graf von Neſſelrode „läug„nen wir nicht den Antheil, den der General Simo„nitſch an den Belagerungsarbeiten genommen hat; „jeder engliſche Offizier würde, unter ähnlichen Umſtän„den, unſtreitig eben ſo gehandelt haben, um einem befreun„deten Souverain den Dienſt zu leiſten, deſſen er in einer „kritiſchen Lage bedürfen ſollte." — Was den mit dem Chef von Kandahar abgeſchloſſenen und von dem ruſſiſchen Geſandten garantirten Tractat anlangt, ſo hatte er, ſagt Graf Neſſelrode, die Unabhängigkeit Afghaniſtans zur Grundlage und ſollte den Zwiſtigkeiten, die dieſes Land nur all zu oft zerrüttet haben, ein Ziel ſetzen. Wenn ein ruſſiſcher Agent nach Kabul geſchickt worden ſei, ſo ſei dieß geſchehen, um Erkundigungen über die Möglichkeit einzuziehen, Handelsverbindungen anzuknüpfen, und ſeine Inſtructionen enthielten nichts Feindſeliges gegen die engliſche Regierung. Wenn eine Macht ein Recht hätte, Beſorgniſſe hierüber zu ſchöpfen oder Klage zu führen, ſo würde es vielmehr Rußland ſeyn, dem die unermüdete Thätigkeit der engliſchen Reiſenden nicht unbekannt iſt, um Unruhe unter den Völkern Mittelaſiens auszuſtreuen und die Aufregung bis in den Schooß der Länder, die an das ruſſiſche Gebiet ſtoßen, zu verbreiten. Allein, weit entfernt, dieſe Handlungen der engliſchen Regierung zur Laſt zu legen, erkennt das ruſſiſche Cabinet im Gegentheile an, daß es denſelben fremd iſt. — Die kriegeriſchen Demonſtrationen der Engländer im perſiſchen Meerbuſen, die Beſetzung der Inſel Karak, und das Gerücht von der Wiedererſcheinung der perſiſchen Prinzen, die ſich, wie man ſagt, unter den Schutz Englands ſtellen, haben dem Schah von Perſien ernſtliche Beſorgniſſe eingeflößt, und dieſer Souverain hat zur Freundſchaft des Kaiſers von Rußland ſeine Zuflucht genommen, um ihn zu bitten, ins Mittel zu treten, um von England zu erwirken, daß es dieſe Gründe zur Beſorgniß beſeitige. — Der ruſſiſche Miniſter verlangt, daß die Verhältniſſe zwiſchen Perſien und England auf denſelben Fuß, wie im Jahre 1834, wieder hergeſtellt werden, und er verſichert, daß der engliſche Miniſter bei dem neuen ruſſiſchen Geſandten in Teheran, Oberſten Duhamel, die beſten Diſpoſitionen zur Erzielung dieſes Reſultates finden werde. — In Erwiederung auf die Note des Grafen von Neſſelrode erklärt Lord Palmerſton, daß die engliſche Regierung die darin enthaltenen Erklärungen als vollkommen befriedigend annehme. Hinſichtlich der Wiederanknüpfung der Verhältniſſe mit Perſien ſagt er, daß es nur von dem Schah abhänge, dieſe Verhältniſſe bald wieder auf den ehemaligen Fuß zurückgeſtellt zu ſehen. — In einer von dem Grafen von Neſſelrode an Lord Clanricarde gemachten Mittheilung erkennt erſterer an, daß der Graf Simonitſch allerdings in einer Weiſe gehandelt habe, worüber er zu klagen Urſache gehabt habe, und demzufolge ſei derſelbe auch zurückberufen worden. — In einer letzten Note des Grafen von Neſſelrode vom 5. März wird Lord Palmerſton ermächtiget, die Note vom 1. November bekannt zu machen. In dieſer neuen Mittheilung gibt der ruſſiſche Miniſter abermals Erläuterungen über den Tractat Perſiens mit dem Chef von Kandahar, für welchen der Graf Simonitſch die Garantie Rußlands verſprochen hatte. Er ſagt, dieſer Tractat ſei von dem Grafen Simonitſch, ohne die kaiſerliche Autoriſation abzuwarten, unterzeichnet worden; der Kaiſer habe die Garantie gemißbilligt und ſich geweigert, ſie zu ratificiren; Oberſt Duhamel habe Inſtructionen in dieſem Sinne erhalten, und müſſe den Sirdars von Kabul und Kandahar erklären, daß es die Abſicht des Kaiſers ſei, bloß Handelsverbindungen mit ihnen zu unterhalten. Nach Aufzählung alles deſſen, was Rußland gethan hat, um England zufriedenzuſtellen, äußert der ruſſiſche Miniſter ſeinerſeits den Wunſch, daß die engliſche Regierung die freundſchaftlichen Verhältniſſe mit Perſien wiederherſtellen, die

Kriegsrüſtungen im perſiſchen Meerbuſen einſtellen, und ſich enthalten möge, die Ruhe der Völker Mittelaſiens zu ſtören u. ſ. w. — Lord Palmerſton antwortet am 4. April, daß die engliſche Regierung ſehnlich wünſche, die freundſchaftlichen Verhältniſſe mit Perſien wieder herzuſtellen, und daß dieß nur vom Schah abhänge. — Am 20. März hatte er (Lord Palmerſton) an Hrn. Mac-Neil geſchrieben, um ihm eine an die Botſchafter zu Wien und Paris gerichtete Note mitzutheilen, worin er ihnen anzeigt, es ſei unlängſt die Nachricht eingegangen, daß ein engliſcher Geſandtſchaftskurier auf ſeiner Rückreiſe von Herat nach Teheran, ohne Zweifel auf Befehl der perſiſchen Behörden, angehalten und mißhandelt worden ſei. Er habe gehört, daß ein perſiſcher Botſchafter auf dem Wege von Teheran nach England begriffen ſei, um die Königinn in London zu ihrer Thronbeſteigung zu beglückwünſchen; er könne aber nicht angenommen werden, ſo lange der Schah nicht für jene Beleidigung vollſtändige Genugthuung geleiſtet habe. Er erſucht demnach die Botſchafter zu Wien und Paris, dem Huſſein Khan gleich nach ſeiner Ankunft in einer oder der andern jener beiden Städte zu eröffnen, daß er ſich in einer demüthigenden Stellung befinden würde, wenn er, ohne das Reſultat jener Angelegenheiten abzuwarten, ungeachtet dieſer Mittheilung darauf beſtehen wollte, ſich nach England zu verfügen."

In Bezug auf die obenerwähnten Actenſtücke gibt die Morning-Chronicle folgende Erläuterungen: „Die Miſſion, mit welcher Capitän Burnes im Jahre 1836 an Doſt Mohammed Chan beauftragt war, hatte, wie Lord Auckland es in ſeiner Erklärung vom 1. October beſtätigt, einen rein commerziellen Character. Aber der Zweck derſelben konnte nicht während der Feindſeligkeiten zwiſchen Rundſchit Singh und Doſt Mohammed Chan erreicht werden, die von dem letztern allein hervorgerufen worden waren. Dieß ſchon würde vollkommen hingereicht haben, das Vermittlungsanerbieten des Capitäns Sir Alexander Burnes zu rechtfertigen. Dieſe von England unter den günſtigſten Bedingungen angebotene Vermittlung wurde aber von Doſt Mohammed ausgeſchlagen. Es müſſen wirklich mächtige Antriebe eingewirkt haben, daß ſie dieſen behutſamen, berechnenden und erfahrenen Häuptling veranlaßten, der vereinigten Feindſchaft der oſtindiſchen Regierung, Rundſchit Singh's und ſeines eigenen vertriebenen Vorfahren Trotz zu bieten. Was blieb unter ſolchen Umſtänden Lord Auckland zu thun übrig? Konnte der Gouverneur des brittiſchen Indiens in einem Kriege zwiſchen Rundſchit Singh und Doſt Mohammed Chan neutral bleiben? Sir Alexander Burnes verließ Kabul nicht eher, als bis es erwieſen war, daß Doſt Mohammed ſich entſchloſſen hatte, alle Vermittlungsanerbieten zurückzuweiſen, wenn ſich Lord Auckland nicht ſo übertriebene Bedingungen gefallen laſſen wollte, daß es für den letzteren unmöglich ſchien, darauf einzugehen. Es kann nicht augenſcheinlicher bewieſen werden, als es durch die dem Parlamente vorgelegten Correſpondenzen geſchehen, daß Doſt Mohammed die Vermittlung des engliſchen Botſchafters ausſchlug, weil er ſich für überzeugt hielt, daß er ſeine eigenen übertriebenen Forderungen mit dem Beiſtande Rußlands würde durchſetzen können. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß die Entthronung dieſes Häuptlings für die Erhaltung des Friedens an den engliſch-oſtindiſchen Gränzen von weſentlicher Nothwendigkeit iſt. Möglicherweiſe könnte Lord Auckland der Vorwurf gemacht werden, daß er ſich nicht von dem wirklichen Character der Agenten überzeugte, deren feindſelige Handlungsweiſe einen Grund zu ſeiner Politik hergab, bevor er dieſe Politik ins Werk zu ſetzen begann. Daß Lord Auckland jedoch vollkommen Recht hatte, als er ſchloß, daß Capitän Wiltewitſch und ſeine Gefährten ruſſiſche Agenten ſeien, iſt den Thatſachen nach unläugbar; eben ſo aber, daß die ihnen in den vorgelegten Documenten ſchuldgegebenen Handlungen gerechterweiſe ihnen zugeſchrieben werden müſſen. So viel wird von der ruſſiſchen Regierung ſelbſt zugegeben. Dieſes Eingeſtändniß iſt in den Händen der Miniſter der Königinn und wird im Laufe dieſer Woche auf die Tafel des Unterhauſes gelegt werden. Aber ein Agent kann ſeine Verhaltungsbefehle überſchreiten; und ſo iſt es im Allgemeinen auch mit den Agenten Rußlands der Fall. Der Beweis ihrer Schuld war zu klar, um beſtritten zu werden. Sie ſind zurückgerufen und ihre Handlungen desavouirt worden. Jedoch iſt das Uebel von ſolcher Art, daß es nicht durch die ſpätere Beſtrafung eines Agenten aufgehoben werden kann. Man mußte ihm, wie es von Seiten Lord Aucklands geſchehen, ſchnell und entſchieden begegnen. Ehe nun eine einzige Zeile zur Erläuterung der indiſchen Angelegenheiten dem Parlamente vorgelegt war, ehe man noch ein Wort des Aufſchluſſes darüber beſaß, in Ermangelung deſſen doch eine Anklage der Politik Lord Aucklands wahrlich nicht zu rechtfertigen, wenigſtens gewiß unbillig war, trug Lord Aberdeen dennoch, wie unſere Leſer ſich erinnern werden, kein Bedenken, dieſe Politik in eben ſo ungemeſſenen als unverdienten Ausdrücken dem öffentlichen Tadel preiszugeben. Derſelbe Lord Aberdeen machte es ſpäter, am vorigen Freitage, den Miniſtern zum Vorwurf, daß ſie dem Parlamente nur diejenigen Papiere vorgelegt hätten, die dazu geeignet wären, Rußland anzuſchuldigen, ohne die Klage mit der vertheidigenden Erklärung zu begleiten. Die auf dieſe Angelegenheit bezüglichen Papiere ſind zweierlei Art. Die bereits veröffentlichten beziehen ſich ausſchließlich auf das, was vor Lord Aucklands Proclamation vorgefallen. Sie wurden veröffentlicht, nicht um die Handlungsweiſe des ruſſiſchen Cabinets anzuklagen, ſondern um das Verfahren des Generalgouverneurs von

Oſtindien zu rechtfertigen. Die ſofortige Veröffentlichung war durch dieſelben Männer nothwendig gemacht worden, die ſich jetzt darüber beklagen. Aber ſchließen ſie denn nothwendigerweiſe eine Anklage des Verfahrens der ruſſiſchen Regierung in ſich? Gewiß nicht, ausgenommen in dem Urtheile derjenigen, welche ſich von ihren eigenen ſehr einſeitigen Eindrücken beſtimmen laſſen. Die Schuld eines Agenten beweiſen, faßt nicht die Nothwendigkeit in ſich, ſeinen Vollmachtgeber darin zu verwickeln. Das ungehörige Verfahren des Capitäns Wiltewitſch und des Grafen Simonitſch iſt bloß das zweier Individuen, bis es wirklich oder in ſeinen Folgerungen von der Regierung angenommen wird, deren zeitweiliges Vertrauen Jene allerdings beſaßen. Deßhalb kann die Veröffentlichung des Beweiſes ihres ungehörigen Verfahrens, — eine Veröffentlichung, die für die Vertheidigung einer dritten ungerechterweiſe angeklagten Partei unerläßlich war, — nicht füglich als eine Anklage gegen die ruſſiſche Regierung ausgelegt werden."

Im weitern Verlauf ſeiner Rede in der Sitzung des Unterhauſes vom 15. April fuhr Lord John Ruſſell fort: „Es iſt nicht zu verkennen, daß der Beſchluß des Hauſes der Lords, die iriſche Politik der Regierung ſeit 1835 durch einen Specialausſchuß unterſuchen zu laſſen, einen Tadel gegen das Miniſterium in ſich ſchließt. Hat das Haus der Lords Recht, ſo wird dieſes Haus eben ſo ſich ausſprechen; wo nicht, ſo ſehe ich nicht ein, wie man uns vorwerfen kann, daß wir die Rechte der Lords angreifen, indem wir das Haus der Gemeinen um ſeine Anſicht fragen. Wenn es ſich um Geſetzgebung handelt, ſo hat das Haus der Lords immer wieder das unzweifelhafte Recht, jede von dieſem Hauſe hinaufgelangte Bill zu verwerfen. Würde jedoch dieſes Recht bis auf das Aeußerſte bei jeder Bill getrieben, ſo käme dadurch das ganze Land in Verwirrung. Dann müßte das Land oder das Haus der Gemeinen ſich ausſprechen. Wenn das Land und große Mehrheiten im Hauſe der Gemeinen ſich für eine Maaßregel ausſprechen, ſo erſcheint es für die Lords räthlich, ſie anzunehmen, ſelbſt wenn ſie entgegengeſetzter Anſicht und obwohl ſie zur Verwerfung vollkommen berechtigt wären. In Bezug auf die Ausübung der vollziehenden Gewalt iſt dieß in noch höherem Grade der Fall. Wenn die Anſicht der Gemeinen abweicht von der Anſicht der Lords, ſo muß, nach dem verfaſſungsmäßigen Gebrauche, kraft der dem Hauſe der Gemeinen übertragenen Gewalt, die Anſicht des Hauſes der Gemeinen die Oberhand behalten. Wollte das Haus der Gemeinen ein, zwei Jahre warten, bis die Lords ihre Unterſuchung beendigt, jede Begnadigung, jedes Verbrechen geprüft haben, wollte es geduldig, ruhig warten und indeſſen die Regierung durch einen Beſchluß des Lords gelähmt und geſchwächt laſſen, ohne ſeine eigene Anſicht auszuſprechen, dann wäre es von dieſem Tage an entwürdigt. Ich gehe nun zu der Frage ſelbſt über. Es wird behauptet, Verbrechen und Gewaltthat herrſchen in Irland einzig deßwegen, weil die Verwaltung in den Händen von Männern ſei, die ſich zu freiſinnigen Anſichten bekennen. Aber des Uebels Samen iſt ausgeſtreut worden in frühern Zeiten, und ſeine Ausrottung erfordert nicht bloß vierjährige, ſondern vierzigjährige gute Regierung. Wir finden dieſelben Verbrechen und Gewaltthaten zu Anfang der Regierung Georgs III. Die Geſetze wurden damals auf das Strengſte vollzogen. Unter allen dieſen Geſetzen, unter allen Aufruhracten und Suspenſionen der Habeas-Corpus-Acte, welche alle die Beſtrafung der Weißbuben-Gewaltthaten bezweckten, alle die größte Strenge gegen die Armen übten — unter allen dieſen Geſetzen finde ich keines, das auf dauernde Weiſe für das Wohl des Volkes ſorgte, keines, das die iriſchen Katholiken als die freien Unterthanen eines freien Landes behandelt, keines, das die Sprache der Gnade oder der Verſöhnung ſpricht. Denſelben Zuſtand, dieſelben Verbrechen finden wir vom Ende des vorigen Jahrhunderts bis auf die Zeit vor der Ernennung des Marquis Normanby. Was trug die Schuld? Etwa übermäßige Freiſinnigkeit der Regierung? Uebermäßiges Mitleid gegen die Armen? Uebermäßige Ausübung des Begnadigungsrechts? Zu große Begünſtigung der Katholiken? Während dieſes ganzen Zeitraums, mit Ausnahme der kurzen Statthalterſchaft Lord Fitzwilliams und des Jahres 1806, in welchem Grattans Rath Gehör fand, ſtand Irland unter der Leitung derſelben Männer, welche jetzt über dieſe Gewaltthaten und Verbrechen klagen und ſie für die ausſchließliche Wirkung von Lord Normanby's Verwaltung ausgeben. So verblenden ſie aus Unvorſichtigkeit ſich ſelbſt oder verhehlen abſichtlich die Thatſache, daß dieſe Verbrechen die Ausgeburt früherer Unterdrückung ſind, die Ausgeburt eines ſocialen Syſtems, des Werkes einer unduldſamen Partei, welche die Freiheiten eines großen Theiles der Einwohner mit Füßen trat und deren Intereſſen vernachläſſigte. Die Uebel, welche Lord Normanby bei ſeinem Amtsantritt antraf, waren von langer Dauer; Weisheit und Wachſamkeit mögen dagegen wirken, in vier Jahren aber ſie zu unterdrücken, war bei den wirkſamſten Hülfsmitteln unmöglich. Irland war außerdem nicht bloß den genannten ſocialen Uebeln, ſondern auch politiſcher Agitation preisgegeben. Es beſtanden ſchon 1824 Verbindungen, welche das Geſetz an Macht und ſchneller Wirkſamkeit übertrafen, ſo daß es ſicherer war, das Geſetz zu verletzen, als ihnen nicht zu gehorchen. Eines der größten Uebel in Irland iſt das Mißtrauen des Volkes gegen das Geſetz. Die Urſache dieſes Mißtrauens iſt, daß das Geſetz nie ſo vollzogen worden iſt, daß das Volk Vertrauen zu demſelben faſſen, Recht erwarten konnte. Die jetzige Regierung hat ſich beſtrebt, eine gerechte Vollziehung der Geſetze, eine wirkſame Rechtspflege einzuführen. Bereits ſetzt auch das Volk größeres Vertrauen in die Geſetze, das gerichtliche Verfahren führt öfter zur Ueberweiſung der Verbrecher. Wenn die Zahl der Verbrechen in den

Gerichtskalendern ſich mehrt, ſo iſt dieß ein Beweis nicht von der Zunahme der Verbrechen, ſondern von der wirkſamern Rechtspflege; häufig werden auch die Liſten dadurch vermehrt, daß ein Verbrechen unter verſchiedenen Rubriken aufgeführt wird. Eine der Aufgaben, welche die Lords ihrem Ausſchuſſe ſtellten, iſt die Unterſuchung der von Lord Normanby verfügten Begnadigungen. Ich betrachte dieß als einen Eingriff in eines der wichtigſten Vorrechte der Krone. Sagt, ihr haltet den Lord Normanby für unfähig, das Begnadigungsrecht zu üben; wenn ihr aber die Vorrechte der Krone und die Verfaſſung des Landes achtet, ſo gebt nicht zu, daß dieſes heiligſte, unverletzlichſte Recht der Krone der parteiiſchen Entſcheidung einer von einem einzelnen Hauſe des Parlaments niedergeſetzten Committee unterſtellt werde! Eine weitere Frage ſind die Geſellſchaften und Verbindungen. Die Oraniengeſellſchaft iſt durch unſere Schritte aufgelöst; eben ſo bin ich bereit, jeder Geheimgeſellſchaft, welcher Partei ſie angehöre, ein Ende zu machen. Es gibt aber politiſche Vereine anderer Art, ohne geheime Verpflichtungen. Nach dem Gang der iriſchen Geſchichte, nach den ſolchen Vereinen gemachten Conceſſionen, welche unterthänigen Bittſchriften verweigert worden waren, mußte natürlich in Irland die Anſicht Raum gewinnen, daß ſich günſtige Aenderungen auswirken laſſen, nicht eher jedoch, als bis ein ſie fordernder Verein durch Zahl und Ausdehnung furchtbar geworden. Die Regierung begünſtigt jedoch dieſe Vereine nicht, ſo entſchuldbar ſie ſind; im vorletzten Jahre gab das rechtsgelehrte Mitglied für Dublin (O'Connell) einen ſolchen Verein auf, weil die Regierung ſich gegen deſſen Fortdauer ausgeſprochen hatte. Solche Vereine lähmen die Kraft der Regierung; ſie ſchmälern das Anſehen der Geſetze und begünſtigen andere mehr ungeſetzliche, gefährlichere Verbindungen, und ich hoffe deßwegen, daß allmählig dieſe Vereine in Abgang kommen werden. Auch dieſes Uebel aber war für Lord Normanby durch die Unklugheit und Ungerechtigkeit früherer Statthalter bereitet worden; es war eine Folge der feſtſtehenden Erfahrung, daß Aſſociationen erlangten, was Petitionen verweigert wurde. Für die Verwaltung des letzten Lordſtatthalters iſt alſo das Beſtehen dieſer Vereine kein Vorwurf, dagegen gereicht es ihr zum Ruhme, daß dieſe Vereine nie den frühern gefährlichen Character, der nothwendig durch Geſetze unterdrückt werden muß, angenommen haben. Man wirft endlich dem Lord Normanby die Art vor, wie er ſein Patronat angewendet habe. Meine Anſicht iſt, daß die Gunſt und das Patronat der Regierung ihren Freunden und Anhängern, nicht ihren entſchiedenen, eingewurzelten Feinden gebührt. Ein anderes Verfahren wäre unklug und unweiſe. Seit 1835 iſt für die Regierung die große Mehrheit des iriſchen Volkes. Ich läugne das nicht, ich bin ſtolz darauf. Ich weiß nicht, warum wir in Irland die Anſichten und Wünſche einer kleinen Minderheit zu Rathe ziehen und die große Mehrheit in der Liſte der kräftigſten Anhänger der Regierung ganz übergehen ſollten. Sollte die Entſcheidung des Hauſes mit der Entſcheidung der Lords übereinſtimmen, ſo würde, deſſen bin ich ſicher, eine auf dieſe Entſcheidung ſich gründende Regierung von Seiten des iriſchen Volkes nicht das Zutrauen erlangen, das weſentlich nothwendig iſt für des Landes Wohlfahrt. Ein ehrenwerther Herr (Duncombe) hat angekündigt, wenn mein Antrag durchgehe, ſo werde er eine Reſolution in Betreff der ihm nöthig erſcheinenden Reformen beantragen. Ich kann aber nicht finden, daß die ſeit der Parlamentsreform bewirkten Reformen etwas Unbedeutendes ſind. Wenn der ehrenwerthe Herr ſeinen Antrag vorgelegt hat, ſo bin ich bereit, Jahr für Jahr und Schritt für Schritt nachzuweiſen, daß die gegenwärtige Regierung bedeutende Veränderungen bewirkt hat, Veränderungen, welche in Abſtellung der Mißbräuche weit gegangen ſind, daß ferner dieſe Aenderungen zu andern, heilſamen Reformen führen werden, wenn ihr Fortgang nicht unterbrochen wird. Unſer Beſtreben iſt, die Regierung von Irland, wie die von England, zu gründen auf die öffentliche Meinung, auf die Liebe des Volkes, und fallen die Looſe dahin, daß wir geſtürzt werden, ſo tröſten wir uns in dem Bewußtſeyn, daß wir fielen in dem Streben, durch die Bande der Liebe feſt zu kitten die Herzen aller Unterthanen der Königinn in dem vereinigten Reiche." — Nachdem Lord J. Ruſſell geendet, entwickelte Sir R. Peel ſein Amendement. (Wir werden auf ſeine Rede zurückkommen.) Die Sitzung ſchloß mit einer kurzen Rede des Kanzlers der Schatzkammer.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 16. April wurde die Berathung über den Antrag Lord J. Ruſſells fortgeſetzt. Es ſprachen Hr. Tennent, Oberſt Perceval, Hr. Lascelles und Lord Powerscourt gegen, und die HH. Smith, O'Brien, Bellew und O'Connor Don für die Regierung. Die Debatte, die wohl kaum vor dem 19. geſchloſſen werden dürfte, wurde abermals vertagt. — Die Miniſter rechnen auf eine Mehrheit von 20. Aus einem Artikel der Morning-Poſt geht hervor, daß die miniſterielle Partei mit den Radicalen in eifriger Unterhandlung begriffen iſt. Das genannte Blatt ſchreibt: „Hr. Thomas Duncombe findet, daß ſein (radicales) Amendement nicht vollkommen ſeinen Abſichten entſpricht. Wir wiſſen nicht, inwiefern das ehrenwerthe Mitglied über ſein Werk unzufrieden iſt; ſo viel aber wiſſen wir, daß er während der Verhandlung am 15. keine Ruhe hatte; er ging von Bank zu Bank, und ſagte, ſein Amendement entſpreche nicht vollkommen ſeinen Ideen. Welches ſind dieſe Ideen? Wir wiſſen es nicht, das Publicum kann es aber errathen, wenn es hört, daß Hr. Edward Ellice, welcher nebſt dem Schatzkammerſecretär faſt die ganze Sitzung über mit den Bänken der Radi-

calen in Unterhandlung war, Hrn. Duncombe das Geständniß entrissen hat, daß seine Pläne mit denen der zwei ministeriellen Unterhändler nicht durchaus unvereinbar seien; und Hr. Edward Ellice schien mit dem Ergebnisse der Unterhandlung zufrieden zu seyn." (Den neuesten Nachrichten aus London vom 19. April Abends zufolge war bis dahin das Schicksal der Russellschen Motion noch nicht entschieden.)

Lord Melbourne und Lord Hill hatten am 16. April Audienzen bei der Königinn im Buckingham-Pallast. — Am 15. geruhte Ihre Majestät, Hrn. John Mac-Neil, dem bisherigen Gesandten am Hofe des Schahs von Persien, den Ritterschlag zu ertheilen und ihn mit dem Großkreuz des militärischen Bathordens zu belehnen. Viscount Palmerston, Sir W. Woods, als Viceregistrator und Secretär des Bathordens, und Hr. Martins, der Ceremonienmeister, welcher das Schwert trug, wohnten der Feierlichkeit bei.

Die verwittwete Marquise von Hastings, Mutter der Lady Flora, hat in der Morning-Post die Briefe veröffentlicht, welche sie in Bezug auf den ihrer Tochter zugefügten Schimpf an die Königinn und an Lord Melbourne geschrieben, so wie die Antworten, welche sie von letzterem darauf erhalten. Sie erklärt, daß sie dieß der Ehre ihrer Familie schuldig zu seyn glaube, weil sie von den verantwortlichen Rathgebern Ihrer Majestät kein Zeichen von öffentlicher Genugthuung erlangt habe, und weil man das Gerücht verbreitet, es sei von ihr ein unverschämter Brief an die Königinn gerichtet worden. Allerdings ist dieses Schreiben in sehr stolzen und vorwurfsvollen Ausdrücken abgefaßt. Die Marquise sagt darin unter Anderm, nachdem sie die Verdienste ihrer Familie um das Land und den Thron angeführt, sie gehöre zu einer alten, loyalen, „wenn auch jetzt aus der Mode gekommenen" Aristokratie, und man werde sie daher gewiß nicht einer Mißachtung oder eines Mangels an Loyalität gegen Ihre Majestät fähig glauben wollen. Ferner bedient sie sich der Wendung, es sei eben so wichtig für ihre Tochter, als der „Ehre" und Gerechtigkeit Ihrer Majestät angemessen, den verbrecherischen Erfinder der Verläumdung nicht unentdeckt zu lassen. Am Schlusse sagt die Briefstellerinn, sie sei überzeugt, daß Ihre Majestät, je mehr sie an Jahren zunehme, immer mehr fühlen werde, von welchem Werthe es sei, daß man von ihrer hohen Stellung die Achtung hege, die Niemanden daran zweifeln lassen könnte, daß sie Genugthuung für eine schändliche Verläumdung anbefehlen würde. Auf dieses Schreiben antwortete Lord Melbourne: „Ihre Majestät will den natürlichen Gefühlen einer Mutter bei einer solchen Gelegenheit gern den Ton und Inhalt Ihres Schreibens zu gute halten, und diese Rücksicht hat das Erstaunen vermindert, welches jenes Schreiben sonst hätte erregen müssen. Ihre Majestät befiehlt mir, Ew. Herrlichkeit Ihre innige Betrübniß über den unglücklichen Vorfall, der sich kürzlich zugetragen, zu erkennen zu geben. Ihre Majestät beeilte sich, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um Lady Flora Hastings zu versichern, daß sie von dem Irrthum, der hier obgewaltet, überzeugt sei, und Ihre Majestät wünscht angelegentlichst, Alles zu thun, was in Ihrer Macht steht, um die Gefühle Lady Flora's und ihrer Familie zu beruhigen, die natürlich durch das Vorgefallene sehr schmerzlich erregt worden seyn müssen." Die Marquise verlangte jedoch eine entschiedenere Genugthuung und schrieb an Lord Melbourne, daß er, der die Hofhaltung Ihrer Majestät verfassungsgemäß zu ernennen und zu entlassen habe, für gute Zucht und für Bestrafung von Mißbräuchen sorgen müsse; das in dieser furchtbaren Verschwörung beobachtete Verfahren sei beispiellos, und doch bleibe Sir James Clark Leibarzt der Königinn. „Als einen öffentlichen Gerechtigkeitsbeweis," so schließt sie diesen Brief, „fordere ich von Ihnen die Entfernung des Sir James Clark." Diese Forderung erklärt Lord Melbourne in seiner Antwort für so beispiellos und unangemessen, daß ihm selbst die dem Geschlecht und Rang der Marquise von Hastings gebührende Achtung kaum erlaube, nur so viel darauf zu erwiedern, daß er ihren Brief empfangen habe.

Consols am 17. April 92¼, ⅞.

Preußen.

Der Westphälische Merkur meldet aus Münster vom 12. April: „Arnold Götze, vormaliger Oberpostsecretär zu Köln, wurde im Jahre 1819 wegen Verdachts, mehrere mit Diamanten beschwerte Briefe (im Werthe von 22,000 fl.) unterschlagen zu haben, in Untersuchung gezogen, der Anschuldigung in allen Instanzen für überführt erklärt und zu fünfjähriger Zuchthausstrafe, Cassation und demnächstiger Detention bis zum geleisteten Schadenersatz und zur erfolgten Besserung außerordentlich verurtheilt. Im Vorarrest, Zuchthaus und Detentionsgefängniß hatte Götze die Zeit vom 19. August 1819 bis zum October 1828 zugebracht, und um nicht länger der Freiheit beraubt zu seyn, sein Vermögen opfern müssen. Jetzt beschritt er die Restitutionsinstanz, jedoch mit keinem glücklichen Erfolge. Ein Resolut des Oberlandesgerichts zu Paderborn beschied ihn abfällig. Sein unermüdlicher Vertheidiger, Justizcommissionsrath Krönig zu Paderborn, führte hiergegen Beschwerde beim Justizminister, welcher dem Restitutionsgesuch Folge gab. Hierauf erkannte dasselbe Oberlandesgericht unterm 17. März 1836, daß Arnold Götze zu restituiren und von den Beschuldigungen, die seine Verurtheilung veranlaßt, vollkommen freizusprechen sei. Allein da gegen dieses Erkenntniß der Generalpostmeister das Rechtsmittel der Aggravation einwendete, so wurde das Restitutionserkenntniß von Erlangung der Rechtskraft abgehalten. Endlich im October v. J. — fast zwanzig Jahre nach dem Beginne dieses traurigen Prozesses — ist Götze, nach Abweisung der Aggravation, rechtskräftig restituirt worden. Vom Staatsprocurator 1819 in den ersten Angriff genommen, ward Götze am 20. November 1820 von der Jury für schuldig erklärt. Auf sein Cassa-

tionsgesuch ward das Urtheil der Geschwornen vom Revisionshofe zu Berlin cassirt und die Sache zur neuen Instruction gebracht. Inzwischen erschien die Cabinetsordre vom 6. März 1831, nach welcher die Untersuchungen der Dienstvergehen der Verwaltungsbeamten auch in den Rheinprovinzen nach der allgemeinen preußischen Criminalordnung geführt und diese Verbrechen nach dem allgemeinen Landrecht bestraft werden sollen. Demgemäß wurde die Götze'sche Sache vor das Landgericht zu Köln zur Untersuchung nach den Formen der allgemeinen Criminalordnung verwiesen. Das umfassende Restitutionserkenntniß des Oberlandesgerichts zu Paderborn ist nebst Notenauszügen aus der Defensionsschrift in der ersten Abtheilung des 8. Bandes der „Annalen teutscher und ausländischer Criminalrechtspflege" abgedruckt, und verdient wegen seiner gründlichen und wissenschaftlichen Behandlung dieses in psychologischer und juridischer Hinsicht gleich interessanten Untersuchungsfalles um so mehr allgemeine Beachtung, als die Darstellung desselben in Betreff des Technischen von dem Postwesen, einem für den gesammten Verkehr so wichtigen Institute, höchst instructiv ist. In diesen verschiedenen Interessen, insbesondere aber um des Mannes willen, der so viel unschuldig gelitten, und der in der Verbreitung der Nachricht seiner gerichtlichen vollkommenen Unschuldserklärung eine tröstliche Beruhigung erkennen wird, ersucht man jede verehrliche Zeitungsredaction um baldige Aufnahme dieses Artikels."

Päpstliche Staaten.

Nachrichten aus Rom zufolge ist daselbst vom päpstlichen Staatssecretariat den fremden Gesandten für ihre respectiven Höfe eine Denkschrift unter dem Titel: Esposizione di diritto e di fatto con autentici documenti in risposta alla dichiarazione e memoria del Governo Prussiano, publicato nella Gazetta di Stato di Berlino il 31. Decembre 1838, mitgetheilt worden. — Die Schrift ist aus dem Staatssecretariat vom 11. April datirt, und enthält als Beigabe 62 Documente, die sich alle auf diese Sache beziehen.

Belgien.

Der Independant macht darauf aufmerksam, daß jetzt die Blätter der demagogischen und der orangistischen Partei anfangen, gemeinschaftliche Sache mit einander zu machen. Auf diese Weise scheint auch in Belgien eine Art von Coalition zu Stande kommen zu wollen, die namentlich auf die Wahlen einen bedeutenden Einfluß üben kann. Denn da diese Verbindung es sich zunächst zur Aufgabe gemacht, den Einfluß der Geistlichkeit und die Deputirtenwahlen zu paralysiren, so werden sich ihnen auch die gemäßigteren Liberalen anschließen, deren Organe der in Brüssel erscheinende Observateur, das Journal de Liège und der Moderateur von Mons sind. Allerdings haben die drei verschiedenen Parteien, die in diesem Bündnisse sich zusammenfanden, zum Theil ganz entgegengesetzte Zwecke, doch wäre es ja in unserer Zeit nicht zum ersten Male, daß die heterogensten Elemente für einen Augenblick sich verbänden, um ein gemeinschaftliches Ziel zu erreichen.

Das Journal de Liège hebt die merkwürdige Anomalie hervor, daß die belgischen Eisenbahnen, welche ursprünglich zur Erleichterung des Waarentransports bestimmt waren, fast ausschließlich zur Personenbeförderung benutzt werden. Den Hauptgrund dieser Erscheinung findet das genannte Blatt darin, daß keine der bestehenden Eisenbahnen bis zur Gränze reiche. Besonders wird eine schleunige Herstellung der Verbindung mit Preußen und Frankreich als eine politische und finanzielle Nothwendigkeit anempfohlen. Ehe nicht die Eisenbahn bis Köln fortgeführt sei, könne man gar nicht erwarten, daß das auf diese Unternehmungen verwendete Capital sich rentiren werde. Die Bahn von Lüttich nach Teutschland würde Ostende und Antwerpen nicht nur mit Köln verbinden, sondern auch mit dem ganzen Rhein, mit dem Verbindungscanal des Rheins und der Donau und dadurch eine große Wasserstraße nach dem Orient eröffnen.

In der Versammlung der Gläubiger des Hrn. Cockerill, welche am 14. April vor dem Appellationshofe in Lüttich Statt fand, haben dieselben sich ohne Ausnahme bereit erklärt, ihrem Schuldner eine Zahlungsfrist zu bewilligen.

Teutschland.

Die Mainzer Zeitung vom 19. April meldet: „Nachdem gestern eine Nachtmusik mit Fackelzug, gebracht von den österreichischen und preußischen Musikchören, vor dem Palais des Festungscommandanten, als Vorfeier des heutigen Tages gedient hatte, kündigten bei Tagesanbruch 101 Kanonenschüsse das Geburtstagsfest des Kaisers Ferdinand von Oesterreich an. Um 10 Uhr war die sämmtliche österreichische Garnison in größter Parade auf dem Schloßplatze in Quarrée aufgestellt und um dieselbe Stunde begann in der anstoßenden Peterskirche der solenne Gottesdienst, dem die höhern Militär-, Civil- und geistlichen Behörden sowohl als das preußische Offizierscorps und die beiderseitigen Militärbeamten beiwohnten. Die Hauptmomente des Hochamtes und das Tedeum wurden von den aufgestellten Truppen und Geschützen mit Infanterie- und Artilleriesalven begleitet. Nach beendetem Gottesdienste wurde die Front der aufgestellten Truppen von der hohen Generalität abgeritten und unmittelbar darauf erfolgte die Defilirung längs der großen Bleiche. Die Feier des Tages schloß ein großes Diner bei dem österreichischen General und Festungscommandanten, wo der Toast auf das allerhöchste Wohlseyn des hochverehrten Monarchen, unter dem Donner des auf den Wällen aufgestellten Geschützes, ausgebracht wurde."

Wien.

Am 26. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in C.M.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in C.M.	101⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in C.M.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in C.M.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in C.M.	155.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in C.M.	672½.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in C.M.			66.
Bankactien pr. Stück —— in C.M.			

Neueste Nachrichten.

So eben aus London durch außerordentliche Gelegenheit einlaufenden Nachrichten zufolge sind daselbst am 19. April die unterm 23. Jänner d. J. von der Conferenz vorgelegten Tractate: 1) zwischen den fünf Höfen (Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland) und Sr. Majestät dem Könige der Niederlande, 2) zwischen den gedachten fünf Höfen und Sr. Majestät dem Könige der Belgier, und endlich 3) zwischen Sr. Majestät dem Könige der Niederlande und Sr. Majestät dem Könige der Belgier, von den respectiven Bevollmächtigten unterzeichnet worden.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 118

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 28. April 1839.

W. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 26. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.403	283. 12. 11 P.	+ 4.8	W. schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.413	28 2 1	+ 7.6	NNW. —	—
	10 Uhr Abends.	27.424	28 2 2	+ 6.4	NW. mittel.	—

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 19. April wurde Hr. Leon de Maleville mit 202 Stimmen (mit Einschluß von vier Wahlzetteln, auf denen bloß Maleville stand, die aber für gültig anerkannt wurden) zum vierten Secretär ernannt; sein Mitbewerber, Hr. Felix Real, hatte 191 Stimmen erhalten. — Hierauf wurde das Bureau der Kammer definitiv installirt. Der Alterspräsident hielt seine gewöhnliche Abschiedsrede und räumte seinen Stuhl dem neuen Präsidenten, Hrn. Passy, ein, der folgende Antrittsrede hielt, aus welcher sich deutlich ergibt, daß Hr. Passy bestimmt ist, am neuen Ministerium Theil zu nehmen: „Meine Herren! Indem Sie mich zu der so großen Ehre beriefen, in dieser Kammer den Vorsitz zu führen, haben Sie mir einen Beweis des Wohlwollens gegeben, dessen Werth ich in vollem Maaße empfinde, und mein erstes Bedürfniß ist, Ihnen zu sagen, wie sehr ich dadurch gerührt bin. — Vielleicht, meine Herren, werden mir die Pflichten, die mir von den gegenwärtigen Umständen auferlegt sind, nicht gestatten, die hohen Functionen, mit denen Sie mich bekleidet haben, lange auszuüben. (Lange andauernde Sensation.) Sie sind noch unlängst mit einer Geschicklichkeit ausgeübt worden, welche die Schwierigkeiten derselben vermehren. Möge es mir erlaubt seyn, auf Ihren Beistand und auf den Wunsch zu zählen, den wir alle hegen, bei unsern Debatten die Ordnung, die Ruhe und die Würde herrschen zu sehen, die den Gang derselben erleichtern und ihnen den entschiedenen Einfluß auf die Meinung des Landes, der so nothwendig ist, sichern. — Meine Herren! Die Session ist unter der Last der Verlegenheiten eröffnet worden, die noch nicht einmal ihr Ziel gefunden haben. Wir wollen hoffen, daß alles bald in das regelmäßige Geleise treten wird. Die Weisheit der Kammer kann viele Hindernisse beseitigen. Das Land rechnet auf sie. Bürge dafür ist ihm Ihre Anhänglichkeit an die edlen Institutionen, die uns regieren, und das bei Ihnen so lebhafte Gefühl der Pflichten, die wir bei Annahme des Mandats, kraft dessen wir hier versammelt sind, übernommen haben." — Es wurde beschlossen, die Pairskammer in Kenntniß von der definitiven Installirung des Bureaus zu setzen. — Hierauf wurden noch die beiden Quästoren, und zwar Hr. Clement mit 270 und Hr. Alex. de Laborde mit 220 Stimmen ernannt. — Am Schlusse der Sitzung kündigte Hr. Mauguin an, daß er Willens sei, Erläuterungen über die politische Lage und über die Ursachen zu begehren, welche bisher alle Versuche zur Bildung eines Cabinets unfruchtbar gemacht haben. Auch wünschte er Auskunft über den (früher im englischen Parlament so häufig besprochenen) Fall mit Wegnahme des mexicanischen Piloten am Bord des englischen Packetboots „Expreß" und die von Frankreich dießfalls geleistete Genugthuung zu erhalten. — Es wurde für diese Interpellationen Montag der 22. April anberaumt, bis wohin sich die Kammer vertagte.

Der Messager vom 20. April sagt: „Hr. Passy beschäftigt sich mit Zusammensetzung eines Cabinets. Er hat sich an Hrn. Thiers gewendet, um seine Mitwirkung zu erhalten. Man sagt, Hr. Thiers habe sich einige Zeit geweigert, irgend einen Theil an den Combinationen zu nehmen, die in diesem Augenblicke versucht werden; dann aber, auf das lebhafte Andringen seiner Freunde, zwei derselben, die HH. Dufaure und Vivien, gebeten, ihm als Mittelspersonen zu dienen; er hat erklärt, daß er für seine Person jeder Unterhandlung fremd bleiben wolle, aber thun werde, was die HH. Dufaure und Vivien selbst thun würden. Es ist überflüssig zu sagen, daß Hr. Thiers nur an einer Administration Theil nehmen wird, die mit Bedingungen der Kraft und der Dauer die Garantien verbindet, welche das Land von einem parlamentarischen Ministerium erwartet. — Wenn diese Bedingungen sich vereinigen, wird sich Hr. Thiers, wie wir nicht zweifeln, keineswegs an persönlichen Rücksichten stoßen, und sich nicht weigern, dem Konige und dem Lande die Dienste zu leisten, welche sie von ihm zu erwarten berechtigt sind."

Aus nachstehender Zusammenstellung ergibt sich die Zahl der Stimmen, die Hr. Odilon-Barrot seit der Julirevolution bei den verschiedenen Abstimmungen der Kammer über die Präsidentenwahl erhalten hat:

	Für die Präsidentschaft:		Für die Vicepräsidentschaft:	
Am 1. August 1831 .	1	Stimme.	119	Stimmen.
Am 22. Novbr. 1832 .	—	„	74	„
Am 24. Decbr. 1833 .	11	„	62	„
Am 8. August 1834 .	3	„	56	„
Am 30. Decbr. 1835 .	2	„	54	„
Am 29. Decbr. 1836 .	—	„	56	„
Am 27. Decbr. 1837 .	—	„	142	„
Am 21. Decbr. 1838 .	—	„	169	„
Am 16. April 1839 .	193	„	—	„

Am 19. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 10. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 10. — Am 20. April um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 15. 3Percents 81 Fr. 20.

Spanien.

Nachrichten aus Toloſa vom 13. April zufolge befand sich General Maroto an diesem Tage in Zornoza, zwischen Durango und Bilbao; Zariategui hatte sich mit zwei Bataillons nach Orduña in Marsch gesetzt; der Graf von Negri war zur Armee zurückgekehrt.

Don Carlos hatte durch ein Decret vom 12. April

eine Staatsjunta errichtet, und zum Vicepräsidenten derselben, wenn er nicht selbst den Vorsitz führt, den Erzbischof von Cuba ernannt.

Briefe aus Madrid vom 18. April melden: „Der General Cordova hat (wie schon erwähnt) von Lissabon aus eine in Badajoz den 16. März aufgesetzte Schrift hierhergeschickt, die unter dem Titel: „Der General Cordova an die spanische Nation" gedruckt, und gestern hier in den Straßen verkauft ward. Er nennt sich darin das Schlachtopfer einer ungerechten Verfolgung, und erklärt am Ende, weit entfernt, ein strenges und gerechtes Gericht zu fürchten oder vermeiden zu wollen, suche er es vielmehr, und werde, um sich ihm zu unterwerfen und es zu seiner Beschämung oder zu seinem Triumphe zu erbitten, zurückkehren, sobald die Gesetze ihre Gewalt, und die Gerichte die Unabhängigkeit, deren sie jetzt ermangelten, wieder erlangt haben würden. Zugleich hält er dem Grafen Luchana seinen Mangel an Großmuth vor, und in der That hat dieser Feldherr nicht nur gegen alle Regeln des Anstandes, sondern auch gegen die Gesetze der Klugheit gehandelt, indem er durch Gewaltschritte auf die Verurtheilung des von ihm gehaßten Helden von Mendigorria einzuwirken suchte. Hätte er der Gerechtigkeit freien Lauf gelassen, so würde Cordova allem Anschein nach der Strafe des Gesetzes nicht entgangen seyn, und Niemand würde diesen von Parteien geringgeschätzten oder verachteten Intriganten bemitleidet haben, während er nunmehr in der That als ein Schlachtopfer der Verfolgung erscheint, und die Flucht, in welcher er sein Heil sucht, durch den gehemmten Lauf der Gerechtigkeit entschuldigen kann. Auch der Bruder des Generals Cordova, Don Fernando Fernandez de Cordova, früherhin sein Adjutant, und dann Oberst des Regiments Reina Gobernadora, von Alair aberin Disponibilität versetzt, muß gegenwärtig den Zorn des Grafen Luchana empfinden. Er nannte nämlich in einer Erklärung, die er in die öffentlichen Blätter einrücken ließ, die an die Königinn-Regentinn gerichtete Vorstellung Luchana's, in welcher dieser die Bestrafung der Generäle Narvaez und Cordova verlangt, und sie als Jovellanisten bezeichnet, eine Schmähschrift, und erinnerte daran, daß bei der Annäherung Zarlategui's im Jahre 1837 die Truppen des Grafen Luchana gegen die Befehle der Regierung durch Madrid marschirten, und sich in Aravaca lagerten, von wo aus bekanntlich die Offiziere der Garde durch Einreichung ihrer Entlassungen den Sturz des Ministeriums Calatrava herbeiführten. So begründet nun auch diese Angaben sind, so erblickt der Graf Luchana darin doch das Verbrechen der Insubordination, und hat in einer neuen Eingabe verlangt, daß Don Fernando de Cordova, als dieses Vergehens schuldig, vor ein specielles, aus Generälen zusammenzusetzendes Kriegsgericht gestellt werde. Die Minister haben nun von dem obersten Kriegs- und Marinetribunale ein Gutachten darüber verlangt, ob dem Verlangen des Grafen Luchana Folge zu geben sei. Dieser Schritt erregt um so mehr Aufsehen, da die willkürliche Entsetzung der Herren Sancho und Olozaga zur Genüge gezeigt hat, wie wenig die Unabhängigkeit dieses Gerichts gegen die Eingriffe des Kriegsministers gesichert ist. Ueberdieß beruft sich Don Fernando de Cordova darauf, daß er höchstens ein Preßvergehen begangen haben könne, und es demnach nur dem Geschwornengericht zustehe, über seine Schuld oder Unschuld zu erkennen. Aber ohne Murren gestatten die spanischen „Patrioten" den Ministern, Eingriffe in das sicherste Unterpfand der bürgerlichen Freiheit, in die Unabhängigkeit der Gerichte zu thun, wenn sie nur sich hüten, dergleichen Schritte gegen die Exaltirten zu thun, und zu diesen gehört der Oberst Cordova nicht. Er wird daher wohlthun, dem Beispiele seines Bruders zu folgen, und in der Flucht sein Heil zu suchen."

Portugal.

Am 6. April feierte Dona Maria ihren einundzwanzigsten Geburtstag, bei welcher Gelegenheit ihr und ihrem königlichen Gemahl Glückwünsche dargebracht wurden. — Die auf Baron Bomfims Resignation eingetretene ministerielle Krisis ist noch nicht zu Ende. Die Königinn wünscht wenigstens zwei ihrer bisherigen Minister, Sa da Bandeira und Manoel de Carvalho, beizubehalten, und dieser Wunsch scheint bis jetzt der Bildung eines neuen Cabinets hauptsächlich im Wege zu seyn. Viele glauben noch immer, die Königinn werde zu dem Auskunftsmittel greifen, die Cortes auf einige Monate zu schließen, um zur Reorganisation ihrer Regierung Zeit zu gewinnen.

Den neuesten Nachrichten aus Lissabon (in der Morning-Post) zufolge ist die reiche junge Erbinn, Fräulein von Sampayo, mit der Herzoginn von Palmella, die durchaus ihre Schwiegermutter werden will, abermals verschwunden. In Folge des früher erwähnten Handschreibens der Dona Maria an das junge Mädchen, worin sie „Marquise von Fayal" betitelt wurde, erbat sich die Familie Sampayo eine Audienz bei der Königinn, und remonstrirte gegen diese allzu frühe Anerkennung ihrer Verwandten von Seite des Hofes als rechtmäßige Gemahlinn des ältesten Sohnes der Familie Palmella. Auf diese ehrerbietigen Vorstellungen versicherte die Königinn, sie habe keineswegs die Absicht gehabt, den vor dem geistlichen Gerichtshofe schwebenden Prozeß zu influenziren. Da die junge Erbinn demnächst zwölf Jahre alt wird, in welchem Lebensalter, nach portugiesischem Gesetz, Heirathen definitiv abgeschlossen und gefeiert werden dürfen, so ist jetzt ein Decret ergangen, das Fräulein Sampayo aus dem Hause der Herzoginn von Palmella zu entfernen und sie, bis über ihre Zukunft entschieden seyn werde, in neutrale Hände zu übergeben. Die Herren von Sampayo wollten diesem Decrete Geltung verschaffen, konnten aber zu ihrer jungen Verwandten keinen Zutritt erhalten, und haben nun dem, der ihnen den Versteck derselben entdecken werde, eine Belohnung von 2500 Pf. St. versprochen. Man vermuthet, sie sei im Pallaste der Königinn verborgen, dessen bevorrechtete Räume allein von den Dienern des Gesetzes und sonstigen Agenten nicht durchsucht werden dürfen.

Großbritannien und Irland.

Folgendes ist der wesentliche Inhalt der Rede, mit welcher Sir R. Peel in der Sitzung des Unterhauses vom 15. April sein Amendement zu dem Antrage Lord John Russells in Betreff der irischen Politik des Ministeriums entwickelte. Er suchte zu beweisen, daß es für den Character und die Stellung des Hauses sich nicht zieme, ein allgemeines Zutrauensvotum einer Regierung zu bewilligen, wenn nicht besondere Verhältnisse eintreten, und daß es ein erschwerender Umstand sei, wenn ein solches Votum im Gegensatz gegen Beschlüsse der Lords verlangt werde. „Vorerst," bemerkte Sir Robert, „bin ich der Ansicht, daß Zutrauensvoten zu Gunsten der Regierung nur in äußersten Fällen zu verlangen seien. Das Zutrauen des Hauses zu der Regierung muß sich aus der Unterstützung ergeben, welche ihrer Verwaltung wird, und aus der Art, wie das Haus die von der Regierung vorgeschlagenen Gesetzgebungsmaaßregeln behandelt, und nicht aus abstracten Meinungsäußerungen. Ein theilweises Zutrauensvotum, das sich auf eine bestimmte Seite der Politik beschränkte, wäre zu rechtfertigen, wenn die-

ser besondere Zweig, der gebilligt werden soll, klar angegeben würde. Wenn aber die Regierung einen einzelnen Verwaltungszweig herausreißt und nicht den Muth besitzt, zu gestehen, welches die politischen Grundsätze seien, für die sie die Genehmigung des Hauses der Gemeinen verlange, wenn sie nicht den Zeitraum angibt, um welchen es sich handelt, noch die Staatsmänner, die gelobt werden sollen, so verwickelt sie dadurch das Haus in einen Vorgang, der ihm große Verlegenheiten bereiten wird. Die von dem edlen Lord beantragte Resolution wird aber offenbar von diesen Einwendungen betroffen. Zum Zweiten frage ich, ob die Regierung berechtigt ist, eine Collision mit dem Hause der Lords herbeizuführen. Der einzige Grund hierzu wäre, daß das Haus der Lords eine Untersuchungscommittee niedergesetzt hat. Der edle Lord behauptet, dieser Schritt schließe einen Tadel ein; dieß aber bestreite ich. Selbst wenn der Beschluß das Verfahren der Regierung in Frage zu stellen scheint, wird dadurch das Haus berechtigt, auf eine Collision hinzuarbeiten? Hat das Haus der Gemeinen niemals Committeen mit Untersuchung des Zustandes von Irland beauftragt, und war man je der Ansicht, daß dadurch die Wirksamkeit der Regierung gelähmt werde? Ich sage nicht, daß die Regierung zur Begehung von Verbrechen ermuthige — er wäre kein Grund zu dieser Beschuldigung, ich sage nur, daß das Verfahren der Regierung Stoff zu einer Untersuchung gewährt. Der Zustand Irlands mag verbessert seyn, sicherlich aber haben die Grundbesitzer des Landes das Recht, dieß zu bezweifeln, wenn kürzlich der Solicitorgeneral von Irland zu Clonmel äußerte, nirgends, wohin die englische Gesetzgebung sich erstrecke, werde das Menschenleben weniger geachtet, als in der Grafschaft Tipperary. Nach dieser Erklärung, nach der Ermordung Lord Norbury's und nachdem es nicht gelungen ist, den Thätern auf die Spur zu kommen, ist es kein Wunder, wenn eine Untersuchung verlangt wird. Angenommen, der Antrag gehe durch, die Collision finde wirklich Statt, was soll dann zunächst geschehen? Sollen wir von den Lords verlangen, daß sie ihren Beschluß zurücknehmen? Wenn das nicht geschieht, was ist dann gewonnen? Ich muß offen erklären, daß mich nichts so sehr wunderte, als die Wichtigkeit, die man dem Beschlusse beigelegt hat. Der Herzog von Wellington war nach Hampshire, Lord Stanley nach Lancashire verreist, als er gefaßt wurde. Wenn damit wirklich ein Tadel gegen die Regierung bezweckt worden, wie der edle Lord annimmt, würden dann die beiden Männer die Stadt verlassen haben? Der edle Lord verlangt durch seinen Antrag von mir, ich sollte Lord Normanby's Verwaltung billigen; das ist mir aber ohne Untersuchung unmöglich, obgleich ich die Fähigkeit des edlen Lords gerne zugebe. Wenn ich die Verwaltung Lord Normanby's billigen sollte, so müßte unter derselben unparteiische Rechtspflege, ohne Ansehen der Person, Statt gefunden haben, das Gnadenrecht müßte als gerichtlicher Act, ohne persönliche Gunst, ohne Rücksicht auf Parteien oder politische Systeme, ohne Prunk ausgeübt worden seyn. Der edle Lord stellte den Grundsatz auf, daß eine Regierung berechtigt sei, sich der Talente der mit ihrem politischen Systeme Uebereinstimmenden, ohne Rücksicht auf den religiösen Unterschied, zu bedienen. Ich habe dem edlen Lord es nie zum Vorwurf gemacht, daß er Katholiken begünstige. Was ich ihm vorwerfe, ist, daß er Männern Aemter ertheilt, welche mit staatsgefährlichen, der irischen Kirche feindlichen Associationen in Verbindung stehen. Ich war von ganzem Herzen mit dem Beschlusse des Hauses (1836) einverstanden, durch welchen S^r. Majestät um Maaßregeln gegen die Oranienlogen und alle Geheimgesellschaften gebeten wurde. Ich gehe noch weiter und glaube, die Krone sollte, durch alle ihr zu Gebot stehenden Mittel, allen Prozessionen und Darlegungen des Parteigeistes, durch welche die religiösen Ansichten einer Unterthanenclasse verwundet werden, ein Ende machen. Ich verlange aber auch, daß die Regierung unparteiisch sei, daß sie durch alle Mittel alle Gesellschaften niederschlage, deren Bestehen für den Frieden und die Ruhe des Landes gefährlich ist. Ich war auch für den im Jahre 1834 von dem Hause gefaßten Beschluß, S^r. Majestät in einer Adresse zu erklären, der in Irland herrschende Geist der Unbotmäßigkeit entspringe daraus, daß das Volk zum irregeleiteten Werkzeug der Agitation geworden, und S^r. Majestät möge sich der Mitwirkung Ihrer getreuen Gemeinen zur Unterdrückung dieser Ruhestörungen versichert halten. Ich nehme die beiden Beschlüsse zusammen; einerseits bin ich für Niederschlagung der Oranienvereine, andererseits halte ich es ebenfalls für Pflicht der Regierung, alle gefährlichen Associationen niederzuschlagen, welche Zwietracht fordern und Aufregung verursachen. Ich habe keine Zwangsacten im Sinne; ich kann nachweisen, daß ich nie für solche Mittel war; ich verlange nur, daß die Regierung gegen die entgegengesetzten Parteien dasselbe Verfahren beobachte. Welchen Weg man aber gehen möge, die erste Rücksicht muß seyn die Erhaltung der Hochkirche in Irland. Der edle Lord wird wohl nichts gegen den Grundsatz haben, daß die Gleichheit der bürgerlichen Rechte und die unparteiische Vollziehung der Gesetze im Einklang stehen muß mit der Aufrechterhaltung der protestantischen Kirche in Irland. Ich will kein tadelndes Votum gegen die irische Politik der Regierung, kann sie aber nicht vollständig freisprechen. Ich gebe zu, daß dieselbe in manchen Puncten Lob verdient, besonders in der Art, wie bei Besetzung von Kirchenstellen verfahren wurde. Dadurch aber verdiente sie Tadel, daß sie Verbindungen, welche das Bestehen der protestantischen Kirche in Irland gefährdeten, nicht darniederhielt. Auch die Art, wie Lord Normanby das Begnadigungsrecht ausübte, erwarb ihm keinen Anspruch auf unser Vertrauen. Ich habe nun die Gründe auseinandergesetzt, wegen welcher ich nicht zu Gunsten der Politik des Ministeriums gegen Irland stimmen kann, und warum das Haus bei einem besonderen Fall keine allgemeine Billigung aussprechen soll. Glaubt das Haus, ein Urtheil ohne Untersuchung fällen zu sollen, dann mag es den Antrag des edlen Lords annehmen; ist es aber mit Burke der Ansicht, daß das Haus der Lords eine eigene gesetzgebende Controlle auszuüben hat, dann wird es sich bedenken, ehe es einen Beschluß faßt. Wenn das Haus, während die Verbrechen, wie aus ämtlichen Berichten hervorgeht, in dem Maaße sich vermehrt haben, daß die Zahl der wegen Verbrechen Angeklagten im Jahre 1837 auf 14,804 und im Jahre 1838 auf 27,320 sich belief, wenn das Haus dennoch sagen will, daß die in Irland befolgte Politik die richtige sei, so mag es das thun; ich aber kann nicht beistimmen. Was die Collision mit dem Hause der Lords betrifft, so frage ich, ob es in Rücksicht auf die Lage des Landes nach Innen und Außen nicht an der Zeit sei, daß die vollkommenste Eintracht zwischen den verschiedenen Zweigen der Legislatur herrsche? So lange wir noch an der Schwelle der Differenz stehen, rathe ich, von der Ansicht ausgehend, daß wir kein überflüssiges Ansehen wegzugeben haben, und von dem Wunsche getrieben, daß unsere Autorität bei dem Volke ungeschmälert bleibe, ich rathe deßwegen dem Hause, seinen Unwillen gegen das Haus der Lords für eine andere Gelegenheit vorzubehalten, in welcher wir die Sympathie des Volkes für uns haben und, im Vertrauen auf unser Recht, eine

Stellung einnehmen und in einem Tone sprechen können, der besser, als die beantragte Resolution, sich ziemt für die verletzte Würde des Hauses der Gemeinen."

In der Sitzung des Unterhauses vom 16. April legte Hr. O'Connell neben andern Bittschriften zu Gunsten der Minister die von dem Herzoge von Leinster im Namen der Mitglieder des hohen und niedern Adels und sonstiger Einwohner von Irland, welche am 11. April zu Dublin versammelt waren, unterzeichnete Petition vor. — Im Laufe der Sitzung trat kein Parteiführer auf. Es sprachen noch S. Herbert, Oberst Connolly und Hr. Lucas gegen, Sir W. Somerville und Henry Grattan für die Regierung. — Am Schlusse der Sitzung erhielt der Solicitorgeneral die Erlaubniß, eine Bill „zu Verbesserung der Acte für wirksamere Unterdrückung von Gesellschaften mit aufrührerischer, hochverrätherischer Tendenz und Verhinderung hochverrätherischer und aufrührerischer Umtriebe" einzubringen. Die Bill wurde zum ersten Male verlesen. Lord J. Russell wurde, eben als die Sitzung endete, plötzlich unwohl, kam aber bald wieder zum Bewußtseyn und konnte nach Hause fahren. Seine Unpäßlichkeit ist unbedeutend. — In der Sitzung des Unterhauses vom 17. eröffnete Hr. Barron die Verhandlungen mit einer Rede für die Minister. Auch der Standard spricht von einem Vergleiche, der zwischen den Ministern und den Radicalen abgeschlossen sei.

Die Sitzung des Oberhauses vom 16. April war fast ganz auf die Vorlegung von Petitionen beschränkt. Auf eine Frage von Lord Ripon versprach Lord Melbourne, die auf die Einnahme der an einer Indus-Mündung gelegenen kleinen Hafenstadt Kuradschi durch die brittischen Truppen sich beziehenden Papiere vorzulegen. — Am 17. saß das Oberhaus abermals nur sehr kurze Zeit.

An die Stelle der Marquise Tavystock, Gemahlinn des ältesten Bruders Lord J. Russells, ist die Gräfinn Charlemont zur Hofdame ernannt worden.

Der Herzog von Wellington, Graf Minto (erster Lord der Admiralität), Viscount Howick (Kriegsminister), Viscount Melville, Lord Hill (Oberbefehlshaber der Heere), Sir Hussey Vivian (Generalfeldzeugmeister), Sir G. Cockburn, Sir T. Hardy, Sir C. Adam und andere Mitglieder der Marine- und Militärcommission hatten am 16. April eine Berathung, die drittehalb Stunden dauerte.

O'Connell hat in der letzten am 12. d. M. gehaltenen Versammlung des Vorläufervereins in Dublin ausdrücklich erklärt, wenn die Minister in der Frage wegen ihrer inländischen Politik im Unterhause unterlägen und die Tories wieder ans Ruder kommen sollten, würde er nicht mehr als Vorläufer, sondern als offenbarer Feind der bestehenden Union zwischen England und Irland auftreten, und wenn er dieß einmal beschlossen habe, nicht wieder zurücktreten.

Die Bombay-Gazette vom 8. Februar gibt folgenden Bericht über die Einnahme der Hafenstadt Kuradschi im Indus-Delta durch die Truppen der ostindischen Compagnie: „Diese Stadt wurde für den Widerstand ihrer Einwohner alsbald bestraft; sie ist nur noch ein Trümmerhaufen. Nachdem der Admiral die Truppen ausgeschifft hatte, ließ er Alles in Bereitschaft halten, um jeden Widerstandsversuch zu bestrafen. Einige Granaten wurden gegen unsere Soldaten geworfen; einen Augenblick nachher hatte der „Wellesley" sich quer vor die Küste gelegt und ließ einen Kugelregen auf die Stadt fallen. Das 40ste Regiment und die Grenadiere besetzten den Platz, ohne weiteren Widerstand zu erfahren, und die Festung capitulirte am 3., worauf die englische Flagge auf derselben aufgesteckt wurde. Wir nahmen dem Feind einige Gefangene ab und tödteten ihm einige Mann; auf unserer Seite haben wir nur einen Verwundeten." Die Summe, welche die Amirs von Sinde zu erlegen haben, erhält Schah Schudschah, der von den Engländern auf den Thron von Afghanistan wieder eingesetzt werden soll und dem das Souverainetätsrecht über Sinde zusteht. Ein großer Theil der Summe ist schon bezahlt. — Es gingen beunruhigende Gerüchte über den Gesundheitszustand Rundschit Singhs, des Verbündeten der Engländer in Lahore. Sein Tod könnte den Uebertritt mehrerer von ihm abhängigen Fürsten zu den feindlichen Herrschern von Kabul und Kandahar zur Folge haben. Nach der Delhi-Gazette vom 23. Februar ist eine der wichtigsten Stützen Rundschit Singhs, der französische General Allard, welcher das Heer der Sikhs organisirt hat, nach ganz kurzem Unwohlseyn an einer Leberkrankheit gestorben. Der schnelle Eintritt seines Todes hat den Verdacht einer Vergiftung erregt. Pariser Blätter wollen die Nachricht von dem Tode des Generals Allard bezweifeln, da erst unlängst ein Schreiben von ihm aus Peschauer, vom 15. December datirt, in Paris eingetroffen sei.

Consols am 18. April 92⅞, 93.

Belgien.

Der Moniteur Belge meldet, daß in Courtray am 15. April an die Stelle des verstorbenen Hrn. Beckaert der königliche Procurator Hr. van Cutsom zum Repräsentanten erwählt worden sei. Sein Mitbewerber, der Candidat der Oppositionspartei, Abbé de Haerne, hatte nur 232 Stimmen, während der Erwählte 413 für sich hatte.

Am 27. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	101¼.
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl.	in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM.	—.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Cure. fl. 99¼ G. Uso. 2 M.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des österreichischen Beobachters ist erschienen das dritte Heft der militärischen Zeitschrift 1839. Dieses enthält folgende Aufsätze: I. Den Schluß des Insurrectionskrieges in Spanien 1822 und 1823. II. Skizzen aus dem Leben eines Veteranen. III. Das kriegerische Wirken des russischen Feldmarschalls Iwan Fedorowitsch Paskewitsch Fürsten von Warschau und Grafen von Eriwan. IV. Die Feldzüge Maximilians I., Erzherzogs von Oesterreich und römischen Kaisers. — Einleitung: Kaiser Friedrich VI. und Carl der Kühne, Herzog von Burgund. V. Betrachtungen über einige Ideen über die Befestigungskunst. VI. Neueste Militärveränderungen. — In diesem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1839 der militärischen Zeitschrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

W 1. K. ZEITUNG 1839

№ 119

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 29. April 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 27. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.405	283. 1L. 11P.	+ 5.3	NW.	schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.413	28 2 1	+ 8.6	W.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.433	28 2 5	+ 6.7	NW.	stark.	Wit. u. Wetterleucht.

Frankreich.

Am 20. April glaubte man in Paris allgemein an eine baldige Lösung der Ministerialkrisis in Folge der neuen, mit Hrn. Thiers durch Vermittlung der HH. Dufaure und Vivien angeknüpften Unterhandlungen, und hoffte, daß der Moniteur spätestens am Montag (22.) die Namen der neuen Minister bringen würde. — Allein den neuesten Pariser Blättern vom 21. zufolge scheint sich alles wieder zerschlagen zu haben. — Der Courrier Français sagt: „Wir haben noch einmal das abgedroschene, das fatale Wort dieser Krisis auszusprechen: Alles ist abgebrochen. Bekanntlich hatte Hr. Passy dem Hrn. Thiers im Namen des Königs und mit Zustimmung des Marschalls (Soult) vorgeschlagen, in ein Ministerium des linken Centrums zu treten. Zwei Freunde des Hrn. Thiers, die sein Vertrauen besaßen, traten, mit Vollmacht zu unterhandeln, als Vermittler auf. Im Laufe des gestrigen Tages schienen die Sachen so weit vorgerückt, daß man bereits für Montag den officiellen Abschluß der ministeriellen Arrangements ankündigte; aber der Marschall hat solche Schwierigkeiten geschaffen, daß Hr. Vivien und Hr. Dufaure erklären zu müssen glaubten, daß sie die Unterhandlungen nicht weiter treiben könnten. Gestern Abends haben jene ehrenwerthen Deputirten dem Hrn. Thiers die Art von Blankett zurückgestellt, das er ihnen anvertraut hatte. Die Combination scheint aufgegeben zu seyn. — Dießmal wird man wenigstens nicht sagen, daß die Prätentionen des Hrn. Thiers den Bruch herbeigeführt haben. Hr. Thiers ist den Conferenzen fremd geblieben. Er hat erst an dem Tage davon sprechen gehört, wo er sich dazu verstand, sie wieder anknüpfen zu lassen, und in dem Augenblicke, wo er vernimmt, daß die Pourparlers aufgehört hatten. Man darf ihn deßhalb nicht tadeln, daß er seinen Feinden jeden Vorwand zur Verläumdung benehmen wollte. — Was den Marschall betrifft, den man eine so seltsame Rolle spielen ließ, so müssen wir gestehen, daß seine Dictatur uns lästig zu werden anfängt. Es ist nun fast zwei Monate her, daß der alte Krieger mit den Vollmachten des Königs bekleidet ist; was hat er damit gemacht? Ein jeder kann die Schlappen zählen, die er sich zugezogen hat. Was will er fernerhin damit machen? Wir befürchten, daß er es selbst nicht weiß. — Dem Marschall ist vielleicht nichts daran gelegen, der einen Meinung vorzugsweise vor der andern den Sieg bei der Regierung des Landes zu verschaffen. Aber wenn man sich nicht zum Repräsentanten einer Meinung macht, so läuft man große Gefahr, der Agent einer Intrigue zu werden. Ist es mit dem Marschall dahin gekommen?" — Noch bei weitem schärfer äußert sich gegen den Marschall das Organ des Hrn. Odilon-Barrot, das Siècle; es beschuldigt ihn, er habe Hrn. Thiers Bedingungen vorschreiben, ihm den Posten, der ihm im Conseil gebühre, anweisen, und ihm die Chefs der doctrinairen Partei (Guizot und Duchatel) zu Collegen geben wollen. — Der Messager, der gleichfalls Hoffnungen auf eine baldige Entwicklung der Ministerkrisis gesetzt hatte, sagt in einem nachträglichen Artikel vom 21. April, 2 Uhr Nachmittags: „In dem Augenblicke, wo wir unser Blatt in die Presse geben, erfahren wir, daß die Hoffnungen, die wir gehegt hatten, die ministeriellen Combinationen einer baldigen Lösung entgegengeführt zu sehen, abermals getäuscht sind. — Die loyale Selbstverläugnungen, wovon Hr. Thiers einen neuen Beweis gegeben hatte, indem er den HH. Dufaure und Vivien das Geschäft überließ, die in seinem Namen angeknüpften Unterhandlungen zum Ziele zu führen, diese Selbstverläugnung ist nutzlos geblieben. — Die verständige und eifrige Vermittlung der HH. Dufaure und Vivien ist an Prätentionen und Schwierigkeiten gescheitert, auf die man nicht gefaßt seyn konnte. — Diese Schwierigkeiten müssen, wie man uns versichert, großentheils dem Hrn. Marschall Soult zur Last gelegt werden. — Im Angesichte eines solchen Resultats, das jedermann beklagt, können wir bloß unser Leidwesen an den Tag legen, einen Zustand der Dinge, der zu gleicher Zeit die Würde der Repräsentativregierung und die Wohlfahrt des Landes gefährdet, verlängert zu sehen."

Am 20. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr 25. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 25.

Spanien.

Dem Eco de l'Aragon, das in Saragossa erscheint, zufolge soll der bisherige Oberbefehlshaber der Centrumsarmee, General van Halen, seine Dimission eingereicht haben. So viel ist sicher, daß er vor der Hand alle weiteren Angriffspläne gegen Segura aufgegeben hat.

Briefe von der catalonischen Gränze sprechen von einem ernsthaften Gefechte zwischen den Carlisten und den Christinos in der Nähe von Solsona, wobei die Division des Baron de Meer, welcher den gedachten Platz verproviantiren wollte, bedeutend gelitten haben soll.

Nachrichten aus Valencia zufolge hat daselbst Don Facundo Infante von dem zweiten Commando der Generalcapitänerie Besitz ergriffen und alsbald den Belagerungsstand aufgehoben. Die wegen der Auftritte am 30. März Verhafteten sollen vor das permanente Kriegsgericht gestellt werden.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 17. April, in welcher die Berathung über Lord J. Russells Antrag zu Gunsten der irischen Politik des Ministeriums fortgesetzt wurde, nahm Hr. Grote, radicales Parlamentsmitglied für die City, das Wort. „Die vorliegende Frage," sagte er, „scheint, wenn wir sie rein nach den Worten der von dem edlen Lord beantragten Resolution auf-

faſſen, ausſchließlich die Ausübung der vollziehenden Gewalt in Irland zu betreffen; ſonſt drückt ſie nichts aus und enthielt weder ein verwerfendes noch ein billigendes Urtheil über einen andern Zweig der miniſteriellen Politik. Ich billige die Grundſätze, durch welche der Marquis von Normanby bei ſeiner Amtsführung geleitet wurde. Seine Verwaltung war in ihren allgemeinen Zügen billig gegen alle Theile und zugleich geeigneter, als alle vorangegangenen Verwaltungen, die Zuneigung der katholiſchen Mehrheit des Volkes zu gewinnen. Ich kann mir aber nicht verhehlen, daß in dem buchſtäblichen, urſprünglichen Sinne der Reſolution ein anderer, zwar indirecter und mittelbarer, aber doch höchſt bedeutſamer eingehüllt iſt. Man ſagt uns, der Beſchluß des Hauſes der Lords, durch welchen eine Committee zur Unterſuchung der Verwaltung Lord Normanby's in Irland niedergeſetzt wurde, komme einem Tadel gegen das Miniſterium gleich; der Beſchluß, den die Miniſter jetzt von uns verlangen, ſoll als förmlicher Gegenſatz und Widerſpruch gegen den Beſchluß der Lords dienen, er ſoll eine Negation des Tadels ſeyn, demnach mehr oder weniger allgemeine Billigung und Vertrauen ausſprechen. Ich zweifle nicht, daß, weil durch dieſen Beſchluß das Fortbeſtehen des Miniſteriums geſichert werden ſoll, am Morgen nach der Abſtimmung alle Anhänger deſſelben auf die Stärke dieſer Majorität deuten und ausrufen werden: „„Seht, welch ein Beweis von der Hochſchätzung, welche das Miniſterium Lord Melbourne's von Seiten des Hauſes der Gemeinen und des Landes genießt!““ In Rückſicht auf dieſe Auslegung, die man der Annahme des Antrags geben wird, habe ich mich ſehr bedacht, ob ich geeigneterweiſe Theil daran nehmen könne. Im Allgemeinen bin ich zu dem Schluſſe gekommen, daß es, da ich mit den Worten und dem eigentlichen Inhalte der Reſolution übereinſtimme, meine Pflicht iſt, für dieſelbe zu ſtimmen. Sicherlich aber werde ich das nicht thun, ohne zugleich zu erklären, daß meine Abſtimmung nichts weiter meint, als die ausdrücklichen, buchſtäblichen Worte der von dem edlen Lord beantragten Reſolution. Ich will meine Billigung über die Grundſätze ausſprechen, welche die Ausübung der vollziehenden Gewalt in Irland leiteten, und weiter nichts. Andere werden mit dem Ausdrucke dieſer Anſicht Hochachtung vor der Politik der Regierung im Allgemeinen, Uebereinſtimmung mit derſelben verbinden. Ich hege kein ſolches Gefühl und will durch meine Abſtimmung auch nichts der Art ausdrücken. Ich ſtimme für die Reſolution, wie ich für eine Reſolution ſtimmen würde, durch welche die der katholiſchen Emancipationsacte vom Jahre 1829 zu Grunde liegende Politik gebilligt werden ſollte, ohne dadurch die Politik und die Anſicht des ſehr ehrenwerthen Herrn auf der Gegenſeite (Sir Robert Peels), welcher die Acte durchſetzte, im Allgemeinen zu billigen. Indem ich für Lord Normanby's Verwaltung ſtimme, erkläre ich zugleich, daß dieſe Verwaltung in auffallendem Contraſte gegen das Syſtem der Miniſter im Allgemeinen ſteht, und daß ich alle Sympathie mit dem conſervativen Geiſt ihrer übrigen Politik ablehne. Die iriſche Verwaltung iſt in Wahrheit faſt der einzige Ueberreſt von Freiſinnigkeit, der ſie noch von den Herren auf der Gegenſeite unterſcheidet, deßwegen erfährt auch dieſe Verwaltung ſo reichlich Angriffe. Was jederlei Reformen, legislative und adminiſtrative, anlangt, ſo bin ich der Ueberzeugung, daß unſere Ausſicht auf Erlangung wirkſamer Maaßregeln im Geiſte der Verbeſſerung unter der gegenwärtigen Regierung keineswegs größer iſt, als er unter der Regierung des ſehr ehrenwerthen Herrn auf der Gegenſeite ſeyn würde, und ich glaube, daß dieſe Anſicht einen großen Theil derer durchdringt, welche richtig den ſteten Fortgang politiſcher Vervollkommnung und Reform wünſchen; denn was iſt die Lehre von der Unabänderlichkeit der Reformacte, die Lehre, daß in den weſentlichen Principien derſelben keine Aenderung eintreten dürfe, welche ſo oft von den Schatzkammerbänken (namentlich von Lord J. Ruſſell) gepredigt wurde, Anderes, als eine Negation jeglichen Fortſchritts, der conſervative Grundſatz in all' ſeiner Vollkraft und Strenge? Es kann für Niemand ein Geheimniß ſeyn, daß wir unter dem gegenwärtigen Syſteme keine Reformen, weder adminiſtrative noch legislative, erlangen werden, wenn nicht das ſehr ehrenwerthe Mitglied für Tamworth (Sir R. Peel) ſeine Einwilligung ertheilt. Gegenwärtig, das erſte Mal in der engliſchen Geſchichte, haben wir weder ein liberales Miniſterium, noch eine liberale Oppoſition. Wir haben ein Miniſterium, das, nachdem es einmal zu liberalen Grundſätzen ſich bekannt hatte, jetzt weder den Willen zeigt, noch die Macht beſitzt, Anderes, als in conſervativer Tendenz, zu Stande zu bringen; wir haben eine mächtige Oppoſition, welche conſequent-conſervativ war und noch immer iſt. Das Patronat und die Vortheile der Regierung allerdings ſind unter die vertheilt, welche Liberale genannt werden; die Uebermacht aber und die Leitung der Regierung iſt in den Händen der Conſervativen, ob ſie ſich nun Whigs oder Tories nennen. Wie lange Dauer dieſem unrühmlichen Zuſtand unſerer politiſchen Welt beſtimmt iſt, kann ich nicht ſagen, deſſen aber bin ich ſicher, daß keine Combination der Parteien, welchen Character ſie auch haben möge, mehr als die gegenwärtige dem Sieg liberaler Grundſätze und der Erreichung einer fortſchreitenden Reform unſeres Staatslebens im Wege ſtehen kann. Ich werde für die Reſolution zu Gunſten der Verwaltung Lord Normanby's in Irland ſtimmen, in der aufrichtigen Ueberzeugung, daß dieſelbe Hochachtung und Nachahmung verdient, und daß ſie wohlthätig und vortheilhaft für das iriſche Volk gewirkt hat. Zugleich aber werde ich auch für den Zuſatz ſtimmen, den das ehrenwerthe Mitglied für Finsbury (Duncombe, in radicalem Sinne) beantragen wird, ebenfalls in der aufrichtigen Ueberzeugung, daß keine Regierung ihre Pflicht gegen das Volk im Allgemeinen, gegen das engliſche, wie gegen das iriſche, erfüllt, wenn ſie nicht jene weiteren Verbeſſerungen in dem Repräſentativſyſtem bewirkt, auf welche jener Zuſatz ſich bezieht.“ Nach Hrn. Grote ſprach Hr. Gibſon, conſervatives Mitglied für Ipswich. Er erklärte, da er nicht wiſſe, auf welcher Seite das Recht ſei, ſo werde er ſich der Abſtimmung enthalten. Dieſelbe Abſicht hegen, dem Globe zufolge, noch fünf oder ſechs andere Conſervative. Nun erhob ſich Sir Edward Lytton Bulwer, der bekannte Schriftſteller, für die Regierung. Er machte es ſich zur beſonderen Aufgabe, auf Hrn. Grote's Angriffe gegen das Miniſterium zu antworten. Sir Edward gehört der auch im Miniſterium vertretenen Nuance von Reformern an, welche die Reformacte nicht für einen unabänderlichen Schlußact halten, dabei aber für das gegenwärtige Cabinet ſind, aus Furcht, daß die Tories an deſſen Stelle treten könnten. „Ich fordere,“ ſagte er, „meinen ehrenwerthen Freund (Grote) auf, mir in der Geſchichte des Landes ein Miniſterium zu zeigen, das inniger identificirt iſt mit großen, unvergänglichen Verbeſſerungen. Auch als practiſchen Mann fordere ich ihn auf, mir die Elemente einer Regierung zu zeigen, welche der allmähligen Entwicklung der Volksbildung treuer entſprechen würde. Ich bedauere ſo ſehr, als er, den Ton, den mein edler Freund, das Mitglied für Stroud (Lord John Ruſſell) bei mehr als Einer Gelegenheit angenommen

hat. Ich halte es nicht für tadelnswerth, daß der edle Lord bei der gegenwärtigen Stellung der Parteien nicht mehr gethan hat, bedauere aber, daß er verschiedene Ausdrücke brauchte, welche einer großen Classe seiner Anhänger gerechte Ursache zur Unzufriedenheit gegeben haben, und die er bei der nächsten Veranlassung erläutern sollte. Ich glaube nicht, daß das Land für große oder radicale Aenderungen bereit ist, halte aber eine stillestehende Regierung bei einem fortschreitenden Volke für eine gänzliche Unmöglichkeit. Das Volk ist geneigt zu warten, wenn aber die Regierung seine vernünftigen Forderungen abschlägt, so wird es zu Erbitterung und Feindseligkeit getrieben. Was aber auch die Ansicht der ehrenwerthen Mitglieder auf dieser Seite des Hauses über die Politik der Regierung im Allgemeinen seyn mag, so glaube ich doch, daß sie nicht anstehen können, für die beantragte Resolution zu stimmen. Auf dieser Frage ruht meiner Ansicht nach nicht allein das Schicksal der Regierung, sondern auch das des Volkes. Unmöglich können wir einer Nation, deren Priesterschaft gedemüthigt, deren Senat zum Stillschweigen gebracht ist, ihre Forderung abschlagen, daß wir ihre Kinder unter den Schutz unserer Gesetze nehmen sollen." Es sprachen noch in dieser Sitzung die HH. Litton und Shaw, Recorder von Dublin, gegen, und Hr. Pigot, Solicitorgeneral für Irland, dessen Beförderung zu seinem gegenwärtigen Amte, während er einer von O'Connells Associationen angehörte, so großen Anstoß erregt hat, für die Regierung.

In der Sitzung des Oberhauses vom 18. April erklärte der Präsident des geheimen Raths, Marquis von Lansdowne, daß weder er, noch ein anderes Mitglied der Regierung den Sitzungen der auf Lord Rodens Antrag zu Untersuchung der irischen Verwaltung seit 1835 niedergesetzten Committee, in die er gewählt worden war, beiwohnen werde.

Eine zu Paris eingetroffene telegraphische Depesche aus London vom 20. April um 4 Uhr Morgens meldet, daß das Amendement Sir R. Peels zur Motion des Lord J. Russell in Bezug auf Irland im Unterhause mit 318 gegen 296 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 22 Stimmen, verworfen worden ist.

Am 17. April hielt die Königinn ihr zweites Lever im St. James-Pallast, bei welchem das diplomatische Corps sehr vollzählig, und der männliche brittische Adel viel zahlreicher als bei dem neulichen Drawing-Room erschienen war. Der Graf von Charleville überreichte eine Adresse von der Dubliner Corporation um Widerruf der Ernennung Lord Fortescue's zum Lordstatthalter von Irland, deßgleichen eine Adresse gegen die irische Municipalreformbill; dagegen überreichte Sir W. Somerville, Hr. H. Grattan und mehrere andere Herren Adressen aus mehreren Städten und Grafschaften Irlands, die in warmen Ausdrücken des Vertrauens in Ihrer Majestät Ministerium in Bezug auf dessen irische Verwaltung abgefaßt waren. Die Präsentationen waren zahlreich. Nach dem Lever ertheilte die Königinn dem Herzog von Cleveland den Ritterschlag, und decorirte ihn unter den herkömmlichen Förmlichkeiten mit den Insignien des Kniebandordens. Die Minister Lords Melbourne, Russell und Normanby hatten dann Audienz, worauf Ihre Majestät nach dem Buckingham-Pallaste zurückfuhr.

Der durch Hrn. Waghorn besorgte Theil der ostindischen Post, mit Daten aus China bis zum 1. Jänner, von Sinkapur bis 11. Jänner, von Calcutta bis zum 12. Februar, von Madras bis zum 19., und von Bombay bis zum 25. Februar, ist in England eingetroffen. Die früher durch Kurier von der Regierung erhaltenen günstigen Nachrichten von der Gränze werden durch die mit obgedachter Post eingelaufenen Berichte vollkommen bestätigt.

Das Canton-Register vom 16. Jänner berichtet, daß der Verkehr zwischen den Chinesen und den Engländern, welcher durch die Weigerung eines über der Einschmuggelung von Opium ertappten englischen Kaufmannes, Innes, dem gegen ihn ergangenen Verbannungsdecrete Folge zu leisten, unterbrochen worden war, wieder eröffnet worden ist, nachdem der brittische Oberaufseher, Hr. Elliot, durch eine Proclamation an die brittischen Ansiedler im Namen Ihrer Majestät das Einschmuggeln von Opium untersagt und den chinesischen Behörden seine Mitwirkung gegen diesen Schmuggelhandel angeboten hatte. Einige Hong-Kaufleute (die Zwischenhändler zwischen den Fremden und den Chinesen) hatten indessen den Zwist dadurch gebüßt, daß sie einige Zeit das hölzerne Halsband tragen mußten. — Am 12. entstand vor den fremden Factorien zu Canton ein Aufruhr aus Veranlassung der Hinrichtung eines Chinesen, der verbotswidrig einen Opiumladen gehalten hatte. Das Volk rottete sich gegen die Fremden zusammen; das Militär schritt jedoch ein, trieb die Chinesen zurück, und der Verurtheilte wurde in aller Ordnung erdrosselt.

Belgien.

Belgische Blätter melden aus Tournay vom 16. April: „Ein großer Scandal hat hier Statt gehabt. Der Senator Lebefvre-Meuret, der politisch die Annahme seines Widerstandsplanes nicht bewirken konnte, hat denselben bürgerlich gegen die Justiz verwirklichen wollen. Der Senator scheint durch seine Gläubiger wegen bedeutenden Summen verfolgt zu werden. Sei es, daß er nicht zahlen will oder nicht zahlen kann, Urtheile sind gegen ihn erlassen, und kürzlich hatte eine Mobelsaisie in seiner Wohnung zu Tournay Statt. Der 13. April war der für den Verkauf seiner Möbel auf dem öffentlichen Markte bestimmte Tag. Der Huissier, der die Möbel abholen wollte, fand das Haus durch zahlreiche mit Stöcken bewaffnete Arbeiter des Senators bewacht; ferner war die Thür barricadirt. Die Maréchaussee wurde aufgefordert, das Haus berennt. Auf die Weigerung zu öffnen, suchte die bewaffnete Macht die Gartenmauern zu ersteigen. Beim ersten Versuche wurde sie zurückgetrieben, und ein Gensdarme verwundet. Dessenungeachtet wurde eine Bresche angebracht, und auf die Drohung des Commandanten, Feuer zu geben, suchten die Arbeiter mit ihren Waffen zu entwischen. Die Möbel wurden auf Karren nach dem Markte gebracht, Alles, so wie ein Wagen und ein Tilburi, wurde verkauft. Nur ein Käufer hat, wie man sagt, das Ganze an sich gebracht, um es dem Senator zurückzustellen."

Teutschland.

Ihre Majestät die Königinn von Baiern ist am 20. April Nachmittags 2 Uhr nach Altenburg abgereist, mit Ihr Prinz Luitpold. Zur Suite wurden gewählt: die Oberstthofmeisterinn Gräfinn Deroy, der Generallieutenant Freiherr von Zweibrücken und der Major von Laroche.

Tyrol und Vorarlberg.

Der Bote von Tyrol meldet aus Innsbruck vom 23. April: „Gestern war der Eröffnungstag des großen Ausschußcongresses zu den dießjährigen ständischen Verhandlungen. — Nach den herkömmlichen Feierlichkeiten ward in der k. k. Hofkirche zum heil. Kreuz um 10 Uhr der festliche Gottesdienst in Gegenwart der Herren Stände und des Rathsgremiums des k. k. Guberniums abgehalten. Nach diesem begab sich der k. k. Herr Hofrath und Landespräsidiums-Verweser, Robert Freiherr von Benz,

mit den k. k. Herren Gubernialräthen in den Riesensaal der k. k. Hofburg, und empfing an den Stufen des Thrones, wo er Platz genommen hatte, die über vorläufige Anmeldung eingetretenen Herren Stände. Hier eröffnete eine vom Hrn. Gubernialrathe Mensi vorgetragene Rede die feierliche Handlung. Dieser folgte die Ablesung des landesherrlichen Postulates, und dann eine Gegenrede, gehalten von dem ständischen Verordneten, Sr. Excellenz Hrn. Grafen von Trapp, im Namen des wegen Kränklichkeit verhinderten Landmarschallamts-Verwalters, Sr. Excellenz Hrn. Grafen von Künigl. Hiernach verließ die Versammlung, der sich auch zahlreiche Stadtbewohner und ausgezeichnete Personen von Civil- und Militärautoritäten angeschlossen hatten, den Saal. Die Herren Stände verfügten sich darauf unmittelbar in das Landschaftsgebäude zur ersten Congreßsitzung, welche der Herr Landespräsidiums-Verweser in der Eigenschaft als Stellvertreter des Landeshauptmanns mit einer dem Zwecke angemessenen kurzen Anrede eröffnete. — Zu Mittag waren die ständischen Herren Repräsentanten und die Herren Gubernialräthe von dem genannten Hrn. Landeschef zu einem festlichen Mahle in der k. k. Hofburg geladen, wobei die feierlichen Toaste auf das ungetrübte Wohl und die lange segenreiche Erhaltung Sr. Majestät unsers allergnädigsten Kaisers, Ihrer Majestät der Kaiserinn und des ganzen durchlauchtigsten Kaiserhauses in der herzlichsten Theilnahme aller versammelten Gäste freudige und laute Erwiederung fanden."

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 30. October v. J. den Conceptspractikanten bei dem Fiumaner Gubernium, Carl Grafen von Vay, zum Honorär-Gubernialconcipisten daselbst huldreichst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 7. April d. J. dem Doctor der Philosophie und Professor der classischen Literatur und Aesthetik an der Universität zu Padua, Johann Petrettini, und dem Professor der Philosophie an der Universität zu Pavia, Peter Baroli, zu bewilligen geruht, das ihnen von Ihrer Majestät der Frau Erzherzoginn, Herzoginn von Parma, verliehene Ritterkreuz des Constantinischen St. Georgordens annehmen und tragen zu dürfen.

Programm
für die zweite allgemeine Gewerbsproducten-Ausstellung in Wien.

Die am 28. November 1838 angekündigte zweite allgemeine Gewerbsproducten-Ausstellung für die k. k. österreichische Monarchie wird am 1. Mai l. J. in dem Gebäude des k. k. polytechnischen Institutes dem Publicum eröffnet, und am 31. desselben Monats geschlossen werden.

Zur Bequemlichkeit des Publicums, und zur Aufrechthaltung der guten Ordnung werden nachstehende Anordnungen getroffen.

§. 1. Der Eintritt ist unentgeldlich und am Dinstag, Mittwoch und Donnerstag von 10 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags Jedermann frei gestattet; an den eben genannten drei Tagen aber von 8 bis 10 Uhr Früh, dann am Montag und Freitag von 8 Uhr Morgens bis 5 Uhr Abends können die Ausstellungslocalitäten nur gegen Vorweisung von Einlaßkarten besucht werden. An den Sonnabenden, so wie an den Sonn- und Feiertagen sind die Ausstellungssäle geschlossen.

§. 2. Die Einlaßkarten wird die ebenfalls im Gebäude des k. k. polytechnischen Instituts befindliche Ausstellungs-Directionskanzlei auf Verlangen unentgeldlich verabfolgen.

§. 3. Die Zufahrt findet über die Wiedner Hauptstraße durch das nächst dem Dittmann'schen Hause befindliche Seitenthor, die Abfahrt aber durch das Hauptthor des k. k. polytechnischen Institutsgebäudes Statt. Fußgängern ist durch beide Thore der Zu- und Abgang gestattet.

§. 4. Die Spazierstöcke, Regen- und Sonnenschirme, Mäntel u. s. w. sind in der Vorhalle der Hauptstiege des Mitteltractes zur Aufbewahrung abzugeben.

§. 5. Bei dem daselbst aufgestellten Thürhüter sind auch die Kataloge, d. i. die gedruckten Verzeichnisse aller Aussteller und ihrer Erzeugnisse gegen einen mäßigen, auf dem Titelblatte bemerkten Preis, käuflich zu haben.

§. 6. Uebrigens darf man billig erwarten, daß sich das Publicum von selbst enthalten werde, die Ausstellungsstücke zu betasten, damit sich Niemand der Unannehmlichkeit einer Zurechtweisung von Seite des Aufsichtspersonales aussetze, und daß Jedermann die Ausstellungslocalitäten auf das Abends mit der Glocke gegebene Zeichen verlassen werde.

Von der Leitungscommission für die allgemeine Gewerbsproducten-Ausstellung.

Anton Freiherr von Lago,
k. k. Hofrath und Commissionspräses.

Literatur.

Grundzüge
der Naturlehre des Menschen von seinem Werden bis zum Tode.

Mit vorzüglicher Rücksicht auf die practische Medicin bearbeitet von

Dr. Ignaz Rudolph Bischoff Edlem v. Altenstern,

k. k. wirkl. Regierungsrathe, Commandeur erster Classe des kurfürstl. hessischen Löwenordens, Stabsfeldarzte und Professor an der k. k. Josephsakademie.

Dritte und vierte (letzte) Abtheilung. Mit vollständigen Registern. Preis: 3 fl. C. M.

Auch unter dem Titel:

Grundzüge der speciellen Naturlehre des Menschen.

Alle vier Abtheilungen: 5 fl. 30 kr. C. M.

Das edelste Studium für den Menschen, sagt der Verfasser in der Vorrede, ist und bleibt der Mensch selbst. — Dieser kann ohne die ihn umgebende Natur nicht gedacht werden. — Die Lehre von den Erscheinungen und Gesetzen des Lebens im Menschen ist daher von seinem Eintritte in das Daseyn bis zu seinem Scheiden in innigster Verbindung mit dem Reiche der gesammten Naturwissenschaften, besonders mit der Physik, Chemie, Naturgeschichte, Anatomie und Zootomie.

Diese vielfache Verkettung begründet eine eigene Schwierigkeit in der Behandlung, denn keine Hülfswissenschaft darf übergangen, keiner ein überwiegender Einfluß eingeräumt werden. Außer diesen Beziehungen, durch welche die Physiologie den mächtigsten Einfluß auch auf die Cultur der landwirthschaftlichen Pflanzen und Thiere äußert, hatte der Verfasser die hochwichtige Richtung auf die practische Medicin unverrückt im Auge, wozu ihm eine dreißigjährige Erfahrung am Krankenbette einen Reichthum von Stoff darbot.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 120

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 30. April 1839.

W. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 28. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.456	28. 2. 7 P.	+ 7.1	NW.	schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.438	28 2 3	+ 10.3	NW.	mittel.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.473	28 2 9	+ 8.0	NW.	—	—

Spanien.

Die Nachricht, daß van Halen seine Angriffspläne gegen Segura aufgegeben, Cortes geräumt, und seine Dimission eingereicht habe, bestätigt sich. Ein Schreiben aus Bayonne vom 16. April meldet darüber folgendes Nähere: „Der Vertrag zwischen van Halen und Cabrera, in welchem der letztere mit der Unterschrift „Graf von Morella" erscheint, und in welchem bedungen wird, selbst die gefangenen Deserteurs, wenn sie nur einmal ausgerissen wären, zu schonen, hatte schon allgemeine Unzufriedenheit erregt. Diese ist aber durch die letzte Depesche van Halens hoch gesteigert worden. Er schreibt unterm 10. aus Munieſſa, also schon sechs Meilen von Segura, daß seine Absicht nicht gewesen sei, das Fort anzugreifen, wenn er nicht vorher die Insurgenten durch ein Treffen entfernen könne. Dieses sei aber, weil sie einem Treffen ausweichen, unmöglich, und um sie zu verfolgen, müsse er sich erst des Trains der schweren Artillerie und des Fuhrwerkes entledigen; die Gegend um Segura sei völlig verheert; man finde weder Wasser, noch Holz, noch Fourrage; dadurch und bei der strengen Jahreszeit (am 9. und 10. schneite es) gingen Menschen und Thiere zu Grunde, es sei also nicht gerathen gewesen, länger in dem Lager von Cortes zu verbleiben; die Belagerung könne später bei günstigerer Jahreszeit um so mehr unternommen werden, als der Ort Segura selbst, mit Ausnahme der befestigten Kirche u. s. w., niedergebrannt sei; er habe also die begonnenen Verschanzungsarbeiten zerstört, und nachdem er am 8. Montalban verproviantirt, sich zurückgezogen, um sich zur Verfolgung der Insurgenten bereit zu machen ꝛc. Dieses letztere ist der obligate Trost. Nachrichten aus Saragoſſa vom 14. setzen hinzu, daß van Halen seine Dimission gegeben habe, und daß man allgemein Ayerbe zu seinem Nachfolger, die Operationen von Arragonien und Valencia aber in zwei Commandos getrennt zu sehen wünscht, wie es schon Evariſto San Miguel in seiner Reviſta militar, die in Madrid herauskommt, vorgeschlagen hat. — Also wieder eine Reputation zu Boden. Die spanischen Generäle mögen Alles besitzen, nur nicht den Enthusiasmus, der in politischen Kriegen allein zu entscheiden vermag. Während dieser unnütz verlornen Zeit hat Cabrera nicht unterlassen, daß ganze Land hinter seinem Rücken zu brandschatzen; bei Daroca hat die Brigade Polo sogar ein Militärspital, das außerhalb der Befestigung lag, mit den dort befindlichen Gewehren, am 7. aufgehoben. Im Innern von Valencia, das bisher frei war, beginnt bei Jumilla und Yecla sich eine bedeutende Guerilla zu bilden, und die Gränzen von Cuenca bis zur Mancha hin werden oft heimgesucht. — Die Nordarmee hat endlich eine Bewegung begonnen: Espartero hat am 6. und 7. April 26 Bataillons und 1000 Pferde in Logroño Revue passiren lassen, und ist dann nach dem obern Ebro aufgebrochen; die Truppen seines linken Flügels aber haben bereits am 11. Guriezo besetzt, von wo die Carlistischen Stückgießer schon früher waren abberufen worden. Ob der angekündigte Angriff auf die Linien von Ramales dem von Segura ähneln wird, muß die Zeit lehren. Maroto hatte diese Linie inspicirt, Alles zur Vertheidigung angeordnet, und ist einstweilen nach Durango zurückgekehrt."

Die Quotidienne gibt folgende Nachrichten aus Spanien: „Der neue von Don Carlos errichtete Staatsrath hat so eben eine versöhnende Maaßregel ergriffen, die von der glücklichsten Vorbedeutung für die Zukunft ist. Durch verschiedene Decrete, die allmählig erscheinen sollen, werden die Eigenthümer, deren Güter in den vier Provinzen und in Navarra aus dem Grunde confiscirt worden waren, weil diese Güter Christines gehörten, in den vollen Besitz ihrer alten Rechte wieder eingesetzt. — General Elio hat das Generalcommando in Navarra übernommen und bei diesem Anlaß unterm 10. April aus seinem Hauptquartier Dicaſtillo eine Proclamation an die Navarresen erlassen. — Am 16. herrschte große Gährung in Saragoſſa, man befürchtete den Ausbruch einer Pöbelrevolution in dieser Stadt."

Großbritannien und Irland.

Nachdem in der Sitzung des Unterhauſes vom 19. April (die aber erst nach 4 Uhr Morgens am 20. beendigt wurde) das von Sir R. Peel vorgeschlagene Amendement zu Lord J. Ruſſell's Motion mit der bekannten Mehrheit von 22 Stimmen verworfen worden

war, wurde noch H^rn. T. Duncombe's (radicales) Amendement zur Abstimmung gebracht, und mit 299 gegen 81 Stimmen verworfen.

Das dem Parlament vorgelegte Schreiben des Grafen Sebastiani an Lord Palmerston, die Genugthuungserklärung hinsichtlich der Wegnahme des Lootsen vor Veracruz betreffend, lautet: „London, 3. April 1839. Mylord! Ich bin von dem König, meinem Gebieter, beauftragt, der brittischen Regierung das tiefe Bedauern S^r. Majestät über die Wegnahme eines mexicanischen Lootsen vom Packetboot „Expreß" kundzuthun. Als der Admiral Baudin unglücklicherweise diese Maaßregel befahl, wußte er nicht, daß das Schiff der brittischen Marine angehörte. Dieser Vorfall war daher nur die Folge eines Mißverständnisses und durchaus nicht eines Mangels der Achtung gegen die brittische Flagge. Ein solcher Irrthum, den die Regierung des Königs, wie der Commandant unserer Escadre, aufrichtig beklagen, wird sich nicht mehr erneuern, und die strengsten Befehle werden künftighin die gewissenhafteste und wachsamste Aufmerksamkeit in ähnlichen Fällen vorschreiben. Indem ich diese Erläuterungen zur Kenntniß Ew. Excellenz bringe, wage ich es, Ihnen im Namen meiner Regierung deren Vertrauen auszudrücken, daß dieselben der brittischen Regierung hinreichend scheinen werden, und daß künftighin nichts mehr die Einigkeit stören werde, die wir so sehr zwischen den beiden Ländern wie zwischen den beiden Flaggen zu erhalten uns bemühen. Empfangen Sie u. s. w. Sebastiani." — Lord Palmerston, Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten, ertheilte hierauf folgende Antwort: „Herr Graf! Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz den Empfang Ihres Schreibens vom 3. d. M. anzuzeigen. Ew. Excellenz sagt mir darin (hier wiederholt Lord Palmerston fast wörtlich das ganze Schreiben des französischen Botschafters). Ich ermangle nicht, die Mittheilung Ew. Excellenz der Königinn, meiner Gebieterinn, vorzulegen, und ich habe nun das lebhafte Vergnügen, Ew. Excellenz auf Befehl Ihrer Majestät anzuzeigen, daß die Erläuterung dieser Angelegenheit von Seite des Königs der Franzosen, wie Ihr Schreiben sie enthielt, vollkommen befriedigend ist. Ich füge überdieß noch bei, daß die Regierung Ihrer Majestät ganz die freundschaftlichen Gesinnungen theilt, welche Ew. Excellenz von Seite der Regierung Frankreichs ausgedrückt, und daß sie vertrauensvoll hofft, nichts werde künftig mehr die Stärke der Einigkeit stören, welche glücklicherweise jetzt zwischen den beiden Ländern besteht. Ich habe die Ehre ꝛc. Palmerston."

Am 18. April fand in der St. Georgskirche, Hanover-Square, die Vermählung des Marquis von Douro, Sohnes des Herzogs von Wellington, mit Lady Elisabeth Hay Statt. Die ganze vornehme Welt füllte die Kirche, und eine zahllose Menge Neugieriger drängte sich auf den Straßen. Bei der Kirche angekommen, wurde die Braut mit lautem Jubel begrüßt. Der Herzog von Wellington sah sehr gesund und sehr erfreut aus; er schien um zehn Jahren verjüngt zu seyn. Die Vermählungsceremonie wurde durch den D^r. Wellesley, Dechanten zu Durham und Oheim des Bräutigams, vollzogen. Aus der Kirche zurückgekehrt, wurde die Gesellschaft durch den Vater der Braut, den Marquis Tweeddale, mit einem glänzenden Dejeuner bewirthet. Nachmittags begaben sich die Neuvermählten auf das Landgut des Herzogs von Wellington, Strathfieldsaye, wo sie den „Honigmond" zubringen werden. Der Marquis ist 32, seine Gemahlinn 19 Jahre alt.

Die Minister haben in dem Streite mit der Corporation der City von London eingelenkt, und zwar schon vor einigen Tagen, was ihnen von den Toryblättern als eine Bewerbung um die Stimmen der Cityrepräsentanten bei dem über die Existenz des Ministeriums entscheidenden Votum des Unterhauses ausgelegt wurde. Am 12. April nämlich war der Gemeinderath der City versammelt, um den Bericht des Polizeiausschusses zu empfangen, den der Alderman Venables erstattete. Er meldete, daß eine aus ihm und einigen anderen Stadtbeamten bestehende Deputation eine Besprechung mit dem Lord J. Russell gehabt habe, worin die Polizeiangelegenheit erwogen worden und man endlich dahin übereingekommen sei, daß die City dem Parlament einen Vorschlag zu einer verbesserten Polizeieinrichtung mit Beibehaltung aller ihrer Rechte vorlegen solle, die der Minister unterstützen wollte. Der Lord habe zugleich erklärt, daß die Stadtbehörde einen Chef ihrer Polizeiverwaltung ernennen möge, der hinsichtlich der Amtsgewalt und des Ranges den Oberpolizeicommissarien der übrigen Hauptstadt gleichstehen solle, und daß man die gegenseitige Mitwirkung der beiden Polizeibehörden auf alle Weise erleichtern wolle. Der Alderman empfahl, diesen Verabredungen gemäß, den Vorschlag zu dem neuen Polizeigesetze zu entwerfen, und bemerkte, daß durch die vorzunehmende Verbesserung eine jährliche Ersparniß von 10 bis 12,000 Pf. St. Statt finden werde. Die städtische Behörde hatte früher durch Umlaufschreiben den übrigen Städten des Landes von der ihren alten Rechten drohenden Verletzung Nachricht gegeben und mehrere zustimmende und thätige Mitwirkung verheißende Antworten erhalten. Der Ausschuß sprach daher den Wunsch aus, es möge jenen Städten mitgetheilt werden, daß die Deputation in der Besprechung mit dem Minister die Rechte derselben als gleichgeltend mit ihren eigenen behandelt und vertheidigt habe.

Nach der Manchester-Times sind über 30 Handwerker von Manchester nach Amiens ausgewandert und unter ihnen mehrere der ausgezeichneten Maschinenbauer aus der großen Anstalt von Cocker und Higgins in Salford. Selbst Weiber und junge Mädchen, setzt jenes Blatt hinzu, ließen sich jetzt leicht bewegen, in die Baumwollspinnereen auf dem Festlande zu gehen, und die er-

leichterte Ueberfahrt nach Oſtende oder Gent befördere dieſe Auswanderungen. Bedenke man nun, daß ſelbſt zu dieſer Zeit, wo es den Arbeitern in der Gegend von Manchester nicht an voller Beſchäftigung fehle, es den Agenten der Fabriken des Feſtlandes leicht werde, zahlreiche Arbeiter zu werben, ſo müſſe man erwarten, daß ſie zu Tauſenden auswandern würden, ſobald die Arbeit ſelten werden ſollte. Sehr bald würden ſich die Fabrikenbeſitzer genöthigt ſehen, entweder ihre Arbeiten einzuſtellen oder geringern Lohn zu geben. Die Grundeigenthümer würden ſich zu der Ueberzeugung gedrängt ſehen, daß theures Brot und hohe Arbeitspreiſe nicht in nothwendiger Verbindung ſtänden, aber das Schlimmſte bei der Sache würde ſeyn, daß man dieſe Erfahrung machen werde, wenn ſie nichts mehr nützen könne.

Conſols am 20. April 92⅞.

Frankreich.

Die Pariſer Journale vom 22. April beſtätigen, daß die letzten Unterhandlungen über den Eintritt des Hrn. Thiers ins Cabinet an dem Umſtande geſcheitert ſind, daß der Marſchall Soult Hrn. Thiers ein anderes Portefeuille, als das der auswärtigen Angelegenheiten, geben wollte, und den Eintritt der Doctrinairs ins Cabinet verlangte. — Marſchall Soult hatte am 21. eine Audienz beim Könige, welcher Abends den Duc de Broglie empfing. Es ging das Gerücht, daß man nunmehr eine Combination verſuche, in welche Marſchall Soult, als Präſident, Hr. Guizot als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Duchatel als Miniſter des Innern, Hr. Jacques Lefebvre als Finanz- und Hr. Cunin-Gridaine als Handelsminiſter eintreten ſollen. Dieſem Cabinet ſollten noch einige Notabilitäten des linken Centrums beigeſellt werden; allein der Courrier Français behauptet, Hr. Paſſy ſowohl, als Hr. Dupin, an die man ſich deßhalb gewendet habe, hätten ſich beſtimmt geweigert, an obgedachten Combinationen Theil zu nehmen. — Man glaubt nun, daß ein reines Miniſterium des linken Centrums zu Stande kommen werde, deſſen Präſident, dem Namen nach, Marſchall Maiſon, in Wirklichkeit aber Hr. Thiers ſeyn würde.

Man ſchreibt aus Algier vom 15. April: „Wir haben hier eine Emeute gehabt. Die Straßen und Brückenbauverwaltung hatte dreihundert Arbeiter, die bisher bei den Straßenbauten beſchäftigt geweſen waren, entlaſſen, ohne ihnen ihren Lohn auszuzahlen. Dieſe Unglücklichen ſind Bauern und Handwerksleute, die man mit ſtrafbarer Unvorſichtigkeit nach Afrika gelockt hatte, ohne ihnen vorher Ländereien und Arbeit geſichert zu haben. Da man ihnen keine Arbeit mehr geben wollte und ihren Lohn vorenthielt, verlangten ſie, nach Frankreich übergeführt zu werden. Dieß wurde ihnen jedoch ebenfalls verweigert, weil man, zur Zeit der Kammerſitzung, nicht einige Hundert Unglückliche, die Algier verſchrieen hätten, nach Frankreich werfen wollte. Marſchall Valée hat jetzt dem Straßenbauinſpector den Befehl ertheilt, ſtatt der Militärs, welche bisher bei den Straßenbauten verwendet wurden, lauter Nichtmilitärs anzuſtellen. Da in den erſten Monaten des Dienſtes das Budget dieſes Verwaltungszweiges erſchöpft war, hat der Gouverneur entſchieden, daß die für die Austrocknung der Moräſte beſtimmte Summe von 200,000 Fr. für die Bezahlung der Arbeiter verwendet werde. Für den Augenblick iſt nun der Sturm beſchworen.“

Nachrichten aus Marſeille zufolge beſſerte ſich der Geſundheitszuſtand des berühmten Paganini, der ſich fortwährend in dieſer Stadt befand.

Am 22. April 2 Uhr Nachmittags 5Percents ——. 3Percents 81 Fr. 20.

Päpſtliche Staaten.

Das Diario di Roma enthält in einem Supplement zu ſeiner Nummer 31 vom 20. April folgenden Artikel: „In der Druckerei des Staatsſecretariats iſt unterm 11. April eine Druckſchrift unter dem Titel: Rechtliche und factiſche Darſtellung, mit authentiſchen Documenten, als Erwiederung auf die Erklärung und Denkſchrift der preußiſchen Regierung, welche in der Berliner Staatszeitung vom 31. December 1838 bekannt worden ſind,“ *) erſchienen. Wir geben hier den Text davon, mit Weglaſſung der Documente, wegen Mangel an Raum in unſerm Blatte.“

„Bereits am 31. December 1838 erſchien in der Berliner Staatszeitung und aus ihr in andern Blättern eine Erklärung, gefolgt von einer Denkſchrift **) oder Auseinanderſetzung, mit welcher die preußiſche Regierung es verſuchte, eine öffentliche Widerlegung der päpſtlichen Allocution vom 13. September v. J. zu geben, inſofern dieſelbe die neuen Unternehmungen jener Regierung gegen die unverletzlichen Rechte der katholiſchen Kirche und insbeſondere die unliebſamen Ereigniſſe in dem Erzbisthum Gneſen und Poſen betraf. Der heilige Stuhl konnte nach dieſer Erklärung und Denkſchrift nicht im Stillſchweigen verharren weder hinſichtlich der Principien, worauf ſie ſich gründen, noch hinſichtlich der darin beſprochenen Thatſachen. In dieſen beiden Schriften herrſcht und ſtellt ſich als unbeſtreitbar ein irrthümlicher Grundſatz dar, der den Punct und das Centrum bildet, von dem die ganze Reihe der Sätze und Behauptungen der preußiſchen Regierung ausgeht und auf den ſie zurückgeleitet werden können: nämlich der Grundſatz der Abhängigkeit der Kirche von der Staatsgewalt in Religionsſachen.“

---

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 5. Jänner d. J.

**) Der Erklärung der preußiſchen Regierung ſind zwei Beilagen angehängt, deren erſte (Litt. A) die päpſtliche Allocution vom 13. September 1838, die zweite (Litt. B) die obenerwähnte Denkſchrift enthält.

„Man behauptet, der königlichen Autorität sei es eigenthümlich, daß von ihr Bestimmungen und Verordnungen über religiöse Angelegenheiten, selbst im Widerspruch gegen das von der Kirche Bestimmte und Verordnete, ausfließen können, dergestalt, daß die Gesetze und die Verfassung derselben den Gesetzen und der Verfassung des weltlichen Reiches weichen müßten. Man will demnach, daß bei einem Conflicte beider die katholischen Bischöfe, der Clerus und das katholische Volk verbunden seien, nicht den Gesetzen und der Verfassung der Kirche, sondern den Gesetzen und der Verfassung des Staats zu folgen, und daß dieselben, wenn sie sich dessen weigern, sich eines Umsturzes der gesetzlichen Ordnung schuldig machen, und demzufolge nach der ganzen Strenge der Gesetze zu bestrafen seien. Gleicherweise stellt man den Satz auf, daß nicht nur kein Bischof der katholischen Sprengel in Preußen neue Verordnungen in Angelegenheiten der Religion und der Kirche ohne die Erlaubniß der Regierung erlassen, noch mit eigenem Rechte irgend einen Kirchendiener seines Postens und seiner Würde entsetzen könne, sondern daß auch der heilige Stuhl selbst, in andern Staaten keine legislative Autorität ausüben könne, und hiernach auch in Sachen der Glaubenslehre kein päpstlicher Entscheid im Staate ohne die Beistimmung der weltlichen Regierung veröffentlicht werden und Geltung erlangen könne. Man behauptet ferner, es stehe in der Gewalt des weltlichen Souverains, zu verhindern, daß die Katholiken den Entscheidungen des Oberhaupts der Kirche gehorchen, wenn diese nicht zuvor die königliche Genehmigung erlangt haben, und man fordert endlich, daß die Bischöfe und der Clerus sich nicht an den heiligen Stuhl um Weisungen in religiösen, das Dogma oder die Disciplin betreffenden Fragen wenden, noch mit ihm irgend einen Verkehr in solchen Angelegenheiten pflegen sollen ohne das volle Mitwissen, die Erlaubniß und die Vermittlung des Staates."

„Solche Principien bilden nicht nur die ganze Grundlage der preußischen Erklärung und Denkschrift, und werden darin als eben so viele der königlichen Würde inhärente Rechte proclamirt, sondern es wird auch versichert, jener Monarch werde niemals auf eines derselben verzichten, und keine Macht auf Erden werde ihn jemals an deren Aufrechthaltung verhindern können. Und nicht zufrieden damit, diese Grundsätze für die Norm und Regel ihres gouvernementalen Verfahrens gegen die katholischen Unterthanen in deren Beziehung zur Kirche zu erklären, verlangt die preußische Regierung überdieß, daß man aus der practischen Anwendung jener Grundsätze das abstrahire, was sie die wohlthätigen Formen einer Ordnung nennt, worin die Kirche selbst eine Bürgschaft ihrer Existenz und Wohlfahrt finde. Sofort erklärt sie für unstichhaltig die Beschuldigungen und für unzulässlich die Zumuthungen, von denen in den beiden Allocutionen des heiligen Vaters an das heilige Collegium die Rede sei; und sie scheut sich nicht geradezu zu behaupten, daß solche Zumuthungen nichts Anderes bezweckten, als die kirchliche Gewalt in einer mit den Rechten des Souverains unverträglichen Weise auszudehnen, und die betrübende Spaltung zwischen Staat und Kirche immer mehr zu erweitern. Auf die mehrerwähnten Grundsätze gestützt, erhebt dann im weitern Verfolg die preußische Regierung öffentliche Beschwerde gegen die katholischen Bischöfe und Priester, welche im Zwiespalt mit den Gesetzen der Monarchie den Gläubigen Gehorsam gegen die Gesetze der Kirche einprägen, als ob sie dadurch am Altar die Fackel der Zwietracht anzündeten, die Ruhe der bürgerlichen Gesellschaft störten, die Unterthanen zur Empörung aufmunterten, und damit selbst den Ruin der Kirche vorbereiteten, welcher (wie die preußische Regierung sich ausdrückt) früher oder später daraus folgen müsse."

„In der That kann es dem heiligen Stuhle nichts Neues seyn, aus dem Munde einer protestantischen Regierung die geächtete Maxime der Abhängigkeit der Kirche vom Staate zu vernehmen. Der heilige Stuhl fühlt auch das ganz Nutzlose einer Widerlegung, indem er zugleich ruhig auf den reinen Glauben und die beständigen gesunden Principien der katholischen Bevölkerungen in den preußischen Landen bauen kann. Inzwischen erhellt augenscheinlich aus der vom preußischen Cabinet in seiner Erklärung und Denkschrift gemachten Anwendung von der besagten Maxime, aus dem Zusammenhange der darin verkündeten Grundsätze, und aus seinem offen ausgedrückten Entschluß, gemäß denselben sein practisches System in Betreff der katholischen Kirche regeln zu wollen, mit wie vielem Rechte der heilige Vater in seiner Allocution vom 13. September v. J. gegen die Maaßregeln jener Regierung reclamirte, als welche dahin abzweckten, die katholische Bevölkerung der Monarchie vom Mittelpuncte der katholischen Einheit abzulösen, und wie sehr hingegen dieselbe Regierung Unrecht hatte, dergleichen Reclamationen als solche zu rügen, welche nicht einmal die Heftigkeit einer leidenschaftlichen Sprache entschuldigen könne. Denn auf jenen Principien und Maximen läßt sich ein solches System nicht aufbauen ohne die offenbare und bestimmte Tendenz, in der königlichen Regierung den Mittelpunct der kirchlichen Einheit für den ganzen Katholizismus des preußischen Staats zu constituiren, die katholische Bevölkerung Preußens von dem wahren und einzigen Centrum der Einheit, das der römische Papst ist, loszureißen, in der Kirche eine neue, derjenigen, die ihr von ihrem göttlichen Stifter gegeben ist, entgegengesetzte Verfassung einzuführen, kurz, aus dem katholischen Theile der Monarchie eine neue Kirche zu bilden, die jedoch etwas ganz Anderes seyn würde, als eine ka-

tholiſche, indem nicht von der Macht und den Entwürfen der Menſchen die Natur und Form einer von Gott eingeſetzten Kirche abhängt, und die katholiſche Kirche da nicht mehr beſtehen kann, wo man die Prärogative und Rechte ändert und ausſchließt, mit denen ſie von ihrem Stifter bekleidet worden."

„In der That iſt die katholiſche Kirche nach den Abſichten der göttlichen Weisheit unfehlbar eine, und, obwohl über die ganze Welt verbreitet, bildet ſie doch einen einzigen Körper, eine einzige Heerde, eine einzige vollkommene Geſellſchaft durch das Bekenntniß eines und desſelben Glaubens, durch den Gebrauch einer und derſelben Sacramente, durch die Unterordnung unter ein und dasſelbe heilige Regiment. Es beſteht ſonach in der katholiſchen Kirche eine wahre Macht in Gegenſtänden der Religion — eine Macht, ganz verſchieden von derjenigen, die in bürgerlichen Dingen den Vorſitz führt, eine in ihrem Bereich höchſte Macht und weſentlich unabhängig von jeder irdiſchen Herrſchaft, eine Macht, die als ſolche alle die Rechte in ſich vereinigen muß, die zu dem Endzweck ihrer Einſetzung nothwendig ſind, und insbeſondere die, Geſetze zu geben, zu richten und zu ſtrafen. Gewiß, der Sohn Gottes, von ſeinem ewigen Vater in die Welt geſendet, um ein neues Volk zu bilden, erfüllte ſeine Sendung, und gründete die Religion ohne irgend eine Abhängigkeit von der weltlichen Autorität. Und weit entfernt, den Herrſchern der Erde den Schatz der Offenbarung anzuvertrauen und ſeine Vollmachten mitzutheilen, wählte er zu ſeinem großen Werke die Apoſtel, ihnen vorausſagend und ſie ermunternd, mit Geduld zu ertragen den Haß, die Widerwärtigkeiten, die Verfolgungen, die ihnen von Seite der weltlichen Mächte bevorſtanden — jene Verfolgungen, inmitten und trotz derer in Wahrheit die Kirche gegründet, fortgepflanzt, befeſtigt ward. Nicht die Fürſten und Könige der Erde, ſondern die Biſchöfe ſind vom heil. Geiſte geſetzt, die Kirche Gottes zu regieren. Ueberdieß hat die Kirche durch göttliche Einſetzung einen oberſten Meiſter, ein gemeinſames Centrum, ein allgemeines Oberhaupt, das in der Fülle der Autorität ſie lenkt und regiert. Dieſes allgemeine Oberhaupt, dieſer gemeinſame Mittelpunct, dieſer oberſte Meiſter iſt der römiſche Papſt, welchem Jeſus Chriſtus in der Perſon des Apoſtelfürſten, des heil. Petrus, die Gewalt der Schlüſſel anvertraut, das Primat der Ehren zugleich und der Jurisdiction über die ganze Kirche übertragen, nicht allein das Recht gegeben, ſondern auch die ſtrengſte Pflicht auferlegt hat, zu weiden die Lämmer und die Schafe, die Gläubigen nämlich und die Hirten ſelbſt, und zu beſtätigen ſeine Brüder, wo immer ſie über die Erde zerſtreut ſind. Darum gibt es keinen Theil der katholiſchen Welt, in Bezug auf welchen die heilige höchſte Macht des römiſchen Papſtes eine fremde genannt werden könnte. Die mit ſeinem Primat nothwendig verknüpften Rechte erſtrecken ſich auf jede Nation, Staat, Reich, wo nur Katholiken des Unterrichts in der Lehre, der Regelung in der Disciplin bedürfen. Nun ſind alle dieſe Prärogative und Rechte, aus denen die göttliche unwandelbare Verfaſſung der katholiſchen Kirche entſpringt, in offenbarem Widerſpruch mit den Principien und Maximen, welche die preußiſche Regierung in ihrer Erklärung und Denkſchrift behauptet, und nach denen ſie die Ausübung ihrer Macht gegen ihre katholiſchen Unterthanen regeln zu wollen erklärt. Und in der Anwendung ſolcher, der Natur, dem Weſen und den urſprünglichen Prärogativen der katholiſchen Kirche entgegengeſetzten Grundſätze, Maximen und Regeln findet die katholiſche Kirche, weit entfernt, darin eine Bürgſchaft ihrer Exiſtenz und Wohlfahrt zu ſehen, vielmehr eine wahre Sclaverei, abzweckend auf die Zerſtörung des Katholizismus in jenem Reiche."

„Indeſſen, wenn es dem heiligen Stuhle nicht unerwartet kommt, daß eine proteſtantiſche Regierung die Maxime der Abhängigkeit der Kirche vom Staat verkündet, ſo muß er doch darüber höchſt erſtaunt und betrübt ſeyn, daß eine Maxime mit allen in der Erklärung und der Denkſchrift der preußiſchen Regierung daran geknüpften Folgeſätzen vollzogen werden ſoll im Namen und auf das Anſehen eines Königs hin, der unter ſeinem Scepter über fünf Millionen katholiſcher Unterthanen vereinigt, und welcher, ſo wie er in ſeinen alten oder neu erworbenen Staaten die katholiſche Kirche befeſtigt und verbreitet vorgefunden, alſo ſich auf die feierlichſte Weiſe verpflichtet hat, dieſelbe unberührt und unverletzt aufrecht zu halten nach den Grundſätzen, der Verfaſſung und der Form, in welcher er ſie gefunden, und nicht nach einer neuen Form, die er ſelbſt zu geben ſich berechtigt glaubt. Und in Wahrheit, wenn einerſeits die Katholiken in ihrem Gewiſſen ſtreng gehalten ſind, ihr Benehmen mit den weſentlichen Grundſätzen ihrer Kirche übereinſtimmend zu machen, und wenn andererſeits der Monarch von Preußen ihnen das Bekenntniß und die Ausübung ihres Glaubens verbürgt hat: kann es dann der Gerechtigkeit, dem Geradſinn, dem heiligen Wort Sr. Majeſtät gemäß ſeyn, ſie zu Handlungen gegen eben dieſe Principien zu verbinden und zu fordern, daß ſeine katholiſchen Unterthanen in Religionsſachen nicht die Geſetze der Kirche, ſondern die des Staates befolgen, daß ſie nicht den Hirten und Kirchenobern, ſondern der weltlichen Regierung gehorchen, daß ſie die Bande durchaus weſentlicher Abhängigkeit von ihrem höchſten Oberhaupt zerreißen, mit ihm keinerlei Verkehr ohne die Vermittlung des Staats pflegen ſollen?"

Der heilige Stuhl beabſichtigt keineswegs, ſeine Macht in einer, mit den Rechten des Landesherrn unvereinbarlichen Weiſe auszudehnen. Die preußiſche Regierung iſt es vielmehr, die ſich der unveränderlichen Verfaſſung der Kirche, und ſelbſt den feierlichen Verträgen zuwiderlaufende Rechte,

anmaßt. Das Oberhaupt der katholischen Kirche will keineswegs in andern Staaten die gesetzgebende Gewalt außerhalb der Sphäre ihrer kirchlichen Attribute in Anspruch nehmen. Das preußische Cabinet ist es vielmehr, welches ihm öffentlich das Recht der Gesetzgebung in Religionssachen streitig macht, da es keinen Anstand nimmt, dasselbe selbst in Bezug auf den Katholizismus und die kirchlichen Angelegenheiten des Reiches als eine fremde Macht zu bezeichnen. Der heilige Vater vertheidigt bloß die seinem göttlichen Primat wesentlich inhärenten Rechte; Rechte, deren Unverletzlichkeit er eifrigst aufrecht zu erhalten, berufen; Rechte, die, weil sie zu Gunsten der Kirche bewilligt, zugleich Pflichten sind, für deren treue Erfüllung er Gott verantwortlich ist."

„Aus allem diesem erhellt die Gerechtigkeit der in den beiden päpstlichen Allocutionen vom 10. December 1837 und 13. September 1838 enthaltenen Reclamationen sowohl, als die Nothwendigkeit, in welcher sich der päpstliche Stuhl gedrungen sieht, dieselben abermals in Bezug auf dasjenige zu wiederholen, was für die Freiheit und Autorität der Kirche in der Erklärung und der Denkschrift der preußischen Regierung Irriges und Injuriöses enthalten ist, und zugleich zu erklären, daß, wenn dieselbe auf kein einziges ihrer vorgeblichen Rechte verzichten will, er noch viel weniger den heiligen Obliegenheiten seines höchsten Amtes und allgemeinen Apostolates etwas vergeben kann."

„Nach allem dem kann der heilige Stuhl auch nicht umhin, auch nur den leisesten Verdacht, als begünstige er Gefühle und Absichten, die dem Grundsatze vollkommener Unterwürfigkeit und des Gehorsames der Unterthanen gegen ihren Fürsten nicht ganz entsprechen, mit Abscheu von sich zu weisen. Hier aber thut es Noth, den richtigen Begriff der Frage, welche vorzüglich zu den unliebsamen Wirren zwischen dem heiligen Stuhle und dem preußischen Cabinete hinsichtlich der gemischten Ehen Anlaß gab, zurückzurufen und ein- für allemal festzustellen. Nachdem Se. Heiligkeit Papst Pius VIII. durch die ausdrücklichen Concessionen des bekannten Breve vom 25. März 1830 hinsichtlich der besagten Ehen, welche bestimmen, daß im westlichen Theile des Königreichs Preußen dieselben ohne vorausgängiges Versprechen der katholischen Erziehung aller Kinder dürfen eingegangen werden, seinerseits die Legitimität der Successsion und Leibeserben gesichert hatte, und somit allem dem Fürsorge geschehen war, was in dem fraglichen Gegenstande mit dem öffentlichen und Privatinteressen der bürgerlichen Einrichtungen in Zusammenhang steht; nachdem auch der Erzbischof von Köln die pünctliche Beobachtung der in dem besagten Breve enthaltenen Bestimmungen sich hatte angelegen seyn lassen, nun auch der Erzbischof von Gnesen und Posen sich an den heiligen Stuhl wenden wollte um dieselben auch in seiner Diöcese in dem östlichen Theile des Königreichs in Wirksamkeit zu setzen, — ist es klar, daß die Frage das Verhältniß der gemischten Ehen zur bürgerlichen Gesellschaft ganz und gar nicht berührt. Alles beschränkt sich somit auf den Punct der Mitwirkung und der Assistenz von Seite des katholischen Clerus. Es kommt nur noch darauf an, ob in Ermanglung der, von jeher von der Kirche solchen Ehen vorgeschriebenen Bedingungen, der Clerus ihnen die eheliche Einsegnung geben, und auf diese Weise thätig an einer Handlung Theil nehmen könne, die er nach den unerschütterlichen katholischen Grundsätzen für unerlaubt ansehen muß. Hier tritt die Frage rein ins geistliche und kirchliche Gebiet ein. Wem soll aber in einer Frage von solcher Beschaffenheit das Recht der Entscheidung zustehen; der katholischen Kirche, oder der protestantischen, weltlichen Regierung? Wornach hat sich die katholische Geistlichkeit zu richten: nach dem, was die Kirche ihr auferlegt, und was sie zu allen Zeiten vorgeschrieben, oder nach dem, was der Staat verlangt und vorschreibt? Und wer kann des Gewissenszwanges und der Verletzung der Freiheit beschuldigt werden: der heilige Stuhl und die Bischöfe, die in Erfüllung ihrer heiligen Pflicht von der katholischen Geistlichkeit verlangen und ihr vorschreiben, daß sie sich nach der Lehre und den Einrichtungen der Kirche richte, oder vielmehr das preußische Cabinet, welches mit Drohungen und Maaßregeln der Strenge von dem Clerus verlangt, daß er sich den Staatsgesetzen füge?"

„Die katholische Religion bekennt sich nicht nur zu dem Grundsatze vollkommener Anhänglichkeit und Unterwürfigkeit unter die weltliche Gewalt in bürgerlicher Hinsicht, sondern sie stellt ihn sogar auch als Vorschrift auf und schärft die Beobachtung dieser Vorschrift selbst in dem traurigen Falle ein, wenn sie selbst Verationen in religiöser Beziehung ausgesetzt ist. Und der heilige Stuhl, stets eifrigst beflissen, die Grundsätze, wozu sich die katholische Religion bekennt, treu zu bewahren und zu unterstützen, hat dieselben auch stets in Ausübung gebracht. Jede seiner Handlungen, insoferne sie auch nur in der geringsten Beziehung mit diesem Grundsatz stehen, liefert hiezu klare und unumstößliche Beweise. Die Sprache, welche der heilige Vater in seiner Encyclica vom 15. August 1832 an alle Bischöfe der katholischen Christenheit geführt, wie seine andern zu öffentlicher Kenntniß gelangten Schriften, beweisen dasselbe gleichfalls überzeugend. Aber der Grundsatz der Treue und Unterwürfigkeit gegen die weltliche Autorität berechtigt keineswegs zum Ungehorsam und Aufstand gegen die geistliche Gewalt der Kirche. Der Gehorsam gegen Menschen ist nothwendig; vorher aber muß man Gott gehorchen; und man gehorcht ihm, indem man die Gesetze seiner Kirche befolgt, die in Religionssachen ihre Gewalt und ihren Auftrag ausschließlich von Gott erhalten hat. Wenn daher, wie es leider bei den zwischen dem heiligen Stuhle und dem preußischen Hofe obwaltenden Irrungen der Fall ist, die weltliche Macht sich erlaubt, Gesetze und

Vorschriften zu geben, in Religionssachen, die mit den Anordnungen der Kirche in offenbarem Widerspruche stehen, und nun die Katholiken sich vorzugsweise vor den bürgerlichen an die geistlichen Vorschriften halten, vergehen sie sich keineswegs gegen die dem Landesherrn in zeitlicher Hinsicht schuldige Treue, sondern sie genügen vielmehr der großen Obliegenheit: Gott mehr zu gehorchen, als den Menschen. Und das Haupt der Kirche, welches ihr Gott zu ihrer Vertheidigung und Regierung vorgesetzt, reizt, indem es ihre verletzten Rechte reclamirt, in keiner Weise zum Ungehorsam, sondern es vertritt seine heiligen Pflichten. Wenn daher der Ruf seiner Stimme, die es bloß in Erfüllung dieser Pflichten zum Schutz dieser Rechte erhebt, mißverstanden wird und schlimme Folgen in den politischen Verhältnissen daraus hervorgehen sollten, wird es das Oberhaupt der Kirche äußerst schmerzen, es wird dieselben beklagen und laut mißbilligen; aber der gesunde Menschenverstand, die öffentliche Meinung, die unparteiischen Würdiger der Wahrheit, werden entscheiden, ob dieselben ihm zugeschrieben werden können, oder vielmehr denjenigen, die es in die harte Nothwendigkeit versetzen, seine Stimme zu erheben."

„Welches übrigens das Benehmen des heiligen Stuhles sowohl, als des Erzbischofs und der Geistlichkeit von Gnesen und Posen, der preußischen Regierung gegenüber, gewesen, wird aus der Reihe von Thatsachen hervorgehen, welche der heilige Stuhl sich genöthigt sieht, hier begleitet von authentischen Actenstücken mitzutheilen, sowohl um diejenigen „welche besagte Regierung in ihrer letzten Denkschrift anführt, zu erläutern und zu berichtigen, als auch, um darzuthun, ob dieselbe mit Grund in der gleichzeitigen Erklärung behaupten konnte, die päpstliche Allocution vom 13. September 1838 gründe sich größtentheils auf eine ungenaue Darstellung der Thatsachen."

(Fortsetzung folgt.)

Rußland.

Am Tage der Verkündigung des Herrn, am 25. März (6. April), fand die Einweihung der nach dem Brande wiederhergestellten Hofcapelle des Winterpalais Statt. Die Weiheceremonie verrichtete der Metropolit von Kiew und Galitsch, Philareth. Zugegen waren: JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserinn, JJ. kk. HH. die Großfürsten Constantin Nikolajewitsch und Michael Pawlowitsch, die Großfürstinnen Helena Pawlowna, Maria Nikolajewna, Olga Nikolajewna und Alexandra Nikolajewna. Nach der Weihe wurde vom Metropolitan das Hochamt gehalten.

S^r. Majestät der Kaiser haben folgendes Rescript an den Minister des kaiserlichen Hauses, Fürsten Wolkonsky, gerichtet: „Fürst Peter Michailowitsch! Als Ich Ihnen die oberste Leitung der Arbeiten bei der Wiederherstellung des Winterpalais übertrug, war ich vollkommen überzeugt, daß Sie nach Kräften für eine rasche und genaue Ausführung Meines Willens Sorge tragen würden. Aber der Erfolg, eben so unglaublich als glänzend, übertraf alle Meine Erwartungen. Die Arbeiten, im April des vorigen Jahres begonnen, sind mit beispielloser Schnelligkeit fortgesetzt, und in wenigen Monaten beendigt worden und das Haus meiner Ahnen steht schon da, prächtig wiederhergestellt, als ein Denkmahl der Größe Rußlands und des Eifers der Unterthanen. „Eifer vermag Alles," die Hauptarbeit ist vollendet, und Mir wurde das Glück zu Theil, am Feste der Auferstehung des Erlösers die Weihe dieses Gebäudes zu sehen, dieser einstigen Wohnung der für russische Herzen unvergeßlichen Czaren. Um Ihnen und Ihren Mitgenossen bei der Arbeit von Meinem lebhaften Wohlgefallen und Meiner vollkommenen Erkenntlichkeit für Ihre unermüdliche Sorgfalt ein Zeugniß zu geben, übersende Ich Ihnen drei goldene, zur Ehre dieses Tages geprägte und mit Diamanten geschmückte Medaillen, die eine für Sie und die beiden andern für den Oberstallmeister Fürsten Dolgoruky und den Generaladjutanten Kleinmichel, die während Ihrer Abwesenheit Mein Vertrauen so musterhaft gerechtfertigt haben. Solche goldene und silberne Medaillen werden an alle diejenigen vertheilt werden, die bei dem Baue des Winterpalais beschäftigt gewesen sind, so wie an sämmtliche Arbeiter; mögen sie ihnen zur angenehmen Erinnerung dienen an die überstandenen Arbeiten, an das durch ihre vereinten Kräfte wiedergestellte Gebäude und an Meine Erkenntlichkeit. Ich verbleibe Ihnen für immer wohlgewogen. (Dazu hat S^r. Majestät der Kaiser mit Höchsteigener Hand geschrieben: „Und aufrichtig erkenntlich.") S^t. Petersburg, 26. März (7. April) 1839. (Gez.) Nikolaus."

Am russischen Ostersonntage erfolgte auch die feierliche Ueberbringung der Fahnen und Standarten des Gardecorps in das Winterpalais S^r. Majestät, wo sie bis zu dem im Jahre 1837 Statt gehabten Brande gewöhnlich aufbewahrt wurden.

Aus den Bädern des Kaukasus schreibt der Stabsarzt D^r. Conradi, daß zu Pätigorsk am 23. Februar d. J. (wahrscheinlich a. St.) Morgens 4 Uhr die dasige Hauptmineralquelle (Alexandersquell genannt) plötzlich ganz ausgeblieben sei, und zwar habe sich dieses Ausbleiben durch einen Knall, der einem Kanonenschuß glich, angekündigt. Aehnliches sei zwar bereits in den Jahren 1823 und 1830 vorgekommen, doch habe sich damals die Quelle anderwärts gezeigt, was dieses Mal bisher noch nicht der Fall sei.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Mit dem Packetschiffe „Roscius" sind neuere Nachrichten aus Newyork vom 26. März in England eingetroffen. Sie geben größere Garantien, als die bisherigen, für die Erhaltung des Friedens zwischen England und den vereinigten Staaten, besonders deßhalb, weil in der Le-

gislatur von Maine die gemäßigtere Partei im Senate über die kriegslustigen Mitglieder des Repräsentantenhauses den Sieg davongetragen und verschiedene Resolutionen als Antwort auf die früher erwähnte Botschaft des Gouverneurs Fairfield durchgesetzt hat, durch welche derselbe ermächtigt wird, die Truppen von Maine aus dem bestrittenen Gebiete zu entfernen, sobald er die Nachricht erhält, daß auch die brittischen Truppen zurückgezogen sind; zugleich wird ihm aufgegeben, während der Dauer der Unterhandlungen keine ausschließliche Jurisdiction auf jenem Gebiete in Anspruch zu nehmen; und endlich wird der Gouverneur bevollmächtigt, mit dem Gouverneur von Neubraunschweig eine provisorische Uebereinkunft wegen Beschützung des öffentlichen Eigenthums abzuschließen; Alles, wie es in der Einleitung zu dem Beschlusse heißt, um den von der Centralregierung eröffneten Unterhandlungen keine Hindernisse in den Weg zu legen. Die in dem Repräsentantenhause beantragten Resolutionen hatten dagegen jede Convention mit England im voraus verworfen und die Gränzlinie des Tractats von 1783 nöthigenfalls mit Gewalt behaupten wissen wollen. Zu diesen friedlichen Aussichten kommt nun auch die Publicirung der Correspondenz zwischen Sir John Harvey, dem Gouverneur von Neubraunschweig, und Hrn. Fox, dem brittischen Gesandten in den vereinigten Staaten, aus welcher hervorgeht, daß ersterer geneigt ist, der mit Hrn. Forsyth abgeschlossenen Uebereinkunft gemäß zu handeln und seine Truppen zurückzuziehen; nur die Verbindung mit Niedercanada durch das Thal des St. John wird er behaupten. Nichtsdestoweniger sammeln sich doch immer mehr brittische reguläre Truppen in Neubraunschweig. Die Handelsverhältnisse der vereinigten Staaten scheinen sich wieder zu verschlechtern. Die Actien der Bank der vereinigten Staaten sind auf 113 gefallen. Die Ursache soll zum Theil in den Besorgnissen von Krieg, zum Theil aber auch in mehreren Fallissementen der Banken von Illinois liegen; unter den letzteren befindet sich auch die sogenannte Staatsbank von Illinois.

Newyorker Blättern zufolge, hat eine Miß America Vespucci, die in gerader Linie von Amerigo Vespucci abstammt, der bekanntlich der neuen Welt seinen Namen gab, den Congreß in einer Bittschrift ersucht, sie als Bürgerinn der vereinigten Staaten aufzunehmen und ihr eine Strecke Landes abzutreten. Das Gesuch um Naturalisirung wurde jedoch verworfen, weil es gegen die bestehenden Gesetze sei, und die Bitte um Land, weil die Bittstellerinn nicht angeführt habe, ob sie dem Lande Dienste geleistet habe. Es ist jedoch eine National-Subscription eröffnet worden, um Ländereien für sie zu kaufen und sie noch auf andere Weise zu unterstützen.

Niederlande.

Sr. Majestät der König der Niederlande hat der katholischen Gemeinde in Heusden aus dem Staatsschatze eine Unterstützung von 19,000 fl. bewilligt, um an die Stelle der jetzigen Scheunenkirche eine neue Kirche zu erbauen. Auch wurde durch Sr. Majestät der katholischen Gemeinde in Heumen die Ermächtigung zum Bau einer neuen Kirche ertheilt und ihr dazu von Staatswegen der dazu nöthige Grund und Boden angewiesen.

Belgien.

Aus Mons wird vom 16. April gemeldet, daß daselbst an diesem Tage die Wahl eines Repräsentanten an die Stelle des Hrn. Gendebien Statt gefunden habe. Die Bewerber waren Hr. Sigard Goffin, Hr. Delebecque und Hr. Lange. Der erstere erhielt die meisten Stimmen. Hr. Lange, ein vertrauter Freund des Hrn. Gendebien, hatte vor der Wahl an denselben geschrieben. In seiner Antwort kündigte ihm dieser seinen unwiderruflichen Entschluß, sich ganz vom öffentlichen Leben zurückziehen zu wollen.

Dem Wunsche des Königs gemäß, auf dem „Platze der Königinn" eine katholische Kirche aufgeführt zu sehen, hat die Regierung zu diesem Zwecke 200,000 Fr. beizusteuern sich verpflichtet. Der Plan der Kirche ist schon entworfen.

Hr. Passy, der neue Präsident der französischen Deputirtenkammer, ist zu Brüssel geboren. Sein Vater war unter der französischen Regierung Generaleinnehmer des Dyle-Departements.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 22. April meldet: „Se. Majestät der König geruhten am gestrigen Tage dem k. k. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Hofe, Kammerherrn Grafen von Kuefstein, eine Privataudienz zu ertheilen und hatte Se. Erlaucht die Ehre, die von Sr. k. k. Majestät übersandten Insignien des Großkreuzes vom St. Stephansorden Sr. Majestät dem Könige zu überreichen."

Se. Durchlaucht der regierende Herzog von Braunschweig sind am 22. April Nachmittags von Braunschweig in Hannover eingetroffen, und im Fürstenhofs-Palais abgestiegen, woselbst eine Ehrenwache vom Leib-Infanterieregiment aufgestellt war.

Wien.

Am 29. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107¼.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 7/10.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM	65⅞.
Bankactien pr. Stück ——		in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1103.

№ 121

Oesterreichischer Beobachter

Mittwoch, den 1. Mai 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 29. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.538	28 3 8	+ 9.6	W	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.512	28 3 3	+ 13.8	W.	—	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.563	28 3 11	+ 10.2	NW.	—	Wolken.

Spanien.

Nachrichten aus Bayonne vom 18. April zufolge hatte sich General Maroto mit seinem Hauptquartier Bilbao genähert, welches er eng blockiren und ihm alle Verbindung mit der See abschneiden will. Der General Simon Latorre hatte sich am 15. der Brücke von Luchana bemächtigt.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus Madrid vom 13. April: „Fast sollte man glauben, eine Art von Epidemie habe gleichzeitig sämmtliche Cabinete befallen, welche die Quadrupelallianz vertreten. In Paris und Lissabon liegt das Ministerium in den Geburtswehen, das von London fühlt sich seiner Auflösung nahe, und das hiesige leidet an der Auszehrung, und findet schwerlich einen Arzt, der es zu retten vermöchte. Nur glänzende Siege, von der Armee errungen, würden dazu beitragen können, die Existenz des Ministeriums Pita-Alair noch für eine kurze Zeit zu fristen. Es hat aber durchaus nicht das Ansehen, als ob jene erfolgen dürften, da wenigstens jenseits des Ebro keiner der beiden streitenden Theile offensiv verfahren zu wollen scheint, und dießseits desselben der General van Halen bereits den Gedanken aufgegeben hat, Cabrera in seinen Stellungen bei Segura anzugreifen. Auch muß Cabrera eben nicht sehr bedrängt seyn, da er einen Theil seiner Mannschaft bis nach Huerta auf der großen Landstraße zwischen hier und Saragossa entsandte. Durch diesen Umstand wurde ein gestern hier eingetroffener Kurier mehrere Stunden lang in jener Gegend aufgehalten. Die zwischen dem General van Halen und dem „Grafen von Morella" abgeschlossene Uebereinkunft, durch welche die künftigen Verhältnisse der beiderseitigen Gefangenen festgestellt werden, hat, wie sich erwarten ließ, bei den hiesigen Exaltirten großen Anstoß erregt. In der That muß es überraschen, daß gerade die beiden Anführer, welche bisher das Repressaliensystem am unerbittlichsten vollzogen, endlich dahin gebracht werden konnten, einen Vertrag abzuschließen, in welchem die den gegenseitigen Gefangenen zugestandenen Bedingungen noch günstiger lauten, als die, welche in der bekannten Elliot'schen Convention stipulirt sind. Am 6. wurden bereits 334 Carlistische Gefangene von Cartagena nach Valencia eingeschifft, um ausgewechselt zu werden. — Der zum Unter-Generalcapitän von Valencia ernannte Brigadier Infante kam am 5. dort an, und hob am 7. den Belagerungszustand wieder auf, wodurch natürlich der Pöbel nur zur Begehung neuer Excesse veranlaßt werden kann. — Der höchste Kriegsgerichtshof hat, wie es heißt, sein Gutachten dahin abgegeben, daß das Verlangen des Grafen Luchana, den Obersten Cordova wegen eines Zeitungsartikels als der Insubordination schuldig vor ein Kriegsgericht zu stellen, den Gesetzen zuwider sei. Zugleich räth ein ministerielles Blatt dem Obergeneral, nicht die freie Presse, sondern den Feind, der ihm gegenüberstehe, anzugreifen. — Seit der Ankunft des oben erwähnten Kuriers verlautet hier, daß das englische Cabinet dem Grafen Clarendon die Ernennung zum Generalgouverneur von Canada angeboten, dieser aber einen so ehrenvollen Posten ausgeschlagen habe. Die Hoffnung, daß der edle Lord hierher zurückkehren werde, scheint indessen ganz geschwunden zu seyn. Auch Lord Hervey ist noch immer nicht hier eingetroffen."

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 22. April war großer Zudrang auf den Zuhörertribunen. Mehrere fremde Gesandten, so wie viele Damen, waren anwesend, alle provisorischen Minister auf ihren Plätzen. Eine lebhafte Aufregung herrschte bereits vor dem Beginn der Debatten. Der Kriegsminister legte zwei Gesetzentwürfe vor; der erste, einen Supplementarcredit von 200,000 Fr. für Militärpensionen, der zweite die Aushebung von 80,000 Mann für 1838 betreffend. Der Finanzminister überreichte hierauf das Budget für 1839, welches er mit einigen Bemerkungen begleitete. „Wir sind," sagte er unter Anderm, „weder das vergangene noch das künftige Ministerium. Die Kammer wird uns deßhalb ihre loyale Mitwirkung nicht verweigern." (Allgemeine Beistimmung.) Hr. Mauguin, der bekanntlich seine Interpellationen auf diese Sitzung angekündigt hatte, verlangt nun das Wort, welches ihm von Hrn. Monnier de la Sizeranne streitig gemacht wird. Letzterer verlangt die Vertagung der Inter-

pellationen auf eine weitere Woche. Der größte Theil der Kammer zeigt ſich mit dieſem Vorſchlag unzufrieden. Selbſt General Bugeaud will gegen die Vertagung ſprechen. Dagegen ſcheint Guizot dafür. Die Kammer beſchließt mit großer Mehrheit, Hrn. Mauguin Gehör zu geben. Hr. Mauguin: „Die politiſche Kriſe, die auf das Land ihre traurige Wirkung geäußert hat und noch jetzt äußert, iſt ein zu ernſtes Ereigniß, als daß Ihre Pflicht nicht forderte, nach den Urſachen derſelben zu forſchen. Meine erſten Fragen müſſen nothwendig an das hier anweſende Miniſterium gerichtet ſeyn. Alles iſt um uns proviſoriſch, die gegenwärtigen Miniſter ſelbſt haben dieß ſo eben geſagt. Ich frage: kann nun aber Alles Männern ohne Zukunft überlaſſen bleiben?" Hr. Mauguin ſucht hierauf den Miniſtern die Nothwendigkeit darzuſtellen, den Schleier zu lüften, welcher die Wahrheit verberge. (Hr. Dupin verlangt das Wort.) Er geht dann in weitläuftige Details über die verſchiedenen Phaſen der miniſteriellen Kriſe über, und beſchwört den ehemaligen Präſidenten des Cabinets vom 22. Februar, ſich ſelbſt zu erklären. „Es handelt ſich um ſein Intereſſe. Inmitten dieſer Unſchlüſſigkeiten, dieſer Ungewißheiten weiß das ohne Führer gelaſſene Land nicht mehr, wohin es geht, und hegt gerechte Beſorgniſſe über die Zukunft einer Regierung, für welche es eine aufrichtige Anhänglichkeit hat." Am Schluſſe drückt Hr. Mauguin noch den Wunſch aus, daß die Krone ſich nicht compromittirt fände durch das, was ſeit einem Monat Statt gefunden. (Beifall links.) — Hr. Girod de l'Ain, Siegelbewahrer: „Wir ſind aufgefordert worden, Erläuterungen über die gegenwärtige Lage zu geben. Wir wünſchen dieſe lebhaft und freuen uns zugleich, daß die, welche berufen waren, an der gegenwärtigen Kriſe Theil zu nehmen, die Gelegenheit ergreifen können, der Art, wie die Krone ſich hierbei benahm, volle Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen. (Geſchrei und Reclamationen im linken Centrum. Hr. Vivien bewegt ſich unruhig auf ſeiner Bank.) Ich glaube, daß in dem, was ich ſo eben geſagt, nichts Verletzendes liegt. Ich wiederhole daher: wir wünſchen denen, die ich bezeichnet habe, Glück, die Gelegenheit ergreifen zu können, um der Krone über die Art, wie ſie bei dieſer Sache ſich benommen, Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen. (Beifall auf den Bänken des Centrums.) Was das gegenwärtige Cabinet anbelangt, ſo iſt ſeine Miſſion ſo, wie wir ſolche bezeichnet haben. Sie beſteht darin, das Ende der Kriſe zu erleichtern, die Schwierigkeiten zu löſen und die adminiſtrativen Angelegenheiten zu leiten, welche nicht länger mehr im Stocken bleiben konnten. Es iſt eine loyale Miſſion. Wir haben ſolche mit Ergebung, ich will nicht ſagen mit Muth angenommen, denn Muth iſt für eine Handlung der Hingebung, wenn man bloß einige Verläumdungen, die jeder Staatsmann nach ihrem Verdienſte würdigt, hinzunehmen hat, durchaus nicht nothwendig. (Lebhafte Beiſtimmung.) Wir hoffen, daß das Ende unſerer Miſſion, welches ſchon allzu lange verzögert worden, nahe iſt. Was die Acte unſerer Verwaltung anbelangt, ſo unterwerfen wir ſolche der ſtrengſten Unterſuchung." (Beifall.) — Hr. Dupin: „Ich werde diejenigen Erklärungen geben, die jeder von uns, ſo weit als paſſend iſt, geben kann, ohne die Perſonen und die Sachen zu compromittiren. Die erſte Combination, welche aus Gliedern der Coalition beſtand, ſchien mir natürlich. Ich hatte die Coalition nicht gebilligt; da ſie aber triumphirt hatte, ſo war es nothwendig, daß die Miniſter aus ihr hervorgingen. Einige Anträge wurden mir gemacht, allein ich wies ſie ab, denn ich ſah die Majorität nirgends. (Lange Heiterkeit.) Wir haben eine parlamentariſche Kriſe, und das Publicum iſt darüber aufgeregt. Allein das Publicum möge bedenken, daß wir in einer Zeit leben, wo man in Niemanden mehr eine wahre Hingebung findet. Es wird bei ernſtlichem Nachdenken ſich überzeugen, ob alle dieſe Arten von Egoismus nicht auch einige Schuld an dieſer Kriſe tragen, die ich eben ſo ſehr, als irgend Jemand beklage." Hr. Dupin erklärt hierauf, daß er in ein Miniſterium, zu deſſen würdigem Chef der Marſchall Soult erſehen worden, eingetreten wäre, allein ohne Capitulation, ohne irgend einen Vergleich hinſichtlich der Principien, welche ſein Platz im linken Centrum bezeichne. „Keine Corruption!" rief Hr. Dupin. (Beifall links.) „Ich meinerſeits hätte die Juſtizfunctionen nicht zu einer Wahlmünze gebraucht." (Anſpielung auf die vielen Ernennungen während der Wahlzeit.) Die, welche Miniſter um jeden Preis ſeyn wollen, ſcheinen nicht zu erkennen, daß es beſſer ſei abzubrechen, als Conceſſionen zu machen. Dennoch hat man mir jedesmal, wenn die Farbe der Combination gewechſelt, die Ehre erzeigt, ſich an mich zu wenden. (Lange Heiterkeit.) Ich war Anhänger des Programms, welches Meinungsſpaltungen veranlaßte; deßhalb ſtehe ich auch außerhalb jeder Combination. Ich verlange bloß auf dem Platz zu bleiben, wo ich ſitze und zuweilen der Dolmetſcher der Majorität zu ſeyn, wenn ſie mich deſſen würdig hält." — Eine Zeit lang verlangt Niemand das Wort, dann erhebt ſich Hr. Thiers: „Ich habe die Erklärungen nicht veranlaßt. Da ich aber dazu aufgefordert worden, ſo werde ich dieſe mit Wahrheit und aller der Krone ſchuldigen Achtung geben. Ich habe die Gewalt nicht gewünſcht; ich hätte ſie erhalten können, ich habe nicht darnach gegriffen. Meine Meinung habe ich zur Zeit der Wahlen ausgeſprochen. Nachdem ich an dem Sturze der alten Verwaltung gearbeitet, glaubte ich in die neue Verwaltung treten zu müſſen. Allein ich machte Bedingungen bei Annahme der Gewalt, meine Ehre war dabei betheiligt. Dieſe Bedingungen betrafen die Sachen, wie die Perſonen. Ich wollte die Politik des 15. April nicht fortſetzen, ich wollte eine Aenderung derſelben. Die Septembergeſetze, die ich ſelbſt vorgelegt, wollte ich erhalten; nur wollte ich eine

Modification derſelben, hinſichtlich der Definition von Attentaten, welche der Pairskammer übertragen worden. Was die Wahlreform anbelangt, ſo glaube ich, daß dieſe der Zukunft, nicht dem ſich bildenden Cabinet angehört. Viel wichtiger aber als Geſetze zurückzunehmen oder zu machen, ſchien mir der Gang der Verwaltung. Dieſer darf in keiner Hinſicht dem der frühern Verwaltung gleichen. Ich hatte auch für mich volle Freiheit bei der Wahl der Perſonen verlangt, mit denen ich mich hinſichtlich der Rentenfrage umgeben wollte. Ich glaube, daß dieſe ohne Gefahr für das Land gelöst werden kann, und ſehe keine Inconvenienz, die Converſion anzunehmen. Man ſagte mir, daß ich Anhänger des Krieges geweſen; dieß iſt ein Irrthum. Ich habe ſtets den Frieden gewollt, allein den Frieden, mit Vorbehalt, nöthigenfalls Krieg zu führen. Alle großen europäiſchen Fragen ſind beinahe gelöst, es bleibt nur noch die Spaniens, und hinſichtlich dieſer, glaube ich, hat die franzöſiſche Regierung ſich völlig getäuſcht. Ich verlangte für Spanien Unterſtützung durch Waffen und Schiffe, damit wir uns vor dem Schimpfe bewahren, unthätig zu bleiben, während England Opfer aller Art bringt, um die Königinn von Spanien zu retten. Ich habe für das Cabinet, an welchem in Theil nähme, eine volle Freiheit des Handelns in Betreff Spaniens verlangt, und verlange dieſe noch." Die miniſterielle Kriſe berührend, erklärt Hr. Thiers, daß er kein anderes Portefeuille als das der auswärtigen Angelegenheiten annehmen werde, nicht etwa aus Ehrgeiz, ſondern weil man geſagt habe, die fremden Mächte würden ihn ungern an der Spitze dieſes Departements ſehen. „Dieß ſind," fährt Hr. Thiers fort „meine Bedingungen hinſichtlich der Sachen, nun komme ich zu den Bedingungen, die Perſonen betreffend. Ich ſollte an zwei Combinationen Theil nehmen. Die erſte ſollte alle Nuancen vereinigen, welche die Verwaltung des 15. April bekämpft hatten. Hr. Guizot und ſeine Freunde ſollten eintreten. Da Hr. Odilon-Barrot Präſident der Kammer werden ſollte, ſo verlangte dieſer nicht daran Theil zu nehmen; ich hatte keine Verpflichtung gegen ihn; indeß ſchien ſeine Präſidentenwahl mir eine Nothwendigkeit. Bei der zweiten Combination ſollte das Cabinet allein aus Mitgliedern des linken Centrums beſtehen; ſie beruhte auf minder breiter Baſis, war weniger ſtark, aber konnte doch genügen. Die Präſidentſchaft des Hrn. Barrot war dabei keine Nothwendigkeit mehr, ſondern bloß eine Convenienz." Der Redner geht nun in die Unterhandlungen ein, welche Statt gefunden, um die Bildung eines Cabinets mit Hrn. Guizot zu Stande zu bringen. Er ſagt, wie er und ſeine Freunde bewogen worden, das Programm zu verfaſſen, welches veröffentlicht wurde.... In dieſem Augenblick läßt der Marſchall Soult dem Hrn. Thiers zwei Briefe überreichen, damit dieſe in der Kammer verleſen würden. Im erſten dieſer Briefe zeigte Hr. Thiers dem Marſchall an, daß er in ſeine Combination nicht mehr eintreten wolle. „Ich habe," ſchrieb er „um mit Ihnen zu dienen, Opfer gebracht, die ich nicht bereue. Ich wäre erfreut geweſen, Ihr College zu werden, allein ich ſah Schwierigkeiten, die mir die Theilnahme völlig verleiden." — Im zweiten Schreiben meldet der Marſchall Hrn. Thiers, die Krone nehme ſeine Dienſte zu den in dem Programm dargelegten Bedingungen an. „Dennoch," fügt Hr. Thiers bei, „glaubte ich auf meiner Weigerung beharren zu müſſen, weil ich es für nothwendig hielt, daß unſere Seemacht der engliſchen Flotte gegenüber (in der ſpaniſchen Sache) nicht unthätig bleibe, und ich wußte, daß ich hinſichtlich dieſes Punctes nichts erlangen würde." Der Redner erzählte, daß er bei einer Unterredung, die in ſeinem Hauſe Statt gefunden, dem Marſchall Soult verſichert habe, er ſtrebe nicht nach der Präſidentſchaft des Conſeils, ſondern begnüge ſich unter des Marſchalls Vorſitz mit dem Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten, vorausgeſetzt jedoch, daß das Programm zugeſtanden, und daß die Kammerpräſidentſchaft des Hrn. Barrot als eine paſſende und den Intereſſen des Landes nützliche Wahl angenommen würde. „Seitdem," ſagt Hr. Thiers am Schluſſe, „bin ich allen Combinationen fremd geblieben, mit Ausnahme der des Hrn. Paſſy, in die ich, trotz meiner Abneigung, wiewohl nur als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, eingetreten wäre. Ich habe viel Bitteres erfahren, allein der Staatsmann muß alle dieſe Unannehmlichkeiten im Intereſſe des Landes vergeſſen." Die Sitzung wurde kurze Zeit ſuspendirt. Hr. Calmon erſetzte Hrn. Paſſy (der an der Debatte Theil nehmen zu wollen ſchien) auf dem Präſidentenſtuhl. — Gegen 5 Uhr ward die Sitzung fortgeſetzt. Hr. Thiers: „Ich muß um Entſchuldigung bitten, daß ich noch einmal auf der Tribune erſcheine. Ich habe eine Thatſache anzuführen vergeſſen. Nach Verwerfung der Combination des linken Centrums am 27. März wurde ich berufen, und die Krone gab mir Vollmacht, ein Cabinet zu bilden. Ich legte folgende Erklärung in die Hände des Königs: „Vor zwölf Tagen hätte ich dieſe Miſſion auf mich genommen, heute kann ich es nicht mehr. Die Lage iſt eine ganz andere geworden. Uebrigens bin ich bereit, mich dem Dienſte des Königs zu weihen und nehme von Neuem die Präſidentſchaft des Marſchalls Soult in einer Combination des linken Centrums an." — Hr. Guizot wendet ſich nach der Tribune. Lebhafte Aufmerkſamkeit. Mit einer, noch von ſeiner letzten Krankheit ſchwachen Stimme erklärt er, das Wort des Räthſels für die gegenwärtige Lage liege allein in dem Gleichgewicht und der Unſchlüſſigkeit der Parteien. Er ſeinerſeits ſei bereit geweſen, an einem Miniſterium Theil zu nehmen, das aus der ganzen, aus der großen Coalition hervorgegangen wäre, d. h. aus beiden Abtheilungen des Centrums. Unter dieſer Bedingung hätte er auch der Präſidentſchaft Odilon-Barrots zu-

gestimmt. Aber man habe seiner (Guizots) Partei zwei Portefeuilles angeboten, die der directen Leitung der Landesangelegenheiten fremd seien. Dieß hätten er und seine Freunde von sich gewiesen. Er zähle sich immer noch zu den Conservativen zu den wahrhaft Erhaltenden. Gegen diese aber habe die Linke Vorurtheile und Abneigungen gezeigt, woraus nothwendig Hindernisse hätten hervorgehen müssen. Die Krone habe ihn zweimal zu Rath gezogen, und er habe den König vollständig geneigt gefunden, jede parlamentarische Combination anzunehmen. „Was mich betrifft (fährt Guizot fort), so kann ich in eine compromittirende Allianz mit der Linken nicht eintreten. Dieß hieße meine Vergangenheit verläugnen, meine Grundsätze aufgeben. Meiner Ansicht nach sind nur zwei Cabinete möglich: eines aus dem linken Centrum, unterstützt von der Linken, oder eines aus den beiden Centren. Ein Cabinet des linken Centrums hätte den Nachtheil, mit der conservativen Partei im Mißklang zu stehen." — Nach Hrn. Guizot nahm der Marquis de Dalmatie (Sohn des Marschalls Soult) das Wort, um seinen Vater gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß er die Mitglieder der verschiedenen Parteien, die ins neue Ministerium treten sollten, zu vereinigen und dem Lande eine Administration zugeben gesucht habe, von der die Mehrheit der Kammer nichts wissen wolle. — Schließlich gab Hr. Passy noch einige Erläuterungen über die bei den verschiedenen Ministerialcombinationen Statt gefundenen Unterhandlungen. Er erklärte, das Programm sei von der Krone angenommen worden, und dieses Programm sei durchaus kein Hinderniß der Bildung eines Cabinets gewesen. „Es ist von Wichtigkeit," so schloß er seinen Vortrag, „daß die Wahrheit bekannt werde, und ich für meinen Theil erkläre, daß ich mit Leidwesen gesehen habe, wie die Presse, schlecht unterrichtet, die Ursachen der successiven Auflösungen der Cabinete der Krone zur Last legen wollte. Die Krone hat seit dem 23. März nicht die mindeste Schwierigkeit, weder über die Personen noch über die Sachen, erhoben." — Die Sitzung wurde um halb 7 Uhr aufgehoben und der weitere Verfolg der Interpellationen auf den folgenden Tag ajournirt.

Am 22. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 30. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 25. — Am 23. April 2 Uhr Nachmittag 5Percents 110 Fr. 90. 3Percents 81 Fr. 45.

Päpstliche Staaten.

Nachstehendes ist der weitere Verfolg der (im gestrigen Blatte abgebrochenen) rechtlichen und factischen Darstellung ꝛc. aus dem Diario di Roma vom 20. April:

„Preußen, welches sich seit 1742 im Besitze von Breslau, nebst andern Theilen Schlesiens befand, vereinigte die Dioceſen von Ermeland und Culm im Jahre 1772, und die von Gnesen und Posen im Jahre 1793 mit den östlichen Provinzen seiner Monarchie."

„In den verschiedenen zu Berlin am 28. Juli 1742, zu Warschau am 18. September 1773, und zu Grodno am 25. September 1793 feierlich geschlossenen Tractaten, garantirten die preußischen Monarchen den katholischen Unterthanen die vollkommen freie Ausübung ihrer Religion, nebst allen Kirchen und Gütern, in deren Besitz sie sich befanden; und erklärten zu gleicher Zeit, auch für ihre Nachfolger, daß sie nie die sogenannten Souverainetätsrechte zum Nachtheile des gegenwärtigen Zustandes der katholischen Religion in den Ländern, welche kraft der obenerwähnten Tractate unter ihre Herrschaft kamen, ausüben wollte." (Document Nr. I.)"

„In den erwähnten Dioceſen, wie in allen übrigen des Königreichs Polen, befand sich für die Einsegnung der gemischten Ehen die von Benedict XIV. heil. Gedächtnisses unterm 29. Juni 1748 an den Primas, die Erzbischöfe und Bischofe des gedachten Königreichs erlassene Constitution — Magnae nobis admirationis — in Kraft. Durch diese Constitution wurden, nach Vorschrift der unabänderlichen und allgemeinen Disciplin der katholischen Kirche, sämmtlichen Bischöfen über den Gegenstand die nothwendigen Cautelen eingeschärft und vorgeschrieben, und zwar: ne conjux Catholicus ab Haeretico perverti posset; quin potius ille teneri se sciret ad hunc pro viribus ab errore retrahendum; tam etiam ut proles utriusque sexus ex eo matrimonio procranda in catholicae religionis sanctitate omnino educaretur. Uebereinstimmend mit diesen apostolischen Vorschriften waren gleichfalls die in den Particular-Synoden der vorbesagten Dioceſen aufgestellten Regeln. (Document Nr. II.)"

„Kaum waren jene Provinzen der preußischen Monarchie einverleibt, als man augenblicklich die Beobachtung der Disciplin der Kirche in Gefahr sah, indem der Berliner Hof, in offenbarem Widerspruch mit den verliehenen Garantien, gar bald eine Erklärung erließ, worin vorgeschrieben wurde, daß bei gemischten Ehen die Söhne in der Religion des Vaters und die Töchter in der Religion der Mutter erzogen werden sollten; wodurch die Bedingung, welche die Kirche hinsichtlich der Kinderziehung fordert, ausgeschlossen wurde [1]). Der Erfolg war jedoch noch nicht sicher genug, um die Absichten der gedachten Regierung zu befriedigen, da bei jeder gemischten Ehe noch immer ein Theil der Kinder in der katholischen Religion erzogen wurde. In der Ueberzeugung jedoch, daß bei solchen Ehen der Vater meisten-

[1]) Der ehemalige Bischof von Culm, Msgr. Maner, drückt sich in seiner an die heil. Congregation del Concilio am 9. December 1773 (d. h. drei Monate nach oben erwähntem Warschauer Tractat) über den Zustand der Dioceſe eingeschickten Berichte folgendermaaßen aus: Ad praesens nullae interponi et suscipi possunt conditiones antematrimoniales respectu educandae prolis; prodiit Declaratio recens Annae Berolinensis, quod infantes ex parentibus diversae religionis nati secundum sexum suorum parentum fidem tenere debent usque ad annos discretionis.

theils akatholisch seyn würde, wurde unterm 21. November 1803 eine andere königliche Erklärung erlassen, in welcher festgesetzt wurde, daß die ehelichen Kinder stets in der Religion des Vaters zu erziehen seien, und daß keiner der Ehegatten den andern durch irgend einen Vertrag verpflichten dürfe, sich von diesen gesetzlichen Vorschriften zu entfernen [1])."

„In Folge der politischen Ereignisse in Europa wurden die Diöcesen von Gnesen und Posen späterhin zu dem im Jahre 1807 errichteten Herzogthume Warschau geschlagen. Dadurch verloren die preußischen Anordnungen ihre Kraft in besagten Provinzen, und es wurde das System der Civilregister im Sinne des Code Napoleon eingeführt. Während dieser Epoche stand es einerseits den Contrahenten vollkommen frei, sich die eheliche Einsegnung zu verschaffen, aber auch die katholischen Priester konnten sich andererseits ohne das mindeste Hinderniß von Seite der Civilbehörde streng an die Lehre und Disciplin der katholischen Kirche halten."

„Im Jahre 1815 kam Preußen, in Folge des Tractats von Wien, wieder in den Besitz der obgedachten Provinzen, unter dem Titel eines Großherzogthums Posen. Hier geschah es, daß durch königliches Manifest vom 15. Mai zu Gunsten der katholischen Einwohner die feierlichen Versprechungen, daß ihre Religion in ihrer Integrität aufrecht erhalten werden sollte, erneuert wurden. Aber in neuem Widerspruche mit jenen Versprechungen, säumte die preußische Regierung nicht, die in der Erklärung vom 21. November 1803, hinsichtlich der Kindererziehung bei Ehen unter Personen verschiedenen Glaubensbekenntnisses enthaltenen Anordnungen wieder in Kraft zu setzen."

„Solchergestalt wurde den katholischen Bräuten jede Freiheit, bei der Heirath die Bedingung zu stellen, sämmtliche Kinder katholisch zu erziehen, benommen, und gleichfalls verhindert, daß die Pfarrer vor der Ehe diese Bedingung fordern konnten. Die königliche Regierung war es demnach, welche dem verwerflichen Mißbrauche ein weites Feld eröffnete, den gemischten Ehen ohne die in Rede stehende Bedingung die kirchliche Einsegnung zu gewähren. Dieser Mißbrauch konnte jedoch, da er den unwandelbaren Grundsätzen und Vorschriften der Kirche schnurstracks zuwiderläuft, niemals eine gesetzliche Observanz oder Praxis begründen, die im Stande gewesen wäre, im Wege der Verjährung dasjenige abzuschaffen, was die katholische Religion in dieser Beziehung in hohem Grade Heiliges lehrt, verordnet und in Ausübung bringt."

„Uebrigens ist es nicht einmal wahr, wie die Regierung in dieser Hinsicht behauptet, daß der Gebrauch, die gemischten Ehen ohne die erforderlichen Bedingungen einzusegnen, seit langer Zeit und allgemein in der Erzdiöcese von Gnesen und Posen beobachtet worden. Eine Masse von authentischen Documenten, welche, bei flüchtiger Durchlesung der Kirchenbücher sich beinahe auf die Zahl von tausend belaufen [2]) und der Regierung selbst vorgelegt worden sind, widerlegt hinlänglich eine solche Behauptung. Es geht in der That aus diesen Documenten hervor: daß die allgemeine Praxis jener Diöcesen vielmehr standhaft den Grundsätzen und Vorschriften der Kirche gemäß gewesen ist; daß bis auf die neuesten Zeiten und selbst unter der preußischen Regierung die gemischten Ehen von den katholischen Priestern, ohne die vorhergegangene Bedingung der katholischen Erziehung sämmtlicher Kinder, nicht eingesegnet worden sind; daß demnach die angebliche gegentheilige Praxis, die Einsegnung, auch in Ermanglung der besagten Bedingung, zu gewähren, durchaus grundlos ist, und sich vielmehr einzig und allein auf einen bloßen Mißbrauch beschränkt, der sicherlich nicht die beständige allgemeine Observanz der kirchlichen Disciplin zerstören kann [3])."

„Und noch viel weniger ist es der Fall, daß der angebliche Gebrauch, die gemischten Ehen ohne die Bedingungen einzusegnen, frei gewesen wäre, in dem Sinne nämlich, daß er freiwillig von der katholischen Geistlichkeit eingeführt worden; und vielmehr von Seite dieser Geistlichkeit das Resultat genauer Kenntniß und weiser Erwägung aller in jenen Ländern von gemischter Bevölkerung Statt findenden Lebensverhältnisse gewesen seyn sollte, wie das preußische Cabinet in seiner letzten in der Staatszeitung von Berlin bekannt gemachten Denkschrift behauptet. Die Strenge und Beharrlichkeit, womit die Civilbehörden, selbst unter Androhung von Strafen, entweder bei den Contrahenten auf genaue Befolgung der königlichen Erklärung vom 21. November 1803 oder bei den katholischen Pfarrern auf Vollziehung der kirchlichen Ceremonien, auch in Ermanglung der vorgeschriebenen Bedingungen gedrungen haben, sind hinlänglich bekannt. Und die allgemeine Beunruhigung der Gewissen, die unter den gegenwärtigen beklagenswerthen Umständen mit Einem Male die katholische Geistlichkeit von Gnesen und Posen bewogen hat, Licht und Rath beim eigenen Erzbischofe zu suchen, beweist übrigens augenscheinlich, daß der in Rede stehende Mißbrauch, da, wo er sich eingeschlichen, nur die Wirkung des Irrthums, der Schwäche oder der Unwissenheit Einzelner gewesen ist, in welche ein Theil der Geistlichkeit unter den verschiedenen Veränderungen und Gesetzgebungen um so leichter verfallen war, je mehr von Seite der Regierung jeder Weg der freien Communication mit dem apostolischen Stuhle stets verschlossen wurde [4])."

„Eben so wenig kann mit Wahrheit gesagt werden, den, daß der gegentheilige Gebrauch von den verstorbenen Erzbischöfen von Gnesen und Posen, Msgr. Gorczensky und Msgr. Wolicki, und auch von dem gegenwärtigen Erzbischofe Msgr. Dunin bestimmt anerkannt worden sei, weil letzterer, während er Capitelverweser war, eine au-

[1]) Darlegung des heil. Stuhles vom 4. März 1838. Document Nr. 1. S. 25.

[2]) So äußert sich Msgr. Dunin in seiner in der Münchener politischen Zeitung vom 1. Februar 1839 bekannt gemachten Erklärung.

[3]) Was in Bezug auf das Erzbisthum Gnesen und Posen gesagt worden ist, ist genau derselbe Fall auch in der Diöcese von Ermeland und Culm, wie aus den Hirtenbriefen hervorgeht, welche die respectiven Bischöfe an ihre Geistlichkeit, ersterer aus Frauenburg am 19. April, letzterer aus Pelplin unterm 1. September 1838 erlassen haben.

[4]) Ein Gleiches ist nicht bloß von Seite der Geistlichkeit der beiden Diöcesen von Culm und Ermeland, sondern auch der Diöcese von Breslau geschehen, welche, indem sie in einer Eingabe an den Bischof, den Irrthum, in den sie durch die Drohungen der Staatsgewalt und durch die Täuschungen des protestantischen Philosophismus und Philanthropismus gefallen zu seyn bekennt, nicht unterlassen hat, den eigenen Hirten aufzufordern, durch seine Autorität und seinen Einfluß dazu beizutragen, daß in den preußischen Staaten der Zwang gegen die Katholiken in Religions- und Gewissenssachen aufgehoben oder wenigstens gemildert werden möge.

thentische Erklärung über die Existenz dieser Praxis ausstellte. Die preußische Regierung kann die energischen Vorstellungen nicht vergessen haben, welche seiner Zeit von den katholischen geistlichen Behörden jener Provinzen gegen ihre Gesetze in Bezug auf die gemischten Ehen gerichtet worden waren, ohne je von ihr die verdiente Berücksichtigung erlangt zu haben [1]). Es ist ferner in den Archiven der erzbischöflichen Curie weder irgend ein Act vorhanden, noch wird von der Regierung selbst ein solcher producirt, aus welchem erwiesen werden könnte, daß die beiden obgenannten verstorbenen Erzbischöfe die angebliche Praxis förmlich als rechtmäßig anerkannt hatten. Andererseits war ihre vollkommene Anhänglichkeit an die Grundsätze und Vorschriften der katholischen Kirche stets bekannt; und endlich, welche Nachgiebigkeit über den Punct, von dem es sich handelt, man ihnen auch beimessen mag, so konnte sie in keiner Weise einen so verwerflichen Mißbrauch bei der Ausspendung eines Sacramentes rechtfertigen. Was übrigens insbesondere Msgr. Dunin betrifft, so ist zu bemerken, daß er in den letzten Tagen des Decembers 1829 zum Capitelverweser erwählt wurde; daß unmittelbar darauf am 20. Jänner 1830 das obenerwähnte Certificat von ihm gefordert wurde; und daß er sich in demselben, ohne den inneren Werth der angeblichen Praxis im mindesten zu berühren, einzig und allein auf das Factum beschränkte, dessen Allgemeinheit er selbst in den späteren Erklärungen an die Regierung mit der Bemerkung in Abrede stellte, daß ihm bei Ausstellung des Certificats genaue Informationen fehlten; da man ihm nicht einmal die erforderliche Zeit ließ, sich selbe von den Dechanten der Erzdiöcese zu verschaffen."

„So standen die Sachen, als endlich im Jahre 1834 von Seite der preußischen Regierung das bekannte Breve in Umlauf gesetzt wurde, welches Pius VIII. heil. Gedächtnisses unterm 25. März 1830 an den Erzbischof und die Bischöfe der rheinischen und westphälischen Diöcesen erlassen hatte [2]). Bei diesem Anlasse mußte im Allgemeinen die ganze katholischen Geistlichkeit in den Diöcesen von Gnesen und Posen augenblicklich gewahr werden, daß die uralte Vorschrift der katholischen Kirche über die gemischten Ehen von Seite des apostolischen Stuhles durchaus keine Abänderung erlitten habe, und daß demnach die eingeschlichenen Abweichungen ein grober Irrthum, eine schwere Sünde gegen Gott und sein heiliges Wort, eine Verletzung des unverbrüchlichen katholischen Glaubens, kurz, ein aufs Spiel Setzen des ewigen Heiles der Katholiken, die daran Theil hatten, waren [3]). Es gelangten daher von Seite der Geistlichkeit selbst unzählige Bitten mündlich und schriftlich an den Herrn Erzbischof, welcher nach reifer Ueberlegung, da er sah, daß sich die bürgerlichen Gesetze den Grundsätzen und Vorschriften der Kirche schnurstracks entgegenstellten, sich entschloß, bei der Regierung alles Mögliche aufzubieten, um eine so leidige Collision zu beseitigen, wobei er sich glücklich schätzte, die Last und Schwierigkeit eines an Gehässigkeit und Bitterkeiten so fruchtbaren Unternehmens zum Nutzen seiner Diöcese allein auf sich zu nehmen [4]). Aber der Geist der Versöhnung und der Klugheit, den sich der Prälat bei seinem Benehmen in einer so schwierigen Angelegenheit zur Richtschnur nehmen wollte, bewog ihn endlich, die Erlaubniß der Regierung und des Königs bei Gegenständen anzusuchen, hinsichtlich deren die geistliche Behörde durchaus unabhängig von der Staatsbehörde ist. Und gerade um besagtes Verfahren des Erzbischofs hervorzuheben, werden bei der unten folgenden auf die respectiven Documente gestützten Auseinandersetzung seine eigenen authentische Ausdrücke gebraucht werden." (Forts. folgt.)

[1]) Es ist dem heil. Stuhle bekannt, daß die Einsegnung der Ehen von Soldaten, obgleich beide Theile katholisch waren, einmal auch von der preußischen Regierung den protestantischen Feldcaplänen übertragen wurde, und daß der Erzbischof Raczynski die lebhaftesten Vorstellungen gegen solche Anordnungen und gegen andere legislative Acte in Religionssachen richtete; aber stets ohne Erfolg.

[2]) Siehe die Darstellung des heiligen Stuhles vom 4. März 1838. S. 5.

[3]) In diesen Ausdrücken wurden die Gesinnungen der Geistlichkeit von Msgr. Dunin Sr. Majestät in dem Schreiben vom 31. October 1837, welches gehörigen Orts mitgetheilt werden wird, ausgedrückt.

[4]) Dieß erklärt der Herr Erzbischof gleich im Eingange des am 30. Jänner 1838 an die Geistlichkeit von Gnesen und Posen erlassenen Rundschreibens, welches weiter unten erwähnt werden wird. Aus diesem Rundschreiben und aus dem obenerwähnten Schreiben vom 31. October 1837 ist alles dasjenige hauptsächlich entnommen, was nun über die Verhandlungen, die zwischen ihm und der Regierung Statt gefunden haben, zu erzählen ist.

Preußen.

Frankfurter Blätter melden aus Münster vom 22. April: „Heute Morgens um 7 Uhr trafen Sr. erzbischöfliche Gnaden der Erzbischof von Köln, Clemens August, Freiherr von Droste-Vischering, aus Minden hier ein und setzten ohne abzusteigen die Reise nach Darfeld, dem Schlosse des Hrn. Erbdrosten Grafen Droste, fort."

Wien.

Nach der heute erschienenen Uebersicht der Satzungspreise für den Monat Mai ist die Mundsemmel zu 1/2 kr. um 1/4 Loth; ordinäre Semmel zu 1/2 kr. um 1/4 Loth; pohlenes Brot zu 1 kr. um 1/4 Loth, detto zu 3 kr um 1/2 Loth, detto zu 6 kr. um 1 1/2 Loth; roggenes Brot zu 1 kr. um 1/4 Loth, detto zu 3 kr. um 1 Loth leichter auszubacken; die Mundsemmel zu 1 kr. und ordinäre Semmel zu 1 kr. sind im alten Gewichte verblieben. — Das Pfund Rindfleisch kostet 9 kr. C. M.

Am 30. April war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107 1/4.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/2.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			—.
detto	detto v. J. 1821. für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		673 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pC. in CM.			65 1/4.
Bankactien pr. Stück —— in CM.			

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Samstag den 4. Mai finden die ersten Pferderennen auf der, nächst dem Lusthause, neu hergerichteten Bahn Statt.

(Dem heutigen Blatte des Beobachters liegt die Chronologische Uebersicht ꝛc. für den Monat Februar 1839 bei.)

№ 122

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 2. Mai 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 30. April.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß Sl.	Lp.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.542	283.	3L.	8P. + 10.2	NNW.	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.523	28	3	5 + 15.2	NW.	—	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.518	28	3	4 + 11.4	NW.	—	Wolken.

Frankreich.

Die Interpellationen wurden in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 23. April fortgesetzt. Zuerst sprach Hr. de Lamartine, der, auf eine Aeußerung des Hrn. Guizot vom vorhergehenden Tage zurückkommend, meinte, daß kein Mitglied der 221 irgend Jemand das Recht eingeräumt habe, für ihn zu stipuliren. Eben so wenig glaube er, daß irgend eine Partei in dieser Kammer sich ausschließlich die parlamentarische nennen könne. Die Kammer wolle, daß die Regierung für alle sei. Die 221 hätten nie etwas Anderes gewollt, als was 1789 und 1830 geschehen. „Sie sagen," ruft der Redner zu Hrn. Guizot sich wendend, „Sie sagen, daß wir uns getäuscht haben. Sehen Sie doch einmal die Anarchie, die in dieser Kammer herrscht, und allwärts die Entmuthigung, die Stockung! Nein, die 221 haben sich nicht getäuscht, denn sie wollten, dem Willen des Landes gemäß, jede Verwaltung zurückweisen, die auf die äußerste Linke sich stützte. Das Ministerium, welches die Leitung der Angelegenheiten übernimmt, muß als Symbol der Lage: Beunruhigung der politischen Leidenschaften, Schweigen der Meinungen und Rückkehr zu den materiellen und moralischen Verbesserungen annehmen." Hr. Guizot antwortete, er habe am vergangenen Tage nur für sich und seine Freunde gesprochen, ohne sich irgend ein Recht über den Theil der Kammer anzumaaßen, welcher der vorhergehende Redner angehöre. Wenn das Wort „stipuliren" Anstoß gefunden, so ziehe er dasselbe zurück. „Uebrigens," fuhr Hr. Guizot fort, „war ich nie Conservativer und Radicaler zugleich. Ich habe nie allen Meinungen geschmeichelt und begreife nicht, daß meine Worte Empfindlichkeiten erregen konnten. Ich halte es nicht für nöthig, von einem Ministerium zu sprechen, welches keiner der Nuancen, die bei den Wahlen siegten, angehörte. Als ob es überhaupt möglich wäre, über die moralischen und materiellen Interessen zu wachen, ohne eine Meinung zu haben!" (Man lacht.) Hr. de Lamartine: „Die Empfindlichkeit, deren man mich so eben beschuldigt hat, wird von 200 Mitgliedern dieser Kammer, die meine politischen Freunde sind, und deren Organ ich in diesem Falle gewesen, getheilt. (Bewegung in der Kammer.) Wir sind noch heute für den Triumph derselben Sache vereinigt. Was die seltsame Beschuldigung, als hätte ich allen Meinungen geschmeichelt und sei zugleich Conservativer und Radicaler gewesen, anbelangt, so erwiedere ich nur ein Wort. Ich war in dieser Kammer stets von gemäßigter Meinung. Möchte Hr. Guizot von sich dasselbe sagen können! Hr. Guizot hat nur Einen Umstand vergessen, daß es nämlich zwei conservative Systeme gibt, das eine zurück, des andere vorwärts schreitend. Ich bin für das letztere." (Lange Aufregung.) — General Bugeaud drückt über die Worte des Hrn. de Lamartine sein Bedauern aus. Hr. Guizot habe durch seine versöhnenden Worte als ein „guter Bürger" gehandelt. Eine Majorität habe Hrn. Guizot da gesehen, wo sie wirklich sei, in der Vereinigung der beiden Centren, die den gleichen Ursprung, dieselben Elemente, dieselben Principien hätten. „Was man auch sagen mag," schließt der General seine Rede, „so glaube ich, daß wir wohlgethan, unsere Stimmen Hrn. Passy zu geben. Der ehrenwerthe Hr. de Lamartine hat sich dieser Maaßregel, nachdem er sie bekämpft, redlich beigesellt." (Beifall.) — Hr. Odilon-Barrot: „Ich bin bei der Frage nicht interessirt, denn die Meinung, die ich repräsentire, ist und wird von der Staatsgewalt entfernt bleiben. Ueber die Combination der beiden Centren habe ich mich nie günstig ausgesprochen. Was die Präsidentschaft anbelangt, so habe ich schriftlich erklärt, daß man keine Cabinetsfrage daraus machen könne. Die Opposition hat an der langen ministeriellen Krise keinen Theil. Als ich hörte, daß der, welcher uns der Unfähigkeit zum Regieren angeklagt, sich allein als conservativ, als allein zum Regieren fähig proclamirte, da erkannte ich in ihm den alten Haß, der ihn stets gegen meine Partei beseelt hat." Der Redner sucht noch zu beweisen, daß die Elemente der Majorität, von denen Hr. Guizot gestern geredet, zerstreut seien. Auch habe das Land selbst sich gegen die Behauptung ausgesprochen, als sei die Linke nicht regierungsfähig. Eine systematische Ausschließung gegen eine Partei proclamiren, die selbst nicht ausschließend sei, zeuge von Unklugheit. „Sie wollten," ruft Hr. Barrot Hrn. Guizot zu, „Sie wollten in die Staatsgewalt treten mit entfalteter Parteifahne. Da mußten wir Sie an die Gesetze wider die Freiheit erinnern, die Sie gemacht haben. Wir haben sie nur als Individuum, nicht als Partei angenommen. Von einer Seite der Kammer, in der ich nicht zu sitzen die Ehre habe, sind vielleicht unkluge Worte gefallen, doch muß man hierbei die Umstände und den verlängerten Kampf berücksichtigen, in dessen Folge sie gesprochen worden. Am Schlusse meint Hr. Barrot, daß die Krone, nachdem sie jetzt die Erklärungen gehört, eine solche Lage nicht mehr lange dauern lassen dürfe, sonst müsse die Kammer eine respectvolle, aber strenge Sprache führen. Hr. Guizot antwortete mit ziemlicher Mäßigung und lehnte den Vorwurf ab, als wollte er alten Meinungsstreit heraufbeschwören. Ihm folgte Hr. Cunin-Gridaine. Endlich bestieg Hr. Mauguin die Tribune, um die Erläuterungen zu recapituliren. Am Schlusse seiner Rede kündigte er an, daß, wenn die Existenz des interimistischen Ministeriums noch einige Tage sich verlängern sollte, eine Adresse an die Krone vorgeschlagen werden würde, damit sie sich endlich entschließe, der Krisis ein Ziel zu setzen und den Wunsch des Wahl-Frankreichs (de la France electorale) zu erho-

ren. — Der Moniteur Parisien äußert sich über diese Sitzung folgendermaaßen: „Die Kammer hat die seit Montag angesponnenen Explicationen durch die einfache Tagesordnung beendigt. Was am klarsten aus dieser Debatte, wobei alle großen Redner der Kammer gehört werden, hervorgeht, ist, daß während dieser ganzen Krisis das Benehmen der Krone in den Augen aller Partheien untadelhaft erschienen ist. Nachdem sie von gewissen Journalen lange Zeit verläumdet worden, ist ihr von den ausgezeichneten Männern Gerechtigkeit widerfahren, die an den letzten Verhandlungen Theil zu nehmen berufen worden und die demzufolge am besten in der Lage waren, die Wahrheit zu kennen und zu sagen. — Nach Beendigung der Explication über die Ministerialkrisis, bestieg Hr. Mauguin die Rednerbühne, um die von ihm angekündigten Interpellationen über die Affaire mit dem Packetboot „Expreß" an das Ministerium zu richten. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Duc de Montebello und der Marineminister, Baron Tupinier, beeilten sich, der Kammer so befriedigende Aufschlüsse darüber zu geben, daß der Sache keine weitere Folge gegeben wurde." — Die Presse sagt in einem Artikel vom 24. Morgens: „Sämmtliche Journale sind voll von dem Berichte über die gestrige Kammersitzung. Keines derselben läßt errathen, welches das wahrscheinliche Resultat der Interpellationen seyn wird. Sie beschränken sich darauf, zu sagen, daß, wenn nicht in wenigen Tagen ein Cabinet gebildet seyn wird, die Interpellationen wieder aufgenommen werden, und dann mit einer Adresse an die Krone schließen sollen. Das Siècle proclamirt den Sieg der HH. Barrot und Thiers; man sollte jedoch glauben, daß Hr. Thiers diese Meinung nicht theilt; denn wir wissen ganz gewiß, daß er gestern einen Reisewagen bestellt hat, der in drei Wochen fertig und geeignet seyn soll, mit Sicherheit eine Strecke von 600 Lieues zurückzulegen. Es wäre uns lieber gewesen, wenn er, anstatt abzureisen, die Präsidentschaft eines neuen Cabinets vom 22. Februar übernommen hätte. Leute, wie Hr. Thiers, können weit richtiger beurtheilt werden, wenn sie am Ruder der Geschäfte stehen, weil man durchsieht, was ihnen mangelt; während sie in der Opposition nur in falschem Glanze erscheinen." — Der National schließt seine Betrachtungen über die letzten Kammerverhandlungen mit folgenden Worten: „Nunmehr ist es an der Krone, daran zu denken, was sie zu thun hat; was aber auch geschehen möge; die Sache der Wahlmacht (pouvoir electif) hat gesiegt, und das Uebergewicht ist ihr gesichert. Es ist dieß ein großer Schritt auf dem Wege der Verbesserung und der gouvernementalen Wahrheit, ein Sieg, der nur noch entscheidender werden kann, wenn irgend ein böser Geist den Leuten am Hofe den Plan einflüstert, sich im Widerstande zu verhärten."

Die Presse sagt in einer Nachschrift: „Man versichert, daß das Cabinet gebildet sei. Der Moniteur soll morgen die Ernennungen enthalten. Wir haben zur Stunde keine näheren Details; aber wohlunterrichtete Personen hegen keinen Zweifel mehr über die Bildung des Cabinets Soult, Passy ꝛc."

Der Prozeß des Generals Broffard soll im Juni beginnen. Drei Maréchaux de Camp sitzen mit unter den Richtern. Mehrere neue Zeugen werden aus Algier erwartet.

Am 23. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 40. — Am 24. April um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 50. 3Percents 81 Fr. 50.

Großbritannien und Irland.

Die Londoner Blätter beschäftigen sich sämmtlich mit dem Resultat der Abstimmung über Lord J. Russells Antrag im Hause der Gemeinen. Die Morning-Post berechnet, daß die Conservativen eigentlich um 14 Stimmen in der Minderheit gewesen seien, weil von den 318 Stimmen für das Ministerium die 36 der beamteten Unterhausmitglieder, „die für ihr Brot gestimmt haben," sagt der Standard, abzuziehen seien, so daß sich folgendes Resultat ergebe: für Sir R. Peels Amendement 296, für Lord J. Russells Antrag 282 Stimmen. Der Standard schreibt, nicht nur die 36 Angestellten, sondern auch die 81 Radicalen, welche für Duncombe's Amendement stimmten, seien von der Zahl der Anhänger des Ministeriums abzuziehen, und die so entstehende Minorität sinke noch tiefer, wenn man auch die 40 O'Connelliten abzieht, denen die Regierung in Irland und deren Patronat preisgegeben worden sei. Auf das Haus der Lords, fügt der Standard bei, werde die Abstimmung keine andere Wirkung äußern, als daß seine Committee die ihm übertragene Untersuchung sorgfältiger vornehmen werde. Der Herald schreibt: „Die Minister erhielten ein theilweises und mit Murren abgegebenes Zutrauensvotum, mit der ruhmreichen Mehrheit von 22, während die Zahl der Beamten im Hause 40 betrug. Solch ein Ministerium ist würdig einer solchen Majorität!" Das radicale Sonntagsblatt Spectator beklagt sich über die irischen Liberalen, den „Schweif O'Connells," welche ihr Versprechen, für Hrn. Duncombe's Antrag zu stimmen, größtentheils gebrochen haben, indem bloß 13 irische Liberale für und 29 gegen denselben gestimmt haben. Zugleich weissagt der Spectator den Ministern langsames Hinsterben an der Schwindsucht, worauf Sir R. Peel ruhig über ihr unrühmliches Grab in das Cabinet einziehen werde. Die Tories, meint er, haben im Laufe der Verhandlung eine bessere Stellung angenommen, dem Orangismus abgeschworen und für die Versöhnung sich erklärt, damit aber sei den Ministern für die Zukunft die Möglichkeit benommen, ihre irischen Verbündeten länger durch das Gespenst des Orangismus zu erschrecken, und dadurch das Verlangen derselben nach ferneren Reformen zu unterdrücken. — Anders die ministeriellen und gemäßigt liberalen Blätter. Das Sonntagsblatt Examiner erklärt Duncombe's radicales Amendement für unpolitisch, weil es nicht an der Zeit gewesen, weßwegen Viele, welche den Forderungen der Radicalen beistimmen, wie z. B. Sir Stephen Lushington, dagegen gestimmt haben. — Der Globe bemerkt gegen die Torybläter, wenn sie die Stimmen der 36 Beamten von der ministeriellen Majorität abziehen, so müssen von ihrer Minorität auch die viermal so vielen Conservativen abgezogen werden, die nach den Stellen jener streben, indem ihnen eben so gut ein eigennütziger Beweggrund vorgeworfen werden konnte.

Confols am 22. April 93¼.

Päpstliche Staaten.

Nachstehendes ist der weitere Verfolg der (im gestrigen Blatte abgebrochenen) rechtlichen und factischen Darstellung ꝛc. aus dem Diario di Roma vom 20. April:

„Nichtsdestoweniger wandte sich Msgr. Dunin im Monat Jänner 1837 *) an das königliche Ministerium, um

*) Es ist hier der Ort, zu bemerken, wie die preußische Regierung in der von vorbesagter Staatszeitung bekannt gemachten Denkschrift nunmehr von freien Stücken erklärt, daß sich der Herr Erzbischof von Posen bereits am Anfang des Jahres 1837 gegen die angebliche Praxis der Einsegnung der gemischten Ehen ohne Bedingungen erhoben hatte, während in dem Publicandum des königlichen Mi-

vorzuſtellen, daß, nachdem er Kenntniß von dem Breve Pius VIII. erhalten, ſein Gewiſſen, und die häufig wiederholten Anforderungen des Clerus ihn angetrieben hätten, die in beſagtem Breve ins Gedächtniß zurückgerufenen Grundſätze in ſeinem Erzbisthum nicht länger unbeobachtet zu laſſen; er bat ihm in Gnaden zu geſtatten, daſſelbe in den ſeiner Jurisdiction unterworfenen Orten frei bekannt machen laſſen, oder wenigſtens ſeinen Clerus zur Beobachtung der darin enthaltenen Grundſätze ermahnen zu dürfen: er drückte endlich die Hoffnung aus, daß er von Seite der Regierung keine Schwierigkeit finden werde, da es ſich von einem und demſelben Staate, von einer und derſelben Kirche, von einem und demſelben Gegenſtande handle."

„Das königliche Miniſterium war über ein ſolches Anſinnen erſtaunt und antwortete dem Prälaten mit wenigen Worten, daß das Breve Pius VIII. nur an den Erzbiſchof von Köln und die Biſchöfe von Trier, Münſter und Paderborn gerichtet ſei und daher den Erzbiſchof von Gneſen und Poſen in keiner Weiſe angehe [1]); als ob die Grundſätze der Doctrin, von welchen der Erzbiſchof ſprach, auf den weſtlichen Theil Preußens beſchränkt wären und nicht die katholiſche Kirche beträfen, wo ſie immer beſtehe. Noch fügte das königliche Miniſterium bei, daß für genanntes Erzbisthum nicht nur keine Aenderung zu erwarten ſei, ſondern im Gegentheile die Praxis, nach welcher die gemiſchten Ehen ohne die Bedingungen, in Gemäßheit der geſetzlichen und adminiſtrativen Staatsgrundſätze, eingeſegnet wurden, beizubehalten ſei."

„Nothgedrungen jedoch, die Ruhe ſeines Gewiſſens zu wahren, konnte Mſgr. Dunin nicht umhin, dem königlichen Miniſterium ſeine Bitten abermals vorzutragen. Er ſagte, er habe die Frage gründlich geprüft, und bitte daher, daß Se. Majeſtät hierüber ein Bericht unterlegt werde, damit er ſelbſt nicht verhindert ſei, entweder in ſeinem Erzbisthume jenes Breve zu publiciren, oder wenigſtens von dem heil. Stuhle eine Entſcheidung in der fraglichen Sache zu erbitten. Dieſe neue Bitte begleitete der Herr Erzbiſchof mit einer Denkſchrift, in welcher er auseinander ſetzte: daß in Betracht der gemiſchten Ehen die Katholiken der Diöceſen von Gneſen und Poſen ſich vor allem an die Benedictiniſche Conſtitution — Magnae nobis admirationis — halten müßten; daß, weil das Sacrament der Ehe eines und daſſelbe für alle Katholiken ſei, ſo betreffe auch die von dem oberſten Herrn der katholiſchen Kirche in dem päpſtlichen Breve vom 25. März 1830 enthaltene Erklärung der katholiſchen Lehre über Schließung gemiſchter Ehen, alle Katholiken der ganzen Welt; daß es ſich nicht um eine bloße Ceremonie handle, wohl aber um die Entſcheidung der Frage, wem, wie und wann ein Sacrament zu ertheilen ſei; daß fortan dieſe Frage von dem kirchlichen Oberhaupte, bei welchem Jeſus Chriſtus ſeine Lehre in heilige und unverbrüchliche Verwahrung gegeben, entſchieden ſei; daß das Beiſpiel einiger katholiſchen Prieſter, welche zuweilen irrthümlich gemiſchte Ehen ohne Bedingungen eingeſegnet haben, im Gegenſatze mit der Lehre der katholiſchen Kirche keine canoniſche Praxis begründen konnte; daß, nachdem dieſer Irrthum durch die apoſtoliſche Entſcheidung als ſolcher erkannt worden, ein jeder, der den Belehrungen und Vorſchriften des heiligen Stuhles ſich zu fügen weigere, von der katholiſchen Kirche ſich trennen würde; daß die Forderung der katholiſchen Erziehung der geſammten Nachkommenſchaft bei gemiſchten Ehen übrigens keine Neuerung ſei, denn dieß ſei die von dem Clerus jener Diöceſen allgemein beobachtete Praxis geweſen; daß im Gegentheile die Regierung die Katholiken zwingen würde, in Gewiſſensſachen auf Neuerungen einzugehen, welche mit der Grundlehre der Kirche in directem Widerſpruch ſtünden; daß endlich Jeſus Chriſtus die Ehe geheiligt habe, indem Er ſie zu einem Sacrament erhob, und daß daher von einem katholiſchen Prieſter die unbedingte Einſegnung einer gemiſchten Ehe verlangen, eben ſo viel heiße, als die Entheiligung des Sacramentes verlangen und die erſten Grundlagen des katholiſchen Glaubens umſtürzen."

„Dieſe und andere Vorſtellungen wurden der Regierung zu wiederholten Malen von Mſgr. Dunin gemacht, aber immer ohne allen Erfolg. Anſtatt die gerechten Bitten des Prälaten zu unterſtützen, verharrte das königliche Miniſterium nicht nur in ſeinem Verbote hinſichtlich der Publicirung der Breve's Pius VIII., ſondern eröffnete ihm überdieß, daß es bereits die Localbehörden angewieſen habe, jedweden vom Clerus ausgehenden Verſuch, eine Aenderung einzuführen, und die feierliche Einſegnung von dem Verſprechen der katholiſchen Kindererziehung abhängig zu machen, auf das kräftigſte zu unterdrücken; zugleich wies es die Denkſchrift des Erzbiſchofs als das Product eines Mannes zurück, dem es am richtigen Urtheile fehlt, der die Staatsgeſetze nicht kennt, und eine der Regierung feindſelige Geſinnung hegt."

„Hierauf erwiederte der Erzbiſchof, zwar mit aller Unterwürfigkeit, aber auch mit apoſtoliſcher Feſtigkeit: daß er ſich in ſeinem Gewiſſen mit den Worten des heil. Paulus: Nos stulti propter Christum — tröſte, — daß in jener Denkſchrift die Ehe als Sacrament betrachtet ſei, und weder die auf ſie bezüglichen Staatsgeſetze noch ihre rein bürgerlichen Wirkungen, beides Dinge, die vom weltlichen Geſetzgeber abhängen, erörtert werden; daß er nicht begreife, wie man in einer einfachen Vertheidigung der Grundſätze der katholiſchen Kirche eine der Regierung feindſelige Geſinnung zu erkennen vermeine, während doch alle dieſen Glauben Bekennende gewiß hinter den, anderen Confeſſionen Zugethanen an Anhänglichkeit und Gehorſam gegen die bürgerliche Gewalt nicht zurückſtehen; daß ſeine Vorgänger eben ſo ſehr geſucht haben würden, einen auf Irrthum beruhenden Mißbrauch abzuſtellen, hätten ſie, ſo wie er in dem

---

niſteriums vom 15. November desſelben Jahres behauptet wurde, daß kein anderer Biſchof der Monarchie ſich habe beifallen laſſen, die Diöceſe ſo zu verwalten, wie der Herr Erzbiſchof von Köln ſie verwalten wollte; als ob der Regierung hinſichtlich der gemiſchten Ehen, um die ſich im Weſentlichen die Hauptfrage drehte, nie irgend eine Reclamation von irgend einem andern Biſchofe zugekommen wäre.

[1]) Es konnte nicht in der Abſicht des Papſtes liegen, ſagt die preußiſche Regierung in gedachter Denkſchrift, die im Breve enthaltenen mildernden Vorſchriften für alle Länder der katholiſchen Chriſtenheit ohne Unterſchied zu ertheilen. Aber Mſgr. Dunin, indem er für ſeine Diöceſe die Bekanntmachung des Breve's Pius VIII. heil. Gedächtniſſes nachſuchte, wollte, wie aus ſeinen ſpätern an die Regierung erlaſſenen Erklärungen hervorgeht, bloß den ſich auf die Lehre beziehenden Theil davon anwenden und vollziehen, um den Mißbrauch der katholiſchen Einſegnung bei gemiſchten Ehen ohne Bedingung aufzuheben, aber nicht die außerordentlichen Conceſſionen, welche von jenem Papſte nur für die Diöceſen der Rheinprovinzen und Weſtphalens bewilligt worden waren, auf ſein Erzbisthum ausdehnen; zu welchem Behufe er den Recurs an den heiligen Stuhl für nothwendig erkannte.

Breve Pius VIII., die Stimme des Oberhauptes der Kirche vernommen; daß diese Sache für jene Provinzen von größter Wichtigkeit sei, da dort die öffentlichen Aemter in großer Anzahl mit jungen Leuten aus andern Provinzen, und größtentheils Akatholiken, besetzt seien, welche sich gewöhnlich im Lande mit Eingebornen verheirathen; dadurch ginge allmählig der Katholizismus zu Grunde, wenn die Kinder aus gemischten Ehen der Religion des Vaters folgen würden. Er schloß mit Erneuerung der Bitte, es möge dem königlichen Ministerium gefallen, S^r. Majestät eine Darlegung dieser Verhältnisse zu unterbreiten, damit der Publicirung des erwähnten Breve, oder der Befragung des heil. Stuhles um dessen höchste Entscheidung, wie dieß im Jahre 1828 Seitens des Erzbischofs von Köln und der drei Bischöfe der Rheinprovinzen und Westphalens geschehen sei, jegliches Hinderniß benommen werde."

„Fest jedoch beharrte die Regierung auf ihrem Entschlusse, und säumte nicht, dem Prälaten eine noch herbere, und absolut abschlägige Antwort zu ertheilen. Sie eröffnete ihm, daß falls der Clerus versuchen würde, sich an das Breve Pius VIII. zu halten, mit der Absicht die Einsegnung der gemischten Ehen ohne die bekannte vorläufige Bedingung, zu verweigern, die Regierung dieser Provinzen bereits beauftragt sei, die Bezahlung der Bezüge des Generalvicars und selbst des Erzbischofs sofort einzustellen. Noch mehr, es verordnete das königliche Ministerium mittelst Rescripts vom 3. Mai 1837 ausdrücklich, daß auch in den beiden Diöcesen Posen und Gnesen die gemischten Ehen vom katholischen Clerus mit Aufgebot und kirchlichem Segen geschlossen werden müßten, ohne daß ein Versprechen gefordert, und ein Uebereinkommen hinsichtlich der Erziehung der Nachkommenschaft im katholischen Glauben insinuirt werde. Und dieser Befehl wurde am 19. Juli den betreffenden District-Commissären und Bürgermeistern mitgetheilt mit der Weisung, auch den Clerus hiervon zu verständigen, für die strengste Darnachachtung zu sorgen, und über etwanige Uebertretungen genauen und umständlichen Bericht zu erstatten." (Document N^r. III.)

(Fortsetzung folgt.)

Niederlande.

Das Journal de la Haye meldet aus dem Haag vom 20. April: „Gestern gab der königlich preußische Gesandte, Graf von Wylich und Lottum, einen äußerst glänzenden Ball. Schon um acht und ein halb Uhr waren die prachtvollen, glänzend erleuchteten und mit dem ausgesuchtesten Geschmack decorirten Säle des Gesandtschaftshotels von mehr als vierhundert Personen angefüllt. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland, so wie die Mitglieder der königlichen Familie, langten um neun Uhr an und wurden von Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessinn Albrecht von Preußen empfangen, Höchstwelche mit der anmuthigsten Liebenswürdigkeit die Honneurs des Festes übernommen hatte. Hierauf begann der Tanz, der durch ein reiches Mahl, an dem alle Gäste Theil nahmen, um Mitternacht unterbrochen wurde. Um ein und ein halb Uhr begann der Tanz von Neuem, und dauerte bis zum Morgen. Ihre kaiserliche Hoheit die Prinzessinn von Oranien wurde durch Unpäßlichkeit verhindert, das Fest mit ihrer erhabenen Gegenwart zu beehren. Glücklicherweise wurde der Schmerz darüber durch die Zusicherung ihres erlauchten Gemahls, der gestern Morgens in Amsterdam gewesen war, daß diese Unpäßlichkeit durchaus keinen gefährlichen Character habe, gemildert."

Das Handelsblad vom 21. April enthält in größerer Schrift folgenden Artikel: „Der erwartete Kurier aus Petersburg ist gestern Morgens im Haag angekommen, doch nicht direct aus der Hauptstadt des russischen Reiches, sondern über London, wo er Briefe von Seiten seines Hofes an den Grafen Pozzo di Borgo zu übergeben hatte. Hinsichtlich der Reise des Großfürsten nach England war übrigens gestern in der Residenz noch nichts mit Sicherheit bekannt, obgleich jedenfalls für sicher gehalten wird, daß der Prinz nächste Woche unser Land, nachdem er eine Ausflucht in Nordbrabant gemacht haben wird, verlassen werde. Der Empfang, der dem Erben der russischen Krone überall in Holland zu Theil wurde, muß, sagt man, einen tiefen Eindruck auf sein Gemüth gemacht haben, so wie auf die angesehenen Personen seiner Begleitung, welche dieß bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt haben. So war der Großfürst besonders gerührt durch die glänzenden Feste, welche unser Hof ihm zu Ehren gab und die in gewisser Hinsicht selbst die von Wien und andern Orten übertrafen. Auch spricht jeder, der ihnen beiwohnte, von den prächtigen, ja fürstlichen Festen, welche die Gesandten Rußlands und Preußens gaben. Als eine Besonderheit bei Gelegenheit des durch den Grafen Lottum veranstalteten Balles wurde bemerkt, daß das Souper für die fürstlichen Personen in dem Zimmer angerichtet war, das vor zwei Jahrhunderten das Studierzimmer Jan de Witt's gewesen, daß also, durch die seltsamste Fügung der Dinge in der Welt, die Prinzen von Oranien an demselben Orte Feste feierten, wo vielleicht ehedem der berühmte Rathspensionarius die Reclusionsacte entwarf. Man sagt, dieses Zimmer befinde sich noch in demselben Zustande wie damals, wo de Witt das gegenwärtige Hotel der preußischen Gesandtschaft bewohnte."

Belgien.

Eine Beilage des Moniteur Belge vom 21. April enthält folgende Nachricht von der Unterzeichnung der verschiedenen durch die Conferenz am 23. Jänner letzthin festgestellten Verträge und eines andern mit dem teutschen Bunde abgeschlossenen Vertrages: „Ein gestern Morgens zu Brüssel angekommener Kurier hat die am 19. April zwischen Belgien und den fünf Mächten, zwischen Belgien und Holland und zwischen Belgien und dem teutschen Bunde, welcher durch die mit Vollmachten des Bundestages versehenen Herren von Senfft und von Bülow repräsentirt wurde, unterzeichneten Verträge überbracht. Dieser letztere Vertrag, der eine Beitrittsacte des Bundes ist, wurde nach der Notification der Acte der Conferenz vom 23. Jäuner unterhandelt."

Die belgische Bank zeigt an, daß eine neue Dividende von 10 Percent zur Verfügung der Gläubiger dieses Etablissements steht, die auf diese Weise 90 Percent für ihre Forderungen erhalten haben werden. — Alle Beamten der belgischen Bank zu Antwerpen sind entlassen worden; die Direction behält deren nur drei bei.

Wien.

Am 1. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101¼.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821.	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM	—.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅛ G. Uso 2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß el. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1103.

№ 123

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 3. Mai 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 1. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciert. Pariser Maaß.	Wiener Maaß		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27 485	28	2	11	+ 11.2	NNW.	still. trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.427	28	2	3	+ 17.1	O.	schwach. Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.409	28	2	0	+ 10.5	S.	mittel. heiter.

Spanien.

Briefe aus Bayonne vom 30. April melden: „Don Carlos befand sich am 18. noch in Tolosa. Man erfährt durch Briefe aus dieser Stadt, daß die Communicationen mit Bilbao auf dem Flusse unterbrochen sind. Aus Durango schreibt man vom 16., daß Espartero an der Spitze einer starken Division (man sagt 25,000 Mann) Villarcayo und die Umgegend besetzt hatte. Er hat einen Contract abgeschlossen, der seiner Armee für drei Monate die Lieferung von 30,000 Rationen täglich sichert. Espartero war unpäßlich, und hatte die Leitung des Angriffs auf Ramales dem General Rivero übertragen. Die Carlisten sind mit bedeutender Macht in der Richtung von Balmaseda und Orduña abgebrochen. Maroto war noch immer in Zornoza; es scheint sich aber eine allgemeine Bewegung gegen Ramales, über Alonsotegui, vorzubereiten. Der Carlistische Brigadier Urbistondo hat in Castrejana, wo sich die Straßen von Bilboa, Portugalete und Balmaseda vereinigen, Posto gefaßt, um die Convoi von Feldgeschütz gegen jeden Versuch von Seite der Besatzung von Bilbao zu schützen, da die Artillerie nahe an dieser Stadt vorüberziehen muß. — Die gewöhnliche Post von Madrid und Saragossa ist auch heute wieder ausgeblieben. Man sprach von Unordnungen, die in letzterer Stadt ausgebrochen seyn sollen."

Portugal.

Durch das Dampfboot „Braganza" hatte man in England Nachrichten aus Lissabon bis zum 16. April erhalten, welche melden, daß sich die Königinn, nach einem vergeblichen Versuche ein Coalitionsministerium mit der Septemberpartei zu bilden, an die Herzoge von Palmella und an den Grafen Villareal Behufs der Bildung eines Cabinets gewendet habe. Letzterer weigerte sich jedoch an einer Administration Theil zu nehmen, die nicht ausschließend aus Cartisten bestehen würde, aber der Herzog hat den Auftrag angenommen und der Königinn das Resultat seiner Schritte in zwei bis drei Tagen vorzulegen versprochen.

Frankreich.

Pariser Journalen vom 25. April zufolge scheint Marschall Soult noch immer mit der Bildung eines Cabinets beschäftigt zu seyn. Das Journal général de France, das Organ des Hrn. Guizot, lobt in seiner neuesten Nummer alle Redner, die in der letzten Sitzung für ihre Partei gesprochen haben. Es scheint, daß man nun wieder ein Cabinet des rechten Centrums, einerseits auf die 221, andererseits auf das linke Centrum gestützt, bilden will. Hr. Guizot würde sich die HH. Cunin-Gridaine und Passy als Collegen gefallen lassen, und alle Deputirten des linken Centrums, die bei der Frage von der Präsidentschaft von der Coalition abgefallen sind, für dieses Ministerium zu gewinnen suchen. Die HH. Thiers und Odilon-Barrot sollen ausgeschlossen werden; der erstere würde nicht ins Ministeriums treten und letzterer von der Präsidentschaft fern gehalten werden, indem man suchen würde, dieselben Stimmen, wie früher für Hrn. Passy, nunmehr für Hrn. Dupin zu coalisiren. — Allein wenn es wahr ist, wie behauptet wird, daß Hr. Passy noch neuerlich wiederholt erklärt hat, ohne Hrn. Thiers in kein Ministerium treten zu wollen, so dürfte die obenerwähnte Combination eben so wenig Aussicht auf Erfolg haben, wie alle diejenigen, die man früher versucht hatte, weil ohne den Beistand eines Theils des linken Centrums die Majorität sehr zweifelhaft ist. — Unter andern circulirte auch folgende Liste des Ministeriums: Admiral Duperré, Präsident des Conseils und Marineminister; Marschall Maison, Kriegsminister; Hr. Thiers, Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Hr. Passy, Minister des Innern; Hr. Dupin, Justizminister; Hr. Cunin-Gridaine, Minister des öffentlichen Unterrichts; Hr. Vivien, Finanzminister; Hr. Dufaure, Handelsminister.

Der Moniteur enthält die Anzeige, daß der Minister des Innern Befehl gegeben habe, den Text der Verhandlungen der Deputirtenkammer vom 22. und 23. April (aus Anlaß der Interpellationen über die Ministerialkrisis) wörtlich in Octav abdrucken und 10,000 Exemplare davon vertheilen zu lassen.

Am 24. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 50. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 35. — Am 25. April 5Percents 110 Fr. 55. Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 55. 3Percents 81 Fr. 30. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 50.

Päpſtliche Staaten.

Nachſtehendes iſt der weitere Verfolg der (im geſtrigen Blatte abgebrochenen) rechtlichen und factiſchen Darſtellung ꝛc. aus dem Diario di Roma vom 20. April:

„Als die Dinge auf dieſen Punct gelangt waren, blieb Mſgr. Dunin nichts Anderes übrig, als ſich direct an den königlichen Thron zu wenden. In ſeinem Schreiben dd. 21. October 1837 ſetzte er Sr. Majeſtät in Ehrfurcht den Stand der Frage auseinander, indem er ſeine dem Miniſterium gemachten Vorſtellungen darin bevorwortete; er bewies auf das Klarſte die Unregelmäßigkeit der ihm ertheilten abſchlägigen Antworten ſowohl als der Anmaaßung der Regierung, die katholiſchen Prieſter zur unbedingten Einſegnung gemiſchter Ehen zwingen zu wollen; er bat, daß ihm freigelaſſen werde, entweder die von der Benedictiniſchen Conſtitution — Magnae nobis admirationis — vorgeſchriebene Regel zu befolgen — oder an den an den heiligen Stuhl ſich zu wenden, um von ihm, zu ſeiner und ſeines Clerus Gewiſſens Beruhigung, eine Entſcheidung zu erhalten." (Document Nr. IV.)

„Dieſe Bitte, obgleich beſtimmter als die früheren, erfuhr jedoch dasſelbe Mißgeſchick, kein Gehör zu finden. Es antwortete zwar der König dem Prälaten unterm 30. December 1837, aber nur um ihm zu ſagen: daß Er nicht geneigt ſei, eine Aenderung der in allen öſtlichen Provinzen der Monarchie beſtehenden Praxis, nach welcher die ſogenannten gemiſchten Ehen ohne vorhergegangenes beſonderes Verſprechen, mit Aufgebot und kirchlichen Segen geſchloſſen wurden, zu geſtatten; daß Er im Gegentheile von ihm, als Erzbiſchof, erwarte, er werde ſorgfältigſt den Clerus auf dem Wege der ſeit ſo langer Zeit beſtehenden Ordnung zu erhalten ſuchen, und dieß um ſo mehr, als er ſelbſt als Capitularverweſer den Beſtand einer ſo lobwürdigen Praxis ohne irgend eine Beſorgniß hierüber zu äußern, bezeugt habe; daß Er ihm daher nicht geſtatten könne, weder die Conſtitution Benedicts XIV. zu publiciren, noch an den heiligen Stuhl ſich zu wenden, um über eine bereits ſeit langer Zeit geregelte Angelegenheit Belehrung einzuziehen." (Document Nr. V.)

„Bereits ſind die Umſtände erwähnt worden, welche der von Mſgr. Dunin im Jahre 1830 abgelegten Zeugenſchaft über das einfache Factum der angeblichen Praxis der unbedingten Einſegnung gemiſchter Ehen vorausgingen und nachfolgten [1]); und man begreift wohl, welche ſchwache Grundlage es dem Verlangen der Regierung liefert, es müſſe der Prälat nach Publicirung des Breve's Pius VIII. für die Stimme ſeines Gewiſſens in einer ſo wichtigen Angelegenheit taub bleiben. Aber nicht minder ſchwach iſt die Argumentation, deren ſich dieſe ſelbe Regierung in der Staatszeitung bedient hat, um ihre wiederholten abſchlägigen Beſcheide auf die Bitten des Erzbiſchofs, welcher die Obſervanz der Benedictiniſchen Conſtitution nachſuchte, zu beſchönigen [2]). Der polniſche Reichstag mag immerhin in den Jahren 1767 und 1768 erklärt haben, daß die genannte Conſtitution für das Reich keine Geltung mehr habe. Aber ein ſolcher Act war durchaus incompetent, und die Conſtitution hörte darum nicht auf, die unwiderruflichen Regeln der katholiſchen Kirche in Beziehung auf die Schließung gemiſchter Ehen zu enthalten; und ſo blieb ſie auch fortwährend in jenen Provinzen in Kraft. Wirklich erhellt auch aus den authentiſchen Actenſtücken der geiſtlichen Gerichte ſowohl anderer Diöceſen, als beſonders der von Poſen, daß auch damals die genannten Ehen von den katholiſchen Prieſtern nur nach vorläufiger Eingehung der Bedingungen eingeſegnet wurden, die in gedachter Conſtitution vorgeſchrieben waren, welche in jener Zeit von den damals in Warſchau reſidirenden apoſtoliſchen Nuntien in Obſervanz erhalten, und auch ſpäterhin von dem heiligen Stuhle nie widerrufen worden iſt; daß aber die darin enthaltenen Beſtimmungen mit den Geſetzen der preußiſchen Monarchie im Widerſpruch ſtehen, thut nichts zur Sache, da es ſich ja hier nicht um eine Civilfrage, ſondern um ein Sacrament handelt, um eine rein geiſtliche und kirchliche Frage, worüber es einzig und allein der Kirche zuſteht, die nöthigen Vorſchriften für die geſammte katholiſche Welt zu ertheilen."

„Nicht minder unerwartet als willkürlich iſt die Behauptung, mit welcher die preußiſche Regierung ihre Weigerung des erzbiſchöflichen Recurſes an den heiligen Stuhl zu rechtfertigen vermeinte [3]). Vor Allem muß hier

[1]) Vergl. das vorgeſtrige Blatt S. 602.

[2]) Folgendes war das Raiſonnement der Regierung in ihrer Denkſchrift: „Abgeſehen davon, daß dieſe Bulle durch die Beſchlüſſe des polniſchen Reichstags bereits in den Jahren 1767 und 1768 außer Kraft geſetzt worden war, ſteht ihr Inhalt, wie der Erzbiſchof ſelbſt in ſeiner Vorſtellung anerkannte, in Widerſpruch mit den Landesgeſetzen."

[3]) Folgendes ſind hierüber die wörtlichen Ausdrücke der Regierung in mehrbeſagter Denkſchrift: „Dem zweiten Antrage (nämlich ſich an „den heiligen Stuhl zu wenden) ſtand aber „entgegen, daß ſchon bei Gelegenheit „der im Jahre 1828 in Rom begonnenen, dem Breve vorhergegangenen Unterhandlungen, die in den öſtlichen Provinzen beſtehende Praxis zur Sprache „gekommen war, ohne daß der päpſtliche „Hof hiervon Veranlaſſung genommen „hatte, das Fortbeſtehen derſelben in „Frage zu ſtellen. Ja, als ſpäter der Erzbiſchof von Köln, Graf von Spiegel, in „einem unterm 13. October 1834 erlaſſenen Hirtenbriefe, durch welchen er dieß „Breve den Biſchöfen ſeiner Erzdiöceſe „zufertigte, ſich ausdrücklich auf die in

bemerkt werden, daß die ſogenannte Praxis der oſtpreußiſchen Provinzen hinſichtlich der unbedingten Einſegnung gemiſchter Ehen, die ihrer Weſenheit nach nichts anders iſt, als ein neuerlich durch Unwiſſenheit oder Schwäche in einzelnen Fällen eingeriſſener Mißbrauch, auch immer nur als ſolcher vom heiligen Stuhle betrachtet werden konnte, noch jemals anders betrachtet worden iſt. Es fällt alſo die ganze Grundlage, und ſelbſt der Gegenſtand des ſtillſchweigenden Conſenſes der Kirche, worauf die Denkſchrift der königlichen Regierung ſo viel Gewicht legt, völlig hinweg. Ferner iſt es keineswegs richtig, daß der heilige Stuhl ſich über die fernere Obſervanz gedachter Praxis gleichgültig gezeigt und hierzu ſeinen ſtillſchweigenden Conſens ertheilt habe, als davon in den gegen Ende des Jahres 1828 zu Rom begonnenen Unterhandlungen wegen der gemiſchten Ehen in den Rheinprovinzen und Weſtphalen Erwähnung geſchah. Wahr iſt es, daß Ritter Bunſen, nachdem er vorausgeſchickt hatte, er wolle nur von der Thatſache ſprechen, ohne hierüber ein Urtheil zu äußern, andeutete, daß in den öſtlichen Provinzen des Königreichs, ſei es mit päpſtlichem Indult, oder aus irgend einem andern Grund ſolche Bedingungen nicht gefordert noch eingegangen würden. Aber eben ſo wahr iſt es, wie dieß auch aus den Original-Akten jener ſelben Verhandlungen erhellt, daß ihm in dieſen beſtimmten Ausdrücken erwiedert wurde: die in Betreff der öſtlichen Provinzen aufgeſtellten Behauptung, nämlich, daß dort die in Frage ſtehenden Uebereinkommen über die katholiſche Kinder-Erziehung nicht getroffen würden, beweiſt, welch ungeheure Mißbräuche und Unordnungen in dieſem Punkte dort eingeriſſen ſind, indem es gewiß hierzu kein päpſtliches Indult gibt. Im Gegentheile iſt außer allem Zweifel, daß von dem erſten Augenblicke an, wo die preußiſche Regierung über die Erziehung der Nachkommenſchaft aus gemiſchten Ehen Geſetze erließ, welche denen der Kirche widerſprachen, der heilige Stuhl es ſich angelegen ſeyn ließ, den betreffenden Biſchöfen die ſtricte Obſervanz der kirchlichen Disciplin anzuempfehlen, wobei er zugleich erklärte, daß die katholiſchen Pfarrer nicht ohne ſchwere Sünde durch irgend eine Handlung eine ſacrilegiſche Ehe beſtätigen könnten (actu aliquo sacrilegum Connubium confirmare [1]). Um nun aber auch durch Anführung von Handlungen die Indifferenz und den ſtillſchweigenden Conſens zu widerlegen, welche die preußiſche Regierung aus dem von dem heiligen Stuhle über den Hirtenbrief des Msgr. Spiegel vom 13. October 1834, in welchem die oftерwähnte Praxis im Vorübergehen erwähnt ward, beobachtete Stillſchweigen folgern möchte, wird wohl die Bemerkung hinreichen, daß der heilige Stuhl in allen Dispensfällen wegen gemiſchter Ehen, auch in den oſtpreußiſchen Provinzen, vor und nach den oberwähnten Unterhandlungen ſowohl, als vor und nach dem Erlaſſe des angeführten Hirtenbriefes, niemals aufhörte, die gewöhnlichen Bedingungen aufzuerlegen, obgleich die preußiſche Regierung deren Erfüllung immer verhinderte, weil ſie, wie ſie erklärte, ihren Geſetzen zuwiderlaufen [2]). Wie konnte alſo dieſe ſelbe Regierung von Seite des apoſtoliſchen Stuhles einen ſtillſchweigenden Conſens vorausſetzen, der doch durch das Factum der päpſtlichen Reſcripte auf das Beſtimmteſte ausgeſchloſſen wurde? und iſt es nicht gerade dieſe Regierung ſelbſt, welche die Vorausſetzung eines ſolchen ſtillſchweigenden Conſenſes ausſchließt, wenn ſie in ihrer Denkſchrift zu verſtehen gibt, ſie habe den Recurs an den heiligen Stuhl unterſagt, weil ſie vorausſah, daß im Falle einer förmlichen Anfrage, wie ſie der Erzbiſchof Dunin beabſichtigte, der päpſtliche Stuhl als Centrum der Einheit der katholiſchen Kirche ſich für verpflichtet halten würde, die abſtracte Allgemeinheit der kirchlichen Regeln und Satzungen in Erinnerung zu bringen?"

„Als der Prälat ſolchergeſtalt ſah, daß alle ſeine Schritte bei dem königlichen Miniſterium ſowohl als bei dem Monarchen ſelbſt fruchtlos waren, und da er ſeine heiligen Pflichten nicht verrathen konnte, ſo ſah er ſich in die Nothwendigkeit verſetzt, ſeinem Clerus, deſſen wiederholte Bitten und Fragen über dieſen Gegenſtand er bisher unbeantwortet gelaſſen hatte, von ſeinem Verfahren zu unterrichten. So erließ er alſo unter dem 30. Jänner 1838 an den geſammten Clerus von Gneſen und Poſen ein in polniſcher Sprache abgefaßtes Rundſchreiben, wo er in apoſtoliſcher Rede, weit verſchieden von der ihm durch die Berliner Staatszeitung [3]) in den Mund gelegt

[1]) „den öſtlichen Provinzen beſtehende Praxis bezog, hatte der päpſtliche Hof nach erlangter Kenntniß des Hirtenbriefes, nicht das Mindeſte gegen dieſe Praxis eingewendet, deſſen ſtillſchweigende Zulaſſung konnte daher nicht in Zweifel gezogen werden."

[2]) So lautete die Antwort, welche die heilige Congregation del Concilio unterm 5. Mai 1774, auf die von dem Biſchof Mayer von Culm, in ſeinem bereits erwähnten Berichte vom 9. December 1773 (Vergl. unſer vorgeſtriges Blatt, S. 600), geſtellte Anfrage in der Abſicht ertheilte, um zu verhindern, daß die katholiſche Geiſtlichkeit bei der Eingehung gemiſchter Ehen, ohne die vorgeſchriebenen Bedingungen, mit was immer für einer kirchlichen Ceremonie intervenire.

[3]) So geſchah es noch in dem neueſten Beiſpiele, welches Msgr. Dunin in ſeinem Schreiben an den König vom 21. October 1837 anführt. (Document N°. 18.)

[3]) In hochſt aufgeregter Sprache, ſagt die preußiſche Regierung in ihrer Denkſchrift, und mit

ten, von ſeinen fruchtloſen Verhandlungen mit dem königlichen Miniſterium und mit dem Könige ſprach; ſodann verſicherte, daß er auf ſeinem Vorhaben verharren werde, indem er weder die heilige Würde eines Biſchofs beflecken, noch ſich Gott gegenüber einer Untreue ſchuldig machen, noch endlich die Einheit mit dem Oberhaupte der Kirche zerreißen könne; immer ſei ſeinem Ohre die Stimme Gregors XVI. gegenwärtig, die in Beziehung auf gemiſchte Ehen jedwede im Königreiche Preußen gegen den ächten Sinn des Breve's Pius VIII. heiligen Gedächtniſſes unerlaubter Weiſe eingeführte Praxis verdammte; er bemerkte, daß er verpflichtet ſei, auf jede Gefahr hin den Clerus zur Aufrechthaltung der Grundſätze der katholiſchen Kirche, nach der durch die Benedictiniſche Conſtitution und die reſpective Diöceſan-Synode zu ermahnen, indem er zugleich erklärte, er ſei bereit, hierin dem Beiſpiele ſo vieler heiligen Biſchöfe und auch des heiligen Stanislaus folgen zu wollen: Worte, die wahrhaftig nicht, wie die Regierung in ihrer Denkſchrift behauptet, die Abſicht ausdrücken, ſich mit dieſem heiligen Biſchofe ſelbſt zu vergleichen, der von der Hand des polniſchen Königs Boleslaus II. getödtet worden iſt, und als Märtyrer verehrt wird [1]). Endlich befahl er den Pfarrern, dieſes ſein Rundſchreiben ihren Gemeinden kundzugeben, und namentlich die Mütter und Töchter zu ermahnen, daß ſie ſich von Ehen mit Männern von anderm Bekenntniſſe ferne halten möchten. Aber dieſe Ermahnungen, die durchgehends den Kirchengeſetzen und auch den in dem Breve Pius VIII. enthaltenen Grundſätzen, gemäß ſind, können gewiß nicht als Aufreizung der Religionsparteien gegen einander betrachtet werden, welchen Sinn ihnen die preußiſche Regierung in der ihrer Erklärung beigeſchloſſenen Denkſchrift beilegt." (Document Nr. VI.)

„Um nun auch den Clerus zur vollſtändigen Beobachtung der oftерwähnten Conſtitution Benedicts XIV. förmlich aufzufordern, verkündete Mſgr. Dunin am 27. Februar 1838 eine lateiniſche Inſtruction, mit welcher er den Pfarrern, bei Strafe der Suspenſion ab ordine, officio et beneficio, gebot, die Einſegnung gemiſchter Ehen nicht mehr zu ertheilen, wenn nicht das Verſprechen der Erziehung ſämmtlicher Kinder im katholiſchen Glauben eigens vorausgegangen ſeyn würde. Und um das Gewicht dieſer Weiſung zu verſtärken, berief er ſich weislich auf das Breve Pius VIII., welches, indem es die gewöhnlichen der Einſegnung gemiſchter Ehen vorauszuſchickenden Vorſichtsmaaßregeln vorſchreibt, auch das genannte Verſprechen zur Pflicht macht, und überdieß auf das Klarſte und Beſtimmteſte erklärt, daß, wenn die Ermahnungen des Seelſorgers, des Biſchofs oder Pfarrers, keine Wirkung thun — tum sane .... abstinere etiam catholicus Pastor debebit non solum a nuptiis, quae deinde fiant, sacro quocumque ritu honestandis, sed etiam a quovis actu quo adprobare illas videatur (Document Nr. VII). Uebrigens übte der Erzbiſchof ſeine rechtmäßige Jurisdiction, indem er die genannte Inſtruction an den Clerus richtete, und konnte dafür von der weltlichen Gewalt nicht zur Rechenſchaft gezogen werden [1]). Wie ſchwer ihm jedoch dieſer Act fiel, eben wegen der tiefen Ehrfurcht, die er als treuer Unterthan immer gegen die höchſte bürgerliche Gewalt hegte, iſt aus dem Schreiben zu erſehen, welches er unterm 10. März 1838 an den König richtete." (Document Nr. VIII.)

„Im Laufe ſo betrübender Umſtände dachten die Domherren des Capitels von Gneſen, es gebühre wohl dem eigenen Hirten, ein äußerliches Zeugniß ihrer großen Befriedigung, in Beziehung auf die Feſtigkeit, mit welcher er die katholiſche Lehre vertrete, und zugleich des Antheils, welchen ſie an ſeiner traurigen Lage nähmen. Zu dieſem Behufe ſandten ſie einen Prieſter, Hrn. Przytuski, als Dolmetſch ihrer Geſinnungen an ihn ab und ſtellten ihr eigenes Vermögen vorkommenden Falls unbedingt zu ſeiner Verfügung. Gerührt über eine Handlung, welche dem frommen Eifer ſeiner Domherren ſehr zur Ehre gereichte, richtete Mſgr. Dunin unterm 16. März ein vertrauliches Schreiben an ſie, in welchem er ihnen ſeine Zufriedenheit darüber ausdrückte, ſie in der heiligen Religion ſtandhaft und treu verharren zu ſehen, und ſodann hinzufügte, er ſei überzeugt, daß, wenn er jemals nach den hohen Rathſchlüſſen Gottes gefangengeſetzt, oder auf was immer für eine Weiſe in Ausübung ſeines Amtes gehindert werden ſollte, das Capitel von Gneſen, das anſtößige Beiſpiel des Capitels von Köln, welches dem Oberhaupte der Kirche gegenüber ſich erlaubte, ſeinen geſetzmäßigen Oberhirten anzuklagen, nicht nachahmen würde. Nur für den Fall ſeiner wirklichen, thatſächlichen Gefangenſetzung, und nicht ſeiner Verfolgung, wie die Regierung mit Unrecht folgern woll-

---

gänzlicher Hintanſetzung der der Obrigkeit ſchuldigen Ehrerbietung.

[1]) Der Erzbiſchof Dunin beklagt ſich in ſeiner, durch die Münchener politiſche Zeitung vom 1. Februar 1839 bekannt gemachten Erklärung mit Recht darüber, daß die Berliner Staatszeitung, die ſein Benehmen in finſterſten Lichte darſtellen wollte, der Sache den Anſtrich gegeben habe, als habe er ſich mit dem heiligen Biſchofe Stanislaus, durch Anſpielung auf ſeinen Märtyrertod durch die Hand Boleslaus II. vergleichen wollen.

[1]) Nichtsdeſtoweniger nahm die preußiſche Regierung in ihrer Denkſchrift keinen Anſtand zu behaupten, daß der Erzbiſchof (durch Erlaſſung der in Rede ſtehenden Inſtruction) ſich eine, ſeine Befugniſſe ſo weit überſchreitende, ungeſetzliche Jurisdiction angemaßt habe, in der Abſicht, ſeine Diöceſangeiſtlichen zur Uebertretung der Landesgeſetze zu verleiten.

te [1]), drückte ſich der Prälat in ſeinem Schreiben dahin aus, daß es ſchicklich ſei, in dieſem Falle die Muſik und das Läuten der Glocken in den Kirchen einzuſtellen."

(Fortſetzung folgt.)

Großbritannien und Irland.

Die Verhandlungen im Unterhauſe über den Antrag Lord J. Ruſſells in Bezug auf die iriſche Politik der Regierung gingen, wie bekannt, erſt am 20. April nach 4 Uhr Morgens zu Ende. Im Allgemeinen waren die Reden auf beiden Seiten größtentheils Variationen über die von Lord J. Ruſſell und Sir R. Peel angeſtimmten Themen. — In der Sitzung vom 18. waren die Hauptredner Hume und Lord Morpeth (Generalſecretär für Irland) als Vertheidiger, und Lefroy und Sir J. Graham als Gegner der Regierung. Lefroy machte den Verſuch, die gegen Lord Lorton in und außer dem Hauſe erhobenen Anſchuldigungen zu widerlegen. „Lord Lorton," ſagte er, „zahlte, als das erſte Mal eine Anzahl ſeiner Pächter ihre Ländereien verlaſſen, Jedem derſelben eine Geldſumme, um ſie in den Stand zu ſetzen, eine andere Pachtung zu erhalten oder nach Amerika auszuwandern. Er brachte dann auf ſeine Güter einen Mann aus dem Norden, der eine verbeſſerte Methode des Flachsbaues verſtand. Dieſer war noch nicht drei Monate auf dem Gute, als er barbariſch ermordet wurde. Es wurde kein Verſuch gemacht, die Mörder zu entdecken, obgleich ſie allen Einwohnern des Dorfes wohlbekannt waren. Im Ganzen wurden auf dem Gute vier Mordthaten, nebſt verſchiedenen andern todeswürdigen Verbrechen begangen. Der Lord kündigte nun den Pächtern an, wenn ſie ihm nicht Mittel an die Hand geben, die Thäter gerichtlich zu verfolgen, ſo werden alle Einwohner des Dorfes, nachdem ihre Pachtzeit ausgelaufen, von dem Gute entfernt werden. Da keine Anzeigen einliefen, gebrauchte er ſein Recht und trieb ſämmtliche Einwohner des Dorfes, das 23 Häuſer enthielt, aus; daß er dieſe Leute habe Hungers ſterben laſſen, iſt nicht wahr, denn jeder erhielt, ſobald er ſeine Wohnung verlaſſen, eine Geldſumme." — Zu Anfang der Sitzung vom 19. legte Hr. Shiel eine Bittſchrift der ehemaligen Pächter Lord Lortons vor, in welcher ſie über ihre Austreibung klagen und um Unterſtützung zur Auswanderung nach Neuſüdwales bitten. Eines der erſten Mitglieder, welche in dieſer Sitzung die abgebrochene Verhandlung fortſetzten, war ein Conſervativer, Ingham, der erklärte, er werde für den Antrag Lord J. Ruſſels ſtimmen, da die Politik Lord Normanby's ſeinem Beifall habe. Einer der nächſten Redner war Shiel, das beredte Mitglied für Tipperary, welcher kürzlich, um nicht gebunden zu ſeyn, eine von der Regierung ihm übertragene Sinecure niedergelegt hat. Er entwarf kurz folgende Schilderung von den Verdienſten des Lord Normanby: „Die Geſchichte wird es aufzeichnen, daß ein Mann Irland gut regiert hat, der, als Gouverneur von Jamaica, die Pflanzer bewältigt und die große Maaßregel der Freilaſſung ſeiner Mitmenſchen angebahnt, dann das Gouvernement von Irland mit dem Entſchluſſe, die Emancipation in Kraft zu ſetzen, angetreten, durch Beharren bei dieſem weiſen Entſchluſſe das Vertrauen einer großen Mehrheit der von ſeinem Souverain ſeiner beſondern Leitung Anvertrauten errungen, die Aufregung des Volkes gegen die Politik früherer Regierung unnöthig gemacht, die Feindſchaft einiger der furchtbarſten Gegner verſöhnt, der Regierung — was von höchſter Wichtigkeit — den Beiſtand und die Unterſtützung von zwei Drittheilen der iriſchen Mitglieder des Hauſes geſichert, endlich, als er aus Irland zu der Regierung der Colonien, zu deren Pacificirung er beſondere Geſchicklichkeit an den Tag gelegt, berufen wurde, das Bewußtſeyn mit ſich nahm, daß er das Vertrauen der großen Mehrheit des iriſchen Volkes wohlverdient habe." Dann ſuchte er zu beweiſen, daß der Beſchluß der Lords eine Unterſuchungscommittee niederzuſetzen, wirklich ein tadelndes Votum geweſen ſei. „Der Antrag, der Beſchluß," ſagte er, „hatte ſeine Quelle in Lord Roden und ſeine Stütze in Dr. Philpots. Unter allen Mitgliedern der Committee iſt dieſer, der Biſchof von Exeter, derjenige, welcher am meiſten in die Augen fällt. Der Antrag iſt ausgegangen von dem Vicegroßmeiſter des Oranienbundes, von dem Vicekönig Sr. allergnädigſten Majeſtät von Hannover. Und zur Leitung der Unterſuchung iſt das inquiſitoriſche Genie des großen proteſtantiſchen Dominicaners, des apoſtoliſchen Hohenprieſters, der das kleine Bisthum Exeter beſitzt, in Anſpruch genommen. Und man iſt noch im Zweifel, ob der Beſchluß ein tadelndes Votum ſei, oder nicht?" Hr. Shiel ſchloß: „Man hat uns ermahnt, uns zu bedenken, ehe wir in eine Colliſion mit dem andern Hauſe des Parlaments uns einlaſſen. Fort, ſage ich, mit einer ſolchen Colliſion! Hüten wir uns vor einer Colliſion mit dem iriſchen Volke! Erwägen wir, wie Friede, Geſetz und Ordnung aufrecht zu erhalten ſeien, wie eine Colliſion mit denen, welche eine unentziehbare Gewalt beſitzen, vermieden werden könne. Hütet euch vor dem Eintritte in einen Kampf! Betrachtet die Lage von Europa; Es iſt im Kriegszuſtande. Wir ſind faſt im Kriege in Amerika: in Aſien wirklich. Deßwegen müſſen wir uns bedenken. Die Diplomaten waren thätig, um einen Angriff durch Rußland abzulenken. Wer kann einen Augenblick auf Erhaltung des Bundes mit Frankreich rechnen? Dieſe Dinge ſollten nicht leichtſinnig vergeſſen werden von denen, welchen Englands Intereſſen am Herzen liegen, und die zu einer Partei gehören, welche ſich die conſervative nennt, und deren großes Ziel, ſeyn ſollte, Irlands Sicherheit und die Integrität des Reichs zu erhalten. Ich hoffe, daß dieſe Erwägungen ihr gebührendes Gewicht haben werden; ſollten dagegen, verblendet durch die Macht der Parteileidenſchaften und um dem Religionshaſſe zu fröhnen, die ehrenwerthen Mitglieder auf der Gegenſeite fortfahren, wie ſie begonnen, ſo hoffe ich, daß ſie nicht ſo lange leben werden, um ihre Nichtachtung meiner Mahnungen zu bereuen, zu einer Zeit, da Reue ohne Nutzen iſt und Buße ohne Gewinn." Hr. Shiel hatte im Laufe ſeiner Rede mehrere Male ſich auf frühere Vorgänge in Lord Stanley's öffentlicher Laufbahn berufen, durch welche dieſe, gegenüber ſeiner jetzigen Geſinnung, als inconſequent erſcheine. Lord Stanley erachtete es deßwegen für nothwendig, ſich zu rechtfertigen. Er wies namentlich nach, daß nicht

[1]) Auch hinſichtlich dieſer Stelle beklagt ſich der Herr Erzbiſchof in ſeiner Erklärung vom 1. Februar 1839 mit Recht, daß die Berliner Staatszeitung ſeinen Worten eine falſche Deutung gegeben habe.

Lord Normanby, sondern er zuerst Katholiken in Irland angestellt habe. „Seit der Bill über die Emancipation der Katholiken, seit 1829," sagte er, „wäre es unverantwortlich von jeder Regierung, wenn sie die religiöse Ansicht als politisch unfähig machend behandelte." Lord Stanley schloß: „Angenommen, Ihr erhaltet eine Mehrheit, welchen Vortheil erwartet ihr? Welchen möglichen Vortheil kann sie Euch gewähren? Der Zustand des Landes bleibt, wie er war. Ihr habt Krieg in Indien, Ihr seid mit Krieg in Nordamerika bedroht, Rußland ist eifersüchtig, wo nicht feindlich oder im Kriege, die Colonien sind unzufrieden, und im Schooße des Landes sind drei Millionen Chartisten. Aendert sich dieser Zustand des Landes nicht, was wird Euch eine Mehrheit nützen, die nicht so groß ist, als die Zahl Eurer beamteten Vertheidiger in dem Hause (es nahmen deren 36 an der Abstimmung Theil)? Welche Wirkung wird sie auf das Haus der Lords üben? Verlasset Euch darauf, daß es durch Eure Beschlüsse in seinen Plänen sich nicht stören läßt. Welche Wirkung wird diese Entscheidung auf den Character der Regierung äußern? Welchen Gewinn wird es bringen, eine Resolution anzunehmen, die auf einen, in indirectem Widerspruche gegen den coordinirten Zweig der Legislatur stehenden Antrag gegründet und gebaut ist? Ich fordere Euch auf, Euch zu bedenken, ehe Ihr so handelt! Doch ich weiß es, Eure Entschlüsse stehen fest. Ihr seid entschlossen, und der edle Lord mag eine Mehrheit von ungeneigten Freunden, ungeneigt gegen ihre harten Zuchtmeister, erlangen. Ich jedoch und die große Partei, mit welcher ich verbündet zu seyn die Ehre habe, freuen uns, zu wissen, daß wir die Interessen des Landes am besten sichern, wenn wir uns einer Resolution widersetzen, die gegründet ist auf ohnmächtigen, Groll und rechtswidrige Anmaaßung." Einer der Letzten, nicht mehr weit entfernt von Tagesanbruch, sprach O'Connell, mit allem Feuer des Agitators und Volksredners. „Es wäre," so schloß er seine Rede, „weder weise noch klug, würde das Haus sich ins Unrecht und Irland ins Recht bringen. Das Geheimniß der gegenwärtigen Politik ist, daß der siegt, der im Recht ist. Das Volk von Irland ist im Recht. Es hat sich für die Verwaltung eines Gouverneurs ausgesprochen, der Recht und Gerechtigkeit übte; es stellt an die vereinigte Legislatur das Verlangen, daß sie den Geist, der dieses Gouvernement beseelt, in der Gesetzgebung zur Ausführung bringe. Dieß ist die Hoffnung des Volkes von Irland; so Ihr aber ihm diese Hoffnung raubt, so Ihr ihm alle Hoffnung auf Besserwerden entzieht, die Bande, die es derzeit fesseln, fester anzieht, die Beschränkungen enger macht, jedes Volksrecht mit Füßen tretet und es nichts lehrt, als Verzweiflung — dann, Ihr Herren von England, dann mögt Ihr Euch um den Minister Eurer Wahl sammeln, möget der Warnung spotten, die der Anwalt Irlands jetzt an Euch erläßt; Eines sage ich Euch jedoch statt alles Andern: Ihr mögt Tyrannen seyn, wir aber sind keine Sclaven!" Schon rief man von allen Seiten: „Zur Abstimmung!" Da wollte noch Sir F. Burdett seine Weisheit geltend machen. Er begann mit Schmähungen über die „sehr ekelhafte Rede des ehrenwerthen und gelehrten Agitators;" der Ruf zur Abstimmung überwältigte jedoch bald die „Grillenstimme" des Greises. Lord J. Russell schloß mit einer kurzen Replik auf die gegen seinen Antrag erhobenen Einwürfe, dann wurde zur Abstimmung geschritten. Lord J. Russells Antrag lautet: „Es ist die Ansicht des Hauses, daß es angemessen sei, bei den Grundsätzen zu beharren, welche in den letzten Jahren die vollziehende Gewalt in Irland geleitet und eine wirksame Rechtspflege, so wie eine allgemeine Verbesserung in der Lage dieses Theils des vereinigten Königreichs bewirkt haben." Gegen diesen Antrag stellte Sir R. Peel sein bekanntes Amendement *). An der Abstimmung über dieses Amendement, welche über das Seyn oder Nichtseyn des gegenwärtigen Ministeriums entscheiden sollte, nahmen von den 658 Mitgliedern des Hauses 614 Theil. (An der Abstimmung über die Sprecherswahl im Jahre 1835 hatten 622 Mitglieder Theil genommen.) Das Amendement Sir R. Peels wurde mit 318 gegen 296, also mit einer Mehrheit von 22 Stimmen verworfen, und somit Lord J. Russells Antrag angenommen. Ein einziger Radicaler, Fielden, Cobbets Nachfolger in der Vertretung von Oldham, stimmte gegen die Minister; für sie stimmten zwei Tories, Jugham und Goddard, und Hr. Gibson, ebenfalls Tory, enthielt sich des Stimmens. Abwesend waren 20 Liberale und 9 Tories; die übrigen fehlenden Stimmen fallen auf erledigte Parlamentssitze, die Stimmenzähler und den Sprecher.

Preußen.

Die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung meldet aus Minden vom 22. April: „Ueber die plötzliche Abreise des Herrn Erzbischofs Freiherrn von Droste wird Nachstehendes (in der Kölner Zeitung) mitgetheilt. Die hämorrhoidalischen Beschwerden, an welchen der Erzbischof schon seit vielen Jahren leidet, hatten sich im Laufe der letzten Monaten merklich verschlimmert und war denselben ein rosenartiger Ausschlag hinzugetreten. Als hierüber Sr. Majestät dem Könige Bericht erstattet und zugleich bemerkt wurde, daß nach dem Urtheile der Aerzte der Genuß der Landluft bei eintretender warmer Jahreszeit, verbunden mit dem erheiternden Aufenthalt unter theilnehmenden Verwandten, günstig auf den Gesundheitszustand des Patienten einwirken würde, geruhten Allerhöchstdieselben sofort in den wohlwollendsten Ausdrücken zu gestatten, daß der Erzbischof sich nach seinem Stammgute Darfeld (im Kreise Coesfeld, des Regierungsbezirks Münster) begeben dürfe, wenn er solches wünsche und das Versprechen ertheile, diesen Aufenthalt ohne besondere Erlaubniß nicht zu verlassen. Der Erzbischof soll diese Erlaubniß mit Dank angenommen haben und ist fast unmittelbar nach Darfeld abgereist." — Ferner aus Münster vom 20. April: „Leider vernehmen wir, daß der Erzbischof von Köln in einem sehr leidenden Zustande zu Darfeld angekommen ist."

Wien.

Am 2. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅞
detto	detto zu 4 pC. in CM.	101⅛
detto	detto zu 3 pC. in CM.	81⅝
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		65¼
Bankactien pr. Stück 1532 in CM.		

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 23. April.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Morgen Samstag den 4. Mai ist das erste Pferdewettrennen auf der neuen Bahn nächst dem Lusthause im Prater. — Die Listen zu diesem Wettrennen sind im Comptoir des Oesterr. Beob. für 5 kr. C.M. zu haben.

№ 124

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 4. Mai 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 2. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.389	283. 1L. 9P.	+ 13.3	SO.	mittel.	heiter.
	2 Uhr Nachm.	27.359	28 1 5	+ 16.8	SO.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.357	28 1 5	+ 11.6	SO.	schwach.	Wolken.

Frankreich.

Den neuesten Pariser Journalen vom 26. April zufolge scheint die Ministerialkrisis ihrer Lösung um keinen Schritt näher gerückt zu seyn. Der Constitutionnel sagt: „Keinem der eminenten Männer des linken Centrums sind im Laufe des gestrigen Tages Vorschläge gemacht worden. Da wir allen Versuchen, die anderwärts gemacht werden, fremd sind, so können wir nicht sagen, ob die ministeriellen Combinationen, an welchen die Doctrinairs und die alten 221 Theil nehmen, irgend einen Fortschritt gemacht haben." — Im Courrier Français heißt es: „Die Combination, an die man vorgestern dachte, war ein Ministerium nach einem kleinen Maaßstabe. Man wollte Hrn. Vivien und Hrn. Sauzet mit Hrn. Dumon und Hrn. Duchatel, unter der Präsidentschaft des Marschalls, amalgamiren. Hrn. Dufaure und Hrn. Passy hatte man die Ehre angethan, nicht an sie zu denken. Hrn. Dupin wurden Vorschläge gemacht, die er, wie bekannt, für einen Scherz erklärte. — Gestern Morgens hat sich der Graf Molé in die Tuilerien verfügt. Man versichert, sein Besuch habe zum Zweck gehabt, den König über das Ernsthafte der gegenwärtigen Lage aufzuklären. Um 1 Uhr hat der König den Marschall Soult rufen lassen. Um allen Vermuthungen zu begegnen, können wir hinzufügen, daß der Marschall Abends weder Hrn. Guizot noch Hrn. Thiers irgend eine Eröffnung gemacht hatte." — Der Temps spricht ebenfalls von dem Besuche des Grafen Molé beim Könige, „um Sr. Majestät," wie der Temps behauptet, „die Nothwendigkeit vorzustellen, den „gerechten Forderungen des linken Centrums Genüge zu „leisten." — Dem Temps zufolge soll Marschall Soult bereits eingeräumt haben, daß Hrn. Thiers das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten nicht länger streitig gemacht werden könne; nur bestehe er (der Marschall) noch auf Zulassung der HH. Guizot und Duchatel ins Cabinet. — Der Graf von Montalivet war am 25. in Begleitung seiner Gemahlinn nach Laval abgereist, wo sein Schwiegervater, Hr. Paillard-Duclé, Deputirter der Mayenne, sehr schwer krank darniederliegt. Der Temps hofft, daß Hrn. von Montalivet's Abreise nicht ohne Einfluß auf eine baldigere Lösung der Krisis seyn werde.

Die Salons des neuen Kammerpräsidenten waren am 25. April zum ersten Male geöffnet. Hr. Passy empfing die Besuche zahlreicher Gäste, unter denen man die HH. Odilon-Barrot, Thiers, Dupin, Guizot, Teste, Villemain, Cousin, Duvergier de Hauranne, Jsambert, Dufaure, Sauzet, Leon de Maleville, Pelet de la Lozère, Etienne, Demarçay, Calmon, Berenger, Cunin-Gridaine ꝛc. ꝛc., mehrere Mitglieder des diplomatischen Corps und die interimistischen Minister bemerkte.

Die Herzoge von Orleans und Nemours haben vor einigen Tagen Paris verlassen. Ersterer inspicirt die Nordarmee, letzterer reist nach Mezières, wo sich das Hauptquartier der Division, die er commandirt, befindet. Die Prinzen werden am 30. April wieder in der Hauptstadt erwartet.

Der Herzog von Orleans passirte am 22. durch Arras, wo er eigenhändig die den dortigen Militärs bewilligten Ehrenkreuze austheilte. Die Truppen wie die Nationalgarde zeigten großen Enthusiasmus. Abends reiste der Herzog nach Lille weiter.

Der Moniteur erklärt die Vorwürfe des National, daß man die Armee seit einigen Monaten vergeblich auf die Beförderungen warten lasse und daß die erledigten Grade unbesetzt geblieben, für gänzlich ungegründet.

Der ehemalige Deputirte Cabet, der wegen Preßvergehen zu zweijährigem Gefängniß verurtheilt worden, sich dieser Sentenz aber durch die Flucht entzogen hatte, ist nach fünfjährigem Exil wieder nach Paris zurückgekehrt.

Am 25. April 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 85. 3Percents 81 Fr. 50.

Spanien.

Der Moniteur vom 26. April enthält folgende telegraphische Depesche aus Bayonne vom selben Tage halb 2 Uhr Nachmittags: „Die rückständigen Posten aus Madrid sind angelangt; die Division Parra hat die Communicationen wiederhergestellt. Der General Nogueras ist zum Oberbefehlshaber der Centrumsarmee (an van Halen's Stelle) ernannt worden."

Dem Bayonne Phare vom 23. April zufolge war Maroto, nachdem er um Esparrero's Aufmerksamkeit abzulenken, Miene gemacht hatte, etwas gegen Bilbao unternehmen zu wollen, nach Balmaseda aufgebrochen, wo er am 18. eingetroffen ist.

Päpſtliche Staaten.

Nachſtehendes iſt der weitere Verfolg der (im geſtrigen Blatte abgebrochenen) rechtlichen und factiſchen Darſtellung ꝛc. aus dem Diario di Roma vom 20. April:

„Mittlerweile erging unterm 12. April an die katholiſchen Unterthanen des Großherzogthums Poſen ein königliches Manifeſt, in welchem der preußiſche Monarch ſein lebhaftes Mißfallen darüber ausſprach, vernommen zu haben, daß böswillige Menſchen glauben machen wollten, Er habe die Abſicht, die Katholiken in freier Ausübung ihrer Religion und in Beobachtung ihrer Glaubensſätze zu ſtören. Um im Gegentheile jedweden Zweifel über ſeine landesväterlichen Geſinnungen zu entfernen, erklärte Er, daß ſein ernſtlicher Wille dahin gerichtet ſei, ſie wie bisher, ſo auch ferner[1]), dem Beſitzergreifungs-Patente vom 15. Mai 1815 gemäß, bei ihrer Religion zu ſchützen, und daher nicht zu dulden, daß die durch ſeine Landesgeſetze gebotene Glaubens- und Gewiſſensfreiheit in irgend einem Gegenſtande der kirchlichen Lehre geſtört oder gehemmt werde. Zum Schluſſe verbürgte Er den katholiſchen Unterthanen dieſelbe Gewiſſens- und Religionsfreiheit, deren ihre Väter genoſſen, indem er zugleich jeden mit der Strenge der ihm von Gott verliehenen Machtvollkommenheit bedroht, der ſich unterfangen würde, dieſen Zuſtand ändern, das Vertrauen der Unterthanen auf das Wort ihres Königs wankend machen und die Liebe und Eintracht ſtören zu wollen, in welcher bisher die verſchiedenen chriſtlichen Religionsparteien in ſeinen Landen nebeneinander gelebt haben. (Document Nr. X.)"

„Aber umſonſt würde man verſuchen, die in dieſem Manifeſt an die katholiſchen Unterthanen ausgedrückten Geſinnungen mit jenen zu vereinbaren, welche derſelbe Monarch an demſelben Tage — 12. April — in einem an die drei Miniſter Altenſtein, Rochow und Werther gerichteten Cabinetsſchreiben ausſprach. Hier beklagte ſich Sr. Majeſtät bitter über das Verfahren des Erzbiſchofs, indem dieſer durch ſeinen bekannten Hirtenbrief in ſeiner Diöceſe die ſogenannte Praxis in Betreff der kirchlichen Einſegnung gemiſchter Ehen habe aufheben wollen: eine (wie der König ſagte) mit den Staatsgeſetzen übereinſtimmende Praxis; ein ſolches Verfahren des Prälaten ſei gegen Seinen ihm mittelſt königlichen Befehls vom 30. December 1837 eröffneten ſouverainen Willen, und gegen den bei Beſitznahme des Erzbisthums dem Könige geleiſteten Eid der beſonderen Treue und des Gehorſams; deßhalb, hieß es weiter, habe Er auch wohlbegründete Urſache, ihm ſeine allerhöchſte Approbation zu entziehen, und ihm ſeine weitere Amtsführung unmöglich zu machen. Er fügte jedoch hinzu, daß bevor Er von dieſem ſeinen vollen Hoheitsrechte Gebrauch machen werde, Er den Erzbiſchof einem Prozeß unterziehen wolle, um ihm Zeit zu laſſen, ſeine Verirrungen zu erkennen, und ſeine Vertheidigung zu führen. (Document Nr. XI.)"

„Wirklich ſetzte Sr. Majeſtät durch ein anderes Cabinetsſchreiben vom demſelben Tage (12. April) den Oberpräſidenten der Provinz, Hrn. Flottwell, von dem an die obenerwähnten drei Miniſter erlaſſenen Befehle in Kenntniß und trug ihm auf, dem Herrn Erzbiſchof in Seinem königlichen Namen eine officielle Eröffnung über die in Rede ſtehende Streitfrage zu machen. (Document Nr. XII.) Demnach verfügte ſich der Präſident am 19. desſelben Monats zu dem Prälaten, und erklärte ihm in Gegenwart mehrerer Regierungsbeamten und Mitglieder des Poſener Capitels, in Gemäßheit der königlichen Befehle: „Sr. Majeſtät wollten ſein Vergehen noch als eine bloß irrthümliche Verkennung ſeines Standpunctes betrachten, wenn er ſeine Handlungsweiſe ſelbſt als eine ſolche anzuerkennen, und demgemäß unter Aufhebung der von ihm an die Geiſtlichen gerichteten Verfügungen die geſetzliche Ordnung wieder herzuſtellen bereit ſei; jede Beſchränkung der Gewiſſensfreiheit Allerhöchſtihrer katholiſchen Unterthanen in dieſer, wie in jeder andern kirchlichen Angelegenheit ſei dem allerhöchſten Willen Sr. königl. Majeſtät ganz entgegen. Keinem Geiſtlichen ſolle Zwang angethan werden zur kirchlichen Einſegnung einer gemiſchten Ehe, wogegen aber auch Sr. Majeſtät, jenem Grundſatze getreu, eben ſo wenig jemals dulden, oder einem Biſchofe geſtatten würden, ſeinerſeits einen Gewiſſenszwang durch Androhung von Strafen gegen diejenigen Geiſtlichen, welche dergleichen Ehen, ohne vorhergegangene Verſprechen der Verlobten in Betreff der Kindererziehung, durch die kirchliche Einſegnung vollziehen — einzuführen, und eine ſolche geſetzwidrige Ueberſchreitung der ihm zuſtehenden Kirchenzucht bis zu jener Anmaaßung, deren ſich der Erzbiſchof in ſeiner Verordnung vom 27. Februar ſchuldig gemacht habe, auszudehnen[1])." Hierauf geſtattete der Präſident dem Erzbiſchofe die kurze Friſt von 24 Stunden,

[1]) Welches der wahre Sinn der Worte — „wie bisher, ſo auch ferner" — ſei, zeigen die Handlungen der preußiſchen Regierung zur Genüge.

[1]) Dieß ſind die genauen Worte der, der preußiſchen Erklärung vom 31. December 1828 beigefügten Denkſchrift.

innerhalb welcher er eine den Erwartungen des Königs entsprechende schriftliche Erklärung zu geben habe, widrigenfalls zur Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung gegen ihn geschritten, und ihm verboten würde, über diesen Gegenstand was immer für einen Befehl zu erlassen, oder briefliche Correspondenzen zu unterhalten."

„Am folgenden Tage, 20. April, erklärte der Herr Erzbischof dem Hrn. Flottwell schriftlich, seiner innigen Ueberzeugung nach habe er durch seinen Hirtenbrief vom 27. Februar eine Gewissenspflicht gegen die katholische Kirche erfüllt, und sei darüber nur Gott und dem heiligen Stuhle Rechenschaft schuldig, indem es sich hier von einem Gegenstand handle, der mit den bürgerlichen und politischen Verhältnissen seiner Diöcesanen zur königlichen Regierung nichts gemein habe; er bezeugte seine große Dankbarkeit für die Gnade des Königs, indem Se. Majestät ihn versichern ließen, daß es nicht Ihr allerhöchster Wille sei, den katholischen Clerus zur Einsegnung gemischter Ehen zu zwingen, wenn die Gesetze der katholischen Kirche dagegen seien; er fügte hinzu, daß er auf diese Weise den Hauptgrund seiner Beschwerden für beseitigt betrachte, und daß er daher hoffe, in dieser Beziehung alle Schwierigkeiten in Betreff der freien Ausübung der geistlichen Amtswirksamkeit hinweggeräumt zu sehen. Er stellte daher vor, daß den Pfarrern freistehen müsse, bei gemischten Ehebündnissen den katholischen Theil auf die ihm obliegende Verbindlichkeit der katholischen Kindererziehung aufmerksam zu machen; daß, auch kraft der königlichen Erklärung, im Falle die Bedingungen mangeln, der Clerus die Erkundigung und die Einsegnung verweigern, und der katholische Theil, als den Grundsätzen seines Glaubens ungetreu, von dem Empfang des Sacraments ausgeschlossen bleiben müsse; daß endlich kein Bischof die Ausübung seines Rechtes, den eigenen Clerus in Uebertretungsfällen nach den Canones zu strafen, hätte verhindert werden dürfen, und daß ein gegen die Grundsätze der Kirche eingerissener Mißbrauch um so mehr abgestellt werden müsse, als er selbst die Einheit der katholischen Lehre und Disciplin gefährde."

„Im Vertrauen, daß durch die obenerwähnte königliche Erklärung die Schwierigkeiten gehoben seyn dürften, erklärte sich Msgr. Dunin bereit, dem Clerus die entsprechenden Weisungen mittelst eines andern Hirtenbriefes zu ertheilen. Er betheuerte überdieß, daß er mit jenem vom 27. Februar niemals beabsichtigt habe, das Volk gegen die gesetzliche Ordnung aufzureizen; daß er keine neue Verordnung erlassen, sondern nur die uralten kirchlichen Vorschriften zur Darnachachtung in Erinnerung gebracht habe, wie dieß einen Erzbischofe bei dem heutigen überaus betrübenden Zustande seiner Kirche gezieme; sehr mißfällig sei ihm, daß gegen seine Absicht in einigen Gegenden der Provinz Ruhestörungen vorgefallen seien, dieß sei aber einzig der Aufsehen erregenden Weise zuzuschreiben, in welcher die Civilbehörden seinen genannten Hirtenbrief dem Clerus abnahmen. Er schloß mit der Bemerkung, daß bei seiner schwachen Gesundheit, die Frist von 24 Stunden zu kurz sei, um ihm zu gestatten, seine versprochene Erklärung in einer so wichtigen Sache aufzusetzen, und bitte daher den Präsidenten, sie inzwischen zur Kenntniß Sr. Majestät zu bringen, und Allerhöchstdieselben zugleich zu versichern, daß er in allen zeitlichen Dingen seinem Monarchen völlig ergeben, treu und unterwürfig sei. (Document Nr. XIII.)"

„Nachdem der Herr Erzbischof diesen Brief an Hrn. Flottwell abgesandt hatte, schrieb er am folgenden Tage (21. April) einen andern an das Capitel von Gnesen, in welchem er diesem seine Freude und Befriedigung über die Mittheilung des unterm 12. desselben Monats an den genannten Präsidenten gerichteten Cabinetsschreibens ausdrückte, indem Se. Majestät geruht habe, darin zu erklären, daß jede Beschränkung der Gewissensfreiheit Ihrer katholischen Unterthanen hinsichtlich der sogenannten gemischten Ehen, wie auch in jeder andern geistlichen Angelegenheit, Ihrem königlichen Willen völlig entgegen sei. — Und unter besonderer Berufung auf das am selben Tage an die katholischen Unterthanen gerichtete Manifest, befahl er seinem Capitel, daß dieses Manifest am nächsten Festtage des heiligen Adalbertus den Gläubigen von der Kanzel feierlich verkündet werde; zugleich ermahnte er sie, dem Landesfürsten durch Treue und Gehorsam gegen die Gesetze und gegen Civilbehörden, ihre lebhafte Dankbarkeit an den Tag zu legen. (Document Nr. XIV.)"

„Obgleich der Herr Erzbischof von seiner Seite die beste Stimmung zu einer Versöhnung, insofern diese mit seinen Gewissenspflichten vereinbar war, gezeigt hatte, so mußte er sich dennoch überzeugt haben, daß er mit dem Hrn. Präsidenten Flottwell die Sache auf eine klare Weise und auf den von ihm bereits am 20. April gegebenen Grundlagen nicht beilegen könne. Er entschloß sich daher eine Immediatvorstellung an Se. Majestät mittelst eines Schreibens vom 24. April zu richten, in welchem er mit gleicher Festigkeit dieselben Grundsätze aussprach, welche er zur Rechtfertigung seines Hirtenbriefes und zu Gunsten der strengern Beobachtung der kirchlichen Vorschriften in Betreff der gemischten Ehen bereits in seinem Briefe an den Präsidenten entwickelt hatte; und wobei er sich mit vollem Rechte auf die bereits erwähnte (mit den Vorschriften des allgemeinen Staatsgesetzes übereinstimmende) königliche Erklärung: laut welcher die katholischen Priester zur Einsegnung gemischter Ehen gegen ihr Gewissen und die katholische Lehre nicht gezwungen werden dürfen, sodann auf das Manifest vom 12. April berief, in welchem letzteren Se. Maje-

ſtät Ihren katholiſchen Unterthanen hinſichtlich der Glaubens- und Gewiſſensfreiheit, wie ſie von ihren Vätern aufrechterhalten und geübt worden ſei, die feierlichſten Verſicherungen erneuert hatte. (Document Nr. XV.)" [1])

„Der Inbegriff der bis jetzt dargelegten Thatſachen ſpricht Mſgr. Dunin von jedem Schatten von Inconſequenz oder Wankelmuth frei. Demungeachtet erſchienen in verſchiedenen Zeitungen mehrere Artikel, welche glauben machen wollten, daß dieſer Prälat, eingeſchüchtert durch die ämtliche Mittheilung vom 19. April, der Regierung gewichen ſei, und in Allem ſeine frühern Beſchlüſſe zurückgenommen habe [2]). Aber gegen ſo falſche Behauptungen des Journalismus, erſchien in der Allgemeinen Augsburger Zeitung [3]) eine Erklärung des Prieſters Miszewski, Propſt des Capitels von Poſen, welcher vor dem Publicum bezeugte, daß der Erzbiſchof ſich niemals zu einer ähnlichen Retractation herbeigelaſſen, und es daher unmöglich ſei, daß er ſpäterhin dieſelbe wiederum zurückgenommen habe. (Document Nr. XVI.)"

(Fortſetzung folgt.)

[1]) In der Berliner Staatszeitung beklagt ſich die preußiſche Regierung, daß der Erzbiſchof Dunin das königliche Manifeſt in dem Sinne auszulegen verſuche, daß es ihm das Recht gewähre, Sendſchreiben und Weiſungen ans Volk zu erlaſſen. Dieß nennt die Regierung eine leere und nichtsbedeutende Ausflucht des Erzbiſchofs. Dieß kann jedoch nicht angenommen werden, ohne daß die Regierung geſteht, gedachtes königliches Manifeſt ſei im Grunde leer und nichtsbedeutend.

[2]) In der Bekanntmachung vom 31. December 1838 nahm die preußiſche Regierung ſelbſt keinen Anſtand, zu behaupten, daß die dem Erzbiſchofe durch den Oberpräſidenten Flottwell am 19. April gemachte Mittheilung den beabſichtigten Eindruck nicht verfehlt zu haben ſchien. Sie drückt ſich folgendermaaßen aus: „Der Erzbiſchof verſprach am folgenden Tage, mittelſt Erlaſſes eines neuen Hirtenbriefes, unter Aufhebung ſeines Umlaufſchreibens vom 30. Jänner und des darauffolgenden Erlaſſes vom 27. Februar, der Dioceſangeiſtlichkeit eine andere Belehrung über ihr zu beobachtendes Verfahren bei der kirchlichen Einſegnung gemiſchter Ehen zu ertheilen; allein plötzlich wurde er wieder andern Sinnes und wandte ſich mit ſeiner Vorſtellung vom 24. April an den König." — Hierüber äußert ſich der Erzbiſchof in ſeiner Erklärung vom 1. Februar 1839 folgendermaaßen: „Hier hat es der Redaction (der Berliner Zeitung) gefallen, bloß von dem günſtigen Eindrucke der Rede des Oberpräſidenten zu ſprechen und die Ertheilung einer andern Inſtruction geltend zu machen, ohne jedoch die Hauptſache zu erwähnen, nämlich unter welchen Bedingungen ich einen neuen Hirtenbrief erlaſſen wollte."

[3]) Nr. 147 vom 27. Mai 1838.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 22. April trug Hr. Labouchere (Unterſtaatsſecretär beim Colonialdepartement) auf die zweite Leſung der Bill an, durch welche die Verfaſſung von Jamaica ſuspendirt werden ſoll, und erklärte dabei, daß das Miniſterium mit Hinſicht auf dieſe Maaßregel eben ſo verfahren wolle, wie früher bei Gelegenheit der ähnlichen auf Canada bezüglichen Bill; es ſchlage nämlich vor, die Bill ohne Discuſſion zur zweiten Leſung gelangen zu laſſen, dann die Vertheidigung der Betheiligten durch ihre Anwalte an der Barre des Hauſes zu vernehmen und die eigentliche Debatte erſt zu beginnen, wenn die Bill in den Ausſchuß käme. Sir R. Peel hatte dagegen nichts einzuwenden, doch verwahrte er ſich ausdrücklich gegen die Vorausſetzung, als ob er ſich dadurch irgendwo hinſichtlich des Princips oder des Einzelnen der Maaßregel verpflichtete. Zugleich ſprach er die Hoffnung aus, daß es nicht nöthig ſeyn würde, dieſe überaus wichtige Angelegenheit als eine Parteifrage zu behandeln. (Hört, hört!) Wenn die Miniſter nach Anhörung der Anwalte der Pflanzer, Kaufleute und anderer bei den Intereſſen der Inſel Jamaica betheiligter Perſonen, welche gegen die Bill petitionirt haben, Grund zur Annahme eines anderen und beſſeren Verfahrens zu finden glaubten, ſo würden ſie ſich, meinte er, an die vorliegende Maaßregel hoffentlich nicht im mindeſten gebunden fühlen. Bei der Bill über das Gefängnißweſen, welche die Legislatur von Jamaica verworfen hat, werde es, bemerkte er weiter, allerdings von Seiten des engliſchen Parlaments nöthig ſeyn, feſt zu beharren; ließe ſich aber ein anderer Ausweg finden, als eine fünfjährige Suspenſion der Verfaſſung von Jamaica, ſo müſſe man denſelben ergreifen, da es ein höchſt mißliches Unternehmen ſeyn würde, jene Inſel, auf welcher ſeit 200 Jahren eine conſtitutionnelle Regierungsform beſtehe, ſo lange ohne Verfaſſung zu regieren und die über eine halbe Million betragenden Steuern und Abgaben daſelbſt dictatoriſch auszuſchreiben. Man ſolle ſtatt deſſen lieber der Legislatur von Jamaica Gelegenheit geben, ihr Verfahren noch einmal zu erwägen, und ſie ernſtlich und dringend an ihre Pflichten ermahnen; ſollte ſie ſich dann dennoch weigern, Vernunft anzunehmen, ſo werde er gerne bereit ſeyn, der Regierung des Mutterlandes die für den Fall nöthigen Vollmachten zu bewilligen. Die Bill wurde hiernach zum zweiten Male verleſen, worauf Hr. Burge, den das Verſammlungshaus von Jamaica zu ſeinem Agenten erwählt hat, an der Barre des Hauſes erſchien und eine Vertheidigungsrede hielt, die fünf Stunden dauerte, über die aber in öffentlichen Blättern nur ſehr kurz berichtet wird. Die Vernehmung des andern Anwalts, Sergeant Merewether, der im Namen der Grundeigenthümer von Jamaica ſprechen ſoll, wurde auf den folgenden Abend vertagt.

In der Sitzung des Oberhauſes von obgedachtem Tage erklärte Graf Radnor, den man in der letzten

Sitzung, ohne sein Wissen, zum Mitgliede des Ausschusses zur Untersuchung des Zustandes von Irland ernannt hatte, daß er diesen Ausschuß durchaus mißbillige und daher nicht daran Theil nehmen könne, worauf, dem Antrag des Grafen Roden zufolge, Graf von Stradbroke an seine Stelle ernannt wurde. Die übrigen Verhandlungen des Hauses waren von keinem allgemeinen Interesse.

In der Sitzung des Unterhauses vom 23. April stellte Admiral Sir Edward Codrington den Antrag, das Haus solle sich für den Grundsatz erklären, daß in Zukunft alle aus dem Canal auslaufenden Schiffe in Friedenszeiten eine gleich starke Bemannung führen sollen, wie in Kriegszeiten. H^r. Charles Wood, Admiralitätssecretär, drückte die Hoffnung aus, daß das Haus diesen Antrag, der in die Befugnisse der Verwaltung eingreife und einen indirecten Tadel gegen alle Directionen der Admiralität seit 1815 einschließe, nicht annehmen werde. Er erklärte, nie sei die Bemannung der englischen Kriegsschiffe vollständiger gewesen, als gegenwärtig. Die Schiffe erster Classe haben 220, die zweiter 96 und die dritter 40 Mann mehr am Bord, als in den Jahren 1815 und 1816. Den Kriegsfuß in Friedenszeiten zu verlangen, wäre widersinnig. Die Besorgniß, daß plötzlich ein Krieg ausbrechen könnte, sei chimärisch; denn Kriege kündigen sich immer durch gewisse Anzeigen zum voraus an, und in solchen Fällen finde sich, selbst auf auswärtigen Stationen, leicht die nöthige Mannschaft. Der Antrag wurde mit 90 gegen 27 Stimmen verworfen.

Am 22. April hielt die Königinn im Buckingham-Pallast Cercle. Graf von Senfft-Pilsach, Graf und Gräfinn Sebastiani, und H^r. Dedel, der bevollmächtigte Minister des Königs der Niederlande, hatten Abschiedsaudienzen.

Die London-Gazette zeigt die Ernennung von A. Rutherford Esq., bisherigem Solicitorgeneral von Schottland, zum Lordadvocaten von Schottland (dem Attorneygeneral in England entsprechend), an J. A. Murray's Stelle, und die Beförderung von J. Iwory Esq. zum Solicitorgeneral von Schottland an.

Die Times enthält Nachrichten aus Tscherkessien vom 14. December, wonach um die Mitte Novembers 8000 Mann russischer Truppen aus dem neuen Fort in der Bucht von Semes ausmarschirt waren, um einem aus 300 Wägen bestehenden Transport von Proviant und Munition für das Fort, der unter Bedeckung von 1200 Mann Cavallerie und einiger Infanterie die Ebene am Meeresgestade entlang von der Mündung des Kuban herkam, bis in die Ebene von Anapa entgegenzuziehen, um ihn sicher in die Festung zu geleiten. Der Befehlshaber der in Tscherkessien stehenden russischen Streitkräfte soll mit seiner Armee zu Anfang Decembers an der Mündung des Kuban ein verschanztes Winterlager bezogen haben.

Consols am 24. April 93¼.

Rußland.

S^r. Petersburger Zeitungen enthalten Nachstehendes: „In Folge der Ernennung des wirklichen geheimen Raths von Ribeaupierre zum Mitgliede des Reichsrathes, haben S^r. Majestät der Kaiser befohlen, denselben von seinem jetzigen Posten abzuberufen, und den Gesandten in Stuttgart, wirklichen Staatsrath, Baron Meyendorff zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Könige von Preußen und S^r. königl. Hoheit dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin zu ernennen." — Die wirklichen Staaatsräthe, Baron Brunow und Kokoschin, sind an demselben Tage zu außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministern, ersterer bei S^r. Majestät dem Könige von Würtemberg, letzterer bei S^r. Majestät dem Könige von Sardinien und Ihre Majestät der Herzoginn von Parma, ernannt worden. — Da der wirkliche Staatsrath Rückmann eine andere Bestimmung erhalten hat, so ist der im Ressort des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten angestellte Staatsrath Titoff zum Generalconsul in der Moldau und Wallachei ernannt worden.

Schweden und Norwegen.

S^r. Majestät der König haben den Freiherrn Carl Gabriel Oxenstierna zum Hofmarschall ernannt.

Preußen.

Die Preußische Staatszeitung enthält folgenden Artikel aus Münster vom 23. April: „Das Fußübel, an welchem der Erzbischof von Köln seit einigen Wochen litt, hatte in der letzten Zeit einen bedenklicheren Character angenommen, und die Aerzte glaubten nur dann eine glückliche und schnelle Wiederherstellung sich versprechen zu können, wenn der Patient der Pflege seiner Verwandten übergeben würde. Die Behörden beeilten sich, diesen Zustand des Prälaten zur Kenntniß S^r. Majestät gelangen zu lassen. Allerhöchstdieselben geruhten folgenden Cabinetsbefehl zu erlassen: „Da nach „Ihrem Berichte vom 15. d. M. der Erzbischof von Köln „sich in einem bedenklichen Gesundheitszustand befindet, „und von einer theilnehmenden Pflege im Kreise seiner „Verwandten wohlthätige Wirkungen, sowohl auf sein „Gemüth als auf sein körperliches Leiden, erwartet werden, so will Ich ihm gestatten, sich nach seinem Stamm„gute Darfeld in den Schooß seiner Familie zu begeben, „wenn er selbst dieß wünscht und das Versprechen er„theilt, diesen Aufenthaltsort ohne Meine Erlaubniß „nicht zu verlassen. Wenn der Erzbischof zu einem aus„wärtigen Arzte besonderes Vertrauen haben möchte, so „ist dafür zu sorgen, daß er herbeigerufen werde. Ich be„auftrage Sie, dem Erzbischof hiernach die erforderliche „Eröffnung durch den Regierungspräsidenten Richter ma„chen und ihm zugleich Mein Bedauern über seinen lei„denden Zustand ausdrücken zu lassen, mit dem Wun„sche, daß die nachgegebene Verlegung seines Wohnsitzes

„zur Linderung seines Leidens beitragen möge." — Mittelst Estafette langte dieser Befehl am 19. d. M. in Minden an, und ward noch in derselben Stunde durch den Regierungspräsidenten Richter dem Prälaten bekannt gemacht. Mit dem gerührtesten Danke hat der Erzbischof die ihm zu Theil gewordene allerhöchste Gnade erkannt, und bereitwilligst das Versprechen abgelegt, Darfeld nicht ohne allerhöchste Genehmigung zu verlassen. Er hat am 21. die Reise angetreten, und ist am 22. in Darfeld eingetroffen."

Niederlande.

Das Amsterdamer Handelsblad enthält Folgendes: „Wir vernehmen, daß Sr. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland bis zum 30. April hier verweilen werde. Der Kurier, welcher am 20. aus St. Petersburg hier ankam, hat auch noch, nachdem er in London gewesen, Brüssel besucht, und sich von dort aus erst hierher begeben, um dem Großfürsten die Instruction zu überbringen, in deren Folge die Reise desselben nach England bis zum folgenden Jahre ausgesetzt worden ist. Ein zweiter über London hier eingetroffener Kurier hat dem Grafen Orloff, als Zeichen des kaiserlichen Wohlgefallens, den St. Adreasorden (bekanntlich den höchsten kaiserl. russischen Orden) überbracht."

Belgien.

Der Moniteur Belge begleitet die Nachricht von der Unterzeichnung der verschiedenen durch die Conferenz vom 23. Jänner festgestellten Verträge und eines andern mit dem teutschen Bunde abgeschlossenen Vertrages mit folgenden Erklärungen: „Die Beitrittsacte, deren Abschluß wir in dem officiellen Theile unserer heutigen Beilage melden, sichert mit vollem Rechte Belgien die Anerkennung von Seite aller Bundesstaaten und sanctionirt auf die regelmäßigste Weise den Austausch zwischen Limburg und Luxemburg. Sind wir gut unterrichtet, so ist der Unterzeichnung des Vertrages die Auswechslung verschiedener Erklärungen vorhergegangen, welche die Schwierigkeiten, die die Vollziehung dieses Vertrages darbot, zum Gegenstande hatten. So ist anerkannt worden, daß das Dorf Martelange irrthümlich dem Bundesgebiete zugewiesen worden war, und dasselbe wird bei der Gränzscheidung in dem belgischen Gebiete begriffen bleiben. Die gemeinschaftliche Aufsicht über die Schelde und das facultative Lootsenwesen werden ihre Anwendung zu gleicher Zeit mit der Erhebung der Tonnengebühr, das heißt, unmittelbar nach der Auswechslung der Ratificationen des Vertrags, erhalten. Der Canal von Terneuze wird mit keiner besondern Schifffahrtsgebühr, weder auf dem belgischen, noch auf dem holländischen Gebiet belegt werden; auf diese Weise werden die Städte Gent und Antwerpen in die nämliche Lage versetzt werden, indem die einzige Gebühr, die sie zu zahlen haben, die Scheldegebühr ist. Die Dampfschiffe werden nur nach der Capacität bezahlen, welche zur Aufnahme einer Waarenladung bestimmt ist; alle Schiffe, ohne Unterschied des Landes, werden nach dem jetzt in Holland in Kraft bestehenden Gesetze, das ebenfalls in Belgien noch in Kraft ist, geeicht werden. Die belgischen Schiffe werden unverzüglich zur Fahrt auf den Canälen und Binnengewässern zugelassen werden, indem sie die nämlichen Gebühren, wie die holländischen Schiffe, nach den in Kraft bestehenden Tarifen tragen; die von verdächtigen Orten kommenden Schiffe werden nicht gehalten seyn Anker zu werfen, um den Gesundheitswächter aufzunehmen; es wird für die Steuerleute hinreichen, das Signal zu geben, und der Wächter muß ohne irgend eine Verzögerung an Bord gebracht werden. Die Schiffe können frei in allen Gewässern der Schelde und in ihren Mündungen stationiren, wenn die Winde, das Eis oder andere Umstände dieß fordern. Die Frage des Rückkaufs der Tonnengebühr ist einer directen und besondern Unterhandlung zwischen Belgien und Holland vorbehalten. Es ist anerkannt worden, daß die eventuell durch den Canton Sittard anzulegende Straße eine Eisenbahn seyn kann. Es ist erklärt worden, daß die Ausstreichung der Worte à perpétuité des Artikels 5 keine Bedeutung hat; daß dafür hinlänglich durch die Artikel 6 und 7 geforgt, und daß die Abfassung übrigens dem Gebrauche gemäß ist. Aus diesen nämlichen Aufschlüssen geht hervor, daß die durch die belgische Regierung überreichte Note, um eine neue Verminderung in der Schuld zu erlangen, keine Aufnahme gefunden hat. Was die den Bewohnern Limburgs und Luxemburgs gesicherten Freiheiten betrifft, so ist geantwortet worden, daß dafür theils durch das Grundgesetz Hollands, theils durch die constitutiven Acten des Bundes gesorgt sei." (Folgt dann die auf die Mittheilung der belgischen Regierung vom 14. April von der Conferenz ertheilte Erwiederung, in welcher die oben summarisch erwähnten Puncte ausführlich verhandelt werden.)

Teutschland.

Sr. Majestät der König von Hannover ist am 25. April in Begleitung des Prinzen Bernhard von Solms-Braunfels, nach Braunschweig abgereist.

Sr. Majestät der König von Hannover hat dem Ober-Medicinalrath Dr. Stieglitz, welcher am 25. April sein funfzigjähriges Doctorjubiläum feierte, mittelst gnädigen Cabinetsschreibens das Commandeurkreuz des Guelphenordens verliehen.

Wien.

In der am 1. Mai d. J. Statt gefundenen Ziehung des Anlehens vom Jahre 1834 sind auf folgende Nummern Haupttreffer gefallen: Nr. 14,810 gewinnt 300,000 fl.; Nr. 41,867 gewinnt 75,000 fl.; Nr. 45,479 gewinnt 40,000 fl.; Nr. 31,014 gewinnt 20,000 fl.; Nr. 12,903 gewinnt 15,000 fl.; Nr. 4731 gewinnt 10,000 fl.; Nr. 1839 gewinnt 7500 fl.; Nr. 2126 gewinnt 5000 fl.; Nr. 34,318 gewinnt 5000 fl.; Nr. 12,918 gewinnt 5000 fl.; Nr. 28,269 gewinnt 3000 fl.; Nr. 27,022 gewinnt 3000 fl.; Nr. 21,573 gewinnt 3000 fl.; Nr. 28,071 gewinnt 3000 fl.

Am 3. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 1/16.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101 1/2.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81 3/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	284.
detto detto v. J. 1821.	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1834.	für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC. in CM	——.
Bankactien pr. Stück 1530 in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Heute Samstag den 4. Mai ist das erste Pferdewettrennen auf der neuen Bahn nächst dem Lusthause im Prater. — Die Listen zu diesem Wettrennen sind im Comptoir des Oesterr. Beob. für 6 kr. C.M. zu haben.

№ 125

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 5. Mai 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 3. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciert. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.338	283. 18. 39.	+ 12.7	SO.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.263	28 0 2	+ 16.4	SO.	mittel.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.278	28 0 4	+ 11.4	SO.	still.	——

Frankreich.

Den neuesten Pariser Journalen vom 27. April zufolge scheint sich die Ministerialkrisis endlich ihrer Lösung zu nahen. Das Journal des Debats spricht von einer Annäherung, die zwischen dem Marschall Soult und Hrn. Thiers Statt gefunden habe, und glaubt, das Ministerium werde nun in sehr wenigen Tagen constituirt seyn. — Der Constitutionnel bestätigt das Gerücht von obgedachter Annäherung zwischen dem Marschall Soult und Hrn. Thiers. „Nichtsdestoweniger," fügt dieses Journal hinzu, „hat noch nicht alle Ungewißheit ein Ende. Man konnte vor einiger Zeit glauben, daß ein Coalitionsministerium allen Verlegenheiten ein Ziel setzen würde. Allein die Sprache, welche Hr. Guizot bei der letzten Discussion geführt hat, das Programm des Hrn. Persil (welches im Journal des Debats erschienen ist), die Wirkung, welche durch diese beiden Manifeste auf die Partei der 221 hervorgebracht wurde, haben ein solches Cabinet unmöglich gemacht. — Die Frage steht heute zwischen einem Ministerium des linken Centrums und einem rein doctrinairen Ministerium. — Ersteres würde aus dem Marschall Soult, Hrn. Thiers, Hrn. Dupin, Hrn. Passy, Hrn. Dufaure, aus Mitgliedern des Centrums von der Pairs- und der Deputirtenkammer, bestehen; Hr. Cunin-Gridaine würde daran Theil nehmen. — Das doctrinaire Ministerium würde, immer unter der Präsidentschaft des Marschalls Soult, aus Hrn. Guizot, Hrn. Duchatel, Hrn. Dumont und andern Männern von derselben Färbung zusammengesetzt werden. — Dieß sind die beiden Combinationen, aus denen der Marschall zu wählen hat. Wenn einmal die Wahl für die eine oder die andere dieser beiden Combinationen getroffen ist, so wird die Sache schnell zum Abschluß kommen; denn von beiden Seiten sind alle Arrangements getroffen." — „Es ist sicher," sagt gleichfalls der Constitutionnel „daß sehr einflußreiche Mitglieder der 221 sich gestern zum Marschall Soult begeben und ihn dringend gebeten haben, sich Hrn. Thiers zu nähern. Sie erklärten dem Marschall, daß sie nur ein Ministerium des linken Centrums, gestützt auf die dynastische Linke und auf jenen beträchtlichen Theil des Centrums, für möglich hielten, welcher das Ministerium vom 15. April nur deßhalb unterstützt hatte, weil es sich von den Doctrinairs losgesagt und die Amnestie proclamirt hatte." — In einem Postscriptum des Courrier Français heißt es: „Die früheren Hindernisse gegen die Bildung eines Ministeriums des linken Centrums sind beseitigt. Die HH. Calmon und Teste haben gestern im Namen des Marschalls einen Schritt bei Hrn. Thiers gethan. Der Marschall bietet, wie es heißt, Hrn. Thiers das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten an; besteht aber zu gleicher Zeit auf Zulassung einiger Doctrinairs ins Conseil; dieser letztere Punct ist angefochten worden; die vorzüglichsten Mitglieder des linken Centrums haben Hrn. Thiers erklärt, daß sie an keinem Ministerium Theil nehmen könnten, in welches die Freunde des Hrn. Guizot aufgenommen würden. — Hr. Guizot und Hr. Duchatel sind gegen 4 Uhr in die Tuilerien berufen worden. Wir glauben versichern zu können, daß es sich, wenigstens in Bezug auf Hrn. Guizot, um etwas ganz Anderes, als um eine ministerielle Proposition handelte; aber die Doctrinairs trennen sich nicht von ihrem Haupte. — Wenn der Marschall entschlossen ist, wenn er seine Engagements mit den Doctrinairs brechen will oder kann, so stehen ihm alle Elemente eines starken Ministeriums zu Gebote. Hr. Dupin, Hr. Passy, Hr. Dufaure, Hr. Vivien, Hr. Teste, alle Notabilitäten des linken Centrums sind geneigt, sich um den Marschall und Hrn. Thiers zu gruppiren."

Der Herzog von Orleans ist am Abend des 22. April zu Lille angekommen, wo ihn sämmtliche Behörden empfingen. Am 23. hielt der Prinz große Revue über die Nationalgarde und die Truppen der Garnison, besuchte dann das Militärspital und reiste am 24. Morgens nach Valenciennes weiter.

Am 25. April wurde vor dem Assisenhofe der Seine der Prozeß gegen die Geranten der Journale Europe monarchique und Estaffette verhandelt. Beide waren angeklagt, zum Haß und zur Verachtung der Regierung aufgefordert, und sich für eine andere Regierungsform, als die jetzt existirende, öffentlich ausgesprochen zu haben. Der Vertheidiger, Hr. Dugabé, wurde wegen der Heftigkeit seiner Rede öfters zur Ordnung gerufen. Die Jury sprach die beiden Geranten frei.

Am 26. April 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 50. — Am 27. April um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 110 Fr. 70. 3 Percents ——.

Spanien.

Briefe aus Bayonne vom 22. April melden: „Man hat Nachrichten aus Tolosa vom 20. erhalten. Es scheint, daß die Besatzung von San Sebastian eine Demonstration gegen die Carlistische Linie von Andoain unternommen hat; aber diese Bewegung ist ohne Resultat geblieben; es ist nicht einmal ein Flintenschuß bei dieser militärischen Promenade gefallen. Maroto hat, wie es heißt, sein Hauptquartier nach Orduña verlegt. Espartero hat Villarcayo verlassen und ist nach Logroño zurückgekehrt. Man erfährt aus Durango vom 15., daß Maroto die Cantera de Aspe, einen Steinbruch auf der Anhöhe zwischen Olaviaga und Portugalete, hat besetzen lassen. Auf dieser Anhöhe will Maroto ein Fort anlegen lassen, das den Fluß beherrschen würde. —

Man schreibt aus Estella, daß Elio fortwährend mit fünf Bataillons und vier Compagnien in Dicastillo steht, wo er Don Diego Leon, welcher Mendavia mit eilf Bataillons besetzt hält, festen Fußes erwartet. — Tarragual hat sich nach Tolosa verfügt; er war am 19. in Lecumberri. — Die Post aus Saragossa ist gestern und heute angekommen; sie hat keine Nachrichten von der Armee gebracht."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 24. April äußerte Lord Brougham, daß er eine Frage hinsichtlich der Verhältnisse zwischen der Türkei und Mehmed Ali zu stellen wünsche; der edle Lord an der Spitze des Cabinets (Lord Melbourne) habe bei einem früheren Anlasse erklärt, daß die Politik Englands dahin gerichtet sei, streng neutral zwischen beiden Parteien zu bleiben, und, wo möglich, den Frieden unter selben aufrecht zu erhalten. Er habe aber unlängst aus Alexandrien Nachrichten erhalten, aus denen sich ergebe, daß gewisse brittische Offiziere in türkische Dienste getreten seien; ein Factum, welches in den ununterrichteten Augen des Pascha's und seiner Minister einer Verletzung der Neutralität von unserer Seite gleichsehen dürfte. — Lord Melbourne erwiederte, es sei wahr, daß einige brittische Seeoffiziere in Dienst der hohen Pforte getreten seien und sich in Konstantinopel befänden; er betrachte dieß aber als keinen Bruch jener Neutralität, deren Aufrechthaltung zwischen den Parteien in der Absicht der Regierung liege. Der brittische Botschafter zu Konstantinopel habe unlängst die gemessensten Instructionen erhalten, in Gemeinschaft mit den Botschaftern der übrigen Mächte dahin zu wirken, daß der Friede zwischen Mehmed Ali und der Pforte aufrecht erhalten werde. — Lord Brougham erklärte sich für vollkommen befriedigt durch diese Antwort.

Es wird in Toryblättern wieder von dem Gerüchte gesprochen, daß in dem Ministerium eine Modification beabsichtigt werde, weil Lord John Russell seines geschwächten Gesundheitszustandes wegen entschlossen sei, sich von den Staatsgeschäften zurückzuziehen.

Einige der bedeutendsten Radicalen sollen Sir Robert Peel vor der Abstimmung über sein Amendement zu der Russell'schen Motion den Vorschlag gemacht haben, dasselbe unterstützen zu wollen, falls er sich anheischig mache, das Parlament nicht aufzulösen, wenn er ans Ruder käme. Wäre dieß Gerücht gegründet, so müßte Sir Robert Peel eine solche Verpflichtung nicht haben eingehen wollen, da kein Radicaler für sein Amendement gestimmt hat.

Die Times gibt Nachrichten aus Calcutta vom 14. und aus Bombay vom 26. Februar, welche die früheren, in ministeriellen Blättern enthaltenen ostindischen Meldungen von demselben Datum in einigen Puncten ergänzen. Die Delhi-Gazette vom 13. Februar glaubt, daß das Truppencorps des Schah Sudschah den Indus überschritten habe und jetzt bei Schikarpur im Lager stehe. Die neuesten in England bekannten Nachrichten von den friedlichen Gesinnungen der Emire von Sinde und der Einnahme von Hyderabad waren am 24. Jänner der Indus-Armee noch nicht bekannt. Im Gegentheile befürchtete man, daß die Truppen unter Sir John Keane bei Hyderabad einen lebhaften Widerstand von Seiten der Sindier finden würden, und es hatte daher ein Truppencorps von der Indus-Armee unter dem Befehle des Generalmajors Sir Willoughby Cotton den Auftrag bekommen, jener Armee zu Hülfe zu eilen. Sir Alexander Burnes befand sich bei der Avantgarde und der Oberbefehlshaber, Sir Henry Fane, in Rorsih. Man glaubte, daß das in Schikarpur befindliche Corps dort eine zeitlang Halt machen werde; von activen Operationen war nirgends die Rede. Lord Auckland befand sich am 12. Februar in Delhi. Diese Berichte melden auch den Tod des Generals Allard, der am 23. Jänner in Peschauer Statt gefunden haben soll.

Consols am 25. April 93¼.

Rußland.

In dem Reseript, mit welchem dem Seeminister, Fürsten Mentschikoff, die Insignien des St. Andreasordens zugetheilt wurden, sagt Sr. Majestät der Kaiser unter Anderm: „Zu einem unserer festesten Regierungsentwürfe gehört es, Unsere Marine in einen Zustand zu versetzen, die der Würde und den Bedürfnissen des Reiches entsprechend ist. Ihnen vertrauten Wir die Vollziehung Unseres Vorsatzes. Durch Ihre Fürsorge ist derselbe jetzt vollkommen erreicht worden, und mit Vergnügen gewahren Wir in jedem Jahre die Fortschritte und Verbesserungen, die alle Theile derselben unter Ihrer Verwaltung gewinnen."

Preußen.

Die Kölner Zeitung meldet aus Bonn vom 24. April: „Gestern Abends um halb sieben Uhr entschlief zu einem bessern Leben in Folge eines organischen Herzübels Carl Hieronymus Windischmann, Medicinalrath und Professor der Medicin und Philosophie an der hiesigen Universität. Geboren zu Mainz am 21. August 1775, hatte er zu Würzburg Philosophie und Medicin studiert und ein Jahr lang in Wien sich für die medicinische Praxis ausgebildet. Von 1798 bis 1801 lebte er als practischer Arzt in seiner Vaterstadt, wurde aber dann als Hofmedicus zum Kur-Erzkanzler nach Aschaffenburg gerufen. Im Jahre 1818 folgte er einem Rufe als Professor der Philosophie an der eben errichteten rheinischen Universität. Die Wissenschaft hat an ihm einen geistreichen tiefsinnigen Denker, die akademische Jugend einen liebevollen und väterlichen Freund verloren. Als Familienvater war er wahrhaft ehrwürdig. Bei der großten Bestimmtheit seiner religiösen und politischen Ueberzeugung fanden doch daneben in seinem warmen liebevollen Herzen auch Freunde andern Glaubens Raum. In glücklichen Tagen, wo noch der zahlreiche Kreis geistreicher liebenswürdiger Kinder um ihn blühte, war sein gastliches Haus ein Vereinigungspunct der edelsten Erheiterung und Geselligkeit. Viele junge Männer, nah und fern, bewahrten in Dankbarkeit und Pietät die Eindrücke, die sie aus seinem Leben und Beispiel empfingen. Seine hohe Religiosität verläugnete sich auch in den schweren Prüfungen nicht, welche Gott durch den Tod von fünf erwachsenen Kindern und sonst noch über ihn verhängte. Er starb mit sich und mit der Welt im tiefen Frieden. Ehre seiner Asche!"

Der Westphälische Merkur berichtigt seine frühere Nachricht dahin, daß der Erzbischof von Köln zwar leidend, aber nicht in verschlimmertem Zustande in Darfeld angekommen sei, und sich so wohl befinde, als es bei seiner Kränklichkeit nur immer erwartet werden durfte.

Päpstliche Staaten.

Nachstehendes ist der weitere Verfolg der (im gestrigen Blatte abgebrochenen) rechtlichen und factischen Darstellung ꝛc. aus dem Diario di Roma vom 20. April:

„Und hier muß bemerkt werden, daß zwei Tage nach der von Hrn. Flottwell im Namen des Königs an den Herrn Erzbischof gemachten Erklärung, die Regierung an alle Provinzialräthe von Posen ein von Hrn. Strödel un-

terzeichnetes Circular erließ, in welchem die schärfsten Maaßregeln über die Geistlichen verhängt wurden, welche von der Kanzel während des Gottesdienstes dem Volke das Circular des Herrn Erzbischofs verkündigt hätten, indem sie zugleich für unfähig erklärt wurden, irgend eine Pfarrpfründe vom königlichen Patronate [1]) zu erhalten, noch zu einen bessern befördert zu werden. (Document Nr. XVII.)"

„Vorher hatte bereits die Regierung beschlossen, gegen den Priester Brodziszewski, Generalvicar von Gnesen, gerichtlich einzuschreiten. Dieser hatte nämlich wohl in Folge des Regierungsbefehls vom 19. Juli 1837, welcher die katholischen Geistlichen zur unbedingten Einsegnung der gemischten Ehen verhalten will, sich für verpflichtet gehalten, dem Clerus am 6. September desselben Jahres eine Particular-Instruction zu ertheilen, welche er mit einer Schrift über das Benehmen des Erzbischofs in dieser Sache begleitete. In diesem Circular schickte der genannte Vicar die Betheuerung voraus, daß er der Erste sei, willig die Befehle der Regierung zu vollziehen, so lange sie nicht mit den heiligen und unverletzlichen Grundsätzen des katholischen Glaubens in Widerspruch träten; daß wenn sie den Gesetzen der Kirche zuwiderliefen, er nur mit den Worten des heiligen Petrus entgegnen könne: besser ist es Gott zu gehorchen, als den Menschen. — Hierauf unterrichtete er den Clerus von den Schritten, welche der Erzbischof beim Ministerium gethan hatte, um die Aufrechthaltung der katholischen Disciplin bei den gemischten Ehen zu erwirken, und forderte ihn zur genauesten Befolgung dieser Disciplin auf; er brachte ihm die allgemeine Kirchenpraxis und insbesondere die im Breve Pius VIII. enthaltenen Vorschriften des heiligen Stuhles in Erinnerung, und machte ihn zum Schlusse für jede Abweichung von der Lehre und dem Gebote der Kirche, des Glaubens und der katholischen Religion verantwortlich. (Document Nr. XVIII.)"

„Erzürnt über diese Instruction, sandte die Regierung einen königlichen Commissär an den Generalvicar, um ihn über seinen Erlaß zur Rechenschaft zu ziehen; aber dieser entgegnete, wie er schon in der Instruction selbst gesagt hatte, daß man in religiosen Dingen Gott mehr gehorchen müsse, als den Menschen. Hierauf befahl der königliche Commissär den Gliedern des erzbischöflichen Consistoriums zu Gnesen, daß in Zukunft alle Geschäfte ihres Wirkungskreises seiner Einsicht zu unterziehen seien. Sie antworteten jedoch einstimmig, daß ein solches Ansinnen der Freiheit der Kirche zuwider sei. Dieß war der Regierung genug, um sie alle sammt und sonders, den Generalvicar mit inbegriffen, von ihren Aemtern zu suspendiren; der Vicar wurde überdieß am 19. März 1838 in seiner eigenen Wohnung in Arrest gesetzt; so mußte nunmehr der Erzbischof die unmittelbare Verwaltung jener Erzdiöcese übernehmen."

„In Erwiederung der Vorstellung, welche letzterer dem König unterm 24. April 1838 an den König gerichtet hatte, eröffnete ihm am 5. des folgenden Monates Hr. Frankenberg, Präsident des obersten Appellationsgerichtes, persönlich in besonderem Auftrage des Königs, daß er illegal gehandelt habe; und forderte, in der Absicht, ihn zum Widerruf seiner Erlasse vom 30. Jänner und 27. Februar zu bewegen, ihn auf, die Anordnungen der Landesgesetze reiflich zu erwägen, an welchen er seine Verschuldung und deren Folgen zu ermessen habe; wobei er ihm anheimstellte, die seine Person und Würde schonend berücksichtigende Form und Fassung zu wählen [2])."

„Unter Einem wurde dem Erzbischof bedeutet, daß, da aus einem inzwischen mit dem päpstlichen Stuhle Statt gefundenen Notenwechsel erhelle, daß die Allocution vom 10. December 1837 nichts weiteres habe seyn sollen, als eine öffentliche Protestation gegen eine öffentliche Handlung, gleichfalls daraus hervorgehe, daß der Papst kein Gebot, am wenigsten ein solches für die Bischöfe der östlichen Provinzen des preußischen Staates, beabsichtiget habe [3]). Aber wie irrig und aller Begründung entbehrend eine solche Schlußfolgerung sei, beweisen die Documente selbst am besten. Der Hr. Ritter Bunsen, nachdem er in seiner Note vom 17. desselben Monats gesagt hatte, der heilige Stuhl habe durch die erwähnte Allocution implicite zur Vermuthung Anlaß geben können, er wolle die freundschaftlichen Verhältnisse, die zwischen beiden Höfen bestehen (les relations amicales qui existent entre les deux Cours), abbrechen, fügte hinzu, daß Sr. Majestät demungeachtet in jenem Acte nicht eine Kriegserklärung (une déclaration de guerre ... que sur une déclaration explicite et categorique quant au point en question) habe wahrnehmen wollen. Um nun begreiflich zu machen, daß ein Act, welcher durch einen der Kirche in der geheiligten Person einer ihrer Erzbischöfe angethanen furchtbaren Schimpf provocirt worden, nicht als Feindseligkeit zu betrachten sei, antwortete das päpstliche Cabinet in einer Note vom 25. December — daß die Allocution nicht Anders sei, als eine öffentliche Protestation gegen **eine öffentliche Handlung, ein feierlicher Einspruch** gegen eine offenkundige und ärgerniß gebende Verletzung der heiligen Rechte der Kirche. Es geht also augenscheinlich aus der Fassung und der Tendenz jener Note hervor, daß jene öffentliche Protestation, jener feierliche Einspruch einzig und allein jenes ärgerliche Factum, die Gefangennehmung und gewaltsame Wegführung des Erzbischofs von Köln, betrafen; und dieß um so mehr, als in jener selben Note schon gesagt wurde, Sr. Heiligkeit sei gezwungen worden, zu sprechen, weil sonst Ihr Stillschweigen mit Recht von den Gläubigen als eine Connivenz bei den gröblichsten Verletzungen der Rechte der Kirche, welche die preußische Regierung ihr durch jene Handlung zugefügt hatte, gedeutet worden wäre. Aber jedweder, der nur gesunden Menschenverstand besitzt, wird sehen, ob aus jenen Ausdrücken der Note gefolgert werden könne, daß der Papst (durch die Allocution vom 10. December 1837) kein Gebot zu geben beabsichtigt habe. Und wurde vielleicht in der Allocution selbst nicht jede im Königreich Preußen hinsichtlich der gemischten Ehen, gegen den wahren Sinn des Breve's Pius VIII., unrechtmäßiger Weise eingeführte Praxis ausdrücklich und bestimmt verworfen [4])? Hanc vero nacti opportunitatem, sagte der hei-

[1]) Es gibt kein königliches Patronat über geistliche Pfründen, außer kraft eines Privilegiums vom heiligen Stuhle, der dieß bloß katholischen Monarchen verleiht.

[2]) Der preußischen Erklärung vom 31. December 1838 beigefügte Denkschrift.

[3]) Obgedachte Denkschrift.

[4]) Staatsschrift des heiligen Stuhles vom 4. März 1838. Docum. Nr. XVI. p. 91.

lige Vater, quod privatim hucusque praestare non destitimus, publice nunc solemniterque denuntiamus, Nos scilicet inductam perperam in Borussiae Regno quamlibet praxim circa mixta connubia contra genuinam sensum declarationis ab Decessore Nostro editae penitus reprobare. Wie also konnte behauptet werden, der heilige Vater habe nicht beabsichtigt, den Bischöfen der Ostprovinzen der preußischen Monarchie irgend ein Gebot gegen die bei Schließung gemischter Ehen eingerissenen Mißbräuche zu ertheilen, während er in so allgemeinen und bestimmten Ausdrücken die genannten Mißbräuche allenthalben, wo sie vorkämen, verdammte? Hier muß noch hervorgehoben werden, daß die preußische Regierung, obgleich von der päpstlichen Verdammung vollkommen unterrichtet, nicht Anstand nahm, in ihrer der Erklärung vom 31. December 1838 beigefügten Denkschrift ihre Entrüstung und Verwunderung auszudrücken, daß die Eröffnungen des Oberpräsidenten und die eindringlichsten Vorstellungen und Warnungen desselben nicht den Erfolg hatten, den Erzbischof in die gesetzliche Bahn zurückzuführen; als ob in rein religiösen Dingen ein Erzbischof dem Könige mehr zu gehorchen hätte, als dem Oberhaupte der Kirche, dem Richter und obersten Meister in Fragen der Doctrin!"

„Aber gerade weil seine bisherigen Vorstellungen leider fruchtlos geblieben waren und im Vertrauen auf die Gerechtigkeit des Königs, wandte sich Msgr. Dunin am besagten 5. Mai in einem zweiten Schreiben an S^r. Majestät, in welchem er wiederholt erklärte, daß er in seinem Gewissen verpflichtet gewesen sei, den bekannten Hirtenbrief an den Clerus seiner Diöcese zu erlassen. Aus den ihm von H^rn. Frankenberg gemachten Eröffnungen müsse er schließen, daß die Civilbehörden die Absicht haben, die katholischen Priester zur unbedingten Einsegnung gemischter Ehen zu zwingen, während doch das königliche Manifest an die katholischen Unterthanen des Großherzogthums Posen und die Cabinetsordre an den Oberpräsidenten Flottwell vom 12. April feststellten, daß bei unbeschränkter Ausübung der katholischen Lehre ein solcher Zwang gegen die katholische Geistlichkeit nicht Statt finden dürfe. Demnach habe er dem Clerus die Weisung ertheilt, den Brautleuten die von der katholischen Kirche auferlegten Pflichten hinsichtlich der Kindererziehung gegenwärtig zu halten, mit dem Beifügen, daß im Falle der Weigerung, solche Pflichten zu übernehmen, die eheliche Einsegnung und die Ertheilung der Sacramente an den katholischen Theil zu versagen seien. Er schloß das Schreiben mit der Anzeige, daß die Geistlichen, welche seine Weisung nicht befolgten, nach dem canonischen Recht, aber mit möglichster Milde, von ihm würden bestraft werden. (Document N^r. XIX.)"

„Der Inhalt dieses Briefes wurde am folgenden Tage, den 6. Mai, zwischen Msgr. Dunin und dem königlichen Commissär besprochen. Zum feuereu Beweise der klugen und versöhnlichen Gesinnungen, welche innerhalb seiner heiligen Pflichten ihm fortwährend zur Richtschnur seines Handelns dienten, ließ sich der Prälat zur Erklärung herbei, daß die erwähnte Vorhaltung der Pflichten hinsichtlich der Kindererziehung sich auch auf den katholischen Theil beschränken könne, jedoch in Gegenwart des akatholischen zu geschehen habe; daß ferner, damit der Priester in Stand gesetzt werde, zu beurtheilen, ob die eheliche Einsegnung zu ertheilen sei oder nicht, die an den katholischen Theil zu stellende Frage, ob er die Pflicht hinsichtlich der Kindererziehung übernehmen wolle, und hierauf die einfache Antwort Ja oder Nein hinreichen würden (die Regierung schloß nämlich das Verlangen eines mündlichen Versprechens aus); daß die Bestrafung der diese Vorschrift übertretenden Priester unerläßlich sei, da keiner von ihnen von der Lehre der Kirche abweichen dürfe noch könne; daß jeder katholische Priester, welcher die eheliche Einsegnung verweigern zu müssen glaube, hierüber ein schriftliches Zeugniß auszustellen habe; daß endlich die dem Clerus zu ertheilende Instruction mit der größten Sorgfalt abgefaßt und im Einvernehmen mit der Civilgewalt zur Ausführung gebracht werden solle. [*])" (Forts. folgt.)

Wien.

Donnerstag, den 25. April, besuchten S^r. Majestät der Kaiser, in Begleitung Ihrer Majestät der Kaiserinn, das unter der Curatel der Landesstelle stehende gräflich Löwenburgische Convict in der Josephstadt. Allerhöchstdieselben wurden daselbst von S^r. Exc. dem k. k. geheimen Rath und niederöst. Regierungspräsidenten, Johann Talaßko Freiherrn von Gestieties, und dem k. k. Kämmerer, niederösterreichischen Regierungsrathe und Convictsreferenten, Andreas Grafen von Hohenwart-Gerlachstein, so wie von den gesammten Directionsmitgliedern ehrfurchtsvoll empfangen, geruhten sämmtliche Localitäten des Hauses in Augenschein zu nehmen, den Prüfungen der Zöglinge über die verschiedenen Lehrgegenstände in den einzelnen Studienabtheilungen beizuwohnen, und die allerhöchste Zufriedenheit mit ihren Fortschritten, so wie auch mit der ganzen Einrichtung und Leitung dieser Anstalt zu erkennen zu geben.

Am 4. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 9/11.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 1/4.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	154 1/4.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	671 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pC. in CM		—.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99 1/4 G. Uso 2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.

---

[*]) Bloß hinsichtlich der Form, die von mir abhängt, sagt der Erzbischof in seiner durch die Münchener Zeitung vom 1. Februar 1839 bekannt gemachten Erklärung, war ich aus Liebe zum Frieden bereit, jede Nachgiebigkeit zu beweisen und Einiges zu mildern; und dafür hielt sich das königliche Ministerium für berechtigt, mich eines gewissen Wankelmuths zu beschuldigen. Auf meinen frühern Forderungen beharrend, wollte ich denselben unter Genehmigung des Staats eine neue Form und Fassung geben.... Auch bei den spätern Verhandlungen mit dem H^rn. Präsidenten Frankenberg habe ich nicht das Mindeste in der bereits vorgeschlagenen nothwendigen Kirchenpraxis geändert und ich konnte es nicht. Jedermann der meine Pflicht und meine Stellung kennt, wird nicht mehr von mir fordern können; dagegen sieht der Redacteur der Staatszeitung in meinem Benehmen nichts als hartnäckigen Widerstand.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 126

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 6. Mai 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 4. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27 269	283. 08. 3P.	+ 11.8	SSO.	still.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.233	27 11 10	+ 13.6	S.	schwach.	Gewitter u. Regen
	10 Uhr Abends.	27.275	27 0 4	+ 11.2	S.	still.	Regen.

Frankreich.

Die neuesten Pariser Journale vom 28. April bringen noch immer keine Entscheidung der Ministerialkrisis, deren Beendigung man Tags zuvor schon so nahe glaubte. Ueber die Ursachen dieser neuen Verzögerung äußert sich das Siècle, das Organ des Hrn. Odilon-Barrot, folgendermaaßen: „Wir haben gestern die neuen Schritte erwähnt, die bei dem Marschall Soult gethan worden waren, und von der Hoffnung gesprochen, die man hegte, ihn zur Annahme der Vorschläge des linken Centrums zu bewegen. Während man sich im Allgemeinen zu diesem Resultate Glück wünschte, sind wir, unsererseits, ziemlich ungläubig geblieben, und übrigens der Meinung gewesen, daß man eben keine sonderliche Ursache habe, sich darüber so zu freuen. Wir haben, wie man sehen wird, wohl daran gethan, uns nicht voreilig über die unerwartete Rückkehr zur Vernunft und Mäßigung zu enthusiasmiren, die den Marschall seinen ersten Engagements zurückgab, und eine Beendigung der Krisis versprach. Es ist in der That geschehen, daß der Marschall, von dem Entschluß des linken Centrums, das Cabinet ohne die Doctrinairs zu constituiren, benachrichtigt, förmlich auf ihrer Aufnahme ins Conseil bestanden hat. Eine solche Zumuthung, nach der formellen und öffentlichen Erklärung vor der Kammer, nach dem Eclat der letzten, von den HH. Guizot und Persil auf der Rednerbühne oder durch die Presse erlassenen Manifeste, kam einer neuen Weigerung gleich; der Herr Marschall, stets und gegen Jedermann ohnmächtig in seinen Anstrengungen, hatte vergebens den abgesonderten Beitritt des Hrn. Duchatel zu seinem phantastischen Cabinet zu erhalten gesucht. Gestern endlich, nach sechswöchentlichen vergeblichen Versuchen und gescheiterten Intriguen, hat er sich entschlossen, dem Könige seine Vollmachten zurückzugeben. — Bevor diese Thatsache noch recht bekannt war, aber auf die erwiesene Weigerung des Marschalls Soult, ein Ministerium des linken Centrums zu präsidiren, haben sich die HH. Thiers, Dupin und Passy eng vereinigt und beschlossen, dem König eine ganz fertige Combination vorzuschlagen, deren Präsidentschaft anzunehmen dem Marschall Soult freistehen würde, die aber nöthigenfalls auch ohne ihn ins Leben treten könnte. H. Thiers hat den Wunsch geäußert, daß im letzteren Falle der Siegelbewahrer den Vorsitz im Cabinet führen sollte. Nachdem man hierüber übereingekommen, und die Liste des Ministeriums, mit Einwilligung sämmtlicher Personen, die daran Theil nehmen sollten, aufgesetzt worden war, hatten die HH. Passy und Dupin, die jeder einzeln zum Könige berufen wurden, die Ehre, diese Liste eines vollständigen Ministeriums in die Hände S. Majestät niederzulegen. Die Ordonnanzen hätten heute im Moniteur erscheinen können. Aber auf eine Anzeige, die neuen Hoffnungen Raum gab, haben sich die HH. Passy und Dupin zum Marschall Soult verfügt, der ihnen in Person seine Weigerung und seine Verzichtleistung ankündigte. — Wir wissen nicht, ob in diesem Augenblicke die HH. Dupin und Passy noch so fest, wie vor fünf Tagen, an die definitive Annahme der Personen und der Sachen glauben; so viel ist gewiß, daß bis gestern Abends noch nichts beendigt war. — Ein großes Resultat ist jedoch erzielt worden, nämlich die Annäherung und der Einklang der Hauptrepräsentanten des linken Centrums. Die HH. Dupin, Passy und Thiers, fortan vereint und durch Männer, wie die HH. Dufaure und Vivien, unterstützt, werden gewiß ein bedeutendes Cabinet bilden, das den Beistand und selbst das Wohlwollen der Doctrinairs leicht entbehren kann. Der Marschall hat refüsirt. Die Krone ist an die Wand gestellt worden; wenn wir morgen kein Ministerium des linken Centrums haben, so wird man wenigstens wissen, wer es nicht gewollt hat."

Der Herzog von Nemours ist am 23. April zu Mezières angekommen, wo er, wie sein Bruder zu Lille, Truppenmusterung hielt und die Spitäler besuchte. Er reiste hierauf nach Sedan weiter, wo beide Prinzen am 28. zusammentreffen und dann wieder nach Paris zurückkehren wollten.

Im Moniteur vom 28. April heißt es: „Alle über Marseille eingelaufenen Nachrichten aus dem Orient stimmen darin überein, daß der Friede zwischen dem Großherrn und dem Vicekönige von Aegypten, Dank der Dazwischenkunft sämmtlicher Botschafter bei der hohen Porte, nicht gestört werden wird.

Am 27. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 80. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 40.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 20. April (in Pariser Blättern) melden: „Gestern fand eine Sitzung des Ministerraths Statt, in welcher über die Auflösung der Cortes berathen wurde, ohne daß jedoch ein Beschluß zu Stande gekommen wäre. Für die Auflösung sind die Minister Pizarro, Hompanera de Cos und Arrazola, dagegen der Präsident des Conseils Perez de Castro und der Marineminister Chacon; letztere fürchten unruhige Wahlscenen und Verstärkung der Opposition durch die Wahlen. General Alair hält sich neutral, ist aber in Bezug auf andere Fragen gegen seinen Collegen von den Finanzen, Pizarro, in einem heftigen Kriege begriffen, der in den Blättern Beider, dem Mensagero del Pueblo und dem Castillano, geführt wird. — Durch einen Finanzstreich Hrn. Pizarro's wurde vor einigen Tagen Madrid in Dunkelheit versetzt. Er verwendete nämlich den monatlichen Beitrag von 9000 Piastern, welche der Staat für die Hospitäler, die Straßenbeleuchtung ꝛc. gibt, zu einem andern Zwecke.

Die Folge davon war, daß der Gemeinderath befahl, die Beleuchtung einzustellen. Dieß wirkte; der Schatz zahlte einstweilen auf Abschlag eine Summe, damit die Beleuchtung wieder Statt finden konnte. — Mehr, als über den Finanzminister, wird über die Generäle geklagt, welche das Land aussaugen und dabei unthätig bleiben; man hat berechnet, daß der gegenwärtige Kampf, obgleich nur wenige Treffen Statt gefunden haben, schon mehr Pulver gekostet hat, als der ganze Unabhängigkeitskrieg. — Die Engländer wollen, da sie ihren Baumwollenwaaren den freien Zutritt nicht verschaffen konnten, jetzt unsere Kirche reformiren (protestantizarnos). Eifrige Missionäre eröffnen unentgeldliche Schulen für Kinder beiderGeschlechter und überschwemmen das Land mit Bibeln."

Der Constitutionnel enthält folgendes Schreiben aus Bayonne vom 24. April: „Die Militäroperationen, die man seit langer Zeit erwartet, haben noch nicht Statt gefunden. Maroto und Espartero, die sich seit acht Tagen in Biscaya gegenüberstehen, scheinen keine Lust zu haben, miteinander anzubinden. Der eine, an der Spitze von mehr als 30,000 Mann, spricht viel von seinen Dispositionen, thut aber nichts. Der andere, Maroto, mit 20,000 Mann unter seinen Befehlen, hält sich auf der Defensive. Seine Truppen schließen Bilbao enger ein, und häufen Verschanzungen auf Verschanzungen zwischen Ramales und Balmaseda, und rückwärts von diesen beiden befestigten Positionen. — In der Ribera haben einige Bewegungen von Seite der Christinos Statt gefunden; der General Leon, der am 17. mit 13 Bataillons und 1000 Pferden von Peralta aufgebrochen war, hat sich nach Mendavia begeben, wo er sich am 20. noch befand. Der Carlistische Commandant von Navarro, Elio, stand ihm zu Dicastillo mit sechs Bataillons gegenüber. Da diese beiden Puncte in sehr geringer Entfernung von einander liegen, so wird der General Leon, wenn er nicht Gegenbefehl von Espartero erhält, wahrscheinlich die Carlisten angreifen, die ihrerseits den Angriff festen Fußes erwarteten, und trotz ihrer Inferiorität an Zahl zu einem verzweifelten Widerstand entschlossen sind. — Ungefähr zur selben Zeit, am 21. April, hat die Besatzung von Pamplona einen Ausfall in der Richtung von Lecumberri gemacht. Beiläufig 1000 Mann haben diesen Ausfall bewerkstelligt, der übrigens nicht weiter als bis in das Ulzamathal poussirt wurde. Diese Truppen sind bei ihrer Expedition nur auf sehr geringe Hindernisse gestoßen; bloß zwei Carlistische Compagnien, die in jenem Thale in Cantonnirung lagen, haben es geräumt, nachdem sie mit der Avantgarde der Christinos einige Flintenschüsse gewechselt hatten. Die Details über den Zweck dieses Ausfalls fehlen noch, aber man behauptet, daß die Christinischen Truppen, nachdem sie das Ulzamathal stark gebrandschatzt hatten, am Abend wieder nach Pamplona zurückgekehrt sind, und eine gewisse Zahl der Notabilitäten des Landes mit sich geschleppt haben, um Lösegelder von ihnen zu erhalten. — Man glaubt, daß Cabrera Meister der Straße von Saragossa auf der Höhe von Molina de Aragon ist. Dieser Umstand ist die Folge der rückgängigen Bewegung, die van Halen bewerkstelligen mußte. Es dürften noch einige Tage verstreichen, ehe die Verbindungen zwischen Madrid und Saragossa wiederhergestellt seyn werden. Bei Abgang der letzten Nachrichten befand sich van Halen zu Teruel und Cabrera folgte der Kette der Sierra von Albarracin, die sich über Molina de Aragon bis nach Castilien erstreckt.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 25. April legte H^r. Th. Attwood eine Bittschrift aus Birmingham um Bewilligung einer Geldsumme an die HH. Fourdrinier vor, welche durch Erfindung des endlosen Papiers dem Lande großen Gewinn gebracht haben, aber durch einen Prozeß gegen einen Nachahmer ihres patentisirten Fabrikats zu Grunde gerichtet worden seien, nachdem sie über 40,000 Pf. darauf gewendet. H^r. Mackinnon unterstützte die Bittschrift durch die Bemerkung, daß durch diese Entdeckung die Staatseinkünfte aus der Papierfabrikation bedeutend erhöht worden seien, indem im Jahre 1800, während die Fabrikation mit Maschinen noch nicht erfunden gewesen sei, dieser Einkommenszweig bloß 193,533 Pf. betragen habe, während er im Jahre 1821 bereits auf 572,867 und im Jahre 1835 auf 883,832 Pf. gestiegen sei; ein Steigen, wozu jedenfalls diese Erfindung in hohem Grade mitgewirkt habe. Bei Abgang der Post war noch nichts beschlossen.

Am 24. April Nachmittags hielt die Königinn ein Lever im S^t. James-Pallaste. Abends gaben der Präsident des geheimen Raths, Marquis von Landsdowne, und seine Gemahlinn in ihrem Hotel der Königinn ein Diner von 24 Couverts. Außer Ihrer Majestät der Herzoginn von Kent und ihrem Gefolge nahmen die Herzoginnen von Hamilton und Bedford, der Marquis von Anglesea, Graf Grey, Viscount Melbourne, Graf Clarendon, Viscount Morpeth, der Graf und die Gräfinn Bruce, die Gräfinn Albemarle, Lord Holland und der Herzog von Norfolk daran Theil. Nach dem Diner war Concert, zu welchem 350 Billets ausgegeben waren.

Zu Chatham werden die durch ihre Nordpolarfahrt bekannten Schiffe „Terror" und „Hecla" zu einer Expedition in die Südsee ausgerüstet, welche unter der Leitung des Capitäns J. C. Roß durch die königliche Societät veranstaltet wird.

Ueber die Angelegenheit der Lady Flora Hastings und das Benehmen ihrer Familie äußert sich der ministerielle Globe, der Torypresse gegenüber, jetzt folgendermaaßen: „Der beleidigende Verdacht, der unglücklicherweise gegen Lady Flora Hastings entstanden war, ist, von wem er auch hergerührt haben mag, schnell und genügend widerlegt worden. Gesetzt, es wäre wahr, daß die Königinn dem verbreiteten Gerücht zu leicht Glauben beigemessen und, von dem ersten Eindrucke hingerissen, nicht angemessen gehandelt hätte, so würde daraus nur folgen, daß ein junges und edles Gemüth bei dem ersten Gefühle des Unwillens über einen Umstand, welcher, wenn er gegründet gewesen wäre, eine Beleidigung gegen die Königinn und eine Unehre für ihren Hof gewesen seyn würde, nicht die kalt berechnende Vorsicht besessen, die nur dem reifen Alter und der Erfahrung eigen ist. Die Verirrung des Augenblicks, wenn eine solche Statt gefunden, ist aber reichlich vergütet worden durch die Herablassung und Güte, womit die Königinn das gekränkte Hoffräulein sogleich in ihren eigenen Hofstaat aufgenommen und sie sowohl bei öffentlichen Gelegenheiten als in Privatzirkeln in ihre unmittelbare Nähe gebracht hat. Unter diesen Umständen würde es mit der gebührenden Achtung gegen die Königinn mehr in Uebereinstimmung gewesen seyn und mehr wahres Zartgefühl gegen ihre gekränkte Verwandte verrathen haben, wenn die Familie sich der Veröffentlichung ihrer Correspondenz enthalten hätte."

Päpstliche Staaten.

Nachstehendes ist der weitere Verfolg der (im gestrigen Blatte abgebrochenen) rechtlichen und factischen Darstellung ꝛc. aus dem Diario di Roma vom 20. April:

„S^r. Majeſtät der König, welchem der königliche Commiſſär dieſe Erklärungen ſchleunigſt überlieferte, erwiederte dem Erzbiſchof unterm 22. Mai: daß ſein Schreiben vom 5. die allerhöchſte Erwartung nach der ihm erwieſenen Nachſicht in keiner Weiſe befriedigt habe, und daß, da die Verhandlungen zwiſchen ihm und dem Präſidenten Frankenberg zu keinem definitiven Schluſſe gediehen ſeien, letzterer ſofort den Befehl erhalten habe, einen ſolchen Schluß ohne Aufſchub mittelſt eines gerichtlichen Actes, der ſeine (des Erzbiſchofs) definitive Erklärung enthalte, herbeizuführen. (Document N^r. XX.)"

„Mit neuen Inſtructionen verſehen, begab ſich demnach der Oberpräſident des Appellationsgerichts am 28. Mai zu Mſgr. Dunin, und ſchlug ihm vor:

„1) zu erklären, daß er (der Erzbiſchof) ſein Unrecht anerkenne; daß er zugeſtehe, durch ſeine Hirtenbriefe und das Schreiben an das Capitel von Gneſen gegen den Willen und ohne Wiſſen des Königs hinſichtlich der bisher bei gemiſchten Ehen beobachteten Praxis eine Aenderung eingeführt, und dadurch eines ſchweren Vergehens gegen S^r. Majeſtät ſich ſchuldig gemacht zu haben; und daß er hoffe, Vergebung zu erhalten, indem er hiermit aufrichtig erkläre, in Zukunft als gehorſamer Unterthan und ſeinem Könige und Herrn treu ergebener Biſchof, niemals bei Ausübung ſeiner Amtspflicht die Staatsgeſetze aus den Augen zu verlieren;"

„2) die bereits gegebenen Befehle zu widerrufen, aus dem Grunde, weil ſowohl in Folge des königlichen Manifeſtes vom 12. April an die katholiſchen Bewohner der Provinz, als auch der allerhöchſten Erklärung, welche den Prieſtern die Verſicherung ertheilte, daß ſie nicht gezwungen werden ſollten, gemiſchte Ehen einzuſegnen [1]), wenn ſich ihr Gewiſſen dagegen ſträubte, er (der Erzbiſchof) ſich überzeugt habe, daß über dieſen Gegenſtand Seitens der Kirche kein weiterer Act nöthig ſei; und er daher die früheren Weiſungen zurücknehme, auch unter Einem den Pfarrern bedeute, daß die Forderung eines geheimen Verſprechens verboten und geſetzlich ungültig ſei; habe aber ein Pfarrer Scrupel, ſo habe er die contrahirenden Theile nach dem Landrecht (§. 442 Tit. 11 Theil 2) vorangehen zu laſſen, ohne jedoch die Verkündigung und die Dimiſſorialien zu verweigern [*])."

„3) An die Dechanten und Pfarrer ein neues Circular zu erlaſſen, in welchem der Erzbiſchof ſein Bedauern ausdrücke, daß einige Geiſtliche von ſeinen Circularen über gemiſchte Ehen Anlaß genommen haben, zu den Gläubigen in ſo unſtatthafter und unvorſichtiger Weiſe zu ſprechen, daß dadurch bei den Ungebildeten Befürchtungen für den Fortbeſtand des katholiſchen Glaubens entſtanden ſeien. Dieß habe ihn um ſo mehr betrübt, als eine ſolche Furcht durchaus grundlos ſei, und im Gegentheile das königliche Manifeſt vom 12. April hierüber die tröſtlichſten Verſicherungen enthalte. Endlich ſollte der Erzbiſchof ſeine Zuverſicht ausdrücken, daß alle Geiſtlichen in Zukunft ſich ähnlicher Reden gegen ihre Pfarrkinder, und namentlich jeden Tadels der Regierung enthalten, und daß diejenigen von ihnen, welche ſich einer Schuld bewußt wären, durch ihr künftiges Benehmen ſich zu reinigen ſuchen würden."

„4) Den Generalvicar von Gneſen Brodziszewski ſeines Amtes zu entſetzen."

„Auf dieſe Vorſchläge konnte der Herr Erzbiſchof nur entgegnen, was er bisher bereits geſagt hatte, indem er hinzufügte, daß es mit dem beſten Willen ihm nicht möglich ſei, die von ihm geforderten unannehmbaren Erklärungen auszuſtellen. Ueber jeden einzelnen Punct ſah ſich Mſgr. Dunin genöthigt, in folgender Weiſe ſich auszudrücken:

„In Beziehung auf 1): daß er ſich eines Vergehens weder könne noch dürfe ſchuldig bekennen, indem er bei Erlaſſung ſeiner Inſtructionen nur der Stimme des Gewiſſens gefolgt ſei; daß ſein Benehmen das eines Biſchofs ſei, dem auch mit Aufopferung ſeines Lebens die Pflicht ob-

---

[1]) „Es beſteht kein Geſetz in Preußen, welches der Geiſtlichkeit den Zwang zur kirchlichen Trauung einer gemiſchten Ehe auferlegt." — Dieß ſagt und wiederholt die Regierung in ihrer Denkſchrift. Aber die Thatſache ſpricht dagegen und es iſt im Gegentheile ſonnenklar, daß man die Geiſtlichkeit zwingen will, ſolche Ehen ohne die gehörigen Bedingungen einzuſegnen; dieß beweiſt augenſcheinlich der Regierungsbefehl vom 19. Juli 1837 (Document N^r. III.); dieß beweiſen die dem Erzbiſchof von Gneſen und Poſen nicht bloß vom königlichen Miniſterium, ſondern auch vom König ſelbſt unterm 30. December 1837 ertheilten Antworten (Document N^r. V.). Dieß war übrigens ſtets die beſtimmte Anforderung der Regierung nicht bloß in den öſtlichen, ſondern auch in den weſtlichen Provinzen der Monarchie, wie der verſtorbene Erzbiſchof von Köln, Mſgr. Spiegel, Leo XII. heil. Gedächtniſſes, in ſeinem Schreiben vom 12. April 1828 auseinanderſetzte, welches dem damaligen Staatsſecretär mittelſt Note des H^rn. Bunſen vom 10. Juni deſſelben Jahres übermacht worden war. Und gerade um die vollkommene Befriedigung dieſer Forderung ſicherzuſtellen, wurde in Auftrag S^r. preußiſchen Majeſtät zwiſchen Mſgr. Spiegel und demſelben H^rn. Bunſen die berüchtigte, und von dem heiligen Stuhle bereits verworfene Convention vom 12. Juni 1834 geſchloſſen, nach welcher (Expoſition des heiligen Stuhles vom 4. März 1838. Document N^r. XVII. Art. 6. Litt. f. p. 98) der Fall der Verweigerung der kirchlichen Einſegnung durchaus illuſoriſch war. Als daher von Mſgr. Droſte, Erzbiſchof von Köln, den Pfarrern die Weiſung ertheilt wurde, die kirchliche Einſegnung bei gemiſchten Ehen nur nach vorausgegangener Bedingung der katholiſchen Erziehung ſämmtlicher Kinder zu ertheilen, ließ der König ſelbſt durch ein von dem Freiherrn v. Altenſtein unterm 24. October 1837 an den gedachten Erzbiſchof erlaſſenes Schreiben erklären, daß eine ſolche Weiſung den beſtimmten Vorſchriften der Landesgeſetze zuwider ſei. (Preußiſche Staatsſchrift S. 30.) Endlich war ja, wie allgemein bekannt iſt, die feſte Beharrlichkeit des Erzbiſchofs bei ſeinem Entſchluſſe der Hauptgrund, aus welchem die Regierung ſich zur gewaltſamen Deportation deſſelben entſchloß.

[*]) Nachſtehendes iſt die Vorſchrift des Landrechts: „Wenn ein katholiſcher Pfarrer Anſtand nimmt, eine Ehe, welche nach den Landesgeſetzen erlaubt iſt, um deßwillen, weil die Diſpenſation der geiſtlichen Obern nicht nachgeſucht, oder verſagt worden, durch Aufgebot und Trauung zu vollziehen: ſo muß er ſich gefallen laſſen, daß dieſe von einem andern Pfarrer verrichtet werden — daher iſt das Landes-Juſtizcollegium in einem ſolchen Falle ... befugt, beides einem andern Pfarrer, auch von einer verſchiedenen Religionspartei, aufzutragen.

liegt, die katholische Lehre in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, und der in diesem Puncte nur Gott und der allgemeinen Kirche Rechenschaft schuldig sei; daß, dächte und handelte er anders, er sich der Auflehnung gegen die Kirche selbst schuldig machen, und sein ewiges Seelenheil aufs Spiel setzen würde, besonders, nachdem er die Stimme des obersten Hirten vernommen, und dessen Festigkeit in den Grundsätzen der reinen katholischen Lehre immer mehr erkannt habe; daß wenn sein Benehmen von S^r. Majestät anders beurtheilt und gemißbilligt werde, er dennoch betheuern könne, niemals beabsichtigt zu haben, seinem Könige zu mißfallen, daß er übrigens aus ganzem Herzen versichern könne, er werde in Zukunft, wie bisher, ein treuer Diener S^r. Majestät verharren und Ihr unterwürfig bleiben in allem, was den Grundsätzen der katholischen Religion nicht zuwiderläuft, welchen er unabänderlich bis zu seinem letzten Athemzuge treu zu bleiben gedenke."

„In Bezug auf 2): daß seine Hirtenbriefe an den Clerus nur die reinen Grundsätze der katholischen Kirche enthielten, und er sie daher nicht widerrufen könne, ohne sich eines schweren Verbrechens gegen Gott und die Kirche schuldig zu machen, ja aufzuhören ein Katholik zu seyn; daß andererseits die Landesgesetze und das Wort des Königs ihm und seiner Heerde die freie Ausübung ihrer Religion in ihrem ganzen Umfange verbürgten; daß, da mehrere Geistliche die katholische Lehre hinsichtlich der gemischten Ehen vergessen zu haben schienen, und zugleich die weltlichen Behörden die unbedingte Einsegnung derselben verlangten, er sich in der Nothwendigkeit gesehen habe, dem Clerus die Grundsätze der katholischen Kirche in Erinnerung zu bringen, sie aufzufordern, sie zu befolgen, und die Brautleute gemischter Confession hiervon zu verständigen; daß durch die Weigerung, diesen Grundsätzen beizutreten, der katholische Theil sich eo ipso von der katholischen Kirche trenne, und demnach die Verkündigung des Ehebündnisses nicht gestattet, sondern nur ein Zeugniß ertheilt werden kann, um zu bestätigen, daß die Einsegnung nach katholischem Ritus nicht Statt finde, weil die Parteien sich nicht der katholischen Lehre haben fügen wollen."

„Zu 3): daß ihm nichts von den Mißbräuchen bekannt sei, deren sich der Clerus nach Verkündigung seiner Hirtenbriefe solle schuldig gemacht haben, und er daher nicht im Stande sei, ihn hierüber zu rügen oder zu bestrafen; daß aber nichtsdestoweniger, falls S^r. Majestät geruhen wollten, die allerhöchsten Ortes von ihm wiederholt gemachten Erklärungen zu berücksichtigen, er sich erbiete (unter Berufung auf das in den Besprechungen vom 6. Mai gegebene Versprechen), an den katholischen Clerus einen Hirtenbrief zu erlassen, der nach dem Muster des an das Gnesener Capitel unterm 21. April gerichteten Schreibens, den Clerus auffordern würde, dem Volke fortwährend unverbrüchliche Treue und unbegränzten Gehorsam gegen den Thron in weltlichen Dingen einzuprägen."

„Endlich zu 4): daß das Benehmen seines Vicars Brodziszewski einzig von dem Eifer für die unverletzte Aufrechterhaltung der katholischen Lehre geleitet worden sei; daß dieß Benehmen vollkommen mit dieser Lehre in Einklang stehe, und in keiner Weise zeitliche Dinge betreffe; daß Brodziszewski vom 19. März bis 20. April ohne Urtheil und Gericht in seiner Wohnung zu Gnesen in strenger Haft gehalten worden sei, und sich seit dem 23. April bei ihm in der erzbischöflichen Residenz befinde, von Gendarmen und Polizeibeamten umgeben. Er schloß mit der ehrfurchtsvollen Bitte, S^r. Majestät wollen zu Gunsten des erwähnten Priesters gnädige Rücksicht nehmen."

(Fortsetzung folgt.)

Teutschland.

Am 29. April sind Briefe aus Ischia vom 22. desselben Monats in München eingetroffen. S^r. Majestät der König von Baiern befand sich bei trefflicher Gesundheit, doch war die Witterung in jener gepriesenen Gegend den ganzen Monat hindurch rauh und unfreundlich wie in Teutschland, und also dem Gebrauch der Bäder wenig zusagend. S^r. Majestät der König gedachte Ischia schon am 28. April zu verlassen, und sich über Neapel, wo er etwa drei Tage verweilen wird, nach Rom zu begeben.

Wien.

S^r. k. k. apostolische Majestät haben mit allerhöchstem Handschreiben vom 23. April d. J. den geheimen Rath und Obergespan des Barser Comitats, Grafen Johann von Keglevich, über dessen unterm 4. März d. J. eingereichte allerunterthänigste Bitte, von der Leitung dieses Comitates zu entheben, und ihm in Anerkennung seiner bewährten Treue und Anhänglichkeit an das allerdurchlauchtigste Kaiserhaus das erledigte Reichsbaronat eines Pincernarum regalium Magistris (Oberstmundschenk) des Königreichs Ungarn allergnädigst zu verleihen, und gleichzeitig den k. k. Kämmerer, Freiherrn Ladislaus von Majthényi, zum Administrator des gedachten Comitates zu ernennen geruht.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntlich beschäftigen sich die armen Bauern und Gebirgsbewohner in Corsica wie in Sardinien viel mit der Adlerjagd, aus welcher sie oft einen großen Theil ihres Lebensunterhaltes ziehen. Dieses eben so gefährliche Waidwerk, wie die Gemsjagd, beschäftigte zu Anfang des Aprils d. J. drei junge sardinische Bauern aus Domus novas bei Iglesias, welche nach langem Umherspüren endlich, in einer tiefen Kluft, einen Adlerhorst entdeckten. Nur durch Seile war es möglich, in diese steile Tiefe hinabzukommen. Es wurde also ein Baumstamm an einem starken Tau festgeheftet und ein Jäger von 22 Jahren, mit einem Säbel bewaffnet, ließ sich, auf diesem Stamme reitend, in die Tiefe nieder, während oben seine Gefährten das Seil festhielten. Bei der Nestklippe angelangt, fand der Jäger vier junge, weißgraue Adler, welche er unter seinen Arm nahm, und sodann wieder seinen Baumstamm bestieg, um sich emporziehen zu lassen. So über dem Abgrunde schwebend, wurde er plötzlich von zwei großen Adlern, Männchen und Weibchen, welche ihre Kleinen vertheidigen wollten, wüthend angegriffen, während noch viele andere Raubvögel, die in derselben Schlucht horsteten, auf ihn eindrangen. Mit seinem Säbel vertheidigte sich nun der Jäger gegen diese Angriffe, während er langsam immer höher gezogen wurde. Plötzlich aber bemerkte er, daß er bei dem Umsichhauen das Seil, welches ihn emporzog, getroffen und zur Hälfte durchschnitten hatte. In der fürchterlichsten Angst, jeden Augenblick sein Rettungsseil zerreißen zu sehen, verlor er jedoch nicht den Muth und hielt standhaft aus, bis er oben von seinen Gefährten jubend begrüßt und umarmt wurde. Er hatte die vier jungen Adler glücklich erobert, aber die langanhaltende Angst, jeden Augenblick zerschmettert in den Abgrund zu stürzen, hatte eine solche physische Revolution in ihm hervorgebracht, daß des 22jährigen Jägers schwarzes Haar plötzlich ergraut war. Dieser interessante Vorfall ist durch die Augenzeugen bestätigt und der Ortsbehörde in Sardinien umständlich mitgetheilt worden.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Prlat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 127

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 7. Mai 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 5. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.300	283. 0L. 8P.	+ 10.2	S.	still.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.304	28 1 0 9	+ 13.2	S.	schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.315	28 0 10	+ 10.4	SO.	still.	Wolken.

Frankreich.

Der Moniteur Parisien vom 29. April bestätigt in folgenden Worten den Rücktritt des Marschalls Soult von der Formation des Cabinets: „Nachdem der Herr Marschall Soult den König gebeten hatte, ihn des Auftrags zu entheben, Sr. Majestät unter den gegenwärtigen Umständen die Bildung eines Ministeriums vorzuschlagen, hat der König Hrn. Hippolyte Passy, Präsidenten der Deputirtenkammer, rufen lassen, der diesen Auftrag übernommen hat."

Dem Messager und dem Constitutionnel zufolge war Folgendes der Stand der ministeriellen Angelegenheiten am 28. April: „Der Marschall Soult hat seine Vollmachten in die Hände des Königs zurückgelegt. Hr. Passy hat von Sr. Majestät den Auftrag erhalten, ein Ministerium zusammenzusetzen. — Die HH. Thiers, Passy und Dupin waren schon am 27. über die Composition eines Ministeriums des linken Centrums übereingekommen. Die HH. Dufaure, Sauzet, Teste, Pelet (de la Lozère), Maison, Duperré, sollten Theil an dieser Combination nehmen. Ein Mitglied der 221, Hr. Cunin-Gridaine, war gleichfalls berufen, ins Cabinet zu treten. Es war bestimmt worden, daß die Verhandlungen des Conseils unter Vorsitz des Hrn. Siegelbewahrers Statt finden sollten. Hr. Vivien sollte die Functionen als Unterstaatssecretär beim Ministerium des Innern übernehmen. — Zur Stunde, wo wir dieses schreiben, bestehen alle diese Arrangements, mit Ausnahme von zwei Modificationen. Hr. Teste hat erklärt, daß der Rücktritt des Marschalls ihm nicht gestatte, sich seinen Freunden vom linken Centrum beizugesellen. — Hr. Cunin-Gridaine, auf dessen Annahme man rechnen zu dürfen glaubte, weigert sich, an Vollziehung des Programms, welches er früher mit beiden Händen unterzeichnen wollte, Theil zu nehmen. Das alte Comité der 221, das aus den hitzigsten Männern der Partei besteht, hat, wie man uns versichert, alles Erdenkliche aufgeboten, um Hrn. Cunin-Gridaine zu dieser Weigerung zu drängen, die seinem redlichen Sinne schwer fiel. — Trotz diesen beiden Weigerungen (der HH. Teste und Cunin-Gridaine) wäre das Cabinet vollständig und würde folgendermaaßen zusammengesetzt seyn: Hr. Dupin, Siegelbewahrer; Hr. Thiers, Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Hr. Passy, Finanzminister; Marschall Maison, Kriegsminister; Admiral Duperré, Marineminister; Hr. Dufaure, Minister des Innern; Hr. Sauzet, Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten; Hr. Pelet (de la Lozère), Minister des öffentlichen Unterrichts. — Abends haben sich sämmtliche Mitglieder des projectirten Cabinets im Hotel der Präsidentschaft versammelt." — „Eilf Uhr Abends. Wir erfahren, daß man in dieser Versammlung über die Fragen einig geworden ist, die noch zu erörtern übrig waren. Alles verkündigt einen nahen Abschluß. Morgen (29.) um 11 Uhr Vormittags sollen sich die Mitglieder der künftigen Administration zum König verfügen, und wenn keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten eintreten, so wird das Ministerium constituirt werden; ein außerordentlicher Moniteur wird im Laufe des Tages die Nachricht zur Kenntniß des Publicums bringen."

Der Moniteur fährt fort, über die Inspectionsreise des Herzogs von Orleans seinen täglichen Bericht zu erstatten. Am 24. traf Se. königl. Hoheit zu Valenciennes in einer sechsspännigen Kutsche, ohne die gewöhnliche Reiterescorte ein. Auf dem Paradeplatze dieser Stadt fand der Herzog die Garnison versammelt, hielt Musterung über sie und theilte selbst die bewilligten Ehrenkreuze aus. Man erinnerte sich, daß der Herzog in Valenciennes seine militärische Carriere begonnen und dort vor 15 Jahren zum ersten Male Schildwache gestanden hatte. Nach einem glänzenden Bankett im Hotel du Commerce empfing der Prinz eine Deputation der Handelskammer und das Comité der Rübenzuckerfabrikanten, welche ihm eine an beide Kammern adressirte Petition überreichten.

Am 29. April um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 60. 3Percents 81 Fr. 15.

Spanien.

Die neuesten Nachrichten aus Madrid bestätigen, daß van Halen wegen seiner schlechten Operationen vor Segura des Oberbefehls der Armee des Centrums entsetzt worden sei und vor ein Kriegsgericht gestellt werden solle. Außerdem ersieht man aus diesen Nachrichten,

daß die Carliſten, die Schwäche ihrer Gegner benützend, einen Einfall in die Provinz Guadalaxara unternommen haben. — Der Madrider Correſpondent der Allgemeinen Zeitung meldet hierüber in zwei Briefen vom 18. und 20. April folgendes Nähere: „Madrid, 18. April. Die Regierung hat der Stimme der allgemeinen Entrüſtung, die in Folge von van Halens ſchmählichem Rückzuge von Segura laut geworden iſt, nachgeben müſſen. Die Gaceta von heute zeigt an, Ihre Majeſtät die Königinn-Regentinn habe auf den Antrag ihrer Miniſter den General van Halen ſowohl des Oberbefehls der Armee des Centrums, als auch der Generalcapitanerie von Arragonien und Valencia entſetzt, und ein Kriegsgericht angeordnet, welches ſich mit der Prüfung der gegen Segura vorgenommenen Operationen beſchäftigen ſoll. Zugleich hat die Regierung den, jetzt in Badajoz befindlichen General Nogueras beauftragt, interimiſtiſch den General van Halen im Commando der Armee des Centrums und als Generalcapitän von Arragonien und Valencia zu erſetzen. Dieſe Ernennung erſcheint um ſo ſeltſamer, als Nogueras ſich erſt vor kurzem wegen Körperſchwäche gezwungen ſah, das Commando in der Mancha niederzulegen, und ohnehin nirgendwo Beweiſe ſeiner militäriſchen Fähigkeiten abgelegt hat. Vielleicht aber hoffen die Miniſter, den üblen Eindruck, welchen der durch van Halen mit Cabrera als Grafen von Morella abgeſchloſſene Vertrag wegen Auswechslung der Gefangenen hier hervorgebracht hat, dadurch auszulöſchen, daß ſie gerade denjenigen General, welcher Cabrera's Mutter erſchießen ließ, dieſem unmittelbar gegenüberſtellen. In Saragoſſa hat einem Volksaufſtande nur dadurch vorgebeugt werden können, daß die Provinzialdeputation gemeinſchaftlich mit dem Ayuntamiento eine Adreſſe an Ihre Majeſtät die Königinn-Regentinn aufſetzte, um die Beſtrafung van Halens zu verlangen, und Mittel zur Rettung Arragoniens vorzuſchlagen. Die übrigen Einwohner unterzeichneten eine Adreſſe in gleichem Sinne. Am 24. ſtand van Halen mit ſeinen Truppen in Villar de los Navarros, und die Reſerve in Cariñena. Cabrera hatte den Weg von Daroca nach Teruel inne.“ — „Madrid, 20. April. Die Folgen von van Halens ſchmählichem Rückzuge zeigen ſich bereits. Mit Blitzesſchnelle weiß Cabrera die ihm auf eine ſo unbegreifliche Weiſe gegebenen Blößen zu benutzen. Madrid ſelbſt erhält die Beweiſe davon, indem zahlreiche hier ankommende Flüchtlinge uns melden, daß zwei Carliſtiſche Corps, 3000 Mann ſtark, unter Marconell und Polo, in die Provinz Guadalaxara eingedrungen ſind. Schon früher befeſtigten die Carliſten die Puncte von Aluſtante und Fuente de Saz, um ihre Operationen von Niederarragonien aus nach Neucaſtilien auszudehnen, und den Fall von Molina, dem Schlüſſel dieſer Provinz, herbeizuführen. Seit dem 17. aber ſind ſie ſogar vor dem Fort von Alcolea del Pinar, auf der großen Heerſtraße zwiſchen Guadalaxara und Calatayud erſchienen, und man befürchtet, daß die ſchwache Beſatzung ſich nicht werde halten können. Seit drei Tagen iſt demnach unſere Verbindung mit Saragoſſa unterbrochen, und man iſt wegen des Schickſals der auf dieſem Wege abgegangenen Poſten, Diligencen und Kuriere in Ungewißheit. Auch in Cifuentes erſchienen vorgeſtern 25 berittene Carliſten, und führten den Alcalden fort; ſeitdem ſollen ſie das dortige Fort angegriffen haben. Die vermögenden Einwohner von Brihuega flüchteten nach Guadalaxara, und man befürchtet, daß ein großer Theil der zurückgebliebenen brotloſen Arbeiter die Schaaren der Carliſten verſtärken werde. Ueber van Halens Lage fehlen uns alle Nachrichten; ſollte er aber Arragonien verlaſſen, um der Provinz Guadalaxara zu Hülfe zu kommen, ſo kann Cabrera durch nichts abgehalten werden, über Teruel, Alcañiz, Caſpe oder Daroca herzufallen. Zudem wiſſen wir nicht einmal, wer den Befehl über die Armee des Centrums übernommen hat; von Rechtswegen hätte er dem General Amor zugeſtanden; dieſer ſoll ihn aber an den General Ayerve, auf welchen man in Arragonien mehr Zutrauen ſetzt, abgetreten haben. Hier in Madrid und der Umgegend befinden ſich keine Truppen, ſondern nur Recruten von der letzten Aushebung, die man doch unmöglich gegen den Feind ſchicken kann. Die Mancha iſt mehr als je den Räuberhorden preisgegeben, welche im Namen Carls V. ſich Gräuelthaten erlauben, vor denen die Menſchheit zurückſchaudert. Bereits werden die Reiſenden nicht mehr gegen Löſegeld freigegeben; Palillos läßt ſie langſam zu Tode martern. Bei Fuente del Fresno ließ er 19 Fuhrleute, nachdem 6000 Piaſter als Löſegeld für ſie angekommen waren, durch Lanzenreiter wie in einem Carouſſel niederſtechen. Soldaten der Nationalmilizen, die in ſeine Hände fallen, läßt er zwiſchen zwei Bäumen aufhängen oder lebendig verbrennen. Dieß ſind Thatſachen, von denen täglich alle Blätter angefüllt ſind. Unſere Verbindung mit Andaluſien iſt daher faſt beſtändig unterbrochen. Am 8. verbrannte der Bandit Choclan den dorthin gehenden Poſtwagen in der Nähe von Bailen, und erſchoß ſieben ihn escortirende Soldaten. In dem Wagen befand ſich ein von der hieſigen griechiſchen Geſandtſchaft an den griechiſchen Conſul in Cadix gerichtetes Packet mit mehreren für verſchiedene portugieſiſche Miniſter und Generäle beſtimmte Ordenszeichen. Der Geſandte fordert in der Gaceta den etwanigen Finder derſelben auf, ſie an die zunächſt gelegene Poſtdirection abzuliefern. — Bei dieſer Lage der Dinge ſucht der Finanzminiſter alle Verantwortlichkeit auf den Kriegsminiſter, und noch mehr auf den Obergeneral zu wälzen. Das von Hrn. Pita beſoldete Blatt, „el Caſtillano,“ beſchuldigt den Grafen Luchana geradezu verrätheriſcher Abſichten, und erzählt, er verließe bisweilen bei Nacht, von nur einem Adjutanten begleitet, ſein Hauptquartier, um ſich zu wichtigen

Conferenzen zu begeben. Gewiß iſt, daß in Villarcayo Lebensmittel, Munition, Belagerungsgeſchütz in Ueberfluß aufgehäuft, und daß dort gegen 30,000 Mann concentrirt ſind, um den ſo lange angekündigten Angriff der Forts von Ramales und Guriezo zu unternehmen, durch deren Fall man den von Valmaſeda zu erreichen hofft, welchen Platz der Graf Luchana bekanntlich im vorigen Jahre, weil er zu unbedeutend ſei, räumte. Am 14. brach er mit ſeinem Hauptquartier nach Pancorvo auf, wo 3 Millionen Realen angekommen waren, die unter die Truppen vertheilt werden ſollten. — Die Miniſter haben geſtern Mittags ein Conſeil gehalten, in welchem die Mehrzahl, erſchrocken über die auf ihnen laſtende Verantwortlichkeit, den Antrag gemacht haben ſoll, die ſuspendirten Cortes wieder einzuberufen. Der Finanzminiſter aber, welcher begreift, daß eine ſolche Maaßregel ſeinen unmittelbaren Sturz nach ſich ziehen muß, beſtand auf der Auflöſung der jetzigen Kammern und der Anordnung neuer Wahlen. Auf dieſe Weiſe denkt er ſich ſeine miniſterielle Allgewalt auf wenigſtens noch zwei Monate zu ſichern, die Exaltirten auf ſeine Seite zu ziehen und endlich die Umſtände abwarten zu können. Indeſſen will man behaupten, Alaix werde ſtark genug ſeyn, um den ihm feindlichen Hrn. Pita zur Seite zu ſchieben. — Der oberſte Kriegsgerichtshof hat nun die Erklärung abgegeben, daß kein Geſetz vorhanden ſei, vermöge deſſen der Oberſt D. Fernando de Cordova wegen des von ihm zur Vertheidigung ſeines Bruders abgefaßten Zeitungsartikels vor ein Kriegsgericht geſtellt werden könnte. — Nachſchrift. Dieſen Abend erfahren wir, daß die Carliſten Alcolea beſetzt haben, und Medina-Celi angreifen. Unſere Verbindung mit Saragoſſa dürfte demnach auf längere Zeit unterbrochen bleiben."

Päpſtliche Staaten.

Nachſtehendes iſt der weitere Verfolg der (im geſtrigen Blatte abgebrochenen) rechtlichen und factiſchen Darſtellung ꝛc. aus dem Diario di Roma vom 20. April:

„Nicht zufrieden, ſich in ſeiner Erklärung an den Präſidenten Frankenberg alſo ausgedrückt zu haben, wollte Mſgr. Dunin den Ausdruck derſelben Geſinnungen in einem Schreiben vom 30. Mai unmittelbar an Sr. Majeſtät gelangen laſſen; er fügte hier bei, daß, wenn er zum Verräther an ſeiner Religion werden würde, er auch kein treuer Unterthan ſeines Königs ſeyn könnte; daß die katholiſche Religion denen, die ſich zu ihr bekennen, in zeitlichen Dingen den ſtrengſten Gehorſam gegen die Monarchen auferlege; daß aber in Religionsfragen Jeſus Chriſtus nicht die Könige, ſondern die Biſchöfe und vor Allem das Oberhaupt der Kirche in der Perſon des römiſchen Papſtes eingeſetzt habe, deſſen Stimme in genannten Dingen jeder Katholik unbedingt zu gehorchen verhalten ſei; daß ſeine Treue gegen den Thron ſo feſt ſei, wie gegen ſeine heilige Religion; daß die Aufregung der Gemüther in jenen Provinzen nicht ſein Werk ſei, ſondern den Maaßregeln der weltlichen Behörden zugeſchrieben werden müſſe; daß er ſich ſchmeichle, die allerhöchſte Zufriedenheit mit ſeinen letzten Erklärungen zu vernehmen, und zu dieſem Ende dem Throne ſeine wärmſten Bitten unterlege. (Document Nr. XXI.)"

„Dieſe beſtimmten Entgegnungen mußten die preußiſche Regierung überzeugen, daß jeder weitere Schritt bei jenem Prälaten völlig fruchtlos ſeyn würde. Es erſchien demnach am 25. Juni ein von dem Freiherrn von Altenſtein unterzeichnetes Edict, in welchem nicht nur die Erlaſſe und Inſtructionen des Prälaten als ungeſetzlich und die öffentliche Ordnung ſtörend bezeichnet, ſondern als völlig ungültig und nicht beſtehend erklärt wurden. Ueberdieß wurde unter Androhung ſtrenger Strafen dem Clerus verboten, die Erlaſſe des Erzbiſchofs in Ausübung zu bringen oder auch nur bekannt zu machen; dafür wurde die Beobachtung der preußiſchen Geſetze für den Fall, daß der Pfarrer, wegen Mangels der geiſtlichen Dispens, Schwierigkeit machen ſollte, eine vom Staate geſtattete gemiſchte Ehe einzuſegnen, anbefohlen; endlich wurde den etwa von dem Erzbiſchofe wegen Uebertretung ſeiner Weiſungen, irgend beläſtigten Geiſtlichen der mächtige Schutz der Regierung zugeſandt. (Document Nr. XXII.)"

„Am ſelben Tage, 25. Juni, richteten die drei Miniſter von Altenſtein, Rochow und Werther an Mſgr. Dunin einen Erlaß, in welchem ſie ihm ankündigten, Sr. Majeſtät habe die von ihm unterm 30. Mai gegebene Erklärung nicht für ſtatthaft erachtet, weil er, ungeachtet aller Verſicherungen von Ehrfurcht und Unterwürfigkeit, auf der ohne königliche Billigung und mit Uebertragung der Vorſchriften des allgemeinen Landrechts über gemiſchte Ehen eingeführten Neuerung verharre; er auch durch die irrige Vorſtellung, welche er ſich von ſeinem Verhältniſſe zur Regierung mache, die dem Landesvater von Sr. allerhöchſten Gnade eingegebenen Abſichten vereitelt habe; weßhalb von Sr. Majeſtät die Eröffnung einer Criminalunterſuchung gegen ihn angeordnet worden ſei. (Document Nr. XXII.)"

„Der Herr Erzbiſchof zögerte nicht, den drei Miniſtern zu antworten, wie es ſeine Pflicht erheiſchte. In ſeinem Schreiben vom 9. Juli erklärte er, daß, um zu einer Unterſuchung hinſichtlich deſſen, was er hinſichtlich der gemiſchten Ehen gethan habe, gezogen zu werden, er ein weltliches Gericht nicht als competent anerkennen, noch demſelben Rede ſtehen könne; daß es ſich um eine Religions- und Gewiſſensfrage, um die Ertheilung des Sacraments der Ehe nach der unveränderlichen Lehre der Kirche handle; daß er in dieſem Puncte nur Gott und der von dem ſichtbaren Oberhaupte, dem römiſchen Papſte — vertretenen Kirche, nicht aber einem weltlichen Richter ver-

antwortlich sei; daß das allgemeine Landrecht nicht einmal vorschreibe, was Katholiken und ihre Geistlichen in diesem Puncte zu thun haben; während es im Gegentheile bestimme, daß die katholischen Geistlichen in Sachen des Glaubens und der kirchlichen Disciplin den geistlichen Gerichten Rechenschaft zu geben haben; daß den Katholiken die Ausübung ihrer Religion in ihrem vollen Umfange, wie ihre Väter sie genossen, feierlich verbürgt sei; daß hierdurch von der Regierung selbst die hierarchische und unverletzliche Verfassung der katholischen Kirche anerkannt wurde; daß die Bulle — De salute animarum — sämmtliche Rechte, Ehren, Prärogativen und Immunitäten der Erzbischöfe und Bischöfe sanctionirt habe; daß für den Clerus zweiten Ranges die bischöflichen Gerichtshöfe bestünden, und daß für die Bischöfe und Erzbischöfe kein Tribunal von der weltlichen Macht, sondern nur von dem heiligen Stuhle bestimmt werden könne. (Document Nr. XXIV.)"

„Als der Herr Erzbischof dieß schrieb, hatte ihm Hr. Frankenberg bereits unterm 7. Juli förmlich angezeigt, daß in Gemäßheit der allerhöchsten Befehle vom 12. April und 21. Juni die Eröffnung des Prozesses gegen sein ungesetzliches Verfahren in Sachen der gemischten Ehen Statt finden würde; zugleich theilte er ihm die Namen der Gerichtspersonen mit, welche hierzu beauftragt seien, und demnach zu den nöthigen Amtsverhandlungen in seiner Wohnung schreiten würden. (Document Nr. XXV.) Hierauf erwiederte Hr. Dunin am selben Tage, 9. Juli, kurz in demselben Sinne, in welchem er sich gegen die drei Minister ausgedrückt hatte, und fügte hinzu, daß in Gemäßheit den schon geäußerten Gesinnungen, er nicht einmal einen Act unterzeichnen würde, da er in den Dingen der heiligen katholischen Religion das königl. Obertribunal der Provinz, da es ein weltliches Gericht sei, nicht anerkenne, noch jemals anerkennen werde. (Document Nr. XXVI.)"

„Hierauf, im Verfolge seiner Erklärung vom 9. Juli, schrieb der Herr Erzbischof am folgenden Tage an die drei Minister einen Brief, in welchem er den ihm insbesondere von der Regierung so oft gemachten Vorwurf: daß er durch seinen Hirtenbrief vom 27. Februar in seiner Diöcese eine Neuerung in Betreff der gemischten Ehen eingeführt habe, noch vollständiger zu entkräften suchte. Er schickte voraus, daß sich in den Archiven der erzbischöflichen Curie nicht die mindeste Spur von dem vorfinde, was, wie die Regierung vorgebe, die verstorbenen Erzbischöfe Gorczenski und Wolicki hinsichtlich der sogenannten Praxis der unbedingten Einsegnung gemischter Ehen ausgesagt haben sollen, und gestand freimüthig, bei dem Zeugnisse, welches er als Capitularverweser im Jahre 1830, ohne von der Sache besser unterrichtet zu seyn, ausstellte, einen Mißgriff begangen zu haben [1]). Überdieß sandte er den drei Ministern mit besagtem Schreiben neunzehn Auszüge aus den Kirchenregistern, die er eben zufällig hatte, und welche bewiesen, daß solche Ehen in dem Erzbisthum von Gnesen und Posen nicht eingesegnet wurden, außer nach vorausgegangenem Versprechen der katholischen Kindererziehung; von diesen Auszügen, fügte Mgr. Dunin hinzu, könnte ich eine größere Anzahl beibringen, wenn ich sämmtliche Pfarrer des Erzbisthums aufforderte, solche auszuheben [2]), und aus welchen unbestreitbar hervorginge, wie sehr die gegen mich erhobene Anklage — daß die gemischten Ehen in meiner Diöcese ohne Bedingung eingesegnet worden seien — unbegründet ist. Er wiederholte abermals: daß nur um Mißbräuchen in einzelnen Fällen vorzubeugen, er die Beobachtung der Kirchendisciplin in Erinnerung gebracht; daß er endlich mehrere Male die Erlaubniß, die Sache wenigstens an den heiligen Stuhl zu bringen, nachgesucht habe; daß ihm aber dieß auf das Bestimmteste verweigert, und im Gegentheile, ohne selbst die Anordnungen des Landrechts zu beachten, die unbedingte Einsegnung gemischter Ehen verlangt worden sei; daß dieß aber einer Verläugnung der alten katholischen Doctrin und einer Verweigerung des in religiösen Fragen dem heiligen Stuhle gelobten Gehorsams gleichkomme; daß er sich einem solchen Verlangen durchaus nicht habe fügen können; und daß seine Weigerung nicht übelgenommen werden könne von einer Regierung, welche neuerdings den katholischen Unterthanen versprochen hat, ihre Religion, so wie ihre Väter sie ausgeübt, zu schützen. (Document Nr. XXVII.)"

„Der katholische Clerus von Gnesen und Posen, mit Recht trauernd über eine so widerwärtige Lage der Dinge, und zugleich gestützt auf die von Sr. Majestät dem Könige dem katholischen Cultus verbürgte Freiheit, konnte sich nicht erwehren, an der Sache des die heilige Doctrin und Disciplin der Kirche vertretenden Erzbischofs Theil zu nehmen. Es richteten das Decanat von Kozmin am 15. Juli, jenes von Posen am 21. desselben Monats,

[1]) Siehe Oesterr. Beob. S. 601.

[2]) Wirklich sagt der Herr Erzbischof in seinem Schreiben an den Justizminister Hrn. Mühler vom 11. September 1838 (Document Nr. XXXV), daß die Zahl der in Rede stehenden Zeugnisse sich bei ihm beträchtlich vermehrt habe; und in seiner durch die Münchener politische Zeitung vom 1. Februar 1839 bekannt gemachten Erklärung äußerte er, daß der Regierung nahe an tausend solche Zeugnisse vorgelegt worden seien. Vergl. Oesterr. Beob. S. 601.

zehn Decanate von Gnesen, und das andere von Krotoschin in der Erzdiöcese Posen am 3. August, endlich das Decanat von Inowraclaw am 14. desselben Monats, an die betreffenden weltlichen Behörden die kräftigsten Vorstellungen und die Erklärung, daß sie die Einheit des katholischen Glaubens bewahren, in geistlichen und kirchlichen Dingen nur der Stimme ihres Oberhirten, im Einklange mit der des Oberhauptes der Kirche, des römischen Papstes, Gehör geben, mit Einem Worte, hinsichtlich der gemischten Ehen gewissenhaft die Pastoralweisungen ihres Erzbischofs befolgen wollten. (Document Nr. XXVIII, XXIX, XXX, XXXI, XXXII.)"

„Ueberdieß schrieben die zehn Decane von Gnesen am 23. Juli, im Namen des gesammten Clerus, einen Brief an den Erzbischof, um ihn ihres völligen und einstimmigen Beitritts zu den von ihm über den Gegenstand ausgesprochenen Grundsätzen und erlassenen Vorschriften zu versichern. (Document Nr. XXXIII.)"

„Inzwischen erhielt der Prälat, welcher auch mündlich seine Protestation gegen die Competenz des Gerichtshofes wiederholt hatte, und das sich darauf beziehende Protocoll weder hören, noch lesen, noch unterzeichnen wollte, von dem Hrn. Justizminister Mühler eine Zuschrift vom 5. September, in welcher ihm erklärt wurde, daß seine Weigerung sich der Untersuchung zu unterziehen, nicht zulässig sei, weil sonst jeder Inculpat sich in ähnlicher Weise seinem Richter entziehen könnte, und daß es nur dem Justizgerichte zukomme, über die Competenz zu urtheilen, während dem Inculpaten hierüber gewiß keine Entscheidung zustehe. (Document Nr. XXXIV.) Am 11. desselben Monats antwortete Mfgr. Dunin dem gedachten Minister, indem er vorerst bemerkte, daß die beträchtlich vermehrten dießfallsigen Zeugnisse immer mehr bewiesen, wie grundlos die Behauptung sei, daß er mit seinem Hirtenbriefe vom 27. Februar eine Neuerung eingeführt habe. Er erklärte ferner, er könne nicht schlechthin wie jeder andere Inculpat betrachtet werden, auch habe er keine Entscheidung über die Competenz des Richters nöthig, da seit Anbeginn des Katholicismus feststehe, und allenthalben anerkannt sei, daß er in religiösen Dingen, in seiner Eigenschaft als Erzbischof, nur von allgemeinen Concilien, und von dem heiligen apostolischen Stuhle abhange und folglich sein Richter kein weltlicher Richter sei, noch seyn könne, indem dieser sonst auch in religiösen Dingen und Glaubenssätzen competent seyn würde, was aber die katholische Kirche nie zugegeben hat und nie zugeben kann. (Document Nr. XXXV.) [1]) Von dieser Erklärung übergab Mfgr. Dunin am selben Tage dem königlichen Obergerichte eine Abschrift, indem er unter Einem versicherte, daß er in diesem Puncte unerschütterlich sei, wie dieß die Pflicht seines Standes erheische. (Document Nr. XXXVI.)"

„Obgleich der Justizminister Hr. Mühler sich nicht für verpflichtet hielt, den Brief des Herrn Erzbischofs vom 11. September zu beantworten, so entschloß er sich doch, es unter dem 22. desselben Monats zu thun, zwar nicht in seiner officiellen Eigenschaft, sondern nur aus Achtung für seine Person und hauptsächlich durch die Betrachtung hierzu bewogen, daß in dem Briefe des Prälaten Wahrheit und Irrthum sich so nahe berührten, daß, wenn er ihm auch ohne Rückhalt, den größten Theil der Principien zugebe, er dennoch die von dem Prälaten daraus abgeleiteten Folgerungen nicht anzuerkennen vermöge. Er gab ihm in der That zu, daß als katholischer Christ er in religiösen Fragen dem weltlichen Richter nicht unterworfen sei, und daß die Ehe nach den Grundsätzen der katholischen Kirche ohne Zweifel ein Sacrament sei. Aber das Sacrament der Ehe, fuhr er fort, betrifft bloß die Heiligkeit und Unauflösbarkeit des ehelichen Bandes, nur die Verhältnisse der Ehegatten unter einander in Beziehung auf die wechselseitigen Pflichten, mit Ausschließung jener, welche aus dem Verhältniß der Aeltern zu den Kindern entspringen; dieß behauptete er, gehöre weder zu den Grundsätzen der Religion noch zu den Sacramenten der katholischen Kirche, und beruhe auf keiner kirchlichen Institution, daher es auch die Jurisdiction der Kirche nicht angehe. Im Gegentheile suchte er zu beweisen, daß im Staate es unstreitig der bürgerlichen Autorität zukomme, über die Pflicht der Aeltern hinsichtlich der moralischen und religiösen Erziehung ihrer Kinder zu wachen; daß, wenn demungeachtet die Kirche hierüber Vorschriften erlassen habe, sie nur insofern Kraft haben, als die Gesetze des Staates sich darauf berufen; daß die preußische Gesetzgebung die Rechte der Aeltern in Beziehung auf die Kinder achte, und eben um sie vollkommen sicherzustellen, ein Versprechen der Brautleute, welches jene Rechte beschränke, nicht als verbindend anerkenne, noch

[1]) Jeder, der auch nur eine oberflächliche Kenntniß vom Kirchenrechte besitzt, weiß, daß, im Sinne der Canones die Person eines Bischofs, schon wegen des geheiligten Characters, mit dem sie bekleidet ist, schlechterdings der Gerichtsbarkeit eines weltlichen Tribunals nicht unterworfen seyn kann.

auch gestatte, daß der Pfarrer dieß fordere oder auch nur annehme. Er schloß daraus, daß in göttlichen Dingen, und also auch bei den Sacramenten, der katholische Bischof die Lehre seiner Kirche befolge, und daher die Staatsgesetze sich jeder Vorschrift hierüber enthalten, daß aber in Dingen, welche in die Sphäre der bürgerlichen Staatsgewalt gehören (unter welche er die religiöse Erziehung der Kinder rechnete), sich der Bischof nach den Landesgesetzen zu richten habe; daß demnach, so wie der Hirtenbrief des Erzbischofs, indem er Weisungen über die religiöse Erziehung der Kinder enthält, aus dem Gebiete der Kirche heraustritt, in jenes der bürgerlichen Gesetzgebung eingreift und der Rüge der Civilbehörde unterworfen ist, so auch die Person des Prälaten selbst, hierüber den Strafgesetze unterliege, welche, wenn sie fruchtlos mittelst Erinnerungen und Ermahnungen angewandt worden sind, endlich entweder auf dem Disciplinarwege mittelst Entfernung aus der eigenen Diöcese oder Anweisung eines bestimmten Aufenthaltsortes, wie dieß der Fall des Erzbischofs von Köln sei, oder im Wege förmlicher Untersuchung und gerichtlichen Urtheiles, wie dieß eben gegen ihn eingeleitet worden, geltend gemacht werden. (Document Nr. XXXVII.)"

„Es ließ sich wohl voraussehen, daß der Erzbischof eine Mittheilung nicht ohne Erwiederung lassen würde, die zum ersten Male auf den eigentlichen Gegenstand der Frage einging und die wahre Ansicht der Regierung hierüber in helles Licht setzte. Er gab daher in seiner unterm 3. October ertheilten Antwort dem Hrn. Mühler zuvörderst sein Wohlgefallen zu erkennen, da alle frühern Mittheilungen, wie er sich ausdrückte, nichts als Verdammungsurtheile, Befehle und Drohungen, ohne Gründe einzuführen, enthielten. Hierauf in die Sache eingehend, dankte er ihm vor Allem herzlich für das loyale und billige Geständniß, daß er (der Erzbischof) in Bezug auf die Ausspendung der Sacramente und folglich auch des Sacraments der Ehe, ein unbestreitbares Recht habe, nach den Vorschriften der katholischen Kirche zu verfahren, und daß der Staat gegen solche Anordnungen nichts einzuwenden habe, wobei er bemerkte, daß dieses Geständniß von Seite des Hrn. Mühler seine gänzliche und vollkommene Rechtfertigung ausspreche. Denn, angenommen, daß die Ausspendung des Sacraments der Ehe Sache der Kirche ist, wie der Minister eingestand, so hatte Msgr. Dunin allen Grund, daraus den Schluß zu ziehen, daß er von der Regierung wegen seines Hirtenbriefes in keiner Weise getadelt werden könne, indem der Zweck desselben gerade darin bestand, allein die Bedingungen auseinander zu setzen, unter denen in Gemäßheit der ältesten Vorschriften der katholischen Kirche bei gemischten Ehen die Ausspendung des Sacramentes Statt finden darf; und daß er folglich bei Erlassung jenes Hirtenbriefes keineswegs die, obgleich viel zu engen Gränzen überschritten habe, welche der Minister selbst seiner Jurisdiction gesteckt hatte. Nachdem er sodann angeführt, daß es in den Befugnissen der Kirche liege, sich der Ausspendung der Sacramente, wenn den nothwendigen Bedingungen nicht Genüge geleistet wird, zu entziehen und daß sie in einem solchen Falle nicht gezwungen werden kann, ihre geistlichen Segnungen zu spenden, suchte er den von Hrn. Mühler aufgestellten Grundsatz siegreich zu bekämpfen, indem er durch die Autorität der Väter, der Doctoren, der Concilien und der apostolischen Constitutionen den Beweis führte, daß die Erziehung der Kinder in der geoffenbarten Religion ein Gebot Gottes und einer der Hauptzwecke der christlichen Ehe und außerdem eine der Hauptpflichten der katholischen Kirche ist, welcher sie nicht streitig gemacht werden kann. Ferner fügte er hinzu: es sei ihm gleichgültig, wie der Minister selbst und die Protestanten über die Ehe und ihre Wirkungen dächten, da es sich bloß darum handelt, aus welchem Gesichtspuncte die Katholiken und die katholische Kirche die Sache betrachten; er stützte sich auf die in seinem Erzbisthum bestehende Praxis; er berief sich nicht bloß auf die feierlichen Acte, worin der preußische Monarch sich verpflichtete, die katholische Religion in dem Umfange, in dem die Vorfahren sie ausübten, zu beschützen, sondern auch auf die Bulle — De salute Animarum — welche den Erzbischöfen und Bischöfen alle ihre Rechte, Prärogativen und Freiheiten bestätigte; er betheuerte, daß er schlechterdings der Meinung des Hrn. Ministers nicht beipflichten könne: daß im Collisionsfalle das canonische Recht dem bürgerlichen Rechte weichen müsse; und schließlich widerlegte er, als durchaus grundlos und keiner Erwiederung werth, die Anklage, wenn sie vorgebracht werden sollte: daß sein Hirtenbrief Beleidigungen, Aufregungen zum Ungehorsam oder andere Rechtsverletzungen gegen den Staat oder auch gegen dritte Personen enthalte. (Document Nr. XXXVIII.)"

„Hier endigt die Reihe authentischer Thatsachen, die in dem hochwichtigen Streite über die gemischten Ehen

zwischen dem Erzbischofe von Gnesen und Posen und der preußischen Regierung Statt gefunden haben, und bis jetzt zur sicheren Kunde des heiligen Stuhles gelangt sind. Jeder, der sie mit vorurtheilsfreiem und unparteiischem Geiste prüft, wird nicht nur leicht erkennen, daß Mgr. Dunin von Anfang bis zu Ende unwandelbar die Sache, die er selbst als die Sache der katholischen Kirche bezeichnet [1]) vertheidigt hat, sondern auch urtheilen können, ob dieser Prälat bei Vertheidigung dieser Sache nicht bis zur äußersten Gränze sowohl die mit seinen Pflichten vereinbaren Mittel der Versöhnung angewender, als auch die der Regierung und der Person Sr. preußischen Majestät schuldigen Rücksichten beobachtet, und ob er demnach die Behandlung verdient hat, welche jene Regierung ihm zufügte, indem sie ihn sogar als einen Mann bezeichnete, der sich bald bis zur äußersten Gränze eines sträflichen Trotzes verirrt, bald eine verzagte Wankelmüthigkeit zur Schau trägt [2])."

(Schluß folgt.)

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 25. April zeigte Sir R. Peel an, daß, falls die Regierung auf ihrem Beschlusse beharre, die Bill zur Suspendirung der Verfassung von Jamaica durchzusetzen, er darauf antragen wolle, daß das Haus über das Princip der Bill abstimme, noch bevor sie an den Ausschuß gewiesen werde, da er es zu schwierig finde, die Bill nach seiner Ansicht zu modificiren, denen zufolge dem Versammlungshause gestattet werden müsse, noch einmal zusammenzutreten, um seinen Definitiv-Entschluß auszusprechen. Zugleich indeß gestand er wiederholt ein, daß es zweckmäßig sei, Vorkehrungen für den Fall zu treffen, daß die Legislatur auf ihrer Weigerung beharren sollte. Nachdem alsdann der (gestern erwähnte) Antrag des Hrn. Mackinnon wegen Entschädigung der HH. Fourdrinier in Birmingham, Erfinder einer ausgezeichneten Maschine zur Papierfabrikation, die durch fehlerhafte Abfassung des von ihnen gelösten Patents bedeutende Nachtheile erlitten hatten, zurückgenommen worden war, weil der Kanzler der Schatzkammer versprach, für die Sache Sorge tragen zu wollen, beschäftigte sich das Haus während des übrigen Theiles der Sitzung mit einer Motion des Hrn. Hawes wegen Abschaffung der niederen geistlichen Tribunale in England und Wales, welche, als mit dem Gutachten der Kirchencommission übereinstimmend, vom Hause genehmigt wurde. Die Minister stimmten gleichfalls bei, nur waren sie gegen die unverweilte Abschaffung, und mit dieser Modification ging denn auch der Antrag durch. Am Schluß der Sitzung erhielt noch Hr. Talfourd, der bekannte Anwalt des schriftstellerischen Eigenthums, die Erlaubniß, eine andere humane Maaßregel, die im vorigen Jahre im Unterhause schon mit großer Majorität angenommen, im Oberhause aber mit der geringen Majorität von 3 Stimmen war verworfen worden, von Neuem einzubringen, die Bill nämlich, durch welche die gegenwärtige gesetzliche Bestimmung, daß die Kinder geschiedener Ehepaare stets in der alleinigen Obhut des Vaters verbleiben und der Mutter aller Zutritt zu ihnen verwehrt werden kann, in denjenigen Fällen, wo der Vater den Anlaß zur Scheidung gegeben hat, zu Gunsten der Mutter geändert werden soll. Hr. Talfourd hoffte, daß nach den Modificationen, die er noch in der Bill vorgenommen, um dem Einwurf zu begegnen, daß sie Stoff zu vielen Prozessen geben dürfte, die Maaßregel in dieser Session gewiß Gesetzkraft erlangen würde.

In der Sitzung des Unterhauses vom 26. April kündigte Lord John Russell an, daß er es rathsam hielte, aufs schleunigste mit der Bill über die Regierung von Jamaica vorzuschreiten; sollte aber das Parlament der Meinung seyn, daß fünf Jahre ein zu bedeutender Zeitraum sei, die gesetzgebende Gewalt des Versammlungshauses zu suspendiren, so ließe sich eine kürzere Zeit bestimmen. Um dem Hause Zeit zur Ueberlegung zu geben, wolle er, anstatt Montag, erst am kommenden Freitage auf den Ausschuß antragen. Sir Robert Peel sagte, man habe ihn sehr mißverstanden. Er fühle die Schwierigkeit des Falles und sei bereit, für dieselbe eine Aushülfe zu bieten, nur wolle er nicht, daß diese strenger als nöthig sei. Es scheine ihm hart, die Legislatur der Insel auf fünf Jahre zu suspendiren, und sein Wunsch sei daher, daß man das Gesetz so abfasse, daß, wenn das Versammlungshaus sich noch geneigt zeigen sollte, rückgängige Schritte zu machen, die Gelegenheit ihm dazu geboten werde. Alsdann zeigte Lord J. Russell an, daß er Montags seine Bill zur Regulirung der Verfassung und Verwaltung von Canada dem Hause vorlegen werde. Darauf machte Sir Robert Peel den Antrag, seine Bill zur Aenderung der Gesetze über bestrittene Wahlen an einen Ausschuß zu verweisen; zu diesem Antrage wurden eine Menge technischer Amendements vorgeschlagen, die zu einer langen, aber trockenen Debatte führten, welche den größten Theil des Abends einnahm.

Das Oberhaus hielt am 26. April nur eine kurze Sitzung, die sich lediglich auf die Einreichung von Bittschriften beschränkte. Eine dieser Petitionen war von Neufundland und veranlaßte eine kurze Debatte, woran Lord Aberdeen, Lord Durham und Lord Ripon Theil nahmen.

Die Preußische Staatszeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correspondenten aus London

[1]) So der Erzbischof selbst in seiner in der Münchener politischen Zeitung vom 1. Februar 1839 erschienenen Erklärung.

[2]) In der der preußischen Erklärung vom 31. December 1838 beigefügten Denkschrift.

vom 26. April: „Unter den mancherlei Gerüchten, zu deren Erneuerung der Ausgang der letzten Ministerkrisis Anlaß gegeben hat, wird in den Oppositionsblättern auch wieder die Vermuthung ausgesprochen, daß Lord Melbourne sich binnen kurzem vom Staatsruder zurückziehen und den Grafen Durham oder dem Marquis von Normandy, als Premierminister, zum Nachfolger erhalten dürfte, in welchem Falle die Whigs ihre Abgeschlossenheitsdoctrin über Bord werfen und, um sich den Beistand der Radicalen fester zu sichern, fürs erste die geheime Abstimmung bei den Parlamentswahlen und sodann weitere radicale Reformen, je nachdem der sogenannte Drang von außen sie dazu nöthige, in Vorschlag bringen würden. Diese Voraussetzung möchte indeß wohl nur auf den Wünschen der Tories beruhen, die schon längst die Hoffnung hegen, daß ein Durham'sches Ministerium ihnen die Brücke zur Regierungsgewalt bauen werde, weil sie unter einer radicaleren Verwaltung auf ein stärkeres Zunehmen der conservativen Reaction rechnen. So lange aber die dem Ministerium gegenüberstehenden Parteien der Tories und der Radicalen ein zu weit gehendes Uebergreifen ihres beiderseitigen Einflusses auf die Regierung dadurch paralysiren, daß sie wechselsweise mit dem Ministerium stimmen, und auf diese Weise zur Erhaltung eines gemäßigten Verwaltungssystems beitragen, möchte wohl das jetzige Ministerium keinen Anlaß haben, seine gemäßigte Politik zu ändern. Auch dürfte es dem Wohle des Landes gewiß nicht unzuträglich seyn, wenn die extremen Grundsätze der beiden Hauptparteien, in welche es gespalten ist, sich solchergestalt gegenseitig im Schach halten. Die Gegner des Ministeriums mögen dieß immerhin eine Existenz nennen, die nur von ihrer Duldung abhänge; darauf kann ihnen mit Recht erwiedert werden, daß politische Parteien zur Duldung wohl nicht sehr geneigt sind, und daß also auch sie, die Tories und die Radicalen, eine solche Duldung schwerlich ausüben würden, wenn die Umstände sie nicht dazu nöthigten."

Der Graf von Essex, der in zweiter Ehe die Sängerinn Miß Stephens geheirathet hatte, ist unlängst, 82 Jahre alt, gestorben.

Ueber Irland hat man Nachrichten aus St. John's in Neubraunschweig vom 1. April, denen zufolge alle Gedanken an Feindseligkeiten aufgegeben waren und sowohl der Gouverneur von Neubraunschweig als der von Maine unbewaffnete Mannschaft zum Schutze der Holzungen aufgestellt hatten, die so lange dort stationirt bleiben sollen, bis eine definitive Uebereinkunft abgeschlossen seyn wird.

Consols am 27. April 93¼.

Niederlande.

Das Journal de la Haye vom 27. April meldet: „Die Abreise Sr. kais. Hoheit des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland ist auf den 2. oder 3. Mai festgesetzt; Sr. kais. Hoheit wird sich zu Rotterdam einschiffen, um sich nach England zu begeben."

Holländischen Blättern zufolge wird die Vermählung des Erbprinzen von Oranien mit der Prinzessinn von Würtemberg gegen Ende des Juni oder zu Anfang Juli's in Stuttgart gefeiert werden. Zwischen dem 20. und 25. Juli wird das erlauchte Paar im Haag erwartet.

Teutschland.

Das Journal de Francfort enthält folgenden Bericht: „Seit einigen Tagen hatte der Minister Frankreichs zu Frankfurt bemerkt, daß ein Mensch seinen Schritten folgte, und um das Hotel der Legation, das auf einer der Seiten der Stadtpromenade liegt, herumstreifte. Vorgestern, am Sonntag, folgte dieser Mensch dem Minister Frankreichs so nahe und so anhaltend lange, daß derselbe, von so vieler Zudringlichkeit ermüdet, ihm die Unschicklichkeit seines Benehmens bemerken und ihn fragen zu müssen glaubte, ob er irgend eine Reclamation anzubringen habe. Jener Mensch erwiederte, er wünsche Bekanntschaft mit ihm zu machen; als darauf der Minister versetzte, er trage kein Verlangen, ihn kennen zu lernen, wurde Jener aufgebracht und proponirte dem Minister, sich mit ihm zu schlagen (cet individu se fâcha et proposa un cartel au Ministre); dabei wurde er wie rasend und schwang seinen Stock mit einer so drohenden Miene hin und her, daß der Herr Minister für angemessen hielt, ihm solchen zu entreißen. Einer von den Leuten der französischen Gesandtschaft, vor deren Hotel die Scene vorging, lief herbei, die Wache zu holen. Der Mensch wurde arretirt. Die Sache ist nun in den Händen der Polizei; das gedachte Individuum wird von ihr überwacht. Der Mensch heißt Donndorf, und ist schon mehrere Male aus Paris expulsirt worden."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Handschreiben vom 9. April d. J. den wirklichen Hofrath Referendär bei der königlichen ungarischen Hofkanzlei, und Obergespan des Arader Comitats, Stephan Szerenesy von Szigeth, an die Stelle des zum Staats- und Conferenzrathe beförderten Pankraz Somsich von Sáárd, zum Präsidenten der königlichen Tafel in Pesth und Stellvertreter der persönlichen Gegenwart des Königs in Gerichten (in Personalis Praesentiae Regiae in Judiciis Locumtenentem) allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 6. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 11/12.
detto	detto zu 4 pC. in CM.	101 1/12.
detto	detto zu 3 pC. in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	671 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM		66.
Bankactien pr. Stück 1526¼ in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Morgen Mittwoch den 8. Mai ist das zweite Pferdewettrennen auf der neuen Bahn nächst dem Lusthause im Prater. — Die Listen zu diesem Wettrennen sind im Comptoir des Oesterr. Beob. für 6 kr. C.M. zu haben.

W
1. K.
ZEITUNG
1839

№ 128

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 8. Mai 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 6. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.329	283. 18. 0p.	+ 11.8	SO.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.308	28 0 9	+ 16.3	S.	mittel.	——
	10 Uhr Abends.	27.336	28 1 1	+ 11.7	SO.	schwach.	Wolken.

Frankreich.

Den neuesten Pariser Journalen vom 30. April zufolge ist die letzte Ministerial-Combination, als sie eben auf dem Puncte stand, abgeschlossen zu werden, abermals gescheitert. Der Moniteur von obgedachtem Tage meldet hierüber: „Der König hatte die ministerielle Liste angenommen, welche ihm Hr. Passy vorgestern (28.) Abends 11 Uhr überbracht hatte. Er hatte die abtretenden Minister zur Unterzeichnung der Ordonnanz, welche das neue Ministerium constituiren sollte, auf gestern Vormittags um halb 12 Uhr beschieden. Die Ordonnanz lag unterschrieben auf dem Rathstische des Conseils; auf demselben Tische lagen alle übrigen Ordonnanzen geschrieben und bereit zur königlichen Unterschrift und ministeriellen Contrasignatur, als man, nach langem Warten, erfuhr, daß die neue Combination aufgegeben sei. Wirklich kam Hr. Passy bald darauf zum Könige, und bezeugte ihm sein Leidwesen, daß er nicht mehr im Stande sei, den Auftrag, den ihm Se. Majestät ertheilt hatte, vollziehen zu können." — Der Nouvelliste vom 30. gibt folgende Details über die Veranlassung dieses neuen Bruches: „Gestern Morgens zweifelte Niemand an dem Gelingen der neuen Combination des linken Centrums; alle Schwierigkeiten schienen vorgestern Abends in einer Verhandlung, die im Hotel der Präsidentschaft der Kammer Statt fand, gehoben zu seyn. — Das Cabinet sollte aus den HH. Dupin, als Siegelbewahrer; Thiers, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Passy, als Finanzminister; Maison, als Kriegsminister; Duperré, als Marineminister; Dufaure, als Minister des Innern; Sauzet, als Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, und Pelet (de la Lozère), als Minister des öffentlichen Unterrichts, bestehen. Es sollte kein Präsident des Conseils ernannt werden. Man war übereingekommen, daß die Cabinetsversammlungen von dem Siegelbewahrer präsidirt werden sollten. — Die Ordonnanz, welche Hr. Dupin ernannte, war bereits unterzeichnet; diejenigen, welche seine Collegen ernennen sollten, lagen bereit. Die Mitglieder des Cabinets sollten noch gestern den Eid in die Hände des Königs ablegen und die Leitung der Geschäfte übernehmen. Bei der Administration des Moniteur waren alle Anstalten zum Drucke und zur Vertheilung des Supplements getroffen, welches die Constituirung des definitiven Ministeriums ankündigen sollte. — Die Mitglieder der projectirten Administration hatten sich gestern Morgens, ehe sie Besitz von ihren Portefeuilles ergreifen wollten, im Hotel der Präsidentschaft versammelt; hier ist durch eine neue und sehr ernste Schwierigkeit alles wieder ins Stocken gerathen. Hr. Dupin erklärte seinen Collegen, daß, nach seiner Meinung, die Kämpfe, welche das Cabinet zu bestehen haben dürfte, sich nicht auf das Parlament beschränken würden; daß die Krone das Cabinet sich nur gefallen lasse, es aber nicht gewählt habe; daß die antiparlamentarische Faction, gestützt auf die Doctrinairs, nur durch die Berücksichtigung dieses letzteren Umstandes zu allen den Anstrengungen ermuthigt worden sei, die sie in den letztverflossenen Tagen aufbot, um die projectirte Combination zu hindern; daß das Comité der 221, indem es sich der Annahme des dem Hrn. Cunin-Gridaine angebotenen Portefeuilles widersetzte, und schon jetzt durch alle nur erdenklichen Mittel eine feindselige Stellung zur Schau trug, nothwendigerweise hierbei auf den Beistand der Hofpartei rechnen mußte, deren anerkannte Agenten die einflußreichsten und eifrigsten Mitglieder der 221 sind, und endlich daß selbst die kurze Anzeige im Moniteur Parisien vom 29. deutlich zu verstehen gebe, daß das Cabinet nur einstweilen acceptirt sei. Hr. Dupin fügte hinzu, daß bei einer solchen Lage das Cabinet nicht stark genug seyn könne; daß die erste Bedingung dieser Stärke, seiner Ansicht nach, in der Ernennung eines reellen und permanenten Präsidenten liege; daß er keineswegs für sich diese Präsidentschaft verlange; daß er eingestehe, daß es seine Kräfte übersteige, daß man sie aber demjenigen seiner künftigen Collegen übertragen müsse, welchen das Cabinet selbst bezeichnen würde. — Diese unvorhergesehene Schwierigkeit hat eine lange Discussion veranlaßt, deren Ausgang von einer Menge von Deputirten, die im Conferenzsaale und in den Gärten der Präsidentschaft versammelt waren, mit der lebhaftesten Ungeduld erwartet wurde. Gegen 3 Uhr erfuhr man mit tiefem Leidwesen, daß alles abgebrochen sei und daß Hr. Passy dem Könige die vorgestern erhaltenen Vollmachten zurückgeben würde." — Das Journal des Debats gibt folgende Version: „Wir sind genöthigt zu sagen, daß die Ursachen, welche zur Auflösung des Cabinets des linken Centrums geführt haben, die nämlichen sind, welche alle frühern Combinationen zu Grunde gerichtet haben, nämlich innerer Zwiespalt und erbärmliche Rivalitäten. In der am Sonntag (28.) im Hotel der Präsidentschaft der Deputirtenkammer Statt gefundenen Versammlung wurde die Frage, wer Präsident der Deputirtenkammer seyn solle, lang und warm erörtert. Hr. Dupin, dem die Präsidentschaft angeboten wurde, lehnte sie für sich selbst ab, und wollte nicht, daß sie dem Marschall Maison übertragen würde; er sowohl als Hr. Passy weigerten sich, Hrn. Thiers als Präsidenten anzunehmen. Am Ende der Debatte schien man darüber einig zu seyn, daß die Präsidentschaft bloß nominell seyn und dem Siegelbewahrer, Hrn. Dupin, übertragen werden solle. Gestern Morgens wurde eine neue Conferenz gehalten, in welcher Hr. Dupin seinen künftigen Collegen erklärte, daß er sich zu dem obigen Auskunftsmittel nicht verstehen könne; das Ministerium müsse, seiner Ansicht nach, einen reellen Präsidenten haben, und

er für seine Person werde sich nie gefallen lassen, der bloße Huissier des neuen Cabinets zu seyn. Nachdem noch Einiges hin- und hergeredet worden, ging die Versammlung auseinander und Hr. Passy verfügte sich in die Tuilerien, um den König von dieser unerwarteten Wendung der Dinge in Kenntniß zu setzen." — Das Siècle beschwört Hrn. Thiers, unter den obwaltenden Umständen sich von jeder neuen Combination fern zu halten, da es klar vor Augen liege, daß der Hof ihn nicht wolle. — Der Constitutionnel sagt, der Marschall Soult habe sich am 29 Abends zum König verfügt; dem Courrier Français zufolge war der Duc de Broglie zu Sr. Majestät berufen worden. Der Messager will, wie schon einmal früher, seine Hoffnungen auf den Marschall Gerard gründen.

Der Herzog von Orleans kam am 25. April zu Beaumont an, und reiste nach Philippeville weiter. Ein Journal von Valenciennes, der Impartial, bemerkt über den Empfang des Prinzen in letzterer Stadt: „Es herrschte tiefe Stille. Nicht Ein Freudenruf ward vernommen, nicht Eine flatternde Fahne wurde gesehen. Diese Kälte, die, unserer Ansicht nach, dem Herzog nicht persönlich galt, muß ihm gleichwohl begreiflich machen, daß in Valenciennes, wie in ganz Frankreich, die Verlängerung der ministeriellen Krise eben so sehr die Industrie lähmt, als die Herzen erkältet."

Am 29. April 5Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 20. — Am 30. April um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 75. 3Percents 81 Fr. 25.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 21. April äußern sich sehr ängstlich über die Fortschritte der Carlisten gegen Guadalaxara. Die Madrider Journale enthalten Briefe aus dieser letztern Stadt vom 19., die das Einrücken der Carlisten in Trillo melden. Sie hatten sich am 17. des festen Platzes Alcolea del Pinar (bei Siguenza) bemächtigt; in Madrid herrschte großer Allarm, wie aus nachstehendem Schreiben aus dieser Hauptstadt vom 21. April erhellt: „Jeden Augenblick sieht man ganze Familien ankommen, die sich vor den Carlisten flüchten und hier eine Zuflucht suchen. Es scheint, daß vier Bataillons, die Cabrera vom Gros seiner Armee detaschirt hat in Maranchon, Cifuentes und Alcolea eingerückt sind. Ungeheure Bestürzung herrscht in Guadalaxara und Alcala de Henares, das nur vier Lieues von Madrid liegt. Die Flüchtlinge sagen aus, daß die Factiosen das Fort von Molina de Aragon bedrohen. Das Beunruhigendste ist der gänzliche Mangel an Nachrichten von der Armee des Centrums; während Cabrera's Banden eben so verwegen als thätig sind, legt die Armee des Centrums die Hände in den Schooß. Man fürchtet für Teruel, Caspe, Alcañiz und Daroca, wenn nicht bald Verstärkungen auf diesen Puncten eintreffen, die von Cabrera selbst, der in Arragonien zurückgeblieben ist, bedroht werden."

Großbritannien und Irland.

Vor kurzem starb zu Effendine unweit Lincoln der 76jährige sogenannte Zigeunerfürst Wisdom Smith. Es hatten sich gegen 100 Zigeuner zu dem Begräbnisse versammelt und ihre Zelte in der Umgegend aufgeschlagen, und es gelang ihnen durch List, der Feierlichkeit einigen Glanz zu geben, indem sie den Tischler, der den Sarg machte, überredeten, der Sohn des Fürsten, der Tausende besitze, werde dem Begräbnisse beiwohnen, und mehrere Krämer durch die Versicherung täuschten, der reiche Erbe werde Alles bezahlen. Aber am Morgen nach der Beerdigung war der ganze Schwarm verschwunden.

Unlängst ist in London eine wichtige Erfindung, wie es scheint mit Glück, versucht worden. Ein Hr. Clegg hat nämlich eine neue Locomotive erfunden, welche sich des atmosphärischen Drucks vermittelst einer Röhre oder Luftpumpe bedient. Dem ersten Versuche wohnten der Marquis von Lansdowne, Lord J. Russell und mehrere angesehene Personen bei, die sich selbst in einen Wagen setzten, der außerdem mit 1500 Pfund Eisen beladen war und dennoch 150 Fuß in der Secunde gezogen wurde. Ein solcher Wagen würde daher sieben teutsche Meilen in einer Stunde laufen können und die Bewegung weder Rauch noch Staub erzeugen, auch die Reisekosten um mehr als die Hälfte vermindert seyn.

Die Eisenbahnen haben bereits so bedeutenden Einfluß auf den Ertrag der auf den Landstraßen erhobenen Abgaben gehabt, daß die Einnahme auf mehreren sich bis zu 40 Pf. St. vermindert hat, während früher jährlich 200 Pf. St. eingenommen wurden.

Nachrichten aus Malta vom 6. April zufolge war die Flotte des Admirals Stopford segelfertig und bereit, nach der Levante abzugehen; es wurde nur noch die Ankunft von 250 Matrosen erwartet.

Päpstliche Staaten.

Nach der, in unsern Blättern vom 1. bis 7. d. M. vollständig mitgetheilten, Auseinandersetzung der mit dem Erzbischof von Gnesen und Posen in Bezug auf die Einsegnung der gemischten Ehen Statt gefundenen Verhandlungen schließt die rechtliche und factische Darstellung ꝛc. im Diario di Roma vom 20. April folgendermaaßen:

„Nachdem solchergestalt die Reihenfolge der Thatsachen bekannt ist, bedarf es nur eines unbefangenen und unparteiischen Sinnes, um darüber zu entscheiden, ob inmitten so vieler Unternehmungen der Civilgewalt gegen die unverletzlichen Grundsätze und Rechte der katholischen Kirche der heilige Stuhl gleichgültig bleiben konnte. Er blieb es in der That nicht, wie zum Theil bekannt ist, und wie noch deutlicher aus allem dem hervorgehen wird, was jetzt noch, immer auf Originaldocumente gestützt, hinzugefügt werden soll. Und da die preußische Regierung in der ihrer Erklärung vom 31. December 1838 beigegebenen Denkschrift ihre Beschwerden gegen den apostolischen Stuhl nicht auf die Vorgänge in Gnesen und Posen beschränkt, sondern auch den Incidentfall mit dem Abbate Spinelli in Bezug auf das nicht minder beklagenswerthe Ereigniß von Köln wieder angeregt hat, so ist es nöthig, auch hierüber den wahren Stand der Dinge darzulegen, auf daß durch die Kenntniß mehrerer andern damit im Zusammenhange stehenden Umstände und Handlungen das weitere Benehmen des heiligen Stuhls gegenüber der genannten Regierung bei den Streitigkeiten, die den unangenehmen Gegenstand dieser Darstellung bilden, zu gleicher Zeit gerechtfertigt erscheine."

„Mittelst Note vom 7. April 1838 verlangte der Hr. Ritter Bunsen vom Cardinal-Staatssecretär bestimmte Aufklärungen über ein Rundschreiben, das, den öffentlichen Blättern zufolge, am 12. März desselben Jahres von dem Abbate Spinelli, dem damaligen interimistischen päpstlichen Geschäftsträger in Brüssel, an den Clerus des Erzbisthums Köln gerichtet worden sei, und „des dispositions pontificales relativement au carême et une protestation contre l'administration provisoirement etablie du chapitre" enthalte. Ueber ein solches Rundschreiben zeigte der Herr Gesandte sich um so beunruhigter wegen der vorausgesetzten Existenz eines Breve's, mittelst dessen besagter Spinelli zum apostolischen Vicar für das Erzbis-

thum Köln erklärt worden sei. Bei diesem Anlasse geschah es, daß der Hr. Ritter Bunsen sich in der Obliegenheit fand, endlich die beiden Briefe zu übergeben, welche über die schon vor vier Monaten erfolgte Wahl des Capitularvicars von eben dem dazu erwählten Hrn. Hüsgen und vom Capitel, der eine am 5., der andere am 19. December 1837, an den heiligen Vater geschrieben worden waren [1]). Und da er ahnen mußte, daß eine so lange Verzögerung gerechterweise die Aufmerksamkeit des heiligen Stuhls erregt haben werde, gab er sich vielmehr das Ansehen, als machte er sich ein Verdienst daraus, „dans la supposition (schrieb der Herr Gesandte), qu'une telle maniere d'agir, loin de donner au Saint Siége un sujet de plainte ou de doléance, serait au contraire appreciée dans son véritable motif, comme calculée de lui épargner des embarras et de diminuer les complications des circonstances. (Document Nr. XXXIX.)"

„Gleich am folgenden Tag (8. April) erfolgte die Antwort des Cardinal-Staatssecretärs, die dem Hrn. Ritter die Versicherung gab, daß man nur aus den öffentlichen Blättern einige Kunde von der dem Abbate Spinelli beigemessenen Handlung habe, und daß bereits an denselben geschrieben worden sei, um von ihm genauen Bericht darüber zu erhalten. Zugleich unterließ man übrigens nicht, dem preußischen Gesandten bei diesem Anlasse das zu wissen zu thun, was von Seite des heiligen Stuhles wirklich geschehen war, und was diesem nicht zugeschrieben werden könne."

„Es ergab sich in der That, daß der Herr Gesandte, der die Uebergabe der beiden ebengedachten Briefe vom Dechanten Hüsgen und dem Kölner Capitel bis zum 7. April verschoben hatte, recht gut wußte, daß bis dahin dem heiligen Stuhle die erfolgte Wahl des Capitularvicars nicht officiell angezeigt worden war, woraus sich wohl schließen ließ, daß jener Act des Abbate Spinelli, der am 12. März, in Bezug auf die in Frage stehende Wahl, ergangen war, nicht vom heiligen Stuhle selbst autorisirt seyn konnte. Dem Herrn Gesandten ward hierauf eröffnet, wie von demselben Abbate Spinelli berichtet worden, daß Jemand aus der Erzdiocese Köln ihm brieflich die schweren Gewissensbeunruhigungen geschildert habe, worin sich die dortigen Katholiken hinsichtlich der Fasten-Dispens befänden, indem sie nicht wüßten, ob sie Fleischspeisen genießen dürften; daß unter diesen Umständen Se. Heiligkeit, um für das geistliche Wohl und die Gewissensruhe der Gläubigen zu sorgen, wie es Ihr apostolisches Amt erheischte, geruht habe, für besagtes Erzbisthum die nämliche Dispens zu bewilligen, wie sie im vorausgegangenen Jahre vom Erzbischof kraft der ihm vom heiligen Stuhle delegirten Machtvollkommenheiten bewilligt worden war; daß ferner Se. Heiligkeit dem Abbate Spinelli habe auftragen lassen, mit gebührender Klugheit und Zurückhaltung erwähnte Bestimmung demjenigen mitzutheilen, der ihn darum befragte, oder Andern, die sich in einer ähnlichen Unruhe des Geistes befänden; daß diese Antwort auf einen bloßen Gewissenszweifel durch Vermittlung des Abbate Spinelli ertheilt worden sei, weil die in ihrem Gewissen beunruhigte Person sich eben dieses Mannes bedient hatte, um dieselbe zu veranlassen; daß hierauf einzig und allein sich das von Seite des heiligen Stuhles Geschehene beschränke; daß der heilige Vater mit gedachter Maaßregel eine heilige Pflicht gegen die einer apostolischen Fürsorge bedürftigen Seelen erfüllt habe, da sie ja in Folge der Handlung der preußischen Regierung ihres Hirten ermangelten, und daß übrigens bloße Erdichtung sei, was man über das Vorhandenseyn eines Breve in die Welt geschrieben, vermöge dessen Spinelli zum apostolischen Vicar des Erzbisthums Köln ernannt worden sei. (Document Nr. XL.)"

„Ungeachtet einer so offenen und bestimmten Antwort wollte Hr. Bunsen durch eine weitere Note vom 10. April die Nothwendigkeit fühlbar machen, daß jenes vorgebliche Document in Bezug auf den Act des mehrbesagten Abbate Spinelli desavouirt und dieß in den öffentlichen Blättern mit Namensunterschrift des Cardinal-Staatssecretärs bekannt gemacht werde, indem er bemerkte, daß dasselbe „par son contenu et la rédaction latine dem Publicum plus même qu'un document diplomatique, c'est à dire une disposition Pontificale d'administration" scheinen müsse. (Document Nr. XLI.) Der Cardinal erwiederte an dem nämlichen Tage, daß er sich aus Grundsatz nicht mit dem befasse, was von Zeitungsblättern gesagt oder veröffentlicht werde, indem er dieß unter seiner Würde erachte, wovon er auch dem Herrn Gesandten schon positive Beweise gegeben, als von welchem er nie verlangt habe, daß Artikel desavouirt werden möchten, welche in der Kölner Angelegenheit in vielen Journalen und namentlich in jenen, die in Preußen gedruckt werden, über Dinge erschienen, die den heiligen Stuhl in hohem Grade interessiren. (Document Nr. XLII.)"

„Mittlerweile kündigte in Antwort auf die beiden Noten des Cardinal-Staatssecretärs vom 25. December 1837 und 2. Jänner 1838 [1]) (in welchen im Namen Sr. Heiligkeit die Wiedereinsetzung des Erzbischofs von Köln auf seinen erzbischöflichen Stuhl förmlich verlangt worden war) Hr. Bunsen mittelst Note vom 24. April an, daß „le retablissement de l'Archevêque de Cologne dans son Diocèse est et reste impossible dans les conjonctures actuelles, comme les motifs qui ont forcé le Gouvernement à éloigner ce Prélat subsistent encore dans ce moment, et s'opposent à ce que la mesure soit changée," und richtete überdieß „l'attention de la Cour de Rome sur la nécessité d'adopter l'impossibilité d'une reintégration de Monseigneur l'Archevêque pour point de départ, lorsqu'Elle voudra s'occuper des mesures que dans l'état actuel des choses Elle jugerait nécessaires pour le bien de l'Eglise. (Document XLIII.)"

„Als nach dieser Epoche die Abreise des Hrn. Ritters Bunsen von Rom erfolgt war, übergab Baron Buch als preußischer Geschäftsträger dem Cardinal-Staatssecretär einen Bericht, den das Kölner Domcapitel unterm 29. März an Se. Heiligkeit gerichtet hatte. In seiner Note hob der Herr Geschäftsträger im Namen der königlichen Regierung hervor, daß das Kölner Capitel „observant consciencieusement les lois du pays" an die Vermittlung eben dieser Regierung recurrirt habe, um seinen obbesagten Bericht an den päpstlichen Hof gelangen zu lassen; daß dasselbe Capitel „ne peut et ne doit accepter une réponse qu'il puisse regarder comme telle qu'en tant qu'elle lui aura été transmise par la même voie," und daß andererseits „le gouvernement est trop intéressé lui-même, par rapport au maintien de l'ordre public dans les Provinces Rhenanes, à la reponse qu'il plaira au

[1]) Um einen Augenblick vom Recht abzusehen, würde schon diese Thatsache allein (in einer für den heiligen Stuhl so wichtigen Angelegenheit) hinreichen, zu zeigen, ob derselbe bei der Einmischung der preußischen Regierung in die Communicationen zwischen ihm (dem heiligen Stuhl) und den Katholiken in Preußen ruhig seyn konnte.

[1]) Exposition des heiligen Stuhles vom 4. März 1838. Documente. Nr. XIX. p. 109 und Nr. XXI p. 114.

Saint-Siège de faire á la dite lettre du chapitre, pour qu'il ne soit de son devoir de veiller attentivement à ce que la voie légale établie pour les communications entre la cour de Rome et les diocèses de la Prusse soit strictement suivie. (Document Nr. XLIV.)"

„In dem eben angeführten Berichte sprach das Capitel von dem Acte des Abbate Spinelli, und man erhob gegen ihn die lebhaftesten Beschwerden, insbesondere weil er erklärt habe, daß die geschehene Wahl des Dechanten Hüsgen zum Capitularvicar den canonischen Bestimmungen entgegen sei; daß derselbe keine apostolische Autorität für die Administration der Kölner Kirche habe; daß auf keine Weise eine Subdelegation der nöthigen Befugnisse von Seite des Erzbischofs vorliege, und daß sonach der von besagtem Vicar für die Fastenzeit bewilligte Indult als null und nichtig zu betrachten sei. Von dem Capitel wurden hierauf verschiedene Betrachtungen zu dem Zwecke beigefügt, sowohl die Bewilligung des erwähnten Indults, als die Wahl des Capitularvicars zu rechtfertigen. (Document Nr. XLV.)"

„Es wurde schon angedeutet, daß dieser durch den Act des Abbate Spinelli hervorgerufene Bericht des Metropolitancapitels (wovon der Baron Buch dem Cardinal-Staatssecretär mit der Note vom 29. April eine Abschrift übermachte (Document Nr. XLVI. und XLVII.) nicht früher als am 28. besagten Monats an den heiligen Stuhl gelangt war. Der heilige Vater geruhte ohne Verzug am 9. Mai an denselben ein Epistolar-Breve zu richten, worin er, nachdem er zuvorderst anzeigte, daß die beiden Briefe vom 5. und 19. December 1837 in Betreff der Wahl des Capitularvicars erst am 7. April in seine Hände gekommen, und folglich die vom 12. März datirte Schrift des Abbate Spinelli keineswegs in dem Sinne, worin sie abgefaßt war, vom heiligen Stuhl ausgeflossen seyn konnte, erklärte, der Inhalt desselben sei fast durchgängig anders gefaßt, als er in seinem päpstlichen Namen dem erwähnten Hrn. Spinelli vorgeschrieben worden; der heilige Stuhl habe zwar durch diesen Herrn für die Gewissensruhe der Gläubigen in dem Erzbisthum Köln Sorge tragen wollen, und ihnen daher für die bevorstehende Fastenzeit den nämlichen Indult, wie im vorhergegangenen Jahre der Hr. Erzbischof Droste bewilligt, aber im Uebrigen sei dem Abbate Spinelli nie aufgetragen worden, irgend ein Urtheil weder über die früher vom Capitel übernommene Administration der Kölner Kirche, noch über die von ihm vorgenommene Wahl des Capitularvicars auszusprechen: „de quibus (so äußerte sich der heilige Vater) ab omni ferenda sententia consulto abstinuimus, quemadmodum etiam nunc exinde adducimur abstinere, quod scire satis apteque scrutari nequeamus singulas, facti circumstantias, unde legitima juris pendet definitio." Auch gab Sr. Heiligkeit zu verstehen, daß, von einer solchen Frage ganz abstehend, und vermöge seines allgemeinen Apostolats das geistliche Wohl der Gläubigen und die gesetzliche Ausübung der heiligen Jurisdiction im Auge habend, er es bis jetzt geduldet habe, „daß die Leitung des Erzbisthums in den Händen desjenigen verbleibe, der darin früher schon das Amt eines Generalvicars bis zur gewaltsamen Wegführung des Erzbischofs bekleidet hatte. Um dann jeden Zweifel zu heben und desto nachhaltiger für die Ruhe der Gewissen für die Zukunft zu sorgen, fügte der heilige Vater ausdrücklich bei, er gestatte, daß der Priester Hr. Johann Hüsgen fortfahre, das Erzbisthum Köln als Generalvicar des Erzbischofs Clemens August zu administriren, bis dieser in seine Kirche wieder eingesetzt, oder bis anderweitig vom heiligen Stuhl verfügt seyn werde, wohl verstanden jedoch, daß er besagten Titel in allen und jeden Acten beizubehalten, und im Falle, daß er von den Quinquennal-Facultäten Gebrauch mache, die Subdelegation des Erzbischofs auszudrücken habe. Und hier verhehlte der heilige Vater, indem er eine solche Vorkehrung traf, nicht seine Bedenklichkeit wegen der Klagen, die schon von mehreren Seiten ihm über die bis dahin vom besagten Dechanten eingehaltene Verwaltungsform zugekommen waren. Daher fügte er bei, daß er, indem er ihn in einem gleichzeitigen Briefe zur Rechenschaft über sein Benehmen aufforderte, ihm zugleich ausdrücklich auferlegt habe, nicht nur seine volle Unterwerfung unter das apostolische Urtheil über die Schriften des Hermes kund zu geben, und dieselbe von jedem Geistlichen im Erzbisthum zu fordern, sondern überdieß im Puncte der gemischten Ehen nicht von der Form abzuweichen, wie sie in dem allbekannten Breve Pius VIII. und in der beigefügten Instruction des Cardinals Albani vorzuschrieben ist. Er schloß mit heilsamen Ermahnungen an das gesammte Capitel, wonach es sein Benehmen zum Vortheile der Religion und zur Erbauung der Kirche einzurichten habe. (Document Nr. XLVIII.)"

(Schluß folgt.)

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 23. April d. J. die am Gubernium von Gallizien erledigte Stelle eines Gubernialrathes und geistlichen Referenten dem Erzpriester und Pfarrer zu Zwittau in Mähren, Ferdinand Stuhlik, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 15. März d. J. dem Postinspector zu Verona, Philipp von Jäger, die Bewilligung zu ertheilen geruht, den ihm von Sr. Majestät dem Könige von Preußen verliehenen rothen Adlerorden dritter Classe annehmen und tragen zu dürfen.

Am 7. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821.	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	66⅛.
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

In einigen Exemplaren unseres gestrigen Blattes ist in dem Artikel „Päpstliche Staaten," S. 629 Sp. 2 Z. 25 v. o. „zugesichert" statt „zugesandt," und auf derselben Seite und Spalte Z. 33 v. o. „Uebertretung" statt „Uebertragung" zu lesen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1168.

Heute Mittwoch den 8. Mai findet das zweite Pferdewettrennen auf der neuen Bahn nächst dem Lusthause im Prater Statt. — Die Listen zu diesem Wettrennen sind im Comptoir des Oesterr. Beob. für 6 kr. C.M. zu haben.

№ 129

Oesterreichischer Beobachter

Donnerstag, den 9. Mai 1839.

W 1.L. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 7. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciert. Pariser Maaß.	Wiener Maaß		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.413	283.	2L. 1P.	+ 13.4	W	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.416	28	2 1	+ 17.2	NW.	mittel.	——
	10 Uhr Abends.	27.462	28	2 8	+ 11.8	NW.	schwach.	Wolken.

Frankreich.

Nachdem in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 30. April durchs Loos die große Deputation (von zwanzig Mitgliedern) bestimmt worden war, welche dem König am folgenden Tage die Glückwünsche der Kammer zu seinem Namenstage überbringen sollte, kamen die Umstände zur Sprache, welche das Scheitern der letzten Unterhandlungen über die Bildung eines neuen Cabinets veranlaßten. Zuerst nahm Hr. Dupin das Wort. „Ich verlange das Wort," sagte er, „um Erklärungen über die Vorgänge seit der letzten Sitzung aus Anlaß der Krise und über die Beweggründe zu geben, die mich zur Ablehnung des mir in der neuesten Combination angetragenen Portefeuilles bestimmten. Vor Allem habe ich über den Character der Handlungen, welche zur Bildung des Cabinets mitwirken, mich zu erklären. Dieses Geschäft ist immer etwas Verwickeltes. Besprechung mit Freunden, Gegnern, der Einfluß der Presse: die Schritte zu Bildung eines Cabinets üben immer großen Einfluß auf seine Zukunft. Man klagt mich an, ich sei Schuld an dem Scheitern eines erwünschten Ministeriums. Ohne Zweifel ist es wünschenswerth, aus dieser den materiellen Interessen schädlichen Krise herauszukommen, zumal da sie von den Feinden der Regierung ausgebeutet wird; ich hoffe, daß der Augenblick nicht ferne ist, wo ihre Pläne werden vereitelt werden. Man beschuldigt mich, an dem Scheitern des Cabinets die Schuld zu tragen. Auf mich, auf mich allein nehme ich alle Verantwortlichkeit für diesen Ausgang. Man war so arglistig, im Aufsuchen des Grundes bis zur Krone zurückzugehen; man sagte, es sei von oben Einfluß auf mich ausgeübt worden; aber wie ich außer Stande wäre, solchem Einflusse zu gehorchen, eben so ist auch die Krone unfähig, ihn auszuüben. Hier die Thatsachen: Hr. Passy entwarf eine Liste, welche Sr. Majestät vorgelegt wurde. Mein Widerspruch betraf erstens die Aufnahme des Hrn. Pelet de la Lozère in diese Combination. Hr. Pelet gehört einer Meinungsschattirung an, die nicht die meinige ist. Ich gehöre zu keinem Clubb, habe jedoch Freunde, Brüder, Verwandte und bin berechtigt, offen zu erklären, was mir als politisch unpassend erscheint. Ein zweiter Punct ist, daß mir das Cabinet ohne wirkliche Präsidentschaft nicht hinlänglich fest constituirt erschien. Ein bloß formeller Vorsitz bei den Berathungen ist nichts; ich wollte ihn nicht übernehmen. Wenn das Cabinet Dauer haben soll, muß eine wirkliche Präsidentschaft vorhanden seyn. Es ist dieß keine Hof-Doctrin. (Mehrere Stimmen: „Warum haben Sie nicht früher so gesprochen?") Wie, meine Herren, habe ich nicht jederzeit mich zu der Lehre bekannt: Eine Präsidentschaft und eine wirkliche Präsidentschaft? Ein Ministerium, das aus der parlamentarischen Gewalt hervorgehen soll, muß in Wirklichkeit parlamentarisch seyn. Dieses Cabinet wäre das erste ohne Präsidenten gewesen, und doch hätte es sich ein parlamentarisches genannt. Endlich schien mir der Beitritt von Hrn. Cunin-Gridaine vortheilhaft. Hr. Cunin-Gridaine gehört zum rechten Centrum; er ist daraus hervorgegangen („il en est issu." —(Allgemeines Gelächter über ein Wortspiel, das Hr. Dupin hier unwillkürlich machte, indem jene Worte gleichlautend sind mit: „il en est tissu," er ist daraus gewoben, was eine Anspielung auf den frühern Stand Hrn. Cunins wäre, der sich vom armen Weber zu einem der reichsten Fabrikbesitzer emporgeschwungen hatte.) Als ich erfuhr, daß der ehrenwerthe Deputirte, dem Rath eines gewissen Clubbs (der 221 bei General Jacqueminot) gemäß das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt habe, war meine Ansicht, daß die Combination nicht gelingen könne, indem es nicht genug gewesen wäre, wenn die neuen Minister bloß von den Streitkräften der Coalition unterstützt worden wären. Ich gehöre weder der Coalition, noch den 221 an, und will mich nicht fortreißen lassen. Man mag das wetterwendisch nennen; ich setze meinen Kopf darauf und bin in diesem Puncte unverbesserlich. Warum haben die Männer, welche Hrn. Passy zum Kammerpräsidenten machten, ihn nicht unterstützt, als er ein Cabinet bilden wollte? Ich hatte mich erboten, ohne Gehalt und ohne Portefeuille ins Cabinet zu treten, aber als wirklicher Präsident. Statt dessen hat man aber lieber die Combination zerrissen. Ich habe in Allem Selbstverläugnung bewiesen; man mag mir meine Generalprocuratur nehmen; ich will aber kein Cabinet ohne Präsidentschaft und meine Unabhängigkeit als Deputirter aufrecht erhalten,

Hr. Dufaure: „Ich beſteige die Rednerbühne, um zu beweiſen, daß alle Collegen des Hrn. Dupin mit Ernſt und Würde gehandelt haben. Ich will die die Kriſe, die ſeit funfzig Tagen andauert, nicht erſchweren, auch nicht Hrn. Dupin etwas Unangenehmes ſagen; in Rückſicht auf die Kriſe aber, unter welcher das Land leidet, muß ich erklären, daß, wenn eine Combination geſcheitert iſt, keiner der Collegen des Hrn. Dupin die Schuld trägt. Die Einwürfe, welche Hr. Dupin geſtern machte, hatte er ſchon vorgeſtern erhoben, war aber durch die ertheilten Antworten beſchwichtigt worden, und hatte alle Bedingungen, ſelbſt den bloßen Vorſitz bei den Berathungen, angenommen. Keiner von uns wollte Miniſter um jeden Preis ſeyn; wir wollten es ſeyn aus Ergebenheit gegen König und Vaterland. Hr. Paſſy ſchrieb am Sonntag Abends unter die Miniſterliſte, der Siegelbewahrer (zu welchem Amte Hr. Dupin beſtimmt war) werde in den Berathungen des Miniſterrathes den Vorſitz führen. Die Krone genehmigte unſere Vorſchläge, und wir glaubten, Alles ſei fertig. Von uns ſind die Schwierigkeiten nicht gekommen. Unſer Augenmerk war geweſen, der Krone ein parlamentariſches Cabinet vorzulegen. Dieſe Abſicht war durchaus parlamentariſch. Was den Beiſtand des Hrn. Cunin-Gridaine betrifft, ſo glaubten wir ihn entbehren zu können; übrigens hofften wir, durch unſere Grundſätze und unſere Politik auch den Clubb, dem er angehört, zu gewinnen. Man behauptete, das linke Centrum ſei unfähig, das Land zu regieren. Ich proteſtire gegen dieſe Anſicht. Wir vertreten die Mehrheit der Wähler. Ich behaupte, daß mit den Grundſätzen des linken Centrums, gemäßigten, friedlichen, nationalen Grundſätzen, das Land ganz wohl regiert werden kann, und wenn dieß nicht ſchon geſchieht, ſo tragen gewiſſe Männer, nicht unſere Grundſätze, die Schuld." — Hr. Cunin-Gridaine: „Einige der von Hrn. Dufaure mit Loyalität dargelegten Thatſachen ſind gegründet. Ich will ſie ergänzen. Hr. Paſſy erklärte mir Sonntag Morgens, daß er, beauftragt, ein Cabinet zu bilden, mich in dieſe Combination eingeſchloſſen habe. Ich lehnte den Antrag ab, und zwar, ohne den Rath meiner Freunde einzuholen; ich folgte nur dem Rath meines Gewiſſens. Einer andern Combination, an welcher der erlauchte Marſchall hätte Theil nehmen ſollen, hatte ich meinen Beitritt zugeſagt. In der neueſten Combination aber ſah ich große Talente, jedoch keine genügenden Bürgſchaften für meine Anſicht. Ich wäre vereinzelt und kraftlos dageſtanden. Meine Freunde und ich bezwecken keine ſyſtematiſche Oppoſition; Jedermann iſt denen ſeinen Beiſtand ſchuldig, welche das Glück des Landes machen können. Dieß ſind die Beweggründe meines Handelns. Ich theilte meinen Freunden nachher mein Verfahren mit. Es erhielt ihre Billigung. Dieß theilte ich um drei Uhr Hrn. Paſſy mit." — Hr. Mauguin: „Nach den gegebenen Erklärungen glaube ich auf dem Bureau des Hrn. Präſidenten den angekündigten Antrag (auf eine Adreſſe an die Krone) niederlegen und den Herrn Präſidenten bitten zu müſſen, daß er denſelben ſo bald als möglich auf die Tagesordnung ſetzen möge." Der Präſident: „Der Antrag geht an die Bureaus zur Vorprüfung, welche am 2. Mai Statt findet." Die Sitzung wird in größter Aufregung aufgehoben.

Der Moniteur Pariſien vom 1. Mai äußert ſich über obige Sitzung folgendermaaßen: „In der geſtrigen Sitzung der Deputirtenkammer haben umſtändliche Explicationen über die letzte Miniſterialkriſis von Seite der HH. Dupin, Dufaure und Cunin-Gridaine Statt gefunden. Aus dieſen Debatten hat ſich für die überwiegende Mehrheit der Kammer und nothwendigerweiſe auch für das Land, die gründliche und beruhigende Ueberzeugung ergeben, daß die Krone dem Scheitern der Combination Paſſy durchaus fremd iſt. Nur die unerhörteſte Böswilligkeit könnte noch verſuchen, der Bruch der durch den unbedingten Beitritt des Königs faſt beendigten Verhandlungen, die an individuellen Scrupeln und perſönlichen Rückſichten geſcheitert ſind, der Krone zur Laſt ſchieben zu wollen."

Das Journal des Debats äußert ſich über die Inſinuationen der Preſſe, daß die Krone Schuld an dem Mißlingen der bisherigen Combinationen ſei, folgendermaaßen: „Die Preſſe hat nun einmal die Partei ergriffen, jeden Morgen alle Schuld an der langen Dauer der Miniſterkriſis dem Könige aufzuladen. Vergebens widerlegt die parlamentariſche Rednerbühne die Anſchuldigungen dieſer Polemik; die Verläumdung ſetzt ihr Werk fort. Zuerſt behauptet man, der König weigere ſich: erſtes Dementi von Seite des Marſchalls Soult. Dann verſichert man, er ſei unſchlüſſig, und fügt heuchleriſcherweiſe hinzu, daß er das Recht hierzu habe: Zweites Dementi von Seite des Hrn. Paſſy. Wohlan! ſagt man, die Krone will nichts von Hrn. Thiers wiſſen. Die Krone ruft Hrn. Thiers am 27. März, und Hr. Thiers erklärt, er ſei außer Stande ein Cabinet zu bilden. Endlich nachdem das Miniſterium des linken Centrums gemacht, angenommen, faſt unterzeichnet iſt, und nur an der Unentſchloſſenheit eines ſeiner Mitglieder ſcheitert, ſagt man, daß ſich der König das Cabinet bloß gefallen laſſe. Solchergeſtalt verlangt man vom Könige nicht bloß, daß er das aus der Mehrheit der Kammer hervorgehende Cabinet annehme; er ſoll für dieſes Cabinet auch noch eine ſentimentale und enthuſiaſtiſche Zuneigung hegen. Man begnügt ſich nicht mit der Reſignation; man will Zärtlichkeit haben; mit nichts Geringerem kann er ſich loskaufen. Ja noch mehr, wenn es Hrn. Dupin an Feſtigkeit und Entſchloſſenheit mangelt, ſo legt man dieß dem Könige und nicht dem notoriſchen Character des Hrn. Dupin zur Laſt. Nun aber findet ſich unſeres Wiſſens kein Artikel in der Charte, der es dem Könige zu einer

W 1·K· LEITUNG 1839

ſeiner conſtitutionnellen Pflichten macht, Hrn. Dupin Energie und Beharrlichkeit zu geben!»

Marſchall Soult ſcheint nun wieder mit der Zuſammenſetzung eines Miniſteriums beſchäftigt zu ſeyn, und von dem Duc de Broglie hierbei unterſtützt zu werden. Am 30. April um 11 Uhr Abends circulirte, dem Conſtitutionnel zufolge, folgende, aus Mitgliedern des rechten und linken Centrums, mit Beimiſchung von Doctrinairs, beſtehende Liſte des Miniſteriums: „Marſchall Soult, Kriegsminiſter; Duc de Broglie, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten; Hr. Duchatel, Finanzminiſter; Hr. Gasparin, Miniſter des Innern; Hr. Cunin-Gridaine, Handelsminiſter; Hr. Sauzet, Miniſter des öffentlichen Unterrichts; Hr. Teſte, Siegelbewahrer; Admiral Mackau oder Hr. Tupinier, Marineminiſter. Der Conſtitutionnel zweifelt jedoch, daß die beiden Mitglieder des linken Centrums (Sauzet und Teſte) an dieſer Combination Theil nehmen werden. — Uebrigens enthält der Moniteur vom 1. Mai noch nicht die Ordonnanzen, die ein neues Miniſterium conſtituiren.

Am 30. April 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 110 Fr. 85. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 81 Fr. 40.

Päpſtliche Staaten.

Nachſtehendes iſt der Schluß der (im geſtrigen Blatte abgebrochenen) rechtlichen und factiſchen Darſtellung ꝛc. aus dem Diario di Roma vom 20. April:

„Mittlerweile zeigte der Cardinal-Staatsſecretär durch eine Note vom 12. Mai, als Antwort auf die des preußiſchen Geſandten vom 24. April in Betreff des Erzbiſchofs von Köln, an, daß, je größer das Vertrauen Sr. Heiligkeit auf das gute Recht geweſen ſei, worauf die in den frühern Noten vom 25. December 1837 und 2. Jänner 1838 ausgedrückten Remonſtrationen ſich ſtützten, mit deſto ſchwererer Betrübniß und deſto größerem Erſtaunen Dieſelbe den von dem preußiſchen Monarchen gefaßten Beſchluß vernommen habe, die Rückkehr des beſagten Prälaten auf ſeinen Stuhl nicht zu geſtatten; daß der heilige Vater, weit entfernt, auf irgend eine Weiſe den erwähnten Beſchluß der preußiſchen Regierung zuzugeben, vielmehr befohlen habe, die förmlichen Reclamationen gegen die Gefangenhaltung des Herrn Erzbiſchofs zu wiederholen und deſſen ſchleunige Wiedereinſetzung in die freie Adminiſtration der ihm anvertrauten Kirche zu verlangen; daß, ſo wie Sr. Heiligkeit nimmermehr in dem Regiment eines gerechten Monarchen die Abſicht habe vorausſehen können, einen Erzbiſchof mit Gewalt von ſeinem Paſtoralſitze entfernt und der Freiheit beraubt zu halten aus dem alleinigen Beweggrund, weil er die Vorſchriften ſeines Gewiſſens genau erfüllt und ſich ſeinem Amte treu bewieſen, ſo Dieſelbe auch alle Zuverſicht habe hegen dürfen, daß Sr. preußiſche Majeſtät, beſſer unterrichtet vom Stande der Dinge, ſich beeilen würde, einen ſo würdigen Prälaten der freien Ausübung ſeiner kirchlichen Jurisdiction, der Liebe und Verehrung ſeiner Heerde zurückzugeben; daß dieſe aufrichtige Zuverſicht vom heiligen Vater auch dem Kölner Capitel bei dem Anlaß ausgedrückt worden ſei, als Er die Briefe dieſes Capitels beantwortete und ihm die apoſtoliſchen Anordnungen in Betreff der proviſoriſchen Verwaltung jenes Erzbisthums bis zur Befreiung des Msgr. Droſte mittheilte. Unter dieſen Umſtänden übermachte der Cardinal-Staatsſecretär, da er ſonſt in ſeiner Antwort auf die Note des Hrn. Baron Buch den Inhalt des Epiſtolar-Breve's Sr. Heiligkeit an das Capitel hätte wiederholen müſſen, ihm eine Abſchrift davon, wobei er ſich zugleich vorbehielt, die andere Note desſelben Herrn Geſchäftsträgers vom 28. desſelben Monats zu beantworten. (Document Nr. XLIX.)"

„Wirklich genügte am 15. Juni der Cardinal dieſer ſeiner Zuſage, indem er im päpſtlichen Namen dem Herrn Geſchäftsträger erklärte, daß der heilige Vater in jener Note neue Gründe des Erſtaunens und der Betrübniß gefunden habe, in Anbetracht der Prätention der beſagten Regierung, zwiſchen dem heiligen Stuhl und dem Kölner Capitel keine andern Communicationen zu geſtatten, als durch Vermittlung des preußiſchen Miniſteriums; daß der heilige Vater, weit entfernt, ſolchen Anſprüchen in irgend einer Weiſe beizutreten, und im Gegentheile, feſt in Vertheidigung der geheiligten Freiheit der Kirche und der unverletzlichen Rechte des päpſtlichen Primats, demſelben Cardinal befohlen habe, förmlich gegen einen ganz verwerflichen Grundſatz zu reclamiren, nach welchem man den freien Verkehr zwiſchen dem Oberhaupte der Kirche und den Gläubigen in dem, was deren geiſtliche Leitung angeht, hindern wolle; daß daher, in Erfüllung der ausdrücklichen päpſtlichen Abſichten, laut gegen jenen Grundſatz ſelbſt ſowohl als gegen jede auf deſſen Ausführung abzweckende Maaßregel proteſtirt werde, und daß, nachdem der Souverain von Preußen feierlich verſprochen, die katholiſche Kirche in ſeinen Staaten unverſehrt aufrecht zu halten, der heilige Vater zu der Erwartung berechtigt ſei, Sr. Majeſtät werde, von dieſen Reclamationen in Kenntniß geſetzt, ihnen Gerechtigkeit widerfahren laſſen und jedes Hinderniß des in Frage ſtehenden freien Verkehrs aufheben. (Document Nr. L.)"

„In dieſer ſelben Note, deren einfachen Empfang der Hr. Baron Buch unterm 20. Juni mit dem Beiſatz anzeigte, daß er ſie ſeinem Hofe zugefertigt habe (Document Nr. LI.), hatte der Cardinal-Staatsſecretär gleichfalls kurz auseinandergeſetzt, ſo wie die katholiſche Kirche durch ihre göttliche Verfaſſung eine ſei und ſtets bleiben müſſe, ſo auch deren Lehre eine einzige, deren Regierung eine einzige; und wie zu dieſem Ende Jeſus Chriſtus ihr in der Perſon des heiligen Petrus und ſeiner rechtmäßigen Nachfolger ein oberſtes und ſichtbares Haupt gegeben habe, welches das Centrum derſelben bilde und deſſen Primat

nicht bloß der Ehre, sondern auch der Jurisdiction, sich auf die Freiheit des Unterrichts sowohl als der Regierung sämmtlicher Gläubigen erstrecken müsse."

„Dieß angenommen, verstand es sich wohl von selbst, daß nirgend und an keinem Orte eine (wie die preußische Erklärung vom 31. December 1838 sagt) den Majestätsrechten des Landesherrn inhärirende Befugniß weder besteht noch bestehen kann, kraft deren der weltlichen Regierung die Befugniß zukommt, zu entscheiden, ob die Vollziehung eines Acts des heiligen Stuhls in Religionssachen gestattet werden dürfe oder nicht, und in die Communicationen desselben mit den Katholiken in geistlichen und kirchlichen Materien störend einzugreifen. Verhielte es sich anders, so würde die Ausübung des Katholicismus niemals frei seyn (und als solche ist sie doch von der preußischen Regierung garantirt worden), indem sie ja nach Lust und Belieben der Civilgewalt geregelt und gehemmt werden könnte. Vielmehr würde die katholische Einheit zerstört werden; denn eine dogmatische Wahrheit, feierlich definirt von der Kirche, könnte in diesem oder jenem Staate, wo die Regierung ihr Placet verweigerte, nicht gelehrt werden, und auf gleiche Weise könnte ein von der Kirche förmlich verdammter Irrthum in diesem oder jenem Staate nach wie vor gelehrt und behauptet werden, wo es der Regierung gefallen hätte, die Bekanntmachung des respectiven Verdammungsactes zu hindern, wie sich gerade die preußische Regierung dieß in Bezug auf das apostolische Urtheil über die Schriften des Hermes zu thun erlaubt, ein Urtheil, welches für alle Katholiken in was immer für einem Staate stets verbindende Kraft haben wird."

„Aber der Geist, der hierin die preußische Regierung leitet; jener Geist, der so viele Handlungen derselben zum Schaden der katholischen Religion hervorgerufen und geleitet hat; jener Geist, der dieselbe in ihrer obgedachten Erklärung die vorgebliche den Majestätsrechten des Landesherrn inhärirende Befugniß in Bezug auf den Verkehr des Kirchenoberhauptes mit den Gläubigen hat verkündigen lassen — eben dieser Geist hatte zwei Instructionen entworfen, die im verflossenen April an alle Behörden der Provinz Posen gerichtet wurden. Von der ersten, vom 21. April datirten, von Hrn. Strödel unterzeichneten Instruction, betreffend die Bestrafung der Geistlichen, die dem Volke das bekannte Circular des Msgr. Dunin publicirt haben würden, war schon oben in der Entwicklung der Thatsachen zwischen diesem Prälaten und der preußischen Regierung die Rede, und hier geschieht derselben nur wegen ihrer Beziehung zum Verfahren des heiligen Stuhls gegenüber der preußischen Regierung in diesen Streithändeln nochmals Erwähnung. Die andere Instruction vom 27. April, von Hrn. Flottwell unterzeichnet, setzte nicht nur in Vollzug den verwerflichen Grundsatz (der gleichzeitig in Rom von Hrn. Baron Buch in der dem Cardinal-Staatssecretär am 28. obigen Monats übergebenen Note ausgesprochen worden), nämlich den, in geistlichen und kirchlichen Dingen die Freiheit der Communication des Kirchenoberhauptes mit dem Clerus und den übrigen zur Kirche gehörigen Gläubigen verhindern zu wollen, sondern schrieb auch die feindseligsten Maaßregeln vor, damit die Beobachtung obigen Grundsatzes durch Verhaftung und Bestrafung der Uebertreter unfehlbar eingeführt und gesichert werde. (Document Nr. LII.)"

„Kaum kannte man aus den öffentlichen Blättern das Daseyn der beiden in Rede stehenden Instructionen, so trug der heilige Vater, bevor er ihnen vollen Glauben schenkte, und dießfalls die geeignetsten Resolutionen faßte, dem Cardinal-Staatssecretär auf, eine Note an den preußischen Herrn Geschäftsträger zu schreiben zu dem Zwecke, deutlich zu erfahren, ob die gedachten Documente mit den beigeschlossenen Abschriften gleichlautend, oder mindestens im wesentlichen Inhalte übereinstimmend, von den preußischen Behörden herrührten. (Document Nr. LIII.)"

„Auf diese Note vom 2. Juli antwortete der Hr. Baron Buch gleich am nämlichen Tage [1]), daß, n'ayant reçu aucune communication ni officielle ni privée de ces documens, es ihm sehr unangenehm sei, de ne pouvoir donner à son Eminence le renseignement qu'Elle reclame. (Document Nr. LIV.) Wohl aber theilte bei dem nämlichen Anlaß derselbe Herr Geschäftsträger dem Cardinal Staatssecretär eine Abschrift der Cabinetsordre vom 9. April mit, provoqué, wie er sich ausdrückte, par les démarches illicites de Mr. l'Abbé Spinelli. (Document Nr. LV.) Mittelst dieser Cabinetsordre waren die Maaßregeln vorgeschrieben, die gegen die Verbreitung der von auswärtigen Kirchenobern ausgeflossenen Acte zu fassen seien unter welchem allgemeinen Namen, wie sich nicht zweifeln ließ, der heilige Vater und seine Stellvertreter begriffen werden sollten, weil im Eingang obgedachter Instruction vom 27. April von der preußischen Regierung erklärt worden, daß der vorerwähnte, in der Gesetzsammlung veröffentlichte Cabinetsbefehl die Bestimmungen für den Fall enthalte, daß Communicationen mit dem römischen Stuhl und seinen Agenten gegen das bestehende Verbot Statt finden sollten."

„Da demnach der Hr. Baron Buch keine zuverlässige Auskunft über den Ursprung der beiden oben erwähnten Instructionen hätte geben können, mußte sich der heilige Stuhl mittelst sicherer und genauerer Erkundigungen von deren Aechtheit überzeugen. Der Cardinal-Staatssecretär ließ es sich daher angelegen seyn, dem Herrn Geschäftsträger mittelst Note vom 11. Juli den lebhaftesten Schmerz Sr. Heiligkeit auszudrücken, indem

[1]) Das heißt zwei Monate und darüber nach erfolgter Publication der in Rede stehenden Erlasse.

er in Ihrem päpſtlichen Namen gegen das unzuläſſige Princip und die ergriffenen beleidigenden Maaßregeln die feierlichſten Proteſtationen in dem Sinne und aus den nämlichen Gründen, wie ſie bereits in der Note vom 15. des vorhergehenden Monats entwickelt worden, wiederholte. Und da daſſelbe Princip: in geiſtlichen Dingen die freie Communication mit dem heiligen Stuhle zu verhindern, auch der Cabinetsordre vom 9. April als Baſis diente, ſo dehnte der Cardinal auch auf dieſe ſeine pflichtmäßigen Reclamationen aus. Nichts in der That konnte dieſe Anordnung der preußiſchen Regierung zum Präjudiz der katholiſchen Kirche und zur Beleidigung des heiligen Stuhles rechtfertigen, und noch viel weniger ließ ſich dafür in dem Falle mit dem Abbate Spinelli ein Motiv anführen, da das päpſtliche Miniſterium, wie dem Hrn. Baron Buch wiederholt wurde, hierüber ſchon zweimal die nöthigen Aufklärungen gegeben hatte, und namentlich in der Note vom 8. April, in welcher, nach Vorausſchickung der reſpectiven Nachweiſe über das Factum, beſtimmt erklärt wurde, daß das Circular des Abbate Spinelli kein Act des heiligen Stuhles, noch von ihm autoriſirt geweſen ſei. (Document Nr. LVI.)"

„Der Herr Geſchäftsträger zeigte in ſeiner Antwort vom 14. Juli wie gewöhnlich den einfachen Empfang der ihm am 11. Juli vom Staatsſecretariat übermachten Note „au sujet des deux circulaires, qui seraient emanées d'autorités royales du Grand Duché de Posen" an, mit dem Beifügen, daß er nicht ermangelt habe, deren Inhalt zur Kenntniß ſeines Hofes zu bringen. (Document Nr. LVII.)"

„Bald darauf gelangte zur Kenntniß des heiligen Stuhles das obenerwähnte Miniſterial-Edict vom 25. Juni, durch welches man ſich berechtiget hielt, die Inſtructionen des Erzbiſchofs von Gneſen und Poſen in Betreff der gemiſchten Ehen zu annulliren. Hatte nun der Cardinal-Staatsſecretär mit ſeiner Note vom 25. Juli ſchon früher dem preußiſchen Herrn Geſchäftsträger die neue und herbe Ueberraſchung des heiligen Vaters mitgetheilt, zu ſehen, daß die preußiſche Regierung, weit entfernt, die Urſachen zu beſeitigen, die den gegenwärtigen Stand der Dinge herbeigeführt, mit neuen ſtets vom nämlichen Geiſte eingegebenen Handlungen die Sache nur immer ſchlimmer mache, ſo legte derſelbe nun in ausdrücklichem Auftrage Sr. Heiligkeit die lauteſten Verwahrungen gegen jenen Act ein, welcher offen darauf abzwecke, in den königlichen Staaten die Ausübung der katholiſchen Religion immer mehr zu hindern, indem er die reſpectiven Befehle des rechtmäßigen kirchlichen Obern vereitle und den Clerus im Puncte der gemiſchten Ehen zur vollen Beobachtung der bürgerlichen Geſetze, d. h. in dieſem Falle zur Verletzung der von dem heiligen Stuhle ihm vorgeſchriebenen canoniſchen Geſetze auffordere. (Document Nr. LVIII.)"

„Gleichſam als ob die Erlaſſung des in Rede ſtehenden Edicts von Seite der preußiſchen Regierung zweifelhaft wäre, antwortete der Herr Geſchäftsträger unterm 27. Juli, er habe die beſagte Note „au sujet d'un rescript, que, suivant la Gazette d'Augsbourg, le Baron d'Altenstein aurait publié pour annuler une circulaire de Monseigneur l'Archevêque de Posen et Gnesen," erhalten, und verſicherte, ſie ſeinem Hofe übermacht zu haben. (Document Nr. LIX.)"

„Die preußiſche Regierung, anſtatt von ihren falſchen Principien abzugehen und den ſo gerechten Remonſtrationen des heiligen Stuhls zu willfahren, entſchied ſich vielmehr dahin, noch immer offener ihre der Freiheit der Kirche und der freien Ausübung der katholiſchen Religion in ihren Staaten widerſtreitenden Abſichten an den Tag zu legen. Mittelſt Note vom 8. Auguſt, in Antwort auf die des Cardinal-Staatsſecretärs vom 15. Juni, erklärte der preußiſche Geſchäftsträger von Seite ſeiner Regierung, daß man mit der andern vorhergegangenen Note vom 28. April in keine Discuſſion über Principien habe eingehen wollen, und daß man nur für den beſondern Fall, von dem es ſich handelte, die ſeit langer Zeit feſtſtehende Beobachtung der Praxis reclamirt habe, wonach die Correſpondenz zwiſchen dem heiligen Stuhle und dem katholiſchen Clerus in Preußen durch Vermittlung des königlichen Miniſteriums und der Geſandtſchaft Statt fand; daß hiernach der königliche Hof über die Proteſtationen des heiligen Stuhles erſtaunt ſei; daß man jederzeit weit entfernt geweſen ſei, den in Frage ſtehenden Grundſatz zu discutiren, indem die von dem Cardinal-Staatsſecretär ausgeſprochenen Maximen ſehr verſchieden ſeien von den Verfügungen der preußiſchen Geſetzgebung, und über dieſen Punct kein Einklang in den Principien zu hoffen ſei; daß, im Gegenſatz zu den Proteſtationen des apoſtoliſchen Stuhls, die königliche Regierung auf unabänderlicher Beobachtung beſagter Verfügungen, die dem katholiſchen Clerus auferlegen, ſeine Correſpondenz mit dem heiligen Stuhl durch die Hände des königlichen Miniſteriums gehen zu laſſen, ein- für allemal beharre, und in dieſer Beziehung den competenten Behörden das Betreffende vorgeſchrieben habe; daß die preußiſche Regierung hoffe, bei dem heiligen Stuhle ſelbſt das angelegentlichſte Beſtreben zu finden, jeden der in Rede ſtehenden Praxis zuwiderlaufenden Act zu vermeiden; und endlich daß jede Abweichung von dieſer Ordnung ernſte Folgen nach ſich ziehen würde. (Document Nr. LX.)"

„Der heilige Vater, welchem besagte Note sogleich überreicht wurde, sah sich nicht ohne den lebhaftesten Kummer veranlaßt, seinerseits hervorzuheben, daß die preußische Regierung, während sie erkläre, in eine Principien-Discussion mit dem heiligen Stuhle eingehen weder gewollt zu haben noch zu wollen, gleichwohl sich befugt halte, die eigenen Principien dem heiligen Stuhle aufzudringen, und solchen gleichsam zwingen wolle, auf diejenigen wesentlich wahren Grundsätze zu verzichten, die er in jeder Weise aufrecht zu halten durch die Pflicht seines apostolischen Hirtenamtes verbunden ist. Er sah sich daher in die Nothwendigkeit versetzt, die stärksten Reclamationen an Se. preußischen Majestät Regierung zu erneuern, auch aus dem Grunde, weil sonst das Schweigen des apostolischen Stuhles in dem Sinne einer stillschweigenden Gutheißung dessen hätte ausgelegt werden können, was der wesentlichen göttlichen Verfassung der katholischen Kirche widerstreitet. Demnach richtete in Gemäßheit der Befehle Se. Heiligkeit der Cardinal-Staatssecretär am 25. August an Hrn. Baron Buch eine Note, worin er, unter Beziehung auf die in der früheren vom 15. Juni auseinandergesetzten Gründe, förmlich im Namen des heil. Vaters die feierlichsten Protestationen wiederholte, gegen jedwedes Hinderniß, das von der preußischen Regierung der freien Communication des heiligen Stuhles mit den Katholiken jener Monarchie in den Weg gelegt werden sollte. (Document Nr. LXI.)"

„Da nun so viele und so gerechte Vorstellungen des höchsten Kirchenoberhauptes durch alleinige Schuld der preußischen Regierung völlig fruchtlos geblieben waren, so sah sich der heilige Vater in seinem Gewissen verpflichtet, vor der katholischen Welt das von ihm bei den obenerwähnten höchst traurigen Streitigkeiten eingehaltene Verfahren zu rechtfertigen. Er erfüllte diese Pflicht in der Allocution, welche er an das am 13. September 1838 im Consistorium versammelte heilige Collegium hielt, indem er zugleich die Hoffnung ausdrückte, mit der er sich gern auch jetzt noch schmeichelt, daß Se. Majestät der König von Preußen pro excelsa qua pollet mente, aequiora amplexus consilia Catholicam ecclesiam sinat uti legibus suis, nec quemquam ejus libertati permittat obsistere. (Document Nr. LXII.)"

„Diese Allocution, deren Sprache doch so mild und gemäßigt ist, wurde nichtsdestoweniger der Gegenstand der bittersten Beschwerden von Seite des Berliner Cabinets in seiner Erklärung und Denkschrift vom 31. December desselben Jahres. Aber wenn die Thatsachen so in Wahrheit bestehen, wie sie oben auseinandergesetzt worden sind, wenn sie auch nicht in dem kleinsten Theile geläugnet werden können, so überläßt man mit Zuversicht dem freien und unbefangenen Urtheile jedes verständigen und leidenschaftslosen Lesers die Entscheidung, ob die Beschwerden der preußischen Regierung gerecht und vernünftig seien. Aus dem Staatssecretariat den 11. April 1839."

Portugal.

Durch das Dampfboot „Tagus" hatte man Nachrichten aus Lissabon bis zum 20. April erhalten. Die dortige Ministerialkrisis war durch die Ernennung folgender Mitglieder des Cabinets beendiget: Baron de Ribeira de Sabrosa, Präsident des Conseils und Kriegsminister, auch interimistisch mit den Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine beauftragt; Julio Gomez de Silva Sanchez, Minister des Innern; Senator Joao Cardozo da Cunha e Araujo, Minister der Justiz und des Cultus; Manoel Antonio de Carvalho, Finanzminister. Man glaubt, daß die Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine für den ehemaligen Premierminister Sa da Bandeira vorbehalten werden, der selbe, sobald nur die dringendsten Voten in den Cortes durchgebracht sind, in Besitz nehmen werde. Dieses, ausschließend aus Mitgliedern der Linken oder September-Parthei bestehende, Ministerium hat erklärt, daß es kein anderes Programm, als die Constitution von 1838, vorzulegen habe. Der Handelsstand scheint mit Beibehaltung des Senhor Antonio de Carvalho beim Finanzministerium zufrieden zu seyn.

Die Tochter des verstorbenen Grafen von Povoa ist am 21. April, nachdem sie ihr zwölftes Jahr zurückgelegt hatte, zu Lissabon mit dem Marquis von Fayal, ältestem Sohn des Herzogs von Palmella, vermählt worden. Die Verwandten der sehr reichen Braut hatten bekanntlich alles aufgeboten, um diese Heirath zu hintertreiben.

Spanien.

Ueber die neuesten Excursionen der Carlisten bis in die Nähe von Madrid und die in Folge dessen daselbst herrschende Verwirrung meldet der Correspondent der Allgemeinen Zeitung Folgendes aus dieser Hauptstadt vom 23. April: „Vorgestern sind endlich sämmtliche uns fehlende Posten von Saragossa eingetroffen. Das Fort von Alcolea hat sich am 18. nach einer hartnäckigen Vertheidigung an die Carlisten ergeben müssen, nachdem diese den ganzen Ort niedergebrannt hatten. Die aus 90 Mann und zwei Offizieren bestehende Besatzung ward kriegsgefangen; die Einwohner wurden von den Carlisten ausgeplündert. Am 18. drangen 300 andere Carlisten in Cifuentes ein, ohne jedoch das dort befindliche Fort nehmen zu können. Sie plünderten die Stadt aus und schleppten mehrere der angesehensten Einwohner mit sich fort. Am 19. erschienen drei Carlistische Bataillons und vierhundert Mann Cavallerie unter der Anführung Llangostera's in Trillo; von dort marschirten sie auf Huete in der Provinz Cuenca, und rückten, den letzten Nachrichten zufolge, in Tarancon, zwölf Meilen von hier, ein. Auf allen Puncten ihres Durchmarsches wurden

die gewöhnlichen Plünderungen verübt und die reichsten Einwohner als Geiseln für große zu erlegende Geldsummen fortgeführt. Die Carlisten legen nämlich die zwischen van Halen und Cabrera abgeschlossene Convention dahin aus, daß allen bewaffneten Gefangenen das Leben zu sichern sei, dagegen Personen, die das Waffenhandwerk nicht treiben, sich durch Verlust ihres Vermögens vom Tode loszukaufen haben. Es scheint, daß Llangostera seine Beute durch die Provinz Cuenca nach Niederarragonien in Sicherheit bringen will; aus dem Bezirk von Sacedon allein hat er 11,000 Stück Vieh weggetrieben. Gestern Abends traf hier die Nachricht ein, der General Ayerve sei in Molina eingerückt, um ein bedeutendes Carlistisches Corps zu verfolgen, welches von Arragonien aus ebenfalls in die Provinz Guadalajara eingedrungen sei und Artillerie mit sich führe. Der General Parra traf mit seiner früherhin zur Nordarmee gehörenden Division am 18. in Calatayud und am 19. in Ariza ein, wo er unthätig zwei Tage lang verweilte; hätte er seinen Marsch gleich auf Guadalajara fortgesetzt, so würde er wahrscheinlich Llangostera eingeholt haben, ehe dieser bei Trillo über den Tajo gehen konnte. So ist nun die Provinz Guadalajara, deren gewerbfleißige Einwohner der Königinn immer eine unerschütterliche Treue gezeigt haben, in wenigen Tagen auf das vollständigste zu Grunde gerichtet worden, ohne daß die Minister irgend einen Schritt gethan hätten, um den eingedrungenen Feind zu verjagen. 1500 Mann Cavallerie, die in Alcala de Henares (drei Meilen von Guadalajara) stehen, erwarteten vergebens den Befehl zum Aufbruch. Der Generalcapitän von Neucastilien, Quiroga, den man allgemein mit Vorwürfen überhäufte, weil er in völliger Unthätigkeit hier in Madrid verharre, läßt zu seiner Rechtfertigung in den öffentlichen Blättern erklären, der Kriegsminister habe ihm den Befehl über alle in Neucastilien befindlichen Truppen entzogen und nur die Nationalmiliz zu seiner Verfügung gelassen; er sei daher unfähig, etwas zur Rettung der Provinz zu unternehmen. Auffallend erscheint es, daß Quiroga unter solchen Umständen nicht vorzieht, seine Entlassung einzureichen. Heute erklärt er, er habe der Regierung seine Bereitwilligkeit erklärt, an der Spitze der Truppen oder der Nationalmiliz von Madrid gegen den Feind zu marschiren, der Kriegsminister hätte ihm aber geantwortet, er möge seinen Befugnissen gemäß handeln. Diese seien ihm zwar genommen, dennoch sei er bereit, wenn auch nur mit 20 Mann, aufzubrechen. Der General Quiroga würde nicht wagen, diese Erklärungen zu veröffentlichen, wenn er nicht den bevorstehenden Sturz des Kriegsministers Alair voraussehe. Der öffentliche Unwille über den gegenwärtigen Zustand ist in der That so allgemein geworden, daß die Minister nicht länger zögern konnten, von Ihrer Majestät der Königinn-Regentinn ihre Entlassung zu erbitten. Ehe diese erfolgt, beschäftigen sie sich noch mit der Lebensfrage, ob sie vor ihrem Abgange die gegenwärtigen Cortes wieder einberufen oder auflösen sollen. Es heißt, es würde noch heute dieser Gegenstand in einem Conseil zur Abstimmung gebracht werden. Der Finanzminister bietet Alles auf, die Auflösung der Cortes durchzusetzen, um sich auf diese Weise auch noch im Todeskampfe an seinen Gegnern zu rächen. Die Gaceta von gestern erklärt ausdrücklich, die Regierung beschäftige sich seit mehreren Tagen mit der Cortesfrage und werde sie binnen kurzem entscheiden. Zugleich erklärte sie alle Gerüchte, als ob die Regierung auf eine Transaction sinne, für lügenhaft. Mit außerordentlicher Spannung sieht man hier der Entscheidung der Cortesfrage entgegen, denn mit Recht kann man die Einberufung neuer Kammern unter den gegenwärtigen Umständen eine tollkühne Maaßregel nennen. — Nachschrift. Ich höre, daß Alair heute einen Kurier von dem Grafen Luchana erwartet, der dessen Vorschriften in Betreff der neuen Zusammensetzung des Ministeriums und zugleich die Nachricht von der Eröffnung der Operationen gegen Ramales überbringen soll. Am 16. hatte Luchana sein Hauptquartier in Villarcayo, und nahm am 17. von dort aus, begleitet von den Generälen Rivero, O'Donnell und Castañeda, eine große Recognoscirung vor. — Beim Abgange der Post verbreitet sich das Gerücht, 2000 Carlisten seien in Pozuelo de Aravaca, drei Leguas von hier, eingerückt. Sämmtliche Truppen sind in der Nacht dorthin abmarschirt, und ein Theil der Nationalmiliz wird unter die Waffen gerufen."

Briefe aus Bayonne vom 26. April melden: „Die arragonesische Armee ist, wie nach dem Rückzuge von Morella, auseinandergegangen. Van Halen folgt mit 5 oder 6 Bataillons und einem Theil der Cavallerie seinem Gegner Cabrera, der keine Zeit verliert und sich wieder gegen Valencia wendet. Eine andere Division unter dem Obersten Amor (statt Ayerbe, welcher seine Dimission eingegeben) ist 5 oder 6 Bataillons stark in Daroca geblieben, und die Brigade Parra hat sich wieder von der Armee getrennt und ihre vorige Bestimmung, die Communication mit Madrid zu decken, mit desto größerer Nothwendigkeit wieder übernommen, da die Carlistischen von Polo und Marconell befehligten Colonnen, zusammen 2 bis 3000 Mann stark, diese Communication völlig unterbrochen hatten. Schwer wird es aber seyn, die Sicherheit der Straße bleibend herzustellen, wenn man nicht mehr Truppen dahin sendet; denn die Absicht der Carlisten ist, durch eine Reihe befestigter Orte die ganze Gegend von Segura bis an die Straße von Madrid zu beherrschen und zugleich ihr permanentes Terrain auf allen Seiten auszudehnen. Sie verstärken daher schon das kleine Schloß von Singra

oder Cingla, östlich von der Straße von Teruel, beinahe Villafranca gegenüber, und dasselbe wollen sie mit den Orten Fuente el Saz und Alustante, nördlich und südlich von Molina, thun, wodurch die Besatzung von Molina blockirt wird, wie es die von Montalban durch die Carlistischen Forts von Segura und Aliaga ist. Wenn die Carlisten sich im Gebirge von Molina festsetzen, so besitzen sie den Schlüssel von Castilien. Alles dieß haben die Journale und die Vorstellungen der Localautoritäten hundertmal vorausgesagt, aber Minister und Generäle haben die Gewohnheit, nur ihre eigene Weisheit werthzuschätzen. Das Madrider Ministerium hat in seiner Noth und Spaltung einen Kurier an Espartero gesendet, um seine Meinung oder vielmehr seine Verfügung einzuholen. Dieser Mulatte entscheidet also in letzter Instanz über das Schicksal Spaniens! Und wodurch verdient er diese Autorität? Seine ausposaunte Expedition gegen Ramales ist, wie immer, zu Wasser geworden. In der Nähe des Feindes angelangt, in Villarcayo, bekam er seine gewöhnliche Krankheit, Kolik und Dysurie, die ihm immer zu rechter Zeit ankommt, und die letzten Nachrichten lauten dahin, daß er bereits wieder nach Logroño zurückgekehrt ist. Während der Zeit rückte Diego Leon mit 13 Bataillons und einigen Hundert Pferden bis Mendavia vor, aber Elio, den Maroto mit 6 Bataillons in Navarra zurückgelassen, hielt sich nicht nur in seiner Stellung von Dicastillo, sondern sandte sogar Truppen vorwärts, um einen Transport von Lerin nach Lodosa zu überfallen, was ihnen zum Theil gelang. Leon, dessen Schritte wahrscheinlich durch die Instructionen Espartero's gebunden waren, kehrte hierauf wieder zurück. Auch ein Ausfall der Besatzung von Pamplona in das Thal von Ulzama hatte ungeachtet der geringen Carlistischen Streitkräfte keinen Erfolg und eben so wenig eine Unternehmung der Besatzung von Valcarlos gegen das Fort von Bukguete. Dagegen ist Bilbao von Maroto durch die zwischen Bilbao und Portugalete am Fluß angelegten Batterien wie blockirt."

Rußland.

Die Preußische Staatszeitung meldet aus St. Petersburg vom 24. April: „Se. Majestät der Kaiser haben genehmigt, daß die geistlichen Angelegenheiten der rechtgläubigen und der griechisch-unirten Confession, die bisher von zwei verschiedenen Abtheilungen des dirigirenden Synods geleitet wurden, nunmehr zu Einer Abtheilung desselben vereinigt werden."

St. Petersburger Zeitungen melden: „Nachdem Se. Majestät der Kaiser für gut befunden, auf Grundlage der Verordnungen über die Organisation der römisch-katholischen Kirchenverwaltung in Rußland, einen obersten Chef der Geistlichkeit dieser Confession zu ernennen, und zugleich Allerhöchstihr besonderes Wohlwollen dem Präsidenten des römisch-katholischen geistlichen Collegiums, Bischof Ignatius Paulowski, für dessen vieljährigen und nützlichen Dienst zu bezeigen, haben Se. Majestät ihn zum Erzbischof von Mohilew und Metropoliten aller römisch-katholischen Kirchen in Rußland zu ernennen geruht."

Gleichzeitig mit dieser Ernennung hat eine Erhöhung des Etats des römisch-katholischen geistlichen Collegiums, welcher bisher 24,165 Rubel betrug, auf 51,150 Rubel Statt gefunden. Der Präsident dieses Collegiums, Erzbischof Paulowski, bezieht hiervon 6000 Rubel; ferner ein Mitglied desselben, ein Bischof, 4000, und ein anderes, ein Prälat, 3000, demnächst jeder der sechs Beisitzer aus den sechs römisch-katholischen Eparchien des Reiches 2500 und endlich der Procureur 3500 Rubel.

Niederlande.

Der kais. österreichische Gesandte am königl. niederländischen Hofe, Graf von Senfft-Pilsach, und der königl. niederländische Gesandte am königl. großbritannischen Hofe, Baron Dedel, sind aus London im Haag eingetroffen.

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel vom 27. April: „Se. Majestät der König verließ heute Vormittags in Begleitung der Adjutanten, Ordonnanzoffiziere und eines zahlreichen Generalstabs den Pallast, und begab sich nach der Ebene vor dem Löwener Thore, wo er eine große Revue hielt. Eine lange Reihe von Wägen, viele Reiter und Fußgänger wohnten diesem militärischen Feste bei. — Nach einem Beschluß des Finanzministers werden die Dampfschiffe vom 1. Jänner 1839 die Tonnengebühr nur von dem für die Ladung und Passagiere verwendeten Theile zahlen. Bis jetzt wurden diese Gebühren von der ganzen Capacität dieser Schiffe, auf den Fuß, wie von den Segelschiffen, erhoben; diese Abänderung ist für die Dampfschifffahrt wichtig. Seit sechs Monaten war die Dampfschifffahrtsgesellschaft bei dem Ministerium dringend eingekommen, um diese Modification zu erlangen, welche das Ministerium ohne Zweifel jetzt in Gemäßheit der durch die 24 Artikel zu Gunsten der Dampfschiffe eingeführten Unterscheidung bewilligt haben wird. — Man versichert, Smits, Director des Handels im Departement des Innern, sei zum Director der belgischen Bank ernannt. — Rothomb, Minister der öffentlichen Arbeiten, ist seit gestern wieder in Brüssel; auch Masui, Director der Eisenbahnverwaltung, ist wieder zurück. — Hr. Beaulieu, früher Gesandter am preußischen Hofe, ist von Berlin hier angekommen. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat bei einem der vorzüglichsten Buchbinder von Brüssel neun prachtvolle Decken von carmoisintothem Sammt, die mit Atlas gefüttert und worauf die Wappen der großen Mächte in Gold und Silber gestickt sind, bestellt, um die Copien des Endvertrags an die vorzüglichsten Höfe Europas zu senden."

Teutschland.

Der Münchener politischen Zeitung zufolge hat Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Baiern die Reise nach Griechenland aufgegeben und wird von Neapel direct nach München zurückkehren.

Der am 25. November v. J. eröffnete Landtag des Großherzogthums Weimar ist am 21. April geschlossen worden. Der Landtag war sehr thätig, hielt 91 Sitzungen und erledigte eine bedeutende Anzahl Gesetze, darunter das neue Strafgesetzbuch, welches im nächsten Gesetzblatte erscheinen wird.

Wien.

Am 8. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101¼.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl.		in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl.	in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl.	in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM	——.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ G. Uso 2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 130

Oesterreichischer Beobachter

Freitag, den 10. Mai 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 8. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß			Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.487	28	3	8	+ 8.9	NW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.434	28	1	1	+ 14.6	N.	mittel.	——
	10 Uhr Abends.	27.418	28	1	3	+ 9.3	N.	schwach.	heiter.

Frankreich.

Am 1. Mai um 11 Uhr Vormittags empfing der König die Glückwünsche der Minister, der Marschälle, die großen Deputationen der Pairskammer, der Deputirtenkammer, des Staatsraths, verschiedener anderer Behörden zu seinem Namenstage und um 4 Uhr Nachmittags das diplomatische Corps, als dessen Organ der kais. österr. Botschafter, Graf Apponyi, folgende Rede an den König hielt: „Ich habe die Ehre, Ew. Majestät aus Anlaß Ihres Namenstages die ehrfurchtsvollen Glückwünsche des diplomatischen Corps darzubringen. — Nach Ihrem Beispiele, Sire, der Sie Ihre erlauchte Familie und Frankreich mit gleicher Liebe und Sorgfalt umfassen, verknüpfen auch wir sie beide in den Wünschen, deren Huldigungen wir Sie zu genehmigen bitten. — Mögen Ew. Majestät fortan nur Ursachen der Freude und Befriedigung für Ihr Vaterherz finden, und mögen Frankreichs Ruhe und Wohlstand den Lohn für die Sorgen und Anstrengungen bieten, welche Sie ihnen ohne Unterlaß widmen." — Der König erwiederte: „Ich „bin sehr dankbar für die Wünsche, die Sie Mir aus Anlaß „Meines Namenstages darbringen, und für diejenigen, die „Sie für das Glück Meiner Familie und den Wohlstand „Frankreichs hegen. Ich vertraue fest, daß die Vorsehung fort„fahren wird, Meine Bemühungen zu segnen, dem Lande die „Ruhe und die Sicherheit, deren es sich heute erfreut, zu bewahren, und es ist Mir sehr angenehm, Mir mit Ih„nen zu den neuen Bürgschaften Glück wünschen zu kön„nen, die wir so eben für die Aufrechthaltung des allge„meinen Friedens erhalten haben. — Ich danke dem di„plomatischen Corps für die Gesinnungen, die Sie Mir „in seinem Namen ausdrücken." — Auf die Anrede des Kanzlers von Frankreich, Präsidenten der Pairskammer, Baron Pasquier, erwiederte der König: „Ich „danke der Pairskammer für die Wünsche, die Sie Mir „durch Ihr Organ ausgedrückt hat. Sie weiß, wie werth „sie Mir sind; sie weiß, wie glücklich es Mich macht, „Mich von ihr umgeben zu sehen, und wie angenehm „es Mir ist, ihr Glück zu wünschen zu ihrer Weisheit, zu „ihrer Standhaftigkeit und zu dem vollkommenen Maaße, „mit dem sie den hohen Rang, den die Charte ihr im „Staate angewiesen hat, behauptet. Wenn wir so fort„fahren, meine Herren, wird es uns gelingen, unseren „Institutionen jene Stabilität zu geben, ohne die es we„der Sicherheit, noch Zukunft für die Nationen gibt. — „Der Beistand, den Ich stets in der Pairskammer gefun„den habe, hat Mir die Mittel erleichtert, diesen Zweck, „das höchste Ziel Meiner Wünsche und Meiner Bemü„hungen, zu erreichen. Ich hoffe, daß Mir, unterstützt „von Ihrer Anhänglichkeit, Ihrer Treue, Ihrem Patrio„tismus, das Glück zu Theil werden wird, Frankreich „im vollen Genuß aller der Vortheile zu sehen, welche die „Vorsehung ihm zugetheilt hat, und daß hieraus für „unser Vaterland eine lange Epoche von Ruhe, Frie„den und Freiheit hervorgehen wird." — Der Präsident der Deputirtenkammer, Hr. Passy, hielt folgende Anrede an den König: „Die Deputir„tenkammer bringt Ew. Majestät ihre Huldigungen und ihre Glückwünsche dar: Die Wünsche, welche sie für Ihr Glück, und für das Glück Ihrer erlauchten Familie hegt, sind die Wünsche von ganz Frankreich, von jenem Frank„reich, dessen Wohlfahrt das erste Bedürfniß Ihres Herzens ist, und welches weiß, daß Ihre süßesten Befrie„digungen davon abhangen. — Sire! Die Deputirten be„greift beim Anblick der politischen Verlegenheiten, deren „Ende sie sehnlichst wünscht, und theilt alle Ihre Sorgen. Erst „unlängst vom Lande gewählt, ist sie das treue Bild des„selben. Sie werden sie voll Hochachtung und Ergebenheit „für Ihre Person, nicht minder eifersüchtig auf die Auf„rechthaltung der Rechte der Krone, als auf die Ausübung „ihrer eigenen Prärogativen, und bereit finden, jede Admi„nistration zu unterstützen, welche die Aufgabe der Ord„nung, des Friedens und der Versöhnung erfüllen wird, die „von den Bedürfnissen der Zeit, und von dem edelmüthi„gen Geiste der Institutionen erheischt wird, auf denen die „Würde Ihres Thrones und die wahre Größe der Nation „beruhen. — Sire! Möge die Vorsehung, als höchster „Schiedsrichter über unsere Geschicke, ihre Segnungen über „Sie und über Ihre Familie ergießen; möge sie Ihnen für „die Prüfungen, die sie über Ew. Majestät verhängt hat, „dadurch Ersatz geben, daß sie Ihnen fortan nur Tage des „Ruhmes und der Glückseligkeit bereitet! Dieß ist der „Wunsch, nach dessen Erfüllung die Deputirtenkammer „mit mir sich sehnt." — Der König erwiederte: „Ich schä„tze Mich glücklich, Mich in der Mitte der Deputirtenkam„mer zu finden, die Erwählten der Nation um mich ver„sammelt zu sehen, und ihnen das volle Vertrauen, wel„ches sie mir einflößen, und die Gesinnungen, die ich für „sie hege, an den Tag zu legen. In Beantwortung der von „Ihrem Präsidenten ausgedrückten Wunsches, muß ich sa„gen, daß ich, die augenblicklichen Verlegenheiten, denen „wir preisgegeben sind, mit ihm beklagend, nichts verab„säumt habe, und nichts verabsäumen werde, um das En„de derselben so schnell als möglich herbeizuführen; denn „mehr als irgend Jemand wünsche ich, daß Frankreich eine „Administration besitzen möge, die seinen Wünschen, Ihrer „Erwartung und den Bedürfnissen der Epoche entspricht. „Meine Bemühungen waren standhaft dahin gerichtet, „die innigste Eintracht unter allen Staatsgewalten zu „erhalten. In dieser Eintracht können wir jene Kraft „finden, deren alle Staatsbeamten, alle Regierungsbe„hörden bedürfen, um die Sendung, die sie auszufüh„ren berufen sind, zu erfüllen; nur aus dieser Eintracht „kann jene moralische Kraft hervorgehen, die, indem sie „die Stabilität unserer Institutionen verbürgt, der Na„tion jenes Vertrauen in ihre Zukunft einflößt, wel-

„ches das erste Unterpfand ihrer Ruhe, ihres Glü„ckes, und der Aufrechthaltung ihrer Freiheiten ist. Sie „haben Mich stets bereit gefunden, sie zu vertheidigen, und ich erkenne mit Vergnügen, daß ich Sie „stets eben so bereit gefunden habe, die constitutionellen „Prärogativen der verschiedenen Gewalten zu vertheidigen. — Ich danke Ihnen für die Wünsche, die Sie mir „so eben durch das Organ Ihres Präsidenten ausgedrückt „haben. Was mich anlangt, so werden meine Bemühungen standhaft, meine persönliche Selbstverläugnung „wird vollständig seyn, damit die große Sendung, welche die Nation mir anvertraut hat, getreu erfüllt werde, und ich werde mich glücklich schätzen, die Erfüllung „derselben dem loyalen Beistande zu verdanken, den ich „von Ihnen begehre, und den Sie mir gewähren." — Diese Worte, die einen tiefen Eindruck auf die beinahe vollzählig im Thronsaale anwesenden Mitglieder der Deputirtenkammer machten, wurden, wie der Moniteur bemerkt, mit dem dreimal wiederholten Ruf: Es lebe der König! aufgenommen.

In Bezug auf die Ministerialkrisis ergibt sich aus den Pariser Journalen vom 2. d. M., daß die (gestern erwähnte), vom Constitutionnel mitgetheilte, Combination an der Weigerung der Mitglieder des linken Centrums (der HH. Sauzet und Teste) und des Duc de Broglie gescheitert ist. — Der Temps glaubt, daß man auf eine Versöhnung zwischen dem Marschall Soult und Hrn. Thiers hinarbeiten müsse, um ein dauerhaftes Cabinet, mit Ausschließung der Doctrinairs, aber mit dem Beitritt irgend eines Repräsentanten der 221, zu finden.

Am 1. Mai war die Börse wegen des Festtages geschlossen. — Am 2. Mai 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 80. 3Percents 81 Fr. 40.

Spanien.

Der Moniteur vom 2. d. M. enthält folgende telegraphische Depesche aus Bayonne vom 1. Mai, halb 11 Uhr Morgens: „Am 27. April hat Espartero die Position von El-Moro, vorwärts von Ramales, angegriffen und genommen; die beiden Armeen standen sich an den Ufern der Gueranga gegenüber. Espartero hatte ungefähr dreißigtausend, Maroto funfzehntausend Mann."

Die neuesten Nachrichten aus Madrid vom 24. April melden: „Das Gerücht, welches gestern hier umlief, 2000 Carlisten befänden sich in Pozuelo de Aravaca, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr scheint das ganze, aus 3 bis 4000 Mann bestehende Corps Llangostera's von Huete nach Tarancon gegangen zu seyn, und sich selbst Arganda genähert zu haben, da von letzterem Punct aus viele Flüchtlinge hierher gekommen sind. Der Generalcapitän Quiroga, der sich in allen seinen Befugnissen gehemmt und obenein verspottet sah, hat der Königinn-Regentinn seine Entlassung eingesandt, vermuthlich weil er darauf rechnete, daß Ihre Majestät sie nicht annehmen würde. Zu gleicher Zeit richtete er ein Schreiben an den Kriegsminister, das dieser jedoch unerbrochen zurückschickte. Indessen sind sämmtliche hier befindliche Truppen ausmarschirt, und alle Posten sind von der Nationalmiliz besetzt, deren Jägercompagnien ebenfalls zum Aufbruch bereit stehen. — Wir erfahren nun, daß auch Cabrera die Gegend von Segura verlassen hat, und während Llangostera die Provinz Guadalaxara heimsuchte, und die Divisionen Parra und Ayerbe nach sich zog, nach Valencia eilte, und am 16. das Castell von Villafames mit 3 Bataillons und 300 Pferden einschloß und zu beschießen begann. Van Halen selbst rückte mit der Division, die bisher unter Ayerde's Befehlen gestanden hatte, ihm nach, und da auch Aspiroz mit Truppen von Murviedro herbeieilte, so gab Cabrera am 19. die Belagerung von Villafames auf, und zog sich nach Alcora zurück. Von dort aus wird er sich vielleicht mit Llangostera in Verbindung zu setzen suchen.

In andern Nachrichten aus Madrid von obgedachtem Tage heißt es: „Gestern Abends waren hier aufrührerische Flugschriften, in welchen zu einem Volksaufstande aufgefordert wurde, weil die Regierung Unterhandlungen mit dem Prätendenten anknüpfen wolle, in Menge verbreitet. Zahlreiche Patrouillen durchzogen die Stadt, die Ruhe wurde jedoch nicht im Geringsten gestört. — Zwischen dem Kriegsminister, General Alair, und dem Generalcapitän von Neucastilien, General Quiroga, steht ein Duell bevor. Quiroga verlangte von Alair die Erlaubniß, gegen die bis in die Nähe von Guadalaxara vorgedrungenen Carlisten auszurücken. Alair antwortete, der General habe, wie es scheine, gewartet, bis die Carlisten sich von selbst zurückziehen; ein Ausmarsch sei nicht mehr an der Zeit. Quiroga nahm sofort seine Entlassung als Generalcapitän und schickte eine Aufforderung an Alair, der sie jedoch mit Verachtung abwies, unter der Bemerkung, er habe bloß ämtlich dem General Erklärungen zu geben. Auf dieses hin spottete Quiroga öffentlich über das Unglück, das Alair gehabt habe, im Rücken verwundet zu werden. Dieß kam dem Kriegsminister zu Ohren, und er kam nun ebenfalls in Wuth. Gemeinschaftliche Freunde suchen indessen die Sache beizulegen."

Großbritannien und Irland.

Das Gerücht von der beabsichtigten Resignation der beiden Minister Lord Melbourne und Lord John Russell, welches nun schon seit Weihnachten verbreitet ist und bald mehr, bald weniger Glauben fand, wird vom Standard mit solcher Zuversicht wiederholt, daß man fast annehmen muß, es sei wirklich nicht ohne Grund, da dieses Blatt, so einseitig parteiisch es auch in seinem Urtheil ist, doch in seinen Mittheilungen sehr vorsichtig zu Werke zu gehen pflegt. Nun versichert es aber, daß es jene Nachricht von Personen habe, die mit dem Cabinete in naher Verbindung ständen. Der Premierminister soll durch Unmuth, der Minister des Innern durch seinen geschwächten Gesundheitszustand zu diesem Schritte sich bewogen fühlen. Der veränderte Ton der Morning-Chronicle wäre dann schon ein Vorspiel zu einer erwarteten partiellen Umgestaltung des Ministeriums in radicalerem Sinne gewesen, und man hätte einem Normanby'schen oder Durham'schen Cabinet entgegenzusehen, denn an eine conservative Verwaltung scheint, für jetzt wenigstens, selbst von der Presse dieser Partei noch nicht gedacht zu werden. Der Standard läßt schon einen Nachruf hinter jenen beiden Ministern ergehen, obgleich sie bis jetzt noch ruhig im Amte sind, und dieser fällt für Lord Melbourne sehr schlimm, für Lord John Russell dagegen äußerst vortheilhaft aus. Als Staatsmänner findet das genannte Toryblatt zwar natürlich Beider Benehmen verwerflich, aber in Bezug auf ihren Privatcharacter zollt es dem letztern das größte Lob und bedauert sein Familienunglück und seine persönlichen Leiden, wogegen es den ersteren auch in dieser Hinsicht für den ungeeignetsten Rathgeber der Königinn erklärt.

Die Gemahlinn des Prinzen von Capua sieht täglich ihrer dritten Entbindung entgegen; sie hat dem Prinzen bekanntlich schon einen Sohn und eine Tochter geboren.

Als wahrscheinlicher Nachfolger des Hrn. Shiel in

dem Posten eines Commissärs des Greenwich-Hospitals wird der Privatsecretär Lord Melbourne's, Hr. Anson, genannt.

Die Morning-Chronicle hat ihre Reformforderungen schon wieder etwas herabgestimmt; während sie anfangs durchaus auf Verleihung des Wahlrechts an alle Hauswirthe, Abkürzung der Parlamentsdauer und geheimer Abstimmung bestand, stellt sie jetzt nur noch diese letzte Reform als dringend dar.

Am 26. April wurden Hr. Thomas Martin, Parlamentsmitglied, und Capitän Burton vor das Polizeiamt in Bowstreet gebracht, weil sie sich auf öffentlicher Straße mit Stöcken geprügelt, und sie mußten deßhalb jeder 500 Pf. Caution und noch jeder einen Bürgen, der mit 250 Pf. für sie cavirte, dafür stellen, daß sie sich in Zukunft ruhig verhalten wollen. Nach den vom Capitän Burton über den Vorfall veröffentlichten Angaben hatte er Hrn. Martin in einem Clubb an die Entrichtung einer Schuld gemahnt, und ihn, als dieser die Zahlung verweigerte, etwas hart angelassen, worauf Hr. Martin ihm einen Schlag versetzte, der eine Herausforderung zur Folge hatte. Die Sache wurde jedoch von ihren beiderseitigen Freunden ausgeglichen. Nun hörte Capitän Burton, sein Gegner habe sich öffentlich gerühmt, von ihm eine Entschuldigung erhalten zu haben, weßhalb er beschloß, ihn darüber zur Rede zu stellen. Dieß that er, als er Hrn. Martin an obgedachtem Tage auf der Straße begegnete, worauf dieser geantwortet haben soll, er rathe ihm, sich zu entfernen, sonst werde er ihn zu Boden schlagen. Erbittert hierüber, griff der Capitän nach seinem spanischen Rohr und schlug zuerst auf Hrn. Martin los, woraus denn eine völlige Prügelei zwischen Beiden entstand.

Consols am 30. April 93¼.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Ueber die schweizerischen Zustände gibt ein uns zugekommenes Schreiben von der Aar vom 25. April folgenden Bericht: „Man würde sich sehr irren, wenn man glaubte, daß mit der Entlassung des Dr. Strauß die Bewegung im Züricher Volke ihren Endpunct erreicht habe. Die Berufung dieses Mannes von Seite des Züricherischen Erziehungs- und Regierungsraths hat nur das Geschwür der Irreligiosität aufgedeckt, das seit Jahren am Staatskörper fraß, und die Aufmerksamkeit des Volkes darauf hingewendet. Dieses wo möglich zu zerstören und dem gesammten öffentlichen Leben eine christlichere Richtung zu geben, ist der Zweck der Bewegung. In der von 39,000 Bürgern des Cantons Zürich angenommenen Petition des Centralcomités *) ist zwar die Entlassung des Dr. Strauß als erste Forderung vorangestellt; in den gleich darauf folgenden Zeilen aber sprechen sich die Petenten dahin aus, „daß sie in der Beru„fung des Dr. Strauß nur die fernere Entwicklung „eines Irreligiosität und Immoralität begünstigenden „Systemes erkennen, und sich daher keineswegs mit dem „bloßen Nichterscheinen dieses Mannes zu beruhigen ver„mögen." Die Petition stellt sodann noch fünf Hauptbegehren, deren wesentliche Tendenz dahin geht, dem Kirchenrathe, der in den protestantischen Cantonen der Schweiz theilweise die Befugnisse eines Bischofs ausübt, größeren Einfluß auf die Ernennung der theologischen Professoren an der Hochschule und der Religionslehrer in den Volksschulen einzuräumen, so wie überhaupt das Volksschulwesen in nähere Verbindung mit der Kirche zu bringen. Die Petition hat hier einen Punct getroffen, der nicht nur den Canton Zürich, sondern die gesammte regenerirte Schweiz mit wenigen Ausnahmen betrifft. Es ist nämlich bekannt, daß seit der Revolution von 1830 die Volksschule in der Schweiz einen vorher nie gekannten Aufschwung gewonnen hat, und es würde Befangenheit verrathen, wenn man die intellectuellen Fortschritte, die in dieser Beziehung gemacht worden sind, verkennen wollte. Aber eben so unzweifelhaft begründet sind die Besorgnisse derjenigen, die in dem neuern Volksschulwesen die mehr oder weniger bewußte oder anerkannte Tendenz erblicken, das Schweizervolk aus dem positiven Christenthum herauszuführen. Als erster und vorzüglichster Beweis dieser Behauptung gilt mir eben die in den meisten regenerirten Cantonen mehr oder weniger durchgeführte Trennung der Schule von der Kirche, eine Erscheinung, auf die man zuerst in den katholischen Cantonen aufmerksam wurde, weil hier die Kirche eine selbstständige, nicht durch den Staat bedingte Gesellschaft ist. An der Spitze des Erziehungswesens eines jeden Cantons steht ein von der Regierung ernannter Erziehungsrath. Die Volksschullehrer werden in sogenannten Seminarien gebildet, die unter der ausschließlichen Leitung der Staatsbehörde sind, und ihre Ernennung geschieht lediglich durch den Erziehungsrath. Den Bischöfen und den Pfarrern wird in den meisten Cantonen gar keine Aufsicht über die Landschulen gestattet; die Lehrmittel werden von dem Erziehungsrath ohne vorheriges Gutachten einer kirchlichen Behörde bestimmt. Ja im Canton Aargau werden laut einer im Jahre 1835 erlassenen Gesetzbestimmung, gegen welche der damals noch kräftigere Bischof vergebliche Einsprache that, sogar die Lehrbücher für den katholischen Religionsunterricht von dem kleinen Rathe auf Vorschlag des Cantons-Schulraths im Einverständniß mit dem Kirchenrath (der für die Katholiken bloße Staatsbehörde ist) ohne Zuziehung der kirchlichen Behörde bestimmt. Einzig im Canton Freiburg konnte der dortige, von einer tüchtigen Geistlichkeit unterstützte Bischof seine Rechte in Bezug auf den Volksunterricht behaupten."

„Um auf den Canton Zürich zurückzukommen, so konnte hier das Princip der gänzlichen Unabhängigkeit der Schule von der Kirche wegen der eigentlichen, mehr abhängigen Stellung der protestantischen Kirchengemeinschaft um so leichter durchgeführt werden. In diesem Canton ist die Ernennung der Religionslehrer und Bestimmung der religiösen Lehrmittel dem Erziehungsrath ausschließlich vorbehalten; wie dieß aus der vorbemeldten Petition des Centralcomité zu ersehen ist. Dieselbe verlangt nämlich unter Anderm: „a) es solle der Religions„lehrer am Seminar vom hohen Erziehungsrath aus dem „zweifachen Vorschlag des hohen Kirchenraths gewählt „werden: b) dem Kirchenrath die Bestätigung aller religiö„sen Lehrmittel für die Schule zukommen." Um diesen so wie den übrigen in der Petition ausgesprochenen, auf Förderung des religiösen Moments in der Schule hinzielenden Volkswünschen zu begegnen, wurde in der großen Rathssitzung vom 20. März von Hrn. Erziehungsrath Ferdinand Meier die bekannte Motion gemacht, welche in ihrem zweiten Theil also lautet: „es möchten durch einige Modificationen in den bestehenden Gesetzen über das „Unterrichtswesen die Interessen der evangelisch-reformirten Landesreligion, ohne die verfassungsmäßige Selbstständigkeit der Schule zu gefährden, besser gewahrt „werden." Wenn nun aber diese Motion, die vom großen Rath erheblich erklärt ward, schon wegen ihrer zu allgemeinen Fassung den Wünschen des Volkes kaum auf halbem Wege entgegenkam, so war die Zusammensetzung der Commission, welcher die Behandlung derselben übertragen wurde, noch weniger geeignet, jene Wünsche zu befriedigen. An die Spitze dieser Commission wurde näm-

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 9. April.

lich Hr. Bürgermeister Hirzel, der eifrigste Anhänger Strauß'en's, ernannt. Es war daher begreiflich, daß die Aufregung des Züricher Volkes nach der großen Rathssitzung vom 18. bis 20. März sich nur halb legte, um so mehr, da die Pensionirung Strauß'en's die Volksgefühle unangenehm berührte. Noch mehr mußte die Unzufriedenheit sich steigern, da man vernahm, daß die besagte Commission sich bis jetzt noch nicht versammelt habe, und es in der Absicht ihres Präsidenten liege, die Behandlung dieser so wichtigen Angelegenheit auf eine spätere Großrathssitzung zu verschieben. Unter diesen Umständen hat sich das Centralcomité der XXII., das sich nach der Märzsitzung ausgelöst hatte, auf die Aufforderung mehrerer Bezirksvereine neuerdings constituirt, und man erwartet allgemein, daß es nicht wieder auseinander trete, bis das Züricherische Volk durch die gesetzgebende Behörde die verlangten Garantien zu Sicherung seiner kirchlichen Verhältnisse und zu mehr religiöser Entwicklung seiner Schule erhalten hat."

„Eine sehr fein ausgedachte Kriegslist der Radicalen, um der Bewegung entgegenzuwirken, war der von ihnen gemachte Anzug zur Aufhebung der Hochschule; denn es ist unzweifelhaft, daß die Hochschule auf dem Lande nicht populär ist, so zwar, daß viele Gemeinden, z. B. Uster, sich dem Richterschwiler-Comité nicht anschließen wollten, wenn die Aufhebung dieser Anstalt nicht in die Petition mit aufgenommen werde; und es erforderte lange und schwierige Unterhandlungen, um sie zur Verzichtleistung auf diese Forderung zu bewegen. Dagegen sind die Bürger der Stadt Zürich, welche sich der religiösen Bewegung angeschlossen haben, eifrige Freunde der Universität. Die Radicalen haben daher durch ihren Anzug, während sie durch denselben ihre verlorne Popularität wieder gewinnen wollten, zugleich einen Apfel der Zwietracht in die Bewegungspartei geschleudert. Sie zwangen die Freunde der Hochschule zu Concessionen und haben die Mitglieder des Centralcomités in eine zweideutige Stellung versetzt, da diese einerseits, um ihre wissenschaftlichen Freunde aus der Stadt nicht zu verlieren, für die Hochschule stimmen mußten, andererseits aber eben dadurch ihren Einfluß auf ihre dieser Anstalt durchaus nicht günstigen Committenten in Gefahr setzten. Ungeachtet dieser störenden Verhältnisse hofft man dennoch in Zürich, daß den so gerechten Wünschen des Volkes wenigstens theilweise werde entsprochen werden. Wäre die Bewegung eine revolutionnäre, die Züricher Regierung wäre längst gestürzt worden; denn es ist gewiß, daß den Leitern dieser Bewegung weit bedeutendere Hülfsmittel zu Gebot stehen als den Führern des Aufruhrs im Jahre 1830. Allein dieselbe ist eben rein religiös, daher antirevolutionnär, und will mit ihren gerechtesten Begehren nur auf gesetzlichem Wege durchdringen. Mit dem Eifer für das Heiligthum verbindet sie Achtung vor der mißleiteten Obrigkeit, und in diesem Sinn ist auch von der Züricherischen Geistlichkeit während diesem verhängnißvollen Zeitpunct unablässig gewirkt worden."

„Man hat in schweizerischen und teutschen Zeitungen die Nachricht ausgestreut, daß die letzten Wahlen im Tessin zu Gunsten der radicalen Partei ausgefallen seien. Es ist mir aber von wohlunterrichteter Seite das Gegentheil versichert worden, und es wird daher dieser Canton wie bisher mit den Vertretern des Rechtes auf der Tagsatzung stimmen. Da das Tessin durch Lage, Sprache und Sitten von der übrigen Schweiz abgeschlossen ist, so war es leicht möglich, daß eine ganz unbegründete Nachricht bis jetzt unwidersprochen geblieben ist. Auch im Wallis scheinen die Dinge, Dank sei es der kräftigen Haltung der Oberwalliser, eine bessere Wendung zu nehmen. Ich werde in meinem nächsten Schreiben meine frühern Berichte über die Entwicklung der Zustände dieses Cantons weiter fortsetzen."

Teutschland.

Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Hessen haben gnädigst geruht, Höchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am k. k. österreichischen Hofe, Staatsrath von Steuber, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses zu ernennen.

Die Carlsruher Zeitung meldet aus Carlsruhe vom 3. Mai: „Den in dem Schwäbischen Merkur enthaltenen und in die Beilage zum Frankfurter Journal vom 1. Mai, Nr. 121, so wie in das Mannheimer Journal vom 2. d. M., Nr. 104, übergegangenen Artikel über die sogenannten kirchlichen Wirren in Baden wird Jeder, der mit den Verhältnissen der Sache und den Personen bekannt ist, gewiß nicht als den freudigen Erguß eines wohlwollenden Herzens über eine glückliche Beilegung eines bedauerlichen Zwiespalts, sondern vielmehr als einen Versuch betrachten, den schönen Frieden zu stören, der in unserm Lande zwischen dem Staat und der Kirche und beiden christlichen Confessionen herrscht. Wir begreifen in der That nicht, wie von kirchlichen Wirren, die bestehen oder bestanden haben, im Großherzogthum Baden nur gesprochen werden könne. Wenn auch gewisse Fragen angeregt wurden, so hat man doch von einer zwischen den Staats- und Kirchenbehörden auch nur augenblicklich eingetretenen Spannung nicht das Mindeste vernommen. Daß aber die freundliche Erledigung jener Fragen auf einem ganz andern, als dem in dem berührten Artikel angedeuteten Wege herbeigeführt wurde, dürfen wir, aus sicherer Quelle schöpfend, auf das Bestimmteste versichern." — Ferner aus Pforzheim vom 2. Mai: „Vorgestern Abends haben hier bedauerliche Auftritte Statt gefunden. In Folge von Mißhelligkeiten, die zwischen mehreren Bijouterie-Fabrikanten und ihren Arbeitern über ein von ersteren erlassenes, auf die Arbeitszeit bezügliches Regulativ entstanden waren, versammelten sich Abends um 9 Uhr einige hundert Arbeiter, durchzogen lärmend die Straßen, und zertrümmerten an sieben Wohnhäusern von Fabrikanten mittelst Steinwürfen Läden und Fenster. Zum Schutze gegen die Erneuerung solcher Excesse rückte gestern eine Abtheilung Dragoner vom Regiment Großherzog hier ein. Bereits ist der größte Theil der Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt, und die Untersuchung des Vorfalls eingeleitet."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 24. April d. J. die durch Abtretung des Franz von Szegedy erledigte Beisitzersstelle bei der königlichen Septemviraltafel dem bisherigen Palatinal-Landrichter und königlichem Rath, Ignaz von Vegh, allergnädigst zu verleihen geruht.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 131

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 11. Mai 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 9. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciert. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.375	28. 1. 7 P.	+ 8.9	N.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.269	28 1 6	+ 14.7	N.	—	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.253	28 1 4	+ 10.5	N.	still.	trüb.

Frankreich.

Am 2. Mai um 1 Uhr Nachmittags versammelten sich die Bureaux der Kammer, um die beiden Vorschläge, den der HH. Larabit, Portalis und Chapuys-Montlaville in Bezug auf die parlamentarische Enquête über die letzten Wahlen, und den des Hr. Mauguin, der eine Adresse an die Krone wegen der Ministerkrisis beabsichtigt, zu prüfen. Die Urheber des erstern Vorschlages verstanden sich dazu ihn zu ajourniren, um die Aufmerksamkeit der Kammer, die während mehreren Tagen durch den Adressevorschlag des Hrn. Mauguin in Anspruch genommen werden wird, nicht zu theilen. Dieser Vorschlag lautet folgendermaaßen: „Der „Unterzeichnete schlägt der Kammer vor, dem König eine „unterthänige Adresse zu überreichen, um Sr. Majestät „zu bitten, den Aengstlichkeiten des Landes ein Ziel zu se„tzen, und, in Gemäßheit der königlichen Prärogative, ein „Ministerium, welches nicht provisorisch ist, zu constituiren. — Er äußert ferner das Verlangen, daß die Kam„mer in der Adresse den Wunsch ausdrücke, die Krone mö„ge ihre Minister aus Männern wählen, die der Erhal„tung der Ordnung, zu gleicher Zeit aber auch, um sie „mehr zu befestigen, den Grundsätzen eines beständigen, „aber weisen und raisonnirten Fortschrittes ergeben sind; — „Die, nach Außen, den Frieden ohne Schwäche aufrecht „zu erhalten, und sich im Innern, ernsthaft mit Vermin„derung der öffentlichen Lasten zu beschäftigen wissen; — „Die der Industrie einen thätigen und aufrichtigen Bei„stand gewähren, es sich ohne Unterlaß angelegen seyn „lassen, für alle Bedürfnisse des Landes zu sorgen und, „achtsam auf die öffentliche Moral, Feinde der Bestechung „und der Mißbräuche, die Mehrheit in der Kammer und „in den Collegien, nicht durch Intrigue und Verstellung, „sondern durch Geschicklichkeit, Offenheit und Redlichkeit „ihrer Handlungen zu gewinnen suchen." — Dieser Vorschlag des Hrn. Mauguin wurde von sämmtlichen Bureaux, mit Ausnahme des zweiten, theils einstimmig, theils mit Stimmenmehrheit angenommen. Das zweite Bureau verweigerte mit 20 gegen 16 Stimmen die Autorisation zum Vortrag des obgedachten Adressevorschlages. Bei der hierüber Statt gefundenen Debatte erhob sich Hr. Amilhau mit vieler Bitterkeit gegen die von Hrn. Mauguin gebrauchten Ausdrücke, die er (Amilhau) unpassend und unehrerbietig gegen die Krone fand. Er fügte hinzu, dieser Adresse-Entwurf sei eine Satyre auf das Ministerium vom 15. April, welches vertheidigt zu haben er sich zur Ehre rechne und welches dem Lande große Dienste geleistet habe. Die HH. Mermilliod, Wustemberg und Moreau (de la Meurthe) unterstützten lebhaft Hrn. Amilhan. Die HH. Havin, Fould und Mercier (de l'Orne) suchten seine Argumente zu widerlegen. Bei der Abstimmung entschied sich die Mehrheit dieses Bureaus, wie schon erwähnt, gegen den Mauguin'schen Vorschlag.

Dem Nouvelliste zufolge ging in einigen Salons am 1. Abends das Gerücht, der Marschall Soult werde, ohne Portefeuille, die Präsidentschaft des gegenwärtigen Cabinets übernehmen, mit dem man die gegenwärtige Session durchzumachen versuchen wolle. Obiges Gerücht, das am 2. auch in den Bureaux der Kammer besprochen wurde, fand jedoch wenig Glauben. So viel scheint sicher, daß der Marschall eingewilligt hat, sich neuerdings mit der Bildung eines Cabinets zu beschäftigen.

Die Festlichkeiten des 1. Mai zu Paris sind sehr ruhig und ohne Unfall vorübergegangen. Die Schilderung derselben in den Journalen bietet wie immer, je nach der Farbe der letztern, merkwürdige Contraste dar. Nach den einen war die Menge, die sich zu den öffentlichen Vergnügungen drängte, voll Freude und Jubel; nach den Andern sah man nichts als betrübte Alltagsgesichter, offene Läden und Werkstätten, und höchstens eine durch Schaulust und die erste warme Frühlingssonne vermehrte Lebendigkeit auf den öffentlichen Plätzen. Die Festlichkeiten selbst waren dem althergebrachten Zuschnitt gemäß, nur daß man dieses Jahr für die Theater im Freien ein neues Sujet, die Einnahme von St. Juan d'Ulloa, aufzuweisen hatte; das Fort wurde denn auch von 2 bis 6 Uhr unzählige Mal bombardirt und erstürmt. Um 8 Uhr war Concert im Tuileriengarten, welches der König und seine Familie vom Balcon aus anhörten. Die Marseillaise mußte zweimal vorgetragen werden; vor der Parisienne entfernte sich der König. Ein Feuerwerk mit Beleuchtung machte den Schluß. Von der Einweihung irgend eines großartigen Monu-

ments war nicht die Rede; man enthüllte bloß das, im Geschmack der Renaissance gehaltene Gitter am Obelisken von Luxor.

Der Toulonnais schreibt aus Oran vom 17. April: „Durch Araber aus dem Innern erfahren wir, daß Abd-el-Kader bei Tekedemt eine große Truppenmacht concentrirt hat. Die Beduinen der Wüste, welche für Abd-el-Kader gegen Ain-Maadi Partei genommen, campiren in der Umgebung von Tekedemt. Die Rache des Marabuts Tidschini fürchtend, verließen sie ihre Oasen und ließen sich mit ihren Heerden in der Provinz Oran nieder. Sie hoffen aber, nach ihrer Heimath zurückkehren zu können, sobald Abd-el-Kader sich Ain-Maadi's bemächtigt haben wird."

Der Constitutionnel will wissen, die Regierung habe die Nachricht von einem offenen Bruche mit Abd-el-Kader erhalten, in Folge dessen beschlossen worden sei, den Herzog von Orleans zu Armee nach Afrika zu schicken.

Am 2. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 40. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 80.

Spanien.

Ueber die, der (gestern gemeldeten) Einnahme der Position von El-Moro, bei Ramales, vorangegangenen Bewegungen der Christinischen Armee unter Espartero heißt es in einem Schreiben aus Madrid vom 24. April: „Graf Luchana hatte sein Hauptquartier noch am 19. in Villarcayo; der General Rivera verlegte das seinige von Medina de Pomar nach Vocos. Jener hat 17 Bataillons unter seinen unmittelbaren Befehlen; 13 andere, welche die Avantgarde bilden, befehligt der General Castañeda. Die Cavallerie besteht aus zwei Regimentern, und die Artillerie aus mehr als 30 Kanonen. Alle diese Truppen waren am 17. von Villafante, Espinosa de los Monteros, und Vocos bis Quincoces, Medina de Pomar und Villarcayo gelagert. In Folge der gestern erwähnten Recognoscirung ließ der Graf Luchana auf der Anhöhe von los Tornos eine große Redoute anlegen, um sich seine Stellung und der Armee ihre Verbindungen zu sichern; auch ließ er die nach Ramales führende, und vom Feinde unwegsam gemachte Landstraße ausbessern. Der General Castañeda deckt diese Arbeiten, welche die Eröffnung der Operationen noch verzögern. Das ganze Unternehmen Luchana's ist als definitiv zu betrachten, und war von der höchsten Nothwendigkeit, da die Provinz Santander bereits in Gefahr schwebte, eine Beute der Carlisten zu werden, worauf denn der Verlust von Asturien gefolgt seyn würde. Der Feind hat Streitkräfte bei Valmaseda, Carranza und Orduña aufgestellt, und scheint Widerstand leisten, und nicht, wie sonst, durch Bedrohung irgend eines andern Punctes, die Truppen der Königinn in ihrem Vorhaben stören zu wollen. Konnte Luchana seine Infanterie auf freiem Felde den Carlisten gegenüberstellen, so würde er an Kräften überlegen seyn; schwerlich aber werden sie ihm auf andern Puncten als solchen zum Gefecht stehen, wo er seine Truppen nur theilweise entwickeln kann. — Die Cortesfrage ist noch nicht gelöst. Gewiß aber ist es ein Beitrag zu den Seltsamkeiten des Repräsentativsystems, daß Minister, welche bereits ihre Entlassung eingereicht haben, sich die Entscheidung einer Frage anmaaßen, deren verfehlte Lösung zu unabsehbaren Wirren führen muß."

Großbritannien und Irland.

Den größten Theil der Sitzung des Unterhauses vom 29. April füllten die Ausschußverhandlungen über die Bill, wodurch eine neue Gefängnißdisciplin eingeführt werden soll; es handelt sich dabei namentlich um eine Verbesserung des Versuchs mit der einsamen Absperrung der Gefangenen. Ehe das Haus sich in den Ausschuß verwandelte, fragte Hr. Gibson den Minister des Innern, ob man etwas dafür gethan habe, um Verbrechern nach Ablauf ihrer Strafzeit zur Auswanderung behülflich zu seyn, worauf Lord J. Russell erwiederte, die Commission, welche mit Untersuchung dieser Sache beauftragt gewesen, habe allerdings ein Auswanderungssystem anempfohlen, und manche wohlwollende Personen hätten die Sorge für Zufluchtsörter zu Gunsten der aus den Gefängnissen entlassenen Individuen als höchst wünschenswerth dargestellt; auch sehe er sehr wohl ein, daß es sehr schlimm sei, wenn solche Leute bei ihrem Austritt aus dem Gefängniß nicht wüßten, was sie anfangen sollten, wodurch sie häufig in ihren früheren Lebenswandel zurückfielen; aber die Sache habe doch ihr Bedenkliches, da ein solches System, wenn es nicht mit großer Vorsicht eingerichtet würde, leicht eine Aufmunterung zu Verbrechen werden könnte, wie er denn von einem Gefängnißwärter gehört habe, daß junge Leute es als einen Vortheil ansähen, eine Zeit lang im Gefängniß zuzubringen, wenn sie die Aussicht hätten, dann über See gebracht zu werden, und daß man sich um eine solche Vergünstigung völlig bewerbe; es könnte daher am Ende dahin kommen, daß für Diebe besser gesorgt wäre, als für junge Leute, die nie ein Verbrechen begangen. (Hört!) Im Ausschusse fand die Clausel, welche dazu ermächtigt, die Gefangenen einen Theil ihrer Haftszeit einsam abzusperren, einigen Widerstand. Hr. Darby beantragte die Verwerfung derselben. Hr. Hawes aber vertheidigte die Maaßregel. „Der große Zweck der Gesetzgebung über das Gefängnißwesen," sagte er, „ist, die Verschlimmerung des Gefangenen während seiner Haftszeit zu verhindern. In dieser Absicht ordnete die alte Gefängnißacte ein Classificirungssystem an, und Andere empfehlen die einsame Einsperrung. Man kann keinen Fall anführen, wo das letztere System auf die Gesundheit oder Sittlichkeit der Gefangenen von übler Wirkung gewesen wäre, obwohl ich zugeben will, daß in Amerika bei dem System des Schweigens Geist und Körper der Gefangenen gelitten haben. Aber diese beiden Systeme sind ganz verschieden von einander. Das Absonderungssystem hat sich durch die Erfahrung als das einzige bewährt, unter welchem sich die Gefangenen nicht verschlechtert haben." Hr. Pakington wollte dieß nicht einräumen; er führte an, daß nach einem Bericht über das Zuchthaus von Philadelphia, wo dieß System angewandt werde, die Sterblichkeit dort größer gewesen sei, als in

irgend einem anderen Gefängniß der vereinigten Staaten; der Wahnsinn habe namentlich daselbst sehr um sich gegriffen, und die Sittlichkeit der einsam eingesperrten Personen habe sich keineswegs verbessert. Lord J. Russell bemerkte hierauf, man könne nur durch Vergleichung der verschiedenen Systeme zu einem richtigen Urtheil darüber gelangen. „Das alte System," sagte der Minister, „nach welchem es den Gefangenen erlaubt war, ohne Unterschied mit einander zu verkehren, wurde allgemein getadelt und statt dessen ein Classificirungssystem angenommen. Dieß System war besser als das alte, aber doch kein hinreichendes Abhülfsmittel gegen die aus dem Verkehr der Gefangenen unter einander entsprießenden Uebel. Es wurde daher das jetzige System angenommen. Ich gebe zu, daß es zu hart ist, dem Gefangenen immerfort Schweigen aufzuerlegen. Es wird ja aber in der vorliegenden Clausel vorgeschlagen, daß es dem Gefangenen gestattet seyn soll, jederzeit mit einem Gefängnißwärter zu verkehren; auch soll ihm vergönnt werden, freie Luft zu schöpfen und sich Bewegung zu machen, er soll ferner Mittel zu seiner moralischen und religiösen Belehrung erhalten, der Caplan des Gefängnisses soll ihm passende Bücher zu lesen geben, und es soll für gehörige Beschäftigung des Gefangenen gesorgt werden. Eine solche Strafart wird zwar vom Verbrechen abschrecken, aber nicht die beständige Erbitterung, wie das System des gänzlichen Schweigens, erregen." Der Minister erklärte schließlich noch, daß die Regierung ein Mustergefängniß wolle bauen lassen, daß aber einstweilen schon in den gewöhnlichen Gefängnissen besondere Zellen für die einsame Absperrung eingerichtet werden könnten. Die Clausel wurde dann mit 117 gegen 58 Stimmen angenommen. Am Schluß der Sitzung erhielt eine vom Kanzler der Schatzkammer eingebrachte Bill, wodurch derselbe zur Ausgabe von Schatzkammerscheinen im Betrage von 13 Millionen Pfund Sterling für den Dienst des Jahres 1839 ermächtigt werden soll, die erste Lesung.

Das einzige Bemerkenswerthe, was in der Sitzung des Oberhauses vom 29. April vorkam, war die Anzeige Lord Broughams, daß der Antrag, den er mit Hinsicht auf die Preßfreiheit in Malta zu machen beabsichtige, dahin gehen werde, die in dieser Beziehung erlassene Verordnung aufzuheben, um sie, als für die Freigebung der Presse durchaus ungenügend, wesentlich abzuändern.

Es scheint sich ein neues Ungewitter über dem Haupte der Minister zusammenzuziehen, und zwar bei Gelegenheit einer Sache, die man anfangs gar nicht als eine Parteifrage behandeln wollte, wie Sir R. Peel selbst im Unterhause erklärte, nämlich bei der Entscheidung über die Bill, wodurch die Verfassung von Jamaica auf fünf Jahre suspendirt werden soll. Ob das von den Oppositionsblättern verbreitete Gerücht, daß die Lords Melbourne und John Russell nahe daran seien, aus dem Cabinet auszuscheiden, wirklich gegründet ist, und ob die Conservativen den wankenden Zustand, in welchem sich unter solchen Verhältnissen das Ministerium befinden würde, benutzen wollen, um einen zweiten Sturm gegen dasselbe zu versuchen, ehe es sich neu gestaltet, darüber läßt sich bis jetzt noch nichts mit Bestimmtheit sagen. Aus den Aeußerungen der ministeriellen Blätter scheint sich wenigstens so viel zu ergeben, daß man im Cabinet nicht ohne Besorgniß ist in Betreff des Resultats der Debatten über die Jamaica-Bill, und daß man namentlich fürchtet, die Radicalen möchten sich dießmal wirklich dem von den Tories beabsichtigten Angriff beigesellen, weil die letztern hier für die Sache der constitutionnellen Rechte gegen eine von den Ministern vorgeschlagene Dictatur auftreten. H^r. Hume soll schon offen erklärt haben, daß er bei dieser Gelegenheit mit den Tories stimmen werde. Die Sache sollte am Freitage den 3. Mai zur Entscheidung kommen, wo die Ueberweisung der Bill an den Ausschuß auf der Tagesordnung steht und Sir R. Peel ein direct dagegen gerichtetes Amendement vorschlagen will. Der Courier erblickt darin ein reines Parteimanöver, um so mehr, als Lord J. Russell sich keineswegs abgeneigt erklärt hatte, die Dauer von fünf Jahren, während welcher die Verfassung von Jamaica suspendirt bleiben sollte, auf die deßfallsigen Gegenvorstellungen Sir R. Peels abzukürzen. Das genannte Blatt meint übrigens, daß, wenn Sir Robert sein Amendement durchsetzte und dadurch ans Ruder käme, er am Ende selbst sich genöthigt sehen würde, mit Hinsicht auf Jamaica dasselbe zu thun, was er jetzt den Ministern zum Vorwurf mache.

Den neuesten Nachrichten aus Bombay zufolge ist der „Wellesley," 74 Kanonen, von da abgegangen, um die persische Stadt Abuschehr (am persischen Meerbusen, unter einem von dem Schah fast unabhängigen Gouverneur, in der Nähe der von den Truppen der Compagnie besetzten Insel Karak) zu beschießen und sich ihrer zu bemächtigen, da der englische Resident, Capitän Hennell, von den Behörden und den Einwohnern mißhandelt worden ist. Ebendahin sollen einige Schiffe von Aden aus abgehen, dessen Besatzung übrigens wegen der feindseligen Gesinnungen der benachbarten Stämme verstärkt werden soll. — Nach Berichten aus dem birmanischen Reiche hatte der dortige englische Gesandte, Oberst Benson, welcher Unwürdigkeiten aller Art ausgesetzt war, die Absicht ausgedrückt, das Land zu verlassen, und die Behörden hatten ihm eifrig Beförderungsmittel angeboten; er änderte jedoch seinen Entschluß wieder, aus Furcht, daß die Birmanen seine Abreise als Vorwand ergreifen möchten, um die Feindseligkeiten zu beginnen, auf welche das indische Gouvernement noch nicht gehörig gerüstet ist. Man schreibt die Ermordung des Obersten White in Oberassem, welcher zu Sodiya in einem unbewachten Bungalo von einem starken Haufen Eingeborner überfallen worden war, den Ränken der Birmanen zu.

Die verwitwete Königinn wird bis zum 8. Mai in England zurück erwartet. Die Bewohner von Kingston, Hampton und Richmond treffen Anstalten, um Ihre Majestät bei ihrer Ankunft auf ihrem Witwensitze Bushy-Park festiglich zu empfangen.

Die neulich nach der Military- and Navy-Gazette erwähnte Angabe, daß demnächst eine brittische Flotte in die Ostsee auslaufen werde, wird nun von mehreren englischen Blättern selbst für ungegründet erklärt. Hingegen gewinnt es alle Wahrscheinlichkeit, daß die Admiralität, dem im Parlament mehrfach geäußerten Wunsch nachgebend, ein starkes Geschwader (angeblich zehn Segel) an den Küsten von Großbritannien stationiren wird.

Die Chartisten lassen in ihren Bemühungen, das Volk aufzuwiegeln, noch immer nicht nach, ja, sie scheinen in den letzten Tagen an mehreren Orten wieder größern Anklang gefunden zu haben, als man nach dem häufigen Mißlingen ihrer Pläne erwartete. Besonders sollen sie in der Grafschaft Sussex die Gemüther der arbeitenden Classe sehr aufgeregt haben, und hier und da sah man das Volk sich ernstlich bewaffnen. In Bristol hielten sie am 26. April eine Versammlung bei Mondschein, wobei es sehr wild und aufrührerisch herging. Der bekannte Vincent stand hier an der Spitze der Chartisten und sprach wie ein ächter Jacobiner über Aristokratie und Thron. Sein Secretär Morgan, der einen mit Eisen beschlagenen Knüttel in der einen und eine Pike in der andern schwang, wurde von der Polizei verhaftet und am andern Morgen genöthigt, für sein ruhiges Verhalten eine Caution von 100 Pf. zu leisten und zwei Bürgen mit einer Caution von je 50 Pf. zu stellen.

Consols am 1. Mai 93¼.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die neueste, in England eingelaufene Newyorker Post, welche Journale und Briefe vom 1. bis zum 8. April überbrachte, bestätigt die erfreuliche Kunde, daß alle Besorgnisse eines Zusammenstoßes zwischen der Union und England wegen der Gränzfrage, fürs erste wenigstens, verschwunden sind. Die Newyorker Zeitungen geben die zuletzt zwischen Sir John Harvey, dem Gouverneur von Neubraunschweig, Hr. Fairfield, dem Gouverneur von Maine, und General Scott geführte Correspondenz, welche mit der wechselseitigen Zurückziehung der brittischen und amerikanischen Truppen von der Gränze endigte. General Scott, dessen gemäßigtem und klugem Benehmen es hauptsächlich zu verdanken war, daß der hitzige Gouverneur Fairfield sich endlich ruhiger und nachgiebiger finden ließ, wurde von den achtbarsten Einwohnern Newyorks als Anerkennung für seine Bemühungen mit einem öffentlichen Festmahle beehrt; ja, man hat ihn zur Gouverneurstelle im Staate Newyork als Candidaten in Vorschlag gebracht, und die Stimmenwerbung für ihn nimmt einen sehr günstigen Fortgang. Fairfield hat seine Miliz aufgelöst. Seine in der Legislatur von Maine betriebenen kriegerischen Rüstungen hatten gleichwohl diesem Staat eine Ausgabe von 5 bis 600,000 Dollars veranlaßt. Wie sehr die Generalregierung mit dieser Wendung der Dinge zufrieden ist, erhellt aus einem Artikel des officiellen Washington-Globe vom 1. April, worin es heißt: „Wir veröffentlichen General Scotts Brief an den Kriegsminister, der die Anzeige einer gütlichen Beilegung der über unsere Nordostgränze obwaltenden Differenzen enthält. Dem hochherzigen Character der Generäle Scott und Harvey, welche die Verhandlungen leiteten, den zwischen ihnen bestehenden persönlichen Freundschaftsverhältnissen, so wie auch dem eifrigen Wunsche des Gouverneurs Fairfield und seiner republikanischen Freunde, einen Zusammenstoß zwischen den beiden großen Familien des angelsächsischen Stammes zu vermeiden, ist das Land für dieses glückliche Ergebniß zu Dank verpflichtet. Die Sache ruht nun wieder in den Händen der Föderalregierung, wohin sie von Rechts wegen gehört, und dieselbe wird ihr unverweilt die ernste Aufmerksamkeit zuwenden, die ihre Wichtigkeit erheischt." In einem Schreiben des Präsidenten van Buren an das Assemblyhaus des Staates Newyork, vom 29. März, gibt derselbe die Versicherung, daß er alles mit den Interessen und der Ehre des Landes nur irgend Verträgliche thun werde, um eine freundschaftliche definitive Ausgleichung der Sache zu erwirken. — Die wichtigste Nachricht aus der amerikanischen Handelswelt ist der Rücktritt Hrn. Biddle's von der Präsidentschaft bei der Bank der vereinigten Staaten. Auf mancherlei abgeschmackte Gerüchte, die darüber in Newyork in Umlauf waren, antwortet die dortige Gazette: „Hr. Biddle geht weder nach England als Specialbevollmächtigter in der Gränzfrage, noch übernimmt er das Finanzministerium; eben so wenig kann ein Vernünftiger glauben, daß die Bank in Trümmer geht, und Hr. Biddle sie verläßt, wie die Ratten ein untersinkendes Schiff; sein Rücktritt erfolgte vielmehr einzig und allein aus Gesundheitsrücksichten. Auf die erste Nachricht davon fielen die Bankactien ein wenig, stehen aber jetzt um 1 Percent höher als vorher." Als Hrn. Biddle's Nachfolger bezeichnete man Hrn. Thomas Dunlap, einen Rechtsgelehrten von wohlbegründetem Ruf und langjähriger genauer Vertrautheit mit Finanz- und Handelsgegenständen. Hrn. Biddle wurde bei seinem Rücktritte von den Bankdirecteren eine Dankadresse für seine Amtsführung votirt.

Preußen.

Nachrichten aus Berlin zufolge ist daselbst am 5. Mai der ordentliche Professor der Rechte an der dortigen Universität, Dr. Eduard Gans, an den Folgen eines Schlagflusses mit Tod abgegangen.

Belgien.

Der Moniteur Belge enthält einen königlichen Beschluß vom 30. April, wodurch die Abdankung des Hrn.

C. de Brouckere als Director der Banque de Belgique angenommen, und Hr. Smits, Mitglied der Repräsentantenkammer, Director des Handels und der Industrie im Departement des Innern, delegirt wird, um provisorisch die Functionen eines Directors besagter Bank zu versehen. — Am 29. April überreichte eine Deputation des Handelsstandes von Antwerpen Bemerkungen über den Scheldezoll; dieselben bezwecken, wie es scheint, dringend die Capitalisirung des Betrages der Zollabgaben zu verlangen. — Der König ist am 1. Mai nach Ardenne abgereist, wo er etwa acht Tage verweilen wird.

Der Independant enthält folgenden Artikel: „Die Conferenz hat sich über unsern Vorschlag, den Scheldezoll durch eine Pauschsumme zu zahlen, nicht definitiv aussprechen wollen, und obgleich sie die Vortheile und Erleichterungen, welche diese Zahlungsweise für die beiden directen Parteien darbieten würde, anerkannte, hat sie sich doch darauf beschränkt, diesen Punct einer Unterhandlung zwischen Belgien und Holland zu überweisen. In dieser Lage steht zu vermuthen, daß die Kammer aufgefordert werden wird, eine transitorische Maaßregel zu genehmigen, um eventuell diesen Gegenstand zu ordnen. Wir wissen nicht, in welchem Geiste der ihr vorzulegende Vorschlag abgefaßt seyn wird; wir hoffen aber, daß er den Zweck haben werde, zur gänzlichen Befreiung der Schelde zu führen und die Schifffahrtsfreiheit aufrecht zu halten. Die als Congreß versammelten großen Mächte Europas haben im Jahre 1815 den Grundsatz der Freiheit der Flüsse proclamirt. Es steht Belgien zu, zu zeigen, daß es den Grundsatz nicht von seiner ausgedehntesten Anwendung trennt, indem es auf der Schifffahrt nicht einen Zoll lasten läßt, der übrigens in der Wirklichkeit nur eine Vermehrung der Auflagen ist. Hohe politische Erwägungen vereinigen sich ferner, um uns zu hindern, die Ausflucht zu sanctioniren, die man genommen hat, unsern Schuldantheil zu vermehren, und ungeachtet dessen, was der Beweggrund, dessen man sich bediente, scheinbar für sich hat, ist es dienlich, ist es wichtig für di Zukunft Belgiens, die Dinge in ihrer ganzen Wahrheit wieder herzustellen."

Die vierten Bataillons der Linienregimenter sind aufgelöst und die betreffenden Soldaten in ihre Heimath gesandt worden.

Am 23. April Abends ist ein Theil der auf dem Gebiete der Gemeinde Thörnich gelegenen Waldung, genannt Rainbourg, ein Raub der Flammen geworden. Ungefähr 10 Morgen dieser der Stadt Arlon gehörenden Waldung sind verbrannt. Man kennt die Veranlassung dieses Unglücks nicht.

Teutschland.

Die Braunschweiger Anzeigen veröffentlichen folgende Bekanntmachung zur Berufung der Stände: „Von Gottes Gnaden Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. Da Wir Unsere getreuen Stände zu einem außerordentlichen Landtage zu versammeln beschlossen haben, so verordnen Wir hierdurch: daß die Mitglieder der Ständeversammlung sich Montag den 13. Mai d. J. in unserer Residenzstadt Braunschweig einfinden, um in Gemäßheit der Geschäftsordnung das Legitimationsverfahren zu beginnen, worauf wegen der Eröffnung des Landtages das Weitere angeordnet werden wird. Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten. Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten herzogl. Geheime-Kanzlei-Siegels. — Gegeben Braunschweig, am 29. April 1839."

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben mit allerhöchstem Handschreiben vom 7. Mai d. J. den der Person Allerhöchstihres Herrn Bruders des Erzherzogs Franz Carl zur Dienstleistung zugetheilten Hofsecretär und Staatsrathsofficialen, Franz Erb, zum wirklichen Regierungsrathe allergnädigst zu ernennen, und denselben unter Beibehaltung seiner gegenwärtigen Zutheilung mit dem ihm nun verliehenen Character und den damit verbundenen Bezügen dem Status Allerhöchstihres Staatsrathes mit der Bezeichnung, als im außerordentlichen Dienste befindlich, einzuverleiben geruht, welche gleichartige Einverleibung in den staatsräthlichen Status auch schon früher mit allerhöchstem Handschreiben vom 4. Mai d. J. dem in dem Bureau des k. k. Staats- und Conferenzministers, Grafen von Kolowrat, zur Dienstleistung zugetheilten niederösterr. Regierungsrathe, Prokop Ekert, von Sr. Majestät huldreichst bewilligt worden ist.

Se. k. k. Majestät haben mittelst allerhöchstem Cabinetsschreibens vom 4. Mai d. J. dem k. k. gallizischen Appellationsrathe, Franz Ritter von Kronwald, zur Belohnung seiner vieljährigen treuen und nützlichen Dienste, das Ritterkreuz des österreichisch-kaiserlichen Leopoldordens zu verleihen allergnädigst geruht.

Am 10. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.		107⅛.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			—.
detto	detto v. J. 1821. für 100 fl. in CM.		152⅛.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		671⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM			66¼.
Bankactien pr. Stück —— in CM.			

Mißbräuche in den Pariser Spitälern.

Unter obiger Aufschrift enthält das Siècle folgenden Artikel: „Seit einigen Jahren sind in den Pariser Spitälern sehr merkwürdige Veränderungen vorgegangen. Wenn man diese Anstalten besucht, so wird man von dem schönen Anblicke der meisten Säle betroffen; gewichste Fußböden, blendend weiße Vorhänge, die äuße-

re Symmetrie und Reinlichkeit der Betten, bieten ein Ensemble dar, welches gefällt, und Vertrauen in die Pflege einflößt, welche die Kranken erhalten. Aber ist die Verbesserung etwa nur an der Außenseite geblieben? Dieß scheint unbestreitbar, wenn man den Bericht der medicinischen Commission von 1838 liest."

„Man kennt den mächtigen Einfluß einer guten Kost bei den Individuen, die der ärmeren Classe angehören! Nun denn! Diese so wichtige Bedingung ist im allgemeinen schlecht erfüllt. Das Brot ist von ziemlich guter Qualität; aber der Wein, der in dem allgemeinen Keller gährt, geht schnell in sauern Zustand über, und die Quantität desselben, 12 Centilitres, ist nicht hinreichend. Die Suppe, fast immer sehr dünn, wird mit braunem Zucker gefärbt; auch wird über die Bereitung derselben häufig geklagt. In den Gemüsen sind Insecten, oder sie sind verdorben. Dasselbe ist auch mit der Milch der Fall, einem der schlechtesten Nahrungsartikel in den Pariser Spitälern. Die Zubereitung der Speisen ist noch mangelhafter als die Quantität der Victualien, was von der schlechten Beschaffenheit der Butter herrührt. Die Nachtheile dieser Kost sind besonders fühlbar bei den Reconvalescenten, denen sie häufige Rückfälle verursacht. Der Einfluß der Nahrung wird durch nachstehende Tabelle außer Zweifel gesetzt:

In Bicetre stirbt	1	Person	auf	. . 4.15.
In der Salpetriere	1	„	„	. . 4.71.
Aux Incurables Männer) .	1	„	„	. . 6.06.
Aux Incurables (Weiber) .	1	„	„	. . 7.56.
Aux Menages	1	„	„	. . 7.68.
Zu Sainte-Perine	1	„	„	. . 9.40.
Zu Larochefoucault . . .	1	„	„	. . 9.28.

„Die Sterblichkeit ist fast doppelt so groß in Bicetre und in der Salpetriere, wo die tägliche Ausgabe pr. Kopf zwischen 80 und 92 Centimes beträgt; während sie im entgegengesetzten Verhältnisse in den fünf andern Anstalten abnimmt, wo die tägliche Ausgabe sich auf 1 Fr. bis 1 Fr. 78 Cent. beläuft."

„Aus Ersparniß ist der Verbrauch von Syrup gewaltig eingeschränkt worden, und man zuckert gewöhnlich die Tisanen mit Süßholz, was bei weitem nicht so gut ist. Aber einer der schreiendsten Mißbräuche ist, daß die armen Kranken oft Tage lang vergebens nach einem Trunke verlangen, weil der Dienst der Apotheke zu gewissen Stunden verrichtet werden muß. — Dieses Jahr, wie in den früheren Jahren, haben sich die meisten Aerzte genöthigt gesehen, auf die Blutegel, wegen ihrer schlechten Qualität, Verzicht zu leisten. Nicht minder tadelnswerth steht es mit den Bädern. Jeden Augenblick muß man dieser so nützlichen Hülfe entbehren, weil die Röhren geborsten oder verstopft sind, oder das Wasser nicht läuft."

„Der Mangel an Wäsche ist so groß geworden, daß in der Salpetriere die Hemden im Winter nur alle vierzehn Tage gewechselt werden können. Die Lage der unglücklichen Weiber in diesem Spitale wird immer schlechter. Seit fünf Jahren ist ihre einzige Winter- und Sommerkleidung nicht gewechselt worden. Im Jahre 1838 waren die Sommerstrümpfe im Monat Juli noch nicht ausgetheilt. Die amerikanischen Aerzte, die unsere Spitäler besuchten, haben erklärt, daß die Sterblichkeit in selben größer sei, als in den nordamerikanischen Spitälern. Man wird sich darüber nicht wundern, wenn man erfährt, daß in gewissen Sälen von Bicetre die Temperatur im Winter nicht über Null steigen konnte. Ein schlagender Beweis von dem nachtheiligen Einfluß der Kälte hat sich in der Salpetriere ergeben, wo in der Abtheilung von Saint-Leon, in der sich über 500, über 70 Jahre alte Weiber befinden, im Jahre 1837 118 davon gestorben sind. Im Jahre 1838, obwohl die Kälte viel heftiger war und länger anhielt, sind nur 74 gestorben, weil man die Vorsicht gebraucht hatte, die Schlafsäle zu heizen."

„Wegen der Verschönerung von Paris ist ein Theil der Gebäude des Hotel-Dieu abgerissen worden; ohne diese Maaßregel zu tadeln, müssen wir bemerken, daß die Zahl der freien Betten in den Spitälern so beschränkt ist, daß die Aerzte sich täglich in der harten Nothwendigkeit befinden, über die Hälfte der Kranken zurückzuschicken. — Noch ein Mißstand, den wir rügen müssen, ist die Beschaffenheit der Krankenwärter. Ihre Anzahl ist so unzureichend, daß die Kranken oft Stunden lang auf die ihnen verschriebenen Arzneien warten müssen; was die Bestandtheile dieses Körpers anlangt, so bietet er, einige Ausnahmen abgerechnet, nicht die mindeste Bürgschaft dar."

„Das Gebäude, das ist der Zweck, dem alles geopfert wird. Es ist dieß ohne Zweifel eine erste Verbesserung; aber der Unglückliche, der darin wohnt, hat auch noch andere Bedürfnisse, und wir haben gesehen, wie sie befriedigt werden. Der Hauptgrund aller dieser Mißbräuche liegt im Abstreich an den Mindestfordernden. Mit einer täglichen Ausgabe von 80 bis 92 Centimes per Kopf wird es immer zahlreiche Rückfälle und eine beträchtliche Sterblichkeit geben (die fast aufs Doppelte geschätzt wird), während man bei Erhöhung der Ausgabe auf 1 Fr. 50 Cent. entgegengesetzte Resultate erzielen wird; die Lage der Krankenwärter erheischt gebieterisch, daß ihr Gehalt erhöht und ihnen nach 20 bis 25 Dienstjahren eine Pension bewilligt werde. Endlich um neuen Mißbräuchen vorzubeugen und die alten auszurotten, ist es unerläßlich, daß die Spitalärzte oder ihre Substituten zweimal im Jahre vor den Verwaltungsrath der Spitäler berufen werden, um über die neuen Bedürfnisse Auskunft zu geben. Uebrigens glauben wir, daß die beste Art, einen so wichtigen Dienstzweig, der Tausende von Individuen interessirt, sicher zu stellen, darin bestehen würde, ihn der Controlle der Deputirtenkammer zu unterziehen, die zu diesem Behufe eine Specialcommission aus Männern vom Fach ernennen müßte. Heute mehr als jemals, müssen die gewissenhaften Deputirten die verschiedenen Zweige der Verwaltung unter sich theilen, sie sorgsam studieren und solchergestalt zur allgemeinen Verbesserung beitragen."

Morgen Sonntag ist Feuerwerk im Prater.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des Oesterr. Beob. ist erschienen und zu haben:

Die dritte Lieferung von Dr. Moll's Handbuch der Pharmakologie, Preis in Umschlag geheftet 1 fl. C. M.

№ 132

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 12. Mai 1839.

W 1-E. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 10. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.176	28 3. 08. 4 P.	+ 7.5	N	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.261	28 0 2	+ 10.6	NW.	—	—
	10 Uhr Abends.	27.308	28 0 9	+ 7.2	NW.	still.	heiter.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 3. Mai wurde der (in unserm gestrigen Blatte mitgetheilte) Vorschlag des Hrn. Mauguin in öffentlicher Sitzung vorgelesen und beschlossen, die weitere Entwicklung desselben am folgenden Tage anzuhören. — Unmittelbar darauf machte Hr. Cunin-Gridaine, der in Abwesenheit des Hrn. Passy als Vicepräsident den Vorsitz führte, den Vorschlag, die vorläufige Prüfung des Budgets von 1840 in den Bureaux auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Dieser Vorschlag fand lebhaften Widerspruch bei einem Theil des linken Centrums und bei der Linken. Man führte an, daß es nicht angemessen sei, eine so wichtige Arbeit, wie die Discussion des Budgets, ohne ein definitives Ministerium vorzunehmen. Hr. Etienne war besonders eifrig in Bekämpfung des obgedachten Vorschlages, der nichtsdestoweniger, nachdem ein erstes Votum durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft war, bei der zweiten Probe angenommen wurde. — Die Oppositionsjournale trösten sich damit, daß die Kammer durch dieses Votum noch keineswegs gebunden sei, vor der Bildung eines definitiven Cabinets ernsthaft über das Budget zu berathschlagen; es sei nur von einer vorläufigen Prüfung in den Bureaux die Rede; es stehe der Kammer noch immer frei, die Ernennung der Commissarien so lange zu suspendiren, bis das Ministerium gebildet ist, und selbst wenn diese Commissäre ernannt werden sollten, so könnten sie autorisirt werden, ihren Bericht nicht eher zu erstatten, als bis die Krisis ganz entschieden beendigt ist. Man sieht aus diesen Trostgründen, wie unangenehm der Opposition die ganze Sache ist.

Die Ministerialkrisis scheint keinen Fortschritt zu ihrer Entwirrung gemacht zu haben. Am 3. Abends war das Gerücht verbreitet, Hr. Duchatel wolle sich dazu verstehen, ohne Hrn. Guizot ins Cabinet zu treten. Das Siècle wünscht jetzt, wie schon früher der Messager, daß man sich an den Patriotismus des Marschalls Gerard wenden möge. Uebrigens glaubte man allgemein, daß bis zur Entscheidung der Kammer über Hrn. Mauguins Vorschlag zur Adresse an die Krone, die Ministerialfrage ruhen werde.

Der Moniteur vom 4. d. M. enthält eine königliche Ordonnanz vom vorhergehenden Tage, kraft deren die Verfügungen des Art. 1 der königlichen Ordonnanz vom 23. Juli 1838 in Bezug auf die Ausfuhr gewisser Waaren über die Pyrenäengränze und aus den in den Departements der Nieder- und der Ostpyrenäen an Spanien gränzenden Häfen, auch auf das Littorale des Gironde-Departements ausgedehnt wird.

Der Moniteur Parisien vom 4. d. M. erklärt die Angabe des Constitutionnel, daß die Regierung Nachrichten vom Wiederausbruch der Feindseligkeiten mit Abdel-Kader erhalten habe, für ungegründet. Die neuesten aus Afrika ans Kriegsministerium gelangten Berichte machen hiervon keine Erwähnung.

In Perpignan ist ein gewisser Carbière, der zur Zeit des Alibaud'schen Attentats als Angeschuldigter vor der Pairskammer erschien, neuerdings, als eines Attentats gegen die Sicherheit des Staats und der Beleidigung gegen die Person des Königs angeklagt, verhaftet worden, und soll nach Paris abgeführt werden.

Am 3. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 75. — Am 4. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 5. 3Percents 81 Fr. 65.

Spanien.

Den neuesten Nachrichten von der spanischen Gränze zufolge war Don Carlos am 26. April von Tolosa aufgebrochen, um sich dem Schauplatz der militärischen Operationen zu nähern. Er war am 27. in Bergara angekommen; man glaubte, daß er sich nach Balmaseda begeben werde.

Dem in Perpignan erscheinenden Journal des Pyrénées Orientales zufolge soll es dem Baron de Meer, nach verschiedenen Gefechten mit den Carlisten, am 18. April gelungen seyn, Solsona zu verproviantiren.

Portugal.

Ein Schreiben aus Lissabon vom 22. April (in der Allgemeinen Zeitung) gibt folgende Characteristik des neuen Ministeriums und seines Präsidenten: „Die ministerielle Krisis hat Gottlob ihre Endschaft erreicht. Wollte man damit zu Ende kommen, so mußte man von Seite des Hofs wenigstens die Beibehaltung Sa da Bandeira's aufgeben. Die exaltirten Köpfe sind endlich durch diesen Schritt fürs erste beruhigt, während man sagen kann, daß das Ministerium aus den gemäßigten Köpfen der verschiedenen Parteien zusammengesetzt ist. Nur mit der Ernennung des neuen Conseilspräsidenten, Sabrosa's (der übrigens zu den unterrichtetsten Männern in der Armee gehört, ungeachtet er in derselben keine sonderliche Sympathie findet), ist man von dieser Seite, so wie von Seite der Cartisten nicht zufrieden. Sabrosa war ein Widersacher Dom Pedro's, und er soll sich sogar öffentlich gerühmt haben, daß er Dom Pedro ins Grab gebracht. Daß er vor zehn oder zwölf Jahren einen französischen Doctor beim Ausgange aus dem Theater in das andere Leben beförderte, davon sprach die ganze Stadt. Zwar sind dieß Dinge, die in der höheren Politik gewöhnlich nicht sehr in Anschlag gebracht werden; allein die Unzufriedenen fußen darauf, sie machen es der Königinn zum Vorwurf, einen Mann so nahe neben sich zu stellen, der ihren erlauchten Vater so wenig geachtet. Was thut man aber nicht um der Ruhe des Staats wil-

len! Alle Privatgefühle müssen da schweigen. Ueberdieß hat Sabrosa auch seine Gesinnungen gegen die Königinn in den letzten Jahren dermaaßen geändert, daß man die Vergangenheit wohl in Vergessenheit begraben kann. Wie er aber mit den Portefeuilles von drei Ministern, wovon das des Kriegs ihm allein genug zu schaffen macht, fertig werden will, ist eine andere Frage. Es ist nicht anders möglich, als daß er den Secretären Alles überlasse. In der Macht der Bureaux-Schreiber aber, in ihrem Protections- und Corruptionssystem, besteht das Hauptunglück der portugiesischen Verwaltung. — Die neuen Minister erschienen gestern zum ersten Male in den Cortes auf den officiellen Bänken. Sabrosa, der Ministerpräsident, sagte, daß weder seine Lage, noch seine Gesundheit ihm die Annahme einer Ministerstelle angenehm machten, allein er habe den Umständen nachgegeben, bloß in der Absicht, dem Staate und der Königinn zu nützen. Das gegenwärtige Ministerium habe noch nicht Zeit gehabt, sein Programm abzufassen und vorzulegen, was aber in kurzem geschehen solle; er könne einstweilen versichern, daß dasselbe sich darauf beschränke, der Constitution und der Königinn treu zu dienen, die Verfassung von 1838 aufrecht zu erhalten, gerecht und unparteiisch zu handeln ꝛc."

Rußland.

Die Preußische Staatszeitung meldet aus St. Petersburg vom 27. April: „In der Absicht, eine engere Verbindung zwischen der Verwaltung der griechischen rechtgläubigen Kirche und der Erziehung der sich für den heiligen Dienst vorbereitenden Jugend zu bewirken, wird durch einen kaiserlichen Erlaß die oberste Aufsicht über das geistliche Lehrfach, welche bisher einer besondern Commission der geistlichen Schulen anvertraut war, in dem heiligen Synod, als der geistlichen Hauptbehörde des russischen Reiches, vereinigt. Demgemäß wird die Commission der geistlichen Schulen ganz eingehen und die zum Geschäftskreise derselben gehörigen Gegenstände des Lehrfaches und der Oekonomie dem Synod vom 1. April d. J. an übertragen werden. Für die Expedition dieser Gegenstände wird beim Synod eine Verwaltung des geistlichen Lehrfaches errichtet. Alle Rechte der Commission der geistlichen Schulen werden nunmehr in den Hauptgegenständen dem Synod, in den übrigen Gegenständen aber der Verwaltung des geistlichen Lehrfaches und der Oekonomieverwaltung übertragen werden. Dem Synod wird auch die Befugniß ertheilt, Geistlichen, welche durch Feuersbrünste oder andere Unglücksfälle zu Grunde gerichtet worden sind, Unterstützungen zu ertheilen. — Nach dem kürzlich erschienenen Berichte des Ministeriums des Innern gewährte der Gesundheitszustand des Reiches während des Jahres 1837 weniger befriedigende Resultate als in den vorangegangenen Jahren. Außer den klimatischen Einflüssen dürfte diese ungünstige Gestaltung wohl vorzüglich den plötzlichen Veränderungen der Atmosphäre und in einigen Gegenden dem Genusse des aus unreifem Roggen bereiteten Brotes zuzuschreiben seyn. Aus dem Berichte ergibt sich, daß die in den Gouvernements- und Kreisstädten befindlichen Hospitäler im Laufe des Jahres 1837 überhaupt 191,092 Kranke zählten, von welchen 163,651 geheilt wurden und 11,653 starben, so daß auf 16 Kranke ein Todesfall kam. Von den Mineralquellen im russischen Reiche waren die kaukasischen und die serjigewschen Schwefelquellen im Gouvernement Orenburg die besuchtesten. Die Zahl sämmtlicher diese und die übrigen Heilquellen besuchenden Personen belief sich auf 2884. Der künstlichen Mineralwässer bedienten sich in Petersburg, Moskau, Kijew und Odessa 387 Personen. — Zufolge einer höchsten Anordnung soll künftig von jedem Finnländer, der ohne den gesetzlich vorgeschriebenen Paß den russischen Kaiserstaat betritt, eine Strafe von fünf Silberrubeln, an den Orten, wo er zu Wasser eintrifft, zum Besten des Staatseinkommens erhoben werden."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 30. April stellte Lord Brougham seine Motion wegen Aufhebung der von ihm schon mehrfach angefochtenen Verordnung, welche die Preßverhältnisse in Malta zu regeln bestimmt ist, gab jedoch als eigentlichen Zweck seines Antrages an, daß er nur eine Umformung jener Verordnung wünsche. Er wies auf die Wichtigkeit Malta's für Großbritannien hin, sowohl in militärischer als commerzieller Beziehung, und äußerte sich dann sehr ausführlich über die drückenden Bestimmungen jener Verordnung, welche dem Gefühle jedes freigebornen Mannes nicht weniger als den positiven Gesetzen Großbritanniens zuwider seien. „Das englische Preßgesetz ist schlimm genug," sagte er unter Andern, „aber es ist unvergleichlich weniger streng als die Malteser Verordnung. Diese ist so streng, daß, wenn Jemand einen Brief, der Schmähungen gegen einen Andern enthält, offen auf seinem Tische liegen läßt, und dieser Brief von einem Dritten gefunden wird, der Schreiber sechsmonatlicher Gefängnißstrafe ausgesetzt ist. Alles, was nicht nur gegen die in Malta herrschende Kirche, die katholische, sondern gegen jede christliche Secte geschrieben wird, gilt als Schmähschrift, ja, wenn man weiter nichts thäte als den Eid drucken zu lassen, den jeder Pair von England in dieser seiner Eigenschaft leistet, so würde man, da derselbe eine Clausel gegen die katholische Religion enthält, für einen Pasquillanten gelten. So erweist sich das jetzige System viel schlimmer, als die Censur, welche der Preßverordnung vorherging, und es trifft in dem Puncte besonders mit jener überein, daß es die Entscheidung über Preßvergehen nicht einem Geschwornengerichte, sondern einem einzelnen Richter überträgt." Lord Glenelg, der frühere Colonialminister, übernahm die Erwiederung. Er fand den großen Nutzen der Verordnung besonders darin, daß sie die Discussionen über die Mißbräuche in der Verwaltung wieder gestattet habe, welche unter der Herrschaft der Censur gänzlich unterdrückt gewesen. Alle Debatten über jene, in großer Menge vorhanden gewesenen Mißbräuche seien daher in fremden Zeitungen geführt worden, zwar zur großen Vermehrung der Erbitterung, aber ohne allen wirklichen Nutzen. Daß man auch jetzt noch nicht ganz unbeschränkte Besprechung einführen zu können geglaubt habe, sei wahr, aber daraus folge noch nicht, daß man überhaupt nicht die Absicht habe, ein vollkommen liberales System einzuführen. Vernünftiges und gemäßigtes Raisonnement sei auch jetzt schon gestattet, insbesondere auch in religiöser Beziehung. Daß die Verordnung in Malta selbst nicht so sehr mißfalle, wie behauptet werde, gehe daraus hervor, daß noch vor wenigen Tagen eine Petition zu Gunsten der Aufrechthaltung derselben von dorther eingegangen sei. In Uebereinstimmung hiermit äußerte sich auch der jetzige Colonialminister, Lord Normanby, gab indeß zu, daß einige Details der Verordnung eine Aenderung verdienten, weßhalb diese jetzt auch dem Ministerium zur Erwägung verlägen. Darauf aber müsse er bestehen, daß die Preßfreiheit auf Malta nur in gemäßigter Gestalt auftreten dürfe, da man in Malta im Privatleben die äußerste Furcht vor den auf Persönlichkeiten begründeten Angriffen der Presse hege, gegen welche man in England so gleichgültig geworden. Nachdem der Herzog von Wellington sich der Ansicht des Ministers angeschlossen hatte, weil

man auf Malta zu militäriſchen Zwecken nothwendigerweiſe eine ſtarke, möglichſt unabhängige Verwaltung haben müſſe, und es als ſeine Anſicht ausgeſprochen hatte, daß das Verlangen nach einer vollkommen freien Preſſe in Malta nur von gewiſſen Liberalen ausgehe, welche von dort aus auf die Küſten von Spanien, Frankreich und Italien einwirken wollten, nahm Lord Brougham ſeine Motion zurück, weil die Ausſicht gegeben ſei, daß die anſtößige Verordnung revidirt werden ſolle.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 30. April antwortete Lord John Ruſſell auf eine Anfrage wegen der Chartiſtiſchen Umtriebe, es ſeien ihm allerdings Berichte zugegangen über Bewaffnung des Volkes in verſchiedenen Theilen des Landes, beſonders in der Grafſchaft Lancaſter, und er habe deßhalb bereits die nöthigen Vorkehrungen in Gemeinſchaft mit den Civil- und Militärbehörden getroffen; mehr wolle er für jetzt nicht ſagen. Auf eine Anfrage Sir Robert Peels erklärte der Miniſter dann, die canadiſche Bill am 6. Mai einbringen zu wollen.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 1. Mai wurden mehrere Petitionen zu Gunſten von Hrn. Hills (mehrfach erörtertem) Plan zur Einführung eines gleichförmigen niedern Briefporto's übergeben, und wirklich wird jetzt im Publicum verſichert, die Regierung ſei entſchloſſen, denſelben in ernſtliche Erwägung zu ziehen. Sir de Lacy Evans, der vormalige Anführer der ſpaniſchen Hülfslegion, überreichte eine Petition für die Wiederherſtellung Polens. — Nachdem einige Eiſenbahnbills um ein Stadium vorgerückt waren, ſchlug der Rechtsgelehrte Hr. Talfourd vor, das Haus möge über ſeine Bill zum Schutze des ſchriftſtelleriſchen Eigenthums (copyright) in Committee gehen, indem er zugleich von mehreren literariſchen und wiſſenſchaftlichen Notabilitäten, wie Hrn. Carlyle (dem Schutzredner der teutſchen Literatur in England, Verfaſſer der „Geſchichte der franzöſiſchen Revolution"), dem Phyſiker Dr. Brewſter, einem Erben des Dichters Coleridge und Andern einſchlägige Petitionen übergab. Hier zeigte ſich nun, welchen Gebrauch manche Parlamentsmitglieder von den Motionen auf „Vertagung des Hauſes" zu machen verſtehen. Der Mißbrauch dieſes Mittels, um eine oder die andere Bill zu verzögern oder deren Urheber zu chicaniren, wird nachgerade ſo häufig, daß ein Blatt das Privilegium ſolcher Motionen mit dem veto des alten polniſchen Reichstags vergleicht. Zumal über Hrn. Talfourds, ihrem Princip nach bekanntlich ſchon zweimal angenommener Bill, ſcheint ein eigener Unſtern zu walten. Hr. Warburton (mit Hrn. Hume einer der radicalen Gegner der Bill aus dem Wohlfeilheitsprincip) äußerte: „Als dieſe Maaßregel das letzte Mal vor dem Hauſe war, bemerkte ich dem ehrenwerthen Antragſteller, wenn er die Frage in einer Mittwochſitzung anregen ſollte, ſo würde ich mich auf das nachdrücklichſte widerſetzen. Es handelt ſich hier um eine Bill, an welcher das Publicum hohes Intereſſe nimmt, und es iſt daher kaum paſſend, dieſelbe an einem Abend aufs Tapet zu bringen, wo die Miniſter der Krone nicht anweſend ſind, und andere Mitglieder Privatgeſchäften nachgehen. Wie Sie ſehen, ſind kaum 30 Mitglieder hier anweſend. (Oh, oh!) Die Bill will nichts Geringeres, als das leſende Publicum eines langjährigen Privilegiums berauben. Damit ſie in ihren Einzelbeſtimmungen reiflich erwogen werden könne, beantrage ich daher, ihre Berathung in der Committee auf morgen auszuſetzen." Hr. Walley unterſtützt den Antrag. Sergeant Talfourd: „Der Gang, welchen dem ehrenwerthen Mitglied für Bridport einzuſchlagen beliebt hat, iſt ſo veratoriſch, als ſich nur irgend einer denken läßt. Die Bill iſt jetzt zum dritten Male vor dem Hauſe, nie hat ſie eine Niederlage erlitten, ſondern zweimal iſt ihr Princip beſtätigt worden. Für morgen ſtehen andere Bills auf der Tagesordnung, die dann natürlich den Vorgang haben würden; wann ſoll da die meinige einmal vorwärts kommen? Das ehrenwerthe Mitglied weiß ſehr wohl, daß Mittwoch der einzige Tag iſt, an welchem ein privates Mitglied, ohne die unmittelbare Unterſtützung der Regierung, irgend eine Bill fördern kann." Man ſchritt zur Abſtimmung, und 127 Stimmen entſchieden für Hrn. Talfourds Motion, 24 für das Amendement. Damit beruhigte ſich jedoch Hr. Warburton nicht, ſondern ſtellte nun den Antrag auf unbeſtimmte Vertagung, obgleich mehrere Mitglieder, die ſonſt ebenfalls dem Princip der Bill entgegen ſind, wie die HH. O'Brien und Grote und der Solicitorgeneral ſelbſt, ihm davon abriethen. Hrn. Warburtons zweites Amendement wurde mit 131 gegen 9 Stimmen verneint. Nun nahm er einen dritten Anlauf, und beantragte (ſo unbeliebt, ſagte er, auch ſein Verfahren erſcheine, aber er halte es für ſeine Pflicht, ſo zu handeln) die Vertagung bis zum nächſten Freitag. So weit waren die Debatten, als die Poſt abging. — Das Oberhaus ſaß nicht.

Am 1. Mai iſt der Herzog von Wellington 70 Jahre alt geworden. Welcher Popularität der greiſe Feldherr trotz aller politiſchen Parteianfechtungen bei der Maſſe des Volkes genießt, ſah man neulich, als ſich das unbegreifliche Gerücht von ſeinem plötzlichen Tode verbreitet hatte. Schaaren von Menſchen aus allen Claſſen ſtrömten nach Apſley-Houſe, und als gegen Mittag der Herzog friſch und geſund mit einem Freunde in ſeinem Garten ſpazieren ging, drängten ſich Hunderte an die Umzäunung, und begrüßten den Helden des Vaterlandes, ſo oft er in die Nähe kam, entblößten Hauptes mit lautem Hurrahruf, wofür der Herzog freundlich und gutmüthig dankte.

Der Globe erklärt das Gerücht, daß Hr. Anſon, Privatſecretär des Lords Melbourne, zum Nachfolger des Hrn. Shiel beſtimmt ſei, für durchaus ungegründet.

Louis Napoleon Bonaparte lebt jetzt ſehr zurückgezogen in London, und ſoll ſeine Mußeſtunden auf die Abfaſſung eines Werkes: „Idées Napoléoniennes" verwenden.

Conſols am 2. Mai 93⅛.

Preußen.

Die Frankfurter Oberpoſtamtszeitung meldet aus Trier vom 1. Mai: „Heute fand die Wahl zur Wiederbeſetzung des Trier'ſchen Biſchofſtuhls Statt. Der Oberpräſident, Hr. von Bodelſchwingh-Velmede, war am 28. April als königlicher Wahlcommiſſarius angekommen. Nach gehaltenem Hochamt begab ſich das Domcapitel in das Wahlzimmer, worauf die Stimmenſammlung erfolgte. Das Ergebniß der Wahl wurde durch den Domherrn Müller in der Weiſe von der Kanzel verkündigt, „daß „durch Stimmenmehrheit ein Biſchof gewählt „ſei, aber der Name des Gewählten noch „nicht angegeben werden könne." Ueber die Umſtände, welche die Namensverkündigung nicht zulaſſen, iſt (wie die Trierer Zeitung ſagt) nichts Näheres im Publicum bekannt."

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüſſel vom 3. Mai: „Die Repräſentantenkammer hat geſtern Sitzung gehalten. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten hat die am 19. April zu London unterzeichneten Verträge zwiſchen Belgien und den fünf Mächten, Belgien und Niederlande, Belgien und dem teutſchen Bunde (der letztere Tractat iſt ein Acceſſionstractat), mit einem kurzen

Bericht der Kammer übergeben. Die Ratificationen der verschiedenen Verträge sollen in sechs Wochen erfolgen. In dergestrigen Sitzung kamen neue Gesetzvorschläge an die Kammer. Die wichtigsten sind: ein Gesetzproject zur Bewilligung einer Summe von 4,985,000 Fr., bestimmt zur Zahlung des ersten Semesters der von Belgien übernommenen Zinslast (von jährlich fünf Millionen Gulden) und ein Gesetzproject zur Rückvergütung des Scheldezolls an alle aus Belgien ins Meer fahrende oder aus dem Meer nach Belgien kommende Schiffe — die niederländischen ausgenommen; zur Bestreitung dieser Zollrückerstattung wird die Summe von 300,000 Fr. in Anspruch genommen."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung enthält nachstehende Proclamation, die Wiederberufung der allgemeinen Ständeversammlung betreffend: „Ernst August ꝛc. Demnach Wir beschlossen haben, die unterm 2. März d. J. vertagte allgemeine Ständeversammlung des Königreichs auf den 28. d. M. wieder berufen zu lassen, so thun Wir dieß hierdurch kund, und zwar mit dem Ansinnen an sämmtliche Mitglieder beider Kammern, daß sie so zeitig in Unserer Residenz eintreffen, daß gedachten Tages die ständischen Verhandlungen beginnen können. — Wir finden Uns bewogen, Unsern gnädigsten Willen dahin auszusprechen, daß die bevorstehende Sitzung nur von kurzer Dauer seyn soll, indem Wir die zur Berathung vorzulegenden Gegenstände außer dem Antrage auf die erforderliche Steuerbewilligung und auf einen dem vorigjährigen gleichen Steuererlaß für das bevorstehende Rechnungsjahr thunlichst beschränken werden, und da Wir es für angemessen erachten, daß für den Fall, daß, wie Wir vermuthen müssen, Unsere getreue allgemeine Ständeversammlung eine Commission zur Prüfung Unserer Vorlagen vom 15. Februar d. J., die Cassentrennung und die Wiederherstellung des Schatzcollegii betreffend, niedersetzen sollte, diese während einer Vertagung in den Sommermonaten ihre Arbeit erledige. — Zugleich eröffnen Wir Unsere Willensmeinung über den hochwichtigen Gegenstand, der mit der vorbemerkten Berathung im engsten Zusammenhange steht. — Es ist Uns nämlich nicht unbekannt geblieben, daß von einem großen Theile Unserer getreuen Unterthanen die in dem königlichen Patente vom 7. December 1819 enthaltenen Bestimmungen für ausreichend nicht gehalten werden, und es ist Uns die Rathsamkeit einer weiteren Ausführung und Ergänzung der in jenem Patente enthaltenen Verfassungsgrundsätze wiederholt vorgetragen. — Unsere hierauf schon früher gerichtete Absicht wurde verkannt, und die in Unserm Erlasse vom 15. Februar d. J. enthaltenen Gründe mußten Uns zu dem Entschlusse bewegen, von ihrer Verfolgung einstweilen zurückzutreten. — Nachdem nun der Wunsch nach solcher weitern Ausführung und Ergänzung der in dem königlichen Patente vom 7. December 1819 enthaltenen Bestimmungen in neuerer Zeit von mehreren Seiten wiederholt worden ist, so kann Uns dieß freilich nur in Unserer Ueberzeugung von der Richtigkeit Unserer ursprünglichen Absicht bestärken, allein doch keineswegs die Gründe Unseres am 15. Februar d. J. ausgesprochenen Entschlusses beseitigen. — Sollte aber die allgemeine Ständeversammlung diesen Wunsch als den Unserer vielgeliebten Unterthanen aussprechen, und Anträge an Uns richten, welche Uns die Hoffnung geben, daß der ernste Wille in beiden Kammern der allgemeinen Ständeversammlung herrsche, durch besonnene ordnungsmäßige Berathung zu einer Vereinbarung in solcher Beziehung zum Heile Unseres Landes mitzuwirken, so werden Wir eine deßfallsige Erklärung gern berücksichtigen. — Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes, und bei der Uns beiwohnenden Gewißheit, wie sehr einzelne Wahlcorporationen über Unsere wahren landesväterlichen Absichten getäuscht, und zu ihren nachtheiligen Handlungen verleitet werden, soll diese Proclamation in die erste Abtheilung Unserer Gesetzsammlung aufgenommen werden. Gegeben Hannover, den 3. Mai 1839. (Gez.) Ernst August. (Gez.) G. Freiherr von Schele."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben folgendes allerhöchste Handschreiben an den Hofkriegsraths-Präsidenten Grafen Hardegg zu erlassen geruht:

„Lieber Graf Hardegg!"

„Ich ergreife die Veranlassung Ihrer funfzigjährigen Dienstfeier, um Ihnen einen erneuerten Beweis Meiner Gnade und Meiner dankbaren Anerkennung Ihrer in dieser langen und ehrenvollen Laufbahn erworbenen ausgezeichneten Verdienste zu geben. In dieser Absicht verleihe Ich Ihnen hiermit das Großkreuz Meines Leopoldordens, und verbinde damit den Wunsch, daß Sie Meinem Dienste noch lange erhalten werden mögen."

„Wien, den 10. Mai 1839.

Ferdinand m. p."

Aus Florenz ist die erfreuliche Nachricht eingetroffen, daß Ihre k. k. Hoheit die Frau Erzherzoginn Großherzoginn am 30. April Nachmittags 3 Uhr mit einem gesunden Prinzen glücklich entbunden wurde.

Die feierliche Taufhandlung fand noch an demselben Abend Statt; der großherzogl. Oberstkämmerer, Graf Gherardesca, vertrat dabei die Stelle des durchlauchtigsten Pathen, des Hrn. Erzherzogs Carl kais. Hoheit, und der neugeborne Prinz erhielt die Namen: Carl (Salvator Maria Joseph Johann Baptist Philipp Jacob Januarius Ludwig Gonzaga Rainer). So weit die Nachrichten aus Florenz lauten, befanden sich die durchlauchtigste Wöchnerinn und der junge Erzherzog den Umständen gemäß in dem erwünschtesten Zustande.

Am 11. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.		107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	——.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		670.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM			66¼.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅝, G. Uso. 2 M.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Heute Sonntag ist Feuerwerk im Prater.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Morgen Montag den 13. Mai, Nachmittags um halb 5 Uhr, findet das dritte Pferdewettrennen auf der neuen Bahn nächst dem Lusthause im Prater Statt. — Die Listen zu diesem Wettrennen sind im Comptoir des Oesterr. Beob. für 6 kr. C. M. zu haben.

№ 133

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 13. Mai 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 11. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.368	283. 18. 6p.	+ 8i.	W	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.395	28 1 10	+ 14.6	W.	still.	—
	10 Uhr Abends.	27.416	28 2 1	+ 9.2	W.	schwach.	Wolken.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 4. Mai bestieg Hr. Mauguin die Rednerbühne, um seinen Adreßantrag zu entwickeln. Es sei, sagte er, die Pflicht der Repräsentanten des Landes, den leidenden Interessen ihre Sorge zuzuwenden, da ihnen die constitutionnellen Formen eine Intervention in die Staatsangelegenheiten gestatteten. Der Redner geht in die verschiedenen ministeriellen Phasen und Combinationen seit den letzten neun Jahren ein. „Man muß bemerken," sagte Hr. Mauguin „daß inmitten aller Combinationen, welche gescheitert sind, der parlamentarische Wille nicht in die Conseils eingedrungen ist. . . . Man sagt, es gebe keine Majorität in der Kammer. Nun gut, die Adresse wird ein Mittel seyn, die Majorität festzustellen. Mögen künftighin nur zwischen dem Chef, der ein Cabinet organisiren, und den Mitgliedern dieser Kammer, welche an diesem Cabinet Theil nehmen sollen, Conferenzen Statt finden. Dann wird die Krone fernerhin weder verdächtigt, noch angeklagt werden. Ich hoffe, Sie werden die Pflicht, welche die Umstände Ihnen auferlegen, energisch zu erfüllen wissen." Hr. Girod de l'Ain, Siegelbewahrer: „Wir wünschen so sehr als irgend Jemand die Bildung eines Cabinets. Die Nothwendigkeit der Ihnen vorgeschlagenen Adresse aber ist uns noch nicht überzeugend dargethan. Diese Adresse hätte, fürchten wir, den bedauerlichen Nachtheil, die Prärogative der Krone zu beengen, wenn nicht zu fesseln, und den der Krone feindseligen Parteien einen Text zu anarchischen Declamationen zu liefern. Die Kammer würde demnach weise handeln, wenn sie den Adreßentwurf vertagte. Eine ministerielle Combination ist übrigens, wie wir zu hoffen Grund haben, ihrer Bildung sehr nahe." — Hr. de Sade sprach für die Vertagung. Hr. Mauguin bestand darauf, daß sein Antrag in Erwägung gezogen werde. Uebrigens wolle er keineswegs der von dem Hrn. Siegelbewahrer angezeigten Combination Hindernisse in den Weg legen. Hr. Girod de l'Ain antwortete, er habe nichts Positives angezeigt, sondern bloß von seiner gegründeten Hoffnung gesprochen, daß die Krise ein Ende nehme. Die Kammer schritt hierauf zur Abstimmung. Beide Centren erhoben sich für die Vertagung des Adreßantrages, welche auch angenommen wurde. Es entstand hierauf ein Streit, bis zu welchem Tag die Discussion verschoben werden solle. Das rechte Centrum und ein Theil des linken wollten die Vertagung bis Sonnabend den 11.; die Linke votirte dagegen. Der Aufschub bis zum 11. wurde verworfen, und dagegen eine kürzere Frist bis Mittwoch den 8. angenommen. Hr. Thiers hatte mit für die längere Vertagung gestimmt.

Bei der am 4. Mai Statt gefundenen Ernennung der Bureaux (durch neue Wahl der Präsidenten und Secretäre) sind von der ehemaligen ministeriellen Partei (den 221, an welche sich die Doctrinairs anschlossen) fünf Präsidenten (die HH. Marquis de Dalmatie, Merlin, Nogaret, Cunin-Gridaine und Duchatel) und vier Secretäre (die HH. Chasseloup-Laubat, Lasnyer, Raguet-Lepine und Galloz) gewählt worden; die Opposition hat vier Präsidenten (die HH. Calmon, Dufaure, Thiers und Sapey) und fünf Secretäre (die HH. Berryer, Mottet, Billault, Ducos und de Corcelles) erhalten. Die Oppositionsjournale klagen, daß sich die Deputirten des linken Centrums und der Linken nicht zahlreich genug in den Bureaux eingefunden haben.

Mehrere Bureaux haben ihre Commissarien zur Prüfung des Budgets ernannt; im vierten ist sogar die Discussion darüber eröffnet worden und hatte die Verfügungen in Bezug auf die Gehaltserhöhung für die Friedensrichter und Staatsräthe zum Gegenstande.

Der Constitutionnel vom 5. d. M. enthält unter der Aufschrift: „Ministerialkrisis" folgenden Artikel: „Wenn, wie der Herr Siegelbewahrer (in der Deputirtenkammer) gesagt hat, Unterhandlungen über eine nahe bevorstehende Zusammensetzung eines neuen Ministeriums Statt finden, so müssen sie sehr geheim betrieben werden. Man versichert uns, daß keinem Mitglied des linken Centrums weder unmittelbar noch mittelbar ein Vorschlag gemacht worden sei. Es scheint bloß, daß man, nach der so bestimmten, so ehrenvollen Weigerung des Hrn. Dufaure, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Hrn. Passy angeboten habe, der selbes nicht angenommen haben soll und allen unterirdischen Combinationen, die man mühsam versucht, fremd bleiben will. — Die HH. Guizot und Duchatel sind die einzigen, die heute in Verbindung mit dem Marschall Soult stehen; diese beiden ehrenwerthen Deputirten haben häufig Besprechungen mit dem Comité der 221, welches sicherlich nicht jenen ganzen Theil der Kammer repräsentirt, und sich leicht verrechnen dürfte, wenn es im Namen Aller stipulirt. — Die Doctrinairs fordern ganz entschieden das Ministerium des Innern; sie würden sich herbeilassen, die nicht politischen Ministerien dem linken Centrum zu überlassen, wenn es ihnen gelingt, Leute in seiner Mitte zu finden, die sich zu einer subalternen Rolle resigniren. Hr. Guizot will sich mit dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts beanügen, wenn Hr. Duchatel zu dem Posten, den Hr. von Montalivet bekleidete (das Ministerium des Innern), erhoben wird. — Man sucht noch immer nach einem Minister der auswärtigen Angelegenheiten; man spricht von Hrn. Bresson, von Hrn. de Saint-Aulaire, von Hrn. de Barante. Was das Portefeuille der Finanzen anlangt, so verzweifelt man nicht daran, den Widerstand des Hrn. Humann zu besiegen; er ist nicht, wie man behauptet hatte, nach dem Elsaß abgereist, son-

dern befindet sich in Melun bei seinem Schwager, Hrn. de Germiny, Präfecten der Seine und Marne, und täglich werden ihm von dem Marschall Soult Staffetten geschickt. — Das provisorische Ministerium glaubt nicht, was auch der Herr Siegelbewahrer (Girod de l'Ain) gesagt haben mag, an sein nahe bevorstehendes Ende; denn in der Mittwochssitzung, bis wohin die Prüfung des Vorschlages des Hrn. Mauguin verschoben worden ist, will Hrn. Gasparin, der interimistisch das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten führt, einen Gesetzentwurf vorschlagen, kraft dessen auf Staatskosten eine Eisenbahn von Paris nach Belgien angelegt werden soll."

Eine Anzahl Pairs, die sich die parlamentarische Partei nennt, hat bei Hrn. von Schonen einen Verein gebildet, um in den gegenwärtigen kritischen Verhältnissen ein gemeinsames Verfahren einzuschlagen. Zum Präsidenten wurde der Duc de Bassano, und zum Secretär Graf Montlembert ernannt.

Hr. Fonfrède, der bekannte Publicist in Bordeaux, hat aus Anlaß des königlichen Namensfestes einen Glückwunsch an Ludwig Philipp erlassen, den die Gazette de France als einen Beweis von den Fortschritten mittheilt, welche die Ideen unter der Herrschaft der Ereignisse von 1830 bereits gemacht haben. Im Jahre 1830," sagt Hr. Fonfrède unter Anderm, „hat Frankreich unüberlegterweise eine gerechte, aber unbesonnene Revolution unternommen, eine plötzliche Revolution, welche eine unfähige Regierung zerstörte, ohne einen Ersatz vorzubereiten. Die Vorsehung erbarmte sich unserer Fehler, und schenkte uns einen König, um die Nation vor sich selbst zu retten; allein die Mittelclasse hielt sich für die Königinn, weil sie eine Krone zertrümmert hatte; der neue Thron schien ihr ein Eingriff in ihre Rechte; anstatt ihn dankbar und unterwürfig anzunehmen, bildete sie sich ein, sie selbst habe das neue Königthum geschaffen; alsdann streckte sie die Arme nach der neuen Anarchie aus, in der wir sie versinken sehen, um von ihr die Mittel zu erlangen, die Regierung zu regieren. Diese sophistische Täuschung des revolutionnären Hochmuths hat ihre Früchte getragen. Labt euch an ihnen nach Herzenslust, sie sind bitter, aber sie sind so, wie ihr sie gemacht habt, ihr dünkelvollen Raisonneurs, ihr großen parlamentarischen Genies, die ihr Alles kennt, ausgenommen die Natur des Menschen und seine ewigen Gesetze; ihr verkehrten Gesetzgeber, die ihr eine Regierung bilden wollt, indem ihr ihr die Vorurtheile zur Grundlage gebet, durch welche alle Regierungen seit Erschaffung der Welt zerstört worden sind. Als ihr den Aufstand nicht mehr fürchtetet, nahmt ihr von der Krone keine Notiz mehr. Als der König von den Mördern befreit war, begannt ihr, das Königthum zu morden. Ihr habt es erstickt, getödtet, vernichtet. Es bleibt euch nur noch ein gekrönter Gefangener, auf einem Schmerzensthron sitzend, in einem vergoldeten Gefängniß, dessen Schlüssel die Demokratie besitzt. Und jetzt, wo ihr die Regierung des Königs zerstört habt, ihr Schwätzer ohne Moral und Würde, jetzt werdet ihr im leeren Raum hin- und hergeschleudert, gleich einem mit Wind angefüllten Ballon, den die parlamentarischen Spieler einander ins Gesicht werfen, zu Ehren der Repräsentativregierung! Großer Schmerz für die Manen eurer Väter; große Schande für das Herz eurer Kinder! Eure Namen werden mit ihrem doppelten Fluch beladen auf die Nachwelt gelangen!"

Am 4. Mai 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 50. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 95.

Spanien.

Der Moniteur vom 5. Mai enthält folgende telegraphische Depesche aus Bayonne vom vorhergehenden Tage, halb 4 Uhr Nachmittags: „In ihren Bulletins vom 27. meldet Espartero und Maroto gestehet die Einnahme von la Peña del Moro. In den Bulletins vom 30. behauptet letzterer, einige feindliche Positionen erstürmt haben; Espartero gesteht es, fügt aber hinzu, sie seien von der königlichen Garde wieder erobert worden. — Die Briefe vom 2. aus Santander melden, daß die Carlisten das Fort von Ramales verlassen, und sich bei Guardamino concentrirt haben. — Am 1. hat sich Diego Leon des Ortes Belascoain (in Navarra) bemeistert, wo er fünf Kanonen gefunden hat."

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Madrid vom 27. April: „Der Feind, welcher die Provinzen Guadalarara und Cuenca verheert hat, muß sich bereits in Entfernung befinden; denn der General Quiroga ist endlich mit einem Bataillon Soldaten und zwei Compagnien Nationalmiliz von hier zu seiner Verfolgung ausgerückt. Da aber die Factiosen ihre Richtung nach Osten nahmen, um ihren Raub nach Niederarragonien in Sicherheit zu bringen, so richtete Quiroga seinen Marsch nach Süden, und befindet sich gegenwärtig mit seiner Mannschaft in Aranjuez, so daß die Familien der aufgebrochenen Patrioten auf deren glückliche und baldige Heimkehr rechnen, und sich im voraus über das Ehrenzeichen freuen, das nach glorreich zurückgelegtem Feldzuge unstreitig an der Brust dieser Tapfern prangen wird. Ein anderes militärisches Schauspiel wird uns morgen zu Theil werden. Es sind nämlich in der Umgegend von Madrid 36 Schwadronen Cavallerie neu ausgerüstet worden; diese 3600 Mann werden morgen Nachmittag in die Stadt rücken, sich in der ganzen Ausdehnung des Prado's aufstellen, von Ihrer Majestät der Königinn dort gemustert werden, und dann durch die Hauptstraßen der Stadt ziehen. Dieses Schauspiel gewährt man den hiesigen Einwohnern vermuthlich in der Absicht, sie durch den Anblick der ihnen durch die letzte Requisition genommenen Pferde zu erfreuen, und ihnen zugleich einen Beweis von der Umsicht der Regierung zu geben, welche diese bedeutende Mannschaft ruhig in ihren Cantonnirungen verweilen ließ, während die Horden der beutegierigen Factiosen in ihrer Nähe vorüberzogen. — Die Brigade Ayerbe ist von Molina wieder nach Daroca zurückgegangen, und Parra, der mit seinen Truppen am 23. wieder in Calatayud ankam, sollte bis ganz in die Nähe von Saragossa zurückgehen. Van Halen befindet sich seit dem 21. in Murviedro. Am 19. wurden zwischen Artosa und Onda (Provinz Castellon de la Plana) 12 gefangene Offiziere, 1 Caplan, 2 Cadeten und 1301 Soldaten von der Armee des Centrums, gegen eine gleiche Anzahl Carlisten ausgewechselt. Erstere waren in einem so erschöpften Zustande, daß gegen hundert gleich nach erfolgter Auswechslung eine Beute des Todes wurden. — Den letzten Nachrichten zufolge wollte Graf Luchana am 22. mit seinem Hauptquartier von Villarcayo aufbrechen, um die Operationen zu beschleunigen. Er hat für gut befunden, folgende Erklärung in die öffentlichen Blätter einrücken zu lassen: „Wenn das Glück mich nicht verläßt, „und ich glaube es wird mich nicht verlassen, so wird man „binnen kurzem sehen, was an den Protocollen, den „Transactionen und dem Geschwätz ist. Ich habe die Constitution von 1837, Isabellen II. als Königinn, und die „Regentschaft ihrer Mutter beschworen, und eher werde „ich umkommen, als meineidig werden. Mit Don Carlos eine Ausgleichung eingehen, nie!" Unterdessen ha-

den die Minister sich noch immer nicht über die Cortesfrage vereinigen können. Hr. Perez de Castro widersetzt sich der Auflösung der Kammern, und stützt sich dabei auf den Willen der Königinn-Regentinn. Der Finanzminister dagegen verschmäht kein Mittel, um bei seinen Collegen sowohl als bei der Königinn die Auflösung der Cortes, die ihm sein Portefeuille noch auf einige Zeit sichern kann, durchzusetzen. Da er sich seines persönlichen Einflusses auf die Regentinn bewußt ist, und denselben auf eine geschickte Weise zu behaupten versteht, so stellt er Ihrer Majestät die Einberufung neuer Cortes als die dringendste Nothwendigkeit, und als das von der ganzen Nation gefühlte Bedürfniß dar. Um diesem Vorgeben größeres Gewicht zu geben, veranlaßt er unter der Hand die Provinzialdeputationen und andere aus Exaltirten zusammengesetzte Volksbehörden, Petitionen an die Königinn, zu richten, in denen ihr dringend die Nothwendigkeit, neue Cortes einzuberufen, ans Herz gelegt wird. Die Provinzialdeputation von Madrid hat bereits eine solche aufgesetzt, und wird heute durch Uebergabe derselben Ihre Majestät die Königinn-Regentinn, als an ihrem Geburtstage, auf eine doppelt zarte Weise überraschen."

Großbritannien und Irland.

Im weitern Verlaufe der Sitzung des Unterhauses vom 1. Mai übertrieb Hr. Warburton seine Opposition gegen Sergeant Talfourds Vorschlag, über dessen Copyrightbill in Committee zu gehen, bis ins Komische. Nicht weniger als einundzwanzigmal erneuerte er, auch nachdem die Berathung in der Committee längst begonnen hatte, seinen Antrag auf Vertagung, bis endlich selbst einigen seiner Freunde der Faden der Geduld riß. Sein Amendement wurde jedesmal mit starken Mehrheiten — von 56 bis zu 127 Stimmen — verworfen. Oberst Sibthorp bemerkte, die wahre Ursache, warum das ehrenwerthe Mitglied für Bridport und einige seiner ultraliberalen Freunde so auf Vertagung drängen, möge wohl seyn, weil auf heute Abend ein großer Festschmaus, verbunden mit Ueberreichung eines Silbergefäßes, für einen ihrer Meinungsverwandten (Hrn. Hume) anstehe, und die Herren fürchteten, Suppe und Fisch möchte ihnen kalt werden. Lord Dungannon bezeichnete die für die Vertagung vorgebrachten Gründe als „verächtlich." Als nun die Berathung wirklich begonnen hatte, und die beiden einleitenden Clauseln der Bill angenommen waren, suchte Hr. Warburton sich auf andere Weise unartig zu bezeigen, denn Hr. W. Patten fand sich veranlaßt zu bemerken: „Ich remonstrire dawider, daß das ehrenwerthe Mitglied sein Diner hier im Hause verzehrt." (Gelächter. Hr. Warburton hatte, vermuthlich um Hrn. Sibthorps Bemerkung durch den Augenschein zu widerlegen, eben angefangen, aus seiner Tasche zu speisen.) Nun schlug Hr. Talfourd vor, die in seinem Gesetzentwurf leer gelassene Stelle in dem Paragraphen über die Dauer des literarischen Eigenthumsrechts für den Schriftsteller mit „sechzig Jahren" auszufüllen. Der Solicitorgeneral opponirte. Erstreckung dieses Rechtes auf die Lebensdauer eines Autors und etwa noch drei Jahre darüber, meinte er, wäre hinreichend. Hr. Talfourd entgegnete, das würde in manchen Fällen weniger seyn, als das bestehende Gesetz gewähre, das ein 28jähriges Copyright zugestehe. Hr. W. Attwood glaubte mit Hrn. Talfourd, daß selbst 60 Jahre eine sehr kurze Zeit sei, und möchte das Recht, mit Bezug auf eine Aeußerung von Dr. Johnson, auf 100 Jahre oder auf die Lebensdauer des Autors und seiner Frau und Kinder ausgedehnt wissen. Der Kanzler der Schatzkammer, Hr. Spring-Rice, schlägt vor, statt der 60 Jahre 31 zu setzen. Die allzu lange Dauer möchte das Publicum wider die Bill einnehmen; indeß sei er den 60 Jahren nicht so entgegen, daß er um dieses Punctes willen die ganze Bill gefährden möchte. Hrn. Talfourds Vorschlag wurde gegen dieses Amendement mit 45 gegen 27 Stimmen angenommen. Hr. Warburton machte, nachdem er mittlerweile wieder einige Niederlagen erlitten hatte, die Bemerkung, das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied für Reading (Talfourd) behandle das Publicum, als ob es gar nicht in der Welt wäre, indem er es so mir nichts dir nichts seiner wohlbegründeten Rechte berauben wolle. Hr. Godson entgegnete, „Publicum" und „wohlbegründete Rechte" seien recht hübsche Worte, nur begreife er nicht, wie der sehr achtbare Gentleman, genannt Publicum, ein wohlbegründetes Recht auf anderer Leute Eigenthum haben könne. Dem Schriftsteller und seinen nächsten Angehörigen gebühre eine Belohnung für die Werke seines Geistes und seines Fleißes, nicht aber dem lesenden Publicum, das aus diesen Werken Belehrung und Genuß schöpfe. Hr. Strutt meinte, dieser Grundsatz führe auf das Absurde, denn hiernach könne man auch sagen, dem Publicum gebühre kein Antheil an den Vortheilen der Dampfmaschine oder anderer großen Erfindungen. Hr. Spring-Rice findet diese Analogie unpassend, und meint, der Schriftsteller sei vielmehr mit dem Inhaber eines Erfindungspatents zu vergleichen. Mehrere Clauseln, über die eine längere Discussion zu erwarten steht, wurden dann ausgesetzt, und das Haus vertagte sich eine halbe Stunde nach Mitternacht.

Das Festmahl, welches am 1. Mai Abends in der Kron- und Ankertaverne Hrn. Hume als Anerkennung für seine politischen Bestrebungen von ungefähr 300 Reformfreunden gegeben wurde, und bei welchem Sir Edw. Codrington den Vorsitz führte, war sehr glänzend. Zugleich ward ihm ein schönes silbernes Theeservice mit einer ehrenden Inschrift überreicht. Man bemerkt überhaupt, daß Hrn. Hume's Popularität in London und Middlesex wieder im Steigen ist, so daß er bei der nächsten allgemeinen Parlamentswahl seinen frühern Sitz für die Metropolitangrafschaft wohl wieder gewinnen dürfte. Der Hauptredner des Abends war Hr. O'Connell, dessen Reden außer dem Parlament, wie man bemerken will, in neuerer Zeit viel besser sind als seine parlamentarischen. Er webte, womit ein Theil der Gesellschaft nicht sehr zufrieden schien, mancherlei Sarkasmen gegen Lord Brougham ein, von dem er unter Anderm sagte, der gelehrte Mann sei ein Kartenblatt, das verdient habe, von dem seligen Lord de Roos ausgespielt zu werden.

Der Globe schreibt: „Mit großem Vergnügen zeigen wir folgende acht Pairscreirungen an, die alsbald erfolgen werden: Lord Talbot de Malahide tritt ins Oberhaus als Baron Furnival Malahide; Sir John Stanley als Baron Stanley von Alderley; der sehr ehrenwerthe Henry Villiers Stuart als Baron Stuart von Decies; der sehr ehrenwerthe Charles F. Brownlow als Baron Largan; Chandos Leigh Esq. als Baron Leigh von Stoneleigh; Paul Bielby Thomson Esq. als Baron Wenlock; Nicholas Ridley Colborne Esq. als Baron Colborne von Harling; Arthur French Esq. als Baron de Fregne. Als die Regierung sich entschloß, vom Hause der Gemeinen ein Vertrauensvotum über ihre irische Politik zu verlangen, beschloß sie zugleich, auf den Fall des Durchgehens dieses Votums, die Freunde einer liberalen Verwaltung, namentlich der jetzigen irischen Verwaltung, durch eine Zugabe zur Pairie zu verstärken." (Es ist zu bemerken, daß diese neuen Pairs, sämmtlich Sprößlinge angesehener

Whigfamilien, nicht aus dem Unterhause genommen sind, in welchem man, scheint es, jetzt während der Session die Störung vermeiden wollte, welche so viele Erledigungen und die dadurch nöthig werdenden Wahlen herbeiführen würden, bei denen übrigens die Regierung auch Gefahr gelaufen wäre, durch Ernennung von Conservativen Stimmen zu verlieren.) Der Sun hofft, die Regierung werde bei dieser Zahl nicht stehen bleiben.

Eine telegraphischen Nachricht in der Preußische Staatszeitung meldet, daß Se. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland am 3. Morgens im erwünschten Wohlseyn in London eingetroffen ist.

In diesem Augenblick nimmt die Frage über die Angelegenheit der Insel Jamaica und über die neue Krisis, in welche das Ministerium durch dieselbe gerathen ist, vor allem Andern die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch, und die Blätter der beiden Hauptparteien vertheidigen das Verfahren ihrer Führer, Lord John Russell's und Sir Robert Peel's. Die Morning-Post sagt, der Unterschied zwischen Beiden sei in diesem Falle der, daß Sir R. Peel die Autorität des Reichsparlaments geltend machen, aber unter den gegenwärtigen Umständen darüber nicht hinausgehen wolle, während der Minister sogleich eine Strafe über das Versammlungshaus von Jamaica zu verhängen beabsichtige, wie der Schwache überhaupt stets geneigt sei, entweder gar nichts oder zu viel zu thun. Sir R. Peel wolle jener Versammlung Zeit lassen, sich eines Andern zu besinnen, Lord J. Russell aber sie auf der Stelle mit fünfjähriger Unterdrückung bestrafen. Die Times vertheidigt geradezu das Benehmen des Versammlungshauses von Jamaica und gibt die ganze Collision dem übereilten und rücksichtslosen Verfahren des Ministeriums schuld, welches anfangs die Gefängnißangelegenheit erst im Jahre 1840 der Colonialversammlung habe zur Erwägung vorlegen wollen und dann, nachdem die völlige Emancipation früher bewerkstelligt worden, plötzlich die Sache ohne weitere Rücksprache mit der Legislatur von Jamaica im drittischen Parlamente abgemacht und dem Versammlungshause als erledigt zur Zustimmung übersandt habe. Die Morning-Chronicle dagegen weist auf das frühere Benehmen jener Legislatur hin, das höchst hart und unbarmherzig gegen die Neger gewesen sei, und von dem man sich daher auch für die Zukunft nichts Besseres versprechen könne, weßhalb die von Sir R. Peel verlangte Frist ganz vergeblich seyn würde. Der Courier indeß, obgleich dem Ministerium ergeben, will doch der fünfjährigen Suspension einer Verfassung nicht das Wort reden und findet an Sir R. Peels Verfahren nur das gehässig, daß er sich seine Einwendungen nicht für den Ausschuß des Hauses vorbehalten habe, um in diesem eine Modificirung einzelner Puncte der ministeriellen Bill vorzuschlagen, statt die Sache zu einer Principienfrage zu machen und vor Ueberweisung der Bill an den Ausschuß auf Abstimmung darüber zu dringen.

Es heißt, die Königinn werde im nächsten Herbste Schottland besuchen; das Gerücht, daß Ihre Majestät einen Besuch bei ihrem Oheim, dem Könige der Belgier, beabsichtigt habe, wird von den ministeriellen Blättern für ganz ungegründet erklärt.

Ein Morgenblatt machte den Vorschlag, daß die Frauen Englands sich vereinigen sollten, um der jungen und edlen Dame, der so großes, allgemein gemißbilligtes Unrecht widerfahren sei, einen Beweis ihrer Achtung zu geben. Die Times bemerkt hierzu: „Wir hoffen nicht, daß ein solcher Versuch gemacht werden wird. Man lasse wo möglich diese Angelegenheit in Vergessenheit versinken. Wir glauben gewiß, daß die Familie einer jeden Maaßregel, nach Art der vorgeschlagenen, ihre Zustimmung verweigern wird. Wenn Jemand schwer verläumdet wird, so bleibt, was später auch gesagt und gethan werden mag, doch immer etwas davon hängen; hier ist es gerade umgekehrt. Der Ruf der Lady Flora Hastings ist so rein und unbefleckt, wie früher. Was kann man mehr wünschen? Wir müssen in Bezug auf den Hof unserer jungen Königinn abermals empfehlen, daß nichts geschehen möge, wodurch schmerzliche Erinnerungen erweckt weden könnten." In Bezug auf dieselbe Sache liest man im Halifax-Guardian: „Es freut uns, nach glaubwürdiger Autorität melden zu können, daß die gegen Lady Flora Hastings erhobene falsche Beschuldigung nicht von einer der ausgezeichneten Damen am Hofe ausging; daß ferner zu der Zeit, als Lady Portman an den Hof kam, der ganze Hof, mit Einschluß Ihrer Majestät, mit der Meinung des Dr. Clarke über Lady Flora's Zustand bekannt waren, und daß die von der öffentlichen Presse mitgetheilte Angabe, Lady Portman habe der Königinn zuerst die Meinung des Doctors mitgetheilt, gänzlich ungegründet ist."

Die Times gibt einen Auszug aus einer dem Parlamente vorgelegten Uebersicht des Zuwachses der Staatsschuld in den letzten 10 Jahren und meint, schon das müsse überraschen, daß eine Zunahme der Schuld in einer Zeit des tiefsten Friedens überhaupt möglich gewesen. Aus der Uebersicht geht nun hervor, daß die Zunahme 37 Millionen Pf. St. in 3percentigen Fonds beträgt und jährlich gegen 1,100.000 Pf. Zinsen erfordert. Diese Schuld ist aus der Fundirung von 3 Millionen Schatzkammerscheinen im Jahre 1829, aus der Rückzahlung eines Viertels des Bankcapitals im Jahre 1834, aus der Anleihe von 20 Millionen zur Entschädigung der westindischen Sclaveneigenthümer in den Jahren 1835 und 1836 und aus der Creirung von Staatspapieren zur Deckung der den Sparcassen schuldigen Summen in den Jahren 1836 bis 1838 entstanden. Der ganze Zuwachs ist auf den consolidirten Fond angewiesen.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 13. April d. J. die bei der Wiener k. k. Polizei-Oberdirection in Erledigung gekommene Adjunctenstelle dem hiesigen k. k. Polizei-Obercommissär, Georg Spreitzenhofer, und den durch die Beförderung des letztern hier vacant gewordenen Polizei-Obercommissärsposten dem hiesigen k. k. Polizei-Untercommissär, Eduard Dopfer, allergnädigst zu verleihen geruht.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe. Dorotheergasse Nr. 1108.

Heute Montag den 13. Mai, um halb 5 Uhr Nachmittags, findet das dritte Pferdewettrennen auf der neuen Bahn nächst dem Lusthause im Prater Statt.

Die Listen zu diesem Rennen sind im Comptoir des Oesterr. Beob. für 6 kr. C. M. zu bekommen.

W 1-K. ZEITUNG 1839

№ 134

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 14. Mai 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 12. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciet. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.412	28 3. 2 L. 0 P.	+ 10.3	W.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.358	28 1 4	+ 15.8	O.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.371	28 1 7	+ 11.9	O.	still.	heiter.

Spanien.

Ueber die letzten Kriegsvorfälle bei Ramales (in der Provinz Santander) und bei Belascoain (in Navarra) enthält die Gazette de France folgende Mittheilungen aus dem königlichen Hauptquartier zu Durango vom 27. April und aus Bayonne vom 3. Mai: „Hauptquartier Durango, 27. April 1839. Vorgestern hat Espartero unsere Linie von Ramales mit allen seinen vereinigten Streitkräften, zusammen 27,000 Mann, 800 Pferden und 14 Kanonen, angegriffen; 22 Stück Belagerungsgeschütz hatte er noch hinter sich gelassen. La Peña del Moro, wo sich zwei cantabrische und zwei biscayische Bataillons, unter Commando des Generals Castor Andechaga, befanden, wurde endlich von den Christinos besetzt. Den Befehlen des Generals Maroto zufolge haben die vier Carlistischen Bataillons diese Stellung aufs hartnäckigste vertheidigt, und dem Feinde beträchtlichen Verlust zugefügt, den man auf 800 Mann an Todten und Verwundeten und 30 Gefangenen schätzt. Unsere Truppen haben 18 Todte und 78 Verwundete verloren. — Der König wird sein Hauptquartier vorwärts gegen Ramales verlegen." — „Bayonne, 3. Mai. Ein am 30. April aus Santona zu San Sebastian eingelaufenes Dampfboot bringt die Nachricht von dem Angriff der Carlistischen Linie von Ramales am 27. durch Espartero's sämmtliche Streitkräfte. Der Kampf, um sich in den Besitz von la Peña del Moro, das von einer Carlistischen Brigade besetzt war, zu setzen, war sehr hitzig. — Der Verlust der Christinos beläuft sich, den in Santona bekannt gemachten Nachrichten zufolge, auf 500 Mann an Todten und Verwundeten. Der (Christinische) General Castañeda ist verwundet worden. — Man spricht auch von einem Gefechte bei Dicastillo, in Navarra, am 27. April; General Elio soll einen glänzenden Sieg über die Christinos erfochten haben. Wir erwarten die Details." — „Anderes Schreiben aus Bayonne vom obigen Tage. Wir erfahren, daß am 27. die Christinos, unter Don Diego Leons Commando, 14 Bataillons und 800 Pferde stark, mit zahlreichem Geschütz eine Bewegung gegen Belascoain unternommen haben. Von dem General Elio mit Ungestüm angegriffen, wurden sie aufs Haupt geschlagen und zum Rückzug genöthigt. Es gelang ihnen nicht einmal, obschon in den Carlisten an Zahl viermal überlegen waren, sich des Brückenkopfs zu bemächtigen; 80 ihrer Pferde sind im Flusse (der Arga) ertrunken. — Am nämlichen Tage griff Martin Varea (el Zurbano), um eine Diversion zu Gunsten Diego Leons zu machen, an der Spitze von 2000 Mann Dicastillo an. Das zweite navarresische, von 150 Lanciers unterstützt, warf sich mit Ungestüm mit gefälltem Bayonnet auf die Christinos, die den Angriff nicht aushalten konnten, und mit Verlust von 300 Todten in die Flucht geschlagen wurden. (Der gestern mitgetheilten telegraphischen Depesche aus Bayonne vom 4. zufolge scheint Diego Leon seinen Angriff am 1. Mai erneuert und sich Belascoain's bemächtigt zu haben.)

Großbritannien und Irland.

Am 3. Mai wurde beiden Parlamentshäusern — dem Oberhause durch Lord Melbourne, dem Unterhause durch Lord John Russell — eine königliche Botschaft in Bezug auf Canada folgenden Inhalts überbracht: „Ihre Majestät hält es für angemessen, das Haus in „Kenntniß zu setzen, daß es Ihrer Majestät scheine, die „künftige Wohlfahrt der Unterthanen Ihrer Majestät in „Ober- und Niedercanada dürfte durch die Vereinigung der besagten Provinzen in Eine „Provinz in Bezug auf Gesetzgebung zu einer „von dem Parlament festzusetzenden Periode befördert „werden. Ihre Majestät empfiehlt daher dem Hause „diejenigen Maaßregeln, welche ihm zu diesem Ende werden vorgeschlagen werden, in Erwägung zu ziehen. Ihre Majestät ist überzeugt, daß das Haus die gebührende Rücksicht für den Frieden und die Sicherheit jener „wichtigen Provinzen mit solchen Anordnungen vereinbaren wird, welche der Wohlfahrt Englands und der „dauerhaften Freiheit und Prosperität Ihres amerikanischen Volkes förderlich seyn werden." — Im Oberhause wurde auf Lord Melbourne's Vorschlag beschlossen, obige Botschaft nächsten Montag (6. Mai) in Erwägung zu ziehen. Im Unterhause wurde kein Termin darüber anberaumt. — Nachdem hierauf von mehreren Mitgliedern Petitionen für und wider die von der Regierung vorgeschlagene Bill, kraft deren die Ver-

faſſung von Jamaica fünf Jahre lang ſuspendirt werden ſoll, überreicht worden waren, verwandelte ſich das Haus in einen Ausſchuß, in welchem die Debatte über gedachte Bill eröffnet wurde. Sir Robert Peel erklärte ſich aufs Entſchiedendſte gegen die Bill, eben ſo Hr. Hume und einige andere Mitglieder des Hauſes; der Regierungsvorſchlag wurde von Hrn. Labouchere, Sir G. Grey, Hr. C. Buller und andern Mitgliedern vertheidigt. Auf Hrn. Maclean's Vorſchlag wurde die Vertagung der Debatte auf Montag den 6. Mai beſchloſſen.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 2. Mai brachte Lord Brougham das Benehmen der Portugieſen hinſichtlich des Sclavenhandels in Anregung. Er führte einige empörende Fälle an. „Antonio de Melho, Gouverneur von Mozambique, fuhr auf einem Sclavenſchiffe vom Hafen von Liſſabon aus nach ſeinem Beſtimmungsort ab! Als derſelbe abgeſetzt war, führte dieſes Schiff, anſtatt nach Liſſabon zurückzukehren, 600 Neger nach Cuba und Rio de Janeiro, und zwar auf Rechnung und und zum Vortheile desſelben ſaubern Gouverneurs. Für eine ſolche Schändlichkeit wurde dieſer nie beſtraft. Von jedem Sclavenſchiff wird eine Abgabe von ſieben Dollars auf den Kopf erhoben; dieß nennt die portugieſiſche Regierung Verhinderung des Sclavenhandels, während ſie ihn in der That als eine Einkommensquelle benützt! Vor etwa einem halben Jahre lag ein ſolches Schiff unter portugieſiſcher Flagge an der Küſte von Mozambique vor Anker, und ließ, unter einem tropiſchen Klima, 600 Neger die ganze Nacht unter den Verdeckthüren zuſammengepfercht. Am Morgen waren 60 von ihnen erſtickt, und 20 bis 30 andere ſtarben, ehe noch das Schiff eine Meile von der Küſte war. (Hört!) So wurden in Einer Nacht 80 arme Menſchen von den Portugieſen gemordet, und doch erhebt die portugieſiſche Regierung von jedem Sclavenſchiff ein Kopfgeld von 7 Dollars." Zugleich gedachte der edle Lord der Angriffe, welche eben wegen ſeiner Bemühungen um Abſchaffung der Sclaverei in den portugieſiſchen Cortes auf ihn gemacht worden. Der Redner ſchloß mit dem Antrage auf Vorlegung der Correſpondenz, die zwiſchen dem brittiſchen Lieutenant Boſanquet, von dem früher an der weſtafrikaniſchen Küſte ſtationirten „Leveret," und dem portugieſiſchen Geſandten in Betreff des Sclavenhandels Statt gefunden. Dieſe Motion wurde jedoch vertagt, nachdem Lord Minto, der erſte Lord der Admiralität, erklärt hatte, die Regierung werde die erſte Gelegenheit ergreifen, um den wackern Lieutenant Boſanquet, der wegen ſeiner menſchenfreundlichen Bemühungen gegen den Sclavenhandel, ſo gut wie der edle Lord, die Feindſeligkeit der Portugieſen erfahren habe, zur Entſchädigung dafür zu befördern. Lord Brougham tadelte dann das Verfahren des jetzigen Aſſemblyhauſes der weſtindiſchen Inſel Antigua, welches förmliche Anſtalten treffe, die Emancipation der dortigen Neger zu annulliren. Er meinte, das Parlament müſſe hier einſchreiten. Zugleich erklärte er aber ſeine Abſicht, ſich der miniſteriellen Jamaica-Bill zu widerſetzen (welche doch, was ſelbſt von dem Miniſterium unabhängige liberale Blätter, wie der Sun, anerkennen, gerade den Zweck hat, die emancipirten Neger gegen ähnliche Unterdrückung zu ſchützen). Das Haus vertagte ſich in früher Stunde.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 2. Mai beantragte Sir Stephen Luſhington eine Adreſſe an die Krone um Vorlegung einer Abſchrift der Correſpondenz, die zwiſchen der brittiſchen und der franzöſiſchen Regierung über die Entſchädigungsanſprüche brittiſcher Unterthanen wegen der Verluſte Statt gefunden, die ihrem Handel nach der Weſtküſte von Afrika ſeit 1834 zugefügt worden. Die Motion betraf zunächſt die Fahrzeuge, die, im Gummihandel mit der Küſte von Portendik begriffen, von den Franzoſen geſetzwidrig angehalten worden waren — ein Vorfall, deſſen ſchon früher mehrfach Erwähnung geſchah. Das rechtsgelehrte Mitglied ſchloß mit der Aeußerung, es ſei hohe Zeit, der franzöſiſchen Nation zu lehren, daß weder ihr Miniſterium — wenn ſie anders glücklich genug ſei, noch eines zu bekommen (Gelächter) — noch auch ihr König, der nach dem Grundſatze: „tel est notre plaisir" zu regieren ſcheine, länger ungeſtraft mit den brittiſchen Intereſſen ſpielen dürfen. Hr. Grote unterſtützte den Antrag. Lord Palmerſton widerſetzte ſich der Vorlegung von Papieren, während noch Unterhandlungen über die Sache ſchwebend ſeien, drückte aber zugleich ſeine feſte Ueberzeugung aus, daß die franzöſiſche Regierung jene Entſchädigungsanſprüche befriedigen werde. Sir Stephen Luſhington nahm hierauf ſeine Motion zurück. — Auf den Vorſchlag von Hrn. Edm. Royd Rice ward eine Adreſſe an die Krone mit der Bitte beſchloſſen, den Vertheidigungsſtand der Häfen an der Südoſtküſte von England unterſuchen zu laſſen. Der Antrag wurde namentlich von Sir Ew. Codrington mit Wärme unterſtützt, weil man im Fall eines Kriegs Zufluchtshäfen haben müſſe. Die Miniſter waren nicht entgegen, widerſetzten ſich jedoch dem Amendement des Alderman Thompſon, daß die Unterſuchung auch auf die Nordoſtküſte auszudehnen ſei, weil dieß die Arbeiten und die Koſten fürs erſte zu ſehr vermehren würde. — Hr. Gibſon brachte die däniſchen Sundzölle, ſo wie die Zölle zur Sprache, welche von Dänemark von dem Waarentransport zu Lande zwiſchen Hamburg und Lübeck erhoben werden, und beantragte die Vorlegung der einſchlägigen Correſpondenz, welche für den beendigten Theil dieſer Angelegenheit zugeſagt wurde. „Lieſt man," bemerkte Hr. Gibſon unter Anderm, „lieſt man von den ungeheuren Belaſtungen des Handels im In- und Ausland, ſo wundert man ſich nicht mehr, daß der Aufſchwung des Handels ſo langſam iſt, vielmehr darüber, daß er überhaupt zunimmt. Der Han-

del muß in der That ein kräftiges Leben haben, da er ſich erhalten und blühen kann mitten unter all den Erpreſſungen, die ihm von denen aufgelegt werden, die ihn zu ſchützen vorgeben, in der That aber ihn unausgeſetzt plündern." Die Bill zur Verbeſſerung der Gefängnißdisciplin ging durch die Committee.

Die miniſteriellen Blätter geben ſich fortwährend viele Mühe, die Umtriebe der Chartiſten, ihre Mondſchein- und Fackellichtverſammlungen, ihre Handwerkerſtandreden u. ſ. w. als lächerlich und unbedeutend darzuſtellen; indeß iſt nicht zu läugnen, daß jene Bewegungen in den Provinzen einen immer beunruhigenderen Character annehmen, und mehr und mehr Plan und Einigung gewinnen. An einigen Orten in Lancaſhire werden ſie unter verabſchiedeten alten Unterofficieren förmlich einexercirt in militäriſchen Schwenkungen, Rottenfeuer u. ſ. w. Andererſeits entwickeln die Magiſtrate dieſem Unweſen gegenüber nachgerade eine größere Thätigkeit, und die große Jury von Lancaſhire namentlich hat bei ihrem Eide den ganzen Nationalconvent für geſetzwidrig erklärt.

Die London-Gazette vom 3. d. M. enthält eine Proclamation der Königinn geſetzwidrige Verſammlungen.

Der Herzog von Newcaſtle iſt von ſeinem Amte als Lordlieutenant von Nottinghamſhire entlaſſen worden und wird den Lord Scarborough zum Nachfolger haben. Seine Entlaſſung iſt, der Morning-Chronicle zufolge, durch eine Correſpondenz herbeigeführt worden, die er mit dem Lordkanzler gehabt, und worin er den Grund ſeiner Weigerung, einen ſehr achtungswürdigen Mann zum Friedensrichter zu empfehlen, auseinandergeſetzt. Der Herzog ſoll keinen andern Grund zu dieſer Weigerung gehabt haben, als daß jener Mann ein Diſſenter ſei, und daß er nie einen Diſſenter zu dieſem Behufe empfehlen würde. Die Regierung fand es alſo nothwendig, den Herzog, der bekanntlich ein Ultra-Tory iſt, zu verabſchieden.

Der Spectator glaubt, verſichern zu können, daß Graf Durham nicht daran denke, ſich um die Premier-Miniſterſtelle zu bewerben, und auch in Toryblättern wird das Gerücht, daß Lord Melbourne ſeinen Poſten aufgeben wolle, um jenem Staatsmanne oder dem Marquis von Normandy Platz zu machen, ſchon wieder ſehr bezweifelt.

Der Morning-Herald bemerkt, die Miniſter ſcheinen die Geſchäfte dieſer Seſſion ſehr beeilen zu wollen, um das Parlament zeitig ſchließen zu können; nach Pfingſten ſoll nur ein Tag in der Woche zu Motionen eingeräumt werden.

Nach einem Correſpondenzartikel der Morning-Chronicle beabſichtigt man im weſtlichen Theile Londons, eine Kathedrale für die Katholiken zu bauen, welche 10,000 Menſchen faſſen, und ſowohl von Innen als von Außen eine der ſchönſten Zierden des Landes werden ſoll. Die Koſten derſelben ſind auf 150,000 Pf. angeſchlagen.

Conſols am 4. Mai 93¼ ⅜.

Frankreich.

Das Journal des Debats iſt mit der Vertagung des Mauguin'ſchen Adreſſeprojects ſehr unzufrieden, und beſonders darüber, daß dieſer Beſchluß von einem Miniſter (Girod de l'Ain) veranlaßt wurde. Zwar habe derſelbe die gute Abſicht gehabt, der Kammer eine peinliche Discuſſion zu erſparen, und diejenigen, von welchen der Ausgang der Kriſis abhängt, zu bewegen, dem Wunſche der Kammer zuvorzukommen. Allein er habe nicht bedacht, daß ſein Vorſchlag als eine Verpflichtung von Seite der Regierung, die Kriſis binnen der von der Kammer anberaumten vier Tage zu Ende zu führen, angenommen werden würde, und daß die Parteien froh ſeyn würden, auf dieſe Art die Verantwortlichkeit auf die Regierung zu ſchieben. „Wenn," bemerkt das Journal des Debats weiter, „bis nächſten Mittwoch kein Miniſterium gebildet iſt, ſo wird die Discuſſion nur um ſo bitterer wieder beginnen, und die Regierung wird einem Schuldner gleichen, der bei Verfallzeit ſeine Schuld nicht bezahlt hat. Wer weiß, ob es nicht in der Berechnung gewiſſer Leute liegt, in dem Maaße weniger zu einer Löſung geneigt zu ſeyn, je mehr die Regierung ihrer bedürfen wird?" — Auch die Oppoſitionsblätter ſind — obgleich aus andern Gründen — unzufrieden über den Vertagungsbeſchluß der Kammer, den ſie als Schwäche auslegen. Der National vergleicht in ſeinem Unmuthe die Oppoſition mit der belgiſchen Regierung, die ebenfalls von Muth und Beharrlichkeit in dem Augenblicke ſprach, wo ſie ſchon zu capituliren entſchloſſen war.

Der Präſident der Deputirtenkammer, H^r. Paſſy, iſt erkrankt, und Graf Molé nach England abgereist.

Nach dem Preßgeſetz von 1828 muß der Herausgeber eines Journals großjährig, ein Franzoſe, im Genuß der bürgerlichen Rechte ſeyn; eine falſche Angabe in dieſer Hinſicht wird mit 10 bis 50,000 Fr. Geldſtrafe geahndet. Die neuliche Entſcheidung der Deputirtenkammer, welche H^rn. von Girardin die Eigenſchaft eines Franzoſen abſpricht, hatte die Actionärs des Journals la Preſſe ſtutzig gemacht, und dieſe trugen bei Gericht darauf an, daß H^r. von Girardin aufhören ſolle, Herausgeber der Preſſe zu ſeyn. Die Sache wurde am 3. Mai vor dem Zuchtpolizeigericht verhandelt. Girardin's Anwalt berief ſich auf ein erſt neulich, am 27. April (alſo nach der Entſcheidung der Deputirtenkammer) erlaſſenes Erkenntniß des königlichen Gerichtshofes, wodurch Girardin in Folge von Zeugenausſagen als Franzoſe anerkannt, und welches Erkenntniß in die Regiſter der Mairie des zweiten Stadtbezirks eingetragen wurde. Man könnte, fuhr der Anwalt fort, zwar noch einwenden,

daß Girardin vielleicht von einer fremden Mutter geboren, und also kein Franzose sei; allein nach der längst bestehenden Jurisprudenz seien die 20 bis 25,000 natürlichen Kinder, die jährlich in Paris von unbekannten Aeltern geboren werden, als Franzosen anerkannt und der Recrutirung unterworfen; ein Decret der Nationalversammlung von 1791 erklärte sie für „natürliche Kinder des Vaterlandes." Das Zuchtpolizeigericht entschied zuletzt, Girardin sei erwiesenermaaßen in Frankreich von unbekannten französischen Aeltern geboren, und wies den Verwaltungsrath der Presse mit seiner Forderung ab.

Ungeachtet des Widerspruchs der ministeriellen Journale hegt man dennoch Besorgnisse eines nahen Ausbruchs der Feindseligkeiten mit Abd-el-Kader. In einem Schreiben aus Algier vom 27. April heißt es hierüber: „Durch Araber, die aus dem Innern gekommen, erfahren wir, daß Abd-el-Kader große Rüstungen macht, ohne Zweifel in der Voraussehung eines Krieges mit den Franzosen. Die Truppenbewegungen auf den Vorposten scheinen zu beweisen, daß man auf baldige Feindseligkeiten gefaßt ist. Aus den Lagern Kara-Mustapha und Fondut ziehen beständig starke Patrouillen, um den Westen der Ebene Metidscha zu durchstreifen. Der Marschall schickt unaufhörlich Kuriere nach den Vorposten und befiehlt die strengste Wachsamkeit. Einige Detaschements sind nach dem Buduhäau, dem Gränzflusse zwischen dem französischen und arabischen Territorium im Westen der Metidscha, abgegangen, um die dortige Gegend zu recognosciren. Nach den umlaufenden Gerüchten haben die jenseits dieses Gewässers wohnenden Kabylen die Absicht, einen Einfall auf unser Gebiet zu machen, und unsern Verbündeten die Heerden zu rauben. — Am 19. April erhielten die Uled-Zeitun, ein uns befreundeter Stamm von Kuluglis, den Befehl, die Gränze in der Richtung gegen Hamza zu überschreiten, und einem sehr besuchten Markt beizuwohnen, der sechs Stunden von Kara-Mustapha im Gebirge gehalten wird. Da man fürchtete, unsere Verbündeten möchten von den Kabylen angegriffen werden, so gab man ihnen drei Compagnien des zweiten leichten Infanterieregiments, die an den Ufern des Uad-el-Kadra Stellung nahmen, zur Begleitung mit. Kaum hatten die Uled-Zeitun die Gränze überschritten, als ein starker Haufe Kabylen unter Anführung des mächtigen Ben-Zamun den Weg versperrte. Es kam zu einem unbedeutenden Scharmützel. Unsere Alliirten zogen sich mit einem Verwundeten zurück. Allgemein hält man den Krieg für gewiß. Der Emir wird ihn aber, bevor die Ernte eingesammelt ist, nicht erklären."

Am 6. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 25. 3Percents —.

Türkei.

Konstantinopel, den 24. April. Am 18. d. M. hatte der kais. russische Legationsrath H. von Fuhrmann, der im Begriffe ist, nach St. Petersburg abzureisen, eine Audienz beim Sultan, in welcher ihm von Sr. Hoheit die Decoration des ottomannischen Verdienstordens verliehen wurde.

Das Dampfboot der armenischen Wechsler, das eine regelmäßige Verbindung zwischen der Hauptstadt und Trapezunt unterhalten sollte, ist an einem Felsenriff unweit Samsun gescheitert. Passagiere und Mannschaft wurden glücklich ans Land gebracht; vom Dampfboote jedoch dürfte kaum die Maschine gerettet werden können.

Die türkische Staatszeitung vom 4. Safer 1255 (19. April d. J.) enthält das gegen die Verbreitung der Pestseuche angeordnete Sanitätsreglement, welches in allen Stadtvierteln bekannt gemacht wurde, folgenden Inhalts: „Die sogenannte Pestseuche verwüstet seit Jahren das osmannische Reich, tödtet Hunderttausende von Menschen und entvölkert die schönsten und reichsten Provinzen. Das Volk, sie weder ihrem Namen noch ihren Zeichen nach kennend, wird durch ihr plötzliches Erscheinen von Furcht und Schrecken ergriffen, und indem sich Einer dem Andern dasselbe Uebel mittheilt, werden die Familien von einander getrennt, und der zwischen ihnen bestehende Verkehr aufgelöst, oder wenigstens erschwert. Die hohe Pforte hat daher beschlossen, um das osmanische Reich von dieser tödtenden schrecklichen Krankheit zu befreien, mit möglichster Sorgfalt jene Anstalten zu ergreifen, wodurch sich die Nachbarstaaten davor schützen."

„Die Erfahrung lehrt, daß Aegypten der Ursprung der Pest ist. Von dort aus wurde sie durch ankommende Menschen und Waaren unsern Ländern mitgetheilt. Die fränkischen Nationen schützten sich davor, indem sie Menschen und Waaren erst dann in ihre Länder ließen, wenn sie selbe einer Reinigung unterworfen hatten. Gegen die Bosheit des Feindes schützen wir uns durch Festungen und Waffen. Das Feuer greift wie die Pest von Haus zu Haus, um daher einem solchen Unglück abzuhelfen, ist es nothwendig, es schon in seinem Entstehen zu unterdrücken. Wir überzeugen uns täglich, daß wir gegen gefährliche Krankheiten, wie z. B. die Blattern, die verschiedensten Maaßregeln treffen, da nun die Pest ohne Zweifel auch eine dieser Krankheiten ist, muß sich da uns nicht die Frage aufdringen: warum wollen wir uns nicht auch gegen die Pest schützen? — An der Pest sterben in Einem Jahre mehr Menschen, als in hundert Jahren Märtyrer auf dem Schlachtfelde fallen. Das Feuer raubt dem Menschen nur Hab und Gut, doch die Pest schneidet den Faden des Lebens entzwei. Hat Gott auch, gleich den übrigen Krankheiten, dieses Uebel geschaffen, so hat er uns doch auch den Verstand verliehen, um uns davor zu schützen."

Ursprung der Pest.

„Da der gesegnete Fluß Nil bei seinen jährlichen Ueberschwemmungen Pfützen und Sümpfe bildet, und dadadurch die Reinlichkeit der Menschen sowohl als die der Straßen gefährdet wird, und die Leichname nicht tief eingegraben werden, so entsteht allenthalben Fäulniß. Da übrigens bei dem steten Wechsel der Hitze und Feuchtigkeit der Mensch diese Luft einathmet, so wird sein Blut verdorben und es entsteht die Pest."

Entstehen der Pest im osmannischen Reiche.

„Viele Krankheiten entstehen dadurch, daß man auf ihr Erscheinen nicht achtet. In einem Lande, wo die Luft und das Wasser gut ist, braucht man gar kein Mittel gegen die Pest. Die Pest wird verbreitet durch die aus Aegypten kommenden Waaren und Menschen. Wenn die Luft der Pest ungünstig, so circulirt selbe, so wie das Feuer, in steinernen Häusern wo kein Luftzug ist, wenn sie je-

doch der Peſt günſtig iſt, ſo circulirt ſie wie das Feuer in hölzernen Häuſern, wo Luftzug iſt, und verbreitet ſich nach allen Seiten. Im Winter und zu Zeiten, wo der Nordwind bläst, iſt keine Peſt; im Frühling jedoch, bei regneriſchem und feuchtem Wetter, tritt ſie zum Vorſchein. Um daher dieſem Uebel im osmanniſchen Reiche Einhalt zu thun, werden ſowohl an der Gränze von Syrien, als auf der Inſel Rhodus, Quarantainen errichtet. Um in Konſtantinopel ſelbſt weiteres Umſichgreifen zu verhindern, wird eine Quarantaine in der Kaſerne von Ruleli errichtet."

(Nun folgen die Anſtalten, welche ſowohl in Rumelien als Anatolien bei der Reinigung und in dem Falle, daß an einem Ort die Peſt ausbräche, zu treffen ſind, und denen gleichen, welche in den Ländern, wo Quarantainen beſtehen, getroffen werden.)

Griechenland.

Nachrichten aus Griechenland zufolge hat eine große Klephtenbande Marothoniſi (in der Maina) überfallen, iſt aber gezwungen worden, nach vielfachen Exceſſen es wieder zu verlaſſen. Ein Schreiben aus Athen vom 27. April gibt darüber folgende Details: „Die rumeliotiſchen Klephten machten durch ihre kühnen Ausfälle auch den mainotiſchen Luſt zur Nachahmung. Am 20. April gegen Morgen haben 200 bewaffnete Räuber unter Anführung von drei Individuen, Sambrekas, Georgarakoſet und Kalagris, die Stadt Gythium (Marathoniſi) überfallen und ſich augenblicklich mehrerer Puncte bemächtigt. Sie verbreiteten ſich bald darauf in die Stadt ſelbſt, plünderten mehrere Häuſer, mißhandelten die Kaufleute und gebrauchten die grauſamſten Mittel, um dieſelben zu zwingen, ihr Geld herzugeben. Die Quelle dieſer ſchändlichen Verbindung iſt leicht zu ermitteln. Es ſind nämlich ungefähr zwei Monate, daß einige Einwohner vom Bezirk Malevri in Lakonien Aufrufe zur Unordnung verbreiteten, um während der beabſichtigten tumultuariſchen Scenen Gelegenheit zum Raub zu finden. Die Localbehörde hatte die Verführten entdeckt und den Verführer, oben erwähnten Sambrekas, den Händen der Gerechtigkeit überliefert. Er ward gefänglich eingezogen. Sambrekas fand jedoch Mittel, ſeiner Haft zu entfliehen. In derſelben Zeit wurden auch gegen Sambrekas Gefährten wegen verſchiedener Verbrechen vom Tribunal zu Sparta Verhaftsbefehle erlaſſen. Die Gendarmerie konnte jedoch der ſchwer Beſchuldigten nicht habhaft werden, welche nun mit Sambrekas an der Spitze der verwegenen Bande ſtehen. Die Regierung ſah ſich veranlaßt, gegen dieſe Land- und Seeräuber Truppenabtheilungen zu entſenden, welche am 23. d. M. von hier aus eiligſt auf dem Dampfſchiffe „Otto" eingeſchifft wurden, in Poros Kanonen und in Syra Gendarmerieverſtärkung an Bord nahmen, um ſich von da ſchleunigſt nach der Maina zu begeben. Alle dortigen Bezirke ſind ruhig und aufs thätigſte befliſſen, durch mögliche Beihülfe dem Klephtenunfug zu ſteuern. Ein ſprechender Beweis, daß in dieſem Vorfalle vorläufig kein politiſcher Grund zu fürchten ſei, möge darin liegen, daß ſich beide Majeſtäten am 5. Mai nach Rumelien begeben, um vor dem Eintritt der großen Hitze noch eine Reiſe in dieſer ebenfalls von Räubern ſpukenden Provinz zu unternehmen. Nach jetziger Beſtimmung ſoll die Reiſe fünf Wochen dauern und ganz zu Land zurückgelegt werden. — Nachſchrift. Vor Abgang der Poſt gibt der Courier ein Extrablatt folgenden Inhalts: „Wir empfangen ſo eben die Nachricht, daß die Klephtenbande, welche am 20. d. M. Marathoniſi überfallen hat, ſich zerſtreute, und daß die Scenen der Unordnung, deren Schauplaß Marathoniſi war, ganz geendigt ſind. Die Privaten und Haupteinwohner der Provinz Lakonien haben die Räuber unterrichtet, daß, wenn ſie nicht augenblicklich die Stadt verlaſſen, ſie an der Spitze des Volkes gegen ſie ziehen würden. Hierauf verließen am 24. d. M. die Uebelthäter erſchrocken die Stadt und zerſtreuten ſich ohne irgend einen Widerſtand. Der Capitän Kapetanako's zog unmittelbar nachher mit den königlichen Truppen und den Lakoniern, welche ſich mit denſelben vereinigten, in Marathoniſi ein. Bei Abgang dieſer Nachricht war die Ordnung in jener Stadt wieder völlig hergeſtellt."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Handelsnachrichten aus Newyork, welche durch das Packetboot „Independent" eingetroffen ſind, und bis zum 9. April reichen, lauten fortwährend ungünſtig. Das Geld iſt knapp, der gewöhnliche Frühjahrshandel ſehr ſchwach, und die gewöhnlichen Einkäufer aus dem Süden und Weſten ſind in geringer Anzahl eingetroffen. Der ungünſtige Stand der Banken vermehrt das allgemeine Mißtrauen auf dem Geldmarkt. Die Vicksbury-Bank und die Deer-Creek-Bank in Miſſiſſippi haben ihre Baarzahlungen eingeſtellt, und an mehreren andern Banken werden die Papiere nur zu 25 bis 50 Percent Disconto genommen. Die Nachtheile der ungeheuern Baumwollenſpeculationen machen ſich mehr und mehr fühlbar, und ein Hauptgrund des Geldmangels iſt, daß man zu viele Baumwolle aufgeſtapelt hat. Die Maſſe, welche von den ſüdweſtlichen Banken und einzelnen Speculanten aufgekauft wurde, beträgt etwa 90,000 Ballen, und es muß entweder Geld oder Baumwolle nach Europa verſchickt werden. Es iſt nicht leicht, den Schaden zu ſchätzen, den dieſe Baumwollenſpeculationen in England angerichtet haben. In der jetzigen Jahreszeit, wo dieſer Handel beſonders lebhaft ſeyn ſollte, iſt er notoriſcherweiſe ungewöhnlich ſchwach. Die herrſchende Anſicht iſt, daß die Baumwollenpreiſe unmäßig hoch waren und ſind, und daß ſie in Bälde unter ihren natürlichen Standpunct fallen müſſen, wie dieß bei Reactionen gewöhnlich iſt. Dieß hat die Käufer vom Markte entfernt gehalten und den Begehr vermindert, während die Spinner und Kattunfabrikanten mit Waaren überhäuft ſind, die aus unmäßig theurer Baumwolle verfertigt werden. — Die Nachricht von Biddle's Rücktritt von ſeiner Stelle als Präſident der vereinigten Staatenbank hat faſt Jedermann überraſcht; wie es auch mit der Behauptung, daß ſeine Geſundheit zerrüttet ſei, ſtehen mag, ſo erhält doch ſeine Verſicherung, daß ſeine Bank in einer guten und vortheilhaften Lage ſei, nicht viel Glauben, und daß die öffentliche Meinung nicht damit übereinſtimmt, ergibt ſich auch aus dem neulichen Sinken der Actien ſeiner Bank zu Newyork. Es iſt darum wahrſcheinlich, daß die unſicheren Ausſichten ſeiner Bank die Urſache ſeines Rücktritts ſind, denn er iſt zu klug, um nicht zu bemerken, daß eine neue Kriſis dem amerikaniſchen Bankweſen droht, und ſo gut wie unvermeidlich iſt.

Belgien.

Die Sitzung der Repräſentantenkammer wurde, wie bereits erwähnt, am 2. Mai mit einer diploma-

lischen Mittheilung der Regierung eröffnet. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern nahm zuerst das Wort und sagte: „Bevor sich die Regierung entschloß, den ihr von der Conferenz am 23. Jänner 1839 vorgelegten Tractat zu unterschreiben, hat sie neue Versuche gemacht, theils bessere Stipulationen zu erwirken, theils die Schwierigkeiten, welche die Ausführung desselben mit sich bringen konnte, aus dem Wege zu räumen und ein gutes Vernehmen in Zukunft zwischen Belgien und den andern Mächten zu begründen. In den letzten Tagen hat sich nun ein Mitglied des Cabinets, H^r. Nothomb, nach London begeben, um durch mündliche Erklärungen die Instructionen, welche ich unserm außerordentlichen Gesandten gegeben hatte, zu vervollständigen. Diesen Instructionen gemäß, hatten die belgischen Agenten und die verschiedenen Mitglieder der Conferenz mehrere Zusammenkünfte, und H^r. van de Weyer überreichte dieser Versammlung eine Note, welche, wie die Antwort der Conferenz, bereits bekannt ist. Die Beweggründe, welche die Kammern bei ihrem Votum geleitet hatten, waren noch in ihrer ganzen Stärke vorhanden: Die äußern Verhältnisse und die innere Lage des Landes machten eine endliche Lösung dringend nothwendig. Unsere Reclamationen, welche wie im November 1831 hätten abgewiesen werden können, hatten zu einigermaaßen genügenden Resultaten geführt, indem sie die Befürchtungen über die Deutung und Ausführung gewisser Clauseln des Tractats zerstreuten. Unser Gesandter übergab also der Conferenz eine Beitrittsnote (welche eben sowohl wie die Antwort der Conferenz bereits bekannt ist). Außer dem Tractat mit den Niederlanden und den fünf Mächten wurde noch ein ähnlicher von unserm außerordentlichen Gesandten unterzeichnet. Es war nämlich zu fürchten, daß die Anknüpfung officieller Beziehungen zwischen Belgien und dem teutschen Bunde auf Hindernisse stoßen möchte. Diese Gefahr hatte ich schon in meiner Correspondenz mit unserer Gesandtschaft in London angedeutet. Aber H^rn. van de Weyer gelang es, eine Beitrittsacte zu erwirken, in welcher die auf Belgiens Unabhängigkeit und Neutralität bezüglichen Stipulationen wiederholt wurden und der Austausch zwischen Limburg und Luxemburg eine sichere Grundlage erhielt. Dieses wichtige Actenstück lautet, wie folgt:

„„Da die Bevollmächtigten der Höfe von Belgien, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Preußen und Rußland heute die zwischen den fünf Mächten und dem Könige der Niederlande, zwischen dem Könige der Belgier und dem Könige der Niederlande, zwischen den fünf Mächten und dem Könige der Belgier abgeschlossenen Tractate unterzeichnet haben, so haben es die Bevollmächtigten für angemessen erachtet, daß die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens, welche die Vollmacht des Bundes erhalten haben, aufgefordert würden, im Namen des teutschen Bundes den Bestimmungen der erwähnten Tractate beizutreten, welche sich auf das Großherzogthum Luxemburg beziehen. Demzufolge erklären die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens, welche den teutschen Bund repräsentiren, in Betracht der obenerwähnten Vollmachten, daß der teutsche Bund den Territorialbestimmungen beitritt, welche in den sieben ersten Artikeln der Beilage zu den heute zwischen den fünf Mächten und dem Könige der Belgier so wie in den entsprechenden Artikeln des in derselben Zeit zwischen dem Könige der Belgier und dem der Niederlande abgeschlossenen Tractat enthalten sind; sie gehen außerdem gegen die Höfe von Belgien, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Preußen und Rußland im Namen des teutschen Bundes die Verpflichtung ein, daß derselbe in allen Puncten den Stipulationen, welche in den genannten Artikeln enthalten sind, insoweit sie den teutschen Bund betreffen, nachkommen wird.““ (Hier folgen nun unverändert die betreffenden sieben Artikel.) Der Schluß des Tractats lautet folgendermaaßen: „Die Höfe von Belgien u. s. w. nehmen, ihren Vollmachten zufolge, im Namen ihrer respectiven Höfe den erwähnten Beitritt des teutschen Bundes an. Die gegenwärtige Beitrittsacte wird von den Höfen von Belgien u. s. w., so wie von dem teutschen Bunde vermittelst eines Bundesbeschlusses, der in den nöthigen Abschriften ausgefertigt werden soll, ratificirt werden. Die respectiven Ratificationen werden zu London im Laufe von sechs Wochen, von diesem Tage an gerechnet, oder auch früher, wenn es möglich ist, zugleich mit der Auswechslung der Ratificationen der drei oben erwähnten Tractate, ausgewechselt werden.““ (Hierauf folgen die Unterschriften.)

„Die Auswechslung der Ratificationen der Actenstücke, die ich Ihnen mitgetheilt habe,“ fuhr der Minister fort, „soll innerhalb sechs Wochen, vom Tage ihrer Unterschrift an (19. April) gerechnet, geschehen; die verschiedenen Ratificationen sollen zu gleicher Zeit ausgewechselt werden. Der König hat mich nun beauftragt, Ihnen, meine Herren, mehrere Gesetzentwürfe von sehr dringender Beschaffenheit vorzulegen. Da die Abschließung des definitiven Friedenstractats zwischen Belgien und Holland zu mehreren unerwarteten Ausgaben Anlaß geben wird, so wird von Ihnen ein außerordentlicher Credit von 300,000 Fr. für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gefordert. Durch den zweiten Entwurf werden für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 12,265 Fr. zur Deckung eines Ausfalls im Jahre 1838 gefordert. Der dritte bezieht sich auf die Reorganisation der Provinzialräthe im Limburgischen und Luxemburgischen; der vierte bestimmt die neue administrative Eintheilung der Provinz Limburg; der fünfte ändert die Wahleintheilung Limburgs; der sechste soll die Regierung autorisiren, neue Senatorenwahlen in Limburg vorzunehmen; der siebente ermächtigt zur Wiederausfuhr von Mehl von fremdem Getreide; der achte schlägt eine Verminderung der aus Frankreich eingeführten Steinkohlen vor.“ Auch der Minister der öffentlichen Arbeiten legte zwei Gesetzentwürfe vor, welche sich auf die neue Gerichtseintheilung Limburgs und Luxemburgs bezogen. Hierauf fordert der Finanzminister die Ueberweisung einer Summe von 4,985,000 Fr. zur Bezahlung des ersten Trimesters der Belgien zufallenden Schuld. Er verlange, sagte er, nicht gerade die Hälfte von 5,000,000 fl., weil das Budget noch einen Theil der in das große Hülfsbuch zu Brüssel eingeschriebenen Schuld zu decken habe. Aber er verlange auch nicht die Anweisung der zur Bezahlung des zweiten Semesters bestimmten vollen Summe, weil die Regierung in den verschiedenen Verwaltungszweigen, besonders im Kriegsministerium, Ersparnisse zu machen hoffe.

Wien.

Am 13. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅛.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	669½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	——.
Bankactien pr. Stück	—— in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 135

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 15. Mai 1839.

K. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 13. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.379	283. 18. 8p.	+ 10.4	SO.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.326	28 1 0	+ 16.5	OSO.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.238	27 11 11	+ 12.2	S.	mittel.	Wolken.

Spanien.

Briefe aus Madrid vom 29. April melden: „Vorgestern Früh erschienen zwei Personen in dem hiesigen Collegium der Piaristen und überreichten dem Rector desselben ein angebliches Schreiben des Hrn. Gaviria, eines der reichsten Männer Spaniens, Schatzmeisters der Königinn. In diesem Schreiben meldete Hr. Gaviria, er feiere gerade sein Geburtsfest auf dem Lande, und wünsche deßhalb seine beiden Söhne, die in dem Collegium erzogen werden, bei sich zu sehen, der Rector möchte demnach die beiden Knaben an die Ueberbringer des Briefes übergeben, da diese beauftragt seien, sie auf sein Landhaus zu führen. Der Geistliche, nichts Arges ahnend, leistete der Aufforderung Folge, und die Unbekannten fuhren mit den beiden Knaben in einem vor dem Collegium bereitstehenden Wagen aus dem Thore. Zufällig begegnete der Rector einige Stunden darauf dem Hrn. Gaviria, und nun ergab sich, daß dieser von nichts etwas wußte, und jene Knaben auf die frechste Weise entführt worden waren, vermuthlich um für sie ein reiches Lösegeld zu erpressen. Man will gesehen haben, daß etwa eine Stunde von hier die Unbekannten den Wagen zurückschickten und die Knaben an zwei Reiter übergaben, die ihre Richtung nach dem Gebirge zu nahmen. Die Familie Gaviria ist trostlos. (Einer späteren Nachricht zufolge sind die Räuber der beiden Knaben zwischen Miraflores de la Sierra und den Gebirgen von Guadarrama eingeholt worden.) — Die Carlisten belagern gegenwärtig Montalban, zwei Meilen von Segura, welches die Verbindung zwischen Teruel, Alcañiz und Daroca deckt. Polo und Marconell sind mit ihrer Mannschaft über la Cañada del Hoyo und Cañete nach Niederarragonien zurückgegangen. — Man glaubt, daß man die Auflösung der Cortes als entschieden betrachten kann. Alle Minister, mit Ausnahme des Hrn. Perez de Castro, haben im Conseil dafür gestimmt, und werden, falls die Königinn sich für sie entscheidet, sämmtlich ihre Entlassungen einreichen. Da nun von allen Seiten Petitionen zu Gunsten der Auflösung an die Königinn gerichtet werden, und die Minister sie durch das Vorgeben, es würden in Folge ihrer Dimissionen neue Volksbewegungen ausbrechen, in Schrecken setzen, so wird die Königinn vermuthlich beitreten und neue Cortes einberufen, Hr. Perez de Castro aber abgehen. — Man meldet aus Lissabon, das letzte von London dort angekommene Dampfschiff habe die Nachricht mitgebracht, daß der dortige großbritanniſche Gesandte, Lord Howard de Walden, in gleicher Eigenschaft an den hiesigen Hof versetzt worden sei. Da Lord Clarendon, obwohl von hier abwesend, seinen Gesandtschaftsposten doch keineswegs aufgegeben hat, so möchte jene Nachricht um so mehr zu bezweifeln seyn, als Lord Howard den Namen Englands in Portugal wenig geltend zu machen verstanden hat, und seine Versetzung hierher für die Spanier von übler Vorbedeutung seyn möchte. Es erfordert Zeit und manche persönliche Aufopferungen, um genaue Kenntniß des hiesigen Terrains zu erwerben. Man ist darüber einverstanden, daß der hiesige königliche großbritanniſche Geschäftsträger, Hr. Southern, Meister desselben geworden ist, und seinen Posten in jeder Hinsicht ausfüllt."

Großbritannien und Irland.

Die (gestern erwähnte) Proclamation gegen gesetzwidrige Versammlungen lautet folgendermaaßen: „Sintemal zu unserer Kenntniß gekommen ist, daß in einigen Theilen Unseres vereinigten Königreichs in letzterer Zeit Personen sich gesetzwidrig versammelt haben, zu dem Zwecke, Andere im Gebrauche von Waffen einzuüben oder selbst eingeübt zu werden, oder um militärische Exercitien, Bewegungen oder Evolutionen vorzunehmen, und sintemalen solche Versammlungen und ein solches Verfahren, als gefährdend für die Ruhe und die Sicherheit Unserer Unterthanen und Unseres Ansehens, durch das Gesetz verboten sind, so zwar, daß alle solcher Vergehen schuldigen Personen die Strafe der Deportation oder Einkerkerung zu treffen hat: so haben Wir demnach, in schuldiger Berücksichtigung der unheilvollen Folgen, die aus dergleichen gesetzwidrigen Handlungen, wenn sie länger straflos blieben, sich ergeben müßten, und mit dem festen Entschlusse, die Gesetze zur Bestrafung solcher Uebelthäter in Vollzug zu setzen, für dienlich erachtet, nach dem Rathe Unseres geheimen Conseils gegenwärtige Proclamation zu erlassen, indem Wir hier-

mit allen Friedensrichtern, Sheriffs, Untersheriffs und allen anderen Civilbeamten, wie sie auch heißen mögen, streng befehlen, ihr Möglichstes zu thun, um die bei obengedachten gesetzwidrigen Vorgängen betheiligten Personen zu entdecken, zu fahen, und vor Gericht zu stellen. Und sintemal in einigen Theilen Unseres vereinigten Königreichs in letzterer Zeit große Haufen von Personen sich versammelten und zusammenthaten, von denen viele mit Knütteln und andern Angriffswaffen bewehrt waren, und da sie durch ihre Aufforderungen zum Bruche des öffentlichen Friedens und durch ihr aufrührerisches Benehmen Unseren Unterthanen große Beunruhigung verursacht haben, und da solche Versammlungen dem Gesetze zuwider laufend, gefährdend für den Frieden Unseres Reichs und für Eigenthum und Leben Unserer Unthanen sind, so befehlen Wir andurch mit Strenge allen Friedensrichtern, Sheriffs, Untersheriffs und Civilbeamten jeder Art, daß sie ihr Möglichstes thun, um dem Gesetze Geltung zu verschaffen, solche gesetzwidrige Versammlungen zu verhindern, zu bewältigen und zu unterdrücken, und die Uebertreter dem Gericht zu überliefern. Und Wir schärfen allen Unseren Unterthanen ein, Unseren Friedensrichtern, Sheriffs, Untersheriffs und allen Civilbeamten, bei ihren Bemühungen, den öffentlichen Frieden zu wahren, schnellen und wirksamen Beistand zu leisten. Gott erhalte die Königinn!"

Ueber die Ankunft Sr. kais. Hoheit des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland zu London gibt die Morning-Post folgenden Bericht: „Gestern (3.) landete der Großfürst-Thronfolger von Rußland, von dem Prinzen Wilhelm Heinrich der Niederlande begleitet, von Rotterdam kommend zu Deptford (einer der Vorstädte von London). Um 12 Uhr erhielt Capitän Shirreff, der Capitän-Commandant des Schiffswerfts zu Deptford, die Anzeige, daß das holländische Regierungsdampfboot mit Sr. kais. Hoheit an Bord den Fluß heraufkomme. Sofort erging an das Artillerie- und Schützencorps die Ordre, sich zu versammeln und einem Prinzen seines Ranges die üblichen Ehren zu bezeigen. Gleich darauf erschien das Schiff, und Capitän Shirreff verfügte sich in einer Staatsbarke, gerudert von zehn königlichen Fährmännern in ihren reichen Scharlachlivreen und Sammtmützen, an Bord desselben. Der Capitän wurde von dem Großfürsten artig empfangen. Bei der Landung Sr. kais. Hoheit donnerten 21 Kanonenschüsse, und das Musikcorps der Schützenbrigade spielte das Lied: „Gott erhalte die Königinn." Nachdem der Capitän Shirreff die brittischen Offiziere der Station vorgestellt hatte, wurden Sr. kais. Hoheit und dessen Gefolge nach des Commandanten Amtswohnung geleitet, wo ein elegantes Frühstück servirt war. Hr. von Tolstoy und Lord Torrington, der dienstthuende Kammerherr Ihrer Majestät, kamen etwa 5 Minuten zu spät an, um den Großfürsten noch bei der Landung empfangen zu können. Außer vier Wägen aus Mivarts Hotel wurden von Ihrer Majestät Oberstallmeister noch zwei Vierspänner mit Vorreitern abgeschickt, um Sr. kais. Hoheit und sein Gefolge in die Stadt abzuholen. Der Großfürst Alexander hat so eben sein 21stes Lebensjahr zurückgelegt, und ist von Person ausgezeichnet hübsch, seine Haltung edel und würdevoll. Heute wird in St. James-Pallast ein Lever Statt finden."

Durch außerordentliche Gelegenheit eingelangten Handelsbriefen aus Frankfurt vom 10. Mai Abends zufolge soll die französische Regierung am 7. d. M. durch den Telegraphen die Anzeige erhalten haben, daß das englische Ministerium, welches im Unterhause (wahrscheinlich in der Jamaica-Frage) nur eine Majorität von fünf Stimmen erhalten hatte, in Masse seine Dimission eingereicht habe.

Mexico.

Newyorker Blätter vom 8. April, welche mit dem letzten Packetboot in Havre eingetroffen sind, bringen ein Schreiben des Admirals Baudin an den französischen Consul in Newyork. Der Inhalt bestätigt im Wesentlichen die frühern Nachrichten der englischen Blätter. Admiral Baudin schreibt, er habe mit den beiden mexicanischen Bevollmächtigten Gorostiza und Victoria eine Convention und einen Tractat geschlossen. Beide seien am 10. März nach Mexico abgereist, um die Ratification dieser Acte zu erlangen. Zugleich habe er, auf die Bitte des Generals Victoria, einen Waffenstillstand von 15 Tagen bewilligt. Der Hafen von Veracruz sei den Schiffen aller Flaggen geöffnet worden, und die Ausfuhr der Waaren in das Innere während der Dauer des Waffenstillstands erlaubt. — Amerikanische Blätter berichten ferner: „Die Franzosen erhalten nach dem Tractat das Recht des Detailhandels, welches ihnen früher so hartnäckig verweigert worden; die französische Regierung erhält eine Entschädigung von 600,000 Dollars; die aus Mexico vertriebenen Franzosen werden gleichfalls entschädigt. Die Bezahlung dieser Summen ist durch den brittischen Gesandten garantirt. Der Admiral Baudin hat für die Insulte, welche Santana und Präsident Bustamente in ihrem Bericht über das Gefecht in Veracruz sich gegen ihn erlaubt, die verlangte Genugthuung erhalten. Dagegen verzichtete der Admiral, in Betracht des elenden Zustandes der mexicanischen Finanzen, auf den Ersatz der Kriegskosten und willigte, um das Nationalgefühl der Mexicaner nicht zu verletzen, ein, daß der Tractat nicht am Bord seines Schiffes, sondern auf dem Lande unterzeichnet werde."

Frankreich.

Der Prinz von Joinville ist am 5. Mai nach Cherbourg abgereist.

Es hat durchaus keinen Anschein, daß die ministerielle Frage vor dem 8. Mai, an welchem Tage die Kammer über den Mauguin'schen Adresseantrag debattiren will, gelöst werde. „Alle Freunde des Marschalls Soult," sagt der Constitutionnel, „erzählen, daß er die Armee kreuze, keinen Schritt thue, Niemanden entgegenkomme und mit einem erstaunlichen Phlegma warte, bis die politischen

Personnagen an ihn sich wenden. Wenn daher ein Ministerium sich nicht etwa von selbst bildet oder vom Himmel herunterfällt, wird man schwerlich zu einem Ende kommen." Der Commerce will von einem gut unterrichteten Deputirten wissen, der Marschall Soult sei über die Erklärung des Siegelbewahrers, Hrn. Girod (de l'Ain), von welcher er kein Wort zuvor gewußt, wüthend, er fürchte die Unzufriedenheit der Kammer und des Publicums, und damit man ihm nicht das leichtsinnige Versprechen des Ministers aufhalse, habe er wieder — zum wie vielenmale? — nach Postpferden schicken wollen, um nach Saint-Amand abzureisen. Es sei jedoch abermals nicht wahrscheinlich, daß der zornige Entschluß des Marschalls zur Ausführung komme. — Die Presse will wissen, es seien vergebliche Versuche gemacht worden, den Marschall Gerard zu bewegen, die Präsidentschaft eines Cabinets anzunehmen, in welches Hr. Thiers und seine Freunde treten sollten.

Die Commission zur Untersuchung des Gesetzentwurfes, eine Aushebung von 80,000 Mann der Classe von 1838 betreffend, wählte den Marschall Clauzel zu ihrem Präsidenten, Hrn. Sapey zu ihrem Secretär und Berichterstatter.

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung enthält unter der Aufschrift: „Stand der Parteien in Frankreich. Fonfrède und Lamennais" folgenden Artikel: „Die nach der Julirevolution von 1830 entstandene Verfassung wird, noch ehe sie ihr neuntes Lebensjahr vollendet hat, von allen Seiten für unhaltbar erklärt. Zwei Staatsärzte, die Doctoren Fonfrède und Lamennais, liefern die neuesten Berichte über die gefährliche Krankheit der Charte. Die Täuschungen des Repräsentativsystems, in der Form, wie man es in Frankreich einheimisch zu machen versucht, — Täuschungen, die wir oft schon signalisirt haben, unbesorgt um die Mückenstiche der pseudoliberalen Presse, — werden nachgrade von den Sprechern der verschiedensten Parteien zugestanden und aufgedeckt. Fonfrède läßt im Memorial Bordelais verlauten, daß man dort des Königs Fest mit tiefer Betrübniß feiere. Den Wählern, d. h. nach der constitutionellen Fiction dem ganzen Volke, wird Kälte und Undank vorgeworfen. Die Illusionen sind verschwunden; der letzte Hoffnungsfunke ist am Erlöschen. Wider Willen drängt sich die Ueberzeugung auf, Frankreich werde, wenn es fortfahre, sich unwürdig zu machen, regiert zu werden, jede Aussicht auf künftiges Glück verlieren. Doch wir müssen die unerhörten Geständnisse zum Theil wenigstens unabgekürzt einregistriren. „Frankreich hat im „Jahr 1830 zutäppisch (étourdiment) eine gerechte aber „unkluge Revolution gemacht; eine Revolution, die plötzlich eine Regierung zerstörte, ohne die Mittel, sie zu ersetzen, vorbereitet zu haben. Die Vorsehung hatte Mitleid mit unsern Fehlern; in einem gütevollen Moment „gab sie uns, die Nation vor sich selbst zu bewahren, das „Almosen eines Königs. Die Mittelclasse aber glaubte „sich souverain, weil sie eine Krone zerbrochen hatte; sie „sah in dem neuen Thron eine Usurpation ihrer Rechte; sie „nährte den stolzen Gedanken, das Königthum nicht empfangen, nein! geschaffen zu haben, und forderte von „der Anarchie das Mittel, die Regierung zu regieren. Die „sophistische Täuschung des revolutionnären Uebermuths „hat ihre Früchte getragen; laßt sie euch nun schmecken! „Sie sind freilich bitter, aber ihr wolltet sie ja nicht anders, — ihr mögt sie nun hinnehmen, eingebildete Vernünftler, parlamentarische Geniussöhne, die ihr alles „kennet, nur die Menschennatur nicht und ihre ewigen „Gesetze, — die ihr eine Regierung constituiren wollt, „indem ihr Vorurtheile, die jede Regierung aufheben, „zur Grundlage eures Gebäudes nehmt." — — „Als der „König nicht länger vom Stahl der Mörder bedroht war, „habt ihr euch daran gemacht, das Königthum zu erdrosseln; ihr habt es getödtet und vernichtet; den König aber „haltet ihr gefangen in einem vergoldeten Kerker, wozu „die Demokratie den Schlüssel hat. Phrasendreher ohne „Gewissen und ohne Würde! Die Regierung des Königs „habt ihr zerstört, um nun in der Leere hin- und hergestoßen zu werden, wie ein Ballon, von Luft aufgeblasen, den sich die parlamentarischen Lanzenbrecher einander zuwerfen zur Ehre der repräsentativen Verfassung. „Welcher Schmerz für die Manen eurer Väter! Welche „Schmach für das Herz eurer Söhne! Mit doppelter Verwünschung belastet wird euer Andenken auf die Nachwelt kommen." — Nicht so declamatorisch, und darum so gefährlicher, lautet, was Lamennais als neuesten politischen Sermon hat ausgehen lassen. Der National veröffentlicht die Hauptstellen der Schrift über den Kampf zwischen dem Hofe und der Kammer. Mit unerbittlicher Logik wird gezeigt, daß keine Vermittlung und keine Versöhnung möglich zwischen den zwei sich befehdenden Axiomen: Der König regiert und gouvernirt; — der König regiert wohl, aber gouvernirt nicht. Nach dem ersten Satz muß die absolute Gewalt hergestellt werden; nach dem zweiten ist der König ein willenloser Figurant, ein unnützes, ja störendes, und doch kostspieliges, Rad in der democratischen Staatsmaschine. Diese äußersten Schlußfolgen sind zwar schon oft gezogen worden, aber wer mag berechnen, welchen revolutionnären Einfluß sie gerade jetzt, wo die Coalition zur parlamentarischen Anarchie geführt hat, von Lamennais gepredigt, üben dürften? Die Gegensätze sind übrigens frappant genug aufgestellt und lassen recht die Zwecklosigkeit der Kammerdebatten über die Cabinetskrisis erkennen. „Wenn „der König regiert und gouvernirt, so sind die Minister „nur folgsame Werkzeuge, die ausführen, was er anordnet; haben die Minister die passive Rolle, so besteht „für die Kammer kein Grund, jemals eine Aenderung „im Cabinet zu fordern, denn die Aenderung in „den Personen würde ja keine Aenderung im Syster„mit sich bringen, dieweil das System vom König abstammt, nicht von den jeweiligen Ministern. Anerkennen, der König habe ein Recht, zu regieren, und dabei „verlangen, er solle nach dem Gutbefinden der Kammer „regieren, heißt mit dem gesunden Menschenverstand ein „loses Spiel treiben. Sobald der König regiert und gouvernirt, hört die Kammer auf, eine wirkliche Staatsgewalt zu seyn. Keine Sophismen in der Welt vermögen etwas gegen diesen unumstößlichen Satz. Auf der „andern Seite hat jedoch das Axiom, der König regiert „wohl (dem Namen und Schein nach), aber er gouvernirt (verwaltet und handelt im politischen Sinn) nicht, eben„so seine unausweichlichen Folgerungen. Wenn der König regiert und nicht gouvernirt, was ist er, constitutionnell gesprochen, im Staate? Zuerst ist er keine Gewalt — denn er vermag nichts, er thut nichts; er ist „eine Maschine zum Unterzeichnen, ein Namenstämpel „(une griffe), der legal willen- und intelligenzlos gedacht „wird. Dieß vorausgesetzt, wer regiert eigentlich? Die „Kammer — nicht direct, aber durch die Minister, die „alsdann nur Agenten der Kammer sind — verantwortliche Agenten und in dieser Eigenschaft die vollziehende „Macht. Man wendet vielleicht ein: Aber der König ernennt doch die Minister. (Diesen Einwand macht gewiß „nicht, wer die jüngste Phase der französischen Constitu„tionsgeschichte beobachtet hat!) Wir antworten: Das „ist keineswegs der Fall; er ernennt die Minister nur „formell, indem er die treffenden Ordonnanzen signirt; „er ernennt sie nicht wirklich, denn er muß sie nach dem

„Willen (ja nach der Laune) der Kammer, d. i. der Ma„jorität, nehmen; (somit, da die Majorität durch die „kleinste Fraction entstehen kann, wäre es leicht möglich, „daß im Grunde ein Legitimist oder ein Puritaner dem „König ein Cabinet aufnöthige); wahr ist's, der König „kann die Kammer auflosen; nehmen wir aber an, es „fände sich kein Minister, der die Auflösungsordonnanz „unterzeichnen wollte; wäre dann nicht die Auflösung „constitutionnell unthunlich? Doch es ist ja ohnehin die „Prärogative, welche in der Befugniß, die Kammer auf„zulösen, liegt, illusorisch oder höchstens dilatorisch; die „Wähler dürfen nur dieselbe Majorität wiederschicken und „die Krone muß (wie sie in der letzten Zeit oft genug zuge„standen hat) nachgeben und sich unterwerfen. Ist die „Kammer omnipotent, geht die oberste Staatslenkung „bald direct, bald indirect, von ihr aus, so ist Frank„reich eine Republik, aber (so lange das Königthum bei„behalten wird) eine sehr schlecht organisirte Republik. „Man hat das verstecken wollen, unterscheidend zwischen „der Theorie und der Praxis; man ist einig geworden „über eine constitutionnelle Fiction, die nicht dauern „mochte; daher die jetzige Krisis. Die Gewalt kann und „darf nur eine seyn; wenn von zwei Gewalten, die sich „befehden, eine legitim ist, so kann es die andere nicht „auch seyn; zwei gleichschwebende Gewalten sind zwei „Gewalten, die im Krieg sind mit einander, weil jede „nach dem Uebergewicht gravitiren muß; sie werden sich „befeinden und das Land wird leiden, so lange nicht die „eine über die andere entschieden gesiegt hat. Heute besteht „offenbar ein Kampf zwischen der demokratischen Gewalt, „die, wenn sie auch wollte, sich nicht selbst entsagen kann, „und dem Hofe, der nimmermehr zugeben wird, daß er „unnütz und entbehrlich; der also, um etwas zu seyn, eine „wirkliche, legitime, überwiegende, in der letzten Conse„quenz einzige und souveraine Gewalt zu erstreben nicht „aufhören darf." — Um es kurz zu sagen, Lamennais verlangt, die Nation möge sich ein- für allemal erklären, ob sie die absolute Monarchie, nach dem vorrevolutionnären Princip, hergestellt, oder ihren dermaligen anarchischen Zustand zur reinen Demokratie sublimirt sehen wolle. Auf welche Seite Lamennais neigt, dürfen wir nicht erst sagen; in welcher Weise die constitutionnelle Metamorphose vor sich gehen soll, läßt er klüglich nur errathen."

Am 3. Mai erschienen mehrere wegen Theilnahme an den Unruhen bei den Portes Saint-Martin und Saint-Denis Verhaftete vor dem Zuchtpolizeigerichte. Die stärkste der verhängten Strafen war ein Jahr Gefängniß, zu welchem ein Färbergeselle Garnier, den man mit einem Säbel in der Hand arretirt hatte, verurtheilt wurde. Garnier, schon in frühere Complotte verwickelt, erschien vor dem Gericht in einem langen Bart, mit rother Halsbinde und Weste, und antwortete auf alle Fragen des Präsidenten mit großer Aufregung. Er habe, sagte er, mit dieser Waffe seinen Brüdern, die man wehrlos ermordete, zu Hülfe eilen wollen. Der Präsident: „Wen nennen Sie Ihre Brüder?" Garnier: „Meine Brüder nenne ich die Opfer, die wie ich in den Gefängnissen schmachten, die man knebelt, die man vor Ihre Schranken führt...." Der Präsident: „Man führt nur die vor uns, die etwas gegen die Gesetze begangen." Garnier: „Ach, eure Gesetze! — man kennt eure Gesetze!" Der Präsident: „In allen ähnlichen unglücklichen Fällen zeigen sich die Obrigkeit und die Justiz sehr mild. Man verhaftet und verurtheilt nur die Schuldigsten." Garnier: „Die Opfer der Willkür!" Der Präsident: „Lassen Sie doch diese großen Worte, die Sie ohne Zweifel wenig verstehen." Von den neun übrigen Angeklagten wurden mehrere zu ein paar Monaten, andere nur zu einigen Tagen Gefängniß verurtheilt. Zwei Schreinergesellen, Tirlet und Rappet, waren im Augenblick verhaftet worden, als sie auf dem Rücken eines am Boden liegenden Polizeiagenten mit derben Fäusten arbeiteten. Sie behaupteten vor Gericht, es sei ein Irrthum, sie hätten dem armen Mann zu Hülfe kommen, ihn aus seiner Betäubung wecken wollen. Der Polizeiagent erinnerte sich aber ihrer Gesichter und Fäuste vollkommen, und erzählte ihre freundschaftliche Hülfe auf ganz verschiedene Weise. Tirlet und Rappet wurden zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Ein gewisser Jean Rourelin, der sich als einen ehemaligen Marineoffizier angibt, war ergriffen worden, als er zu den Umstehenden eben Folgendes sprach: „Das Pflaster des Königs ist frei; das Pflaster von Paris gehört Jedermann. Pariser, man hat kein Recht euch am Promeniren in Paris zu hindern, an welchem Ort es euch gefällt. Pariser, reißt mir die Baumstützen aus, und gebt der Obrigkeit eine tüchtige Ohrfeige!" Ein Monat Gefängniß war seine Strafe.

Die Linienschiffe „Jupiter" und „Trident" haben Befehl bekommen, sich auf der Rhede von Toulon segelfertig zu halten. Es liegen dort fünf Linienschiffe, worunter der „Montebello" von 120 Kanonen, bereit, bei dem ersten Signal des Telegraphen in die See zu stechen.— Zwischen den Soldaten des 11ten Linienregiments, welches vor kurzer Zeit von Afrika zurückgekehrt ist, und den Marinesoldaten kam es in Toulon am 28. April zu einem blutigen Zusammenstoß auf offener Straße. Zwei wurden getödtet und funfzehn schwer verwundet. Alle Corps wurden consignirt und die Posten verdoppelt.

Am 5. Mai fand bei der herrlichsten Witterung das berühmte Pferderennen auf dem Marsfelde Statt. Die Herzoge von Orleans und Nemours, die Beamten der Marställe, der Jockey-Clubb und eine Menge Damen erfüllten die Zuschauertribunen. Die Pferde des Herzogs von Orleans siegten zweimal über die des Lords Seymour, des bekannten enthusiastischen Liebhabers von Rennspectakel und edlen Rossen. Der Herzog gewann den vom Handelsminister ausgesetzten Preis von 2000 Fr.

Zu Paris ist gegenwärtig ein so ungeheurer Zusammenfluß von Fremden, welche die Industrieausstellung sehen wollen, daß es sehr schwer hält, Wohnungen zu finden.

Der berühmte Componist Paer, Professor am Pariser Conservatorium, Mitglied des Instituts, und ehemaliger Generaldirector der Musik unter Carl X., starb am 4. April, 68 Jahre alt.

Am 6. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 75. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 82 Fr. 5. — Am 7. Mai 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 25. 3Percents —.

Belgien.

In der (bereits gestern erwähnten) Sitzung der Repräsentantenkammer vom 2. d. M. kam der Finanzminister noch auf den Scheldezoll zu sprechen und sagte in dieser Beziehung: „Der neunte Artikel des in London am 19. v. M. unterzeichneten Tractats bestimmt, daß zu Gunsten Hollands ein Zoll auf der Schelde erhoben werden soll. Ohne gerade das in der Wiener Congreßacte ausgesprochene Princip der freien Flußschifffahrt umzustoßen, ist diese lästige Abgabe dennoch geeignet, die Entwicklung von Antwerpen und Gent zu erschweren. Die Einführung eines Zolls auf der Schelde ist die Fol-

ge der Trennung Hollands und Belgiens; es iſt eine der Bedingungen des Friedens, welcher im Intereſſe des ganzen Landes abgeſchloſſen wurde, und dieſe Laſt konnte daher billigerweiſe keine locale ſeyn. Wir glaubten deßhalb, dieſelbe, wenigſtens dem größten Theile nach, dem ganzen Handel des Landes mit dem Auslande auferlegen zu müſſen, und um zu dieſem Reſultate zu gelangen, hielten wir es für angemeſſen, durch eine kleine Erhöhung der Zölle, Durchgangszölle und des Tonnengeldes den Schiffen, welche die Häfen von Antwerpen und Gent beſuchten, den Zoll wieder zu erſtatten. Der Geſetzentwurf, welchen der Miniſter des Innern und ich, meine Herren, Ihnen vorlegen, hat dieſe doppelte Beſtimmung. Der erſte Artikel ſtellt das Princip der Wiederbezahlung an die Schiffe aller Nationen, mit Ausnahme der niederländiſchen, feſt. Dieſe Ausnahme hat nichts Verletzendes und Feindliches, da der Zoll zu Gunſten Hollands erhoben wird. Will Holland ſeinen Schiffen dieſelbe Begünſtigung, wie ſie die der andern Nationen genießen, zu Theil werden laſſen, ſo ſteht das in ſeiner Macht. Belgien handelt großmüthig genug, indem es gegen alle übrigen Nationen den Uebelſtand, zu dem es durch die Conferenz gezwungen wurde, auszugleichen ſucht. Holland iſt nicht zu denſelben Anſprüchen berechtigt, da dieſer Uebelſtand zu ſeinen Gunſten geſchaffen wurde. Indeß iſt die Beſtimmung, welche Ihnen vorliegt, nur proviſoriſch. Für das Opfer, welches Belgien bringt, muß es einen Erſatz erhalten; daher wird Ihnen auch in dem Geſetzentwurfe das Recht zugeſtanden, vor dem 1. Jänner 1843 zu prüfen, ob dieſe Anordnung mit den Mächten, mit welchen in dieſer Zeit kein Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeſchloſſen worden wäre, verlängert werden ſolle. Um die Zurückzahlung des Zolls zu bewirken, wird nun von Ihnen für 1839 ein Credit von 300,000 Fr. gefordert. Dieſe Summe iſt ganz beliebig und ſoll nur dem Viſa der Rechenkammer eine Gränze beſtimmen. Sie iſt für eine Zeit von 6 bis 7 Monaten berechnet. Durch den zweiten Artikel werden die Zuſatzcentimen der Zölle, Durchgangszölle und des Tonnengeldes von 15 auf 18 erhöht. Der Ertrag dieſer drei Zuſatzcentimen wird wahrſcheinlich nicht genügen, um die Bezahlung des Scheldezolls zu decken, aber wir glaubten, nicht höher gehen zu dürfen, und der Ausfall wird ſich auf eine andere Weiſe decken laſſen. Der Geſetzentwurf lautet nun folgendermaaßen: „In Betracht, daß die auf der Schelde von der niederländiſchen Regierung zu erhebende Schifffahrtsabgabe, wenigſtens einſtweilen, als eine mit den Friedensbedingungen verknüpfte Laſt betrachtet werden muß, und daß es billig iſt, dieſe Abgabe aus dem öffentlichen Schatz zu erſtatten und dem allgemeinen Handel des Landes aufzuerlegen, — in Erwägung, daß das ſicherſte Mittel, dieſe Laſt gleichmäßig zu vertheilen, ohne das Gleichgewicht, welches der Tarif für die Induſtrie und den Landbau feſtſtellt, aufzuheben, darin beſteht, daß dieſer Tarif zur Grundlage der für die Bezahlung des erwähnten Zolls nöthigen Gelderhebungen gemacht werde; — in Erwägung jedoch, daß der erwähnte Zoll zu Gunſten Hollands erhoben wird, und daß, wollte man den holländiſchen Schiffen den Betrag deſſen, was ſie direct an ihre Regierung bezahlen, zurückgeben, dieß eine doppelte Laſt ſeyn würde, befehlen und verordnen wir in Uebereinſtimmung mit den Kammern Folgendes: Art. I. Der von der Regierung der Niederlande von den Schiffen zu erhebende Zoll, welche von der See nach Belgien kommen oder aus Belgien durch die Schelde oder den Canal von Terneuzen in See gehen, ſoll den Schiffen aller Nationen, mit Ausnahme der niederländiſchen, wieder bezahlt werden. Zu dieſem Zwecke wird der Regierung ein Credit von 300,000 Fr. eröffnet. Vor dem 1. Jänner 1843 ſoll unterſucht werden, ob die Vergünſtigung der vorhergehenden Beſtimmung für die Länder aufrecht zu erhalten ſei, mit denen kein Handels- oder Schifffahrtsvertrag abgeſchloſſen iſt. Art. II. Um im Jahre 1839 die im vorigen Art. verordnete Wiederbezahlung zu beſtreiten, ſollen die 15 Zuſatzcentimen der Zölle, Durchgangszölle und des Tonnengeldes auf 18 erhöht werden, von einem von der Regierung zu beſtimmenden Tage an. Gegeben zu Laeken, am 30. April 1839."

Brüſſeler Blättern zufolge wird unmittelbar nach Auswechslung der Ratificationen des Friedenstractats, dießſeits Alles geſchehen, um den Verkehr mit Holland zu erleichtern. Namentlich ſollen Reiſende wieder direct über die holländiſch-belgiſche Gränze kommen können, ohne vorher die Erlaubniß der belgiſchen Behörden nachgeſucht zu haben; denken ſich ſolche Reiſende in Belgien aufzuhalten, ſo erhalten ſie ſtatt ihres holländiſchen Paſſes einen belgiſchen; reiſen ſie aber bloß durch, ſo werden ihre holländiſchen Päſſe ohne Weiteres viſirt.

Teutſchland.

Am 8. Mai wurde in Stuttgart die Schiller-Statue enthüllt. Das Morgenblatt gibt folgenden Bericht über dieſe Feierlichkeit: „Das Standbild Schillers iſt ſo eben unter der freudigen Theilnahme vieler Tauſenden mit einer würdig einfachen Ceremonie enthüllt worden. Die Stadtthore waren zum feſtlichen Empfang der zahlloſen Gäſte heiter geſchmückt, und am Vorabend in der Umgebung des Denkmahls alle Vorkehrungen an Gerüſten, Maſten, Flaggen u. ſ. w. getroffen. Das Denkmahl ſelbſt blieb frei von allem fremdartigen Schmuck. Die Arbeit an demſelben hatte indeß faſt bis zum letzten Moment fortgedauert, und erſt heute am frühen Morgen ſtand es völlig frei und fertig da, nur von einem leichten Mantel verhüllt, der bis auf die Stufen niederreichte. Nach 10 Uhr ſetzte ſich der Zug der hieſigen und auswärtigen Geſangvereine, über 1500 Perſonen, mit Muſik und Fahnen aus dem neuen Schulhauſe der Eberhardsſtraße in Bewegung, holte den Schillerverein, die Stadtbehörden und Ehrengäſte, die ſich auf dem Muſeum ver-

sammelt, ab und rückte mit denselben auf den Festplatz. Der daselbst dem Publicum angewiesene Raum, die anstoßenden Straßen, die umringenden Häuser waren mit dichten Menschenmassen gefüllt. Auf einer, dem Denkmahle gegenüber errichteten Tribune nahmen Platz die Schiller'sche Familie, die fremden Ehrengäste, die höchsten Staatsbehörden, die obersten königlichen Behörden der Stadt, das diplomatische Corps, eine Deputation der Ständeversammlung, eine Deputation von Schillers Geburtsstadt Marbach. — Die Gesangvereine, Männer und Frauen, und die königliche Hofcapelle erfüllten ein ungeheures Gerüste hinter und neben dem Denkmahl. Der Verein, der Magistrat, die Gemeindedeputirten und die Bauleute stellten sich neben und vor dem Denkmahl auf. Die Feierlichkeit begann mit einer von Eduard Mörike gedichteten, von Capellmeister Lindpaintner componirten Cantate, gesungen vom Stuttgarter Liederkranz unter Begleitung der königlichen Hofcapelle. Die glückliche Composition des hochgeachteten Tonkünstlers brachte bei der allgemeinen Spannung auf den Moment der Enthüllung die eigenthümlichste und tiefste Wirkung hervor. Die letzte Strophe bereitete auf diesen Moment vor:

Doch stille! horch! — zu feierlichem Lauschen
Verstummt mit Eins der Festgesang: —
Wir hörten deines Adlerfittigs Rauschen,
Und deines Bogens starken Klang!

Während dieser Strophe hatte sich der Mantel, der das Standbild verhüllte, unter dem Geläute aller Glocken langsam geöffnet; auf einmal sank die Hülle ganz, die volle Musik fiel ein und wurde vom tausendstimmigen Jubel überhallt. Als sich die freudig aufgeregten Wogen des Volkes etwas beruhigt hatten und das Lied: „Was schwellt uns heut' so hoch die Brust," vom gesammten Riesenchor gesungen war, betrat Gustav Schwab die Stufen des Monuments, und sprach die Festrede. Nachdem hierauf das Lied: „Auf Brüder, auf, beginnt das Lied der Weihe," von der ganzen Masse der Gesangvereine vorgetragen worden, erfolgte die feierliche Uebergabe des Monuments an die Stadt. Im Namen des Vereins überreichte der Vorsteher desselben, Hofrath von Reinbeck, mit passenden Worten die darauf bezügliche Urkunde dem Schuldheißen der Stadt. Die wesentlichen Bestimmungen dieses Actenstücks, welches im städtischen und Staatsarchive niedergelegt werden wird, gehen dahin, daß sich die Stadt verbindlich macht, das Denkmahl auf ewige Zeiten zu schützen und zu erhalten, es auch nie ohne die dringendste Noth von seiner jetzigen Stelle zu entfernen, und, sollte dieß je geschehen müssen, demselben jedenfalls einen seiner Bestimmung würdigen Standort anzuweisen. Mehrere Gesänge schlossen die Feier. — Ein Festmahl wird die Ehrengäste, den Verein und die städtischen Behörden vereinigen. — Abends nach dem Schauspiel (Wallensteins Tod) wird der Schillersplatz mit bengalischem Feuer beleuchtet."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 10. Mai d. J. den wirkl. Regierungsrath, Dr. d. R. Joseph Pipih, mit der Fortsetzung der Dienstleistung in dem Bureau des Staats- und Conferenzministers Grafen von Kolowrat, allergnädigst zum Hofrathe der allgemeinen Hofkammer zu ernennen geruht.

Am 14. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅛.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81 11/16.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		284.
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		—.
detto detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		665 11/16.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		—.
Bankactien pr. Stück 1517½ in CM.		

Vermischte Nachrichten.

In London ist kürzlich eine eigene Anstalt zum Ausbrüten der Eier durch Dampfmaschinenkraft angelegt worden, die Fortgang zu haben scheint. Die Maschine, in welche die Eier gelegt werden, bildet einen hölzernen, ungefähr 9 Fuß langen, 3 Fuß breiten und 3½ Fuß hohen Kasten, welcher überall, ausgenommen da, wo die gläsernen Schiebefenster angebracht sind, mit Wollenzeug bedeckt ist. Er hat 8 Abtheilungen, welche zusammen gegen 2000 Eier enthalten können. Diese werden auf Flanell hingesetzt und die Hitze vermittelst des Gases hervorgebracht, das durch Röhren, die unter der Maschine angebracht sind, in den Kasten geleitet wird. In 21 Tagen kommen die Küchelchen sämmtlich aus. Aus der Maschine werden sie wieder an einen behaglichen und geräumigen, eingeschlossenen Ort gebracht, der 3 Abtheilungen hat und sich auf dem Boden des Zimmers befindet, und der Estrich dieses Zimmers ist mit Kiessand bestreut. Hier können die Küchelchen sich nun frei umherbewegen und bleiben hier, bis sie verkauft werden. Das Zimmer wird durch Gas geheizt und immer in einer gleichförmigen Temperatur gehalten. Die Küchelchen, welche aus dem Ei kommen, scheinen sehr gesund und stark zu seyn, und fangen fast augenblicklich, nachdem sie ausgebrütet worden sind, das hingeworfene Futter zu fressen an.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des Oesterr. Beob. ist erschienen und zu haben:
Die dritte Lieferung von Dr. Moll's Handbuch der Pharmakologie, Preis in Umschlag geheftet 1 fl. C. M.

№ 136

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Donnerſtag, den 16. Mai 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologiſche Beobachtungen vom 14. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.230	27Z. 11L. 9P.	+ 10.8	W.	ſtill.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.192	27 11 4	+ 12.1	NW.	Sturm.	Gewitter.
	10 Uhr Abends.	27.219	27 11 8	+ 7.8	W.	ſtill.	heiter.

Großbritannien und Irland.

Der Moniteur vom 9. Mai (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) beſtätigt die, in unſerm geſtrigen Blatte nach Handelsbriefen aus Frankfurt mitgetheilte, Nachricht, daß die engliſchen Miniſter in Maſſe ihre Dimiſſion eingereicht haben. Die telegraphiſche Depeſche, welche dieſe Nachricht nach Paris brachte, lautet folgendermaaßen: „London, 7. Mai, 7 „Uhr Abends. Die Miniſter haben ihre Dimiſſion in „Maſſe eingereicht. Lord Melbourne hat dieß ſo eben „im Hauſe der Lords, und Lord John Ruſſell im Hauſe der Gemeinen angekündigt."

In der Sitzung des Unterhauſes vom 6. Mai (wovon Galignani's Meſſenger den Anfang liefert) erklärte Lord J. Ruſſell auf einen von Sir R. Peel geſtellten Antrag, daß es ſeine Abſicht ſei, den in der königlichen Botſchaft erwähnten Vorſchlag in Bezug auf Canada *) künftigen Freitag (10. Mai) dem Hauſe in Form einer Bill vorzulegen. — Unmittelbar darauf erhob ſich der Sprecher (Hr. James Abercromby) und ſagte, bevor das Haus zur Tagesordnung (der Debatte über die Jamaica-Bill) ſchreite, müſſe er um Erlaubniß bitten, dem Hauſe eine Mittheilung machen zu dürfen. Die Erfahrung habe ihn gelehrt, daß er nicht mehr die Kraft beſitze, den von den Pflichten des Poſtens, den er zu bekleiden die Ehre habe, unzertrennlichen Strapatzen und Arbeiten zu genügen. Er habe ſich daher entſchloſſen, nach Ablauf der Pfingſtferien ſeinen Sitz auf dem Präſidentenſtuhle nicht mehr einzunehmen. Indem er dieſen Entſchluß heute ankündige, glaube er dem Hauſe hinlängliche Zeit gelaſſen zu haben, ohne Beeinträchtigung der currenten Geſchäfte, über die Wahl ſeines Nachfolgers zu berathſchlagen. — Lord J. Ruſſell äußerte ſein Bedauern über dieſen Entſchluß des Sprechers, den das Haus ſicherlich mit tiefem Leidweſen vernommen haben werde. Auch Sir R. Peel ließ dem Sprecher, obſchon er ſeiner Zeit gegen ſeinen Wunſch und Willen gewählt worden, die größte Gerechtigkeit widerfahren, indem er ſeine Functionen ſtets mit Redlichkeit und Unparteilichkeit ausgeübt und ſich dadurch gerechte Anſprüche auf die Dankbarkeit des Landes erworben habe. — Die unerwartete Mittheilung des Sprechers erregte große Senſation im Hauſe; alle Geſchäfte blieben eine Zeitlang ſuspendirt und Gruppen von Mitgliedern ſammelten ſich an den Schranken und hinter dem Stuhle des Sprechers, in ernſthafte Geſpräche vertieft. — Nach einer Weile wurde die vertagte Debatte über die Jamaica-Bill unter vielem, durch Mitglieder, die das Haus verließen, verurſachten, Lärm und Geräuſch wieder aufgenommen.

Die Verhandlungen des Unterhauſes über die Bill hinſichtlich der Suspenſion der Verfaſſung von Jamaica ſind wegen des Reſultats, das ſie herbeigeführt haben, von ſolcher Wichtigkeit, daß wir nachträglich darauf zurückkommen zu müſſen glauben. — Nachdem ſich das Haus am 3. Mai auf Lord John Ruſſells Antrag in den Ausſchuß über die Jamaica-Bill verwandelt hatte, erhob ſich Sir Robert Peel, um das von ihm angekündigte Amendement zu beantragen. Es lautete dahin, daß das Haus ſich erſt nach ſechs Monaten zum Ausſchuß über die Jamaica-Bill conſtituiren ſolle, bezweckte alſo ſchon auf dieſem Stadium der Bill die gänzliche Verwerfung derſelben. Zur Motivirung dieſes Amendements ließ Sir Robert ſich im Weſentlichen folgendermaaßen vernehmen: „Ich hatte die Hoffnung gehegt, es werde gelingen, die Regierung zu einer ſolchen Modificirung ihrer Maaßnahmen in Bezug auf Jamaica zu bewegen, daß ein Parteiconflict oder auch nur eine ernſtliche Discuſſion hätte vermieden werden können; aber da meiner mehrfach ausgeſprochenen Anſicht nach erſt jede Alternative erſchöpft ſeyn müßte, bevor man zu der Aufhebung der 150 Jahre alten Verfaſſung einer ſo bedeutenden Colonie ſchritte, und da es mir nothwendig erſcheint, daß die nach reiflicher Prüfung etwa anzuwendenden Zwangsmaaßregeln gegen die Colonialverſammlung als das Reſultat einer möglichſt einſtimmigen Ueberzeugung der öffentlichen Meinung in dem Mutterlande ſelbſt ſich darſtellen, ſo kann ich jetzt, wo jene Prüfung noch nicht in der Art Statt gefunden hat, um das Urtheil der öffentlichen Meinung genügend zu begründen, nur durch eine beſtimmte Oppoſition gegen die miniſteriellen Anträge meinen Anſichten und Abſichten

*) Vergl. unſer vorgeſtriges Blatt.

genügen. Möglich, daß ich, der ich bei den Verhältnissen der westindischen Colonien nicht unmittelbar interessirt bin, allzu großes Gewicht auf die von der Regierung beschlossene Maaßnahme lege; auffallend aber ist es doch jedenfalls, daß man nicht nöthig gefunden hat, wegen Jamaica's eine ähnliche Botschaft, die Art der Reconstituirung der Verfassung betreffend, an das Parlament zu erlassen, wie sie heute wegen Canada's vorgelegt worden ist. Ja, über die Nothwendigkeit der Suspendirung der Verfassung selbst hat man vom Throne kein Wort vernommen, und doch scheint sehr Vieles auch außer den in der Sache selbst liegenden Gründen gegen die Erneuerung dieses während der vorigen Session in Bezug auf Canada gethanen Schrittes zu sprechen, und um so mehr, da man es unterlassen hat, der Colonialversammlung von Jamaica, selbst von dieser gegen ihre Rechte beabsichtigten Maaßnahme zuvor Kenntniß zu geben. Aber abgesehen davon, findet sich in den dem Parlamente vorgelegten Documenten durchaus nicht die genügende Begründung für den von der Regierung beabsichtigten gewaltthätigen Schritt, weder dem Rechte noch der Billigkeit nach. Schon im Jahre 1824 habe ich mich in Betreff der dem Parlament über die Colonien zustehenden Macht also geäußert: „„Kein Gefühl verwundeten Stolzes, kein Motiv zweifelhaften Nutzens, einzig und allein eine klar dargethane Nothwendigkeit darf uns veranlassen, die verhängnißreiche Frage wegen der überwiegenden Macht des Parlaments über die Colonien in Anregung zu bringen. Sie ist ein Arcanum des Reichs, welches im Allerheiligsten der Verfassung aufbewahrt werden muß. Sie besteht allerdings, muß aber verschleiert werden. Sie darf bei unbedeutenden Veranlassungen, bei gewöhnlichen Widersetzlichkeiten nicht zu Tage gebracht werden. Nur in der äußersten Noth darf sie sich zeigen, wenn alle andern Mittel fehlgeschlagen sind, um irgend eine moralische oder politische Pestilenz zu hemmen.““ Daß diese äußerste Nothwendigkeit aber noch nicht gekommen ist, das ergibt sich zur Genüge. Man möge nur das Wesen der vorgeschlagenen Maaßnahmen und den Zustand der Gesellschaft, auf welche sie zu wirken bestimmt ist, genau in Erwägung ziehen, und man wird nicht umhin können, einzugestehen, daß der Schritt, den die Regierung thun will, die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen und in allen Colonien eine allgemeine Mißstimmung hervorrufen dürfte. Der dispositive Theil der Bill ist allerdings kurz, aber in der That bedarf es auch nur weniger Worte, wenn die Einführung eines vollkommenen Despotismus in Frage steht, und es handelt sich wirklich um nichts mehr und nichts weniger als das. Selbst ein erobertes Land würde nicht so streng behandelt werden können, denn einem solchen pflegen doch immer gewisse Garantien durch das Versprechen geleistet zu werden, daß die bestehenden Gesetze aufrecht erhalten, die Rechte und Freiheiten der Bürger geschützt werden sollen. Nichts der Art aber findet sich in der vorliegenden Bill. Die Gewalt, welche diese der Regierung zu übertragen bestimmt ist, kann mißbraucht werden oder nicht, je nach der Neigung der königlichen Commissarien, in deren Hände sie gegeben werden soll, den Localbehörden ist jede Controlle über dieselben versagt. Eine ähnliche Acte ist zwar auch in Bezug auf Canada in der vorigen Session angenommen worden, aber nicht ohne vorhergehende Ankündigung. Es wurden gewisse Resolutionen im Parlament votirt, in denen sich die Absicht der Regierung ausdrücklich aussprach, und erst als die Canadier dennoch die Abgaben verweigerten, wurden jene Absichten ins Werk gesetzt. Nebenbei wurde auch noch in der canadischen Bill bestimmt, daß der Gouverneur, dem man die dictatorische Gewalt übertrug, Steuern nur in dem Maaße auferlegen dürfe, wie sie bis dahin gezahlt wurden, wogegen die vorliegende Bill das Besteuerungsrecht der königlichen Commissarien, des Gouverneurs und seines Rathes, gar nicht beschränkt, eben so wenig wie ihre übrigen Befugnisse, so daß sie im Falle der Steuerverweigerung oder sonstigen Widerstandes, der gewiß nicht ausbleiben wird, auf eigene Hand auch die Habeas-Corpus-Acte suspendiren können. Man scheint ganz zu vergessen, daß diese despotische Gewalt, welche man in Jamaica einzuführen gedenkt, nicht weniger als die Hälfte unserer westindischen Besitzungen, die in Südamerika mit eingerechnet, treffen wird, wenn man nämlich die Bedeutsamkeit dieser Colonien in national-ökonomischer Hinsicht in Betracht zieht. Die Bevölkerung von Jamaica macht die Hälfte der ganzen weißen Bevölkerung der brittisch-westindischen Colonien aus. Die gesammte Staatseinnahme von allen dieser Colonien beträgt 540,000 Pf., die Ausgabe 551,000 Pf. jährlich; in beiden Beziehungen beträgt nach einer, wie es scheint, viel zu niedrigen Berechnung, Jamaica's Antheil 300,000 Pf. Der Werth der Einfuhr sämmtlicher westindischen Colonien beläuft sich auf 5,806,000 Pf., davon kommen auf Jamaica 3,000,000 Pf., also mehr als die Hälfte; die Gesammtausfuhr wird auf 9,932,000 Pf. berechnet, wovon Jamaica 4,000,000 Pf. ausführt." Sir Robert Peel ging dann zu der Berathung des speciellen Zustandes der Colonie über, um zu erforschen, inwieweit sich die neuesten Ereignisse aus diesem erklären ließen, und welche Wirkung dieser Zustand der vorliegenden Maaßregel verspreche; zugleich gab er eine kurze Uebersicht über die Entstehung und Fortbildung der jetzigen Verfassung, um nachzuweisen, daß ihre Suspendirung eine widerrechtliche seyn würde. Er benutzte dabei die berühmte Rede Burke's über die geeignetsten Maaßregeln zur Aussöhnung mit den insurgirten nordamerikanischen Provinzen und fand unter den von Burke aufgezählten Ursachen des Streites mit den nordamerikanischen Colonien hauptsächlich drei, welche auch auf die Verhältnisse Jamaica's Anwendung fänden. „Zunächst," sagte der Redner, „haben die von der Kirche dissentirenden Secten, eben so wie zur Zeit der amerikanischen Revolution in den nördlichen amerikanischen Provin-

zen, auch in Jamaica ein nicht unbedeutendes Uebergewicht, was noch aus dem Umstande hergeleitet werden muß, daß Jamaica zur Zeit Cromwells unter brittische Botmäßigkeit gerieth. Aus diesem Uebergewichte der Dissenters ist der in der Colonie vorherrschende Geist der Unabhängigkeit herzuleiten. Die zweite Ursache der Auflehnung liegt darin, daß Jamaica, gleich den südlichen amerikanischen Staaten, Virginien und Carolina, bis jetzt ein Sclavenstaat gewesen ist. Wo aber eine große Masse von Sclaven leben, da sind die Freien, wie das Beispiel der alten Gothen und der neueren Polen zeigt, nur um so stolzer und eifersüchtiger auf ihre Freiheit. Drittens endlich ist auch Jamaica durch den Ocean 3000 Meilen von dem Mutterlande entfernt; diese Entfernung aber schwächt die Macht der Regierung schon an und für sich und gibt nur zu leicht die Veranlassung, daß Differenzen zwischen dem Mutterlande und der Colonie, welche durch eine einfache Erklärung beseitigt werden könnten, bei dem langen Zeitverlauf der gegenseitigen Communicationen zu heftiger Erbitterung führen. Im Jahre 1661, nach der Restauration Carls II., erhielt Jamaica zuerst eine regelmäßige Verfassung. In dem ersten Loyalitätsdrange der damaligen Zeit wurde zwar die legislative Gewalt zuerst einem Collegium von zwölf Männern, welche die Krone erwählte, übertragen, aber nicht lange darauf wurde dasselbe durch das von dem Volke erwählte Versammlungshaus ersetzt, welches seit 1678 einen erfolgreichen Kampf gegen die Angriffe Carls II. und seiner Minister auf seine eigenen und des Volkes Freiheiten durchkämpfte. In gleichem Geiste hat diese Colonialversammlung bis auf die neueste Zeit gewirkt, und es läßt sich daraus erklären, wie, ungeachtet die Mehrzahl der Bevölkerung aus Sclaven bestand und das Gebiet der Insel verhältnißmäßig nicht sehr bedeutend ist, doch die Regierung derselben den Behörden des Mutterlandes stets größere Anstrengungen verursacht hat, als man, der isolirten Lage der Colonien wegen, hätte erwarten sollen, und daß man unter Anderm im Jahre 1774, hauptsächlich um Jamaica zu beruhigen, sich veranlaßt fand, in den Eingang einer auf die Verwaltung von Massachussetts bezüglichen Bill die Erklärung aufzunehmen, daß die Regierung nicht gesonnen sei, in irgend einer der westindischen oder nordamerikanischen Colonien Abgaben zu erheben, die von den Localgesetzgebungen nicht bewilligt worden seien. Was aber nicht wenig zur Verstärkung der Erbitterung beitragen wird, ist der Umstand, daß die Regierung, welche in dem Eingang zu der vorliegenden Bill die Widersetzlichkeit der Colonialversammlung, namentlich in Bezug auf die neuen Gefängnißeinrichtungen, als Grund ihrer Suspendirung angibt, eigentlich einen ganz andern Zweck bei dieser Maaßregel hat, nämlich den, neue Grundbestimmungen in die Verfassung einzuführen, zum Schutze der durch ihre Vermittlung freigewordenen Neger, deren Rechte ihnen durch die jetzige Verfassung nicht hinreichend gesichert scheinen, und zwar insbesondere durch Umgestaltung des Stimmrechts bei der Wahl der Mitglieder des Versammlungshauses. So wenig eine solche Maaßregel auch durch die Nothwendigkeit geboten ist, da jeder Freie ohne Unterschied der Farbe das Zehnpfund-Stimmrecht hat, so hätte man doch eine solche Absicht in dem Eingange der Bill geradezu erklären sollen, und um so mehr, da sich alle Gouverneure der Insel seit Einführung der Emancipationsacte bis zu Ende des Jahres 1837 mit dem Benehmen der Colonialversammlung in Bezug auf jene Maaßregel zufrieden erklärt haben. Allerdings will ich die späteren Maaßnahmen des Versammlungshauses nicht billigen, aber zu einer Suspendirung der Verfassung geben dieselben doch keineswegs das Recht, und man darf nicht vergessen, zu Gunsten der Legislatur von Jamaica in Anschlag zu bringen, daß auch sie dem allgemeinen Wunsche nachgegeben und alle Sclaven ohne Unterschied schon am 1. August v. J. völlig emancipirt hat, wodurch sich die Pflanzer offenbar eines Theils der ihnen zugesprochenen Entschädigung für die Emancipation begeben haben. Daß neben der Großmuth auch Besorgniß dazu getrieben haben mag, kann keinen Unterschied machen. Aus allen diesen Gründen halte ich meine Ansicht, daß vorerst versöhnliche Maaßregeln zu treffen seien, und demnach auch meinen Antrag auf Verwerfung der vorliegenden Bill, gerechtfertigt." — H^r. Labouchere, der Unterstaatssecretär im Colonialdepartement, sprach gegen das Amendement und äußerte insbesondere sein Bedauern darüber, daß Colonialangelegenheiten zu Parteifragen gemacht würden, denn man gefährde dadurch die Sicherheit, die Ehre und Integrität des Landes. „Ich will mich daher," fuhr er fort, „auf eine bloße Darlegung der Thatsachen beschränken und dadurch nachweisen, daß allerdings die dringende Nothwendigkeit einer energischen Maaßregel, die der vorige Redner zu vermissen behauptet, vorhanden ist. Der Generalgouverneur von Jamaica, Sir Lionel Smith, eröffnete am 30. October v. J. die Session des Versammlungshauses mit einer Rede, in welcher er von mehreren wichtigen, demselben vorzulegenden Maaßregeln sprach; unmittelbar nachher nahm das Versammlungshaus vier Resolutionen an, durch welche erklärt wird, daß die Gefängnißbill und andere von dem Gouverneur in seiner Rede erwähnte Gesetzentwürfe unmittelbare Eingriffe in die Rechte der Colonialversammlung in sich schlössen, weßhalb es sich aller Ausübung seiner legislativen Gewalt enthalten müsse, bis der Wille der Königinn kundgegeben sei, ob Jamaica als freie Colonie oder als eine eroberte Insel betrachtet werden solle. Darauf prorogirte der Gouverneur die Versammlung auf wenige Tage, berief sie später wieder zusammen, legte ihr die vom Parlament angenommenen Bills nochmals nebst den ihm ertheilten Instructionen vor, und da das Versammlungshaus bei seinen vier Resolutionen beharrte, löste er dasselbe auf, nach zweimaliger vergeblicher Aufforderung, sich mit legislativen Maaßregeln zu beschäftigen. Am 18. December trat ein neu gewähltes Haus

zuſammen, proteſtirte aber auch ſchon in der Antwortsadreſſe an den Generalgouverneur gegen die Rechtskraft der Parlamentsacten, weßhalb denn der letztere genöthigt wurde, auch dieſes neue Verſammlungshaus auf unbeſtimmte Zeit zu prorogiren und dem damaligen Colonialminiſter zu berichten, daß in dem jetzigen Zuſtande der Dinge auf Jamaica an der Zuſammenbringung eines Hauſes, welches eine Garantie für die Sicherheit und das Intereſſe der Negerbevölkerung im Allgemeinen darbieten könnte, verzweifelt werden müſſe. Der Wiederſpruch des Verſammlungshauſes gegen die Gefängnißbill und die Behauptung, daß durch dieſe Bill das britiſche Parlament die Rechte der Colonialverſammlung verletzt habe, waren durchaus unerheblich, da ja die Neger-Emancipationsacte ſelbſt von dem Parlamente ausgegangen, die Gefängnißbill nur eine Conſequenz derſelben war und überdieß ſchon andere aus eben jener Acte fließende geſetzliche Maaßregeln, wie namentlich die Arbeitshausbill, ebenfalls von dem Parlamente beſchloſſen und von der Colonialverſammlung angenommen worden. Gegen die Behauptung, daß man erſt noch einmal verſöhnliche Maaßregeln verſuchen müſſe, muß ich einwenden, daß ein ſolcher Verſuch offenbar vergeblich ſeyn, und daß die Strenge ſpäter noch viel heftigern Widerſpruch finden würde, als jetzt. Endlich erheiſchen die vielfachen Handelsintereſſen brittiſcher Unterthanen in jener Colonie dringend die Sicherung und die Befeſtigung der durch die Negeremancipation geſchaffenen neuen Verhältniſſe." — Ueber die Unſicherheit der jetzigen Zuſtände ließ ſich Hr. Labouchere dann noch weitläuftiger aus und gab dadurch ziemlich offen zu verſtehen, daß, wenn auch nicht abſichtlich von ihnen herbeigeführt, dieſe Suspendirung der Verfaſſung von Jamaica den Miniſtern inſofern ganz erwünſcht ſei, als ihnen dadurch Gelegenheit gegeben werde, die Zukunft der freigewordenen Neger auf eine vollkommen ſichere Baſis zu ſtellen. Schließlich erklärte er noch, die Miniſter hätten ihre urſprüngliche Abſicht dahin modificirt, daß die Suspendirung nicht 5, ſondern nur 2½ Jahre dauern ſolle. Nun ſuchte Hr. Godſon die beantragte Bill zu bekämpfen, und das Verſammlungshaus zu vertheidigen, ohne jedoch viel Neues vorzubringen. Er legte beſonderes Gewicht darauf, daß die Volksvertretung nach der bisherigen Verfaſſung vollkommen genügend erſcheinen müſſe, denn unter einer Bevölkerung von 40,000 Weißen, 710,000 Farbigen und 312,000 Negern zähle man jetzt, oder werde doch binnen kurzem nicht weniger als 400,000 Stimmberechtigte zählen. Hr. Ewart, ein Radicalreformer, billigte die miniſterielle Maaßregel vollkommen und wunderte ſich, daß man die jetzige Legislatur auf Jamaica eine volksthümliche nennen könne, da Alles, was von ihr ausgegangen, ſtets gegen die Gefühle und Bedürfniſſe des Volkes gerichtet geweſen ſei; er haſſe, ſagte er, jedes Syſtem der Unterdrückung, möge es ſich in Irland oder Jamaica finden, und auf letzterer Inſel ſei es noch gehäſſiger, da es nicht von den meiſt in England lebenden Grundeigenthümern und Kaufleuten Jamaica's, ſondern von ihren Mittelsperſonen, von ihren Agenten ausgeübt werde, aus denen das Verſammlungshaus beinahe ausſchließlich beſtehe. (Hört, hört!) Hr. C. Buller, ebenfalls ein Radicaler, hielt zwar die in der Einleitung zu der Bill angeführten Gründe nicht für haltbar, glaubte aber doch, daß die Bill durch die allgemeinen Verhältniſſe der weißen und ſchwarzen Bevölkerung erheiſcht würde, damit die Grundſätze der Emancipationsmaaßregel gehörig ausgeführt werden könnten. Er tadelte Hrn. Hume und einige andere Radicale ob ihrer angekündigten Abſicht, ſich der Bill widerſetzen zu wollen; dieß heiße, ſagte er, eine der ſchlimmſten Oligarchien, eine Ariſtokratie von Factoren und Sachwaltern unterſtützen, die eben ſo wenig einer Verantwortlichkeit unterworfen ſeien, wie die vorgeſchlagene Dictatur, aus Gouverneur und Rath beſtehend, es ſeyn würde. Dieſe letzteren würden zwar ohne Zweifel unumſchränkt regieren, und das ſei ſchlimm genug, aber das Schlimmſte wäre beſſer, als Herren für ihre emancipirten Sclaven oder umgekehrt emancipirte Sclaven für ihre ehemaligen Herren Geſetze geben zu laſſen. Hr. Hume dagegen widerſetzte ſich der Bill und ſuchte mancherlei Widerſprüche in dem Vortrage des vorigen Redners aufzuweiſen, der von dem Grundſatz ausgehe, daß eine Regierung die Intereſſen des Volks vertreten müſſe, und doch die Colonie einem Gouverneur und einem Rath überantworten wolle, die mit dem Volke gar nichts gemein hätten; es nenne derſelbe das Verſammlungshaus eine Oligarchie, vergeſſend, daß die Wählerſchaft, aus welcher dieß Haus hervorgehe, ſich binnen wenigen Jahren auf 40,000 Perſonen belaufen werde. Genug, Hr. Hume fand durchaus keinen hinreichenden Grund, um eine durch die Geſetze garantirte Verfaſſung aufzuheben. Wäre, ſagte er, die Bill im Intereſſe der Sclaven vorgeſchlagen, warum dehne man ſie dann nicht auf alle weſtindiſchen Colonien aus? Er bedauerte zwar, gegen ein liberales Miniſterium ſtimmen zu müſſen, erklärte jedoch, es ſei ihm unmöglich, eine ſo ungerechte Maaßregel zu unterſtützen. Zu Gunſten der miniſteriellen Maaßregel nahm ſodann noch Sir Ch. Grey, Unterſtaatsſecretär für die Colonien, unter Lord Glenelg, das Wort. Er verbreitete ſich weitläuftig über das Hiſtoriſche der Sache und bewies aus Depeſchen der verſchiedenen Generalgouverneure den widerſpenſtigen Geiſt des Verſammlungshauſes, der daſſelbe veranlaßt habe, die Wirkungen der Emancipationsacte auf jede mögliche Weiſe zu vereiteln; dieſem Triebe, meinte er, werde daſſelbe auch folgen, wenn man, wie Sir Robert Peel wolle, nochmals verſöhnlich auftrete, wodurch alſo nichts würde gewonnen werden. Um 12½ Uhr wurde die Fortſetzung der Debatte auf den Antrag des Hrn. Maclean bis Montag (6. Mai) verſchoben.

Lord John Ruſſell entwickelt in ſeinem, dieſer Tage veröffentlichten Schreiben an ſeine Wähler in Stroud die Gründe, die ihn beſtimmen, ſich weiteren

Reformen der Reformacte zu widerſetzen. Er glaubt, daß durch die vorgeſchlagenen Maaßregeln zwar Grundbeſitzern, reichen Fabrikanten und Kaufherren, ſo wie thätigen Demagogen, der Weg in das Haus der Gemeinen gebahnt, daß dagegen die Claſſen, welche vornämlich die Intelligenz vertreten, wie die Rechtsgelehrten, die Nationalökonomen, die tapfern Offiziere, die Schriftſteller, welche weder Geld genug, um ſich die Stimmen zu kaufen, noch in dem Getreibe der Clubbs und Committees und in der Redekunſt hinlängliche Gewandtheit beſitzen, ausgeſchloſſen würden. Von Anfang an, ſchon bei Entwerfung der Reformacte, hegte Lord Ruſſell nicht die Hoffnung, daß durch dieſelbe die Torypartei gänzlich werde vernichtet werden können; wir wollten," ſagte er, „den Tories ihre ungebührliche Gewalt, die öffentliche Meinung zu überwältigen, entziehen, nicht jedoch ſie ächten, falls die Stimme des Volkes ſich für ſie ausſprechen ſollte. Die öffentliche Meinung über Staatsangelegenheiten iſt derzeit ſo getheilt, daß ein Haus der Gemeinen, welches im Jahre 1839 nicht mehr Tories enthielte, als die Zahl der Whigs vor der Reform, im Jahre 1829, betrug, eben ſo wenig eine wirkliche Vertretung des Volkes wäre, als das unreformirte Parlament. Die Bemühungen der Geiſtlichkeit, um das Land zu überreden, daß die Maaßregeln des gegenwärtigen Miniſteriums in Bezug auf die iriſche Kirche und die Kirchenſteuern das Eigenthumsrecht der Kirche erſchüttern und am Ende vernichten werden, übten einen bedeutenden Einfluß auf die öffentliche Meinung. Die heftige Sprache mancher Reformer und die natürliche Neigung des Menſchen, nach einer gewaltigen Anſtrengung auszuruhen, ehe er ſich von Neuem anſtrengt, hatten Thatloſigkeit und Ruhe zur Folge. Beizufügen iſt die eingeborne Kraft der Torypartei, durch welche ſie, wie Lord Bolingbroke richtig bemerkt, in Stand geſetzt wird, nach den härteſten Fällen ſich wieder zu erheben; die Geiſtlichkeit mit ihren ſechs Millionen Einkünften, in alle Kirchſprengel vertheilt; die Land-Edelleute mit ihrem Einfluſſe als Grundbeſitzer und Friedensrichter und durch ihr Wohnen auf ihren Gütern; ein beträchtlicher Theil des höhern Adels; Land- und Seemacht, wie Kirche und Gerichte, ſeit ſechzig Jahren mit den Freunden und Anhängern der Torypartei beſetzt — all' dieſes in einer ruhigen Zeit, in welcher keine aufregende Frage die Menſchen bewegt, ihren Vortheil zu opfern und von ihren natürlichen Verbündeten ſich loszuſagen." Die Morning-Chronicle behauptet, Lord J. Ruſſell's Schreiben werde keiner Partei gefallen; es gebe die Mängel der Reformacte zu, zeige aber keine Mittel zur Abhülfe. Eine merkwürdige Thatſache erfährt man aus dem Schreiben: die Art nämlich, wie es möglich wurde, die Oppoſition des Hauſes der Lords gegen die Reformacte ohne einen Pairsſchub zu überwinden. Es geſchah dieß durch ein Schreiben des Privatſecretärs des damaligen Königs an die Oppoſitionspairs, durch welches ſie aufgefordert wurden, an den Sitzungen nicht Theil zu nehmen, ſo lange dieſe Bill berathen werde.

Das bekannte radicale Parlamentsglied Attwood hat an die Committee des Generalconvents der arbeitenden Claſſen in Birmingham ein Schreiben erlaſſen, worin er ſich erbietet, die Nationalbittſchrift im Parlament zu übergeben und zu unterſtützen. Zugleich glaubt er aber, daß einige, über die Beſtrebungen des Convents verbreitete Irrthümer berichtigt werden müſſen, weil durch dieſelben der Mittelſtand und die weniger unglücklichen Arbeiter dem Convent entfremdet würden. Er ſchlägt demnach folgende Entſchließungen vor: 1) Verwahrung gegen jeden Gedanken an phyſiſche Gewalt, um die gerechten und geſetzlichen Wünſche des Convents durchzuſetzen; 2) Verwahrung gegen jeden Wunſch, zwiſchen den Meiſtern und Arbeitern oder zwiſchen den mittlern und niedern Ständen Zwietracht zu ſäen, und ihre Intereſſen von einander zu ſondern; 3) Verwahrung gegen jede Abſicht, in die Rechte und Privilegien Anderer einzugreifen, um den Rechten, Freiheiten und Intereſſen des Volkes Anerkennung zu verſchaffen. Friede, Geſetz, Ordnung, Treue, Eintracht, dieß ſind die geheiligten Fahnen, unter welchen die Männer von Birmingham ihre Mitbürger zum Siege geführt und die Reformbill durchgeſetzt haben; unter dieſen Fahnen kann jetzt der Convent das Volk zu einem noch größern und zahlreichern Sieg führen. Wenn das Volk dieſen Fahnen treu bleibt, wird es die Stärke eines Rieſen haben; wenn es ſie aber aufgibt, wird es nur noch ein Zwerg ſeyn.

Für die Grafſchaft Ayr in Schottland iſt zum erſten Male ſeit dem Durchgehen der Reformacte ein Conſervativer, Lord Kelburne, zum Parlamentsmitgliede erwählt worden.

Zu Monmouth in Wales hat ſich ein aus 200 achtbaren Einwohnern beſtehender Verein zum Schutze des Lebens und Eigenthums der Bürger gegen die Ultraradicalen gebildet. Die Regierung hat die Dienſtanerbietungen des Vereins angenommen, und wird ihm die nöthigen Waffen liefern.

Conſols am 6. Mai 93¼.

Spanien.

Nachrichten aus Madrid vom 30. April zufolge hatten das Ayuntamiento und die Nationalgarde von Madrid der Königinn-Regentinn lange Adreſſen überreicht; beide verlangen die Auflöſung der gegenwärtigen Cortes, indem ſie keineswegs die öffentliche Meinung repräſentirten, und die Nationalgarde will auch, daß die Königinn das Miniſterium ändere, welches den gegenwärtigen Umſtänden nicht gewachſen ſei, und das Vertrauen der Nation nicht beſitze.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgendes Schreiben ihres Correſpondenten aus Madrid vom 29. April:

„Gestern Nachmittags hielt Ihre Majestät die Königinn-Regentinn, begleitet von ihren beiden Töchtern, Revue über 36 Schwadronen neu ausgerüsteter Cavallerie, deren Zahl 3620 Mann betrug. Die Mannschaft, die Pferde und die Ausrüstung waren in gleich vortrefflichem Zustande, aber ein höchst trauriges Gefühl bemächtigte sich meiner, indem ich an die zahlreichen und glänzenden Truppencorps dachte, die an eben der Stelle der Königinn und den Bewohnern der Hauptstadt so oft ein erhebendes Schauspiel gewährten, und in ihnen die freudigsten Hoffnungen erregten, um — als Schlachtopfer der Unwissenheit oder Feigheit ihrer Generäle nutzlos ihr Blut in schimpflichen Niederlagen zu verspritzen. Vor wenigen Monaten zogen 2000 Mann Cavallerie vor den Augen Christinens stolz die Straße von Alcala hinauf; von ihnen versprach man sich die Rettung Arragoniens; in den Ebenen Castiliens, in den Bergwäldern Toledo's bleichen ihre Gebeine. Im vergangenen Herbste durchzog mit kriegerischer Musik dieselbe Straße die Division Pardiñas, die Truppen, welche Tallada und Don Basilio besiegt hatten; wem mochte es ahnen, daß sie nach Arragonien marschirten, um neben dem Leichnam ihres Generals in den Engpässen von Maella zu fallen, oder als wehrlose Gefangene den Blutdurst Cabrera's zu stillen? Nicht lange darauf rückte die zahlreiche und trefflich ausgerüstete Reservearmee, nachdem sie die Mancha von Factiosen gereinigt hatte, durch die Hauptstadt, als Unterpfand erscheinend für die Sicherstellung der innern Provinzen. Was ist aus ihr geworden? Der Befehl eines Ministers hat sie aufgelöst, der General, welcher sie befehligte, irrt in der Verbannung, und die Mancha ist abermals die Beute der Räuberhorden. Dennoch murrt das Volk nicht, und gibt zum Widerstand seine letzten Söhne zur Vertheidigung eines Thrones her, in dem es ein Unterpfand einer bessern Zukunft erblickt. — Der General Nogueras in vorgestern hier angekommen, und wird sofort zur Armee des Centrums abgehen."

Ueber die Gefechte bei Peña del Moro und Belascoain (über dessen Einnahme durch die Christinos noch Zweifel obwaltet) heißt es in einem Schreiben aus Bayonne vom 4. Mai: „Wir erfahren einige Details über den Sturm der Christinos auf Peña del Moro. Einige Bataillons der regulären Truppen sollen, erschreckt durch den Anblick der steilen Höhen, welche die Carlisten besetzt hatten, sich geweigert haben anzugreifen. Die Milicianos erboten sich hierauf edelherzig, sich zu opfern. Ihre Hingebung kam ihnen aber theuer zu stehen. Zwei Compagnien, welche zum Sturme vordrangen, wurden von den Carlisten fast gänzlich aufgerieben. Es war ein schmerzliches Schauspiel für die in der Nähe wohnende Bevölkerung, Zeuge des Todes so vieler tapfern Männer zu seyn. Dieses Beispiel des Muthes bestimmte endlich die Garde zum Angriff. — Ueber den Ausgang des Gefechtes bei Belascoain, welches für die Christinos sehr mörderisch war, sind verschiedene Gerüchte in Umlauf. Elio vertheidigte seine Positionen kräftig mit fünf Bataillons. Drei Artilleriestücke, die aus Estella gesandt waren, eröffneten ein schreckliches Feuer gegen die Christinos. Drei Cavallerie-Escadrons waren aus Dicastillo gerufen worden; Elio aber hielt es nicht für passend, sie zu verwenden. Belascoain wurde bis zum 1. Mai fortwährend vertheidigt. Man sagt, die Christinos seien, nachdem sie viele Leute verloren und ihre Batterien nicht hätten aufführen können, nach Pamplona zurückgekehrt. Ein anderes Gerücht dagegen sagt, eine Christinische Streitmacht habe eine Furt des Flusses durchwatet, und die Carlistische Garnison zur Räumung genöthigt. Elio ist nach Dicastillo zurückgekehrt. Zurbano hat am 30. die Linie von Dicastillo mit 2000 Mann und 200 Reitern angegriffen. Sie war von einem Bataillon, vier Compagnien und drei Escadrons vertheidigt. Zurbano kehrte nach Larraga zurück, ohne einen bedeutenden Vortheil erkämpft zu haben."

Frankreich.

Die Pariser Journale vom 8. Mai bringen nichts Neueres über die Ministerialkrisis; nur wird fortwährend behauptet, daß eigentlich in diesem Augenblicke Niemand mit Bildung eines definitiven Cabinets beauftragt sei, indem der Marschall Soult gegen mehrere Deputirte wiederholt erklärt habe, daß er keine Vollmachten besitze. — Ueber den bekannten Vorschlag des Hrn. Mauguin in Bezug auf eine Adresse an die Krone, der in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 8. debattirt werden sollte, erwartete man eine sehr lebhafte Discussion, an welcher, dem Journal des Debats zufolge, die HH. Guizot, de Lamartine, Odilon-Barrot, Berryer und Thiers Theil nehmen wollten. In der Versammlung der 221 wurde entschieden, sich dem Princip der Adresse keineswegs zu widersetzen, und die allenfallsigen Einwürfe gegen den Vorschlag, bloß auf die Fassung desselben zu beschränken.

Bei der vorläufigen Prüfung des Budgets in den Bureaux machte Hr. Ganneron (von der Linken) im neunten Büreau den Vorschlag, unter den gegenwärtigen Umständen durchaus keine von den vorgeschlagenen Vermehrungen der Ausgaben zuzugeben, bevor nicht ein definitives Cabinet gebildet seyn würde. Dieser Vorschlag wurde von dem Bureau beinahe einstimmig angenommen.

Den Pariser Journalen vom 9. d. M., die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, zufolge wurde die Discussion über den Mauguin'schen Adressevorschlag in der Sitzung der Deputirtenkammer vom vorhergehenden Tage eröffnet, und nachdem mehrere Redner (die HH. de Sade, de Lamartine, Dubois (von der Nieder-Loire), der Siegelbewahrer, Lanyer, Garnier-Pagès, und General Bugeaud) für und wieder den Vorschlag gesprochen hatten, auf Freitag den 10. Mai ajournirt.

Das Journal des Debats vom 9. d. M. meldet das zu Paris erfolgte Ableben des bekannten Publicisten Hrn. Fiévée, in dem Alter von 69 Jahren.

Am 7. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 35. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 75. — Am 8. Mai 5Percents 111 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 30. 3Percents 81 Fr. 70. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 60.

Wien.

Am 15. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.		107⅛.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.		——.
detto	detto v. J. 1821.	für 100 fl. in CM.	153.
detto	detto v. J. 1834.	für 500 fl. in CM.	669½.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM		66¼.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Cure. fl. 99¼ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1523 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 137

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 17. Mai 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 15. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur,	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.173	27 11 1 P.	+ 11.2	SW.	still.	Sonne und Nebel.
	2 Uhr Nachm.	27.182	27 11 2	+ 17.2	S.	Sturm.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.118	27 10 5	+ 11.4	SO.	mittel.	—

Großbritannien und Irland.

Galignani's Messenger vom 9. d. M. enthält den Bericht über die wichtige Sitzung des Unterhauses vom 6. Mai, in Folge deren das Ministerium, da es, wie wir bereits vorgestern gemeldet haben, für seinen Vorschlag in Betreff der Suspension der Verfassung von Jamaica nur eine Majorität von fünf Stimmen (294 gegen 289) erhalten hatte, in Masse seine Dimission einreichte. Das Votum erfolgte um 2 Uhr nach Mitternacht, und das Haus vertagte sich bis Montag den 13. Mai.

Galignani's Messenger gibt auch Bericht von den Sitzungen beider Häuser am 7. Mai, in welchen die Minister — Lord Melbourne im Oberhause, Lord John Russell im Unterhause — ihren Entschluß, sich von den Geschäften zurückzuziehen, ankündigten. Lord Melbourne äußerte im Oberhause: „Mylords! Ich halte es für meine Pflicht, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um Sie zu benachrichtigen, daß in Folge des Votums, das heute Morgens im Unterhause Statt gefunden — eines Votums, welches, obgleich nicht unmittelbar entscheidend für die Maaßregel, gegen die es gerichtet war, nichtsdestoweniger von der Art ist, daß der endliche Erfolg derselben dadurch unmöglich gemacht wird; und da diese Maaßregel sowohl in Bezug auf die Insel, welche sie betrifft, als auf die Ausführung der großen Maaßregel der Neger-Emancipation, von höchster Wichtigkeit ist, und gedachtes Votum hinlänglich klar einen solchen Mangel an Vertrauen von Seiten eines großen Theiles jenes Parlamentshauses andeutet, der uns schlechterdings unmöglich macht, die Regierungsgeschäfte länger mit Nutzen und Vortheil für das Land zu verwalten, und diejenigen kräftigen Maaßregeln zu ergreifen, welche die Lage und die Umstände des Landes gebieterisch erheischen, und die allein geeignet seyn würden, jede Gefahr für die Colonialbesitzungen Englands zu beseitigen; — aus diesen Rücksichten, Mylords, und unter dem Drange dieser Umstände, sage ich, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, Ihrer Majestät die Resignation der Stellen, in deren Besitz wir uns befanden, einzureichen, welche Ihre Majestät huldreichst anzunehmen geruhten. Wir behalten demnach diese Stellen so lange, und fahren fort, die damit verbundenen Geschäfte zu besorgen, bis andere Arrangements getroffen, und Nachfolger zur Führung der Geschäfte des Landes ernannt seyn werden." — Das Haus vertagte sich bis Freitag den 10. Mai.

Im Unterhause waren über fünfhundert Mitglieder anwesend, als sich, nach Erledigung einiger unbedeutenden Geschäfte, Lord J. Russell erhob und sagte: „Sir! *) Ich wünsche dem Hause eine Mittheilung zu machen, in Folge dessen, was in verflossener Nacht in Bezug auf den Antrag zur Verwerfung einer Bill, welche die Regierung von Jamaica reguliren sollte, Statt gefunden hat. Sir! Es muß dem Hause einleuchten, daß dieß eine Bill war, die mehr als gewöhnlichen Beistand und mehr als gewöhnliches Vertrauen erheischte, und daß sie weniger Beistand und weniger Vertrauen gefunden hat, als Ihrer Majestät Ministern gewöhnlich zu Theil werden. Sie haben es daher für Pflicht erachtet, in Erwägung zu ziehen, in welcher Stellung sie sich in Bezug auf diese Bill befinden. Es würde ohne Zweifel in ihrer Macht stehen, zu einem andern Stadium der Bill vorzuschreiten und die Meinung des Hauses über diese Frage noch einmal einzuholen; allein wir finden keinen Grund anzunehmen, daß das Urtheil verschieden von dem bereits gefällten ausfallen dürfte. Wir könnten gleichfalls, mit dem Beistand einer nicht großeren Majorität als die, welche wir in dieser Nacht erhalten haben, die Bill ins Oberhaus senden und es diesem Hause überlassen, nach Gutbefinden damit zu verfahren. Allein dieser Gang, Sir, bei einer Bill, welche allerdings die Regierung, den Gouverneur und den Rath von Jamaica mit ungewöhnlichen Vollmachten bekleidet, würde auf das Haus der Lords eine Verantwortlichkeit zu wälzen scheinen, die wir, unserer Ansicht zufolge, wenn wir redlich zu Werke gehen wollen, nach dem Votum dem Hauses der Gemeinen, kein Recht haben, jenem Hause aufzuladen. Es scheint uns daher keine andere Wahl übrig zu bleiben, als die Bill aufzugeben, deren Durchführung uns oblag. Sir! Es entsteht nun die Frage, ob es, nachdem wir eine so wichtige Bill vorgeschlagen haben, für einen Minister der Krone möglich ist, die Angelegenheiten von Jamaica, in den westindischen Colonien und in unsern Colonien überhaupt in dem gegenwärtigen Zustande zu lassen. Es ist einleuchtend, daß in Jamaica die Autorität der Krone durch die Unterstützung sehr geschwächt werden müßte, welche das Haus der Gemeinen der Halsstarrigkeit — denn ich kann es nicht anders nennen — des Versammlungshauses (House of assembly) gegen den Vorschlag eines Ministers der Krone in der That gewähren würde! Sir! Ich halte es gleichfalls für einleuchtend, daß auch in andern Colonien, wo man bisher, wenn auch nicht eifrig, doch immer noch den Wünschen der Krone nachkam, leicht die Meinung entstehen könnte, von der bisherigen Willfährigkeit abzuweichen, und den Widerstand Jamaica's nachzuahmen. (Hört, hört!) Hierzu kommt der Umstand, daß wir es für Pflicht gehalten haben, dem Hause eine andere Maaßregel in Bezug auf die wichtigen Provinzen von Ober- und

*) Die Reden der Mitglieder des Unterhauses sind bekanntlich immer an den Sprecher gerichtet.

Niedercanada vorzuschlagen, deren Angelegenheiten die reiflichste Beachtung von Seite des Parlaments in Anspruch nehmen. Nun ist es aber augenfällig, daß, nachdem die Maaßregel in Bezug auf Jamaica Widerstand, und bei einer so großen Zahl von Mitgliedern dieses Hauses Widerstand gefunden hat, wir keineswegs auf den erforderlichen Beistand zur Schlichtung der canadischen Angelegenheiten rechnen können. Wir würden daher, Sir, wenn wir an der Spitze der Geschäfte blieben, ohne das Vertrauen und die Unterstützung des Hauses, mittelst deren wir allein im Stande wären, jene Maaßregeln wirksam durchzusetzen, im erforderlichen Grade zu besitzen, die Colonialbesitzungen dieses Landes der größten Gefahr preisgeben. Sir! Bisher hielten sich die Minister Ihrer Majestät berechtigt, am Ruder der Geschäfte zu bleiben, da sie das Vertrauen der Krone und das Vertrauen des Hauses der Gemeinen besaßen. Allein nach dem Votum der letztverflossenen Nacht halte ich mich nicht mehr für berechtigt, zu sagen, daß die Minister bei den großen und wichtigen Angelegenheiten, über welche die Regierung einen Entschluß fassen muß, die Unterstützung und das Vertrauen des Hauses in dem Grade besitzen, der erforderlich ist, um die Staatsgeschäfte mit Erfolg leiten zu können. Es ist demnach, Sir, die Pflicht der Minister Ihrer Majestät, in Erwägung aller dieser Umstände, ihre Resignationen unterthänigst einzureichen. Sir! In Bezug auf das Verfahren, das nunmehr einzuschlagen ist, werde ich den in solchen Fällen üblichen Gang befolgen, die Vertagung des Hauses auf eine kurze Periode vorzuschlagen, um Ihre Majestät in Stand zu setzen, eine Administration zu bilden, welche die Geschäfte des Landes führen kann. Aber, Sir, ich kann diesen Vortrag nicht schließen, ohne bei diesem Anlasse, wie ich es bei jedem Anlasse zu thun bereit bin und bis zu meinem letzten Athemzuge fühlen werde, meine Dankbarkeit denjenigen auszudrücken, welche das Cabinet in den vier Jahren, wo es unter den schwierigsten Umständen am Ruder der Geschäfte stand, unterstützten, und in einer solchen Weise unterstützten, daß die Minister, obschon sie zu keiner Zeit das Vertrauen der Mehrheit des Hauses der Lords besaßen, es dennoch mit ihren Begriffen von Pflicht vereinbar hielten, die Verwaltung der Geschäfte fortzuführen. Sir! Ich sage, daß wir für diejenigen, welche uns jenen wirksamen Beistand angedeihen ließen, und sich in diesem Hause stets geneigt zeigten, alles zu thun, was in ihren Kräften stand, um die großen Principien, die ihren Beifall uns erwarben, zu befördern, stets den innigsten Dank empfinden werden. — Sir! Ich stelle nun den Antrag, daß sich das Haus bis Montag vertage." — Lord John Russell's Rede wurde von den Ministerialbänken mit lautem Beifall, von der Opposition mit tiefem Schweigen aufgenommen. Nachdem Sergeant Talfourd die weitere auf diesen Tag anberaumte Verhandlung über die bekannte Copyright-Bill, auf den Rath Sir R. Peels, auf nächstfolgende Woche verschoben hatte, vertagte sich das Haus bis 13. Mai.

Dem Standard zufolge hatte sich der Lordkanzler, nach einem am 7. Mittags im Departement der auswärtigen Angelegenheiten gehaltenen Cabinetsrathe, zur Königinn verfügt, um Ihrer Majestät seine und seiner sämmtlichen Collegen Resignationen einzureichen. „Die Resignationen," fügt der Standard hinzu „sind angenommen worden, und ein Gerücht sagt, die Königinn habe den Herzog von Wellington rufen lassen, ein anderes, sie habe sich an Lord Spencer gewendet, und ein drittes bezeichnet Lord Normanby als den Mann, den Ihre Majestät vorzugsweise zu Rathe ziehen wolle."

Der Globe enthält die Anzeige, daß das Lever, welches die Königinn am 8. halten wollte, auf Mittwoch den 15. verschoben worden sei.

Der Marquis von Conyngham, Lord-Oberkämmerer Ihrer Majestät, hat, häuslicher Verhältnisse wegen, diese Hofstelle niedergelegt. Als sein Nachfolger wird der Graf von Uxbridge bezeichnet.

Ueber die neuen Pairs-Creirungen bemerkt der Standard: „Die acht neuen Baronskronen machen die Zahl von 82 Pairsernennungen voll, die seit dem Eintritt der Whigs ins Cabinet Statt gefunden haben, — 82 Beförderungen in wenig mehr als acht Jahren, nämlich 2 Herzoge, 4 Marquis, 14 Grafen, 1 Viscount und 61 Barone. Wir ziehen den Viscount von der Zahl der Whigbeförderungen ab, da derselbe (Lord Canterbury) unter Sir R. Peels Verwaltung befördert wurde, nachdem er 17 Jahre lang Sprecher des Unterhauses gewesen war, und wir können hinzufügen, daß er der Einzige von den 82 Pairs ist, der Ansprüche wegen öffentlicher Dienste hat, die von Parteidiensten unterschieden werden müssen. Von den 81 Whigbeförderungen sind natürlich die 61 Barone, so wie einige von den Grafen, z. B. der Graf von Leicester, neue Stimmen, so daß die radicalen Whigs sich auf diese Weise um mehr als 60 neue Stimmen im Oberhause verstärkt haben. Die Ansprüche, welche die meisten der neuen Lords auf die ihnen übertragene Ehre haben, zeigen hinreichend, wie die Minister mit dem Volke stehen. Da sind die HH. Thompson, Colborne und Brownlow, die von ihren frühern Constituenten aus dem Unterhause verdrängt worden, oder Männer, wie Sir J. Stanley und H. Chandos Leigh, die sich nicht auf dem Wahlgerüste zu zeigen wagten. Wir wissen nicht, wie den Radicalen außerhalb des Hauses die für sie gestellten Bedingungen gefallen oder inwiefern sie ihre Sache durch die Erhebung von acht unbedeutenden Personen in den Adelsstand für gebessert halten werden. Wir sind indeß überzeugt, daß eine solche Prostituirung der Pairie, welche die Aristokratie beleidigt, ohne sie zu schwächen, jene Körperschaft nicht in besseres Einverständniß mit den Ministern zu bringen vermag, während andererseits das Volk dieselbe durch eine Verbesserung des Unterhauses rächen wird."

Die Chartisten-Umtriebe werden sehr bedenklich. Die Unruhen in Wales dauern fort, und in Lancashire sind zwei Regimenter aus Irland eingerückt. In Manchester hat man acht Individuen verhaftet, welche die Arbeiter im Waffengebrauch einübten. Indeß wird die Bewaffnung der arbeitenden Classen immer allgemeiner, und ein Zusammenstoß zwischen Volk und Militär steht zu besorgen. Auch nach Bradford in Wiltshire ist eine Abtheilung Polizeisoldaten aus London abgegangen. In einer Versammlung von 2000 Londoner Chartisten in der Kron- und Ankertaverne am 4. Mai hielt H. Stephens eine dreistündige revolutionnäre Rede, worin er die (vorgestern mitgetheilte) „Proclamation gegen gesetzwidrige Versammlungen," unter dem Beifallsgeschrei seines Auditoriums, als „Hochverrath an der brittischen Verfassung" bezeichnete. Ashton-under-Lyne, Stephens Geburtsort in der Nähe von Manchester, ein Hauptherd dieser Umtriebe, ist von einem starken Detaschement Truppen mit Geschütz besetzt. Gegen eine auf den 6. Abends angesagte Chartistenversammlung in Smithfield (London) hat der Lordmayor der City ein warnendes Verbot erlassen. Seit einigen Wochen werden die Sparcassen des Landes um baares Geld überlaufen und starke Summen aus ihnen zurückgezogen. Auch dieß ist wahrscheinlich das Werk der Chartisten. „Diese Dinge," sagt der

Sun. „in Verbindung mit andern, weissagen dem Lande nichts Gutes."

Am 4. Mai hielt die Königinn Victoria im Buckingham-Pallast einen „Hof," um den Großfürsten-Thronfolger von Rußland und den Prinzen Friedrich Heinrich der Niederlande zu empfangen. Sr. kais. Hoheit fuhr in einem Hofwagen vor, begleitet von dem dienstthuenden Kammerherrn, Viscount Torrington, dem Grafen Pozzo di Borgo und dem Grafen Orloff. Zwei andere Hofwägen und ein Wagen der russischen Botschaft folgten mit zehn Herren von der Suite des Großfürsten. Prinz Friedrich Heinrich ward ebenfalls in einem Hofwagen abgeholt, und erschien in Begleitung des Barons Bentinck, des niederländischen Geschäftsträgers und eines Gesandtschafts-Attaché. Die beiden Prinzen wurden nach einander von Lord Palmerston zur Audienz bei Ihrer Majestät in das königliche Closet eingeführt, und dann der Herzoginn von Kent vorgestellt. Sr. kais. Hoheit der Großfürst und der Prinz der Niederlande speisten an der königlichen Tafel, an welche zahlreiche Einladungen ergangen waren. Von den Ministern waren die Lords Melbourne, Palmerston und Normanby anwesend. — Am Sonntag Abends gab Graf Pozzo di Borgo dem Sohne seines Monarchen und dem Prinzen der Niederlande zu Ehren ein glänzendes Diner, zu welchem außerdem jedoch nur die Herren vom Gefolge des Großfürsten, Graf Woronzow und die Mitglieder der russischen Botschaft beigezogen waren. Unter den Besuchen, welche Tags zuvor noch in Mivart's Hotel vorfuhren, bemerkte man den Herzog von Cambridge und die Herzoge von Wellington, Cleveland und Richmond, die Marquis von Lansdowne und Anglesey, Lord und Lady Durham, die Minister Lords Melbourne, Howick, Duncannon und Morpeth, Lord und Lady Lyndhurst, Lord Beresford, Lord Castlereagh, die Baronets Sir R. Peel, Sir James Graham, Sir Edw. Codrington u. s. w., ferner den türkischen und den amerikanischen Gesandten, die Geschäftsträger von Oesterreich, Frankreich, Holland und Sardinien. Dieselben Besuche galten auch dem Prinzen der Niederlande. Auf den 6. Abends hat die Gräfinn Carl Pozzo di Borgo (die Nichte des russischen Botschafters) zu einem Fest in Ashburnham-House über 800 Einladungskarten ausgegeben.

Die Dorset-Chronicle will wissen, daß dem Lord J. Russell, im Falle seines Ausscheidens aus dem Ministerium, eines der besten Aemter zugedacht sei, das die Krone zu vergeben hat, nämlich das Amt des Controlleurs im Schatzamte, das mit einem Gehalt von 2000 Pf. jährlich verbunden ist und auf Lebenszeit verliehen wird. Der jetzige Inhaber dieses Amtes, Sir John Newport, ist so krank, daß man täglich seinen Tod erwartet.

Nach einem Schreiben aus Malta vom 20. April war eine Verstärkung von 120 Matrosen für das Geschwader im Mittelmeere am Bord der Dampffregatte „Rhadamanthus" aus England daselbst angekommen. Am 15. segelte dann ein Geschwader, bestehend aus den Linienschiffen „Rodney," „Bellerophon" und „Talavera" und der Fregatte „Castor," unter Commodore Hyde Parker, nach dem adriatischen Meere, zunächst nach Corfu und Patras. Von dort sollte es zu der unter Admiral Stopford gebliebenen Hauptabtheilung zurückkehren. Es hieß, in Corfu seien Unruhen ausgebrochen, der Hauptzweck des Erscheinens des Commodore vor Patras aber sei, durch seine Anwesenheit die von Sir Ed. Lyons für einige jonische Unterthanen in Athen gestellten Entschädigungsforderungen zu unterstützen. Der „Rodney," welcher bisher vor Malta lag, ist eines von den Schiffen, die zu der Station an Englands Küsten bestimmt sind, er wird daher durch ein anderes Linienschiff ersetzt werden.

Am 3. Mai brannte das im Jahre 1805 erbaute große und schöne Theater zu Cheltenham (Gloucestershire) mit drei Nebengebäuden ab. Der Verlust wird auf 5000 Pf. St. geschätzt.

Consols am 7. Mai 93¼. ⅛.

Frankreich.

Am 6. Abends hielt der König Musterung über sechs Regimenter, welche die Garnison von Paris zu verlassen im Begriffe stehen. Die Infanterie stand im Hofe der Tuilerien, die Cavallerie auf dem Carroussel-Platze in Schlachtordnung aufgestellt. Der König durchritt die Linien und ließ dann sämmtliche Corps unter dem Altan der Tuilerien defiliren, was unter dem Rufe: Es lebe der König! geschah. Unter dem Gefolge Sr. Majestät bemerkte man auch Hussein-Chan, den persischen Botschafter, welcher den Manövers große Aufmerksamkeit zu widmen schien. Die jungen Araber aus Constantine hatten auf die Gallerie der Tuilerien Zutritt erhalten, und erregten durch ihre fremdartige Nationaltracht die allgemeine Neugierde. Sie wurden bei dieser Gelegenheit durch den Dragoman Desgranges dem Könige vorgestellt, der sich mit ihnen auf das freundlichste unterhielt. Es sind sämmtlich Söhne von angesehenen Häuptlingen der Provinz Constantine.

Der Impuls, den der Pariser Cassationshof zur möglichsten Unterdrückung der Duelle gegeben hat, scheint nach und nach, wenn auch allerdings nur sehr langsam, sich auf die französischen Gerichtshöfe ausdehnen zu wollen. Es sind in neuester Zeit durch den Assisenhof des Meuse-Departements und durch das Zuchtpolizeigericht in Boulogne sur mer, Duellanten zur Rechenschaft gezogen und als solche bestraft worden. In beiden Fällen hatten nur leichte Verwundungen Statt gefunden, und die Strafe hatte sich demnach auf 20 Tage Gefängniß beschränkt. Es leidet indeß keinen Zweifel, daß, wenn der von Hrn. Dupin aufgestellte Grundsatz streng festgehalten wird, dem in Frankreich so sehr überhandgenommenen, leichtsinnigen Duelliren in etwas Einhalt gethan werden dürfte.

Am 9. Mai war die Pariser Börse wegen des Feiertags geschlossen.

Päpstliche Staaten.

Sonnabend den 4. Mai sind Sr. Majestät der König von Baiern, aus Neapel zurück, in Rom eingetroffen. Am folgenden Morgen verfügten sich Sr. Majestät in den Pallast des Vaticans, um dem heiligen Vater Ihre Verehrung zu bezeugen.

In Rom ist man gegenwärtig mit den Vorbereitungen zu dem feierlichen Acte der Canonisation (der am Dreifaltigkeits-Sonntage, 26. Mai, Statt finden soll) der seligen Alfonso de Ligorio, Francesco di Girolamo, Gio. Giuseppe della Croce, Pacifico di Sanseverino und Veronica Giuliani beschäftigt.

Moldau und Wallachei.

Nach Berichten aus Jassy ist der berüchtigte moldauische Räuberhauptmann Ketrar, der bereits im letztverflossenen Februar eingefangen worden war, in Folge der von ihm begangenen zahlreichen Raub- und Mordthaten, und nach dem hierüber von den moldauischen Gerichtsbehörden gefällten, und von dem regierenden Fürsten bestätigten Urtheil am 30. April auf dem Marktplatze zu Frumosa öffentlich mit dem Strange hingerichtet worden. — Nachdem sich in der letztern Zeit in der Umgegend von Jassy eine neue Räuberbande gebildet hatte, welche diese Stadt in Brand zu stecken und zu plündern beabsichtigte, die aber größtentheils gefangengenommen wurde, war obiges Beispiel der Strenge zur Herstellung der

öffentlichen Sicherheit in der Moldau als unerläßlich erachtet worden.

Belgien.

Der Bericht der Commission, welche mit der Prüfung des Gesetzentwurfes beauftragt war, durch den ein nachträglicher Credit von 300,000 Fr. dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten bewilligt werden soll, lautet wie folgt: „Sie haben die Centralabtheilung des Budgets des Departements der auswärtigen Angelegenheiten mit der Prüfung des Gesetzentwurfes beauftragt, welcher diesem Departement einen nachträglichen Credit von 300,000 Fr. für neue Ausgaben während des Jahres 1839 eröffnet. Da nach Abschließung des definitiven Tractats noch manche Interessen direct zwischen Belgien und Holland zu reguliren sind, so konnte man natürlicherweise erwarten, daß nach Auswechslung der Ratificationen gewisse Specialcommissionen ernannt werden würden. Aus den bei der Regierung eingezogenen Erkundigungen läßt sich schließen, daß die bedeutendsten folgende seyn werden: eine Liquidations- und Archivcommission, eine für die Bestimmung der Gränzen, welche in Maestricht zusammentreten soll, eine für den Abfluß der Gewässer in Flandern, eine für die Schelde und endlich eine militärische Commission. Die eigenthümliche Beschaffenheit der Arbeiten dieser Commissionen wird es wohl als rathsam erscheinen lassen, daß einige derselben durch mehrere Beamten zu verstärken seien. Wie schnell auch die Arbeiten vor sich gehen mögen, so läßt doch die Ausdehnung derselben kein baldiges Ende hoffen; ihr interimistischer Character, das verhältnißmäßig theure Leben in Holland, die Verpflichtungen der Stellung, werden nothwendig einen Einfluß auf die Ausgaben ausüben. Außer diesen Commissionen machten auch neue diplomatische Missionen, deren Nothwendigkeit sich voraussehen ließ, die vorgeschlagene Erhöhung nothwendig. Läßt man die politische Frage bei Seite, so nehmen wichtige Handelsinteressen den ihnen gebührenden ersten Platz in den Beziehungen zwischen Holland und Belgien ein; die mit Teutschland anzuknüpfende Verbindung fordert die Sendung eines bevollmächtigten Ministers nach Frankfurt; in Hamburg ist ein Geschäftsträger nothwendig, Baiern darf nicht vernachlässigt werden; für Dresden ist ein Agent mit einem diplomatischen Range erforderlich und endlich müssen wir auch zu den zukünftigen Möglichkeiten eine gesandtschaftliche Verbindung mit dem russischen Reiche rechnen. Außer diesen Missionen von einem mehr oder minder dauerhaften Character wird Belgien durch seine neue Stellung noch zu mehreren einstweiligen genöthigt seyn. Die Ausgaben, welche eine Folge dieser neuen Bedürfnisse sind, scheinen der Commission nicht unproductiv bleiben zu wollen. Den Betrag derselben einer Untersuchung zu unterwerfen, war nicht gut thunlich; die Commission hat ihn daher einstimmig unverkürzt angenommen und schlägt auch Ihnen, meine Herren, vor, den Gesetzentwurf in seiner gegenwärtigen Gestalt anzunehmen."

Die belgischen Zeitungen sind ohne Rücksicht auf die Partei, welcher sie angehören, fast sämmtlich einverstanden mit dem von der Regierung verkündeten Principe, den Scheldezoll selbst zu übernehmen. Der Observateur, welcher ein Organ des „Widerstandes" ist, sagt in dieser Beziehung, „daß es im allgemeinen Interesse des Landes liege, Antwerpens Handel blühend zu sehen, und daß die Scheldeschifffahrt so leicht und so wenig kostspielig als möglich seyn müsse, damit man mit Holland bei dem teutschen Transitohandel rivalisiren könne; daß darum der Verkehr wieder auf den Fuß von 1830 zu bringen sei, wo auf unserem Hauptstrom kein Zoll existirte."

Teutschland.

Das am 4. Mai erschienene königl. baierische Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung, die Statuten der Nürnberg-Nordgränze-Eisenbahn-Gesellschaft betreffend, nach welcher S^r. Majestät der König vermöge höchster Entschließungen der königlichen Ministerien des königlichen Hauses und des Aeußern, des Innern und der Finanzen vom 3. März 1838 und 10. Mai 1838 zur Erbauung einer Eisenbahn von Nürnberg nach Bamberg, und von da über Culmbach nach Hof und bis zur Reichsgränze, in Voraussetzung der Entgegenführung einer Bahn von Leipzig bis an diese Reichsgränze, die allerhöchste Genehmigung zu ertheilen geruht haben. Demgemäß hat die Generalversammlung der Actionäre dieser Eisenbahn vom 2. Juli 1838 den Entwurf der Statuten für dieselbe berathen, welche auf geschehene Vorlage von S^r. königl. Majestät gleichfalls die allerhöchste Genehmigung erhielten. (Folgen nun die einzelnen Artikel der Statuten.)

Wien.

S^r. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 20. April d. J. den k. k. Consularposten in Belgrad dem bisherigen Consul in Gallacz, Demeter Atanaskovics, allergnädigst zu verleihen geruht.

Die herrschaftlichen Laufer haben von jenen Geschenken, welche sie bei Gelegenheit ihres am 1. Mai d. J. im Prater Statt gefundenen Wettlaufs von dem allerhöchsten Hofe und dem hohen Adel erhielten, 100 fl. W. W. zur Vertheilung an die Invaliden, 50 fl. W. W. als Beitrag für das Spital der barmherzigen Schwestern in Gumpendorf, 50 fl. W. W. an die Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen, 50 fl. W. W. der Anstalt zur Versorgung und Beschäftigung erwachsener Blinden übergeben, und ihren dienstlosen Kameraden und den Laufers-witwen 517 fl. W. W. gewidmet.

Am 16. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	—.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81 9/11.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		66 1/4.
Bankactien pr. Stück 1520 in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des österreichischen Beobachters ist erschienen das vierte Heft der militärischen Zeitschrift 1839. Dieses enthält folgende Aufsätze: I. Den Feldzug 1706 in Spanien. Mit dem Plane von Barcellona. II. und III. Des Erzherzogs Maximilians Feldzüge 1477 und 1478 gegen Frankreich. IV. Die Besitznahme der Van Gbelendschik am schwarzen Meere durch die Russen 1831. V. Literatur. VI. Kartenankündigung. VII. Neueste Militärveränderungen. VIII. Miscellen und Notizen. Nr. 7 bis 17. — In diesem Comptoir wird Pränumeration auf den Jahrgang 1839 der militärischen Zeitschrift mit 9 fl. 36 kr. C. M. angenommen.

№ 138

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 18. Mai 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 16. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.146	27 3. 10 8. 9 P.	+ 9.8	W	mittel.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.103	27 11 4	+ 8.6	W.	——	——
	10 Uhr Abends.	27.185	27 11 3	+ 7.4	W.	——	——

Großbritannien und Irland.

Der Moniteur vom 10. d. M. enthält folgende telegraphische Depesche: „London, den 8. Mai 7 Uhr Abends. Der französische Geschäftsträger an den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Die Königinn hat heute um 2 Uhr den Herzog von Wellington rufen lassen. Um 3 Uhr hat sie Sir Robert Peel empfangen. Man zweifelt nicht, daß Sir Robert Peel den Auftrag zur Bildung eines Cabinets erhalten und angenommen habe.“ — Die Londoner Blätter vom 8. Mai, aus denen Galignani's Messenger Auszüge liefert, bestätigen obige Nachricht. — Der Standard sagt in einem Postscriptum von 3 Uhr Nachmittags: „Wir wünschen unsern Landsleuten aufrichtig Glück zu der erfreulichen Thatsache, die wir ihnen mittheilen können. — Sir Robert Peel ist in diesem Augenblicke bei der Königinn, um Ihrer Majestät Befehle Behufs der Bildung eines Ministeriums entgegenzunehmen. Heute, bald nach Mittag, wie wir glauben, unmittelbar nach einer Unterredung, mit welcher die Königinn den Grafen von Liverpool (Bruder des verstorbenen Premierministers) beehrt hatte, wurde der Herzog von Wellington zu Ihrer Majestät gerufen; er entfernte sich nach einer kurzen Unterredung und kehrte bald nach 2 Uhr mit Sir R. Peel zur Königinn zurück; seit dieser Zeit befindet sich Sir Robert im Pallaste und hat, wie wir hören, carte blanche zur Bildung eines Cabinets erhalten.“ — Im Courier heißt es: „Lord Melbourne, Graf Minto, der Graf von Duncannon und einige andere Mitglieder des bisherigen Ministeriums, waren diesen Morgen im Buckingham-Pallaste, aber bloß um die currenten Geschäfte ihrer respectiven Departements zu besorgen. Es geht das Gerücht, daß der Herzog von Wellington, obgleich mit der Formation des neuen Cabinets beauftragt, selbst keinen Theil daran nehmen wird. Sir R. Peel hat, wie wir glauben, seit dem Besuche des Herzogs im Pallaste, eine Unterredung mit der Königinn gehabt.“ — Die Morning-Post sagt: „Nachdem Lord Melbourne und Lord John Russell gestern sich zu Ihrer Majestät verfügt hatten, um ihre und ihrer Collegen Resignation einzureichen, hatte der Marquis von Normanby eine ziemlich lange Conferenz mit der Königinn, aber bloß um Ihrer Majestät Befehle über einige Colonialangelegenheiten einzuholen, und keineswegs von Ihrer Majestät berufen, um über die Bildung des neuen Cabinets Rath zu ertheilen.“ In einem andern Artikel der Post heißt es: „Die Resignation Lord Melbourne's und seiner Collegen ist ein Ereigniß, das jeder rechtschaffene Engländer mit Freude vernehmen wird. Es ist unangenehm, hart von Gegnern zu sprechen, die sich selbst für besiegt erklärt haben, und da wir in einem strengen Tone des Tadels im gegenwärtigen Augenblicke keinen Nutzen sehen, so wollen wir uns desselben enthalten. Wir sind sogar zu dem Versuche geneigt, zu glauben, daß die Minister selbst das Beste zu thun vermeinten, während wir überzeugt sind, daß die Tendenz ihrer Handlungen so schlecht als möglich war. Wie aber auch ihre Begriffe beschaffen gewesen seyn mögen, das Volk von Großbritannien hat Ursache, sich höchlich zu freuen, daß ihre Amtsgewalt zu Ende ist.“ — Der Globe sagt: „Im Westende der Stadt geht das Gerücht, daß keine unmittelbare Auflösung (des Parlaments) Statt finden wird. Dieß bezweifeln wir jedoch. Es ist fast unmöglich, für eine Toryregierung vor das gegenwärtige Parlament zu treten; gleich der erste Schritt, die Wahl des Sprechers, würde gegen sie ausfallen. Die Resignation hat geringen Einfluß auf die Stocks gehabt, da das Ereigniß nicht unerwartet in der City war. Man hegt wenig Besorgnisse, da jedermann überzeugt ist, daß, was immer für eine Classe von Staatsmännern ans Ruder gelangt, sie, bis auf einen gewissen Grad, der öffentlichen Meinung folgen, und populäre Maaßregeln ergreifen müssen, widrigenfalls sie von der Nation nicht geduldet werden würden.“

Wir geben hier zur Vervollständigung die Verhandlungen des Unterhauses vom 6. Mai über die Jamaica-Bill, deren Resultat zur Auflösung des Melbourne-Russel'schen Cabinets führte. — Hr. Maclean, der zuerst das Wort nahm, stellte das jetzt von den Ministern vorgeschlagene Verfahren der Politik gegenüber, die sie in Bezug auf Canada befolgt, wo sie ihre Nachsicht fast bis zu einem verbrecherischen Grade ausgedehnt und erst alles Mögliche versucht hätten, ehe sie zu einer Zwangs-

maaßregel geschritten. „Wie ganz anders aber," sagt der Redner, „handeln die Minister mit Hinsicht auf Jamaica! Sie schlagen nicht vorher tadelnde Beschlüsse vor, sie versuchen es mit keinem Versöhnungsmittel, sondern wollen gleich die Verfassung von Jamaica suspendiren, und zwar aus ganz unbedeutenden Gründen. (Hört, hört!) Das Versammlungshaus von Jamaica hat die Subsidien nicht verweigert, es befindet sich nicht im Rebellionszustand, es hat keine Richter auf eigene Hand ernannt, wie das Versammlungshaus von Canada es gethan." Sir Eardley Wilmot, ein Radicaler, sprach zu Gunsten der Bill, indem er die Hoffnung äußerte, daß das Haus den Pflanzern nicht gestatten werde, die Neger unter der Maske der Freiheit in Sclaverei zu erhalten. Der Redner verließ nach Beendigung seines Vortrages das Haus, unter dem Vorwande, daß er seine Stimme mit einem Tory abgepaart habe; da dieser Tory aber gar nicht in London anwesend war, so wird jenem Radicalen vorgeworfen, er habe ein falsches Spiel gespielt. Hr. Grote, einer der Hauptradicalen, der hierauf das Wort nahm, erklärte, daß er in der vorliegenden Bill nichts Günstiges für die Sclaven, wohl aber große Härte gegen die Weißen erblicke; es sei, meinte er, nur ein übertriebenes Anti-Sclavereigefühl, was sich darin kundgebe, und das man unnöthigerweise noch zu nähren suche, nachdem der Anlaß dazu aufgehoben sei; das Ministerium habe, statt sich zu bemühen, die Legislatur von Jamaica in eine günstigere Stimmung zu versetzen, alles Mögliche gethan, um dieselbe noch mehr aufzubringen; jetzt thue es aber vor allen Dingen Noth, unter den Negern das Vergangene vergessen zu machen und sie an den neuen Zustand zu gewöhnen; zwar sei die Wählerschaft auf Jamaica noch gering, aber sie wachse in jedem Jahre, und die Neger würden bald den nöthigen Einfluß auf die Legislatur erlangen. Er erklärte schließlich, daß er nach allem diesem gegen die Bill stimmen müsse. Der Radicale Hr. Warburton dagegen unterstützte die Maaßregel, weil die Bevölkerung jener Insel doch nicht durch ihre freien Institutionen, sondern nur durch die englische Armee und Marine in Ordnung gehalten werde. Hr. Goulbourn, der gegen die Bill sprach, hob hervor, daß es von schlechter Vorbedeutung für die Sache der Freiheit in Maryland und Virginien seyn würde, wenn die Negeremancipation politische Sclaverei zur Folge haben sollte; er fragte auch, warum man nicht die Maaßregel auf alle andern westindischen Colonien ausdehne, die sich in ähnlichen Verhältnissen befänden, wie Jamaica, und er warf den Ministern vor, daß sie nicht den geringsten versöhnenden Versuch machen wollten, ehe sie zum Aeußersten schritten. O'Connell beschränkte sich in seiner Rede darauf, diesen Vorwürfen zu begegnen, indem er einerseits bemerklich machte, daß die Legislaturen der andern Inseln ja ihre Functionen nicht eingestellt, und andererseits, daß man allerdings mit der Legislatur von Jamaica schon dreimal den Versuch gemacht, sie zu einem andern Entschluß zu bewegen, aber vergeblich, sie sei bei der Zurückweisung der Gefängnißbill geblieben und habe sich geweigert, ihre Functionen wieder zu beginnen. Nachdem noch Hr. Gladstone und Lord Stanley, gegen und Sir S. Lushington für die Bill gesprochen hatten, ohne neue Argumente vorzubringen, schloß Lord J. Russell die Debatte mit einer nochmaligen Recapitulation der ministeriellen Gründe für die Maaßregel und richtete einige Worte der Warnung an diejenigen, welche aus bloßen Parteimotiven gegen die Bill stimmen wollten. „Sie wird," sagte er, „früher oder später den Vorwurf ihres eigenen Gewissens und das Verdammungsurtheil des Landes treffen." Bei der Abstimmung ergaben sich 294 Stimmen für und 289 Stimmen gegen den ministeriellen Antrag, so daß derselbe mit der geringen Majorität von fünf Stimmen angenommen wurde.

Consols am 8. Mai 93¼. ⅛.

Spanien.

Das im Hauptquartier des Don Carlos erscheinende Boletin del Cuartel Real vom 1. Mai enthält fünf Berichte des Generals Maroto an den Kriegsminister vom 25. bis 30. April, sämmtlich aus seinem Feldlager la Manzanera datirt, über die an obgedachten Tagen in der felsigen Gegend von Ramales vorgefallenen Gefechte mit den überlegenen Streitkräften des Feindes unter Commando des Generals Espartero. In seinem Berichte vom 28. April meldet General Maroto, daß es dem Feinde am Abend zuvor gelungen sei, sich nach ungeheuren Anstrengungen der Peña (des Felsens) del Moro zu bemächtigen, welche Stellung von dem Brigadier Castor vertheidigt wurde. Die Erstürmung dieses Punctes kostete dem Feinde, nach Maroto's Angaben, über 1000 Mann an Todten und Verwundeten, und 20 Gefangene; den eigenen Verlust gibt Maroto auf 8 Todte und 82 Verwundete, unter letztern mehrere Offiziere, an. Der letzte Bericht des Generals Maroto vom 30. April lautet folgendermaaßen: „Bei Tagesanbruch hat die feindliche Armee unsern rechten Flügel angegriffen, der an die Fronte von Ramales gelehnt war und von dem 3ten und 5ten Bataillon von Guipuzcoa, dem 5ten von Navarra und den Truppen unter Commando des Brigadiers Anchechaga (eins mit Castor) vertheidigt wurde. Die Rebellen wurden aus den Verschanzungen, welche sie gestern vor unserer Fronte aufgeworfen hatten, mit beträchtlichem Verlust vertrieben; auch der unsere ist bedeutend, und besonders fühlbar wegen der schweren Verwundung, welche der unerschrockene Brigadier Tarragual (der bekanntlich unlängst wieder nach Spanien zurückkehrte) und der leichten, welche der Commandant des 5ten Bataillons von Guipuzcoa, Ibero, hierbei erlitten. Wir haben viele Gefangene gemacht, deren Zahl ich jetzt noch nicht genau angeben kann. — Die Truppen des Königs, unsers Herrn, deren Tapferkeit durch das kostbare Blut,

welches ſie vergießen, bezeugt wird, haben nicht bloß den Feind, der ſie mit ſo überlegenen Streitkräften angreift, zurückgeſchlagen, ſondern ſich auch in Beſitz der erſten Linie geſetzt, welche die Rebellen geſtern inne hatten. Gott erhalte ꝛc. Feldlager von la Manzanera, 30. April 1839. Rafael Maroto."

Ueber das Gefecht am 27. April, in Folge deſſen ſich die Chriſtinos der Peña del Moro bemächtigten, hat General Espartero nachſtehenden Bericht an den Kriegsminiſter in Madrid erſtattet: „Hauptquartier la Neſoſa, 27. April 1839. Sie werden aus meinen frühern Depeſchen erſehen haben, daß die von den Rebellen zur Hemmung der Paſſage gemachten Durchſchnitte beim Engpaſſe von Tornos begannen. Nachdem ich fünf dieſer Durchſchnitte hatte ausfüllen laſſen, nahm ich im Angeſichte der concentrirten Streitkräfte Maroto's verſchiedene Recognoscirungen vor, um denjenigen Paß zu wählen, der behufs der Sicherſtellung der Communicationen am wenigſten Schwierigkeit darbieten würde, und um meinen zweiten Plan auszuführen, falls der Feind die Schlacht, die ich ihm bereits bei zwei Recognoscirungen angeboten hatte, nicht annehmen ſollte. Es führen drei Wege nach Ramales; heute haben die Truppen unter meinen Befehlen, von heldenmüthiger Tapferkeit beſeelt, über den Feind, der die Engpäſſe beſetzt hielt, geſiegt, indem ſie 7 Bataillons von der ſteilen Anhöhe, mit deren Vertheidigung ſie beauftragt waren, delogirten. Der Feind hatte ſich auf der Heerſtraße in der Höhlung eines ſteilen Felſens, der eine faſt unzugängliche Stellung bildet (der Peña del Moro) verſchanzt und hatte eine Kanone zu ſeiner Dispoſition, mit der er die an mehreren Stellen durchſchnittene Straße und die Defilées, die an den Felſen führen, beſtrich. Ich ließ dieſer Stellung gegenüber 8 Geſchütze aufführen, welche unter Commando des General-Artillerie-Commandanten Joaquin Ponte ſieben Stunden lang ſpielten; nach Ablauf derſelben ergaben ſich die noch übrigen Vertheidiger, faſt alle verwundet, auf Discretion, und ließen die Waffen und andere Gegenſtände in unſerer Gewalt. Der General Don Leopoldo O'Donnell, Chef des Generalſtabs, hat den Angriff des rechten Flügels, der General Ramon Caſtañeda den des Centrums und der General Don Francisco de Paula Alcala den des linken Flügels geleitet. Der General Don Felipe Rivero bildete, mit der Diviſion der königlichen Garde, die Reſerve. Ich behalte mir vor, Ew. Ex. nächſtens einen detaillirten Bericht über den glorreichen Sieg, den wir erfochten haben, zu erſtatten. Gott erhalte ꝛc. Der Graf von Luchana."

Der Moniteur vom 10. Mai enthält folgende telegraphiſche Depeſche aus Bayonne vom vorhergehenden Tage, halb 3 Uhr Nachmittags: „Das ſchlechte Wetter hat alle Operationen Espartero's gehemmt; es hat kein neues Gefecht ſeit dem 30. April bis zum 4. Mai Statt gefunden; man iſt in denſelben Stellungen geblieben." (Die früher vom Telegraphen gemeldete Nachricht, daß die Carliſten Ramales geräumt haben, ſcheint demnach grundlos zu ſeyn.)

Nachrichten aus Catalonien (im Journal des Pyrénées Orientales) vom 4. Mai zufolge hat ein 3000 Mann ſtarkes Carliſtiſches Corps, während der Generalcapitän Baron de Meer mit ſeinen Truppen, nach der Verproviantirung von Solſona, gegen Cervera aufgebrochen war, und der Brigadier Carbo die Brücke von Olot beſetzt hielt, um Vich und die Umgegend zu beobachten, den Flecken Manlleu (zwiſchen Vich und Olot) überfallen und geplündert. Die Beſatzung des kleinen Forts hat ſich, nicht ohne bedeutenden Verluſt, durchgeſchlagen. — In Figueras hatte man die Anzeige von dem Anrücken eines Carliſtiſchen Corps von 6000 Mann erhalten, welche die dortige Küſte beſetzen wollen, um Waffen und Munition, die ſie erwarten, in Empfang zu nehmen.

Portugal.

Die in England eingegangenen Nachrichten aus Liſſabon reichen bis zum 29. April, enthalten aber nichts von Wichtigkeit. Man erwartete die Ankunft der verwitweten Königinn von England am Bord des „Haſtings," der von dem „Royal-Tar" vierzig engliſche Meilen vom Tajo geſehen worden war, und man fing bereits an zu fürchten, daß die Königinn ihre Abſicht geändert und direct nach England zurückzukehren beſchloſſen habe. Der Finanzminiſter hatte auf einige in der Deputirtenkammer an ihn gerichtete Fragen erklärt, daß, da das Land nicht im Stande ſei, noch neue Laſten zu tragen, der gegenwärtigen finanziellen Verlegenheit nur durch die größte Sparſamkeit in allen Ausgaben und durch Verminderung der See- und Landmacht abgeholfen werden könne. Erſt vor einem Monat aber hatte H^r. Carvalho ſelbſt für die Vermehrung der Armee bis auf 12,000 Mann geſtimmt. Der Prinz Georg von Cambridge ſoll nach Konſtantinopel abgereist ſeyn.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Packetſchiff „Herzoginn von Orleans," welches Newyork am 17. April verlaſſen hat, iſt, auf ſeinem Wege nach Havre, am 6. Mai in Plymouth eingelaufen. Der „Great-Western" war am 16. April, nach einer Fahrt von 24 Tagen, in Newyork angekommen. Dieß Dampfboot hatte drei Wochen lang mit widrigen Winden und ſtürmiſcher See zu kämpfen, und nur an den letzten beiden Tagen war das Wetter günſtig. Die von dem „Great-Western" mitgebrachten Nachrichten in Bezug auf die Gränzfrage wurden als ſehr zufriedenſtellend betrachtet; das Vertrauen war daher größtentheils wieder hergeſtellt, die Papiere ſtiegen, und zwar in einigen Fällen um 2 bis 3 Percent. An der Gränze waren einige Exceſſe verübt worden, doch war nichts vorgekommen, was das gute Einverſtändniß zwiſchen den brittiſchen Behörden und denen von Maine hätte ſtören können. An der canadiſchen

Gränze hatten wieder einige Mordbrennereien Statt gefunden.

Frankreich.

Der Moniteur vom 9. Mai enthält folgenden Tagsbefehl des Kriegsminiſters, General Cubieres an die Armee vom vorhergehenden Tage: „Der Hr. Oberſt François, vom 21ſten Linienregimente, behauptet, der Weg von Paris nach Breſt ſei zu weit für Infanteriſten; das 65ſte Regiment, das ſich auf dem Marſche von Breſt nach Paris befindet, wird das Gegentheil beweiſen. Der Miniſter weiß ſeit längerer Zeit, daß das 21ſte eines der Regimenter iſt, das am beſten marſchirt; daß dieſes Corps niemals Nachzügler zurücklaßt; daß es voll Energie iſt, um Strapazen auszuhalten, ſo wie der Gefahr die Stirne zu bieten, und daß es auf die Ehre hält, die Beſatzung des erſten Kriegshafens von Frankreich zu bilden, deſſen wackere Einwohner unſeren Soldaten eine ſo gute Aufnahme angedeihen laſſen. — Der Hr. Oberſt François wird außer Activität geſetzt; der König hat an ſeine Stelle den Hrn. Oberſtlieutenant Lelouterel, vom ſelben Corps, ernannt. Wer immer im Namen der Truppen ſprechen will, ohne befürchten zu müſſen, von ſelben Lügen geſtraft zu werden, der muß ſeine Sprache mit dem Eifer, der Ergebenheit, und allen Gefühlen der Ehre, die im Herzen des Soldaten leben, in Einklang ſetzen. Der Miniſter-Staatsſecretär des Kriegs, Cubieres.“ — Die Oppoſitionsjournale ſind mit obigem Tagsbefehl in hohem Grade unzufrieden.

Bei der (in unſerm vorgeſtrigen Blatte kurz erwähnten) Debatte in der Deputirtenkammer vom 8. d. M. über den Mauguin'ſchen Adreſſevorſchlag nahm zuerſt Hr. de Sade das Wort und begann mit der Bemerkung, daß man dem Vorſchlag gewiß am wenigſten den Vorwurf voreiliger Ungeduld machen könne. Die Kammer ſei ſchon lange verſammelt, und dennoch ſei man eingeſchlafen, habe die Hände in den Schooß gelegt, und nichts gethan; es ſei Zeit, daß die Kammer ihre ganze Energie entwickle. Bei den letzten Wahlen habe die conſtitutionnelle Partei über das alte Miniſterium geſiegt; in dieſem Sinne hätte alſo das Cabinet gebildet werden ſollen. Er erblickt zwei Parteien in der Kammer: die eine, welche die Inſtitutionen unverſehrt erhalten, die andere, welche ſie fortgebildet ſehen will; es gebe auf beiden Seiten ehrenwerthe Männer; aber außer dieſen beiden Parteien nur erbärmliche Intriguen. Die Staatsgewalt müſſe jener Fraction der Kammer angehören, deren Einfluß im Lande in ſtetem Zunehmen ſei. Hr. de Sade meint, man brauche keine Erklärungen mehr, ſondern vor Allem einen Ausgang für die jetzige jämmerliche Lage. Das Vorurtheil, daß die Repräſentativverfaſſung den Gang der Staatsverwaltung hemme, werde verſchwinden, ſobald die Inſtitutionen vervollkommnet ſeien. Er ſtimmt für Hrn. Mauguin's Antrag. — Hr. de Lamartine iſt weit entfernt, der Kammer das Recht einer Adreſſe abzuſprechen; das Recht, zur Krone zu ſprechen, ſei die erſte Befugniß der Nationalſouverainetät. Er würde daher für die Adreſſe ſtimmen, wenn die Zögerungen wirklich von der Krone herrührten; allein es ſei allbekannt, daß die Unverträglichkeiten nicht Schuld der Krone ſeien. Die Adreſſe ſcheint ihm daher unnütz, zu falſcher Deutung Anlaß gebend, vielleicht ſogar für die Krone beleidigend. (Murren links; Beifall im Centrum.) „Meine Herrn,“ fährt er fort, „es gibt hier keine Mehrheit; Jedermann behauptet die Mehrheit zu haben. (Hr. Odilon-Barrot: Es herrſcht allenthalben Ohnmacht.) Hr. de Lamartine: Ich nehme dieſes Geſtändniß an, und erinnere Sie an die Worte Hrn. Dufaure's, ja Hrn. Mauguin's ſelbſt, daß die Krone nur ihr ganzes Gewicht auf die linke Seite zu legen brauchte, um dort eine impoſante Mehrheit zu finden. Aber warum ſollte die Krone nicht ihren Einfluß eben ſo gut auf einen andern Theil der Kammer legen können?“ Die Wahlen haben, nach Hrn. de Lamartine's Meinung, der Krone eigentlich gar keine Antwort gegeben. Anfangs, geſteht er, habe er ſelbſt geglaubt, daß perſönliche Abneigungen die Bildung des Cabinets verzögerten; ſeitdem habe er jedoch ſich überzeugt, daß die Krone an den Schwierigkeiten ganz unſchuldig ſei. „In der Politik,“ ſagt er, „kann und darf es keine perſönlichen Antipathien geben. Ein König darf weder Freunde noch Feinde in ſeinem Rath haben; er hat nur Miniſter. Pitt und Fox ſtanden in ſchlechtem Vernehmen mit dem Regenten; Canning war der perſönliche Feind, der Hausfeind des Königs, deſſen Miniſter er war. Aber wir haben die von Wahrheitsliebe ſtrotzenden Erklärungen des Hrn. Dupin gehört. (Hr. Dupin lebhaft: Und ich habe nicht Alles geſagt! Allgemeines Gelächter.) Hr. de Lamartine: Da Hr. Dupin nicht Alles geſagt hat, ſo will ich ſeine Gedanken zu ergänzen ſuchen. (Neues Gelächter.) Hr. Dupin: „Als ich vor einigen Tagen das Wort ergriff, wollte ich die Verläumdungen gegen mich und gegen die Krone widerlegen. Man ſprach von einem Beſuche in den Tuilerien; ich habe keinen ſolchen Beſuch gemacht. Bloß um meinem Gewiſſen zu genügen, erhob ich die Schwierigkeit, an welcher die Combination des linken Centrums geſcheitert iſt. Hr. de Lamartine will meine Gedanken ergänzen; ich bemerke ihm, daß es Dinge gibt, die man nicht ſagen darf; es gibt Dinge, die ich 50 Mitgliedern mittheilen, aber nicht auf der Tribune ſagen darf. (Bewegung und Geflüſter.) Hr. de Lamartine geht hierauf die Erklärungen der HH. Dupin und Dufaure durch, und ſchließt daraus, daß dieſe Herren, die noch am Morgen eine ungeheure Mehrheit zu haben glaubten, am Abend voll Schrecken ſahen, daß ſie in der Minorität ſtien. Das Geſpenſt der Minorität alſo war es, welches der Reihe nach alle Combinationen zerſtörte. Der Redner legt die jetzige Anarchie in der Kam-

mer der Tyrannei der Presse zur Last, und erhebt sich gegen die Gefahr, welche die Allgewalt der Journalisten dem Lande und der Kammer bereite. „Meine Herren!“ sagt er, „Jedem von uns fehlt es an Muth; man hat Meinungen, aber man wagt nicht, sie zu vertheidigen, wenn sie von der Presse angegriffen werden. Die Presse hat sich oft vereinigt, um eine Leidenschaft, einen Mann zu unterstützen, und ihren tyrannischen Einfluß gegen Alle angewendet, die sich dieser Leidenschaft, diesem Manne nicht unterwerfen, und unabhängig bleiben wollten.“ Hr. de Lamartine stimmt schließlich gegen die Adresse. — Hr. Dubois (von der Niederloire) zieht aus der Rede des Hrn. de Lamartine den Schluß, daß er Wiederherstellung der Censur und eine dritte Auflösung der Kammer wolle. (Widerspruch.) Sodann fährt er fort: „Wenn wir Gerüchten trauen dürfen, so legt eine politische Person, die mit der Bildung eines Cabinets beauftragt war, die Hände in den Schooß, und erklärt, sie habe keinen Auftrag erhalten. Diese Person ist nicht hier anwesend, und ich kann sie nicht zur Rede stellen. Ich möchte den provisorischen Herren Ministern nichts Unangenehmes sagen, aber ein provisorisches Ministerium ist ein politischer Unsinn, und die erste Ursache des Uebels, das uns aufzehrt. Hätte das provisorische Ministerium sich nicht constituirt, so wäre die Krone genöthigt gewesen, ein Cabinet zu bilden. (Der Finanzminister: Warum nicht gar!) Die Krone darf keinem andern Staatskörper das Recht und die Verpflichtung abtreten, welche die Constitution ihr übertragen hat. Am ersten Tag, wo die provisorischen Minister in dieser Kammer erschienen, hätte man sie fragen sollen, ob sie definitiv seien (Gelächter); man hätte keinen ihrer Gesetzvorschläge annehmen sollen. Ich fordere sie übrigens selbst auf, ihre Stellung ernstlich zu nehmen, und uns zu sagen, ob sie berufen sind, das Land zu verwalten, wie der vorige Redner es in einer frühern Sitzung andeutete.“ — Der Siegelbewahrer Hr. Girod de l'Ain setzt nun die Gründe auseinander, welche die provisorischen Minister zur Annahme der Portefeuilles bewogen haben, und versichert, daß sie sehnlichst wünschen, sie ihren Nachfolgern übergeben zu können. Hr. Lanyer erörtert die Ansichten eines Theils der 221; ihre Politik ist eine gemäßigt-liberale, und jedes Ministerium, das sie befolgt, wird die Mehrheit erhalten. Den Adressevorschlag bekämpft er als inconstitutionnell. Hr. Garnier-Pagès tadelt, daß ein Minister (Hr. Girod de l'Ain) der Kammer vor einigen Tagen die trügerische Hoffnung eines nahen Ausgangs gab; hier laste die Verantwortung nicht auf Hrn. Thiers oder Hrn. Guizot, sondern auf den Ministern, oder der Krone, die sie repräsentiren. (Murren.) Der Redner will ferner beweisen, daß die äußerste Linke, der er angehört, keineswegs eine systematische Opposition gegen alle und jede Staatsgewalt beabsichtige. Ein Ministerium, das wahrhaft für das Landeswohl sorge, werde sich ihres Beifalls erfreuen. Bisher habe man geglaubt, daß die Gemäßigten die Stärke der Institutionen ausmachen; aber wenn man geglaubt habe, daß die Festigkeit der Grundsätze keine Mäßigung, daß die Mäßigung Unentschlossenheit sei, so irre man. Eine solche Unentschlossenheit wirft Hr. Garnier-Pagès dem linken Centrum vor. Daß die Kammer nach jeder neuen Auflösung wieder in zwei beinahe gleiche Hälften getheilt erscheine, hält er für den Fehler des jetzigen Wahlsystems. Die Doctrinairs nennt er die erbittertsten Feinde des Landes. Die Vorwürfe Lamartine's gegen die Presse entkräftet er mit der Behauptung, daß die Allmacht der Journale nur auf ihre Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung begründet sei; die Regierung habe dagegen ihre besoldeten Journale. Man hebe Caution, Stämpel- und Posttaxe, mit Einem Wort das Monopol der Presse auf, dann werde sie wahrhaft frei, und jede Meinung vertreten seyn. Sodann tadelt der Redner Hrn. Thiers, daß er nach allem Vorangegangenen sich mit Guizot versöhnen wollte. Man sage zwar, den Doctrinairs gebühre ein Antheil an der Gewalt, weil sie zum Siege beitrugen; allein das sei ein unmoralischer Grundsatz, denn Frankreich und seine Regierung dürfe weder der Preis noch die Ursache des Kampfes seyn. „Was uns (die äußerste Linke) betrifft,“ sagt Hr. Garnier-Pagès unter Anderm, „so erkläre ich, daß wir nicht zur Coalition gehörten; sie hat gestimmt wie wir, oder wir haben gestimmt wie sie; allein ich glaube nicht, daß wir uns je verstanden haben. (Gelächter.) Die Wahrheit liegt nicht in der Coalition. Coalitionsminister sind, gleich den jetzigen, vorübergehende Minister. Man muß ein Cabinet in einem bestimmten Sinne bilden, und es hinnehmen; diejenigen, die es nicht annehmen wollen, müssen Opposition bilden.“ — Von Marschall Soult sagt der Redner: er sei eine militärische Berühmtheit, aber in parlamentarischer Beziehung wisse man nicht, welcher Partei er angehöre; er repräsentirte nichts, als den Willen, der ihn wählte. Wenn nun dieser Auserwählte seit zwei Monaten nichts zu Stande brachte, so rühre es offenbar daher, weil jener Wille mit dem Willen der Kammer, der Wähler, ja des Landes unverträglich sei. (Murren und Bewegung.) „Meine Herren,“ ruft Hr. Garnier-Pagès aus, „die Krisis schreibt sich nicht von zwei Monaten, von zwei Jahren, sondern von neun Jahren her. (Lebhafter Widerspruch.) Das ist meine Ueberzeugung, die Ueberzeugung der Opposition, welche findet, daß seit dem Austritt Laffitte's und Dupont de l'Eure's nichts mehr gut geht. (Gelächter. Mehrere Stimmen: Sie haben sie bekämpft.) Beruhigen Sie sich, meine Herren, ich sage den Einen wie den Andern die Wahrheit; ich bin fest überzeugt, daß wenn heute jene beiden Kammermitglieder wieder zum Ruder gelangten, sie es nicht besser machen würden, als Andere. (Gelächter.) Nach der Julirevolution mußte Jedermann sich gewissen Nothwendigkeiten

unterwerfen; so auch Laffitte und Dupont im Ministerium, und Odilon-Barrot in der Seinepräfectur. Als diese Nothwendigkeiten verschwanden, änderte sich die Leitung der Dinge; von da an begann die Krisis, ich hatte also Recht, zu sagen, daß sie seit neun Jahren dauert. Das erste Hinderniß war die zur Minorität gewordene alte Mehrheit, ein Hinderniß, das durch Entschlossenheit theilweise zu beseitigen ist; das zweite, die conservative Gesinnung, die durch den Erhaltungssenat dargestellt wird. Und dann eine andere Institution! Ich klage sie nicht an, ich glaube, daß sie ihrer natürlichen Tendenz folgt; es ist eine Folge der Organisation jeder Staatsgewalt. Ihr wollt, daß die verschiedenen Staatsgewalten sich gegenseitig die Wage halten. Wie aber? Indem sie sich gegenseitig ein Hinderniß sind. Das ist so, mit Recht oder Unrecht. Alle kleinlichen Unterscheidungen, ob der Character des Hrn. Dupin sich mit jenem der HH. Thiers oder Passy vertragen könne, sind unwesentlich. Ich glaube, daß das linke Centrum eine hinlängliche Anzahl Männer finden könnte, um ans Ruder zu gelangen, wenn man es wollte, und wenn man, anstatt ein Hinderniß zu seyn, eine Aufmunterung wäre. (Mehrere Stimmen: Was verstehen Sie unter man?) Hr. Garnier-Pagès: Die Institutionen, ich habe es gesagt! (Anhaltendes Gelächter.) Hr. von Lamartine nimmt nochmals das Wort, um zu betheuern, daß er der Preßfreiheit unbedingt zugethan sei, und keine Censur wolle. Was er von dem Monopol der Presse gesagt, sei der Fehler der Septembergesetze, und er habe es schon bei deren Berathung voraus verkündigt. General Bugeaud erwiedert auf eine Aeußerung des Hrn. Garnier-Pagès: er habe sich allerdings nach der Julirevolution auf die linke Seite neben Mauguin und Lafayettte setzen wollen, sei aber durch ihre Ansichten über die auswärtigen Angelegenheiten und durch das Project, einen Krieg am Rhein zu führen, ohne daß ein Bataillon organisirt war, abgeschreckt worden. — Die Discussion wurde hierauf geschlossen und wegen des Feiertags am Donnerstage, auf Freitag, den 10. Mai, vertagte.

Am 10. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 5. 3Percents 81 Fr. 55. — Am 11. Mai 5Percents 111 Fr. 25. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 40. 3Percents 81 Fr. 70. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 65.

Wien.

Se. Majestät der Kaiser haben mit Ihrer Majestät der Kaiserinn vorgestern, den 16. Mai, die Hofburg verlassen und Allerhöchstihren Landaufenthalt in dem k. k. Lustschlosse Schönbrunn zu nehmen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchsteigenhändig unterzeichnetem Diplome den k. k. wirklichen Kämmerer und Gubernialrath in Mailand, Raphael von Parravicini, in den Grafenstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mittelst allerhöchsten Cabinetsschreibens vom 10. December 1838 dem k. k. Feldmarschallieutenant August Grafen Vécsey die geheime Rathswürde taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 11. Mai d. J. dem k. k. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Kassel, Grafen von Kuefstein, die Annahme und das Tragen des ihm von Sr. Majestät dem Könige von Hannover verliehenen Großkreuzes des Guelphenordens allergnädigst zu bewilligen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschießung vom 6. April d. J. dem Großhändler und königl. sächsischen Consul, Johann Wilhelm Sartorio, die Führung des Titels eines königl. sächsischen Kammerraths allergnädigst zu gestatten geruht.

Am 17. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto	v. J. 1821,	für 100 fl. in CM	151⅞.
detto detto	v. J. 1834,	für 500 fl. in CM	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	—.
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

Neueste Nachrichten.

Einer telegraphischen Depesche aus Paris vom 13. Mai 9 Uhr Morgens, die wir so eben am Schlusse unseres Blattes durch außerordentliche Gelegenheit aus Straßburg erhalten, zufolge ist das französische Ministerium folgendermaaßen gebildet: Marschall Soult, auswärtige Angelegenheiten und Präsident des Conseils; Hr. Passy, Finanzen; Hr. Duchatel, Inneres; Hr. Cunin-Gridaine, Handel; Hr. Dufaure, öffentliche Arbeiten; General Schneider, Kriegsdepartement; Hr. Teste, Justiz; Hr. Villemain, öffentlicher Unterricht; Admiral Duperré, Marine. — Die Depesche, fügt hinzu: Eine Bande von republikanischen Aufrührern hat gestern versucht, die Aufruhrscenen vom Juni und April in Paris zu erneuern; sie ist leicht zu Paaren getrieben worden. Die Haltung der Linientruppen, der Nationalgarde und der Bevölkerung war bewundernswerth; diesen Morgen war die Ruhe vollkommen hergestellt."

Der Moniteur vom 12. Mai, den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben, enthält folgende telegraphische Depesche aus London vom 10. Mai, 7 Uhr Abends: „Der französische Geschäftsträger an den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Sir R. Peel hat die Entfernung mehrerer Damen vom Hofstaate der Königinn begehrt, welche hierzu nicht einwilligen wollte. Um 3 Uhr hat er die ihm anvertrauten Vollmachten zurückgegeben. Lord Melbourne ist in den Pallast gerufen worden."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat
Verleger: Anton Strauß sel. Wittwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Morgen wird kein Blatt ausgegeben.

W 1·K· ZEITUNG 1839

№ 139 und 140

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag den 19. und Montag den 20. Mai 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 17. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.154	27Z. 10L. 10P.	+ .1	NW	stark.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.195	27 11 4	+ 7.1	NW.	—	—
	10 Uhr Abends.	27.321	28 0 11	+ 6.3	NW.	schwach.	trüb.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. Mai wurden die Debatten über den Mauguin'schen Adressevorschlag fortgesetzt und beendigt. Der erste Theil der vorgeschlagenen Adresse, in welcher der König gebeten wird, „der ängstlichen Spannung des Landes ein „Ziel zu setzen und in Gemäßheit der königlichen Präro„gative, ein Ministerium, welches nicht provisorisch ist, zu „constituiren," wurde, als nichtssagend, mit ungeheurer Mehrheit, welche aus Mitgliedern aller Parteien bestand, genehmigt. Dagegen sprach sich für den zweiten Theil, in welchem die Männer für das neue Ministerium, im Sinne der Opposition, näher characterisirt werden sollten *), nur die äußerste Linke aus, und es wurde somit beschlossen, diesen Theil gar nicht in Berathung zu ziehen.

Am folgenden Tage, 11. Mai, wurden von den neun Bureaux der Deputirtenkammer die Commissäre gewählt, die sich in Folge des Votums der Kammer vom vorhergehenden Tage mit dem Entwurf der Adresse an die Krone beschäftigen sollten. Die Wahl fiel auf die HH. Marquis de Dalmatie, Berger, Calmon, Lanyer, Dufaure, Thiers, Cunin-Gridaine, Duchatel und Ganneron, so daß sich die Parteien in dieser Commission so ziemlich die Wage halten, besonders da Hr. Berger (von der Linken), der mit Hrn. Muret de Bord (vom rechten Centrum) gleiche Stimmenzahl erhalten hatte, erklärte, sich einer neuen Wahl unterziehen zu wollen, die Montag, den 13., Statt finden sollte, nun aber wohl unterbleiben wird, da die ganze Adresse durch die Ernennung eines definitiven Ministeriums unnütz geworden ist.

Der Moniteur vom 12. Mai enthält die Anzeige, daß der am 9. März zwischen Frankreich und Mexico abgeschlossene Friedenstractat am 25. März von der mexicanischen Regierung ratificirt worden ist.

Die Emeute, welche am 12. Nachmittags und Abends in Paris Statt gefunden, scheint sehr ernsthaft gewesen zu seyn, wie aus nachstehenden Details hervorgeht, welche der Messager vom 13. (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) liefert: „Paris, 12. Mai 5 Uhr Abends. Heute gegen 3 Uhr Nachmittags erschienen ungefähr 300 Individuen, die meisten in Blousen und Mützen auf dem Kopfe, in der Straße Bourg-l'Abbé, 22, der Passage Saucede gegenüber, vor dem Waffenmagazin der Gebrüder Lepage; einige derselben, mit Beilen bewaffnet, machten sich sogleich daran, die Hausthüre zu sprengen; da ihnen dieß nicht gelang, so suchten sie das äußere Gesims der Thüre abzulösen, was sie auch bewerkstelligten und so in das Haus eindrangen. Man schätzt die Zahl der Gewehre, die sie wegnahmen, meistens Jagdgewehre, auf 150. — Diese Individuen verließen sodann das Haus und die Straße und wandten sich nach den Quais. Hier angelangt, theilten sie sich in mehrere Gruppen, die fast gleichzeitig gegen die Wachtposten am Hotel de Ville, auf dem Platze du Chatelet und auf dem Platze des Justizpallastes, dem Quai aux Fleurs gegenüber, anstürmten. — Diese Posten, durch diesen ganz unerwarteten, durch keine Volksbewegung, durch kein Geschrei angekündigten Anfall überrascht, wurden ziemlich leicht entwaffnet. Die zwei Gruppen, welche sich der beiden letztern Posten bemächtigen, wandten sich nun, da sie besser bewaffnet waren, gegen die Polizeipräfectur; allein als sie davor erschienen, fanden sie die Thore verschlossen und wohlvertheidigt von der diensthuenden Municipalgarde, die von einigen Agenten, welche Zeugen der Entwaffnungs'cenen auf dem Platze du Chatelet und auf dem Platze des Justizpallastes waren, noch zu rechter Zeit benachrichtigt worden war. — Die Stürmenden kehrten nun auf den Platz des Hotel de Ville zurück und vereinigten sich mit der Gruppe, die, nachdem sie den Posten dieses Platzes erstürmt hatte, die Zugänge zu selbem, besonders vom Quai Leveltier her, mittelst umgeworfener und über Quer gelegter Omnibus vertheidigte. — Alles dieß war in ganz kurzer Zeit geschehen; einige Befehle hatten von der Polizeipräfectur erlassen werden und man hatte einige Abtheilungen zu Fuß und zu Pferd zusammenbringen können; auch rückten gegen 5 Uhr mehrere Pelotons dieser Truppen von verschiedenen Puncten nach dem Greveplatz vor. Kaum wurden die Ruhestörer diese Pelotons anstchtig, als sie ihnen entgegenrückten, um die Centralstellung des Hotel de Ville zu vertheidigen. — Ein Detaschement berittener Municipalgarden, das in starkem Trabe aus der Rue des Arcis debouchirte, hatte das erste Feuer auszuhalten. Die Tete des Detaschements hatte die Höhe der Rue de la Vannerie, in geringer Entfernung vom Quai, erreicht, als eine Decharge die beiden Municipalgardisten, welche voranritten, darniederstreckte; der Rest des Pelotons kehrte sogleich in die Rue de la Vannerie zurück, und stellte sich in einiger Entfernung wieder auf. — In diesem Augenblicke debouchirten andere Detaschements der Municipalgarde von verschiedenen Seiten; Flintenschüsse wurden gewechselt, aber ohne daß von beiden Seiten irgend Jemand getroffen wurde; die Ruhestörer verließen allmählig den Platz und den Quai, und zogen sich in der Richtung der Straße Sainte-Avoye zurück. — So standen die Dinge um 5 Uhr; die drei entwaffneten Posten blieben verschlossen; die Municipalgarde hielt den Platz des Hotel de Ville, und alle Zugänge zur Seine mit Inbegriff des Pont au Change, und des Port aux Blés, besetzt; eine große Bewegung, durch die umlaufenden Gerüchte und durch den von den Tambours der Nationalgarde geschlagenen Rap-

*) Vergl. den Text des Adressevorschlags im Oesterr. Beob. vom 11. Mai.

pell erzeugt, herrschte in den Stadtzirkeln Saint-Martin, Saint-Denis und Montmartre, wo außer der Plünderung des Waffenmagazins der Gebrüder Lepage noch nichts vorgefallen war; die Ruhestörer, 3 bis 400 an der Zahl, in einer Reihe, aber ohne Ordnung einherziehend, wandten sich durch die kleinen Straßen, rechts längs der Straße Saint-Martin, gegen die Boulevards. — Bis zur Stunde, wo wir dieses schreiben, ist die Bewegung, wie man sieht, auf den Raum zwischen dem Platz du Chatelet und dem Platz des Hotel de Ville beschränkt; die Posten des Marché des Innocens und der Pointe Sainte-Eustache sind nicht einmal beunruhigt worden; aber nach der Richtung, welche die bewaffneten Individuen eingeschlagen haben, ist es wahrscheinlich, daß in diesem Augenblicke die Gegend bei der Porte Saint-Denis und bei der Porte Saint-Martin der Schauplatz blutiger Auftritte ist. — 7 Uhr Abends. Es ist nichts, wie wir glaubten, auf den Boulevards vorgefallen; der Mittelpunct des Aufstandes hat sich deplacirt; er ist in diesem Augenblicke in dem untern Theile der Quartiere Saint-Denis, Montmartre und Saint-Martin concentrirt, die zwischen den Quais, den Passagen du Saumon, du Commerce, du Grand Cerf, Bourg-l'Abbé und Saucede, den Straßen Montmartre und Saint-Avoye gelegen ist. Es werden Barricaden errichtet, eine in der Rue Saint-Denis bei der Kirche von St. Leu mit einem Fiaker und einem Omnibus, eine andere an der Ecke der Straßen Montorgeuil und Tiquetonne; andere sollen auf verschiedenen Puncten der Straßen Saint-Martin errichtet seyn. Um halb sieben Uhr ist die Barricade der Rue Tiquetonne von einer Compagnie Grenadiere der dritten Legion, unterstützt von einem Detaschement des 15ten Linienregiments, angegriffen und erstürmt worden; ein Nationalgardist ist verwundet worden; es sind an Ort und Stelle mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. — Ein Municipalgardist ist in der Rue aux Ours getödtet worden. Man meldet uns gleichfalls, daß der wachthabende Offizier am Posten des Justizpallastes und zwei Soldaten getödtet worden seien. — Wir vernehmen in diesem Augenblicke, daß der Hr. Marschall Gerard das Commando sämmtlicher Truppen der Besatzung übernommen hat. — Die Grenadiercompagnie der Nationalgarde, welche die Barricade in der Rue Tiquetonne erstürmt hat, ist die des ersten Bataillons von der dritten Legion; der Nationalgardist, der nicht verwundet, sondern getödtet wurde, ist Hr. Ledoux."

Der Duc de Bassano war am 13. Mai um halb 2 Uhr Nachmittags zu Paris mit Tode abgegangen.

Am 13. Mai 5Percents 111 Fr. 30. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 45. 3Percents 81 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 80.

Großbritannien und Irland.

Bevor sich die (in unserm letzten Blatte) erwähnten Schwierigkeiten wegen Entfernung mehrerer Damen vom Hofstaate der Königinn erhoben hatten, Schwierigkeiten, welche Sir Robert Peel bewogen, die zur Bildung eines Cabinets erhaltenen Vollmachten in die Hände Ihrer Majestät zurückzulegen, hielt man allgemein in London das neue Ministerium für so gut als gebildet und erwartete, daß die Namen der Mitglieder des neuen Cabinets in der London-Gazette vom 10. Abends erscheinen würden. Das Cabinet sollte, den Angaben der verschiedenen Londoner Blätter vom 9. d. M. zufolge, folgendermaaßen zusammengesetzt werden: Sir Robert Peel, erster Lord des Schatzes und Kanzler des Schatzkammer; Herzog von Wellington, Präsident des geheimen Raths; Lord Lyndhurst, Lordkanzler; Graf von Aberdeen, Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten; Lord Stanley, Staatssecretär fürs Colonialdepartement; Sir James Graham, Staatssecretär des Innern; Sir Frederik Pollock, Attorneygeneral; Hr. Cresswell, Solicitorgeneral; der Herzog von Beaufort, Oberstkämmerer (Lord-Chamberlain); der Graf von Wilton, Oberstthofmeister (Lord-Steward); Lord Wharncliffe, Lord-Lieutenant von Irland; Lord Eliot, Secretär für Irland; Sir Edward Sugden, Lordkanzler von Irland. — Der Sun will wissen, der Herzog von Richmond und Lord De Grey hätten die ihnen gemachten Anträge, ins Peel'sche Cabinet zu treten, abgelehnt. — Hr. Goulbourne wurde als Candidat des neuen Ministeriums für den Sprecherstuhl im Unterhause genannt.

Am 7. Mai besuchten der Großfürst-Thronfolger von Rußland und der Prinz Friedrich Heinreich der Niederlande den Tower. Sie wurden von dem commandirenden Oberst und dem Hauptmagazin-Verwalter des Geschützdepartements empfangen, welche ihnen die Waffensammlungen, die Kronjuwelen und andere Merkwürdigkeiten vorzeigten. Ein Bataillon der Füsiliergarde war unter die Waffen getreten und wurde von Sr. kais. Hoheit gemustert. Von dem Tower begaben sich Sr. kais. und Sr. königl. Hoheit nach der St. Katharinen-Docke. (Die St. Katharinen-Docke liegt zwischen dem Tower und der London-Docke und wurde am 25. October 1828 eröffnet. Die Kosten betrugen 2 Millionen Pf. St. Die Docke nimmt 24 Acres ein, von welchen 11½ ein Bassin bilden, die übrigen sind mit Magazinen und Quais bedeckt. Der das Bassin mit dem Flusse verbindende Canal ist 190 Fuß lang und 45 Fuß breit und kann durch eine Dampfmaschine von 100 Pferdekraft gefüllt oder geleert werden, so daß zu jeder Zeit Schiffe von 700 Tonnen durch denselben in die Docke gebracht werden können.) Die beiden hohen Gäste schienen über das geräumige Bassin und die ungeheure Ausdehnung der Magazine und Gewölbe mit Waaren aus allen Weltgegenden im Werthe von Millionen zu staunen. Sie besuchten hierauf die Bank, mehrere große Handelsetablissements und den Strand. Abends hatte der Großfürst eine auserlesene Gesellschaft zum Diner in sein Hotel eingeladen.

Consols am 9. Mai 93¼. ⅜.

Spanien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Madrid vom 1. Mai: „Die Kinder des Hrn. Gaviria, deren Entführung ich Ihnen vorgestern meldete, befinden sich bereits wieder in der Mitte ihrer Familie. Folgendes ist der weitere Verlauf dieser merkwürdigen Begebenheit. Die beiden Reiter, welche die Knaben von Hortaleza aus mit sich fortführten, hatten einen Vorsprung von fünf Stunden gewonnen, ehe die ihnen nachsetzenden Personen ihnen auf die Spur kamen. Diese verloren sie aber in el Molar, einer Poststation auf der nach Buitrago und Lerma durch die Somosierra führenden Landstraße. Die Räuber übernachteten auf einem Weideplatze bei Montalvanillo, gaben den Kindern Brot und Branntwein, und ließen sie unter einem großen Felsenabhang schlafen, ohne sie aus den Augen zu verlieren. Früh Morgens den 28. zogen sie weiter, und gelangten Mittags zu einem unzugänglichen Puncte des Gebirgs, den man las Pedrizas nennt. Dort banden sie ihre Pferde an, und äußerten gegen einen Hirten, der ihnen eine gebratene Ziege abstand, die Knaben erwarteten ihren Vater, der sich auf eine Jagdpartie begeben hätte. Der Hirt entfernte sich, und die Räuber zeigten sich beunruhigt über das Ausbleiben der „Andern." Abends aber zogen sie Papier, Feder und Tinte hervor, und ließen durch den al-

testen Knaben folgenden Brief schreiben: „Lieber Vater! „Wenn Sie Ihre Söhne, die sich in den Händen von „zwölf Männern befinden, wiedersehen und ihren Tod „verhindern wollen, so schicken Sie unverweilt mit dem „Ueberbringer eine vertraute Person mit 3000 Unzen in „Gold (48,000 Piastern) ab; wo nicht, so kommen wir um. „Daß um Gotteswillen Niemand hiervon etwas erfahre!" Dieser Brief wurde in der Abenddämmerung einem alten Hirten übergeben, und ohne Zweifel wollten die Räuber dort den Erfolg ihres Unternehmens abwarten. Allein die Bewohner der Umgegend hatten sich unterdessen von allen Seiten in Bewegung gesetzt, und rückten während der mondhellen Nacht, von kundigen Führern geleitet, und in mehrere Gruppen vertheilt, auf las Pedrizas zu. Der Hirt, welcher den Räubern die Ziege verkauft hatte, begegnete einer dieser Gruppen, und führte sie an den Ort, wo er jene verlassen hatte. Man wurde die Räuber in der That gewahr, gab aber, um die Knaben nicht in Gefahr zu setzen, kein Feuer auf sie, so daß sie zu Pferde steigen und in der unwegsamen Gegend entkommen konnten. Vorher riefen sie noch den Knaben zu, sie möchten sich verbergen, weil Leute herbeikämen, um sie zu ermorden. Eben wollten die Kinder diesem trügerischen Rathe folgen, als sie befreit wurden."

Neuere Nachrichten desselben Correspondenten aus Madrid vom 4. Mai melden: „Die Intriguen des Ministers Pita Pizarro, durch welche er sich den Besitz der höchsten Gewalt zu sichern hoffte, haben zur vollständigen Auflösung des Ministeriums geführt. Um der Königinn-Regentinn die Auflösung der Cortes aufzudrängen, hatte er durch seine Agenten die Provinzialdeputationen, Ayuntamientos der Provinzen und von Madrid zur Einschickung von Petitionen veranlaßt, in denen die Auflösung der Cortes gefordert, und im Fall der Weigerung mit dem Umsturze des Thrones auf die bekannte herkömmliche Weise gedroht wird. Diese Petitionen gingen bereits von allen Seiten ein; als aber Hr. Pita sich auch an die hiesige Nationalmiliz machte, fing er sich in seinen eigenen Schlingen. Ein Theil der Miliz selbst erklärte, es stehe ihr, als bewaffneter Macht, nicht zu, Petitionen oder Adressen an den Thron zu richten, und diejenigen Compagnien, welche für Aufsetzung einer Petition stimmten, drückten darin nicht nur die Bitte um Auflösung der Cortes, sondern auch die um Absetzung sämmtlicher Minister aus. Die Königinn-Regentinn ist hierdurch ermuthigt worden, und hat den Ministern ihren Willen, die Cortes nicht auflösen, um so entschiedener ausgesprochen, als auch der Graf Luchana erklärt hat, die Entscheidung dieser Frage gänzlich dem allerhöchsten Gutdünken anheimstellen zu wollen. Die Minister haben darauf einen letzten Entschluß gefaßt, und gestern Nachmittags 5 Uhr sämmtlich ihre Entlassungen eingereicht. Ob die Regentinn ihnen diese bewilligen werde, ist bis jetzt noch eben so ungewiß, als die Personen, auf welche sie bei der eventuellen Bildung eines neuen Cabinets zählen dürfte, unbekannt sind. Jedermann ist durch das Vorgefallene überrascht worden. — Es sind keine weiteren Berichte von dem Grafen Luchana eingegangen. Der in seinem Hauptquartier befindliche englische Oberst Wylde läßt in seinen Briefen der von den Truppen der Königinn am 27. v. M. dargelegten Tapferkeit alle Gerechtigkeit widerfahren, spricht aber die Besorgniß aus, daß die Puncte von Ramales und Guardamino durch Natur und Kunst zu stark befestigt seien, um nicht eine regelmäßige Belagerung zu erheischen. Bis zum 29. Mittags war das Feuer bei Ramales nicht wieder erneuert worden, und man stellte erst die von la Nestosa dorthin führende Straße her, um diese für das Belagerungsgeschütz fahrbar zu machen. — Der General van Halen ist am 1. hier angekommen, nachdem er in Villafranca den Befehl über seine Division an den General Amor übertragen hatte. Dieser rückte darauf in Verbindung mit dem General Ayerbe auf das von den Carlisten hart bedrängte Montalban los, von wo sich diese sogleich zurückgezogen. Llangostera befand sich am 27. in Blesa, und Cabrera in Camarillas."

Belgien.

In der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 7. Mai wurden mehrere Berichte abgestattet, worunter besonders derjenige der Commission, welche mit der Prüfung der Ratificationsentwürfe der mit Frankreich und der Pforte abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtstractate beauftragt ist, hervorgehoben werden muß. Die Commission hat sich einstimmig für die Annahme ausgesprochen. Hierauf nahm die Kammer die Entwürfe der nachträglichen Creditbewilligungen für das Departement der auswärtigen Angelegenheiten und des Krieges an.

Der Moniteur Belge veröffentlicht die Anklageacte gegen Bartels und Kats, welche mehr als neun Columnen einnimmt. Der Hinweisungen auf die Actenstücke, die derselben zu Grunde liegen, sind mehr als 200.

Die mit dem Gesetzentwurf über den Scheldezoll beschäftigte Commission hat ihre Arbeit beendet. Der Vorschlag der Regierung hat eine wichtige Veränderung erlitten. Die Section hat nämlich beantragt, die holländischen Schiffe von der Rückzahlung des Zolls nicht auszunehmen, sondern dieselbe ohne Unterschied der Flagge eintreten zu lassen. Dieser Antrag der Centralsection findet inzwischen hier vielfachen Widerspruch. Ja, einige Stimmen gehen sogar so weit, zu verlangen, daß nicht bloß die holländischen, sondern auch alle anderen ausländischen Schiffe von dem Zolle nicht befreit werden. Diese Stimmen sind jedoch sehr parteiischer Art; sie kommen nämlich aus Ostende, Brügge und andern Hafenorten, wo man von dem einseitigen Gesichtspunete ausgeht, daß man bei jener Maaßregel nur die inländische Rhederei begünstigen müsse, während die vorgeschlagene Art der Bonification des Scheldezolles lediglich den Städten Antwerpen und Gent auf Kosten des ganzen Landes zum Vortheil gereichen würde.

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben das nachstehende allerhöchste Handschreiben an den ersten Hof-Vicekanzler der königlichen ungarischen Hofkanzlei, Anton Grafen von Mailáth, allergnädigst zu erlassen geruht:

„Lieber Graf Mailáth! In Anerkennung Ihrer ausgezeichneten Dienste, welche Sie bisher Mir und dem Staate geleistet haben, Ihrer Treue und Anhänglichkeit an Meine Person, und Ihrer während der Ihnen anvertrauten Leitung meiner ungarischen Hofkanzlei bewährten Dienstkenntnisse, so wie Ihres Eifers für das Beste Meines Dienstes, finde Ich Mich bewogen, Sie zu Meinem ungarischen Hofkanzler mit den systemmäßigen Bezügen zu ernennen."

„Indem Ich Sie davon in die Kenntniß setze, erlasse Ich unter Einem das Erforderliche an Meinen ersten Obersthofmeister Fürsten Colloredo-Mannsfeld."

„Wien, den 15. Mai 1839.

Ferdinand m. p."

Am 18. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅛.
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	—.
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	282.

Darl. mit Verlos. v. J. 1821, für 100 fl. in CM. ——.
detto detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM. ——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM. ——.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¾ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.

Neueste Nachrichten.

Der Moniteur Parisien vom 13. Mai Abends (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält die neun königlichen Ordonnanzen vom vorhergehenden Tage, kraft deren die neuen Minister (deren Namen wir bereits in unserm vorgestrigen Blatte mitgetheilt haben) ernannt werden.

Die Emeute, die man am 12. Abends beendigt glaubte, hat am folgenden Tage von neuem begonnen. Der Moniteur Parisien vom 13. Abends meldet hierüber: „Der heutige Morgen ging ruhig vorüber. JJ. kk. HH. die Herzoge von Orleans und von Nemours waren von dem Volke und den Truppen auf allen Puncten, wo sie sich zeigten, mit Enthusiasmus empfangen worden; alles schien das Ende des Aufstandes zu verkündigen; die Truppen hatten Befehl erhalten, in ihre Kasernen zurückzukehren. — Da inzwischen eine Menge Neugieriger im Laufe des Tages nach den Orten gestromt war, wo die gestrigen Ereignisse Statt gefunden hatten, entstand Gedränge und Verwirrung. — Aufrührer mischten sich unter die Menge; sie verübten Excesse und schlugen die Laternen im Quartier Saint-Martin ein. Einige Flintenschüsse fielen aus der Mitte der Truppen, und die bewaffnete Macht mußte einschreiten. Die Truppen haben mit Kraft agirt und zwei Insurgenten sind in der Straße Planche-Mibray getödtet worden. — Um 4 Uhr rückte ein feindlicher Haufe gegen die polytechnische Schule; die Aufrührer wollten die Zöglinge verführen, die jedoch ihren Aufforderungen widerstanden. — Die Aufrührer wollten dann die polytechnische Schule stürmen, fanden aber den lebhaftesten Widerstand von Seite der Zöglinge. Ein Detaschement der Municipalgarde zerstreute sie vollends durch einen Angriff, wobei drei Insurgenten getodtet wurden. — Die Nationalgarde, die Municipalgarde und die Linientruppen haben heute, wie gestern, die glänzendsten Beweise ihres Eifers und ihres Muthes für die Vertheidigung der Sache des Königs und der Regierung geliefert, die mit einer so strafbaren Keckheit von den Feinden des öffentlichen Friedens angegriffen werden." — Der Messager vom 13. sagt in einem Postscriptum von halb 7 Uhr Abends: „Der Abend verspricht ruhig zu bleiben; Abtheilungen von Linientruppen und Nationalgarden halten alle Stellungen besetzt; eine Barrikade in der Rue Neuve Saint-Mery ist ohne Schwertstreich zerstört worden. Der Marschall Gerard, dessen Thätigkeit seiner Aufopferung gleicht, hatte solche Dispositionen getroffen, daß die Aufrührer nicht lange Stich halten konnten. Die Bewegungen der Truppen waren darauf berechnet, die Insurrection immer mehr auf einen engern Kreis zu beschränken. Diese geschickten Manövers hatten die Wirkung, daß die Straßen, die gestern in der Gewalt der Insurgenten waren, vollkommen gesäubert wurden."

Am 13. Nachmittags verfügten sich die beiden Kammern in corpore zum Könige, um ihm die Gefühle des Schmerzes und der Indignation auszudrücken, von denen die guten Bürger beim Anblick der Unordnungen, welche Statt gefunden haben, durchdrungen sind. Der König war lebhaft gerührt von der Anhänglichkeit, die ihm in diesem ernsten Augenblick bewiesen wurde; er beklagte in seiner Antwort vor Allem die traurigen Folgen, welche dieser strafbare Versuch unvermeidlich auf Industrie und Handel äußern müsse. Die Worte des Königs wurden mit lange anhaltendem und lebhaftem Beifallrufen aufgenommen. — Vorher waren beide Kammern versammelt, und die neuen Minister zum ersten Mal in ihrer Mitte erschienen. Der Präsident des Conseils und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marschall Soult, bestieg die Rednerbühne, und hielt folgende Rede: „Meine Herren! Ein Ministerium ist constituirt; der König hat mir die Präsidentschaft desselben übertragen; und ich verdanke diesen Beweis seines hohen Vertrauens großentheils dem Umstande, daß mir das Glück zu Theil geworden ist, Sr. Majestät Männer für Ihr Conseil vorschlagen zu können, die im voraus den Wünschen der Kammern und des Landes entsprechen. Ich fühle mich geehrt, solche Collegen gefunden zu haben, um mit ihnen die Verantwortlichkeit vor der Krone und vor Ihnen zu theilen. Ich wage es daher, meine Herren, auf Ihren Beistand für ein Cabinet zu rechnen, dessen Zusammensetzung durch Beweggründe und unter Umständen bestimmt worden ist, welche hinlänglich von seiner Ergebenheit für den Thron und die Gesetze zeugen. — Der König hat zur Bildung seines Cabinets neun Minister gewählt, die unter sich über die Grundsätze einig sind, welche ihre Handlungen leiten sollen. Diese Grundsätze, von der Krone angenommen, werden die Richtschnur des Cabinetes seyn: freie Thätigkeit eines verantwortlichen und solidairen Conseils; der Friede, auf die Nationalwürde gegründet; die Ordnung, durch die Gesetze verbürgt; der thätigste Schutz für alle Interessen, die zum Wohlstande des Landes beitragen und in unseren Beziehungen zu den Kammern diejenige Offenheit und Festigkeit, welche das beste Mittel sind, die Versöhnung der Gemüther herbeizuführen. — Meine Herren! Indem ich mich mit Eifer dem Dienste des Königs in einem neuen Departement widme, wo die Fragen der Nationalehre ein so großes Uebergewicht haben, halte ich es für überflüssig, Sie zu versichern, daß Frankreich bei der Erörterung so theurer Interessen stets die Gesinnungen des alten Soldaten des Kaiserreichs finden wird, welcher weiß, daß das Land den Frieden will, aber einen edlen und ruhmvollen Frieden." — In der Deputirtenkammer wurde auf den Vorschlag des Vicepräsidenten, Hrn. Calmon, beschlossen, am folgenden Tage (14.) zur Wahl eines neuen Präsidenten (an Hrn. Passy's Stelle) und zweier neuen Vicepräsidenten (an die Stelle der HH. Teste und Cunin-Gridaine) zu schreiten.

So eben am Schlusse unsers Blattes erhalten wir durch außerordentliche Gelegenheit aus Straßburg folgende zwei telegraphische Depeschen aus Paris vom 14. und 15. Mai: 1) „Paris, 14. Mai. Der Minister des Innern an den Präfecten des Niederrheins. Im Laufe des gestrigen Tages haben noch einige Aufruhrversuche Statt gefunden, die aber auf der Stelle unterdrückt worden sind; heute Morgens herrscht vollkommene Ruhe." — 2) „Paris, 15. Mai, 8 Uhr Morgens. Die Ordnung ist seit vorgestern nicht mehr gestört worden; die Ruhe ist vollkommen. — Hr. Sauzet ist zum Präsidenten der Deputirtenkammer ernannt worden."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 141

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 21. Mai 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
vom 18. Mai.	8 Uhr Morg.	27.405	28. 12. 11 P.	+ 7.9	NW.	ſtark.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.337	28 2 6	+ 11.7	NW.	mittel.	—
	10 Uhr Abends.	27.542	28 3 8	+ 7.8	NW.	ſchwach.	Wolken.
Am 19. Mai.	8 Uhr Morg.	27.584	28 4 2	+ 9.5	W.	mittel.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.596	28 4 3	+ 12.3	NW.	ſtark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.618	28 4 7	+ 9.6	NW.	ſchwach.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Galignani's Messenger gibt in einem außerordentlichen Supplement vom Sonntag 12. Mai (an welchem Tage er gewöhnlich nicht erscheint) folgende Auszüge aus dreien der vorzüglichsten Londoner Journale — dem Standard, dem Globe und dem Courier — vom 10. d. M. über den Rücktritt Sir Robert Peels von dem Geschäfte der Bildung eines neuen Cabinets:-

(Aus dem Standard.) 3 Uhr Nachmittags. So eben hören wir, daß der Versuch, eine Administration, unter Sir Robert Peel, zu bilden, für jetzt gescheitert ist; nicht wegen irgend eines politischen Princips, worin Ihre Majestät anderer Meinung als ihre Rathgeber gewesen wäre, sondern einzig und allein deßhalb, weil Ihre Majestät sich weigerte, einige Damen ihres Hofstaates zu entlassen. Wir vermuthen, nach dem, was wir gehört haben, daß die Damen, deren Entfernung vorgeschlagen wurde, diejenigen waren, welche durch ihr hohes Amt und ihre enge Verbindung mit dem vorigen Ministerium es jedem conservativen Cabinete unmöglich gemacht haben würden, die Angelegenheiten des Landes zu leiten, da ihre Beibehaltung ein deutliches Merkmahl gewesen wäre, daß Ihrer Majestät ämtliche Rathgeber ihr Vertrauen nicht besaßen, während ihre weiblichen Rathgeber im Pallaste, unter dem Einfluß ihrer Gatten und Brüder, im Boudoir des Pallastes alle ihre Angriffe, als Opposition, geleitet haben würden, ostensibel und handgreiflich den Beistand des Hofes erhaltend. Unter diesen Umständen war es unmöglich für Sir R. Peel, anders zu handeln, als er gethan hat! Wir schweigen gegenwärtig von den Empfindungen des Publicums über das Benehmen der weiblichen Clique im Pallaste, die durch ihr Mißverhalten in der Hastings-Correspondenz ihrer königlichen Gebieterinn bereits so unverdienten und beinahe unwiderbringlichen Schaden zugefügt hat. Hier hätten wir also eine Administration, die im Begriffe steht, wieder ins Amt zu treten, obschon das Land gegen sie ist, obschon das Haus der Lords gegen sie ist; die, nach ihrem eigenen Geständnisse, das Vertrauen des Hauses der Gemeinen nicht besitzt, aber von dem Einfluß eines „weiblichen Phalanx" im Schlosse unterstützt wird. Wird sich das Land wohl gefallen lassen, von einer weiblichen Camarilla im Pallaste regiert zu werden?

(Aus dem Globe.) Die Tories sind bei ihrem Versuche, ein Ministerium zu bilden, gescheitert, und es hängt nun von dem Patriotismus der Whigs ab, das Land von der Calamität zu befreien, von der es in den letztern Tagen bedroht war. Die Königinn hat sich geweigert, alle ihre weiblichen Freunde auf das Gebot der Tories aus dem Pallaste zu vertreiben, und in dem Augenblicke, wo wir dieses schreiben, ist Lord Melbourne im Cabinet der Königinn, die ihn aufgefordert hat, sie von der entwürdigenden Knechtschaft zu befreien, die man ihr aufzulegen versuchte. Se. Lordschaft kann der Aufforderung nicht widerstehen. Seine Monarchinn und sein Vaterland verlangen einstimmig seinen Beistand, um sie vor Unterdrückung zu schützen; und sollte er dem Kampfe sich entziehen, so würde er jenen hohen und ehrenvollen Namen verwirken, dem alle Feinheit der Faction bisher keinen Flecken anzuheften vermochte. Die Königinn hat, wie man uns versichert, bloß verlangt, daß ihr gestattet werde, ihre Hofdamen um sich zu behalten, und dieß wurde ihr abgeschlagen. Alle ihre vertrauten Freundinnen, alle diejenigen, an deren Umgang sie gewohnt war, sollten auf einmal aus ihrer Gegenwart verbannt und durch Tory-Fremdlinge ersetzt werden. Ihre Majestät weigerte sich, sich dieser muthwilligen Schmach zu unterwerfen, und das Volk wird, wie wir fest überzeugt sind, ihre Weigerung billigen. Ihre Majestät soll sich, wie wir aus guter Quelle erfahren haben, folgendermaaßen geäußert haben: „Ich will lieber zu dem Stand einer Privatperson zurückgeführt, als des Umgangs derjenigen beraubt werden, denen ich persönlich zugethan bin, und welche die Freunde meiner Kindheit waren." Ihre Majestät bemerkten ferner, daß Sie Sir R. Peels politischen Arrangements nicht anders als beistimmen könne; daß aber die Wahl der Damen, die sie umgeben und ihre Gesellschaft bilden sollen, ein Gegenstand sei, über den sie sicherlich nicht nach-

geben werden. Es ist zu bemerken, daß die Festigkeit Ihrer Majestät über diesen Punct sich allein auf die Wahl ihrer Hofdamen bezieht. Als der Großvater dieser königlichen Frau, Georg III., nach dem Tode des Hrn. Perceval, den Grafen Grey rufen ließ, wollte er sich die Anstellung von drei Beamten seines Hofstaates vorbehalten; allein dieses Begehren wurde abgeschlagen. Im gegenwärtigen Falle wünschte die Monarchinn bloß, sich die Wahl ihrer Gesellschafterinnen vorzubehalten, und dieses sehr gemäßigte Begehren, dieser Wunsch, der Jedermann sehr natürlich und sehr vernünftig erscheinen muß, ist abgeschlagen worden. Das Begehren, wie uns berichtet wurde, bestand darin, daß sämmtliche Hofdamen, ohne alle Ausnahme, entlassen werden sollten — ein eben so unglaubliches als von Ihrer Majestät unmöglich zu bewilligendes Begehren; denn die Wirkung davon wäre gewesen, sie mit lauter Damen von der Toryfaction zu umgeben, und zur Gefangenen in ihrem eigenen Pallaste zu machen. Wenn die Tory-Gentlemen dieses Landes noch einen Funken von jener Loyalität besitzen, auf welche sie geneigt sind, ausschließend Anspruch zu machen, so werden sie sich, unter Umständen, wie diese, an ihre Königinn anschließen. Lord Melbourne kann nicht mit Ehren seine Monarchinn in einem so kritischen Augenblicke verlassen. Es gibt Stoff in Fülle zur Bildung eines Cabinets, welches den enthusiastischen Beifall des Volkes erhalten wird, und Sr. Lordschaft muß sich darauf gefaßt halten, ein solches Cabinet um sich zu versammeln. Er zeige, daß er den Beistand des Volkes verdient und er wird ihm nicht entstehen. Es kann nur Ein Gefühl in dem Lande herrschen, und an dieses Land muß Sr. Lordschaft, zu Gunsten seiner Monarchinn, appelliren.

(Aus dem Courier.) 3 Uhr Nachmittags. Wir sagten schon gestern, daß die Königinn sich geweigert habe, ihre Hofdamen zu entlassen. Ueber diesen Punct verlangte Sir Robert Peel Nachgiebigkeit und da Ihre Majestät den festen Entschluß äußerte, ihre persönlichen Freundinnen nicht zu entfernen und sich Personen, zu denen sie keine Sympathie fühlt, als beständige Gesellschaft, aufdringen zu lassen, so legte Sir Robert Peel das Geschäft der Bildung einer Administration nieder. Die Mitgefühle des Landes stehen der Monarchinn zur Seite, nicht bloß weil sie die Monarchinn, sondern weil sie eine Frau — eine junge, geistreiche, unbefangene Frau ist, die von den Tories, in ihrem Siegestaumel bei der nahen Aussicht auf der Herrschaft, mit einer Härte und einem Zwang behandelt wurde, die ihr Geist nicht ertragen konnte. Wir hören, daß verlangt wurde, daß sämmtliche Individuen von der königlichen Umgebung, vom höchsten bis zum niedrigsten, entfernt werden sollten. Die Tories stießen auf Widerstand, wo sie unbedingte Unterwerfung erwartet hatten. Wir haben gehört, daß Ihre Majestät erklärte, sie wolle lieber die Krone niederlegen, als des Rechtes, das jeder ihrer Unterthanen besitze, die Gesellschaft ihres Privatzirkels zu wählen, beraubt werden. Hierin zeigte sich Ihre Majestät als würdigen Sprößling des Hauses Braunschweig, und das Land wird sie bei diesem Entschlusse unterstützen, wenn es nöthig werden sollte, an seinen Ausspruch zu appelliren; die Partei, die so lange mit den Freiheiten des Volkes ihr Spiel trieb, hatte es gewagt, den Kampf mit der Monarchinn zu beginnen, und ist von einer Königinn aus dem Sattel gehoben worden, ehe sie noch fest darin saß. Lord Melbourne ist berufen worden, und befindet sich in diesem Augenblick bei Ihrer Majestät. Wir können uns, wie natürlich, nicht anmaaßen, zu sagen, welchen Rath Melbourne bei diesem veränderten Stande der Dinge seiner Monarchinn zu ertheilen für Pflicht halten wird; der frühere Rath, den er gegeben haben soll, war so, wie ihn die Umstände damals erheischten und rechtfertigten. Wir müßten gegen unserer eigenen Ueberzeugung sprechen, wenn wir nicht erklärten, daß, unserer Meinung nach, den königlichen Rathgebern gegenwärtig eine andere Richtschnur des Benehmens vorgezeichnet ist. Es scheint nun ihre deutliche Pflicht zu seyn, diejenigen Arrangements vorzuschlagen, die ihnen am geeignetsten scheinen, ein möglichst starkes liberales Ministerium zu constituiren, und wir glauben, daß die Regierung, solchergestalt verstärkt und gekräftiget, im Nothfalle an das Land appelliren müßte. „Die Königinn!“ wird das Losungswort seyn, das die verborgenen Kräfte des brittischen Volkes wecken wird. Die Tories haben ein für sie verderbliches Experiment gemacht; und sind bei dem Versuche gefallen. Aber ihre Selbstsucht hat das Land gerettet. Indem sie Alles an sich reißen wollten, haben sie auch das verloren, in dessen Besitz sie einige Zeit lang hätten bleiben können. — Hr. Shaw-Lefevre wird als Sprecher vorgeschlagen und von allen, die den Namen eines Reformers verdienen, unterstützt werden.“

Den neuesten Nachrichten aus London vom 11. Mai (in Galignani's Messenger vom 13.) zufolge hatte Lord Melbourne, den die Königinn, nachdem Sir Robert Peel die zur Bildung des Cabinets erhaltenen Vollmachten in die Hände Ihrer Majestät zurückgelegt hatte, rufen ließ, um einige Stunden Bedenkzeit gebeten, um sich mit seinen politischen Freunden besprechen zu können. Nach einer Berathung mit seinen Collegen und einigen ihrer Freunde, kehrte er Abends mit einer bejahenden Antwort zu Ihrer Majestät zurück. Am folgenden Tage (11. Mai) hatten Lord Melbourne und die meisten übrigen Cabinetsminister Audienzen bei der Königinn. — Im Courier vom 11. heißt es: „Eine Versammlung von ungefähr dreißig liberalen Mitgliedern des Hauses der Gemeinen, unter denen man Hrn. Hume und Sir R. Molesworth bemerkte, wurde gestern Nachmittags im Reformclubb gehalten, um über das Verfahren zu berathschlagen, welches im Falle der

Restauration des Melbourne'schen Cabinets zu befolgen seyn dürfte. Einige der strengeren Verfechter weiterer Reformen wollten es zur Bedingung ihres Bestandes machen, daß man den Ballot wenigstens als eine „offene Frage" behandeln möge; allein Hr. O'Connell und andere Mitglieder stellten vor, daß es bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge unklug und unedel seyn würde, ein solches Begehren zu stellen; und man schien allgemein darüber eins zu seyn, daß man die Melbourne'sche Administration unbedingt unterstützen müsse. Eine zweite Versammlung soll heute Nachmittags im Reformclubb gehalten werden. — Auch im Hause des Hrn. Ellice fand gestern eine Versammlung Statt, worin über die Wahl eines neuen Sprechers im Unterhause berathen und beschlossen wurde, daß Hr. Shaw-Lefevre von Seite der Reformers unterstützt werden solle." — Dem Standard zufolge sollen Lord Palmerston und Sir John Hobhouse sich geweigert haben, ihre Portefeuilles wieder zu übernehmen; auch will der Standard wissen, Lord Durham werde einen Sitz im Cabinete erhalten.

Am 10. Mai hielt das Oberhaus wieder eine Sitzung. Alle Zugänge zum Hause waren gedrängt mit Neugierigen besetzt, welche das Wahre von der großen Neuigkeit des Tages, dem Scheitern des Toryministeriums, zu erfahren wünschten. Im Saale selbst herrschte eine ungewöhnliche Aufregung. Die Gallerien waren überfüllt, und an den Schranken drängte sich eine große Anzahl von Unterhausmitgliedern. Die torystischen Pairs waren sehr vollzählig anwesend. Man bemerkte unter ihnen den Herzog von Wellington und die Lords Aberdeen, Wharncliffe, Roden und Winchelsea. Die ministeriellen Bänke füllten sich nur allmählig. Lord Holland und Graf Grey treten zuerst ein; die Lords Glenelg und Brougham folgen ihnen. Der Marquis von Lansdowne, Viscount Melbourne, der Marquis von Normanby, Viscount Duncannon und Graf Minto sitzen auf ihren gewöhnlichen Plätzen auf der Ministerbank. Man bemerkt auf ihren Gesichtern eine Heiterkeit, welche der Herzog von Wellington keineswegs theilt; der edle Greis zeigt vielmehr eine sorgenvolle Miene. Hinter dem Wollsacke des Lordkanzlers bemerkt man Lord Morpeth, Hrn. Fox-Maule und mehrere andere erstgeborne Pairssöhne. Während einige Petitionen gelesen werden, sieht man Gruppen von Pairs auf verschiedenen Puncten des Saales in lebhafte Gespräche vertieft. Der neue Graf Essex leistet seinen Eid, und zeichnet sich in die Namensliste des Hauses. Um 5 Uhr 20 Minuten sind etwas über zweihundert Pairs anwesend. Se. königl. Hoheit der Herzog von Sussex tritt ein und nimmt zur Linken des Lordkanzlers Platz. Mehrere Lords, darunter der Herzog von Richmond (vormaliger Generalpostmeister) und Lord Brougham, überreichen Petitionen aus verschiedenen Städten Englands und Schottlands in Bezug auf die beabsichtigte neue Regulirung des Briefportos. Lord Duncannon legt den Bericht der Untersuchungscommission über den Criminalzustand Irlands auf den Tisch des Hauses nieder. Auf den Antrag des Grafen Ripon wird die Bill, die zum Zwecke hat, die Erzbischöfe und Bischöfe zur Residenz auf ihren Bischofssitzen zu verpflichten, zum dritten Male gelesen. Ehe die Motion auf Vertagung gestellt wird, richtet der Graf von Shaftesbury mit leiser Stimme einige Worte an Lord Melbourne; dieser verneigt sich und antwortet ihm, er habe dem Hause keine Mittheilung zu machen. Lord Brougham erhebt sich, wirft seine Blicke nach den Schranken und dann zur Gallerie empor, zuckt die Achseln und lacht. Das Haus, die Miene getäuschter Erwartung bei den ehrenwerthen Zuschauern an den Schranken gewahrend, ahmt die Bewegung der Heiterkeit des edlen und gelehrten Lords nach. Um halb 6 Uhr vertagt sich das Haus.

O'Connell hat gleich auf die erste Kunde von der Ministerialkrisis in England unterm 8. Mai aus London eine Zuschrift an seine Landsleute erlassen. Im Eingang zeigt er ihnen mit Bedauern an, daß die einzige englische Verwaltung, die seit 700 Jahren sich gegen Irland gerecht und unparteiisch gezeigt, wieder gefallen sei, und die verhaßte Orangistenfaction im Begriffe stehe, ihre schändliche und fast unerträgliche Gewalt wieder anzutreten, und ihren lang verhaltenen Grimm an Irland auszulassen. Trotz der heuchlerischen Betheuerungen Peel's werde die orangistische Partei wieder mit blutigen Excessen, Brandstiftungen und Ermordung schuldloser Kinder beginnen. Trotz dieser trüben Aussichten ermahnt er indessen die Irländer, nicht zu verzweifeln, sondern sich zum Heile des Vaterlandes zu versammeln. Der Adel, der unter Anführung des Herzogs von Leinster, des Grafen Charlemont und Anderer kürzlich an der Versammlung im Theater zu Dublin Theil nahm, soll sich jetzt wieder an die Spitze des Volkes stellen; wenn aber diese Hoffnung fehlschlage, dann sollen aus allen Kirchspielen die Bittschriften der Praecursoren mit abermals 600,000 Unterschriften gegen die Toryherrschaft protestiren. Er selbst will nächstens in Irland eintreffen; eine Parlamentsauflösung sei nahe bevorstehend. Die Aufhebung der Union will er jetzt noch nicht anregen; obgleich er dieselbe für unausweichlich hält, müsse sie doch nicht in der Hitze und mit Gewalt, sondern vorsichtig und mit Vorbedacht vorbereitet, und gewiß Alles aufgeboten werden, im Verein mit den Reformern Großbritanniens Recht zu erlangen. Ueberhaupt warnt O'Connell gegen jede Gewaltthat und Gesetzverletzung. „Laßt," sagt er schließlich, „unsere Treue gegen die liebenswürdige und erlauchte Person, welche die Krone dieser Reiche trägt, so warm als unerschütterlich seyn. Sie wenigstens hat das Ihrige edel gethan, und die Freunde Irlands so lange unterstützt, als die unter der Reformpartei selbst ausgebrochenen Thorheiten und Mißhelligkeiten es ihr gestatteten. Es ist erfreulich, zu denken, daß in unserer jungen Souveraininn das irländische Volk eine Freundinn besitzt, der es nicht an Willen, wenn auch leider an Macht fehlt, ihm nützlich zu seyn. Irland war nie ruhiger, als unter der Verwaltung des Lords Normanby und seines Nachfolgers Lord Ebrington. Letzterer war bereits im Stande, drei Regimenter von Irland aus gegen die Chartisten abzuschicken, und er hat erklärt, daß er noch drei Regimenter entbehren könnte. Laßt uns also Alles aufbieten, daß nicht die Orangistenfaction die Toryregierung nöthige, diese sechs Regimenter und noch sechs andere dazu nach Irland zurückzusenden, um die unglückliche Aufregung zu stillen, welche die Orange-Restauration in Irland wahrscheinlich hervorbringen wird."

Ganz anderer Art sind die Bewegungen der Chartisten. Attwood, Parlamentsmitglied für Birmingham, hat zwar für sich und für Fielden die Aufforderung, die sogenannte Nationalbittschrift dem Parlamente vorzulegen, angenommen, dabei aber sich entschieden

gegen die Vermuthung, daß er alle Anſichten dieſer Partei theile, verwahrt. Zwar ſprach er unter Anderm: „Das Volk warte, bis ſeine Zwingherren das Geſetz verletzt haben, dann kann es ſeinen Beſchwerden abhelfen, wie Carl X. von Frankreich vom Thron getrieben und Carl I. enthauptet wurde," dabei drang er aber für jetzt nachdrücklich auf ſorgfältiges Halten am Geſetze und Enthaltung von aller Gewaltthätigkeit und bemerkte ausdrücklich, er ſei, wiewohl der größte Theil der Engländer, nicht für die Beſtimmung der Volkscharte, daß eine Vertretung nach der Bevölkerung eingeführt würde, indem hierdurch das iriſche Volk, daß elendeſte in der Welt, in Vortheil käme, da ſeine Bevölkerung zunehme. Fünf Puncte wolle er: allgemeines Stimmrecht, geheime Abſtimmung, gleiche Vertretung, einjährige Parlamente und keinen Wählbarkeitscenſus. Die rieſenmäßige Bittſchrift ſelbſt machte den Ueberbringern große Verlegenheit. Attwood wollte ſie nicht bis zur Vorlegung im Parlamente bei ſich behalten, weil er die Verantwortlichkeit nicht auf ſich nehmen möge, auch keinen Platz in ſeinem Hauſe habe; er ſchlug deßwegen den Ueberbringern vor, ſie ſollen ſie wieder mit ſich nehmen und erſt im Parlamente ihm übergeben. Sie baten ihn nun, ſie wenigſtens ſo lange zu behalten, bis das Volk, das ſie begleitete, ſich verlaufen habe. Um dieß zu bewirken, hielten er und Andere Fenſterreden an die Verſammelten, worin er namentlich ſeinen Entſchluß, die Bittſchrift im Parlamente vorzulegen, ausdrückte. Am Ende wurde die Bittſchrift, da Attwood ſie durchaus nicht annehmen wollte, unter der Treppe ſeines Hauſes untergebracht. Da man erwartete, daß eine conſervative Regierung noch ſtrenger, als die bisherige, gegen die Ultraradicalen verfahren werde, hat der Nationalconvent vom 8. d. M. auf O'Connors Antrag mit 27 gegen 20 Stimmen beſchloſſen, von London, wo er bei der Bevölkerung keinen Anklang gefunden, am 13. Mai nach Birmingham, dem Sitze der politiſchen Union, wo Tauſende von Arbeitern aus der Stadt und der Umgegend zu ſeiner Vertheidigung aufzuſtehen bereit ſeien, ſich überzuſiedeln. — Lord John Ruſſell hat, noch als Staatsſecretär des Innern, die Grafſchaftsbehörden angewieſen, im Falle von Aufſtänden die Dienſtanerbietungen wohlgeſinnter Einwohner zur Erhaltung der Ordnung anzunehmen. Die Truppenmärſche nach den von den Ultraradicalen bedrohten Gegenden dauern fort.

Mayor und Friedensrichter von Birmingham haben unterm 8. Mai folgende Proclamation erlaſſen: „Im Namen der Koniginn Victoria. Wasmaaßen bei den Friedensrichtern des Boroughs Birmingham angebracht worden, daß neuerlich verſchiedene Verſammlungen in dem Bull-Ring Statt gefunden, welchen eine ſo große Menſchenmenge beiwohnte, daß die Circulation unterbrochen wurde; daß in dieſen Verſammlungen aufrühreriſche und aufreizende Reden gehalten worden ſind; daß die friedlichen Einwohner der Umgebung dieſes Verſammlungsplatzes in beſtändiger Unruhe waren und ihre Geſchäfte ſehr darunter gelitten haben; in Betracht, daß es bei der Gefahr, in welcher die öffentliche Ordnung ſchwebt, wünſchenswerth iſt, wenn ſolche Verſammlungen in dem Bull-Ring oder in irgend einem andern Theile des Boroughs nicht mehr Statt finden; demnach ertheilen die unterzeichneten Friedensrichter im Namen Ihrer Majeſtät Jedermänniglich den Befehl, ſich in Zukunft der Theilnahme an ſolchen Verſammlungen zu enthalten, mit der Beifügung, daß man im Falle des Zuwiderhandelns ſich der ſtärkſten, ernſtlichſten Verantwortung ausſetzen würde."

Der Großfürſt-Thronfolger von Rußland und der Prinz der Niederlande beſuchten am 8. Mai die Weſtminſterabtei, und mehrere militäriſche Anſtalten, und ſpeisten dann bei Lord Palmerſton; am 9. hatten ſie Audienz bei der Königinn. Der Großfürſt hat unter andern milden Gaben auch der Geſellſchaft für Unterſtützung hülfloſer Ausländer 500 Pf. St. geſchenkt.

Conſols am 11. Mai 93¾.

Frankreich.

Ueber den am Sonntag den 12. d. M. ganz unerwartetet ausgebrochenen Aufſtand zu Paris, worüber wir in unſerm geſtrigen Blatte die Erzählung des Meſſager mitgetheilt haben, gibt das Journal des Debats vom 13. folgende Details: „Geſtern gegen 3 Uhr Nachmittags, während Niemand etwas ahnte, und der größte Theil der Bürger auf Spaziergängen oder auf dem Lande war, hat ſich eine Bande Elender plötzlich auf die Stadt geworfen. Nachdem ſie ein Waffenmagazin erbrochen und geplündert, warfen ſie ſich gegen vierhundert an der Zahl auf den Juſtizpallaſt, wo ein Offizier von der Linie mit einigen Mann Wache hielt. Sie tödteten den Offizier und entwaffneten die Soldaten. — Von da rückten ſie zu gleicher Zeit gegen die Polizeipräfectur und gegen das Hotel-de-Ville unter dem Rufe: Nieder mit Ludwig Philipp! Es lebe die Republik! und indem ſie auf die Vorübergehenden Flinten- und Piſtolenſchüſſe abfeuerten. — Ein 20 Mann ſtarkes Piket der berittenen Municipalgarde, das aus der Polizeipräfectur ausgerückt war, verſuchte ſie nach den Quais zurückzudrängen. Es verlor bei der erſten Decharge fünf Mann. Dieſe wackern Leute fuhren nichtsdeſtoweniger fort, die Ruheſtörer zu verfolgen, und unter Beiſtand des Generals Duchand, Gouverneurs von Vincennes, der eben in Civilkleidung vorüberging und ſich aufs Pferd eines der getödteten Municipalgardiſten ſetzte, gelang es ihnen, ſie bis zur Straße Planche-Mibray zurückzudrängen, wo ſich die Aufrührer hinter einer Barrikade verſchanzten. — Mittlerweile hatte ſich eine andere Bande des Poſtens am Hotel-de-Ville bemächtigt. — In gleicher Zeit verbreitete ſich eine beträchtliche Anzahl Aufrührer in dem zwiſchen die Straßen Saint-Martin und Saint-Denis gelegenen Quartiere, wo ſie Barrikaden errichteten, hinter denen ſie auf die harmloſen Bürger ſchoſſen, die ſich auf der Straße oder an den Fenſtern zeigten. — Um 4 Uhr wurden mehr als zehn Barrikaden in dem volkreichſten Quartiere aufgeworfen, und die Inſurgenten waren Meiſter aller Paſſagen. Eine merkwürdige Einheit ſchien bei allen ihren Anordnungen obzuwalten. Gut gekleidete, mit werthvollen Gewehren verſehene Individuen leiteten die Operationen; Leute in Blouſen dienten unter ihren Befehlen. Das mit einer Vorſicht, welche die Polizei des Königreichs und die Behörden von Paris getäuſcht hatte, angeſponnene Complott wurde mit einer Kühnheit und einer Kraft ausgeführt, wovon, nach Verſicherung von Augenzeugen dieſes blutigen Tages, noch

keine der früheren Emeuten ein Beiſpiel dargeboten hatte. — Um 5 Uhr fing die Behörde an, Maaßregeln zu ergreifen, und Streitkräfte zu ſammeln. Der tapfere General Duchand war zum Generalſtab des Platzes geeilt, und hatte dort Allarm gemacht. Der Rappell wurde geſchlagen, die Nationalgarde kam langſam herbei. Die Linientruppen ſetzten ſich auf allen Puncten in Bewegung und der Sitz der Revolte wurde allmählig von zahlreichen, von Eifer erfüllten Detaſchements, die unter dem Rufe: Es lebe der König! anrückten, eingeſchloſſen und blockirt. — Der Poſten am Hotel-de-Ville war wieder erobert worden; die Polizeipräfectur war befreit. — Nichtsdeſtoweniger drangen die Aufrührer, den um ſie gezogenen Kreis auf einigen Puncten durchbrechend, tiefer ins Herz der Stadt ein. Eine Barrikade war am Eingang der Straße de l'Arbre-Sec (nicht weit vom Louvre) errichtet worden, und die benachbarten Häuſer wurden von Inſurgenten erbrochen und beſetzt. — Auf dem Platze vor dem italieniſchen Theater hatte ein Haufe jener Elenden den Generallieutenant Pelion, Adjutanten des Kriegsminiſters, angehalten und durch zwei Flintenſchüſſe verwundet. Auf vielen Puncten hielten iſolirte Gruppen die Vorübergehenden an, ſchoſſen auf die Soldaten, und liefen dann eilends davon, wenn ſich keine Barrikade in der Nähe befand, um ſie aufzunehmen nnd zu ſchützen. — So ſtand es mit der Revolte gegen 8 Uhr Abends. In dieſem Augenblick hatte ſich eine große Zahl von Nationalgarden, die nach Hauſe gekommen waren, bewaffnet und an unſere tapfern Soldaten angeſchloſſen. Faſt allenthalben waren die Barrikaden von den vereinigten Truppen unter einen Kugelregen aus den von den Aufrührern beſetzten Häuſern mit gefällten Bayonneten erſtürmt. Die bei der Straße de l'Arbre-Sec wurde in dem Augenblick verlaſſen, als ein Bataillon der zweiten Legion vor ſelber erſchien, feſt entſchloſſen, ſie mit Sturm zu nehmen. — Mehrere Nationalgardiſten ſind verwundet worden, man ſpricht von mehreren Todten. Die Municipalgarde hat viel gelitten. — Der Oberſt Vallon vom 53ſten Linienregiment iſt ſchwer verwundet worden. Die Inſurgenten ſcheinen viele der Ihrigen verloren zu haben. Es iſt jedoch ſchwer, aus den verworrenen Berichten, die in dieſem Augenblick umlaufen, die Wahrheit herauszufinden. Wir können bloß verſichern, daß die Aufrührer um 11 Uhr Abends aus ihren Stellungen verjagt waren, und daß die Circulation in den Straßen nur noch durch die bewaffnete Macht, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit herbeieilte, gehemmt war. — Ein Journal nennt dieß eine Echauffourée. Es iſt weit mehr: es iſt ein Verſuch, der die volle Wichtigkeit einer revolutionnären Emeute hat; es iſt offenbar eine Verſchwörung, die mit einer Plötzlichkeit und einer Wuth ausbrach, welche, ohne den bewundernswürdigen Muth und die edle Hingebung der Nationalgarde und der Linientruppen, die innere Ordnung und die friedlichen Intereſſen unſerer großen Stadt ernſthaft in Gefahr hätten ſetzen können. — Die Verſchwörer hatten Waffen, Munition, Einverſtändniſſe auf allen Puncten, geſicherte Zufluchtsorte in allen Straßen, wohin ſie drangen. Sie agirten im Einklange; ſie hatten alles mit Calcul unternommen; ſie hatten auf die Ruhe des Sonntags, auf die Zerſtreuung der Nationalgarden, auf die Sorgloſigkeit der Regierung gerechnet; und leider hatten ſie Recht. Aber ſie hatten die Energie der Bürgermiliz nicht in ihre Rechnung mit aufgenommen, und dieſer Irrthum iſt ihnen theuer zu ſtehen gekommen."

Spanien.

Am 2. Mai wurde zu Madrid die Todtenfeier für die an dieſem Tage im Jahre 1808 in dem Volksaufſtande gegen Murat und die Franzoſen gefallenen Spanier abgehalten. Der Erzbiſchof von Toledo las die Meſſe in der St. Iſidorskirche. Außerdem wurden auf allen den Puncten Meſſen geleſen, an denen das Gemetzel ſich damals concentrirt hatte. Von den in Madrid ſich aufhaltenden 200 Generälen nahmen kaum 12 an dem Umzuge Theil. Vom Hofe war Niemand zugegen. Bei dem Abgange des Zuges ereignete ſich ein Unglücksfall, der in Rom als böſes Omen gegolten hätte: eine Rieſenſtatue, welche das trauernde Spanien vorſtellen ſollte und auf dem Leichenwagen über die Urne mit den Ueberreſten der Gefallenen einen Lorberkranz hätte halten ſollen, fiel um, und der Zug mußte ohne dieſe allegoriſche Perſon aufbrechen. Das Volk, das ſich auf den Straßen drängte, bobachtete mit boshafter Neugier, ob ſich Niemand an den Fenſtern des franzöſiſchen Botſchaftshotels zeige; aber Niemand ließ ſich ſehen. Der Herzog von Fézenſac hatte ſich Tags zuvor auf die Villa des Herzogs von Oſuña begeben.

Niederlande.

Der Avondbode theilt einen königlichen Beſchluß vom 7. d. M. mit, welcher zur Regulirung der zufolge der Trennung von Belgien im Schuldweſen der Niederlande nothwendig gewordenen Anordnungen und Aenderungen eine Staatscommiſſion unter dem Präſidium des Staatsminiſters, Hrn. van Gennep, ernennt. Dieſe Staatscommiſſion ſoll mit dem Autoriſationsſyndicat, der Direction der Hauptbücher der Nationalſchuld und den nach Art. 13 der belgiſchen Convention dießſeits zu ernennenden Commiſſarien für Utrecht in unmittelbare Verbindung und Berathung treten.

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 10. Mai wurde der Geſetzentwurf, wonach die Bewohner der abzutretenden Theile Belgier bleiben können, wenn ſie ſich überſiedeln, mit einigen Modificationen angenommen und ſodann ein Credit von 4,985,058 Fr. einſtimmig bewilligt, vermittelſt deſſen für die fälligen Halbjahrszinſen der Schuld Sorge getragen werden ſoll. Nach dem erſten Geſetzentwurfe haben die Bewohner jener Gebietstheile vier Jahre lang Zeit, ſich zu erklären.

In der vom Moniteur Belge gegen Bartels und Kats bekanntgemachten Anklageacte wird ersterer beschuldigt, daß er eine belgisch-rheinische Conföderation errichten, die Könige von Preußen und Belgien stürzen, und die Republik einführen wollte. Die Anklage stützt sich auf seine Proclamation an die Armee; wäre sie von Erfolg gewesen, so hätte ihn Todesstrafe getroffen; so aber wird er, im Falle der Verurtheilung, mit Verbannung durchkommen und dann das seltene Beispiel eines Mannes bieten, der zweimal, unter König Wilhelm und unter Leopold, aus seinem Vaterlande verbannt wurde.

Der Independant wundert sich darüber, daß man über die bevorstehende Schleifung einer Anzahl von Festungen so viel sprechen konnte. Ein Protocoll vom 17. April 1831 (Oesterreich, Preußen, Rußland und England) setzte fest, daß, da Belgien ein neutrales Land sei, die auf Kosten der vier Höfe 1815 erbauten Festungen, deren Unterhaltung für Belgien allzu kostspielig seyn würde, theilweise geschleift werden können. Am 14. December wurden Menin, Ath, Philippeville, Mons und Marienbourg als solche benannt und diese Uebereinkunft ratificirt. So wäre also in diesem Bezuge alles abgeschlossen und diese fünf Festungen müßten geschleift werden.

Teutschland.

Die Münchener politische Zeitung meldet aus München vom 14. Mai: „Der königliche Cabinetskurier Lang ist heute Morgens von Rom wieder dahier eingetroffen und hat die erfreulichsten Nachrichten über das Wohlbefinden Sr. Majestät des Königs mitgebracht. — Allerhöchstdieselben werden während der am 26. d. M. Statt findenden Heiligsprechung noch in Rom verweilen und Ihren Aufenthalt dortselbst bis gegen das Ende des Monats verlängern, am 5. Juni aber in Ihrer Haupt- und Residenzstadt wieder eintreffen. — Die feierliche Fronleichnamsprozession ist nach allerhöchster Anordnung auf die Octave, Donnerstag den 6. Juni, verlegt worden, da Se. Majestät derselben beiwohnen wollen."

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung enthält folgenden officiellen Artikel: „Die hohe teutsche Bundesversammlung hat in ihrer fünften Sitzung vom 26. April 1839 nachstehenden Beschluß gefaßt: „Es „sei zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß in der Streitsache zwischen den Regierungen von Preußen und „Nassau in Betreff des Kur-Trierischen Schuldenwesens „am 8. Juni v. J. ein Austrägal-Erkenntniß erfolgt sei, „und daß es den dabei betheiligten und dieserhalb mit Gesuchen bei der Bundesversammlung aufgetretenen Privatpersonen überlassen bleibe, sich über den Inhalt dieses „Erkenntnisses und den gegenwärtigen Stand der Sache „überhaupt bei ihren Landesregierungen oder bei der Bundeskanzlei-Direction Aufklärung zu verschaffen."

Die Hamburger Neue Zeitung berichtet Folgendes aus Helgoland vom 6. Mai: „Harro Harring ist wieder hier gewesen. Ein Schiffer, dem er versichert, seine Papiere seien in genügender Ordnung, hatte ihn von Jersey mitgenommen. Dieß muß aber nicht der Fall gewesen seyn, denn der Gouverneur King ließ ihn alsbald festnehmen und auf ein Schiff bringen. Von diesem sprang er ins Meer, hielt sich aber durch Schwimmen so lange über dem Wasser, bis man ihn wieder vom Schiffe aus rettete. Der Schiffer stellte ihm frei, ihn zu landen, wo er wolle; er erklärte, auch nach England dürfe er nicht mehr kommen und wünsche deßhalb, auf die Elbe an Bord eines französischen Dampfschiffes gebracht zu werden. — Die Petition der Helgolander, zur Erlangung einer den andern englischen Colonien gleichen Verfassung, befindet sich in den Händen Joseph Hume's."

Wien.

Der Baustand des obersten Theils des Stephansthurmes, in einer beiläufigen Höhe von 8 Klaftern, ist bei der von sämmtlichen technischen Mitgliedern der zu Leitung der Reparatursarbeiten aufgestellten Baucommission veranlaßten genauen Untersuchung in einem so bedenklichen, Einsturz drohenden Zustande gefunden worden, daß dessen Reparatur übereinstimmend weder möglich noch räthlich erkannt wurde.

Die k. k. niederösterr. Regierung hat daher die Abtragung des baufälligen obersten Theils des Stephansthurmes angeordnet, zugleich aber befohlen, daß von diesem keiner Reparatur mehr fähigen Theile dieses Thurmes, vor dessen Abtragung, durch Sachverständige eine genaue und getreue Zeichnung veranlaßt werde, damit dieses ehrwürdige Denkmahl der Vorzeit, an welches sich so viele Erinnerungen knüpfen, und diese Zierde der Haupt- und Residenzstadt Wien, wieder in gleicher Höhe und ganz in den vorigen Stand hergestellt werden könne.

Indem sich die zur Leitung der Arbeiten bei dem Stephansthurme aufgestellte Baucommission beeilt, diese durch die absolute Nothwendigkeit gebotene Abtragung des obersten baufälligen Thurmtheils, und die getroffenen Vorkehrungen zur Wiederherstellung desselben in den vorigen Stand zu veroffentlichen, und dadurch den sich unter dem Publicum verbreiteten Gerüchten, daß der oberste zur Abtragung bestimmte Theil des Stephansthurmes nicht mehr in den vorigen Stand hergestellt werden würde, zu begegnen, fügt sie noch bei, daß die Aufnahme einer genauen Zeichnung des Stephansthurmes bereits begonnen habe, und in kurzer Zeit vollendet seyn wird, wo dann zum Wiederaufbaue und zur Wiederherstellung dieses Theils des Thurmes ohne Säumniß Hand angelegt werden wird.

Von der zur Leitung der Reparatursarbeiten des Stephansthurmes aufgestellten Baucommission.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1. K. ZEITUNG 1839

№ 142

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 22. Mai 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 20. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.619	28. 4L. 7P.	+ 11.2	WNW schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.567	28 3 11	+ 14.2	NW. mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.526	28 3 5	+ 12.3	NW. schwach.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Der Moniteur vom 14. Mai enthält folgende durch telegraphische Depesche von Calais eingegangene Nachrichten aus London vom 12. Mai 6 Uhr Abends: „Der französische Geschäftsträger an den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Lord Melbourne und sämmtliche Mitglieder des letzten Cabinets haben ihre Functionen wieder übernommen. Morgen sollen Explicationen in beiden Häusern Statt finden."

Die Times vom 11. Mai äußert sich folgendermaaßen über die Gründe, welche Sir R. Peel bewogen haben, das ihm von der Königinn übertragene Geschäft der Cabinetsbildung aufzugeben: „Die öffentlichen Gerüchte, die gestern von 12 bis 5 Uhr in Umlauf waren, und durch die Abendblätter bestätigt wurden, müssen die ganze Hauptstadt bereits in Kenntniß gesetzt haben, daß Sir Robert Peel bei Vollbringung des Geschäftes, von dem man annehmen mußte, daß die Königinn Victoria es ihm anvertraut habe, auf ein so außerordentliches und unvorhergesehenes Hinderniß gestoßen ist, daß er sich in der Nothwendigkeit sah, das unausführbare Unternehmen aufzugeben. Der sehr ehrenwerthe Baronet hatte der Königinn vorgestellt, daß es aus verschiedenen Staatsrücksichten rathsam sei, gewisse Damen von Whig- und radicaler Verbindung, die seit einiger Zeit im Pallaste wohnten, und verschiedene Dienste im Hofstaate versahen, von Ihrer königlichen Person zu entfernen, erhielt aber von Ihrer Majestät sogleich und bestimmt eine abschlägige Antwort. Sir Robert Peels Begehren an Ihre Majestät war an sich selbst von der billigsten und ehrfurchtsvollsten Art, geradezu das Gegentheil von dem, was ihm die whig-radicalen Abendjournale lästerlicherweise zuschreiben. Diese Organe der Falschheit erheben ein wildes Geschrei gegen den Herzog von Wellington und Sir Robert Peel, weil sie, nach ihrer Behauptung, versucht hätten, die Königinn von allen ihren gewählten Gefährtinnen, an deren Gesellschaft und Umgang sie gewohnt war, zu trennen, und Ihrer Majestät nicht „eine einzige Freundinn" ihrer Kindheit, oder eine Dame, zu der sie Vertrauen haben könne, zu lassen. Was ist nun das Wahre an der Sache? Sir Robert Peel hat nie daran gedacht, einen allgemeinen Wechsel der Damen, welche den Hofstaat ausmachen, zu begehren. Im Gegentheile, das Ansinnen des sehr ehrenwerthen Baronets über diesen Gegenstand beschränkte sich aufs gewissenhafteste auf ein solches Maaß von Damen, die häuslichen Zutritt zu der Monarchinn hatten, welches genügen dürfte, um dem Lande zu zeigen, daß der neue Staatsdiener, der ämtlich von der Königinn ermächtigt war, ein Ministerium zu bilden, und die Regierung in ihrem Namen zu leiten, dasjenige Vertrauen von Seite Ihrer Majestät besitze, welches erforderlich ist, um seinen Weisungen als Minister Wirksamkeit zu geben und alle etwa ausgestreuten Gerüchte niederzuschlagen, daß andere, die aufgehört haben, für ihre Handlungen verantwortlich zu seyn, einen Einfluß auf das Gemüth der Königinn ausüben könnten, welcher dem der nunmehrigen Rathgeber Ihrer Majestät entgegengesetzt wäre. Gegen die Mehrzahl jener Damen, welche den Hofstaat ausmachen, hatte Sir Robert Peel nicht das Mindeste einzuwenden. Allein es gab deren sicherlich und gibt noch einige wenige, die eine hohe Stellung im Pallaste bekleiden und in inniger und vertrauter Verbindung mit den hervorragendsten Mitgliedern des O'Connell-Cabinets stehen; so z. B. zwei Schwestern des Lords Morpeth — Damen, vollkommen geeignet, den glänzendsten und musterhaftesten Hof in Europa zu schmücken und, wie wir fest glauben, so wenig, als nur irgend eine Frau in England, zu politischen Intriguen geneigt; aber würde es wohl in den Augen der Nation den Glauben, daß Ihre Majestät Vertrauen in ihre conservativen Minister setze, bestärkt haben, wenn Lord Morpeth, O'Connells Factotum, in der Lage gewesen wäre, zwei Frauen aus seiner Familie als Vedetten aufzustellen, die jeden ämtlichen Verkehr zwischen der Königinn und ihren Dienern ausgespäht haben würden, welche jener großen Partei im Lande angehören, deren Vernichtung der anerkannte Zweck Lord Morpeth's und aller seiner politischen Genossen ist und immer war? Lord Charlemont ist durch und durch ein irischer Radicaler, ein Vertilger der Kirche, ein Anhänger der Präcursoren, ein Schützling Daniel O'Connells, — ist es schicklich, daß die Gattinn eines solchen Mannes die beständige Gesellschafterinn einer Königinn sei, deren irische Krone von diesen selben Präcursoren und von dem;

der ſie leitet, mit Vorbedacht in Gefahr geſetzt wird? Ferner, Lord Normanby iſt der Mann, deſſen Sorgloſigkeit und Connivenz die verderbliche Ausführung der Befehle O'Connell's zum ſyſtematiſchen Umſturz des Proteſtantismus in Irland allgemein und mit Recht zugeſchrieben worden iſt; — würde es wohl eine unvernünftige oder übermüthige Eiferſucht von Seite des Herzogs von Wellington oder Sir Robert Peels geweſen ſeyn, wenn dieſe Staatsmänner Ihrer Majeſtät unterthänig vorſtellten, daß der fortgeſetzte Zutritt der Gemahlinn Lord Normanby's zu Ihrer königlichen Perſon die Maſſe des Volkes zu dem Glauben verleiten dürfte, daß die Königinn von England das Gewicht ihres Anſehens nicht ganz von jener Verwaltung und Politik in Irland zurückgezogen habe, welche gegenwärtig und ſchon vor einigen Wochen das Erſtaunen jener Mitglieder des Hauſes des Lords erregt haben, denen die Pflicht einer feierlichen Unterſuchung ihres Weſens, ihrer Grundſätze und ihrer practiſchen Wirkungen anvertraut worden iſt? Konnte ſich ein conſervativer Miniſter, der auf den vollſten Beiſtand der Krone gegen die Pläne derer, die ſie herabwürdigen wollen, Anſpruch hat, und machen muß, gefallen laſſen, zu ſehen oder auch nur Grund zu haben, zu argwohnen, daß ein Theil des königlichen Hofſtaates aus Individuen beſtehe, gegen die, wegen ihrer verwandtſchaftlichen oder anderer Beziehungen, Hr. Daniel O'Connell zur Ausführung ſeiner politiſchen Projecte nicht das Mindeſte hätte einwenden können? Der Vorſchlag, den Sir Robert Peel Ihrer Majeſtät machte, war zur Erfüllung der Pflicht, die ſeine Gebieterinn ihm huldreichſt auferlegt hatte, unerläßlich, und nichts konnte zarter ſeyn, als die Art und Weiſe, wie der ſehr ehrenwerthe Baronet dieſen Gegenſtand zur Sprache brachte, ſeine Mittheilung auf die augenfällige Nothwendigkeit des Falles beſchränkend. Wir haben bereits, und aus der beſten Quelle, verſichert, daß die Behauptung, Sir Robert Peel habe die Entfernung des geſammten weiblichen Hofſtaates begehrt, nichts mehr und nichts weniger als eine ſchändliche Verläumdung iſt, welche die ſämmtlichen radicalen Abendblätter von geſtern ausgeſtreut haben. Eben ſo iſt es eine freche und hämiſche Lüge, daß Sir Robert Peel vorgeſchlagen, oder auch nur vorzuſchlagen gedacht hat, Ihrer Majeſtät geſelligem Verkehr mit ſolchen Freunden, welche ſie in den Pallaſt einzuladen wünſchen dürfte, den leiſeſten Zwang anzuthun. Selbſt in Bezug auf Lord Melbourne, obſchon er gewiß der geheime, wenn nicht der Hauptanſtifter einer aus hinterliſtigen Zwecken veranſtalteten Schein-Reſignation geweſen iſt, waren Ihrer Majeſtät geſellige Neigungen in den Augen Sir Robert Peels ſo heilig, daß die Königinn überzeugt ſeyn konnte, in dieſem Puncte vollkommen und unbedingt frei nach ihrem Gutbefinden handeln zu können. Es liegen hinlängliche Beweiſe vor, daß die Reſignation der O'Connell-Miniſter nicht eine bona fide, ſondern eine fabricirte Reſignation war, — daß die Einwendungen gegen einen gerechten und nothwendigen Wechſel bei einigen Perſonen des königlichen Hofſtaats in vorhinein von den whig-radicalen Rathgebern Ihre Majeſtät veranſtaltet worden waren; daß das unwürdige Lügenſyſtem einen Theil der gewählten und ſtehenden Politik der Faction ausmache; daß die groben und giftigen Entſtellungen der Wahrheit, die ſich ihre Journale erlaubten, Verſuche waren, Ihrer Majeſtät Urtheil und das moraliſche Gefühl ihres Volkes trügeriſcherweiſe irre zu führen. Allein es iſt nicht weniger klar und unzweifelhaft, daß die brittiſche Nation, vernünftig, ſcharfblickend und bieder, wie ſie iſt, zwiſchen Sir Robert Peel und dieſen Intriganten mit einer Präciſion und einer Achtung für Gerechtigkeit entſcheiden wird, welche letzteren zwar nicht Schamröthe, aber Schrecken über ihre maaßloſe Uebereilung einjagen werden."

In der Sitzung des National-Convents vom 9. Mai wurde ein Aufruf an die arbeitenden Claſſen gegen die von der Königinn wider die Führung von Meſſern und die Uebung in denſelben erlaſſene Proclamation verleſen. Der Aufruf beſchuldigt die Miniſter, ſie ſuchen das Volk in Colliſion mit dem Geſetze zu bringen und einen vorzeitigen Aufſtand herbeizuführen; die Arbeiter werden deßwegen aufgefordert, mit ihren Waffen nicht öffentlich zu erſcheinen, ſie jedoch zu Hauſe blank und fertig zu halten. Lovell äußerte in dieſer Verſammlung: „Wir ſtehen am Rande eines Abgrundes und ſind entſchloſſen, daß die Tyrannen nur über unſere Leichname vordringen ſollen. Lieber, als daß wir unſern Unterdrückern nachgeben, möge England in eine Wüſte verwandelt werden." Dieſe Aeußerung hängt mit dem von einigen Chartiſten gemachten wahnſinnigen Vorſchlag zuſammen, alles Eigenthum zu zerſtören, aus England ein Moskau zu machen, damit die Liebe zum Beſitze, das größte Hinderniß der Freiheit, keinen Stoff mehr habe, an den ſie ſich halten könne.

Am 10. Mai wurden dreizehn Chartiſten (lauter Handwerker von der niederſten Claſſe, von 19 bis 40 Jahren), in der Fleetſtreet durch eine Abtheilung Polizei feſtgenommen. Sechs hatten gewaltige Piken, und Einer fiel mit der ſeinigen gegen einen Polizei-Inſpector aus, ſie wurden jedoch ohne Mühe entwaffnet und gefeſſelt. Sie ſind der Theilnahme an einer geſetzwidrigen Verſammlung beſchuldigt.

Unter den Arbeitern in den Porzellan- und Steingutfabriken der Grafſchaft Stafford ſind ernſtliche Unruhen ausgebrochen. Am 6. wurden einige Betrunkene verhaftet, weil ſie Steine nach der Polizei geworfen hatten. Am folgenden Tage umlagerte das Volk das Gefängniß, und machte Miene, ſie zu befreien, worauf die Yeomanry und Reiterei aufgeboten wurden, um ſie nach Newcaſtle zu bringen. Das Volk verſammelte ſich in im-

mer drohendern Massen um den Wagen. Die Aufruhracte wurde verlesen; die Reiterei erhielt um 9 Uhr Abends Befehl, zu laden. Mehrere blinde Schüsse brachten keine Wirkung hervor. Endlich wurde mit scharfer Ladung geschossen und die Reiterei hieb ein. Drei Personen wurden getödtet, über 40 verwundet, 18 Theilnehmer an dem Aufstande, lauter in Lumpen gehülltes Gesindel, sind verhaftet. Im Handgemenge wurden auch einige Reiter verwundet. Mehrere der Ruhestörer schossen auf die Truppen; die Gesammtzahl der Theilnehmer an dem Aufstande wird auf 5000 angegeben. Das Gewehrfeuer dauerte die ganze Nacht hindurch.

Bei der Regierung und im Indiahaus sind am 10. Mai Depeschen aus Ostindien auf dem Landwege (d. h. über Aegypten) eingegangen. Die Nachrichten aus Bombay reichen bis zu 26. März, und sind günstigen Inhalts. Die rebellischen Sindhäuptlinge hatten sich wirklich den brittischen Behörden unterworfen, und eingewilligt, eine Subsidiarmacht bei sich aufzunehmen. Dieser Umstand, erwartete man, würde weiteren feindseligen Bewegungen am Indus ein Ende machen. Sir Willoughby Cotton war mit zwei Brigaden Infanterie, einer Brigade Cavallerie und einem verhältnißmäßigen Artilleriepark am 23. Februar von Shikarpur gegen den Bolan-Paß aufgebrochen. Der Schah Schudschah wollte mit seiner Streitmacht in der ersten Woche des März von Shikarpur abmarschiren. Sir John Keane war mit seiner Division am 24. Februar bis Larkana, zwischen Hyderabad und Shikarpur, vorgerückt, und wollte bis Dadur am Fuße des Bolan-Gebirgs weiter gehen. Alles scheint einen günstigen Fortgang zu nehmen, und zwischen Lieutenant Pottinger und dem Fürsten Kamran von Herat ist ein gutes Vernehmen wieder hergestellt. Die Sirdars waren von einer fruchtlosen Expedition nach Herat zurückgekehrt, und sollen nun für die brittischen Interessen freundlich gestimmt seyn. — In Bombay herrscht im Handel wieder größere Regsamkeit. — Die Berichte aus Calcutta bis zum 15. und aus Madras bis zum 18. März enthalten nichts erhebliches Neues.

Spanien.

Der Moniteur vom 14. Mai enthält folgende telegraphische Depesche aus Bayonne vom vorhergehenden Tage 3 Uhr Nachmittags: „Der Unterpräfect von Bayonne an den Herrn Minister des Innern. Cabrera unterbricht noch immer die Communicationen auf der Straße von Madrid. Es ist nun schon die vierte Post im Rückstande. — Espartero, der sich seit dem 8. im Besitz von Ramales befand, meldet, daß er Guadarmino am 10. angreifen werde."

Portugal.

Briefe aus Lissabon vom 29. April melden: „Vor einigen Tagen, nachdem die reiche Erbinn von jährlichen sechsmalhunderttausend Thalern Einkünften, die Tochter des Grafen Povoa, ihr zwölftes Jahr erreicht hatte, erfolgte die förmliche Einsegnung der Ehe und das Beilager mit dem Marquis de Fayal, Sohn des Herzogs Palmella, womit endlich der Hauptpunct des Prozesses gelöst ist. Daß man aber nun fernere Schwierigkeiten wegen Auslieferung des Vermögens von Seite der Vormundschaft vorbringen wird, ist mehr als wahrscheinlich, besonders da die Verwandten die lügenhaftesten Gerüchte durch öffentliche Druckschriften verbreiten, wie man das Kind zu dieser Heirath gezwungen, wie man ihm allerhand Mittel eingegeben und dergleichen Dinge mehr, welche aufs schamloseste öffentlich besprochen werden. — Mit jeder Stunde erwartet man die Ankunft der verwitweten Königinn von England, welche von Malta zurückkehrt. Der Pallast von Belem ist zu ihrem Empfang eingerichtet; man vernimmt aber, daß sie während ihres kurzen hiesigen Aufenthalts gesonnen ist, an Bord ihres Schiffes zu bleiben. — Ungeachtet Niemand mehr Geld durch die Post befördert, fahren die Straßenräuber dennoch fort, die Posten zu überfallen. In vergangener Woche wurde die Post von Viana und Villa do Conde angegriffen. Nachdem man den Conducteur und den Arrieiro mit den Rücken zusammengebunden, wurden die Felleisen durchstöbert, die Briefe vernichtet und die Zusammengekoppelten ihrem Schicksal überlassen, bis sie von Landleuten gefunden und ihrer Bande entledigt wurden. Die Räuber auszukundschaften ist äußerst schwierig, denn sie erscheinen wie aus der Erde entstiegen, und verschwinden auch eben so schnell wieder. Da sie stets maskirt sind, wenn sie angreifen, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß sie ansässige Bewohner der Nachbarschaft sind. Zwar bezeichnet man deren viele mit den Fingern, und raunt sichs einander an die Ohren, daß dieser und jener zu den Straßenräubern gehöre, allein wem sein Leben lieb ist, tritt nicht als Zeuge gegen sie auf, und so können sie denn ihr Wesen ungestraft forttreiben. — In politischer Hinsicht herrscht seit der Bildung des neuen Ministeriums, abgerechnet das Raisonnement der Tagblätter über Diesen und Jenen, ziemliche Ruhe. Die Cartisten aber verbergen ihre Unzufriedenheit nicht, daß ihre Aussicht, einmal wieder ans Ruder zu kommen, sich immer weiter hinausschiebt. Besonderes Aufsehen machte das Gesuch des Kriegsministers an die Kammern um Urlaub für den Conde das Antas als Senator und des Obersten Fontouro als Deputirter, zweier exaltirter Militäre der Linken, wovon der erste das Commando in Oporto, der letztere das in Algarbien übernehmen soll. Für erstern wurde der Urlaub ohne weiteres zugestanden, des letztern wegen erhob sich aber eine große Opposition in der Kammer, und noch sind die dießfallsigen Discussionen nicht zu Ende. Es ist nicht zu läugnen, daß es ein Fehlgriff des Kriegsministers zu seyn scheint, den größten Theil der Truppen wieder unter diese Menschen zu stellen."

Schweden und Norwegen.

Die in Stockholm eingegangenen Nachrichten aus Christiania reichen bis zum 6. Mai. Der König

machte am Tage vorher zum ersten Male eine Spazierfahrt im Freien. Das Wetter fing nachgerade an warm zu werden, doch lag das Eis in dem Fjord so dick, daß man mit Sicherheit über die Eisdecke gehen konnte.

Der Cabinetskammerherr und Adjutant des Königs, Freiherr Axel Oxenstierna, ist vor einigen Tagen auf seinem Landgute Eka gestorben, 39 Jahre alt. Es ist dieß der dritte unter den Adjutanten des Königs, die in wenigen Wochen mit Tod abgegangen: erstens, Oberst Whitelock, dann Graf von Fersen, jetzt Baron Oxenstierna.

Der berühmte Repräsentant des Bauernstandes beim schwedischen Reichstage, Anders Danielson, ist am 27. v. M. nach kurzer Krankheit, 55 Jahre alt, auf seinem Gute bei Gothenburg mit Tode abgegangen. Stockholmer Blätter sagen, es sei dieß einer der härtesten Verluste, der das schwedische Volk habe treffen können.

Frankreich.

Galignani's Messenger meldet aus Paris vom 14. Mai, 1 Uhr Nachmittags: „Die Hauptstadt bietet seit heute Morgens wieder den gewöhnlichen Anblick dar; die Quartiere im Mittelpunct der Stadt sind größtentheils von den Truppen geräumt; die Kaufläden sind wieder geöffnet, und obwohl eine Menge Volks in den Straßen wogte, um den Schauplatz der Unordnungen zu besuchen, war alles vollkommen ruhig und kein Symptom von Insurrection bemerkbar. Man versichert, daß der Pairskammer die gerichtliche Procedur gegen die bei den letzten Aufständen betheiligten Individuen übertragen werden soll. Mittlerweile haben die Untersuchungsrichter bereits mehrere von den Verhafteten, deren Zahl sich auf mehr als 150 belauft, verhört, und die Spitäler besucht, wo sie die verwundete Insurgenten der besonderen Obsorge der Administratoren dieser Anstalten, unter ihrer persönlichen Verantwortlichkeit, empfahlen, und diejenigen, deren Zustand er erlaubte, in das Spital der Conciergerie bringen ließen. Die meisten derselben sind Handwerker von verschiedenen Professionen, und der größte Theil derselben erklärt, daß sie von bewaffneten Individuen, denen sie zufällig auf der Straße begegneten, gezwungen worden seien, an den Unordnungen Theil zu nehmen, und gar nicht wußten, welches die eigentlichen Zwecke der Anstifter des Aufruhrs seien. Mehrere Individuen, die schon an früheren Emeuten Theil genommen hatte, sind mit den Waffen in der Hand festgenommen worden, und einer, unter dem Spitznamen le Blanchot berüchtigt, wurde todtgeschossen, als er eben am verflossenen Sonntag einen Municipalgardisten zu entwaffnen versuchte. — Es ging gestern das Gerücht, daß der Oberst Vaudrey und der Commandant Parquin, die in das bekannte Straßburger Complott verwickelt waren, in Paris verhaftet worden seien; allein dieß ist, wenigstens insofern es den Obersten Vaudrey betrifft, ungegründet, da sich derselbe in Dijon befindet, von wo unlängst ein Brief von ihm an Hrn. J. Barrot eingelaufen ist. — Die Wunden des Obersten Pelion, der von den Insurgenten auf dem Platze vor dem italienischen Theater angegriffen wurde, scheinen gefährlich zu seyn. Der König und die Prinzen schickten im Laufe des gestrigen Tages zu wiederholten Malen in seine Wohnung, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen."

Der Moniteur Algérien vom 4. Mai enthält einen Bericht über die Feier des königlichen Namensfestes am 1. in Algier. Es ereignete sich dabei ein Unglück. Durch das Gedränge wurde ein Theil der Mauer am Thore Bab-el-Ued eingedrückt und etwa 30 Personen stürzten 25 Fuß hoch hinab; drei kamen um, und 15 bis 20 sind verletzt. Auch wurden im Gedränge ein Soldat und ein Matrose erdrückt.

Ein Bericht des provisorischen Kriegsministers, Generals Cubières, an den König schlägt die Abfassung der vollständigen Geschichte eines jeden Regiments vor. Diese historischen Notizen sollen gedruckt in hinreichender Zahl an die verschiedenen Regimenter geschickt und den Matrikelregistern, so wie den Livrets beigefügt werden, damit sie jedem Soldaten zur Lecture dienen. Der König hat dem im Moniteur abgedruckten Bericht seine Bestätigung gegeben.

Der Pfarrer der Kirche Saint-Roch zu Paris hat auf das Gesuch der Freunde Nourrits, für den verstorbenen Künstler einen Trauergottesdienst zu halten, an den Erzbischof von Paris referirt. Dieser lodt in seiner Antwort den Pfarrer, daß er die Verantwortlichkeit des Acts nicht auf sich habe nehmen wollen. Es wurde, schreibt der Erzbischof, ein Document beigebracht, aus welchem hervorgeht, daß den sterblichen Resten Nourrits zu Neapel die Ehren eines christlichen Leichenbegängnisses gewährt wurden. Es ist also nicht bloß zu vermuthen, sondern man muß sogar glauben, daß die höhern Geistlichen der Diocese von Neapel den letzten Act, der Nourrits Leben endigte, nicht von der Art hielten, als mache er die Anwendung der Kirchenregeln gegen die Selbstmörder nothwendig. Folglich autorisire ich Sie, die Leiche Nourrits in Ihrer Kirche zu empfangen, so wie es zu Marseille und Lyon geschehen. Am Schlusse sagt der Erzbischof: der Pfarrer möge keine Musik gestatten, die nicht der Heiligkeit des Orts entspreche. Am 11. Mai wurde das Seelenamt unter einem bedeutenden Volkszuströmen gehalten. Die Künstler der Oper wirkten mit. Dann wurden Nourrits Gebeine in dem Kirchhofe Montmartre zur Erde bestattet.

Am 6. Mai wurde bei Eröffnung der Vorlesungen des Professors Delpech über das bürgerliche Recht in der Rechtsschule zu Toulouse von den Studierenden die Ruhe gestört. Sie zertrümmerten das Geräthe des Hörsaals und verhöhnten den Professor. Siebenzehn derselben sind vor den Disciplinarrath geladen; die Ver-

leſungen ſind eingeſtellt. Die Veranlaſſung dieſer Auftritte war, daß der Profeſſor in den Vorleſungen zweimal die Namen verleſen laſſen wollte, weil ſonſt nach dem erſten Verleſen die meiſten Studenten den Hörſaal verließen.

Die Schriftſtellerinn George Sand reist jetzt unter ihrem eigentlichen Namen, Madame Dudevant; auch trägt ſie keine Männerkleidung mehr, ſondern ſpaniſche Frauentracht mit der Mantilla.

Der Sohn des Schriftſtellers Fiévée ſandte zugleich mit der Anzeige von ſeines Vaters Tod an den National die Summe von 500 Fr. für die beſchäftigungsloſen Arbeiter. Er ſagt, es ſei dieß der letzte Wille ſeines Vaters geweſen.

Am 14. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5 Percent 111 Fr. 50. 3 Percents ——.

Preußen.

Des Königs Majeſtät haben den bisherigen geheimen Oberrechnungsrath von Reitzenſtein zum geheimen Finanzrath und vortragenden Rathe in der zweiten Abtheilung des Miniſteriums des königlichen Hauſes zu ernennen und die darüber ausgefertigte Beſtallung Allerhöchſtſelbſt zu vollziehen geruht."

Belgien.

In der Sitzung der Repräſentantenkammer vom 13. Mai kam, wie ſchon erwähnt, der auf die Einwohner und Beamte der abgetretenen Gebietstheile bezügliche Geſetzentwurf zur Sprache. Hr. von Reneſſe ſagte: „Es iſt unſere Pflicht, den Bewohnern der abzutretenden Gebietstheile, ſo wie denjenigen, welche dort geboren, gegenwärtig aber abweſend ſind, einen Aufſchub zu bewilligen, welcher ihnen geſtattet, die Vortheile des gegenwärtigen Geſetzentwurfs in Anſpruch zu nehmen. Der Regierung iſt ein Termin von einem halben Jahre hinlänglich erſchienen; da aber der 17. Art. des Friedenstractats den Bewohnern einen Zeitraum von zwei Jahren zur Verfügung über ihr bewegliches und unbewegliches Eigenthum bewilligt, ſo wäre es vernunftgemäß, nach dem Vorſchlage der Centralſection, den Einwohnern zur Entſcheidung, ob ſie Belgier bleiben wollen, ebenfalls einen Zeitraum von zwei Jahren feſtzuſetzen. Ich würde mich ſogar für den Zeitraum von ſechs Jahren, der im Tractate vom 30. Mai 1814 ſtipulirt wurde, erklären, denn da mehrere Einwohner der abzutretenden Gebietstheile ſtark gegen die holländiſche Regierung compromittirt ſind, ſo müßte man ihnen Zeit laſſen, ſich zu überzeugen, ob die Regierung, unter deren Scepter ſie wieder kommen, den 20. Art. des Tractats, nach welchem Niemand wegen directer oder indirecter Theilnahme an den politiſchen Begebenheiten verfolgt werden ſoll, getreulich halten wird." Hr. von Reneſſe brachte demnach ein Amendement in Vorſchlag, welches beantragte, an die Stelle von zwei Jahre im 2. Paragraph ſechs Jahre zu ſetzen. Hr. von Brouckere ſchien der Zeitraum von zwei Jahren vollkommen genügend, aber er fand es unbillig, daß die Unmündigen in dem Geſetzentwurfe nicht gehörig berückſichtigt würden, indem dieſer ihnen nur eine Zeit von einem Jahre zu Entſcheidung zugeſtehe. Er ſchlug deßhalb vor, den zweiten Paragraphen mit den Worten zu enden: „Und in den zwei Jahren, welche auf ihre Majorennität folgen, wenn ſie minderjährig ſind. Als es zur Abſtimmung kam, verwarf die Kammer das Amendement des Hrn. von Reneſſe und entſchied ſich für einen Termin von vier Jahren. Hierauf entſpann ſich über den Vorſchlag des Hrn. von Brouckere eine Discuſſion, welche denſelben bewog, folgende Faſſung des Paragraphen vorzuſchlagen: „Die Erklärung muß innerhalb vier Jahren vom Tage der Auswechslung der Ratificationen an geſchehen. Minderjährige ſollen in jedem Falle das Recht haben, dieſe Erklärung in den beiden auf ihre Majorennität zunächſt folgenden Jahren abzugeben." Der Miniſter der öffentlichen Arbeiten machte hierauf noch bemerklich, daß ein Belgier von Geburt, der gegenwärtig auf dem rechten Ufer der Maas oder im teutſchen Theile Luxemburgs anſäſſig ſei, nicht in Folge des Tractats aufhören könne, Belgier zu ſeyn; und der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten fügte hinzu, daß eben ſo ein Holländer, welche zur Zeit der Revolution in Belgien anſäſſig geweſen, ſeine Eigenſchaft als Holländer bewahre, wenn er nicht ſeine Naturaliſation nachgeſucht habe. Im weitern Verlaufe der Sitzung ging die Kammer zur Abſtimmung über den Geſetzentwurf in Betreff der Creditbewilligung von 4,985,058 Fr. zur Bezahlung des fälligen Semeſters der Rente von fünf Millionen Gulden über. Derſelbe wurde einſtimmig angenommen.

Das Gerücht, daß das Miniſterium des Auswärtigen von dem des Innern getrennt werden ſoll, erhält ſich; der Graf von Muelenaere, heißt es, werde wieder an die Spitze des erſteren berufen werden. Dem Hrn. van Volxem, der jetzt an der Spitze des Brüſſeler Gemeinderaths ſteht, ſoll das Juſtizminiſterium angeboten worden ſeyn, doch ſoll es derſelbe vollziehen, zu dem erledigten Poſten eines Bürgermeiſters von Brüſſel ernannt zu werden.

Hr. von Hoffſchmidt hat ſeine Dimiſſion, als Mitglied der Repräſentantenkammer, eingereicht.

Die Regierung hat dem Handlungshauſe John Cockerill das verlangte Moratorium bewilligt.

Den HH. Gendebien und Dumortier iſt am 9. Mai in Gent das Feſtmahl gegeben worden, das die dortigen Studierenden ihnen zu Ehren veranſtaltet hatten.

Teutſchland.

Nach der Großherzoglich Heſſiſchen Zeitung iſt in der zweiten Kammer der Heſſen-Darmſtädtiſchen Stände die Hannöverſche Angelegenheit nochmals zur Sprache gekommen. Schon zu

Ende vorigen Jahres hatte in der zweiten Kammer der Abgeordnete Glaubrech einen von der Regierung eifrig bekämpften Antrag gestellt, welchem die Kammer ungeachtet des Widerspruchs der Regierung mit 21 gegen 29 Stimmen beigetreten war. Er ging dahin: „Die Staatsregierung zu ersuchen, durch alle ihr zu Gebot stehenden Mittel bei einem hohen teutschen Bunde fortwährend dahin zu wirken, daß die durch Patent vom 1. November 1837 aufgehobene und vorher in anerkannter Wirksamkeit bestandene Verfassung des Königreichs Hannover baldmöglichst wieder hergestellt werde." Dieser Antrag kam sodann am 19. März in der ersten Kammer der Stände gleichfalls zur ausführlichen Berathung, in der namentlich der Freiherr von Gagern denselben mit großer Freimüthigkeit und Wärme unterstützte, aber von Seite der Regierung entschiedenen Widerspruch fand. Es beschloß die erste Kammer einstimmig, dem Antrag keine Folge zu geben. Die Frage kam somit nochmals in die zweite Kammer zur Berathung, welche darüber am 30. April folgende Beschlüsse faßte: Es ward 1) die Frage, ob die zweite Kammer auf ihrem frühern Beschlusse beharren wolle? mit 36 gegen 3 Stimmen verneint. Ebenso ward 2) mit 28 gegen 11 Stimmen die Frage verneint: Will die Kammer nach dem Antrage des Abgeordneten Glaubrech in das Protocoll niederlegen: a) eine förmliche Verwahrung gegen die Einsprache des dirigirenden Staatsministers, daß die Stände zur Eingehung auf den fraglichen Antrag nicht competent seien und b) die feste Zuversicht und Erwartung, so wie das Vertrauen auf die Staatsregierung, daß dieselbe durch alle ihr zu Gebot stehenden Mittel bei dem teutschen Bunde fortwährend dahin wirken werde, daß die durch Patent vom 1. November 1837 aufgehobene, vorher in anerkannter Wirksamkeit bestandene Verfassung des Königreichs Hannover baldmöglichst wieder hergestellt werden möge. 3) Dagegen beschloß die Kammer einstimmig, sich mit der von dem Ausschuß über die Zuständigkeit der Stände ausgesprochenen Ansicht einverstanden zu erklären, auf die beantragte Bitte jedoch in dem festen beruhigenden Vertrauen nicht einzugehen, daß die Staatsregierung ohnehin nicht unterlassen werde, durch alle ihr zu Gebot stehenden Mittel bei dem teutschen Bunde auf möglichst baldige Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes im Königreich Hannover fortwährend hinzuwirken.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 7. Mai d. J. den Nicolaus Kahil zum wirklichen unbesoldeten k. k. Viceconsul in Damiette allergnädigst zu ernennen geruht.

So eben einlaufende Berichte aus Drencova vom 16. Mai bringen die höchst traurige Nachricht, daß das Ruderschiff „István," welches mit 24 Reisenden am frühen Morgen dem 14. Mai von Orsova nach Drencova abfuhr und in der ersten Nachmittagsstunde desselben Tages bei der Umfahrung der sogenannten Szirina-Spitze anlangte, dort umschlug und unglücklicherweise 9 Personen ertranken. — Die übrigen 15 Personen scheinen ihre Rettung dem Muth der Servianer zu verdanken.

Als die Nachricht in Drencova anlangten, schifften sich augenblicklich der Capitän Ferro, vom Dampfboote „Franz," und der k. k. Hauptmann Zenon, zur Hülfeleistung ein, und Alles ward aufgeboten, um das Schicksal der Geretteten zu erleichtern.

Die Veranlassung dieses höchst traurigen Ereignisses konnte bei Abgang der Anzeige nicht ausgemittelt werden; die Geretteten selbst sagen aus, daß sie von dem Ereignisse keine Ahnung hatten; die Wahrscheinlichkeit aber ist, daß bei dem hohen Wasserstande das Schiff zu weit vom Ufer getrieben, die Leiter der Zugpferde durch das Rauschen des Stromes und den Wind die gewöhnlichen Lenkungsworte nicht mehr vernahmen, und die außerordentliche Strömung das Schiff umschlug. — In demselben Augenblicke sprang das Zugseil und das Schiff wurde in die Mitte des Stromes getrieben.

Eine halbe Stunde unter der Unglücksstelle wurde das Schiff aufgefangen, wo man noch die Körper der Verunglückten zu finden hofft, um ihre Namen gründlich angeben zu können.

Leider war bei Abgang dieser Nachricht der k. k. Consul von Steinsberg, und der k. k. Dolmetsch Waszilievies noch nicht unter den Geretteten aufzufinden.

Am 21. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 7/16.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101 1/2.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/2.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	281.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC. in CM	—.
Bankactien pr. Stück 1519	in CM.	

Neueste Nachrichten.

Officielle Berichte aus Alexandrien vom 7. Mai, welche mittelst des am 17. gedachten Monats in Triest angekommenen Dampfschiffes des Oesterreichischen Lloyd, „Mahmudie," eingelaufen sind, melden, daß aus Syrien die Nachricht eingegangen war, daß die Truppen des Großherrn bei Bir (zwischen Orfa und Aleppo) den Euphrat überschritten haben sollen. Ibrahim Pascha habe demzufolge seinen in der Gegend von Damascus, Hama und Homs cantonnirenden Truppen Befehl ertheilt, gegen Aleppo vorzurücken.

Der Vicekönig hat auf die erste Kunde von obigem Ereigniß bereits unterm 29. April an seinen Sohn, den Oberbefehlshaber der ägyptischen Truppen in Syrien, die Weisung ergehen lassen, mit Vorsicht zu Werke zu gehen und nichts zu unternehmen, ehe das Vorrücken der Truppen des Sultans nicht positiv constatirt seyn würde.

Man glaubte in Alexandrien, daß die Truppen des Sultans wahrscheinlich nur eine Recognoscirung vornehmen wollten und sich, vor dem Eintreffen der Aegyptier, über den Fluß, der die Gränzscheide der beiderseitigen Gebiete bildet, zurückgezogen haben werden.

Die von dem „Mahmudie" mitgebrachten authentischen Nachrichten beschränken sich auf obige Angaben.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Im Comptoir des Oesterr. Beob. ist erschienen und zu haben:

Die dritte Lieferung von Dr. Moll's Handbuch der Pharmakologie. Preis in Umschlag geheftet 1 fl. C. M.

№ 143

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 23. Mai 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 21. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.5.6	283. 38. 4p.	+ 13.3	NW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.4.2	28 2 5	+ 17.5	NW.	—	Sonne und Regen.
	10 Uhr Abends.	27.4.1	28 2 3	+ 12.4	NW.	—	trüb.

Spanien.

Der Moniteur vom 16. Mai (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält folgende zwei telegraphische Depeschen: 1) „Bayonne, 15. Mai, halb 7 Uhr Morgens. Der commandirende General der 20sten Militärdivision an den Herrn Kriegsminister. Guardamino ist mit 300 Gefangenen in die Gewalt Espartero's gefallen." — 2) „Bayonne, 15. Mai, 5 Uhr Abends. Der Unterpräfect von Bayonne an den Minister des Innern. Durch Decret vom 10. d. M. hat die Königinn von Spanien die Dimission der HH. Pita-Pizarro, Chacon und Hampanera angenommen. Sie hat an deren Stelle interimistisch die HH. Vigodet, Arrago und Ferraz ernannt."

Die Gazette de France vom 16. d. M. enthält mehrere Decrete, welche Don Carlos am 29. April, dem Geburtstage seiner Gemahlinn, erlassen hatte. Durch eines derselben wird den Einwohnern der baskischen Provinzen und des Königreichs Navarra, die sich ins Ausland geflüchtet haben, gestattet, um die Rückkehr in ihr Vaterland anzusuchen, wenn sie sich nicht schwer gegen die Pflichten, welche sie diesem Vaterlande schuldig sind, vergangen haben. Gleiche Erlaubniß wird denjenigen ertheilt, die bloß in Folge administrativer Maaßregeln aus Navarra oder den baskischen Provinzen entfernt worden sind. Für die solchergestalt Begnadigten wird auch der Sequester auf ihre Güter aufgehoben. — Durch ein zweites Decret wird das frühere vom 29. December v. J., kraft dessen die von den Chefs der rebellischen Armee wegen ihrer Anhänglichkeit an die Sache des Don Carlos mißhandelten und ihrer Habe beraubten Familien auf Kosten Anderer, durch Eintreibung gewisser Summen, deren Bezahlung ihnen auferlegt wurde, entschädiget werden sollten, zurückgenommen, und verordnet, daß die Provinzialdeputationen auf eine andere Weise für die Unterstützung jener Familien zu sorgen haben.

Großbritannien und Irland.

Nachrichten aus London vom 14. Mai zufolge waren beide Parlamentshäuser am vorhergehenden Tage versammelt. Im Oberhause fand man sich nicht wenig getäuscht durch Lord Melbourne's gänzliches Stillschweigen über die letzten Resignationen und die Ereignisse, die zu seinem Wiederauftreten als Premierminister geführt hatten. Das Haus war außerordentlich voll, und die Anwesenden konnten sich von ihrem Erstaunen nicht erholen, als, nach Ueberreichung einiger Bittschriften, und nachdem Lord Melbourne mit einem der Clerks einige Worte in leisem Tone gewechselt hatte, der Lordkanzler das Haus auf Dinstag (den 14.) vertagte. — Im Unterhause erklärte Lord John Russell, daß Sir Robert Peel, der von Ihrer Majestät die Erlaubniß erhalten habe, die Umstände mitzutheilen, welche ihn bewogen, den ihm zu Theil gewordenen Auftrag zur Bildung eines Cabinets in die Hände der Königinn zurückzulegen, die ihm dienlich scheinenden Erläuterungen hierüber geben werde, worauf er (Lord Russell) die Gründe darlegen werde, welche Ihrer Majestät Rathgeber bewogen haben, ihre Stellen wieder zu übernehmen. Sir Robert Peel begann nun seine Erläuterung, die, wie Galignani's Messenger, aus dem wir obige Nachrichten schöpfen, versichert, im Wesentlichen mit dem übereinstimmen, was die Times vom 11. d. M. *) über den Anlaß zum Rücktritt Sir Roberts von dem ihm übertragenen Geschäfte mitgetheilt hat. Sir Robert Peel sprach noch bei Abgang der Post und war eben im Begriffe, seine Correspondenz mit Ihrer Majestät der Königinn über den Gegenstand, der seine Resignation veranlaßte, dem Hause mitzutheilen.

Man glaubte, daß sich beide Häuser wegen der Pfingstferien bis 27. Mai vertagen würde. — Der Standard spricht mit vieler Bestimmtheit von einer nahe bevorstehenden Auflösung des Parlaments.

Ihre Majestät die Königinn gab am 10. Mai Abends im Buckingham-Pallaste den ersten Hofball in dieser Saison. Um halb 11 Uhr langte der Großfürst-Thronfolger in Gesellschaft des Prinzen Wilhelm Heinrich der Niederlande, begleitet von Viscount Torrington und dem Grafen Orloff, im Pallaste an. Die vornehmsten Mitglieder der brittischen Aristokratie wohnten dieser Festlichkeit bei, unter ihnen der alte Graf Grey, der Herzog von Richmond, der Graf Durham, der Herzog von Wellington und Lord Melbourne. Die Königinn erschien in Begleitung der Marquise von Normanby, der Lady Clive, der Miß Lister und der Miß Anson gegen 11 Uhr im großen Saale und eröffnete den Ball mit dem Großfürsten-Thronfolger, während der Prinz der Niederlande mit der Prinzessinn Auguste von Cambridge tanzte. Zur zweiten Quadrille forderte Ihre Majestät den Prinzen auf. Um 1 Uhr ging die Gesellschaft zur Tafel, auf welcher Flaxmann's Schild des Achilles die Hauptzierde bildete.

In der irländischen Grafschaft Tyrone hat bei der kürzlich dort nöthig gewordenen neuen Wahl der conservative Candidat, Lord Claude Hamilton, den Sieg über den Liberalen, Hrn. Humphreys, davongetragen; der erstere hatte 218, der andere nur 81 Stimmen. Hr. Boyle, ein Vorläufer (precursor), ging ganz leer davon.

Am 25. April schiffte sich der Prinz Georg von Cambridge, unter den üblichen Ehrenbezeugungen, von Gibraltar nach Malta ein. Se. königliche Hoheit soll seinen

*) Vergl. unser gestriges Blatt.

halbjährigen Aufenthalt auf dem „Felsen" — rock, wie die Engländer kurzweg die Festung Gibraltar nennen — zu seiner militärischen Ausbildung gut benützt haben.

Consols am 13. Mai 93⅛, ⅛; — am 14. Mai 93⅛, ¼.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer am 14. Mai erhob sich zuerst der Vicomte de Dreux-Brézé (der bekannte Anhänger Carls X.), um Erläuterungen über die von der Gazette des Tribunaux gemeldete Verhaftung zweier seiner Leute zu geben. Bloß die Neugierde habe sie auf den Schauplatz des Aufstandes geführt, und sie hätten keinerlei Theil an den strafbaren Excessen genommen, die er (Dreux-Brézé) so sehr als irgend Jemand beklage. (Beifall.) Wenn er das Wort ergriffen, so sei dieß nicht geschehen, um sich von einem Verdacht zu reinigen (nein! nein!), ein Verdacht werde ihn nicht berühren (von allen Seiten: nein! nein!); da aber oft die abgeschmacktesten Dinge Glauben fänden, so habe er für nöthig gehalten zu sagen, was er wissen. Der neue Siegelbewahrer, Hr. Teste, bestieg hierauf die Rednerbühne und verlas folgende königliche Ordonnanz: „Louis Philippe ꝛc. In Erwägung, daß die Stadt Paris am 12. und 13. Mai der Schauplatz von Attentaten gegen die Sicherheit des Staates war, deren Urheber zu erforschen und zu bestrafen, ob sie nun vereinzelt oder mit Hülfe von Associationen zu Werke gegangen sind, dem Pairshofe gebührt, verordnen wir wie folgt: Art. 1. Die Pairskammer, als Gerichtshof constituirt, wird ohne Verzug zur Aburtheilung der als Urheber, Begünstiger oder Mitschuldiger an jenen Ereignissen Verhafteten schreiten. Art. 1. In Betreff des Untersuchungsverfahrens wird sie sich an die bisher von ihr befolgten Formen halten. Art. 3. Hr. Franck-Carré, unser Generalprocurator an unserm Gerichtshofe zu Paris, wird als Generalprocurator bei unserm Pairshofe fungiren und von den HH. Boucly und Rouguier, als Stellvertretern in Verhinderungsfällen, assistirt werden. Art. 4. Der Archivar der Pairskammer und sein Adjunct versehen das Amt von Greffiers an unserm Pairshofe. Art. 5. Unser Siegelbewahrer ist mit dem Vollzug gegenwärtiger Ordonnanz beauftragt. Gegeben zu Paris, den 14. Mai 1839. Louis Philippe." Die Kammer constituirte sich sofort als Pairshof.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 14. Mai wurde die Wahl eines neuen Präsidenten der Kammer vorgenommen, da Passy ins Ministerium getreten. Es waren 422 Votanten anwesend. Die absolute Majorität betrug also 212. Diese erreichte beim ersten Scrutin keiner der Candidaten, indem auf Hrn. Thiers nur 201, auf Hrn. Sauzet 199 Stimmen fielen, während sich die übrigen vertheilten; Lamartine z. B. erhielt 5, Dupin 10, Odilon-Barrot 3, Laffitte 2, Royer-Collard 1. — Es ward zu einem zweiten Scrutin geschritten. Dieses entschied für Hrn. Sauzet, der 213 Stimmen erhielt, während sich für Hrn. Thiers nur 206 ergaben. Sauzet gehört bekanntlich zu dem linken Centrum, aber zu derjenigen Fraction desselben, welche sich in der letzten Zeit dem rechten Centrum, den alten Ministeriellen, genähert, und so den Leitern dieses Manövres — Teste, Dufaure und Passy — den Eintritt ins Ministerium verschafft hatte.

Da mehrere Oppositionsjournale der Abstimmung bei der Präsidentenwahl eine für das neue Ministerium ungünstige Deutung geben wollen, sagt der Moniteur: „Diese Wahl bot nicht den Character dar, den ihm einige Journale beigelegt haben; es war keine Cabinetsfrage, welche das Votum der Kammer zu entscheiden hatte. Deßhalb votirten auch die Deputirten, jeder nach seinen persönlichen Sympathien, ohne irgend einen Plan, eine Majorität für oder wider das neue Ministerium zu bilden. Dieß ist eine Thatsache, deren Constatirung wesentlich ist."

Nach Ernennung des neuen Kammerpräsidenten wurde noch zur Wahl der beiden Vicepräsidenten, zum Ersatz für die ins Ministerium getretenen HH. Teste und Cunin-Gridaine, geschritten. Die Zahl der Votanten betrug 392; absolute Mehrheit 197. Die HH. Ganneron (von der Linken) und General Jacqueminot (vom Centrum) erhielten jeder 201 Stimmen und wurden als Vicepräsidenten proclamirt; die meisten Stimmen nach ihnen hatten Hr. de Sade mit 176 und Hr. Benjamin Delessert mit 167 erhalten.

Zur Ergänzung unserer bisherigen Berichte über den Aufstand vom 12. und 13. tragen wir noch einige Details aus den Pariser Journalen nach. Oefters wurde in der letzten Zeit erwähnt, daß die Noth der arbeitenden Classen in Folge der politischen und industriellen Krise einen beunruhigenden Grad erreicht habe. Der republikanische National eröffnete bekanntlich Subscriptionen für sie; auch scheinen die Verschwörer auf den Beistand der vielen brotlosen Arbeiter gerechnet zu haben. Neben den in blaue Blousen gekleideten Individuen der niedern Classe, welche den Aufstand durch Plünderung einer Waffenbude begannen, sah man — erzählt das Journal des Debats — auch sehr gut gekleidete Männer, welche ausgesuchte Waffen führten, die Operationen leiteten und deren Befehlen die Blousenmänner gehorchten. Der Temps sagt, diese Anführer hätten rothe Leibbinden getragen. Alles zeugte in dem Haufen der ersten Angreifer von einer Organisation; auch wurden mehrere rothe Fahnen gesehen. Das Feldgeschrei der Meuterer war — dem Journal des Debats zufolge — „à bas Louis Philippe! vive la République!" Andere Blätter behaupten, die Insurgenten hätten kein Losungswort gerufen. Der Tag, wie der Zeitpunct zu diesem Versuche waren klug gewählt. Die Bürger waren auf ihrer sonntäglichen Promenade harmlos zerstreut, und es hielt demnach schwer, die Bataillons der Nationalgarde schnell zu versammeln. In der That soll auch — wie der National versichert — nur eine sehr kleine Zahl von Nationalgardisten dem Aufruf zu den Waffen Folge geleistet haben. Ein anderer Umstand, der nach der Meinung des Temps den Insurgenten einen günstigen Erfolg versprach, war der Garnisonswechsel, der gerade jetzt in Paris Statt findet. Fast alle Regimenter sollten in wenigen Tagen nach andern Städten aufbrechen, und waren daher ganz mit den Vorbereitungen zu ihrer Abreise beschäftigt, man rechnete wahrscheinlich auf die Langsamkeit ihrer Bewegungen. Indessen war die Behörde doch nicht ganz ungewarnt. Der Polizeipräfect erhielt an demselben Morgen die Nachricht, sein Hotel werde angegriffen werden, und obwohl er diesem Wink keinen großen Glauben schenkte, ergriff er doch einige Vorsichtsmaaßregeln. Eben so sollen, wie der Constitutionnel behauptet, einige Regimenter in ihre Kasernen consignirt gewesen seyn. Mehrere Corps sind jetzt aus der Umgegend von Paris herbeigerufen worden. — Wie in den Julitagen und bei den Aufständen vom Juni 1832 und April 1834, bemerkte man auch dießmal unter den Aufrührern blutjunge Leute von 14 bis 15 Jahren, die sich mit am verzweifeltsten schlugen. — Als die Aufrührer die Polizeipräfectur angriffen, machten 20 Mann der dienstthuenden Municipalgardisten einen Ausfall, und suchten den Rebellenhaufen nach dem Quai zurückzudrängen; fünf Mann fielen durch das Feuer der Insurgenten, die Uebrigen set-

ten jedoch den Angriff fort und warfen dieſelben, unterſtützt von dem General Duchand, Gouverneur von Vincennes — der in bürgerlicher Kleidung vorüberging, und ſich des Pferdes eines gefallenen Municipalgardiſten bemächtigte — bis zur Straße Planche Midray zurück, wo ſich die Inſurgenten hinter einer Barrikade verſchanzten. Sämmtliche Inſurgentenhaufen verſammelten ſich nun auf dem Grèveplatze, deſſen Zugang gegen den Quai Pelletier hin ſie durch zwei umgeſtürzte Omnibus zu verrammeln ſuchten. . . . Erſt gegen 5 Uhr konnten impoſantere Streitkräfte zuſammengezogen werden. General Duchand war von der Polizeipräfectur nach der Commandantur der Nationalgarde geeilt, und hatte Lärm gemacht. Aber Marſchall Gerard, der Commandant, ſpeiste auswärts, General Jacqueminot iſt zu Pau, General Rampon war auf dem Lande, und ſo übernahm es Oberſt Folmont, den Generalmarſch ſchlagen zu laſſen. In mehreren Legionen war er übrigens ſchon vorher ohne Aufforderung geſchlagen worden. . . . Um 7 Uhr war der Aufſtand in den untern Theilen der Quartiere St. Denis, St. Martin und Montmartre concentrirt. Ueberall errichteten die Rebellen Barrikaden. Die Anlegung der Barrikaden geſchah mit großer Fertigkeit. Die feſteſte war die an der Ecke der Straße St. Denis gegen die Straße aux Fers; ſie beſtand aus Tiſchen, Schirmdächern, Körben, Bretern ꝛc. Gegen 5 Uhr beſetzte ein Haufe, worunter Knaben von 14 bis 15 Jahren, die Ecke der Straßen Tiquetonne und Montorgueil, ſtellte Wachen an allen Zugängen und Kreuzwegen auf, und riß dann mit aller Muße das Pflaſter auf, um eine Barrikade anzulegen. Obſchon ſeit einer Stunde im ganzen Quartier der Generalmarſch geſchlagen wurde, erſchien doch die bewaffnete Macht nicht, um dieſes Manöver zu hindern. Die Nachbarn ſchauten verwundert zu. „Beunruhigt euch nicht,“ rief ihnen einer der Inſurgenten zu „wir thun nur, was vorgeſchrieben iſt.“ Erſt nach einer halben Stunde rückte die Nationalgarde an. Im Augenblicke war die Barrikade genommen, und ihre Vertheidiger flohen. Ein Nationalgardiſt ſtarb an einer Schußwunde, die er hier erhielt. Ein zehnjähriger Knabe erſchoß an einem andern Orte einen Sergenten. Auf dem Pont au Change wurde ein waffenloſer Soldat mit Gewehrkolben todtgeſchlagen. Die meiſten Theater gaben keine Vorſtellungen. Die Variétés waren offen, aber vor 8 Uhr wurde der Saal geleert. Im Theater des Palais Royal wurde das ganze Stück geſpielt; die Zugänge zu den Gallerien des Palais aber und die Paſſagen Vivienne, Colbert ꝛc. waren geſchloſſen. Alle Straßenlaternen wurden zertrümmert. Nach 8 Uhr nahmen die Truppen und die Nationalgardiſten die meiſten Barrikaden mit dem Bayonnete und unter dem Feuer der von den Inſurgenten beſetzten Häuſer. Um 10 Uhr hörte man neue Flintenſchüſſe in der Gegend der Pointe St. Euſtache. Um 11 Uhr ſchien der Aufſtand in den Straßen St. Avoie, du Temple und St. Mery concentrirt. Die Patouillen ließen ſich, da die Straßenlaternen zertrümmert waren, durch Fackelträger begleiten. In manchen Straßen war die Straßenbeleuchtung durch eine vollſtändige Beleuchtung der Häuſer erſetzt.

Die Unruhen am 13. Mai waren weniger bedeutend, als am vorhergehenden Tage. Sie ſcheinen das letzte Zucken des Aufſtandes geweſen zu ſeyn, der nach einigen unmächtigen Verſuchen, zurückgeſtoßen ſelbſt von jenen, die in frühern Jahren ſeine Führer und glühendſten Kämpfer waren, den Zöglingen der polytechniſchen Schule, auf allen Puncten unterlag. Der Morgen des 13. war ruhig verlaufen. Erſt gegen 11 Uhr begannen die Verſuche wieder auf der Place des Innocens, wo inmitten einer ungeheuern Menge von Neugierigen eine kleine Zahl Aufrührer, „Blouſenmänner,“ ſich eingeſchlichen und mit den Trümmern einer Bude in wenigen Augenblicken eine Barrikade errichtet hatten. Dieſe aber wurde bei dem erſten Feuer der Nationalgarde wieder verlaſſen. Zwei Meuterer blieben todt an der Barrikade liegen. „Einen ernſten Character,“ ſagt das Journal des Debats, „hatte die Emeute nirgends, immer wurden die Barrikaden bei der erſten Erſcheinung der Truppen im Stiche gelaſſen, aber gedeckt durch die ungeheure Maſſe von Neugierigen, welche trotz Flintenſchüſſen und Gefahren, gerade jenen Puncten zuſtrömten, wo der Lärm am größten war, verübten die Factionsmänner Unordnungen aller Art, zertrümmerten die Laternen, hielten die Omnibus an u. ſ. w.“ — Etwas hartnäckiger wurde die Barrikade bei St. Mery vertheidigt. Die Leiche eines dort gefallenen Meuterers wurde von ſeinen Gefährten aufgehoben und wie im Triumphe durch die Straßen getragen. Das als Zuſchauer herbeigeſtrömte Volk wurde mit fürchterlichen Declamationen zur Rache des „für die Freiheit“ verſprützten Blutes aufgerufen. Auf der Place Maubert angekommen, wurde dieſer Haufe durch einen Reiterangriff der Municipalgarde zerſprengt. Der Leichnam fiel auf das Straßenpflaſter, und die momentane Aufregung der Menge war wieder verſchwunden. Der letzte Verſuch der Empörer war gegen die polytechniſche Schule gerichtet; ihre letzte unſinnige Siegeshoffnung nahm dort ein klägliches Ende. Die Polytechniker empfingen die Aufrührer mit Flintenſchüſſen; drei von ihnen blieben vor dem Gitter auf dem Platze. „Dieſer Angriff,“ bemerkt das Journal des Debats, „war der entſcheidendſte des Tages. Man kann wohl ſagen, daß vor der polytechniſchen Schule die Inſurrection geſcheitert iſt. Die Zeiten haben ſich geändert! Im Jahre 1830 wollte die Inſurrection die mit Füßen getretenen Geſetze rächen; heute war es die ſcheußliche Anarchie, die an die Thore der polytechniſchen Schule klopfte. Daher antwortete letztere mit Flintenſchüſſen. Ehre der Schuljugend, welche eingeſehen, daß die Meuchelmörder einer republikaniſchen Emeute keinen Anſpruch haben auf den Beiſtand ihrer Sympathien und ihres Muthes.“

Um 5 Uhr war die Nachricht von der letzten Niederlage der Factionsmänner in den Tuilerien angelangt. Der König hielt hierauf eine Muſterung über die Nationalgarde und die Linientruppen, welche im Carrouſſelhof aufgeſtellt waren. Begleitet von ſeinen fünf Söhnen, den Marſchällen Soult und Gerard, wandelte Ludwig Philipp zu Fuß an den impoſanten Linien der Infanterie, Cavallerie und Artillerie hinab, und wurde, wie Moniteur und Journal des Debats verſichern, mit unbeſchreiblichem Enthuſiasmus begrüßt.

Auf die Urheber des Aufſtandes läßt folgende Proclamation ſchließen, welche, der Gazette des Tribunaux zufolge, in dem am 12. geplünderten Waffenmagazin der Brüder Lepage gefunden wurde: „Zu den Waffen, Bürger! Die Schickſalsſtunde hat geſchlagen für die Unterdrücker. Der feige Tyrann in den Tuilerien lacht des Hungers, der die Eingeweide des Volkes zerreißt; aber das Maaß ſeiner Verbrechen iſt voll; endlich wird er Strafe erleiden. Das verrathene Frankreich, das Blut unſerer erwürgten Brüder ſchreien zu euch um Rache; ſie werde furchtbar, denn ſie iſt zu lange ausgeblieben; der Raub möge endlich enden und die Geſetzmäßigkeit ſich ſiegreich feſtſetzen auf den Trümmern des Königthums und der Ariſtokratie! Die proviſoriſche Regierung hat Militärchefs zur Leitung des Kampfes ernannt; dieſe Chefs gehen aus eurer Mitte hervor; folgt ihnen, ſie werden euch zum Sieg füh-

ren. Erhebe dich, Volk, und deine Feinde werden verschwinden, wie der Staub vor dem Sturmwinde; schlage zu, vernichte ohne Erbarmen die elenden Trabanten, die freiwilligen Mitschuldigen der Tyrannei! biete aber den Soldaten die Hand, die aus deiner Mitte hervorgegangen sind und keine vatermörderischen Waffen gegen dich richten werden. Vorwärts! Es lebe die Republik! Blanqui." — Der Advocat Blanqui, genannt Blanqui der Jüngere, zum Unterschied von dem berühmten Nationalökonomen, ist bekannt als Eines der Häupter der Pariser Republikaner und war schon in mehrere politische Prozesse verwickelt, namentlich in den Prozeß wegen geheimer Pulverfabrikation; bei dieser Veranlassung hatte man Listen einer geheimen Gesellschaft bei ihm gefunden. Er scheint Einer der Anführer des neuesten Aufstandes gewesen zu seyn. Sein Begleiter war der Advocat Barbès, Einer der Vertheidiger der Aprilangeklagten. Beide führten den Angriff auf das Wachhaus des Platzes du Chatelet, wo Barbès die Schildwache, Blanqui den Offizier tödtete. Abends fiel Barbès neben Blanqui. *) Dieser verlor nun alle Kraft; das Rachegeschrei seiner Genossen vermochte nicht, ihn aus seiner Starrheit aufzurütteln. Die Bande schloß sich nun andern Anführern an, und Blanqui verschwand. Die Polizei forscht nach ihm.

Am 13. um 2 Uhr Nachmittags waren, dem Messager zufolge, nach dem größten Hospital von Paris, dem Hotel Dieu, 69 Verwundete, worunter 20 Militärs, gebracht worden. Die Hälfte davon starb kurz darauf. Folgendes war der Stand in den übrigen Hospitälern: Saint-Louis 38 Verwundete, St. Antoine 14, Charité 2, Maison royale de santé 2; zu Val-de-Grâce 18; letztere sämmtlich Militärs. In der Morgue waren 17 Leichen ausgestellt. Im Ganzen zählt man 170 Todte und Verwundete. Viele andere leichter Verwundete waren nicht in die Spitäler gebracht worden. Die Wunden der Obersten Ballon und Pelion sollen sehr bedenklich seyn. Ersterer erhielt einen Besuch der Prinzen.

Am 14. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 60. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 85. — Am 15. Mai 5Percents 111 Fr. 50. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 45. 3Percents 81 Fr. 75. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 65. — Am 16. Mai 5Percents 111 Fr. 50. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 50. 3Percents 81 Fr. 65. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 60.

Päpstliche Staaten.

Berichten aus Florenz vom 16. Mai zufolge war daselbst Tags zuvor durch Staffette die Nachricht aus Rom eingegangen, daß St. Emin. der Cardinal Fesch mit Tode abgegangen ist.

Rußland.

Nach einem Bericht der archäologischen Commission an St. Majestät den Kaiser hat dieselbe seit zwei Jahren nicht weniger als 20.000 Handschriften, Urkunden und alte Papiere in verschiedenen Klöstern, Civilbibliotheken und Archiven durchgesehen und geprüft.

Das unter dem Befehl des Contreadmirals Artinkoff stehende Geschwader, welches am 27. April aus Sebastopol in Odessa eingelaufen war, ist am 2. Mai mit dem Rest der Truppen, welche zu den dortigen Arbeiten bestimmt sind, von Odessa wieder abgesegelt. — Von den Sulina-Mündungen wird gemeldet, daß bei dem Aufgehen des Eises auf der Donau am 22. März das Wasser übergetreten war und einen großen Theil der niedrig gelegenen Inseln, namentlich Tschetal, Leti, Georgievsky, überschwemmt und die Gränzwachen unter Wasser gesetzt hatte. Auch in die Quarantaine von Sulina, welche höher als die Umgegend liegt, war die Fluth der Donau, vom Ostwinde zurückgehalten, gestiegen, und hatte den Quarantainegebäuden und den Stationen des Gränzcordons bedeutenden Schaden zugefügt.

*) Dem Messager vom 15. d. M. zufolge ist Barbès nicht todt, sondern nur leicht verwundet, und befindet sich in der Conciergerie.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung bemerkt: „Zu den zahllosen Erfindungen, durch welche eine Partei ihre Zwecke zu befördern sucht, gehört auch die Behauptung, als sei zwischen einer hohen Person und dem Erblandmarschall Grafen von Münster über die ständischen Wahlen ein unangenehmer Auftritt vorgefallen. Wir haben aus guter Quelle vernommen, daß an dieser ganzen Erzählung nicht ein wahres Wort ist. Dasselbe ist der Fall mit vielen Behauptungen, die über die Verfassungsangelegenheiten in den öffentlichen Blättern erscheinen. Wenn unsere Regierung es verschmäht, jeder solchen Unwahrheit zu widersprechen, so können nur solche, die ganz oberflächlich urtheilen oder die jener Partei selbst angehören und kein Mittel scheuen, auf dieses Schweigen die Behauptung gründen wollen, daß jene Erfindungen wahr wären."

Nach dem letzten Bevölkerungs-Conspect des Königreichs Baiern weisen sich folgende Einwohnerzahlen aus: Oberbaiern 684,405 — Niederbaiern 515,117 — Pfalz 665,345 — Oberpfalz und Regensburg 449,608 — Oberfranken 480,230 — Mittelfranken 507,604 — Unterfranken und Aschaffenburg 579,473 — Schwaben und Neuburg 533,687 — im Ganzen 4,315,469 Seelen; unter diesen zählt das Militär mit Weibern und Kinder, 66,691 Individuen. Das weibliche Geschlecht ist über das männliche um die Zahl 100,205 vorherrschend. Bemerkenswerth ist noch, daß im Civilstande mehr Kinder des weiblichen, im Militär aber mehr Kinder des männlichen als des weiblichen Geschlechts sich ergeben.

Wien.

St. k. k. Majestät haben mittelst Allerhöchsteigenhändig unterfertigten Diploms den ständischen Vertreter der Stadt Botzen bei dem großen ständischen Ausschußcongresse in Tyrol, Joseph Kinsele, in den Adelsstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Prädicate „von Eckberg" allergnädigst zu erheben geruht.

Am 22. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM. 151¼.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM. 667½.

Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM 66¼.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück 1524 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 144

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 24. Mai 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 22. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.353	28 3. 12. 4 p.	+ 13.7	W	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.301	28 0 8	+ 16.5	SW.	schwach.	Gewitter.
	10 Uhr Abends.	27.276	28 0 4	+ 12.3	N.	still.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Die Londoner Blätter vom 13. Mai besprechen sämmtlich die Pläne Lord Melbourne's und die Reorganisation des Cabinets. Die Times sagt, Lord Melbourne trete wieder ins Amt, Lord John Russell aber werde bloß so lange bleiben, bis sein Nachfolger ernannt sei. Der Standard erzählt, Lord Melbourne habe dem Lord Brougham die Lordkanzlersstelle angeboten, dieser aber habe sie ohne Bedenken und entschieden abgelehnt. Lord Brougham, der kürzlich eine ziemlich freundliche Entgegnung auf Lord J. Russell's Schreiben an seine Wähler in Stroud veröffentlichte und darin Halten an der Verfassung, Durchführung der Sclavenbefreiungs-Acte, Vernichtung des Sclavenhandels und Einführung eines auf Religion und Sittlichkeit gegründeten, aber mit den Grundsätzen der bürgerlichen und religiösen Freiheit übereinstimmenden, Nationalerziehungssystems als seine vornehmsten Forderungen aufstellte, hatte am 13. Morgens eine angelegentliche Besprechung mit Lord Lyndhurst. In einer Nachschrift berichtet der Standard, eine Parlamentsauflösung sei fest beschlossen. In einer zweiten Nachschrift spricht er von innern Zwistigkeiten in dem Melbourneschen Cabinete; Lord Melbourne sei gewahr worden, daß ihn Lord Normanby durch den Einfluß seiner Gemahlinn auf die Königinn überflügelt habe, wodurch eine sehr stürmische Cabinetssitzung erfolgt sei. Der Sun will wissen, das Haus der Gemeinen werde auf vierzehn Tage seine Sitzungen einstellen, um Zeit zu weiteren Anordnungen zu lassen. Als gewiß berichtet der Sun, daß Lord Melbourne an der Spitze der Regierung bleibe. — Der Standard will in dem ganzen Vorfall mit den Hofdamen nur eine Wiederholung des Manövers von 1834 erblicken, wo Lord Melbourne auch Volk und Oberhaus gegen sich gehabt habe und vom Unterhause schwach unterstützt worden sei; damals, wie jetzt, habe er sich auf einen Augenblick seines Amtes entkleiden lassen, um nach kurzer Zeit durch eine Hinterthür auf auf anderem Wege wieder hineinzugelangen. Besonders aufgebracht zeigt sich dieses Blatt darüber, daß die persönlichen Verhältnisse der Souveraininn in die Sache des Ministeriums verwickelt worden seien. Alles wäre, dem Standard zufolge, ein vorher berechnetes Spiel gewesen, der Ihrer Majestät ertheilte Rath, nach dem Herzog von Wellington zu senden, und dann die Aufstellung einer Bedingung, welche die Bildung eines conservativen Cabinets unmöglich gemacht hätte, damit Lord Melbourne sagen könne, er habe sein Amt nur mit Widerstreben wieder übernommen, nur, um seine beleidigte Souverainiun zu vertheidigen. Außer den Damen, welche die Times schon als solche bezeichnet hat, die wegen ihrer Verwandtschaft mit den jetzigen Ministern von Sir Robert Peel nicht am Hofe hätten gelassen werden können, nennt der Standard noch die Marquise von Tavystock, als Schwägerinn Lord J. Russells, und Miß Spring-Rice, die Tochter des Kanzlers der Schatzkammer. Dieses Blatt bemüht sich auch, die Herzoginn von Kent in Opposition gegen ihre Tochter zu bringen, indem es von unglimpflicher Behandlung des Hofstaats Ihrer königl. Hoheit spricht. Auch behauptet es, daß die Herzoginn von Northumberland, die Erzieherinn und eigentliche Jugendfreundinn Ihrer Majestät, durch Lord Melbourne's Einfluß aus der königlichen Nähe entfernt worden sei, und daß die jetzige Hofhaltung der Königinn nicht sowohl aus deren Jugendfreundinnen, als aus Damen bestehe, die dem jetzigen Premierminister ihre Ernennung verdankten. Die Morning-Post schreibt das Scheitern des conservativen Planes zum Theil auch einer plötzlichen Veränderung in der Stimmung der Radicalen zu, die, da sie gefunden, daß das Resultat ihres Abfalls von den Whigs ihren Wünschen und Erwartungen nicht entspreche, ihr Benehmen wieder bereut, voll Zerknirschung bei den Ministern wieder Abbitte gethan und ihnen versprochen hätten, sie wollten künftig gehorsamer seyn, wenn sich kein anderes Mittel auffinden lasse, um die Tories vom Ruder fern zu halten. Die Morning-Chronicle, die nun vielleicht auch wieder einen andern Ton annehmen dürfte, als in der letzten Zeit, gibt folgenden kurzgefaßten Bericht über den ganzen Verlauf der Ministerkrise: „Am Mittwoch ließ Ihre Majestät den Herzog von Wellington zu sich berufen. Der Herzog lehnte seiner Altersschwäche wegen den Antrag ab, die Bildung eines Ministeriums zu übernehmen, empfahl jedoch Sir R.

Peel dem Vertrauen Ihrer Majestät. Es wurde also nach Sir Robert geschickt. In ihrer Unterredung mit dem sehr ehrenwerthen Baronet soll die Königinn demselben unverholen ihr Bedauern über die eingetretene Nothwendigkeit einer Ministerveränderung zu erkennen gegeben, sich aber zugleich bereit erklärt haben, ihm die Vollmacht zur Bildung eines Cabinets anzuvertrauen. Bei Erörterung der zu treffenden Anordnungen äußerte die Königinn gegen Sir Robert Peel, daß sie zwar an den politischen Ernennungen keinen Antheil nehmen wolle, daß sie aber erwarte, man werde ihr die Ernennung ihrer Hofdamen und ihrer übrigen weiblichen Umgebung überlassen. Sir Robert widersetzte sich diesem Vorschlage und verlangte unbedingte Herrschaft im Pallaste, unter dem Vorwande, daß ein solches persönliches Opfer von Seiten der Königinn nöthig sei, um das Land zu überzeugen, daß ihre neuen Minister ihr vollkommenes Vertrauen besäßen. Ihre Majestät protestirte gegen diese Forderung sogleich mit geziemender Energie, und es kam hierüber zu einem Briefwechsel zwischen der Königinn und Sir R. Peel, der damit endigte, daß der sehr ehrenwerthe Baronet seine Vollmacht zur Bildung eines Cabinets in die Hände Ihrer Majestät zurückstellte. Die Königinn forderte nun den Lord Melbourne auf, ihr in dieser Krisis mit seinem Rath beizustehen, und den Wünschen Ihrer Majestät nachgebend, willigte Se. Herrlichkeit ein, die Verwaltung wieder zu übernehmen. So können wir denn als gewiß melden, daß das Melbourne'sche Ministerium wieder eingesetzt ist. Hoffentlich wird Lord Melbourne die Verhältnisse seiner Lage wohl erwägen und seine Verwaltung dadurch befestigen, daß er ihr das Vertrauen und die Zuneigung des Volkes auf wirksame Weise zu gewinnen sucht."

In dem neuesten Schreiben, welches O'Connell an die Irländer gerichtet hat, sind folgende Stellen bemerkenswerth: „Wir wollen uns mit den Standhaften und Scharfsinnigen unter den ächten Reformern von England und Schottland verbinden, wir wollen das, was wir schon einmal gethan, wiederholen und, indem wir es den Tories unmöglich machen, im Amte zu bleiben, zur Einsetzung der Unterstützung einer wahrhaft liberalen Verwaltung beitragen, die, wenn sie die Klippen der Abgeschlossenheit und die Vorurtheile der Oligarchie vermeidet, durch heilsame Verbesserung der Institutionen, durch Vermehrung und Befestigung der bürgerlichen und religiösen Freiheit friedlich, aber fest die Volksbewegung leiten wird. Man wird vielleicht fragen, warum ich nicht sogleich zur Auflösung der Union auffordere? Ich will aufrichtig darauf antworten. Neuere Ereignisse haben mich mehr als jemals überzeugt, daß Irland nur durch die Auflösung der Union Gerechtigkeit erlangen kann. Aber je mehr ich mich von dieser Wahrheit überzeuge, um so standhafter und vorsichtiger bin ich in der Art und Weise, die Agitation für jene Auflösung wieder zu beginnen; denn einmal begonnen, kann sie nicht wieder aufgegeben werden; auch darf sie nicht mit Uebereilung und Gewaltthätigkeiten begonnen werden. Besonnen und fest, vorsichtig, aber nicht langsam, müssen wir bei dem Streben nach jener Auflösung zu Werke gehen. Ich weiß aus Erfahrung, daß nichts die Herzen des irländischen Volkes so ergreift, als die Worte: „Auflösung der Union," und es ist jetzt höchst wahrscheinlich, daß bereits in wenigen Wochen die Aufforderung dazu ergehen muß. Zuvor wollen wir jedoch abwarten, was die redlichen und vernünftigen Reformer Großbritanniens thun, welchen Vereinigungspunct die schottischen und englischen Freunde der constitutionnellen Freiheit bilden werden, dann lasset uns sehen, ob wir unsere Sache mit der ihrigen verbinden können. Unterdeß lasset uns dessen eingedenk seyn, daß wir unserer Sache durch nichts mehr schaden oder den Orangisten durch nichts mehr Freude machen und Stärke verleihen können, als wenn wir die Gesetze verletzen. Wir wollen uns nicht des geringsten Friedensbruches, keiner Ruhestörung, keiner Gewaltthätigkeit, keiner Uebertretung irgend eines Gesetzes schuldig machen. Wir wollen in unserer Unterthanentreue gegen die liebenswürdige und erhabene Person, welche die Krone dieser Reiche trägt, eben so ergeben, als unerschütterlich seyn. Sie wenigstens hat das Ihrige auf eine edle Weise gethan. Sie unterstützte die Freunde Irlands so lange, als die Uneinigkeit und die Thorheiten, die unter der Reformpartei ausbrachen, es ihr gestatteten. Es ist ein erfreulicher Gedanke, daß das irländische Volk an unserer jugendlichen Souveraininn eine Freundinn hat, der es nicht am Willen fehlt, — leider hat sie nicht die Macht dazu, — ihm wirksam zu dienen. Irland war niemals so ruhig, als unter der letzten Verwaltung des Lords Normanby und seines Nachfolgers des Lords Ebrington. Der letztere ist wirklich im Stande gewesen, drei Regimenter aus Irland wegzusenden, um die Bewegungen der bewaffneten Chartisten zu verhindern, und er hat erklärt, daß er noch drei Regimenter entbehren könne. Wir wollen daher alle mögliche Vorsicht anwenden, um die Orangisten zu verhindern, es dahin zu bringen, daß die Tories jene sechs Regimenter zurücksenden und noch sechs andere hinzufügen, um hinreichend stark zu seyn, die unglückliche Aufregung zu unterdrücken, die wahrscheinlich durch die Wiederherstellung der Orangisten in Irland würde hervorgerufen werden."

Der wegen aufrührerischen Treibens in Anklagestand versetzte Independenten-Prediger Stephens setzt in London seine Predigten gegen das neue Armengesetz fort. Dreimal predigte er kürzlich an Einem Tage im Freien, unter strömendem Regen und bei empfindlicher Kälte, aber weder er wurde müde, noch erlahmte die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer. — Vincent, der wegen aufrührerischer Reden, die er zu Newport in Wales gehalten, verhaftete Delegirte des Nationalvereins ist von London nach Newport gebracht worden. Die Chartisten machten dort einen Versuch, ihn zu befreien, das Ergebniß aber war, daß auch ihr Anführer von den aufgestellten Specialconstables festgenommen wurde. Die Friedensrichter beschlossen, daß er und Vincent in das Grafschaftsgefängniß nach Monmouth abgeführt werden sollen. — Die Nachricht, daß bei den unruhigen Auftritten in Stafford 3 Personen getödtet und 40 verwundet worden seien, war übertrieben. Bloß ein Arbeiter wurde durch das zufällige Losgehen einer Pistole getödtet und die Zahl der Verwundeten beträgt nicht über 20.

Am 11. Mai besuchten der Großfürst-Thronfolger von Rußland und der Prinz der Niederlande das Arsenal zu

Woolwich, wo ihnen zu Ehren mehrere Artilleriemanövers Statt fanden. Die Prinzen waren mit ihrem Empfang von Seiten der dortigen Militärbehörden sehr zufrieden. Auf ihrem Rückwege nach London besuchten sie das Invalidenhaus in Greenwich.

Die Schwester der unvergeßlichen Malibran, die auch in Teutschland rühmlichst bekannte Dlle. Pauline Garcia, hat am Donnerstag den 9. Mai in der italienischen Oper auf dem königlichen Theater zu London zum ersten Male die Bühne betreten. Sie gab die Desdemona in Rossini's „Othello," und ihr Erscheinen hatte unter allen Musikfreunden das größte Interesse erregt. Sie wurde gleich mit Applaus empfangen und im Laufe des Abends zweimal gerufen. Die öffentlichen Blätter äußern sich im Allgemeinen sehr günstig über ihr Debut. Zuerst schien sie etwas befangen, und ihre höheren Töne schwankten daher zuweilen; bald aber erkannte man ihre außerordentlichen musikalischen Anlagen, die sie zu einem würdigen Mitgliede der Familie Garcia machte, welche sich schon seit dem 16ten Jahrhundert durch ihre Leistungen in der Musik ausgezeichnet hat. Ihre Stimme füllte zwar das große Opernhaus noch nicht ganz, doch ist die Sängerinn auch noch sehr jung; sie hat erst ihr 17tes Jahr zurückgelegt. In ihrem dramatischen Spiel bewährte sie sich als die Schwester der Malibran; sie entwickelte hierin eine Gewalt, deren nur das wahre Genie fähig ist.

Nach neueren Berichten aus Aden vom 7. März zeigten sich Spuren von Feindseligkeiten gegen die Engländer, die diesen Platz eingenommen haben, unter den umwohnenden arabischen Volksstämmen. Es war auf Schildwachen gefeuert und ein englischer Soldat in Stücken gehauen worden. Das Klima von Aden soll weit gesunder seyn als das von Ostindien.

Spanien.

Nachrichten von der catalonischen Gränze sprechen von einem hitzigen Gefechte, welches am 28. April zwischen den Carlisten unter dem Grafen d'España und den Christinos unter dem Brigadier Carbo in der Gegend von Vich vorgefallen ist und wobei letztere mit bedeutendem Verlust geschlagen worden sind. — In den Straßen von Roda (am Ter), wo die Carlisten eingedrungen waren, schlug man sich den ganzen Tag mit großer Erbitterung, bis endlich Carbo, nachdem er zwei Kanonen, seine Munition und seine Kriegscasse verloren hatte, zum Weichen gebracht wurde. — Auf die Nachricht von dieser Niederlage eilte der Baron de Meer von Manresa herbei und besetzte Vich; der General Graf d'España steht zu Esquirol, zwei Stunden davon.

Der Quotidienne zufolge streift der Carlistische Brigadier Balmaseda, der bekanntlich nach den blutigen Ereignissen von Estella die Flucht ergriff und mit einer Reiterschaar über den Ebro ging, gegenwärtig an der Spitze von 1500 Mann und 300 Pferden in der Sierra von Burgos, wo er kürzlich einen Transport Recruten, die für die königliche Garde bestimmt waren, aufgefangen hat.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Congreß hat für den Bundesbezirk Columbia ein Duellgesetz gegeben, nach welchem Duellanten, im Falle der Gegner getödtet ist, nebst Zeugen und Cartellträgern bis zu zehnjähriger, und im Falle das Duell keine gefährlichen Folgen hatte, bis zu fünfjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt werden sollen.

Frankreich.

Die Ruhe war nun in Paris vollkommen hergestellt. Der Moniteur vom 16. Mai sagt hierüber: „Paris ist fortwährend ruhig. Selbst die Neugierde, welche so viele Müßiggänger an die Orte zu treiben pflegt, wo Ereignisse, wie die vom 12. Statt gefunden haben, ist heute ganz erschöpft. Die Stadt bietet keine Spur mehr von den Scenen dar, welche sie so schmerzlich bewegt haben. — Der König und Frankreich haben eine neue Schuld der Dankbarkeit an die Nationalgarde von Paris und an ihren würdigen Chef, den Marschall Gerard, abzutragen. Die Autorität, solchen Händen anvertraut, ist eine mächtige Bürgschaft für die öffentliche Ruhe. Der illüstre Marschall hat in der That, durch seine Klugheit, seine Thätigkeit, seine Energie bei den letzten Vorfällen, die bereits so hohe und allgemeine Achtung, worin er gestanden, noch vermehrt. Er hat einen sehr eclatanten Beweis der Zuneigung und des Vertrauens der guten Bürger erhalten, als die Prinzen die in Paris stationirten Detaschements besuchten. — Der Marschall, von dem General Rampon und den Offizieren seines Generalstabs begleitet, machte diese Runde mit JJ. kk. HH. und allenthalben wurde ihm, so wie dem König und seinen Söhnen, von der Nationalgarde und der Linie ein Lebehoch gebracht. — Am Tage nach dieser Inspection glaubte der Marschall Gerard, von der vollkommenen Wiederherstellung der Ordnung überzeugt, die Truppen verabschieden und auch die Dienste der Nationalgarde nicht länger mehr in Anspruch nehmen zu dürfen."

Nachträge über die blutigen Scenen vom 12. und 13. Mai füllen noch immer die Pariser Journale. Oberst Pelion, den die Gazette de France schon todt gesagt, soll außer Gefahr seyn, obwohl es noch nicht gelungen war, die zwei Kugeln herauszuziehen. General Bugeaud zeichnete sich wie gewöhnlich in solchen Fällen durch seine Thätigkeit aus; er bivouakirte mit seinen Truppen eine Nacht auf dem Straßenpflaster. Die Factionsmänner sollen, auf das Aeußerste gebracht, sogar einmal den Plan gehabt haben, Häuser in Brand zu stecken, um die Verwirrung zu vermehren. Die Rädelsführer scheinen, so viel man bis jetzt erfahren, wirklich nur, wie das Journal des Debats vermuthet, wüthende Clubbmänner gewesen zu seyn, die schon bei den frühern Aufständen betheiligt waren, und deren Fanatismus weder die blutigen

Lehren von den Juni- und Apriltagen, noch eine lange Gefangenschaft, noch die Amnestie gebrochen zu haben scheint. Indessen waren die dießmaligen Führer ziemlich obscure Namen, die früher in den Clubbs eine untergeordnete Rolle spielten. Außer Blanqui und Barbès erwähnten die Journale keinen bekannten Mann. Letzterer gesteht, den Kampf als einen politischen, und die Soldaten als seine Feinde betrachtet und auf sie gefeuert zu haben; nun er besiegt worden, möge man mit ihm machen, was man wolle. Bis jetzt sind, wie die Gazette des Tribunaux versichert, 202 Individuen verhaftet. Man hat viele Beweisstücke gegen sie, denn alle waren mit Munition versehen, und wurden mit den Waffen in der Hand verhaftet. Das erste Verhör hat bereits Statt gefunden. Es waren sämmtlich Arbeiter verschiedener Professionen, Maurer, Schreiner, Schneider ꝛc.

Ein eigenthümlicher Umstand der Emeute war, daß die Insurgenten, welche die Posten des Hotel-de-Ville und des Justizpallastes überfielen, in Miethkutschen ankamen. Drei solche Wägen hielten vor ersterem Gebäude. Es stiegen 18 Verschwörer aus, die dem wachestehenden Nationalgardisten die Flinte aus der Hand rissen. Auch vor dem Justizpallast hielten drei Kutschen, und die neue Kriegslist hatte dort den gleichen Erfolg. — Einer der getödteten Aufrührer war ein Angestellter bei der Seinepräfectur. Wichtige Briefe wurden bei ihm gefunden. Der Plan sollte am Tag der Eröffnung der Kammer zur Ausführung kommen. Es scheint aber, daß die von der Behörde getroffenen energischen Maaßregeln die Verschwörer damals von jedem ernstlichen Versuch abschreckten.

Die Zöglinge der polytechnischen Schule haben an das Journal des Debats folgendes Schreiben erlassen: „Herr Redacteur! Die Zöglinge der polytechnischen Schule fühlen sich gedrungen, die Angaben in Ihrem gestrigen Artikel nachdrücklich Lügen zu strafen. Nach Ihnen hätten sie die Schändlichkeit begangen, mit Flintenschüssen Waffenlose und Verfolgte, die eine Zuflucht suchten, zurückzuweisen und drei Mann zu tödten. Diese Angabe ist durchaus falsch. Unbewaffnete Leute kamen mit einem Leichnam herbei, und forderten sie auf, sich ihnen anzuschließen; sie antworteten mit der Aufforderung, dieselben sollen sich zurückziehen; sie erklärten, sie seien diesen Händeln fremd, und können deßwegen nicht daran Theil nehmen. Ueberzeugt oder in ihrer Hoffnung getäuscht, zogen sich diese Leute zurück; da stürzten sich berittene Municipalgardisten auf die noch Zurückbleibenden, und tödteten deren zwei unter den Augen der polytechnischen Schule, die solches mit Unwillen sah. Dieß ist die Wahrheit; wir verbürgen uns dafür mit unserm Ehrenworte." — Der Moniteur vom 16. sagt hierüber: „Mehrere Journale haben einen im Namen der Zöglinge der polytechnischen Schule geschriebenen Brief, aber ohne Unterschrift, bekannt gemacht, worin man den von der Municipalgarde den Versuchen der Aufrührer gegen die Schule am 13. Mai entgegengesetzten Widerstand in einem gehässigen und falschen Lichte darzustellen sucht. Jedermann weiß, daß die Municipalgarde bei diesem Anlasse eben so viel Mäßigung als Muth bewiesen hat; daß sie häufig mehrere Dechargen der Meuterer auszuhalten hatte, ehe sie zur Abwehr derselben das nämliche Mittel anwendete; kurz, daß man ihr größtentheils das baldige Ende der Unordnungen verdankt. Es wäre undankbar, wenn man dulden wollte, daß Verläumdung der Lohn für so wichtige Dienste werde, und der Kriegsminister hat daher Befehle ertheilt, daß die Urheber des in Frage stehenden Briefes, wenn sie wirklich der polytechnischen Schule angehören, zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden sollen."

In der Sitzung der Pairskammer vom 15. Mai wurde der von den Deputirten schon früher genehmigte Gesetzentwurf über die Organisation der Handelsgerichte mit 107 gegen 2 Stimmen angenommen.

Preußen.

Das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam enthält nachstehende allerhöchste Cabinetsordre: „Auf Ihren Bericht vom 27. v. M. genehme Ich nach dem von Ihnen bevorworteten Antrage der Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft, daß außer den 300,000 Rthlrn. Actien, um welche das ursprünglich festgesetzte Actiencapital von 700,000 Rthlrn. in Folge Meiner Genehmigung vom 18. März v. J. erhöht worden ist, noch anderweitig 400,000 Rthlr. Actien für das Unternehmen der vorgedachten Gesellschaft ausgegeben werden. Zugleich ertheile ich dem, laut der zurückfolgenden gerichtlichen Verhandlung vom 13. März d. J. von der Generalversammlung der Actionäre angenommenen Nachtrage zu dem unterm 23. September 1837 von Mir bestätigten Statute hierdurch gleichfalls Meine Bestätigung, jedoch unbeschadet der, den neu auszugebenden Actien über 400,000 Rthlr. zugestandenen Vorrechte und Bedingungen, so wie mit Vorbehalt der Rechte jedes Dritten. Der gegenwärtige Erlaß ist nebst dem Nachtrage zum Statute durch das Amtsblatt der Regierung zu Potsdam bekannt zu machen. Berlin, den 6. April 1838. (Gez.) Friedrich Wilhelm. An den Staats- und Finanzminister Grafen von Alvensleben."

Nach der neuesten Cabinetsordre Sr. Majestät des Königs werden alle Bataillons des siebenten und achten Armeecorps sogleich bis auf 800 Mann pr. Bataillon reducirt. Das erste Bataillon des 30sten und das Füsilierbataillon des 29sten Regiments kehren in ihre frühern Besatzungen von Luxemburg nach Trier und Koblenz zurück. Das 40ste Infanterieregiment behält seinen Etat, bis das 38ste Regiment wieder ein Bataillon nach Mainz gesandt hat. Wie es heißt, wird hierzu das erste Bataillon bestimmt werden, dagegen das zweite, welches früher in Mainz stand, von Trier nach Saarlouis rücken. Die Artillerie wird wieder demobil, jedoch sollen die reitenden

Compagnien acht, die Fußcompagnien sechs vollständige Gespanne behalten.

Niederlande.

Die vor einigen Tagen geschehene Ernennung der Staatscommission, die sich nach Utrecht begeben soll, um mit den von Seiten Belgiens ernannten Commissarien diejenigen Finanzfragen, die der Friedenstractat nicht völlig erledigt hat, zu schlichten, wird vom Handelsblad als ein wichtiger Schritt angesehen, der dem Lande völlige Sicherheit und seiner Industrie einen neuen Aufschwung verleihen werde.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 16. Mai meldet nun officiell die Pensionirung des Oberappellationsgerichts-Vicepräsidenten Wedemeyer, und die Ernennung des bisherigen geheimen Cabinetsraths Dr. Leist zum Vicepräsidenten des Oberappellationsgerichts auf der gelahrten Bank.

Wien.

Vorgestern, den 22. d. M., hat der zum königlich ungarischen Hofkanzler ernannte bisherige erste königlich ungarische Hof-Vicekanzler, Anton Graf Majláth von Székhely, in seiner neuen Eigenschaft den Diensteid in Gegenwart des k. k. ersten Obersthofmeisters, Fürsten zu Colloredo-Mannsfeld, bei Hofe in die Hände Sr. k. k. apostol. Majestät abgelegt.

Hierauf ist derselbe von dem Fürsten Colloredo mit dem herkömmlichen Gepränge in die königlich ungarische Hofkanzlei eingeführt und daselbst dem gesammten Personale dieser Hofstelle feierlich als Chef vorgestellt worden.

Sr. k. k. Majestät, von denselben allergnädigsten Gesinnungen durchdrungen, welche bereits eine besondere Sorge weiland Sr. Majestät des nun in Gott ruhenden Kaisers Franz I. ausmachten, den geistlichen Ritterorden des heiligen Johannes von Jerusalem, welcher sich so lange um Europa verdient machte, durch die Stürme der Zeit jedoch gewaltig erschüttert worden ist, so viel möglich zu beschützen und zu erhalten, haben am 15. Jänner 1839 zu genehmigen geruht, daß sich ein eigenes lombardisch-venetianisches Johanniter-Ordenspriorat bilde.

Zur Grundlage dieses Priorats haben Sr. k. k. Majestät aus besonderer Gnade die Maltheserkirche und das vormalige Prioratsgebäude in Venedig als Ordenseigenthum zu widmen, und zugleich anzuordnen geruht, daß eine Prioratscommende auf Kosten des Staatsschatzes gestiftet werde.

Nebst dieser allergnädigsten Stiftung bestehen bereits zwei Commenden, die Sr. päpstliche Heiligkeit zu eben diesem Endzwecke gewidmet haben, dann drei Commenden, welche einstweilen aus den Einkünften des Ordensschatzes bestritten werden, und da bereits mehrere adelige Familien im lombardisch-venetianischen Königreiche ihre Neigung zur Stiftung von Commenden erklärt haben, so sind darüber die ordnungsmäßigen Verhandlungen im Zuge, und es dürfte bald dem neuen Priorate ein dauerhafter Bestand gesichert seyn.

Sr. k. k. Majestät haben sonach mit allerhöchster Entschließung vom 27. April d. J. die von Seite des Ordens vorgenommene Ernennung des k. k. Gubernialrathes, Commandeurs des päpstlichen Gregorordens, Mitglieds von mehreren gelehrten Gesellschaften und Vereinen, und Commandeurs des souverainen Johanniterordens, Johann Anton Capellari della Colomba, zum Prior des lombardisch-venetianischen Ordenspriorates auch schon allergnädigst zu genehmigen geruht.

Am 23. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 9/11.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/2.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM. —.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM. —.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	—.

Bankactien pr. Stück 1523 in CM.

Bitte an edle Menschenfreunde.

Der 22. April 1839 war für die Bewohner des Marktes Göllersdorf (gräfl. Schönborn'scher Marktflecken im Viertel-Unter-Manhartsberg) ein Tag des Schreckens, die Quelle lange dauernden Jammers.

An dem benannten Tage brach nämlich in diesem schönen Markte zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags an der Ostseite Feuer aus, welches sich bei einem heftigen Nordostwinde mit solcher Schnelligkeit und Wuth verbreitete, daß kaum etwas Vieh, dessen größerer Theil glücklicherweise auf der Weide war, aus den Ställen getrieben werden konnte. An Rettung anderer Habseligkeiten war kaum zu denken. Vergebens versuchten zehn aus der Umgegend herbeigeeilte Feuerspritzen, dann die ortsherrschaftlichen und benachbarten Beamten, durch zweckmäßige Anordnung und Ermunterung und durch die Thätigkeit der durch ihr Beispiel zur eifrigen Hülfeleistung angespornten Bewohner der Umgegend, dem verderblichen Elemente Stillstand zu gebieten.

Im Verlaufe von anderthalb Stunden lagen neunundsechzig Häuser sammt den dazu gehörigen Wirthschaftsgebäuden eingeäschert; neunzehn Scheunen sammt darin befindlichen Naturalvorräthen, zwei Preßhäuser, zwei Schuttkästen sammt allem Löse- und Preßgeschirr, sind vernichtet; zwölf Kühe sammt ihren Kälbern, eine bedeutende Anzahl Schweine, Schafe und Ziegen gingen zu Grunde. Ohne die Stallungen liegen zweiundneunzig Gebäude in Schutt.

Das große Gasthaus „zur weißen Rose," welches sich eines theilweisen Schutzes durch den mit Ziegeln gedeckten Hausstock des Nachbars und der kräftigen Wirkung einer Spritze erfreute, erhielt sich noch, während die Flammen bereits die ganze nach dem Striche des herrschenden Win-

des weiterhin liegende Häuserreihe ergriffen hatte. Aber vergebene Hoffnung! Von rückwärts durch die ergriffenen Wirthschaftsgebäude entzündet, mußte die Hülfe hier um so mehr aufgegeben werden, als an dem äußersten Ende der Häuserreihe, wegen der sehr engen Gasse, das Feuer herüberzugreifen, und die bisher noch verschont gebliebene Häuserabtheilung sammt dem Pfarrhofe und der schönen Kirche dringend zu bedrohen begann. Hier mußte das Aeußerste gethan werden, um nicht die auf der Gegenseite angewendeten rastlosen Anstrengungen fruchtlos zu machen. Nur durch beispiellose Anstrengung und gute Leitung gelang es dem H^rn. Philipp Reiß, Forstmeister S^r. Erlaucht des H^rn. Grafen von Schönborn, hier das Feuer aufzuhalten, und so die schöne Kirche sammt dem Glockenthurm zu erhalten.

Der von der Herrschaft Schönborn vorläufig erhobene, nur den Werth der nennenswerthen verbrannten Gegenstände, ohne Rücksichtsnahme auf kleinere Geräthe, Obstbäume, Planken u. dgl., von 72 Familien berechnete erlittene Verlust, weiset die erschreckende Summe von vierundvierzigtausend neunhundert neunundachzig Gulden C. M. aus.

Wir sprechen bei Schilderung dieses Unglücks nicht von den Hausbesitzern, welche alle, einen einzigen ausgenommen, von der wechselseitigen Brandschaden-Versicherungsanstalt Vergütungen für ihre eingebrannten Dachungen erhalten haben; obwohl auch diese außerdem noch so beträchtliche Verluste erleiden, daß selbe bei Einzelnen 1000 fl. C. M. übersteigen, und sich besonders die ohnehin verschuldeten, oder mit vielen Kindern belasteten Familien nach langer Zeit nur schwer oder gar nicht werden erholen können. Als solche bezeichnen wir die Bindermeisterswitwe Francisca Riedel, mit acht unmündigen Kindern, die ihren Ehewirth im Jahre 1836 durch die Cholera verlor; den Seifensiedermeister Anton Pomperl, den Schneidermeister Franz Hirsch, den Glaser Schmidt, den Sattlermeister Joseph Jobst. Allen diesen Handwerksleuten sind nicht nur ihre eigenen Gewerbsrequisiten, sondern auch die von Andern ihnen anvertrauten Arbeitsgegenstände größtentheils zu Grunde gegangen. — Aber weit herzzerreißender ist das Schicksal von 29 Miethparteien, Familienväter, meistens mit 5 bis 6 Kindern, zur Mehrzahl Taglöhner, welche alle ihre Habe verloren, so daß sie anderswo Unterkunft suchen müssen. Der größte Theil der Marktbewohner hatte sich während der Feuersbrunst, zur Pflege der Felder und Weingärten vom Hause entfernt, im Tagewerk arbeitend befunden. Dadurch wird es begreiflich, daß bei dem schnellen Ueberhandnehmen der Brunst den Flammen beinahe nichts entrissen werden konnte.

Bei diesem Gemälde des Schreckens und des Jammers konnte es auch nicht an einzelnen Scenen fehlen, welche das Mitgefühl in Anspruch nehmen. So führte der Schullehrer Placho und dessen Gehülfe Pawliczek die versammelten Schulkinder, 140 an der Zahl, mitten durch das Flammenmeer aus dem Markte auf das Feld, wo sie in Gruppen vertheilt den nächsten Ortschaften zueilten. Man denke sich die Angst der Aeltern, welche ihre Kinder erst am andern Tage wiederfanden!

Die Ehegattinn des Zimmermeisters, schon seit längerer Zeit krank, mußte in Bettlacken aus den Flammen getragen werden, und verlor kurze Zeit darauf aus Schreck ihr Leben.

Das Weib eines Taglöhners, Mutter von vier Kindern, versuchte es, ihr kleines Habe zu retten, und wurde ein Opfer des wüthenden Elements. Am ganzen Leibe voll Brandwunden, konnte ihr Leben ungeachtet aller angewandten ärztlichen Hülfe nicht gerettet werden.

Ein achtzigjähriger Greis, der seit vier Jahren eines Schadens an den Füßen wegen das Bett hütete, fand sich, da seine Leute auf dem Felde waren, eingeschlossen. Die dringende Gefahr gab seinen Füßen wieder Bewegung; er entfloh durch die bereits in Flammen stehende Zimmerthüre, bis er unweit des Hauses erschöpft im Bache niedersank.

Die Gewalt des Elementes war so groß, daß auf dem tausend Schritte außer dem Markte auf freiem Felde gelegenen Gottesacker die meisten Holzkreuze der Grabhügel verbrannten.

Menschenfreunde! Hier bietet sich eine Gelegenheit, Ihre oft bethätigte Mildthätigkeit neuerdings einem würdigen Gegenstande zuzuwenden. Gefühlvolle Mütter werden den Jammer und die Hülflosigkeit von 140 Schulkindern nicht unberücksichtigt lassen; so viele verunglückte Dienstleute und arme Insassen flehen um Beistand. Die Noth ist groß, dringend, allgemein!

Der Unterzeichnete war im Jahre 1834 so glücklich, bei einem ähnlichen Vorfalle, einer Feuersbrunst im gleichfalls gräflich Schönborn'schen Dorfe Stranzendorf, durch seinen Aufruf, und durch den werkthätigen Beistand sämmtlicher hiesigen Zeitungs- und Journal-Redactionen unterstützt, einen namhaften Betrag abzuliefern. In Erinnerung dessen hat ihn die Herrschaft Schönborn aufgefordert, auch bei diesem Anlasse die öffentliche Wohlthätigkeit anzusprechen. Er unterzieht sich dieser heiligen Pflicht mit dem frohen Bewußtseyn, auch dießmal nicht vergebens zu bitten. Die kleinste Gabe sei willkommen; dem, der Alles verloren, ist die geringste Hülfe schon ein Labsal. Wünschenswerth wäre es, wenn auch Wäsche und Kleidungsstücke dargebracht würden, um die gänzlich entblößten Kinder bedecken zu können. Beiträge dieser Art übernimmt der Hausinspector des gräfl. Schönborn'schen Hauses (Renngasse, dem römischen Kaiser gegenüber), wo auf Verlangen auch quittirt wird. Beiträge in Geld können entweder im Comptoir des „Wanderers" (Dorotheergasse N^r. 1108) oder in der Wohnung des Redacteurs (neue Wieden, Hauptstraße N^r. 767 im 1. Stocke) oder bei H^rn. Wilhelm Schwarz, Kaffehhausinhaber in der Josephstadt, Kaiserstraße N^r. 129, abgegeben werden, wo auf Verlangen ebenfalls quittirt wird. Wo die Unterstützung eines Einzelnen beabsichtigt werden sollte, beliebe man dieses gefällig beizusetzen. Die Namen oder Namens-Chiffern der Wohlthäter werden in dem „Wanderer" abgedruckt erscheinen und das Resultat der ganzen Sammlung außer dem genannten Blatte auch in der „Wiener Zeitung" bekannt gemacht werden. Die Beiträge selbst werden zur augenblicklichen Vertheilung an die Verunglückten an das herrschaftlich gräflich Schönborn'sche Oberamt abgeführt und die betreffenden Quittungen im Comptoir des „Wanderers" zu Jedermanns Einsicht bereit liegen.

Wien, im Mai 1839.

Joseph Ritter von Seyfried.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

№ 145

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 25. Mai 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 23. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß		Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
			Oe.	Op.				
	8 Uhr Morg.	27.245	28	0	+ 14.8	W.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.336	28	1	3 + 8.6	NW.	mittel.	Regen.
	10 Uhr Abends.	27.418	28	2	1 + 7.8	NW.	schwach.	trüb.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 13. Mai legte Sir Robert Inglis eine Bittschrift um Aufhebung der Emancipationsacte, oder, wenn diese nicht durchgehen sollte, um Verpflichtung der katholischen Mitglieder im Interesse der protestantischen Kirche vor. — Hierauf erhob sich Sir Robert Peel, um die angekündigten Erläuterungen über die Ursachen seines Rücktritts zu geben. Nach denselben erklärte zuvörderst der Herzog von Wellington, an welchen sich die Königinn zuerst gewendet hatte, die Hauptschwierigkeit für das neue Ministerium werde vornehmlich im Hause der Gemeinen ruhen, und hauptsächlich deßwegen rathe er Ihrer Majestät, Sir R. Peel zu berufen, da er seine Stimme als Minister im Hause der Gemeinen geltend machen könne. Sir R. Peel wurde nun berufen und gefragt, ob er geneigt sei, der Königinn zu Bildung eines neuen Ministeriums beizustehen. Ihre Majestät fügte bei, sie habe sich mit großem Widerstreben und Bedauern von ihren bisherigen Rathgebern getrennt, die in jeder Hinsicht ihre vollkommene Zufriedenheit genossen haben, durch ihren Rücktritt jedoch sei die Bildung eines neuen Ministeriums nothwendig gemacht worden. Sir R. Peel schlug am nächsten Tage folgende Namen für das neue Cabinet vor: Herzog von Wellington, Lord Lyndhurst, Graf Aberdern, Lord Ellenborough, Lord Stanley, Sir James Graham, Hr. Goulbourn und Sir Henry Hardinge. In Betreff des Herzogs von Wellington bemerkte er, derselbe stelle seine Dienste ganz zur Verfügung Ihrer Majestät, seiner eigenen Neigung übrigens würde es mehr entsprechen, wenn es ihm gestattet würde, ohne Portefeuille (etwa als Präsident des Geheimraths) in das Cabinet einzutreten und die Leitung des Hauses der Lords zu übernehmen. Ihre Majestät drückte jedoch den Wunsch aus, daß der Herzog von Wellington irgend ein Amt von Bedeutung übernehme, worauf Sir R. Peel erklärte, ich zweifle nicht, daß der Herzog seine Privatneigung in dieser Hinsicht auf die Seite setzen werde. Erst am Donnerstag (9.) trat die Schwierigkeit oder das Mißverständniß ein, das zu Sir R. Peels Rücktritt führte. Die Schwierigkeit bezog sich ausschließlich auf den mit Damen besetzten Theil des königlichen Haushalts. Ihre Majestät gab durchaus und ohne Vorbehalt hinsichtlich der von Mitgliedern beider Parlamentshäuser besetzten Hofstellen ihren neuen Rathgebern freie Hand. Sir R. Peel erklärte, hinsichtlich aller unter dem Range einer Hofdame (Lady of the bedchamber) stehenden Damen des königlichen Haushalts beantrage er keine Aenderung, hinsichtlich der höheren Hofstellen aber hoffe er, daß die Damen, welche in unmittelbarer Verbindung mit seinen politischen Gegnern stehen, das neue Ministerium durch freiwilligen Rücktritt jeder weiteren Störung entheben werden. Er fügte bei, es sei von hoher Wichtigkeit — indem dadurch Ihrer Majestät vollkommenes Zutrauen an den Tag gelegt würde — daß in Betreff einiger mit Damen besetzten höheren Hofstellen eine Aenderung eintrete. Am 10. Morgens erhielt er hierauf folgende Note: „Buckingham-Pallast, den 10. Mai „1839. Die Königinn hat den ihr von Sir Robert Peel „gestern gemachten Vorschlag, ihre Hofdamen zu entfernen, in Erwägung gezogen, kann sich aber nicht entschließen, ein Verfahren zu befolgen, welche gegen das Herkommen ist und ihren Gefühlen widerstreitet.“ Sir R. Peel wiederholte in seiner, aus Whitehall von dem selben Tage datirten Antwort seine Erklärung, er wünsche ernstlich, es möge, mit Ihrer Majestät Genehmigung, der königliche Haushalt so organisirt werden, daß Ihre Majestät vertraute Diener den Vortheil einer öffentlichen Darlegung des vollen Zutrauens Ihrer Majestät haben, in der Art jedoch, daß zugleich, so weit es möglich sei, jede einzelne Ernennung in dem Haushalte Ihrer Majestät persönlichen Gefühlen vollkommen genehm sei. Ihre Majestät geruhte zu bemerken, sie behalte sich alle diese Ernennungen vor, und es sei Ihrer Majestät Willen, daß Alles bleibe, wie bisher, ohne irgend eine Aenderung. Sir R. Peel jedoch, im Einverständnisse mit dem Herzog von Wellington, fand keine Veranlassung, von seiner frühern Erklärung abzugehen, um so weniger, als ohnehin die Lage des Ministeriums, bei einer Minorität im Hause der Gemeinen über die wichtigsten Fragen, wie über Jamaica und Irland, schwierig genug gewesen wäre, weßwegen eine öffentliche Darlegung des vollkommenen, unbedingten Zutrauens der Krone um so nothwen-

diger war. Daß aber Sir R. Peel ein ſolches Zutrauen beſitze, dieß hätte das Land nimmermehr geglaubt, wenn einige der erſten Hofämter mit nahen Verwandten ſeiner von ihm verdrängten Nebenbuhler um den Beſitz der politiſchen Gewalt beſetzt geblieben wären. Unter dieſen Umſtänden, ſo ſchloß Sir R. Peel, ſei es ihm unmöglich geweſen, das Amt eines erſten Miniſters zu übernehmen. Sir R. Peel äußerte übrigens im Verlauf ſeiner Rede, daß er, falls er im Amte geblieben wäre, das Unterhaus nicht, wie im Jahre 1834, aufgelöst, ſondern vor der Hand einen Verſuch mit dem jetzigen Hauſe gemacht haben würde. — Lord J. Ruſſell gab ſofort folgende Erklärungen: Lord Melbourne rieth der Königinn, den Herzog von Wellington zu berufen, und bemerkte zugleich, es ſei herkömmlich, daß in den höchſten Hofämtern und in denjenigen, welche mit Parlamentsmitgliedern beſetzt ſeien, Aenderungen eintreten; hinſichtlich der Damen des königlichen Haushalts jedoch ertheilte er Ihrer Majeſtät keinen Rath. Sir R. Peel erklärte, ſeine Abſicht ſei geweſen, in die Beſetzung der innern Hofſtellen ſich nicht einzumiſchen, ſondern den von ihm aufgeſtellten Grundſatz bloß auf die vornehmſten Hofämter anzuwenden. Auf Ihre Majeſtät machte jedoch die Erklärung des ſehr ehrenwerthen Herrn den Eindruck, als verlange er die Befugniß, die Hofdamenſtellen zu beſetzen, ſo daß dieſe, wie andere untergeordnetere Ernennungen, von dem Wunſche des Miniſters abhängig geweſen wären. Ob nun in dieſer Hinſicht Sir Roberts Erklärungen nicht deutlich waren, oder ob Ihre Majeſtät ſie nicht recht verſtanden habe — die Frage einer gänzlichen oder theilweiſen Aenderung ſei jedenfalls gänzlich beſeitigt worden durch die Erklärung Ihrer Majeſtät, daß ſie das Bleiben Aller wünſche. In den Augen Ihrer Majeſtät hätte, ob nun bloß eine theilweiſe oder eine vollſtändige Aenderung beabſichtigt geweſen ſei, der Grundſatz gleichmäßig ihren Gefühlen widerſtritten; denn wenn einmal der Grundſatz zugegeben wäre und Sir Robert als Miniſter nachher weitere Aenderungen vorgeſchlagen hätte, ſo hätte Ihre Majeſtät alsdann unmöglich um einer einzelnen Dame, um einer Freundinn willen es wagen können, durch die Beſtreitung eines Grundſatzes, deſſen Anwendung ſie ſchon früher geſtattet hatte, die Auflöſung eines Miniſteriums herbeizuführen. Es handelt ſich nun vornehmlich um die Frage, ob Ihre Majeſtät Recht gehabt hat mit der Bemerkung, das vorgeſchlagene Verfahren ſei gegen das Herkommen und widerſtreite ihren Gefühlen. Was das Herkommen betrifft, ſo paßt ganz genau auf den vorliegenden Fall bloß ein Vorgang, nämlich unter der letzten regierenden Königinn, der Königinn Anna, unter welcher im Jahre 1710, nach dem Rücktritte der Lords Sunderland und Rialton aus dem Cabinet, deren Gemahlinnen, die Töchter des Herzogs von Marlborough, noch bis zum December 1711 Hofdamen blieben. Regierende Könige haben häufig politiſche Gegner neuer Miniſter in ihrer Umgebung behalten. Daß der Haushalt von Gemahlinnen regierender Könige bei Miniſterwechſeln ungeändert geblieben ſei, dafür ſeien zahlreiche Vorgänge vorhanden, namentlich noch von der vorigen Regierung, indem die Königinn Adelaide faſt durchgängig von Torydamen umgeben war. Daß der Königinn die Entfernung ihrer Freundinnen wehe gethan hätte, liegt am Tage. Sir R. Peel bemerkte, er hätte in Betreff Canadas, Jamaica's und Irlands mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt; keineswegs aber würde er an Stärke gewonnen haben, wenn er Ihrer Majeſtät eine ihren Gefühlen widerſtrebende Bedingung aufgedrungen hätte. Es wäre vielmehr in politiſcher Hinſicht für den ſehr ehrenwerthen Baronet ſelbſt rathſamer geweſen, ſobald er Ihrer Majeſtät ſeinem Vorſchlage abgeneigt fand, denſelben zurückzunehmen. Die Erinnerung, daß ihr hinſichtlich der Damen ihres Hofes eine Bedingung aufgedrungen worden, hätte lange als Quelle von Unzufriedenheit und Gereiztheit im Gemüthe der Königinn wirken müſſen; hätte er dagegen einen Ihrer Majeſtät ſo höchlich unangenehmen Vorſchlag fallen laſſen, ſo hätte ihm wahrſcheinlich die Königinn größeres Vertrauen geſchenkt, denn, ſelbſt hoch- und edelgeſinnt, hätte ſie das Edle in ſeiner Handlungsweiſe ſicherlich anerkannt. „Man bedenke,“ fuhr Lord Ruſſell fort, „daß jener Vorſchlag ergangen iſt an eine Herrſcherinn noch nicht reiferen Alters, ſehr jung auf den Thron gelangt, und einem Geſchlechte angehörig, das ganz beſonders zartes Benehmen gegen ſich fordern kann. Das Land und die Welt werden jedoch überzeugt ſeyn, daß weder das Geſchlecht Ihrer Majeſtät ihren Muth ſchmälert, noch ihr Alter ihr richtige Unterſcheidungsgabe und ein geſundes, ruhiges Urtheil raubt. Ihre Majeſtät geruhte am Freitag (10. Mai), nachdem ſie das Schreiben des ſehr ehrenwerthen Baronets empfangen, den Auftrag, den ſie ihm ertheilt hatte, zurückzunehmen und mich zu berufen. Sie erzählte mir das Vorgefallene und fragte mich, ob ich glaube, daß ſie Recht gehabt habe, indem ſie den Vorſchlag zurückwies und geruhte, als ſie bejahend antwortete, zu bemerken, da ſie bisher, ſeit ſie die Krone beſitze, das Miniſterium unterſtützt habe, ſo hoffe ſie auch, daß ich mich verpflichtet erachten werde, auch meinerſeits Ihre Majeſtät zu unterſtützen. Das Cabinet verſammelte ſich und erklärte ſich für den von Ihrer Majeſtät aufgeſtellten Grundſatz, daß die bei einem Miniſterwechſel eintretenden Aenderungen ſich nicht auf die Hofdamen erſtrecken. Indem wir ſo das Verfahren Ihrer Majeſtät für gerechtfertigt halten, dürfen wir uns nicht weigern, die Verantwortlichkeit für dieſe unſere Anſicht zu übernehmen, für welche wir auf den Beifall des Parlaments und den des Landes bauen.“ Lord J. Ruſſell kündigte ſchließlich an, er werde am Mittwoch die Vertagung des Hauſes über Pfingſten, bis zum 27. Mai, beantragen. — In der Sitzung des Oberhauſes vom 14. Mai gaben Lord Melbourne und

der Herzog von Wellington Erklärungen ab, welche ganz mit obigen Erklärungen Lord J. Ruſſells und Sir R. Peels übereinſtimmten.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 15. Mai ſtellte Lord J. Ruſſell, nach Erledigung einiger currenten Geſchäfte, den Antrag auf Vertagung des Hauſes bis zum 27. Mai, an welchem Tage, wenn der gegenwärtige Sprecher bei ſeinem Entſchluß, ſeine Stelle niederzulegen, beharre, zur Wahl eines neuen Sprechers geſchritten werden ſolle. — In Bezug auf die Jamaica-Bill, die bekanntlich den momentanen Sturz des Miniſteriums herbeigeführt hatte, äußerte Lord Ruſſell, er könne noch nicht genau angeben, welchen Gang die Miniſter der Krone hierbei einſchlagen würden; er wünſche jedoch das Haus darauf vorzubereiten, daß am 30. Mai entweder ſein ſehr ehrenwerther Freund, der Unterſtaatsſecretär im Colonialdepartement (Hr. Labouchere) oder er ſelbſt, eine Motion über die Angelegenheiten von Jamaica machen werden. — Hierauf erhob ſich der Sprecher (Hr. Abercromby), um in dieſer Eigenſchaft Abſchied vom Hauſe zu nehmen und ihm noch einmal für die Art und Weiſe zu danken, wo er von ſämmtlichen Mitgliedern desſelben, welcher Partei ſie auch angehören mögen, bei Erfüllung ſeiner wichtigen und beſchwerlichen Pflichten unterſtützt worden ſei. — Am Schluſſe der Sitzung äußerte Hr. Wynne ſein Erſtaunen über den Vorſchlag einer ſo langen Vertagung des Hauſes, während der innere Zuſtand des Landes ſo aufgeregt ſei. Es ſeien nun ſchon ſechs Monate her, ſeit gewiſſe Parteien das Volk aufgefordert, ſich Waffen zu verſchaffen. Feuergewehre ſeien angekauft und Piken in großer Anzahl verfertigt worden; bis dieſen Augenblick würden ſie öffentlich verkauft und noch ſei nichts geſchehen, um dieſem Unfug ein Ziel zu ſetzen. Er habe gehofft, daß irgend eine Maaßregel dagegen vorgeſchlagen würde. — Lord J. Ruſſell erklärte, er habe es für beſſer gehalten, ſich auf die beſtehende Geſetze zu verlaſſen, als dem Hauſe, ohne die beſtimmteſte Nothwendigkeit, andere Maaßregeln vorzuſchlagen. Er habe gefunden, daß, wenn außerordentliche Maaßregeln ergriffen werden, dieß nur Sympathie erzeuge und der Sache derer, die ohne ſolche Maaßregeln kein Mitgefühl finden, vielmehr Vorſchub leiſte. — Indeß wolle er damit nicht ſagen, daß es nicht vielleicht nöthig werden dürfte, dem Parlament gewiſſe Maaßregeln in Bezug auf Waffen, die ſich in Händen übelgeſinnter Perſonen befinden, vorzuſchlagen. In Bezug auf die bereits ergriffenen Maaßregeln hätten die in Bezug auf geſetzwidrige Verſammlungen erlaſſene Proclamationen die heilſamſte Wirkung gethan. Er fühle, daß es mit einer großen Verantwortlichkeit verknüpft ſei, Maaßregeln zur Verhaftung von Individuen zu ergreifen, um jene Neigung zu Ruheſtörungen, die ſich bemerkbar gemacht, zu unterdrücken; er habe ſich über dieſen Gegenſtand häufig mit dem Attorneygeneral berathen, und die Sache auch im Cabinet zur Sprache gebracht, und es ſcheine ihm, daß das bisher in Bezug auf den Zuſtand des Landes befolgte Syſtem in letzter Inſtanz weit eher zur Wiederherſtellung des Friedens führen werde, als wenn die Regierung mit Einemmale Maaßregeln außerordentlicher Art vorgeſchlagen hätte. (Beifall.) — Hr. Attwood ſuchte die über die Aufregung im Lande verbreiteten Angaben als ſehr übertrieben darzuſtellen; er glaube nicht, daß funfzig Musketen oder funfzig Piken im ganzen Lande aufgebracht worden ſeien. — Lord Ruſſell äußerte zum Schluſſe, daß es vielleicht nöthig ſeyn dürfte, einige Maaßregeln gegen den Mißbrauch der durch die Bill of Rights jedem Engländer geſicherten Rechte vorzuſchlagen. Es ſei allerdings wahr, daß Jedermann das Recht habe, Waffen zu ſeiner eigenen Vertheidigung zu führen; aber die Bewaffnung eines Theiles der Bevölkerung, verknüpft mit Demonſtrationen, welche Ihrer Majeſtät friedliche Unterthanen in Schrecken und Allarm ſetzen, ſei ein Mißbrauch, gegen welchen geſetzlich eingeſchritten werden müſſe. — Die Motion auf Vertagung des Hauſes bis zum 27. Mai wurde hierauf angenommen. Als der Sprecher ſeinen Stuhl verließ, traten mehrere Mitglieder von beiden Seiten des Hauſes an ihn heran und drückten ihm herzlich die Hand.

Dem Standard zufolge ging das Gerücht, daß Lord J. Ruſſell, Lord Palmerſton und Hr. Spring-Rice (der Staatsſecretär der Innern, der Staatsſecretär der auswärtigen Angelegenheiten und der Kanzler der Schatzkammer) aus dem Cabinet ausſcheiden und durch Lord Morpeth, Lord Durham und Hrn. Poulett-Thomſon erſetzt werden ſollten.

O'Connell hat in einer Verſammlung, die am 13. Mai in der Kron- und Ankertaverne Statt fand, einen Prädicatorenverein für die Reform Großbritanniens geſtiftet.

Am 13. Mai Nachmittags hatten der Marquis von Normandy und Lord J. Ruſſell Audienzen bei der Königinn. Abends gab die Königinn ein Hofconcert, zu welchem auch der Großfürſt-Thronfolger von Rußland und der Prinz der Niederlande eingeladen waren.

In einer Verſammlug weſtindiſcher Pflanzer in der Thatched-House-Taverne am 11. Mai wurden mehrere Reſolutionen gegen die Jamaica-Bill gefaßt, zugleich aber auch der Wunſch ausgedrückt, daß die Aſſembly von Jamaica nachgeben möchte. Andererſeits haben die Vereine gegen Sclaverei und Sclavenhandel ſich wiederholt dahin ausgeſprochen, daß die Regierung bei ihrer Bill beharren möge.

Conſols am 15. Mai 93¼.

Spanien.

In Bayonne iſt folgender Bericht des Generals Espartero an den Kriegsminiſter in Madrid über die Einnahme von Ramales bekannt gemacht worden: „Ich habe die Ehre, Ew. Exc. zu melden, daß die Forts von Ramales heute erobert und die feindlichen Streitkräfte, welche ſie vertheidigten, mit bedeutendem Verluſt geſchlagen worden ſind. Morgen werde ich den Angriff von Guardamino unternehmen, das, wie ich nicht zweifle, ebenfalls der Tapferkeit und dem Enthuſiasmus der tapfern Armee, die ich zu commandiren die Ehre habe, unterliegen wird. Gott erhalte ꝛc. Hauptquartier zu Ramales, den 8. Mai 1839. Der Graf von Luchana." — Briefen aus Bayonne zufolge hatte Maroto Ramales, bevor er es räumte, in Brand geſteckt. — Der Carliſtiſche Brigadier Tarragual ſoll nicht an ſeinen Wunden geſtorben ſeyn, ſondern ſich auf dem Wege der Geneſung befinden.

Einem unverbürgten Gerüchte zufolge ſoll der Chriſtiniſche General Diego Leon in das Borundathal (zwiſchen Pamplona und Vitoria), welches die Chriſtinos ſeit 1834 nicht mehr betreten hatten, eingedrungen ſeyn. — Eine Colonne von Cabrera's Truppen ſoll damit beſchäftigt ſeyn, die Poſition von Añon am ſüdlichen Abhang der Sierra von Moncayo, unweit Tarazona, zu befeſtigen.

Portugal.

Die Nachrichten aus Lissabon in englischen Blättern reichen bis zum 6. Mai. Die Cortes waren mit der Discussion des Budgets beschäftigt; für den Marinedienst votirten sie 1,086,771 Milreis, während das Ministerium 1,190,344 verlangt hatte. — Die verwitwete Königinn von England war am 30. April in Lissabon angekommen, und mit großen Ehrenbezeugungen empfangen worden.

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 8. Mai melden: „Die Regierung beschäftigt sich fortwährend aufs thätigste mit den Anstalten gegen die Verbreitung der Pest. Eine der zweckmäßigsten zu diesem Ende ergriffenen Maaßregeln ist unstreitig die tägliche Reinigung aller Straßen in der Stadt sowohl als in den Vorstädten. Es wird überdieß an Errichtung zweckmäßiger Sanitätscommissionen in Smyrna und auf andern vorzüglichen Puncten des türkischen Reiches gearbeitet. — Se. Hoheit der Sultan hat gestern die neue Marineschule im Arsenale besucht, deren Zöglinge morgen die Schule zu Chalki (einer der Prinzeninseln) beziehen sollen, um daselbst die schöne Jahreszeit zuzubringen. — Der hiesige katholische Erzbischof, Mfgr. Hillereau, ist gestern nach Salonich abgegangen, um von dort aus eine Inspectionsreise nach den wichtigern Puncten seiner Diöcese zu unternehmen. — Der öffentliche Gesundheitszustand ist fortwährend sehr befriedigend."

Frankreich.

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung enthält unter der Aufschrift: „Urtheile über das Cabinet Soult" folgenden Artikel: „Das transitorische Ministerium, geboren am 31. März, hat zweiundvierzig Tage gelebt. Verblichen ist es fast genau zu der Stunde, welche die letzte war für Maret-Bassano, den Präsidenten des dreitägigen Cabinets vom 10. November 1834. (Hugo Bernhard Maret, Herzog von Bassano, Gründer des Moniteurs, Napoleons vertrauter Diplomat, ist 76 Jahr alt geworden.) Das transitorische Cabinet war den Parteien ein Dorn im Auge; sie wollten es durchaus entfernt sehen; nun hat ihnen die Krone, inmitten einer Emeute, den Willen gethan, und jetzt sind sie wieder alle zusammen unzufrieden auch mit dem definitiven Cabinet. Soult und die Collegen, die er sich gewählt hat, die gefunden zu haben er sich gratulirt, werden von den Organen der Minung mit einem Regen von Sarcasmen empfangen. So liest man im Temps: „Ist die Bildung „des Ministeriums Soult die Lösung der Krisis? Wir „fürchten nein! Wäre der Aufstand nicht ausgebrochen, „es gäbe noch kein definitives Ministerium. Passy war „über Land; er mußte eilig geholt werden; Teste wurde dringend requirirt; Dufaure lag schon zu Bett, „als er um 11 Uhr entführt und nach dem Schloß gebracht „wurde. Man hat im Namen der Insurrection die Hingebung der Männer vom linken Centrum angesprochen; „Dufaure hätte gerne seine Freunde consultirt; man „konnte ihm die dazu nöthige Zeit nicht bewilligen; das „Ministerium mußte fertig werden und es ward fertig. „Untersucht man, wie es zusammengesetzt ist, so finden „sich viele schwache Seiten, viele Anomalien. Ein parlamentarisches Ministerium sollte es werden; Soult hat „auch in seiner lakonischen Allocution an die Deputirtenkammer erklärt, der erste Punct, worüber er sich mit „seinen Collegen geeinigt, sei gewesen: Freie Bewegung „eines verantwortlichen und solidarischen Conseils. Da „wird Mancher im Stillen geseufzt haben: Wenns nur „wahr wäre! — Soult hat die auswärtigen Angelegenheiten. Viele zweifeln an der ministeriellen und parlamentarischen Unabhängigkeit, welche sich in diesem „Verwaltungszweig kund geben dürfte. Das neue Cabinet ist eine heterogene Mischung aus den Trümmern der „früher versuchten Combinationen; es ist gebildet ohne „Zuthun der vier parlamentarischen Häupter: Guizot, „Dupin, Thiers, Barrot. Kurz es fragt sich: Ist „das Ministerium Soult eine Cabale, oder ein Nothbehelf, oder ein Zumbestenhalten, oder ein halbes Zugeständniß? (Est-ce un complot, un pis-aller, une duperie, ou une demi-concession?) An seinen Früchten „wird man es erkennen." — Der National sagt, vor der Insurrection vom 12. Mai habe man im Schilde geführt, die ministerielle Krisis im Sinne des Hofs (durch einen Ableger vom Cabinet Molé) zu lösen; dieweil sich aber die Nationalgarde kalt gezeigt, sei man vor der Emeute zurückgewichen und habe dem definitiven Cabinet eine etwas liberalere Färbung gegeben; — ein Resultat, das der Intelligenz und der Redlichkeit des Hofs gleich wenig Ehre mache. Eine weitere Entdeckung hat der National bei der Emeute gemacht. „Eine Nation, die Männer in sich faßt, wie die, welche sich gestern in den Straßen von Paris geschlagen „haben, kann nicht lange zusehen, wie ihre diplomatischen Verhältnisse nach Rücksichten der Feigheit geregelt werden. Wenn wir von Bravour, ja von Heroismus, sprechen, die sich bei diesen traurigen Gefechten „an den Tag gelegt haben, so ist unsere Ansicht, daß „diese Bezeichnungen gleicherweise anwendbar sind auf „die Nationalgarde, die Linientruppen, und die Insurgenten selbst, welche durch beklagenswerthen Zwiespalt „mit Jenen aneinander gerathen sind. Da wir jeden „Gedanken an Aufruhr standhaft bekämpft haben und „was nun doch vorgefallen ist, bitter beklagen, so dürfen wir jetzt sagen: Das Ausland muß Respect haben „vor einer Nation, die Männer in ihrem Schooße trägt, „wie die, welche sich auf beiden Seiten der Barrikaden „befanden; diejenigen aber, welche eine solche Nation „durch Furcht lenken wollen, verstehen nichts von dem „Genie dieser Nation, und wissen nicht, welche Stelle „sie in Europa einnehmen muß." — Wozu die Umschwei-

se? Der National konnte weit einfacher und verständlicher sagen: Wir haben so viele muthige, tapfere, unerschrockene Männer; laßt uns mit ihnen ausziehen und die Rheingränze zurückerobern. — Die Debats halten auch eine Homilie an das neue Cabinet; sie ist sehr matt ausgefallen und bewegt sich in hohlen Gemeinplätzen. Da wird sich gefreut, daß endlich der große Wurf gelungen und ein Ministerium zur Welt gekommen ist; da wird auf die Garantien hingewiesen, die alle verständigen Leute in dem neuen Cabinet sehen sollen, und die magistrale Hoffnung ausgedrückt, es werde sich ja gut aufführen und durch sein Benehmen zeigen, daß die Bürgschaften für baare Münze hinzunehmen sind; da wird der ernsten festen Sprache des alten Kriegers, des weisen Staatsmannes, wie solche in beiden Kammern gehört worden, demüthigst der Hof gemacht; als wenn nicht dieselben Phrasen schon hundertmal vorgekommen wären; als wenn sie nicht in Molé's Mund mit demselben Recht Vertrauen einflößen konnten; — da wird stolzverschlagen beigefügt, mit strengen Wahrheiten wolle man vorerst noch hinterm Berge halten; da wird zuletzt der Himmel angerufen, er möge doch dazu thun, damit das allgemeine Interesse die Leidenschaften zum Schweigen bringe und ein patriotisches Feuer alle Herzen erwärme und ausglühe. Der Epilog lautet: „Wenn das neue Cabinet „das Gute will, wie wir nicht zweifeln, so müssen alle recht„lichen Leute ihm beistehen, es zu bewirken." Es ist eben noch kein Ministerium in der Geschichte vorgekommen, das nicht das Gute gewollt hätte; von jeher kam alles auf die Auslegung an, indem den Einen oft gut erscheint, was die Andern für schlimm erkennen. Thiers, der weder Minister noch Kammerpräsident geworden ist, wird wohl, falls er nicht nun eine Botschafterstelle annimmt, in dem Verfahren des Cabinets Soult kaum das Gute herausfinden. Der Courrier Français macht weniger Umstände mit dem neuen Ministerium; er meint, für ein ausgetragenes Ministerium sei es gar zu klein und schwächlich — c'est un ministère dont la grandeur et la solidité ne justifient guère la durée de l'enfantement; — wenig fehlt, so nennt er das Cabinet Soult eine Mißgeburt (cabinet informe ist der etwas zärtere Ausdruck); — es ist ihm ein mittelmäßiges Coalitions- und Fusionscabinet. Die Bestandtheile sind: Der Marschall Soult und seine guten Freunde Teste und Schneider; Cunin-Gridaine, der die 221 abspiegelt; Passy, von der mattesten Nuance des linken Centrums; Dufaure von der lebhaftesten Schattirung eben dieses Mittelpunctes; der eine hat für, der andere gegen die Septembergesetze votirt; Duperré ist eine Specialität; er wird Mühe haben, den Gesichtskreis seines Departements zu umfassen; Villemain, der nicht den Muth hatte, in ein Ministerium aus dem linken Centrum zu treten, ist fast verwegen geworden, indem er im Cabinet vom 12. Mai Platz nimmt; endlich Duchatel, der, gewandter oder anmaaßender als seine Collegen, sich (Namens der Doctrin) des politischen Portefeuilles, des Ministeriums des Innern, bemächtigt hat. Staatsmänner, die so abweichenden Meinungen huldigen, werden sich kaum verständigen; möglich, daß sie vorgeben, einig zu seyn; dann aber müßten sie mit ihren (schwankenden) Ueberzeugungen capituliren. Man durfte erwarten, in der Rede Soults, gehalten am 13. Mai gleichlautend in beiden Kammern), die Principien der neuen Verwaltung vorzufinden. Es ist aber nicht nöthig, darauf zurückzukommen; das angebliche Programm ist das farbloseste, was noch je ein angehendes Cabinet der Presse zur erbarmungslosesten Kritik hingegeben hat. Wir hatten richtig im voraus bemerkt, Worte, wie sie Soult gebraucht, gehörten zu jedem Programm, könnten von jedem Cabinet unterschrieben werden. Der Courrier Français vom 14. Mai sagt dasselbe — c'est un vain etalage de banalités — und alle Pariser Blätter hallen nach. Was wird Soult zu der Provocation sagen? „Jedes Ministerium muß eine Fahne haben; ein Con„seilspräsident ist nichts, ohne einen Cabinetsgedanken. „Wir ehren des Marschalls militärische Vergangenheit; „aber seine politische Untüchtigkeit — son incapacité politique — ist nicht weniger bekannt. Wo will „er den raschen und weiten Blick hernehmen, den die öf„fentlichen Angelegenheiten fordern? Wer wird ihm die „oratorische Kraft leihen, die eine Versammlung beherrscht? „Wo hat er das Wissen und die Festigkeit, den persönlichen „Absichten der Krone zu widerstehen? Ein alter Soldat „ist an seinem Platze, wenn er die Kriegsverwaltung diri„girt; — wem aber konnte es im Ernste einfallen, ihm „eine diplomatische Rolle zuzutheilen?" — So steht gedruckt im Courrier Français vom 14. Mai."

Der Commerce versichert, der General Tholozé Commandant der polytechnischen Schule, habe selbst das (gestern mitgetheilte) Schreiben, das die Zöglinge der polytechnischen Schule an das Journal des Debats gerichtet, vollkommen gebilligt. Sowohl über den Inhalt als über die Ausdrücke des Schreibens seien der General und die Zöglinge einig geworden. Erst als der Hauptredacteur jenes Journals Modificationen in der Abfassung desselben verlangt, sei General Tholozé gleichfalls für eine Aenderung des Schreibens gewesen. Die Zöglinge aber beharrten, und so wurde die Erklärung wörtlich eingerückt. Die Offiziere der Municipalgarde reichten nun die Klage bei dem Kriegsminister ein, worauf der gestern erwähnte Befehl erfolgte. Die Capitäns der polytechnischen Schule gaben inzwischen im Namen der Zöglinge eine schriftlichen Erklärung, um dem Corps der Municipalgarde die gewünschte Genugthuung zu geben.

Am 17. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5 Percent 111 Fr. 15. 3 Percents 81 Fr. 40.

Großherzogthum Toscana.

Nachrichten aus Florenz melden, daß die Gräfinn

von Lipona am 18. Mai daselbst an der nämlichen Krankheit, wie ihr Bruder Napoleon, nämlich am Magenkrebs, gestorben ist.

Belgien.

Die Repräsentantenkammer sollte sich am 13. Mai mit dem, auf die Einwohner des abzutretenden Gebietes bezüglichen Gesetzes beschäftigen. Doch zeigte der Minister der öffentlichen Arbeiten an, daß er seit Freitag zahlreiche Reclamationen erhalten, daß er selbst das angenommene Project sorgfältig untersucht, und endlich gefunden habe, daß es in mancher Hinsicht unvollständig und mangelhaft sei. In Folge dessen hat er eine Reihe von Amendements niedergelegt und vorgeschlagen, dieselben an die Centralsection zu verweisen. Diese Proposition ist angenommen worden. Die Kammer hat darauf die allgemeine Discussion des auf den Rückkauf des Scheldezolls bezüglichen Gesetzprojects begonnen. Hr. de Nef eröffnete die Discussion, indem er für das Project stimmte, das er als die Handelsfreiheit befördernd betrachtet. Er habe mit Vergnügen gesehen, daß die Centralsection vorgeschlagen hat, die holländischen Schiffe nicht von dem Rückkaufe des Zolls auszuschließen. Hr. Donny nahm darauf das Wort, um das Project zu bekämpfen, das er ungerecht und unpolitisch findet. Er könne ihm seine Zustimmung nicht geben, dieses hieße die andern Provinzen, und besonders die beiden Flandern, dem Interesse Antwerpens opfern. Er deponirte hierauf ein Amendement, welches zum Zweck hat, das Tonnengeld nur den belgischen Schiffen zu vergüten, welche große Reisen machen müssen. Hr. Eloy de Bourdinne sprach sich ebenfalls gegen das Project, und besonders gegen die Erhöhung der Zusatz-Centimen, aus. Hr. Doignon behandelte sodann in einer geschriebenen, ziemlich weitläuftigen Rede die Frage der differenziellen Zölle; er behauptete, daß es eine günstige Gelegenheit sei, um diese Zölle einzuführen, die allein das Gedeihen des belgischen Seehandels sichern könnten, und er wunderte sich, daß die Centralsection vorgeschlagen habe, diese Frage auf das Jahr 1843 zu vertagen. Er zählte die Vortheile auf, die England aus seinem Navigationsacte zieht, und wies darauf hin, wie nachtheilig es für Belgien ist, wenn fremde Schiffe seine Märkte mit fremden Waaren versehen. Er will den Rückkauf des Schifffahrtsgeldes nur für die belgischen Schiffe. Hr. Verdussen beschränkte sich auf einige Worte, worin er zu beweisen suchte, daß die Frage des Wiederkaufs keine Localfrage sei, die nur Antwerpen interessire; er machte auf die Vorträge mehrerer Mitglieder aufmerksam, die bei der Discussion des Vertrags stets gesagt haben, daß Belgien nichts ohne die Schelde vermöge, daß Antwerpen der schönste Hafen der Welt sei, und daß die freie Schifffahrt der Schelde für die Wohlfahrt des Handels erforderlich sei. Daraus hat er den Schluß gezogen, daß man das Project annehmen müsse, das den Zweck hat, diese Schifffahrt ganz frei zu machen. Hr. Desmet erklärte, als Antwort auf die Rede des Hrn. Verdussen, daß er noch immer eben so, wie bei der Discussion des Vertrags, die Schelde als den wichtigsten Fluß für Belgien betrachte; daß aber, wenn er das Princip des Rückkaufs zulasse, er es nicht den holländischen Schiffen bewilligen könne, und er fügte hinzu, daß er gegen das Gesetz stimmen würde, wenn man nicht die von der Regierung vorgeschlagene Ausnahme festhielte. — In der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 14. wurde die Discussion über das Scheldezollgesetz fortgesetzt.

Tyrol und Vorarlberg.

Am 17. Mai sind die Berathungen des großen ständischen Ausschußcongresses, nachdem sie vom 22. April d. J. an ohne Unterbrechung fortgedauert hatten, geschlossen worden.

Wien.

Se. k. k. Hoheit der Erzherzog Stephan, Sohn des durchlauchtigsten Erzherzogs-Palatin von Ungarn, sind am 22. Abends von Ofen hier eingetroffen und in der k. k. Hofburg abgestiegen.

Am 24. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅛.
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	101¼.
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl.	in CM.	668⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM.	—.
Bankactien pr. Stück ——		in CM.	

Wissenschaftliche Nachrichten.

Die Frescogemälde des Correggio und Parmigianino in Parma.

Es ist bekannt, daß Parma allein Frescogemälde von Correggio besitzt, und daß diesen, bisher gegen äußere schädliche Einwirkungen nicht genug bewahrten, herrlichen Kunstwerken nahes Verderben gedroht hat. Der erhabene Schutz, welchen Ihre Majestät die durchlauchtigste Frau Erzherzoginn Marie Luise, Herzoginn von Parma, den Wissenschaften und Künsten gewährt — wovon zahlreiche großartige Unternehmungen in Ihren Staaten die Beweise liefern — hat sich auch auf diese unsterblichen Schöpfungen verbreitet. Ein Decret vom 6. d. M. befiehlt: daß von allen Frescogemälden des Correggio in Parma — gleichwie von jenen des Parmigianino in den zwei Capellen der Kirche San Giovanni Evangelista — LVI Aquarellzeichnungen auf das genaueste, in Blättern von drei Formaten, im Verhältnisse zur Größe der Gemälde, angefertigt werden sollen.

Dieses Unternehmen, auf den Zeitraum von vier Jahren 1839 bis 1842 berechnet, ist dem berühmten Kalkographen Ritter von Toschi anvertraut, unter dessen Leitung, von 1840, angefangen, binnen acht Jahren, in seiner Kunstschule, erwähnte Zeichnungen in Kupfer gestochen werden. Ihre Majestät geruhten die Widmung dieses Werkes zu genehmigen.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 146

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 26. Mai 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 25. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.396	28. 1 8. 10 P.	+ 5.4	NW.	schwach.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.316	28 1 3	+ 6.3	NW.	—	—
	10 Uhr Abends.	27.349	28 1 3	+ 6.1	NW.	mittel.	trüb.

Frankreich.

Der Moniteur enthält drei königliche Ordonnanzen vom 17. Mai, kraft deren Hr. Quesnault, Staatsrath, Mitglied der Deputirtenkammer, zum Generalsecretär beim Ministerium des Innern, der Vicomte Dejean, Staatsrath, Mitglied der Deputirtenkammer, zum Generalpolizeidirector des Königreichs, an Hrn. Aleris de Jussieu's Stelle, und Hr. Anton Passy, Mitglied der Deputirtenkammer (Bruder des Finanzministers), zum Director der Departemental- und Communalverwaltung, an Hrn. Macarel's Stelle, ernannt werden. — Durch eine königliche Ordonnanz vom 15. Mai wird Hr. Martineau des Chesnez, Staatsrath, zum Generalsecretär beim Kriegsministerium ernannt, und soll mit diesen Functionen auch die eines Directors der Controlle und allgemeinen Comptabilität verbinden. Durch dieselbe Ordonnanz wird der Generallieutenant Trezel (der lange Zeit in Afrika commandirte) zum Director des Personals und der Militäroperationen ernannt. — Der Temps ist mit einigen dieser Ernennungen sehr unzufrieden, da Hr. Quesnault einer der entschiedensten Anhänger der 221, und der neue Polizeidirector, Hr. Dejean, einer der eifrigsten Doctrinairs sei.

Dem Moniteur zufolge hat der König ein Geschenk von 10,000 Fr. zur Unterstützung der Familien der bei den Emeuten am 12. und 13. Mai getödteten oder verwundeten Nationalgarden oder Militärs gewidmet. Die Königinn und der Herzog von Orleans haben zu gleichem Zwecke beide die gleiche Summe von 4000 Fr., und Mad. Adelaide, Schwester des Königs, 2000 Fr. gewidmet. Der Gesammtbetrag dieser Unterstützungsgelder von 20,000 Fr. ist dem Marschall Gerard zur Vertheilung übergeben worden. — Dem Moniteur zufolge ist die Regierung willens, den Kammern einen Gesetzentwurf vorzuschlagen, kraft dessen den Bürgern, welche an den Tagen des 12. und 13. Mai verwundet, und den Verwandten derer, die an diesen Tagen getödtet wurden, Belohnungen bewilligt werden sollen.

Der Moniteur Parisien vom 18. Mai enthält folgenden Artikel: „Die beklagenswerthen Ereignisse, welche während zwei Tagen Angst und Schrecken in Paris verbreitet hatten, mußten ganz natürlich die verschiedenartigsten Betrachtungen hervorrufen. Jetzt, wo selbst der Anschein von Gefahr verschwunden ist, forscht man nach den Ursachen des Uebels; man commentirt es, man sucht es zu erklären; man fragt sich, wie es hätte vermieden werden können, und durch welche Mittel man hoffen dürfte, der Rückkehr desselben vorzubeugen. Vielleicht dürfte es klüger seyn zu warten, bis die gerichtliche Untersuchung den wahren Character der Dinge ans Licht ziehen wird; aber selbst die gescheidesten Leute lassen sich oft von der Ungeduld hinreißen. — Niemand hat daran gedacht, irgend einen Theil der Presse unmittelbar verantwortlich für eine eben so tolle als ruchlose Revolte zu machen. Wir möchten nicht einmal behaupten, daß zwischen den Ereignissen vom 12. Mai und der gewöhnlichen Sprache einiger Journale Solidarität bestehe. Das Unheil, das ein Theil der Presse stiftet, ist uns nicht unbekannt; wir sehen es alle Tage, wir erkennen es; aber wir räumen einigen Schriftstellern nicht mehr Macht ein, als sie wirklich besitzen. Das Land will, innerhalb der gesetzlichen Schranken, die Erörterung und die Prüfung; es weiß ihre Wohlthaten zu schätzen; es rechnet auf sich selbst, auf die Vernunft des Publicums, um den damit verbundenen Nachtheilen das Gegengewicht zu halten. — Es läßt sich jedoch nicht sagen, daß diejenigen, die sich mit den Ausschweifungen der Presse beschäftigen, gegen Hirngespinnste kämpfen. Diese Ausschweifungen sind leider zuweilen nur zu reell, und schaden, unserer Meinung nach, weit mehr noch der Presse als dem Staate. Die Charte hat der Discussion einen hinlänglich weiten Spielraum gelassen; die Presse sollte sich innerhalb dieses Kreises mit Würde, mit Ruhe bewegen. Würde man achten, was Anspruch auf Achtung hat, würde man die Vertheidigung der Constitution und der Gesetze nicht mit einer Sprache und mit Argumenten führen, die eine Verletzung derselben sind; würde die Presse, wenigstens in ihren ernsthafteren Organen, sich selbst besser regeln und im Zaume halten, so würde gewiß Jedermann das Gute, das sie leistet, anerkennen, und Niemand würde versucht seyn, ihr einen verderblichen Einfluß auf die Ruhe des Landes zuzuschreiben. — Man will die Polemik der Journale durch die constitutionnellen Nothwendigkeiten und durch die parlamentarischen Debatten entschuldigen. Wo ist hier die Gleichheit? Die Kammer hat nie eine den Grundsätzen der Charte und der Monarchie feindselige Sprache gehört und würde sie nicht dulden. Bei allem, was auf der Rednerbühne gesprochen wird, werden alle Convenienzen beobachtet; die Deputirten wenden sich an die allgemeinen Interessen des Landes, und nicht an Grundsätze und Leidenschaften, welche das Land verwirft und verdammt. Ein Theil der Presse hat häufig das Gegentheil gethan; und dieß gerade hat ihr den Tadel der einsichtsvollen, derjenigen Leute zugezogen, welchen die Garantien, auf welche die Presse Anspruch hat, am meisten am Herzen liegen, und die am aufrichtigsten an die Wichtigkeit ihrer Sendung glauben."

Baron Pasquier, Kanzler, und der Herzog Decazes, Großreferendär der Pairskammer, haben am 16. Mai in der Conciergerie die Verhöre der verhafteten Aufrührer begonnen. Von den 204 Gefangenen wurden gestern Abends 20 in Freiheit gesetzt, darunter die beiden Diener des Marquis Dreux-Brézé. Die Commission des Pairshofes und die Kronanwälte sollen im Sinne

haben, nur solche Fälle, die sich unmittelbar auf den Aufruhr oder eine demselben zu Grunde liegende Verschwörung beziehen, vor den Pairshof, die übrigen, untergeordneten aber an die gewöhnlichen Gerichte zu weisen.

Am 14. wurde in der Wohnung des Hrn. de Querelles, eines der Adjutanten Louis Bonaparte's bei dem Straßburger Aufstande, zu Poissy eine sehr genaue Hausdurchsuchung gehalten, man fand jedoch nichts, was sich auf den Aufstand am 12. Mai bezogen hätte.

Ein Privatschreiben aus Paris (in der Times) bezeichnet den letzten Aufstand als von der „Société des familles" (einer Fortsetzung der „Gesellschaft der Volksfreunde") ausgegangen, und nennt als Rädelsführer die HH. Blanqui, Lamieussens, Martin, Bernard und Barbès, als Chefs der verschiedenen Sectionen. Der letztere ist bekanntlich auf einer Barrikade verwundet und gefangengenommen worden. Die Insurgenten scheinen auf den Beistand der Truppen gerechnet zu haben; aber man hat keinen Beweis, daß Buonapartistische Elemente dabei thätig gewesen seien; das Feldgeschrei war vielmehr immer nur: „Es lebe die Republik! Nieder mit Ludwig Philipp!"

Das Journal des Tribunaux erzählt folgenden Zug des Benehmens der Aufrührer am 12. Mai: „Auf dem Posten des Justizpallastes fiel eine schauderhafte Ermordungsscene vor. Der dahin sich wendende Insurgentenhaufe war über die Notredame-Brücke herangezogen, und hatte, der Straße folgend, welche sich längs dem Quai aux fleurs hinzieht, seine Richtung nach der von einer Abtheilung des 21sten Linienregiments besetzten Hauptwache eingeschlagen. Auf den Lärmruf der Schildwache hatte der Offizier die Soldaten unters Gewehrtreten lassen, so daß die Leute vor dem Posten aufgestellt waren, der Offizier in ihrer Mitte. Man hatte vom Posten aus Flintenschüsse gehört; die Soldaten, einen plötzlichen Angriff befürchtend, hatten ihren Offizier gebeten, ihre Flinten laden zu dürfen, der Offizier hatte ihnen aber dieß abgeschlagen, und als man bei dem Anblick des herannahenden Insurgentenhaufens diese Bitte erneuerte, hatte er ihnen geantwortet: „Nein, es ist nichts, ich werde mit ihnen reden." Kaum hatte er diese Worte ausgesprochen, als die an der Spitze des Haufens Befindlichen auf ihn zustürzten, und derjenige, welche hier zu befehlen schien, ihm zurief: „Ergeben Sie sich! Sie sind mein Gefangener!" — „Gehen Sie Ihres Weges," antwortete der Lieutenant; „Sie sehen ja, daß ich Sie selbst gefangennehmen könnte, wenn ich wollte; gehen Sie, achten Sie die Wache. . ." Er konnte seinen Satz nicht endigen, ein elender Mörder hatte sein Gewehr auf die Schulter des mit dem Offiziere sprechenden Aufrührers gelegt, und es in solcher Nähe gegen den Offizier abgefeuert, daß während der Lieutenant sterbend in die Arme seiner Soldaten zurückfiel, seine Uniformskleider von dem auf die linke Seite der Brust gerichteten Schusse brannten. In demselben Augenblicke wurden zwei Soldaten getödtet, der Schildwache ward das Handgelenk durch eine Kugel zerschmettert. Die Gewehre der Soldaten waren nicht geladen, und sie waren außer Stand, Widerstand zu leisten. Sie ließen daher die Angreifenden in den Posten eindringen, und zogen sich nach dem Justizpallaste zurück, wohin ihnen eine Hinterthüre der Hauptwache den Ausgang gestattete. Die Empörer fanden sechsunddreißig Flinten, Patronen und Kanzen, deren sie sich bemächtigten. Sie begnügten sich aber nicht mit den drei unnützen Mordthaten, sondern besudelten sich noch, bevor sie den Posten räumten, mit einem neuen, noch niederträchtigern Mord. Ein armer kranker Soldat lag auf dem Feldbette. Er hatte das Vorgefallene nicht sehen können, und erhob sich, als er den Tumult auf dem Posten hörte, unter Schmerzen von seinem Lager mit der Frage um die Ursache dieses Lärms. „Ah! hier ist noch Einer!" rief einer der Aufrührer aus, zielte in einer Entfernung von kaum einigen Schritten auf ihn, und streckte ihn mit einem Flintenschusse todt nieder!"

Ein Municipalgardist — erzählt die Gazette des Tribunaux — wurde am 16. Abends auf der Straße von drei Männern angehalten, die ihn mit Schmähungen überhäuften, ihn einen Elenden, einen Mörder nannten. Als er ruhig seinen Weg fortsetzte, griffen ihn die Kerle mit Faustschlägen an, und Einer zog das Messer. Der Municipalgardist wich dem Stoß aus, und durchbohrte mit dem Säbel seinen Angreifer, der auf der Stelle todt blieb. Die beiden Andern ergriffen die Flucht.

Die Gebrüder Lepage, deren Waffenmagazin bekanntlich von den Insurgenten geplündert worden, haben den Seinepräfecten vor Gericht citirt, da sie nach einem Gesetze, welches die Gemeinden für die mit bewaffneter Hand verübten Plünderungen verantwortlich macht, von der Stadt Paris Entschädigung verlangen. Hr. Dupin wird für die Gebrüder Lepage plaidiren.

Die Untersuchung hinsichtlich der Herausgabe des Moniteur Republicain ist beendigt. In den ersten Tagen des Juni kommt diese Sache vor die Assisen.

Der Temps, der sich, wie alle Blätter des linken Centrums, feindselig gegen das neue Ministerium äußert, betrachtet dieses Ministerium nur als die Folge eines Waffenstillstandes zwischen den beiden sich feindlich bekämpfenden Principien, und hebt besonders die schwierige Stellung der Mitglieder des linken Centrums hervor, die in das Ministerium traten, ohne für ihre Grundsätze eine Garantie zu erhalten. Nach einem Gerücht sollen die Subventionen der Journale aufgehoben, und die erste erledigte Stelle am Cassationshofe an Hrn. Dupont de l'Eure übertragen werden. Dergleichen Handlungen, meint der Temps, seien allerdings löblich; allein die eigentliche Politik des Cabinets lasse sich nur aus der Tendenz der vorzuschlagenden Gesetze, aus seiner Haltung nach Außen und den Kammern gegenüber beurtheilen. Der Courrier Français will erfahren haben, die HH. Passy und Dufaure hätten sich im Ministerrath der Aburtheilung der Ereignisse vom 12. und 13. Mai durch den Pairsgerichtshof widersetzt, wären aber überstimmt worden. — Nach dem Siècle sollte am Sonnabend (18. Mai) der Gesetzvorschlag wegen der geheimen Fonds in die Kammer gebracht werden. Das Ministerium will 1,200,000 Fr. postuliren, d. h. um 300,000 Fr. weniger, als dem Cabinet vom 15. April bewilligt wurden. Hinsichtlich der Form der Berathungen soll beschlossen worden seyn, daß die wichtigen Depeschen und Entschließungen über die auswärtigen Angelegenheiten, so wie die geheimen Ausgaben des Ministeriums des Innern, im Ministerrath discutirt werden sollen.

Während der ersten Hälfte des Monats Mai sind von dem Pariser Handelsgerichte 48 Fallimente declarirt worden.

Am 17. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 30. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 50. — Am 18. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 95. 3Percents 81 Fr. 40.

Spanien.

Am 18. Mai hatte man in Paris die rückständigen Madrider Zeitungen bis zum 11. Mai erhalten. Die Gaceta de Madrid enthält die Decrete vom 10. d. M., wodurch die Dimissionen des Finanzministers, Hrn. Pita-Pizarro, des Marineministers, Hrn. Chacon, und des Ministers des Innern, Hrn. Hompanera de Cos, angenommen werden. Durch andere Decrete vom 10.

werden Hr. Vigodet, Escadrechef und Generalcommandant der Provinz Cartagena, zum Marine- und Colonialminister ernannt und die HH. Ferraz, General-Schatzdirector, und der Justizminister, Hr. Arrazola, interimistisch mit den Portefeuilles der Finanzen und des Innern beauftragt. Das Marine- und Colonialdepartement wird bis zu Ankunft des Hrn. Vigodet unter die Leitung des Kriegsministers, Generals Alair, gestellt.

Ueber die Resignation des spanischen Ministeriums äußert sich die Morning-Chronicle folgendermaaßen: „Nach den letzten Nachrichten aus Madrid vom 4. Mai hat das dortige Ministerium resignirt. Die Nothwendigkeit, die Cortes aufzulösen oder mit ihren wenigen liberalen Anhängern zu zerfallen, setzte die Minister in große Verlegenheit, und sie beschlossen endlich die Auflösung der Cortes. Da jedoch auf die Vorstellung des Hrn. Martinez de la Rosa, daß bei einer neuen Wahl die meisten Deputirten der exaltirten Partei angehören würden, die Königinn Anstand nahm, die von den Ministern vorgeschlagene Maaßregel zu ergreifen, so reichte der Kriegsminister, General Alair, der gern aus dem Ministerium auszuscheiden wünscht, um ein Commando zu übernehmen, seine Entlassung ein und nöthigte den Finanzminister, Hrn. Pita Pizarro, dasselbe zu thun. Die Königinn befindet sich in einer großen Verlegenheit. Die Madrider Nationalgarde, von dem untersten Nationalgardisten bis zum Generalcapitän hinauf, verlangt die Auflösung der Cortes. Wird ein gemäßigtes Ministerium gebildet, und es verweigert jene Forderung, so muß die Nationalgarde aufgelöst und entwaffnet, und es müssen reguläre Truppen zu diesem Zwecke nach Madrid berufen werden. Dieß könnte jedoch leicht zu ernstlichen Aufregungen, sowohl in der Hauptstadt, als in der Armee, Anlaß geben."

Zu Bayonne sind Nachrichten aus Durango vom 11. und aus dem Hauptquartier Maroto's zu Manzanera vom 9. Mai eingelaufen. Folgendes Bulletin hat Maroto bekannt gemacht: „In der Nacht vom 7. auf den 8. führte der Feind gegen die befestigten Häuser von Ramales mehrere Batterien auf. Von den 6 Kanonen im Fort Guardamino, welche zu Guriezo mit mehr Eifer als Geschicklichkeit gegossen worden, sind fünf gleich bei den ersten Schüssen zersprungen. Das eine dieser Stücke entzündete ein Magazin von Pulver und Granaten, welches in die Luft flog; 15 Soldaten und 2 Artillerieoffiziere fanden dabei ihren Tod. Die Redoute konnte, ihrer Kanonen beraubt, die befestigten Häuser von Ramales nicht mehr schützen. Gleichwohl vertheidigten sich die 150 Mann, welche die Garnison jener Häuser bildeten, so lange tapfer, bis 108 von ihnen, worunter ihr Commandant, kampfunfähig waren. Sie räumten die Häuser, nachdem sie diese in Brand gesteckt hatten. — In Folge höchsten Befehls sind gestern fünf Compagnien des 5ten Bataillons von Alava, welches einen Theil der Garde Ihrer Majestät bildet, nach der Umgegend Vitoria's aufgebrochen, damit eines der dort stehenden Bataillons die Division von Navarra verstärke. Es hat sich dort übrigens eben so wenig als auf den andern Linien etwas Besonderes zugetragen." — Die Post von Saragossa war am 13. Mai in Bayonne eingetroffen. Man sagt, Cabrera habe, die Bewegung der Christinischen Corps, welche zur Verfolgung Balmaseda's gegen Alcolea del Pinar rückten, benützend, den Rest der 14 Bataillons, die früher unter van Halen standen und in der Umgegend von Alcañiz zurückgeblieben waren, aufs Haupt geschlagen.

Der Sentinelle des Pyrénées zufolge war eine Christinische Expedition von 600 Mann Linientruppen und Chapelgorris am 11. Mai Abends zu Schiffe von San Sebastian gegen die von den Carlisten in Biscaya besetzten Häfen von Deva, Motrico und Ondarroa abgegangen, um sich einiger in diesen Häfen für die Carlisten ans Land gesetzten Effecten zu bemeistern und Allarm in Durango zu verbreiten. Es gelang ihnen, sich einer aus Frankreich gekommenen Ladung Leinwand und einiger Schaluppen zu bemeistern, worauf sie am folgenden Tage mit ihrer Beute nach San Sebastian zurückkehrten.

Großbritannien und Irland.

Ihre Majestät die Königinn wurde, als sie am Sonnabend den 11. Mai in Begleitung der Herzoginn von Kent und der Marquise von Normanby in der Oper erschien, von dem versammelten Publicum mit lautem Zuruf begrüßt, eine Demonstration, die von den ministeriellen Blättern auf Rechnung der von Ihrer Majestät, den Forderungen Sir Robert Peels gegenüber, bewiesenen Festigkeit geschrieben wird. Uebrigens wird versichert, daß die Marquise von Normanby, so wie sie gehört, daß Sir Robert Peel zur Königinn berufen sei, sogleich um ihre Entlassung als erste Hofdame Ihrer Majestät ersucht habe, daß aber dieß Gesuch von der Königinn nicht angenommen worden sei. Die Behauptung der Torybläter, daß der Marquis von Normanby am Mittwoch in einer Gesellschaft erklärt habe, seine Gemahlinn werde unter allen Umständen in ihrer Stelle verbleiben, daß also der Versuch Sir Robert Peels, ein conservatives Ministerium zu bilden, schon im voraus durchkreuzt und mit diesem Staatsmanne ein hinterlistiges Spiel getrieben worden sei, wird von den ministeriellen Zeitungen für falsch erklärt. Diese Blätter weisen auch nach, daß sämmtliche Hofdamen der Königinn, mit Ausnahme der Lady Charlemont und der Lady Lyttleton, eben so nahe mit Tory- wie mit Whigfamilien verwandt seien, so daß man nicht behaupten könne, die Hofhaltung Ihrer Majestät sei mit einseitiger Berücksichtigung einer politischen Partei zusammengestellt worden.

Die Tochter Lord J. Russells, deren Geburt der Mutter das Leben kostete, ward am 14. Mai von dem ehrwürdigen Wriothesley Russell, einem Bruder des Ministers, im Buckingham-Pallaste getauft, indem Ihre Majestät Pathenstelle vertrat. Der Hof wohnte sehr zahlreich der Feierlichkeit bei.

Am Sonntag den 12. Mai wohnte der Großfürst-Thronfolger von Rußland dem Gottesdienst in der russischen Kirche in der Wellbeckstreet bei. Am 13. besuchte er mit dem Prinzen der Niederlande das Bußgefängniß (penitentiary) in Milbank, dann das Irrenhaus New-Bedlam, endlich die ungeheure Bierbrauerei der HH. Whitbread und Comp. in der Chiswellstreet. Am 14. warteten beide Prinzen der Königinn auf, und besuchten dann die prachtvolle Gemäldegallerie Lord Francis Egertons in Bridgewater-House, und jene des Herzogs von Sutherland in Stafford-House. Auf den Abend erläßt Sr. kais. Hoheit regelmäßig zahlreiche Einladungen zum Diner im Mivarts Hotel. Unter mehreren Handlungen der Freigebigkeit des Großfürsten erzählt der Morning-Herald, daß er einem Veteran mit der Waterloomedaille, der ihm bei seinem neulichen Besuch im Tower als Cicerone diente, eine werthvolle goldene Dose als Andenken schenkte. Dem Capitän eines Ostindienfahrers, den Sr. kais. Hoheit in den St. Katharine's-Docks besucht hatte, verehrte er eine goldene Uhr, und ließ 10 Pf. St. unter der Mannschaft vertheilen.

Unter den Passagieren des „Great Western" bei seiner letzten Ankunft in England war der älteste Sohn des Präsidenten der vereinigten Staaten, Abraham

van Buren Esq. Der jüngere Sohn, Hr. John van Buren, schifft sich, nach einem längeren Aufenthalt in England, in dieser Woche nach seinem Vaterland ein.

Der Marquis von Londonderry ist dieser Tage mit dem Pferde gestürzt und hat sich dabei schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt.

Lord Powis war am 18. Mai in dem hohen Alter von 86 Jahren zu London mit Tode abgegangen.

Die ostindische Compagnie hat die Erlaubniß erhalten, zwei europäische Regimenter anzuwerben, da die geringe Stärke der brittischen Armee es nicht gestatte, zwei Regimenter nach Indien zu senden. Die Recruten, welche fünf Fuß und fünf Zoll groß und höchstens 30 Jahre alt seyn müssen, werden in einzelnen Detaschements nach Indien gesandt und dort erst in Corps gebildet. Hierzu gehören nicht die 600 Mann, zu deren Anwerbung bereits früher Befehl gegeben wurde.

Die Bank von England hat am 16. Mai ihren Disconto auf 5 Percent gesetzt.

Der, von den Pariser Journalen bezweifelte Tod des in Diensten des Radscha von Lahore, Rundschit Singh, gestandenen Generals Allard hat sich bestätiget. — Die Delhi-Gazette vom 20. Februar gibt hierüber folgenden Bericht: „Der General erlitt den ersten Anfall, während er die französische Legion zu Peschauer musterte, wo sie nach der Affaire von Dsamrad Posto gefaßt hatte. Er wurde während der Musterung von wiederholtem Erbrechen befallen und sogleich in sein Zelt gebracht, wo Doctor Lord, der englische Arzt, der sich in Aufträgen seiner Regierung in Peschauer befindet, ihm seinen Beistand leistete. Am dritten und vierten Tage befand er sich um vieles besser, wurde aber von denselben Symptomen aufs neue ergriffen und unterlag am 23. Jänner, acht Tage nach seiner Erkrankung, dem Uebel, das als eine Krankheit des Herzens bezeichnet wird, an dem er seit mehreren Jahren gelitten haben soll. Er behielt seine Geistesgegenwart bis zum letzten Athemzuge, und einige Augenblicke vor seinem Tode empfing er noch die Offiziere seines Corps und unterhielt sich mit ihnen einige Zeit. Der General hatte den Wunsch geäußert, zu Lahore beerdigt zu werden; sein Leichnam wurde daher einbalsamirt und mit vielem Pomp von Peschauer dahin transportirt. Als der Leichenzug am 9. Februar an den Ufern des Jehlam anlangte, wo die auf dem Wege nach Peschauer befindliche brittische Mission eben campirte, wurde er von dem Oberstlieutenant Wade feierlich empfangen, und auf das andere Ufer des Flusses geleitet. — Rundschit Singh hatte befohlen, daß der Leichnam zu Lahore mit allen militärischen Ehren empfangen und nach zweitägiger Ausstellung auf dem Paradebette, feierlich zur Erde bestattet werden solle." — General Allard hinterläßt in Frankreich eine Witwe, indischer Abkunft, und fünf Kinder, die in Saint-Tropez wohnen. — General Ventura, ein zweiter in Diensten Rundschit Singhs stehender französischer General, war am 5. März, auf der Rückkehr aus Frankreich nach Lahore, in Delhi angekommen; er hatte mit großem Leidwesen am 17. Februar zu Russirabad den Tod seines Waffengefährten erfahren.

Consols am 16. Mai 93¼, ⅛.

Belgien.

Die Repräsentantenkammer hat am 15. Mai die Discussion des auf den Scheldezoll bezüglichen Projects fortgesetzt. Der Finanzminister hat sich darüber gewundert, daß die wärmsten Anhänger des Systems der differentiellen Gebühren nicht mit dem von der Regierung vorgeschlagenen Gesetzproject zufrieden seien, da dasselbe in einer Art die differentiellen Zölle in Bezug auf Holland anwende, und doch für die Regierung die Verpflichtung nach sich ziehe, diese Frage der Gebühren vor dem 1. Jänner 1843 zu untersuchen. Es hat mit dem Vorschlag eines Amendements geschlossen, welches die Regierung autorisirt, wenn die Umstände es erforderten, die Ausnahme für die niederländischen Schiffe nicht anzuwenden. Für die Frage der differentiellen Gebühren haben noch die HH. de Foere und Donny, gegen dieselben die HH. Liedts, Lebeau und Pirmez gesprochen. Der Minister des Innern beschloß die Sitzung, indem er erklärte, daß die von der Regierung vorgeschlagene Ausnahme nichts Feindliches für Holland habe, aber daß es nicht billig geschienen habe, den holländischen Schiffen eine zum Vortheil ihrer eigenen Regierung gestiftete Abgabe wieder zu erstatten.

Mit der Entwaffnung der belgischen Armee wird jetzt eifrig fortgefahren. Seit 14 Tagen sind wieder 12,000 Mann mit Urlaub nach Hause gesendet worden, so daß seit dem 15. März die Infanterie bereits um 38,000 Mann vermindert worden ist. Von der Artillerie und Reiterei sind indeß erst 2800 Mann entlassen worden. Sobald die Verträge ratificirt sind, wird mit der Versteigerung der neuangekauften Pferde begonnen werden, so daß die Schwadron nur 100 und die Batterie nur 120 Pferde behält. Es werden auf diese Weise über 3000 gute Reit- und Zugpferde auf den Markt kommen.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mittelst allerhöchstunterzeichneten Diploms den Gubernialrath zu Innsbruck und Ritter des kais. österreichischen Leopoldordens, Daniel Mensi, den Ordensstatuten gemäß, in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Prädicate „von Klarbach" allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 20. d. M. dem Appellationspräsidenten in Dalmatien, geheimen Rathe Johann Ritter von Vlach, den Orden der eisernen Krone zweiter Classe taxfrei zu verleihen geruht.

Die k. k. Studien-Hofcommission hat dem Piaristen-Ordenspriester, Katecheten des Wiener Taubstummen-Instituts, Hermann Czech, zur Annahme des Diploms als Doctor der Theologie von der Krakauer Universität die Bewilligung ertheilt.

Am 25. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen zu 5 pC. in CM.		——
detto	detto zu 4 pC. in CM.	——
detto	detto zu 3 pC. in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		——
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	666⅔.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM		66⅔.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ G. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W
1-K.
ZEITUNG
1839

№ 147

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 27. Mai 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 25. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.325	283. 18. 0P.	+ 8.6	NW.	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.322	28 1 0	+ 10.8	NW.	mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.364	28 1 5	+ 7.4	NW.	schwach.	Wolken.

Frankreich.

Der Moniteur enthält eine königliche Ordonnanz vom 17. d. M., kraft deren der Marschall Oudinot, an die Stelle des Marschalls Grafen Gerard, Oberbefehlshabers der Nationalgarden von Paris und dem Seine-Departement, zum Großkanzler des Ordens der Ehrenlegion ernannt wird. — Eine königliche Ordonnanz vom 18. Mai ernennt Hrn. Legrand, Mitglied der Deputirtenkammer (vom Centrum), Generaldirector des Brücken- und Straßenbaues und der Bergwerke, zum Unterstaatssecretär beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

Der Moniteur Parisien vom 19. Mai äußert sich über die letzten Ernennungen folgendermaaßen: „Es ist Pflicht der Regierung, sich auf alle Nuancen der constitutionnellen Meinungen zu stützen, welche zur Bildung der Majorität mitwirken; aus der Majorität schöpft sie ihre Kraft; ihr ist sie Rechenschaft für den Gebrauch schuldig, den sie davon macht. Eine mittelmäßige und eifersüchtige Administration geht mit Ausschließung zu Werke; sie stößt zurück, anstatt anzuziehen. So darf eine liberale und parlamentarische Administration nicht zu Werke gehen. Die Regierung muß zum Besten des Landes alle Männer von achtbaren und legitimen Einfluß in der Majorität festhalten, und allmählig für selbe zu gewinnen suchen. — Das Ministerium hat sich bei den eben Statt gefundenen Ernennungen bemüht, dieser constitutionnellen Nothwendigkeit zu entsprechen; die gegenwärtige Bewegung der Geister machte ihm dieß mehr als je zur Pflicht. Das Ministerium ist hierbei nicht verschiedenen Impulsen gefolgt; es hat bei allen seinen Wahlen nur einen einzigen Gedanken an Mäßigung und Verschmelzung vor Augen gehabt, der in seinem Gewissen, der selbst in den Elementen, aus denen es zusammengesetzt ist, liegt und der bei seiner Bildung vorgewaltet hat. — Es gibt allerdings Gränzen, die ohne Gefahr nicht überschritten werden dürfen, besonders wenn es sich um wichtige Ernennungen handelt; wir glauben jedoch, daß die Befestigung unserer Institutionen und die Ruhe des Landes nur viel dabei gewinnen können, wenn die Wahlen, welche die Regierung trifft, stets ohne Ausschließung, ohne engherziges Vorurtheil, aus hohen und concilianten Gesichtspuncten getroffen werden. — Ohne Zweifel muß die Regierung stets auf die politischen Sympathien derjenigen rechnen können, welche sie zur Theilnahme an der Staatsgewalt beruft; aber sie muß sich auch einer weisen Toleranz befleißen, die achtbare Männer, welche sich ihr nähern wollen, nicht zurückstößt, und den Staat nicht des Beistandes von Capacitäten beraubt, dessen er bedarf. Das Land wird, wie wir glauben, allen den Ernennungen, die so eben Statt gefunden haben, seinen Beifall schenken; es wird darin eine gerechte Anerkennung ausgezeichneter Talente, und gleichmäßig achtbarer Charactere sehen. Die verschiedenen Fractionen der Majorität werden in diesen Wahlen neue Unterpfänder eines gegenseitigen Vertrauens und einer dauerhaften Eintracht finden."

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 18. Mai nahm Hr. Sauzet, welcher zur Zeit seiner Erwählung in Dieppe sich befunden hatte, Besitz von dem Präsidentenstuhle. Er begrüßte die Kammer mit folgender Anrede: „Meine Herren! Ihr wohlwollendes Zutrauen hat mich zu einer hohen Würde erhoben, legt mir aber auch schwere Pflichten auf. Indem ich Besitz nehme von diesem Stuhle, dem Sitz so mancher im parlamentarischen Leben berühmt gewordenen Männer, finde ich noch auf demselben die Erinnerung an ihre ausgezeichneten Eigenschaften, die zu erreichen ich mir nicht versprechen darf. Ich hoffe aber wenigstens, daß die Kammer in mir beharrlichen Eifer für die Wahrung ihrer Rechte und die Aufrechthaltung ihrer Geschäftsordnung, consequente, strenge Unparteilichkeit, welche alle Bestrebungen erleichtern wird, ohne unbefugten Forderungen sich zu unterwerfen, anhaltende Aufmerksamkeit, um ihren Berathungen die zu Befestigung ihres Ansehens im Lande nöthige Freiheit und Würde zu erhalten, finden werde. Die Kammer wird meine Aufgabe erleichtern. Inmitten einer langen, schweren Krise hat sie durch ihr weises Verhalten bewiesen, wie sehr sie das Bedürfniß der Ruhe und Festigkeit fühlt, das gegenwärtig im Lande vorwaltet. Sie wird den ihr von Frankreich anvertrauten Auftrag erfüllen, Frieden, Fortschritt und nützliche Thätigkeit zu sichern. Die frühern Kammern haben große politische Fragen entschieden. Viele Gegenstände der Zwietracht sind verschwunden. Die Ansichten haben sich genähert, und damit ist eine Einigung der Gemüther angebahnt. Die Kammer kann viel dazu beitragen; um des Landes willen ist Einigkeit unsere Pflicht. Diese auf den Bund der Ordnung und der Großmuth gestützte Einigung kann allein dem Lande Frieden und eine fruchtbare Zukunft sichern, sie wird dem Lande neue Kraft verleihen und vollends auf einer breiten Grundlage den Thron und die Verfassung, die Frankreich gegründet hat, befestigen." — Sofort legte der Minister des Innern, Hr. Duchatel, einen Gesetzentwurf vor, durch welchen der Regierung ein außerordentlicher Credit für die geheimen Fonds im Betrage von 1,200,000 Fr. verwilligt werden soll. Der Minister begründete diese Forderung durch die neuesten Ereignisse, welche die Bewilligung einer weitern Summe für diese beinahe erschöpften Fonds nöthig machen. „Die neuesten bedauerlichen Ereignisse," sagte er, „legen der Regierung die Pflicht auf, ihre Wachsamkeit und ihren Eifer zu verdoppeln. Sie haben wieder die Thatsache enthüllt, daß unter dem Schein der Ruhe und inmitten der friedlichen Beschäftigungen der unermeßlichen Mehrheit

des Volkes eine kleine Anzahl unverbesserlicher Menschen, die eine Freude an der Gesetzlosigkeit haben, hartnäckig über den unheilvollsten Plänen brütet. Dieß war der Character der neuesten Unruhen. Nicht die geringste Spur von Aufregung in dem Volke, von einer durch plötzliche Eindrücke hervorgerufenen Bewegung — Alles trug das Gepräge eines mit kaltem Blute entworfenen, zum voraus in geheimen Verbindungen ausgebildeten Planes." Der Minister bezeichnete die von ihm verlangte Verwilligung als eine bestimmte, unzweifelhafte Zustimmung der Kammer zu der Politik des neuen Ministeriums, womit die langwierige Krise enden müsse. Im vorigen Jahre waren 300,000 Fr. mehr als außerordentlicher Zuschuß für die geheimen Fonds verlangt worden; der Minister versprach schließlich noch weitere Verminderungen. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten, H^r. Dufaure, verlangte einen Credit für verschiedene Hafenarbeiten, worauf noch eine Anzahl Bittschriften von der Kammer erledigt wurde. — Am Schlusse der Sitzung kündigte der Handelsminister, H^r. Cunin-Gridaine, an, daß er einen Gesetzentwurf über die Zuckerfrage gegen das Ende der nächsten Woche vorlegen zu können hoffe.

Der Gemeinderath von Paris hat beschlossen, daß alle Wachhäuser statt der Glasthüren eichene mit Schießlöchern erhalten und so eingerichtet werden sollen, daß das Licht bloß von oben einfällt.

Am 18. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 10. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 35.

Spanien.

Die Quotidienne vom 19. Mai enthält folgende Nachrichten aus Spanien: „Alle von den telegraphischen Depeschen angekündigten Nachrichten bestätigen sich. Briefe aus Bayonne vom 15. melden uns, daß Guardamino am 12. von den Christinos, nach dem hartnäckigsten Widerstande, genommen worden ist. Wir wollen die von den Carlisten erlittene Schlappe keineswegs durch die Betrachtung der Geringfügigkeit der Verluste Maroto's verringern suchen; wir müssen jedoch bemerkbar machen, daß die drei, in dem Zeitraum von einem Monate, von Espartero, um den Preis so vielen Blutes und Geldes eroberten Positionen (Peña del Moro, Ramales und Guardamino) höchstens eine Stunde Terrain auf einer Straße umfassen, die für die Carlisten von untergeordneter Wichtigkeit ist. Es ist wahrscheinlich, daß Espartero nach diesen Successen trachten wird, in die Provinzen einzudringen, und die Heerstraße von Bilbao nach Orduña zu besetzen, um seine Operationen mit denen des Diego Leon zu combiniren; in diesem Falle muß er sich Balmaseda's bemächtigen. Der Christinische Oberbefehlshaber wird, ehe er dieses Resultat erreicht, noch große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Schwächung seiner Armee läßt uns glauben, daß das Gelingen dieses Unternehmens problematisch ist. — Wir haben gestern von einem neuen Siege Cabrera's über die Truppen van Halen's gesprochen; ein Abendjournal gibt folgende Details über diese Affaire, die am 9., nicht in der Gegend von Alcañiz, sondern bei Guadalarara, in Castilien, Statt gefunden hat: „Der Carlistische Chef, Balmaseda, „war ohne Zweifel im Einklang mit Cabrera, bis in „die Gegend von Guadalarara, in Neucastilien, vorgedrungen, um einen großen Convoi, der von Madrid „zur Centrumsarmee abgeschickt worden war, aufzufangen. Die Divisionen Ayerbe, Amor und Parra „eilten diesem Convoi zu Hülfe. Balmaseda, von „Streitkräften, die den seinigen weit überlegen waren, „angegriffen, vertheidigte sich tapfer in der Stellung, die „er genommen hatte, so daß der Graf von Morella „Zeit gewann, herbeizukommen. Dieser stürzte sich mit „solchem Ungestüm auf die Christinos, daß sie in wenigen „Augenblicken geworfen und in die Flucht geschlagen wurden. — Man schätzt den Verlust der Christinos auf mehr „als tausend Mann; der Verlust der Carlisten scheint „unbedeutend gewesen zu seyn. Aber während des Gefechts hatten sie den Convoi aus dem Gesicht verloren, „und man glaubt, daß er nebst seiner Escorte nach Guadalarara zurückgekehrt ist. — Diese Stadt liegt nur „zwölf Lieues von Madrid. Man sieht, daß der Graf „von Morella seine Operationen kühn bis in die Nähe der Hauptstadt trägt. Hieraus erklärt sich die bisherige Unterbrechung der Communicationen mit Madrid."

Die Berliner (Haude- und Spener'sche) Zeitung enthält in einem Schreiben aus Wien, nach den Mittheilungen eines teutschen Offiziers, der sich längere Zeit bei Don Carlos aufgehalten, und mit Maroto in freundschaftlichen Verhältnissen gelebt hatte, zur Rechtfertigung der von diesem General im verflossenen Februar zu Estella ergriffenen Maaßregeln Folgendes: „General Maroto scheint zu seinem allerdings sehr energischen Verfahren durch die Angriffe der Gegenpartei berechtigt gewesen zu seyn, deren Treiben durchaus ein Ende gemacht werden mußte, sollte die Sache des Don Carlos nicht durch diese ehrgeizigen und selbstsüchtigen Intriguen an den Rand des Abgrunds gebracht werden. Daß übrigens das blutige Drama in Estella nichts weniger, als eine Reaction gegen die Provinzialchefs gewesen ist, beweist der Umstand, daß gerade die wahren und angesehensten Häuptlinge, Villareal, Simon Latorre, Goñi, Zariategui u. a. m., jetzt erst aus ihrer Haft, in welcher sie unter dem Einflusse des vorigen Ministeriums schmachteten, entlassen und angestellt wurden. Diese Chefs, so wie auch die Generäle Urbistondo, Gomez u. A., sind weit bedeutendere Notabilitäten als die Geopferten. Schon war von diesen letztern im Jänner in Estella ein Vorspiel zu einem Aufstande versucht worden, in welchem der General Maroto und seine Anhänger fallen, und von den Aufrührern dem Don Carlos Gesetze mit den Waffen in der Hand, wie es schon im vorigen Frühjahre versucht worden war, vorgeschrieben werden sollten. Hier war Gefahr in Verzug, und der General Maroto allerdings nicht der Mann, unter welchem im Carlistischen Heere die Vorfälle der Granja nachgeahmt werden konnten. Einigkeit, Gehorsam, Disciplin sind die ersten Bedingungen der Existenz eines Heeres, und so traurig es auch seyn mochte, diese Wahrheit mit Blut besiegeln zu müssen, so ist der General Maroto dadurch in seiner eigenen Ueberzeugung und in der öffentlichen Meinung gerechtfertigt, daß er nur durch dieses durchgreifende, entscheidende Verfahren der Gefahr entgegenkommen, das Uebel in seiner Wurzel ausrotten, und sich auf diese Art der schweren Verantwortlichkeit, die auf ihm lastete, gewachsen zeigen konnte. Schon Zumalacarregui hegte eine ähnliche Idee, als die Camarilla ihn in seinen Plänen hemmte; allein damals hätte sich die Proscription lediglich auf die Rathgeber und Umgebungen des Königs beschränkt, da kein militärischer Chef es gewagt haben würde, die Fahne der Insubordination zu erheben; und hätte es ja einer versucht — so hätte er es wahrlich nicht minder mit dem Leben gebüßt, als die jetzt in Estella Hingerichteten! — Deßhalb zitterte auch die Camarilla vor Zumalacarregui und haßte ihn bitter; doch hatte sich an ihre Umtriebe noch keine Militärpartei angeschlossen. Erst unter Moreno und Guergue breitete sich die Ränkesucht und der Intriguengeist auch im Heere aus und mußte, sei es auch auf blutige Art, erstickt werden. Der General Maroto soll

ein ernster, kräftiger, aber keineswegs blutdürstiger Mann, von würdevollem Aeußern und sehr einnehmendem Umgang, ritterlichem Anstand und edler altcastilischer Sitte seyn. Er ist ein, schon im spanischen Befreiungskampfe und später in den amerikanischen Kriegen erprobter, erfahrungsreicher Krieger, und der Camarilla und ihren Anhängern lediglich durch seine gemäßigten, rein soldatischen Ansichten — nach welchen er zwar durchgreifende militärische, aber gelinde politische Maaßregeln verlangte — verhaßt. Daß Don Carlos Herz und Gemüth die blutige, wenn auch unausweichlich nothwendige, Lösung des Knotens überraschte, daß es ihm schwer fiel, Männer, welche er in diesem langen Kampfe als seine Gefährten und Vertheidiger gesehen hatte, — sei es auch als nothwendige Opfer für die Erhaltung kriegerischer Zucht und die Sühnung versuchten Treubruchs und verletzter Pflicht, — fallen zu sehen, — daß es erst des unwiderlegbaren Beweises der Schuld bedurfte, um ihm die Sanctionirung dieses Schrittes, zu welchem der General Maroto anfangs nur bedingterweise bevollmächtigt war, abzudringen: dieß dünkt uns eher Don Carlos milden Sinn und dessen Gerechtigkeitsliebe zu beurkunden, als für einen Beweis von Wankelmuth oder Unentschlossenheit gelten zu können. Ueberhaupt dürfte es schwer seyn, aus der Ferne die, den transpyrenäischen Verhältnissen eigenthümlichen, — zudem meistens nur halbwahr berichteten, oder auch geflissentlich entstellten Ereignisse zu beurtheilen. So z. B. dürften die Umtriebe, welche jetzt schon durch die Exilirten an der Gränze angesponnen werden, beweisen, daß Maroto's vielgetadeltes, blutiges Verfahren vielleicht noch nicht durchgreifend genug seyn möchte, und noch nicht alle Köpfe der Hydra abgeschlagen sind. — Wäre Cabrera an Maroto's Stelle gewesen, die Camarilla wäre wahrlich nicht so leichten Kaufes davongekommen."

Großbritannien und Irland.

Zu Anfang der (in unserem Blatte kurz erwähnten) Sitzung des Oberhauses vom 14. Mai fand eine kurze Discussion in Bezug auf den Ausschuß zur Untersuchung des Zustandes von Irland Statt, angeregt durch einen Zeitungsartikel, in welchem dem Secretär des Lordlieutenants von Irland, Hrn. Drummond, vorgeworfen war, daß er auf Betrieb des Marquis von Normanby dem Ausschusse Documente vorenthalten habe, in denen man Aufschlüsse über eine in Irland vermuthete Bandmännerverschwörung zu finden geglaubt, eine Beschuldigung, die auch schon zu einer gerichtlichen Verhandlung Anlaß gegeben, deren Resultat eine vollkommene Freisprechung des Marquis von Normanby war. In obgedachter Sitzung erklärte nun auch der Torylord, Graf Wharncliffe, welcher Mitglied jenes Ausschusses ist, der dem Marquis und seinem ehemaligen Secretär gemachte Vorwurf für durchaus ungegründet, und Lord Normanby benützte diese Gelegenheit, um sich über eine seiner früheren Aeußerungen näher zu erklären; er habe nämlich, sagte er, niemals behaupten wollen, daß gar keine Verschwörung in Irland existire, sondern nur, daß keine allgemeine politische Verschwörung dort vorhanden sei, wovon er sich auch jetzt noch überzeugt halte. Uebrigens sprach er den Wunsch aus, daß dem Ausschusse seine Arbeiten auf alle mögliche Weise erleichtert, und daß demselben alle irgend im Schlosse von Dublin befindlichen Documente mitgetheilt werden möchten, damit man ersehe, wie er (der Marquis) es als Lordlieutenant von Irland an keiner Anstrengung habe fehlen lassen, um allen gesetzwidrigen Umtrieben auf die Spur zu kommen. — Hierauf folgten die schon erwähnten, von Lord Melbourne und dem Herzoge von Wellington gegebenen Aufschlüsse über die Unterhandlungen zur Bildung eines conservativen Ministeriums, aus denen sich aber nichts Neues ergab, da der Gegenstand schon am Abend vorher im Unterhause von Lord John Russell und Sir Robert Peel erschöpft worden war, und die beiderseitigen Erklärungen vollkommen mit denen dieser Staatsmänner übereinstimmten. Lord Melbourne bestätigte die Aussage Lord J. Russells, daß die Königinn geglaubt habe, Sir R. Peel verlange die Entfernung aller ihrer Hofdamen, sowohl sämmtlicher Kammer- und Garderoben-Damen, als der niedrigen weiblichen Bedienung, — eine Vermuthung, die allerdings nach den späteren Erklärungen Sir R. Peel's irrig gewesen zu seyn scheine. (Hört, hört! von Seiten der Opposition.) Der Minister wies dann jedwede Insinuation, wie sie in öffentlichen Blättern mehrfach vernommen worden, als wäre bei dieser Sache irgend eine Intrigue mit im Spiel gewesen, als habe man die Opposition gegen die Veränderung des Hofstaates im voraus beschlossen gehabt, um jeden Versuch zur Bildung eines conservativen Cabinets zu einer Fehlgeburt zu machen, mit großer Entrüstung zurück. „Es kümmert mich zwar wenig," fügte er hinzu, „ob man mich beschuldigt, daß ich mit Zähigkeit an meiner Stelle festhielte, aber dem wollte ich mich nicht aussetzen, daß man mich beschuldigen konnte, ich hätte meine Souveraininn feig im Stiche gelassen, und ich erkläre jetzt offen, daß ich mein Amt nur deßhalb wieder übernommen habe, weil ich Ihre Majestät in einer so schwierigen und traurigen Lage nicht verlassen wollte, da man Forderungen an sie stellte, in die sie nicht willigen konnte, Forderungen, die sich mit ihrer persönlichen Ehre nicht vertrugen, und die, wenn man ihnen nachgäbe, ein Beispiel gegeben hätten, welches sie für ihre ganze übrige Regierung der Gefahr ausgesetzt hätte, ganz der Parteipolitik anheimzufallen (hört, hört! vom Herzoge von Sussex), und in ihrem häuslichen Leben von fortwährenden Unannehmlichkeiten gepeinigt zu werden." — Aus der Rede des Herzogs von Wellington ist besonders folgende Stelle bemerkenswerth: „Ich kann nicht glauben, Mylords," sagte der Herzog, „daß die Principien, nach denen wir in Bezug auf die Hofdamen einer regierenden Königinn zu handeln vorschlugen, nicht die richtigen seien. (Hört! hört!) Das Publicum will nicht glauben, daß die Königinn sich mit jenen Damen nicht über politische Gegenstände unterrede, und daß dieselben keinen politischen Einfluß hätten, namentlich wenn man erwägt, wer die Damen sind, die jene Aemter bekleiden. Ich glaube, die Geschichte Englands bietet eine Menge von Beispielen dar, daß ein geheimer und ungeeigneter Einfluß durch solche Unterredungen ausgeübt wurde. Ich habe eine ziemlich entschiedene Meinung über diesen Gegenstand. Ich habe das Amt, welches der edle Viscount jetzt so würdig ausfüllt, unwürdig verwaltet, und ich muß sagen, daß ich den Nachtheil eines ungehörigen Einflusses empfunden habe, der vielleicht nicht von Damen ausging, aber offenbar dieser Art war und durch bloße Unterredungen ausgeübt wurde, und ich versichere dem edlen Viscount, daß das Land in diesem Augenblick selbst einigermaaßen den Nachtheil jenes sehr geheimen Einflusses empfindet. Ich glaube, Mylords, ich bin in Bezug auf diesen Gegenstand weiter gegangen, als es vielleicht dem edlen Viscount lieb seyn mag; allein ich muß sagen, daß, als wir die Controlle über den königlichen Hofhalt verlangten, wobei wir gewiß keinen Vorschlag gemacht haben würden, der Ihrer Majestät unangenehm hätte seyn können, ich es zugleich für durchaus unmöglich hielt, unter den gegenwärtigen Umständen ohne diesen Beweis des Vertrauens Ihrer Majestät an der Verwaltung des Landes Theil zu nehmen." —

Nach dem Herzog nahm kein Mitglied weiter das Wort und das Haus vertagte ſich um 7 Uhr.

Der Times zufolge wäre Sir Robert Peel, als er am 13. Mai aus dem Unterhauſe nach Hauſe ging, von der vor dem Hauſe verſammelten Menge bis nach ſeiner Wohnung begleitet und mit dem lebhafteſten Jubelruf begrüßt worden, wogegen die Lords Melbourne und Normanby bei der Polizei hätten Schutz ſuchen müſſen, weil der Pöbel ſie ausgezijcht habe. Der Courier antwortet darauf bloß, er könne nicht wiſſen, ob Sir R. Peel vom Pöbel ſo freudig empfangen worden, da ſich keiner ſeiner Berichterſtatter unter dem Pöbelhaufen befunden habe, indeß ſei jene Angabe doch ſehr zu bezweifeln, ſo viel aber könne er mit Gewißheit berichten, daß Lord Melbourne und Lord Normanby auf ihrer Rückkehr nach Hauſe von vielen hundert achtbaren Perſonen enthuſiaſtiſch begrüßt worden, und daß das Volk auch den Herzog von Wellington, wie es gewiß ſtets der Fall ſeyn werde, ſehr freundlich empfangen habe.

Die Times hält es für ſehr unwahrſcheinlich, daß das alte Miniſterium in unveränderter Geſtalt am Ruder bleiben, und die unbedingte Unterſtützung aller Radicalen erhalten ſollte. Einem andern Gerücht, daß das Miniſterium einen liberalen Aufguß bekommen, und daß die Lords Normanby und Durham, als Premier- und Colonialminiſter, die miniſteriellen Führer des Oberhauſes werden, die Lords Morpeth und Howick aber das Unterhaus leiten ſollten, will ſie eben ſo wenig Glauben ſchenken, weil ein ſo radicales Miniſterium nirgends eine Majorität finden würde. Einem drittem Gerüchte, daß der conſtitutionneller, das heißt conſervativer, geſinnte Theil des Melbourne'ſchen Miniſteriums, darunter Lord Holland, die Unmöglichkeit eines Nachgebens Sir R. Peels in der Hofſtaatsangelegenheit einräumten, und letzterem keine weitere Hinderniſſe entgegenſtellen wollten, möchte das genannte Blatt gern glauben, zweifelt aber auch daran. So viel indeß, meint dasſelbe, ſcheine gewiß zu ſeyn, daß, wenn auch Lord Melbourne die Zügel der Regierung wieder übernommen habe, doch Lord J. Ruſſell nur ſo lange noch Mitglied des Miniſteriums bleiben wolle, bis man einen paſſenden Nachfolger für ihn gefunden hätte. „Was aber," fragt die Times, „ſoll dann aus eurem Miniſterium werden, wenn dieſer Lord und diejenigen Mitglieder des Cabinets aus demſelben ausſcheiden, die gleich ihm der Meinung ſind, daß die Zeit gekommen ſei, wo man ſich weitern organiſchen Umwälzungen widerſetzen müſſe, und daß England nicht alle Jahre eine Revolution aushalten könne? Werft ihr dieſe hinaus, proteſtirt gegen ihre Torylehren und erſetzet ſie durch entſchloſſene Burſche, ſo wird euch allerdings die ganze radicale Macht unterſtützen; aber was wird dann aus denen werden, die mit Lord J. Ruſſell für Abgeſchloſſenheit der Reformen ſind? Ei nun, während eure irregulären Hülfstruppen auf der einen Seite hereinſpazieren, ziehen eure Veteranen auf der andern ab, und eure Verwaltung wird noch ſchwächer, als ihre Vorgängerinn. Was Lord Melbourne und Lord John, im Bunde mit dem vornehmen und begüterten Theile der Whigs, nicht auszuführen vermochten, das wird Lord Normanby, dieſer Macht gegenüber, ſchwerlich erreichen, und ſollte er auch dem irländiſchen Schweif noch das Auskehricht aller Gefängniſſe und Zuchthäuſer von England, Schottland und Wales anhängen. Genug, der ganze Gewinn des aufgefriſchten Cabinets iſt ein Verluſt. Doch vielleicht verloren die Whigs zu früh den Muth; vielleicht können ſie immer noch die Radicalen um ſich ſammeln, wenn gleich ihre letzte Majorität nur fünf betrug? Es war den Radicalen vermuthlich nicht Ernſt; ſie glaubten, die Miniſter würden ihnen lieber ein wenig nachgeben, als ſich zurückziehen; und da ſich das Gegentheil gezeigt hat, werden die Radicalen vielleicht ſelbſt eher nachgeben, als das Melbourne'ſche Miniſterium fallen laſſen. Unmöglich iſt dieß keineswegs. Es läßt ſich von ihnen ſogar eine unbedingte Unterwerfung erwarten. Sollten ſie aber Bedingungen ſtellen, ſo gibt es auch noch einen Ausweg. Zwar haben ſich die Abgeſchloſſenheitsmänner gegen die geheime Abſtimmung, gegen das Hauswirthwahlrecht und gegen jährliche Parlamente erklärt, das heißt, ſie wollen nicht dafür ſtimmen; aber wie, wenn man „offene Fragen" daraus machte? Dieß gethan, und Alles bleibt wie es war. Sobald jene gefährlichen Fragen von den Radicalen geſtellt werden, müſſen die Tories den Whigs beiſtehen, und bei allen andern Fragen vereinigen ſich die Whigs und die Radicalen gegen die Tories. Zwar würden die Radicalen durch einen ſolchen Vergleich nichts gewinnen, weil ſie bei allen organiſchen Reformen von den Whigs und Tories zuſammen würden geſchlagen werden; aber ſie nehmen die Täuſchung vielleicht als eine Abſchlagszahlung hin, und wenn ſie nur unter irgend einem Vorwande bis zu einer neuen Seſſion hinzuhalten ſind, ſo iſt doch Friſt für die Whigs gewonnen. Da liegt aber noch ein ſchlimmes Ding im Wege, ein arger Stein des Anſtoßes, die Jamaica-Bill. Wie darüber hinaus oder darum herum kommen? Denn hier wenigſtens wird mit den Radicalen nichts anzufangen ſeyn. Nun, wird man ſagen, ſoll die Wohlfahrt einer kleinen Colonie mit kaum einer halben Million Einwohner dem großen Nationalzweck hinderlich ſeyn, die Tories vom Ruder fern zu halten? Man opfert die Jamaica-Bill auf dem Altar der allgemeinen Verſöhnung, der Einigkeit unter allen Reformen! Hat man doch die Appropriations-Clauſel aufgegeben, hinſichtlich deren man viel längere und feſtere Verpflichtungen hatte, und die Abſchaffung der Kirchenſteuer und die irländiſchen Eiſenbahnen iſt man nahe daran, aufzugeben; alſo fort mit jenem unerläßlichen Anhang der großen Emancipationsmaaßregel. Es kommt bloß darauf an, ein Paar in der erſten Aufwallung nach einer Niederlage geſprochene Worte zurückzunehmen und dem Volke zu ſagen, daß die Maaßregel, die früher durchaus nothwendig ſchien, ganz unnöthig ſei, und daß das Vertrauen des Unterhauſes, welches man ſich entſchlüpft glaubte, plötzlich wieder, wie ein reuiger Sünder, zu euch zurückgekehrt ſei. Ihr thut dann nur mit Hinſicht auf die Urſache, um deren willen ihr eure Aemter verloren, ganz dasſelbe, was ihr mit Hinſicht auf die Urſache gethan, durch die ihr ans Ruder gekommen." Nachdem die Times den Whigs dieſe Alternative geſtellt, entweder durch ſolche Manöver dem alten Melbourne-Ruſſell'ſchen Cabinet noch eine Weile ſeine Exiſtenz zu friſten, oder es mit neuen, liberaleren Experimenten zu verſuchen, tröſtet ſie ſich damit, daß das Land in keiner von beiden Formen ein aus whiggiſtiſchen und radicalen Elementen beſtehendes Miniſterium noch lange dulden und daß eine neue allgemeine Parlamentswahl eine bedeutende conſervative Majorität liefern werde. Dieß müſſen jedoch wohl die Whigs nicht glauben, wenn es wahr iſt, daß ſie, wie das Gerücht ſagt und worauf auch die an mehreren Orten ſchon getroffenen Vorbereitungen zu neuen Wahlen hindeuten, in jedem Fall beſchloſſen hätten, das Parlament baldigſt aufzulöſen und an die Meinung des Landes zu appelliren. Der Standard will ſogar mit Beſtimmtheit wiſſen, daß die betreffende Proclamation unverzüglich erſcheinen werde.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe, Dorotheergaſſe Nr. 1103.

№ 148

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 28. Mai 1839.

W. Z. 1. E. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 26. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.386	28 3. 12 L. 9 P.	+ 6.8	NW.	mittel.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.395	28 1 10	+ 6.9	NW.	schwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.401	28 1 11	+ 7.0	NW.	—	—

Spanien.

Die Gazette de France enthält folgendes ämtliche Bulletin aus Durango vom 13. Mai: „Esparte-ro, der sich ohne Zweifel schämte, seit so vielen Tagen mit so imposanten Streitkräften, die den unserigen ums Dreifache überlegen sind, vor einer Redoute, die einem regelmäßigen Angriff nicht zu widerstehen vermag, und übrigens durch das unglückliche Ereigniß vom 8. (das Springen der neu gegossenen Kanonen) ihres Hauptvertheidigungsmittels beraubt war, aufgehalten zu werden, machte vorgestern eine verzweifelte Bewegung, in Folge deren es ihm um den Preis vielen Blutes gelang, die fünf Carlistischen Bataillons, unter Commando des Generals Simon Latorre, zu delogiren und das Fort von Ramales zu berennen, welche er sogleich zweimal stürmen ließ und beide Male von der heldenmüthigen Besatzung mit beträchtlichem Verluste an Todten, die alle Gräben füllten, zurückgeschlagen wurde. — Man schätzt den Verlust des Feindes sowohl bei dem ersten Angriff, als bei den beiden Stürmen am 11., auf 2000 Mann, und rechnet man hierzu die Verluste, die er an den vorhergehenden Tagen erlitten, so darf man kühn behaupten, daß die Christinos 6000 Mann vor einem Fort verloren habe, welches sie ohne Widerstand zu nehmen hofften. — Am 11. erschienen die Feinde, 13 Bataillons, 8 Escadrons, mit zwei Batterien, stark, in Navarra unter den Befehlen des Generals Don Diego Leon, vor dem Dorfe Arroñiz (südlich von Estella), wo General Elio mit weit geringeren Streitkräften sie erwartete. — Unsere Freiwilligen trieben die Feinde mehrere Male zurück, ehe es diesen gelang, in das Dorf einzudringen, und zweimal wurden sie mit gefälltem Bayonnet wieder daraus vertrieben; nur mit den größten Anstrengungen konnten sich die Christinos endlich im Dorfe behaupten; die Unserigen zogen sich nach Luquin zurück, und stellten sich im Angesicht des Feindes auf, dessen Verlust den unserigen bei weitem übersteigt. — Die Landleute, die an der Küste wohnen, waren hinreichend, um gestern eine Colonne von 500 Christinos zu verjagen, welche um halb 6 Uhr Morgens zwischen Lequeitio und Ondorroa ohne Zweifel in der Absicht gelandet hatten, die Gefangenen vom Depot und Marquiña zu befreien; allein auf der Anhöhe von einigen bewaffneten Bauern aufgehalten und nach Ondorroa zurückgedrängt, schifften sie sich um 10 Uhr Morgens wieder ein, nicht ohne Spuren ihrer Grausamkeit hinterlassen zu haben, indem sie diese unglückliche Stadt schrecklich plünderten."

Die Sentinelle des Pyrénées gibt über die Affaire bei Arroñiz folgende Details: „Man schreibt aus Navarra, daß der General Don Diego Leon mit einer Colonne von 12,000 Mann, 800 Pferden und 20 Kanonen von los Arcos gegen Estella aufgebrochen ist. Bei seiner Ankunft im Dorfe Urbiola entwickelte Leon drei Escadrons, um das Terrain zu recognosciren, und die zweite Escadron, unter Zariategui's Commando, anzugreifen. Dieser, von einem Bataillon, das eine Decharge gab, unterstützt, empfing den Feind kaltblütig. Die Carlistische Escadron gruppirte sich, und gab im selben Augenblicke gleichfalls eine Decharge, welche den Obersten der Christinischen Cavallerie tödtete. — Leon formirte hierauf drei Angriffscolonnen, welche bald rechts, bald links attakirten, und gegen zwei Stunden lang kämpften, ohne die Carlisten auch nur einen Fußbreit zum Weichen zu bringen. Die Carlistische Linie war an die Anhöhen von Arroñiz bis zum Dorfe Urbiola gelehnt. — Elio vertheidigte diese Stellungen mit dem 2ten, 3ten, 7ten, 9ten, 11ten und 12ten Bataillon von Navarra, und sieben Escadrons Cavallerie. — Es war 7 Uhr Abends, als eine Christinische Colonne dem Feinde in die rechte Flanke fiel, und in Arroñiz eindrang, wo nicht mehr als 40 Carlistische Soldaten in einem Hause Posto faßten, und sich, wie Verzweifelte, wehrten; sie mußten am Ende capituliren. — Der Rest der Armee setzte das Feuer bis 8 Uhr Abends fort. Des Kampfes müde, und da die Nacht hereinbrach, übernachteten die Christinos in Arroñiz und die Carlisten in Arrellano und Dicastillo. — Der beiderseitige Verlust ist sehr bedeutend; besonders der auf Seite der Christinos, weil sie tausend Hindernisse, Brustwehren, Anhöhen, durchschnittene Wege zu überwältigen hatten. Die Carlisten haben gegen 100 Todte, 3 bis 400 Verwundete und 50 Gefangene verloren, obgleich sie sagen, daß sie ihren Verlust noch nicht genau ermitteln konnten.

— Der Verlust der Christinos wird von ihnen zu hoch angeschlagen, als daß wir ihren Angaben Glauben beimessen können; wir erwarten nähere Berichte." — „Vom 12. Die Christinos sind von Arroñiz und aus ihren Cantonnirungen aufgebrochen, und haben Arellano und Dicastillo angegriffen und geplündert; sie haben sich hierauf zurückgezogen, um in Arroñiz zu übernachten. Wir besitzen noch keine andere Details über diese letztere Affaire."

Die Gaceta de Madrid vom 13. Mai enthält ein Decret der Regentinn vom vorhergehenden Tage, kraft dessen, da Don Jose Ferraz wegen seiner schwächlichen Gesundheit das ihm interimistisch übertragene Portefeuille der Finanzen nicht übernehmen wollte, der General-Steuerdirector Don Domingo Ismenez mit diesem Interim beauftragt wird.

Portugal.

Ueber die Ankunft und den Aufenthalt der verwitweten Königinn von England in Lissabon meldet der Correspondent der Allgemeinen Zeitung aus dieser Hauptstadt vom 2. Mai: „Schon am 28. April kam durch das Dampfschiff von Cadix die Nachricht hier an, daß die verwitwete Königinn von England auf der Höhe von Gibraltar gesehen worden sei, und noch denselben Tag in Lissabon eintreffen könnte, wo alsbald vom Hofe alle Anstalten getroffen wurden, um sie ihrer würdig zu empfangen, indem man ihr das neu eingerichtete Palais in Belem zur Wohnung bestimmte. Am 29. gegen Mittag verkündete der Kanonendonner aller Festungen und aller Kriegsschiffe deren Ankunft. Alsbald begaben sich die Königinn und der König, sobald das Linienschiff „Hastings" vor dem Quai von Belem Anker geworfen, an Bord desselben, um den hohen Gast zu bewillkommen. Sie verweilten eine Stunde bei der Königinn. Leider nahm Ihre Majestät die Einladung, den Pallast von Belem während ihres Aufenthalts zu beziehen, nicht an, weil dieß für die wenigen Tage ein zu großes Derangement für sie machen würde. Den folgenden Tag stattete sie ihren Gegenbesuch der Königinn Dona Maria ab. Im Staatswagen mit acht der schönsten Schimmeln bespannt, wurde sie am Quai von Belem abgeholt, in Begleitung einer halben Escadron Cavallerie als Ehrengarde. Bei dem Ausschiffen donnerten abermals alle Kanonen. Die königliche Galeere mit 120 Ruderern, welche sie vom Bord ans Land setzen sollte, war nicht angenommen worden, sie bestieg ihre eigene. Diese Zurückweisung, so wie daß sie die Wohnung am Lande nicht annahm, machte keinen guten Eindruck im Volke; man glaubte sich zurückgesetzt durch eine englische Fürstinn, und hörte manche Aeußerungen von Unzufriedenheit. Das Volk urtheilt nur nach dem Aeußern; es würdigt nicht die Gründe der körperlich leidenden Königinn. Vor dem Pallast in Necessidades war ein Regiment Infanterie aufgestellt. Der König empfing den hohen Gast am Wagen, und führte ihn die Treppe hinan. Oben an der Thüre des Vorzimmers wurde Königinn Adelheid von Maria da Gloria und den beiden kleinen Prinzen empfangen und in die innern Gemächer geführt, woselbst sie eine Stunde beisammen blieben. Darauf begab sich die verwitwete Königinn wieder an Bord des Schiffs, um erst um 6 Uhr wieder zur Tafel zurückzukehren, die aus 36 Couverts bestand, und wozu mehrere Personen des ersten Adels eingeladen waren. Es wurde überhaupt alles Mögliche aufgeboten, um der fremden Königinn, der ersten wohl, seitdem die portugiesische Monarchie besteht, die hier einen Besuch machte, die größten Aufmerksamkeiten zu erweisen. Daher war man auch erfreut, als sie die Einladung annahm, das romantisch gelegene Cintra zu besehen, diese portugiesische Schweiz, die besonders wegen ihrer grotesken Felsenparthien und alten Bergschlösser die Königinn an das vaterländische Altenstein erinnern wird. Die Fahrt dahin wurde auf den 3. Mai festgesetzt."

Großbritannien und Irland.

Die Mitglieder des Unterhauses rüsten sich bereits zur Sprecherwahl; die Anhänger beider Parteien werden eingeladen, gewissenhaft zu erscheinen. Der Standard wendet sich an das Häufchen Radicalen, an die HH. Leader, Grote, Sir W. Molesworth ꝛc., welche bei der Jamaica-Bill gegen die Regierung stimmten und auch jetzt den Ausschlag geben könnten. Er fordert sie auf, entweder für den conservativen Candidaten, Henry Goulburn, zu stimmen, oder sich der Theilnahme an der Wahl zu enthalten. — Eine andere Tagesfrage ist das Treiben der Chartisten. Die Verhandlungen des Nationalconvents nehmen eine immer heftigere Wendung. O'Connor behauptete in einer der letzten Versammlungen zu Birmingham, am 16. Mai, Lord J. Russell habe während seiner ganzen Verwaltung wie ein Narr gehandelt und nicht wie ein Staatsmann. O'Brien äußerte, er wisse bestimmt, daß er am nächsten Tage werde verhaftet werden; er rieth daher den Chartisten, sie sollen, für den Fall, daß die Einmischung der Behörden in ihre Verhandlungen zum Blutvergießen führen würde, sich an dem Leben und Eigenthum der mittleren Classe rächen, welche die Regierung zu Ueberschreitung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse aufreizen. Die Regierung, welche vermittelst der Eisenbahn über Birmingham die unmittelbarste Aufsicht üben kann, hat eine starke Abtheilung von der Londoner Polizei dahin abgehen lassen, mit dem Auftrage, die Schritte der Chartisten zu bewachen. Es heißt, sie seien mit Verhaftbefehlen gegen mehrere Chartistenhäupter versehen. Uebrigens haben die meisten Mitglieder des Convents, theils aus Furcht, theils wegen der kalten Aufnahme, die sie gefunden, Birmingham verlassen.

Den neuesten Nachrichten aus Birmingham vom 17. zufolge sind wirklich an diesem Tage mehrere Chartisten verhaftet worden; sie wurden sogleich verhört und

dann gegen Caution wieder auf freien Fuß geſetzt; ſie ſollen vor die nächſten Warwick-Aſſiſen geſtellt werden.

Aus den beſtimmten Anordnungen, welche Lord John Ruſſell im Unterhauſe für die Wiedereröffnung des Parlaments nach den Pfingſtferien getroffen hat, ſcheint hervorzugehen, daß die Miniſter doch eine Auflöſung des Parlaments ſo ſchnell noch nicht beabſichtigen, als es in den letzten Tagen von Tory-Blättern vorausgeſagt wurde. Die miniſteriellen Zeitungen widerſprechen zwar dem Gerüchte von einer beabſichtigten Auflöſung nicht, doch geben ſie zu verſtehen, daß für den Augenblick eine ſolche Maaßregel noch nicht im Werke ſei. Vielleicht wollen die Miniſter erſt das Ergebniß der Sprecherwahl abwarten, bei welcher, wie es ſchon ausgemacht zu ſeyn ſcheint, die Tories Hrn. Goulborn, die Liberalen Hrn. Shaw Lefevre als Candidaten aufzuſtellen gedenken. Der bisherige Sprecher, Hr. Abercromby, ſoll zum Pair erhoben werden, und es wird daher in Edinburgh, für welche Stadt Hr. Abercromby Parlamentsmitglied iſt, eine neue Wahl vorzunehmen ſeyn, bei welcher Gelegenheit von der liberalen Seite Hr. Macaulay vorgeſchlagen wird, der ſeit längerer Zeit aus dem Parlamente entfernt geweſen iſt, da er einige Jahre in Indien zubrachte. Wahrſcheinlich wird auch in der Zuſammenſetzung des Miniſteriums bis zur Entſcheidung der Sprecherwahl keine Modification Statt finden, wenn überhaupt den hierüber umlaufenden Gerüchten zu glauben iſt, die allerdings bei der Stellung, in die das jetzige Cabinet den Radicalreformen gegenüber gekommen iſt, viel für ſich haben. So ſagt unter Anderem der Examiner, der zu den eifrigſten Vertheidigern des bisherigen Miniſteriums gehörte, jetzt dennoch, es müſſe zu einer Umgeſtaltung des Melbourne'ſchen Cabinets kommen, das Land ſei ſehr geſpannt darauf, da es aus der neuen Zuſammenſetzung desſelben erſehen werde, inwieweit man geneigt ſei, die Hinderniſſe zu beſeitigen, welche in der letzten Zeit einer beſſeren Eintracht zwiſchen dem Miniſterium und der Hauptmaſſe ſeiner Anhänger entgegengeſtanden. Der Atlas, der ebenfalls zu den gemäßigteren liberalen Blättern gehört, ſagt in derſelben Beziehung: „Das neulich erfolgte Ableben des Melbourne'ſchen Miniſteriums, welches ohne Kampf, aus Mangel an Unterſtützung im Unterhauſe verſchied, macht die Ausſicht eines andern Melbourne'ſchen Cabinets eben ſo verzweifelt, als wenn Hr. Attwood auf der einen oder Lord Roden auf der andern Seite die Verwaltung des Landes übernehmen ſollten. Der Stand der Meinungen im Unterhauſe iſt heute noch derſelbe, wie am vorigen Montag. Vielleicht haben aber ſpätere Ereigniſſe dem Lord Melbourne die abſolute und gebieteriſche Nothwendigkeit gezeigt, ſeinem Cabinet größere Energie zu verleihen. Wenn dieß der Fall iſt, wenn die neue Liſte einige neue Namen an der Stelle einiger alten enthält, wenn die Grundlage der Principien weiter ausgedehnt, wenn das Cabinet in ſeinen Handlungen energiſcher und die Einigkeit desſelben vollſtändiger wird, dann fürchten wir nicht, daß das regenerirte Melbourne'ſche Cabinet die Hoffnungen des Landes nicht erfüllen und die Freiheiten desſelben nicht beſtätigen werde.“ Der Spectator äußert ſich folgendermaaßen über die Miniſterkriſis: „Sir Robert Peel iſt ſchlau und gewandt, aber nicht ſcharfſichtig. Mehr politiſcher Inſtinct würde ihm gezeigt haben, wie thöricht es ſei, ſich mit der Königinn wegen ihrer Hofhaltung zu entzweien, ehe er ſich eine bedeutende Majorität im Unterhauſe geſichert. Hätte er gewartet, bis 450 Tory-Mitglieder im Unterhauſe geſeſſen, ſo wäre die Königinn in ſeiner Gewalt geweſen, und hätte ihre Whig-Damen entlaſſen müſſen. Er hat einen Bock geſchoſſen, und dieß iſt nicht das erſte Mal, wie Jeder weiß, der ſeine Laufbahn verfolgt hat. Aber laſſen wir das — was wird nun geſchehen? Eins von dieſen drei Dingen: Lord Melbourne wird entweder das Cabinet aus ſeinen alten Elementen wiederherſtellen, in welchem Falle es bald zuſammenſtürzen dürfte; oder er wird neue Perſonen und neue Principien aufnehmen; oder endlich ein neues Miniſterium mit neuen Perſonen und neuen Principien wird ohne ihn gebildet. In einem der beiden letzten Fälle wird das Miniſterium von einigen der alten Whigs verlaſſen werden und würde ſich bis zu einer neuen Wählerregiſtrirung nicht halten können, wenn man nicht einer Majorität beider Häuſer trotzen will. Die einzige Alternative iſt daher ein Toryminiſterium ohne Whiggismus, das den feindſeligen Majoritäten in beiden Häuſern eine Zeit lang Trotz böte.“

Der Großfürſt-Thronfolger von Rußland hat in den letzten Tagen unter Anderm auch dem Wettrennen zu Derby beigewohnt, welches aber ſo wenig vom Wetter begünſtigt wurde, daß es mitten in einem ſtarken Schneegeſtöber Statt fand.

Am Montag, Dinſtag und Mittwoch (13., 14., 15. Mai) fiel in London Schnee; mehrere Nächte hindurch war es gefroren.

Briefe aus Corfu vom 1. Mai melden die plötzliche Vertagung des Parlaments der joniſchen Inſeln durch den Lord Obercommiſſär, Sir Howard Douglas. Eines der einflußreichſten Mitglieder des Parlaments iſt nach London abgegangen, um gegen dieſe Maaßregel Vorſtellungen zu machen.

Louis Napoleon hat an die Times und an den Courier ein Schreiben gerichtet, in welchem er jede Verantwortlichkeit für die in Paris ausgebrochene Inſurrection von ſich abweiſt. „Mein Herr,“ ſo lautet daſſelbe, „ich erſehe mit Schmerz aus Ihrer Pariſer Correſpondenz, daß man mir die Verantwortlichkeit für den letzten Aufſtand zuwälzen will. Ich rechne auf Ihre Güte, um dieſe Inſinuation aufs förmlichſtez urückzuweiſen. Die Nachricht von den Statt gefundenen blutigen Auftritten hat mich eben ſo ſehr überraſcht wie betrübt.

Wäre ich die Seele eines Complotts, so würde ich auch an dem Tage der Gefahr deſſen Chef ſeyn, und es nach einer Niederlage nicht abläugnen. Empfangen Sie die Verſicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Napoleon Louis Bonaparte."

Conſols am 18. Mai 93⅞, ¾.

Frankreich.

Am 17. Mai ſind wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten trugen Viele lange Haare und Schnurrbärte. Die im Hotel Dieu liegenden verwundeten Aufrührer ſollen jetzt, auf Befehl des Pairshofes, in abgeſonderte Zimmer gelegt werden; auch darf Niemand mehr zu ihnen zugelaſſen werden, der nicht unmittelbar mit ihrer Behandlung zu thun hat. Dieſe Verfügungen ſind eine Folge tumultuariſcher Remonſtrationen, welche die den Profeſſor Breſchet bei dem Krankenbeſuche begleitenden Studierenden der Medizin erhoben hatten, als ein Unterſuchungsrichter (nach der Angabe des Journal des Debats mit Zuſtimmung Breſchets) zum Verhör eines Verwundeten ſchreiten wollte, dem Abends ein Bein abgenommen werden ſollte. Unter den in der Morgue ausgeſtellten Leichnamen getödteter Aufrührer war ein Theilnehmer an dem Lyoner Aprilaufſtande, Jean Tourès, der von dem Pairshofe zu zwanzigjähriger Detention verurtheilt, durch die Amneſtie im Mai 1837 aber in Freiheit geſetzt worden war. Ein anderer, deſſen Leichnam wieder erkannt wurde, iſt der Dachdecker Fournier, der in den Julitagen die erſte dreifarbige Fahne auf den Thürmen von Notre-Dame aufpflanzte, und damals das Julikreuz erhielt. Bei einem dritten Getödteten, deſſen Namen man noch nicht kennt, fand man Briefe, aus denen hervorzugehen ſcheint, daß er von den Aufrührern zum Polizeipräfecten beſtimmt war. Unter ſeiner Weſte trug er eine breite blaue Binde mit Goldfranſen an den Enden.

Das Journal le Droit widerſpricht der Angabe der Gazette des Tribunaux von der Ermordung eines kranken Soldaten durch die Inſurgenten auf dem Poſten des Juſtizpallaſtes und beruft ſich auf den Bericht des Corporals Großmann (vom 21ſten Regiment, 2ten Bataillon, 4ter Compagnie), der von vier andern Militärs unterzeichnet ſei, und dieſen wichtigen Umſtand ganz unerwähnt laſſe, während er die fünf auf dieſem Poſten umgekommenen Militärs namentlich aufführe.

Dem General Tholozé ſoll das Commando der polytechniſchen Schule entzogen, und General Doguerau mit einer Unterſuchung der letzten Vorfälle in dieſer Schule beauftragt ſeyn. Nach dem Commerce hatte General Tholozé, welcher von den Zöglingen ſehr geliebt war, deren Proteſtation gegen die unwahren Darſtellungen des Journal des Debats gutgeheißen. Ein Schreiben des Generals an den Redacteur des Commerce erklärt dieſe Angabe für einen Irrthum. Gleichwohl wird das Gerücht ſeiner Abſetzung vom Journal des Debats nach andern Blättern wiederholt. General Doguerau ſoll ſeine Stelle nur bis zur Ankunft des Oberſten Vaillant, welchem das Commando der polytechniſchen Schule beſtimmt ſeyn ſoll, verſehen.

Der Exdeputirte Cabet erklärt die Angabe eines Departementalblattes, als ſei er gleich bei ſeiner Rückkehr mit den geheimen republikaniſchen Geſellſchaften wieder in Verkehr getreten und der Ueberbringer der Inſtructionen der HH. Cavaignac und Marraſt geweſen, für reine Erdichtung.

Unter den Perſonen, denen neuerdings der Orden der Ehrenlegion verliehen worden iſt, befindet ſich auch Hr. Elleviou, der früher ſo berühmte und in ſeiner Art einzig daſtehend betrachtete Sänger, jetzt Maire einer Gemeinde im Rhone-Departement und Mitglied des dortigen Generalconſeils.

Am 20. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 3Percents 81 Fr. 25.

Schweizeriſche Eidgenoſſenſchaft.

Ueber die weitere Entwicklung der Zuſtände im Canton Wallis gibt ein uns zugekommenes Schreiben von der Aar vom 14. Mai folgenden Bericht: „Nachdem die Vermittlungsvorſchläge der eidgenöſſiſchen Commiſſarien vom 9. März von den Zehnen des Oberwallis zwar angenommen, aber an Bedingungen geknüpft, die jene als unannehmbar bezeichneten, von dem revolutionnären großen Rath des Unterwallis bedingungsweiſe verworfen worden waren, verfügte ſich Hr. Landammann Baumgartner nach Zürich, um dem Vorort nähere mündliche Aufſchlüſſe über den Zuſtand des Canton Wallis und die Wirkſamkeit der Commiſſarien in demſelben zu ertheilen. Der ſchriftliche Hauptbericht der Commiſſarien an den Vorort, vom 17. und 21. März datirt, wurde von dieſem den Ständen überſendet, und iſt durch die Preſſe der Oeffentlichkeit anheimgefallen. Sprache und Schreibart verrathen die gewandte Feder des Hrn. Baumgartner. Die Erzählung der Ereigniſſe im Wallis vom 7. Februar bis 17. März 1839 ſtimmt mit meinen daherigen Berichten vollkommen überein, und die Actenſtücke, aus denen ich dieſe theilweiſe geſchöpft, ſind in den Beilagen dem erwähnten Hauptbericht angeſchloſſen. Folgende Stelle aus demſelben, bezüglich auf die Stellung zu dem Verfaſſungsrathe, ſcheint mir den Character ihrer Wirkſamkeit am deutlichſten zu bezeichnen: „Die „Commiſſarien mußten es als ganz außer ihrer Aufgabe „liegend anſehen, die Beſtrebungen des einen oder des „andern Theiles der Bevölkerung für Veränderung oder „Beibehaltung der Verfaſſung zum Gegenſtande maaß„gebenden Einſchreitens zu machen. Ihre Sendung war „für vermittelnde Einwirkung auf gewiſſe Grundlagen „hin beſtimmt; und ihr Einſchreiten durfte daher die „Schranken der bloß vermittelnden Intervention nicht „überſchreiten, wollten ſie nicht der Eidgenoſſenſchaft eine

„Responsabilität für das Gelingen aufladen, die diese „ohne Zweifel nimmer zu übernehmen geneigt seyn könnte. „Sie ließen deßhalb den Verhandlungen des Verfassungs„raths, der Abstimmung über die Verfassung und den „Maaßregeln zu ihrer Einführung einfach ihren unge„hemmten Lauf, so wie sie andererseits den Versammlun„gen und Deliberationen, zu denen sich die obern Zeh„nen in verschiedenen Formen veranlaßt fanden, eben„falls keinerlei Hindernisse in den Weg legten. Alles gebie„terische oder verbietende Einschreiten hätte die Commissa„rien auf Abwege zu Gunsten des einen oder des andern Lan„destheils geführt, und zuletzt eine Dictatur erfordert, zu „der die Commissarien weder Auftrag noch Vollmacht „hatten." Die Commissarien scheinen indeß das Heikle einer formellen Anerkennung der gegen Verfassung und Gesetze begangenen, rein revolutionnären Handlungen der Unterwalliser und des aus denselben hervorgegange„nen Verfassungsraths gefühlt zu haben. Denn sie recht„fertigen ihre gemachte Einladung an das Oberwallis, sich an diesen Verfassungsrath anzuschließen, mit folgenden Worten: „Wir wollten mit diesem Ansinnen keines„wegs unbedingte Anerkennung des Verfassungsraths „bezwecken, sondern wesentlich das Erscheinen von De„putirten in den Versammlungen der Abgeordneten der „untern Zehnen, überzeugt, daß, wenn einmal das er„ste Hinderniß der Absonderung gehoben seyn würde, sich „das Weitere von selbst ergäbe." Allein die Commissarien haben das Oberwallis später auch aufgefordert, an den Wahlen in den nach der neuen Verfassung aufgestellten großen Rath Theil zu nehmen. Wie nun dieses ohne vorherige Anerkennung dieser Verfassung und folglich des Verfassungsraths hätte geschehen können, ist schwer zu begreifen. Ihre staatsrechtlichen Grundsätze sprechen die Commissarien in einer andern merkwürdigen Stelle des Hauptberichts aus. Sie lautet folgendermaaßen: „Die „Grundlagen der Staatsgesellschaft im Canton Wallis „sind nicht bloß erschüttert, sondern ausgehoben und er„neuert durch wiederholte und zusammenhängende Acte „einer Volksmehrheit (?), das ist die Wirklichkeit. Wer „anders sehen will, der findet im eidgenössischen Ar„chiv allerdings nur die Verfassung von 1815, und „sich um legale Formen bewegend, wünscht deren Hand„habung selbst in demjenigen Theile, der sich über „die Bedingungen ihrer Veränderungen ausspricht. Die „Commissarien glauben, daß die staatsrechtliche Ansicht, „es könne einer Volksmehrheit (?) nicht verwehrt werden, „selbst in Abweichung von den Vorschriften der Verfas„sung, sich eine neue Ordnung der Dinge zu schaffen, „in praxi die allein mögliche ist. Man kann sie in der „Theorie vielfältig bestreiten; aber wer ist der Herr und „Meister, der über ihre Anwendung gebietet? Die Staats„herrschaft ruht eben im Volke; sie einer Minderheit „zugestehen, führt ins Absurde, wenigstens ins Unmög„liche." Es steht mir nicht an, diese Doctrin, in der übrigens Jedermann das Formular der reinen Revolution erblicken wird, zu würdigen. Aber es möchte interessant seyn, dieselbe mit den gerade um die gleiche Zeit von den Geistesverwandten des Hrn. Commissärs Baumgartner im großen Rathe von Zürich entwickelten staatsrechtlichen Theorien zu vergleichen. Im Canton Zürich hatte bekanntlich eine ungleich größere und gewissere Volksmehrheit ihren unzweideutigen Willen kundgegeben. Ueber diesen Volkswillen ließ sich nun Hr. Keller, eines der Häupter des Züricherischen und schweizerischen Radicalismus, also vernehmen: „Ich sage, „das ist die Meinung des Volkes, welche sich ausspricht „durch seine Stellvertreter. Wenn die Repräsentativver„fassung in der That gelten soll, so ist und bleibt das „der Wille des Volkes, wenn noch 700 gültige oder „ungültige Gemeinden abgehalten würden." Doch wir vergessen, daß Hr. Baumgartner seine oben angeführte Staatslehre nur in praxi will anerkannt wissen. Wenn also eine reelle oder eingebildete Volksmehrheit im Canton St. Gallen die dortige Verfassung und Regierung umstürzen wollte, so könnte der Herr Landammann, ohne sich zu widersprechen, in der Theorie einen andern Satz aufstellen, der der Züricherischen Lehre näher kommen würde; und daß sodann die Theorie in die Praxis umgewandelt werde, dafür würden in diesem Falle die Bayonnete des Siebner-Concordats schon zu sorgen wissen. Am Schlusse ihres Berichts stellten die eidgenössischen Commissarien folgenden Antrag: „Es sei der „Canton Wallis, wenn nicht unverweilte „freiwillige Reconstitutirung eintritt, auf „die Grundlage der von Bundeswegen als „verbindliche Vorschrift zu erlassenden und „unverändert zu manutenirenden neun Ver„gleichsartikel vom 9. März laufenden Jah„res, nöthigen Falles mit Anwendung der „erforderlichen Coercitivmittel, zu reconsti„tuiren." Zugleich drangen sie beim Vorort auf Abberufung des eidgenössischen Commissariats im Canton Wallis. Der Vorort verwarf beide Anträge, und ernannte am Platz des Hrn. Baumgartner, der seine Entlassung forderte, den waadtländischen Staatsrath La Harpe zum Commissär im Canton Wallis."

„Wie ich am Schlusse meines letzten Berichts über das Wallis vom 28. März bereits gemeldet, ist dieser Canton seit der Constituirung der neuen revolutionnären Behörden factisch in zwei unabhängige Gemeinwesen gespalten. Beide Regierungen, der legitime und der revolutionnäre Staatsrath, sind in Sitten, einer Stadt von kaum 3000 Einwohnern, installirt. Die erste ist von den fünf Zehnen des Oberwallis, Goms, Brig, Wisp, Staren, Leuk, und den zwei Zehnen des Mittelwallis, Siders und Herrens, die letztern von den Zehnen Sitten, Gundis, Martinach, Entremont und Monthley anerkannt. Jede dieser beiden Behörden vin,

dieirt aber für sich das Regiment nicht nur über den ihr factisch ergebenen Theil der Bevölkerung, sondern über den ganzen Canton; der alte Staatsrath im Namen der Verfassung von 1815, der neue im Namen einer vorgegebenen Volksmehrheit und der aus derselben hervorgegangenen Verfassung vom Jänner 1839. Durch Kreisschreiben vom 22. März an die Stände rechtfertigt sich der alte Staatsrath über die Beibehaltung der ihm von den frühern verfassungsmäßigen Landes-Repräsentanten übertragenen Amtsgewalt, wogegen der neue Staatsrath in einer Proclamation vom 30. März erklärt: „es könne im Wallis „nur Eine Executivbehörde Statt finden; der von der im „großen Rath repräsentirten Majorität erwählte neue „Staatsrath sei also einzig zum Zutrauen und zum Gehorsam der Bürger berechtigt, und jeder öffentliche, im „Namen des alten Staatsraths erlassene Act solle nur als „das Werk von einigen Privatpersonen betrachtet werden." Der alte Staatsrath ist indeß noch im Besitz der Kanzleien und des Arsenals; hingegen ist ein Theil des Landjäger-Corps der revolutionnären Regierung zugefallen. Ungeachtet dieser abnormen Verhältnisse ist jedoch die öffentliche Ruhe im Canton, mit Ausnahme einiger Privatneckereien, nicht gestört worden. Nach mehrstimmigen Berichten hat sich aber das Oberwallis im Stillen zum militärischen Widerstand organisirt, falls die Einführung der revolutionnären Verfassung mit Gewalt versucht werden sollte; und wer den ruhigen, aber entschlossenen Character dieses teutschen Volksstammes kennt, wer weiß, wie viele Franzosenleichen in den Bergschluchten des Oberwallis begraben liegen, die im Jahre 1798 von den wohlgezielten Kugeln seiner Bewohner durchbohrt wurden, wer von ihrer kühnen Waffenthat am Simplon im Jahre 1814 gehört hat, für welche ihnen Sr. Majestät der Kaiser Franz durch Schenkung mehrerer Kanonen seinen Dank bezeugt hat, der kann mit Zuversicht erwarten, daß eine gewaltthätige Einführung der Revolution im Oberwallis nicht ohne blutigen Kampf vor sich gehen würde."

„Durch Verwerfung des oben citirten Antrags der Commissarien und noch mehr durch die Ernennung des Hrn. Staatsraths Laharpe hat der Vorort Zürich unzweideutig dargethan, daß er in den Wirren des Wallis eine wenigstens gemäßigte, nicht einseitige Interventions-Politik zu befolgen gesinnt sei. Denn Hr. Laharpe ist ein geachteter Staatsmann des Waadtlandes, der sich schon in den Baseler Wirren durchaus nicht im revolutionnären Sinne benommen hat. Bald nach seiner Ankunft im Wallis wurden von ihm und seinem Collegen, nach gehaltenen Unterredungen mit Staatsräthen und Deputirten des Oberwallis, neue Vermittlungsvorschläge gemacht, die im Wesentlichen mit den Vorschlägen des Oberwallis übereinstimmen. Man findet in denselben zum ersten Mal eine Anerkennung des Rechts, indem sie die bisherigen vier Stimmen des Bischofs in der obersten Landesbehörde und die Garantie der Rechte der Geistlichkeit postuliren. Diese Vorschläge der eidgenössischen Commissarien wurden aber in einer am 12. April gehaltenen stürmischen Volksversammlung der Unterwalliser verworfen. Einem Begehren des neuen Staatsraths dd. 18. April, es möchten die eidgenössischen Commissarien den alten Staatsrath auffordern, Sitten zu verlassen, und ihm die Cassen und Archive zu übergeben, wurde von diesem nicht entsprochen. Auf der andern Seite stellten sie an den alten Staatsrath das Verlangen, die Versammlung des Landraths am 6. Mai, der laut der Verfassung von 1815 an diesem Tage zusammentreten sollte, nicht zu halten, um allfälligen Störungen der Ruhe zuvorzukommen. Als hierauf nach einer am 22. April abgehaltenen Versammlung Deputirte der sieben obern Zehnen sich nach Zürich verfügten, um beim Vorort ihre Angelegenheiten des Nähern zu erörtern, bestand dieser zwar auf dem Verlangen, daß der Landrath nicht in Sitten zusammentreten solle, gab aber zugleich die förmliche Erklärung ab, daß die Cassen und Archive in den Händen der Regierung von 1815 verbleiben sollen. Die sieben getreuen Zehnen hielten nun ihren Landrath am 6. Mai in Sidders ab, erneuerten dem Staatsrath die am 8. Mai ausgelaufenen Vollmachten und ernannten die Deputirten auf die eidgenössische Tagsatzung. Von den auswärtigen Gesandten hat Oberwallis die Versicherung erhalten, daß sie keine andere als die alte Regierung anerkennen werden. Man sieht aus dem Benehmen des Vororts, daß seine dermalige Interventionspolitik keine andere ist, als einstweilen die Parteien auseinander zu halten, und die Hauptfrage sodann von der Tagsatzung entscheiden zu lassen."

„Schließlich melde ich Ihnen noch, daß im Canton St. Gallen die katholisch-conservative Partei in den am 5. Mai ohnhin vorgenommenen Erneuerungswahlen sämmtlicher Großräthe einen glänzenden Sieg erfochten hat. Die Majorität in dem aus 91 Mitgliedern bestehenden katholischen Großrathscollegium ist nun entschieden, und in dem aus 150 Mitgliedern bestehenden allgemeinen großen Rath sehr wahrscheinlich auf ihrer Seite. Und da nach den Bestimmungen der St. Gallischen Verfassung die kirchlichen Angelegenheiten jeder der beiden Confessionen nur durch die der jeweiligen Confession angehörigen Großrathsmitglieder, welche sich hierfür in das katholische oder protestantische Großrathscollegium ausscheiden, behandelt werden, so sind die Rechte der katholischen Kirche und ihrer Institutionen im Canton St. Gallen für zwei Jahre gesichert."

Teutschland.

Am 18. Mai spät Abends ist Sr. königl. Hoheit der Kronprinz von Preußen, begleitet von den Adjutanten General von Neumann, Oberst von Röder und Oberst von Below, von Wetzlar in Frankfurt eingetroffen; das Absteigquartier nahm der hohe Gast im römischen Kaiser und wurde daselbst von dem königl. preußischen General der Infanterie und Bundestagsgesandten, Freiherrn von Schöler, und den übrigen in diplomatischen Functionen stehenden königl. preußischen höhern Beamten empfangen. Sr. königl. Hoheit wohnte am ersten Pfingstfeiertage dem Vormittagsgottesdienste in der französisch-reformirten Kirche bei und begab sich darauf nach Darmstadt, um an dem großherzogl. hessischen Hofe zu speisen. Abends kehrte der Kronprinz von Darmstadt zurück, wohnte einem glänzenden Feste, das Höchstdemselben zu Ehren Freiherr von Schöler gab, bei und verließ Frankfurt am folgenden Morgen. Sr. königl. Hoheit wird zuerst einen Besuch an dem herzogl. nassauischen Hofe zu Bieberich abstatten, dann nach Mainz gehen und von da über Kreuznach die Inspectionsreise am Rhein fortsetzen.

Wien.

Am 27. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in C.M.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC.	in C.M.	101⅜.
detto detto	zu 3 pC.	in C.M.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in C.M.	282½.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in C.M.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in C.M.	666⅔.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in C.M.	66⅝.

Bankactien pr. Stück —— in C.M.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Vilat
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 149

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 29. Mai 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 27. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.351	283. 18. 3p.	+ 9·4	NW.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.379	28 1 7	+ 10.7	NW.	mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.376	28 1 7	+ 7·9	NW.	schwach.	Wolken.

Türkei.

Die neuesten Berichte aus Konstantinopel vom 15. Mai erwähnen nichts von einem Uebergange der Truppen des Großherrn über den Euphrat bei Bir, wovon die letzten Berichte aus Alexandrien vom 7. d. M. gesprochen hatten. — In dem zu Smyrna erscheinenden Echo de l'Orient vom 11. d. M. heißt es bloß: „Indem wir jüngsthin die Abreise des Kriegsrathspräsidenten Tayar Pascha nach Malatia anzeigten, fügten wir hinzu, daß er beauftragt sei, den Zustand der Armee zu untersuchen, und zu entscheiden, ob es zweckmäßig sei, sie andere Cantonnirungen beziehen zu lassen. Heute können wir versichern, daß in Folge der nach seiner Ankunft im Lager Statt gefundenen Berathungen beschlossen worden ist, die Armee eine andere Stellung nehmen zu lassen, und am 13. April hat sie wirklich ihre Bewegung gegen Samisat (einige Meilen südlich von Malatia und nördlich von Bir) begonnen, wo sie die heiße Jahreszeit zubringen soll. — Wichtige Gesundheitsrücksichten machten diese Veränderung nothwendig; und wollte man sie als eine strategische Combination betrachten, so würde sie nöthigenfalls sich dadurch leicht erklären lassen, daß die Klugheit dem türkischen General die Pflicht auferlegte, sich gegen jeden möglichen Versuch von Seite der ägyptischen Truppen in Verfassung zu setzen, welche, falls sie einen Angriff im Schilde führten, durch die Oertlichkeiten selbst begünstigt gewesen wären, wenn die ottomannische Armee in ihren Linien von Malatia geblieben wäre. Dieß ist wenigstens die Meinung aller Sachverständigen, und es wäre in der That zu viel gewesen, zu verlangen, daß Hafiz Pascha in einer aus Sanitäts- sowohl als militärischen Rücksichten unvortheilhaften Stellung bleibe, aus Besorgniß, daß man seine Bewegung als eine Provocation auslegen dürfte. Seine erste Pflicht ist, für das Heil der Armee zu sorgen."

Am 14. Mai besuchte Se. Hoheit der Sultan die medicinische Schule Adlie in Galata-Serai. Der Director dieser Anstalt, der k. k. Oberfeldarzt Bernard, und der Hekim-Baschi (Protomedicus) Abdullah Efendi empfingen den Sultan am Thore der Schule und begleiteten ihn in das zu seinem Empfang in Bereitschaft gesetzte Gemach. Dr. Bernard versammelte hierauf in einem der Hörsäle des Instituts sämmtliche Schüler der Vorbereitungsclassen für die Arzneikunde, 170 an der Zahl, die er Sr. Hoheit vorstellte, sie zum Fleiße und Gehorsam, als sicherste Zeichen ihrer Dankbarkeit für die Großmuth des Monarchen, ermunterte und sie der Fortdauer seiner wahrhaft väterlichen Sorgfalt empfahl. Se. Hoheit richtete sodann folgende Worte an die Schüler: „Um das „Wohl Meiner Unterthanen zu fördern und der leidenden „Menschheit zu helfen, habe Ich Mich bewogen gefunden, „dieses Institut zu gründen, den Mann aus Europa zu „rufen, der fähig und würdig ist, dasselbe zu leiten, keine „Kosten und keinen Aufwand zur Ausstattung desselben „zu scheuen, kurz alles zu thun, was von Mir abhängt, „das Gedeihen desselben zu sichern. Es wird also jetzt nur „von eurer Leitung (zu Dr. Bernard und Osman „Efendi (und von eurer Verwendung (zu den Schülern) „abhängen, die Wünsche zu erfüllen, die Ich für das Wohl „Meines Volkes und Meiner Armee hege und das Ver„trauen zu rechtfertigen, das Ich in euch setze." — Während hierauf Dr. Bernard dem Sultan im anstoßenden Amphitheater die 43 Chirurgen vorstellte und in seiner Gegenwart mehrere Verbände anlegen ließ, bei deren Besichtigung Se. Hoheit Sich mit Wißbegierde nach den betreffenden Verletzungen erkundigten und über die Fertigkeit der Chirurgen Ihre Zufriedenheit an den Tag legten, verfügten sich die Schüler der Vorbereitungsstudien in ihre respectiven Hörsäle, wo dann Dr. Bernard die einzelnen Professoren vorstellte, und von diesen die Prüfung einiger von dem Großherrn selbst aufgerufenen Schüler vornehmen ließ. — Nachdem der Sultan hierauf noch die Schlaf- und Speisesäle, dann das Spital des Instituts in Augenschein genommen hatte, verließen Se. Hoheit, unter wiederholten Aeußerungen der Zufriedenheit über die Einrichtung und Leitung des Ganzen die Schule, in deren Annalen dieser Tag wegen der ihr zu Theil gewordenen hohen Ehre unvergeßlich bleiben wird."

Am 12. Mai hat im Beiseyn des königl. französischen Botschafters Admiral Rouffin die feierliche Grundsteinlegung zu dem neu aufzuführenden Botschaftshotel in Pera Statt gefunden.

Der öffentliche Gesundheitszustand in Konstantinopel ist fortwährend befriedigend; in Smyrna jedoch haben den letzten Nachrichten zufolge einige Pestfälle Statt gefunden.

Spanien.

Der Moniteur vom 21. Mai enthält folgende zwei telegraphische Depeschen: „1) Bayonne, 19. Mai halb 1 Uhr Nachmittags. Der Unterpräfect an den Herrn Minister des Innern. In der Nacht vom 18. hat sich Muñagorri des von funfzehn Carlisten besetzten Forts von Urdach bemächtigt." — 2) „Bayonne, 20. Mai 6 Uhr. Der Unterpräfect von Bayonne an den Minister des Innern. Muñagorri, angegriffen, hat gestern Abends capitulirt, und ist aufs französische Gebiet zurückgekehrt, wo er entwaffnet worden ist." — Urdach ist ein kleines Dorf, eine halbe Lieue von der französischen Gränze, auf der Straße von Bayonne nach Elisondo. Die Carlisten haben hier ein befestigtes Haus, und einen Posten ihrer Douaniers.

Der Sentinelle des Pyrénées zufolge hatte sich der Christinische General Don Diego Leon am

13. Mai von Arroniz nach Lerin zurückgezogen; seiner Arrieregarde wurde auf dem Rückzuge von der Carlistischen Cavallerie übel mitgespielt. — Ein Schreiben aus Bayonne vom 18. schildert diese Expedition der Christinos als gänzlich verunglückt; in Lodosa sollen über 1500 ihrer Verwundeten angekommen seyn.

Großbritannien und Irland.

Ueber die (gestern kurz erwähnten) Vorfälle in Birmingham melden Londoner Blätter vom 18. Mai folgendes Nähere: „In der Nacht vom 16. auf den 17. war wieder eine Versammlung auf freiem Felde, in welcher unter andern ein Birminghamer, Namens Fussell, erklärte, die Erhaltung des Friedens in der Stadt sei nicht den Maaßregeln der Behörden, sondern einer Schonung von seiner Seite zuzuschreiben. Derselbe hatte schon früher geäußert, wenn er gefangengesetzt werde, so solle Birmingham in Asche verwandelt werden. Um halb 12 Uhr Nachts wurden dieser Fussell und ein anderer Chartist, Namens Brown, von der Polizei verhaftet. Die gegen sie erhobene Anschuldigung geht dahin, sie haben tumultuarisch eine große Volksmenge versammelt und aufreizende Reden geführt, um, zur großen Beunruhigung der Einwohner und gegen den Frieden der Königinn, zur Gewalt aufzureizen. Am 17. wurden die Gefangenen vor den Mayor und Friedensrichter gebracht, welche beschlossen, daß die Gefangenen sich vor den nächsten Assisen der Grafschaft Warwick stellen und Brown indessen mit 400 Pf. und zwei Bürgen je mit 200 Pf., Fussell mit 200 Pf. und zwei Bürgen, je für zweihundert Pfund, ihr Erscheinen vor jenen Assisen verbürgen sollen. Fussell stellte die verlangte Bürgschaft und wurde sogleich entlassen. Brown jedoch, der die ihm auferlegte Bürgschaft nicht stellen konnte oder wollte, wurde in das Gefängniß zurückgeführt. Zwanzig Minuten nachher ritt eine Abtheilung Dragoner auf, und unter ihrem Geleite wurde Brown in einer Postchaise nach Warwick gebracht. Die Menge folgte den Dragonern, hatte sie aber bald aus dem Gesichte verloren. Es drohte längere Zeit ein Angriff auf das Gefängniß, endlich gelang es zwei Delegirten bei dem Nationalconvente, Dr. Taylor und Jones, das Volk zum Auseinandergehen zu bewegen. Die Tactik des Nationalconvents wurde in folgenden Resolutionen dargelegt, welche derselbe auf O'Connors Antrag faßte: „Friede, Gesetz und Ordnung sollen das Losungswort des Convents bleiben, so lange unsere Unterdrücker im Geiste des Friedens, des Gesetzes und der Ordnung gegen das Volk handeln; sollten jedoch unsere Feinde den Krieg an die Stelle des Friedens setzen oder den Versuch machen, unserer gesetz- und ordnungsmäßigen Agitation durch gesetzlose Gewaltthätigkeit zu begegnen, so halten wir es für die heilige Pflicht des Volkes, der Gewalt mit Gewalt sich entgegenzustellen und den Mord durch erlaubten Todtschlag zu rächen. Wir empfehlen allen Chartisten, welche den bevorstehenden gleichzeitigen Versammlungen beiwohnen, das Führen von Stöcken, Piken, Pistolen oder andern Waffen zu vermeiden, vielmehr nüchtern, in Ordnung und unbewaffnet auf dem Platze zu erscheinen und jeden als unsern Feind zu behandeln, der Waffen mit sich führt oder durch eine Handlung der Thorheit einen Friedensbruch herbeiführt. Sollten unsere Feinde in den höhern und mittlern Classen die Behörden zu einem Angriff auf das Volk mit bewaffneter Macht, den bestehenden Gesetzen zuwider, aufreizen, so werden besagte Feinde in den höhern und mittlern Classen mit Personen und Eigenthum verantwortlich gemacht für jeden Nachtheil, der dem Volke hierdurch zugeht." Noch deutlicher, als diese Resolutionen, sprach O'Brien. Er flehte das Volk an, seinen Feinden nicht den geringsten Vorwand zum Angriffe zu geben. „Wenn aber," fuhr er fort, „die Obrigkeit Blut vergießt, so erhebe sich das Volk in der Majestät seiner Macht zu allgemeinem Morden! Eine allgemeine Empörung breche aus, und wenn das Militär mit roher Gewalt angreift und ein grundloses Gemetzel anrichtet, so diene er als Signal zur allgemeinen Rache für ganz England! Um Gottes willen aber bitte ich das Volk, nicht zuerst anzugreifen." Der chartistische Pöbel in Birmingham ist unzufrieden darüber, daß der Convent nicht zu alsbaldigem Losschlagen aufgerufen hat. Das Militär ist fortwährend unter den Waffen, und 3000 Bürger haben sich als Specialconstables beeidigen lassen; zugleich unterschrieben 2000 Arbeiter eine Erklärung, in welcher sie sich entschieden gegen das gesetzlose Treiben der Chartisten aussprechen.

In Bristol kam es aus Anlaß einer Versammlung, in welcher eine Adresse zu Beglückwünschung der Königinn „wegen ihres kräftigen Auftretens gegen die Tories" abgefaßt wurde, zu tumultuarischen Auftritten. Die Tories hatten sich eingedrängt und Beschlüsse in ihrem Sinne beantragt. Zwei Kanonen sind unterwegs nach Bristol. Ueberhaupt ist das Geschützamt eifrigst mit Versendung von Waffen nach allen Theilen des Landes beschäftigt. Die Truppen, die nach den großen Fabrikstädten abgefertigt wurden, werden in Lagern cantonniren, da die Kasernen nicht Raum genug haben.

Am 17. Mai Abends gab der Herzog von Wellington dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland und dem Prinzen Friedrich Heinrich der Niederlande einen glänzenden Ball, zu welchem nicht weniger als 2000 Einladungskarten ausgegeben waren. Den Ballsaal bildete die herrliche Gallerie in Apsley-House. Sie ist 200 Fuß lang und 85 Fuß breit. Unter den Gästen bemerkte man den Herzog von Sussex mit Lady Cäcilie Underwood, seiner Gemahlinn, den Herzog, die Herzoginn und Prinzessinn Augusta von Cambridge, die Herzoginn von Gloucester; ferner das Gefolge der beiden Gäste, den russischen Botschafter, den Grafen Mandelsloh, königl. würtembergischen Gesandten, den preußischen Geschäftsträger, Baron Werther, Hrn. van de Weyer, belgischen Gesandten, den Grafen und die Gräfinn Durham, Sir Robert und Lady Peel ꝛc. — Dem Sergenten, der im Tower dem Großfürsten das Modell der Schlacht von Waterloo vorzeigte und erklärte, ließ Se. kais. Hoheit eine prachtvolle goldene Uhr zustellen. Der Großfürst hat auch der Universität Oxford einen Besuch zugedacht. Es soll ihm alsdann die höchste Auszeichnung, welche die Universität verleihen kann, die Würde eines Doctors des Civilrechts, übertragen werden.

Nach Berichten aus Calcutta vom 5. März war am 25. Jänner in der Nähe von Ranguhn eine Revolution unter den Birmanen ausgebrochen. Zu Maindu, einige Stunden von dort, hatten sich drei- bis viertausend Mann zu Gunsten des jungen Prinzen Tsekeia-Ming erklärt. Es rückten sogleich einige tausend Mann Truppen gegen sie aus; der Wunduck oder Gouverneur von Ranguhn war indessen so ängstlich, daß er sein Hauptquartier in die große Pagode verlegte. Am 29. Jänner sendete der birmanische Jewun oder Platzcommandant einen Siegesbericht nebst den Pantoffeln des Rebellenchefs und ähnlichen Siegeszeichen ein. Die Rebellen gaben vor, von der brittischen Corvette „Favorite" unterstützt worden zu seyn, was die Engländer durchaus läugnen. Die Gefangenen sollen gekreuzigt werden. Es sollen große Massen birmanischer Truppen im Anmarsch gewesen seyn.

Vor Kurzem ging ein von der neuen Gesellschaft zu

Coloniſirung Neuſeelands, an deren Spitze Lord Durham ſteht, ausgerüſtetes Schiff, der „Tory,“ mit Auswanderern dahin ab. Einer der Grundſätze dieſer Geſellſchaft iſt, die Eingebornen zu ſchonen und wo möglich in den Beſitz der Vortheile der Geſittung zu ſetzen.

Conſols am 20. Mai 93¼. ⅛.

Frankreich.

Der Moniteur vom 22. Mai (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält folgende telegraphiſche Depeſche aus Toulon vom 21., mit Nachrichten aus Algier vom 18. Mai: „Der Hafen und die Stadt Dſchidſchelli (zwiſchen Budſchia und Stora) ſind in unſerer Gewalt. — Eine combinirte Bewegung zu Lande und zur See ſollte uns in den Beſitz derſelben ſetzen. Die Land- und Seetruppen wetteiferten an Entſchloſſenheit und Muth. — Die Stadt iſt durch Vorwerke gedeckt, die man auf den dominirenden Anhöhen errichtet. Die Occupation iſt vollſtändig. — Dieſe Operation iſt von dem Escadronschef des Generalſtabs, de Salle, eben ſo geſchickt als kraftvoll geleitet worden. Hr. de Marque, der Hafencommandant von Stora, commandirte die Marine.“

In der Sitzung der Pairskammer vom 20. Mai legte der Finanzminiſter einen Geſetzentwurf über die Austheilung der von Hayti den ehemaligen franzöſiſchen Pflanzern auf dieſer Inſel bewilligten Entſchädigung vor. — Hierauf wurde zur Berathung von Bittſchriften geſchritten. Eine Bittſchrift um Reform des Wahlgeſetzes wurde durch die Tagesordnung beſeitigt. Aus Anlaß einer andern, in Betreff der Converſion der fünfpercentigen Rente, erklärte der Miniſter Dufaure, die Regierung werde, ſobald die Umſtände es geſtatten, ſelbſt dieſe Maaßregel beantragen; in der jetzigen kurzen Sitzung zwar und inmitten der gegenwärtigen Verwicklungen ſei es ihr nicht möglich, ſich mit dieſer Arbeit zu beſchäftigen, bis zum nächſten Jahre aber gedenke ſie den Entwurf der Kammer vorlegen zu können.

Ueber das höchſt wichtige Zuckergeſetz, welches in den nächſten Tagen vor die Kammer gebracht wird, ſtimmen die Angaben der Journale nicht überein. Der Commerce verſichert, die Herabſetzung des Eingangszolles auf den Colonialzucker werde nach dem Vorſchlag des Miniſters 15 Fr. per 100 Kilogramme betragen; der National ſagt, der neue Entwurf vermindere den Zuckerzoll um 16½ Fr. per 100 Kilogr. Die Miniſter der Finanzen und der Colonien ſollen am 18. den Abgeordneten der Seehäfen die beſtimmte Zuſicherung ertheilt haben, der Geſetzentwurf werde in der folgenden Woche der Kammer vorgelegt. Dagegen erzählt der National, die Deputirten jener Departements, in welchen die Rübenzuckerinduſtrie am meiſten Aufſchwung genommen, ſeien, voll Beſtürzung über ein Geſetz, welches, ihrer Meinung nach, den Ruin der einheimiſchen Zuckerfabrikation herbeiführen müſſe, an demſelben Morgen zu Hrn. Cunin-Gridaine, dem Miniſter des Handels und Ackerbaues, geeilt, um ihn dringend anzugehen, den Entwurf zu modificiren. Der Miniſter habe ihr Verlangen günſtig aufgenommen und verſprochen, ihre Bemerkungen ſollten nochmals in ernſte Erwägung gezogen werden. „Während alſo“ — fährt der National fort — „zwei Mitglieder des neuen Cabinets den Abgeordneten der Seehäfen gegenüber ſich verpflichteten, das Geſetz der Zollerniedrigung ungeſäumt vorzulegen, verſprach ein dritter Miniſter, dieſes Geſetz im Intereſſe unſerer nordiſchen Zuckerfabriken zu bekämpfen, oder zu modificiren. Wie ſoll man nun dieſe ſo ganz entgegengeſetzten Erklärungen zuſammenreimen? Offenbar iſt es nur eine zweite Vorſtellung jener Komödie, die man während der letzten Wahlen geſpielt und wo es ſich davon handelte, rivale Intereſſen zu reizen. Es iſt dieß übrigens ein neuer Beweis, daß man keinen ernſtlichen Entſchluß faſſen will.“

Der General Demarçay, Mitglied der Deputirtenkammer für Cirray, iſt am 22. Mai zu Paris mit Tode abgegangen.

Das Journal la Preſſe enthält folgenden Artikel: „Die Oppoſitions-Journale ſträuben ſich vergeblich gegen die ihnen von allen Seiten gemachten Vorwürfe. Vergebens lehnen ſie die moraliſche Verantwortlichkeit für alle jene Unordnungen, die ſeit acht Jahren immer wieder die Geſellſchaft erſchrecken, von ſich ab. Die öffentliche Ueberzeugung ſpricht lauter als jener aufgeblaſene Unwille der Journale. Setzen wir einmal alle jene gefährlichen Theorien, alle jene heftigen Angriffe bei Seite, durch welche man beſtändig eine Gewalt zu untergraben ſucht, die noch ſo ſchwach begründet iſt, durch welche man den Geiſt der heranwachſenden Generation zu verderben, und die Leidenſchaften in den jugendlichen Gemüthern anzuregen ſucht. Setzen wir auch alle jene Erinnerungen bei Seite, die auf uns eindringen, ſobald wir an verfloſſene, unheilvolle Tage denken: jenes compte rendu, welches am Vorabend der Juni-Inſurrection unterzeichnet wurde, jene gedruckten und lithographirten Apotheoſen der April-Angeklagten, jene Lobſprüche, die man ihnen wegen ihres unſinnigen Widerſtandes vor dem Pairshofe ertheilte, jene Rührung über die Tugend und die Characterfeſtigkeit Morey's, jene ſo wenig verhehlte Theilnahme für Pepin, jene Bewunderung für Alibaud. Ja, vergeſſen wir für einen Augenblick alle jene abſcheulichen Heiden, deren traurige Berühmtheit in manchem heißen Kopfe zur Nachahmung angeregt hat. Man würde uns ohne Zweifel antworten, daß die Oppoſitionspreſſe ſich ſeit langer Zeit gemäßigt, daß ſie richtigere Begriffe von dem Edlen und Großen erlangt hat. Dem ſei ſo; wir haben nichts dagegen. Sie ſoll nur für ihre jetzige Polemik verantwortlich ſeyn. Wir wollen ſie nur nach der Art beurtheilen, wie ſie ſich gegenwärtig über eine Handvoll Elender, die mit Mord und Plünderung über die Geſellſchaft herfallen und über die guten Bürger äußert, die ihre Geſchäfte und ihre Familien verlaſſen, um ihr Leben aufs Spiel zu ſetzen. Was erblicken wir da ſelbſt heute, wo die Preſſe ſich, wie man ſagt, gemäßigt hat? Haben wir nicht unlängſt in einem Journal (der National) geleſen, daß Frankreich ſtolz ſeyn könne vor Europa, wegen des Muthes, der Feſtigkeit, der großen und ſchönen Eigenſchaften, welche die Inſurgenten während jener beiden beklagenswerthen Tage entwickelt hätten? Haben wir nicht alle Arten von Verläumdungen gegen diejenigen aufnehmen ſehen, die die Sache der Ordnung und der Geſetze vertheidigten? Und während man ſich ſo wenig ein Gewiſſen daraus machte, tapfere Soldaten und ehrenwerthe Bürger der unnöthigen Grauſamkeit zu beſchuldigen, zeigte man ſich voll Eifer, ähnliche Anſchuldigungen zurückzuweiſen, ſobald ſie, und gewiß mit Recht, gegen die Empörer gerichtet waren. Was bedeutet dieſe Empfindlichkeit für ihren guten Ruf? Iſt es ein Beweis des Abſcheues, den ihre Verſuche einflößen? Und während noch das Gefecht in den Straßen dauerte, und man daher wünſchen mußte, daß alle Mittel angewendet würden, um die Inſurgenten von weiteren nutzloſen Verſuchen abzubringen, ſuchte man im Gegentheil den geringen Eifer der Nationalgarde und die Gleichgültigkeit der Einwohner hervorzuheben. War dieß ein Mittel, die Empörer zu entmuthigen, oder den Eifer der guten Bürger anzuregen? Nein, ihr würdet euch nicht auf dieſe Weiſe benehmen, wenn es euch ernſtlich am Herzen läge, jene verbrecheriſchen At-

tentate für immer beendigt zu sehen. Oder, wenn ihr wirklich jene blutigen und anarchischen Störungen beklagt, wenn ihr im Grunde der Seele glaubt, daß sie jedem Fortschritt schaden, so muß man gestehen, daß eure Handlungen wenig im Einklange mit euren Gesinnungen stehen."

Der Mann (der Dachdecker Fournier), welcher im Jahre 1830 zuerst das siegreiche Banner der Revolution auf den gothischen Thürmen von Notre-Dame wehen ließ, wurde, wie gestern gemeldet, unter den in der Morgue ausgestellten erschlagenen Aufrührern erkannt. Die Gazette de France sieht hierein ein Gottesgericht. „Es ist dieß," sagt sie, „ein sehr merkwürdiger Fall, der ein deutliches Licht wirft auf die Art, wie die Vorsehung in die menschliche Gesellschaft, die Gott erhalten will, eingreift. Die Justiz der Menschen ist rasch, aber doch beschränkt in ihrer Anwendung, weil die Leidenschaften sich in die menschlichen Angelegenheiten mischen. Die Justiz Gottes ist langsam, aber unendlich intelligent in ihrer Offenbarung. Sie trifft nicht alle Schuldigen in diesem Leben, sie sucht aber jene aus, deren Strafe für die Völker eine sichtbare, erschütternde Lehre ist. Zwar hatte jener Arbeiter an der Empörung von 1830 nicht mehr Schuld, als jene, welche diese Revolution vorbereiteten und ausführten. Aber er pflanzte das Zeichen der Revolution auf die Metropolitankirche dieser großen Stadt. Er verkündete damit, daß die gesellschaftliche Ordnung durch den Triumph der Emeute verletzt worden, und daß die französische Hauptstadt jenem Insurrectionsprincip erliege, welches zu einer andern Zeit die Anarchie und alle mit ihr Hand in Hand gehenden Leiden über Frankreich gebracht hatte. Der gewaltsame Tod jenes Mannes, der zehn Jahre darauf in einer neuen Insurrection erschlagen wird, verkündet auch, daß der Termin, den die göttliche Gerechtigkeit den Parteien gesetzt, welche die sociale Ordnung zertrümmert haben, abgelaufen ist; er beweist, daß das Princip, dessen Symbol er aufpflanzte, ein Princip des Todes ist, und daß die Revolution ihre Sclaven selbst auffrißt. Welch' bewundernswerthe Weisheit in der Wahl, wie in der Todesart des Opfers!"

Die Gazette des Tribunaux erklärt das Gerücht, daß Barbès, einer der Leiter der letzten Aufstände in Paris, im Spital der Conciergerie an seinen Wunden gestorben sei, für ungegründet; er befand sich vielmehr auf dem Wege der Genesung.

Der russische Botschafter, Graf Pahlen, war Sonntags den 20. Mai Abends ziemlich früh in sein Hotel, Rue de Varennes Nr. 37, zurückgekehrt; als er die Thüre seines Schlafzimmers öffnete, erblickte er einen Menschen, der gerade damit beschäftigt war, das Schloß seines Schreibkastens zu sprengen. Graf Pahlen stürzte auf ihn los, packte ihn, rief um Hülfe, und ließ den Dieb zum Polizeicommissär führen.

Zu Toulouse fielen am 16. Mai blutige Händel zwischen den Bäckerknechten und den Zimmergesellen vor. Auf beiden Seiten wurde ein Mann getödtet. — Die Vorlesungen an der Rechtsschule in Toulouse sind wieder eröffnet.

Am 20. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 10. 3Percents 81 Fr. 40. — Am 21. Mai 5Percents 111 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 30. 3Percents 81 Fr. 50. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 40. — Am 22. Mai 5Percents 111 Fr. 30. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 40. 3Percents 81 Fr. 40. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 30.

Belgien.

Die Repräsentantenkammer hat nach achttägiger Erörterung in ihrer Sitzung vom 18. Mai den Gesetzentwurf für die Wiedererstattung des von der Londoner Conferenz auf der Schelde festgesetzten Tonnenzolls angenommen. Alle Amendements, mit Ausnahme des der Commission, wurden verworfen und der Regierungsentwurf mit 61 gegen 15 Stimmen angenommen. Alle ausländischen Schiffe, mit Einschluß der Schiffe Hollands, zu dessen Gunsten der Zoll erhoben werden soll, werden in den Genuß der Rückzahlung kommen.

Im Anfange der Sitzung der Repräsentantenkammer vom 17. Mai reichte der Kriegsminister einen Gesetzentwurf ein, welcher die Dauer des Dienstes in der Nationalmiliz auf acht Jahre festsetzt. Die beiden letzten Jahre sollen in dem Reservecorps abgedient werden, und die zu demselben gehörigen Individuen Ehen ohne vorgängige Genehmigung der Militärbehörden eingehen können. Der Entwurf wurde den Sectionen überwiesen.

Es geht jetzt stark die Rede, daß Hr. Raikem, Präsident der Kammer, das Justizministerium erhalten werde. Wie es heißt, wartet man nur noch das Ende der Session ab, um seine Ernennung bekannt zu machen.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 20. Mai d. J. dem herzogl. nassauischen Oberstlieutenant von Hadeln das Ritterkreuz des österreichisch-kaiserlichen Leopoldordens zu verleihen allergnädigst geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 14. Mai d. J. zum Großpropsten des Großwardeiner Domcapitels latini ritus den Kathedral-Erzdechanten an demselben Capitel, Alexander Fürsten von Hohenlohe und Waldenburg-Schillingsfürst, huldreichst zu ernennen geruht.

Am 28. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	101⅛.
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	81⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	151⅛.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	666⅔.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	67.
Bankactien pr. Stück ——		in CM.	

Vermischte Nachrichten.

Passagiere, welche Paris am Sonnabend den 11. Mai Abends gegen 7 Uhr verließen und sich am 12. Morgens in Havre am Bord des Dampfschiffes einschifften, trafen am 14. Nachmittags gegen 3 Uhr in Hamburg ein, hatten mithin die ganze Reise in 68 Stunden zurückgelegt.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

Morgen wird kein Blatt ausgegeben.

№ 150 und 151

W 1. K. ZEITUNG 1839

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag den 30. und Freitag den 31. Mai 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 28. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.329	28 0 10	+ 7.6	NW. stark.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.321	28 0 11	+ 9.8	W. Sturm.	—
	10 Uhr Abends.	27.328	28 1 0	+ 9.1	NW. schwach.	—

Spanien.

Im Hauptquartier des Don Carlos zu Durango sind am 16. d. M. folgende zwei Berichte des Generals Maroto vom 11. und 12. Mai bekannt gemacht worden: „Der Feind hat mit Verdopplung seiner Anstrengungen sich der Brustwehren und der Anhöhen, welche die Redoute von Ramales deckten, bemächtigt. Sein Verlust ist beträchtlich. Die von Tausenden von Soldaten umringte Redoute vertheidigte sich noch bei einbrechender Nacht. Sobald sich die Streitmacht, welche an dem Kampfe auf den Höhen von Buen Suceso Theil genommen, mit uns wieder vereinigt haben wird, werde ich ich meinen Operationsplan verfolgen, indem ich entschlossen bin, den Feind zu vernichten oder zu sterben. Ich bitte Ew. Excellenz, diese Umstände zur Kenntniß des Königs, unsers Herrn, zu bringen. Hauptquartier Manzarena, 11. Mai 1839. (Unterz.) Rafael Maroto. An den Kriegsminister." — Der Bericht vom 12. Mai lautet: „Nachdem ich die Kunde erhalten, daß der Feind an Minirung der Redouten von Guardamino arbeite, um sie in die Luft zu sprengen, und lebhaft von dem Gedanken ergriffen war, daß daraus der Untergang aller der Tapfern, die sie vertheidigten, hervorgehen müßte, so beschloß ich, ihnen die Freiheit auf die ehrenvollste und klügste Weise, die sich mir darbieten konnte, zu verschaffen. Zu dem Ende schrieb ich im Einklang mit dem Generalcommandanten des Landes (Don Castor Andechaga) und dem General Latorre, Commandanten des rechten Flügels unserer Linie, an den feindlichen General den Antrag, die Feindseligkeiten gegen besagten Punct zu suspendiren; ich würde Befehl geben, ihn zu räumen, unter der Bedingung, daß die als kriegsgefangen betrachteten Soldaten unverzüglich ausgewechselt würden, und sich mir sogleich wieder anschließen könnten. Ich versicherte ihn zugleich, daß ich ihm eine gleiche Anzahl von in den letzten Gefechten gemachten Gefangenen zusenden würde. Da der feindliche General meinen Vorschlag angenommen hat, so hoffe ich von einem Augenblick zum andern, die tapfersten und preiswürdigsten Soldaten der Armee des Königs, unsers Herrn, mit ihren Waffenbrüdern vereinigt zu sehen. Es ist außer Zweifel, daß sechzehn Tage eines beständigen, mehr oder minder lebhaften Feuers dem Feinde einen Verlust von mehr als 5000 Mann zugefügt haben; der letzte Kampf aber, der um 11 Uhr Vormittags begann und heute zu derselben Stunde noch nicht zu Ende war, und Schrecken unter den feindlichen Bataillons verbreiten mußte, kostete dem Feinde mehr als 1500. Ohne den Unfall, wodurch unter sechs Geschützen fünf zersprungen sind und mehr als zwanzig Artilleristen, die sie bedienten, und 30 Offiziere getödtet wurden — ein Unfall, der das Fort seiner hauptsächlichen Vertheidigung beraubte — würde der vollkommenste Sieg das Ende eines Krieges bezeichnet haben, welcher das Herz unsers Souverains so sehr bekümmert. Der Feind, stolz auf die Ueberlegenheit seiner Streitmacht und auf die Unermeßlichkeit seiner vereinigten Hülfsquellen, würde vor einer von einer Handvoll Tapferer vertheidigten Redoute seine Bemühungen scheitern gesehen haben. Ich erwarte die Details dieses glänzenden Treffens, um sie Ihnen mitzutheilen, damit Ew. Excellenz sie zur Kenntniß unsers Souverains bringe. Ich kann Sie inzwischen versichern, daß wenn sich der Feind durch die Einnahme von Ramales als Sieger betrachtet, ein zweiter Kampf ihn bald von seinem Irrthum belehren wird. Freilich sind 28 Artilleriestücke jeden Kalibers, 32 Bataillons Infanterie und 13 Schwadronen Cavallerie gewiß eine überlegene Macht gegenüber von 14 Bataillons, die nur 2 Kanonen und keine Cavallerie haben. Unser Verlust übersteigt nicht 600 Mann, worunter verhältnißmäßig wenige Todte sind, wie ich durch bestimmte Etats belegen werde. Wenn der Feind mich neuerdings angreift, so wird er mich bereit finden, ihn gut zu empfangen. Gott erhalte Sie! Hauptquartier der Eremitage von Suceso, am 12. Mai 1839." — Der König, aufs innigste gerührt von der heldenmäßigen Vertheidigung, welche die tapfere Besatzung der Redoute von Guardamino den wiederholten Stürmen der feindlichen Massen entgegengesetzt hat, und in der Absicht, das hohe Verdienst, welches die Tapfern dieser Besatzung bei dieser bewundernswürdigen Vertheidigung sich erworben haben, hat befohlen, daß alle diejenigen, welche dazu gehörten, vom Corporal an bis zu dem höchsten Grade, eine höhere Stufe sogleich erhalten und die Gemeinen zu Sergenten vorrücken sollen. Sr. Majestät hat ihnen überdieß den persönlichen Adel übertragen, und allen die Decoration des Kreuzes der zweiten Classe des königlichen Militärordens des heiligen Ferdinand bewilligt.

Portugal.

Den neuesten in England eingelaufenen Nachrichten aus Lissabon vom 13. Mai zufolge waren in der letzten Zeit wieder mehrere Miguelistische Guerillas in Algarbien aufgetreten. Ein gewisser Baron de Almodovar führt den Oberbefehl über selbe; eine der furchtbarsten dieser Guerillas wird von dem jungen Remeschido angeführt. — Die verwittwete Königinn von England hat Lissabon am 7. Mai am Bord des „Hastings" verlassen, aber wegen des stürmischen Wetters in Vigo einlaufen müssen. — Der Pallast des Herzogs von Palmella stand am 8. d. M. in großer Feuersgefahr; ein dicht daneben liegendes Haus ist ganz niedergebrannt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das am 18. Mai in Liverpool eingelaufene Packetboot „Siddons" hat Newyorker Journale bis zum 25. April mitgebracht, die jedoch nichts erhebliches Neues melden. Einige derselben äußern sich sehr aufgebracht über angebliche wiederholte Beleidigungen

der Unionsflagge von Seite der Engländer. Auf zwei amerikaniſche Schiffe, den Schooner „Vardie“ und das Dampfboot „United States,“ die den St. Lawrence paſſirten, war von engliſchen Schildwachen gefeuert worden. Auf Beſchwerde der amerikaniſchen Gränzbehörden ſetzte der engliſche Oberſt Young ein Kriegsgericht nieder, um die Sache unterſuchen zu laſſen. In Folge davon erklärte der Oberſt, es habe hier ein Mißverſtändniß und übertriebener Pflichteifer von Seite einzelner Soldaten obgewaltet, die gemeint hätten, den amerikaniſchen Schiffen ſei es nicht geſtattet, auf der canadiſchen Seite des Stromes (dieſe iſt die für die Schifffahrt ſichrere) zu fahren. Zugleich drückte der Oberſt ſein Bedauern über das Vorgefallene aus. Damit ſind indeß die Amerikaner nicht zufrieden, und ſeitdem ſoll faſt aller Verkehr zwiſchen den vereinigten Staaten aufgehört haben, indem die beiderſeitigen Dampf- und Segelſchiffe nur in ihre eigenen Häfen einlaufen.

Am 13. April ward Albany, der Regierungsſitz des Staates Newyerk, von einer ſchweren Feuersbrunſt heimgeſucht, die an Gebäuden einen Schaden von etwa 80,000 Dollars anrichtete, von denen nur 37,000 verſichert waren. Der Verluſt traf leider zumeiſt die induſtrielle Claſſe — fleißige Handwerker, die das Erſparte mehrerer Jahre eingebüßt haben. Die Methodiſten- und die katholiſche Capelle ſind dabei abgebrannt.

Großbritannien und Irland.

Der Großfürſt-Thronfolger ſpeiſte am 17. Mai bei dem General Marquis von Angleſey. Am 18. gab Graf Pozzo di Borgo Sr. kaiſ. Hoheit und dem Prinzen der Niederlande zu Ehren wieder ein Feſt im Ashburnham-Houſe, welchem unter Andern der Herzog von Cambridge und der Herzog von Wellington beiwohnten. Am 20. Vormittags fand im St. James-Park in Gegenwart der beiden Prinzen eine Muſterung der Fußgarde Statt, und Nachmittags ſollte auch die Cavalleriegarde vor Ihren Hoheiten in Wormwood Scrubs gemuſtert werden. Man erwartete dabei die perſönliche Anweſenheit Ihrer Majeſtät.

Auf dem Landwege (über Suez) hatte man am 21. Mai in England Nachrichten aus Bombay bis zum 26. März erhalten. — Dieſen Nachrichten zufolge ſoll der Beherrſcher von Herat, Kamram Schah, die Stadt den Engländern übergeben haben, die ihm dafür monatlich eine bedeutende Penſion ausgeworfen haben. Vier Engländer, worunter der bekannte Lieutenant Pottinger, führen nun das Commando in Herat.

Die Chartiſten in Liverpool haben durch Maueranſchläge zu einer großen Verſammlung auf den Pfingſtmontag eingeladen. An das dort ſtehende 10te Linienregiment wurden hiernach auf dem Börſenplatze öffentlich Patronen vertheilt. — Ebenezer Elliott, der berühmte Korngeſetz-Dichter, hat es vorgezogen, aus der „Arbeiteraſſociation“ in Sheffield auszutreten, als ſich durch das thörichte Benehmen der Chartiſten in der Korngeſetzfrage compromittiren zu laſſen. In dem Schreiben, worin er der Geſellſchaft ſeinen Austritt anzeigt, ſagt er unter Anderm: „Hungern euch eure Feinde nicht ſchnell genug zu Tod? Warum wollt ihr auch noch wie Schafe abgeſchlachtet ſeyn? Indem der Convent das Monopol vertheidigt (d. h. die Theilnahme an der Agitation dagegen verſchmäht, weil ſie nichts nütze, ſo lange die „Volkscharte“ nicht angenommen ſei) und zur Anwendung phyſiſcher Gewalt auffordert, ficht er unter der Volksfahne die Schlacht der Ariſtokratie — eine Schlacht, die endlich zur Selbſtvernichtung führen muß, und welche die Ariſtokratie füglich ohne eure Hülfe für ſich ausfechten kann.“ — Die gerichtlichen Vernehmungen der unlängſt in London verhafteten 13 Chartiſten haben bis jetzt noch zu keinem erheblichen Reſultat geführt. Es ſind faſt durchgängig junge Handwerker. In dem Zimmer in der Fleetſtraße, wo ſie verhaftet wurden, hat man indeß mehrere Papiere, Fahnen und ſonſtige Bundesabzeichen gefunden. Eine tricolore Fahne trug die Abbildung der phrygiſchen Mütze und die Umſchrift: „Frei leben wir, frei ſterben wir.“ Auf einer andern Fahne ſteht unter einer Hand mit einem Dolch die Aufſchrift: „For children and Wife We war to the knife! So help us God! (Für Weib und Kind kämpfen wir bis zum Meſſer. So helf uns Gott!)“ Die Section, welcher die Verhafteten ſpeciell angehören, heißt der „Londoner demokratiſche Verein.“ Auch fand ſich ein gedruckter Zettel mit der Ankündigung: „Der Londoner weibliche demokratiſche „Verein. Verſammlungen werden jeden Montag Abends „7 Uhr gehalten. Vom 8. April an werden Herren nur „noch auf Einladung nach dem Beſchluß der Mehrheit „zugelaſſen. (Unterz.) Elizabeth Neezen, Secretärinn.“ Die Eintrittskarten des männlichen Vereins trugen die Loſungsworte: „Unſere Rechte! Mit gütlichen Mitteln, wenn wir können; mit Gewalt, wenn wir müſſen!“ Und: „Wer kein Schwert hat, der verkaufe ſein Kleid, und kaufe eines. Lukas 22, 36.“ Auf vorgefundenen Liſten fanden ſich außerdem die verſchiedenen Sectionen und Unterabtheilungen des Vereins nach den verſchiedenen Stadttheilen, die Verſammlungsorte, regelmäßigen Verſammlungstage u. ſ. w. verzeichnet.

it der Verhaftung zweier Abgeordneten zum „Nation...convent,“ der HH. Brown und Fuſſell, iſt die Stadt Birmingham, wie der Courier ſchreibt, in beſtändiger Aufregung und Unruhe. Am 18. Mai zwiſchen 12 und 1 Uhr ſtrömte eine große Menſchenmenge auf dem Bullring zuſammen. Nach mehreren Standreden, die von verſchiedenen Rednern des Convents gehalten wurden, beſchloß man nach Newhill zu ziehen, dem Orte, wo die großen Volksverſammlungen vor der Annahme der Reformbill Statt zu finden pflegten. Ehe der Zug daſelbſt ankam, war er auf mehrere Tauſende angeſchwollen. Hr. O'Brien ward auf den Stuhl berufen. Ein Mann Namens Edwards begann hierauf eine höchſt aufreizende Rede, als der Mayor, von einigen Magiſtratsperſonen und höhern Offizieren der Garniſon, ſo wie von einer ſtarken Abtheilung der Polizei und Bürgerwache begleitet, auf dem Platz ankam, und dem Vorſitzer und dem Redner bedeutete, ihr Verfahren ſei von der Art, daß es zu einem Bruch des öffentlichen Friedens zu führen drohe. Zugleich wurde die Verſammlung zum Auseinandergehen aufgefordert. O'Brien und Edward gehorchten alsbald, ein großer Theil des Volkshaufens aber proteſtirte laut gegen eine ſolche Unterbrechung ihrer Verſammlung, und ſchrie, es ſei Zeit, ſich gegen die Behörden zu waffnen. Da die Leute nicht vom Platze weichen wollten, ließ man eine Abtheilung Dragoner kommen. So wie dieſe herantrabten, verlief ſich der Haufen, aber eine ſchwere Aufgabe war es, die nach dem Verſammlungsplatze führenden Straßen zu ſäubern. Noch mehrere Stunden lang blieb die Stadt in der größten Bewegung, weßhalb man es nöthig fand, kleine Abtheilungen Dragoner bis zum Einbruch der Nacht in den Straßen patrouilliren zu laſſen. Gegen Abend ward es ruhiger, und ſo blieb es auch am Sonntag (19.). Bei den von den Behörden angeordneten trefflichen Vorkehrungen iſt fürs erſte kaum ein weiterer Ausbruch zu beſorgen.

Die Times will in der Anzeige Lord John Ruſſells, daß er am 31. März in einem Finanzausſchuſſe des Unterhauſes auf Bewilligung von 30,000 Pf. zu Unterrichtszwecken antragen werde, die Abſicht finden,

das Haus in dieſer Sache zu überrumpeln, und inſinuirt, daß dem Miniſterium dieſer Plan von ſeinen „papiſtiſchen" Anhängern, alſo wohl von der O'Connell'ſchen Partei, an die Hand gegen worden. „Man hofft," ſagt das genannte Blatt, „einer Exploſion der öffentlichen Meinung zuvorzukommen. Man weiß, daß am 28. d. M. eine außerordentliche Verſammlung über den Nationalunterricht Statt finden wird, in welcher der Primas von ganz England den Vorſitz führen ſoll; indem man nun die miniſterielle Motion nur drei Tage ſpäter vorbringt, muß man wiſſen, daß der Zwiſchenraum zu kurz iſt, als daß dieſe Verſammlung ſchon ihre gehörige Wirkung hervorgebracht haben könnte. Man hofft, die Subſidie zu erlangen, bevor die Univerſitäten und andere Corporationen erwachen, ihre gemeinſame Gefahr wahrnehmen und einmüthig dagegen petitioniren können. Alles dieß iſt ein tief angelegter Plan, und das engliſche Volk hat auf ſeiner Hut zu ſeyn gegen dieſen hinterliſtigen Verſuch, es zum Theilnehmer an der Einführung der „papiſtiſchen Bibelüberſetzung und des irländiſchen Unterrichtsſyſtems in dieß proteſtantiſche Land zu machen." Am Schluß dieſes Artikels ſpricht die Times von einem Gerücht, welchem zufolge Lord Brougham von dem Miniſterium dadurch gewonnen worden wäre, daß man ihm die Leitung eines neu zu bildenden Departements für den öffentlichen Unterricht angeboten hätte.

Die Dubliner Evening-Poſt enthält folgendes Schreiben aus London vom 14. Mai: „Am Sonntag verſammelten ſich 16 radicale Mitglieder, um einen Entwurf zu einer gemäßigten fortſchreitenden Politik anzufertigen, als Bedingung, unter welcher ſie das Melbourne'ſche Miniſterium unterſtützen wollten. Es befanden ſich darunter acht, die bei der Jamaica-Bill gegen die Miniſter geſtimmt haben. Es wurde auch noch beſchloſſen, eine Deputation an Lord Melbourne zu ſenden, welches heute geſchehen iſt. Die Unterredung war ſehr freundſchaftlich und die Deputation vollkommen mit ihrem Erfolge zufrieden. Es geht das Gerücht, Lord John Ruſſell und Hr. Spring-Rice würden zu Pairs erhoben werden, und zwar der erſtere als Baron Cheniés, der letztere als Baron Mount-Trenchard; doch kann ich dieß nicht verbürgen. Man ſagt auch, Lord Morpeth werde der Nachfolger Lord John Ruſſell's werden, der noch immer ſehr leidend iſt."

Conſols am 21. Mai 93¹/₄ ³/₈.

Frankreich.

Der Moniteur enthält einen langen ämtlichen Bericht des Marſchalls Gerard über die von der Nationalgarde während des Aufſtandes am 12. und 13. Mai geleiſteten Dienſte. Neues ergibt ſich daraus nichts. Vier Nationalgardiſten, worunter zwei Trommler, ſind gefallen. Die Zahl der Verwundeten iſt ſehr gering. Der Marſchall berichtet, daß auch die Legionen des Weichbilds bereit geweſen ſeien, denen der Stadt beizuſtehen.

Durch königliche Entſcheidung iſt der General Vaillant, Commandant des Geniecorps in Nordafrika, an die Stelle des Generallieutenants Tholozé zum Commandanten der polytechniſchen Schule ernannt worden. Der Courrier Français ſchreibt, Marſchall Soult und der Kriegsminiſter General Schneider, bei denen ſich General Tholozé nach den Gründen erkundigt habe, wegen welcher er abgeſetzt worden ſei, haben ihm ihr Bedauern über dieſe Maaßregel ausgedrückt, zugleich jedoch erklärt, ſie ſeien für dieſelbe nicht verantwortlich. Dieſer Angabe widerſpricht die des Moniteur, nach welchem die betreffende Ordonnanz auf einen von dem Kriegsminiſter unterzeichneten Bericht hin erlaſſen wurde.

In der Sitzung der Pairskammer vom 20. Mai verlas der Vicomte Siméon ſeinen Bericht über den Geſetzentwurf, das literariſche Eigenthum betreffend. Die Commiſſion ſchlägt eine Modification vor. — Zwei Petitionen für die Wahlreform beſchäftigten hierauf die Kammer. Der Berichterſtatter, Hr. Carl Dupin, ſprach für die Tagesordnung. Graf d'Harcourt hielt eine Rede, durch die er zu beweiſen ſuchte, daß nicht die Nation, ſondern die Parteien und die Leidenſchaften die Wahlreform verlangten. Durch das allgemeine Votum wollten jene ihren Einfluß wieder gewinnen. Vicomte Dubouchage antwortete: ſeine politiſchen Freunde hätten nur an eine Ausdehnung des Wahlrechts, nie an das allgemeine Votum gedacht. Die Kammer beſchloß die Tagesordnung.

Die Deputirtenkammer hat am 21. Mai in ihren Bureaux die mit Prüfung der Einnahme- und Ausgabebudgets von 1840 beauftragte Commiſſion ernannt; jedes Bureau ernennt zwei Commiſſäre; folgende ſind die Namen der achtzehn Commiſſäre: 1) Sauniac und Duprat; 2) Havin und Lepelletier d'Aulnay; 3) Calmon und Gouin; 4) Delebecque und Lanyer; 5) Lenraud und Vivien; 6) Ducos und Legrand; 7) Deſſitte und de Juſſieu; 8) Galos und de Lespée; 9) Sapey und Larabit. — Die Kammer ernannte auch die Commiſſion, die mit Prüfung des Geſetzentwurfs, wodurch 1,200,000 Fr. für die geheimen Ausgaben verlangt werden, beauftragt iſt. — Sie beſteht aus den HH. Marquis de Dalmatie, Bignon, Cochin, Jacques Lefebvre, Billault, Legentil, Deſſauret, Moreau (de la Meurthe) und Ganneron. — Die Miniſter, namentlich die HH. Duchatel, Dufaure, Teſte und General Schneider, ſollen in ihren reſpectiven Bureaux erklärt haben, daß die Regierung Willens ſei, die bisherigen Subventionen an gewiſſe Pariſer und Departementsjournale gänzlich einſtellen. Man zweifelte nicht an der Annahme des Geſetzentwurfs mit bedeutender Stimmenmehrheit.

Der König und die königliche Familie beſuchten am 20. zum zweiten Mal die Induſtrieausſtellung, nach welcher der Zudrang der Pariſer wie der Fremden immer noch gleich groß iſt. Fünf Stunden lang wandelte der König durch die Säle, hielt faſt bei jedem Schritte einen Augenblick ſtill, die wunderbaren Schätze bis in die kleinſten Details muſternd, und unterhielt ſich eifrig mit den anweſenden Fabrikanten. Der Handelsminiſter, Hr. Cunin-Gridaine, der Polizeipräfect und der Präfect der Seine ſtanden dem Könige zur Seite.

Am 17. Mai iſt Sr. Hoheit der Herzog Friedrich Alexander von Würtemberg nach Teutſchland abgereist.

Barbès, einer der Haupttheilnehmer des letzten Complotts, iſt bekanntlich nicht, wie einige Zeitungen meldeten, geſtorben, ſondern auf dem Wege der Beſſerung. Ueber die Art, wie er erkannt wurde, erzählt man Folgendes: Vor einigen Monaten wurde Barbès von einem Landsmann in einem angeſehenen Hauſe des Stadtviertels Arcis vorgeſtellt. Gegen Ende April brachte er, unter dem Vorwand einer Reiſe, einen anſcheinend ſehr ſchweren Koffer dorthin, und ſtellte ihn, nach erhaltener Erlaubniß, in eine dunkle Kammer, deren Schlüſſel er mitnahm. Am Tage des Aufſtandes erſchien er mit 5 bis 6 andern jungen Leuten in jenem Hauſe, und da die Familie ausgegangen war, erbrachen ſie die Thüre und eröffneten den Koffer, der voll Patronen war. Nachdem ſie ſich gehörig verſehen, ließen ſie den Koffer offen und noch halb angefüllt zurück, und ſtürzten auf die Straße. Eine am andern Tag vorgenommene Hausſuchung und die Ausſage der Hausleute brachten dieſen Umſtand an den Tag. — Ungeachtet der zahlreichen Freilaſſungen ſind noch über 200 Perſonen in Haft. Am 21. Mai iſt auf einen Haftbe-

fehl der Pairscommission Hr. Caussidière Sohn aus Lyon (ein Aprilangeklagter) festgenommen worden.

Der National bedient sich des längst abgedroschenen Kunstgriffs, den Aufstand vom 12. Mai als von der Regierung selbst angestiftet zu betrachten, und sucht in dieser Voraussetzung zu beweisen, daß für das herrschende System durch jenes Ereigniß durchaus nichts gewonnen worden sei.

Hr. Parquin, einer der Genossen Louis Bonaparte's in Straßburg, erklärt in einem Schreiben aus Zürich vom 17. Mai die Angabe, als wäre er am 12. Mai in Paris verhaftet worden, für falsch; seit zwei Jahren habe er die Schweiz nicht verlassen. Die Angabe, daß Oberst Vaudrey verhaftet sei, wurde schon früher widerlegt.

Die Gazette de France glaubt, wenn das Ministerium wirklich die Subventionen für das Journal des Debats und die Presse einziehe, so würden dieselben von der Civilliste bestritten werden, da dem Hof daran liege, sich Organe außerhalb des Ministeriums zu erhalten, die später sogar gegen dasselbe verwendet werden könnten.

Der Assisenhof des Marne-Departements hat in Sachen der wegen Theilnahme an einem Auflaufe, bei welchem das Haus des Pfarrers wegen der Predigten eines von ihm auf die Kanzel zugelassenen Missionärs zerstört worden war, verhafteten Einwohner von Reims sein Urtheil gefällt. Von den 24 Angeklagten wurden 21 freigesprochen, von den drei Uebrigen der erste zu funfzehnmonatlichen Haft und einer Geldbuße von 100 Fr., der Zweite zu zwölfmonatlicher Haft und einer Geldbuße von 100 Fr., der Dritte zu sechsmonatlicher Haft und einer Geldbuße von 150 Fr. verurtheilt.

Am 23. Mai 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 3Percents 81. Fr. 20.

Preußen.

Die Preußische Staatszeitung enthält folgende telegraphische Nachrichten aus Kreuznach vom 22. Mai: „Sr. königl. Hoheit der Kronprinz ist gestern Abends um 9 Uhr im erwünschten Wohlseyn hier angekommen und von den Einwohnern mit sichtbarer Freude empfangen worden. Heute Früh um 8 Uhr ist Hochstderselbe von hier nach Saarbrück abgereist."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 22. Mai enthält folgende Bekanntmachung: „Nachdem beschlossen worden, die in Stuttgart erscheinende Zeitschrift „der teutsche Courier" im hiesigen Königreiche bis auf Weiteres zu verbieten, so wird solches zur allgemeinen Nachachtung hierdurch bekannt gemacht, und zwar unter der Verwarnung, daß die Nichtachtung dieses Verbots, außer der Confiscation, mit einer Geldbuße von 5 Thlrn. wird belegt werden. — Zugleich wird allen Polizeibehörden zur Pflicht gemacht, auf die genaue Befolgung dieses Verbots zu achten, und namentlich die Verfügung zu stellen, daß der gedachte „teutsche Courier" an öffentlichen Versammlungsorten nicht ausgelegt werde. — Hannover, den 18. Mai 1839. Königlich hannoversches Ministerium des Innern. J. C. v. d. Wisch."

Der Erblandmarschall des Königreichs Hannover, Staats- und Cabinetsminister außer Dienst, Graf von Münster, ist am 20. Mai an den Folgen eines ihm am 11. d. M. zugestoßenen Schlagflusses zum allgemeinsten Bedauern mit Tod abgegangen.

Am 21. Mai ist zu Dresden der königl. baierische Geschäftsträger, Baron von Freyberg, nach längerer Krankheit mit Tod abgegangen.

Am 17. Mai ist in der Bundesfestung Luxemburg der neu ernannte Gouverneur derselben, der Prinz von Hessen-Cassel, eingetroffen.

Wien.

Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer, Vicekönig des lombardisch-venetianischen Königreichs, haben am 18. Mai die Milly-Kerzenfabrik allhier mit einem gnädigsten Besuche beehrt, und über die interessante Unternehmung dieses neuen Zweiges vaterländischer Industrie Höchstihren Beifall huldvoll zu erkennen gegeben.

Am 29. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen zu 5 pC. in CM.		107¼.
detto detto zu 4 pC. in CM.		101⅛.
detto detto zu 3 pC. in CM.		81⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		—.
detto detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		152.
detto detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		666⅔.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		67.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼, Br. Uso. 2 M.		
Bankactien pr. Stück —— in CM.		

Oesterreichische Eisenbahnen.

Kaiser Ferdinands Nordbahn.

In der letzten Tagen der vorigen Woche wurden bereits Probefahrten nach Rabensburg, 9¼ Meilen, und nach Lundenburg, 11 Meilen von Wien, vorgenommen; — am 26. Mai fand abermals eine solche Fahrt nach Rabensburg Statt, bei welcher, ungeachtet des anhaltend regnerischen Wetters, diese Strecke von 9¼ Meilen, mit einer der schwersten Maschinen, ohne die geringste Störung in weniger als 2 Stunden von Wien aus zurückgelegt wurde.

Die Direction beabsichtigte schon am 30. d. M., als am Tage der allerhöchsten Namensfeier Sr. Majestät des Kaisers, die Bahnstrecke von Wien bis Lundenburg dem geehrten Publicum zu eröffnen; — mit Rücksicht jedoch auf die von ihr bisher mit so gutem Erfolge beobachteten Vorsichtsmaaßregeln, und bei dem Umstande, daß jetzt die dortige Gegend großentheils unter Wasser steht, die Landwege in beinahe unfahrbarem Stande sich befinden, und daher die Communicationen gehemmt sind, beschloß sie, zur Eröffnungsfeier eine günstigere Witterung abzuwarten, um auch die anfangs immer nöthige Nachschotterung des Bahnoberbaues, wie dieß bisher auch auf den andern Strecken der Fall war, bei trockener Witterung vornehmen zu können.

Indem also ehestens diese interessante Bahnstrecke eröffnet, und das Publicum durch die von Sr. Durchl. dem Herrn Fürsten von Liechtenstein am Stationsplatze mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit erbaute großartige Restauration angenehm überrascht werden wird, kann man berichten, daß auch von Lundenburg bis Brünn der Oberbau bereits ganz geschlossen wurde, und es daher nur einer bessern Witterung bedürfe, um die letzte Hand an die vollkommene Richtung der Schienen legen, und sogestaltet auch diese Strecke, somit die ganze 20 Meilen lange Bahn von Wien bis Brünn baldigst eröffnen zu können.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 152

Oeſterreichiſcher Beobachter

Sonnabend, den 1. Juni 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologiſche Beobachtungen vom 29. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maaß	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.385	283. 18. 8 P.	+ 10.8	NW.	ſchwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.326	28 2 3	+ 14.5	NW.	ſtill.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.437	28 2 4	+ 11.0	NW.	ſchwach.	Wolken.
Am 30. Mai.	8 Uhr Morg.	27.468	28 2 9	+ 12.7	NW.	ſtill.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.439	28 2 4	+ 17.3	NW.	ſchwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.513	28 2 1	+ 12.4	NW.	ſtill.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

Am Pfingſtmontage, 20. Mai, hatte die ruſſiſche Handelscompagnie in London Sr. kaiſ. Hoheit dem Großfürſten-Thronfolger zu Ehren ein glänzendes Feſtmahl in der London-Tavern veranſtaltet, zu welchem auch der Prinz Heinrich der Niederlande geladen war. Die erlauchten Prinzen wurden am Eingange der Tavern von einer Deputation der Mitglieder der Handelscompagnie empfangen und durch das Veſtibul, deſſen Fußboden mit carmoiſinrothen Teppichen bedeckt war, in das Verſammlungszimmer geführt, wo ſich der Gouverneur, Hr. William Aſtell, befand, welcher ihnen die andern Gäſte vorſtellte. Das Zimmer gewährte einen wahrhaft impoſanten Anblick. In der Mitte waren die königliche Fahne Englands zwiſchen der ruſſiſchen und der niederländiſchen Fahne angebracht und der Orgel gegenüber hing ein lebensgroßes Bild der Kaiſerinn Katharina von Rußland. Auf der Seitentafel ſtand ein koſtbares Goldſervice. Die dem Vorſitzenden gegenüber befindliche Gallerie war mit Damen angefüllt, unter denen ſich auch die Gräfinn Pembroke und Andere von hohem Range befanden. Unter der Gallerie war ein großes Muſikcorps aufgeſtellt. Hr. Aſtell, Gouverneur der ruſſiſchen Handelscompagnie, führte den Vorſitz; zu ſeiner Rechten ſaßen der Großfürſt, der Graf Pozzo di Borgo, der Herzog von Wellington, der Graf Orloff, der Marquis von Bute, der Graf Woronzoff, der Fürſt Bariatinski, der Marquis von Londonderry, Lord Heytesbury, der Graf S. Woronzoff und Sir C. Bagot, zu ſeiner Linken der Prinz Heinrich der Niederlande, der Graf Durham, der General Kawelin, Lord Melbourne, der Fürſt Dolgorucki, Viscount Palmerſton, der Graf Charles Pozzo di Borgo, Hr. Patkul und Lord Stuart de Rothſay. Nachdem die Geſundheit der regierenden und der verwitweten Königinn getrunken worden war, erhob ſich der Vorſitzende und brachte, nach einer kurzen Rede, den Toaſt auf den Kaiſer von Rußland aus, der mit Enthuſiasmus aufgenommen und von dem Grafen Pozzo di Borgo beantwortet wurde. Der Vorſitzende ſchlug ſodann den Toaſt auf den Großfürſten vor und erwähnte in einer Rede der Tugenden, welche dieſen Prinzen ſchmücken, des Wohlwollens, welches die kaiſerliche Familie ſtets gegen die ruſſiſche Handelsgeſellſchaft gezeigt, und der Ehre, die der Geſellſchaft durch die Anweſenheit des ruſſiſchen Thronerben erwieſen werde. Der Großfürſt erwiederte hierauf in ſehr gutem Engliſch, daß er durch die enthuſiaſtiſche Weiſe, in welcher der auf ihn ausgebrachte Toaſt von dieſer ausgezeichneten Geſellſchaft aufgenommen worden, ſich ſehr geſchmeichelt fühle. Er ergreife mit Freuden dieſe Gelegenheit, um öffentlich zu erklären, daß dieſe Höflichkeiten, die ihm in England von Ihrer Majeſtät der Königinn, den Miniſtern und, er könne es mit Wahrheit ſagen, von jedem Engländer erzeigt worden, höchſt erfreulich für ihn geweſen ſeien, und er werde ſie nie vergeſſen. (Lauter Beifall.) Er bitte um die Erlaubniß, ſeinerſeits den Toaſt auf das Gedeihen der Compagnie und auf eine lange dauernde Freundſchaft zwiſchen Großbritannien und Rußland ausbringen. (Lauter Beifall.) Der Vorſitzende brachte ſodann auch den Toaſt auf den Prinzen der Niederlande, als den Sohn eines der älteſten und treueſten Verbündeten Englands, aus, worauf der Prinz erwiederte, es fehle ihm an Worten, um ſeine Dankbarkeit für das ihm bewieſene Wohlwollen auszudrücken. (Beifall.) Er habe in allen von ihm beſuchten Ländern ſtets die größte Hochachtung vor den Engländern gehabt, und ſollte er in Zukunft im Stande ſeyn, beiden Ländern einen Dienſt zu erweiſen, ſo werde er gern alle ſeine Kräfte aufbieten, um dieſen Zweck zu erreichen. (Beifall.) Er danke den Anweſenden für die freundlichen Geſinnungen, die ſie für ſeine Familie zu erkennen gegeben, und er könne verſichern, daß er dieſelben niemals vergeſſen werde. Er bitte jetzt um Erlaubniß, den Toaſt auf die herzliche Innigkeit zwiſchen Großbritannien und den Niederlanden auszubringen. (Beifall.) Der Großfürſt brachte ſodann den Toaſt auf den Gouverneur der ruſſiſchen Handelscompagnie, Hrn. William Aſtell, aus, wofür der Vorſitzende mit wenigen Worten dankte und dann einen Toaſt auf die Miniſter vorſchlug, der mit Beifall aufge-

nommen wurde. Lord Melbourne dankte für die ihm und seinen Collegen erwiesene Ehre. — „Ich will indeß," fuhr er fort, „nicht von mir oder von den Verdiensten dieser lange bestehenden Gesellschaft sprechen, denn jede andere Rücksicht muß dem höhern Interesse weichen, welches uns hier vereinigt. Es ist unmöglich, bei dieser Gelegenheit nicht auf die so lange schon bestehende Verbindung zwischen Großbritannien und Rußland, so wie auf jene Zeiten hinzuweisen, wo der Souverain und die Großfürsten jenes Landes England besuchten und mit nicht geringerem Interesse und Achtung empfangen wurden, als es bei der jetzigen Gelegenheit geschehen ist. Es ist mir ferner unmöglich, nicht daran zu erinnern, daß vor etwa anderthalb Jahrhunderten der erlauchte Vorfahr Sr. kais. Hoheit, Peter der Große, im Jahre 1697 dem König Wilhelm III. einen Besuch abstattete, der die allgemeinste Theilnahme erregte. Unter den Fürsten dieses erlauchten Hauses, welche in späterer Zeit England besuchten, nenne ich den Oheim unsers erlauchten Gastes, den Kaiser Alexander, dessen Festigkeit, dessen Energie, dessen aufgeklärte Politik England, Europa, ja die ganze Welt so unendlich viel verdankt. (Beifall.) Auch der erlauchte Vater des kaiserlichen Prinzen beehrte unser Land mit seinem Besuche. Die Stellung, welche derselbe jetzt einnimmt, gestattet mir nicht, Alles zu sagen, was ich fühle, und ich will nur bemerken, daß der Kaiser ein Mann von Ehre, Wahrheit und Gerechtigkeit ist, wie irgend einer auf der Welt. Es wäre unpassend, hier in weitläuftige allgemeine Discussionen einzugehen, nur das möge mir noch gestattet seyn, zu sagen, und jeder der Anwesenden, welcher Meinungsschattirung er auch angehören möge, wird mir darin beistimmen, daß man die hier an den Tag gelegten Gesinnungen als eine neue Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens und der Eintracht zwischen den beiden Nationen betrachten darf, die dazu geschaffen sind, einander zu lieben, zu achten und zu bewundern (Beifall) — zwei Nationen, deren Uneinigkeit die civilisirte Welt bis in ihr Innerstes erschüttern würde, deren gegenseitige Freundschaft und Einigkeit dagegen den Frieden und die Ordnung bewahren und mit reißender Schnelligkeit die allgemeine Civilisation und die allgemeine Glückseligkeit des Menschengeschlechts verbreiten." (Lauter Beifall.) — Als hierauf der Vorsitzende den Toast auf den Grafen Pozzo di Borgo ausgebracht hatte, bemerkte dieser, daß er fast ein halbes Jahrhundert seinen erlauchten Kaiser an dem mächtigen englischen Hofe repräsentire. — „Ich wurde," fuhr er fort, „in einer der gefährlichsten und ernstlichsten Krisen, welche die Welt jemals erfahren hat, zu diesem Amte berufen. Das von mir befolgte Verfahren ist glücklicherweise von Erfolg gewesen, aber es ist mir offenbar für meine Verdienste, wenn auch nicht für meinen Eifer, hier zu viel Ehre erwiesen worden. Ich schätze mich glücklich, daß während der ganzen Zeit, seitdem ich meinen Souverain repräsentire, keine Collision zwischen England und Rußland Statt gefunden hat, diesen Zweck hatte ich stets im Auge, und dafür ist mir stets der Beifall Sr. kais. Majestät zu Theil geworden. (Beifall.) Wenn man mich fragt, weßhalb unter so vielen Prüfungen die wechselseitigen Bestrebungen beider Länder mit Erfolg gekrönt worden sind, so antworte ich, weil zwischen beiden Nationen ein verbindendes Princip besteht, weil beide dieselben Zwecke, dieselben großen Interessen im Auge haben. (Beifall.) Ich verachte daher alle Prophezeiungen jener Prediger der Unordnung, die in unsern Tagen Verläumdungen zu verbreiten und Argwohn zwischen beiden Ländern auszustreuen suchen, welche indeß durch den gesunden Sinn, die Billigkeit, die redliche Politik und die Stärke beider Reiche unschädlich gemacht worden. (Beifall.) Ich fühle, daß ich dem Ende meiner Laufbahn nahe bin, denn Alles hat seine Gränzen; ich würde jedoch ruhig und zufrieden diese Welt verlassen, wenn ich die Ueberzeugung mit mir nehmen könnte, daß die jetzt zwischen den beiden so mächtigen Reichen herrschende Eintracht fortbestehen werde." (Lauter Beifall.) — Hierauf erhob sich der Vorsitzende und sagte: „Unter den hier anwesenden ausgezeichneten Gästen befindet sich auch ein Offizier unserer Armee, auf den England stolz seyn kann, und der auch Feldmarschall des russischen Heeres ist. (Lauter Beifall.) Wir können in der That auf den Herzog von Wellington, als brittischen Unterthan, stolz seyn (großer Beifall), auf ihn, der, wie allgemein anerkannt worden, weder im Felde seines Gleichen hat, noch im Cabinet übertroffen worden ist." (Stürmischer Beifall.) Der Herzog von Wellington wurde, als er für dieß Compliment dankte, mit dem lebhaftesten Applaus begrüßt. „Es wundert mich nicht," sagte er, „daß die Corporation der russischen Handelscompagnie so hohen Werth auf den Besuch des erlauchten Prinzen legt, der heute ihr Gast ist. Vermittelst ihrer Talente, Capitalien und ihres Unternehmungsgeistes bildet sie den Mittelpunct des Verkehrs zwischen den beiden mächtigen Reichen Großbritannien und Rußland zu deren beiderseitigem Nutzen, und es muß ihr nicht nur um ihretwillen und um der Bevölkerung beider Reiche, sondern um des Weltfriedens willen sehr daran gelegen seyn, daß dauernde Eintracht zwischen diesen beiden Reichen erhalten werde. Es freut mich außerordentlich, daß der erlauchte Prinz, ihr Gast, in England überall so empfangen worden ist, wie es diesem Lande geziemt. (Lauter Beifall.) Ich erlaube mir, in Gegenwart des erlauchten Prinzen zu sagen, daß er diesen Empfang nicht minder seinen eigenen Tugenden verdankt, als dem Wunsche dieses Landes, seiner Stellung, seiner Familie und seinem Vaterlande alle Achtung zu bezeigen. Seine Leutseligkeit, seine Freundlichkeit und Güte gegen Jedermann, mit dem Sr. kais. Hoheit in Berührung gekommen, hat einen tiefen Eindruck in diesem Lande gemacht, und wird nicht so bald vergessen

werden." — Nachdem hierauf noch Toasts auf Ihre Majeſtät die Kaiſerinn von Rußland, auf den Grafen Woronzoff und auf die ehemaligen brittiſchen Botſchafter am ruſſiſchen Hofe, Grafen Durham, Viscount Strangford und Lord Heytesbury, ausgebracht worden, trennte ſich die Geſellſchaft.

Am Sonnabend den 18. Mai empfing die Königinn im Buckingham-Pallaſt eine Deputation der Dubliner Municipalität, beſtehend aus dem Lordmayor, dem Recorder, einem Alderman, einem Sheriff, zwei geweſenen Sheriffs, dem Secretär des Lordmayors und einem Corporations-Bürger, die Ihrer Majeſtät eine Adreſſe überreichte, in welcher um Schutz für die Rechte und Privilegien dieſer Corporation erſucht wird. Dann ertheilte Ihre Majeſtät dem neu ernannten portugieſiſchen Geſandten am engliſchen Hofe, Baron von Moncorvo, die Antrittsaudienz, und dieſer überreichte ſein Beglaubigungsſchreiben. Auch der brittiſche Geſandte im Haag, Sir Edward Disbrowe, der auf Urlaub nach England gekommen, hatte eine Audienz bei der Königinn.

Das Circular des Miniſters des Innern, Lord John Ruſſell, welches die achtbaren Bewohner des Landes auffordert, ſich zum Schutze ihres Eigenthums gegen die Chartiſten zu verbinden und zu rüſten, findet immer mehr Anklang. In Clifton haben ſich ſchon 500 Perſonen einſchreiben laſſen. Die energiſchen Maaßregeln der Regierung ſelbſt gegen die Chartiſten dauern ebenfalls fort. Auf die Verhaftung von ſechs der Rädelsführer iſt ein Preis von je 100 Pf. geſetzt. Die Londoner Blätter ſind auch vorzugsweiſe mit Berichten über die Operationen und Verſammlungen der Chartiſten angefüllt, die nach wie vor in allen Theilen des Landes Statt finden. Birmingham, welches neuerdings der Hauptſammelplatz derſelben war, ſcheint ruhiger geworden zu ſeyn, ſeitdem die Abgeordneten des Convents ſich von dort entfernt haben und die Regierung mehrere der Haupträdelsführer hat verhaften laſſen. Am 18. Mai wurde daſelbſt indeß noch auf dem Newhall-Hügel eine große Chartiſtenverſammlung gehalten, die, da ſie eine aufrühreriſche Geſtalt anzunehmen drohte, durch Dragoner auseinandergetrieben wurde. Cavalleriepatrouillen durchzogen darauf die Stadt und erhielten die Ruhe, die auch nicht weiter geſtört wurde. Seitdem ſcheinen die Chartiſten ihre Verſammlungen in Birmingham aufgegeben zu haben; ihre Geldmittel ſollen auch ganz erſchöpft ſeyn. Bemerkenswerth iſt es, daß die bekannten Birminghamer Radicalen Attwood, Scholefield und Muntz, die früher dort die Haupt-Volksagitatoren waren, an den jetzigen Umtrieben gar keinen Theil nehmen und bei den Chartiſten ſogar in ſolchem Mißcredit ſtehen, daß ſie vielleicht übler Behandlung ausgeſetzt ſeyn würden, wenn ſie ſich öffentlich zeigten. Aus andern Theilen Englands lauten indeß die Nachrichten noch immer nicht ganz beruhigend. In Rochdale fuhren die Chartiſten fort, Waffen zu kaufen. In Stockport forderten die Arbeiter ihr Geld bei den Sparcaſſen ein. In Liverpool waren am 18. ungeheure Placate angeſchlagen, die zu einer am 20. zu haltenden Verſammlung aufforderten, um Maaßregeln zur Durchſetzung der Volkscharte zu ergreifen. In Briſtol waren zwei Chartiſten gefänglich eingezogen worden, weil ſie Waffen aufgekauft hatten. Auch in Yorkſhire ſuchten Agitatoren das Volk aufzuwiegeln, und die Chartiſten rühmten ſich, ſie würden bei einer in dortiger Gegend zu haltenden Verſammlung an hunderttauſend Menſchen auf die Beine bringen. Vincent, der wegen aufrühreriſcher Reden, die er zu Newport in Wales gehalten, verhaftete Abgeordnete des Chartiſtiſchen Nationalconvents, iſt bekanntlich von London nach Newport gebracht worden. Die Chartiſten dort machten einen Verſuch, ihn zu befreien, das Ergebniß aber war, daß auch ihr Anführer von der Polizeimacht feſtgenommen wurde. Die Friedensrichter beſchloſſen, daß er und Vincent in das Grafſchaftsgefängniß nach Monmouth abgeführt werden ſollten, um ſpäter vor die Aſſiſen geſtellt zu werden. Der wegen aufrühreriſchen Treibens in Anklageſtand verſetzte Prediger Stephens ſetzt in London ſeine Predigten gegen das neue Armengeſetz fort. Dreimal predigte er kürzlich an Einem Tage im Freien, unter ſtrömendem Regen und bei empfindlicher Kälte, aber weder wurde er ſelbſt müde, noch erlahmte die Aufmerkſamkeit ſeiner Zuhörer.

In Irland ſcheinen die Demonſtrationen zu Gunſten der jetzigen Miniſter, vermuthlich auf O'Connell's Anſtiften, wieder einen ſehr energiſchen Character annehmen zu wollen, und auch die engliſchen Radicalen zeigen ſich verſöhnlicher gegen die Whigs, als vor einigen Wochen, da ſie darauf rechnen, daß das Miniſterium ihnen einige Zugeſtändniſſe machen werde. Außer der geheimen Abſtimmung wird beſonders auch die Herabſetzung des Briefportos auf einen Penny als eine der Fragen bezeichnet, in welchen das Cabinet den Forderungen der Reformer nachgeben werde. Beide Gegenſtände kamen in einer Verſammlung der Wähler von Southwark, in welcher eine Dank- und Ergebenheitsadreſſe an die Königinn beſchloſſen wurde, zur Sprache, und der dieſen Theil der Hauptſtadt im Parlamente vertretende Radicale, H. Harvey, ſprach ſeine Hoffnungen hinſichtlich eines weitern Fortſchrittes der Reform, in Folge der Cabinetskriſis, in der ſich der Character der Königinn im günſtigſten Lichte gezeigt habe, auch mit Beziehung auf das gegenwärtige Miniſterium aus, und pries die Abſtimmung über die Jamaica-Bill, die einen ſolchen Umſchwung hervorgebracht, als ein Glück.

Die Eiſenbahnbill, welche in der Sitzung des Unterhauſes vom 14. Mai mit 139 gegen 91 Stimmen angenommen wurde, hat den Zweck, durch eine Abzweigung von der über Birmingham führenden Bahn die Entfernung zwiſchen London und Mancheſter

um 20 englische Meilen, also ungefähr um eine halbe Stunde, abzukürzen. Den Gegnern schien dieser Gewinn zu unbedeutend im Vergleich zu dem Verlust, den die Stadt Birmingham, von welcher vorzüglich gegen die Bill petitionirt worden ist, dadurch erleiden würde. Sir Robert Peel jedoch, der bei dieser Gelegenheit Manchester die dritte unter den Städten Europa's nannte, indem er nach London nur Paris für größer und bedeutender hielt, war anderer Meinung. Er bemerkte, die Actien der London-Birminghamer-Eisenbahn-Compagnie ständen doch so hoch (nämlich 160 pCt., so daß, wenn die Compagnie sie sämmtlich verkaufte, sie auf den Betrag derselben, der sich auf 7,555,000 Pf. beläuft, einen Gewinn von 3,381,000 Pf. haben würde), daß Birmingham sich der vorliegenden Bill nicht zu widersetzen brauche, indem es sich den Handel zwischen London und Manchester, London und Liverpool, London und Irland, London und dem südlichen Schottland, London und Wales zu sichern wünsche.

Der Geburtstag Shakespeare's (23. April) ward in diesem Jahre von den Mitgliedern des „königlichen Shakespeare-Clubbs" besonders feierlich begangen. Der große Saal in dem Stadthause zu Stratford am Avon war zu Diner und Concert festlich verziert. Der Präsident des Clubbs saß unter dem von Wilson gemalten, und von Garrick im Jahre 1769 dahingestifteten lebensgroßen Bildnisse des Dichters. Er ist mit der Feder in der Hand, mit sinnend aufwärts gerichtetem Blicke dargestellt, nach der berühmten Stelle im Sommernachtstraum: „Des Dichters Aug', in schönem Wahnsinn rollend u. s. w." Gegenüber hing das lebensgroße Porträt Garricks. — Das „Tagebuch des hochwürdigen John Ward, Vicars in Stratford am Avon," das man in der Bibliothek der medicinischen Gesellschaft von London aufgefunden, und von dessen Herausgabe sich das literarische Publicum wichtige Aufschüsse über viele unaufgehellte Puncte in Shakespeare's Leben versprach, ist jetzt im Druck erschienen, hat aber die davon gehegten Erwartungen traurig getäuscht. Von mehr als 300 Seiten, die das Tagebuch füllt, betrifft kaum eine ganze den großen Dichter, und das einzige Neue, was sich auf dieser findet, beschränkt sich auf Folgendes: „Shakespeare, Drayton und Ben Jonson hatten eine lustige Zusammenkunft, und tranken, scheint es, etwas zu viel, denn Shakespeare starb an einem Fieber, das es sich dabei geholt."

Am 20. Mai wurde eine große Quantität englischen Weizens zu London zu Markte gebracht, der nur zu 2 bis 3 Sh. niedrigeren Preisen, als am letzten Markttage, Absatz fand. Noch weniger Begehr war nach fremdem Weizen, obgleich derselbe um 2 Sh. wohlfeiler ausgeboten wurde, als vor acht Tagen.

Briefe aus Malta vom 5. Mai melden, daß der brittische Gesandte zu Athen von der griechischen Regierung noch keine Genugthuung für die Behandlung, welche einige Jonier in Griechenland erlitten, habe erhalten können. Unter den englischen Kriegsschiffen in Malta herrschte eine fortwährende Bewegung. Der Admiral Stopford wollte, nach Vornahme einiger Ausbesserungen, mit 4 Linienschiffen und mehreren andern Fahrzeugen nach der Levante abgehen. Der am 4. in Malta angekommene Prinz vom Cambridge, der nach Konstantinopel zu reisen gedachte, wird seine Reise wahrscheinlich in Gesellschaft des Admirals machen. Der Herzog von Devonshire, der in Konstantinopel gewesen, wollte sich von Malta nach Neapel begeben. Ein auf einem tunesischen Brigg in Malta angekommener Schwiegersohn des Bey von Tunis, Sidi Mustapha, begibt sich mit Dolmetschen und Gefolge nach Paris, um über das Benehmen des französischen Consuls in Tunis, Hrn. Lazan, Beschwerde zu führen.

Consols am 22. Mai 92⅛, ⅛.

Mexico.

Durch das Packetboot „Skylark" hatte man in England Nachrichten aus Mexico vom 24. und aus Veracruz vom 28. März, aus Tampico vom 4. und aus der Havannah vom 17. April erhalten. Die mexicanische Regierung befand sich, ungeachtet der Ratification des Friedenstractats, wegen der innern Zwistigkeiten noch immer in einer sehr precären Lage, die auf die Handelsverhältnisse den ungünstigsten Einfluß äußerte. Bustamente wollte Tampico mit bedeutenden Streitkräften angreifen; man befürchtete aber, daß die Einnahme dieser (im Besitz der Föderalisten befindlichen) Stadt viel Geld und Blut kosten dürfte. — In Veracruz, das sich gegenwärtig in ziemlich vertheidigungslosem Zustande befindet, besorgte man einen Ueberfall zur See von Seite der Föderalisten.

Frankreich.

Der König hat, auf den Vorschlag des Kriegsministers, den Obersten Ballon vom 53sten Linienregimente, der bei der Emeute am 12. Mai schwer verwundet wurde, zum Grade eines Marechal-de-Camp erhoben; auch mehrere andere Offiziere und Unteroffiziere von der Linie und der Municipalgarde, die sich bei den letzten Aufständen ausgezeichnet haben, sind befördert worden.

Während der König Montag den 20. v. Mai die Industrieausstellung besuchte, war das falsche Gerücht verbreitet, es sei ein neuer Mordversuch gegen ihn gemacht worden. Folgender Vorfall hatte hierzu Anlaß gegeben. Unter der Menge, welche an jenem Tage nach dem Saale der Ausstellung sich drängte, befand sich ein Mensch, seiner Kleidung nach ein Arbeiter, dessen Aeußeres sowohl, als Bemerkungen über die verschiedenen ausgestellten Gegenstände Aufmerksamkeit erregt hatten, so daß mehrere der Aussteller den Wächtern empfahlen, ihn nicht aus dem Auge zu verlieren. In demselben Augenblicke meldete man die Ankunft des Königs. Jener Mann wurde sogleich festgenommen und auf die Polizeipräfectur geführt,

wo man eine Art Dolchmesser bei ihm gefunden haben soll. — Der Moniteur Parisien berichtigt diese Angaben dahin: „Es ist allerdings, während Se. Majestät der König am Montag die Industrieausstellung besuchte, ein Mensch verhaftet worden; er führte aber kein Dolchmesser bei sich, sondern hielt einen Pfriem in der Hand. Nachdem er sich über den Gebrauch, den er einige Augenblicke vorher von diesem Werkzeuge, als Arbeiter eines der ausstellenden Kaufleute, gemacht hatte, ausgewiesen, und auf eingezogene Erkundigungen, welche die Wahrheit seiner Angabe bestätigten, wurde der Mensch sogleich wieder freigelassen."

Der Moniteur vom 24. Mai meldet: „In Gemäßheit der Befehle des Kriegsministers sind einunddreißig Zöglinge der polytechnischen Schule, die sich bei der disciplinwidrigen Bewegung am 14. d. M. in jener Anstalt am meisten bemerkbar gemacht hatten, gestern Früh in Fiakern nach dem Gefängniß der Abbaye gebracht worden. — Der Commandant der Schule hat Befehl gegeben, daß ihnen alle Effecten, deren sie allenfalls bedürfen, so wie die Bücher und Hefte, die ihnen für ihre Studien unentbehrlich sind, zugestellt werden."

Die mit Prüfung des Gesetzentwurfs hinsichtlich der für die geheimen Ausgaben zu bewilligenden Gelder beauftragte Commission der Deputirtenkammer hat sich am 23. Mai versammelt, um einige Erläuterungen von Seite des Ministers des Innern, Hrn. Duchatel, zu vernehmen. Hr. Duchatel wiederholte vor der Commission, was er bereits in seinem Bureau hinsichtlich der Subventionen an die Journale geäußert hatte. Er erklärte, daß die subventionirte Presse ganz aufhören solle, daß die Regierung hinführo als officielle Organe nur den Moniteur Parisien und den Moniteur haben werde; daß man bloß einiges Geld in Reserve behalten werde, um von Zeit zu Zeit in andere Journale gewisse Artikel einschalten zu lassen, deren Bekanntmachung die Regierung für zweckmäßig halten dürfte. Nach Anhörung dieser Erläuterungen ernannte die Commission mit der Mehrheit von fünf Stimmen Hrn. Dussauret zu ihrem Berichterstatter. — Die Budgetscommission hat ihre Arbeiten bereits begonnen und Hrn. Calmon zum Präsidenten und Hrn. Gouin zum Secretär ernannt.

In dem Augenblick, wo von dem Eingehen der besoldeten Regierungspresse die Rede ist, mag es interessant seyn, die Haltung ihres Hauptorgans, des Journal des Debats, zu beobachten. Dieses Blatt, das bisher immer der bestehenden Gewalt seinen Beistand zu leihen pflegte, verhält sich dem neuen Cabinet gegenüber fortwährend passiv, und wenn es gegen die Journale des linken Centrums, die das aus ihren Reihen hervorgegangene Ministerium schon jetzt anfeinden, für das Cabinet Partei ergreift, so geschieht dieß aus dem offen eingestandenen Grunde, weil das Land der Ministerkrisen müde, weil ferner die jetzige Verwaltung doch immer annehmbarer, als ein Ministerium der linken Seite ist, und weil sie endlich Hoffnung gibt, sich mit den 221 zu verschmelzen, und ihren Regierungsgrundsätzen anzuschmiegen. Das Journal des Debats würde jedenfalls, und ungeachtet das Ministerium vom 12. Mai dem Schooße der Coalition entstiegen ist, weit wärmer für dasselbe Partei ergreifen, wenn es auf dessen langes Fortbestehen große Hoffnung setzte. Unterdessen mag hier eine Stelle aus der neuesten Nummer dieses Journals als Muster folgen: „Wir bewundern die Oppositionsblätter; nichts ermüdet ihren Muth, weder sechs Monate verlorne Session, noch das bedrängte Land, das um einige Ruhe fleht, noch die Klagen des Handels, der die Kosten der Krisis bezahlt hat, noch der blutige Ausgang, den die Factionen unsern traurigen parlamentarischen Händeln gegeben haben. Sie sind darum nicht minder geschäftig, als ob das jetzige Ministerium sich, unter andern gräßlichen Verbrechen, auch schon des Verbrechens schuldig gemacht hätte, ein oder zwei Jahre gedauert zu haben. Sie sind schon wieder rührig, um ein achttägiges Ministerium zu stürzen. Der Aufstand, die geheimen Gesellschaften, die Gefahren des gesellschaftlichen Zustandes, Alles dieß beschäftigt sie nur im Vorübergehen; das Pressanteste ist ohne Zweifel, zu verhindern, daß das Ministerium die Session zu Ende führe. Ehemals begnügte sich die Opposition mit Einer Ministerkrisis im Jahre; es scheint, daß sie künftig mit weniger als zwei nicht zufrieden seyn wird."

Ueber den Bestand der geheimen Gesellschaften und ihren Einfluß auf die Volksmassen gibt der Courrier Français folgende Details: „Die französische Staatsgesellschaft schließt augenscheinlich Leute in sich, die entschlossen sind, Allem Trotz zu bieten, um die Regierungsform zu ändern. Die Vereine bestehen fort; sie haben sich im Stillen constituirt, trotz den Gesetzen, und vielleicht durch die Verfolgung, welche die Bande enger zieht, die sie nicht lösen kann. Ihre Organisation ist jetzt furchtbarer, als je. Man muß zu den schlimmern Tagen der Restauration zurückgehen, um die eingestandenen Feinde der Regierung so einig und zahlreich zu finden. Diese Vereine bilden gleichsam eine Welt für sich, in welche weder die Belehrungen der Presse, noch die Rathschläge erfahrner Männer eindringen. In diesem Augenblick herrscht gänzliche Absonderung zwischen den neuen Carbonari und der übrigen Staatsgesellschaft. Die geheimen Vereine üben auf die arbeitenden Classen einen Einfluß aus, der ohne Controlle und ohne Gegengewicht ist. Dort gähren die politischen Leidenschaften, dort entstehen und entwickeln sich die seltsamsten Ansichten, die bestimmt sind, in den niedern Volksregionen eben so viele Glaubensartikel zu werden. Die Verbündeten sprechen eine andere Sprache als wir; haben andere Interessen und einen Zweck, den wir nicht verstehen. Wenn die arbeitenden Classen noch länger ohne andere Schutzwehr, als die Geradheit und den Edelmuth ihrer Gesinnungen, der Verführung zerstörender Ideen preisgegeben bleiben, so wären wir demnächst von einem furchtbaren Ausbruch bedroht. Die arbeitenden Classen sind von Natur weder republikanisch noch monarchisch; sie verlangen eine Regierung, die sich mit ihren Interessen beschäftigt. Bald werden sie durch wirkliche Bedrängniß geleitet, bald durch ein anderes Uebel, das nur der Fluch des menschlichen Geschlechts ist: die Sucht, höher zu steigen. In England hat man die Armentare, um das Elend zu beschwichtigen, und zur Ableitung der Ueberfülle an Säften besitzt England die beiden Continente. Frankreich hat diese Hülfsmittel nicht; Alles, was es an unbeschäftigtem Thätigkeitstrieb und trostlosem Elend in sich schließt, gährt, und kann sich keinen Ausweg bahnen."

Dem Siècle zufolge war in Paris das Gerücht von einer legitimistischen Verschwörung verbreitet, die in Avignon entdeckt worden sei, und in Folge deren mehrere Verhaftungen Statt gefunden haben sollen.

Von Fournier, einem der Theilnehmer des letzten Aufstandes, erzählt man sonderbare Umstände. Er war Stiefelputzer auf dem Place du Chatelet; bei der Julirevolution schlug er sich tapfer, wurde verwundet in das Hotel Dieu gebracht, und erhielt später eine Nationalbelohnung und das Julikreuz. Bei dem Juniaufstand 1832 war Fournier, dem der Pulverdampf den Kopf verdrehte, unter den Insurgenten, wurde abermals verwun-

det und in das Hotel Dieu geschafft, und erhielt dort zufällig das nämliche Bett, das er 1830 inne hatte. Man mußte ihm das Bein abnehmen, und da er sich das Ansehen zu geben wußte, als habe er gegen die Insurgenten gekämpft, so erhielt er abermals eine Unterstützung an Geld. In den Apriltagen 1834 war Fournier trotz seines hölzernen Beines wieder in den Reihen des Aufstandes, kam aufs neue in das Hotel Dieu, und fand dort zum dritten Mal sein altes Bett. Am 12. Mai endlich wurde er wieder als Insurgent verwundet und gefangen und ist nunmehr in demselben Bett, das er zum vierten Mal einnahm, gestorben.

Briefe aus Algier vom 11. Mai, in französischen Blättern, geben noch keine sichere Auskunft über die Bestimmung der Truppen, welche dort auf den Dampfbooten in aller Eile eingeschifft wurden, und die Richtung nach dem Cap Matifu nahmen. Der Correspondent des National sagt, sie seien nach Stora zur Verstärkung der dortigen Garnison bestimmt. Ein Schreiben in der Gazette de France wiederholt dagegen das Gerücht, sie hätten Collo oder Dschidschelli, beides kleine Küstenstädte zwischen Budschia und Stora, besetzten. Baron de Salles, Eidam des Marschalls Valée, commandirt diese Truppen*).—Abdel-Kader hat alle Verbindungen mit den Franzosen abgebrochen. Seinen Unterthanen ist strenge untersagt, in Algier Waaren zu kaufen. Er läßt zu diesem Zwecke alle Wege bewachen. Findet er neue Algierer Waaren in den Duars, so läßt er sie verbrennen und den Eigenthümer schwer bestrafen. Der Handel leidet dadurch sehr. Die Algierer Handelskammer hat den Marschall gebeten, gegen die Stämme des Emirs ähnliche Prohibitivmaaßregeln zu ergreifen, und die arabischen Verkäufer nicht mehr auf die französischen Märkte zuzulassen.

Nach einem Schreiben aus Algier vom 11. Mai (im Journal des Debats) wird demnächst eine Expedition gegen einige Stämme Statt finden; zugleich soll eine Demonstration gegen die Kabylen bei Budschia gemacht werden, um sie im Zaume zu halten, damit sie den General Galbois in seinen Operationen am Setif nicht stören und von Angriffen auf die Provinz Algier abgehalten werden. Daß ein Bruch mit Abdel-Kader bevorstehe, wird immer allgemeiner geglaubt.

Nach einem Schreiben im Commerce aus Toulon vom 17. Mai erwartet man dort den Herzog von Nemours, der auf dem Dampfschiffe „Krokodil" nach Algier segeln will. General Buzeaud soll ihn begleiten. Ueber die Motive dieser Reise schwanken die Gerüchte. Einige glauben, der Herzog werde den lange schon projectirten Zug von Algier nach Constantine begleiten; nach andern Gerüchten wird er den etwanigen kriegerischen Unternehmungen gegen den Emir Abdel-Kader sich anschließen.

Am 23. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 25. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 35. — Am 24. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 3Percents 81 Fr. 25.

Preußen.

Se. Majestät der König haben dem königl. hannoverschen Gesandten, Hrn. Generallieutenant von Berger, am 22. Mai eine Privataudienz zu ertheilen, und aus dessen Händen die Insignien der königl. hannoverschen Orden des heiligen Georg und der Guelphen entgegenzunehmen geruht.

Des Königs Majestät haben Allerhöchstihren Kammerherrn, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königl. großbritannischen Hofe, Freiherrn von Bülow, zum wirklichen geheimen Rathe mit dem Prädicat „Excellenz" zu ernennen und das darüber sprechende Patent allerhöchsteigenhändig zu vollziehen geruht.

Niederlande.

Mit allgemeinem Bedauern vernimmt man, daß der Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar-Eisenach, ältester Sohn des Herzogs Bernhard, im 20sten Lebensjahre am 22. Mai Morgens zu Nymwegen, wo er als Premierlieutenant bei den Mineurs in Garnison gestanden, gestorben ist. In der Nacht vor seinem Tode ließ er noch seine Waffenbrüder vor sein Bett kommen und nahm mit männlichem Muthe Abschied von ihnen. Die tiefbetrübten Aeltern hatten keinen Augenblick das Sterbebett ihres zu früh dahingeschiedenen Sohnes verlassen. (Prinz Wilhelm Carl war geboren am 25. Juni 1819.)

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel vom 22. Mai: „Der regierende Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, zwei seiner Söhne und die Prinzessinn seine Tochter sind gestern im Pallast zu Laeken angekommen, wo jetzt viele Mitglieder der Familie vereinigt sind. — Die Baumwollenfabrik der HH. Hambourg und Dupieux zu Cureghem, in der Nähe der Chaussee von Anderlecht, ist diese Nacht ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer verzehrte dort mehr als 3000 Pf. Baumwolle und alles, was die Werkstätte enthielt. Der Verlust ist bedeutend, die Fabrik war versichert. — Am 21. Mai ist das Dampfschiff „Prinzessinn Victoria" mit einer vollen Waarenladung, namentlich 30,000 Kilogramm raffinirtem Zucker, von Antwerpen nach Hamburg abgegangen. Man versichert, daß am 18. Mai die holländische Verwaltung begonnen habe, zu den Arbeiten der Entwaffnung der Forts Lillo und Liefkenshoek zu schreiten."

Wien.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 11. Mai d. J. die durch den Tod des Anton Hentscher bei der Preßburger Oberpostverwaltung erledigte dortige Oberpostverwalters-Stelle dem Oberpostamts-Controllor alldort, Carl Vrábély, huldreichst zu verleihen geruht.

Nach der heute erschienenen Uebersicht der Satzungspreise für den Monat Juni ist die Mundsemmel zu ½ kr. um ¼ Loth, detto zu 1 kr. um ¼ Loth; ordinäre Semmel zu ½ kr. um ¼ Loth, detto zu 1 kr. um ¼ Loth; pohlenes Brot zu 1 kr. um ½ Loth, detto zu 3 kr. um 1¼ Loth, detto zu 6 kr. um 2¼ Loth; roggenes Brot zu 1 kr. um ¼ Loth, detto zu 3 kr. um 1 Loth schwerer auszubacken. — Das Pfund Rindfleisch kostet 9 kr. C. M.

Am 31. Mai war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅝.
detto	detto zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto zu 3 pC. in CM.	81 11/16.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	151½.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	667½.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM		67.

Bankactien pr. Stück 1521½ in CM.

*) Der Telegraph hat bereits die Besitznahme von Dschidschelli gemeldet.

(Dem heutigen Blatte des Beobachters liegt die Chronologische Uebersicht ꝛc. für den Monat März 1839 bei.)

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N.° 1108.

№ 153

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 2. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 31. Mai.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.407	28. 0p.	+ 13.2	NW. still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.355	28 1 3	+ 18.6	NNW. schwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.301	28 0 8	+ 13.1	NO. still.	Wolken.

Frankreich.

Der Moniteur Parisien vom 25. Mai enthält folgenden Artikel: „Die Regierung hatte seit einiger Zeit verschiedene Anzeigen über die Existenz einer bewaffneten geheimen Gesellschaft in der Stadt Avignon erhalten. Die von dem Präfecten des Vaucluse-Departements angeordneten Nachforschungen haben zur Entdeckung dieser Gesellschaft geführt, die aus Handwerkern bestand, und von jungen Leuten geleitet wurde, welche höhern Ständen angehörten und die exaltirtesten legitimistischen Gesinnungen hegten. — Der Polizeicommissär Lamy erschien am Sonntag den 17. Mai in einem Hause, welches als der gewöhnliche Versammlungsort bezeichnet war; er hat in der That achtundzwanzig Personen versammelt gefunden, und Papiere, welche die militärische Organisation der Gesellschaft beweisen, verschiedene Listen ihrer Mitglieder und 76 auf der einen Seite weiße, auf der andern grüne Cocarden in Beschlag genommen. Hausdurchsuchungen, die am folgenden Tage bei den Personen, deren Namen auf jenen Listen standen, vorgenommen wurden, führten zur Wegnahme von Waffen und Patronen. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden. — Der königliche Gerichtshof von Nimes hat die Instruction dieser Sache an sich gezogen, die bis jetzt in keiner Verbindung mit den Attentaten zu stehen scheint, deren Schauplatz Paris am 12. und 13. Mai gewesen ist. Durch die blutige Reaction von 1815 hatten bewaffnete Banden einen Ueberrest von verborgener Existenz im Vaucluse-Departement behalten. Erbinn der leidigen Traditionen jener Epoche, hielt sich die von der Behörde so eben entdeckte Gesellschaft bereit, jene Landungen zu beschützen, die von den legitimistischen Chefs ohne Unterlaß, gegen alle Wahrscheinlichkeit, den Leuten verkündigt werden, deren Fanatismus in der Provence und in Languedoc sie zu unterhalten suchen. Die große Mehrzahl der Bevölkerung, der Regierung ergeben und die Ordnung liebend, hat zu Avignon eine wahre Freude über die Wachsamkeit der Behörde an den Tag gelegt, welche, durch Zerstörung dieser Gesellschaft, für die Zukunft einen so ernsten Stoff zur Ruhestörung beseitigen wird." — Im Messager heißt es hierüber: „Vor einiger Zeit wurde ein Agent der Centralpolizei auf Reisen nach dem Süden geschickt. Dieser Agent besuchte mehrere Städte, die im Verdachte standen, der Herd legitimistischer Umtriebe zu seyn; es gelang ihm durch Hülfe von Polizeimitteln, sich in Verbindung mit den Hauptanhängern der gestürzten Regierung zu setzen, denen er sich als Agent des Pariser legitimistischen Comités darstellte. Er erfuhr bald, daß ein Complott organisirt sei, konnte aber nicht herauskriegen, wo sich der Hauptsitz desselben befinde. Er schlug sogleich Lärm und das Ministerium gab mittelst des Telegraphen Befehl, Nachforschungen in verschiedenen Städten anzustellen. — Dieß geschah in Gemäßheit jener Befehle zu Avignon und zu Carcassonne. In der ersteren von diesen beiden Städten entdeckte man eine bedeutende Quantität Waffen und Kriegsmunition, die von der Polizei weggenommen wurden; aber keine Verhaftung hatte Statt gefunden. Zu Carcassonne sind mehrere wegen ihrer ultra-legitimistischen Meinungen bekannte Personen verhaftet worden, obgleich man weder Waffen noch Munition bei ihnen gefunden hat. — Wir müssen hinzufügen, daß es der Polizei bisher nicht gelungen ist, der Häupter des Complotts habhaft zu werden, welches, wie man uns versichert, Verzweigungen selbst in der Hauptstadt hat." — An einer andern Stelle sagt der Messager: „Gestern Abends sind mehrere Hausuntersuchungen in Paris vorgenommen worden. Diese Hausuntersuchungen haben heute um 4 Uhr Morgens wieder begonnen. Die Polizei hat eine große Anzahl von Häusern in der Nähe der Rue Neuve-du-Luxembourg durchstöbert; sie hat alle vorgefundenen Papiere, so wie auch einige Waffen und Patronen weggenommen; allein allenthalben waren die Eigenthümer abwesend, und konnten daher nicht verhaftet werden. Nachschrift. Heute Abends war das Gerücht verbreitet, Hr. Daguenet, Deputirter und Generalprocurator zu Nimes, sei mit dem Auftrage nach Avignon abgereist, die Instruction über das in Frage stehende Complott einzuleiten." — Die Quotidienne äußert sich über dieses angebliche Complott folgendermaaßen: „Diese Parteigerüchte werden bald auf einen kleinen Maaßstab herabsinken. Die Polizei rechnet offenbar auf die Complicität der schlechten liberalen Leidenschaften, um ihrem Phantom eines legitimistischen Complotts einen Körper zu geben. — Ein seltsamer Umstand ist, daß der neue Generalpolizeidirector, Hr. Benjamin Delessert, damit beginnt, von Paris aus eine große Verschwörung gerade in Carcassonne, dem Hauptorte des Departements, zu entdecken, welches er als Präfect administrirt hat, und als Deputirter repräsentirt. Dieß sieht einigermaaßen einem willkürlich erdachten Polizei-Impromptu ähnlich. — Wir müssen jedoch bemerken, daß das ministerielle Abendjournal über Carcassonne schweigt."

Das Journal des Debats bemerkt in Bezug auf die von Oppositionsblättern besprochenen Veränderungen in den höhern Staatsämtern, daß dieselben als das Signal der bedauerlichsten Reaction zu betrachten wären, indem die betreffenden Beamten auf allgemeine Achtung Anspruch hätten. Namentlich gebe es keinen populäreren Namen, als den des Polizeipräfecten, Hrn. Delessert, dessen Thätigkeit und Muth bei Unterdrückung von Aufständen, dessen Redlichkeit und Wachsamkeit allgemein bekannt seien. So sehr die Opposition sich bemü-

he, den Aufruhrversuch vom 12. Mai der Nachlässigkeit der Polizei zur Last zu legen, so sei doch offenbar eine kräftige und wirksame Unterdrückung dem Versuche so rasch auf dem Fuße gefolgt, daß selbst dieser Versuch die Umsicht und Gewandtheit des Polizeipräfecten bezeuge. Seit fünf Jahren sei man der Aufstände entwöhnt, und Ordnung und Ruhe hergestellt. Selbst in den am besten eingerichteten und ruhigsten Ländern sei es einigen Hundert Menschen möglich, sich gegen die Regierung zu waffnen, Posten und einzelne Soldaten zu überfallen; aber nicht überall werde man einen Beamten in Bereitschaft finden, so kräftig und rasch dem Angriff entgegenzutreten.

Am 16. Mai lief die Corvette „Recherche," Capitän Favre, aus Brest kommend, in Havre ein. Sie ist dazu bestimmt, die im Jahre 1838 im Nordpolarmeere begonnenen wissenschaftlichen Forschungen fortzusetzen. Die Expedition wird gegen Ende des Monats von Havre nach Hammerfest in Finnmarken, unweit des Nordcaps, abgehen, wo Hr. Gaimard, der Chef der Expedition, mit den von der schwedischen und dänischen Regierung der französischen Commission beigegebenen Gelehrten zusammentreffen wird. Die Faröer-Inseln, die Nordküste Spitzbergens und Lappland sind die Hauptpuncte, wo die Gelehrten in diesem Jahre ihre Untersuchungen anstellen werden. Die Expedition trifft zu Bossekop in Finnmarken mit den Gelehrten wieder zusammen, welche im vorigen Jahre daselbst zurückgelassen wurden und während des Winters mit bewunderungswürdiger Standhaftigkeit ihre astronomischen, magnetischen und meteorologischen Beobachtungen fortgesetzt hatten.

Der Moniteur Parisien vom 25. Mai spricht nach den bekannten aus Alexandrien vom 7. (über Toulon) eingegangenen Nachrichten vom Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Türken und Aegyptiern in Syrien. — Diese Anzeige und das auf der Börse verbreitete Gerücht, daß das Observationscorps an den Pyrenäen verstärkt, und mehrere Fregatten von Toulon zur Kreuzung an die spanische Küste beordert werden sollen, wirkten nachtheilig auf die Fonds.

Am 24. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 50. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 15. — Am 25. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percent 110 Fr. 85. 3Percents 80 Fr. 95.

Spanien.

General Maroto hat, mit Zurücklassung einiger Bataillons vor der Stellung der Christinos zu Ubal, am 14. Mai sein Hauptquartier nach Balmaseda verlegt. Die 219 Mann starke Besatzung des Forts Guardamino wurde gegen gefangene Christinos ausgewechselt, und in Durango mit großem Jubel empfangen. Don Carlos musterte sie in seinem Garten und decorirte sie eigenhändig. Sie haben verlangt, mit der Vertheidigung des Forts Balmaseda beauftragt zu werden. Das Fort Guardamino war von diesem anfangs 250 Mann starken Häuflein gegen 10,000 Christinos bis aufs äußerste vertheidigt worden; beim vierten Sturm verloren die Angreifenden ihren Anführer. Castor Andechaga übernahm freiwillig das Commando im Fort, und erst der durch einen Adjutanten Maroto's ertheilte ausdrückliche Befehl vermochte die kleine Besatzung, zu capituliren. Sie zog mit allen Kriegsehren aus; die Christinos wollten nun über sie herfallen; allein Espartero, der ihren Heldenmuth bewunderte, verschaffte ihr freien Abzug. — Zwei von Maroto detaschirte Bataillons unter Goni's Anführung haben im Verein mit der Division von Alava die Angriffe Zurbano's mit 3000 Mann und 200 Pferden zurückgewiesen. — (Dagegen meldet das Memorial des Pyrénées, nach einer telegraphischen Depesche aus Vitoria vom 15. Mai, daß Zurbano gesiegt, den Carlisten einen Verlust von 105 Gefangenen und 100 Todten zugefügt, und die Festungswerke von Gamarra gesprengt habe. Ferner soll eine von San Sebastian abgesandte Expedition von 1000 Mann den Hafen Lequeitio besetzt haben.)

Großbritannien und Irland.

Die Vorbereitungen zu neuen allgemeinen Wahlen werden immer lebhafter. Fast alle Provinzialzeitungen enthalten Nachrichten darüber. Hr. Hutt hat an die Wähler von Hull geschrieben, daß er bei einer neuen Wahl nicht wieder als Candidat daselbst auftreten wolle, weil die Wahlkosten an diesem Ort zu bedeutend, der Erfolg zu unsicher und die mit der Repräsentation einer so ansehnlichen Wählerschaft verbundenen Geschäfte zu mühsam seien; eine Einladung, in Nord-Durham als Candidat aufzutreten, hat Hr. Hutt auch abgelehnt; doch will er sich in Gateshead zum Candidaten ernennen lassen, falls er die Zahl der ihm günstig gesinnten Wähler hinreichend findet, um ihn eines Wahlkampfes zu überheben. In Liverpool rechnen die Conservativen darauf, beide Parlamentssitze für diese Stadt bei der nächsten Wahl mit Männern ihrer Partei zu besetzen, und in Manchester hoffen sie wenigstens einen der Parlamentssitze zu gewinnen, nicht gegen Hrn. Poulett Thomson, den Präsidenten der Handelskammer, der seiner Stelle sicher zu seyn scheint, aber gegen den andern liberalen Repräsentanten der Stadt, Hrn. Mark Philips. Der Spectator stellt überhaupt den Whigs ein schlimmes Prognostikon für die nächste allgemeine Parlamentswahl. „Es ist klar," sagt dieses Blatt, „daß die Whigs mit dem Melbourne'schen Unterhause nicht noch eine zweite Session überdauern können, wenn sie sich auch durch die jetzige mit demselben noch durchhelfen. Die Tories andererseits, da sie sich in dem nächsten Hause einen großen Zuwachs von Stimmen versprechen, und da sie eines solchen bedürfen, um der jetzt offenbar gewordenen Feindseligkeit des Hofes gegen sie die Stange zu halten, würden, wenn sie ans Ruder kämen, das Parlament ebenfalls baldigst auflösen müssen. Unter diesen Umständen können die Vorbereitungen zu einer Wahl kaum als unzeitig betrachtet werden, und eine Untersuchung der relativen Stärke und Aussichten der Parteien ist interessant und kann von Nutzen seyn. Die erste Frage ist: Wie stehen die Wahlregister? Den Erfolg der Tories im letzten Herbst finden wir in unserm eigenen Blatte: „„Die Registrirung in England geht fort, wie sie begann, günstig für die Tories, ungünstig für die Liberalen. Vergebens warten wir auf liberalen Zuwachs in Städten oder auf dem Lande. Die Chronicle sagt, die Registrirung sei nachtheilig für die Tories, und die Whigs triumphirten. Ihre eigenen Spalten, worin sie genaue Berichte über die Wahlen mittheilt, zeigen die gänzliche Unrichtigkeit dieser Behauptung."" So schrieben wir am 6. October 1838. Wir könnten sehr leicht Beweise für diese Angabe beibringen, halten es aber für unnöthig. Es werden wohl nur Wenige läugnen, daß seit den allgemeinen Wahlen im Jahre 1837 die conservative Partei in den Wahlregistern bedeutend zugenommen hat. Es ist indeß noch ein anderer Punct zu berücksichtigen: Werden wohl selbst von den wirklich registrirten Liberalen bei den Wahlen alle mitstimmen oder so stimmen, wie man es von ihnen erwartet? Wir besitzen in dieser Beziehung einige besondere, wenn auch vielleicht nicht ausschließliche Kunde, auf die wir uns verlassen können. So hören wir von einem thätigen Whig, der bei den Wahlen in einem Provinzialwahlorte von 20,000 Einwohnern sehr betheiligt ist, daß die dortigen Liberalen, welche haupt-

sächlich aus Kaufleuten und Handwerkern bestehen, beschlossen hatten, ihre reichen Torykunden nicht wieder durch die Wahl eines Whigmitgliedes zu beleidigen, — und kein Radicaler hat in diesem Orte Aussicht, gewählt zu werden. Jener Whig beklagte diesen Entschluß, konnte aber diejenigen nicht tadeln, die ihn gefaßt; denn er gestand ein, daß jene Leute bedeutende pecuniäre Verluste erlitten und sich über die Vortheile, die sie von einer liberalen Verwaltung erwarteten, getäuscht hätten. Viele Jahre lang wurden dort ein Whig und ein Tory gewählt, aber für die nächste Wahl ist der Sieg von zwei Tories gewiß. Von andern Wahlorten in demselben Theile des Landes sind uns ähnliche, wenn auch nicht so genaue Nachrichten zugegangen."

Es ist schon erwähnt worden, daß ministerielle Blätter nachweisen, wie die Damen der königlichen Hofhaltung eben so wohl mit Tory- als mit Whigfamilien verwandt seien, wogegen von der andern Seite hervorgehoben wird, daß der Familieneinfluß bei den meisten derselben doch überwiegend whiggistisch sei. Aus einer Zusammenstellung der beiderseitigen Angaben über die Verwandtschaftsverhältnisse dieser Damen ergibt sich Folgendes: 1) die Garderobenmeisterinn oder erste Staatsdame Ihrer Majestät, die Herzoginn von Sutherland, ist eine Schwester des Staatssecretärs für Irland, Lord Morpeth, eine Schwägerinn der toryistischen Unterhausmitglieder Lord Francis Egerton und Hrn. W. Lascelles, Sohnes des Grafen von Harewood, und eine Nichte des Tory-Pairs Herzog von Rutland. 2) Die Oberkammerdame oder zweite Staatsdame Ihrer Majestät, Marquise von Normanby, ist die Gemahlinn des Colonialministers, die Tochter des Tory-Pairs Lord Ravensworth, die Schwester des toryistischen Unterhausmitgliedes Hrn. Liddell, die Schwägerinn des Tory-Pairs Lord Hardwicke und des toryistischen Unterhausmitgliedes Lord Barrington. 3) Die sieben Kammerdamen oder Hofdamen ersten Ranges sind: Die Marquise von Breadalbane, Gemahlinn eines Whigs, der von den Whigs zum Pair erhoben wurde, Schwägerinn des Tory-Pairs Herzog von Buckingham und des Tory-Candidaten für Roxburghshire, Hrn. Scott; die Marquise von Tavistock, Gemahlinn des ältesten Sohnes des Herzogs von Bedford, der seine Pairswürde ebenfalls von den Whigs empfangen, Schwägerinn des Ministers des Innern, Lord John Russell, Schwester des Tory-Pairs Lord Harrington und Schwägerinn des Tory-Pairs Lord Aberceron. Die Gräfinn von Burlington, eine zweite Schwester des Lord Morpeth, Schwägerinn des toryistischen Unterhausmitgliedes Hrn. Lascelles, und Nichte des Tory-Pairs Herzog von Rutland; Lady Barham, Gemahlinn eines alten Whig, Tochter des Tory-Pairs Lord Roden und Schwägerinn des toryistischen Unterhausmitgliedes Lord Powescourt; Lady Portman, Gemahlinn eines Whig, der seine Pairswürde dem jetzigen Ministerium verdankt, Tochter des Tory-Pairs Lord Harewood, Schwester des toryistischen Unterhausmitgliedes Hrn. Lascelles und Nichte des Tory-Pairs Lord Poulett; Lady Lyttleton, Witwe eines Whig-Pairs und Schwester des Grafen Spencer, und die Gräfinn von Charlemont, Gemahlinn eines radicalen irländischen Pairs, der seine englische Pairswürde von dem jetzigen Ministerium empfangen hat. 4) Von den sieben Kammerfrauen oder Hofdamen zweiten Ranges geben die ministeriellen Blätter die näheren Verwandtschaftsverhältnisse nicht an, sondern bezeichnen ohne Weiteres vier derselben als toryistisch, nämlich: Lady Harriett Clive, die in der Times als die einzige wirkliche Conservative in der ganzen Liste der Staats- und Hofdamen anerkannt wird, mit dem Bemerken, daß sie ihre Stelle vermuthlich nur dem Einfluß der Erzieherinn Ihrer Majestät, der Herzoginn von Northumberland, verdanke, deren Schwägerinn sie ist; Lady Forbes, Witwe des Tory-Viscount Forbes, aber, wie die Times hinzufügt, jetzt ihren Einfluß in Longford zu Gunsten der Whigs verwendet, da sie kürzlich einen liberalen irländischen Advocaten, einen Katholiken, geheirathet hat; Lady Gardner, welche von der Times den Whigs zugerechnet wird, da sie die Gemahlinn eines Anhängers derselben und die Tochter eines von den Whigs creirten Pairs sei und Mistreß Campbell, welche, als Witwe eines whiggistischen Unterhausmitgliedes, des verstorbenen George Campbell, ebenfalls den Whigs beigezählt wird. Dazu kommen nun noch drei andere, bei denen auch die ministeriellen Blätter keine Tory-Verwandtschaft angeben, nämlich: Lady C. Barrington, Tochter des Grafen Grey und Witwe eines whiggistischen Unterhausmitgliedes; Lady C. Copley, Tochter des whiggistischen Grafen von Harborough, Schwester des whiggistischen Unterhausmitgliedes Lord Worsley und Gemahlinn eines whiggistischen Baronets, und Mistreß Brand, Tochter des whiggistischen Unterhausmitgliedes für Ost-Sussex und Gemahlinn des frühern Whig-Candidaten für Lewes.

Der Fürst Carl Friedrich Wilhelm Emich von Leiningen (Halbbruder der Königinn Victoria aus der ersten Ehe der Herzoginn von Kent) ist mit seiner fürstlichen Gemahlinn (geb. Gräfinn Klebelsberg) von Amorbach zum Besuche bei Ihren Majestäten im Buckingham-Pallast angekommen. Ein Hofwagen war Ihren Durchlauchten nach ihrem Landungsplatze Woolwich entgegengeschickt worden.

Aus einer von den Commissären der Staatsschuld vorgelegten Uebersicht über den Betrag der bei den Sparcassen Großbritanniens und Irlands deponirten Gelder geht hervor, daß derselbe sich am 20. November 1838 auf 22,752,484 Pf. belief, daß aber das Verhältniß der Einlagen des irländischen Volkes sich zu denen des brittischen sehr ungünstig, nämlich wie 1 zu 20 stellt.

Reschid Pascha hat, wie verlautet, noch vor seiner Abreise von London mit dem Bevollmächtigten der Hansestädte, Hrn. Colquhoun, einen bereits seit längerer Zeit mit ihnen negociirten Handelstractat unterzeichnet, dessen Bestimmungen nicht viel von denen des türkisch-englischen Handelstracts abweichen sollen und, wie man glaubt, sehr bald zur Oeffentlichkeit gelangen dürften.

Bisher hat sich aus den brittisch-nordamerikanischen Colonien erst Eine officielle Stimme gegen die Vorschläge des Grafen Durham in Bezug auf ihre künftige Verfassung und Verwaltung vernehmen lassen, nämlich die des gesetzgebenden Raths von Neuschottland, der vor dem Schlusse seiner diesjährigen Sitzungen eine Resolution angenommen hat, in welcher er die Ansicht ausspricht, daß die von dem Grafen Durham vorgeschlagene Vereinigung aller Provinzen des brittischen Nordamerika zu einem legislativen Bunde eine für das Mutterland und die Colonien gleich gefährliche Maaßregel seyn würde, indem sie leicht eine gänzliche Trennung der letztern von dem erstern herbeiführen dürfte. — Auch die Einwohner von Toronto waren dem in Lord Durhams Bericht anempfohlenen, und von der brittischen Regierung seitdem angenommenen Plane der Vereinigung von Ober- und Niedercanada sehr entgegen, und wollten eine Deputation ins Mutterland absenden, um Verwahrung dagegen einzulegen.

Consols am 23. Mai 93⅞, ⅞.

Rußland.

Mit dem neuesten, aus Kronstadt in Travemünde eingelaufenen Dampfschiffe erhielt man Nachricht, daß der Kaiser 8 bis 10 Tage an einer Halsentzündung krank gelegen hatte, jedoch bereits hergestellt und am 15. Mai zu Pferd bei der Parade erschienen war.

Preußen.

Nachrichten aus Berlin vom 20. Mai melden: „Ein Unwetter überraschte heute die Stadt mit einer Heftigkeit, deren sich die ältesten Menschen nicht erinnern, leider auch von Wirkungen begleitet, die höchst bedauernswerth sind. Nach einem drückend heißen Tag entluden sich plötzlich um 1¼ Uhr schwere Gewitter in einem mit jeder Secunde furchtbareren Platzregen. Die breiten Straßen und Plätze der Friedrichsstadt waren in einigen Minuten überschwemmt und glichen Seen und reißenden Strömen. Das Wasser sprang Fußhoch von der Gewalt des Niederschlages in die Höhe, so daß es den Anschein von einem in lauter Flammen aufzückenden Flusse hatte. Mit den Blitzen, die aber gegen die Gewalt des Wolkenbruchs gar nicht in Betracht kamen, stürzte ein Hagelschauer nieder mit Körnern von der Größe einer Erbse bis zur Haselnuß. Mitten in den strömenden Fluthen und bei noch immer starker Hitze bildeten sich Eisberge, die, wo die Strömungen sie nicht fortspülten, noch eine Stunde nach dem Gewitter, und trotz der darauf eintretenden Hitze, an der Schattenseite sich ungeschmolzen erhielten. Es war zweiter Pfingsttag und Tausende von Menschen waren gerade auf dem Wege nach der Eisenbahn, als das Wetter sie überraschte. Die Thorwege, in die sie flüchteten, doten ihnen kaum Schutz, denn aus den meisten Häusern strömte alsbald alles Wasser des eingeschlossenen Hofes durch die Hausfluren in Wildbächen auf die Straße. War hier schon eine höhere Strömung und eine Staunung eingetreten, so schoß der Wasserschwall zurück. Erst nach drei Viertelstunden brachen sich die Wolken, die Straßen blieben aber noch lange Zeit reißende Ströme. In der Kronenstraße drang das Wasser in eine Kellerwohnung, wo zwei Kinder von ½ und 1¼ Jahr in der Wiege lagen; das Wasser wirft die Wiegen um, und als die Aeltern, aus der Kirche kommend, ihre Wohnung aufschließen, schwimmen ihnen die Leichen ihrer Kinder entgegen. In vielen Kellern sind bedeutende Vorräthe, besonders von nassen Waaren, da die Fässer sich lösten, zu Schaden gekommen. Die Gärten der Stadt sind da, wo die Wolken sich als Hagel entluden, verwüstet. Die Blüthen sind überall abgeschlagen. Es wird ein merkwürdiger Tag in der Chronik Berlins bleiben. Die Umgegend hat wenig gelitten, und in einigen der nächsten Dörfer ist nicht ein Tropfen Regen gefallen. So erfuhr auch ein großer Theil von Berlins Einwohnern, welcher in Potsdam war, erst durch die durchnäßt mit dem Dampfwagen Ankommenden das Unheil in der eigenen Stadt."

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel am 23. Mai: „Der Prozeß der eines Attentats gegen die Sicherheit des Staats beschuldigten Bartels und Kats wurde diesen Morgen vor dem Assisenhofe eröffnet. Nach der Bildung der Jury wurde der Anklageact verlesen; die Beschuldigten wurden verhört; Bartels zuerst, dann Kats. Unter den berufenen Zeugen war Ducpetiaux, Inspector der Gefängnisse, der sich unter dem Vorwand einer Krankheit entschuldigen ließ. Die Menge ist so bedeutend, daß man lange Zeit warten muß, ehe man in den Sitzungssaal dringen kann. Viele Gendarmen wachen auf die gute Ordnung; sie lassen die Neugierigen nur nach dem Verhältnisse ein, wie andere den Saal verlassen. Um 1 Uhr währte das Verhör des Kats noch fort. — Der hier angekommene Herzog Ferdinand von Sachsen-Coburg, Bruder des Königs, Feldmarschallieutenant in kaiserl. österreichischen Diensten (also nicht der regierende Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha), wird mit seinen beiden Söhnen und seiner Tochter, der Prinzessinn Victoria, nach London gehen; der Herzog und seine beiden Söhne werden hierauf dem Könige von Portugal, ihrem Sohne und Bruder, einen Besuch zu Lissabon abstatten. Die junge Prinzessinn wird bis zu ihrer Rückkehr zu London bleiben. — Der Prinz und die Prinzessinn von Leiningen sind von Laeken nach London abgereist. Graf Lehon ist gestern auf seinen Posten nach Paris zurückgekehrt. — Man versichert, daß die letzten Instructionen in Betreff der Auswechslung der Ratificationen der Verträge vom 19. April gestern an Hrn. van de Weyer abgesandt worden seien und daß Hr. Lehon nicht eher auf seinen Posten zurückgekehrt sei, bis er den Beweis erlangt hatte, daß sich keine Schwierigkeiten in dieser Hinsicht mehr erheben konnten. — Der Senat hat sich darauf beschränkt, vier Commissäre zu ernennen, die beauftragt sind, die ihm durch die Repräsentantenkammer zugesandten Gesetzentwürfe zu prüfen. — Die Repräsentantenkammer zeigt sich thätiger als je; allein ungeachtet dieses Eifers wird es ihr schwer seyn, alle ihr seit 14 Tagen vorgelegten Entwürfe vor Ablauf der Vollmachten der Mitglieder, welche im Juni austreten müssen, zu votiren. Auch ist die Rede davon, die nächste Session vor der für die Eröffnung der gewöhnlichen Session durch die Constitution festgestellten Zeit zu eröffnen. Die Kammern sollen, wie man sagt, auf den 15. September berufen werden, um alle rückständigen Entwürfe zu erschöpfen und die Budgets vor dem 1. Jänner zu votiren. — In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer wurde der Gesetzentwurf in Betreff der Modificationen des Wahlgesetzes, nach welchem in der Folge Limburg fünf Repräsentanten wählt, angenommen."

Teutschland.

Am Pfingstsonntage fand in Regensburg die Wiedereroffnung des Doms unter angemessenen Feierlichkeiten Statt. Um 8 Uhr Morgens verließ das Domcapitel die bisherige Interims-Kathedrale zu Niedermünster und zog in feierlicher Prozession, unter Vorantragung des Capitelkreuzes und dem volltönenden Geläute der Glocken, nach dem hohen Dome. Nach Absingung des „Veni Creator Spiritus" wurde eine passende Predigt gehalten, nach welcher der hochwürdigste Herr Bischof von Regensburg das Pontificalamt celebrirte. Die Feier, welcher Sr. Exc. der königl. Staatsminister des Innern, Hr. von Abel, der königl. Regierungspräsident von Niederbaiern, Ritter von Beisler, die königl. Behörden, das Offizierscorps, der Magistrat ꝛc. beiwohnten, ward mit einem Tedeum geschlossen.

Wien.

Am 1. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen zu 5 pC. in CM.		108.
detto	detto zu 4 pC. in CM.	101¼.
detto	detto zu 3 pC. in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.		——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM.		——.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¾ G. Uso.		2 M.
Bankactien pr. Stück —— in CM.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 154

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 3. Juni 1839.

W 1-K ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 1. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.273	283. 08. 4P.	+ 14.5	NO.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.231	27 11 10	+ 17.4	W.	schwach.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.267	28 0 3	+ 12.4	W.	—	—

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 25. Mai bestieg der Marineminister, Admiral Duperré, die Rednerbühne, um für sein Departement einen außerordentlichen Credit von zehn Millionen Franken zu verlangen, ein Begehren, welches er folgendermaaßen motivirte: „Meine Herren! Nachrichten, die aus dem Orient eingelaufen sind, geben dem Gedanken Raum, daß Feindseligkeiten an der Gränze von Syrien zwischen den türkischen und ägyptischen Armeen ausgebrochen seyn können. Es ist für die Regierung schwer, schon jetzt die Realität und das Gewicht der Ereignisse zu beurtheilen. Aber es ist wesentlich daran gelegen, daß Frankreich in der Verfassung sich befinde, einen reellen Einfluß auszuüben und sich mit seinen Alliirten zu verständigen, um den Frieden, falls er unterbrochen worden ist, wieder herzustellen, oder den Verlegenheiten die Spitze zu bieten, welche die Fortsetzung des Krieges herbeiführen könnte. — Dieß, meine Herren, ist der Zweck des Gesetzentwurfs, den wir Ihnen vorlegen. — Indem wir einen Credit von zehn Millionen verlangen, wollen wir uns in Bereitschaft setzen, allenthalben die Rechte, die Ehre und die Würde unserer Flagge aufrecht zu erhalten. Vielleicht, und wir hoffen es, wird die Summe, die wir begehren, nicht verwendet werden, in allen Fällen werden die Rüstungen bloß die durch die Ereignisse nothwendig gewordenen Entwicklungen erhalten; aber die Kammer wird, wie wir nicht zweifeln, einsehen, daß es Anläße gibt, wo es von Wichtigkeit ist, daß man nirgendwo an der Energie und an der Klugheit zweifeln könne, mit denen die wahren Interessen Frankreichs behauptet werden sollen. — Gesetzentwurf. Art. 1. Es wird dem Minister-Staatssecretär beim Departement der Marine- und der Colonien auf das Finanzjahr 1839 ein außerordentlicher Credit von zehn Millionen eröffnet. — Dieser Credit hat die specielle Bestimmung, die Zahl der bewaffneten Fahrzeuge, die gegenwärtig im mittelländischen Meere verwendet werden, nöthigenfalls zu vermehren. — Art. 2. Es soll für die durch gegenwärtiges Gesetz autorisirten Ausgaben mittelst der durch das Finanzgesetz vom 14. Juli 1838 für den Bedarf des Finanzjahres 1839 bewilligten Hülfsquellen gesorgt werden." — Die Kammer bestätigte den Empfang des Gesetzentwurfs und verordnete dessen Druck und Vertheilung an die Bureaux. — Der Minister des Innern, H. Duchatel, reichte sodann zwei Gesetzentwürfe ein, um den am 12. und 13. Mai verwundeten Nationalgardisten und Soldaten, so wie den Witwen und Waisen der Gefallenen, lebenslängliche Pensionen zu verabreichen. — H. Lespinasse wollte vom Kriegsminister Erläuterungen verlangen über die Entlassung des Generals Tholozé vom Commando der polytechnischen Schule. Es entstand aber ein Lärmen, der den Redner nicht zum Worte kommen ließ. — Endlich erstattete H. Dessauret Bericht über die geheimen Fonds. Die Commission, sagte er, habe die unumwundensten Erklärungen über die Art der Anwendung verlangt, welche die Minister von den geforderten 1,200,000 Fr. zu machen gesonnen wären. Auf das bestimmte Versprechen, daß fernerhin kein Tagblatt mehr unterstützt werden solle, habe die Commission beschlossen, auf Annahme anzutragen.

Die Pairskammer hörte in ihrer Sitzung vom 23. Mai den Bericht der Commission über den Antrag des Barons Mounier, den Orden der Ehrenlegion betreffend. In seiner einleitenden Rede, die der Moniteur vollständig mittheilt, gab Baron Mounier hierüber folgende Details: „Am 31. October 1838 gab es nicht weniger als 44,728 decorirte Ritter der Ehrenlegion. „Diese übertriebene Freigebigkeit" — sagte der Antragsteller, der in die Gründung und bisherige Geschichte dieses Ordens sehr ausführlich einging — „muß alle Welt in Erstaunen setzen. Man könnte die Zahl der Ritter billig auf 15,000 beschränken. Wirft man einen Blick in den Almanach royal, so wird man gestehen müssen, daß in vielen Zweigen der öffentlichen Verwaltung die Decoration der Ehrenlegion keine Auszeichnung mehr ist. Wenn man auf diese Weise fortfahren wollte, würde der Orden bald nur noch zu einem gewöhnlichen Uniform-Anhängsel; er wäre wie der Knopf der Mandarinen — ein Zeichen aller Regierungsbeamten. Man wird kaum einwenden wollen, daß bei einer Zahl von 15,000 Rittern, dem dritten Theile der gegenwärtigen Zahl, dieser Titel nicht verbreitet genug seyn würde. Das Gesetz von 1802 hatte die Zahl der Legionäre auf 5250 festgesetzt. Drei Jahre später vermehrte sie der Kaiser um 2000. Er hielt also 7250 Decorationen für hinreichend, die Heldenthaten zahlreicher Armeen, so wie die Hingebung und die Opfer so vieler Bürger in jenen Zeiten der Stürme und Prüfungen zu belohnen. Offiziere der Ehrenlegion sollten nach dem Gesetz bei der Gründung des Ordens nur 450 existiren. Eine Ordonnanz vom 26. März 1816 stellte ihre Zahl auf 2000 fest. Gegenwärtig aber gibt es 4500 Ehrenlegion-Offiziere. Nach derselben Ordonnanz sollte die Zahl der Großoffiziere nicht 100 überschreiten; am 31. October des vergangenen Jahres gab es aber 838 Commandeurs und 207 Großoffiziere des Ordens. Großkreuze sollten nicht über 80 vertheilt werden, wir sehen aber nahe an 100 Besitzer desselben." — Die Commission, welcher die Prüfung dieses Antrags zugewiesen wurde, ernannte den Antragsteller selbst zum Berichterstatter. Es wurde festgesetzt, daß die Discussion darüber gleich nach der über das literarische Eigenthum beginnen sollte.

In der Sitzung der Pairskammer vom 25. Mai

wurde die Berathung über den Gesetzentwurf, das literarische Eigenthum betreffend, begonnen.

Wir ersehen aus den Pariser Journalen vom 26. Mai, daß man in Paris über die Bewegungen der türkischen Armée in Asien keine andern Nachrichten hatte, als die, welche uns bereits am 21. v. M., über Triest, aus Alexandrien vom 7. Mai zugekommen waren *). Die obgedachten Journale theilen das Schreiben mit, welches Arkin Bey, erster Secretär-Dolmetsch des Vicekönigs, unterm 29. April aus Schibin (bei Cairo) an Boghos Bey erlassen hat: „Se. Hoheit der Generalissimus (Ibrahim Pascha) hat in einem Privatschreiben gemeldet, daß die Streitkräfte des Sultans über Biledschik (jetzt Bir genannt) hinausgerückt sind und dort einige Verschanzungen angelegt haben; Se. Hoheit der Generalissimus stand im Begriffe, nachdem er seinen in Syrien cantonnirten Regimentern Befehl ertheilt hatte, gegen Aleppo aufzubrechen, sich in Person nach dieser Stadt zu begeben. — Se. Hoheit der Vicekönig, in der Ueberzeugung, daß dieses Benehmen der Pforte zum Zwecke haben dürfte, die Schuld auf ihn zu wälzen, hat Sr. Hoheit dem Generalissimus befohlen, bevor er sich nicht von dem Vorrücken der Truppen des Sultans überzeugt haben würde, keine Bewegung zu machen, auf Gott zu vertrauen, und falls die Annäherung der obgedachten Streitkräfte sich bestimmt bestätigen sollte, dem gemäß zu handeln. — Se. Hoheit der Vicekönig trägt Ew. Exc. auf, dasjenige, was ich Ihnen vorstehend zu schreiben die Ehre hatte, den Herren Generalconsuln mitzutheilen."

Der König, die Königinn und die königliche Familie haben am 25. Mai die Tuilerien verlassen und ihre Residenz in Neuilly aufgeschlagen.

Eine königliche Ordonnanz vom 24. Mai ernennt Hrn. Baudet, Deputirten (vom linken Centrum), zum Generalsecretär des Justizministeriums. — Durch eine andere Ordonnanz verleiht der König den Orden der Ehrenlegion an mehrere Militärs, die sich bei der letzten Emeute hervorgethan haben.

Im Moniteur vom 26. Mai heißt es: „Der im gestrigen Messager enthaltene Artikel über die legitimistischen Umtriebe im Süden und über die von der Behörde zur Entdeckung derselben ergriffenen Mittel, enthält mehrere Unrichtigkeiten. Die Angabe, daß in Carcassonne Verhaftungen Statt gefunden haben, ist durchaus falsch."

Das Wahlcollegium von Bourganeuf hat Hrn. Peyramont zum Deputirten gewählt; er erhielt 67, Emile von Girardin 63 Stimmen.

Nach dem Temps glaubt man, daß von den Angeklagten des 12. und 13. Mai nur etwa 20 vor den Pairshof gestellt, und die Prozeßverhandlungen gegen den 5. Juni beginnen werden.

Nachdem das Journal des Debats lange Anstand genommen hatte, entschieden für das neue Ministerium aufzutreten, und bisher die Sorge der Vertheidigung allein einem doctrinären Journal überlassen worden war, spricht sich das erstgenannte Journal endlich bestimmt aus, und zwar wie folgt: „Welches ist unsere Meinung in Bezug auf das neue Ministerium? Wie wird unser Benehmen seyn? Wir konnten ganz einfach darauf antworten, daß man zuvor abwarten müsse, was das Ministerium thun werde. Wir entschließen uns nicht so schnell, wie die Oppositions-Journale. Und dennoch, wenn Jemandem das Mißtrauen erlaubt wäre, so uns. Welches ist in der That der Ursprung des Ministeriums? Die Coalition. Der größte Theil der Minister gehörte gestern noch zur Zahl unserer Gegner. Wenn das linke Centrum die HH. Passy, Dufaure, Teste und Sauzet angreift, so greift es nicht uns, sondern sich selbst an; denn wenn man nicht annehmen will, daß das linke Centrum allein aus Hrn. Thiers bestehe, so repräsentirt die neue Verwaltung doch wohl hauptsächlich jene Nuance der Kammer. Welche Namen figurirten immer auf der Candidatenliste, so oft das linke Centrum während der langen ministeriellen Krisis eine Combination zu finden versuchte? Waren es nicht die der HH. Dufaure, Passy, Sauzet und Teste? Und der Marschall Soult selbst, wurde er nicht vom linken Centrum aufgesucht, und rechneten es sich nicht die Mitglieder des linken Centrums zur Ehre an, sich unter den Schutz eines so glänzenden Rufes zu stellen? Es knüpfen uns an Hrn. Villemain alte Bande der Freundschaft, die durch keine politische Zwistigkeit hat getrübt werden können. Nichtsdestoweniger aber befand sich Hr. Villemain seit langer Zeit in den Reihen einer Opposition, die wir aus allen Kräften bekämpft haben. Hr. Duchatel ist nicht als Mitglied der vormaligen Majorität in die Verwaltung eingetreten. Die 221 haben daher nur Einen Repräsentanten, Hrn. Cunin-Gridaine, in dem neuen Cabinet. Wenn wir uns, ohne die ersten Handlungen des Ministeriums abzuwarten, hätten in die Opposition werfen wollen, so würde unsere Aufgabe leicht gewesen seyn. Wir hätten vielleicht jetzt schon jene Art von Popularität wieder gewonnen, welche für gewisse Leute einen so großen Reiz hat. Welche Gründe haben uns daher zurückgehalten? Was erwarten wir? Wir wollen uns darüber offen aussprechen. Nach zwei Monaten einer beklagenswerthen Krisis ist es für das Land von dem dringendsten Interesse, nicht in die Besorgnisse und Verlegenheiten zurückzufallen, die mit so vieler Mühe überwunden worden sind. Wir bewundern in der That die Oppositions-Journale. Nichts bricht ihren Muth, weder sechs verlorene Sessionsmonate, weder die Leiden des Landes, welches vor allen Dingen ein wenig Ruhe verlangt, weder die Klagen des Handelsstandes, der die Kosten der Krisis bezahlt hat, noch der blutige Ausgang, den die Factionen unseren parlamentarischen Zwistigkeiten bereitet haben. Sie sind nicht weniger eifrig in ihren Bestrebungen, als ob das jetzige Ministerium sich unter anderen gräßlichen Missethaten auch schon des furchtbaren Verbrechens schuldig gemacht hätte, ein oder zwei Jahre existirt zu haben. Früher begnügte sich die Opposition mit Einer ministeriellen Krisis im Jahre; es scheint, daß sie deren jetzt wenigstens zwei bedarf. Es ist ein Vergnügen zu sehen, wie die von dem Kampfe mit dem 15. April noch rauchenden Kriegsmaschinen sogleich gegen das neue Ministerium gerichtet werden. Man lese nur die Journale und man wird sich überzeugen, daß nichts verändert ist. Alle Werkzeuge der Zerstörung fahren fort, an der Erschütterung der Gewalt zu arbeiten. Keine Gnade, kein Erbarmen! Man beeilt sich, da die Session nur höchstens noch drei Monate dauern wird, um vor Beendigung derselben das Ministerium des linken Centrums seinen Vorgängern zuzugesellen. Was aber, um des Himmels Willen, hat dieses neue Ministerium gethan? Sind nicht bis jetzt seine Handlungen, wenn man anders zwei oder drei Ernennungen und die Vorlegung einiger nothwendigen oder unbedeutenden Gesetzentwürfe Handlungen nennen kann, die un-

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 22. Mai.

schuldigsten von der Welt? Was es gethan hat? Wir wollen es sagen, denn eben hierin liegt einer der Hauptgründe unserer Zurückhaltung. Es hat muthig die Gewalt in einem Augenblicke angenommen, wo die Anarchie, durch unsere jämmerlichen persönlichen Streitigkeiten ermuthigt, ihr Haupt erhob. Es hat sich nicht gescheut, dem Hasse und dem Zorne zu trotzen, die sein Entschluß ihm zuziehen mußte. Es hat jener Art von Bewegungslosigkeit ein Ende gemacht, in die man die constitutionelle Monarchie gesetzt zu haben sich schmeichelte. Hr. Passy und Hr. Dufaure haben geglaubt, daß die heiligste aller Pflichten darin bestehe, unsere Institutionen zu retten, und sich für das allgemeine Interesse aufzuopfern. Man muß nun sehen, ob die Folgen diesem Acte der Kraft und der Uneigennützigkeit widersprechen werden. Wir warten die Zukunft ab. Wir wollen allerdings keine Verpflichtung übernehmen; denn, noch einmal, es ist das linke Centrum, es ist die Coalition, die in dem Ministerium vorherrschen. Der Parteigeist verblendet uns indessen nicht in dem Grade, daß wir Lust haben sollten, heute ein Ministerium zu stürzen, dessen Errichtung wir gestern mit ganz Frankreich für ein Glück betrachtet haben. Wir werden das Ministerium beaufsichtigen, denn das ist unsere Pflicht; wir werden seine Handlungen mit einer strengen Aufmerksamkeit prüfen, aber wir werden nichts thun, um es zu stürzen. Wir wünschen sogar, daß es sich befestigen möge. Es hat schon, durch die Uebernahme der Gewalt, dem Könige und dem Lande einen großen Dienst geleistet. Mögen seine Handlungen diesem edlen Anfange entsprechen, und Niemand wird weniger als wir daran denken, ihm seine Vergangenheit vorzuwerfen. Wenn sich Coalitionen gegen dasselbe bilden sollten, wie der getäuschte Ehrgeiz Vieler es befürchten läßt, so werden wir nicht daran Theil nehmen. Die Erfahrung hat es uns zu klar bewiesen, daß in einem Lande, in dem sich noch so viele revolutionnäre Leidenschaften bewegen, wie in dem unserigen, der Umsturz der Ministerien kein gefahrloser Zeitvertreib ist. Mögen Andere dieß verderbliche Spiel spielen, ohne sich darum zu kümmern, was es Frankreich kostet. Mögen sie in der Repräsentativ-Regierung nur eine Parthie Schach erblicken, deren Preis das Ministerium ist. Mögen sie daran arbeiten, die Krisis, durch die alle Interessen so sehr gelitten haben, bis in die Ewigkeit zu verlängern. Wir würden das jetzige Ministerium nur in dem Falle bekämpfen, wenn seine Handlungen zeigten, daß es nicht die nöthige Weisheit und Festigkeit besäße. Einen Krieg der Leidenschaften hat es von uns nicht zu befürchten, denn wir sind zu sehr von unseren Pflichten als gute Bürger durchdrungen."

Am 25. Mai 5Percens Fin Courant geschlossen zu 110 Fr. 90. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 95.

Spanien.

Der Moniteur vom 26. Mai enthält folgende telegraphische Depesche aus Perpignan vom 24. Abends: „Am 18. haben Unruhen in Valencia Statt gefunden; es sind Barrikaden errichtet worden; die Nationalgarde hat sich gegen die Linientruppen geschlagen. Der Zweck der Emeute war die Auflösung der Cortes und die Unabhängigkeit der Königreiche Arragonien, Valencia und Murcia. — Am 20. war die Ruhe wieder hergestellt. 7000 Mann Fußvolk und 500 Pferde von der Division des (carlistischen) Generals Arnau sind in Liria eingerückt. Am 19. stand Cabrera in der Gegend von Chelva."

Portugal.

Nachrichten aus Lissabon vom 13. Mai zufolge ist die Feindschaft der Familien Palmella und Sampajo fast eben so bedeutsam für die Bevölkerung von Lissabon, als einst die der Capulets und Montagues für ihre Mitbürger geworden. Kürzlich gab diese Anlaß zu einem glücklicherweise blutlosen Kampfe: Die Tochter der Gräfinn von Povoa, welche letztere auf Seiten der Sampajos war, sollte mit dem Sohne Palmella's verheirathet werden. Gleich nach dem Abschlusse des Heirathsvertrages schrieben Braut und Bräutigam an die Gräfinn, und forderten von ihr die Räumung des Hauses, in welchem sie wohnte, weil es das Eigenthum der Tochter sei. Da sie es verweigerte, so wählten die Palmella's das Kürzere, sich mit Gewalt in den Besitz zu setzen. Eine Abtheilung ihrer Dienerschaft, die abgesandt wurde, fand aber das Haus wohl verwahrt und vertheidigt; sie zog sich zurück, aber kam jedoch bald durch 60 Soldaten verstärkt wieder, erbrach die Thüren und machten sich zum Herrn der Feste. Die Besatzung war durch die Hinterthüren entflohen; nur die alte Gräfinn hielt muthig auf ihrem Grund und Boden aus. Sie wurde also gefangengenommen, aber ihr alsbald freigestellt, zu gehen, wohin sie wolle, nur bleiben dürfe sie nicht. Zwei Nächte darauf wurde ein unbewohntes Haus, neben dem Pallaste Palmella's, niedergebrannt. Die Sampajos sind endlich völlig besiegt worden, nachdem sie alles aufgeboten haben, um die Oberhand zu behalten. Zu diesen Versuchen gehört auch, daß der Gouvernante der jungen Gräfinn in einem Briefe, unterzeichnet A. Sampajo, eine Belohnung von 100.000 Fr. zugesichert wurde, wenn sie jene in ein bezeichnetes Haus bringen wollte. Ein zweiter enthielt noch Drohungen. Die Gouvernante war aber nicht zu bestechen, sondern zeigte die Sache dem Herzoge von Palmella an, der den Hrn. A. Sampajo gerichtlich verfolgen wird.

Großbritannien und Irland.

Am 22. Mai Nachmittags hielt die Königinn im St. James-Pallast ein Lever, das wohl das zahlreichste unter den bisherigen der Saison war. Der Großfürst Alexander und der Prinz Wilhelm Heinrich der Niederlande waren dabei anwesend; von der königlichen Familie die Herzoge von Sussex und Cambridge. Die Königinn betrat den Thronsaal, umgeben von den dienstthuenden Staatsdamen, der Marquise von Normanby und Lady Portman, mehrern Kammerherren und Pagen. Unter den Vorstellungen, die im diplomatischen Kreise Statt fanden, waren zu bemerken: Graf Potocky, Staatsrath des Kaisers von Rußland; Major van Buren, ältester Sohn des Präsidenten der vereinigten Staaten, der Bischof von Vermont in der Union, und Hr. C. Hughes, nordamerikanischer Geschäftsträger in Stockholm, der Marchese Paul d'Adda und der Marchese Litta Modignani, Kammerherren des Kaisers von Oesterreich, die Fürsten Carl und Joseph Poniatowski aus Florenz, Graf von Gneisenau aus Preußen ꝛc. Der Erzbischof, von Canterbury überreichte Ihrer Majestät den Bericht der „Gesellschaft zur Erziehung der Armen in den Grundsätzen der Staatskirche" für das Jahr 1838. Der Marquis von Headfort, der wegen seiner Decorirung mit dem irischen St. Patrick-Orden Ihrer Majestät Hand küßte, überreichte, von einer Anzahl liberaler irischer Ober- und Unterhausmitglieder (darunter Hr. Morgan O'Connell) umgeben, eine Adresse aus der Grafschaft Meath, worin Ihre Majestät gebeten wurde, bei der bisher gegen Irland befolg-

ten Politik zu beharren. Dagegen überreichte das Parlamentsmitglied H^r. Parker eine Adresse von 1500 Einwohnern der Stadt Exeter, die um alsbaldige Berufung eines conservativen Ministeriums baten. Eine Reihe liberaler Glückwunschadressen in Bezug auf die neuliche ministerielle Krisis folgten. Nach diesem hielt Ihre Majestät ein geheimes Conseil, in welchem der ehrenwerthe J. C. Dundas als Lordlieutenant für die Orkney- und Shetlandinseln, Lord Portman als solcher für die Grafschaft Somerset, und der Graf Urbridge als Mitglied des geheimen Raths beeidigt wurden. Schließlich ertheilte die Königinn mehrern ihrer Cabinetsminister Audienz. — Am 23., als am Tage der Vorfeier des Geburtstags Ihrer Majestät, ertönten früh Morgens von allen Thürmen der Hauptstadt lustige Glockenspiele, und die königliche Fahne von England ward auf ihnen aufgezogen. Alle Schiffe in der Themse bedeckten sich mit bunten Wimpeln. Die Musikbanden der verschiedenen Regimenter zogen in neuen Uniformen auf und spielten das Nationallied, und die Batterien im Park und im Tower donnerten. Im Westende der Stadt wurden für den Abend große Anstalten zur Beleuchtung getroffen. Mittags hielt die Königinn einen Hofzirkel (drawing-room), dessen Glanz und Frequenz die ältern Glieder des Adels „an die besten Zeiten Georgs IV. erinnerte."

Am 21. Mai machten der Großfürst-Thronfolger von Rußland und Prinz Friedrich Heinrich der Niederlande ihren angekündigten Besuch auf der Universität Oxford. Glockengeläute empfing die hohen Gäste, welche in dem Gasthofe zum Engel abstiegen. Der Vicekanzler, D^r. Gilbert, die Procuratoren und eine Deputation der Collegienvorsteher empfingen sie hier. Um Mittag brachen sie nach dem festlich geschmückten Amphitheater auf, das schon einige Stunden zuvor gefüllt war. Die obere Gallerie füllten die Studierenden, die untere war für Damen vorbehalten, und die Area hatten die Magister, Fremde und die Damen, die auf der Gallerie keinen Raum fanden, besetzt. Ein Stunde lang vor der Ankunft des Zuges vertrieben sich die Studierenden die Zeit mit Darlegung ihres Beifalls oder Mißfallens über Staatsmänner. Der Name der Königinn wurde mit lautem, anhaltendem Jubel begrüßt, eben so die Namen Wellingtons und Peels; als aber Melbourne, Russell, Rice, Normanby genannt wurden, entstanden Mißtöne aller Art. Die Ankunft der hohen Gäste machte diesen Demonstrationen ein Ende. Die großen Thore öffneten sich, die Orgel ertönte und der Zug trat ein. Mit unbeschreiblichem Jubel wurden die beiden Prinzen empfangen. Sobald es stiller geworden, führte der Vicekanzler in einer lateinischen Rede den Zweck der Versammlung aus und bat um Erlaubniß, die Doctorwürde des bürgerlichen Rechts, die höchste akademische Ehrenbezeugung, an den Großfürsten-Thronfolger, den Prinzen Friedrich Heinrich, den Grafen Orloff, den General Kavelin, H^rn. Jukoffsky und den Viscount Torrington, Kammerherrn der Königinn, der den beiden Prinzen beigegeben ist, zu übertragen. Nachdem die Versammlung ihre Zustimmung ertheilt, übertrug der Vicekanzler mit einer Anrede den Doctorgrad an die Genannten. Das Diplom, in goldener Kapsel, wurde von den Procuratoren übergeben. Der Vicekanzler löste sofort die Versammlung auf. Vor dem Abgange ließen die Studierenden noch je drei Jubelrufe für die Königinn, für die anwesenden Damen, für Wellington und Peel und drei Vivats für das Ministerium Melbourne ertönen. Um 6 Uhr gaben der Vicekanzler und die Mitglieder der Universität den hohen Gästen ein glänzendes Festmahl in der mit den Büsten König Alfreds und Scotus Erigenas verzierten Halle des Brazennose-College. Die neuen Doctoren erschienen sämmtlich in den Doctormänteln. Der Großfürst-Thronfolger dankte, als seine Gesundheit ausgebracht worden war, mit folgenden Worten: „Herr Vicekanzler, meine Lords und meine Herren! Ich bitte Sie, meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen für die mir erwiesene Ehre, indem Sie meine Gesundheit ausbrachten und meinen Namen in die Register dieser hochberühmten Universität eintrugen. Glauben Sie, daß ich entzückt bin über die mir in England gewordene Aufnahme. Da die Gesetze der verschiedenen Nationen den Hauptgegenstand meiner Studien bilden, so bin ich stolz und erfreut, erklären zu können, daß Englands Gesetze, welche die Gesittung und das Glück des Volkes auf eine so hohe Stufe gebracht, immer meine Hochachtung und Bewunderung auf sich gezogen haben." S^r. kais. Hoheit übergab vor der Abreise, welche um 10 Uhr Abends Statt fand, dem Vicekanzler verschiedene Geschenke zu wohlthätigen Zwecken. Unter den Geschenken, welche der Großfürst in London gespendet hat, bemerkt man eines von 500 Pf. St. für die Gesellschaft zu Unterstützung hülfsbedürftiger Fremden.

Das Linienschiff „Hastings" von 74 Kanonen, mit der Königinn-Witwe Adelheid an Bord, war am 23. Mai auf der Höhe von S^t. Helens (Insel Wight) angelangt, und die Landung Ihrer Majestät in Portsmouth wurde am folgenden Morgen erwartet.

Wien.

S^r. k. k. Majestät haben mittelst allerhöchster Entschließung vom 26. April d. J. den beiden Landesgouverneuren der Lombardie und Venedig, Grafen von Hartig und Grafen von Spaur, die Annahme und das Tragen des ihnen von S^r. Majestät dem Kaiser von Rußland verliehenen weißen Adlerordens allergnädigst zu bewilligen geruht.

S^r. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 3. Mai d. J. dem Obersten Baron Edmund Droste, in Anerkennung der ausgezeichneten Verdienste, welche er sich um die Erziehung und Bildung des ältesten Sohnes S^r. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Erzherzogs Reichs-Palatinus, Erzherzogs Stephan, erworben hat, das Ritterkreuz des königlich ungarischen S^t. Stephanordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108.

Es ist erschienen, und in der Dorotheergasse bey A. Strauß's sel. Witwe zu haben:

Guide des Etrangers à Vienne. Description de cette Capitale de l'Empire d'Autriche et de ses Environs. 1839. Relié 1 fl. 40 kr. C. M.

№ 155

Oesterreichischer Beobachter.

Dinstag, den 4. Juni 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 2. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.278	28. 0 L. 5 P.	+ 14.2	NW.	schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.287	28 0 6	+ 17.8	NW.	—	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.302	28 0 8	+ 13.1	NW.	still.	Wolken.

Türkei.

Nach Berichten aus Konstantinopel vom 22. Mai war der zur Untersuchung des Zustandes der großherrlichen Armee nach Asien abgeschickte Tajjar Pascha nach der Hauptstadt zurückgekehrt und hatte, wie verlautete, Nachrichten mitgebracht, welche die Lage der Dinge im Allgemeinen in nicht ungünstigem Lichte für die ottomannische Armee darstellen, und eine außerordentliche große Rathsversammlung zur Folge hatten, deren Beschlüsse man mit gespannter Neugierde erwartete, worüber aber bei Abgang der Post noch nichts Bestimmtes bekannt geworden war.

Indeß waren seit Tajjar Pascha's Rückkehr nur Kriegsgerüchte in Umlauf, und Alles sah mit banger Erwartung den nächsten Nachrichten aus Syrien entgegen; Einige behaupteten sogar, die Feindseligkeiten hätten bereits begonnen, doch scheint dieß nicht der Fall zu seyn, auch die außerordentliche Rathsversammlung, wenigstens bis zum Abgang der Post, keine andere Folge gehabt zu haben, als die Absendung neuer Weisungen an die commandirenden Generäle, sich stets schlagfertig zu halten, aber jeden ersten Angriff zu vermeiden, und den Befehl, die Flotte in wenigen Tagen auslaufen zu lassen.

Glaubwürdigen Nachrichten zufolge hatten das zweite und dritte Observationscorps der türkischen Armee Angora und Konia bis zum 7. Mai nicht verlassen, ein Umstand, der zu beweisen scheint, daß Hafis Pascha weder weiter noch rascher vorgerückt ist.

In Bezug auf die in Folge der letzten Nachrichten aus Alexandrien verbreiteten Kriegsgerüchte heißt es im Journal de Smyrne vom 19. Mai: „Trotz der für die Ruhe dieser Länder allarmirenden Nachrichten, die aus Alexandrien eingegangen und seit einigen Tagen im Publicum verbreitet worden sind, trotz der Ankündigung, daß die Feindseligkeiten an der syrischen Gränze zwischen der türkischen und der ägyptischen Armee bereits eröffnet worden seien, haben wir allen Grund zu glauben, daß der Krieg nicht die Folge dieser ersten Bewegung seyn wird, wenn nicht die Wichtigkeit, die man ihr in Alexandrien geben wollte, ein Vorwand ist, dessen Mehmed Ali sich bedienen will, um endlich die Pläne, die er seit langer Zeit im Schilde führt, auszuführen. Die bereits seit geraumer Zeit angekündigte Aenderung in der Stellung der ottomannischen Armee ist durch die Ungesundheit des Klima's, durch Localursachen, die einer herausfordernden Absicht durchaus fremd sind, nothwendig gemacht worden. Indem Hafis Pascha einen Schritt vorwärts machte, hatte er ohne Zweifel keinen andern Zweck, als seine Truppen gegen die ungesunde Luft, die ihre Existenz bedrohte, zu schützen, und hat folglich nur der gebieterischen Nothwendigkeit seiner Lage nachgegeben. Man darf sich daher mit Recht über die Folgen wundern, die aus diesen Bewegungen hervorgegangen seyn sollen. — Wir müssen wiederholen, der Krieg wird aus dieser Thatsache nicht hervorgehen, wenn die Betheuerungen des Vicekönigs aufrichtig gewesen sind, und wenn hinter dem Tone von Mäßigung, den er in der letztern Zeit angenommen hat, keine andern Gedanken versteckt liegen. Ohne auf das, was wir mehr als einmal gesagt haben, zurückzukommen, können wir uns nicht enthalten, das Benehmen ins Gedächtniß zurückzurufen, welches der Sultan bis auf diese Stunde hinsichtlich der Prätentionen und Forderungen des Pascha's von Aegypten beobachtet hat, ein Benehmen, welches das Gepräge hoher Weisheit trägt, und frei von jener herrschsüchtigen und stürmischen Leidenschaft ist, deren traurige Folgen in der Person Mehmed Ali's wir gesehen haben. Die Pforte fühlt das Bedürfniß des Friedens, und ungeachtet aller günstigen Wechselfälle, welche ihr heute der Zustand von Gährung in Syrien, die Organisation ihrer Truppen, die Sympathie aller Bevölkerungen darbieten, hat sie sich gerade wegen jenes Friedens, den sie ihren Völkern gerne erhalten möchte, mehr als einmal über mehr als Eine Rücksicht der Eigenliebe in einer Weise hinweggesetzt, die auch jetzt noch die Ueberzeugung von der Redlichkeit ihrer Absichten geben muß. — Wir glauben demnach zur Stunde, wo Alles auf Krieg zu deuten scheint, noch nicht daran, insofern dieser Krieg die Folge eines Entschlusses der Pforte seyn würde. Wir vertrauen auf die Mäßigung des Sultans; können aber die Ereignisse nicht voraussehen, die das Resultat der geheimen Befehle Mehmed Ali's seyn könnten."

Spanien.

Der Moniteur vom 27. Mai enthält folgende telegraphische Depesche aus Bayonne vom vorhergehenden Tage halb 11 Uhr Morgens: „Der commandirende General der 20sten Division an den Kriegsminister. Espartero hat sich am 22. Orduña's bemeistert; die Carlisten haben Balmaseda und Arciniega verlassen." — Die Quotidienne sagt hierüber: „Diese Nachricht, falls sie sich bestätigen sollte, würde ungünstig für die Sache des Königs seyn, denn Orduña liegt an der Gränze von Biscaya und Alava und auf der Straße von Bilbao nach Vitoria. Eine der wichtigsten Linien, welche die Carlisten etablirt hatten, würde sonach von den Christinos durchschnitten seyn. Wir erwarten die Bulletins aus dem königlichen Hauptquartier, um über ein Ereigniß zu urtheilen, das, wie wir nicht verhehlen können, beim ersten Anblick einer bedeutenden Schlappe ähnlich sieht."

Bei dem Ueberfalle von Urdax durch Muñagorri wurde der tapfere Oberst Caballero, ein ausgezeichneter Offizier der Guiden Zumalacarregui's, getödtet. Don Diego Leon ist am 17. Mai, nach dem unglücklichen Erfolg seiner Expedition gegen Arroñiz *), mit 8 Bataillons und mehreren Escadrons in Pamplona eingerückt. Seine Truppen waren von Strapatzen erschöpft.

Die Gaceta de Madrid vom 19. Mai meldet die Ernennung des Don Juan Martin Carmolino, Fiscals der Audiencia von Valencia und Deputirten für Avila, zum Minister des Innern. — Carmolino gehört der Partei der Moderados von der Farbe des Grafen Ofalia an. Es heißt, der zum Marineminister ernannte General Vigodet weigere sich, dieses Portefeuille anzunehmen.

Rußland.

Die Senatszeitung enthält einen kaiserlichen Ukas in Betreff der Zigeuner; es wird darin erwähnt, daß bereits seit 1783 zu verschiedenen Malen strenge Maaßregeln gegen das Herumschweifen der Zigeuner angeordnet seien, das letzte Mal, nachdem Sr. Majestät während seiner Reise im südlichen Rußland selbst noch herumziehende Zigeunerhorden gesehen. Da indeß die Nachrichten aus verschiedenen Gouvernements zeigten, daß das Herumschweifen der Zigeuner noch in einigen Gegenden fortdauere, so wird der Minister der Reichsdomänen beauftragt, entschiedene Maaßregeln zur Ansiedlung der Zigeuner zu treffen. Der Schlußtermin für die Ansiedlung in Kronsdörfern soll der 1. Jänner 1841 seyn. Die, nach der Eintheilung in die Dörfer, der Landstreicherei überwiesenen Zigeuner sollen den Gerichten übergeben und nebst denen, welche sie beherbergt, nach den Gesetzen gerichtet werden.

Großbritannien und Irland.

Die Morning-Chronicle scheint, seitdem sie ihre ministerielle Farbe mit einer radicalen vertauscht hat, noch zu keiner recht festen Haltung kommen zu können; sie möchte auf der einen Seite dem Ministerium nicht gern zuwider seyn, und wird auf der andern doch von ihrem radicalen Impulse vorwärts getrieben; auf diese Weise fehlt es dann nicht an Widersprüchen in ihren Artikeln. So sagte sie in einem ihrer letzten Blätter: „Durch welche weitere Reformen die Minister auch die Volksrepräsentation zu reguliren und die liberale Partei zu reorganisiren bemüht seyn mögen, um die Souverainin wirksam gegen Torybeleidigungen zu schützen, so müssen sie doch einsehen, daß sie ihre beabsichtigten Maaßregeln nicht früh genug auf die Tafel des Unterhauses legen können. Jedenfalls dürfen sie nicht die Zeit der nächsten Registrirung herankommen lassen, ohne offene Versprechungen und Verpflichtungen über ihre Absichten zu geben und einzugehen. In dieser Session, nicht erst nach Ablauf dieser Session, muß ihr eigenes und das Schicksal der Reformsache so gut als entschieden werden." Und in ihrem neuesten Blatte vom 24. Mai läßt die Chronicle sich folgendermaaßen vernehmen: „Es wäre in der That unvernünftig, zu erwarten, daß die Minister bei der so weit vorgerückten Session noch im Stande seyn sollten, das Cabinet zu reconstruiren und einige Maaßregeln durchzubringen, welche die gerechten Hoffnungen der Reformer zu erfüllen berechtigt sind. Auch ist das Land keineswegs so ungeduldig, daß es nicht sollte warten können, bis das Parlament sich wieder versammelt. Nur müssen die Minister nach der Wiederversammlung des Parlaments so wenig wie möglich Zeit verlieren, um über die Natur und die Ausdehnung der von ihnen beabsichtigten Reformen die Reformer zu beruhigen. Daß große Unruhe in dieser Beziehung herrscht, ist eben so gewiß, als es gefährlich wäre, damit zu spielen. Hr. Gilbert Pouncey, ein durch seine Mäßigung ausgezeichneter Mann, bemerkte gestern in einer Versammlung im St. Martins-Kirchspiel: „„Jetzt, wo die Minister im Begriffe sind, von neuem die Gesinnungen des Landes über öffentliche Maaßregeln zu erforschen, ist es namentlich die Sache der Reformfreunde, zu erklären, daß sie die Minister nicht ferner unterstützen können, wenn dieselben nicht sogleich erklären, daß sie ein System des Fortschrittes annehmen, daß sie nicht länger versuchen wollen, eine Partei zu versöhnen, die, wie die Erfahrung zeigt, nicht zu versöhnen ist, und daß sie sogleich solche legislative Maaßregeln vorzulegen beabsichtigten, die dazu geeignet wären, der Tugend und Intelligenz des Landes den gebührenden Antheil an der Repräsentation zu verleihen."" Es wird dem Volke genügen, von den Ministern selbst, an ihren Plätzen, Erklärungen über ihre Absichten zu hören. Alles, was das Volk bedarf, ist die Gewißheit, daß man in der That die Reform beabsichtigt; es ist nicht so unvernünftig, von den Ministern zu verlangen, daß sie übereilt handeln sol-

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 28. und 29. Mai.

len, oder ihnen die nöthige Zeit zu ihrer Reconstruirung oder zu der gehörigen Verarbeitung der Maaßregeln zu lassen, durch welche die Reformen ausgeführt werden können. Aber die organischen Veränderungen sind nicht die einzigen, die das Land fordert. Die Versöhnung der Tories in früheren Zeiten hieß mehr, als sich einer milden Sprache gegen sie bedienen, es hieß, sie durch ungeeignete Anwendung des Patronats kräftigen. In fast jedem Departement der Regierung wurde die Macht der vollziehenden Gewalt dadurch geschwächt, daß man solche Aemter den Tories gab, die man für die Freunde hätte reserviren sollen. Wenn nun das Patronat der Regierung und das Patronat derjenigen Männer, denen die Regierung zu befehlen berechtigt ist, auf geeignete Weise ausgeübt worden wären, würden wir dann wohl jetzt, im neunten Jahre eines Whigministeriums, hören, daß die Geistlichkeit fast ganz aus Tories besteht?"

Die Morning-Post glaubt nicht, daß die Minister es rathsam finden dürften, gerade jetzt in dem Personale ihrer Verwaltung oder in dem Character der von ihnen befolgten Politik eine bedeutende Veränderung vorzunehmen. „Es sind," sagt dieses Blatt, „einige schlimme Symptome vorhanden, die ihnen sagen müssen, daß sich das Ende nicht voraussehen läßt, wenn sie erst einen Anfang gemacht haben, an ihrem Gebäude zu rütteln. Sie fürchten überdieß, daß das Eindringen eines Fremdlings in ihre Mitte die schöne Eintracht stören möchte, die jetzt unter ihnen herrscht."

Hr. Hume hat in der Morning-Chronicle einen langen Brief bekannt machen lassen, in welcher er erklärte, daß er sich, ungeachtet des (neulich erwähnten) Beschlusses seiner Constituenten, noch als den Repräsentanten von Kilkenny betrachten müsse und die Hoffnung hege, es werde auch das Einverständniß mit seinen Wählern wieder hergestellt werden. Er beruft sich dabei auf das parlamentarische Dogma, daß die einzelnen Repräsentanten sich als Vertreter des ganzen Reiches zu betrachten, und nur nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen hätten. Allerdings wünscht er eine Controlle der Committenten über die von ihnen gewählten Repräsentanten, die er aber durch eine Verkürzung der siebenjährigen Parlamentsdauer auf eine dreijährige und durch die auf solche Weise nöthigen öfteren Wahlen am besten zu erreichen hofft.

Die ministeriellen Blätter glauben, daß die Chartisten allmählig von selbst verschwinden würden, da schon jetzt ihre Bestrebungen, selbst unter den niedrigen Volksclassen, immer weniger Anklang finden. Ein neuer Versuch, in Birmingham das Volk zu Gunsten der Pläne des Nationalconvents aufzuregen, ist zum 24. Mai angekündigt; es soll nämlich eine große Versammlung in Holloway-Head gehalten werden, um eine Adresse an die Königinn zu Gunsten der sogenannten Volkscharte zu berathen. Die Behörden sind indeß auf ihrer Hut, und man hofft daher, daß auch diese Demonstration, wie die frühern, erfolglos bleiben werde. Wie es heißt, beabsichtigten die Abgeordneten des Nationalconvents, O'Connor, Mac Donall, O'Brien, Taylor und Andere, sich von Birmingham nach Manchester zu begeben, wo man ernstere Auftritte besorgt, da die dortigen Behörden entschlossen sind, jede Chartistenversammlung im Keime zu ersticken. In Newcastle hielten die Chartisten am 20. eine große Versammlung und Prozession, bei der zwar viele Flaggen mit aufrührerischen Inschriften umhergetragen wurden, und 15,000 Menschen herbeigezogen haben soll, übrigens aber ganz ruhig ablief.

Es besteht in London eine Gesellschaft der Kinderfreunde, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die große Zahl armer unbeschäftigter Kinder, die sich in London umhertreiben und nur zu oft dem Verbrechen in die Arme gerathen, weil sie keinen Unterricht genießen und keine Arbeit finden oder diese so schlecht bezahlt bekommen, daß sie nicht davon leben können, vom Verderben zu retten, da die Regierung bis jetzt noch nichts gethan hat, um diesem Uebel abzuhelfen. Viele solcher Kinder haben durch die Bemühung jener Gesellschaft in den Colonien ein Unterkommen gefunden, wo die Arbeit noch mehr gesucht ist, als im Mutterlande. Am besten ist der Versuch der Gesellschaft auf dem Vorgebirge der guten Hoffnung gelungen, wohin in den letzten 6 bis 7 Jahren an 1000 Kinder von ihr geschickt wurden, die dort zu Handwerkern herangebildet worden und, mit wenigen Ausnahmen, eine gute Behandlung gefunden haben.

Consols am 25. Mai 93¼, ⅜.

Frankreich.

Der Moniteur zeigt an, daß der Prinz von Joinville in der Nacht vom 26. auf den 27. Mai von Paris nach Toulon abreisen werde, um zu der von dem Contreadmiral Lalande commandirten Escadre zu stoßen, zu deren Chef des Generalstabs er ernannt ist. — Der Herzog von Nemours ist von Paris zu einer Lustreise an die Küsten des mittelländischen Meeres und des Oceans abgegangen. Er will sich in Cette auf einem Dampfboote einschiffen und mehrere Küstenpuncte besuchen.

Der Moniteur Parisien spricht von unruhigen Auftritten, welche in Bourganeuf aus Anlaß der dortigen Wahl, wobei Hr. Emil de Girardin unterlegen ist, Statt gefunden haben und in Folge deren mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Der Maire, Hr. Rouchon, wurde gröblich mißhandelt; dem Unterpräfecten und Hrn. Tixier-Lachassagne, ersten Präsidenten des königlichen Gerichtshofes von Limoges, sind Chavaris gebracht worden. Die Ruhestörer waren Freunde des Hrn von Girardin. Es mußten 200 Mann Cavallerie von der Besatzung von Limoges einrücken, um die Ruhe wieder herzustellen.

In der Sitzung der Pairskammer vom 25. Mai,

wo die Discussion über den Gesetzentwurf, das literarische Eigenthum betreffend, begann, hielt Graf Portalis eine Rede, die allgemeinen Beifall fand. Er erklärte sich zwar nicht gegen den ganzen Gesetzentwurf, warf aber der Regierung, wie der Commission vor, daß sie das literarische Eigenthum nicht als ein absolutes betrachtet habe. Graf Portalis sprach für ein immerwährendes Eigenthum. Hr. Villemain, Minister des öffentlichen Unterrichts, erklärte, es sei diese Ansicht dem Princip nach ganz gerecht, in der Praxis dagegen nicht anwendbar. Glaube die Kammer, daß eine Garantie des Eigenthums bis auf 30 Jahre nach dem Tode des Schriftstellers nicht hinreiche, so habe er gar nichts dagegen, wenn die Kammer das Privilegium verlängere, und es auf 50 Jahre feststelle. Der erste Artikel des Entwurfs, der dem Verfasser die Herausgabe seiner Werke auf Lebenszeit garantirt, wurde angenommen. Ueber den zweiten wichtigern Artikel, die Feststellung der Dauer des Privilegiums für die Erben, sollte erst in der nächsten Sitzung abgestimmt werden, da die Kammer nicht mehr in hinreichender Zahl beisammen war.

Gegen den Schluß der Sitzung der Deputirtenkammer vom 25. Mai, wovon wir daß wichtigste schon gestern mitgetheilt haben, kam noch eine Petition, die Befestigung der Stadt Paris betreffend, zur Sprache. Die Linke forderte die Tagesordnung, der größte Theil der Centren wollte die Verweisung der Petition an den Präsidenten des Conseils. General Bugeaud erhob sich gegen die Tagesordnung, und suchte die Wichtigkeit und Nothwendigkeit einer Befestigung der Hauptstadt zu beweisen. Eine erste Abstimmung war zweifelhaft, bei einer zweiten erklärte sich die Majorität für die Zusendung der Petition an den Conseilspräsidenten und den Kriegsminister. General Bugeaud bemerkte, daß von der Linken, die jetzt gegen die Befestigung sich erklären, der erste Antrag ausgegangen. Hr. Larabit antwortete ihm, er habe nur deßhalb dagegen gestimmt, weil er glaube, man wolle wieder zu der Idee der detachirten Forts zurückkommen. Wolle man Paris durch ein Ringmauersystem befestigen, so stimme er dafür. — Zuletzt wurde noch über den Gesetzentwurf, die Militärpensionen betreffend, abgestimmt, und derselbe mit 241 gegen 8 Stimmen angenommen.

Die Fabrikanten des Rübenzuckers, welche gegenwärtig in Paris versammelt sind, hatten am 24. Mai Morgens eine Unterredung mit dem Handelsminister. In dieser Conferenz, welche mehrere Stunden dauerte, stellten die Fabrikanten dem Minister die klägliche Lage ihrer Industrie, in Folge der jetzigen Legislation, vor. Seitdem die erste Auflage eingeführt worden, haben nahe an 80 Fabriken, also der siebente Theil, aufgehört. Wenn nun die Auflage nächstes Jahr noch um 50 per 100 erhöht werde, so würden fast alle Fabriken gezwungen seyn, ihre Arbeiten zu suspendiren. Hr. Cunin-Gridaine antwortete ihnen, daß vom Ministerium noch nichts beschlossen worden sei. Er werde ihre Reclamationen im Conseil vortragen, bevor man noch irgend eine Berathung hierüber gepflogen.

Der Toulonnais gibt über die Einnahme von Dschidschelli nach einem Schreiben aus Algier vom 18. folgende Details: „Seit einiger Zeit schickte man nach Stora Truppen aller Waffengattungen. Ihre Bestimmung war, eine Colonne zur Besetzung von Dschidschelli zu bilden. Diese Expedition wurde aber so geheim betrieben, daß nichts davon verlautete. Endlich erfuhren wir durch das Dampfboot „Cerbère," daß der Hafen von Dschidschelli durch unsere Truppen genommen worden. Die Dampfboote „Styx" und „Cerbère" haben unter dem Commando des Capitäns Demarquè zu dieser Einnahme mächtig beigetragen. Sie setzten ein Bataillon mit mehreren Artilleriestücken und einige Abtheilungen Matrosen ans Land. Die Ausschiffung fand ohne Widerstand Statt. Die Einwohner von Dschidschelli verließen ihre Stadt bei Annäherung unserer Truppen. Bald aber, nachdem diese die Stadt in Besitz genommen, erschienen die Kabylen der Landschaft in großer Zahl zum Angriff. Die Colonne aber hielt sich gut und, unterstützt von der Artillerie der beiden Dampfschiffe, zwang sie den Feind zum Rückzuge. Tags darauf kamen die Kabylen in noch größerer Zahl, wurden aber kräftig zurückgeworfen. Wir hatten bei diesen beiden Angriffen 5 Todte und etwa 15 Verwundete. Die Marinesoldaten haben sich sehr ausgezeichnet. Ein Unteroffizier des „Cerbère" pflanzte zuerst die dreifarbige Fahne auf eine Moschee. Ein Offizier des „Cerbère," Béchameil, dem der Commandant de Salles erlaubte, mit seinen Matrosen auf den Vorposten zu fechten, erhielt eine Kugel in den Unterleib, blieb aber auf seinem Posten. Das Gericht geht, daß man auch Collo besetzen werde."

Nach einem Schreiben desselben Toulonnais aus Constantine vom 8. reist Madame de Vialars, die Vorsteherinn des edlen Instituts der barmherzigen Schwestern, nach Algier zurück. Mit ihr geht die schöne Aischa, vom Harem des Bey Achmet, deren hohe Schönheit von Allen, die sie nach der Einnahme Constantine's im Bey-Pallaste sahen, so enthusiastisch bewundert und seiner Zeit in den französischen Blättern so viel besprochen wurde. Aischa will sich in Algier taufen lassen und dort in das Institut der barmherzigen Schwestern eintreten.

Andere Briefe aus Constantine vom 8. Mai melden, daß in dieser Stadt allgemein von der Entdeckung einer Verschwörung, bei der fast alle arabischen Behörden betheiligt seien, die Rede war. Die Verschwörer sollen die Absicht gehegt haben, alle Franzosen zu überfallen und zu ermorden. Indessen versichern die Briefe selbst, daß diese Gerüchte gewiß nur Uebertreibungen und bloß durch die Entdeckung, daß mehrere Einwohner der Stadt mit dem Exbey Achmet Verbindun-

gen unterhielten, veranlaßt worden seien. Der Gendarmerie gelang es, sieben Kuriere, die an Achmet Briefe zu überbringen hatten, aufzufangen. Der Kaid von Milah und ein Corporationschef der Stadt Constantine wurden verhaftet.

Ein Schreiben aus Algier im Messager berichtet, daß auch nach Collo von Stora aus eine Expeditionscolonne abgegangen sei. Demnach fiele auch der letzte Seehafen der Provinz Constantine, der den Eingebornen noch geblieben, in die Gewalt der Franzosen, und die Besetzung der Küste wäre vollständig.

Am 27. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 110 Fr. 90. 3Percents 81 Fr.

Preußen.

Am 25. Mai Morgens kam Sr. Durchlaucht der Herzog von Leuchtenberg nebst Gefolge in Breslau an, setzte jedoch nach eingenommenem Frühstück seine Reise nach St. Petersburg fort.

Belgien.

Die Repräsentantenkammer zeigt sich thätiger als je; am 22. Mai nahm sie die Gesetzentwürfe über die Gerichtseintheilung Luxemburgs und Limburgs und über die administrative Eintheilung Limburgs an. Dennoch dürfte es kaum möglich seyn, allerseit vierzehn Tagen eingereichten Gesetzentwürfe zu berathen, bevor die Vollmachten der Deputirten ablaufen, welche im nächsten Monat austreten. Daher, heißt es auch, würde die Eröffnung der neuen Session schon vor der in der Verfassung bestimmten Epoche, und zwar am 15. September eintreten, damit alle rückständige Entwürfe erledigt und das Budget vor dem 1. Jänner votirt werden könne.

Bei der Berathung des auf die administrative Eintheilung der Provinz Limburg bezüglichen Gesetzentwurfs erklärten sich die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Unterrichts für die Eintheilung in drei Bezirke. Der Vorschlag der Centralsection für zwei Bezirke wurde mit 30 gegen 29 Stimmen angenommen. Das Ministerium gerieth also durch seine Schuld, nämlich durch Abwesenheit des Finanz-Ministers, in Nachtheil, denn nach §. 38 der Constitution wird ein Vorschlag als verworfen erachtet, wenn die Stimmen getheilt sind.

Der Prozeß gegen die Angeklagten Bartels und Kats wird seit einigen Tagen vor dem Assisenhof von Brabant verhandelt. Nach den verschiedenen Verhören nahm der Generaladvocat in der Sitzung vom 24. Mai das Wort. Hier einige der bedeutendern Stellen seiner Rede: „Die Frage der 24 Artikel war nicht die Ursache der Feindseligkeit der Angeklagten gegen die Regierung, sondern nur der Vorwand. Kats predigte lange vor der Annahme des Vertrags durch den König Wilhelm antimonarchische Lehren. Bartels hat nur eingewilligt, seine republikanischen Hoffnungen zu vertagen, weil er kein Mittel sah, sie zu verwirklichen. Am ersten Tage schrieb er noch an de Potter: ich werde eine Erklärung unserer republikanischen Grundsätze abfassen, die gemeinschaftlich zu unterzeichnen ich Ihnen vorschlagen werde. Das Wesentliche ist, daß man nicht das zu wünschen scheint, was Jeder zu fürchten beginnt, den Abfall des Königs. Wenn der König abgefallen wäre, konnte man denn hoffen, diese Gebietstheile mit Hülfe einiger Freiwilligen, die im Limburgischen und Luxemburgischen den Krieg geführt hätten, zu behalten? Dieß konnte augenscheinlich keinem vernünftigen Kopfe einfallen; aber diese gegen die Befehle der Regierung in das Limburgische und Luxemburgische gesandten Freiwilligen würden einerseits die Gränze Frankreichs und andererseits die Gränze Preußens aufgereizt haben; sie würden diese beiden Nationen auf unser Gebiet gezogen und einen allgemeinen Brand herbeigeführt haben, wodurch die Angeklagten zur Verwirklichung ihrer republikanischen Pläne zu gelangen hofften. Die Sache erlangt eine neue Wichtigkeit seit den Ereignissen, die Paris mit Blut befleckt haben. Es bereitet sich in Frankreich Etwas vor; man hatte Wirkungsmittel. Am 10. Februar kündigt man eine Revolution in Frankreich an, und am 12. Mai bricht zu Paris eine revolutionnäre Bewegung aus. Man hatte Wirkungsmittel, und das Blut floß in den Straßen von Paris. Wir werden auf dieser Zusammenstellung nicht bestehen, sie ist auffallend, schlagend. Diese blutigen Kämpfe auf den öffentlichen Plätzen waren ohne Zweifel der friedliche Fortschritt, die Emancipation der Menschheit, welche pomphaft in dem Briefe von 23. Februar verkündigt wurden." — „Die Sache, die Ihnen (den Geschwornen) vorliegt, ist eine der wichtigsten. Prüfen sie die Folgen, welche diese Aufreizungen im Falle eines Erfolges nach sich ziehen mußten, und Sie werden erschrecken vor den Gefahren, die wir liefen. Stellen Sie sich Parteigängercorps, ohne Disciplin, vor, welche überall Unordnung verbreiten und an die Gränzen eilen; die Stellung der Regierung, die mit den Mächten in Unterhandlung ist; die Armee, die nicht mehr ihren Chefs gehorcht, diese, wie sie die Befehle der Regierung verkennen; das Land in zwei Lager getheilt, den Despotismus des Säbels zum Richter habend. Denken Sie an das Blut, das vergossen worden wäre, an die Schlachtopfer, welche wir zu beweinen haben würden. Wir stehen nicht mehr, meine Herren Geschwornen, bloß bei Vermuthungen. Was war es zu Paris in den Tagen des 12. und 13. Mai anders, als Freiwillige der Aufrührer in Empörung gegen die Regierung. Die heiligsten Grundsätze verkannt, die Gesetze verletzt, innere Zwistigkeiten, die Anarchie ihre Verwüstungen ausdehnen. Dieß wären die Folgen der Aufreizungen der Angeklagten gewesen. Sie werden nicht vor den Pflichten zurückweichen, welche Ihr Eid und die Gesellschaft Ihnen auflegen. Sie werden den Aufrührern beweisen, daß vor einer belgischen Jury die Straflosigkeit nie ihre strafbaren Anstrengungen schützen wird."

Teutschland.

Am 27. Mai hatte der k. k. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich hannoverschen Hofe, Freiherr Kreß von Kressenstein, k. k. Kämmerer, die Ehre, sein Beglaubigungsschreiben in einer Privataudienz Sr. Majestät dem Könige von Hannover zu überreichen.

Die Hannoversche Zeitung vom 27. Mai enthält folgenden Artikel: „Auch den Ehrenmännern' im Grabe läßt die Zeitungsopposition keine Ruhe. Ein Correspondent der Bremer Zeitung vom 23. d. M. berichtet unter dem 21. d. M. über die Ansichten des Tages zuvor verschiedenen hochverdienten Grafen von Münster, aber sicher ohne Beruf und Befähigung, wenn anders einige Bekanntschaft mit dem vorausgesetzt werden muß, dessen Rechtsansichten man zu beurtheilen unternimmt. — Der verstorbene, vom Schreiber dieses sehr verehrte, Graf Münster, verband mit der tiefsten Kenntniß des Privat- und öffentlichen Rechts die aus einem bewegten politischen Leben gebrachten Erfahrungen und das sichere, ruhige, weitsehende Urtheil, welches nur der Mann für öffentliche Verhältnisse erlangt, der lange Zeit von einer gewissen Höhe aus die bürgerlichen Einrichtungen und den Gang der politischen Zustände betrachtet hat. Jener Correspondent in der Bremer Zeitung sagt die Wahrheit, wenn er von dem Verstorbenen rühmt, er habe fest am Bestehenden gehalten, und sei ein Freund der Wahrheit und des Rechtes und ein Vertheidiger der Rechte des teutschen Volkes gewesen. Der Correspondent hat auch Recht, auf die Ansichten des leider verschiedenen Staatsmannes Werth zu legen. Er thut aber Unrecht, dem hohen Verstorbenen seine eigenen Ansichten muthmaaßlich unterzuschieben, um sie durch dessen Autorität zu begründen. — Daß der Graf von Münster das Staatsgrundgesetz für nicht zu Rechte beständig errichtet hielt, und bis an sein Ende der Ansicht war, es sei von des Königs Majestät mit vollem Rechte nicht anerkannt und es sei rechtmäßig entfernt worden, ist bekannt. Darauf kommt es jedoch hier nicht an; es handelt sich jetzt um die Functionen des Erblandmarschalls. Als solcher hatte er aber mit der Prüfung von Vollmachten der Deputirten gar nichts zu thun. Es war nicht die Sache des verstorbenen Grafen, sich ohne Beruf in Geschäfte zu mischen, und diesem Grundsatze getreu, den Mancher mehr im Auge haben sollte, als es in unsern öffentlichen Angelegenheiten heut zu Tage geschieht, würde in jener ämtlichen Stellung nie eine Ansicht von ihm laut geworden seyn. Als Mitglied der ersten Kammer hatte er gleiches Recht mit jedem andern Mitgliede, und er konnte sich als solches über die Vollmachten insoweit äußern, als dieß reglementsmäßig jedem Mitgliede zusteht. Nun hat aber Graf Münster immer geradezu die Ansicht ausgesprochen, daß Wahlmänner, die in den Wahlversammlungen nicht wählen, als Männer, die ihre Bestimmung nicht erfüllen und ihr Mandat nicht vollführen, für abwesend gelten müßten, mithin nicht zu zählen seien; die absolute Stimmenmehrheit sei nur nach der Zahl der wirklich Wählenden zu berechnen; ferner daß die Districte, welche Männer ihr Vertrauen schenken und sie zur Wahl beauftragen, zu bedauern seien, wenn diese das Vertrauen durch Nichtwahl mißbrauchten; indessen ändere dieß den rechtlichen Stand einer von andern Wahlmännern zu Stande gekommenen Wahl nicht, die Gewaltgeber hätten es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie durch die Schwäche ihrer irregeleiteten Wahlmänner den Antheil an der Wahl des Deputirten verlieren. Eben so hat sich der Graf Münster jeder Zeit dahin ausgesprochen, daß die Beleidigung von Deputirten, deren Vollmachten die Regierung für genügend erkannt habe, von ihm vorgenommen werden könne, ohne irgend eine Erklärung der Kammern darüber zu erwarten; und nach ausdrücklicher Vorschrift des Reglements brauche er nicht zu gestatten, daß die Kammern sich zwischen ihn und die Regierung in dieser Frage stellten und ihm Vorschriften machten. — Hiernach mag Jeder, der urtheilen kann, ermessen, auf welchem lockern Boden die Muthmaaßungen jenes Correspondenten in der Bremer Zeitung ruhen.

Wien.

Mit allerhöchster Entschließung vom 28. Mai d. J. haben Se. k. k. Majestät geruht, die erledigte Stelle eines k. k. Hofzahlmeisters dem bisherigen k. k. Hofzahlamts-Controllor, Michael Bartenschlag; die hierdurch in Erledigung gekommene Controllorsstelle aber dem bisherigen k. k. Hofzahlamts-Liquidator, Carl Freiherrn von Weitenthal, zu verleihen, und an die Stelle des letzteren den bisherigen ersten k. k. Hofzahlamts-Cassier, Anton Spatz, allergnädigst zum Liquidator zu ernennen.

Am 3. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107 11/12.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 1/4.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	81 1/2.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	151 1/2.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	667 1/2.
detto	detto v. J. 1839,	für 250 fl. in CM.	268 7/12.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	—.
Bankactien pr. Stück			1512½ in CM.

Oesterreichische Eisenbahnen.

Kaiser Ferdinands Nordbahn.

Die in diesen Blättern bereits besprochene Eröffnung der Fahrt nach Lundenburg wird künftigen Donnerstag den 6. Juni Morgens um halb 7 Uhr Statt finden, und die Rückfahrt Abends um halb 6 Uhr erfolgen. Lundenburg ist 11 Meilen von Wien, in einer reizenden Gegend, nicht weit von Eisgrub gelegen, wo sich bekanntlich die berühmten fürstlich Liechtenstein'schen Gärten befinden.

Die Preise der Plätze sind folgendermaaßen festgesetzt: Für die Person in der ersten Classe 3 fl. 18 kr., in der zweiten Classe 2 fl. 12 kr., in der dritten Classe 1 fl. 40 kr., in der vierten Classe 1 fl. 6 kr.; eben so viel wird auch für die Rückfahrt bezahlt. Billets sind von heute an im Bureau der Norddahn (Bauernmarkt, Bellegardehof Nr. 582) und am Eröffnungstage selbst an der Casse im Bahnhofe zu haben.

Jeder Reisende hat sich zu diesen Fahrten über Gänserndorf hinaus nach Mähren und Ungarn mit dem nöthigen Ausweise zu versehen.

Was die Plätze zu den Gesellschaftswägen für die Fahrt von Lundenburg nach Eisgrub und zurück betrifft, so sind selbe im erstern Orte zu lösen; der Betrag für die Person ist sowohl für die Hin- als Rückfahrt 10 kr. C. M.

(Das Nähere wird der gewöhnliche große Anschlagzettel enthalten.)

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1103.

№ 156

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Mittwoch, den 5. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologiſche Beobachtungen vom 3. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduciert. Pariſer Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.345	28 3. 1 L. 3 P.	+ 14.1	SW.	ſtill.	heiter.
	2 Uhr Nachm.	27.298	28 0 8	+ 19.3	SO.	ſchwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.317	28 0 10	+ 14.4	SO.	ſtill.	Wolken.

Spanien.

Nachrichten aus Saragoſſa und Madrid (im Bayonner Phare) zufolge war Cabrera damit beſchäftigt, Cuenca regelmäßig zu belagern. Der Chriſtiniſche General Roguerás (van Halens Nachfolger im Commando der Centrumsarmee) und Amor hatten ihre Vereinigung zu Calatayud bewerkſtelligt und waren zum Entſatz von Cuenca aufgebrochen. Cabrera ſoll eine unermeßliche Beute auf ſeinem Streifzuge nach Caſtilien und der Mancha eingeſammelt haben, die er nun nach jenen Theil von Arragonien, in deſſen Beſitz er ſich befindet, in Sicherheit zu bringen trachtet. — Der Phare will wiſſen, der Operationsplan der Chriſtinos für dieſen Sommer gehe vorzüglich dahin, ſich in Beſitz der kleinen Häfen an der Küſte von Guipuzcoa und Biscaya, als Motrico, Deva, Ondarroa, Bermeo ꝛc., die ſich gegenwärtig in der Gewalt der Carliſten befinden, zu ſetzen.

Portugal.

Eine Correſpondenz aus S. Bartholomeu de Meſſines vom 27. April, welche das Migueliſtiſche Journal Echo gibt, theilt manche intereſſante Details über die Guerrilhas in Algarbien mit, woraus hervorgeht, daß ihre Macht noch allenthalben verbreitet iſt. Der Berichterſtatter gehört der Colonne an, die von dem Major Cabral (der den alten Remechido gefangennahm) commandirt wird, und ſagt: „Wir marſchirten in der Richtung von S. Marcos und ſtießen auf den Camacho (einen Guerrilhas-Hauptmann) mit vier der Seinigen, die ſich ſogleich auf die Flucht nach der Serra da Carapinha begaben. Sie konnten, trotz aller Anſtrengung der Cavallerie, nicht eingeholt werden. In Bonafatima raſtete die Colonne einige Stunden, und marſchirte darauf nach dem Valle das Aſtias. Auf dem Berge das Taipas traf ſie auf drei Guerrilheiros, die niedergehauen wurden. Auf der Serra d'Amarella erblickten wir die Guerrilhas-Abtheilung, die von Ventura commandirt wurde. Sogleich ergriff ſie die Flucht, als wir noch aus großer Ferne Feuer auf ſie gaben. In Valle das Aſtias wurde übernachtet, und hier erfuhren wir durch einen gefangenen Guerrilheiro, daß der Generalcommandant der Guerrilhas, Namens Silva Mafra, Barao d'Almodovar, den folgenden Tag Revue über ſeine Truppen halten würde. Allein von unſerer Ankunft benachrichtigt, zog er ſich aus der Gegend. In der Nachbarſchaft von Sta. Clara kamen uns den folgenden Tag nur vier Guerrilheiros zu Geſicht, die zum Trupp des Rachado gehörten, aber ebenfalls die Flucht ergriffen. Der Gefangene vom vergangenen Tage wurde am Raſttage in Gravao erſchoſſen. Wir erfuhren hier, daß der Guerrilhaschef Mira zwiſchen Gravao und Ourique geſtanden, und ſich mit 15 Pferden dem Rachado angeſchloſſen habe; auch erfuhren wir, daß der Guerrilhas-Major Caſimiro in Sallao ſtehen ſollte, allein bei unſerer Annäherung nahmen ſie Reißaus, und kaum war ein einziger noch einzuholen, der niedergehauen wurde. — Am 6. hat der General der Guerrilhas über ſeine Diviſion im nördlichen Gebirge, und am 7. im ſüdlichen Theile desſelben Revue gehalten. Sie ſind ſeit kurzem ſehr verſtärkt worden und erwarteten eine Waffenlieferung, die zum Theil ſchon angekommen und vertheilt worden iſt. Selbſt Jungen von zwölf Jahren laufen den Guerrilhas zu, und der Landmann ſieht ſich genöthigt, Mädchen zum Hüten ſeines Viehes zu brauchen. Alle wohlhabenden Landleute werden beraubt, und wer ſich widerſetzt, gemordet, und an alle iſt der Befehl ergangen, den Truppen der Königinn kein Vieh zu verkaufen; wer dieſem zuwiderhandelt, dem wird Alles rein ausgeplündert. Ihre Cavallerie iſt jetzt weit zahlreicher wie früher." — „Auch in den nördlichen Provinzen," heißt es in einem Schreiben aus Liſſabon vom 13. Mai, „rühren ſich jetzt die Migueliſten wieder mehr. Wenn man ſich auch nicht gerade den Dom Miguel wieder herbeiwünſcht, ſo wünſcht man wenigſtens ein abſolutes Gouvernement, womit auch wohl der größte Theil der Carliſten einverſtanden iſt. Allein die Septembriſten ſind wachſam und haben Energie, ſie arbeiten Tag und Nacht, um die „Volksfreiheit" aufrecht zu erhalten, während die Carliſtenpartei kraft- und ſaftlos iſt, und nichts thut, was zur Realiſirung ihrer Wünſche beitragen könnte. In Oporto beſtehen gegenwärtig 18 Freimaurerlogen, die alle aus Septembriſten beſtehen, die aber eigentlich nichts weiter ſind als Revolutionsclubbs;

ihre Mitglieder, faſt lauter junge Laffen aus den Mittel- und Handwerksſtänden, zeichnen ſich beſonders durch rothe Weſten und rothe Halsbinden aus, und werden deßhalb von den cartiſtiſchen Blättern Garroteiros (Scharfrichter) betitelt. — Als Oppoſition jener Logen bildet ſich nun eine andere in Oporto, die aus gemäßigten und lauter angeſehenen Leuten zuſammengeſetzt ſeyn ſoll." — Auch der Nacional beſtätigt die Verſtärkung der Guerrillhas in Algarbien und Alemtejo, und nennt als Anführer derſelben unter andern Cabrita, Mira, Rachado und Alvaneque, die vor kurzem ein Detaſchement von 15 Mann Lanciers angriffen, wovon ſie zehn zu Gefangenen machten, und einen tödeten. Remechido's Sohn bedroht von der andern Seite Odimira. Daß ſie Zufuhr von Waffen erhalten, wird auch vom National bejaht, und dennoch kann man wohl an der reinen Wahrheit, ſowohl des Miguelliſtiſchen Echo als des freiſinnigen Nacional zweifeln, denn das eine trachtet durch ſolche Nachrichten die Miguelliſtiſche Partei zu ermuthigen, das andere aber ſtellt die Sache gefährlich dar, um das Gouvernement zu bewegen, die Linientruppen aus der Reſidenz zu ziehen und nach Algarbien zu ſchicken, damit die Nationalgarden ꝛc. wieder die Oberhand in Liſſabon behalten und das Gouvernement nach ihrer Pfeife tanzen laſſen können.

Türkei.

Nachrichten aus Konſtantinopel vom 22. Mai zufolge war das in Trieſt neugebaute Dampfboot der Donau-Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft „Seri Perwaz," welches beſtimmt iſt, die Communication mit Syrien zu unterhalten, am 20. gedachten Monats in Konſtantinopel angelangt. Die Zahl der öſterreichiſchen Dampfſchiffe mehrt ſich dergeſtalt, daß ſich unlängſt ſieben derſelben zu gleicher Zeit im Hafen von Konſtantinopel befanden.

Die türkiſche Staatszeitung vom 3. Rebiülewwel 1255 (17. Mai 1839) enthält die Anzeige, daß die Feſtung Belgrad der Statthalterſchaft Niſſa einverleibt und der Ferik von Niſſa, Chosrew Paſcha, zum Commandanten von Belgrad ernannt worden iſt. Der bisherige Commandant von Belgrad, Juſſuf Paſcha, iſt nach Konſtantinopel zurückberufen worden.

Der öffentliche Geſundheitszuſtand in der Hauptſtadt iſt fortwährend befriedigend; in Smyrna hatte ſich, den letzten Nachrichten aus dieſer Stadt vom 19. Mai zufolge, Tags zuvor ein neuer Peſtfall an einem Armenier ergeben.

Rußland.

Am 22. Mai hielt Se. Majeſtät der Kaiſer die gewöhnliche Frühjahrsmuſterung über ſämmtliche Truppen des Gardecorps, welche nun das Lager beziehen. JJ. MM. der Kaiſer und die Kaiſerinn werden jetzt ihren Aufenthalt in Zarskoje-Selo nehmen, wo die Großfürſten und Großfürſtinnen bereits ſeit einigen Tagen verweilen, indem die Witterung plötzlich außerordentlich warm und mild geworden und von fortwährendem Froſt zu 22° Hitze im Schatten übergegangen iſt.

Unter den Ortſchaften, welche in dieſem Jahre durch den Eisgang gelitten, befindet ſich auch die Stadt Mohilew am Dnieſter. Ein Eisdamm unterhalb der Stadt ſtaute das Waſſer auf, welches viele Häuſer bis an die Dächer unter Waſſer ſetzte und einen Tag und eine Nacht die Stadt mit völligem Untergang bedrohte; 347 Häuſer wurden ganz überſchwemmt und den Schaden berechnet man auf 40.000 Rubel.

Schweden und Norwegen.

Die Statstidning meldet aus Chriſtiania, daß Se. Majeſtät der König in den letzten Tagen des Monats Mai die Rückreiſe nach Schweden antreten werde.

Der befahrte Juſtizminiſter, Graf Roſenblad, iſt in bedenklicher Weiſe erkrankt.

Griechenland.

Ein Schreiben aus Athen vom 11. Mai, in baieriſchen Blättern, meldet: „Vorgeſtern verließen Ihre Majeſtäten der König und die Königinn die Hauptſtadt, um die Reiſe nach Rumelien anzutreten, deren Dauer vorläufig auf vierzig Tage beſtimmt iſt. Nur von hier bis Kaſa (ſechs Stunden von Athen), ſo weit die neue nach Theben führende Landſtraße vollendet iſt, bedienten ſich die hohen Herrſchaften ihrer Wägen, von dort aus wird die ganze Tour zu Pferde zurückgelegt. Vierundſiebzig Thiere (Packpferde mit eingerechnet) ſind zu dieſem Behuf in Thätigkeit, und die anſehnliche Karawane der hohen Reiſenden wird allenthalben imponiren. König und Königinn wählten für die ganze Reiſe das griechiſche Coſtume. — In der Maina wurde die Ruhe ſeit meinem jüngſten Bericht nicht wieder geſtört. Sambekas und Conſorten wurden feſtgenommen, und ſieben Thürme durch Oberſtlieutenant Feder geſchleift und der Erde gleich gemacht. — Sicherm Vernehmen nach ſoll nach dem Willen des Königs durch den Kriegsminiſter General von Schmalz eine Commiſſion niedergeſetzt worden ſeyn, um die vielen Ordensgeſuche der nach Teutſchland zurückgekehrten Offiziere zu prüfen. Das Verfahren hierbei ſoll durch die Statuten des Erlöſerordens geregelt werden, und der Vorſitz dieſer Commiſſion dem derzeitigen Stadtcommandanten, Oberſten von Heß, übertragen ſeyn. — Dieſer Tage begannen die Vorarbeiten zum Bau eines Theaters. Das Unternehmen iſt auf Actien gegründet, und ſchon bis zum kommenden Herbſt iſt dem Publicum die Ausſicht eröffnet, Darſtellungen auf der neuen Bühne zu ſehen. — Mit Enthuſiasmus werden freiwillige Beiträge zum Baue einer der alten Athina würdigen Univerſität unterzeichnet, deren Betrag ſich bereits auf 32.000 Drachmen beläuft, während der Zufluß noch immer im Wachſen iſt. Selbſt das zu dieſem Baue nöthige Holz iſt alles durch freiwillige Gaben ſchon angewieſen, und ſo dürfte bald der Grundſtein zu einem Gebäude gelegt werden, welches ein Monument der vielen einſichtsvollen Männer in Griechenland ſeyn wird, die für das Wiſſen ſo wohlthätig wirken. — Die Gerüchte, welche die griechiſchen Blätter vor des Königs Abreiſe verbreiteten, als wäre Sotir Strato an der Gränze Rumeliens verheerend eingebrochen, erklärt der Courier in allen ihren Theilen als gänzlich unwahr. Zudem iſt es gewiß, daß der griechiſche Gouverneur der dortigen Gränze dem jenſeitigen Paſcha einen Beſuch abſtattete, von demſelben ſehr gaſtfreundſchaftlich aufgenom-

men wurde und das bestimmteste Versprechen für das eifrigste Mitwirken erhielt, um dem sich so oft wiederholenden Gränzunfug zu steuern. — Der ehemalige Redacteur des Sauveur, H. Scousos, wurde zum Rath im Ministerium des Innern ernannt und ihm das Referat des Polizeiwesens übertragen."

Großbritannien und Irland.

Am 23. Mai hielt die Königinn, wie bereits erwähnt, zur Feier ihres Geburtsfestes ein Drawing-room im St. James-Pallaste. Die Ordensritter trugen ihre Decorationen, und die Cabinetsminister, so wie die Hofbeamten, erschienen in voller Hofkleidung. Das Drawing-room war sehr zahlreich besucht. Der Großfürst-Thronfolger und der Prinz Friedrich Heinrich der Niederlande waren zugegen. — Am Vorabende des Geburtsfestes der Königinn, am 23. Mai, war in Dublin zur Feier desselben eine große Volksversammlung auf dem freien Platze hinter dem Zollhause. Es wurde eine Adresse angenommen, in welcher die Versammlung ihre Bewunderung über das neueste Verfahren der Königinn und ihren Entschluß, Ihre Majestät gegen die Tories zu unterstützen, ausdrückte. Es waren gegen 40,000 Personen versammelt. Lord Cloncurry leitete die Versammlung. „Bisher," sagte er bei Uebernahme des Vorsitzes, „präsidirte ich nur in Versammlungen, in welchen über Beschwerden und große Unbill geklagt und vergeblich um Abhülfe gefleht wurde; heute freue ich mich mit euch und stimme ein in die Lobpreisung unserer liebenswürdigen und tugendhaften Königinn." (Donnernder Beifall.) Dann sprach O'Connell, wie er es vor dem Volke von Dublin zu thun gewöhnt ist, derb, mit handgreiflichen Ausfällen gegen die Tories. Er wiederholte seine Anschuldigung, daß, wenn die Tories wieder an das Ruder kämen, die Königinn keine sechs Monate mehr leben würde; zwar würden Peel und Wellington kein solches Verbrechen begehen, aber es gebe untergeordnete Leute in dieser Partei, welche wohl im Stande wären, die schönste, trefflichste Herrscherinn, die je Englands Scepter geschwungen, zu opfern. Er schloß mit einer Aufforderung an die Versammlung, sich um den Thron zu reihen und zu beten für die Königinn und die Freiheiten des irischen Volkes. — Am Tage nachher, am 24. Mai, hielt auch der Nationalconvent eine Versammlung auf dem Holloway-Berge, konnte aber aus dem volkreichen Birmingham nicht mehr als 3000 Leute zusammenbringen. Die Versammlung wurde mit drei Jubelrufen zu Ehren der Königinn eröffnet, worauf eine Adresse folgenden Inhalts angenommen wurde: „Wir, Ew. Majestät loyale und pflichtgetreue Unterthanen, in öffentlicher Versammlung zusammengetreten, bringen Ew. Majestät die aufrichtigsten Versicherungen unserer feurigen Anhänglichkeit an Ihre Person dar und flehen Sie auf das Inständigste an, die Interessen der Arbeiter von Birmingham und im ganzen Lande nicht Ihrer Erwägung unwürdig zu erachten und uns den Schutz angedeihen zu lassen, der die Unverletzlichkeit Ihrer Krone sichern wird. Wir hoffen, daß Ew. Majestät in Ihren Rath Männer berufen werde, welche die Annahme der Volkscharte fördern und in welche die große Masse des Volkes Vertrauen setzen kann ꝛc." Feargus O'Connor äußerte in seiner Rede denselben Verdacht, wie O'Connell zu Dublin; es sei der Plan der Tories, die Königinn zu verdrängen, um einem Könige nach ihrem Sinn Raum zu schaffen. Da also ein Angriff auf die Königinn beabsichtigt werde, so rathe er jedem Manne, der kein Schwert besitze, seine Kleider zu veräußern und eines zu kaufen, und das Motto auf dem Schwert solle seyn: „Zur Vertheidigung unserer Königinn, unserer Rechte und unseres Landes." Er empfahl sodann, da er nach Manchester abreisen müsse, zum Abschiede Frieden, Gesetzlichkeit, Ordnung; wenn bei der Versammlung, die auf dem Kersal-Moore Statt finden solle, das Militär einschreite und Blutvergießen erfolge, so rathe er Allen, ihre Arbeit einzustellen und mit Weib und Kindern die Stadt zu verlassen, aber keinen Tropfen Blutes zu vergießen, keine Gewaltthätigkeit zu begehen, sondern geduldig zuzuwarten, bis ein Botschafter des Volkes komme und sie anweise, wie sie handeln sollen. Man sieht aus dieser Rede, daß die Herren des Nationalconvents seit der Verhaftung Mehrerer aus ihrer Mitte es für räthlich erachtet haben, mildere Saiten aufzuziehen. Der nächste Redner war O'Brien; er klagte darüber, daß nicht 200,000 Personen versammelt seien, und eiferte dann gegen die mittlern und obern Classen. „Die Yeomanry," sagte er, „übt sich in den Waffen, um geschickter zu werden im Abschneiden der Hälse des Volkes. Und wer bildet diese Yeomanry? Stierköpfige Pächter und die Auffchößlinge der Laden-Aristokratie. Diese Burschen sind unsere Feinde, Leute, die das Blut des Volkes von England vergießen möchten, wenn nicht das Volk selbst seine Freiheiten vertheidigt. Ich bin bereit, mein Haupt auf den Block zu legen, wenn ich nicht beweisen kann, daß die mittlern und höhern Classen in diesem Augenblicke dem Volke dieses Landes über 200 Millionen Geldes rauben." Es wurde sodann noch beschlossen, daß der Ausschuß des Birminghamer Vereins seinen bisherigen Namen: „Chartistische Committee," in den neuen: „radicale, verfassungsmäßige Committee," verwandeln solle. Die Versammlung wurde mit drei Jubelrufen für die Königinn und den Convent geschlossen.

Zur Vorfeier des Geburtstages der Königinn Victoria ward am 23. Mai die von der London-Brightoner Eisenbahn fertige Strecke bis Croydon (einem gewerbsthätigen Marktflecken der Grafschaft Surrey, an einem schiffbaren Canal gelegen, der mit dem Grandfurry-Canal in Verbindung steht) in Gegenwart einer großen Volksmenge eröffnet. Um 11 Uhr ging eine neue große Locomotive, „Victoria" genannt, mit einem Train von zwölf Wägen von dem Auslaufpuncte an der Londonbrücke ab. Die förmliche Eröffnung für das Publicum wird indessen erst im nächsten Monat erfolgen.

Der Standard meldet aus Portsmouth vom 24. Mai: „Heute bei Tagesanbruch lag das Linienschiff „Hastings," mit der Königinn-Witwe an Bord, noch auf der Höhe von St. Helens (Insel Wight). Um halb 4 Uhr gingen die Regierungsdampfboote „Hydra," „Messenger" und „Lightning," ersteres mit den Departementshäuptern (d. h. wohl den obersten Civil- und Militärbehörden von Portsmouth) nach St. Helens ab. Viele tausend Menschen waren den Vormittag über auf allen Puncten des Gestades versammelt, um die würdige Königinn wieder an der Küste Altenglands landen zu sehen. Alle fanden sich unangenehm in ihren Erwartungen getäuscht, als sie erfuhren, daß Ihre Majestät die Landung bis morgen verschoben habe. Der Prinz von Sachsen-Weimar und Lord A. Fitzclarence (natürlicher Sohn Wilhelms IV.), die in Portsmouth einige Tage auf Ihrer Majestät Ankunft gewartet, hatten sich alsbald an Bord des „Hastings" begeben. Mit Vergnügen können wir melden, daß die Gesundheit der Königinn Adelheid seit ihrer Abreise von England sich sehr gebessert hat. Die Departementshäupter sind bei Ihrer Majestät heute auf dem „Hastings" zur Tafel geladen." — Am 24. Nachmittags halb 5 Uhr traf die Königinn-Witwe mit ihrem Gefolg in drei Wägen von Portsmouth in Marlboroughouse ein. Sie war von der Gräfinn von Sheffield, ihrer diensthuenden Pallastdame, den diensthuenden Ehrenfräulein Miß Hudson und Miß Mitchell, dem Grafen Howe, dem Grafen und der Gräfinn von Denbigh, dem hochwürdigen J. R. Wood, ihrem Schloßgeistlichen, dem ehrenwerthen Capitän Curzon, und ihrem Arzt Sir D. Davies begleitet.

Der Großfürst-Thronfolger von Rußland fährt fort, die Feste des hohen Adels mit seiner Gegenwart zu beehren. Zu den Denkmahlen für Nelson und Wellington hat der Prinz je 300 Pf. St. beigesteuert. Am 24. Mai traf von St. Petersburg ein Kurier mit Depeschen an Sr. kais. Hoheit ein. Er saß dann dem Miniaturmaler Chalon, und später dem Bildhauer Bozzoni zu seiner Büste für eine Medaille. — Auf dem Werft zu Woolwich wird Ihrer Majestät prachtvolle Dampfyacht „Firebrand" eilig in Stand gesetzt, da dieses Schiff dem Großfürsten behufs eines Ausflugs um die Küsten von England, zum Besuch der verschiedenen Werften, zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Wähler des nördlichen Theils der Grafschaft Lancaster hatten Sir R. Peel eingeladen, bei der nächsten Parlamentswahl daselbst als Candidat aufzutreten, der Baronet will jedoch seine jetzige Stellung, als Repräsentant des Fleckens Tamworth, den er seit der Emancipation der Katholiken vertritt, nicht aufgeben, da ihn, wie er in seiner Antwort sagt, Bande des Vertrauens und Wohlwollens an die Einwohner dieses Ortes fesseln, die er nicht zerreißen könne so erfreulich es ihm auch seyn würde, seine Heimath im Parlament zu repräsentiren.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 27. Mai ward der Entwurf über das literarische Eigenthum weiter berathen, und zwar der wichtigste Artikel, über die Dauer des Eigenthums nach dem Tode des Schriftstellers. Graf Portalis schlug 50 Jahre statt 30 vor. Die Commission, in deren Namen Graf Siméon und der Herzog von Broglie sprachen, beharrte bei 30 Jahren, was denn auch mit großer Majorität angenommen wurde. Gay-Lussac hatte angetragen, den bisherigen Termin von 20 Jahren bestehen zu lassen, fand aber keine Unterstützung.

Schon seit längerer Zeit war die Polizei bemüht, die Urheber und Verbreiter des republikanischen Moniteurs ausfindig zu machen. Ihre Bemühungen scheinen endlich Erfolg gehabt zu haben, indem nunmehr neun Individuen als der Aufreizung zum Königsmord und zum Umsturz der Regierung, dann des Angriffs auf das Eigenthumsrecht ꝛc. schuldig, von dem königlichen Gerichtshofe in Anklagestand versetzt worden sind, und am 7. Juni vor die Assisen kommen sollen. Von diesen neun Angeklagten (darunter zwei flüchtige) gehört nur ein einziger — der 23jährige Literat Joigneau — den höhern Ständen an; die übrigen sind größtentheils junge Handwerker; einer darunter, Namens Lecomte, ist Specereihändler. Nach der von der Gazette des Tribunaux ausführlich mitgetheilten Anklageacte fand man schon seit Anfang des Jahres 1837 in verschiedenen Stadtvierteln von Paris Proclamationen verbreitet, worin das Volk zum Umsturz der Regierung und zur Einführung der Republik aufgefordert wird. Bei einem gewissen Argout entdeckte man mehrere Druckschriften mit der Aufschrift: „Druckerei der Republik." Eine derselbe führte den Titel: „Tagsbefehl; demokratische Phalangen;" sie enthüllt die Existenz einer zu Königsmord und Umwälzung der Regierung gestifteten Gesellschaft. Im Eingang ward die Reorganisation des geheimen „Vereins der Familien" verkündigt; die ehemaligen Familien heißen von nun an: „Pelotons." Dann werden die Ursachen aufgezählt, aus welchen die bisherigen revolutionären Versuche scheiterten, nämlich der Mangel an Organisation unter der republikanischen Partei, und an Hingebung von Seite der Anführer. Das Comité behält sich deßhalb die Leitung aller Unternehmungen bevor. Diese Ideen sind ausführlicher entwickelt in dem beigefügten „Formular," das zugleich die Eidesformel enthält. Der Aufzunehmende muß schwören, keine Todesgefahr zu scheuen, unweigerlich den Befehlen der Obern zu folgen, und um jeden Preis die Einführung der Republik und der Gütertheilung zu erstreben. Im Laufe des Jahres, und namentlich an den Julitagen wurden noch mehrmals Aufrufe in Prosa und Versen in Umlauf gesetzt, worin unter Anderm der Königsmord gepriesen, und Ludwig Philipp mit dem Tode bedroht wird. Im November 1837 endlich erschien die erste Nummer des republikanischen Moniteurs. Sie trug das Datum des 3. Frimaire im Jah-

re XLVI.; die Vignette ſtellte die Freiheit vor, mit einer Flinte bewaffnet, auf Barrikaden und Pflaſterſteinen ſitzend; rechts die Inſchrift: „Einheit, Gleichheit, Brüderſchaft," links: „Vorſicht, Muth, Beharrlichkeit;" am Fuße las man: „Druckerei der Republik." In dieſem Proſpectus wird erklärt, daß der Moniteur in einer Auflage von mehr als 10,000 Exemplaren in unregelmäßigen Zwiſchenräumen erſcheinen werde, und zwar ohne Stämpel und Caution, kurz „ohne eine der, von den Renegaten von 1789 und 1830 der Preſſe auferlegten fiscaliſchen Hemmungen." Er werde offen gegen das Königthum und die beſtehende geſetzliche und ſociale Ordnung auftreten, die Republik und Gütergemeinſchaft predigen, mit Einem Wort Alles thun, was durch die „blutdürſtigen" Septembergeſetze als Verbrechen oder Vergehen verpönt ſei. Dieſem Verſprechen wird dann auch alsbald nachgelebt. Der erſte Artikel enthält eine ſchauderhafte Schilderung von dem Elend der arbeitenden Claſſe; zuletzt wird der König als alleiniger Urheber aller Leiden dargeſtellt. In der zweiten Nummer werden beſonders die jungen Leute aufgefordert, ſich zur „Befreiung des Vaterlandes" zu erheben. Die dritte Nummer enthält zwei Artikel, betitelt „die Propaganda im Wachthaus," und „welcher Unterſchied iſt zwiſchen der Regierung Ludwig Philipps und Carls X.?" Die folgenden Nummern enthalten einen Artikel: „Pflichten der Republikaner," eine Art Parodie von Robespierre's Reden über Tugend und Moral; dann Ueberſichten der innern und äußern Verhältniſſe; in Allem bilden die gräßlichſten Verwünſchungen und Drohungen gegen Ludwig Philipp und ſeine Familie den Hintergrund. Mit der achten Nummer hörte der republikaniſche Moniteur auf, den man acht Monate lang auf alle mögliche Weiſe zu verbreiten geſucht hatte, indem man ihn unter die Hausthüren warf u. dgl.; ja ſelbſt mit der Poſt wurde er verſandt. An ſeine Stelle trat der „freie Mann," ein Quartblatt, das dieſelben Grundſätze predigte, jedoch mit etwas weniger Cynismus im Ausdrucke. Seine Angriffe waren beſonders gegen die Eigenthumsrechte, und die Vererbung der Güter gerichtet.

Am 27. Mai 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 111 Fr. 15. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 81 Fr. 15. — Am 28. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 3Percents 81 Fr. 15.

Preußen.

Se. Majeſtät der König haben Allerhöchſtihren Geſandten, Grafen von Wylich und Lottum im Haag und Grafen Mortimer von Maltzan in Wien, den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Claſſe mit Eichenlaub; dem Geſandten von Arnim in Paris, den rothen Adlerorden zweiter Claſſe mit Eichenlaub; dem Legationsrath Grafen von Seckendorff, den rothen Adlerorden vierter Claſſe, und dem Legationsrath Freiherrn von Werther in London, den St. Johanniterorden zu verleihen geruht.

Die rheinpreußiſchen Zeitungen enthalten ausführliche Berichte von der feſtlichen Aufnahme, welche Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Preußen allenthalben findet, wo Höchſtdenſelben die Inſpectionsreiſe hinführt. Am 23. Mai erreichte Se. königl. Hoheit Saarlouis und Tags darauf Luxemburg; am 25. wurde die Feſtung in Augenſchein genommen; an demſelben Tage Abends kam der Kronprinz zu Trier an.

Belgien.

Durch Beſchluß vom 23. Mai iſt Hr. Smits, Mitglied der Repräſentantenkammer, Director des Handels nd der Induſtrie im Departement des Innern, definitiv zum Director der Banque de Belgique ernannt worden.

Die Commiſſion des Senats ſchlägt die Annahme des Geſetzentwurfs über die Rückzahlung des Scheldezolles, jedoch nur mit einer Mehrheit von drei gegen zwei Stimmen, vor. Ein Mitglied drückte die Meinung aus, daß ein mäßiger Zoll den Intereſſen des Handelsſtandes nicht nachtheilig ſeyn würde; es ſchlug ein Amendement vor, nach welchem der Staat den belgiſchen Schiffen zwei Drittel und den fremden Schiffen ein Drittel des Zolles zurückzahlen ſoll. Dieſes Amendement wurde durch ein zweites Mitglied der Commiſſion angenommen.

Das in Lüttich erſcheinende Journal historique hat in Holland, und namentlich in Nordbrabant, ſo viele Abnehmer, daß ſich ein Buchdrucker in Herzogenbuſch, Hr. de Rooy, veranlaßt geſehen, es nachzudrucken. Hr. F. Kerſten, Buchdrucker des Biſchofs von Lüttich, kündigt nunmehr an, daß, ſo lange der Nachdruck beſtehe, ſein Journal in Holland um ein Drittel billiger und natürlich auch um acht Tage früher als der Nachdruck verkauft werden ſoll — dieſer möge zu einem noch ſo niedrigen Preiſe erſcheinen. Belgiſche Buchhändler warnt er jedoch gegen den Vertrieb, da er ſie ſonſt mit der ganzen Strenge des Geſetzes verfolgen würde. Franzöſiſchen Verlegern, die durch den belgiſchen Nachdruck beſtändig leiden, gibt Hr. Kerſten auf dieſe Weiſe die beſte Anleitung, wie auch ſie zur Sicherung ihres Eigenthums verfahren ſollen.

Teutſchland.

Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Heſſen haben am 21. d. M. den neu ernannten k. k. öſterreichiſchen außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter an Höchſtdero Hoflager, Kämmerer ꝛc., Grafen von Kuefſtein, in feierlicher Audienz zu empfangen, und aus deſſen Händen das kaiſerliche Beglaubigungsſchreiben entgegenzunehmen geruht.

Die Münchener politiſche Zeitung meldet aus Paſſau vom 26. Mai: „Verfloſſene Nacht um 11¼ Uhr verſchied nach einem längern und in den letzten Tagen ſehr ſchmerzhaften Krankenlager unſer, von den Bewohnern dieſer Stadt und der ganzen Diöceſe innig geliebte hochwürdigſte Biſchof Carl Joſeph, aus der adelichen Familie von Riccabona auf Reichenfels, der Gottesgelahrtheit Doctor, Ritter des Civilverdienſt-Or-

dens der baierischen Krone, Ehrenkreuz des k. Ludwigs-Ordens ꝛc., geboren zu Cavales in Tyrol, in einem Alter von 78 Jahren. Eine ungetheiltere, aufrichtigere Liebe hat kaum je ein Bischof besessen, als Carl Joseph; denn auch sein ganzes Wesen war Liebe und Menschenfreundlichkeit, die sich mit unwiderstehlicher Gewalt die Herzen Aller gewann. Niemand nahte sich, der nicht von dem innigen und ungeheuchelten Wohlwollen des hehren Greises wunderbar sich angezogen fühlte; Niemand, der Hülfe bedurfte, schied je ohne Tröstung von dem edlen Verblichenen. Er war während der 12 Jahre, in welcher er der Kirche von Passau vorstand, ein treuer Wächter der ihm anvertrauten Gemeinde; stets rastlos, selbst noch in den letzten Tagen seines Lebens, suchte Er das Heil der Seinen mit glühendem Eifer zu befördern. Ausersehen zum Bischof durch des Königs Weisheit nach den Bedrängnissen einer Zeit, die, wie den Staaten, so auch der Kirche tiefe Wunden geschlagen hatte, ergriff er mit fester Hand die Zügel der Kirchenregierung dieser Diöcese, und mit der thätigsten Sorgfalt und mit ausharrender Liebe setzte Er dieselbe in einen Zustand, der in jeglicher Beziehung accordnet und blühend zu nennen ist. Keine, auch nicht die kleinste Gemeinde des Bisthums, entging der Sorgfalt des hohen Dahingeschiedenen; jede ward von Seinem Besuche beglückt, jede vernahm die herzliche, die gottbegeisterte Stimme des geliebten Oberhirten. Darum ist auch der Schmerz um den Verblichenen allgemein und ungeheuchelt; und in diesem Augenblicke eilen Tausende nach der bischöfl. Residenz, um den Geliebten, dessen Antlitz auch im Tode noch, wie im Leben, Frömmigkeit und Güte strahlt, noch einmal zu sehen und Ihm noch eine Thräne der Dankbarkeit und Liebe zu weinen. — In innigster Ergebung in Gottes Willen ertrug Carl Joseph die schweren Leiden der Krankheit; in heißer Andacht empfing Er mehrmal die heil. Sterbsacramente, und sprach, des himmlischen Trostes voll, Worte der Tröstung und der rührendsten Liebe zu Allen, die den Leidenden mit Thränen im Auge nahten und bot ihnen, schon dem Tode nahe, den matten Blick zum Himmel gerichtet, noch freundlich lächelnd die sterbende Hand. Unvergeßlicher! ruhe sanft!"

Die Neue Würzburger Zeitung enthält die Erklärung, daß Hr. Dr. Weisenseel, einem anderweitigen Berufe folgend, vom 29. Mai an aufhört, verantwortlicher Redacteur dieser Zeitung zu seyn, und die Stahel'sche Buchhandlung (in deren Verlag die Zeitung erscheint) die verantwortliche Redaction übernommen hat.

Ungarn.

Die vereinigte Ofner und Pester Zeitung meldet aus Gran: „Am 27. Mai d. J. Abends um 5 Uhr hielten Se. fürstl. Gnaden der Herr Erzbischof von Gran und Primas von Ungarn, Joseph von Kopácsy, unter dem Geläute aller Glocken, bei günstiger Witterung, seinen feierlichen Einzug in Gran. Der Zug ging von der neuerbauten Rotonda-Kirche aus, in folgender Ordnung: voran die Banderien zu Pferde; dann die hohen Deputirten in großer Anzahl; das Graner Domcapitel, und die Prädialisten in Wägen; Se. fürstl. Gnaden der Reichsprimas mit dem königlichen Commissär, Se. Exc. Georg Majláth von Székhely, in einem sechsspännigen Gallawagen; der hochw. Herr Bischof und Generalvicar, Hr. Stephan von Kollár, in einem sechsspännigen Wagen. Das k. k. Militär paradirte zu beiden Seiten. Der löbl. Stadtmagistrat hielt bei einer am Mauthhause errichteten Triumphpforte eine Anrede an Se. fürstl. Gnaden. Eine andere schöne Triumphpforte prangte beim Eingang in die erzbischöfliche Stadt. Angekommen vor der Kirche, empfingen Se. fürstl. Gnaden und der königliche Commissär die Geistlichkeit höhern und niedern Ranges, worauf sich Alle in die Kirche begaben. Es wurde der Ambrosianische Lobgesang angestimmt, nach dessen Beendigung der Zug in die nahe gelegene Residenz zu Fuß ging. Hier dauerten die Aufwartungen der Deputationen bis 9 Uhr Abends fort. Abends waren beide Städte (die erzbischöfliche und die königliche Freistadt) sammt der Festung beleuchtet. Das Stadt- und Comitatshaus zeichneten sich durch ihre Illuminationen ganz vorzüglich aus. Die Israeliten hatten einen mit Insignien und Inschriften schön geschmückten Altar errichtet. — Am 28. Früh Morgens um 7 Uhr fand die feierliche Inthronisation Se. fürstl. Gnaden als Primas von Ungarn und Erzbischof von Gran statt in Gegenwart vieler geistlichen und weltlichen Würdenträger und einer großen Anzahl fremder Geistlichen. Nach beendigter Inthronisation celebrirten Se. fürstl. Gnaden unter glänzender Assistenz ein solennes Hochamt. — Um 11 Uhr begab sich der Zug auf Wägen in das Comitatshaus, wo der neue Reichsprimas und Erzbischof von Gran von dem königlichen Commissär, Georg von Majláth Exc., als Obergespan des löbl. Graner Comitats installirt wurde. Nachmittags um 3 Uhr war sowohl in der Residenz als in den Domherrnhäusern, im Seminar, im Franciscaner-Convente und an andern Orten festliche Tafel. — Am 29. Früh um halb 6 Uhr sind Se. fürstl. Gnaden im besten Wohlseyn nach Wien abgereist."

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 28. Mai d. J. Allerhöchstihrem Gesandten in den Niederlanden, Friedrich Christian Ludwig Grafen Senfft von Pilsach, das Großkreuz des königl. ungarischen St. Stephanordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mittelst allerhöchster Entschließung vom 28. v. M. den k. k. Hofgärtner Philipp Welle zum k. k. Hofgarten- und Menagerie-Director mit den systemisirten Genüssen allergnädigst zu ernennen, und bei dieser Gelegenheit zugleich dem k. k. Hofgärtner Heinrich Schott die allerhöchste Zufriedenheit mit seiner bisherigen Dienstleistung zu erkennen zu geben geruht.

Am 4. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC.	in CM.	101⅛.
detto	detto	zu 3 pC.	in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	152.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	—.
detto	detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	268¾.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.			in CM.	66⅛.
Bankactien pr. Stück 1517			in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 157

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 6. Juni 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 4. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.332	283. 12. 1 P.	+ 16.8	W.	ſtill.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.258	28 0 2	+ 20.7	S.	ſchwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.184	27 11 3	+ 14.7	SO.	——	Wolken.

Spanien.

Der Moniteur vom 30. Mai (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält folgende telegraphische Depesche aus Perpignan vom vorhergehenden Tage: „Der commandirende General der 21sten Division an den Herrn Kriegsminister. Am 27. hat sich der Graf d'España (der Carlistische Generalcapitän von Catalonien, den einige Blätter jüngsthin durch Llarch de Copons ermorden ließen!) der Stadt Ripoll (in Obercatalonien) bemächtigt. Die Besatzung, die sich in der Kirche verschanzt hatte, hat am Abend capitulirt."

Ein Schreiben aus Bayonne vom 27. Mai (in der Gazette de France) bestätigt die jüngsthin durch den Telegraphen gemeldete Nachricht, daß sich ein 6000 Mann starkes Carlistisches Corps unter Commando des Brigadiers Arnau, eines der Unterfeldherren Cabrera's, der Stadt Liria (sieben Lieues nordwestlich von Valencia) bemächtigt hatte.

Briefe aus Bayonne vom obgedachten Tage bestätigen, daß die Carlisten Orduña am 22. Mai ohne Gefecht verlassen haben. Der Ort wurde hierauf von den Truppen der Königinn besetzt; Maroto hat sich bei Amurrio (eine Meile nördlich von Orduña) aufgestellt.

Briefen aus Bayonne vom 25. Mai zufolge ist es dem ehemaligen Carlistischen Minister Arias-Teijeiro, und dem ehemaligen Polizeichef im Hauptquartier des Don Carlos, Miguel Diego Garcia, die beide in Folge der Ereignisse von Estella im Februar aus Spanien verbannt worden waren, gelungen, der Wachsamkeit der Polizei von Toulouse zu entgehen, und nach Spanien zurückzukehren. Man glaubte in Bayonne, daß sie sich zu Cabrera begeben wollten, um eine auf Maroto's Sturz hinarbeitende Junta zu organisiren.

Großbritannien und Irland.

Am 27. Mai wurden die Sitzungen beider Häuser des Parlaments wieder eröffnet. — Im Oberhause beklagte sich Lord Brougham sehr bitter über das Verfahren des Obersten Price in Canada, welcher zur Zeit des Aufstandes in diesen Colonien vier gefangene Insurgenten ohne Prozeß habe erschießen lassen. — Der Marquis von Normanby (Staatssecretär fürs Colonialdepartement) erwiederte, die Regierung habe bereits ihre Mißbilligung dieses Verfahrens zu erkennen gegeben, worauf Lord Brougham entgegnete, damit könne es nicht abgethan seyn; es müsse Bestrafung, und zwar strenge Bestrafung Statt finden. — Auf eine Frage des Grafen von Winchilsea, ob es die Absicht der Minister sei, sich über die Grundsätze, nach denen die Regierung Ihrer Majestät in Zukunft zu verfahren gedenke, näher auszusprechen, antwortete Lord Melbourne, daß die Minister keineswegs gesonnen seien, sich hierüber in Erklärungen einzulassen. Der Graf von Winchilsea kündigte hierauf an, daß er auf diesen Gegenstand nächsten Freitag (31. Mai) zurückkommen werde.

Im Unterhause wurde, wie Lord John Russell vor den Ferien angekündigt hatte, zur Wahl eines neuen Sprechers, an Hrn. Abercromby's Stelle, geschritten. Hr. Handley und Sir S. Lushington schlugen hierauf dem Hause Hrn. Shaw-Lefevre vor; sein Mitbewerber um den Sprecherstuhl, Hr. Goulburn, wurde von den HH. Wynne und Wilson Patten vorgeschlagen. — Beide Candidaten nahmen hierauf das Wort und erklärten mit Bescheidenheit, wie sehr sie fühlten, daß ihr Vorgänger (Hr. Abercromby) ihnen an Talenten und Gewandtheit überlegen sei. — Als hierauf zur Abstimmung geschritten wurde, ergaben sich für Hrn. Shaw-Lefevre 317, für Hrn. Goulburn 299 Stimmen. Hr. Shaw-Lefevre, der Candidat des Ministeriums, wurde sonach mit einer Mehrheit von 18 Stimmen zum Sprecher gewählt. (Hr. Abercromby hatte unter dem kurzen Ministerium Sir R. Peels im Jahre 1834 316, und sein damaliger Mitbewerber Hr. Manners Sutton, jetziger Lord Canterbury, 310 Stimmen erhalten.) Bemerkenswerth ist es, daß Hr. Duncombe, einer der Chefs der Radicalen, für den conservativen Candidaten, Hrn. Goulburn, votirte, wobei er sein Bedauern darüber äußerte, daß die Sprecherwahl zu einer Parteifrage gemacht werde.

In der Sitzung des Oberhauses vom 28. Mai (worüber wir durch außerordentliche Gelegenheit Bericht erhalten haben) erklärte der Lordkanzler in Gegenwart des vor den Schranken des Hauses erschienenen neugewählten Sprechers, daß Ihre Majestät die Königinn seine Wahl genehmigt habe. — Hierauf kam die von Lord Brougham in der Sitzung des vorhergehenden Tages angeregte Beschwerde gegen den Obersten Price neuerdings zur Sprache, und es wurde beschlossen, daß Lord Brougham eine förmliche Motion hierüber am nächsten Donnerstag (30. Mai) einbringen solle. — Im Unterhause nahm Hr. Shaw-Lefevre, der neue Sprecher, zum ersten Mal den Präsidentenstuhl ein und dankte dem Hause in einer kurzen Anrede für das ihm geschenkte Vertrauen. — Die Bill hinsichtlich der Polizeieinrichtungen der Londoner City erhielt hierauf die zweite Lesung. — Der Unterstaatssecretär fürs Colonialdepartement, Hr. Labouchere, kündigte sodann an, daß es nicht die Absicht der Regierung sei, die Jamaica-Bill (welche bekanntlich die Resignation des Ministeriums veranlaßt hatte) in ihrer jetzigen Gestalt weiter zu verfolgen, wohl aber nächstens eine andere Bill zur Regulirung der Angelegenheit jener Colonie vorzuschlagen.

Die London-Gazette vom 28. Mai meldet die Erhebung des ehemaligen Sprechers, Hrn. Abercromby,

zur Pairswürde unter dem Titel Baron Dunfermline, von Dunfermline, Grafschaft Fife.

In der Universitätsstadt Cambridge hielt ein gewisser Hr. Smith im Theater-Locale eine Vorlesung gegen die Korngesetze. Das Theater war bald gefüllt. Die Logen zur Rechten des Redners nahmen etwa 150 Studierende ein, welche hier, wie in Oxford, größtentheils Söhne des torystischen Adels sind. Von dieser Seite aus hörte man bald Gelächter und lautes Gerede, und als Hr. Smith beginnen wollte, konnte er vor Mißtönen aller Art nicht zum Sprechen kommen. Nun riefen die Bürger (die den Kanzler der Schatzkammer, Hrn. Spring-Rice, in das Parlament gewählt haben): „Hinaus! hinaus mit ihnen!" und zur Antwort ertönte: „Ruhe. Ha! Ha! Nieder mit den Chartisten: Drei Hurrahs für die Korngesetze! Drei Hurrahs für Sir Robert Peel!" Endlich machten sich die Bürger auf, fielen über die Logen her, und es entspann sich ein förmliches Handgemenge. Der Erfolg war die vollständige Austreibung der Studenten. Die Vorlesung ging nun etwa eine Viertelstunde ruhig fort, da kehrten die Studenten mit Verstärkung zurück, erbrachen die Außenthore und drangen von neuem ein. Stühle und Sitze aller Art wurden zertrümmert, um Waffen zu liefern. Köpfe, Arme, Beine wurden gebrochen. Der Mayor forderte Hrn. Smith auf, sich zurückzuziehen. Dieser beharrte darauf, das Schlachtfeld zu behaupten. Die Unterhandlungen übertönte das Zusammenschlagen von Hunderten von Stöcken. Wehrufen hier und Siegesgeschrei dort. Der Sieg blieb den Bürgern (townsmen), welche die Studenten in die Flucht schlugen und als Siegeszeichen zerrissene Studentenmäntel, Bruchstücke von Krägen und Rockflügel aufzeigten. Hr. Smith brachte sofort seine Vorlesung ungestört zu Ende.

Consols am 27. Mai 93⅛ ¼; — am 28. Mai 93⅛.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 28. Mai war die Berathung über den Gesetzentwurf hinsichtlich der Bewilligung eines Credits von 1,200.000 Fr. für die geheimen Ausgaben an der Tagesordnung. Hr. Gauguier (von der äußersten Linken) sprach gegen die Bewilligung. „Bei dem Scheine der Flammen des Bürgerkrieges," sagte er, „sind Minister ernannt worden, die durch die Leiden des Landes früher nicht bewogen werden konnten, die Verwaltung anzunehmen. Ich gedenke also, die Ursachen der Ministerkrisis zu untersuchen. Meine Herren! Ich bin Hammerwerksbesitzer, zahle dem Staat 3000 Fr. Steuern; man wird also leicht glauben, daß ich die Unordnung nicht liebe; allein nichtsdestoweniger glaube ich eine strenge Sprache führen zu müssen. Es handelt sich davon, ob wir endlich die Repräsentativregierung erhalten werden. Ich bin fest überzeugt, daß die Verlegenheiten unserer Lage größtentheils von dem Geist des Umsichgreifens (esprit envahisseur) der königlichen Gewalt herrühren." (Unterbrechung im Centrum, und Ruf: Zur Ordnung!) Der Präsident: Wenn Uebergriffe Statt finden, so richten Sie Ihre Anklage gegen die Minister, es ist verfassungswidrig, die königliche Gewalt auf dieser Rednerbühne ins Spiel zu bringen. Hr. Gauguier: „Ich bin innig überzeugt, und wundere mich in der That (Gelächter), daß man mich unterbrochen hat." Der Redner wiederholt seine Phrase, und wird abermals durch Geschrei unterbrochen, und vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Im weitern Verlauf seiner Rede behauptet er, das einzige parlamentarische Ministerium seit 1831 sei jenes vom 22. Februar gewesen; es habe aber abdanken müssen, weil es eine andere Politik als seine Vorgänger befolgen wollte. Das Ministerium vom 15. April habe den König getäuscht; es sei strafbarer, als das Ministerium Polignac; denn es habe nicht die Vergangenheit als Entschuldigung für sich gehabt. „Politische Schwachköpfe" ... (Gelächter und Lärm. Eine Stimme: Sprechen Sie von sich selbst!) Hr. Gauguier behauptet ferner, die seit acht Jahren befolgte Politik sei abscheulich gewesen. (Im Centrum: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Er wünscht, daß man während der Ministerkrisen die Gehalte gewisser hohen Staatsbeamten einziehen möchte. (Allgemeines Gelächter.) Die letzte Krisis habe 600 Millionen gekostet. (Oh! Oh!) Die Krisen würden weniger lang seyn, wenn nicht die Handeltreibenden und Arbeiter allein darunter litten. Hr. Gauguier will nicht, daß die politischen Jesuiten unserer Zeit bei ihrem Rücktritt von der Staatsgewalt eine hohe Stellung einnehmen. Die Verderbniß werde unser Zeitalter noch zu Grunde richten. „Wird denn jenes so sehr verläumdete Frankreich, das so pünctlich seine Milliarde Steuern zahlt (Gelächter), niemals die Institutionen erhalten, die ihm versprochen worden sind? Werden seine Staatsmänner niemals die allgemeinen Interessen beherzigen? Seit acht Jahren haben wir nur Coalitionsministerien gehabt, die den Kammern nur das jämmerliche Schauspiel ihrer innern Entzweiungen gaben. Mich däucht, daß diese Politik ihre Zeit durchgemacht hat; die Charte, die eine Wahrheit seyn sollte, ist nur zu lange verhöhnt worden." (Lebhafte Unterbrechung.) Hr. Gauguier stimmt schließlich gegen die geheimen Fonds, und behält sich vor, sogar gegen das Budget zu stimmen. — Hr. Maslon, ein neuer Deputirter, hält eine Rede, die aber unter allgemeiner Unachtsamkeit der Kammer verloren geht. — Hr. Corne: „Nicht gegen Personen, sondern gegen Systeme und Grundsätze führen wir Krieg; allein bis jetzt kennen wir das System des Ministeriums nicht; wir bieten ihm Gelegenheit, sich offen zu erklären. Ich habe von jeher die Bewilligung der geheimen Fonds bekämpft; deßwegen, weil die Minister gewechselt wurden, glaube ich nicht, sie bewilligen zu müssen; wenn die Ursachen dieselben bleiben, so ist es ganz gleichgültig, daß man die Menschen wechsle. Es ist immerhin etwas, daß man die Minister bewogen hat, zu erklären, es würden der Presse keine Subventionen mehr bewilligt werden. Das Ministerium hat eingesehen, daß hierin etwas sehr Unmoralisches lag. Dieß rechtfertigt unsere Beschwerde gegen die Vergangenheit. Allein wie kommt es, daß man, während ein großer Theil der Ausgabe wegfällt, einer so großen Summe bedarf? Ich will glauben, daß man die Unterstützung nicht auf indirecte Weise leisten werde; denn man kann nicht bloß durch Subvention die Presse unterstützen, sondern auch, indem man ihr die Posttaxe erläßt, Abonnenten verschafft u. s. w. Das Ministerium hat noch nichts gethan; wir müssen gegen unsere eigene Sympathie auf der Hut seyn; denn im Ministerium sehen wir Männer, die unsere Verbündeten, ja unsere Freunde waren. Ich sehe in dem Ministerium die Vertagung des Problems, das seit acht Jahren bei jeder Ministerkrisis zur Sprache kam. Neben den 223 sehe ich einen 221er, neben einem Anhänger der parlamentarischen Unabhängigkeit einen Verfechter der königlichen Allgewalt. Allerdings konnten wir in der Coalition verschiedene Fahnen haben; aber zum Regieren braucht man Einheit, denn Einheit ist Bedingung der Kraft. Ich sehe nur zwei Auswege im Ministerium. Es besitzt keine Elemente der Dauer, vielmehr Elemente der Auflösung; es wird also genöthigt seyn, sich neue Kräfte zu holen; wenn aber das Ministerium fortlebt, so wird es verurtheilt seyn, zu leben, wie der 15. April, das heißt, daß es kein System haben, und sich selbst verläugnen wird. Das

linke Centrum ist im Ministerium numerisch stark; allein die Grundsätze vom 15. April haben dort die stärksten Stellungen inne. Der Herr Minister des Innern hat die Grundsätze des 15. April vollständig mit in das Ministerium gebracht. Was den Hrn. Marschall Soult betrifft, sehe ich nicht recht ein, worin er sich von dem Hrn. Grafen Molé unterscheidet. Ich glaube wohl, daß er in den Geschäften ein lebhaftes Gefühl für die Nationalwürde entwickeln wird; aber auch Graf Molé hatte versprochen, den Nationalstolz vorherrschen zu lassen; allein seine Absichten sind vereitelt worden. Ich kenne die Ursachen nicht." (Bewegung.) Hr. Corne behauptet, Marschall Soult habe nicht genug parlamentarisches Gewicht, um die Grundsätze zu vertreten, die in der Kammer die Oberhand erhalten haben. (Lebhaftes Murren im Centrum.) „Es gibt," sagte er, „einen Mann, der das parlamentarische Princip in sich faßt (im Centrum: Ah!), und das linke Centrum hat, indem es ohne ihn an das Staatsruder trat, sich verkleinert, anstatt sich zu erheben." Der Schluß der Rede des Hrn. Corne erregt fortwährend Aeußerungen der Unzufriedenheit im Centrum. — Nachdem hierauf noch Hr. Durand (de Romorantin) gegen den Gesetzentwurf gesprochen hatte, übernahmen die Minister des Innern (Hr. Duchatel), des öffentlichen Unterrichts (Hr. von Salvandy), des Handels (Hr. Dufaure) und der Justiz (Hr. Teste) die Vertheidigung desselben. Hierauf wurde zur Abstimmung geschritten und der Gesetzentwurf mit der bedeutenden Mehrheit von 262 gegen 71 Stimmen angenommen.

Der König hat am 25. Mai Morgens das neue Panorama von Moskau, das größte dieser Art von Gemälden, welches je gezeigt wurde, besucht. Es stellt den Brand von Moskau dar, im Augenblick, wo Napoleon zu Pferde, umgeben von seinem Generalstabe und seiner Garde, den Kremlin verläßt. Der Eindruck dieses Gemäldes soll höchst imposant seyn. Es wird in wenigen Tagen dem Publicum geöffnet.

Der Herzog von Nemours ist unerwartet in strengem Incognito zu Toulon angekommen, und hat sich am Bord des Dampfboots „Krokodil" eingeschifft, wohin, wird nicht angegeben.

Die Ernennung des Prinzen von Joinville zum Chef des Generalstabs der levantischen Flotte erfolgte nach Ankunft der letzten Nachrichten aus dem Orient. Die Opposition, die zu der Uebertragung wichtiger Commando's an die königlichen Prinzen ohnehin scheel sieht, erhält hier neuen Stoff zum Tadel, um so mehr, da die Vorfälle in Mexico und die dadurch herbeigeführte Collision mit England noch in frischem Andenken stehen.

Die, wie man behauptet hatte, im Ministerrath entstandene Meinungsdifferenz in Betreff der Cooperation an der spanischen Küste scheint durch die neueste Wendung der Dinge im Orient beseitigt worden zu seyn; die Anhänger jener Maaßregel sehen ein, daß unter den jetzigen Umständen die französische Seemacht nicht zersplittert werden darf.

Aus einer tabellarischen Uebersicht, die der Temps über die Ministerwechsel seit 1830 bekannt macht, geht hervor, daß die verschiedenen Departements während dieser neun Jahre in folgender Weise vertreten waren: die auswärtigen Angelegenheiten durch 10 Minister, welche sind: Bignon, Broglie, Marschall Jourdan, Marschall Maison, Molé, Montebello, Rigny, Sebastiani, Soult, Thiers. Der öffentliche Unterricht durch 11 Minister, welche sind: Barthe, Bignon, Broglie, Girod de l'Ain, Guizot, Merilhou, Montalivet, Parant, Pelet de la Lozère, Salvandy, Villemain. Die Finanzen durch 8 Minister: d'Argout, Duchatel, Gautier, Humann, Lacave-Laplagne, Laffitte (Jacques), Baron Louis, Passy. Die Marine durch 8 Minister: d'Argout, Duperré, Charles Dupin, Jacob Rigny, Rosamel, Sebastiani, Tupinier. Das Innere durch 8 Minister: d'Argout, Bassano, Duchatel, Gasparin, Guizot, Montalivet, Casimir Perier, Thiers. Das Kriegswesen durch 7 Minister: Bernard, Cubières, Gerard, Maison, Mortier, Soult, Schneider. Die Justiz durch 7 Minister: Barthe, Dupont de l'Eure, Girod de l'Ain, Merilhou, Persil, Sauzet, Teste. Der Handel und die öffentlichen Arbeiter durch 6 Minister: d'Argout, Duchatel, Martin du Nord, Passy, Teste, Thiers. Dazu das neue Ministerium des Ackerbaues und des Handels durch Cunin-Gridaine, und die getrennten öffentlichen Arbeiten durch Dufaure. Im Ganzen also sind die öffentlichen Angelegenheiten seit 1830 durch die Hände von 47 verschiedenen Personen gelaufen. Die am längsten am Ruder der Geschäfte geblieben sind, heißen Barthe und Montalivet.

Nach Brest und Cherbourg sind telegraphische Befehle zur schleunigen Ausrüstung aller disponibeln Kriegsschiffe und zu ihrer Absendung nach der Levante ergangen. Nach Afrika sollen 3 Infanterie-Regimenter (darunter das in Paris garnisonirende 22ste) abgehen.

Der Commerce will wissen, der türkische Botschafter in Paris behaupte, keine neueren Nachrichten von der Pforte erhalten zu haben; er habe sich zu dem Präsidenten des Conseils begeben und ihn gebeten, den umlaufenden unzuverlässigen Kriegsgerüchten keinen Glauben zu schenken, bevor authentische Nachrichten eingelaufen seien. Er fügte bei, Bir, das die türkische Armee besetzt haben solle, gehöre noch zu dem unmittelbar unter der Herrschaft des Sultans stehenden Gebiete.

Am 29. Mai 5Percents 111 Fr. 15. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 10. 3Percents 81 Fr. 20. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 15. — Am 30. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 3Percents 81 Fr. 20.

Päpstliche Staaten.

Nachrichten aus Rom zufolge hat daselbst am Dreifaltigkeitssonntage, 26. Mai, die feierliche Canonisation der seligen Alfonso de Liguori, Francesco di Girolamo, Gio. Giuseppe della Croce, Pacifico da S. Severino und Veronica Giuliani in der St. Peterskirche Statt gefunden. — Ihre Majestäten die Könige von Baiern und beider Sicilien, JJ. kk. HH. der Kronprinz von Baiern, der Graf von Trapani (Bruder Sr. Majestät des Königs beider Sicilien) und andere fürstliche Personen wohnten der Feierlichkeit bei. Die Zahl der Fremden, die sich, um Zeugen derselben zu seyn, in Rom eingefunden hatten, wird von dem dortigen Diario auf mehr als dreißigtausend angegeben.

Se. Majestät der König von Baiern haben, nachdem Sie Sich von Sr. Heiligkeit beurlaubt hatten, am 27. Morgens die Rückreise nach Ihren Staaten angetreten; Se. Majestät der König beider Sicilien sind am 28. Morgens nach Neapel zurückgekehrt.

Preußen.

Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Preußen ist, nachdem er in Kreutznach, St. Wendel, Saarlouis, Luxemburg, Trier allenthalben mit größter Feierlichkeit empfangen worden war, am 28. Mai in Koblenz eingetroffen, wo bei Seiner Ankunft die Stadt glänzend beleuchtet war.

Bei der Eisenbahnfahrt von Potsdam nach Berlin am 29. Mai sprang in der Gegend von Zehlendorf ein Füllen, durch das Pfeifen der Maschine er-

schreckt, von der neben der Bahn geführten Stute ab und auf das Planum, wo es anfänglich neben, dann aber vor der Maschine herlief. Auf ein Zeichen des Maschinisten hielt der Wagenzug an, so daß das Füllen nicht beschädigt wurde. Während dieses Anhaltens war ein Passagier von einem der offenen Wägen auf seinen Sitz getreten, um den Vorfall mit dem Füllen anzusehen. Als nun aber der Wagenzug sich, mit einem leichten Ruck, wieder in Bewegung setzte, verlor derselbe das Gleichgewicht und stürzte rückwärts über den hintern Theil des Wagens auf die Bahn, doch so, daß er inmitten der Schienen zu liegen kam. Es wurde ihm augenblicklich zugerufen, sich still zu verhalten, was den Erfolg hatte, daß der Wagenzug, ohne ihn zu verletzen, über ihn fortging.

Belgien.

Der Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten hat eine, aus einem Beamten jedes ministeriellen Departements und dem Archivisten des Königreichs bestehende Commission ernannt, um die Archive, Karten, Pläne und andere Documente, welche Belgien gehören oder seine Verwaltung betreffen, und die nach dem Artikel 13 des Friedensvertrags von Holland zurückgefordert werden können, der Regierung anzuzeigen. Diese Commission ist am 23. Mai durch den Minister des Innern installirt worden.

In der Sitzung des Assisenhofes von Brabant vom 25. Mai nahm H^r. J. Bartels, der Bruder und Vertheidiger des Angeklagten, für denselben das Wort. In seiner Vertheidigungsrede suchte er die Ansicht festzustellen, privatrechtliche Vergehen wären Verstöße gegen die ewige und unwandelbare Gerechtigkeit, deren Strafwürdigkeit absolut, zu allen Zeiten und in allen Ländern dieselbe wäre. Etwas Anderes sei es mit Vergehungen gegen das öffentliche Recht, gegen die Politik, die ihrer Natur nach etwas Wechselndes und Schwankendes sei. Seiner Meinung nach wären, wenn der Angeklagte sich durch die Vertheidigung patriotischer Fragen eines Verbrechens schuldig gemacht hätte, die Kammer und der König nicht minder strafbar. Sein Bruder habe nichts gethan, als der Ansicht vom passiven Gehorsam der Armee, zu der sich das Ministerium bekenne, die Ansicht des Generals Foy entgegengestellt, der den passiven Gehorsam der Armee nur dann gelten lasse, wenn sie dem Feinde gegenüberstehe. Wenn man seinem Bruder aus seinen Plänen gegen Preußen einen Vorwurf mache, so sei darauf zu erwiedern, daß es kein Gesetz gebe, welches Angriffe auf Preußen verbiete. „Uebrigens," fuhr der Redner fort, „hätte man diese Sache auf sich beruhen lassen sollen, denn wir haben Actenstücke in Händen, welche beweisen, daß noch ganz andere Personen, als Bartels, ihre Hand hierbei im Spiele gehabt haben." — Nachdem der Bruder des Angeklagten seinen Vortrag beendet, nahm H^r. Wantelet für denselben das Wort und suchte ihn als einen Märtyrer der Freiheit darzustellen, der jetzt von der aus der Revolution hervorgegangenen Regierung verfolgt werde, wie vor neun Jahren von der niederländischen Regierung. Bartels hätte so gut wie Andere aus der vollen Quelle schöpfen und Ehren, Würden, Reichthum erhalten können, aber er habe es verschmäht und sich mit seinem bescheidenen Gehalte von 1200 Fr. begnügt. Bartels sei Rupublikaner, aber was habe er äußerlich für die Republik gethan, welche Handlung sich zu Schulden kommen lassen? Der „Belge" und der „Eclaireur" hätten seine Artikel aufgenommen, aber diese Blätter hätten auch in das Lob des Königs eingestimmt und in manchen Fragen die Regierung unterstützt. Hierauf ging der Vertheidiger auf die einzelnen Puncte ein, die Bartels Schuld gegeben worden waren. Sodann nahm noch H^r. Jottrand, Vertheidiger des H^rn. Kats, das Wort. Der Zweck und die Tendenz der „Meetings," behauptete er, seien entstellt worden; dieselben hätten keine andere Aufgabe, als das Volk zu unterrichten. Uebrigens wären es öffentliche Versammlungen gewesen.

Im Messager de Gand liest man: „Drei unserer Baumwollenmanufacturen haben seit gestern zu arbeiten aufgehört, und man spricht von einer vierten, deren Chef ebenfalls seine Arbeiten einstellen oder wenigstens beschränken will, wenn seine Arbeiter nicht bis Dinstag (4.) in eine Verminderung des Lohnes einwilligt haben. Dieser Entschluß hat Gährung unter den entlassenen Arbeitern und den Mitgliedern ihrer Familien verursacht; gestern schon begannen Rotten sich in den Straßen zu bilden, und Drohungen, die für unsere, gewiß an dem Unglück sehr unschuldigen, Fabrikanten wenig beruhigend sind, wurden gehört."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 30. Mai erklärt das Gerücht, als habe die hohe teutsche Bundesversammlung in der hannoverschen Verfassungsangelegenheit bereits eine Entscheidung getroffen oder als werde dieselbe binnen vier Wochen einschreiten, für völlig unwahr und fügt hinzu, es sei ohne Zweifel eine Erfindung einiger Männer der Opposition, welche dadurch die Wahlmänner und Andere nach ihrem Sinne zu bearbeiten suchen.

Am 24. Mai trafen S^r. Durchl. der regierende Herzog Wilhelm von Braunschweig, mit H^rn. Grafen von Lübeck, Oberstlieutenant Grafen von Miltiz, Oberlieutenant und Adjutant, und Baron Giersdorf, Kammerherr, dann Gefolge, zu Amberg im Gasthofe zum wilden Mann ein, und setzten am andern Morgen Ihre Reise über München nach Italien fort. Eben so traf am 28. Mai Abends in demselben Gasthofe Ihre kais. Majestät die Frau Herzoginn von Braganza mit Ihrer durchl. Prinzessinn Tochter, H^rn. Grafen von Mejean, kais. Oberstlhofmeister, H^rn. Marquis von Rezende, kais. Kammerherrn, Baronesse Maucomble, kais. Hofdame, mit Gefolge, von München in Amberg ein und setzten am folgenden Morgen Ihre Reise über Dresden nach Stockholm fort.

Wien.

S^r. k. k. Majestät haben Sich in Gnaden bewogen gefunden, der Sängerinn Caroline Unger den Titel einer k. k. Kammersängerinn, und dem Sänger Anton Poggi den Titel eines k. k. Kammersängers zu verleihen.

Am 5. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen		zu 5 pC. in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	668⅞.
detto	detto v. J. 1839,	für 250 fl. in CM.	270.
detto	detto v. J. 1839,	für 50 fl. in CM.	54.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM.	66⅛.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr.			fl. 99¾ Br. Uso. 2 M.
Bankactien pr. Stück			1523½ in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 158

Oesterreichischer Beobachter

Freitag, den 7. Juni 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 5. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.298	28 3. 0 L. 8 pl	+ 15.0	W.	stark.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.224	27 11 9	+ 14.2	SW.	schwach.	trüb.
	10 Uhr Abends.	27.305	28 0 9	+ 11.7	SSW.	still.	—

Wien.

Se. k. k. apost. Majestät haben Sich am 6. d. M. mit Ihrer Majestät der Kaiserinn nach Preßburg zu begeben geruht, um daselbst den ungarischen Reichstag in Allerhöchsteigener Person mit der herkömmlichen Feierlichkeit zu eröffnen.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer beschäftigte sich am 29. Mai in ihren Bureaux mit vorläufiger Prüfung des Gesetzentwurfs, wodurch ein außerordentlicher Credit von zehn Millionen Franken zur Vermehrung der Zahl der Kriegsschiffe im mittelländischen Meere begehrt wird. Sämmtliche Bureaux zeigten sich geneigt zur Bewilligung. Im sechsten Bureau äußerte sich H^r. Thiers, nachdem er vor Allem gebeten hatte, ihn nicht zum Commissär zu ernennen, folgendermaaßen: das Begehren der Regierung sei angemessen; die Rüstungen, die dadurch bezweckt wurden, seien für den Augenblick hinreichend; die Commission solle zwar von der Regierung nicht, wie einige verlangten, fordern, sich über ihre Politik zu erklären, doch aber sie ermahnen, sich eine fixe Politik zu machen, und nicht, ohne Meinung und System, zwischen allen Cabineten hin- und herzuschwanken. H^r. Thiers fügte hinzu, er zweifle noch, daß die Ereignisse so ernst seien, wie man zu glauben scheine; seiner Meinung nach habe Rußland keineswegs diese Ereignisse provocirt und England habe gewiß nicht im Sinne, sich auf Aegypten zu werfen; er sei überzeugt, daß alle Mächte den Frieden wollen; selbst Rußland, obschon mehr als jede andere Macht berufen, aus den Ereignissen im Orient Vortheil zu ziehen, fürchte dennoch die Folgen, die daraus entspringen könnten. — Allein, obgleich alle Mächte geneigt seien, den Frieden aufrecht zu erhalten, so seien sie doch bereit, aus einer Zerrüttung im Orient Nutzen zu ziehen; alles, was man von Rußland sagen könne, bestehe darin, daß es am besten gerüstet, am furchtbarsten sei; die Staaten des Occidents müßten daher auf ihrer Hut und bereit seyn, ihr Gewicht stark in die Wagschale zu werfen. Was er am meisten besorge, sei, daß man die französische Seemacht bloß unnütze Promenaden machen lasse, welche Millionen kosten, ohne irgend ein Resultat zu erzielen. „Ohne Zweifel," sagte er, „muß sich die Regierung die Freiheit vorbehalten, nach Erforderniß der Umstände zu handeln; aber sie muß vor allem ein festes System der Politik haben; sonst würden sich im entscheidenden Augenblicke die Botschafter ohne Instructionen und die Admirale ohne Befehle befinden; ja noch mehr; allein könnten wir im Orient nichts ausrichten; wir werden uns daher ohne Alliirte befinden, wenn wir nicht wissen, was wir wollen." H^r. Thiers schloß folgendermaaßen: „Noch einmal; zwei Dinge sind nothwendig: Schiffe; diese zu geben, ist unsere Sache; eine Politik; es ist Sache des Sache des Cabinets, eine zu haben. Die Commission kann auch, wenn sie mit aller wünschenswerthen Discretion zu Werke geht, viel dazu beitragen, die Regierung auf eine für unsere Interessen und für unsere Würde gleich vortheilhafte Bahn zu lenken."

In der Sitzung der Pairskammer vom 28. Mai wurden unter andern folgende Bestimmungen des Gesetzentwurfs über das schriftstellerische Eigenthumsrecht genehmigt: Vorstellungen dramatischer Werke sind 30 Jahre lang von der ersten Vorstellung an ohne Zustimmung des Verfassers, oder, wenn das Werk erst nach seinem Tode zur ersten Aufführung kommt, seiner Erben oder Vertreter, untersagt. Nach dem Tode des Verfassers bleibt das Eigenthumsrecht weitere 30 Jahre lang seinen Erben. Die Herausgabe oder Nachbildung von Zeichnungen, Stichen, Landkarten, Bildhauerarbeiten ist denselben Regeln unterworfen, wie die von Büchern.

Das Journal de Paris sagt, das legitimistische Complott von Avignon sei gegen die Bedeutung, die man ihm früher beigelegt, sehr zusammengeschrumpft; bloß drei Personen seien tiefer getheiligt.

Ueber die in Constantine entdeckte Verschwörung berichtet ein Schreiben von dorther unterm 8. Mai in folgender Weise: „Man hat an einem der Stadtthore drei Araber verhaftet, bei denen man eine Menge von Briefen an Achmet Bey fand. Mehrere unserer Kaids sind, wie es heißt, in diese Sache verwickelt; aber glücklicherweise sind es nicht diejenigen, die wir seit langer Zeit als unsere Freunde zu betrachten gewohnt sind. Man nennt Muhamed Ben Athas, Kaid von Milah, dem der Commandeur schon bei frühern Gelegenheiten ernste Vorwür-

ſe über ſeine Verwaltung gemacht hatte. Allgemeines Erſtaunen aber hat es erregt, den Namen Ben Zerguins, Kaids von Sahel, in dieſe Intriguen gemiſcht zu ſehen. Man glaubt allgemein, daß ſein Haß gegen Ben Aiſſa ihn verleitet hat, ſich der Partei Achmets anzuſchließen. Wie dem aber auch ſei, ſeine Briefe ſind im höchſten Grade verrätheriſch; er machte auf die ſchwachen Puncte unſerer Stellung aufmerkſam und forderte Achmet auf, in Sahel zu erſcheinen. Sobald Ben Zerguin von der Verhaftung der drei Araber Kunde erhielt, ergriff er mit ſeiner Familie die Flucht und warf ſich in die Gebirge. Von den lächerlichen Gerüchten, die ſich nach Beſchlagnahme jener Briefe in der Stadt verbreiteten, kann man ſich keinen Begriff machen. Die Furcht war bei Einigen ſo groß, daß ſie ſich am Vorabend einer ſicilianiſchen Veſper zu befinden glaubten. Jetzt hat ſich aber die Ruhe und das Vertrauen ſchon ziemlich wieder hergeſtellt, und bald wird der Ausgang des Prozeſſes ſelbſt die Erinnerung an alle dieſe Aufregungen verwiſchen."

Die Berichte aus Algier lauten noch immer kriegeriſch; indeß will man wiſſen, daß gleich auf die Nachricht von den Verwicklungen im Orient dem Generalgouverneur der Befehl zugegangen ſei, unter den gegenwärtigen Umſtänden jeden Conflict zu vermeiden und die beabſichtigte Expedition zu verſchieben.

In dem kürzlich verſtorbenen Balguerie-Stuttenberg, einem der ausgezeichnetſten Kaufleute neueren Zeit, hat Bordeaux einen Mann verloren, dem es zum großen Theil ſeine jetzige Blüthe zu verdanken hat. Bordeaux's Handel und Gewerbe waren ſeit der Revolution geſunken und der Havre ſchien ihm immer mehr den Rang abzulaufen, als Balguerie den Aſſociationsgeiſt zu regen verſtand und durch großartige, mit vereinten Kräften durchgeführte Unternehmungen dem drohenden Uebel mit dem größten Erfolge entgegentrat. So entſtanden nach und nach die Brücke von Bordeaux, das „Entrepot réel," die Bäder, die „Quinconces," die Bank, die Brücke von Libourne, die Cinq-Ponts, alle die verſchiedenen über die Garonne, die Dordogne und ihre Nebenflüſſe geſchlagenen Brücken; Dampfboote, Diligencen und ſpäter Packetſchiffe mit beſtimmten Abfahrtszeiten wurden eingeführt. Durch die über die Garonne und Dordogne geſchlagenen Brücken wird die Verbindung mit dem Norden von Frankreich und mit dem ſogenannten pays d'entre-deux-mers, welches letztere eine ſehr reiche Production hat, ungemein erleichtert, das Entrepot réel macht es dem Handel von Bordeaux möglich, die Producte beider Hemiſphären aufzuſpeichern und bereit zu halten, um Europa, ſobald ſich das Bedürfniß zeigt, damit zu verſehen; die Bank hat den Zinsfuß geregelt, die Mittel zur Anſchaffung des Geldes erleichtert, das Betriebscapital und die gewerbliche Claſſe der Bevölkerung vermehrt; überdieß fördert ſie die Concurrenz und verbreitet allgemeine Wohlfahrt und Sicherheit insbeſondere dadurch, daß ſie die großen Capitaliſten zwingt, ihr Geld gegen den geſetzmäßigen Zinsfuß herzuleihen, während früher, wenn ſich nach der Leſe das Bedürfniß nach Geld zeigte, auch der Zinsfuß über die Maaßen in die Höhe ging, und den Muth des kleinen Speculanten, zum alleinigen Vortheil der Matadore der Börſe, vernichtete. Der Stadt Bordeaux iſt es dadurch z. B. möglich geworden, 1½ Millionen Fr. zu dem (in Frankreich) niedrigen Zinsfuß von 4½ Percent anzuleihen zu einer Zeit, wo die franzöſiſche Regierung ihren Gläubigern 5 Percent geben mußte, und noch ganz vor kurzem iſt eine neue Anleihe zu 4½ Percent abgeſchloſſen worden. Viele Unternehmungen lagen noch in dem Plane Stuttenbergs, unter Andern die Erbauung zweier großen Docks nach dem Muſter der Londoner (ein Unternehmen, das indeß viele kleinliche Widerſacher fand), als ihn der Tod hinraffte.

Spanien.

Briefe aus Bayonne vom 26. Mai melden: „Geſtern, nach Ankunft des Carliſtiſchen Kuriers, haben Privatbriefe aus Durango vom 23. gemeldet, daß die HH. Francheſſin und Taſtet am 20. im Hauptquartier des Don Carlos angekommen ſeien. Am folgenden Tage hatten ſie ihre erſte Conferenz mit dem Finanzminiſter Marco del Pont zur Anordnung der Grundlagen der Geldoperation, welche ſie im Namen des Don Carlos übernehmen wollen, und zur Beſtimmung der ihnen dabei zu bewilligenden Vortheile. Während der ſechs Wochen, welche dieſe Herren in Bayonne in der oſtenſiblen Abſicht zugebracht haben, eine Geldforderung an Hrn. Darotchez, Carliſtiſchen Bankier, zu machen, waren die Unterhandlungen durch Briefe mit Hrn. Marco del Pont angeknüpft, und dadurch der eigentliche Zweck ihrer Anweſenheit in Bayonne erfüllt. Hr. Francheſſin, vormaliger Militär, ging dabei ab und zu, ſpeiſte in der Stadt und tractirte ſeine Bekannten im Hotel St. Etienne. Die Behörde, die anfangs einigen Verdacht hegte, vernachläſſigte nach einigen Tagen ihre Aufſicht und ließ ſie bis zu dem Augenblick unbeachtet, wo ſie zufällig erfuhr, daß die beiden Reclamanten die Gränze überſchritten hätten, um ſich mit Marco del Pont über die Mittel zu beſprechen, dem Don Carlos die zu einem Widerſtande gegen Espartero unerläßlichen Fonds zu liefern. Espartero hat ſich Orduña's am 22. bemächtigt, und die zu Arciniega, einem Zwiſchenpuncte zwiſchen Neſoſa und Orduña, aufgeſtellten Carliſten, die ſonach von zwei Seiten bedroht waren, haben dieſen Flecken verlaſſen. Wenn nicht ein unerwarteter Unfall eintritt, ſo dürfte der weſtliche Theil von Biscaya vor acht Tagen von den Carliſten gereinigt ſeyn, und Espartero könnte dann ſeine Vorausſagung verwirklichen, daß er am 25. des näch-

ſten Monats in Durango ſpeiſen wolle. Was Navarra betrifft, ſo hat Diego Leon, der am 20. Pamplona verlaſſen, mit ſchwerer Artillerie ſeine Richtung nach Larraga eingeſchlagen. Hier mußte er alle Transportmittel des Landes vorfinden, die er zum voraus requirirt hatte, und ſo konnte er an demſelben Tage, wo ſich Espartero Orduña's bemächtigte, eine ernſte Demonſtration gegen Eſtella vornehmen und die Abweſenheit Elio's benützen, der in dieſer Zeit die Linie von Urdach nach Valcarlos beſuchte."

Mexico.

Das in Mexico erſcheinende Diario del Gobierno begleitet die Anzeige von der in der mexicaniſchen Deputirtenkammer Statt gehabten Annahme des mit dem Admiral Baudin abgeſchloſſenen Friedenstractats, für welchen mehr als zwei Drittel der anweſenden Deputirten ſtimmten, mit einem längern Artikel, in welchem es nachzuweiſen ſucht, daß nur der entſchiedenſte Parteigeiſt es wagen könne, jenen Tractat mit dem Ultimatum des Barons Deffaudis und dem Admiral Baudin ſpäter bei den Conferenzen zu Jalapa vorgelegten Entwurfe in Vergleichung zu bringen. Um den Beweis dieſer Behauptung zu führen, hebt das ämtliche Blatt mehrere Puncte hervor, in denen ſich drei Actenſtücke weſentlich von einander unterſcheiden. Sie ſind der Hauptſache nach folgende: 1) Das Ultimatum forderte innerhalb eines Termins von 54 Tagen die Zahlung von 600,000 Dollars in Veracruz; der Art. 4 des Baudin'ſchen Entwurfes innerhalb 30 Tagen; auch der definitive Tractat ſetzt dieſelbe Summe feſt, aber die Zahlung ſoll in bequemen Terminen und auf eine Weiſe geſchehen, daß der Nationalſchatz dadurch nicht benachtheiligt wird. Zugleich hat der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten erklärt, daß, was den Ausdruck zahlen (pagar) betreffe, derſelbe nicht in der Bedeutung zu nehmen ſei, als handle es ſich um Abtragung einer Schuld, was bis auf einen gewiſſen Punct die Anerkennung einer Verpflichtung in ſich ſchließen würde, ſondern nur als gleichbedeutend mit dem Worte darreichen (entregar), da ſchon früher dem Hrn. Baudin mitgetheilt worden, daß in dieſer Forderung nur nachgegeben werde, um größere Ungelegenheiten zu verhindern, und keineswegs, weil man auf irgend eine Weiſe das Princip oder die Gerechtigkeit der Anforderung anzuerkennen geneigt ſei. (Bekanntlich hat nach engliſchen Berichten dieſer Punct ſpäter zu neuen Explicationen zwiſchen dem franzöſiſchen Admiral und der mexicaniſchen Regierung geführt.) 2) In dem Ultimatum und dem Entwurfe von Jalapa wird die Zahlung der bereits liquidirten Entſchädigungsforderungen einiger franzöſiſchen Unterthanen noch ausdrücklich ſtipulirt, in dem Tractat dagegen nur bemerkt, daß man ſich deßhalb verſtändigt habe. 3) Das Ultimatum verlangt die Abſetzung des Generals Don Gregorio Gomez, des Oberſten Pardo und des Richters Tamayo; der Entwurf von Jalapa überläßt zwar dieſe Forderungen dem Ermeſſen der mexicaniſchen Regierung, fordert aber die unverzügliche Freilaſſung des Hrn. Pitre Lemoine. Der Tractat enthält dieſen Artikel gar nicht und behält den Inhalt desſelben für eine beſondere Mittheilung des Hrn. Baudin an das mexicaniſche Miniſterium vor. 4) Im Ultimatum und im Art. 2 des Entwurfs von Jalapa wird die Regierung verpflichtet, feierlichſt den franzöſiſchen Agenten und Kaufleuten in jeder Hinſicht die Rechte der begünſtigtſten Nation einzuräumen, während im Art. 3 des Tractats nur geſagt wird, daß die Franzoſen bis zum Abſchluſſe eines Handelstractats dieſelben Rechte genießen ſollen (continuarán disfrutando), die ſie bis zu dem Augenblicke der Kriegserklärung genoſſen haben. (Das Diario bemerkt indeß dabei, daß die Franzoſen bis dahin allerdings auch die Rechte der begünſtigtſten Nation genoſſen hätten, aber nur, weil hierin gar kein Unterſchied gemacht werde.) 5) In dem Ultimatum und in dem Art. 1 des Entwurfs von Jalapa war die Forderung aufgeſtellt, daß die mexicaniſche Regierung verſprechen ſolle, unter keiner Bedingung franzöſiſchen Unterthanen gezwungene Anleihen oder Kriegsſteuern aufzuerlegen. Durch den Tractat übernimmt die Nation in dieſer Beziehung keinerlei Verpflichtung. Schon früher aber hatte die Regierung durch ein Circular dem diplomatiſchen Corps angezeigt, daß ſie die Abſicht hege, fortan weder Ausländern noch Inländern gezwungene Anleihen aufzuerlegen, da ſie von den Nachtheilen ſolcher Maaßregeln überzeugt ſei. 6) In dem Ultimatum ſo wie in dem Art. 1 des Entwurfes von Jalapa wurde verlangt, daß der Detailhandel (comercio al menudeo) der Franzoſen nicht mit der mindeſten Steuer belaſtet werde. In dem Tractate wird auf dieſer Forderung, die den unbeſtreitbaren Souverainetätsrechten der Nation in den Weg tritt, nicht beſtanden. 7) In dem Ultimatum und in dem Art. 2 des Entwurfes wird verlangt, daß die Präliminarartikel, welche zwiſchen Frankreich und Mexico im Jahre 1827 verhandelt worden ſind, in den demnächſt abzuſchließenden Handelsvertrag als integrirende Theile aufgenommen werden ſollen. In dem Tractat findet ſich darüber nichts; es werden keine Beſtimmungen als Grundlage des neuen Tractats und eben ſo wenig irgend ein Termin für den Abſchluß desſelben feſtgeſtellt, was ſich denn auch Alles ohne Beeinträchtigung der Ehre und Intereſſen der Nation nicht hätte zugeben laſſen. 8) In dem Art. 4 des Entwurfs von Jalapa wurden noch 200,000 Dollars für die Ausrüſtungskoſten der Expedition gefordert, auch beſtimmt, daß die von den franzöſiſchen Kreuzern genommenen mexicaniſchen Schiffe zurückgegeben werden ſollten, ohne daß die mexicaniſche Regierung Entſchädigung für das fordern könne, was dieſelben während der Dauer der Beſchlagnahme etwa gelitten hätten. In dem Art. 2 des Friedenstractats wird dem Schiedsſpruch einer dritten Macht überlaſſen, die Entſchädigungen zu beſtimmen,

welche beide Theile in den vorerwähnten Beziehungen in Anspruch zu nehmen hätten. Schließlich macht das Diario noch aufmerksam auf den Unterschied, der schon an sich zwischen der Annahme eines Ultimatums und dem Abschlusse eines Friedenstractats bestehe, und citirt Vatel und Wolff, um den Werth des letzteren ins gehörige Licht zu stellen.

Großbritannien und Irland.

Der mehrerwähnte Plan der englischen Regierung für Volkserziehung, bei welchem teutsche Vorbilder nicht ohne Einfluß waren, besteht in Folgendem: „Ein Schullehrerseminar (normal school) sei zu errichten, in welcher Schulamtscandidaten für den Unterricht ärmerer Classen die nöthigen Kenntnisse für ihren Beruf erlangen, und die bewährtesten Methoden religiös-sittlicher Erziehung practisch kennen lernen können. Daneben hat eine Musterschule (model school) zu bestehen, die eine Kleinkinderschule (infant school) für Kinder vom 3ten bis zum 7ten Lebensjahre, und eine Unterrichtsanstalt für größere, acht- bis funfzehnjährige, umfasse. Der Religionsunterricht zerfällt in den allgemeinen und den besondern. Die Religion ist mit dem ganzen Unterrichtswesen zu verbinden und hat das ganze System der Kinderzucht zu regeln; für den besonderen confessionellen Glaubensunterricht aber sind bestimmte Stunden festzusetzen. Zur Leitung des Religionsunterrichts für jene Kinder, deren Aeltern oder Vormünder der Staatskirche angehören, wird ein Caplan angestellt. Die Kinder irgend einer andern Glaubensgemeinde dürfen sich in denselben speciellen Religionsstunden von autorisirten Geistlichen ihres eigenen Bekenntnisses unterrichten lassen, und wo eine hinreichende Zahl Kinder einer von der Staatskirche dissentirenden Körperschaft vorhanden ist, soll von Seite der Committee ihnen ein eigener Geistlicher angestellt werden. Alle Tage wird eine gewisse Zeit auf gemeinsame Lesung der heil. Schrift unter der Oberaufsicht des Rectors verwendet. Katholische Kinder mögen, wenn ihre Aeltern oder Vormünder es verlangen, eine von ihrer Kirche approbirte Bibelübersetzung entweder in derselben Stunde, wo die allgemeine Bibellesung Statt findet, oder in den Stunden des besonderen Religionsunterrichts lesen. Der Unterricht in weltlichen Dingen ist zunächst auf den Stand künftiger Arbeiter und Dienstboten zu berechnen, und daher bildet die Industrie in ihren verschiedenen Zweigen einen Hauptgegenstand desselben. In den Erholungsstunden finden körperliche Uebungen Statt. Die Musterschule soll wenigstens 450 Kinder umfassen, die darin ihre Wohnung haben, und in Abtheilungen von 40 bis 50 je nach ihrem Alter und ihren Fortschritten zerfallen." Nun folgt eine Reihe von Details über die Einrichtung des Schullehrerseminars. Auch hier ist der Religionsunterricht allen übrigen Lehrgegenständen weit vorangestellt, und der Schulamtscandidat soll nicht eher ein Certificat erhalten, als bis der Religionslehrer ihm ein Zeugniß über Religiosität und umfassende Kenntnisse in den Glaubenslehren ausgestellt hat. Der Religionsunterricht zerfällt übrigens auch hier in einen allgemeinen, den ein Geistlicher der Staatskirche, und einen besondern, den ein Prediger der verschiedenen Confessionsverwandten zu ertheilen hat. Die Candidaten wohnen im Seminar, und die verschiedenen Säle der Musterschule werden so eingerichtet, daß dieselben den Unterricht mit anhören können, ohne die Schüler oder den Lehrer zu stören. Allmählig werden sie dann selbst zu practischen Uebungen in den Schulen verwendet u. s. w. Behufs der Ausführung dieses Planes will Lord John Russell am 31. Mai vom Parlament einen Credit von 30,000 Pf. St. verlangen, wovon 10,000 Pf. St. zur Erbauung der Schulhäuser, 2500 Pf. als Unterstützung für die „Nationalschul-Gesellschaft" und die „brittische und auswärtige Schulgesellschaft" bestimmt, eine Summe zu Stipendien für sich auszeichnende Schulamtscandidaten ausgesetzt werden soll u. s. w. — Wie indeß die Torypartei diesen Plan ansieht, ist aus folgendem Artikel der Times ersichtlich: „Lord J. Russell," sagt sie, „möchte das Parlament mit diesem saubern Vorschlag überrumpeln. Sein Plan trägt das sichtbare Gepräge jesuitischen Betrugs an sich, und ist mit dem Siegel und der Ueberschrift seiner papistischen Rathgeber versehen. Der Minister des Innern sucht demselben einen Schein von Unverfänglichkeit zu geben, nicht anders als verlangte er die Summe für das Greenwichhospital oder irgend ein anderes Item des öffentlichen Dienstes. Eine Explosion der öffentlichen Meinung soll künstlich verhütet werden. Lord John weiß, daß am 28. Mai eine außerordentliche Versammlung über die Angelegenheit der Nationalerziehung unter dem Vorsitze des Primas von England Statt finden wird; damit diese Versammlung nicht ihre volle Wirkung thun könne, will er seine Motion nur um drei Tage später vorbringen. Er hofft das Geld zu erlangen, ehe noch die Universitäten und andere öffentliche Körperschaften für das Gefühl ihrer gemeinsamen Gefahr erwachen und das Parlament mit Petitionen gegen jenen Plan bestürmen können. All das ist ein feinberechneter papistischer Kunstgriff, und wir warnen das englische Volk, auf seiner Hut zu seyn, damit es sich nicht bei einem Complott betheilige, das die Einführung einer papistischen Bibelübersetzung und des irischen Erziehungssystems in unserm protestantischen Lande zum Zweck hat. Die Sache verträgt keine Zögerung. Man berufe augenblicklich öffentliche Versammlungen in jeder Stadt und jedem Städtchen, um gegen diese anti-nationale und anti-protestantische Maaßregel zu protestiren. Erproben wir, was unser Name Protestanten heißt und vermag! Nur die von der Staatskirche autorisirte Bibelübersetzung soll in allen Schulen gelesen werden dürfen, welche Unterstützung aus der Staatscasse erhalten. Aber nicht nur das, sondern wir verwahren uns gegen jenen ganzen whiggi-

ſtiſchen Erziehungsplan. Wir ſehen das „Zeichen des Thieres“ auf ſeiner Stirne. Unter dem Vorwande der Religion und Moralität bietet er der Staatskirche die gröbſte Beleidigung. Er ſucht den biſchöflichen Clerus ſeiner Pflichten und Functionen, als der anerkannte Vormünder und Lehrer des Volkes, zu entſetzen; er ſucht Schisma und Häreſie zu befördern, und auf ſolche Weiſe dem Papſtthum und dem Unglauben den Weg zum endlichen Triumph zu bahnen. Die Leſung der Schrift in verſchiedenen Ueberſetzungen erlauben, das iſt der ſicherſte und kürzeſte Weg, den Glauben des ganzen Volkes an die göttliche Autorität der Schrift zu erſchüttern, und dieß in einer und derſelben Schule thun laſſen, heißt die Religion in Spott, die Erziehung in ein Poſſenſpiel verwandeln. Wer nur einiges Schicklichkeitsgefühl beſitzt, der trete auf und verdamme dieſen Plan. Gleichviel, ob ihr Tories oder Whigs, Hochkirchen- oder Niedrigkirchen-Männer heißt, ob ihr Wesleyaner, Baptiſten oder Independenten ſeid; genug, wenn ihr euer Gewiſſen nicht verkauft habt, wenn ihr Proteſtanten ſeid und euch der Reformation nicht ſchämt, ſo erhebt euch und zeigt euren Abſcheu vor dieſem anti-nationaliſten aller Projecte!“ — In ähnlichem Tone laſſen ſich Standard, Morning-Herald und überhaupt alle Toryblätter vernehmen. — Der Courier antwortet: „Der Staat war unter der Toryverwaltung von jeher wenig beſſer, als — um Broughams Wort zu parodiren — eine „Geſellſchaft zur Verbreitung nützlicher Unwiſſenheit;“ für dieſen weſentlichſten aller Toryzwecke war die Partei immer bereit, jede Summe aus der Staatscaſſe zu bewilligen. Es iſt nicht zu verwundern, daß ſolche Leute ſich zum hartnäckigſten Widerſtand gegen den von Lord J. Ruſſell angekündigten Vorſchlag rüſten, 30,000 Pf. St. „zu Zwecken öffentlicher Erziehung“ zu votiren; das aber würde in der That zu verwundern ſeyn, wenn die Beſtürzung, womit einige von ihnen dieſen ſo einfachen und mäßigen Vorſchlag zu betrachten ſcheinen, ächt wäre. Dem iſt aber nicht alſo. Dieſes angebliche Grauſen vor dem miniſteriellen Plan iſt die armſeligſte und albernſte Gleißnerei, womit ſich kein halbwegs verſtändiges Kind täuſchen laſſen kann. Die Tories werden das Volk von nichts überzeugen, als von ihrem blinden und bittern Haß gegen die Katholiken, von ihrer eigenen Gleichgültigkeit gegen den wahren und lebendigen Geiſt des Chriſtenthums, und von ihrer Scheu gegen jene Zunahme von Volkserziehung und Volksaufklärung, die ihrer Natur nach aller Unduldſamkeit, Ausſchließlichkeit und Sectenübergewalt den Garaus machen muß. Ja, dieſe überaus frommen, augenverdrehenden Herren Tories mit ihrem Wehegeſchrei über die Gefahren der Staatskirche ſind keine Fanatiker, ſondern Betrüger, und zwar die dümmſten und incurabelſten aller Betrüger, da ſie es für möglich halten, mit ſo grober Mummerei irgend einen Menſchen hinter das Licht zu führen. Doch mag ihr heiliges Entſetzen wahr oder erheuchelt ſeyn, jedenfalls beweist es ſo viel, daß dieſe Menſchen ſich hoffnungslos und für immer abgeſchnitten haben von aller Sympathie mit der großen Volksmaſſe unſeres Landes — dieſer Volksmaſſe, die allerdings aus verſchiedenen Secten beſteht, aber im Allgemeinen, Gottlob! nicht nur nach der ächten Lehre des Chriſtenthums: „Liebet einander!“ lebt und handelt, ſondern ſich auch mehr und mehr die nicht minder weſentliche Tugend einprägt, die religiöſe Ueberzeugung des Mitmenſchen zu achten, und die gemeinſame Erleuchtung Aller, als das Mittel zur wahren Religion und reinen Sittlichkeit, zu wünſchen.“

Am 23. Mai feierte der conſervative Verein von Wincheſter den Jahrestag ſeiner Stiftung unter dem Vorſitz des Capitäns Nevill. Der einzige Pair, welcher dieſer Verſammlung beiwohnte, war der Herzog von Buckingham, ehemalige Marquis von Chandos, der kürzlich erſt durch den Tod ſeines Vaters ins Oberhaus gelangt iſt. Er bedauerte es, kein älteres Mitglied des Oberhauſes bei dieſer Feier zu ſehen, ſprach ſich über die weſentliche Nothwendigkeit dieſes Zweiges der Legislatur aus und erinnerte an die Entrüſtung, mit welcher im ganzen Lande ein vor einiger Zeit gegen dieſes Haus gerichtetes Geſchrei aufgenommen worden. Dann äußerte er die feſte Ueberzeugung, daß die jetzigen Miniſter, obgleich die Königinn ſie auch wieder ans Ruder berufen habe, doch bald vor der öffentlichen Meinung des Landes, die ſich auf keine „irrige Eindrücke“ begründe, würden zurückziehen müſſen, da ſie im Parlamente ſehr richtig als geſchmeidiger Stoff bezeichnet worden, der ſich zu augenblicklichen Zwecken in alle Formen kneten laſſe, in whiggiſtiſche, radicale und conſervative, der Staat aber Männer von Ehre und Character zu Regierern bedürfe, und da ſie ſelbſt erklärt hätten, ſie glaubten das Vertrauen des Unterhauſes nicht mehr zu beſitzen.

Am 25. Mai hielten die Chartiſten eine Volksverſammlung auf dem Kerſal-Moor, zu welcher ſie aber nicht über 5000 Perſonen zuſammenbrachten. Unter den Theilnehmern waren 70 bis 80 Weiber, mit einem Banner, auf welchem ſie ſich die politiſche Union der Weiber von Mancheſter nannten. Es wurde beſchloſſen, die Regierung um Waffen zu bitten; werden ihnen dieſe nicht verwilligt, vielmehr ſogar Hausunterſuchungen nach Waffen bei ihnen veranſtaltet, ſo werden ſie daraus ſchließen, daß die Regierung die Reichen gegen die Armen bewaffne.

Belgien.

In der Sitzung des Senats vom 25. Mai erſtattete der Baron von Pélichy van Huerne Bericht über einen Geſetzentwurf, welcher bezweckt, dem Geſetz vom 22. September über die in belgiſchen Dienſten ſtehenden fremden Offiziere eine weitere Ausdehnung zu geben, und daſſelbe um zwei Jahre zu verlängern. Der Berichterſtatter ſagte: „Durch das Decret vom 11. April 1831 hatte der Congreß die Regierung ermächtigt, in

Betracht der damaligen Umstände, fremde Offiziere nur für die Dauer des Krieges in Dienste zu nehmen. Die Zahl war auf 40 beschränkt worden, worunter sich 1 Obergeneral, 3 höhere Offiziere, 12 Capitäns und 20 Lieutenants und Unterlieutenants befanden. Der dritte Artikel dieses Gesetzes gestattete den Offizieren, auch in Friedenszeiten in belgischen Diensten zu bleiben, wenn sie naturalisirt würden. Dieses Decret erhielt eine größere Bedeutung durch das Gesetz vom 22. September 1831, welches dem Könige gestattete, eine beliebige Anzahl von Offizieren in Dienst zu nehmen. Der dritte Artikel gestattete ebenfalls, fremde Offiziere zu gebrauchen, welche, ohne ihren Grad im Vaterlande aufzugeben, während des Krieges ihre Dienste anbieten würden. Die Commission ist der Meinung gewesen, daß es sehr ungroßmüthig seyn würde, die Bestimmungen des Decrets und Gesetzes in ihrer ganzen Strenge auf Offiziere anzuwenden, welche im Augenblicke der Gefahr ihre Dienste angeboten hätten. Dieser Gedanke hat sich der Commission um so stärker aufgedrängt, als die Zahl dieser Offiziere sehr gering ist, und nur 57 zu dieser Classe gehören. Unter diesen sind wieder 13 von Allem entblößte Polen. Die Commission hat also geglaubt, daß es grausam seyn würde, dieselben zu verabschieden mit der Erklärung, daß man ihrer nicht mehr bedürfe. Die andern 29 Offiziere sind Franzosen und noch in den Cadres der französischen Armee aufgeführt; zu ihrer Wiederaufnahme in dieselbe gehört nichts als Zeit. Unter diesen Umständen hat die Commission geglaubt, daß der Gesetzentwurf den Offizieren günstig seyn würde, indem man während zwei Jahren ihrer Stellung nicht zu nahe treten dürfte, und die Offiziere, welche Ansprüche auf eine gänzliche Aufnahme in die belgische Armee machen sollte, die Naturalisation fordern könnten." Da nach Eröffnung der Berathung Niemand das Wort ergriff, so wird die Erörterung der einzelnen Artikel in einer andern Sitzung vorgenommen werden.

Die Journalisten Bartels und Kats, welche als Verfasser und Verbreiter von frevelhaften Aufforderungen zu thätlichem Widerstande gegen die Regierung und gegen die Abtretung von Landestheilen vor den Assisenhof in Brüssel gestellt waren, sind von den Geschwornen freigesprochen worden. Die von dem Staatsankläger vorgelegten 124 Fragen wurden sämmtlich verneinend beantwortet.

Teutschland.

Das königl. baierische Regierungsblatt vom 28. Mai enthält eine Bekanntmachung, wonach durch allerhöchste Entschließung aus Rom vom 16. Mai den königl. Hofmalern eine Uniform, und zwar jene der Professoren der Akademie der bildenden Künste (jedoch mit Stickerei und Knöpfen von Silber, statt von Gold) bewilligt wird. Der Rittergutsbesitzer in Westphalen, Rheinpreußen und Franken, Reichsfreiherr von Harthausen, wurde in den erblichen Grafenstand, der ehemalig kurpfalz-baierische Hauptmann Edward Parry von Grainger und der Rittmeister Solomé (im Chevauxlegerregiment Leiningen), mit dem Beinamen von Rambervillier in den Freiherrnstand des Königreichs erhoben. Der Staats- und Reichsrath Graf Arco und der Artilleriemajor Danner erhielten das Ehrenkreuz des Ludwigordens. Der Akademiker, Hofrath und Professor Ritter von Martius darf den schwedischen Nordsternorden annehmen und tragen. Das Vermächtniß des verstorbenen Pfarrers Leiß zu Waldmünchen, welcher die Armen der dortigen Pfarrei zu Universalerben seines Vermögens von 37.962 fl. einsetzte, wird unter Bezeigung des allerhöchsten Wohlgefallens bekannt gemacht.

Die Oberpostamtszeitung meldet aus Frankfurt vom 30. Mai: „Heute, am Namenstag Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand I. von Oesterreich, hat Sr. Excellenz Herr Graf von Münch-Bellinghausen, Präsident der hohen teutschen Bundesversammlung, die Glückwünsche der Herren Mitglieder des diplomatischen Corps, so wie der regierenden Herren Bürgermeister dieser freien Stadt, empfangen. Zur Feier des Tages fand ein glänzendes Festmahl bei Sr. Excellenz dem Hrn. Grafen von Münch-Bellinghausen Statt.

Das neue Dampfschiff Nr. II. traf auf seiner ersten ordinären Fahrt von Regensburg nach Linz am 29. Mai Nachmittags in Passau ein, hatte jedoch das Unglück, beim Durchfahren durch die Donaubrücke einem Pfeiler zu nahe zu kommen, wodurch das Rad und die Matrosenkajüte beschädigt wurden. Zur Ausbesserung dieses Schadens wurde die Fahrt ausgesetzt, und die Passagiere (die sämmtlich unverletzt blieben) wurden theils auf einem Ruderschiffe, theils mit Extrapost, nach Linz befördert.

Im sächsischen Erzgebirge und im Voigtland hat ein Gewitter mit Wolkenbruch am 28. Mai Abends (wo gleichzeitig auch in Nürnberg und andern Orten heftige Regengüsse Statt fanden) großen Schaden angerichtet. Bei Zwickau wurde die 30 Ellen lange, mit zwei Bogen versehene steinerne Brücke auf der Chaussee nach Altenburg weggerissen, und die Chaussee dann durchbrochen, so daß die Passage gehemmt ist. In Reichenbach, das sich kaum von der Feuersbrunst vor sechs Jahren erholte, wurden die Vorstädte überschwemmt, gegen 60 Häuser beschädigt, mehrere zerstört, und vier Menschen verloren das Leben. Aehnliche traurige Nachrichten gehen aus Waldheim, Penig ꝛc. ein; überall wurden die Fluren und Felder hart mitgenommen.

Wien.

Am 6. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107 11/16.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	152.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1839,	für 250 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1839,	für 50 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM	66½.
Bankactien	pr. Stück 1529 in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108

№ 159

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 8. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 6. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.337	283. 1L. 1P.	+ 11.5	W.	still.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.396	28 1 10	+ 15.2	W.	mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.421	28 2 2	+ 11.3	W.	schwach.	trüb.

Großbritannien und Irland.

Am Schlusse der Sitzung des Unterhauses vom 28. Mai fragte Hr. Hume, ob die Regierung Nachricht von dem Vorrücken der ottomannischen Truppen über den Euphrat in der Absicht, die Streitkräfte Mehmed Ali's anzugreifen, wodurch der Friede in jenen Ländern gestört werden könnte, erhalten habe? Ferner wünschte er zu wissen, ob es wahr sei, daß Rußland von Mehmed Ali verlangt habe, sich ganz aus Syrien zurückzuziehen? — Lord J. Russell erklärte, in Abwesenheit des Lord Palmerston, die Regierung habe keine Nachricht erhalten, daß die türkischen Truppen über den Euphrat gegangen seien. Die letzte der Regierung zugekommene Nachricht sei von dem englischen Consul in Damascus, welcher melde, daß die türkischen Truppen am östlichen Ufer des Euphrat vorgerückt seien, aber das Gebiet Mehmed Ali's nicht betreten haben. Zu gleicher Zeit habe man die Nachricht erhalten, daß Mehmed Ali's Streitkräfte sich in jener Gegend concentrirten. Die bisher erhaltene Nachrichten enthielten nichts, was befürchten ließe, daß die von den europäischen Mächten zur Aufrechthaltung des Friedens zwischen der Türkei und Aegypten aufgebotenen Bemühungen nicht mit dem erwünschten Erfolg gekrönt werden dürften. — Was die zweite Frage anlange, so könne er (Lord J. Russell) bloß sagen, daß die Regierung keineswegs irgend eine Anzeige von einem an Mehmed Ali gerichteten Begehren obgedachter Art erhalten habe; auch habe er keinen Grund zu glauben, daß ein solches Begehren von Seite Rußlands gestellt worden sei.

Die Radicalen haben bei der Sprecherwahl, wie zu erwarten war, fast alle mit den Ministern für den von der liberalen Seite vorgeschlagenen Candidaten Hrn. Shaw Lefevre gestimmt, und doch ist dieser in einem Hause von 620 Mitgliedern nur mit einer Majorität von 18 Stimmen gewählt worden, ja, es geht selbst aus der Berechnung der ministeriellen Blätter hervor, daß die Minister bei einem ganz vollen Hause, wenn sämmtliche 658 Mitglieder desselben anwesend wären, und im günstigen Falle, wenn nämlich die zwei jetzt schwebenden Wahlen für Carlow und Ludlow in ministeriellem Sinne ausfallen, wenn alle diejenigen Mitglieder, welche jene Blätter den Liberalen beizählen, wirklich zu dieser Partei gehören, und wenn kein Radicaler mit der Opposition stimmt, nur auf eine Majorität von 24 Stimmen rechnen könnten. Die Organe des Ministeriums finden zwar einen Trost in der Vergleichung der Stimmenzahl bei der dießmaligen Sprecherwahl mit der des Jahres 1834, wo der ministerielle Candidat, Hr. Abercromby, nur mit einer Majorität von 10 Stimmen gewählt wurde; aber sie übersehen dabei, daß der damals von der Opposition aufgestellte Candidat, Manners Sutton, jetziger Lord Canterbury, keineswegs ein so entschiedener Tory war, wie Hr. Goulburn, daß er vielmehr viele Freunde auf der liberalen Seite des Hauses zählte, und daß manche derselben aus alter persönlicher Anhänglichkeit wieder für ihn stimmten, da er schon Jahre lang das Sprecheramt mit großer Würde und Mäßigung bekleidet und sich die Achtung beider Parteien des Hauses erworben hatte. Dießmal aber ist die Sache anders; Hr. Shaw Lefevre und Hr. Goulburn sind beide neue Candidaten, und es ist nicht anzunehmen, daß irgend ein Mitglied des Hauses, welches sonst mit der liberalen Seite gestimmt oder in Zukunft stimmen möchte, seine Stimme einem der eifrigsten Tories gegeben haben sollte. Wäre dieß der Fall, so würden auch die ministeriellen Blätter gewiß nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, was sie aber nicht thun. Nach ihrer Angabe wären 12 Liberale und 8 Tories bei der Abstimmung über die Sprecherwahl nicht zugegen gewesen, ohne ihre Stimmen mit Gegnern abgepaart zu haben; 8 Mitglieder von jeder Seite hatten das Haus, nach solcher Abpaarung, verlassen; 2 Mitglieder wurden von jeder Seite zum Zählen der Stimmen verwendet, und 2 Parlamentssitze sind erledigt; 317 stimmten für Hrn. Shaw Lefevre, 299 für Hrn. Goulburn; rechnet man diese Zahlen alle zusammen, so ergibt sich die Gesammtzahl von 658 Mitgliedern, aus denen das Unterhaus besteht, und für jetzt, ohne die beiden vacanten Sitze, unter diesen 658 eine Majorität von 22 Stimmen für die Minister, nämlich 339 Liberale und 317 Tories. Man sieht also, auf wie unsichere Grundlagen die jetzige Verwaltung sich stützt, und dazu kommt, daß sie bei neuer Wahl kaum auf neue Vortheile rechnen kann, wenn sie nicht in dem ganzen Wahl- und Repräsentationssystem eine neue Reform vorzuschlagen Willens ist, was jedoch nach dem Schreiben Lord J. Russell's an seine Wähler wohl nicht zu erwarten steht.

Am 27. Mai Nachmittags fuhr die Königinn in einem offenen vierspännigen Wagen, mit der Herzoginn von Kent, dem Fürsten und der Fürstinn von Leiningen, unter einer Bedeckung leichter Dragoner nach Windsor ab. Ihr Gefolge fuhr in drei Hofwägen nach. Abends war im Windsorschloß große Hoftafel, zu welcher der russische Thronfolger und der Prinz der Niederlande, der russische Botschafter und der holländische Geschäftsträger eingeladen waren. Am 26. Mai gab der Marquis von Hertfort dem Großfürsten einen glänzenden Ball, auf welchem „Kosakenwalzer" getanzt und das russische Volkslied gespielt wurde. Das Pferderennen, das an demselben Tag, auf besonderes Verlangen des Großfürsten, in dem seit längerer Zeit nicht mehr gebrauchten Hippodrom gehalten wurde, und welchem der Herzog von Cambridge beiwohnte, ist nicht sehr befriedigend ausgefallen. Den von Sr. kais. Hoheit als Preis ausgesetzten goldenen Becher

gewann der Renner eines Hrn. Goodman. Am 27. besuchten die beiden Prinzen die Wohlthätigkeitsanstalten im Westende der Stadt. Vor seiner Abfahrt nach Windsor ließ der Großfürst dem Charing-Croß-Hospital, dem Asyl für jüdische Waisenkinder und dem Hospitalschiff „Dreadnought" je 50 Pf. St., dem ursprünglich von dem vormaligen russischen Gesandten Graf Simon Woronzow gestifteten Marylebone-Almosenhaus, und dem Lying-in-Hospital je 20, und der Lying-in-Institution 10 Pf. St. zustellen.

Von Bermuda wird eine neue Verletzung der brittischen Flagge durch ein französisches Kriegsschiff gemeldet. Das brittische Kriegsdampfboot „Medea," mit dem Wimpel des Commodore Douglas, Commandanten der nordamerikanischen und westindischen Station, machte am 11. April auf ein Fahrzeug Jagd, das auf die übliche Aufforderung hin nicht beilegen wollte und deßwegen dem Commodore als ein Sclavenschiff erschien. Später zeigte es sich, daß das Schiff ein von Frankreich nach Veracruz gehendes französisches Kriegsschiff sei. Die „Medea" lief nun auf das Schiff zu, um den Franzosen Nachricht von dem Abschluß des Friedens in Mexico zu ertheilen, wurde aber mit sechs scharfen Kanonen begrüßt, durch welche Einer von ihrer Mannschaft so verwundet wurde, daß ihm ein Bein abgenommen werden mußte. Der Commodore erwiederte die Schüsse nicht, obwohl er den Franzosen hätte in den Grund bohren können; dieser entschuldigte sich auch sogleich persönlich; er behauptete, sein Befehl, einen Schuß über das Dampfboot hin abzufeuern, sei mißverstanden worden. Das französische Schiff war der Kriegsbrigg „Griffon," von 20 Kanonen.

Aus Malta wird vom 11. Mai gemeldet, daß am 8. Mai, gleich nach dem Eintreffen des französischen Packetbootes „Lycurgue," Admiral Stopford einen Brigg an den Commodore Parker nach Corfu geschickt habe, mit dem Befehle, nicht nach Malta, wie vorher bestimmt war, zurückzukommen, sondern mit den Linienschiffen „Rodney," „Talavera," „Bellerophon," und der Fregatte „Castor" nach der Levante abzusegeln, wohin der Admiral selbst mit dem Reste der englischen Flotte nachkommen werde. Der Admiral wollte mit seinem Geschwader Malta verlassen, sobald das englische Packetboot angekommen, das aus Gibraltar mit der Londoner Correspondenz erwartet wurde. In dem zu Malta erscheinenden Portfolio wird unter obigem Datum berichtet: „Es geht das Gerücht, daß 4000 Mann von Hafiz Pascha's Armee zu den Aegyptiern übergangen seien, auch hieß es, die Armee sei bis Samisat am Euphrat vorgerückt. Unser Correspondent fügt hinzu, dieß seien unbestimmte Gerüchte, die der Bestätigung bedürften. Er sagt auch, daß alle Diplomaten in Konstantinopel, sie mögen freundschaftlich oder feindlich gegen den Sultan gesinnt seyn, Alles aufbieten, was in ihren Kräften steht, um den Frieden im Orient zu erhalten." Die Londoner Zeitungen theilen nun auch die aus Alexandrien eingegangenen kriegerischen Nachrichten mit, und der Courier bemerkt darüber: „Die Auszüge, welche wir aus den französischen Blättern geben, werden zeigen, daß noch nichts bekannt ist, wodurch das Gerücht von einer wirklichen Collision zwischen der türkischen und der ägyptischen Armee bestätigt würde. Die in den französischen Blättern enthaltenen Briefe sind die einzige uns bekannte Autorität für das Gerücht von dem wirklichen Beginn offener Feindseligkeiten zwischen beiden Armeen. Wir haben wohl kaum nothig, unsere Leser zu erinnern, daß sie dem Umstande, daß ein Kurier in der Entfernung von fünf bis sechs Meilen vom Lager Kanonendonner zu hören glaubte, nicht zu viel Wichtigkeit beizulegen haben, und es ist zu hoffen, daß die Bemühungen der fünf Mächte, eine solche Collision zu verhindern, mit Erfolg gekrönt seyn werden."

Consols am 29. Mai 93 7/8.

Türkei.

Der Osservatore Triestino meldet aus Triest vom 3. Juni: „Das Dampfschiff des österreichischen Lloyd, „il Barone Eichhoff," welches gestern in sieben Tagen aus Syra hier eingelaufen ist, bringt die neuesten Nachrichten aus der Levante. — Im Wesentlichen wird die vor 14 Tagen durch den „Mahmudie" überbrachte Nachricht von einer Bewegung der ottomannischen Armee an den Euphrat bei Bir, ohne neuen Zusatz, bestätigt. Dieses Factum hatte anfangs einige Besorgnisse erregt, die aber allmählig wieder verschwanden, da seitdem so viele Tage ohne irgend eine feindselige Demonstration von der einen oder andern Seite verstrichen sind. — Der Vicekönig war am 12. Mai von Schebin (im Delta) zu Alexandrien eingetroffen, wo er mit Artillerielsalven von den Forts und den auf der dortigen Rhede liegenden Kriegsschiffen empfangen wurde. — Der Vicekönig erhielt noch am nämlichen Tage die Besuche sämmtlicher fremden, in Alexandrien residirenden Consuln, die auch an den folgenden Tagen verschiedene Conferenzen mit ihm hatten, und die Versicherung von ihm erhalten haben sollen, daß er alles, was in seiner Macht stehe, aufbieten werde, um den Frieden aufrecht zu erhalten. — In Alexandrien hatten sich bis 13. Mai einige Pestfälle ergeben."

Spanien.

Nachrichten aus Bayonne vom 28. Mai zufolge scheint General Maroto auch die Position von Amurrio verlassen und sich nach Galdacano (eine Stunde von Bilbao auf der Straße nach Durango) zurückgezogen zu haben. — Das Memorial des Pyrénées sagt in einem Postscriptum vom 29. Mai: „Unter den Truppen des Don Carlos soll wegen des rückständigen Soldes ein Aufstand ausgebrochen seyn. Maroto ist gefährlich krank. Don Carlos zieht sich mit der ganzen Artillerie auf Oñate zurück. Am 23. war die Avantgarde des Grafen von Luchana in Amurrio. Es scheint auch, daß die Besatzung von Bilbao einen Ausfall gemacht hat." — Dem Bayonner Phare vom 29. zufolge soll ein heftiger Wortwechsel zwischen den Generälen Maroto und Simon de la Torre wegen der Uebergabe von Guardamino Statt gefunden haben, in Folge dessen ersterer gedroht habe, den General la Torre erschießen zu lassen. — General Diego Leon soll am 22. Mai, nachdem er seine Colonne mit drei Bataillons verstärkt hatte, von Pamplona nach dem Süden aufgebrochen seyn, um den General Elio neuerdings anzugreifen.

Die Gazette de France äußert sich über die rückgängige Bewegung des Generals Maroto folgendermaaßen: „Es scheint die Absicht des Generals Maroto zu seyn, die Linie von Amurrio zu vertheidigen, aber wenn er auch einen andern Entschluß hierüber fassen, selbst wenn er Durango und El-Orrio verlassen sollte, so würde die feindliche Armee dem definitiven Succeß nicht viel näher gerückt seyn. Hinter Durango und El-Orrio sind die besten Positionen, die Defilés, die man am leichtesten gegen überlegene Streitkräfte vertheidigen kann. — Die Bewegungen Maroto's und seines Gegners, das Aufgeben oder die Besetzung dieses oder jenes Punctes sind von geringer Wichtigkeit; alles wird von dem Ausgange einer allgemeinen Schlacht abhängen, und die Geschicklichkeit des royalistischen Generals wird sich vorzüglich bei der Wahl des Terrains zeigen, auf welches er seine Gegner zu ziehen wissen wird."

Briefen aus Saragoſſa vom 25. Mai (im Phare) zufolge war es dem Chriſtiniſchen Brigadier Ayerbe gelungen, Montalvan (in Niederarragonien), das von den Carliſten hart bedrängt war, zu entſetzen.

Ueber den bereits vor mehreren Tagen durch den Telegraphen gemeldeten Aufſtand in Valencia enthalten Berichte aus Madrid vom 23. Mai folgendes Nähere: „Abermals iſt Valencia der Schauplatz anarchiſcher Bewegungen geweſen. Man konnte darauf gefaßt ſeyn, da die Anſtifter der letzten blutigen Unruhen nicht nur ungeſtraft geblieben waren, ſondern ſelbſt mitten im Nationalcongreſſe ihre Vertheidiger gefunden hatten. Hebt den Belagerungszuſtand auf, riefen die Patrioten, und die Ruhe iſt geſichert! Der als Unter-Generalcapitän dorthin geſchickte Brigadier Infante hatte nichts Eiligeres zu thun, als dieſer Aufforderung Folge zu leiſten, und an die Regierung die Verſicherung einzuſchicken, er hafte mit ſeinem Kopfe für die Ruhe der Stadt. Die Ruheſtörer mußten ihn für einen der Ihrigen halten, und begannen am Abend des 17. ihr großes Werk, deſſen eigentlicher Zweck noch im Dunkeln liegt, das aber unſtreitig auf Ermordung der Moderirten, Plünderung der Wohlhabenden und Errichtung einer „patriotiſchen Volksjunta“ hinauslief. Auch das Benehmen des Brigadiers Infante erſcheint in zweideutigem Lichte, da, Privatbriefen zufolge, er den Aufrührern Zugeſtändniſſe machte, er ſelbſt dagegen in ſeinem der Regierung abgeſtatteten Berichte behauptet, die Ruhe ſei hergeſtellt worden, ohne daß das Anſehen der Regierung im geringſten beeinträchtigt worden wäre. Er ſagt, er habe am Abend des 17. erfahren, daß in der Nacht Unruhen ausbrechen ſollten, und ſei deßhalb in der Kaſerne des Franciscanerkloſter geblieben. Da er aber um 4 Uhr Morgens habe Generalmarſch ſchlagen hören, ſo ſei er mit mehreren Offizieren auf die Straße gegangen, und habe den Tambour verhaftet; bei dieſer Gelegenheit ſei ſein Adjutant Lopez Albacete erſchoſſen worden. Er habe ſich darauf mit einiger Infanterie und Cavallerie nach dem Dominicanerplatze begeben, und mehrere Barricaden, von denen aus man auf ihn gefeuert hätte, angreifen und nehmen laſſen. Die Rebellen ſeien darauf zum Theil entflohen, und einige funfzig hätten ſich mit Zurücklaſſung einer Kanone in dem Tempel eingeſchloſſen. Infante ließ ihnen anzeigen, daß er das Gebäude einſchießen würde, falls ſie ſich nicht ſogleich ergäben; dieſer Aufforderung leiſteten ſie Folge, indem ſie die Waffen niederlegten. Da aber in den Straßen fortwährend Generalmarſch geſchlagen wurde, ſich in Folge deſſen viele Nationalmilizen auf dem Marktplatze verſammelten, und ſich, ohne vom Zwecke der Rebellen unterrichtet zu ſeyn, dieſen anſchloſſen, ſo ſchickte Infante auch dorthin Truppen ab und ließ die Milizen auffordern, nach Hauſe zu gehen. Dieſe ſchickten eine Commiſſion an den Brigadier Infante, um ihm Vorſchläge zu machen und Aufklärungen zu verlangen, worauf er erwiederte, er müſſe bei ſeinem Beſchluſſe beharren. Um 1 Uhr Nachmittags des 18. war darauf die Ruhe vollkommen hergeſtellt. So lautet der Bericht des Brigadiers Infante. Die hieſigen revolutionnären Blätter ſuchen ſehr ſcharfſinnig die Veranlaſſung jener Volksbewegung in dem Gerüchte von der im Einverſtändniſſe mit den engliſchen Tories und dem Könige Ludwig Philipp beabſichtigten Errichtung eines Jovellaniſten-Miniſteriums. Gewiß iſt, daß die Nationalmiliz von Valencia in der Nacht vom 17. eigenmächtig Generalmarſch ſchlagen ließ, und daß ein Bataillon vom Grao aus in die Stadt drang, ſich einer Kanone bemächtigte, und den Aufrührern ſich anſchloß. Ein Miliciano erſchoß den Adjutanten Infante's ohne die geringſte Veranlaſſung. Die Nationalmiliz beſetzte auf dem Marktplatz die Hauptwache und die Börſe, und feuerte von dort aus auf die Truppen. Privatbriefen zufolge hätte die Nationalmiliz erklärt, ſich nicht eher zurückziehen zu wollen, bis auch die Truppen ſich zurückzögen. Dieß hätte Infante zugeſtanden, und darauf hätte auch die Miliz ſich zurückgezogen, und die Ruhe wäre hergeſtellt worden. — Der Graf Luchana hatte am 16. ſein Hauptquartier in Medina de Pomar, und meldete von dort aus, er laſſe die vom Feinde verlaſſenen Forts von Guriezo, Gibaja und Molinar de Carranza zerſtören. Der General Caſtañeda ließ Ramales und Guardamino aufs neue befeſtigen; die Truppen hatten bei Villarcayo Cantonnirungen bezogen, und erholten ſich von den ausgeſtandenen Beſchwerden. — Es heißt, Cabrera habe ſich aufs neue in die Provinz Guadalajara geworfen, um einen Artillerietransport, der von Saragoſſa hierher kommt, aufzufangen. Am 20. war Balmaſeda mit 500 Pferden in Valdeolivas; indeſſen iſt die Poſt von Saragoſſa noch heute angekommen. — Nachſchrift. Vor Abgang der Poſt erfahre ich, daß der Artillerietransport glücklich in Guadalajara angekommen iſt.“

Portugal.

Man hat Nachrichten aus Liſſabon vom 20. Mai in England erhalten und erfährt dadurch, daß der neue Gouverneur von Angola, Admiral Noronha, am Ort ſeiner Beſtimmung angekommen war, und gleich in einer Proclamation ſeine Abſicht angekündigt hatte, die Befehle der Regierung zur Unterdrückung des Sclavenhandels in Ausführung zu bringen. Er gilt für einen redlichen und feſten Mann, iſt aber bereits 74 Jahre alt und lag am klimatiſchen Fieber darnieder. — In den portugieſiſchen Cortes hatte der Miniſter der Finanzen um die Erlaubniß nachgeſucht, einen Vorſchuß von 1400 Contos (360,000 Pf.) auf die zu Ende Juni fällige Decima-Abgabe zu erheben, wahrſcheinlich um mit dieſem Gelde die Klagen der Beamten wegen ihrer Gehaltrückſtände zu beſchwichtigen. Er erklärt bei dieſer Gelegenheit, daß der Schatz monatlich 598 Contos bedürfe und nur 430 Contos einnehme. Nach dem 1. December d. J. hoffte man jedoch auf eine Zunahme von monatlich 100 Contos in den Einnahmen. Die Liſſaboner Zeitungen enthalten ein von Don Antonio de Mello Saldanha e Caſtro an Lord Brougham gerichtetes Schreiben, worin jener auf die Beſchuldigungen antwortet, welche dieſer im Oberhauſe gegen ihn erhoben.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 30. Mai wurden unter Andern folgende Beſtimmungen des Geſetzentwurfs über das ſchriftſtelleriſche Eigenthumsrecht angenommen: Nachdrucker werden in eine an den Staat zu zahlende Geldſtrafe von 300 Fr. verfällt und haben dem Eigenthümer des betreffendes Werkes eine richterlich nach den Preiſen der Originalausgabe zu regelnde Entſchädigung zu bezahlen. Bei einem Rückfalle wird die Strafe verdoppelt und es kann gegen den Nachdrucker auf eine Gefängnißſtrafe bis zu Einem Jahre erkannt werden. Wie Nachdrucker werden diejenigen behandelt, welche wiſſentlich fremde Nachdrücke franzöſiſcher Werke einführen oder verkaufen.

Die Deputirtenkammer wählte am 29. und 30. Mai ſechs Candidaten für zwei erledigte Stellen in der Commiſſion zur Beaufſichtigung der Staatsſchulden-Tilgungsfonds. Der Konig hat zwei aus denſelben auszuwählen. Die Wahl fiel auf die HH. Lefebvre, Deleſſert, Beudin, Ganneron, Gouin und Joſeph Perier. — Der Antrag der HH. Larabit und Chapuis

Montlaville auf Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung über vorgekommene Wahlumtriebe ist von den Bureaux der Deputirtenkammer nicht zur Vorlesung zugelassen worden. Von den neun Bureaux müssen sich, wenn ein Antrag in der Kammer gestellt werden soll, wenigstens drei für denselben aussprechen; für den genannten aber waren bloß zwei.

Der dem Pairshofe übertragene Prozeß wird kürzer dauern, als man vermuthet hatte. Er dürfte gegen Ende Juni beginnen und noch vor dem Schlusse der Kammersitzung beendigt seyn. Die Verhandlungen werden in dem alten Sitzungssaale vor sich gehen, da die Mehrzahl der Gefangenen vor den Assisenhof verwiesen werden wird; vor den Pairshof werden bloß die Häupter, welche die Verschwörung leiteten, etwa 20 bis 25, gestellt werden. — Es haben neue Verhaftungen Statt gefunden. Die Verhafteten sollen der „Section der nackten Arme" angehören.

Briefe aus Toulon vom 28. Mai melden: „Seit gestern herrscht in unserm Kriegshafen eine große Bewegung. Es sind Befehle eingetroffen, eine imposante Escadre auszurüsten, die unverzüglich nach den Gewässern der Levante segeln soll. Gegenwärtig besteht die Escadre des Contreadmirals Lalande aus den Linienschiffen „Jena," „Hercules," „Triton," der Corvette „Favorite" und dem Brigg „Bougainville." Zur Verstärkung dieser Escadre sollen die Linienschiffe „Jupiter" und „Trident," die Fregatte „Iphigenie," welche so eben von Mexico eingetroffen, und die Corvette „Diligente" unverzüglich unter Segel gehen. Ihnen werden das Linienschiff „Genereux," die Fregatte „Thetis" und die Corvette „Brillante" auf dem Fuße folgen. Die Escadre des Admirals Lalande wird demnach 6 Linienschiffe, 2 Fregatten, 3 Corvetten und 2 Briggs, im Ganzen 13 Schiffe zählen. Die Linienschiffe „Santi Petri" und „Montebello," letzteres das größte Schiff der französischen Marine, werden gleichfalls segelfertig gemacht. Die Flotte wird, wenn sie mit der englischen gemeinschaftlich agirt, stark genug seyn, um jedem Ereigniß die Stirne zu bieten. — Der Prinz von Joinville wird übermorgen hier eintreffen."

Am 30. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 20. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 20. — Am 31. Mai um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 10. 3Percents 81 Fr. 20.

Schweden und Norwegen.

Das Storthing zu Christiania hat seine Verhandlung über den von der Regierung vorgeschlagenen neuen Zolltarif beendigt und die meisten Anträge seines Comité angenommen. Eine der wesentlichsten Aenderungen ist die Herabsetzung des Kaffehzolls von 5 auf 3 Sch. Sps. (Die Einfuhr beträgt an 2½ Millionen Pf. im Jahre.) Für ungebleichte Baumwollenzeuge wurde der Einfuhrzoll zu 16, Transitzoll zu 1½ Sch. das Pfund bestimmt; für Kartoffeln der Einfuhrzoll von 27 auf 16 Sch. die Tonne herabgesetzt, aber der vom Comité vorgeschlagene Zusatz, daß dieser Artikel jedes Jahr von Anfang März bis Ende Juni zollfrei seyn solle, mit 79 Stimmen verworfen. Schreibpapier soll bei der Einfuhr 4 Sch. vom Pf. zahlen. Gerste, Hafer und Roggen betreffend, ward der Antrag des Comité angenommen, „die vorgeschlagene Zollherabsetzung zu verwerfen und die jetzigen Zölle unverändert zu lassen."

Die Reichszeitung bringt das Staatsbudget für 1836: Einnahmen 2,741.000, Ausgaben 2,793,000 Sps. in Zetteln und Silber; Restanten und Cassenbestände circa 2,300,000 Sps.

Schweizerische Eidgenossenschaft.

Der Vorort eröffnet den Ständen in einem Kreisschreiben vom 25. Mai, daß er, nach beharrlicher Weigerung des alten Staatsrathes von Wallis, die letzten Vermittlungsvorschläge dem Volke vorzulegen, die Vermittlungsversuche selbst als erschöpft ansehe und die Verfügungen über die factische Territorialausscheidung zwischen beiden Cantonstheilen bis zum Entscheide der Tagsatzung getroffen habe, — als Anerkennung einer factischen Trennung.

Belgien.

Der König hat den nach Frankreich zurückkehrenden General Magnan für den Eifer und die Ergebenheit, die er im Dienste Belgiens gezeigt, zum Commandeur des Leopoldordens ernannt.

Der Senat versammelte sich am 29. Mai um 1 Uhr. Kaum hatte die öffentliche Sitzung begonnen, als der Präsident das geheime Comité verlangte. Ueber die Vorgänge in demselben hat nichts verlautet. Der Senat nahm hierauf in öffentlicher Sitzung die Erörterung des Gesetzentwurfs in Betreff der Wahl eines Senators im Limburgischen wieder vor.

Teutschland.

Se. Majestät der König von Hannover haben geruht, dem Oberhofmarschall von Wangenheim die nachgesuchte Entlassung aus dem Hofdienste, unter Beilegung des Titels eines geheimen Raths und des Ranges eines Generals, in Gnaden zu ertheilen.

Wien.

Ihre Majestät die Kaiserinn-Königinn haben nachbenannte Damen zu Allerhöchstihren Pallastdamen zu ernennen geruht:

Caroline Majláth von Székhely, geborne Ujvoles von Peteófalva.

Clementine Gräfinn von Amade, geborne Gräfinn Taaffe.

Antonia Gräfinn von Esterházy, geborne Freyinn Perenni.

Francisca Gräfinn von Károly, geborne Gräfinn Esterházy von Galantha.

Maria Gräfinn Esterházy von Galantha, geborne Gräfinn zu Plettenberg-Mietingen.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mittelst Allerhöchst unterzeichneten Diploms den Gubernialrath und Kreishauptmann im Pusterthale in Tyrol, und Ritter des österreichisch-kaiserlichen Leopoldordens; Joseph Theodor Kern, den Ordensstatuten gemäß, in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaats mit dem Prädicate „von Kernburg" zu erheben geruht.

Am 7. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	108.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	669⅛.
detto	detto v. J. 1839,	für 250 fl. in CM.	270.
detto	detto v. J. 1839,	für 50 fl. in CM.	54.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	66⅛.

Bankactien pr. Stück 1525 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108

W 1. K. ZEITUNG 1839

№ 160

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 9. Juni 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 7. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reduzirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.459	283. 2 8. 7 P.	+ 10.1	NW.	mittel.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.502	28 3 2	+ 14.8	NW.	— —	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.523	28 3 5	+ 11.7	N.	still.	Wolken.

Türkei.

Aus officiellen Berichten aus Alexandrien vom 10. und 16. Mai ergibt sich Folgendes über den Stand der beiderseitigen Armeen an der Gränze von Syrien:

Am 21. April hat die erste Colonne der großherrlichen Armee, unter Ismael Pascha, von Orfa kommend, mit drei Infanterieregimentern bei Bir den Euphrat überschritten, während drei andere Infanterieregimenter, neun Schwadronen und fünf Batterien am linken Ufer Stellung nahmen. Die Hauptarmee unter Hafiz Pascha, von Malatia aufgebrochen, 40 bis 45,000 Mann stark, mit vierzehn Batterien versehen, war gleichzeitig in Semisat am rechten Ufer des Euphrat eingetroffen.

Am 3. Mai rückte Ismael Pascha bis Nasib, drei Stunden von Bir auf der Straße nach Aleppo im Paschalik von Marasch gelegen, vor und besetzte dieses großherrliche Gränzstädtchen. Bis zum 6. Mai, bis zu welchem Tage man Nachrichten aus Aleppo in Alexandrien hatte, war keine weitere Bewegung der großherrlichen Truppen bekannt, doch liefen Gerüchte von einer Bewegung der Paschas von Mossul und Bagdad nach dem Euphrat, über den sie bei Dex gehen sollten.

Die Aegyptier in Cantonnirungsquartieren von Goza bis Adana auf 150 Stunden Ausdehnung liegend, und ihre Cavallerie- und Trainpferde nach der im ganzen Oriente für den Mai üblichen Gewohnheit auf der Weide haltend, begannen auf die am 23. Mai erhaltene erste Nachricht vom Vorrücken der türkischen Armee, sich bei Aleppo zusammenzuziehen. Am 6. Mai waren dort bereits 35,000 Mann Infanterie, fünf Cavallerieregimenter und zwei Regimenter Artillerie vereinigt, zu denen am 7. noch zwei Garderegimenter und ein Infanterieregiment stoßen sollten. Die Nordgränze im Taurus blieb mit fünf Infanterieregimentern und einiger Reiterei besetzt. Die Vortruppen Ibrahims standen in Aintab und Sedschud und werden seither gegen Aleppo zurückgezogen worden seyn. Gegen den Bezirk der Drusen und Metualy standen 600 Arnauten und 7 bis 8000 Maroniten. Ibrahim hatte von seinem Vater die Weisung erhalten, so lange als thunlich, auszuweichen.

Der Generalquartiermeister der ägyptischen Armee, Soliman Pascha, hat unterm 16. Safer (1. Mai) an sämmtliche europäische Consuln in Aleppo ein Circular erlassen, worin er sie in Kenntniß setzt, daß die ägyptische Regierung, nachdem die Türken alle Verbindung mit den Provinzen dießseits des Euphrats unterbrochen haben, sich bemüßigt gefunden habe, ihrerseits Repressalien zu gebrauchen, und jeden Verkehr über die Gränze zu verbieten.

Am 8. Mai wurde aus Alexandrien ein Infanterieregiment nach Antiochia eingeschifft. — Aus Candia sind am 15. Mai 150 Albaneser nach Alexandrien abgesegelt. — Die ägyptische Flotte lag am 16. Mai auf der Rhede von Alexandrien.

Spanien.

Den neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatze in den nördlichen Provinzen zufolge befand sich das Hauptquartier des Don Carlos am 25. Mai fortwährend in Durango und die in Bayonne verbreiteten Gerüchte vom Aufbruch desselben nach Oñate, so wie von einem Aufstande unter den Truppen des Don Carlos, waren ungegründet. Ueber die Räumung von Orduña äußert sich eine Mittheilung aus Durango vom obgedachten Tage folgendermaaßen: „In Folge eines Kriegsraths über die Unmöglichkeit, die Stadt Orduña zu vertheidigen, ward die Räumung dieses Platzes beschlossen. Demnach wurden die Truppen und das Material am 23. Morgens herausgezogen. Die feindliche Armee hat am 24. um 2 Uhr Nachmittags mit 8000 Mann Besitz davon genommen. Maroto hat seine Aufstellungslinie von Amurrio nach Llodio genommen, und glaubte, daß sie Espartero große Opfer kosten müßte, wenn er sie überwältigen wollte. Sein System ist übrigens, die Stellungen nacheinander so zu vertheidigen, daß er die feindliche Streitmacht erschöpft und der Cavallerie nur schwache Anwendung gestattet. Orduña war im Augenblicke des Einzuges der Truppen der Königinn ganz verödet. Alle Einwohner hatten sich mit ihren Habseligkeiten entfernt. — Man hatte gesagt, Don Carlos habe sich, nachdem Espartero sich Orduña's und Orozco's bemeistert, von Durango entfernt, um sich nach El-Orrio und Oñate zu begeben. Dieses Gerücht war grundlos. Eguia, der Aelteste des Kriegsraths des Don Carlos, hatte am 25. eine dreistündige Conferenz mit Don Carlos zu Durango, und reiste nach derselben nach Eybar zurück. Zariategui, der von seiner Mission nach Navarra zurück ist, hat Don Carlos an demselben Tage besucht. Don Carlos hat über das zweite navarresische und das vierte Bataillon von Alava und die vierte Schwadron Revur gehalten, die nach Murguia auf der Straße von Bilbao nach Orduña ihre Richtung eingeschlagen haben."

In einem Schreiben aus Bayonne vom 28. Mai heißt es: „Einige hiesige Kaufleute, die für die Sicherheit ihrer in Durango niedergelegten Waaren besorgt waren, haben bei Maroto, der einige Stunden von dieser Stadt aufgestellt ist, fragen lassen, ob sie Vorsichtsanstalten treffen sollen. Maroto ließ ihnen antworten, daß sie ohne Sorgen seyn könnten. Diese Antwort hat die Kaufleute wieder etwas beruhigt. Man schreibt aus Estella vom 24., daß auf dieser Seite keine unmittelbare Gefahr drohe. Man trifft jedoch Vorsichtsanstalten. Leon, der durch drei zahlreiche Bataillons verstärkt ist,

Digitized by Google

hatte sich mit seiner Artillerie und Cavallerie bei Lerin concentrirt. Lerin liegt nur einen starken Tagmarsch von Estella. Die Christinos haben auf der Seite von Vitoria auch den thätigen und unerschrockenen Zurbano, der gegenwärtig ein Corps von 3000 Mann befehligt. Er hat in den letzten Tagen seine Streifzüge bis an die Thore von Oñate vorgeschoben, das ein für Don Carlos wichtiger Punct ist; denn wenn Maroto, wie zu besorgen ist, aus Durango verdrängt wird, so wird er zu Oñate, das auf der Straße, und fast am Eingang der Amescoas liegt, eine Vertheidigungsstellung finden."

Der Bayonne Phare, der bekanntlich nicht im Carlistischen Sinne schreibt, enthält folgendes Schreiben aus Saragossa vom 23. Mai: „Mit der Gesundheit des Generals Nogueras geht es etwas besser; aber er ist noch außer Stande abzureisen, um das Commando der Armee zu übernehmen. Und doch wäre es sehr nöthig, daß es so bald als möglich geschehe, denn der General Ayerbe will durchaus abtreten, und schützt zu diesem Behufe selbst seinen schlechten Gesundheitszustand vor; der General Amor ist bei den Soldaten gar nicht beliebt, so daß, wenn Ayerbe sich zurückzieht, die Centrumsarmee vollends zu Grunde gehen wird. Die Regierung muß mehr als je eilen, endlich hierüber eine Parthie zu ergreifen, sonst wird der Feldzug von 1839 noch schlechter ausfallen, als der Feldzug des verflossenen Jahres. — Niederarragonien befindet sich im kläglichsten Zustande; die Factiosen spielen ganz und gar den Meister. Sie haben zu Villarluengo, einem Dorfe unweit Morella, eine Gewehrfabrik angelegt, die täglich sechs Stücke liefert; in Calanda bereiten sie Salpeter. Mit einer Escorte von nicht mehr als zwei Mann führen sie ihre Rationen, wohin es ihnen beliebt, während die Truppen der Königinn dieß kaum unter Escorte von zwei Bataillons bewerkstelligen können. Mit Einem Worte, man kann sich nicht verhehlen, Niederarragonien gehört Carl V., und es steht hier für uns weit schlechter, als in Navarra. Espartero ist der einzige Mann, der mit seiner Armee die Factionen aufreiben könnte, die sich bereits gar nicht mehr um die Centrumsarmee kümmern."

Briefen aus Madrid vom 25. Mai (im Commerce) zufolge ist dem neuen Minister Hrn. Carmolino (der bekanntlich für einen Moderado gilt) am 24. Abends ein Charivari gebracht worden. Einige zwanzig Personen wurden bei diesem Anlasse verhaftet.

Großbritannien und Irland.

Lord J. Russell hat die Einbringung seines Erziehungsplanes *) ins Unterhaus, seiner Erklärung am Schlusse der Sitzung vom 27. Mai zufolge, auf 14 Tage verschoben. Die ministeriellen Blätter, wie der Courier, hoffen wenig für denselben. Bereits hat die Universität Oxford einer heftigen Petition dagegen ihr Siegel beigesetzt.

Die Times erzählt die, gestern kurz erwähnte, „abermalige Beleidigung der brittischen Flagge" folgendermaaßen: „Am 10. April kam Ihrer Majestät Dampfschiff „Medea," unter Commodore Douglas, dem Oberbefehlshaber auf den westindischen und nordamerikanischen Stationen, innerhalb neun Tagen von Jamaica und acht von Santiago de Cuba, in Bermuda an. Am Abend des 11. April begegnete die „Medea," damals auf der Höhe der Südküste von Cuba, einem Brigg, welchem der Commodore, da er ihn für ein Sclavenschiff hielt, mittelst einiger blinden Signalschüsse aufforderte, seine Flagge aufzuhissen. Diese wurden von dem Brigg mißachtet, der unter vollen Segeln blieb, und mit dem Winde auf seiner Backbordseite und unter Aussetzung der Beesegel weiter fuhr. Da dieß sehr verdächtig aussah, so folgte ihm die „Medea" in aller Eile, und hielt ihren 84Pfünder auf dem Vorderdeck und den 32Pfünder auf dem Gang schußbereit. Als sie an die Backbordseite des Briggs kam, wurden einige Flinten mit blinden Patronen abgefeuert, worauf man auf dem Brigg Trommelschlag vernahm — ein klarer Beweis, daß er kein Sclavenschiff, sondern ein Kriegsschiff war. Als die „Medea" nahe genug war, grüßte sie und fragte: „Was für ein Brigg dieß? Wo geht ihr hin?" Auf diese Fragen, obgleich sie in englischer und französischer Sprache wiederholt wurden, und kein Zweifel mehr obwaltete, daß der Brigg ein französisches Kriegsschiff sei, erfolgte keine Antwort. Der französische Commandant fragte auf englisch: „Seid ihr das Packetboot." Die Antwort war: „Nein, das Kriegsschiff „Medea," worauf diese dem Franzosen „gute Nacht" wünschte, von der Verfolgung abstand und ihre Fahrt fortsetzte. In einiger Entfernung indessen fiel dem Commodore ein, er könnte dem Franzmann vielleicht wichtiges Neues aus Mexico mittheilen, und befahl daher dem Capitän Nott, dem Brigg unverzüglich nachzusegeln, was geschah. Als die „Medea," deren Maschinen nur mit halber Kraft arbeiteten, dem Brigg beinahe gegenüber war, schien letzterer so zu manövriren, als suche er unter den Steuerbordbug des Dampfschiffes zu kommen. Durch ein Gegenmanöver der „Medea" erfolgte ein Zusammenstoß beider Schiffe, der jedoch nur sehr gering war, und dem Brigg nichts als eines ihrer Beesegelspiere wegriß. In demselben Augenblick aber schlug ein halb Dutzend Kanonenschüsse zu das Bugspriet der „Medea." Da der Commodore wußte, was es für ein Schiff war, und daß es nur aus einem unglücklichen Mißverständniß gefeuert habe, so ließ er natürlicherweise das Feuer nicht erwiedern — ein Glück für den Franzmann, denn die schwere Kanone auf dem Vorderdeck würde den Brigg bald zum Schweigen gebracht oder in wenigen Minuten in den Grund gebohrt haben. Durch eine Wendung der „Medea" wurden die Schiffe getrennt, hierauf ein Boot von der „Medea" hergelassen und ein Officier an Bord des Briggs gesandt, um nach der Ursache des Feuerns zu fragen. Als der französische Commandant erfuhr, was die „Medea" sei und wer sich darauf befinde, war er sehr kleinlaut und reumüthig, und sagte, er habe bloß befohlen, einen Schuß vorn am Dampfboot vorbei zu feuern, sein Befehl sei jedoch mißverstanden und sämmtliche Kanonen des Briggs gelost worden. Hierauf kam er an Bord der „Medea," und entschuldigte sich bei dem Commodore persönlich. Beider müssen wir beifügen, daß einer von der Mannschaft der „Medea" schwer im Schenkel verwundet wurde und alsbald amputirt werden mußte. Drei 36Pfünder trafen das Schiff und beschädigten es beträchtlich. Der französische Brigg heißt „Griffon," führt 20 Kanonen, und ging von Frankreich nach Veracruz. Die vom Commodore Douglas ihm mitgetheilte Nachricht vom Abschluß des Friedens mit Mexico dürfte ihn indeß wohl bestimmt haben, nach der Havannah zu segeln. Er wird den Franzosen schwer werden, eine befriedigende Erklärung über diesen zweiten von ihren Kriegsschiffen in jenen Meeren verübten Frevel zu geben. Zuvorderst verfehlte sich der französische Commandant empfindlich gegen die schuldige Höflichkeit dadurch, daß er das Aufhissen der Flagge verweigerte, als er höflich darum ersucht wurde; er war derjenige Theil, dem die Mittheilung der Neuigkeiten genützt hätte, denn da er von Frankreich kam, so konnte er mit den wichtigen Verhandlungen zu Veracruz nicht bekannt

*) Vergl. unser vorgestriges Blatt.

seyn, und er muß gewußt haben, daß jeder englische Kreuzer, selbst das Packetboot, ihm Nachricht geben konnte. Zweitens ist eine Verdächtigung der „Medea" als mexicanischer Corsar lächerlich; denn zu geschweigen von ihrer Größe, so waren nicht nur auf der Fockrahe zwei Laternen aufgezogen, sondern auch die Top- und Kampanlaternen des Oberbefehlshabers ausgestellt. Es läßt sich wohl mit ziemlichem Fug annehmen, daß der Franzose die „Medea" für das englische Packetboot hielt, und dachte, er könne ungestraft den Renommisten spielen."

Obiger Vorfall wurde in der Sitzung des Oberhauses vom 30. Mai durch Lord Strangford zur Sprache gebracht, welcher an den ersten Lord der Admiralität die Frage stellte, ob ihm eine officielle Anzeige hinsichtlich der Collision zugekommen sei, die zwischen dem brittischen Dampfschiff „Medea" und einer französischen Kriegssloop Statt gefunden habe. — Lord Minto erwiederte, er danke dem edlen Lord auf der entgegengesetzten Seite, daß er ihm Gelegenheit gebe, einen Vorfall aufzuklären, der viel Aufsehen gemacht habe und größtentheils in einem falschen Lichte dargestellt worden sei. Es sei allerdings wahr, daß eine Collision zwischen Ihrer Majestät Dampfschiff „Medea" und einem französischen Kriegssloop Statt gefunden; die Sache sei aber rein zufällig gewesen. Sobald der französische Offizier die nähern Umstände erfuhr, machte er alle möglichen Entschuldigungen über die Folgen dieses Zufalls. Er (Lord Minto) sei durch einen Bericht des brittischen Offiziers, der an Bord der „Medea" commandirte, aus Bermuda vom 20. April, im vollständigen Besitz aller nähern Umstände dieses Vorfalls. Aus diesem Bericht gehe hervor, daß die französische Sloop das englische Schiff für einen mexicanischen Kreuzer gehalten, und als letzterer auf den französischen Sloop losging, befohlen habe, einen Schuß auf selbes abzufeuern; durch einen unerklärbaren Zufall seien aber sechs Schüsse gegen die „Medea" abgefeuert, und dadurch ein Mann verwundet worden, dem sogleich ein Bein abgenommen werden mußte. Das Ganze sei einer von jenen unvorhergesehenen Zufällen, die sich zuweilen ereignen und wobei keinem Theile irgend eine Schuld beigemessen werden könne. Wenn eine Angriffsbewegung Statt gefunden, so sei dieß eher von Seite unsers Schiffes der Fall gewesen, das auf die französische Sloop losgesteuert sei. Der edle Lord halte sich überzeugt, daß diese Erläuterung für das Haus und für das Land befriedigend seyn werde; er könne nur bedauern, daß Berichte hierüber (wie der obige der Times) in Umlauf gesetzt worden, welche sicherlich darauf berechnet seien, bei einem auf seine Ehre eifersüchtigen Volke unnothigerweise Gefühle des Mißmuths zu erregen. — Lord Strangford äußerte, daß er sich über die gegegebene Erklärung freue; aber nicht unbemerkt lassen könne, daß derlei Mißverständnisse jetzt häufiger vorzukommen pflegen, als in früheren Zeiten.

Im Unterhause wurde am 31. Mai eine Masse von Petitionen gegen den neuen Erziehungsplan der Regierung überreicht. — Bei Abgang der Post hatte der Unterstaatssecretär im Colonialdepartement, Hr. Labouchere, das Wort genommen, um die neuen Vorschläge der Regierung in Bezug auf Jamaica dem Hause zu entwickeln.

Für Edinburgh wird nächstens eine neue Parlamentswahl Statt finden, da Hr. Abercromby, der seitdem zum Pair erhoben worden, seinen Wählern angezeigt hat, daß er seinen Parlamentssitz aufgeben werde. In der Abschiedsadresse an seine Constituenten sagt er unter Anderm: „Sie haben das Wahlrecht stets als eine Gewalt betrachtet, die zum allgemeinen Besten und nicht für Ihre Privatinteressen ausgeübt werden müsse. Hätten andere Wählerschaften dasselbe offene und ehrenwerthe Verfahren beobachtet, so würden das gegenwärtige Mißvergnügen und viele Schwierigkeiten, in die das Land jetzt verwickelt ist, größtentheils vermieden worden seyn. Der Werth und die Wirksamkeit der Reformbill hätte dann gehörig erprobt werden können, und wir hätten nicht große Summen dazu verwenden sehen, um die Achtung vor den öffentlichen Grundsätzen zu untergraben, indem man einen Theil desjenigen Volkes zu verführen und zu bestechen suchte, welches die Legislatur durch Verleihung des Wahlrechts zu erheben suchte." Man glaubt, daß Hrn. Abercromby's Nachfolger als Repräsentant der Stadt Edinburgh Hr. Macaulay seyn werde, da derselbe bereits von einer achtbaren Wählerversammlung eine Einladung erhalten und man seine Wahl gegen die Torypposition für vollkommen gesichert hält, auch unter den Liberalen aber eine Spaltung bei dieser Gelegenheit erwartet, weil die Radicalen keinen Grund zur Opposition haben dürften, indem Hr. Macaulay für einen Anhänger der geheimen Abstimmung und der kürzern Parlamentsdauer gilt.

Als die verwitwete Königinn auf ihrer Rückreise von Malta in Palermo anlangte, lag dort 6 Fuß tiefer Schnee, und während ihres Aufenthalts in Lissabon war auch dort eine schneidende Kälte.

Das Dampfschiff „Kleopatra" von 750 Tonnen ist zu Northfleet vom Stapel gelassen worden und soll für die ostindische Compagnie zwischen Bombay und Suez fahren.

Consols am 30. Mai 93¾, ⅞.

Preußen.

Ueber die Reise Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen von Preußen durch die Rheinprovinzen meldet die Kölner Zeitung vom 31. Mai: „Sr. königl. Hoheit der Kronprinz bestieg, von dem General von Borstell und dem Oberpräsidenten von Bodelschwingh begleitet, gestern Nachmittags gegen 3 Uhr in Koblenz das prachtvoll geschmückte Kölnische Dampfschiff, welches Seinen Namen trägt. Alle officiellen Feierlichkeiten waren untersagt, sogar hatte Sr. königl. Hoheit, wegen der Feier des Frohnleichnamstages, keine Musik an Bord des Schiffes dulden wollen; allein vom Lande her hatte die allgemeine Begeisterung sich durch diese Rücksichten keine Schranken setzen lassen, sondern die Ufer entlang verkündeten die Fanfaren, der Donner der Privatgeschütze und der Willkommsgruß aus Tausenden von Kehlen die Annäherung des Erben des Thrones. Von den Bergen herab erschallten die Gesänge, donnerten die Böller, und wehten die Fahnen, und die Glocken der Dörfer und Städte erklangen darein. Bald nach 7 Uhr wurde das Schiff von Köln aus sichtbar, wo von dem Bollwerk am festlich geschmückten Landungsplatze der Dampfboote und von allen bei der Stadt liegenden Schiffen her die Flaggen dem sehnlichst Erwarteten entgegenwehten, und der Donner der Boller Ihn laut begrüßte. Eine unübersehbare Menschenmenge bedeckte die beiden Ufer und die Schiffbrücke; lauter Jubel erscholl, als gegen halb 8 Uhr das Schiff nahte und landete, aus den Fenstern wehten Tücher, und von dem Bollwerk erklang bewillkommend eine Fanfare. Heute Morgens inspicirte Sr. königl. Hoheit auf der Mühlheimer Heide die Linientruppen. Nach eingenommenem Mahle, zu welchem mehrere Behörden zugezogen worden, verließ der Kronprinz die Stadt, um Sich an Bord des festlich geschmückten Düsseldorfer Dampfschiffes, „der Herzog von Nassau," zu begeben. Sr. königl. Hoheit verfügte Sich zunächst nach Wesel, um am 5. Juni wieder in unsere Mitte zurückzukehren, und die beiden folgenden Tage zu verweilen."

Frankreich.

Der Moniteur vom 1. Juni enthält einen Bericht des Marschalls Valée, Gouverneurs der französischen Besitzungen in Afrika, an den Kriegsminister, vom 25. Mai, über einen am 17. gedachten Monats von den Kabylen gegen das unlängst von den Franzosen besetzte Fort von Dschidschelli unternommenen Angriff, der von der französischen Besatzung aufs tapferste zurückgewiesen wurde. — In einem zweiten Berichte vom nämlichen Tage gibt der Marschall umständliche Details über die Bewegungen, welche die Besatzung von Budschia zur Zeit, als die Franzosen Dschidschelli besetzten, mit dem glücklichsten Erfolg ausgeführt hatten.

Marschall Gerard hat am 30. Mai den Marschall Oudinot in Besitz des Pallastes des Großkanzlers und der Kanzlei der Ehrenlegion gesetzt.

In der Sitzung der Pairskammer vom 31. Mai wurde die Berathung des Gesetzentwurfs über das schriftstellerische Eigenthum beendigt. In der vorhergehenden Sitzung war noch der Artikel angenommen worden, nach dem von jedem neu erscheinenden Erzeugniß der Buchdruckerei, der Lithographie, der Kupferstecherei ꝛc. fünf Exemplare, ausnahmsweise bloß drei, bei der Behörde niederzulegen sind. Am 31. wurde über einen von der Commission vorgeschlagenen Artikel folgenden Inhalts berathen: „Die Regierung kann in Kraft besonderer Verträge in Frankreich den Urhebern wissenschaftlicher, literarischer oder künstlerischer Werke, welche das erste Mal im Auslande erscheinen, alle Rechte verbürgen, welche das gegenwärtige Gesetz den Inländern für ihre Werke sichert. Diese Bestimmung tritt jedoch nur im Wege der Gegenseitigkeit gegenüber den Unterthanen der Staaten ein, welche den französischen Schriftstellern und Künstlern für ihre das erste Mal erscheinenden Werke dieselbe Bürgschaft gewähren und die Einführung von Nachbildungen dieser Werke verbieten." Dieser Artikel wurde von dem Minister des öffentlichen Unterrichts, Hrn. Villemain, vertheidigt, dagegen von den HH. de Fréville, de Flahaut und dem Duc de Montebello bekämpft und mit starker Mehrheit verworfen. Schließlich wurde der ganze Gesetzentwurf mit 78 gegen 31 Stimmen angenommen. — Im weitern Verlaufe der Sitzung wurden Bittschriften in Betreff der Zuckerangelegenheiten an das Ministerium verwiesen. Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Hr. Villemain, erklärte, das Zuckergesetz werde in wenigen Tagen vorgelegt werden. Eine Bittschrift um Schutz für die inländischen Linnengewebe wurde ebenfalls an den Handelsminister, Hrn. Cunin-Gridaine, verwiesen.

In der Pariser Vorstadt St. Denis hat die Polizei einen bedeutenden Fang gemacht. Ein Gasarbeiter, Namens Galland, der an den Unruhen vom 12. Mai thätigen Antheil genommen haben soll, ist verhaftet worden; man fand Proclamationen und andere wichtige Papiere bei ihm. Galland, der bereits in der Fieschi'schen Angelegenheit compromittirt war, und damals lange Zeit in Haft saß, scheint eines der thätigsten Werkzeuge der geheimen Gesellschaften zu seyn; es ist ein entschlossener und energischer Mann, der leider auf die Arbeiter einen großen Einfluß ausübt. Man hat weder Waffen noch Munition bei ihm gefunden.

Der Gazette des Tribunaux zufolge rückt die Untersuchung der Emeute vom 12. und 13. rasch vorwärts. Die acht oder zehn Hauptschuldigen, welche des Meuchelmords auf den Wachtposten angeklagt sind, sollen noch im Laufe des Juni gerichtet werden, während die Untersuchung über das Ganze des Complotts noch länger dauern wird.

Gegen mehrere Verhaftete hat die gewöhnliche Justiz, unabhängig von der allgemeinen Untersuchung durch den Pairshof, noch besondere Untersuchungen, wegen gewaltsamen Einbruchs und Diebstahls während der Emeute, eingeleitet. So zertrümmerten am 12. fünf Individuen mit einer Axt, welche sie bei einem Weinhändler genommen, die Thüre eines Handelshauses in der Rue Montmorency. Dort zwangen sie die Magd, ihnen die im Hause befindlichen Waffen, zwei Jagdflinten und eine Muskete, auszuliefern. Sie erbrachen hierauf noch die Schränke, nahmen eine Summe von 300 Fr. nebst dem Ueberrock des Cassiers und entfernten sich ganz gemächlich.

Die im Gefängniß sitzenden Zöglinge der polytechnischen Schule sollen, wie es heißt, am 1. Juni ihre Freiheit wieder erhalten.

Am 31. Mai 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 25. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 20. — Am 1. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents ——. 3Percents 81 Fr. 30.

Niederlande.

Der Großfürst-Thronfolger von Rußland und Prinz Heinrich der Niederlande wurden in wenigen Tagen aus London im Haag zurück erwartet.

Der Contreadmiral Ryk, künftiger Generalgouverneur des niederländischen Westindiens, ist mit der Corvette „Amphitrite" unter Segel gegangen.

Belgien.

Der Senat hat am 29. Mai den Gesetzentwurf in Betreff der Wahl eines Senators in der Provinz Limburg mit 22 gegen 3 Stimmen verworfen. Hierauf nahm derselbe den Gesetzentwurf über die Modificationen des Wahlgesetzes in Betreff Limburgs an. Gegen das Ende der Sitzung machte Graf de Quarré die Ordnungsmotion, auf das Votum vom 25. Mai in Betreff der Vertagung der Erörterung des Gesetzentwurfs über die gerichtliche Eintheilung Luxemburgs zurückzukommen, und verlangte, daß dieser Entwurf von neuem auf die Tagesordnung gebracht werde, weil man durch Annahme des Amendements, welches den ursprünglichen Entwurf wieder herstelle, alle Interessen versöhnen werde. Diese Motion veranlaßte lebhafte Debatten; sie wurde durch den Grafen Vilain XIIII., den Grafen de Quarré und den Minister des Innern unterstützt. In der Sitzung vom 31. Mai wurden diese Debatten fortgesetzt, die Motion wurde angenommen und der Gesetzentwurf wieder auf die Tagesordnung gebracht. Hierauf nahm der Senat den Gesetzentwurf in Betreff des Scheldezolls mit 22 gegen 8 Stimmen an.

Wien.

Am 8. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	108⅞.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	82⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	671⅛.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	269⅛.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM.	53⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	66⅛.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅛ Br. Uso. 2 M.

Bankactien pr. Stück 1522 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Wittwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1-K. ZEITUNG 1839

№ 161

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 10. Juni 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 8. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.601	283. 6L. 4P.	+ 13.8	WNW. still	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.608	28 4 5	+ 17.4	N. schwach.	— —
	10 Uhr Abends.	27.602	28 4 4	+ 12.5	NO. still.	heiter.

Preßburg, den 8. Juni.

Der Reichstag ist am 6. d. M. durch Sr. Majestät den Kaiser und König in Person eröffnet worden, Allerhöchstwelche am 5. Abends gegen 8 Uhr unter dem Donner der Kanonen und dem Geläute der Glocken, in Begleitung Ihrer Majestät der Kaiserinn im erwünschtesten Wohlseyn hier eingetroffen und im gräflich Viczay'schen Pallaste abgestiegen waren. Hier wurden Ihre Majestäten von Sr. k. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog-Palatin, dem hochw. Clerus, dem hohen Adel, der k. k. Generalität, zahlreichen Würdenträgern, Behörden und Honoratioren ehrfurchtsvoll empfangen. Abends war die Stadt aufs glänzendste beleuchtet und der Jubel des Volkes war unbeschreiblich, als Ihre Majestäten nach 10 Uhr die Beleuchtung in offenem Wagen in Augenschein zu nehmen geruhten.

Am folgenden Tage (6.) wurde die allgemeine Freude noch durch die huldreiche Erlaubniß Ihrer Majestäten erhöht, die Begrüßungsreden der aus Bischöfen, Reichsbaronen, Magnaten und vielen Deputirten der Capitel, Comitate und der königlichen Freistädte gebildeten Reichsdeputation, zu deren Wortführer der Patriarch-Erzbischof von Erlau ernannt war, auf den von Sr. k. k. Hoheit dem Erzherzog-Palatin, auf die Bitte der Reichsstände, Allerhöchstdenselben unterbreiteten Wunsch, in ungarischer Sprache vortragen zu dürfen. — Nach Darbringung dieser Glückwünsche verfügte sich diese Deputation in das Landhaus, stattete über ihre Functionen mit Verlesung der gehaltenen Reden und huldreichen Antworten Ihrer Majestäten Bericht ab, worauf sich die Stände in den Primatialpallast verfügten, wo sie die königlichen Propositionen von Sr. Majestät zu empfangen hatten. Als Ihre Majestät die Kaiserinn, in Begleitung Ihrer k. k. HH. der Erzherzoginn Hermine und des Erzherzogs Albrecht erschien, ertönte der Saal von dem Jubel der versammelten Stände. Bald darauf verkündigte der Freudenruf in den Vorsälen, die ebenfalls mit einem Theil der Reichsstände angefüllt waren, die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Allerhöchstwelche Sich unter Vortragung des apostolischen Kreuzes und Vortritt der Reichswürden und Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs-Palatin, durch die sich öffnenden, jubelnden Reihen bis zum Throne bewegten, woselbst angelangt, der königl. ungarische Hofkanzler, Graf Anton Mailáth, in einer kraftvollen ungarischen Rede die huldreichen königl. Intentionen darlegte, Sr. Majestät aber die Thronrede in lateinischer Sprache hielten. — Hierauf wurden die königl. Propositionen, unter den üblichen Ceremonien, dem Fürsten-Primas versiegelt überreicht und die Stände, nachdem sie die Sich entfernenden Majestäten noch mit dem innigsten Freudenrufe begleitet, begaben sich in das Landhaus, woselbst Sr. kais. Hoheit der Erzherzog-Palatin bei seinem Erscheinen von der Versammlung mit Jubel empfangen wurde. Sr. Durchlaucht der Fürst von Metternich und Sr. Excellenz der Graf von Kolowrat, die hinter dem Sitze des Palatins Platz nahmen, wurden bei ihrem Eintritte gleichfalls mit Jubel begrüßt, welche Auszeichnung auch dem königl. ungarischen Hofkanzler und dem Oberstlandrichter (Judex Curiae) zu Theil wurde. — Sodann wurden die dem Erzherzoge-Palatin durch den Fürsten-Primas überreichten königlichen Propositionen entsiegelt, verlesen und mit lautem Beifallrufe aufgenommen, worauf der Personal dieselben, dem Herkommen gemäß, für die löblichen Stände sich erbat, die sich dann in ihren Saal verfügten, und nach abermaliger Verlesung dieser Propositionen, die Sitzung verließen.

Mittags war Hoftafel für die Würdenträger; Abends Théâtre paré; am 7. Morgens 10 Uhr Vorstellung der Comitatsdeputirten durch ihre Obergespäne, wie auch der Damen bei Ihrer Majestät der Kaiserinn; später erhielt eine zahlreiche Deputation des Preßburger Comitats unter Anführung des Administrators, Grafen Leopold Palffy, der sich auch der Hofkammerpräsident im Münz- und Bergwesen, Fürst Lobkowitz, als Assessor des Preßburger Comitats, anschloß, Audienz bei Ihren Majestäten.

Heute um 9 Uhr Früh verließen Ihre Majestäten unter den Segenswünschen der ganzen Bevölkerung die Stadt Preßburg, welche im Laufe dieses Monats noch

zweimal des Glückes ſich erfreuen wird, Allerhöchſtdieſelben in ihren Mauern zu beſitzen.

Nachſtehendes iſt der Inhalt der von Sr. kaiſ. königl. apoſtoliſchen Majeſtät in der Sitzung vom 6. d. M. übergebenen königlichen Propoſitionen, welche die auf dem gegenwärtigen ungariſchen Reichstage zu verhandelnden Gegenſtände enthalten: „Im Namen Sr. k. k. apoſtoliſchen Majeſtät unſers allergnädigſten Herrn Herrn, dem Durchlauchtigſten Erzherzog, den Hochwürdigſten, Hochwürdigen, Ehrenhaften, Achtbaren und Hochmögenden, auch Hochmögenden und Vortrefflichen und Edlen, wie auch Weiſen und Umſichtigen des erlauchten Königreichs Ungarn und der mit ihm verbundenen Provinzen Herren Ständen, die entweder perſönlich oder als Abgeordnete im Namen ihrer Principale zu dem gegenwärtigen, durch oberwähnte k. k. Majeſtät gnädigſt angeſagten allgemeinen Reichstag verſammelt ſind, iſt huldreich zu wiſſen zu geben: Sr. Majeſtät habe, in Gemäßheit Allerhöchſtihrer beſtändigen Sorge für die Erfüllung Ihrer Herrſcherpflichten, zugleich in Folge des 12. Artikels des jüngſt verfloſſenen Reichstages, der die Reincorporation der früher Siebenbürgen einverleibten Theile des Königreichs Ungarn verordnet und dieſe demnach in ihr voriges Recht des Sitzes und der Stimme im Reichstag einſetzt, und ſie zu dieſem zu berufen verfügt, an die Comitate Kraszna, Mittel-Szolnok und Zaránd, als welche auch vor ihrer Losreißung von Ungarn Sitz und Stimme im Reichstage hatten, bereits huldreiche Einberufungsſchreiben (Regales) erlaſſen. — In dieſen eröffneten Allerhöchſtdieſelben den ſämmtlichen einberufenen Reichsſtänden im Allgemeinen, mit der Aufrichtigkeit Ihres huldvollen Herzens, ſowohl Ihre Gewiſſenhaftigkeit in Erfüllung der Geſetze, als auch jene Fürſorge, die Sie insbeſondere der Erhaltung der ungariſchen Regimenter in ihrer Kraft widmen, die durch Todesfälle, Alter, Krankheiten und die Laſt ununterbrochener Dienſte dergeſtalt zuſammengeſchmolzen ſind, daß ſie ohne kräftige Beihülfe ihrem geſetzlichen Zwecke um ſo weniger zu entſprechen vermöchten, als die Heiligkeit des Geſetzes und der öffentlichen Zuſage gebieten, daß die Mannſchaft in Gemäßheit des 10. Art. 1830 nach Verlauf von zehn Jahren unausbleiblich entlaſſen werde. Da nun zu dieſem Zweck die Werbungen unzureichend ſind, ſo verlangen Sr. Majeſtät erſtens und vorzüglich, es mögen die Herren Reichsſtände in Ueberlegung ziehen, daß ſie zum Theil in Folge dieſer beſondern Sorge Ihres königlichen Gemüthes, und um den angeerbten Ruhm, die heroiſche Kraft der ungariſchen Regimenter für alle Wechſelfälle aufrecht zu erhalten, und durch ein Subſidium an Recruten zu bewahren, durch einen Fürſten berufen wurden, der gleichwie Er die Liebe zum Frieden tief in Seinem Herzen bewahrt, eben ſo nichts ſehnlicher wünſcht, als nach getroffenen Maaßregeln zu ſeiner Wahrung, dem Drange Seines Herzens zur Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt ununterbrochen folgen zu können. — Den zweiten Gegenſtand der Berathung liefert den Herren Reichsſtänden der 2. Artikel des verfloſſenen Reichstages, nach deſſen Verfügung das Operat der Reichsdeputation, die entſendet wurde, um über die Art der zweckmäßigſten und billigſten Verpflegung und Einquartirung des garniſonirenden und durchmarſchirenden Militärs, wie der mit dieſen Gegenſtänden in Verbindung ſtehenden Fragen, ihr Gutachten abzugeben, den Reichsſtänden vorgelegt und ſonach in Verhandlung genommen werden ſoll. — Drittens: Nachdem zu den vorzüglichſten mercantilen Verbindungswegen die Donau zu zählen iſt, damit ſie jedoch ihrer natürlichen Beſtimmung entſprechen könne, und die Uebel ihrer ſo häufigen, beſonders im Jahre 1838 verderblich geweſenen Ueberſchwemmungen abgewendet werden, die Regulation derſelben nothwendig iſt, dieß aber nur mit großen Koſten und Kraftaufwand, ſo wie die Hinwegräumung der Schifffahrtshinderniſſe nur durch ſtrengere Geſetze zu bewerkſtelligen wäre; ſo mögen die Herren Reichsſtände, nach reiflicher Ueberlegung dieſes Gegenſtandes der allgemeinen Wohlfahrt, die zu dieſem Zwecke zu treffenden Maaßregeln, die nöthigenfalls auch auf die übrigen ſchiffbaren Flüſſe des Landes auszudehnen ſind, nach dem Fingerzeige der beſtehenden Geſetze noch im Laufe dieſes Reichstages Sr. geheiligten Majeſtät unterbreiten. — Indem Sr. Majeſtät das volle Vertrauen hegt, daß die Herren Reichsſtände bei Verhandlung dieſer Gegenſtände ſich jeder, mit der Reife der Berathungen vereinbarlichen Zeiterſparung, die auch der Sinn der Geſetze erheiſcht, befleißen werden, befiehlt Sie auch dieſelben zu verſichern, daß ſowohl hinſichtlich der während des vorigen Reichstages unterbreiteten Landesbeſchwerden und Poſtulate, die einer fernern Verhandlung bedürfen, als auch jener, die auf dieſem Reichstag unterbreitet werden dürften, Sr. Majeſtät huldreiche Reſolutionen erlaſſen und den gerechten Forderungen in Gemäßheit Ihrer huldreichen Geſinnungen entſprechen werde. Im Uebrigen beſtätigen Sr. k. k. Majeſtät den Herren Ständen huldreichſt Ihre k. k. Gnade.

Durch Ihre k. k. apoſtoliſche Majeſtät.

Preßburg, am 4. Juni 1839.

Georg von Bartal m. p."

Spanien.

Die Gazette de France vom 3. Juni (die wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) gibt folgende Nachrichten aus dem königlichen Hauptquartier zu Durango vom 27. Mai: „Seit der Beſetzung von Orduña durch die Chriſtinos hat kein militäriſches Ereigniß mehr Statt gefunden; es ſcheint aber, daß es nächſtens zu einem entſcheidenden Treffen zwiſchen beiden Armeen kommen dürfte. Man ſagt an der Gränze, General Maroto ſei krank; zu gleicher Zeit ſpricht man davon,

daß er im Commando erſetzt werden ſolle, und nennt als ſeinen muthmaaßlichen Nachfolger die Generäle Villareal, Graf Negri, Eguia und Urbiſtondo. Bis jetzt hat man keinen Grund zu glauben, daß Maroto wirklich krank iſt und daß man ſich damit beſchäftige, ihm einen Nachfolger zu geben. — Den Madrider Journalen vom 26. Mai zufolge flößt die Aufregung der Gemüther in Andaluſien der Regierung ernſte Beſorgniſſe ein."

Briefe aus Madrid vom 25. Mai melden: „Aus den Nachrichten, die uns geſtern aus Valencia zukamen, ergibt ſich auf das deutlichſte, daß die dortigen Unruhen beigelegt ſind, indem das Geſetz vor dem Aufruhr verſtummte, und die Wächter des Geſetzes, die von der Regierung eingeſetzten Behörden, einen feigen Vergleich mit den Rebellen abſchloſſen. Der General Aspiroz, von dem Gouverneur Infante auf den Marktplatz abgeſchickt, um der Nationalmiliz zu befehlen, ihre Waffen niederzulegen, ließ ſich von den Rebellen mit folgenden Bedingungen zurückſchicken: die Feindſeligkeiten ſollten ſogleich eingeſtellt, die Ruheſtörer nicht entwaffnet, keine Truppen weiter in die Stadt gerufen werden. Der Brigadier Infante, anſtatt ſeinen Befehlen Gehorſam zu verſchaffen, geſtand nicht nur dieſe Bedingungen zu, ſondern gab auch ſein Ehrenwort, er werde die Nationalmiliz nicht entwaffnen laſſen, indem er erklärte, er habe ihr nur aus Irrthum feindliche Geſinnungen zugeſchrieben, und ſei nunmehr eines Beſſern belehrt worden. Der Leichnam ſeines erſchoſſenen Adjutanten legte das beſte Zeugniß von den guten Geſinnungen der Nationalmiliz ab! Cabrera verweilt fortwährend in der Provinz Cuenca, und läßt das Städtchen Caſtete befeſtigen, wodurch er ſich die Verbindung mit Niederarragonien ſichert. Balmaſeda, der ſeine Cavallerie befehligt, hat allein aus dem Flecken Valdeolivas 60 Perſonen beiderlei Geſchlechts als Geiſeln für die auferlegten Brandſchatzungen fortgeſchleppt, und mehrere von ihnen bereits erſchießen laſſen. Llangoſtera hat unter dem 11. den Einwohnern von Alcañiz, Caspe und Mequinenza eine Friſt von acht Tagen geſtattet, um dieſe Plätze zu verlaſſen. Wer nach Ablauf dieſer Friſt in der Entfernung einer halben Meile im Umkreiſe jener Puncte angetroffen wird, ſoll ohne Unterſchied des Geſchlechtes (ſo lautet der Art. 2 dieſes Befehls) niedergemacht werden. Alle Perſonen, von denen man erfährt, daß ſie nach Ablauf der acht Tage an jenen Puncten geweſen ſind, ſollen, ſelbſt wenn ſie nicht auf der That ertappt werden, dieſelbe Strafe des Erſchießens erleiden. — Nogueras, der in Calatayud erkrankt war, iſt endlich am 22. von dort nach Daroca aufgebrochen, wo die Diviſion Mir ſtand. Ayerbe iſt über Calamocha nach der Provinz Cuenca zu marſchirt, und der General Amor begab ſich mit der Reſervediviſion nach Montalvan, um dieſen aufs neue von den Carliſten bedrängten Platz zu entſetzen. (Dieß ſoll ihm bereits gelungen ſeyn.) — Die drei Räuber, welche die Kinder des Hrn. Gaviria entführten, ſind hier in Madrid verhaftet worden. — Ein dieſen Morgen bei der hieſigen engliſchen Geſandtſchaft eingetroffener Kurier, der London am 17. verlaſſen hatte, entging einer Carliſtiſchen Bande dießſeits Saragoſſa nur durch die Schnelligkeit ſeiner Pferde. Dagegen iſt die Poſt, welche heute von Saragoſſa hier eintreffen ſollte, von den Carliſten aufgefangen, der Poſtillon erſchoſſen und die Correſpondenz verbrannt worden."

Frankreich.

Der Moniteur vom 3. Juni (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält eine königliche Ordonnanz vom vorhergehenden Tage, kraft deren Hr. Breſſon, Director der Forſtverwaltung, zum Director der im großen Buche eingetragenen Schuld, an des verſtorbenen Hrn. Boquet de Saint-Simon Stelle, ernannt wird. Anſtatt des Hrn. Breſſon wird Hr. Legrand zum Director der Forſtverwaltung ernannt.

Eine telegraphiſche Depeſche in obgedachtem Blatte des Moniteurs meldet, daß der „Jupiter" am 1. Juni Mittags mit dem Prinzen von Joinville an Bord nach der Levante abgeſegelt iſt.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 1. Juni verlangte der Finanzminiſter einen Credit von 913,814 Fr. 90 Cent., um, anſtatt der griechiſchen Regierung, die am 1. März 1839 verfallenen, und die am 1. September d. J. fälligen Zinſen und Amortiſation der griechiſchen, von Frankreich mit garantirten Anleihe zu entrichten. — Der Marineminiſter, Admiral Duperré, legte hierauf der Kammer einen Geſetzentwurf vor, wodurch ein neuer Credit für den Bedarf der Marine begehrt wird. Dieſer Credit, ganz verſchieden von dem, der für die Vermehrung der Seemacht in den Gewäſſern der Levante verlangt wurde, iſt zur Vermehrung des Blockadegeſchwaders am Rio de la Plata (Buenos-ayres) und überhaupt zur Verſtärkung der franzöſiſchen Marine in den amerikaniſchen Gewäſſern, wie auch zu einer Verſtärkung der franzöſiſchen Escadre an den Küſten der pyrenäiſchen Halbinſel beſtimmt, um, wie ſich der Miniſter ausdrückte, das Ausſchiffen von Mannſchaft und Kriegsmunition für die Carliſten ſo viel als möglich zu verhindern, ohne ſich jedoch von dem aufgeſtellten Princip der Nicht-Intervention zu entfernen, und mit vollkommener Achtung des gemeinen Rechtes und der Rechte der Neutralen. — Sodann wurde von dem Handelsminiſter der längſt erwartete Geſetzentwurf hinſichtlich der Beſteuerung des Colonial- und fremden Zuckers vorgelegt. — Am Schluſſe der Sitzung wurde die neue Wahl des Generals Houdetot (eines der Adjutanten des Königs), die abermals angefochten wurde, nach ziemlich hitzigen Debatten, mit 181 gegen 175 Stimmen annullirt.

Hr. Dufaure, der jetzige Miniſter der öffentlichen

Arbeiten, war bisher Advocat in Bordeaux. Bei seinem Eintritt in das Ministerium erließen seine Collegen ein Glückwünschungsschreiben an ihn, worauf er unter Anderm erwiederte: „Betrachten Sie diesen Brief nicht als einen Abschied; in jetziger Zeit dauert die ministerielle Herrschaft nicht lange, und wenn mein Beruf erfüllt seyn wird, werde ich mich glücklich schätzen, meinen Platz unter meinen alten und besten Freunden wieder einzunehmen."

Am 31. Mai wurde der Unterlieutenant Fabry, Ritter der Ehrenlegion, welcher im Hotel-Dieu seinen Wunden erlegen, begraben. Er hatte seine Epaulettes noch nicht getragen; denn vor dem Ausbruch der letzten Emeute war er noch Sergent. Eine große Menge von Militärs aller Grade der Pariser Garnison begleitete den Leichenzug.

Die France Meridionale meldet aus Nimes vom 25. Mai: „Die Unruhen von Avignon sind gestillt. Mehrere bedeutende Personen der legitimistischen Partei sind auf der Flucht und verbergen sich. Die Polizei hat eine Art Proclamation entdeckt, welche die Bürger aufforderte, sich dem Complotte anzuschließen. Der Verfasser derselben, Graf Daveston, Neffe des Marquis von Forbin Dessarts und Pair Carls X., so wie Hr. von Salvador, Municipalrath von Avignon, der gegenwärtig in Paris, und auf dieser Urkunde angegeben ist, sind verhaftet. Letzterer soll der Versammlung der Verschwornen Erfrischungen geliefert haben. Ein Hr. André de Renouard, der von einem andern Angeschuldigten als Theilnehmer des Complotts angegeben wurde, ist ebenfalls den Händen der Justiz übergeben. Hiesige Legitimisten sagen, die Demonstration habe nur Statt gefunden, um nicht Opfer der Republikaner des Landes zu werden, die, durch die neuesten Ereignisse in Paris ermuthigt, gegen sie die blutigen Auftritte von 1792 und 1793 erneuert haben würden."

Aus Lyon wird geschrieben, daß bei den berühmtesten Messerschmieden fortwährend eine große Menge Dolchmesser bestellt, und besonders nach den volkreichen Städten versandt werden. „Sind wir denn (fügt der Briefsteller hinzu) ein Volk von Condottieri oder Lazzaroni geworden, die beständig das Messer zur Vertheidigung oder zum Angriff gezückt halten müssen?"

Am 1. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr 40. — Am 2. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents ——. 3Percents 81 Fr. 20.

Großbritannien und Irland.

Die Pferderennen auf der Heide von Ascot, die am 28. Mai eröffnet worden, sind noch so fashionable und besucht wie jemals. Am 29. Nachmittags kam der Hof in elf vierspännigen Wägen von dem nahen Windsor herüber; die Königinn, die mit der Herzoginn von Kent, dem Großfürsten und dem Prinzen der Niederlande im ersten Wagen fuhr, wurde von den versammelten Tausenden mit Lebehoch begrüßt. Im zweiten Wagen saßen der Fürst und die Fürstinn von Leiningen. Gleich nach der Ankunft der höchsten Herrschaften begann das Rennen, und zwar um die von Ihrer Majestät ausgesetzte goldene Vase. Sie wurde, nebst einem Einsatz von 20 Sovereigns, von Hrn. Thornhills „Mendizabal" gewonnen. Der Hof kehrte dann nach Windsor zurück.

Die liberalen Blätter verweisen es der Torypresse, daß sie über den Vorfall zwischen der „Medea" und dem französischen Brigg „Griffon" ein solches Geschrei aufgehoben, ohne die nähern Umstände zu kennen. Ein Correspondent im Sun namentlich will wissen, Commodore Douglas habe dabei sehr ungeschickt und unseemännisch gehandelt und sein brüskes Umkehren gegen das französische Schiff in der Dunkelheit habe den Capitän des letztern sehr verzeihlicher Weise zu dem Irthume verleiten können, daß ein mexicanischer Kreuzer oder ein Corsar gegen gegen ihn im Anzuge sei. — Auch der Morning-Herald bemerkt jetzt: „Obgleich der französische Capitän ohne Zweifel übereilt und auf eine nicht zu rechtfertigende Weise gehandelt hat, so scheinen doch auch die Bewegungen des englischen Dampfschiffs äußerst ungeschickt gewesen zu seyn. Das englische Schiff lief hart an das französische an, ehe dieses noch gefeuert hatte, und so ist es allerdings möglich, daß des französischen Capitäns Befehl, eine Kanone zu lösen, in der Verwirrung des Augenblicks als die Ordre, eine ganze Lage zu geben, mißverstanden wurde. Indessen ist es außer allem Zweifel, daß diese wiederholten Unbilden gegen die Unterthanen der Königinn von Großbritannien auf der hohen See und unter dem Schutze der brittischen Flagge die strengste Untersuchung ihrer Ursachen erheischen. Die frühere Meeresherrschaft Englands hat Frankreichs und Rußlands unauslöschlichen Neid geweckt. Diese beiden Staaten besitzen jetzt glänzende Flotten, und die brittische Flagge zu demüthigen, gehört zu den heißesten Wünschen ihrer Machthaber. Ein Reihe zweideutiger Beleidigungen scheint den Franzosen und Russen vielleicht das sicherste Mittel, zu erproben, inwieweit der alte Geist der englischen Seehelden in ihren lebenden Nachkommen erstorben ist, und welche Mittel England zur Vertheidigung seiner Ehre noch übrigen."

Consols am 1. Juni 93¾, 94.

Päpstliche Staaten.

Ueber den am Dreifaltigkeitssonntag Statt gefundenen Act der Heiligsprechung heißt es in einem Schreiben aus Rom vom folgenden Tage: „Gestern mit Tagesanbruch verkündete der Donner der Kanonen die an diesem Tage von der Kirche zu vollziehende und für die ganze katholische Christenheit wichtige Handlung der Heiligsprechung folgender fünf, früher bereits als selig erklär-

ten Helden des Glaubens: 1) Alfonso Maria Liguori, Stifter des Ordens der Redemptoristen (Liguorianer); 2) Francesco di Geronimo, von der Gesellschaft Jesu; 3) Giovanni Giuseppe della Croce, Franciscaner-Barfüßer; 4) Pacifico da S. Severino, Minoritenmönch und 5) Veronica Giuliani, Capuzinernonne. Schon um 4½ Uhr strömte die Menge zu Wagen und zu Fuß nach S^t. Peter, wohin später der heilige Vater von der großen Treppe des Vaticans (Scala regia) herab in Prozession durch die große Säulenhalle getragen wurde. Vorauf der päpstliche Hofstaat, eine außerordentliche Menge Welt- und Ordensgeistliche, die Domherren der sieben großen Basiliken mit ihren großen emblematischen Schirmzelten und Kreuzen, dann fünf große Standarten, die neuen Heiligen in der Gloria vorstellend; endlich 96 Erzbischöfe und Bischöfe und 28 Cardinäle, die päpstlichen Garden und Edelleute. In der Kirche, die festlich ausgeschmückt war, celebrirte der Papst selbst die Messe. Nachdem er den Act der Heiligsprechung erklärt hatte, erdröhnten die Glocken und die Kanonen, und die Adoration erfolgte. S^r. Majestät der König von Baiern und S^r. königl. Hoheit der Kronprinz wohnten in einer eigens errichteten Tribune dieser Ceremonie mit ihrem Gefolge bei; so auch der König von Neapel mit seinem Bruder, dem Prinzen Franz, Grafen von Trapani; ferner Dom Miguel, hier als König von Portugal anerkannt, dann die Königinn-Witwe von Sardinien, die Prinzessinn Maria Luisa von Sachsen, Schwester des Herzogs von Lucca, und die Prinzessinn Charlotte von Dänemark. Es waren um den Thron des Papstes 34 Cardinäle und 116 Bischöfe versammelt. Für die Generäle der verschiedenen Orden, das diplomatische Corps, so wie die Damen waren besondere Tribunen errichtet. Die Kirche selbst, mit 20,000 Wachslichtern erleuchtet, welche das ganze Gebäude mit Qualm und Dampf erfüllten, machte nicht den Effect, welchen man sich vorgestellt hatte. Die vielen Stoffbehänge schienen den Riesenbau zu verkleinern, obgleich seine Größe sich darin bewährte, daß trotz dem unermeßlichen Menschenandrang die Räume nicht vollkommen gefüllt wurden. Nach Beendigung des Gottesdienstes begab der heilige Vater, in Prozession getragen, sich auf die große Loggia der Kirche und ertheilte dem versammelten Volk seinen apostolischen Segen unter dem zum dritten Mal erschallenden Donner der Kanonen von der Engelsburg und dem Geläute aller Glocken. Die Beleuchtung der Kuppel mußte wegen des eingetretenen Regenwetters, welches überhaupt den Tag über oftmals störend einwirkte, unterbleiben, und soll nun am Abend des Frohnleichnamsfestes Statt finden. S^r. Majestät der König von Baiern begab sich gestern in Begleitung des Kronprinzen zum Papst, um von ihm Abschied zu nehmen. Heute Morgens reiste der Monarch von hier nach München ab. S^r. königl. Hoheit der Kronprinz, der heute die Villa Malta bezogen, wird dem Vernehmen nach bis Mitte nächsten Monats hier verweilen. Der König von Neapel wird uns morgen verlassen, um in seiner Hauptstadt die Frohnleichnamsprozession zu begleiten.

Preußen.

Justizrath und Advocat-Anwalt Bauerband in Köln theilt im Frankfurter Journal die von ihm verbürgte Nachricht mit: „daß durch das am 1. Juni verkündete Urtheil des königlich rheinischen Appellationsgerichtshofes, unter Abänderung des Urtheils erster Instanz, der beschuldigte Pfarrer Beckers von dem Vorwurf, unter vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften seines Amtes in seinen Kanzelvorträgen durch frechen, unehrerbietigen Tadel der Landesgesetze und Anordnungen im Staate Mißvergnügen und Unzufriedenheit der Bürger gegen die Regierung erregt zu haben, vorläufig (ad instantia), und von der fernern Beschuldigung, zu den im October vorigen Jahres in Köln vorgefallenen tumultuarischen Excessen Veranlassung gegeben zu haben', völlig freigesprochen, und in Folge dieses absolutorischen Urtheils, nach einer beinahe sechsmonatlichen Haft, in Freiheit gesetzt worden ist."

Seit dem 1. Juni erscheint die Preußische Staatszeitung von dem Professor Arnold als verantwortlichen Redacteur unterzeichnet.

Niederlande.

Die Preußische Staatszeitung enthält folgende telegraphische Nachricht aus dem Haag vom 1. Juni: „S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland und der Prinz Heinrich der Niederlande sind heute Abends 7 Uhr, nach einer sehr glücklichen Ueberfahrt, in erwünschtem Wohlseyn zu Rotterdam angekommen."

Nachrichten aus dem Haag zufolge wird der Erbprinz von Oranien bereits am 7. Juni von da nach Stuttgart abreisen, wo am 18. desselben Monats dessen Vermählung mit der Prinzessinn von Würtemberg Statt finden wird. Der Prinz von Oranien wird der Vermählung, so wie den in den folgenden Tagen Statt findenden Festlichkeiten, ebenfalls beiwohnen. Erst gegen Ende Juni wird das neuvermählte Paar im Haag erwartet. Die Prinzessinn hat seit einiger Zeit Unterricht im Holländischen genommen; ihr Lehrer ist H^r. Ostander aus Amsterdam. Der Hofstaat Ihrer königl. Hoheit der Prinzessinn von Würtemberg wird aus Baroninn von Knobelsdorff, dem Baron Rengers van Warmenhuizen, Baron van Pallandt van Eerde, Baron Steengracht van Duivenvoorde, Marquis Hazebomme, Baroninn von Pabst tot Bingereden und der Gräfinn von Limburg-Stirum-Noordwyk bestehen.

Die Staatscourant enthält einen königlichen Beschluß vom 20. wegen Trockenlegung des Haarlemer Meeres, mit Einschluß des Spieringmeeres. In Sparendam soll das erforderliche Dampfmühlwerk zur

Auspumpung angelegt werden. Einer zu ernennenden Commission wird die Ausführung des ganzen Unternehmens übertragen, jedoch unter Oberaufsicht des Departements der inländischen Angelegenheiten. Zugleich wird das bestehende Zwangs-Entäußerungsgesetz für vorkommende Fälle in Anspruch genommen.

Belgien.

In der Sitzung des Senats vom 29. Mai erhob sich der Präsident, Hr. von Schiervel, gegen die Deutung, die der Graf von Ansembourg einigen früher von ihm gebrauchten Worten gegeben hatte, besonders um sich gegen die Folgerung zu verwahren, daß er sein Ausscheiden aus dem Senat damit habe anzeigen wollen. Er habe damals nur gesagt, daß er sein Mandat für erloschen erachte, von dem Tage an, wo ihm die Ratification des Tractats den größten Theil seiner Committenten rauben würde. Weit entfernt, seine Dimission einzureichen, sei er vielmehr entschieden von neuem vor die Wähler hingetreten. Der Redner sagte sodann: „Mehrere Mitglieder der Kammer haben behauptet, das Mandat müsse demjenigen verbleiben, dem es übertragen sei, und zwar für die ganze Zeit, wobei es gleichseitig sei, wodurch und auf welche Zahl die das Mandat Ertheilenden vermindert würden. Damit kann ich mich nicht einverstanden erklären. Wenn wir die Constitution befragen, so zeigt es sich, daß, um einen Deputirten wählen zu können, eine Abtheilung der Provinz gebildet seyn, und eine gewisse Anzahl Einwohner zählen muß. Von den Wahlbezirken Realmonde und Maestricht verbleibt aber Belgien nur ein kleiner Theil; und es scheint mir demnach außer Zweifel, daß die Bevölkerung der zerstückelten Bezirke neue Wahlen vornehmen muß."

Man will nunmehr mit Bestimmtheit wissen, daß Hr. Raikem das Portefeuille des Justizministeriums angenommen habe. Sein Patent soll bereits vom Könige unterzeichnet worden seyn.

Alle Milizen von den Jahren 1829, 1830 und 1831 haben ihre definitive Entlassung bekommen.

Unmittelbar nach der Freisprechung von Bartels und Kats fand ein sogenanntes „Meeting" Statt, wo Kats, als früherer Präsident dieser Versammlungen, mit Jubel begrüßt wurde, und eine Rede hielt. Am folgenden Tage fand ein Gastmahl von 75 Couverts Statt, an welchem sowohl Bartels als Kats Theil nahmen, und wo viele Toaste in französischer und in flamändischer Sprache ausgebracht wurden.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 26. April d. J. dem Triester Großhändler Anton Michael Antonopulo, und dem gräflich Clam-Gallas'schen Burggrafen, Anton Löffler, die Annahme und das Tragen der ihnen, und zwar dem ersteren von Sr. Majestät dem Könige von Griechenland verliehenen griechischen Erlöserordens, und dem letztern von Sr. Majestät dem Könige von Preußen verliehene allgemeine preußische Ehrenzeichen, allergnädigst zu bewilligen geruht.

Kundmachung.

Die Direction der privil. österreichischen Nationalbank, in der Erwägung, daß die dermal im Umlauf befindlichen Banknoten bereits seit eilf Jahren bestehen, findet sich bestimmt, dieselben einzuziehen und dafür neue Banknoten hinauszugeben.

Bei der Unthunlichkeit, alle Gattungen der neuen Banknoten zugleich in Umlauf zu setzen, wird jedoch mit dem Umtausche der beiden kleinsten Gattungen zu Fünf und Zehn Gulden am 1. Juli 1839 begonnen, und seiner Zeit mit nachträglichen Kundmachungen die Hinausgabe der höhern Banknotenkathegorien zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Die Beschreibungen der neuen Banknoten zu Fünf und Zehn Gulden, so wie ihre Abbildungen auf röthlichem Papier, werden mittelst der Beilagen allgemein bekannt gemacht.

In Beziehung auf die Einlösung und den Umtausch der beiden Banknotengattungen zu 5 fl. und 10 fl. werden folgende Bestimmungen festgesetzt:

1. Vom 1. Juli 1839 bis letzten December 1840 werden die alten Banknoten zu Fünf und Zehn Gulden noch bei sämmtlichen Bankcassen, sowohl in Wien, als zu Prag, Brünn, Lemberg, Ofen, Temeswar, Hermannstadt, Linz, Innsbruck, Grätz und Triest, im Wege der Verwechslung wie der Zahlung angenommen werden.

2. Vom 1. Jänner 1841 bis letzten Juni 1841 wird die Annahme der alten 5 und 10 fl. Banknoten nur noch bei den Bankcassen in Wien, sowohl in der Verwechslung als in Zahlungen, Statt finden.

3. Nach Ablauf dieses zweijährigen Termins ist sich wegen des Umtausches der alten Banknoten zu 5 und 10 fl. unmittelbar an die Bankdirection zu wenden.

4. Diese verschiedenen Umtauschtermine finden auch im Anweisungsgeschäfte, bei Darlehens- und Escompte-Rückzahlungen, ihre Anwendung.

Wien, am 20. Mai 1839.

Carl Freiherr von Lederer,
Bankgouverneur.

Heinrich Freiherr von Geymüller,
Bankgouverneurs-Stellvertreter.

Johann Christian Edler von Bruchman,
Bankdirector.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108

№ 162

Oesterreichischer Beobachter

Dinstag, den 11. Juni 1839.

W 1-K- ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 9. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.612	283. 4L. 6P.	+ 14.0	NO.	still	heiter.
	2 Uhr Nachm.	27.596	28 4 4	+ 19.3	NO.	schwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.587	28 4 3	+ 15.8	NO.	still.	—

Türkei.

Die neuesten Nachrichten aus Konstantinopel vom 28. Mai bringen nichts weiteres über den Stand der Dinge an der syrischen Gränze. Es war durchaus kein Zusammenstoß zwischen den beiderseitigen Heeresabtheilungen vorgefallen.

In einem Schreiben aus Aleppo vom 3. Mai wird bemerkt, daß auf die erhaltene Anzeige von dem Vorrücken der großherrlichen Truppen, Ibrahim Pascha unverzüglich seine gesammten Streitkräfte in und um jene Stadt zu versammeln sich beeilte; und daß selbe wohlabgerichtet und geordnet, aber nichts weniger als vollzählig seien, indem bei den meisten Regimentern ein Drittel der Mannschaft abgängig ist. Gedachter Oberbefehlshaber soll den Entschluß ankündigen, wenn er angegriffen würde, mit der größten Thatkraft voranzugehen, und gleich den ersten Schlag so entscheidend zu führen, als im vorigen Kriege jener von Homs gewesen ist. Es darf jedoch dabei nicht vergessen werden, daß damals alle dortigen Völkenschaften Partei für die Aegyptier nahmen, während jetzt das Gegentheil Statt findet, und zudem auch die ägyptischen Truppen wegen unregelmäßiger Auszahlung ihres Soldes, den sie oft 15 bis 20 Monate lang entbehren müssen, unzufrieden sind. Uebrigens waren die Gewässer des Euphrats so hoch angeschwollen, daß vor halbem Mai, vielleicht sogar vor Anfang Juni, der Uebergang über diesen Fluß für eine Armee rein unmöglich schien.

Am 23. Mai ist der Schwiegersohn des Sultans, Halil Rifat Pascha, eingeladen worden, sich zur hohen Pforte zu begeben, wo er feierlich empfangen und ihm in Beiseyn der vorzüglichsten Beamten der Inhalt eines großherrlichen Handschreibens bekannt gemacht wurde, durch welches er zu dem neugeschaffenen Amte eines Tidscharet-Müschiri oder Handelsministers ernannt wird. In dieser Eigenschaft wird Halil Pascha zugleich den Vorsitz im Conseil für die öffentliche Wohlfahrt führen, dessen Organisation mehrere Veränderungen erleiden dürfte.

Am 25. Mai wurde das Geburtsfest des Propheten (Mewlud) auf die gewöhnliche Weise gefeiert, indem fünfmal im Laufe des Tages Kanonensalven gegeben wurden und der Sultan sich Morgens zur Verrichtung des Gebets mit einem glänzenden Gefolge in die Moschee von Sultan Ahmed verfügte.

Der öffentliche Gesundheitszustand in der Hauptstadt war fortwährend befriedigend.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 30. Mai brachte Lord Brougham abermals das Benehmen des Obersten Prince von der obercanadischen Miliz zur Sprache, dem Schuld gegeben wird, daß er mit kaltem Blute, nicht in, sondern nach einem Gefecht fünf von dem räuberischen Gesindel, welches die canadisch-amerikanische Gränze noch fortwährend beunruhigt, habe erschießen lassen. Lord Brougham verlangte die Vorlegung von Papieren über die gerichtliche Untersuchung dieses Verfahrens. Der Marquis von Normanby hatte zwar dagegen nichts einzuwenden, fand die Vorlegung aber unzweckmäßig, weil doch nicht sämmtliche Actenstücke sich zur Mittheilung eigneten und das Haus also nicht im Stande seyn würde, die Sachlage gehörig zu beurtheilen. Uebrigens wurde das Verfahren des Oberst Prince nicht nur von dem Colonialminister, sondern auch von Lord Ellenborough und besonders vom Herzoge von Wellington entschuldigt und daher dem Antrage Lord Broughams keine Folge gegeben. Der Herzog machte darauf aufmerksam, daß der Kampf in Canada und an den Gränzen dieser Provinz ganz den Character eines Bürgerkrieges habe, und daß daher in der Hitze und Aufregung der Gemüther Vorfälle nicht zu verhindern seien, die sich bei einer regelmäßigen Kriegsführung nicht ereignen würden. Man müsse, meinte der Herzog, ein anderes System daselbst einführen und durch eine gehörige reguläre Truppenmacht, wie er es längst als nothwendig dargestellt, für die Beschützung des Lebens und Eigenthums der Colonisten sorgen, wenn man nicht die Colonie ganz aufgeben wolle, denn der jetzige Zustand könne nicht lange mehr dauern, ohne die furchtbarsten Folgen zu haben. Was helfe eine Maaßregel zur Vereinigung der Provinzen Ober- und Niedercanada, wenn man nicht die Macht besitze, das Gebiet derselben gegen räuberische Einfälle und Rebellionen zu schützen, wenn man es dahin habe kommen lassen, daß aller Kriegsbrauch verletzt,

daß auf einzelne Schildwachen geſchoſſen werde? Milizen ſeien immer ein trauriger Nothbehelf, da unter ihnen kein Disciplin aufrecht erhalten werden könne, und er ſeinerſeits habe im Kriege ſtets eine ſolche Hülfe verſchmäht und ſich lieber mit einer geringern Truppenzahl begnügt, als daß er ſich der Gefahr ausgeſetzt hätte, die Mannszucht in den ihm untergebenen Streitkräfte erſchlaffen zu ſehen.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 30. Mai entwickelte, wie bereits erwähnt, der Unterſtaatsſecretär im Colonialdepartement, Hr. Labouchere, das von dem Miniſterium nunmehr beabſichtigte Verfahren in Betreff Jamaica's. Die urſprüngliche Abſicht, dem Gouverneur und ſeinem Rathe die geſetzgebende Gewalt in dieſer Colonie zu verleihen, iſt aufgegeben und Sir R. Peel's Vorſchlag, dem Verſammlungshauſe erſt noch Zeit zu laſſen, ſeine Schritte zurückzuthun, bis zu einem gewiſſen Punct angenommen worden. Man will nämlich der Verſammlung eine Gelegenheit geben, ſich eines Beſſern zu beſinnen; ſollte ſie aber bei ihrer Weigerung beharren, ihre legislativen Functionen nicht wieder aufnehmen oder ſie in einem feindſeligen Geiſt gegen die Rechte der emancipirten Neger fortſetzen wollen, ſo ſoll dem Gouverneur eine für den Fall angemeſſene legislative Befugniß ertheilt werden, die ſich jedoch nur darauf zu beſchränken hätte, gewiſſe jährlich nöthige Geſetze in Kraft zu bringen und gewiſſe bereits abgefertigte Geheimrathsbefehle hinſichtlich der Verwaltung der Kroncolonien zu vollziehen. Hr. Labouchere ſprach bei dieſer Gelegenheit nochmals ſein Bedauern über die factiöſe Oppoſition aus, welche Sir R. Peel und ſeine Freunde der von dem Miniſterium aufgegebenen Bill entgegengeſtellt, gegen welchen Vorwurf Sir R. Peel ſich zu rechtfertigen ſuchte, indem er zugleich erklärte, daß er ſich der Einbringung des jetzigen miniſteriellen Plans nicht widerſetzen werde, ohne daß er ſich jedoch in Bezug auf die Details desſelben jetzt ſchon zu irgend etwas verpflichten wollte. Nachdem Lord J. Ruſſell dem Baronet nochmals den Vorwurf gemacht, daß er bei dieſer Frage durchaus factiös gehandelt und dem Miniſterium Stimmen zu entziehen geſucht habe, und nachdem Hr. Hume behauptet hatte, die neue Maaßregel der Miniſter ſei nicht viel anders als die frühere, wogegen Sir G. Grey die Aufgebung der frühern ſehr bedauerte, wurde Hrn. Labouchere die nachgeſuchte Erlaubniß zur Einbringung einer auf den auseinandergeſetzten Plan zu begründenden Bill ertheilt.

In der Sitzung des Oberhauſes von 31. Mai hatte das Miniſterium Melbourne einen harten Kampf zu beſtehen, und wurde beſonders von Lord Brougham ſehr heftig angegriffen. — Der Graf von Winchilſea ſtellte ſeine vor einigen Tagen angekündigten Fragen über die Politik, welche das Miniſterium künftighin zu befolgen gedenke. „Das Haus," ſagte er, „wird mir einige Bemerkungen erlauben, mit denen ich bezwecke, den edlen Viscount (Melbourne) zu vermögen, ſich über die Principien zu erklären, welche die Regierung in ihrer Politik gegenüber dem Auslande, den Colonien und dem Innern fortan zu befolgen gedenkt. Wenn ein Miniſterium es für geeignet erachtete, in Maſſe ſeine Entlaſſung einzureichen, ſo gewährt die Verfaſſung dem Volke das Recht, Erläuterungen über die Beweggründe zu fordern, die dieſen Rücktritt veranlaßten. Wenn das Miniſterium die Leitung der Angelegenheiten wieder übernimmt, ſo hat das Volk abermals das Recht zu wiſſen, nach welchen Regierungsprincipien dieſe Verwaltung zu verfahren geſonnen iſt. Von dem Augenblicke an, wo das Cabinet ſeine Entlaſſung eingereicht und die Königinn ſie angenommen, beſtand keine Regierung mehr. (Hört!) Unter den gegenwärtigen Umſtänden bieten dieſe ſchnellen Wandlungen eine ernſte Gefahr; die Erfahrung lehrt uns, daß häufige miniſterielle Wechſel das öffentliche Vertrauen vernichten und Beſorgniß in den Gemüthern erregen. In dem Augenblicke, wo der edle Viscount zurücktreten zu müſſen glaubte, erklärte er, das Miniſterium beſitze das Vertrauen des Hauſes der Gemeinen nicht. Meine Freunde waren dann, wie ich, der Meinung, der edle Viscount könne die Angelegenheiten des Staates nicht mehr lange auf eine für ihn ehrenvolle, dem Throne vortheilhafte und die allgemeinen Intereſſen des Landes fördernde Weiſe leiten. (Hört!) Der edle Viscount glaubte einen Augenblick, daß das der Unterſtützung des Hauſes der Gemeinen beraubte Miniſterium die Leitung der Angelegenheiten des Staats nutzbringend nicht behalten könne. Das Miniſterium Melbourne hatte aufgehört zu ſeyn, weil ſeine Geſammtentlaſſung angenommen worden; wir haben das Recht, den edlen Viscount nach dem Vorgefallenen um Erläuterung zu erſuchen, zu fragen, was er zu thun gedenkt." (Hört!) Lord Melbourne erwiederte im Weſentlichen, die Regierung brauche nicht in weitläuftige Erklärungen einzugehen; ſie würde auf denſelben Principien fußend, fortfahren die Angelegenheiten des Staats zu leiten. — Nun erhob ſich Lord Brougham und ſprach: „Der Name unſerer huldreichen Monarchinn ward ſehr oft nicht nur in unſere parlamentariſchen Debatten gemiſcht, die ſich vielmehr um die Grundſätze der Verfaſſung hätten drehen ſollen, ſondern er wurde ſogar in Verſammlungen von Demagogen genannt, die nur zu geeignet ſind, dieſen erhabenen Namen zu mißbrauchen. Man glaubt Alles mit dem einzigen Worte zu beantworten: die Königinn, die Königinn, die Königinn! und alle Fragen finden ſich auf eine Bedchamber- oder Salonsfrage zurückgeführt. (Hört!) Mit Leidweſen, ich geſtehe es, hörte ich, dem Secretär des Premierminiſters ſei die Aeußerung entfallen: „Sir Robert Peel ward von zwei Kammerdamen der Königinn geſchlagen." Das Wort iſt nicht ſehr ziemlich, und es iſt noch weniger verfaſſungsgemäß, an drittem Orte die Oppoſition dadurch zu compromittiren, daß man ſie als in di-

rectem Streite mit unſerer gnädigen Souveraininn darſtellt. Ich hoffe, indem ich dem Hauſe einige Bemerkungen vorlege, wird man meine ehrfurchtsvolle Ergebenheit für Ihre Majeſtät nicht in Zweifel ziehen. Die Königinn iſt ſelbſt von zu reinen Geſinnungen beſeelt, als daß ſie die anderer Menſchen beargwöhnen könnte. Allein ich kann die ungenügende Erklärung, die der edle Viscount ſo eben gab, nicht mit Stillſchweigen übergehen. Se. Lordſchaft hat geſprochen, aber trotz dem bleibt das Land in der vollſtändigen Unwiſſenheit über die Abſichten der Regierung. Der edle Viscount hat nichts erklärt. Indeſſen fürchte ich, unter der Herrſchaft der Reformbill, keine Gefahr für unſerer Inſtitutionen. Wenn dieſe Maaßregel dazu beiträgt, den Frieden des Landes in Zeiten der Ruhe und Sicherheit zu ſchirmen, ſo wird ſie ihn eben ſo in Momenten politiſcher Stürme gewährleiſten. Meine politiſchen Anſichten, ich weiß es, zählen in dieſem Hauſe keine zahlreichen Anhänger, aber ſie ſind bei mir die Frucht tiefer Ueberzeugung. Ich weiß nicht, ob die miniſteriellen Ueberzeugungen eben ſo feſt begründet ſind, kann mich jedoch nicht enthalten, auf die Variationen hinzudeuten, die ſich in kurzem Zeitraume in dem Gedankenkreiſe des Miniſteriums ergeben zu haben ſcheinen. Mein Geiſt begreift nicht, wie der edle Viscount, nachdem er am 7. Mai es für unmöglich erklärt, die Regierungsgeſchäfte länger zu leiten, ſich am 13. Mai wieder im Stande fand, deren Leitung zu übernehmen, und zwar mit der Hoffnung, ſich zu halten. Eine Parlamentsvertagung kann einem Cabinet allerdings einigen Nutzen bringen, indem ſie ihm Zeit läßt, manche ſeiner Maaßregeln neu zu prüfen und ſo das verlorne Vertrauen wieder zu gewinnen. Wenn aber eine Regierung nach einer Vertagung nur eben wieder in die alten Fußſtapfen tritt, wozu nützt dann einer ſolcher Aufſchub und Verluſt der koſtbaren Zeit? In dieſem Fall iſt es offenbar, daß man, ohne ſeine Grundſätze zu ändern, nur an die Maſſen appelliren, durch gehäſſige Suggeſtionen ſie aufreizen wollte. Ich habe die letzten Vorgänge mit regſter Aufmerkſamkeit verfolgt, und muß die Verſuche, die man gemacht hat und annoch macht, als fruchtlos bezeichnen. Sehen Sie, was in Liverpool vorgegangen iſt; wenn eine Adreſſe an die Königinn dort angenommen wurde, ſo geſchah es nur in Folge irriger Vorſtellung bei der Menge, und dasſelbe iſt in andern Städten der Fall. In der That ich muß beklagen, daß unter die Ergießungen ſchlimmer Leidenſchaften, unter die Wahrheitsverdrehungen aller Art der Parteigeiſt den Namen unſerer gnädigen Souveraininn gemiſcht hat. Meine edlen Freunde, hoffe ich, werden gleich mir die Nothwendigkeit fühlen, gegen dieſen ärgerlichen Mißbrauch laute Verwahrung einzulegen. Anſtatt ähnliche Demonſtrationen zu ermuntern, ſollte das Miniſterium ſeine Anſicht über den definitiven oder nicht definitiven Character der Reformbill freimüthig ausſprechen. Ich ſehe mich auf bloße Muthmaaßungen beſchränkt, doch hoffe ich, das Miniſterium hat die von Lord John Ruſſell ausgeſprochene Finalitätsdoctrin aufgegeben. In dieſem Falle werden die Reformer mit dem Cabinet ſympathiſiren, ihm ihre Unterſtützung leihen. Zugleich geſtehe ich aber, daß mir die lakoniſche Erklärung des edlen Vicount kein ſonderliches Vertrauen einflößt. Das Miniſterium gefällt ſich beſſer darin, das Terrain der Discuſſion in das Cloſet oder die Bedchamber der Königinn zu verlegen. Welche Irrthümer hat man gefliſſentlich über die Abſichten Sir Robert Peels verbreitet, den man falſchlich beſchuldigt, er ſuche die Königinn von den Freundinnen ihrer Kindheit zu trennen! Und doch hatten Sir Robert und der edle Herzog (Wellington) nur die Entfernung einiger Damen verlangt, die ſich erſt ſeit zwei Jahren um die Perſon Ihrer Majeſtät befinden! Noch nie iſt einer bloßen Hoffrage ſo großes Gewicht beigelegt worden. Die Regierung hat in letzterer Zeit Ehrendamen in politiſche Maſchinen, Pallaſtfrauen der Königinn in Staatsmänner verwandelt. (Gelächter.) Ob das ein Fortſchritt iſt, weiß ich nicht; ſo viel iſt aber gewiß, daß zwiſchen dem Hauſe der Lords und dem der Gemeinen kein Unterſchied mehr beſteht: das eine hegt zum Miniſterium ſo wenig mehr Vertrauen wie das andere. Und wie kann nun dieſes Miniſterium, mit den beiden Parlamentshäuſern gegen ſich, hartnäckig darauf beharren, die Leitung der Geſchäfte fortführen zu wollen? Die Königinn wollte zwei ihrer Hofdamen beibehalten. Was will das heißen? Sind die Miniſter etwa gemeint, die Lehre aufzuſtellen, daß in England der königliche Wille Alles dominiren müſſe, die Lehre: **reginae voluntas summa lex esto?** — Möge das Miniſterium ſich hüten! es betritt hier eine verfaſſungswidrige Bahn; es verſtößt gegen Doctrinen, die es früher behauptet hat. Das iſt es nicht, was dem Lande noth thut, deſſen Vertrauen verloren iſt. Dieſes Vertrauen muß auf anderm Wege neu geweckt, wiedergeboren werden. Das Miniſterium hat, ſeiner innerſten Ueberzeugung entgegen, ſeiner Jamaica-Bill entſagt. Warum? Weil es eine kleine Hofangelegenheit zu arrangiren galt; dieſer Rückſicht engherziger Politik ward Alles aufgeopfert. Auf ähnliche Weiſe würde man auch Canada aufgeben, wenn man es zur Aufrechthaltung der Regierung für nöthig fände. Und welche Sympathie kann wohl im Ausland ein Miniſterium erregen, das ſeine Portefeuilles wieder übernimmt, nachdem es offen erklärt, daß ihm das Vertrauen des Parlaments entſtehe? Gewiß, alles das muß in den Augen Europa's als etwas ſehr Ungewöhnliches, ſehr Neues erſcheinen. Aber ein ſolches Syſtem kann ſich nimmermehr behaupten, das Parlament wird ſeine Rechte zurückfordern; die auswärtigen Nationen werden leicht begreifen, daß es ihnen weder Sicherheit noch Vortheil gewährt, mit einer Regierung zu vertragen, die auf ſolche Grundlagen fußt. Gewiß unmöglich kann es irgendwem

einfallen, die Absichten einer unerfahrnen jungen Souverainin anzuklagen, aber ihrer verantwortlichen Räthe Pflicht wäre es gewesen, ihrer Fürstinn die ächten, heilsamen Grundsätze der Verfassung einzuprägen, und so ihren Mangel an Erfahrung zu ersetzen. Da die Gatten und Brüder gewisser Ehrendamen von ihren ministeriellen Aemtern zurücktraten, so durften, das scheint mir ganz in der Ordnung, auch ihre Gemahlinnen und Schwestern nicht in ihren Stellen bleiben. Käme die Krone jemals in Gefahr, so läge die Schuld an schlechten Rathgebern, an gierigen Parasiten, die sie den Interessen ihres Egoismus aufopfern. Ich weiß, daß mein edler Freund neben mir der letzte Mann in England seyn würde, der sich so was zu Schulden kommen ließe. So wie ich ihn kenne, bin ich überzeugt, daß er nichts thun würde, was seinem Character zu nahe treten könnte, um im Amte zu bleiben; aber es dürfte andere Leute geben, die etwas hungriger und durstiger nach dem Besitze der Macht sind, die einen Widerwillen, des Besitzes ihrer Stellen verlustig zu werden, oder jene Gier nach Erwerbung derselben empfinden, die denjenigen eigen ist, welche die Macht bisher nur aus der Ferne kennen, und von ihren Süßigkeiten träumen, ohne die Bitterkeit zu kennen, die ihnen beigemischt ist. Solche Personen würden wohl daran thun, ihr System nicht zu weit zu treiben; sie stellen die Principien der monarchischen Regierung auf eine schwere Probe (hört!). Sie mögen die Saiten nicht zu hoch spannen, sonst könnte leicht das Gebäude einstürzen. Ich sehe mit den Gefühlen der äußersten Bangigkeit und Besorgniß den unweisen, unbedachtsamen, und ich möchte sagen unverantwortlichen Gang, den man eingeschlagen hat, indem man die Stabilität der Monarchie um eines bloßen Bedchamber-Haders willen aufs Spiel setzt und die persönlichen Gefühle der Monarchinn in Conflict mit den Wünschen des Landes bringt." (Schluß folgt.)

Am 30. Mai fand die Versammlung des Gemeinderaths der City von London Statt, in welcher auf Betrieb der liberalen Partei eine Adresse an die Königinn entworfen werden sollte, um ihr dafür zu danken, daß sie der Forderung, ihre Hofdamen zu entlassen, sich widersetzt habe. Die Versammlung war sehr zahlreich, und es herrschte große Aufregung, da man wußte, daß die conservative Partei sich der Adresse widersetzen werde. H^r. Ashurst, welcher die Adresse vorschlug, berührte alle mit der Resignirung der Minister verbundene Umstände und rühmte das Benehmen der Königinn sehr. Er bemerkte jedoch, daß er kein Vertrauen mehr zu den Ministern habe, weil sie der Königinn gerathen hätten, sich an die Tories zu wenden. Er beantragte sodann die Adresse, worin es hieß, daß die Energie und Festigkeit, welche Ihre Majestät unter so schwierigen Umständen entwickelt hätte, Ihre Anhänglichkeit gegen Ihre Freunde und ihr ruhiger Entschluß, die Prärogative der Krone aufrecht zu halten, allgemeine Bewunderung erregt hätten. Es wurde ferner in der Adresse die Hoffnung ausgesprochen, daß Ihre Majestät, wenn ähnliche Fälle vorkommen sollten, dieselbe Festigkeit zeigen werde, daß aber dergleichen Fälle dadurch vermieden werden würden, daß die verantwortlichen Rathgeber der Krone zweckmäßige Reformen ausführten. Die Adresse wurde von den Reformern mit Beifall, von der andern Partei dagegen mit Zeichen des Mißfallens aufgenommen. H^r. Norris unterstützte die Adresse, weil nichts verfassungsmäßiger seyn könne, als das Benehmen der Königinn bei der Bildung des neuen Ministeriums. (Beifall.) H^r. Anderton aber meinte, er wolle die vorläufige Frage als Amendement vorschlagen, und was die gerühmte Festigkeit Ihrer Majestät betreffe, so gehe dieselbe oft in Eigensinn über. Durch solchen Eigensinn habe der Großvater der Königinn Amerika verloren. Er vertheidigte es sodann, daß Sir R. Peel die Vollmacht verlangt habe, die Hofdamen der Königinn entlassen zu können, und fügte hinzu, daß, wenn irgendwo ein Unglück passire, immer ein Frauenzimmer Schuld daran sei. (Hört! und Gelächter.) Sir P. Laurie unterstützte das Amendement und vertheidigte ebenfalls das Benehmen Sir R. Peel's. Er behauptete, der Conservatismus mache schnelle Fortschritte, und das Land habe jetzt keine wirksame Regierung. Er warf dem Ministerium vor, daß es neue Pairs ernenne, und daß es sein Patronatsrecht mißbrauche. Er gab zu, daß die Minister bei Hofe in Gunst ständen, aber sie besäßen nicht das Vertrauen des Landes. Wenn man in eine gut gekleidete Gesellschaft gehe, so werde man finden, daß unter zehn Personen neun gegen die Minister seien. Er zweifle nicht, daß die vorläufige Frage mit einer großen Majorität werde angenommen werden. (Lautes Gelächter.) Nachdem die Debatte noch eine geraume Zeit in einer selbst von Toryblättern gerügten, oft sehr unziemlichen Weise fortgedauert hatte, kam es zur Abstimmung, und es ergaben sich für die Adresse nur 75, für das Amendement aber 121 Stimmen, so daß die erstere mit einer Majorität von 46 Stimmen verworfen wurde. Dreizehn Aldermänner stimmten auf Seiten der Tories und nur vier, die HH. Harmer, Lainson, White und Wood, für die Adresse. Die ministeriellen Blätter sind natürlich sehr aufgebracht darüber und erklären es für ein höchst unloyales Verfahren; sie wollen indeß den Hauptgrund dafür in dem Aerger der City über die von dem Ministerium bezweckte neue Polizeieinrichtung finden. — Der Standard macht die Bemerkung, daß derselbe Gemeinderath am 27. November 1834 eine Adresse an die Krone wegen Lord Melbourne's Rücktritt vom Ministerium und Sir R. Peel's damaligen Eintritt ins Cabinet zu Gunsten des Melbourne'schen Ministeriums mit 109 gegen 60 Stimmen votirt habe; bald darauf sei die Auflösung des Parlaments erfolgt, und die City habe vier Whigradicale gewählt. Wenn es jetzt zu einer Auflösung käme, würde die City, wie der Stan-

dard überzeugt ist, mit bedeutender Majorität vier Conservative wählen.

Schweden und Norwegen.

Namens des Storthings in Christiania ist folgende Abschiedsrede an Sr. Majestät gehalten worden: „Gnädigster König! Nachdem Sie das norwegische Volk mit einem Aufenthalt von fast einem halben Jahre innerhalb Norwegens Gränzen erfreut, werden Ew. Majestät jetzt zum Bruderreiche zurückgerufen, um dort fortan für das Wohl der vereinigten Reiche zu wirken. So lange sah das norwegische Volk noch niemals nach seiner wiedergewonnenen Selbstständigkeit den König des Landes in seiner Mitte; allein es ist doch nicht so sehr dieses, was den Aufenthalt Ew. Majestät unter uns so merkwürdig macht; es ist weit mehr die Vorsorge und Kraft, womit Ew. Majestät die Landesangelegenheiten umfaßt, das tiefe Gerechtigkeitsgefühl, das sich in der Leitung derselben ausgesprochen, die väterliche Zärtlichkeit, womit Sie gesucht haben, die Noth zu erleichtern, wo sie sich zeigte, ihr vorzubauen, wo sie zu befürchten; es sind diese erhabenen Eigenschaften, welche das norwegische Volk schon längst bei Ew. Majestät vollkommen erkannt hat, die es aber während Ihres hiesigen Aufenthalts gleichsam sich näher vor seinen Augen hat entfalten sehen, welche diesen Aufenthalt für uns so theuer und erinnerungswürdig gemacht haben. Die jetzt versammelten Repräsentanten Norwegens stellen sich sonach Ew. Majestät vor, um im Namen des Volkes, von welchem sie gewählt sind, den herzlichsten Dank darzubringen für diese erneuerten Beweise, welche es von Ew. Majestät eifrigen Bestrebungen zur Förderung seines Wohles empfangen. Diesem wagen wir in dieser Abschiedsstunde unterthänigst die Bezeugung unserer Erkenntlichkeit hinzuzufügen für die Gnade und das Wohlwollen, womit Ew. Majestät dem Storthing entgegengekommen. Was Ew. Majestät in der vergangenen Zeit für Norwegen gewesen, wird keine Trennung aus dem Gedächtnisse löschen, das bis zu den spätesten Geschlechtern dankbar wird aufbewahrt werden. Der Lohn, auf welchen Ew. Majestät den höchsten Preis setzen, ist schon ganz der Ihrige, nämlich die aufrichtige Liebe eines treuen und ergebenen Volkes. Es ist dieses Gefühl, das auch in dieser Stunde unsere Herzen mit dem Wunsche erfüllt, daß der Herr die Tage segnen, ihrer noch viele und frohe werden lassen, und seine schirmende Hand über Ew. Majestät, das königliche Haus und die vereinigten Reiche halten wolle!" — Der König antwortete: „Mein gegenwärtiger Aufenthalt unter dem norwegischen Volke hat Mich in der Meinung bestärkt, die Ich von dessen loyaler Hingebung hatte. Zufrieden zu sehen, daß es die Gefühle schätzt, die Mich für sein Glück beleben, danke Ich dem höchsten Wesen, daß es sie mir eingegeben. Diese himmlische Macht dringt in jedes Menschen Herz. Sie kennt die lebendige Liebe, die ich zu diesem treuen Volke hege. Die 25 Jahre politischer Existenz und Ruhe, die Norwegen genossen, gehen für Mich über ein Jahrhundert von Ruhm und Eroberungen. Das politische Leben dieses Königreichs, welches einen Platz unter den Nationen Europa's eingenommen, ist eine Thatsache, welche die Norweger erkennen, und unter die vornehmsten Wohlthaten, die Ich ihnen schon erwiesen, rechnen. Die Gothen, welche den Scandinaviern des 8ten und 9ten Jahrhunderts vorhergingen, begaben sich auf abenteuerliche Züge, errichteten Königreiche im Auslande und plagten die Nationen. Glücklicher als eure Vorväter, bildet ihr einer einigen Staat. Die Vorsehung hat euch zu leiten gewürdigt, und ihr seid wieder unabhängig geworden. Die Bewohner der beiden vereinigten Königreiche haben nicht mehr wie in alten Tagen die Verheerung der Gefilde und die Zerstörung der Städte zum Ziele. — Unser System besteht nicht darin, zwei erobernde, aber wohl zwei glückliche Völker zu seyn; nicht darin, daß wir suchen, das Gebiet irgend einer andern Nation anzugreifen, oder Eingriffe in deren Rechte zu verüben, sondern darin, Alles zu bewahren, was jedem der beiden Königreiche angehört. Gott wird die Wünsche segnen, die sie für Mich hegen, indem er Norwegen segnet, und dieser göttliche Segen wird die Gedanken und Pflichten der Deputirten der Nation mit denen Ihres Königs vereinen. — Ich wiederhole die Versicherung meiner vollen königlichen Huld, in der Hoffnung, Norwegen bald wieder zu sehen."

Preußen.

Einer telegraphischen Depesche aus Köln, in der Preußischen Staatszeitung, zufolge sind Sr. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland am 4. Vormittags 11¼ Uhr von Düsseldorf zu Lande in Köln eingetroffen und haben ohne Aufenthalt Ihre Reise nach Ems fortgesetzt.

Am 31. Mai traf Sr. königl. Hoheit der Kronprinz von Preußen auf der Fahrt nach Wesel mit dem Dampfschiff „Herzog von Nassau" in Düsseldorf ein und wurde dort festlich empfangen. Am folgenden Abend wollte Sr. königl. Hoheit nach Düsseldorf zurückkehren und mehrere Tage verweilen. Am 4. Juni wurde der Kronprinz in Elberfeld, am 10. in Aachen und am 17. in Münster erwartet.

Frankreich.

Eine königliche Ordonnanz ernennt den bisherigen Gouverneur der französischen Colonie Guyana, de Rourguier du Camper, zum Gouverneur der französischen Niederlassungen in Indien an die Stelle des Generals Marquis de Saint-Simon.

Folgendes sind die Hauptbestimmungen des von dem Handelsminister. Hr. Cunin-Gridaine, in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 4. Juni vorgelegten Gesetzentwurfes über die Besteuerung des Colonialzuckers: Weißer, rother Zucker, durch französische

Schiffe eingeführt, bezahlt künftighin an Eingangszoll von der Insel Bourbon 28 Fr. 50 Cent., von den französischen Colonien in Amerika 35 Fr. per 100 Kilogr. Andersfarbiger roher Zucker bezahlt von Bourbon 23 Fr. 50 Cent., von Amerika 30 Fr., raffinirter Zucker von Bourbon 46 Fr., von Amerika 55 Fr. per 100 Kilogr. Von fremdem rohen, nicht weißen Zucker ist der Zoll aus Indien auf 55 Fr., von den übrigen außereuropäischen Ländern auf 60 Fr., von den Entrepots auf 70 Fr. für die französischen Schiffe, hingegen für die fremden Schiffe ohne Unterschied des Landes auf 75 Fr. per 100 Kilogr. festgesetzt. Weißer, roher oder raffinirter Zucker ohne Unterschied der Nuancen bezahlt, von französischen Schiffen eingeführt, aus Indien 55 Fr., aus andern außereuropäischen Ländern 70 Fr. aus der Etrepots 80 Fr., von fremden Schiffen bezahlt dieselbe Qualität des Zuckers ohne Unterschied des Landes 95 Fr. per 100 Kilogr. Der zweite Artikel des Entwurfs bestimmt, daß der Betrag der Zölle auf den raffinirten Colonialzucker, welcher in den letzten sechs Monaten eingeführt worden, an die Kaufleute oder andern Besitzer desselben, die aber durch die Douanenquittungen sich ausweisen müssen, insoweit jene Zölle die durch das neue Gesetz vorgeschlagenen überschreiten, zurückbezahlt werden. Der Minister begleitet die Vorlage des Gesetzentwurfs mit einer Rede, worin er dessen dringende Nothwendigkeit darzulegen sucht. Am Schlusse bemerkt er: „Wir gestehen offen, daß diese Maaßregeln nicht als ein definitiver Vergleich zwischen den beiden feindlich sich gegenüberstehenden Interessen betrachtet werden dürfen. Es kann dieß um so weniger der Fall seyn, als zwischen beiden sich seit langer Zeit ein lebhafter Streit entsponnen, und jedes den Platz, den es im allgemeinen Interesse des Landes einnimmt, übertrieben geschildert hat." — Der Courrier Français glaubt, die vorgeschlagene Maaßregel werde keine andere Folge haben, als daß die Colonisten etwas weniger, und die Fabrikanten des Rübzuckers viel mehr verlieren; die Preise aber werden nicht sinken, ehe die aufgehäuften, höher verzollten, ungeheuren Vorräthe erschöpft seien. Die Rübenzucker-Fabrikannten sind schon seit lange gegen die vorgeschlagene Maaßregel äußerst thätig. Sie verlangen jetzt, daß wenn der Zoll von dem Colonialzucker vermindert werde, auch die auf ihre Fabrikation gelegte Auflage aufhören solle.

Die Commission der Deputirtenkammer, welcher die Untersuchung des Gesetzentwurfs hinsichtlich des Credits von 10 Millionen für Vermehrung der Flotte im Mittelmeere zugewiesen worden, hat Hrn. Lepelletier-d'Aulnay zu ihrem Präsidenten und Hrn. Dubois zu ihrem Secretär gewählt. Der Präsident hat von dem Minister der Marine die Mittheilung mehrerer Documente verlangt. Die Commission verschob die Entscheidung bis nach der Untersuchung dieser Documente.

Niederlande.

Berliner Blätter melden aus dem Haag vom 31. Mai: „Der Großfürst-Thronfolger von Rußland wird sich nur eine Nacht in der hiesigen Residenz aufhalten und am Sonntage nach Anhörung des Gottesdienstes in der griechischen Kirche nach Nymwegen abreisen. Am 3. Juni wird Se. kais. Hoheit in Köln, am 4. in Ems, am 5. in Biebrich und am 6. in Frankfurt a. M. übernachten. — Auch in Amsterdam ist jetzt, wie in Berlin und Danzig, eine Fabrik eingerichtet, in welcher alte wollene Lumpen in verspinnbare dauerhafte Wolle verarbeitet werden. Die Unternehmer in Holland haben von der Regierung ein Patent auf funfzehn Jahre erhalten."

Belgien.

Durch nachstehendes Schreiben des Präsidenten der Repräsentantenkammer wird diese auf den 6. Juni einberufen: „Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Gerichtseintheilung von Luxemburg amendirt; dieses Gesetz ist von höchstem Interesse für die Bevölkerung dieser Provinz; es enthält in Bezug auf die Geschwornengerichte höchst dringende Bestimmungen, ohne welche die Ausübung der Criminaljustiz eingestellt werden müßte. Diese Umstände legen uns die Pflicht auf, uns unverzüglich mit dem Entwurfe zu beschäftigen. Demzufolge habe ich die Ehre, die Repräsentantenkammer auf Donnerstag den 6. Juni, um Mittag, im Pallaste der Nation zusammenzuberufen."

Durch Beschluß vom 29. Mai sind die Wahlcollegien in den Provinzen Antwerpen, Brabant, Ostflandern, Namur, Westflandern, Hennegau und Lüttich auf den 11. Juni zusammenberufen. Die Wahlen der Senatoren für die Bezirke von Dixmude, Fürnes und Ostende werden am 18. Juni Statt finden. Die Zeit der Wahlen in den Provinzen Limburg und Luxemburg wird später bestimmt werden.

Ungarn.

Auf der Reise von Preßburg nach Comorn geruhten Ihre Majestäten am 8. und 9. d. M. das Hoflager in Halbthurn auf der Herrschaft Ungarisch-Altenburg zu nehmen, und von dem Herrschaftsbesitzer, Sr. kais. Hoheit dem Erzherzog Carl, und Höchstdessen durchlauchtigsten Sohne Carl Ferdinand begleitet, die großartigen Anlagen, womit auf dieser Herrschaft der vaterländischen Cultur ein regerer und höchst bedeutender Impuls und ein von den Oekonomen der betriebsamsten Länder mit Beifall geehrtes Beispiel gegeben wurde, mit besonderer Aufmerksamkeit zu besichtigen.

Am 8. wurde die Marienau, ein bewässertes Wiesenland von 1200 Joch, der Wittmannshof, ein Höhenprädium von 4400 Joch, am 9. Farkásbrunn von 1600 Joch, und die Kaiserwiese von 1400 Joch — durchaus neue Schöpfungen aus beinahe nutzlosem Sumpf- und Weideland — besucht und die Austrocknungsarbeiten im Hanság, womit ein beträchtliches Sumpfland bereits der ungestörten Cultur gewonnen und dem Nachbarlande der Weg zu gleichen Arbeiten und Erfolgen geöffnet ist, in Augenschein genommen. — Ihre Majestäten geruhten über diese eben so nützlichen als schönen Anlagen und Bestrebungen das höchste Wohlgefallen zu bezeugen.

Wien.

Am 10. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	108⅛.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	101½.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	82⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	152.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	670.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	269⅛.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM	53⅞.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC.		in CM.	—.
Bankactien pr. Stück		—— in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 163

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 12. Juni 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 10. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.582	28 3 6 2 P.	+ 15.8	SO.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.601	28 4 4	+ 17.8	W.	Sturm.	Gewitter.
	10 Uhr Abends.	27.639	28 4 10	+ 13.5	NW.	mittel.	trüb.

Preßburg.

Nachstehendes ist die Rede, welche Se. k. k. apostol. Majestät am 6. Juni, bei der Uebergabe der königlichen Propositionen, vom Throne herab an die versammelten Stände gehalten haben:

„Um dasjenige, was Wir zu wiederholten Malen feierlichst erklärten: daß Uns nämlich nichts mehr am Herzen liege, als daß die Heiligkeit der Gesetze gewahrt, und die durch den Gebrauch von Jahrhunderten geheiligten Institutionen aufrecht erhalten werden, durch alle Unsere Regierungshandlungen zu bewähren, — haben Wir die getreuen Stände zu diesem Reichstage einberufen. Ja, Wir befinden Uns selbst in deren Mitte, und wie es hauptsächlich Unser Vorsatz ist, in der aufrichtigen Liebe und in dem reinen Vertrauen zu der edelmüthigen Nation, Unseren Vorfahren, theuersten Andenkens, gleich zu seyn, geben Wir auch gegenseitig keinem Zweifel Raum, daß die getreuen Stände ebenfalls alle ihre Sorgfalt und ihre Bemühungen dahin richten werden, sich als würdige Abkömmlinge ihrer Ahnen zu bezeigen, welche dem ungarischen Namen den unvergänglichen Ruf eines edelmüthigen Volkes erworben haben."

„Unter den Gegenständen, worüber Wir dermalen mit den getreuen Ständen verhandeln werden, ist vorzüglich einer so beschaffen, daß er — indem er auf die Erfüllung der öffentlich gemachten Zusage, so wie auch darauf Bezug nimmt, daß die ungarischen Regimenter in jener Verfassung erhalten werden, welche dem Ruhm ihrer Tapferkeit und ihres Heldenmuthes entspricht, — seine vorzüglichste Stütze in dem edlen Character der Nation finden wird. — Wir haben sonach beschlossen, über diese, wie am Tage liegt, höchst wichtige Sache mit den getreuen Ständen zu verhandeln, wobei Wir, fest vertrauend auf ihre treue Anhänglichkeit, als gewiß annehmen, daß dasjenige, was Wir zu den vorzüglichsten Aufgaben Unseres königlichen Amtes, und Unserer Sorgfalt rechnen, auch in den Gesinnungen der getreuen Stände einen gleichen Platz einnehmen werde."

„Was Wir ferner zur Förderung der öffentlichen Wohlfahrt bestimmt, und durch gesetzliche Vorkehrungen festgesetzt wissen wollen, haben Wir in Unseren gnädigsten Propositionen dergestalt umfaßt, daß überdieß auch die zu diesem Ende führenden billigen Begehren bei Uns willfährigen Eingang finden werden."

„Indem Wir daher diese Propositionen hiermit gnädigst übergeben, eröffnen Wir den Reichstag mit dem innigsten Wunsche Unseres väterlichen Herzens, daß durch die auf demselben zu erlassenden Gesetze das der vielgeliebten Nation eigenthümliche Lob der unwandelbaren Liebe zum Fürsten und zum Vaterlande, so wie der Ruhm, welcher die dem öffentlichen Wohle geleisteten ersprießlichen Dienste stets begleitet, mit einem neuen Denkmahle bekräftiget werden mögen."

„Uebrigens versichern Wir die getreuen Stände insgesammt Unserer kaiserlichen königlichen Huld und Gnade."

Großbritannien und Irland.

Folgendes ist der nähere Inhalt der Erklärung, welche Lord Melbourne in der Sitzung des Oberhauses vom 31. Mai, auf Lord Winchilsea's Interpellation über die ministerielle Politik, gegeben hatte: „Mylords! ich räume gern ein, daß der edle Graf und das Haus und das Land vollkommen berechtigt sind, von mir eine Erörterung über die von dem edlen Grafen angeregten Puncte zu erwarten. Aber diese Erörterung, sollte ich denken, hätte ich Ew. Lordschaften schon gegeben. Ich habe Ihnen die Gründe meiner neulichen Abdankung bereits entwickelt, nicht minder auch die Gründe, die mich bestimmten, das mir angebotene Amt wieder anzunehmen. Alles darauf Bezügliche ist in beiden Parlamentshäusern genau und nach allen Seiten hin discutirt worden, und dem Hause wohlbekannt; offen vor der Welt liegen alle Umstände, welche, selbst bei der Fortdauer jenes Stands der Dinge, der mich zu meinem Rücktritt bewogen, und ungeachtet der Schwierigkeiten, von denen die Regierung umgeben war und noch umgeben ist, mir als einem Manne von Ehre und Gefühl (hört!) es unmöglich machten, anders zu handeln, als ich gehandelt habe. Dieß ist auch jetzt die ganze Erläuterung, die ich über das von mir eingehaltene Verfahren zu bieten habe. Ich gebe vollkommen zu, daß die Schwierigkeiten unserer Regierung unvermindert seyn mögen; auch bin ich überzeugt, daß sie dadurch nicht würden verringert werden, wenn dieses Haus irgend ein Princip aufgäbe, oder wenn die Verwaltung nach andern Principien, als den bisherigen, geführt würde. (Hört!) Unsere bisherigen Verwaltungsprincipien waren ohne Zweifel Principien des Fortschrittes und der Reform. Ich war immer für jede Maaßregel, die mir des Landes Nutzen und Wohlfahrt zu fördern schien; doch gewiß war es weder früher, noch ist es jetzt meine Art, mir Anhang und Unterstützung dadurch zu erkaufen, daß ich Maaßregeln vorschiebe oder fördern helfe, die meinen Ansichten, meinem Gewissen zuwiderlaufen. (Beifall.) Nach diesem allgemeinen Princip ist, wie ich sie begreife, unsere Regierung gebildet. (Hört!) Ich bin, ich gestehe es, eigentlich kein großer Freund von solchen Regierungserklärungen. Sie sind in der Regel so generell, in so allgemeinen Ausdrücken gehalten, daß sie für eine Administration wie für die andere gelten können, und dabei haben sie den Nachtheil, daß sie von Jedermann nach seinen eigenen Ansichten, Empfindungen und Wünschen ausgelegt werden, was zu Verwirrung, Mißverständniß und getäusch-

ten Erwartungen führt. (Hört!) Dennoch will ich, wie gesagt, zugeben, daß in diesem besondern Fall eine Erklärung nothwendig ist, wie der edle Graf behauptet. Gegen gewisse Rügen, habe ich unlängst zu bemerken die Ehre gehabt, bin ich äußerst gleichgültig, tief kränken aber würde mich der Vorwurf, daß ich irgend Jemand hintergangen, daß ich mich zu Meinungen bekannt hätte, die ich nicht wirklich hege. Doch dieser Vorwurf kann mir nicht gemacht werden. Meine Ansichten über die meisten Materien öffentlicher Discussion, die jetzt die Nation bewegen, sind wohlbekannt. Sie waren es schon 1835, gerade so, wie sie es jetzt sind. Von allen Reformmaaßregeln, die ich als ächte, wesentliche erkannt habe, bin ich nach wie vor ein warmer und eifriger Freund. Maaßregeln hingegen, die meiner Ueberzeugung und meinem Gewissen widersprechen, werde ich nimmermehr meine Zustimmung geben, um damit irgend einen Gegner zu gewinnen oder selbstische Zwecke zu erreichen. Was die aufgezählten innern und äußern Schwierigkeit betrifft, so will ich sie weder bemänteln, noch verkleinern. Ich kenne und würdige die Gefahren, die durch Tendenzen auf Ruhestörung und Tumult im Herzen unseres Landes drohen. Ich war kein unaufmerksamer Beobachter dieser Bewegungen; sie zeigen, scheint es mir, eigenthümlich neue Symptome, deuten auf etwas Neues, Fremdartiges in der Sinnes- und Gefühlsweise eines Theils des brittischen Volkes. Es liegt etwas in der Gegenwart, wovon ich nicht sagen kann, ob es gefährlicher ist, als manche Erscheinungen früherer Zeiten, da es in den Tiefen gährte, die Oberfläche aber mit Reform, Verbesserung und ähnlichen Loosungsworten überfirnißt war, wogegen heutzutage in öffentlichen Versammlungen und von Menschen von nicht geringer Geistes- und Willenskraft, von nicht unbeträchtlichem Einfluß, die Absicht auf Plünderung, Gewaltthat und Blutvergießen offen kundgegeben wird. Ob diese Erscheinung die gefährlichere von den zweien ist, weiß ich nicht; doch ich glaube, es ist die minder gefährliche (hört!); wollten wir das Gegentheil annehmen, so müßten wir auch annehmen, das Land sei so bis in sein Innerstes krank, daß von keiner Arznei, deren Anwendung im Bereiche der Möglichkeit liegt, noch Heil und Rettung zu hoffen wäre. (Hört!) Es ist ferner wahr, daß auswärtige Verhältnisse große Schwierigkeiten darbieten — Schwierigkeiten, die Ew. Lordschaften ernstlichste Erwägung erheischen werden. In vielen Theilen dieses großen, über alle Erdtheile verbreiteten Reiches haben sich kritische Zustände ergeben, ist durch zwiespältige Sinnesart und sich widerstreitende Interessen eine Saat der Unordnung gesäet, und wir müssen uns darauf gefaßt halten, daß sie keimen und sprossen werde. (Hört!) Hier nur Ein Wort darüber. Große Veränderungen sind in den letzten Jahren mit unserer Verfassung vorgegangen — Veränderungen, die bei vielen Staats- und Geschichtskundigen sehr beträchtliche Besorgniß erregt haben. Das Urtheil der fähigsten und talentvollsten Staatsmänner des continentalen Europa's über unsere abgeänderte Verfassung ist: bei schönem Wetter möge es damit ganz wohl angehen. „In Friedenszeiten," sagen sie, „mögt ihr ganz gut dabei fahren, ganz gut in den Tagen der Ruhe; sehr gut, wenn es keine Finanzbedrängnisse gibt; aber laßt einen Krieg, laßt pecuniäre Klemmen kommen, und dann wollen wir sehen, wie es mit euch und eurer neuen Verfassung geht." (Hört!) So sprechen die Staatsmänner drüben auf dem Festland. Ich antworte: das Heilmittel für alles dieß findet sich in der Weisheit und Klugheit des Parlaments, im Fernhalten des Parteigeistes bei allen großen Lebensfragen. Hier liegt meine erste und hauptsächlichste Hoffnung in Bezug auf jene Verfassungsänderungen. Gebräche es hingegen an Weisheit im Parlament, an Weisheit, Klugheit und Mäßigung im Volke, dann wäre es allerdings schwer, jene Befürchtungen nicht zu theilen, die, das läßt sich nicht verkennen, viele Gemüther beunruhigen. Indessen hege ich das feste Vertrauen, die von Uebelwollenden gehegten Erwartungen werden sich getäuscht finden. (Beifall.) Mylords, die Gründe, die mich zur Wiederübernahme der Regierung bestimmten, habe ich Ihnen neulich entwickelt. Mit dem damals Gesagten, und mit dem, was ich so eben vorgebracht, glaube ich die Fragen des edlen Grafen im Wesentlichen beantwortet zu haben. Die meiner Obhut abermals anvertrauten großen Interessen erfüllen mich ohne Zweifel mit ängstlicher Sorge, doch nur um Englands, nicht um meiner selbst willen. Welche Männer im Lande die fähigsten wären, die Macht desselben zu handhaben, weiß ich nicht, und will ich nicht entscheiden. Wilhelm III., ein klar und unparteiisch denkender Fürst, äußerte einmal im Gespräch mit dem Bischof Burnet: „Ich wäge in meinem Geiste die republikanische und die monarchische Regierungsform gegen einander, und ich weiß nicht, welche von beiden die beste ist. Vieles läßt sich wohl zu Gunsten der einen und andern anführen. Aber kann ich auch nicht sagen, was die beste, so kann ich doch sagen, was die schlechteste Regierungsform ist; das ist eine Monarchie, die nicht die Kraft hat, die Maaßregeln auszuführen, welche nothwendig sind." (Lauter Zuruf der Opposition.) Eben so, Mylords! weiß ich nicht, welches Ministerium das an und für sich beste ist; aber das schlechteste ist ohne Zweifel dasjenige, welches des Parlaments und des Landes Vertrauen nicht im hinreichenden Grade besitzt, um die zur Wohlfahrt des Landes nöthigen Maaßregeln fassen zu können. Sollte in dem Vertrauen, das wir genießen, zur Zeit noch ein Mangel obwalten, so hoffe ich, die Klugheit des Parlaments und die Weisheit des Landes überhaupt werden eine Aenderung in dieser Hinsicht herbeiführen." — Nachdem hierauf Lord Brougham seine (in unserm gestrigen Blatte mitgetheilte), mit Bitterkeit aller Art gegen das Ministerium ausstaffirte Rede gehalten, nahm der Herzog von Wellington das Wort und sprach in sehr gemäßigter Weise. Er empfahl den Ministern, ihrer Pflicht getreu zu handeln, und gab zu, daß sie unter den jetzigen Umständen keineswegs verpflichtet seien, sich ihrer Aemter zu entäußern. Seiner Meinung nach hätten die Minister auch am 7. Mai, nach der Abstimmung über die erste Jamaica-Bill, gar keinen triftigen Grund gehabt, ihre Entlassung einzureichen. „Wenn der edle Viscount," fügte er hinzu, „bei der Handlungsweise beharrt, die er anzunehmen beschlossen, und die er dem Hause am heutigen Abend angekündigt hat, und wenn er nicht nur im Parlamente, sondern auch außerhalb desselben seine Pflicht erfüllt, so kann er an dem guten Sinne der Bevölkerung dieses Landes auf Unterstützung rechnen." Der Marquis von Normanby schloß die Debatte mit der emphatischen Erklärung, daß er an dem Tage, an welchem das Ministerium seine Entlassung eingereicht, eine Unterredung mit Lord Melbourne über die Hofdamen der Königinn gehabt und daß keiner der Minister einen Augenblick an der Befugniß Ihrer Majestät, dieselben beizubehalten, gezweifelt habe; er seinerseits habe jedoch erklärt, daß seine Theilnahme an der vorigen Verwaltung möglicherweise seine Gattinn, Lady Normanby, in eine ganz andere Lage versetzen könnte, als die übrigen Hofdamen, und daß es daher vielleicht mit Hinsicht auf sie angemessen seyn dürfte, wenn sie ihr Amt in der königlichen Hofhaltung zu bekleiden aufhöre. Dann habe er aber von der Schwierigkeit, in welche die neue

Verwaltung in Bezug auf dieſen Punct gerathen, nicht eher etwas gehört, als am Abend, wo er Lord Melbourne einen Beſuch gemacht; ſobald er nach Hauſe zurückgekehrt geweſen, habe er demſelben ſeinen und Lady Normanby's Wunſch, daß ſie ihre Entlaſſung erhalten möchte, ſogleich mitgetheilt, und am nächſten Morgen habe ſeine Gattinn ihre Reſignation eingereicht. Das Haus vertagte ſich ſodann, ohne daß die Debatte zu einer genauen Aufklärung über die Abſichten der Miniſter in Bezug auf die Verhältniſſe des Landes im Einzelnen geführt hätte.

Die Times möchte gern glauben machen, daß der Herzog von Wellington im Oberhauſe von ihrem Berichterſtatter nicht richtig verſtanden worden, denn es will ihr nicht in den Sinn, daß in einem Augenblicke, wo, wie ſie ſagt, faſt jeder Denkende im Parlament und außerhalb desſelben dem Miniſterium ſein Vertrauen entziehen möchte, gerade der Herzog geneigt ſeyn ſollte, ihm das ſeinige zu ſchenken. Das hieße doch, meint ſie, ein etwas gar zu großmüthiger Feind ſeyn.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 31. Mai ergänzte Lord John Ruſſell die von dem Kanzler der Schatzkammer in einer frühern Sitzung gegebene Erklärung über die Abſichten der Regierung, die Modificirung des Briefporto's betreffend, dahin, daß er ſagte, das Miniſterium wolle (wie die miniſteriellen Blätter es ſchon erklärt hatten) ein gleichmäßig für alle Landestheile und alle Entfernungen geltendes Porto von Einem Penny in Vorſchlag bringen, aber die Vorbereitung dieſes Planes werde noch einige Monate Zeit erfordern. — Eine ziemlich lange Discuſſion entſtand dann über ein an demſelben Tage von Lord Denman vor dem Gerichtshofe der Queens-Bench abgegebenes Urtheil in einem von einem gewiſſen Hrn. Stockdale gegen den Drucker der Verhandlungen des Unterhauſes, Hrn. Hanſard, angeſtellten Injurienprozeſſe, in welchem der Klagegrund darauf baſirt worden war, daß in den von Hanſard gedruckten Verhandlungen des Unterhauſes, und zwar in einem Berichte des Inſpectors der Gefängniſſe an den Miniſter des Innern, eine Stelle vorkommt, in welcher dem Kläger die Publicirung obſcöner Pasquille Schuld gegeben wird. Lord Denman entſchied für den Kläger und begründete ſeinen Ausſpruch im Weſentlichen darauf, daß der Beſchluß des Unterhauſes, ſeine Verhandlungen drucken zu laſſen, nicht als ein Geſetz betrachtet werden könne, durch deſſen Allgewalt allerdings der Drucker von aller Verantwortlichkeit befreit werden würde, da Geſetze nur von dem ganzen Parlamente, von dem das Unterhaus nur ein Theil ſei, gefaßt werden konnten. Nach längerer Debatte über dieſe Sache kam man zu dem Entſchluſſe, dieſelbe einem beſondern Ausſchuſſe zur Begutachtung zu überweiſen. Alsdann ging das Haus in einen Ausſchuß über die Gefängnißbill über, womit es ſich den übrigen Theil des Abends beſchäftigte.

Der kaiſ. öſterreichiſche Botſchafter am Londoner Hofe, Fürſt Eſterhazy, iſt am 30. Mai Abends vom Continent wieder in London angelangt.

Conſols am 4. Juni 94¼.

Spanien.

Der Moniteur vom 5. Juni (den wir durch außerordentliche Gelegenheit erhalten haben) enthält folgenden Auszug einer von dem Generallieutenant Commandanten der 21ſten Militärdiviſion an den Kriegsminiſter gerichteten Depeſche: „Eine, am 29. Mai zu Prats de Mollo eingetroffene Depeſche gibt folgende Details über die (bereits vor mehreren Tagen durch den Telegraphen gemeldete) Einnahme von Ripoll. Die Carliſten ſind daſelbſt am 27. um 10 Uhr Morgens durch eine 20 Fuß breite Breſche, auf der ſich ein Theil der Beſatzung tödten ließ, eingerückt; der Ueberreſt hat ſich mit dem Commandanten in die St. Peterskirche geflüchtet, und dort capitulirt. Es ſind 2500 Kanonenſchüſſe auf die Stadt abgefeuert worden. — Am 28. iſt Ripoll ganz verbrannt worden; über 900 Perſonen ſind dabei umgekommen. Es ſind ſchreckliche Grauſamkeiten begangen worden. 25 Frauen, die ſich in ein Haus geflüchtet hatten, ſind von den Carliſtiſchen Soldaten mit Bayonnetſtichen ermordet worden; eine Mutter, von fünf Kindern, deren älteſtes neun Jahre alt war, umgeben, mußte mit anſehen, wie ſie aus ihren Armen geriſſen und mit Flintenkolben erſchlagen wurden; eines derſelben wurde aus dem Fenſter eines zweiten Stockes geworfen, und ſie ſelbſt iſt an den Wunden, die ſie bei Vertheidigung ihrer Kinder erhalten hatte, geſtorben. — Beſtürzung herrſcht in der ganzen umliegenden Gegend; es flüchten ſich fortwährend Frauen aufs franzöſiſche Gebiet."

Briefe aus Bayonne vom 31. melden: „Man erfährt aus Durango vom 28. Mai, daß General Espartero Orduña, wohin er eine Beſatzung legen will, befeſtigen läßt. Maroto, der die Linie von Amurrio bis Llodio beſetzt hält, hat befohlen, Arciniega, ſo wie früher Orduña, zu verlaſſen. Ehe er ſich entſchließt, auch Balmaſeda zu verlaſſen (das alſo noch nicht, wie der Telegraph gemeldet hatte, verlaſſen iſt) hat Maroto den Oberſten Alvarez de Toledo ins Hauptquartier des Don Carlos abgeſchickt, um dem oberſten Kriegsrathe die Frage vorzulegen, ob man ſich in Balmaſeda halten ſolle. Die Antwort war, Balmaſeda ſolle ſich ſo lang als möglich halten; wobei es jedoch dem General Maroto überlaſſen bleibe, nach Erforderniß der Umſtände, die Truppen zurückzuziehen."

Die Gazette de France vom 5. Juni gibt folgende Nachrichten aus Spanien: „Wir haben Briefe aus dem königlichen Hauptquartiere zu Durango vom 30. Mai erhalten. Carl V. hat ſich am 28. nach Zornoza begeben, um daſelbſt einem Kriegsrathe beizuwohnen, in welchem über die künftigen Operationen des Feldzugs berathſchlagt wurde. Se. Majeſtät waren von dem Prinzen von Aſturien, dem Infanten Don Sebaſtian, den Miniſtern und den Generälen Eguia und Villareal begleitet. Nach dem Conſeil iſt der König nach Durango zurückgekehrt. — Kein militäriſches Ereigniß hat ſeit den letzten Nachrichten Statt gefunden."

Nachrichten aus Madrid vom 27. Mai (im Commerce) zufolge hat die Madrider Regierung mit dem Hauſe Safont eine Uebereinkunft abgeſchloſſen, kraft deren dieſes Haus ſich anheiſchig macht, 14 Millionen Realen, wovon 10 in Geld und 4 in proteſtirten Tratten, zur Dispoſition des Miniſteriums zu ſtellen. Das Haus Safont nimmt dafür die Thorzölle von Madrid und eilf andern Städten in Pacht.

Frankreich.

Der Moniteur vom 4. d. M. enthält die Anzeige, daß Hr. Breſſon (der ehemalige Director der Forſtverwaltung) die ihm zugedachte Stelle als Director der ins große Buch eingeſchriebenen Schuld, nicht angenommen habe. — Der Moniteur vom 5. enthält eine königliche Ordonnanz vom vorhergehenden Tage, kraft deren Hr. Bailly, Generalinſpector der Finanzen, zum Director der eingeſchriebenen Schuld (an Hrn. Breſſons Stelle) ernannt wird. — Hrn. Breſſons Entfernung von dem Poſten eines Forſtdirectors und die Ernennung des Hrn. Legrand an deſſen Stelle gibt den Pariſer Journalen reichhaltigen Stoff zu Kritiken.

Die Journale der 221, denen Hr. Bresson angehört, namentlich das Journal des Debats und die Presse, sind darüber entrüstet, wogegen die Journale des linken Centrums (der 213) es ganz billig finden, daß Hr. Legrand, der unter dem Ministerium vom 22. Februar die obgedachte Stelle bekleidet hatte und unter dem Ministerium Molé davon entfernt worden war, jetzt, wo ein Theil des linken Centrums mit am Ruder sitzt, wieder in seine früheren Functionen eingesetzt werde. Einige Journale wollen sogar wissen, der jetzige Finanzminister, Hr. Passy, habe mit seiner Dimission gedroht, wenn Hr. Legrand nicht reintegrirt werde.

Die eigentlichen Geschäfte in der Deputirtenkammer haben kaum angefangen, und schon eilen die Deputirten, Paris zu verlassen. Die Urlaubsgesuche mehren sich so, daß der Präsident erklären mußte, jedes Gesuch, das sich nicht auf sehr beachtungswerthe Gründe stütze, müsse verworfen werden. Die Eile zeigt sich auch an der Art, wie die wichtigsten Gesetzentwürfe behandelt werden. Das Gesetz über Berufung von 80,000 Mann von der Classe von 1838 wurde in der Sitzung vom 3. Juni nach einer flüchtigen Debatte mit 238 gegen 13 Stimmen angenommen. — Bei dem Gesetze über die definitive Regulirung der Budgets von 1836 forderte gar kein Mitglied das Wort. Im Sturmschritt, ohne Discussion, votirte die Kammer sämmtliche Budgets aller Departements.

Auf Befehl der von dem Pairshofe niedergesetzten Untersuchungscommission werden fortwährend neue Verhaftungen vorgenommen, dagegen wurden am 31. Mai 29 früher Verhaftete aus der Conciergerie entlassen. Gegen die noch in diesem Gefängnisse sitzenden Theilnehmer an dem Aufstande ist eine Nebenuntersuchung wegen Unbotmäßigkeit eingeleitet worden, weil sie, dem Verbote des Directors und der Hausordnung zuwider, in der Nacht die Marseillaise gesungen hatten. Als Theilnehmer an dem Aufstande soll auch einer der Prediger der französischen Kirche von Abbé Chatel, Hr. Pillot, in der Conciergerie sitzen. Ein Theil der Verhafteten wird nicht mehr vor dem Pairshof, sondern vor die Assisen gestellt werden, weil sie Waffen und andere Gegenstände geraubt hatten. Auch hier hatten sich Diebe unter die Aufrührer gemischt, um im Trüben zu fischen. So sind zwei der Verhafteten angeklagt, in einem Hause, aus welchem außerdem mehrere Waffen weggenommen wurden, einen Stock und 300 Fr. entwendet zu haben.

Dem Memorial des Pyrénées zufolge wird sich der Herzog von Nemours in einem der Häfen des mittelländischen Meeres einschiffen, die Küsten Spaniens umfahren, sodann in Bayonne ans Land steigen, und von da Pau und die pyrenäischen Bäder besuchen.

Am 3. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 40. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 35. — Am 4. Juni 5Percents 111 Fr. 35. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 15. 3Percents 81 Fr. 30. Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 10. — Am 5. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents ——. 3Percents 80 Fr. 90.

Preußen.

Die Aachener Zeitung enthält folgenden Beschluß des Collegiatcapitels, d. d. 10. April: „Nach Einsicht der Jahrbücher des Collegiatsstiftes, gemäß welchen die jedes siebente Jahr wiederkehrende Heiligthumsfahrt auf das Jahr 1839 einfällt, und in Erwägung, daß bis heran kein Zeitverhängniß obwaltet, das eine Ausnahme von diesem tausendjährigen Herkommen als nothwendig begründen könnte, beschließt das Collegiatcapitel: „Die großen und kleinen Heiligthümer der Collegiatkirche werden, dem Herkommen gemäß, im Laufe dieses Jahres, vom 10. bis zum 24. Juli einschließlich, und zwar unter Beobachtung der üblichen Feierlichkeiten, gezeigt werden. Aachen, den 27. Mai 1839. Das Capitel des Collegiatstiftes. Der Canonicus sen., A. Schuhmacher."

Belgien.

Die Ernennung des Hrn. Raikem zum Justizminister ist zwar durch den Moniteur noch nicht publicirt, wird aber dessenungeachtet als unzweifelhaft angesehen. Hr. Raikem, bisher Generalprocurator bei dem Gerichtshofe in Lüttich, war seit sieben Jahren Präsident der Repräsentantenkammer. Die Liberalen haben sich vergebens bemüht, die HH. Verhaegen, Heinrich von Brouckere, Liedts und Lebeau als Candidaten für das Justizdepartement zu unterstützen.

Der Fanal meldet, daß neuerdings in der Kohlengrube zu Bayemont bei Charleroy das böse Wetter eingeschlagen; 116 Menschen befanden sich im Schacht; 101 konnten entfliehen, aber die 15 Andern gaben keine Hoffnung. Einer der Directoren kam zu Schaden, als er den Verunglückten zu Hülfe eilen wollte.

Teutschland.

Am 5. Juni Abends vor 9 Uhr ist Se. Majestät der König von Baiern nach beinahe viermonatlicher Abwesenheit (über Innsbruck) wieder in München angelangt. Schon Nachmittags waren alle Wege und die nächste Landstraße dicht von Menschen besetzt. Während eine Deputation des Magistrats bis zur Station Peiß vorausgeeilt war, Se. Majestät zu bewillkommnen, hatte sich eine überaus große Anzahl festlich gekleideter Reiter und eine Menge Equipagen mit Musikchören in die Gegend von Ramersdorf begeben. Mehrere Musikchöre waren vor dem Isarthor und auf der Landstraße vertheilt, und bis nach Ramersdorf Leuchtfeuer in Stand gerichtet. Auch Ihre Majestät die Königinn, Prinz Luitpold und Prinz Carl waren dem Könige entgegengefahren. Trotz eines später einfallenden Gewitterregens waren doch noch ungewöhnlich viele Menschen versammelt geblieben. Se. Majestät, begleitet von der großen Schaar zu Roß und Wagen, wurde mit lautestem Jubel begrüßt, und in der Residenz vom Hofdienste empfangen. — Am folgenden Tage fand die Frohnleichnamsprozession zu München mit vielem Gepränge Statt.

Wien.

Am 11. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	108⅞
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	101⅞
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	82⅛
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	151⅞
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	269⅝
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM.	53⅞
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	66⅛
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 164

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 13. Juni 1839.

W 1-K ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 11. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.725	28 Z. 5 L. 11 P.	+ 12.3	NW.	schwach.	trüb.
	2 Uhr Nachm.	27.755	28 6 3	+ 16.7	NW.	still.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.736	28 6 0	+ 13.2	NW.	schwach.	Wolken.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 28. Mai enthält nachstehenden aus Orduña vom 25. datirten Bericht des Grafen von Luchana über die Besitznahme dieser Stadt: „Nach glücklicher Beendigung der Operationen gegen Ramales entschloß ich mich, diese gegen Orduña auszudehnen, dessen Einnahme von höchster Wichtigkeit ist, weil der Feind dann nicht länger Tevalina, Valdegovia und Losa dominiren kann, und andererseits unsere Linie concentrirt und die Verbindung über Miranda, Puentelarra und Espejo erleichtert wird, zu geschweigen von den unberechenbaren Folgen, die aus dem Besitze dieses Punctes entspringen müssen. Von Medina de Pomar aus marschirte ich durch das Thal von Losa, und kam am 22. d. M. in Berberana an. Nachdem ich die Corps der dritten und der Gardedivision hatte cantonniren lassen, unternahm ich eine Recognoscirung gegen die Peña von Orduña, an deren Abhang die Rebellen zwei große Verhaue angelegt hatten. Maroto war meiner Bewegung mit allen seinen Truppen durch das Thal von Ayala gefolgt; und wenn er gleich in seinem Bulletin vom 14. erklärte, wir könnten, falls wir weiter vorrückten, unsere Unbesonnenheit büßen, so erwartete ich doch nicht, daß er nach den von ihm erlittenen Niederlagen uns förmlichen Widerstand entgegensetzen werde. Sogleich traf ich meine Anstalten, damit am folgenden Tage die Hinwegräumung der Verhaue begänne, und warf auf der Anhöhe des Felsens eine Redoute auf, um uns die Landstraße zu sichern. Maroto war in Amurrio angekommen, von wo aus er ein Bataillon zur Verstärkung der Besatzung nach Orduña abschickte. Am 23. begannen die Arbeiten, und gestern, den 24., marschirte ich, ehe noch die Verhaue völlig hinweggeräumt waren, auf diese Stadt, welche die Feinde Nachts mit solcher Eile verlassen hatten, daß alle äußern und innern Werke dieser Festung, und selbst die Hemden und Effecten der in dem Zollhause kasernirten Truppen unberührt blieben. Heute habe ich angefangen, diejenigen Werke anlegen zu lassen, die ich für nöthig erachte, um die Stadt in guten Vertheidigungszustand zu setzen.“ — Zu gleicher Zeit meldet der General Nogueras aus seinem Hauptquartier Daroca vom 25., er habe, um Montalban, welches Llangostera mit schwerer Artillerie beschoß, zu entsetzen, die zweite und die Reservedivision, jene von Cariñena aus über Azuera, Muniesa und Cortes, diese von Calamocha aus, nach jenem bedrohten Puncte marschiren lassen. Der General Ayerbe hätte auf seinem Marsche nach Montalban am 23. den sieben Bataillons starken Feind in den Stellungen von las Utrillas angetroffen, ihn angegriffen und nach einem hartnäckigen Gefecht von dort vertrieben. Ob dadurch Montalban entsetzt worden sei, geht aus dem Berichte des Generals Nogueras nicht hervor; Privatbriefe aus Saragossa behaupten jedoch, Llangostera habe die Belagerung aufgeben müssen, und sei erst auf seinem Rückzuge von Ayerbe geschlagen worden. Cabrera selbst scheint sich wieder nach Niederarragonien gewandt zu haben, nachdem er einzelne Corps in der Provinz Cuenca zurückließ. Am 23. riefen einige junge Leute in dem Flecken Alcacer Carl V. aus, und ermordeten den Regidor. Als sie aber von dort auszogen, um zu den Factiosen zu stoßen, wurden sie von Gendarmen eingeholt, und bis auf Einen niedergemacht.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Madrid vom 28. Mai: „Sie wissen, daß seit längerer Zeit die Verhältnisse der Provinz Catalonien von ganz besonderer Art sind. Der Generalcapitän, Baron Meer, hat sich mit Zustimmung, ja auf Verlangen der dortigen Bevölkerung, und durch die geographische Lage jener Provinz begünstigt, in völlige Unabhängigkeit von der Madrider Regierung gesetzt, und sogar Beamte, welche den Befehlen derselben gehorchen wollten, bestraft. Da der Baron auf diese Weise die sogenannten Patrioten im Zaum zu halten wußte, so erhoben die hiesigen Exaltirten ein lautes Geschrei gegen ihn, und boten Alles auf, um von der Regierung seine Abberufung zu erlangen. Der Minister Pita suchte diese durchzusetzen, und wußte auch den Kriegsminister Alair zu bewegen, den General Rodil zu Meers Nachfolger zu ernennen. Bekanntlich aber weigerte sich Meer, seinen Posten zu verlassen, und da der Kriegsminister nachgab, so mußte man auf

die Vermuthung gerathen, der Baron ſtütze ſich auf irgend einen unbekannten, aber kräftigen Rückhalt. Dieſe Vermuthung ſcheint nun ihre Beſtätigung zu erhalten. Es ſind nämlich verſchiedene vertrauliche, von dem alten Caſtaños (Herzog von Bailen), und dem Herzoge von Caſtroterreño an ihnen befreundete Perſonen in Barcelona gerichtete Briefe von den Carliſten aufgefangen, und in ihrem Journal „el Reſtaurador Catalan" abgedruckt worden. Die hieſige revolutionnäre Preſſe, welcher nichts erwünſchter ſeyn kann, als das perſönliche Anſehen der Königinn-Regentinn und ihrer Rathgeber herabzuwürdigen, hat ſich beeilt, jene Correſpondenz in ihre Blätter ebenfalls aufzunehmen. Im Ganzen ergibt ſich daraus, daß die Regentinn, während die Miniſter die Abſetzung des Barons Meer verfügten, dieſem durch Caſtaños und Andere andeuten ließ, er möge nicht von der Stelle weichen, und den Befehlen der Miniſter nicht gehorchen, da ſie ſelbſt ſeine geleiſteten Dienſte anerkenne, und von der Rechtlichkeit ſeiner Geſinnungen überzeugt ſei. Natürlich erregen dieſe Briefe Aufſehen, und da Hr. Pita und ſeine Freunde ſich nunmehr überzeugen, wie feſt der Baron Meer in der allerhöchſten Gunſt ſteht, ſo haben ſie ein neues Mittel erſonnen, ihn in den Augen der Königinn-Regentinn verdächtig zu machen. Sie ſprengen zu dieſem Behufe das Gerücht aus, es ſeien Briefe aufgefangen worden, aus denen erhelle, daß der Baron Meer den in Paris befindlichen Infanten Don Francisco de Paula aufgefordert habe, nach Catalonien zu kommen, um ſich dort an die Spitze einer unabhängigen Regentſchaft zu ſtellen. Der Infant habe eingewilligt, die franzöſiſche Regierung habe ſich jedoch ſeiner Abreiſe widerſetzt. Zu einem Patron, wie der Infant Don Francisco ſeyn würde, dürfte wohl ſchwerlich Jemand dem Baron Meer Glück wünſchen!"

Großbritannien und Irland.

Lord Melbourne ſoll, als ihm vor kurzem eine Deputation von Radicalen ihre Aufwartung machte, um ihm die Bedingungen vorzutragen, unter welchen dieſe Partei bereit ſeyn wolle, ſein Miniſterium fernerhin zu unterſtützen, jede Unterhandlung, die ihm Feſſeln anlegen könnte, entſchieden abgelehnt haben. Die bekannte Rede des Premierminiſters im Oberhauſe und noch mehr die dadurch hervorgerufenen Bemerkungen Lord Broughams und des Herzogs von Wellington laſſen auch nicht daran zweifeln, daß der Geiſt der jetzigen Verwaltung ſich immer mehr zum Conſervatismus hinneigt, und daß die gemäßigteren Tories und die älteren Whigs ſich bald durch nichts anderes mehr von einander unterſcheiden würden, als durch ihre verſchiedenen Parteinamen und Familienintereſſen, wenn nicht ihr Verhältniß zu Irland noch einen weſentlichen Unterſchied zwiſchen ihnen machte. Man glaubt übrigens, daß die Radicalen, ungeachtet der Weigerung des Miniſteriums auf ihre Forderungen einzugehen, ſich dennoch eines Anderen beſinnen und fürs erſte nicht wieder gegen daſſelbe ſtimmen würden, weil eine Auflöſung des Parlaments, mit welcher Lord Melbourne ihnen für den Fall einer neuen Abtrünnigkeit gedroht hätte, ſie doch mit einiger Beſorgniß erfülle, da neue Wahlen für die radicale Partei, allen Anzeichen nach, nicht ſehr günſtig ausfallen dürften und Lord Melbourne entſchloſſen zu ſeyn ſcheint, eher eine nochmalige Miniſterkriſis herbeizuführen, als ſich Bedingungen vorſchreiben zu laſſen. Er hat bekanntlich aufs beſtimmteſte erklärt, daß er die Verwaltung nur deßhalb wieder übernommen habe, weil er, als Mann von Ehre und Gefühl, der Königinn gegenüber nicht anders habe handeln können. Von einer Unterſtützung der eigentlichen radicalen Reformforderungen, wie die geheime Abſtimmung, die Abkürzung der Parlamentsdauer und ähnliche Maaßregeln, wird alſo Seitens des Miniſteriums wohl keine Rede ſeyn. Man wird vermuthlich zunächſt nur einige Reformen vorſchlagen, bei denen es ſich nicht um große Principienfragen handelt, wie z. B. die Herabſetzung des Briefporto's, dann aber, wie es heißt, einige Hinderniſſe wegzuräumen ſuchen, welche der vollſtändigen Wirkſamkeit der Reformbill noch im Wege ſtehen, zu welchem Zweck bereits der Generalprocurator, Sir John Campbell, den Auftrag erhalten haben ſoll, jene Acte vorzunehmen, und die in Betreff derſelben angemeſſenen Vorſchläge zu entwerfen, die das Miniſterium vielleicht in der nächſten Seſſion dem Parlamente vorlegen würde. Was die Jamaica-Bill anbetrifft, ſo iſt die einzige Conceſſion, welche die Miniſter, und zwar mit offen eingeſtandenem Widerſtreben, gemacht haben, daß ſie die Verfaſſung jener Inſel nicht für ſuspendirt erklären wollen; beharrt aber die Legislatur von Jamaica bei ihrer Oppoſition gegen die ihr von der Regierung des Mutterlandes anempfohlenen Maaßregeln, und bei der Weigerung, ihre geſetzgebenden Arbeiten wieder aufzunehmen, ſo ſollen der Gouverneur und ſein Rath befugt ſeyn, die zur Wohlfahrt der Colonie für nöthig erachteten Geſetze in Ausführung zu bringen. Da alſo durch dieſe im Hintergrund ſtehende Drohung die Legislatur von Jamaica immer dem Zwange unterworfen bleibt, ſo hat denn auch Hr. Hume erklärt, daß ihm die neue Maaßregel eben ſo gehäſſig und verwerflich erſcheine, wie die erſte, wogegen Sir R. Peel ihr ſeine Unterſtützung gewähren zu wollen ſcheint, indem er von neuem erklärte, es müſſe allerdings Alles geſchehen, was zur vollſtändigen Ausführung der Neger-Emancipation nöthig ſei, die das engliſche Volk theuer genug erkauft habe; aber er habe gewollt, daß man kein conſtitutionnelles Mittel unerſchöpft laſſe, ehe man zu einer Zwangsmaaßregel ſchreite. Lord John Ruſſell konnte nicht umhin, ſeinem Gegner bei dieſer Gelegenheit noch einmal vorzurücken, daß derſelbe in der Sache kein ganz ehrliches Spiel geſpielt, und daß er ſie, ſo ſehr er auch das Gegentheil verſichere, als eine Parteifrage behandelt habe, wovon ihn die Rückſichten auf das

Staatswohl wohl hätten abhalten sollen, da durch ein solches Benehmen der Geist der Widerspänstigkeit in den Colonien nur neue Nahrung erhalten müsse. Namentlich machte der Minister es dem Baronet zum Vorwurf, daß er sich bemüht habe, nicht nur Stimmen von Mitgliedern seiner Partei, die bei den Interessen Jamaica's betheiligt seien und die früher die ministerielle Maaßregel gebilligt und dem Wohl dieser Colonie zuträglich gefunden hätten, dem Ministerium abwendig zu machen, sondern auch durch eine erkünstelte Schilderhebung für die angeblich gefährdeten allgemeinen Volksfreiheiten und constitutionnellen Garantien einige Stimmen der radicalen Partei auf seine Seite hinüberzuziehen.

Hr. Labouchere bevorwortete seinen Antrag auf Erlaubniß zur Einbringung einer neuen Jamaica-Bill mit der Erklärung, daß das Aufgeben der frühern Bill nicht in Folge einer veränderten Ansicht, sondern nur in Folge der geringen Majorität, welche sich im Unterhause dafür ausgesprochen, und welche ihr einen großen Theil ihrer Wirksamkeit benommen haben würde, geschehen sei. Er wollte die große ihm gegenüberstehende Partei nicht anklagen; aber er könne nicht umhin, seine Besorgniß auszusprechen, daß, wenn Colonialfragen zu Parteifragen gemacht würden, daraus großes Unheil erwachsen und eine widerwärtige Stimmung unter den Einwohnern der Colonien entstehen müßte. Sodann auf den Inhalt der neuen Bill übergehend, sagte er, sie sei auf das Princip gegründet, die gesetzgebende Versammlung von Jamaica wieder zusammenzuberufen und ihr Gelegenheit zur Reue und zum Wiedergutmachen zu geben. Er hätte nicht viel Vertrauen hinsichtlich des Erfolgs dieses Versuchs, aber die Regierung wolle der Versammlung Raum zur Prüfung geben. Der Redner bezeichnete sodann als Gegenstände, welche die Versammlung selbst als dringend dargestellt hatte: das Vagabundiren, das Verhältniß zwischen Herrn und Diener, die Besitznahme von Land ohne Ermächtigung, den Zustand der Miliz und die Qualification der Wähler; ferner bemerkte er, daß nicht weniger als 17 jährlich zu erneuernde gesetzliche Verfügungen von Wichtigkeit nicht erneuert worden wären, unter denen auch das Polizeigesetz, dessen Außerkrafttreten sehr verderblich geworden. Man wolle nun durch die gegenwärtige Bill der Versammlung Zeit geben, sie wieder in Kraft zu setzen, aber zugleich dem Gouverneur die Vollmacht dazu ertheilen, wenn die Versammlung es nicht thäte. Rücksichtlich solcher Gegenstände, die nicht zu den durch den Ablauf der Zeit außer Kraft getretenen Gesetzen gehörten, wären nach den sogenannten Kroncolonien, d. h. denjenigen Colonien, welche nicht durch Localgesetzgebungen, sondern durch den Souverain im geheimen Rathe regiert werden, aus dem geheimen Rathe erlassene Befehle gesandt worden, und diese kämen dort mit Erfolg zur Anwendung. Auf diese sollte nun die gesetzgebende Versammlung von Jamaica verwiesen und dieselbe aufgefordert werden, nicht dem Buchstaben, aber dem Geiste nach, ähnliche Anordnungen gesetzlich zu treffen. Sollte dieß nicht auf solche Weise geschehen, daß der Gouverneur füglich seine Zustimmung geben könnte, so sollte derselbe nach einer bestimmten Zeit befugt seyn, die erforderlichen Gesetze nach jenen Mustern zu machen. Auf solche Weise würde die Einmischung des Reichsparlaments auf die möglichst engen, dem Schutze, welche der große Versuch der Emancipation den Negern gewähren sollte, angemessenen Gränzen beschränkt werden.

Die Tories haben es schon öfter hervorgehoben, daß sie in dem jetzigen Parlament die Majorität der englischen Repräsentanten auf ihrer Seite hätten, so daß das gegenwärtige Ministerium ohne die Unterstützung der schottischen und irländischen Mitglieder sich nicht einen Tag würde halten können. Um nochmals zu beweisen, daß dieß der Character des jetzigen Unterhauses sei, gibt ein Torydlatt nachstehende Uebersicht von der letzten Abstimmung bei der Wahl des Hrn. Shaw Lefevre zum Sprecher: Für Hrn. Lefevre stimmten in England und Wales aus den Grafschaften 41 Mitglieder, aus den Städten und Burgflecken 186, von den Universitäten 1, zusammen 228 Mitglieder; in Schottland aus den Grafschaften 5, aus den Städten und Burgflecken 21, zusammen 26 Mitglieder; in Irland aus den Grafschaften 40, und aus den Städten und Burgflecken 23, zusammen 63 Mitglieder. Für Hrn. Goulburn stimmten in England und Wales aus den Grafschaften 107, aus den Städten und Burgflecken 142, von den Universitäten 3, zusammen 252 Mitglieder; in Schottland aus den Grafschaften 15, aus den Städten und Burgflecken 2, zusammen 17 Mitglieder; in Irland aus den Grafschaften 18, aus den Städten und Burgflecken 10 und von den Universitäten 2, zusammen 30 Mitglieder. Der Courier bemerkt hierzu: „Nehmen wir an, diese Uebersicht wäre richtig — obgleich die 16 abgepaarten Mitglieder und die 4 Stimmenzähler noch hätten mitgerechnet werden müssen — was beweist dieß anders, als daß die Parlamentsreform in England weniger vollständig ist, als in Schottland und Irland, und daß Hr. O'Connell wenig Ursache hat, sich, wie er so häufig thut, wenn er in Dublin vor einem gemischten Auditorium spricht, darüber zu beklagen, daß Irland von dem Grey'schen Cabinet eine weniger liberale Reformbill erhalten habe, als England. Es verhält sich gerade umgekehrt. Das Wahlrecht, welches den Zeitpächtern in den Ackerbaudistricten verliehen worden ist, hat auf dem Lande eine Classe von Leibeigenen geschaffen, deren einzige Hoffnung auf Emancipation jetzt auf der geheimen Abstimmung beruht, und die Beibehaltung des Wahlrechts für die armen Freisassen verhinderte die Abschaffung eines der schreiendsten Mißbräuche des alten Systems. Die Beibehaltung der kleinen Städte in Schedula B. und die Anhängung großer Ackerbaubezirke habe eine neue Art von Bestechungs-Burgflecken geschaffen, deren Sclaverei bis zur Bewilligung der geheimen Abstimmung dauern muß. Diesen monströsen Mängeln der Reformbill, die sich bekanntlich in der ursprünglichen Bill nicht fanden, haben die Tories die entehrende Knechtschaft zu danken, zu der sie allmählig so manche der englischen Wählerschaften herabgewürdigt haben, und in der sie dieselben erhalten werden, bis die geheime Abstimmung bewilligt worden ist."

Rußland.

Am Namenstage Ihrer Majestät der Kaiserinn haben Se. Majestät der Kaiser folgende Decrete mit Bezug auf das Königreich Polen erlassen: 1) „Auf Vorstellung Unseres Statthalters im Königreiche Polen, daß die in einigen Gouvernements des Königreichs unter dem Namen: „Subsidium Charitativum," von Bauern und Leuten, die sich auf den der Geistlichkeit gehörigen Gütern niedergelassen haben, erhobene Steuer für dieselben äußerst drückend sei, verordnen Wir: die Steuer Subsidium Charitativum, insoweit sie von Bauern und Leuten, die

auf den der Geiſtlichkeit gehörigen Gütern und Städten angeſeſſen ſind, bisher unmittelbar in die Rentereien entrichtet wurde, wird auf immer abgeſchafft, und zugleich werden alle Rückſtände derſelben erlaſſen."—2) „Obgleich wir bereits durch Unſer Decret vom 18. (30.) Auguſt 1835 den Einwohnern Unſeres Königreichs Polen viele Erleichterungen durch Erlaſſung der auf denſelben bis zu Ende des Jahres 1834 laſtenden Executionsgeldſtrafen erwieſen haben, ſo ſind ſie doch, da ſie nachher neue Unglücksfälle durch Mißwachs, Viehſterben und Ueberſchwemmungen erlitten haben, wodurch ſie nicht im Stande geweſen ſind, zu den feſtgeſetzten Terminen die ſchuldigen Kronabgaben zu entrichten, neuen Executionsſtrafen unterworfen worden, die ſie ohne beſondere Belaſtung nicht haben abtragen können. In Betracht, daß außerdem die Bauern, Coloniſten und ackerbautreibenden Bürger jeglicher Güter überhaupt, die bei Gelegenheit der ſie betroffenen Unglücksfälle verſchiedener Art von der Krone Geldunterſtützungen erhalten haben, nicht im Stande wären, dieſelben wieder zu erſtatten, ohne in die ärmliche Lage zurück zu verfallen, der ſie entriſſen worden ſind, — wünſchen Wir in Unſerer väterlichen Sorge für den Wohlſtand Unſerer getreuen Unterthanen, ihnen eine neue Erleichterung zu gewähren, und verordnen in Folge deſſen, auf Vorſtellung Unſeres Statthalters im Königreiche Polen: 1) alle bis zu Ende des Jahres 1838 in den Rentereien des Königreichs verzeichnete Executions-Geldſtrafen, inſoweit als dieſelben noch nicht eingezahlt oder geſtrichen worden ſind, werden erlaſſen; und 2) ebenfalls ſoll die Zurückerſtattung der zu verſchiedenen Zeiten den Bauern, Coloniſten und ackerbautreibenden Bürgern jeglicher Güter überhaupt ertheilten Geldunterſtützungen nicht gefordert werden."—3) „Nachdem Wir aus der Vorſtellung Unſeres Statthalters im Königreiche Polen erſehen haben, daß viele von den während der frühern Regierung wegen Geldnachrechnungen der Krone zur Rechenſchaft gezogene Perſonen, nach Sequeſtration ihrer Güter bereits geſtorben ſind, weßhalb nun Zwangsmaaßregeln zur Beitreibung des Reſtes der noch nicht ganz gedeckten Nachrechnungen, größtentheils auf nicht ſchuldige Perſonen fallen, z. B. auf Erben, nicht ſelten auf Minderjährige und Bürgen, und dieſelben der Unterhaltsmittel berauben, ſo verordnen Wir: die bis zum 17. (29.) November 1830 aufgezeichneten Geldnachrechnungen der Krone, inſoweit als dieſelben nicht durch irgendwo deponirte Geldſummen oder durch gegenſeitige Forderungen der Schuldigen an die Krone gedeckt werden können, werden allergnädigſt erlaſſen."

Am 8. Februar d. J. erfolgte in der Provinz Baku, in Folge eines vulcaniſchen Stoßes, der Ausbruch einer Flamme mit dickem Rauche auf der Erde. Dieſer Ausbruch dauerte ungefähr eine Stunde, und in Folge deſſen bildete ſich ein Erdriß von Oſten nach Südweſt, der über eine Werſt lang und gegen eine Arſchin breit iſt. Aus dieſem Riß iſt ziemlich viel Lava gefloſſen. Bei dieſem Ausbruch ſchwankte die Erde, und große Maſſen ſind übereinander geſchichtet worden.

In Folge des langanhaltenden Winters und des daraus entſtehenden Futtermangels hat ſich im Gouvernement Wilna ein bedeutendes Viehſterben eingeſtellt, deſſen Opfer 2416 Pferde, 2269 Stück Hornvieh und 8244 Schafe geworden ſind.

Die Ueberreſte der großen Armee Napoleons, welche vor 26 Jahren durch Rußland zerſtreut wurden, leben zum Theil noch jetzt. Vor etwa einem Jahre ſtarb Charles Bertue, ein ehemaliger reitender Jäger Napoleons und im Jahre 1812 gefangen, als uraliſcher Koſak. Er war in Rußland geblieben, hatte ſich dort verheirathet, 20 Jahre in der Linie gedient, dabei als Schuhmacher gearbeitet, und nahm dann wegen Alters ſeinen Abſchied. Als ſeine Vorgeſetzten ihm die Erlaubniß zur Heimkehr in ſein Vaterland und noch eine Unterſtützung von 500 Rubel ausgewirkt hatten, gab er die Reiſe auf: „weil ihn in Frankreich doch Niemand mehr kenne und er als Greis daheim nichts mehr nütze." Ein anderer kriegsgefangener Franzoſe hat eine Mordwininn geheirathet und lebt noch unter den Mordwinen im Gouvernement Orenburg, trägt einen langen rothen Bart und hat ſeine Mutterſprache faſt vergeſſen. In Orenburg ſelbſt lebt noch ein Pole, welcher mit Napoleon in Aegypten war.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 4. Juni legte Hr. Dufaure, Miniſter der öffentlichen Arbeiten, einen Geſetzentwurf vor, nach welchem der Compagnie, welche die Anlegung der Eiſenbahn von Paris nach Verſailles auf dem linken Seine-Ufer übernommen, ein Anlehen von 5 Millionen bewilligt werden ſoll. (Zeichen der Mißbilligung.) Der Miniſter ſchilderte die ſchwierige Lage dieſer Compagnie, welche die Intervention der Regierung reclamirt, und ſuchte zu beweiſen, daß die Kammer im Intereſſe des öffentlichen Nutzens dieſen Entwurf annehmen ſollte. Die Anleihe ſoll in fünf Raten ausbezahlt, und das Intereſſe auf 4 Percent feſtgeſetzt werden. Hr. Touſſain fragte, ob die Regierung ſich auch mit den Eiſenbahnen von Paris nach Orleans und von Paris nach Havre beſchäftigt habe? Der Miniſter bejahte dieß, und verſprach noch im Laufe der Woche auf jene Eiſenbahnen bezügliche Geſetzentwürfe vorzulegen. Hr. Dufaure überreichte hierauf noch einen Geſetzentwurf, welcher die Vollmacht zur Fixation der von Bordeaux nach la Teſte abgeſteckten Eiſenbahn enthält, und einen zweiten Entwurf, welcher Hrn. Dupuy d. ä. ermächtigt, die Eiſenbahn von Lille nach Dünkirchen zu bauen, endlich einen Entwurf, welcher für das Miniſterium der öffentlichen Arbeiten einen Credit von 270,000 Fr. zur Beſtreitung der Koſten des Perſonals und des Materials der Centralverwaltung verlangt.

Bei Ueberreichung des Geſetzentwurfs über den Colonialzucker äußerte der Handelsminiſter, Hr. Cunin-Gridaine: „Sie erinnern ſich, meine Herren, daß ſeit 1832 die Regierung mehrere Verſuche gemacht hat, zwiſchen dem Colonial- und dem einheimiſchen Zucker das Gleichgewicht herzuſtellen. Zu dieſem Zwecke wurde 1837 ein Geſetz votirt, welches den Rübenzuckerfabrikanten eine Abgabe von 15 Fr. per Kilogramm auferlegte. Man hoffte dadurch beide Intereſſen einander zu nähern, beiden ihren gehörigen Antheil an der Conſumtion des Landes zu laſſen. Den Colonien wollte man einen Antheil von etwa 80 Millionen Kilogramm — ſo viel können jetzt geſammelt werden — den Reſt der Conſumtion aber, etwa 30 bis 35 Millionen Kilogramm, dem einheimiſchen Zucker zuweiſen. Eine ſolche Vertheilung wäre ſehr erfreulich geweſen, aber leider überſteigt die zweifache Production durch die Cultur des Zuckerrohrs und der Runkelrübe noch weit die Conſumtion des Zuckers im Lande. So wurden im Jahre 1837 nur 66,489,668 Kilogramm, im Jahre 1838 67,974,036 Kilogramm conſumirt, während die Colonien in dieſem letzten Jahre bei einer ſehr geſegneten Ernte 87 Millionen Kilogramm nach Frankreich ſchickten. Es blieben demnach 20 Millionen Kilogramm ohne Verwendung liegen, ungeachtet der Preis bedeutend fiel. Sie mögen leicht begreifen, in welch trauriger Lage unſere Colonien dadurch verſetzt worden! Wir verlangen demnach Ihren Beiſtand, dieſem unſeligen Zuſtand ein Ende zu machen.“

Die Pairskammer iſt gegenwärtig mit der Debatte über den bekannten Vorſchlag des Baron Mounier in Bezug auf den Orden der Ehrenlegion beſchäftigt. Nachdem die allgemeine Discuſſion hierüber in der Sitzung vom 4. Juni geſchloſſen worden war, wurde zur Erörterung der einzelnen Artikel geſchritten. Die Debatte über den Art. I., welchem zufolge die Zahl der Großkreuze in Zukunft auf 50, die der Großoffiziere auf 100, die der Commandeurs auf 300, die der Offiziere auf 1000, und die der Ritter auf 15,000 (wobei die Prinzen der königlichen Familie und Ausländer, denen der König die Orden verleihen will, nicht mitbegriffen ſind) feſtgeſetzt wird, füllte die ganze Sitzung des obgedachten Tages, und wurde noch nicht zu Ende geführt. Der Vorſchlag fand heftigen Widerſtand, und wurde namentlich von dem Präſidenten des Conſeils und den übrigen Miniſtern bekämpft.

Am 4. Juni ſchritt die Deputirtenkammer, wie jeden Monat, zur neuen Organiſation ihrer Bureaux. Die Wahlen fielen hierbei größtentheils auf Mitglieder der alten Majorität (der 221); der Commerce bemerkt jedoch, daß die Bureaux ſehr mager beſetzt und namentlich ſehr viele 213ner abweſend geweſen ſeien. — Die Bureaux beſchäftigten ſich hierauf mit Prüfung verſchiedener an dieſelben verwieſenen Vorſchläge. Der Vorſchlag des Hrn. de Tracy über die Abſchaffung der Sclaverei in den Colonien, gegen eine Schadloshaltung für die Sclavenbeſitzer, veranlaßte ſehr lebhafte Debatten. Die 221 widerſetzten ſich der Vorleſung unter dem Vorwande, daß die Seſſion ſchon zu weit vorgerückt ſei. Im ſiebenten Bureau fügte Hr. Martin (du Nord), der ehemalige Handelsminiſter, hinzu, daß man ſich bei dieſer Sache nicht übereilen dürfe, und votirte dagegen. Der Urheber des Vorſchlages, Hr. de Tracy, machte im zweiten Bureau darauf aufmerkſam, daß ſein Vorſchlag wörtlich gleichlautend mit dem ſei, welcher im vorigen Jahre von Hrn. Paſſy gemacht und von der Commiſſion, deren Referent Hr. de Remuſat (Doctrinair) geweſen, ſo günſtig aufgenommen worden ſei. Schließlich wurde die Vorleſung des obgedachten Vorſchlages von ſechs Bureaux (nur das 1ſte, 5te und 9te waren dagegen) genehmigt. — Der Vorſchlag des Hrn. Chapuys-Montlaville, die ſterblichen Ueberreſte der vor dem Louvre, in der Rue Froidmanteau und auf dem Marché des Innocens begrabenen Julihelden in den unter der Juliſäule auf dem Baſtilleplatze befindlichen Gewölben zu beerdigen, wurde von allen Bureaux (mit alleiniger Ausnahme des 9ten, deſſen Präſident Hr. Fulchiron iſt) genehmigt. — Die mit Prüfung des Geſetzentwurfs wegen des zur Vermehrung der Seemacht im mittelländiſchen Meere zu bewilligenden Credits von 10 Millionen vernahm am 4. die Erläuterungen des Präſidenten des Conſeils und des Marineminiſters. Es wurden ihr mehrere diplomatiſche Noten und ämtliche Nachrichten mitgetheilt, die der Regierung aus dem Orient zugekommen ſind. Die Commiſſion verlangte auch noch andere Documente und vertagte ſich bis zu deren Mittheilung. — Der erſt unlängſt vorgeſchlagene Geſetzentwurf, wodurch abermals ein neuer Credit von 4,912,800 Fr. für die Stationen in den amerikaniſchen Gewäſſern und zur Vermehrung der Aufſicht an der ſpaniſchen Küſte begehrt ward, hat in einigen Bureaux bedeutenden Widerſtand gefunden, da die Mitglieder der Kammer, die das vorige Miniſterium unterſtützten, nichts von dieſer letztern Vermehrung wiſſen wollen.

Der König, die Königinn und die Prinzeſſinn Clementine beſuchten am 3. Juni nochmals die Induſtrieausſtellung und verweilten über vier Stunden, was wohl am beſten die ſich oft wiederholenden Gerüchte von einer Kränklichkeit des Königs widerlegt. Es war der dritte Beſuch Ihrer Majeſtäten. Der Handelsminiſter, Hr. Cunin-Gridaine, der Seinepräfect und die Mitglieder der Jury waren an der Seite des Königs. Ihre Majeſtäten unterhielten ſich mit jedem der Ausſteller und richteten an ſie die ſchmeichelhafteſten Verſicherungen über das Intereſſe, welches die Fortſchritte der Nationalinduſtrie ihnen einflößten.

Die Unterſuchung über die Carliſtiſche Verſchwörung in Avignon dauert zwar fort, ſcheint aber bis jetzt noch zu keinem wichtigen Reſultat geführt zu haben. Ein Correſpondent des Siècle nennt ſie „la petite conspira-

tion." Es wurden viele Hausuntersuchungen angeordnet; man fand einige Waffen und Pulver, wiewohl in nicht bedeutender Quantität. Die Quotidienne schreibt, es seien bis jetzt acht oder zehn Verhaftungen vorgenommen worden, wiewohl bloß unter der Arbeiterclasse. Nur Ein angesehener Mann, Hr. d'Averton, Gutsbesitzer, saß in strengem Gewahrsam. Die aus Nimes nach Avignon gesandten Untersuchungsrichter haben letztere Stadt wieder verlassen, und sagten — bemerkt der Correspondent der Quotidienne — bei ihrer Abreise ganz laut: „Man habe sie eine lächerliche Rolle spielen lassen."

In Paris soll nächstens ein neues Blatt unter dem Titel: Le capitole français, erscheinen, als dessen Herausgeber der ehemalige Redacteur des Journal de Francfort, Hr. Ch. Durand, genannt wird.

Der Capitän eines Kauffahrteischiffes, Brun, hatte am 25. April an der Küste zwischen Algier und Bona Schiffbruch gelitten, und war mit seiner sämmtlichen Mannschaft in die Hände der Beduinen gefallen. Ein Schreiben aus Budschia vom 9. Mai im Semaphore meldet, daß es der französischen Behörde gelungen sei, ihn zu befreien. Capitän Brun befindet sich mit seinen Leuten gegenwärtig in Constantine.

Niederlande.

Man schreibt aus der Provinz Seeland: „Die Forts Lillo und Liefkenshoek werden für Rechnung des Kriegsdepartements desarmirt. Das Material der Artillerie wird in dazu bestimmten Fahrzeugen eingeschifft und in den Magazinen niedergelegt werden. Die Bestimmung der beiden Garnisonen ist noch nicht bekannt, doch wird der gänzlichen Räumung der genannten Orte mit jedem Tage entgegengesehen."

Am 2. Juni ist in Tilburg die Fabrik der HH. Dieppe und Jellinghaus abgebrannt. Dieselbe war nur zum dritten Theile ihres Werthes versichert, und man berechnet den Verlust der Eigenthümer auf 230,000 Gulden.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 6. Juni meldet: „Die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs ist in Gemäßheit der königlichen Proclamation vom 3. Mai am 28. v. M. hier zusammengetreten. Zur ersten Kammer derselben hatten sich bereits an diesem Tage fast sämmtliche Mitglieder eingefunden; die zweite Kammer hat wegen verspäteter Ankunft einiger Mitglieder erst am heutigen Tage die Geschäfte beginnen können."

Ungarn.

Nachstehendes ist die Rede, mit welcher Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog-Reichspalatin am 5. Juni die erste Sitzung der hohen Magnatentafel eröffnete: „Hochlöbliche Magnaten! Da ich die hochl. Magnaten zum Landtage, welchen wir mit göttlichem Beistande beginnen, heute versammelt erblicke, empfinde ich die innigste Freude über den zahlreichen Zusammenfluß hochverdienter Männer, um die Angelegenheiten des Vaterlandes mit dem Landesfürsten zu ordnen; denn, mit welchem Bestreben die hochlöbl. Magnaten zur Verhandlung der Reichsgeschäfte, — mit welchem Eifer Sie zur Förderung der Wohlfahrt des Vaterlandes beseelt sind, habe ich durch lange Erfahrung erprobt gefunden. — Manche, die in jüngstvergangenen Zeiten mit Geisteskraft, dem vollen Umfange ihrer Kenntnisse und vollwichtigem Urtheile unsere Berathungen ausgezeichnet unterstützten, gewahren wir an diesem Orte nicht mehr, Andere hat das allerhöchste Vertrauen zu anderwärtigen Aemtern berufen, noch Andere konnten, vom Alter gebeugt, in unserer Mitte nicht erscheinen, oder haben in der Zwischenzeit, wie es unser Loos mit sich bringt, das Zeitliche gesegnet. — Doch, wir erblicken die Plätze der Abberufenen durch die Fürsorge unseres allergnädigsten Königs wieder besetzt, besetzt, sage ich, mit den würdigsten Nachfolgern. — Unter diesen verehren wir den jüngst in seine hohe Würde mit den fröhlichsten Glückwünschen eingeführten erhabenen Fürsten-Reichsprimas; indem ich dessen, in reichstäglichen Verhandlungen von jeher gewichtige Berathungen dankbar anerkenne, vertraue ich zugleich, daß der Herr Reichsprimas nicht nur in jenen Geschäften, welche seine Amtswaltung betreffen, sondern auch — so wie der neu ernannte Herr Judex Curiae, der bereits während zwei Reichstagen als Präses der Ständetafel Aller Vertrauen erworben, einen Theil meiner Sorgen tragend, mir bereitwillige Hülfe leisten werden. — Da nun solchergestalt diese hohe Versammlung vollzählig ist, gründet sich meine geäußerte Freude auf die um so ausgedehntere Hoffnung, daß die Erfordernisse der eng verbundenen Rücksichten des Fürsten und des Vaterlandes zur Erhaltung und Beförderung des allgemeinen Heils des Reiches von den hochlöbl. Ständen mit vereinten Berathungen, erwünschter Meinungseinhelligkeit, gemäß ihres langjährigen, gegen mich bewiesenen Vertrauens beachtet werden, der ich gegenseitig die hochlöbl. Magnaten insgesammt und einzeln von meiner steten Gewogenheit sich versichert zu halten wünsche."

Wien.

Am 12. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.		107 13/32.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101 1/2.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82 1/4.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			—.
detto	detto v. J. 1821. für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1834. für 500 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1839, für 250 fl. in CM.		269 1/2.
detto	detto v. J. 1839, für 50 fl. in CM.		53 1/2.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2 1/2 pC. in CM			66 1/4.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr.		fl. 99 1/4 Br. Uso.	2 M.

Bankactien pr. Stück 1520 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

W 1-K. ZEITUNG 1839

№ 165

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 14. Juni 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 12. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.720	283. 52. 11 P.	+ 15.4	W.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.676	28 5 4	+ 18.6	W.	mittel.	—
	10 Uhr Abends.	27.653	28 5 1	+ 14.6	W.	still.	Wolken.

Teutschland.

Oeffentliches Protocoll

der siebenten Sitzung der teutschen Bundesversammlung.

Geschehen, Frankfurt den 11. Mai 1839.

In Gegenwart:

Von Seiten Oesterreichs des kaiserlichen königlichen wirklichen geheimen Rathes, Herrn Grafen von Münch-Bellinghausen;

Von Seiten Preußens: des königlichen Generals der Infanterie, Herrn von Schöler;

Von Seiten Baierns: des königlichen Staatsrathes Herrn von Mieg;

Von Seiten Sachsens: des königlichen Herrn Conferenzministers und wirklichen geheimen Rathes, Freiherrn von Manteuffel;

Von Seiten Hannovers: des königlichen Herrn geheimen Cabinetsrathes, Freiherrn von Stralenheim;

Von Seiten Würtembergs: des königlichen Herrn Staatsrathes, Freiherrn von Trott;

Von Seiten Badens: des großherzoglichen geheimen Rathes, Herrn von Dusch;

Von Seiten Kurhessens: des kurfürstlichen geheimen Rathes, Herrn von Rieß;

Von Seiten des Großherzogthums Hessen: des großherzoglichen Herrn wirklichen geheimen Rathes, Freiherrn von Gruben;

Von Seiten Dänemarks, wegen Holstein und Lauenburg: des königlich-dänischen Herrn Kämmerers, Freiherrn von Pechlin;

Von Seiten der Niederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg: des königlich-niederländischen Generallieutenants, Herrn Grafen von Grunne;

Von Seiten der großherzoglich- und herzoglich-sächsischen Häuser: des großherzoglich- und herzoglich-sächsischen wirklichen geheimen Rathes, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten Braunschweigs und Nassau's: des herzoglich-nassauischen geheimen Rathes, Herrn von Röntgen;

Von Seiten von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: des großherzoglich-mecklenburg-schwerinschen wirklichen geheimen Rathes, Herrn von Schack;

Von Seiten Oldenburgs, Anhalts und Schwarzburgs: des von dem Bundestagsgesandten der 15. Stimme, Herrn von Both, substituirten großherzoglich- und herzoglich-sächsischen Bundestagsgesandten, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten der freien Städte, Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg: des Hamburgischen Bundestagsgesandten, Herrn Syndicus Sieveking;

und meiner, des kaiserlich-österreichischen Legationsrathes und Bundeskanzlei-Directors, Ritters von Weissenberg.

In Abwesenheit eines Gesandten von Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck.

Die Territorialverhältnisse des Großherzogthums Luxemburg, und die dießfalls zu London am 19. April 1839 unterzeichneten Verträge betreffend.

Der kaiserlich-königlich-österreichische präsidirende Gesandte, Herr Graf v. Münch-Bellinghausen, zeigt an, daß der königlich-niederländische, großherzoglich-luxemburgische Herr Gesandte, deßgleichen die Gesandtschaften von Oesterreich und Preußen, in Betreff der Territorialverhältnisse des Großherzogthums Luxemburg und der dießfalls zu London unterzeichneten Verträge, Erklärungen abzugeben hätten.

Niederlande wegen des Großherzogthums Luxemburg. Der Gesandte hat, in Gemäßheit des dazu erhaltenen Befehls, die Ehre, hoher Bundesversammlung eine Abschrift des am 19. April dieses Jahres zu London durch den Bevollmächtigten des Königs-Großherzogs einer- und durch den belgischen Bevollmächtigten andererseits unterzeichneten Tractats vorzulegen, und dabei zugleich Namens Sr. Majestät den Wunsch auszudrücken: es möge nunmehr die hohe Versammlung zur Ratification der Accessionsacte schreiten, welche gleichfalls am oberwähnten 19. April zu London durch die beiden Bevollmächtigten des Bundes zugleich

mit dem niederländischen und jenen der fünf Mächte Frankreich, Großbritannien, Oesterreich, Preußen und Rußland, wie auch von dem belgischen Bevollmächtigten, unterzeichnet worden ist.

Oesterreich und Preußen. Die Gesandten von Oesterreich und Preußen sind von ihren allerhöchsten Höfen beauftragt, der hohen Bundesversammlung die zu London am 19. April ausgefertigte Urkunde zu übergeben, durch welche einerseits die Bevollmächtigten dieser Höfe bei der Londoner Conferenz in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte für den durchlauchtigsten teutschen Bund erklärt haben, daß derselbe denjenigen Artikeln der Separationsacte vom 15. October 1831, welche die Territorialverhältnisse des Königreichs Belgien und die immerwährende Neutralität dieses Staats betreffen, so weit durch dieselben des Bundes Rechte und Interessen berührt sind, seine Zustimmung gebe; und durch welche andererseits die Bevollmächtigten von Oesterreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Preußen und Rußland diese Zustimmung des Bundes, Namens der gedachten sieben Höfe, welche Contrahenten der am obigen Tage abgeschlossenen Tractate sind, zu acceptiren erklärt haben.

Zugleich haben die Gesandten von Oesterreich und Preußen die Ehre, der hohen Bundesversammlung, im Auftrage ihrer Höfe, vidimirte Abschriften dieser Tractate, nämlich des am 19. April zwischen Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einer- und den Niederlanden andererseits, dann des zwischen den gedachten fünf Mächten einer- und Belgien andererseits unterzeichneten Tractats, mit dem Beisatze zu übergeben, daß die, diesen beiden Verträgen als Beilage angeschlossenen 24 Artikel unter demselben Datum zwischen den Bevollmächtigten der Niederlande und Belgiens ebenmäßig in Vertragsform unterzeichnet worden sind.

Die Gesandten haben übrigens den Auftrag, der hohen Bundesversammlung die Fassung eines Beschlusses anheimzustellen, durch welchen die von den Bevollmächtigten ihrer allerhöchsten Höfe, Namens des durchlauchtigsten Bundes, ausgesprochene Zustimmung zu den betreffenden Artikeln des Londoner Vertrags genehmigt, und die Ausfertigung geeigneter Ratificationen zum Behufe der in London zu bewerkstelligenden Auswechslung veranlaßt werde.

Da zu letzterer der Termin von sechs Wochen, vom 19. April an gerechnet, sonach der 31. Mai bestimmt ist, so sind die Gesandten noch zu bevorworten beauftragt, daß die dießfälligen Entschließungen der hohen Bundesversammlung ohne Verzug nach London befördert werden möchten.

Nachdem hierauf die Herren Gesandten von Oesterreich und Preußen noch weiter den Dank dieser Höfe für das ehrenvolle Vertrauen, welches ihnen der Bund durch Ertheilung des Commissoriums in Betreff der zu London Statt gefundenen Verhandlungen erwiesen, ausgedrückt und über die Vollziehung dieses Commissoriums nähere Rechenschaft abgelegt hatten, trug

Präsidium darauf an, auf den Grund der vorhin vernommenen Erklärung Sr. Majestät des Königs der Niederlande, Großherzogs von Luxemburg, und der von Oesterreich und Preußen vorgelegten Actenstücke nunmehr den Beschluß zu ziehen, welcher in nachstehender Weise zu fassen seyn dürfte:

1) Der teutsche Bund, nachdem derselbe von der Urkunde Einsicht genommen hat, welche, kraft der von ihm ertheilten Vollmacht und in seinem Namen, von den Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens zu London am 19. April l. J. mit unterzeichnet worden ist, und welche wörtlich also lautet:

(inseratur die Beitrittsacte)

ertheilt dieser Beitrittsurkunde hiermit die Genehmigung und Ratification.

2) Die Ratificationsurkunden des Bundes sind hiernach in der erforderlichen Zahl auszufertigen und zu vollziehen, und wird die kaiserlich-königlich-österreichische Präsidialgesandtschaft ersucht, dieselben zu dem Ende nach London zu befördern, damit solche in dem tractatmäßig festgesetzten Termin gegen die Ratificationsurkunden von Oesterreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Preußen und Rußland ausgewechselt werden.

3) Die Urschrift der Beitrittsurkunde, deßgleichen die der Bundesversammlung vorgelegten vidimirten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind in das Bundesarchiv zu hinterlegen.

4) Die königlich-niederländische, großherzoglich-luxemburgische Gesandtschaft wird in Erwiederung auf ihre heutige Mittheilung ersucht, den gegenwärtigen Beschluß sub num. 1 mit dem Beifügen zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs-Großherzogs zu bringen, daß die Bundesversammlung erwarte, Se. Majestät werde nunmehr in Verfolg des Bundesbeschlusses vom 15. Juni 1838 die wegen Ermittlung und Feststellung der dem Bundesgebiete als Ersatz für den abgetretenen Theil des Großherzogthums Luxemburg zuzuschlagenden Gebiete noch rückstehende Eröffnung, mit Rücksicht auf die unbeeinträchtigt verbleibenden Rechte der Agnaten des Hauses Nassau, an die Bundesversammlung gelangen lassen.

Bei der hierauf gehaltenen

Umfrage,

erfolgten nachstehende Abstimmungen.

Oesterreich und

Preußen treten dem vom Präsidio proponirten Beschlusse bei.

Baiern. Der Gesandte hat — unter ausdrücklicher

W 1·K. ZEITUNG 1839

Bezugnahme auf die dießseitigen frühern Abstimmungen in der Luxemburger Territorialangelegenheit und in der von Sr. Majestät dem Könige bei jeder bisherigen Veranlassung festgehaltenen Voraussetzung: daß die agnatischen Rechte des Gesammthauses Nassau gewahrt und dem Bunde alle jene Gebietstheile von Limburg einverleibt werden, deren Einverleibung demselben die zur verbindenden Bedingung gemachte Territorialentschädigung für den abzutretenden Theil von Luxemburg gewährt, als worauf sich in dem an Sr. Majestät den König der Niederlande zu richtenden Ansinnen zu berufen seyn wird — den Präsidialanträgen beizustimmen. Mit dieser Erklärung hat der Gesandte im Sinne seiner Instructionen das dankbare Anerkenntniß des beharrlichen Nachdrucks zu verbinden, mit welchem die beiden allerhöchsten Höfe von Oesterreich und Preußen die Ihrer Vertretung vertrauensvoll empfohlenen Interessen des teutschen Bundes in dieser schwierigen Unterhandlung gewahrt und die vorliegenden Erfolge erzielt haben.

Sämmtliche übrigen Gesandtschaften erklärten ebenfalls ihre Zustimmung zu dem vom Präsidio proponirten Beschlusse, und vereinigten sich mit der königlich-baierischen Gesandtschaft in dem Ausdruck dankbarer Anerkennung der von den Höfen von Oesterreich und Preußen der Wahrung der Rechte und Interessen des Bundes gewidmeten beharrlichen Bemühungen.

Für Nassau wurde hierbei von dem die dreizehnte Stimme führenden Herrn Gesandten nachstehende Erklärung abgegeben:

Bei den Verhandlungen, welche im Jahre 1834 zu Wiesbaden in Anwesenheit eines kaiserlich-königlich-österreichischen und eines königlich-preußischen Bevollmächtigten wegen der agnatischen Verhältnisse des Großherzogthums Luxemburg gepflogen worden sind, haben Sr. Durchlaucht der Herzog Sich verpflichtet gehalten, für den Bund das Recht auf Territorialersatz conserviren zu lassen, und als Agnat in die Abtretung nicht anders einwilligen wollen, als daß dem teutschen Bunde Territorialentschädigung zu Theil werde.

Von königlich-niederländischer Seite wurde in den damaligen Verhandlungen jede Aeußerung über Territorialersatz für den Bund abgelehnt, und laut Protocolls vom 22. Juli 1834 haben die Bevollmächtigten darin das alleinige, dem wirklichen Abschlusse eines Vertrages wegen der agnatischen Verhältnisse, über dessen einzelne Bestimmungen sie sonst überall einig waren, entgegenstehende Hinderniß gefunden.

Sr. Durchlaucht der Herzog ersehen jetzt zwar mit großer Befriedigung, daß dem Bunde Territorialentschädigung zugesichert ist. Auf der andern Seite aber können Sie nicht unbemerkt lassen, daß seit dem 22. Juli 1834 irgend eine Erklärung von Sr. Majestät dem Könige der Niederlande nicht an Sie gelangt ist, und daß Sie Sich daher ganz in Ungewißheit darüber befinden, ob der damals mit beiderseitiger Uebereinstimmung verabredete Vertrag wegen der agnatischen Rechte nunmehr vollzogen, oder was an seine Stelle gesetzt werden solle. Sr. Durchlaucht sähen Sich daher eigentlich in die Nothwendigkeit versetzt, Sich auf ihre Erklärung in der Bundestagssitzung vom 17. Jänner 1834 zu beziehen, und Ihre Einwilligung zur Abtretung des wallonischen Theils von Luxemburg an Belgien, als Civilmitbesitzer von Luxemburg und als Bundesglied, noch zur Zeit nicht zu ertheilen. Höchstdieselben wollen aber, in dem Vertrauen auf die bewährten verwandtschaftlichen Gesinnungen Sr. Majestät des Königs der Niederlande und in der zuversichtlichen Erwartung, daß Allerhöchstdieselben die agnatischen Verhältnisse nunmehr alsbald auf befriedigende Weise zu ordnen bereit seyn werden, der Ratification des Vertrages von Seiten des teutschen Bundes kein Hinderniß in den Weg stellen.

Präsidium erklärte hierauf, daß, da der Punct 4 des proponirten Beschlusses ohnehin die Wahrung der agnatischen Rechte beziele, bei einhelliger Genehmigung des Beschlußentwurfs dießfalls eine weitere Verwahrung nicht erforderlich und nur noch in dem definitiv zu fassenden Beschlusse auf den so eben vernommenen Vorbehalt der herzoglich-nassauischen Gesandtschaft Bezug zu nehmen seyn werde.

Die Bundesversammlung war mit dieser Präsidialerklärung einhellig einverstanden.

In Gemäßheit der erfolgten Abstimmungen wurde demnach

beschlossen:

1) Der teutsche Bund, nachdem derselbe von der Urkunde Einsicht genommen hat, welche, kraft der von ihm ertheilten Vollmacht und in seinem Namen, von den Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens zu London am 19. April l. J. mit unterzeichnet worden ist, und welche wörtlich also lautet:

„Les Plénipotentiaires des Cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie ayant signé aujourd'hui les traités conclus entre les cinq Cours et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, entre Leurs Majestés le Roi des Belges et le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, et entre les cinq Cours et Sa Majesté le Roi des Belges, les Plénipotentiaires ont jugé à propos que les Plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse, munis des pleins-pouvoirs de la Diète de la Confédération Germanique, fussent invités à accéder au nom de la dite Confédération aux dispositions concernant le Grand-Duché de Luxembourg, contenues dans les traités susdits.

En conséquence les Plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse, représentant la Diète, en vertu des susdits pleins-pouvoirs, déclarent que la Confédération Germanique accède formellement aux arrangemens

territoriaux concernant le Grand-Duché de Luxembourg, contenus dans les articles I, II, III, IV, V, VI et VII de l'annexe de traités conclus en ce jour entre les cinq Cours et S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, et entre les cinq Cours et Sa Majesté le Roi des Belges, ainsi que dans les articles correspondans du traité signé en même tems entre Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg; et ils prennent envers les Cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie, au nom de la Confédération Germanique, l'engagement que celle-ci se conformera en tout aux stipulations renfermées dans les dits articles, dont la teneur suit mot à mot, en tant qu'elles peuvent concerner la Confédération Germanique.

Article I.

Le territoire Belge se composera des provinces de *Brabant méridional, Liège, Namur, Hainault, Flandre occidentale, Flandre orientale, Anvers et Limbourg*, telles qu'elles ont fait partie du Royaume des Pays-Bas constitué en 1815, à l'exception des districts de la province de Limbourg désignés dans l'article IV.

Le territoire Belge comprendra en outre la partie du Grand-Duché de Luxembourg indiquée dans l'article II.

Article II.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, consent à ce que dans le Grand-Duché de Luxembourg, les limites du territoire Belge soient telles qu'elles vont être décrites ci-dessous:

A partir de la frontière de France entre Rodange, qui restera au Grand-Duché de Luxembourg, et Athus, qui appartiendra à la Belgique, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui laissant à la Belgique la route d'Arlon à Longwy, la ville d'Arlon avec sa banlieue et la route d'Arlon à Bastogne, passera entre Mesancy, qui sera sur le territoire Belge, et Clémancy, qui restera au Grand-Duché de Luxembourg, pour aboutir à Steinfort, lequel endroit restera également au Grand-Duché. De Steinfort cette ligne sera prolongée dans la direction d'Eischen, de Hecbus, Guirsch, Oberpallen, Grende, Nothomb, Parette et Perlé jusqu'à Martelange; Hecbus, Guirsch, Grende, Nothomb et Parette devant appartenir à la Belgique, et Eischen, Oberpallen, Perlé et Martelange au Grand-Duché. De Martelange la dite ligne descendra le cours de la Sure, dont le Thalweg servira de limite entre les deux états, jusque vis-à-vis Tintange, d'où elle sera prolongée aussi directement que possible vers la frontière actuelle de l'arrondissement de Diekirch, et passera entre Surret, Harlange, Tarchamps, qu'elle laissera au Grand-Duché de Luxembourg, et Honville, Livarchamps et Loutremange, qui feront partie du territoire Belge; atteignant ensuite aux environs de Doncols et de Soules, qui resteront au Grand-Duché, la frontière actuelle de l'arrondissement de Diekirch, la ligne en question suivra la dite frontière jusqu'à celle du territoire Prussien. Tous les territoires, villes, places et lieux, situés à l'ouest de cette ligne appartiendront à la Belgique, et tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'est de cette même ligne, continueront d'appartenir au Grand-Duché de Luxembourg.

Il est entendu qu'en traçant cette ligne, et en se conformant autant que possible à la description qui en a été faite ci-dessus, ainsi qu'aux indications de la carte, jointe pour plus de clarté au présent article, les commissaires démarcateurs dont il est fait mention dans l'article VI., auront égard aux localités ainsi qu'aux convenances qui pourront en résulter mutuellement.

Article III.

Pour les cessions faites dans l'article précédent, il sera assigné à Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, une indemnité territoriale dans la province de Limbourg.

Article IV.

En exécution de la partie de l'art. I, relative à la province de Limbourg, et par suite des cessions que Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, fait dans l'art. II, Sa dite Majesté possédera, soit en sa qualité de Grand-Duc de Luxembourg, soit pour être réunis à la Hollande, les territoires dont les limites sont indiquées ci-dessous:

1°. Sur la rive droite de la Meuse: aux anciennes enclaves Hollandaises sur la dite rive dans la province de Limbourg, seront joints les districts de cette même province sur cette même rive, qui n'appartenaient pas aux Etats-Généraux en 1790, de façon que la partie de la province actuelle de Limbourg, située sur la rive droite de la Meuse, et comprise entre ce fleuve à l'ouest, la frontière du territoire Prussien à l'est, la frontière actuelle de la province de Liége au midi, et la Gueldre Hollandaise au nord, appartiendra désormais toute entière à Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-Duc de Luxembourg, soit pour être réunie à la Hollande.

2°. Sur la rive gauche de la Meuse: à partir du point le plus méridional de la province Hollandaise du Brabant septentrional, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui aboutira à la Meuse au-dessus de Wessem, entre cet endroit et Stevenswaard au point où se touchent, sur la rive gauche de la Meuse, les frontières des arrondissemens actuels de Ruremonde et de Maestricht, de manière que Bergerot, Stamproy, Neer-Itteren, Itter-

voord et Thorn, avec leurs banlieues, ainsi que tous les autres endroits situés au nord de cette ligne, feront partie du territoire Hollandais.

Les anciennes enclaves Hollandaises dans la province de Limbourg sur la rive gauche de la Meuse, appartiendront à la Belgique, à l'exception de la ville de Maestricht, laquelle, avec un rayon de territoire de douze cents toises à partir du glacis extérieur de la place sur la dite rive de ce fleuve, continuera d'être possédée en toute souveraineté et propriété par Sa Majesté le Roi des Pays-Bas.

Article V.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, s'entendra avec la Confédération Germanique et les Agnats de la maison de Nassau, sur l'application des stipulations renfermées dans les articles III et IV, ainsi que sur tous les arrangemens que les dits articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les Agnats ci-dessus nommés de la maison de Nassau, soit avec la Confédération Germanique.

Article VI.

Moyennant les arrangemens territoriaux arrêtés ci-dessus chacune des deux parties renonce réciproquement pour jamais à toute prétention sur les territoires, villes, places et lieux, situés dans les limites des possessions de l'autre partie, telles qu'elles se trouvent décrites dans les articles I, II et IV.

Les dites limites seront tracées, conformément à ces mêmes articles, par des commissaires démarcateurs Belges et Hollandais, qui se réuniront le plutôt possible en la ville de Maestricht.

Article VII.

La Belgique, dans les limites indiquées aux articles I, II et IV, formera un état indépendant et perpétuellement neutre. Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres états.

Les Plénipotentiaires d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, acceptent formellement au nom de leurs Cours respectifs, la dite accession de la part de la Confédération Germanique.

Le présent acte d'accession sera ratifié par la Confédération Germanique, moyennant un arrêté de la Diète, dont expédition sera faite au nombre des copies nécessaires; ainsi que par les cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie; Et les actes de ratification respectifs seront échangés à Londres dans l'espace de six semaines, à dater de ce jour, ou plutôt si faire se peut, et en même tems que se fera l'échange des ratifications des trois traités susdits.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte d'accession, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le dix-neuf Avril l'an de grâce mille-huit-cent trente-neuf.

(L. S.) Senfft.
(L. S.) Bülow.
(L. S.) Senfft.
(L. S.) Sylvain v. d. Weyer.
(L. S.) H. Sebastiani.
(L. S.) Palmerston.
(L. S.) Dedel.
(L. S.) Bülow.
(L. S.) Pozzo di Borgo."

ertheilt dieser Beitrittsurkunde hiermit die Genehmigung und Ratification.

2) Die Ratificationsurkunden des Bundes sind hiernach in der erforderlichen Zahl auszufertigen und zu vollziehen, und wird die k. k. österreichische Präsidialgesandtschaft ersucht, dieselben zu dem Ende nach London zu befördern, damit solche in dem tractatmäßig festgesetzten Termin gegen die Ratificationsurkunden von Oesterreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Preußen und Rußland ausgewechselt werden.

3) Die Urschrift der Beitrittsurkunde, deßgleichen die der Bundesversammlung vorgelegten vidimirten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind in das Bundesarchiv zu hinterlegen.

4) Die königlich-niederländische, großherzoglich-luxemburgische Gesandtschaft wird, in Erwiederung auf ihre heutige Mittheilung und mit Rücksicht auf den von der herzoglich-nassauischen Gesandtschaft in Betreff der agnatischen Verhältnisse zu Protocoll erklärten Vorbehalt, ersucht, die gegenwärtige Verhandlung mit dem Beifügen zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs-Großherzogs zu bringen, daß die Bundesversammlung erwarte, Se. Majestät werde nunmehr in Verfolg des Bundesbeschlusses vom 15. Juni 1838 die wegen Ermittlung und Feststellung der dem Bundesgebiete als Ersatz für den abgetretenen Theil des Großherzogthums Luxemburg zuzuschlagenden Gebiete noch rückstehende Eröffnung, mit Beachtung der unbeeinträchtigt verbleibenden Rechte der Agnaten des Hauses Nassau, an die Bundesversammlung gelangen lassen.

5) Den Höfen von Oesterreich und Preußen wird für ihre den Rechten und Interessen des Bundes bei den Statt gefundenen Verhandlungen gewidmeten beharrlichen Bemühungen der Dank des Bundes ausgedrückt.

Die der Bundesversammlung heute vorgelegten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind die:

ſem Protocolle in Abdrücken sub num. 1, 2 und 3 angefügt.

Münch-Bellinghauſen.
Schöler.
Mieg.
Manteuffel.
Stralenheim.
Trott.
Duſch.
Rieß.
Gruben.
Pechlin.
Grunne.
Beuſt.
Röntgen.
Schack.
Sieveking.

Sr. kaiſ. Hoheit der Großfürſt-Thronfolger von Rußland ſind am 7. Juni Nachmittags um 4½ Uhr in Frankfurt eingetroffen und im Hotel de Ruſſie abgeſtiegen. In dem Gefolge Sr. kaiſ. Hoheit befinden ſich der Graf Orloff, General der Cavallerie und Generaladjutant Sr. Majeſtät des Kaiſers, der General von Kavelin, Generaladjutant Sr. Majeſtät des Kaiſers, der wirkliche Staatsrath von Schuckowsky, der Oberſt von Youriewitſch, Adjutant Sr. Majeſtät des Kaiſers, der Oberſt Fürſt Dolgorouki, Adjutant Sr. Majeſtät des Kaiſers, der Oberſt Baron von Lieven, Adjutant Sr. Majeſtät des Kaiſers, Hr. Yenuktin, kaiſ. ruſſiſcher Staatsrath und Leibarzt, Fürſt Bariatinsky, Baron von Adlerberg, Hr. von Patkul, Adjutanten und Attachés Sr. kaiſ. Hoheit.

Türkei.

Der Semaphore von Marſeille enthält folgendes Schreiben vom Bord des „Leonidas" auf der Rhede von Syra vom 21. Mai, welches die von uns über den Stand der Dinge im Orient gegebenen Nachrichten vollkommen beſtätigt: „Der Krieg im Orient, dieſer unvermeidliche, und bereits erklärte Krieg, an den man zu Alexandrien und anderwärts wie an einen Glaubensartikel glaubte, und wobei eine lebhafte Einbildungskraft bereits Blut fließen ſah, dieſer Krieg iſt noch in dem Zuſtande eines Embryo, eines bewaffneten Friedens. Mit Einem Worte: es gibt noch keinen Krieg zwiſchen dem Sultan und dem Vicekönig. — Folgendes hat Anlaß zu dem Irrthum gegeben: Der Euphrat bildet gegen Oſten einen Theil der Gränzen von Syrien; als man erfuhr, daß ein türkiſches Armeecorps dieſen Fluß überſchritten habe, glaubte man, daß es in die Beſitzungen Mehmed Ali's eingerückt ſei, und ſchon dröhnte der Donner der Kanonen von beiden Seiten. Allein gegen Bir hin liegt auf dem rechten Ufer des Euphrats eine Strecke Landes, welche ſich nach Weſten hin zu einem kleinen Fluß, deſſen Name mir entfallen iſt, erſtreckt, und die bisher von Mehmed Ali nicht beſetzt war. Indem die Türken hier einrückten, haben ſie das feindliche Gebiet nicht verletzt. Nichts deutet heute darauf hin, daß ſie weiter gehen wollen; ſie verſchanzen ſich in der Stellung, die ſie genommen haben. Ibrahim hat ſeinerſeits ſeine Truppen einige Meilen über Aleppo hinaus vorrücken laſſen; die feindlichen Vorpoſten ſtehen ſich ziemlich nahe."

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 29. Mai gibt einen umſtändlichen Bericht des Grafen Luchana aus dem Hauptquartier Berberena vom 24. Mai. Espartero ſcheint deſſen Inhalt zufolge die erſte Operation des Feldzugs, die darin beſtand, die Provinz Santander vom Feinde zu befreien, für geendigt anzuſehen. Der Bericht fängt mit dem 17. April an und geht bis zum 13. Mai. Nachdem er von der Uebertreibung der Carliſtiſchen Bulletins geſprochen, welche den Verluſt der Chriſtinos in den verſchiedenen Treffen auf mehr als 5000 Mann geſchätzt, erklärt er, daß ſein Verluſt nur 99 Todte, 741 Verwundete und 54 mit Contuſionen betrage. Maroto gebe in ſeinen Bulletins einen Verluſt von 600 Mann zu. Man könne ſich daraus einen Begriff von ſeinem wahren Verluſte machen. Man habe nicht viele Gefangene gemacht. Die Zahl der dem Feinde abgenommenen Geſchütze, Mörſer und Kriegsmunition ſei beträchtlich. Oberſt Wylde und der Capitän Lhin, Commiſſarien Ihrer brittiſchen Majeſtät bei der Nordarmee, wohnten allen Operationen bei.

Don Carlos befand ſich am 30. Mai noch in Durango. Damals war weder bei den beiden Heeren in Navarra, noch auf den Linien von Andoain, Bilbao und Vitoria etwas Neues vorgefallen. Am 28. ward auf Befehl des Don Carlos zu Zornoza ein großer Kriegsrath gehalten, den Maroto ſich ausgebeten hatte. Dieſer Kriegsrath ſollte das Operationsſyſtem beſtimmen, welchem Maroto zu folgen habe. Don Carlos, die Infanten Don Sebaſtian und Prinz von Aſturien, Eguia, Villareal, Maroto, Silveſtre, oberſter Chef des Genieweſens, Montenegro, Generalcommandant der Artillerie, Zariategui, Don Simon de la Torre, Arroyo und mehrere andere Stabsoffiziere wohnten dieſem Kriegsrathe bei. Ueber das Reſultat der Berathſchlagungen ward ein tiefes Geheimniß beobachtet. Nach dem Kriegsrathe reisten alle zur Operationsarmee gehörigen Generäle zu ihren Poſten zurück. Don Carlos und die Infanten trafen am 29. Abends wieder in Durango ein.

Der Sentinelle des Pyrénées zufolge ſteht Muñagorri, der ſeine abenteuerlichen Pläne zur Wiedererhebung ſeiner Fahne „Paz y Fueros" fortſetzt, im Begriffe, ſich nach Paris zu begeben, um ſich dort Geld zu verſchaffen.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 3. Juni entwickelte Lord J. Russell den Plan der Regierung in Bezug auf die künftige Administration der beiden Canada's. Am Schlusse seiner Rede schlug er folgende zwei Resolutionen vor: 1) es sei die Meinung des Hauses, daß es nothwendig sei, die beiden Provinzen von Canada dergestalt zu vereinigen, daß beide eine Repräsentation erhalten, die für das Glück und die Wohlfahrt der Colonie heilsam seyn dürfte; 2) das Haus solle ferner erklären, daß die in der letzten Session in Bezug auf die Verwaltung von Niedercanada erlassene Acte, mit denjenigen Aenderungen, die für zweckdienlich erachtet werden dürften, bis zum Jahre 1842 in Kraft zu bleiben habe. Also Vereinigung beider Canada's in legislativer Beziehung zu einem einzigen Provinzialparlamente; aber Fortdauer der Suspension der Verfassung bis zum Jahre 1842. — Hr. Hume, Hr. Buller und Sir R. Peel waren mit dem zweiten Theil des ministeriellen Vorschlages, der die Hauptfrage drei Jahre lang in suspenso läßt, keineswegs einverstanden, so daß sich ein bedeutender Widerstand im Hause gegen diesen Plan voraussehen läßt. — Die weitere Verhandlung über diesen wichtigen Gegenstand wurde auf Montag den 10. Juni ajournirt.

Die Königinn hielt am 3. d. M. geheimen Rath, wobei der neue Sprecher des Unterhauses, Hr. Shaw Lefevre, beeidigt wurde. Hierauf ertheilte die Königinn dem kais. österreichischen Botschafter, Fürsten Esterhazy, Audienz; der türkische Botschafter, Reschid Pascha, der im Begriffe stand England zu verlassen, beurlaubte sich bei Ihrer Majestät.

Consols am 4. Juni 94¼.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 5. Juni wurde die Debatte über den Vorschlag des Barons Mounier hinsichtlich der Beschränkung der Zahl der Mitglieder des Ordens der Ehrenlegion fortgesetzt. Nach langen Debatten wurde das Princip der obgedachten Beschränkung genehmigt. Hr. Pelet (de la Lozère) hatte nämlich, in Form eines Amendements, folgenden Zusatzartikel, welcher Art. 1 des Gesetzes werden soll, vorgeschlagen: „Art. 1. Die Zahl der Mitglieder der Ehrenlegion bleibt wie im Art. 2 des gegenwärtigen Gesetzes festgesetzt, beschränkt.“ Dieser Artikel wurde bei der Abstimmung mit 66 gegen 54 Stimmen angenommen. Der in unserm gestrigen Blatte mitgetheilte Art. 1., welcher die künftige Zahl der Mitglieder der Ehrenlegion festsetzt, wird nun Art. 2 und es sollte am folgenden Tage darüber abgestimmt werden.

Einige Tage, bevor der Handelsminister den bekannten Gesetzentwurf über die Besteuerung des Colonialzuckers der Deputirtenkammer vorlegte, hatten die in Paris befindlichen Abgeordneten der Runkelrübenzucker-Fabrikanten nachstehende Bittschrift an jenen Minister gerichtet, durch welche sie wahrscheinlich jenem Gesetzentwurf vorzubeugen hofften: „Herr Minister! Es ist allgemein anerkannt, daß das vorherrschende Interesse Frankreichs mit seiner Bevölkerung von 35 Millionen, von denen 25 Millionen auf dem Lande wohnen, darin besteht, seinen Wohlstand auf seinen Ackerbau zu gründen. Und dennoch wird der Ackerbau nicht allein nicht berücksichtigt, sondern man macht es sich gewissermaaßen zur Aufgabe, die Fortschritte desselben zu hemmen. Nach der Täuschung der Tabakspflanzer kam die der Flachsbauer; und jetzt bedroht man die inländische Zuckerproduction. Die Runkelrüben-Industrie, unter dem Schutze der Tarife erzeugt, wuchs unter dem Beifall und der Aufmunterung Frankreichs und seiner Regierung. Um sie her und durch sie entstanden andere Industrien; ein ansehnlicher Zuwachs an Arbeit verbreitete Wohlstand auf dem Lande und in den Städten, und vermehrte jede Art von Consumtion. Aber bald wurde jene Industrie Gegenstand der heftigsten Angriffe, und fand bei der Verwaltung, die sie früher auf jede Art ermunterte, nur Uebelwollen und Widerstand. Es fand eine Untersuchung Statt, die streng und ernstlich in Bezug auf den inländischen Zucker, vertrauensvoll und oberflächlich in Bezug auf den Colonialzucker war. Ein erster Entwurf zur Herabsetzung des Zolls ward fast einstimmig zurückgewiesen. Ein anderes mit schwacher Majorität votirtes Gesetz bringt an die Stelle der Herabsetzung den Grundsatz der Steuer, und setzt fest, daß der inländische Zucker im Jahre 1839 — 11 Fr. und im Jahre 1840 — 16½ Fr. bezahlen soll. Kaum ist dieses Gesetz promulgirt, so erneuern die Colonisten ihre Klagen, und die Leichtigkeit, mit welcher die Regierung dieselben aufnimmt, hat augenblicklich zur Folge, den ganzen Zuckerhandel in Unentschlossenheit zu stürzen und einen Fall der Preise herbeizuführen, der durch einen Ueberschuß an Production noch vermehrt wird. Wir beschwören Sie, Herr Minister, ehe sie einen Herabsetzungsentwurf vorlegen, mit Aufmerksamkeit zu prüfen, ob die Gerechtigkeit es nicht erheischt, abzuwarten, bis der neuerdings aufgestellte Grundsatz der Steuer alle seine Wirkungen hervorgebracht hat. Als das letzte Ministerium den Grundsatz der Herabsetzung anzunehmen beschloß, kannte es unsere Leiden noch nicht in ihrem ganzen Umfange; aber wie wäre es möglich, jetzt die Anwendung dieses Grundsatzes zu rechtfertigen, wo 150 unserer Fabriken geschlossen sind, und wo die übrigen ihre Production für das nächste Jahr um die Hälfte herabgesetzt haben. Die Colonisten sandten uns im Jahre 1838 — 87 Millionen Kilogramm Zucker und verkünden für dieses Jahr eine mindestens eben so bedeutende Ernte. Von den beiden gegenüberstehenden Interessen also vermindert die erstere ihre Production nicht, während die andere die ihrige um die Hälfte beschränkt. Ist es unter diesen Umständen die Pflicht der Regierung, der ersteren zu Hülfe zu kommen? Die Interessen des Schatzes und der Marine, sagt man uns, sind gefährdet. Welchen Nutzen kann der Schatz aber davon erwarten, wenn er die Zolleinnahme um 10 bis 15 Millionen verringert? Bis zum Jahre 1837 wurden die Zölle von der ganzen Colonialeinfuhr erhoben, und wenn im Jahre 1838 ein Theil der Einfuhr in den Entrepots geblieben ist, so rührt dieß von einer ungeregelten Vermehrung der Colonialproduction her, welche aber durch die Verminderung der inländischen Productionen bald zum Consumo gelangen wird. Was die Marine betrifft, wem will man einreden, daß die Schifffahrt leide, wenn die Nachweise der Douane ergeben, daß eine größere Quantität Zucker als jemals in unsere Häfen eingeführt worden ist? Die Aufrechthaltung der gegenwärtigen Gesetzgebung ist für die inländische Fabrikation ein unerträglicher Zustand. Die den beiden Industrien auferlegten Bedingungen sind, was man auch sagen möge, alle zum Vortheil der Colonisten, aber unsere Achtung für

das Geſetz hat unſere Klagen unterdrückt; wenn indeß die Gründe, die wir ſo eben geltend gemacht haben, Sie nicht veranlaſſen, Ihren Entſchluß zu ändern, ſo werden wir uns auch unſererſeits durch keine Rückſicht für die abgeurtheilte Sache mehr gebunden halten, und von der Kammer die Aufhebung des Geſetzes vom Jahre 1837 verlangen. So entſchieden wir uns der Herabſetzung des Zolls widerſetzen, als einer Maaßregel, die nur einer der beiden Induſtrien zu Statten kommt, mit eben ſo viel Dankbarkeit werden wir diejenigen Maaßregeln aufnehmen, die beiden Induſtrien günſtig ſind, wie zum Beiſpiel die freie Ausfuhr aus den Colonien, und die Erniedrigung des Quantums, welches die Raffinadeure zum Rückzoll befähigt. Wenn der Grundſatz der Steuer aufrecht erhalten werden ſoll, ſo bitten wir Sie inſtändigſt, denſelben von der Conſumtion zu erheben, um die inländiſche Fabrikation in dieſelbe Lage, wie die aller andern beſteuerten Induſtrien, zu verſetzen. Wenn die Regierung, ſtatt innezuhalten, mit jenem verderblichen Geſetz noch weiter vorſchreiten will, wenn ſie entſchloſſen iſt, den Ackerbau den Anſprüchen jener unſicheren Beſitzungen zu opfern, deren materielle Wichtigkeit kaum die eines Departements zweiten Ranges überſteigt, ſo hoffen wir, Herr Miniſter, daß ein ſo grauſamer Entſchluß nicht auf verſteckte Weiſe, ſondern mit der Aufrichtigkeit ins Leben treten wird, welche der Regierung ziemt, und daß ſie es nicht über ſich gewinnen wird, ohne vorläufige Entſchädigung die zahlreichen Familien zu Grunde zu richten, die ſich unter der Bürgſchaft eines neuerlich erlaſſenen Geſetzes der inländiſchen hohen Fabrikation gewidmet haben. Die Fabrikanten faſſen ihre Bitten in folgende Puncte zuſammen: 1) daß kein Geſetzentwurf wegen Herabſetzung des Zolls vorgelegt werden möge; 2) die Aufhebung des Geſetzes vom 18. Juli 1837, für den Fall, daß die Herabſetzung vorgeſchlagen würde; 3) die freie Ausfuhr aus den Colonien durch franzöſiſche Schiffe; 4) die Herabſetzung des Quantums für den Rückzoll in einem Verhältniſſe, welches die Wirkſamkeit der Maaßregeln ſichert; 5) wenn die Herabſetzung nicht vorgeſchlagen oder wenn ſie verworfen wird, bitten ſie, daß die Steuer von der Conſumtion und nicht von der Fabrikation erhoben werde; 6) wenn die Herabſetzung angenommen und das Steuergeſetz aufrecht erhalten wird, ſo halten ſie es für ganz unmöglich, ihre Induſtrie fortzuſetzen und tragen alsdann auf die Liquidation derſelben durch Entſchädigung an."

(Folgen die Unterſchriften.)

Am 5. Juni 5Percents Fin Courant geſchloſſen zu 111 Fr. 15. 3Percents Fin Courant geſchloſſen zu 81 Fr. 15. — Am 6. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 3Percents 81 Fr. 10.

Wien.

Am 13. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen		zu 5 pC. in CM.	107⁵⁄₈.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	—.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82⅞.
Darl. mit Verloſ. v. J. 1820,		für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1839,	für 250 fl. in CM.	—.
dette	detto v. J. 1839,	für 50 fl. in CM.	—.
Wiener Stadtbanco-Obligat.		zu 2½ pC. in CM	66⅛.
Bankactien pr. Stück —— in CM.			

Ankündigung.

Bei dem nunmehr herannahenden zweiten Vierteljahresſchluſſe erſuchen wir die P. T. HH. Pränumeranten auf den öſterreichiſchen Beobachter, den weiteren Pränumerations-Betrag mit 4 fl. 30 kr. C. M. vierteljährig im Comptoir des öſterreichiſchen Beobachters in der Dorotheergaſſe im kleinen Saleſianerhauſe Nr. 1108 baldigſt zu entrichten, damit ſich das Eintragen der Pränumerationen in den letzten Tagen des Monats nicht zu ſehr häufe, und die Auflage, um Jeden nach Wunſch befriedigen zu können, gehörig darnach bemeſſen werden könne. Wer ſpäter als den 1. Juli eintritt, hat es ſich ſelbſt zuzuſchreiben, wenn ihm das Exemplar nur von dem Tage ſeiner Pränumeration an geliefert werden kann. Den Pränumeranten in der Stadt wird das Blatt auf Verlangen, gegen einen voraus zu bezahlenden Zuſchuß von 45 kr. W. W. monatlich, durch eigens hierzu beſtellte Herumträger täglich Morgens in das Haus geſchickt werden, und es wird Jedermann, der hiervon Gebrauch zu machen wünſcht, erſucht, ſeine Adreſſe bei der Beſtellung genau ſchriftlich zu hinterlaſſen. Diejenigen HH. Pränumeranten in den Vorſtädten, die das Blatt ins Haus geſchickt haben wollen, werden erſucht, ihre Beſtellungen bei der hieſigen k. k. oberſten Hofpoſtamts-Haupt-Zeitungs-Expedition zu machen, welche mittelſt der Briefträger gegen einen billigen Zuſchuß die ſchleunige und pünctliche Zuſtellung des Blattes beſorgen wird. In Betreff des Pränumerationsbetrages ſind wir bemüſſigt, zu bemerken, daß wir nur für diejenigen Pränumerationen haften, deren Betrag unmittelbar im Comptoir des öſterreichiſchen Beobachters erlegt worden iſt, ſo wie wir uns in Hinſicht des Pränumerations-Scheines genöthigt finden, wiederholt und beſtimmt zu erklären, daß ohne Vorzeigung desſelben ſchlechterdings an Niemanden ein Blatt verabfolgt, und falls der Schein gänzlich in Verluſt geräth, durchaus kein Erſatz desſelben, als gegen neue Pränumeration, geleiſtet werden könne. Wir erſuchen daher Jedermann angelegentlichſt, zur Vermeidung aller Unannehmlichkeiten, dieſe Scheine wohl in Acht zu nehmen.

Auswärtigen, ſowohl in den kaiſerlich-öſterreichiſchen Staaten als im Auslande, dient zur Nachricht, daß die k. k. Oberſt-Hofpoſtamts-Haupt-Zeitungs-Expedition in Wien, vom 1. Juli an, halbjährige Pränumeration auf unſer Blatt annimmt, weßhalb man ſich entweder unmittelbar hierher an obgedachte Expedition, oder an das Jedem zunächſt gelegene k. k. Ober- oder Abſatz-Poſtamt und Station baldigſt zu wenden hat, wobei jedoch, außer genauer Angabe des Namens, Characters und Wohnorts, zu bemerken iſt, ob das Blatt täglich (falls die Poſt an ſolche Orte täglich abgeht) oder nur zweimal in der Woche abzuſenden ſei. Der halbjährige Pränumerationspreis mit täglicher Verſendung, ſammt Expeditionsgebühren, beträgt 13 fl. 12 kr. C. M., mit zweimaliger Verſendung in der Woche 11 fl. 12 kr. C. M.

Wien, den 13. Juni 1839. Die Redaction und der Verlag des Oeſterreichiſchen Beobachters.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe, Dorotheergaſſe Nr. 1108

№ 166

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 15. Juni 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 13. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.63§	283. 42. 9P.	+ 17.1	W.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.568	28 4 0	+ 21.0	NW.	schwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.50t	28 3 2	+ 16.4	SW.	still.	Wolken.

Spanien.

Die Quotidienne enthält folgenden Bericht ihres Correspondenten aus San Juan de las Abadessas über die Einnahme von Ripoll in Obercatalonien: „Ripoll ist erobert und ganz verbrannt. Die revolutionnären Journale werden nicht ermangeln, den Grafen d'España der Grausamkeit anzuklagen. Aber als Augenzeuge kann ich Ihnen die Thatsachen mit voller Wahrheit melden und Sie werden daraus ersehen, daß die Einwohner selbst Schuld an dem Unglücke sind, das sie betroffen hat. — Am 27. Morgens, durch die Belagerungsarbeiten gedrängt, steckten sie die weiße Fahne auf und die Uebergabe des Platzes wurde verabredet. — Als aber eine Colonne, welche der Graf d'España zur Besitznahme detaschirt hatte, auf Pistolenschußweite herangekommen war, wurden viele Soldaten durch Kartätschen- und Kleingewehrfeuer todtgeschossen und noch mehrere verwundet. — Der Graf d'España ließ nun augenblicklich Bresche schießen, und da die Stadt mit Sturm genommen wurde, ist sie den Soldaten preisgegeben worden, die keinen Pardon gaben. Nur der Besatzung wurde das Leben geschenkt. Ripoll ist nichts mehr als ein Schutthaufen, auf welchen der Graf d'España einen Pfahl mit der Inschrift setzen ließ: Hier stand Ripoll!"

Aus Valencia bringen Madrider Blätter zwei Proclamationen der dortigen Militärcommandanten Infante und Carafolo, welche beide das Gerücht, als solle die Nationalgarde (die so bedeutenden Theil am letzten Aufstande genommen hatte) aufgelöst werden, als böswillige Verläumdung bezeichnen. Vielmehr werden darin der Nationalgarde die schmeichelhaftesten Versicherungen gegeben.

Portugal.

Berichte aus Lissabon vom 27. Mai bringen das unbeglaubigte Gerücht von einer durch die Cortes beabsichtigten Staatsbankrott-Erklärung. Die Deputirten berathen sich über die Mittel zur Zahlung der Dividenden der inländischen Schuld. Die von der Regierung beantragte Vorauserhebung der Zehnten schien keinen Anklang zu finden.

Mexico.

Den Berichten der Newyorker Blätter zufolge war Santa Ana förmlich als Dictator installirt, und Bustamente, welchem eine halbe Million Dollars, ein Zwangsanlehen von der Geistlichkeit, für die Kosten des Feldzugs zugewiesen worden, rüstete sich zum Angriff auf die Föderalisten. Letztere waren fortwährend in ruhigem Besitze von Tampico. Ein General der letzteren, Mexia, zog mit ungefähr 1500 Mann gegen Veracruz, von welcher Stadt er am 7. April nur noch wenige Meilen entfernt war. Man glaubte, dieselbe werde zur Sache der Föderalisten übertreten, für welche sich auch Campeche erklärt hat.

Der Moniteur bringt folgenden Auszug eines Berichts des Viceadmirals Baudin an den Marineminister: „Am 8. April brach in den Magazinen der Douane von Veracruz eine große Feuersbrunst aus. Es befanden sich vor der Stadt nur die französischen Kriegsschiffe „Cuirassier," „Volcan," „Sarcelle" und „Saumon;" der Admiral Baudin lag mit dem Rest seiner Escadre seit dem 6. vor Sacrificios. Die Signale des „Cuirassier" benachrichteten den Admiral von dem Brande; zugleich wurde ihm gemeldet, daß die Föderalisten wider die Stadt im Anmarsch seien, und daß dieser demnach eine doppelte Katastrophe drohe. Sogleich wurde allen Fahrzeugen der Escadre Befehl gegeben, Detaschements und Pumpen abgehen zu lassen, um die Fortschritte des Feuers zu bekämpfen. Admiral Baudin begab sich in eigener Person zu dem General Victoria und bot ihm alle Dienste an, die mit der Neutralität, welche die Franzosen zwischen den Parteien Mexico's beobachten müssen, irgend verträglich seien. Der französische Consul hatte die angesehensten Kaufleute und die französischen Schiffscapitäns in seinem Hause versammelt. Admiral Baudin trat mitten unter sie, machte ihnen die von ihm getroffenen Maaßregeln bekannt, im Falle die Föderalisten sich der Stadt bemächtigen sollten, und versicherte, daß die teutschen und spanischen Kaufleute, welchen kein Kriegsschiff ihrer Nation beistehen könnte, gleichfalls unter den Schutz seiner Escadre gestellt würden. Der Admiral schrieb auch an den General der Föderalistenarmee, obwohl er eine strenge Neutralität zu beobachten wünsche, würde er sich gleichwohl genöthigt sehen, feindlich gegen ihn zu verfahren, wenn seine Truppen den Franzosen oder den übrigen in Veracruz ansässigen Ausländern den geringsten Schaden zufügten. Das Feuer wurde bald gelöscht. Dank dem Eifer und der Unerschrockenheit der französischen Seeleute, welche der Corvettencapitän, Graf von Gourdon, geschickt leitete. Die Föderalisten drangen nicht in die Stadt."

Das in Veracruz erscheinende Journal El Censor bemerkt über den Brand und das Benehmen der französischen Seeleute: „Die Flammen verzehrten alle im Douanenmagazin aufgehäuften Waaren. Um Meister des Feuers zu werden, mußte man die Dächer der Douane und der vier anstoßenden Häuser abtragen. Der Brand war so heftig, daß er ohne den raschen und entscheidenden Beistand der französischen Marine-Offiziere und Matrosen wahrscheinlich in wenigen Stunden das Quartier la Manzana verzehrt haben würde. Sie bedienten sich geschickt der ausgeschifften Pumpen, wandten sich entschlossen nach allen bedrohten Puncten und hemmten die Zerstörung."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 3. Juni wurde, nachdem der Herzog von Richmond einige Bemerkungen über die beabsichtigte Veränderung des Briefporto's gemacht, und dem Rowland-Hill'schen Plan den Vorzug vor dem der Commission des Unterhauses gegeben hatte, die von Lord Brougham eingebrachte Bierbill an eine Specialcommittee verwiesen, da einige Lords sich der zweiten Lesung widersetzten. Die Bill hat den Zweck, den Nachtheilen, welche durch das Ueberhandnehmen der Bierhäuser, namentlich für die Moralität der Bevölkerung, erwachsen, zu steuern. Diese Häuser sind größtentheils die ganze Nacht offen und ein Zufluchtsort für liederliches Gesindel aller Art, ein Stelldichein für Diebe ꝛc. Der Einwand, der gegen Lord Broughams Vorschlag erhoben wird, besteht darin, daß eine Menge Personen, die von dem Bierschenken lebten (nach der Behauptung des Marquis von Westminster über 200,000), zu Grunde gerichtet würden. Vor seinem Antrag citirte Lord Brougham noch einige Stellen aus einem whiggistischen Sonntagsblatt, dem Observer, in denen er einen Bruch der Privilegien des Parlaments fand, weil ihm, in Bezug auf seine letzte Rede im Unterhause, vorgeworfen wird, er habe seinen Unmuth gegen die jetzige Regierung nur deßhalb ausgelassen, um seinem eingefleischten Groll gegen die Monarchie Luft zu machen, ein Vorwurf, den seine Rede nicht verdiene, da sie gerade das monarchische Princip (d. h. innerhalb der Schranken der englischen Constitution) sicherzustellen gesucht habe.

In der Sitzung des Unterhauses vom 3. Juni legte Lord J. Russell, wie bereits erwähnt, seine von ihm vorher angezeigten Resolutionen in Betreff Canada's vor. Es sind deren zwei, nämlich: 1) Es ist die Ansicht dieses Hauses, daß es zweckmäßig ist, eine legislative Vereinigung der Provinzen von Ober- und Niedercanada zu bilden, gegründet auf die Grundsätze einer freien und repräsentativen Regierung, welche so zu führen ist, daß dadurch die Wohlfahrt und die Zufriedenheit der vereinigten Provinz möglichst gefördert werde. 2) Es ist zweckmäßig, bis zum Jahre 1842 die, in der letzten Session dem Generalgouverneur und dem Specialrath von Niedercanada durch eine Parlamentsacte übertragenen, Gewalten fortbestehen zu lassen, mit Vorbehalt der Abänderungen, die sich als rathsam zeigen mögen. — Folgendes ist der wesentliche Inhalt der Rede, mit welcher Lord J. Russell seinen Antrag begleitete. Das Gesetz vom Jahre 1791, welches die Trennung der beiden Canada's festsetzte, wurde, nach den Erklärungen Pitts im Unterhause und des Lord Grenville im Oberhause, aus zwei Gründen gegeben: einerseits, um den brittischen Einwanderern die Beibehaltung ihrer Gewohnheiten und einen freien Spielraum für ihren Kunstfleiß in dem ausschließlich brittischen Obercanada zu sichern, und zugleich die französische Bevölkerung in Untercanada, die sich während des Krieges mit Amerika so äußerst loyal erwiesen hatte, in ihren alten, sehr stationären Einrichtungen zu schützen. Dieser Plan konnte jedoch nicht durchgeführt werden, und es würde, selbst wenn eine strenge Sonderung beider Bevölkerungen möglich gewesen wäre, der Nachtheil daraus erwachsen seyn, daß Untercanada gesucht haben würde, die Britten in Obercanada der natürlichen Vortheile einer freien Verbindung mit der See, vermittelst des Lorenzstroms, zu berauben. In den alten französischen Einrichtungen glaubt nun Lord John Russell nichts zu finden, was durch die Regierung erhalten zu werden verdiene; die beste Politik sei die, den brittischen Einwanderern die größte Macht zu geben, und die Einrichtungen Canada's den englischen so nahe als möglich zu bringen. Die Folgen jenes Mißgriffs waren, daß, als sich auch in Untercanada die brittische Bevölkerung vermehrte, und in ihren Interessen von der Regierung geschützt wurde, das dortige Assemblyhaus, größtentheils aus Franzosen bestehend, die, ihm durch die Acte vom Jahre 1791 gewordene, Macht zu einer starken Opposition gegen die Regierung und den, größtentheils englischen, gesetzgebenden Rath (die erste Kammer) benutzte. Die Assembly verweigerte das Budget, wenn ihren Forderungen, welche in der That ganz Untercanada von England unabhängig gemacht hätten, kein Genüge geschehe, und als sich Lord Gosford genöthigt sah, Verhaftungsbefehle gegen einige ihrer Führer, auf den Grund des Hochverraths, ergehen zu lassen, brach die Revolution aus. Lord Durham ward nun nach Canada geschickt. Er entscheidet sich in seinem Berichte für eine legislative Vereinigung beider Provinzen, zeigte sich auch persönlich für eine Union sämmtlicher nordamerikanischen Colonien günstig, wollte es jedoch, da sich wichtige Stimmen dagegen geäußert, nicht auf sich nehmen, den letzten Plan der Regierung zu empfehlen. Das Ministerium ist nun auch für die Vereinigung Ober- und Niedercanada's, und stellt vorläufig folgende Grundsätze darüber auf: Das Haus soll nicht aufgefordert werden, die Anzahl der Repräsentanten für beide Provinzen genau zu bestimmen, auch die Bevölkerung nicht ausschließlich als Maaßbestimmung für diese Zahl angesehen werden, weil in einem noch uncultivirten Lande in kurzer Zeit sich das Verhältniß der Bevölkerung entschieden umgestalten kann. Die Regierung hält es daher für das Beste, in Bezug auf die Repräsentation die Rücksichten der Bevölkerung mit denen des Gebiets zu verbinden. Der ganzen Provinz soll ein brittischer Character gegeben werden (hört! hört!); Gesetze und Gesetzgebung sollen ein durchaus englisches Gepräge tragen, und die französische Bevölkerung zwar nicht unterdrückt, wohl aber verhindert werden, durch kleinliche Eifersüchteleien und Anhänglichkeit an veraltete Institutionen den großen Fortschritten, zu welchen Canada bestimmt scheint, in den Weg zu treten (dieß ist auch Lord Durhams Meinung). Dieser Plan kann jedoch nur nach reiflicher Erwägung und Untersuchung an Ort und Stelle durchgeführt werden, daher die neue Constitution nicht vor dem Jahre 1842 in Wirkung treten kann. In Lord Durhams Vorschlag, in den beiden einzelnen Provinzen besondere, wählbare Körperschaften der gemeinschaftlichen gesetzgebenden Versammlung unterzuordnen, stimmt die Regierung gleichfalls ein; die Errichtung eines Oberappellationsgerichts für alle 5 Provinzen wünscht sie dagegen einer besonderen Maaßregel vorbehalten zu sehen. In Bezug auf die erste Kammer, den gesetzgebenden Rath, weicht die Regierung ganz von Lord Durhams Vorschlag ab. Die Mitglieder desselben sollen nicht unmittelbar gewählt werden, sondern theils aus früheren Mitgliedern der Assembly, theils aus Kronbeamten bestehen. Die Verfügung über die Kronländereien wird dagegen wieder der Assembly zugestanden, sobald sie eine ausreichende Civilliste beschlossen hat. Einer der Hauptpunete, worin die Minister gleichfalls von Lord Durham abweichen, ist die Verantwortlichkeit des Gouverneurs und des ausübenden Raths, die von Lord Durham als durchaus nothwendig geschildert wird, während Lord J. Russell sie, ohne das Interesse des Mutterlandes zu gefährden, für ganz unausführbar hält. Die Verantwortlichkeit sei hier schon ohnedieß vorhanden, nämlich in der Person des Colonialmini-

steres, von welchem die Instructionen an den Gouverneur ausgehen. Schließlich berichtete Lord John Russell über die Stimmung der Provinzen selbst, in Bezug auf die Union. In Untercanada, bemerkte er, sei man derselben schon seit längerer Zeit günstig, am heutigen Tage (3.) seien nun auch Nachrichten über die Art, wie die Assembly und der gesetzgebende Rath von Obercanada Lord Durhams Bericht aufgenommen haben, eingelaufen, aus denen hervorgehe, daß beide dem Vorschlage der Union beistimmten, die Verantwortlichkeit der Regierungsbeamten (gegen die Assembly) aber mit der Abhängigkeit der Colonie vom Mutterlande nicht vereinbar hielten. — also ganz die ministerielle Ansicht. Nachdem hierauf Lord J. Russell den Wunsch ausgesprochen, daß das Haus bei der Erwägung aller dieser wichtigen Maaßregeln sich von Parteieifer frei halten möge, trug er auf Vertagung der Discussion bis zum nächsten Montag an, und versprach dann, nach Annahme der Resolution, später eine Bill einzubringen. Als Grund für diesen Aufschub gab er an, daß es zweckmäßig sei, die Wünsche des canadischen Volkes selbst über das Wesen der zu schaffenden Verwaltung kennen zu lernen; indeß ist es wohl nicht zu verkennen (und wird auch von ministeriellen Blättern ziemlich unverholen eingestanden), daß die Unmöglichkeit, in der sich die Minister jetzt befinden, irgend eine Maaßregel im Parlamente durchzusetzen, die auf volksthümlicher Grundlage beruht, die eigentliche Ursache des Aufschubs ist. Beschwerde darüber erhob sogleich Hr. Hume, und auch Sir Robert Peel fand es tadelnswerth, daß man in dieser Session es bei den Resolutionen bewenden lassen und von jeder legislativen Maaßregel umfassenderer Art abstrahiren wolle. Zugleich verwahrte er sich gegen die Vermuthung, als sei es seine Absicht, aus der canadischen Sache eine Parteifrage zu machen. Gegen jeden Aufschub warnte auch Hr. Charles Buller, der sich hauptsächlich auf den jetzigen besorgnißerregenden Zustand der Colonie berief; die von der Regierung beschlossene Maaßregel der Vereinigung beider Provinzen billigte er, vertheidigte aber zugleich die übrigen Ansichten Lord Durhams, dessen Secretär er bekanntlich in Canada war. — Alsdann wurde die Metropolitan-Police-Bill, welche bekanntlich die Polizei-Einrichtungen der City mit denen des übrigen Landes in Uebereinstimmung bringen soll, zum zweiten Male verlesen. — Am Schlusse der Sitzung zeigte der Kanzler der Schatzkammer an, daß er seinen Antrag auf Einführung des Penny-Porto's nur unter der Bedingung machen werde, daß sich das Haus verpflichte, den dadurch etwa entstehenden Ausfall in der Einnahme des Postdepartements zu decken.

In der Sitzung des Unterhauses vom 4. Juni ist die Motion des Sir H. Fleetwood, eine Bill einbringen zu dürfen, wodurch die Qualification für die Wähler in den Grafschaften (counties) auf gleichen Fuß wie bei den Flecken (boroughs), nämlich auf 10 Pf. reinen jährlichen Einkommens von einem Hausbesitze (gegenwärtig werden von den Grafschaften 50 Pf. erfordert) gesetzt werden sollte, mit 207 gegen 81 Stimmen verworfen worden. Die Conservativen votirten hierbei mit dem Ministerium; nur die Radicalen erklärten sich zu Gunsten des obgedachten Vorschlages.

O'Connell hat durch das Birmingham-Journal ein Schreiben an die Chartisten von Birmingham publiciren lassen, worin er sie auf das Ungesetzliche ihres Verfahrens hinweist und sie auffordert, eine neue Association zu bilden, deren Zweck es seyn soll, auf gesetzlichem Wege Erweiterung des Wahlrechtes, geheime Abstimmung und andere Reformen zu erlangen. Er schlägt vor, die Gesellschaft „Unions-Gesellschaft" oder „Reform-Associations-Vorläuferinn" zu nennen.

Der Standard vom 4. d. M. enthält einen Artikel, in dessen Eingang er von der Wahrscheinlichkeit einer baldigen Auflösung des Parlaments spricht, am Schlusse aber versichert, so eben von einem seiner Correspondenten folgende Mittheilung erhalten zu haben: „Man behauptet diesen Morgen mit Zuversicht, daß Lord Melbourne keine Auflösung des Parlaments versuchen werde, da die Mitglieder des Cabinets sehr richtig berechnet haben, daß sie dadurch in eine noch bedeutendere Minorität kommen würden. Die allgemeine Meinung ist, daß die Lords Melbourne, Palmerston und Russell resigniren und daß sehr bald Lord Normanby als Premierminister, Marquis von Anglesea als Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Lord Morpeth oder Lord Howick als Staatssecretär des Innern eintreten würden."

Der Herzog Ferdinand von Sachsen-Coburg, von der Prinzessinn Victoria und den Prinzen August und Leopold von Sachsen-Coburg begleitet, langte am 3. Juni Nachmittags, aus Belgien kommend, in London an. Zwei königliche Hofwägen holten Ihre Hoheiten mit Gefolge von dem Zollhause, wo sie gelandet, nach dem Buckingham-Pallaste ab.

Consols am 5. Juni 93⅞, 94.

Frankreich.

In der Sitzung der Pairskammer vom 6. d. M. wurde die Debatte über den Mounier'schen Vorschlag hinsichtlich der Beschränkung der Zahl der Mitglieder der Ehrenlegion fortgesetzt. Die Gegner dieses Vorschlages wollten es durchsetzen, daß zuerst über den Art. 3, der von der Dotirung der mit der Ehrenlegion Decorirten handelt, debattirt werde; allein die Kammer entschied, daß sogleich zur Discussion des Art. 2, wodurch die Zahl der Mitglieder für die Zukunft festgesetzt werden soll, geschritten werde. Mehrere Amendements wurden vorgeschlagen. Der Graf de Ham wünschte die Zahl der Mitglieder auf 25,000 gesetzt zu sehen. Der Minister des öffentlichen Unterrichts machte den Vorschlag, daß bis zum Jahre 1830 für zwei Erlöschungen immer nur ein Kreuz verliehen werden solle, welche Beschränkung jedoch zu Kriegszeiten wegzufallen habe. Beide Vorschläge wurden zur Begutachtung an die Commission gewiesen, und die Fortsetzung der Debatte auf den folgenden Tag ajournirt.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom obgedachten Tage verlas Hr. von Tracy seinen Antrag auf Abschaffung der Sclaverei in den Colonien; derselbe ist wirklich so gefaßt, wie der von dem jetzigen Finanzminister Passy in einer frühern Sitzung vorgebrachte. — Hr. Chapuys-Montlaville verlas sofort seinen Antrag auf Versetzung der sterblichen Ueberreste der Julihelden unter die Julisäule auf dem Bastilleplatze. Zum Zwecke der Vollendung dieser Säule verlangte der Minister der öffentlichen Arbeiten gleich nachher einen Credit von 250,000 Fr. — Der Kriegsminister, General Schneider, legte zwei Gesetzentwürfe vor: 1) über den Generalstab der Armee, 2) über einen Credit von 416,000 Fr. zur Vermehrung der Municipalgarde von Paris. — Schließlich entwickelte Hr. Gauguier seinen jetzt zum neunten Male vorgebrachten Antrag, daß der Gehalt der Beamten, welche Deputirte sind, während der Dauer der Sitzungen nicht ausbezahlt werden solle. Hr. Vivien bekämpfte den Antrag. Die Kammer beschloß aber mit einer bedeutenden Mehrheit, denselben in Erwägung zu ziehen.

Der Baron Tupinier (bekanntlich Marineminister in dem Interimscabinete dieses Jahres) ist zum Präsiden-

ten der Commission ernannt worden, die sich mit Prüfung des Gesetzentwurfs hinsichtlich der für Verstärkung der Seestationen in Amerika und an der spanischen Küste zu bewilligenden Gelder zu beschäftigen hat. Der Theil des Credits, der zur Verstärkung der Stationen in Amerika verwendet werden soll, scheint wenig Widerspruch zu finden; aber gegen die Vermehrung der Marine an der spanischen Küste haben sich in der Commission mehrere Stimmen erhoben; der Präsident des Conseils und der Marineminister sind daher von der Commission eingeladen worden, noch bestimmtere Erläuterungen über die Politik zu geben, welche die Regierung in Bezug auf Spanien zu befolgen gedenkt.

Ueber das letzte Votum der Pairskammer in der Ehrenlegions-Frage äußert sich ein Schreiben aus Paris vom 6. Juni (in der Allgemeinen Zeitung) folgendermaaßen: „Die gestrige Abstimmung der Pairskammer ist ein neues unerwartetes und die Verhältnisse complicirendes Ereigniß. Unter Pelet de la Lozère's, des bekannten Freundes von Thiers, Anführung wurde nicht nur das Ministerium vom 12. Mai, trotz der Anstrengungen Soults und Villemains, sondern auch nachträglich das vom 15. April, das in Hrn. Montalivet und Barthe nebst dem interimistischen Hrn. von Montebello den jetzigen Ministern zu Hülfe kam, durchaus geschlagen; und selbst die Doctrinairs nahmen in der Person des Herzogs von Broglie an der Niederlage Theil. Man ist sehr überrascht davon im Publicum; denn Jedermann weiß, die Ehrenlegionsvertheilung war eines der wichtigsten bisherigen Regierungsmittel, weßhalb eben alle, die jemals an einem Cabinet Theil genommen, Hrn. Mouniers Vorschlag bekämpften. Es ist das erste Mal seit Juli 1830, daß die Pairskammer sich dem Hofe und einem Ministerium überhaupt feindselig bezeigt. Wenn man die in neuester Zeit gehegten Befürchtungen in Bezug auf den Plan einer Wiedereinsetzung eines Hofministeriums bedenkt, so wie die Bemühungen vieler Redner in beiden Kammern und der Hofjournale, das Ministerium vom 15. April auf Kosten des jetzigen herauszuheben, so gewinnt ein Votum, das den 12. Mai und den 15. April gleich unmächtig zeigt, in den Kammern die Hofwünsche durchzusetzen (denn die Ehrenlegionssache ist ein Pendant zu der des Generals Houdetot), eine mehr als gewöhnliche Bedeutung. Sie vermehrt sich dadurch, daß ohne Zweifel die zahlreichen alten Imperialisten in der Pairskammer viel zu der Entscheidung beitrugen, um jene Institution des Kaisers nicht noch mehr decreditiren zu lassen. Erinnern Sie sich nun, daß öfters schon Thiers von der Hofpresse beschuldigt wurde, mit den Imperialisten viel zu verkehren, daß er jetzt durch seine projectirte Geschichte des Kaisers doppelt wichtig für sie wird, und Sie werden erkennen, wie seine Sache nach allen Seiten hin sich verstärkt."

Am 6. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 35. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 81 Fr. 20. — Am 7. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 10. 3Percents (ohne Coupon) 79 Fr. 50.

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel vom 5. Juni: „Die Ratificationsacten sind am 3. d. M. durch einen außerordentlichen Kurier nach London abgegangen. Unvorgesehene Formalitäten haben diese Verzögerung veranlaßt. Personen, welche gut unterrichtet seyn können, versichern, daß die Ratificationen am 8. d. M. an die Regierung zurückkommen werden. — Nach dem Independant hat die Conferenz in ihrer Sitzung am 31. Mai eine vollkommen befriedigende Erklärung in Betreff der Feststellung des Scheldezolls gegeben. — Gestern Abends brach ein sehr heftiges Gewitter über Brüssel und der Umgegend aus, das von 8 bis halb 10 Uhr dauerte. Der Regen fiel in Strömen herab und währte ohne Unterbrechung während der ganzen Nacht fort. Die Senne trat an mehreren Stellen aus und hemmte die Verbindungen; auf dem Platze des Grand-Sablon wurde eine große Anzahl Meßbuden sehr beschädigt, unter Andern drang das Wasser in so großer Menge in eine Bänderbude, daß alle Waaren beschädigt wurden. An dem Platz de la Chapelle wurden alle Tücher, welche die Barraken bedeckten, in Stücke gerissen; am Thor von Namur fingen zwei mit Kalk beladene Karren Feuer und wurden ganz vernichtet. Zu Ever wurden sechs Häuser durch den Wind umgestürzt und durch das Wasser fortgerissen. Zu Vilvorde waren die Unglücke schrecklich; man spricht von 30 bis 40 Personen, die theils unter den Trümmern ihrer eingestürzten Häuser umgekommen, theils durch den Einbruch der Senne ertrunken sind. Neun Häuser sind eingestürzt. Alle Depeschen waren diesen Morgen zurück, selbst jene, die auf der Eisenbahn transportirt werden; ein Beweis, daß das Gewitter sich weit ausgedehnt hat. Die Eisenbahnconvois nach Ostende und Lüttich konnten diesen Morgen wegen des Austretens der Gewässer nicht Statt finden. Die nämlichen Hindernisse bestehen für die gepflasterten Chausseen. Der gewöhnlich um 5 Uhr Morgens ankommende Kurier von Lüttich traf erst um 11 Uhr ein; bei Tervueren angekommen, mußte er seinen Weg nach Cortemberg zurücknehmen, weil er unmöglich durchkommen konnte. Durch die Wirkungen des Gewitters waren heute die Vorräthe auf den Märkten sehr beschränkt." — In einem andern Bericht aus Brüssel heißt es: „Zu Burght, bei Vilvorde, sind 9 kleine Häuser eingestürzt; man sagt, 20 Kinder seien unter den Trümmern begraben worden; 4 derselben sind todt hervorgezogen worden; 16 waren um 9 Uhr Morgens noch nicht wiedergefunden. Zwischen Brüssel und Mecheln haben die Gewässer die Eisenbahn überschwemmt und bedecken folglich die Felder; die Ernten, die sich so schön zeigten, sind jetzt unter den Gewässern begraben. Dem Vernehmen nach sind ebenfalls 5 Häuser zu Woluwe-St.-Pierre eingestürzt."

Der General Daine trifft schon Vorbereitungen zur Abreise und wird Venloo vor der Uebergabe dieses Platzes an die Holländer verlassen; ein Oberst des Generalstabs wird statt seiner bei der Uebergabe zugegen seyn. Venloo wird in dem Zustande gelassen werden, in welchem es im Jahre 1830 gefunden wurde.

Wien.

Am 14. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto zu 4 pC.	in CM.	101.
detto	detto zu 3 pC.	in CM.	82¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl.	in CM.	——.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl.	in CM.	669¹¹/₁₂.
detto	detto v. J. 1839, für 250 fl.	in CM.	268⅞.
detto	detto v. J. 1839, für 50 fl.	in CM.	53⅞.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	66⅞.
Bankactien pr. Stück 1517		in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108

№ 167

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 16. Juni 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 15. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.475	283. 22. 10 p.	+ 16.3	N.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.306	28 2 0	+ 23.1	NW.	still.	—
	10 Uhr Abends.	27.432	28 2 .3	+ 17.7	S.	—	heiter.

Spanien.

Der Moniteur vom 8. Juni enthält, durch telegraphische Mittheilung aus Bayonne, nachstehenden Bericht des französischen Botschafters am Madrider Hofe an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten: „Madrid, 2. Juni. Ein in der heutigen Gaceta enthaltenes Decret verordnet die Auflösung der Cortes, und beruft die neuen auf den 1. September ein."

Briefen aus Bayonne vom 3. d. M. zufolge hatte man daselbst keine neueren Nachrichten aus Durango erhalten, da der Postkurier, welcher die Depeschen überbringen sollte, von unbekannten Individuen an der Gränze angegriffen und beraubt wurde.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 4. Juni zeigte Sir Stratford-Canning an, daß er am nächsten Abend eine Frage in Bezug auf den Zustand der Dinge in Buenosayres an die Minister richten wolle. — Nachdem Lord Ashley darauf angetragen hatte, daß am Freitage, den 14. d. M., dem zur Erörterung des ministeriellen Unterrichtsplans bestimmten Tage, zum Namensaufruf geschritten werde, erklärte Lord J. Russell, sein Plan sei dermaaßen mißverstanden und entstellt worden, daß er es nach den im Lande darüber verbreiteten Ansichten unmöglich finde, ihn durchzuführen, und daß er denselben daher aufgegeben habe. Den Antrag auf die Bewilligung von 30,000 Pf., um sie in der bisherigen Weise zu Unterrichtszwecken zu verwenden, will der Minister aber nichtsdestoweniger machen und in Bezug hierauf dem Hause noch einige erläuternde Documente vorlegen. Lord Ashley, dessen Antrag angenommen wurde, behielt sich vor, die Annullirung desselben zu beantragen, falls der neue ministerielle Plan, den Lord J. Russell am nächsten Abend mittheilen wollte, von der Art wäre, daß derselbe kein so volles Haus bei der Discussion erheische, als der frühere. Hr. Goulburn protestirte im Namen der Torypartei gegen die Behauptung des Ministers, daß die Absichten des Cabinets von jener Seite entstellt worden, Hr. Hume aber wiederholte die Behauptung und fügte unter großem Beifall der ministeriellen Partei noch hinzu, daß diese Entstellung geflissentlich geschehen sei, und daß es den Hochkirchenmännern nur darum zu thun wäre, das Volk in Unwissenheit zu erhalten. Er bedauerte es sehr, daß die Minister sich genöthigt gesehen, ihren Plan aufzugeben, fand aber, daß sie nicht anders hätten handeln können. Der größten Theil des Abends nahm eine Debatte über die schon erwähnte Motion Sir H. Fleetwood's ein, der darauf antrug, daß das Zehnpfund-Wahlrecht auf die Grafschaften ausgedehnt werden, das heißt, daß auch bei den Grafschaftswahlen ein jeder Einwohner der Grafschaft, der ein Haus von einem jährlichen Erträgniß von 10 Pf. inne habe, eben so wie es jetzt schon bei den Wahlen für die Städte der Fall ist, an der Wahl der Parlamentsmitglieder sollte Theil nehmen dürfen. Er machte bemerklich, daß er seinen Vorschlag schon vor dem Erscheinen der bekannten Adresse Lord J. Russell's an seine Wähler angekündigt und sich sehr gefreut habe, in diesem Schreiben eine Uebereinstimmung mit seiner Motion zu finden. Es handle sich hier, meinte er, um einen Vorschlag, der in dem Princip der Reformbill nichts ändern würde, denn die Wählerschaft, welche sein Plan in sich schließe, würde nicht minder achtbar seyn, als die der Zehnpfund-Hauswirthe in den Städten und Flecken. Zugleich verband er mit seinem Antrage den Zweck, den Ministern irgend eine Erklärung über ihre Ansichten in Betreff weiterer Verbesserungen zu entlocken. Lord J. Russell widersetzte sich aber dem gestellten Antrage. Wäre, sagte der Minister, das frühere für die Verleihung des Wahlrechts an die Funfzigpfund-Pächter geltend gemachte Argument ein triftiges gewesen, so würde dasselbe allerdings auch für die Zehnpfund-Hauswirthe gelten, aber jener Meinung sei er nicht, und daraus, daß man den erstern unangemessenerweise das Wahlrecht verliehen habe, welches man ihnen nun freilich nicht wieder nehmen könne, folge nicht, daß man es auch den andern verleihen müsse. Unmöglich könne man verlangen, daß das Ministerium in einer schon so vorgerückten Zeit der Session sich auf einen so ausgedehnten Reformplan einlassen sollte, der ihm übrigens jederzeit unangemessen erscheinen würde. Eine große Classe der Bevölkerung, die bei der Reformbill habe Rast machen wollen, würde den Vorschlag nicht in Uebereinstimmung mit dieser Maaßregel, sondern darüber hinausgehend finden. Was die allgemeinen Ansichten des Ministeriums betreffe, über die ihn der Antragsteller befragt habe, so glaube er, daß die Reformbill von drei verschiedenen Classen aus eben so viel verschiedenen Gesichtspuncten betrachtet werde: Die erste Classe halte sich an den Buchstaben der Reformbill, suche aber den Geist derselben durch Bestechung und Einschüchterung zu umgehen; die andere betrachte die Maaßregel als durchaus fehlgeschlagen und wünsche eine Umgestaltung derselben; mit keiner dieser beiden Parteien könne er übereinstimmen, vielmehr gehöre er zu einer dritten Partei, die den Grundsatz der Maaßregel aufrecht zu erhalten, und sie nur im Einzelnen durch die von der Nothwendigkeit und Erfahrung an die Hand gegebene Nachhülfe zu verbessern wünsche, wie zum Beispiel in Bezug auf die Registrirung, deren jetzige Art und Weise die Wähler vielen Plackereien unterwerfe, und in Bezug auf die Entrichtung der Auflagen und directen Steuern, von denen er die letztern gar nicht mehr als ei-

ne Bedingung für die Wählerqualification aufgestellt, hinsichtlich der erstern aber den Termin für die Entrichtung der Rückstände verlängert sehen möchte. In dem vorliegende Antrage wollte der Minister zwar nicht gerade eine Neuerung der gefährlichsten Art erblicken, aber da es doch eine Neuerung in Bezug auf das Princip der Reformbill wäre, so wollte er weder für jetzt, noch für die Zukunft die Unterstützung des Ministeriums zu Gunsten desselben versprechen. Hr. Warburton suchte die Minister zu bewegen, eine Art von allgemeiner Erklärung abzugeben, die den Radicalen als Entschuldigung dafür dienen könnte, daß sie fortfahren, mit den Ministern zu stimmen. Er sagte, wenn die Minister eine solche Andeutung geben, wenn sie zum Beispiele versprechen wollten, eine allgemeine Bill zur Verbesserung der Reformbill einzubringen, so würden die Radicalen oder, wie er sie nannte, die Liberalen nicht zu viel verlangen oder ungeduldig werden. Für jetzt aber verstehe er nicht recht, was der edle Lord meine. Es sei nur nöthig zu zeigen, daß man die Absicht habe, fortzuschreiten, um den Muth der Reformpartei zu heben; die Liberalen würden dann nicht mehr eine allgemeine Wahl zu fürchten brauchen, und eben so bereitwillig, ja noch bereitwilliger, ihren Constituenten gegenüberreten können, als jetzt die Tories. Lasse man dagegen die Dinge in ihrem gegenwärtigen Zustande, so würde es bei jeder folgenden Parlamentsauflösung immer schlechter um die Liberalen stehen, die doch die stärkste, wohlhabendste und einflußreichste Partei bildeten, und sich der geringeren Partei nicht unterwerfen würden. Er verlange keine specifische Erklärungen, er wolle, daß man dem Ministerium gehörige Zeit lasse zu dem gegenwärtigen Vorschlage, um sich über die wahrscheinlichen Folgen desselben durch Berücksichtigung der statistischen Verhältnisse der Repräsentanten Gewißheit zu verschaffen, und wenn die Minister nur den Gegenstand in Erwägung ziehen wollten, so werde er seinen Freund, den Antragsteller, bewegen, mit seinem Antrage noch zu warten. — Sir Robert Peel bestritt es in einer kurzen, aber energischen Rede, daß man dem Lord John Russell Unverständlichkeit zum Vorwurf machen konne. „Der edle Lord," sagte der Redner, „hat die Veränderungen, denen er beistimmen wolle, mögen dieselben nun angenommen werden oder nicht, wahrlich auf die deutlichste Weise auseinander gesetzt und in Bezug auf diese besondere Neuerung mit gleicher Bestimmtheit erklärt, daß er weder jetzt, noch später derselben seine Zustimmung dazu geben würde. Der edle Lord wird ohne Zweifel so stimmen, wie ich selbst es zu thun gedenke; denn ich würde, auch wenn ich allein gestanden hätte, es für meine Pflicht gehalten haben, gegen den Antrag zu stimmen. Ich glaube gern, daß die Zehnpfund-Hauswirthe außerhalb der Städte und Flecken eben so achtbar sind, wie innerhalb derselben, allein die Zulassung einer großen und unbestimmten Zahl neuer Constituenten würde die Abgeschlossenheit der Reformbill zerstören. Lord John Russell hat drei verschiedene Ansichten dreier verschiedener Classen über die Reformbill angeführt, aber er hat eine vierte Meinung anzuführen vergessen, die am meisten Berücksichtigung verdient, nämlich die Meinung derjenigen, welche die Reformbill als eine abgeschlossene Maaßregel annahmen, insofern als eine Abgeschlossenheit möglich ist, die aber die ihnen Schuld gegebenen Bestechungen und Einschüchterungen verabscheuen. Die von Hrn. Warburton verlangten unbestimmten Zusicherungen sind von der Art, daß ein Ministerium sie zurückweisen muß, denn sie würden das Land täuschen, mißleiten und verwirren, auch würden sie nicht verlangt, um die Verfassung zu verbessern, sondern, wie der Redner es eingestand, um den Radicalen bessere Aussichten bei den Wahlkämpfen und die Hoffnung zu verschaffen, ihre Sitze im Parlament zu behalten, wenn sie das Vertrauen ihrer Constituenten verloren haben. (Lauter Beifall.) Wenn die Minister die Reformbill zu verändern wünschen, so hoffe ich, dieß wird sogleich geschehen, denn ich muß gegen die neue Mode, die öffentlichen Geschäfte durch Versicherungen für die Zukunft, statt durch Maaßregeln in der Gegenwart, zu erledigen, protestiren, ein System, das die Tendenz hat, den Character des Parlaments herabzusetzen und die Verhältnisse der executiven und der legislativen Körperschaften zu verwirren. Hr. Warburton würde sich wahrscheinlich mit dem Versprechen begnügen, die Reform, gleich der canadischen Constitution, im Jahre 1842 zu beginnen. (Gelächter.) Die vorliegende Maaßregel würde übrigens, wenn sie auch durchginge, die Radicalen zuletzt doch nicht befriedigen. (Beifall von Hrn. Warburton.) Dieses Beifallzeichen beweist, daß der vorliegende Antrag nur ein Schritt-stein ist. Ich würde es lieber sehen, wenn die Mitglieder, statt sich mit neuen Systemen zu beschäftigen, vielmehr den Beweis zu geben suchten, daß sie fähig sind, unter der gegenwärtigen Verfassung getreulich ihre Pflicht zu thun." — Nachdem sich dann noch mehrere Radicale, zum Theil in sehr bittern Ausdrücken, über das Tergiversiren des Ministeriums hatten vernehmen lassen, wurde der Fleetwood'sche Antrag schließlich mit 207 gegen 81, also mit einer Majorität von 126 Stimmen, verworfen.

In der Sitzung des Oberhauses vom 4. Juni erklärte Normanby auf eine Frage Lord Lyndhurst's, daß er gegen eine Vorlegung der von dem Versammlungshause und dem gesetzgebenden Rath von Obercanada in Betreff der legislativen Vereinigung der beiden canadischen Provinzen angenommenen Beschlüsse nichts einzuwenden haben würde. Hierauf beantragte der Lordkanzler die zweite Verlesung der Kirchendisciplin-Bill, die über die geistliche Gerichtsbarkeit in der Episcopalkirche handelt und nach einer langen Debatte, an welcher der Erzbischof von Canterbury und einige Bischöfe Theil nahmen, ohne Abstimmung zum zweiten Mal verlesen wurde.

In der Sitzung des Unterhauses vom 5. Juni ward abermals eine große Anzahl Petitionen zu Gunsten des Hill'schen Planes in Betreff der Brieftaxe vorgelegt; deßgleichen von den Tories viele Petitionen gegen den Volkserziehungsplan der Regierung. Eine Bittschrift zu Gunsten dieses Planes, die Hr. Hawes überreichte, wurde von der Opposition, die ihres Sieges gewiß ist, mit ironischem „hört, hört!" empfangen. Hr. Hume nahm, bei Ueberreichung einer einschlägigen Petition, Anlaß, auf die Ungleichheit hinzuweisen, die trotz der Reformbill noch immer in der Vertretung des Landes obwalte. So schicken die Städte Tamworth und Wenlock, deren keine volle 4000 Einwohner zählt, jede zwei Mitglieder ins Parlament, während Birmingham mit seinen 146,986 Einwohnern auch nur zwei wählt. Sir Stratford-Canning brachte dann die nun seit 18 Monaten dauernde französische Blockade von Buenosayres zur Sprache. In Folge dieser Blockade, bemerkte er, sei der Handel mit jenem Seeplatz völlig suspendirt, wodurch den Handelsinteressen Englands bereits großer Schaden zugegangen sei, denn der brittische Handel dahin habe sonst durchschnittlich nicht weniger als 1,000,000 Pf. St. und die Ausfuhr mit eingerechnet fast noch einmal so viel betragen. Er frage den edlen Viscount, den Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten, ob jetzt nahe Aussicht auf Beendigung dieser Blockade vorhanden, und ob Ihrer Majestät Regierung durch Unterhandlun-

gen oder sonstwie darauf hingewirkt habe. Von der Antwort des Ministers werde es abhängen, ob er den Gegenstand in bestimmterer Form vor das Haus bringen werde, oder nicht. Lord Palmerston erwiederte: „Nach den letzten uns zugekommenen Depeschen dauerte die Blockade noch fort. Was den andern Punct betrifft, so gibt Ihrer Majestät Regierung in Buenosayres wie in Paris sich alle Mühe, eine Beilegung des Streites zwischen beiden Theilen herbeizuführen." Sir Stratford-Canning: „Damit hat uns der edle Viscount nicht gesagt, ob Aussicht auf eine alsbaldige, oder mindestens nahe Aufhebung der Blockade vorhanden ist. Ich hoffe, der edle Lord wird das Haus wenigstens über die allgemeinen Gründe unterrichten, auf welche die französische Regierung ihr Recht zur Verhängung jener Blockade stützt." Lord Palmerston: „Ich enthalte mich jeder Meinungsäußerung hierüber. Genug, Ihrer Majestät Regierung bietet Alles auf, um eine gütliche Ausgleichung zuwege zu bringen." Sir Stratford-Canning: „War der Hauptgrund des Mißverständnisses nicht die französischerseits gestellte Forderung, die französischen Residenten in Buenosayres auf demselben Fuße zu behandeln, wie die der begünstigtsten Nation?" Lord Palmerston: „Allerdings verlangte das die französische Regierung, bis ein Handelsvertrag zwischen beiden Staaten abgeschlossen seyn würde." Das Haus ging dann an andere Discussionsgegenstände. — Das Haus der Lords hielt, wie am Mittwoch gewöhnlich, keine Sitzung.

Man glaubt fast, daß die Minister sich genöthigt sehen würden, ihren Unterrichtsplan, der zu Gunsten aller christlichen Religionsparteien ohne Unterschied berechnet ist, und zu dessen Ausführung sie vorläufig 30,000 Pf. vom Parlamente verlangen wollten, wieder aufzugeben, da neulich in einer einzigen Sitzung des Unterhauses an 30 verschiedene Petitionen dagegen eingingen, während auch nicht eine einzige dafür überreicht wurde. Die Hauptopposition geht von der sogenannten Nationalgesellschaft für die Beförderung des öffentlichen Unterrichts aus, unter deren Schutz die meisten Schulen des Landes stehen, und die unter dem Vorsitze des Primas der herrschenden Kirche, Erzbischof von Canterbury, ausdrücklich erklärt hat, daß kein Unterrichtssystem, welches nicht ausschließlich auf den protestantisch-bischöflichen Religionsunterricht begründet wäre, mit der Wohlfahrt des Landes verträglich sei. Daß es sich aber hierbei weniger um die wahren Interessen der Religion, als um eine politische Parteifrage handelt, leuchtete aus der Discussion der Versammlung, in welcher jener Beschluß gefaßt wurde, deutlich hervor. Nicht eine einzige der dort gehaltenen Reden athmete einen wahrhaft religiösen Geist; Alles beschränkte sich auf leere, immer wiederkehrende Phrasen von der Nothwendigkeit eines unauflöslichen Verbandes zwischen Staat und Kirche und der Ausschließung aller andern Glaubensbekenntnisse aus den vom Staate unterstützten Schulen, da in den Lehren der bischöflichen Kirche das alleinige Heil für das Land, für die Aufrechterhaltung seiner Institutionen und seiner Größe zu finden sei. So wird hier auf der einen äußersten Seite die Religion als ein bloßes Mittel zu Staats- und Parteizwecken gebraucht, und auf der andern, in den Chartisten-Versammlungen, ein völliges Gespött damit getrieben.

Das Dampfschiff „Liverpool" hat Nachrichten aus Newyork bis zum 18. Mai überbracht. Unter den Passagieren befindet sich das bekannte Mitglied des amerikanischen Congresses, Hr. Daniel Webster. Der in Washington erscheinende halbämtliche Globe publicirt einen Auszug aus der diplomatischen Correspondenz zwischen Lord Palmerston und dem Gesandten der vereinigten Staaten in London, Hrn. Stevenson, aus welcher hervorgeht, daß letzterer im Auftrage des Präsidenten der vereinigten Staaten bei der brittischen Regierung angefragt hat, ob sie es für zweckmäßig halte, daß die bekanntlich vom Congresse beschlossene, in des Präsidenten Discretion gestellte, außerordentliche Gesandtschaft nach London abgeschickt und so die Verhandlung über die Gränzstreitigkeit von Washington dorthin verlegt werde. Lord Palmerston weist in seiner Antwort nach, daß eine solche Maaßnahme unter den jetzigen Umständen nicht zum Zwecke führen könne, und zeigt an, daß er an den brittischen Gesandten in Washington neue Instructionen geschickt habe, denen gemäß dem Präsidenten der Vorschlag gemacht werden solle, von beiden Seiten Commissarien zu ernennen, welche das streitige Gebiet aufnehmen und entweder selbst die Sache entscheiden oder den beiden Regierungen die nöthigen Materialien zur Entscheidung liefern sollten. Wie es heißt, hat dieser Vorschlag die Genehmigung des Präsidenten erhalten. In Niedercanada hat das Kriegsgericht, nach fünfmonatlicher Dauer, seine Sitzungen geschlossen. Von 110 Insurgenten sind 12 hingerichtet und 9 freigesprochen worden; der Rest, zum Tode verurtheilt, befindet sich in den Gefängnissen. In Obercanada hat Sir George Arthur, nicht ohne vorherige Differenzen zwischen den beiden Zweigen der Legislatur, die Colonialversammlung am 11. Mai geschlossen. Das Versammlungshaus hat eine Adresse an die Königinn über den Zustand des Landes erlassen. Die Banken von Obercanada sollten am 1. August die Baarzahlungen wieder aufnehmen.

Consols am 6. Juni 93¾. ⅞.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer beschäftigte sich am 7. d. M. in ihren Bureaux mit vorläufiger Prüfung des bekannten Gesetzentwurfs über die Besteuerung des Colonialzuckers, und ernannte die Commission, welche den Bericht darüber zu erstatten hat. Als Mitglieder derselben wurden gewählt die HH. Lacave-Laplagne, Ducos, Dumon, Chasseloup-Laubat, Lanyer, Desjobert, Stourm, de Montozon und Lestiboudois. Die ersteren fünf sind, dem Commerce zufolge, dem Entwurfe günstig, die letzteren vier dagegen.

In der Pairskammer wurde am 7. d. M. die Discussion über den Mounier'schen Vorschlag in Betreff des Ordens der Ehrenlegion fortgesetzt, und statt des von der Commission vorgeschlagenen Art. 2. (ursprünglich Art. 1.), kraft dessen die Zahl der Legionäre auf 15,000 beschränkt werden sollte, das von dem Minister des öffentlichen Unterrichts, Hrn. Villemain, vorgeschlagene Amendement, in Folge dessen bloß bestimmt wird, daß bis zum Jahre 1850 *) für zwei Erlöschungen immer nur ein Kreuz verliehen werden soll, angenommen.

Der Justizminister hat an das Domcapitel in Lyon geschrieben, daß die Leiche des Cardinals Fesch nächstens dort eintreffen werde, und daß das Verbannungsurtheil gegen die Napoleoniden sich nicht auf Todte erstrecke, vielmehr die Beerdigung in der St. Johanniskirche mit allen möglichen Ehren vor sich gehen solle.

Dem Journal des Debats zufolge hat Hr. Thiers mit dem Buchhändler Paulin einen Contract über den Verlag seiner Geschichte des Consulats und des Kaiserreichs (Histoire du Consulat et de l'Empire), als Fortsetzung seiner Geschichte der französischen Revolution, abgeschlossen. Hr. Paulin zahlt für das Manuscript des

*) So und nicht 1830, wie in unserm gestrigen Blatte irrigerweise steht, muß es heißen.

H^rn. Thiers eine halbe Million Franken, wovon 400,000 bei Ablieferung des Manuscripts und die übrigen 100,000 ein Jahr nachher entrichtet werden sollen.

Am 7. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 50. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 90. — Am 8. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 40. 3Percents ——.

Schweden und Norwegen.

Berliner Blätter melden aus Christiania vom 29. Mai: „Der König hat uns gestern, nach einem halbjährigen Aufenthalt, verlassen. Gegen 4 Uhr Nachmittags erschien der Monarch zu Fuße auf dem Platze vor dem Palais, wo die Bürgergarde, die Truppen und das Cadetencorps aufgestellt waren. Er wurde mit einem freudigen Lebehoch begrüßt, während die Musik God save the King spielte. Nachdem die Truppen vorbeidefilirt waren, stieg der König in seinen Wagen und verließ die Hauptstadt, von dem Reichsstatthalter, den höhern Beamten und seinem Generalstabe bis zu den ersten Stationen begleitet. — Vorgestern war große Abschiedscour beim Könige, und hernach ein großes Diner beim Reichsstatthalter."

Teutschland.

S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland ist am 9. Juni Vormittags mit dem ganzen Gefolge (es wurden 48 Pferde zu der Wagenbespannung erfordert) nach Darmstadt abgereist. S^r. kais. Hoheit wird in einigen Tagen wieder in Frankfurt zurückerwartet. Aus Darmstadt meldet die großherzogl. hessische Zeitung vom 9. Juni: „S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland trafen, mit Gefolge, heute Nachmittags um halb zwei Uhr von Frankfurt dahier ein und stiegen im großherzoglichen Palais ab." (Der 9. Juni ist der Geburtstag des Erbgroßherzogs Ludwig, geb. 9. Juni 1806.)

Die Hannoversche Zeitung enthält unter der Aufschrift: „Verhandlungen der allgemeinen Ständeversammlung" Folgendes: „Sechster Landtag. Fortsetzung der zweiten Diät. Erste Kammer. Vierzehnte Sitzung, den 28. Mai 1839. Gegenwärtig 32 Mitglieder. Ueber die Personalveränderungen der allgemeinen Ständeversammlung und über die wegen Ablebens des Erblandmarschalls Grafen von Münster auf den Präsidenten erster Kammer, Generalerbpostmeister und Geheimerath Grafen von Platen-Hallermund, übergehenden Geschäfte eines Erblandmarschalls des Königreichs wurden zwei Schreiben des Cabinets vom heutigen Tage verlesen, so wie folgende königliche Erlasse an die allgemeine Ständeversammlung, betreffend: 1. den Haushalt der Generalcasse de 1837/39 — welcher einen Ueberschuß von 900,000 Thlr. liefert — und die Anschläge der pro 1. Juli 1839/40 erforderlichen Ausgaben und zu bewilligenden Steuern; 2. den Zustand des gesammten Schuldenwesens der Landescasse; 3. den Erlaß an der Personen- und Gewerbesteuer pro 1. Juli 1839/40, welcher zu etwa 104,000 Thlr. wieder beantragt ist, und 4. die Anzeige des für S^r. königl. Hoheit den Kronprinzen ausgesetzten Jahrgeldes von 30,000 Thlr. Gold. — In der funfzehnten Sitzung, den 29. Mai, beschäftigte sich die Kammer nur mit der Prüfung der Vollmachten für mehrere bereits gestern eingeführte und beeidigte Mitglieder erster Kammer. Bei dieser Gelegenheit ward von einer Seite beantragt: die Beschlußnahme über die einzelnen Legitimationen der neu erwählten Mitglieder auszusetzen und eine gemeinschaftliche Commission beider Kammer zur genauesten Prüfung anzuordnen, weil zwar eine möglichst baldige Vollzähligkeit der Kammern dringend zu wünschen, aber auch wohl zu beachten sei, daß das ganze Land sein Augenmerk auf die Art und Weise richten werde, wie man bei der Prüfung der Vollmachten hier verfahre. Es könne deßhalb nur zur Beruhigung, namentlich für die, dießmal so wenig zahlreiche, zweite Kammer dienen, wenn man sich genau davon überzeuge, daß es keiner Vollmacht an der strengsten Beobachtung der gesetzlichen Requisite mangle. Eine große Majorität lehnte den Antrag indeß ab, weil zwar das Reglement weder für noch wider denselben, jedenfalls aber der Umstand, daß dieses bisher nicht üblich gewesen sei, durchaus dagegen spreche; weil der Antrag zu frühzeitig erscheine, indem man vor der Relation des Generalsyndicus überall nicht wissen könne, ob irgend etwas an der einen oder andern Vollmacht auszusetzen, auf deßfallsige Gerüchte im Publicum aber gar nichts zu geben sei, und weil ein Verlassen des bisherigen Modus der Prüfung nicht allein ein Mißtrauen gegen das Cabinet, sondern auch gegen den Generalsyndicus zu Tage legen könne; weil es ferner jedem Mitgliede unbenommen bleibe, etwanige Ausstellungen bei dem Referate vorzutragen, und weil endlich der durch den Antrag beabsichtigte Zweck der Beruhigung des Landes viel eher verfehlt, als erreicht werden möchte in einer Zeit, wo Mißdeutungen und Verdrehungen im Publico so an der Tagesordnung seien, wie gerade jetzt. Man hielt es für viel rathsamer, zunächst den Beschluß zweiter Kammer über die Vollmachten ihrer Mitglieder zu erwarten, und vielleicht dann erst eine einseitige Commission dieser Kammer zur sorgfältigsten Prüfung anzuordnen. Die sechzehnte Sitzung, den 30. Mai, wurde mit Relation über Vollmachten der Mitglieder dieser Kammer ausgefüllt."

Wien.

Am 15. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101⅞.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	668⅞.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	268⅛.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM.	53⅝.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM	66⅛.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅝ Br. Uso 2 M.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Vermischte Nachrichten.

Das Preßburger Journal Pannonia vom 11. Juni d. J. enthält Folgendes: „Hinsichtlich des in N^r. 43 des Századunk vom 30. Mai d. J. enthaltenen Programms der sogenannten ungarischen Centraleisenbahn ist zu bemerken: daß, indem Bittsteller und Unternehmer bisher nur zu den Vorbereitungen die Erlaubniß erhielt, die angekündigte Bestimmung der Actienzahlungstermine so lange, als jener die allenfalls zu erlangende förmliche und entscheidende Bewilligung des Baues oberwähnter Eisenbahn nicht erhalten haben wird, bloß als ein Project zu betrachten sei. — Die Redaction der königl. freistädt. Preßburger Zeitung und Pannonia."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1108

№ 168

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 17. Juni 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 15. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.483	28 Z. 2 L. 1 P.	+ 18.3	SO. still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.492	28 3 0	+ 23.7	SO. schwach.	—
	10 Uhr Abends.	27.499	28 3 1	+ 18.2	SO. still.	heiter.

Frankreich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 8. Juni brachte der Minister des Innern die Verlängerung des Gesetzes über die fremden Flüchtlinge in Antrag, wobei dießmal die Erleichterung für dieselben hinzugefügt wurde, daß sie, wenn sie fünf Jahre in Frankreich oder eben so lang in französischen Diensten (in einer von den Fremdenlegionen) gewesen, ohne vorgängige Autorisation der Regierung, auf bloße Anzeige an den Präfecten des Departements ihren Wohnort verändern dürfen. Nur für die Hauptstadt, und einen Rayon von 40 Lieues von den spanischen Gränze ist nach wie vor eine besondere Autorisation der Regierung erforderlich. — Derselbe Minister verlangte einen Credit von 200,000 Franken zu Bestreitung der Kosten der Julifeste.

In der Sitzung der Pairskammer vom obgedachten Tage wurde mit der Discussion des Mounier'schen Vorschlages in Betreff der Ehrenlegion fortgefahren. Sämmtliche Artikel dieses Vorschlages, welche dahin zielten, einem permanenten Comite das Recht der Controlle über die Wahlen der Regierung und gewissermaaßen ein Veto gegen die Ordensverleihungen einzuräumen, sind von der Kammer, als die königliche Prärogative verletzend, verworfen worden. Baron Mounier machte nun den Vorschlag, die Attributionen des obgedachten Comités in rein consultative zu verwandeln; diese neue Combination wurde zu Begutachtung an die Commission verwiesen. — Auch der Vorschlag der Commission, daß im Laufe des Jahres nur eine allgemeine Promotion Statt finden solle, wurde von der Kammer verworfen. — Man glaubte noch immer, daß am Ende bei der Abstimmung über das Ganze der Gesetzvorschlag verworfen werden dürfte.

Am 8. Juni Morgens verfügten sich der Präsident des Conseils und der Marineminister, auf die erhaltene Einladung, in die Mitte der Commission, welche beauftragt ist, den Gesetzentwurf hinsichtlich des Credits von nahe an fünf Millionen zur Vermehrung der Marine in den amerikanischen und spanischen Gewässern, zu prüfen. Die für die Sicherheit des französischen Handels in den amerikanischen Gewässern verlangte Vermehrung wird, wie der Commerce versichert, ohne Anstand bewilliget werden. Hinsichtlich des der französischen Seemacht an der spanischen Küste zu ertheilenden Zuwachses wurde, dem Commerce zufolge, in der Commission Nachstehendes verhandelt: „Die Erklärungen der Minister über denjenigen Theil des Credits, der sich auf die an den spanischen Küsten im Interesse der Regierung der Königinn auszuübende Aufsicht bezieht, boten lebhaftes Interesse dar. Der Marschall Soult und Admiral Duperré nahmen, ein jeder, zu wiederholtenmalen das Wort, und ließen sich sehr bestimmt und deutlich über die Resolutionen des Cabinets vom 12. Mai vernehmen. Es wurde constatirt, daß die Zahl der Kreuzer an der spanischen Küste unter den Ministerien vom 6. September und 15. April geringer gewesen ist, als während des Ministeriums (Thiers) vom 11. October. Der Marineminister erklärte, daß sie nicht nur auf den alten Fuß gesetzt werden, sondern noch neue Verstärkungen erhalten solle. Der Präsident des Conseils erklärte formell, daß das Cabinet entschlossen sei, der constitutionnellen Sache in Spanien einen activen und wirksamen Beistand zu leisten. Unsere Schiffe werden sich daher nicht darauf beschränken, die Landung von Mannschaft und Kriegsmunition für Rechnung des Don Carlos zu verhindern; sie müssen sich bereit halten, so oft es von ihnen begehrt wird, die Truppen der Königinn von einem Puncte zum andern zu transportiren. In dem Falle, wenn der Beistand der Mannschaft, die sie an Bord haben, unmittelbar nothwendig seyn sollte, muß dieser Beistand sogleich geleistet werden; die Truppen und die Schiffsmannschaft sollen nöthigenfalls ans Land gesetzt werden, wie dieß von Seite der englischen Marine geschehen, um den Entsatz von Bilbao herbeizuführen. Kurz, der Präsident des Conseils hat versichert, daß die den Commandanten ertheilten Instructionen ihnen vorschreiben, bei den der Regierung der Königinn zu leistenden activen Diensten nicht hinter der englischen Marine zurückzubleiben. — Was das gegen die Neutralen zu beobachtende Verfahren anlangt, äußerte der Präsident des Conseils, daß das Visitationsrecht nur Spanien zustehen solle, daß man aber die Fahrzeuge anderer Länder bis zu den spanischen Stationen escortiren werde, um sich zu versichern, daß sie der Visitation unterworfen werden, und die Defraudation zu Gunsten des Don Carlos zu verhindern. — Diese Resolutionen der französischen Regierung sind von den beiden Ministern mit einer Präcision und Kraft angekündigt worden, welche die Commission vollkommen zu befriedigen schien."

Die zwischen der englischen und französischen Regierung abgeschlossene Uebereinkunft wegen Beförderung der Correspondenz zwischen Ostindien und England durch Frankreich hat die beiderseitige Ratification erhalten.

Die Theilnehmer an dem Auflauf in La Rochelle (wo bekanntlich Getreidewägen geplündert und andere Excesse begangen worden waren) wurden am 4. Juni vor den Assisen von Saintes nach sechzehntägigen Verhandlungen abgeurtheilt. Die Zahl der Verhafteten betrug anfangs 213, von denen jedoch nur 50 (darunter 13 Frauen) vor die Assisen gestellt worden sind. Es wurden 170 Zeugen verhört, und am Schlusse der Debatten 1600 Fragen an die Geschwornen gestellt, die von Früh 6 Uhr bis Nachts 11 Uhr ununterbrochen versammelt waren, um

den Spruch zu fällen. Neun Angeklagte wurden freigesprochen, die 41 andern zu Zwangsarbeit oder Einsperrung verurtheilt. Sie suchten durch Weinen und Wehklagen das Volk für sich zu gewinnen; allein dieses verhielt sich still, und wurden ruhig ins Gefängniß abgeführt.

Am 8. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 55. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 90.

Spanien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Madrid vom 1. Juni: „Im Laufe dieser Woche haben im Ministerium Berathschlagungen über verschiedene Maaßregeln von großer Wichtigkeit Statt gefunden, und es wurde allgemein behauptet, daß die heutige Gaceta den Erfolg derselben vermittelst mehrerer Decrete mittheilen würde. Diese Erwartung ist zwar getäuscht worden, indessen leidet es keinen Zweifel, daß die Berathschlagungen sich auf den Zustand von Catalonien die Auflösung der Cortes, und die Fortdauer des Zehnten bezogen. Durch den Inhalt der aufgefangenen Briefe des Generals Castaños und des Herzogs von Castroterreño sieht sich die Regierung zu sehr compromittirt, um nicht dem Baron Meer gegenüber eine entscheidende Stellung annehmen zu müssen. Seine Abberufung ist demnach beschlossen worden, und auch der Graf Luchana hat in diese Maaßregel unter der Bedingung gewilligt, daß man einen seiner alten amerikanischen Freunde und Bundesgenossen als Generalcapitän nach Catalonien schicke. Hierzu hat man denn den General Don Geronimo Valdes ausersehen, der bekanntlich nach der Schlacht von Ayacucho Peru räumte, und im Frühjahr 1835 die schönste Armee der Königinn in den Engpässen der Amescoas den Carlisten in die Hände lieferte. Es scheint, daß sich der General Seoane bereit gezeigt hat, seinen alten Gefährten Valdes als Segundo Cabo nach Barcelona zu begleiten, und die häufigen Zusammenkünfte, welche er in letzterer Zeit mit dem englischen Geschäftsträger hatte, will man mit dieser Mission in Verbindung setzen. Man glaubt, der Baron Meer werde, ohne Schwierigkeiten zu machen, Catalonien verlassen; ob aber die Einwohner Barcelona's den neuen Befehlshabern eine willige Aufnahme gewähren werden, steht noch dahin. — Die Auflösung der Cortes soll entschieden seyn; man wird die neuen Kammern auf den September einberufen. *) Ueber die Fortdauer des Zehnten scheinen sich die Minister dagegen noch nicht verständigt zu haben, da einige nur auf der Erhebung der Hälfte des Zehnten, so wie sie die Cortes im vorigen Jahre verfügten, bestehen, andere aber den ganzen Zehnten einfordern wollen. Die Exaltirten reden bereits dem Volke zu, jede Entrichtung des Zehnten zu verweigern. — Vor einiger Zeit sah sich ein oesterreichisches Handelsschiff, „il Diligente," genöthigt, in den Hafen von Iviza (auf der gleichnamigen Insel) einzulaufen, wo es die spanischen Behörden unter dem Vorwand, die Papiere desselben seien nicht in Ordnung, und es habe die Gesundheitsvorschriften verletzt, in Beschlag nahmen. Der kaiserlich oesterreichische Geschäftsträger in London nahm die Verwendung der englischen Regierung in Anspruch, um von der spanischen die Freigebung des Schiffes zu erlangen, und der hiesige großbritannische Geschäftsträger, Hr. Southern, soll bereits in Folge erhaltenen Auftrages, die geeigneten Schritte gethan haben, um jene Verwendung geltend zu machen. — Lord Clarendon hat Befehl gegeben, seine hiesigen Pferde zu verkaufen."

*) Die Gaceta vom 2. Juni enthielt bekanntlich das Decret, wodurch die Cortes aufgelöst werden, eine Maaßregel, welche die gemäßigte Partei mit einiger Besorgniß erfüllte.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 4. Juni nahm nach Sir Robert Peel bei der Debatte über den Fleetwood'schen Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts in den Grafschaften der bekannte Radicale Hr. Harvey das Wort und bemerkte, er sei durch Lord John Russell's Weigerung, der gestellten Motion beizutreten und Versprechungen hinsichtlich künftiger Reformen zu geben, nicht enttäuscht worden, denn er habe gar kein Vorschreiten auf der Bahn der Reformen von Seiten der jetzigen Minister erwartet. „Ich hätte es zwar gern gesehen," sagte der Redner unter Anderem, „wenn man zu Fortschritten bereit gewesen wäre, aber ich würde es in diesem Falle bedauert haben, den edlen Lord (J. Russell) seine eigenen oft wiederholten Worte verschlingen zu sehen. Ueberdieß hätte die Zustimmung des Ministeriums zu dieser einzelnen Maaßregel das Publicum wenig befriedigen können; dazu wären ganz andere, viel umfassendere Maaßregeln nothwendig. Indeß, auch ohne Reform läßt sich in der Gesetzgebung manches Nützliche ausführen, und die Wählerschaften haben es sich nur selbst vorzuwerfen, daß die Reform kein besseres Schicksal hat. Ich meinerseits bin es herzlich müde, so viel reden zu hören und so gar nichts thun zu sehen. Möchten wir nur endlich einmal ein starkes Ministerium erhalten, das über eine tüchtige Majorität zu gebieten vermöchte. Ich sehe auch nicht ein, warum die Königinn nicht ein Ministerium sollte bilden können, welches auf das Vertrauen des Hauses rechnen dürfte, da zwischen den Führern der beiden entgegengesetzten Parteien so wenig Unterschied obwaltet. Wenn ich für den vorliegenden Antrag stimme, so geschieht es nur, um dem Lande zu zeigen, wer diejenigen sind, denen es um weitere Fortschritte auf der Bahn der Reformen zu thun ist, so langsam dieselben auch seyn mögen." (Hört!) Hr. Hume dagegen sagte, er seinerseits finde sich sehr enttäuscht durch die Erklärungen Lord J. Russell's; wenn die jetzigen Wählerschaften den Liberalen abgeneigt geworden, so sei, meinte er, um so mehr Grund vorhanden, daß ein liberales Ministerium das Wahlrecht ausdehne. (Großes Gelächter.) Wie aber Hr. Harvey gar etwas so Schimpfliches, ein Coalitionsministerium, herbeiwünschen könne, darüber müsse er sich höchlichst verwundern und könne nicht energisch genug dagegen protestiren. Hr. Ward, ebenfalls ein Radicaler, war der Meinung, daß die Liberalen jetzt bloß ihre eigenen Grundsätze aufrecht zu erhalten bemüht seyn müßten, ohne zu berücksichtigen, in welche Hände die Zügel der Regierung kommen möchten. „Die heutige Abstimmung," sagte er, „wird die Scheidelinie zwischen den beiden Parteien der ministeriellen Seite des Hauses ziehen, und sollte dieß zu einer Verschmelzung der beiden einander jetzt gegenüberstehenden Führer (Lord J. Russell und Sir R. Peel) Anlaß geben, so würde mir das auch gleichgültig seyn, denn ich habe bereits gesehen, wie Männer, denen zu folgen einst mein Stolz war, mit ihrem Namen und Einfluß immer mehr in die conservative Patei untergetaucht sind, und ich zweifle nicht, daß ihnen noch Andere auf diesem Wege folgen werden." Ein anderer Radicaler, Hr. Wakley, fragt, warum die Minister das Staatsruder wieder übernommen hätten, da sie doch keinen Schritt vorwärts thun wollten. Darauf, meinte er, würde er sich die Antwort wohl bei ein Paar Damen einholen müssen. Er warf den Ministern vor, daß sie ein in der englischen Geschichte noch unerhörtes Spiel mit dem Staatswohl getrieben hätten, und er wunderte sich, daß auch nicht ein einziger von ihnen auftrete, um Lord John

Ruſſell aus dem Netz der conſervativen Auslegung, welche Sir R. Peel ſeinen Worten gegeben, zu befreien. (Gelächter.) „Das Schickſal des Miniſteriums," ſo ſchloß der Redner, „iſt nun beſiegelt, und eine allgemeine Wahl wird den Tories eine Majorität von 60 bis 70 Stimmen geben." Das Reſultat dieſer Debatte iſt bereits gemeldet. Es geht aus derſelben wohl deutlich genug hervor, daß ſeit der letzten Kriſe keine Annäherung zwiſchen den Miniſtern und den Radicalen Statt gefunden hat, und es iſt daher kaum daran zu zweifeln, daß die erſteren bei der erſten beſten Gelegenheit, die ſich den letztern bietet, mit den Tories gegen die Miniſter zu ſtimmen, ſich wieder in derſelben Lage befinden werden, wie bei ihrer erſten Jamaica-Bill, wo nicht in einer noch ſchlimmern. Triumphirend weiſen anderſeits die Conſervativen darauf hin, daß organiſche Veränderungen im Unterhauſe 207 Gegner und nur 81 Vertheidiger hätten, wie die Abſtimmung über den Fleetwood'ſchen Antrag gezeigt.

Am 29. Mai wurde H^r. Macauley in einer Verſammlung der liberalen Wähler von Edinburgh denſelben als Candidat für die Vertretung dieſer Stadt im Parlamente (an die Stelle des zur Pairswürde erhobenen ehemaligen Sprechers H^r. Abercrombie) vorgeſchlagen und hielt bei dieſer Gelegenheit eine von den liberalen Blättern ſehr geprieſene Rede, in welcher er ſeine politiſche Denk- und Handlungsweiſe darlegte und ſich als Anhänger der entſchiedenen Reformpartei bekannte*). Er ſprach ſich für geheime Abſtimmung aus, als das einzige Mittel, der Einſchüchterung der Wähler zu begegnen, die, ſeiner Anſicht nach, ſeit der Einführung der Reformacte in ſtetem Zunehmen begriffen iſt. Nach Einführung der geheimen Abſtimmung, meinte er, werde ſich denn auch nicht mehr ſo viel Widerwillen gegen die Abkürzung der Parlamentsdauer finden, da die alsdann freilich noch häufiger wiederkehrenden Wahlen von allen den Aeußerungen der Rohheit und den Verſuchen der Einſchüchterung frei bleiben würden, welche ſich jetzt ſo häufig zeigten. H^r. Macauley erklärte ſich indeß zugleich für einen getreuen Anhänger des Melbourne'ſchen Miniſteriums, deſſen ſchwierige Stellung er den Blicken der Anweſenden vorführte. Er wies nach, daß man nur zwiſchen dem Syſtem Lord Melbourne's und dem Sir R. Peel's zu wählen habe, und erhob ſich dann gegen den weit verbreiteten Irrthum, daß der Nutzen, den die Regierung bringe, nur in den von ihr durchgeſetzten legislativen Maaßregeln liege, und daß man daher von einem Miniſterium, wie das gegenwärtige, das überall im Parlamente anſtoße, keinen Nutzen erwarten dürfte. Er wies nach, daß die Wohlthaten der Regierung eines Landes, das, wie England, ſeine wohlgeſicherte, freie und volksthümliche Verfaſſung habe, zum großen Theile aus der ganzen Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten hervorgehe, und in dieſer Beziehung verdiene das Melbourne'ſche Miniſterium alles Lob. Seine eigene Stellung betreffend und die ſeiner Partei, ſagte er unter Anderem: „Ich trat in das öffentliche Leben als ein Whig, und ein Whig bin ich auch jetzt noch. (Großer Beifall.) Ich brauche das Wort aber nicht in ſeinem engherzigen Sinne. Unter einem Whig verſtehe ich nicht einen Mann, der unbedingt Alles unterſchreibt, was in einem beſtimmten Buche ſteht, wäre der Verfaſſer auch ein Locke, oder alle Worte eines Staatsmannes adoptirt, wären ſie auch die eines Fox, oder einer Partei unbedingt folgt, beſtände ſie auch aus den edelſten und herrlichſten Geiſtern des Zeitalters. Es ſcheint mir, daß ich eine gewiſſe große Partei wohl zu unterſcheiden vermag, die, oft unterdrückt aber niemals erſtickt, ihre Identität fortwährend behauptet hat, eine Partei, die, wenn auch oft durch die Sünden ihrer Zeit befleckt, doch immer derſelben einen Vorſprung abgewonnen hat, eine Partei, die, wenn auch einiger Fehler und Irrthümer ſchuldig, doch ihr Möglichſtes gethan hat, bürgerliche Freiheit, religiöſe Duldung, Civiliſation und ſociale Fortſchritte zu fördern, und dieſer Partei anzugehören bekenne ich mit aufrichtigem Stolze. Durch die ganze Geſchichte Englands hindurch hat dieſe Partei, die noch jetzt freiem Getreidehandel das Wort redet, die noch neuerdings den Sclavenhandel abgeſchafft hat, Alles gethan, was zur Beſſerung der Zuſtände des Volkes beitragen konnte. Mit Stolz blicke ich zurück auf ihre mannigfachen ruhmvollen Kämpfe, auf ihre ganze Laufbahn im Dienſte der menſchlichen Freiheit und des Menſchenglückes, ich habe ſie kämpfen ſehen mit vielen Hinderniſſen, aber ſtets focht ſie den guten Kampf, unter Führern, in deren Adern das Blut der Vorfechter und Märtyrer der Freiheit floß. Täuſchung mag ſiegen, aber die Siege der Täuſchung dauern nur einen Tag. Wir können unterliegen, aber unſere Grundſätze, davon bin ich überzeugt worden, werden durch den Kampf zu neuer Kraft gelangen. Doch ſei dem, wie ihm wolle, mein Entſchluß iſt gefaßt, und ſo lange noch ein Fetzen des alten Banners weht, werde ich dieſer Fahne folgen. Die gute alte Sache, wie Sydney ſie auf dem Schaffotte bezeichnete, mag ſie ſiegen oder untergehen, beſchimpft werden oder in hohem Triumph ſich erheben, die gute alte Sache ſoll für mich die gute Sache unter allen Umſtänden ſeyn. Was nun Lord Melbourne's Miniſterium betrifft, ſo iſt der ſchlimmſte Fehler, den man ihm vorwerfen kann, ſeine Schwäche. Iſt es daher unſere Pflicht, uns dieſer Schwäche zu widerſetzen, oder ſollen wir ſie unterſtützen? Es gibt eine Schwäche, die ich für den größten Fehler halte, und wenn ich ſie bei einem Miniſterium finde, ſo bin ich gewiß der Letzte, welcher einem ſolchen Miniſterium Dauer wünſcht: ich meine die intellectuelle und moraliſche Schwäche, die Unfähigkeit, die wahren Intereſſen des Landes zu erkennen und Mangel an Muth, ſie zu verfolgen. (Hört! hört!) Dieſer Art war die Schwäche des Addiſon'ſchen Miniſteriums, als England von Boulogne aus mit einer Landung bedroht wurde. Eine ſolche Schwäche zeigte jenes Miniſterium, das eine koſtſpielige und nutzloſe Expedition nach Walcheren ſandte, und dadurch die Armee des tapferen Wellington dem Hungertode preisgab, ein Miniſterium, das niemals Energie zeigte, außer bei der Verfolgung von Pasquillanten und bei der Hinrichtung von Aufrührern, die eben durch jene ſchlechte Verwaltung zum Verbrechen getrieben worden waren. (Großer Beifall.) Beſitzt aber das gegenwärtige Miniſterium dieſe Schwäche? Ich glaube nicht. Hat es ihm, in Vergleich mit irgend einem anderen Miniſterium, jemals an intellectueller und moraliſcher Stärke gefehlt? Bei allen großen Fragen, wobei es von den Conſervativen abweicht, hat es nach meiner Meinung Recht, und es iſt daher nicht intellectuelle Schwäche, was es verhindert, dieſelben in Ausführung zu bringen. Wenn man ſieht, wie männlich Lord Melbourne die Principien ſeines Miniſteriums gegen die Majorität im Oberhauſe vertheidigt, und wie Lord John Ruſſell im Unterhauſe ſelbſt ſeine Gegner zur Bewunderung gezwungen hat, indem er Jahr für Jahr unter Krankheit und häuslichen Sorgen ſo männlich für die Sache des Volkes kämpfte, ſo kann man nicht glauben, daß einem ſolchen Miniſterium

*) Neueren Nachrichten zufolge iſt H^r. Macaulay in Edinburgh ohne Oppoſition gewählt worden, und hat bereits am 6. Juni ſeinen Sitz im Unterhauſe eingenommen. Zu Budlow iſt ſtatt des Grafen Powis (Tory) ein Liberaler (H^r. Alcock) gewählt worden.

Schwäche oder Unfähigkeit vorzuwerfen ist. Ich sage daher, daß die Schwäche des Ministeriums eine solche ist, die nicht Opposition, sondern Unterstützung erheischt, und diese Unterstützung werde ich ihm nach besten Kräften angedeihen lassen." (Großer Beifall.)

Die Morning-Chronicle enthält über die Erklärung Lord John Russells gegen weitere Reformen der Reformacte in der Sitzung des Unterhauses vom 4. d. M. einen Artikel folgenden wesentlichen Inhalts: „Wir verbergen nicht, daß unsere Hoffnungen getäuscht wurden, als die Regierung nicht freisinnigere Ansichten entwickelte und nicht in höherem, besserem Tone sprach. Wir fragen, warum übernahm Lord Melbourne die Regierung wieder? Warum wurde unter den freisinnigen Anhängern derselben nach allen Richtungen ausgebreitet, das Cabinet sei auf den Grundsatz fortschreitender Reform wieder aufgebaut? Hr. Warburton erwies sich in dieser Sitzung als Freund des Cabinets und seiner Fortdauer. Er trug den Schwierigkeiten, welche die Sache des Liberalismus umgeben, Rechnung und sagte: „„Wenn ich nicht Alles, was ich will, erhalten kann, so gebt mir wenigstens, was ich erhalten kann. Gebt den Grundsatz fortschreitender Reform mit klaren Worten zu, dann will ich die vorübergehenden Schwierigkeiten in Rechnung ziehen, und ihr sollet Zeit erhalten, die Einzelnheiten in der Art, die ihr für die wirksamste haltet, zu formen. Seid nur ehrlich gegen die Sache, und die Reformer werden euch hinreichende Unterstützung gewähren. Seid eurer Königinn treu, so werden wir unser Bestes thun, um euch stark zu machen."" Wer ist so wahnsinnig, sich einzubilden, daß der gegenwärtige trügerische Zustand fortdauern könne? Die Wahrheit sträubt sich dagegen. Das Volk wird ihn nicht länger dulden. Bald müssen die Rathgeber der Königinn erfahren, daß dieses ein doppeltes Spiel spielen heißt. Die Stimme des öffentlichen Unwillens wird bald auf die rechte Seite gelenkt werden und das trügerische Wesen zu der Bedeutungslosigkeit herabdrücken, zu der es bestimmt ist. Das Cabinet, das zaudert in einem Augenblicke, wie der jetzige, ist verloren; wir wollen aber noch nicht die Hoffnung aufgeben, daß es Männer besitze, die treu sind ihrer Königinn und treu dem Volke.... Mit Hrn. Warburton sagen wir: „„Die liberale Partei muß nun, unabhängig von der Regierung, für sich selbst handeln."" Die Erklärungen Lord J. Russells scheinen nun sehr theilweisen Anklang im Cabinet zu finden. Die fortschreitende Reform, von der Lord Melbourne sprach, gemahnt uns, wie das Fortschreiten der Soldaten auf das Commando: „Auf der Stelle getreten!" Die Füße bewegen sich, der Leib bleibt stille stehen. Da es nun aber am Tage liegt, daß das Cabinet in dieser thörichten und selbstmörderischen Politik nicht einmüthig ist, so mögen die Mitglieder desselben, welche den Grundsätzen des wirklichen Repräsentativsystems anhängen, Sorge tragen für ihren politischen Character. Die Beibehaltung der gegenwärtigen Nichtreformpolitik wäre gleich einer Coalition mit den Tories, und Coalition mit den Tories ist so viel als ein Uebergang zu ihnen. Wir wiederholen es, die freisinnige Partei muß, unabhängig von der Regierung, für sich selbst handeln. Wenn sie das nächste Mal vor die Wähler tritt, so muß es geschehen mit einer Bill zur Reform der Reformacte in der Hand. Die Wähler können nicht zu frühe wach werden. Es kann ganz unerwartet ein Aufruf an sie ergehen. Darum müssen sie sich rüsten nicht bloß mit Candidaten, sondern auch mit Instructionen." Der Standard betrachtet den Artikel der Chronicle als ein „Manifest der radicalen Meuterer in dem Cabinet, als eine Kriegserklärung gegen gewisse trügerische Personen unter den Rathgebern der Königinn, eine Unabhängigkeitserklärung für die Uebrigen und eine Proclamation, daß dieser meuterische Rest eine augenblickliche Auflösung des Parlaments beabsichtige." Der Standard glaubt, Lord Normanby oder seine Gemahlinn stehe an der Spitze dieser Meuterer. Ueber das Verfahren des gemäßigtern Theils der Minister sagt er: „Die ältern, nüchternern Whigs kamen mit den Ministern ausdrücklich dahin überein, daß diese für keine Bewegungsmaaßregeln sich aussprechen dürfen. Dieß war der Preis der Stimmen dieser ältern Whigs für Hrn. Shaw Lefevre, an dessen Wahl die Existenz des Cabinets hing, und die Minister hatten nun zu wählen, ob sie gegen die fraglichen Whigs, die einigen Stolz und einige Grundsätze besitzen, oder gegen die Radicalen anstoßen wollen, welche durch ihre Abstimmung bei jener Wahl zeigten, daß sie Beides nicht besitzen. Sie beschloßen, lieber gegen die serviken Radicalen anzustoßen, und der Erfolg hat gezeigt, daß sie klug gewählt haben."

Rußland.

Nachrichten aus St. Petersburg zufolge ist Se. Durchlaucht der Herzog von Leuchtenberg am 31. Mai, dem neunten Tage nach seiner Abreise von München, in Czarskojeselo angekommen. Se. Majestät der Kaiser war ihm eine Station weit entgegengefahren.

Teutschland.

Oeffentliche Blätter melden aus Frankfurt vom 10. Juni: „Nach den noch gestern Abend aus Darmstadt hier eingetroffenen Berichten ist eine abermalige Aenderung in dem Reiseplan des Großfürsten-Thronfolgers unerwartet eingetreten. Der Großfürst wurde, als er gestern Mittag gegen 2 Uhr in dem großherzoglichen Pallaste abstieg, von der versammelten großherzoglichen Familie begrüßt, und fand, wie man vernimmt, bei dieser den herzlichsten Empfang, dessen Eindruck noch erhöht wurde durch die besondere Theilnahme der auf dem Lüsenplatz versammelten Volksmenge. Nach dem Diner verfügten sich die Herrschaften nach dem großherzoglichen Sommeraufenthalt Bessungen. In dem dortigen Orangeriehaus fand ein glänzender Ball Statt. Der Großfürst wird bis morgen oder übermorgen früh in Darmstadt verweilen; sein Aufenthalt in Frankfurt nach der Rückkehr aber wird nur von ganz kurzer Dauer seyn, und sodann die Reise nach Berlin fortgesetzt werden. — Aus dem Haag wird berichtet, daß die Auswechslung der Ratificationen der, die Unabhängigkeit Belgiens constituirenden Tractate, in London bestimmt am 8. d. M. hat Statt finden sollen. — Die Prinzessinn Albrecht von Preußen ist, aus dem Haag kommend, auf ihrer Rückreise nach Berlin hier angekommen, und im römischen Kaiser abgestiegen."

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108

№ 169

Oesterreichischer Beobachter

Dinstag, den 18. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 16. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.576	28Z. 4L. 1P.	+ 19.1	NW.	still.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.606	28 4 5	+ 25.0	N.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.627	28 4 8	+ 18.4	NO.	still.	Wolken.

Türkei.

Die Berichte aus Konstantinopel vom 5. d. M. melden keine wesentliche Aenderung im Stande der Dinge an der syrischen Gränze *). Obgleich die großherrlichen Truppen dieser Gränze noch mehr sich genähert zu haben scheinen, so war doch von keiner Seite ein Schuß gefallen. — Die türkische Flotte lag zum Auslaufen bereit, und man vermuthete, daß sie binnen wenigen Tagen unter Segel gehen dürfte. Ein Gleiches wird von der ägyptischen gesagt, welche indessen am 25. Mai den Hafen von Alexandrien noch nicht verlassen hatte.

Nachrichten aus Konstantinopel vom obgedachten Tage melden: „Wegen des in diesem Jahre auf den 30. v. M. gefallenen Frohnleichnamsfestes hat der k. k. Internuntius, Freiherr von Stürmer, am Tage vorher zur Feier des hohen Namensfestes S^r. Majestät des Kaisers von Oesterreich in der Kirche von S. Maria Draperis ein feierliches Hochamt mit Tedeum veranstaltet, welchem das gesammte Internuntiaturs-Personale, die Gesandtschaften von Sardinien und Toscana, und die hier ansäßigen k. k. Unterthanen beiwohnten. Nach der Messe empfing der k. k. Internuntius die Glückwünsche der österreichischen Nation und sämmtlicher Mitglieder des diplomatischen Corps. S^r. Hoheit der Sultan hatte die Aufmerksamkeit, den H^rn. Internuntius durch einen seiner Cabinetssecretäre, der sich in Begleitung des Pfortendolmetsches in das Internuntiaturs-Hotel begab, Seine Wünsche für das Wohl und die lange Erhaltung S^r. Majestät des Kaisers ausdrücken zu lassen. Um 3 Uhr versammelte der k. k. Internuntius die vorzüglichsten österreichischen Handelsleute und Nationalen, darunter auch die Agenten der beiden österreichischen Dampfschifffahrtsgesellschaften, bei einer Tafel von funfzig Gedecken, wobei derselbe einen Toast auf die Gesundheit S^r. k. k. Majestät und die immer steigende Wohlfahrt der unter Ihrem Scepter vereinigten Nationen ausbrachte. Während der Tafel spielte die Musikbande des Kapudan-Pascha beliebte Tonstücke aus italienischen Opern. Die im Hafen befindlichen österreichischen Dampfschiffe waren den ganzen Tag hindurch mit den Signalflaggen geschmückt und gaben während des Tedeums und der Tafel Salven von 21 Kanonenschüssen. — Am 30. v. M. ist bei Sultan Ahmed eine bedeutende Feuersbrunst ausgebrochen, welche ungefähr sechzig Häuser in Asche legte. — Der Sultan hat am 2. d. M. unter dem Donner der Kanonen der vor Beschicktasch geankerten türkischen Flotte seine Uebersiedlung nach dem Sommerpallaste von Beilerbei (Stavros) bewerkstelligt. — Der Fürst von Pückler-Muskau ist vor einigen Tagen von Smyrna in dieser Hauptstadt eingetroffen. — Am 2. d. M. hat der hiesige katholische Erzbischof, Msgr. Hillereau, den Don Giuseppe Borghi, aus Livorno, zum Bischof von Agra, in Ostindien, geweiht, welcher sich binnen kurzem an den Ort seiner Bestimmung begeben soll. Ein bemerkenswerther Umstand ist, daß dieser Feierlichkeit vier Bischöfe, nämlich ein lateinischer, ein chaldäischer, ein katholisch-armenischer und ein griechisch-unirter beiwohnten. — Der öffentliche Gesundheitszustand erhält sich fortwährend vollkommen befriedigend."

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 11. d. M.

Spanien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Madrid vom 1. und 2. Juni: „Madrid, 1. Juni. Die Gaceta hat nunmehr den aus Berberana den 24. v. M. datirten ausführlichen Bericht des Grafen Luchana über seine Operationen gegen Ramales und Guardamino mitgetheilt. Die einfache Sprache, in welcher er abgefaßt ist, gewährt einen auffallenden Contrast gegen die Prahlereien, von denen die Bulletins Maroto's vom 11. bis 14. v. M. strotzen. Während dieser den Verlust Luchana's auf mehr als 6000 Mann angibt, erhellt aus den ämtlichen speciellen Listen, daß die Armee der Königinn bei ihren Operationen gegen Ramales und Guardamino vom 27. April bis zum 12. v. M. an Getödteten 6 Offiziere und 93 Soldaten, an Verwundeten 54 Offiziere und 687 Soldaten, und 53 Vermißte zählte. Ganz unerklärbar ist die von Maroto anbefohlene Uebergabe des Forts von Guardamino. Dieses war mit Lebensmitteln auf drei Monate versehen, und zufolge der Versicherung eines Augenzeugen und Sachkenners, des englischen Obersten Wylde, uneinnehmbar, da keine

wirksamen Batterien dagegen errichtet, wegen der Tiefe der Gräben kein Sturm dagegen unternommen, und wegen des durchaus steinichten Bodens auch keine Minen angelegt werden konnten. Dennoch richtete Maroto, noch ehe die Batterien eröffnet waren, an Luchana folgendes Schreiben: „Wenn Sie die Feindseligkeiten gegen das Fort von Guardamino einstellen, und die Vertheidiger desselben als Gefangene abziehen lassen, so werde ich die Räumung anbefehlen, und an einen durch Sie zu bezeichnenden Punct eine gleiche Anzahl von Gefangenen, die wir in unsern Depots haben, schicken. Ich thue Ihnen diesen Vorschlag aus dem Wunsche, der Kampf um jenen Punct möge aufhören, ohne daß noch mehr spanisches Blut vergossen werde." Als Luchana dieß zugestand, und Maroto darauf dem Gouverneur des Forts den Befehl schickte, es zu übergeben, nahm dieser Anstand zu gehorchen, bis zwei Adjutanten Maroto's ihm in Person den Befehl erneuerten. Luchana hatte darauf die Großmuth, die gefangene Besatzung frei in das feindliche Lager zu entlassen, ehe noch eine gleiche Anzahl Gefangener dagegen ausgeliefert war. Und Maroto überhäufte die Besatzung von Guardamino mit Ehrenzeichen wegen ihrer gegen die wiederholten Stürme bewiesenen Tapferkeit, während es erwiesen ist, daß gar kein Sturm unternommen wurde! Auch das freiwillige Aufgeben Orduña's von Seite der Carlisten ist schwer zu enträthseln. Luchana läßt, seinen Berichten vom 27. zufolge, die dortigen Festungswerke ausbessern, und auf der Anhöhe von Guecha, auf dem Wege nach Bilbao, ein Fort anlegen, durch welches seine fernern Unternehmungen gedeckt werden sollen. Zahlreiche Carlistische Ueberläufer stellten sich bei ihm ein. Der General Castañeda stand mit seiner Division am 27. bei Berberana. Die Carlisten hatten den Weg nach Amurrio mit Verhauen bedeckt. — Der Verlust des Generals Ayerbe in dem Gefecht bei Utrillas, in dessen Folge Montalban gerettet wurde, betrug an Todten einen Offizier und 25 Soldaten, an Verwundeten 16 Offiziere und 200 Soldaten; letztere sind nach Saragossa gebracht worden. Die Generäle Rogueras und Amor waren am 26. in Cariñena, und wollten nach Niederarragonien aufbrechen, um gegen Cabrera selbst zu operiren. Man fürchtete abermals für die Provinz Guadalajara, da Polo am 27. mit drei Carlistischen Bataillons und einer Schwadron in Alustante eingerückt war. — Nachschrift. Es heißt, Ayerbe hätte sich nach Munieſa zurückgezogen, um sich dort mit Rogueras und Amor zu vereinigen, weil Cabrera mit zahlreichen Truppen über Camarillas, und Balmaseda über Alfambra aufs neue gegen Montalban herankamen." — „Madrid, 2. Juni. Die Ihnen gestern angekündigten Beschlüsse der Minister erhalten durch die in der heutigen Gaceta mitgetheilten Decrete ihre Bestätigung. Der Congreß der Deputirten wird aufgelöst, die Erneuerung eines Drittels der Senatoren in Folge des Art. 19 der Constitution angeordnet, und die neuen Cortes werden auf den 1. September nach Madrid einberufen. Der Baron Meer wird seiner Aemter als Generalcapitän von Catalonien und General en Chef der dortigen Armee enthoben, und der General Don Geronimo Valdes mit diesen beiden Stellen bekleidet. Die Auflösung der Cortes ist ein den Exaltirten gemachtes Zugeständniß. Die Abberufung Meers konnte wegen der Ihnen bereits angegebenen Umstände schwerlich länger verschoben werden; sie erregt den lautesten Jubel der Exaltirten, und wird jedenfalls höchst folgenreich seyn. Ein anderes Decret verfügt, daß zur Bestreitung der Kosten des Cultus und um die unglückliche Geistlichkeit vor dem Hungertode zu retten, die Hälfte des Zehnten auf so lange erhoben werden solle, bis die einberufenen Cortes ein definitives Gesetz über die Dotirung der Geistlichkeit erlassen würden. Durch diese Maaßregel hofften die Minister vermuthlich die Moderirten zum Schweigen zu bringen, allein die Exaltirten erheben bereits das lauteste Geschrei dagegen. Endlich hat auch der General Quiroga, der sich bisher auf die persönliche Gunst der Königinn, und auf eine gewisse Popularität, die er bei der hiesigen Nationalmiliz erlangt hatte, stützte, sich vor dem alles überflügelnden Willen des Grafen Luchana beugen müssen. Ein königliches Decret von gestern enthebt ihn seiner Aemter, und ernennt dagegen den Marechal de Camp, Don Francisco Narvaez, bisherigen Gouverneur von Madrid, zum Generalcapitän von Neucastilien und Generalinspecteur der Nationalmilizen des Königreichs. Dieser Narvaez diente ebenfalls in Amerika an der Seite Espartero's, und da nun in der Person des Generals Valdes auch nach Catalonien ein Ayacucho geschickt wird, so nähert sich der Plan des Grafen Luchana, die höchsten Befehlshaberstellen in allen Provinzen durch seinen ihm eng verbündeten alten Waffengefährten zu besetzen, immer mehr seiner Vollendung."

Die Gaceta de Madrid vom 3. Juni enthält ein von dem Minister des Innern an alle politischen Chefs des Königreichs erlassenes Circular, worin die unverzügliche Anfertigung der Wahllisten anbefohlen wird.

Das Memorial Bordelais enthält ein Schreiben aus Madrid, worin es heißt: „Man sagt, General Espartero sei der Königinn von dem Cabinete der Tuilerien kräftig empfohlen worden und versichert sogar, das neue Ministerium vom 12. Mai habe einen Angriffsplan nach Madrid geschickt, welcher dahin geht, die baskischen Provinzen und Navarra allmählig zu umzingeln und von aller Verbindung mit Frankreich und den See abzuschneiden. Zu diesem Behufe sollen die Communicationen zwischen den Encartacionen und Bilbao, durch Eroberung und Befestigung der nothwen-

digen Puncte wieder hergestellt werden; dann will man sich aller Häfen an der cantabrischen Küste von Portugalete bis San Sebastian bemächtigen, eine schwierige Operation, die man mit Hülfe der anglo-französischen Marine zu bewerkstelligen hofft. Endlich will man versuchen, die Linie von Valcarlos (von Pamplona bis an die französische Gränze) wieder herzustellen, um alle Contrebande an den Pyrenäengränzen abzuschneiden. — Die Ausführung dieses Planes soll die Aufgabe des dießjährigen Feldzuges bilden."

Die Morning-Chronicle enthält ein Schreiben ihres Correspondenten in San Sebastian vom 30. Mai, worin es heißt: „Seit den letzten vier Tagen haben wir vergebens auf Nachrichten von den Operationen des Grafen von Luchana gehofft, von dem man erwartete, daß er seine letzten Vortheile verfolgen werden. Allein seine Armee hat seit der Besetzung Orduña's nichts unternommen und die einzige wahrscheinliche Ursache hiervon ist wohl die Schwierigkeit, den nöthigen Bedarf an Lebensmitteln herbeizuschaffen. Valmaseda war am 27. noch im Besitz der Carlisten, doch befanden sich nur zwei schwache Compagnien daselbst und die Kanonen nebst der Munition waren bereits abgeführt worden. Espartero's Armee stand an dem Morgen desselben Tages in Orduña und Amurrio, und die Vorposten waren zur Linken bis nahe an Arceniega und zur Rechten bis zum Dorfe Lezuma vorgeschoben. Maroto soll sehr leidend seyn, doch befindet er sich häufig bei den Truppen. Sein Hauptquartier ist in Llodio, sein rechter Flügel stützt sich auf Arceniega, der linke auf Orozco. Die drei genannten Städte sind in aller Eile befestigt worden und Maroto hat erklärt, er werde Espartero in dieser Stellung erwarten, die sehr gut gewählt und leicht zu vertheidigen seyn soll. Don Carlos ist noch immer in Durango, obgleich es vor kurzem hieß, er sei auf dem Wege nach Tolosa. Es hat überhaupt in der letzten Zeit nicht an abgeschmackten Gerüchten gefehlt. So hieß es, Espartero sei am 28. mit einer Division seiner Armee in Bilbao eingerückt, während Briefe, die ich vom 29. Nachmittags von dort erhalten habe, nichts davon wissen."

Die Quotidienne enthält den Bericht des Grafen d'España aus seinem Hauptquartier zu Capdevanol vom 28. Mai über die Tags zuvor Statt gefundenen Einnahme von Ripoll. Graf d'España berichtet, daß er dem bei weitem größerem Theile der Einwohner, die sich, nachdem die Stadt mit Sturm genommen worden, in die Kirchen und Klöster geflüchtet hatten, eine Capitulation bewilligt, und ihnen dadurch das Leben gerettet habe. Bei dem Sturme selbst und der darauf noch folgenden hartnäckigen Vertheidigung in den barrikadirten Straßen der Stadt seien allerdings viele umgekommen und darunter auch manche unschuldige Opfer gefallen; übrigens hätten die Einwohner selbst ihre Häuser in Brand gesteckt, den die Carlisten nach ihrem Einrücken vergebens zu löschen versuchten. Graf d'España schildert Ripoll als den Sitz einer ruchlosen Secte von Königsmördern, einer Filiale einer ähnlichen Secte, die zu Barcelona unter dem Namen „Allibaud-Secte" bereits die scheußlichsten Gräuel verübt hat.

Ein Prozeß zwischen dem Herzog von Berwick und den Erben der Herzoginn von Alba nimmt bereits seit längerer Zeit die Aufmerksamkeit der Hauptstadt in Anspruch. Es handelte sich dabei um eine Million Realen, die dem Herzog zuerkannt worden war; der höchste Gerichtshof cassirte jedoch dieß Urtheil und erklärte die Ansprüche der Erben der Herzoginn von Alba für gültig.

Großbritannien und Irland.

Durch telegraphische Depeschen hatte man am 9. Juni in Paris und am 12. Juni in Berlin die Nachricht erhalten, daß am 8. Juni zu London die Auswechslung der Ratificationsacten der Verträge vom 19. April zwischen den Repräsentanten aller contrahirenden Mächte Statt gefunden hat.

In der Sitzung des Unterhauses vom 5. Juni erklärte Hr. Labouchere (Unterstaatssecretär im Colonialdepartement) auf eine Anfrage des Sir Robert Inglis, daß er nichts dagegen haben würde, den Anwalt für Jamaica, Hrn. Burge, über die Bill in Betreff dieser Colonie vor den Schranken des Hauses vernehmen zu lassen. — Nachdem hierauf Sir Stratford-Canning die bekannte Frage an Lord Palmerston über die französische Blockade von Buenosayres gestellt hatte, kam die Bill zur Freimachung der Lehnsgüter an die Tagesordnung, welcher sich Sir G. Strickland, als einem Eingriff in die Rechte des Privateigenthums, widersetzte. Der Attorneygeneral aber vertheidigte die Bill sehr angelegentlich, nur rieth er zur Streichung derjenigen Clauseln, die den Lehnsherren einen Zwang auflegen sollten, weil diese der Maaßregel für jetzt wohl ein unüberwindliches Hinderniß in den Weg legen würden. Ueber die sonstige Zweckmäßigkeit der Bill bemerkte er unter Anderm: „Ich gebe gern zu, daß mit dem Lehnsbesitz einige Vortheile verbunden sind, aber diese können sehr leicht auch auf die Freigüter übertragen werden. Man betrachte aber dagegen die Nachtheile des gegenwärtigen Gesetzes. Das Anrecht, welches der Gutsherr an den Grund und Boden hat, ist die größte Ungerechtigkeit gegen das allgemeine Wohl. So gehört dem Gutsherrn zum Beispiel alles Bauholz, das auf dem Lehnsgute wächst, und die Folge davon ist, daß gar keines angepflanzt wird, weßhalb man gesagt hat, die Eiche sei ein zu edles Gewächs, um auf knechtischem Boden zu gedeihen. Und wenn bei Todesfällen oder Veräußerungen eine neue Belehnung nöthig wird, kann der Gutsherr gewöhnlich eine dem zweijährigen Ertrage des Gutes gleichkommende Abgabe fordern. Uebrigens sind in dieser Bill alle In-

tereſſen des Gutsherrn durch Feſtſetzung von Entſchädigungen gehörig gewahrt, und es kann daher von einem Eingriff in das Privateigenthum keine Rede ſeyn, vielmehr handelt es ſich nur um die Abſchaffung von Ueberbleibſeln eines barbariſchen Zeitalters. Ich hoffe daher, daß es gelingen wird, vermittelſt dieſer Bill eine Abſchlagszahlung auf Rechnung der fortſchreitenden Reform zu erlangen, und daß man dieſe Bill, wenn ſie durchgeht, nicht als eine Schlußmaaßregel in Bezug auf das Lehnsgeſetz anſehen, daß man nicht von Abgeſchloſſenheit der Lehnsreformbill ſprechen wird, denn ſo lange noch Mißbräuche abzuſtellen ſind, wird hoffentlich die Reform immer weiter vorſchreiten." (Beifall.) Das Amendement wurde darauf von Sir G. Strickland zurückgenommen und die Bill in den Ausſchuß gebracht, in welchem mehrere Aenderungen an den einzelnen Clauſeln derſelben beſchloſſen wurden.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 6. Juni zeigte Hr. O'Connell an, daß er nächſtens darauf antragen werde, eine Bill einzubringen, um Katholiken zu befähigen, gewiſſe Aemter an den geiſtlichen Gerichtshöfen Irland, ſo wie auch das Amt eines Lordkanzlers, zu bekleiden. — Lord J. Ruſſell bemerkte hinſichtlich der ſo wichtigen canadiſchen Maaßregel und der von ihm vorzuſchlagenden beiden Reſolutionen, daß er, falls die erſte derſelben vom Hauſe angenommen würde, eine Bill darauf zu begründen beabſichtige und es mit der zweiten eben ſo halten wolle. Die erſte Bill, welche die Vereinigung der beiden Provinzen beträfe, beabſichtige er aber nicht weiter als bis zur zweiten Verleſung zu führen, die zweite dagegen, die Fortdauer des dictatoriſchen Zuſtandes in Canada bis zum Jahre 1842 betreffend, werde er im Hauſe mit allem Nachdruck in gegenwärtiger Seſſion durchzuſetzen ſuchen. Uebrigens ſetzte der Miniſter die Discuſſion hierüber bis zum Donnerſtag aus, um für den Montag der Debatte über die Jamaica-Bill Platz zu machen. — Hr. Wakley kündigte eine Motion an, die er nächſtens hinſichtlich der Vorlegung von der zwiſchen Ihrer Majeſtät und Sir Robert Peel gepflogenen Correſpondenz, welche derſelbe am 14. Mai vorgeleſen, machen werde; als Lord John Ruſſell darauf erwiederte, er würde ſich ſicherlich einer jeden derartigen Motion widerſetzen, zeigte Hr. Wakley an, er werde auf eine Adreſſe an die Königinn zu dieſem Behufe antragen. — Das Haus ging ſodann in einen Ausſchuß über, um die von Sir Robert Peel eingebrachte, die Entſcheidung ſtreitiger Wahlen betreffende Bill zu erörtern, deren Clauſeln zum größten Theil angenommen wurden. — Die von Lord Duncannon beantragte Vorlegung von Mittheilungen, welche das Miniſterium des Innern über die Verſammlung und Bewaffnung der Chartiſten von den verſchiedenen Localbehörden in England und Wales empfangen hat, verweigerte Lord J. Ruſſell, weil dieſe Papiere vertrauliche Mittheilungen der Behörden beträfen. Im Verlaufe der daran ſich knüpfenden Discuſſion, die zu keinem weiteren Reſultate führte, äußerte Lord Ruſſell, er habe an dieſem Tage (den 6.) den Commandanten des nördlichen Diſtrikts geſehen, und es ſei ihm angenehm geweſen, von dieſem zu vernehmen, daß er mit dem Zuſtande desſelben gegenwärtig beſſer zufrieden ſei, als er es vor einiger Zeit geweſen. Um Pfingſten ſchienen dagegen die Verſammlungen einen beunruhigenderen Character annehmen zu wollen. — In derſelben Sitzung wurde von dem Kanzler der Schatzkammer eine Bill eingebracht, um 70,000 Pf. aus den der Krone zuſtehenden Grundrenten zum Bau von Ställen und einer Reitbahn in Windſor zu bewilligen, wobei der Miniſter bemerkte, daß häufige Bewegung zu Pferde für die Geſundheit der Königinn unumgänglich nothwendig ſei. Die Bill wurde gleich zum erſten Male verleſen.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 7. Juni wurde die Jamaica-Bill pro forma in den Ausſchuß gebracht, nachdem ein Rechtsgelehrter, Hr. Burge, als Anwalt der Gegner der Maaßregel, eine drei Stunden lange Rede an den Schranken des Hauſes zu Gunſten des Verſammlungshauſes von Jamaica gehalten hatte. Hr. Grote kündigte zum 18. ſeine alljährlich wiederholte Motion zu Gunſten der geheimen Abſtimmung an.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 7. Juni brachte der Marquis von Londonderry die rückſtändigen Forderungen der engliſchen Legion an die ſpaniſche Regierung zur Sprache, worüber Lord Melbourne baldmöglichſt die nöthige Auskunft zu geben verſprach, indem er vorläufig ſchon bemerkte, daß, wie er glaube, bedeutende Fortſchritte in der Liquidirung dieſer Anſprüche gemacht worden ſeien. — Lord Lyndhurſt veranlaßte darauf eine lange, ohne unmittelbares Reſultat bleibende Discuſſion über die Nothwendigkeit, die Zahl der Richter in dem Kanzleigerichtshofe zu vermehren.

Der Standard vom 8. d. M. ſpricht wiederholt von der nahe bevorſtehenden Reſignation Lord Melbourne's, mit dem Beiſatze, ſie habe bereits Statt gefunden, werde aber nicht eher bekannt gemacht werden, bis ſich ſein Nachfolger gefunden habe.

Den Londoner Blättern wird ohne Angabe der Quelle die Nachricht mitgetheilt, daß das Fort San Juan d'Ulloa am 6. April von den franzöſiſchen Truppen geräumt worden ſei, und daß die mexicaniſche Fahne wieder auf den Mauern desſelben wehe.

Conſols am 8. Juni 94⅛.

Rußland.

Berliner Blätter melden aus St. Petersburg vom 6. Juni: „Auf unſerer Eiſenbahn hat ſich am 2. Juni ein trauriger Unglücksfall ereignet. Um halb 2 Uhr ſetzten ſich von Pawlowsk 21 Wägen, von denen 16 mit Paſſagieren gefüllt, die erſten 5 aber nur mit einigen, bei der Ei-

senbahn angestellten Personen besetzt waren, in Bewegung. Eine Maschine zog und eine andere schob. Der Buffer an einer der leeren Equipagen sprang, die Wägen trennten sich und als nun der hintere Theil mit dem vordern wieder zusammenstieß, wurde ein Vorderwagen vorn aus der Schiene herabgestoßen und zog die übrigen nach sich. Von den in dem ersten Wagen befindlichen Personen verloren der Director der Eisenbahn Hr. Faßmann, und der Conducteur Busch das Leben. Der Collegienregistrator Witt brach ein Bein, als er aus dem Wagen springen wollte. Von den übrigen Personen wurde Niemand beschädigt. — Der Generallieutenant D. W. Dawidow, rühmlich bekannt aus den Kriegen gegen Frankreich, gegen die Perser und Polen, Schriftsteller und Dichter, ist auf seinem Gute bei Simbirsk gestorben. — Der beliebte Schauspieler Djur, die Zierde unsers Nationaltheaters, ist am 23. v. M. hier mit Tod abgegangen."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 10. Juni enthält über die bisherigen Verhandlungen der zweiten Kammer der auf den 28. Mai d. J. wieder berufenen allgemeinen Ständeversammlung folgende Privatmittheilungen, die sie als vollkommen zuverlässig ansehen zu dürfen glaubt, und sich daher zu veröffentlichen beeilt:

„Die zweite Kammer hat, wie bereits in der Hannoverschen Zeitung gemeldet worden, wegen verspäteter Ankunft mehrerer Mitglieder und wegen Krankheit einiger andern, ihre Geschäfte erst am 6. Juni beginnen können, und war in den frühern Sitzungen, außer der Beeidigung mehrerer neuer Mitglieder, außer der Verlesung einiger königlichen Schreiben, das Budget und sonstige Finanzgegenstände betreffend, und außer der Entgegennehmung mehrerer zur Relation des Hrn. Generalsyndicus verstellten Eingaben, etwas Wesentliches nicht vorgenommen worden.

Am 6. Juni zeigte sich das bisherige Hinderniß des Anfangs der Verhandlungen beseitigt, und wurden daher nach eröffneter förmlicher Sitzung

1) von zwei Mitgliedern zwei verschiedene jedoch im Wesentlichen dahin zusammentreffende Anträge gemacht:

„daß Sr. Majestät der König ersucht werden mögen, zum Zwecke einer gütlichen Vereinbarung über die Verfassungsfrage, welche gütliche Vereinbarung als durchaus nothwendig oder doch im höchsten Grade wünschenswerth sich darstelle, den Ständen wiederum Verfassungsvorschläge vorzulegen, und in Beziehung darauf die gegenwärtig in zweiter Kammer nicht vertretenen Corporationen zur Wahl von Deputirten anderweit auffordern zu lassen."

Diese Anträge wurden mehrfach unterstützt und daher auf die Tagesordnung gesetzt.

2) Hiernächst hielt der Herr Generalsyndicus, nach Verlesung der einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen, Vortrag über den größern Theil der von dem königlichen Cabinete mitgetheilten und für gültig erachteten Vollmachten der seit der letzten Vertagung in beide Kammern neu eingetretenen Deputirten, wobei die Vollmachten einiger neuen Mitglieder erster Kammer mit dieser für genügend erkannt wurden.

Die in zweite Kammer neu eingetretenen Mitglieder anlangend, welche mit Vorbehalt der Prüfung der Vollmachten, in den früheren Sitzungen successive beeidigt waren, so wurden auf den Vortrag des Herrn Generalsyndicus die Vollmachten des Deputirten der Stadt Verden, zweier Deputirten der Hoyaschen und Diepholzschen Freien, zweier Deputirten des dritten Ostfriesischen Standes, der beiden Deputirten der Gottingenschen und Grubenhagenschen Grundbesitzer, des Deputirten des zweiten Wahldistricts für die Lüneburgschen Grundbesitzer, des Deputirten der Bergstädte Clausthal und Zellerfeld und des Deputirten der Stadt Aurich als genügend angenommen, indem sich bei denselben etwas Wesentliches überall nicht zu erinnern fand.

Dagegen erhob der Hr. Generalsyndicus Zweifel gegen die sofortige Anerkennung der Richtigkeit der Vollmachten für vier andere Deputirte, von denen übrigens zwei noch gar nicht eingetreten waren, und zwar deßhalb, weil die Zahl der Unterschriften der Wahlmänner unter den Vollmachten mehr oder weniger hinter der Zahl zurückbleibe, welche unter den früheren Vollmachten der Deputirten derselben Wahldistricte befindlich sei. Es wurde daher darauf angetragen, diese Wahrnehmung dem königlichen Cabinete mitzutheilen, und um Erläuterung der aus derselben entstehenden Zweifel zu ersuchen, ein Antrag, welcher nach längerer Discussion mit der Modification „um baldigste nähere Erläuterung zu ersuchen" von überwiegender Majorität angenommen wurde.

Uebrigens erkannten auch diejenigen Mitglieder, welche die Gültigkeit der Vollmachten durch deren Unterzeichnung von der absoluten Majorität der im Wahltermine erschienenen Wahlmänner als wesentlich bedingt ansehen zu müssen glaubten, und daher jenem Antrage nur in Ermangelung genügender Aufklärung über diesen Punct beigetreten waren, vollkommen an, daß nach dem §. 1 des bestehenden Reglemens vom 14. December 1819 die Entscheidung über etwanige Zweifel gegen die Gültigkeit der Vollmachten nur der Regierung zustehe, und daß, bis etwa durch eine solche Entscheidung die Vollmacht für ungültig erklärt worden, der von der Regierung zugelassene Deputirte als vollkommen legitimirt zu betrachten, und gleich jedem andern Mitgliede an den Verhandlungen und Abstimmungen Theil zu nehmen reglements- und observanzmäßig befugt sei.

Unter einstweiliger Aussetzung des Vortrags über eine andere Vollmacht, gegen welche ganz kürzlich eine Protestation eingegangen war, wandte man sich sodann der Tagesordnung gemäß

3) zur erstmaligen Berathung über das königliche Schreiben vom 28. Mai d. J., den Haushalt der königlichen Generalcasse d. 1837/39 und das Budget pro 1839/40 betreffend, nach dessen Verlesung zunächst ein von erster Kammer schon früher mitgetheilter im Wesentlichen dahin gehender Beschluß verlesen ward:

„Sämmliche Steuern nach den bestehenden Gesetzen, jedoch nach Abzug des mittelst besondern königlichen Schreibens vom 28. Mai d. J. beantragten anderthalbmonatlichen Erlasses an der Personen- und Gewerbesteuer für die in der 7. bis zur 12. Classe der Personensteuer stehenden Steuerpflichtigen für das bevorstehende Rechnungsjahr 1839/40 zu bewilligen, und das Ausgabebudgets anlangend, mit Rücksicht auf die dermalige geringe Zahl der Mitglieder zweiter Kammer, auf den nahe bevorstehenden Anfang des neuen Rechnungsjahres und auf die Unmöglichkeit, unter solchen Umständen jetzt auf die königliche Proposition vom 15. Februar d. J. das Finanzwesen betreffend, hineinzugehen, das Ausgabebudget der Generalcasse pro 1837/38 in dem Maaße, wie solches pro 1838/39 laut Erklärung der Stände vom 6. April v. J. modificirt worden, auch pro 1839/40 zu prolongiren."

Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß unter den obwaltenden Umständen der Beitritt zu diesem Beschlusse erster Kammer, zumal in Erwägung des vorhin gestellten Antrags auf Wiedervorlegung von Verfassungsvorschlägen, die einzigthunliche oder doch zweckmäßige Maaßregel sei, und wurde daher dem Beschlusse erster Kammer jedoch mit dem auch bei der vorigjährigen Budgetsbewilligung beliebten Zusatze, „daß diese Bewilligung geschehe, ohne weder die Rechte Sr. Majestät des Königs noch die Rechte der Stände irgend alteriren zu wollen," einstimmig beigetreten, und damit die erstmalige Berathung und Abstimmung über das Budget pro 1839/40 erledigt.

In der Sitzung vom 7. Juni wurde zuvörderst vom Präsidio der Eingang verschiedener Petitionen angezeigt, welche dem Hrn. Generalsyndicus zum Vortrage überwiesen wurden.

Alsdann referirte derselbe über die Vollmacht des Deputirten der Grafschaft Hohnstein, und über die gegen dessen Zulassung von einigen Wählern eingebrachte Protestation mit dem Antrage, die ordnungsmäßig ausgestellte Vollmacht für genügend anzusehen, und wegen der in keiner Hinsicht erheblichen Protestation zur Tagesordnung überzugehen.

Dieser Antrag ward einstimmig angenommen.

Alsdann schritt man zur zweiten Berathung über das Budget für 1839/40. und ward nach kurzer Discussion der Beschluß vom 6. d. M. unter Dissens eines Mitgliedes wiederholt, womit das Ausgabebudget durch zweimalige Abstimmung definitiv bewilligt war.

Die wegen der Steuerbewilligung reglementsmäßig erforderliche dritte Berathung und Abstimmung wurde für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt.

Auf eine deßfallsige Anfrage eines Mitgliedes erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß bei der dermaligen Unthunlichkeit einer Prüfung und Vergleichung der einzelnen Positionen des Ausgabebudgets, die Bewilligung der Totalsumme des laufenden Budgets mit der Facultät für die Regierung, die eine Position nöthigenfalls durch die andere zu decken, in der Absicht liege.

Der Tagesordnung gemäß kamen hiernächst die beiden in der Sitzung vom 6. Juni gestellten Anträge — die Wiedervorlegung von Verfassungsvorschlägen betreffend — zu der einstimmig beschlossenen Berathung. Der erstere dieser beiden Anträge ward, weil er im Wesentlichen mit dem andern nur etwas ausführlicher zusammenfiel, von dem Hrn. Proponenten bald zurückgenommen, und ward sodann der übrig gebliebene Antrag, mit einigen im Laufe der Discussion von dem Proponenten adoptirten Verbesserungen in der Fassung, dahin gestellt:

„Sr. Majestät den König zu ersuchen, die Stände, sobald das Budget genehmigt worden, zu vertagen, und bei demnächstiger Wiederversammlung der Stände, deren Vervollständigung möglich zu veranlassen seyn dürfte, Vorschläge zur Erledigung der Verfassungsangelegenheiten zur freien Berathung vorzulegen.

Stände erlauben sich dabei den Wunsch auszusprechen, daß bei nochmaliger Aufforderung zur Wahl der Deputirten den betreffenden Corporationen die Eröffnung gemacht werden möge, daß aus der vorzunehmenden Wahl nicht gefolgert werden solle, daß dadurch von Seiten der Corporation die Verfassung von 1819 anerkannt werde."

Die Tendenz dieses Antrags ward von dem Herrn Proponenten durch einen kurzen Vortrag unter Hinweisung auf die dermalige Lage der Dinge, insbesondere auf die Nothwendigkeit baldigster Beseitigung der herrschenden Aufregung, und auf das dringende Bedürfniß einer Vereinbarung mit Sr. Majestät dem Könige, durch welche allein den dermaligen Zerwürfnissen ein heilsames Ziel gesetzt werden könne, die beantragte Vertagung hauptsächlich dadurch motivirt, daß in der zweiten Kammer gewiß allgemein der Wunsch herrschen werde, die jetzt nicht vertretenen Corporationen an dem Werke des Friedens Antheil nehmen und dadurch das Vertrauen des Landes in die Ständeversammlung wesentlich verstärkt zu sehen.

Der Antrag an sich und dessen Tendenz fand in der Versammlung die allgemeinste Billigung, und war man namentlich auch darüber einverstanden, daß dem königlichen Cabinete die Ergreifung jedweden zu Gebote stehenden Mittels, eine zahlreichere mehr Vertrauen genießende zweite Kammer für die Berathung der Verfassungsfrage zu schaffen, dringend empfohlen werden müsse. In letzterer Beziehung ward von dem Herrn Proponenten und von Seiten mehrerer ihm beistimmender Mitglieder insbesondere auf den Schluß des Antrags Gewicht gelegt, und von anderweitiger Aufforderung zur Wahl nur in dem Falle, aber auch dann mit großer Hoffnung Erfolg erwartet, wenn den Wahlcorporationen die anheimgegebene Eröffnung gemacht werde.

Obwohl nun von mehreren Seiten erhebliche Zweifel gegen den Eintritt der von einer solchen Eröffnung erwarteten guten Folgen geäußert wurden, weil nicht allein die aus der Wahl zur Ständeversammlung von dem königlichen Cabinete gezogenen Schlüsse, sondern noch manche andere Gründe, insbesondere die Hoffnung, auf andere Weise am Ende vollständig durchzudringen, die Wahlcorporationen von der Wahl zurückgehalten haben, daneben auch von andern Mitgliedern dieses Mittel, fernere Wahlen zu veranlassen, für ungenügend erachtet, und ein ernstliches Entgegenkommen der Regierung durch materielle Zugeständnisse in zu machenden Verfassungsvorschlägen für wesentlich erklärt ward, wenngleich der Regierung kein Rückschritt mit Erfolg werde anzusinnen, und im eigenen Interesse des Landes selbst auch den Schein einer Abnöthigung zu vermeiden sei:

So erhob sich doch Niemand gegen den Antrag an sich, und wurde derselbe, der Modification im Einzelnen vorbehaltlich, einstimmig angenommen.

Die dreimalige Berathung und Abstimmung über den Antrag war bei der besonderen Wichtigkeit desselben bereits beim Anfange der Discussion auf den Vorschlag mehrerer Mitglieder beliebt.

Die Sitzung ward damit beschlossen."

Wien.

Am 17. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821.	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	666⅔.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	267⅞.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM.	53⅞.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	66⅛.
Bankactien pr. Stück		in CM.	—.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Wittwe, Dorotheergasse Nr. 1108

№ 170

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 19. Juni 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 17. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27 6·5	283. 59. 3 p.	+ 17.6	NW.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.656	28 5 1	+ 23.5	NW.	schwach.	——
	10 Uhr Abends.	27.625	28 4 8	+ 18.3	NW.	——	Heiter.

Türkei.

Das neueste Journal de Smyrne vom 29. Mai (welches wir über Konstantinopel erhalten haben) gibt in einem Schreiben aus Bairut (Syrien) vom 13. obgedachten Monats folgende Nachrichten über die Bewegungen der türkischen Heeresabtheilungen in Asien, wobei man jedoch nicht vergessen darf, daß das obgedachte Journal in einer türkischen Hauptstadt erscheint: „Obschon die ottomannische Armee seit dem Uebergang eines Theils ihrer Avantgarde über den Euphrat keine Bewegung gemacht hat, welche auf feindliche Pläne deutet, und obgleich Ibrahim Pascha seinerseits formell erklärt hat, daß er sich auf der Defensive halten und nichts unternehmen werde, ehe er nicht angegriffen wird, so ist man hier doch in Besorgniß wegen der gegenseitigen Annäherung der beiden Heere, und Jedermann glaubt, daß sie sich nächstens in die Haare fallen werden. — Die ottomannische Armee ist noch immer längs dem östlichen Ufer des Euphrats gelagert, mit Ausnahme von 3 bis 4000 Mann, die bei Bir über den Fluß gegangen sind. Sie befindet sich im befriedigendsten, und hinsichtlich der Abrichtung der Mannszucht und Haltung wahrhaft bemerkenswerthen Zustande; sie ist gegen alle Strapatzen abgehärtet, vom besten Geiste beseelt und mit Allem vollkommen versehen. Nach den Gerüchten, die man hier über die mangelhafte Art der Organisation der türkischen Armee geflissentlich ausgestreut hatte, war man nicht wenig erstaunt, durch Berichte, die nicht in Zweifel zu ziehen sind, zu erfahren, daß sie sich in einem ganz andern Zustande, als man behauptet hatte, befindet, und der ägyptischen, wie an Zahl so auch in jeder andern Beziehung bei weitem überlegen ist. Sie hat Magazine auf allen Puncten der Straße, die sie durchzogen hat, und die verschiedenen Dienstzweige sind aufs regelmäßigste versorgt. — Ali Pascha von Bagdad ist, nachdem er sich überzeugt hatte, daß er von Churschid Pascha, der ein Armeecorps Mehmed Ali's in Arabien commandirt, und dreißig Tagmärsche von Bassora stand, nichts zu befürchten habe, an der Spitze von 18 bis 20,000 Mann, mit Mohammed Pascha von Mossul unter seinen Befehlen, aufgebrochen, und in Racca angelangt, von wo er sogleich Verbindungen mit dem Hauptquartier des Hafis Pascha (der das Haupteorps befehligt) anknüpfte. Die Erscheinung Ali Pascha's in der Nähe von Aleppo hat eine große Sensation in dieser Stadt erregt, die er vormals als Statthalter verwaltete und dort im ehrenvollsten Gedächtnisse steht. Auch Mohammed Pascha von Mossul ist in Syrien sehr geachtet und steht daselbst im Rufe ausgezeichneter Tapferkeit und militärischen Talentes. — Andererseits ist der Pascha von Marasch mit 15,000 Mann an die Gränze seiner Statthalterschaft gerückt, so daß, im Falle eines Krieges, Ibrahim Pascha zu gleicher Zeit auf drei Puncten von Streitkräften, die den seinigen überlegen und wenigstens eben so gut disciplinirt sind, angegriffen werden würde. — Endlich hat Hafis Pascha in der Gegend von Konieh ein Reservelager errichtet, das auf 50,000 Mann Infanterie und Cavallerie gebracht werden soll. — Ibrahim Pascha scheint das Gefährliche seiner Lage einzusehen, und bietet Alles auf, um dieselben Bevölkerungen, die er bisher so grausam und barbarisch behandelt hat, wieder für sich zu gewinnen. Er hat unlängst den Druſen von Hauran und Ledschia wichtige Zugeständnisse gemacht, welche beweisen, wie sehr er sich vor einer neuen Bewegung im Gebirge fürchtet; der wahre Grund einer solchen Condescendenz gegen Leute, die er stets nur als Räuber und Rebellen behandelt hat, ist für Jedermann einleuchtend. Die vorzüglichsten Zugeständnisse, die er ihnen gewährt hat, sind folgende: Keine Conscription, unter welcher Form oder Benennung es auch seyn mag; keine Auflagen; keine Frohndienste; die Freiheit, ihre eigenen Scheichs zu wählen; die Zusicherung, daß keine Befestigung in dem Theil des Gebirges, den sie bewohnen, angelegt werden soll; die Rückerstattung der Waffen, die man ihnen weggenommen hatte ꝛc. Dieser letztere Punct, auf welchem die Druſen lebhaft bestanden hatten, hat die Unzufriedenheit der Maroniten erregt, die nicht ohne ein lebhaftes Gefühl von Eifersucht diesen ihren natürlichen Nebenbuhlern gewährten Beweis von Vertrauen sehen konnten. — Ungeachtet dieser wichtigen Zugeständnisse, die ein unwiderleglicher Beweis von der Furcht Ibrahim Pascha's sind, zweifelt man dennoch sehr, daß er auf die Druſen rechnen könne; was den übrigen Theil von Syrien an-

langt, so ist er ganz zu Gunsten des Sultans gestimmt und äußert laut den Wunsch, daß die Feindseligkeiten beginnen mögen, in der Hoffnung, daß das Kriegsglück sich gegen ihre Unterdrücker wenden werde."

Aemtlichen Nachrichten aus Belgrad vom 13. d. M. zufolge hat der Fürst von Serbien, Milosch Obrenovich, sich veranlaßt gefunden, die bisher von ihm bekleidete Würde zu Gunsten seines ältern Sohnes niederzulegen.

Spanien.

Briefe aus Bayonne vom 6. Juni enthalten folgende Nachrichten vom Kriegsschauplatze: „Don Carlos befand sich am 2. d. M. noch in Durango. Espartero mit der Hauptabtheilung seiner Armee befestigte Orduña; Maroto seinerseits errichtete neue Verschanzungen auf der von ihm besetzten Linie von Amurrio nach Llodio. — Zwei Christinische Compagnien sind zu Ampuero, im Gebirge von Santander, von dem Commandanten des 7ten biscaischen Bataillons überfallen und übel zugerichtet worden. — Der Graf von Negri ist mit der Vertheidigung von Balmaseda, das stark befestigt wird, beauftragt. Simon Latorre wacht für die äußere Vertheidigung des Platzes. — In Durango lief das unverbürgte Gerücht, Cabrera habe sich Cuenca's (dessen Belagerung er bekanntlich unternommen hatte) bemeistert."

Spätere Briefe aus Bayonne vom 8. Juni geben Nachrichten aus Durango bis zum 6. des gedachten Monats. Beide Theile verhalten sich fortwährend ruhig; Espartero ließ die Peña d'Orduña, welche die Stadt beherrscht, befestigen. Ein Theil der Christinischen Division, welchen Espartero zu Nestosa gelassen hatte, war gegen Guriezo aufgebrochen, um sich der dortigen Kanonengießerei der Carlisten zu bemächtigen; allein der Gouverneur, der früh genug Kunde davon erhielt, steckte sie in Brand. — In Durango hatte man die Nachricht erhalten, daß es den Carlistischen Offizieren, die in Burgos gefangen saßen, gelungen sei, sich zu befreien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Madrid vom 3. Juni: „Es scheint, daß das neue französische Ministerium geneigt ist, die Sache der Königinn von Spanien kräftiger, als es die frühern thaten, zu unterstützen. Das Fehlschlagen der Bemühungen des Hrn. Zea Bermudez und der englischen Diplomatie, die nordischen Höfe zu Schritten, durch welche der Kampf auf der Halbinsel beendigt werden könnte, zu bewegen, war ein Triumph für das französische Cabinet, das sich nunmehr, mit Beiseitesetzung Englands, für den alleinigen Schiedsrichter dieser Wirren hält und erklärt. Zu diesem Behuf hat das französische Ministerium Hrn. Aguado bewogen, der spanischen Regierung Anerbietungen rücksichtlich eines neuen Anlehens zu machen. Ein in größter Eile bei der hiesigen französischen Botschaft eingetroffener Kurier, der ohnmächtig hier ankam, überbrachte dieselben, und ein spanischer Cabinetskurier geht diesen Abend mit der Antwort nach Paris ab. Die Ihnen gestern gemeldete Auflösung der Cortes wurde in Folge jener von Paris aus gemachten Mittheilungen beschlossen, indem das französische Cabinet hofft, vermöge der in Aussicht gestellten Geldhülfe, wie früher, einen Einfluß auf die bevorstehenden Wahlen auszuüben, und den ganz zu Frankreichs Gunsten gestimmten Moderirten die Oberhand zu verschaffen. Der bisherige provisorische Finanzminister, Hr. Ximenez, wird nunmehr dieses Ministerium definitiv übernehmen. — Luchana's Truppen standen noch am 30. in Berberana und Orduña. Castañeda soll mit 14 Bataillons die gewonnene Linie decken, während die Hauptarmee ihre Operationen fortsetzt. — General Ayerbe ist zum Generalcommandanten der in Arragonien operirenden Truppen ernannt worden, und am 31. von Cariñena mit der zweiten Division nach Montalban abmarschirt. Der General Amor und der Brigadier Amarillas sind dagegen von der Armee abberufen worden und bereits hier angekommen."

Großbritannien und Irland.

Am 5. Juni hielt die Königinn ein großes Lever, welches außerordentlich zahlreich besucht war, und wobei Ihrer Majestät der Fürst Galitzyn nebst seinem Sohne, der Attaché der russischen Botschaft, Hr. von Stekel, der türkische Geschäftsträger Ali Efendi, der bei der türkischen Botschaft zu Wien angestellte Botschaftsrath Maurojeni, der belgische Geschäftsträger am portugiesischen Hofe, Baron von Dieskau, und der chilische Geschäftsträger in Paris, Hr. Rosales, vorgestellt und sodann eine große Menge von Adressen aus allen Theilen des Landes mit Hinsicht auf die letzte Ministerkrisis überreicht wurden. Am 6. Abends gab die Herzoginn von Glouceſter in ihrem Pallaste einen glänzenden Ball, welchem Ihre Majestät die Königinn in Begleitung der Herzoginn von Kent, der Herzog Ferdinand von Sachsen-Coburg und seine Familie und der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar beiwohnten.

In der Sitzung des Unterhauses vom 7. Mai wünschte Hr. Sugden vom Kanzler der Schatzkammer zu erfahren, ob die Regierung in Betreff der auswärtigen Lotterien Schritte zu thun gedenke. Diese Lotterien würden beständig in England angekündigt, und es kämen zum großen Nachtheil des Publicums viel Briefe deßhalb vom Auslande; er halte das gegenwärtige Verfahren für eine bloße Umgehung des Gesetzes. Hr. Spring-Rice erwiederte, die Regierung habe diesem Gegenstande ernstliche Aufmerksamkeit gewidmet und bereits vor zwei Jahren eine Bill zur Abstellung dieses Uebels eingebracht, jedoch dieselbe zurückgenommen, da man die Ueberzeugung gewonnen, daß sie nicht durch-

gehen werde. Er sei indeß bereit, das gegenwärtige Gesetz wo möglich zu verbessern, doch habe dieß große Schwierigkeiten, da es so viele Mittel gebe, ein solches Gesetz zu umgehen. Hierauf erschien Hr. Burge, Anwalt der Pflanzer und Kaufleute, die bei den Interessen der Insel Jamaica betheiligt sind, vor den Schranken des Hauses und ließ sich gegen die neue Jamaica-Bill vernehmen. Nach Beendigung seiner Rede wurde die Bill pro forma an den Ausschuß verwiesen, nachdem Hr. Labouchere erklärt hatte, er habe zwar gesagt, die Bestimmungen der Bill würden dem Versammlungshause hinlängliche Gelegenheit zur Erlassung von Gesetzen darbieten; er finde jedoch jetzt, daß die Worte der zweiten Clausel, welche sich darauf bezögen, dieß nicht so deutlich aussprächen, wie es zu wünschen sei; er werde daher im Ausschuß darauf antragen, dieselben zu ändern. Sir C. Sugden bemerkte hierauf, daß er seinerseits im Ausschuß vorschlagen werde, die erste Clausel ganz wegzulassen und in Betreff der zweiten Clausel darauf anzutragen, daß die darin dem Gouverneur und seinem Rath verliehene Gewalt nur dann eintreten solle, wenn das Versammlungshaus es unterlassen hätte, bis zu einem später festzusetzenden Tage die außer Kraft getretenen Gesetze wieder zu erneuern oder durch andere zu ersetzen.

Die Morning-Chronicle will wissen, daß die Minister gesonnen seien, die Frage wegen der geheimen Abstimmung zu einer offenen Frage zu machen, und daß man binnen kurzem einer officiellen Anzeige darüber entgegensehen könne. Einige zweifeln zwar hieran, weil bei der neulich von dem Grafen von Winchilsea im Oberhause angeregten Debatte über die ministerielle Politik in den gegenseitigen Aeußerungen Lord Melbourne's und des Herzogs von Wellington, welcher letztere eine sehr versöhnliche Sprache führte, eine Art von Verständniß zwischen dem Ministerium und den gemäßigten Tories sich auszusprechen schien, und weil man auch aus der Rede, welche Lord John Russell in der Unterhaussitzung vom Dinstag bei Gelegenheit des Fleetwood'schen Antrages gehalten, und aus der Art, wie Sir R. Peel dieselbe aufgenommen und ausgelegt, eine starke Hinneigung des ersteren zum Conservatismus wollte hervorblicken sehen, wie denn die Radicalen, die an jenem Abend das Wort nahmen, geradezu eine Coalition zwischen den Tories und Whigs, mit Ausmerzung der äußersten Enden beider Parteien, in Aussicht stellten; aber der Courier erklärt eine solche Coalition für eine völlige Unmöglichkeit und bemerkt über die Frage wegen der geheimen Abstimmung und über Lord John Russells Gesinnungen: „Wir sind überzeugt, daß man hinsichtlich jener Frage gar keinen Zweifel zu hegen braucht, wiewohl wir nicht gerade ermächtigt sind, darüber etwas Bestimmtes zu erklären. Zwar wird man es wohl nicht förmlich ankündigen, daß die geheime Abstimmung zu einer offenen Frage gemacht werden solle, aber es ist nicht minder gewiß, daß man wieder in demselben Geiste handeln wird, wie im Februar vorigen Jahres, wo mehrere Mitglieder, welche hohe und verantwortliche Aemter bekleiden, für diese Frage stimmen durften, so daß die letztere, der Sache nach, schon damals wie eine offene Frage betrachtet wurde. Sehr freuen würde es uns, wenn wir Lord John Russell unter denjenigen Cabinetsmitgliedern fänden, deren Ansichten sich zu Gunsten der geheimen Abstimmung gewendet. Daß Lord John Russell einem jeden Mitgliede des Cabinets völlige Meinungsfreiheit über die geheime Abstimmung gestattet und zugibt, daß dieselbe zu einer offenen Frage gemacht werde, das beweist die Abstimmung im vorigen Jahre. Er könnte indeß wohl noch einen Schritt weiter gehen und zugeben, daß ein Versuch zur Abstellung der Uebel gemacht werde, die er so sehr beklagt. Wir sind von der deutlichen Entschiedenheit seiner Erklärung in Bezug auf die Reform der Reformbill überzeugt, ungeachtet die Tories derselben einen Torycharacter aufzuprägen und das Publicum darüber zu mystificiren suchen." Die Morning-Chronicle sagt in letzterer Beziehung ebenfalls: „Die Rede Lord John Russells wirft mit einem Male ein Licht auf die Ursache des von uns, so wie von den Reformern im Allgemeinen gehegten Mißverständnisses in Betreff der persönlichen Meinungen Sr. Herrlichkeit, insofern dieselben sich von denen des Cabinets unterscheiden, welches er im Unterhause repräsentirt. Wenn die Sache der Reform nicht fortschreitet, so ist es nicht die Schuld Lord John Russells. Seine ärgsten Feinde, wenn er überhaupt deren hat, werden einen Mann, dessen Redlichkeit sprüchwörtlich geworden ist, nicht der Unredlichkeit beschuldigen wollen, und wir können daher fest darauf vertrauen, daß er wirklich die Ansichten über die fortschreitende Reform hegt, die er am Dinstag ausgesprochen hat. In der Stunde der Prüfung wird Lord John Russell gewiß nicht zurückbleiben." In Bezug auf die einige Abende vorher im Oberhause von Lord Melbourne abgegebenen Erklärungen sagt jetzt auch der ministerielle Globe, er sei überzeugt, daß fortschreitende Reform den Gang des Ministeriums bezeichnen werde, und er glaube, daß man diesem Ausdruck eine sehr liberale Deutung geben könne; durch den Plan, das Briefporto herabzusetzen, habe man der öffentlichen Meinung bereits ein Zugeständniß gemacht und damit ein Unterpfand für die Bereitwilligkeit des Ministeriums zur Einführung practischer Verbesserungen in alle Verwaltungszweige gegeben; eben so würden auch gewiß mit Zustimmung und Unterstützung des Ministeriums Maaßregeln zur Begünstigung und Erweiterung des Grundsatzes der Volksvertretung vorgeschlagen werden, die, ohne dem Princip der Reformbill zu nahe zu treten, dem Volke die Wohlthaten sichern dürften, die dieses Gesetz ihm zugedacht habe, die aber durch die Umtriebe der Oligarchie sehr geschmälert worden.

Die Times macht in ihrem neueſten Blatte vom 8. Juni auf den Widerſpruch in den liberalen Blättern aufmerkſam, die den einen Tag daran verzweifeln, von dem jetzigen Miniſterium weitere Reformen zu erlangen, den andern wieder die zuverſichtlichſten Hoffnungen auf Lord John Ruſſell und von ihm wenigſtens, wenn auch nicht von Lord Melbourne, weitere Reformen erwarten. Am Donnerſtag noch meinte die Morning-Chronicle, das von dem Miniſterium gebrauchte Wort „fortſchreitende Reform" ſei eine leere Fiction, man heuchle den Fortſchritt nur, werde ihn aber niemals verwirklichen, das jetzige Miniſterium ſcheine ſich nun einmal nicht an die Spitze der liberalen Partei ſtellen zu wollen, und es gewähre, im Ganzen genommen, keine Ausſicht, welche die große Maſſe der Reformer um daſſelbe ſammeln könnte; es kehre zu ſeiner früheren furchtſamen und temporiſirenden Politik zurück, und es habe ſich ſelbſt, in ſeiner gegenwärtigen Zuſammenſetzung, zu einem zweiten Sturz verurtheilt, von dem keine Wiederauferſtehung erfolgen werde. *) Hierin ſchien alſo die Andeutung zu liegen, daß eine Umgeſtaltung des Cabinets in liberalerem Sinne, etwa unter Leitung des Marquis von Normanby, Statt finden müſſe. Es war daher auffallend, daß die „Chronicle" geſtern ſich mit einem Male wieder ſehr eifrig für Lord John Ruſſell ausſprach, indem ſie bemerkte, daß es an ihm ſicher nicht liege, wenn die Reform nicht weiter fortſchreite, während nach dem Briefe, welchen dieſer Miniſter vor kurzem an ſeine Conſtituenten gerichtet, ihm mindeſtens eben ſo conſervative Geſinnungen zugeſchrieben wurden, als dem Premierminiſter. Die Times glaubt denn auch, daß die „Chronicle" ſich gewaltig täuſche, wenn ſie ſich eine Unterſtützung der geheimen Abſtimmung von Seiten Lord J. Ruſſells verſpreche, oder wenn ſie ſich einbilde, daß Lord J. Ruſſell in ein mit Ausſchließung Lord Melbourne's gebildetes Normanby'ſches Cabinet eintreten würde, welches auf die drei bedeutendſten radicalen Forderungen, die geheime Abſtimmung, die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Hauswirthe und die dreijährige Parlamentsdauer, einzugehen geneigt wäre.

Nachdem das Miniſterium ſeinen Plan zur Errichtung einer Normalſchule für den Volksunterricht, der von Seiten der herrſchenden Kirche auf ſo heftigen Widerſtand geſtoßen iſt, ganz aufgegeben hat, ſoll, wie verlautet, die beantragte Subſidie von 30,000 Pf. unter die beiden von der Regierung unabhängigen Geſellſchaften zur Beförderung des Volksunterrichts vertheilt werden, unter die National-Schulgeſellſchaft, und die brittiſche und auswärtige Schulgeſellſchaft, von denen die erſtere in religiöſer Beziehung nach den ausſchließenden Grundſätzen der herrſchenden Kirche, die letztere aber nach dem Grundſatze allgemeiner Toleranz verfährt.

*) Vergl. unſer vorgeſtriges Blatt.

Zu Liverpool fand am 30. v. M. ein heftiger Streit unter den Schiffszimmerleuten Statt, die ein großes Feſt feierten und in Prozeſſion mit Bannern, auf denen die Orangiſten-Farben prangten, durch die Stadt zogen. Die Katholiken wurden dadurch aufgebracht, und es fielen ſchon während des Umzuges Streitigkeiten vor. Am Abend aber fand in Park-Lane und in der Nähe der St. James-ſtraße ein heftiger Kampf Statt, wobei mehrere Perſonen ſchwer verwundet wurden. Am folgenden Tage erneuerten ſich dieſe Scenen theilweiſe, doch wurde durch das kräftige Einſchreiten der Obrigkeit die Ruhe wieder hergeſtellt.

Nach Berichten aus Braſilien iſt in Rio Grande eine Revolution ausgebrochen, ein Ereigniß, das längſt erwartet wurde, und dem man auch keine große Wichtigkeit beilegt, weil man der baldigen Unterdrückung desſelben gewiß zu ſeyn glaubt.

Nach Berichten aus Canton vom 22. Jänner ſcheint eine Ausgleichung mit den dortigen Behörden zu Stande kommen zu wollen.

Frankreich.

Durch königliche Ordonnanz ſind die HH. Jacques Lefebvre und Benjamin Deleſſert aus der von der Deputirtenkammer vorgelegten Candidatenliſte zu Commiſſären für die Beaufſichtigung der Staatsſchulden-Tilgungscaſſe ernannt worden.

In der Sitzung der Pairskammer vom 10. Juni erklärte der Berichterſtatter der Commiſſion, daß ihrer Anſicht nach an den Artikeln 9, 10 und 11 des Geſetzentwurfs über die Ehrenlegion, die Einſetzung eines Verificationsconſeils betreffend, nichts zu ändern ſei, die Commiſſion ſchlug alſo der Kammer wiederholt deren Annahme vor. Der Marſchall Soult proteſtirte abermals dagegen und behauptete, die Organiſation eines ſolchen Großraths der Ehrenlegion ſei gegen den Artikel 63 der Charte. Es begann nun eine lange Discuſſion, an welcher die HH. Mounier, Villemain und Pelet de la Lozère Theil nahmen. Die Kammer nahm ungeachtet der Proteſtationen der Miniſter die Artikel 9, 10 und 11 an. Der Artikel 12 war von der Commiſſion verändert worden, und lautete: „Jede Ordonnanz einer Ordensernennung wird vor ihrer Bekanntmachung dem Großkanzler vorgelegt, damit der Großrath verificire, ob die vom Artikel 1 beſtimmte Gränze nicht überſchritten, und die von den Artikeln 3 und 5 vorgeſchriebenen Bedingungen erfüllt worden." Die Pairskammer entſchied ſich auch für die Annahme dieſes Artikels.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. Juni entwickelte H. Chapuys de Montlaville ſeinen Antrag auf eine Beiſetzung der ſterblichen Reſte der Juliopfer unter der Säule auf dem Baſtilleplatze. Der Miniſter des Innern wünſchte, daß man den Antrag in Erwägung ziehe, dagegen der Regierung die Zeitbeſtimmung überlaſſe, wann die Verſetzung der Gebeine Statt finden ſollte. Die Kammer entſchied einſtimmig, den Antrag in Erwägung zu ziehen. (Bewe-

gung.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten legte einen Gesetzentwurf vor, nach welchem der Eisenbahngesellschaft von Paris nach dem Meere gestattet werden soll, die Bahn von Paris nach Pontoise zu beginnen. Wenn im Laufe der nächsten Session noch kein Gesetz die Anlegung einer Eisenbahn von Paris nach dem Meere regulirt, ist die Gesellschaft ihrer Verbindlichkeiten entledigt, und in diesem Falle kann der Staat den vollendeten Theil des Weges an sich kaufen. Ein anderer vorgelegter Entwurf enthält ganz ähnliche Bestimmungen in Betreff der Eisenbahn von Paris nach Orleans. Die Kammer beschloß, die Untersuchung dieser Gesetzentwürfe zwei verschiedenen Commissionen zuzuweisen.

Der Gouverneur von Martinique, Contreadmiral de Mèges, hat, um der Noth der Pflanzer abzuhelfen, den wichtigen Beschluß gefaßt, die directe Ausfuhr von 4000 Fässern Zucker unter jeder Flagge zu erlauben, eine Maaßregel, wodurch der französischen Schifffahrt ein ihr nach den bisherigen Vorschriften zustehender Transport, und dem Staatsschatze eine Einnahme, auf die er rechnen durfte, entgeht.

Ueber den Ausgang des Streites zwischen Frankreich und Mexico sind die Oppositionsblätter sehr einsylbig; die Journale der Regierung schweigen ganz. „Aus diesem Schweigen," sagt der Commerce, „welches wir, da es wichtige Motive haben kann, nicht angreifen wollen, sind wir genöthigt zu schließen, daß es mit folgenden Dingen seine Richtigkeit hat: 1) daß das Fort San Juan d'Ulloa von unsern Truppen geräumt worden, bevor der Commandant unserer Flotte die dem französischen Ministerium unumgänglich nothwendige Ratification erhalten hat oder erhalten konnte; 2) daß der Marschall Soult und der Admiral Duperré den Fall so schwierig fanden, daß sie die Verantwortlichkeit nicht über sich nehmen wollten; 3) daß der Tractat noch nicht ratificirt ist. — Das Ministerium beharrt auf seinem Schweigen über diese Umstände, obwohl wir schon vor einigen Tagen um Aufschluß hierüber gebeten."

Der Commerce fügt seinen letzten Mittheilungen über die Erklärungen des Präsidenten des Conseils in Bezug auf die Ausdehnung des der constitutionnellen Sache in Spanien von Seite Frankreichs zu leistenden Beistandes noch bei, Marschall Soult sei in seinen Erklärungen so weit gegangen, zu versichern, daß das französische Cabinet kein Mittel von der Hand weisen werde, welches nöthig seyn dürfte, um den Sieg der constitutionnellen Sache zu sichern.

Das Journal des Debats erklärt die Angabe anderer Blätter, Hr. Saint-Marc-Girardin sei, mit einer politischen Mission beauftragt, nach dem Orient abgereist, für unwahr.

Der Moniteur vom 12. Juni (den wir am Schlusse unseres Blattes durch außerordentliche Gelegenheit erhalten) erklärt die vom Journal de Paris gegebene Nachricht von einer Emeute, die in Lyon Statt gefunden haben sollte, für rein erdichtet.

Am 10. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 70. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 80 Fr. 5. — Am 11. Juni 5Percents 111 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 50. 3Percents 80 Fr. 10. Fin Courant geschlossen zu 88 Fr. 80. — Am 12. Juni 5Percents 111 Fr. 60. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 45. 3Percents 79 Fr. 80. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 75.

Niederlande.

Nachrichten aus dem Haag vom 9. Juni zufolge hat die Regierung das Nöthige angeordnet, daß sowohl beim Heere als in andern Zweigen des Kriegsdepartements gegen den 15. d. M. Alles auf den Friedensfuß gesetzt werde. Zur Ausfertigung der Verfügungen wird bloß noch das Eintreffen der Ratificationen aus London abgewartet.

Belgien.

Der Moniteur Belge vom 8. Juni enthält: 1) das Gesetz, wodurch der König autorisirt wird, die Tractate in Bezug auf die Trennung Belgiens und Hollands, in Gemäßheit der Acten vom 23. Jänner 1839, unter solchen Clauseln, Bedingungen und Vorbehalten abzuschließen und zu unterzeichnen, wie Se. Majestät sie im Interesse des Landes für nothwendig und nützlich erachte; 2) das Gesetz in Betreff der Limburger und Luxemburger; 3), 4), 5) Gesetze über die richterliche und administrative Umgränzung der belgischen Antheile von Luxemburg und Limburg; 6) das Gesetz über die Abänderungen des Wahlgesetzes für die Provinzen Limburg und Luxemburg; 7) das Gesetz über die Reorganisirung der Provinzialconseils von Limburg und Luxemburg; 8) das Gesetz über die Abänderung des Zolltarifs; 9) das Gesetz über die Zurückzahlung des Scheldezolles; 10) das Gesetz über den an Holland zu zahlenden Antheil an der Schuld; 11) das Gesetz, wodurch dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten ein Credit von 300,000 Fr. für die Ausführung des Tractats bewilligt wird; 12) das Gesetz in Betreff der fremden Offiziere; 13) das Gesetz über das Lootsenwesen; 14) das Gesetz, wodurch die Milizen aus den Jahren 1832 bis 1834 zur Verfügung der Regierung gestellt werden; 15) das Gesetz, wodurch der Zeitpunct für die Ausführung der Gesetze in Betreff der richterlichen Begränzung von Limburg und Luxemburg festgesetzt wird; 16) einen königlichen Beschluß, wodurch die königlichen Wahlcollegien von Dixmude, Furnes und Ostende zur Erwählung zweier Senatoren auf den 25. Juni einberufen werden.

Se. Majestät der König ist am 8. Juni Früh um zehn Uhr in Begleitung des Secretärs der Civilliste, Hrn. Conway, nach dem Schlosse Ardenne abgereist, wo man seit einiger Zeit mit dem Bau eines neuen Gebäudes beschäftigt ist, von dem die Fundamente und

die Keller bereits fertig sind. Der König wird am 10. den Grundstein legen, der aus schwarzem Marmor verfertigt worden ist und die Form eines Koffers hat, um Gegenstände von Werth hineinlegen zu können.

Man versichert, Hr. Strens, Obercontrolleur der Eisenbahn, welcher am 7. Abends aus London in Brüssel angekommen ist, überbringe Depeschen von Hrn. van de Weyer und eine Note der Conferenz, worin dieselbe auf die schnelle Ausführung des Tractats dringe. Man fügt hinzu, es sei den Mitgliedern der Liquidirungscommission der Befehl zugegangenen, sich bereit zu halten, um in etwa vierzehn Tagen nach Utrecht abgehen zu können.

Es ist folgender königlicher Beschluß vom 7. Juni erschienen: „Um dem Präsidenten der Repräsentantenkammer, Hrn. J. Raikem, für die Dienste, welche er dem Lande geleistet, einen neuen öffentlichen Beweis von unserer persönlichen Zufriedenheit und der Dankbarkeit der Nation zu geben, ernennen wir ihn zum Großkreuz des Leopoldordens. Er wird die Civildecoration dieses Ordens tragen.

Der Moniteur Belge von 9. Juni enthält den königlichen Beschluß vom 8. Juni, wodurch Hr. Raikem, Generalprocurator beim Appellhofe zu Lüttich und Präsident der Repräsentantenkammer, zum Justizminister ernannt wird. — Durch Beschluß vom 8. d. M. hat der König den Hrn. de Gerlache, ersten Präsidenten des Cassationshofes, zum Commandeur des Civilordens ernannt. — Die zur Vorbereitung der Liquidation mit Holland niedergesetzte Commission versammelt sich fast täglich; ihre Arbeiten werden mit der größten Thätigkeit betrieben. — Ein Befehl des Kriegsministers verbietet den Offizieren der Armee, sich ohne Erlaubniß nach Brüssel zu begeben. — Man bemerkt zu Brüssel schon viele Holländer, die mit ihren Familien dort die schöne Jahreszeit zubringen wollen. — Hr. John Cockerill verkauft jetzt, von Hand zu Hand, sein Eigenthum in Belgien und in Frankreich.

Teutschland.

Mittelst allerhöchster Entschließung vom 9. Juni an das Kriegsministerium haben Sr. Majestät der König von Baiern „im Vertrauen auf die treue Anhänglichkeit, und eingedenk der ausgezeichneten Kriegsdienste, Sich allergnädigst bewogen gefunden, Ihren Generalmajor und Brigadier der ersten Armeedivision, Freiherrn von Gumppenberg, zum Kriegsminister in provisorischer Eigenschaft zu ernennen."

Dem Vernehmen nach ist die Abreise Sr. Majestät des Königs von Baiern nach Brückenau auf den 10. künftigen Monats bestimmt. Se. Majestät werden dort bis gegen den 25. August verweilen, und zu Ihrem Geburtsfeste wieder in München seyn.

Die großherzoglich hessische Zeitung meldet aus Darmstadt vom 11. Juni: „Se. kaiserl. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland, Höchstwelche, wie bereits gemeldet, den 9. d. M., dem hohem Geburtsfeste Sr. Hoheit des Erbgroßherzogs, Se. königl. Hoheit den Großherzog und das ganze großherzogliche Haus durch Ihren Besuch erfreuten, verweilen im Kreise der großherzoglichen Familie dahier und verherrlichten durch Ihre hohe Gegenwart die Feier jenes allen treuen Hessen so theuren Tages. Zur Vorfeier fand Abends, den 8. d. M., großer Zapfenstreich der Militärmusiken der ersten Infanteriebrigade Statt. Nach der Ankunft Sr. kais. Hoheit des Großfürsten-Thronfolgers, am 9. d. M., war große Tafel im großherzoglichen Residenzschlosse und Abends ein glänzender Ball mit Souper in den festlich geschmückten Sälen des Orangeriehauses im großherzoglichen Lustgarten zu Bessungen, welchem die hohen Staatsbeamten, das diplomatische Corps, der Adel, das Offizierscorps beizuwohnen die Ehre hatten. Se. kaiserl. Hoheit der Großfürst-Thronfolger geruhten, am Tanze Theil zu nehmen. Gestern frühstückten Se. kais. Hoheit im Kreise der großherzoglichen Familie im Garten Sr. Hoheit des Erbgroßherzogs. Mittags war wieder große Tafel im Residenzschlosse. Abend erschienen Se. königl. Hoheit der Großherzog mit Ihrem hohen Gaste und der gesammten großherzoglichen Familie im Hoftheater, wo bei festlich erleuchtetem Hause die große Oper „Norma" gegeben wurde. Se. kais. Hoheit wurden von dem überfüllten Hause mit jubelndem Enthusiasmus empfangen, der kein Ende nehmen wollte und sich auch am Schlusse der Oper wiederholte. Vor derselben führte das Orchester die russische Nationalhymne aus. Se. kais. Hoheit werden, wie man vernimmt, zur Freude des großherzoglichen Hauses und des gesammten Publicums, welches die lebhafteste Theilnahme an dem durch die edelsten Eigenschaften ausgezeichneten Kaisersohne beweist, noch einige Tage hier verweilen."

Die Allgemeine Zeitung meldet aus Hohenzollern-Siegmaringen von 11. Juni: „Der Geheimerath Hassenpflug, der im November v. J. die Leitung der hiesigen Regierung und des Hofgerichts übernommen, verläßt uns dieser Tage, um als Civilgouverneur an die Spitze der Verwaltung des neu zu organisirenden Großherzogthums Luxemburg zu treten, auf welche für Teutschland bedeutsame Stelle ihn der König der Niederlande berufen hat. So viel Widerspruch die Anstellung dieses Mannes anfangs zu finden schien, so darf doch der Wahrheit gemäß gesagt werden, daß sein Abgang von hier bei allen Rechtlichen und Besonnenen inniges Bedauern erregt. — Der Geheimerath Hassenpflug hat seinen Abgang und seinen Uebertritt in niederländische Dienste den Mitgliedern der Regierung und des Hofgerichts heute officiell angezeigt."

Wien.

Am 18. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107 7/8.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	101 3/4.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	668 1/2.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2 1/2 pC.	in CM.	66 1/2.
Bankactien pr. Stück 1519		in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 171

Oesterreichischer Beobachter.

Donnerstag, den 20. Juni 1839.

W 1.K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 18. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.662	283. 52. 2p.	+ 16.5	NW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.617	28 ½ 11	+ 19.8	NW.	— —	heiter.
	10 Uhr Abends.	27.638	28 ½ 10	+ 15.3	NO.	still.	Wolken.

Rußland.

In dem an Se. Majestät den Kaiser abgestatteten Bericht des Ministers des Innern über dessen Verwaltung im Jahre 1837 heißt es hinsichtlich der Angelegenheiten der römisch-katholischen Kirche: „Obgleich für die Verwaltung der römisch-katholischen Kirchen in Rußland noch kein vollständiger, genauer Ustaw vorhanden ist, gleich dem über die evangelisch-lutherischen, so zeigt doch die Erfahrung vieler Jahre, daß die über diese Kirche zu verschiedener Zeit, vorzüglich aber während der jetzigen Regierung, erlassenen einzelnen Verordnungen den geregelten und mit der allgemeinen Reichsorganisation übereinstimmenden Gang der geistlichen Angelegenheiten der römisch-katholischen Kirchen im Kaiserthume hinlänglich sichern. Fast alle gewöhnlichen, zur Haupt- und Localverwaltung gehörenden Angelegenheiten werden ohne Schwierigkeit erledigt, und unter der Menge der im Jahre 1837 verhandelten Sachen der Art ist nichts bemerkt worden, was eine Ergänzung oder Abänderung der schon bestehenden Vorschriften nöthig gemacht hätte. — Von den Angelegenheiten über die Aufhebung überflüssiger römisch-katholischer Klöster, konnten einige ihrer verwickelten Natur nach nicht beendigt werden. Außer 93 Kirchen dieser Klöster, die in den letzten Jahren vertheilt und größtentheils in römisch-katholische Pfarrkirchen umgewandelt worden sind, wurden im Laufe des Jahres 1837, in Folge allerhöchster Befehle, welche auf Unterlegungen des Ministers des Innern und des Kriegsministers erfolgten, 13 Kirchen zur Verfügung der rechtgläubigen Geistlichkeit gestellt, eine Kirche mit den Klostergebäuden wurde zur Unterbringung eines Krankenhauses der barmherzigen Schwestern bestimmt, 4 Kirchen wurden Römisch-Katholischen gelassen, um sie in Pfarr- und Filialkirchen umzuwandeln, und eine Kirche, welche keines der geistlichen Ressorts nöthig hatte, wurde zur Verfügung der Civilobrigkeit gestellt. Was die Sicherstellung der diesen Klöstern gehörigen Capitalien und Einkünfte in Geld und Naturalerzeugnissen betrifft, die auf Grundlage des am 19. Juli 1832 allerhöchst bestätigten Reglements zum Bestand des Hülfscapitals der römisch-katholischen Geistlichkeit geschlagen werden sollen, so habe ich auf diesen Gegenstand eine besondere Aufmerksamkeit verwenden müssen, um dieser Sache die gehörige Richtung zu geben. Die aus dieser Quelle dem Hülfscapitale der römisch-katholischen Geistlichkeit im Laufe der verflossenen Jahre zugekommenen Geldsummen, die sich in den Reichs-Creditanstalten auf Zinsen befinden, beliefen sich am 1. Jänner 1838 auf 113,494 R. 58¼ Kop. Silber und 394,902 R. 85¾ Kop. B. A. Mit den von der Weltgeistlichkeit und deren vacanten Beneficien eingezahlten Einlagen zusammen belief sich dieses in den Creditanstalten niedergelegte Hülfscapital auf 123,310 R. 42 Kop. Silber und 1,087,003 R. 28 Kop. B. A. Diese Summe muß bedeutend anwachsen, wenn erst alle den aufgehobenen Klöstern gehörige Geldsummen mit derselben vereinigt seyn werden. — Die Wilna'sche römisch-katholische geistliche Akademie, den Vorschriften des ihr gegebenen Ustaws folgend, fährt fort, mit Erfolg zu wirken, und im Gange ihrer Verwaltung sind keine Verabsäumungen und Fälle vorgekommen, die besondere Verfügungen nöthig gemacht hätten. In der ersten Abtheilung der Akademie, welche das Eparchialseminarium bildet, befanden sich 60 Zöglinge. In der zweiten Abtheilung, wo eigentlich akademische Vorträge gehalten werden, waren 36 Zöglinge; außerdem befanden sich noch in den beiden Abtheilungen 15 Zuhörer von verschiedenen Mönchsorden. Aus der Seminarabtheilung wurden 9 Zöglinge, die ihren Cursus vollendet hatten, und aus der akademischen Abtheilung 7 Studenten entlassen. Außer ihren gewöhnlichen Beschäftigungen hat die geistliche Akademie einen Abriß der Kirchengeschichte für den Unterricht römisch-katholischer Zöglinge in den Gymnasien und Kreisschulen des Kiew'schen und weißrussischen Lehrbezirks verfaßt. Das Project dieses Abrisses ist vom Ministerium des öffentlichen Unterrichts seiner Bestimmung entsprechend und mit den Regeln und dem Geiste der Religionsduldsamkeit für übereinstimmend befunden worden. Um eigenmächtigen Reflexionen und Auslegungen der Religionslehrer beim Vortrag der Kirchengeschichte vorzubeugen, ist der geistlichen Akademie aufgetragen worden, dazu noch ein besonderes Buch zu verfassen, welches auf Anordnung des Ministeriums des öffentlichen Unterrichts gedruckt werden wird. — Die im vergangenen Jahre wieder aufgenommene Angelegenheit der Organisation der Verwaltung der armenisch-katholischen Kirchen, insbesondere in den transkaukasischen Provinzen, hat noch nicht beendigt werden können. Nach Erwägung aller Umstände in dieser Sache ist mit allerhöchster Genehmigung festgesetzt worden: 1) Für die Armenisch-Katholischen in der dazu bei der Wilna'schen römisch-katholischen geistlichen Akademie errichteten Abtheilung Geistliche zu bilden, und durch diese die von der römischen Propaganda geschickten Geistlichen zu ersetzen; 2) eine besondere allgemeine Verwaltung für alle Armenisch-Katholische in Rußland durch Einsetzung eines Bischofs in Transkaukasien, wo sich die größte Zahl von Kirchen dieser Confession befindet, zu errichten. Um dieß in Ausführung zu bringen, ist der Oberdirigende Grusiens vom Minister des Innern ersucht worden, sowohl geistliche Cleriker als auch weltliche armenisch-katholischer Confession aus den transkaukasischen Provinzen einzuladen, in der römisch-katholischen geistlichen Akademie zu Wilna Vorlesungen zu hören. Bei der Ernennung des neuen Oberdirigiren-

den, des Generallieutenants Golowin, hat der Minister des Innern auch dessen Aufmerksamkeit auf diese Sache gelenkt."

Großbritannien und Irland.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Oberhauses vom 7. Juni trug, wie bereits erwähnt, Lord Lyndhurst auf Vorlegung gewisser Papiere über den Kanzleigerichtshof (Court of Chancery) an, und wünschte, daß für denselben noch einige Richter ernannt würden, um die angehäuften Rückstände erledigen zu können. Er will indeß zur Hebung dieses Uebelstandes nicht selbst eine Bill einbringen, sondern dieß dem Lordkanzler, dem Vorstand dieses Tribunals, oder sonst einem Regierungsmitglied überlassen. Lord Brougham, der seit längerer Zeit keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, seinem „edlen und gelehrten Freund auf der Gegenseite" (Lord Lyndhurst) ein Compliment zu machen, bedauert, daß dieser, der für eine solche Aufgabe vor Allen befähigt sei, sie nicht selbst vornehmen wolle. Er verbreitet sich ausführlich darüber, wie er es als früherer Lordkanzler mit dem Kanzleigerichtshof gehalten habe, und spricht, wie vormals öfter, den Wunsch aus, die nicht selten collidirenden richterlichen und politischen Functionen dieses Amtes getrennt zu sehen. Der Lordkanzler, Lord Cottenham, bemerkt, er habe 35 Jahre im Kanzleigerichtshof hingebracht, und immer seien Rückstände vorhanden gewesen, was der verwickelte Geschäftsbereich desselben mit sich bringe. Alles, was Ihre Lordschaften zu seiner Erleichterung thun würden, werde er mit Dank annehmen, denn die Last sei allzu groß: alle Arten von Eigenthumsklagen gingen vor dieß Tribunal, alle neueren Speculationen, besonders in Eisenbahnunternehmungen, hälfen dessen Actenstöße vermehren. Die bei demselben anhängigen Prozesse umfaßten dermalen ein Geldinteresse von 40 Millionen Pf. St. Lord Lyndhursts Antrag wurde bewilligt.

Nachdem in der Sitzung des Unterhauses vom 7. Juni H^r. Grote, wie schon erwähnt, angezeigt hatte, er werde am 18. Juni auf Ermächtigung antragen, eine Bill zur Einführung der geheimen Abstimmung (vote by ballot) einbringen zu dürfen, klagte Oberst Perceval (das bekannte Mitglied des vormaligen Oranienbundes), daß es unter dem irischen Landvolke Sitte werde, mit Blei ausgefüllte Stöcke zu tragen; in der Grafschaft Sligo seien neuerlich mehrere Todtschläge damit verübt worden. Lord Morpeth verspricht eine Bill dagegen einzubringen. — Der Handelsminister H^r. P. Thompson überreicht eine Petition von einem französischen „homme de lettres," H^rn. Alexandre Vattemare, um Austausch der in englischen und französischen Bibliotheken befindlichen Doubletten wissenschaftlicher Werke. Der Minister bemerkt, H^r. Vattemare habe ein ähnliches Gesuch bei der französischen Deputirtenkammer eingereicht. Er empfiehlt die Petition der günstigen Berücksichtigung des Hauses. Sie wird auf den Tisch niedergelegt. Das Haus suspendirte dann seine Sitzung bis Abends halb 8 Uhr, wo der Rechtsgelehrte H^r. Burge, von einigen Collegen begleitet, an den Schranken erschien, um im Namen der Pflanzer von Jamaica auch gegen die ministerielle Bill in Betreff dieser Colonie zu plaidiren. Sie zwecke, führte er aus, so gut wie die vorige dahin ab, die Verfassung Jamaica's umzustürzen, die Assembly herabzuwürdigen, und die ihr zustehenden Rechte dem Gouverneur und seinem Conseil zuzuwenden. Nachdem der Anwalt abgetreten war, ging auf H^rn. Labouchere's Antrag, das Haus pro forma in Committee über die Jamaica-Bill. Sir Ed. Sugden, einer der vorzüglichsten Juristen der Torypartei, zeigte einige Amendements an. — H^r. Hodgens trug auf Niedersetzung einer besondern Committee an, um den Zustand der Obsteinfuhr aus dem Ausland zu untersuchen, da in letzterer Zeit die Obstzüchter von Kent und Sussex vielfache Beschwerden über beeinträchtigten Nahrungsstand geführt. Der Handelsminister will sich nicht widersetzen, bemerkt aber, wenn jeder Versuch, solche Artikel wie Aepfel und Birnen in schlechten Jahren wohlfeil zu machen, ein solches Geschrei zur Folge habe, so sei eine Ausführung der Grundsätze, für welche ein Canning und ein Huskisson gekämpft, unmöglich. H^r. Wallace fügte hinzu, nur durch die Einfuhr fremden Obstes werde es den ärmeren Classen in England möglich gemacht, in allen Jahreszeiten Aepfelkuchen zu backen. (Gelächter.) Der Antrag wurde mit 26 gegen 14 Stimmen angenommen. Beide Häuser vertagten sich bis zum 10. Juni.

Zu Bury, einem Marktflecken in Lancashire, kam es vor einigen Tagen zu unruhigen Auftritten. Der Pöbel war unzufrieden darüber, daß man der Chartisten wegen acht Polizeisoldaten aus der Hauptstadt in das Städtchen verlegt hatte, und griff dieselben mit Steinen an. Die Polizeidiener zogen sich in ein Haus zurück, und feuerten von diesem aus gegen den stürmenden Haufen zuerst blind, dann aber scharf. Ein junger Mann blieb auf dem Platze. Auf Ansuchen des Magistrats ist nun eine Abtheilung Truppen aus Manchester dahin beordert worden.

Frankreich.

Der König und die königliche Familie besuchten am 11. Juni die Industrieausstellung zum vierten Mal und verweilten vier Stunden lang in den Sälen, die sie bei ihren frühern Besuchen noch nicht besichtigt hatten.

Der Moniteur vom 11. Juli enthält den unterm 25. November 1838 zu Konstantinopel abgeschlossenen und am 21. Mai 1839 ratificirten Handelsvertrag zwischen Frankreich und der Pforte.

Die Deputirtenkammer zeigt fortwährend sehr geringen Eifer, und die Session schleppt sich mühsam fort. Am 11. Juni waren die Deputirten drei Stunden lang nicht in der gesetzlichen Zahl anwesend. Zu Anfang der Sitzung nahm die Kammer einen Gesetzentwurf, die Forderung einer Million zur Errichtung strategischer Straßen im Westen betreffend, mit 216 weißen gegen 17 schwarze Kugeln an. Ein Entwurf zu einem Credit von 280,000 Fr. zur Vollendung der Brücke von Roche Bernard und einige andere Entwürfe, örtliche Interessen betreffend, wurden ebenfalls angenommen.

Die Pairskammer versammelte sich am 11. Juni als Gerichtshof zur Anhörung des Berichts der mit der Instruction über die Vorfälle vom 12. und 13. Mai beauftragten Commission. H^r. Merilhou war mit Vorlegung des Berichts beauftragt. Dieser enthält eine Darstellung der Hauptthatsachen, welche sich bei der Procedur ergeben haben. Die Instruction scheint im Stande zu seyn, die unverzügliche Versetzung in Anklagestand einer gewissen Zahl von Angeschuldigten zu beantragen, mit dem Vorbehalt, in Bezug auf diejenigen, über welche die Voruntersuchung noch nicht geschlossen ist, später zu statuiren. Die Zahl der Angeschuldigten, die in Anklagestand versetzt werden sollen, soll 15 betragen, worunter sich Barbès befindet. Der Angriff auf das Thor des Justizpallastes und die Ermordung des Lieutenants Drouineau soll im ersten Theile des Prozesses vorkommen. Wahrscheinlich werden die Angeschuldigten gleich nach der Versetzung in Anklagestand in das Gefängniß des Luxemburg, das jetzt fertig ist, gebracht werden. Dieses Gefängniß kann etwa 100 Gefangene fassen.

H^r. Cunin-Gridaine, Handelsminister, wurde mit 165 Stimmen gegen 31, H^r. Dufaure, Minister der öf-

sentlichen Arbeiten, mit 293 gegen 15, H^r. Duchatel, Minister des Innern, mit 197 gegen 11 Stimmen, General Schneider, der Kriegsminister, mit 127 Stimmen unter 132 Votanten, wieder zum Deputirten gewählt.

Der Assisenhof der Seine setzte am 8. Juni in dem Prozeß gegen die Herausgeber des Moniteur républicain und Homme libre das Verhör der Angeklagten fort. Der Zudrang der Neugierigen, der sonst bei ähnlichen Justizspectakeln in Paris ungeheuer ist, war dießmal so gering, daß es keiner Eintrittskarten bedurfte. Einer der Angeklagten Guillemin, Buchdrucker, der schon am Tage zuvor verhört worden, gestand, daß er von den drei Nummern des Homme libre im ganzen 2900 Exemplare abgezogen habe. Derselbe Angeklagte hatte auch von einem Theil der Napoleonistischen Broschüre Laity's den Satz besorgt. Er erklärte, daß er die Person nicht verrathen werde, von welcher er die Presse bekommen; „es wäre dieß die Handlung eines unredlichen Mannes." — Minor Lecomte, ein 25jähriger Mensch, der die 38jährige Witwe Pepins geheirathet, war gerade bei dem Druck der vierten Nummer des Homme libre von der Polizei überrascht worden, und hatte im Hemd auf das Dach des Hauses sich geflüchtet. Er läugnet gleichwohl seine Theilnahme an dem republikanischen Winkelblatt. — Joigneau nennt sich, auf die Frage des Präsidenten nach seiner Profession, Schriftsteller „Homme de lettres." Er ist Verfasser der histoire de la Bastille. Joigneau erkennt ein ihm vorgelegtes halbverbranntes Manuscript, welches im Homme libre abgedruckt worden, als von ihm verfaßt an. Es sei der Artikel bei ihm von einem Freunde bestellt worden, ohne daß er gewußt, zu welchem Zweck. Vor dem Druck aber habe der Artikel wesentliche Veränderungen erlitten. Der Präsident: „Wer war dieser Freund?" Joigneau: „Ich überlasse Andern die Schändlichkeit, den Angeber zu machen; ich selbst werde Niemanden denunciren." Joigneau gestand, daß er auch einen andern Artikel, „Communauté" überschrieben, verfaßt habe, doch seien alle Stellen, welche zum Bürgerkrieg aufforderten, dem Artikel ohne sein Wissen beigefügt worden. Der gleiche Fall sei es auch mit einer Phrase, worin H^r. Arago beschuldigt wird, er habe von dem Municipalconseil die Votirung einer Fontaine verlangt, um die Geburt eines königlichen Fötus zu feiern. Der Angeklagte gestand ferner, die Presse, welche zum Druck des Blattes gedient, in seinem Hause, wiewohl nur wenige Augenblicke, gehabt zu haben. Er sei hierzu genöthigt worden, und zwar auf folgende Weise: „Gegen Ende September kam ein Unbekannter zu mir und fragte mich, ob ich wohl ein paar Stunden lang ein Packet aufbewahren wolle, welches mir gegen 10 Uhr Abends werde gebracht werden. Ich weigerte mich anfangs. Abends aber traf ich mehrere Individuen vor meinem Hofthore; sie trugen ein Packet. Ich kannte einen von ihnen, Guillemin. Auf meine abermalige Weigerung bat mich Guillemin, ihn mit dem Packet im Hause zu lassen, bis ein Fiacre herbeigeholt worden. Der Kutscher, der die Polizei in Kenntniß setzte, glaubte daher irrig, die Presse käme von mir." Guillemin verweigerte alle Erklärung hierüber und antwortete dem Präsidenten, er habe gar nichts zu sagen. Alles, was zwischen ihm und Joigneau vorgegangen, seien mysteriöse Dinge gewesen. — Das Verhör der Angeklagten war hiermit geschlossen. Unter den Zeugen wurde zuerst der Polizeicommissär Lenoir vernommen. „Am 29. September," sagte er, „wurde ich beauftragt, eine Hausuntersuchung in der Rue de la Tonnellerie Nr. 53 anzustellen, wo zwei Individuen, Gérard und Garnier, als Diebe und Hehler von den übrigen Hausbewohnern uns bezeichnet worden. Bei Eröffnung der Thüre bemerkte ich aber, daß hier keine Diebshöhle, sondern eine Winkeldruckerei existire." Der Zeuge ging hierauf in Details ein, die schon durch die Anklageacten bekannt geworden.

Obgedachter Prozeß wurde nach der sonntäglichen Unterbrechung, am 10. Juni, vor den Assisen fortgesetzt. Das Zeugenverhör war sehr kurz, und die Aussagen so unbedeutend, daß sie mit Ausnahme der Angabe der Polizeiagenten, welche drei der Angeklagten während des Druckes des Homme libre auf frischer That ertappten, auf den Ausgang des Prozesses wenig Einfluß haben dürften. Auffallend war es, daß einige Zeugen, welche vor dem Untersuchungsrichter den Angeklagten Boudin als einen der Miethsleute im Hause N^r. 53 der Rue Tonnellerie erkannt hatten, vor dem Gerichtshofe dieß nicht mehr zugestehen wollten, und erklärten, daß sie Boudin nicht in jenem Hause gesehen. Der Präsident und der Generaladvocat drangen in eine der Nachbarinnen, sie solle gestehen, ob sie seit ihrer letzten Aussage mit Leuten gesprochen, welche sie zu einem Widerruf ihres Zeugnisses zu bewegen gesucht, und ob sie nicht zu den Polizeiagenten gesagt habe, sie würde nichts entdeckt haben, wenn sie gewußt, daß die verdächtigen Miethsleute sich bloß mit Politik befaßten. Die Frau Fielfenne verneinte dieß. „Ich habe," äußerte sie, „zu den Herren des Commissärs bloß gesagt, daß wir geglaubt, es seien Diebe; erst dann erfuhren wir, daß es Politiker gewesen. (Gelächter im Auditorium.) Uebrigens bin ich seit sechsundzwanzig Jahren im Quartier, und man frage dort Jedermann, ob man mich je ein Journal lesen sah." (Gelächter.) Mehrere Zeugen gaben eine sehr vortheilhafte Erklärung über den Lebenswandel Boudins und Minor Lecomte's. Der Schreinermeister, bei welchem der junge überspannte Aubertin arbeitete, gab diesem zwar ein gutes Zeugniß, erklärte aber, der junge Mensch sei immer ein exaltirter Kopf gewesen. Die übrigen Schreinergesellen nannten Aubertin bald „die kleine Republik," bald den „Jesuiten." Letztern Namen hatte er erhalten, weil er jeden Abend die Brüderschule besuchte. Der Polizeicommissär, welcher Minor Lecomte und seine Gefährten bei dem Druck des Homme libre verhaftet hatte, erzählte, daß man in dem Zimmer auch Pulver, Kugeln und Dolche gefunden. Das Zeugenverhör war hiermit geschlossen, und der Generaladvocat nahm das Wort. Er hielt die Anklage aufrecht gegen Boudin, Guillemin, Fombertaut, Lecomte und Joigneau, ließ sie aber gegen Cordière und den jungen Aubertin fallen. Letzterer sei ein leichtsinniger junger Mensch, den nur die Eitelkeit, daß sein Name in den Journalen mitfigurire, geleitet habe. Der Generaladvocat rieth dem Vater Aubertins, daß er seinen Sohn aus Paris entferne, damit er seine Vernunft wieder bekomme. „Die Doctrinen der Angeklagten," bemerkte der Staatsanwalt in seiner Rede, „sind nicht die, welche Robespierre auf der Tribune ausgesprochen. Denn Robespierre nahm ein höchstes Wesen und die Unsterblichkeit der Seele an; er vertheidigte mit Wärme diese jeder Gesellschaft nothwendigen Principien. In den Augen Robespierre's wären die Angeklagten Verräther an der Republik gewesen, und von ihm als solche bezeichnet worden. Die Angeklagten wollen keinen andern Gott als den Henker, und rauben den Sterbenden den Trost eines andern Lebens. Die Angeklagten reden von Verbrüderung, aber dieses Wort ist in ihrem Munde nur Lüge." Der Generaladvocat ging hierauf in die Details der Anklage ein. Am andern Tage sollten die Vertheidiger das Wort ergreifen, worauf dann das Urtheil erfolgen wird.

Ueber die Carlistische Verschwörung in Avignon, die nach der ersten Anzeige des Moniteur Parisien

von Bedeutung schien, verlautet jetzt wenig mehr. „Der königliche Gerichtshof von Nimes," sagt die Gazette de France, sah statt der vorgeblichen großen Carlistischen Verschwörung nur eine Unregelmäßigkeit in der Art, wie die Arbeiter sich versammelten; statt eines Verbrechens und einer Verweisung an den Pairshof, sah sie in dieser Sache nur eine Uebertretung der Polizeivorschriften, deren Untersuchung nur der Polizei zufällt."

Einer der französischen Offiziere im Dienste des Herrschers von Lahore, General Court, schrieb über den Tod seines Waffengefährten des Generals Allard die nähern Details an Hrn. Lieutaud, Friedensrichter zu St. Tropez im südlichen Frankeich, wo die Familie Allards in Zurückgezogenheit lebt. Die in Marseille erscheinende Gazette du Midi theilt dieses Schreiben mit. General Allard starb an einer Herzerweiterung, deren erste Symptome er während seines kurzen Verweilens auf der Insel Bourbon empfunden. Eine Nachschrift des Briefes sagt: „Wir sind von einem zweiten Unglücke bedroht. Der Maharadscha Runschit Singh ist gefährlich krank. Möge Gott ihn erhalten." Das Schreiben des Generals Court ist aus dem Lager von Peschawer vom 30. Jänner datirt.

Niederlande.

Am 10. Juni Früh ist der Erbprinz von Oranien aus dem Haag nach Stuttgart abgereist.

In Maestricht hat sich das 18te Infanterieregiment bereit, nach Venloo aufzubrechen, um von dieser Festung Besitz zu nehmen. Ein Husarenregiment und eine Marechaussee-Compagnie wird die übrigen Theile des holländischen Limburgs besetzen. Im Hause des Baron von Liedel in Venloo werden bereits Anstalten getroffen, den Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar aufzunehmen.

Belgien.

Die im Moniteur Belge enthaltene Ernennung des Hrn. Raikem zum Justizminister hat nur so lange auf sich warten lassen, weil erst die Repräsentantenkammer, deren Präsident er war, aufgelöst seyn sollte. Wäre die Publication seiner Ernennung früher erfolgt, so hätte nicht bloß die Kammer einen andern Präsidenten wählen müssen, sondern es wäre auch in Lüttich kurz vor den bevorstehenden allgemeinen Wahlen noch eine besondere Repräsentantenwahl nöthig gewesen.

Dem Independant zufolge scheint die Wiedererwählung der Grafen H. von Merode und von Arschot, als Senatoren, auf Schwierigkeiten zu stoßen.

Die belgischen Zeitungen sind noch voll von Berichten über das Unglück, welches die Ueberschwemmungen angerichtet haben. Nach Burght wandern und fahren täglich gegen 6 bis 8000 Menschen, um die Zerstörung zu betrachten. Eine reiche Dame aus Brüssel, Mad. Schuhmacher, hat, um es an Kindes Statt anzunehmen, ein kleines Mädchen von 9 Jahren von dort mitgebracht, dessen ganze Familie ertrank, während es sich selbst an der Rauchfangkette so lange hielt, bis es gerettet werden konnte. In dem ebenfalls so sehr heimgesuchten Dorfe Berthem lez Louvain stand das Wasser 18 Fuß hoch. Die Einwohner flohen auf die Dächer, wer aber nicht schnell folgen konnte, ward eine Beute der Wellen. Alles Vieh ist ertrunken.

Ungarn.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserinn sind, nachdem Allerhöchstdieselben Raab und Comorn mit Ihrer Gegenwart beglückt hatten, am 15. Juni Abends um halb 8 Uhr, von Carlburg kommend, im erwünschtesten Wohlseyn in Preßburg eingetroffen und haben am 17. Vormittags um 9 Uhr Ihre Reise nach Stampfen und Hollitsch fortgesetzt, von wo Allerhöchstdieselben am Sonnabend den 22. wieder nach Preßburg zurückzukehren gedachten.

Nachstehendes ist die Rede, welche Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Erzherzog Reichspalatin nach der Uebernahme der königlichen Propositionen an die Reichsstände hielten:

„Hochlöbliche Magnaten und Löbliche Stände!"

„Die königliche Rede, die an uns um den Thron der Majestät Versammelte gerichtet war, wie auch die so eben verlesenen königlichen Propositionen sind Beweise der väterlichen Huld, die Se. k. k. Majestät der ungarischen Nation angedeihen lassen. — Alles, woran unser allergnädigster König uns ermahnt, alles, was Se. Majestät erheischen, bezweckt einzig und allein nur die allgemeinen Bedürfnisse des Landes und die Forderung des öffentlichen Wohls. Die innere und äußere Sicherheit erfordert das ohnehin gesetzlich angeordnete Subsidium der Soldatenstellung, da hierin die ersten Bedürfnisse des Staats bestehen; überdieß erheischt dasselbe auch die Erfüllung des geleisteten öffentlichen Versprechens durch die Zuhaltung jener Anzahl Jahre, für welche die zuletzt gestellten Recruten eingeschrieben wurden."

„Der die Verpflegung und Einquartierung des Militärs betreffende Gegenstand, dessen bessere Anordnung zur Untersuchung und Meinungserstattung im jüngsten Gesetze einer Reichsdeputation aufgetragen wurde, hat die Erleichterung der Steuerpflichtigen, somit eines zahlreichen Theiles des Volkes, zur Aufgabe."

„Nicht minder ist es drittens sowohl Sr. Majestät als auch aller Landesbewohner allgemeiner Wunsch: daß die Donau, dieser Haupthebel des vaterländischen Commerzes, dieser in Europa zwar vorzüglichste, doch die Schifffahrt vielfach erschwerende Fluß, durch eine Regulirung von den Hindernissen befreit werde, wodurch der für das öffentliche Wohl so hochwichtige Handel merklich gefördert und auch die übrigen Flüsse des Landes zweckdienlich geregelt werden sollen."

„Solchergestalt erwarten Se. Majestät von uns mit vollem Rechte, daß wir uns mit der Verhandlung dieser königlichen Proposition alsogleich befassen sollen. — Mögen demnach die Hochlöblichen Magnaten und Löblichen Stände der allerhöchsten Erwartung bestens entsprechen, — mögen Sie beflissen seyn, in dem Geiste der ererbten Verfassung, zur Ersparung der kostbaren Zeit, ihre Meinungen auszugleichen, und mir, der ich gesetz- und rechtmäßigem Begehren jederzeit mit ganzer Seele ergeben bin, auch hinführo Ihr Vertrauen schenken."

Wien.

Am 19. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	150.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	669⅞.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	268⅞.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM.	53⅞.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	66⅞.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99¼ Br. Usa. 2 M.

Bankactien pr. Stück 1515 in CM.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1198.

№ 172

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 21. Juni 1839.

W 1·K· ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 19. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.604	283. 4z. 5d.	+ 16.1	SO.	mittel.	Sonne und Wolken.
	1 Uhr Nachm.	27.623	28 4 8	+ 21.5	SO.	— —	heiter.
	10 Uhr Abends.	27.615	28 4 7	+ 17.5	NW.	stark.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 10. Juni fragte Lord Strangford, ob die Regierung die Absicht habe, eine Motion unter ihr Patronat zu nehmen, die demnächst im andern Parlamentshause (von O'Connell) eingebracht werden solle, und deren Zweck sei, Papisten zur Advocatenpraxis bei den geistlichen Gerichtshöfen des Reiches und zur Bekleidung des Lordkanzleramtes zu befähigen. Diese Ankündigung, höre er, sei von denen mit Beifallsruf aufgenommen worden, deren Unterstützung die Regierung des edlen Viscount (Melbourne) seine Existenz hauptsächlich zu verdanken habe. Kurz, er wünsche zu wissen, ob es eine Regierungsmaaßregel sei. Lord Melbourne: „Gewiß nicht, und eben so wenig hat jene Motion den Beifall der Regierung Ihrer Majestät." Lord Brougham: „So viel ich weiß, soll der fragliche Antrag sich auf das Lordkanzleramt für Irland beschränken. Eine harmlosere oder absurdere Bill ließe sich schwerlich ins Haus bringen." Marquis von Londonderry: „Der edle Viscount gegenüber, obgleich er seine Verbindung mit einem ehrenwerthen und gelehrten Mitgliede des andern Hauses immer zu läugnen pflegt, scheint dennoch eng mit ihm verbunden zu seyn. Ohne Zweifel hat der edle Viscount die von dem Mitgliede für Dublin in Irland gehaltenen Reden gelesen; der Mann hat sich darin der schnödesten, unmännlichsten, infamsten Beschuldigungen gegen die Partei seiner politischen Widersacher schuldig gemacht. Den Einfluß, den derselbe auf Ihrer Majestät Minister übt, kann ich mit nichts vergleichen, als mit dem Hrn. van Amburghs auf seine Löwen." (Gelächter.) Lord Lansdowne ruft zur Ordnung. Lord Londonderry: „Wenn ich außer der Ordnung bin, so ist es fast jeder edle Lord dieses Hauses alle Wochen, ja fast alle Tage." Lord Brougham: „Es ist allerdings nicht das erste Mal, daß der edle Marquis und andere edle Lords außer der Ordnung sind." Lord Londonderry: „Noch auch das erste Mal, daß Sie außer der Ordnung gewesen sind." Lord Brougham: „Nein, gewiß nicht. Ich gestehe, daß ich Ihrem Beispiele schon einigemal gefolgt bin." (Gelächter.) Lord Londonderry: „Ich appellire an das Haus, ob es mir nicht so gut, wie dem edlen und gelehrten Lord, erlaubt ist, eine Rede zu halten, zumal da eben kein bestimmter Gegenstand vor dem Hause ist." Lord Brougham: „Aber das ist der Fall, und mir war es, als hätte der edle Marquis auf die Tagesordnung angetragen. (Lord Londonderry: „Nein!") Indeß, wenn Jemanden nachgesagt wird, er habe gewisse Aeußerungen gethan, und ich weiß, daß er sie nicht gethan hat, so find' ich es nur billig, eine solche Angabe zu berichtigen. Das ehrenwerthe Mitglied für Dublin hat bei der erwähnten Gelegenheit nicht so zügellos, vielmehr weit verblümter gesprochen, als einige Andere." (Lord Brougham hat Hrn. Grattan im Sinn.) Lord Londonderry: „Ich hoffe, der edle und gelehrte Lord wird die Ausdrücke des Mitglieds für Dublin doch nicht vertheidigen wollen." Lord Brougham: „Ganz das Gegentheil." Lord Londonderry: „Das Mitglied für Dublin äußerte, übereinstimmend mit Hrn. Grattan, die Königinn würde kein halbes Jahr mehr leben, wenn die Tories ins Amt kämen. Man solle sich erinnern, daß englische Könige und Prinzen schon vordem aus dem Wege geräumt worden seien; das Vorbild der Tories, der Herzog von Buckingham, habe seine beiden Neffen ermorden lassen, und es gebe noch jetzt Oheime, die einer solchen Unthat fähig seien. Er wolle zwar den Herzog von Wellington und Sir R. Peel eines solchen Verbrechens nicht fähig halten, aber sie hätten Anhänger, die vor keiner Schlechtigkeit und Barbarei zurückbeben würden, wenn es gälte, den Herzog von Cumberland auf Englands Thron zu bringen. Nun frage ich, kann eine solche Sprache geduldet werden? Was einen erlauchten Abwesenden, den nunmehrigen König von Hannover, betrifft, so spreche ich hier öffentlich und feierlich meine Ueberzeugung aus, daß Ihre Majestät im ganzen weiten Umfang ihres Reiches keinen ergebeneren Unterthanen hat, keinen, der zur Aufrechthaltung ihrer Würde bereitwilliger seinen letzten Blutstropfen opfern würde, als er. (Hört, hört!) Und doch ward eine solche Verunglimpfung ausgesprochen in einem öffentlichen Meeting in Irland, vor dem entzündbarsten Volk der Welt. Jetzt, wenn das Gerücht Wahrheit redet, sucht durch Vermittlung desselben ehrenwerthen und gelehrten Gentleman der edle Marquis gegenüber, der Staatssecretär der Colonien, den neben ihm sitzenden edlen Vi-

count aus der Premierſchaft zu verdrängen. (Hört! und Gelächter.) Wenn der edle Viscount Luſt hat, ſein Scepter an den edlen Marquis abzutreten, ſo mag er es thun, und das Land wird bald ſehen, ob ein ſo klägliches Bündniß — kläglich in Hinſicht der Politik und des Einfluſſes — beſtehen kann." Marquis von Normanby: „Ich verſichere dem edlen Marquis, daß ich keineswegs die Abſicht habe, die Zügel der Regierung zu übernehmen, und damit ſeine Wünſche zu erfüllen." Hier endigte dieſe Converſation, die keine weiteren Folgen hatte.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 10. Juni wurde im Ausſchuſſe über die neue Jamaica-Bill berathen. Sir E. Sugden machte den Vorſchlag, die erſte Clauſel dieſer Bill, wodurch die Gewalt des Verſammlungshauſes während der Dauer der Bill auf den Gouverneur und den Rath übertragen wird, zu ſtreichen; die Miniſter erklärten ſich gegen dieſen Vorſchlag, der bei der Abſtimmung mit 228 gegen 194, alſo mit einer Mehrheit von 34, Stimmen verworfen wurde. — Die Times ſchreibt dieſes, ihr unerwartete, Reſultat dem Umſtande zu, daß zu einer ungewöhnlich frühen Stunde (halb 11 Uhr Nachts) zur Abſtimmung geſchritten wurde, wo viele Mitglieder von beiden Seiten des Hauſes, namentlich viele Conſervativen, die leider ſehr ſpät, weit ſpäter als die Radicalen und der „Schweif," zu eſſen pflegten, noch nicht zugegen geweſen ſeien.

Aus der Art, wie die Morning-Chronicle ſeit einigen Tagen in ihren Artikeln über das Miniſterium ſich äußert, wollen die Torybläter den Schluß ziehen, daß die Spaltung innerhalb des Cabinets immer entſchiedener heraustrete, und daß die liberaler geſinnten Mitglieder desſelben ſich gern der conſervativeren, beſonders Lord Melbourne's, entledigen möchten. Lord John Ruſſell ſcheint ihnen, wegen ſeines hohen ſtaatsmänniſchen Talents und ſeiner außerordentlichen Geſchäftskenntniß und mit ruhiger Haltung verbundenen Gewandtheit, unentbehrlicher zu ſeyn, und daraus erklären jene Blätter das angelegentliche Beſtreben der Chronicle, dieſen Miniſter als perſönlich zu weiteren Reformen geneigt und nur durch das überwiegende conſervative Element des Miniſteriums darin verhindert darzuſtellen. So ſucht die Chronicle in den letzten Tagen beſonders die Rede, welche Lord J. Ruſſell gegen den Fleetwood'ſchen Antrag auf Verleihung des Wahlrechts in den Grafſchaften an alle nicht in Städten wohnende Zehnpfund-Hauswirthe gehalten, und in welcher die Radicalen eine ſo vollkommene Uebereinſtimmung mit den Anſichten Sir R. Peels finden wollten, daß ſie bereits eine Coalition zwiſchen beiden Staatsmännern in Ausſicht ſtellten, durch eine Analyſe und Zerlegung in zwei verſchiedene Beſtandtheile gegen jene Vorwürfe zu vertheidigen, und in einem ſpäteren Artikel läßt ſie, wie ſchon erwähnt, ſogar hoffen, daß Lord J. Ruſſell die geheime Abſtimmung unterſtützen, während die Times aus Stellen des von dieſem Miniſter kürzlich an ſeine Wähler gerichteten Schreibens nachzuweiſen ſucht, daß dieß unmöglich ſei, wenn man nicht an aller Conſequenz dieſes Staatsmannes zweifeln wolle. Indeß, auch in den Reihen der Tories finden ſich Beiſpiele, daß man es in der Politik mit der Conſequenz nicht immer ſo genau zu nehmen hat, und Sir R. Peel mußte wegen ſeiner katholiſchen Emancipationsbill von den eigenen Parteigenoſſen oft genug den Vorwurf der Inconſequenz hören. Ja, daß ſelbſt mit Hinſicht auf die Parlamentsreformen nicht einmal Sir R. Peel eine abſolute Abgeſchloſſenheit für möglich hält, ſondern auch hier ſich ſchon eine Hinterthüre offen läßt, um in ſpäterer Zeit vielleicht Abänderungen angemeſſen zu finden, dieß zeigt eine Stelle in ſeiner Rede über den Fleetwood'ſchen Antrag, wo er ſagte: „Es gibt eine vierte Claſſe von „Perſonen, welche die Reformacte als Erledigung einer „großen conſtitutionnellen Frage aufrecht erhalten wollen, ſo abſchließend als ſie irgend ſeyn kann, denn keine legislative Maaßregel läßt ſich je ſo ſtreng abſchließen, daß ſich nicht zu irgend einer Zeit das Bedürfniß „nach einer Veränderung fühlbar machen ſollte, — die „alſo die Reformbill in dem Geiſte annahmen, in welchem „ſie von Lord Grey und von Lord Althorp dargeboten „wurde, und die ſie in obigem Sinn als abgeſchloſſen betrachteten, indem ſie zugleich wünſchten, ſie in jenem „Geiſte ausgeführt zu ſehen, und indem ſie jegliche Art „von Einſchüchterung oder Beſtechung verabſcheuten, durch „welche das Volk an der Ausübung des ihm geſetzlich zuſtehenden Rechts verhindert werden könnte." — Was die von der Times citirten Stellen aus dem Schreiben Lord J. Ruſſells betrifft, ſo äußert ſich dieſes Blatt darüber folgendermaaßen: „Wir finden, daß, wie ſehr auch die Anſichten des edlen Lords für die Zweckmäßigkeit ſeyn mögen, „„das Zehnpfundwahlrecht von gewiſſen Anordnungen zu entfeſſeln,"" die es jetzt beläſtigen, oder die Beſtimmungen der „„jährlichen Regiſtrirung"" zu erleichtern, oder den Character des Wahlrechts der Freiſaſſen zu heben, S^r. Herrlichkeit doch einen furchtbaren Unterſchied zwiſchen ſolchen mäßigen Veränderungen, wie obige, und den organiſchen Umwälzungsfragen der Radicalen erblickt. „„Ich ſagte Ihnen bei meiner Wahl,"" ſo bemerkt der edle Lord, „„Sie hätten von mir nicht zu erwarten, daß ich zu Gunſten des Ballottements ſtimmen würde."" Dann erklärt er, daß geheime Abſtimmung ohne „allgemeines Wahlrecht"" gar keinen Sinn haben würde. „„Sie paßt,"" fügt er hinzu, „„für eine unumſchränkte Regierung der Wenigen oder für eine freie Regierung, unter welcher das Wahlrecht allgemein iſt. Aber für die Mittelclaſſen Englands eine unverantwortliche und geheime Gewalt über die Geſchicke des Landes zu verlangen, würde eine unerträgliche Anomalie ſeyn."" Was die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Hauswirthe, die zweite große Forderung der Revolutionnärs, anbetrifft, ſo fragt Lord John Ruſſell weiterhin: „„Werden diejenigen, welche keine Hauswirthe ſind, damit zufrieden ſeyn? Werden die arbeitenden Claſſen, die nicht Hauswirthe ſind, ſich bereitwillig einer ſolchen Ausſchließung unterwerfen?"" Hier haben wir alſo zwei von den sine quibus non der Männer „„fortſchreitender Reform,"" für welche die Beipflichtung Lord John Ruſſells nicht zu erwarten iſt. Er wird weder für das Hauswirthwahlrecht, noch für das Ballottement ſtimmen. In der neuen „„Combination der politiſchen Parteien,"" mit welcher wir, den Cabinetsmeuterern zufolge, binnen kurzem beglückt werden ſollen, wird Lord J. Ruſſell keinen Platz einnehmen können." Hören wir nun, wie Lord John Ruſſell ſich in ſeiner oben erwähnten Parlamentsrede über jene Reformen äußert, ſo finden wir darin die offene Erklärung, daß er dieſelben nicht unterſtützen könne, doch ſagt er nichts Mißbilligendes darüber, ſondern läßt vielmehr durchblicken, daß er die Forderungen erklärlich finde. Seine Worte lauten: „Das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied für Dublin (O'Connell) und viele Andere mit ihm betrachten die Reformbill als einen durch-

„aus mißlungenen Verſuch und behaupten, es ſei ein „neues Geſetz nothwendig, welches dem Wahlrecht eine „weit größere Ausdehnung gäbe, eine äußerſt kurze Par„lamentsdauer feſtſetzte, die Krone zugleich der Auflö„ſungsprärogative beraubte und auch eine geheime Ab„ſtimmungsart (das Ballottement, Abſtimmung durch „Kugeln, ſtatt durch Namen) annähme, worin man ei„nen Schutz für den Wähler finden will. Dieß iſt aber „ſo viel als ein Vorſchlag zur gänzlichen Aufgebung der „Reformbill in ihrer jetzigen Geſtalt; kurz, es iſt ein Vor„ſchlag zu einem ganz neuen Geſetzgebungsſyſtem in dieſer „Hinſicht. Ich brauche hier die Gründe nicht auseinander„zuſetzen, worauf dieſer Vorſchlag ſich ſtützt. Nur das bleibt „mir zu ſagen, daß ich den Vorſchlägen, welche von den Ver„theidigern jenes Geſetzgebungsſyſtems gemacht werden, „und von denen einige, ich räume es ein, ganz „plauſibel ſind, meine Zuſtimmung nicht geben kann.“ — Auf dieſe und ähnliche verclauſulirte Aeußerungen Lord John Ruſſells baut die Chronicle ihre Ueberzeugung, daß dieſer Miniſter ein noch eben ſo eifriger Reformer ſei, als jemals, und daß er nur durch andere Cabinetsmitglieder in ſeinen Fortſchritten gehemmt werde. Sie ſtellt daher aus ſeiner Rede alles das, was ſie für ſeine eigene perſönliche Anſicht hält, auf die eine Seite, und das, worin ihr derſelbe nur als gezwungenes Organ des Cabinets erſcheint, auf die andere und zieht daraus den Schluß, daß die Tories ihn abſichtlich hätten mißverſtehen wollen, indem ſie ſich nur an das letztere gehalten, und daß einige Radicale durch die Art und Weiſe, wie Sir Robert Peel die Erklärungen Lord John Ruſſells aufgenommen, und durch die ſcheinbare Uebereinſtimmung beider Staatsmänner in Bezug auf die Reformbill ſich hätten verleiten laſſen, jenes Mißverſtändniß zu acceptiren. Sir Robert Peel nämlich ließ es ſich angelegen ſeyn, bloß die ganz beſtimmten Erklärungen Lord J. Ruſſells über diejenigen Reformen, welche dem Miniſter zuläſſig ſchienen, gleichſam zu Protocoll zu nehmen, und dieſe Erklärungen beſchränken ſich allerdings auf Puncte, die den Radicalen unbedeutend und nicht der Mühe werth erſcheinen, und die andererſeits Sir R. Peel mit ſeinen Anſichten von dem Princip der Reformbill nicht gerade für unvereinbar zu halten ſcheint, da er ſich ſonſt wohl auf der Stelle entſchiedener darüber ausgeſprochen hätte, während er ſie einſtweilen auf ſich beruhen ließ. Sir Robert Peel ſagte nämlich in dieſer Hinſicht: „Der edle Lord hat erklärt, daß er gewiſſe Aenderungen in der Reformbill zugeben werde, auch bezeichnete er genau den Umfang derſelben. Er hat in dieſer Beziehung nichts undeutlich oder unbeſtimmt gelaſſen. Der edle Lord hat geſagt, er werde einer wichtigen Veränderung hinſichtlich des Regiſtrirungsgeſetzes ſeine Zuſtimmung geben; er behauptete, daß 75 Regiſtrirungs-Reviſoren zu viel ſeien, daß man die Reviſionsgerichte auf einen gewiſſen permanenteren Charakter einſchränken und Appellation von der Entſcheidung der Regiſtrirungs-Reviſoren zulaſſen ſollte. In Betreff der Hauptbeſtimmungen der Reformbill erklärte ſich der edle Lord für eine Milderung der auf die Steuereinrichtung bezüglichen Clauſeln, ſo wie für die Bewilligung eines längeren Termins bei Bezahlung der Armenabgaben, auch ſolle man, wenn die Zahlung dieſer Abgaben geſichert ſei, nicht auf die Zahlung der directen Steuern beſtehen. Ich habe mir die Worte des edlen Lords aufgezeichnet. Der edle Lord ſagte, daß der gegenwärtige Antrag des ehrenwerthen Baronets (Sir H. Fleetwood) völlig dazu geeignet ſei, in Erwägung gezogen zu werden, da derſelbe den Zehnpfund-Hauswirthen in den Grafſchaften, die nicht in Städten wohnen, das Recht verleihen wolle, für die Grafſchaften zu ſtimmen; aber der edle Lord hat auch geſagt, daß dieß ein Gegenſtand ſei, den er weder perſönlich, noch auch als Miniſter unterſtützen könne; er ſagte ferner, er könne dieß weder jetzt thun, noch auch für die Zukunft ſeine Unterſtützung verſprechen. (Hört! hört!) Der edle Lord hat eine Discuſſion der Fragen über die Regiſtrirung und die Zahlung der Abgaben verlangt; über letztere will ich keine Meinung ausſprechen, aber ich bin aufs Innigſte davon überzeugt, daß wir durch irgend einen neuen Repräſentationsplan die wahren Intereſſen des Landes nicht ſo fördern, als dadurch, daß wir getreu und pünctlich die uns übertragenen Pflichten erfüllen und unſeren Conſtituenten und dem Lande zeigen, daß wir zu der Erfüllung jener Pflichten völlig geeignet ſind.“ (Beifall.) — So wie nun Sir Robert Peel durch obige Hervorhebung des Factiſchen aus Lord J. Ruſſells Rede den Miniſter gewiſſermaaßen beim Wort nehmen und den Radicalen vorhalten zu wollen ſchien, daß ſie von dem jetzigen Cabinet eben ſo wenig, wie von einem entſchieden conſervativen, eine Gewährung ihrer Forderungen zu erwarten hätten, ſo laſſen es ſich die Torybläter noch mehr angelegen ſeyn, jene Rede des Miniſters nach ihrem Sinne auszulegen und daraus zu folgern, daß das conſervative Element im Schooße des Miniſteriums immer ſtärker hervortrete, und daß dieß, falls man ſich conſequent bliebe, nothwendigerweiſe zu einer baldigen Auflöſung des Melbourne'ſchen Cabinets führen müſſe. Während dieſe Blätter aber glauben, daß mit Lord Melbourne auch Lord John Ruſſell ſich zurückziehen würde, wenn das Miniſterium eine radicalere Farbe erhalten ſollte, ſcheinen, wie geſagt, die Organe der Bewegungspartei zu hoffen, daß der letztere auch in dieſem Falle der miniſterielle Führer des Unterhauſes bleiben werde. Daß aber eine baldige Umgeſtaltung des Cabinets bevorſtehe, oder daß wenigſtens von dem radicaleren Theile desſelben ſtark darauf hingearbeitet werde, dafür dient der Torypreſſe ein im Blatte der Morning-Chronicle vom 6. d. M. enthaltener, mit geſperrter Schrift gedruckter Artikel als Beweis, in welchem man eine Art von Manifeſt der Bewegungsmänner des Cabinets erblicken will, eine völlige Kriegserklärung derſelben gegen ihre conſervativer geſinnten Collegen, namentlich gegen Lord Melbourne, eine Unabhängigkeitserklärung von Seiten der erſteren und die Ankündigung, daß ſie, wenn ſie das Terrain erſt allein beſetzt hielten, zu einer unverzüglichen Parlamentsauflöſung ſchreiten würden. Einige wollen behaupten, daß dieſes Manifeſt *) von Lord Normandy herrühre, wobei denn auch ſeiner Gemahlinn gedacht wird. Sie Beide, ſagt die Torypreſſe, wollten der Königinn einreden, daß durch einen gehörigen Mißbrauch ihres Namens ein radicales Unterhaus zu erlangen ſeyn würde, und die Conſervativen hätten daher keinen Augenblick zu verlieren, um ſich auf die Wahlen vorzubereiten, die vermuthlich binnen hier und drei Wochen würden eröffnet ſeyn.

Der Globe erklärt die Nachricht des Standard in Betreff der Abdankung Lord Melbourne's für durchaus ungegründet.

Conſols am 11. Juni 94¼.

Spanien.

Einem Schreiben aus Durango vom 6. Juni (in der Quotidienne) zufolge hatte Espartero am 30. Mai, während zu Orduña die Frohnleichnamsprozeſſion

*) Vergl. Oeſterr. Beob. vom 17. Juni.

gehalten wurde, die dortige Kirche militärisch besetzen und alle Ornamente und andere Gegenstände von Werth aus selber wegnehmen lassen.

Portugal.

Nachrichten aus Lissabon vom 3. Juni zufolge war durch den von der Regierung den Cortes vorgelegten Antrag, die ganze nicht fundirte oder schwebende Schuld zu consolidiren, einige Aufregung entstanden; alle hierbei betheiligten Staatsgläubiger fürchten, für ihre gegenwärtigen Rechtsansprüche mit werthlosem Papier abgespeist zu werden. Es hieß, die Regierung beabsichtige, die auswärtige Schuld auf gleichen Fuß mit der innern zu stellen. — Zu Coimbra entstand durch die Erdolchung eines Studierenden ein Auflauf. Ueber 200 Studierende stürzten sich auf die Straßen und mißhandelten alle Vorübergehenden. Ein Piket von 12 Mann, das die Behörde gegen sie aussendete, wurde von ihnen entwaffnet. — Nachrichten aus Angola vom 23. März melden, daß daselbst über die Festigkeit, mit welcher der neue Gouverneur gegen den Sclavenhandel auftrete, große Unzufriedenheit herrsche.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das am 9. Juni in Liverpool eingelaufenen Newyorker Packetboot „Oxford" hat Journale bis zum 20. Mai mitgebracht. Das jüngsterwähnte Gerücht von einem Friedensschlusse mit den Seminolen scheint voreilig gewesen zu seyn, denn diese Blätter sprechen von neuen Ueberfällen und gräßlichen Ermordungen, die von diesen Indianern verübt worden. Die übrigen einheimischen Nachrichten sind unerheblich. Der berühmte Novellendichter Cooper hat einen Injurienprozeß gegen ein Journal von Otsego gewonnen, das zu 400 Dollars Schadenersatz verurtheilt wurde. — In der englischen Colonie Neufundland herrscht seit dem Februar eine schreckliche Hungersnoth. Der neue Staat Texas soll in raschem Aufblühen begriffen seyn. Ein französisches Geschwader war an der Mündung des Brassos gesehen worden; sein Besuch ward als freundlich betrachtet.

Frankreich.

Der Moniteur vom 13. Juni enthält folgende telegraphische Depesche aus Marseille vom vorhergehenden Tage: „Marseille, 12. Juni. Der Agent der auswärtigen Angelegenheiten an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Das Packetboot aus der Levante ist gestern Abends eingelaufen. Ich schicke Ihnen seine Depeschen durch Staffette. Diese Depeschen widerlegen gänzlich das Gerücht von Feindseligkeiten zwischen den türkischen und ägyptischen Armeen. Es hat allerdings ein Streit (rixe) zwischen Soldaten der beiden Armeen Statt gefunden; er ist von den Offizieren der beiden Lager leicht beigelegt worden." — Die Oppositionsjournale spotten über den nichtssagenden Inhalt obiger Depesche, aus der nur so viel hervorgehe, daß die beiderseitigen Heere sehr nahe bei einander stehen müssen, da Raufhändel unter den Soldaten haben Statt finden können.

Der Moniteur enthält zwei königliche Ordonnanzen vom 11. Juni in Betreff der Sclaven in den Colonien; die erste betrifft die Zählung derselben und die Einregistrirung der Geburten, Todesfälle und Heirathen in ihrer Mitte; die zweite bestimmt die Fälle, in welchen die Sclaven von Rechtswegen frei werden, z. B. wenn ein Sclave oder eine Sclavinn mit seiner Herrinn oder ihrem Herrn, oder, unter Genehmigung des Herrn, mit irgend einer andern freien Person ein Ehebündniß eingehen.

Der König hat der Witwe des Marquis von Semonville eine Pension von 6000 Fr. bewilligt.

Dem Journal des Debats zufolge stand Hr. Thiers im Begriffe, nach einem Pyrenäenbade (Cotterets) abzureisen, wo er sich vier Wochen lang aufzuhalten gedachte. — Einem Schreiben aus Paris (in der Allgemeinen Zeitung) zufolge hatte Hr. Thiers am 10. d. M. eine lange Unterredung mit dem Könige zu Neuilly.

Der Finanzminister, Hr. Passy, wurde zu Evreux mit einer Majorität von 254 Stimmen unter 264 Wählern wieder zum Deputirten gewählt.

Nachdem in der Sitzung der Pairskammer vom 13. Juni noch mehrere Artikel des Mounier'schen Vorschlages hinsichtlich des Ordens der Ehrenlegion angenommen worden waren, wurde zur Abstimmung über den Gesetzentwurf im Ganzen geschritten, und derselbe mit 63 gegen 53 Stimmen angenommen.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 12. Juni entwickelte Hr. de Tracy seinen Antrag auf allmählige Abschaffung der Sclaverei in den Colonien. Er sagte, daß sein Antrag wörtlich derselbe sei, welchen Hr. Passy im vergangenen Jahre vorgelegt habe; er hoffe, die Kammer werde sich um so weniger dagegen erklären, als der eigentliche Urheber jetzt auf der Ministerbank sitze. Hr. Passy schloß sich der Meinung des Hrn. de Tracy an, und wünschte, die Kammer möge dieser Frage, die übrigens, da sie Eigenthumsinteressen betreffe, mit Vorsicht behandelt werden müsse, alle Aufmerksamkeit schenken. Die Kammer beschloß einstimmig, den Antrag in Erwägung zu ziehen. — Ueber einen Antrag des Hrn. Perspinasse, den Mitgliedern der Ehrenlegion die vollen Rückstände ihres ursprünglichen Gehalts nachzuzahlen, was eine Sache von beiläufig 45 Millionen Franken wäre, erfolgte keine Entscheidung, weil die Kammer nicht mehr in hinreichender Zahl beisammen war.

In der Deputirtenkammer kam bei den Berathung über die strategischen Straßen im Westen auch die Verwendung der Truppen zu öffentlichen Arbeiten wieder in Anregung. Der Referent, Hr. Allard, fand dieselbe unzweckmäßig: einmal, weil die bestehenden Gesetze nicht aussprechen, ob die Mannschaft durch Zwang zu solchen Arbeiten angehalten werden dürfe; dann weil die Ersparniß an Arbeitslohn gering, dagegen die Gefahr für Disciplin ꝛc. groß sei, und ohnehin nur Infanteristen verwendet werden könnten, indem die andern Waffengattungen

ununterbrochene Dienſtübung erfordern. Der Kriegsminiſter, General Schneider, ſprach ebenfalls ſeine Anſicht aus, daß die Armee nicht zu Privatbauten, ſondern nur zu großen öffentlichen Arbeiten, z. B. Feſtungswerken, verwendet werden ſolle; von Lohn dürfe dabei keine Rede ſeyn, ſondern bloß Vergütung für Monturabnützung und beſſere Nahrung gereicht werden. Er erinnert an die wichtigen Bauten, die unter ſeiner Leitung in Morea ausgeführt worden, und wobei der Mann nur auf 15 Cent. zu ſtehen kam.

Die Petitionscommiſſion der Deputirtenkammer hat zum Berichterſtatter über die Bittſchriften um Wahlreform den Deputirten von Golbery ernannt, der den Reformideen zugethan iſt. Dagegen iſt die Wahl der Commiſſion für Hrn. Gauguiers Antrag (Einziehung der Beamtengehalte von Kammermitgliedern während der Seſſion) nicht günſtig ausgefallen. Bekanntlich hatte die Kammer, vielleicht in einer Anwandlung von Zerſtreuung, beſchloſſen, den Antrag in Erwägung zu ziehen. In den Bureaux ſchien aber eine ganz verſchiedene Anſicht vorzuherrſchen, denn ſämmtliche erwählte Commiſſäre ſind Gegner des Antrags. Bloß das zweite Bureau ſcheint dem Princip desſelben nicht entſchieden feindlich, verwirft aber deſſen Form. Hr. Tocqueville, der zum Commiſſär gewählt wurde, wünſchte, daß alle an den Hof attachirten Perſonen, ſo wie die Generalprocuratoren, die königlichen Procuratoren und die Commandanten der Militärdiviſionen nicht in die Kammer zugelaſſen würden.

Der Aſſiſſenhof der Seine ſprach am 11. Juni über die fünf Angeklagten in der Sache des Moniteur républicain und Homme libre „Schuldig" aus. Boudin, Fombertaut, Guillemin, Minor Lecomte und Joigneau wurden zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt und bleiben dann noch weitere fünf Jahre unter polizeilicher Aufſicht. Corbière und Aubertin wurden freigeſprochen.

Die Nachricht von Unruhen in Lyon zeigt ſich jetzt als das Werk eines ſeltſamen Irrthums. Das Journal de Paris, welches dieſelbe angeblich aus dem Courrier de Lyon entlehnte, hatte nämlich aus Verſehen eine ältere Nummer dieſes Blattes erhalten, und aus derſelben den, den Pariſer Blättern entlehnten Bericht über die Vorfälle vom 13. Mai in der Straße St. Mery entnommen. So wanderte die Pariſer Inſurrection als Lyoner Aufſtand nach Paris zurück!

Wie die Gazette des Tribunaux erzählt, hatten am 10. Juni bei Tagesanbruch einige Aufſeher an einer Barriere von Paris zwei Individuen geſehen, die eine zwei Fuß lange und ſechs Zoll im Durchmeſſer haltende Kanone ohne Laffette zogen. Ihr geheimnißvolles Weſen erregte Verdacht, ſie ſeien Diebe. Es entſpann ſich ein lebhafter Kampf, und nur mit Mühe bemächtigte man ſich der Beiden. Es wurde Hausunterſuchung bei ihnen gehalten, und einige vorgefundene Papiere laſſen vermuthen, daß die Kanone zu irgend einem Complott beſtimmt war. Der Schloſſer, der ſie verfertigte, wurde verhaftet. Zwei Artillerieoffiziere, die ſie beſichtigten, ſagten aus, daß ſie, obgleich von grober Arbeit, dennoch mehr als funfzigmal nacheinander ohne Gefahr des Zerſpringens abgefeuert werden könne. Ein Inſtructionsrichter iſt mit der Unterſuchung beauftragt.

In vielen Städten Frankreichs wurde dieſes Jahr die Frohnleichnamsprozeſſion, wie in den Reſtaurationsjahren, im Freien gehalten und von den Behörden begleitet.

Am 13. Juni 5Percents 111 Fr. 45 Fin Courant geſchloſſen zu 111 Fr. 35. 3Percents 79 Fr. 90. Fin Courant geſchloſſen zu 79 Fr. 65.

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüſſel vom 11. Juni: „Heute wurden hier die HH. Engler, von Staſſart und von Merode zu Senatoren gewählt. — Der Verwalter der öffentlichen Sicherheit hat den verſchiedenen mit der Paßpolizei beauftragten Autoritäten Inſtructionen geſandt, damit alle den Eintritt in das Königreich und den Austritt aus demſelben, über die holländiſche Gränze beſchränkende Maaßregeln vom heutigen Tage an aufhören. Die Militärautorität hat ihrerſeits Befehle in dem nämlichen Sinne an die Militärcommandanten unſerer Vorpoſten auf der ganzen Linie geſandt. Die Reiſenden aller Nationen werden von nun an ohne irgend eine Autoriſation durch unſere Vorpoſten gelaſſen werden; allein deſſen ungeachtet müſſen ſie ihren fremden Paß gegen einen belgiſchen Paß beim Eintritte in das Königreich auswechſeln, es ſei denn, daß ſie, England, Oeſterreich oder Preußen angehörend, durch Reciprocität davon befreit ſeien." — Ferner aus Lüttich vom 12. Juni: „Die Wahlen für die Repräſentantenkammer hatten geſtern zu Lüttich Statt. Leſoinne, Raikem, Fleuſſu, de Behr und David wurden zu Repräſentanten gewählt. Die Liberalen haben die Wahlſchlacht verloren. — Perſonen, die von Venloo zu Lüttich angekommen, verſichern, daß die Räumung dieſer Feſtung am 15. d. M. Statt haben werde."

Teutſchland.

Wie vor einiger Zeit der in Stuttgart erſcheinende teutſche Courier, ſo iſt nun auch die in Bremen erſcheinende Bremer Zeitung im Königreich Hannover verboten worden. Die Hannoverſche Zeitung vom 12. Juni enthält die Bekanntmachung des Verbotes, über deſſen genaue Befolgung alle Polizeibehörden wachen ſollen, mit dem Zuſatze, daß die Nichtbeachtung des Verbotes, außer der Confiscation, mit einer Geldſtrafe von 5 Thlr. belegt werden ſoll. — Daſſelbe Blatt der Hannoverſchen Zeitung enthält die Fortſetzung der Verhandlungen der zweiten Kammer der allgemeinen Ständeverſammlung. In der Sitzung vom 8. wurde zum dritten Male über die Verlängerung des Budgets auf das nächſte Jahr abgeſtimmt, und daſſel-

be dann der ersten Kammer übermacht, welche den Antrag ebenfalls annahm. Der Generalsyndicus trug dann darauf an, daß die verschiedenen Bittschriften wegen der Verfassungsangelegenheit einer gemeinschaftlichen Commission beider Kammern übergeben werden sollen, was auch zum ersten Male angenommen wurde. Ueber einen dritten Punct der Verhandlung berichtet die Hannoversche Zeitung wörtlich wie folgt: „Der Tagesordnung gemäß gelangte ferner der Antrag auf ein, an des Königs Majestät zu richtendes Gesuch um Wiedervorlegung von Verfassungsvorschlägen zur zweiten Berathung. Während auch heute der Antrag an sich keinen Widerspruch fand, wurde von Seiten eines Mitgliedes auf Streichung des ganzen Schlußsatzes angetragen, indem die darin dem königlichen Cabinete angesonnene Aufgebung des Princips, das jede wählende Corporation durch die Wahl der Verfassung von 1819 als bestehend anerkenne, doch keine Wahlen bewirken; und eben deßhalb schon als zwecklos bei der Regierung Bedenken finden müsse, jedenfalls aber darin eine gänzliche Aufgebung des Satzes, daß die Verfassung von 1819 in anerkannter Wirksamkeit sei, gefunden werden dürfte, was nur die widerstreitendsten Elemente in die demnächstige Ständeversammlung bringen könne. Ein anderes Mitglied beantragte, dieser Argumentation mit mehreren anderen widersprechend, eine Veränderung des Schlußsatzes dahin, daß den künftigen Wahlen irgend ein Präjudiz weder vorangeschickt, noch unterlegt werden möge, wodurch man es der Regierung mehr überlasse, ob und in welchem Maaße sie über die aus den Wahlen bisher gezogenen Folgerungen sich aussprechen wolle. Der Proponent des Hauptantrags trat beiden Verbesserungsanträgen entschieden entgegen, indem er nur bei ausdrücklicher Aufgebung jenes Präjudizes günstige Wirkung von der Aufforderung zu den Wahlen verhoffen könne, und der Erwartung sich überlasse, daß in einer mit dem ernstlichen Wunsche, eine Vereinbarung mit Sr. Majestät dem Könige zu bewirken, zusammentretenden Ständeversammlung keine diesem Zwecke widerstreitende Spaltungen in Beziehung auf das dermalige Bestehen der Verfassung von 1819 und von 1833 sich zeigen werden. Ein anderes Mitglied hob hervor, daß der Standpunct der künftigen Ständeversammlung durch den Beschluß vom 16. März 1838, „die sogenannte Competenzfrage auf sich beruhen zu lassen," von selbst gegeben sei, daß mithin von einer Erneuerung der Discussionen darüber, welche Verfassung als die dermalen bestehende zu betrachten, nicht werde die Rede seyn können, daß aber behufs Beruhigung mehrerer Corporationen, und um aus Uebergehung des Punctes kein Anerkenntniß von Seiten der Stände folgen zu lassen, der ausdrückliche Antrag auf Aufhebung des sogenannten Präjudizes für die Folge ihm nöthig erscheine. Der erste Verbesserungsantrag wurde sodann zurückgenommen, und der zweite mit alleiniger Dissens des Proponenten desselben abgelehnt, worauf der Hauptantrag unverändert zum zweiten Male angenommen ward." Zum Schlusse wurde noch über zwei Wahlen bereits beeidigter Abgeordneten gesprochen und wegen der einen, gegen welche die Wahlmänner protestirt hatten, Erläuterung von der Regierung begehrt.

In der Sitzung der zweiten Kammer der hannoverschen Stände vom 10. Juni wurde (nach Mittheilung der Hannoverschen Zeitung) die dritte Berathung über ein an den König zu richtendes Gesuch um Wiedervorlage von Verfassungsvorschlägen bis zur Mittheilung der deßfallsigen Adresse der ersten Kammer (die auch am Schlusse der Sitzung einlief) ausgesetzt. Sodann berieth die Kammer über die Regierungsvorschläge wegen Verwendung der Einnahmsüberschüsse von 930,000 Rthlrn., wonach dieselben theils zur Erstattung der aus der Kroncasse geleisteten Vorschüsse für Schloßbauten und Unterhalt des Kronprinzen, theils zu Chausseebauten, und der Rest von 480,000 Rthlrn. zu Schuldabtragung verwendet werden soll. Nach Beseitigung eines von einem Mitgliede erhobenen Einwandes wurden diese Vorschläge mit dem Vorbehalt angenommen, „daß die Genehmigung der künftigen Regulirung der Finanzverhältnisse in keiner Hinsicht präjudiciren solle. Zuletzt wurde wiederholt der Grundsatz, daß vor Beeidigung neuer Mitglieder eine Prüfung der Vollmachten nicht erforderlich sei, bekräftiget und festgesetzt.

Die siebzehnte Versammlung der teutschen Naturforscher und Aerzte findet im September d. J. zu Pyrmont Statt. Die Herren Dr. K. Th. Mencke und Dr. Fr. Krüger, als ernannte Geschäftsführer, machen bekannt, daß Sr. Durchlaucht der Fürst das große Logierhaus, so weit es nicht etwa von Kurgästen besetzt ist, zur unentgeldlichen Aufnahme von Mitgliedern bewilligt und Geldmittel überwiesen habe, wie denn auch von Seite der Bürger viele Wohnungen unentgeldlich zur Verfügung gestellt worden sind. Die Mitglieder, namentlich diejenigen, welche mit Familien einzutreffen beabsichtigen, werden ersucht, die Geschäftsführer bis Ende August davon benachrichtigen zu wollen.

Wien.

Am 20. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅛.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	82.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	149⅛.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	670.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl. in CM.	265⅛.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl. in CM.	53⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM.	—.
Bankactien pr. Stück	—— in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Wittwe, Dorotheergasse Nr. 1103.

№ 173

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 22. Juni 1839.

W 1.K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 20. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.618	283. 4L. 7P.	+ 18.2	NW. schwach.	Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.587	28 4 3	+ 24.0	WNW. mittel.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.576	28 4 1	+ 16.8	NO. still.	Wolken.

Wien.

Nachdem S^r. Majestät der Kaiser von S^r. Majestät dem Könige der Belgier die Versicherung erhalten haben, daß der König von der persönlichen Stellung des Generals Skrzynecki zu der österreichischen Regierung keine Kenntniß hatte, und den besondern Umständen seiner Entfernung aus den Staaten S^r. kaiserlichen Majestät gänzlich fremd war; auch daß S^r. Majestät, wenn Sie vorausgesehen hätten, daß die Aufnahme jenes Offiziers in die belgische Armee geeignet seyn könnte, das gute Einvernehmen zwischen den beiden Staaten zu stören, sich enthalten haben würden, ihn dahin zu berufen: so haben S^r. kaiserliche Majestät, in Erwägung, daß der General Skrzynecki gleich nach seiner Ankunft in Belgien nur einen Militärgrad ohne Anstellung im activen Dienste erhalten, und daß die definitive Consolidirung der immerwährenden Neutralität dieses Königreiches die Wiederkehr des Zusammentreffens der Umstände, welche die gerechten Reclamationen des österreichischen Cabinets veranlaßt hatten, unmöglich gemacht hat; in Erwägung endlich, daß diese Erklärungen der belgischen Regierung befriedigende Bürgschaften für die Zukunft darbieten, beschlossen, Ihre diplomatischen Verbindungen mit dem Brüsseler Hofe wieder herzustellen.

In Folge der Wiederanknüpfung dieser Verhältnisse hat der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister S^r. Majestät des Königs der Belgier am kaiserl. österreichischen Hofe, Baron O'Sullivan de Graß, seine diplomatischen Functionen wieder angetreten.

S^r. k. k. Majestät haben Ihren bisherigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am großherzoglich badischen und großherzoglich hessischen Hofe, Grafen Moriz von Dietrichstein, in gleicher Eigenschaft bei S^r. Majestät dem Könige der Belgier zu beglaubigen geruht.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 6. Juni enthält ein an alle politischen Chefs gerichtetes Circular des Ministers des Innern, worin derselbe anzeigt, daß die Regierung Willens sei, den nächsten Cortes die erforderlichen Maaßregeln gegen den Mißbrauch der Presse vorzuschlagen. Mittlerweile wird den politischen Chefs die strengste Aufsicht über die periodische Presse eingeschärft. — Unter Anderm wird verfügt, daß der Behörde, zwei Stunden vor der Austheilung, ein Exemplar der Journale oder anderen periodischen Blätter vorgelegt werde, um zu beurtheilen, ob sie keinen Artikel gegen die öffentliche Ordnung, die Religion und die Moral enthalten. — Der an des Baron de Meer Stelle zum Oberbefehlshaber in Catalonien ernannte General Valdes ist am 4. d. M. nach seiner Bestimmung abgegangen. — Die Nachricht von der Einnahme von Ripoll durch die Carlisten hat in Madrid lebhafte Sensation erregt.

Der Sentinelle des Pyrénées zufolge soll eine aus fünf Bataillons Infanterie und 200 Pferden bestehende Division der Armee Espartero's, unter Commando des Brigadiers Concha, über Calahorra nach Arragonien aufgebrochen seyn.

Großbritannien und Irland.

Nachstehendes ist der nähere Verlauf der (gestern kurz erwähnten) Verhandlungen des Unterhauses vom 10. Juni. — Nachdem das Haus sich in den Ausschuß über die neue Jamaica-Bill verwandelt hatte, trug Sir Edward Sugden, wie er schon angekündigt hatte, auf die Auslassung der ersten Clausel an, welche den Gouverneur und Rath von Jamaica ermächtigt, Gesetze und Verordnungen in dem Fall zu erlassen, wenn das Versammlungshaus auf seiner Weigerung beständen, seinen legislativen Pflichten nachzukommen. Er ging über die mit der früheren Bill in Verbindung stehenden Gegenstände in weitläuftige Erörterung ein und analysirte auch die vorliegende Maaßregel aufs genaueste, wobei er seinen Ruf als Rechtsgelehrter dafür zum Pfande setzte, daß nicht eine einzige Clausel der Bill gesetzlich sei, oder von irgend einem Rechtsgelehrten als solche vertheidigt werden könne, indem er sich hauptsächlich darauf stützt, daß dem Gouverneur verfassungswidrige Gewalten übertragen werden sollten. H^r. Labouchere, der Unterstaatssecretär für die Colonien, antwortete ihm, so weit es die gegenwärtige Bill betraf, wollte sich aber nicht darauf einlassen, das Gefecht über den Leichnam

der früheren zu erneuern. Er bemerkte, daß die Oppoſition gegen die frühere Bill darauf begründet geweſen ſei, daß man dem Verſammlungshauſe keine Gelegenheit, in ſich zu gehen, keinen locus poenitentiae (ein Ausdruck Sir Roberts Peels) geſtattet habe, was nun aber in der jetzigen eingeräumt ſei, ſo daß jenes Haus alſo die gehörige Zeit habe, ſelbſt legislative Maaßregeln zu treffen. Ueber dieſes Princip wären beide Seiten des Hauſes, wie er glaube, einverſtanden. Indem nun alſo die Regierung dem Verſammlungshauſe dieſe Gelegenheit zur Umkehr geſtattet und ihm zugleich die nöthige Zeit gelaſſen habe, alle zum Beſten der Inſel erforderlichen Geſetze einzuführen, während die Regierung ſich aller directen Geſetzgebung begebe, vorausgeſetzt, daß die Colonialleglslatur dieſe ſelbſt beſorgte, ſo ſei es doch nöthig, dem Gouverneur und dem Rathe die Macht einzuräumen, ſolche Maaßregeln wieder aufleben zu laſſen, deren Erneuerung die geſetzgebende Verſammlung verweigern möchte. Es ſchiene, fuhr Hr. Labouchere fort, daß der Haupteinwurf gegen die erſte Clauſel gerichtet ſei. Hr. Burge aber, der accreditte Agent jener Verſammlung, habe ſich hauptſächlich über die zweite beklagt, es ſei alſo klar, daß ſelbſt die Aufhebung der erſten Clauſel nicht die Zuſtimmung der geſetzgebenden Verſammlung zu der zweiten, noch auch die ſo ſehr zu wünſchende Eintracht herbeiführen würde. Hr. Labouchere ſuchte dann darzuthun, daß hinſichtlich aller drei in der erſten Clauſel vorkommenden Puncte eine ſchnelle Geſetzgebung erforderlich ſei. Es ſei rathſam, Stetigkeit in der Geſetzgebung zu zeigen. Wenn man nur dann entſchieden mit den Colonien verführe, falls ein Enthuſiasmus gegen die Sclaverei daheim ſich zeigte, aber nachläſſig zu Werke ginge, falls ein ſolcher Drang nicht antriebe, ſo würden die Maaßregeln als das Reſultat populärer Aufregung und nicht als das Ergebniß eines überlegten Urtheils angeſehen werden. Hr. Gladſtone ſtimmte vollkommen damit überein, daß es zweckmäßig ſei, Stetigkeit in der Geſetzgebung zu zeigen, ſo wie, daß das Parlament ein Recht habe, ſich ins Mittel zu legen, aber dieſe Dazwiſchenkunft müſſe die Ausnahme, Nichtintervention dagegen die allgemeine Regel ſeyn, wie es denn auch die conſtitutionnelle Regel ſei. Der Colonie müſſe Gelegenheit gegeben werden, ſelbſt für ſich Geſetze zu verfaſſen, dieſe habe ſie aber noch nicht gehabt, noch verſchaffe die Bill ihr dieſelbe. Die ihr zwiſchen der Annahme dieſer Bill, die ſchwerlich vor Ende Auguſt nach Jamaica kommen könne, und dem 1. October, dem Tage, an welchem das Colonialparlament aufgehoben werden ſolle, wenn es nicht vor dieſem Tage Geſetze erlaſſen habe, geſtattete Friſt ſei zu kurzer Zwiſchenraum, um der geſetzgebenden Verſammlung von Jamaica die erforderliche Zeit zur Ueberlegung zu laſſen. Warum ſei Jamaica ſo zum beſonderen Drucke auserleſen? Die andern Colonien würden nicht ſo gedrängt, und doch enthielten ſie zwei- bis dreimalhunderttauſend Neger, welche eben ſo ſehr Beſchützung erforderten, als die von Jamaica. Nachdem ſich noch mehrere Redner hatten hören laſſen, erregte der letzte, Hr. Shiel, die Ungeduld des Hauſes auf eine Weiſe, daß von allen Seiten die Abſtimmung verlangt wurde. Sie ergab 228 Stimmen für und 194 gegen die erſte Clauſel, ſo daß dieſe mit einer Majorität von 34 Stimmen angenommen wurde, was auf den miniſteriellen Bänken lauten Jubel erregte. Die zweite Clauſel wurde mit einem Wortamendement zugeſtanden und die übrigen Clauſeln der Bill, ſo wie der Eingang, ohne Veränderung angenommen. In derſelben Sitzung veranlaßte die Oppoſition der Tories den Miniſter des Innern, Lord John Ruſſell, auch in Bezug auf die canadiſchen Angelegenheiten ein Erklärung abzugeben, der zufolge das Cabinet von ſeinem früheren Beſchluſſe abſteht. Bekanntlich hatte Lord John Ruſſell ſchon in der Sitzung vom 3. d. M. zwei Reſolutionen vorgelegt, von denen die erſte die Nothwendigkeit einer legislativen Union zwiſchen Ober- und Niedercanada, die zweite die Nothwendigkeit der Fortdauer der dem Generalgouverneur von Niedercanada übertragenen außerordentlichen Gewalten bis zum Jahre 1842 auszuſprechen beſtimmt war. Die Discuſſion über dieſe Anträge, die ihres abſtracten Characters wegen ſchon damals vielfachen Widerſpruch erregten, war ausgeſetzt worden. Mittlerweile hatte Lord Stanley angezeigt, daß er bei der Discuſſion eine Abſtimmung über die Frage veranlaſſen werde, ob es zweckmäßig ſei, das Haus durch eine abſtracte Reſolution zur Feſtſtellung des Princips einer Union zwiſchen den beiden Provinzen zu verpflichten. Lord John Ruſſell brachte nun die Sache von neuem zur Sprache, und als Lord Stanley dabei beharrte, den von ihm angezeigten Antrag machen zu wollen, ſobald die Discuſſion eröffnet werde, was am 13. geſchehen ſollte, ſo zeigte der Miniſter des Innern an, daß er ſeine Reſolutionen zurücknehme und eine gehörig detaillirte Bill einbringen werde, der die Reſolutionen zur Grundlage dienen ſollten. Nichtsdeſtoweniger aber wird, eben derſelben Anzeige zufolge, der ſowohl von den Tories als den Radicalen bei jener früheren Gelegenheit bereits gerügte Uebelſtand fortbeſtehen, daß es in dieſer Seſſion zu keiner legislativen Maaßregel über die canadiſchen Verhältniſſe kommt, denn Lord J. Ruſſell erklärte zugleich auf die Anfrage Sir Robert Peel's, daß bei dem ſehr energiſchen Proteſt, der von dem geſetzgebenden Rath von Obercanada gegen die Union der Provinzen eingelegt worden, die Regierung ſich nicht für berechtigt halten könne, eine Maaßregel über dieſen Gegenſtand in der gegenwärtigen Seſſion durchzuſetzen, weßhalb die einzubringende Bill nur auf die Tafel des Hauſes niedergelegt werden ſolle. Dieſer Erklärung des Miniſters folgte von der Oppoſitionsſeite des Hauſes der mehrfach wiederholte ironiſche Ruf: Hört! hört! und lautes Gelächter. Lord Palmerſton legte in dieſer

Sitzung die auf den holländisch-belgischen Vertrag bezüglichen Papiere vor."

Der Londoner Correspondent der Hamburger Börsenhalle meldet vom 11. Juni Abends, daß im Oberhause an diesem Tage der Herzog von Beaufort das Circular zur Sprache gebracht hatte, welches Lord John Russell an die Lordlieutenants der durch die Chartisten am meisten bedrohten Grafschaften erlassen und wodurch der Minister dieselben bevollmächtigt, unter Umständen die ordnungsliebenden Einwohner zu bewaffnen. Der Herzog von Beaufort sowohl als der Herzog von Wellington hatten Manches an dem Circular auszusetzen, beruhigten sich jedoch vorläufig, als Lord Melbourne versprach, dasselbe nebst der Namensliste der Lordlieutenants, an welche es erlassen sei, vorzulegen. Die Unterhaussitzung war an diesem Tage ganz unbedeutend und schon um 7½ Uhr beendet, da keine 40 Mitglieder mehr zugegen waren. Ein Gerücht, mit dem sich die Toryblätter nun schon lange Zeit herumtragenn, und welches der Standard am 11. Abends wiederholte, daß nämlich Lord Melbourne, Lord J. Russell, Lord Palmerston und Hr. Spring-Rice sich aus dem Ministerium zurückziehen würden, wird von diesem Correspondenten für ganz unbegründet, dagegen die ebenfalls verbreitete Nachricht von einer nahe bevorstehenden Auflösung des Parlaments für wahr gehalten, da eine Fortdauer des gegenwärtigen Verhältnisses des Ministeriums zum Parlamente nicht länger möglich sei." — Die Berliner (Haude- und Spener'sche) Zeitung enthält hierüber folgende Mittheilung ihres Londoner Correspondenten gleichfalls vom 11. Juni: „Man erwartet hier, ganz allgemein, eine Auflösung des bestehenden Cabinets; auf jeden Fall ist es unmöglich, daß es fortfahren kann, so auf das Gerathewohl die Angelegenheiten des Landes zu leiten, während, des gänzlichen Mangels an Zutrauen der gesetzgebenden Gewalt wegen, das Ministerium von einer Stunde zur andern nicht wissen kann, welche Maaßregel es wird durchführen können oder nicht. So hat es, wie ich schon voraussagte, seine neugebackene Erziehungsbill aufgeben müssen, und erst am vergangenen Abend (10. Juni) wurde es in beiden Häusern stillschweigend geschlagen. Im Oberhause erklärte Lord Melbourne, daß das Cabinet sich der Ernennung eines Papisten zu der Stelle eines Kanzlers von Irland (eines der einflußreichsten Aemter in Irland, das gegenwärtig von Lord Plunkett bekleidet wird) widersetzen müsse, einer Stelle, die man, noch vor wenigen Wochen — O'Connell zugedacht hatte, und im Unterhause zeigte Lord J. Russell an, daß die Regierung bei dem Beschlusse hinsichtlich Canada's (wodurch die Ausgleichung der Dinge in diesem unglücklichen Lande bis zum Jahre 1842 hinausgeschoben wird), nicht beharren werde! Allerdings setzte, an demselben Abend, Lord J. Russell eine Clausel in seiner Jamaica-Bill mit einer Mehrheit von 34 Stimmen durch, allein dieß war ein reiner Zufall, da über die Bill viel früher, als Sir Robert Peel es gedacht hatte, abgestimmt wurde, und Sie werden sehen, daß die Minister diese tyrannische Maaßregel eben so wenig, als ihre übrigen schlechtberathenen Vorschläge, durchzusetzen im Stande seyn werden. Die Regierung hat also auf keiner Seite die Stimmen für sich; die Tories widersetzen sich ihr geradezu, die Radicalen hegen Verdacht gegen sie und bringen sie in Verlegenheit, und die einflußreichsten Whigfamilien sind ihrer Schwäche und ihres Schwankens, so wie ihres beständigen Coquettirens mit O'Connell und den Radicalen, müde. Sie werden also wahrscheinlich sehr bald hören, daß Melbourne, Russell, Palmerston und Rice ihre Aemter niedergelegt haben, und daß Normanby, vielleicht mit Durham und Macaulay und den radicalen Mitgliedern des Cabinets, eine neue Verwaltung bilden und das Parlament auflösen werden. Die Andeutung zu dieser Auflösung soll, wie man sagt, schon in dieser Woche erfolgen, wenn man bis dahin mit den Veranstaltungen zur Bildung eines neuen Cabinets fertig werden kann. Dann aber werden sie sehen, daß die neue Verwaltung, bei ihrer Zusammensetzung, aus den heterogensten und entzündlichsten Materialien, bald in sich selbst zu streiten angefangen und sich auflösen wird, und dann wird Sir R. Peel an die Spitze treten und daran bleiben. Ich für meinen Theil glaube, daß die Auflösung des Parlaments, zugleich mit einem Ministerium, wie Lord Normanby es zu bilden im Stande ist, die Erwählung eines Parlaments nach sich ziehen wird, das conservativer ist, als irgend eines, das wir seit 1828 gehabt haben, und zwar deßwegen, weil die großen conservativen Whigs, die wohl wissen, was ein solches Ministerium zu unternehmen fähig seyn dürfte, sich mit den Conservativen vereinigen werden, um den gehörigen Einfluß auf die Wahlen auszuüben."

Der Globe berichtet jetzt auch den schon früher aus Paris gemeldeten Abschluß eines Vertrages zwischen England und Frankreich über den Transport der indischen Post durch Frankreich und fügt bei: „Die Post nach Indien wird in versiegelten Behältern durch einen englischen Kurier nach Marseille gebracht, von wo ein englisches Dampfboot sie über Malta, ohne sich hier aufzuhalten, nach Alexandrien transpottirt; von dort wird sie zuerst über Land und dann von dem rothen Meere aus weiter befördert. Auf die Post aus Indien wartet in Alexandrien ein Dampfschiff, das sie nach Malta bringt, von wo aus sie ein anderes Dampfschiff, damit Aufenthalt durch die Quarantaine vermieden wird, nach Marseille befördert; dort wird sie von einem englischen Kurier in Empfang genommen und in versiegelten Behältern nach Calais gebracht."

Consols am 12. Juni 94¼.

Frankreich.

Nachdem in der Sitzung der Pairskammer vom 13. Juni der Mounier'sche Vorschlag in Betreff des Ordens der Ehrenlegion, wie gestern gemeldet, angenommen worden war, kam die Reihe an den (von der Deputirtenkammer bereits angenommenen) Gesetzentwurf, kraft dessen ein Credit von 1,200,000 Fr. für die geheimen Ausgaben begehrt wird. Dieser Gesetzentwurf wurde nach einigen Debatten, wobei der Marquis de Drenx-Brézé, ohne gegen den Gesetzentwurf selbst zu sprechen, die auswärtige Politik des Ministeriums angriff, welche der Präsident des Conseils (Marschall Soult) und der Minister des öffentlichen Unterrichts (Hr. Villemain) vertheidigte, von der Kammer mit 91 gegen 6 Stimmen angenommen.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 13. Juni wurde der Antrag des Hrn. Lespinasse, die Bezahlung sämmtlicher Rückstände des Ehrenlegionsordens betreffend, fast einstimmig vertagt. Hr. Gaugier war der einzige Redner, der den Antrag lebhaft unterstützte, und über die geringe Sympathie sich wunderte, den derselbe in der Kammer gefunden. Er meinte, es sei undankbar,

den alten Legionären zu verweigern, was man Nationalgardisten für Dienste eines Tages bewillige. Bekanntlich erhalten nämlich decorirte Gemeine und Unteroffiziere der Linie wie der Nationalgarde noch jetzt einen mit dem Orden verbundenen Jahrgehalt, welcher bei den ältern Offizieren reducirt worden und seit der Restauration keinem Offizier mehr bewilligt wird. Oberst Lespinasse, der Antragsteller, wollte, daß den ältern Mitgliedern die Rückstände des vollen ursprünglichen Gehalts, wie er unter Napoleon bestand, ausbezahlt würden.

Die Commission der Deputirtenkammer, welche das außerordentliche Creditbegehren für die Marine wegen der Verwicklungen in der Levante zu prüfen beauftragt ist, hat einstimmig sich dahin ausgesprochen, daß Frankreichs Ehre und Interesse ihm die Pflicht auferlegen, die Integrität des osmanischen Reiches aufrecht zu erhalten, und daß, da der Vertrag von Unkiar-Iskelessi nur ein todter Buchstabe sei, weil er von keiner der übrigen Großmächte Europas sanctionirt worden, derselbe die Russen nicht zur Besetzung des Bosporus ermächtigen könne. Die Gazette bemerkt hierzu spöttisch: „Ohne Zweifel wird diese Erklärung von Seiten einer Kammer, die seit acht Jahren alljährlich verlangt, daß die französische Regierung die polnische Nationalität aufrecht erhalte, großen Effect in Rußland machen."

Außer den bereits erwähnten funfzehn Theilnehmern an dem Aufstande vom 12. und 13. Mai hat der Pairshof in seiner Sitzung vom 12. Juni auch noch die Angeschuldigten Marescal, Gregoire und Tiernay in Anklagestand versetzt. In Contumaciam, da sie flüchtig sind, wurden in Anklagestand versetzt: Der Advocat August Blanqui, Martin Bernard, Meillard und Doy. Die öffentlichen Verhandlungen werden am 24. beginnen. Blanqui war schon von Pepin in den Aussagen, die er vor seiner Hinrichtung machte, als ein Hauptmitglied der geheimen Verbindungen geschildert worden. Er und Barbès scheinen an der Spitze des ganzen Aufruhrs gestanden zu seyn. Es fanden sich bei ihm Formulare für die Aufnahme neuer Mitglieder; der Aufzunehmende kannte bloß den, der ihn aufnahm, und den, der ihn vorschlug. Blanqui hatte die Waffen vertheilt, jeder Cohorte ihren Posten angewiesen, die zu plündernden Waffenbuden bezeichnet und Sorge getragen, daß bei jeder schon geplünderten mit Kreide das Wort: „Entwaffnet" angeschrieben wurde, damit die Nachfolgenden sich nicht mehr mit einem Angriffe gegen dieselbe aufhielten.

Die große legitimistische Verschwörung von Avignon ist, wie schon erwähnt, zu einem zuchtpolizeilichen Vergehen zusammengeschrumpft. Von der Anklagekammer des königlichen Gerichtshofes zu Nimes sind 17 der Angeschuldigten wegen unerlaubten Besitzes von Waffen und Theilnahme an einer nicht autorisirten Verbindung vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen worden; die Uebrigen wurden freigesprochen. Die Gazette und die Quotidienne vom 13. d. M. enthalten eine gleichlautende Erklärung im Namen der legitimistischen Partei, worin sich dieselbe gegen den Verdacht, als gehe sie mit Verschwörungen um, verwahrt und erklärt, sie suche nur durch gesetzliche Mittel ihren Einfluß geltend zu machen.

Unter der Aufschrift: „die Eisenbahnen in Frankreich" enthält die Allgemeine Zeitung folgende Mittheilungen eines ihrer Correspondenten aus Paris vom 5. Juni: „Die Jämmerlichkeit der gegenwärtigen Zustände von Frankreich zeigt sich nirgends in einem klareren Licht als in Sachen der Eisenbahnen. Während in allen Ländern der Erde, die einigermaßen unter die civilisirten zu rechnen sind, überall angefangene Werke dieser Art vollendet, neue Projecte ins Werk gesetzt werden, und neue Pläne ans Licht treten, hört man hier nur von Aufgebung projectirter Unternehmungen, von Auflösung bereits geschlossener Compagnien, ja von Demolirung halb beendigter Werke, worauf bereits Millionen verwendet worden sind. Schwebte wirklich ein großer Geist über der Administration Frankreichs, was hätte er im Lauf der verflossenen zehn Jahre allein in dieser Hinsicht vollbringen können bei einer Empfänglichkeit, wie sie diese Nation für alles Großartige, Neue, Glänzende und Glorreiche besitzt, und bei so unermeßlichen Hülfsmitteln, wie sie einer Regierung von Frankreich zu Gebot stehen! Hier liegt das einzige Mittel, jenen unzufriedenen, zum Aufruhr geneigten Pöbel an Gesetz und Ordnung zu gewöhnen und zu fesseln. Man gebe ihm vollauf zu arbeiten; man verschaffe ihm Gelegenheit, seinen Zustand zu verbessern; um ihm Achtung für das Eigenthum beizubringen, lasse man ihn selbst Eigenthum erwerben. Was aber hat man seit 1830 für die untern Volksclassen gethan? Nichts — oder fast nichts — nein, weniger als nichts! — Man hat das Budget um etliche hundert Millionen vergrößert. Diese eilfhundert Millionen, die H. Passy, der Volkstribun, fordert, wer muß sie bezahlen? Wer anders als die arbeitende Classe? Was anders ist Schuld, daß der Taglohn und die Preise der Lebensbedürfnisse in so schreckbarem Mißverhältniß stehen, als die unerschwinglichen Consumtionsauflagen, und der Mangel an Nachfrage nach Arbeit, welcher wieder daraus entsteht, daß die Producte, durch die hohen Auflagen vertheuert, im Ausland und im Inland zu wenig Absatz finden? Mangel und Noth sind zehnmal gefährlichere Aufruhrstifter, als die Declamationen der Tribune und der Presse. Was aber hat man gethan, um diese Quelle des Uebels zu verstopfen? Nichts. Während England Commissionen niedersetzt, um die Ursachen des Nothstandes von Irland zu untersuchen und unter Beihülfe der Regierung ein ganzes System von Eisenbahnen einzuführen, denkt hier kein Mensch daran, daß eine neue Regierung sich ungleich besser durch die Wohlthaten befestigt, die sie dem Volke erweist, als durch

die Siege, die sie in den Straßen gegen Verzweifelnde erficht. Im vorigen Jahre ist zwar ein glänzendes Project vorgelegt worden, aber zu jener Zeit war der Geist der Opposition schon zu mächtig. Die Opposition wollte der Regierung keine so ungeheuern Summen zur Disposition stellen, aus Furcht — ob aus gegründeter oder ungegründeter, wollen wir dahingestellt seyn lassen — sie möchte dadurch ihren Einfluß auf die Wahlcollegien vermehren. Schon daß diese Furcht existiren konnte, war schlimm genug. Was aber hinderte die Regierung von 1830 bis 1837 mit diesem Plan hervorzurücken, zu einer Zeit, wo ihr die Majorität noch ganz gewiß war? Wenn Hrn. Thiers irgend etwas vorzuwerfen ist, so ist es der ungeheure Leichtsinn, womit er diese große Frage beseitigte. Gab es aber damals einen höheren Geist in Frankreich, warum hat er Hrn. Thiers nicht zurechtgewiesen? In diesem Augenblick steht die Sache der Eisenbahnen in Frankreich so: kleine unbedeutende Strecken von Paris nach St. Germain, von Montbelliard nach Cette u. s. w. sind fertig, und die von Paris nach Versailles auf dem rechten Ufer wird nächstens eröffnet werden. Die auf dem linken Ufer der Seine, nachdem sie das Doppelte der veranschlagten Summe gekostet, mußte ihre Arbeiten einstellen, weil die Actionnäre nicht mehr nachzahlen wollten oder konnten. Noch sind 5 Millionen erforderlich, um das Werk herzustellen. Regierung und Kammern, welche sich vorzuwerfen haben, zwei Eisenbahnen zwischen Paris und Versailles zu gleicher Zeit concessionirt, die Kosten derselben erst gering angeschlagen, und dann den Compagnien Bedingungen gestellt zu haben, wodurch diese Kosten verdreifacht werden, sind nun von den Actionnären dieser Bahn angegangen worden, ein Capital von 5 Millionen (à 3% Perc. Interesse) zur Vollendung des Unternehmens herzuschießen. Die Regierung im Bewußtseyn der früheren Mißgriffe ist darauf eingegangen, und gestern hat Hr. Dufaure, Minister der öffentlichen Arbeiten, einen dahin abzielenden Gesetzesentwurf in die Kammer gebracht, der aber mit vielem Murren aufgenommen worden, was schon ein bedenkliches Zeichen ist. Der Hauptgeund des Ministers ist, daß es eben so viel kosten würde, die Bahn zu demoliren als sie zu beendigen. Das wäre schon ein triftiger Grund, wenn nicht die Gesellschaft der Bahn auf der rechten Seite der Seine aufträte und um gleiche Vergünstigung einkäme. Die Rechte ist nämlich die Concurrentinn und Todfeindinn der Linken. Seit die Linke für halbtodt ausgesagt worden, sind die Actien der Rechten erst recht in die Höhe gegangen; bedeutend gesunken sind sie wieder, seitdem die Linke Hoffnung hat, wieder auf die Beine zu kommen. Früher schon hat die Linke ihrerseits verhindert, daß der Rechten billige Concessionen gemacht werden; jetzt erinnert die Rechte an diese Verhältnisse und stellt der Kammer vor, daß sie durch Unterstützung der Linken diese zwar vom Untergang rette, dagegen die Rechte dem Untergang weihe; die Gerechtigkeit erfordere wenigstens, daß man ihr gleiche Unterstützung angedeihen lasse. Das ist allerdings wahr, und darauf wird es auch wohl am Ende herauskommen: die Regierung wird beiden Compagnien 10 Millionen zu 3% Perc. vorstrecken, damit — beide Compagnien einander durch Concurrenz ruiniren können. Ob das Weisheit ist? Daß die Linke den Anfang zu einer westlichen Linie nach der Bretagne und Vendée abgeben könnte und sollte, ist Hrn. Dufaure gar nicht eingefallen. Es scheint, die Coalitionsministerien seien zur Zeugung großer Ideen und Pläne eben nicht besonders geeignet. Indessen will er wegen der Eisenbahnen von Paris nach Havre und Orleans demnächst Gesetzvorschläge einbringen. Die erstere Compagnie verlangt große Erleichterungen und Vergünstigungen, sonst will sie ihre Arbeiten nicht beginnen, sondern liquidiren. Letztere Absicht ist bei den meisten und größten Actionnären die vorherrschende. Hat doch Niemand für zwölf Monate Vertrauen in den Bestand der Dinge; wer möchte nun gar sein Geld an eine Speculation wagen, die acht Jahre zur Realisirung bedarf? Ueber diese und die Verhältnisse anderer Eisenbahngesellschaften ein andermal."

Am 14. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents — —. Fr. 25. 3 Percents 79 Fr. 50.

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung fährt fort in Mittheilung der Verhandlungen der allgemeinen Ständeversammlung. Unter dieser Aufschrift gibt sie in ihrem Blatte vom 14. Juni Folgendes: „Erste Kammer. Von Seiten eines Mitgliedes ward in der siebzehnten Sitzung vom 31. Mai der Antrag gestellt: 1) In Veranlassung der durch die königliche Proclamation vom 3. Mai 1839 kundgegebenen Zusage Sr. Majestät des Königs über die Zulässigkeit fernerer Verhandlung über die Verfassung des Landes eine Adresse des (weiter unten folgenden) Inhalts zu beschließen; 2) diese Adresse Sr. Majestät dem Könige durch eine Deputation der allgemeinen Ständeversammlung, bestehend aus den Präsidenten beider Kammern und aus sieben Mitgliedern jeder Kammer, zu überreichen, und 3) zu beschließen, daß der Schlußantrag der Adresse, so wenig die Prüfung der Vollmachten, als die eventuell nothwendige Wahl ständischer Commissarien zweiter Kammer habe ausschließen sollen. — Nachdem dieser Antrag in der achtzehnten Sitzung zur vorläufigen Berathung gelangt, nach darauf gefaßtem Beschlusse sowohl der Antrag selbst, wie der vorgelegte Entwurf zur Adresse einer Commission von fünf Mitgliedern dieser Kammer zur Prüfung überwiesen, und auch von dieser ein Entwurf vorgelegt worden war, so genehmigte man denselben, wie den obigen Antrag in zweimaliger Abstimmung in den Sitzungen vom 6., 7. und 8. Juni. Die Adresse, wie sie nunmehr, un-

ter Dissens zweier Stimmen, von erster Kammer genehmigt ist, lautet folgendermaaßen: „Als Eure königl. Majestät die verbindliche Kraft des Staatsgrundgesetzes durch das allerhöchste Patent vom 1. November 1837 für erloschen erklärten, und den im Februar 1838 versammelten Ständen des Königreichs den Entwurf zu einer neuen Verfassungsurkunde zur freien Berathung vorlegen ließen, theilten Stände, indem sie die Frage über die Rechtsbeständigkeit die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes auf sich beruhen ließen, vertrauensvoll die von Eurer königl. Majestät ausgesprochene Hoffnung, die Verfassung des Landes auf eine, den königlichen Prärogativen und den ständischen Rechten entsprechende Weise im Wege des Vertrages zum dauernden Glück des Landes festgestellt zu sehen, und wünschten auf diese Weise die damals schon von mehreren Seiten erhobenen Zweifel über die Verfassungsangelegenheit vollständig und dauernd zu beseitigen. — Diese Hoffnung auf eine Vereinbarung und auf Beseitigung des seitdem immer mehr und mehr hervorgetretenen Strebens vieler Corporationen zu Gunsten des Staatsgrundgesetzes vom 26. September 1833 — sie ist verdunkelt durch unerwünschte Verwicklungen mancher Art, so wie auch durch die erfolgte, in dem königlichen Schreiben vom 15. Februar d. J. ausgesprochene Zurücknahme des vorgelegten Verfassungsentwurfs! — Mit tiefem Kummer blicken die von Eurer königl. Majestät wiederberufenen Stände auf die durch diese Verhältnisse und durch die tadelnswerthen Bemühungen Mancher hervorgerufenen Spaltungen und Störungen der Eintracht und auf die unglückliche, jeden Fortschritt in Beziehung auf Gesetzgebung und finanzielle ständische Verhältnisse hemmende Lage des übrigens so blühenden Vaterlandes. Dringend und baldthunlichst bedarf die hierdurch wesentlich gefährdete Wohlfahrt des Ganzen eine Umgestaltung dieses Zustandes. Stände erachten es daher für unabweisliche Pflicht, sich mit dieser unterthänigsten Adresse an ihren allergnädigsten König zu wenden, und auf die bedauerliche Lage des geliebten Vaterlandes hinzuweisen. — Eurer königl. Majestät getreuen Stände sind fortwährend der festen Ueberzeugung, daß nur eine vertragsmäßige Erledigung der Verfassungsangelegenheit zu einem gedeihlichen Ziele führen könne; sie erachten sich berufen und zuständig, für solche nach Kräften zu wirken, und glauben dadurch eben sowohl den von Eurer Majestät bezeichneten Weg zu betreten, als den allgemeinen Wunsch des Landes zu erfüllen." — Wenn demnach Stände darauf anzutragen sich unterthänigst erlauben, wegen Wiederaufnahme der Verfassungsangelegenheit auf andere geeignete Weise die nöthigen Anordnungen zu treffen, so glauben sie auch nach der, in der Proclamation vom 3. Mai d. J. enthaltenen allerhöchsten mit Dank erkannten Erklärung auf eine Gewährung dieser ihrer Bitte zuversichtlich hoffen zu dürfen. — Während Eure königl. Majestät allergetreueste Stände sich bei diesen Verhandlungen bestreben werden, die Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, die ihnen als Stützen des Thrones, und zugleich als Vertretern des Landes obliegen, finden sie in Eurer königl. Majestät landesväterlichen Gesinnungen das Vertrauen begründet, daß Allerhöchstdieselben den durch solche Verhandlungen hervorgerufenen Anträgen und Wünschen der Stände entgegenzukommen geruhen wollen. — Als Vertreter des Landes hegen sie dieses Vertrauen um so zuversichtlicher, da sie bei einer gewissenhaften Beachtung ihrer beschworenen Pflichten eine Anerkennung und Sicherung ihrer wohlbegründeten und nothwendigen Gerechtsame in Anspruch zu nehmen angewiesen sind. — Wenn jedoch die Resultate der letzten Wahlen ergeben haben, daß ein großer Theil der Wahlberechtigten mit der Wahl neuer Deputirten zur allgemeinen Ständeversammlung deßhalb zurückgeblieben ist, weil er einer aus der Wahlhandlung selbst zu folgernden Anerkennung der Verfassung von 1819 zu entgehen suchte, und wenn andererseits Stände unter den obwaltenden Umständen nur wünschen können, die hochwichtige Berathung über die Verfassung des Landes unter Mitwirkung eines möglichst großen Theils der Wahlberechtigten vorzunehmen, da hierdurch die Verfassungsangelegenheit auf eine um so mehr Vertrauen und Anerkennung findende Weise wird geordnet werden; so halten sich Stände ehrerbietig zu der fernern unterthänigsten Bitte verpflichtet, Eure königliche Majestät wollen geruhen, obgedachten Anstand durch einer allerhöchsten Erklärung zu beseitigen. — Stände halten sich zu solchem Antrage um so mehr verpflichtet, als sie nicht anerkennen können, daß den Wahlcorporationen und Wahldistricten ein anderes Recht, als das Recht der Wahl selbst, am wenigsten irgend eine Befugniß zustehe, über Landesangelegenheiten verbindliche Erklärungen abzugeben, weßhalb Stände an der Ansicht festhalten müssen, daß aus den Wahlhandlungen der Corporationen eine Anerkennung der einen oder andern Verfassung mit Grunde Rechtens überall nicht gefolgert werden könne. — Bei der nie wankenden Treue und Liebe des hannoverschen Volkes zu ihrem erhabenen Könige und angestammten Regentenhause und bei dessen ruhigem und bedächtigem Sinne, glauben Stände die zuversichtliche Erwartung aussprechen zu dürfen, daß die von Eurer königl. Majestät erbetenen Anordnungen des Erfolges gewiß seyn werden. In dieser Erwartung wollen Eure königl. Majestät den unterthänigsten Antrag gerechtfertigt finden, die Wirksamkeit der versammelten Stände für gegenwärtige Diät auf die Fortbewilligung des laufenden Budgets beschränken zu wollen. — Haben Stände die Beruhigung, Eurer königl. Majestät freimüthig die wesentlichsten Anstände bezeichnet zu haben, deren Entfernung sie ihrerseits für dringend nothwendig erkennen, so vertrauen sie zu Eurer königl. Majestät landesväterlichen Gesinnungen und Weisheit, daß Allerhöchstdieselben überhaupt solche Maaßregeln zu treffen geruhen werden, welche unbeschadet Eurer königl. Majestät Rechte zu dem erwünschten Ziele einer vertragsmäßigen Vereinbarung über die Verfassungsangelegenheit, so schleunig als es die Umstände irgend gestatten, zu führen geeignet sind."

Wien.

Am 21. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	101⅞.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	81¼.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	149¼.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	265.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM.	53.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	—.
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 174

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 23. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 21. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.524	283. 32. 5p.	+ 18.5	OSO. still.	heiter.
	2 Uhr Nachm.	27.441	28 2 5	+ 23.8	SSO. schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.412	28 2 0	+ 19.7	OSO. still.	Wit. u. Wetterleucht.

Frankreich.

Der Moniteur vom 15. Juni gibt nun den Bericht, welchen Hr. Merilhou, im Namen der mit der Instruction des an den Pairshof verwiesenen Prozesses gegen die Urheber und Theilnehmer der Aufstände am 12. und 13. Mai beauftragten Commission, am 11. Juni erstattet hat. In diesem Berichte wird aus den erhaltenen Aufschlüssen über die geheimen Gesellschaften nachgewiesen, daß die Tendenz aller ihrer Bestrebungen seit 1834 nicht bloß eine politische Umwälzung durch Einführung der Republik, sondern auch der Umsturz aller socialen Verhältnisse, die Vernichtung der Eigenthumsrechte ꝛc. gewesen sei. Die Werkzeuge, deren sie sich bedienten, waren einfache Handwerksleute, Dienstboten, junge Leute, Studenten, die der väterlichen Zucht überdrüssig waren u. s. w. Man regte ihre Begierden an, mißbrauchte ihre Leichtgläubigkeit, köderte sie durch chimärische Aussichten auf Größe und Reichthum. Das erste Gesetz dieser Vereine war, nichts Geschriebenes von sich zu geben, weßhalb auch die Beweisstücke nur selten und durch Zufall erlangt werden konnten. Ein an vier Orten zugleich aufgefundenes Formular zur Aufnahme in die sogenannte „Familiengesellschaft" enthält Folgendes: „Der Aufzunehmende wird mit verbundenen Augen eingeführt. Man läßt ihn folgenden Eid ablegen: „„Ich schwöre, das tiefste Schweigen über Alles zu beobachten, was hier vorgehen wird."" Der Präsident liest ihm sodann nachstehende Fragen vor, auf welche er die beigesetzten Antworten zu geben hat: 1) Was hältst du von der jetzigen Regierung? — Daß sie Volk und Land verräth. 2) In welchem Interesse handelt sie? — In jenem einer kleinen Anzahl Bevorrechteter. 3) Wer sind heutzutage die Aristokraten? — Die Geldmenschen, Bankiers, Lieferanten, Monopolisten, großen Gutsbesitzer, Agioteurs, mit Einem Worte die Ausbeutenden (exploiteurs), die sich auf Kosten des Volkes mästen. 4) Mit welchem Rechte herrschen sie? — Durch Gewalt. 5) Welches ist das vorherrschende Laster in der Gesellschaft? — Die Selbstsucht. 6) Was tritt an die Stelle der Ehre, der Redlichkeit, der Tugend? — Das Geld. 7) Welcher Mensch wird in der Welt geachtet? — Der Reiche und Mächtige. 8) Wer wird verachtet, verfolgt, außer dem Gesetz erklärt? — Der Arme und Schwache. 9) Was hältst du von den Octroigebühren, den Auflagen auf Salz und Getränke? — Es sind gehässige Steuern, die dem Armen erpreßt werden, und den Reichen verschonen. 10) Was ist das Volk? — Es ist die Gesammtheit der arbeitenden Bürger. 11) Wie wird es von den Gesetzen behandelt? — Als Sclave. 12) Welches ist das Loos des Proletariers unter der Herrschaft der Reichen? — Es gleicht jenem des Leibeigenen und Negers; sein Leben ist nur eine lange Kette von Elend, Anstrengungen und Leiden. 13) Welches Princip muß einer geregelten Gesellschaft zur Grundlage dienen? — Die Gleichheit. 14) Worin sollen die Rechte des Bürgers in einem gutgeordneten Lande bestehen? — In dem Rechte der Existenz, eines unentgeldlichen Unterrichts, und der Theilnahme an der Regierung; seine Pflichten sind: Hingebung gegen die Gesellschaft, und brüderliche Gesinnung gegen seine Mitbürger. 15) Soll man eine politische oder sociale Revolution ausführen? — Eine sociale. — Wir wollen die in wenig Worten unsern Zweck auseinandersetzen. Wir haben uns verbunden, um mit mehr Erfolg gegen die Tyrannei der Unterdrücker unseres Landes anzukämpfen, deren Politik darin besteht, das Volk in Unwissenheit und Absonderung zu halten; die unserige würde also dahin gehen, Kenntnisse zu verbreiten, und die Kraft des Volkes in Eine Masse zu vereinigen. Unsere Tyrannen haben die Presse und die Vereine proscribirt; deßhalb ist es unsere Pflicht, uns standhafter als je zu verbinden, und die Presse durch mündliche Propaganda zu ersetzen. Jedes Mitglied hat den Beruf, durch alle möglichen Mittel die republikanischen Grundsätze zu verbreiten, mit Einem Worte, eine thätige, unermüdliche Propaganda zu üben. Versprichst du, dich hierin unsern Bemühungen anzuschließen? Später, wenn die Stunde geschlagen hat, werden wir die Waffen zum Umsturz einer Regierung ergreifen, die das Vaterland verräth. Wirst du an jenem Tage mit uns seyn? Bedenke es wohl; es ist eine gefährliche Unternehmung; unsere Feinde sind mächtig; sie haben eine Armee, Schätze, den Beistand der fremden Könige; sie herrschen durch Schrecken. Wir armen Proletarier haben nur unsern Muth und unser gutes Recht. Fühlst du Kraft in dir, der Gefahr zu trotzen? Bist du entschlossen, wenn das Zeichen zum Kampf ertönen wird, mit den Waffen in der Hand für die Sache der Menschheit zu streiten? Bürger, erhebe dich! Folgendes ist der Eid, den du zu leisten hast: „„Ich beschwöre, Niemanden, selbst meinen nächsten Verwandten nicht, zu verrathen, was unter uns gesprochen oder gethan werden wird; ich beschwöre, den Gesetzen des Vereins zu gehorchen, mit meinem Haß und meiner Rache die Verräther zu verfolgen, die sich etwa in unsere Reihen einschleichen möchten, meine Brüder zu lieben und zu unterstützen, meine Freiheit und mein Leben für den Sieg unserer heiligen Sache zu opfern."" Bürger, wir erklären dich für ein Mitglied des Vereins: setze dich nieder. Hast du Waffen, Munition? Jedes Mitglied liefert beim Eintritt eine Quantität Pulver nach Maaßgabe seines Vermögens; außerdem muß es sich selbst mit zwei Pfund versehen. Es gibt nichts Schriftliches für den Verein. Du wirst nur nach dem Kriegsnamen bekannt werden, den du dir wählen wirst. Im Falle der Verhaftung darfst du niemals dem Instructionsrichter antworten. Das Comité ist unbekannt; aber im Augenblicke des Kampfes muß es sich

zu erkennen geben. Es ist ausdrücklich verboten, auf öffentlichem Platze handelnd aufzutreten, wenn das Comité sich nicht an die Spitze des Vereins stellt. Während des Kampfes müssen die Mitglieder ihren Anführern nach aller Strenge der militärischen Disciplin gehorchen. Wenn du Bürger kennst, die verschwiegen genug sind, um unter uns aufgenommen zu werden, so wirst du sie uns vorstellen; jeder Bürger, der Verschwiegenheit und guten Willen vereinigt, verdient in unsere Reihen einzutreten, wie auch sonst der Grad seiner Bildung beschaffen sei. Der Verein vollendet seine politische Erziehung." — Unter den Papieren des Angeklagten Barbès hat man eine Proclamation vom 28. Juli 1835 (dem Tag des Fieschi'schen Attentats) gefunden, die mit den Worten beginnt: „Bürger! Der Tyrann ist nicht mehr!" Dieß scheint ein Beweis, daß nicht alle Mitschuldigen Fieschi's vor den Pairshof gezogen, und nicht alle Fäden jenes Attentats entdeckt worden sind. Zwei andere Actenstücke sind: ein Tagsbefehl vom Mai 1835, welchen Barbès an die geheimen Gesellschaften erließ, um (zur Zeit des Aprilprozesses) ihren Eifer zu mäßigen, und zweitens der Plan zur Organisation des sogenannten „Familienvereins." Er wurde so genannt, weil jede einzelne Section von fünf Mitgliedern den Namen „Familie" führte. Die Statuten enthalten unter Anderm, daß jeder Aufzunehmende volljährig, „von gutem Leumund" und verschwiegen seyn, und seine Subsistenzmittel nachweisen müsse. Die Aufnahme sollte jedesmal mit verbundenen Augen, und nur in Gegenwart des Familienchefs und des Vorschlagenden vor sich gehen u. s. w.

Auf die (gestern erwähnte) Rede, in welcher der Marquis de Dreux-Brèzé bei der Debatte über die für die geheimen Ausgaben zu bewilligenden Gelder die innere sowohl als die auswärtige Politik der Regierung angriff, antwortete der Marschall Soult im Wesentlichen: Seit mehreren Jahren sei man gewöhnt, dieselben Anklagen über die Vergangenheit, dieselben Unglücksprophezeiungen für die Zukunft zu hören. Das Resultat habe stets bewiesen, daß Klagen und Prophezeiungen lächerlich und abgeschmackt gewesen und nur von einer exaltirten Einbildung erzeugt worden. Das Cabinet werde sich dadurch keineswegs einschüchtern lassen und muthig fortfahren alle Pflichten zu erfüllen. „Ich sage alle Pflichten," wiederholte der Marschall mit Nachdruck. „Was die auswärtige Politik anlangt, so wird die Kammer wohl keine weitläuftigen Erklärungen von mir verlangen. Dieselbe Sprache, welche ich früher über Spanien geführt, bestätige ich, führe ich noch. Ich sagte, daß meiner Ueberzeugung nach weder Cooperation, noch Intervention Frankreich nützlich seyn könnte. Jedermann weiß, daß das Cabinet bei seiner Bildung sich gegen die Intervention wie gegen die Cooperation in Spanien erklärt hat. Nichtsdestoweniger hat das Cabinet für angemessen erachtet, der Königinn einen wirksameren Beistand, als bisher, zum Schutze der Küsten zu leisten. Dieß ist die natürliche, die nothwendige Folge des Quadrupelvertrags, den wir treu befolgen wollen. Von Spanien ist der vorhergehende Redner auf den Orient übergegangen; er sprach vom ottomanischen Reiche, von Mehmed Ali, von Aegypten — was weiß ich, von was noch? (Gelächter.) Mein Gott, mit wenigen Worten kann ich ihm sagen, was dort die Politik der Regierung ist: die Erhaltung des ottomanischen Reiches. Nichts ist verborgen, wir erklären es laut. Diese Politik ist stets befolgt worden. Nach dem Rathe des Hrn. Marquis de Dreux-Brèzé sollte das ottomanische Reich zwischen den vier großen Mächten getheilt werden. (Bewegung.) Ich glaube aber, seine Meinung wird von Niemanden getheilt. Die europäischen Mächte sind ferne von diesem Gedanken, keine wünscht die Zerstückelung der Länder der Pforte; sie haben sich für die Erhaltung ihrer Integrität auf eine unzweideutige Weise ausgesprochen." Am Schlusse erklärt der Marschall, das Cabinet werde auf seinem System beharren und das Land die Ueberzeugung gewinnen, daß dieses System national, fest und aufrichtig sei.

Die Bänke der Deputirtenkammer werden mit jedem Tage lichter. Deputirte aller Parteien gehen davon, den Sommerfreuden im Bade oder auf ihren Landsitzen nacheilend. Mag die vorliegenden wichtigen Gesetzentwürfe über Zucker, Eisenbahnen und militärische Reformen prüfen, discutiren und votiren wer da will! Hr. Mauguin ist nach seinen Weinbergen in der Bouraogne gegangen, Hr. Jaubert auf einer Spazierfahrt nach Konstantinopel begriffen, Hr. Humann besucht seine Eisenhämmer im Elsaß, Hr. Thiers reist nach dem Pyrenäenbade Cautterets und will nach einem sechswöchentlichen Aufenthalt dort zur Erholung von der Badanstrengung den Rest der Sommerszeit in Lille zubringen. So meldet wenigstens ein Liller Blatt, der Libéral du Nord. In den Kammersitzungen sind oft nicht über die Hälfte der Mitglieder anwesend, und wenn es zur Abstimmung kommt, fehlt die zum Stimmen nothwendige Zahl. Die Oppositionsführer scheinen völlig verstummt, und nur obscure Redner besteigen die Tribune, während die Kammer geringe Aufmerksamkeit schenkt.

Der Commission der Deputirtenkammer, welche den Gesetzentwurf über einen Credit von 4.912.800 Fr. für die Marine zu prüfen hat, erklärte der Marineminister, die Regierung gedenke den Beistand, welchen ihr Geschwader an der spanischen Küste der Königinn zu leisten habe, auf die Verhinderung des Schmuggelhandels für die Carlisten und den Transport Christinischer Truppen von einem Küstenpuncte nach dem andern zu beschränken, keineswegs aber solle, wie die Engländer vor Bilbao thaten, die Mannschaft des Geschwaders zu activer Mitwirkung mit den Christinischen Streitkräften verwendet werden. — Sonach wäre also das Journal du Commerce in seinen Behauptungen über die Ausdehnung des der constitutionnellen Sache in Spanien französischer Seits zu leistenden Beistandes viel zu weit gegangen.

Am 14. Juni 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 40 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 65. — Am 15. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents —. 3 Percents 79 Fr. 50.

Großbritannien und Irland.

Am Schlusse der Sitzung des Unterhauses vom 11. Juni zeigte Hr. O'Connell an, daß er seine Motion, Katholiken das Lordkanzleramt für Irland zugänglich zu machen, auf den 25. Juni vertagen, und dann wegen einiger wahnsinnigen Bemerkungen, die über seine Motion im andern Parlamentshause gefallen, in nähere Erörterung eingehen werde. Der Standard, welcher Tags zuvor an das Gerücht erinnerte, im whiggistischen Cabinet sei ernstlich davon die Rede gewesen, Hrn. O'Connell selbst das große Siegel von Irland in die Hände zu spielen, bemerkt jetzt: „Wir wissen nicht, ob Hrn. O'Connells Anklage wegen Wahnsinns auf Lord Melbourne, auf den Marquis von Londonderry oder auf Lord Brougham geht, denn alle diese edlen Pairs sprachen von Hrn. O'Connell's Motion ungefähr in denselben Worten. Indeß, die Motion ist nun

ohne irgend einen augenscheinlichen Grund, auf vierzehn Tage hinausgeschoben. Wir wollen den Grund supplieren. Lord Melbourne gab am 10. Juni die Versicherung, die jetzige Regierung werde sich dem Antrag widersetzen; aber Hr. O'Connell erwartet vielleicht bis zum 25. Juni eine andere Regierung, und erwartet vielleicht überdieß, daß am 25. Juni kein Parlament sitzen werde. Ja, Hr. O'Connell erwartet beides, und zwar, glauben wir, mit ziemlich guten Gründen. Wir glauben nämlich mit Hr. O'Connell, daß das jetzige Ministerium und das jetzige Parlament keine vierzehn Tage mehr zu leben haben. Das ist die Ansicht wohlunterrichteter Politiker von beiden Parteien. Muthmaßlich wird Lord Melbourne selbst das Parlament nicht auflösen, sondern dieß seinem Nachfolger, Lord Normanby, überlassen; dadurch will er die Reste der Whigpartei zusammenhalten, und diese Täuschung wird unterstützt durch den gleichzeitigen Austritt Lord J. Russells u. s. w. Lord Normanby wird dann das Parlament auflösen mit einer Berufung an die Radicalen, vielleicht an die Chartisten und überhaupt wird er jeden coup d'etat oder coup de mensonge versuchen, der in seinen Kram passen mag. Auf solche Weise mag Lord Normanby durch eine neue Wahl allerdings weniger verlieren, als Lord Melbourne verloren haben würde, ja, der eitle thörichte Mann hofft sogar eine Verstärkung seiner Reihen."

Ueber den jetzigen Stand der politischen Verhältnisse in England sagt der Atlas: „Die Stellung des Ministeriums ist nicht mehr die Hauptsache; der Kampf im Innern des Cabinets ist jetzt viel wichtiger. Der wirkliche Parteikampf ist aus den Parlamentshäusern in den Sitzungssaal des Ministerrathes verpflanzt, und es fehlen nur die Berichterstatter und Schnellschreiber, um die Sitzungen im auswärtigen Amte oder die Zusammenkünfte im Schatzamte folgenreicher zu machen und interessantere Debatten zu ergeben, als alle Reden, welche je den Widerhall der St. Stephanscapelle weckten. Dort, glauben wir, ist Lord John Russell noch immer der eifrige, beredte Vorfechter fortschreitender Reform, und die Minorität des Cabinets schließt sich ihm an. Aber der entgegengesetzte Grundgedanke hat mehr Anhang und der Kampf zwischen dem rückschreitenden Streben des einen und dem fortschreitenden des andern Theiles hat mit dem Stillstande geendet, den man dem Ministerium vorwirft. Allgemein glaubte man, daß die Minister nicht allein Sir Hesketh Fleetwoods Motion, den Wahlcensus für Hauswirthe in den Grafschaften auf 10 Pfund zu setzen, unterstützen, sondern man meinte auch, daß sie die günstige Gelegenheit ergreifen würden, um zu erklären, welche Richtung sie für die übrige Dauer der Sitzung oder, besser gesagt, für die übrige Zeit ihrer Verwaltung einzuschlagen gedächten. Lord John Russell sagte in der That, daß nach seiner persönlichen Meinung der Antrag im Geiste der Reform sei, und daß das Haus, wenn es ihn annehme, nicht gegen die constitutionelle Schlußnahme von 1834 verstoßen würde. Aber als Mitglied des Ministeriums weigerte er sich, den Antrag zu unterstützen, ja er stimmte gegen denselben. Er gab dem Hause ziemlich deutlich zu verstehen, daß, welches auch sein Wunsch als Parlamentsmitglied sei, er doch als Minister der Krone keineswegs irgend einer bei der Bildung der Grey'schen Acte nicht bedachten Reformmaßregeln beistimmen werde. Die Rede des edlen Lords rief billigende Erklärungen von Sir R. Peel hervor, der die Russell'schen Aeußerungen in solches Licht stellte, daß mehrere Redner erklärten, sie fänden wenig Unterschied zwischen der Abgeschlossenheit Lord J. Russells und dem Conservatismus Sir R. Peels. Am letzten Mittwoch wurden einige Versuche gemacht, ein liberales Ministerium zu bilden; es hieß selbst, die Königinn habe nach Lord Durham geschickt. Donnerstag Abends waren beide Parteien friedlich mit den Maaßregeln beschäftigt, die Entscheidung der streitigen Wahlen zu regeln. Keine Anspielung kam über die Lage des Ministeriums vor, nur Winke wurden gegeben über die wahrscheinlich kurze Dauer der Session. Am Freitag glaubte man allgemein, daß die liberale Partei im Cabinete obgesiegt habe, und daß die geheime Abstimmung zu einer offenen Frage gemacht und wichtige Reformen unter ministerieller Verantwortlichkeit vorgeschlagen werden dürften." In letzterer Beziehung sagt die Morning-Chronicle: „Es läßt sich kein stärkerer Beweis für die Nothwendigkeit eines Schutzes zu Gunsten der Wähler gegen Einschüchterung anführen, als der Umstand, daß der Repräsentant einer Grafschaft, deren Pächter an Wohlhabenheit und Achtbarkeit von den Pächtern keines anderen Bezirkes von England übertroffen werden, Lord Worsley, es für Nothwendigkeit hält, so entschieden an dieser Frage Theil zu nehmen, daß er den zum 18. d. M. von Hrn. Grote angekündigten Antrag unterstützen will. Die Stimmliste wird an diesem Tage zum ersten Male zeigen, inwiefern die Mitglieder des Ministeriums sich zur geheimen Abstimmung bei den Parlamentswahlen bekehrt haben. Bisher waren wohl hin und wieder eine oder zwei ministerielle Stimmen zu Gunsten des Grote'schen Antrages, aber in dieser Session wird die Abstimmung zeigen, wie es individuell um die sämmtlichen Mitglieder des Cabinets im Unterhause steht."

Am 11. Juni gab die Schneider-Innung (Merchant Tailors Company), eine der angesehensten Zünfte, in welche die Bürgerschaft der City von London zerfällt, ein Festmahl, zu welchem der Herzog von Cambridge, Sir Robert Peel, beide Ehren-Mitglieder der Innung, der Marquis von Londonderry und andere angesehene Conservative geladen waren. In seiner Rede nach Tisch bezeichnete der Marquis von Londonderry den Herzog von Wellington als den Mann, der am besten das Land durch alle seine Verlegenheiten führen und ihm die bleibende Segnung eines ehrenvollen Friedens sichern könne. Sir Robert Peel sprach: „Ich werde immer den Grundsätzen anhängen, die allein mir die Billigung des Landes gesichert haben. Ich weiß, daß Macht und Einfluß gegenwärtig nicht die ausschließlichen Zugaben des Besitzes der Regierungsgewalt sind, auch entgeht es mir nicht, und ich kann es Ihnen nicht verhehlen, daß wir, mit Ihrer Güte im Rückhalt, unterstützt durch mächtige Talente und die Stimme der öffentlichen Meinung, derzeit, obwohl nicht im Besitze der Staatsgewalt, in jeder Sitzung und Tag für Tag jene Macht ausüben, jenen Einfluß anwenden. Sie können sich darauf verlassen, daß wir beharrlich die Privilegien der Monarchie und die Rechte der herrschenden Kirche aufrecht erhalten und jeder Fügsamkeit gegen ungebührliches Volksgeschrei uns widersetzen werden, wodurch der Character unserer alten Staatseinrichtungen verändert und unsere beschränkte Monarchie in eine wilde, unlenksame Demokratie umgewandelt werden würde." Auch Lord Stanley behauptete, die Conservativen im Hause der Gemeinen übten gegenwärtig in Wirklichkeit die Staatsgewalt aus.

Bei Hyde, in Cheshire, wurden dieser Tage wieder zwei Abgeordnete zum Nationalconvent, mit Namen Macdouall und Bradley, festgenommen, weil sie in einem Chartisten-Meeting zu Hyde am 22. April

aufrühreriſche Reden gehalten hatten. Macdouall hatte unter Anderm geäußert, wenn die Chartiſten auf London marſchirten, ſo werde es etwas Leichtes ſeyn, den Tower mit ſeinen 200,000 Flinten wegzunehmen. Hr. Cobbett, ein Sohn Williams, vertheidigte die Angeſchuldigten vor Gericht, und hatte ſeinen Clienten gerathen, auf alle an ſie gerichteten Fragen keine Antwort zu geben. Bradley wurde gegen eine Bürgſchaft von 60 Pf. St., die ſeine Freunde aufbrachten, auf freien Fuß geſetzt; Macdouall aber, welchem aufgegeben iſt, ſelbſt 500 Pf. St. Bürgſchaft zu leiſten, und zwei andere Bürgen mit je 250 Pf. zu ſtellen, ſitzt im Gefängniß zu Stockport bis zu den nächſten Aſſiſen.

Die neueſten Nachrichten von den weſtindiſchen Inſeln, von Jamaica bis zum 25. April, von den übrigen mit entſprechenden Daten, melden kein Beſſerwerden in den Verhältniſſen zwiſchen Pflanzern und Negern. Namentlich wird auf Barbados geklagt, daß in Folge der Faulheit der Arbeiter der Zuckerbau großen Schaden leidet. Zugleich ſind die freien Neger ſehr ſtolz und eitel geworden; viele unter ihnen ſchämen ſich, mit der Zuckerrohrhippe in der Hand geſehen zu werden, und man erzählt von einem, der, wenn er auf das Feld geht, dieſes Werkzeug in ſein Schnupftuch einwickelt. Jeder Neger will „Gentleman," jede Negerinn „Lady" betitelt werden. — In Demerara herrſchte unter der Beſatzung eine beunruhigende Sterblichkeit.

Conſols am 13. Juni 94.

Teutſchland.

Sr. kaiſ. Hoheit der Großfürſt-Thronfolger von Rußland iſt am 16. Juni Nachmittags von Darmſtadt wieder in Frankfurt eingetroffen und im Hotel de Ruſſie abgeſtiegen. Sr. kaiſ. Hoheit ſind am ſelben Abend zum Beſuch bei dem landgräflich heſſiſchen Hofe nach Homburg gefahren.

Sr. königl. Hoheit der Prinz von Oranien iſt am 17. Juni Vormittags bei der königlichen Familie in Stuttgart eingetroffen und im königlichen Reſidenzſchloſſe abgeſtiegen.

In der Sitzung der zweiten Kammer der hannoverſchen Ständeverſammlung vom 11. Juni ward zuvörderſt vom Präſidium der Eingang zweier Proteſtationen, die eine die Verfaſſungsangelegenheit, die andere die Wahl zweier Deputirten des dritten oſtfrieſiſchen Standes betreffend, angezeigt, und kam ſodann die von erſter Kammer beſchloſſene Adreſſe an des Königs Majeſtät zur Berathung. (Siehe dieſes Actenſtück im geſtrigen Blatte.) Der Herr Proponent des in zweiter Kammer ſchon berathenen Antrags ähnlicher Tendenz äußerte zunächſt ſeine Anſicht dahin, daß es zur Abkürzung der Sache gereichen dürfte, wenn, was er beantragen wolle, unter Aufgebung des hier gefaßten Beſchluſſes der von erſter Kammer votirten Adreſſe beigetreten werde, indem ſolche im Allgemeinen auch den hier ausgeſprochenen Zwecken vollkommen entſpreche; wiewohl ihm einige wenige Abänderungen nothwendig oder doch zweckmäßig erſchienen. Die einzelnen vorgeſchlagenen und discutirten Abänderungen wurden aber bei der Abſtimmung darüber ſämmtlich von großer Majorität verworfen, indem mit Ausnahme einiger wenigen Mitglieder die Anſicht allgemein ausgeſprochen ward, daß es den vorliegenden Umſtänden nach überall nicht gerathen ſeyn könne, das definitive Zuſtandekommen der an ſich den Wünſchen der Kammer conformen Adreſſe durch Beſchließung einzelner Abänderungen in dieſem oder jenem Sinne hinauszuſchieben, oder gar zweifelhaft zu machen, zumal da nur, wenn die Adreſſe unverändert angenommen werde, mit einmaliger Berathung und Abſtimmung über dieſen ſchon umſtändlich erörterten Gegenſtand abzukommen ſtehe. Nach Verwerfung der einzelnen Verbeſſerungsanträge ward die Adreſſe ohne alle Abänderung unter alleinigem Diſſens von zwei Mitgliedern angenommen, womit denn die weitere Berathung des in dieſer Kammer früher geſtellten Antrags gleicher Tendenz wegfiel. Die erſte Kammer hatte neben der Adreſſe einen Beſchluß dahin mitgetheilt, „daß die Adreſſe durch eine gemeinſchaftliche Deputation beider Kammern Sr. Majeſtät dem Könige, nach dazu eingeholter Erlaubniß, zu überreichen ſeyn werde, und daß durch den Schlußantrag der Adreſſe (die Wirkſamkeit der Stände für gegenwärtige Diät auf die Fortbewilligung des Budgets zu beſchränken) ſo wenig die Prüfung der Vollmachten, als die eventuell nothwendige Wahl ſtändiſcher Commiſſarien zweiter Kammer behufs des Schuldenweſens ausgeſchloſſen ſeyn ſolle." Auch dieſem Beſchluſſe wurde, mit dem Zuſatze hinter „behuf des Schuldenweſens" „oder auch ſonſtige dringend nothwendige Angelegenheiten," beigetreten, und der Zuſatz deßhalb beliebt, weil es denn doch möglicherweiſe noch andere Dinge geben könne, die ihrer Dringlichkeit wegen noch zu erledigen ſeien, wie ja zweite Kammer wenigſtens bereits dafür ſich entſchieden habe, daß die Dispoſition über die Ueberſchüſſe der Generalcaſſe mit dem Wunſche, die dießmalige Thätigkeit der Stände auf das dringend Nothwendige zu beſchränken, nicht im Widerſpruche ſtehe. — In der Sitzung vom 12. Juni wurde zur Wahl zweier ſtändiſchen Commiſſarien behufs des Landesſchuldenweſens geſchritten. Dieſelbe fiel auf die HH. Hofrath Dr. Sermes und Regierungsrath Heinichen, welche die Wahl annahmen.

Unter den Dienſtesnachrichten des badiſchen Regierungsblattes iſt enthalten, daß ſich Sr. königl. Hoheit der Großherzog von Baden bewogen gefunden habe, den früher als geheimen Legationsrath, dann als Oberceremonienmeiſter in Ruheſtand verſetzten Freiherrn von Ende, nachdem derſelbe zu peinlicher Strafe verurtheilt worden, aus Höchſtihren Dienſten zu entlaſſen, demſelben auch das ihm verliehen geweſene Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu entziehen. Mit dieſer Entlaſſung fällt dem Staate eine Penſion von jährlich 4000 fl. heim; dem Vernehmen nach lautet das hofgerichtliche, höheren und höchſten Orts beſtätigte Urtheil auch auf Verluſt des Adels. Die Gnade des Großherzogs hat das Erkenntniß inſofern aufgehoben, als der Verurtheilte der Erſtehung des viermonatlichen Criminalarreſtes überhoben bleibt; dafür hat er jedoch, wie es heißt, auf immer das Land zu meiden, auch wurde er ſeines badiſchen Ordens verluſtig erklärt. Dieſen Bedingungen ſich fügend, ſoll der Begnadigte zugleich ſeinen preußiſchen Orden der betreffenden Geſandtſchaft unaufgefordert übermacht, im Uebrigen aber erklärt haben, er werde in Hinſicht ſeiner, durch das großherzogliche Finanzminiſterium zurückgehaltenen Penſion den Rechtsweg betreten.

Wien.

Am 22. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsſchuldverſchreibungen	zu 5 pC. in CM.	107⅛.
detto detto	zu 4 pC. in CM.	101⅛.
detto detto	zu 3 pC. in CM.	82.
Darl. mit Verloſ. v. J. 1820,	für 100 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl. in CM.	149¼.
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl. in CM.	—.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl. in CM.	265⅛.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl. in CM.	53⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC. in CM	66⅛.

Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅛, Br. Uſo. 2 M.

Bankactien pr. Stück —— in CM.

Hauptredacteur: Joſeph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß ſel. Witwe, Dorotheergaſſe Nr. 1108.

W
1·K.
ZEITUNG
1839

№ 175

Oesterreichischer Beobachter.

Montag, den 24. Juni 1839.

Meteorologische Beobachtungen vom 22. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.402	283. 12. 11 P.	+ 19.5	W.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.374	28 1 7	+ 23.0	NNO.	still.	—
	10 Uhr Abends.	27.337	28 1 1	+ 14.6	NW.	schwach.	Wolken.

Frankreich.

Wir entnehmen dem Berichte des Hrn. Merilhou an den Pairshof über die Pariser Aufstände vom 12. und 13. Mai noch folgende Einzelnheiten. Die erste geheime Gesellschaft führte den Titel: Gesellschaft der Rechte des Menschen. Im Jahre 1834 ward sie zerstört. Die Trümmer bildeten eine neue Association, die sich Société des familles nannte. Aus dieser entstand die Société des saisons. Je weniger Glück diese Gesellschaften machten, desto ärger wurden ihre Ansprüche, desto herrischer traten sie den Siegern gegenüber auf; noch im Jahre 1834 ward die Verfassung von 1793 als eine Chimäre verworfen, die ihre Partei um allen Credit bringen würde. 1839 geht man noch über 1793 hinaus. Die Staatsgewalt soll in die Hände der Volksclassen gelegt werden, die nichts besitzen, denn da nur sei Tugend! Ein Maximum wird festgesetzt, über welches das Vermögen des Staatsbürgers nicht hinausgehen darf. Von Barbès liegt eine Proclamation den Prozeßacten bei, worin er unter Andern sagt: „Volk, kein Erbarmen; schürze die Hemdärmel auf; stoße die Arme deinen Henkern bis in die Eingeweide!" Bei den Ereignissen des 12. Mai haben die Rebellen sich als seine würdigen Jünger gezeigt: der edle Mann, der den Wachtposten am Justizpallaste commandirte, ward meuchlings erschossen, weil er das Blut seiner Mitbürger nicht vergießen wollte. Auf dem Platze St. Jean hieb einer dieser Henkersknechte einem sterbenden Soldaten den Schädel mit einem Beil entzwei; hätten sich die Bürger nicht ins Mittel gelegt, so würde der ganze Posten, der sich ergeben hatte, zusammengehauen worden seyn. Das sind die Tugendhaften, deren Hände allein rein genug sind, das Staatsruder zu führen! Diese Menschen nennen ihre Commandanten „Frühling!" Die Gesellschaft der Jahreszeiten besteht aus Abtheilungen von sieben Mann und einem Chef, der sich Sonntag nennt; eine solche Abtheilung heißt eine Woche. Vier Wochen bilden einen Monat, der Anführer eines Monats hat den Titel: Juli. Drei Monate stehen unter dem Commando eines Frühlings, und vier Jahreszeiten machen die Armee aus, welche ein Agent revolutionnaire commandirt. Die Société des saisons besteht aus drei Jahren: Barbès ist von den Anführenden ein Frühling! Die Leute hatten bereits eine provisorische Regierung errichtet, in deren Namen den Insurgenten eine Proclamation auf den Stufen des hôtel de ville verlesen wurde; unter den Mitgliedern derselben bemerkte man den (jedenfalls unterschobenen) Namen Boyer d'Argenson.

In Beziehung auf den Bericht des Hrn. Merilhou äußert die Gazette de France: „Wenn man gewissen ängstlichen Personen glauben dürfte, wäre ganz Frankreich dem Umsturz ausgesetzt; eine republikanische Anarchie, die sich der Stadt Paris durch einen Aufstand bemächtigte, könnte die Provinzen beherrschen; Plünderung des Eigenthums und das agrarische Gesetz machen das dunkle Gemälde noch düsterer. Dieß ist ein böser Traum, bei dem man sich keinen Augenblick aufhalten darf. Vor Allem ist das agrarische Gesetz schlimmer als eine Unmöglichkeit: es ist eine Lächerlichkeit. Die politischen Parteien können an das agrarische Gesetz in einem Lande denken, wo das Eigenthum in wenig Händen vereinigt ist, aber nicht einem Lande, wo fast Jedermann Besitzthum hat. Zweitens ist die Möglichkeit eines definitiven Sieges der republikanischen Partei in Paris ein Hirngespinst. Es gibt in Paris allzu zahlreiche und mächtige materielle Interessen, welche die Republik ausschließen. Diese Interessen werden durch 60,000 bewaffnete Nationalgardisten repräsentirt, die, so oft die Republik das Haupt zu erheben sucht, sie mit ihrem Gewichte erdrücken werden. Die Republik hat am 12. Mai das Rathhaus erobert; zu was hat diese Eroberung ihr genützt? Sie würde die Tuilerien eingenommen haben, und darum doch nicht im Besitz der Staatsgewalt geblieben seyn. Jeder Sieg hat seinen folgenden Tag, und dieser Tag ist furchtbar für die Republik. Sie hat weder Zahl, noch Kraft, noch Sympathie für sich; so oft sie daher kämpft, wird sie unfehlbar unterliegen." — Der Commerce berechnet aus dem Berichte des Hrn. Merilhou, daß die Gesellschaft der Jahreszeiten nur aus 1056 Personen bestehe, und fragt, wie eine solche Handvoll exaltirter Knaben oder unwissender Arbeiter bei einer Besatzung von 60,000 Mann, einer starken Nationalgarde, einer der Unordnung abholden Bevölkerung und einer Polizei, die stark genug sei, um jedem dieser Adepten vier Spione an die Seite zu geben, eine solche Furcht einzuflößen vermöge? — Ueber denselben Gegenstand äußert der National: „Hr. Merilhou, der Berichterstatter des Pairshofes, war Mitglied vom dirigirenden Ausschuß eines Vereins, dessen Reglements ganz dieselben sind, wie jene des Vereins, den er jetzt verfolgt. Hr. Merilhou gehörte zu jenem Comité, welcher unter die Matratzen von Bories (dessen Vertheidiger vor Gericht er später war) und Rouy Dolche legte; ja, Hr. Merilhou würde eben so wenig als seine Collegen, Barthe und von Schonen, in die Pairskammer aufgenommen worden seyn, wenn er nicht früher Carbonaro gewesen wäre!"

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 15. Juni legte nach einem Bittschriftenberichte, worin unter Andern die Petitionen mehrerer Offiziere um Solderhöhung für die Armee, und die des Gewerbvereins in Mühlhausen gegen allzu angestrengte Arbeiten der Kinder in den Fabriken vorkamen, der Minister des Innern einen Gesetzentwurf vor, wonach die bekannte

Erfindung des Hrn. Daguerre für den Staat angekauft werden soll, und zwar gegen eine zur Hälfte auf die Witwen übergehende Leibrente von 6000 Fr. für Daguerre selbst, und von 4000 Fr. für Niepce, Sohn. Diese Vorlage wurde von der Kammer mit lebhafter Zufriedenheit aufgenommen. Hierauf ging man zu verschiedenen Gesetzentwürfen von localem Interesse über.

Die Bureaux der Deputirtenkammer beriethen am 14. die Gesetzentwürfe über die Eisenbahnen. Die Commission der Bahn von Paris nach dem Meere hat Hrn. Roger zu ihrem Präsidenten und Hrn. Villault zu ihrem Secretär gewählt. Eine Majorität von 7 Stimmen gegen 2 drückte den Wunsch aus, daß man gleich die Vollendung der ganzen Bahn, nicht bloß den Beginn eines Theiles derselben, so wie es die Regierung in ihrem Entwurf vorgeschlagen, bewilligen möge.

Hr. Fould, der Bankier der Eisenbahn von Versailles (linkes Ufer) ward am 14. Juni von der betreffenden Commission mit noch zwei andern Interessenten gehört. Ihre Bemerkungen haben an der von der Majorität gefaßten Entschließung, die Verwerfung des Entwurfs vorzuschlagen, nichts geändert.

Die Abgeordneten der einheimischen Zuckerfabrikation, welche das in Paris befindliche Centralcomité bilden, haben eine Petition an die Deputirtenkammer gerichtet, worin sie erklären, daß die von der Regierung vorgeschlagene Herabsetzung des Zolls von 15 Fr. auf den Colonialzucker ein tödtlicher Schlag für ihre Industrie seyn würde. Für den Fall, daß die Kammer glauben sollte, den von der Regierung dargelegten Rücksichten nachgeben zu müssen, fordern sie diese auf, ganz offen die einheimische Zuckerindustrie durch Rückkauf ihrer Fabriken und eine Entschädigung zu zerstören, und nicht auf indirectem Wege dasselbe Resultat herbeiführen.

Am 15. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 35. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 60.

Türkei.

Ueber die ersten Bewegungen des türkischen Heeres in der Richtung nach der syrischen Gränze enthält das Frankfurter Journal folgende Mittheilung seines Correspondenten (Dr. C. E.) aus Biradschik (Bir) vom 19. Mai: „Die von dem Generalissimus Hafis Pascha commandirte türkische Armee, welche in Malatia überwinterte, verließ am 13. April die Quartiere der Stadt, und begab sich auf den Marsch, um das Taurusgebirge zu übersteigen; zu gleicher Zeit setzten sich die Cavallerie- und Infanterieregimenter, welche in Charpud, Diarbekir und Orfa gelegen hatten, in Bewegung, um sich nach Biradschik zu begeben, einem Städtchen, welches zum gemeinschaftlichen Concentrationspuncte der Truppen bestimmt worden war. Der Uebergang über den Taurus war mit großen Beschwerden verknüpft. Der Schnee war noch sehr tief; es mußte erst Weg gebahnt werden, und trotz dieser Vorkehrung konnte nur die Infanterie den kürzesten Weg über die Schneeregion nehmen, während die Geschütze und Packpferde einen weitern und ebenern Weg wählen mußten. Die Nahrungsmittel waren spärlich und der Soldat mußte sich während des ganzen Marsches mit Mehl begnügen, woraus er sich selbst mittelst eines heißen Eisenblechs Brot bereitete. — Es war ein eigener Eindruck, den wir empfanden, als wir, auf den hohen Schneegipfeln des Taurus stehend, sehnsüchtig hinab in die schönen üppigen Thäler blickten, wo der Sommer in voller Kraft vor unsern Augen ausgebreitet dalag, wo Hunderte von Oehl- und Granatbäumen in den Weinbergen prangten. Nach einigen Tagen stiegen wir das Gebirge hinab, und gelangten nach Adiaman, welches, am Fuße des Taurus reizend gelegen, den Truppen zwei Erholungstage gönnte. Schon glaubten wir, die Hauptschwierigkeiten des Marsches überwunden zu haben, als andere Hindernisse unser schnelles Fortrücken hemmten; denn die um diese Zeit heftig angeschwollenen Nebenflüsse des Euphrat konnten weder zu Fuß noch zu Roß durchwandert werden. Die Truppen wurden daher auf Flößen, welche aus aufgeblasenen Ziegenhäuten verfertigt wurden (türkisch Kilek), übergesetzt, und das Gepäcke und die Zelte nach großen Umwegen an sichern Stellen auf Kamehlen durch das Wasser gebracht. Der bedeutendste jener Flüsse ist der Goksaj, in welchem während des Ueberganges gegen dreißig Menschen und gegen funfzig Lastthiere ertranken. Oberhalb Rumkaleh wurden die Kanonen, 120 an der Zahl, ebenfalls auf Kileks gebracht, und schwammen den Euphrat hinab zu uns in das Lager, das auf dem rechten Ufer des Euphrat, unter Oberaufsicht des königl. preußischen Ingenieuroffiziers von Mühlbach angelegt, und durch vier in der Fronte stehende Schanzen befestigt ist. Bei der Nachricht von der Annäherung der türkischen Armee zog Ibrahim Pascha seine Truppen, die in Antepp (Aintab) gestanden hatten, nach Aleppo zurück. Die türkischen Vorposten, welche aus mehreren Cavallerie-Escadronen gebildet sind, befinden sich 3 Stunden von hier, in der Richtung gegen Aleppo. Der Gesundheitszustand der Truppen im Lager ist sehr günstig, indem wir von 50,000 Mann, welche hier versammelt sind, im gegenwärtigen Augenblicke nur 900 Kranke zählen, welche auf das jenseitige Ufer des Euphrat nach Biradschik verlegt wurden, und hier in neu eingerichteten Hospitälern verpflegt werden."

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Unterhauses vom 13. Juni wollte das irische Mitglied Dillon Browne eine Bittschrift des katholischen Erzbischofs und der Geistlichkeit von Tuam gegen das irische Erziehungssystem vorlegen, das auch von den Ultra-Hochkirchlichen angegriffen wird, weil auch demselben der Volksunterricht ohne Rücksicht auf den confessionellen Unterschied ertheilt werden soll. Sie erklären darin, in dem Sprengel von Tuam wohnen 470,000 Katholiken, während die Angehörigen sämmtlicher übrigen Confessionen nur ein Fünftheil jener Summe betragen; sie finden es deßwegen unvernünftig, daß, um dieses Fünftheils willen, die katholischen Einwohner sich einem für eine aus allen christlichen Confessionen in gleichem Verhältnisse gemischten und offenbar im Interesse des Uebergewichts protestantischer Grundsätze geregelten Systeme unterwerfen sollen. Hr. Law, Recorder der City von London, stellte den Antrag, die Bittschrift nicht anzunehmen, weil sie als Bittschrift des „Erzbischofs von Tuam" gegeben werde, ein Titel, welcher der unterschriebenen Person nicht gebühre. In der Unterschrift stand bloß † John M'Hale, hinter welchen Worten sichtlich die weiteren: „Erzbischof von Tuam" ausradirt waren. — Da aber die Bittschrift in der Ueberschrift als Bittschrift des Erzbischofs von Tuam bezeichnet war, so verstieß sie dennoch gegen die Bestimmung der Emancipationsacte, nach welcher jeder katholische Geistliche, der einen ihm nicht gebührenden Titel annimmt, in eine Geldbuße verfällt. Bekanntlich spricht die Hochkirche das Alleinrecht auf alle kirchlichen Würden an; nicht einmal den Namen Kirche läßt sie der katholischen. Hr. Law brauchte die Worte: „eine Person habe fälschlich jenen Titel angenommen." „Das Wort falsch ist hier unanwendbar. Es ist falsch, so zu sagen!" fuhr hiergegen O'Connell mit großer Heftigkeit auf. Der Spre-

cher rief ihn deßwegen zur Ordnung; er bemerkte, das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied habe einen Ausdruck gebraucht, der außer der Ordnung sei, und er glaube, daß er bloß dieß zu sagen brauche, um dasselbe zur Zurücknahme des Ausdrucks und zur Abbitte gegen das Haus zu bewegen. O'Connell: „Nachdem der Sprecher dieser Ansicht geäußert hat, nehme ich meinen Ausdruck auf das vollständigste zurück." Der Sprecher: „Die Frage ist, ob die Bittschrift eingebracht werden soll. Nachdem sich auch Lord J. Russell, obgleich bedauernd, daß die Sache zur Sprache komme, gegen die Annahme der Bittschrift wegen obigen Formfehlers ausgesprochen hatte, beschloß das Haus mit 165 gegen 82 Stimmen, die Bittschrift nicht anzunehmen.

Im Oberhause überreichte Lord Brougham am 13. Juni eine Petition zu Gunsten der behufs ihrer Deportation in eine Strafcolonie nach England gebrachten politischen Verurtheilten aus Canada. Er sprach zur Unterstützung der Petition, als die Post abging.

Ueber den jetzigen Stand der Parteien im Parlamente und über den Einfluß, den derselbe auf die Verwaltung des Landes ausüben müsse, so wie über die Mittel, diese unentschiedene, schwankende und zu Stockungen in der Gesetzgebung führende Lage der Dinge zu ändern, äußert sich die Morning-Chronicle neuerdings folgendermaaßen: „Es ist völlig klar, daß das Ministerium so lange unfähig bleiben muß, für das Beste des Landes zu wirken, als die Parteien im Unterhause sich fast gleich stehen. Aus einer oligarchischen Republik mit monarchischem Oberhaupte hat sich in England ein Zustand entwickelt, dessen genaue Bezeichnung einem Politiker ziemlich schwer werden dürfte. Die Demokratie und Aristokratie haben gerade hinreichende Macht, um sich gegenseitig zu lähmen, aber nicht genug, um irgend eine wichtige Maaßregel durchzuführen. Die Interessen des Landes werden dabei nicht berücksichtigt, es ist hinreichend, daß die eine Partei eine Maaßregel vorschlägt, um die andere zu veranlassen, deren Annahme nicht zu gestatten. Die Regierung reichte vor der Annahme der Reformbill zu gewöhnlichen Zwecken allerdings aus. Die Tories schlugen natürlich keine Maaßregeln vor, die ihre eigene Macht hätten einschränken können, und ihre Ansichten waren engherzig und unliberal; aber das Land und die Colonien fühlten, daß eine Regierung vorhanden war. Seit einiger Zeit jedoch hat es in der That weder im Innern, noch nach Außen eine Regierung gegeben. Eine Aenderung dieses Zustandes ist dringend nöthig. Die Tories werden nun sagen: „„Wir besitzen eine Majorität im Oberhause; Alles, was uns fehlt, ist eine Majorität im Unterhause."" Aber die Reformbill hat den mittleren Classen eine Macht verliehen, welche die Tories, selbst wenn sie eine Majorität erhalten sollten, verhindern wird, noch etwas mehr als eine bloße Majorität zu besitzen. Ein Versuch, die Regierung nach Toryprincipien zu führen, würde nur eine Reihe von Conflicten zur Folge haben, welche die theuersten Interessen des Landes gefährden würden, denn alle Macht, die sich nicht auf das Volk gründet, ist precär. Um also eine wirksame Regierung zu erhalten, müssen wir uns nach einer andern Seite hinwenden. Das Volk muß redlich und nach richtigem Verhältniß repräsentirt werden. Eine dauernde und mächtige Regierung ist daher nur durch eine Reform der Reformbill zu erlangen. Einige der gegenwärtigen Minister sind, wie wir glauben, nicht abgeneigt, die Reformbill zu dem zu machen, wozu die Urheber derselben sie bestimmten. Andere Mitglieder des Cabinets aber wünschen, wie es heißt, nur deßhalb noch länger im Amte zu bleiben, um bei günstiger Gelegenheit die Regierung den Tories zu überliefern. Wir haben nicht nöthig, zu sagen, daß jene erstere Politik uns nicht nur gerecht gegen das Volk, sondern auch als das einzig sichere Verfahren erscheint. Den Torysmus halten wir den Vorläufer einer Revolution." Die Times dagegen stellt folgende Betrachtungen über den gegenwärtigen Zustand des Landes an: „Nichts zeugt deutlicher für die eigenthümliche Kraft brittischer Civilisation, nichts beweist so klar, auf wie tiefen Grundlagen unser Staat beruht, als die ungestörte Fortdauer aller Geschäfte in diesem Lande mitten unter den Stürmen, die von allen Weltgegenden her auf uns eindringen, und von denen jeder einzeln die bestgeordneten Staaten des Continents bis in den Grund erschüttern würde. Wir befinden uns nun schon über acht Jahre in fortwährender Unruhe; ein jedes dieser Jahre würde in Frankreich eine Dynastie gestürzt haben, der dortigen endlosen Ministerveränderungen und blutigen Emeuten nicht zu gedenken. Bei uns aber wird, trotz O'Connell, die Rechtspflege gehörig gehandhabt; unsere Kaufleute drängen sich an der Börse, und Schiffe werden befrachtet, obgleich sich Colonien im Insurrectionszustande befinden, obgleich unser Seehandel behindert wird; der Ackerbau ist noch immer im Flor, ungeachtet der nächtlichen Versammlungen; die Fabriken gehen ihren Gang fort, wenngleich Brandstiftung auf den Straßen gepredigt wird, und die öffentlichen Fonds schwanken nicht um ein halbes Procent, obgleich der Kanzler der Schatzkammer sein Budget nicht vorzulegen wagt. Alle Functionen des Lebens werden mit Sorgfalt erfüllt, selbst den Vergnügungen gibt man sich mit Anstand hin, obgleich Niemand daran zweifelt, und die Meisten es laut erklären, daß der Zustand der Nation von Gefahren arg bedroht ist. Diese Stärke, diese Ausdauer in schlimmen Fällen, hat ihren Ursprung in dem verständigen Selbstvertrauen des englischen Volks, in der Ueberzeugung, daß die ihm angeborne Rechtlichkeit, der allgemein verbreitete gesunde Sinn, das ruhige Urtheil, die besonnene Mäßigung, welche sein Erbtheil sind, im Verein mit seinem energischen Unternehmungsgeist, mit seinem unerschöpflichen Hülfsquellen, und mit der festen, dauerhaften Natur seiner Institutionen, ihm am Ende aus allen Schwierigkeiten, aus allem Mißgeschick, womit es in den letzten Jahren so sehr heimgesucht war, glücklich heraushelfen werden. Wenn wir aber einige Kenntniß von dem englischen Character haben, so glauben wir sicher, daß das Ende dieser Leiden nahe ist. Die Saturnalien des Aufruhrs müssen aufhören. Die Sclaven, die sich eine Zeit lang auf den Triumphwägen ihrer Herren breit gemacht, müssen in ihre Niedrigkeit zurückkehren. Der Zweck ihrer vorübergehenden Freigebung ist zur Genüge erfüllt. An ihrer Thorheit ist die Weisheit erstarkt, und die Mäßigung hat nach ihren zügellosen Ausschweifungen um so mäßiger seyn gelernt. England bedarf der inneren Ruhe, und es wird sie bald unabweislich fordern, denn sie ist die einzige dauernde Grundlage der Nationalwohlfahrt und Staatsmacht."

Hr. T. Duncombe, der bekannte Radicale, hat angezeigt, daß er am Freitag, wo im Unterhause der Ausschuß über die Wählerregistrirungsbill an der Tagesordnung ist, darauf antragen werde, daß man demselben die Instruction ertheile, eine Clausel zur Aufhebung desjenigen Theils der Reformacte in jene Bill einzuschalten, der die Entrichtung der Steuern und Abgaben als ein nothwendiges Bedingniß für die Ausübung des Wahlrechts aufstellt. Die Morning-Chronicle hofft jedoch, er werde diese Absicht aufgeben, um nicht

unnöthige Spaltungen unter den Reformern zu veranlassen.

H^r. Staunton will zu dem Grote'schen Antrag auf Einführung der geheimen Abstimmung bei den Parlamentswahlen als Amendement vorschlagen, daß man mit dieser Maaßregel zunächst in den ersten zehn Grafschaften oder Parlamentsorten (boroughs, wie alle Städte und Flecken heißen, die im Parlamente durch eines oder mehrere Mitglieder speciell repräsentirt sind), welche darum bäten, einen Versuch anstellen möchte, um zu prüfen, wie dieselbe sich bewähren würde.

Am 10. Juni wurde in der schottischen Fabrikstadt Glasgow eine von dem Nationalconvent angeordnete Radicalenversammlung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts abgehalten. Von früh Morgens an zogen Musikbanden durch die Stadt. Auf dem Versammlungsplatze waren Fahnen in Menge aufgesteckt, darunter zwei schwarze: die eine mit Todtenkopf nebst Todtenbeinen und der Inschrift: „Tod sei des Tyrannen Loos!" Die andere mit einer Hand, die einen Dolch zückt, und der Inschrift: „Wollt ihr uns zu Solchem zwingen?" Der Gemeinderath Moir führte den Vorsitz. Die Verhandlungen wurden mit dem Gesang einiger Verse aus Psalm 94 eröffnet (dessen erste Verse lauten: „Herr Gott, deß die Rache ist, Gott, deß die Rache ist, erscheine! Ergebe dich, du Richter der Welt; vergilt den Hoffärtigen, was sie verdienen.") Die gefaßten Resolutionen drücken den Entschluß der Versammlung aus, nimmer zu rasten, bis das allgemeine Stimmrecht Landesgesetz sei, das Geld aus den Sparcassen zurückzunehmen, sobald der Nationalconvent solches befehle, bei allen Parlamentswahlen für Chartistische Candidaten zu stimmen ꝛc. Es sollen 80 bis 100,000 Personen an der Versammlung Theil genommen haben.

Preußen.

S^r. Majestät der König haben den wirkl. geheimen Oberregierungsrath und Ministerialdirector Nicolovius auf dessen Ansuchen in den Ruhestand zu versetzen und das für denselben ausgefertigte Dimissoriale unter Bezeugung der allerhöchsten Zufriedenheit mit den vieljährigen treuen Diensten desselben zu vollziehen, dagegen den bisherigen Regierungspräsidenten von Ladenberg in Trier zum Director in dem Ministerium für die geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten und zugleich zum wirkl. geheimen Oberregierungsrath zu ernennen geruht.

Niederlande.

Als eine Folge der Ratification des Friedensvertrags, der zwischen den Niederlanden und Belgien und den fünf großen europäischen Mächten abgeschlossen worden, erschien am 13. Juni Abends zuerst in dem Niederländischen Staatscourant und im Journal de la Haye eine besondere Rubrik Belgien, so daß dasselbe jetzt unter die fremden Staaten gezählt wird. Aus den unter dieser neuen Rubrik stehenden Berichten ersieht man ferner, daß König Leopold (die holländischen Blätter nannten ihn bisher stets Fürst Leopold) jetzt als König der Belgier durch unsere Regierung anerkannt wird, indem darin von der königlichen Gesellschaft der Wissenschaften und schönen Künste zu Brüssel gesprochen wird.

Belgien.

Der Kriegsminister hat dem General Daine den Befehl zugesandt, das Commando über die Festung Venloo dem ältesten Offizier der Garnison zu übergeben, und mit seinem ganzen Stabe nach Brüssel zurückzukehren.

Es ist jetzt bekannt, daß die Verzögerung der Ratification des Friedensvertrages von belgischer Seite keiner andern Ursache beizumessen war, als daß das große Staatssiegel in dem Augenblicke, als man es auf die Ratificationsacte drücken wollte, zerbrach und ganz neu verfertigt werden mußte.

Teutschland.

S^r. kais. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland ist am 17. Juni mit einem Theile seines Gefolges von Frankfurt nach Kissingen abgereist, wo S^r. kais. Hoheit zwei Tage zu verweilen gedenken. Die in Frankfurt zurückgebliebenen Cavaliere des Großfürsten wollten am 18. abreisen und in Gotha mit S^r. kais. Hoheit zusammentreffen. Von da geht die Reise nach Berlin und Stettin, woselbst sich der Großfürst einschiffen wird. — (Nachrichten aus Stettin zufolge war daselbst am 14. das kais. russische Dampfschiff „Ischora" angekommen, welches S^r. kais. Hoheit nach Swinemünde führen soll, wo das zur Aufnahme und Rückreise S^r. kais. Hoheit in die russischen Staaten bestimmte Kriegsdampfschiff „Bogatir" bereits angelangt war.)

Die Hannoversche Zeitung von 17. Juni meldet: „S^r. Maj. der König haben am Donnerstage in Celle das dritte Dragonerregiment und das dritte Infanterieregiment inspicirt, und sind Abends hier wieder eingetroffen. Sonnabends empfingen S^r. Majestät der König im Schlosse zu Montbrillant eine Deputation beider Kammern der allgemeinen Ständeversammlung, welche die von derselben beschlossene Adresse *) zu überreichen die Ehre hatte. S^r. Majestät geruhten hierauf zu erwiedern, daß, da Sie gewohnt, auf alle, und besonders solche wichtige Anträge, nur nach Höchsteigener sorgsamer Prüfung zu antworten, Sie eine kurze Frist forderten, um die vorgelegte Adresse zu erwiedern; zugleich gaben Allerhöchstdieselben zu erkennen, daß Sie die gegenwärtigen Herren darauf aufmerksam machten, wie eine böswillige Partei im Lande nur darauf ausgehe, durch ungegründete, ersonnene, unglaubliche Gerüchte Alles zu entstellen, und wie es die Pflicht jedes loyalen Rechtlichdenkenden sei, diesen böswilligen Erdichtungen zu widersprechen, und wie Allerhöchstsie die Herren der Ständeversammlung besonders bäten und ihnen zur Pflicht machten, bei ihrer Rückkehr in die Provinzen, diese Productionen einer verderbten Phantasie durch die Wahrheit zu widerlegen. Gestern sind S^r. königl. Majestät nach Rotenkirchen gereist, um von dort aus nach Nordheim zur Besichtigung des Garde-Kürassierregiments Sich zu begeben, auch in Einbeck das zweite leichte Bataillon zu inspiciren. S^r. Majestät werden heute in hiesiger Residenz zurückerwartet. Die Infanteriecorps der hiesigen Garnison, das Garderegiment, das Leibregiment und das Garde-Jägerbataillon haben vorgestern die seit dem 1. Mai v. J. im Dienst gewesene Mannschaft auf Urlaub entlassen, und nur noch die am 1. Mai d. J. eingestellten Leute unter den Waffen behalten."

*) Vergl. unser vorgestriges Blatt.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 176

Oeſterreichiſcher Beobachter.

Dinſtag, den 25. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologiſche Beobachtungen vom 23. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariſer Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.	Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.316	28. 0L. 10V.	+ 17.6	W.	ſtill. Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.347	28 1 3	+ 22.6	N.	—
	10 Uhr Abends.	27.401	28 1 11	+ 18.2	NW.	ſchwach. Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 13. Juni wurde der von Lord Brougham vorgelegten Petition der canadiſchen Gefangenen keine weitere Folge gegeben, da ſich Lord Normanby (der Colonialminiſter) auf keine Discuſſion über dieſe Sache einlaſſen wollte, die, wie er ſagte, von der Regierung in Erwägung genommen ſei. — Der unerbittliche Gegner des neuen Armengeſetzes, Lord Stanhope, überreichte dann wieder zwei Petitionen über die Wirkung dieſer Acte, worin ſich die Unterzeichner über die Beſchwerden beklagen, denen ſie dadurch ausgeſetzt worden ſeien. Im Laufe des Discuſſion, die ſich darüber entſpann, erklärte ſich der Herzog von Wellington ſehr energiſch zu Gunſten dieſer Acte und wünſchte dem Miniſterium Glück dazu, daß es eine ſo wichtige Maaßregel durchgeſetzt habe.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 12. Juni wurde wieder eine große Anzahl Bittſchriften aus allen Gegenden des Königreichs gegen den Plan der Regierung in Betreff des Volksunterrichts überreicht. Andererſeits ſprach ſich eine nicht minder bedeutende Anzahl von Petitionen zu Gunſten des gleichförmigen Briefporto's von einem Penny aus. Lord J. Ruſſell kündigte die dritte Verleſung der Jamaica-Bill auf Freitag an. Eine Bill über die Aufenthaltsveränderung der Wähler ward ohne Amendement von dem Ausſchuſſe des Hauſes angenommen und ihre dritte Verleſung ebenfalls auf Freitag angeſetzt. — In einem Ausſchuß über die Mittel und Wege wurde eine Reſolution, die gegenwärtigen Zölle auf Zucker und Syrup, ſo wie auch die Rückzölle für die Zuckerausfuhr, unverändert fortbeſtehen zu laſſen, ohne Abſtimmung angenommen. Auch die Bill des Hrn. Talfourd, durch welche das jetzige Geſetz, welches bei Eheſcheidungen die Kinder allein der Obhut des Vaters übergibt und die Mutter von allem Verkehr mit denſelben ausſchließt, dahin geändert werden ſoll, daß es richterlicher Entſcheidung überlaſſen bliebe, welchem von beiden Theilen die Kinder anzuvertrauen wären, ging durch den Ausſchuß, nachdem ein dagegen gerichtetes Amendement Sir E. Sugden's, der von der Annahme dieſer Bill eine Vermehrung der Eheſcheidungen befürchten wollte, mit 49 gegen 11 Stimmen verworfen worden war. Die Bill zur Freimachung der Lehnsgüter paſſirte ebenfalls den Ausſchuß. Eine von Hrn. C. Buller eingebrachte Bill, durch welche ein Tribunal zur Appellation von den Entſcheidungen der Wähler-Regiſtrirungsreviſoren errichtet werden ſoll, erhielt die erſte Leſung.

Nachdem in der Sitzung des Unterhauſes vom 13. Juni die Petition des katholiſchen Erzbiſchofs und der katholiſchen Geiſtlichkeit von Tuam gegen das iriſche Erziehungsſyſtem, wie geſtern erwähnt, wegen der Qualification, die ſich der Dr. Mac Hale darin beilegt, zurückgewieſen worden war, wurde der Bericht über die neue Jamaica-Bill eingebracht. Sir R. Peel zeigte an, daß er bei der dritten Verleſung der Bill eine Abſtimmung über die Clauſel herbeiführen werde, welche dem Generalgouverneur für den Fall fortdauernder Widerſetzlichkeit des Verſammlungshauſes das Recht zu permanenten, nicht bloß tranſitoriſchen, geſetzgebenden Maaßnahmen ertheilt. Lord Stanley machte ſeinerſeits die Anzeige, daß er bei Gelegenheit der am folgenden Abend auf der Tagesordnung befindlichen miniſteriellen Motion wegen Bewilligung von 30,000 Pf. für den Volksunterricht eine Adreſſe an die Königinn beantragen werde, um ſie zur Zurücknahme des geheimen Räthsbefehls zu veranlaſſen, der einen Ausſchuß des geheimen Raths mit der Beaufſichtigung über die Verwendung und Vertheilung der für den Volksunterricht bewilligten Summen beauftragte. Lord J. Ruſſell nahm ſodann ſeine canadiſchen Reſolutionen zurück und ſuchte um die Erlaubniß nach, zwei auf dieſelben baſirte Bills einbringen zu dürfen, von denen die eine die Vereinigung von Ober- und Niedercanada, die andere die Fortdauer der im vorigen Jahre dem Gouverneur von Niedercanada ertheilten außerordentlichen Gewalten bis zum Jahre 1842 verfügt. Indeß will der Miniſter die erſtere Bill bekanntlich in dieſer Seſſion nur bis zur zweiten Leſung zu fördern ſuchen, da ihre Beſtimmungen nicht eher zur Ausführung gebracht werden ſollen, als bis die Verhältniſſe von Niedercanada auf ſichern Fuß geſtellt ſind. Lord Stanley nahm daher auch ſein angekündigtes Amendement zu den canadiſchen Reſolutionen zurück, welches nur für den Fall berechnet war, daß das Miniſterium dem Hauſe im vor-

aus eine Verpflichtung zu einem abſtracten Princip hätte abfordern und erſt in ſpäterer Zeit eine Maaßregel darauf begründen wollen. Obgleich nun Lord Stanley gegen das nunmehr von dem Miniſterium eingeſchlagene Verfahren nichts weiter einzuwenden hatte, ſo bedauerte er es doch ſehr, daß Lord J. Ruſſell es nicht möglich gefunden habe, die canadiſchen Verhältniſſe ſchon in dieſer Seſſion vollſtändig in Ordnung zu bringen. Die eigentliche Discuſſion des miniſteriellen Vorſchlages behielt man ſich bis zur Einbringung der betreffenden Bills vor, doch ſprach Lord Stanley den Wunſch aus, daß die Sache zu keiner Parteifrage gemacht werden möchte, weil dieß den ſchon ſo aufgeregten Zuſtand der Colonien noch verſchlimmern dürfte.

In der Sitzung des Unterhauſes vom 14. Juni brachte Hr. Attwood die vielbeſprochene Rieſenpetition der Chartiſten wegen Bewilligung der ſogenannten Volkscharte ein und zeigte an, daß er die Erwägung derſelben an einem der nächſten Tage beantragen werde. Nachdem darauf eine Menge von Petitionen für und wider den Plan der Regierung in Betreff des Volksunterrichts eingebracht worden waren, entſpann ſich eine lange Debatte über den oben erwähnten Antrag Lord Stanley's in Bezug auf eben jenen Gegenſtand. Außer der Rede Lord Stanley's ſelbſt kam jedoch wenig Bemerkenswerthes vor. Die Sitzung ſchloß erſt um 1 Uhr Morgens, und die Fortſetzung der Debatte wurde auf Mittwoch den 19. vertagt.

In der Sitzung des Oberhauſes vom 14. Juni gab, auf eine Frage von Lord Brougham, Lord Melbourne die Erklärung, er hege die Hoffnung, daß der Friede im Orient werde erhalten werden, wiewohl der Stand der beiden Armeen gegen einander allerdings ein ſehr drohendes Ausſehen (a very menacing aspect) gewonnen habe. Indeß, fügt er hinzu, ſei bei der Regierung noch keine Nachricht über einen wirklich erfolgten Zuſammenſtoß eingelaufen. Lord Brougham machte einige Bemerkungen über die Lage der Neger in gewiſſen weſtindiſchen Colonien. In Montſerrat z. B., wo die Bevölkerung übergroß iſt, betrage der Arbeitslohn des freien ſchwarzen Arbeiters nur 6 Pence auf den Tag, während in andern Colonien ein Neger täglich 2 Shilling 3 Pence verdiene. Die Neger auf Montſerrat ſeien um ſo übler daran, als ihnen die Auswanderung nicht geſtattet ſei. Der Marquis von Normanby erwiederte: „Ich kann dem edlen und gelehrten Lord verſichern, daß die Regierung ihre beſondere Aufmerkſamkeit dieſer Frage zugewendet hat. Sie gibt ſich alle Mühe, die Legislaturen der Colonien zu einer Reviſion des Geſetzes von 1816 zu vermögen, und wir hoffen die endliche Annahme heilſamer Modificationen in denſelben.“

Der Standard behauptet, daß das Miniſterium Hrn. O'Connell für die Aufgebung der Appropriationsclauſel durch die Unterſtützung ſeines Antrages auf Befähigung der Katholiken zum irländiſchen Lordkanzler-Amte und zu Richterſtellen an den geiſtlichen Tribunalen Irlands habe entſchädigen wollen, und daß O'Connell ſelbſt in der That ſchon zum Lordkanzler auserſehen geweſen ſei, ſo ſehr auch die Miniſter dieß jetzt abläugnen möchten, da ſie fänden, daß ſchon die bloße Anzeige jenes O'Connell'ſchen Antrages den größten Unwillen erregt habe.

Der Globe beſtätigt es, daß Sir John Conroy aufgehört habe, eine Stelle im Haushalt der Herzoginn von Kent zu bekleiden, legt dieſer Abdankung aber nicht die mindeſte Wichtigkeit bei, wogegen die Times dieſelbe mit den Veruntreuungs-Beſchuldigungen in Verbindung zu bringen ſucht, die jenem Herrn von dieſem Blatte im vorigen Jahre gemacht wurden, und um derentwillen der Herausgeber der Times zu einer Gefängnißſtrafe verurtheilt ward.

In Folge der neulichen Aeußerungen Lord Londonderry's im Hauſe der Lords über Hrn. O'Connell und Hrn. Grattan, wegen deren Reden in Dublin, forderte letzterer den Marquis ſchriftlich zu einer Erklärung auf. Da dieſe nicht ſo genügend ausfiel, wie unlängſt bei Lord Brougham, ſo kam es am 13. Juni zu einem Duell zwiſchen den beiden Herren. Hr. Grattan ſchoß fehl, worauf Lord Londonderry ſeine Piſtole in die Luft abfeuerte. Der Handel wurde dann beigelegt.

An die Stelle Lord W. Bentinks, der ſeiner geſchwächten Geſundheit wegen von der Repräſentation der Stadt Glasgow zurücktritt, wird von Seite der Liberalen Hr. Oswald (der die Stadt ſchon früher vertrat) als Bewerber auftreten.

In Liverpool iſt die Baumwolleneinfuhr in der erſten Juniwoche ungewöhnlich ſtark geweſen; ſie betrug zuſammen 105,000 Säcke, wovon 97,000 aus den vereinigten Staaten kamen; der Geſammtwerth dieſer Einfuhr wird auf 1¼ Million Pf. St. geſchätzt. Verkauft wurden 16,000 Säcke, mit einem Aufſchlag von ⅛ Penny auf das Pfund bei geringeren Qualitäten.

Conſols am 15. Juni 93⅛ ¼.

Spanien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correſpondenten aus Madrid vom 8. Juni: „Die Carliſten in den baskiſchen Provinzen haben ſich von ihren Schlägen wieder erholt, Maroto iſt hergeſtellt, verſtärkt ſeine Armee und die Puncte, die er ſchon im Begriffe war zu verlaſſen, z. B. Guriezo, Balmaſeda, Arciniega. Er ſcheint in den Gebirgen von Arrigoriaga, welche ihm ſchon im Jahre 1837 zum Kriegsſchauplatz gedient haben, einen Vertheidigungskrieg durch Umzinglung der Chriſtiniſchen Armee mit Streifparteien führen zu wollen. Die Herſtellung der Linie von Orduña nach Bilbao iſt nicht mehr ſo leicht, als ſie vor 14 Tagen geweſen wäre. Espartero wird ſeinem Plan, neue Lorbern in Arragonien zu ſammeln, wohl entſagen müſſen. In dieſem letztern Lande bringt Cabrera

das unmenſchliche Syſtem in Vollſtreckung, die Einwohner aller Ortſchaften, wo die Chriſtinos ein Fort haben, zur Auswanderung zu zwingen, wenn ſie nicht mit der Verbrennung ihres Hab und Gutes und mit dem Leben büßen wollen. Viele tauſend Inſaſſen haben mit ihren Effecten auf dem Rücken oder in Karren Alcañiz, Albalate und Montalban verlaſſen. Der letztere Ort iſt völlig abgebrannt, obgleich Cabrera mit 10 Bataillons ſich nicht getraute, die Einführung eines Transports, welche Ayerbe am 2. d. M. unternahm, zu verhindern, und die Chriſtinos nur auf dem Rückmarſche angriff, wobei er jedoch ſelbſt einige 30 Mann an Todten und Gefangenen verlor. Polo mit ſeiner Diviſion haust fortwährend in Guadalajara. In Cuenca wird die Befeſtigung von Cañete und Villora betrieben. In Valencia hat der Chriſtiniſche Brigadier Aznar einen neuen Beweis ſeiner Unfähigkeit gegeben, indem er mit der glänzenden erſten Diviſion unverrichteter Dinge von der ihm aufgetragenen Vertreibung Forcadells aus Talos bei Onda, welches die Carliſten ebenfalls befeſtigen, zurückkehrte. Die Carliſten ſind in ruhigem Beſitz der Salinen vor Tortoſa und der Bleigruben vom Priorat von Tarragona, aus welchem ſie auch Sendungen nach Catalonien machen. In Galizien wachſen die Inſurgenten zuſehends an, nehmen eine militäriſche Haltung an, und ſchlagen ſich mit den Truppen; doch haben ſie neuerlich einen Schlag erlitten. In der Mancha und in Toledo verheeren die Horden des Paſſilos, in unzählige Streifparteien vertheilt, fortwährend das platte Land und die kleinen Ortſchaften. — Die Generäle Amor und Amarillas haben die Armee vom Centrum verlaſſen; man freut ſich dort über ihre Abreiſe und wünſcht, daß Aznar ihnen nachfolgen möge. Rogueras ſcheint noch wenig vorbereitet zu haben, um den Operationen gegen Cabrera eine allgemeine Leitung zu geben; vielleicht iſt ihm dieſes nicht einmal vergönnt. Die Diviſion Parra bedeckt die Straße von Madrid nach Saragoſſa, miſcht ſich aber bis jetzt nicht in Händel mit den Feinden, die in Sacedon und andern Ortſchaften der Provinz Guadalajara hauſen. Hier ſpricht man wieder allgemein von der Ankunft einer franzöſiſchen Armee, es ſind aber wahrſcheinlich die Moderantiſten, welche dieſes Gerücht ausbreiten, um den öffentlichen Geiſt noch mehr zu ertödten. — Espartero hat die Grandezza mit dem Titel Ducque de la Victoria und Leon den Titel Graf von Belascoain erhalten. — Maroto hat mit Don Carlos, Villareal und Eguia eine Zuſammenkunft in Zornoza gehabt. Don Carlos iſt nach Durango zurückgekehrt."

Briefe aus Bayonne vom 12. Juni melden: „Man verſichert, Espartero habe ſeine Streitmacht in der Richtung von Balmaſeda vorrücken laſſen. Dieß bedarf jedoch der Beſtätigung. In der Gegend von Puente la Reyna ſcheinen 12 bis 13,000 Mann unter dem Befehle Diego Leons concentrirt zu ſeyn. Darunter iſt die Beſatzung von Pamplona, indem Diego nur die Nationalgarden in dieſem Platze zurückließ. Die Carliſtiſchen Truppen glauben an einen nahen Angriff der Chriſtinos. — Nach Briefen von der Gränze von Arragonien vom 5. bedroht Graf España die Gränzſtadt Puycerda."

Den neueſten Nachrichten aus Madrid vom 10. Juni zufolge hat der Generalcapitän von Cuba die Weiſung erhalten, die „Patrioten" von Cadix und Barcelona, die auf Befehl der Generalcapitäne Graf Cleonard und Baron de Meer nach jener Inſel deportirt worden waren, nach Europa zurückzuſchicken. — In Madrid hatte die Nationalgarde die Wachen bezogen, weil die Truppen nach der Provinz Guadalajara, wo Polo und Marconnel mit ihren Diviſionen hausten, aufgebrochen waren.

Nachrichten aus Saragoſſa zufolge hatte man zu Lerida, in Catalonien, eine Verſchwörung entdeckt, in Folge deren dieſer Platz den Carliſten überliefert werden ſollte. Ein Theil der Nationalgarde ſoll an dieſem Complott Theil genommen haben.

Frankreich.

Eine königliche Ordonnanz vom 15. Juni ernennt H^rn. Daguerre zum Offizier der Ehrenlegion.

Eine telegraphiſche Depeſche meldet, daß die Linienſchiffe „Trident" und „Généreux" am 14. Juni von Toulon nach der Levante abgeſegelt ſind.

Der franzöſiſche Geſchäftsträger am Turiner Hofe, H^r. Emmanuel de Grouchy, iſt nach einer kurzen Krankheit mit Tod abgegangen. Der Marquis de Rumigny iſt demzufolge am 15. Juni auf ſeinen Botſchaftspoſten nach Turin abgegangen.

Am 15. Juni erſchien zu Paris die erſte Nummer des neuen Blattes, welches der ehemalige Redacteur des Journal de Francfort, Charles Durand, herausgibt. Es heißt le Capitole Français. Er beklagt ſich in derſelben darüber, daß ihn die Blätter bald als ein Werkzeug Rußlands, bald als vom Miniſterium erkauft, dargeſtellt haben. Aus dieſer erſten Nummer geht die Tendenz des neuen Blattes noch nicht mit Beſtimmtheit hervor.

Am 17. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 10. 3Percents 79 Fr. 40.

Preußen.

S^r. Majeſtät der König haben dem kaiſ. ruſſiſchen Kammerherrn Anatole von Demidoff den rothen Adlerorden zweiter Claſſe zu verleihen geruht.

Frankfurter Blätter melden aus Köln vom 17. Juni: „Der heutige Wärmegrad war zwiſchen 1 und 2 Uhr, im Schatten, bis zu der ungewöhnlichen Höhe von + 28° Réaumur geſtiegen, wie dieß in den heißen Jahren 1811 und 1822 auch einmal der Fall war; eine Temperatur, die dem heißeſten Klima der Erde, am Senegal, nahe kommt, wo das Réaumur'ſche Thermometer bei der

höchsten Temperatur selten höher als 30° steigt." — Ferner aus Trier vom 14. Juni: „Seit mehreren Tagen, wo wir eine Wärme von 18, 19 und 21 Grad haben, finden sich in den der Stadt nahe gelegenen Weinbergen blühende Trauben und jetzt fast allgemein. In der nach rheinischer Art gepflegten Weinpflanzung des Schulseminarlehrers Muhl zeigten sich blühende Trauben am 12. und sind heute schon in Menge vorhanden. Dabei ist der Stand der Rebe ausnehmend schön, und der Gescheine sind viele vorhanden, welches Alles zu erfreulichen Hoffnungen für die Winzer berechtigt." — Dann von der Weser vom 10. Juni: „Der Erzbischof von Köln ist jetzt viel besser und heitern Sinnes, auch ist der Schlaf wieder eingetreten, jedoch nicht ohne Beihülfe von Opium. — Der älteste Bruder desselben, Maximilian Caspar von Droste-Vischering, Bischof zu Münster, welcher seit Jahren an der Gicht und am Augenübel litt, ist nun so weit wieder hergestellt, daß er in seiner großen Diöcese die Kirchenvisitationen vornehmen konnte. Geistlichkeit und Laien freuten sich, ihren geliebten Oberhirten wieder zu sehen. Seine Reisen glichen einem wahren Triumphzuge. Freudenruf, Gesänge, Musik, Fackelzüge und Illuminationen fanden an allen etwas bedeutenden Orten der Diöcese Statt, wo er sich nur immer aufhielt; so war die kleine Stadt Wahrendorf im Fürstenthum Münster während drei Tagen illuminirt."

Niederlande.

Nach Mittheilungen aus dem Haag soll Se. Majestät der König die meisten Decrete, welche sich auf den Vollzug des Definitivtractates beziehen, schon unterzeichnet haben. Ein Theil derselben ist in Ausführung gebracht. So ist unter Anderm der Belagerungsstand der südlichen Festungen, in dem sie sich seit dem November 1830 befanden, aufgehoben, die Zollbureaux an der südlichen Gränze sind eingerichtet, die Bestimmungen wegen des Scheldezolles und der Binnenfahrt veröffentlicht ꝛc. Die Truppen des Lagers sind auch zum größten Theile in ihre Garnisonen zurückgekehrt, und die Aufhebung des Hauptquartiers zu Tilburg dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Die Uebergabe der betreffenden Gebietstheile von Luxemburg und Limburg an die niederländische Regierung wird noch im Laufe dieses Monats geschehen. Bereits empfehlen sich in holländischen Blättern Kaufleute im Limburgischen „bei Gelegenheit der Wiedervereinigung mit dem Königreiche der Niederlande" mit ihren Waaren. Die belgischen Militärbehörden sollen übrigens aus der Festung Venloo fortzuschaffen suchen, was nur möglich ist. Venloo zählt über 5000 Einwohner. Von Auswanderungen nach Belgien vernimmt man aus dem Luxemburgischen und Limburgischen noch wenig. Limburg ist übrigens bewohnter als Luxemburg, denn auf den vom Limburgischen an die Niederlande zurückfallenden Gebiet von 36 Quadratmeilen wohnen 156,000 Einwohner, und auf den 45 Quadratmeilen, welche von Luxemburg zurückfallen, 154,000 Einwohner. Belgien verbleiben von Limburg 50 Quadratmeilen mit 227,000 Einwohner, und von Luxemburg 80 Quadratmeilen mit 158,000 Einwohnern. Nach dieser statistischen Berechnung hatte also das frühere Großherzogthum Luxemburg 126 Quadratmeilen mit 312,000 Einwohnern, während jetzt die dem König Wilhelm verbleibenden Theile von Luxemburg und Limburg nur 82 Quadratmeilen, aber 310,000 Einwohner haben. Der teutsche Bund verlöre somit 44 Quadratmeilen an Gebiet, aber kaum etwas an der Einwohnerzahl.

Belgische Blätter hatten berichtet, daß bei der Ratification des Friedenstractates der großbritannische und der belgische Bevollmächtigte den Vorbehalt gebraucht hätten, daß die Aufhebung des Sequesters über die in der Nähe von Laeken gelegenen Grundstücke des Königs der Niederlande nicht eher geschehen solle, als bis sich beide Monarchen über den Besitz derselben geeinigt hätten. Das Handelsblad erklärt nunmehr, daß von einem solchem Vorbehalte nicht die Rede seyn könne, da der Tractat „purement et simple" ratificirt worden, doch hätten die beiden gedachten Bevollmächtigten allerdings eine Erklärung dieser Art zu Protocoll gegeben. Diese Erklärung habe indessen durchaus nichts Verbindliches; vielmehr könne sie der Wirkung des Art. 16 des Friedenstractates, der sich über die Aufhebung des Sequesters ausspreche, daraus keinen Eintrag thun. Ja, die niederländische Regierung werde sich auch wohl damit begnügen, von jener Erklärung Vermerk zu nehmen, ohne es für nöthig zu halten, darauf eine besondere Antwort zu ertheilen.

Das Echo du Luxembourg theilt folgende Erklärung mit, wodurch die Einwohner von Clervaux ihre Weigerung, die Steuern zu zahlen, angezeigt haben: „Die belgische Regierung hat, nachdem sie uns durch ihre Proclamationen, Versprechungen und Aufreizungen jeder Art, in die Revolution von 1830 verwickelt; nachdem sie durch den Beitritt zu den 24 Artikeln vom 15. November 1835 anerkannt hat, daß sie durch Usurpation das Luxemburgische regiert hatte, von Neuem, indem sie am 19. April die Acte vom 23. Jänner 1839 unterzeichnete, auf jedes Souverainetätsrecht über jene Hälfte des Luxemburgischen verzichtet, wozu wir gehören. Demzufolge weigern sich die unterzeichneten Steuerpflichtigen der Gemeinde und des Cantons Clervaux, an besagte Regierung jede verfallene oder noch verfallende Steuer zu bezahlen, indem es ihre Absicht ist, dieses Geld für die Regierung selbst als rechtmäßig anerkannte Regierung aufzubewahren, damit sie bei ihrer Rückkehr Fonds finden könne, um die ersten Bedürfnisse zu bestreiten, und damit wir den außerordentlichen Auflagen, den Zwangsanleihen und andern fiscalischen Maßregeln entgehen. Da der König die Regierung ermächtigt hat, die sechs Zwölftel der Steuern

von 1839 vor ihrem Verfall zu erheben, und da die votirten zufählichen Centimen den Zweck haben, die Unterhaltungskoſten der Armee und jenes eines eventuellen Kriegs mit dem König der Niederlande zu decken, ſo halten die Luxemburger es für eine empörende Ungerechtigkeit, daß man die Luxemburger Auflagen bezahlen läßt, die beſtimmt ſind, zum Ruin des Souverains verwendet zu werden, den Belgien ihnen gegeben hat. Die Unterzeichneten proteſtiren daher gegen jede Art von Zwang, welchen die Agenten des belgiſchen Schatzes verſuchen dürften, um die Steuern einzutreiben; ſie erklären ferner, daß ſie ſich aller ihnen zu Gebot ſtehenden Mittel bedienen werden, um zu verhindern, daß die Verfolgungen, die man gegen ſie anwenden will, zu einem guten Ende geführt werden. Und damit der Steuereinnehmer von Clervaux nicht in Unwiſſenheit hiervon bleibe, haben die Unterzeichneten ihm Gegenwärtiges durch die Vermittelung der Localbehörde ſignificiren laſſen." (Folgen die Unterſchriften.) Dieſe Erklärung, fügt das Echo hinzu, hat einigen Eindruck gemacht. Höhere Beamte der Steuerverwaltung haben ſich nach Clervaux begeben, um die Einwohner zu beſtimmen, die Steuern zu bezahlen, die man von ihnen fordert. Man hat dieſen Herren geantwortet, man ſei feſt entſchloſſen, das, was man einmal beſchloſſen habe, aufrecht zu halten, und man ſei um ſo weniger geneigt, auf einen erſten Beſchluß zurückzukommen, als der König Leopold jetzt die Ratificationen des Vertrags vom 23. Jänner ausgewechſelt habe.

Belgien.

Der Independant ſagt in Bezug auf die Statt gehabten Wahlen: „Wir haben die vollſtändige Liſte der Wahloperationen mitgetheilt. Das Reſultat iſt ſo befriedigend, als es die Freunde der Ordnung wünſchen können; Alle, welchen es aufrichtig am Herzen liegt, die Zukunft Belgiens zu ſichern, ſich nicht den Parteibewegungen hinzugeben, müſſen ſich darüber freuen."

Teutſchland.

Se. Majeſtät der König von Hannover haben in Erwiederung auf die durch eine Deputation beider Kammern Allerhöchſtdenenſelben am 15. d. M. überreichte Adreſſe das nachſtehende allerhöchſte Schreiben an die allgemeine Ständeverſammlung erlaſſen.

„Ernſt Auguſt, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunſchweig und Lünneburg ꝛc. ꝛc. Unſere Gnade, auch geneigten und gnädigſten Willen zuvor, Durchlauchtig-Hochgeborner Fürſt, Hoch- und Wohlgeborne, Edle und Veſte, Würdige, Ehrenveſte, Ehrbar-Hoch- und Wohlgelahrte, Ehrſam-Fürſichtige, Räthe, liebe Andächtige und Getreue! — Unſere getreue allgemeine Ständeverſammlung hat Uns in einer am 15. d. M. Uns übergebenen Adreſſe ihre freimüthige Anſicht über diejenigen öffentlichen Verhältniſſe vorgelegt, welche nach ihrer Meinung vorzugsweiſe ein gemeinſchaftliches Zuſammenwirken unter Uns und Unſeren getreuen Ständen erheiſchen. Dieſes auf das Heil Unſerer geliebten Unterthanen gerichtete Zuſammenwirken iſt ſtets der Gegenſtand Unſerer lebhaften Wünſche geweſen. Unſere getreuen Stände erkennen den blühenden Zuſtand Unſeres geliebten Landes, der Uns mit Dank gegen die allgütige Vorſehung erfüllt. Sie bedauern dagegen mit Uns die auf mannigfache Weiſe herbeigeführten Störungen der Eintracht und die damit verbundenen Hemmniſſe in der Beförderung jenes blühenden Zuſtandes. — Dieſes Bedauern iſt um ſo gerechter, als leider! nur zu ſehr am Tage liegt, wie von einem Theile der mit Unſeren Anſichten über die Verletzung Unſerer Rechte und derzu deren Sicherung getroffenen Maaßregeln nicht einverſtandenen Unterthanen und von Fremden die verwerflichſten Mittel mancher Art, Entſtellung der Wahrheit, Täuſchung, boßhafte Verläumdung, angewandt und die zügelloſe Preſſe benützt worden, um unter dem Vorwande der Sicherung eines Rechtszuſtandes — der in Unſerem Lande niemals gefährdet werden wird — ſelbſtſüchtige Zwecke zu verfolgen und zu dem Ende die Liebe zur Ordnung und das Vertrauen zu den öffentlichen Behörden zu untergraben und den Samen der Zwietracht in einem Lande auszuſtreuen, deſſen brave Bewohner es nie verſchuldet haben, die verderblichen Folgen ſolcher Beſtrebungen zu erfahren. — Sie deuten den ihrer Anſicht nach einzigen Weg an, dasjenige Ziel zu erreichen, welches Wir ſtets als das Unſerer landesväterlichen Abſichten bezeichnet und vor Augen gehabt haben, das wahre und dauernde Wohl Unſerer getreuen Unterthanen. — Sie bitten um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einer vertragsmäßigen Vereinbarung über Beſtimmungen, welche die Verfaſſung des Landes betreffen, und danken für die von Uns in Unſerer Proclamation vom 3. v. M. gegebene Hoffnung, daß ihre Bitte gewährt werde. Sie verſichern Uns endlich der nie wankenden Treue und Liebe Unſers biedern und theuern Volks, ſeines ruhigen und bedächtigen Sinnes, und begründen darauf die Erwartung, daß Unſere landesväterlichen Anordnungen des Erfolges gewiß ſeyn werden. Dieſen Aeußerungen Unſerer getreuen Stände wollen Wir gern Unſer volles Vertrauen ſchenken. Wir haben ſie gleich den Verſicherungen der nie wankenden Treue und Liebe Unſers theuern Volkes, auf welche Wir feſt bauen, mit aufrichtigem Wohlgefallen vernommen. Wir ſind dadurch in der Richtigkeit Unſerer urſprünglichen Anſicht beſtärkt, und werden dadurch veranlaßt, wieder in den Weg zurückzukehren, welchen Wir von Anfang an betraten, den Wir auch fortwährend für den richtigſten zu dem ſegenreichſten Ziele gehalten und zu deſſen ernſtem und raſchem Verfolgen Wir früher wiederholt ermahnt haben. Ungern ſahen Wir uns genöthigt, dieſen Weg einer freien Vereinbarung zwiſchen Uns und Unſeren getreuen Ständen zu verlaſſen.

— Wir finden Uns demnach nunmehr zu der Erklärung bewogen: daß wir Unserer getreuen allgemeinen Ständeversammlung anderweit Vorschläge machen wollen, welche den Verhandlungen zum Zweck der gedachten vertragsmäßigen Vereinbarung zum Grunde zu legen sind. Die Vorbereitung dieser Vorschläge wollen Wir einer unverzüglich anzuordnenden Commission zur Pflicht machen, deren Aufgabe es seyn wird, sowohl Unsere als die Rechte Unserer getreuen Stände mit gleicher Sorgfalt zu erwägen und unparteiisch vor Augen zu haben. Denn so fest als Wir auf die Bewahrung Unserer wohlbegründeten Rechte halten, eben so sehr wollen Wir auch die Rechte Unserer getreuen Stände gesichert wissen. Uns ist das Recht heilig, und Wir wollen, daß, nach dem stets von Uns beachteten Grundsatze, Unsere geliebten Unterthanen nur nach dem Rechte, nach den Gesetzen regiert werden. Wir sind ungewiß darüber, ob eine Theilnahme von Commissären der allgemeinen Ständeversammlung eine baldigere Erledigung dieser Angelegenheit zur Folge haben werde, und ob sie den Wünschen Unserer getreuen Stände entspreche. — Wir wollen ihre desfallsige Erklärung gewärtigen und Wir sind für den Fall, daß die allgemeine Ständeversammlung den Wunsch einer Theilnahme durch Commissarien aussprechen sollte, damit einverstanden, daß aus jeder der beiden Kammern zwei Mitglieder zu Commissarien gewählt werden. — Zugleich halten Wir es für angemessen, daß die Arbeiten derjenigen Commission, welche Unsere getreue allgemeine Ständeversammlung zur Prüfung des im vorigen Jahre vorgelegten Verfassungsentwurfs niedergesetzt hatte, von der anzuordnenden Commission in Erwägung gezogen werden, und Wir fordern daher die allgemeine Ständeversammlung auf, diese Arbeit Unserm Cabinet einzusenden, welches Wir eben so angesehen wissen wollen, als ob die Einsendung an Uns Allerhöchstselbst geschehe. — Indem Wir der Erklärung Unserer getreuen Ständeversammlung des Baldigsten entgegensehen, eröffnen Wir derselben, daß Wir bei ihrer Wiederberufung die weiteren Anordnungen in Ansehung derjenigen Wahlcorporationen und Districte treffen werden, welche durch Deputirte an den Verhandlungen der zweiten Kammer jetzt keinen Antheil nehmen, und daß Wir nach dem Eingange der gedachten Erklärung und einer Erwiederung auf Unsere Anträge vom 28. v. M., die Verwendung der Rechnungsüberschüsse aus den Jahren 1837/39 betreffend, die Vertagung der allgemeinen Ständeversammlung verfügen werden. — Wir verbleiben Derselben mit Unserer königl. Gnade und allem Guten, wie auch mit gnädigem Willen stets beigethan. Hannover, den 16. Juni 1839. Ernst August. G. Freiherr v. Schele." — Das allerhöchste Schreiben ist, wie die Hannover'sche Zeitung beifügt, am 17. d. M. in beiden Kammern zur Verlesung gelangt, und gewiß dazu geeignet, den günstigsten Eindruck bei Jedem zu machen, welcher davon überzeugt ist, daß nur auf diesem Wege das wahre Interesse des Vaterlandes dauernd gesichert, und den landesväterlichen Absichten Allerhöchstseiner königl. Majestät entsprochen werden kann.

Der Schwäbische Merkur meldet aus Stuttgart vom 19. Juni: „Gestern Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr fand im großen Marmorsaale des königlichen Residenzschlosses die feierliche, von dem Hofprediger, Oberconsistorialrath von Grüneisen, vollzogene Trauung Sr. königl. Hoheit des Erbprinzen Wilhelm Alexander Paul Friedrich Ludwig von Oranien mit Ihrer königl. Hoheit der Prinzessinn Sophie Friederike Mathilde von Würtemberg, zweiten Tochter Sr. Majestät des Königs, Statt, wobei die hier anwesenden Mitglieder des königlichen Hauses, Se. königl. Hoheit der Prinz von Oranien, II. HH. der Herr Markgraf und die Frau Markgräfinn Wilhelm von Baden, der gesammte Hofstaat, das diplomatische Corps, die königlichen Minister, die Mitglieder des königlichen geheimen Rathes, die hier anwesenden Standesherren und eine Deputation der Kammer der Abgeordneten, so wie mehrere Fremde zugegen waren. — Nach vollzogener Trauung wurden den hohen Neuvermählten die Glückwünsche der zu derselben eingeladenen Personen in den hierfür bestimmten Appartements des königlichen Residenzschlosses abgestattet, worauf Tafel im großen weißen Saale, unter Lösung der Kanonen, bei Ausbringung der Gesundheiten der hohen Neuvermählten, und Abends 8 Uhr Polonaisenball in dem kleinen Marmorsaale und der anstoßenden Gallerie gehalten wurde. — Zur weitern Feier dieses frohen Ereignisses wird heute den 19. Freitheater paré und bei eintretender Nacht auf den besondern Wunsch der hiesigen Bürgerschaft allgemeine Beleuchtung der hiesigen Residenzstadt, den 20. Déjeuner dansant auf dem Rosenstein, den 21. große musikalische Akademie in dem neuen Reithause und den 22. großer Maskenball in dem königlichen Hoftheater Statt haben. — Nach Beendigung der Vermählungsfeierlichkeiten werden die hohen Neuvermählten noch einige Tage bei der königlichen Familie verweilen und alsdann die Reise nach den Niederlanden antreten."

Am 17. Juni Abends traf Se. kaiserl. Hoheit der Großfürst-Thronfolger von Rußland auf der Reise nach Kissingen in Aschaffenburg ein, und übernachtete im baierischen Hof. Die Behörden machten dem Großfürsten Aufwartung, und die Musik des Infanterie-Regiments Jandt brachte ihm eine Serenade. In Kissingen wurde, dem Thronfolger zu Ehren, von der königl. Badcommission am 18. ein Ball mit Beleuchtung des Kurhauses veranstaltet.

Wien.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserinn sind gestern Mittags im erwünschtesten Wohlseyn aus Preßburg nach dem kaiserlichen Lustschlosse Schönbrunn zurückgekehrt.

Am 24. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅞
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	101¹⁵/₁₆
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	82⅛
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	—.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	149¹¹/₁₆
detto detto v. J. 1834,	für 500 fl.	in CM.	670.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	266¾
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM.	53¾
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	66⅞
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 177

Oesterreichischer Beobachter.

Mittwoch, den 26. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 24. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.508	28. 3 Z. 3 L.	+ 19.4	NW.	schwach.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.439	28 2 4	+ 21.5	NW.	—	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.514	28 3 4	+ 18.3	NW.	—	—

Türkei.

Die neuesten Berichte aus Konstantinopel vom 12. Juni melden: „Die türkische Flotte ist am 8. und 9. d. M. ausgelaufen. Sie besteht aus neun Linienschiffen, worunter zwei Dreidecker und sieben Zweidecker von 74 bis 96 Kanonen, ferner aus eilf Fregatten von 54 bis 60 Kanonen, zwei Corvetten, drei Briggs, zwei Schoonern und zwei Dampfschiffen, also im Ganzen aus neunundzwanzig großen und kleinern Fahrzeugen. Den Oberbefehl über die Flotte führt der Großadmiral Ahmed Fewzi Pascha und es ist demselben Muhsin Efendi, bisheriger Secretär beim obersten Reichsrathe, in der Eigenschaft eines Bahrie-Musteschari oder Staatsraths für die Marine, beigegeben worden. — So sehr man auch auf dieses Ereigniß vorbereitet war, so hat es doch im Publicum eine große Sensation erregt, indem dadurch jeder Zweifel über die Absichten des Sultans gehoben wurde. Die Flotte soll sich bei den Dardanellen aufhalten, um daselbst Mundvorräthe und eine Verstärkung von Landungstruppen, die an der Küste von Syrien ausgeschifft werden sollen, an Bord zu nehmen."

„Der Entschluß der Pforte, die Aegyptier anzugreifen, scheint durch die letzten Nachrichten aus Bassora von dem Vorrücken des ägyptischen Generals Churschid Pascha gegen diese Stadt zur Reife gebracht worden zu seyn. Der Musteschar Nuri Bey erkläret dieß offen in seinen Besprechungen mit den Repräsentanten der europäischen Mächte, mit dem Beifügen, daß die Pforte, sobald ein definitiver Beschluß gefaßt seyn wird, was in wenigen Tagen geschehen muß, die Gründe ihres Benehmens in einer Note an die Repräsentanten der befreundeten Höfe darlegen werde."

„Mittlerweile steht Mehemed Ali Bey, einer der Pagen des Sultans (nicht Riza Bey, wie früher bestimmt war), im Begriffe, mit dem neuen Musteschar der Armee, Faik Efendi, Mitglied des Reichsrathes, und einem zahlreichen Gefolge, am Bord des hierzu von der Pforte eigens gemietheten österreichischen Dampfschiffes „Stambul," nach Samsun abzugehen, von wo er sich, über Malatia, zu Hafiz Pascha begeben wird, dem er die Ernennung zur Würde eines Schark-Seriaskeri, oder Oberbefehlshabers der östlichen Armee, so wie eine große Decoration in Diamanten und Orden und Avancements für sehr viele Offiziere seiner Armee überbringt. Der bisherige Ferik (Divisionsgeneral) Said Pascha ist zum Muschir oder Pascha von drei Roßschweifen, und der Mirillva (Generalmajor) Mustapha Pascha zum Ferik in der Armee Hafiz Pascha's ernannt worden."

„Man schreibt aus Trapezunt, daß die Pforte dem Osman Pascha befohlen habe, 10,000 Mann irregulärer Truppen auszuheben, welche zur Armee vom Taurus, unter Hafiz Pascha's Oberbefehl, stoßen sollen. 6000 Mann regulärer Truppen sind aus Bitoglia und der Umgegend auf dem Marsche nach der Hauptstadt; in allen Theilen des Reiches eilt alles, was die Waffen zu tragen fähig ist, unter die Fahnen."

„Der Sultan, über dessen Gesundheitszustand vor einiger Zeit beunruhigende Gerüchte in Umlauf waren, befindet sich besser und reitet fast täglich aus. Am Tage der Abfahrt der Flotte begaben sich S^r. Hoheit an Bord des Admiralschiffes und verließen dasselbe erst, als es die Höhe von S. Stefano erreicht hatte."

„Von der persischen Gränze erfährt man, daß der Schah Truppen zusammenziehe, deren Bestimmung unbekannt ist."

„Dem neuen Handelsminister Halil Pascha ist ein Tidscharet-Musteschari in der Person des bisherigen Directors der Divanskanzlei, Edhem Bey, beigegeben worden."

„Am 8. d. M. ist in der Gegend der Sophien-Moschee, bei Achor Kapussi, Feuer ausgebrochen, welches ungefähr zehn Häuser in Asche legte."

„Am 10. d. M. sind die in den türkischen Sanitätsanstalten zu befolgenden Vorschriften von den Commissären der Pforte und jenen der fremden Gesandtschaften unterschrieben worden."

„Der katholische Erzbischof Msgr. Hillereau, welcher vor einiger Zeit von seiner ersten Inspectionsreise zurückgekehrt ist, hat nunmehr eine zweite Reise, und zwar nach Adrianopel, Rodosto und Enos, unternommen, von wo er über Brussa in diese Hauptstadt zurückkehren wird."

„Der Gesundheitszustand allhier ist fortwährend befriedigend; in Smyrna dagegen haben jüngsthin wieder drei Pestfälle Statt gefunden."

Rußland.

Das Journal du Francfort enthält ein Schreiben aus St. Petersburg vom 13. Juni, worin es heißt: „Am 11. d. M. hat ein Ereigniß zu Pawlowsk, welches Rußland in Trauer versenken konnte, alle Gemüther mit Schrecken erfüllt. Aber, Dank dem Himmel und der Geistesgegenwart einiger russischen Offiziere, trat bald Freude an die Stelle des Entsetzens, und Dankgebete erhoben sich zum Himmel, welcher dem Vaterlande so kostbare Leben erhalten hatte. — Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserinn, nebst der Großfürstinn Marie, waren gegen Abend auf einem char-à-bancs spazieren gefahren. Das Wetter war prachtvoll, als plötzlich Wolken sich aufthürmen, ein Gewitter losbricht, und die Pferde, durch das Getöse des Donners scheu geworden, durchgehen, und das leichte Fuhrwerk, in welchem sich die erlauchte Kaiserfamilie befand, mit Blitzesschnelle mit sich fortreißen. In diesem Augenblicke werfen sich sechs Offiziere von der kaiserlichen Garde, welche die Gefahr, in der ihr Souverain schwebte, von weitem sahen, mit augenscheinlicher Lebensgefahr, den Pferden entgegen, und es gelingt ihnen, sie im vollen Laufe aufzuhalten. Die Namen der sechs wackern Männer, denen Rußland verdankt, einem großen Unglücke entgangen zu seyn, sind: Hochsteger, Kretschulesko, Fürst Mameleck, Pouschin, Fürst Dolgorucky und Fürst Bagration."

Spanien.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Madrid vom 8. Juni: „Ein Theil der hiesigen periodischen Presse hatte es sich namentlich in der letzten Zeit zur Aufgabe gemacht, die Würde des Thrones durch die frechsten gegen das Privatleben der Königinn-Regentinn gerichteten Angriffe in den Augen des Volkes zu beeinträchtigen. Während auf der einen Seite die Minister keine Schritte thaten, um diesem Unwesen zu steuern, geschah von der andern freilich mancherlei, durch welches die boshaften Anspielungen der Presse eher hervorgerufen, als entkräftigt zu werden schienen. Man zuckte deßhalb höchstens die Achseln, und beschuldigte sogar einige der Minister, wie den abgetretenen Hrn. Pio Pita, sich selbst der revolutionnären Presse als eines Werkzeugs, um auf die Entschließungen der Regentinn einzuwirken, bedient zu haben. Endlich aber enthüllte das ärgste aller Schandblätter, der Guirigay, mit frecher Hand die Schwachheiten aus dem Privatleben des so eben zum Minister des Innern ernannten Hrn. Carramolino, und nun erst entschlossen sich die Minister, einen Gewaltstreich zur Beschränkung der Preßfreiheit zu unternehmen. Vermöge des von den constituirenden Cortes in ihrer Weisheit erlassenen Gesetzes vom 17. October 1837 waren die Redacteure von Zeitschriften und Flugblättern verpflichtet, bei dem jedesmaligen Ausgeben zugleich ein Exemplar an die Behörde einzuschicken, damit diese, in Betracht des Inhalts, die weitere Verbreitung des Blattes suspendiren konne. Nun aber befiehlt der Minister Carramolino in einem bloßen Circulare, alle Blätter sollten zwei Stunden vor ihrer Verbreitung an die Behörde eingeschickt werden, damit diese den Inhalt prüfe, und falls er die öffentliche Ruhe gefährde, oder die Religion, die Moral, oder die Sitten verletze, das Ausgeben des Blattes verhindere. In dieser Maaßregel will man — wohl kaum mit Unrecht — eine Art von vorläufiger Censur erblicken; zum wenigsten findet man es höchst unschicklich, daß die Minister erst dann mit einer solchen Ordonnanz hervortraten, als einer der Ihrigen sich wegen einer sehr argen Verletzung der Gesetze der Sittlichkeit den Geißelhieben der periodischen Presse bloßgestellt sah. Fast alle Redacteure der hier erscheinenden Tagesblätter haben demnach öffentlich erklärt, daß sie sich den Bestimmungen des neuen Circulars nur insoweit unterwerfen würden, als sie mit dem Gesetze vom 17. October 1837 vereinbar wären, und man muß daher abwarten, ob die Regierung die nöthige Kraft entwickeln wird, um ihren neuesten Verfügungen Gehorsam zu verschaffen. — Die Division Parra ist von Calatayud nach Medina Celi marschirt, und sichert unsere Verbindung mit Saragossa. — Der neue Generalcapitän von Catalonien, Don Geronimo Valdes, ist von hier nach Alicante abgegangen, um sich dort nach Barcelona einzuschiffen. — Man erwartet hier die Ankunft des Hrn. Jerningham, der an die Stelle Lord William Harvey's zum Secretär der hiesigen königl. großbritannischen Gesandtschaft ernannt worden ist. Hr. Jerningham, ein Sohn Lord Staffords, stand zuletzt in gleicher Eigenschaft in Lissabon. Lord Clarendons Effecten sind bereits zum Verschicken nach England eingepackt; da aber noch kein neuer Gesandter für den hiesigen Platz ernannt ist, so wird Hr. Jerningham als Geschäftsträger fungiren müssen. — Diesen Abend erfahren wir, daß Cabrera mit allen seinen Truppen und sechs schweren Geschützen Montalban aufs neue angegriffen hat. Der General Ayerve wollte deßhalb am 5. von Lecera wieder aufbrechen, um jenem Platze zu Hülfe zu kommen; er hat 11 Bataillons und 1000 Mann Cavallerie. Vielleicht wird es zu einem Treffen kommen."

Die Gaceta de Madrid vom 11. Juni enthält eine Depesche des Generalcapitäns von Galicien vom 5. gedachten Monats, welcher zufolge die dortigen Carlisten unter Freijo, Souto de Remesan und dem Mönch Saturnino geschlagen worden seyn sollen.

Briefen aus Bayonne vom 13. Juni zufolge befand sich Don Carlos am 10. fortwährend in Durango; Espartero hatte Orduña nicht verlassen, und Maro-

to hielt fortwährend Elodio beſetzt. Diego Leon, der an der Spitze von 14,000 Mann bei Puente-la-Reyna ſteht, macht durchaus keine Bewegung, aus der man auf ſeine weitern Pläne ſchließen könnte. — Elio (der Carliſtiſche Generalcommandant von Navarra) ſteht auf Beobachtung mit ſeinen Truppen in Manerru.

Großbritannien und Irland.

In der zu Anfang der Sitzung des Unterhauſes vom 14. Juni von Hr. T. Attwood überreichten ſogenannten Nationalpetition des Chartiſtiſchen Convents wird um allgemeines Wahlrecht, geheime Abſtimmung, jährliche Erneuerung des Parlaments, Belohnung der Arbeit nach altem Gebrauch (was hierunter gemeint iſt, weiß man nicht recht) und Abſchaffung der für die Parlamentsmitglieder erforderlichen Eigenthumsqualification nachgeſucht. Die Petition war ſo ſchwer, daß zehn Männer dazu nöthig waren, ſie in die Höhe zu heben. Hr. Attwood bemerkte, daß dieſelbe ihren Urſprung in Birmingham gehabt, wo ſie im Auguſt vorigen Jahres angenommen worden; ſie habe dann die Wanderung durch 214 Städte und Grafſchaften gemacht, ſei in 500 öffentlichen Verſammlungen genehmigt worden und zähle im Ganzen 1,280,000 Unterſchriften; in allen dieſen Verſammlungen ſei ein allgemeiner Nothſchrei ertönt, man habe darüber geklagt, daß das Parlament die Noth, in der ſich die gewerbtreibenden Claſſen ſeit vielen Jahren befänden, ganz mißachte und nur vorübergehende Erleichterung gewähre; er hoffe daher, daß das Haus der Petition ernſtliche Aufmerkſamkeit ſchenken und nicht glauben werde, es könne darüber hinwegſehen, weil ſie nur von ſchlichten Handwerkern unterzeichnet ſei, die nichts weiter verlangten, als gehörigen Lohn für ihre Arbeit, um ſich und ihre Familien ernähren und bekleiden zu können, und die, da ſie dieß bei der jetzigen Parlamentsverfaſſung nicht erlangt hätten, alle conſtitutionnellen Mittel aufbieten wollten, um eine Aenderung im Repräſentations- und Wahlſyſtem zu bewirken, wodurch ſie ihren Zweck zu erreichen hofften. Zugleich verwahrte ſich jedoch Hr. Attwood gegen die Meinung, als ob er irgendwie dem hier und da im Lande vernommenen Aufruf zu phyſiſcher Gewalt und zu Bewaffnung des Volkes beipflichte. Im Laufe ſeiner Rede war er von einem Mitglied unterbrochen worden, welches auf die Obſervanz aufmerkſam machte, daß bei der Ueberreichung von Bittſchriften keine Rede gehalten werden dürfte, aber der Sprecher war der Meinung, daß die eigenthümliche Beſchaffenheit der vorliegenden Petition wohl eine Ausnahme geſtatte, und daß Hr. Attwood daher auf die Nachſicht des Hauſes Anſpruch machen könne. Die Bittſchrift wurde ſodann auf den Antrag dieſes Parlamentsmitgliedes zum Druck verordnet, und Hr. Attwood zeigte an, er werde nächſtens auf Erwägung derſelben in einem Ausſchuſſe des Unterhauſes antragen. — Als ſich nun das Haus in einen Subſidienausſchuß verwandeln wollte, um den miniſteriellen Antrag auf Bewilligung von 30,000 Pf. zu Unterrichtszwecken in Erwägung zu ziehen, erhob ſich Lord Stanley und ſagte, er wolle als Amendement eine Adreſſe an Ihre Majeſtät beantragen, um die Zurücknahme des Geheimraths-Befehls zur Bildung eines Ausſchuſſes für den öffentlichen Unterricht zu bewirken. — „Ich ſtelle,“ fuhr Lord Stanley fort, „dem Antrage der Miniſter eine directe Oppoſition entgegen, denn ich muß mich einer Maaßregel widerſetzen, wodurch einer ausſchließlich politiſchen Körperſchaft die ganze Controlle über die moraliſche und religiöſe Erziehung des Volkes übertragen werden ſoll. Ich hätte einen bloßen Tadel gegen den vorliegenden Plan beantragen können, aber dann würden die Miniſter dieſen Plan wahrſcheinlich eben ſo aufgegeben haben, wie ſie es vor vierzehn Tagen mit dem früheren machten. So lange ein ſolcher Ausſchuß des Geheimraths beſteht, wird er auch neue Pläne ausbrüten, die ſämmtlich allen geſunden Principien zuwider ſind und den Stämpel unzureichender Ueberlegung tragen. Lord John Ruſſell erklärte, daß eine ſolche Macht am beſten bei den officiellen Dienern der Krone aufgehoben ſei, die als Ausſchuß des Geheimraths fungirten und ſich durch die Anſichten des Parlaments leiten ließen. Dieſer Anſicht kann ich nicht beiſtimmen, denn ich kann nicht glauben, daß ein ſo wichtiges Princip, wie das des Volksunterrichts, mit jedem Miniſterwechſel verändert werden dürfe. Noch größer würde jedoch die Gefahr ſeyn, wenn einmal ein Miniſterium ſo ſchwach wäre, daß es ihm um den Beiſtand von einem halben Dutzend Perſonen, woher er auch käme und unter welchen Bedingungen er auch gewährt würde, zu thun ſeyn müßte. Lord John Ruſſell ſagte, das Unterrichtscollegium müſſe das Vertrauen aller Religionsparteien beſitzen. Welche Partei wird aber jenem Collegium ihr Vertrauen ſchenken? Nicht die zahlreichſte Körperſchaft, die Kirche; nicht die nächſt ſtärkſte an Zahl und Eifer, die Wesleyaner. Die Petitionen gegen die Maaßregel werden die Miniſter über den allgemeinen Widerwillen belehren, den dieſelbe erregt. Die Geiſtlichen, die natürlichen Lehrer des Volkes, ſind von der Controlle gänzlich ausgeſchloſſen. Das möchte ganz gut ſeyn, wenn der Unterricht ein bloß temporeller Gegenſtand wäre; allein dieß iſt nicht die Anſicht, die in der brittiſchen Verfaſſung darüber aufgeſtellt worden iſt. Möge der Unterricht für Alle frei ſeyn, aber möge es dann auch der Kirche freiſtehen, ihre eigenen Kinder in ihrem eigenen Glauben zu erziehen, ohne die vorgeſchlagene Einmiſchung. Das bisher befolgte Syſtem Lord Althorp's, der National-Unterrichtsgeſellſchaft und der brittiſchen und fremden Unterrichtsgeſellſchaft Gelder zu bewilligen, hat ſeinem Zwecke vollkommen entſprochen, und es iſt keine Beſchwerde darüber geführt worden; warum will man alſo dasſelbe ändern? Das Miniſterium hat zwar ſeinen früheren Unterrichtsplan aufgegeben, allein dieß iſt nur ſcheinbar, denn der an die Stelle des-

W 1-K. ZEITUNG 1839

ſelben getretene Plan iſt eben ſo anſtößig, weil das Anſtößige im Principe liegt. Man hat nicht das Weſen des Plans, ſondern nur die Vertheidigung desſelben aufgegeben. Man hat ſich vor dem Sturme gebeugt, um ſich, wenn er vorüber, wieder zu erheben. Das Geld ſoll gegeben werden, aber nicht, wie früher, um Schulen zu erbauen, ſondern um ſie zu erhalten, und dieſe Erhaltung ſoll verbunden ſeyn mit der Macht, die Schulen zu inſpiciren und diejenigen Verbeſſerungen darin zu erzwingen, die der Ausſchuß des Geheimraths von Zeit zu Zeit angeben möchte. Nun, das heißt doch, dem Ausſchuß, ſeinen Inſpectoren und Agenten den ganzen Unterricht des Volks übertragen. Man ſagte, die Normalſchulen ſollten aufgegeben werden. Dem iſt jedoch nicht ſo; die Miniſter geſtehen ein, daß der Plan nur aufgeſchoben ſei, bis die Uebereinſtimmung der Anſichten unter dem Volke größer ſei, d. h. bis das Parlament prorogirt iſt und die Miniſter von der unmittelbaren Wirkung der öffentlichen Meinung befreit ſind." — Dieß war ungefähr das Weſentliche der langen Rede Lord Stanley's. Lord Morpeth ſagte hierauf, das Amendement gehe darauf hinaus, den Volksunterricht der Oberaufſicht der Regierung zu entziehen. Das Collegium ſolle ja aber Verantwortlichkeit nicht überhoben ſeyn, es beſtehe aus abſetzbaren Miniſtern, und dieſelben hätten durch Aufgeben ihres vorigen Planes hinlänglich gezeigt, wie ſehr ſie von ihrer Verantwortlichkeit überzeugt ſeien; allein ſie hätten es nicht für angemeſſen gehalten, einen großen Theil der Nation von der Wohlthat einer Geldbewilligung auszuſchließen. Wenn der Staat einen Fonds bewillige, ſo müſſe der Staat auch Inſpectoren für die Verwaltung desſelben anſtellen; die Kirchenmänner könnten an der Controlle nicht Theil nehmen, denn wenn ein Biſchof der engliſchen Kirche Mitglied des Ausſchuſſes geworden wäre, ſo hätten die Diſſenters fordern können, daß auch einer ihrer Geiſtlichen demſelben beigegeben werde. Der Hauptzweck ſei eine größere Verbreitung des Unterrichts. Nachdem ſich hierauf noch Lord Aſhley, Sir W. James und Lord F. Egerton für Lord Stanley's Amendement, H^r. Hawes und H^r. Slaney aber dagegen ausgeſprochen hatten, wurde die weitere Debatte über dieſen Gegenſtand bis Mittwoch (den 19.) ausgeſetzt.

So ſehr die Times gegen die Abſichten der Miniſter in Betreff des öffentlichen Unterrichts eingenommen iſt, weil ſie die Macht der herrſchenden Kirche dadurch gefährdet glaubt, ſo kann doch ſelbſt dieſes Blatt nicht umhin, den Ton der Debatte, welche im Unterhauſe von Lord Stanley darüber veranlaßt wurde, mehr der Kanzel, als dem Parlamente angemeſſen zu finden und für etwas langweilig zu erklären.

Lord Ellenborough machte im Oberhauſe neulich auf einen ſonderbaren Widerſpruch in den gegen die Chartiſtenunruhen ergriffenen Maaßregeln aufmerkſam. Während nämlich durch ein Rundſchreiben Lord John Ruſſell's an die Lordlieutenants der Grafſchaften die Bewaffnung von Vereinen zum Schutz der Einwohner erlaubt wird, verbietet ein anderes Rundſchreiben jede Verſammlung zum Behuf militäriſcher Uebung. Natürlich iſt das letztere nicht gegen die gutgeſinnten Schutzvereine, ſondern gegen die Chartiſtenverſammlungen gerichtet, und es iſt den Lordlieutenants überlaſſen, beide Verordnungen nach ihrem Ermeſſen in Anwendung zu bringen; aber Lord Ellenborough meinte doch, daß die Sache in juriſtiſcher Hinſicht ſehr bedenklich ſei und zu Rechtsverwirrungen Anlaß geben könne, da dabei Alles auf ſubjectiver Entſcheidung beruhen müſſe, indem die radicalen Vereine auch behaupteten, ihr Zweck ſei, das Volk zu beſchützen, wie denn bereits einer derſelben auf Grund des erſten Rundſchreibens um Waffen erſucht habe.

Noch immer ſchwanken die Gerüchte und Muthmaßungen über die nächſte Zukunft der Landesverwaltung hin und her. Bekanntlich hatten Toryblätter faſt mit Beſtimmtheit wiſſen wollen, daß am 12. Juni die Miniſter Lord Melbourne und Lord John Ruſſell ihre Reſignation und die ihrer Collegen Lord Palmerſton und H^rn. Spring-Rice anzeigen würden, weil angeblich dieſe Mitglieder des Cabinets, ihrer conſervativen Geſinnung wegen, nicht in die von ihren übrigen Collegen geforderten Zugeſtändniſſe einzuwilligen geneigt ſeien. Dieſe Anzeige iſt nun aber nicht erfolgt, und miniſterielle Blätter verſichern aufs beſtimmteſte, daß dieſelbe auch in den nächſten Tagen und auch in der nächſten Woche nicht erfolgen werde. Da ihre Ausdrücke aber etwas auf Schrauben geſtellt ſind, will ein Theil des Publicums ihnen keinen rechten Glauben ſchenken, und die ſtets wiederholten Behauptungen der Oppoſitionspreſſe, daß Marquis von Normanby binnen kurzem Premierminiſter ſeyn und dann auf der Stelle das Parlament auflöſen werde, werden von Vielen für nicht ſo ganz aus der Luft gegriffen betrachtet, wie die miniſteriellen Zeitungen ſie darſtellen. Aus den unabläſſigen Angriffen Sir R. Peel's und Lord Stanley's gegen die Regierungsmaaßregeln und in den Reden, welche dieſe beiden Staatsmänner am 11. bei einem Gaſtmahle in der Tuchhändlerhalle hielten, ſchließt man andererſeits, daß die Conſervativen ihre Hoffnungen, bald wieder ans Ruder zu kommen, keineswegs aufgegeben hätten, und in der Bitterkeit, womit die miniſterielle Preſſe ſich ſeit der letzten Kriſis über die Gegenpartei äußert, findet man eine Beſtätigung dieſer Vermuthung. Dagegen ſtützen ſich Andere, die dem jetzigen Miniſterium, trotz aller dieſer Symptome von Hinfälligkeit, noch eine längere Dauer verſprechen, auf die Meinung, daß die Tories ihrer Sache immer noch nicht ganz ſicher ſeien, da ſie, wenn bei neuen Wahlen die Radicalen nicht Spaltungen in der liberalen Partei herbeiführten, ſchwerlich die Majorität gewinnen dürften.

und ihnen daher eher daran liegen müſſe, das jetzige Cabinet am Ruder zu erhalten, als durch Parteimanöver den Sturz desſelben und die ſodann zunächſt zu erwartende Bildung eines liberaleren Miniſteriums zu veranlaſſen. Es wird hierbei an die günſtigen Aeußerungen des Herzogs von Wellington in den letzten Sitzungen des Oberhauſes in Hinſicht auf verſchiedene Maaßregeln und Erklärungen der Miniſter erinnert. Eben ſo wenig wird von dieſer Seite eine baldige Auflöſung des Parlaments für wahrſcheinlich gehalten, da, wie man meint, Lord Melbourne durch einen ſolchen Schritt kaum etwas gewinnen könnte und ſich wohl eher mit der geringen Majorität im Unterhauſe begnügen, als die Chancen einer neuen allgemeinen Wahl herausfordern werde, es müßte denn die Begünſtigung der Ballottementsfrage neue Begeiſterung zu Gunſten der jetzigen Miniſter im Lande erwecken, womit allerdings die miniſteriellen Blätter ſich ſchmeicheln, was aber ſehr bezweifelt wird. Die Erwartung übrigens, daß die Frage über die geheime Abſtimmung zu einem Bruche unter den Miniſtern führen möchte, ſcheint nicht in Erfüllung gehen zu wollen, denn aus den Erklärungen der miniſteriellen Blätter darf man wohl entnehmen, daß das Cabinet ſich in dieſer Beziehung geeinigt hat, und daß der conſervativere Theil desſelben nichts dagegen hat, dieſe Maaßregel zu einer „offenen Frage" zu machen, das heißt, jedem Mitgliede des Miniſteriums freizuſtellen, ob es dafür oder dagegen ſtimmen wolle. Nicht nur vom Courier wird dieß verſichert, ſondern, was von größerem Gewicht iſt, auch vom Globe, der für das Organ jener miniſteriellen Fraction gilt, die ſich der Bewegungspartei ſo viel als möglich entgegengeſtemmt. Dieſes Blatt ſagt nun: „Der Entſchluß des Cabinets, die geheime Abſtimmung für eine offene Frage zu erklären, wird mit Recht von den Reformern als von günſtiger Vorbedeutung für die Reformſache betrachtet. Es fehlte den Reformern nichts weiter, als ein unzweideutiges Unterpfand, um ſie zu herzlicher und unerſchütterlicher Unterſtützung des Miniſteriums zu vermögen. Wenn die geheime Abſtimmung in Ausſicht ſteht, — und es iſt nicht zu bezweifeln, daß ſie, einmal zur offenen Frage gemacht, in kurzem auch durchgehen muß, — wird das ganze Land freudig der Appellation des Miniſteriums entſprechen, ſobald es wünſchenswerth oder nothwendig ſeyn möchte, eine ſolche Appellation ergehen zu laſſen (das heißt, das Parlament aufzulöſen und neue Wahlen auszuſchreiben). Vor einer Woche noch rühmten ſich die Tories ihres Uebergewichts in den Wählerſchaften und forderten das Miniſterium faſt zu dem Verſuch einer Auflöſung heraus. Das Volk erfahre nun, daß das Miniſterium die Ballottementsfrage dem Gutdünken des Unterhauſes anheimſtellen will, daß alſo die Entſcheidung in den Händen des Volkes liegt, daß kein miniſterieller Einfluß angewandt werden wird, um dieſe Maaßregel zu vereiteln, ſondern daß die Miniſter mit Hinſicht auf dieſelbe nach ihrer perſönlichen Verantwortlichkeit handeln wollen, — und die nächſte allgemeine Wahl wird zeigen, wie es mit der Fallgrube ſteht, über welche die Tories mit ſo blinder, übermüthiger Zuverſicht frohlockten." Der Courier hofft ebenfalls, daß durch dieſen Fortſchritt des Cabinets auf dem Wege der Reform im Laufe dieſes Jahres neuer Enthuſiasmus unter dem Volke werde erweckt werden, und daß ein neues Parlament dann dem Miniſterium eine bedeutende Majorität liefern und es in den Stand ſetzen würde, auf die Hülfe des Unterhauſes geſtützt, dem Oberhauſe die Stirn zu bieten. So werde, meint dieſes Blatt, die nächſte Parlamentsſeſſion gewiß fruchtreich für das Land ſeyn, und man könne es in dieſer Ausſicht ſchon verſchmerzen, daß in der gegenwärtigen ſo wenig zu Stande komme. Um übrigens die Miniſter gegen den Vorwurf der Inconſequenz zu rechtfertigen, führen die miniſteriellen Blätter an, daß eigentlich die geheime Abſtimmung bereits einen Beſtandtheil der Reformbill habe bilden ſollen, und daß ſie nur weggelaſſen worden ſei, um den Widerſtand gegen dieſe Bill zu vermindern. Auch erinnern ſie daran, daß die Tories in Bezug auf die katholiſche Emancipation einſt ähnlich gehandelt, denn dieſe Maaßregel ſei von dem Liverpool'ſchen Cabinet, an welchem der Herzog von Wellington und Sir R. Peel Theil genommen, auch für eine offene Frage erklärt worden, und dieſe beiden Staatsmänner, die früher ſo ſehr gegen die Emancipation geweſen, hätten dennoch im Jahre 1829 ſelbſt eine Bill zur Ausführung derſelben eingebracht; ihrer Partei ſtehe es alſo am wenigſten zu, die Lords Melbourne und John Ruſſell für treubrüchig zu erklären, wenn dieſelben ſich endlich auch zur Unterſtützung der Ballottementsfrage entſchlöſſen.

Die Nachricht, daß die Regierung die Conſtitution von Jamaica ſuspendiren wollte, hatte auf jener Inſel, nach Berichten vom 5. April, zwar große Senſation erregt, indeß ſcheint die Ruhe doch deßhalb nicht geſtört worden zu ſeyn.

Man kennt jetzt den Wahnſinnigen, der neulich bei Nachtzeit in den königlichen Pallaſt dringen wollte. Er heißt Robert Tory, ſein Vater war ein reicher Leinweber, und hinterließ ihm ein beträchtliches Vermögen; der Sohn aber büßte es durch falſche Speculationen ein. Von dieſem Zeitpunct ſchreibt ſich ſein Wahnſinn her.

Frankreich.

Die Deputirten verlaſſen Paris, ſogar, ohne Urlaub zu nehmen, und wenn das Ausreißen ſo fortgeht, entſteht die Gefahr, daß am Ende das Budget nicht einmal mehr berathen werden kann. Der Präſident ſah ſich deßwegen zu Anfang der Sitzung vom 17. Juni zu der Erklärung veranlaßt, daß nur in dringenden Fällen hinfort Urlaub ertheilt werden ſolle. Zu Anfang der Sitzung war längere Zeit nicht eine hinreichende Anzahl Deputirter vor-

handen, daß dieſelbe hätte eröffnet werden können. Im Laufe der Sitzung wurde ein Geſetzentwurf mit 205 gegen 38 Stimmen angenommen, durch welchen die zu Anlegung einer Eiſenbahn von Lille nach Dünkirchen ertheilte Conceſſion auf das Anſuchen des Unternehmers zurückgenommen wird. Aus Anlaß eines weitern Geſetzentwurfs über die Anlegung zweier Straßen auf Corſica kam die Rede auf die Ernennung des Hrn. Legrand zum Generaldirector der Forſten. Der Miniſter der öffentlichen Arbeiten, Hr. Duſaure, bemerkte, dieſe Ernennung ſei durchaus nicht aus Gunſt erfolgt, ſondern weil er Hrn. Legrand für den tüchtigſten Mann zu dieſem Amte gehalten habe. Der Geſetzentwurf wurde mit 196 gegen 72 Stimmen angenommen. — Die dem Hrn. Daguerre bewilligte Penſion will man etwas karg finden, und man glaubt, daß die Kammer dieſelbe erhöhen werde.

Die Commiſſion, welche mit der Prüfung des Geſetzentwurfs in Bezug auf die fremden Flüchtlinge beauftragt iſt, hat Hrn. Amilhau zu ihrem Berichterſtatter erwählt. Die Commiſſion hat ſich für die Annahme des Entwurfs entſchieden und ihren Berichterſtatter beauftragt, dem Miniſterium Glück zu wünſchen, daß es die Strenge des frühern Entwurfs gemildert habe.

Der Commiſſionsbericht über den Maiaufſtand, aus welchem wir in unſern Blättern bereits Auszüge gaben, geht von der allgemeinen Schilderung der geheimen Geſellſchaften und ihrer Thätigkeit, zu den, den einzelnen Angeſchuldigten zur Laſt fallenden Thatſachen über. An der Spitze der Anſtifter und Theilnehmer des Attentats ſteht Barbès. Er iſt 29 Jahre alt, zu Guadeloupe von franzöſiſchen Aeltern geboren, die ihm ein anſehnliches Vermögen hinterließen, ohne Beruf, auf ſeinen Gütern bei Carcaſſonne wohnhaft. Im Jahre 1834 ſpielte er zum erſten Male bei politiſchen Unruhen eine Rolle, und wurde zur Zeit des Aprilaufſtandes in Paris verhaftet, wo man eine aufrühreriſche Proclamation bei ihm fand; nach mehrmonatlicher Unterſuchungshaft wurde er jedoch wieder auf freien Fuß geſetzt. Er war ſpäter unter den Nichtadvocaten, welche die Vertheidigung der Aprilangeklagten vor dem Pairshof führten, wurde wegen des von ihnen veröffentlichten Schreibens mit vor die Schranken geladen, und zeichnete ſich durch die Heftigkeit ſeiner Antworten aus. Wegen des Fieſchi'ſchen Attentats wurde er nicht verfolgt; jedoch erregte die ſpäter bei ihm gefundene Proclamation ſchweren Verdacht, daß er wenigſtens davon gewußt habe, wie denn auch Pepin in ſeinen letzten Geſtändniſſen ausſagte, daß er den Plan an Blanqui, der mit Barbès auf dem vertrauteſten Fuße lebte, mitgetheilt habe. Im Jahre 1836 wurde er wegen Theilnahme an der Pulververſchwörung zu Einem Jahre Gefängniß verurtheilt, im Jahre 1837 kraft der Amneſtie freigelaſſen, aber ſchon wenige Monate nachher wegen Preßvergehens vor die Aſſiſen in Carcaſſonne geſtellt, und wegen Beſchimpfung der Richter zu Einem Monat Gefängniß verurtheilt. Im Jahre 1838 kam er nach Paris zurück, und gerieth neuerdings in Unterſuchung wegen Theilnahme an geheimen Vereinen. Damals fand man bei ihm das bereits bekannte Formular zu Fragen und Antworten bei Aufnahme neuer Mitglieder. Wegen Mangels an hinreichenden Beweiſen wurde er jedoch nach kurzer Zeit (am 1. Juni 1838) wieder frei. Er kehrte nach Carcaſſonne zurück, gab dort zu neuen Unterſuchungen Anlaß, und kam im April d. J. wieder nach Paris, wo er die Wachſamkeit der Behörden neuerdings auf ſich rief. Er wechſelte häufig ſeine Wohnung, beſuchte ſeine alten Freunde und verſammelte in Schenken ꝛc. Leute, die als Mitglieder geheimer Geſellſchaften bekannt waren. Am 9. Mai brachte er der Frau Roux in der Straße Quincampoix einen ſchweren Koffer. Am 12. begab er ſich mit ſeiner Bande dahin, drang in Abweſenheit der Frau in ihre Wohnung, und theilte die im Koffer befindlichen Patronen an ſeine Leute aus. Bei dem gleich darauf erfolgten Angriff auf den Poſten am Juſtizpallaſte ſtand, nach allen Zeugenausſagen, an der Spitze der Inſurgenten ein langer, hagerer Mann mit Backen- und Schnurbart, in dunkelm kurzen Oberrock, eine Jagdflinte mit doppeltem Laufe in der Hand; dieß war unverkennbar Barbès. Er forderte den commandirenden Offizier auf, ſich zu ergeben; auf deſſen Antwort: „Lieber ſterben!“ drückte er auf ihn ab, da aber der Schuß zu nahe war, und nicht traf, war er ſo grauſam, einen Schritt zurückzutreten, aufs Neue anzulegen, und den wehrloſen Offizier todt zu ſeinen Füßen niederzuſtrecken. Hierauf fielen die Inſurgenten auch über die Soldaten her; drei wurden getödtet, die andern verwundet, der Poſten beſetzt, und ſo der erſte Erfolg des Aufſtandes errungen. In ſeinem Verhör gab Barbès über dieſen wie über alle andern Puncte folgende Antwort: „Zwiſchen euch und uns Republikanern kann es keine wahre Gerechtigkeit geben, ſondern nur Gewalt. Es ſteht mir nicht an, die Rolle zu übernehmen, die ihr mich in dieſem Prozeß ſpielen laſſen wollt; ich werde gegen meinen Willen eine darin ſpielen, aber nicht ſo, wie ihr ſie mir zugeſchnitten haben werdet.“ Er hat auch den Zeugen, die ihn als Anführer der Inſurgenten und als Mörder des Lieutenants Drouineau wieder erkannten, keineswegs zu widerſprechen geſucht. Nach dem weitern Ergebniß der Unterſuchung hatte Barbès vom Juſtizpallaſte aus ſich nach dem Rathhauſe begeben, und dort von den Stufen herab eine Proclamation verleſen. Von hier an verliert die Unterſuchung Barbès aus den Augen, bis zu ſeiner, Abends 8 Uhr bei der erſtürmten Barricade in der Straße Grenetat erfolgten Verhaftung. Er ſchien damals dem Bereiche des Aufſtandes entfliehen zu wollen, war mit Blut bedeckt und von Pulver geſchwärzt, und gab ſich den falſchen Namen Dürocher, wurde aber ſpäter im Spital er-

kannt. Im Augenblicke seiner Verhaftung beschwor er die ihn begleitenden Soldaten, ihn zu tödten, diese aber erklärten entrüstet, sie seien keine Mörder. Barbès hatte drei Wunden, an der Hüfte, an der Hand und am Kopfe. Alles deutet an, daß er an diesem Tage die Hauptrolle gespielt habe. Bei dem im Kampfe getödteten Maréchal fand man ein Zettelchen des Inhalts: „Um 2½ Uhr, Straße St. Martin Nr. 10 bei dem Weinwirth." Dieß war offenbar ein Einberufungsschreiben; wirklich sagte der Weinwirth aus, daß um jene Zeit sein Haus von Leuten überschwemmt worden sei, die ihm verdächtig schienen, und die, als der Aufstand begann, ihm verwehrten, seinen Laden zu schließen. Jener Zettel aber ist, wie sich erwiesen hat, von Barbès geschrieben worden. — Unter den übrigen Angeklagten befindet sich ein gewisser Rouguès, 23 Jahre alt, und in der Druckerei des Moniteur beschäftigt. Ein characteristischer Zug von ihm ist, daß er und ein gewisser Martin zwei Tage vor dem Aufstande von einer Frau Geld entlehnen wollten, um — wie sie schrieben — vorher als Ehrenmänner ihre Schulden zu zahlen; im Falle des Gelingens würde das Geld zurückgezahlt werden. Auf dem Place St. Jean — erzählt er in seinem Verhör — habe er sich einem verwundeten Soldaten, der noch lebte, genähert, und ihn gefragt, ob er ihm und seinen Gefährten Groll nachtrage; sie hätten nur einer traurigen Nothwendigkeit gehorcht. Der Soldat verzieh ihnen im Sterben.

Von den durch den Pairshof in Anklagestand versetzten Theilnehmern an dem Maiaufstande haben sieben sich selbst Vertheidiger gewählt, den übrigen sind solche von Amtswegen bestellt worden. Unter den gewählten Vertheidigern bemerken wir die Advocaten Joly (für Barbès), Arago, Favre, Ferdinand Barrot.

Der Gazette des Tribunaux zufolge war am 17. Juni Morgens abermals eine Nummer des Moniteur republicain erschienen und an mehrere hohe Staatsbeamte, namentlich an den Großreferendair, Exemplare davon überschickt worden. Der Inhalt dieser neuen Nummer bezieht sich hauptsächlich auf die Ereignisse vom 12. und 13. Mai; das Mißlingen des Unternehmens wird vorzüglich dem Verrathe der republikanischen Führer zugeschrieben.

Der Revue des deux Mondes erscheint eine Modification des jetzigen Cabinets als unvermeidlich. „Die Mitglieder des Cabinets," sagt dieselbe, „sind überzeugt, daß das Ministerium nicht in seiner jetzigen Gestalt fortdauern kann, und man versichert, daß der Präsident des Conseils einsieht, daß die erste eintretende Veränderung die des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten seyn müßte. Es ist nicht unsere Sache hinter den Vorhang zu blicken und das zu berichten, was man sich in dem Conferenzzimmer der Kammer erzählt. Wir wollen also nichts sagen von dem Einflusse, den Hr. Guizot auf den Marschall Soult übt, und von dem Mißverständnisse, das sich zwischen dem erstern und dem Herzog von Broglie erhoben haben soll, weil dieser sich in starken Ausdrücken über die traurigen Folgen der Coalition ausgesprochen hätte. Wir werden bald erfahren, ob das seit der gestrigen Sitzung (der Pairskammer über die geheimen Fonds) schon so gut wie erledigte Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dem Herzog von Broglie, Hrn. Guizot, oder einem dritten Staatsmanne zufallen wird, der sich fern von allen Intriguen hält und gegenwärtig sich nicht in Paris befindet."

Lord William Bentink, dessen Gesundheitszustand schon seit lange sehr leidend war, ist am 17. d. M. zu Paris, wo er sich in der letzten Zeit aufgehalten hatte, mit Tode abgegangen.

Am 16. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 25. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 40. — Am 17. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 25. 3Percents 79 Fr. 35.

Preußen.

Die Preußische Staatszeitung meldet aus Münster vom 16. Juni: „Se. königl. Hoheit der Kronprinz waren gestern von Wesel abgereist und trafen nach Mitternacht hier ein. Alle Orte, welche Höchstdieselben auf dem Wege von Aachen hierher berührten, beeiferten sich in gleicher Weise, wie von den früheren besuchten berichtet worden, durch die mannigfachsten Ausdrücke und Zeichen die Freude über die Anwesenheit des hohen Gastes und ihre treuen patriotischen Gesinnungen an den Tag zu legen. Die rheinischen Blätter sind mit den ausführlichen Berichten überall her, wie aus Düren, Zülpich, Wesel u. s. w., angefüllt. Die Nachricht, daß Se. königl. Hoheit am 15. Abends hier eintreffen werde, hatte die ganze Stadt in die freudigste Bewegung gesetzt. Obschon alle Feierlichkeiten verbeten worden waren, schmückten sich doch die Häuser der zum Schlosse führenden Straßen mit freundlichen Maien, Blumengewinden und Kränzen, sah man allenthalben Anstalten zu einer glänzenden Erleuchtung treffen, Ehrenpforten bauen ꝛc. Besonders zeichnete sich die sinnreiche Illumination des Aegidythores und der zu demselben führenden Brücke aus. Dichte Schaaren wogten durch die Straßen, der Ankunft des verehrten Gastes harrend; obschon sich diese über Erwartung verzögerte, wurden die Straßen nicht leer von frohen Menschen. Der Magistrat der Stadt und eine Deputation der Stadtverordneten empfing am Thore den hohen Reisenden und hatte das Glück, aus Höchstdessen Munde die huldvolle Versicherung, wie Se. königl. Hoheit von den getroffenen Anstalten am Thore und überhaupt von dem Empfang überrascht sei, und den Ausdruck der vollen Zufriedenheit und des höchsten Wohlwollens in den gnädigsten Worten zu vernehmen. Hierauf setzte der Zug sich wieder in Bewegung durch die hellerleuchteten Straßen, unter dem Geläute aller Glocken und dem ununterbrochenen Hurrahrufe der zahllosen Volksmenge bis zum Schlosse, woselbst Se. königl. Hoheit abzusteigen geruhten, und wo die Militär- und Civilautoritäten zur Aufwartung versammelt waren."

Belgien.

Frankfurter Blättter melden aus Brüssel vom 16. Juni: „Der König ist gestern Abends von seinem Schlosse zu Ardenne im Pallast zu Brüssel angekommen und gleich mit der Königinn nach Laeken abgereist. Se. Majestät wird heute bei dem Ministerrath den Vorsitz führen, nach dessen Ablauf wahrscheinlich die Instructionen und Befehle zur Uebergabe des Luxemburgischen

Grundgebiets, welches unter die großherzogliche Regierung zurückkehrt, an den Bevollmächtigten des Königs der Niederlande werden abgesendet werden. Der Baron von Steenhault soll von belgischer Seite mit dieser Mission beauftragt werden. — Das Gerücht geht, die belgische Regierung habe Befehle erlassen, damit die Festung Venloo am 21. d. M. den Holländern übergeben werde." — Ferner aus Antwerpen vom 15. Juni: „Vermittelst eines Fernrohrs sieht man vom Hafen aus die belgische Flagge am Bord des Schiffes „Rembrandt" wehen, das mit Salz beladen von Liverpool kommt und zu Lillo zwischen den noch die Station bildenden holländischen Kanonierschaluppen vor Anker liegt." — Im Precurseur d'Anvers liest man: „In Folge der Ratification des Friedensvertrags ist am 13. d. M. die belgische Flagge über das holländische Gebiet gefahren. Die belgische Goelette „Clio", die gestern nach Hull abging, hat auf der Gränzlinie den offiziellen Bericht von einem Offizier eines der holländischen Kanonierboote erhalten, daß sie ohne irgend ein Hinderniß mit der Nationalflagge weiterfahren könne. Wir werden daher binnen wenigen Tagen auch Schiffe unter holländischer Flagge hier ankommen sehen."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung enthält eine ausführliche Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des Königreichs Hannover in dem abgeschlossenen Rechnungsjahre vom 1. Juli 1837 bis 1838. Als Abschluß ergibt sich Folgendes: Die Gesammtsumme der Einnahme in dem Rechnungsjahre 1837 bis 1838 betrug für die Generalcasse 6,561,395 Rthlr.; die Gesammtsumme der Ausgabe betrug in dem Rechnungsjahre 1837 bis 1838 für die Generalcasse 5,830,590 Rthlr. Das Rechnungsjahr 1837 bis 1838 ergibt also einen Ueberschuß der Einnahme über die Ausgaben von 730,804 Rthlr.

Dasselbe Blatt theilt ein Erkenntniß der Justizkanzlei in Osnabrück mit, wodurch das Erkenntniß erster Instanz, das ein Steuerrichter in Sachen einer Stämpelsteuer-Uebertretung abgegeben, reformirt wird. Der Steuerrichter hatte nämlich auf Freisprechung des Angeklagten erkannt, weil die Fortbewilligung der Steuern durch eine dazu befugte Ständeversammlung nicht erfolgt sei. Das Urtheil zweiter Instanz besagt jedoch, „daß der Richter sich einer Cognition über die in der sententia a qua zur Beurtheilung gezogene Frage, ob die ebengedachte Bekanntmachung auf eine mit der rechtlich bestehenden Landesverfassung übereinstimmende Weise erlassen sei, gänzlich zu enthalten hat, indem derselbe lediglich berechtigt und verpflichtet ist, nach den von der höchsten Staatsgewalt gehörig publicirten Gesetzen, Verordnungen, Ausschreiben und Bekanntmachungen Recht zu sprechen, nicht aber die verfassungsmäßige Entstehung derselben seiner Beurtheilung zu unterwerfen."

Wien.

Am 25. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.		107⅞.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101¹¹⁄₁₂.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.			—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.		—.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.		669⅛.
detto	detto v. J. 1839, für 250 fl. in CM.		265¹¹⁄₁₂.
dettr	detto v. J. 1839, für 50 fl. in CM.		53¼.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM			66⅞.
Bankactien pr. Stück 1514 in CM.			

Ankündigung.

Bei dem nunmehr herannahenden zweiten Vierteljahresschlusse ersuchen wir die P. T. HH. Pränumeranten auf den österreichischen Beobachter, den weiteren Pränumerations-Betrag mit 4 fl. 30 kr. C. M. vierteljährig im Comptoir des österreichischen Beobachters in der Dorotheergasse im kleinen Salesianerhause Nr. 1108 baldigst zu entrichten, damit sich das Eintragen der Pränumerationen in den letzten Tagen des Monats nicht zu sehr häufe, und die Auflage, um Jeden nach Wunsch befriedigen zu können, gehörig darnach bemessen werden könne. Wer später als den 1. Juli eintritt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihm das Exemplar nur von dem Tage seiner Pränumeration an geliefert werden kann. Den Pränumeranten in der Stadt wird das Blatt auf Verlangen, gegen einen voraus zu bezahlenden Zuschuß von 45 kr. W. W. monatlich, durch eigens hierzu bestellte Herumträger täglich Morgens in das Haus geschickt werden, und es wird Jedermann, der hiervon Gebrauch zu machen wünscht, ersucht, seine Adresse bei der Bestellung genau schriftlich zu hinterlassen. Diejenigen HH. Pränumeranten in den Vorstädten, die das Blatt ins Haus geschickt haben wollen, werden ersucht, ihre Bestellungen bei der hiesigen k. k. obersten Hofpostamts-Haupt-Zeitungs-Expedition zu machen, welche mittelst der Briefträger gegen einen billigen Zuschuß die schleunige und pünctliche Zustellung des Blattes besorgen wird. In Betreff des Pränumerationsbetrages sind wir bemüssigt, zu bemerken, daß wir nur für diejenigen Pränumerationen haften, deren Betrag unmittelbar im Comptoir des österreichischen Beobachters erlegt worden ist, so wie wir uns in Hinsicht des Pränumerations-Scheines genöthigt finden, wiederholt und bestimmt zu erklären, daß ohne Vorzeigung desselben schlechterdings an Niemanden ein Blatt verabfolgt, und falls der Schein gänzlich in Verlust geräth, durchaus kein Ersatz desselben, als gegen neue Pränumeration, geleistet werden könne. Wir ersuchen daher Jedermann angelegentlichst, zur Vermeidung aller Unannehmlichkeiten, diese Scheine wohl in Acht zu nehmen.

Auswärtigen, sowohl in den kaiserlich-österreichischen Staaten als im Auslande, dient zur Nachricht, daß die k. k. Oberst-Hofpostamts-Haupt-Zeitungs-Expedition in Wien, vom 1. Juli an, halbjährige Pränumeration auf unser Blatt annimmt, weßhalb man sich entweder unmittelbar hierher an obgedachte Expedition, oder an das Jedem zunächst gelegene k. k. Ober- oder Absatz-Postamt und Station baldigst zu wenden hat; wobei jedoch, außer genauer Angabe des Namens, Characters und Wohnorts, zu bemerken ist, ob das Blatt täglich (falls die Post an solche Orte täglich abgeht) oder nur zweimal in der Woche abzusenden sei. Der halbjährige Pränumerationspreis mit täglicher Versendung, sammt Expeditionsgebühren, beträgt 13 fl. 12 kr. C. M., mit zweimaliger Versendung in der Woche 11 fl. 12 kr. C. M.

Wien, den 25. Juni 1839. Die Redaction und der Verlag des Oesterreichischen Beobachters.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 178

Oesterreichischer Beobachter

Donnerstag, den 27. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 25. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
			Z. L. P.				
	8 Uhr Morg.	27.499	283. 32. 1P.	+ 18.6	NW.	still.	heiter.
	2 Uhr Nachm.	27.509	28 3 3	+ 21.7	NO.	schwach.	Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.471	28 2 9	+ 16.8	N.	still.	—

Spanien.

In Bayonne hatte man am 16. Juni aus Durango vom 13. die Nachricht erhalten, daß Espartero, mit Zurücklassung bedeutender Streitkräfte zu Orduña und zu la Peña (dem Fort von Orduña), mit der Hauptabtheilung seiner Armee gegen die Linie von Amurrio und Balmaseda aufgebrochen war. Beide Orte seien von den Carlisten, nachdem sie ihr Geschütz herausgezogen, verlassen worden, und Maroto habe alle seine Streitkräfte bei Llodio concentrirt. Man zweifelte jedoch, daß Espartero es wagen werde, weiter vorzurücken und die Schlacht anzubieten, da ihm wegen des sehr gebirgigen Terrains sein Geschütz und seine Reiterei von geringem Nutzen seyn würden. — Ein außerordentliches Supplement zum Eco de l'Aragon gibt folgenden Auszug eines Schreibens aus dem Hauptquartier des Grafen von Belascoain (Don Diego Leon) vom 10. Abends 6 Uhr: „Der Oberbefehlshaber Ducque de la Victoria soll morgen Früh die Stadt Amurrio angreifen, wo sich Maroto mit allen seinen Streitkräften befindet; der Graf von Belascoain wird zur selben Stunde Elio angreifen, der ihm mit neun Bataillons gegenüberstand. Wenn der Sieg die Unternehmungen der beiden Generäle krönt, wird sich Espartero Durango's, wo Don Carlos gegenwärtig sein Hauptquartier hat, und Leon Estella's bemächtigen." — Der Courrier de Bordeaux enthält folgende Mittheilung vom Generalstabe der eilften Militärdivision, die obige Nachrichten bestätigt: „Der General Espartero ist am 11. gegen Amurrio, wo sich Maroto mit dem Gros der Carlistischen Streitkräfte befand, aufgebrochen, während am nämlichen Tage der General Leon von Puente-la-Reyna sich in Marsch setzte, um Elio anzugreifen, der mit neun Bataillons die Approchen von Estella besetzt hielt. Maroto scheint sich von Amurrio zurückgezogen zu haben, welches am 11. Abends von Espartero besetzt wurde, während eine andere Division gegen Arciniega vorrückte."

Portugal.

Durch das Dampfboot „Iberia" hatte man in Falmouth Nachrichten aus Lissabon bis zum 10. Juni erhalten. Die Deputirtenkammer war seit mehreren Tagen mit drei Gesetzentwürfen beschäftigt, die von dem Finanzausschusse vorgelegt worden waren und zum Zwecke haben, die erforderlichen Fonds herbeizuschaffen, um die Regierung in den Stand zu setzen, den Beamten der verschiedenen Administrationen ihre Gehalte zu bezahlen, und noch andere dringende Staatsausgaben zu bestreiten. — Zwei dieser Gesetzentwürfe fanden lebhaften Widerstand bei mehreren Deputirten, aus dem Grunde, weil dadurch den öffentlichen Creditanstalten diejenigen Gelder entzogen würden, die zur Zahlung der Zinsen der auswärtigen Schuld bestimmt sind. Da die Mehrheit der Kammer diesen Einwendungen beizupflichten schien, sah sich der Präsident des Conseils genöthigt, zu erklären, daß die Regierung gegenwärtig auf Mittel denke, die auswärtige Schuld zu consolidiren und für die Zahlung der Zinsen, halb in Baarem, halb in Certificaten, zu sorgen. — Bei Abgang des Packetboots hatten die Cortes noch keinen Beschluß gefaßt. — Der Marquis von Saldanha, der sich gegenwärtig in Paris befindet, hat seinen Sitz im Senate, zu dem er in Coimbra gewählt worden war, abgelehnt. — General Macdonald, der nach Bourmont die Armee Dom Miguels im Jahre 1833 commandirte, war am 6. Juni in Oporto verhaftet worden, weil er im Verdachte stand, an dem letzten Aufstande (im Miguelistischen Sinne) zu Braga Theil genommen zu haben.

Rußland.

Die St. Petersburgische Zeitung vom 15. Juni meldet: „Am 11. d. M. wurde unsere Gewerbeausstellung durch den Besuch der kaiserlichen Familie erfreut. Um 11 Uhr Morgens waren Se. Majestät aus Zarskoje-Selo auf der Eisenbahn zur Stadt gekommen, begaben sich gegen 12 Uhr mit der Kaiserinn, der Großfürstinn Maria Nikolajewna und dem Herzoge von Leuchtenberg in das Gebäude der Ausstellung, wo Sie von dem Finanzminister, von dem Präsidenten und den Mitgliedern des Comité's der Ausstellung empfangen wurden. Der Kaiser beachtete jeden Gegenstand, besprach sich sowohl mit den Directoren der Kronfabriken, wie mit den Privatfabrikanten, und schenkte deren Antworten und Erklärungen seine volle Aufmerksamkeit. Viele derselben beglückte der huldvolle Monarch mit freundlichem Gruße, erwähnte ihrer früheren Leistungen, lobte die gegenwärtigen und ermunterte zu neuen Anstrengungen für die Zukunft. Kein Gegenstand entging dem Scharfblick des Monarchen; die vollkommenen Leistungen sowohl, wie das eifrige Streben und der lobenswerthe Versuch — allem weihte der Vater des Volkes seine Aufmerksamkeit. Ihre Majestät die Kaiserinn und Ihre kais. Hoheit die Großfürstinn spendeten ebenfalls huldvolle Worte, und bezauberten durch Leutseligkeit und Herablassung. Mehrere Fabrikanten beglückte der Kaiser durch die Aeußerung, daß er ihre Erzeugnisse zu kaufen wünsche; auch verlieh Se. Majestät dem Herzoge von Leuchtenberg einen schönen Säbel aus den Slatustoff'schen Hüttenwerken. Nachdem Se. Majestät in allen Sälen der Ausstellung gewesen waren, geruhten Sie, Ihr Wohlwollen dem Finanzminister und allen anwesenden Personen, in Bezug auf die seit der letzten Au-

ſtellung bemerkten Fortſchritte, zu bezeugen. Gegen drei Uhr verließen S^r. Majeſtät der Kaiſer mit Ihrer erhabenen Familie die Ausſtellung; den Anweſenden verblieb die unauslöſchliche Erinnerung an die Huld und Herablaſſung der hohen Gäſte."

Großbritannien und Irland.

Der mehrerwähnte Prozeß des Buchhändlers Stockdale gegen Hanſard, den Drucker des Hauſes der Gemeinen, wegen eines auf Befehl des Hauſes von ihm gedruckten parlamentariſchen Berichts, in welchem Stockdale der Herausgabe unſittlicher Schriften beſchuldigt ward (unter andern der berüchtigten „Memoirs of Harriett Wilson"), ward am 13. Juni von dem Sheriffsgericht, an das er übertragen worden, dahin entſchieden, daß der Kläger eine Injurie erlitten habe, und zu einer Entſchädigung von 100 Pf. St. berechtigt ſei. Der Courier bemerkt, daß dieſe Summe, welche durch die Prozeßkoſten noch bedeutend vergrößert werde, natürlich von dem Hauſe der Gemeinen, das den Druck jenes Berichts angeordnet, werde übernommen werden; ſo müſſe denn auch hier, wie gewöhnlich, John Bull die Zeche bezahlen. — Da der Fall für die „Privilegien des Hauſes" ein ſehr wichtiger iſt, ſo hielt das Unterhaus am 15. Juni (Sonnabend) ausnahmsweiſe eine kurze Sitzung, um den Bericht der Privilegien-Committee darüber, in welcher die angeſehenſten Mitglieder, wie Lord J. Ruſſell, Sir R. Peel ꝛc. ſitzen, zu vernehmen. Der Bericht enthält fünf verſchiedene Vorſchläge, über die das Haus noch zu keiner Entſcheidung kam, und ſich vertagte.

Der bisherige Gouverneur von Jamaica, Sir Lionel Smith, iſt zum Gouverneur der Inſel Mauritius, und an deſſen Stelle Sir Charles Metcalf zum Gouverneur von Jamaica ernannt worden.

Conſols am 17. Juni 93⅛, ⅛.

Frankreich.

Der Moniteur zeigt nun ämtlich an, daß die Eröffnung der Prozeßverhandlungen über die Ereigniſſe vom 12. und 13. Mai vor dem Pairsgerichtshofe am 24. Juni Mittags 12 Uhr Statt finden werde.

Das Journal des Debats nimmt von dem Bericht der Unterſuchungscommiſſion über die Unruhen vom 12. und 13. Mai Anlaß zu folgenden Betrachtungen: „Seit einigen Jahren war Frankreich ruhig, glücklich; es erfreute ſich vertrauungsvoll, hingebungsvoll der glücklichen Tage, welche ihm die milde und weiſe Verwaltung vom 15. April verſchafft hatte. Wir waren im Begriffe, die traurigen Zeiten zu vergeſſen, in welcher die Factionen ſich bewaffnet in die Straßen ergoſſen, um der Armee und der Nationalgarde Schlachten zu liefern. Die Factionen, hieß es, wären verſchwunden; der Königsmord wäre durch die Amneſtie entwaffnet worden; die Symptome der Krankheit waren allerdings verſchwunden, alſo ſchien auch die Wunde geheilt zu ſeyn. Die verhängnißvollen Tage des 12. und 13. Mai haben dieſen ſchönen Träumen ein Ende gemacht, und wir fragen nun: iſt die Lage des Landes ſo heiter, ſo glänzend, wie ſie der unſchuldige Optimismus geträumt hatte? Iſt es wahr, daß alle Gefahren vorüber ſind? Iſt es wahr, daß die alten Feinde unſerer Inſtitutionen ſich mit der Charte und mit der Julirevolution ausgeſöhnt haben? Man verſicherte uns, die Parteien ſeien vernichtet, die Zeit der Vernunft und des öffentlichen Fortſchrittes hätten ſie zerſtreut, zerſprengt. Wohl, ſie haben ein ſchreckliches Lebenszeichen von ſich gegeben; ſie leben, und haben niemals aufgehört zu leben; ſie leben, und in ihrem Innern pflanzen ſich alle Traditionen von 1832 und 1834 fort. Sie leben, und ihre Kühnheit, ihre Gewaltthätigkeit, ihre Verderbtheit wächst. Sie leben, und ſpinnen in dem Dunkel, in welches das Geſetz ſie zurückgeſchleudert hat, Complotte, ſtreuen Proclamationen aus und ſchärfen ihre Waffen. Jeden Augenblick ſind ſie bereit, über die Geſellſchaft hereinzubrechen, ihr den Dolch in das Herz zu ſtoßen, ſie mit allen Hülfskräften einer feſtgeſchloſſenen Organiſation, mit allen Vortheilen einer durchgebildeten Disciplin und Strategie anzugreifen. Die Factionen haben kein Terrain verloren, ſondern im Gegentheil ihre Thatkraft und ihren Einfluß vermehrt. In hundert Veräſtungen durchzogen ſie das ganze Reich und umwoben Frankreich mit einem Schickſalsnetze. Gewiß, es iſt ein trauriges Schauſpiel, welches dieſe für das Verbrechen, die Plünderung, die Zerſtörung, organiſirte Hierarchie, dieſe bewaffnete Zuſammenrottung gegen die Ordnung und die Geſetze darbietet. Von ihr kann man in der That ſagen, daß ſie das Schwert iſt, deſſen Heft ſich in Paris, deſſen Spitze ſich überall befindet. Dieß lehrt uns der Bericht des H^rn. Merilhou über die geheimen Geſellſchaften. Aber will man wiſſen, zu welcher Moral ſich dieſelben officiell in ihren Zuſammenkünften bekennen? Man wird nicht weniger erſtaunen. Als die wahnſinnige Kühnheit eines Fieschi und eines Alibaud ganz Frankreich in Beſtürzung verſetzte, wies das Schamgefühl der Factionen dieſelben von ſich; aber jetzt haben ſie die Maske abgeworfen, den Königsmord apotheoſirt, und Pepin, Morey und Alibaud Altäre errichtet. Die Ermordung der Könige im Allgemeinen und die des Königs der Franzoſen insbeſondere, wird als die heiligſte Pflicht gepredigt. Und was bezweckt das Alles? Durch welche Regierungsform ſoll die gegenwärtige verdrängt werden? Vor ſechs Jahren würden ſich die großen Geiſter der Clubbs vielleicht noch ganz unbefangen geſtritten haben über die eigenthümlichen Vorzüge der Directorialrepublik, der Conſularrepublik, der amerikaniſchen oder der von 1793. Jetzt iſt man indeß vollkommen im Klaren; das Ideal der Regierungsform, mit welcher man Frankreich beglücken will, iſt die Republik von 1793 und der Schrecken. Dieß iſt das goldene Zeitalter, welches man Frankreich laut verheißt. Aber damit iſt noch nicht Alles abgemacht; die Revolution, auf welche man losſteuert, iſt zugleich eine politiſche und eine ſociale; nicht nur den König und das Königthum will man ausrotten, ſondern auch beſonders noch die Ariſtokratie und die Ariſtokraten. Aber die Liſte der Ariſtokraten iſt etwas lang. Der Grundeigenthümer iſt Ariſtokrat; der Capitaliſt, Ariſtokrat; wer eine Werkſtatt hat, Ariſtokrat; wer überführt werden kann, einen Morgen Land oder 100 Thaler Rente zu beſitzen, Ariſtokrat. Mit Einem Schlage will man Rang, Stand, die Köpfe und das Vermögen gleichmachen. Die doppelte Reform, welche durch den Umſturz der Monarchie und der Geſellſchaft herbeigeführt werden ſoll, iſt in politiſcher Beziehung die durch das Schaffott gemäßigte Volksherrſchaft, und in ſtaatsökonomiſcher die Gleichheit des Vermögens und die Gemeinſchaft der Güter. Mit Einem Worte, die Theorien von Babeuf ſollen durch die Theorien von Saint-Juſt und Billaud-Varennes realiſirt werden."

Am 15. Juni Morgens um 4 Uhr fand die Runde an allen Pflöcken, an denen Zettel angeſchlagen werden, auf den Boulevards von der Madelaine bis zur Baſtille aufrühreriſche Aufforderungen angeſchrieben; das Motto derſelben war: „Arbeitend leben, kämpfend ſterben!" Da die Inſchriften mit Oehlfarbe gemacht waren, ſo koſtete es der Polizei Mühe, ſie zu vertilgen.

In der Sitzung der Pairskammer vom 17. Juni hielt der Graf Philipp von Segur eine Rede zu Ehren des

Andenkens des Marschalls Mouton, Grafen von Lobau. — Der Kriegsminister legte hierauf den Gesetzentwurf vor, welcher eine Nationalbelohnung für die am 12. und 13. Mai verwundeten Militärs und eine Unterstützung für die Familien der Gefallenen verlangt. Den übrigen Theil der Sitzung füllten Berichte über Petitionen aus.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 17. Juni stellte Marschall Clausel den Antrag, daß die in Folge der Ordonnanzen vom Februar 1823 und Februar 1829 außer Activität gesetzten Offiziere, so weit sie nicht in Staatsanstellungen oder bereits in Pensionen stehen, die gesetzlichen Pensionsgehalte beziehen sollen. Am Schlusse der Sitzung wurde den Ministern der Justiz, des Cultus, der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen mit 207 gegen 27 Stimmen ein Zusatzcredit von 6,185,000 Fr. für Pensionen verwilligt. — In der Budgetcommission erklärte Hr. Villemain, Minister des öffentlichen Unterrichts, das neue Wörterbuch der Akademie sei bereits fertig gewesen, die Akademie habe jedoch beschlossen, es nochmals umzuarbeiten; es sollen nämlich darin alle Umwandlungen angegeben werden, welche die Worte und Redeformen seit mehreren Jahrhunderten erfuhren.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 18. Juni war der Gesetzentwurf über einen Credit von zwei Millionen Franken für die Vergrößerung des Justizpallastes in Paris an der Tagesordnung. Hr. Auguis, der, wie Hume in England, jede Geldbewilligung zu schmälern sucht, sprach gegen den Gesetzentwurf. Er behauptete, der Justizpallast bedürfe keiner Erweiterung; zudem werde man, wenn man einmal baue, mit zwei Millionen nicht ausreichen, vielmehr seien die zwei Millionen nur der Anfang; die ganze Ausgabe werde nicht unter 45 Millionen betragen. Hr. Duchatel, Minister des Innern, führte aus, daß die Erweiterung durchaus nothwendig sei. Hr. Galis, Mitglied des Generalraths des Seine-Departements, bemerkte, die Stadt habe zu den zwei Millionen noch acht Millionen bewilligt, die verlangte Summe werde also wohl ausreichen. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 19. Juni wurde der Gesetzentwurf in Betreff der Verlängerung des Gesetzes hinsichtlich der fremden Flüchtlinge, mit den bekannten Erleichterungen hinsichtlich des Wechsels ihres Wohnortes, mit 238 gegen 12 Stimmen angenommen. — In der Pairskammer erstattete der Marquis de Laplace Berichte über den Gesetzentwurf, der 80,000 Mann von der Classe von 1839 zu den Waffen ruft. Beiden Kammern wurden am obgedachten Tage die Tractate mitgetheilt, welche die definitive Scheidung Belgiens von Holland reguliren.

Der Minister des Innern, Hr. Duchatel, stellte, wie bereits erwähnt, in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 15. Juni im Namen der Regierung den Antrag, Daguerre's wichtiges Geheimniß, „die Fixation der Bilder der Camera obscura" als ein Gemeingut für die Nation, für die Welt anzukaufen. Nach dem vorgelegten Gesetzentwurf soll Hr. Daguerre eine jährliche Pension von 6000 Fr. und Hr. Niepce, dessen verstorbener Vater Daguerre's Mitarbeiter gewesen, eine Pension von 4000 Fr., beide lebenslänglich erhalten. Nach ihrem Tode geht die Hälfte der Pension auf ihre Witwen über. „Es wurde," sagte der Minister, „anfangs eine Summe von 200,000 Fr. als Preis des Geheimnisses verlangt, und in der That rechtfertigten die Anerbietungen, welche die Herren Daguerre und Niepce von auswärtigen Monarchen erhalten, diese Forderung. Gleichwohl gelang es uns, die Erfindung, statt des Capitals, für ein lebenslängliches Interesse der verlangten Summe zu acquiriren. Wir glauben, daß wir mit diesem Antrage den Wünschen der Kammer entgegenkommen. Sie haben alle von der wichtigen Entdeckung selbst gehört, einige von Ihnen haben durch eigenes Anschauen sich überzeugt, so daß es wohl nicht nothwendig ist, Ihnen den Nutzen derselben weitläuftig auseinanderzusetzen. Vor Allem wird für den Reisenden, den Archäologen und den Naturforscher das Daguerrotyp ein beständiges und unentbehrliches Werkzeug seyn. Jeder Autor wird künftighin den graphischen Theil seiner Werke selbst verfassen. Wenn er nur einige Augenblicke auch vor dem complicirtesten Monument, auch vor der ausgedehntesten Landschaft verweilt, erhält er ein wahrhaftes fac simile derselben. Unglücklicherweise ist es den Urhebern dieser schönen Entdeckung nicht möglich, einen Industriezweig daraus zu machen, um für ihre Opfer bei so langen fruchtlosen Versuchen sich zu entschädigen. Ihre Erfindung kann durch kein Patent beschützt werden. Sobald sie gekannt ist, kann sich jeder derselben bedienen. Der ungeschickteste Mensch kann damit Zeichnungen machen, so gut wie der geübteste Künstler. Es ist daher durchaus nothwendig, daß das Verfahren entweder der ganzen Welt zugänglich wird, oder unbekannt bleibe. Hr. Niepce Vater erfand zuerst das Mittel, die Bilder der Camera obscura festzuhalten; obwohl er aber diese schwierige Aufgabe gelöst, blieb seine Erfindung doch sehr unvollkommen. Er erhielt nur einen Schattenriß der Gegenstände, und bedurfte wenigstens 12 Stunden, um die geringste Zeichnung auszuführen. Hr. Daguerre ist zu seinen bewundernswürdigen Resultaten nur dadurch gelangt, daß er das Verfahren des Hrn. Niepce aufgab, und ganz andere Wege einschlug. Seine Methode ist ihm daher ganz allein eigen. Indessen war vor dem Tode des Hrn. Niepce zwischen ihm und Hrn. Daguerre ein Vertrag abgeschlossen worden, den allenfallsigen Gewinn dieser Entdeckung zu theilen, und diese Stipulation wurde auch auf den Sohn übertragen, so daß es dem Staat nicht anders möglich ist, als mit beiden zugleich einen Vertrag einzugehen."

Pariser Blättern zufolge ist der Erzbischof von Paris, M'gr. de Quelen, dessen Gesundheit seit einiger Zeit leidend ist, Willens, eine Reise nach Italien zu unternehmen.

Dem Reparateur de Lyon vom 17. Juni zufolge ist der bisherige Erzbischof von Auch, Cardinal d'Isoard, zum Erzbischof von Lyon und Msgr. de Pins zum Erzbischof von Auch ernannt worden.

Am 18. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 55. — Am 19. Juni 5Percents 111 Fr. 40. Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 50. 3Percents 79 Fr. 50. Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 60.

Belgien.

Frankfurter Blätter melden aus Brüssel vom 17. Juni: „In dem gestern gehaltenen Cabinetsrath ist beschlossen worden, die Summe von 5 Millionen Franken zur Zahlung des ersten Semesters der Rente von der Belgien zur Last gebrachten Schuld, von morgen, dem 18. d. M., an zu rechnen, bei dem allgemeinen Reichscassierer zur Verfügung des niederländischen Schatzes zu stellen. Es bestätigt sich, daß General Daine, Obercommandant von Venloo, so wie die Garnison, diese Festung am 24. d. M. verlassen werden. Die Uebergabe des Platzes an die holländische Autorität wird hierauf in der durch den Art. 24. des Vertrags vorgeschriebenen Frist durch einen Civilcommissär bewerkstelligt werden, der zu diesem Ende von der belgischen Regierung bezeich-

net werden wird." — Ferner aus Antwerpen vom nämlichen Tage: „Die holländische Flagge ist gestern Abends um 8 Uhr in unserm Hafen erschienen. Ein Handelsschiff hat dieses Pfand des Friedens und der Versöhnung gebracht, nämlich das Schiff „Vrouw Johanna," mit einer Ladung Waaren von Rotterdam an die Consignation der Frau Witwe Haine kommend. Dieses Schiff wurde mit öffentlichem Jubel empfangen. Die Zeit ist glücklicherweise fern von uns, wo diese geächtete Flagge in den Lüften mit der Equipage des heldenmüthigen van Speyck zerrissen wurde."

Teutschland.

Die Hannoversche Zeitung vom 20. Juni meldet: „S^r. königl. Hoheit der Kronprinz von Preußen sind aus Westphalen, und S^r. königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz aus Neustrelitz gestern hier eingetroffen. — Die allgemeine Ständeversammlung ist heute vertagt worden. — Die auswärtigen Blätter wußten seiner Zeit ausführlich zu erzählen und genau zu berechnen, wie sehr durch die Formation der Armee, welche 1837/38 bald nach der Thronbesteigung S^r. Majestät des Königs Statt fand, das Budget des Kriegswesens überschritten worden sei. Aus den officiellen Berichten, die der allgemeinen Ständeversammlung jetzt vorgelegt worden sind, geht hervor, daß für das Jahr 1837/38 die Ausgaben des Kriegsministeriums veranschlagt waren auf 1,943,177 Rthlr.; wegen des Hinzukommens der Kosten der Ablieferung der Militärpflichtigen, und weil der Antheil der Hospitalcasse an der in die Generalcasse fließenden Strafgelder etwas höher gewesen ist, wurde die unbedeutende Summe von 566 Rthlr. über diesen Anschlag verwendet, dagegen wurden auf der andern Seite 15,828 Rthlr. daran erspart, so daß die Ausgaben des Kriegsministeriums in jenem Jahre, in welchem die neue Formation Statt fand, sich belief auf 1,927,915 Rthlr., also auf 15,262 Rthlr. weniger, als von den Ständen von 1836/37 veranschlagt war. So richtet die Zeit über dergleichen Darstellungen."

Die Hannoversche Zeitung gibt über die Einnahmen und Ausgaben des Königreichs während des laufenden Rechnungsjahres vom 1. Juli 1838/39 folgende Aufschlüsse: „Nach dem der allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs im vorigen Jahre mitgetheilten Anschlage waren die Einnahmen der königlichen Generalcasse berechnet zu 5,897,380 Rthlr. Die Ausgaben dieser Casse wurden von der allgemeinen Ständeversammlung bewilligt zu dem Betrage von 5,870,689 Rthlr. Es war also ein Ueberschuß zu erwarten von 26,690 Rthlr. Nach den über den Erfolg des laufenden Jahres bis jetzt gemachten Erfahrungen kann der Ertrag mehrerer Einnahmen höher angenommen werden. Namentlich sind es unter den Domanial-Einnahmen die vom Getreide, welche der höheren Preise wegen den Anschlag ansehnlich übersteigen; der wieder in Gang gekommene Absatz der Bergproducte gestattet eine Ablieferung von Seiten der Berghandlung, wie sie bei dem Budget nicht erwartet werden konnte; und die Wasserzölle, so wie die Posten, liefern bis jetzt eben so günstige Ergebnisse, wie im vorigen Jahre. Auch die Steuern übertreffen den Anschlag, und wenn gleich von den directen Steuern etwa 100,000 Rthlr. weniger erwartet werden müssen, als 1837/38, weil so viel erlassen ist; auch unter den indirecten Abgaben die Brennsteuer etwas weniger liefert, besonders wohl, weil der durch die gesteigerten Getreidepreise veränderte Gang des Getreidehandels auf den Betrieb der Brennereien einwirkt: so ergibt sich doch allem Anscheine nach von den übrigen indirecten Abgaben eine Einnahme, die hinter der vorigjährigen nicht sehr zurückbleibt, wogegen allerdings auf den Antheil, der davon an Preußen und Bückeburg herauszuzahlen ist, eine größere Summe als 1837/38 gerechnet werden muß, welches diese Zahlung nur auf ein halbes Jahr enthielt. Dagegen kommen aber auch mehrere unter den Ausgaben höher zu stehen, als im Budget angeschlagen war, wenngleich dieser Mehrbetrag durch Ersparungen geringer Beträge bei anderen Ausgaben um etwas verringert wird. Jene Mehrausgaben kommen besonders vor: bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, wo vorzüglich wegen der Absendung dießseitiger Gesandten zu den Krönungsfeierlichkeiten in London und Mailand etwa 20,000 Rthlr. mehr erforderlich gewesen sind; bei dem Kriegsministerium, weil die gestiegenen Fouragepreise die Kosten der Cavallerieverpflegung, welche bisher immer unter dem Anschlage geblieben waren, um etwa 25,000 Rthlr., und die Kosten der Etappenverpflegnng um 4000 Rthlr. erhöht haben; bei den Zinsen auf Landesschulden, welche durch Stückzinsen auf abgetragene Capitalien, deren ganzjährige Zinsen erst im Jahre 1839/40 wieder fällig geworden seyn würden, um etwa 29,000 Rthlr. vermehrt sind, und endlich bei den Pensionen ehemaliger Civildiener, die einen Zuwachs von etwa 5000 Rthlr. an neuen Bewilligungen erhalten haben. — Unter Berücksichtigung dieser und verschiedener anderer Veränderungen, die von geringerer Erheblichkeit sind, wird angenommen werden können, daß der Haushalt der königlichen Generalcasse abermals mit einem reinen Ueberschusse von etwa 200,000 Rthlr. abschließen werde."

Ungarn.

Die Preßburger Zeitung vom 25. Juni meldet: „Am 22. Abends nach 7 Uhr trafen Ihre k. k. Majestäten unser allergnädigster Landesvater und unsere allergnädigste Landesmutter, auf der Rückreise von Holitsch, nach kurzer Abwesenheit, im erwünschtesten Wohlseyn, unter dem unbeschreiblichen Jubel der ganzen Bevölkerung dieser Stadt hier ein und haben heute Morgens 8 Uhr Allerhöchstihre Reise nach Wien angetreten. Am 21. d. M. Nachmittags 4 Uhr kamen S^r. königl. Hoheit der Herzog Heinrich von Bordeaux (unter dem Incognito eines Grafen von Chambord) in Begleitung des Herzogs von Levis, des Grafen Montbel, dann der Generäle Foissac-Latour und Lofmaria, von Comorn hier an, und nahmen Ihr Absteigquartier in dem eleganten und geschmackvoll eingerichteten Gasthof „zum rothen Ochsen;" am 23. Mittags setzten dieselben Ihre Reise nach Wien fort."

Wien.

Am 26. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in C.M.	107¾.
detto detto	zu 4 pC. in C.M.	101⅞.
detto detto	zu 3 pC. in C.M.	82⅞.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820.	für 100 fl. in C.M.	——.
detto detto v. J. 1821.	für 100 fl. in C.M.	——.
detto detto v. J. 1834.	für 500 fl. in C.M.	——.
detto detto v. J. 1839.	für 250 fl. in C.M.	——.
detto detto v. J. 1839.	für 50 fl. in C.M.	——.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in C.M.		66¼.
Kurs auf Augsburg für 100 fl. Curr. fl. 99⅞. Br. Uso. 2 M.		
Bankactien pr. Stück 1514 in C.M.		

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N^r. 1103.

№ 179

Oesterreichischer Beobachter.

Freitag, den 28. Juni 1839.

W 1. K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 26. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.426	283. 2L. 3p.	+ 17.4	O.	still.	heiter.
	2 Uhr Nachm.	27.357	28 1 4	+ 24.6	SO.	schwach.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.218	27 11 8	+ 20.0	SO.	mittel.	Wetterleucht. u. trüb.

Spanien.

Die Quotidienne vom 20. Juni bestätigt die (gestern von der Gränze gemeldeten) Nachrichten von dem gleichzeitigen Vorrücken Espartero's und Diego Leon's vom 11. gedachten Monats. „Espartero," sagt sie, „ist gegen Amurrio aufgebrochen, welches er geräumt gefunden, und Diego Leon hat den General Elio angegriffen, welcher Estella deckte. Die Bewegung Diego Leon's scheint keinen Erfolg gehabt zu haben, weil weder der Telegraph, noch die liberalen Journale irgend ein Resultat verkündigen. Was die Räumung von Amurrio anlangt, so soll sie in Folge eines vom Könige einberufenen Kriegsraths beschlossen worden seyn, um Espartero in die starken Positionen der Linie von Durango zu locken, und ihm dort eine entscheidende Schlacht zu liefern."

Die Gaceta de Madrid vom 13. Juni enthält ein Decret der Regentinn, wodurch Hr. Primo de Ribera zum Marineminister ernannt wird.

Mexico.

Durch das in Havre eingelaufene Packetboot „Sylvie de Grasse," welches Newyork am 26. Mai verlassen hatte, erfährt man, daß Admiral Baudin mit dem Rest der französischen Flotte am 28. April die Gewässer von Veracruz verlassen habe. — Die Truppen der Föderalisten, unter General Mejia, standen in der Nähe von Tuspan. — Briefen aus Tampico vom 3. Mai zufolge war gedachter General in vollem Marsche, über Puebla, gegen Mexico. Andererseits war die Regierungsarmee, unter Bustamente's Befehlen, von Victoria gegen Puebla aufgebrochen, und man glaubte, daß es in wenigen Tagen zu einer entscheidenden Affaire kommen würde. Die Föderalisten sollen weniger zahlreich seyn und Mangel an Geld leiden.

Brasilien.

Nach Berichten aus Rio de Janeiro bis zum 5. April war Brasilien in einem gedeihlichen Zustande. Die Staatseinkünfte im März d. J. beliefen sich auf 476,578 Milreis, während sie im März 1838 nur 367,780, im März 1837 433,103 Milreis betragen hatten. Die Blätter von Rio enthalten neuere Nachrichten aus Buenosayres. Die französische Blockade dauerte fort. Fructuoso Rivera, der neue Präsident von Montevideo, stand mit seinem Heere noch zu Durazno, scheute sich aber, seine Drohung mit einem Uebergang über den Fluß und Einfall in das argentinische Gebiet wahr zu machen. Zwei nordamerikanische Handelsbriggs, „America" und „Eliza Davidson," die an der Küste von Patagonien Handel trieben, wurden unter dem Vorwande, daß sie die Blockade verletzt, von der französischen Kriegssloop „Perle" weggenommen und, ohne wehende Flaggen, nach Montevideo aufgebracht. Der amerikanische Commodore protestirte gegen den Uebergriff und forderte die Herausgabe der Fahrzeuge, aber es verlautete nichts weder über die Antwort, noch über die Absichten des französischen Admirals.

Großbritannien und Irland.

Der Herzog Ferdinand, die Prinzessinn Victoria und die Prinzen August und Leopold von Sachsen-Coburg, und der Fürst von Leiningen sind, vom Grafen A. Mensdorf, der Baroninn Fenyevessy und Lord Paget, Stallmeister Ihrer Majestät, begleitet, am 16. Juni aus dem Buckingham-Pallast nach Portsmouth abgereist, um sich zu einem Besuche nach Lissabon einzuschiffen.

Wir haben wiederholt erwähnt, daß das Unterhaus in diesem Augenblicke mit dem Gerichtshofe der Queens-Bench im Streite liegt, und zwar wegen eines von dem Oberrichter Lord Denman abgegebenen Erkenntnisses, in welchem das Haus eine Verletzung seiner Privilegien erblickt. In einem Berichte nämlich, den ein Gefängnißinspector an das Unterhaus erstattet hat, und der auf Befehl des Hauses, in Folge einer Resolution desselben, gedruckt worden ist, wird der Buchhändler Stockdale, bekannt als Herausgeber der Denkwürdigkeiten der berüchtigten Harriett Wilson, und anderer ähnlicher Werke, als Verbreiter unzüchtiger Bücher bezeichnet. Hr. Stockdale nahm dieß als eine Injurie auf und machte, nach den Pasquillgesetzen, eine Klage gegen den Drucker jenes Berichts, so wie aller Verhandlungen und Actenstücke des Unterhauses, Hrn. Hansard, anhängig, indem er auf Schadenersatz für den Nachtheil antrug, der seinem Buchhändlergeschäft durch die besagte Aeußerung erwachsen sei, und noch ferner erwachsen könne.

Die Sache wurde zunächſt vor den Gerichtshof der Queens-Bench gebracht, damit dieſer entſcheide, ob die Klage Statt haben könne. Lord Denman erkannte zu Gunſten des Klägers und geſtattete demſelben, den Drucker des Unterhauſes wegen eines Preßvergehens zu verfolgen, weil das Unterhaus durch eine bloße Reſolution die Wirkung des Preßgeſetzes nicht hindern, eine Ueberſchreitung deſſelben nicht autoriſiren könne. Ein Anderes würde es ſeyn, erklärte der Oberrichter, wenn das Unterhaus durch eine von beiden Zweigen der Legislatur angenommene Bill, alſo durch ein völliges Geſetz, zum Druck ſeiner Verhandlungen und der von ihm eingeforderten Berichte autoriſirt wäre. In Folge dieſes Erkenntniſſes war nun Hr. Hanſard am 14. Juni von dem Sheriffsgericht durch ein Verdict der Jury dazu verurtheilt worden, 100 Pf. Schadenerſatz an Hrn. Stockdale zu zahlen. Da nun aber das Unterhaus ſchwerlich ſeinem Drucker wird zumuthen wollen, ſich einer Strafe dafür zu unterziehen, daß er den Befehlen deſſelben gehorcht hat, ſo müßte natürlich das Haus ſelbſt oder, mit andern Worten, das Land die Koſten tragen, und ein ſolches Präcedenzbeiſpiel könnte ihm für die Zukunft theuer zu ſtehen kommen, da kaum irgend eine Unterſuchung über Mißbräuche denkbar iſt, durch die ſich nicht irgend Jemand verletzt fühlen dürfte, der dann, dem Beiſpiele des Hrn. Stockdale folgend, ebenfalls den Drucker des darüber dem Unterhauſe erſtatteten Berichts oder der in der Sache vor dem Hauſe abgehörten Zeugenausſagen als Pasquillanten belangen könnte. Um dieſem Uebelſtande abzuhelfen, brauchte freilich das Unterhaus die Veröffentlichung ſolcher Berichte nur zu verbieten, aber dagegen würde das Publicum aufs heftigſte proteſtiren, da es ſeit einer Reihe von Jahren daran gewöhnt iſt, dieſe Berichte zu leſen, aus denen es eine Menge nützlicher Belehrung ſchöpft. Und ſelbſt ein ſolches Verbot würde nicht viel helfen, denn der Druck der Berichte zum Gebrauch der Parlamentsmitglieder iſt durchaus nöthig, und wollte man dieſen auch die weitere Verbreitung der unter ſie vertheilten Exemplare unterſagen, ſo würde es doch ſchwer ſeyn, dieß Verbot in jedem einzelnen Falle ſtreng durchzuführen, denn es müßten beim Tode oder Ausſcheiden eines Parlamentsmitgliedes alle ſeine Papiere unterſucht und bei einer Parlamentsauflöſung gar im ganzen Lande zu den 658 Parlamentsmitgliedern herumgeſchickt, jedes derartige gedruckte Document von ihnen eingefordert und vernichtet werden. Aber hiervon abgeſehen, wird noch mehr die Entwürdigung hervorgehoben, die für das Unterhaus darin liegen würde, wenn es ſich der Entſcheidung Lord Denman's unterwerfen und die ſchützende Kraft eines von ihm in Form einer Reſolution gefaßten Beſchluſſes nicht geltend machen wollte. Wenn das Unterhaus, ſo ſagt man, den Gerichtshöfen verantwortlich wäre, ſo würden dieſe über ihm ſtehen, oder wenn man eine Appellation an das Oberhaus geſtatten wollte, ſo würde man dieſes zum Herrn über das Unterhaus machen. Wenn dagegen eingewandt werde, daß das Unterhaus doch nicht allein zu Verunglimpfungen ermächtigt ſeyn könne, ohne daß ein Regreß gegen daſſelbe ſtatuirt wäre, ſo erwiedert man, daß es ja einem Jeden freiſtehe, ſich in einem ſolchen Falle mit einer Petition an das Haus zu wenden und um eine Unterſuchung zu bitten, und daß ihm dann das Haus gewiß Gehör und, falls ſeine Beſchwerde begründet ſei, auch die angemeſſene Genugthuung gewähren würde; nimmermehr aber dürfe das Haus eine von ihm angenommene Reſolution in Frage ſtellen laſſen, ſonſt würde es mit ſeiner Macht bald zu Ende ſeyn. Es iſt bei dieſer Gelegenheit auf den Unterſchied einer Reſolution und einer Bill aufmerkſam zu machen, der kürzlich auch bei der canadiſchen und bei der Unterrichtsfrage zur Sprache gekommen iſt; in beiden Fällen nämlich wurde von der Oppoſition darüber Beſchwerde geführt, daß das Miniſterium zu einer bloßen Reſolution ſeine Zuflucht nehmen wolle, ſtatt eine Bill über die Sache einzubringen. Eine Reſolution nämlich iſt ein einfacher Beſchluß des einen Hauſes, über den nur einmal abgeſtimmt wird, und der, im Fall der Annahme, nicht auch in das andere Parlamentshaus übergeht, um dort ebenfalls ſanctionirt zu werden, ſondern ſogleich entweder als Aufſtellung eines Princips gilt, auf deſſen Grund dann ſpäter eine Bill eingebracht werden kann, wie es bei der canadiſchen Angelegenheit der Fall geweſen wäre, oder als ein auszuführender Befehl, wie bei dem Druck von Petitionen, Berichten oder ſonſtigen Actenſtücken, oder als eine Autoriſation für die Regierung zur Ausführung einer Maaßregel, wie bei der Unterrichtsmotion. Eine Bill dagegen iſt der Vorſchlag zu einem permanenten Geſetze, und ſie muß in jedem Hauſe vier Stationen paſſiren, um Geſetzkraft zu erlangen. Man warf es daher den Miniſtern vor, daß ſie die beabſichtigte legislative Union von Ober- und Niedercanada in eine bloße Reſolution gekleidet hatten, und daß ſie in einer ſo wichtigen Sache von dem Hauſe durch einmalige Abſtimmung die Sanction eines abſtracten Princips verlangten, ſtatt ihm ſogleich den ausführlichen Plan, in eine Bill gekleidet, zur Prüfung vorzulegen, damit es die Sache gehörig beurtheilen könne, ehe es ſich für oder wider entſcheide. Die Miniſter gaben nach, ließen ihre Reſolution fallen und werden nun eine Bill einbringen, worauf Lord Stanley ſein Amendement zurücknahm. Eben ſo unangemeſſen findet es die Oppoſition, daß das Miniſterium die Ausführung des geheimen Rathsbefehls in Betreff des öffentlichen Unterrichts auf eine Reſolution, durch welche 30,000 Pf. zu Unterrichtszwecken gefordert werden, begründen und auf dieſe Weiſe das Oberhaus, in welchem die bei dem Gegenſtande beſonders betheiligte hohe Geiſtlichkeit Sitz und Stimme hat, von der Begutachtung ihrer Maaßregel ganz ausſchließen wollte. Um die Autorität einer ſolchen Reſo-

lution handelt es sich nun auch in der Stockdale-Hansard-schen Sache, und das Unterhaus wird von den liberalen Blättern dringend aufgefordert, sein Ansehen aufrecht zu erhalten. Einige meinen, es solle den Ausspruch Lord Denman's geradezu umstoßen, Andere halten es für angemessener, eine Aenderung in dem Gesetz über die Preßvergehen vorzunehmen, über dessen verworrenen und fehlerhaften Zustand schon lange geklagt worden ist. Das Unterhaus hatte die Untersuchung der Sache seinem Privilegienausschusse überwiesen und es hielt am 16. Juni Nachmittags eine außerordentliche Sitzung, um den Bericht desselben entgegenzunehmen. Der Ausschuß erklärt, daß er für jetzt noch nicht im Stande sei, einen vollständigen Bericht über die ihm vorgelegte wichtige Privilegienfrage abzustatten, doch hoffte er, dieß in kurzem thun zu können. Er müsse indeß die Aufmerksamkeit des Hauses auf einen wichtigen Gegenstand lenken, nämlich auf das Geschwornen-Verdict vor dem Sheriffsgericht, welches den Drucker Hansard zu 100 Pf. Schadenersatz verurtheile, wonach, dem Gange des Gesetzes gemäß, am 18. Juni ein Executionsbefehl zur Eintreibung jener Summe würde erlassen werden. Es sei daher nothwendig, anzugeben, welche Maaßregeln das Haus in Bezug auf jenes Verdict zu ergreifen habe. Man könne hier fünf verschiedene Wege einschlagen. Erstens könne auf Revision des Urtheils der Queens-Bench vor dem Schatzkammergericht angetragen werden, wodurch man die Entscheidung eines andern Gerichtshofes über die Privilegienfrage erlangen würde; zweitens könne das Haus bestimmen, daß Hr. Stockdale die durch das Geschwornen-Verdict festgesetzte Summe empfange, dann aber ein Gesetz annehmen, wodurch dergleichen Klagen in Zukunft verhindert würden; drittens könne eine Bill eingebracht werden, wodurch die Bekanntmachung aller vor dem Hause vorgekommenen Zeugenaussagen und Verhandlungen gestattet würde; viertens habe das Haus, nach der Meinung des Ausschusses, verfassungsmäßig das Recht, den Sheriff zu verhindern, die durch das Verdict festgesetzte Summe zu erheben und, wenn er es dennoch thue, ihm wegen Verachtung des Parlaments zu belangen; fünftens endlich könne das Haus die Zahlung der Strafe genehmigen, aber nicht gestatten, daß in Zukunft dergleichen Prozesse anhängig gemacht werden dürften, und falls dieß dennoch geschehe, die Parteien wegen Verachtung des Parlaments belangen. Der Ausschuß sprach zum Schlusse sein Bedauern darüber aus, daß er genöthigt gewesen sei, seinen Bericht in solcher Eile abzufassen, weßhalb derselbe nur eine unvollkommene Beleuchtung des ihm zur Prüfung vorgelegten wichtigen Gegenstandes enthalte. Es wurde beschlossen, den Bericht drucken zu lassen und am nächsten Montag in Erwägung zu ziehen. Der Alderman Copeland protestirte gegen den Theil des Berichts, worin es heißt, daß der Sheriff, wenn er das Urtheil des Gerichts vollziehe, mit andern Worten, wenn er dem Befehl des Gerichts gehorche, einer Verachtung des Parlaments anzuklagen sei. Der Sheriff habe nur den Befehlen des Gerichts zu gehorchen, und wenn er gehorche, so bringe er nur die Gesetze zur Ausführung, was ja eben seine Pflicht sei. Was gingen den Sheriff das Unterhaus und seine Privilegien an, wenn er die ihm von dem Gesetze auferlegte Pflicht ausübe. Hr. Copeland protestirte daher ernstlich gegen die Ausübung einer solchen wahrhaft tyrannischen Gewalt von Seiten des Hauses. Lord Howick wünschte jedoch alle partielle Discussion über diese Gegenstand vermieden zu sehen, da er dieß für nachtheilig hielt, bevor der gedruckte Bericht sich in den Händen der Mitglieder befinde. Die Frage Sir Robert Peel's, ob die fernere Discussion des hierauf zum Druck verordneten Berichts am Montage (17.) allen andern Geschäften vorangehen solle, erwiederte Lord John Russell bejahend, worauf das Haus sich vertagte.

Aus den Reden der Lords Ashley und Francis Egerton und des Hrn. Hawes in der Debatte über den öffentlichen Unterricht in der Sitzung des Unterhauses vom 15. Juni sind noch einige interessante Stellen mitzutheilen. Lord Ashley sagte unter Anderm über den Plan der Minister: „Ich will nicht behaupten, daß derselbe verfassungswidrig sei. Eine Maaßregel kann nicht verfassungswidrig seyn, und doch der Verfassung widerstreben, indem sie gewisse Privilegien auf eine übertriebene und ungehörige Weise ausdehnt. Ihre Majestät kann z. B. Krieg erklären, wenn auch der Krieg dem Lande sehr nachtheilig wäre; auch hat sie das Recht, eine unbeschränkte Anzahl von Pairs zu ernennen. In diesem Lichte betrachte ich den Unterrichtsausschuß des geheimen Raths. Wenn die Resolution angenommen wird, so ist dieß eben so gut wie eine Erklärung, daß jedes Kind im Lande Ansprüche darauf habe, auf Kosten des Staates in dem Glauben erzogen zu werden, worin es geboren worden. (Hört! hört! von den ministeriellen Bänken.) Aus diesem „Hört! hört!" muß ich schließen, daß das Ministerium dem verlangten Votum wirklich diese Auslegung geben will. Mit Hinsicht auf die Aeußerung Lord Ashley's, es sei besser, daß der Staat gar nichts lehre, als wenn er nicht die Wahrheit lehre, bemerkte Hr. Hawes: „Ich möchte wohl wissen, durch welche hohe Autorität der edle Lord die Wahrheit herausgebracht hat, und wie irgend ein Mitglied der christlichen Kirche sagen kann: „„Ich habe Recht, und Alle, die anderer Meinung sind, haben Unrecht.““ Daß der Papst eine solche Sprache führt, kann ich wohl begreifen. Ich sage dieß nicht, um Jemand zu beleidigen, denn ich meine Niemand. Der edle Lord hat gewiß in einige neuere theologische Werke hineingeschaut, die ihre Blutsverwandtschaft mit Rom dargethan haben. (Großer Beifall von der ministeriellen Seite.) Es thut mir leid, daß der Minister des Innern seinen früheren Plan aufgegeben hat, ich würde es sogar gern gesehen haben, wenn er jenen Plan noch mehr von allem sectirerischen Character befreit hätte. Nach jenem Plan würde einem Juden die Theilnahme am Unterricht verweigert worden seyn, ich sehe aber keinen Grund, weßhalb irgend einer der Unterthanen der Königinn davon ausgeschlossen werden solle. Der edle Lord (Ashley) und die Hochkirchenpartei haben bei dieser Gelegenheit einen neuen Verbündeten erhalten, nämlich die Wesleyani'schen Methodisten; man muß jedoch abwarten, ob diese große christliche Gemeinde nach Erledigung dieser Frage sich dazu verstehen

wird, noch länger an die Räder dieses Karrens gefesselt zu bleiben." Der Redner wandte sich dann an Lord Stanley und sagte: „Obgleich meine Erfahrung im Parlamente nur gering ist, so habe ich doch einst die Genugthuung gehabt, eine Rede des edlen Lords (Stanley) zu hören, worin er höchst liberale Principien mit eben so großer Beredsamkeit vertheidigte, die er aber in seiner heute gehaltenen Rede völlig vergessen zu haben scheint. Da das edle Mitglied für Nord-Lancashire (Lord Stanley) den edlen Lord (John Russell) wegen der Leichtigkeit tadelte, womit er seine verschiedenen Pläne aufgebe (Beifall von den Oppositionsbänken), so hoffe ich, wird der edle Lord (Stanley) mir erlauben, ihm ehrerbietigst zu sagen, daß ich das Aufgeben von einem oder zwei Plänen dem Aufgeben großer Principien, die man einstmals vertheidigte, weit vorziehe. (Beifall von den Ministerbänken.) Der edle Lord (Stanley) sagte nämlich einst, indem er von einem gemeinsamen Unterrichtssystem sprach: „„Sie werden dadurch alle Classen von Anhängern der herrschenden Kirche und Dissenters in England bewegen, allen religiösen Haß und alle Feindschaft fahren zu lassen, und unter der Jugend beiderlei Geschlechts von allen Confessionen ein Band der Eintracht und Harmonie bilden, das die Kämpfe und Wechselfälle des späteren Lebens nicht wieder zu zerreißen vermögen, und das für die Menschheit im Ganzen die größte Wohlthat seyn wird."" (Lauter Beifall von den Ministerbänken.) Lord Francis Egerton übernahm die Rechtfertigung Lord Stanley's, indem er bemerkte, daß dieser jene Aeußerung mit Hinsicht auf die Ausschließung der Dissenters von den Universitäten gethan habe, aber damit gewiß nicht der Einführung verschiedener oder verstümmelter Bibelübersetzungen in die Volksschulen seine Zustimmung hätte geben wollen. Diese Rechtfertigung war jedoch etwas erzwungen und zugleich unbedacht, denn einmal wird der Sinn der Worte Lord Stanley's, die gesprochen worden, als derselbe noch zu den Reformern gehörte, durch den Anlaß nicht geändert, zweitens hat Lord Stanley selbst einen Bibelauszug für den Unterricht in Irland einführen lassen, und drittens wollten die Minister in England das Bibellesen der katholischen und der protestantischen Schulkinder trennen.

Nach Briefen aus Corfu vom 30. v. M. war der Prinz George von Cambridge am 19. Mai auf dieser Insel angekommen und von den Eingebornen sehr gut empfangen worden. Sein dortiger Aufenthalt scheint ihm zu gefallen.

Der Mensch, der am 10. Juni Nachts in den Buckingham-Pallaste einzudringen suchte und darüber verhaftet ward, ist zu einvierteljähriger Einsperrung in dem Tothhillfields-Gefängniß verurtheilt worden.

Consols am 18. Juni 93¼, ⅜.

Schweden und Norwegen.

Nachrichten aus Stockholm vom 11. Juni melden: „Die Herzoginn von Braganza und Ihre Prinzessinn-Tochter sind gestern hier angekommen. Der Kronprinz und die Kronprinzessinn waren denselben auf einem Dampfschiffe entgegengefahren und trafen ungefähr fünf Meilen von der Hauptstadt mit ihnen zusammen. Beim Landen wurden die Reisenden von den höhern Beamten der Stadt empfangen und von den Batterien erfolgten Salutschüsse. Die Einwohner, welche sich zahlreich versammelt hatten, begrüßten dieselben mit lauten Vivats. Gleich nach der Ankunft im Schlosse stattete die Herzoginn einen Besuch bei der Königinn ab und wohnte einem großen Souper bei, wozu die höhern Beamten mit ihren Frauen eingeladen waren. Morgen ist große Cour bei der Herzoginn. — Heute hat der Kronprinz die gewöhnliche Generalmusterung des hiesigen Artillerieregiments vorgenommen."

Frankreich.

Der König empfing am 18. Juni in einer Privataudienz die beiden außerordentlicher Gesandten des Bey von Tunis, Sidi Mustapha und den Chevalier Raffo, welche Sr. Majestät ein Schreiben ihres Souverains überreichten. Sidi Mustapha ist der Premierminister des Bey; Raffo ist ein italienischer Renegat, der die Marinearbeiten in Tunis leitet, und für den Bey in Marseille mehrere Kriegsschiffe bauen ließ. Der Zweck dieser Mission soll, frühern Nachrichten aus Tunis zufolge, eine Protestation des Bey gegen das Benehmen des dortigen französischen Consuls seyn, welcher kürzlich durch seine Drohungen die Bestrafung eines Türken der Miliz erzwungen hatte.

Der Vorschlag des Hrn. de Tracy wegen Abschaffung der Sclaverei ist in allen Bureaux der Deputirtenkammer günstig aufgenommen worden. Es handelt sich jetzt nur noch zwischen einer vollständigen Emancipation wie in den englischen Colonien, die aber bedeutende Geldentschädigung für die Pflanzer erfordern würde, oder einer theilweisen Emancipation; letztere scheint allerdings der Vorliebe der Regierung mehr zu entsprechen.

Der National spricht sich sehr lebhaft gegen die von der Regierung den Kammern vorgelegten Eisenbahngesetze, namentlich gegen den Vorschlag einer Anleihe für die Versailler linke Bahn aus. In den Jahren 1837/38 habe man der für den Steinkohlentransport so nützlichen Lyon-St.-Etienne Bahn ein Anlehen von zwei Millionen von Seite des Staates verweigert, so daß die Gesellschaft es zu 6 Percent bei Privaten aufnehmen mußte; jetzt sollte man 5 Millionen für ein Unternehmen hingeben, das keinen andern Zweck hat, als die Müßiggänger spazieren zu fahren? Man führte als Grund für die Unterstützung der Eisenbahngesellschaft unter Anderm die fehlerhaften Bauanschläge der Straßen- und Brückenverwaltung an; allein gerade dieß — meint der National — spreche gegen die Unternehmer der Bahnen; denn wenn sie sich diesen Ueberschlägen blindlings vertrauten, während es eine bekannte Sache sei, daß alle Anschläge dieser Art immer weit unter dem wirklichen Kostenbedarf bleiben, so sei dieß ein Beweis, daß es ihnen keineswegs um den Bau der Eisenbahn, sondern bloß um Agiotage zu thun war. Nicht der Associationsgeist, sondern die Agiotage habe die meisten der in der letzten Zeit entstandenen Gesellschaften ins Leben gerufen. Die angekündigte Unternehmung sei nur der scheinbare, der Actienhandel der eigentliche Zweck gewesen. Durch die vorgeschlagenen Maaßregeln würde man nur der Agiotage unter die Arme greifen ꝛc.

Die Presse enthält folgende Betrachtungen: „Man versichert, daß sich schon mehrere Mitglieder des Cabinets der Entmuthigung hingäben und nicht mehr den feurigen Eifer zeigten, der den neuen Ministern eigenthümlich zu seyn pflegt. Wenn die Thatsache sich bestätigen sollte, wie kaum zu bezweifeln ist, so beklagen wir sie aufrichtig, weil das öffentliche Wesen die Folgen dieser Gleichgültigkeit tragen müßte. Ueberrascht sind wir indeß keineswegs, denn es ist dieß die unausbleibliche Folge der Triumphe, denen der Ehrgeiz heutzutage nachjagt. Die Macht hat immer mit ernsten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, aber jetzt sind sie größer als je; denn es gibt deren, welche der Macht eigenthümlich sind; es gibt andere, die aus ihrer Aufgabe und der Beschaffenheit der Schwierigkeit, gegen welche sie anzukämpfen hat, entspringen. Endlich bleiben noch die, welche von den Männern ausgehen, die wechselsweise und leider auf so kurze Zeit zur Leitung der Geschäfte berufen sind. Dieser Punct verdient eine ernstere Aufmerksamkeit. Die aus der Mission und der Beschaffenheit der Gewalt hervorgehenden Schwierigkeiten sind jetzt größer als je. Das ist ganz natürlich; unsere Regierungsform, verbunden mit der langen Dauer des Friedens, welcher der geistigen Regsamkeit und den aufbrausenden Leidenschaften nicht Raum zu einer Diversion läßt, sind ganz gemacht, um diese Lage mit jedem Tage zu verschlimmern. Man beklagt sich oft, daß die Menschen kleiner würden; das ist aber eine optische Täuschung. Die Schwierigkeiten vergrößern sich, die Menschen bleiben so ziemlich dieselben, obgleich sie schwächer erscheinen mögen. Richelieu, Colbert, Napoleon waren Herren ihres Willens, konnten unbeschränkt über ihre Mittel verfügen, Niemand hob ihre Fehler hervor, Niemand hinderte sie, dieselben wieder gut zu machen. Da war keine Kammer, um mit ihnen über ihre Ausgaben zu feilschen, keine Presse, um ihre Geheimnisse auszuwittern und ihre besten Pläne zu vereiteln. Damals genügte es, Genie zu haben, um große Thaten zu verrichten; in der engen Sphäre unserer Gesetzlichkeit würde aber ein Genie eher hinderlich als nützlich seyn. Diese Schwierigkeiten, die aus unserer Regierungsform hervorgehen, sind indeß nicht die einzigen; die Männer, welche zur Macht gelangen, bringen neue mit sich. Zuerst und vorzüglich ist es ihre Unerfahrenheit. Von allen Ministern, welche seit 1830 auf einander gefolgt sind, haben sich wohl sehr wenige zu ihrer hohen Bestimmung berufen geglaubt und dazu vorbereitet. In Frankreich haben wir allerdings Schulen für Künstler und Handwerker, Anstalten, wo man Häuser bauen, Straßen und Canäle anlegen lernen kann, aber die Regierungswissenschaft, glaubt ein Jeder, sei ihm angeboren. Der Staat legt denjenigen, welche sich um die Leitung der Geschäfte bemühen, kein Noviziat auf. Eben deßhalb, weil dieß die schwierigste Kunst ist, gibt es keine Vorbereitungsanstalten dazu. Man ist Advocat, Arzt, Fabrikant, und hat sich zu seinem Stande durch lange Studien vorbereitet. Wird man nun von den Wählern in die Kammern geschickt, so kann es sich ereignen, daß man an einem schönen Morgen, ohne zu wissen weßhalb noch wie, zum Minister ernannt wird. Vorbereitende Studien zu dieser Stellung hat man nicht gemacht, seinen gewöhnlichen Arbeiten wird man plötzlich entrissen, und man weiß überdieß, daß man nicht lange in seiner neuen Stellung bleiben wird. Es ist also ganz natürlich, daß man keine große Lust verspürt, etwas zu lernen, was gerade in dem Augenblicke, wo man anfängt, etwas davon zu verstehen, zu nichts mehr helfen kann."

Die Herausgeber des Moniteur républicain sind vor wenigen Tagen verurtheilt worden, und schon ist, wie bereits erwähnt, eine neue Nummer dieses Blattes im Umlauf. Ein schlechter Holzstich steht obenan, die Freiheit vorstellend, welche hinter Barricaden sitzt und ihre Flinte abfeuert. Das Motto ist „Einigkeit, Gleichheit, Brüderschaft." Unter dem Titel liest man „mit der Erlaubniß der bestehenden Behörde." Und dabei folgenden Spottvers auf den Generaladvocaten Lafosse Partarrieu:

Lafosse Partarrieu, grommelant son grimoire
Déjà contre nous rêve un lourd réquisitoire.

Hr. von Pasquier, Präsident der Pairskammer, und Hr. Delessert, Polizeipräfect, erhielten Exemplare zugesandt; letzterm ist die Nummer gewidmet zugleich mit folgendem Vers:

Connaissant tout votre mérite,
Le Moniteur, en habit noir,
Envers vous, Monseigneur, s'acquitte
De son respectueux devoir.
A son égard, pour être quitte,
Il faut aussi venir le voir.
Toujours la bienséance invite
A rendre la visite
Qu'on vient de recevoir.

Diese Nummer enthält zwei Artikel. Der eine führt die Ueberschrift: „über unser Stillschweigen;" der andere: „der 12. Mai 1839." In diesem zweiten Artikel liest man folgende Stelle: „Schaaren wir uns zusammen, und statt jener Fractionen, die voll Muth zwar, aber stets in der Gewalt irgend eines ungeschickten Mannes sind, welcher häufig sich nicht scheut, seine Soldaten seiner Parteiführer-Eitelkeit zu opfern, wie wir erst kürzlich gesehen haben, bilden wir eine große Association, welche nicht mehr den Namen dieser oder jener Gesellschaft wählt, sondern das Wort „Einigkeit" als Wahlspruch führt."

Dem Journal de Toulouse vom 16. Juni zufolge ist eine Compagnie Infanterie nach St. Amand gerückt, in Folge von Unordnungen, welche Bauern auf den Forstbesitzungen des Marschalls Soult, wo sie fälschlich besondere Rechte zu besitzen glaubten, verübten. Das schöne Schloß des Marschalls wäre ohne die Dazwischen-

kunft des Maire's von St. Amand, dem es gelang, das Aufbrausen der Bevölkerung zu beschwichtigen, eine Beute der Flammen geworden.

Am 20. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 40. 3Percents 79 Fr. 55.

Belgien.

Der Moniteur Belge vom 18. Juni enthält einen vom Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. de Theux, an den König abgestatteten Bericht über die letzte Senatorenwahl in Brüssel. Der Minister führt darin sehr lebhafte Beschwerde über das bei dieser Gelegenheit von dem Gouverneur der Provinz Brabant, Baron von Staffart, beobachtete Verfahren, in Folge dessen er selbst — gegen die von ihm früher gegebene Zusage, sich nicht in Brüssel, sondern in Nivelles erwählen zu lassen — zum Senator erwählt worden, der Graf Aerschot dagegen durchgefallen ist. In Folge dieses Berichtes und des darauf begründeten Antrages enthält der Moniteur auch zwei königliche Verordnungen, wodurch dem Baron von Staffart seine Entlassung als Gouverneur der Provinz, jedoch mit der Berechtigung, seine Ansprüche auf Pensionirung geltend zu machen, ertheilt und zugleich der Baron von Viron provisorisch mit den Functionen des Gouverneurs bekleidet wird.

Der Baron de Staffart hat an die Herren Bezirkscommissäre und die Communalverwaltungen der Provinz Brabant folgendes Rundschreiben erlassen: „Brüssel, 18. Juni 1839. Meine Herren! Ein königlicher Beschluß vom 17. d. M. nöthiget mich, das Provinzialgouvernement von Brabant niederzulegen; ich achte diesen Beschluß, allein nicht ohne eine schmerzliche Herzbeklemmung trenne ich mich von einer Provinz, wo ich stets die Beweise der lebhaftesten Theilnahme empfangen habe. Mein Trost ist wenigstens, daß ich diese Ungnade nicht verdient habe, denn eine andere Benehmensrichtschnur zu befolgen, war mir unmöglich; ich hätte denn die Gesetze der Ehre verkannt. Ich halte es für eine Pflicht, Ihnen für die nützliche Mitwirkung zu danken, die Sie mir unter allen Umständen zu Theil werden ließen und für die zahlreichen Beweise von Zutrauen, die Sie mir gegeben, zu danken. Ich reise unter Wünschen für den König, für das Vaterland und besonders für eine Provinz, der ich, während beinahe fünf Jahren, meine Sorgfalt mit so großem Vergnügen, und ich glaube hinzufügen zu dürfen, mit so vielem Eifer gewidmet habe; ich werde diese Wünsche oft aus meiner Zurückgezogenheit erneuern; mein Glück wird seyn, auf der Tribune des Senats Ihre Interessen und jene einer andern Provinz (Namur), die mir ebenfalls unter mehr als einem Titel theuer seyn muß, zu vertheidigen, so oft sie nicht dem allgemeinen Interesse entgegen seyn werden. Der Baron de Staffart."

Im Moniteur Belge liest man: „Da die Auswechslung der Ratificationen des am 19. April lezthin zu London unterzeichneten Vertrags am 8. d. M. Statt gehabt hat, so mußte die Räumung und Uebergabe der Gebietstheile, Städte, Plätze und Oerter, welche die Herrschaft wechseln, in der Frist von 14 Tagen, nach den Bestimmungen des 24sten Artikels des Vertrages bewerkstelligt werden. Der Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten hat, nach Einholung der Befehle des Königs und kraft seiner Ermächtigung, die Commissäre ernannt, die beauftragt sind, zu diesem Vollziehungsacte zu schreiten. Hr. Teichmann, Generalinspector der Verwaltung der Brücken und Chausseen, ist beauftragt, von den Forte Lillo und Lieffenshoek Besitz zu nehmen und das Fort Isabella zu übergeben. Hr. Monville, Mitglied der permanenten Deputation des Provinzialrathes von Limburg, wird dem durch die holländische Regierung zu bezeichnenden Commissär die abgetretenen Theile von Limburg übergeben. Hr. Baron d'Huart, Mitglied der permanenten Deputation des Provinzialrathes von Luxemburg, ist bezeichnet, um die nämliche Mission im Luxemburgischen zu erfüllen."

Nach Art. 6 des Friedenstractats sollen die Demarcationslinien der neuen belgisch-holländischen Gränzen durch beiderseitige Commissarien bestimmt werden, welche in Maestricht zusammentreten. Belgischerseits ist zu diesem Behufe bereits eine vorbereitende Commission ernannt, die aus dem General Prisse, als Präsidenten, den HH. Jolly, Oberst vom Geniecorps, Grangagnage, Gerichtsrath von Lüttich, Vicomte Vilain XIIII. und Berger, Landgerichtspräsidenten von Arlon, besteht.

In Antwerpen ist Hr. Klinkhamer als holländischer Bevollmächtigter zur Regulirung des Scheldezolls eingetroffen. Von Brüssel sind die HH. Mercier und Dujardin nach Antwerpen gesandt worden, um sich mit Hrn. Klinkhamer zu verständigen. Hr. Dujardin wird sich auch mit den HH. Fallon und Liedts zur Regulirung der Schuldangelegenheit nach Utrecht begeben.

Wien.

Se. k. k. Majestät haben dem Hauptmann des Infanterieregiments Erzherzog Carl, Heinrich Grafen von Salis, dann dem Honorar-Hofconcipisten der königl. ungarischen Hofkanzlei, Joseph Grafen von Zichy, die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung dd. Schloßhof am 21. Juni d. J. den überzähligen mährisch-schlesischen Gubernialconcipisten, Heinrich Ritter von Ledzeltern, zum überzähligen unbesoldeten Gubernialsecretär in Mähren allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 27. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC. in CM.	107¾.
detto	detto	zu 4 pC. in CM.	101¾.
detto	detto	zu 3 pC. in CM.	82¾.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820, für 100 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1821, für 100 fl. in CM.	149¾.
detto	detto v. J. 1834, für 500 fl. in CM.	—.
detto	detto v. J. 1839, für 250 fl. in CM.	265¼.
detto	detto v. J. 1839, für 50 fl. in CM.	53¼.
Wiener Stadtbanco-Obligat. zu 2½ pC. in CM	66¼.
Bankactien pr. Stück —— in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 180

Oesterreichischer Beobachter.

Sonnabend, den 29. Juni 1839.

W 1-K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 27. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27.468	28. 2L. 9p.	+ 13.2	W.	mittel.	Regen.
	2 Uhr Nachm.	27.453	28 2 7	+ 16.8	NW.	stark.	Sonne und Wolken.
	10 Uhr Abends.	27.435	28 2 11	+ 13.5	NW.	schwach.	Wolken.

Großbritannien und Irland.

In der Sitzung des Oberhauses vom 17. Juni zeigte Lord Stanhope an, daß er beabsichtige, Ihren Herrlichkeiten am 26. verschiedene Petitionen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts, jährlicher Parlamente und geheimer Abstimmung vorzulegen und bei dieser Veranlassung dem Hause einige Bemerkungen mitzutheilen, denn obschon er jene Petition nicht unbedingt unterstützen könne, so seien doch Betrachtungen und Umstände damit verbunden, die nach seiner Meinung die ernstliche Aufmerksamkeit des Hauses verdienten, ja erforderten. — Hierauf kam die Bier-Bill Lord Brougham's zur Discussion, deren dritte Lesung an der Tagesordnung stand. Der Marquis von Westminster erklärte die Maaßregel, die eine Beschränkung des Bierschanks bezweckt, für höchst ungerecht und schädlich, das erstere, weil sie bewilligte Licenzen aufheben solle, das zweite, weil sie nur das Branntweintrinken vermehren würde. Er beantragte daher, als Amendement, die Verwerfung der Bill. In demselben Sinne sprach sich Lord Wrottesley aus, der es für ganz unwahrscheinlich hielt, daß die Bierhäuser zu einer Vermehrung der Verbrechen Anlaß gegeben haben sollten. Die Annahme der Bill, meinte er, würde 45,000 Personen sammt ihren Familien und Gläubigern zu armen Leuten machen. Der Marquis von Salisbury behielt sich vor, für den Fall, daß die Bill die dritte Lesung erhielte, nachträglich noch einige Amendements zu derselben zu beantragen. Lord Ellenborough machte bemerklich, daß die Bill im Unterhause doch vermuthlich würde verworfen werden, weil es jenem Hause nicht genehm zu seyn pflege, wenn Maaßregeln dieser Art vom Oberhause ausgingen. Lord Melbourne räumte ein, daß die gegenwärtige Gesetzgebung über den Bierschank an Mängeln leide und einiger Aenderungen bedürfe, doch hielt er die Angaben Lord Brougham's über die nachtheiligen Folgen des jetzigen Systems und die Erwartungen, die sich der Lord von seiner Maaßregel mache, für übertrieben. „Ich kann nicht glauben," sagte der Minister, „daß der Unterschied in den Wirkungen der vorliegenden Bill, welche die Bewilligung der Schankgerechtigkeiten den Friedensrichtern übertragen soll, und des jetzigen Gebrauchs, wonach die Accise dieselben bewilligt, so bedeutend seyn sollte. Daß sich Leute in Bierhäusern betrinken, wird man nie verhindern können. Ich gestehe auch, daß es mir nicht angemessen scheint, die Bill in einer so unvollkommenen Gestalt dem Unterhause zu übersenden. Große Summen Geldes sind im Bierschank angelegt worden, und nachdem wir denselben durch frühere Gesetze so ermuntert haben, dürfen wir jetzt nicht so leicht mit ihm umspringen. (Hört, hört!) Im Jahre 1837 gab es nicht weniger als 45,000 Bierhäuser im vereinigten Königreiche und 55,000 Victualienhändler-Licenzen. Diese Bierhäuser brachten dem Staate in jenem Jahre eine Einnahme von 133,000 Pf., und die Victualienhändler entrichteten in demselben Jahre 91,000 Pf. an den Staat." — Lord Brougham erwiederte hierauf, er habe nie über irgend einen Gegenstand von irgend einer Person an irgend einem Platze eine Rede gehört, welche so sehr gänzliche Unkenntniß aller Theile des Gegenstandes verrathe, als die, welche sein edler Freund — nicht edel und gelehrt, sondern edel und ungelehrt und unwissend — eben gehalten habe. Er sage das mit aller Achtung. „Ich gewahre," fuhr er fort, „mit Bedauern die Gleichgültigkeit, mit welcher dieser Gegenstand behandelt wird. Ew. Lordschaften sind ohne Zweifel große Freunde der Ordnung, Sie werden willig jede Anstrengung machen, um das Laster in dem Lande zu unterdrücken, aber etwas Anderes schätzen Sie weit höher. (Gelächter.) Die gegenwärtige Stunde (zwischen 7 und 8 Uhr Abends) ist sehr kritisch für Ew. Lordschaften; Sie wären geneigt, alle Anstrengungen zu Unterdrückung des Lasters in dem Lande zu machen; etwas Anderes aber schlagen Sie höher an; es gibt etwas Anderes, für welches der edlere Theil der Constitution Ew. Lordschaften (Gelächter) innigere Sympathie fühlt. (Neues Gelächter.) Und, meine Lords (zu der Prälatenbank gewendet, wo bloß zwei Bischöfe saßen), ich bedauere, daß meine Bemerkung auf die geistlichen Mitglieder eben so anwendbar ist, wie auf die weltlichen (fortdauerndes Gelächter) — die hochwürdigen Prälaten, die Wächter über die Sittlichkeit des Volkes, waren unablässig in ihrem Eifern gegen die gegenwärtige Bieracte; sie sprachen ohne Unterlaß: Um Gottes willen, fort mit den Bierhäusern, sie machen unsere Predigten und Lehren zu nichte! Auf ihren Antrieb bin ich aufgetreten, habe mich als Werkzeug in die Hände dieser bestellten Wächter über die Sittlichkeit des Volkes gegeben, und von allen sechsundzwanzig Prälaten sind es gerade nur zwei, welche bei dieser Veranlassung ihre Diners, ihre Fürsorge für ihren Magen, der ihr Gott ist, opfern." — Der Herzog von Wellington meinte auch, daß nach der dritten Lesung der Bill noch einige Aenderungen darin zu Gunsten bestehender Interessen angemessen seyn dürften. — Der Bischof von Chichester bemerkte noch, daß alle die hochwürdigen Prälaten, deren Abwesenheit auf so unartige Weise gerügt worden, von Morgens 9 bis Abends 7 Uhr in den verschiedenen Committeen des Hauses beschäftigt gewesen seien. — Bei der Abstimmung ergaben sich 19 Stimmen für und 36 gegen das von dem Marquis von Westminster vorgeschlagene Amendement, so daß dasselbe mit einer Mehrheit von 17 Stimmen verworfen wurde und die Bill die dritte Lesung erhielt. Man kam aber dahin überein, sie nächsten Montag noch einmal an den Ausschuß zu überweisen.

Nachdem in der Sitzung des Unterhauses vom 17. Juni auf H^rn. F. Kelly's Anfrage in Betreff der Kirchensteuern von Lord J. Russell erwiedert worden war, daß das Ministerium in dieser Session keine Bill zur Aufhebung dieser Steuern einzubringen beabsichtige, setzte der Minister die dritte Lesung der Jamaica-Bill, die auf der Tagesordnung stand, bis zum Mittwoch aus, um der Discussion über den Bericht des Privilegienausschusses in der Stockdale-Hansard'schen Sache, der in der Sonnabendsitzung des Unterhauses abgestattet worden war, Platz zu machen. Die Frage, um die es sich hierbei handelt, ist bereits ausführlich auseinandergesetzt und der Inhalt jenes Berichts mitgetheilt worden *). Lord John Russell beantragte nun auf Grund des Ausschußberichts zuvörderst eine Resolution, welche erklärt, daß in dem vorliegenden Falle gegen die Vollziehung des Urtheils der Queen's-Bench nicht eingeschritten werden solle, denn so nothwendig es dem Minister auch schien, daß das Haus seine Privilegien geltend mache, so hielt er es doch für angemessen, daß es sich in einen Streit mit dem Gerichtshofe der Queen's-Bench, mit Lord Denman und all seinen Unterrichtern einließe, oder daß es gegen den Sheriff irgend einen Schritt thue, der als Werkzeug zur Vollziehung des Ausspruchs jenes Gerichtshofes diene und die 100 Pf. Schadenersatz von dem Drucker des Unterhauses, H^rn. Hansard, zu Gunsten des Klägers, Buchhändlers Stockdale, einzutreiben habe. In demselben Sinne sprachen sich auch Sir Robert Peel, D^r. Lushington und der Attorneygeneral aus. Die beiden letzteren rügten übrigens das Benehmen des H^rn. Stockdale in den stärksten Ausdrücken; sie erklärten es für unverschämt, daß dieser Buchhändler, der selbst früher in einer gegen ihn anhängig gemachten Klage wegen der von ihm herausgegebenen unzüchtigen Bücher auf seine Vertheidigung verzichtet und sich zur Zahlung der ihm zuerkannten Strafe bereit erklärt habe, und dessen abscheuliche Verlagsartikel die niedrige Volksclasse demoralisirten und auch bis in die Gefängnisse eingedrungen wären, sich dennoch nicht entblödet hätte, den Drucker der Unterhausverhandlungen deßhalb zu belangen, weil er in dem Bericht eines Gefängnißinspectors als Herausgeber obscöner Bücher bezeichnet worden. H^r. Warburton stellte dem Antrage Lord J. Russell's zwar das Amendement entgegen, daß auch in dem vorliegenden Falle das Haus die Vollziehung des richterlichen Ausspruchs nicht gestatten solle, und dieß Amendement erhielt auch 166 Stimmen, es wurde jedoch aus der ganzen Sache keine Parteifrage gemacht, sondern die Mitglieder beider Parteien des Hauses stimmten theils für, theils wider die ministerielle Resolution, die mit 184 gegen obige 166, also mit einer Majorität von 18 Stimmen angenommen wurde. Eine zweite Resolution Lord J. Russell's, die einen ferneren Beschluß des Unterhauses zur Aufrechthaltung des Rechtes der Publicirung seiner Verhandlungen bis dahin vorbehält, bis der Privilegienausschuß den von ihr versprochenen weiteren Bericht abgestattet haben würde, ging mit 133 gegen 36 Stimmen durch.

Der Londoner Correspondent der Hamburger Börsenhalle berichtet noch das Resultat der Abstimmung, welche in der Unterhaussitzung vom 18. und 19. Juni, Früh Morgens um 2¼ Uhr, über den Groteschen Antrag auf Einführung des Ballottements bei den Parlamentswahlen Statt gefunden hatte. Die Debatte gewann dießmal dadurch ein besonderes Interesse, daß, nachdem das Ministerium die Frage zu einer offenen gemacht, beide Fractionen des Ministeriums jetzt hervortreten mußten, und die Stärke der liberalen Partei im gegenwärtigen Parlamente sich, ganz frei von den sonst oft hemmenden Rücksichten auf die Erhaltung des Ministeriums, aus der Abstimmung ergeben konnte. Die Times beklagte es, daß der Jahrestag der großen Schlacht, die dem Reiche Frieden und Sicherheit gab, von den Ministern und deren radicalen Bundesgenossen zur Eröffnung der Feindseligkeiten ihres neuen Bundes gegen die Constitution gewählt worden sei. Der Antrag des H^rn. Grote wurde nach langen Debatten mit 333 gegen 216, also mit einer Majorität von 117 Stimmen verworfen. Die Erklärung der Maaßregel zu einer offenen Frage von Seiten des Ministeriums hat also nicht viel geholfen; die Zahl der Stimmen zu Gunsten der geheimen Abstimmung betrug nur 16 mehr als im vorigen Jahre, wo sie sich auf 200 belief.

In der Rede, welche H^r. Macaulay bei seiner Erwählung zum Parlamentsmitgliede für Edinburgh gehalten, erklärte derselbe, daß Graf Grey die geheime Abstimmung in die Reformbill habe aufnehmen wollen, daß aber der größte Theil seiner Collegen dagegen gewesen sei.

Alle Blätter ohne Unterschied der Parteifarbe erklären sich gegen Lord Brougham's Bill zur Beschränkung des Bierschanks. Die Times sagt, der edle und gelehrte Lord habe neulich dem Oberhause in dieser Beziehung eine jener unterhaltenden und excentrischen Darstellungen zum Besten gegeben, wie man sie nur nach dem Mittagsessen für möglich gehalten haben würde, hätte S^r. Herrlichkeit nicht dem Hause versichert, daß er noch nicht zu Mittag gegessen habe. Der Courier meint, Lord Brougham habe noch niemals eine Angelegenheit mit schlechterem Anstand und mit hohleren Gründen vertheidigt. „Er und seine Anhänger," fügt dieß Blatt hinzu, „schienen zu meinen, daß durch die Unterdrückung des Bierverkaufs das Laster ausgerottet und alle öffentlichen Uebelstände geheilt werden könnten, wir aber finden es mit Lord Melbourne unglaublich, daß die Wirkung und der Einfluß des gegenwärtigen Gesetzes wirklich die Moral im ganzen Lande verändert und die Natur der Menschen verschlimmert haben sollte."

Der Marquis von Anglesey wird mit zweien seiner Söhne binnen kurzem eine Reise nach S^t. Petersburg antreten, um, wie verlautet, einer von dem Großfürsten-Thronfolger an ihn ergangenen Einladung Folge zu leisten.

In einer Versammlung der Polenfreunde, welche am 15. Juni in der Freimaurer-Tavern zu London unter dem Vorsitze des Herzogs von Sussex Statt fand, wurden drei von dem Whig, Marquis von Breadalbane, dem Tory, Lord Sandon, und dem Radicalen, H^rn. Wyse, vorgeschlagene Resolutionen angenommen, welche die Theilnahme und Wünsche der Versammelten zu Gunsten der Polen ausdrückten. Der bekannte französische Pair, Graf von Montalembert, der auch in der Versammlung zugegen war, O'Connell, Thomas Attwood und Lord Dudley-Stuart hielten lange Reden im Sinne dieser Beschlüsse. Aus dem Vortrage des letztern ist bemerkenswerth, daß er sein lebhaftes Mißfallen über die Aeußerungen Lord Melbourne's bei dem zu Ehren des Großfürsten-Thronfolgers von der russischen Handelscompagnie gegebenen Diner aussprach, und daß der Herzog von Sussex erklärte, es sei seine innige Ueberzeugung, daß Lord Melbourne in jener Rede solche Worte nicht gebraucht haben könne, wie sie ihm von den Berichterstattern in den Mund gelegt worden, da dieselben eine unbedingte Billigung der russischen

*) Siehe unser gestriges Blatt.

Politik in sich schließen würden, wovon der Premierminister gewiß fern sei. Lord Dudley-Stuart fügte hinzu, die Worte Lord Melbourne's hätte in Paris allgemein die Ansicht erzeugt, daß England sich von seiner Allianz mit Frankreich entfernen wolle, um sich an Rußland anzuschließen; doch sei auch er überzeugt, daß Lord Melbourne jene Aeußerungen nicht in ihrem vollen Wortverstande genommen oder wenigstens nicht die Absicht gehabt haben könne, dieß dem ganzen Europa bekannt werden zu lassen.

Aus Canada wird gemeldet, daß besonders in der oberen Provinz noch viel Unzufriedenheit herrsche, und daß mehrere wohlhabende Einwohner dadurch zum Auswandern veranlaßt wurden. Neuerdings noch soll ein amerikanisches Schiff insultirt worden seyn, das bei Brockville anlegte. Die 16,000 Mann brittischer Truppen waren kaum im Stande, die Unzufriedenheit im Zaume zu halten. Es hieß, daß Sir George Arthur, der Gouverneur von Obercanada, nach England zurückkehren werde.

Nachrichten aus dem persischen Meerbusen vom 16. April über Konstantinopel (in der Times) melden, daß Sir F. Maitland, Commandant der Schiffsstation von Bombay, zu Abuschehr angekommen sei. Der Gouverneur wollte ihm nicht die gebührende Ehre widerfahren lassen, indem er seine Barken nach der Mauth, nicht nach dem Ehrenlandungsplatze weisen ließ; Sir F. Maitland jedoch ertheilte den Befehl, am letzterem Platze zu landen, und begab sich sofort zum Gouverneur. Auf dem Rückwege wurde er insultirt, und einige Soldaten schossen auf die Barken. Ohne das Einschreiten des Admirals hätten die englischen Seeleute das Feuer erwiedert. In Folge dieser Beleidigungen hatte der brittische Consul Abuschehr verlassen, war aber am 15. April dahin zurückgekehrt, um eine Conferenz mit einem Abgeordneten des Vicekönigs von Fars zu halten, der Entschuldigungen überbringen sollte.

Consols am 19. Juni 93⅞, ⅜.

Spanien.

Der Bayonner Phare meldet, daß Maroto dem General Negri befohlen habe Balmaseda zu räumen, und daß dieser Befehl am 12. Juni vollzogen worden sei. — Espartero war am selben Tage in Orozco, auf der Straße von Orduña nach Bilbao.

Briefen aus Saragossa, im Phare, zufolge hatte General Ayerbe Montalban (in Niederarragonien) geräumt und die Befestigungswerke des Platzes zerstört, der hierauf von den Carlisten in Besitz genommen wurde. Während sich Ayerbe nach Cariñena zurückzog, fiel Cabrera mit 10 Bataillons und 500 Pferden über seinen Nachtrab her, wurde aber von Ayerbe's Reiterei, die tapfern Widerstand leistete, zurückgeschlagen. — General Aznar (Christino) war am 9. vor San Mateo (im nördlichen Theile von Valencia) angelangt und hatte sich dieses kleinen Platzes, in welchem 200 Carlisten lagen, bemächtigt.

Am 7. Juni, dem Tage nach der Bekanntmachung des Circulars, wodurch gewisse Einschränkungen der Presse festgesetzt werden *), enthielten mehrere Madrider Blätter folgende Erklärung: „Die Redacteure der Journale Eco del Comercio, Correo nacional, Castillano, Fray Gerundio, Guirigay und Constitucional haben mit Erstaunen gesehen, daß das in der Hofzeitung enthaltene Circular mehrere Bestimmungen enthält, die den Artikeln 13 und 14 des Gesetzes vom 17. October 1837 geradezu widersprechen. Bei aller Achtung vor der Regierung halten die Unterzeichneten, als öffentliche Schriftsteller, es für ihre Pflicht, sich streng an das zu halten, was das bestehende Gesetz über die Freiheit der Presse vorschreibt, und den Bestimmungen des Circulars nur insofern Folge zu leisten, als dieselben jenem Gesetze nicht widersprechen." Da die genannten Journale bei der in obiger Erklärung ausgesprochenen Widersetzlichkeit gegen einige Bestimmungen des Circulars beharren, so hat der Polizeipräfect Verhaftsbefehle gegen die Redacteure jener Blätter erlassen, doch hat bis jetzt keine Verhaftung Statt gefunden. — Das Blatt el Mundo äußert sich über die Verordnung gegen den Mißbrauch der Presse folgendermaaßen: „Wir haben ohne Erstaunen gesehen, daß die Regierung Schritte gethan hat, um die mindestens unkluge Zügellosigkeit einiger Journalisten im Zaum zu halten; wir haben es ohne Erstaunen gesehen, denn das Uebel hatte einen solchen Grad erreicht, daß es nothwendig die Aufmerksamkeit erregen mußte. Wir haben diesen Schritt der Regierung mit Vergnügen gesehen, weil derselbe den Zweck hat, die Ehre der Bürger, die rechtlichen Leute und die wohlverstandene Freiheit zu beschützen. Wir werden jetzt nicht mehr durch das betäubende Geschrei der Blinden belästigt, welche die scandalösen Chroniken zum Verkauf ausbieten, und das ist schon ein Vortheil."

Das Eco de Aragon enthält folgende Depesche des spanischen Botschafters in Paris an den spanischen Consul in Bayonne, welcher sie dem Commandanten von San Sebastian mittheilte: „Ich zeige Ihnen hiermit an, daß die französische Regierung mir ihre Absicht zu erkennen gegeben hat, die Zahl der an der spanischen Küste kreuzenden französischen Schiffe zu vermehren, um feindliche Landungen zu verhindern. Die genannten Schiffe werden sich mit den unsrigen zur Bewachung der Küste vereinigen und zur Disposition der competenten maritimen Behörden gestellt werden, um die freie Verbindung zwischen den verschiedenen Häfen zu sichern, die militärischen Operationen durch Transportirung von Truppen und Munition zu erleichtern und durch zeitgemäße Manöver die Bewegungen der Carlisten zu vereiteln."

Mexico.

Den neuesten Newyorker Blättern zufolge hatte Admiral Baudin an Bord der „Nereide" mit den übrigen französischen Schiffen am 28. April Veracruz verlassen und war am 7. vor Galveston, dem Haupthafen von Texas, angekommen. Von hier begab er sich nach Houston, der Hauptstadt der neuen Republik.

Türkei.

Das Journal des Oesterreichischen Lloyd gibt aus Alexandrien vom 6. Juni folgenden Auszug aus den Tagesberichten Ibrahim Pascha's vom 15., 16., 17. Rebi el Evel 1255 (29., 30. und 31. Mai 1839): „In dem Distriete Uru, Provinz Antep, haben die Truppen Hafiz Pascha's 14 Dorfschaften besetzt. Hafiz Pascha hat an die Bewohner dieser Gegend Waffen und Munition vertheilt, die Aeltesten des Volkes berufen und sie mit Ehrenkleidern beschenkt. Drei arabische Reiter (Henadi) wurden von diesen Bewaffneten ergriffen und vor Hafiz Pascha geführt, von dem sie das ihnen versprochene Bakschisch (Belohnung) verlangten. Der türkische Feldherr gab seinen Truppen Befehl, wo sie auf ägyptische Soldaten stoßen, auf diese zu feuern und sie gefangenzunehmen. Im Nezbi hat man Kanonenschüsse lösen lassen, um Hafiz Pascha's Ankunft zu verkündigen. Man hat Gerüchte ausgestreut, daß Ibrahim Pascha nicht vorrücken dürfe und sich bis nach Cairo im

*) Vergl. Oesterr. Beob. vom 22. d. M.

Angesichte der türkischen Truppen werde zurückziehen müssen; daß der Pascha von Musch mit der Hälfte seiner Truppen zur türkischen Armee übergegangen; daß ein türkischer General mit 11 Regimentern anrücke und, sobald er einträfe, Hafiz Pascha mit 140 Kanonen gegen Antap vorrücken würde. Auch hat man die Bewohner allenthalben eingeschüchtert, indem man ausstreute, Hafiz Pascha werde überall Männer, Weiber und Kinder über die Klinge springen lassen, wofern die Bevölkerung sich nicht gleich unterwerfe. Uru ist von einem Theil der türkischen Cavallerie besetzt. Der Häuptling des Ortes wurde vor Hafiz Pascha gerufen, der ihm eine goldene Uhr schenkte. In sein Dorf zurückgekehrt, versammelte der Häuptling die Aeltesten der Gegend und forderte sie zum Widerstand gegen die ägyptischen Truppen auf; ferner hat er die Männer von 4 bis 5 Ortschaften in seinem Dorfe zusammenberufen und bewaffnet, nachdem Hafiz Pascha ihn mit dem nöthigen Kriegsbedarf dazu versehen. — Unterm 17. Rebi el Evel (31. Mai) wird berichtet, daß der türkische Pascha in Marasch die Bevölkerung von Kurd-dak zum Widerstande gegen die Aegyptier aufrufe. Hohe türkische Offiziere desselben Pascha unterhandeln mit den Kurden und machen überall glauben, daß in Koniah 16,000 Mann, eben so viele in Giftekan unter Ali Pascha von Koniah, und 20,000 Türken in Karamanien ständen und alle diese Truppen nach Kulek Bogos bestimmt seien. Ein anderes großes türkisches Corps ziehe durch den District von Nyde gegen Syrien an, und 11 Regimenter, unter dem Pascha von Marasch an der Spitze der Kurden, seien mit vielen Kanonen bei Kaisserie im Anzug. Durch solche Gerüchte sucht man die Bevölkerung jener Gegenden aufzuregen, wie dieß bereits in Antap mit Erfolg geschah. — Zwei Eilboten Magiun Bey's brachten die Nachricht, daß fünf Escadrons seiner arabischen Reiterei bei Telbeschir von der an Zahl weit überlegenen und durch Infanterie unterstützten türkischen Cavallerie angegriffen und zurückgeworfen wurden. Ibrahim Pascha ist gleich nach Empfang dieser Nachricht mit 7 Cavallerieregimentern und 12 Batterien der berittenen Artillerie vorgerückt und bereits in Telhair eingetroffen, von wo er meldet, daß er Soliman Pascha Befehl gegeben, ihm mit dem Gros der Armee auf dem Fuße zu folgen."

Freie Stadt Krakau.

Am 18. Juni Vormittags hat das erste Bataillon des kaiserlich österreichischen Infanterieregiments Graf Nugent, welches einen Theil des Occupationscorps bildete, von dem die freie Stadt Krakau auf eine Zeit lang, bis zur völligen Wiederherstellung der gesetzmäßigen Ordnung in derselben, besetzt worden, diese Stadt verlassen. Dieß Bataillon besteht größtentheils aus Galiziern. Die Krakauer Zeitung enthält einen Nachruf an dasselbe, in welchem sie erklärt, daß die Stadt diese Truppen nur mit Bedauern aus ihrer Mitte scheiden sehe, da sie nie zu der geringsten Beschwerde Anlaß gegeben, sondern sich durch das freundliche Benehmen der Offiziere und die musterhafte Mannszucht der Gemeinen die allgemeine Liebe und Dankbarkeit der Krakauer erworben hätten. Zugleich bemerkt dieses Blatt, daß nur so viel Truppen in Krakau zurückgeblieben, als zur Sicherung der inneren Ruhe und Ordnung erforderlich seien.

Frankreich.

Der Moniteur bestätigt die Nachricht von den unruhigen Auftritten in St. Amand, erklärt jedoch die Angabe, daß sie auf den Gütern des Marschalls Soult vorgefallen seien, für grundlos.

Hr. Gourbeire, Linienschiffscapitän, ist durch eine königliche Ordonnanz zum Gouverneur der französischen Colonie Guyana an die Stelle des Hrn. Nourquer du Camper, der zum Gouverneur der französischen Besitzungen in Ostindien berufen worden, ernannt.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 19. Juni erstattete Hr. Rivet den Commissionsbericht über den von der Regierung verlangten Credit von 4,912,800 Fr. zur Verstärkung der französischen Seemacht in den amerikanischen Gewässern und namentlich an der spanischen Küste. Da die Vermehrung der Seemacht an dieser Küste, nach den der Commission von den Ministern gegebenen Aufklärungen, keinen andern Zweck hat, als die Einfuhr von Kriegscontrebande für die Carlisten, jedoch ohne Verletzung der Rechte der Neutralen zu verhindern, und nöthigenfalls auf Begehren die Truppen die Königinn schnell von einem Puncte zum andern zu führen, erklärte sich die Commission für die Bewilligung des verlangten Credits.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 20. Juni wurde Bericht über verschiedene Bittschriften erstattet, die großentheils durch die Tagesordnung erledigt wurden. Unter andern beklagte sich ein Geistlicher aus Pau, Namens Medon, daß er ungerechterweise abgesetzt worden sei, und begehrte den Cardinalshut, um dereinst Papst werden zu können! Seiner Bittschrift waren Supplicken an den Papst, an den König, an die Königinn, an Hrn. Passy und an die übrigen Minister beigefügt, die in Ausdrücken abgefaßt waren, aus denen sich ergibt, daß der Bittsteller nicht recht bei Sinnen ist.

In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni wurden alle die Theilnehmer an dem Maiaufstande, welche von dem Pairshofe in Anklagestand versetzt worden sind, unter einer starken Bedeckung von Municipalgardisten aus der Conciergerie nach dem Gefängnisse im Luxembourg gebracht, welches sorgfältig in Vertheidigungsstand gesetzt ist.

Am 20. Juni 5Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 45. 3Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 80. — Am 21. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5Percents 111 Fr. 45. 3Percents ——.

Wien.

Am 28. Juni war zu Wien der Mittelpreis der

Staatsschuldverschreibungen	zu 5 pC.	in CM.	107⅛.
detto detto	zu 4 pC.	in CM.	——.
detto detto	zu 3 pC.	in CM.	82⅛.
Darl. mit Verlos. v. J. 1820,	für 100 fl.	in CM.	——.
detto detto v. J. 1821,	für 100 fl.	in CM.	150.
detto detto v. J. 1834.	für 500 fl.	in CM.	670.
detto detto v. J. 1839,	für 250 fl.	in CM.	266⅛.
detto detto v. J. 1839,	für 50 fl.	in CM.	53⅛.
Wiener Stadtbanco-Obligat.	zu 2½ pC.	in CM.	66⅛.
Bankactien pr. Stück	——	in CM.	

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.

Verleger: Anton Strauß sel. Wittwe, Dorotheergasse Nr. 1108.

№ 181

Oesterreichischer Beobachter.

Sonntag, den 30. Juni 1839.

W 1·K. ZEITUNG 1839

Meteorologische Beobachtungen vom 28. Juni.	Zeit der Beobachtung.	Barometer auf 0° Reaumur reducirt. Pariser Maaß.	Wiener Maaß.	Thermometer Reaumur.	Wind.		Witterung.
	8 Uhr Morg.	27 477	28 3. 2 L. 10 P.	+ 15.6	SO.	still.	Sonne und Wolken.
	2 Uhr Nachm.	27.322	28 0 | 11	+ 19.5	SO.	stark.	—
	10 Uhr Abends.	27.291	28 0 7	+ 12.4	NW.	Sturm.	Regen.

Spanien.

Ein Schreiben aus Bayonne vom 17. Juni (im Commerce) enthält folgende Angaben über den Stand der Dinge im nördlichen Spanien: „Don Carlos war am 15. noch in Durango. Die Hauptabtheilung der Armee Espartero's war nicht über Arciniega, 2 Lieues von Amurrio und 2½ Lieues von Balmaseda, hinaus vorgerückt. Dieser letztere Platz, seines Artilleriematerials entkleidet, war momentan von dem 5ten Bataillon von Biscaya und von zwei Sappeurcompagnien besetzt. Das Geschütz von Balmaseda wurde am 15. im Laufe des Tages in Durango erwartet. — Diego Leon bedroht abwechselnd Santa Barbara und Estella. Der Carlistische General Elio folgt ihm bei allen seinen Bewegungen und beobachtet ihn genau. Am 11. war Diego Leon bei Belascoain gelagert und man erwartete einen Angriff. Am 12. zog sich Leon auf Artajona, Larraga und Mendigorria zurück. Die Carlisten rückten nach Villatuerta, in der Solana. Man sagt, die bruske Bewegung des Diego Leon sei durch Depeschen des Gouverneurs von Pamplona veranlaßt worden. Dieser letztere meldete in aller Eile dem Christinischen General, er habe aus Tudela erfahren, daß eine in der Gegend von Tarazona gelagerte Division von Cabrera's Commando in Eilmärschen im Anzuge sei. Wenn man diesen Gerüchten, die der Bestätigung bedürfen, Glauben beimessen darf, wäre die Division Cabrera's 5000 Mann Infanterie und 1000 Pferde stark."

Unter diesen Umständen ist, wie der Commerce bemerkt, nachstehendes von den Christinos aufgefangene Schreiben des Kriegsministers des Don Carlos, Don Juan Montenegro, an den Grafen von Morella (General Cabrera), welches der Madrider Mensagero vom 14. Juni mittheilt, von großem Interesse: „An S. Exc. den Grafen von Morella. Durango, 1. Juni 1839. Ew. Excellenz! Ich habe das Vergnügen, Ihnen zu melden, daß der König, unser Herr, nachdem ich S. Majestät Ihr Schreiben vom 26. April vorgelegt hatte, überzeugt von den Verdiensten und Talenten der Brigadiere Forcadell und Llangostera, und in Berücksichtigung Ihrer Empfehlung, beide am gestrigen Tage zum Rang von Marechaux-de-Camp zu erheben geruht hat. Wir können uns leider bisher nicht zu so vielen Siegen Glück wünschen, als Ew. Excellenz. Aber glücklicherweise kennt Espartero nicht die schändliche Intrigue, die uns in den Zustand, in dem wir uns befinden, versetzt hat, indem die Stärke unserer Armee bloß durch die Schuld des unglücklichen Guergue um mehr als zwölf Bataillons vermindert worden ist, und wir 12 bis 15 Kanonen, so wie die Pferde, die uns Balmaseda mitgenommen hat, verloren haben. Dieß alles, in Verbindung mit der schlechten Organisation und dem Mangel an Mannszucht der Armee, ist Schuld gewesen, daß wir uns nur damit beschäftigen konnten, unsere Verluste wieder zu ersetzen. Andererseits geht uns Espartero sehr zu Leibe. Ihre Operationen gegen Cuenca und andere Orte sind von höchstem Interesse für uns, denn wie apathisch und indolent Espartero auch immer seyn mag, so wird er sich doch immer in der Nothwendigkeit befinden, auf seiner Hut zu seyn, und so lange er auf Ihre Bewegungen ein wachsames Auge haben muß, die unserigen nicht beunruhigen können. Wenn es Ihnen möglich wäre, alle Arme, die zu Ihrer Verfügung stehen, zu bewaffnen, so würde dieß sehr wichtig für unsere Sache seyn. Vielleicht könnte man einige Anstrengungen machen, schnell Gewehre zu verfertigen und damit die jungen Leute, die sie selbst abholen würden, bewaffnen, wodurch man vermeiden würde, sie in die Hände des Feindes fallen zu sehen. Ich nehme mir die Freiheit, Ew. Exc. auf diesen Gegenstand aufmerksam zu machen. — Der General Maroto schreibt an den König, um den Wunsch zu äußern, daß die größte Harmonie unter den Generälen, die seine Armeen commandiren, herrschen möge, und ihn zu bitten, dem Brigadier Balmaseda seine Begnadigung für die Fehler angedeihen zu lassen, die er während seines Aufenthalts in diesen Provinzen und nach seiner Entfernung aus denselben begangen haben dürfte, damit wir, alle sammt und sonders im Einklang handelnd, das vorgesetzte Ziel erreichen können, den König, unsern Herrn, auf seinen rechtmäßigen Thron wieder einzusetzen. Da diese Ideen in vollkommenem Einklange mit den meinigen sind, werde ich trachten, Balmaseda, sobald es nur möglich ist, hiervon in Kenntniß zu setzen; da mir aber sein gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt ist, so wünsche ich, daß Ew. Exc. uns hierbei unterstützen und diesen Brigadier von allem, was vorgeht, benachrichtigen mögen. Ich zähle auf Ihren Eifer und auf Ihre Freundschaft in diesem wichtigen Falle, und bitte Gott, daß er Sie noch viele Jahre erhalten möge. Juan Montenegro." — Die Quotidienne, welche obige Nachrichten und auch das Schreiben des Generals Montenegro, dessen Aechtheit sie dahingestellt seyn läßt, gleichfalls mittheilt, zieht hieraus den Schluß, daß alles, was die revolutionnären Blätter über angebliche Mißhelligkeiten zwischen den Generälen Maroto und Cabrera, welcher letztere sich sogar offen gegen Maroto ausgesprochen haben sollte, verbreitet hatten, bloß in der Phantasie ihrer Correspondenten oder vielmehr in den Wünschen der nach Frankreich verbannten Feinde Maroto's existirt.

Portugal.

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende Mittheilungen ihres Correspondenten aus Lissabon vom 7. Ju-

ni: „Der Geschäftsgang in den Cortes ist noch immer derselbe; es wird viel leeres Stroh gedroschen, und die Hauptsache, die Discussion des Budgets, bleibt im Rückstand, ja es ist zu fürchten, daß die Cortes aus Mangel an Senatoren, von denen sich immer mehr mit und ohne Urlaub wegschleichen, geschlossen werden müssen. Denn nur noch drei oder vier brauchen wegzubleiben, so fehlt es an der gesetzmäßigen Anzahl. — Aus Angola berichtet man, daß gleich nach der Bekanntmachung des Decrets, welches die Vernichtung des Sclavenhandels sogleich in Ausführung gebracht haben will, die ersten und ansehnlichsten Kaufleute Pässe nach Brasilien verlangten, um sich dort niederzulassen. Die Pässe wurden ihnen verweigert, mit der Bemerkung, daß der Gouverneur nur Pässe nach Lissabon ertheile. Die Kaufleute stehen nun auf dem Puncte, sich als Brasilianer naturalisiren zu lassen. Wenn ihnen auch dieses nicht glückt, geht es wahrscheinlich ohne Unruhen dort nicht ab. Die Engländer, um die Sclaverei in ihren Besitzungen aufzuheben, votirten eine Entschädigungssumme von 20 Millionen Pf. St. Die Portugiesen müßten wenigstens 20 Millionen Cruzados votiren, um denselben Zweck zu erreichen, allein der Gouverneur Noronha kam ohne einen Real in Angola an mit zwei Kriegsschiffen, die überdieß aus der dortigen Casse erhalten werden müssen, und die zur Beförderung der Industrie nichts Anderes als alle Gegenstände zur Anlegung einer Branntweinbrennerei an Bord hatte. Was geschah? Nach der Bekanntmachung des Decrets wurden sogleich alle Handelsschiffe, die mit Waaren in Coanda einlaufen wollten, avisirt, sogleich wieder umzukehren und ihre Richtung nach Ambrig und Cabinda zu nehmen, wo sie den Handel fortbetreiben, ohne Eingangszölle zu bezahlen, und ohne daß jener Handel von dem Gouverneur gehindert werden könnte. Der Zweck des Decrets der Aufhebung des Sclavenhandels ist also nicht nur nicht erreicht, sondern bringt auch den unersetzlichen Nachtheil hervor, daß nun die Gouvernementscasse leer bleibt, denn es fehlen jetzt die Einnahmen in den Zollhäusern. Man irrt sich sehr, sagt der Berichterstatter, wenn man glaubt, daß nach Aufhebung des Sclavenhandels die Industrie emporkommen würde. Der angolische Afrikaner hat schlechterdings keinen Sinn für Industrie, so wenig als für Ackerbau. Sie machen es z. B. mit dem Honig eben so wie die Louisianer mit den Baumfrüchten; diese zu sammeln, wird der Baum abgehauen. Die Angolenser, um Honig und Wachs, was eines der vorzüglichsten Handelsproducte ist, zu gewinnen, vernichten den ganzen Bienenstock. Man kann wohl sicher darauf rechten, daß die Eingebornen, welche die portugiesische Herrschaft ohnedieß nur an der Küste anerkennen, und die Portugiesen daher auch nur Beherrscher der Küste nennen, alsbald über die Colonien der Europäer herfallen und sie zerstören, ja die Europäer aus Benguela, Nova Redondo und Coanda mit Gewalt vertreiben werden, wenn sie ihre Sclaven nicht mehr an die Portugiesen oder ihre Unterhändler verkaufen können."

Mexico.

Die Zollbehörde in Neworleans hat in die dortigen Blätter folgendes Schreiben des nordamerikanischen Consuls in Veracruz bekannt machen lassen: „Veracruz, 8. April. Meine Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen die angenehme Nachricht mitzutheilen, daß das Fort von St. Juan d'Ulloa, welches einige Monate lang im Besitze der Franzosen war, den Mexicanern zurückgegeben worden ist. Die Truppen des Viceadmirals Baudin, Commandanten der französischen Flotte im mexicanischen Meerbusen, haben gestern Früh das Fort geräumt, und die Truppen der Regierung, unter Befehl des Generals Herrera, haben davon Besitz genommen und die Nationalfahne aufgepflanzt, welche von der Artillerie des Forts und von den Kriegs- und Handelsschiffen aller Nationen (den französischen ausgenommen), die im Hafen lagen, salutirt wurde. Der französische Admiral hat die „Nereide," so wie einen Theil seiner Flotte nach der grünen Insel zurückgezogen, die in einiger Entfernung außerhalb des Hafens sich befindet, und wo die Fahrzeuge jetzt vor Anker liegen. Fast der ganze übrige Theil der französischen Flotte liegt noch vor Sacrificios. Man sagt, sie werde binnen kurzem in See gehen, und auch die englische Division werde in nördlicher Richtung absegeln. Der nordamerikanische Kriegsbrigg „Concord," commandirt von dem Lieutenant W. Gardner, durch den ich Ihnen dieß übersende, nimmt 250,000 Piaster, und der „Consort" 115,00 für Rechnung von Kaufleuten zu Neworleans und Newyork mit. (Unterz.) Burrough."

In einem andern von der Hamburger Börsenhalle mitgetheilten Schreiben aus Veracruz vom 14. April heißt es: „Der Schaden, den die Feuersbrunst im Zollhause angerichtet hat, scheint größer zu seyn, als man anfangs glaubte; man schätzt ihn jetzt auf etwa 1½ Millionen Piaster. Eine Conducta von Mexico mit 3 Millionen Piaster ist am 12. in Veracruz angekommen. Ueber die Bewegungen der Truppen unter General Mejia weiß man nichts Gewisses. Einige versichern, er marschire auf Puebla. Die französische Flotte, bis auf fünf Fahrzeuge, die hier bleiben, wird am 16. in See gehen und bei Tampico und Havannah anlaufen. Das englische Kriegsschiff „Madagascar" hat die Sachen der Engländer und anderer Fremden an Bord genommen, welche sie bei einem etwanigen Angriff Mejia's auf Veracruz zu schützen wünschten.

Nordamerikanische Blätter enthalten ein Schreiben des Admirals Baudin an den französischen Consul in Neworleans, vom April, welches Erläuterungen zu dem Friedensvertrage zwischen Frankreich und Mexico gibt. Nach denselben ist den Franzosen die Befugniß, den Kleinhandel im Gebiete der Republik zu betreiben, durch die Bestimmung des Vertrags ertheilt, durch welche sie den am meisten begünstigten Nationen gleichgestellt werden. Die Befreiung der Franzosen von Zwangsanleihen versteht sich in Folge einer neuern Verordnung der mexicanischen Regierung, durch welche die Zwangsanleihen überhaupt aufgehoben werden, von selbst.

Großbritannien und Irland.

Den neuesten Nachrichten aus London vom 20. Juni zufolge war die neue Jamaica-Bill in der Sitzung des Unterhauses vom vorhergehenden Abend mit der geringen Mehrheit von zehn Stimmen (267 gegen 257) durchgegangen und wird nun ins Oberhaus gebracht werden.

Die Veränderungen, welche das jetzige Ministerium, den Erklärungen Lord J. Russell's zufolge, zur vollständigeren und wirksameren Ausführung der Reformbill aus eigenem Antriebe zu fördern geneigt seyn dürfte, sind bekanntlich eine Umgestaltung des Registrirungswesens und eine Erleichterung in der Entrichtung der Abgaben und directen Steuern. Was die erstere Reform betrifft, so handelt es sich darum, den Wählern die großen Kosten und Plackereien zu ersparen, die oft mit der Vindicirung des Wahlrechts verknüpft sind. Jetzt sind 75 Rechtsgelehrte mit der Revision der Wählerlisten beauftragt, und diese 75 begeben sich nicht etwa ein jeder alljährlich wieder in dieselbe Grafschaft oder Stadt, so daß

ihnen die Localverhältniſſe genau bekannt werden könnten, ſondern ſie wechſeln fortwährend in ihren Rundreiſen mit einander. Dann erwächst den Wählern ein großer Nachtheil aus den Umtrieben der Reichen, die oft keine Koſten ſcheuen, um die Berechtigung eines ihnen widerwärtigen Wählers anzuſtreiten. Andererſeits iſt die jährliche Reviſion der Liſten ſehr koſtſpielig für die Wähler, die oft Reiſen von mehreren Meilen darum machen müſſen und, wenn ſie an Ort und Stelle anlangen, gar keinen Einwand gegen ihr Recht vorfinden. Zwei Bills zur Verbeſſerung dieſes Syſtems, von denen die eine die Zahl der Reviſoren auf 10 bis 11 beſchränken und einen permanenten Gerichtshof aus denſelben bilden, die andere durch Koſtenauferlegung die unnützen Einwendungen gegen Wahlrechte vermindern ſollte, wurden in früheren Seſſionen vom Oberhauſe verworfen. Lord John Ruſſell hält aber eine Wiedereinbringung ähnlicher Maaßregeln und eine längere als einjährige Gültigkeit der Wählerliſten ohne neue Reviſion für nothwendig. Die zweite Reform bezieht ſich auf diejenige Clauſel der Reformbill, wonach ein Wähler nur dann ſtimmberechtigt ſeyn ſoll, wenn er im Juli ſchon die Steuern und Abgaben entrichtet hat, die im April vorher fällig waren. Hierin wurde ſchon im vorigen Jahre die Aenderung vorgeſchlagen, daß der Wähler im Juli nur die im October vorher fällig gewordenen Abgaben müßte entrichtet haben, um an den Wahlen Theil nehmen zu können. Die Maaßregel ging damals nicht durch. Lord John Ruſſell will ſie von neuem einbringen und ſchlägt vor, daß man ſich außerdem mit der Entrichtung der Armenabgabe begnügen ſolle, um über die Qualification des Wählers zu entſcheiden, und daß man die übrigen Steuern bei dieſer Entſcheidung ganz beiſeit laſſen möge, da die erſtere hinreiche, um zu ermitteln, ob Einer das Eigenthum, welches die Reformbill als Bedingniß für das Wahlrecht aufſtelle, bona fide beſitze, indem nach ſeiner Beſteuerung für das Armenweſen auf den Werth ſeines Beſitzes zu ſchließen ſei.

Die eine der von Lord John Ruſſell eingebrachten canadiſchen Bills, diejenige, welche den miniſteriellen Plan hinſichtlich der einſtigen Verwaltung von Canada enthält, conſtituirt Montreal und ein Gebiet von beſtimmtem Umfange als beſondern Diſtrict, wo die legislative Verſammlung ihren Sitz haben und der Gouverneur reſidiren ſoll; die beiden canadiſchen Provinzen, Ober- und Niedercanada, mit Ausſchluß des Bezirks von Montreal, werden jede in zwei Diſtricte getheilt; jeder der fünf Diſtricte zerfällt in neun Unterdiſtricte, deren jeder zwei Mitglieder zur geſetzgebenden Körperſchaft wählt; die vier größten Städte haben überdieß jede ebenfalls zwei Abgeordnete zu ſenden; auf dieſe Art würde eine Volksrepräſentation von 98 Mitgliedern gebildet. Die Wahlart, der Wählercenſus, die Dauer der geſetzgebenden Verſammlung, die Motive zur Theilung des Landes in 45 Bezirke, die vorausſichtliche Wirkung des Planes auf die Bevölkerung, alle dieſe und andere wichtige Puncte bleiben künftiger Erwägung vorbehalten. Lord J. Ruſſell hat den Zeitpunct nicht beſtimmt, wann das Parlament aufgefordert werden dürfte, dieſe Canadabill anzunehmen. Er will zuvörderſt in der Colonie ſelbſt Erkundigungen einziehen, um die Diſtricteintheilung darnach zu bemeſſen. Einſtweilen ſoll jene Bill nur bis zur zweiten Verleſung gebracht werden. Mit der zweiten der eingebrachten Bills dagegen, wodurch die Ausnahmegewalt und Gerichtsbarkeit des Gouverneurs und ſeines Rathes, die im November 1840 abläuft, bis zum März 1842 verlängert werden ſoll, wollen die Miniſter auf den parlamentariſchen Stationen bis zur letzten, die Annahme feſtſtellenden, fortfahren. Damit iſt zugleich die Suspenſion der Habeas-Corpus-Acte für Canada und die Befugniß zu eigenmächtiger Steuerausſchreibung für Localzwecke ausgeſprochen.

Conſols am 20. Juni 93⅞. ⅞.

Frankreich.

Der Moniteur theilt die Reſultate des Handelsverkehrs von Frankreich mit ſeinen Colonien und dem Auslande während des Jahres 1838 mit. Der Werth des Eingeführten betrug 937, der des Ausgeführten 955 Millionen Franken. Die Einfuhr von Linnenfaden aus England, welche im Jahre 1835 bloß 13.000 Kilogramme betrug, war im Jahre 1838 auf 5,803.625 Kilogramme geſtiegen, und die Einfuhr der engliſchen Leinwand betrug 5,135,448 Kilogramme. Durch dieſe Vermehrung des Verbrauchs engliſcher Linnenfabrikate iſt die inländiſche Fabrikation auf das Tiefſte darniedergedrückt, und wenn man bedenkt, daß z. B. im Departement der Nordküſte allein 200,000 Perſonen von dieſem Gewerbe leben, ſo wird die Angabe einer Schrift über dieſen Gegenſtand: „daß die Flachsſaat in dieſem Departement und im Depatemente Finiſtère um mehr als die Hälfte gegen früher vermindert wurde, und daß die meiſten Familien manchen Tag ohne Brot, bloß von Kartoffeln leben,“ wohl erklärlich.

In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 21. Juni iſt die Debatte über den Geſetzentwurf in Bezug auf den Cadre des Generalſtabs der Armee eröffnet worden. Man ging unverzüglich zur Prüfung der Artikel über. Der erſte hat zum Zwecke, die Zahl der Marſchälle feſtzuſetzen. Der Plan der Regierung ging auf acht in Friedenszeiten, und die Commiſſion verlangte, ſie auf ſechs zu reduciren. Der Marſchall Soult unterſtützte den urſprünglichen Antrag und ſtützte ſich hauptſächlich darauf, daß, wenn man während des Friedens die Zahl der Marſchälle ſolchergeſtalt beſchränken würde, in Kriegszeiten deren nicht genug vorhanden ſeyn dürften, um Oberbefehlshaberſtellen zu übernehmen. Hr. Allard erwiederte ihm, daß nicht durch Ordonnanzen die Fähigkeit zum Commando verliehen werde, und daß man ſich auch Mittel vorbehalten müſſe, im Falle des Krieges, geleiſtete Dienſte zu belohnen, was aber nicht mehr Statt finden könne, wenn der Cadre ſchon im voraus vollzählig ſei. Nach ihm ſprach Hr. Guizot und berief ſich auf die Nothwendigkeit, große Exiſtenzen zu creiren, wogegen mehrere Redner bemerkten, daß derlei Exiſtenzen an Anſehen nur um ſo mehr gewinnen können, je geringer ſie an der Zahl ſeien. — Bei der Abſtimmung wurde der Vorſchlag der Commiſſion, die Zahl der Marſchälle in Friedenszeiten auf ſechs zu ſetzen, mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen. Der zweite Artikel, welcher den Cadre der Generäle in Activität oder Disponibilität in Friedenszeiten auf 80 Generallieutenants und auf 160 Marechaux-de-Camp feſtſetzt, wurde gleichfalls angenommen.

Die Pairskammer votirte in ihrer Sitzung vom 21. Juni den Supplementarcredit von 900,000 Fr. für die Militärpenſionen. — Auch die beiden Geſetzentwürfe hinſichtlich der Belohnungen für die bei dem Aufſtande am 12. und 13. Mai verwundeten Soldaten und Nationalgardiſten, und hinſichtlich der Berufung von 80,000 Mann von der Altersclaſſe von 1838 zu den Fahnen, ſind am obgedachten Tage von der Pairskammer angenommen worden.

Die Commiſſion der Deputirtenkammer, welche mit der Unterſuchung des Geſetzentwurfs, die Anlegung einer Eiſenbahn von Paris nach dem Meere betreffend, beauftragt iſt, hat jetzt drei verſchiedene Anträge

vorliegen: 1) den Antrag der Regierung, welcher verlangt, daß das die letzter Session votirte Gesetz, das die Anlegung einer Eisenbahn von Paris nach Havre und Dieppe über die Hochebene autorisirte, widerrufen und die Compagnie, welcher die Concession bewilligt worden, dagegen autorisirt werde, bloß die Bahn von Paris nach Pontoise zu vollenden; 2) den Vorschlag der Eisenbahncompagnie des Thales, welche sich erbietet, die Bahn von Paris nach Rouen ohne Unterstützungsgelder und ohne Garantie der Interessen zu übernehmen; 3) den Vorschlag der Compagnie, welche bereits im Besitze der Bahn von Paris nach St. Germain ist, und sich nun erbietet, dieselbe Bahn bis Pontoise fortzusetzen.

Der Antrag des Hrn. Chapuys-Montlaville, die Gebeine der Opfer der Julirevolution in den Gewölben unter der Julisäule beizusetzen, wurde von der Commission der Deputirtenkammer am 20. Juni in derselben Form, wie der Antragsteller ihn eingereicht hatte, einstimmig gebilligt.

Am 20. Juni gegen halb 4 Uhr Nachmittags erregte der Anblick von etwa hundert Personen im schwarzen Frack am Eingang der Tuilerien einiges Aufsehen. Einen Augenblick glaubte man, es sei eine Deputation der Deputirtenkammer; später hörte man, daß es die Repräsentanten des Runkelrübenzuckers waren, welche eine Audienz bei dem König hatten. Die große Zahl dieser Herren darf durchaus nicht Wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß an einigen Orten, wie zu Arras, in den Versammlungen der Fabrikanten beschlossen worden, daß jeder ihrer Collegen, der sich nicht zur Zeit der Discussion des Zuckergesetzes in Paris einfinden würde, eine Geldstrafe von 200 Fr. bezahlen müßte.

Die Eröffnung der Prozeßverhandlungen vor dem Pairshofe, welche anfangs auf den 24. Juni festgesetzt war, wird erst am 27. Statt finden, da Einer der Anführer der Verschwörung, der auch bei der Herausgabe des Moniteur républicain thätig war, der Schriftsetzer Martin Bernard, am 21. Juni Morgens verhaftet wurde und die Voruntersuchung nun in Betreff seiner zu ergänzen ist. — Die Angabe, daß die in Anklagestand versetzten Maigefangenen bereits aus der Conciergerie in das Gefängniß des Luxembourg versetzt worden seien, war grundlos.

Das Dampfboot aus Algier ist dießmal ungewöhnlich lange ausgeblieben. In Toulon war man sehr in Unruhe darüber. Bald fürchtete man einen Schiffbruch, bald einen Unfall der Armee an irgend einem Küstenpunct, welcher die Dampfboote an der afrikanischen Küste zurückhalte. Der National hatte als Gerücht sogar gemeldet, Abd-el-Kader habe die französische Armee plötzlich überfallen, sei aber in einen Hinterhalt gerathen und gefangengenommen worden. Nun aber ist ein Schreiben aus Algier vom 13. Juni in Toulon eingelaufen, das von diesen und ähnlichen Vorfällen kein Wort enthält. Das Land war ruhig, wie dieß dort immer zur Erntezeit der Fall ist. Abd-el-Kader rüstete sich in Tekedemt zu einem zweiten Zuge gegen Ain-Maadi.

Der ehemalige Generalcapitän von Catalonien, Baron de Meer, und General Breton, zweiter Commandant dieser Provinz, sind mit dem letzten Dampfboot von Barcelona in Port-Vendres angekommen. Von den Exaltados wird Baron de Meer bekanntlich bitter gehaßt. Er verließ, vielleicht ein schlimmes Loos befürchtend, Barcelona in dem Augenblicke, als die Fregatte „Isabella," die seinen Nachfolger General Valdes trug, vom Hafen aus gesehen wurde.

Das Journal des Debats enthält folgende wichtige Anzeige: „Wir haben vor einiger Zeit gemeldet, daß der Herr Seeminister befohlen habe, einige Tonnen Seewasser von Havre nach Paris zu schicken, um damit Versuche in Betreff einer neuen Erfindung zu machen. Der erste Versuch fand am 18. Juni in Gegenwart der Directoren des Seewesens Statt, und der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Das Seewasser war, nachdem es durch den Apparat gegangen, so gut und so frisch wie Quellwasser. Durch frühere Versuche hatte sich erwiesen, daß der Gebrauch davon so gesund war, wie von letzterm. Der Versuchsapparat kann für den Verbrauch einer Schiffsmannschaft von 500 Köpfen dienen. So wäre nun dieses große Problem gelöst, und man kann dieß als eine der köstlichsten Entdeckungen unserer Zeit betrachten."

Am 21. Juni 5 Percents Fin Courant geschlossen zu 111 Fr. 45. 3 Percents Fin Courant geschlossen zu 79 Fr. 55. — Am 22. Juni um 2 Uhr Nachmittags 5 Percents 111 Fr. 35. 3 Percents 79 Fr. 55.

Schweden und Norwegen.

Se. Majestät der König ist am 15. Juni Abends 9½ Uhr von seiner norwegischen Reise im erwünschten Wohlseyn in Stockholm eingetroffen. Der König hatte bereits von Christiania aus alle Empfangsfeierlichkeiten sich verbeten. Der König ward bei seiner Ankunft von der königlichen Familie, so wie von der Herzoginn von Braganza, im Schlosse erwartet und begrüßt. Bald nach seiner Ankunft hielt der König einen Staatsrath, in welchem eine Proclamation erlassen wurde, wodurch die für die Zeit der Abwesenheit des Königs angeordnete interimistische Regierung aufgelöst wird.

Der bekannte Dichter, Professor Atterbom in Upsala, ist an die Stelle des verstorbenen Ling zum Mitgliede der schwedischen Akademie erwählt worden.

Der vielfach genannte schwedische Reisende, Capitän Carl Goffelman, ist, nach dreijährigem Aufenthalt in Südamerika und Westindien, wieder in Schweden eingetroffen.

Niederlande.

Dem Handelsblad zufolge wird die niederländische Regierung keinen außerordentlichen Gesandten, sondern nur einen Geschäftsträger nach Brüssel senden und einen solchen auch von dort erwarten. Ueber die Wahl des belgischen Diplomaten will man Niederländischerseits durchaus keine Einwendungen oder Schwierigkeiten machen, was man auch von Seiten des Brüsseler Cabinets in Bezug auf den dießseitigen Diplomaten erwartet.

In Venloo haben zwischen der Bevölkerung und der belgischen Garnison einige Streitigkeiten Statt gefunden. Das Volk widersetzte sich nämlich der Wegführung der Kanonen, die es für Holland zurückhalten wollte. Zu gleicher Zeit pflanzte es die Orangefahne auf, die mit Jubel begrüßt wurde, und ging in seinen Ausschweifungen so weit, daß es das Haus des Mannes, welcher nach der Revolution zum Bürgermeister gewählt worden war, in Brand steckte.

Die Bevölkerung Niederlands, welche zu Anfang des Jahres 1830 auf 2,427,200 Seelen sich belief, ist bis zum 1. Jänner 1837 auf 2,557,522 Seelen gestiegen.

Belgien.

Der Baron von Staffart hat in Brüsseler Blätter ein Schreiben an den Minister de Theux einrücken lassen, worin er dessen Angaben über die bekannte Senatorenwahl, wie sie sich in dem Berichte an den König befinden, als durchaus unrichtig darstellt.

Hauptredacteur: Joseph Anton Edler von Pilat.
Verleger: Anton Strauß sel. Witwe, Dorotheergasse N. 1108.

Chronologiſche Ueberſicht

der

merkwürdigſten Ereigniſſe.

Monat Jänner 1839.

1. Profeſſor Görres in München erhält das Ritterkreuz des Verdienſtordens der baieriſchen Krone. — Unruhige Auftritte in la Rochelle und mehreren weſtlichen Departements wegen der Getreideausfuhr, der ſich das Volk mit Gewalt widerſetzt. — Große Eruption des Veſuvs.
2. Die Prinzeſſinn Marie, Herzoginn von Würtemberg, geb. Prinzeſſinn von Orleans, † zu Piſa. — Bekanntmachung des Adminiſtrationsraths der belgiſchen Bank in Bezug auf den Wiederbeginn ihrer Zahlungen. — Adreſſe des Senats an die Königinn-Regentinn von Spanien gegen die in den Provinzen durch die Repreſſalienjunten angeordneten Grauſamkeiten (111 f.) — Gefecht bei Ampuero in der Provinz Santander zwiſchen der Diviſion des Chriſtiniſchen Generals Caſtañeda und den Carliſten unter Caſtor de Andechaga, wobei erſtere mit bedeutendem Verluſte aus ihren Stellungen geworfen werden.
3. Scandalöſer Diffamationsprozeß des ehemaligen Polizeipräfecten H^rn. Gisquet gegen den Herausgeber des Meſſager; die Jury erklärt, daß der Angeklagte der Ehrenkränkung gegen einen öffentlichen Beamten ſchuldig, der Ehrenkränkung in Bezug auf das Privatleben aber nicht-ſchuldig ſei (66). — H^r. Gisquet wird aus der Liſte der Staatsräthe geſtrichen. — Ankunft der beiden engliſchen Parlamentsglieder Fector und Borthwick im Hoflager des Don Carlos.
4. Adreſſe-Entwurf der franzöſiſchen Deputirtenkammer durch die Coalitionsmehrheit der Adreſſecommiſſion in feindſeligem Sinne gegen das Miniſterium abgefaßt (65 f.).
5. Geſetzentwurf über das literariſche Eigenthum von dem Unterrichtsminiſter, H^rn. von Salvandy, der franzöſiſchen Pairskammer vorgelegt (73).
6. Die Beſatzung von Melilla, eines der Präſidien an der nordafrikaniſchen Küſte, empört ſich, und errichtet eine Regierungsjunta im Namen des Don Carlos; ein Gleiches geſchieht zu Alhucemas, einem andern Präſidium an derſelben Küſte. Der Gouverneur von Malaga, General Palarea, wird in Folge dieſer Vorfälle abgeſetzt und nach Valladolid geſchickt. General Don A. M. Alvarez an deſſen Stelle zum Generalcapitän von Granada und Jaen ernannt.
7. Vortrag des Gouverneurs der privil. öſterreichiſchen Nationalbank, Carl Freiherrn von Lederer, an den Bankausſchuß (43 f.). — Eröffnung der Debatten über den Adreßentwurf in der franzöſiſchen Deputirtenkammer. — Reſcript des Miniſteriums des Innern und der Juſtiz des Großherzogthums Heſſen an das Hofgericht der Provinz Oberheſſen, Begnadigungen mehrerer politiſcher Verbrecher betreffend (84).
8. Cabrera, Forcadell und andere Carliſtiſche Chefs wenden ſich nach Aufhebung der Belagerung von Villafames gegen Valencia, kehren jedoch, da General van Halen und der Brigadier Aſpiroz gegen ſie anrücken, bald wieder in ihre alten Stellungen zurück.
10. Fürſt von Lieven, Oberſthofmeiſter des Großfürſten-Thronfolgers von Rußland, † zu Rom.
11. Rückkehr der Ueberbleibſel der franzöſiſchen Fremdenlegion aus Spanien nach Pau. — Furchtbares Erdbeben auf der Inſel Martinique.
13. Der ehemalige Oberbefehlshaber der inſurrectionnellen Armee in Polen, General Skrzynecki, entfernt ſich heimlich von Prag, mit Zurücklaſſung eines Schreibens, worin er anzeigt, daß er ſich nach Belgien begebe, um eine ihm von der dortigen Regierung angebotene militäriſche Anſtellung anzunehmen.
15. Reſcript S^r. Majeſtät des Königs von Hannover an den Magiſtrat zu Osnabrück, die Einforderung von Rechtsgutachten über die Verbindlichkeit der Obrigkeiten zur Beitreibung der Steuern betreffend (131 f.).

17. Herzog von Buckingham † auf ſeinem Landſitze zu Stowe.

19. Der regierende Landgraf von Heſſen-Homburg † zu Luxemburg. — Der Adreßentwurf der franzöſiſchen Deputirtenkammer wird nach mehrtägigen Debatten mit den von der Minorität der Commiſſion und andern miniſteriellen Deputirten zu Gunſten des Miniſteriums vorgeſchlagenen Amendements mit 221 gegen 208 Stimmen angenommen (145 f.). — Kaiſerlich ruſſiſches Decret über eine in Polen bis zur öſterreichiſchen Gränze anzulegende Eiſenbahn (226).

20. Abreiſe des Kronprinzen von Baiern von München nach Italien. — Feier des Krönungs- und Ordensfeſtes zu Berlin (135). — Ankunft der aus Sachſen ausgewanderten Separatiſten mit dem Paſtor Stephan in Neworleans.

21. Brand des Pallaſtes der hohen Pforte zu Konſtantinopel.

22. Vorlegung verſchiedener Finanzgeſetze und des Budgets für 1840 in der franzöſiſchen Deputirtenkammer. — Das franzöſiſche Miniſterium reicht ſeine Dimiſſion in Maſſe ein; der König erklärt, daß er die Sache in Ueberlegung nehmen werde.

23. Der von dem Finanzminiſter vorgeſchlagene Geſetzentwurf, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die Hälfte der Grundſteuer für 1839 ſogleich zu erheben, wird von der belgiſchen Repräſentantenkammer einſtimmig angenommen. — Die in Conferenz zu London verſammelten Bevollmächtigten von Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland kommen einſtimmig über den Entwurf eines Tractats zwiſchen den Niederlanden und Belgien überein, und beſchließen, denſelben im Namen der fünf Mächte den Höfen vom Haag und Brüſſel zur Annahme vorzulegen.

26. Der Erziehungsrath von Zürich ſpricht ſich für die Berufung des Dr. Strauß in Ludwigsburg (Verfaſſer des „Lebens Jeſu") aus.

30. Königl. hannoverſche Verordnungen, die Aufhebung des geheimen Rathscollegiums und die Errichtung eines Staatsraths betreffend. — Der Geſetzentwurf über die definitive Regulirung des Budgets von 1836 wird von der franzöſiſchen Deputirtenkammer mit 233 gegen 19 Stimmen angenommen.

31. Die Seſſion der franzöſiſchen Kammern wird bis zum 15. Februar prorogirt. — Die Züricheriſchen Volksrepräſentanten beſtätigen mit 98 gegen 49 Stimmen die Berufung des Dr. Strauß an die dortige Univerſität.

Chronologiſche Ueberſicht
der
merkwürdigſten Ereigniſſe.

Monat Februar 1839.

1. Eröffnung der würtembergiſchen Ständeverſammlung; Eröffnungsrede des Königs (187 f.) — Der königl. bairiſche Kriegsminiſter, General Freiherr von Beſſerer, † zu München. — Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, H^r. de Theur, erſtattet in der belgiſchen Repräſentantenkammer Bericht über die diplomatiſchen Verhandlungen in Bezug auf die Verhältniſſe zwiſchen Belgien und den Niederlanden.
2. Der Regierungsrath von Zürich beſtätigt mit 15 gegen 3 Stimmen die Berufung des D^r. Strauß an die dortige Univerſität. Große Aufregung im Canton Zürich über dieſe Berufung. — Auflöſung der franzöſiſchen Deputirtenkammer und Einberufung der Wahlcollegien zu neuen Wahlen auf den 2. März. Die Miniſter, welche ihre Dimiſſion eingereicht hatten, übernehmen ihre Portefeuilles wieder. — Der König der Niederlande erklärt ſich bereit, die ihm von der Londoner Conferenz unterm 23. Jänner vorgelegten Tractate zu unterzeichnen. — Aufſtellung einer franzöſiſchen Beobachtungsarmee an der Gränze.
3. Ankunft S^r. königl. Hoheit des Kronprinzen von Baiern in Rom.
4. Prorogation der belgiſchen Kammern bis zum 4. März; die HH. d'Huart und Ernſt (der Finanz- und Juſtizminiſter) reichen ihre Entlaſſung ein und werden proviſoriſch durch die HH. von Merode und Rothomb erſetzt.
5. Eröffnung des engliſchen Parlaments; Eröffnungsrede der Königinn (217 f.).
6. H^r. Perſil, Präſident der Münzcommiſſion, wird, weil er ſich einem Wahlcomité der Oppoſition angeſchloſſen, ſeines Amtes entlaſſen.
7. Dankadreſſe der Kammer der würtembergiſchen Standesherren und der würtembergiſchen Deputirtenkammer auf die Thronrede (220, 224).
8. Lord Glenelg, der Staatsſecretär fürs Colonialdepartement, reſignirt ſeine Stelle, welche ſpäterhin dem Marquis von Normanby (bisherigem Vicekönig von Irland) verliehen wird. — Prorogation der Cortes in Madrid. — Don Carlos verlegt ſein Hauptquartier von Azcoytia nach Bergara; General Maroto in Durango.
9. Eröffnung des norwegiſchen Storthings zu Chriſtiania; Eröffnungsrede des Königs (279 f.).
10. Ankunft des an den Londoner Hof beſtimmten perſiſchen Botſchafters Huſſein Chan in Wien. — Don Carlos, von General Maroto begleitet, hält Muſterung über die in der Nähe von Bergara verſammelten Truppen, worauf Maroto nach Eſtella aufbricht. Die Munagorriſten ſtecken ihr Lager in Brand und ziehen ſich aufs linke Ufer der Bidaſſoa zurück.
12. Die verwittwete Fürſtinn von Thurn und Taxis † auf dem Schloſſe Taxis.
13. Königl. baieriſches Duellmandat für die Studierenden auf Univerſitäten (353 f.).
15. Proclamation S^r. Majeſtät des Königs von Hannover, die Verfaſſungsangelegenheit des Königreichs betreffend (269 f.). — Neuer Zuſammentritt der am 27. Jänner v. J. vertagten allgemeinen Ständeverſammlung des Königreichs Hannover, die jedoch, da die hinreichende Zahl von Mitgliedern der zweiten Kammer nicht erſcheint, nicht fortgeſetzt werden kann.
16. Officielle Erklärung der kaiſ. öſterreichiſchen Regierung in Bezug auf die Aufnahme des polniſchen Ex-Generals Skrzynecki in belgiſchen Dienſt; Abbrechung der diplomatiſchen Verhältniſſe mit Belgien (225). — Abreiſe S^r. Majeſtät des Königs von Baiern nach Italien.
17. Abd-el-Kader kehrt, nach aufgehobener Belagerung von Ain-Maadi, aus der Wüſte zurück und ſchlägt ſein Lager bei Miliana auf.
18. Eröffnung des durch königl. Cabinetsverordnung vom 21. Jänner d. J. ernannten Staatsraths in Hannover (287). — Lord Broughams Motion, die Delegirten der Vereine gegen die Korngeſetze vor den Schranken des Hauſes zu vernehmen, wird vom Oberhauſe ohne Stimmenzählung verworfen. — Baron Mechin wird (an H^rn. Perſils Stelle) zum Präſidenten der Münzcommiſſion ernannt. — Lord Broughams Antrag, die Bittſchriften gegen die Korngeſetze im Ausſchuſſe zu berathen und Zeugen darüber vor den Schranken zu vernehmen, wird vom Oberhauſe ohne Abſtimmung verworfen. — Mſgr. Soglia, Patriarch von Konſtantinopel, und Mſgr. Toſti, Generalſchatzmeiſter der apoſtoliſchen Kammer, von S^r. Heiligkeit zu Cardinälen ernannt. — General Maroto läßt in Eſtella die Generäle Francisco Garcia, Guergue, Pablo Sanz, Carmona, den Unterſtaatsſecretär des Kriegsdepartements Ibañez und den Intendanten Uriz, in Folge rechtlichen Spruches, durch den ſie wegen An-

zettlung von Complotten zum Tode verurtheilt wurden, erschießen und bricht dann an der Spitze seiner Truppen nach Tolosa auf (335 f.).

19. Wiedereröffnung der Sitzungen der belgischen Kammern; Bericht des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, Hrn. de Theux, über die letzten Unterhandlungen und die Lage, in der sich Belgien durch den neuen Tractat befindet; Gesetzentwürfe behufs der Ermächtigung der Krone zur Annahme dieses Tractats (290). — Der Antrag des Hrn. Villiers, Zeugnisse für die Aufhebung der Korngesetze vor den Schranken des Unterhauses zu vernehmen, wird von diesem Hause mit 361 gegen 172 Stimmen verworfen.

20. Der königl. neapolitanische Gesandte Graf Ludolf † zu London. — Vorstellung des Generals Maroto an Don Carlos zur Rechtfertigung seines Verfahrens in Estella (355 f.).

21. Die Deputirten der zweiten Kammer der hannoverschen Ständeversammlung, welche nicht erschienen sind, werden aufgefordert, entweder zu erscheinen oder ihre Resignation anzuzeigen (304). — Proclamation des Don Carlos aus Bergara, kraft deren General Maroto wegen der auf seinen Befehl zu Estella vollzogenen Hinrichtungen als Verräther und in die Acht erklärt wird (336 f.). — Streitigkeiten zwischen den Engländern und Amerikanern über die durch den Tractat von 1783 zwischen dem amerikanischen Staate Maine und der brittischen Colonie Neubraunschweig festgesetzten Gränze; drohende Stellung der beiden Parteien.

22. Debatten im Oberhause über den Zustand der englischen Marine; Lord Colchesters Motion auf Vorlegung der sich hierauf beziehenden Papiere wird genehmigt. — Proclamation der eidgenössischen Commissarien an die Behörden und das Volk von Wallis in Bezug auf die Reform der Verfassung (345 f.).

23. Der Erziehungsrath von Zürich beschließt, unter den gegenwärtigen Umständen die Entscheidung über den Zeitpunct der Einberufung des Dr. Strauß zu verschieben. — General Maroto rückt an der Spitze seiner Truppen in Tolosa ein, um persönlich bei Don Carlos Rechenschaft über sein Verfahren zu geben. — Der kaiserl. russische geheime Rath Graf von Speranskij † zu St. Petersburg.

24. Resolution des Don Carlos aus seinem Hauptquartiere zu Villafranca, wodurch derselbe, nach den erhaltenen neuen Aufschlüssen und Informationen, das Verfahren des Generals Maroto vollkommen billigt und befiehlt, daß sämmtliche Exemplare des drei Tage zuvor gegen ihn erlassenen Manifestes vor der Fronte der Armee verbrannt werden sollen (356). — Don Carlos entläßt seine bisherigen Minister; Don Juan Montenegro zum Kriegsminister; Don Palino Ramirez de la Piscina zum Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten ernannt; mehrere der früheren Minister (Don Jose Arias Teijeiro, der Bischof von Leon, General Uranga ꝛc.) werden aus Spanien verbannt.

26. Lord Ebrington wird an die Stelle des Marquis von Normanby zum Lordlieutenant von Irland ernannt, und zu gleicher Zeit, unter dem Titel eines Baron Fortescue, zum Pair erhoben.

27. Petition des Gemeinderaths von Brüssel an die Kammern zu Gunsten der Annahme des Tractats. Auch von andern Corporationen und Gemeinden laufen Bittschriften in gleichem Sinne ein. — Einstweilige, in Form eines Memorandums geschlossene, Uebereinkunft zwischen dem amerikanischen Staatssecretär Hrn. Forsyth und dem brittischen Gesandten in Washington, Hrn. Fox, in Bezug auf die Gränzstreitigkeiten in Maine (469 f.).

28. Rückkehr des Prinzen von Joinville aus Mexico nach Frankreich. — Hr. Dolez erstattet in der belgischen Repräsentantenkammer im Namen der Centralsection Bericht zu Gunsten der Annahme des von der Londoner Conferenz vorgeschlagenen Tractats (344). — Unruhige Auftritte in Brüssel; Verhaftung der HH. Barthels und Kats. — Hrn. O'Connells Motion auf Gleichstellung des Wahlrechts in England und Irland wird vom Unterhause mit 155 gegen 92 Stimmen verworfen.

Chronologiſche Ueberſicht
der
merkwürdigſten Ereigniſſe.

Monat März 1839.

1. Der Antrag des Staatsſecretärs für Irland, Lord Morpeth, die Anlegung von Eiſenbahnen in Irland zur Regierungsſache zu machen, wird vom Unterhauſe mit 144 gegen 100 Stimmen angenommen.
2. Die allgemeine Ständeverſammlung des Königreichs Hannover wird wegen Nichterſcheinens vieler Mitglieder derſelben auf unbeſtimmte Zeit vertagt (359 f.). — Kurheſſiſche Verordnung in Betreff der Reiſe- und Tagegelder der Mitglieder der Ständeverſammlung (428).
3. Ankunft S^r. kaiſ. Hoheit des Großfürſten-Thronfolgers von Rußland in Wien.
4. Beginn der Wahlen für die neue Deputirtenkammer in Frankreich; die Coalition ſiegt bei den Pariſer Wahlen. — Der Regierungsrath von Zürich beſchließt, in Betracht der durch die Berufung des D^r. Strauß verurſachten Aufregung, dem Erziehungsrath anheimzugeben, ob D^r. Strauß der ihm obliegenden Verpflichtungen als Profeſſor der Theologie nicht zu entheben ſei und für anderweitige Beſetzung dieſer Stelle geſorgt werden ſolle.
6. General Cabrera ſteht mit ſeiner Hauptmacht in Segura (Niederarragonien) und befeſtigt dieſen Platz, um ihn, nebſt Cantavieja und Morella, zu einem der Stützpuncte ſeiner Operationen zu machen.
7. Königliche Ordonnanz, wodurch der Viceadmiral de Roſamel, der General Schramm, die ehemaligen Deputirten Gay-Luſſac und de la Pinſonniere, der Duc de Caumont-Laforce, der Baron Dupont-Delporte, der Baron Nau de Champlouis und H^r. Maillard, Staatsrath, zu Pairs von Frankreich ernannt werden.
8. Domcapitular Stark (durch ſeine aſtronomiſchen Beobachtungen bekannt) † zu Augsburg. — Sämmtliche franzöſiſche Miniſter reichen wegen des nachtheiligen Reſultats der Wahlen abermals ihre Dimiſſion ein, die vom Könige angenommen und Marſchall Soult mit Bildung eines neuen Cabinets beauftragt wird. — Brand des Diorama des H^rn. Daguerre zu Paris. — Don Carlos ernennt den General Villareal zu ſeinem Adjutanten; auch die übrigen ſeit geraumer Zeit außer Dienſt geſetzten und verhafteten Generäle Gomez, Elio, Zariategui, Vargas, nebſt dem Oberſten Madraſo, werden wieder angeſtellt. — General Eſpartero macht eine Demonſtration gegen die Carliſten in Navarra, beſetzt los Arcos, zieht ſich aber, ſobald General Maroto, der in Eilmärſchen mit einer bedeutenden Truppenmacht aus Biscaya heranrückt, wieder über den Ebro zurück.
9. Abreiſe S^r. kaiſ. Hoheit der Erzherzogs Carl mit ſeinem älteſten Sohne, Erzherzog Albrecht, von Wien, über Trieſt, nach Neapel. — Friedenstractat zwiſchen Frankreich und Mexico, durch engliſche Vermittlung zwiſchen dem Admiral Baudin und den mexicaniſchen Bevollmächtigten Goroſtiza und Victoria unterzeichnet.
10. Der von dem Regierungsrathe des Cantons Zürich in Bezug auf die Enthebung des D^r. Strauß von der ihm übertragenen Lehrkanzel gefaßte Beſchluß wird von dem Erziehungsrathe nicht genehmigt, der vielmehr die Aufſtellung einer zweiten Profeſſur der Dogmatik in Vorſchlag bringt.
13. Abreiſe S^r. kaiſ. Hoheit des Großfürſten-Thronfolgers von Rußland von Wien, über München, Stuttgart und Carlsruhe, nach dem Haag.
14. Lord Fitzwilliams Motion gegen die Korngeſetze wird vom Oberhauſe mit 224 gegen 24 Stimmen verworfen. — Rückkehr des Vicekönigs von Aegypten nach Cairo.
16. S^r. kaiſ. Hoheit der Erzherzog Maximilian, jüngſter Sohn des Erzherzogs-Vicekönigs, † zu Mailand.
17. Ankunft S^r. kaiſ. Hoheit des Erzherzogs Carl von Oeſterreich in Neapel.
18. Der große Rath des Cantons Zürich beſchließt gegen die Anträge des Erziehungsraths, im Einklang mit den Vorſchlägen des Regierungsraths, mit 149 gegen 38 Stimmen, daß D^r. Strauß mit halbem Gehalte (1000 Fr.) in Ruheſtand verſetzt und für anderweitige Beſetzung der ihm übertragenen Profeſſur geſorgt werden ſolle. — Der Antrag des H^rn. Villiers, die Korngeſetze der Prüfung durch einen Specialausſchuß zu unterwerfen, wird vom Unterhauſe mit 342 gegen 195 Stimmen verworfen.
19. Der von der Regierung vorgelegte Geſetzentwurf, wodurch der König ermächtigt wird, die Tractate, welche die Scheidung zwiſchen Belgien und Holland reguliren, zu unterzeichnen, wird von der belgiſchen Repräſentantenkammer, nach mehrtägigen Debatten, mit 58 gegen 42 Stimmen angenommen. — Wichtige Verhandlungen beider Häuſer des engliſchen Parlaments über die franzöſiſchen Blockaden von Mexi-

co und Buenosayres und über die perſiſch-indiſchen Angelegenheiten. — Baron Caspar von Vogt † zu Hamburg. — Der große Rath des Cantons Zürich erklärt die Motion des Regierungsraths Bürgi, die Aufhebung der Hochſchule betreffend, mit 144 gegen 54 Stimmen für erheblich.

20. Auswechslung der Ratificationen des zwiſchen Frankreich und der Pforte abgeſchloſſenen Handelstractats. — Der Antrag des H^rn. Ferdinand Meyer, die Schule wieder ſtärker unter die Aufſicht der Kirche zu ſtellen, wird von dem großen Rathe des Cantons Zürich einſtimmig (nur Eine Stimme diſſentirte) für erheblich erklärt. Aufruf des Centralcomités der eilf Bezirke jenes Cantons in Bezug auf obige Angelegenheit und die Penſionirung des D^r. Strauß (488 f.).

21. Niederlage der engliſchen Miniſter im Oberhauſe; der Antrag des Grafen von Roden, einen Specialausſchuß mit Unterſuchung des Zuſtandes von Irland ſeit 1835 (d. h. ſeit Lord Normanby's Verwaltung) zu beauftragen, wird mit 63 gegen 58 Stimmen angenommen. — Der Antrag des H^rn. Hume, das Wahlrecht auf alle Hausväter auszudehnen, wird vom Unterhauſe mit 85 gegen 50 Stimmen verworfen.

22. Lord John Ruſſell erklärt, daß er gegen den der Regierung entſchieden feindlichen Beſchluß der Lords in Bezug auf Irland ans Unterhaus appelliren werde.

23. Fruchtloſer Angriff der Chriſtinos unter Ayerbe gegen Segura, in Folge deſſen van Halen ſeine Angriffspläne gegen dieſen Punct aufgibt, und ſich nach Cariñena zurückzieht.

24. Unruhige Auftritte in Cleve, veranlaßt durch Streitigkeiten zwiſchen Katholiken und Proteſtanten.

25. Das von den Carliſten beſetzte Preſidio von Melilla an der nordafrikaniſchen Küſte ergibt ſich, nachdem fünf Chriſtiniſche Kriegsſchiffe vor dem Platze erſchienen waren. — Der zwiſchen Frankreich und Mexico abgeſchloſſene Friedenstractat wird von Seite der mexicaniſchen Regierung ratificirt.

26. Der Geſetzentwurf der Regierung wegen Ermächtigung des Königs zur Annahme der Tractate, welche die Scheldung zwiſchen Holland und Belgien reguliren, wird vom belgiſchen Senat mit 31 gegen 14 Stimmen angenommen. — Aufhebung des Belagerungsſtandes von Sevilla durch den dortigen Generalcommandanten Caratala.

28. Don Carlos errichtet einen oberſten Kriegsrath unter ſeinem Vorſitz und ernennt den General Grafen von Caſa-Eguia zum Vicepräſidenten desſelben.

30. Der König von Hannover verbietet ſeinen Unterthanen den Beſuch der Univerſität Tübingen. — Unruhige Auftritt in Valencia, durch das Einrücken des Brigadiers Aspiroz aus Murviedro gedämpft.

31. Ernennung eines proviſoriſchen Miniſteriums in Frankreich; H^r. Gasparin, Miniſter des Innern, zugleich mit dem Departement des Handels ꝛc. beauftragt; H^r. Girod (de l'Ain), Juſtizminiſter; Duc de Montebello, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten; General Cubières, Kriegsminiſter; Baron Tupinier, Marineminiſter; H^r. Parant, Miniſter des öffentlichen Unterrichts. — Ankunft S^r. kaiſ. Hoheit des Großfürſten-Thronfolgers von Rußland im Haag.

Chronologiſche Ueberſicht
der
merkwürdigſten Ereigniſſe.

Monat April 1839.

1. Sämmtliche Miniſter in Liſſabon reichen, nachdem der Vorſchlag der Regierung zur Vermehrung der Armee von der Deputirtenkammer verworfen worden, ihre Entlaſſung ein.
2. General Espartero bricht mit zwei Diviſionen vom Ebro gegen Ramales und Balmaſeda auf. General Maroto ſchlägt mit einem Theil ſeiner Truppen durch das Borundathal dieſelbe Richtung ein, und läßt den General Elio bei Eſtella zurück.
3. Ankunft und feierlicher Empfang des neuen Lordlieutenants von Irland, Baron Forteſcue, zu Dublin. — Vertrag zwiſchen den Generälen van Halen und Cabrera über die Auswechslung der beiderſeitigen Gefangenen (547 f.). — Befriedigende Erklärung der franzöſiſchen Regierung über die Wegnahme eines mexicaniſchen Lootſen vom Bord eines engliſchen Packetboots vor Veracruz.
4. Eröffnung der franzöſiſchen Kammern durch die proviſoriſchen Miniſter ohne Thronrede; Zuſammenrottungen auf den Straßen während der erſten Sitzung der Deputirtenkammer.
6. Der Bundestagsgeſandte und großherzogl. heſſiſche geheime Rath Freiherr von Leonhardi † zu Frankfurt. — Interpellationen in der franzöſiſchen Pairskammer über die Miniſterialkriſis.
7. Ankunft des Erzbiſchofs von Poſen und Gneſen, Mſgr. Dunin, in Berlin. — Eröffnung des Landtags des Großherzogthums Baden; Thronrede des Großherzogs (507). — Eröffnung der Eiſenbahn zwiſchen Leipzig und Dresden. — General Maroto bricht mit einem Theil ſeiner Streitmacht von Durango nach den Encartacionen auf, um das von Espartero bedrohte Fort von Ramales zu decken. — Die Franzoſen räumen das Fort San Juan d'Ulloa (bei Veracruz) und übergeben es, in Folge des Friedensſchluſſes, den Mexicanern.
8. Brand des Werk- und Armenhauſes zu Hamburg.
9. Das engliſche Miniſterium ſchlägt dem Unterhauſe eine Bill vor, kraft deren die Verfaſſung der Inſel Jamaica, wegen Widerſpänſtigkeit des dortigen Provinzialparlaments, auf fünf Jahre ſuspendirt werden ſoll. — Die Reichsſtände des Königreichs Ungarn und der damit verbundenen Länder werden durch königliche Schreiben (Regales) auf den 2. Juni zum Reichstag nach Preßburg einberufen (561 f.).
10. Der Carliſtiſche General Elio übernimmt das Generalcommando in Navarra.
11. Rückkehr Ihrer königl. Hoheit der Frau Kurfürſtinn von Heſſen, nach völliger Geneſung, von Meiningen nach Kaſſel. — Befriedigende Erklärungen des Lords Melbourne im Oberhauſe über die Verhältniſſe mit Rußland in Bezug auf die perſiſch-indiſchen Angelegenheiten; Actenſtücke, die dem Parlamente hierüber vorgelegt werden (574 f.). — Marquis de Semonville, Ehren-Großreferendär der Pairskammer, † zu Paris. — Große Verſammlung der Liberalen, im Theater zu Dublin, zu Gunſten des Miniſteriums. — In der Druckerei des Staatsſecretariats zu Rom erſcheint eine Denkſchrift unter dem Titel: Rechtliche und factiſche Darſtellung als Erwiederung auf die Erklärung und Denkſchrift der preußiſchen Regierung vom 3. December 1838 (591 f.).
12. Decret des Don Carlos, kraft deſſen eine Staatsjunta errichtet, und zum Vicepräſidenten derſelben, wenn er nicht ſelbſt den Vorſitz führt, der Erzbiſchof von Cuba (P. Cyrillo) ernannt wird. — Die von den eidgenöſſiſchen Commiſſarien gemachten Vorſchläge zur Ausgleichung der Streitigkeiten zwiſchen Ober- und Unterwallis werden von den Unterwalliſern verworfen.
13. Die türkiſche Armee in Meſopotamien unter Hafiz Paſcha bricht, nach Ankunft des zur Unterſuchung des Zuſtandes dieſer Armee von Konſtantinopel abgeſchickten Tajjar Paſcha, aus ihren bisherigen Cantonnirungsquartieren bei Malatia auf, und nähert ſich der ſyriſchen Gränze.
15. Lord John Ruſſell ſtellt im Unterhauſe ſeine, in Folge des Votums des Oberhauſes vom 21. März angekündigte Motion auf Billigung der bisher vom Miniſterium in Bezug auf Irland befolgten Politik, die mit einer in Form eines Amendements gefaßten Gegenreſolution Sir R. Peel's erwiedert wird. H^r. Duncombe ſchlägt, als Stimmführer der Radicalen, noch einen Zuſatz vor, worin eine weitere Reform der Reformbill verlangt wird.
16. H^r. Hippolyt Paſſy mit 223 Stimmen gegen ſeinen Mitbewerber, H^rn. Odilon-Barrot, der 193 Stimmen erhalten hatte, zum Präſidenten der franzöſiſchen Deputirtenkammer gewählt.
17. Die HH. Calmon, Cunin-Gridaine, Teſte und Etien-

ne zu Vicepräsidenten der französischen Deputirtenkammer ernannt.

18. Der Christinische Oberbefehlshaber der Centrumsarmee, General van Halen, wird dieses Oberbefehls und der Generalcapitanerie von Valencia und Arragonien entsetzt und soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden; General Nogueras provisorisch an seine Stelle ernannt. — Zwei Carlistische Corps von Cabrera's Armee, unter Marconell und Polo, dringen in die Provinz Guadalaxara ein, welche sie brandschatzen und mit reicher Beute beladen wieder nach Arragonien zurückkehren.

19. Die unterm 23. Jänner d. J. von der Londoner Conferenz vorgelegten Tractate 1) zwischen den fünf Höfen (Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland) und S^r. Majestät dem Könige der Niederlande; 2) zwischen den gedachten fünf Höfen und S^r. Majestät dem Könige der Belgier und 3) zwischen S^r. Majestät dem Könige der Niederlande und S^r. Majestät dem Könige der Belgier werden zu London von den respectiven Bevollmächtigten unterzeichnet. — Sir R. Peel's Amendement zu Lord J. Russell's Motion in Bezug auf Irland wird im Unterhause mit 318 gegen 296 Stimmen und H^rn. Duncombe's radicales Amendement mit 299 gegen 81 Stimmen verworfen. — Sanitätsreglement der türkischen Regierung gegen die Verbreitung der Pestseuche (668 f.). — Die erste Kammer der großherzogl. hessischen Ständeversammlung beschließt, dem Beschluß der zweiten Kammer zu Gunsten der Wiederherstellung der hannoverschen Verfassung von 1833 keine Folge zu geben.

20. Neues Ministerium in Lissabon; Baron de Ribeira de Sabrosa, Präsident des Conseils und Kriegsminister; J. Gomez de Silva Sanchez, Minister des Innern; Cardozo da Cunha e Araujo, Justizminister; Antonio de Carvalho, Finanzminister; die Portefeuille's der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine noch unbesetzt. — Räuberischer Ueberfall der Stadt Marathonissi (in der Maina) durch eine Klephtenbande.

21. Der Erzbischof von Köln verläßt, mit Erlaubniß des Königs von Preußen, seines bedenklichen Gesundheitszustandes wegen, Minden und begibt sich nach seinem Stammschlosse Darfeld in Westphalen. — Eine Colonne der türkischen Armee unter Ismael Pascha überschreitet bei Bir den Euphrat und legt auf dem jenseitigen Ufer Verschanzungen an; die Aegyptier unter Ibrahim Pascha concentriren sich auf die Kunde hiervon bei Aleppo; drohende Stellung der beiderseitigen Heere.

22. Interpellationen in der französischen Deputirtenkammer über die Ministerialkrisis (597 f.).

23. Medicinalrath und Professor Windischmann † zu Bonn.

24. Der Kaiser von Rußland verordnet, daß die geistlichen Angelegenheiten der beiden griechischen Confessionen in Einer Abtheilung des dirigirenden Synods vereinigt werden sollen.

26. Don Carlos bricht von Tolosa auf, und verlegt sein Hauptquartier nach Durango. — Beschluß der teutschen Bundesversammlung, wodurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß zwischen den Regierungen von Preußen und Nassau in Betreff des kur-trierschen Schuldenwesens ein Austrägal-Erkenntniß erfolgt sei.

27. Die Christinos unter Espartero bemächtigen sich nach einem hitzigen Gefechte des befestigten Punctes Peña del Moro bei Ramales. — Der berühmte Repräsentant des Bauernstandes beim schwedischen Reichstage, Anders Danielson, † auf seinem Gute bei Gothenburg. — Die Miguelistischen Guerrillas vermehren sich in Algarbien.

28. Die Christinos unter dem Brigadier Carbo werden von den Carlisten unter dem Grafen d'España in der Nähe von Vich geschlagen. — Admiral Baudin verläßt mit dem Reste der französischen Flotte die Gewässer von Veracruz. Die Föderalisten rücken gegen Mexico vor.

29. Don Carlos gestattet den Einwohnern der baskischen Provinzen und des Königreichs Navarra, die sich ins Ausland geflüchtet haben, um die Rückkehr in ihr Vaterland anzusuchen.

30. Erläuterungen in der französischen Deputirtenkammer über die lange Ministerialkrisis; H^r. Mauguin kündigt an, daß er in dieser Beziehung eine Adresse an die Krone beantragen werde. — Verhandlungen im englischen Oberhause über die Preßverhältnisse in Malta. — Entbindung Ihrer k. k. Hoheit der Frau Großherzoginn von Toscana von einem Prinzen. — Hinrichtung des berüchtigten Räuberhauptmannes Ketrar zu Frumosa in der Moldau. — Die zweite Kammer der großherzoglich-hessischen Ständeversammlung mildert in Folge der verneinenden Erklärung der ersten Kammer ihren zu Gunsten der Wiederherstellung der hannoverschen Verfassung von 1833 gefaßten Beschluß.

Chronologiſche Ueberſicht
der
merkwürdigſten Ereigniſſe.

Monat Mai 1839.

1. Biſchofswahl in Trier, deren Ergebniß in der Weiſe von der Kanzel verkündiget wird, daß durch Stimmenmehrheit ein Biſchof (Domherr Arnoldi) gewählt ſei, aber der Name des Gewählten noch nicht angegeben werden könne. — Plötzliche Vertagung des Parlaments der joniſchen Inſeln durch den Lord-Obercommiſſär, Sir Howard Douglas. — Der Generalquartiermeiſter der ägyptiſchen Armee, Soliman Paſcha, ſetzt die europäiſchen Conſuln in Aleppo in Kenntniß, daß die ägyptiſche Regierung, als Repreſſalie gegen die Türken, jeden Verkehr über die Gränze verboten habe.
2. Diplomatiſche Mittheilung an die belgiſchen Kammern über die definitive Ausgleichung zwiſchen Holland und Belgien. Vorlegung verſchiedener ſich hierauf beziehender Geſetzentwürfe, namentlich hinſichtlich des Scheldezolls (669 f., 675).
3. Proclamation Sr. Majeſtät des Königs von Hannover, die Wiederberufung der allgemeinen Ständeverſammlung auf den 28. Mai betreffend (660). — Ankunft Sr. kaiſ. Hoheit des Großfürſten Thronfolgers von Rußland in London. — Königliche Botſchaft an beide Parlamentshäuſer, worin die Vereinigung von Ober- und Niedercanada in Eine Provinz in Bezug auf Geſetzgebung vorgeſchlagen wird. — Proclamation der Königinn von England gegen geſetzwidrige Verſammlungen (671 f.). — Der Vortrab der großherrlichen Armee unter Ismael Paſcha rückt von Bir bis Niſib, auf der Straße nach Aleppo, vor; Ibrahim Paſcha ſammelt ſeine Truppen in und um Aleppo.
4. Capellmeiſter Paer † zu Paris.
5. Dr. Eduard Gans, Profeſſor der Rechte an der Berliner Univerſität †.
6. Der Sprecher des Unterhauſes Hr. Abercrombie reſignirt ſeinen Poſten. — Unruhige Auftritte unter den Arbeitern in den Porzellan- und Steingutfabriken in der Grafſchaft Stafford in England. — Die ſieben oberen Zehnen des Cantons Wallis halten ihren Landrath in Siders, erneuern dem Staatsrath die am 8. Mai abgelaufenen Vollmachten, und ernennen die Deputirten auf die eidgenöſſiſche Tagſatzung.
7. Der Antrag des engliſchen Miniſteriums auf Suspenſion der Verfaſſung von Jamaica wird vom Unterhauſe mit der geringen Mehrheit von fünf Stimmen (294 gegen 289) angenommen, worauf ſämmtliche Miniſter in Maſſe ihre Dimiſſion einreichen. Die Königinn läßt den Herzog von Wellington rufen und beauftragt Sir Robert Peel mit Bildung eines neuen Cabinets (681 f.). — Zunehmende Chartiſten-Umtriebe in England; die Delegirten des ſogenannten Nationalconvents verlaſſen London und ſchlagen ihren Wohnſitz in Birmingham auf.
8. Feierliche Enthüllung der Schiller-Statue zu Stuttgart. — Der bekannte Publiciſt Hr. Fievée † zu Paris. — Die Chriſtinos unter Espartero bemächtigen ſich der Forts von Ramales.
9. Die Föderaliſten unter Mejia's und Urrea's Befehlen werden von den Truppen der mexicaniſchen Centralregierung unter General Valencia in der Gegend von Puebla geſchlagen; General Mejia gefangen und erſchoſſen.
10. Der Vorſchlag des Hrn. Mauguin behufs einer Adreſſe an die Krone wegen baldiger Ernennung eines definitiven Miniſteriums wird von der Deputirtenkammer in gemäßigter Form angenommen. — Sir R. Peel legt die von der Königinn zur Bildung eines Cabinets erhaltenen Vollmachten, wegen der Schwierigkeiten, die ſich über die Entfernung einiger Damen vom Hofſtaate der Königinn erhoben hatten, in die Hände Ihrer Majeſtät zurück; das vorige Miniſterium, Lord Melbourne an der Spitze, übernimmt ſeine Functionen wieder. — Theilweiſer Miniſterwechſel in Madrid; der Finanzminiſter Hr. Pita Pizarro, der Marineminiſter Hr. Chacon und der Miniſter des Innern Hr. Hompanera de Cos nehmen ihren Abſchied und werden durch die HH. Ferraz (ſpäter Don Domingo Ximenez) und Arrazola (proviſoriſch) und Hrn. Vigodet (ſpäter Primo de Ribera) erſetzt.
11. Oeffentliches Protocoll der ſiebenten Sitzung der teutſchen Bundesverſammlung, die Territorialverhältniſſe des Großherzogthums Luxemburg und die dießfalls zu London am 19. April d. J. unterzeichneten Verträge betreffend (813 f.).
12. Bildung des neuen franzöſiſchen Miniſteriums: Marſchall Soult, Präſident des Conſeils und Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten; Hr. Paſſy (früher Präſident der Deputirtenkammer), Finanzen; Hr. Duchatel, Inneres; Hr. Cunin-Gridaine, Handel; Hr. Duſaure, öffentliche Arbeiten; General Schnei-

der, Kriegsdepartement; H^r. Teste, Justiz; H^r. Villemain, öffentlicher Unterricht; Admiral Duperré, Marine. — Blutiger Aufstand in Paris an diesem und am folgenden Tage, durch das kräftige Einschreiten der Linientruppen und der Nationalgarde unterdrückt; die gerichtliche Procedur über dieses neue Attentat gegen die Sicherheit des Staats an die Pairskammer als Gerichtshof verwiesen. — Das von den Carlisten besetzte Fort Guardamino, bei Ramales, ergibt sich den Christinos unter Espartero. — Hitzige Gefechte bei Arroniz (in Navarra), in Folge deren die Christinos, die unter Don Diego Leon gegen Estella vordringen wollten, von den Carlisten, unter Elio und Zariategui, zum Rückzuge genöthigt werden. — Rückkehr Mehmed Ali's von seiner Reise nach Oberägypten nach Alexandrien.

13. Cardinal Fesch † zu Rom. — Die der rechtmäßigen Regierung treu gebliebenen Gemeinden des Val d'Iller im Unterwallis werden von den Truppen der revolutionnären Regierung besetzt, und gleiches Schicksal von andern Gemeinden nur durch die feste Haltung der Oberwalliser abgewendet.

14. Die französische Deputirtenkammer ernennt H^rn. Sauzet (an des ins Ministerium getretenen H^rn. Passy Stelle) mit 213 Stimmen zu ihrem Präsidenten; sein Mitbewerber H^r. Thiers erhält 206 Stimmen. — Ausdehnung der ägyptischen Herrschaft, unter Churschid Pascha, an der Ostküste von Arabien; Besetzung der Bahrein-Inseln, im persischen Meerbusen; drohende Stellung der Aegyptier gegen Bassora (921 f.).

15. Ernennung des Grafen Anton von Mailáth zum ungarischen Hofkanzler. — Beschluß des Gouverneurs von Martinique, welcher die Ausfuhr des Zuckers nach dem Auslande unter allen Flaggen, gestattet.

16. Die Franzosen besetzen die Stadt und den Hafen von Dschidschelli (zwischen Bugia und Stora) an der nordafrikanischen Küste.

17. Marschall Oudinot zum Großkanzler des Ordens der Ehrenlegion ernannt. — Angebliche Entdeckung einer legitimistischen Verschwörung in Avignon, die sich bei näherer Untersuchung auf bloß polizeiwidrige Handlungen reducirt.

18. Die Gräfinn von Lipona † zu Florenz. — Muñagorri bemächtigt sich des von funfzehn Carlisten besetzten Forts von Urdach (bei Elisondo), welches er am folgenden Abend wieder verläßt, und über die französische Gränze zurückkehrt. — Verbot der in Stuttgart erscheinenden Zeitung „der teutsche Courier" im Königreich Hannover. — Unruhige Auftritte in Valencia, wobei die Nationalmilizen gemeinschaftliche Sache mit den Meuterern gegen die Truppen machen.

20. Der Erblandmarschall des Königreichs Hannover, Graf von Münster, † zu Hannover. — Die russische Handelscompagnie in London gibt dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland zu Ehren ein glänzendes Gastmahl in der London-Taverne (747 f.).

22. Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar-Eisenach, ältester Sohn des Herzogs Bernhard, † zu Nymwegen. — Rückkehr des zur Untersuchung des Zustandes der großherrlichen Armee nach Asien abgeschickten Tajjar Pascha nach Konstantinopel; bald darauf verbreiten sich Kriegsgerüchte in der Hauptstadt.

23. Halil Rifat Pascha, Schwiegersohn des Sultans, wird zum Handelsminister ernannt. — Der Carlistische General Llangostera wird von den Christinos unter Ayerbe genöthigt, die Belagerung von Montalban (in Niederarragonien) aufzuheben. Cabrera wendet sich, mit Zurücklassung einzelner Corps in der Provinz Cuenca, wieder nach Niederarragonien.

24. Die Carlisten, unter Maroto, räumen Orduña und nehmen ihre Aufstellungslinie von Amurrio nach Llodio; halten auch Balmaseda und Amurrio besetzt. Die Christinos unter Espartero rücken in Orduña ein. Don Carlos fortwährend in Durango.

25. Der französische Marineminister, Admiral Duperré, legt der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf vor, wodurch wegen der drohenden Ereignisse im Orient ein außerordentlicher Credit von 10 Millionen Franken zur Vermehrung der Seemacht im mittelländischen Meere begehrt wird. — Der Bischof von Passau, Carl Joseph von Riccabona, † zu Passau. — Der eidgenössische Vorort eröffnet den Ständen, daß er die Vermittlungsversuche zwischen Ober- und Unterwallis als erschöpft ansehe und Verfügungen über die factische Territorialausscheidung zwischen beiden Cantonstheilen bis zum Entscheid der Tagsatzung getroffen habe.

26. Feierliche Canonisation der Seligen Alfonso de Liguori, Francesco di Girolamo, Gio. Giuseppe della Croce, Pacifico de S. Sanseverino und Veronica Giuliani in der St. Peterskirche zu Rom. — Die Journalisten Bartels und Kats, als Verfasser von frevelhaften Aufforderungen zum Widerstande gegen die Regierung ꝛc. vor den Assisenhof in Brüssel gestellt, werden von den Geschwornen freigesprochen.

27. Feierliche Installation des Erzbischofs von Gran und Primas von Ungarn, Joseph von Kopacsy, zu Gran. — Die Wahl eines neuen Sprechers im Unterhause fällt mit 317 Stimmen auf H^rn. Shaw Lefèvre, den Candidaten des Ministeriums; H^r. Goulbourn, der Candidat der Toryopposition, erhält 299 Stimmen. — Die Carlisten, unter General d'España, erstürmen Ripoll in Obercatalonien.

28. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf hinsichtlich der Bewilligung eines Credits von 1,200,000 Fr. für die geheimen Ausgaben, wird von der französischen Deputirtenkammer mit 262 gegen 71 Stimmen angenommen.

31. Der Gesetzentwurf über das schriftstellerische Eigenthum wird von der französischen Pairskammer mit 78 gegen 31 Stimmen angenommen.

Chronologiſche Ueberſicht
der
merkwürdigſten Ereigniſſe.

Monat Juni 1839.

1. Der Prinz von Joinville ſegelt am Bord des „Jupiter" nach der Levante ab; große Seerüſtungen in den franzöſiſchen Häfen. — Der franzöſiſche Marineminiſter legt der Deputirtenkammer einen Geſetzentwurf vor, kraft deſſen zur Verſtärkung der Marine in den amerikaniſchen Gewäſſern und an der ſpaniſchen Küſte zur Verhinderung der Contrebande für die Carliſten und zum Transport Chriſtiniſcher Truppen von einem Küſtenpuncte zum andern ein außerordentlicher Credit verlangt wird. — Auflöſung der Cortes in Madrid und Einberufung der neuen auf den 1. September.

3. Lord John Ruſſell entwickelt im Unterhauſe den Plan der Regierung 1) zur Vereinigung der beiden Canadas in legislativer Beziehung zu einem einzigen Provinzialparlament; 2) Fortdauer der Suspenſion der Verfaſſung bis zum Jahre 1842.

4. Lord John Ruſſell erklärt im Unterhauſe, daß er den früher von ihm vorgeſchlagenen Unterrichtsplan aufgebe und nur auf die Bewilligung von 30,000 Pf., um ſie in der bisherigen Weiſe zu Unterrichtszwecken zu verwenden, antragen werde. — Sir H. Fleetwood's Motion, das Zehnpfund-Wahlrecht auf die Grafſchaften auszudehnen, wird vom Unterhauſe mit 207 gegen 81 Stimmen verworfen.

5. Die ottomaniſchen Truppen unter Hafiz Paſcha bemächtigen ſich mehrerer Dörfer auf ägyptiſchem Gebiete, und beunruhigen ein ägyptiſches Cavalleriecorps unter Soliman Paſcha; der Paſcha von Maraſch rückt in Aintab ein; Verhaltungsbefehle Mehmed Ali's an ſeinen Sohn Ibrahim Paſcha in Folge dieſer Feindſeligkeiten (921 f.).

6. Eröffnung des ungariſchen Reichstages durch S^r. Majeſtät den Kaiſer und König in Perſon. Eröffnungsrede; königliche Propoſitionen (791 f.). — Die zweite Kammer der hannoverſchen Ständeverſammlung, die lange wegen verſpäteter Ankunft mehrerer ihrer Mitglieder nicht ſitzen konnte, beginnt ihre Geſchäfte; der Antrag, den König zu erſuchen, die Stände, ſobald das Budget genehmigt worden, zu vertagen, und bei demnächſtiger Wiederverſammlung der Stände Vorſchläge zur Erledigung der Verfaſſungsangelegenheiten zur freien Berathung vorzulegen, wird einſtimmig angenommen (837 f.).

8. Die Ratificationsacten der Verträge vom 19. April in Betreff der Scheidung Belgiens von Holland werden zu London zwiſchen den Repräſentanten aller contrahirenden Mächte ausgewechſelt. — H^r. Raikem, Generalprocurator beim Appellhofe zu Lüttich und Präſident der Repräſentantenkammer, wird zum Juſtizminiſter in Belgien ernannt. — Die türkiſche Flotte unter dem Oberbefehl des Großadmirals Ahmed Fewzi Paſcha verläßt den Hafen von Konſtantinopel und geht nach den Dardanellen; Hafiz Paſcha zum Oberbefehlshaber der öſtlichen Armee ernannt; die Pforte iſt entſchloſſen, die Aegyptier anzugreifen. — Erklärung des Staatsſecretärs der auswärtigen Angelegenheiten von England, Lord Palmerſton, in Bezug auf die dem Hauſe Oranien-Naſſau gehörigen, in den Krondomainen der königlichen Reſidenz von Laeken enclavirten Beſitzthümer und Gebietstheile (906).

10. Die neue Jamaica-Bill wird vom Unterhauſe mit 228 gegen 194 Stimmen angenommen. — Lord J. Ruſſell erklärt in derſelben Sitzung, daß er ſeine, in Bezug auf Canada (am 3. d. M.) vorgelegten Reſolutionen zurücknehme, und in der nächſten Seſſion eine detaillirte Bill hierüber einbringen werde.

11. S^r. kaiſ. Hoheit der Großfürſt-Thronfolger von Rußland am großherzoglich heſſiſchen Hofe zu Darmſtadt. — Eröffnung des Prozeſſes gegen die Urheber und Theilnehmer der Aufſtände zu Paris am 12. und 13. Mai d. J. vor dem Pairshofe; Bericht des H^rn. Merilhou über die aus der Procedur hervorgegangenen Thatſachen (861 f.). — Die Chriſtinos, unter General Ayerbe, räumen Montalvan (in Niederarragonien) und ſchleifen die dortigen Feſtungswerke. — Mehmed Ali ſchickt ſeinem Sohne, Ibrahim Paſcha, in Folge der an mehreren Orten in Syrien ausgebrochenen Aufſtände, den Befehl, anzugreifen, bald darauf aber, nach Ankunft des franzöſiſchen Abgeſandten, H^rn. Caillier, die Weiſung, da Halt zu machen, wo er ſich bei Ankunft des franzöſiſchen Offiziers befinden würde.

12. Der Carliſtiſche General Graf Negri räumt Balmaſeda und zieht ſich auf das Hauptcorps unter Maroto zurück.

13. Der Fürſt von Serbien, Miloſch Obrenovich, legt die bisher von ihm bekleidete Würde zu Gunſten ſeines älteſten, aber kranken, Sohnes, Milan, nieder für welchen drei Stellvertreter ernannt werden (929). — Die franzöſiſche Pairskammer nimmt den Vorſchlag des Baron Mounier hinſichtlich einer Beſchränkung in Verleihung des Ordens der Ehrenlegion und den von der Deputirtenkammer bereits

votirten Gesetzentwurf in Betreff der für die geheimen Ausgaben zu bewilligenden Gelder, letzteren mit 91 gegen 6 Stimmen, an.

14. Cardinal d'Jsoard, Erzbischof von Auch, zum Erzbischof von Lyon ernannt.

15. Adresse beider Kammern der allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs Hannover an den König wegen Wiederaufnahme der Verfassungsangelegenheiten (860). — Rückkehr Sr. Majestät des Königs von Schweden aus Christiania nach Stockholm.

16. Schreiben Sr. Majestät des Königs von Hannover an die allgemeine Ständeversammlung in Erwiederung auf die von derselben überreichte Adresse (873 f.). — Vorstellung des Magistrats der Residenzstadt Hannover an die teutsche Bundesversammlung, die Aufrechthaltung des vormaligen Staatsgrundgesetzes betreffend (1014 f.).

17. Der Baron de Stassart, Gouverneur der Provinz Brabant, erhält vom König der Belgier seine Entlassung, mit der Berechtigung, seine Ansprüche auf Pension geltend zu machen. — Decrete des Don Carlos, durch welche alle in den Provinzen zur Führung des Krieges gemachten Lieferungen als Staatsschuld erklärt und bestimmt wird, unter welchen Bedingungen die Eigenthümer sequestrirter Güter wieder zum Genusse derselben gelangen können. — Auslaufen der ägyptischen Flotte aus Alexandrien.

18. Vermählung des Erbprinzen von Oranien mit der Prinzessinn Sophie von Würtemberg. — Hr. Grote's Antrag auf Einführung der geheimen Abstimmung (vote by ballot) bei den Parlamentswahlen wird vom Unterhause mit 333 gegen 216 Stimmen verworfen. — Ankunft des neuen Christinischen Generalcapitäns von Catalonien, Don Hieronimo Valdes, zu Barcelona.

19. Die neue Jamaica-Bill, welche dem dortigen Gouverneur für den Fall, daß das Versammlungshaus sich dem Willen des Parlaments nicht fügen sollte, außerordentliche Vollmachten überträgt, wird vom Unterhause mit 267 gegen 257 Stimmen angenommen. — Don Carlos bricht von Durango auf und hält große Musterung über seine Truppen bei Arrancudiaga in Biscaya.

20. Der neue ministerielle Vorschlag in Betreff des Volksunterrichts wird vom englischen Unterhause im Princip mit der geringen Mehrheit von fünf Stimmen (280 gegen 275) angenommen. — Die am 19. April l. J. zu London unterzeichneten Verträge behufs der definitiven Ausgleichung zwischen den Niederlanden und Belgien werden von dem Präsidium der teutschen Bundesversammlung in Frankfurt übergeben. — Der Herzog von Nemours in Lissabon.

21. Verhandlungen im englischen Unterhause über die persischen Angelegenheiten (913 f.). — Adresse einer großen Zahl von Wählern und Einwohnern von Brüssel an den Baron von Stassart, um ihm ihr Leidwesen über seine Absetzung zu bezeugen.

22. Räumung und Uebergabe der Gebietstheile, welche nach den in London am 19. April d. J. unterzeichneten Verträgen zur Ausgleichung zwischen Holland und Belgien die Herrschaft wechseln. — Der Gesetzentwurf hinsichtlich des Generalstabs der Armee wird von der französischen Deputirtenkammer mit den von dieser Kammer votirten Aenderungen mit 240 gegen 57 Stimmen angenommen. — Ankunft Sr. kaiserl. Hoheit des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland zu Berlin. — Wiederanknüpfung der diplomatischen Verbindungen zwischen dem Wiener und dem Brüsseler Hofe in Folge der von letzterem über die Aufnahme des Generals Skrzynecki in die belgische Armee gegebenen befriedigenden Erklärungen (855).

23. Cardinal Sala † zu Rom.

24. Rückkehr JJ. MM. des Kaisers und der Kaiserinn von Oesterreich aus Ungarn nach Schönbrunn. — Der ministerielle Antrag auf Bewilligung von 30,000 Pf. für Zwecke des Volksunterrichts wird vom englischen Unterhause mit der geringen Mehrheit von zwei Stimmen (275 gegen 273) in Form einer Resolution angenommen. — Schlacht bei Nisib (unfern vom Euphrat) zwischen der türkischen Armee unter Hafiz Pascha und der ägyptischen Armee unter Ibrahim Pascha, die mit der Niederlage des türkischen Heeres endigt, welches sich mit bedeutendem Verluste an Geschütz und Kriegsmaterial, über Marasch, nach Malatia zurückzieht. Bericht eines Augenzeugen über diese Schlacht (1081 f.).

26. Der von der Regierung vorgeschlagene Gesetzentwurf hinsichtlich eines außerordentlichen Credits von 4,912,800 Fr. für die Seemacht in den amerikanischen Gewässern zum Schutz des Handels und zur Beaufsichtigung der spanischen Küsten im Interesse der Königinn wird von der französischen Deputirtenkammer mit 263 gegen 53 Stimmen angenommen. — Aeußerungen des Präsidenten des Conseils über die Politik des französischen Cabinets in Bezug auf Spanien. — Der Christinische General Aznar wird von den Truppen Cabrera's bei Lucena (im Norden des Königreichs Valencia) geschlagen, und Lucena hierauf von den Carlisten berennt.

27. Eröffnung des Prozesses gegen die Urheber und Theilnehmer an den Aufstande am 12. und 13. Mai d. J. zu Paris vor dem französischen Pairshofe. — General Brossard wird vom Kriegsgerichte in Perpignan mit fünf gegen zwei Stimmen freigesprochen.

28. Urtheil des Kriegsgerichts, von dem Fürsten von Warschau bestätigt, gegen mehrere Theilnehmer an einer Verschwörung zum Umsturz der gegenwirtigen Regierungsform im Königreiche Polen (940 f.) — Dem ehemaligen Gouverneur der Provinz Brabant, Baron von Stassart, wird durch königlichen Beschluß lebenslänglich eine jährliche Pension von 6000 Fr. bewilligt. — Das englische Ministerium läßt den Plan zur Vereinigung beider Canadas in legislativer Hinsicht für diese Session fallen, und erklärt, nur die Verlängerung der temporären Verwaltung jener Colonie, mit außerordentlicher Vollmacht für den Gouverneur, aufrecht halten zu wollen. — Die Pforte ertheilt sowohl an Hafiz Pascha, als an den Kapudan-Pascha Befehl, mit der Armee und mit der Flotte da, wo diese Befehle sie treffen, Halt zu machen. — Don Carlos verlegt sein Hauptquartier von Durango nach Oñate.

29. Urtheil des Zuchtpolizeigerichts zu Avignon über die Theilnehmer an der daselbst entdeckten angeblich legitimistischen Verschwörung (954).

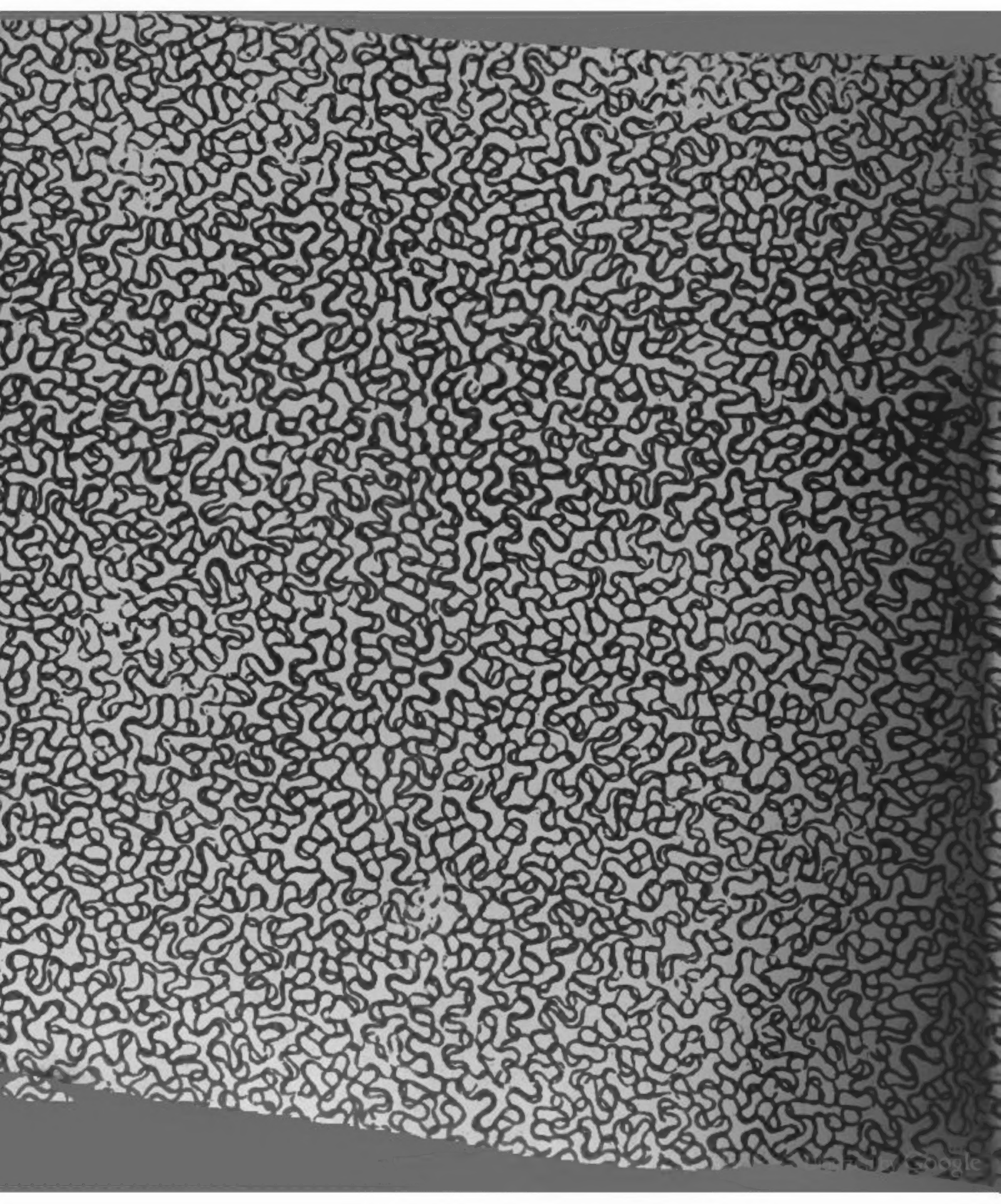
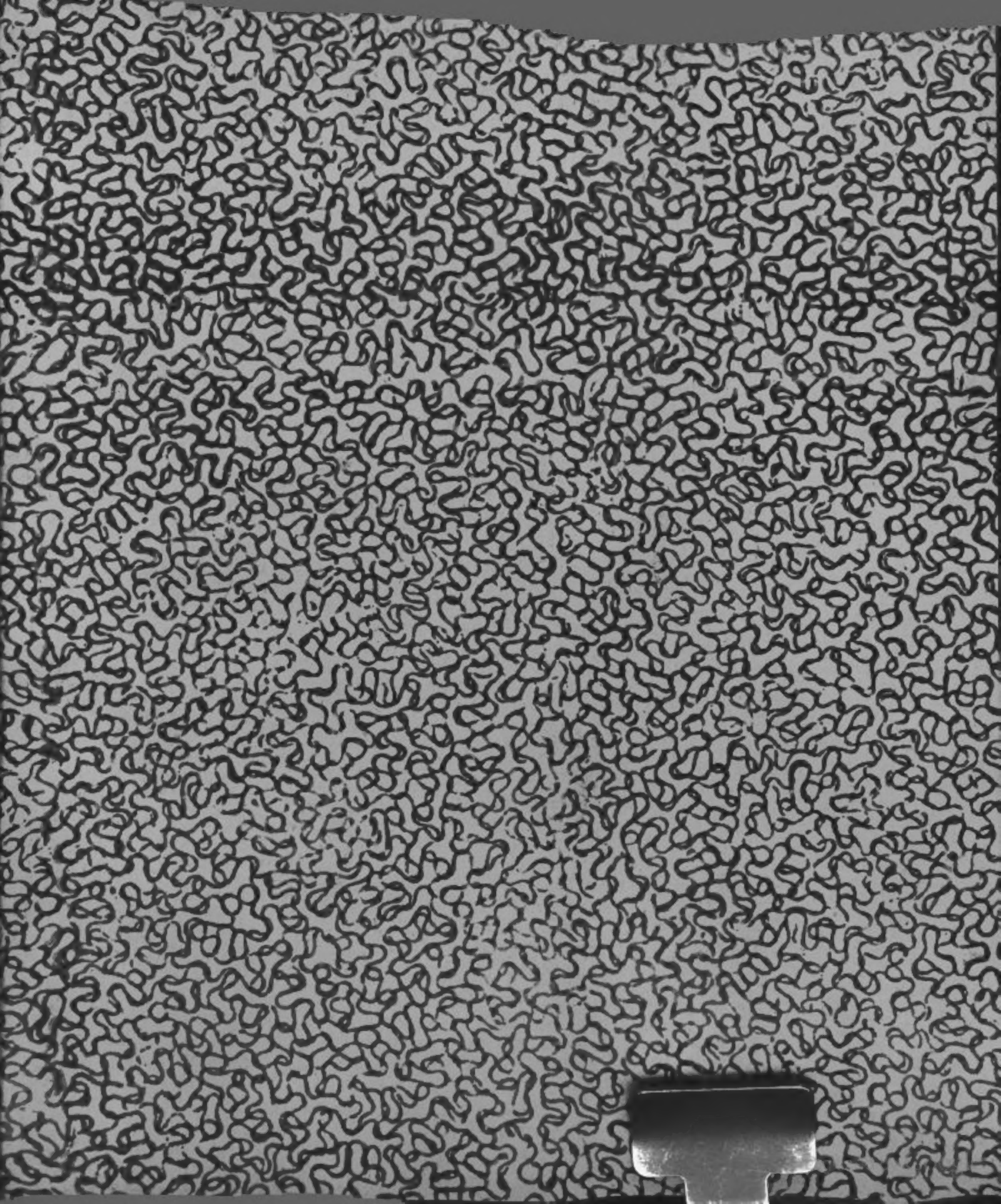
30. Königliche Ordonnanz, kraft deren die von dem Gouverneur von Martinique erlaubte Zuckerausfuhr unter allen Flaggen und nach allen Ländern eingestellt wird; für Guadeloupe, wo der dortige Gouverneur dieselbe Erlaubniß ertheilt hatte, wird späterhin das Nämliche verfügt. — General O'Donnell (Don Leopoldo) zum Oberbefehlshaber der Christinischen Centrumsarmee, General Sevane zum zweiten Befehlshaber in Catalonien ernannt.

ÖSTERREICHISCHE
NATIONALBIBLIOTHEK

ONB

+Z1[illegible]44002

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google